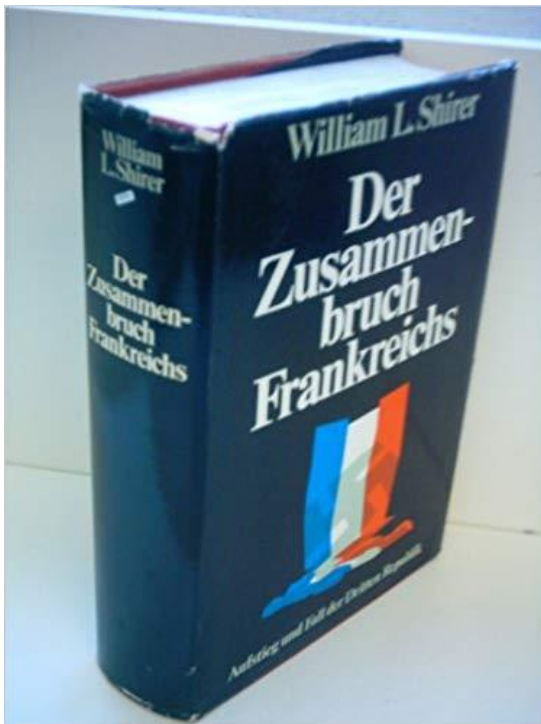


William L. Shirer

Der Zusammenbruch Frankreichs

Aufstieg und Fall der Dritten Republik



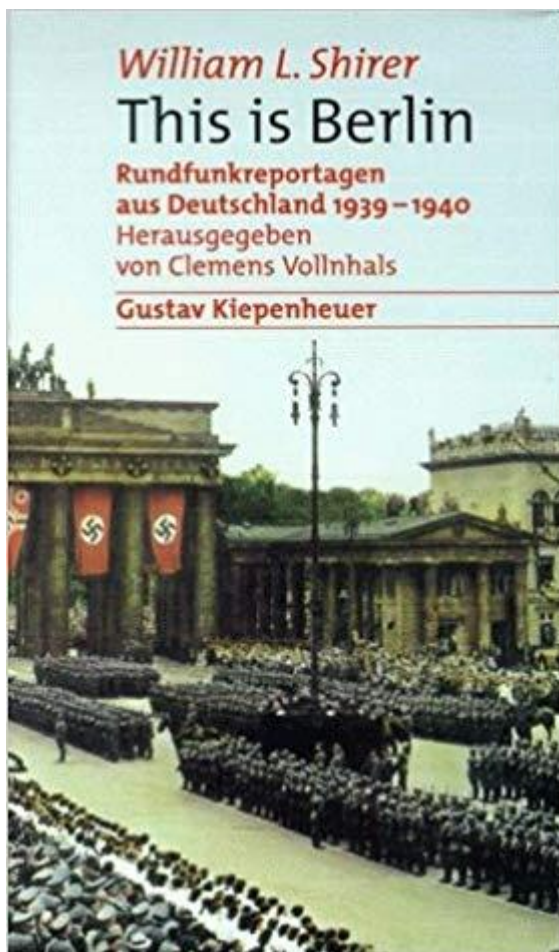
Buchclub Ex Libris Zürich

Titel der Originalausgabe
The Collapse of the Third Republic
An Inquiry into the Fall of France in 1940

Aus dem Amerikanischen von
Norbert Wölfl, Dr. Karl Abshagen und Peter de Mendelssohn
Redaktion Wilhelm Kopp

1. bis 20. Tausend
Berechtigte Lizenzausgabe für den Buchclub Ex Libris Zürich
Copyright © 1969 by William L. Shirer
In Zusammenarbeit mit R. Reynolds, Inc. New York
© 1970 Droemersch Verlaganstalt Th. Knaur Nachf., München/Zürich
Alle Rechte vorbehalten, einschliesslich des Rechts auf Reproduktion des gesamten
Werkes oder einzelner Teile in jeder Form
Die Karten zeichnete Christel Aumann nach Vorlagen von Liam Dünne
Printed in Germany
[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

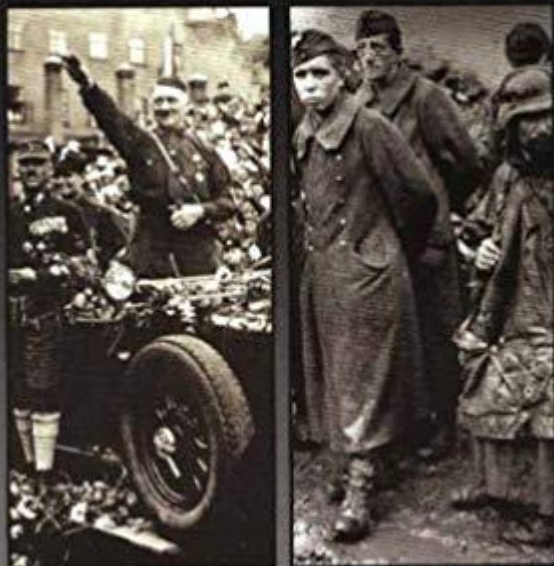
*Dem Gedenken meines Bruders John,
der plötzlich verstarb,
als die letzten Zeilen dieses Buches geschrieben wurden*



William L. Shirer

Aufstieg und Fall des Dritten Reiches

mit einem Vorwort von Golo Mann



KOMET

William
L. Shirer

Der
Zusammen-
bruch
Frankreichs

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
PROLOG	17
1 <i>Debakel Sommer 1940</i>	17
ERSTES BUCH DER AUFSTIEG DER DRITTEN REPUBLIK 1871-1919	
2 Eine Missgeburt und die ersten Kinderkrankheiten 1871-1891	31
3 Die Dreyfus-Affäre 1894-1906	45
4 Die Konsolidierung der Republik 1880-1914	68
5 Klassen und Konflikte 1875-1914	84
6 Die permanente politische Krise 1875-1914	96
7 Die Errungenschaften der Dritten Republik 1875-1914	105
8 Das Herannahen des ersten Weltkrieges 1905-1914	112
9 Die grösste Stunde der Dritten Republik 1914-1918	121
ZWEITES BUCH ILLUSIONEN UND REALITÄTEN DES SIEGES 1919-1934	
10 Siegreiches Frankreich – «Die stärkste Grossmacht Europas» 1919-1931	139
11 Abstieg, I. Politisches und finanzielles Chaos und Erholung unter Poincaré 1924-1930	156
12 Abstieg, II. Die Aushöhlung der Militärmacht 1925-1934	177
13 Abstieg, III. Die weltweite Depression erschüttert die Dritte Republik 1931-1939	193
DRITTES BUCH DIE LETZTEN JAHRE DER DRITTEN REPUBLIK 1934-1939	
14 Ein schicksalhafter Wendepunkt 6. Februar 1934	205
15 Nachwirkungen: Die Kluft wird breiter 1934-1936	239
16 Handstreich im Rheinland: Die letzte Gelegenheit, Hitler aufzuhalten und einen Weltkrieg zu verhindern März 1936	261

17	Weitere Spaltung Frankreichs – die Volksfront und der Spanische Bürgerkrieg 1936-1937	299
18	Uneinigkeit und Verwirrung: Frankreich und der Anschluss Österreichs März 1938	343
19	Der Weg nach München, I. 27. April bis 13. September 1938	357
20	Der Weg nach München, II. 15. bis 28. September 1938	381
21	Die Konferenz in München 29. bis 30. September 1938	418
22	Polen ist an der Reihe 1939	435
23	Sommerliches Zwischenspiel in Paris Mai bis Juli 1939	457
24	Gespräche mit Russland Sommer 1939	465
25	Am Vorabend des Krieges 23. bis 31. August 1939	493
26	Der Ausbruch des Krieges 1. bis 3. September 1939	521

VIERTES BUCH KRIEG UND VERFALL 1939-1940

21	«La Drôle de Guerre»	545
28	Der Krieg in Norwegen, die Bedrohung Belgiens und die Krise in Paris Früh- ling 1940	591
29	Die Schlacht um Frankreich, I. Der Aufmarsch der Armeen 10. bis 15. Mai 1940	635
30	Die Schlacht um Frankreich, II. Katastrophe bei Sedan • Der Durchbruch an der Maas 13. bis 16. Mai 1940	671
31	Die Schlacht um Frankreich, III. Die Katastrophe in Flandern und die bel- gische Kapitulation 16. Mai bis 4. Juni 1940	722
32	Der Fall von Paris 5. bis 14. Juni 1940	796
33	Die Flucht nach Bordeaux 11. bis 14. Juni 1940	818
34	Die Agonie von Bordeaux • Reynauds Sturz • Pétain übernimmt die Regierung 14. bis 16. Juni 1940	843
35	Waffenstillstand! 17. bis 29. Juni 1940	896

FÜNFTES BUCH DER ZUSAMMENBRUCH DER DRITTEN REPUBLIK

36	Die Uhr läuft ab Juni bis Juli 1940	953
37	Das Ende in Vichy 9. und 10. Juli 1940	985
	Epilog	1005

ANHANG

	Anmerkungen	1009
	Danksagung	1049
	Bibliographie	1055
	Namenregister	1073

Vorwort

Dies ist das zweite Buch, in dem ich versuche, aus meiner eigenen Erfahrung und der Fülle geschichtlichen Materials, das nach und nach verfügbar wurde, die Geschicke einer grossen europäischen Nation in jenen Jahren nachzuzeichnen, die dann im zweiten Weltkrieg gipfelten. Im ersten Werk beschrieb ich Aufstieg und Fall des Dritten Reiches; wie es geschehen konnte, dass ein kultiviertes, christliches Volk mitten im zwanzigsten Jahrhundert in die Barbarei zurücksank, freudig seine Freiheiten und die einfachsten Sitten menschlichen Zusammenlebens aufgab und der Grausamkeit, mit der es andere Völker und Rassen behandelte, seltsam gleichgültig gegenüberstand. Diese Aufgabe wurde mir dadurch erleichtert, dass ich eine einmalige Informationsquelle benutzen konnte: die Geheimarchive des Dritten Reiches, die bei Kriegsende den Alliierten in die Hände gefallen waren. Ich glaube, auch meine persönliche Bekanntschaft mit dem Deutschland Hitlers half mir dabei; ich hatte für mehr als die Hälfte seines zwölfjährigen Bestehens in diesem Land gelebt und gearbeitet.

Der Mangel an zeitlichem Abstand, der von allen empfunden wird, die sich die zeitgenössische Geschichte als Arbeitsgebiet gewählt haben, wird – so glaube ich – mehr als ausgeglichen: durch die persönliche Erfahrung dessen, der alles selbst miterlebt hat, durch das Wissen aus erster Hand, das man über die massgebenden Persönlichkeiten dieser Zeit erwirbt, durch das *Gefühl*, das man für die Eigenart des Landes, die vorherrschende Stimmung, die Gesellschaft, die Institutionen und vor allen Dingen für das Volk in einer Krisenzeit erlangt. Mir scheint, dass die *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* nicht darunter leidet, dass Thukydides «den ganzen Krieg miterlebt hat», wie er uns selbst berichtet, einen Krieg, über den er uns einen unvergessenen Bericht hinterlassen hat. Man muss ihm dafür dankbar sein, dass er seine Beschreibung nicht anderen überlassen hat, die nach ihm folgten.

Ich habe eine ganze Reihe von Jahren in Frankreich gelebt und gearbeitet, und zwar seit 1925, als dieses Land nicht nur die grösste Macht auf dem Kontinent Europa darstellte, sondern – für mich zumindest – auch die zivilisierteste und aufgeklärteste Nation war. In den nachfolgenden Jahren beobachtete ich mit zunehmender Besorgnis, wie es mit der Dritten Republik bergab ging, wie ihre Kraft immer mehr von Uneinigkeit und Spaltung, von einer unerklärlichen Blindheit gegenüber der Innen-, Aussen- und Militärpolitik, von der Unfähigkeit ihrer führenden Persönlichkeiten, der Korruption innerhalb der Presse und einem Gefühl zunehmender Verwirrung, Hoffnungslosigkeit und zy-

nischer Gleichgültigkeit (*Je m'en foutisme*) im Volke aufgezehrt wurde. Auch wenn ich zu Beginn der dreissiger Jahre an anderer Stelle tätig war, weilte ich während des ganzen Jahrzehnts häufig in Paris und konnte somit aus nächster Nähe die Verschleisserscheinungen beobachten – oder doch zumindest fühlen.

Gleich von Beginn an fasste ich eine Zuneigung zu Land und Leuten und widmete mich voll echter innerer Anteilnahme der Diskussion und dem Studium der französischen Probleme, der Führer, der Politik, des Journalismus, der Literatur. Wie Jefferson und viele andere Amerikaner, die hier gelebt und gearbeitet haben, betrachtete ich Paris allmählich als meine zweite Heimat. Dieses Zugehörigkeitsgefühl hat mich bis heute nicht verlassen. Doch obgleich ich nie versuchte, meine Sympathien und Vorurteile zu verhehlen, war ich schliesslich doch Ausländer. Das verlieh eine gewisse Objektivität. Man hielt sich aus dem Parteienkampf heraus und stand den vielen Forderungen der Rechten, der Linken und der Mitte skeptisch gegenüber. Da die extremen Rechten und Linken in den dreissiger Jahren aus gegensätzlichen Gründen das Ende der Dritten Republik anstrebten, fühlte ich mich den linken Sozialisten, den Radikalsozialisten in der Mitte und den gemässigten Konservativen ein wenig rechts von der Mitte zugetan. Diese repräsentierten die überwiegende Mehrheit der Franzosen, sie bildeten das Bollwerk der Republik, und man hoffte, dass sie es verstehen würden, diese Republik durch dick und dünn zu bewahren.

Natürlich sind der Sturz Frankreichs und der Zusammenbruch der Dritten Republik im Sommer 1940 für die Franzosen ein schmerzliches Thema, das sie lieber vergessen möchten. Nur wenige französische Historiker haben sich bisher darangewagt. René Rémond, Politologe und Historiker, hat 1957 den Mangel an Literatur über die letzten zehn Jahre der Republik beklagt. Nach seinen Worten wichen nicht nur die Historiker, sondern auch die Journalisten diesem Thema aus, und selbst wissenschaftliche Zeitschriften befassten sich nur ungern damit. Seitdem wurde ein Anfang gemacht. Jacques Chestenet und Edouard Bonnefous haben ihre vielbändigen Geschichtswerke über die Dritte Republik mit Darstellungen ihrer letzten Jahre und des Endes herausgebracht. Davor schon schrieb E. Beau de Lomenie gekonnt über ihren «Tod», und andere französische Historiker haben sich mit verschiedenen Aspekten befasst, darunter auch Pierre Renouvin, Maurice Baumont, François Goguel, René Rémond, J.-B. Duroselle und Pierre Dhers.

In keinem anderen Land, nicht einmal in meiner eigenen Heimat, bin ich bei meinen Forschungen auf eine solche Hilfsbereitschaft gestossen wie in Frankreich; bereitwillig halfen mir Historiker, Redakteure, Bibliothekare und auch einige der führenden Personen des Dramas selbst. Persönlichkeiten aus den ersten drei Bereichen verschafften mir nicht nur neue Erkenntnisse, sie vermittelten mir auch den Zugang zu Material, das mir sonst verschlossen geblieben wäre. Oft stellten sie mir ihre eigenen privaten Informationsquellen zur Verfügung. Paul Reynaud, der Ministerpräsident der letzten hektischen Monate der Republik, beantwortete meine Anfragen mit sehr ausführlichen Briefen und Aktenvermerken und ergänzte dieses Material in langen Unterhaltungen in seiner Wohnung hinter der alten Deputiertenkammer. Edouard Daladier, der in den vier Jahren bis

zu seiner Ablösung durch Reynaud ganz zum Schluss entweder Ministerpräsident oder Verteidigungsminister oder auch beides war, unterhielt sich stundenlang mit mir. Dies waren in den letzten Jahren der Republik die beiden politischen Schlüsselfiguren.

Um es gleich zu sagen: Es gab auch Schwierigkeiten. Das Haupthindernis bestand in einem Gesetz, das es verbot, Gelehrten oder anderen Personen vertrauliche Staatsdokumente zugänglich zu machen, bevor sich auf ihnen der Staub von fünfzig Jahren angesammelt hat. Aber selbst nach fünfzig Jahren zeigt sich die französische Regierung noch zurückhaltend. So erklärte mir beispielsweise M. de la Fourniere, technischer Berater des Armeeministeriums, schriftlich, dass die Archive der Historischen Abteilung der Armee «leider» Forschern nicht zur Verfügung stünden, «nicht einmal», so fügte er hinzu, «den Generälen der französischen Armee» – jedenfalls nicht für den Zeitraum nach 1900. Das französische Aussenministerium übersandte mir freundlicherweise die Abschrift einer Verordnung, nach der für den Gebrauch der Gelehrten gewisse *dossiers* «bis zum Jahre 1815», andere «bis 1849», wieder andere «bis 1896» freigegeben wurden. Vor dem zwanzigsten Jahrhundert schien man allgemein zurückzuschrecken. In jüngster Zeit hat das Aussenministerium jedoch mit der Veröffentlichung seiner vertraulichen Dokumente aus den dreissiger Jahren begonnen. Ein Handikap stellte der Verlust vieler Originalunterlagen dar, die am 16. Mai 1940 im Hof des Quai d'Orsay in einem Augenblick der Panik verbrannt wurden, als den verängstigten Beamten das Herannahen deutscher Panzer und Soldaten gemeldet wurde. Winston Churchill gehörte zu den Persönlichkeiten, die das Freudenfeuer aus einem Fenster im zweiten Stock beobachteten. André Chamson, Direktor des Nationalarchivs, drückte schriftlich sein «tiefstes Bedauern» darüber aus, dass er mir die Gerichtsakten Riom, die ich erbeten hatte, nicht zur Verfügung stellen könne. Er fügte hinzu: «Aber wir müssen sehr strikt den Grundsatz der fünfzig Jahre einhalten, insbesondere hinsichtlich der Unterlagen, die den vergangenen Krieg und die Besetzung betreffen.» Chamsons Bedauern ist ehrlich gemeint. Als angesehenen Schriftsteller und Mitglied der Academie Franchise hat er Verständnis für die Sorgen eines Autors. In diesem Falle vertrat er leider nicht das Gesetz. Selbst der berühmte Professor Pierre Renouvin von der Sorbonne, nach dem Krieg selbst verantwortlich für die Veröffentlichung der geheimen Staatsakten, klagte 1958 darüber, dass «die französischen Archive immer noch nicht zugänglich sind, nicht einmal bevorzugten Forschern». Und Reynaud wie auch Daladier beklagten sich mir gegenüber, dass man ihnen sogar den Zugang zu ihren eigenen Staatsakten, die während ihrer Amtszeit angelegt worden waren, verwehrte; Reynaud muss allerdings den grössten Teil davon mitgenommen haben, da sie häufig in seinen veröffentlichten Memoiren auftauchen. Französische Historiker hat das berühmte – oder, wie sie sagen, berüchtigte – *loi de cinquante ans* schier zur Verzweiflung gebracht. Dennoch stellte ich – genau wie sie – schliesslich fest, dass man an die meisten vertraulichen Unterlagen doch herangelangen konnte, ohne gegen das Gesetz zu verstossen. Zunächst haben die politischen Führer und Generäle, insbesondere die letzteren, diese Unterlagen entweder in ihren Memoiren oder in ihren Aussagen bei Nachkriegsprozessen gegen Kollaborateure aufgedeckt, besonders

in den Prozessen gegen Pétain und Laval, aber auch bei den erschöpfenden Befragungen durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der von der Nationalversammlung den Auftrag erhalten hatte, «die Ereignisse in Frankreich von 1933 bis 1945» zu durchleuchten. Dieser Ausschuss hörte sich fünf Jahre lang, von 1945 bis 1950, Zeugnisaussagen an und sammelte Dokumente. Es war ein recht alltäglicher Anblick, dass frühere Kabinettsmitglieder, Diplomaten, Generäle und Admirale bei dieser Gelegenheit mit dickbäuchigen Aktenmappen auftraten, denen sie dann zum Beweis ihrer Unschuld Geheimdokumente entnahmen, die sie für sich behalten hatten. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss veröffentlichte mehrere hundert entscheidender Dokumente; viele stammten von den Befragten, andere wurden einer widerstrebenden Regierung entlockt. Die neunbändige Veröffentlichung des Ausschusses mit den Aussagen fast aller Hauptpersonen aus den letzten Jahren der Republik, die durchweg einem peinlichen Kreuzverhör unterworfen worden waren, stellt umfangreiches Material aus erster Hand dar.

Mehr noch: Bevor ich meine Studien in Paris in den späten sechziger Jahren abgeschlossen hatte, war das Material so umfangreich geworden, dass es einige Zeit dauerte, bis ich mich durch die Berge von Dokumenten und Aussagen hindurchgearbeitet hatte.

Die sogenannten «Wilhelmstrasse-Dokumente», herausgegeben vom deutschen Auswärtigen Amt im Jahre 1941, umfassen die Ereignisse in Frankreich vom 29. Mai 1939 bis zum 3. Juni 1940 und sind von beträchtlichem Wert. Sie bestanden aus einer Auswahl von Geheimakten des französischen Außenministeriums, verteilt in 1'800 Kartons (anscheinend dem gesamten nicht verbrannten Rest), und 30 Kartons vertraulicher Militärakten, darunter vielen Papieren von General Gamelin, dem Oberkommandierenden der französischen Armeen von 1939-1940. Deutsche Soldaten hatten die Kartons im Juni 1940 in einem französischen Eisenbahnzug entdeckt, der nach einem Bombenangriff in einem Dorf an der Loire steckengeblieben war *. Um der Veröffentlichung unter dem Titel «Die Geheimdokumente des französischen Oberkommandos» Authentizität zu verleihen, brachte das Auswärtige Amt in diesem Werk die Originale im Faksimile.

Es wäre unmöglich gewesen, die Schlacht um Frankreich zu beschreiben, wenn man dazu nicht die geheimen Befehle und Berichte des französischen Oberkommandos und der kommandierenden Frontgeneräle in Händen gehabt hätte. (Die entsprechenden deutschen Dokumente besitzen wir bereits aus den erbeuteten Unterlagen.) Trotz der gesetzlichen Einschränkungen wurden die meisten davon inzwischen zugänglich gemacht, und zwar durch die Veröffentlichungen von Oberst Pierre Lyet, einem halboffiziellen Militärgeschichtswissenschaftler. Sie erschienen sowohl in seinem Buch über den Krieg als auch in Artikeln der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Revue Historique de l'armée*. Andere Offiziere, darunter auch einige aus dem Service Historique de l'armée, haben unter der Federführung des freundlichen und gelehrten Generals de Cossé-Brissac in dieser Publikation und auch in der unschätzbaren *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*

* Am 14. April 1945 wurden sie von den Amerikanern in Thüringen zurückerobert und vierzehn Tage später nach Paris überführt. Dort liegen sie seitdem unter Schloss und Riegel.

weitere Befehle, Meldungen und Entscheidungen enthüllt. Umfangreiches Material findet man in den dreibändigen Memoiren von General Gamelin und in den Memoiren seines Nachfolgers, General Weygand. Viel hat auch General Roton, Stabschef bei General Georges, der eigentliche Kommandeur der Kampfhandlungen, in seinem veröffentlichten Tagebuch hinzugefügt. Dieses Material ist zwar nicht annähernd so vollständig wie die nach dem von Frankreich siegreich beendeten ersten Weltkrieg veröffentlichten Militärunterlagen, zu denen auch zwei Bände Befehle und Meldungen gehören, aber es reicht doch aus, ein genaues Bild der Ereignisse und insbesondere der Fehler zu zeichnen.

Die Memoiren, Aufzeichnungen und Tagebücher Prominenter aus Regierung, Parlament, Armee und Diplomatie, von denen es seit dem Ende des letzten Weltkriegs eine wahre Sturzflut gegeben hat, besitzen nach meiner Meinung einen Wert, der weit über die normale Bedeutung solcher Quellen hinausgeht. Trotz der üblichen Vorbehalte gegenüber besonderen Anliegen der Autoren (die bei Gamelin, Weygand, Paul Baudouin und Georges Bonnet manchmal erschütternd sind) werden wir hier nicht nur aus erster Hand über das informiert, was tatsächlich gesagt und getan – und manchmal auch an Ränken geschmiedet – wurde, sondern diese Werke bieten auch eine Fülle von Texten von Geheimdokumenten, die anderweitig nicht zu beschaffen wären. Ihre Richtigkeit lässt sich nicht nur anhand rivalisierender französischer Autoren überprüfen, sondern auch durch einen Vergleich mit den vertraulichen Meldungen und Memoranden der Briten, Deutschen und Amerikaner über ihren Umgang mit den Franzosen. Diese Dokumente sind jetzt grösstenteils verfügbar.

Alles in allem bin ich zu dem Schluss gelangt, dass wir jetzt trotz des «Gesetzes der fünfzig Jahre» auf dem einen oder anderen Wege so gut wie alle wesentlichen Dokumente über die letzten Jahre der Republik und ihren Zusammenbruch im Juli 1940 erreichen können.

Wie schon bei meinem Buch über das Dritte Reich schien es mir erforderlich, in der Geschichte ein Stück zurückzugreifen. Besonders wichtig empfand ich das bei der Darstellung vom Ende der Dritten Republik. Ich habe nicht versucht, eine Geschichte dieser Dritten Republik zu schreiben. Das würde mehrere Bände in Anspruch nehmen. Aber es war erforderlich, etwas tiefer zu schürfen, wenn man nicht nur begreifen wollte, was bei ihrem Untergang verloren ging, sondern auch, wie und warum dieser Sturz sich vorbereitete. Eine grosse Nation bricht auch dann, wenn ihr das schlimmste Unglück widerfährt, nicht plötzlich aus heiterem Himmel zusammen. Der Keim zum Untergang wird lange vorher gelegt. Die Spuren, die schliesslich zur Katastrophe führen, lassen sich nachzeichnen. Das gilt ganz besonders für die Dritte Republik. Man kann beobachten, wie der Keim schon im neunzehnten Jahrhundert gelegt wurde; es ist nicht schwer, die Spur aufzunehmen und sie zurückzuverfolgen.

Es stimmt schon, dass der Sturz Frankreichs das Ergebnis einer Schlacht war, die im Frühjahr und Sommer 1940 sechs Wochen lang tobte. Aber bereits Montesquieu bemerkte: «Wenn der Ausgang einer einzigen Schlacht, also eine spezielle Ursache, einen Staat ruiniert, dann gab es eine allgemeine Ursache dafür, dass dieser Staat an einer ein-

zigen Schlacht zugrunde gehen musste.» Doch nur ein Vierteljahrhundert zuvor war die Dritte Republik stark genug gewesen, waren Regierung, Armee, Volk und Institutionen standhaft genug, eine ganze Folge blutiger und verheerender Schlachten zu überstehen. In den nachfolgenden fünfundzwanzig Jahren ereignete sich etwas, das diese Kraft und Standhaftigkeit aushöhlte, so dass die Republik bei der ersten Belastung versagte und dahinschied. Mit diesem Thema befasst sich der grösste Teil dieses Buchs.

Ich habe bewusst vermieden, aus diesem Bericht Lektionen für diejenigen abzuleiten, die heute in den Demokratien der westlichen Welt leben oder sie lenken. Dem Leser wird es jedoch, so meine ich, nicht schwerfallen, seine eigenen Schlüsse zu ziehen. Die Geschichte muss für sich selbst sprechen. Ein Historiker muss schon zufrieden sein, wenn es ihm gelingt, ein wenig Licht auf die Sache zu werfen. So hat der französische Dichter und Diplomat Paul Claudel einmal gesagt: «Es genügt nicht, die Vergangenheit zu kennen. Man muss sie auch begreifen.» Daraus leitet sich die Lektion ab, die zu lernen wäre.

Wo ist Frankreich? Was wurde aus Frankreich?
GEORGES CLEMENCEAU zurzeit der Dreyfus-Affäre

Welcher Art der endgültige Triumph auch immer sein mag, es wird viele Jahre dauern, bis der Schandfleck von 1940 getilgt ist... Es war der schrecklichste Zusammenbruch in der ganzen langen Geschichte unserer nationalen Existenz.
MARC BLOCH vor seiner Hinrichtung durch die Deutschen im Jahre 1944

Die Generation, zu der ich gehöre, hat versagt.
LÉON BLUM

1924 war der Generalstab auf den Krieg von 1870 vorbereitet und 1940 auf den von 1914.
GUY LA CHAMBRE, Luftfahrtminister 1938-1940

Für uns ist die Geschichte zu einer Art von ständigem Bürgerkrieg geworden. Sie lehrt uns, einander zu hassen.
FUSTEL DE COULANGES

Wir waren an jenen letzten Tagen angelangt, als wir sowohl unsere Sünden als auch die Mittel dagegen nicht länger zu ertragen vermochten.
TITUS LIVIUS über den Niedergang Roms

Wenn es in einer Republik verschiedene Fraktionen gibt, so ist die schwächste Partei nicht mehr benachteiligt als die stärkste, sondern die Republik ist es, die benachteiligt ist. Wenn der Ausgang einer einzigen Schlacht, also eine spezielle Ursache, einen Staat ruiniert, dann gab es eine allgemeine Ursache dafür, dass dieser Staat an einer einzigen Schlacht zugrunde gehen musste.
MONTESQUIEU (Grandeur et Décadence des Romains, Ch. XVIII)

Jenes feige Nachgeben aber rettet dich nicht vom Untergänge, sondern es gibt dir nur eine kurze Frist schämlicher und ehrloser Existenz...
FICHTE nach Jena

Es genügt nicht, die Vergangenheit zu kennen. Man muss sie auch begreifen.

PAUL CLAUDEL

Prolog

1

Debakel Sommer 1940

Der Zusammenbruch der Dritten Republik in Frankreich in den lauen Tagen des Mai, Juni und Juli 1940 war ein furchterweckendes Schauspiel.

Dieser Frühling und Frühsommer brachte ein schöneres Wetter, als es irgend jemand in Frankreich seit dem Ende des vorigen Krieges erlebt hatte. Innerhalb von sechs Wochen erlitt diese alte parlamentarische Demokratie, das zweitgrösste Imperium der Welt, eine von Europas führenden Grossmächten und vielleicht die zivilisierteste, ein Land, das angeblich über eine der besten Armeen der Welt verfügte, eine totale militärische Niederlage. Die Bürger, Erben einer langen und ruhmreichen Geschichte, waren wie benommen und völlig demoralisiert.

Noch bevor sie ihre Fassung wiedererlangten, machte ein vierundachtzigjähriger seniler Marschall, ein legendärer Held des ersten Weltkriegs, unterstützt und sogar noch angespornt von einer Handvoll geschlagener Generäle und defätistischer Politiker, das Debakel vollkommen, indem er Mitte Juli mit Zustimmung eines verschreckten Parlaments die Dritte Republik und ihre demokratischen Grundsätze über Bord warf und sie durch eine faschistische Diktatur ersetzte, die sich bemühte, das totalitäre Regime der deutschen Eroberer in vielfältiger – wenn auch nicht in jeder – Hinsicht nachzuäffen.

Auf diesem Wege hofften diese Franzosen nicht nur die bitteren Folgen der Niederlage zu mildern, sondern auch die eingestandenermassen unvollkommene Demokratie auszulöschen. Diese Demokratie hatte sie zwar mit Ehren und Gunstbeweisen überhäuft und ihnen sowohl hinsichtlich ihrer Karriere als auch ihres Privatlebens grossartige Chancen geboten – ganz abgesehen von den zumeist auch wohlgefüllten Brieftaschen; sie hatten sie trotzdem schon seit langem verachtet, und jetzt, im Elend, wurde diese geschmähte Demokratie für die schreckliche Niederlage verantwortlich gemacht.

Das zwanzigste Jahrhundert war zwar übersät von den Wracks so mancher gestrandeter, einstmals mächtiger Reiche, aber eine so plötzliche und verheerende Katastrophe hatte es bis dahin noch nicht erlebt. Um eine auch nur annähernde Parallele zu entdecken, musste man schon ins vorige Jahrhundert zurückgreifen. 1806 hatte das Frankreich Napoleons 1. Preussen rasch in die Knie gezwungen. 1870 war das Frankreich Napoleons in. in zweiundvierzig Tagen von Preussen zermalmt worden. Aber im ersten Weltkrieg hatte sich Frankreich mit der Unterstützung der Alliierten nicht nur vier Jahre lang gegen den Ansturm des Erbfeindes behauptet, sondern es war 1918 auch noch siegreich aus der Auseinandersetzung hervorgegangen. Kein Wunder, dass die rasche Vernichtung Frank-

reichs durch Hitler-Deutschland im Juni 1940 nicht nur für Sieger und Besiegte wie ein Schlag vor den Kopf war, sondern auch für die meisten anderen, die den Verlauf der Schlacht von nah und fern verfolgt hatten. Verstandesmächtig schien dieser Vorgang nicht mehr erfassbar zu sein.

«Es war der schrecklichste Zusammenbruch in der ganzen langen Geschichte unserer nationalen Existenz», erklärte ein französischer Historiker* traurig¹. Für den katholischen Philosophen Jacques Maritain war es eine «noch nie dagewesene Demütigung einer grossen Nation»².

In Paris, der eroberten Hauptstadt, notierte ich am 17. Juni in meinem Tagebuch³: «Ich habe das Gefühl, dass das, was wir hier erleben, der völlige Zusammenbruch der französischen Gesellschaft ist – ein Kollaps von Armee, Regierung und Volksmoral, so verheerend, dass man es fast nicht glauben möchte**.»

Wie, so fragte ich mich, war es dazu gekommen? Wie war das überhaupt möglich? Worin bestanden die schrecklichen Schwächen, die Mängel, die Blindheit, die Fallstricke, die dieses begabte Volk in eine so jammervolle Tiefe gestürzt hatten? Ich versuchte mich zu erinnern, dass schon manchmal im Verlauf der Geschichte eine Nation nicht so sehr aufgrund der eigenen Fehler, sondern vielmehr wegen der unerwartet gewaltigen Kraft der angreifenden Nation untergegangen war. War dies hier nichts weiter als das neueste Beispiel dafür? Von Berlin aus hatte ich jahrelang Deutschlands phänomenalen Aufstieg zu einer gewaltigen Militärmacht beobachtet; die schlummernden Demokratien des Westens versuchten kaum, dem etwas Gleichwertiges entgegenzustellen. Ich hatte auch aus nächster Nähe Hitlers zynische, aber erstaunlich erfolgreiche Diplomatie verfolgt, die den Westen so spielend überlistet und den Weg für eine rasche militärische Eroberung nach der anderen geebnet hatte. Trotz alledem war das französische Debakel, in das ich nun hineingeraten war, völlig unverständlich. Nicht einmal die deutschen Generale, mit denen ich in Berlin gesprochen hatte, hatten es erwartet. Sie kannten zwar einige der Schwächen der französischen Armee und hatten auch ihre Planung darauf ausgerichtet, doch sie hatten andererseits auch einen heilsamen Respekt vor dieser Armee, teils aus eigener Erfahrung im Krieg der Jahre 1914-1918, teils aus ihrer Kenntnis der Geschichte bis zurück zu den Napoleonischen Kriegen.

Um die Mittagszeit des 17. Juni 1940 war ich im Gefolge der rasch vorstossenden deutschen Armee nach Paris gekommen. Als Neutraler war ich akkreditierter Korrespondent bei dieser Armee, da Amerika zu diesem Zeitpunkt noch nicht durch die Japaner und durch Hitler in den Krieg hineingezogen worden war. Es war einer jener wunderschönen Juni tage, strahlend schön und sonnig und trotz des wolkenlosen Himmels nicht zu heiss,

* Es handelte sich um Professor Marc Bloch von der Pariser Universität. Der Jude und Widerstandskämpfer Bloch wurde von der Gestapo verhaftet, barbarisch gefoltert und am 16. Juni 1944, wenige Wochen vor der Befreiung, in Frankreich erschossen.

** Drei Wochen zuvor, am 26. Mai, hatte der französische Innenminister Georges Mandel gegenüber General Edward L. Spears in Paris erklärt: «Es ist kein Kampfeswille vorhanden . . . Die ganze französische Nation ist zusammengebrochen⁴». Mandel, ebenfalls Jude, wurde später unter Beihilfe der Nazis von der faschistischen Miliz Frankreichs ermordet.

ein Tag, wie er das Leben in dieser alten und schönen Metropole oft so märchenhaft erscheinen lässt. Ich hatte zwischen den beiden Weltkriegen einige Jahre lang hier gelebt und gearbeitet, bevor ich in andere europäische Hauptstädte und schliesslich nach Berlin gelangte. Aber auch dann verging kein Jahr, in dem ich nicht mit irgendeinem Auftrag oder unter einem Vorwand wieder nach Paris reiste. So konnte ich – bis zu einem gewissen Grad – aus nächster Nähe die Schwierigkeiten eines Landes verfolgen, das meine zweite geistige Heimat geworden war*.

An diesem Junitag sah man auf den sonst so betriebsamen Strassen keinen einzigen Franzosen. Auf den Bürgersteigen begegnete man kaum Menschen, höchstens einmal einer Gruppe dahinschlendernder deutscher Soldaten in den feldgrauen Uniformen, die wie Touristen die berühmten Wahrzeichen der Stadt bestaunten. Die Läden waren geschlossen, die eisernen Rollgitter vor den Schaufenstern herabgelassen, die Rouleaus der Fenster in den Wohngebieten geschlossen, wie man sie sonst nur im August antraf, wenn die Hälfte aller Pariser die Stadt verliess und irgendwo am Meer oder auf dem Lande ihre Ferien verbrachte.

Nun waren die meisten Einwohner geflohen. Nach polizeilichen Schätzungen hielten sich am 14. Juni, dem Tag des deutschen Einmarsches, von den fünf Millionen Einwohnern nur rund 700'000 in der Stadt auf⁵. Zwei Tage zuvor, als eine gewaltige Rauchwolke von den brennenden Öltanks in den Vororten über der fast verlassenen Stadt hing, konnte man eine ausgebrochene Rinderherde von einer der Milchfarmen in Auteuil auf dem Place de TAIma mitten in Paris umherlaufen sehen, fast schon im Schatten des Eiffelturms drüben auf dem anderen Seineufer⁶.

Jetzt, in der dritten Juniwoche, zog ein mehrere hundert Meilen langer Treck von mehr als acht Millionen verängstigter Flüchtlinge über die Strassen südlich von Paris, zwischen der Seine und der Loire und noch weiter südlich. Noch vor der Massenflucht der Pariser beim Herannahen der Deutschen hatten sechs Millionen anderer, darunter auch zwei Millionen Belgier, Heim und Hof im Norden und Nordosten verlassen und waren mit den verschiedensten Fahrzeugen südwärts gezogen, um nicht dem Feind in die Hände zu fallen. Viele von ihnen hatten bereits im ersten Weltkrieg die deutsche Besatzung erlebt und waren entschlossen, sich und ihren Kindern diesmal dieses Schicksal zu ersparen. Da beinahe alle Strassen in Frankreich nach Paris führen, waren viele dieser Flüchtlinge in der zweiten Maihälfte durch Paris gekommen, eine beträchtliche Anzahl davon verhältnismässig bequem in überfüllten Eisenbahnzügen. Der Durchzug verlief geordnet, und manche waren in der Stadt geblieben, in der Annahme, dass Paris, wie schon 1914, gehalten würde. Ihre Ankunft verstärkte jedoch die Unruhe unter den Parisern, die in Ermangelung zuverlässiger Nachrichten von Seiten der Regierung und der Heeresleitung über die zusammenbrechende Front auf Gerüchte angewiesen waren und allmählich das Schlimmste befürchteten.

* Thomas Jefferson schrieb einmal: «Frankreich ist jedermanns zweite Heimat.»

Gegen Ende der ersten Woche der Schlacht hatte es eine böse Überraschung gegeben, als am 15. Mai bekannt wurde, dass die Deutschen an den Maasübergängen bei Sedan und nördlich davon durchgebrochen waren. Der Fall dieser Unglücksstadt hatte 1870 Frankreichs Schicksal besiegelt. Das Oberkommando hatte daraufhin die völlig überraschte Regierung davon in Kenntnis gesetzt, dass nichts mehr die feindlichen Armeen daran hindern konnte, Paris innerhalb von vierundzwanzig Stunden zu erreichen.

Ministerpräsident Paul Reynaud hatte dem neuen britischen Premierminister Winston Churchill ein eindringliches Telegramm gesandt: «Vergangene Nacht haben wir die Schlacht verloren. Der Weg nach Paris liegt nun offen⁷.»

Von Panik gepackt, hatten hohe Beamte des französischen Aussenministeriums damit begonnen, geheime Staatsakten aus den Fenstern in die Feuer zu werfen, die unten im Hof loderten. Der Rauch war die Seine hinauf zur nahe gelegenen Deputiertenkammer gezogen und hatte die Abgeordneten darauf hingewiesen, dass es höchste Zeit wurde, an die eigene Flucht zu denken. Es sprach sich in Paris herum, und viele Bürger reisten überstürzt ab. Doch die deutschen Panzerkolonnen waren an Paris vorbeigerollt. Sie waren ungehindert nach Westen in Richtung auf den Kanal vorgestossen und hatten die Elite der französischen Armee, das gesamte belgische Heer und neun der zehn Divisionen der britischen Expeditionstreitmacht in Flandern abgeriegelt. Das bedeutete eine Atempause für Paris.

Am Sonntag, dem 19. Mai, einen Tag nachdem der vierundachtzigjährige Marschall Henri Philippe Pétain, der Held von Verdun, als Stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung eingetreten war, versammelten sich die Mitglieder von Regierung und Parlament, angeführt vom Präsidenten der Republik und vom Ministerpräsidenten, in der Kathedrale von Notre-Dame zum Gebet um die Errettung durch ein Wunder. Genau an diesem Tag löste der dreiundsiebzigjährige General Maxime Weygand, Fochs Adjutant im ersten Weltkrieg, den schwankenden Generalissimus Maurice Gamelin als Oberkommandierender ab. Der Achtundsechzigjährige war einst Joffres Adjutant gewesen*. Zweifellos dachten sie an das «Wunder» an der Marne, als die heranstürmenden Deutschen im zweiten Monat der Schlacht von 1914 vor Paris aufgehalten wurden. Damals bedeutete dieser Erfolg eine Wende des Krieges. Doch jetzt, gerade am zehnten Tag des Krieges, gab es keinen Joffre, keinen Foch und keinen Gallieni, der die französische Armee hätte führen und mitreißen können. Ihre Nachfolger Gamelin, Weygand und Georges waren aus einem anderen Holz geschnitzt.

Die vom Kardinal-Erzbischof von Paris angeführten Gebete wurden nicht erhört. Am 28. Mai kapitulierte die belgische Armee bedingungslos. Die Deutschen rieben erst die umzingelten französischen Streitkräfte auf, soweit sie nicht zusammen mit den Briten von Düнкirchen aus über den Kanal entweichen konnten oder wollten, und nahmen am 5. Juni ihre Offensive an Somme und Aisne wieder auf. Die französischen Verteidiger

* «Ein herrlicher Tag . . . Nichts konnte die Schönheit der blühenden Kastanien, den strahlenden Glanz von Bois, Champs Élysées und Seine beeinträchtigen», erinnert sich Vincent Sheean, ein amerikanischer Korrespondent und Schriftsteller. Doch als er vor der Kathedrale den Auszug der Würdenträger beobachtete, fiel ihm die «leere, höfliche Gleichgültigkeit in den Gesichtern, die sich ihnen aus der Menge zuwandten» auf

waren nun im Verhältnis zwei zu eins unterlegen und wurden nur noch von einer britischen Division unterstützt; sie wichen rasch zurück. Am 9. Juni war der Feind so nahe an Paris herangerückt, dass die französische Regierung beschloss, am nächsten Abend abzureisen. Als die Pariser von der Flucht ihrer Regierung hörten, flohen sie auch.

Zwischen dem 9. und 13. Juni, dem Tag, an dem die Deutschen vor den Toren der Stadt erschienen, brachen zwei Millionen Pariser – Männer, Frauen und Kinder – in panischer Hast nach Süden auf. Sie packten nur wenige Habseligkeiten auf die Dächer ihrer Kleinautos, auf die Gepäckträger von Motorrädern und Fahrrädern, in Kinderwagen, Handkarren und viele andere Gebilde auf Rädern, die sie gerade erwischen konnten. Viele von ihnen flohen zu Fuss*. Sie hatten keine Ahnung, wohin es ging. Sie wollten nur nicht den Deutschen in die Hände fallen, die unter Hitlers barbarischem Regime angeblich noch grausamer vorgehen sollten als zurzeit Kaiser Wilhelms n., als sie 1914 bei der Überrennung Belgiens und Nordfrankreichs viele Geiseln erschossen **.

Für die vielen plötzlich in Bewegung geratenen Millionen war weder für Essen und Trinken noch für Unterkunft gesorgt. Die Behörden hatten nicht mit einem so gewaltigen und mitleiderregenden Exodus gerechnet. Wenn diese verzweifelten Menschen nachts rasteten, schliefen sie in ihren Wagen oder unter freiem Himmel. Tagsüber organisierten sie Esswaren, wo immer welche aufzutreiben waren, manchmal auch durch Diebstahl. Die Städte und Dörfer, durch die sich der Zug auf den verstopften Strassen mühsam vorwärtsschob, waren zumeist von den eigenen Bewohnern schon verlassen worden; diese hatten sich in einer Art von Kettenreaktion den ersten auftauchenden Flüchtlingstrecks angeschlossen. Somit waren Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien geschlossen, die Regale leer. Einige Bauern entlang des Fluchtwegs verteilten Nahrungsmittel und Wasser, häufig zu wahren Wucherpreisen, aber das war nur ein Tropfen auf den heissen Stein ***.

Wir in Paris erfuhren durch zurückkehrende Korrespondenten von diesem verängstigten, führerlosen Menschenhaufen auf der Flucht nach Süden. Die Strassen waren so verstopft, dass man, selbst wenn der Treibstoff reichte und die überhitzten Motoren sich weiterdrehten, von Glück sagen konnte, wenn man an einem Vierundzwanzigstundentag vierzig bis fünfzig Kilometer zurücklegte. Die Autos waren mit Familienangehörigen vollgestopft, die Wagendächer mit festgezurrttem Gepäck überladen, darüber noch eine Matratze, von der man hoffte, dass sie irgendwie gegen Bomben von oben schützen sollte. Die deutsche Luftwaffe, die zunächst unter den französischen Truppen Angst und Schrecken verbreitet hatte, bombardierte jetzt nämlich Zivilflüchtlinge, insbesondere Menschenansammlungen, die sich vor Brückenauffahrten und Kreuzungen stauten.

* Zehntausende, die sich in den Pariser Bahnhöfen wie die Sardinen drängten, konnten in Zügen entkommen. Zwischen dem 8. und 13. Juni verliessen 198 Personenzüge, 87 Frachtzüge und 37 Postzüge, alle mit Männern, Frauen und Kindern vollgestopft, die Bahnhöfe der Stadt in Richtung Südwesten. In dem Debakel war die französische Eisenbahn anscheinend die bei weitem am besten funktionierende Organisation im ganzen Land. Sie hatte daneben noch den grössten Teil der Truppentransporte zu bewältigen •

** Insgesamt wurden während des zweiten Weltkriegs von den Deutschen 29 660 französische Geiseln hingerichtet

*** In der Nähe von Chartres gab es einen Bauern, der neben seiner Wasserpumpe stand und einer grossen Gruppe durstiger Flüchtlinge zurief: «Herbei! Raus mit dem Geld! Ein Glas Wasser zehn Sous, zwei Frar.cs die Flasche ¹¹⁾»

Diese wären militärische Ziele gewesen, wenn sie von französischen Soldaten verteidigt worden wären. Seit einer Woche gesellten sich zu den deutschen Fliegern auch noch die Italiener, von denen die entsetzten Flüchtlinge den Eindruck hatten, dass sie die Deutschen bei ihren Angriffen noch übertrafen¹².

Am 10. Juni war Italien auf der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten und hatte versucht, den Rest des geschlagenen Frankreich zu überfallen*. Eine Woche lang kam die italienische Armee um keinen Schritt voran, und bis zum Ende des Krieges sollte es ihr gegen die Handvoll französischer Soldaten, die die Alpenpässe verteidigten, nicht gelingen, in die Riviera einzubrechen. Aber gegen die sich stauenden Massen verzweifelter Zivilisten auf den Strassen operierten die Italiener aus der Sicherheit des unverteidigten Luftraums heraus erfolgreicher.

Entlang der überfüllten Hauptverbindungsstrassen mischten sich nun auch französische Soldaten unter die Zivilisten. Es war ein verzweifelter Versuch, dem nachstossenden Feind zu entrinnen. Die meisten dieser Soldaten waren in den Wirren des Rückzugs von ihren Einheiten abgeschnitten worden und hatten ihre Waffen weggeworfen. Sie gingen rasch in den Kolonnen der Flüchtlinge unter. Noch intakte und bewaffnete Einheiten drängten sich in Städten und Dörfern oder an Brückenzugängen und warteten auf Befehle, die nie gegeben wurden. Der Präsident der Republik, Albert Lebrun, am 14. Juni selbst auf der Flucht von Tours nach Bordeaux, bemerkte¹⁸: «Die Städte und Dörfer sind voller Soldaten, die nichts zu tun haben. Was liegen sie da herum, wenn sie woanders so dringend gebraucht werden?» Ausgerechnet er musste hinzufügen: «Ein Rätsel!»

Da die Flüchtlinge die Strassen blockierten, behinderten sie nicht nur die Bewegungen jener Truppenteile, die sich dem Ansturm der Deutschen entgegenstemmen wollten, sondern sie hielten auch häufig zurückflutende Einheiten so lange auf, bis sie von Panzerverbänden des Gegners überrannt und gefangengenommen wurden. Der Generalstab der siebten französischen Armee, der sich von der Seine an die Loire zurückzog, klagte: «Durch den Zustrom von Flüchtlingen, die mit ihren Autos und Karren die Strassen verstopfen, ist jede Bewegung fast unmöglich geworden. Die Dörfer und Strassenkreuzungen stellen unglaubliche Engpässe dar^u.»

Am demoralisierendsten für alle Armee-Einheiten, die noch zu kämpfen versuchten, waren jedoch die Bemühungen der Zivilisten, sie von weiterem Widerstand, bei dem ihre Häuser und Läden hätten Schaden nehmen können, abzuhalten. In einem Dorf am Indre löschten die Einwohner die bereits glimmenden Zündschnüre von Sprengladungen, mit denen die Pioniere die dortige Brücke zerstören und damit den Vormarsch der Deutschen behindern wollten. Französische Truppen, die sich bei Poitiers verschanzten, sahen zu ihrem Erstaunen, wie der Bürgermeister mit einer weissen Fahne den Deutschen entgegenfuhr, um die Stadt zu übergeben. Er wusste, dass die Stadtbewohner hinter ihm

* Das veranlasste Präsident Franklin Roosevelt, der an jenem Abend in Charlottesville in Virginia eine Rede hielt, zu dem Ausspruch: «An diesem zehnten Juni 1940 hat die Hand, die den Dolch hielt, ihn dem eigenen Nachbarn in den Rücken gestossen.»

standen. Sie hatten angedroht, die Barrikaden niederzureissen, die vom Militär errichtet worden waren ¹⁵. Die französische Zivilbevölkerung hatte – wie so viele der Soldaten – keine Lust mehr, den erst vor einem Monat ausgebrochenen Kampf noch fortzusetzen. Vielleicht spielte es jetzt auch keine grosse Rolle mehr. Die noch verbliebenen französischen Armeen, die versucht hatten, erst Somme und Aisne und dann die Ufer von Seine und Marne zu halten, waren entweder von deutschen Panzerkolonnen zerschlagen worden, oder sie befanden sich auf einem überstürzten Rückzug in Richtung auf die Loire und den Oberlauf der Seine östlich von Paris. Am 11. Juni schätzte General Alphonse Georges, Oberbefehlshaber der zusammenbrechenden Front, dass ihm vom Meer bis an den Beginn der Maginot-Linie insgesamt nur noch rund dreissig Divisionen verblieben waren; eine Woche zuvor waren es noch sechzig gewesen. Die Truppen waren erschöpft von dem Versuch, bei Tage zu kämpfen und sich nachts zurückzuziehen. Am 12. Juni wurde das gewaltige Festungswerk der Maginot-Linie im Osten, das der Feind nicht durchstossen hatte, auf Befehl von General Weygand aufgegeben. Doch diese Massnahme erfolgte zu spät. Vier Tage später wurden die 400'000 Verteidiger der Grenzfestungen auf dem Rückmarsch von den Deutschen eingekesselt.

Nach der Preisgabe von Paris war das Oberkommando vorübergehend nach Briare an der Loire, einem Ort östlich von Tours, verlegt worden. Dort verbrachte General Weygand, unterstützt von Marschall Pétain, einen guten Teil seiner Zeit damit, dass er die immer katastrophaler klingenden Meldungen von der Front an die Regierung weiterleitete und auf ein Eingeständnis der Niederlage sowie die Beendigung des aussichtslos gewordenen Kampfes drängte.

Bei der Regierung selbst herrschte heillose Verwirrung. Auf dem Herweg von Paris hatten sich die Kabinettsmitglieder und die Reste ihrer Mitarbeiter die ganze Nacht hindurch bemüht, sich auf verstopften Strassen durch die Massen der Flüchtlinge hindurchzuarbeiten. Am Morgen des 11. Juni hatten sie die Loire erreicht und im Umkreis von Tours weit verstreut verschiedene Châteaux bezogen. In jedem der Schlösser gab es nur ein einziges antiquiertes Telefon (zumeist in der Toilette im Erdgeschoss). Keiner der Apparate funktionierte zuverlässig, und man konnte damit auch nur das nächstgelegene Dorf erreichen. Dort beharrte das Telefonpersonal auf seiner zweistündigen Mittagspause und dem pünktlichen Feierabend um 18 Uhr.

So hatten die Minister untereinander kaum Verbindung und überhaupt keinen Kontakt zur Aussenwelt. Paul Baudouin, Staatssekretär im Aussenministerium und Chef des heimatlosen Aussenamtes, verfügte über eine einzige Informationsquelle: ein tragbares Feldradio, das der britische Botschafter in weiser Voraussicht mitgebracht hatte. Als Baudouin am Nachmittag des 11. Juni den Präsidenten der Republik im Château de Cange aufsuchte, traf er den ersten Mann im Staate «völlig isoliert» an, «ohne Nachricht vom Ministerpräsidenten, ohne Nachricht von der Heeresleitung, deprimiert, niedergeschlagen. Er weiss überhaupt nichts ¹⁶.»

Das Parlament, das vielleicht die kopflose Regierung in ihrer Entschlossenheit hätte bestärken können, trotz des Umfalls der Generalität weiterzukämpfen, konnte während

einer so überstürzten Flucht nicht einberufen werden. Jedermann wusste, dass der Aufenthalt an der Loire wegen der nachdrängenden Deutschen nur von kurzer Dauer sein würde, aber niemand wusste, wohin die Regierung von hier aus fliehen würde. Am 12. Juni versuchte Reynaud, selbst müde und entmutigt, aber immer noch zum Kampf entschlossen, seine Kollegen zu einer Verlegung der Regierung nach Westen, auf die bretonische Halbinsel, zu überreden; dort hoffte er sich mit britischer Hilfe behaupten zu können. Doch er wurde überstimmt. Bordeaux, wo sich die Regierung 1914 während der Marne-Schlacht schon einmal vorübergehend aufgehalten hatte, erschien den meisten als ein sichererer Zufluchtsort. General Weygand selbst hatte die Regierung aufgefordert, auf das Risiko der Gefangennahme hin in Paris zu bleiben. Das veranlasste Präsident Lebrun zu der Feststellung, der General müsse «verrückt geworden sein»¹⁷.

Dem ausländischen Beobachter erschienen sie alle ein bisschen verrückt, diese Führer von Regierung und Armee, die an der Loire hin und her fuhren und sich darüber stritten, was als nächstes zu tun sei. General Sir Edward L. Spears, Churchills Verbindungs-offizier zu Reynaud, nannte es ein «Irrenhaus». Er war sehr aufgebracht, als er am Morgen des 13. Juni zu einem Besuch beim Ministerpräsidenten im Château de Chissay erschien.

*Auf dem Hof erblickte ich zu meinem grössten Erstaunen Madame de Portes in einem Morgenmantel über einem roten Pyjama. Sie stand auf der Treppe zum Haupteingang und regelte den Verkehr. Mit lauten Rufen wies sie die Fahrer an, wo sie zu parken hätten*¹⁸.

Gräfin Helene de Portes, Reynauds Mätresse, übte, wie man wusste, einen ebenso eigenartigen wie beachtlichen Einfluss auf den Ministerpräsidenten aus. Der empörte britische General spürte jetzt, dass sie diesen Einfluss weidlich ausnutzte. Sie hatte sich mit Pétain, Weygand, Baudouin und anderen Defätisten verbündet und bedrängte ihn, für Frankreich den Krieg zu beenden.

Bis vor wenigen Tagen hatte eine andere adelige Dame sehr im Vordergrund gestanden, nämlich die Marquise de Crussol, Edouard Daladiers Mätresse. Die beiden Damen waren ebenso erbitterte Rivalen wie ihre erlauchten Geliebten. Mit ihrem brennenden Ehrgeiz im Interesse des jeweiligen Freundes hatten sie noch zur Intrige, Verwirrung – und Unsicherheit – in der französischen Politik mit beigetragen. Aber Daladier, zehn Jahre lang eines der politischen Bollwerke der Dritten Republik und bei Kriegsbeginn Ministerpräsident und Verteidigungsminister Frankreichs, hatte seine Macht eingebüsst, als ihn Reynaud, der am 21. März sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde, schliesslich am 5. Juni, auf dem Höhepunkt des Debakels, ganz aus der Regierung entfernte. Was die weibliche Hauptrolle betraf, hatte die Gräfin de Portes nun die Bühne für sich allein. Sie flatterte hin und her, sie wütete, tobte, weinte und intrigierte, um den Mann, den sie angeblich liebte und für den sie solchen Ehrgeiz an den Tag legte, zu einer Handlungsweise zu veranlassen, die er offensichtlich entschieden ablehnte.

An jenem 14. Juni, als die deutsche Armee in Paris einrückte, floh die französische Regierung von ihrer Zwischenstation an der Loire nach Bordeaux in der südwestlichen Ecke Frankreichs. Das Ende nahte. Am späten Abend trafen die Kabinettsmitglieder, nachdem sie sich qualvoll durch die von ungezählten Flüchtlingen und Soldaten hervorgerufenen Verkehrsstauungen hindurchgekämpft hatten, erschöpft und demoralisiert in der Hafenstadt ein. General Spears, der Reynaud um Mitternacht besuchte, fand ihn «ausgepumpt... ohne Hoffnung und unentschlossen»¹⁹.

General Weygand, der Oberkommandierende, reiste in seinem Sonderzug bequemer nach Bordeaux. Er traf am folgenden Nachmittag frisch ausgeruht ein, bereit, dem Ministerpräsidenten entgegenzutreten. Doch so erschöpft und deprimiert dieser auch war, er weigerte sich immer noch hartnäckig, aufzugeben. Der General war davon überzeugt, dass ein weiterer Kampf gegen die Deutschen sinnlos war. Er konzentrierte sich lieber auf den Kampf gegen Paul Reynaud und eine Regierung, die er verachtete.

Am Wochenende des 15. und 16. Juni erfolgte in Bordeaux der entscheidende Zusammenstoss zwischen diesen beiden so grundverschiedenen Männern. Reynaud bestand darauf, General Weygand sollte eine vorübergehende Feuereinstellung fordern, um der Regierung Gelegenheit zu geben, nach Französisch-Nordafrika überzusetzen und den Kampf von dort aus fortzusetzen. Weygand lehnte mit der Begründung ab, ein solcher Schritt ginge gegen die Ehre der französischen Armee. Er verlangte, dass die Regierung, die den Krieg erklärt hatte, nun die Deutschen um Waffenstillstand bitten sollte. Der ehrwürdige Marschall Pétain unterstützte ihn dabei. Während einer Kabinettsitzung am Morgen des 16. Juni reichte er schriftlich seinen Rücktritt ein. Die Regierung müsse, so erklärte er, «unverzüglich die Feindseligkeiten einstellen». Viele Minister begannen unter der Führung des anderen Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Camille Chauvets, des grossen Meisters der Kompromisse, mit den Militärs zu sympathisieren.

Da sich Paul Reynaud nunmehr der Opposition der Mehrheit seines Kabinetts sowie des Oberkommandos gegenüber sah, gab er nach und dankte am 16. Juni, kurz nach 20 Uhr, ab. Der Präsident der Republik, der bereits aufgegeben hatte, nominierte sofort Pétain als seinen Nachfolger. An diesem schicksalsschweren Sonntag bat eine halbe Stunde nach Mitternacht die neue französische Regierung des Marschalls mit Weygand als Verteidigungsminister die Deutschen um Waffenstillstand.

In der kleinen Lichtung im Wald von Compiègne bei Rethondes, nördlich von Paris, genau an derselben Stelle, an der die geschlagenen Deutschen am 11. November 1918 einen Waffenstillstand unterzeichnet hatten, wurde ich am 22. Juni 1940 Zeuge, wie nun die Franzosen ihrerseits kapitulierten. Die Feindseligkeiten wurden am 24. Juni um 0.35 Uhr beendet, nachdem die Franzosen am selben Abend in Rom auch einen Waffenstillstand mit den Italienern unterschrieben hatten. Tags zuvor war Pierre Laval, der zu seinem grössten Ärger schon seit 1936 in der Versenkung verschwunden war, zum Aussenminister der Pétain-Regierung ernannt worden. Schon im Wirrwarr von Bordeaux hatte er begonnen, der Dritten Republik das Grab zu schaufeln – der Republik, die

ihm die höchsten politischen Ehren hatte zuteil werden lassen, der er es jedoch niemals vergeben konnte, dass sie ihm vier Jahre lang Amt und Würden verwehrt hatte. Sie hatte ihn «ausgespien», wie er sagte, und nun wollte er sie «ausspeien»²⁰.

Zusammen mit Pétain, Weygand und anderen Gesinnungsgenossen vollendete er dieses Werk am 10. Juli in Vichy. Gemeinsam überrumpelten sie die verschreckte Nationalversammlung und veranlassten sie, sich und damit die Dritte Republik aufzulösen und den greisen Marschall als Diktator einzusetzen. Hinter den Kulissen begann Laval nun die Fäden zu ziehen.

Ich war inzwischen auf meinen Posten in Berlin zurückgekehrt. Dort erfuhr ich über den Rundfunk von dem Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung in Vichy. Es war kaum zu glauben. Wir wussten damals nichts von dem Druck, der auf die Deputierten ausgeübt worden war, nichts vom Ausmass der Verwirrung, in der sie zusammentraten, nichts von dem furchterregenden Ausmass ihres moralischen Zusammenbruchs, den Machenschaften Lavals und seiner Parteigänger, den Ideen und Ambitionen des halb-senilen Marschalls Pétain. Für das geschlagen am Boden liegende Volk war der Held von Verdun jedoch, wie jeder erkennen konnte, der diese letzten tragischen Tage in Frankreich miterlebt hatte, als strahlender Hoffungsstern aufgegangen. Dennoch erschien es mir unbegreiflich, dass die Franzosen – und sei das Debakel noch so niederschmetternd – mit einem einzigen unbedachten Schritt das Rad ihrer Geschichte zurückdrehen und ihren Nationalcharakter sowie ihre demokratischen Einrichtungen so niederträchtig verleugnen konnten.

Ich stellte mir wieder die gleiche Frage wie in jenen Junitagen in Paris: Wie konnten die Franzosen in diesen Zustand verfallen? Was waren die Gründe für diese rasche militärische Niederlage und den plötzlichen politischen und moralischen Zusammenbruch? Hatten die Franzosen ehrlich gekämpft – wie im letzten Krieg gegen die Deutschen? Ich selbst hatte wenig davon bemerkt, aber ich hatte ja auch nicht alle Schlachtfelder besucht und überhaupt sehr wenig vom Kampf gesehen. Die Front hatte sich zu rasch bewegt, als dass man hätte Schritt halten können. Es stimmte zwar, dass eine verheerende militärische Niederlage oft ein Regime zu Fall bringt, das für sie verantwortlich ist, wie das 1870 in Frankreich und 1918 in Deutschland und Österreich-Ungarn der Fall war; aber hatte es die Dritte Republik wirklich nötig, Harakiri zu begehen, wie das offenbar am 10. Juli 1940 in Vichy geschehen war? Das französische Volk war jedenfalls nicht gefragt worden.

Und wer war verantwortlich für den niederschmetternden Zusammenbruch von Armee und Regierung? Die Generäle, die ihre Armee so schlecht vorbereitet und geführt hatten? Die Politiker, die es – wie Vichy bereits behauptete – verabsäumt hatten, diese Armee mit den nötigen Waffen auszurüsten? Oder lag die Hauptverantwortung beim französischen Volk selbst, das, wie die Vichy-Anhänger und ein Teil des katholischen Klerus schon behaupteten, unter dem «gottlosen» republikanischen Regime aufgeweicht worden war? Welche Verantwortung lag bei der extremen Rechten mit ihrer Abneigung

gegen die Republik und ihrer Sympathie für die faschistischen Diktatoren, oder bei der extremen Linken, bei den Kommunisten, die sich auch dann noch sklavisch nach dem Befehl Moskaus richteten, als dieser, wie zum Beispiel nach dem deutsch-sowjetischen Pakt vom August 1939, Frankreichs lebenswichtigsten Interessen zuwiderlief? Bewies der Sturz Frankreichs, wie Laval behauptete, dass die Demokratien unserer Zeit den Diktaturen nicht standzuhalten vermochten? War die Demokratie in der westlichen Welt, wie Vichy – nach Rom und Berlin – erklärte, wirklich erledigt? War Frankreichs Zusammenbruch unvermeidbar, die logische Folge einer jener geradlinigen historischen Entwicklungen, von denen manche Historiker – wie zum Beispiel Spengler und Toynbee – behaupteten, sie nachträglich durchschauen zu können?

War der Zusammenbruch deshalb unvermeidbar, weil der Preis des Sieges von 1918 – fast eineinhalb Millionen gefallener Franzosen – so mörderisch hoch gewesen war, dass Frankreich sich nicht hatte hinreichend erholen können, um den industriell weiter fortgeschrittenen Deutschen nach so kurzer Zeit ebenbürtig begegnen zu können? Hätten die Briten, die selbst nach der achtmonatigen Gnadenfrist des «Scheinkrieges» nur verhältnismässig wenige Truppen und Flugzeuge zur Verfügung stellten, mehr tun können? Und hätte man in diesem Falle die Deutschen wie schon 1914 in Frankreich aufhalten können, da doch damals der britische Beitrag noch geringer war, weil die Kampfhandlungen unmittelbar nach der Kriegserklärung begannen? Hätte sich das französische Debakel abwenden lassen, wenn wie im ersten Weltkrieg die Zeit für eine amerikanische Intervention ausgereicht hätte?

Ich sass in jenem erschütternden Sommer in Berlin und dachte über diese Fragen nach, während ausserhalb Grossbritanniens fast jeder in Europa – und galt dies nicht auch für die Vereinigten Staaten? – glaubte, dass die Alte Welt unter die skrupellose Herrschaft Adolf Hitlers und seiner Herrenrasse von eigenen Gnaden fallen musste. Die Deutschen, die Männer in Vichy und sogar manche Amerikaner waren sicher, dass Hitler die «künftige Strömung» verkörperte. Vielen von uns, die während der Hitlerzeit in Deutschland gelebt hatten, war klar, dass ein vom deutschen «Herrenvolk» beherrschtes Europa zu einer langen Nacht gedankenloser Barbarei verdammt sein musste. Pétain und Weygand hatten das anscheinend nicht begriffen, und Laval war es vielleicht gleichgültig.

Selbst in jenem finsternen Sommer 1940 konnte ich mich nicht zu der Überzeugung durchringen, dass Europa ein so trauriges Schicksal beschieden sein sollte. Das zeigen meine Rundfunksendungen, meine Meldungen und mein Tagebuch. Niemals verlor ich die Hoffnung, dass Hitler schliesslich doch gestürzt, sein brutales Reich zerschlagen und in der Welt so etwas wie Sitte und Anstand wiederhergestellt würden. Dann würde ich den Versuch unternehmen, herauszufinden, wie Europa an den Rand eines solchen Abgrundes geraten konnte. Als erstes stand die Aufgabe vor mir, der Entwicklung in Deutschland auf den Grund zu gehen und nach Möglichkeit aus eigener Erfahrung sowie aus allen irgendwie erreichbaren Dokumenten zu ergründen, wie es geschehen konnte, dass ein so grosses und kultiviertes Volk wie die Deutschen mitten im zwanzigsten Jahrhundert in die Barbarei des Dritten Reiches zurücksinken konnte. Sodann wollte ich mich

den Franzosen zuwenden, mit denen ich zugegebenermassen mehr sympathisierte. Ich wollte herausfinden, warum dieses Volk – ebenso gross und noch zivilisierter und während des grössten Teils des vergangenen Jahrhunderts Vorkämpfer für persönliche Freiheit, für Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Menschen – in diesem Frühsommer des Jahres 1940 so schnell und so leicht in die Knie gezwungen wurde/warum es einen Zusammenbruch erlitt, der schrecklicher und totaler war als jeder andere zuvor in seiner ganzen langen Geschichte.

Der Zufall hatte mich zum Augenzeugen eines grossen Teils dieser beiden welterschütternden Ereignisse werden lassen. Aber obgleich ich sie Schritt für Schritt miterlebte und über das berichtete, was ich in den ganzen turbulenten Jahren täglich beobachtete, gab es doch offenbar noch vieles, was ein Journalist weder wissen noch verstehen konnte, wenn er unter dem Druck täglicher Schlusstermine und grösstenteils ohne Kenntnis der Staatsgeheimnisse zu arbeiten hatte.

Zwei Jahrzehnte später entledigte ich mich des ersten Teils dieser Aufgabe, die den Aufstieg und Fall des Dritten Reiches betraf, nach bestem Vermögen. Dann wandte ich mich dem zweiten Teil zu, der Untersuchung des Zusammenbruchs der Dritten Republik in Frankreich. Die Wurzeln dieser Ereignisse reichen weit zurück – bis zur Geburt dieser Republik und noch weiter.

ERSTES BUCH

Der Aufstieg der Dritten Republik
1871-1919

Eine Missgeburt und die ersten Kinderkrankheiten 1871-1891

Der Dritten Republik schien allein schon durch ihre Missgeburt und die aus den turbulenten Jahren nach der grossen Revolution von 1789 ererbten Meinungsverschiedenheiten ein kurzes und stürmisches Dasein beschieden zu sein. Dass sie überhaupt aus der Taufe gehoben wurde, war schon ein Wunder. Die grosse Mehrheit der Nationalversammlung, die zur Errichtung eines Nachfolgeregimes für das gestürzte Reich Napoleons in. gewählt wurde, neigte nämlich zu einer Monarchie. Und es ist weiterhin ein Wunder, dass sie so lange am Leben blieb – länger als jede andere Regierungsform seit dem Sturz Louis' XVI. – , denn der grösste Teil der französischen Oberschicht widersetzte sich allein schon ihrer blossen Existenz und kämpfte lange Zeit darum, sie zu untergraben und zu Fall zu bringen. Dahinter standen so mächtige Institutionen wie die Kirche, die Armee und die Bürokratie des gehobenen Beamtenstandes einschliesslich der Gerichtsbarkeit.

Sie kam durch einen Zufallstreffer zustande. Die 1871, nach dem Debakel der raschen und beschämenden Niederwerfung Frankreichs durch Preussen, gewählte Nationalversammlung wollte eigentlich gar keine Republik. Nahezu zwei Drittel ihrer Mitglieder – etwa 400 der insgesamt 650 Deputierten – waren Monarchisten. Aber sie konnten sich auf keinen König einigen. Einige wollten den Comte de Chambord, den legitimen Bourbonen-Erben; andere waren für den Comte de Paris, den Thronprätendenten der Orleans-Linie. Einige wenige erhofften sich die Wiederkehr eines neuen Bonaparte.

«Es gibt nur einen Thron», erklärte Adolphe Thiers, Präsident der Provisorischen Republik, 1873 der Nationalversammlung. «Auf ihm können nicht drei Männer gleichzeitig sitzen.» Thiers selbst, der einst unter dem Orleans-König Louis-Philippe als Chefminister gedient hatte, wurde widerstrebend für die Republik gewonnen. «Sie spaltet uns noch am wenigsten», sagte er später und legte damit den Finger auf eine ihrer Schwächen, unter der sie bis zuletzt krankte: ihre Neigung zu Verneinung und Kompromiss, ihre Unfähigkeit, die ganze Nation von sich zu überzeugen und zu einigen.

Seit 1792 Louis XVI. schliesslich abgesetzt, verhaftet, abgeurteilt und geköpft worden war, hatten die Franzosen so ziemlich jede nur erdenkliche Regierungsform ausprobiert: eine kurzlebige Republik, die im Terror eines Robespierre gipfelte und 1795 von einer Art konstitutionellen Republik unter einem Direktorium abgelöst wurde; sie dauerte an, bis Napoleon Bonaparte 1799 als Erster Konsul an die Macht gelangte; das Napoleonische Reich von 1804 bis 1814; die Bourbonische Restauration unter Louis XVIII. und Charles X. von 1814 bis 1830 (mit Ausnahme der hundert Tage nach Napoleons Rück-

kehr von Elba); dann die Zweite Republik von 1848 bis 1852; danach das Zweite Napoleonische Reich unter Louis Napoleon, dem ersten und einzigen gewählten Präsidenten der Republik, der bereits 1851 für sich diktatorische Vollmachten in Anspruch nahm und sich selbst im darauffolgenden Jahr zum Kaiser ausrief. Er und sein Reich wurden 1870 gestürzt, als Preussen Frankreich eine vernichtende Niederlage beibrachte. Am 4. September, zwei Tage nach der Gefangennahme des Kaisers bei der Kapitulation in Sedan, rief Léon Gambetta als Anführer des revolutionären Mobs in Paris eine neue Republik aus. Aber erst knapp fünf Jahre später entschieden sich die Mitglieder der Nationalversammlung widerstrebend für eine Republik, in dem Bemühen, endlich irgendeine Form von dauerhaftem Regime zu finden, um dem Land die nach einer langen Periode der Ungewissheit so dringend benötigte politische Stabilität zu geben, und entmutigt von den vergeblichen Versuchen, sich auf einen König zu einigen, der den Thron einer Monarchie hätte einnehmen können, deren Restauration in dieser oder jener Form die meisten von ihnen wünschten.

Wie eine monarchistische Mehrheit an der Aufgabe scheiterte, sich auf den künftigen König zu einigen, das ist eine so lange und komplizierte Geschichte, dass sie in einem solchen Buch unmöglich in allen Einzelheiten erzählt werden kann. Französische Historiker geben dazu – je nach ihrem politischen Standpunkt – voneinander abweichende Darstellungen und Erklärungen. Doch die meisten von ihnen sind sich darin einig, dass es hauptsächlich an der Unnachgiebigkeit des legitimen Thronbewerbers, des Comte de Chambord, lag, wenn ihm die Wiedereinsetzung der Bourbonen auf dem französischen Thron misslang. Er hatte nach Jahrzehnten des Exils in einem österreichischen Landschlösschen jeden Kontakt zur Wirklichkeit und zur öffentlichen Meinung in Frankreich verloren. Die beiden Kandidaten für den Thron waren Chambord, der Enkel Charles' X., und der Comte de Paris als Enkel des Orleans-Königs Louis-Philippe. 1873 wurde eine scheinbar vernünftige Lösung zur Beilegung der Rivalität zwischen den beiden Bourbonen-Häusern gefunden: man einigte sich darauf, dass der dreiundfünfzigjährige, kinderlose Chambord König werden sollte, während der fünfunddreissigjährige Familienvater Paris sein Erbe werden sollte. Damit wären die Wahl des Königs geregelt und die rivalisierenden Bourbonen wieder geeint worden.

Aber Chambord zeigte sich in einer Reihe zeitlich ungelegener und unklug abgefasster Manifeste so unnachgiebig, dass selbst die meisten seiner Anhänger zu dem Schluss gelangten, er wäre nicht der richtige König. So bestand er darauf, die Fahne Frankreichs dürfe nicht die Trikolore der Revolution sein, die der Orleaner ohne Schwierigkeiten akzeptiert hatte, sondern das weisse Fleur-de-lis-Banner der alten Bourbonenkönige. In der Vorstellung der meisten Franzosen war die blauweissrote Fahne, die Trikolore, ein Symbol der Beseitigung des Feudalismus durch die Revolution und der nachfolgenden sozialen und politischen Verbesserungen. Chambord schien diese echten Errungenschaften zu bedrohen und zu einer grundlegenden Gegenrevolution entschlossen zu sein. «Ich wünsche nicht der legitime König der Revolution zu werden!» erklärte er. Als seine

eigenen Anhänger in der Nationalversammlung darauf hinwiesen, dass er gewisse Opfer und Kompromisse nicht umgehen könne, erwiderte er: «Ich habe weder Opfer zu bringen noch Bedingungen zu akzeptieren!»

Seine Hartnäckigkeit war sein Verhängnis – und das der Monarchie. Thiers, der damalige Präsident der Provisorischen Republik, witzelte: «Von nun an wird das Volk nur einen Mann als den Begründer der Republik in Frankreich feiern – M. le Comte de Chambord. Die Nachwelt wird ihn den französischen Washington nennen!»

Natürlich gab es tieferliegende Gründe als Chambords obstinate Unbeugsamkeit. Die Spaltung unter den Franzosen, die im Leben der Dritten Republik eine so schicksalhafte Rolle spielen sollte, war einer der Hauptfaktoren. Die Legitimisten und die Orleanisten schienen sich zwar am Schluss zu einigen, da sie beide Monarchisten waren, aber dennoch trennten sie Welten. René Rémond hat einmal erklärt, sie verkörperten «zwei Systeme, zwei Religionen, zwei Geschichten, zwei Gesellschaften. Zwischen ihnen gähnte ein Abgrund*.»

Aber das war in den frühen siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht die einzige Spaltung unter den Franzosen. Eine zunehmende Minderheit waren Bonapartisten, die sich nach der Rückkehr eines neuen Napoleon sehnten. Und eine noch bedeutsamere und wesentlich rascher anwachsende Minderheit waren Republikaner. Sie vertraten die Auffassung, Frankreich hätte nun genug von Königen und Kaisern, Bourbonen und Bonapartes, und es sei allerhöchste Zeit, dass in Frankreich ein ernsthafter Versuch mit der Republik unternommen würde. Die Unfähigkeit der monarchistischen Mehrheit, einen König zu wählen, war Wasser auf ihre Mühlen.

So geschah es, dass die Gesetzgeber von Bordeaux, ermüdet von vier Jahren nutzloser Debatten darüber, wer auf dem Thron sitzen sollte, sich letztlich sozusagen in die Republik als das kleinere Übel flüchteten, und zwar mit einer Mehrheit von nur einer einzigen Stimme: Das Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung lautete 353 : 352, und es hätte sogar noch Stimmgleichheit gegeben, wenn nicht einer der antirepublikanischen Abgeordneten zur Stimmabgabe zu spät erschienen wäre. Selbst danach war es vielen Mitgliedern noch nicht klargeworden, dass sie sich tatsächlich für eine Republik entschieden hatten. Noch tags zuvor hatten sie sie abgelehnt – oder glaubten zumindest, das getan zu haben.

Nach vier Jahren Zeitverschwendung war das Gremium endlich soweit, über eine Verfassung zu diskutieren. 1874 hatte eine dreissigköpfige Kommission mehrere Verfassungsentwürfe vorgelegt. Alle waren abgelehnt worden. Jetzt, im Januar 1875, wurde über einen neuen Entwurf debattiert. Die Zeit drängte, die Sitzungsdauer der Nationalversammlung näherte sich ihrem Ende. Wenn sie sich nicht auf irgendeine Regierungsform einigte, konnte es zur Anarchie oder zu einem Staatsstreich kommen. Davon hatten die Franzosen inzwischen genug. Es liefen Gerüchte über Verschwörungen um, die auf eine gewaltsame Wiedereinsetzung eines Bourbonen- oder Bonapartistenkönigs abzielten. An der Spitze der provisorischen Regierung standen zwei rechtsgerichtete Militärs mit royalistischen Neigungen, nämlich Marschall MacMahon (von irischer Herkunft) als

Präsident und General Cissey als Ministerpräsident. Die beiden konnten eine Machtübernahme der Militärs ermöglichen.

Gegen Ende Januar gelangten zwei Zusatzartikel zur Abstimmung. Der erste, von einem Deputierten namens Laboulaye eingebracht, lautete einfach: «Die Regierung der Republik besteht aus zwei Kammern und zwei Präsidenten.» Er wurde am 29. Januar von der Nationalversammlung mit 359 gegen 336 Stimmen abgelehnt. Ein französischer Historiker schrieb dazu: «Die Nationalversammlung lehnte eine republikanische Staatsform ganz entschieden ab².» Am nächsten Tag lag ein Zusatz auf dem Tisch, den ein früherer Professor aus der Provinz, ein Altphilologe namens Wallon, eingebracht hatte. Ihm schien eine Ablehnung mit einer etwa entsprechenden Mehrheit sicher zu sein. Der Entwurf lautete: «Der Präsident der Republik wird mit absoluter Mehrheit vom Senat und der als Nationalversammlung tagenden Kammer gewählt. Seine Amtszeit beträgt sieben Jahre, eine Wiederwahl ist zulässig.» Nichts daran war offenkundig neu. Marschall MacMahons Amtszeit als «Präsident der Republik» war von der Nationalversammlung schon 1873 auf sieben Jahre festgesetzt worden, weil die monarchistische Mehrheit angenommen hatte, dass sich innerhalb dieser Frist die Differenzen zwischen den beiden Königshäusern würden beilegen lassen. Der Präsident sollte sodann einem König Platz machen. Aber Wallons Zusatzentwurf wurde hitzig diskutiert. Wallon selbst, ein Gemäßigter, der sich niemals als Republikaner betrachtete, entschuldigte sich bei Gott und der Welt dafür, dass er ihn überhaupt eingebracht hatte³. Am 30. Januar 1875 kam der Vorschlag mit 353 zu 352 Stimmen knapp durch.

Den Mitgliedern der Nationalversammlung muss das zwar verwirrend erschienen sein, aber die Annahme des scheinbar so harmlosen Wallon-Zusatzes mit nur einer Stimme Mehrheit sollte später sowohl von Politikern als auch von Historikern als die Geburtsstunde der Dritten Republik angesehen werden. Mitte Juli 1875 hatte die Versammlung ihre Aufgabe abgeschlossen und ein Grundgesetz geschaffen, auf dem die Republik aufgebaut werden konnte. Doch die soeben flügge gewordene Republik wurde fast unmittelbar darauf in eine Verfassungskrise gestürzt, die sie beinahe zugrunde richtete, noch ehe sie richtig existierte. Es war die erste von vielen politischen Krisen, die dem republikanischen Frankreich bis zum Ende zu schaffen machten und die zum Sturz von 107 Kabinetten führten. Das sind im Durchschnitt fast zwei im Jahr.

Die Verfassung, die Frankreich die erste parlamentarische Republik der neueren Geschichte bescherte, sah eine Legislative in zwei Häusern vor, der Deputiertenkammer und dem Senat, ein den beiden Häusern verantwortliches Kabinett und einen Präsidenten mit beträchtlichen Vollmachten, zu denen auch das Recht zählte, die Deputiertenkammer mit Zustimmung des Senats aufzulösen. Nach Auffassung der Monarchisten liess sich die Präsidentschaft leicht in einen Thron umwandeln; die meisten von ihnen erblickten im Flickwerk der Verfassung bereits den Rahmen für eine Monarchie. Bis dahin konnte man die Republikaner durch den sehr konservativen Präsidenten Marschall MacMahon sowie einen Senat in Schach halten, der allein schon aufgrund der Regeln seiner Wahl eine konservative Macht darstellen musste.

Ein Viertel der 300 Senatsmitglieder sollte auf Lebenszeit gewählt werden, zunächst durch die auslaufende Nationalversammlung und danach vom Senat selbst. Für die übrigen war eine neunjährige Amtszeit vorgesehen, wobei jeweils ein Drittel alle drei Jahre neu gewählt werden sollte, und zwar indirekt durch Wahlmänner, wobei die ländlichen Gemeinden dominierten. Jede Gemeinde verfügte nämlich unabhängig von ihrer Einwohnerzahl über eine Stimme, so dass die konservativen Dörfer im Vergleich zu den grösseren Orten und den Städten bei weitem überrepräsentiert waren. Ein Senator musste mindestens vierzig Jahre alt sein. So war der Senat seiner Anlage nach ein Bollwerk des Konservatismus und ein wirksames Kontrollorgan gegenüber den 618 Mitgliedern der Kammer, die durch allgemeine Wahl der männlichen Bevölkerung gewählt wurden*. Schon Thiers hatte darauf bestanden: Die Republik sollte konservativ sein, «sonst würde es keine Republik geben».

Aber wie konservativ? Diese Frage sollte schon bald durch eine politische Krise beantwortet werden, die das ganze Land erschütterte. Dadurch wurden die extremen Konservativen in die Flucht geschlagen und endlich durch die Stimme des Volkes das geschaffen, was eine «Republik der Republikaner» genannt werden sollte. Dieses Ereignis wird von der modernen französischen Geschichte unter der Bezeichnung des Datums festgehalten: *Seize Mai* – der 16. Mai (1877). Dieser Tag bescherte Frankreich die Form der Republik, die es bis zum katastrophalen Finale im Jahre 1940 beibehalten sollte.

Die Krise des sechzehnten Mai

Die ersten Wahlen unter der neuen Verfassung fanden Anfang 1876 statt. Aus ihnen ging, wie nicht anders zu erwarten war, der Senat mit einer konservativ-monarchistischen Mehrheit hervor, während in die Deputiertenkammer die Republikaner mit einer überwältigenden Mehrheit einzogen – etwa 363 gegen 180 andere, von denen 75 Bonapartisten waren. Léon Gambetta, der flammende Redner, der Mann, dem das Hauptverdienst für den republikanischen Sieg in der Kammer gebührte, war der logische Kandidat für den Posten des ersten Regierungschefs; die drei republikanischen Gruppen hatten es allerdings schon zu Beginn nicht fertiggebracht, sich zu einer Koalition zusammenzufinden. Aber Präsident MacMahon weigerte sich, ihn auch nur in Betracht zu ziehen. Dem erzkonservativen Marschall war Gambetta zu republikanisch, zu radikal. Stattdessen ernannte der Präsident einen farblosen Gemässigten namens Dufaure zum ersten Ministerpräsidenten der Dritten Republik. Als dieser rasch gestürzt wurde, suchte sich MacMahon den konservativen Republikaner Jules Simon aus. Aber Simon, ein Philosophieprofessor und fruchtbarer Autor, war dem alten Soldaten auf dem Präsidentensessel nicht konservativ genug. MacMahon erteilte seinem Ministerpräsidenten einen scharfen schriftlichen Verweis, der diesem keine andere Wahl als den Rücktritt liess.

* Die Frauen erhielten in Frankreich erst nach dem zweiten Weltkrieg das Stimmrecht.

MacMahons Brief trug das Datum vom 16. Mai – daher ist die Krise unter diesem Datum in Erinnerung geblieben.

Auf Drängen der monarchistischen Clique in seiner nächsten Umgebung ernannte der Präsident den Duc de Broglie zum Ministerpräsidenten, aber die Kammer lehnte ihn ab. Daraufhin löste MacMahon die Kammer auf und schrieb Neuwahlen aus. Obgleich der Präsident selbst durchs Land reiste und die de-Broglie-Regierung jedes nur erdenkliche Mittel als Druck und Einschüchterung verwendete, um die Wahlen zu «schaffen», liess die Wählerschaft dennoch eine ansehnliche republikanische Mehrheit in die Deputiertenkammer zurückkehren. MacMahon liess sich nicht beirren und ernannte einen General zum Ministerpräsidenten. Die Kammer wollte nichts von ihm wissen. Die Monarchisten und Generäle zettelten Verschwörungen an, um durch einen Militärputsch an die Macht zu gelangen und die Republik abzuschaffen, aber der ebenso ehrenhafte wie starrköpfige Marschall versagte ihnen seine Unterstützung. Schliesslich gab er nach und ernannte einen der Kammer genehmen Ministerpräsidenten. Aber 1879 verschafften Teilwahlen in den ländlichen Bezirken den Republikanern überraschend eine Mehrheit im Senat. Die Dörfer in Frankreich hatten endlich in aller Stille ihre eigene Revolution vollzogen. Das war mehr, als MacMahon ertragen konnte. Er dankte ab und wurde durch Jules Grevy ersetzt, einen gemässigten, strengen Provinzanwalt und überzeugten Republikaner.

Die Krise vom 16. Mai 1877 und die Abdankung Präsident MacMahons zwei Jahre später waren von entscheidender Bedeutung. Dadurch wurde die Dritte Republik als arbeitsfähiges demokratisches und parlamentarisches Regime in den Sattel gehoben. Dieses Datum bedeutete die endgültige Niederlage der Monarchisten und das Ende all ihrer Hoffnungen, in Frankreich doch wieder die Monarchie zu restaurieren. Die Konservativen des rechten Flügels sowie Armee und Kirche, die so erbittert gegen den Aufstieg des Republikanertums gekämpft hatten, erlitten eine vernichtende Schlappe. Allerdings war es ein Schlag, den sie niemals als endgültig hinnehmen sollten.

Der *Seize Mai* zeitigte noch andere Folgen, die für die Zukunft der Dritten Republik nicht so günstig waren. Die Artikel der Verfassung hatten dem Präsidenten als Gegengewicht zur Kammer weitgehende Vollmachten eingeräumt. Nach MacMahons bitterer Erfahrung wagte es nie wieder ein französischer Präsident, von seinem verfassungsmässigen Recht Gebrauch zu machen und die Kammer aufzulösen. Der Präsident der Republik wurde zu einer Galionsfigur. Darüber hinaus neigte die Nationalversammlung dazu, für das Amt des ersten Dieners des Staates schwache, mittelmässige Männer auszuwählen *. Clemenceau, der selbst als Bewerber für dieses Amt von einem weitaus Geringeren geschlagen wurde, hat einmal erklärt: «Ich stimme immer für den Dümmersten.» Die vom Volk gewählte Deputiertenkammer wurde allmächtig und unterlag nur der kaum fühlbaren Kontrolle durch den Senat. Sie wurde nicht nur zum beherrschenden Zweig der Legis-

* Dahinter steckte die Furcht der Republikaner, ein starker Mann im Sattel könnte die Macht an sich reißen und sich zum Diktator aufschwingen. Noch war die Erinnerung an die beiden Napoleons frisch. Wie begründet diese Furcht war, sollte sich schon bald in der Boulanger-Krise zeigen.

lative, sondern praktisch auch zum Ausführungsorgan der Regierung, da Ministerpräsidenten und ihre Kabinette sich nur halten konnten, wenn die Kammer das so wollte. Nachdem die Angst vor der Auflösung von den Deputierten genommen und ihnen eine vierjährige Legislaturperiode garantiert war, konnten sie nicht mehr von ihren Parteien zur Rechenschaft gezogen oder von ihrer Wählerschaft mit der Drohung jeweils kurz bevorstehender Wahlen beeinflusst werden. Das führte zur Bildung einer Vielzahl lose organisierter Parteien, die stabile Mehrheitsverhältnisse in der Kammer unmöglich machten. Regierungen kamen und gingen – durchschnittlich etwa zwei pro Jahr aber die Zusammensetzung der Kammer änderte sich nur alle vier Jahre. Mehrheiten formten sich und lösten sich wieder auf, nicht aufgrund der Wählerschaft in diesen vier Jahren, sondern durch Absprachen, die von den Deputierten in den Wandelhallen getroffen wurden. Viele von ihnen strebten einen Ministersessel an. Die Minister lösten einander in atemberaubendem Tempo ab, aber oftmals blieben dieselben Männer im Amt, obgleich sich die Marschrichtung der Regierung angeblich änderte. Viele Politiker betrieben dieses Spiel des «Bäumchen-wechsle-dich». Eine solche Instabilität und politische Leichtfertigkeit war wenig dazu angetan, den schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen entgegenzutreten zu können, die allmählich auf jedes westliche Land zukamen, das im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts von der industriellen Revolution erfasst wurde.

Doch diese grundlegenden Schwächen waren in den frohgemuten Tagen gegen Ende der turbulenten siebziger Jahre, als die Mehrheit des französischen Volkes sich endlich in den Wahlen zur Republik bekannt hatte, nicht ohne Weiteres zu erkennen. Nach der unerwarteten und demütigenden Niederlage, die Preussen dem Land zugefügt hatte, hatten fast zehn Jahre lang Streit und Unsicherheit darüber geherrscht, unter welcher Regierungsform die Franzosen leben sollten. Nun war endlich eine Entscheidung gefallen. Während Kirche, Militärs, Monarchisten und Erzkonservative voraussagten, ein demokratisches, auf dem Willen der Massen gestütztes Regime könne nur zu Anarchie und Unheil führen*, scheinen die meisten Franzosen gefühlt zu haben, dass ihnen ein neuer Tag dämmerte. Nun sollten sie wenigstens die persönliche Freiheit erhalten – wenn schon nicht Gleichheit und Brüderlichkeit –, wie es ihnen bei der Revolution vor neunzig Jahren versprochen worden war. Endlich sollten sie Herren und nicht nur Diener und Opfer des Staates sein **. Im Gegensatz zu einer beträchtlichen und mächtigen Minderheit erschienen ihnen die Aussichten für die Dritte Republik in hellem Licht.

Und dennoch ...

Wenn man die französische Gesellschaftsstruktur genauer betrachtete, so erkannte man, dass die antirepublikanische Rechte zwar ihre politische Vorrangstellung eingebüsst hatte,

* Während des «parlamentarischen» Regimes der Orläans-Monarchie 1830-1848 waren nur 200'000 Männer wahlberechtigt, hauptsächlich die örtlichen «Honoratioren», wie man sie nannte. Das allgemeine Wahlrecht für alle Männer, von der kurzlebigen Zweiten Republik im Jahre 1848 eingeführt, liess die Wählerzahl plötzlich um das Fünzigfache emporschnellen.

** Die echte Pressefreiheit wurde erst 1881 eingeführt; das Recht zur Bildung von Gewerkschaften 1884; die Versammlungsfreiheit 1907. Es ist bezeichnend, dass selbst die Dritte Republik, die von den Ultrakonservativen doch als «gefährlich radikal» abgestempelt wurde, bei der Einführung grundlegender Freiheiten so langsam vorging.

aber sie bewahrte sich immer noch administrative und soziale Positionen, die ihr im Rahmen der Nation grosse Macht verliehen. Sie dominierte weiterhin in Armee, Marine, Diplomatie, Magistrat und in einem grossen Teil des öffentlichen Verwaltungsapparats. Das Gebiet der Privatfinanz, des Geschäftslebens und der freien Berufe befand sich grösstenteils in ihren Händen. Indem sie den grössten Teil der Presse kontrollierte, konnte sie die öffentliche Meinung steuern. Ihr wurde durch die römisch-katholische Kirche tatkräftige Unterstützung zuteil. In den beiden letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts sollte die Rechte ihre Macht in drei Krisen beweisen, durch die die gerade erst flügge gewordene Republik in den Grundfesten erschüttert wurde. Diese Krisen wurden ausgelöst durch die Boulanger-Episode, die Dreyfus-Affäre und den erbitterten Machtkampf zwischen Kirche und Staat. Obgleich die Beilegung aller drei Krisen zur Stärkung der Republik beitrugen, indem die Kräfte der antirepublikanischen Reaktion endgültig besiegt wurden, vertiefte und verschärfte sich auch gleichzeitig unter den Franzosen die Spaltung, die sich am Ende als so verhängnisvoll für den Bestand der Republik erweisen sollte.

Die Bedrohung durch General Boulanger

Als General Georges Boulanger im Januar 1886 Kriegsminister wurde, betrachtete man ihn allgemein als den republikanischsten aller Generäle – sogar als einen der wenigen republikanischen Generäle der ganzen Armee überhaupt*. Deshalb hatte Georges Clemenceau, der kompromisslose Sprecher der Radikalen** in der Kammer, auf seiner Ernennung bestanden.

Die Armee hatte sich gewandelt. Sie war nicht mehr das alte Berufsheer des Zweiten Reichs, da inzwischen die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden war. Diese Armee bedurfte dringend der Reorganisation und gewisser Reformen. Das ausgeprägt republikanische Kabinett Freycinets wollte diese Veränderungen von einem General durchgeführt wissen, dem es vertrauen konnte. Es war kein Geheimnis, dass die meisten höheren Offiziere der Armee in ihrem Herzen Monarchisten waren.

Boulanger, ein hochdekorierter Kämpfer aus den Kriegen auf der Krim, in Nordafrika, Indochina und dem französisch-preussischen Krieg, ging mit aller Energie an die Erneuerung und Stärkung der Armee. Er entledigte sich der ehrgeizigeren unter den royalistischen Offizieren wie zum Beispiel des Duc d'Aumale***, eines Onkels des orleanistischen Thronprätendenten; er verbesserte innerhalb kurzer Zeit Lebensbedingungen, Disziplin und Moral bei Offizieren und Mannschaften; er modernisierte Ausbildung

* In ähnlicher Weise hielten ein halbes Jahrhundert später viele Marschälle für den republikanischsten aller Generäle und sogar für einen relativ liberalen Politiker.

** Der Begriff «radikal» hat in Frankreich politisch nicht dieselbe Bedeutung wie in Amerika. Für amerikanische Verhältnisse wäre vielleicht die Bezeichnung «liberal» zutreffender. Die sogenannten «radikalen Republikaner» in der französischen Politik waren nicht sehr radikal, sondern echte Vertreter des Mittelstandes und in wirtschaftspolitischen wie sozialen Angelegenheiten recht konservativ.

*** Ihm verdankte er seine Beförderung zum General.

und Bewaffnung der Truppe. Dabei hatte er eine Schwäche für Publicity. In der Öffentlichkeit sprach es sich rasch herum, dass der gutaussehende junge General die Armee zu einer Streitmacht umformte, die vielleicht schon bald die Preussen in die Schranken fordern konnte und die darüber hinaus eine republikanische Volksarmee darstellte.

Am 14. Juli, dem Tag des Sturms auf die Bastille, einem hohen Nationalfeiertag, veranstaltete General Boulanger in Longchamps eine prächtige Militärparade. Er selbst trat im Sattel seines berühmten Rappen auf, umgeben von Spahis in prachtvollen Uniformen, und brachte es fertig, sich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Die gewaltige Menschenmenge jubelte ihm begeistert zu. Über Nacht wurde er zum Liebling des Volkes. In den Tanzlokalen und auf den Strassen wurde sein Loblied gesungen. Seit Gambetta hatte es keiner mehr fertiggebracht, so begeisternd auf die Massen einzuwirken. Innerhalb weniger Wochen wurde Boulanger der mit Abstand beliebteste Mann in Frankreich.

Das missfiel den Politikern, sogar jenen Radikalen um Clemenceau, die auf einer Ernennung des Generals zum Kriegsminister bestanden hatten. Die alte Furcht vor dem siegreichen General hoch zu Ross überfiel sie wieder. Hinzu kam noch, dass Boulanger offenbar Frankreich in eine erneute Auseinandersetzung mit Preussen hineintreiben wollte. Der bisherige Held der republikanischen Volksmassen wurde nun von gewissen führenden Rechtspolitikern hofiert, darunter auch von den ausgewiesenen bourbonischen und orleanistischen Thronbewerbern. Sie sahen in ihm den möglichen Führer, der nicht nur die Monarchie wiederherstellen, sondern auch die Niederlage von 1870 an Preussen rächen konnte. Er wurde immer mehr voll Hochachtung «*General Revanche*» genannt. Im Berliner Reichstag beklagte sich Bismarck darüber, dass Boulanger die friedlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bedrohe. Einmal, im Frühjahr 1887, forderte Boulanger sogar die allgemeine Mobilmachung, weil die Deutschen an der Grenze einen französischen Zollbeamten festgenommen hatten.

Das Kabinett und seine Anhänger in der Kammer reagierten besorgt. Der Kriegsminister wurde ihnen nicht nur zu populär, sondern auch zu kriegerisch. Boulanger musste bald feststellen, dass sein Rückhalt bei Regierung und Parlament genau in dem Augenblick rasch im Schwinden begriffen war, da das Volk ihn als seinen Helden feierte. Vielleicht war angesichts der Auswirkungen einer Heldenverehrung auf die meisten Männer sein nächster Schritt unvermeidlich. Er wandte sich gegen das Parlament. Er verlangte die Auflösung der Kammer, eine Änderung der Verfassung und die Errichtung einer starken Exekutive als Spitze einer Art von autoritärer Republik. Er liess keinen Zweifel daran, dass er nach seiner Meinung der einzige für diesen Posten geeignete Kandidat sei. Alle Rechtsgerichteten umarmten ihn dafür, aber die Verwirrung in Frankreich war so gross, dass er sich trotzdem auch weiterhin der tatkräftigen Unterstützung durch viele republikanische Radikale und sogar einige der Sozialisten erfreute.

In der Überzeugung, dass der draufgängerische Kriegsminister zu einer Bedrohung der Existenz der Republik geworden war, nahmen die gemässigten Republikaner einen Regierungswechsel im Mai 1887 wahr, um Boulanger aus dem Kabinett zu entfernen.

Man wies ihm einen Kommandoposten in der Provinz zu und hoffte, dass er dort schon bald in Vergessenheit geraten würde. Doch diese Annahme beruhte auf einer Fehleinschätzung der demagogischen Fähigkeiten des Generals und der Einstellung der Massen. Obgleich er immer noch im Staatsdienst und damit für öffentliche Ämter nicht wählbar war, liess er es zu, dass bei verschiedenen Nachwahlen für die Kammer sein Name auf die Liste gesetzt wurde. Er gewann mit Leichtigkeit alle diese Wahlen. Die Regierung entliess ihn schliesslich aus der Armee. Damit war er wählbar geworden. Schon eine Woche darauf hatte ihn ein Wahlbezirk im Norden in die Kammer gewählt; die Stimmen der Kumpel aus dem Kohlenbergbau und der Bauern verschafften ihm eine überwältigende Mehrheit.

Unterstützt wurde er durch einen Skandal, der im Herbst 1887 im Präsidentenpalais selbst ausbrach und der nicht nur die Regierung, sondern auch den Präsidenten der Republik, den gestrengen und würdigen Jules Grevy, zu Fall brachte. Es war ruchbar geworden, dass Grevys Schwiegersohn, ein Deputierter mit dem ausgefallenen Namen Daniel Wilson, von seinem Büro am Sitz des Präsidenten aus staatliche Orden, Ehren und Gunstbeweise verkauft hatte. Es war dies die erste einer langen Reihe schäbiger Affären, bei denen die Korruption aufgedeckt wurde, die bis in die höchsten Stellen hineinreichte. Auch zwei «republikanische» Generäle und mehrere Politiker waren in die Sache verwickelt. Diese Affären wurden zu einer Plage für die Dritte Republik und schwächten bis zum Ende das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität ihrer Führer und ihrer Institutionen. In den frühen dreissiger Jahren sollte, wie wir noch sehen werden, eine ganze Serie solcher Vorkommnisse das republikanische Regime aushöhlen und es reif werden lassen für das Schicksal, das es bald darauf ereilte.

Ein guter Teil der Kritik, die im letzten Jahrzehnt der Republik so weit um sich griff, wurde nun unter der Bezeichnung «Boulangismus» zu einer bedrohlichen Bewegung. Ein französischer Historiker aus dem linken Lager fasste die Kritik später so zusammen: Sterilität politischer Streitereien, ständig sich wiederholende Kabinettskrisen, die Leere der Parlamentsdebatten, Verzögerung bei der Durchführung von Reformen, die dem Volk oftmals versprochen worden waren, darunter auch eine Revision der Verfassung⁴. Fast gegen seinen Willen – er war nämlich ein oberflächlich denkender Mann ohne echte politische Überzeugung – wurde Boulanger zum Anführer der Unzufriedenen von links und rechts, zum Verfechter von Revision und Reform.

Am 4. Juni 1888 bestieg Boulanger, inzwischen Deputierter, das Rednerpult der Kammer und verlas ein Manifest, in dem die Revision der Verfassung gefordert wurde. Mit Worten, ähnlich denen, die ein halbes Jahrhundert später Pétain und Weygand benutzen, sagte er: «Frankreich leidet seit mehreren Jahren unter materiellen und moralischen Missständen, die nicht ohne Gefahr für die Allgemeinheit fortgesetzt werden dürfen.» Das Parlament, so fügte er hinzu, sei nur noch ein Schauplatz fruchtloser Debatten, die das Land nicht weiterbrächten.

Clemenceau, bis vor kurzem sein politischer Rückhalt und sein Mentor, erwiderte ihm:

Diese Debatten, die Sie beklagen, ehren uns alle. Sie sind ein unbezweifelbarer Beweis dafür, dass wir leidenschaftlich jene Ideen verteidigen, die wir für gerecht halten. Diese Debatten haben ihre Nachteile, aber Schweigen wäre noch schlimmer. Ja, ein Hoch auf die Länder, in denen Männer ihre Meinung sagen! Schande denen, wo man schweigt!... Es ist die Republik selbst, die Sie frech herausfordern!

Ministerpräsident Charles Floquet drückte sich bissiger aus:

Ich frage mich immer wieder, was unseren Herrn Kollegen dazu bringt, vor diesem Haus eine so arrogante Haltung einzunehmen und wie General Bonaparte zu reden. Aber seien Sie getrost! In Ihrem Alter, monsieur le general Boulanger, war Napoleon schon tot!*

Am 12. Juli 1888 beantragte Boulanger formell die Auflösung der Kammer und Neuwahlen. Der Antrag wurde abgelehnt – das Parlament war noch nicht bereit, Selbstmord zu begehen aber Boulanger gab sich noch lange nicht geschlagen. Seine eigenartige Ansammlung von Parteigängern, die von Sozialisten und Radikalen auf der Linken bis zu Bonapartisten und Royalisten auf der Rechten reichte, erhielt nunmehr grosszügige finanzielle Unterstützung von der Duchesse d'Uzes, der Erbin des ungeheuer ertragreichen Champagnerkonzerns Veuve-Cliquot. Sie stellte der Sache Boulangers den Gegenwert von fast einer Million Dollar zur Verfügung, weil sie glaubte, damit die Restauration der bourbonischen Monarchie in Frankreich zu unterstützen. Die durch den Boulangismus gestiftete Verwirrung wollte offenbar kein Ende nehmen. Mit dieser Summe, die noch durch Beiträge reicher Rechtsgerichteter vermehrt wurde, konnten der General und seine Helfer eine Tageszeitung herausbringen, Millionen von Broschüren und Flugblättern drucken und verteilen und Wahlkämpfe grosszügig finanzieren. Da 1889 allgemeine Wahlen bevorstanden, betrieb Boulanger nun folgende Strategie: Zunächst wollte er eine Reihe von Nachwahlen für die Kammer gewinnen, um dann, getragen von diesem Schwung, im folgenden Jahr auf Landesebene eine Mehrheit zu erringen. Vielleicht gab es in Form eines Staatsstreichs auch eine Abkürzung auf dem Wege zur Macht, falls die Nachwahlen seine Popularität genügend unter Beweis stellten. Einige seiner Berater befürworteten einen solchen Schritt. Sie rechneten nicht ohne Grund damit, dass weder die Armee noch die Pariser Polizei ernsthaften Widerstand leisten würden.

Am 19. August 1888 ging der General bei drei Provinzwahlen als überwältigender Sieger hervor. Am 27. Januar des folgenden Jahres hielten seine Anhänger insgeheim

* Boulanger sah diese und andere Worte des Ministerpräsidenten, die auf einer nachfolgenden Sitzung fielen, als persönliche Beleidigung an und forderte ihn auf Säbel. Das Duell wurde am 13. Juli ausgetragen. Obgleich Floquet fünfundsiebzehn Jahre alt war, Boulanger jedoch erst fünfzig, und obgleich man hätte annehmen müssen, dass ein Offizier mit dem Säbel geschickter umzugehen wusste als ein Rechtsanwalt und Politiker, der doch die meiste Zeit an seinem Schreibtisch zubrachte, verwundete der Ministerpräsident im zweiten Waffengang Boulanger am Hals und wurde zum Sieger erklärt. In der Begleitung des Generals befand sich Madame Marguerite de Bonnemains, eine schöne und junge geschiedene Frau, in die er sich erst kürzlich unsterblich verliebt hatte und die seine Mätresse geworden war. Ihr entscheidender Einfluss auf den Mann und seine Karriere sollte sich schon bald erweisen. Wie wir sehen werden, standen noch manche anderen wichtigen Personen der Dritten Republik unter derartigem Einfluss.

seine Stunde für gekommen. An diesem Tag stellte er sich einer Pariser Wählerschaft, die seit der Revolution ein Bollwerk des radikalen Republikanertums gewesen war. Falls er auch hier gewählt wurde, war der Beweis erbracht, dass die Franzosen nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der «roten» Hauptstadt von ihm erwarteten, dass er die Geschicke der Nation in seine Hände nähme. Er brauchte dann nur noch zum Élyséepalast zu gehen, den Präsidenten hinauszuerwerfen und die höchste Macht im Staate an sich zu reißen. Genau das wäre dann auch beinahe geschehen.

Die verschiedenen republikanischen Gruppen begruben ihren Zwist und einigten sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, den sie dem Mann entgegenstellten, den sie nun einen militanten Abenteurer nannten. Sie warnten davor, dass Boulanger versuchen würde, die Republik zu stürzen, falls er diese Wahl in der Hauptstadt Frankreichs gewänne. Sie führten in allen Stadtbezirken einen erbitterten Wahlkampf. Aber vergebens. Boulanger wurde mit 240'000 gegen 162'000 Stimmen gewählt. Als das Wahlergebnis bekannt wurde, strömten riesige Menschenmengen auf die Strassen und forderten, ihr Held solle zum Präsidentenpalais marschieren und die Macht übernehmen. Zufälligerweise befand er sich ganz in der Nähe. Während die Wahlergebnisse einliefen, dinierte er zusammen mit seinem Stab in dem eleganten Restaurant Durand in der Rue Royale, in einer Chambre separee. Draussen in der kühlen Nachtluft hörte man die Rufe der Menge: «Zum Élysée!» Seine Helfer drängten ihn, keine Zeit zu verlieren. Seine Stunde habe geschlagen, sagten sie.

Das war tatsächlich keine blossе Prahlerеi. Mehrere Kabinettsmitglieder begannen in aller Eile ihre Ämter zu räumen. Im Élyséepalast selbst, wo der Präsident der Republik eine ausserordentliche Kabinettsitzung einberufen hatte, herrschte fast Panikstimmung. Alle erkannten die Bedrohung ihrer Position.

Ein Historiker schrieb später darüber:

An diesem Abend ist Boulanger Herr der Hauptstadt... Er hat die Massen, die Polizei, die Republikanergarde und einen Teil der Armee auf seiner Seite ... Wollte er wirklich zum Élyséepalast marschieren, wer sollte ihn noch daran hindern ⁵?

Aber der heldenhafte Soldat hatte ein anderes Ziel im Sinn. Statt zum Präsidentenpalais zu marschieren und der Diktator Frankreichs zu werden, fuhr er nach Hause zu seiner Mätresse. Im entscheidendsten Augenblick seines Lebens bedeutete ihm die Gesellschaft von Madame de Bonnemains mehr als ein Staatsstreich. Als er in jener Nacht zu später Stunde noch einmal in das Restaurant Durand zurückkehrte, eröffneten ihm seine enttäuschten Helfer, dass es nun zu spät sei. Eine zweite derartige Chance bot sich ihm nie mehr.

Die bedrohte Republik wurde nicht durch das Können ihrer vereidigten Führer gerettet, sondern durch eine Wendung, die aus einer komischen Oper stammen konnte. Auf ebenso lächerliche Weise verblasste schon bald die Boulanger-Drohung. Die Regierung stellte erleichtert fest, dass der kühne General doch nicht aus dem Holz geschnitzt war,

aus dem man Helden macht; sie gelangte zu dem Schluss, dass er nicht einmal den Mut eines Märtyrers aufbrachte. Ein heimlicher Hinweis, dass ihn die Regierung vor den Senat als Obersten Gerichtshof zitieren und wegen seiner Verschwörung zum Sturz der Republik zur Verantwortung ziehen wolle, genügte schon, den General am 1. April zu einer überstürzten Flucht über die Grenze nach Belgien zu veranlassen. Die Behörden, die in Wirklichkeit vor einer Gerichtsverhandlung gegen einen so populären Mann zurückschreckten, begünstigten insgeheim seine Flucht.

Mit dieser kopflosen Flucht platzte die Seifenblase des Boulangismus. Der grosse Held, der um ein Haar die Dritte Republik gestürzt hätte, entpuppte sich nun als Scheinheld. Zwei Jahre später starb Marguerite de Bonnemains, die sich Lungentuberkulose zugezogen hatte, in Brüssel in den Armen ihres Geliebten. Zwei Monate danach besuchte General Boulanger dort ihr Grab, zog seinen Revolver und schoss sich eine Kugel in die Schläfe. In einem Abschiedsbrief teilte er mit, dass er ohne sie nicht weiterleben könne.

Ein britischer Historiker schrieb: «Der Boulangismus stellte eine echte Macht dar, auch wenn er als Farce endete⁶.» Er hätte beinahe das Ende der jungen parlamentarischen Republik bedeutet. Die Rechte hatte ihn zwar als Werkzeug zum Sturz des Regimes gebraucht, aber ein guter Teil der linksorientierten Massen hatten im Boulangismus den Ausdruck ihres Unwillens nicht nur über die Korruption in der Regierung, sondern auch über deren Unfähigkeit gesehen, etwas zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu tun, die infolge der fortschreitenden industriellen Revolution sowie der Theorie und Praxis des Laissez-faire erwachsen waren. Diese Massen, zahlenmässig angeschwollen durch die ständig zunehmende städtische Arbeiterschaft, waren im Parlament praktisch überhaupt nicht vertreten. Ihre Interessen wurden ignoriert.

Boulanger hatte versprochen: «Die Republik, auf die ich zumarschiere, wird den Schwachen, den Niederen, den kleinen Mann von der Strasse schützen.» Millionen kleiner Leute hatten ihm in naiver Schlichtheit geglaubt. Der rasche Sturz ihres Helden hatte ihnen zwar die Illusionen geraubt, aber sie gaben die Bemühungen um eine Besserung ihrer miserablen wirtschaftlichen und sozialen Lage nicht auf. Je mehr ihnen das vom Bürgertum beherrschte demokratische Regime an Rechten vorenthielt, um so mehr wurden sie der Nation entfremdet, für die sie daher einen weiteren Aderlass bedeuteten.

Was die Rechte betraf, so war sie durch die Unterstützung eines so offenkundigen Abenteurers gründlich in Misskredit geraten. Die Sache der Monarchisten und Bonapartisten, die am Schluss den prahlerischen General so begeistert gestützt hatten, war ein für allemal verloren. Die Thronprätendenten konnten für die Republik nie wieder eine ernsthafte Gefahr werden. Das zumindest war ein Vorteil für das sich abmühende parlamentarische Regime. Die panische Angst vor einem «Mann hoch zu Ross», vor einem neuen Staatsstreich von der Art, wie er die Erste und die Zweite Republik gestürzt hatte, war nun grösstenteils gebannt.

Der Dritten Republik wurde eine Atempause gewährt. In aller Stille wurden aus der Armee und der Spitze der Zivilverwaltung einige weitere Antirepublikaner entfernt. Nicht so geräuschlos wurde eine Abrechnung mit der Kirche eingeleitet, die sich mit den

übrigen Kräften der Rechten hinter Boulanger gestellt und durch ihn versucht hatte, die Republik zu stürzen.

Die Kräfte der Reaktion machten im Augenblick zwar ein Stadium der Verwirrung durch, doch waren sie noch keineswegs ausgelaugt. Fünf Jahre nach dem Ende des Boulangismus erhoben sie sich erneut, als die Nation durch die Dreyfus-Affäre erschüttert und zerrissen wurde.

Die Dreyfus-Affäre 1894-1906

Drei Tage vor Weihnachten 1894 wurde der fünfunddreissigjährige Hauptmann Alfred Dreyfus, Offizier auf Probe im Generalstab, von einem Militärgericht für schuldig befunden, Hochverrat begangen und militärische Geheimnisse an eine fremde Macht verraten zu haben. Er wurde zu Ausstoss aus der Armee, Degradierung und lebenslänglichem Kerker auf der Teufelsinsel verurteilt, einer barbarischen französischen Strafkolonie vor der südamerikanischen Tropenküste von Guayana. In Frankreich vertraten viele, darunter auch der grosse Sozialistenführer Jean Jaures, die Auffassung, Dreyfus hätte für eine so schreckliche Untat den Tod durch Erschiessen verdient.

Dreyfus war Jude. Seine Verurteilung wegen Hochverrats entfachte in Frankreich eine Welle des heftigsten Antisemitismus, der schon durch den Panama-Skandal ausgelöst worden war*. Anscheinend war nun ein grosser Teil der Öffentlichkeit davon überzeugt, dass die Juden nicht nur für die erschreckende Korruption in hochgestellten politischen und finanziellen Kreisen verantwortlich waren, sondern auch für den Verrat militärischer Geheimnisse an die verhassten Deutschen, und dass sie auf diese Weise die Sicherheit der Nation, die sich immer noch nicht ganz vom preussischen Sieg des Jahres 1870 erholt hatte, gefährdeten. Die meisten der wenigen noch verbliebenen jüdischen Offiziere und eine erheblich grössere Anzahl von Protestanten, deren Patriotismus man ebenfalls anzweifelte, wurden nun von den fanatisch katholisch-nationalistischen Offizieren, die die Armee kontrollierten, verjagt.

Die volle Wahrheit über die Dreyfus-Affäre wird wohl niemals ans Tageslicht kommen. Französische Historiker neigen zu der Annahme, dass es tatsächlich einen – nie gefassten – Generalstabsoffizier gegeben hat, der den Deutschen militärische Geheimnisse

* 1888 war die Gesellschaft, die Ferdinand de Lesseps, der berühmte Erbauer des Suezkanals, zum Bau eines Kanals durch Panama gegründet hatte, bankrott gegangen. Die Aktionäre, zumeist Kleinbürger, hatten dabei etwa dreihundert Millionen Dollar eingebüsst. Bei nachfolgenden Untersuchungen der Regierung und in mehreren Gerichtsverhandlungen stellte sich eine Korruption von erstaunlichem Ausmass heraus: mehrere Minister, etwa 150 Abgeordnete und fast jede einzelne bedeutende Zeitung in Frankreich waren von der Gesellschaft in dem Bemühen, den finanziellen Zusammenbruch abzuwenden, mit hohen Summen bestochen worden. Gegen einige Personen wurden Gerichtsverfahren eingeleitet, aber von allen Beteiligten wurde nur ein einziger Mann für schuldig befunden und verurteilt, und zwar hauptsächlich deshalb, weil er als einziger Politiker ein Geständnis ablegte. (Wie einige französische Historiker witzelten, bestätigte dies den weisen Rat eines Adligen, der gerade auf die Guillotine geschallt wurde: «Vor allen Dingen darfst du niemals etwas gestehen!»)

Doch bei all dem Geschrei über den Panama-Skandal wurde die Schuld nicht so sehr den bestochenen Politikern und Zeitungsverlegern gegeben, sondern drei Finanzpromotoren, die direkt für die Bestechungen durch die Gesellschaft verantwortlich waren. Alle drei waren Juden. An dieser Tatsache entzündete sich in Frankreich eine neue Welle des Antisemitismus. Es gab noch eine andere Konsequenz, ähnlich den Folgen anderer Finanzskandale in den dreissiger Jahren: Der kleine Mann verlor das Vertrauen in die Politiker, die die Dritte Republik führten, und in die Republik selbst.

auslieferte ². Ein zweiter, nicht dem Generalstab angehörender Offizier war an dem Vertrat beteiligt. Er wurde entlarvt, das Ausmass seiner Schuld aber keineswegs einwandfrei geklärt. Die Tatsachen, die schliesslich nach zwölf Jahren der Unruhen und erbitterten Debatten vom Obersten Appellationsgerichtshof dargestellt wurden, ergeben eine so phantastische Geschichte, dass ein Romanautor sie niemals erfinden könnte. Was uns hier interessiert, ist jedoch weniger die Geschichte der Dreyfus-Affäre selbst, so faszinierend und dramatisch sie auch sein mochte, sondern mehr das Licht, das sie auf den unsteten Kurs der Dritten Republik wirft. In dieser unglückseligen Zeit wurde – gleich den verhängnisvollen Elementen, die sich im griechischen Drama anhäufen – in der französischen Gesellschaft erneut der Same für künftige Ereignisse gelegt. Die Spaltungen in diesem uneinigen Volk vertieften sich, die Kluft zwischen rechts und links wurde breiter, die Aussichten auf eine allmähliche Annäherung zwischen beiden verringerten sich, wenn sie nicht ganz zerstört wurden.

Das einzige Beweisstück, das in der am 19. Dezember 1894 in Paris beginnenden Kriegsgerichtsverhandlung gegen Dreyfus vorgelegt wurde, war so geringfügig, dass wohl unweigerlich ein Freispruch erfolgt wäre, wenn das Kriegsministerium nicht in seinem verzweifelten Bemühen um eine Verurteilung des jüdischen Hauptmanns Zuflucht zu einem illegalen Schurkenstreich genommen hätte. Das Beweismaterial bestand aus einem einzigen Dokument, *bordereau* genannt. An sich ist das ein ganz harmloser Ausdruck, da er in der französischen Sprache lediglich eine detaillierte Liste von Papieren und Dokumenten bezeichnet, die jemandem übergeben werden. Aber im Verlauf der Affäre sollte dieser Begriff weltberühmt werden.

Bei diesem bestimmten *bordereau* handelte es sich allerdings nicht um ein harmloses Stück Papier. Es war die detaillierte Liste geheimer Militärdokumente, die ein französischer Armeeeoffizier Oberst Max von Schwartzkoppen, dem deutschen Militärattaché in Paris, überreicht hatte. Schwartzkoppen hielt man für das Haupt des deutschen militärischen Spionagedienstes in Frankreich. Der Oberst erhielt die Dokumente, aber nicht den *bordereau*, der sie aufführte. Dieser wurde von einem französischen Agenten aus der deutschen Botschaft entwendet und am 26. September 1894 der Statistischen Abteilung des Zweiten Büros im französischen Generalstab übergeben. Das berühmte *Deuxième Bureau* war der Nachrichtendienst, und die Statistische Abteilung besorgte die Spionageabwehr.

Schon seit mindestens drei Jahren hegte die Spionageabwehr den Verdacht, dass Schwartzkoppen im französischen Generalstab einen Kontaktmann haben müsse, der ihn mit militärischen Geheiminformationen belieferte. Es waren nicht nur militärische Karten verschwunden, sondern auch Unterlagen über neue Sprengstoffe, französische Pläne zur Mobilisierung und zur Zusammenarbeit mit Russland. Im Jahre 1892 hatte Frankreich, bis dahin durch Deutschland isoliert, ein Militärbündnis mit Russland unterzeichnet. Ein kleiner Agent war gefasst und verurteilt worden. Aber der Generalstab übte zunehmenden Druck auf die Spionageabwehr aus, endlich den Verräter in den eigenen Reihen zu

ermitteln. Der *bordereau*, der streng geheime Informationen über eine neue 12-cm-Kanone samt Gebrauchsanweisung und Einsatzmöglichkeiten, über die Umorganisation der französischen Artillerie sowie das neueste Handbuch für die Feldartillerie verzeichnete, konnte nur entweder von einem Generalstabsoffizier selbst oder von einem Mann stammen, der im Generalstab einen Bundesgenossen hatte. General Auguste Mercier, der Kriegsminister, gab persönlich Anweisung, den Schuldigen aufzuspüren.

Dieses und jenes belastende Material gegen die deutschen und italienischen Militärattachés wurde erneut überprüft. Es fand sich eine Mitteilung Schwartzkoppens an seinen Mitarbeiter, nach der dieser für weitere militärische Karten 300 Francs an «den Mann von den Maasbefestigungen» oder an dessen Mutter auszahlen sollte. Eine Notiz Schwartzkoppens an seinen italienischen Kollegen Oberst Panizzardi, den italienischen Militärattaché, war abgefangen worden; beide Offiziere unterschrieben die gegenseitigen Briefe übrigens mit dem Namen «Alexandrine». Die Mitteilung begann mit den Worten: «Beiliegend zwölf Detailkarten von Nizza, die mir dieser Schuft D... für Sie dagelassen hat.»

In Kreisen der französischen Intelligenz hielt man es für höchst unwahrscheinlich, dass der General den richtigen Anfangsbuchstaben des Namens seines Agenten genannt haben sollte. Doch der Verdacht des Generalstabs fiel auf einen Angestellten des Kartographischen Instituts, in dem die Karten hergestellt wurden. Der Mann hiess Dubois und hatte auch noch eine Mutter. Daraus ergab sich der weitere Verdacht, er könnte auch noch der «Mann von den Maasbefestigungen» sein. Aber trotz gründlicher Untersuchungen konnte man Dubois nichts nachweisen. Als kleiner Angestellter hätte er gar keinen Zugang zu solchen Informationen gehabt, wie sie im *bordereau* aufgeführt wurden. Darüber konnte nur jemand im Generalstab selbst Bescheid wissen. Da sich die meisten der Dokumente mit der Artillerie befassten, musste es sich um einen Artillerieoffizier handeln, allerdings um einen, der sich darüber hinaus auch in den anderen Waffengattungen auskannte. Das liess auf einen Offizier auf Probe schliessen, der noch nicht einem bestimmten Zweig des Generalstabs fest zugeteilt worden war, sondern zeitweilig in den verschiedenen Abteilungen eingesetzt wurde. Oberst Jean Sandherr, Chef der Spionageabwehr im Deuxième Bureau, ging die Liste sämtlicher Offiziere auf Probe durch, deren Namen mit einem D begann. Er entdeckte den Namen Dreyfus. Es fiel ihm wie Schuppen von den Augen. Erst vor einem Jahr hatte er formell gegen die Beförderung dieses jungen Offiziers in den Generalstab protestiert. Er hatte ihn als «Sicherheitsrisiko» bezeichnet, war aber mit seinem Einspruch nicht durchgedrungen. Jetzt war ihm schlagartig klar, dass er den Verräter gefunden hatte. Es konnte nur der Jude sein, der Mann, gegen dessen Ernennung er als einziger in weiser Voraussicht protestiert hatte. Seine erste Massnahme bestand darin, dass er Proben von Dreyfus' Handschrift mit der des *bordereau* verglich. Es war genau, wie er vermutet hatte: die beiden Proben wiesen eine auffallende Ähnlichkeit auf. Handschriftenexperten wurden hinzugezogen. Sie gelangten zwar zu unterschiedlichen Ergebnissen, waren sich jedoch darin einig, dass Hauptmann Dreyfus den *bordereau* sehr wohl geschrieben haben konnte. Einzig und

allein aufgrund dieser Annahme wurde Dreyfus am 15. Oktober unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet und ins Militärgefängnis Cherche-Midi gebracht.

Noch bevor das Verfahren vor dem Militärgericht eingeleitet werden konnte, verurteilte ihn bereits hundertfach die Pariser Presse. Ihre Verantwortungslosigkeit und Bestechlichkeit sollte mit dazu beitragen, dass die französische Gesellschaft unter der Dritten Republik so vergiftet wurde, dass eine Heilung nicht mehr möglich war. Die Armee selbst wetteiferte mit der Presse in dem Bemühen, einen Offizier noch vor seinem Verfahren für schuldig zu erklären. Hohe Offiziere, darunter auch Major Hubert Henry vom Deuxième Bureau und der Kriegsminister General Mercier, fütterten die Pariser Zeitungen mit «Beweisen» für Dreyfus' Verrat.

In getrennten Interviews mit den beiden in Frankreich führenden Zeitungen *Le Matin* und *Le Figaro* erklärte der Kriegsminister Wochen vor der Verhandlung, an Dreyfus' Verrat könne kein Zweifel bestehen. General Mercier wurde wie folgt zitiert: «Der Generalstab weiss seit über drei Jahren, dass Dreyfus mit Agenten einer fremden Macht in Verbindung stand, wobei es sich weder um Italien noch um Österreich-Ungarn handelte.» Es war eindeutig, was damit gesagt werden sollte: Dreyfus war ein Spion für die Deutschen. Am 1. November 1894, zwei Wochen nach der Festnahme des Hauptmanns, «bestätigte» die antisemitische *La Libre Parole*, die von Major Henry mit Hinweisen versorgt wurde, diese Andeutung und fügte weitere Einzelheiten hinzu. Dank dieses seltsamen Offiziers konnte die Zeitung als erste die Identität des unter dem Verdacht des Hochverrats verhafteten Hauptmanns preisgeben.

Der elende und schändliche Offizier, der die Geheimnisse unserer Landesverteidigung verkauft und damit Hochverrat begangen hat, ist Hauptmann Dreyfus ... Vor fünfzehn Tagen wurde er verhaftet und hat ein volles Geständnis abgelegt. Es gibt unbestreitbare Beweise dafür, dass er unsere Geheimnisse an Deutschland verkauft hat.

Bald plapperten auch die anderen Zeitungen nach, dass der Verräter sein schreckliches Verbrechen «gestanden» habe. Sie fügten eigene phantasievolle Details hinzu. *L'Intransigeant* stellte Dreyfus als Spieler vor, der in einer Nacht zwei- oder dreitausend Francs verlor. *Le Temps* und *Le Matin*, zwei der konservativsten und scheinbar seriösesten Zeitungen von Paris, erklärten ihren Lesern, Dreyfus sei aus wahnwitziger Liebe zu einer italienischen Schönheit in Nizza zum Spion geworden. Diese «*magicienne d'amour*», eine Dame von «edler Geburt», sei eine italienische Geheimagentin gewesen und hätte den jüdischen Hauptmann dazu verleitet, ihr vertrauliches Material aus dem französischen Generalstab zu beschaffen. Gaston Mery von *Le Libre Parole* entdeckte andere Liebesbeziehungen, die Dreyfus zum Verhängnis geworden wären: Er habe ein intimes Verhältnis mit einer «gewissen Frau aus der gehobenen jüdischen Gesellschaft in Paris» unterhalten, «die ein wahres Zentrum der Spionage und des Verrats aufgebaut hat.» Andere bezichtigten Dreyfus, den Deutschen während seiner Stationierung in der Schiesspulverfabrik von Bourges die Formel des neuen Melanits verraten zu haben.

Nun war es nicht schwer, den Wahrheitsgehalt all dieser Anschuldigungen aufzudecken. Als Dreyfus zum ersten Male in Bourges arbeitete, besaßen die Deutschen längst die Geheimunterlagen der neuen Granate. Er hatte während der Untersuchungshaft kein Geständnis abgelegt, sondern im Gegenteil immer wieder entschieden seine Unschuld beteuert. Was seine Spielleidenschaft und sein wildes Liebesleben betraf, so hatte Lepine, der Pariser Polizeichef, auf Ersuchen der Armee Ermittlungen angestellt. Dabei war er auf einen Dreyfus mit schlechter Führung gestossen, doch dessen Vorname war Max. Lepine teilte der Armee in seinem Bericht mit, Hauptmann Alfred Dreyfus, ein verhältnismässig wohlhabender junger Mann, sei ein häuslicher Typ, der nur selten den Schoss seiner glücklichen Familie verliesse *. Da er ein begüterter Mann war, erschien es als unwahrscheinlich, dass er für finanzielle Vorteile Verrat begehen sollte.

Trotz alledem blieb die französische Presse, insbesondere jener Teil, der unter dem Einfluss militanter Antisemiten und Katholiken stand, dabei, dass Dreyfus' Schuld offenkundig sei, weil er ein Jude war und weil das «internationale Judentum» sich verschworen hatte, Frankreich zugrunde zu richten. So kommentierte die katholische Tageszeitung *La Croix*: «Dreyfus ist ein Agent des internationalen Judentums, das den Ruin des französischen Volkes beschlossen hat.» *La Libre Parole* erklärte: «Juden wie Dreyfus sind vermutlich nur untergeordnete Spione im Dienste der grossen israelitischen Finanzmänner. Sie sind die Rädchen in der grossen jüdischen Verschwörung, die uns, an Händen und Füßen gefesselt, dem Feinde ausliefern will.»

Schon bald brachte die Presse Berichte, nach denen die Juden angeblich die Regierung unter Druck setzten, um den Fall Dreyfus unter den Tisch fallen zu lassen und den schuldigen Hauptmann auf freien Fuss zu setzen. In Wirklichkeit ging die Regierung wegen des Fehlens wirklicher Beweise nur zögernd an das Verfahren heran. Bis Anfang Dezember war jedem Zeitungsleser in Frankreich die Überzeugung eingebleut worden, Dreyfus sei schuldig. Man wollte gar nicht, dass Dreyfus sich vor Gericht rechtfertigen sollte. Man wollte vielmehr ein Urteil, das bestätigte, was den Lesern gesagt worden war und was sie nun glaubten; man verlangte die gesetzliche Höchststrafe für den jüdischen Verräter. Einige Zeitungen forderten bereits die Todesstrafe, obgleich diese einige Jahre zuvor abgeschafft worden war. Die Regierung beugte sich dem Geschrei der Presse und setzte den Beginn des Verfahrens vor dem Kriegsgericht auf den 19. Dezember 1894 fest.

Da der *bordereau* der einzige belastende Beweis gegen Dreyfus war, da sich die Fachleute nicht darauf einigen konnten, ob der Hauptmann ihn wirklich geschrieben hatte, und da er selbst ausführlich und überzeugend darlegte, dass er diese Liste gar nicht verfasst haben konnte, weil ihm ein guter Teil der darin enthaltenen Informationen überhaupt nicht geläufig war, sah es am Ende des ersten Verhandlungstages vor dem Militärgericht ganz danach aus, dass man den Angeklagten wegen Mangels an Beweisen würde freisprechen müssen. Das berichtete Major Georges Picquart, der offizielle Prozessbeobachter

* Spätere Beweise deuteten darauf hin, dass Dreyfus wie so viele Offiziere Affären mit anderen Frauen hatte. Doch das bestritt er bei seinen Vernehmungen.

des Kriegsministers. Doch Picquart, der wegen seiner unbeirrbaren Ehrlichkeit bald zum wahren Helden der Affäre werden sollte – selbst auf Kosten seiner Ehre als Offizier und vorübergehend auch seiner militärischen Karriere dieser Mann konnte nicht wissen, dass sein Chef und auch einer seiner Kollegen im Generalstab, nämlich Major Hubert Henry, dritter Mann in der Spionageabwehr, jetzt entschlossen waren, Dreyfus verurteilt zu sehen, koste es, was es wolle, Gesetze hin oder her.

Henry tat den ersten Schritt. Er war der einzige Generalstabsoffizier, der sich von ganz unten emporgedient hatte. Die aristokratischen Offiziere beklagten seine ungehobelten, bullernden Stabsfeldwebelmanieren, aber niemand zweifelte an seiner patriotischen Gesinnung und seiner Ehrenhaftigkeit. Auf Verlangen der Regierung und entgegen dem Einspruch der Verteidigung wurde der Prozess vor dem Militärgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Henry brachte eine schwerwiegende Anschuldigung vor. Er sagte aus, ein «über jeden Zweifel erhabener Herr» habe ihn darauf hingewiesen, dass es im Kriegsministerium einen Verräter gebe. «Und da steht der Verräter!» brüllte Henry und zeigte mit ausgestrecktem Finger auf den Angeklagten. Als Dreyfus' Verteidiger unter Berufung auf das französische Gesetz, nach dem der Beschuldigte ein Recht auf die Gegenüberstellung mit dem Anschuldiger hat, den Namen dieses «über jeden Zweifel erhabenen Herrn»* verlangte, tippte Henry an seine Mütze und antwortete: «Im Kopf eines Offiziers ruhen Geheimnisse, die nicht einmal sein Käppi kennt.» Der Gerichtsvorsitzende kam ihm zu Hilfe: «Sie brauchen den Namen dieser Person nicht zu nennen. Es genügt, wenn Sie bei Ihrer Offiziersehre beschwören, dass diese Person Ihnen gesagt hat, Dreyfus sei der Verräter.» Da brüllte Major Henry: «Ich schwöre!»

Das war ein vernichtender Schlag für Dreyfus. Aber ein noch folgenschwererer sollte am Ende der viertägigen Verhandlung geführt werden – eigentlich schon nach ihrer Beendigung, denn die Militärrichter hatten sich bereits zur Beratung des Urteilspruchs zurückgezogen. Im Kriegsministerium hatte General Mercier mit Unterstützung eines recht eigentümlichen Mannes, des Marquis Mercier du Paty de Clam, Major im Generalstab, eine Geheimakte über Dreyfus zusammengebastelt, von der er sicher war, dass sie die Richter umstimmen würde, nachdem sie sich nach der Beweisaufnahme zur Beratung ihrer Entscheidung zurückgezogen hatten. Es war zwar ein offener Rechtsbruch, diese Akte ohne Wissen der Verteidigung einzureichen. Das wusste General Mercier sehr wohl, aber er war zu dieser Verzweiflungstat bereit. Der Jude musste schuldig gesprochen werden.

Wie so viele Männer, die in die Dreyfus-Affäre verwickelt waren, stellte Major Paty de Clam, Spross eines alten Adelsgeschlechts, eine seltsame Figur dar. Das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft der Dritten Republik langweilte ihn; so lebte er in einer eigenartigen Welt kindischer Phantasien und Intrigen. Wie so viele andere reaktionäre Offi-

* Bei dem «über jeden Zweifel erhabenen Herrn» handelte es sich vermutlich um den Marquis de Val Carlos, einen früheren spanischen Militärattaché. Dieser als recht zwielichtig bekannte Typ hatte einmal einen Agenten des Deuxième Bureau gewarnt: «Um Ihre Schafherde schleichen ein oder zwei Wölfe.» Es gibt keine Beweise dafür, dass er jemals den Namen Dreyfus erwähnt hat, aber Major Henry war zu diesem Zeitpunkt von der Schuld des jüdischen Hauptmanns überzeugt und fest entschlossen, die Beschuldigung durchzudrücken. Dazu war ihm jedes Mittel recht.

ziere war er von der Vorstellung besessen, in Frankreich wimmelte es nur so von Spionen, und die meisten von ihnen wären Juden. Allerdings nicht alle. Zwei Jahre lang liess er seinen eigenen Vetter beschatten, weil dieser mehrere Fremdsprachen beherrschte, viel ins Ausland reiste und daher ein Spion sein musste.

Für den Kriegsminister entwarf der Marquis nun eine Art von krimineller Biographie Dreyfus', die zeigen sollte, dass die ganze militärische Karriere des Juden nur auf Verrat abzielte. Dreyfus, so schrieb er, sei zweifellos der «Mann von den Maasbefestigungen», der geheime Karten an den Feind verkaufte. Es war auch der Jude, der den Deutschen in Bourges die geheime Formel für Melanit zugespielt hatte. Es war Dreyfus, der gemeint war, wenn Oberst Schwartzkoppen sich auf einen «Schuft D...» bezog. General Merciers Geheimakte Dreyfus wurde um ein weiteres «Beweisstück» bereichert, das vierzehn Tage nach der Verhaftung des Juden aufgetaucht war. Es handelte sich um ein Telegramm des italienischen Militärattachés Oberst Panizzardi an Rom, das die Franzosen dechiffriert hatten. Panizzardi hatte auf Dreyfus' Verhaftung und die übertriebenen Enthüllungen in der Presse ebenso erstaunt reagiert wie sein deutscher Kollege. Am 2. November hatte er verschlüsselt nach Rom gekabelt: «Falls Hauptmann D. zu Ihnen keine Beziehungen unterhält, wäre zur Vermeidung von Pressekommentaren ein Dementi angebracht.»

Nachdem Major du Paty das Telegramm zu einem weiteren Beweis gegen Dreyfus umgearbeitet hatte, lautete es: «D. verhaftet. Vorkehrungen eingeleitet. Gewährsmann gewarnt.» Mit diesem Wortlaut übernahm es das Deuxième Bureau in die Akte Dreyfus. Patys einmalige Biographie des «Verräters», die angeführten Dokumente und ein knapper Begleitbrief von General Mercier wurden durch Paty persönlich dem Vorsitzenden des Kriegsgerichts nach Abschluss der Beweisaufnahme unauffällig in einem versiegelten Umschlag zugesteckt. Der Richter wurde aufgefordert, den Inhalt vor dem Urteilspruch seinen Kollegen vorzulesen und ihn dann versiegelt an Paty zurückzugeben. Später stellte sich heraus, dass General Mercier die Absicht hatte, den Begleitbrief zu vernichten und die übrigen Unterlagen in den Akten untertauchen zu lassen.

Der Begleitbrief an die Richter besagte unter anderem: «Der Name des Verräters beginnt mit einem D... Allgemeiner Eindruck: die oben erwähnten Fakten könnten auf Dreyfus zutreffen ... Der D., der die Karten von Nizza verriet, der Verfasser des *bordereau* und der Hauptmann Dreyfus müssen miteinander identisch sein.»

Dem Verteidiger wäre es, wie er später sagte, leichtgefallen, solche «Beweise» zu zerpfücken und General Merciers voreilige Folgerungen zu entkräften. Aber er erfuhr erst viel später davon. Selbst dann konnte er es anfangs nicht glauben, dass der Generalstab und der ehrenwerte Herr Kriegsminister derartige falsche «Beweise» erfinden und ohne sein Wissen dem Gericht vorlegen konnten – ein glatter Verstoss gegen § 101 der Strafprozessordnung.

Die französische Armee bekam ihre Verurteilung. Der Schuldspruch des Kriegsgerichts erfolgte einstimmig. Zunächst wurde der überführte Verräter auf dem Exerzierplatz der *Ecole Militaire* öffentlich degradiert. Es wird einem noch übel, wenn man siebzig Jahre

später einen Bericht über diesen barbarischen Vorgang liest: dem verurteilten Offizier wurden die Achselstücke und die roten Generalstabsstreifen abgerissen, dann wurde sein Säbel zerbrochen, während der Mob brüllte: «Tod dem Juden*!» Nach dieser erheben- den Zeremonie wurde Dreyfus auf die Teufelsinsel verfrachtet, wo ihn die tödliche, Tag und Nacht gleichbleibende Hitze allmählich verzehrte. Auf Anweisung der französischen Regierung wurde er lange Zeit vierundzwanzig Stunden in seiner winzigen Steinhütte in Einzelhaft gehalten. Nachts wurden seine Fussgelenke in Eisen geschlagen, die mit einer Kette am eisernen Fussende seines Lagers befestigt waren. Da von dieser abgelegenen Insel vor der Küste Südamerikas offenbar nicht die geringste Fluchtmöglichkeit bestand, kann man seine Behandlung nur als Folter ansprechen, angeordnet von einer zivilisierten Regierung in der überzivilisierten Stadt Paris.

Für Regierung, Armee und Öffentlichkeit war der Fall Dreyfus damit erledigt. Ein Ver- räter war gefasst und nach einem Gerichtsverfahren entsprechend dem Gesetz verurteilt worden. Und dennoch gab es einige Menschen, für die Dreyfus' Unschuld feststand und die Tatsache, dass – falls ein Verrat begangen worden war – ein anderer Offizier der Schul- dige sein musste. Das waren seine Frau, sein Bruder und sein Anwalt Edgar Demange, ein schon älterer, hochangesehener Mann und gläubiger Katholik. Selbst bei Major Georges Picquart, der weder die Juden allgemein noch den jungen Hauptmann Dreyfus mochte, dessen unmittelbarer Vorgesetzter im Generalstab er gewesen war, nisteten sich leise Zweifel ein. Als offizieller Beobachter des Kriegsministers hatte ihn bei dem Verfahren die Spärlichkeit der Beweise beunruhigt. Sechs Monate nach Abschluss des Prozesses wurde Picquart zum Leiter der Spionageabwehr im Deuxième Bureau ernannt. Er erhielt von seinen Vorgesetzten den Auftrag, die Motive zu untersuchen, die Dreyfus zu einem Verrat an seinem Vaterland veranlasst haben könnten – eine Angelegenheit, die den füh- renden Militärs immer noch Rätsel aufgab. Picquart konnte derlei Motive nicht ent- decken. Aber dafür fand er etwas anderes, das sein Leben fast ebenso radikal veränderte wie das des Hauptmanns Dreyfus, etwas, das sein Land und die Armee in eine neue hektische Krise stürzte, nach der sich am Ende die Gerechtigkeit durchsetzte.

Während der nachfolgenden zwölf Jahre sollte Frankreich von der heftigen Diskussion über Recht und Unrecht in diesem Fall zerrissen werden. Zeitweilig geriet es bis an den Rand eines erbitterten, wenn auch unblutigen Bürgerkrieges. Familien wurden einander entfremdet, Freundschaften gingen in die Brüche, Duelle wurden ausgefochten, Regie- rungen gestürzt, Karrieren zugrunde gerichtet. Einige Männer wanderten ins Gefängnis, andere begingen Selbstmord. Es ereigneten sich Strassendemonstrationen. Der Mob be- drohte das Leben führender Persönlichkeiten, die den Mut aufbrachten, Zweifel an der Schuld des verurteilten Juden auszusprechen. Der Präsident der Republik wurde an- gespuckt und verprügelt. Das ganze Land schien in blinden Hass und Intoleranz zu ver- sinken. Es kam zu einer unüberbrückbaren und hysterischen Spaltung zwischen jenen

* Am folgenden Tag kommentierte *La Libre Parole*: „Hier wurde nicht ein Einzelnr für ein individuelles Verbrechen degra- diert. Die Schande einer ganzen Rasse wurde in aller Nacktheit blossgestellt.“

– meist auf der Rechten die Dreyfus für schuldig hielten, und den anderen, hauptsächlich auf der Linken, die im Laufe der Jahre die Überzeugung gewannen, dass er unschuldig war – das Opfer einer gemeinen Rechtsverdrehung durch das reaktionäre, antisemitische Offizierkorps, die selbst dann noch aufrechterhalten wurde, nachdem das Oberste Appellationsgericht Meineide und gefälschtes Belastungsmaterial aufgedeckt hatte.

Schon längst vor dem Ende der *Affaire*, wie man den Fall in Frankreich allgemein nannte, ging die Frage um die Schuld Dreyfus' fast im allgemeinen Streit unter. Sie wich einer grundlegenden Auseinandersetzung um die moralischen Grundsätze der französischen Gesellschaft, die von da an bis zum Ende die Dritte Republik überschattete. Für die Armeeführung, ihre Parteigänger in der Kirche und die konservativen Schichten handelte es sich längst nicht mehr in erster Linie darum, ob Dreyfus schuldig war (obgleich sie das glaubten); selbst wenn er unschuldig sein sollte, hielt man es immer noch für besser, dass er auf der Teufelsinsel die Qualen der Verdammten erlitt (was er buchstäblich tat), als dass Prestige und Ehre der französischen Armee, von der die Verteidigung des Vaterlandes abhing, befleckt werden sollten. Was bedeuteten schon Leben und Ehre eines Einzelnen im Vergleich zu Leben und Ehre von *la patrie**? Welche Bedeutung kam denn tatsächlich der nackten Wahrheit und reinen Gerechtigkeit für den Einzelnen zu, selbst dem Respekt vor dem Menschen ohne Ansehen der Rasse oder Religion, wenn eine strikte Beachtung dieser Grundsätze das Vertrauen des Volkes in die Führer der Armee untergrub, den Glauben an die bestehenden Autoritäten zerstörte und damit den Lebensnerv der Nation schwächte? Über allem stand das nationale Interesse. Ihm waren im Laufe der Geschichte immer wieder Einzelne – aber auch Wahrheit und Gerechtigkeit – geopfert worden.

Charakteristisch für diese Moralauffassung der Rechten war eine Zeile, die der Schriftsteller Paul Léautaud seinem Beitrag zu einem Unterstützungsfonds für die Witwe von Oberst Hubert Henry beilegte. Der Oberst gestand später die Fälschung von Dokumenten gegen Dreyfus und beging Selbstmord, nachdem er unter Militärarrest gestellt worden war. Der Autor schrieb: «Für Ordnung, gegen Gerechtigkeit und Wahrheit**!» Oberst Henry wurde trotz der eingestandenen Fälschungen, die mit zur Verurteilung eines Unschuldigen beigetragen hatten, für die *Anti-Dreyfusards* zu einem Helden. Ein aufstrebender junger Dichter und Journalist namens Charles Maurras, der auf den Trümmern der Dreyfus-Affäre die royalistische und ultranationalistische Bewegung der *Action Française* gründen sollte, fiel zuerst durch einen Artikel in der monarchistischen *Gazette de France* auf. Darin verteidigte er Oberst Henrys ungesetzliches Handeln nicht

* Adolf Hitler beantwortete diese Frage einmal auf seine Weise: «Was heisst Leben? Die Nation, das ist Leben. Das Einzelwesen muss sowieso sterben. Die Nation steht über dem Leben des Einzelnen.»

** Die antisemitische Tageszeitung *La Libre Parole*, die den Spendenaufruf erlassen hatte, liess das Wort «gegen» weg, so dass der Satz nun lautete: «Für Ordnung, Gerechtigkeit und Wahrheit!» Léautaud protestierte und drohte gesetzliche Massnahmen für den Fall an, dass der Fehler nicht korrigiert würde. Er schrieb an die Zeitung: «Sie lassen mich sagen, ich sei für Gerechtigkeit und Wahrheit, während ich doch dagegen bin.» Auf der Liste der Spender stand auch Paul Valéry, der später ein bekannter Dichter, Essayist und Mitglied der Akademie wurde. Er bemerkte, sein Beitrag sei «nicht ohne Überlegung» geleistet *. Ein junger Armeehauptmann namens Weygand spendete zehn Francs für ein Denkmal zu Ehren von Oberst Henry. Seine politische Gesinnung trat schon jetzt deutlich zutage *.

nur aus patriotischen, sondern auch aus moralischen Gründen. Henrys Fälschungen, schrieb er, seien ein «Akt der Vaterlandsliebe» gewesen und «zum Nutzen und zur Ehre aller» geschehen. Maurras fügte hinzu: «Der Oberst opferte sich als Moralist und als Staatsmann.» Er versprach ihm dafür die «Unsterblichkeit».

Aber es gab in Frankreich noch andere moralische Werte, die weitaus älter und weiter verbreitet waren als diejenigen der Rechten. Als sie durch das Bekanntwerden neuer Beweise für das grausame Unrecht, das an Dreyfus verübt worden war, erst einmal in den Köpfen und Herzen einer immer grösseren Anzahl von Bürgern geweckt waren, triumphten sie zuletzt auch, allerdings erst nach vielen Rückschlägen eines stürmischen Jahrzehnts. Diese Auffassung besagte schlicht und einfach, Wahrheit müsse Wahrheit und Gerechtigkeit müsse Gerechtigkeit bleiben, unabhängig von den eventuellen Folgen; keine Gesellschaft und natürlich auch keine Armee könne – oder sollte – fortbestehen, wenn ihre Grundlage nicht eine uneingeschränkte Achtung vor diesen Werten sei. Hatte die Armee eine Ungerechtigkeit begangen, indem sie einen Unschuldigen wegen Hochverrats aburteilte, dann musste sie diesen Fehler wiedergutmachen. Aus diesem Schluss ergab sich die Forderung nach einer «Revision» des Falles Dreyfus – zuerst nur geflüstert, aber dann allmählich zu lautstarkem Nachdruck anwachsend.

Die Verfechter dieser Forderung – radikal-republikanische Politiker wie Georges Clemenceau, Sozialistenführer wie Jaures, Schriftsteller wie Emile Zola und Anatole France und der fast schon mit einem Heiligenschein versehene junge Dichter Charles Peguy, Universitätsprofessoren und Schullehrer – liessen sich auch nicht durch die Anschuldigung beirren, sie schadenen der Nation oder der Armee. Im Namen der nationalen Ehre verlangte Peguy Gerechtigkeit für Dreyfus. Für ihn musste die Ehre der Nation auf Wahrhaftigkeit begründet sein, und diese Ehre war durch eine Lüge befleckt. «Die Leidenschaft für Wahrheit und Gerechtigkeit», schrieb er später über jene Tage, «die Unzufriedenheit gegenüber allem Falschen, die Abscheu vor Lüge und Ungerechtigkeit, nahmen uns ganz in Anspruch und verzehrten all unsere Kräfte.» Sie sollten schliesslich doch belohnt werden.

Le Petit Bleu – Wiederaufnahmeverfahren

An einem Märztag des Jahres 1896, über ein Jahr nachdem Dreyfus seine lebenslange Strafe auf der Teufelsinsel angetreten hatte, fing der französische Nachrichtendienst einen Brief des deutschen Militärattachés an einen Offizier der französischen Armee ab. Darin wurde eine «eingehendere Erklärung der schwebenden Frage» verlangt. Der Brief war an Major Graf Ferdinand Walsin-Esterhazy, 27 rue de la Bienfaisance in Paris, adressiert. Er war auf *pneumatique* geschrieben, der Dünnpost, die bei den Franzosen ganz allgemein *petit bleu* genannt wurde, weil dieses vom Postamt für den innerstädtischen Rohrpostverkehr verkaufte Spezialpapier diese Farbe hatte. Für *l’Affaire* sollte dieses *petit bleu* ebenso grosse Bedeutung erlangen wie zuvor der *bordereau*.

«Was – noch ein Spion?» fragte Picquart, als ihm ein Ordonnanzoffizier das Schriftstück vorlegte. Nach einem flüchtigen Blick darauf befahl er eine Routineüberprüfung des Majors Esterhazy. Er entpuppte sich als Abkömmling eines der führenden ungarischen Adelsgeschlechter; die Esterhazys waren in ganz Europa bekannt. Er war zwar in Paris geboren, hatte jedoch 1866 in der österreichischen Armee gegen Preussen gekämpft und vier Jahre später mit der französischen Armee noch einmal gegen denselben Feind. Seine Führung als Soldat war ausgezeichnet. In seinem Privatleben sah es etwas anders aus. Als besessener Spieler steckte er dauernd in Schulden. Er hatte die Mitgift seiner Frau verschleudert, war in verschiedene undurchsichtige Transaktionen verwickelt und hatte Ärger mit verschiedenen Mätressen. Im Augenblick kommandierte er ein Bataillon des 74. Infanterieregiments von Rouen. Eine Zeitlang hatte er sich für einen Posten im Nachrichtendienst des Generalstabs beworben und dabei betont, dass er mehrere Sprachen beherrschte und über gute Kenntnisse der Verhältnisse in Deutschland, Österreich und Italien verfügte. Er hatte im Geheimdienst einen Freund – Major Henry der seine Bewerbung befürwortet hatte.

Diese schriftliche Bewerbung war zu Picquart gelangt. Als er über dem *petit bleu* grübelte, kam ihm die Handschrift irgendwie bekannt vor. Er holte die Dreyfus-Akten, an denen er in seiner Freizeit arbeitete, hervor und nahm den *bordereau* heraus. Aufgeregt zog er einige Handschriftenexperten hinzu. Er liess sogar Major du Paty rufen, dessen Vertrauen in die eigenen graphologischen Fähigkeiten ihn am Anfang zu dem Schluss verleitet hatte, dass Dreyfus den *bordereau* verfasst haben müsse. Nun war auch der Marquis sicher, dass Esterhazy ihn geschrieben hatte. «Natürlich – genau dieselbe Handschrift!» rief er aus. Die Experten stimmten ihm zu. Nun war Picquart davon überzeugt, dass Esterhazy, dessen landesverräterische Korrespondenz mit Oberst Schwartzkoppen bereits durch das *petit bleu* bewiesen war, auch der Verfasser des *bordereau* und damit der Offizier war, der den Deutschen militärische Geheimnisse verkauft hatte. Dreyfus musste demnach unschuldig sein.

Er vertraute sich General Charles Gonse, dem Stellvertretenden Generalstabschef, an und bestürmte ihn, die Armee solle die Initiative zur Wiederaufnahme des Falles Dreyfus ergreifen, um den Kritikern vorzubeugen, die dieser Armee das Festhalten an einer Ungerechtigkeit vorwarfen. Er wies seinen Chef darauf hin, dass die Familie Dreyfus mit Unterstützung einer wachsenden Anzahl bedeutender Politiker ein neues Verfahren betriebe. Dem sollte die Armee zuvorkommen, erklärte er. Hätte sich General Gonse nach diesem vernünftigen Rat gerichtet, so wäre der Armee der Vertrauensverlust erspart geblieben, den sie sich schon bald einhandeln sollte, und der Nation wäre höchstwahrscheinlich die Krise erspart geblieben, die sie bis in die Grundfesten erschütterte. Der Armee wurde hier die Gelegenheit zu einem ehrenvollen Rückzug geboten. Sie brauchte lediglich zuzugeben, dass hier vielleicht Unrecht geschehen sei.

Aber General Gonse war nicht der Mann, der die Armee auf diese Weise kompromittieren wollte. Er tadelte den erst kürzlich zum Oberstleutnant beförderten Picquart wegen des Versuchs, die beiden Fälle in einen Zusammenhang zu bringen. Sehr bestimmt er-

klärte er: «Der Fall Dreyfus ist abgeschlossen. Ausserdem», fügte er hinzu, «was kümmert es Sie, ob dieser Jude auf der Teufelsinsel sitzt oder nicht?»

«Er ist unschuldig», erwiderte Picquart.

Der General betrachtete den frischbackenen Oberst eine Weile nachdenklich und sagte schliesslich: «Wenn Sie den Mund halten, braucht es niemand zu erfahren.»

«General!» schrie Picquart und vergass den Rangunterschied, «was Sie da sagen, ist abscheulich. Ich weiss nicht, wie ich mich verhalten werde. Aber ich werde jedenfalls dieses Geheimnis nicht mit ins Grab nehmen.»

Ehe es sich Picquart versah, wurde er von General Gonse an die Tunesienfront abkommandiert. Dort fanden gelegentlich bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Arabern statt. Nach späteren Aussagen vor Gericht hofften einige der Generäle, dass der lästige Oberst nicht zurückkehren würde.

Aber Picquart war aus härterem Holz geschnitzt, als seine Vorgesetzten glaubten. Er unterschied sich auch noch auf andere Weise von den durchschnittlichen Armeeeoffizieren. Er hatte sich eingehend mit Geschichte, Philosophie und Literatur beschäftigt und nie zu lernen aufgehört, so dass er einen weiteren Horizont hatte als die meisten seiner Kollegen. Bedeutsamer noch war seine ungewöhnliche Charakterstärke. Er war ein so glühender Verfechter der Gerechtigkeit, dass bei ihm das Karrieredenken in den Hintergrund trat. Er hatte es ernst gemeint, als er seinen Vorgesetzten erklärte, er werde das Geheimnis von Dreyfus' Unschuld nicht mit ins Grab nehmen.

Am 2. April 1897 schrieb er einen persönlichen Brief an den Präsidenten der Republik. Er bekundete darin seine Überzeugung, dass Dreyfus unschuldig sei, dass der wahre Verräter Esterhazy heisse und dass man Dreyfus hereingelegt habe. Er gab diesen Brief zwar nicht auf, aber als er zwei Monate später in Paris auf Urlaub weilte, hinterlegte er ihn bei seinem Freund und Rechtsanwalt Louis Leblois mit der Anweisung, ihn im Falle seines Todes an den Präsidenten zu senden. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit vertraute er seinem Anwalt an, welche Beweise er entdeckt hatte. Später erklärte er sich damit einverstanden, den Bericht an gewisse vertrauenswürdige Parlamentsmitglieder weiterzugeben, die sich mit dem Fall Dreyfus beschäftigten, allerdings unter der Bedingung, dass er nicht als Quelle genannt werden dürfe. Dieser Schritt sollte später die Generäle und andere Dreyfus-Gegner in Wut versetzen und dazu führen, dass Picquart in Ungnade fiel und verhaftet wurde, während Leblois für einige Zeit aus der Anwaltskammer ausgestossen wurde.

Aber die Wahrheit war nun ans Tageslicht gekommen, und sie begann sich herumzusprechen. Der ehrwürdige Auguste Scheurer-Kestner, Vizepräsident des Senats und Elsässer wie Dreyfus, Picquart und Leblois, interessierte sich dafür, ebenso Georges Clemenceau, ein radikal-republikanischer Politiker und Verleger aus der Vendée. Er sah aus wie ein Mongole und hatte einen Charakter wie ein Fels, ein tiefverwurzeltes Misstrauen gegenüber der für Irrtümer anfälligen menschlichen Rasse und einen fanatischen Gerechtigkeitssinn. Für ihn spielte es dabei keine Rolle, wer sich der Durchsetzung dieser Gerechtigkeit in den Weg stellte. Er war zunächst wie fast alle anderen von Dreyfus'

Schuld überzeugt gewesen und hatte den «Verräter» mit der üblichen Schärfe verurteilt. Aber als die Wahrheit durchsickerte, griff er die Forderung nach einer Revision auf und bestürmte jahrelang Tag um Tag Armee und Regierung. Am Schluss hatte er in seiner Tageszeitung *L'Aurore* über achthundert Artikel über *l'Affaire* veröffentlicht. Jetzt sollte in seinem Blatt ein berühmter Romancier einen Artikel veröffentlichen, der den ganzen Fall platzen liess – und das ausgerechnet in dem Augenblick, da die verfassungsmässigen Behörden schon glaubten, ihn ein für allemal abgewürgt zu haben.

Nun liefen die Ereignisse in einem immer rascheren Tempo ab. Am 16. November 1897 beschuldigte Mathieu Dreyfus, der sich voll und ganz der Ehrenrettung für seinen Bruder widmete, Esterhazy öffentlich, der Verfasser des *bordereau* zu sein. Esterhazy forderte ein Gerichtsverfahren zur Bereinigung dieses Vorwurfs. Er erhielt es, und die Richter sprachen ihn am 11. Januar 1898 nach dreiminütiger Beratung einstimmig frei. Am selben Abend drängten sich auf den Strassen gewaltige Menschenmengen mit Parolen wie: «Lang lebe Esterhazy! Lang lebe die Armee! Tod den Juden!» Am folgenden Tag wurde Oberst Picquart, der gegen Esterhazy ausgesagt hatte, verhaftet und in die Festung Valerien gebracht.

Am nächsten Tag, dem 13. Januar, erregte ein offener Brief des Romanschriftstellers Emile Zola an den Präsidenten der Republik grosses Aufsehen. Er erschien in *L'Aurore*, und der Herausgeber Clemenceau gab ihm aus einem genialen Einfall heraus den Titel, der diesen Brief weltberühmt machen sollte: «*J'Accuse!*» – «Ich klage an!» Er stellte den grossen Wendepunkt in der Dreyfus-Affäre dar und schien zu beweisen, dass in Frankreich trotz allem die Feder noch mächtiger war als das Schwert.

Zola stand damals als vieldiskutierter Autor auf dem Höhepunkt seines Ruhms. Er wurde gefeiert und angegriffen und nicht nur in Frankreich selbst, sondern in der ganzen westlichen Welt viel gelesen. Die zwanzig Romane der *Rougon-Macquart-Sene* hatte er bereits hinter sich. Er beendete gerade *Paris*, den Abschluss einer Trilogie unter dem Titel *Drei Städte*. Sein Weltruhm hatte ihm phänomenale Auflagen und eine Menge Geld eingetragen. Er bedurfte keiner weiteren Publicity, auch wenn ihm jetzt die *Anti-Dreyfusards* genau das vorwarfen.

Sein Brief war in heftigem Ton gehalten, die Vorwürfe waren ätzend und scharf. Er nannte die Generäle beim Namen und warf ihnen – besonders aber dem inzwischen zum Oberst aufgerückten Paty de Clam – eine bewusste Intrige gegen Dreyfus vor; die Armee selbst beschuldigte er, den Freispruch für Esterhazy, den echten Verräter, *befohlen* zu haben. Er schloss mit der kühnen Aufforderung, die Regierung oder die Armee solle ihn nur vor die Schranken eines Gerichts zerren und zu diffamieren versuchen.

Der Fehdehandschuh wurde aufgenommen. Die Regierung leitete unverzüglich auf Betreiben der Armee ein Verfahren gegen Zola ein. Dabei blieb sie fest entschlossen, den Fall Dreyfus nicht wieder aufzurollen, und beschränkte die Anklage lediglich auf Zolas Vorwurf, die Armee habe Esterhazys Freispruch befohlen. So wurde die Verteidigung daran gehindert, Beweise für die Intrige der Militärs gegen Dreyfus vorzulegen.

Die stürmische Gerichtsverhandlung dauerte zwei Wochen, aber dann brauchte das

Gericht nur knapp eine Stunde, um den Schuldspruch gegen Zola zu fällen. Gegen ihn wurde die Höchststrafe verhängt: ein Jahr Gefängnis und 3'000 Francs Geldstrafe. Wahrscheinlich konnte er von Glück sagen, dass er an diesem Tag überhaupt lebend nach Hause gelangte. Der Pöbel war in die Korridore des Gerichtsgebäudes eingedrungen und brüllte: «Nieder mit Zola! Tod den Juden!» Man wollte ihn lynchen, und am Abend wurde sein Haus von aufgebrachten Demonstranten mit Steinen beworfen*. Selbst Ministerpräsident Jules Meline stimmte mit in die antisemitischen Tiraden ein. Er erklärte vor der Kammer: «Die Juden, die unklugerweise diese vorbereitete Hasskampagne ausgelöst haben, beschworen gegen sich ein Jahrhundert der Intoleranz herauf – die Juden und jene intellektuelle Elite, denen es Vergnügen zu bereiten scheint, die Atmosphäre zu vergiften und blutigen Hass zu entfachen.» Er versprach, «von heute an die volle Strenge des Gesetzes gegen sie walten zu lassen». Die Kammer nahm seine Worte beifällig auf und verabschiedete mit 428 gegen 54 Stimmen eine eigene Resolution:

Die Kammer empfiehlt der Regierung, mit aller Entschiedenheit... gegen die abscheuliche, mit fremdem Geld unterstützte Kampagne zur Rehabilitierung des Verräters Dreyfus vorzugehen, der nach dem Zeugnis von siebenundzwanzig französischen Offizieren einstimmig verurteilt wurde und der seine Schuld eingestanden hat.

Oberst Picquart, dem Offizierkorps inzwischen fast ebenso verhasst wie Dreyfus, hatte bei der Verhandlung gegen Zola ruhig, aber entschieden bekundet, dass das von der Armee gegen Dreyfus ins Feld geführte Hauptdokument, in dem der italienische Militärattaché Dreyfus als den Spion bezeichnet hatte, offenbar eine Fälschung sei. Drei Tage nach Zolas Verurteilung, am 26. Februar 1898, wurde Picquart wegen seines Verhaltens, das eines Offiziers unwürdig sei, aus der Armee entlassen. Sein Anwalt Leblois erhielt wegen seines Einsatzes für seinen Freund und Klienten sechs Monate lang Berufsverbot.

Nun schien die Dreyfus-Affäre endlich doch abgewürgt zu sein. Sie wäre es vielleicht auch für immer gewesen, wenn sich nicht die Armee und der neue Kriegsminister, ein loyaler republikanischer Deputierter namens Godefroy Cavaignac, der von Dreyfus' Schuld überzeugt worden war, allzu zuversichtlich gezeigt hätten. Am 7. Juli 1898 erhob sich Cavaignac in der Kammer, entschlossen, der Agitation um Dreyfus ein für allemal ein Ende zu bereiten. Er verkündete, die Armee verfüge über unwiderlegbare Beweise von Dreyfus' Schuld. Er veröffentlichte sie hier erstmals, indem er vor den Deputierten die drei belastenden Dokumente verlas, in denen der deutsche und der italienische Militärattaché von dem «Schuft D...» gesprochen und Oberst Panizzardi dann tatsächlich Dreyfus als Spion bezeichnet hatte. Die ganze Kammer spendete Cavaignac wegen seines

* Das Urteil gegen Zola wurde wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt und ein neues Verfahren angeordnet. Am 18. Juli 1898 wurde er von einem Gericht in Versailles erneut verurteilt, nachdem er sich geweigert hatte, vor Gericht zu erscheinen. Bevor er zur Ableistung seiner Gefängnisstrafe verhaftet werden konnte, floh er auf Anraten seines Anwalts nach London. Vermutlich gab er selbst oder sein Verteidiger die Hoffnung auf, dass überhaupt jemand in Frankreich bei dem damals herrschenden Klima Gerechtigkeit erfahren konnte.

Mutes frenetischen Beifall. Sie beschloss einstimmig, den Wortlaut der Rede auf den offiziellen Anschlagtafeln in den 36'000 Gemeinden des Landes auszuhängen. Der neue zivile Kriegsminister wurde der Held des Tages. Ermutigt durch seinen Erfolg, empfahl er dem Kabinett, die wichtigsten der für Dreyfus eintretenden Männer, nämlich Senator Scheurer-Kestner, Clemenceau, Zola, Picquart und etwa zwanzig andere vor den als Oberstes Gericht tagenden Senat zu zitieren und sie wegen ihrer Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates zur Verantwortung zu ziehen.

Aber dann begann sein Kartenhaus bald einzustürzen. Am 10. Juli schrieb der inzwischen aus der Armee entlassene Picquart einen Brief an den Ministerpräsidenten, in dem er bedauerte, welcher Missbrauch mit Cavaignacs gutem Glauben getrieben wurde. Clemenceau veröffentlichte ihn prompt in *L'Aurore*.

Da der Kriegsminister drei jener Geheimdokumente vor der Kammer verlesen hat, auf die sich mutmasslich der Schuldspruch gegen Dreyfus stützt, halte ich es für meine Pflicht, Sie davon zu unterrichten, dass ich instande bin, vor einem zuständigen Gericht zu beweisen, dass sich die beiden Dokumente aus dem Jahre 1894 nicht auf Dreyfus beziehen und dass das andere aus dem Jahre 1896 alle Anzeichen der Fälschung aufweist.

Erbost befahl Cavaignac Picquarts Verhaftung wegen der Preisgabe von Staatsgeheimnissen. Auch Esterhazy wurde festgenommen – aber nicht unter dem Verdacht des Landesverrats, sondern wegen seines unmoralischen Lebenswandels, der sich für einen Offizier nicht gezieme. Der Topf begann erneut überzukochen.

Um Picquarts Vorwurf der Fälschung entkräften zu können, beauftragte der Kriegsminister einen jungen Generalstabsoffizier, den Hauptmann Louis Cuignet, mit einer Überprüfung der Akte Dreyfus und der Echtheit der angeführten Dokumente. Zu Cavaignacs Bestürzung fand der junge Offizier bald heraus, dass eines der drei Dokumente, die der Kriegsminister in seiner grossen Rede als «unwiderlegbaren Beweis» für Dreyfus' Schuld zitiert hatte, gefälscht worden war – höchstwahrscheinlich von Oberst Henry. Der Oberst wurde zum Kriegsminister persönlich bestellt. Hier gestand Henry in Gegenwart des Generalstabschefs und dessen Stellvertreters seine Fälschung ein. Er wurde sofort verhaftet und in die Festung Mont Valerien gebracht. Die Presse wurde von seinem Geständnis unterrichtet. Am nächsten Tag fand man Henry tot auf seinem Lager. Er hatte sich die Kehle mit seinem Rasiermesser durchgeschnitten.

Er hatte zwar seine Fälschung zugegeben, aber Cavaignac keine Einzelheiten geliefert. Dennoch wurde dieses Wissen nicht mit ihm begraben. Später stellte sich alles heraus. 1896, als die Bestrebungen für einen neuen Dreyfus-Prozess Zunahmen, hatte sich Oberst Henry gesagt, dass weitere «Beweise» gegen den verurteilten Hauptmann nur nützlich sein könnten. Der französische Nachrichtendienst hatte eine auf dem Briefpapier der italienischen Botschaft geschriebene Mitteilung von Oberst Panizzardi, mit der er Oberst Schwartzkoppen zum Diner einlud, abgefangen und Henry zugeleitet. Diese passende Gelegenheit hatte Henry wahrgenommen und einen gewissen Lemercier-Picard, einen

Mann von zweifelhaftem Charakter und Experten für die Nachahmung von Handschriften, rufen lassen. Auf einem Stück Papier, das dem amtlichen Briefpapier der Botschaft möglichst ähnlich sah, liess Henry diesen Lemercier-Picard eine interessante Notiz schreiben:

Lieber Freund, wie ich gelesen habe, will ein Abgeordneter den Minister wegen Dreyfus befragen. Sollte Rom erneut Erklärungen von mir verlangen, werde ich natürlich sagen, ich hätte mit diesem Juden niemals etwas zu tun gehabt. Würden Sie auf Anfrage das gleiche sagen? Keiner soll je herausfinden, wer mit ihm in Verbindung stand.

Diesen Text klebte Henry dann zusammen mit Panizzardis Original-Unterschrift auf das Botschaftspapier. Dieses Dokument war es, das Hauptmann Cuignet bei näherer Untersuchung als Fälschung entlarvte. Cuignet konnte sich niemals verzeihen, dass er damit in ein Wespennest gestochen hatte. Es erfüllte ihn mit Gewissensbissen, dass er unbeabsichtigt den Kriegsminister und die Armee so sehr in Verlegenheit gebracht hatte. Für den Rest seines Lebens bemühte er sich, oft einem Nervenzusammenbruch nahe, um eine Wiedergutmachung, indem er in seinen Schriften und Reden immer wieder Dreyfus' Schuld betonte.

Lemercier-Picard überlebte Henry nicht lange. Eines Tages, kurz nachdem ihn ein ehemaliger Adjutant Henrys besucht hatte, fand man ihn erhängt in seinem Zimmer.

Als Esterhazy von Henrys Selbstmord erfuhr, mochte er vielleicht darüber erleichtert sein, dass nun eine Reihe ihn belastender Geheimnisse nie mehr ans Tageslicht gelangen würde, er hielt es aber dennoch für ratsamer, das Land zu verlassen. Nach seiner Verhaftung war er wegen moralischer Vergehen verurteilt worden und aus der Armee ausgeschieden. Nun floh er über die Grenze nach Belgien und von dort aus nach London. General Boisdeffre, der ehrwürdige Chef des Generalstabs, der bei der Gerichtsverhandlung gegen Zola die Echtheit des Dokuments beschworen hatte, trat von seinem Posten zurück und gab zu, von Oberst Henry getäuscht worden zu sein. Auch Cavaignac trat ab, blieb jedoch hartnäckig bei seiner Überzeugung, dass Dreyfus trotz Henrys Fälschung schuldig sei. Vermutlich war er über das Ausmass der Fälschungen des Obristen nicht unterrichtet. Allem Anschein nach wusste er nicht, dass der ränkevolle Oberst in seinem Eifer, Dreyfus die Schuld anzuhängen, auch aus heiterem Himmel sieben Briefe von Dreyfus an den deutschen Kaiser persönlich und eine Antwort Wilhelms n. erfunden hatte. Eine von Oberst Henry zur Verfügung gestellte Zusammenfassung dieses Schriftwechsels war am 12. Dezember 1897 in Rocheforts *L'Intransigeant* veröffentlicht worden.

Die Schreiben liefen darauf hinaus, dass Dreyfus den Kaiser gebeten hatte, als Offizier in der deutschen Armee dienen zu dürfen. Wilhelm II. hatte ihm über den deutschen Botschafter in Paris geantwortet, Dreyfus könne Deutschland am besten dienen, indem er als deutscher Spion in der französischen Armee bliebe. Weitere Briefe «bewiesen», dass Dreyfus diesem Rat gefolgt war, obgleich sich der Kaiser mindestens einmal darüber

beklagte, der «Schuft» stelle immer höhere Forderungen, aber der Ärger lohne sich. Als die französische Regierung noch am Tage der Veröffentlichung ein formelles Dementi erliess und versicherte, «diese Briefe existieren nicht und haben niemals existiert», erklärte Rochefort seinen Lesern, dass die Regierung angesichts der Umstände «lügen musste» und die Briefe natürlich echt seien. Die Originale, so behauptete er, seien der deutschen Botschaft zurückgegeben worden, aber Fotografien davon befänden sich bei den Akten der Armee; sie seien den Richtern beim Kriegsgerichtsverfahren gegen Dreyfus vorgelegt worden. Rochefort fügte hinzu, der Jude sei hauptsächlich aufgrund dieser überzeugenden Beweise des Hochverrats überführt worden.

«Wo ist Frankreich? Was wurde aus den Franzosen?» sollte Clemenceau bald klagen. Ja, wo war es, wenn – wie der eingekerkerte Oberst Picquart nun öffentlich beschwor – ein Mann aufgrund von gefälschten und entgegen dem Gesetz vorgelegten Beweisen als Verräter verurteilt werden konnte; wenn ein Esterhazy von einem Militärgericht rein gewaschen und ein Zola von einem zivilen Gericht verurteilt wurde; wenn ein Oberst, der die Fälschung von Belastungsmaterial gegen den jüdischen Hauptmann eingestanden und sich dann umgebracht hatte, nun als Märtyrer der Wahrheit gefeiert werden konnte. Ein Ausländer, der verwirrt vor dieser moralisch verkehrten Welt stand, fragte einmal den jungen französischen Journalisten Paul Brulat⁶: «Wo sind denn die ehrlichen Männer in diesem Lande?» Und er erhielt die Antwort: «Die haben Angst*.»

In dieser von Angst und Hass vergifteten Atmosphäre wurde die Dritte Republik weiter geschwächt. Zumindest zwei Strömungen hielten die Zeit für gekommen und das allgemeine Klima für reif, um einen Umsturzversuch zu wagen.

Madame Lucie Dreyfus, die Frau des verurteilten Offiziers, hatte bei Gericht offiziell um eine Revision des Schuldspruchs nachgesucht. Am 29. Oktober erklärte sich die Strafkammer des Obersten Appellationsgerichts bereit, den Fall zu überprüfen. Schon Wochen zuvor war in Erwartung dieser Entscheidung in der Presse und in der Kammer ein neuer Sturm losgebrochen. Den Richtern der Strafkammer wurde vorgeworfen, sie stünden dicht vor einem Ausverkauf Frankreichs an Deutschland. Sie wurden als Verräter gebrandmarkt. Rochefort schlug in *L'Intransigeant* vor, allen diesen Richtern die Augen auszustechen – anders könne man die Verräter nicht behandeln. Herausgeber von Zeitungen und Deputierte erklärten lautstark, wenn man die Geheimakten des Falles Dreyfus solchen Richtern vorlegte, würden die Papiere schon am nächsten Tag in den Händen des Kaisers auftauchen.

Mitten in diesem Wirrwarr regten sich die bereits totgeglaubten Royalisten wieder. Der offizielle Beauftragte des im Exil lebenden Thronprätendenten der Orleanisten in Frankreich fühlte sich dazu ermutigt, bereits Listen der künftigen Minister, Präfekten und Magistrate des Königs aufzustellen und den Duc d'Orleans, der sich gerade zur Jagd in Böhmen aufhielt, telegrafisch zu ersuchen, sich am 24. Oktober, dem Vorabend der Er-

* Genau wie viele anständige Amerikaner während der McCarthy-Ära in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Öffnung der herbstlichen Sitzungsperiode des Parlaments, im nahen Brüssel bereit zu halten. Einige Monate später, als anlässlich der Beerdigung des Präsidenten der Republik eine neue Krise ausbrach, lauerte der Thronbewerber an der französisch-belgischen Grenze, bereit, die kurze Reise nach Paris zu unternehmen und sich dort zum König krönen zu lassen.

Felix Faure, ein früherer Fellhändler aus Le Havre, hatte lange Zeit in der Deputiertenkammer und in verschiedenen Kabinetten gedient, ehe er Präsident der Republik wurde. Am frühen Abend des 16. Februar 1899 starb er ganz plötzlich in seinem Büro im Élyséepalast an einem Herzschlag. Es ist durchaus möglich, dass die Gerüchte auf Tatsachen beruhten, die schon bald nach Faures Ableben in Paris kreisten. Man munkelte von der hübschen jungen Frau eines Malers, die in den Stunden vor dem Schlaganfall das Sofa des Präsidentenbüros benutzt haben sollte. Sie wurde durch einen Seitenausgang hinausgeschmuggelt, bevor man die Ehefrau rief. Diese Gerüchte um den Tod des Präsidenten linderten vorübergehend die Spannung um die Dreyfus-Affäre; die Zeitung des fanatischen Nationalistenführers Paul Deroulede beschuldigte sogar die Juden, den Präsidenten ermordet zu haben. Aber wichtiger als die Begleitumstände seines Todes war die Tatsache, dass damit einer der mächtigsten unter jenen Männern abgetreten war, die sich so hartnäckig einer Wiederaufnahme des Falles Dreyfus widersetzt hatten.

Von Emile Loubet, einem gemässigten Kleinstadthanwalt, der zwei Tage später von der Nationalversammlung zu Faures Nachfolger gewählt wurde, wusste man, dass er dazu neigte, Dreyfus vor Gericht eine neue Chance zu geben. Das war für die Dreyfus-feindliche Presse Grund genug zu hysterischen Angriffen auf ihn. Als der neugewählte Präsident von der Wahl in Versailles zurückkehrte, wurde er vom feindseligen Strassenpöbel begrüsst. Deroulede und seine ultranationalistische *Ligue des Patriotes* hatten die Strasse mobilisiert. Deroulede, ein alter Boulanger-Anhänger, wurde bestürmt, seinen Mob in den Élyséepalast zu führen und den neuen Präsidenten zu verjagen. Er beschloss, bis zu Faures Beerdigung am 23. Februar zu warten.

Mit einer tönenden Proklamation in der Tasche – er forderte darin die Abschaffung der Verfassung von 1875 – warteten Deroulede, der Schriftsteller Maurice Barrès und ihre Anhänger, verstärkt durch eine Anzahl von Rowdies aus anderen antisemitischen und royalistischen Organisationen, auf dem Place de la Nation. Sein Plan sah vor, die vom Trauerzug zurückkehrenden Soldaten aufzuhalten und ihren Kommandanten dazu zu überreden, mit ihm zur Machtübernahme in den Präsidentenpalast zu marschieren. Angeblich wusste er von der Anwesenheit des Duc d'Orleans an der Grenze und war gar nicht glücklich darüber, denn er war ein überzeugter Republikaner und wünschte lediglich eine andere Art von Republik, die – wie vor ihm schon Boulanger (und Louis Napoleon) gefordert hatten – auf dem Grundsatz des Volksentscheids anstelle des Parlaments beruhen sollte.

Als General Roget an der Spitze seiner Truppe erschien, hielt ihn Deroulede an und beschwor ihn, den Marsch zum Élyséepalast anzuführen. Aber der General – hoch zu Ross – war zu klug, sich auf eine solche Sache einzulassen. Er schob den Agitator mit

seinem Säbel beiseite, führte seine Soldaten in die nahe gelegene Kaserne zurück und liess dann Deroulede mitsamt seinen Anhängern wegen Landfriedensbruchs festnehmen. Der Versuch endete zwar mit einer Farce, aber er hätte durchaus gelingen können, wenn nicht General Roget, sondern einer der mit Deroulede sympathisierenden Generäle die Truppe angeführt hätte.

Wieder einmal war die Republik bedroht worden. Als Deroulede im nachfolgenden August zusammen mit Orleanisten, Bonapartisten und den führenden Antisemiten einen neuen Anschlag auf das Regime vorbereitete, liess die Regierung, die nun von dem energischeren Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau geleitet wurde, die Verschwörer verhaften und stellte sie vor den Senat als Obersten Gerichtshof. Deroulede, der von einem Pariser Gericht wegen seiner Beteiligung an der Affäre vom 23. Februar freigesprochen worden war, wurde nun für schuldig befunden. Seine Strafe lautete auf zehnjährige Verbannung aus Frankreich.

Eingeschüchtert von dem Geschrei der Dreyfus-Gegner, das Oberste Gericht betreibe ein verräterisches Komplott zur Rehabilitierung des verurteilten Juden, verabschiedete die Deputiertenkammer nun – ausgesprochen verfassungswidrig – ein Gesetz, das die Jurisdiktion in Berufungsfällen den zusammengefassten drei Instanzen des Obersten Gerichts übertrug. Man nahm an, dass die Mehrheit sämtlicher Richter Antirevisionisten seien. Ungeachtet ihrer früheren Einstellung trafen die sechsundvierzig Richter nach Beweismwürdigung und Anhörung des vom Präsidenten der Zivilkammer des Gerichts zusammengestellten Berichts ihre Entscheidung am 3. Juni 1899: Das Urteil gegen Dreyfus wurde aufgehoben und eine neue Verhandlung vor dem Militärgericht in Rennes angeordnet. Dreyfus wurde nach fast fünfjähriger Haft auf der Teufelsinsel zu der neuen Verhandlung zurückgeholt. Marquis du Paty de Clam sass übrigens wegen der Fälschung von Dokumenten im Falle Dreyfus im Militärgefängnis Cherche-Midi. Oberst Picquart wurde, nachdem er 324 Tage im Gefängnis zugebracht hatte, freigelassen. Zola kehrte nach elfmonatigem Exil in England in dem Glauben zurück, dass die Gerechtigkeit endlich triumphierte.

Aufgrund von Oberst Henrys Geständnis und Selbstmord, der Verhaftung Patys und vor allen Dingen der Entscheidung des Obersten Appellationsgerichts, mit der die «Beweise» verworfen wurden, die ursprünglich zu Dreyfus' Verurteilung geführt hatten, rechnete man allgemein damit, dass das Militärgericht in Rennes ihn rasch freisprechen würde. Doch man unterschätzte die Unvernunft des Oberkommandos der französischen Armee und den Irrsinn der Dreyfus-Gegner, die nunmehr lautstark das Todesurteil für den Hauptmann und die Deportation aller Juden aus Frankreich verlangten.

Das neue Kriegsgericht trat in der tristen Stadt Rennes am 7. August 1899 zusammen und tagte vier Wochen lang. Dreyfus, noch zwei Monate von seinem vierzigsten Geburtstag entfernt, sah aus wie ein alter Mann. Sein Haar wurde schon grau, sein Körper war durch die höllischen fünf Jahre auf der Teufelsinsel geschwächt, aber sein Verstand war klar, und er war entschlossener denn je, seine Unschuld zu beweisen. Sein Mut

schien zu sinken, als alle die alten Generäle in den Zeugenstand traten, erneut ihre Überzeugung von seiner Schuld bekundeten und jene Beweise wiederum vortrugen, die das Oberste Gericht als Fälschungen verworfen hatte. Die Meute wurde angeführt von dem inzwischen pensionierten General Mercier, der schon bald in den Senat gewählt werden sollte. Er war es gewesen, der dem ersten Kriegsgericht ohne Wissen des Angeklagten die angeblichen Beweisstücke zugeschoben hatte – eine Gesetzeswidrigkeit, die das Hohe Gericht pflichtgemäss vermerkt hatte. Unbekümmert erklärte er, das sei seine moralische und patriotische Pflicht gewesen. Dann begann er erneut, sämtliches alte Material einschliesslich der Fälschungen durchzukauen. Mit seinem Rang und seinem Ruf überfuhr er die jüngeren Offiziere des Gerichts.

Nach einem Monat der Beweisaufnahme – die Verhandlung musste vorübergehend unterbrochen werden, als der Hauptverteidiger Fernand Labori von einem Fanatiker angeschossen wurde, den man niemals fasste – verkündeten die sieben Richter am 9. September ihren Urteilsspruch. Mit fünf gegen zwei Stimmen sprachen sie Dreyfus des Hochverrats schuldig, allerdings unter Anerkennung mildernder Umstände. Seine Strafe wurde auf zehn Jahre Gefängnis herabgesetzt.

Allen, mit Ausnahme der fanatischen *Anti-Dreyfusards*, erschien dieses Urteil als lächerlich. Wie konnte es bei einem Hochverrat mildernde Umstände geben? Wieder einmal verzweifelte Clemenceau an der Gerechtigkeit in Frankreich und schrieb in *L'Aurore*:

Wahrhaftig mildernde Umstände!... Morgen wird uns das Volk betroffen fragen, was von der geschichtlichen Tradition noch geblieben ist, die uns zu Vorkämpfern für Recht und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt gemacht hat... Frankreich ist heute ein Land, in dem es für Leben, Freiheit und Ehre der Bürger keine Sicherheit gibt.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau glaubte auch nicht mehr daran, dass die Armee ihrer Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit jemals nachkommen würde. Er war entschlossen, das Urteil von Rennes nicht durchgehen zu lassen, aber er wusste auch, dass ein drittes Kriegsgericht nur genauso handeln würde wie das erste und das zweite. Er beschloss, den Verurteilten durch den Präsidenten der Republik begnadigen zu lassen. Clemenceau, Picquart und andere, die sich auf Kosten der eigenen Karriere für Dreyfus eingesetzt hatten, widersprachen. Wenn Dreyfus einen Gnadenerweis annähme, so argumentierten sie, wäre das nur ein Anerkenntnis seiner Schuld. Und an Picquart würde dann ein Makel haftenbleiben. Die Regierung hatte ihn zwar aus dem Militärgefängnis herausgeholt, aber bei der Armee war er immer noch in Ungnade.

Das Urteil von Rennes war für Dreyfus zu viel gewesen. Er hatte einen Nervenzusammenbruch erlitten. Es erschien als zweifelhaft, ob er noch einmal den langen Zeitraum überleben würde, den das Oberste Gericht zu einer Revision des zweiten Kriegsgerichtsurlaus brauchte. Unter diesen Umständen akzeptierte er auf Anraten seiner Angehörigen und der meisten seiner Freunde einen Gnadenerweis, den er jedoch nur mit einem von Jaures entworfenen Brief an den Präsidenten der Republik annahm.

Die Regierung der Republik gibt mir meine Freiheit wieder. Sie bedeutet mir nichts ohne meine Ehre. Von heute an werde ich nicht müde werden, eine Wiedergutmachung des grausamen Justizirrtums anzustreben, dessen Opfer ich immer noch bin. Ich will, dass ganz Frankreich durch ein endgültiges Urteil von meiner Unschuld erfährt.

Am 19. September 1899, fast fünf Jahre nach seiner ersten Verurteilung als Hochverräter, verliess Dreyfus das Militärgefängnis von Rennes als freier Mann.

Im Laufe der Zeit wurde sein Name und auch der von Oberst Picquart durch das von ihm geforderte «endgültige Urteil» reingewaschen. Sieben Jahre später, am 12. Juli 1906, hoben die wiederum gemeinsam tagenden drei Kammern des Obersten Gerichtshofes das Urteil von Rennes auf. Sie befanden, dass gegen den Verurteilten keinerlei Beweise vorlägen und dass er tatsächlich «irrtümlich und zu Unrecht» verurteilt worden war; jede weitere Strafverfolgung wurde untersagt. Es hatte zwölf Jahre gedauert, in dieser turbulenten Republik, in der Vorurteile und Leidenschaften so hohe Wellen schlugen, Gerechtigkeit zu erlangen – aber es war geschafft worden.

Das Parlament stimmte einem Gesetzesentwurf der Regierung zu, mit dem sowohl Dreyfus als auch Picquart in der Armee rehabilitiert wurden. Dreyfus wurde zum Major befördert und zum Ritter der Ehrenlegion geschlagen. Oberst Picquart, der in stoischer Gelassenheit alles ihm von seinen Offizierskollegen angetane Unrecht ertragen hatte, wurde zum Brigadegeneral mit höchstem Dienstalter befördert. 1908 wurde er in Clemenceaus Regierung Kriegsminister. Bis zuletzt blieb er ein Mann von nobler Gesinnung und zeigte gegenüber den Generälen, die ihn so gnadenlos verfolgt hatten, keinerlei Ressentiments. Er war nur seinem Gewissen gefolgt, als er nach Einblick in die Beweise an Dreyfus' Unschuld festgehalten hatte, weil er fest daran glaubte, der Armee und seinem Land durch unerschütterliche Liebe zu Wahrheit und Gerechtigkeit am besten zu dienen.

Erst 1931, siebenunddreissig Jahre nach Dreyfus' erster Verurteilung, gelangte das Zeugnis des einzigen Mannes, der jederzeit hätte sagen können, ob nun Dreyfus oder Esterhazy die militärischen Geheimnisse an die Deutschen verkauft hatte, ans Licht des Tages. Endlich wurden einige von Schwartzkoppen's Aufzeichnungen – er war 1917 in Berlin gestorben – postum veröffentlicht⁷. Sie klärten zwar nicht alle Punkte der *Affaire* auf, entlasteten jedoch Dreyfus völlig und enthüllten, dass Major Esterhazy der französische Armeeeoffizier war, der dem deutschen Militärattaché in Paris militärische Geheimnisse verkauft und der auch den berühmten *bordereau* verfasst hatte. Schwartzkoppen rechtfertigte sein langes Stillschweigen trotz des Umstandes, dass er mit einem Wort hätte einen grässlichen Justizirrtum aufklären oder doch umgehend korrigieren können, mit der Begründung, der Chef des deutschen Generalstabs und sogar Kaiser Wilhelm 11. persönlich hätten ihm verboten, die Wahrheit zu bekunden. Für Deutschland war es schliesslich nur von Vorteil, wenn Frankreich durch die Dreyfus-Affäre erschüttert und geschwächt wurde. Und wer hätte schon Schwartzkoppen geglaubt, selbst wenn er seinerzeit den Mund aufgetan hätte – da doch jeder Offizier im Dienst der Spionage automatisch

seine Taten abstreitet? Ausserdem erhielt er trotz allem von Esterhazy noch wichtige militärische Informationen, als Dreyfus schon längst auf die Teufelsinsel abgeschoben worden war. Konnte man da erwarten, dass er seinen wirklichen Kontaktmann nannte? In seinen Unterlagen stellt er die Behauptung auf, er habe anlässlich seiner Rückberufung nach Berlin bei seinem offiziellen Abschiedsbesuch im November 1897 dem Präsidenten der Republik sein Ehrenwort als Offizier gegeben, dass er niemals auch nur das geringste mit Dreyfus zu tun gehabt habe und der Verurteilte seines Wissens unschuldig sei. Esterhazy hatte er dabei natürlich nicht erwähnt.

Aber er berichtet in seinen Papieren ziemlich ausführlich über seine Beziehungen zu diesem Individuum. Esterhazy war zum ersten Male am 20. Juli 1894 unaufgefordert in seinem Pariser Büro erschienen, hatte erklärt, in Geldverlegenheiten zu sein, und sich erboten, den Deutschen geheime französische Militärdokumente zu liefern. Er beschreibt dann weitere häufige Besuche Esterhazys, darunter auch einen am 1. September 1894, bei dem ihm der französische Offizier die später in dem *bordereau* aufgeführten Dokumente überreichte und dafür an Ort und Stelle 1'000 Francs (etwa 200 Dollar) kassierte. Danach, so erklärt Schwartzkoppen, habe ihn Esterhazy fast zwei Jahre lang durchschnittlich alle vierzehn Tage in der deutschen Botschaft besucht und ihm französische Militärgeheimnisse «von grossem Wert» ausgeliefert. Im März 1896, über ein Jahr nachdem Dreyfus seine lebenslängliche Strafe auf der Teufelsinsel angetreten hatte und genau in dem Monat, in dem Picquart das *petit bleu* entdeckt hatte – zu dessen Urheberchaft sich Schwartzkoppen bekennt –, will der deutsche Offizier die Verbindung mit Esterhazy abgebrochen haben, weil dieser keine weiteren Informationen mehr anzubieten hatte. Auch wenn Schwartzkoppen das nicht ausdrücklich zugibt, kann der Grund darin gelegen haben, dass ihm der französische Sicherheitsdienst zu dicht auf die Fersen rückte.

Seine Memoiren erhellen noch einen weiteren Punkt. Schwartzkoppen erklärt darin, der «Schuft D...», von dem in einer abgefangenen Nachricht an Oberst Panizzardi die Rede war, der Mann, der die zwölf Generalstabskarten von Nizza übergeben hatte, der nach Aussage von General Mercier in zwei Kriegsgerichtsverhandlungen angeblich nur Dreyfus sein konnte, sei in Wirklichkeit jener Dubois aus dem kartographischen Institut gewesen, den die Franzosen zuerst in Verdacht hatten, dann aber davon reinigten. Nach Angabe von Schwartzkoppen hatte dieser Dubois während eines langen Zeitraums zahlreiche Militärkarten sowohl an die Deutschen als auch an die Italiener verkauft. Schwartzkoppens Enthüllung, dass sowohl Esterhazy als auch Dubois ihn noch lange nach Dreyfus' Verurteilung weiterhin mit geheimen Karten und Dokumenten belieferten, würde die Überzeugung des Deuxième Bureau erhärten, dass den Deutschen noch vertrauliche militärische Informationen zuflossen, als sie längst nicht mehr von Dreyfus stammen konnten*.

* Nicht alle Dreyfus-Gegner liessen sich von den Enthüllungen' in Schwartzkoppens Aufzeichnungen überzeugen. 1964 erschien in Frankreich ein Buch von Madame Henriette Dardenne, der Tochter des früheren Kriegsministers Cavaignac; wie man sich erinnern wird, war er auch dann noch von Dreyfus' Schuld überzeugt, nachdem Oberst Henry ihm gegenüber die Fälschung eingestanden hatte⁸. Seine Tochter war nun immer noch von seiner Schuld überzeugt, und zwar mit verblüffender Gewissheit. Es mag stimmen, was die Historiker geschrieben haben; Niemand, der die

Mehr als jede andere Umwälzung wirft die Dreyfus-Affäre ein bezeichnendes Licht auf die verhängnisvolle Spaltung der französischen Gesellschaft zu einer Zeit, da die Dritte Republik ins zwanzigste Jahrhundert aufbrach. Die radikalen Republikaner, unterstützt von dem grössten Teil der Sozialisten, hatten schliesslich über die Kräfte der Rechten triumphiert, aber die Verbitterung zwischen ihnen hatte sich so sehr verschärft, dass kaum noch Hoffnung auf eine Überbrückung bestand. Die beiden Gruppen schienen mehr und mehr in getrennten, einander feindlich gegenüberstehenden Welten zu leben, nicht nur politisch geteilt, sondern auch in ihrer Grundeinstellung gegenüber Moral und Religion. Es gab keine Toleranz, keine Spur von Gemeinsamkeit, auf der man hätte im Interesse der nationalen Einheit eine Versöhnung herbeiführen können. Eine weitere gewichtige Lage war auf die Mauer gehäuft worden, die zwischen den beiden Frankreichs der Revolution aufgerichtet und dann durch die aufeinanderfolgenden Krisen der Junitage, des 2. Dezember, der Kommune, des 16. Mai und des Boulangismus Schicht um Schicht immer höher aufgetürmt worden war*.

Es wurde nicht nur die Armee, die beim Streit um Dreyfus eine so unrühmliche Rolle gespielt hatte, geschwächt, sondern auch das Land, das ein ganzes Jahrzehnt über so besessen von *l'Affaire* war, dass es anderen dringenden Problemen nur geringe Aufmerksamkeit widmete: der stagnierenden Wirtschaft, der hinter der Entwicklung herhinkenden sozialen Wohlfahrt, dem Arbeitskampf, den sinkenden Geburtenziffern, der Aussenpolitik – und das ausgerechnet in einem Augenblick, da sich jenseits des Rheins eine neue Gefahr in Gestalt eines vereinigten, militaristischen, dynamischen und zunehmend unruhigen und kriegslüsternen Deutschland erhob.

Affaire nicht selbst erlebt hat, kann sich auch nur die geringste Vorstellung von den überschäumenden und hässlichen Leidenschaften machen, die sie in Frankreich aufwühlte. Aber wenn man Madame Dardennes Buch liest, gelangt man dieser Vorstellung näher. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach diesem Ereignis erweist sie sich als noch genauso heftig und leidenschaftlich und als genauso blind gegenüber Beweisen und Fälschungen wie der fanatischste und hysterischste Dreyfus-Gegner von damals. Für sie gibt es nicht den geringsten Zweifel daran, dass Dreyfus des Hochverrats schuldig, dass Oberst Picquart selbst ein elender Verräter war und dass die meisten jener miesen Charaktere, die nach Überzeugung des höchsten französischen Gerichts den unschuldigen jüdischen Hauptmann herein-geleget hatten, ehrenwerte, patriotische Helden und glühende Verfechter der Wahrheit waren.

* Hier handelt es sich um historische Daten und Ereignisse in der französischen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, die in einem Werk dieser Art nicht alle aufgezeichnet werden können. Die Junitage bedeuteten die grausame Unterdrückung der Arbeiterschaft von Paris durch den republikanischen General Louis Cavaignac, nachdem durch den Aufstand von 1848 die Orläans-Monarchie gestürzt und eine Republik ausgerufen worden war. Der 2. Dezember 1851 war der Tag, an dem Louis Napoleon durch einen Staatsstreich die Republik zu Fall brachte. Die Kommune von 1871 war der blutigste aller Zusammenstösse im Paris des neunzehnten Jahrhunderts; dieses Ereignis hinterliess eine nie wieder heilende Wunde und trug mehr als jedes andere Geschehen bis zum Ende der Republik zur Entfremdung der Arbeiterklasse bei. Diese Revolte Pariser Arbeiter und anderer Republikaner kurz nach der Belagerung der Hauptstadt durch die Preussen wurde von Thiers mit Hilfe regulärer französischer Regierungstruppen mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Etwa 20'000 Menschen kamen bei den wilden Strassenkämpfen in Paris um – mehr als während der Schreckensherrschaft der Revolution –, und weitere 4'000 Kommunarden wurden nachher zum Tode verurteilt, darunter auch zwanzig Frauen. Es wurden allerdings nicht alle hingerichtet. Tausende wurden deportiert.

In dieser Zeit wurde noch auf andere Weise der Keim zur Katastrophe von 1940 gelegt. Es gibt einige tödliche Parallelen zwischen dem Defätismus der konservativen Politiker und Generäle im Krieg von 1870 gegen Preussen und der Haltung der gleichen Typen in den Jahren 1939-40.

Die Konsolidierung der Republik 1880-1914

Staat kontra Kirche

Da die katholische Kirche, insbesondere aber eine grosse Anzahl militanter Priester und Mönche der Assumptionisten und anderer Orden, sich an der erbitterten Kampagne zur Rechtsbeugung im Falle Dreyfus und zur Diskreditierung der schwer ringenden Republik in Wort und Tat beteiligt hatte, musste diese Kirche nun auch die Folgen tragen. Der neue Ministerpräsident Waldeck-Rousseau war zwar ein Gemässiger, aber während seiner Regierungszeit (1899-1902) dominierte im Parlament eine Koalition aus Radikal-Republikanern und Sozialisten. Sie waren überzeugt, dass die Affären um Boulanger und Dreyfus, bei denen der katholische Klerus eine so wesentliche Rolle gespielt hatte, eine Existenzbedrohung für die Republik waren; nun waren sie entschlossen, die Macht der Kirche zu beschneiden, damit sie nicht das Regime untergraben konnte.

Das erste Ziel bestand darin, die Machtposition der Kirche auf dem Gebiet der Erziehung zu beseitigen. Nach Ansicht der republikanischen Mehrheit wurde die Jugend dadurch gegen die Republik und all ihre Ideale eingenommen. Ein Beginn in dieser Richtung war bereits in den achtziger Jahren unter Führung des zähen, antiklerikal eingestellten Jules Ferry unternommen worden. Bis dahin hatte die Kirche in den französischen Grund- und Mittelschulen dominiert. Die Hälfte der Jungen und nahezu alle Mädchen besuchten katholische Bekenntnisschulen, hauptsächlich deshalb, weil nicht genügend öffentliche Schulen vorhanden waren. In zahlreichen Dörfern gab es nur die katholische Schule. Selbst in den öffentlichen Schulen waren viele der Lehrer Priester, Mönche und Nonnen, und Religionsunterricht war Pflichtfach. Einer wachsenden Anzahl von überzeugten Republikanern erschien diese katholisch beeinflusste Erziehung als eine Bedrohung der Republik. Sie liess die Jugend zu Gegnern der republikanischen Lebensform werden.

Gegen eine so alte und fest eingeführte Institution wie die Kirche war Ferry schrittweise, aber energisch vorgegangen. Mit einer Reihe gesetzlicher Massnahmen, die er während der ersten Hälfte des Jahrzehnts durchsetzte, wurde in allen öffentlichen Schulen der Religionsunterricht verboten, Angehörige religiöser Orden durften (nach einer Übergangszeit von fünf Jahren) in ihnen nicht mehr lehren, das Schulgeld wurde abgeschafft, und grosse Summen wurden für den Bau zusätzlicher öffentlicher Schulen sowie für zahlreiche Fachschulen zur Ausbildung von Laienlehrern bereitgestellt. Bekenntnisschulen waren auch weiterhin zugelassen, aber ihnen durften keine öffentlichen Mittel mehr zufließen.

Im Klerus gab es einen Aufschrei der Empörung. Die weltlichen Schulen wurden als «atheistisch und unmoralisch» verleumdet; warnend wurde darauf hingewiesen, dass Ferrys Reformen nur den ersten Schritt darstellten. Darin hatten sie recht. Unter dem Eindruck der Agitation um die Dreyfus-Affäre ergriff die republikanische Regierung jetzt, im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, weitere und drastischere Massnahmen.

Die Assumptionisten, der am lautstärksten gegen die Republik agitierende katholische Orden, wurde Anfang 1901 aufgelöst. Kurz danach wurde zur Eindämmung der anderen Orden das sogenannte Kongregationsgesetz erlassen. Die *congrégations*, wie man die verschiedenen Orden nannte, durften nur dann weiterbestehen, wenn sie vom Parlament anerkannt waren, und kein Ordensmitglied durfte in irgendeiner französischen Schule unterrichten, wenn sein Orden nicht anerkannt war. Waldeck-Rousseau wollte die grossen katholischen Orden nicht unterdrücken, sondern sie nur steuern und aus der Politik entfernen. Er erwartete, dass das Parlament bei der «Autorisation» jener *congrégations* die Wohlverhalten an den Tag legten, vernünftig vorgehen werde.

Und so wäre es wohl auch gekommen, wenn sich die katholischen Kleriker nicht so heftig in den Frühjahrswahlkampf 1902 gegen jene Koalition, die das Kongregationsgesetz verabschiedet hatte, eingeschaltet hätten. Diese Koalition blieb durch das Vertrauen der Wählerschaft an der Macht, aber ihre Führer waren nun gar nicht mehr gut auf jene Kirche zu sprechen, deren militante Vertreter wieder einmal den Versuch unternommen hatten, sie zu stürzen.

Waldeck-Rousseau ahnte, dass das neue Parlament bei der Anwendung des Gesetzes gegen die *congrégations* viel weiter gehen würde, als er beabsichtigt hatte; so stellte er im Juni 1902 sein Amt zur Verfügung. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Emile Combes*. Er war ein ganz anders veranlagter Mann. Waldeck war ein ausserordentlich gebildeter erfolgreicher Rechtsanwalt aus Paris gewesen, der toleranteste Mensch, den man sich vorstellen konnte. Combes war ein Landarzt, der zuerst in einem Seminar Theologie studiert und eine Arbeit über Thomas von Aquin verfasst hatte, es sich dann aber doch anders überlegte und nicht Priester, sondern Arzt wurde. Doch dabei war er zu einem erbitterten Gegner der Kirche geworden. Jetzt, im Jahre 1902, war er ein kleiner alter Herr von siebzig Jahren mit ausgiebiger Senatserfahrung. Dort hatte er gegen die Einmischung des Klerus in die Politik gekämpft, und nun war er von einem geradezu inquisitorischen Eifer besessen, ein für allemal mit den Katholiken abzurechnen.

Drei Wochen nach seinem Amtsantritt liess er alle Mädchenvolksschulen schliessen, die von Ordensschwestern betrieben wurden. Einen Monat später, im Juli 1902, ordnete er an, dass die noch verbliebenen 3'000 Bekenntnisschulen in Frankreich innerhalb von acht Tagen endgültig zu schliessen hätten. Im ganzen Land brach der Aufruhr los. Empörte Eltern, Priester, Nonnen und Mönche wandten sich gegen die Gendarmen und

* Waldecks Regierung hielt sich drei Jahre und damit länger als jede andere Regierung der Dritten Republik. Ich glaube, er war der einzige Ministerpräsident, der am Morgen eines Wahlsiegs zurücktrat.

Soldaten, die zum Vollzug dieser Anordnung ausgesandt worden waren. Aber die Schulen wurden geschlossen.

Sodann wandte sich Combes gegen seinen vermeintlichen Hauptfeind. Er überredete das Parlament dazu, sämtliche von vierundfünfzig *congrégations* vorliegenden Anträge auf «Autorisation» abzulehnen. Mit einem Schlag wurden sie alle aufgelöst, und viele der 20'000 Mönche flohen ins Ausland. Im Juli 1904 schloss er die Liquidation der religiösen Orden dadurch ab, dass er ein Gesetz erzwang, das «jegliche Lehre durch die *congrégations* in Frankreich» verbot. Selbst die wenigen Orden, die schon zuvor die Lehrerlaubnis erhalten hatten, wurden unterdrückt. In einigen Fällen wurde ihnen allerdings eine Frist von zehn Jahren zur Abwicklung ihrer Angelegenheiten zugestanden. Rund 16'000 «Lehrbrüder» wurden arbeitslos.

Daraufhin nahm Combes den Kampf gegen den Heiligen Stuhl selbst auf. Er war schon seit Jahren wütend darüber, dass der Papst die Ernennung gewisser Bischöfe durch den Staat ablehnte, obgleich das Recht der Ernennung dem französischen Staat nach dem 1801 zwischen Napoleon Bonaparte und Papst Pius VIII. unterzeichneten Konkordat zustand. Combes drohte mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan.

Im Frühjahr 1904 legte ein neuer Papst, Pius X., scharfen Protest gegen einen Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Emile Loubet beim König von Italien ein. Rom war zwanzig Jahre zuvor von den Truppen des neuerdings vereinigten Königreichs besetzt und zur Hauptstadt ausgerufen worden. Damit ging dem Papsttum der letzte weltliche Herrschaftsbereich verloren. Der Vatikan hatte die Besetzung Roms durch Italien nie anerkannt. Pius X. verwahrte sich nun gegen die offensichtliche Anerkennung durch Frankreich, die durch Loubets Staatsbesuch zum Ausdruck kam. Aber seine Verärgerung war nichts im Vergleich zu Combes' Reaktion auf den Protest. Der Ministerpräsident bezeichnete ihn als eine «unerträgliche» Einmischung in die französische Aussenpolitik und berief seinen Botschafter beim Heiligen Stuhl ab. Die Kammer stellte sich mit überwältigender Mehrheit (427 gegen 95 Stimmen) hinter ihn und verabschiedete im Herbst ein neues Gesetz, mit dem das Konkordat annulliert und die Trennung von Kirche und Staat verkündet wurde.

Das Gesetz trat im folgenden Jahr – 1905 – in Kraft, obgleich Combes inzwischen aus Gründen, die nicht mit dem Klerus zusammenhingen, aus dem Amt verdrängt worden war. Obwohl der Papst das Gesetz verurteilte, den französischen Katholiken verbot, sich danach zu richten, und jeden Deputierten, der dafür gestimmt hatte, exkommunizierte (in der Kammer waren es 341), fuhr die französische Regierung fort, Kirche und Staat endgültig zu trennen. Der gesamte Kirchenbesitz ging auf den Staat über, Priester und Bischöfe wurden nicht mehr aus öffentlichen Mitteln besoldet, und die Durchführung von Gottesdiensten wurde katholischen Laienorganisationen übertragen. Einige Jahre lang herrschten beträchtliche Spannungen und grosse Verwirrung, doch dann wurde unter der toleranteren Regierung eines aufsteigenden jungen Sozialisten namens Aristide Briand – der das Trennungsgesetz ausgearbeitet und als Kultusminister ausgeführt hatte – ein Kompromiss erzielt. Die Kirchengebäude unterstanden wieder der Verfügungsgewalt des

Klerus, und die katholische Hierarchie Frankreichs durfte alle kirchlichen Angelegenheiten wieder selbständig führen – zum ersten Male ohne staatliche Einmischung.

Wieder einmal hatte die Republik über ihre Gegner triumphiert, wie schon in den Krisen um Boulanger und Dreyfus. In den fünfundzwanzig Jahren von 1880 bis 1905 hatte sie gnadenlos die Machtstellung der Kirche beschnitten, ihre Finanzierung durch den Staat unterbunden, sie aus den Schulen verjagt, die mächtigen Orden aufgelöst, ihr noch vorhandenes Eigentum übernommen und sie aus der Politik verdrängt. Aber in einer Hinsicht war dies ein Gewinn für die Kirche. Die Trennung von Kirche und Staat befreite die Kirche von staatlicher Kontrolle und Beeinflussung. Der Katholizismus hatte im letzten Jahrzehnt zwar einen Rückgang zu verzeichnen; das zeigte sich in einer Abnahme der Beteiligung an den Gottesdiensten, einer deutlichen Zunahme der Ziviltrauungen und einer ebenso einschneidenden Abnahme der Taufen; aber danach sollte sich in ihr allmählich neue Kraft regen. Der Antiklerikalismus ging, nachdem er seine grossen Schlachten gewonnen hatte, zurück, auch wenn er bis zum Ende der Republik eine – allerdings abnehmende – Kraft bleiben sollte.

Aber auch dieser Kampf liess, wie alle anderen, Narben zurück. Viele Katholiken lehnten ab, was sie als Verfolgung durch den Staat empfanden. Die meisten von ihnen sahen sich aus jenen politischen Kreisen ausgeschlossen, die das öffentliche Leben bestimmten. Was die republikanische Mehrheit betraf, so behielten viele von ihnen trotz ihres Sieges das Misstrauen gegenüber der Kirche und ihren überzeugteren Anhängern bei. Das Freimaurertum goss ebenfalls Öl ins Feuer. Trotz kleiner Mitgliederzahl besass es politisches Gewicht und war stets bereit, jedes Aufleben des politischen Katholizismus sofort zu erkennen und zu bekämpfen. Andererseits wurden die Freimaurer von der Kirche gefürchtet und geschmäht. Die meisten Generäle standen ihnen ablehnend gegenüber, insbesondere seit General André, Kriegsminister von 1900 bis 1904, sich in seinem Bemühen um eine Republikanisierung der Armee der Freimaurerlogen bediente und mit ihrer Hilfe die fanatischsten Katholiken aus dem Offizierkorps ausmerzte.

Es stellte sich heraus, dass in gewisser Weise mit der Armee schwerer fertig zu werden war als mit der Kirche. Die grossen militärischen Führer waren fast ausnahmslos Katholiken und Royalisten. Sie alle hinauszuerwerfen wäre eine verhängnisvolle Schwächung der Armee gewesen. Es gab einfach nicht genug republikanische Generäle, um das Oberkommando mit ihnen zu besetzen. So erfolgte zwar ein Aufruhr im Parlament, als General Andrés Vereinbarungen mit den Freimaurern ruchbar wurden (sie führten seinen Sturz herbei), aber es gelang ihm und seinen unmittelbaren Nachfolgern doch immerhin, einige der schlimmsten Reaktionäre von den militärischen Spitzenpositionen zu entfernen. Er reformierte das Beförderungssystem, das bisher ausschliesslich in den Händen einer katholisch-royalistischen Clique gelegen hatte. Jüngere Offiziere wurden gefördert, die sich nicht so eifrig für Monarchie und Kirche einsetzten wie die ältere Generation. Fast ein Jahrzehnt lang dauerte zwar der Tiefstand bei Moral und Prestige der Armee, aber um 1910 zog ein neuer Geist ein, der das Militär verjüngen und – gerade noch rechtzeitig – auf die gewaltige Kraftprobe von 1914 vorbereiten sollte.

So hatte sich die Dritte Republik um das Jahr 1905 endlich und endgültig durchgesetzt. Ihre politischen Führer waren erfolgreich allen Anfechtungen entgegengetreten und hatten das Regime konsolidiert. Der Monarchismus stand auf verlorenem Posten. Auch der Bonapartismus *. Im Grossen und Ganzen wollten die Franzosen jetzt keinen König und keinen Helden hoch zu Ross mehr haben. Die repräsentative Demokratie republikanischer Prägung wurde trotz all ihrer Tastversuche und ihrer Unzulänglichkeiten allgemein akzeptiert. Das Bündnis von Kirche und Armee war zwar nicht zerschlagen, aber doch durch die drastische Eindämmung des einen und die teilweise Säuberung des anderen Partners nach der Dreyfus-Affäre erheblich geschwächt worden. Es verfügte nicht mehr über die Kraft, die Republik zu stürzen.

Inmitten der Ablenkungen durch die leidenschaftlich bewegte Innenpolitik war, von allen fast unbemerkt, in Übersee ein riesiges Reich erstanden, das nur noch vom britischen Imperium übertroffen wurde. Die deutschen Bemühungen seit 1871, Frankreich auf Europa zu beschränken, waren fehlgeschlagen. Das Bündnis von 1892 mit Russland und die 1904 mit Grossbritannien geschlossene Entente bedeuteten für Frankreich einige Gewähr, dass es dem traditionellen Feind jenseits des Rheins, der inzwischen zur stärksten und bedrohlichsten Militärmacht ganz Europas wurde, nicht mehr allein würde entgegengetreten müssen.

Das Frankreich der Dritten Republik konnte seine Aufmerksamkeit und seine Energien nunmehr von den Unruhen im eigenen Lande ab- und den neuen Aufgaben eines neuen Jahrhunderts zuwenden – zu Hause wie auch draussen in der Welt.

Die grossen Aufgaben des zwanzigsten Jahrhunderts

Während der Dreyfus-Affäre und dem Konflikt zwischen Staat und Kirche waren diese Aufgaben kaum wahrgenommen worden. Die wackeren Republikaner, die Parlament und Regierung kontrollierten, waren so sehr von brennenden innenpolitischen Fragen in Anspruch genommen, dass sie gegenüber der Dringlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Probleme blind waren. Diese Probleme befahlen etwa um die Jahrhundertwende alle westlichen Nationen, die eine rasche Industrialisierung durchmachten. Frankreich konnte sich ihnen nicht entziehen**.

In der industriellen Revolution, aus der die neuen ökonomischen und sozialen Probleme erwachsen, hinkte Frankreich hinter den anderen führenden Nationen her – hinter Grossbritannien, den USA und vor allen Dingen auch hinter dem grossen Rivalen Deutschland. Den Franzosen fiel es schwer, den Übergang vom Zeitalter des Holzes, der Aus-

* In der 1898 gewählten Kammer waren die Royalisten, die sich jetzt Konservative nannten, mit 80 Mitgliedern verschiedener monarchistischer Schattierungen vertreten. Die Bonapartisten, die einst mit 100 Deputierten vertreten waren, erlitten einen Rückschlag auf Null.

** Sowohl auf der Linken wie auf der Rechten wurde die Meinung laut, die führenden Republikaner hätten zumindest teilweise deshalb die Kirchenfrage geschürt, weil sie die Massen in ihrer kirchenfeindlichen Politik hinter sich wussten und deren Aufmerksamkeit von längst überfälligen und immer wieder verschleppten wirtschaftlichen und sozialen Reformen ablenken wollten.

nutzung von Wind und Wasser zur komplizierteren Ära von Kohle, Dampf, Eisen und Stahl zu schaffen. Ihnen widerstrebte ganz allgemein dieser Wandel oder doch zumindest das Tempo, mit dem er sich in anderen Ländern vollzog. Sie blieben bei ihren Segelschiffen, als andere sie schon längst zugunsten der Dampfer aufgegeben hatten. Bei Gründung der Republik war Frankreich die zweitgrösste Industrie- und Handelsnation der Welt gewesen. Um 1914 war es auf einen kläglichen vierten Platz hinter Deutschland, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten zurückgefallen. Das Prokopfeinkommen in Frankreich betrug nur halb soviel wie in den Vereinigten Staaten.

Das Fehlen einer ausreichenden Versorgung mit Kohle behinderte die industrielle Entwicklung. Aber andere Gründe, die im französischen Charakter und Temperament sowie in der Geschichte seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen waren, spielten eine bedeutsamere Rolle. Zunächst war der Franzose zu sehr Individualist, um sich bereitwillig den unerbittlichen Gesetzen der Maschine zu unterwerfen oder ganz die neue Disziplin – und die Missstände – des unumschränkten Kapitalismus zu akzeptieren, der im Ausland ein rapides industrielles Wachstum erzeugte. Aus Instinkt begegnete der Franzose dem grossen Komplex in Geschäft, Finanz und Landwirtschaft mit Abneigung und Misstrauen und beschränkte solche Unternehmen nach Möglichkeit auf die Grösse des Familienbetriebs. Im Jahre 1914, am Vorabend eines Weltkrieges, der Industrieprodukte in einem Ausmass verschlingen sollte, wie man es sich in der westlichen Welt niemals hätte träumen lassen, arbeitete die Hälfte aller französischen Fabrikarbeiter noch in Betrieben mit weniger als hundert Mitarbeitern; ein Drittel aller Arbeiter war in Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten tätig. Der geschickte, fleissige Handwerker setzte seinen Stolz in hohe Qualität, wie sie der französische Kunde schätzte. Sie wurde der Quantität vorgezogen, die durch die neuen dampfgetriebenen Maschinen ermöglicht wurde, aber ihre Erzeugnisse waren in den Augen der Franzosen Schund.

Die extrem hohen Inlandssteuern verwehrten schon vom Preis her den meisten französischen Erzeugnissen den Weltmarkt. Soweit französische Exporte überhaupt möglich waren, beschränkten sie sich hauptsächlich auf Luxusartikel – Seidenstoffe, Spitzenweine, Parfums, Damenbekleidung und Damenhüte, hergestellt im Modezentrum der Welt, in Paris. Hierbei handelte es sich um exquisite Waren, die von den französischen Kunden ebenso gepriesen wurden wie von den Ausländern, die sie sich leisten konnten. Aber in einem Europa, das zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts auf einen Krieg zutrieb, bedeutete die Weltgeltung als Hersteller feiner Seiden, der besten Weine und Parfums und modischer Damenhüte kaum ein Äquivalent für die gewaltigen Hochöfen an der Ruhr drüben auf der anderen Seite des Rheins, die den Stahl für schwere Kruppgeschütze erzeugten.

Der Kurs, für den sich ein Volk entscheidet, hängt von der Gesellschaftsform ab, die es sich wünscht. Im Grossen und Ganzen waren die Franzosen ein zufriedenes Volk. Die Landwirtschaft war zwar trotz des guten Bodens und des günstigen Klimas rückständig, aber Frankreich produzierte immerhin 90 Prozent des eigenen Nahrungsmittelbedarfs. Das Land war grösstenteils autonom. Sein Wohlstand hing nicht von den Launen eines

unberechenbaren, versachlichten Weltmarktes ab, der so vielen anderen Völkern wiederkehrende Depressionen bescherte. Die Franzosen hinkten zwar bei der Produktion von Stahl, Eisen und Fertigwaren hieraus hinter anderen her, aber sie waren (mit Ausnahme der Arbeiter in Stadt und Land) mit ihrem Los halbwegs zufrieden. Sie erfreuten sich wirtschaftlicher Stabilität und eines beträchtlichen Wohlstandes, und so sehr sie auch ihrer Regierung misstrauten, so verdankten sie ihr doch einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine Währung, die scheinbar so solide wie Gold war. Beneidete nicht alle Welt, ganz besonders jedoch die Deutschen, die Franzosen wegen ihrer Lebensart*?

Strukturelle Mängel

Und dennoch wies die wirtschaftliche und soziale Struktur Mängel auf, die nur von wenigen erkannt oder begriffen wurden; vielleicht wollte man sie auch nur nicht eingestehen. Ihre Beseitigung, die bei einer energischeren, ehrlicheren und klügeren Führung in Regierung, Parlament, Geschäfts- und Finanzwelt durchaus möglich gewesen wäre, hätte Frankreich gestärkt und gegenüber den anderen Grossmächten wettbewerbsfähiger gemacht. Einige dieser Mängel waren geschichtlich bedingt. Andere waren die Folge von Kurzsichtigkeit und Habgier einer kleinen besitzenden Klasse, die befürchtete, eine allzu rasche Industrialisierung könnte ihren fest etablierten Wohlstand gefährden. Es gab auch einen Zusammenhang zwischen der Geschichte und dieser uralten menschlichen Schwäche.

Wer in Frankreich eine beherrschende Stellung in den lukrativsten Unternehmen von Handel, Industrie, Finanz und Transport innehatte, verdankte dieses Glück zumeist staatlichen Gunstbeweisen. Nicht nur die Dritte Republik hatte solche Konzessionen gewährt, sondern auch alle anderen Regime davor, die hiermit Präzedenzfälle geschaffen hatten. Man erinnerte sich noch an eine Bemerkung, die meist dem «Bürgerkönig» Louis-Philippe (1830-1848) zugeschrieben wird, die aber tatsächlich von einem seiner Minister stammt: «*Messieurs, enriches-vous!*» – «Bereichern Sie sich, meine Herren!» Man konnte wahrhaftig nicht behaupten, dass Bankiers wie Geschäftsleute diesen Rat nicht beherzigt hätten. Eine staatliche Konzession nach der anderen liess sie reicher und immer reicher werden. Diese Praxis ging noch zurück auf die alte Bourbonen-Monarchie. Damals, insbesondere während des achtzehnten Jahrhunderts, wurden im Namen des Hofes finanzielle Transaktionen durchgeführt, die sich, wie ein Schweizer Historiker es ausdrückte, «zu einer staatlich organisierten Plünderung des nationalen Wohlstandes entwickelten».

Der König wurde enthauptet, das *ancien regime* gestürzt, als jenes Jahrhundert zu Ende ging, aber die Gewohnheit, dass der Staat bevorzugten Personen und Familien gewinnbringende Konzessionen einräumte, setzte sich auch unter Republiken, zwei Bonaparte-Diktatoren, mehreren Monarchien und wieder einer Republik fort. Während der letzten

* Französische Autoren zitieren gern eine deutsche Redensart, die zumeist Goethe zugeschrieben wird: «Wie Gott in Frankreich leben.»

Jahrzehnte des achtzehnten Jahrhunderts und während des ganzen neunzehnten wurden die meisten grossen Familienvermögen und das, was ein interessanter zeitgenössischer französischer Historiker vom rechten Flügel *Les Dynasties Bourgeoises* nannte, mit Hilfe von staatlichen Geschenken begründet *.

Napoleon bewies kurz nach seiner Krönung zum Kaiser, wie grosszügig der Staat gegenüber seinen Freunden sein konnte. In einer Botschaft an den Senat erklärte er 1808: «Es ist unsere Aufgabe, für das Wohlbefinden und den Wohlstand jener Familien zu sorgen, die sich uns ganz zur Verfügung stellen.» Im nächsten Jahr übergab er den grössten Teil der Kanäle – damals einer der wichtigsten Transportwege – einem seiner Favoriten zur persönlichen Nutzung. Äusserst gewinnbringende Bergwerkskonzessionen folgten nach. Bei aller Korruption war es in der alten Monarchie Brauch gewesen, Bergwerkskonzessionen nur für kurze Zeitspannen zu vergeben. Nun liess Napoleon durch ein Gesetz von 1810 die Minen für alle Zeiten in Privatbesitz übergehen, und das sogar noch umsonst; er verlangte nur, dass fünf Prozent vom Nettogewinn dem Staat zufließen sollten. Noch bevor Napoleon Diktator geworden war, hatte er als Nationalbank die Bank von Frankreich gegründet. Sie trug zwar dazu bei, in den chaotischen Staatsfinanzen die Ordnung wiederherzustellen, aber sie brachte auch dem kleinen Kreis von Geldgebern, die nur ein kleines nominelles Kapital (zwei Millionen Francs) ** investiert hatten, geradezu phantastische Gewinne. Fast das gesamte Kapital stammte aus Rücklagen von Staatseinkünften. Hinzu kamen Einnahmen aus den Bankprovisionen für die Diskontierung aller Handelstratten.

Rings um die Zitadelle der Bank von Frankreich etablierten sich alle einschlägigen Geschäfts- und Finanzinteressen. Die Teilhaber der Bank wurden immens reich, ohne ein Risiko eingehen oder auch nur viel Geld investieren zu müssen. Auch den anderen Geschäftsleuten wurde es erspart, ihr Kapital zu riskieren oder in grösserem Umfang einzusetzen zu müssen. Im weiteren Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts wurden sie nämlich zu glücklichen Empfängern staatlicher Privilegien zur Gründung neuer Banken und Versicherungsgesellschaften, von Konzessionen für weitere Bergwerke und Kanäle und – was im neuen Zeitalter von Dampf und Kohle noch lukrativer war – von Konzessionen für Eisenbahnen, Versorgungsbetrieben, öffentlichen Bauten und Schifffahrt und Nutzniesser eines gewaltigen neuen Kolonialreichs.

Der Staat stellte in seiner Grosszügigkeit den grössten Teil des Kapitals für diese Unternehmen, leistete den glücklichen neuen Besitzern Ausfallbürgschaften, subventionierte erforderlichenfalls ihren Betrieb und setzte allem die Krone auf, indem er hohe Zollmauern aufzurichten begann, die die französischen Unternehmer vor der ausländischen

* E. Beau de Lomenie: *Les Responsabilités des dynasties bourgeoises*, vier Bände. Dieses interessante Werk gibt den Standpunkt einer Minorität wieder. Beau de Lomenie, ein langjähriger Royalist, der mit spitzer Feder die Missstände der bürgerlich-kapitalistischen Welt fast ebenso scharf kritisiert wie die von ihm als beklagenswerte Erscheinung empfundenen Marxisten, vertritt folgende Hauptthese: Frankreich sei von Napoleons Zeiten bis zum Ende der Dritten Republik von den «bourgeois Dynastien» beherrscht worden, einer kleinen Gruppe von Familien, deren geschäftliche und finanzielle Imperien sich überwiegend auf staatlichen Konzessionen begründeten und die aufgrund ihrer Stellung und ihres Geldes die Presse kontrollierten und eine so grosse politische Macht ausübten, dass Parlament und Regierung üblicherweise nach ihrer Pfeife tanzten.

** Etwa 400'000 Dollar. Napoleon selbst beteiligte sich mit 30'000 Francs.

Konkurrenz schützten und ihnen hohe und leichte Gewinne garantierten. In einem solchen System konnte es nicht ausbleiben, dass Geschäftsleute und Bankiers im Wettkampf um derart gewinnbringende Gunstbeweise des Staates Politiker bestachen, die ihnen dann den Weg ebneten. Dieser Zustand war zwar nicht auf Frankreich beschränkt (die Regierungen der einzelnen us-Staaten standen dem französischen Parlament in nichts nach, was Korruption betrifft), aber er wirkte sich dennoch demoralisierend auf die Dritte Republik aus und sollte am Ende zu ihrer Untergrabung beitragen. Nirgendwo sonst wurden die anständigen Bürger so skeptisch gegenüber der Moral ihrer Volksvertreter und übrigens auch der Ethik im Geschäftsleben und in der Hochfinanz. Sie glaubten einfach nicht, dass Senatoren, Deputierte und Kabinettsminister oder die mit ihnen unter einer Decke steckenden Bankiers und Geschäftsleute das Interesse der Nation und des Volkes tatsächlich über das Interesse ihrer eigenen dicken Brieftaschen stellten*.

Dennoch waren in dieser Periode rapider industrieller Expansion die Unternehmer in Frankreich wie überall in der westlichen Welt fest davon überzeugt – so sehr, dass es uns heute schon lächerlich erscheint –, dass sie auf einem freien und allen zugänglichen Markt arbeiteten und dass sie ihren Erfolg sowie ihre Profite nur den Vorzügen des «freien Unternehmertums» verdankten, dem System also, das Männer mit Phantasie, Initiative und Können belohnte, wenn sie darüber hinaus auch noch den Mut zum Risiko aufbrachten. Natürlich gab es auch in Frankreich kühne, vorausschauende Geschäftsleute, die sich auf neue Gebiete vorwagten (zum Beispiel Automobile, Gummi, Luftfahrt und Chemikalien), und zwar ohne grossen Ansporn, wenn man von steuerlichen Erleichterungen durch den Staat absieht. Aber sie bildeten die Ausnahmen. Was sich der französische Kaufmann ebenso wünschte wie der Bürokrat, der kleine Krämer und der Angestellte, das war Sicherheit vor den Risiken einer unsicher gewordenen Welt.

Diese Sicherheit erhielt er grösstenteils auch, allerdings zu einem Preis, den die Nation teuer bezahlen musste. Von ihrer gesicherten Position aus, die sie staatlichen Konzessionen, Verträgen, Subventionen und hohen Schutzzöllen verdankten, sahen die Familiendynastien, die sich des Besitzes oder zumindest der Kontrolle der meisten grossen Unternehmen erfreuten, mit grosser Abneigung auf die Konkurrenz nicht nur von aussen, sondern auch von innen herab. So leitete das «Establishment» die Ersparnisse des Landes, insbesondere der kleinen Leute, in die Kanäle von Auslandsdarlehen ab, statt sich für die grosszügige Investition von freiem Kapital in Inlandsunternehmungen einzusetzen, die sie wettbewerbsfähig gemacht hätten. Auslandsdarlehen brachten zwar dem kleinen Anleger hohe Dividenden und den Banken, die sie abwickelten, fette Provisionen (bis zu 19 Prozent), aber die französische Wirtschaft stagnierte aufgrund des fehlenden Kapitalzu-

* Der Zynismus einiger Politiker zeigte sich besonders krass bei Anatole de Monzie, Minister für öffentliche Arbeiten und fünfundzwanzig Jahre lang in ununterbrochener Folge Kabinettsmitglied. Im Winter 1939, kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs, hielt er in Paris vor einem erlesenen Kreis einen Vortrag über Talleyrand. «In der Politik ist Ehrlichkeit ein Beweis für Schwäche», sagte er. Diese Bemerkung trug ihm von Seiten seines mondanen Publikums amüsierten Beifall ein. Am nächsten Tag stimmte ihm *Le Figaro*, die bevorzugte Zeitung der Oberschicht, freundlich zu und bezeichnete diese Worte als «besonders witzig». Vielleicht liess sich der Amateur-Literat de Monzie auch vom Thema seines Vortrags ein wenig mitreissen⁵.

wachses. Um 1914 waren 45 Milliarden Francs * im Ausland investiert worden (davon 25 Prozent im zaristischen Russland). Nur rund 60 Prozent des französischen Kapitals wurden im Inland investiert **.

Diese Behinderung der Entwicklung von Industrie und Handel in Frankreich war schon wirtschaftlich schlimm genug. Sie zeitigte jedoch auch nachteilige soziale Auswirkungen. Diese Politik bedeutete nämlich, dass eine Masse einfacher Bürger, die man hätte gewinnbringend für produktive Arbeit hätte einsetzen können, nun gezwungen war, ihren Lebensunterhalt auf unwirtschaftlichen Sektoren zu verdienen, und das bei einem Lohn, der Millionen von ihnen an den Rand bitterer Not oder in echte Armut trieb. Viele von ihnen gingen als *petits fonctionnaires* bei jämmerlichen Hungergehältern in den untersten Rängen der sich rasch ausweitenden Staatsbürokratie auf. Viele erhielten Konzessionen zum Betrieb kleiner Tabakläden entsprechend dem staatlichen Tabakmonopol. Da sich die Gewohnheit des Rauchens ausbreitete, konnten sie so in einer kleinen Ecke ihren knappen Lebensunterhalt verdienen. Sie waren zur Mittelmässigkeit verdammt, zu einem beengten Leben ohne Horizonte und ohne Hoffnung auf Besserung, zu einem ständigen Kampf, mit einem dürftigen Existenzminimum auskommen zu müssen. So sahen sie sich zu einer strikten Einschränkung der Kinderzahl gezwungen, weil sie nicht einmal eine mittelgrosse Familie ernähren konnten. Ihr einziger Trost bestand darin, dass sie sich wenigstens – wie auch die grossen Geschäftsleute – ihrer Sicherheit erfreuten. Sie verloren nur selten ihre minderwertigen Jobs.

Der Rückgang der Geburtenziffern

Der Rückgang der Geburtenziffern wurde für Frankreich in dem Bemühen, mit der übrigen Welt Schritt zu halten, allmählich zu einer Katastrophe. Später, als es mit der Dritten Republik bereits bergab ging, gaben einige Kirchenmänner, Konservative und Generäle wie Weygand dem «Atheismus» der Franzosen, dem Zusammenbruch der Familie und dem Mangel an Patriotismus und Moral alter Prägung die Schuld für die Abnahme der Geburtenzahlen, die das Land so sehr schwächte. Da sie selbst im Wohlstand lebten, konnten oder wollten sie nicht einsehen, dass eine der Hauptursachen für die streng geübte Geburtenkontrolle in Frankreich die wirtschaftliche Misere war: Zu vielen Franzosen fehlten einfach die Mittel, eine Familie mit mehr als ein bis zwei Kindern – wenn überhaupt – zu unterhalten ***.

* Etwa neun Milliarden Dollar.

** «Nie war Geld in reichlicherem Masse vorhanden», erklärte Baron Alphonse de Rothschild öffentlich im Jahre 1905. «Warum wird dieses Geld nicht zur Entwicklung von Handel und Industrie verwendet?» Niemand kannte die Antwort auf diese Frage besser als der Bankier Rothschild.

Die riesigen im Ausland investierten Summen, insbesondere die Darlehen an das zaristische Russland, wurden im Krieg 1914-1918 ausgelöscht – eine verheerende Katastrophe für die kleinen Sparer.

*** Hierbei handelt es sich natürlich um ein kompliziertes Thema, das unter den Autoritäten auf dem Gebiet der Demographie grosse Meinungsverschiedenheiten ausgelöst hat. Der Amerikaner Dudley Kirk hat argumentiert, die Armut sei keineswegs die Ursache des langsamen Bevölkerungszuwachses in Frankreich gewesen. Die meisten französischen Fachleute, wie beispielsweise Leroy-Beaulieu und P. Bertillon, führen den relativen Rückgang der franzö-

Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts war Frankreich das volkreichste Land Europas, mit der einzigen Ausnahme Russlands, das Frankreich gegen Ende des voraufgegangenen Jahrhunderts in der Bevölkerungszahl überholt hatte. Im Jahre 1815, am Ende der erregenden Napoleon-Ära, wohnten in Frankreich etwa dreissig Millionen Menschen, in Preussen elf Millionen, in Grossbritannien dreizehn und im Habsburger Reich der vielen Nationalitäten 26 Millionen. Um 1870, zu Beginn des Krieges gegen Preussen, hatte Frankreich seine führende Stellung schon eingebüsst. Deutschland, das gerade von Bismarck vereint wurde, hatte 41 Millionen Einwohner, Frankreich nur 36 Millionen. In Frankreich ging die Geburtenziffer rascher zurück als in Deutschland. Dieser Rückgang war natürlich nur ein relativer, dessenungeachtet aber in einer Welt rivalisierender Mächte für die Nation nicht weniger kostspielig. Während des neunzehnten Jahrhunderts nahm die Bevölkerung Frankreichs um zwölf Millionen oder 44 Prozent zu. Aber die anderen grossen europäischen Nationen wuchsen rascher: Grossbritannien um 26 Millionen (mehr als das Dreifache), Deutschland um 32 und Russland um 70 Millionen.

In verschiedenen Gegenden Frankreichs stagnierte die Bevölkerungszahl oder war sogar rückläufig. Im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts hatte über die Hälfte der französischen Départements – 49 von insgesamt 87 – mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen. Zahlreiche Dörfer starben aus. Es gab niemanden mehr, der sie hätte bewohnen können. Bergwerke und Industriebetriebe fanden nicht genügend einheimische Arbeitskräfte. Bis 1914 wurden über eine Million Gastarbeiter ins Land geholt, meist aus Italien, Belgien, Luxemburg und den polnischen Provinzen. Nur aufgrund dieser Masseneinwanderung konnte das Land weiterbestehen.

In militärischer Hinsicht gab dieser Bevölkerungsrückgang zu ernster Besorgnis Anlass. Während 1870 die Bevölkerungszahl Deutschlands nur geringfügig über der Frankreichs lag, hatte sich 1914 beim Ausbruch des neuen Krieges das Gleichgewicht schon deutlich zuungunsten Frankreichs verschoben. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Deutschland knapp 65 Millionen Menschen, in Frankreich jedoch nur 40 Millionen. Besorgt berechneten Regierung und Generalstab in Paris die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Zahl der Soldaten, die mobilisiert werden konnten. 1870 konnten sowohl Frankreich als auch Deutschland mit ungefähr 4,5 Millionen Männern im wehrfähigen Alter – zwanzig bis vierunddreissig Jahre – rechnen. Als sich 1911 diese beiden Nationen zu einem scheinbar unvermeidlichen Kampf rüsteten, verfügte Deutschland aufgrund seiner höheren Gesamtbevölkerung über 7,7 Millionen Männer im Alter zwischen zwanzig und vier-

sischen Geburtenziffern auf den Stand der «Zivilisation» nach der Durchsetzung der industriellen Revolution zurück; sie habe ein Massenproletariat und eine grosse, arme untere Mittelschicht geschaffen, die sich in den rasch wachsenden Städten auf engstem Raum zusammendrängten. Aber eine ähnliche Situation herrschte auch in Deutschland, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, wo die Geburtenziffern erheblich höher lagen als in Frankreich *. Professor Alfred Sauvy vom College de France, Frankreichs führender Demograph zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Buchs, nennt folgende Gründe für die künstliche Beschneidung der Geburtenziffern: Rückgang der Kindersterblichkeit, Verstärkung, Verbesserung der Ausbildung und die «Klugheit» der französischen Eltern. Er weist darauf hin, dass die Geburtenkontrolle in wohlhabenden Familien ebenso praktiziert wurde wie in armen. Seine Untersuchungen haben ihn davon überzeugt, dass der Rückgang der Geburtenziffern in Frankreich bereits um 1760 einsetzte, ein volles Jahrhundert früher als in den meisten anderen westlichen Ländern. Einen Grund für diesen Vorsprung weiss er auch nicht anzugeben. Mir selbst wurde das Studium dieses Themas und auch anderer durch die Werke dieses genialen und anregenden Mannes und meine Unterhaltungen mit ihm sehr erleichtert⁴.

unddreissig Jahren. Frankreich hatte nur 4,5 Millionen, nicht mehr als 1870. Pessimisten in Paris prophezeiten für den Fall, dass die Deutschen wiederum angreifen sollten, ein ähnlich unvermeidliches militärisches Debakel für Frankreich wie 1871 – falls nicht Russland und Grossbritannien in der Lage waren, rasch zu mobilisieren und schnelle Hilfe zu leisten.

Oder gab es für die Franzosen selbst eine Möglichkeit, ihre zahlenmässige Unterlegenheit gegenüber den Deutschen auszugleichen? Das war eine Frage, die sehr zum Nachdenken anregte; nicht nur in französischen Militärkreisen, sondern auch in Regierung und Parlament, in der Presse und sogar unter den Philosophen machte man sich hierüber ernsthafte und auch alberne Gedanken. Zunächst einmal würde wohl ein Anheben der Militärdienstzeit von Nutzen sein. 1913 wurde sie nach monatelangen stürmischen Debatten in der Kammer – obgleich das Land insgesamt gegen diese zusätzliche Belastung aufgebehrte – von zwei Jahren auf drei Jahre heraufgesetzt. Aber damit war Frankreich gegenüber Deutschland immer noch im Hintertreffen. Frankreich erweiterte das stehende Heer auf 700'000 Mann, doch der Feind verfügte über eine Armee, die um 150'000 Mann stärker war, und im gleichen Verhältnis bewegte sich auch der Zuwachs bei der Reserve.

Ein neuer Geist in der Armee

Das allein genügte nicht. Viele Männer in Regierung und Armee glaubten nun die Lösung in einer bemerkenswerten Gruppe jüngerer Offiziere entdeckt zu haben, die sich gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts emporgearbeitet hatte. Diesen Offizieren war es allein durch den Schwung ihres Intellekts und ihrer Willenskraft gelungen, einige Spinnweben aus den Köpfen der älteren Generalstäbler hinwegzufegen und das Studium der militärischen Strategie und Taktik auf einen neuen Höchststand zu bringen. Aber dabei liessen sie sich vom eigenen Schwung bis zu einem Punkt mitreissen, der beinahe verhängnisvolle Folgen gezeitigt hätte – wie das so oft der Fall ist, wenn sich feingesponnene Theorien, die im Vorlesungssaal der Stabsschule recht überzeugend klingen, im Durcheinander des praktischen Einsatzes an der Front bewähren müssen. Ihre Forderung bestand darin, dass die Armee die ausschlaggebende Bedeutung der totalen Offensive vom ersten Augenblick der Feindseligkeiten an erkennen sollte. Sie predigten die *offensive à outrance*, die *attaque brusquee*, gipfelnd im Sturm mit dem aufgepflanzten Bajonnett. Sie wurden nicht müde, immer wieder den Satz des brillanten Theoretikers Oberst Ardant du Picque zu wiederholen, der 1870 bei Metz gefallen war und dessen tiefeschürfende Schriften erst um die Jahrhundertwende veröffentlicht worden waren: «*Wer siegen will, muss angreifen!*»

In Verbindung dazu stand eine Lehre, die ihren Ursprung vielleicht der vielbesprochenen Theorie des Philosophen Bergson vom *elan vital* verdankt: dass der französische Soldat dem deutschen von vornherein als Kämpfer überlegen sei. Bergsons *elan* war etwas typisch Französisches. Sein leicht erregbares gallisches Temperament liess ihn

besonders geeignet erscheinen, stets die Offensive zu wählen. In den Reihen der Franzosen herrschte ein Geist, den Hauptmann Gilbert, Mitbegründer der Revolution der «Jungtürken» im militärischen Denken, treffend *furia francesca* nannte. Dieser Geist musste unbesiegbar sein! Ein Angriff, vorgetragen mit «französischem Ungestüm», musste die zahlenmässige Überlegenheit der Deutschen mehr als wettmachen.

Oberst de Grandmaison, Wortführer der «Jungtürken», erklärte: «Die französische Armee kennt kein anderes Gesetz mehr als das der Offensive.» Aber eine Offensive um jeden Preis, jederzeit, selbst dann, wenn der Feind über die vorteilhaftere Ausgangsposition und die höhere Feuerkraft verfügt? Die «Jungtürken» beantworteten diese Frage mit «Ja». Es durfte keine Ausnahmen geben.

Oberst Ferdinand Foch, der sich als originellster und subtilster Kopf der französischen Armee erweisen sollte, warnte vor der Offensive um jeden Preis. Nachdem er 1894 als Lehrer an die *Ecole supérieure de la guerre*, an die französische Kriegsakademie, berufen worden war, betonte er in seinen Vorlesungen allerdings auch die Notwendigkeit, schliesslich die Initiative zu ergreifen, wenn man einen Krieg gewinnen wolle. Er trug ebensoviel wie irgendein anderer Offizier dazu bei, dass sich das Denken in der französischen Armee wandelte, dass man vom verbohrteten Defensivdenken abrückte und Vertrauen in den Grossangriff gewann. Doch obgleich Foch die Rolle der ständig zunehmenden Feuerkraft bei der Verteidigung unterschätzte – nur wenige französische Offiziere schätzten das neue Maschinengewehr oder die Anwendung von Stacheldraht, von den Japanern gerade erst so erfolgreich im Krieg gegen die Russen in der Mandschurei demonstriert, hoch genug ein –, wies er nichtsdestoweniger darauf hin, dass die bedingungslose Offensive gewissen «Qualifikationen und Einsichten» unterworfen werden müsse, weil Leichtsinns beim Angriff zu unverantwortlichen Verlusten und damit letztlich zur Niederlage führen könne.

In jener ungestümen Zeit gehörte ein gewisser Lehrer für Infanterietaktik an der Kriegsakademie fast schon zu einer Minderheit. Es war Oberst Henri Philippe Pétain, der in seinen Vorlesungen darauf beharrte, das Verhältnis der Feuerkraft müsse darüber entscheiden, ob man offensiv werden könne. Ist man dem Gegner an Kanonen haushoch überlegen, dann soll man angreifen; ansonsten bleibt man in der Defensive, bis man diese Überlegenheit erlangt hat. Er weigerte sich daher, den «Jungtürken» zuzustimmen, die eine Offensive um jeden Preis forderten. Diese Hartnäckigkeit trug ihm im Offizierkorps den Ruf eines Pessimisten, fast schon eines Defätisten und ganz gewiss eines Ketzers ein. Als der Krieg von 1914 herannahte, hatte er – immer noch im Rang eines Oberst – fast die Altersgrenze für seine Pensionierung erreicht und hielt seine militärische Karriere selbst für so gut wie beendet*. Aber das Schicksal wollte es, dass diese Karriere gerade erst an ihrem Anfang stand. Die Folgen für die Nation sollten in den nächsten dreissig Jahren ungeheuer sein – zuerst positiv, dann verheerend.

* Er befehligte das 33. Infanterieregiment, in dem nach Absolvierung der Militärakademie Saint-Cyr im Jahre 1912 ein junger Leutnant namens Charles de Gaulle freiwillig diente. So trafen die beiden Männer, die das Schicksal achtundzwanzig Jahre später, als der eine berühmt und der andere unbekannt war, einander gegenüberstellen sollte, schon früh in unserer Geschichte aufeinander.

Oberst Foch und die von ihm inspirierten «Jungtürken» brachten zwar eine intellektuelle und moralische Erneuerung der französischen Armee zustande, aber sie erkannten nicht in vollem Umfang die technologische Revolution auf dem Gebiet der Rüstung. Die älteren Generäle standen den Möglichkeiten, die diese neuen Waffen boten, noch blinder gegenüber – eine verknöcherte Einstellung, die nicht nur Frankreichs Überlebenschancen im Jahre 1914 gefährdete, sondern diese Chancen 1940 sogar vollends vernichtete. Es stimmte schon, dass die französische Armee als erste den Magazinkarabiner von Lebel übernahm. Das war bereits 1889. Zwei Jahre zuvor hatten die Franzosen mit der Herstellung des 7,5-cm-Schnellfeuer-Feldgeschützes begonnen, der mit Abstand besten Waffe der leichten Artillerie, die der deutschen 7,7-cm-Kanone haushoch überlegen war. Aber die berühmte «Fünfundsiebziger» wies eine Schwäche auf. Sie hatte eine flache Flugbahn. In den Bergen Elsass-Lothringens, wo die Franzosen ihre Offensive einzuleiten gedachten, würde sie nicht viel nutzen. Zudem war das Oberkommando von der grossartigen Leistung der «Fünfundsiebziger» so hypnotisiert, dass es die Entwicklung der schweren Artillerie verabsäumte. Genau da betätigten sich aber die Deutschen. Der Generalstab lehnte diese schweren Geschütze sogar bewusst ab. Einige Politiker in Paris fragten sich nach dem Grund. Sie sollten ihn von der Armee erfahren.

Noch 1909 trat beispielsweise ein Armeebefehlshaber vor dem Finanzausschuss der Kammer auf und erklärte zuversichtlich: «Sie reden dauernd von schwerer Artillerie! Gott sei Dank haben wir keine! Was der französischen Armee ihre Stärke verleiht, ist gerade die Leichtigkeit ihrer Kanonen.»

Auch der Leistungsfähigkeit des neuen Maschinengewehrs stand das Oberkommando blind gegenüber. Es hatte sich bereits im japanisch-russischen Krieg und in den Balkankriegen als tödliche Defensivwaffe bewährt. Dennoch vertraute noch 1910 der rangälteste General der Infanterie einer Gruppe von Parlamentariern selbstzufrieden an, der französische Generalstab lasse Maschinengewehre lediglich als Trostpflasterchen für die öffentliche Meinung hersteilen. «Täuschen Sie sich nicht», sagte er, «diese Waffe wird absolut nichts ändern.»

Als der erste Weltkrieg ausbrach, besaßen die französischen Truppen 2'000 Maschinengewehre, die deutschen 5'000. Vergeblich hatte Oberst Pétain beim Oberkommando immer wieder eindringlich auf die grosse Bedeutung dieser neuen Waffe hingewiesen. Er bestand darauf, diesen Punkt auch in einem neuen Infanteriehandbuch hervorzuheben, das er zusammenstellen sollte, doch seine Vorgesetzten strichen es durch.

Ebenso blind standen die Generäle vor den militärischen Einsatzmöglichkeiten des Flugzeugs. Der französische Erfindergeist hatte dem Land bei der Entwicklung dieser aufregenden neuen technischen Errungenschaft einen Vorsprung gesichert. Doch die alten Armeechefs liessen sich davon nicht beeindrucken *. Kurz vor Kriegsausbruch beobachtete der Kommandeur der Kriegsakademie eine Luftfahrtschau. Einige der jüngeren Offiziere

* Wie wir noch sehen werden, zeigten sich ihre Nachfolger in den dreissiger Jahren ebensowenig beeindruckt – trotz der Rolle, die das Flugzeug im Krieg 1914-1918 gespielt hatte. Die Folgen dieser Blindheit sollten sich als noch viel schlimmer erweisen.

hatten dringend empfohlen, den Einsatz von Flugzeugen zu Beobachtungszwecken über und hinter der feindlichen Front und sogar zum Bombenabwurf auf feindliche Marschkolonnen ins Auge zu fassen. Der Leiter der Kriegsschule * betrachtete das als Unsinn. Während er zusah, wie die damals noch ziemlich primitiven Doppeldecker über dem Flugfeld kreisten, rief er einer Gruppe von Kollegen zu: «Das ist ja alles nur Sport! Für die Armee sind Flugzeuge gleich Null⁵!»

Trotz der Unterlegenheit an Menschen und Material traf das französische Oberkommando, gedrängt von den «Jungtürken», die verhängnisvolle Entscheidung, sämtliche alten Verteidigungspläne über Bord zu werfen und an ihrer Stelle einen neuen Plan zu übernehmen, der im Augenblick eines deutschen Angriffs sofort eine bedingungslose Offensive vorsah. Es handelte sich dabei um den berühmten Plan XVIII (die sechzehn vorgegangenen Pläne seit 1870 waren Defensivpläne gewesen), ausgearbeitet unter der Leitung des fähigen, aber phlegmatischen neuen Generalstabschefs Joseph Cesar Joffre, der 1911 an die Spitze der Armee gestellt worden war**. Das Gros der französischen Armee sollte, sobald die Deutschen losschlügen, in Elsass-Lothringen zum Angriff antreten. Obgleich der Geheimdienst hartnäckig immer wieder berichtete, der deutsche Hauptstoss werde vermutlich durch das neutrale Belgien erfolgen, verwandten Joffre und sein Stab bei ihrer Planung kaum einen Gedanken auf diese Möglichkeit. Ihr Denken war ganz auf den *französischen* Angriff fixiert, der die beiden verlorenen Provinzen befreien und die Deutschen bis zum Rhein zurückdrängen sollte.

Das französische Oberkommando war fest davon überzeugt, dass der Krieg in den ersten grossen Schlachten an der Frontlinie entschieden würde. Aus diesem Grunde massen sie der Reserve keine grosse Bedeutung bei und glaubten auch nicht, dass die Deutschen das taten. Der Kampf sollte rasch von den vorhandenen regulären Einheiten entschieden werden. Das war ein Trugschluss, der Frankreich noch teuer zu stehen kommen sollte, denn der Feind hatte insgeheim bereits beschlossen, beim Grossangriff quer durch Belgien die Reserven mit in den Kampf zu werfen ***.

Das war, kurzgefasst, die Lage in der französischen Armee zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts, zu einem Zeitpunkt, da das Donnerrollen immer

* Es musste sich wohl um Foch handeln.

** Er löste General Victor Michel ab, der abgesetzt wurde, weil er die Überzeugung vertreten hatte, der deutsche Angriff werde durch Belgien vorgetragen werden (wie es dann auch der Fall war!), und der daher forderte, die französische Armee müsse sich darauf konzentrieren, diesen Angriffsstoss aufzufangen. Zu diesem Zweck wollte er die Front dadurch verstärken, dass er jedem aktiven Regiment ein Reserveregiment beordnete. Im Licht der neuen Militärdoktrin war das krasse Ketzerei. Das Motto lautete jetzt: «*Les riseroes, c'est zéro!*» Auf der entscheidenden Sitzung des Obersten Kriegsrates im Jahre 1911 unterstützte nicht ein einziger General seinen Chef. Einer von ihnen erklärte, General Michel sei «nicht richtig im Kopfe, und der Kriegsminister Adolphe Messimy, selbst früherer Berufsoffizier, der aus Protest gegen die Weigerung der Armee, das Dreyfus-Urteil zu revidieren, seinen Abschied genommen hatte, nannte den von Michel vorgeschlagenen Verteidigungsplan einen «Irrsinn». Der Plan wurde mitsamt seinem Urheber fallengelassen.

*** Sowohl vor 1914 als auch vor 1940 hatten die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens erwogen, ob man in Belgien einrücken sollte, wenn es den Anschein hatte, als wollten die Deutschen dieses Land zur Vorbereitung des Angriffs auf Frankreich angreifen. Man beschloss jedoch, damit bis *nach* der Invasion durch die Deutschen zu warten. Der Nachteil für die Alliierten in beiden Fällen lag auf der Hand. Aber beide Male wollten auch die Belgier nicht erkennen, wo die eigentliche Gefahr lag. Ihre Pläne von 1914 sahen die Mobilisierung von drei Armeen vor: eine gegen Deutschland, die zweite gegen Frankreich, die dritte zur Abwehr eines eventuellen britischen Landungsversuchs.

bedrohlicher aus dem unruhigen, kriegerischen Deutschland herüberdrang. Wie alle Armeen klammerte sie sich an vieles, das längst überholt war*, aber dennoch war ihr Geist durch Foch und die «Jungtürken» verjüngt worden. Sie war der Streitmacht, die 1870 bei Sedan und Metz so spielend von den Preussen geschlagen worden war, haushoch überlegen. Sollte wieder ein Krieg ausbrechen, so hing viel von den Führungsqualitäten der hohen Generalität ab, ganz besonders jedoch des Oberkommandierenden. Was ihn betraf, herrschten bei den aristokratischen Offizieren einige Zweifel vor. Joffre war nämlich ein echter Sohn der Dritten Republik, ein Bürgerlicher bescheidener Herkunft, der nicht einmal die berühmte Militärakademie Saint-Cyr absolviert hatte, sondern nur die *Ecole Polytechnique*, aus der sonst Ingenieure hervorgingen. Seine Erfahrung im Generalstab war gering. Bei seiner phlegmatischen Art, seiner unförmigen Gestalt, betont noch durch eine schlecht sitzende, ungebügelte, meist undekorierte Uniform, schien ihm ganz und gar jener kriegerische Elan zu fehlen, der den französischen Heerführern der Vergangenheit zu eigen gewesen war. Aber mit ihm und seinen Frontoffizieren war Frankreich 1914 besser bedient als in den Jahren 1870 und 1940.

* Zum Beispiel die roten Uniformhosen. Nicht einmal dem energischen Messimy gelang es, das Oberkommando oder die Regierung zu einer weniger auffälligen Farbe zu bewegen, obwohl die Deutschen auf Feldgrau umstellten und die Briten längst zu Khaki übergegangen waren. Einen französischen Soldaten in eine triste Uniform zu stecken – das war undenkbar. «Die roten Hosen aufgeben?» schrie ein ehemaliger Kriegsminister den Parlamentsausschuss an, der sich mit dieser Frage befasste. «*Jamais! Le pantalon rouge c'est la France!*!» – «Niemals! Die rote Hose ist Frankreich!»

Klassen und Konflikte 1875-1914

Eine Armee kann schwerlich stärker sein als das Land, dem sie dient. Wie stark war nun das Frankreich der Dritten Republik am Vorabend der schweren Prüfung, die ihm bevorstand? Einige seiner Schwächen haben wir bereits aufgezählt: die Unfähigkeit, bei der Industrialisierung das Tempo der anderen europäischen Grossmächte mitzuhalten, den Rückgang in den Geburtenziffern, die Meinungsverschiedenheiten, die seit langem das Volk so tief spalteten. Wies diese zivilisierte Gesellschaft noch andere Mängel auf, die an ihrer Kraft zehrten?

Das Bürgertum, Rückgrat der Republik

Das Rückgrat der Dritten Republik war das Bürgertum, zu dem um die Jahrhundertwende etwa fünf bis sechs der insgesamt rund 39 Millionen Einwohner des Landes zählten. Hierbei handelte es sich um eine wackere Mittelschicht, die die Revolution von 1789 inszeniert, sich gegen zwei bonapartistische Diktatoren gewehrt und die kurze Restauration der Bourbonen-Monarchie überlebt hatte; sie war unter dem Orleans-König gut gediehen und hatte seit 1875 die Dritte Republik völlig beherrscht.

Jetzt, zu Anfang dieses Jahrhunderts, begann dieses französische Bürgertum die ersten Abnutzungserscheinungen zu zeigen – übersättigt von der Macht, die Regierung, Industrie, Finanzwesen, Handel, Erziehung, freie Berufe und die Presse kontrollierte. Diese Macht hatte ihren prominentesten Mitgliedern grossen Reichtum eingetragen, und sie waren entschlossen, ihn zu erhalten und zu mehren. Léon Blum, selbst ein recht wohlhabender Angehöriger des Bürgertums, der sein Leben dem Sozialismus verschrieben hatte, sollte später sagen: Der Saft begann ihnen aus den Adern zu rinnen. Das Bürgertum büsste Dynamik, Schöpferkraft, Kühnheit, Phantasie ein. Es verschanzte sich hinter seinen dicken Brieftaschen und den festen Positionen in Staat und Gesellschaft und fürchtete sich immer mehr vor einem Wandel. Für die Bürger dieses Landes stand viel auf dem Spiel. Ein Wandel der Verhältnisse konnte die Privilegien des Bürgertums ebenso gefährden, wie die oberen Stände vor einem Jahrhundert gefährdet worden waren, als das vermodernde *ariden regime* vom Wandel gestürzt wurde. Die breite Mittelschicht hatte ungemein davon profitiert, dass die Privilegien von Aristokratie, Hochadel und Thron auf sie übergingen, und sie wollte naturgemäss diese Gewinne dem Zugriff der

Massen weiter unten entziehen. Von unten her grollte es, und einige Männer, die weder oben noch unten, sondern ausserhalb standen (einige Politiker, Schriftsteller, Philosophen und Lehrer), begannen sich zu fragen, ob die glorreiche Revolution vielleicht doch nichts weiter war als die Ablösung einer egoistischen und habgierigen Klasse durch eine andere – war nur die Geldaristokratie an die Stelle der Geburtsaristokratie getreten? Nachdem die Geldaristokratie ihr Schäfchen ins trockene gebracht hatte, wurde sie gegenüber den nationalen Interessen, die ihre Klasse nicht berührten, genauso blind, wie es zuvor die Geburtsaristokratie gewesen war. Zufrieden und überfüttert wollte sie die Uhren anhalten und vergass dabei, dass Stillstand den Tod bedeutet.

Es muss klargestellt werden, dass das Bürgertum in Frankreich keineswegs einen monolithischen Block darstellte. Neben den Reichen und Privilegierten gab es viele ehrbare Bürger mit bescheidenem Einkommen und Auftreten. Zu ihnen zählten die Künstler und Schriftsteller, die Intellektuellen, die Universitätsprofessoren, die Schullehrer, die Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure und Beamte, sodann die ungezählten kleinen Fabrikanten, Händler und Kaufleute. Es war wie in allen anderen Gesellschaften: Die Wohlhabenden befanden sich in der Minderzahl, aber sie bestimmten Stil und Tempo, sie hatten «die Hand am Drücker». Zu den Unterschieden im Bankkonto kamen noch jene in der Politik hinzu. Während die Grossunternehmer, die Bankiers und die von ihnen beherrschte Presse, politisch gesehen, natürlich konservativ waren, unterstützte die Masse des Mittelstandes die Radikale Partei oder Gruppen im Parlament, die ihren Zielen und ihrer Ideologie eng verbunden waren. Wer die französische Politik begreifen will, muss sich vor Augen halten, was der Historiker André Siegfried immer wieder sagte: Der mittelständische Franzose trage sein Herz zwar für gewöhnlich links, seine Brieftasche aber nach wie vor rechts.

Fast das gesamte gehobene, mittlere und niedere Bürgertum trat für bestimmte Ziele und Vorstellungen ein und wurde darin vom wohlhabenderen Teil der selbständigen Bauernschaft unterstützt. Regierung und Gesellschaft sollten ihnen die Freiheit belassen, Geld zu verdienen, es zu sparen und an die Kinder weiterzuvererben. Man wollte sich dieses Geld nicht durch Steuern abknöpfen lassen oder durch steigende Löhne für Fabrik- und Landarbeiter, auch nicht durch die Anforderungen jener neumodischen Politik sozialer Wohlfahrt, von der gewisse übergeschnappte Sozialisten – vermutlich aufgrund ausländischer, wohl deutscher Beeinflussung * – behaupteten, sie sei in einem industrialisierten Zeitalter unumgänglich.

Irgendwann gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts fror das Temperament der Bürger ein – jener Bürger, die in einer Revolution die jahrhundertealte Lebensordnung mit ihren unglaublichen Ungerechtigkeiten gestürzt hatten. Das Bürgertum trat entschieden für Recht und Ordnung zum Schutz von Eigentum, Investitionen und Ersparnissen ein. Es wehrte sich hitzig gegen Veränderungen, Reformen, soziale Agitation und Unordnung.

* Wie zum Beispiel Bismarcks Sozialgesetzgebung. Teilweise aus Hass gegen den Sozialismus förderte er die soziale Wohlfahrt in Deutschland, um den Sozialismus zu schlagen und die Gesellschaft dennoch dem Maschinenzeitalter der Massenproduktion anzupassen.

Und aufgrund seiner Habgier und Selbstsucht weigerte es sich ebenso hartnäckig wie die alte Aristokratie, einen gerechten Anteil an den Kosten der Erhaltung des Staates zu tragen.

Die Abneigung gegen Steuern

Die Abneigung der Bürger gegen die Entrichtung eines angemessenen Anteils an den Steuern war berüchtigt. Steuerhinterziehungen waren natürlich kein typisch französisches Übel. Das geschah auch in allen anderen Ländern. In Frankreich reichte diese Angewohnheit jedoch weit zurück. Unter der alten Monarchie war die Kirche mit ihrem gewaltigen Landbesitz ebenso wie der gesamte Klerus praktisch von allen Steuern befreit. Hochadel und Aristokratie, deren Reichtum sich hauptsächlich auf riesige Ländereien stützte, unterliefen die meisten jener Steuern, die ihnen die Krone aufzuerlegen versuchte, obgleich sich der Staat seit den Zeiten des extravaganten Sonnenkönigs Louis XIV., der für seine Kriege und den Aufwand in Versailles riesige Summen verbrauchte, ständig am Rande des Bankrotts bewegte. Und immer stöhnten die Bauern auf dem Lande, die Ladenbesitzer und Handwerker in den Städten unter einer unerträglichen Steuerlast. Als Machault d'Arnouville unter König Louis XV. den Versuch unternahm, die Verschuldung der öffentlichen Hand durch eine Steuer zu mildern, die ein Zwanzigstel betragen und ohne Ansehen der Person von allen ausnahmslos gezahlt werden sollte, erhob sich im Parlament – bei jenen kompromisslosen Gegnern jeglicher Steuerreform und wachsamem Verteidigern der Privilegien einer Oberschicht – ein solches Geschrei, dass der König seinen Minister mitsamt seinem Reformplan opfern musste.

Aber das aufsteigende Bürgertum war ebensowenig geneigt, Steuern zu zahlen, wie seinerzeit der Adel, dessen Stelle es immer mehr einnahm. Am 5. Mai 1789 traten in Versailles die Stände zusammen. Der Dritte Stand umfasste 95 Prozent der Bevölkerung, wurde aber vom wohlhabenden, besitzenden Mittelstand beherrscht; er forderte einerseits eine möglichst leichte Steuerlast, bekannte sich aber andererseits zu einer «gleichen und gerechten Besteuerung». Nachdem diese braven Bürger die Revolution durchgeführt hatten, waren sie imstande sich zu schützen – sogar vor der Gleichheit.

Die Dritte Republik drängte sie niemals, einen gerechten Anteil an der Steuerlast auf sich zu nehmen. Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts war den meisten Wirtschaftswissenschaftlern im Westen klargeworden, dass eine Besteuerung des Einkommens die beste Methode nicht nur für die Gewährleistung der Steuergerechtigkeit, sondern auch zur Aufbringung eines Grossteils der gewaltigen Summen war, die ein moderner, schwergerüsteter Staat brauchte. Ausserdem konnte man die Einkommensteuer durch Erhöhung oder Senkung den jeweiligen Erfordernissen anpassen. Grossbritannien hatte die Einkommensteuer 1842 eingeführt, Deutschland gegen Ende des Jahrhunderts. In Frankreich stiess allein schon die Idee einer solchen Steuer bei der besitzenden Klasse auf erbitterten Widerspruch.

Zwischen 1871 und 1914 waren den Parlamentsausschüssen über zweihundert Gesetzentwürfe für eine Fiskalreform auf der Grundlage der Einführung einer Einkommensteuer vorgelegt worden, aber die beiden Kammern widersetzten sich ihnen jahrzehntelang. Schliesslich schlug 1896 eine radikale Regierung eine solche Steuer in ausserordentlich bescheidenem Rahmen vor – die Progression sollte zwischen 1 und 5 Prozent betragen. Der Vorschlag wurde von jenen, die er betroffen hätte, mit einem wahren Entsetzensgeheul begrüsst. Eine solche Massnahme, sagten sie, würde dem Franzosen seine Freiheit rauben. Das Land würde von einer Armee schnüffelnder Steuereinnahmer verseucht, die ihre Nasen in die geheiligten Geheimnisse der Vermögensverhältnisse eines jeden Einzelnen stecken würden. Der hervorragende Wirtschaftswissenschaftler Paul Leroy-Beaulieu erklärte: «Eine Steuer dieser Art würde das gesamte Leben einer Demokratie vergiften; sie würde allenthalben auf Ablehnung stossen und Anlass zur Kapitalflucht sein; ... sie wäre der Beginn eines Kampfes auf Leben und Tod zwischen Finanzbehörde und Steuerzahler...»

Die Steuerzahler – zumindest die wohlhabenderen – waren zu einem «Kampf bis aufs Messer» gegen eine solche Ungeheuerlichkeit bereit. Die Regierung, die einen solchen Vorschlag gewagt hatte, wurde gestürzt und durch Jules Melirie, den konservativen Verfechter hoher Schutzzölle, ersetzt. Die neue Regierung versprach, den Franzosen eine so rohe Verletzung ihrer Freiheit und ihrer heiligsten Privatangelegenheiten nicht zuzumuten.

Doch das alte System direkter Steuern, das noch aus den Zeiten der alten Monarchie und Napoleons stammte (und das beispielsweise eine Steuer für die Zahl der Fenster und Türen in einem Wohngebäude enthielt), konnte den Geldbedarf eines fieberhaft aufrüstenden Landes einfach nicht mehr decken. Noch 1913 stammten drei Viertel aller staatlichen Einnahmen aus Verbrauchssteuern, und das gesamte Steueraufkommen belief sich nur auf 40 Prozent der Staatsausgaben. Eine drastische Finanzreform wurde dringend notwendig.

1909 hatte die Kammer auf Drängen des Ministerpräsidenten Clemenceau und seines Finanzministers Joseph Caillaux ein Gesetz zur Einführung einer bescheidenen Einkommensteuer verabschiedet. Der konservativere Senat weigerte sich, über das Gesetz auch nur zu diskutieren, und brachte es damit zu Fall. Zur selben Zeit drängten die Konservativen auf eine drastische Beschleunigung der Aufrüstung und die Verlängerung der Dienstzeit von zwei auf drei Jahre. Aber sie wollten nicht dafür bezahlen. Das veranlasste den Historiker François Goguel zu der Frage, ob «dem französischen Bürgertum nicht sein Gold mehr wert sei als seine Söhne»; noch zynischere Kritiker sahen sich zu der Feststellung veranlasst, ein Franzose sei wohl bereit, für sein Vaterland zu sterben, aber nicht, dafür zu bezahlen.

Erst im Sommer 1914, als der Krieg bereits seine Schatten vorauswarf, stimmte das Parlament widerstrebend für eine Einkommensteuer, und sie trat erst 1916 voll in Kraft – nachdem bereits seit zwei Jahren ein Krieg von solchem Ausmass tobte, dass Frankreich vor dem finanziellen Zusammenbruch stand. So geschah es, dass 1918, im furchtbaren

letzten Jahr des verheerenden Krieges, die gesamten Einnahmen des französischen Staates nur zwölf Prozent seiner Ausgaben ausmachten. In diesen erbitterten Kriegsjahren, als die Deutschen nie weit von Paris entfernt standen, hielt sich die Nation nur durch Darlehen über Wasser, die sie teils bei den eigenen Bürgern, teils im Ausland – hauptsächlich in den Vereinigten Staaten – aufnahm. Nicht einmal die üppigen Gewinne der Waffenfabrikanten und anderer Heereslieferanten wurden ernsthaft besteuert.

Die Entfremdung der Arbeiterklasse

Die Haltung des florierenden Bürgertums gegenüber der Klasse, die für die Nation arbeitete, war keineswegs grosszügiger als gegenüber dem verhassten Steuereinnehmer. Bittere Erinnerungen an die blutige Zerschlagung der Kommune, das Versäumnis des Parlaments, etwas zur Besserung der Notlage zu unternehmen, die feindselige Haltung der Arbeitgeber gegenüber dem geringsten Ansatz zur Bildung von Gewerkschaften und die grausame Verhinderung von Streiks durch Einsatz bewaffneter Truppen hatten die französische Arbeiterschaft entfremdet. Sie fühlte sich ausgeschlossen vom Hauptstrom – und den meisten Vorzügen – des Lebens in Frankreich. Daraus ergaben sich gewisse Konsequenzen. Unter den gegebenen Umständen mochten sie als natürlich erscheinen, aber sie stifteten auch grosse Verwirrung unter den Arbeitern. Die Arbeiterbewegung wurde zum erklärten Feind der politischen Demokratie*. Sie stellte sich gegen Parlament und Regierung, da sie von dieser Seite keine Lösung, nicht einmal Verständnis für ihre Probleme erwartete. Daher weigerte sich die Gewerkschaftsbewegung, irgendeiner politischen Partei ihre Unterstützung zu gewähren, auch nicht den Sozialisten, die sich unter der ausgezeichneten Führung von Jean Jaures und dem doktrinärem Einfluss von Jules Guesde bemühte, der arbeitenden Klasse politischen Ausdruck zu verleihen. Die 1906 von der CGT (der neun Jahre zuvor gegründeten Confédération Général du Travail) verfasste Charter von Amiens verkündete, die einzige Rettung der Arbeiter liege in der «direkten Aktion»: im Sturz des mittelständischen republikanischen Regimes durch Einsatz des schwersten Geschützes, des Generalstreiks. Nicht Karl Marx, sondern der scharfsinnige, aber launenhafte Philosoph Georges Sorel wurde der «Chefideologe» der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Frankreichs. Sorels Kult mit der Gewalt, dargestellt in seinem Buch *Réflexions sur la violence*, gipfelte im Generalstreik und im Sturz der Regierung und schuf eine Art philosophischer Basis für die Ziele und die Ideologie der französischen Gewerkschaftsbewegung **.

* Die Begründung dieses Standpunkts, der uns heute so seltsam erscheint, wurde damals von einem französischen Gewerkschaftsführer so angegeben: «Die organisierte Demokratie bekämpft Minderheiten zugunsten lammfrommer und konservativer Mehrheiten. So führt die Demokratie mit ihrem allgemeinen Wahlrecht und ihrer politischen Souveränität am Ende zu einer Zementierung der Versklavung der arbeitenden Massen.» Erst nach dem Krieg von 1914-1918 legte die französische Gewerkschaftsbewegung – zumindest offiziell – diese seltsame Idee ab.

** Sorel, ein beamteter Ingenieur im Ruhestand, war einer der originellsten, wenn auch unberechenbarsten Köpfe seines Jahrhunderts. Der Einfluss seiner Schriften auf die Arbeiterbewegung und einige aus ihr hervorgegangenen Bewegungen war immens. Er verachtete stets die französischen und deutschen Sozialisten als blosse Opportunisten

Nach der Kommune von 1871 hatte die Polizei die Kammern der Arbeitersyndikate, Vorläufer der Gewerkschaften, aufgelöst, obgleich sie sogar unter der Diktatur Napoleons in geduldet worden waren. Thiers bestand darauf, die Dritte Republik sollte konservativ sein oder gar nicht existieren. In ihr war kein Platz für lästige organisierte Arbeiter.

Bei einer derartigen Ermütigung seitens der Regierung wollten die Arbeitgeber mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun haben. Sogar in den frühen zaghaften Versuchen einiger führender Köpfe zur Bildung von Gewerkschaften argwöhnten sie bereits den Aufruf zum Klassenkampf, zu Unruhen, wenn nicht gar zur Revolution. 1884 sah sich die Regierung schliesslich gezwungen, zum ersten Male das Recht der Arbeiter, sich in Organisationen zusammenzuschliessen, gesetzlich anzuerkennen, aber dieses Gesetz unternahm keinen Versuch, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Beilegung ihrer Differenzen auf dem Wege friedlicher Tarifverhandlungen zu veranlassen. Die Arbeitgeber ihrerseits weigerten sich, mit den Gewerkschaftsführern über Löhne und Arbeitsbedingungen auch nur zu diskutieren. Diese starre Haltung trug dazu bei, dass sich die Gewerkschaften dem nach Meinung ihrer Mitglieder einzig möglichen Kampfmittel zuwandten: dem Streik. Aber das brachte die Gewerkschaften nicht nur mit den Arbeitgebern, sondern auch mit der republikanischen Regierung in Konflikt.

Von 1906 bis zum Vorabend des ersten Weltkriegs wurde Frankreich von einer Streikwelle erschüttert. In vielen Fällen handelte es sich um undisziplinierte wilde Streiks, und die meisten davon wurden von der Regierung gewaltsam unterdrückt. Die Armee wurde oftmals zur Einschüchterung der Streikenden eingesetzt. In einigen Fällen wurde das Feuer eröffnet, und es gab Tote und Verwundete auf den Strassen. Sogar die Weinbauern des Südens streikten und veranstalteten in mehreren Städten undisziplinierte Demonstrationen. In Narbonne wurden Barrikaden errichtet. Das 17. Infanterieregiment weigerte sich, auf die Demonstranten zu schiessen, und meuterte. 1910 zerschlug Ministerpräsident Aristide Briand, obgleich er sich selbst als unabhängiger Sozialist bezeichnete, einen Generalstreik der Eisenbahner, indem er die Gewerkschaftsführer verhaften und die Streikenden als Reservisten einziehen liess. Darin lag eine gewisse Ironie, denn Briand hatte seine Karriere als Gewerkschaftsanwalt begonnen und einst die Notwendigkeit des Generalstreiks gepredigt!

In keinem anderen westlichen Land wurde die Arbeiterklasse der Gesellschaft so sehr entfremdet wie in Frankreich. In keinem anderen Land hinkte die Arbeitergesetzgebung

und war von den Gewerkschaften enttäuscht. So liebäugelte er eine Zeitlang mit der extremen Rechten von Maurras' *Action Française*, beschloss sein Leben jedoch als begeisterter Anhänger Lenins und des Kommunismus. Er verfügte über ein ausgedehntes, wenn auch etwas ungeordnetes Wissen und korrespondierte mit einer Anzahl von Denkern in ganz Europa, insbesondere mit dem italienischen Philosophen Croce. Mit ihm unterhielt er während der letzten zwanzig Jahre seines Lebens eine lebhaftes Korrespondenz. Sorels Einfluss auf einen anderen Italiener führte dann zu historischen Konsequenzen.

Benito Mussolini gab später zu, dass ihm der Keim des Faschismus durch die Lektüre Sorels vor dem ersten Weltkrieg eingepflanzt wurde. Damals lebte er als junger revolutionärer Sozialist in Mailand und redigierte das Parteiorgan *Avanti*. Als Sorel 1912 die Leitartikel des italienischen Hitzkopfs las, traf er eine bemerkenswerte Voraussetzung: «Unser Mussolini ist kein gewöhnlicher Sozialist. Glaubt mir, ihr werdet ihn vielleicht noch eines Tages an der Spitze eines geheiligten Bataillons erleben, wie er mit seinem Säbel die italienische Fahne grüsst. Er ist ein Italiener aus dem fünfzehnten Jahrhundert, ein *condottiere*. Das Volk ahnt es noch nicht, aber er ist der einzige energische Mann, der in der Lage wäre, die Schwächen der Regierung zu beseitigen¹.»

so weit hinter den Mindestanforderungen des industriellen Zeitalters her. Erst 1900 wurde die Frauen- und Kinderarbeit auf zehn Stunden täglich beschränkt; die Männer arbeiteten immer noch zwölf Stunden am Tag. Und erst 1906 gewährte ein Gesetz dem Arbeiter einen freien Tag in der Woche – den Sonntag. Es kam in Frankreich gar nicht erst zu dem Versuch einer Nachahmung der Sozialgesetze, die Bismarck in Deutschland durchgepaukt hatte.

So erstaunt es nicht, dass die französischen Arbeiter nach dem Fehlschlag ihrer Versuche, ihr Los durch Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, durch Streiks oder Sozialgesetze zu verbessern, zu dem Schluss gelangten, dass sie sich von der parlamentarischen Dritten Republik keine Beseitigung der Missstände erhoffen durften. Sie fühlten sich als Bürger zweiter Ordnung. Das konnte kaum ihr Vaterland sein. So verschrieben sie sich damals immer mehr der von Karl Marx ausgegebenen Losung: «Der Arbeiter hat kein Vaterland.» Sie hassten den Militärdienst und befürworteten den Pazifismus – warum sollten sie auch für die Verteidigung einer ihnen so feindselig gegenüberstehenden Gesellschaft ihr Leben einsetzen?

Schon bald – im Jahre 1914 – sollten sie als Antwort auf die deutsche Aggression ihre Verbitterung begraben und zusammen mit den anderen Franzosen ihre Heimat verteidigen. Dennoch bedeutete ihre Entfremdung einen weiteren Bruch in der ohnehin schon angeschlagenen Nation, eine weitere Schwächung. Als die Deutschen im Jahre 1940 wieder angriffen, sollten sich diese Massen französischer Proletarier – in ihrem Gefühl, nicht als gleichberechtigte Bürger der Republik anerkannt zu werden, gedrängt vom Kommunismus, der inzwischen einen guten Teil der Arbeiterbewegung beherrschte und dessen Aussenpolitik sich gemäss den Interessen Moskaus und für gewöhnlich zum Nachteil Frankreichs bedenkenlos im Zickzack bewegte – veranlasst sehen, zu den anwachsenden rechtsgerichteten Gruppen zu stossen, denen wenig an einer Verteidigung des republikanischen Regimes lag, nicht einmal gegen den alten Feind. Ich selbst erlebte in den Juni-tagen 1940, wie die Kommunisten gemeinsam mit den französischen Reaktionären unter dem Motto «Lieber Hitler als Blum» die Deutschen in Paris willkommen hiessen, von ihnen die Freilassung ihrer Genossen aus französischen Haftanstalten erbaten und unterwürfig um die politische Anerkennung bettelten, die ihnen die eigene Regierung während der Krisenjahre des Krieges vorenthalten hatte.

Die extreme Rechte

Auf der anderen Seite der Barrikaden standen den Streikenden sozusagen – ausser den bürgerlichen Radikalen und den gemässigten Republikanern, die die Regierung beherrschten – die Konservativen und die Überreste der einst so mächtigen monarchistischen Rechten gegenüber. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts setzten sie zu einem neuen Comeback an, wenn schon nicht in politischer Macht, so doch zumindest geistig. Sie verschrieben sich einem neuen, grob autoritären und chauvinistischen Nationalismus, der – so

abwegig das auch klingen mag – zur Stärkung Frankreichs im ersten Weltkrieg beitrug. Aber in den verhängnisvollen Wirren der dreissiger Jahre sollte er die wahren nationalen Interessen aus den Augen verlieren und an den Kräften der Nation zehren, bis sie so ausgelaugt war, dass sie in der Stunde der Prüfung den Fortbestand der Republik nicht mehr gewährleisten konnte. Dieser neue Nationalismus war, genau wie die Arbeiterbewegung, antidemokratisch und antiparlamentarisch orientiert und arbeitete auf den späteren Sturz des bürgerlich-republikanischen Regimes hin. Er war ausserdem anti-intellektuell, verherrlichte die nackte Gewalt, verabscheute die Vernunft und verachtete den kritischen Geist freier Meinungsbildung, den die Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts zum Ruhme Frankreichs eingeführt hatten. Und dieser Nationalismus war auch entschieden antisemitisch.

In Wahrheit wurde damals hier der Grundstein für den Faschismus gelegt, früher als allgemein angenommen wird und an einer ganz unvermuteten Stelle. Er fiel um die Jahrhundertwende in Frankreich – ebenso wie in Italien und Deutschland ein Vierteljahrhundert später – nicht gerade auf unfruchtbaren Boden.

Plötzlich vollzog sich eine unerwartete Umkehrung der Klassenideologien. Seit der Revolution von 1789 war es stets die Linke gewesen, die sich nationalistisch, patriotisch, chauvinistisch oder gar militaristisch gebärdete. Dieser Geist hatte Frankreich in die Lage versetzt, nicht nur seine Grenzen erfolgreich gegen ein verbündetes monarchistisches Europa zu verteidigen, sondern unter Napoleon sogar mit seinen unbesiegbaren Armeen den grössten Teil dieses Europas zu erobern. 1870/1871 war es die Linke gewesen – wie die Republikaner damals, nach dem Sturz des Zweiten Bonaparte-Reichs genannt wurden die unter Führung des leidenschaftlichen Gambetta eine Fortsetzung des Krieges gegen Preussen gefordert hatte. Vergebens hatte er an den Patriotismus aller Franzosen appelliert. Die Rechten, die überlegenen Monarchisten, hatten auf einem Friedensschluss bestanden, obgleich er die nationale Demütigung und die Besetzung des Landes durch das preussische Militär bedeutete. 1814/1815 hatten die französischen Royalisten den Einzug ausländischer Fürsten in Paris bejubelt; ihre Armeen hatten soeben Napoleon bezwungen, und sie brachten einen Bourbonenkönig mit, der auf den Thron gesetzt werden sollte. Mit ihm kehrten zahlreiche Legitimisten aus dem Exil zurück, die auf fremdem Boden gegen das eigene Vaterland konspiriert hatten.

Aber 1900 waren die Rollen vertauscht. Die Linken, insbesondere die Sozialisten und Gewerkschaftler, wurden pazifistisch. Selbst der Nationalismus der gemässigten Republikaner wurde verwässert. Sie stemmten sich gegen die Kosten einer Erweiterung und Aufrüstung der Armee. Sie hegten keine Rachegeanken gegen die Deutschen mehr und brachten auch kaum noch grosse Begeisterung für die Rückeroberung Elsass-Lothringens mit Waffengewalt auf. Bei ihnen war die alte Klage Gambettas über die verlorenen Provinzen fast in Vergessenheit geraten: «Niemand davon sprechen, immer daran denken!» Aus den Trümmern heraus, die die Wahlniederlagen, das Boulanger-Fiasko, der Ausgang der Dreyfus-Affäre und die durchgreifende Eindämmung der Kirche durch die Republik hinterlassen hatten, suchten nun die versprengten Elemente der alten Rechten,

die Royalisten, Bonapartisten, Boulangisten, *Anti-Dreyfusards* und unverbesserlichen Katholiken, verzweifelt nach einer neuen Grundlage für ihren Fortbestand. Sie hatten keine Führer, kein Banner, keine nationale Organisation, kaum eine eigene Doktrin – sie hatten nichts weiter als ihren bitteren und ohnmächtigen Hass.

Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts hatten sie zwei Jahrzehnte lang versucht, sich zu organisieren, jedoch ohne grossen Erfolg und ohne einheitliche Linie. Es hatte die *Ligue des Patriotes* gegeben, 1882 von nationalistisch gesinnten Republikanern zur moralischen und physischen Vorbereitung des Landes auf eine Rache an Preussen gegründet. Aber die Liga war von der Woge des Boulangismus ins ultranationalistische, antiparlamentarische Lager abgetrieben worden. Es gab die *Ligue Antisemite* von Jules Guerin. Sie war gegen Ende der Dreyfus-Affäre über die Verurteilung und Verbannung ihres Führers, eines Helden aus einer komischen Oper, gestolpert. Schliesslich war 1899 eine neue, dritte Liga entstanden, die *Ligue de la Patrie Française*. Ihr Ziel war die Bekämpfung der radikalen, demokratischen, dreyfusfreundlichen Liga der Menschenrechte und die Förderung eines konservativen Nationalismus. Schon im ersten Jahr nach ihrer Gründung hatte sie hunderttausend Mitglieder angelockt, darunter die meisten bekannten Intellektuellen der Academie Franchise und der anderen erhabenen Akademien des *Instituts*. Aber es war nur ein kurzlebiger Erfolg.

Als Nachfolgerin all dieser Ligen bei dem Bemühen um eine Zusammenfassung der verworrenen Sehnsüchte aller uneinigen rechtsgerichteten Feinde der Republik entstand nun um die Jahrhundertwende eine eigentümliche Organisation, von einer seltsamen und unglaublichen Figur mit starker Hand geführt. Sie sollte ihnen allen eine Doktrin, einen Glauben, neue Zuversicht, eine Art von Ziel und Zusammenhalt geben. Sie sollte zwar niemals zu politischer Macht gelangen, aber dennoch einen Einfluss auf das Land ausüben, der in keinem Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl stand; zuletzt würde diese Organisation durch ihre Vergiftung aller Ursprünge der Demokratie und eine weitere Spaltung der Franzosen gemeinsam mit den deutschen Bajonetten entscheidend dazu beitragen, der so sehr verachteten Dritten Republik das Grab zu schaufeln.

Die Organisation nannte sich *Action Française*. Ein halbes Jahrhundert lang war Charles Maurras ihr unangefochtener Führer, ein stocktauber Dichter aus der Provence, erfüllt von der griechisch-römischen Klassik, ein Mann ohne jeden Kontakt zur modernen Welt, die er verachtete. Er war ein streitsüchtiger, wortgewandter Journalist und Pamphletschreiber (seine Anhänger sahen in ihm einen geistvollen Philosophen), dessen Stärke in seiner Fähigkeit lag, zu hassen und mit seiner giftigen Feder Hass zu schüren. Die Liste dessen, was er hasste, war endlos: Die Revolution, die Republik, die Demokratie, das Parlament, die einfachen Leute, die Volksbildung, die Menschenrechte. Ein besonderes Gift verspritzte er gegen «die vier fremden Vaterlandsvergifter», wie er sie nannte: Protestanten, Juden, Freimaurer und naturalisierte Ausländer, die er als *meteques** be-

* Im alten Griechenland, das Maurras so sehr verehrte, war das ein ehrenvoller Ausdruck. In der Blütezeit Athens waren die «Metöken» Fremde in der Stadt, die viele Privilegien genossen und dem Staat dienen durften, aber nicht die vollen Bürgerrechte besaßen. Maurras machte das Wort in Frankreich zu einem Synonym für Schimpf und Schande.

schimpfte. Der Agnostiker Maurras, der die christlichen Evangelien als Märchen bezeichnete – verfasst von «vier schäbigen Juden» (sein Antisemitismus war berüchtigt) – und das Christentum als Religion für den Pöbel, suchte und erhielt die Unterstützung der Kirche und der militanten Katholiken, bis der Papst endlich 1926 einschränkte. Er liebte es, provozierende Autoren um sich zu versammeln wie Léon Daudet, den angeberischen Sohn des Romanciers Alphonse Daudet und zeitweiligen Ehemann von Victor Hugos Enkelin, und Jacques Bainville, einen brillanten, wenn auch unberechenbaren Historiker. Er machte seine Tageszeitung *L'Action Française* zu dem am lebendigsten geschriebenen Blatt von ganz Paris. Es predigte zwar den Royalismus und andere Spielarten einer unsinnigen Reaktion – die Idee einer Wiederherstellung der Monarchie war damals in Frankreich bereits endgültig gestorben –, aber es war doch eine recht interessante Zeitung, was zweifellos zum Teil daran lag, dass sie so skurril, giftig und rüpelhaft geschrieben war. Wenn ich mich recht erinnere (ich las seine Artikel jahrelang täglich), dann wurde Maurras zwar langweilig, wenn er nicht gerade Rufmord betrieb oder zur Beseitigung irgendeines republikanischen Halunken aufforderte und sich dafür in pseudo-metaphysischen Spekulationen erging, bei denen er seine umfangreiche klassische Bildung bewies, aber Léon Daudet, dieser durch und durch echte leichtfertige Pariser, war fast immer amüsant und manchmal sogar vergnüglich zu lesen. Er verfügte über einen boshaften Verstand von fast Rabelaischer Prägung – die meisten seiner Romane wurden als *riske*, wenn nicht gar pornographisch angesehen –, eine kindliche Vorliebe für Skandale und eine wahre Leidenschaft für ihre Aufdeckung, ein phantastisch reichhaltiges und vulgäres Vokabular an Schimpfwörtern, und er ging so sorglos mit der Wahrheit um, dass er häufig mit dem Gesetz in Konflikt geriet. Er zeigte ausserdem eine Leidenschaft für die Literatur, in der er sehr belesen war, eine gewisse Toleranz für menschliche Schwächen, die dem Menschenfeind Maurras völlig abging, und eine aufrichtige Liebe zum Leben in Paris mit all seinen *chinoiseries*, seinen erregenden Momenten, seiner Schönheit. Die Verschwendung eines so grossen Talents an eine abwegige und verlorene Sache versetzte mich oft in Erstaunen, aber ich muss dennoch gestehen, dass ich während meiner Jahre in Frankreich meinen Tag für gewöhnlich damit begann, dass ich beim Frühstück die Titelseite von *L'Action Française* mit den wüsten Ergüssen von Daudet, Maurras und ihren verhetzten Mitarbeitern aufschlug.

Wie sollte man sie auch ernst nehmen? Das taten in Wirklichkeit auch nicht viele. Die Auflage der Zeitung betrug selten mehr als 50'000 Exemplare, und die Organisation selbst hatte noch weniger zahlende Mitglieder. Aber diese Leser und Mitglieder bildeten eine gewisse Elite. Zu ihnen zählten ziemlich viele Schriftsteller und Journalisten, hohe Beamte, Rechtsanwälte und Ärzte sowie die ruhelosen Studenten und jüngeren Assistenten der Universitäten, die sich instinktiv gegen die Korruption, den Kuhhandel und die Langeweile unter der republikanischen Regierung auflehnten. Armeeoffiziere, Priester und Bischöfe, die noch unter den Schlägen der Dreyfus-Affäre und der Massnahmen gegen die Kirche litten, sowie die Reste des alten Adels, die immer noch von der Wiedererrichtung eines Thrones träumten, vor dem sie knien konnten, lasen eifrig *L'Action*

Française, zahlten der Bewegung Beiträge und ermunterten ihre Söhne, sich den *Camelots du Roi* * anzuschliessen, die in zunehmendem Masse die Strassen zum Kampfplatz wählten. So hatte die *Action Française* nicht nur einen ziemlich tiefgreifenden Einfluss auf das intellektuelle Klima in Frankreich, sondern sie führte auch bei der politischen Rechten eine neue Technik der politischen Kriegführung ein. Zuvor hatte die Strasse der Linken gehört. Sie hatte hinter den Barrikaden für die Revolution gekämpft. Nun machten die jungen Rowdys der *Camelots du Roi* den Sozialisten, Gewerkschaftlern und Polizisten die Strasse streitig – das erste Beispiel der brutalen Taktik späterer Braun- und Schwarzhemden in benachbarten Ländern.

Wofür trat die *Action Française* eigentlich ein?

Wir haben aufgezählt, wogegen sie war: gegen die Republik, die Demokratie, die Protestanten, Juden und Freimaurer. Aber was wollte sie? Im Wesentlichen wollte sie die Uhr zurückdrehen zum achtzehnten Jahrhundert und die Monarchie sowie die alte hierarchische Lebensweise wiederherstellen; ein König aus erhabener Höhe sollte über allen streitenden Parteien regieren, der Adel, unterstützt von rechtmässig denkenden Beamten des gehobenen Mittelstands, sollte die königlichen Befehle ausführen und die Geschäfte des Staates in die Hand nehmen, um der französischen Gesellschaft die Einigkeit, den Ton und die herrlichen Ungerechtigkeiten zurückzugeben, deren sie sich in den goldenen Tagen des *ancien regime* erfreut hatte. Damit wäre das wiedergeschaffen worden, was Maurras das *pays réel* – das wahre Vaterland – nannte. Vierzig Könige, so predigte er, hatten Frankreich in tausend Jahren zum ruhmreichen Mittelpunkt des Westens erhoben. Holt sie zurück, dann wird auch der Ruhm wiederkehren. Die von Giften wie Demokratie, Sozialismus, Gewerkschaften, Menschenrechten, Gleichheit vor dem Gesetz und Volksbildung infizierten Massen würden wieder auf den Platz verwiesen, der ihnen gebührte, von ihren gefährlichen Krankheiten geheilt und dazu gebracht, wieder ihre alte Rolle als zufriedene oder doch zumindest untätige Diener ihrer Herren zu spielen. Die lächerliche Herrschaft ungehobelter, ungebildeter Massen sollte beendet und die Herrschaft der Elite wiederhergestellt werden.

Dass die hochwohlgeborenen, rechtmässig denkenden Oberschichten, vor allem jedoch Offiziere, Priester und Bischöfe, Schriftsteller und Intellektuelle noch zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts solchen Unsinn ernst nehmen konnten, enthüllt die damalige Sterilität der Rechten in Frankreich. Die Bestrebungen um die Restauration der Monarchie führten zu nichts. Die Volksmassen in Frankreich waren zu intelligent, um sich von solchem Unfug einwickeln zu lassen, selbst wenn er von hochgestellten Persönlichkeiten gepredigt wurde. In dieser Hinsicht erlitt die *Action Française* einen totalen Misserfolg. Keiner der im Exil lebenden orleanistischen Thronbewerber hatte jemals die geringste Aussicht auf eine Rückkehr, sosehr auch Maurras und Daudet für sie die Trommel rühren mochten. Zuletzt distanzirten sie sich auch noch von ihren grosspre-

* Wörtlich «Strassenräuber des Königs». Sie wurden von der *Action Française* hauptsächlich aus den Reihen der Büroangestellten, Verkäufer und Studenten für Strassenunruhen rekrutiert. In den dreissiger Jahren gesellten sich noch weitere ähnliche Gruppen rechtsgerichteter Organisationen hinzu, inzwischen angeregt durch Mussolinis und Hitlers Taktik der Strasse, und 1934 sollten sie einmal beinahe die Republik stürzen, wie wir noch sehen werden.

cherischen Vorkämpfern, die nun nicht einmal mehr einen Kandidaten für ihren Thron aufzuweisen hatten.

Aber in anderer Hinsicht erzielte die *Action Française* auch Erfolge. Sie waren durchweg negativ. Es gelang Maurras und seinen Anhängern tatsächlich, der Elite eine leidenschaftliche Verachtung für die Dritte Republik und ihre schwankende demokratische Lebensform einzuimpfen. Sie überzeugten erwachsene Männer und Frauen, von denen die meisten gebildet und wohlhabend waren, dass sich das republikanische Regime aus einer Bande verruchter Schwindler und Verräter zusammensetzte, die das Land vernichteten. 1914 sollte die *Action* vorübergehend ihren Hass beiseite legen und sich aus einem alten Hass gegen die Deutschen sowie einem vom neuen Nationalismus frisch entfachten Patriotismus heraus zur Verteidigung von *la patrie* zusammenfinden. Dieser Umstand trug dazu bei, dass Frankreich nicht unterging. Ein Vierteljahrhundert später, als die Nation wiederum aus derselben Richtung bedroht wurde, waren die *Action Française* und ihre Verbündeten von der Rechten schon so erfüllt von Hass und Verachtung gegenüber einer Republik, die sie so gnadenlos verunglimpft hatten, dass sie es nicht mehr der Mühe wert fanden, diese Republik zu retten – nicht einmal vor denselben Deutschen. Sie sollten einen grosszügig bemessenen Beitrag zum endgültigen Debakel leisten.

Die permanente politische Krise 1875-1914

Wie wir gesehen haben, war das auf schwachen Beinen stehende parlamentarische Regierungssystem der Dritten Republik Angriffen von links und rechts ausgesetzt. So stolperte es ins zwanzigste Jahrhundert und lieferte durch seine unfassbare Instabilität seinen Gegnern laufend neue Munition und seinen Anhängern Grund zur Besorgnis. Das Land befand sich in einem Zustand permanenter politischer Krise. Regierungen wurden in schwindelerregendem Tempo gebildet und wieder aufgelöst. Einige hielten sich ein paar Monate lang, die dauerhaftesten kaum zwei oder drei Jahre, und bei fast allen war sowohl ihr Zustandekommen als auch ihr baldiger Sturz das Ergebnis kleinlicher Intrigen in den Lobbys der Deputiertenkammer, die von den befremdeten Bürgern kaum durchschaut und noch weniger gebilligt wurden. Keine Regierung hielt sich lange genug, um eine langfristige Politik entwickeln zu können, geschweige denn sie auch noch in die Tat umzusetzen, wenn es eine gegeben hätte.

Dieses politische Chaos herrschte seit den ersten Anfängen der Republik vor. Zwischen 1871, dem Jahr der Nationalversammlung in Bordeaux, und 1879, als sich die Republik einigermassen etablierte, gab es zwölf Kabinette. In dieser Periode herrschte, wie ein französischer Historiker bemerkt hat, die «vollkommenste Verwirrung»¹. Schon der Beginn war typisch für die Dritte Republik. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte sie fünfzig Regierungen erlebt, das ist im Durchschnitt eine pro Jahr. Nach dem Krieg sollten die Regierungen einander in noch rascherer Folge ablösen; die durchschnittliche Lebensdauer sank auf sechs Monate herab.

Um die Jahrhundertwende schien für ein Jahrzehnt eine relative politische Stabilität einzusetzen, als die wackeren Republikaner sich zur Beilegung der Dreyfus-Affäre und des Konfliktes mit der Kirche zu einem Block zusammenschlossen. Die Regierungen Waldeck-Rousseau, Combes und Clemenceau waren fast neun Jahre am Ruder und übten eine ungewohnte Autorität gegenüber den ungebärdigen Kammern, den Deputierten und dem Senat aus. Aber danach setzte die alte politische Anarchie wieder ein, obgleich an das Land in einem Europa, das auf den Krieg zutrieb, besonders hohe Anforderungen gestellt wurden. Vom Sturz des Ministerpräsidenten Clemenceau im Juli 1909 bis zum Kriegsausbruch im August 1914 leistete sich die Republik unverantwortlicherweise den Luxus von elf verschiedenen Regierungen, etwas mehr als zwei im Jahr. Die meisten Kabinette traten wegen ausgesprochener Nebensächlichkeiten zurück. Der schon einmal erwähnte Historiker bemerkt in einem 1962 erschienenen Buch²: «Man ist oft erstaunt

über die Trivialität der Gründe, aus denen sich die Volksvertretung zum Sturz von Regierungen veranlasst sieht*.» Sosehr dieser politische Mumpitz der gewählten Vertreter des Volkes auch die Wählerschaft desillusioniert haben mag – die allgemeine Verzweiflung sollte sich am Ende als verhängnisvoll erweisen so sehr fanden sich die Deputierten und Senatoren mit der jährlichen oder gar halbjährlichen Regierungskrise ab und nahmen sie als liebgewordenen, ganz normalen Vorgang hin. Für sie war es ein faszinierendes Spiel.

Die Politiker scheinen die Folgen dieses seltsamen Zustandes zwar nicht erkannt zu haben, aber sie waren vorhersehbar. Sie schwächten die Republik von Anfang an und ebneten zuletzt den Weg ins Verderben. Wie sollte eine Regierung die zunehmend komplexer werdenden Probleme des zwanzigsten Jahrhunderts bewältigen, wenn sie nicht lange genug Bestand hatte, um ernsthaft zu planen oder diesen Problemen zu begegnen? Das war ausgeschlossen. So geschah es, dass die Regierungen, deren Zeit ohnehin kurz bemessen war, den langfristigen Problemen aus dem Weg gingen, weil ihre Minister die beruhigende Gewissheit hatten, dass nicht sie, sondern ihre Nachfolger sich mit der Lösung dieser Probleme herumschlagen hatten. So war es für die französischen Regierungen leichter, auf der Stelle zu treten und an alten Entscheidungen festzuhalten. Darauf ist auch ihre Rückständigkeit gegenüber den neuen Aufgaben zurückzuführen, die sich dem Land auf den Gebieten der Wirtschaft und des Sozialen stellten. Für die Minister wurde nicht die Lösung von Problemen vordringlich, sondern die Frage, wie sie im Amt bleiben konnten; hier bestand die beste Methode darin, so wenig wie möglich zu tun und so wenigen wie nur möglich zu missfallen. Die Amtszeit war notgedrungen kurz, aber dennoch wurden viele Mitglieder des Parlaments zu ewigen Ministern, indem sie völlig gleichmütig von einem Kabinett ins nächste überwechselten. Die Instabilität der Ministerien wurde vielleicht sogar zum Teil durch die bemerkenswerte Stabilität ihrer Besetzung wettgemacht**. Briand zum Beispiel war Mitglied von fünfundzwanzig Regierungen der Republik. Damit hielt er zwar den Rekord, doch dieser wurde von einer ganzen Anzahl anderer bedroht, insbesondere nach dem ersten Weltkrieg, als das Regime zu straucheln begann.

Die Instabilität der Regierungen unter der Dritten Republik ist teilweise der Schwäche des Parteiensystems zuzuschreiben. Während der ganzen Zeit hatte niemals – auch nicht annähernd – eine einzelne Partei die Majorität im Parlament. Jede Regierung war von der Unterstützung von mindestens zwei, manchmal aber auch einem halben Dutzend anderer Parteien mit all ihren widersprüchlichen Interessen und Zielen abhängig. Abgesehen von den Sozialisten war keine politische Partei wirklich auf Landesebene orga-

* Diese Feststellung stammt von Jacques Ollé-Laprune. Er gab seinem Buch den Titel: «Die Stabilität der Minister in der Dritten Republik». Er hätte kaum von der «Stabilität der Ministerien» sprechen können. Der Unterschied ist von einiger Bedeutung, wie wir noch sehen werden.

** Ollé-Laprune spricht von einer sehr weitgehenden Kompensation und hält das Phänomen der «Beständigkeit der Minister» für den Schlüssel zum Verständnis der Dritten Republik. Der amerikanische Historiker Carleton Hayes vertritt den gleichen Standpunkt und erläutert ihn sehr überzeugend. Das mag zwar ein zutreffendes Argument sein, doch der Autor hat den Eindruck, dass die beiden die Folgen des ständigen Regierungswechsels in der Dritten Republik zu sehr verniedlichen. In einer Demokratie sind stabile Ministerien sicherlich besser als stabile Minister.

nisiert, wobei sich ihre Mitglieder hätten einer gewissen Parteidisziplin unterwerfen müssen. Es war sogar so, dass sich – abgesehen von der 1905 vereinigten Sozialistischen Partei und der 1901 gebildeten Radikalsozialistischen Partei – keine der damaligen politischen Gruppen jemals selbst als «Partei» bezeichnete. Stattdessen wählten sie Bezeichnungen wie «Föderation», «Allianz» oder «Union». Die Namen besagten gar nichts. Alle konservativen Gruppen nannten sich republikanisch, demokratisch, liberal oder gar linksgerichtet, während die im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Fragen konservativen Parteien der Mitte sich oft nicht nur radikal und republikanisch, sondern sogar sozialistisch nannten. Sie waren nur locker organisiert und hatten, mit einer Ausnahme, keinen Rückhalt auf dem Lande. Falls sie überhaupt eine Ideologie aufzuweisen hatten, so war sie ausserordentlich vage, und Parteidisziplin gab es nicht. Der praktisch und sachlich veranlagte französische Wähler fragte sich oft, welche Meinung diese Parteien vertraten; er stand ihnen allen, selbst der von ihm gewählten Partei, skeptisch gegenüber.

Wenn man die französische Politik in den ersten eineinhalb Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, insbesondere aber in dem kurzen Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen, als sich die Dritte Republik den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr gewachsen zeigte, verstehen will, muss man die eine politische Partei durchleuchten, die in den letzten vier Jahrzehnten des Regimes – abgesehen von wenigen Jahren – dominierend war. Hierbei handelt es sich um die grosse Links-Mitte-Koalition, die sogenannte Radikale und Radikalsozialistische Partei; sie war kaum radikal und ganz gewiss nicht sozialistisch. Französische Historiker haben sie häufig «nicht eine Partei, sondern einen Geisteszustand» genannt. Mehr als jede andere Gruppe repräsentierte sie die Politik in diesen Jahren – das solide, in der Mitte lavierende, kleinstädtische Bürgertum und den wohlhabenden Bauernstand, die Bollwerke der Republik.

Die «Radikalsozialisten», wie sie genannt wurden, betrachteten sich als die Erben der Jakobiner, der Französischen Revolution und Gambettas. Sie waren antiklerikal, antimilitaristisch, bourbonen- und bonapartistenfeindlich eingestellt. Sie traten für Dreyfus, weltliche, staatliche Schulen sowie den gesetzlichen Schutz des Eigentums, des Individuums und des kleinen Mannes (soweit es sich nicht um Arbeiter handelte) ein. Ihr Anhang war von einem ausgeprägten Individualismus beherrscht, der sie mit Misstrauen erfüllte gegenüber Königen, Männern hoch zu Ross, Generälen, grossem Reichtum, Privilegien für die Oberschicht, Sozialismus und eine starke, zentrale Regierung in Paris – selbst dann, wenn sie selbst in diesen Gruppen und Institutionen dominierenden Einfluss hatten. «Alain» *, der vielgelesene Philosoph der Radikalen Partei, hat einmal gesagt, die Funktion des Deputierten solle darin bestehen, «die Interessen des einfachen Normalbürgers gegen die ewige Konspiration der Starken, der Reichen, der Mächtigen zu vertreten».

Die Partei wurde 1901 auf nationaler Ebene gegründet. Sie ging aus der Vereinigung zahlreicher Komitees in den Gemeinden und *départements* hervor, die von den sogenann-

* Professor Emile Chartier.

ten Radikalen gebildet worden waren, und verdankte ihre Stärke diesen provinziellen Kadern, denen weitgehende Autonomie zugestanden wurde*. Jeder dieser Kader bestand aus den mehr oder weniger selbsternannten örtlichen «Honoratioren» der Republikaner: Ärzten, Rechtsanwälten, Journalisten, Professoren und Lehrern, Kaufleuten und wohlhabenden Bauern. Einige von ihnen gehörten auch Freimaurerlogen an. Das waren die in der Gemeinde einflussreichen Bürger, und aus diesem Recht heraus – sie waren ja nicht gewählt – bildeten sie einen Ausschuss zur Wahl eines Deputierten für die Kammer, für den sie auch den Wahlkampf führten. Sie versuchten gar nicht, eine Massenmitgliedschaft anzuwerben, weil das ihre strikte Kontrolle des örtlichen Parteiapparats in Frage gestellt hätte. Die Mitgliederzahlen waren zwar klein, aber die Wählerzahl gross. Grösstenteils war das dem französischen Wahlsystem zu verdanken, das eine zweite Abstimmungsrunde in jedem *arrondissement* vorsah, in dem der Kandidat bei der ersten Runde keine klare Mehrheit erreicht hatte. Im zweiten Wahlgang war nur die einfache Mehrheit nötig. Hierbei gaben für gewöhnlich die Mitglieder der zahlreichen linksliberalen Splitterparteien ihre Stimme einem Radikalsozialisten, um die Wahl eines Konservativen zu verhindern.

1906 errang die Partei über 250 Sitze in der Kammer und ging als grösste Partei des Landes aus der Wahl hervor. Doch da die Partei von den autonomen Ortsverbänden beherrscht wurde, hatte sie kaum inneren Zusammenhalt und so gut wie keine Parteidisziplin aufzuweisen. Allein schon ihre Eigenart machte es ihr schwer, eine überregionale Politik zu formulieren. Die Deputierten lösten sich nicht von ihrer Kirchturmpolitik und betrachteten es – auch wenn es die Verfassung anders vorsah – als ihre erste Pflicht, im Parlament die Lokalinteressen zu vertreten. Erst in zweiter Linie kam die Nation. Das war es, was Bauernschaft und Kleinbürgertum von ihnen erwarteten. Die Radikalsozialistische Partei blieb tief im Boden verwurzelt, und das in einem noch überwiegend bäuerlichen Land. Sie wurde zum Kern der meisten Koalitionsregierungen der Republik und besetzte Schlüsselministerien selbst in jenen Regierungen, die vorübergehend nach rechts oder links abschwenkten. In den Stärken und Schwächen der Partei spiegelten sich die Stärken und Schwächen Frankreichs.

Zu der Schwäche des Parteiensystems gesellte sich noch die Art und Weise, in der das Parlament selbst funktionierte. Seit der MacMahon-Krise degradierte es konsequent den Präsidenten der Republik zu einem blossen Aushängeschild und regierte selbst – ohne Kontrollen und Gegengewichte. Das Parlament, insbesondere aber die vom Volk gewählte Deputiertenkammer, war Regierung und Legislative in einem. Das Kabinett war nichts weiter als ein verlängerter Arm des Parlaments ohne Befugnisse, da sein Bestand von der Gunst launischer, ständig wechselnder Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament abhängig war. Doch 615 Deputierte waren einfach zuviel, um eine arbeitsfähige Regierung darstellen zu können. In England konnte sich ein vom Unterhaus gestürztes Kabinett in einer Neuwahl direkt der Wählerschaft stellen. Nach der Verfassung war

* Frankreich war in neunzig *départements* eingeteilt. Der oberste Verwaltungsbeamte war jeweils ein vom Innenministerium in Paris ernannter Präfekt.

das auch in Frankreich möglich, in der Praxis jedoch nicht. Die Wähler hatten kein Recht, ein Urteil über die Führung der Staatsgeschäfte abzugeben, oder doch nur einmal alle vier Jahre, wenn eine neue Kammer gewählt wurde. Aber inzwischen waren dann die von fünf oder auch sechs aufeinanderfolgenden Regierungen gestiftete Verwirrung so gross und die Trennlinien zwischen den einzelnen Parteien so undeutlich geworden, dass das Volk kein wohlüberlegtes Urteil mehr abzugeben vermochte.

Wie konnte die Republik inmitten einer derartigen politischen Instabilität überhaupt weiterhin funktionieren? Wie konnten ihre Eintagsregierungen die Geschäfte einer grossen, mächtigen, zivilisierten Nation führen? Drei Faktoren wirkten sich hier günstig aus und verhalfen Frankreich zu einer gewissen Stabilität: das Temperament des Volkes, die Kontinuität der Minister (trotz des laufenden Sturzes von Ministerien) und die feste Hand der *Administration* *, die sich im Laufe der Jahrhunderte trotz der Wirren von Revolution und Regierungswechsel kaum geändert hatte.

Politik besteht zwar aus Ideen und Interessen – diese waren es, die eine politische Spaltung der Franzosen mit sich brachten –, aber sie wird andererseits auch vom Temperament des Menschen geformt. Dieses liegt tief in einem Volk verwurzelt und bedeutete in Frankreich eine stabilisierende Kraft. Dieses Temperament ist schwer zu definieren, aber ein französischer Historiker hat es dennoch versucht⁴. Er glaubte, dass es damals tief unter der Oberfläche des französischen Alltagslebens «gewisse Sentiments, gewisse Überzeugungen» gab, «die vielleicht höchst irrational waren und mit der Vorstellung des Bürgers vom Sinn des Lebens, der Bestimmung des Menschen und den Zielen der Gesellschaft zu tun hatten». Er behauptet, diese Urströmungen hätten in dem künstlich geschaffenen Chaos der französischen Politik für einige Stabilität gesorgt.

Der zweite Faktor war die Stabilität der Minister, die bis zu einem gewissen Grad die Instabilität der Ministerien ausglich. Regierungen kamen und gingen fast wie Sommer und Winter, aber es blieben dieselben Minister. Man spielte «Bäumchen, Bäumchen wechse dich». Wenn auf ein Zeichen hin wieder einmal eine Regierung stürzte, rannten alle Minister los, um einen der Sessel wieder zu ergattern, und zumindest einigen von ihnen gelang das unweigerlich auch. Manchmal erhaschten sie denselben Ministersessel, den sie bisher eingenommen hatten. Henri Queuille beispielsweise, einer der dauerhaftesten Minister, war in den beiden Jahrzehnten von 1920 bis 1940 – um ein Stück vorzugreifen – dreimal Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und elfmal Landwirtschaftsminister, die sechs anderen Kabinettsposten gar nicht mitgerechnet, die er innehatte, wenn er gerade einmal nicht die Landwirtschaft der Republik betreute. Theophile Delcasse leitete das Aussenministerium in sechs verschiedenen Regierungen von 1898 bis 1905 und war damit imstande, den Beziehungen zum Ausland gerade in einer Zeit eine gewisse Kontinuität und Stabilität zu verleihen, als die Bündnisse geschmiedet wurden, die Frankreich 1914 retten sollten.

* *L'Administration* bedeutet in Frankreich eine Anzahl von Regierungsämtern, besetzt mit Beamten auf Lebenszeit, die für die Durchführung der Gesetze und die öffentliche Verwaltung zuständig sind.

Den Rekord vor allen anderen Ministern hielt jedoch Aristide Briand. Zwischen 1906 und 1932 gehörte er fünfundzwanzig Kabinetten an. Elfmal war er Ministerpräsident, siebzehnmals Aussenminister (wobei er in sieben Regierungen beide Posten innehatte), und er hatte in seiner langen Karriere auch noch andere Kabinettsposten aufzuweisen. Sein märchenhaftes Durchhaltevermögen als Minister sicherte ihm in seinen verschiedenen Ämtern eine beträchtliche Kontinuität. Als Kultusminister in fünf Regierungen (wobei er in zwei Fällen gleichzeitig Ministerpräsident war) konnte er zwischen 1906 und 1911 mit viel Taktgefühl die gesetzliche Trennung von Kirche und Staat in die Tat umsetzen. Als Aussenminister in vierzehn Regierungen von 1925 bis 1932 (viermal war er gleichzeitig Ministerpräsident) verlieh er den aussenpolitischen Beziehungen Frankreichs eine Stabilität, die dazu beitrug, dass sich Europa einer der wenigen Perioden des Friedens und der Ruhe zwischen den beiden Weltkriegen erfreuen konnte.

Für die Langlebigkeit von Ministern gibt es, insbesondere in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, noch zahlreiche Beispiele. Radikalsozialistische Politiker wie Albert Sarraut gehörten (genau wie Henri Queuille) zwanzig verschiedenen Ministerien an, Camille Chautemps, Edouard Daladier und Anatole de Monzie je siebzehn, Georges Bonnet dreizehn. Diesen Gestalten werden wir in den Kapiteln, die den Höhepunkt unserer Geschichte behandeln, wiederbegegnen.

Nach Ansicht der meisten zeitgenössischen französischen Historiker hat dieses seltsame gallische Phänomen der Beständigkeit von Männern trotz aller Unbeständigkeit der Institutionen viel dazu beigetragen, der Republik ein noch grösseres Chaos zu ersparen⁵. Da die vertrauten Gesichter in einem Kabinett nach dem anderen immer wieder auf tauchten, zeitigte der dauernde Regierungswechsel – die beiden letzten Jahrzehnte vielleicht ausgenommen – nicht ganz die Folgen, die er in anderen westlichen Demokratien gehabt hätte. In Kammer und Senat wurde das als der Normalfall betrachtet: die Kabinette wurden umgebildet, aber die Minister blieben. Es lag schon ein Körnchen Wahrheit in der witzigen Bemerkung Clemenceaus, mit der er die Kritik eines Deputierten zurückwies, er habe so viele Regierungen gestürzt. «Ich habe nur eine gestürzt», erwiderte er. «Sie sind doch alle gleich.»

Und die andere Seite der Medaille?

Irgendwie ermöglichten es die Fähigkeiten zumindest einiger der Dauerminister und die vernünftigen Kompromisse, die auf den Korridoren des Parlaments geschlossen wurden – dort wurde wirklich über das Geschick der Regierungen entschieden –, der Republik, sich so lange zu halten. Aber die Zeit sollte noch kommen, da ein auf so schwachen Füßen stehendes parlamentarisches System, das noch dazu von einer Dauerkrise beherrscht wurde, einfach nicht mehr ausreichte, die Dritte Republik durch die harten Anforderungen der dreissiger Jahre zu führen – durch eine Zeit, da die Wirtschaftssysteme der westlichen Welt zusammenbrachen, die Kommunisten sich eines Grossteils der Arbeiterklasse bemächtigten, der Faschismus sein Gift unter den Wohlhabenden verspritzte und sich jenseits des Rheins die Drohung eines neuen, nazistischen Deutschlands erhob.

Vielleicht war es der dritte Stabilitätsfaktor, der das Land fester als alles andere zusammenhielt und die Republik in die Lage versetzte, einigermaßen zu funktionieren: das Beamtentum, das in Frankreich in Staat und öffentlichem Leben eine so bedeutsame Rolle spielte. Es bestand aus verschiedenen Organen, besetzt mit Beamten auf Lebenszeit, die verantwortlich und zuständig für die Ausführung der vom Parlament verabschiedeten Gesetze und für alle Hoheitsakte und Leistungen der Regierung waren. Von den Tagen der Capet-Könige bis hin zum Ende der Republik änderte sich die Administration kaum, was ihre Form und ihre Arbeitsweise betraf. In ihren seltsam anmutenden, aber beständigen Bemühungen liegt wohl das Geheimnis der Solidität und Beständigkeit im Leben der Franzosen begründet – über Jahrhunderte hinweg, trotz des Sturzes von Thronen, Diktaturen und Republiken, trotz des unablässigen Wechsels von Regimen und Regierungen. Im zwanzigsten Jahrhundert erscheint diese Bürokratie in mannigfacher Hinsicht als ein Anachronismus, ein altersgrauer, überholter Apparat. In Wirklichkeit war er einer der Eckpfeiler der Republik, wie er es auch in den alten und modernen Monarchien und unter den Napoleon-Diktaturen gewesen war.

Vierzig Könige konnten kommen und gehen, von denen einige den grössten Teil ihrer Zeit mit den raffinierten Vergnügungen von Paris, Versailles und Fontainebleau vertrödelten; Parlamente konnten unterdrückt werden oder Dauerferien veranstalten; Minister mochten ihre Zeit überwiegend mit Jagen, Fischen oder Liebesabenteuern verbringen. Die Berufsbeamten, hoch oder niedrig, Juristen, Buchhalter und bescheidene Schreiber, sorgten dafür, dass der Staatsapparat knirschend weiterlief, dass Steuern erhoben, Verträge geschlossen, Armeen aufgestellt, Protokolle geführt, Recht gesprochen und die Leistungen des Staates sowie die öffentliche Ordnung grösstenteils aufrechterhalten wurden. Trotz aller Wirren in den Jahrhunderten der französischen Geschichte hat die Bürokratie – das kann man sagen – niemals kapituliert, sie ist nie gestorben und hat sich auch nicht geändert. Seit der Herrschaft des Königs Philip Augustus (1180-1223) trotzten diese Berufsbeamten wie der Fels von Gibraltar allen noch so chaotischen Stürmen und Brandungen der Zeiten. Sie waren ehrlich in einem Masse, wie es bei Hochadel und Aristokratie unbekannt und unüblich war (seit den frühesten Zeiten entstammten die Beamten dem Bürgertum), unüblich auch bei den späteren Parlamentariern und Ministern, fleissig auf pedantische Art, einigermaßen tüchtig, besessen von einem mächtigen Bewusstsein der Pflichterfüllung, einem bemerkenswerten Korpsgeist und dem Stolz auf ihr Berufsethos, aber auch beklagenswert fortschrittsfeindlich und unbeeindruckt von den Forderungen einer sich weiterentwickelnden Gesellschaft. Sie waren die Säulen des Staates.

Sie sind uns in den Gemälden und Zeichnungen Daumiers erhalten geblieben: krähenhafte Gestalten in feierlichen Roben oder Paradeuniformen mit Vollbart und strengem Blick, ein bisschen überheblich, Richter, die sich gewichtig über ihre Pulte beugen, niedere Beamte in schwarzen Jacketts, wie Vogelscheuchen, die über dicken Aktenstücken brüten, einen Federkiel in der Hand. Noch als ich zwischen den beiden grossen Kriegen in Paris wohnte, konnte man solchen Gestalten auf den Korridoren und in den Sitzungssälen des

Justizpalastes, des Parlamentsgebäudes der alten Monarchie oder – den bescheideneren unter ihnen – in den endlosen Gängen der Ministerien begegnen. In dem staubigen Kaninchenbau des Cour des Comptes (Rechnungshof), der die Finanzangelegenheiten des Staates verwaltet, traf man noch Buchhalter, die mit ihren Federkielen in dicken Büchern kritzelten, im Kopf und mit den Lippen Beträge addierten und subtrahierten und ganz in einer Buchführung aufgingen, wie sie ohne Unterbrechung und ohne Verbesserung seit den Tagen des Mittelalters in Gebrauch war. Die Neuigkeit von der Erfindung der Schreib- und Rechenmaschine (Computer gab es damals noch nicht) war offenbar noch nicht durch diese dicken Mauern gedrungen, und auch von doppelter Buchführung hatte man noch nie etwas gehört.

An der Spitze der Pyramide bürokratischer Institutionen stand der ehrwürdige *Conseil d'Etat*, der Staatsrat. Bei ihm lag die Jurisdiktion für den gesamten Verwaltungsapparat, er herrschte selbstherrlich über die Instrumente staatlicher Macht, er interpretierte die vom Parlament verabschiedeten Gesetze und die von der Regierung herausgegebenen Verordnungen, er achtete darauf, dass sie nach seinen eigenen Vorstellungen eingehalten wurden. Der Staatsrat diente auch als Tribunal für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat, Départements und Gemeinden einerseits und dem Bürger andererseits und schützte in dieser Eigenschaft die Rechte des kleinen Mannes gegenüber der mächtigen Staatsautorität. Dann gab es noch den *Cour de Cassation*, das Oberste Appellationsgericht, das wir in Aktion gesehen haben, nachdem in der Dreyfus-Affäre die Kriegsgesichte nicht Gerechtigkeit geübt hatten. Dieses Gericht hatte auf dem Gebiet des Zivilrechts ebenso das letzte Wort wie der Staatsrat auf dem Gebiet des Staatsrechts. Es gab die Finanzinspektion, eine Art Generalstab des Finanzministeriums, dessen Beamte – die Finanzinspektoren – man als die Creme des Beamtentums ansah. Für gewöhnlich stiegen sie bis in die höchsten Ränge der Zivilverwaltung auf, ehe sie von der Privatwirtschaft und insbesondere den Finanziers in Spitzenpositionen abgeworben wurden. Es gab das Korps der neunzig Präfekten, die im Namen des Innenministeriums in Paris die neunzig Départements regierten. Sie waren berechtigt, die Uniform eines Generalmajors zu tragen, und waren in ihrer Würde ebenso unantastbar – und meist genauso autokratisch – wie jeder General in der Armee. Dann gab es noch die Gruppe von Beamten im Kolonialdienst sowie eine andere im Diplomatischen und Konsularischen Korps. Hier beherrschten Männer wie Philippe Berthelot und Alexis Leger (der Dichter Saint-John Perse) praktisch jahrelang das französische Aussenamt, unabhängig davon, wer gerade Aussenminister war. Damit führten sie die Tradition Talleyrands fort, der in einer früheren Zeit der alten Monarchie, der Revolution, Napoleon, der Restauration und Louis-Philippe gedient hatte. Und schliesslich gab es jene unübersehbaren Bürokratien des Postdienstes (der auch Sparkonten unterhielt), des Telegrafien- und Telefonsystems und der staatseigenen Eisenbahn; in Universitäten und öffentlichen Schulen unterrichteten Hunderttausende von Lehrern, die im Gegensatz zum amerikanischen System vom Staat kontrolliert und bezahlt wurden. Es wurde einmal geschätzt, dass jeder zwanzigste Franzose ein bezahlter Funktionär des Staates war.

Frankreich hatte eigentlich zweierlei Regierungen*: ein Parlament, das Gesetze verabschiedete sowie Politik und Leistungen des Staates festsetzte, und die Administration, die sie ausführte, und zwar oft auf eine Art und Weise, die nichts mehr mit den Absichten und Wünschen der gewählten Volksvertreter zu tun hatte. So diente das Berufsbeamtentum als Kontrollorgan gegenüber dem Parlament – eine andere Kontrolle gab es nicht – und sorgte dafür, dass die Regierungsgeschäfte auch in äusserst chaotischen Zeiten weiterliefen. Selbst der liberale, streng demokratische amerikanische Historiker französischer Herkunft Albert Guerard rief einmal aus: «Solange der Bürokrat noch an seinem Schreibtisch sitzt, wird Frankreich weiterleben⁸!»

Das stimmte wohl, doch die Dritte Republik hatte den Preis dafür zu bezahlen. Das Berufsbeamtentum war wohl oder übel etwas für Männer mit engem Horizont und konservativer Einstellung. Je länger sie im Amt waren, um so engstirniger wurden sie. «Alain» schrieb 1906: «In Frankreich sind alle *chefs de Service* – d.h., die höheren Beamten – reaktionär. Wer das wirklich begreift, der hat den Schlüssel zu unserer Politik gefunden⁹.» Für solche Männer war es nur zu natürlich, besonders wenn sie höhere Posten innehatten, dass sie die Winkelzüge des parlamentarischen Regimes mit wachsender Besorgnis und Abneigung betrachteten. Eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber der Dritten Republik breitete sich in ihren Reihen aus und vertiefte sich insbesondere im Staatsrat, in der Finanzinspektion, im diplomatischen Dienst, in den Gerichten und den Universitätsfakultäten, denen die meisten von ihnen entstammten: der Jurisprudenz und den Politischen Wissenschaften. Zuletzt sollten viele von ihnen, angezogen vom reaktionären Royalismus der *Action Française* oder dem Faschismus des *Croix de Feu*, der *Cagoule* und ähnlicher Gruppen, mit dazu beitragen, die Republik zu verraten, auf die sie den Treueeid geleistet hatten.

* Auch zweierlei Verfassungen, zumindest nach Meinung des konservativen Historikers Daniel Halévy. Er schrieb 1931: «Das republikanische Frankreich hat in Wirklichkeit zwei Verfassungen: die eine vom Jahre 1875 ist offiziell, sichtbar, oft in der Presse erwähnt – es ist die parlamentarische; die andere, geheime, stillschweigende, ist die vom *l'Art VIII* – es ist die napoleonische Verfassung, durch die den Verwaltungsbeamten die Führung des Landes übertragen wird

Die Errungenschaften der Dritten Republik 1875-1914

Bei allem politischen Chaos und trotz der Unfähigkeit oder mangelnden Bereitschaft der Dritten Republik, ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen und mit der fieberhaften industriellen Entwicklung anderer westlicher Grossmächte Schritt zu halten, konnte Frankreich am Vorabend des ersten Weltkriegs doch auf einige hervorragende Errungenschaften zurückblicken. Auf geistigem Gebiet waren sie sogar überwältigend. Aber auch die Leistungen auf prosaischeren Gebieten waren bemerkenswert. Die Franzosen späterer Zeiten sollten die Ära vor 1914 sogar rückblickend *la belle époque* – die gute alte Zeit – nennen.

Der allgemeine Lebensstandard war erheblich gestiegen. Zwischen 1870 und 1914 verdoppelte sich das Bruttosozialprodukt beinahe, die Industrieproduktion verdreifachte sich, die Auslandsinvestitionen stiegen auf das Sechsfache an. Die Preise, die während der Stagnation in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts um 40 Prozent nachgegeben hatten, erholten sich bis 1914 wieder auf den Ausgangsstand, und die Reallöhne waren inzwischen um 50 Prozent angestiegen. Der Aussenhandel hatte um 75 Prozent zugenommen. Rund 190'000 Kilometer an öffentlichen Strassen waren gebaut worden. Frankreich besass damit das bei weitem beste Strassennetz Europas für das gerade volkstümlich werdende Automobil. Frankreich war auch wegbereitend auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugbaus. 1913 wurden 45'000 Autos gebaut, mehr als in jedem anderen europäischen Land. Etwa 90'000 Kilometer an neuen Eisenbahnstrecken wurden gebaut. Die alten Häfen wurden für die neuen Ozeandampfer und Schlachtschiffe vertieft und erweitert, und in Le Havre und Saint-Nazaire waren zwei neue umfangreiche Hafenanlagen entstanden.

In dem neuen Zeitalter, in dem die Herstellung von Eisen und Stahl einen modernen Staat industriell und militärisch stark machte, wurde Frankreich auch auf diesem entscheidenden Gebiet zu einem der Hauptproduzenten. Dank der nachlässigen Arbeit deutscher Geologen im Jahre 1871 hatte sich die deutsche Regierung veranlasst gesehen, die Grenzen des frisch annektierten Lothringen so zu ziehen, dass sie alle *bekannt* Eisenerzvorkommen einschlossen; so gelangten die Franzosen in den Besitz des grössten Eisenerzlagers Europas dicht hinter ihrer zurückverlegten Grenze bei Briey. Das Eisen der Minen im französischen Lothringen konnte zuerst wegen seines hohen Schwefelgehalts nicht bearbeitet werden, aber die Entwicklung des Gilchrist-Thomas-Verfahrens in den frühen achtziger Jahren gab Frankreich mit einem Schlag die Grundlage zu einer

mächtigen Eisen- und Stahlindustrie. 1914 produzierten zwanzig Schmelzereien im französischen Lothringen bereits zwei Drittel des Roheisen- und Stahlbedarfs des Landes, und Frankreich war zum grössten Exporteur der Welt für Eisenerze geworden. Seine Reserven an Eisenerz wurden auf fast ein Fünftel der gesamten abbaufähigen Vorkommen der ganzen Welt geschätzt.

Selbst in der Landwirtschaft, die trotz des fruchtbaren Bodens unrationell und rückständig blieb, wurden Fortschritte erzielt. Die landwirtschaftliche Produktion stieg von sechs Milliarden Francs im Jahre 1860 auf elf Milliarden im Jahre 1913 an. Wie wir bereits gesehen haben, konnte Frankreich den Nahrungsmittelbedarf zu 90 Prozent selbst decken. Hinter den Vereinigten Staaten und Russland war es der drittgrösste Weizenexporteur und natürlich der mit Abstand grösste Weinexporteur.

Zum natürlichen Reichtum des französischen Mutterlandes kamen noch die Rohstoffquellen eines gewaltigen neuen Kolonialreiches hinzu, das Jules Ferry und eine bemerkenswerte Gruppe energischer Armeeeoffiziere, hoher Zivilbeamter und abenteuerlich veranlagter Kaufleute fast unbemerkt von Volk und Parlament erobert hatten. Die Erweiterung der Kolonien hat die Franzosen niemals so erregt wie die Briten. Die Sozialisten waren dagegen, und die Radikalen, die in der Regierung richtungweisend waren, duldeten sie nur widerstrebend. Plötzlich sah sich Frankreich im Besitz eines Kolonialreiches in Nord- und Mittelfrika sowie in Asien (wo Indochina erobert worden war), das an Grösse und Bevölkerungszahl nur noch dem Britischen Imperium nachstand. Seine Eroberung bedeutete für die Handvoll Soldaten, die daran beteiligt waren, ein in der Heimat nicht vorhandenes Ventil für überschüssige kriegerische Energien und darüber hinaus die Gelegenheit, der Armee einen Teil des Prestiges zurückzugewinnen, das sie durch die militärische Katastrophe von 1870 und die Fehler in der Dreyfus-Affäre eingebüsst hatte. Auch die Kirche nahm begeistert Anteil an der Eroberung von Kolonien, da ihre Missionare hier ein ungeheures neues Betätigungsfeld fanden, in dem sie «Heiden» zum Christentum bekehren konnten. Erst allmählich begannen die Franzosen zu erkennen, dass der Besitz eines grossen Kolonialreiches Frankreich zu einer echten Grossmacht werden liess – in dieser Hinsicht wurde der eifersüchtige Rivale Deutschland weit überflügelt. Wirtschaftlich gesehen eröffneten die neuen Kolonien dem Mutterland nicht nur gewaltige Rohstoffquellen, sondern auch einen wachsenden Markt für französische Güter und Dienstleistungen wie beispielsweise den Bau von Eisenbahnen und Häfen. Rund dreizehn Prozent der Exporte und zehn Prozent der Auslandsinvestitionen gingen nun in die neugewonnenen Besitzungen. Der jährliche Handelsumsatz mit den Kolonien stieg von 350 Millionen Francs im Jahre 1879 auf zwei Milliarden im Jahre 1913 an.¹

Aber es waren Kunst und Wissenschaft sowie die Lebenskunst, in denen Frankreich damals zum führenden Land Europas wurde – wahrscheinlich der ganzen Welt. Paris, diese Stadt von unvergleichlicher Schönheit und Weitläufigkeit, mit ihrem Fluidum von Bildung und Zivilisation, wurde das moderne Athen der westlichen Welt. Wie ein Magnet zog Paris Dichter, Stückeschreiber, Romanciers, Künstler und sogar Philosophen nicht

nur aus der Provinz, sondern aus allen Ecken der Welt an – und mit ihnen all die vielen Menschen, die ihr Ferment, ihre schöpferische Kraft, ihre Lebensart in dieser Stadt des Lichts zu schätzen wussten. Wo sonst auf der Welt wäre das Klima der Bildung von Verstand und Geist so günstig gewesen? Ganz gewiss nicht in London, Berlin, New York, nicht einmal in Rom. Nietzsche verkündete: «Als Artist hat man keine Heimat in Europa ausser in Paris *.» Selbst viele Amerikaner, auch solche, die selbst keine Künstler waren, teilten diese Vorliebe, wenn auch nicht immer für die Künste, so doch für die Lebenskunst. Sie richteten sich nach dem Wort eines vergessenen Mitbürgers: «Wenn gute Amerikaner sterben, dann gehen sie nach Paris**.»

Drei Männer hatten in den ersten drei Jahrzehnten der Republik einen grossen Einfluss auf das Denken in Frankreich: Auguste Comte mit seiner Philosophie des Positivismus; Ernest Renan mit seiner tiefen Skepsis, die einer bekannten französischen Tradition entsprang; schliesslich Hippolyte Taine mit seiner Forderung nach Logik und Klarheit in kartesianischem Sinn. Alle drei hatten den Romantizismus der frühen Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts abgelegt, einen Romantizismus, der in der Literatur seinen Höhepunkt in der gewaltigen Persönlichkeit eines Victor Hugo erreichte. Sie waren erfüllt vom neuen wissenschaftlichen Geist, der im Westen im letzten Drittel des Jahrhunderts mit den spektakulären Fortschritten der Naturwissenschaften einsetzte und zu der beinahe fanatischen Überzeugung führte, dass der Schlüssel zum Geheimnis des Lebens in den nackten, trockenen, nachweisbaren Fakten liege. Emile Zola brachte diesen neuen wissenschaftlichen Rationalismus mit seiner Flut vielgelesener naturalistischer Romane zur Geltung. Anatole France, dessen Romane ein fast ebenso grosses Publikum erreichten wie die von Zola, spiegelte den Skeptizismus von Voltaire und Renan wider. Er beschrieb mit sanfter Ironie und in einer beinahe schon klassischen Prosa die Schwächen des französischen Bürgertums und seiner aufgeblasenen politischen und militärischen Führer. Ihr Vorläufer war Gustave Flaubert gewesen; sein bekanntester Roman, *Madame Bovary*, war noch unter dem Empire veröffentlicht worden, sein letzter, unvollendeter Roman *Bouvard et Pecuchet* erschien 1881, ein Jahr nach seinem Tode. In beiden hatte er mit vernichtender Objektivität und streng naturalistisch die Verlogenheit und geistige Dürre des bürgerlich-provinziellen Daseins geschildert.

Es stimmte wohl, dass das Frankreich der Dritten Republik auf dem Gebiet der Literatur keine Romanciers vom Format eines Balzac oder Stendhal *** hervorbrachte, jene beiden Genies, die man gelesen haben muss, wenn man die Verhältnisse in Frankreich in der

* Im selben Werk (*Ecce Homo*) heisst es auch: «Ich glaube nur an französische Bildung und halte alles, was sich sonst in Europa ‚Bildung‘ nennt, für Missverständnis . . .», und über sein eigenes Vaterland sagt der deutsche Philosoph abschliessend: «. . . nicht zu reden von der deutschen Bildung . . .»

** Thomas Gold Appleton. Oliver Wendell Holmes machte dieses Sprichwort bekannt, indem er es in *The Autocrat of the Breakfast Table* zitierte.

*** Stendhal fand in Frankreich – von Balzac abgesehen – erst lange nach seinem Tode im Jahre 1842 Anerkennung. Seine Werke wurden von seinen Zeitgenossen wenig gelesen und selten besprochen. Viele wurden damals nicht einmal verlegt. Aber er wusste genau, dass man ihn eines Tages lesen würde. In einem Brief an Balzac aus dem Jahre 1840 bemerkte er, dass er «nicht erwartet, vor 1880 gelesen zu werden». Schon zuvor hatte er prophezeit, dass er «um 1935 gelesen werden würde». In seiner unvollendeten Biographie wandte er sich an «die Leser von 1880 oder 1900». Nie sonst in der gesamten Literaturgeschichte sind die Voraussagen eines Schriftstellers über sich selbst so weitgehend Wirklichkeit geworden.

ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts verstehen will; oder begabte Dichter wie Baudelaire und scharfsinnige Literaturkritiker wie Sainte-Beuve. Aber vielleicht kein anderes Land hatte so viele gute und vielgelesene Autoren aufzuweisen: Flaubert, Zola, Anatole France, Alphonse Daudet, Paul Bourget, Maurice Barrès, die Brüder Goncourt, den Kurzgeschichtschreiber Maupassant, und schliesslich als Höhepunkt den grössten von allen: Marcel Proust. Als er am Vorabend des grossen Krieges (1913) den ersten Band seines grossen Romans *A la recherche du temps perdu* auf eigene Kosten herausbrachte, wurde er kaum beachtet, aber sein Rang und sein Einfluss auf die moderne französische Literatur sollten überragend sein.

Auch der in Amerika wenig bekannte Barrès übte grossen Einfluss aus, nicht nur auf die Literatur, sondern auch auf Politik und Ideologie, denn in seinen Werken und in seinem Leben waren alle Widersprüchlichkeiten des Lebens und Denkens in der Dritten Republik zu finden. Er wurde als Republikaner zum Liebling der Royalisten, er war ein Mann des rechten Flügels, der zum Sozialismus neigte, ein Ungläubiger, der die Kirche unterstützte.

Das Frankreich dieser Zeit hatte auch seine Dichter: Rimbaud, Mallarmé, Verlaine, diese drei Symbolisten; etwas später dann Peguy, Claudel, Valéry und Apollinaire. Die Malerei erlebte eine echte Renaissance, als die Impressionisten und dann auch andere Schulen aufkamen. Es genügt, an einige wenige Namen zu erinnern: Monet, Manet, Degas, Cézanne, Renoir, van Gogh, Picasso, Derain, Matisse; eine der ältesten und edelsten der schönen Künste erlebte in Frankreich eine Blütezeit. Das galt natürlich auch für die Bildhauerei, denn da gab es Auguste Rodin.

In der Philosophie haben wir bereits gesehen, welchen Einfluss Bergson auf das Militär ausübte, aber vielleicht noch grösser war sein Einfluss auf Schriftsteller, Künstler und Erzieher in diesem Jahrzehnt vor dem Kriege. Er wurde zum Theoretiker des Anti-Intellektualismus und verneinte den Wert des Positivismus, Rationalismus und der Vernunft als äusserst wichtige Kräfte des Lebens. Der Einfluss seiner «Kreativen Entwicklung», 1906 veröffentlicht, war immens. Er betonte darin die ausschlaggebende Bedeutung der Intuition und des Irrationalen als Triebkräfte menschlicher Schöpferkraft, des *elan vital* als treibender Kraft im Menschen und in der Gesellschaft. Die Dichter und Maler übernahmen diese Auffassung bald für ihre Arbeit. Sie führte zu Sorel, Proust und Freud. Aber als Bergson während des zweiten Weltkriegs in Paris starb, hielt sich auch seine Lehre nicht mehr lange. Manche Kritiker rühmten zwar die Originalität und den Widerspruchsgestalt von Bergsons Denken und seine Beredsamkeit, aber sie sahen bei ihm doch auch viele Mängel und glaubten, diese rührten zum Teil von seiner Unkenntnis der Geschichte her.

Ogleich die Regierung, die für Finanzierung und Leitung der Universitäten zuständig war, es auf geradezu skandalöse Weise versäumte, den französischen Wissenschaftlern für ihre Forschungen geeignete Laboratorien zur Verfügung zu stellen (Pasteur und das Ehepaar Curie beispielsweise sahen sich gezwungen, ihre ersten Experimente in denkbar primitiven und improvisierten Labors auszuführen), erzielte die Wissenschaft in den

letzten Jahrzehnten der Republik vor dem Kriege bemerkenswerte Fortschritte. Es war eine ganze Gruppe, die der Welt der Wissenschaft ihren Stempel aufprägte: Henri Poincaré in der Mathematik, Marcellin Berthelot in der Chemie, Henri Becquerel (der 1896 mit seiner Entdeckung der Radioaktivität von Uransalzen das Atomzeitalter einleitete) sowie Pierre und Marie Curie (die das Radium entdeckten) in Physik und Chemie, Pasteur in der Medizin und Jean Charcot, Freuds Mentor, in der Psychopathologie.

«Die Literatur ist die Zivilisation selbst», verkündete Victor Hugo, und die Franzosen stimmten ihm zu. In keinem anderen Land erlangten Schriftsteller (und Künstler) eine solche Bedeutung, nirgendwo anders wurden ihre Werke von der Öffentlichkeit so geschätzt. Schriftsteller waren nicht nur populärer als Politiker (Geschäftsleute erlangten nie den Status, dessen sie sich in den USA erfreuten), man betrachtete sie auch als wichtiger. Ihr Leben wie auch ihre Romane, Theaterstücke und Gedichte wurden von der Presse verzeichnet und gefeiert, und sie waren beim Volk eines der vorherrschendsten Gesprächsthemen. In diesem Lande wurden sie sozusagen zu Göttern und Halbgöttern erhoben, die auf dem Olymp Paris thronten.

Wenn die Geschichte einer Nation überwiegend die Geschichte ihrer Ideen* und ihrer Kunst ist, dann machte dieses Ferment die Zeit der ersten vierzig Jahre der Dritten Republik zu einer der interessantesten und fruchtbarsten Ären im langen Leben der Nation. Darüber hinaus herrschten Friede, einiger Wohlstand und für viele die Möglichkeit für ein gutes, sinnvolles Dasein. Frankreich hatte sich nach dem Debakel von 1870 wieder zum Rang einer der grossen Weltmächte emporgeschwungen. Die Republik erwies sich trotz all ihrer Mängel als erfolgreich. Der Historiker Maurice Reclus wies darauf hin: Hätte Frankreich in diesen vierzig Jahren einen König oder Kaiser gehabt, dann wäre diese Epoche als eine der grossen Herrschaftszeiten in die französische Geschichte eingegangen².

Der Franzose erfreute sich nun all jener kostbaren Freiheiten, die ihm Könige und Kaiser grösstenteils vorenthalten hatten, und er wusste das zu schätzen. Er durfte frei sagen, schreiben und tun, was er wollte. Die Jahrhunderte einer fast ununterbrochenen politischen und rechtlichen Unterdrückung schienen nur noch eine Erinnerung zu sein. In diesem Lande wurde der Individualismus besonders hochgeschätzt, kultiviert, praktiziert und respektiert. Andere Länder mochten mehr Eisen und Stahl hersteilen, mehr Energie verbrauchen, mehr Waren pro Beschäftigtem produzieren, bei der Durchführung dieser Dinge mehr nationale Disziplin zeigen, einen härteren Konkurrenzkampf in der Geschäftswelt fördern und dem Volk mehr an Sozialleistungen und Bequemlichkeiten bieten – doch diese Beweise des «Fortschritts» kümmerten die Franzosen nicht sonderlich. Sie neigten mehr dazu, die neumodischen Maschinen, die qualmenden Hochöfen, die tristen Fabriken mit ihren Fliessbändern und die in ihrer Umgebung wuchernden Slums als ein notwendiges Übel zu betrachten, das die neue Zeit eben mit sich brachte. Eine moderne Gesellschaft brauchte sie, aber man durfte nicht zulassen, dass sie zum Mittel-

* «Die Ideen und Gefühle sind es, die ein Volk durchdringen», erklärte Alexis de Toqueville. «Sie sind die wahre Ursache alles anderen.»

punkt der Zivilisation wurden oder sie gar beherrschten. Was hatten alle diese Dinge – und das galt für die meisten anderen Spielereien des zwanzigsten Jahrhunderts, die den Amerikanern so lieb geworden waren: moderne Installationen, saubere Toiletten, grosse Badewannen, Aufzüge und funktionierende Telefone – schon zu bedeuten, wenn man sie mit den Freuden des Daseins als uneingeschränkter Individualist verglich, der selbständig dachte und sich das Recht vorbehielt, seine Gedanken auch auszudrücken, der weder daran interessiert war noch die Absicht hatte, sich in eine Organisation einzufügen und sich der zunehmenden Gleichförmigkeit einer geschäftstüchtigen, mechanisierten Welt unterzuordnen?

Aber hat nicht gerade dieser Kult mit dem Individuum, der damals in Frankreich so intensiv betrieben wurde, zur Schwächung von Nation und Gesellschaft beigetragen, die in den Augen der Franzosen besser und gesegnet waren als alle anderen? War das nicht der Grund für den übertriebenen Egoismus Einzelner und eng zusammenhaltender Familienklans, den einige ausländische Freunde bei den Franzosen festzustellen glaubten? Nächstenliebe zum Beispiel, auf die die Anglo-Amerikaner so stolz waren, wurde in diesem Lande kaum praktiziert. Und hat dieser fanatische Individualismus nicht den Staat auf verhängnisvolle Weise geschwächt, indem er seine Regierung schwächte – und das zu einem Zeitpunkt, da ein starker Staat mit einer starken Regierung wesentliche Voraussetzung für den Weiterbestand der Nation gewesen wäre? Zweifellos hat dieser Individualismus die meisten Franzosen zu überzeugten Anhängern des Grundsatzes gemacht, dass jene die beste Regierung sei, die am wenigsten regiere. Anatole France wurde nie müde zu wiederholen, die Republik sei das beste Regime für die Franzosen, da sie das schwächste sei; sie belaste den Einzelnen am wenigsten. «Alle Zügel sind gelockert», sagte er. «Das schwächt zwar den Staat, aber auch die Bürde des Volkes wird dadurch leichter... Da sie wenig regiert, verzeihe ich ihr, dass sie schlecht regiert³.»

Wie wenig und wie schlecht regiert wurde, haben wir bereits festgestellt. Doch auf einem Gebiet bewährte sich die Regierung. In der Aussenpolitik hatten die Blindheit und Lähmung, die sich in den dreissiger Jahren (wie auch in England) mit so verheerenden Folgen für die Dritte Republik ausbreiten sollten, noch nicht eingesetzt. Im Gegenteil: Unter Clemenceau und Raymond Poincaré sowie dem hervorragenden Aussenminister Delcasse betrieb Frankreich eine kühne und einfallsreiche Aussenpolitik, die niemals auch nur für einen Augenblick den Schutz und die Förderung der nationalen Interessen Frankreichs ausser acht liess; sie wurde mit fester Hand und kühler Entschlossenheit geführt, obgleich aussenpolitisch die zunehmende deutsche Herausforderung und innenpolitisch ideologische Streitigkeiten und zuweilen eine seltsame Interesselosigkeit vorherrschten. Frankreich war, wie wir gesehen haben, der Isolation entronnen, zu der Bismarck das Land nach 1871 verdammt hatte, und hatte 1894 ein Militärbündnis mit Russland geschlossen. Delcasse hatte das Bündnis 1899 insofern vertieft, dass jede der beiden Mächte verpflichtet war, der anderen Hilfe zu leisten, falls sie angegriffen wurde – Russland von Deutschland und Österreich-Ungarn, Frankreich von Deutschland. 1904 war die jahrhundertalte Feindschaft zwischen Grossbritannien und Frankreich angesichts der deut-

sehen Drohung begraben und ein Vertragswerk unterzeichnet worden, das den alten Streit zwischen beiden Ländern sowie die koloniale Rivalität, die jüngeren Datums war, beilegte – noch 1898 war zwischen England und Frankreich um den Besitz von Fashoda im Sudan fast ein Krieg ausgebrochen. Damit wurde der Weg für eine Entente vorbereitet, die 1907 – hauptsächlich dank Clemenceaus Bemühungen – zur Tripelentente unter Einbeziehung Russlands erweitert wurde. Auf diese Weise wurde ein Gegengewicht zum Dreibund Deutschland-Österreich-Ungarn-Italien geschaffen. Frankreich hatte nun eine noch grössere Gewähr, im Kampf nicht allein dastehen zu müssen, falls sich seine beiden wichtigsten Nachbarstaaten Deutschland und Italien zu einem Angriff entschliessen sollten.

Von Seiten Italiens drohte allerdings trotz der Verpflichtung gegenüber dem Dreibund keine unmittelbare Gefahr. Dafür hatte Delcasse gesorgt. 1902 brachte er ein Geheimabkommen mit Rom zustande, in dem Frankreich und Italien für den Fall eines Angriffs auf den anderen Partner eine neutrale Haltung vereinbarten. Diese geheime Absprache bedeutete praktisch den Austritt Italiens aus dem Dreibund – wie sich noch erweisen sollte, als es soweit war.

So sah sich Deutschland, teils aufgrund der Sturheit des Kaisers und seiner säbelrasselnenden Regierung, teils aber auch wegen der Klugheit und Zähigkeit der französischen Diplomatie, in Europa zunehmend isoliert. Seine Gegner waren die drei anderen Grossmächte Europas, und die einzigen Verbündeten waren das offenkundig zerbröckelnde Österreich-Ungarn und ein nicht sehr starkes Italien, dem man nicht sonderlich traute. Aus Verärgerung und Enttäuschung provozierte die Regierung in Berlin eine Krise in Marokko, um Frankreich und Grossbritannien mit der Drohung eines Krieges zu schrecken. Die Entente cordiale von 1904 war dadurch ermöglicht worden, dass Frankreich seinem Partner Grossbritannien in Ägypten und im Sudan freie Hand liess und sich dafür die britische Unterstützung bei der Besetzung Marokkos eingehandelt hatte. In Deutschland sah man es gar nicht gern, dass Grossbritannien und Frankreich den grössten Teil des afrikanischen Kontinents unter sich aufteilten. Deshalb beschloss man, sich der Besetzung Marokkos durch Frankreich zu widersetzen und gleichzeitig Grossbritannien klarzumachen, dass sich Deutschland bei der Verteilung der noch verbleibenden afrikanischen Beute nicht ausschliessen liess.

Durch diese Kriegsdrohung tat Deutschland den ersten Schritt auf einem Wege, der zwangsläufig zum ersten Weltkrieg der Geschichte führen sollte, zu der blutigsten und kostspieligsten Auseinandersetzung, die der Planet bis dahin erlitten hatte.

Das Herannahen des ersten Weltkrieges 1905-1914

Am 31. März 1905 landete der ungestüme Kaiser Wilhelm II. in Begleitung seines Kanzlers Fürst von Bülow in Tanger und hielt eine seiner kriegerischen Reden. Er wies darauf hin, Deutschland werde darauf bestehen, dass Marokko ein unabhängiger Staat bleibe und dass allen Ländern hier die gleichen Handelsbedingungen geboten werden müssten. Deutschland werde nicht untätig Zuseher, wie Frankreich Kontrolle über das Land erlange.

Das war für Frankreich eine wohlberechnete Ohrfeige von Seiten des verhassten Feindes. Delcasse hielt die Drohung für einen Bluff und wollte den Kaiser beim Wort nehmen. Aber der französische Ministerpräsident, der frühere Bankier Maurice Rouvier, wollte dieses Risiko nicht eingehen. Er erkannte, dass die Deutschen für ihre Provokation einen günstigen Zeitpunkt gewählt hatten. Frankreichs Verbündeter Russland wurde nämlich gerade von den Japanern in der Mandschurei schwer geschlagen. Dieser Krieg liess die militärischen Schwächen Russlands für jedermann offenkundig werden. Die Elite der russischen Armeen war im fernen Osten abgeschlachtet worden, die Flotte – einschliesslich der Baltischen Flotte – versenkt. Zu allem Überduss war 1905 noch im ganzen Lande die Revolution ausgebrochen; sie drohte das morsche, reaktionäre zaristische Regime zu stürzen. Wenn Deutschland jetzt, wie man in Paris fürchtete, in Frankreich einfiel, konnte Russland zu seiner Unterstützung keinen Finger rühren.

Die Franzosen selbst waren auf einen Krieg schlecht vorbereitet, das wusste die Regierung nur zu gut. Das Land wurde noch von der Dreyfus-Affäre und dem Konflikt zwischen Kirche und Staat erschüttert. Die Moral in der Armee war, wie wir gesehen haben, aufgrund dieser beiden Konflikte und auch wegen der Verringerung der Militärdienstzeit von drei auf zwei Jahre auf einem Tiefpunkt angelangt. Beschämt opferte die französische Regierung ihren Stolz und den Aussenminister Delcasse und stimmte für den Beginn des nächsten Jahres einer internationalen Konferenz zu, die in Algeciras in Spanien stattfinden sollte. Auf Deutschlands Drängen kamen die Grossmächte überein, die Grenzen Marokkos und die Herrschaft seines Sultans zu respektieren und das Tor für alle europäischen Nationen geöffnet zu halten.

Damit hatte Deutschland vorerst Frankreichs Absicht, Marokko seinem wachsenden nordafrikanischen Imperium einzuverleiben, durchkreuzt. Aber etwas anderes war noch bedeutungsvoller: Die Franzosen litten unter der Ohrfeige, die ihnen Deutschland versetzt hatte, und glaubten, dass die Regierung in Berlin Russlands vorläufige Lähmung

und Grossbritanniens Zögern, die Entente Cordiale durch einen Militärpakt zu erweitern, zu einer Kriegserklärung ausnutzen werde. Instinktiv fühlten die Franzosen, dass die Tanger-Krise ein Wendepunkt war; alles trieb auf einen Krieg zu, den die Deutschen vom Zaun brechen und dem die Franzosen nicht entrinnen würden. Der feinfühligste Mystiker, Dichter und Journalist Charles Peguy spürte es gleich an jenem Morgen, an dem die Presse in Paris die Nachricht von der Rede des Kaisers in Tanger veröffentlichte. Er schrieb, er sei an diesem Morgen «wie alle anderen auch» um neun Uhr in die Stadt gekommen, und «wie jedermann wusste ich um halb elf, dass diese zwei Stunden eine neue Periode in der Geschichte meines Lebens, in der Geschichte unseres Landes, in der Geschichte der Welt eingeleitet hatten» L Die Europäer näherten sich der grossen Schicksalswende von 1914 und fühlten es auch.

Die Militaristen in Berlin zeigten – wie Adolf Hitler eine Generation später – mit jedem Tage deutlicher, was Deutschland mit der mächtigsten Armee der Welt im Sinn hatte. General Friedrich von Bernhardi, der grosse deutsche Militärhistoriker, arbeitete gerade an seinem Buch *Deutschland und der nächste Krieg*, das 1912 erscheinen sollte; darin griff er getreu den Lehren von Fichte, Hegel, Treitschke und einigen geringeren deutschen Denkern energisch den alten teutonischen Schlachtenruf wieder auf, dass nämlich Krieg und Eroberung eine biologische Notwendigkeit seien und dass insbesondere Frankreich so vollständig zerschmettert werden müsse, dass es Deutschlands Weg niemals wieder kreuzen könne ².

Als das Buch dann veröffentlicht wurde, provozierten die Deutschen gerade eine neue Krise in Marokko, die den Eindruck erweckte, als hielten sie die Stunde zur Zerschlagung Frankreichs für gekommen. Am 1. Juli 1911 lief das deutsche Kanonenboot *Panther* in den Hafen von Agadir ein, angeblich um «deutsche Interessen zu schützen», in Wirklichkeit aber, um Frankreich erneut einzuschüchtern; französische Truppen hatten sechs Wochen zuvor auf Bitten des Sultans, der dort von Rebellen belagert wurde, die Stadt Fez besetzt. Wieder brach in den europäischen Staatskanzleien die Panik aus. Man fürchtete, dass Agadir nur das Vorspiel zu einem von Deutschland beabsichtigten europäischen Krieg sei.

Das plötzliche Auftauchen eines deutschen Kriegsschiffes, selbst wenn es sich nur um ein Kanonenboot handelte, in diesen Gewässern musste natürlich die britische Admiralität aufhorchen lassen. Als der Schatzkanzler Lloyd George, ein walisischer Hitzkopf, Deutschland in einer öffentlichen Rede darauf hinwies, dass Grossbritannien Frankreich in dieser Krise unterstützen werde, gab Berlin nach. Die Franzosen nahmen eine feste, wenn auch versöhnliche Haltung ein. Sie unterzeichneten am 4. November eine Vereinbarung mit den Deutschen, in der Deutschland zwei grosse Landstreifen im Kongo abgetreten wurden. Darüber hinaus erklärte sich Frankreich bereit, in Marokko eine Politik der «offenen Tür» zu betreiben, wofür Deutschland endlich erklärte, sich einem französischen Protektorat in Marokko nicht länger widersetzen zu wollen.

Wieder einmal war ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland mit knapper Not abgewendet worden. Dennoch hatte Deutschland an Boden verloren. Es hatte sich ge-

zwungen gesehen, seinen Widerstand gegen die französische Herrschaft über Marokko aufzugeben. Und noch etwas hatten die Regierenden in Berlin getan, auch wenn sie es vielleicht nicht erkannten: Sie hatten Grossbritannien in engere Beziehungen mit Frankreich hineingedrängt. Sieben Wochen nach dem Ausbruch der Agadir-Krise hielt der Verteidigungsausschuss in London unter Vorsitz des Premierministers Asquith eine Geheimsitzung ab. Es wurde dabei beschlossen, im Falle eines deutschen Angriffs gegen Frankreich, der für England den Kriegsfall bedeutete, sofort eine Armee von sechs Infanteriedivisionen und einer Kavalleriedivision überzusetzen, die an der linken Flanke der französischen Einheiten kämpfen sollte. Die Einzelheiten waren bereits in Verhandlungen auf unterer Ebene zwischen den beiden Ländern ausgearbeitet worden. So gering dieser Beitrag auch im Vergleich zu den zwei Millionen Soldaten, die sowohl Frankreich als auch Deutschland in die Schlacht zu werfen gedachten, sein mochte, er sollte sich in der Stunde bitterer Not als sehr bedeutsam erweisen.

Berlin schien entschlossen zu sein, die beiden westlichen Demokratien vor den Kopf zu stossen und zu provozieren. Man war taub gegenüber Stimmen in London und Paris, die nach einer ehrenhaften und freundschaftlichen Verständigung mit Deutschland suchten. Denn selbst in der französischen Hauptstadt gab es zumindest zwei mächtige Bestrebungen für eine Annäherung mit den Deutschen. Beide schätzten die Stimmung in Deutschland falsch ein. Die von Jaurès inspirierten französischen Sozialisten glaubten nämlich, dass die deutschen Sozialdemokraten, die grösste sozialistische Partei der Welt, stark genug sein müssten, dem deutschen Militarismus einen Riegel vorzuschieben und ihn daran zu hindern, das Land in einen Krieg hineinzuziehen. Joseph Caillaux, der neue französische Führer der Radikalen, hielt eine friedliche Regelung mit Deutschland durch wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen für möglich.

Caillaux war bei Ausbruch der Agadir-Krise im Jahre 1911 gerade eben zum ersten Male Ministerpräsident geworden. Als hervorragender Finanzfachmann war er, bevor er sich der Politik zuwandte, im Finanzministerium zum höchsten Beamten aufgestiegen. Er war nicht nur als liberal denkender Mann für die Einführung der Einkommensteuer eingetreten, sondern er verfügte darüber hinaus auch über ein immenses Selbstvertrauen und eine unterkühlte Arroganz; er hatte sein Bestes getan, um zu verhindern, dass sich die deutsche Provokation in Agadir zu einem französisch-deutschen Krieg entwickelte. Durch Geheimverhandlungen mit den Deutschen hinter dem Rücken des eigenen Aussenministers brachte Caillaux schliesslich am 4. November eine Einigung zustande. Er sah in dieser Regelung den hoffnungsvollen ersten Schritt zu einer Übereinkunft auf breiterer Basis, die Deutschland schliesslich den Zugang zu den meisten Kolonien der Welt öffnen und die in Europa zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland führen sollte. Seine Gegner in Frankreich – sie waren Legion, da er ein wahres Talent dafür entwickelte, selbst seine eigenen Gesinnungsfreunde vor den Kopf zu stossen – argwöhnten jedoch, dass Caillaux in Wirklichkeit das Bündnis mit Russland und die Entente Cordiale mit Grossbritannien zugunsten einer langfristigen Verständigung mit Deutschland aufgeben wollte. Dadurch wäre Frankreich ihrer Ansicht nach den

Deutschen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert worden. Caillaux selbst glaubte, eine französisch-deutsche Verständigung sei der einzige Weg zur Vermeidung eines europäischen Krieges, den Deutschland vermutlich gewinnen würde.

Doch Berlin reagierte nicht auf seine Angebote. Das Deutschland Kaiser Wilhelms zog es vor, sich aus eigener Kraft einen Platz an der Sonne zu erobern, hauptsächlich mit Hilfe seiner unbesiegbaren Armee und seiner erstarkenden Kriegsmarine, die allmählich die britische Vorherrschaft auf den Weltmeeren bedrohte. Eines sah Caillaux, genau wie seine radikalsozialistischen Nachfolger in den dreissiger Jahren, erst ein, als es schon zu spät war: Wenn man den Deutschen in einem Augenblick entgegenkam, da sie sich als Eroberer fühlten, regte man nur ihren Appetit an. Die Kammer billigte widerstrebend seine Abtretung grosser Gebiete im Französischen Kongo an Deutschland und stürzte ihn sodann wegen dieser Massnahme. Er wurde im Januar 1912 durch Raymond Poincaré abgelöst. Dieser glaubte, vielleicht weil er Lothringer war, nicht an die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland, sondern er vertrat die Überzeugung, Deutschland könne jederzeit einen Krieg vom Zaune brechen, und es sei die erste Pflicht einer jeden französischen Regierung, das Land auf einen neuen deutschen Schlag vorzubereiten.

Liess sich diese «erste Pflicht» in einem republikanischen Frankreich, das immer noch unter politischem Streit und Instabilität litt und das im Herzen immer noch pazifistisch war, überhaupt verwirklichen? Später sollte Poincaré, den die Nationalversammlung am 16. Januar 1913 gegen den erbitterten Widerstand Clemenceaus zum Präsidenten der Republik wählte, vorgeworfen werden, er sei ein Kriegstreiber und trage dazu bei, einen Krieg gegen Deutschland zu provozieren. «*Poincaré, c'est la guerre!*» wurde das Motto einiger seiner Gegner. Es ist zweifelhaft, ob dieser Vorwurf berechtigt war, aber das französische Volk wollte jedenfalls keinen Krieg. Clemenceau selbst schien die im Land vorherrschende Stimmung auszudrücken, als er am 10. Februar 1912 vor dem Senat erklärte: «Wir wollen den Frieden. Wir wollen ihn, weil wir ihn zum Wiederaufbau unseres Landes brauchen. Wir sind Pazifisten, aber wir sind keine Kriecher. Wenn uns ein Krieg aufgezwungen wird, dann werden wir ihm nicht feige ausweichen.»

Im August 1913 stimmten Kammer und Senat widerwillig der Verlängerung der Militärdienstzeit von zwei auf drei Jahre zu, aber auch nur, weil Deutschland im Monat zuvor die effektive Stärke seiner Armee erhöht hatte. Trotz der dreijährigen Dienstpflicht war das stehende Heer Frankreichs dem deutschen immer noch zahlenmässig unterlegen; ausserdem war sie im Lande unpopulär. So brachten die allgemeinen Wahlen im Frühjahr 1914 den Radikalen und Sozialisten wieder eine eindrucksvolle Mehrheit. Als *bloc des gauches* waren sie für die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstpflicht eingetreten. Diese Wahl war in der Tat ein Volksentscheid für den Frieden. Ausserdem waren Jaures, dessen Sozialistische Partei imponierende 104 Sitze in der Kammer errungen hatte, und Caillaux, dessen Radikalsozialistische Gruppe mit 172 Sitzen einen noch grösseren Erfolg erzielt hatte, für einen Frieden mit Deutschland. Beide Politiker hielten ihn auch für möglich. Vielleicht hätten sie sogar Erfolg gehabt, wenn sich in diesen Monaten der Hochspannung im Frühjahr und Frühsommer 1914 nicht drei Attentate

ereignet hätten, die nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa helle Aufregung hervorriefen.

Zwei Attentate ereigneten sich in Paris und eins in einem kleinen Ort im fernen Balkan. Am 16. März 1914 erschoss Caillaux' Frau Gaston Calmette, den Chefredakteur von *Le Figaro**. Am 31. Juli wurde Jaures von einem rechtsextremen Fanatiker in einem Pariser Café ermordet. Damit wurden abrupt die Führer der beiden grössten Parteien Frankreichs, die das Parlament kontrollierten und für den Frieden arbeiteten, von der politischen Bühne entfernt, denn Caillaux stellte sofort seinen Posten als Finanzminister zur Verfügung.

Zwischen diesen beiden Attentaten in Paris erfolgte, tausend Meilen entfernt, noch ein dritter Mordanschlag. Am 28. Juni wurde Erzherzog Franz Ferdinand, der Erbe des Habsburger Throns, zusammen mit seiner Frau in der bosnischen Stadt Sarajewo von einem jugendlichen serbischen Fanatiker ermordet. An diesem Funken entzündete sich der erste Weltkrieg.

Bismarck, der 1890 von dem eigensinnigen jungen Wilhelm 11. als Kanzler entlassen worden war, aber in tiefer Verbitterung bis 1898 weiterlebte, hatte ihn vorhergesagt. «Irgendeine ganz lächerliche Angelegenheit auf dem Balkan», hatte er kurz vor seinem Tod noch gesagt, werde einen europäischen Krieg entfesseln³. Nachdem er mit kriegerischen Mitteln das neue Deutschland geschmiedet hatte, war er für einen langwährenden Frieden eingetreten, damit sein vor kurzem vereintes Land seine Gewinne konsolidieren konnte.

Die Franzosen waren unterdessen mit ihren innenpolitischen Streitereien und der Affäre um Madame Caillaux vollauf beschäftigt. Nur wenige von ihnen konnten begreifen, warum die Ermordung eines österreichischen Erzherzogs im fernen Balkan zwangsläufig zu einem bewaffneten Konflikt in Europa führen musste. Vielleicht verstanden das in England, Deutschland, Österreich und Russland auch nur die wenigsten Menschen. Vielleicht verstanden es nicht einmal die Staatsmänner; denn mit Ausnahme der Österreicher bemühten sie sich beinahe hysterisch, noch im allerletzten Augenblick den Krieg abzuwenden. Selbst die politischen Führer Österreichs glaubten bei aller Starrköpfigkeit, sie

* *Le Figaro* war eine der führenden konservativen Tageszeitungen. Am 5. Januar 1914 hatte Calmette unter seinem Namen eine Artikelserie gegen Caillaux begonnen, die in ihrer Heftigkeit selbst die an Beschimpfungen in der Presse doch gewöhnten Pariser schockiert hatte. Calmette setzte dazu an, Caillaux zu vernichten, und zwar aus Gründen, die er für hinreichend hielt: Caillaux war verantwortlich für den Versuch, Frankreich die Einkommensteuer aufzuzwingen; das war ein «Raubüberfall», den *Le Figaro* und alle gut konservativen Zeitungen hysterisch bekämpften. Vor allen Dingen aber hatte Caillaux seine Deutschfreundlichkeit bis zu einem Punkt getrieben, der in Calmettes Augen schon an Verrat grenzte. Der kriegerische Redakteur kannte keinerlei Hemmungen. Seine Artikelserie gipfelte darin, dass er leidenschaftliche Liebesbriefe Caillaux' an dessen spätere zweite Frau im Faksimile veröffentlichte. Die Briefe waren mit «Dein Joe» unterschrieben und stammten aus einer Zeit, da beide noch anderweitig verheiratet waren. Seine erste Frau hatte sie entwendet. Das war für die zweite Madame Caillaux einfach zuviel. Am Nachmittag des 16. März 1914 suchte sie das Büro von *Le Figaro* auf und begrüßte den Chefredakteur mit sechs Pistolenschüssen in den Magen. Es wurde Anklage wegen Mordes erhoben, und die im Juli beginnende Gerichtsverhandlung verdrängte fast die Nachrichten über den drohenden Krieg aus den Pariser Tageszeitungen. Die Pariser genossen zwar ihre Skandale und insbesondere *crimes passionnés*, aber dieser Fall mit den täglichen Enthüllungen aus dem Intimleben eines Ministerpräsidenten übertraf doch bei weitem alles bisher Dagewesene. Madame Caillaux' Verteidigung stützte sich auf die Behauptung, ihre Pistole sei sechsmal «von selbst» losgegangen, und eine aus galanten Franzosen bestehende Jury sprach sie am 28. Juli frei – am Vorabend der Mobilisierung von Millionen Männern ganz Europas für einen Krieg, dessen Herannahen die Leser der Pariser Presse kaum gewahr wurden, weil sie begierig den pikanten Klatsch aus dem Gerichtssaal verfolgten.

könnten zur Zerschlagung des kleinen Serbiens, dessen Regierung sie der Beteiligung an der Ermordung Franz Ferdinands beschuldigten und ihr vorwarfen, sie sei für die Slawenaufstände im einstürzenden Österreich-Ungarn verantwortlich, einen örtlich begrenzten Krieg führen, den sie innerhalb kürzester Zeit gewinnen müssten.

Aber die nationalen Rivalitäten nahmen zu. Es wurde fieberhaft gerüstet, die Grossmächte standen sich in zwei feindlichen Lagern bewaffnet gegenüber, die Balkankriege von 1912/1913, in denen die Türken – abgesehen vom Brückenkopf Konstantinopel – aus Europa verjagt worden waren, hatten die Beziehungen zwischen den neuerdings unabhängigen Balkanstaaten und Österreich-Ungarn sowie zwischen Wien und Petersburg und den jeweiligen Alliierten in Berlin und Paris schwer belastet. Alle diese Vorgänge liessen die Spannungen in Europa zu einem Höhepunkt ansteigen. Europa glich, wie bereits gesagt, einem Pulverfass, und der Funke von Sarajewo musste zur Explosion führen. Die armseligen kleinen Gestalten in den europäischen Staatskanzleien schienen dagegen machtlos zu sein.

Österreich-Ungarn mobilisierte gegen Serbien und erklärte diesem Land am 28. Juli den Krieg. Russland mobilisierte am 30. Juli gegen Österreich-Ungarn. Am folgenden Tage stellte Deutschland den Russen ein Ultimatum: Die Mobilisierung solle innerhalb von zwölf Stunden widerrufen werden. Als keine Antwort einging, mobilisierte Deutschland ebenfalls und erklärte Russland am 1. August den Krieg.

Nun folgte aus Berlin ein Ultimatum dem anderen. Am 31. Juli wurde Frankreich ultimativ aufgefordert, innerhalb von achtzehn Stunden zu erklären, ob es neutral bleiben werde; für diesen Fall wurde die Übergabe der französischen Schlüsselstellungen Toul und Verdun an die deutsche Armee gefordert. Diese beiden Festungen blockierten die Einfallstrassen der Deutschen nach Frankreich. Am 1. August erwiderte die französische Regierung, sie werde «entsprechend ihren Interessen» handeln. Die unverschämte Forderung Deutschlands nach einer Übergabe der französischen Verteidigungsstellungen wurde keiner Antwort gewürdigt. Noch am selben Tage ordnete die französische Regierung die Generalmobilmachung an, und am 3. August erklärte Deutschland in aller Form Frankreich den Krieg. Berlin wurde nun vom Kriegsfieber gepackt und zeigte nach allen Seiten die Zähne.

Offen blieb nur noch die Frage, wie sich Grossbritannien verhalten würde. Diese Frage beantwortete Deutschland selbst, indem es in Belgien einfiel, dessen Neutralität Grossbritannien gemeinsam mit den anderen Grossmächten feierlich garantiert hatte. Nun schickte die bisher schwankende britische Regierung selbst ein Ultimatum ab. Grossbritannien konnte nicht untätig zusehen, wie die deutsche Armee auf der anderen Seite des Kanals Flandern besetzte. Die Deutschen wurden aufgefordert, die Neutralität Belgiens zu respektieren und bis Mitternacht des 4. August eine entsprechende Erklärung abzugeben. Aber schon damals zeigten die Deutschen ebensowenig Verständnis für das britische Temperament wie bei einer zweiten ähnlichen Gelegenheit, die in späteren Kapiteln noch behandelt wird. Der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg schrie in Berlin

wütend den britischen Botschafter an, Grossbritannien «täte... einer verwandten Nation ... etwas Unvorstellbares an ... und *alles nur wegen eines Fetzens Papier!*»

In seiner Verbohrtheit erkannte der Kanzler nicht, dass dieser Ausspruch zum Schaden Deutschlands die Runde um die ganze Welt machen sollte; er würde Deutschland sogar noch verfolgen, bis ein anderer deutscher Reichskanzler ein Vierteljahrhundert später wieder ein schriftlich abgegebenes Versprechen an Belgien als «einen Fetzen Papier» betrachten sollte. Damit kam der Eindruck auf, dass diese Praxis für *jede* deutsche Regierung typisch sei.

Krieg!

Als Grossbritanniens Ultimatum an Berlin in der Belgienfrage um Mitternacht des 4. August abgelaufen war, erklärte Grossbritannien Deutschland den Krieg. So begann der erste Weltkrieg. Im Gegensatz zur Ansicht aller Beteiligten, dass es sich um einen kurzen Konflikt handeln werde, weil keine Nation über ausreichende Reserven für einen langen Krieg verfügte, sollte er 1564 Tage dauern und zur blutigsten und kostspieligsten bewaffneten Auseinandersetzung werden, die die Welt bis dahin gesehen hatte.

Auf der einen Seite standen die Nationen der Tripelentente: Frankreich, Grossbritannien und Russland. Auf der anderen Seite hatte Deutschland nur Österreich-Ungarn neben sich. Die dritte Macht des Dreibundes, Italien, hatte nämlich am 3. August seine Neutralität mit der Begründung erklärt, seine Verbündeten Deutschland und Österreich hätten unter Verletzung der Vertragsbedingungen ohne Konsultation mit Italien einen Angriffskrieg entfesselt. Italiens Neutralitätserklärung ersparte Frankreich einen Zweifrontenkrieg. Das war, wie wir gesehen haben, dem Geheimabkommen mit Rom zu verdanken, das der schlaue Delcasse geschlossen hatte.

Aber um Mitternacht des 4. August wussten die Franzosen, dass das Gros der mächtigsten Armee der Welt zum Angriff angetreten war. Im Gegensatz jedoch zu einem ähnlichen Sommertag vor vierundvierzig Jahren wussten sie (ebenfalls dank Delcassés kluger Diplomatie) auch, dass sie diesmal nicht allein gegen den mächtigen Feind zu kämpfen hatten. Im Osten zogen die Russen starke Streitkräfte an den Grenzen zu Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen. Und genau zu dieser mitternächtlichen Stunde gelangten die Briten endlich zu der Einsicht, dass es in ihrem eigenen Interesse lag, Frankreich zur Seite zu stehen. Aber da die britische Armee für die Verhältnisse einer europäischen Grossmacht überraschend klein war, wussten die Franzosen auch, dass sie die ersten schweren Schläge des Feindes an dessen Westfront würden allein hinnehmen müssen.

Die Militaristen in Berlin glaubten zuversichtlich, dass ihnen die Armeen der Republik nicht würden standhalten können. Gerechterweise muss hinzugefügt werden, dass daran auch in Paris – selbst unter den verschworenen Patrioten – viele ernsthaft zweifelten. Man befürchtete, dass die revolutionären Gewerkschaftler und die Sozialisten das Land

durch einen Generalstreik lahmlegen würden. Damit hatten sie für den Kriegsfall oft genug gedroht. Die Regierung konnte nicht mit Sicherheit damit rechnen, dass die Masse der Arbeiter, deren Führer stets gegen die Armee und den Krieg Agitation getrieben hatten, der Einberufung Folge leisten würde. Die Ermordung Jaures am 31. Juli, kaum vierundzwanzig Stunden vor dem Erlass des Mobilmachungsbefehls, war ein betäubender Schlag für die Regierung. Sie befürchtete, dass der gewaltsame Tod des grossen Sozialistenführers die Arbeiter auf die Barrikaden treiben würde und dass sie sich weigern würden, dem Ruf zu den Fahnen zu folgen. Das 2. Kürassier-Regiment, das gerade zur Front verladen werden sollte, erhielt Befehl, in der Hauptstadt zu bleiben, damit notfalls zur Niederschlagung eines eventuellen Aufstands eine Kavallerieeinheit zur Verfügung stand.

Aber die unsichere Regierung von Ministerpräsident René Viviani schätzte die Haltung des französischen Volkes in dieser Stunde höchster Gefahr für das Vaterland falsch ein. Die Reaktion der Arbeiter auf die Ermordung ihres Führers bestand darin, dass sie – wie alle anderen auch – ruhig und geordnet zu den Mobilmachungszentren marschierten. Der junge Leutnant Charles de Gaulle, der sich gerade anschickte, in seinen ersten Krieg zu ziehen, erinnerte sich später stolzgeschwellt daran, dass sich trotz der Schätzungen des Generalstabs, nach denen dreizehn Prozent der Reservisten den Kriegsdienst verweigern würden, nicht einmal eineinhalb Prozent der Einberufung entzogen. Dafür wurden die Rekrutierungsämter von 350'000 Freiwilligen belagert, und 3'000 Deserteure aus Friedenszeiten kehrten zur Armee zurück. Von den 2501 Verdächtigen, die als mutmassliche Linke und Pazifisten auf dem «Carnet B» aufgeführt waren (auch ein junger Links-Sozialist namens Pierre Laval befand sich darunter) und die am Tage der Mobilmachung unter dem Verdacht der Sabotageabsicht verhaftet werden sollten, meldeten sich rund 80 Prozent später freiwillig zu den Waffen. Der Innenminister widerrief den Haftbefehl für alle in der Liste aufgeführten Franzosen.

Die unmittelbare Folge in Frankreich war nicht die Fortsetzung des Streits, sondern die Einheit; alle bitteren alten Zwiste wurden begraben. Das hatte Präsident Poincaré gefordert, als er am 4. August vor der stürmisch applaudierenden Deputiertenkammer die Kriegserklärung verlas. Aber das Zustandekommen der *union sacrée* war nicht nur eine Reaktion auf die begeisternden Worte des Präsidenten. Sie erfolgte spontan aus dem französischen Volk, das zur Verteidigung des Heimatbodens entschlossen war. Ein französischer Historiker schrieb später darüber: «Die ersten Tage von 1914 zählen zu den ruhmreichsten, die unser Land je erlebt hat... Dieser von Anfang an herrschende Geist der Einigkeit rettete unser Land... Dafür, dass die Republik das möglich machte, verdiente sie den Dank aller Patrioten⁴.»

Am 28. August wurde die Regierung der Radikalen durch eine grosse Koalition aller politischen Parteien von der extremen Linken bis zur Rechten abgelöst. Ministerpräsident Viviani blieb im Amt. Das Parlament vertagte sich, nachdem es einstimmig den Beschluss der Regierung zu kämpfen gebilligt hatte. Man war sich stillschweigend darin einig, dass das Land im Augenblick der Gefahr vom militärischen Oberkommando ohne Ein-

mischung von Seiten der Zivilisten geführt werden müsse. Nicht einmal die radikalen und sozialistischen Parlamentsmitglieder befürchteten mehr, dass es die Generäle bei der Landesverteidigung würden an Eifer fehlen lassen oder dass sie gar gegen die Republik konspirieren könnten. Sie glaubten zuversichtlich, dass es diesmal kein Sedan, kein Metz, kein Bazaine geben würde, und vertrauten den Generälen, dass sie kämpfen und der Invasion des Erzfeindes Einhalt gebieten würden.

Aber bis zum Ende des Monats August mussten die Generäle und ihre Soldaten eine Reihe vernichtender Niederlagen hinnehmen, die ebenso schlimm – wenn nicht noch schlimmer – zu sein schienen wie die Niederlagen, die sie zu Beginn des französisch-preussischen Krieges erlitten hatten. Die französischen Armeen und die kleine britische Expeditionsstreitmacht befanden sich nördlich und nordöstlich von Paris in überstürztem Rückzug. Schon hörte man in der Hauptstadt selbst das Grollen des Artilleriefeuers, und am 2. September, dem 44. Jahrestag von Sedan, floh die Regierung nach Bordeaux. Frankreich sah einer Niederlage entgegen, die nicht weniger vollkommen war als jene von 1870, und es sah aus, als sollte es diese Niederlage vom selben Feind und auf genau die gleiche Art und Weise zugefügt erhalten.

Wie wir im ersten Kapitel gesehen haben, stand Frankreich 1940 zum dritten Male vor einer ganz ähnlichen Katastrophe. Und da es in unserer Untersuchung hauptsächlich um diese letzte Herausforderung geht, müssen wir versuchen herauszufinden, was es war, das Frankreich im August und September 1914 vor einer Wiederholung des Debakels von 1870 bewahrte und – was hier noch wichtiger erscheint – vor einem Debakel, wie es im Mai und Juni 1940 geschehen sollte.

Die grösste Stunde der Dritten Republik 1914-1918

Vor allen Dingen zeichnete sich das Frankreich der Dritten Republik 1914 durch ein Volk und eine Regierung, die entschlossen und einig waren, und einen ebenso entschlossenen und umsichtigen Oberkommandierenden aus, der auch in den schwärzesten Augenblicken scheinbarer Ausweglosigkeit niemals seine Nerven oder sein Vertrauen in sich und seine Soldaten verlor.

Die Regierung übersiedelte zwar auf Anraten des Oberkommandos nach Bordeaux, um einer möglichen Gefangennahme zu entgehen, aber sie blieb – nach kurzer Panik in der letzten Augustwoche – einig und entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen. Das gleiche galt für das Volk. Und es galt für die Soldaten, ihre Offiziere, das Oberkommando und die Spitze der Pyramide: General Joffre; es galt trotz des überstürzten Rückzugs der ersten drei Wochen, trotz einer raschen Niederlage nach der anderen, trotz gewaltiger Verluste an Toten und Verwundeten.

Wie später im Jahre 1940, so wurde auch 1914 der deutsche Hauptstoss aus einer Richtung geführt, aus der ihn die französischen Generäle am wenigsten erwartet hatten. Sie wurden zwar rechtzeitig gewarnt und darauf hingewiesen, woher der deutsche Angriff höchstwahrscheinlich erfolgen würde, aber sie glaubten den Warnungen nicht. Ausserdem hatten sie eigene Pläne für gewaltige Offensiven an Stellen, die sie sich ausgesucht hatten.

Die Strategie des deutschen Generalstabs für einen raschen Sieg über Frankreich, nach dem dann die Russen erledigt werden sollten, wurde schon seit langem von den Lehren des Grafen Alfred von Schlieffen beherrscht. Er war von 1891 bis 1906 Chef des deutschen Generalstabs und hinterliess seinen Nachfolgern einen Plan, der später unter der Bezeichnung «Schlieffen-Plan» bekannt werden sollte. Während die Front gegen Russland, das nicht so rasch mobilisieren konnte, von nur neun Divisionen gehalten werden sollte, wollte man das Gros der deutschen Armee – insgesamt sieben Achtel – gegen Frankreich einsetzen. Wie im französisch-preussischen Krieg sollte es ein kurzer Feldzug von höchstens sechs Wochen werden, an dessen Ende – wie schon 1870 – die Vernichtung sämtlicher französischer Armeen sowie der kleinen britischen Streitmacht stehen sollte, falls England unklug genug war, sich in den Krieg verwickeln zu lassen. Danach sollte die Masse der deutschen Armee in Stärke von einer Million Mann mit Zügen an die Ostfront geworfen werden, um in ähnlicher Weise die schwerfälligen Russen zu schlagen, die dann gerade erst ihre Armeen aufmarschieren liessen.

Das Kernstück des Schlieffen-Plans war die Konzentration übermächtiger Kräfte auf dem rechten Flügel. Sie sollten durch die Pforte von Lüttich-Namur nach Belgien einfallen, nach Westen zum Kanal Vordringen («der rechte Flügelmann soll den Kanal mit seinem Ärmel streifen», hatte Schlieffen geraten), sodann in rechtem Winkel über Somme und Seine nach Süden vorstossen und schliesslich südlich von Paris nach Osten einschwenken, um die französischen Armeen vor ihren Festungen an der Grenze nach Elsass-Lothringen aufzurollen. Schlieffen entwickelte diesen Plan zuerst im Jahre 1894 und vervollkommnete ihn dann immer weiter, bis die endgültige Version 1905, ein Jahr vor seiner Pensionierung, fertig war. Die Verletzung der durch sein eigenes Land und die anderen Grossmächte feierlich garantierten Neutralität Belgiens kümmerte Schlieffen ebensowenig wie seine unmittelbaren Nachfolger oder seine späteren Berliner Nachfolger 1940. Als er 1913 achtzigjährig am Vorabend des Weltkriegs starb, galt sein letzter Gedanke der Strategie für einen siegreichen Vormarsch durch Belgien. Er soll noch auf dem Totenbett gemurmelt haben: «Macht mir den rechten Flügel stark!»

Sein Nachfolger General Helmuth von Moltke, Namensvetter und Neffe des Feldmarschalls, der die Franzosen 1870 vernichtend geschlagen hatte, beachtete diese letzten Worte – aber nicht ganz. Er konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Plan seines Lehrmeisters dadurch etwas zu verwässern, dass er einige Divisionen vom deutschen rechten Flügel abzog und mit ihnen den linken Flügel in Elsass-Lothringen, gegenüber den französischen Festungen, verstärkte. Er glaubte dadurch in der Lage zu sein, von beiden Flanken her vorgehen zu können, wie es Hannibal im Jahre 216 v. Chr. bei Cannae in der Schlacht gegen Rom getan hatte. So trug er mit dazu bei, die spätere Katastrophe vorzubereiten. Während Schlieffen darauf bestanden hatte, der rechte Flügel müsse siebenmal so stark sein wie der linke, senkte Moltke dieses Verhältnis 1913 bis auf drei zu eins herab. Dennoch sah sein abgeänderter Schlieffen-Plan ein ebenso rasches Vordringen des rechten Flügels vor wie der ursprüngliche Plan. Der Weg an Lüttich vorbei sollte am zwölften Tag nach der Mobilmachung freigekämpft sein, Brüssel am 19. Tag erobert werden, am 22. Tag war die französische Grenze zu überqueren, am 31. musste eine östlich von Saint-Quentin verlaufende Linie erreicht und am 39. Tag die gesamte französische Armee südlich und östlich von Paris aufgerieben sein. Ein Sechs-Wochen-Krieg, genau wie 1870 (und wie 1940, um den Ereignissen ein wenig vorzugreifen!).

Trotz zahlreicher Warnungen wollte das französische Oberkommando einfach nicht glauben, dass der deutsche Hauptstoss durch Belgien hindurch erfolgen würde. Schon 1904, als Schlieffen noch letzte Hand an seinen Plan legte, war sein Inhalt von einem deutschen Generalstabsoffizier an die französische Armee verraten worden. Daraus ging die Absicht der Deutschen hervor, mit der Hauptstreitmacht über Lüttich, Namur und Charleroi in Belgien vorzustossen und dann entlang des Tals der Oise in Frankreich einzudringen. Genauso geschah es dann auch zehn Jahre später. Der damalige französische Generalstabschef, General Pendezac, war geneigt, die gekauften Geheimunterlagen ernst zu nehmen, aber seine Kollegen zeigten sich skeptisch. Sie hielten den Plan möglicherweise für Spielmaterial. Später gelangten General Joffre, der neue Generalstabschef,

und Général de Castelnau, seine fähige rechte Hand, zu der Überzeugung, der deutsche Hauptstoss werde über das Plateau von Lothringen erfolgen. Sie glaubten nicht, dass die Deutschen genügend Kampftruppen hätten, um ihre Frontlinie westlich bis nach Belgien ausdehnen zu können. Sie wussten nicht, dass man in Deutschland schon längst dem Drängen Schlieffens nachgegeben und ein revolutionär neues Konzept in die moderne Kriegführung übernommen hatte: die Verwendung von Reserveeinheiten als Fronttruppen. Wie wir gesehen haben, wiesen die Franzosen die Idee weit von sich, Reserveeinheiten könnten im eigentlichen Kampf viel taugen.

Wir haben ferner gesehen, dass zumindest ein führender französischer General einen Hauptangriff der Deutschen über Belgien befürchtete *. Es war General Michel. Als vorgesehener Oberkommandierender für den Fall eines Krieges hatte er in einem 1911 eingereichten Bericht vorausgesagt, dass ein massierter deutscher Angriff über Belgien erfolgen werde, und empfahlen, ihn mittels einer französischen Armee von einer Million Mann abzufangen, die sich entlang einer Linie zwischen Verdun und Antwerpen und weiter südlich über Namur an der Maas eingraben sollten. Für die anderen Generäle war dieser Gedanke aus zwei Gründen reine Blasphemie: erstens sah er einen deutschen Angriff an einer Stelle vor, an der er nach ihrer Meinung unter keinen Umständen erfolgen konnte; zweitens würde er die französischen Armeen in die Defensive drängen, während das ganze Denken in der neuen Armee auf Offensive ausgerichtet war. In ihren Augen wurde General Michels Irrtum dadurch noch schwerwiegender, dass er eine Verdoppelung der französischen Fronttruppen verlangte, indem jede reguläre Einheit durch eine Reserveeinheit verstärkt werden sollte. Genau das taten die Deutschen damals, doch auch das wollten die Franzosen nicht wahrhaben. Es wurde bereits erwähnt, dass man General Michel wegen seiner «Ketzerei» als Dummkopf abtat – wobei er doch, wie die Ereignisse noch beweisen sollten, völlig recht hatte **. Er wurde durch Joffre ersetzt, der zusammen mit seinen neuen Adjutanten, insbesondere Foch und Castelnau, Michels Empfehlungen als «Albernheiten» beiseiteschob und neue Pläne entwickelte, die eine Offensive der französischen Armeen in Elsass-Lothringen vorsahen und die belgische Grenze praktisch unverteidigt liessen.

Diese Planungen waren im «Plan XVII» zusammengefasst. Er wurde im Frühjahr 1913 fertig und sah zwei Hauptangriffsrichtungen vor: eine nördlich und die andere südlich der deutschen Festungslinie Metz-Diedenhofen, wobei der zweite Stoss durch einen Angriff noch weiter südlich ins Elsass unterstützt werden sollte, mit dem die Franzosen den Rhein erreichen und innerhalb der ersten Wochen eine der beiden verlorenen Provinzen zurückerobern wollten. In dem Plan wurde betont, dass die Franzosen auf der ganzen Front die Offensive ergreifen müssten. «Wir müssen über Mainz nach Berlin marschieren», sagte General Foch, jetzt Kommandeur des XX. Korps in Nancy, 120 Meilen von der Stadt

* Siehe hier Fussnote **, S. 82.

General Michel war nicht der einzige französische Offizier, der später recht behalten sollte. 1913 veröffentlichte Oberst Grouard ein Budi unter dem Titel *La Guerre Eventuelle*. Darin warnte er: „Wir sollten unsere Aufmerksamkeit vor allen Dingen auf die deutsche Offensive über Belgien richten . . . Wenn wir von vornherein die Offensive ergreifen, werden wir geschlagen werden.“

am Rhein entfernt. Alles in allem wollten die Franzosen fünf Armeen aufmarschieren lassen (gegenüber sieben deutschen), deren Frontlinie sich von Belfort im Elsass, nahe der Schweizer Grenze, bis hinauf nach Hirson, rund hundert Meilen weiter nördlich an der französisch-belgischen Grenze, erstrecken sollte. Damit blieben zwei Drittel dieser Grenze zwischen Hirson und dem Ärmelkanal ungedeckt, nämlich genau der Bereich, für den General Michel eine Konzentration der Hauptmacht verlangt hatte.

In der dritten Augustwoche des Jahres 1914 war das Gros der deutschen Armee dann tatsächlich bei den belgischen Festungen Lüttich und Namur durchgestossen und stürmte westlich von Hirson über die belgisch-französische Grenze. Zwischen ihren vordringenden Kolonnen und Paris lag nur wenig, was sie noch aufhalten konnte – nur die stark angeschlagene französische fünfte Armee und die fünf Divisionen des britischen Expeditionskorps, und beide waren im Rückzug begriffen. Für die Franzosen schien der Krieg schon verloren zu sein, noch ehe der erste Monat vorüber war.

Das «Wunder» an der Marne

Dann geschah das, was viele Historiker – nicht gerade sehr treffend oder genau – später das «Wunder an der Marne» nannten. Zur Überraschung beider Seiten sollte sich das Kriegsglück und damit der Verlauf des ganzen Krieges ebenso plötzlich wie dramatisch wenden. An den Ufern des kleinen Flüsschens Marne gleich östlich von Paris und an einer heissumkämpften Front, die sich 250 Meilen weit von Paris bis nach Elsass-Lothringen erstreckte, waren die französische erste und zweite Armee in einen erbitterten Kampf gegen Kronprinz Rupprechts Heeresgruppe verwickelt. Hier standen und kämpften die Franzosen, die von der kleinen, fünf Divisionen starken britischen Streitmacht unter Sir John French unterstützt wurden. Eigentlich hatte sich der britische Kommandeur ganz absetzen wollen. Vom 6. bis 13. September wütete die Schlacht an der Marne. Als sie begann, standen die Deutschen fast schon in Sichtweite von Paris und, wie es ihnen erschien, vor dem endgültigen, ruhmreichen Sieg. Eine Kavalleriepatrouille von General von Klucks erster Armee, die den Angriff auf der äussersten Flanke durch Belgien und Nordfrankreich angeführt hatte, war sogar schon so dicht an die Hauptstadt herangerückt, dass sie den Eiffelturm sehen konnte. Aber am Ende der Schlacht war der deutsche Angriff aufgehalten und zurückgeschlagen. Frankreich war noch einmal davongekommen, auch wenn die nördlichen Provinzen mit ihren Bergwerken und Fabriken in der Hand der Deutschen blieben. Der Kampf konnte weitergehen, vier lange Jahre hindurch, wie sich herausstellen sollte.

Fast überall auf der Welt, auch in Deutschland, hatte man den Eindruck, dass an der Marne ein Wunder geschehen sei. Bergson verglich es mit dem «Wunder» der Jeanne d'Arc. Die Wahrheit war zugleich prosaischer und komplexer.

Trotz der Bedrohung seiner linken Flanke durch die Deutschen hatte General Joffre hartnäckig auf der Befolgung seines Plans XVII bestanden. Also wurden bei Eröffnung der

Feindseligkeiten Angriffe im Elsass, in Lothringen und dann auch in den Ardennen ausgeführt. Alle drei Versuche schlugen fehl. Noch am 20. August, als die Deutschen bereits in Brüssel einmarschierten und allen bis auf die Generäle des französischen Oberkommandos längst klargeworden war, dass der deutsche Hauptangriff über Belgien erfolgte, bestand General Joffre, wie im Plan XVII vorgesehen, auf der Durchführung seiner Ardennenoffensive. Vermutlich nahm er an, ein Sieg im Zentrum werde die Deutschen dazu zwingen, ihre rechte Flanke zurückzunehmen. Aber der Angriff wurde innerhalb von drei Tagen von überlegenen deutschen Kräften zum Erliegen gebracht. Unterdessen stiessen drei deutsche Armeen über die französisch-belgische Grenze weiter nach Westen vor. Die französische fünfte Armee unter General Lanrezac (er hatte seit der ersten Kriegswoche vergebens versucht, Joffre klarzumachen, dass der schwerste deutsche Angriff über Belgien zu erwarten sei, und zwar gegen seine einzelne Armee) wurde am 22. und 23. August bei Charleroi von der zweiten und dritten deutschen Armee geschlagen und gezwungen, sich nach Süden über die französische Grenze abzusetzen. Am 23. August schlug General von Klucks mächtige erste Armee die zahlenmässig unterlegenen Briten bei Mons. Die französische Front war damit durchbrochen. Zwischen den Deutschen und Paris standen nur noch die fliehende, schwer mitgenommene französische fünfte Armee und ein kleines britisches Kontingent.

Endlich sah Joffre der Wirklichkeit ins Auge. Inmitten der Trümmer so vieler französischer Illusionen und Hoffnungen legte er nun einen Charakter an den Tag – Mut, kühlen Kopf, Entschlossenheit und den festen Willen, die Lage auch durch verzweifelte Massnahmen zu ändern –, der Marschall Bazaine 1870 gefehlt hatte und den man erst recht nicht bei Gamelin und Weygand finden konnte, als sich diese beiden illustren Generäle 1940 in der gleichen scheinbar hoffnungslosen Lage befanden. Wo sie in Panik gerieten, erstarrten oder aufgaben, blieb er ruhig, gesammelt, entschlossen, sogar zuversichtlich. Ohne diesen Mann und seinen unerschütterlichen Mut angesichts einer erdrückenden Notlage hätte Frankreich den September 1914 nicht überstanden. Hätte Joffre dazu noch über einen schärferen und flexibleren Verstand verfügt, so wären wohl einige der Fehler vermieden worden, die während des ersten Kriegsmonats begangen wurden. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass seine Charakterstärke und seine erstaunliche Unerschütterlichkeit die französischen Armeen bei der Stange hielten, als sie schon im Begriffe waren, sich aufzulösen.

Bei der entscheidenden Prüfung wurde er von einem anderen bemerkenswerten General unterstützt: Joseph Simon Gallieni, der in seiner Bescheidenheit den Posten abgelehnt hatte, den Joffre 1911 erhielt. Aus Gesundheitsgründen hatte er im April 1914, bei Erreichen der Altersgrenze von fünfundsechzig Jahren, seinen Abschied vom aktiven Militärdienst genommen. Am 25. August wurde er plötzlich wieder geholt und zum Militärgouverneur von Paris ernannt. Er sollte sein möglichstes tun, die Hauptstadt gegen die anrückenden Deutschen zu verteidigen.

Gallieni war einer der intellektuelleren Generäle in der französischen Armee. Mit seinem unvermeidlichen Kneifer auf der Nase hätte man ihn eher für einen Mathematikprofes-

sor an der Universität halten können. Er befasste sich unter anderem mit Sprachstudien und führte ein Tagebuch in Deutsch, Englisch und Italienisch; er nannte es *Erinnerungen of my life di ragazzo*. Er hatte sich seine Lorbeeren hauptsächlich bei der Eroberung von Kolonien für Frankreich erworben und war als Held von Madagaskar gefeiert worden. Rascher von Begriff als Joffre, erkannte er als erster die Möglichkeiten, die sich aus Fehlern der Deutschen ergaben und die dann zur Schlacht an der Marne führen sollten. Gegen Joffres Widerstand hatte er darauf bestanden, dass es äusserst wichtig sei, mit allen verfügbaren Mitteln Paris zu halten – nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch weil die Hauptstadt Gehirn und Seele des Landes war, sein Nachrichten- und Verkehrszentrum, ein fast unerschöpfliches Depot, und weil ihre Industrieanlagen einer der Hauptlieferanten für kriegswichtige Güter waren. Er hatte sich gegen starke Kräfte in der Regierung und sogar im Oberkommando gestemmt, die – ähnlich wie Weygand später im Jahre 1940 – in den letzten Augusttagen Paris zur offenen Stadt erklären wollten, um ihr Verwüstungen zu ersparen. Am 3. August, einen Tag nach dem Rückzug der Regierung nach Bordeaux, tauchte an den Mauern der Hauptstadt folgendes Plakat auf:

Die Mitglieder der Regierung der Republik haben Paris verlassen, um der nationalen Verteidigung einen neuen Impuls zu geben. Ich habe Befehl, Paris gegen den Eindringling zu verteidigen. Diesen Befehl werde ich bis zum Ende ausführen.

Gallieni

Mit der Energie eines weitaus Jüngeren und trotz seiner Krankheit – er litt unter Prostatitis – machte sich Gallieni, zunächst ohne grosse Unterstützung durch Joffre, daran, Soldaten und Waffen zu organisieren und die Verteidigung von Paris vorzubereiten *. Aber genau wie Joffre blieb er für bessere Lösungen aufgeschlossen: nämlich den deutschen Koloss, der sich auf die Hauptstadt zuwälzte, aufzuhalten und zurückzuwerfen, ehe die Grossstadt selbst angegriffen werden konnte. Diese Möglichkeit ging ihm plötzlich am 3. September auf. Er überredete den weniger einsichtigen Joffre, sie zu ergreifen.

Der unerschütterliche Oberkommandierende war auch nicht untätig gewesen und hatte einiges getan, um dem deutschen Angriff an seiner äussersten linken Flanke zu begegnen. Seit mehreren Tagen hatte er trotz des grossen Risikos von den hart bedrängten Armeen im Osten ganze Armeekorps abgezogen, sie per Bahn rasch quer durch Frankreich geschleust und in der Umgebung von Paris neu aufgestellt. Aus diesen Divisionen und den letzten noch verfügbaren Reserveeinheiten hatte er zwei neue Armeen gebildet: die sechste Armee unter General Michel Joseph Maunoury, die er auf der äussersten Flanke links von den Briten einsetzte, und die neunte Armee unter General Foch, mit der eine klaffende Lücke zwischen der vierten und fünften Armee geschlossen wurde. Diese waren von der vorstossenden ersten und zweiten Armee der Deutschen schwer angeschlagen worden, und zwar schon seit drei Wochen. An dem Tage, an dem Foch zur Übernahme seines

* Unter ihnen befand sich auch der inzwischen fünfundfünfzigjährige Major Alfred Dreyfus. Er wurde der Artillerie, seiner alten Waffengattung, zugeteilt. Das war die endgültige Ehrenrettung des Märtyrers.

neuen Kommandos sein geliebtes XX. Armeekorps verliess, das bei Nancy so tapfer und erfolgreich kämpfte, erhielt er die Nachricht, dass sein einziger Sohn in der Schlacht gefallen war. Unterwegs zu seinem neuen Posten, nahm er in aller Hast auf einer Bahnstation einen Kavallerieoffizier mit, der Chef seines improvisierten Stabes werden sollte. Es war Oberst Maxime Weygand, der später Chefadjutant des künftigen alliierten Generalissimus werden und die französischen Armeen in den letzten Wochen des grossen Debakels von 1940 befehligen sollte.

Auf diese Weise hatte Joffre wenigstens das zahlenmässige Gleichgewicht zu dem auf Paris vorrückenden Feind hergestellt. Der erste ernsthafte strategische Fehler der Deutschen in diesem Krieg bot ihm die Gelegenheit dazu. Am letzten Augusttag änderte General von Kluck, Befehlshaber der ersten Armee an der deutschen Flanke, der laut Befehl westlich und südlich an Paris vorbeimarschieren sollte, seine Stossrichtung und beschrieb einen Bogen nach innen, um in den *Norden* und *Osten* von Paris zu gelangen. Er nahm an, die kleine britische Armee genau vor ihm sei erledigt und die Franzosen würden nicht über genügend Kräfte verfügen, um seine Flanke im Westen zu umgehen. Er war sicher, die Überreste der französischen fünften Armee östlich von Paris aufzureiben und so den Krieg rasch und siegreich beenden zu können.

Klucks erste Armee, deren weit ausholende Flankenbewegung quer durch Belgien und Nordfrankreich hindurch der Schlüssel zum Erfolg des abgewandelten Schlieffen-Plans gewesen war und die bisher ihre Aufgabe so hervorragend erfüllt hatte, sah sich plötzlich in der Flanke umfasst. Das erkannte der deutsche Befehlshaber allerdings nicht gleich. Aus Befehlen, die einem gefallenem Kavallerieoffizier abgenommen wurden, erfuhr das französische Oberkommando schon am nächsten Tage, dem 1. September, von Klucks Abschwanken nach Südosten. Doch Joffre erkannte nicht sofort die Chance, die sich ihm hier bot: Kluck in die ungeschützte westliche Flanke zu fallen. Am 2. September befahl er den weiteren Rückzug bis an die Seine südöstlich von Paris. Hier wollte er, wie er sagte, «innerhalb weniger Tage» seine endgültige Frontlinie ausbauen und den Feind nach Möglichkeit Zurückschlagen.

Gallieni war ausser sich. Joffre war im Begriff, die Hauptstadt zu opfern, und schien in seinen Augen die Gelegenheit nicht erkennen zu wollen, den Deutschen in die Flanke zu fallen. Joffre hatte ihn zwar nicht über die am 1. September erbeutete Meldung von Klucks Wechsel der Marschrichtung unterrichtet, aber Gallieni hatte aus eigenen Quellen Wind davon bekommen. Am Morgen des 3. September wurde diese Meldung einwandfrei durch den Bericht eines französischen Piloten bestätigt, der Klucks Marschkolonnen überflogen und festgestellt hatte, dass sie in südöstlicher Richtung auf die Marne zu vorzudrängen und nicht nach Paris. Noch am selben Tage brachten ein zweiter französischer und zwei britische Piloten weitere Bestätigungen der gleichen Nachricht mit. Die deutsche Flanke war entblösst. Nun musste Gallieni nur noch Joffre davon überzeugen und ihn dazu bringen, diesen Vorteil auszunutzen, solange es noch an der Zeit war. Obgleich es nicht gerade seine, sondern Joffres Aufgabe war, musste er auch die Briten überzeugen, die zwar genauso angeschlagen wie die französische fünfte Armee und von ununter-

brochenem Kampf und Rückzug völlig ausgepumpt waren, aber unmittelbar südlich der Marne eine entscheidende Stellung innehatten. Er wusste, dass Sir John French, der britische Kommandeur, so entmutigt war, dass er das Expeditionskorps aus der Schlacht nehmen wollte und daran dachte, sich auf eigene Faust ans Meer zurückzuziehen und die Franzosen sitzenzulassen. Dann wäre der deutsche Sieg sicher gewesen. Aber wenn man die britischen Expeditionstreitkräfte dazu bringen konnte, ihre Stellungen zu halten und zu kämpfen, dann mochten sie, flankiert von der fünften und sechsten Armee, bei aller Kampfschwäche das Blatt noch wenden, wenn auch die französischen Armeen weiter östlich standhielten und zum Gegenangriff antraten. Die Luftaufklärung am frühen Morgen des 4. September zeigte Gallieni, dass Klucks Flanke nun völlig ungedeckt einem Angriff der vereinigten französisch-britischen Kräfte ausgesetzt war. Ohne Joffres Zustimmung abzuwarten, erteilte er Maunoury den vorläufigen Befehl, die sechste Armee in die Ausgangsstellung für einen Angriff in Klucks Rücken zu bringen. Sodann wandte er sich der nicht gerade leichten Aufgabe zu, seinen Oberkommandierenden und die britischen Verbündeten dazu zu überreden, im gegebenen Augenblick ihre Rollen zu spielen.

Nach zahlreichen telefonischen Bitten brachte Gallieni am selben Abend Joffre dazu, den grossen Gegenangriff für den 6. September zu befehlen. (Später sollte er darüber witzeln: «Die eigentliche Marne-Schlacht wurde am Telefon ausgefochten.») Noch am 4. September war er ins britische Hauptquartier gereist, hatte aber Sir John nicht angetroffen und bei seinem Stab nichts erreicht. Etwas später am selben Tage kam General Franchet d'Esperey, der energische neue Kommandeur der fünften Armee, der gerade Lanrezac abgelöst hatte, ein Stück weiter. Sir John liess sich zwar bei dem verabredeten Treffen wieder nicht blicken, doch sein Stellvertreter, General Henry Wilson, erklärte sich bereit, das Expeditionskorps an dem entscheidenden Gegenangriff in Richtung auf die Marne teilnehmen zu lassen. Dennoch hatte das französische Oberkommando den Eindruck, dass Sir John French immer noch zögerte. So reiste Joffre am Nachmittag des 5. September, am Vorabend der geplanten Schlacht, die – das war jetzt auch Joffres Überzeugung – das Schicksal Frankreichs entscheiden sollte, persönlich die 180 Kilometer ins britische Hauptquartier in Melun südöstlich von Paris. Er wollte einen letzten Versuch unternehmen, den britischen Oberkommandierenden doch noch zur Teilnahme an dem Gegenangriff am folgenden Morgen zu veranlassen. Nun sollte sich Joffres Beredsamkeit erweisen. Seine phlegmatische Art war verschwunden. Er sprach voller Leidenschaft und mit deutlichen Gesten, die sonst gar nicht seine Art waren.

«Ich kann einfach nicht glauben», sagte er, «dass sich die britische Armee weigern wird, in dieser schweren Krise ihre Pflicht zu tun.» Er schlug – vielleicht das erste und letzte Mal in seinem Leben – mit der Faust auf den Tisch und rief: «*Monsieur ,le Maréchal* (General French war Feldmarschall), die Ehre Englands steht auf dem Spiel!» Der Engländer lief dunkel an, und Tränen traten ihm in die Augen. Er erklärte sich bereit, den Rückzug des Expeditionskorps abzubrechen und seine Truppen am folgenden Tag in die Schlacht zu werfen.

Diese Schlacht, die als die erste Schlacht an der Marne in die Geschichte einging (es sollte 1918 noch eine zweite geben, als die Deutschen in einem letzten verzweifelten Versuch doch noch einmal die Hand nach dem Sieg ausstreckten), wurde von den Alliierten gewonnen. Im Verlauf von vier heissen, staubigen Septembertagen verwandelten sie die fast schon sicher erscheinende endgültige Niederlage in einen Sieg. Die scheinbar so unbesiegbare deutsche Militärmacht fand just in dem Augenblick ihren Meister, als die Eindringlinge den Triumph schon greifbar nahe glaubten. In der Stunde der Wahrheit, in dieser Schlacht, wurde die deutsche Armee aufgehalten und zurückgeschlagen. Das war nicht, wie man solange geglaubt hatte, ein Wunder. Es war die logische Folge von Fehlern auf deutscher Seite, die begangen wurden, weil einige Truppenkommandeure – allen voran Kluck – allzu zuversichtlich wurden, weil eine Handvoll französischer Generäle, vor allem Gallieni und Joffre, inmitten des scheinbaren Debakels einen kühlen Kopf behielten und diese Fehler ausnutzten und weil ihre Soldaten, Franzosen wie Briten, trotz aller Enttäuschungen und Strapazen von drei Wochen verlorener Schlachten und ständiger Rückzüge noch einmal die letzten Kraftreserven zusammenrafften und dadurch in der Lage waren, zum ersten Male gegen einen bisher weit überlegen erscheinenden Feind zur Offensive überzugehen. Wenn es wirklich ein Wunder an der Marne gegeben hat, so ist es im Kampfgeist der erschöpften anglo-französischen Truppen zu suchen.

Das begriff später auch der geschlagene Kluck, der eine so schlechte Meinung von seinen Gegnern gehabt hatte, nachdem sie sich wochenlang hatten so leicht von ihm zurückdrängen lassen. Unter Bezug auf die Ereignisse an der Marne erklärte er 1918: «Der Grund, der bedeutsamer ist als alle anderen, ist die ausserordentliche und einzigartige Fähigkeit des französischen Soldaten (und des britischen, hätte er hinzufügen können), sich rasch zu erholen. Dass Männer sich töten lassen, wo sie stehen, ist eine wohlbekannte Tatsache – damit wird in jedem Schlachtenplan gerechnet. Doch dass Männer, die zehn Tage lang zurückgegangen sind, auf der Erde geschlafen haben und halb tot sind vor Müdigkeit, noch in der Lage sein würden, ihre Gewehre aufzunehmen und anzugreifen, wenn das Signal erklingt, damit haben wir niemals gerechnet. Diese Möglichkeit stand in unseren Kriegsschulen nicht auf dem Stundenplan².»

Wenn der kriegserische Befehlshaber der wichtigen deutschen ersten Armee schon vom *elan* des französischen Soldaten überrascht wurde, dann traf die plötzliche alliierte Gegenoffensive das deutsche Oberkommando noch unvorbereiteter. Das bestätigte später General von Kühl, Klucks Stabschef:

Weder die Oberste Heeresleitung noch der Stab der ersten Armee hatten die entfernteste Ahnung, dass eine direkte Offensive der gesamten französischen Armee unmittelbar bevorstand. Die Fortsetzung des französischen Rückzugs wurde als selbstverständlich betrachtet. Es wurde lediglich die Frage aufgeworfen, ob unsere Flanke nicht von Paris aus bedroht werden könnte... Die grosse Offensive an der ganzen Front... kam völlig

überraschend. Nicht ein Anzeichen, kein Wort von Gefangenen, kein Zeitungsartikel hatte uns darauf hingewiesen³.

Für diese Überraschung war hauptsächlich General Joffre verantwortlich. Im Gegensatz zu Bazaine 1870 (und Gamelin und Weygand 1940) hatte er sich auf den geordneten Rückzug verstanden und den Bestand seiner Armeen gesichert. Dass seine Armeen am linken Flügel geschlagen und zurückgedrängt wurden, lag daran: Er hatte zunächst trotz Lanrezacs rechtzeitiger Warnungen nicht erkannt, dass der entscheidende deutsche Vorstoss durch Belgien erfolgen würde. Mit der geordneten Rückführung seiner Truppen hatte er seinen Fehler teilweise wiedergutmacht. Seine fünfte Armee, die vom deutschen Angriff hauptsächlich betroffen wurde und schwere Verluste erlitt, war dabei weder aufgerieben noch abgeschnitten worden. Seine vierte und dritte Armee weiter rechts waren parallel zum Rückzug der fünften Armee und des britischen Expeditionskorps zurückgenommen worden. So hatte es weder einen deutschen Durchbruch wie 1940 noch eine Einkesselung wie 1870 gegeben.

General von Moltke, der trotz seiner Siege so düster und unsicher war, wie Joffre bei seinen Niederlagen aufgeräumt und zuversichtlich blieb, sass in seinem neuen Hauptquartier in Luxemburg, weit hinter der turbulenten Front. Gegen Ende August begann er die allgemeine Lage zu überblicken, ganz im Gegensatz zu seinen Truppenkommandeuren an der Front, von denen ein jeder an seinem Abschnitt nach eigenem Ruhm strebte. «Wo bleiben die Gefangenen?» fragte er immer wieder, als ihm ein Frontgeneral nach dem anderen meldete, die Franzosen seien erledigt. Am 3. September erreichte General von Bülow, Kommandeur der zweiten Armee an Klucks östlicher Flanke, die Marne und telegraphierte an Moltke, die französische fünfte Armee sei «entscheidend geschlagen» und befinde sich «südlich der Marne auf dem völlig ungeordneten Rückzug». Am nächsten Tag meldete Kluck, er habe aus Paris nichts zu befürchten.

Moltke wusste es besser. Er wusste nämlich etwas, worüber Kluck und Bülow noch nicht unterrichtet waren: dass Joffre im Zuge eines geschickt durchgeführten Rückmarsches mehrere Armeekorps von der östlichen Front in die Nähe von Paris verlegt hatte und dass die rechte Flanke der deutschen Front in Gefahr war. «Wir wollen uns nichts vormachen», sagte Moltke am 4. September zu dem Staatssekretär Hellferich, der sein Hauptquartier besuchte. «Wir haben Erfolge gehabt, aber wir haben noch nicht gesiegt... Wenn sich Millionenheere gegenüberstehen, dann hat der Sieger Gefangene. Wo sind unsere Gefangenen?... Auch die verhältnismässig geringe Zahl der erbeuteten Geschütze zeigt mir, dass die Franzosen sich planmässig und in Ordnung zurückgezogen haben.»

Das jedenfalls war seine Einschätzung der Lage. Noch am selben Abend handelte Moltke auch entsprechend – zum Entsetzen seines Kaisers, der im Hauptquartier herumstolzte, den obersten Kriegsherrn spielte und seinem kommandierenden General im Wege stand, und zur Verblüffung seiner Truppenkommandeure draussen an der Front. Er erliess Befehle, die grosse Umfangsbewegung seiner Armeen abubrechen. Er wies die erste und zweite Armee an, nicht südlich der Marne weiter vorzudringen, sondern nach

Westen, in Richtung auf Paris, um so die deutsche Flanke gegen einen Angriff aus der Hauptstadt abzuschirmen. Er sagte seinen Truppenkommandeuren ins Gesicht, was sie nicht hatten wahrhaben wollen: «Der Feind ist den Umklammerungsangriffen der ersten und zweiten Armee entronnen. Er stellt neue Einheiten auf und konzentriert in der Umgebung von Paris überlegene Streitkräfte, um die Hauptstadt zu schützen und die rechte Flanke der deutschen Armeen zu bedrohen.»

Auch das stimmte, und Moltkes Befehle zur Bereinigung dieser Situation waren vernünftig. Doch diese Befehle erfolgten zu spät. Kluck, der sie kaum glauben wollte, widersetzte sich ihnen zunächst. Joffre hatte zur Überraschung der Deutschen jetzt, am Abend des 5. September, tatsächlich eine zahlenmässige Überlegenheit genau an der Stelle geschaffen, wo er sie brauchte. Zwischen Verdun und Paris, wo er am folgenden Tag zum Angriff antreten wollte, verfügte er über 56 Infanteriedivisionen, darunter 5 britische, sowie über 9 Kavalleriedivisionen. Die Deutschen hatten 44 Infanterie- und 7 Kavalleriedivisionen.

Joffre hatte es, wie Moltke schliesslich zugeben musste, mit kühlem Kopf fertiggebracht, einen planmässigen und geordneten Rückzug durchzuführen. Dabei blieben seine Armeen intakt. Als er dann den strategischen Plan der Deutschen durchschaute, hatte er erfolgreich zu dem klassischen Manöver gegriffen, das so alt ist wie der Krieg selbst: Er hatte dafür gesorgt, dass er am Ort der Entscheidungsschlacht über die zahlenmässige Überlegenheit verfügte. Als ihm der Feind dann aufgrund von Klucks voreiligem Einschwenken nordöstlich von Paris die Flanke darbot, schlug er – gedrängt von Gallieni – zu.

Kluck wurde am Nachmittag des 5. September, am Tag vor Joffres vorgesehenem Termin, durch eine Vorhut von Maunourys improvisierter sechster Armee an der kaum geschützten Flanke angegriffen und sah sich gezwungen, seine Armee eilig aus der Gegend südlich der Marne zurückzunehmen, um dieser unerwarteten Drohung zu begegnen. Dabei öffnete er eine Lücke zwischen sich und Bülow's zweiter Armee, die bald 50 Kilometer breit wurde. In diese klaffende Lücke stiess das kleine, aber strategisch placierte britische Expeditionskorps, unterstützt vom Gros der fünften Armee des Generals d'Esperey, vor. Rechts von der fünften Armee musste Fochs improvisierte neunte Armee die Hauptwucht mehrerer schwerer deutscher Angriffe hinnehmen, die von der dritten und von Teilen der zweiten Armee zwischen Marne und Seine vorgetragen wurden. Während dieses Teils der Schlacht schickte der spätere alliierte Generalissimus eine berühmt gewordene Meldung an Joffre: «Werde auf meiner rechten und linken Flanke zurückgeschlagen. Greife in der Mitte an.» Er hielt aus und entledigte sich so seines wichtigen Auftrags, die Flanke des alliierten Hauptangriffs weiter westlich zu decken.

Weiter östlich, beiderseits von Verdun und an der Mosel in Lothringen, hatte Moltke seinen dortigen vier Armeen die Fortführung des Angriffs befohlen, während die erste und zweite Armee nahe Paris zum Stehen kamen. An diesem östlichen Frontabschnitt tobten schwere Kämpfe, aber die Franzosen hielten hartnäckig ihre Front, obgleich sie um jene Einheiten geschwächt waren, die Joffre für die Marne abgezogen hatte. Die Schlacht wurde an Marne und Ourcq östlich der Hauptstadt entschieden.

Der Höhepunkt wurde am vierten Tag, dem 9. September, erreicht. An diesem Morgen geriet an der äussersten Flanke Maunourys sechste Armee in Schwierigkeiten, als sich die gesamte Kluck-Armee, die sich aus dem Gebiet südlich der Marne an die Ourcq zurückgezogen hatte, angriff. Hier geschah in diesem Augenblick etwas, das zu einer der grossen Legenden aus der Schlacht an der Marne werden sollte: dass sie nämlich von Gallieni berühmter «Taxi-Armee» gewonnen wurde, die von Paris aus an die gefährdete Front geworfen wurde. Aber auch die Tatsachen sind interessant und dramatisch genug. Maunoury wurde bereits am 8. September hart bedrängt, als Kluck immer stärkere Einheiten seiner Armee gegen ihn ins Feld schickte. Maunoury hatte nur sieben Divisionen, davon vier hastig zusammengestellte zweitklassige Reservedivisionen; er rief verzweifelt nach Verstärkung. Gallieni verfügte über das iv. Korps, das gerade mit der Eisenbahn aus dem Osten in Paris eintraf. Er beschlagnahmte 600 Taxis und ein buntes Gemisch von Omnibussen und Lastwagen, packte 6'000 Mann des Korps hinein und schickte sie zur Verstärkung der sechsten Armee an den bedrohten Frontabschnitt. Die Taxis unternahmen in einer Nacht zweimal die 50-Kilometer-Fahrt und beförderten die Soldaten, die anderen Fahrzeuge schafften ihre Ausrüstung herbei. Aus dieser brillanten Improvisation, die Maunoury eine wesentliche Entlastung verschaffte – er wurde auch durch die schweren Geschütze der Pariser Forts unterstützt –, entstand die übertriebene Legende von den «Taxis der Marne».

Unterdessen stiessen das britische Expeditionskorps und die französische fünfte Armee in die Lücke zwischen der deutschen ersten und zweiten Armee hinein. Ihr Vormarsch wurde durch die eigene Erschöpfung nach vierzehn Tagen ununterbrochenen Rückzugs und ständiger Kämpfe, durch die Notwendigkeit, über drei Flüsse Brücken schlagen zu müssen (den Grand und Petit Morin und die Marne, die so tief waren, dass man sie nicht über Furten überqueren konnte), und den hartnäckigen Widerstand der Deutschen verlangsamt. Aber am Morgen des 9. September erreichten sie oberhalb und unterhalb von Château Thierry die Marne und überquerten sie.

Der drohende Durchbruch zwischen ihren beiden Armeen veranlasste Kluck und Bülow kurz nach Mittag, den allgemeinen Rückzug bis an die Aisne zu befehlen. Die Lücke zwischen ihnen blieb zwar bis zum nächsten Tag bestehen, aber die Franzosen und Briten waren zu erschöpft und wahrscheinlich auch zu vorsichtig, um diese Chance voll auszunutzen. Die ebenso abgekämpften Deutschen konnten sich halbwegs geordnet und ohne wesentliche Bedrängnis zurückziehen. So entgingen sie der Katastrophe, verloren aber 30'000 Mann an Gefangenen. Am 13. September waren die Kämpfe dann abgeflaut. Die Deutschen hielten allen Versuchen der Alliierten stand, sie von der Aisne zu verdrängen. Weiter östlich wurden die Armeen zurückgenommen, um die Front zu begradigen.

Am nächsten Tage, dem 14. September, wurde Moltke entlassen. Die Vierzehntagefrist für Frankreichs Niederwerfung war abgelaufen. 1870 hatte diese Frist ausgereicht, die französischen Armeen zu vernichten, und sie sollte sich auch 1940 als hinreichend erweisen. Aber 1914 stand am Ende dieser Frist eine Niederlage der Deutschen.

Paris und damit auch Frankreich waren gerettet, die Deutschen aufgehalten und zurückgeworfen, die Legende ihrer Unbesiegbarkeit zerstört. Sie hatten kühn und mit ungeheuren Anstrengungen nach dem Sieg gegriffen und ihn fast auch erlangt, aber dann war er ihnen durch die Finger geglitten. Besser sollte es ihnen auch während der langen vier Jahre des Stellungskrieges nicht ergehen; nur einmal, vier Jahre später, sollten sie noch einmal an derselben Marne dicht vor einem Sieg stehen, aber auch dann mussten sie ihn sich wieder entreissen lassen. Darauf folgte die rasche und völlige Niederlage.

Sieg: Lang lebe die Republik!

Diese vier Jahre schrecklicher Prüfungen bedeuteten die grösste Stunde der Dritten Republik. Aus der Tiefe ihrer langen Geschichte und ihres Nationalcharakters schöpften die Franzosen Kräfte, die ausreichten, den Eindringling zurückzuschlagen. Die Briten hatten in den ersten entscheidenden Wochen dazu beigetragen, die Schlacht zu gewinnen, und sie sollten noch weitere Hilfe bringen, als das grausige Gemetzel die Männer des Landes immer mehr dezimierte. Gegen Ende des Krieges griffen noch die Amerikaner mit frischen Divisionen ein, um ihren erschöpften, ausgebluteten Verbündeten zu Hilfe zu kommen. Aber in der Hauptsache waren es doch die Franzosen, die in jener Septemberwoche 1914 von der Marne bis Verdun und Lothringen das Blatt wendeten. Und sie trugen auch bis zuletzt die Hauptlast des Kampfes.

Nicht einmal in den strahlendsten Zeiten der alten Monarchie und auch nicht unter Napoleon hatte sich Frankreich in einer Notlage so gross gezeigt wie in diesen vier Jahren unter der Dritten Republik. Wie in allen schicksalhaften Augenblicken eines Landes, dem es gelingt, sein Geschick zu meistern, erstanden der Dritten Republik einige grosse Führer sowohl auf politischem als auch auf militärischem Gebiet: Clemenceau und Poincaré, Joffre, Gallieni, Pétain und Foch. Jeder von ihnen, Zivilist wie Militär, erwies in schwärzester Stunde seine Unerschütterlichkeit, seine Entschlossenheit, den Eindringling aufzuhalten und ihn aus dem Lande zu vertreiben. Als Präsident der Republik wurde der kühle und exakte Poincaré niemals in seiner eisernen Entschlossenheit schwankend, bis zuletzt zu kämpfen. Clemenceau, ein echter französischer Cato, der Regierung und Armee drei Jahre lang wegen ihrer Versäumnisse schwer getadelt hatte, wurde im November 1917 wieder Ministerpräsident, in der vielleicht schwärzesten Stunde des ganzen Krieges. Frankreich hatte Verluste in Höhe von über vier Millionen Mann zu beklagen, davon fast eine Million Gefallene. Die meisten von ihnen waren bei vergeblichen, blutigen Offensiven umgekommen, die zu keinem Ergebnis geführt hatten. Defätismus breitete sich im Land, in der Armee, in der Regierung aus, aber auch im Parlament, in der Presse und insbesondere unter den Arbeitern. Selbst an sehr hoher Stelle kam es zu Verrat. In den Fabriken wurde gestreikt, und die Meutereien in der Armee waren so ernst, dass die französische Armee im Sommer 1917 fast einen Monat lang aktionsunfähig war. Rücksichtslos ging nun der alte Tiger, wie Clemenceau bei Freunden und Feinden genannt

wurde (wobei die Feinde bei weitem zahlreicher waren als die Freunde), daran, den Defätismus auszurotten, die Verräter einzusperren, und zwar echte wie angebliche, darunter auch den früheren Ministerpräsidenten Caillaux und den Innenminister Malvy, und den Glauben an den Endsieg wiederherzustellen. Im letzten Kriegsjahr regierte er praktisch als Diktator. Ohne ihn hätte die Dritte Republik wohl auf tragische Weise versagt.

Aber auch ohne Pétain. Er wurde 1916 nach Verdun gerufen, um die Festung gegen die bisher schwersten Angriffe der Deutschen zu verteidigen. Es war ihm gelungen, und so wurde er zum legendären «Helden von Verdun». Als Joffre Ende 1916 seines Postens als Oberkommandierender enthoben und auch sein Nachfolger Neville 1917 abgesetzt worden war, folgte ihnen Pétain am 15. Mai 1917 im Alter von einundsechzig Jahren als Oberkommandierender. Seine unmittelbare Aufgabe bestand nicht nur darin, eine bevorstehende feindliche Generaloffensive aufzuhalten, sondern auch die französische Armee vor der völligen Auflösung zu bewahren, die als Ergebnis weitverbreiteter Meutereien am 29. April eingesetzt hatte. Mit einer Mischung aus fester Hand und echtem Verständnis für die berechtigten Klagen der Männer in den Schützengräben verbesserte er rasch die Lebensbedingungen der Soldaten, sorgte dafür, dass ihnen mehr Urlaub gewährt wurde, zwang die Regierung zu einer besseren Versorgung ihrer Familien und hämmerte Offizieren wie Mannschaften ein, dass künftig nur noch dann angegriffen würde, wenn sie darauf vorbereitet waren und angemessene Unterstützung durch die Artillerie erhielten*. Er wurde als der General bekannt, der mehr als alle anderen die sinnlose Aufopferung von Soldaten ablehnte. Solange er den Oberbefehl führte, sollte es keine nutzlosen Blutbäder mehr geben. Aber auch Meuterei wurde nicht länger geduldet. Die Offiziere erhielten Befehl, die Ordnung wiederherzustellen. Eine kleine Anzahl von Meuterern, willkürlich aus den Reihen jener Einheiten ausgewählt, die sich geweigert hatten, in die Schützengräben zurückzukehren, wurde nach raschen und summarischen Kriegsgerichtsverhandlungen hingerichtet, andere zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es gelang Pétain, bis Ende 1917 die Kampfmoral der französischen Armee wiederherzustellen.

Sein Charakterbild wies jedoch einen Fehler auf, der in den verzweifelten Tagen gegen Kriegsende offenbar wurde, als er nach den letzten deutschen Grossangriffen den Eindruck hatte, dass die britische Armee erledigt war und die französische, die er damals befehligte, auch bald am Ende sein würde. Auf einem Treffen der anglo-französischen Militär- und Zivilführer auf höchster Ebene, die am 26. März 1918 in Doullens stattfand, zu einem Zeitpunkt also, als die britische fünfte Armee vernichtet war und die übrigen britischen Truppen vor dem Rückzug ans Meer und der Trennung von den französischen Armeen standen – diese wären nach einer solchen Massnahme erledigt gewesen –, soll Pétain laut

* Schon lange vorher, als Pétain noch an der Kriegsschule Infanterietaktik lehrte, widersprach er als einziger, wie wir gesehen haben, der Offensive um jeden Preis, die Grandmaison und Foch zur neuen Doktrin der französischen Armee erhoben hatten. Er hatte immer wieder auf die entscheidende Bedeutung der überlegenen Feuerkraft hingewiesen und gewarnt, dass Offensiven ohne waffenmässige Überlegenheit fehlschlagen würden. Nach seiner Auffassung musste die Armee in der Defensive bleiben, bis sie diese Überlegenheit erlangt hatte. Diese Einstellung trug ihm, wie wir gesehen haben, im Offizierkorps den Ruf eines Pessimisten und Defätisten ein. Siehe auch Seite 80.

Clemenceau auf den britischen Oberkommandierenden Sir Douglas Haig gezeigt und geflüstert haben: «Er wird sich in fünfzehn Tagen draussen an der Front ergeben müssen, und wir werden das gleiche tun, wenn wir nicht viel Glück haben⁴.» Im Gegensatz zu Joffre in den ersten Kriegsjahren und Foch im letzten wurde Pétain immer pessimistischer und gar defätistisch, als sich der Krieg in diesem letzten Frühjahr und Sommer für die Alliierten scheinbar so hoffnungslos entwickelte. Bei einem General, der bei der Verteidigung Verduns und dem Wiederaufbau der Armeen nach den Meutereien soviel Standfestigkeit und Phantasie bewiesen hatte, trat hier ein Charakterzug in den Vordergrund, der immer mehr von ihm Besitz ergriff und der in den schwarzen Tagen von 1940 noch fatale Folgen für die Dritte Republik haben sollte.

Wir haben gesehen, welchen Beitrag Gallieni und ganz besonders Joffre zur Errettung Frankreichs vor einer raschen Niederlage im Jahre 1914 leisteten. Joffres unbezwingbarer Mut, seine Fähigkeit, eine Panik auch dann abzuwehren, wenn alles verloren schien, sein kühler Kopf bei der Rückführung intakter Armeen, die Entschlossenheit, mit der er trotz grössten Risikos von der östlichen Front mehrere Armeekorps abzog, um seine Überlegenheit in der entscheidenden Schlacht bei Paris zu gewährleisten, die Rücksichtslosigkeit, mit der er Frontgeneräle abschob, die sich als unfähig oder noch schlimmer erwiesen hatten – das waren die Gründe, die mehr als alle anderen zum Umschwung an der Marne beitrugen. Wir werden sehen, dass den beiden Oberkommandierenden des Jahres 1940 alle diese Eigenschaften abgingen.

Schliesslich war da noch Foch. Sein Vertrauen in sich selbst und in seine Truppen, sein Glaube an den Endsieg waren ebenso gross und unerschütterlich wie bei Joffre. Bei dem Treffen von Doullens war er trotz seines niederen Ranges – er hatte seit Joffres Sturz Ende 1916 kein Kommando mehr geführt – gegen Pétains Pessimismus eingeschritten. Nach Clemenceaus späteren Erinnerungen soll er gesagt haben: «Sie kämpfen nicht! Ich würde pausenlos kämpfen. Ich würde vor Amiens kämpfen. Ich würde in Amiens kämpfen. Ich würde hinter Amiens kämpfen*. Ich würde immer kämpfen⁵!» Auf Haigs Vorschlag wurde General Foch an Ort und Stelle zum Koordinator der alliierten Armeen ernannt. Drei Wochen später, am 14. April 1918, wurde er mit Zustimmung der Briten und Amerikaner zum Oberbefehlshaber aller alliierten Armeen an der Westfront ernannt. Im Hochsommer fing er Ludendorffs letzte verzweifelte Anstrengungen, einen Sieg zu erringen, ab und führte die alliierten Armeen in einem gewaltigen Gegenangriff zum endgültigen Sieg.

Am 11. November 1918, morgens um 5 Uhr, wurde auf einer kleinen Lichtung im Wald von Compiègne bei Rethondes der Waffenstillstand von den Deutschen in Marschall Fochs Eisenbahnwaggon unterzeichnet. Um elf Uhr morgens wurden die Kampfhandlungen eingestellt. In den alliierten Hauptstädten läuteten die Kirchenglocken, und die Menge feierte überschwenglich den Sieg und das Ende des Massakers. Der Krieg hatte die Franzosen 1357 800 Gefallene, 4 266'000 Verwundete und 537'000 Gefangene ge-

• Amiens, das wichtige Bindeglied zwischen den britischen und französischen Armeen, wurde durch einen der deutschen Angriffe bedroht. Foch verlangte, dass die Stadt gehalten werde, koste es, was es wolle.

kostet, genau 73 Prozent von den 8 410'000 Mann, die zur Verteidigung des Landes mobilisiert worden waren *. Das nördliche Drittel des Landes lag in Ruinen, gezeichnet von vier Jahren Krieg und mutwilligen Zerstörungen der Deutschen, die Kassen des Staates waren leer, die Kriegsschulden türmten sich so hoch auf, dass man sie kaum noch berechnen konnte.

Doch die gewaltigen Kosten und selbst der schreckliche Aderlass, die tiefste aller Wunden, wurden in der allgemeinen Freude über den Sieg und die Beendigung des Blutbades vorübergehend vergessen. Frankreich hatte die schwerste Prüfung seiner ganzen Geschichte überstanden. Indem die Franzosen vorläufig ihre uralten Querelen zugunsten einer *union sacree* begruben und sich zu einem bewunderungswürdigen Geist der Selbstaufopferung und der eisernen Entschlossenheit, sich nicht besiegen zu lassen, aufgeschwungen hatten, überstanden sie trotz menschlicher Schwächen und manchen Schwankens in den beiden letzten Jahren die tödlichste Bedrohung, der sie jemals ins Antlitz zu blicken hatten. Die Dritte Republik, die sich bei ihrer sturmbewegten Fahrt durch das letzte Drittel des neunzehnten und das erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts so schwach und unsicher gezeigt hatte, erwies sich dabei als ein Regime, das so stark war wie kein anderes in Frankreich zuvor. Die autokratische Monarchie in Deutschland war gestürzt. Die demokratische Dritte Republik Frankreichs stand gefestigter da als je zuvor. Im Hochgefühl des Sieges während der Tage im Spätherbst 1918 schien es ihr beschieden zu sein, so lange zu währen, wie Menschen vorhersehen konnten, über alle Massen gefestigt und geeint durch einen Triumph, zu dem die Masse des Volkes so unendlich viel beigetragen hatte.

Und dennoch ...

Vermutlich lasen damals nur wenige Franzosen die eigenartig prophetischen Worte von Jules Cambon, eines der beiden Brüder, die damals als Diplomaten berühmt waren – er hatte vor dem Krieg als Botschafter in Berlin gedient. Und wenn man sie gelesen hätte, dann hätte man sie vermutlich nicht geglaubt. Als junger Soldat hatte Cambon im französisch-preussischen Krieg gekämpft und die ganze Bitterkeit einer demütigenden Niederlage zu spüren bekommen. In jenen Herbsttagen des Jahres 1918 warnte er: «Das siegreiche Frankreich muss sich an den Gedanken gewöhnen, dass es eine geringere Macht darstellt als ein geschlagenes Frankreich.»

Wie konnte das sein? Nach dem alliierten Sieg lag Deutschland vernichtet am Boden, die Verbündeten Österreich-Ungarn und die Türkei waren zerschmettert, in Russland tobten Revolution und Bürgerkrieg, in Italien innere Unruhen. Das waren die anderen Grossmächte auf dem Kontinent gewesen. Nun überragte Frankreich sie alle – triumphierend zumindest, was die militärische Macht anbelangte.

* Die Verluste der Briten betragen 3'190'235 Mann oder 35,8 Prozent der Mobilisierten, darunter 908'371 Gefallene. Die amerikanischen Verluste beliefen sich auf 350'300 Mann oder 8 Prozent, davon 126'000 Gefallene.

ZWEITES BUCH

Illusionen und Realitäten des Sieges

1919-1934

Siegreiches Frankreich – «Die stärkste Grossmacht Europas» 1919-1931

Als ich 1925, frisch von der Universität, zum ersten Male nach Paris kam, um dort zu leben und zu arbeiten, empfing mich ein ebenso lieblicher Sommer wie jener fünfzehn Jahre später, der Frankreichs Fall sehen sollte. Damals war Frankreich die stärkste Grossmacht auf dem europäischen Kontinent.

Seine Hegemonie wurde zwar von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten, den beiden Hauptverbündeten beim Sieg von 1918, ungern gesehen, von allen anderen Nationen aber anerkannt. Frankreichs Armee, jeder anderen weit überlegen, hielt Wacht am Rhein. Sie stützte Frankreichs Aussenpolitik, die darin bestand, Deutschland wehrlos zu halten, ihm die zugesagten Reparationszahlungen abzuwingen und die kleineren Staaten lebensfähig zu machen, die sich im Osten Deutschlands aus dem zerschlagenen Österreich-Ungarn gebildet hatten und die nun mit Frankreich verbündet waren.

Kein anderes Land auf dem Kontinent konnte Frankreichs Vorherrschaft antasten. Der Alptraum von der deutschen Drohung, der die Franzosen so lange geschreckt hatte, war getilgt. Deutschland stellte keine Bedrohung mehr dar; es war immer noch infolge der Niederlage erschüttert, seine Armee und Marine waren zu einer symbolischen Streitmacht zusammengeschmolzen, der Versailler Vertrag untersagte dem Land den Bau von Kampfflugzeugen, Tanks, schweren Geschützen, Unterseebooten und Kriegsschiffen, es trug die Last der Reparationen – es konnte nicht mehr gefährlich werden. Das Habsburger Reich, dessen starrsinnige Führer Europa so rücksichtslos in den Krieg getrieben hatten, existierte nicht mehr. Russland war unter Führung der Bolschewiken dabei, sich nach der Revolution und nach jahrelangem Bürgerkrieg wieder aufzuraffen. Im Augenblick sonderte es sich immer noch von einem unfreundlich gesonnenen Europa ab.

England hatte sich zwar nicht abgesondert, aber es nahm auf seiner Insel eine immer distanziertere Haltung ein und kämpfte um den Zusammenhalt seines überseeischen Weltreichs, dessen Mitglieder – vor allen Dingen Indien – immer lauter den Ruf nach Unabhängigkeit anstimmten. Es war Grossbritannien nicht gelungen, die alte wirtschaftliche und finanzielle Vorrangstellung in der Welt wiederzuerlangen. Diese war durch den grossen Krieg erschüttert worden. Zunehmende Arbeitslosigkeit breitete sich wie eine schwärende Wunde aus. Es verfügte zwar immer noch über die stärkste Seemacht der Welt, hatte aber wie die USA seine Armee demobilisiert.

Das durch jahrelange innere Kämpfe und nationale Lähmung geschwächte Italien wurde jetzt von den Faschisten regiert. Diese brachten es zwar fertig, die Züge pünktlich ver-

kehren zu lassen, aber es fiel ihnen ebenso schwer wie ihren Vorgängern, die Halbinsel, der es an natürlichen Rohstoffquellen mangelte, zu einer erstrangigen Grossmacht aufzubauen, die mit Frankreich hätte konkurrieren können; das war auch den Demokraten vorher nicht gelungen.

Abgesehen von der Vorherrschaft in Europa verfügte Frankreich noch über ein grosses Weltreich, erweitert durch neue Gebiete in Afrika und dem Nahen Osten, die Deutschland und der Türkei abgenommen worden waren. Sie bildeten sogenannte Mandate, die Frankreich im Auftrag des Völkerbundes treuhänderisch verwaltete. Das französische Kolonialreich erstreckte sich in Afrika, dem Nahen Osten und in Asien über zwölf Millionen Quadratkilometer und hatte mit hundert Millionen Einwohnern eine doppelt so hohe Bevölkerungszahl wie das Mutterland. Während des Krieges war sein Wert offenkundig geworden; es stellte nicht nur dringend benötigte Rohmaterialien, sondern auch Soldaten zur Verfügung. Nicht weniger als 449'000 Eingeborene der Kolonien kämpften in Frankreich, und 187'000 weitere dienten in militärisch organisierten Arbeitsbataillonen. Jetzt, in der Mitte der zwanziger Jahre, verliehen die Kolonien Frankreich nicht nur den Status einer Weltmacht, sondern sie erwiesen sich darüber hinaus auch als wirtschaftlich sehr wertvoll. Sie boten dem Kapitalmarkt wie auch den Baufirmen ein gewinnbringendes Betätigungsfeld. Sie lieferten Rohmaterial. Und sie stellten auch – insbesondere während der 1929 einsetzenden Depression – einen immer grösser werdenden Absatzmarkt für französische Waren dar. Um die Mitte der dreissiger Jahre sollte fast ein Drittel aller französischen Exporte in die eigenen Kolonien gehen.

Die Stadt des Lichts

Beherrschend in Europa, mächtig auf der ganzen Welt – das war das Frankreich der zwanziger Jahre. Aber das war noch nicht alles. Paris blühte wiederum zur kulturellen Hauptstadt der Welt auf. Angelockt von seinen Lichtern, seinem Glanz, seiner Schönheit, seinem Charme, seinen Annehmlichkeiten, den lauen Lüften der Freiheit, seinem Sinn für Kunst und Künstler sowie dem regen geistigen Leben, strömten aus allen vier Himmelsrichtungen Studenten, Lehrer, Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Modeschöpfer und ein Schwarm von Touristen in die grosse Stadt und schienen sie zeitweilig fast überrennen zu wollen.

Das galt ganz besonders für die Amerikaner. Sie flohen aus dem tristen Land der Isolationspolitik, der Prohibition und des «Affenprozesses» gegen Scopes *. Neben den

* Ich selbst hatte Amerika in der Woche, als der Prozess begann, auf einem Viehfrachter verlassen. In der Verhandlung gegen den Hochschuldzenten Scopes aus Dayton im amerikanischen Bundesstaat Tennessee vertrat William Jennings Bryan, zweimaliger Präsidentschaftskandidat und unter anderem früherer Staatssekretär, die Anklage, während Clarence Darrow die Verteidigung übernommen hatte. Man warf Scopes vor, im Gegensatz zu den Lehren der Heiligen Schrift die Darwinsche Evolutionstheorie gelehrt zu haben. Er wurde am 21. Juli 1925 für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 100 Dollar verurteilt. Dieser Prozess war für viele Menschen meiner Generation ein Musterbeispiel für die in jener albernen Zeit in Amerika herrschende geistige Verbohrtheit.

Scharen von Yankeetouristen, die nach Paris reisten, um es sich gutgehen zu lassen und um gelegentlich ein wenig Kultur zu schlürfen – das gotische Wunder von Nötre Dame und der Sainte Chapelle, den Arc de Triomphe am höchsten Punkt der Champs-Élysées, die Kunstschätze des Louvre zu bestaunen, dazu frei von Verfolgung Alkohol zu trinken und einmal besser als zu Hause zu essen und das Nachtleben des Montmartre-Viertels zu geniessen –, erschienen auch ausgebürgerte Amerikaner, für die Paris der Himmel auf Erden war. Viele von ihnen waren junge Autoren. Aus diesem fröhlichen Exil, dieser dramatischen Episode in der amerikanischen Literaturgeschichte, wie Van Wyck Brooks es einmal nannte, begannen sich einige grosse Persönlichkeiten zu entwickeln.

Ein junger Zeitungsmann, den es zur Gruppe der Linken hinzog, lernte sie bald kennen: Hemingway, Fitzgerald (meist in der Ritz-Bar der Gruppe der Rechten), Cummings, MacLeish, Elliot Paul, Gertrude Stein (die in ihrem Salon in einem Haus nahe dem Jardin de Luxembourg hofhielt), Kay Boyle, Hart Crane, Harold Stearns, Glenway Wescott, Djuna Barnes, Ezra Pound, Eugene Jolas, Herausgeber des *transition*, eines Blattes, das lautstark die «Weltrevolution» verkündete, und andere. Ihr führender Kopf war ein irischer Heimatvertriebener: James Joyce. Einige von ihnen lebten nicht im Exil. Sie schrieben zwar zumeist zu Hause, kehrten aber immer wieder nach Paris zurück: Sinclair Lewis, Dos Passos, Sherwood Anderson und Yeats aus Irland. Gegenüber dem Schriftstellerhotel in der Rue de Vaugirard lebte für einige Zeit Santayana ziemlich zurückgezogen. Dieses Jahrzehnt muss ihm schwindelerregend erschienen sein, und er liess sich auch nicht vom französischen *esprit* beeindrucken. Obgleich er englisch schrieb und seine gesamte akademische Laufbahn in Harvard absolviert hatte, war er im Herzen doch wohl immer Spanier geblieben. In einem Mansarden-Studio auf dem Montparnasse, gleich hinter dem Dome, unterhielt eine geniale Amerikanerin ein offenes Haus für jedermann: Isidora Duncan, die grosse Tänzerin. Sie war zwar nicht mehr jung, aber immer noch schön mit ihren grossen, leuchtendblauen Augen, ihrem beinahe klassischen Gesichtsschnitt und dem leuchtendroten Haar. Zu ihrem Hofstaat gehörten Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Diplomaten und Politiker, die ihr Studio allabendlich aufsuchten. Hier herrschten Frohsinn, gute Gespräche, Musik – und, wenn der Abend weiter fortschritt, konnte man vielleicht sogar eine Solodarbietung der grossen Künstlerin selbst erleben.

Die Exilschriftsteller lebten überwiegend in ihrer eigenen kleinen amerikanischen Welt zwischen Montparnasse und Seine. Sie waren zu sehr mit ihren eigenen schöpferischen Problemen in ihrer eigenen Sprache beschäftigt, um sich viel mit der französischen Welt der Literatur abgeben zu können. Einige wenige taten sich allerdings mit den geräuschvollen Dadaisten und Surrealisten zusammen.

Die französische Literatur stand damals tatsächlich in voller Blüte. Sie wurde von den «grossen Vier» beherrscht: den Dichtern Paul Claudel und Paul Valéry; Marcel Proust (er war zwar schon 1922 gestorben, aber sein Einfluss machte sich in zunehmendem Masse bemerkbar, als die Bände seines grossen Romans *A la recherche du temps perdu*, vor seinem Tode vollendet, erschienen, der letzte davon 1927) und schliesslich André Gide. Für

viele, die in dieser goldenen Zeit in Paris lebten, ob jung oder alt, ob Franzose oder Ausländer, bedeutete die Welt der Literatur mit ihren Erzeugnissen an Büchern, Bühnenstücken und rauflostigen kleinen kritischen Beiträgen eine Quelle des Staunens und der Sensationen. In dieser lichterstrahlenden, zivilisierten Hauptstadt wurden die Produkte menschlicher Phantasie nicht nur ernst genommen, sie schienen sogar wichtiger zu sein als alles andere; wichtiger als die Frage nach dem Lebensunterhalt oder den Absichten von Bankiers und Geschäftsleuten, Politikern und Staatsmännern. Das zeigte sich sogar in den Pariser Zeitungen, obgleich sie überwiegend von Grossbetrieben und Hochfinanz beherrscht wurden. Ein neues Buch oder Theaterstück, der jährliche *Prix Concourt* für einen Roman, ein Meinungsstreit zwischen zwei konkurrierenden Autorenschulen, die Heirat, Scheidung oder der Tod eines Schriftstellers – das waren die Ereignisse, die auf den Titelseiten erschienen, wie auch die neueste Kunstaussstellung oder ein neues Gemälde von Picasso, Braque, Leger, Rouault, Matisse, Modigliani und anderen Malern oder eine neue Skulptur von Bourdelle. Als Anatole France 1924 starb, gab Paris ihm ein Begräbnis, wie es sonst nur Staatsmänner oder berühmte Soldaten erhielten.

Im Gegensatz zu vielen meiner Landsleute in Paris, die Gedichte, Kurzgeschichten, Romane und Theaterstücke schrieben oder doch schreiben wollten, arbeitete ich in der Zeitungsbranche, die sich überwiegend nicht mit der Literatur, sondern mit dem Leben der europäischen Völker, insbesondere Frankreichs, beschäftigte. Sie rangen darum, sich von dem bisher vernichtendsten Krieg zu erholen und sich auf den Frieden einzurichten.

Erholung

Allem Anschein nach war Frankreich trotz des schrecklichen Aderlasses und der Verwüstung seiner reichsten *départements* im Norden ein glänzendes Comeback geglückt. Das Land hatte acht Milliarden Dollar dafür ausgegeben, die gefluteten Bergwerke wieder betriebsfähig zu machen, die Fabriken wiederaufzubauen, öffentliche Gebäude, Läden und Wohnungen, Eisenbahnen, Strassen und Kanäle zu reparieren, die Landwirtschaft von den Trümmern des Krieges und von Tausenden von Kilometern Schützengraben zu befreien und den Viehbestand aufzustocken. Eigentlich sollten die Deutschen die Rechnung dafür bezahlen, aber die brachten es fertig, sich fast ganz um die Zahlungen zu drücken. So mussten die Franzosen das Geld aus eigener Kraft aufbringen. Die Produktion, die 1919 auf 57 Prozent vom Ausstoss des Jahres 1913 zurückgegangen war, stieg wieder an. 1923 war sie auf 88 Prozent geklettert, überstieg im darauffolgenden Jahr die Vorkriegswerte und rückte 1926 auf beeindruckende 126 Prozent.

Das Land blühte, das Volk war zufrieden, der Kontinent lebte endlich in Frieden. Hass und Intoleranz, Hektik und Angst, die sich schon bald hier und in ganz Europa ausbreiten sollten, hatten noch nicht begonnen, das Denken der Menschen zu vergiften.

Im Oktober 1925 wurde der Vertrag von Locarno unterzeichnet. Er führte das geschlagene Deutschland in die Gemeinschaft der westlichen Völker zurück. Der aus freiem

Willen von einer demokratischen deutschen Regierung unterschriebene Vertrag schien den Frieden für so lange Zeit zu sichern, wie Staatsmänner sie abzusehen vermögen. Die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland sowie zwischen Belgien und Deutschland, über die jahrhundertlang die Armeen hinwegmarschiert waren, wurden von den vier Grossmächten Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Italien feierlich garantiert. Durch diesen Vertrag wurde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen, in dem sich auf Anregung von Präsident Woodrow Wilson, aber gegen den unverständlichen Widerstand seines verblendeten Landes die meisten Nationen der Welt zusammengefunden hatten, um künftige zwischenstaatliche Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen. Ganz Europa atmete im neuen Geist von Locarno befreit auf. Überall, vor allem in Frankreich, wuchs das Vertrauen zum Völkerbund. Man hatte sogar das Gefühl, dass das neue Mitglied Deutschland nun endlich doch für die Vorzüge der Demokratie und eines dauerhaften Friedens gewonnen worden war.

Doch über Paris ballten sich trotz der allgemeinen Euphorie bereits drohende Wolken zusammen. Französische Regierungen stürzten noch schneller als zuvor, und das galt auch für den französischen Franc, einst so fest wie Gold. Eine zweite Entwicklung war grösstenteils die Folge der ersten. Vom April 1925, als die Regierung des *Cartel des Gauches* unter Edouard Herriot stürzte, bis zum Juli des darauffolgenden Jahres, als der Konservative Poincaré wieder an die Macht gelangte, waren von der Deputiertenkammer oder vom Senat insgesamt sieben Kabinette gestürzt worden – sämtliche stolperten über die Debatte zur Bereinigung der Geldwertkrise, der Stabilisierung der unsicheren Staatsfinanzen und der Rettung des Franc. Aber es gelang dem strengen Lothringer Raymond Poincaré, dem ersten Präsidenten der Republik, der hernach Ministerpräsident wurde und der im Alter von fünfundsiebzehn Jahren am 26. Juli 1926 zum zweiten Male die Zügel des Staates in die Hand nahm, innerhalb kurzer Zeit das nationale Selbstvertrauen wiederherzustellen, die Staatsfinanzen auf eine solide Grundlage zu stellen, den Verfall der Währung aufzuhalten und 1928 den Franc bei einem Kurs von 1 zu 25 zum Dollar zu fixieren, einem Fünftel seines Goldwertes aus der Vorkriegszeit. Poincaré rettete den Staat vor dem Bankrott und die Nation vor dem finanziellen Zusammenbruch, aber es war ein Pyrrhussieg. Hunderttausende von Franzosen des soliden Bürgertums sahen ihre lebenslangen Ersparnisse, üblicherweise in Schatzbriefen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit angelegt, in ihrem Wert um vier Fünftel beschnitten. Das musste ihr Vertrauen in die Regierung – jede Regierung – erschüttern und bei ihnen das bittere Gefühl auslösen, dass die Republik sie betrogen hatte.

Dennoch herrschte noch ein weitverbreiteter Wohlstand. Die Industrieproduktion nahm zu, die Exporte schnellten in die Höhe, die Touristenschwärme brachten jährlich zehn Milliarden Francs ins Land, und die Staatskasse, die 1926 leer gewesen war, erwirtschaftete 1929 einen Überschuss von neunzehn Milliarden Francs. Die Spannungen zwischen den Nationen, insbesondere zwischen Siegern und Besiegten des vergangenen Krieges, liessen nach. Selbst Deutschland, das sich dank der unbegrenzten amerikanischen Darlehen von dem finanziellen und wirtschaftlichen Debakel der frühen zwan-

ziger Jahre erholt hatte, schien unter einer demokratischen Regierung des verständigungsbereiten Gustav Stresemann, eines der Schöpfer des Vertrags von Locarno, zur Ruhe zu kommen. Paris verzeichnete erleichtert, dass aus Berlin kein so lautes Rachegeschrei mehr zu hören war. In Bayern war ein störender ultranationalistischer Agitator namens Adolf Hitler, der verkündet hatte, dass Frankreich gleich Karthago vernichtet werden müsse, gefangengesetzt und von der Regierung zum Schweigen gebracht worden. Seine Partei wurde aufgelöst. Für die Franzosen schien die deutsche «Gefahr» der Geschichte anzugehören. Die Militärdienstpflicht wurde von drei Jahren zuerst 1923 auf eineinhalb und dann 1928 auf ein Jahr herabgesetzt. Ende 1930 hatten die letzten französischen Besatzungstruppen das entmilitarisierte Rheinland verlassen.

Die fünf Jahre von 1926, dem Jahr nach meiner Ankunft in Frankreich, bis 1931, da sich die weltweite Depression ernsthaft bemerkbar machte, wurden von französischen Historikern und Memoirenschreibern als die glücklichste Zeit der Dritten Republik bezeichnet. Eines solchen Wohlstandes hatte sich Frankreich schon seit Napoleons – und davor Louis' XIV. – Zeiten nicht mehr erfreut. Und gegen Ende der goldenen zwanziger Jahre war dieser Wohlstand gleichmässiger verteilt als je zuvor. Selbst ein junger Ausländer wie ich spürte, dass er in einem Paradies lebte, wie man es auf dieser unvollkommenen Erde nicht vollkommener finden konnte. Die Zivilisation schien hier einen strahlenden Gipfel erklommen zu haben.

Und doch wurden jetzt hier und da von einigen wenigen Fragen aufgeworfen, die eine leise Unruhe durchs Land gehen liessen. Wies das grossartige Bild auch Fehler auf? Lebte dieses Volk vielleicht seit einem Jahrzehnt von einer gewaltigen Illusion? War diese Glückseligkeit mehr Schein als Sein? Breitete sich unter der glänzenden Oberfläche – während sich die friedlichen, sorglosen zwanziger Jahre ihrem Ende zuneigten, Poincaré aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat und der amerikanische Bankkrach von 1929 dunkle Wolken über dem Atlantik aufziehen liess – nicht ein Gefühl aus, dass die Franzosen allmählich um die Früchte des Sieges von 1918, für den sie so grosse Opfer gebracht hatten, betrogen werden sollten? Sollte ein so logisch denkendes Volk die Art dieses Sieges, seine echten Kosten und Folgen, ganz aus den Augen verloren haben?

Wer die Antwort finden wollte, musste bis ins Jahr 1919 zurückgehen. Damals versammelten sich die siegestrunkenen Alliierten in Paris, um einen Friedensvertrag aufzusetzen und es Deutschland, wie sie glaubten, unmöglich zu machen, jemals wieder einen Krieg vom Zaune zu brechen. Der soeben beendete Krieg hatte einen höheren Preis gefordert, als irgend jemand wahrhaben wollte.

Der Preis des Sieges

Güter und Besitz im Werte von 134 Milliarden Goldfrancs, die während des Krieges in Rauch aufgegangen waren, konnten mit der Zeit wieder ersetzt werden, nicht aber die fast eineinhalb Millionen Toten.

Jeder zehnte Franzose war an der Front gefallen, und wie immer in einem langen Krieg hatte die Jugend, von der die Zukunft einer jeden Nation abhängt, den höchsten Blut-zoll entrichten müssen. Drei von zehn jungen Männern im Alter zwischen achtzehn und achtundzwanzig waren umgekommen. Die zweitschwersten Verluste hatten die Intellek-tuellen hinnehmen müssen, die für das Leben eines Landes so entscheidend sind. Drei-undzwanzig Prozent aller Angehörigen der freien Berufe waren in den Schützengraben geblieben. Von den 4'266'000 Verwundeten waren eineinhalb Millionen für den Rest ihres Lebens Krüppel. Solche Verluste mussten eine Nation auf Jahrzehnte hinaus schwächen L

Aber das war noch nicht alles. Die schrecklichen Verluste mussten gerade in einem Land, das – wie wir gesehen haben – schon vor dem Krieg unter sinkenden Geburtenziffern litt, schwere demographische Folgen nach sich ziehen. Es wurde berechnet, dass es von 1915 bis 1919 um 1,4 Millionen weniger Geburten gab, als in Friedenszeiten zu erwarten gewesen wären. Ein weiterer Geburtenverlust von einer halben Million trat zwischen 1932 und 1939 auf, zu dem es bei einer normalen Geburtenrate während des Krieges nicht gekommen wäre. Um diese Zeit fehlten eben 1,4 Millionen Eltern. Fast eineinhalb Mil-lionen Kriegsgefallene und ein Geburtenausfall von über zwei Millionen – diesen Preis musste ein Land für den Sieg bezahlen, das am Ende des Krieges weniger Einwohner zählte als bei seinem Beginn, obgleich nun aus dem wiedergewonnenen Elsass-Lothringen fast zwei Millionen Einwohner hinzugekommen waren. Frankreich ging aus dem Krieg mit neununddreissig Millionen Einwohnern hervor. Ihm stand ein Deutschland mit dreiundsechzig Millionen Menschen gegenüber. Und schon bald sollten die Geburten-ziffern in Deutschland doppelt so rasch ansteigen wie in Frankreich.

Die Geburtenziffern nahmen in Frankreich überhaupt nicht zu. Nur eine staatlich geför-derete Masseneinwanderung führte zu einem leichten Anwachsen der Bevölkerung. Nach dem Kriege wanderten zwei Millionen Ausländer, hauptsächlich italienische und pol-nische Arbeiter, nach Frankreich ein. Ohne sie hätten sich Frankreichs Industrie, Berg-bau und Landwirtschaft nicht erholen können. Auf sie entfielen 80 Prozent des gesamten Bevölkerungszuwachses von 2 700'000 Personen, den Frankreich zwischen den beiden Kriegen zu verzeichnen hatte. Nach 1935 setzte dann sogar eine Entvölkerung ein, da die Sterbefälle die Geburtenziffern überwogen und die Einwanderung infolge der nach der Depression von 1931 entstandenen Arbeitslosigkeit gebremst wurde. Mit Ausnahme der zwei Jahre unmittelbar nach Kriegsende, als die überlebenden Soldaten heimkehrten und ein rasches Ansteigen der Geburten zu verzeichnen war, sanken die Geburtenziffern weiter, sogar im Vergleich zur Vorkriegszeit. Aufgrund der Kriegsfolgen hatte sich auch die Bevölkerungsstruktur verschoben. Es gab einen Überhang an alten Leuten, von denen viele natürlich nicht mehr produktiv waren. Frankreich hatte tatsächlich den pro-zentual grössten Anteil an alten Leuten in ganz Europa. Dafür mangelte es aber an jungen Leuten. Als 1939 der zweite Weltkrieg ausbrach, verfügte Frankreich nicht ein-mal über halb so viele Männer zwischen zwanzig und vierunddreissig Jahren wie Deutsch-land – rund vier Millionen gegenüber neun Millionen ².

Der Friede von Versailles

Die Stunde des Ruhms hatte für das Frankreich der Dritten Republik geschlagen, als die Deutschen am 11. November 1918 endlich kapitulierten, nachdem sie vier Jahre lang auf französischem Boden gekämpft, mit ihren Armeen nie weit von Paris entfernt gestanden hatten und mehrfach nahe daran waren, die Front zu durchbrechen. In diesem Augenblick überschwenglicher Freude darüber, dass der furchtbare Krieg vorüber war, dass er gewonnen war und dass alle, die an diesem Tage noch lebten, auch am Leben bleiben würden, war es menschlich verständlich, wenn die Franzosen vorerst keinen Sinn für den entsetzlichen Preis dieses Sieges und die nackte Tatsache hatten, dass seine Armeen zwar die Hauptlast des Kampfes getragen und die bei weitem höchsten Verluste erlitten hatten, dass sie den Triumph aber doch nur der Hilfe der beiden demokratischen Alliierten Grossbritannien und den – im letzten, aber entscheidenden Augenblick hinzugetretenen – Vereinigten Staaten zu verdanken hatten. Die Deutschen besaßen zu viele Soldaten und zu viele Fabriken, die Rüstungsgüter produzierten. Von beidem hatten die Franzosen zu wenig. Und so sollte es immer bleiben.

Aber spielte das jetzt noch eine Rolle, da das neue Jahr heranrückte und sich die Staatsoberhäupter der triumphierenden Alliierten am 18. Januar 1919 in Paris treffen wollten, um die Friedensbedingungen festzulegen? Deutschland lag am Boden, dort herrschte das Chaos. Der Kaiser war geflohen, die Monarchie gestürzt und eine Republik in Berlin ausgerufen worden, die von links und rechts bedroht wurde. Die erschöpften Deutschen wandten offenbar den allerletzten Funken Energie auf, sich gegenseitig zu bekämpfen. Mochten sie sich auch noch so bald erholen und die von ihnen so sehr geschätzte Ordnung wiederherstellen – die alliierten Friedensbringer würden sie doch zwingen, entwaffnet und hinter dem Rhein zu bleiben, der einzigen natürlichen Grenze zwischen ihnen und ihren westlichen Nachbarn, und für die Verwüstungen zu bezahlen, die sie in Belgien und Nordfrankreich angerichtet hatten. Daran zweifelten die Franzosen keinen Augenblick. Ihr Finanzminister Louis-Lucien Klotz und Lloyd George, Englands grosser Premierminister aus dem Kriege, hatten verkündet, dass die Deutschen bezahlen würden. Marschall Ferdinand Foch, der Oberkommandierende der siegreichen alliierten Armeen, hatte auf einer Rückverlegung der französisch-deutschen Grenze an den Rhein bestanden, um Frankreich den erforderlichen militärischen Schutz zu sichern. Und bei der feierlichen Eröffnung der Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 hatte Präsident Poincaré im Goldenen Saal am Quai d'Orsay mit seiner näselnden Stimme eiskalt verkündet:

Die Gerechtigkeit wird nicht ruhen... Wenn sie verletzt wurde, dann gebietet sie vor allen Dingen Ersatz und Wiedergutmachung für Völker und Individuen, die beraubt und misshandelt wurden. Bei der Erhebung dieser berechtigten Forderung wird sie weder von Hass noch von einem instinktiven und gedankenlosen Verlangen nach Vergeltung geleitet. Sie strebt dabei ein zweifaches Ziel an: dass einem jeden Gerechtigkeit werde und dass sich solche Verbrechen nicht ungestraft wiederholen können.

Was sich die Franzosen in erster Linie von den Friedensvereinbarungen erhofften, war eine Garantie ihrer Sicherheit. Aus Gründen, die heute schwer verständlich sind, haben Frankreichs Hauptverbündete, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, diesen Wunsch nie ganz begriffen. Vielleicht lag es daran, dass dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson wie auch dem britischen Premierminister Lloyd George ein echtes Verständnis der europäischen Geschichte fehlte. Diese Geschichte konnten die Franzosen nicht ausser acht lassen. Sie konnten nicht vergessen, dass seit den Tagen der Hunnen etwa dreissigmal Invasoren über den Rhein hinweg in ihr schönes Land eingedrungen waren. Fünfmal in einem einzigen Jahrhundert, 1814, 1815, 1870, 1914 und 1918, hatten die Einwohner von Paris preussischen Kanonendonner vernommen, dreimal mussten sie miterleben, wie die Deutschen als Sieger durch ihre Strassen paradierten. Seit der Demütigung Frankreichs durch Preussen im Jahre 1870 hatte jeder Franzose fast ein halbes Jahrhundert lang in der beständigen Angst gelebt, «sie könnten wiederkommen», und 1914 waren sie wiedergekommen. Jetzt, 1918, hatte man sie geschlagen und verjagt. Jeder einzelne Bürger Frankreichs war fest entschlossen: «Nie wieder!» Dafür sollten die Männer sorgen, die jetzt den Frieden aushandelten.

Etwas sahen Wilson und Lloyd George nicht ein: dass die Friedensbedingungen, die sie gegen den hartnäckigen Widerstand Clemenceaus und Fochs durchzusetzen versuchten, zwar hart erschienen, dass sie Deutschland auf lange Sicht jedoch stärker machten, als es zuvor war. Abgesehen von der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich und der Abtretung einiger wertvoller, industrialisierter Grenzgebiete an Polen – von dem die Deutschen sie zuvor annektiert hatten – blieb Deutschland praktisch unversehrt. Es hatte an Bevölkerung und Industriekapazität mehr aufzuweisen, als sich die Franzosen jemals erhoffen durften, und darüber hinaus waren seine Städte, die landwirtschaftlichen Betriebe und die Fabriken unbeschädigt geblieben, weil der Krieg in Feindesland ausgefochten worden war. Was die relativen Machtverhältnisse in Europa betraf, so war Deutschlands Position 1919 sogar noch günstiger als 1914 – oder sie würde es zumindest in dem Augenblick sein, in dem die Sieger ihr Versprechen eingelöst hatten, auf den Stand der Besiegten abzurüsten. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns stellte für Deutschland nicht die von Bismarck befürchtete Katastrophe dar, weil es kein russisches Reich gab, das diese Gelegenheit hätte ausnutzen können. Russland, geschüttelt von Revolution und Bürgerkrieg, war zurzeit machtlos und würde es wohl noch auf Jahrzehnte hinaus bleiben. Anstelle dieses mächtigen Landes an Deutschlands Ostgrenze waren nun kleine, wenig stabile Staaten entstanden, die Deutschland nicht ernstlich bedrohen konnten und die man eines Tages leicht dazu bringen konnte, einstiges deutsches Territorium wieder herauszugeben; vielleicht konnte man sie sogar ganz von der Landkarte ausradieren*.

* Schon 1922 riet General Hans von Seeckt, der Schöpfer der Reichswehr, seiner Regierung vertraulich: «Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muss verschwinden und wird verschwinden.» Er fügte hinzu, dass die Vernichtung Polens «einer der festesten Richtungspunkte der deutschen Politik sein muss . . . Mit Polen fällt eine der stärksten Säulen des Versailler Friedens, die Vormachtstellung Frankreichs' .»

Auf der Pariser Konferenz gab es viel müßiges Gerede über das Verschwinden der vier mächtigen Reiche Deutschland, Russland, Österreich-Ungarn und der Türkei. Doch der zynische Clemenceau, der Leiter der französischen Delegation, wusste sehr wohl, dass das stärkste dieser Reiche bestehenblieb, auch wenn es widerstrebend zu einer Republik geworden war. Er sah seine Aufgabe bei den Friedensgesprächen darin, dafür zu sorgen, dass Deutschland auf Dauer geschwächt blieb oder – falls sich das nicht erreichen liess – ihm mindestens für eine Generation eine Koalition der Alliierten entgegenzustellen. Sie hatte den Krieg gewonnen und sollte den Frieden sichern, indem sie Frankreichs Nordostgrenze sicherte und dafür sorgte, dass jedem künftigen Einbruchversuch über den Rhein eine überlegene Streitmacht entgegentrat.

Auf Drängen des unversöhnlichen Foch hatte Clemenceau zuerst gefordert, Deutschlands Westgrenze an den Rhein zu verlegen. Am Westufer des Flusses sollte Frankreichs Armee Wache halten. Die deutsche Bevölkerung auf dieser Seite sollte einen autonomen, von Frankreich kontrollierten Staat bilden. Aber davon wollten Lloyd George und Wilson nichts wissen. «Sie wollen damit ein neues Elsass-Lothringen schaffen!» warf ihm Wilson vor.

Lloyd George schlug einen Kompromiss vor. Wenn Frankreich seine Forderung nach der Rheingrenze aufgab, würden Grossbritannien und die Vereinigten Staaten gemeinsam eine Garantie zum Schutz der französischen Grenze gegen eine künftige deutsche Aggression abgeben. Marschall Foch unternahm, gedrängt von dem kompromisslosen Poincare, einen letzten Versuch, für Frankreich die einzige natürliche Barriere zu retten, die es gegen den Erbfeind gab. Am 31. März verlangte er, persönlich von den Grossen Vier gehört zu werden, die für die Abfassung der Friedensbedingungen verantwortlich waren: Wilson, Lloyd George, Clemenceau und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando. Er sagte:

Wenn wir den Rhein nicht auf die Dauer behalten, dann gibt es keine Neutralisierung, keine Abrüstung, keine irgendwie geartete geschriebene Klausel, die Deutschland davon abhalten könnte, über den Rhein vorzustossen und die Oberhand zu gewinnen. Weder England noch Amerika könnten rechtzeitig Hilfe bringen, um Frankreich vor der völligen Niederlage zu retten.

Das waren prophetische Worte. Aber Clemenceau gab nach. Als Gegenleistung für die Aufgabe der Rheingrenze nahm er von seinen beiden mächtigen Verbündeten feierliche Garantien für die Grenzen seines Landes entgegen. Keiner der Verbündeten hielt Wort. Beide Häuser des britischen Parlaments billigten im Juli 1919 den Garantievertrag, jedoch unter der Voraussetzung, dass ihn auch die Vereinigten Staaten ratifizierten. Der us-Senat versagte sowohl diesem Vertrag als auch dem Versailler Vertrag seine Zustimmung, und damit war die britische Zusage gegenstandslos geworden.

Dieses Vorgehen betrachteten die Franzosen als Verrat. Sie sprachen davon, dass sie von ihren Verbündeten aus dem Kriege hintergangen worden seien. Das stimmte auch. Cle-

menceau hatten seine ausgesprochenen Sympathien für Grossbritannien und die Vereinigten Staaten (er war kurz nach dem Bürgerkrieg als Zeitungskorrespondent in den USA tätig gewesen, hatte dort sein amerikanisches Englisch gelernt und eine Amerikanerin geheiratet) schon vor dem Krieg von Seiten der Rechten den Vorwurf eingetragen, ein «Werkzeug» der Anglosachsen zu sein; jetzt war er verbittert und desillusioniert. Als der Ministerpräsident, der Frankreich in der letzten Kriegsphase noch einmal mitgerissen hatte, war ihm etwas klar, was die meisten Franzosen gern übersahen: dass der Krieg ohne die Hilfe der Briten und Amerikaner nicht hätte gewonnen werden können. Er erkannte auch, dass es in Zukunft ohne die anglo-amerikanische Zusage einer Militärhilfe Frankreichs Kräfte übersteigen würde, die nächste deutsche Invasion zurückzuschlagen. Diese Hilfe war ihm als Gegenleistung für die Aufgabe der Rheingrenze, die seine Generäle gefordert hatten, versprochen worden. Nun musste Frankreich auf beides verzichten.

Der Betrug der Alliierten sollte verhängnisvolle Folgen haben. Selbst unter Hitler hätte es Deutschland niemals gewagt, wieder in Frankreich einzufallen, wenn die Regierenden und die Generäle in Deutschland im Voraus mit dem Einsatz militärischer Macht von seiten der Briten und Amerikaner hätten rechnen müssen. Die Ablehnung des Garantievertrags durch den us-Senat belastete die Vereinigten Staaten mit einer gewissen Verantwortung für die nachfolgenden Ereignisse, die Westeuropa an den Rand der Vernichtung durch Deutschland brachten. Doch das wurde in Amerika kaum eingesehen. Die Handlungsweise des amerikanischen Senats ersparte den USA am Ende doch nichts. Die Rückeroberung Westeuropas von den Deutschen im zweiten Weltkrieg wurde dadurch nur noch weitaus kostspieliger, was amerikanische Opfer an Menschenleben und Geld betraf, als es gewesen wäre, wenn der Senat gleich das vom Präsidenten gegebene Wort honoriert hätte. Die Vereinigten Staaten sonnten sich wohlgefällig in ihrer kurzsichtigen Isolierung und gingen als Machtfaktor für die Wahrung eines Friedens in Europa verloren, bei dessen Erringung sie mitgeholfen hatten; ihr Schicksal sollte immer mit dem Europas verflochten sein.

Die Reparationsfrage

Auch in der Frage der Reparationen fühlten sich die Franzosen am Ende nicht nur von den Deutschen hintergangen, sondern auch von den eigenen Verbündeten, die sich davor drückten, den Verlierer zur Zahlung zu veranlassen. Frankreich erhielt von Deutschland nur 20 Prozent der Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete im Norden. Daran waren die Franzosen grösstenteils selbst schuld. Auf der Friedenskonferenz erwiesen sie sich als zu habgierig, sie verlangten zu viel. Ausserdem wollten sie nicht einsehen, dass nur ein vollauf erholter, wohlhabender Feind in der Lage sein würde, grössere Reparationszahlungen zu leisten. Sie sahen nur eines: ein solches Deutschland würde dann auch mächtig genug sein, sich für die erlittene Niederlage zu rächen. Darin bestand das

Dilemma. Die Franzosen versuchten das Unmögliche: Deutschland wirtschaftlich schwach zu halten und gleichzeitig aus diesem Land gewaltige Reparationen herauszupressen. Auf lange Sicht erreichten sie keines der beiden Ziele.

Zu Beginn waren die französischen Forderungen recht vernünftig. Bei den Waffenstillstandsbedingungen verlangten die Alliierten lediglich eine Wiedergutmachung des in Belgien und Nordfrankreich angerichteten Schadens von den Deutschen. Das war nur gerecht und wurde auch von den Deutschen anerkannt. Aber als dann die Pariser Konferenz begann, erweiterten sowohl die Franzosen als auch die Briten ihre Forderungen. Sie bestanden darauf, dass der Feind ausserdem sämtliche alliierte *Kriegskosten* sowie die Renten der Kriegshinterbliebenen und Kriegsversehrten tragen müsse. Dem widersetzte sich Präsident Wilson ganz entschieden. So wurde ein Kompromiss geschlossen, nach dem die Deutschen nur die Kriegsschäden» bezahlen sollten (darunter auch die gewaltigen Schiffsraumverluste Grossbritanniens durch deutsche U-Boote) sowie die Pensionen.

Doch über die Höhe der Rechnung konnten sich die Friedensstifter in Paris nicht einigen. Nach monatelangem Tauziehen fassten sie endlich den Beschluss, Summe und Zahlungsweise von den Ermittlungen der Reparationskommission abhängig zu machen, die ihrerseits im Mai 1921 einen Beschluss verkünden sollte. Bis dahin hatten die Deutschen nach dem Versailler Vertrag einen Vorschuss auf die Reparationen in Höhe von 20 Milliarden Goldmark zu entrichten, von denen zwei Fünftel für Belgien bestimmt waren. Kurz vor Ablauf der Frist, am 28. April 1921, setzte die Reparationskommission die Gesamthöhe der deutschen Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (33 Milliarden Dollar) fest. Davon sollte Frankreich 52 Prozent erhalten. Die jährliche Ratenzahlung sollte eine halbe Milliarde us-Dollar zuzüglich einem Betrag in Goldwährung oder Waren im Wert von 26 Prozent der deutschen Exporte betragen.

Bei der damaligen Wirtschaftslage konnte Deutschland einer solchen Verpflichtung nicht nachkommen. Es war auch nicht willens, die Summe zu bezahlen, die möglich gewesen wäre, wenn es sich irgendwie vermeiden liess. Den Deutschen boten sich zahlreiche Gelegenheiten zur Reduzierung der Zahlungen, indem sie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten, insbesondere zwischen Paris und London, ausnutzten. Um 1921 waren die Briten bereits zu der Erkenntnis gelangt, dass die Wiederherstellung des deutschen Marktes, der sich vor dem Kriege für sie als so gewinnbringend erwiesen hatte, für die stagnierende britische Wirtschaft wichtiger sei als das Einstreichen hoher Reparationssummen. Auch die Amerikaner hatten ein Auge auf den deutschen Markt geworfen. Ihre Bankiers waren gern bereit, für den deutschen Wiederaufbau Geld zu interessanten Zinssätzen auszuleihen. Die anglo-amerikanischen Demokratien zeigten wenig Verständnis oder Sympathie für die Franzosen, die unter dem Krieg weitaus mehr gelitten hatten als sie selbst und die es nur als gerecht ansahen, dass die deutschen Zahlungen zumindest die immensen Kosten des eigenen Wiederaufbaus decken sollten.

Als einzige der Siegermächte sah sich Frankreich in jenen ersten Friedensjahren gezwungen, jährlich für den Wiederaufbau der Ruinen im Lande höhere Summen aufzubringen, als die Kriegführung gekostet hatte. Diese Bürde wurde den Franzosen keineswegs durch

das Wissen erleichtert, dass in Deutschland selbst keine verwüsteten Gebiete wiederaufzubauen waren.

Gegen Ende des Jahres 1921 geriet Deutschland mit seinen Reparationszahlungen in Verzug und berief sich auf Zahlungsunfähigkeit. Den Deutschen wurden Aufschübe und Moratorien gewährt, aber die Geduld der Franzosen wurde auf eine harte Probe gestellt. Damals und auch noch später wurde in England und Amerika die Unduldsamkeit Poincarés angeprangert, der im Januar 1922 Ministerpräsident geworden war. In London und Washington warf man ihm vor, er wolle aus Deutschland auch noch den letzten Sou herauspressen, selbst wenn er das Land dadurch in den wirtschaftlichen Ruin trieb. Doch rückblickend erscheint er als viel verständigungsbereiter als damals den Anglo-Amerikanern. Auf den interalliierten Konferenzen, die im Dezember 1923 in London und im darauffolgenden Monat in Paris stattfanden, stimmte er einem zweijährigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zu. (Die Deutschen hatten um zweieinhalb Jahre ersucht.) Er schlug vor, 82 Milliarden von der gesamten Reparationsschuld in Höhe von 132 Milliarden Goldmark als Schuldverschreibungen in Umlauf zu bringen und damit die interalliierten Kriegsschulden zu tilgen, insbesondere die Schulden Frankreichs bei Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Nur der Rest von 50 Milliarden sollte direkt an die Sieger als Reparationen bezahlt werden. Da den Franzosen davon nur die Hälfte zustand, hätten die 25 Milliarden nur 20 Prozent der Wiederaufbaukosten gedeckt. Die Briten lehnten den Vorschlag ab.

Acht Tage später, am 11. Januar 1923, liess Poincaré das Ruhrgebiet durch französische Truppen besetzen. Dieses Herzstück der deutschen Industrie produzierte 73 Prozent der Kohle und 83 Prozent des Eisens und Stahls. Mit der juristischen Spitzfindigkeit, die diesem Rechtsanwalt durchaus entsprach, hatte Poincaré nur die offizielle Feststellung der Reparationskommission abgewartet, dass Deutschland mit seinen Zahlungen an Frankreich in Verzug geraten sei. Der Versailler Vertrag berechnete Frankreich in einem solchen Falle zu derartigen Sanktionen.

Die übrige Welt, insbesondere Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, erhob ein zorniges Geschrei gegen diese französische «Aggression». Die deutsche Regierung antwortete mit einem Aufruf zum allgemeinen passiven Widerstand an der Ruhr. Sie befahl und finanzierte einen Generalstreik der Arbeiter. Sie veranlasste die Unternehmen, Bergwerke und Fabriken zu schliessen. Die Hochöfen wurden gelöscht. Keine Tonne Kohle wurde mehr gefördert, keine einzige Tonne Stahl produziert. Im Rheinland verkehrten die Züge nicht mehr. Von Berlin aus steuerte die Regierung bewusst den Währungsverfall. Im August kostete der Dollar bereits 4 Millionen Mark, am Ende sogar 4,2 Billionen. Poincaré beharrte auf seinem Standpunkt. Mit Hilfe von französischen und belgischen Ingenieuren und Arbeitern gelang es ihm, Bergwerke, Stahlwerke und Eisenbahnen wieder so weit in Gang zu bringen, dass etwas herauszuholen war *. Eine separatistische

* Insgesamt wurden unter dem Strich nach Abzug der Kosten Waren im Werte von 106 Millionen Dollar erwirtschaftet. Davon behielten die Franzosen 91 Millionen, den Rest gaben sie an Belgien und andere Alliierte weiter, denen Reparationszahlungen zustanden.

Rheinbundbewegung wurde insgeheim subventioniert und unterstützt. Als ihre deutschen Führer die Republik Rheinland ausriefen, fürchtete man in Berlin schon, das Reich würde sein reichstes Gebiet für immer verlieren. Poincaré hatte das Ruhrgebiet so abgeriegelt, dass keine einzige Tonne Kohle oder Stahl in das übrige Deutschland gelangte. Ohne dieses Gebiet konnte das Land jedoch nicht existieren. Am 26. September gab die deutsche Regierung schliesslich nach, verkündete das Ende des passiven Widerstands an der Ruhr und erklärte sich zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen bereit*.

In Paris drängten die rabiateren unter den Nationalisten, angeführt von Alexandre Millerand, dem Präsidenten der Republik (einem früheren Sozialisten, der zum Reaktionär geworden war), und Marschall Foch Poincaré, das Nachgeben der Deutschen in vollem Umfang auszunutzen. «Das ist das grösste Ereignis seit dem Waffenstillstand!» rief Millerand, und Foch schrie: «Wir werden ja sehen, ob wir wieder eine Gelegenheit vertun, wie es beim Waffenstillstand und dem Frieden der Fall war!» Millerand und seine Freunde wollten erreichen, dass sich Poincaré sofort mit der entmutigten deutschen Regierung und den Grossindustriellen an der Ruhr zusammensetzen und sie dazu zwingen sollte, den Franzosen beträchtliche Besitzanteile an den Ruhrindustrien zu übertragen. Dann sollten die Kohlenbergwerke an der Ruhr und die Eisenindustrie Lothringens zu einem mächtigen französisch-deutschen Kartell zusammengelegt werden, das den grössten Teil des europäischen Stahls und der Eisenwaren produziert und den Kontinent – unter Frankreichs Führung – zu einer wirtschaftlichen Vormachtstellung in der Welt geführt hätte.

Aber Poincarés Ambitionen für Frankreich gingen nicht ganz so weit. Er hatte von Anfang an betont, dass er mit der Besetzung des Ruhrgebiets lediglich Deutschland zwingen wollte, seine Reparationsverpflichtungen laut Versailler Vertrag zu erfüllen. Weiter wollte er nicht gehen. Er wollte Deutschland das nehmen, was es zu zahlen hatte, aber er wollte nicht an Deutschland zum Dieb werden. Und er glaubte ferner, dass die anglo-französische Entente, deren Wiederherstellung er sich erhoffte, trotz des zwischen London und Paris entstandenen bösen Blutes wegen der Ruhrbesetzung die einzige sichere Garantie gegen künftige deutsche Aggressionen sei. Er plante auf lange Sicht. Aber vermutlich erkannte Poincaré, für den die angelsächsische Welt immer ein wenig unverständig blieb, beim Abschluss seines Ruhrabenteuers nicht – wahrscheinlich war das erst rückblickend möglich dass seine entschlossene Aktion die letzte selbständige Handlung einer französischen Regierung gegenüber Deutschland unter Missachtung Grossbritanniens sein sollte. Künftighin würde Frankreich nur noch mit britischer Unterstützung vorgehen.

Diese Politik hätte vielleicht günstige Ergebnisse zeitigen können, wenn die Regierungen in London mit vorausblickenden Führern gesegnet gewesen wären, die etwas von

* Sechs Wochen später, am 8. November, nutzte der ausserhalb Bayerns unbekannte Adolf Hitler das durch die wilde Inflation hervorgerufene allgemeine Chaos und die Abneigung des Volkes gegen die Republik wegen der Kapitulation an der Ruhr zu einem bewaffneten Aufstand in München aus, der später unter der Bezeichnung «Bürgerbräukeller-Putsch» bekannt werden sollte.

den politischen Realitäten auf dem alten Kontinent und insbesondere in Deutschland verstanden und sich auch danach richteten. Doch dieses Glück wurde weder den Briten noch den Franzosen zuteil. Ramsay MacDonald, Stanley Baldwin und Neville Chamberlain, die damals dominierenden Männer in der britischen Regierung und im Parlament, fehlten die erforderlichen Qualitäten. In Paris gab es viele, besonders auf dem rechten Flügel, die die Ansicht vertraten, dass ihr Land mit einer von Grossbritannien unabhängigeren Politik besser fahren würde. Nach ihrer Auffassung lehrte die Geschichte, dass keine grosse Nation es ungestraft zulassen konnte, dass ihre Geschicke überwiegend von einer anderen Nation mit anderen Interessen und Standpunkten, die notwendigerweise überwiegend egoistisch sein mussten, entschieden wurden *. Doch gegen Ende der zwanziger Jahre wurden sich selbst auf der Rechten die denkenden Franzosen der Tatsache bewusst, dass ihre Nation angesichts eines wiedererstarkenden und rachedürstenden Deutschland nicht stark genug war, ihren Weg allein zu gehen. Nur in Zusammenarbeit mit Grossbritannien konnte es Frankreich mit dem potentiell stärkeren Feind jenseits des Rheins aufnehmen.

Die deutschen Reparationszahlungen währten nicht lange. Nach dem 1924 ausgearbeiteten Dawes-Plan, der Deutschlands jährliche Zahlungen reduzierte, erhielten die Franzosen im Verlauf von fünf Jahren umgerechnet etwa eine Milliarde Dollar, zwei Drittel davon in Form von Warenlieferungen. Der Young-Plan von 1929 brachte eine weitere Ermässigung der jährlichen Zahlungen Deutschlands mit sich. Zwei Jahre später führten die weltweite Depression, das Hoover-Moratorium von 1931 für Reparationen und Kriegsschulden und die Weigerung der Deutschen, weitere Zahlungen zu leisten, zum Abschluss der Reparationen. Am 9. Juli 1932 unterzeichneten Frankreich und Grossbritannien zusammen mit ihren Verbündeten in Lausanne ein Abkommen mit Deutschland, durch das die restlichen Reparationen gestrichen wurden. Als Zugeständnis an die öffentliche Meinung in den Ländern der Alliierten erklärte sich Deutschland zu einer symbolischen Abschlusszahlung in Höhe von 3 Milliarden Reichsmark bis zum Jahre 1935 bereit, die bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hinterlegt werden sollten.

Von den 132 Milliarden Goldmark, die Deutschland im Jahre 1921 auferlegt worden waren, hat Deutschland insgesamt an Geld und Sachwerten 53'155'000'000 Goldmark⁴ bezahlt. Davon erhielt Frankreich 9'585'000'000 Goldmark.

In Deutschland war lautstark verkündet worden, dass das Volk im Reich dankbar aufatmen würde, wenn erst einmal die letzten französischen Truppen aus dem entmilitarisierten Rheinland abgezogen und die Reparationszahlungen von den Alliierten gestrichen sein würden, und dass diese grosszügigen Gesten von Seiten der einstigen Sieger, mit denen die Lasten – und Mahnmale – der Niederlage ausgelöscht würden, die Demokratie in Deutschland retten und festigen würden; die von links und rechts unter Be-

* Eine Lektion, die Charles de Gaulle in den sechziger Jahren immer wieder durchdachte, predigte und praktizierte.

schuss genommene Republik würde dann eine weitere Gnadenfrist erhalten. Das glaubte man in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten, und selbst weite Kreise in Frankreich huldigten dieser Überzeugung.

Doch genau das Gegenteil davon traf ein. Am 30. Juni 1930 zogen die Franzosen ihre letzten Truppen aus dem Rheinland ab. Knapp drei Monate später errang am 14. September Adolf Hitlers NSDAP, die aus ihrer Feindschaft gegen Demokratie, deutsche Republik und Frankreich kein Hehl machte, einen überwältigenden Wahlsieg. Sie konnte die Anzahl ihrer Wählerstimmen von 810'000 im Jahre 1928 auf 6'409'600 und die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstag von 12 auf 107 steigern. Vom Rang der neunten und kleinsten Partei Deutschlands stieg sie auf den zweiten Platz auf. Am 31. Juli 1932, drei Wochen nach der Streichung der Reparationen durch die Alliierten, reagierte das deutsche Volk bei der Reichstagswahl mit einem noch grösseren Wahlsieg für die NSDAP. Mit 13'745'000 Stimmen und 230 Sitzen im Reichstag wurde sie die grösste politische Partei des Landes.

Alliierte Hilfe konnte die morsche deutsche Republik nicht retten. Sechs Monate nach dieser Wahl übernahmen die Nationalsozialisten die politische Macht in Berlin, zerstörten rasch die demokratische Republik und begannen ihre Rache an Frankreich für die Niederlage von 1918 und das Versailler Diktat vorzubereiten.

Das Tauziehen um die Kriegsschulden

Die Vereinigten Staaten wollten von Deutschland zwar keinen Pfennig an Reparationen haben, aber ihre Regierung und der Kongress bestanden darauf, dass die eigenen Verbündeten, insbesondere Grossbritannien und Frankreich, ihre Kriegsschulden samt Zinsen in voller Höhe beglichen. Die britische Regierung hatte auf der Friedenskonferenz die Niederschlagung sämtlicher interalliierten Schulden mit dem Hinweis empfohlen, das während des Krieges geliehene Geld sei ein Beitrag zum gemeinsam errungenen Sieg gewesen. Die gegenüber Grossbritannien und den USA tief verschuldeten Franzosen stimmten zu. Präsident Wilson wies diesen Gedanken weit von sich. Später sollte Präsident Calvin Coolidge in seiner unnachahmlichen Art fragen: «Sie haben sich das Geld doch geliehen, oder nicht?»

Grossbritannien und Frankreich hatten während des Krieges Geld sowohl geliehen als auch verliehen. Die britische Regierung hatte von den Vereinigten Staaten 4 Milliarden Dollar aufgenommen und ihren Verbündeten, hauptsächlich Frankreich, fast den doppelten Betrag geliehen. Als Grossbritannien 1922 von Washington zur Rückzahlung gedrängt wurde, erklärte es, von den verbündeten Schuldnern und von Deutschland solle nur so viel Geld verlangt werden, wie zur Deckung der Zahlungen an Amerika erforderlich sei. Das bedeutete die Niederschlagung von drei Viertel des Grossbritannien zustehenden Betrags. Frankreich hatte bei den Vereinigten Staaten 3,5 Milliarden Dollar aufgenommen, fast die Hälfte davon nach dem Waffenstillstand. Aber Frankreich hatte

seinen Verbündeten über 5 Milliarden Dollar geliehen, die Hälfte davon an Russland; die jetzt dort herrschenden Bolschewiken weigerten sich, auch nur einen Rubel davon zurückzuzahlen. Die Franzosen vertraten die Auffassung, der eigene Beitrag an Menschenopfern, den sie zum alliierten Sieg in weitaus höherem Masse als die USA geleistet hatten, könnte wenigstens teilweise durch Yankee-Dollars kompensiert werden.

Doch Washington blieb hart. Es verlangte, dass die einstigen Verbündeten ihre Schuld restlos zu begleichen hätten. Bis 1929 hatten sich die meisten davon widerwillig dazu bereit erklärt. Die Briten mussten im Laufe von 62 Jahren rund 11 Milliarden Dollar für die 4-Milliarden-Schuld bezahlen (wobei die aufgelaufenen Zinsen fast das Dreifache der ursprünglichen Schuldsumme ausmachten), die Franzosen hatten 6,75 Milliarden Dollar für die ungefähr halb so hohe Anleihe zu entrichten⁵. Damals konnte man in ganz Westeuropa den Ruf «Onkel Shylock!» vernehmen. Obgleich die amerikanische Regierung niemals einen Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden anerkannte, machte ihr Frankreich klar, dass es an Washington nie mehr zurückzahlen werde, als es an Reparationen aus Berlin erhielt.

Die Konferenz in Lausanne, die einen Strich unter sämtliche Reparationen zog, bedeutete das Ende weiterer Rückzahlungen interalliiertter Schulden. Auf dieser Konferenz kamen die Alliierten überein, die Beendigung der Reparationen nur dann zu ratifizieren, wenn die Vereinigten Staaten ihrerseits einer Annullierung der Kriegsschulden zustimmten. Die amerikanische Regierung lehnte ab. Infolgedessen wurde der Vertrag von Lausanne niemals ratifiziert. Allerdings wurde die darin enthaltene Klausel, nach der Deutschland keine weiteren Reparationen mehr zu leisten brauchte, beachtet. Grossbritannien und Frankreich stellten ihre Zahlungen an die Vereinigten Staaten ein, wenn man von einem mehr symbolischen Angebot Englands im Jahre 1933 absieht. Als Ministerpräsident Herriot darauf bestand, Frankreich müsse die am 15. Dezember 1932 fällige Zahlung von 19 Millionen Dollar an Washington einhalten, wurde er am Tag vor diesem Termin von einer erbosten Deputiertenkammer mit 403 gegen 187 Stimmen gestürzt. Genauso erbost war der amerikanische Kongress. Er verabschiedete eine Resolution des Inhalts, dass es «gegen die Politik des Kongresses sei, Schulden dritter Länder gegenüber den USA in irgendeiner Form zu annullieren oder zu reduzieren». 1934 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, das Nationen, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkamen, die Kreditaufnahme in Amerika untersagte. Aber dieses Gesetz nutzte nichts. Nicht nur die Reparationen, sondern auch die Kriegsschulden waren praktisch gestorben. Nur das kleine Finnland fuhr mit der Rückzahlung seiner bescheidenen Kriegsschuld fort und wurde dafür in ganz Amerika hochgeschätzt.

Über ein Jahrzehnt lang verbreitete das Gerangel um die Kriegsschulden diesseits und jenseits des Atlantiks böses Blut. Als Hitler Anfang 1933 in Deutschland an die Macht gelangte, war die grosse Allianz der drei westlichen Demokratien, die 1918 die Vorgänger des Nazidiktators in die Knie gezwungen hatten, in Schutt und Asche gesunken. Von amerikanischer Seite aus sollte sie erst wiederbelebt werden, als Hitler Frankreich erobert, Grossbritanniens Existenz bedroht und den USA den Krieg erklärt hatte.

Abstieg, I. Politisches und finanzielles Chaos und Erholung unter Poincaré 1924-1930

Um den Grossteil der Reparationen, mit denen sie gerechnet hatten und auf die sie ein Recht zu haben glaubten, geprellt, von den Vereinigten Staaten ständig wegen der Rückzahlung der Kriegsschulden gedrängt, belastet mit der gewaltigen Aufgabe des Wiederaufbaus der verwüsteten Gebiete und einer von vier kostspieligen Kriegsjahren restlos ausgeschöpften Staatskasse, bemühten sich verschiedene französische Regierungen der Rechten und der Linken, die sich alle nicht lange halten konnten und von denen sich die meisten geradezu unfassbare Dummheiten zuschulden kommen liessen, acht Jahre lang, den nationalen Bankrott hinauszuschieben.

Nach dem Friedensschluss weigerte man sich zwei Jahre lang überhaupt, etwas zu tun oder dem Problem auch nur ins Gesicht zu blicken. Das Schlagwort der Politiker, dass die Deutschen alles bezahlen würden, machte Regierung und Parlament blind gegenüber der Notwendigkeit, für ausreichende Steuereinnahmen zur Übernahme des grösseren Teils der Kosten zu sorgen. Statt die Steuern zu erhöhen, erhöhte die Regierung die Anleihen. Sie behielt damit eine Gewohnheit aus den Kriegsjahren bei, als die trotz aller Dringlichkeit kaum erhöhten Steuern nur 17 Prozent der gesamten Kriegskosten von 210 Milliarden Goldfrancs deckten (ca. 42 Milliarden Dollar); der Rest stammte aus massiven Anleihen und Vorschüssen der Bank von Frankreich. In den zwanziger Jahren wurden die Anleihen und Vorschüsse, ob die Regierung nun konservativ oder radikal war, Jahr um Jahr fortgesetzt, bis der Punkt erreicht war – das geschah mehrmals –, an dem die kurzfristigen Darlehen bei Fälligkeit nicht zurückbezahlt werden konnten, die Vorschüsse der Bank von Frankreich gestoppt wurden und die Staatskasse buchstäblich leer war.

Es schien auf der Hand zu liegen, dass die Steuern erhöht und denjenigen, die es sich am ehesten leisten konnten, einige finanzielle Opfer abverlangt werden mussten. Doch dem Parlament erschien das gar nicht als so selbstverständlich. Fünf Jahre lang sträubte es sich nach dem Kriege, einer fühlbaren Steuererhöhung seine Zustimmung zu geben. Als der Finanzminister der Regierung des konservativen *Bloc National* 1923 zusätzliche Steuergelder in Höhe von sechs Milliarden Francs forderte, wurde er abgewiesen. Anfang 1924 konnte der Staat seine kurzfristigen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Endlich entsprach das Parlament Poincarés Verlangen nach einer 20prozentigen Anhebung sämtlicher direkter und indirekter Steuern. Davon wurden am härtesten die Armen betroffen, da die indirekten Verbrauchssteuern nahezu die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachten und die Einkommensteuer nur ein Viertel. Sie steckte ausserdem voller

Lücken und Hintertürdienen und wurde von allen, die es irgendwie fertigbrachten, vor allem aber den Reichen, in skandalöser Weise hinterzogen. Der Egoismus der Besitzenden, die sich hartnäckig sträubten, für das Wiedererstarken ihres Vaterlandes finanzielle Opfer zu bringen, erschien später vielen Historikern als schockierend. Die Leute, die das meiste Geld besaßen und manipulierten, brachten es immer wieder fertig, der Übernahme eines gerechten Anteils an den Kosten des Krieges und des Wiederaufbaus auszuweichen.

Ebenso hartnäckig wie erfolgreich widersetzten sie sich allen Bemühungen des Parlaments und der Regierung, die Einkommensteuer in angemessener und gerechter Weise anzuheben oder auch nur das untragbare Besteuerungssystem zu bereinigen, das die Armen so viel härter traf als die Reichen. In ihrer ängstlichen Besorgnis um ihr Kapital und ihre Profite, die nur noch von ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Rettung des Vaterlandes übertroffen wurde, schafften sie ihr Kapital in so grossem Umfang ausser Landes, dass unweigerlich die Währung zusammenbrechen, der Staat bankrott gehen und Inlandskapital fehlen mussten, das so dringend für den Wiederaufbau und insbesondere dafür benötigt wurde, den Bauern, den kleinen Geschäftsleuten und den Kaufleuten in dieser schwierigen Nachkriegszeit einen neuen Start zu ermöglichen.

Als die Regierung Herriot im Frühjahr 1925 das Parlament aufforderte, ein Gesetz gegen die massive Auslandsflucht französischen Kapitals zu erlassen, wurde sie von der führenden Nachmittagszeitung des Kapitals, *Le Temps*, dem Organ des Stahltrusts (Le Comité des Forges), erbittert angegriffen; dieser «blanke Sozialismus» werde das kapitalistische System zugrunde richten. Das Parlament billigte dieses Gesetz nicht, die massive Kapitalflucht ins Ausland hielt unvermindert an, die Staatskasse war wieder einmal leer, und der Franc fiel weiter – aber Frankreich blieb wenigstens dieser «blanke Sozialismus» erspart.

Doch etwas anderes blieb der Regierung nicht erspart: Sie musste Geld beschaffen, damit die Staatsgeschäfte weiterlaufen konnten. Als im November 1924 in der Deputiertenkammer die Debatte über die Frage begann, woher man es nehmen sollte, machte der Sozialistenführer Pierre Renaudel einen Vorschlag, der bei den konservativen Kräften in Parlament und Presse einen Sturm der Entrüstung auslöste. «Sie müssen von da Geld herholen, wo welches ist», empfahl er. Woher sonst? wäre man versucht zu fragen*. Aber allein schon der Gedanke, jenen die Hauptlast einer Steuererhöhung aufzubürden, die Geld besaßen, erschreckte sie zu Tode. Die Folge war ein neuer Exodus von Kapital in sicherere Gefilde. Das einflussreiche *Journal des Finances* rief besorgt aus: «Vor allen Dingen muss dieses stete Bedrängen der Besitzenden ein Ende haben!» Schon möglich, aber die Besitzenden schienen ständig in Sorge zu leben. Die Sorgen der Besitzlosen wurden nicht erwähnt, auch nicht die Bedrängnis der Regierung durch feindselige Handlungen von Seiten der Hochfinanz, angeführt von der Bank von Frankreich. Sie lancierte

* Ein Deputierter namens Bokanowski teilte der Kammer die Antwort der Geschäftsleute und Financiers mit: «Uns wurde gesagt, man müsse das Geld da hemeihen, wo es ist. Ich behaupte dagegen, dass man es zuerst da belassen muss, wo es ist!» Und dabei blieb es auch.

im Frühjahr 1925 eine Offensive gegen die «linksgerichtete» Regierung Herriot in der Absicht, sie zu stürzen und damit die Gefahr für die Geldsäcke zu beseitigen*.

Die Kapitalflucht selbst, an der die grossen Finanzhäuser führend beteiligt waren, schadete nicht nur dem Land, sondern sie stellte auch eine Art Erpressung der Regierung dar, keine Steuererhöhung vorzunehmen und vor allen Dingen keine Kapitalsteuer ins Auge zu fassen. Die Banken nahmen zu anderen Formen der Erpressung Zuflucht. Sie boten der Staatskasse Darlehen für vierundzwanzig Stunden zur Abdeckung der Vorschüsse der Bank von Frankreich bis zum gesetzlichen Limit an, wenn die Regierung dafür über Steuerhinterziehungen hinweg sah und von einer Kontrolle des Kapitalexports absah. Als dann Anfang April 1925 zum entscheidenden Schlag gegen die Regierung Herriot ausgeholt wurde, verweigerten die Banken plötzlich weitere Darlehen, und sei es nur für einen einzigen Tag. Die Überschreitung der gesetzlich zulässigen Höchstgrenze bei den Vorschüssen von der Bank von Frankreich musste publiziert werden. Das Ergebnis waren ein weiterer Rückgang des Franc und eine ausbrechende Panik.

Tatsächlich hatte die Bank von Frankreich während des konservativen Poincaré-Regimes vor 1924 der Staatskasse oft mehr vorgeschossen, als das Gesetz erlaubte. Darüber hinaus hatte sie Poincaré gewisse «Geheimfonds» der Bank zur Verfügung gestellt, die ganz beträchtlich waren. Jetzt, im April 1924, verweigerte sie der Kartellregierung, was sie dem gemässigten Kabinett Poincaré bereitwillig gewährt hatte. Am 1. April und noch einmal am 6. April wies die Bank von Frankreich die Regierung darauf hin, dass das gesetzliche Limit für die Vorschüsse an den Staat – 41 Milliarden Francs – nahezu erreicht war, dass das Gesetz höhere Vorschüsse untersagte und dass es der Regierung daher an Geldmitteln mangeln werde, ihren Verpflichtungen nachzukommen oder auch nur die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten zu bezahlen. Insgeheim liess die Bank diese Mitteilung an die Presse durchsickern. Der grösste Teil der Presse, darunter auch die Tageszeitungen mit hoher Auflage, hatte die Hochfinanz bei ihren Bemühungen, die Kartellregierung zu stürzen, lautstark unterstützt. In jenen Tagen des beginnenden Abstiegs erlangte die Presse, die von Konzernen und Hochfinanz beherrscht wurde, bei dem Bemühen um eine Untergrabung nicht nur der vom Volk gewählten Regierung, sondern auch – was noch bedeutsamer war – der Dritten Republik selbst einen immer grösseren Einfluss.

Anatole de Monzie, Herriots Finanzminister, war eine seltsame Gestalt – gleichzeitig radikaler Politiker und Amateur-Literat; er versuchte der Attacke der Financiers zu begegnen, indem er am 9. April die Kammer um ihre Zustimmung zu zwei drastischen Massnahmen ersuchte, mit denen die Staatsfinanzen saniert werden sollten: erstens

* Es muss noch einmal betont werden, dass «linksgerichtet» in Frankreich nicht dasselbe bedeutet wie in den USA. Das *Cartel des Gauches* (Kartell der linken Parteien), das aus den allgemeinen Wahlen vom 11. Mai 1924 als Sieger hervorging, bekämpfte Poincarés Aussenpolitik, vor allen Dingen seine Besetzung des Ruhrgebiets, und seine Innenpolitik, insbesondere die zwanzigprozentige Erhöhung *aller* Steuern. Vorherrschend war dabei die Radikal-sozialistische Partei, eine gemässigte Gruppe der Mitte, nicht radikaler als die Demokratische Partei in den USA und natürlich ungeachtet des Namens nicht «sozialistisch». Im Parlament wurde das Kartell durch die Sozialistische Partei unterstützt, die sich allerdings der Regierung Herriot nicht anschloss. Die Kommunistische Partei mit ihren 28 Deputierten sowie die konservativen Parteien bildeten die Opposition gegen das Kartell, wenn auch natürlich aus verschiedenartigen Gründen.

sollte das gesetzliche Limit der Geldzirkulation (bestimmt von den Vorschüssen der Bank von Frankreich) von 41 auf 45 Milliarden erhöht werden, und zweitens verlangte er eine Zwangsanleihe in Höhe von zehn Prozent von jedermanns Kapital.

In der Presse brach erneut ein Wutgeschrei los, aber als die Kammer gerade an diesem Tag durch ihr Vertrauensvotum für die Regierung zu erkennen gab, dass sie die beiden Massnahmen billigen werde, wandten sich die Mächtigen aus Geschäft und Finanz verzweifelt an den Senat. Er war ihre letzte Hoffnung, die Regierung Herriot doch noch zu stürzen und etwas zu verhindern, was in ihren Augen ein gefährlicher Schritt in Richtung auf eine Inflation und ein noch gefährlicherer Übergriff gegenüber dem Kapital war. Es war keine Zeit zu verlieren.

Prompt tat ihnen der Senat am folgenden Tag den Gefallen. Diese Versammlung alter Herren, indirekt durch die Gemeinden für jeweils neun Jahre gewählt, war konservativer eingestellt als die Deputiertenkammer und fürchtete noch mehr jegliche Veränderung. Der Senat neigte schon immer dazu, hinter der öffentlichen Meinung herzhinken, allein schon durch die Form seiner Zusammensetzung, die nur alle drei Jahre durch die Neuwahl eines Drittels seiner Mitglieder verändert werden konnte; er betrachtete voller Argwohn das Kartell linker Parteien, das die Kammer beherrschte und offenbar entschlossen war, die finanzielle Krise des Landes auf revolutionäre Art und Weise zu beheben. Ohne die Vorlage der beiden Massnahmen Monzies abzuwarten, leitete der Senat am 10. April eine Debatte über die allgemeine Finanzpolitik der Regierung Herriot ein, stellte, noch ehe der Tag vorbei war, die Vertrauensfrage und stürzte die Regierung mit 156 gegen 132 Stimmen.

Die Frage, ob der Senat das verfassungsmässige Recht hat, eine Regierung, die sich auf eine von der Mehrheit des Volkes gewählte Deputiertenkammer stützte, zu stürzen, war in Frankreich nie geklärt worden. Das hatte ein Senat bisher nur zweimal, in den Jahren 1896 und 1913, gewagt. Manche drängten Herriot, nicht zurückzutreten, sondern lieber die Auflösung der Kammer zu provozieren. Danach konnte er sich dem Volk in einer neuen Wahl stellen. Doch dieses Ansinnen lehnte er ab, vermutlich aus der Befürchtung heraus, der Staat könnte bankrott gehen, ehe eine Neuwahl abgehalten werden konnte. Unter diesen Umständen durfte das *Cartel des Gauches* kaum mit einem Wahlsieg rechnen. Andere meinten, dass er vermutlich eines erkannte: keine französische Regierung, auch wenn sie über eine noch so grosse Mehrheit in der Deputiertenkammer und im Volke verfügte, war imstande, sich gegen die Privatinteressen der Finanziers und Kapitalisten zu stellen. Sie waren gegen höhere Steuern, und sie waren fest entschlossen, gegen ein Zwangsdarlehen auf das Kapital bis aufs Messer zu kämpfen.

Ein Jahr darauf legte Professor Gaston Jèze den Finger auf die wunde Stelle. Jèze war ein berühmter Staatsrechtler und kein Radikaler – Mitglied einer von der Regierung zur Ausarbeitung eines Plans zur Sanierung der Staatsfinanzen eingesetzten Sachverständigenkommission. Er bemerkte im *Journal des Finances*:

Ich persönlich halte eine Besteuerung des angehäuften Vermögens für die gerechteste Lösung. Doch solche Steuern sind bisher auf den unüberwindlichen Widerstand der Besitzenden gestossen, die gleichzeitig die Mächtigsten sind. Das ist eine Tatsache. Der Egoismus der besitzenden Klasse ist unwandelbar. Wir müssen uns dieser Gegebenheit anpassen L

Aber diese «Anpassung» bedeutete für die Republik eine Kapitulation.

Die Macht, die Habgier und die Ängste der Oberklasse

Wir haben es hier beim Sturz Herriots im Frühjahr 1925 und auch bei den freimütigen Bemerkungen, die ein bekannter Jurist ein Jahr später machte, als sich die finanzielle Notlage des Staates trotz der Bemühungen von sechs aufeinanderfolgenden Regierungen nur noch verschlechtert hatte, mit einigen jener Missstände in der Dritten Republik zu tun, die während der nächsten fünfzehn Jahre bis zu ihrem Ende so unheilvoll an ihren Kräften zehren sollten.

Die Macht einer kleinen Elite, die den grössten Teil aller Güter besass, war grösser als die Macht der vom Volke gewählten republikanischen Regierung, die das Land angeblich zum Wohle aller Bürger lenken sollte. Diese Gruppe war fest entschlossen, ihre Vorrangstellung und damit ihr Geld zu bewahren. Es hatte sogar seit dem Triumph der Republik über Präsident MacMahon praktisch ein Bündnis zwischen der besitzenden Klasse und der Republik gegeben. Die Besitzenden manipulierten die Republik über die von ihr kontrollierte Presse, die Finanzierung politischer Parteien und den Einsatz ihrer gewaltigen Mittel zur Beeinflussung der Finanzpolitik der Regierung. Es war dabei gleichgültig, wenn das Volk wie 1924 eine radikale Deputiertenkammer wählte und ihr den Auftrag erteilte, im Lande wirtschaftliche, finanzielle und soziale Reformen durchzusetzen. Wie der Sturz Herriots gezeigt hatte, beherrschten Geschäftsleute und Bankiers inzwischen die Technik der Überrumpelung einer Mehrheit in einer demokratischen Gesellschaft. Aber nicht nur bei den Wahlen von 1924, sondern – wie wir noch sehen werden – auch 1932 und 1936 schickten die Wähler linksgerichtete Mehrheiten ins Parlament. Doch diese schmolzen jeweils rasch dahin, nicht aufgrund eines Gesinnungswandels bei den Wählern (zwischenzeitlich fanden keine Wahlen statt), sondern aufgrund eines politischen Kuhhandels der gewählten Volksvertreter im Parlament. In jedem einzelnen Falle schufen sie zunächst eine Regierung der Linken und liessen dann ihre Unterstützung entweder einer rechtsgerichteten Regierung oder der sicheren Mitte zuteil werden. Mochte das Wahlergebnis auch die Oberschicht vorübergehend besorgt machen, so wurde sie bald wieder durch die Fähigkeit des Parlaments beruhigt, den Mehrheitswillen der Wähler zu verfälschen. Und je mehr sich die Jahre der Dritten Republik ihrem Ende zuneigten, um so schwerer fiel es den Reichen, das Interesse der Nation über das Interesse ihrer Klasse zu stellen. Wenn sie an bestimmte Verpflichtungen gegenüber ihrem

Land erinnert wurden, damit es nicht im Morast eines finanziellen Chaos versank, dann schreckten sie vor der Verantwortung zurück. Mochte die Republik ruhig untergehen, wenn nur ihr Besitz unangetastet blieb. Sie waren jedenfalls nicht bereit, diese Republik über Wasser zu halten, indem sie ihren gerechten Anteil an der Steuerlast trugen. Sollten andere diese Bürde auf ihre Schultern nehmen. Wenn die Politiker das begriffen, durfte die Republik weiterbestehen. Wenn nicht – nun, gab es nicht auch noch andere Regierungsformen, die dem etablierten Reichtum grössere Sicherheit versprachen?

Das Denken einiger der grössten Unternehmer wandte sich allmählich dem faschistischen «Experiment» in Italien und dem wachsenden Erfolg der NSDAP in Deutschland zu.

Einer dieser Grossunternehmer war Ernest Mercier, ein Magnat auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung. Er begründete 1926 mit Unterstützung einiger Kollegen als erste antiparlamentarische Bewegung *Redressement Français* oder «Frankreich erwache». Diese Bewegung argumentierte, ein Kabinett von Politikern sei ausserstande, die Staatsgeschäfte in einer kompliziert gewordenen Nachkriegswelt zu führen, in der die Kniffe des nationalen und internationalen Geschäfts- und Finanzwesens spezialisierte Kenntnisse verlangten. Parlament und Regierung sollten von «Technikern» geleitet werden, die etwas vom Funktionieren einer modernen Gesellschaft verstanden. Dem Lande wurde versichert, dass die Grossunternehmen aus Industrie, Handel und Finanz solche hochqualifizierten Männer zur Verfügung stellen könne. Mit anderen Worten: die eigenen Leute sollten direkt kontrollieren, was sie bisher nur indirekt kontrollierten. Mercier und Konsorten riefen die «Technokratie» ins Leben, deren führende Köpfe, vielleicht auch ihre Ideen, eine gewisse Rolle spielen sollten, als die Dritte Republik zu Grabe getragen und ihre kurzlebige Nachfolge aufgerichtet werden sollte. Unter diesen Technokraten in Merciers *Redressement Français* befand sich auch eine seltsame und verschwommene Erscheinung namens Raphael Alibert, der sich in den zwanziger Jahren bei der *Action Française* als glühender Royalist hervortat und der schon bald zum politischen Mentor Marschall Pétains aufsteigen sollte.

François Coty war ein weiterer Geschäftsmann, der allmählich an der parlamentarischen Demokratie zu verzweifeln begann. Er hatte an der Herstellung von Parfüm ein riesiges Vermögen verdient und erheblich an der Abwertung des Franc profitiert. 1922 hatte er die konservative Morgenzeitung *Le Figaro* erworben. Als sich dann die finanzielle Krise verschärfte, hatte er begonnen, zahlreiche rechtsgerichtete antiparlamentarische Bewegungen zu subventionieren, von denen sich einige ganz offen faschistisch gebärdeten. Die politisch Unzufriedenen, die mit seinem Geld Angriffe gegen die Regierung vortrugen, umschmeichelten ihn, und schon bald begann sich Coty als der Retter der Nation zu fühlen, der in nicht allzu ferner Zukunft berufen sein könnte, für den Staat in die Bresche zu springen und ihn vor der Demokratie zu erretten. So lächerlich diese Vorstellung des politischen Einfaltspinsels Coty auch sein mochte, so scheint er sie doch immer ernster genommen zu haben. Er kam zwar seinem Ziel niemals auch nur nahe – dafür reichten seine Millionen bei weitem nicht aus –, aber es gelang ihm doch wie so vielen

anderen kurzsichtigen Magnaten in Frankreich, die Dritte Republik mit zu untergraben, nachdem sie ihm zu solchem Wohlstand verholpen hatte.

Damals, um die Mitte der zwanziger Jahre, war bereits zu beobachten, wie sich die Entfremdung zwischen der besitzenden Klasse in Frankreich und der übrigen Nation immer mehr vertiefte. Da sich auch die Masse der arbeitenden Klasse – aus entgegengesetzten Gründen – sozusagen vom Rumpf der Nation abgetrennt fühlte, rückten auf die Republik notgedrungen grössere Schwierigkeiten zu, als viele wahrhaben wollten.

Trotz seiner Macht war das gehobene Bürgertum, das in der Dritten Republik von Anfang an dominiert hatte, auf einem absteigenden Ast. In einer Welt, in der die Massen seine Vorrangstellung durch die Forderung nach mehr Gerechtigkeit bei der Vermögensverteilung und einer Beteiligung an den Lasten eines immer aufwendiger werdenden Staatsapparates bedrohten, fühlte es sich in die Defensive gedrängt. Gerade aufgrund des demokratischen Systems konnte es den Massen, die über die grosse Mehrheit der Wählerstimmen verfügten, sogar gelingen, ihre Forderungen durchzusetzen. Das grossartige Prinzip der Demokratie war dem gehobenen Bürgertum gar nicht mehr so teuer wie seinerzeit gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts, als seine Führer sich seiner bedienten, um die Monarchie und die Adelherrschaft zu stürzen und die politische wie auch die wirtschaftliche Macht an sich zu reissen. Nachdem der Kampf gewonnen und der Besitz gesichert waren, begann die Lehre von der Demokratie für die nun vorherrschende Schicht an Interesse zu verlieren. Im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts begann sie sogar Furcht einzuflössen. 1848 und mehr noch 1871 zurzeit der Kommune wandte sich die gehobene Mittelklasse gegen die Demokratie und verteidigte ihre Privilegien mit der gleichen Brutalität und dem gleichen Egoismus, die sie angewandt hatte, als sie dem Adel die Vorrechte entriss. Das Aufkommen des Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts schreckte die Besitzenden, und die bolschewistische Revolution von 1917 in Russland sowie die Gründung der kommunistischen Parteien in Westeuropa, vor allem aber in Frankreich im Jahre 1920, vertiefte noch ihre Furcht.

Das Grossbürgertum hatte sich für mehr als ein Jahrhundert innerhalb gewisser Grenzen der Demokratie verschrieben, weil diese ihm dazu verholpen hatte, Besitztümer anzuhäufen und sie zu schützen. Jetzt, in der Mitte der zwanziger Jahre, schien die Demokratie, wie sie in der wankenden Dritten Republik praktiziert wurde, seine etablierte Stellung zu gefährden und – was noch schlimmer war – auch Besitz und Brieftaschen. Dass diese Bedrohung grösstenteils nur in der bürgerlichen Phantasie existierte, liess sie in den Augen der Betroffenen nicht weniger wirklich erscheinen. Aus dieser Beunruhigung heraus begannen sie sich zusammenschliessen, nicht, um Frankreich oder gar die Republik zu retten, sondern lediglich ihre eigene Klasse und ihren Reichtum.

Damals begann bei einigen von ihnen insgeheim der Gedanke Fuss zu fassen, dass man vielleicht die Nation – und damit ihre Klasse mitsamt all ihren Privilegien – durch die Rückkehr zu einem autokratischen Regime, vielleicht gar zu einer Diktatur, retten könne. Sie blickten über die Alpen hinüber nach Italien. Mussolini hatte der Demokratie und

allen von ihr ausgehenden Bedrohungen ein Ende bereitet, indem er sie mit Leichtigkeit zerschlagen hatte. In Deutschland allerdings schien man den soeben aus dem Gefängnis entlassenen Hitler zum Schweigen gebracht zu haben. Er machte keine Schlagzeilen mehr. Aber als der Naziführer dann Ende der zwanziger Jahre sein Comeback feierte, wurde sein Programm zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in rechtsextremen Kreisen nicht ohne eine gewisse Sympathie vernommen. Die Meinung verbreitete sich, dass ein autoritäres Regime in Frankreich vielleicht nicht nur an sich gut sein würde, sondern das Land darüber hinaus auch noch in die Lage versetzen könnte, in Frieden und Harmonie mit den ähnlich gearteten Regimen in Deutschland und Italien auszukommen – ähnlich wie die europäischen Autokratien sich gefunden hatten, nachdem Metternich sie nach dem Sturz Napoleons auf dem Wiener Kongress zusammengeführt und ihnen gegen die Gefahren der Demokratie und anderer Stürme der Zeit den Rücken gestärkt hatte.

Dass der «Führer», wie er in dem 1925 erschienenen Buch «Mein Kampf» unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hatte, gegenüber der französischen Nation und dem französischen Volk keineswegs freundschaftliche Gefühle hegte, ging der französischen Elite aus Industrie, Handel und Finanz erst auf, als es schon zu spät war. Am Ende sollten sie sich auch in Mussolinis Haltung gegenüber ihrem Vaterland getäuscht sehen ².

Die Unzulänglichkeiten der Linken

Wenn die besitzende Klasse in Frankreich zu selbstüchtig, habgierig und kurzsichtig war, um einer fairen und anständigen Lösung der finanziellen Krise des Staates zuzustimmen, so war die linksgerichtete Mehrheit der Karteilisten in der Deputiertenkammer, die den Franzosen mit bescheidenem Einkommen repräsentierten, andererseits zu unwissend, zu unsicher und zu zaghaft, um dem Land eine solche Lösung aufzuzwingen, obgleich sie dazu die verfassungsmässigen Rechte und die Macht hatte. Auch die Linke trifft ein grosser Teil der Verantwortung, wenn das Land am Rande des Bankrotts verharrte. Sie hätte mit ihrer grossen Mehrheit in der Kammer Anfang 1924 die Gesetze verabschieden können, die erforderlich waren, um dem Staat die nötigen Einnahmen zu sichern, der Inflation Einhalt zu gebieten und die Kapitalflucht sowie die weitverbreitete Hinterziehung der Einkommensteuer zu stoppen. Aber sie konnte sich dazu nicht entschliessen. Indem sie mit Massnahmen drohte, wie zum Beispiel der Einführung von Zwangsanleihen für das Kapital, der Umwandlung kurzfristiger Schuldverschreibungen in langfristige, der Anhebung der Einkommensteuer und der Schliessung der Schlupflöcher im Steuergesetz, erschreckte sie nur die Reichen und jagte deren Geld aus dem Lande. Indem sie trotz aller Drohungen dann doch nichts unternahm, half sie die Staatskasse leeren, die Währung schwächen und das Chaos vermehren.

Beim Entstehen der Misere spielte die Unkenntnis auf dem Gebiet der Nationalökonomie eine grosse Rolle – bei den Linken wie bei den Rechten. Auf der Rechten versuchten Ban-

kiers und Geschäftsleute, die klassischen Lehren des Kapitalismus aus dem neunzehnten Jahrhundert auf das zwanzigste anzuwenden, dessen Probleme weitaus komplizierter gelagert waren. Auf der Linken waren die meisten Politiker in der Kammer Kleinstadtsanwälte, kleine Kaufleute und Bauern, vermischt mit einigen Professoren, die kaum etwas davon verstanden, wie man einen mit den Kosten des vernichtendsten Krieges der Geschichte so sehr überlasteten Staat finanzieren konnte.

Ein treffliches Beispiel dafür war Edouard Herriot selbst, der Ministerpräsident der Carfel-Regierung. Er war hochintelligent, ein begabter, wenn auch etwas weitschweifiger Redner, ausgebildet in der *Ecole Normale*, ein brillanter Professor der Literatur, der seine Doktorarbeit über das interessante Thema der schönen Madame Récamier und später noch ein Buch über Beethoven geschrieben hatte – Musik gehörte wie Literatur und Geschichte zu den vielen Interessengebieten dieses sehr kultivierten Mannes –, ein leidenschaftlicher radikaler Politiker nach Gambettas Tradition, aber immer noch verhaftet in den alten Problemen wie dem Konflikt Staat-Kirche, die bereits zu Beginn des Jahrhunderts gelöst worden waren. Wie die meisten seiner politischen Freunde war er von Ausbildung und Erfahrung und Charakter her schlecht geeignet, die finanziellen und ökonomischen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen. Herriot war ein liebenswerter Mann, entgegenkommend auch zu seinen Widersachern, immer zu Kompromissen bereit und nicht ehrgeizig genug, um rücksichtslos die Verwirklichung seiner Ziele zu erkämpfen. Er stand während der letzten sechzehn Jahre der Republik stets im Mittelpunkt des politischen Geschehens in der Dritten Republik (1912 war er als jüngstes Mitglied in den Senat gewählt worden), zweimal war er Ministerpräsident, oft hatte er andere Kabinettsposten inne, und bis zum Ende war er lange Zeit Präsident der Deputiertenkammer. Dieser Posten sagte ihm am meisten zu. Er war typisch für fast alle führenden Köpfe der Mitte und der Linken in diesem letzten Kapitel der Geschichte der Republik. Es fehlte ihnen die Härte, sich mit ihren Grundsätzen und Programmen durchzusetzen.

Sie verschlossen ihre Augen vor der Tatsache, dass zur Sanierung der Staatsfinanzen nicht nur unpopuläre und drastische Massnahmen erforderlich waren, sondern dass darüber hinaus auch die gesamte staatliche Wirtschaft dringend einer gründlichen Überholung bedurfte. Während der ganzen Jahre zwischen den beiden Kriegen befand sich die Verwaltung in einem Dauerzustand beklagenswerter Verwirrung. Über dem Finanzministerium schien ein undurchdringlicher Nebel zu schweben. Es wurden keine ordnungsgemässen Bücher geführt. Es gab keine ordnungsgemässen staatlichen Statistiken von der Wirtschaftslage, keine ordnungsgemässe Überprüfung der Staatsfinanzen. 1924 verschwanden inmitten der allgemeinen Verwirrung Schatzbriefe im Werte von vier Milliarden Francs spurlos aus dem Finanzministerium. Vierzig Jahre später bemühte sich ein prominenter französischer Historiker und Nationalökonom vergeblich um die Klärung dieses Mysteriums. Er mutmasste, dass «gewissen hochgestellten und entschlossenen Persönlichkeiten ein gigantischer Fischzug» geglückt war, vor dem selbst die Schwindeleien verblassten, die zehn Jahre später die Republik erschüttern sollten. Aber beweisen konnte er nichts³.

Zur Verschleierung der gewaltigen Defizite nach 1918 gab die Regierung drei gesonderte Haushalte bekannt. Der «ordentliche» Haushalt war stets ausgeglichen, und der Finanzminister konnte dem Land versichern, dass alles in bester Ordnung sei. Aber der zweite und grössere Haushalt, «ausserordentlicher» genannt, sah überhaupt keine Einnahmen vor. Er bestand nur aus Kosten und betrug 1919, als er zuerst erprobt wurde, 29 Milliarden, dreimal soviel wie der ordentliche, «ausgegliche» Haushalt. Dann wurde noch ein dritter Haushalt unter der Bezeichnung «beitreibbare Unkosten» geschaffen, der sich auf die Hoffnung auf deutsche Reparationen begründete. Aber da diese sich nie allzu hoch beliefen, blieben die Kostenfaktoren in diesem Phantomhaushalt grösstenteils nicht «beitreibbar».

Dieses finanzielle Jonglieren konnte nicht lange über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Staat wesentlich mehr ausgab, als er einnahm – 17 Milliarden im Jahre 1920 und 7 bis 12 Milliarden jährlich in den nächsten vier Jahren. Unter diesen Umständen häufte sich eine Schuld an, die der Staat auf die Dauer einfach nicht tragen konnte; er hatte auch kaum Hoffnung auf die Möglichkeit einer Abtragung. Zuletzt schüttelte der Staat den grössten Teil davon praktisch von sich, indem er den Franc fallen liess, bis er sich endlich 1928 auf einem Fünftel seines Vorkriegswertes stabilisierte.

Ein Sturzbach von Kabinetten

In diesen qualvollen Jahren zwischen den beiden Weltkriegen wurden noch weitere Schwächen der Dritten Republik blossgelegt oder – besser gesagt – wieder blossgelegt. Keine Regierung hielt sich lange genug, um – selbst wenn sie dazu fähig gewesen wäre – mit diesen Problemen fertig zu werden, die in dieser Periode überwiegend fiskalischer Natur waren. Paradoxerweise blühte und gedieh die Wirtschaft nämlich in den zwanziger Jahren. In den vierzehn Monaten nach Herriots Sturz durch den Senat am 10. April 1925 folgten rasch nacheinander sechs verschiedene Regierungen – ein wahrer Sturzbach von Kabinetten. Einige wurden von der verwirrten und unberechenbaren Deputiertenkammer gestürzt, andere traten einfach zurück, um ihre Ministerien umzubesetzen und sich für einige Wochen oder Monate in der Kammer eine trügerische Mehrheit zu erhalten. Paul Painlevé, ein hervorragender Mathematiker von der Sorbonne, aber ein recht untüchtiger radikalsozialistischer Politiker, der 1917, während der schwärzesten Zeit des Krieges, schon einmal zwei Monate lang Ministerpräsident gewesen war, wurde Herriots Nachfolger. Seine beiden Regierungen hielten sich sieben Monate, von April bis November 1925. Dann wurde sein zweites Kabinett mit einer Mehrheit von drei Stimmen in der Kammer gestürzt. Die Deputierten konnten seinen kühnen Vorschlag nicht verdauen, das Dilemma des Staates durch eine einprozentige Kapitalsteuer zu beheben, die vierzehn Jahre lang eingezogen werden sollte.

Nach ihm gelangte Aristide Briand, der ewige Ministerpräsident der Dritten Republik, ans Ruder. In den nächsten sieben chaotischen Monaten bildete er nicht weniger als drei

verschiedene Regierungen, nämlich seine achte, neunte und zehnte. Die neunte hatte eine Lebensdauer von knapp drei Monaten, die letzte von drei Wochen. Inzwischen schrieb man Mitte Juli 1926. Die Staatskasse war leer, Milliarden Francs in kurzfristigen Anleihen waren fällig und konnten nicht zurückgezahlt werden, der Franc selbst war auf 50 pro Dollar gefallen, vor der Deputiertenkammer grölte der Mob und machte die Abgeordneten für die neueste Krise verantwortlich; auf der anderen Seite der Seine warfen ein paar Aufrührer Steine gegen Omnibusse mit amerikanischen Touristen, weil sie diese und ihre Landsleute einer Verschwörung gegen die Währung beschuldigten (und sie beschimpften, weil sie den selbst ausgelösten Währungsverfall noch für einen billigen Aufenthalt in Paris ausnutzten); die Direktoren der Bank von Frankreich setzten die Regierung – und unter der Hand auch die Presse – davon in Kenntnis, dass das gesetzliche Limit der Vorschusszahlungen erreicht sei und die Staatskasse keinen einzigen Centime mehr erhalten werde. Auf den Boulevards stürmten Hausfrauen in gewaltigen Scharen die Warenhäuser und kleinen Läden, um rasch noch ihre verfallenden Francs in dauerhaftere Werte umzusetzen.

In der Hochburg der Finanz, der Bank von Frankreich, beglückwünschten sich unterdessen der Gouverneur und die Aufsichtsräte, geheiligte Sachwalter der «zweihundert Familien», denen man – zu Recht – den Besitz oder die Kontrolle des grössten Teils des Reichtums im Lande zuschrieb, zu ihrer festen Haltung gegenüber der Regierung. Sie waren nun entschlossen, diese Regierung aus dem Sattel zu heben. Zufälligerweise stand im Augenblick derselbe verhasste Edouard Herriot an der Spitze dieser Regierung, der Mann, zu dessen Sturz sie schon einmal vor vierzehn Monaten tatkräftig beigesteuert hatten. Er hatte vier Tage zur Bildung dieser Regierung gebraucht, und als er sie am 21. Juli der Kammer vorstellte, wurde sie gleich wieder mit 290 gegen 273 Stimmen gestürzt.

Vor dem Palais Bourbon, in dem die Kammer tagte, drängte inzwischen der Pöbel so bedrohlich gegen die geschlossenen Eisentore, dass sich der Polizeipräfekt gezwungen sah, berittene Republikanergardisten zur Verstärkung herbeizurufen, weil die aufgebrachte Menge sonst das Gebäude besetzt und die belagerten Volksvertreter verprügelt hätte. Der «Mob» war gut organisiert. Die verschiedenen antiparlamentarischen Ligen, die auf der Rechten wie Pilze aus dem Boden schossen, hatten ihn zusammengetrommelt. Die Strasse wurde mobilisiert, wie es auch die Braunhemden in Deutschland und die Schwarzhemden in Italien getan hatten – und zu genau dem gleichen Zweck*.

* Mit dem Sturz der Regierung Briand am 17. Juli 1926 verschwand auch Joseph Caillaux, ein Vierteljahrhundert lang ein ruhiges Sturmzentrum inmitten der wogenden Dritten Republik, für immer aus den Reihen der Kabinettsminister. Doch politisch war er noch keineswegs am Ende. Ein weiteres Jahrzehnt lang spielte er, wenn auch mit Unterbrechungen, eine Rolle in der Radikalsozialistischen Partei und im Senat, wo er dem mächtigen Finanzausschuss Vorstand. Er war von Natur aus ebenso autoritär eingestellt wie sein erbitterter Gegner Clemenceau, zudem grob, hochfahrend und eitel (der Autor hat ihn niemals ohne sein Monokel erlebt), unpopulär im Parlament und bei seiner Partei, aber zum Ausgleich dafür mit einem ungewöhnlich scharfen Verstand begabt. Seine Comebacks auf der politischen Bühne wurden legendär. 1912 wurde er als Ministerpräsident wegen seiner kostspieligen Einigung mit Deutschland gestürzt, sass aber im Jahr darauf schon wieder als Finanzminister im Kabinett. Nachdem 1914 seine Frau Calmette ermordet und er sie vor Gericht galant verteidigt hatte, schien sich Caillaux nach ihrem Freispruch endgültig von der aktiven Politik zurückgezogen zu haben. Seine Erlebnisse gegen Kriegsende schienen ihn erledigt zu haben. Er stand schon lange unter dem Verdacht, heimlich mit den Deutschen in Verbindung zu stehen. Es war ferner bekannt, dass er für eine Beendigung des Krieges und die Aushandlung eines

Um Mitternacht dieses stürmischen 21. Juli beauftragte der Präsident der Republik den inzwischen fünfundsechzigjährigen Raymond Poincaré mit der Bildung einer neuen Regierung der «Nationalen Einheit», die nach Möglichkeit die Regierung vor dem Bankrott und den Franc vor der völligen Entwertung erretten sollte. Am 27. Juli sprach ihm die Deputiertenkammer, die 1924 von der Mehrheit des Volkes zur Beseitigung Poincarés mitsamt seiner Innen- und Aussenpolitik gewählt worden war, mit der überwältigenden Mehrheit von 358 gegen 131 Stimmen das Vertrauen aus. Herriot, 1924 Poincarés Nachfolger im Amt und stets ein Gegner seiner Politik, wurde als Minister in diese neue Regierung berufen.

So sahen die politischen Wege der Dritten Republik aus. Ungeachtet des ausdrücklichen Wählerwillens schmolzen Mehrheiten in der Kammer dahin und wandten sich bald hierhin, bald dorthin. Wenn die Linke, wie bei den Wahlen von 1924, eine Mehrheit erhielt, dann wandte sich diese der Rechten zu. Das wurde für die restliche Lebensdauer der Republik zu einer unumstösslichen, wenn auch schwerverständlichen Gewohnheit und mehrte noch die Verwirrung und Enttäuschung, die im Land herrschte.

Doch 1926 ging von diesem unberechenbaren Parlament noch einmal eine gewisse Kraft aus, die ein Jahrzehnt später, als für die Republik die alles entscheidende Krise ausbrach, nicht mehr aufgebracht werden konnte. Trotz des gallischen Temperaments, das in der politischen Auseinandersetzung die Wogen so hochschlagen lässt, kam im Sommer 1926 – ähnlich wie im Sommer 1914 – noch einmal ein Augenblick, wie er niemals wiederkehren sollte. Angesichts der drohenden Gefahr wurden die politischen Querelen vorübergehend zum Schweigen gebracht und die Reihen im Interesse der Erhaltung der Republik geschlossen.

«Sie bekommen wir nur in Notzeiten zu sehen!» rief ein kommunistischer Deputierter Poincaré zu, als dieser seine Regierung vorstellte. Falls das eine Kränkung sein sollte, so lag doch viel Wahres darin. Wieder einmal war das Land in Gefahr, und alle politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und der Kommunisten sammelten sich hinter Poincaré. Fünf frühere Ministerpräsidenten traten in seine Regierung ein. Es herrschte politischer Waffenstillstand.

Kompromissfriedens plädierte. 1917 wurde auf Clemenceaus Betreiben seine parlamentarische Immunität aufgehoben, und am 14. Januar 1918 wurde er verhaftet. Man warf ihm vor, heimlich mit dem Feind korrespondiert und in Kriegszeiten eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates betrieben zu haben. 1920 fand schliesslich die Verhandlung vor dem Senat statt, der in seiner Eigenschaft als Oberstes Gericht tagte. Er wurde mit 150 gegen 91 Stimmen der Fühlungnahme mit dem Feind für schuldig befunden, allerdings «unvorsätzlich». Sein Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

Auch von diesem Schlag erholte sich Caillaux. 1924 wurde er zusammen mit vielen anderen amnestiert, bald wieder in den Senat gewählt und 1925-1926 in zwei Kabinette berufen. Sein ganzes Leben lang trat er für eine Verständigung mit Deutschland ein, ob nun Kaiser Wilhelm II. oder Adolf Hitler an seiner Spitze stand. Für diese Auffassung kämpfte er bis zuletzt vor dem Senat, noch zurzeit des Münchener Abkommens, bis hin zu den letzten Tagen des Friedens. Caillaux starb am 21. November 1944 im Alter von einundachtzig Jahren, als Frankreich gerade von seinen Alliierten befreit wurde.

Die Erholung unter Poincaré

Noch ehe der neue Kammerpräsident Zeit fand, eine neue Fiskalpolitik zu formulieren, kehrte Zuversicht ein. Der Franc stieg im Kurs. Der Kapitalrückfluss setzte ein. Die Aufsichtsräte der Bank von Frankreich, die Poincaré mehr bewunderten als er sie – er war zwar konservativ eingestellt, aber absolut integer, ein eingefleischter Republikaner und glühender Patriot –, waren zufrieden. Die Geschäftswelt atmete erleichtert auf.

Sie hatten allen Grund dazu. Poincaré konnte weder Wunder aus dem Ärmel zaubern, noch hielt er radikale Lösungen parat. Seine Vorstellungen von Staatsfinanzen waren konservativ und orthodox, und er beabsichtigte nicht, das Staatsschiff über Gebühren ins Schwanken zu bringen. Aber da es nun einmal auf Grund gelaufen war, ging er entschlossen daran, es wieder flottzubekommen. Er wollte die Schulden des Staates einlösen, wenn sie fällig wurden, und damit die Regierung wieder kreditwürdig machen. Er wollte die Kosten senken und die Einnahmen erhöhen, bis das Gleichgewicht hergestellt war. Und er wollte den Franc stabil machen.

All das tat er sehr rasch. Zur Einlösung der Staatsanleihen richtete er einen Tilgungsfonds ein, der von einer eigenen Behörde unabhängig vom Finanzministerium geleitet wurde. Das war die *Caisse d'Amortissement*. Ein Sondergesetz sicherte diesem Fonds die Erlöse aus bestimmten Steuern und aus dem Tabakmonopol, die vom Finanzministerium nicht angerührt werden durften.

Die Steuern wurden angehoben, doch ihre Verteilung blieb im Wesentlichen unverändert. Die einschneidendsten Erhöhungen erfuhren die direkten Steuern, die am schwersten auf die Menschen mit bescheidenem Einkommen drückten. Die allgemeine Einkommensteuer wurde um die Hälfte, von 60 auf 30 Prozent, herabgesetzt, dafür die besondere Einkommensteuer auf Gehälter und landwirtschaftliche Einkünfte von 7 auf 12 Prozent erhöht. Geschäftsleute und Financiers zeigten sich hoch erfreut; ihr Vertrauen in Poincaré war wiederhergestellt – er hatte nicht die Absicht, die Reichen zur Kasse zu bitten. Ihr Geschäft blühte.

Aber der neue Ministerpräsident war zu ehrlich und zu klug, sie ungeschoren zu lassen. Er wollte sich zumindest einen Teil des Geldes, das er zum Ausgleich des Haushalts brauchte, da herholen, «wo es war». In einer Atmosphäre des wiederhergestellten Vertrauens jagte er praktisch ohne Debatte eine Reihe von Gesetzen über neue Steuern und die Erhöhung bestehender Abgaben durch das Parlament, mit denen sich Bankiers, Finanzkreise und die Rechte bei einer weniger «konservativen» Regierung niemals abgefunden hätten. Zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs belegte er einen Teil des Kapitals mit einer Steuer: beim Verkauf von Grundbesitz war eine Abgabe von 7 Prozent zu entrichten. Die niedrige Kapitalzuwachssteuer wurde um die Hälfte angehoben – von 10 auf 15 Prozent –, und die Abgabe auf nicht registrierte Auslandspapiere wurde von 14 auf 25 Prozent heraufgesetzt.

Ende 1926 konnte Poincaré, obgleich er noch nicht einmal ein halbes Jahr im Amt war, voller Stolz auf das zurückblicken, was er geleistet hatte. Die Einkünfte des Staates

überstiegen die des Vorjahres um 6,5 Milliarden Francs, 1,5 Milliarden waren an die Bank von Frankreich zurückgezahlt worden, die Einkünfte des Tilgungsfonds gestatteten ohne alle Schwierigkeiten die Ablösung der kurzfristigen Verpflichtungen, und der Haushalt hatte einen Überschuss von einer Milliarde Francs zu verzeichnen – gegenüber einem Fehlbetrag von 1,5 Milliarden im Jahr zuvor. Der Rückgang des Franc war nicht nur aufgehalten, die Kurse begannen sogar wieder zu steigen. Im Juli hatte ein Dollar noch 50 Francs gekostet, und der Wert war noch im Sinken begriffen. Bis zum Jahresende hatte der Franc bereits den doppelten Wert erlangt. Innerhalb von sechs Monaten hatte Poincaré den Franc de facto auf einem Kurs stabilisiert, der zwei Jahre später gesetzlich als Valuta auf der Goldbasis festgelegt werden sollte.

Es war genügend Geld vorhanden, die Staatsfinanzen zu sanieren. Es war immer genug Geld dagewesen. Poincaré war als erster auf den Gedanken verfallen, die Banken zum Ankauf von Staatsanleihen zu zwingen, um sofort Mittel flüssig zu machen. Dabei richtete er sich nach einem Rat des Direktors der us-Notenbank.

Warum wenden Sie sich nicht an diejenigen, die über mehr Kapital verfügen als alle Ihre Banken zusammengenommen? An jene Leute, die Wertpapiere und Gold im Wert von über zehn Milliarden Francs im Ausland liegen haben? Warum wenden Sie sich nicht direkt an Ihre Franzosen?

Der Ministerpräsident hatte sich nicht nur an seine Landsleute gewandt, sondern es aufgrund seiner Fähigkeit, Vertrauen zu wecken, bewerkstelligt, dass die Masse des französischen Kapitals aus dem Ausland zurückfloss. Er hatte den Armen eine schwere Bürde in Form höherer Steuern und steigender Lebensunterhaltskosten auferlegt; die Preise stiegen während der zweiten Hälfte des Jahres 1926 und in den drei darauffolgenden Jahren stetig an. Aber die meisten Franzosen, auch jene mit bescheidenem Einkommen, waren offenbar dankbar dafür, dass überhaupt etwas gerettet worden war – der Staat vor dem Bankrott, der Franc vor der völligen Entwertung – und dass Handel und Wandel ganz allgemein florierten. Bei den Wahlen von 1928 erteilte das Volk Poincaré ein Vertrauensvotum. Die Mitte und die konservativen Parteien errangen im neuen Parlament die Mehrheit aller Sitze. Unter Poincarés Führung und mit Unterstützung der Linken wie der Rechten hatte die schwankende Dritte Republik wieder einmal eine Krise gemeistert und dem Land einen bemerkenswerten Aufschwung beschert.

Aber nicht umsonst, wie man sich denken kann. Die geforderten finanziellen Opfer waren verhältnismässig erträglich und betrafen zumeist die Armen und jene vielen Empfänger bescheidener Einkommen, die vor und während des Krieges mit Goldfrancs Staatsanleihen gekauft hatten und nun feststellen mussten, dass diese durch die Abwertung vier Fünftel ihres Wertes eingebüsst hatten. Manche Familien verloren dadurch den grössten Teil ihrer lebenslangen Ersparnisse. In einer ähnlich beklagenswerten Lage befanden sich andere, die ihre Einkünfte überwiegend aus festen Rentenwerten und Zinsen bezogen. Um diese Zeit vollzog sich eine gewisse Proletarisierung vieler braver

Bürger aus den Schichten des Mittelstandes. Wie auch den Arbeitern fiel es ihnen jetzt schwer, ihr Auskommen zu finden, doch im Gegensatz zu den Arbeitern suchten sie ihr Heil nicht bei der politischen Linken, sondern bei der extremen Rechten. Sie waren der Meinung, dass die Republik, der viele von ihnen ohnehin misstrauten, ihr Versprechen nicht eingehalten hatte, die geliehenen Gelder mit Zinsen zurückzuzahlen, sondern sie praktisch um 80 Prozent ihrer Ersparnisse betrogen hatte.

Darüber hinaus brachte die ernste Inflation, die zu Beginn der zwanziger Jahre durch den Kursrückgang des Francs ausgelöst worden war, zusammen mit den steigenden Preisen und der Lähmung der Staatsfinanzen im französischen Volk eine tiefgreifende Währungsneurose mit sich. Für das solide Bürgertum wankten die Grundfesten der Welt. Plötzliche Verarmung, die Schwierigkeiten bei der Ernährung der Familie, die Unsinnigkeit jeglichen Sparens, wenn Kurseinbussen des Francs die Bankkonten oder Investitionen halbieren konnten – all das rüttelte an den Grundauffassungen, nach denen der gute Mittelstand ein Jahrhundert lang gelebt hatte. Die Franzosen waren von dem Gedanken besessen, dass der «Poincaré-Franc», selbst wenn er zusammengeschrumpft war, nie wieder abgewertet werden durfte, weil sie sonst noch einmal ruiniert würden. Diese Besessenheit entwickelte sich zu einer nationalen Neurose, die wesentlich zu den Schwierigkeiten des Landes beitragen sollte, als zu Beginn der dreissiger Jahre dann die Depression auf Frankreich Übergriff und die Briten wie auch die Amerikaner ihr Geld abwerteten, während die Franzosen hartnäckig – und zu ihrem Verderben – am Franc von 1928 festhielten.

Die finanzielle Krise Mitte der zwanziger Jahre beeinflusste noch auf andere Weise tiefgreifend die öffentliche Meinung; eine weitere Spaltung der Bürger und eine Schwächung der Republik sollten die Folgen sein. Bankiers, Industrielle und Geschäftsleute, aber auch die fleissigen Bauern und Kaufleute, gelangten zu einer Überzeugung, die unerschütterlich feststand: Die politische «Linke», die – abgesehen von der kleinen Kommunistischen Partei – in Wirklichkeit kaum mehr war als eine Partei der Mitte mit reformistischem Einschlag, sei nicht imstande, das Land zu regieren. Die Überzeugung wurde laut, dass Frankreich verloren sei, wenn nicht die hinter Poincaré stehenden Konservativen die Vorherrschaft in Parlament und Regierung errängen. Es war zumindest damals bei solchen Leuten ganz natürlich, dass sie vor Eigenliebe, Widerstreben gegen die Übernahme eines gerechten Anteils an den entstandenen Lasten und Blindheit gegenüber der Tatsache, dass in einer modernen Industriegesellschaft ein gewisses Mass an sozialer Sicherheit sowie eine gerechtere Aufteilung von Wohlstand und zunehmender Steuerlast herrscht, ihre eigenen Unzulänglichkeiten nicht erkannten. Das war in allen Ländern so. Hinsichtlich der Sozialleistungen hinkte Frankreich damals hinter allen Nationen des Westens mit Ausnahme der wohlhabenderen Vereinigten Staaten her, und hinsichtlich der Löhne und Arbeitsbedingungen rangierte Frankreich an letzter Stelle.

Ein paar weitblickende Leute, die nicht nur von der Linken kamen, drängten Poincaré, die nach 1926 fühlbar besser gewordene Lage auszunutzen und die ganze altmodische, noch aus dem neunzehnten Jahrhundert stammende französische Gesellschaftsstruktur

zu renovieren, Regierung und Wirtschaft zu modernisieren, die so dringend benötigten neuen Wohnungen zu bauen, die Landwirtschaft aus ihrer kaum technisierten Starre zu erlösen, eine verantwortungsbewusste Gewerkschaftsbewegung zu fördern, aber auch die Beilegung von Lohnkonflikten durch verantwortliche Verhandlungen der Tarifpartner zu betreiben und ein kühnes Sozialprogramm zu entwerfen, wie es in Deutschland schon seit geraumer Zeit so gut funktionierte. In einem Land, in dem trotz des allgemeinen Aufschwungs Arbeiter und Bauern kaum existieren konnten *, wo ein guter Teil der unteren und mittleren Einkommensschichten des Bürgertums durch Inflation und Francabwertung zu Proletariern wurden und wo die Geburtenziffern infolgedessen schneller zurückgingen als jenseits des Rheins oder in irgendeinem anderen Land auf der Welt, hätte eine solche umfassende Massnahme die Nation für die noch unsichtbaren, aber unausweichlichen Prüfungen, die ihr bevorstanden, stark gemacht.

Poincaré kam diesem Wunsch nach, aber nur zaghaft. Das Land war, zumindest in seiner parlamentarischen Vertretung, für eine so weitreichende Erneuerung noch nicht reif. Am 5. April 1928, gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen, verabschiedeten Kammer und Senat endlich ein bescheidenes Sozialprogramm, das sich hauptsächlich auf die Fürsorge für Kranke und Alte beschränkte. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger hatte fünf Prozent seines Einkommens beizusteuern, die Arbeitgeber noch einmal den gleichen Betrag, und die Betriebskosten übernahm der Staat. Es war charakteristisch, dass dieses Gesetz nach dem Wunsch des Parlaments erst nach einer Frist von zweiundzwanzig Monaten in Kraft treten sollte**. Die Dritte Republik hatte es niemals eilig.

Auch die Linke bewies in diesen schwierigen zwanziger Jahren ihre Schwächen. Sie war nicht weniger als die Rechte davon überzeugt, dass sie allein dazu berufen war, die Republik gemäss den wahren Interessen des Landes zu regieren, und dass eine Herrschaft der Konservativen ihr schönes Land schliesslich zugrunde richten müsse. Die Massen glaubten, das «Wunder» der Erholung unter Poincaré sei hauptsächlich auf ihrem Rücken zustande gekommen. Und sie glaubten an eine umfassende Konspiration der *Mur d'Argent*, der «Mauer aus Geld», mit dem Ziel, die linken Kartellregierungen zu stürzen, die sie selbst in freien Wahlen an die Macht gebracht hatten und die nichts weiter gewollt hatten, als ein wenig mehr Gerechtigkeit in Frankreich einzuführen. Sie waren verbittert durch die Erkenntnis, dass diese «Konspiration» geglückt war, dass das Kartell aus dem Sattel geworfen war und nun Poincarés Konservative ihn einnahmen. Diese Einstellung war nicht ganz unberechtigt. Aber wie die «Rechten», so übersahen auch sie ihre eigenen Unzulänglichkeiten. Sie schienen ihre Verantwortlichkeit für das finanzielle Durcheinander des Staates nicht einzusehen, eine Verantwortlichkeit, die sich in erster Linie aus ihrer Unentschlossenheit ergab, ihrer Unfähigkeit, sich auf eine Politik zu einigen – ge-

* Industriearbeiter verdienten 1930 im Durchschnitt 45 Francs (1,80 Dollar) pro Tag, landwirtschaftliche Arbeitskräfte 22 Francs (88 Cents). Die Preise lagen in Frankreich zwar niedriger als in den Vereinigten Staaten, aber nicht um mehr als die Hälfte und bei vielen Waren um noch weniger ⁵.

** Charakteristisch war auch, dass die verschiedenen Arbeitgeberverbände, nachdem es ihnen schon nicht gelungen war, das Parlament an der Einführung einer so bescheidenen Sozialgesetzgebung zu hindern, nun ihre üppig finanzierte Kampagne in Zeitungen und an Plakatafeln fortsetzten, mit dem Ziel, das Gesetz wirkungslos zu machen und einen Widerruf zu erzwingen •.

schweige denn sie auch durchzuführen –, die den Staat aus den roten Zahlen herausgebracht und die finanzielle Panik, die Kapitalflucht ins Ausland und den verheerenden Verfall des Franc gestoppt hätte.

In dieser Zeit wurde auch trotz eines kurzen Waffenstillstands unter Poincaré die Kluft zwischen rechts und links, zwischen den Besitzenden und den Massen, zwischen der Volkspresse und ihren Lesern, immer breiter. Während gegen Ende der zwanziger Jahre über New York die drohenden Wolken einer weltweiten Depression aufstiegen, standen sich die Franzosen durch eine breite Schlucht getrennt gegenüber. Sie konnten einander kaum noch hören, und mangels geeigneter Kommunikationsmittel wurde die Verständigung immer schwieriger, ja fast unmöglich. Jede der beiden Seiten verbohrte sich in der Überzeugung, die andere sei unfähig, die Republik zu regieren.

Im November 1928 zogen sich die Radikalsozialisten, die wegen ihrer Unterstützung Poincarés bei den Wahlen schwere Stimmenverluste hatten hinnehmen müssen, aus der Koalitionsregierung zurück. Der neunundsechzigjährige Ministerpräsident regierte noch eine Zeitlang mit einem rein konservativen Kabinett weiter. Dann dankte er, erschöpft von drei Jahren unermüdlicher Arbeit und geschwächt durch ein Prostataleiden, das sofort operiert werden musste, am 26. Juli 1929 nach einundvierzig Jahren in der Politik zum letzten Male von seinem hohen Amt ab und zog sich in seine lothringische Heimat zurück – an die Grenze Deutschlands, das er so lange gehasst hatte und dem er immer noch misstraute. Dort verfasste er die letzten fünf Bände seiner zehnbändigen Memoiren unter dem Titel *Au Service de la France*. Daneben schrieb er Artikel für die Presse. Ein langes und erfolgreiches Leben in der Politik als Abgeordneter, Senator, Minister und Präsident der Republik hatte ihm im Gegensatz zu vielen anderen Politikern keinen Wohlstand eingebracht, und er musste für seinen Lebensunterhalt schreiben. Er war stets fanatisch auf die Integrität seiner persönlichen Finanzen bedacht gewesen. Er war zwar ein Mann von etwas engem Horizont, für den die Welt ausserhalb Frankreichs unverständlich, kalt und trist blieb, er war oft kleinlich gegenüber anderen, aber nichtsdestoweniger sehr intelligent, von klarem Verstand, kultiviert und von einem Charakter, den niemand korrumpieren konnte. Er wurde niemals schwankend in seiner aufopfernden Liebe zur Republik und zu seinem Vaterland, einer Leidenschaft, die ihn oft bis zum Chauvinismus trieb. Poincaré hat sich trotz seiner Fehler, wie die Franzosen zu sagen pflegen, um sein Vaterland verdient gemacht.

Er lebte noch bis zum 15. Oktober 1934 – lange genug, um seine Welt daheim wie auch jenseits der Grenzen zerbrechen zu sehen. Die weltweite Depression und eine Reihe unfähiger französischer Regierungen der Rechten wie der Linken – sie standen sich in nichts nach – hatten inzwischen seine innenpolitischen Errungenschaften wieder verspielt, und sowohl seine Aussenpolitik des Versuchs, Deutschland am kurzen Zügel zu halten, als auch die Absicht Briands, die beiden alten Feinde zu einem friedlichen Nebeneinander zu bewegen, waren in den Staub gesunken. Hitler hatte einundzwanzig Monate zuvor in Berlin die Macht übernommen und entschlossen einen Kurs eingeschlagen, wie Poincaré ihn als Präsident der Republik kurz vor 1914 schon einmal erlebt hatte. Als Poincaré in

seiner Heimat Lothringen starb, soll er noch einmal über die nahe Grenze nach Deutschland hinübergeblickt und die Furcht geäußert haben, dass «sie wiederkommen» würden.

Das Dahinscheiden der Alten Garde

All die alten Gestalten, die eine Generation lang die Dritte Republik beherrscht, die sie in das unruhige zwanzigste Jahrhundert durch die grimmigen Kriegsjahre und die chaotische Ära der Nachkriegszeit gesteuert hatten, schieden nun dahin. Während das Land den ungewissen dreissiger Jahren entgegenging, tauchten neue, jüngere, unerfahrenere Männer auf und nahmen die Geschicke des Landes in ihre Hände. Der alte Tiger Clemenceau war 1929 im Alter von achtundachtzig Jahren gestorben. Verbittert darüber, dass er 1920 bei der Bewerbung um die Präsidentschaft von einem Geringeren geschlagen worden war, der sich dann als Verrückter entpuppte, verbrachte er seine letzten Jahre abseits von jeglicher Politik, verbittert und in düsterer Stimmung. 1922 sagte er: «Alles, was ich getan habe, war vergebens. In zwanzig Jahren wird Frankreich tot sein.»

Briand, eine weitere Säule der Republik, elfmaliger Ministerpräsident und siebzehnmaliger Aussenminister in einem Zeitraum, der sich über ein Vierteljahrhundert erstreckte, starb am 7. März 1932 im Alter von siebenzig Jahren. Auch er konnte, wie sein Gegner Clemenceau, die Tatsache nicht verwinden, dass man ihm einen mittelmässigen Mann als Präsidenten vorgezogen hatte, und er war – wie Clemenceau und Poincaré – untröstlich bei dem Gedanken, dass fast sein ganzes Lebenswerk zerstört war.

Briand hatte zwar sein Debüt in der Politik als Sozialist des linken Flügels gegeben, aber er war dennoch weitaus weniger doktrinär eingestellt als Clemenceau und Poincaré. Während der letzten sieben Jahre seines Lebens, von 1925 bis 1932, hatte er sich in elf aufeinanderfolgenden Regierungen – vier davon wurden von ihm selbst geleitet – um einen ehrenhaften und dauerhaften Frieden bemüht. Mit Ausdauer und geschickter Hand hatte er versucht, eine Aussöhnung mit Deutschland zu erreichen, die Entente mit Grossbritannien zu erneuern, den Völkerbund wirkungsvoll zur Erhaltung des Friedens einzusetzen, eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen, den Krieg zu ächten und den Gedanken an die Vereinigten Staaten von Europa als Fernziel in die Köpfe einzupflanzen. Vielleicht war seine Vorstellung naiv, die menschliche Rasse könne vom Krieg abrücken. Als naiv erwies sich auch sein Vertrauen in die Deutschen unter Stresemann, mit dem er sich 1926 den Friedensnobelpreis teilte*. Zweifellos überschätzte er die Fähigkeit des Völkerbundes, den Frieden zu wahren. Aber sieben Jahre lang riss er sein eigenes Land, Grossbritannien und zum Teil sogar Deutschland in seinem Streben nach dem Frieden mit. Niemand, der in jenen Jahren seinen wortgewaltigen und vom Gefühl getragenen Reden in der Deputiertenkammer und vor dem Völkerbund in Genf gelauscht hat, wie es der Autor tat, kann jemals die Wirkung dieser goldenen Stimme, seiner mitreissenden

* Stresemanns postum veröffentlichte Memoiren machen das hinreichend klar.

Worte und der Gestik jener zarten und ausdrucksvollen Künstlerhände vergessen, die an den Klaviervirtuosen Paderewski erinnerten.

Er glaubte weder an die Lehren der Linken noch die der Rechten und war ein echter Mann der Aussöhnung. Er glaubte daran, dass man die erbittertsten Dispute am Ende durch Kompromisse schlichten könne. In Frankreich hatte er, wie wir gesehen haben, nach der Trennung von Kirche und Staat die Aussöhnung der Katholiken erreicht, und ein Jahrzehnt lang bemühte er sich als Aussenminister in konservativen wie auch radikalen Kabinetten um eine ehrenhafte Verständigung zwischen den Nationen des Westens. Aber Vernunft, Kompromiss und Aussöhnung genügten nicht, die sich mit dem Beginn der dreissiger Jahre versteifenden Gegensätze zu überbrücken. Diese Mittel hatten sich schon bei Briands Verhandlungen mit der Weimarer Republik als ungeeignet erwiesen, weil die Deutschen nach jedem Zugeständnis ein neues verlangten, und als Hitler an die Macht gelangte, erwiesen sie sich als vollends nutzlos. Auch in Frankreich selbst verloren sie an Wirksamkeit, je mehr sich die Gegensätze vertieften und die Intoleranz zunahm. Die letzten beiden Jahre als Aussenminister arbeitete Briand unter Ministerpräsident Pierre Laval. Dieser machte Briands Politik verächtlich und liess ihn schliesslich 1932 fallen. Damit beendete er die lange und ehrenvolle Karriere eines Mannes, der nun gebrochen, desillusioniert und krank war. Sieben Wochen später raffte ihn ein gnädiger Tod dahin.

Wie überall anders auch, so trat jetzt in Frankreich eine neue Sorte von Männern in den Vordergrund. Die Ära Briand war tot. Tot – oder doch im Sterben begriffen – waren auch die grossen Illusionen: dass ein siegreiches Frankreich dem Besiegten für immer seinen Willen auf zwingen könne, dass die demokratischen Verbündeten aus Kriegszeiten auch in der Nachkriegsära Verbündete bleiben würden, dass der Völkerbund den Frieden bewahren würde – kurzum, dass das Leben in der westlichen Welt einigermaßen unverändert weitergehen würde und dass sich das Frankreich der Dritten Republik so ähnlich wie bisher würde durch das zwanzigste Jahrhundert hindurchmogeln können. Aber wenn auch die Illusionen verlorengingen, so sah man den nackten Tatsachen, die hinter ihnen auftauchten, doch nicht ins Auge. Die Erschütterungen des dritten Jahrzehnts, eingeleitet durch die weltweite Depression und schon bald verschärft durch Hitlers Machtübernahme und den Rückfall des Nationalsozialismus in die Barbarei, liessen die Dritte Republik bis in ihre Grundfesten erbeben. Für eine solche Folge von Schocks war Frankreich ebensowenig vorbereitet wie die Vereinigten Staaten oder Grossbritannien. Da begann die Dritte Republik endgültig auf eine Katastrophe zuzuschlittern.

In Paris lösten sich wieder Regierungen der Rechten und der Linken in rascher Folge ab. Keine von ihnen blieb lange genug im Amt, um sich der ausbrechenden Krise wirkungsvoll annehmen zu können. Obgleich nach den Wahlen von 1928 eine konservative und nach denen von 1932 eine radikale in die Deputiertenkammer eingezogen war, fand sich für keine Politik und kein Kabinett eine tragfähige parlamentarische Mehrheit. Kammer und Senat brachten die Regierungen unter dem geringsten Vorwand zum Sturz. In den siebzehn Monaten nach Poincarés Abdankung im Juli 1929 wurden fünf Kabinette ge-

stürzt. Von Juni 1932 bis Februar 1934 kamen und gingen sechs Regierungen. Die durchschnittliche Lebensdauer betrug nur noch drei Monate. Am 30. Januar 1933, dem Tage der Machtergreifung Hitlers, hatte Frankreich überhaupt keine Regierung, da das Kabinett Paul Boncour am 28. Januar nach nur fünf Wochen gestürzt worden war und Edouard Daladiers erste Regierung erst am 31. Januar zustande kam. Der Kammer waren die Ereignisse im Ausland und ihre möglichen Auswirkungen auf Frankreich gleichgültig. Fünf Jahre später, am Tage von Hitlers Einmarsch in Österreich, sollte Frankreich wieder einmal ohne Regierung dastehen.

Die Schwäche der Präsidenten

Die Schwäche des Präsidentenamtes und die Mittelmässigkeit jener Männer, die es in den letzten Jahren der Dritten Republik innehatten, trugen zur Instabilität der französischen Regierungen bei. Wir haben Clemenceaus Geständnis gehört, er wähle in der Nationalversammlung stets den dümmsten Kandidaten zum Präsidenten. Seine Kollegen im Parlament waren nicht anders. Gerade diese Einstellung führte 1920 zu Clemenceaus eigener Niederlage bei seiner Bewerbung um das höchste Amt im Staate. Es war ein Schlag, der seiner politischen Karriere ein Ende setzte und ihn für die restlichen neun Jahre seines Lebens bitter und mutlos werden liess. Als «Vater des Sieges» erfreute sich Clemenceau im Land wie auch im Parlament eines so grossen Prestiges, dass seine Wahl als Präsident der Republik und Nachfolger Poincarés, der sich ins Privatleben zurückzog, gesichert schien. Zweifellos hatte sein strenges und diktatorisches Regiment als Ministerpräsident während des letzten Kriegsjahres bei manchen Senatoren und Deputierten eine Abneigung erzeugt, und für manche am rechten Flügel liess ihn sein alter Antiklerikalismus, mit dem Briand gegen ihn intrigierte, als ungeeignet erscheinen. Dennoch war das Land schockiert, als die Nationalversammlung am 17. Januar 1920 in Versailles nicht Clemenceau, sondern Paul Deschanel zum Präsidenten wählte, einen eleganten, weltgewandten Deputierten, der sich als Präsident der Kammer wenig politische Gegner gemacht hatte, weil er kaum einer Überzeugung huldigte. Aber das war noch nicht alles. Deschanel wurde bald danach verrückt. Kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der Republik sprang er eines Nachts aus dem Sonderzug, der gemächlich durch das Land dampfte, und suchte nach kurzem Fussmarsch entlang der Schienen, nur mit einem Pyjama bekleidet, einen einsamen Schrankenwärter auf. Als sich der Präsident zu erkennen gab, hielt ihn der Beamte für einen entsprungenen Irren und rief die Gendarmerie. Kurze Zeit später entdeckte man den Präsidenten, wie er hilflos in einem Teich nahe dem Präsidentenpalais von Rambouillet herumplanschte und beinahe ertrank. Am 21. September, neun Monate nachdem er Clemenceau bei der Wahl geschlagen hatte, musste Deschanel schliesslich wegen Unzurechnungsfähigkeit von seinem hohen Amt abdanken *. Er wurde

* Trotz seines Geisteszustandes wurde Deschanel prompt für den Bezirk Eure-et-Loire in den Senat gewählt.

durch Alexandre Millerand, den einstigen Sozialisten, der inzwischen ein überzeugter Konservativer geworden war, ersetzt. Vier Jahre später sollte er das Schicksal Mac-Mahons teilen und zum Rücktritt gezwungen werden, weil sich eine rebellierende Mehrheit in der Deputiertenkammer weigerte, vorher eine Regierung zu bilden.

Die Mitglieder des Parlaments bevorzugten als Präsidenten nicht nur mittelmässige Schwächlinge, sondern auch Männer, die man als «sicher» ansah. Nach den Wahlen von 1924 war zwar eine Mehrheit des *Cartel des Gauches* ins Parlament eingezogen, doch die Nationalversammlung missachtete den Wählerwillen und wählte den gemässigten Senatspräsidenten Gaston Doumergue zum Präsidenten. Paul Painlevé, der Kandidat des siegreichen *Cartel*, wurde geschlagen.

1931 entschied sich die Nationalversammlung nicht für Aristide Briand, den einzigen französischen Staatsmann mit Weltgeltung, sondern für den gemässigten, bescheidenen Paul Doumer. Inzwischen war es fast zu einer Gewohnheit geworden, den Senatspräsidenten zum Präsidenten der Republik zu wählen. Am 7. Mai 1932, einen Tag vor dem zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen (der erste am 1. Mai hatte einen Ruck nach links gebracht), wurde Doumer bei der Eröffnung einer Buchausstellung in Paris von einem geistesgestörten Weissrussen ermordet. Der Wahlausgang am folgenden Tage sicherte eine starke linke Mehrheit in der Kammer, und man hätte annehmen sollen, dass dieses Ergebnis die Wahl des Präsidenten beeinflussen sollte. Doch das alte Parlament mit seiner konservativen Mehrheit, das als Nationalversammlung fungierte, entschied sich für den Senatspräsidenten Albert Lebrun, einen rechtschaffenen, aber farblosen Mann, der auf einen Wahlkampf verzichtet und daher weder die Rechte noch die Linke vor den Kopf gestossen hatte. Er wurde am 10. Mai 1932 zum Präsidenten der Republik gewählt. Für die letzten acht Jahre sollte die Republik in ihm einen typischen Präsidenten haben. Doch in der entscheidenden Krise des schwer ringenden Regimes war ein «typischer» Mann an der Spitze eben nicht genug.

Abstieg, II. Die Aushöhlung der Militärmacht 1925-1934

Nicht nur die alten politischen Figuren, sondern auch die alten militärischen Köpfe, die 1918 französische und alliierte Armeen zum Sieg geführt hatten, verschwanden allmählich von der Bühne. Marschall Foch, der alliierte Oberkommandierende, starb 1929 mit achtundsiebzig Jahren voller Enttäuschung, weil der Friede nach seiner Ansicht sein Land der Früchte des Sieges beraubt hatte. Der Versailler Vertrag, so hatte er schon 1919 gesagt, bringe keinen Frieden, nur «einen Waffenstillstand für zwanzig Jahre», eine Prophezeiung, die wie Clemenceaus Ausspruch in schrecklicher Weise zutreffend sein sollte. Marschall Joffre, der Held der Marneschlacht, starb 1931 neunundsiebzigjährig, nachdem seine letzten Bemühungen um eine befestigte Nord- und Nordostgrenze fehlgeschlagen waren. Man wollte ihm nicht glauben, dass die Deutschen im Falle eines neuen Krieges wieder über Belgien angreifen würden.

Von dem grossen Triumvirat der Militärs blieb nur Marschall Pétain. Umgeben von der Gloriole von Verdun, behielt er seinen Posten als Oberkommandierender der französischen Armee auch in Friedenszeiten noch dreizehn Jahre lang. Er schien unverwundlich. Als er endlich 1931 pensioniert wurde, war er fünfundsiebzig, zehn Jahre jenseits der gesetzlichen Altersgrenze*. Kraftvoll wie ein Junger blieb er auch weiterhin im Kriegsrat. Sein Einfluss übertraf bei weitem den aller anderen Generäle und erlaubte es ihm, für weitere fünf Jahre die Militärpolitik Frankreichs zu bestimmen. Selbst danach, als er sich über achtzigjährig spät für die Politik zu interessieren begann, war er noch keineswegs am Ende.

Pétains Nachfolger wurde 1931 General Maxime Weygand, vierundsechzig, der hervorragende Adjutant Marschall Fochs aus dem Kriege, ein eitler Mann, dem man in republikanischen Kreisen wegen seines offenkundigen Royalismus und fanatischen Katholizismus mit Argwohn begegnete. (Clemenceau, der ihn bewunderte, bemerkte einmal: «Natürlich steckt er bis an den Hals in den Priestern.») Als Gegengewicht zu dieser Ernennung wählte die Regierung den einundsechzigjährigen General Maurice Gamelin, einst Marschall Joffres Adjutant, zum Generalstabschef. Er hatte seinerzeit trotz seiner untergeordneten Position die eigentlichen Pläne für die Marneschlacht von 1914 entworfen. Dieser kleine, schmächtige, freundliche Mann, der 1935 Weygands Nachfolger wurde, war überzeugter Republikaner und wurde in reaktionären Kreisen der Militär-

* Das Pensionsalter für die Spitzenposition der Armee konnte zwischen 65 und 68 Jahren variiert werden.

hierarchie sogar als «Liberaler» verdächtigt. Er hatte eine ungewöhnliche Karriere sowohl als Front- wie auch als Stabsoffizier hinter sich und galt als einer der klügsten Generäle dieser alternden Generation. Im Gegensatz zu Weygand, der nie Truppen im Kampf geführt hatte, verfügte Gamelin über praktische Erfahrungen aus den beiden letzten Kriegsjahren. Es gab in den dreissiger Jahren keinen Anlass zu der Befürchtung, dass General Gamelins Tatkraft hinter seinem kultivierten und subtilen Verstand Zurückbleiben würde.

Der einzige Grund war sein Alter. Er war fünfundsechzig, als er 1935 den höchsten Posten im Militär von dem achtundsechzigjährigen Weygand übernahm*. Nicht nur der Oberkommandierende, sondern auch alle anderen Generäle auf wichtigen Posten wurden alt. Eine bedeutende Zeitung schrieb, die französische Armee werde von einer seltsamen Kollektion von Methusalems geleitet. Sie waren während des Krieges, als Beförderungen rascher erfolgten, zu Generälen avanciert. (Pétain war in zwei Jahren vom Oberst zum Kommandierenden General aufgestiegen.) Und nach 1918 klammerten sie sich an ihre Posten und verbauten jüngeren, energischeren Offizieren mit neuen Anschauungen den Weg nach oben.

Charles de Gaulle blieb nach dem Kriege trotz – oder vielleicht gerade wegen – seiner auffallenden Gründlichkeit als Lehrer von Saint-Cyr zwölf Jahre lang Hauptmann und wurde erst 1927 mit siebenunddreissig Jahren zum Major befördert. Tausende von jüngeren Offizieren, Absolventen der Militärakademie Saint-Cyr oder der berühmten Ecole Polytechnique, sahen keine Aussichten auf eine normale Karriere und konnten ihre Familien in den inflationären Jahren von dem kläglichen Sold, den untergeordnete Dienstgrade erhielten, nicht ernähren; sie wanderten in die Wirtschaft und in zivile Berufe ab. Anders glaubten sie weder Erfüllung zu finden noch anständig leben zu können. Andere Offiziere wurden schlichtweg entlassen, rund tausend allein 1933-1934, als das Militärbudget unter den Auswirkungen der Depression um zwei Milliarden Francs gekürzt wurde. Dieses Budget sah sogar die Entlassung eines Sechstels des gesamten Offizierkorps, 5'000 von 30'000 Mann, vor und verursachte Panikstimmung im Oberkommando, bis das Projekt schliesslich fallengelassen wurde.

Es war der Anfang der «mageren Jahre» bei den Wehrpflichtigen, verursacht durch das drastische Absinken der Geburtenziffern in den Kriegsjahren 1914-1918. Kaum eine Viertelmillion wehrfähiger junger Männer erreichten jährlich das Einberufungsalter. De Gaulle wies in *Vers l'armée de métier*, einem seiner aufwühlenden Bücher, die die Militärhierarchie verärgerten und das Land aufschreckten, darauf hin: «Auf jeden Franzosen im Alter zwischen zwanzig und dreissig entfallen zwei Deutsche.» Da die Wehrpflichtigen nur ein Jahr dienten und diese Zeit für die Ausbildung nötig war, verfügte Frankreich kaum über eine nennenswerte Armee. Nur die 62'000 Berufssoldaten, von denen viele als Ausbilder für die Rekruten abgestellt waren, und die 72'000 Soldaten der Kolonial-

* General Weygand hatte, wie schon Marschall Ptain vor ihm, den Posten eines Vizepräsidenten des Kriegsrates und Generalinspektors der Armeen inne. Dieser Titel designierte ihn für den Kriegsfall auch zum Oberkommandierenden. Als General Gamelin 1935 nachrückte, behielt er neben dem höchsten Amt noch seinen Posten als Generalstabschef bei.

truppe bildeten eine schmale Grundlage für ein stehendes Heer. Die verheerenden Folgen dieses Zustandes sollten sich schon bald zeigen.

Als zu Beginn der dreissiger Jahre die Depression einsetzte, welkte die französische Armee, die man bisher für eine der stärksten der Welt gehalten hatte, dahin – nicht nur aus Personalmangel und aufgrund eingeschränkter Budgets, sondern auch aus anderen, ebenso wesentlichen Gründen. Die Armee litt unter der Verkalkung im Oberkommando, einer Welle des Pazifismus im Lande und der völligen Verwirrung in Parlament, Regierung und öffentlicher Meinung darüber, welche Art von Armee letztlich die Mindestanforderungen der Landesverteidigung erfüllen konnte, aber auch unter den wachsenden aussenpolitischen Verpflichtungen Frankreichs und den Folgen der Nachkriegsrevolution in der Militärwissenschaft, ausgelöst durch die raschen technischen Fortschritte bei der Entwicklung von Flugzeug und Panzer. Gerade bei diesen beiden Waffengattungen hatten die Franzosen in den letzten Kriegsjahren hervorragende Pionierarbeit geleistet.

Verkalkung im Oberkommando

Die Generäle klammerten sich nach 1918 nicht nur an ihre Posten, sondern auch an die Ideen, die ihnen auf dem Schlachtfeld Erfolge eingetragen hatten. Sie waren engstirnig. Das gab Marschall Pétain viel später, gegen Ende seines langen Lebens, ganz offen zu. Er sagte vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss: «Nach dem Kriege von 1914-1918 war es für mich zu Ende. Ich nahm als Offizier nichts mehr auf. Wenn ich die Einführung anderer Ausrüstung, anderer Instrumente und Methoden sah, so muss ich sagen, dass sie mich nicht interessierten L» Noch im Januar 1935, kurz vor seiner Pensionierung, ermahnte der alte Kavallerist Weygand den Kriegsrat, beim Vorantreiben der Mechanisierung «umsichtig» vorzugehen und «nicht zu vergessen, dass Pferde immer nützlich sind». Er erklärte, die Armee brauche dringend mehr Pferde, «insbesondere Reitpferde»². Was – wie die Kavallerie – im ersten Weltkrieg für den Sieg gut war, musste ihn auch im zweiten erringen helfen. «So hab' ich's gemacht, und es war erfolgreich», ermahnte Marschall Foch kurz vor seinem Tode eine Gruppe junger Offiziere. «Und so müssen wir es immer machen.» Es schien fast, als hätten die meisten Armeeführer noch nichts vom Verbrennungsmotor gehört, der gegen Ende der zwanziger Jahre schnellere Maschinen (für Kampfflugzeuge), grössere Flugzeuge mit grösserer Reichweite (als Bomber und Transporter) sowie schwere Panzer ermöglichte, die man mit einer 7,5-cm-Kanone bestücken und mit über 60 Stundenkilometern über unebenes Gelände fahren lassen konnte.

Es gab einen jung und frisch gebliebenen alten General, der eingestand, dass diese Dinge die Kriegführung revolutionierten. Es war General Estienne, in Frankreich «Vater des Tanks» genannt (er hatte ihn 1915 völlig unabhängig von den Briten entwickelt, die sich als seine Erfinder rühmten). Er hatte das Oberkommando zum Bau von Tanks gedrängt,

sie 1916 zum ersten Male im Kampf eingesetzt und bei Kriegsende mehrere tausend davon befehligt. Er glaubte, eine der für den Sieg von 1918 entscheidenden Waffen gefunden zu haben, denn die Deutschen lagen auf diesem Gebiet weit hinter den westlichen Alliierten zurück*. Ausserdem war General Estienne davon überzeugt, dass der Tank, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Flugzeug, die wichtigste Waffe in einem künftigen Landkrieg sein würde.

Die französische Militärhierarchie, in der Foch, Joffre und Pétain immer noch in hellem Glanz erstrahlten, ruhte sich schon auf der bequemen Überzeugung aus, dass man 1914 bis 1918 alles über den Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts gelernt habe, was es zu lernen gab, da hielt General Estienne am 15. Februar 1920 in Paris vor jüngeren Armeedoffizieren einen ebenso kühnen wie prophetischen Vortrag; ein Jahr später wiederholte er ihn in Belgien, wo König Albert sein faszinierter Zuhörer war. «Ich glaube», sagte er, «dass der Tank schon bald nicht nur die Taktik, sondern auch die Strategie und danach die gesamte Organisation moderner Armeen bis in die Grundfesten erschüttern wird.» Er entwickelte die Vision von einer 100'000 Mann starken gepanzerten Truppe mit 4'000 Tanks und 8'000 Lastwagen, die an einem Tag oder in einer Nacht 80 Kilometer weit vorstossen konnte, den Gegner abschnitt und ihn in die Flucht jagte. Das war genau die Anzahl von Soldaten und Panzern, die General de Gaulle 1934 befürwortete, und es hätte eine exakte Beschreibung der Panzertruppe sein können, mit der die Deutschen im Mai 1940 nach Belgien und Frankreich vorstießen.

Zehn Jahre später verfeinerte General Estienne seine Gedanken und legte Richtlinien für den Panzerkrieg fest. «Die gepanzerte Truppe (er nannte sie ‚Sturmartillerie‘) muss eine unabhängige Waffengattung sein, da sie nicht das geringste mit der Infanterie gemeinsam hat und sich von ihr in den Kampfmethoden, der Ausrüstung und Organisation wesentlich unterscheidet; sie muss notwendigerweise einen erheblichen Treibstoff- und Nachschubtrass im Rücken haben.» Schliesslich betonte er mit einer heute fast übernatürlich anmutenden Hellsichtigkeit, von der er jedoch behauptete, sie käme aus den «Gefahren» seiner Karriere, die ihn zuerst einen der ersten Flieger und dann Panzerkommandant werden liess, die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen selbständigen Panzer- und Flugzeugen. Diese sollten nicht nur der Luftaufklärung dienen, sondern in den Kampf und die Verfolgung mit eingreifen **. In Abwandlung eines Napoleonwortes schloss er: «Die Sturmartillerie (Panzertruppe) wird künftighin das Schicksal von Armeen und Völkern entscheiden⁵.»

* General Ludendorff, der unter Hindenburg die deutschen Armeen befehligte, berichtet in seinen «Kriegserinnerungen» von dem grossen alliierten Tankangriff, der am 8. August 1918 begann. Dieses Datum nennt er den «Schwarzen Tag des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges». Es war für die Deutschen der Anfang vom Ende. Ludendorff schreibt: «Am 8. August früh, . . . griffen die Engländer . . . und Franzosen zwischen Albert und Moreuil mit starken Tankgeschwadern, im Übrigen aber mit keiner grossen Überlegenheit an. Sie brachen . . . tief in unsere Front ein. Die dort stehenden Divisionen liessen sich vollständig überrennen. In ihren Stabsquartieren wurden Divisionsstäbe von feindlichen Tanks überrascht. . . Sechs bis sieben deutsche Divisionen, die durchaus als kampfkraftig angesprochen werden konnten, waren vollständig zerschlagen . . . Die Lage war ungemein ernst. . . Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest. . . Masseneinsatz von Tanks und künstlicher Nebel blieben auch in der Folge unsere gefährlichsten Feinde' .»

** Eigentlich hatten die Franzosen gegen Ende des ersten Weltkriegs schon mit dem kombinierten Tank- und Fliegerangriff begonnen. Am 14. Mai 1918 wurde die erste Luftwaffendivision gebildet. Sie spielte eine Schlüsselrolle bei den grossen Panzerangriffen im August. Die Einheit bestand aus 432 Spad-Flugzeugen, den Vorläufern der

Das französische Oberkommando wollte ihm nicht glauben. Für die ehrwürdigen alten Generäle war dieses Gerede von einer starken, selbständigen Panzertruppe, die Infanterie- und Artilleriestellungen durchstossen sollte, nichts als Gewäsch. Zuerst wurden General Estienne und seine Schüler, wie zum Beispiel der aufstrebende Oberstleutnant de Gaulle, für Opfer von Verirrungen gehalten.

Pferd gegen Tank

General Brecart, Mitglied des Kriegsrates und Generalinspekteur der Kavallerie, war entschieden gegen eine Ablösung des Pferdes durch gepanzerte Monstren. In der Militärschrift *L'Officier de Reserve* griff er im Oktober 1933 heftig die Idee an, leichte motorisierte Divisionen zu schaffen und seine geliebten Tiere auf die Weiden zu verbannen. «Wir schaffen hier eine gefährliche Utopie!» rief er aus. «Wir haben keine Ahnung, wie das enden wird.» Im Interesse der «Zukunft unseres Landes» forderte er die Beschränkung der Kavallerie auf Pferde. Nach einer Beschreibung der wunderbaren in Frankreich gezüchteten Tiere, «eines der Reichtümer unserer Nation», schloss er mit dem Appell: «Wir müssen die Aufzucht von Pferden sicherstellen!»

General Weygand, ein nicht ganz so leidenschaftlicher Pferdenarr wie General Brecart, war aufgeschlossen genug, zumindest die Ergänzung von Kavalleriedivisionen durch gepanzerte Fahrzeuge zu empfehlen. 1931 wurden die ersten zögernden Schritte in dieser Richtung unternommen. General Dufieux, Generalinspekteur der Infanterie und Tanks, war dagegen. Er stemmte sich insbesondere gegen den neumodischen Gedanken an selbständige Panzerseinheiten und schrieb an seinen Chef: «Nach meiner Meinung ist es unmöglich, dass man jemals eine mechanisierte Kampfeinheit zu einer kompletten, eigenen Operation einsetzen kann... Ich kann daher nicht verstehen, weshalb die mechanisierte Kavalleriedivision eingerichtet wird, als genüge sie allein schon unter allen gegebenen Umständen.» Er betonte, der Tank sei dazu da, die Infanterie zu begleiten, und niemals, um in eigenen Einheiten zu operieren.

Das war der springende Punkt. Sollte der Tank lediglich als Hilfsmittel der Infanterie verwendet werden, wie im Grossen Krieg? Oder sollte man daraus jetzt, da er sich zu einer mächtigen Angriffswaffe entwickelte, selbständige Einheiten bilden, die bei ihrer Wendigkeit Infanterie, Artillerie und Kavallerie weit hinter sich lassen würden? Diese Frage warf General Estienne 1928 und dann noch einmal 1931 auf. Er bestand auf einer zustimmenden Antwort. Das französische Oberkommando befasste sich mit dieser Frage und beantwortete sie – ablehnend. Das 1930 zusammengestellte Handbuch «Instruktionen für den Einsatz von Tanks» begann:

späteren Stukas. Ein junger deutscher Offizier, der dabei war, als seine Front von französischen Tanks, unterstützt durch die Luftwaffendivision, überrollt wurde, konnte dieses Erlebnis nicht vergessen. Es war Heinz Guderian, der Schöpfer der deutschen Panzerarmeen im zweiten Weltkrieg. Später sagte er zu einem französischen Offizier: «Ich zog meine Schlüsse aus dem Einsatz Ihrer Tanks in Verbindung mit Ihrer Luftwaffendivision *.»

Kampftanks sind Maschinen zur Begleitung der Infanterie ... Im Kampf stellen Panzer-einheiten einen integrierten Teil der Infanterie dar... Tanks sind nur Hilfsmittel, die der Infanterie vorübergehend zur Verfügung gestellt werden. Sie unterstützen die Aktion der letzteren beträchtlich, können sie aber nicht ersetzen. Soll ihr Einsatz wirkungsvoll sein, dann muss er von der Infanterie im Augenblick des Vorstosses ausgenutzt werden; entscheidend ist allein das Vorgehen der Infanterie und das Erreichen ihrer Ziele.

Um keinen Zweifel daran zu lassen, dass das Oberkommando die Panzereinheiten als Parias betrachtete, schrieb das Handbuch vor, dass sie stets dem Befehl der Infanterieeinheiten, die sie unterstützten, unterstellt werden mussten. Von diesem bereits überholten Standpunkt rückten die französischen Armeechefs erst ab, als es schon zu spät war, und auch dann nur widerstrebend und unvollständig. Bis zum bitteren Ende beharrten die meisten französischen Militärexperten, darunter die berühmtesten, gegen die verzweifelten Vorstellungen des rebellierenden Oberst de Gaulle und seines Freundes Paul Reynaud, des aufstrebenden jungen Politikers der Mitte, auf ihren alten Argumenten gegen den Einsatz von Panzern als selbständige, unabhängig operierende Einheiten. Genau das hatten die Deutschen fast von dem Augenblick an getan, als sie 1933 mit dem Bau von Panzern begannen, die ihnen bis dahin durch den Versailler Vertrag verboten waren.

Im Dezember 1938, neun Monate vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs, brachte die *Revue d'Infanterie* einen Artikel von Major Laporte über die neuesten Erwägungen des Oberkommandos. Er schrieb darin: «Nicht einmal die modernsten Tanks können das Gefecht für sich allein führen. Ihre Aufgabe muss stets darin bestehen, gemeinsam mit dem Feuer von Artillerie und schweren Infanteriewaffen den Schutz und die Unterstützung von Angriffen zu übernehmen ... Auf dem ewigen Schlachtfeld ist und bleibt der Hauptfeind des Soldaten zu Fuss der gegnerische Infanterist, der, wie wir uns aus dem Unterricht erinnern, allein imstande ist, Terrain zu besetzen, zu organisieren und zu halten. Der Tank muss vor allen Dingen als eines der Hilfsmittel des Infanteristen betrachtet werden.»

Knapp ein Jahr vor Kriegsausbruch nahm der ehrwürdige Marschall Pétain die letzten Verfeinerungen an der offiziellen Lehre vom Panzerkrieg vor. Pétain schrieb die vielgerühmte Einleitung zu einem umstrittenen Buch von General Chauvineau, Professor an der *École de Guerre*, das Anfang 1939 unter dem Titel «Ist eine Invasion noch möglich?» (die Frage wurde darin verneint) erschien. Pétain erklärte aus olympischen Höhen gegen die verrückten und absurden Ideen des Ketzers de Gaulle:

Es wäre töricht anzunehmen, dass eine gepanzerte Truppe, die angeblich 200 Kilometer am Tag zurücklegen, starke Befestigungen durchbrechen und im Rücken des Feindes Panik stiften kann, eine unwiderstehliche Waffe wäre. Die durch diese Waffe erzielten entscheidenden Erfolge würden den Morgen nicht erleben ... Vor einem Wall von Panzerabwehrkanonen und Minen wäre die gepanzerte Division einem Flankenangriff auf

Gnade und Ungnade ausgeliefert... Was die Tanks betrifft, die uns, wie manche meinen, eine Abkürzung der Kriege bescheren sollen, ist ihre mangelnde Eignung augenfällig.

Kurz nach Hitlers Machtübernahme 1933 begannen aus Berlin Nachrichten des Geheimdienstes einzutreffen, nach denen die Deutschen die Panzer zur Grundlage ihrer künftigen Armee machen wollten. Da die hohen französischen Militärs den Tanks trotzdem skeptisch gegenüberstanden, ist es nicht verwunderlich, dass ihre Entwicklung nur langsam voranging. Da die Deutschen seit 1919 keine Tanks mehr bauen durften, hatten die französischen Generäle einen ungeheuren Vorsprung. Aber sie waren zu verknöchert, ihn zu nutzen. General Estienne selbst hatte bereits 1921 Pläne für den künftigen schwer gepanzerten, schwer bewaffneten und schnellen Tank, der einmal B-Panzer heissen sollte, ausgearbeitet. Um 1925 waren mehrere Prototypen hergestellt und erfolgreich getestet worden. Dann liess das Oberkommando die Sache vier Jahre lang ruhen. Das Thema wurde 1929 wieder aufgegriffen, weitere vier Jahre lang diskutiert, und 1935 wurden endlich die ersten Aufträge erteilt. Inzwischen lief in Deutschland die Produktion schwerer Panzer auf vollen Touren. Das war auch der Hauptgrund, weshalb das französische Oberkommando endlich, wenn auch widerstrebend, nachgab. Aber man hatte es nicht eilig. Die Produktion wurde auf zehn B-Panzer pro Monat begrenzt, und nicht einmal diese bescheidene Zahl wurde erreicht. Anfang 1939, nachdem Hitler seine Panzerdivisionen nach Österreich und in die Tschechoslowakei hatte einmarschieren lassen und Frankreich Grund zu der Annahme hatte, es werde als nächstes an der Reihe sein, wurden monatlich acht B-Panzer hergestellt.

Die Armee hatte achtzehn Jahre seit dem Entwurf des schweren Tanks und vierzehn seit seiner erfolgreichen Erprobung zur Verfügung, genügend, um in dieser Zeit die mächtigste Panzertruppe der Welt aufzubauen. Der B-Panzer war nämlich fast in jeder Hinsicht den besten deutschen Panzern überlegen. Noch volle zwei Jahrzehnte nach seiner Entstehung kopierten ihn Briten und Amerikaner unter der Bezeichnung Churchill- und General-Grant-Panzer.

Wie mit den Panzern, so ging es auch mit den Flugzeugen. Das schläfrige französische Oberkommando hielt nicht viel von der Kriegsfliegerei. Zwölf Jahre nach dem Ende des Grossen Krieges, in dem die französischen Flieger als Aufklärer, Kampf- und Bombenflieger eine immer grössere Rolle gespielt hatten, war die französische Luftwaffe im wesentlichen noch immer unverändert mit den gleichen alten schwerfälligen Maschinen ausgerüstet, aber natürlich war sie zahlenmässig verkleinert worden. Das Lehrbuch des Oberkommandos, 1921 von Pétain entworfen, nahm vom Flugzeug kaum Notiz. «Am Tage wird aufgeklärt, nachts bombardiert», sagte es, und das war auch schon alles.

Das nächste Handbuch von 1936 ging kaum weiter. Es wurde darin zwar zugegeben, dass es seit 1921 hier und da Fortschritte auf dem Gebiet der Waffenentwicklung gegeben habe, aber «das ändert nicht unbedingt etwas an den in den früheren Instruktionen aufgestellten Grundregeln». Von den 177 Seiten waren nur 3 der Luftwaffe gewidmet. Die

Kampfflugzeuge hatten aufzuklären, die Bomber Flugplätze und Truppenansammlungen hinter den gegnerischen Linien zu bombardieren. Kein Wort über die Beteiligung der Flugzeuge an den Bodenkämpfen. «Ein direktes Eingreifen der Luftwaffe in die Kämpfe ist illusorisch», hatte Pétain bestimmt, und General Gamelin pflichtete ihm später bei. «So etwas wie einen Luftkampf gibt es nicht», verkündete er. «Gekämpft wird nur am Boden.»

So vegetierte die französische Luftwaffe nach dem Kriege dahin. Sie musste sich mit ihren antiquierten Maschinen und einer primitiven Taktik zufriedengeben, die sich von 1915 bis 1918 bewährt hatte. Erst auf Drängen der jüngeren Piloten fand sich das Oberkommando 1937 bereit, Funkgeräte einzubauen. Die französischen Bomber erhielten sie allerdings nicht. Die Bomber, aber insbesondere auch die damals hergestellten Kampfflugzeuge, waren in jeder Hinsicht minderwertig und den deutschen an Geschwindigkeit und Reichweite ebenso unterlegen wie den englischen und amerikanischen. Für das französische Oberkommando war die Luftwaffe so etwas wie ein ungebärdiges Stiefkind.

Später sollten sich die französischen Generäle bitter darüber beklagen, dass ihnen Parlament und Regierung nie die nötigen Waffen in die Hand gegeben hätten. Es stimmt, dass das Parlament in den ersten Depressionsjahren die Militärausgaben kürzte. 1934 erklärte sich das Kriegsministerium mit einer von der Regierung beschlossenen drastischen Kürzung der Rüstungskredite einverstanden. Aber wer war damals Kriegsminister? Es war Marschall Pétain, und als General Weygand erbost eine Sitzung des Kriegsrates zur Diskussion der verheerenden Folgen einer solchen Kürzung forderte, lehnte Pétain ab.

Tatsache war, dass das Oberkommando die gewährten Rüstungskredite nicht einmal ausschöpfte. So blieben in General Weygands letzten zwei Jahren als Chef der Armee riesige Summen ungenutzt: 59 Prozent der Rüstungskredite im Jahre 1933, 33 Prozent 1934; dabei wurde laut nach mehr Geld für die Aufrüstung geschrien. Als 1935 General Gamelin Weygands Nachfolger wurde, blieben 60 Prozent der Rüstungskredite ungenutzt. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss bezeichnete später den Wirrwarr im Kriegsministerium und Generalstab über das Wie der Bewaffnung als «unglaublich». Niemand schien verantwortlich zu sein. Nach den Worten des damaligen konservativen Finanzministers herrschte in der Armee «ein Fehlen jeglicher Gesamtplanung, keinerlei Führung».

Die hohen Generäle wussten nicht, welche Waffen gebraucht wurden, weil sie keine Ahnung von der Anwendung der neuen Waffen hatten. Von der Verwendung von Panzern und Flugzeugen in einem künftigen Krieg wollten sie nichts wissen. General Estienne hatte seit 1921 und Oberst de Gaulle seit 1933 (ganz zu schweigen von Oberst Heinz Guderian in seinem Anfang der dreissiger Jahre erschienenen Buch *Achtung Panzer!*) immer wieder dringend darauf hingewiesen, dass Panzer und Luftwaffe gemeinsam im nächsten Krieg das Schlachtfeld beherrschen würden. Das französische Oberkommando hatte diese Ideen mit kaum verhohlener Feindseligkeit zur Kenntnis genommen – und zurückgewiesen.

Stagnation im militärischen Denken

Warum? Die Antwort war hauptsächlich in dem Schwund militärischen Bewusstseins in den Friedensjahren nach dem grossen Sieg von 1918 zu suchen. Das zeigte sich nicht nur in der Unfähigkeit des Oberkommandos, mit der Entwicklung der Waffentechnik Schritt zu halten und eine neue Anwendungstaktik auszuarbeiten, sondern auch in den Lehren der hohen Militärschulen. Von der berühmten Generalstabsschule (*École Supérieure de Guerre*) meinte ein junger Offizier, sie sei «eine Schule von Eunuchen geworden, in der es nicht mehr um die Förderung des Denkens ging». Ein anderer Offizier empfand die Lehre als «erstaunlich armselig»⁷. Die höchste Stabsschule (*Le Centre des Hautes Études Militaires*) war genauso tot. Vor 1914 hatten die brillanten Vorlesungen von Oberst Foch und Oberst de Grandmaison an der *École de Guerre* die jungen Offiziere elektrisiert und das Denken in der französischen Armee verjüngt, indem ein neuer Offensivgeist eingepflegt wurde. Doch nach dem Krieg wurde das Hauptgewicht auf die Defensive gelegt. Sie hatte sich 1914-1918 einmal bewährt und würde es wieder tun. Neue Ideen wurden unwillig abgelehnt. Kein Wunder, dass General Tony Albord, damaliger Schüler an der Kriegsschule, den «Niedergang des militärischen Denkens in Frankreich nach 1918» beklagen sollte. Diese Erscheinung war nach seiner Auffassung «ohne Beispiel» und die «Hauptursache» für die Ereignisse von 1940.

Die Furcht vor dem Neuen, vor neuen Waffen, die eine neue Taktik erforderten, wurde zu einem Wahn. Noch 1936, als bewährte Generäle unter Leitung von General Alphonse Georges das neue Instruktionsbuch zusammenstellten, wurde betont, dass trotz der technischen Fortschritte auf dem Gebiet des Waffenwesens

*der Ausschuss, der diese Instruktionen erarbeitet hat, nicht daran glaubt, dass dieser technische Fortschritt die bisherigen Grundregeln auf dem Gebiet der Taktik verändert. Er glaubt infolgedessen, dass die zu Kriegsende (1918) von den grossen Heerführern objektiv festgelegten Regeln Grundlage für den taktischen Einsatz grosser Kontingente bleiben müssen*⁶.

Das ist das erschütternde, wenn auch ungewollte Bekenntnis, dass der Verstand der französischen Generäle festgefahren und schon dick mit Rost überzogen war. Sie klammerten sich, wie das Handbuch zeigt, an die Taktik von 1918. Doch die war überholt. Sie gründete sich auf Infanterie, unterstützt durch bespannte Artillerie, die sich in der Stunde knapp zwei Kilometer weit über Granattrichter und Drahtverhaue voranarbeiteten und den Feind allmählich zurückdrängten, aber niemals seine Front durchbrachen. Die französische Verteidigungstaktik war am Vorabend des neuen Krieges immer noch auf diesen schrittweisen Angriff ausgerichtet, die Offensivtaktik ebenfalls. Leider hatte der deutsche Generalstab inzwischen (1936) eine völlig neue Taktik entwickelt, entlehnt von einem französischen General (Estienne) und einem französischen Oberstleutnant (de Gaulle). Diese Taktik sah selbständige Divisionen schwerer Panzer,

begleitet von motorisierter Infanterie, Pioniereinheiten, schwerer Artillerie auf Raupenschleppern und Treibstofftransportern, vor, die mit energischer Unterstützung von Kampfflugzeugen zwanzig- oder dreissigmal so schnell vorrücken konnten wie der Soldat zu Fuss. Sie sollten im Rücken des Feindes Verwirrung und Panik stiften, seine Nachrichten- und Nachschublinien zerstören und an einem einzigen Tag die «Frontlinie» aufrollen, die im Grossen Krieg erstarrt war und an die das französische Oberkommando immer noch unverändert glaubte.

Nach dem zweiten Weltkrieg stellte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss fest: «Für das Oberkommando war Stagnation die höchste Form der Weisheit geworden.»

Unsere Strategen waren kaum mehr als Bücherwürmer, die ihre Unzulänglichkeiten hinter Präzedenzfällen verschanzten. Sie hatten aus dem Kriegsministerium, dem Kriegsrat und dem Generalstab gigantische Apparate gemacht, in denen der Stumpsinn inmitten von Papierbergen regierte ...

Der von seiner Unfehlbarkeit überzeugte Generalstab erhob die Verteidigung seiner Vorurteile zum Hauptzweck... Er hatte sich zwischen ewigen Wahrheiten und dem Schein eines verblassten Ruhms auf einen eigenen Berg Sinai zurückgezogen, lebte am Rande der Ereignisse und widmete alle Energie dem Bemühen, an einer Organisation herumzuflicken, die von den Ereignissen längst überrollt worden war⁹.

Eine Zwangsvorstellung: Defensive und feste Frontlinien

Es erscheint logisch, dass das französische Oberkommando von der Idee der Defensive und einer festen Front besessen war. Sie stützte sich auf die Erfahrungen aus dem Kriege 1914-1918, in dem die Franzosen zusammen mit ihren Alliierten erfolgreich das Land verteidigt hatten, bis die Invasoren erschöpft und vertrieben waren. Die geschlossene Front hatte gehalten. Die Deutschen hatten sie zwar durchstossen, aber die Lücken waren immer schnell wieder geschlossen worden. Es hatte gefährliche, aber nicht verhängnisvolle Durchbrüche gegeben. Foch, Joffre, Pétain und später auch Weygand wiesen voll Stolz auf diese Tatsache hin und prophezeiten, dass es im nächsten Krieg genauso sein werde.

Das erhabene Symbol der Verteidigungstaktik war jener Held, der die Deutschen 1916 vor Verdun aufgehalten hatte: Marschall Pétain. «Feuerkraft tötet!» hatte er seinen Schülern vor 1914 immer wieder eingehämmert, als er an der Kriegsschule Infanterietaktik lehrte. Das war klar, aber war es ebenso selbstverständlich, dass Feuerkraft, wie Pétain behauptete, einen ungeheuren Vorteil der Defensive gegenüber der Offensive bedeutete? Die Statistiken des Grossen Krieges unterstützten diese These kaum. Die zu meist in die Verteidigung gedrängte französische Infanterie hatte fast doppelt so hohe Verluste erlitten wie die Deutschen. Und stimmte es auch, wie Pétain noch 1938 verkündete, dass «bisher bei den Bodenoperationen jede neue Erfindung im Allgemeinen die

Defensive mehr begünstigt hat als den Angriff»? Im Falle solcher «Erfindungen» wie des schnellen, schwergewaperten und bewaffneten Tanks, des Sturzkampfbombers und des durch schnelle Jäger gedeckten schweren Bombers stimmte es offenbar nicht, weil es sich hier um Angriffswaffen handelte. Aber Marschall Pétain glaubte daran, und sein Wort war in Frankreich Evangelium.

Er glaubte auch an die «geschlossene Front». Ihr überragender Wert war im Handbuch von 1921 fixiert und wurde in der Ausgabe von 1936 wiederholt. Und noch 1938 behauptete Pétain in seiner Einleitung zu General Chauvineaus Buch (aus dem auch das obige Zitat stammt), «die geschlossene Front ist die grosse Erkenntnis des letzten Krieges. Sie erwies sich als stabil... Sie wird auch weiterhin allem standhalten.»

Auch General Weygand glaubte daran. Nachdem er 1931 das Oberkommando von Pétain übernommen hatte, erinnerte er sich daran, dass im Grossen Krieg «die Front niemals von einer der beiden Seiten wirklich durchbrochen wurde». So war der Begriff der «undurchdringlichen Front», wie er sagte, für ihn zu einem «Axiom» geworden.

Man muss Pétain, Weygand und den anderen führenden Generälen der französischen Armee zugute halten, dass einer ihrer Gründe für das Festhalten an einer defensiven Einstellung, gestärkt durch mächtige neue Befestigungsanlagen, ihre Entschlossenheit war, den Franzosen in einem künftigen Krieg blutige Verluste zu ersparen. Die Hölle von 1914-1918 hatte sie krank gemacht. Aber nicht nur das: Sie wussten auch, dass noch so ein Aderlass selbst dann das Ende Frankreichs bedeuten würde, wenn es siegte. Wie wir gesehen haben, war es Pétain, der im ersten Weltkrieg dem Massaker unter der französischen Infanterie ein Ende bereitet hatte, nachdem General Neville es mit seinen schlecht vorbereiteten und vergeblichen Angriffen angerichtet hatte. Danach legte Pétain als neuer Oberkommandierender fest, dass es keine Offensiven geben werde, bis die Franzosen eine erdrückende Übermacht an Artillerie besäßen und die Infanterie vorrücken konnte, ohne hingeschlachtet zu werden. Bei den Mannschaften war er als der General bekannt, der mit seinen Männern fühlte und Achtung vor ihrem Leben bewies.

Es gab noch weitere Gründe für das Festhalten an der Defensive. Nach der Wiedererlangung Elsass-Lothringens im Jahre 1918 hatte Frankreich keine weiteren territorialen Forderungen mehr an Deutschland. Es hatte keinen Grund, Deutschland oder die anderen Nachbarländer Spanien, Italien und Belgien anzugreifen, die mit Ausnahme des faschistischen Italiens nach 1935 und Franco-Spaniens nach 1938 militärisch schwach und freundlich wie auch friedlich waren. Die Franzosen wollten sich nur innerhalb ihrer eigenen Grenzen sicher fühlen. Dafür hielt man eine starke Verteidigungsmacht für ausreichend. Es war natürlich bekannt, dass die Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und Polen von Frankreich einen Entlastungsangriff im Westen verlangen würden, falls diese Länder von den Deutschen angegriffen werden sollten. Doch diese Notwendigkeit ergab sich nicht, solange Deutschland entwaffnet blieb. Selbst nachdem Hitler im Januar 1933 an die Macht gelangt, im Oktober aus dem Völkerbund ausgetreten war und fieberhaft aufzurüsten begann, glaubte man in Frankreich nicht, dass Deutschland skrupellos genug sein würde, die östlichen Nachbarn anzugreifen.

Europa, so glaubten die Franzosen, sei der ewigen Kriege müde, die immer wieder die Jugend dahingerafft und das Land verwüstet hatten. Solche Aussprüche las man selbst von Hitler in der französischen Presse. Schliesslich war er als einfacher Soldat selbst im ersten Weltkrieg zweimal verwundet worden. Die Franzosen glaubten, der Krieg gegen Deutschland gehöre der Vergangenheit an. Sie erkannten, dass Deutschland im Falle einer Wiederaufrüstung aufgrund der grösseren Industriekapazität und des grösseren Menschenreservoirs Frankreich allein überlegen sein würde. Hinzu kamen noch die «mageren Jahre», in denen die Zahl der französischen Wehrpflichtigen für mindestens vier Jahre fast auf die Hälfte zurückgehen würde; damit wäre die französische Armee ohnehin zu klein gewesen, um etwas anderes als eine reine Verteidigungsstreitmacht darzustellen.

Zur Stärkung der Landesverteidigung wären neue Befestigungen notwendig, um nicht nur die zahlenmässige Unterlegenheit, sondern auch den Schutzschild des Rheinlands wetzumachen, der 1930 mit dem Rückzug der französischen Truppen verlorengegangen war. Das französische Oberkommando war, unterstützt durch Parlament, Regierung und öffentliche Meinung, entschlossen, in einem eventuellen neuen Krieg mit Deutschland das Industrie- und Bergwerksgebiet entlang der nördlichen und nordöstlichen Grenze um jeden Preis zu halten. 1914 war es der Verlust dieser Gebiete gleich in den ersten Wochen gewesen, der Frankreich fast kampfunfähig machte und es der meisten Rohstoffquellen für Eisen, Stahl und Kohle sowie eines Grossteils seiner Schwerindustrie beraubte.

Starke Befestigungen würden nicht nur die Deutschen an der Grenze aufhalten, sondern Frankreich ausserdem die *Couverture* verschaffen, die absolut erforderlich war, um die Reserven mobilisieren und sie hinter der Front bereitstellen zu können. Da es der französischen Armee, wie schon 1914, an der Motorisierung mangelte, war sie für den Transport von Truppen und Nachschub auf die Eisenbahnen angewiesen. Die Mobilisierung und Aufstellung der Truppen würde schätzungsweise vierzehn Tage dauern. Für diesen Zeitraum musste die Befestigungslinie jedem noch so massierten Überraschungsangriff standhalten. Die vorhandene Armee, nicht einmal halb so gross wie 1914, konnte das allein nicht schaffen.

Die Maginotlinie

Diese Überlegungen waren es, die zum überhasteten Bau der Maginotlinie führten. Nach fast zehn Jahre währenden Planungen und Debatten im Kriegsrat unter Marschall Pétain und in einem besonderen «Ausschuss für die Verteidigung der Grenzen» des Militärs unter General Guillaumat wurden die letzten Details der neuen Befestigungslinie schliesslich 1929 vom Kriegsminister Paul Painlevé gebilligt. Noch im selben Jahr genehmigte das Parlament einen Kredit in Höhe einer halben Milliarde Dollar als erste Rate für ihren Bau. Die Arbeiten begannen 1930. Sie wurden von dem Mann, dessen Namen die Anlage später tragen sollte, energisch vorangetrieben: André Maginot, einem Kriegs-

Versehrten aus dem ersten Weltkrieg, der als Kriegsminister diente, bis er 1932 plötzlich nach dem Genuss von Austern bei einem Bankett in New York an Vergiftung starb.

Die Hauptwerke der Anlage waren 1935 vollendet. Mit ihnen erhielt Frankreich, das nun von der Furcht vor einem rasch aufrüstenden Deutschland befallen wurde, die mächtigste Festungsanlage, die es je gegeben hatte – und einen Komplex, den sogenannten «Maginotlinien-Komplex». Er sollte paradoxerweise mit zu der militärischen Katastrophe von 1940 beitragen, zu deren Verhütung diese Anlagen ja eigentlich errichtet worden waren.

Es war nämlich so, dass sich die Maginotlinie an der falschen Stelle befand. Die klassische Einfallsrouten, über die seit fast zweitausend Jahren Völkerstämme aus Deutschland in Frankreich eingefallen waren, führte durch Belgien. Sie stellte den kürzesten und zugleich leichtesten Weg dar, weil das Land eben war und nur wenige Flüsse überquert werden mussten. Diese Route hatten die Deutschen auch 1914 gewählt.

Hier bedeutete die Maginotlinie überhaupt kein Hindernis. Sie lag kanonengespickt und mit meterdickem Stahlbeton armiert, den keine Bombe durchschlagen konnte, viel weiter östlich, gegenüber der deutschen Grenze von Luxemburg bis zum Rhein. Im Elsass wurde am Westufer des Stroms ein schwächeres Verteidigungssystem, bestehend aus zwei gestaffelten Reihen von Kasematten, errichtet, um einen Vorstoss der Deutschen über den breiten, reissenden Rhein aufzuhalten, der an sich schon ein erhebliches Hindernis darstellte. Die nordöstliche Ecke Frankreichs war somit gut geschützt.

Das Problem, wie man die nördliche Grenze nach Belgien hin absichern konnte, falls die Deutschen erneut diesen Weg wählen sollten, quälte das französische Oberkommando und die Regierung in all den Jahren zwischen den beiden Kriegen. Hinter jener Grenze lag ein grosser Teil der Kohlenbergwerke und der Industriezentren. Es war, wie man zugeben muss, ein schwer zu lösendes Problem. Eine Ausdehnung der Maginotlinie entlang der belgischen Grenze von Luxemburg bis ans Meer hätte mehr gekostet, als Frankreich aufbringen konnte. Wäre die Kostenfrage dennoch irgendwie lösbar gewesen, hätte man damit die Belgier vor den Kopf gestossen, weil diese sich dann schutzlos dem Feind ausgeliefert fühlen mussten. Wie 1914 gelehrt hatte, gab es für die Belgier keine Möglichkeit, einem massiven Vorstoss der Deutschen Halt zu gebieten und sie daran zu hindern, ihr Land zu überrennen. Dafür war Belgien, was Menschen und Material betraf, einfach zu klein.

Die lange belgische Grenze zu besetzen, die nicht nennenswert befestigt war, und dort einen deutschen Angriff abzuwarten, der unterwegs durch Belgien noch an Schwungkraft gewinnen würde, kam nicht in Betracht. Mögliche Alternativen wurden im französischen Kriegsrat während der späten zwanziger und der dreissiger Jahre ununterbrochen debattiert. Es gab zwei solcher Möglichkeiten. Man konnte entweder gewisse Stützpunkte entlang der nördlichen Grenze, vom Ende der Maginotlinie bis zum Meer, befestigen, um das Haupteinfallstor nach Frankreich zu blockieren, oder man musste sich darauf einrichten, so schnell wie möglich die französischen Armeen nach Belgien zu schaffen, damit sie den Belgiern helfen konnten, dem Feind so weit vorn wie nur möglich zu begegnen.

1932 sprachen sich Weygand und Gamelin für die erste Lösung aus und erhielten vom Parlament sogar schon vorläufige Kredite, um die Arbeit aufnehmen zu können. Pétain bestand auf der zweiten Möglichkeit, was angesichts seiner früheren Doktrin überraschend ist: Der einzige Weg zur Verteidigung der Nordgrenze, so argumentierte er, sei ein rascher Einmarsch in Belgien, wie er 1914 verspätet vorgenommen worden war. Aber wenn sich nun die Belgier weigerten, Unterstützung zu erbitten und die Franzosen in ihr Land einmarschieren zu lassen? Diese Frage warf Ministerpräsident Poincaré auf einer Sitzung des Kriegsrates im Jahre 1927 auf. Er erinnerte Foch und Pétain daran, dass die Belgier 1914 mehrere Tage lang diese Erlaubnis hinausgezögert hatten – ein kostspieliger Aufschub. Wenn sie sich nun wiederum weigerten? Im Gegensatz zu den Deutschen würden die Franzosen niemals ungebeten in Belgien einmarschieren. Pétain antwortete trotz seiner schon legendären Vorliebe für die Defensive, dann müssten die Franzosen eben trotzdem einmarschieren.

Entscheidung darüber, was nun geschehen sollte, fiel am 7. März 1934, als Marschall Pétain, der damalige Kriegsminister, vor dem Armeeausschuss erschien, um Fragen zu beantworten. Weygand und Gamelin hatten als die ranghöchsten Führer der Armee erneut Kredite zum Bau einer Reihe von Befestigungen entlang der belgischen Grenze beantragt. Pétain widersprach ihnen. «Der Bau von Festungen an der Grenze», sagte er, «würde sie (die Industriegebiete) nicht schützen, weil sie zu dicht hinter der Grenze liegen. *Wir müssen in Belgien einmarschieren!*»

Bei dieser Sitzung wurde auch die Frage nach den Ardennen als möglichem Einfallstor für die Deutschen aufgeworfen. Marschall Pétain gab darauf eine Antwort, an die man sechs Jahre später in Sedan, am südwestlichen Ausgang dieses waldigen und bergigen Gebietes, noch denken sollte. «*Der Ardennenwald ist undurchdringlich!*» verkündete er zuversichtlich, «wenn man dort nur gewisse Vorkehrungen trifft. Infolgedessen haben wir ihn als eine Zone der Vernichtung zu betrachten. Die Ränder auf der dem Feind zugewandten Seite werden natürlich verteidigt. Dort werden einige Blockhäuser errichtet. Da diese Front keine Tiefe aufweisen würde, könnte sich der Feind dort nicht entwickeln. Tut er es dennoch, schießen wir seine Soldaten, wie sie aus dem Wald treten, einzeln ab. Dieser Sektor ist nicht gefährdet.»

Die Deutschen sollten 1940 gegen Belgier und Franzosen und 1944 noch einmal gegen die amerikanische erste Armee beweisen, wie «gefährdet» er war. Doch in diesem Punkt sollte das französische Oberkommando dem Rat des «Siegens von Verdun» folgen. Die Folgen waren dann verheerend.

So wurde die gewaltige Maginotlinie gebaut und 1935 vollendet, und die lange belgische Grenze blieb bis auf wenige Punkte vor Montmedy, südöstlich von Sedan, bis Dünkirchen unbefestigt. Diese Anlagen waren nach Meinung von General Paul-Emile Tournoux kaum mehr als «Phantom-Werke»¹⁰.

Nichtsdestoweniger fühlten sich die Franzosen hinter der mächtigen Maginotlinie sicher. Sie wurden vom «Maginotlinien-Komplex» infiziert. Die Zuversicht, dass diese Befestigungen die Deutschen das nächste Mal mit nur geringfügigen Verlusten für die Vertei-

diger aufhalten würde, entsprach einem tief im Bewusstsein des französischen Volkes verwurzelten Gefühl; man war immer noch vom gewaltigen Aderlass des Grossen Krieges erschöpft. Fast jedermann wurde von diesem Komplex befallen: Sollte es zu einem neuen Krieg mit Deutschland kommen, dann würde die Jugend Frankreichs nicht wieder im Kampf gegen den alten Feind dahingeschlachtet werden und auch nicht viel an Leiden zu ertragen haben. Die grossen Werke der Maginotlinie, sechs bis sieben Stockwerke tief in den Boden hineingebaut, wiesen so manche Bequemlichkeiten auf: Klimaanlage, saubere Messen, Duschen, Leseräume und Kinos. Von da aus würden die Kanonen den Ansturm der Hunnen zum Halten bringen. Keine blutigen, dreckigen Schützengräben mehr wie 1914-1918.

Es gab in der Armee und ausserhalb in Frankreich nur wenige, die sich skeptisch fragten, ob ein reiner Verteidigungskrieg, hinter einer Linie mächtiger unterirdischer Festungen ausgetragen, jemals zu gewinnen war oder ob man auf diese Weise das Land vor einer Katastrophe bewahren konnte. Man erinnerte sich wieder an Napoleons Worte: «Es ist ein Grundsatz der Kriegskunst, dass die Seite geschlagen wird, die in ihren Befestigungen bleibt.» General Guillaumat, Leiter der Kommission zur Verteidigung der Grenzen in der Armee, warnte bereits 1922, als dieses Gremium noch die Pläne der Maginotlinie studierte: «Es ist gefährlich, der ebenso falschen wie demoralisierenden Vorstellung Vorschub zu leisten, dass die Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes gewährleistet sei, sobald wir nur erst einmal Forts besitzen, und dass diese ein Ersatz für die harte Arbeit der Vorbereitung von Willen, Herzen und Köpfen seien¹¹.»

Aber das Land war nicht in der richtigen Stimmung, einem solchen vernünftigen Rat Gehör zu schenken. Es war viel leichter und beruhigender, nach Errichtung der nordöstlichen Festungsmauer in den Maginotlinien-Komplex zu verfallen und sich zufrieden einzureden, dass das Land nach tausend Jahren nun endlich gegen einen Angriff gesichert sei.

Kein Wunder, dass die dringenden Vorstellungen von Oberst de Gaulle, der im Parlament von dem Politiker Paul Reynaud unterstützt wurde, sofort eine gepanzerte Einheit der Armee aufzubauen, die die Offensive ergreifen könnte, nicht nur von Kammer und Senat, sondern auch von einem grossen Teil der Presse und in den Kreisen der höchsten Militärs zurückgewiesen wurden. Generäle und Zivilisten waren gleichermassen stolz darauf (und das zu Recht!), dass das zivilisierte und friedliebende Frankreich niemals daran dachte, ein anderes Land anzugreifen. Das Land bedürfe daher keiner Angriffswaffen. Es gehe nur um die Verteidigung des vorhandenen Besitzstandes.

Am 15. März 1935 fand vor der Deputiertenkammer eine Grosse Debatte über Militärpolitik statt. Reynaud setzte sich mit dem Material, das ihm de Gaulle geliefert hatte, für die Errichtung einer gepanzerten Streitmacht ein, die in der Lage war, für den Fall zum Angriff überzugehen, dass die Deutschen entweder gegen die Verbündeten der Franzosen im Osten oder wiederum im Westen durch Belgien hindurch losschlagen sollten. Der Kriegsminister General Maurin antwortete ihm:

Wie kann nur ein Mensch glauben, dass wir immer noch offensiv denken, nachdem wir so viele Milliarden für die Befestigung unserer Grenzen aufgewandt haben! Sollen wir etwa den Wahnsinn begehen, über diese Grenzen vorzustossen und uns auf weiss Gott was für ein Abenteuer einzulassen?

Armee und Regierung hatten gesprochen, und das Parlament wie auch das Land gaben sich damit zufrieden *. Sollten die Deutschen noch einmal angreifen, dann würden sie sich an den Kanonen und Hindernissen der Maginotlinie blutige Köpfe holen. In, unter und hinter dieser Linie würden bequem die französischen Soldaten sitzen und nicht ihr Leben riskieren. So war das französische Volk eingeschläfert worden und gab sich einem angenehmen Traum hin, der auf einem falschen Sicherheitsgefühl beruhte. Die ungeschützte belgische Grenze war vergessen.

Einen Tag nachdem General Maurin seine beruhigenden Worte gesprochen hatte, zerriss Adolf Hitler in Berlin den Versailler Vertrag und verkündete, Deutschland werde unverzüglich eine Armee von fünfhunderttausend Wehrpflichtigen aufbauen. Im Kriegsministerium in der Bendlerstrasse (wo der Autor, damals Korrespondent in Berlin, unter anderem regelmässig zu tun hatte) waren von einer Gruppe junger Offiziere unter Leitung von Oberst Heinz Guderian bereits Pläne und Taktik für eine schlagkräftige, offensive Panzertruppe ausgearbeitet worden. Von diesem Tage an wussten diese Männer, dass ihnen das Geld, das Material und die Männer zur Verfügung stehen würden, um diese Truppe rasch aufzustellen.

* Die Kammer unternahm zwar nichts zur Verwirklichung von Reynauds Vorschlag, eine Panzertruppe aufzubauen, aber sie sprach sich an jenem Tag immerhin mit 365 gegen 176 Stimmen für eine Verlängerung der Grundwehrzeit von einem auf zwei Jahre aus.

Abstieg, III. Die weltweite Depression erschüttert die Dritte Republik 1931-1939

Die Depression, die nach dem «Schwarzen Freitag», dem Börsenkrach vom 25. Oktober 1929, über die Vereinigten Staaten hinwegrollte, gelangte erst spät nach Frankreich.

In den Jahren 1929 und 1930 setzte sich der «Poincaré-Wohlstand» fort, unberührt von der Depression in Amerika. Ende 1929 schloss die Staatskasse mit einem grossen Überschuss ab, die Tresore der Bank von Frankreich quollen über von Gold, die Handelsbilanz des Landes war ausnehmend günstig, und der Index der Industrieproduktion war von 137 Punkten im Januar auf einen neuen Höchststand von 144 geklettert. Die braven Bürger der Republik feierten Weihnachten und Neujahr in dem wohltuenden Gefühl, dass Frankreich das reichste Land der Welt sei. Das Jahr 1930, in dem Amerika, dicht gefolgt von Deutschland und Grossbritannien, noch tiefer in den wirtschaftlichen und finanziellen Morast sank, fiel für Frankreich fast ebensogut aus wie das vorangegangene Jahr. Preise und Produktionsziffern wurden zwar rückläufig, aber die Umsätze im Ganzen waren um nur 3 Prozent gesunken, und auch die 1929 unbekannte Arbeitslosigkeit (812 Nichtbeschäftigte) hielt sich in Grenzen (11'952 Arbeitslose im Dezember 1930).

Erst im Herbst 1931 erreichte die Depression auch Frankreich in vollem Umfang, nachdem in Wien die Kreditanstalt zusammengebrochen war, in Deutschland finanzielle Panikstimmung herrschte und vor allen Dingen in Grossbritannien am 21. September die Goldwährung aufgegeben und eine vierzigprozentige Abwertung des Pfund Sterling vorgenommen worden war. Die Börsenkurse fielen ins Bodenlose, aus dem Haushaltsüberschuss wurde ein Defizit, die Handelsbilanz wurde negativ, die Industrieproduktion fiel um 22 Punkte, die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich, und der Index der Grosshandelspreise ging von 626 auf 440 Punkte zurück.

In Frankreich wirkte sich die Depression nie so schlimm aus wie in den stärker industrialisierten Ländern Deutschland, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Arbeitslosen, in anderen Ländern ein so einschneidender Faktor, stieg selten über eine halbe Million. Aber die Rezession war auch so schon schlimm genug. Es handelte sich um die grösste wirtschaftliche und finanzielle Krise, die das Land seit über hundert Jahren erlebt hatte. Verschlimmert und in die Länge gezogen wurde sie noch dadurch, dass das unsicher tastende Parlament und die rasch wechselnden Regierungen der Dritten Republik nicht imstande waren, vernünftige Massnahmen dagegen zu ergreifen. Es war klar, dass Frankreich nachziehen musste, nachdem Grossbritannien im Herbst 1931 und

die Vereinigten Staaten im Frühjahr 1933 Abwertungen vorgenommen hatten; sonst würde Frankreich vom Weltmarkt, der ohnehin einschrumpfte, ganz verdrängt werden. Aber die rasch aufeinanderfolgenden französischen Regierungen weigerten sich bis 1936, als es bereits zu spät war, eine Abwertung auch nur in Betracht zu ziehen. Wie wir gesehen haben, entwickelte sich bei den Franzosen in den zwanziger Jahren, was den Franc und seinen Verfall betraf, eine tiefgreifende Neurose. Der «Poincaré-Franc» hatte sie vier Fünftel ihrer Ersparnisse gekostet. Es wurde als heilige Pflicht des Staates betrachtet, seine Goldparität von 1928 aufrechtzuerhalten, damit die Bürger nicht noch einmal beschwindelt würden. Kein Parlament, kein Kabinett wagte es, ihn noch einmal abzuwerten. Als Ergebnis wurde Frankreich, das sich als einzige der grossen kapitalistischen Mächte an den Goldstandard klammerte, als zu teuer von allen Exportmärkten verdrängt. Im Inland verfolgten die Regierungen eine verhängnisvolle Politik strenger Einschränkungen. Die Produktion wurde beschnitten, Löhne und Gehälter gekürzt. Damit nahmen Elend und Unwillen im Volke zu.

Doch während dieser Unwille in England und Amerika zu einem Groll gegen die amtierende Regierung wurde (bei den Wahlen von 1932 erlitt Präsident Hoover eine vernichtende Niederlage), richtete er sich in Frankreich wie auch in Deutschland gegen das republikanische Regime selbst. In Berlin brachte diese Unzufriedenheit Anfang 1933 Hitler an die Macht; sie führte damit zu einer raschen Auflösung der demokratischen Weimarer Republik. In Paris nährte sie eine Anzahl rechtsgerichteter Verbände, die das Ziel verfolgten, die demokratische Dritte Republik zu stürzen. Anfang 1934 glaubten ihre Führer, ihre Zeit sei – wie schon zuvor für Mussolini und Hitler – gekommen.

Die Konservativen waren bei den Wahlen von 1928 dank Poincarés Prestige an die Macht gelangt und steuerten das Land durch die ersten Depressionsjahre. Aus ihren Reihen waren neue politische Persönlichkeiten erwachsen, vor allen Dingen André Tardieu und Pierre Laval. Jeder der beiden war vom Rücktritt Poincarés im Herbst 1929 bis zum Wahlsieg der Linken im Frühjahr 1932 dreimal Ministerpräsident.

Tardieu übernahm die Regierungsgeschäfte im November 1929, als das Land in dem von Poincaré geschaffenen Wohlstand erblühte. Freund wie Feind betrachteten ihn gleichermassen als einen aufgehenden Stern und würdigen Nachfolger Poincarés wie auch Clemenceaus, dessen Schützling er gewesen war. Tardieu war ein intelligenter, energischer und scharfsinniger Mann, den in der Politik allerdings seine auffallende Arroganz und seine kaum verhohlene Verachtung für die Massen behinderten. Er wollte das wirtschaftliche und politische System seines Landes nach dem amerikanischen Modell, das er sehr bewunderte, ummodellieren. Es ist erstaunlich, dass ein so intelligenter Franzose seine Landsleute so wenig verstand: diese waren nicht im Geringsten geneigt, die Amerikaner nachzuahmen. Dieses eigenartige Versagen beendete rasch seine politische Karriere. Er leitete zwischen 1929 und 1932 drei Regierungen als Ministerpräsident und stellte sich dann dem Volk zur Wahl; trotz eines üppigen Wahlfonds, den ihm die Grossunternehmen und die Hochfinanz zur Verfügung stellten, erlitt er eine vernichtende Niederlage. Pikiert gab er 1934 seinen Sitz in der Deputiertenkammer auf, schloss sich

bald darauf einer der faschistischen Ligen an und verspritzte sein Gift in wütenden Hetzartikeln in der rechtsgerichteten Wochenzeitschrift *Gringoire*. Er verunglimpfte darin die «rückgratlose Republik» und verlangte ihre Ablösung durch ein «autoritäres» System.

Der Aufstieg Pierre Lavals

Pierre Laval ging behutsamer vor und hielt sich länger. Dieser echte Sohn des Landes aus dem kargen Bergland der Auvergne verfügte über Bauernschläue, Härte und Zähigkeit sowie über ein grobes Auftreten, dessen er sich auch nicht schämte, nachdem er politische Macht erlangt hatte; ausserdem war er Millionär. Sein Vater, Spross einer langen Ahnenkette bodenständiger Bauern, war Gastwirt und Metzger in dem Dorf Châteldon. Dort wurde Pierre am 28. Juli 1883 geboren. Von seiner zarten und frommen Mutter hatte er die dunkle Hautfarbe und die leicht orientalischen Züge geerbt, vermutlich noch Andenken an die Besetzung durch die Mauren Jahrhunderte zuvor. Sie ermutigte den Jungen gegen den Willen des Vaters, das primitive Bergland zu verlassen und eine bessere Ausbildung anzustreben. Er arbeitete sich durch die staatliche höhere Schule hindurch und promovierte schliesslich 1909 in Paris zum Doktor der Rechte. Noch im selben Jahr erhielt er seine Zulassung als Rechtsanwalt und heiratete zur Feier des Tages ein Mädchen aus seinem Heimatdorf, dem er bis zu seinem Tode treu verbunden blieb. Sein Familienleben war schlicht, harmonisch und in jeder Hinsicht vorbildlich, doch sein Leben als Politiker verlief völlig anders.

Seine politische Karriere begann 1914. Am Vorabend des Krieges wurde er zum ersten Male von dem Pariser Arbeitervorort Aubervilliers als extrem linksgerichteter Sozialist und Pazifist in die Kammer gewählt. Er widersetzte sich dem Krieg von Anfang an. Sein Name stand auf dem «Carnet B», der Liste gefährlicher Agitatoren, die bei Kriegsausbruch verhaftet werden sollten. Er arbeitete aktiv in jenem Minderheitsflügel der Sozialistischen Partei mit, der sich für einen Verhandlungsfrieden einsetzte und deren Delegierte sich in der Schweiz mit Abgesandten der deutschen Sozialdemokraten zur Ausarbeitung der Bedingungen trafen. Wie alle Sozialisten begrüsst auch er begeistert die russische Revolution von 1917 und appellierte an die Kammer, den französischen Sozialisten die Teilnahme an dem Friedenstreffen in Stockholm zu gestatten, das die russischen Revolutionäre einberufen hatten. Aber damals war er bereits im Begriff, jene Kehrtwendung zu vollziehen, die ihn von der extremen Linken zur äussersten Rechten umschwenken liess. Clemenceau, dieser schlaue und zynische Menschenkenner, bemerkte es. Er bot dem jungen sozialistischen Hitzkopf einen Staatssekretärposten in seinem Kabinett an, als er 1917 die Zügel in die Hand nahm – eisern entschlossen, Defätismus und Pazifismus im Lande auszurotten und den Krieg zu gewinnen. Zum Entsetzen seiner sozialistischen Genossen, die den «Tiger» verabscheuten und ihm misstrauten, wollte Laval das Angebot annehmen. Die Parteidisziplin hinderte ihn daran.

Doch er hatte den Weg schon eingeschlagen, der ihn aus der Sozialistischen Partei und weg von den marxistisch-revolutionären Doktrinen führen sollte. Sein Ehrgeiz und seine Habgier waren stärker als seine linkssozialen Prinzipien. Als sich die Partei 1920 in zwei Flügel aufsplitterte, wobei sich die Mehrheit der Mitglieder zum Kommunismus bekannte und sich Lenins Dritter Internationale anschloss und die konservative Minderheit unter Léon Blum der alten sozialistischen Zweiten Internationale treu blieb, wollte Laval keiner der beiden Gruppen mehr angehören. Er wurde ein «unabhängiger Sozialist». Schon bald liess er dieses Etikett fallen und nannte sich nur noch einen «unabhängigen» oder «parteilosen» Politiker. Laval blieb zwar trotz der überwältigenden Mehrheit kommunistischer Wähler bis zuletzt Bürgermeister von Aubervilliers – eine seltsame, aber nicht ungewöhnliche Erscheinung in der französischen Kommunalpolitik aber gleichzeitig näherte er sich immer mehr der politischen Rechten, häufte dabei ein beträchtliches Vermögen an und errang in zunehmendem Masse das Vertrauen der Geschäfts- und Finanzwelt, die er einst so gnadenlos gezeigelt hatte.

Seine Gier nach einem öffentlichen Amt wurde 1925 gestillt. Painlevé berief den Zwei- und vierzigjährigen als Minister für öffentliche Arbeiten in sein Kabinett. Während des Jahres 1926 gehörte er drei Briand-Kabinetten an. Damals hatte es den Anschein, als wolle er in die Fussstapfen des Ministerpräsidenten treten. Dabei spielte vielleicht die Tatsache eine Rolle, dass Briand wie Laval sein politisches Leben als polternder Sozialist begonnen hatte. Zwischen 1930 und 1932 gehörte er zwei Regierungen des Konservativen Tardieu an. Damals tauschten er und Tardieu sogar das höchste Amt untereinander aus, wobei jeder den anderen in seinem Kabinett behielt. Am 27. Januar 1931 erreichte Laval, nachdem er vier Jahre zuvor aus der Kammer in den Senat übergewechselt war, das lang angestrebte Ziel. Er wurde zum ersten Male Ministerpräsident und behielt dieses Amt bis zum Februar 1932, während dreier aufeinanderfolgender konservativer Regierungen. Er hatte Blut geleckt und drängte immer wieder zur politischen Macht.

In allen drei Kabinetten Lavals diente übrigens als Kolonialminister ein Deputierter, Angehöriger einer der gemässigten Parteien der Mitte, dessen orientalische Gesichtszüge noch ausgeprägter waren als die Lavals. Es war Paul Reynaud, ein flinker kleiner Mann wie General Weygand, der von lebensstüchtigen Bergbauern aus den Savoyer Alpen abstammte. Inzwischen war er zu einem geschickten Rechtsanwalt und Nationalökonom geworden und vertrat in der Kammer einen vornehmen Pariser Wahlbezirk*.

Sozialisten, Kommunisten und die Entfremdung der Arbeiter

Als in den dreissiger Jahren die Depression weiter um sich griff, war die Arbeiterbewegung ebenso gespalten wie die ganze Nation. Sie fühlte sich genau wie ihre Feinde auf

* Reynaud übernahm 1930 seinen ersten Ministerposten, als er in der zweiten Regierung Tardieu zum Finanzminister berufen wurde. Später überwarf er sich mit Tardieu wegen dessen erbitterten Widerstands gegen die Abwertung des Franc.

der extremen Rechten, allerdings aus anderen Gründen, der Dritten Republik entfremdet. Die Gewerkschaftsbewegung wurde immer noch von den Arbeitgebern erbittert bekämpft. Selbst wenn die Regierung von den Radikalen getragen und von den Sozialisten unterstützt wurde, ermutigte sie kaum die Gewerkschaften. Diese schwächten sich selbst, indem sie sich in zwei feindliche Lager aufspalteten.

Der Zusammenbruch des Generalstreiks vom Mai 1920 hatte beinahe das Ende der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich bedeutet. Die Arbeitsniederlegung wurde von der Regierung des ehemaligen Sozialisten Millerand rücksichtslos unter Einsatz von Militär, Polizei und Streikbrechern bekämpft. Sie endete damit, dass Hunderte von Arbeiterführern im Gefängnis saßen, die CGT (*Confédération Générale de Travail*) gerichtlich verboten wurde und Tausende von Arbeitern wegen des Streiks ihre Stellen verloren. Die verzweifelten Arbeiter traten in Massen aus den Gewerkschaften aus. Gegen Ende 1920 war die Mitgliederzahl der CGT von 2'400'000 auf 600'000 abgesunken. Von da an blieben sechzehn Jahre lang 90 Prozent der französischen Arbeiter nichtorganisiert. Sie versanken in tiefe Apathie und waren überzeugt, dass es für sie keine Hoffnung gab – weder von den Gewerkschaften noch von einer feindselig eingestellten Regierung oder einem von ländlichen Abgeordneten beherrschten Parlament, das keinerlei Verständnis für das Los des städtischen Arbeiters aufbrachte; schon gar nicht von den Arbeitgebern, die nun – ermutigt durch den Zusammenbruch des Streiks – entschlossen waren, den Gewerkschaften vollends den Garaus zu machen und individuell und nach eigenen Bedingungen mit den Arbeitnehmern zu verhandeln. Sie versuchten sogar, den 1919 vom Parlament beschlossenen Achtsturentag zu sabotieren und die milden Sozialgesetze zu unterlaufen, deren Einführung die beiden Kammern androhten, bis sie Ende der zwanziger Jahre endlich damit ernst machten.

Der als Verhandlungspartner ohnmächtige französische Arbeiter fand sich seines gerechten Anteils an den Gewinnen beraubt, die mit der Rückkehr des Wohlstandes nach dem ersten Weltkrieg in Frankreich erzielt wurden. Die Reallöhne hinkten hinter den Zuwachsraten der Gewinne und der Produktion her. Bis 1929 stiegen sie nur auf 109 Punkte an, während der Index der industriellen Produktion bereits auf 140 stand. Als auch noch die Depression folgte, sanken die Gesamtlöhne um ein Drittel, und die Zahl der Arbeitslosen nahm rapide zu. Aber die Arbeiter fügten sich eineinhalb Jahrzehnte lang willig diesen Bedingungen. Es gab nur wenige Streiks. Die Arbeitgeber begrüßten natürlich diese Ära «sozialer Stabilität» und des «Arbeitsfriedens». Nur wenige in der wohlhabenden Mittel- und Oberschicht waren sich der Tatsache bewusst, dass sich unter dem wirtschaftlichen Elend des französischen Arbeiters eine vielleicht noch entwürdigendere moralische Not verbarg. Wenn sie sich dieser Tatsache bewusst waren, so standen sie ihr gleichgültig gegenüber. So tief war bereits die Kluft zwischen den Klassen. Die Arbeiter überkam ein Gefühl der Demütigung, der Unterdrückung, der Hilflosigkeit. Es ist daher nicht überraschend, dass viele von ihnen dem Schicksal der Republik völlig gleichgültig gegenüberstanden, da Parlament und Regierung sich scheinbar mit den Arbeitgebern und den Besitzenden verbündet hatten, um die Arbeiter aus der franzö-

sischen Gemeinschaft auszuschliessen. Sie arbeiteten zwar für diese Gemeinschaft, hatten aber kaum Anteil an ihren Vorteilen und Privilegien und noch weniger zu sagen.

Das war zum Teil ihre eigene Schuld. Sie hatten sich nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch zweigeteilt. Diese Spaltung trug zur Verminderung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht bei. Hierfür war ein Ereignis im fernen Ausland verantwortlich: die bolschewistische Novemberrevolution des Jahres 1917 in Russland. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde in einem grossen Land konsequent der Sozialismus eingeführt; eine weltweite kommunistische Bewegung entwickelte sich, die sich ebenso gegen die Altsozialisten und die Zweite Internationale wie gegen die Kapitalisten richtete. Diese plötzliche, mächtige Erhebung hatte das Bürgertum in Frankreich – wie überall in der westlichen Welt – aufgeschreckt und aus reinem Selbsterhaltungstrieb enger zusammenrücken lassen. Die französische Arbeiterklasse hatte den Umsturz begeistert begrüsst. Ihre Führer glaubten genau wie ihre deutschen Kollegen für eine kurze Zeit, er könne sich auch in Westeuropa vollziehen. Aber das war nicht geschehen. Die kapitalistische Welt des Westens erwies sich als zu stark.

Die Bolschewiken in Moskau waren sofort an die Aufgabe gegangen, die sozialistischen Parteien und die überwiegend sozialistischen Gewerkschaften des Westens für den Kommunismus zu gewinnen. Das gelang ihnen zwar nicht, aber sie konnten immerhin einen Keil zwischen sie treiben. In der Weihnachtswoche des Jahres 1920 übernahmen die Kommunisten auf einem aussergewöhnlichen Parteikongress in Tours mit drei Vierteln aller Stimmen die Sozialistische Partei Frankreichs. Damit fiel ihnen nicht nur das Gros der Mitglieder zu, sondern auch der Parteiapparat mitsamt der Zeitung *L'Humanité*.

Léon Blum, Intellektueller, Schriftsteller, Bürgerlicher und Jude, zog mit einer Minderheit aus dem Kongress aus und begann damit, eine unabhängige französische Sozialistische Partei von Grund auf neu aufzubauen. Er und seine wenigen Kollegen hatten sich geweigert, Lenins einundzwanzig Programmpunkte zu akzeptieren, die diese französische Partei dem Befehl Moskaus unterstellt hätte.

Die französischen Kommunisten waren ebenso sehr Individualisten wie alle Franzosen. Ihre Weigerung, sich ganz und gar dem Diktat des Exekutivkomitees der Dritten Internationale in Moskau zu beugen, trug ihnen schon bald Schwierigkeiten ein. Trotzki forderte eine drastische Säuberung der französischen Partei. Agenten wurden nach Paris entsandt, um eine eiserne Disziplin zu erzwingen. Ein grosser Teil der alten Parteiführer, darunter auch L. O. Frossard, Generalsekretär der Partei, wurde ausgeschlossen oder zum Rücktritt gezwungen. Um 1923 war die Mitgliederzahl von 130'000 auf 55'000 zurückgegangen. Die meisten enttäuschten Abtrünnigen schlossen sich wieder der Sozialistischen Partei an. Aber was die Kommunisten zahlenmässig einbüssten, glichen sie durch streitbares Auftreten wieder aus. Eine neue Führergeneration war entstanden. Während die alten Sozialistenführer, wie zum Beispiel Jaures und Blum, mittelständische Intellektuelle waren, waren die neuen Führer der Kommunistischen Partei echte Proletarier. Maurice Thorez, der zu Beginn der dreissiger Jahre mit dreissig Parteichef werden sollte, war Bergmann und Bauarbeiter gewesen; Jacques Doriot Stahlarbeiter;

Jacques Duclos Koch. Diese durch ihre frühere Beschäftigung geformten und hart gewordenen Männer verachteten die Ideen und Ideale früherer Führer der Arbeiterbewegung. Als getreue Diener Moskaus wollten sie die französische Kommunistische Partei zu einer wahrhaft revolutionären Organisation umbilden, die nur ein Ziel hatte: den Sturz des Regimes.

Weniger erfolgreich waren die Kommunisten bei ihren Bemühungen, sich der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen. 1921, ein Jahr nachdem sie die Mehrheit der Mitglieder aus der Sozialistischen Partei herausgeführt hatten, versuchten sie, die sozialistisch beeinflusste CGT zu übernehmen. Doch die Mehrheit der in der Confederation vertretenen Einzelgewerkschaften sprachen sich dagegen aus. Es gelang den Kommunisten lediglich, mit einer Minderheit aus der CGT auszuziehen und daraus die CG TU (*Confédération Générale du Travail Unitaire*) zu gründen. Dieser Bund war, wie die Kommunistische Partei selbst, schon bald von Meinungsverschiedenheiten und Säuberungsaktionen geplagt. Die meisten Gewerkschaften wollten nichts mit ihm zu tun haben. 1936 gab er den fruchtlosen inneren Kampf auf und ging in der CGT auf. Aber fünfzehn Jahre lang hatte er die Gewerkschaftsbewegung* gespalten und geschwächt, wie die Kommunistische Partei selbst bis zum bitteren Ende – wenn man von dem kurzen Intervall der Volksfront von 1936 absieht – die politische Bewegung der Arbeiterklasse spaltete und schwächte.

Die Republik in Nöten

Die Republik befand sich jetzt, als die Depression um sich griff, in höchsten Nöten. Die Frühjahrswahlen 1932 hatten in Frankreich, wie schon einmal 1924, die Linke wieder an die Macht gebracht. Und wieder weigerten sich die Sozialisten, die mehr Stimmen erhalten hatten als jede andere Partei und die 131 Deputierte in die Kammer entsandten, zusammen mit den Radikalen eine Regierung der gesamten Linken unter Ausschluss der Kommunisten zu bilden. Diese hatten fast eine Viertelmillion Stimmen eingeüsst.

Es war zweifellos verständlich, wenn die Sozialisten unter Führung von Léon Blum davor zurückschreckten, sich einer «bürgerlichen» Regierung anzuschliessen, weil sie befürchten mussten, dass dann viele ihrer marxistisch gesonnenen Gefolgsleute zu den militanten Kommunisten abwandern würden. Ebenso unrealistisch war jedoch auch ihr Wunsch, die Politik der neuen Linksregierung zu formen, ohne gleichzeitig Verantwortung mit zu übernehmen. Und es war unverantwortlich von ihnen, gemeinsam mit ihren Feinden von rechts auf einen Sturz der Radikalen-Regierungen hinzuarbeiten, an denen ihnen dies und das nicht behagte. Genau das taten sie schon bald. Indem sie eine Reihe Radikalen-Regierungen stürzten, erleichterten sie nicht nur den Konservativen die Rückkehr zur Macht, sondern sie trugen auch dazu bei, das Parlament vor den Augen des Vol-

* 1919 war noch ein katholischer Gewerkschaftsbund, die CFTC (*Confédération Française de Travailleurs Chrétiens*) gegründet worden, aber er fiel zahlenmässig nicht ins Gewicht.

kes in Misskredit zu bringen. Der einfache Mann glaubte ohnehin schon bald nicht mehr daran, dass die Volksvertretung – gleichgültig ob mit einer rechten oder einer linken Mehrheit – das Land jemals aus dem Morast der Depression herausführen und damit nicht nur die wirtschaftliche Rezession, sondern auch das politische Chaos beenden könnte.

Nachdem die Sozialisten am 14. Dezember 1932 mitgeholfen hatten, Herriot zu stürzen, taten sie sich sechs Wochen später mit den Konservativen zusammen, um die Regierung des Senators Joseph Paul-Boncour aus dem Sattel zu heben. Dieser, jahrzehntelang ein prominentes Mitglied der Sozialistischen Partei, war erst kürzlich zu einem «unabhängigen Sozialisten» geworden. Um ein Haushaltsdefizit von 11 Milliarden Francs abzubauen, hatte Paul-Boncour die Anhebung der unmittelbaren Steuern um 5,5 Milliarden Francs und die Senkung der Staatsausgaben um den gleichen Betrag empfohlen. Gegen den ersten Vorschlag stimmte sich die Rechte, den zweiten lehnten die Sozialisten ab. So scheiterte Paul-Boncour, übrigens eine recht anziehende Erscheinung in der französischen Politik (er war ein berühmter Strafverteidiger, ein flammender Redner, Literaturkenner, ständiger Premierenbesucher in den Theatern und mit seiner mächtigen weissen Mähne die auffallendste Gestalt im Parlament), gleich beim ersten Anlauf an der Hürde dieses Amtes und erhielt sein Leben lang keine zweite Chance mehr.

Nach einer Abstimmungsniederlage von 300 zu 193 Stimmen in der Kammer nahm er am 28. Januar 1933 seinen Hut. Zwei Tage später wurde Hitler in Deutschland zum Reichskanzler ernannt. An diesem Tag stand Frankreich ohne Regierung da. Erst am darauffolgenden Tag gelang Edouard Daladier, einem der aufstrebenden jüngeren Politiker der Radikalsozialistischen Partei, die Bildung einer neuen Regierung – der dritten Radikalen-Regierung in den sieben Monaten seit den Wahlen. Sein Kabinett erwies sich als dauerhafter. Es wurde erst nach neun Monaten mit Unterstützung der Sozialisten gestürzt. Wie die meisten anderen Minister der Dritten Republik sollte auch er in sein Amt zurückkehren. So gelangten die beiden Männer, denen es bestimmt war, am Tage des Beginns der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich an der Spitze ihrer jeweiligen Regierung zu stehen – Hitler und Daladier –, mit nur einem Tag Abstand an die Macht*.

Der Aufstieg Edouard Daladiers

Im Jahre 1933 zog mit Edouard Daladier neue Zuversicht im Lande ein. Viele hielten ihn für den Mann, den die Republik jetzt brauchte. Er war als absolut unbestechlich bekannt. Er schien hart, intelligent, tolerant und geradeheraus zu sein – genau die richtigen Eigenschaften für den Ministerpräsidenten einer Regierung, die sich ehrlich bemühte, ihre innen- und aussenpolitischen Probleme zu lösen.

* Fast gleichzeitig erschien noch ein drittes Regierungsoberhaupt auf der politischen Bühne: Franklin D. Roosevelt, der am 4. März 1933 zum erstenmal Präsident der USA wurde.

Daladier wurde 1884 als Sohn eines Bäckers in dem kleinen Ort Carpentras in der Provence geboren. Er brachte wie Laval die Zähigkeit und Ausdauer eines französischen Bauern mit, jedoch ohne Lavals Habgier. Wie Laval hatte er sich seine Ausbildung hart erarbeitet, aber im Gegensatz zu Laval hatte er vier Jahre lang als Infanterist in den Schützengräben gedient, das Blutbad von Verdun überlebt und sich vom einfachen Soldaten zum Hauptmann und Kompaniechef emporgearbeitet*.

Daladier studierte an der Universität Lyon als Schüler Herriots, dessen politischer Protege und späterer Rivale in der Radikalsozialistischen Partei er wurde. Dort erwarb er sich den schwierig zu erlangenden und ziemlich seltenen akademischen Grad eines *agregé d'histoire*, der eine gründliche klassische und historische Ausbildung voraussetzt. Mehrere Jahre lang lehrte er Geschichte und hörte dabei nie auf, sie zu studieren. Oft suchte er nach einem harten Tag voller politischer Auseinandersetzungen in der Lektüre historischer Werke Richtlinien und Anregungen. 1924 wurde er zum ersten Male im Alter von vierzig Jahren als Minister in Herriots Regierung berufen. Zwischen 1925 und 1933 gehörte er sieben weiteren Kabinetten als Kolonialminister, Minister für Erziehung und schöne Künste und als Kriegsminister an.

Als er 1933 mit neunundvierzig Jahren zum ersten Male Ministerpräsident wurde, war er somit ein erfahrener Minister und Politiker. Seine Bewunderer nannten ihn den «Bullen von Vauclus» (das war sein Wahlbezirk), und zwar nicht nur wegen seiner breiten Schultern und seines Stiernackens, sondern auch wegen seiner Hartnäckigkeit und der ziemlich groben Art, in der er seine Attacken ritt. Sie sagten, Frankreich brauche in diesem Augenblick einen solchen Mann, der wieder Ordnung schaffen müsste.

Aber war er tatsächlich ein solcher Mann? Daran gab es einige Zweifel, die mit der Zeit noch zunehmen sollten. Seine politischen Gegner gaben wohl zu, dass er ein Bulle war, aber «ein Bulle mit Hörnern wie Schneckenfüher». Sosehr sein Aussehen und sein Auftreten auch an einen Bullen erinnern mochten, so wenig konnte man seine breite Denkerstirn, seine traurigen Augen und seine gelegentlich auftretende Melancholie übersehen – Anzeichen für einen Denker und Philosophen, aber weniger für einen Mann der Tat. In seiner nächsten Umgebung fiel auf, welche Qual es ihn zu kosten schien, bevor er eine harte Entscheidung traf. Das entsprang jedoch mehr seiner Intelligenz und seinem tiefen Verantwortungsbewusstsein und nicht mangelnder Willensstärke.

Obleich Daladiers erste Amtszeit als Ministerpräsident volle neun Monate dauerte, dreimal so lange wie die damalige durchschnittliche Lebensdauer der Regierungen, reichte diese Zeitspanne für den neuen radikalen Führungsmann jedoch kaum aus, sich zu bewähren. Er wurde am 24. Oktober 1933 wegen einer verhältnismässig nebensächlichen Frage der Herabsetzung von Beamtengehältern gestürzt. Sein Nachfolger wurde Albert Sarraut, ein mittelmässiger und farbloser Politiker, aber ein mächtiger Mann in der Radikalsozialistischen Partei. Sarrauts Regierung hielt sich nur einen Monat lang. Sie stol-

* Der Abbé Desgranges, ein Deputierter aus Morbihan, der in seiner Kompanie gedient hatte, zollte ihm ein hohes Lob. Auf die Frage, ob Daladier ein guter Offizier gewesen sei, erwiderte er: «Mehr noch: Er war ein guter Soldat*.»

perte über die gleiche lächerliche Hürde wie die vorangegangene Regierung. Kaum besser erging es der Regierung Camille Chautemps, der ebenfalls eine gewichtige Rolle in der Radikalen Partei spielte; von seinen Charakterschwächen war bereits im ersten Kapitel die Rede. Nach zwei Monaten trat er, ohne sich einer Abstimmung im Parlament zu stellen, aus Gründen zurück, über die wir gleich sprechen werden.

So kamen und gingen sechs Regierungen in weniger als zwei Jahren*. Die linke Mehrheit, die mit den Wahlen von 1932 in die Deputiertenkammer eingezogen war, konnte sich einfach auf kein Programm einigen, das geeignet gewesen wäre, die Regierung finanziell über Wasser zu halten oder zumindest einen ernsthaften Versuch zu starten, das Land aus der Talsohle der Depression herauszusteuern. Sechs Ministerpräsidenten der Radikalen lösten einander in schwindelerregendem Tempo ab, doch ihre Ministerlisten blieben praktisch unverändert. Die braven Bürger, insbesondere in Paris, wo der Siedepunkt niedriger lag als in der langmütigen Provinz, verloren mit der Zeit ihren Humor. Immer mehr breitete sich das Gefühl aus, das Parlament der Dritten Republik werde allmählich unfähig zu regieren oder habe diesen Punkt bereits erreicht. Zu offenen Gewalttaten kam es nach dem Bekanntwerden eines neuen Skandals, in den eine Handvoll Minister, Deputierte, Justizbeamte und die Gerichte selbst verwickelt waren, aufgedeckt durch eine skrupellose Sensationspresse und geschürt durch die rücksichtslose Propaganda der wie Pilze aus dem Boden schießenden faschistischen und antiparlamentarischen Ligen mit ihrem Geschrei: «Nieder mit den Räubern!» Das brachte die Wut vieler Pariser zum Überkochen. Zum ersten Male seit den Tagen der Kommune von 1871, den Geburtswunden der Dritten Republik, floss in den Strassen von Paris wieder Blut. Das republikanische Regime sah plötzlich seine Existenz bedroht.

* Hätten Frankreichs Frauen, die doch gewiss zu den attraktivsten der westlichen Welt gehören, einen Beitrag zur Stabilität der Dritten Republik geleistet, wenn man sie hätte wählen lassen? Auf diese Frage liessen es die alten Männer im Senat niemals ankommen. Im Jahre 1919 hatte die Deputiertenkammer mit einer Stimmenmehrheit von 329 zu 95 den Frauen die allgemeine Wahlberechtigung eingeräumt. Aber der Senat weigerte sich, diese Frage auch nur zu diskutieren. Damit fiel der Gesetzesentwurf unter den Tisch. Die Radikalen, so wurde gesagt, fürchteten, die Frauen könnten sich bei der Ausübung ihres Wahlrechts nach den Ratschlägen der Geistlichen richten. So war Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen die einzige westliche Demokratie, die den Frauen das Wahlrecht vorenthielt. Erst nach dem zweiten Weltkrieg sollte diese Stufe demokratischen Fortschritts und der Aufklärung erreicht werden, und erst 1966 wurden die Frauen in vollem Umfang gleichberechtigt mit ihren Männern. Es dauerte lange, bis der alte Code Napoleon, der den Mann zum unumschränkten Familienoberhaupt erklärte, liquidiert war.

DRITTES BUCH

Die letzten Jahre der Dritten Republik

1934-1939

Ein schicksalhafter Wendepunkt 6. Februar 1934

Anfang Januar 1934 führte mich mein Beruf wieder nach Paris zurück. In den vorangegangenen vier Jahren hatten mich längere Aufträge in London und Wien, Indien und Afghanistan sowie ein Jahr in Spanien immer wieder für eine beträchtliche Zeitspanne von Frankreich ferngehalten. Was mir nach meiner Rückkehr am meisten auffiel, war die Hektik, zu der sich die Auseinandersetzungen der Franzosen untereinander inzwischen entwickelt hatten. Hass und Intoleranz vergifteten die Atmosphäre. Ich spürte die wachsenden Ressentiments gegen die Eskapaden des Parlaments und der rasch wechselnden Regierungen, die vor der Verantwortung zurückschreckten und nichts zur Linderung der Depression unternahmen. Am deutlichsten fühlbar waren sie auf der Rechten und bei gewissen Gruppen ehemaliger Kriegsteilnehmer, deren Mitglieder in Frankreich wie auch in Amerika zum grossen Teil aus mir unverständlichen Gründen dazu neigten, sich von Reaktionären und demagogischen Holzköpfen führen und beeinflussen zu lassen *. Rowdyhafte, antiparlamentarische Ligen waren wie die Pilze aus dem Boden geschossen. Einige davon schienen lediglich Ableger der alten antirepublikanischen und antisemitischen Vereinigungen zu sein, die im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts aufgetaucht und wieder verschwunden waren; diese entsprangen der französischen Tradition. Doch die meisten dieser Gruppen schienen mir einen neuen und hässlicheren Ton anzuschlagen, wie ich ihn bei den Schwarzhemden in Italien und den Braunhemden in Deutschland bemerkt hatte. Auch in Frankreich machten sie jetzt in ihren verschiedenfarbigen Hemden die Strassen unsicher. Der Marschtritt ihrer Stiefel hallte vom Pflaster wider; sie schlugen anständige Bürger zusammen und forderten lautstark den Sturz der Republik.

Hinter ihnen standen, wie man alsbald erfuhr, gewisse mächtige Gruppen von Geschäfts- und Geldleuten. Sie stellten die Mittel zur Verfügung, die diese Gruppen am Leben hielten und ihre Ausweitung ermöglichten. Während ihre Angehörigen sich selbst zwar nicht die Hände mit dem Rowdytum der Strasse beschmutzten, trieben sie doch heftige

* Dieses Phänomen gab auch dem Politologen René Rémond Rätsel auf. Er schrieb: «So unpolitisch der «Geist ehemaliger Kriegsteilnehmer in seinen offiziellen Forderungen auch sein mag, er ist tatsächlich doch eine der modernen Komponenten der Psychologie des Mannes auf dem rechten Flügel ... Es scheint fast ein Gesetz zu sein, dass die Organisationen der Kriegsveteranen nach rechts tendieren. Der Stahlhelm, die American Legion und das Croix de Feu sind drei Beispiele, die das offenbar beweisen. Welches Geheimnis der politischen Psychologie . . . führt die Kriegskameradschaft, den Wunsch zur Aufrechterhaltung der Schützengrabengemeinschaft, zu einer rechtsgerichteten Ideologie *?» Rémond stellte zwar diese Frage, aber er versuchte nicht, sie zu beantworten. Vielleicht entzieht sie sich einer vernunftmässigen Erklärung.

Propaganda mit dem Ziel, die Franzosen zu veranlassen, sich ihrer parlamentarischen Demokratie zugunsten eines totalitären Regimes zu entledigen. Sie hatten nicht mehr, wie vor einem halben Jahrhundert, eine Form von Bonapartismus oder Boulangismus im Auge. Was die wohlbetuchten Reaktionäre anstrebten, war ein zeitgemässer faschistischer Totalitarismus nach italienischem oder deutschem Vorbild. Noch ehe das Jahr 1933 zu Ende ging, fühlten sie sich stark genug, diesen Wunsch offen auszusprechen.

Ernest Mercier, einer der Mächtigen aus den Elektro- und Öltrusts und – wie wir bereits gehört haben – Gründer der antiparlamentarischen Bewegung *Redressement Français*, erklärte am 24. Januar 1934 auf einer Versammlung dieser Gruppe in einer Hauptstadt, die bereits wegen der zunehmenden, von den Ligen provozierten Krawalle auf den Strassen nervös war:

Es gibt nur eine Lösung – und die Umstände werden uns bald dazu zwingen nämlich eine Regierung mit Autorität, getragen von der unwiderstehlichen Kraft der Volksmoral ... Das ist die Aufgabe, der wir uns verschrieben haben. Und keiner von uns wird Ruhe geben, bis wir dieses Ziel erreicht haben.

Mercier hatte sich bereits kräftiger finanzieller Unterstützung von Seiten der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien und anderer vergewissert. Einige seiner Kollegen sprachen sich noch offener aus. Bereits am 25. November 1933 hatte die *Revue hebdomadaire*, eines der Organe von Handel und Industrie, den Artikel eines führenden Industriellen veröffentlicht, in dem dieser die Errichtung eines korporativen Staates nach italienischem Muster forderte. Ein anderer Artikel von François Le Grix, einem der Wortführer der Grossindustrie, sagte einen unmittelbar bevorstehenden und unvermeidbaren Staatsstreik voraus: «Er wird ganz einfach und sehr rasch ablaufen. Die Kammer wird sich auf unbestimmte Frist vertagen, und Paris wird nach Demonstrationen der Steuerzahler und der Arbeitslosen in den Belagerungszustand versetzt werden.» Zur Durchführung würden bereits geeignete Führer bereitgestellt, führte er aus, und fügte hinzu: «Da sich die Führung gezwungen sehen könnte, innerhalb weniger Wochen zur Tat zu schreiten, ist es besser, jetzt noch keine Namen zu veröffentlichen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass bereits alles vorbereitet wird.» Drei Tage später unterrichtete *Le Capital*, die Zeitschrift der Finanzwelt, ihre Leser: «Die besten Köpfe halten das Experiment einer autoritären Regierung nach dem Modell Italiens und Deutschlands für vorstellbar.»

Am 29. Januar 1934, einen Tag nachdem die zwei Monate alte Regierung Camille Chauvets zurückgetreten war, statt sich einer feindlich gesonnenen Kammer und dem noch feindseligeren Kapital zu stellen, sagte einer der Führer des Bundes der Steuerzahler, der vom Erdnussölkönig Jacques Lemaigre Dubreuil organisiert und finanziert wurde, auf einer Massenkundgebung: «Wir werden gegen die Deputiertenkammer marschieren und diese Versammlung von Unfähigen notfalls mit Peitschen und Stöcken auseinanderreiben.» Die Pariser Massenpresse brachte seine Worte auf ihren Titelseiten. Gustave Herve, der alte Linksozialist und Pazifist, wurde jetzt zum chauvinistischen Rechts-

extremen und stimmte in diesen Schlachtruf mit ein. In seiner Zeitung *La Victoire* stellte er am 10. Januar in fetten Lettern auf der Titelseite die Frage: «Wie können wir dieses schwache und verrottete Regime loswerden? Wo ist der Führer, der Frankreich erstehen soll, wie er auch in Italien und Deutschland erstanden ist?» Er veröffentlichte an jenem Tage zwar keinen Namen, aber den richtigen Mann hatte er sich bereits ausgesucht: Marschall Pétain².

Der Held von Verdun wurde allgemein immer noch als der «republikanischste» der Generäle betrachtet, aber in führenden Militärkreisen war bekannt, dass er allmählich den Glauben an die Republik verlor. Im selben Jahr machte sein Stabschef eine Bemerkung, von der man annahm, dass sie die Auffassung des Marschalls wiedergab: «Das gesamte System muss geändert werden³.» Ebenso wie die anderen noch lebenden Marschälle Lyautey und Franchet d'Espèrey stand er bereits mit den antiparlamentarischen Ligen in Verbindung und ermunterte sie insgeheim. Selbst General Weygand, der Oberkommandierende der Armee und im Herzen überzeugter Royalist, stand seit Jahren mit den ständig wechselnden republikanischen Regierungen auf Kriegsfuss. Als das Jahr 1934 herannahte, war klargeworden, dass die intellektuelle Revolte der Rechten gegen das Parlament weite Teile des Offizierkorps ergriffen hatte. Als während des ganzen Januar die Strassenkrawalle immer mehr um sich griffen und die Polizei unfähig oder ungewillt schien, sie niederzuschlagen, zweifelte man in der Regierung, ob man bei der Wiederherstellung der Ordnung auf die Armee zählen durfte.

Die Ligen

Jugendliche der Mittel- und Oberschicht, darunter viele Studenten und Universitätsabsolventen, bildeten den Kern der verschiedenen Ligen, die im Januar auf die Strasse gegangen waren. Die aktivste und wirkungsvollste dieser Gruppen war die royalistische *Action Française*, deren Stosstrupps als *Camelots du Roi* organisiert waren. Aufgepeitscht von zündenden Artikeln von Charles Maurras, dem Dichter-Philosophen und Führer der *Action Française*, von Léon Daudet, der die spitzeste Feder von ganz Paris schrieb, und von Maurice Pujo, dem Führer der Camelots, in der Tageszeitung *L'Action Française*, veranstalteten sie die erste grosse Massendemonstration am 9. Januar. An diesem Tage trat das Parlament nach den Ferien wieder zusammen. Die Demonstranten wurden von der Polizei zerstreut, bevor sie die Kammer erreichen konnten. Allerdings gelang es ihnen, auf dem Place de la Concorde gegenüber dem Palais Bourbon den Marineminister Albert Sarraut aus seinem Wagen zu zerren und zu verprügeln, bevor er von Polizeibeamten gerettet werden konnte.

Weder die Regierung noch die Öffentlichkeit ahnten, dass hinter den nach Neujahr plötzlich ausbrechenden Unternehmungen der royalistischen Strassenrowdys mehr steckte als nur der Wunsch, die in Paris nach rechts tendierende öffentliche Meinung gegen das Parlament auszunutzen. Der Comte de Paris, Erbe des Thronpräsidenten, des Duc de

Guise, hatte den Führern der Action Française insgeheim nahegelegt, aktiver zu werden. Der junge Prinz – er war erst sechsundzwanzig – hielt die Zeit für reif, einen ernsthaften Versuch zur Wiedereinsetzung der Orleans-Monarchie auf dem Throne Frankreichs zu unternehmen.

Gleich am ersten Tag des Jahres hatten er und sein Vater drei der Führer der Action Française, nämlich Maurras, Pujos und Admiral Schwerer, nach Brüssel zitiert, wo die königliche Familie im Exil lebte, und ihnen wegen ihrer Untätigkeit heftige Vorwürfe gemacht. Der Comte war davon überzeugt, dass der Augenblick gekommen war, die Republik zu Fall zu bringen. Die anderen Ligen, die rechtsgerichteten Kriegsveteranen und die im Pariser Stadtrat vorherrschenden Nationalisten, müssten, so sagte er, für die Durchführung eines gemeinsamen Staatsstreichs gewonnen werden. Der Prinz erklärte den führenden Royalisten aus Paris: «Ihr habt 1926 die Gelegenheit zur Tat versäumt. Jetzt bietet sie sich euch wieder. Werdet ihr sie wahrnehmen?»

Ein Royalist kann seinem «König» oder dem Thronerben nicht gut nein sagen. So antworteten die drei führenden Politiker, obgleich sie nach der unerwarteten Strafpredigt fast sprachlos waren, schliesslich mit Ja⁴. Anscheinend wagten sie es nicht, den Prinzen oder seinen Vater darauf hinzuweisen, dass die anderen Ligen und ihre industriellen Geldgeber sich zwar den Royalisten bei dem Versuch anschliessen würden, die Regierung oder gar die Republik zu Fall zu bringen, dass sie aber nicht an der Wiedereinführung einer Monarchie interessiert wären. Für sie war dieses Problem in Frankreich ausgestanden. Was sie anstrebten, war eine autoritäre Regierung faschistischer Prägung, die sie dann in der Hand haben würden. Darüber hinaus waren sie nicht geneigt, der Action Française die führende Rolle bei den Strassenkämpfen zu überlassen. Als ihnen die Camelots du Roi mit ihrer Demonstration vom 9. Januar um eine Nasenlänge voraus waren, begannen sie ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren.

Anfang 1934 machten noch einige andere Ligen Schlagzeilen. Zu den ältesten gehörte eine Gruppe von Krawallmachern, die sich «Jeunesse Patriotes» nannte. Sie setzte sich zumeist aus Universitätsstudenten zusammen und war 1924 während der damaligen finanziellen Krise von Pierre Taittinger, einem rechtsradikalen Pariser Deputierten, gegründet worden. Während der Erholung unter Poincaré war ihre Stärke dahingeschwunden, aber als nun die Depression immer schlimmer wurde und Parlament wie auch Regierung sich als immer ohnmächtiger erwiesen, nahm ihre Mitgliederzahl wieder zu. Eigentlich handelte es sich hier um einen Ableger von Derouledes alter Patriotenliga, die während der Affären um Boulanger und Dreyfus die Agitation und die Strassendemonstrationen angeführt hatte. Sie strebte nicht den Fall der Republik an, sondern wollte sie nur nach der Vorstellung der Bonapartisten und Boulangisten autoritär gestalten; die Exekutive sollte gestärkt, die Macht des Parlaments beschnitten werden. Man holte sich geistige Anleihen von den Programmen (wenn nicht Praktiken) des Faschismus und Nationalsozialismus und wollte die Kapitalisten in ihre Schranken weisen und ihre Profite beschränken. Nach Unterlagen der Polizei hatte diese Gruppe 1934

im ganzen Land etwa 90'000 Mitglieder, davon rund 6'000 in Paris. Ihre Strassenkämpfer waren in mobilen Einheiten von je fünfzig Mann zusammengefasst, mit blauen Regenmänteln und Baskenmützen ausgestattet und wurden von einem pensionierten General namens Desofy befehligt. Einige der jugendlichen Rowdys sympathisierten zwar mit den Royalisten, aber die Anführer betrachteten die Action Française als tödliche Rivalin. Ähnlich in ihrer Ideologie war eine 1933 gegründete Organisation gelagert, die sich «Solidarite Française» nannte. Sie wurde von dem reichen Parfümeriehersteller François Coty finanziert, der auch weiterhin rechtsradikale Bewegungen und Zeitungen unterstützte, offenbar verblendet von der Hoffnung, dass er wie sein berühmter Landsmann Napoleon (Coty war auf Korsika unter dem Namen Spoturno geboren worden) vielleicht die oberste Spitze erklimmen könnte. Offizieller Anführer der Bewegung war Major Jean Renaud, ein pensionierter Kolonialoffizier mit einer Begabung für aufrührerische Reden. Ihm ging, genau wie seinem Schutzherrn, jeglicher politische Verstand ab. Seine Strosstrupps waren mit blauen Hemden, schwarzen Baskenmützen und Knobelbechern ausgestattet, ihr Schlachtruf lautete: «Frankreich den Franzosen!» Sie behaupteten zwar, 180'000 Mitglieder zu zählen, von denen allein 80'000 in Paris zusammengezogen sein sollten; es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob sie jemals mehr als ein Fünftel davon zählten. Ihren Höhepunkt hatten sie Anfang 1934 erreicht; sie tobten ihre militante Haltung auf den Strassen aus.

Die faschistischste der Ligen nannte sich «Le Francisme». Sie war direkt von Hitler und Mussolini inspiriert. Ein rechtsradikaler Abenteurer namens Marcel Bucard hatte sie am 11. November 1933, dem Jahrestag des Waffenstillstands, gegründet. Diese Gruppe setzte sich ganz offen für ein durch und durch faschistisches Regime in Frankreich ein. Ihre Schläger gehörten zwar zu den geübtesten Strassenkämpfern, aber sie konnten nie mehr als ein paar tausend junger Leute anziehen. Zu ihren hoffnungsvollen jungen Männern gehörte auch Paul Ferdonnet, der später als der «Radioverräter von Stuttgart» traurige Berühmtheit erlangen sollte. Er verkaufte sich zu Beginn des zweiten Weltkriegs an die Nazis und verbreitete über Radio Stuttgart NS-Propaganda in französischer Sprache.

Zahlenmässig wichtiger – auch hinsichtlich der Unterstützung durch einen überraschend grossen Teil konservativer Kreise – war *Croix de Feu*, 1927 als unpolitische Vereinigung von Trägern dieser Auszeichnung gegründet; 1931 übernahm der energische Oberstleutnant François de La Rocque, der mit fünfundvierzig Jahren erst kürzlich aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden war, die Leitung dieser Gruppe. Er wandelte sie innerhalb kurzer Zeit in eine paramilitärische, antiparlamentarische Liga um, die imstande war, innerhalb einer Stunde Strassendemonstrationen zu veranstalten. *Croix de Feu* war entschlossen, Kommunismus und Pazifismus auszurotten und die Republik durch eine Entmachtung des fehlgeleiteten Parlaments zu reformieren. La Rocque erweckte zwar allgemein den Eindruck eines wohlgezogenen Gentleman, aber er hatte seine rauheren Seiten schon am 27. November 1931 herausgekehrt. Am Abend dieses Tages führte er eine Schar von *Croix-de-Feu*-Männern, unterstützt durch Stosstrupps der Action Fran-

çaise und der Jeunesse Patriotes, in den grossen Saal des Trocadero, in dem Tausende von Menschen am abschliessenden Galaabend des Internationalen Abrüstungskongresses teilnahmen. Er liess die Veranstaltung platzen. Auf der Bühne befanden sich einige der hervorragendsten Männer Frankreichs und Europas, darunter auch der frühere Ministerpräsident Painlevé, Lord Robert Cecil, Salvador de Madariaga und der Vorsitzende Edouard Herriot. Sie wurden von Oberstleutnant La Rocque und seinen Raufbrüdern verjagt, während andere Stosstrupps das Publikum und sogar die zu ihrem Schutz herbeigeeilte Polizei hinaustrieben. Ganz Frankreich wurde Zeuge des Tumults, weil der Festakt vom Rundfunk übertragen wurde. La Rocque war damit gewissermassen etabliert.

Er war nicht sehr intelligent und verfügte auch nicht über viel Sinn für Politik. Aber er war ein guter Organisator und baute mit viel Mühe um seine Person eine Art Mysterium auf; die Ziele der Bewegung waren nämlich bewusst vage definiert, um möglichst viele Anhänger anzulocken. Zum Zeitpunkt des Trocadero-Tumults stand er in enger Verbindung mit Laval und Tardieu, die einander auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten abwechselten. Von ihnen erhielt er nicht nur moralische Unterstützung, sondern – das scheint festzustehen – auch finanzielle Mittel aus Geheimfonds jenes Staates, den zu unterminieren La Rocque gerade im Begriffe war. Es fehlte auch nicht an privaten Beiträgen, denn zu seinen Gönnern gehörten Grössen aus der Geschäftswelt wie Ernest Mercier und François Coty. Gegen Ende 1933, als in Paris die Angriffe auf die Regierung immer mehr Zunahmen, zählten Croix de Feu und ihre Hilfsorganisationen ungefähr 60'000 Mitglieder, davon ein Drittel in Paris.

Die meisten ehemaligen Kriegsteilnehmer gehörten nach wie vor den beiden alten Veteranenorganisationen an, die sich grösstenteils unpolitisch verhielten, wenn es nicht gerade um die Durchsetzung eigener Interessen ging: UFC (*Union Fédérale des Combattants*) mit fast einer Million Mitgliedern und UNC (*Union Nationale des Combattants*) mit kaum weniger Mitgliedern. Die erste Organisation war überwiegend liberal und radikal eingestellt und entsprach der Mehrheit der Wahlberechtigten, insbesondere in der Provinz. Die UNC war konservativer und nationalistischer, besonders in Paris. Dort drängte es ihre Führer, zusammen mit den Ligen auf die Strasse zu gehen.

Aber selbst die gemässigten Kriegsveteranen in der UFC mochten den faulen Zauber im Parlament nicht länger mit ansehen. Am 26. November 1933, nach dem Sturz des drei Wochen alten Kabinetts Albert Sarraut, griff der Rat der UFC, der auf der Rechten als «leicht linksgefärbt» betrachtet wurde, zu einer bisher nie dagewesenen Massnahme: Er attackierte die «politische Unordnung, den Mangel an Mut» und die Korruption im Parlament und sprach die Warnung aus: Wenn die gerade gebildete Regierung Chautemps es nicht besser mache und etwas gegen die Depression unternehme, werde es zu einer Krise nicht nur der Regierung und des Parlaments, sondern des *republikanischen Regimes selbst* kommen. Senatoren und Deputierte beachteten diese Warnung ebensowenig wie alle anderen. Sie schienen zumindest in Paris der öffentlichen Meinung seltsam gleichgültig gegenüberzustehen und ahnten nichts von ihrer eigenen zunehmenden Ver-

antwortungslosigkeit. Sie setzten ihre gewohnte Pfuscherei fort, während das Land immer tiefer im Morast versank und die Stimmung im Volke, insbesondere in der Hauptstadt, dem Siedepunkt zustrebte.

In dieser spannungsgeladenen Atmosphäre zu Beginn des neuen Jahres 1934 wurde ein Finanzskandal ruchbar, der Schlagzeilen in den Tageszeitungen machte. In ihn waren nicht nur ein altbekannter Gauner, sondern auch gewisse Politiker, Kabinettsminister, Polizeibeamte und sogar hohe Richter verwickelt.

Die Affäre Stavisky

Die Dritte Republik wurde in gewissen Abständen von Finanzskandalen heimgesucht, in die einige Minister – frühere oder auch amtierende – und Parlamentsmitglieder gemeinsam mit dunklen Existenzen oder ausgesprochenen Gaunern verwickelt waren. Der Panama- und der Wilson-Skandal hatten in den letzten Jahren des neunzehnten Jahrhunderts zeitweilig das Land erschüttert und die Bevölkerung gegen die Korruption des republikanisch-parlamentarischen Regimes aufgebracht. Die Korruption der Presse, die gerade bei der Panama-Affäre so grell beleuchtet wurde, übersah man, weil man sie vermutlich für selbstverständlich hielt.

1928 hatte eine neue Runde finanzpolitischer Skandale eingesetzt, die von den Feinden der Republik geschickt ausgenutzt wurden und die tatsächlich die öffentliche Meinung erregten. Am Weihnachtsabend 1928 gaben zwei Fälle von finanziellen Schurkereien, in die auch Politiker verwickelt waren, der antirepublikanischen Presse neue Munition in die Hand. Louis-Lucien Klotz, ehemaliger Justizminister Clemenceaus und Mitunterzeichner des Versailler Vertrags, wurde wegen Scheckbetrugs verhaftet. Seine Leidenschaft für Pferderennen und andere Glücksspiele hatte ihn in Schwierigkeiten gebracht. Doch die dicksten Schlagzeilen erhielt die gleichzeitige Verhaftung von Martha Hanau (einer rundlichen Dame von vierzig Jahren mit kurzem Haarschnitt und einem Auftreten, das auf manche Männer, darunter gewisse Politiker, wirkte) unter dem Verdacht, in ihren verschiedenen Finanzierungsfirmen die Investoren um Millionen Francs betrogen zu haben. Diese Affäre wurde in Frankreich für die nächsten sieben Jahre zu einem *cas celebre*; die unerschütterliche Madame Hanau wurde abwechselnd verhaftet und wieder freigelassen, einmal nach einem Hungerstreik. Jahr um Jahr wurden zuerst die Gerichtsverhandlung gegen sie und dann ihre Berufung gegen das Urteil hinausgezögert. 1935 wurde sie schliesslich wieder ins Gefängnis gesteckt, wo sie prompt Selbstmord beging.

Nach dem gleichen Schema wie die Affäre Hanau sollten auch die nachfolgenden Finanzskandale ablaufen. Die Dame konnte die Öffentlichkeit nur wegen ihrer «Beziehungen» hintergehen. Sie kannte Minister, Senatoren und Deputierte, hatte gute Verbindungen zum französischen Aussenministerium und benutzte einen Teil ihres leichtverdienten Geldes zur Subventionierung von Zeitungen, darunter auch *Le Quotidien*, eine der füh-

renden linksradikalen Tageszeitungen von Paris. Sie gab eine eigene Wochenschrift unter dem Titel *Gazette du Franc et des Nations* heraus, die sich zwar oft für die «Rettung des Franc» und die Brüderlichkeit unter den Nationen einsetzte, wie sie sagte, andererseits aber auch Tausende harmloser Geldgeber dazu verleitete, riesige Summen in ihre fragwürdigen Unternehmungen zu stecken. Aber wie hätte der Durchschnittsbürger auch Argwohn gegen diese Dame hegen sollen, wenn die prominentesten Staatsmänner Frankreichs Artikel in ihrer Zeitschrift veröffentlichten, darunter Ministerpräsident Poincaré selbst, ferner Aussenminister Briand und Erziehungsminister Herriot und sogar der Kardinalerzbischof von Paris. Keiner der Herren hatte die leiseste Ahnung von den Machenschaften der Madame Hanau.

Nicht so unschuldig waren die Politiker, deren Namen beim nächsten Finanzskandal auf den Titelseiten erschienen – der Affäre Oustric. Oustric, Sohn eines kleinstädtischen Kaffeehausbesitzers, hatte es nach mehreren geschäftlichen Misserfolgen fertiggebracht, in Paris unter seinem Namen eine kleine Bank zu errichten. Seine Spezialität bestand darin, Aktien von zweifelhaftem Wert in Umlauf zu bringen, ihre Kurse durch falsche Propaganda in die Höhe zu treiben, sie zum Höchstkurs zu verkaufen und dann, wenn sie gefallen waren, zurückzukaufen; sodann begann der ganze Kreislauf wieder von vorn. 1926 ermächtigte Raoul Peret, Finanzminister in Briands siebentem Kabinett – eine in der Kammer so angesehene Persönlichkeit, dass man ihn für einen künftigen Ministerpräsidenten hielt –, Oustric dazu, an der Pariser Börse die Aktien einer italienischen Seidenfirma aufzulegen. Seine Finanzexperten waren wegen Oustrics zweifelhaftem Ruf als Bankier dagegen gewesen, aber Peret hatte sich über ihre Einwände hinweggesetzt. Auch der Handelsattaché der französischen Botschaft in Rom war dagegen gewesen, aber von Senator René Besnard, seinem Botschafter, überstimmt worden. Im folgenden Jahr wurde Peret, der nicht mehr amtierte, aber immer noch Mitglied der Deputiertenkammer war, mit einem fetten Jahreshonorar Justitiar in Oustrics Bank. Besnard, der inzwischen seinen Posten in Rom aufgegeben hatte und in den Senat zurückgekehrt war, wurde mit einem noch fetteren Honorar Hausanwalt in einer von Oustrics Firmen.

1930 wurden die Oustric-Bank und ihre Tochtergesellschaften zahlungsunfähig und mussten geschlossen werden. Das Gericht ordnete eine Untersuchung an, aber Peret, der inzwischen in Tardieu Kabinett Justizminister geworden war, hintertrieb sie. Als diese Tatsache durchsickerte, wurde Tardieu gestürzt. Peret und Besnard mussten sich vor dem Senat, der als oberstes Gericht tagte, verantworten. Der Senat stellte schliesslich fest, dass sie sich gegen kein Gesetz vergangen hatten, aber für die öffentliche Meinung galt ihre *moralische* Schuld als erwiesen. Wieder einmal erhob die Presse ein grosses Geschrei gegen das korrupte republikanische Regime.

Ähnliche Skandale folgten. Sie waren zu zahlreich und zu verwickelt, um hier im einzelnen aufgezählt zu werden. Hierzu gehörte beispielsweise die Affäre Aeropostale, bei der es um die finanziellen Schwierigkeiten einer führenden französischen Fluggesellschaft und ihre Beziehungen zu Politikern ging, in erster Linie zu Pierre-Etienne Flandin, dem

Firmenanwalt, der von 1929 bis 1932 den sechs aufeinanderfolgenden Kabinetten Tardieu und Laval entweder als Handels- oder als Finanzminister angehört hatte. Die Öffentlichkeit, insbesondere im leicht erregbaren Paris, war solcher Vorgänge überdrüssig. Wenn Parlament und Regierung schon nicht Ordnung im eigenen Hause halten konnten, dann würde sich das Volk von Paris eben wieder einmal gezwungen sehen, auf die Strasse zu gehen, wie es das bereits 1789, 1830, 1848 und 1871 getan hatte.

So war die allgemeine Stimmung, als Anfang 1934 die Affären eines altgedienten Schwindlers mit erstaunlichen Beziehungen zu den höchsten und angesehensten Kreisen der Republik ruchbar wurden und zur Krise des 6. Februar führten.

Am Morgen des 30. Dezember 1933, als sich die Bürger schon darauf vorbereiteten, trotz der zunehmenden Depression nach besten Kräften Neujahr zu feiern, war in den Zeitungen zu lesen, gegen Serge Alexandre alias Sacha Stavisky sei in Verbindung mit der ungesetzlichen Auflegung von Schwindelaktien durch das städtische Pfandhaus Bayonne Haftbefehl erlassen worden. Die Überschriften waren nicht besonders auffallend, der Name war in der Öffentlichkeit unbekannt, und die meisten Leser nahmen an, hier sei eben nur ein weiterer Gauner entlarvt worden. Dann brach diese Affäre plötzlich wie ein Wirbelsturm über die Presse und das Land herein. Rasch wurde so manches über Stavisky bekannt, aber mehr noch über seine hochgestellten «Beziehungen» und darüber, wie er sie ausgespielt hatte, um seine Betrügereien auszuführen und nicht ins Gefängnis zu wandern.

Serge Alexandre (Sacha) Stavisky, 1886 in Kiew als Sohn russischer Juden in bescheidenen Verhältnissen geboren, war mit seinen Eltern um die Jahrhundertwende nach Paris gekommen. Sein Vater eröffnete in einem ärmlichen Viertel eine Zahnarztpraxis. Mit zweiundzwanzig Jahren geriet Sacha wegen einer kleinen Betrügerei zum erstenmal mit dem Gesetz in Konflikt, und 1912 wurde er, inzwischen sechsundzwanzigjährig, wegen eines zweiten Betrugs zum erstenmal eingesperrt. Sein Vater beging aus Kummer über den schlechten Lebenswandel des Sohnes Selbstmord, doch das scheint den jungen Mann kaum beeindruckt zu haben. Er scheute jede Arbeit und hatte inzwischen Eingang in die Pariser Unterwelt gefunden. Er liess sich von Frauen aushalten, vertrieb Rauschgift, verdiente Geld mit Glücksspielen, Fälschungen, der Verteilung gestohlener Wertpapiere und ab und zu einem bewaffneten Raubüberfall und entwickelte ein bemerkenswertes Geschick, wenn es darum ging, sich dem Zugriff des Gesetzes zu entziehen. Allmählich machte er Karriere, häufte mit seinen verschiedenen anrühigen Unternehmungen ein Vermögen an, besuchte die Spielsalons der französischen Lebewelt, kaufte ein Theater, finanzierte eine Zeitung, liess sich mit kostspieligen Mätressen sehen, gewann Politiker für sich und machte sich immer dann, wenn ihm die Polizei dicht auf den Fersen sass, bei der Sûreté Nationale, der geheimen Staatspolizei, beliebt, indem er Tips aus der Schattenwelt der Gauner und Abenteurer lieferte.

1926 geriet er schliesslich in eine ernste Klemme. Er wurde auf Anzeige einiger Aktienmakler verhaftet. Sie warfen ihm vor, er hätte sie um 7 Millionen Francs betrogen. Achtzehn Monate brachte er hinter den Gittern des Sante-Gefängnisses zu, während sich

die Behörden bemühten, die verwickelten Knäuel seiner Schwindeleien zu entknoten. 1927 wurde er bis zur Gerichtsverhandlung auf freien Fuss gesetzt, doch diese Peinlichkeit blieb ihm erspart. Seine Freunde und Gönner in Justizbehörde, Gericht, Polizei, Parlament und gewissen Ministerien sorgten dafür, dass diese Verhandlung niemals stattfand. Sie wurde immer wieder aufgeschoben. Anfang 1934 war sie im Laufe von sieben Jahren insgesamt neunzehnmals vertagt worden. Inzwischen widmete sich Stavisky seinen alten Geschäften – etwas anderes hatte er ja nicht gelernt – und wurde dabei immer reicher. Er kaufte zwei Zeitungen, eine links- und eine rechtsradikale (*Volonté* und *Ramparf*), erwarb das *Empire*, eines der führenden Theater der Hauptstadt, sowie einen Rennstall, und erweiterte seinen Freundeskreis unter Politikern, Ministern und Ex-Ministern, Polizeibeamten, Zeitungsverlegern und Redakteuren. Während dieser Periode blühenden Wohlstands gingen bei der Polizei fünfundvierzig Anzeigen gegen seine dunklen Machenschaften ein. Nicht eine einzige dieser Anzeigen wurde weiterverfolgt. Verantwortlich für die neunzehn Vertagungen der Gerichtsverhandlung war der Leiter der Pariser Strafverfolgungsbehörde, Generalstaatsanwalt Pressard, der zufälligerweise der Schwager des Ministerpräsidenten Camille Chautemps war; dieser wiederum war schon seit langem ein mächtiger Mann in der dominierenden Radikalen Partei. Der für die Verschiebungen unmittelbar Verantwortliche scheint ein stellvertretender Staatsanwalt beim Pariser Strafgericht gewesen zu sein, ein gewisser Albert Prince, dessen Leiche man schon bald auf den Schienen der Eisenbahnstrecke Paris-Dijon finden sollte.

Je länger die Verhandlung hinausgezögert wurde, um so mehr Geld verdiente Stavisky mit einer ganzen Serie gesetzwidriger Unternehmungen. Einer seiner beliebtesten Tricks bestand darin, dass er sich über seine Beziehungen zu einflussreichen Politikern zum Agenten für die Auflegung der Kommunalobligationen einer Stadt ernennen liess. Die «Deckung» pflegte er durch Hinterlegung falscher oder gestohlener Juwelen oder durch fiktive Buchungen zu bewerkstelligen. Dann liess er die Obligationen von einer anerkannten Bank diskontieren und benutzte das Geld zur Gründung einer neuen Firma mit zweifelhaften Zielen. Auf diese Weise hatte er sich 1928 Kommunalobligationen der Stadt Orleans im Werte von 10 Millionen Francs ergaunert, konnte sie aber zurückzahlen, bevor er gefasst wurde. In Bayonne wandte er mit Hilfe des Bürgermeisters – ebenfalls eines radikalsozialistischen Deputierten in der Kammer – den gleichen Trick an, geriet aber in Schwierigkeiten, als er fällig werdende Obligationen nicht einlösen konnte. Am Weihnachtsabend 1933 gestand einer seiner Helfershelfer in der dortigen Stadtverwaltung, dass Obligationen im Wert von 239 Millionen Francs in Umlauf gebracht worden seien, indem man entweder die Bücher gefälscht oder für eine «Deckung» in Form von Staviskys falschen oder gestohlenen Juwelen gesorgt hatte. Der Mann wurde verhaftet, ebenso der stellvertretende Bürgermeister und ein anderer radikaler Deputierter sowie die Herausgeber zweier Pariser Zeitungen, die Stavisky subventioniert hatte: Albert Dubarry vom linksradikalen *Volonté*, damals in Paris ein berüchtigter Erpresser, und Camille Aymard vom rechtsradikalen *Liberté*. Auch weitere Komplizen wanderten ins Gefängnis.

Am 3. Januar 1934 veröffentlichte *L'Action Française*, die als erste Pariser Tageszeitung hinter der Affäre einen Skandal witterte, den Text zweier Briefe, die der damalige Kolonialminister Albert Dalimier vor zwei Jahren geschrieben hatte, als er noch Arbeits- und Sozialminister war. Dalimier hatte in seiner offiziellen Eigenschaft den Versicherungsgesellschaften und anderen Investmentgruppen aufs wärmste empfohlen, Staviskys Kommunalobligationen aus Bayonne aufzukaufen. Auf solche Empfehlung hin hatten sie es auch getan. Der blossgestellte Dalimier beteuerte zwar seine Unschuld, stellte aber prompt seinen Kabinettsposten zur Verfügung*.

Unterdessen war Stavisky verschwunden, und die Polizei, der er manchmal als Lockvogel gedient hatte, konnte oder wollte ihn nicht festnehmen. Es war bekannt, dass die *Siirete* ihm erst kürzlich einen falschen Pass ausgehändigt hatte. Vielleicht hoffte man bei der Polizei, dass Stavisky ins Ausland fliehen werde. Aber in Paris forderten die Schlagzeilen der Zeitungen immer gebieterischer, ihn aufzuspüren und der Gerechtigkeit auszuliefern, und die öffentliche Empörung nahm ständig zu. So erwischte ihn die Polizei schliesslich im Winterkurort Chamonix. Am 8. Januar berichteten die Zeitungen, Stavisky hätte in dem Augenblick Selbstmord begangen, als die Polizei gewaltsam in die Villa eindrang, in der er sich versteckt hielt. Die wenigsten Franzosen glaubten es. Man nahm allgemein an, dass die Polizei den Gauner mit den vielseitigen Verbindungen ermordet hätte, um sich selbst Peinlichkeiten zu ersparen**.

Am nächsten Tag näherte sich die Stimmung vieler Menschen in Paris rasch dem Siedepunkt. Nach den sich mehrenden Enthüllungen über die Beteiligung von Politikern und Polizei an den Machenschaften dieses Erzbetrügers war dies das letzte Tüpfelchen auf dem i. Am Morgen dieses 9. Januar veröffentlichte *L'Action Française* auf der Titelseite einen leidenschaftlichen Aufruf an alle Pariser, sich nach Feierabend zu versammeln und mit dem Ruf «Nieder mit den Räubern! Nieder mit den Attentätern!» zur Deputiertenkammer zu marschieren. Eigentlich sollten damit die eigenen Kräfte mobilisiert werden. Sie versuchten an diesem Abend, etwa 2'000 Mann stark, das Palais Bourbon zu erreichen, wurden jedoch zurückgetrieben. Zwei Abende später, am 11. Januar, schlossen sich die Jeunesses Patriotes, angeführt von einem Stadtrat, den royalistischen Camelots zu einer grösseren Demonstration an. Diesmal mussten berittene Einheiten der Garde aufgeboden werden, um die Aufrührer von der Deputiertenkammer fernzuhalten. Erst das Eingreifen der Feuerwehr mit ihren Wasserschläuchen hinderte den Mob daran, in das

* Auch der Name Georges Bonnets, des Finanzministers in der Regierung Chautemps, tauchte im Zusammenhang mit dem Skandal auf. Der Untersuchungsausschuss bezeichnete es später als «bedauerliche, dass Bonnet einen aktiven Stavisky-Helfer im Finanzministerium geduldet hatte. Der Ausschuss stellte ferner fest, dass Bonnet im Oktober 1922 während einer internationalen Konferenz mit Stavisky in Stresa gespeist hatte. Das Foto dieser Zusammenkunft hatte dem Schwindler als Beweis für seine Beziehungen zu hochgestellten politischen Kreisen gedient.

** Ein Jahr später gelangte der besondere Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu dem Schluss, es könne zwar «nicht der Schatten eines Zweifels» daran bestehen, dass Stavisky sich erschoss, als die Polizei in die Villa eindrang, dass aber sein Selbstmord «nicht ganz freiwillig» erfolgt war. Der Ausschuss brachte klar zum Ausdruck, dass die Polizei den Mann gar nicht lebend haben wollte. Es wurde zunächst beschrieben, wie sich Stavisky eine Kugel in den Kopf geschossen hatte; dann liess die Polizei den Schwerverletzten über eine Stunde lang ohne Beistand auf dem Fussboden liegen und langsam sterben. «Durch diese aussergewöhnliche Nachlässigkeit», stand da zu lesen, «wurde das vollendet, was Stavisky begonnen hatte . . . Wäre es möglich gewesen, Stavisky lebend zu fangen? Nach unserem Dafürhalten lautet die Antwort: Ja. Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass die Polizei keinen Versuch unternahm, einen so wichtigen Beschuldigten auf normale Weise festzunehmen und der Justiz zu erhalten .»

nahe gelegene Ministerium für öffentliche Arbeiten einzubrechen. Zum erstenmal rissen die Demonstranten Bäume und Geländer nieder und eigneten sich Autos an, um daraus Strassensperren zu bilden. Sie warfen Kioske um und steckten sie in Brand. Sie schlossen die Stromzufuhr für die Strassenbahnen kurz, so dass die Wagen anhalten mussten. Auch die Omnibusse wurden zum Halten gezwungen. Nach einem Polizeibericht war der Schaden, der an öffentlichem Eigentum angerichtet wurde, der schlimmste seit zwanzig Jahren. Das Fieber des Aufruhrs breitete sich in der Stadt aus. Am nächsten Morgen forderte *L'Action Française* in fetten Schlagzeilen «eine Revolte von ganz Paris gegen die Räuber», womit Parlament und Regierung gemeint waren.

Ministerpräsident Chautemps unterschätzte den ehrlichen Groll der Pariser gegen die laxen Moral der Politiker und weigerte sich hartnäckig, einen Sonderausschuss mit der Untersuchung der ganzen Stavisky-Affäre zu beauftragen. Zweifellos war ihm die Tatsache peinlich, dass der für die neunzehnmalige Verschiebung der Gerichtsverhandlung gegen den Betrüger verantwortliche Staatsanwalt sein eigener Schwager war und dass sein Bruder Pierre Chautemps als Anwalt für eine von Staviskys Firmen arbeitete. In dem zunehmenden Aufruhr der Strasse sah er ein Komplott der Rechten zum Sturz seiner Radikalen-Regierung. Und als alter Hase auf dem Gebiet der Politik, als ein Mann ohne tiefere Überzeugungen, regten ihn auch die Enthüllungen kleiner Korruptionen nicht sonderlich auf. Wenn das schon bei seinen eigenen Leuten an der gemässigten Linken passierte, so wusste er doch, dass sich das gleiche auch bei den Rechtsradikalen zutrug. Chautemps wurde bei seiner Weigerung, den Stavisky-Skandal untersuchen zu lassen, von einer parlamentarischen Mehrheit gestützt, da er auch mit den Stimmen der Sozialisten rechnen durfte; diese fürchteten, mächtige Kräfte der Reaktion könnten den Skandal ausnutzen, um mit Unterstützung des rechtsradikalen Polizeipräsidenten Jean Chiappe einen faschistischen Staatsstreich zu versuchen. So goss Chautemps mit seiner Forderung, der Presse das Maul zu stopfen, nur neues Öl in die Flammen. Die Presse hielt er in erster Linie für verantwortlich, die Aufrührer angestiftet zu haben.

Aber die Unruhen dauerten fort und wurden nur noch heftiger. Am 22. und 23. Januar kam es zu grösseren Unruhen. Die massivsten Demonstrationen fanden am 27. Januar statt. Sie tobten den ganzen Nachmittag und Abend. Es wurde grosser Sachschaden angerichtet, achtzig Polizeibeamte wurden verletzt. An diesem Abend trat Chautemps zurück. Am Vortag war seine ohnehin schon schwankende Regierung weiterhin durch die Enthüllung kompromittiert worden, dass sein Justizminister Eugene Raynaldy in einen weiteren Finanzskandal um den Bankrott der Sacazan-Bank verwickelt war. Ihn selbst erschütterten die ernstesten Unruhen dieses Tages und vielleicht auch der neue Schlachtruf des Pöbels, den man deutlich bis in die Kammer hören konnte: «Hängt die Deputierten!» Es geschah somit zum erstenmal in der Geschichte der Dritten Republik, dass eine Regierung, die in beiden Häusern von einer soliden Mehrheit getragen wurde, vor der Gewalt der Strasse kapitulierte. Die Ligen hatten also ihren ersten Sieg errungen. Sie hatten die verhasste «linksradikale» Regierung gestürzt. Dieser Triumph regte nur ihren Appetit weiter an.

Daladier schwimmt gegen den Strom

Albert Lebrun, der Präsident der Republik, beklagte bitterlich die chaotischen Zustände und versuchte seinen Vorgänger Gaston Doumergue zu überreden, von seinem ländlichen Ruhesitz im Süden zurückzukehren, um in der unruhigen Hauptstadt eine «Regierung der nationalen Einigung» zu bilden. Doumergue lehnte aus Altersgründen ab. Er war einundsiebzig. Sodann wandte sich Lebrun an die Präsidenten der beiden Kammern: Jules Jeanneney vom Senat und Fernand Bouisson von der Deputiertenkammer. Auch sie fanden keinen Geschmack an der undankbaren Aufgabe. Auf ihren Rat hin wandte sich Lebrun an Edouard Daladier, einen Radikalsozialisten, der weder vom Stavisky-Skandal noch von den anderen Affären berührt wurde und von dem man in weiten Kreisen annahm, dass er ein entschlossener Mann sei, der mit dem augenblicklich herrschenden Durcheinander aufräumen könnte.

Daladier versuchte zuerst die Bildung einer Allparteienregierung von den Sozialisten bis hin zu den Rechtsradikalen. Aber er erhielt von beiden Seiten Absagen und musste sich schliesslich mit einem Kabinett begnügen, das wie das vorangegangene hauptsächlich aus den Reihen seiner eigenen Partei gebildet wurde. Es kamen noch zwei Gemässigte hinzu: François Piétri als Finanzminister und Oberst Jean Fabry, ein einbeiniger Kriegsheld, als Kriegs- und Verteidigungsminister. Den Schlüsselposten des Innenministers erhielt ein junger Ex-Sozialist namens Eugene Frot, der als kommender «starker Mann» der Linken galt. Manche hatten ihn jedoch im Verdacht, diktatorische Ambitionen zu verfolgen und insgeheim Kontakte zu den rechtsradikalen Ligen zu unterhalten.

Daladier versprach sofort, das zu tun, wogegen sich Chautemps gesträubt hatte: einen parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung des Stavisky-Skandals einzusetzen. Unterdessen wollte er selbst «rasch und hart» gegen jene vorgehen, die sich in dem Skandal bereits blossgestellt hatten, seien sie im Parlament, in der Polizei oder in der Justizverwaltung. Der neue Ministerpräsident vervollständigte sein Kabinett am letzten Januartag und hielt Wort. Nach seiner eigenen späteren Aussage sass er die ganze Nacht des 2. Februar wach und las persönlich die Akte der Anklage im Stavisky-Skandal sowie zwei weitere vertrauliche Berichte über das Vorgehen der beiden Polizeibehörden, der Sûreté Générale und der Pariser Polizeipräfektur. Da die Sûreté, wie bereits bemerkt, gelinde gesagt besondere Beziehungen zu dem Schwindler unterhielt und der Pariser Polizeipräfekt Jean Chiappe den Gauner mindestens einmal persönlich in seinem Büro empfangen hatte und zudem ein guter Freund des Redakteurs Dubarry war, der bereits wegen Mittäterschaft im Gefängnis sass, da ausserdem die Polizei eine dicke Akte gegen Stavisky besass, in der aber eigenartig wenig über Massnahmen gegen ihn zu lesen stand, war Daladier entschlossen, etwas zu unternehmen.

Aber er handelte ungeschickt. Statt die beiden Polizeichefs und den Staatsanwalt Pressard zumindest wegen Vernachlässigung ihrer Pflicht hinauszuerwerfen, versuchte er, sie die Treppe hinauffallen zu lassen. Chiappe erhielt den höchsten Verwaltungsposten, den die Regierung zu vergeben hatte: Er wurde Generalresident von Marokko. Pressard wurde

als Richter in das Oberste Gericht versetzt. Und Thome, der Direktor der Sûreté, wurde ausgerechnet zum Direktor des bekannten, klassischen Staatstheaters, der *Comédie Française*, ernannt. Er trat an die Stelle eines hervorragenden Dramatikers – Emile Fabré –, der bei den Radikalen in Ungnade gefallen war, weil er in diesem Winter ein Stück auf den Spielplan gesetzt hatte, das sie als «antidemokratisch» betrachteten: Shakespeares *Coriolanus* «Ein Polizist leitet das Haus eines Molière!» empörte sich Alexander Werth, britischer Korrespondent in Paris. Seine Empörung und sein Erstaunen wurden von den meisten Parisern, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, geteilt⁶. Für den nüchternen, aber liberal gesonnenen Historiker François Goguel war dies «Vaudeville» – ein «Variété»⁷.

Die Sache wirbelte in der empfindsam reagierenden Weltstadt Paris unweigerlich viel Staub auf. In der Wut über Chiappes Versetzung wurde Stavisky vorübergehend vergessen. Der temperamentvolle, kühne Polizeipräfekt, ein leidenschaftlicher Korse, war über Nacht zum neuen Märtyrer der Rechten geworden. Der Zorn über seine «Entlassung» und zweifellos auch seine eigenen Intrigen mit den rechtsradikalen Ligen, die er aus seinem kochenden Groll heraus gesponnen hatte, verschärften noch die Krise der folgenden Tage.

Die Affäre Chiappe, wie sie nun genannt wurde, machte die ohnehin schon verwickelte Lage noch komplizierter und bereitete Daladier zusätzliche Schwierigkeiten. Dem Ministerpräsidenten wurde vorgeworfen, er habe den Polizeichef für Stimmen der Sozialisten, die ihn verabscheuten, geopfert; sie glaubten nämlich, dass Chiappe, ähnlich wie sein korsischer Landsmann Napoleon, an die Möglichkeit eines Staatsstreichs dachte. Darüber hinaus fiel ihnen – wie auch allen anderen – der Kontrast zwischen dem sanften Vorgehen der Polizei gegen rechtsradikale Demonstranten und der Rücksichtslosigkeit von Chiappes Männern gegenüber sozialistischen und insbesondere kommunistischen Demonstrationen auf. Die Polizeigewerkschaft hatte sich beim Präfekten bereits wegen der Milde gegenüber antiparlamentarischen Aufrührern beschwert. Später sollte er vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zugeben, dass die Polizei Anweisung hatte, die rechtsradikalen Demonstranten nachsichtiger zu behandeln als die linksradikalen.

Die Radikalen und die Sozialisten, von deren Unterstützung Daladier abhängig war, argwöhnten auch, dass Chiappe insgeheim mit den reaktionären Ligen verbündet sei. Das schien ihnen schon Chiappes Reaktion auf seine Entlassung zu beweisen.

Am 3. Februar, einem Samstagmorgen, rief Daladier Chiappe in dessen Wohnung an und bat ihn um seinen Besuch. Als sich Chiappe damit entschuldigte, er läge mit einem Ischiasanfall zu Bett – die Krankheit scheint mehr diplomatischer Art gewesen zu sein –, teilte ihm der Ministerpräsident telefonisch seine «Beförderung» auf den höchsten Verwaltungsposten in Marokko mit. Zornig weigerte sich Chiappe, sich gewaltsam die Treppe hinaufbefördern zu lassen. Es kam zu einem hitzigen Wortwechsel, den der Polizeichef nach Daladiers Angaben mit der Drohung beschloss: «Na schön, Sie werden mich heute abend auf der Strasse wiedertreffen!» Für den Ministerpräsidenten bedeutete diese Drohung, dass sich der Polizeichef der Hauptstadt den faschistischen Strassendemonstran-

ten anschliessen wollte, und er entliess ihn auf der Stelle. Später stritt Chiappe diese Äusserung ab und behauptete, er habe lediglich gesagt, dann werde er ruiniert und arbeitslos auf der Strasse stehen. Bei Chiappes hitzigem korsischem Temperament und seiner scharfen Zunge erscheint die Version des Ministerpräsidenten als die glaubwürdigere, zumal sie durch die Aussage des Innenministers Frot erhärtet wurde. Frot stand neben Daladier, als dieser das Gespräch führte, und Chiappes laute, wütende Stimme war trotz der berüchtigt schlechten Telefonverbindungen im damaligen Paris laut und deutlich zu verstehen.

Jedenfalls wurde Chiappe am 3. Februar entlassen. Die beiden gemässigten Kabinettsmitglieder, der Korse Piétri und Oberst Fabry, enge Freunde Chiappes, traten ebenfalls zurück, und die faschistischen Ligen sahen neben der Affäre Stavisky noch einen weiteren Anlass, den Kampf auf der Strasse erneut aufflammen zu lassen. Diese Gelegenheit nahmen sie begierig wahr.

Über das Wochenende war es auf den Strassen ruhig geblieben. Am Montag abend, dem 5. Februar, rief Oberst de La Rocque einen Teil seiner Kampftruppen vom Croix de Feu zu einer Art Probe zusammen. Sie gerieten bei ihrem Versuch, das Innenministerium zu stürmen, mit der Polizei aneinander und wurden zurückgeschlagen. Dienstag, der 6. Februar, der Tag, an dem die Deputiertenkammer zur Abstimmung über die Regierung Daladier zusammentreten sollte, war zum grossen Tag der Ligen ausersehen. Am Morgen und Nachmittag richteten die grossen Tageszeitungen und auch die politischen Blätter der Rechten, wie *L'Action Française*, flammende Aufrufe an die verschiedenen Ligen. Ihre Anhänger und alle Freunde unter der Bevölkerung von Paris wurden aufgefordert, am Abend zu einer Massendemonstration gegen die Regierung auf die Strasse zu gehen. Das war ein Signal zum Aufruhr oder zumindest zu Gewalttätigkeiten, die zum Aufruhr führen konnten. Die giftspritzenden royalistischen Blätter hatten für den 5. Februar blutige Rache geschworen und Frot sowie andere namentlich genannt: Sie gehörten zu denjenigen, die «ohne Gnade getötet» werden sollten.

Falschmeldungen in mehreren Pariser Zeitungen, darunter grossen konservativen Blättern wie *Le Jour*, *La Liberté* (dessen Chefredakteur bereits als Komplize Staviskys im Gefängnis sass) und der sonst seriösen Zeitung *Echo de Paris*, brachten die Bevölkerung der Stadt noch mehr auf: Die Regierung habe heimlich Panzereinheiten, Maschinengewehrkompanien und schwarze Senegalesen in die Hauptstadt verlegt, um die «friedlichen» Demonstranten «niederzumähen». Ein Grossteil der Pariser Presse veröffentlichte an diesem Tag ausserdem einen offenen Brief des Bundes der Steuerzahler an den Präsidenten der Republik, in dem dagegen protestiert wurde, dass «schwarze Soldaten, unterstützt durch Tanks, Kanonen und Maschinengewehre» von der Regierung «gegen das Volk von Paris, das als Feind betrachtet wird», eingesetzt werden sollten.

Schliesslich druckten alle grossen Tageszeitungen der Hauptstadt, darunter auch die nüchterne *Temps*, nicht nur die hysterischen Appelle der Ligen an die Bevölkerung von Paris, sich gegen Parlament und Regierung zu erheben und die «Räuber» aus der an diesem

Tage zusammentretenden Deputiertenkammer zu verjagen, sondern sie vermerkten auf ihren Titelseiten auch sorgfältig Ort und Zeit des Treffpunktes einer jeden Gruppe und ihrer Gesinnungsfreunde, für den Fall, dass jemand keine näheren Anweisungen erhalten haben sollte. Die Pariser Presse zeigte sich dabei noch verantwortungsloser als sonst. Unter den Tageszeitungen mit hoher Auflage forderte lediglich *Paris-Soir* das Volk auf, sich ruhig zu verhalten.

Im letzten Augenblick kamen noch die Kommunisten ins Spiel. Am Morgen des 6. Februar rief *L'Humanité*, die kommunistische Tageszeitung, alle Parteimitglieder auf, sich am Abend den Demonstrationen anzuschließen. Die Führung sollte die kleine kommunistische Kriegsveteranengruppe ARAC (*Association Républicaine des Anciens Combattants*, gegründet 1919 von dem Schriftsteller Henri Barbusse) übernehmen, die in Paris etwa 5'000 Mitglieder hatte. So zögerten die Kommunisten nicht, sich an Demonstrationen ihrer schlimmsten Gegner von der extremen Rechten zu beteiligen, wenn es darum ging, die republikanische Regierung zu stürzen. Das gleiche hatte ich in den letzten Monaten der Weimarer Republik in Berlin erlebt, als kommunistische und nationalsozialistische Verbände in einem gemeinsamen Streik den öffentlichen Verkehr lahmlegten. Sie erklärten damals, sie würden alles tun, um die «bourgeoise» republikanische Regierung in Deutschland zu stürzen, die zu jener Zeit auf noch schwächeren Beinen stand als die französische am 6. Februar 1934. Durch ihr Zusammengehen mit den Nazis brachten sie das fertig, handelten sich dafür aber Hitler ein, der den Kommunismus in Deutschland bald ausrottete. So war ich nicht sehr überrascht, als ich an jenem Abend auf dem Place de la Concorde französische Kommunisten Seite an Seite mit Royalisten und Faschisten im Kampf gegen die Polizei sah, die den Weg der Demonstranten zur Deputiertenkammer verriegelten.

Die Schlacht auf dem Place de la Concorde

Am Spätnachmittag des 6. Februar wurde ich von der Pariser Redaktion des *Herald* zum Place de la Concorde, am anderen Seineufer gegenüber der Deputiertenkammer, geschickt; ich sollte nachsehen, ob von den angedrohten Demonstrationen schon etwas zu bemerken war. In den Morgenzeitungen hatte ich gelesen, wo sich die verschiedenen Ligen treffen wollten. Die Treffpunkte bildeten einen weiten Kreis um das Palais Bourbon, das gemeinsame Ziel der Demonstranten. Ich fand ein paar hundert junge Männer vor, Stosstrupps der Gruppen Action Française, Jeunesses Patriotes und Solidarité Française, die versuchten, die Polizei in Richtung auf die Brücke abzudrängen, die von dem weiten Platz aus über die Seine hinüber zur Kammer führt. Aber es fiel der Polizei nicht schwer, die Störtrupps zu zerstreuen. Es waren ungefähr hundert Polizisten im Einsatz, verstärkt durch weitere hundert Mann der Mobilen und der Republikaner-Garde. Nach einem Telefongespräch mit meiner Redaktion ging ich ins Hotel Crillon am Nordende des Platzes, um einen Happen zu essen. Die Demonstration versprach keine aufregende

Story zu werden. Die Demonstrationen, die ich an den vorangegangenen Abenden erlebt hatte, waren wesentlich wilder gewesen.

Aber als ich etwa eine Stunde später – gegen 18 Uhr 30 – wieder auf den Place de la Concorde kam, hatte sich das Bild völlig gewandelt. Auf dem Platz drängten sich mehrere tausend Demonstranten, die sich auch durch wiederholte Angriffe der berittenen, mit Stahlhelmen ausgerüsteten Mobilgardisten nicht verdrängen liessen. Drüben bei dem Obelisk in der Mitte des Platzes brannte ein Omnibus. Ich drängte mich durch die Mobilgardisten hindurch, die mit ihren Säbeln um sich schlugen, und gelangte hinüber zu den Tuileries. Hier, von der östlichen Seite des Platzes aus, konnte man aus einer Höhe von vier bis fünf Metern die ganze Szene besser überblicken. Hinter den Absperungen drängte sich der Pöbel und beschoss die Polizei mit Steinen, Ziegeln, Gartenstühlen und den eisernen Schutzgittern, die um die Bäume herum aufgestellt waren. Hier sah ich zum ersten Male Kommunisten Schulter an Schulter mit ihren angeblichen Feinden, den Faschisten. Unten auf dem weiten Platz tobte unterdessen die Strassenschlacht. Die Menge drang vor und zog sich dann vor den Angriffen der berittenen Gardisten wieder zurück. Es war keineswegs ein einseitiger Kampf. Die Aufrührer waren mit Stöcken bewaffnet, an deren vorderem Ende sie Rasierklingen befestigt hatten. Damit schlugen sie nach Pferden und Reitern. Ausserdem warfen sie den Pferden Kieselsteine und Knallfrösche unter die Hufe. Einige Pferde gingen zu Boden, ihre Reiter wurden verletzt. Beide Seiten begannen damit, Verletzte abzutransportieren.

Um einen besseren Überblick zu gewinnen, ging ich hinauf zum Balkon des Hotel Crillon im dritten Stock. Hier drängten sich etwa zwanzig Journalisten, Franzosen und Ausländer, am Geländer, darunter auch eine mir unbekannt Dame. Die ersten Schüsse hörten wir nicht. Dann sank die Dame plötzlich zu Boden. Als wir uns über sie beugten, sahen wir, dass ihr das Blut aus einer Schussverletzung genau in der Mitte der Stirn übers Gesicht lief. Sie war auf der Stelle tot*. Jetzt wurde auf beiden Seiten regelmässig geschossen. Dabei konnte man kaum etwas erkennen, weil inzwischen fast alle Strassenlaternen durch Schüsse oder Steinwürfe zum Erlöschen gebracht worden waren. Erst später stellte sich heraus, dass eine Gruppe von Aufrührern, überwiegend von der Solidarité Française, damit begonnen hatte, die letzten Polizeibarrikaden vor der Brücke hinüber zur Deputiertenkammer zu stürmen. Die Polizei hatte Befehl, diese Brücke um jeden Preis zu verteidigen. Einige Polizisten und Mobilgardisten gerieten in Panik. Sie eröffneten das Feuer aus ihren automatischen Pistolen und töteten sechs der Aufrührer vor sich sowie die Frau auf dem Balkon des Hotel Crillon auf der anderen Seite des Platzes. Vierzig Personen wurden verletzt. Endlich brachten die Polizeioffiziere ihre Leute dazu, das Feuer wieder einzustellen. Einer von ihnen, der Leiter der Stadtpolizei, sowie zwei weitere hohe Beamte waren selbst verwundet, diese sogar schwer. Sie wurden in die Deputiertenkammer geschafft, wo eilig eine Erste-Hilfe-Station eingerichtet worden war.

* Sie wurde später als Madame Gourlan Coarentine, 33, identifiziert. Sie war nur Zuschauerin, eine von drei unbeteiligten Personen, die an diesem Abend durch Pistolenschüsse getötet wurden.

In der Kammer selbst ging es seit 15 Uhr, als die Sitzung zur Abstimmung über die Regierung Daladier eröffnet worden war, drunter und drüber. Der Ministerpräsident wurde daran gehindert, seine Regierungserklärung abzugeben. Seine keineswegs schwache Stimme ging im Geschrei der Konservativen und Kommunisten unter. Die ersten brüllten immer wieder «Zurücktreten!» und sangen gemeinsam die *Marseillaise*, die Nationalhymne. Die Kommunisten konterten mit dem Schlachtruf «Alle Macht den Sowjets!» und sangen die *Internationale*. Mehrfach verliessen die Abgeordneten der extremen Rechten und Linken ihre Plätze und gerieten sich in die Haare. Erst als die *huissiers* und der hervorragende und würdige Quästor der Kammer selbst eingriffen, gelang es, sie zu trennen. Seit dem Juni 1899, als Waldeck-Rousseau auf dem Höhepunkt der Dreyfus-Affäre seine Regierung vorstellte, hatte es in dieser Kammer keinen solchen Aufruhr mehr gegeben. Dreimal unterbrach der Präsident die Sitzung für jeweils fünfzehn Minuten, damit sich die Deputierten wieder beruhigen sollten – vergebens. In einer der Sitzungspausen lief der rechtsradikale Deputierte Jean Ybarnegaray hinüber zur Regierungsbank und versuchte, den Ministerpräsidenten an den Rockärmeln herunterzuzerren. Daladier erkannte schliesslich, dass in dem Lärm und Durcheinander eine Debatte der verschiedenen Anfragen unmöglich war. Er stellte die Vertrauensfrage. Das führte zu neuem Geschrei auf der Rechten und einer erneuten Unterbrechung der Sitzung.

Kaum war sie wiederaufgenommen worden, da vernahm man in der Kammer zum erstenmal die Schüsse auf dem Place de la Concorde. «Sie schiessen!» schrie der Deputierte Scapini, ein Kriegsblinder. «Ihr seid eine Regierung von Meuchelmördern!» Das Krachen der Schüsse übertönte noch das Geschrei der Menge, die sich näher zu wälzen schien. Ein Deputierter rief: «Sie stürmen die Tore der Kammer!» Mehrere seiner Kollegen verliessen rasch den Saal. Der Anblick, der sich ihnen draussen auf den Korridoren bot, war nicht dazu angetan, ihre Unruhe beizulegen: Hier häuften sich jetzt die verletzten Polizisten und Gardisten, die von ein paar Ärzten des Parlaments versorgt wurden. Viele Verwundete lagen bewusstlos am Boden. Um ihnen zu helfen, liess Madame Barthe, die wackere Frau des Quästors, aus ihrer Wohnung ein paar Flaschen alten Rum holen.

Der Anblick der Verwundeten, das Geschrei der Menge und die Schiesserei draussen veranlasste einige der Deputierten, die den Sitzungssaal verlassen hatten, sich heimlich in die Nacht hinauszustehlen. Ein Parlamentarier erinnerte sich später: «Die am wenigsten Mutigen waren nicht die Letzten, die gingen.» Als die stürmische Sitzung um 20 Uhr 30 beendet wurde, befanden sich ausser den Kabinettsmitgliedern nur noch fünf Deputierte im Saal⁸. Ein Deputierter stellte fest, dass der Parlamentspräsident Fernand Bouisson, ein würdiger Herr mit weissem Bart, unter seinem Pult einen Schlapphut und einen alten schwarzen Mantel versteckt hatte, um später nicht in Zylinder und Gehrock, den der Vorsitzende nach altem Brauch zu tragen hatte, aufzufallen¹. Die Verkleidung wäre für den Fall praktisch gewesen, dass sich eine rasche Flucht als notwendig erwiesen hätte. Fast eine Stunde lang wurde allgemein befürchtet, dass die Aufrührer im nächsten Augenblick die Kammer stürmen könnten. Auf der Pressetribüne hängten die Journalisten ein

hastig hingekritzeltes Schild an die Tür: «ACHTUNG DEMONSTRANTEN! HIER KEINE DEPUTIERTEN ANWESEND!»

Edouard Herriots Gesicht war in der Öffentlichkeit so bekannt, dass ihm eine Verkleidung nichts genutzt hätte, selbst wenn er sie versucht hätte – was er nicht tat. Als der radikale Politiker zu Fuss nach Hause gehen wollte, ergriff ihn eine Bande von fünfzig Rowdys, schlug ihn zusammen und schleppte ihn unter wildem Geschrei «Werft ihn in die Seine!» in Richtung auf den leider nahe gelegenen Fluss. Dem altgedienten Deputierten, der gleichzeitig auch Bürgermeister seiner Heimatstadt Lyon an der Rhone war, schien das der falsche Fluss zu sein. «Meine Herren!» rief er. «Dann haben Sie wenigstens die Güte und geleiten Sie mich zur Rhone!» Er wurde gerade noch rechtzeitig von einer Gendarmerietruppe gerettet.

Bevor sich die Kammer vertagte, hatte sie der Regierung Daladier dreimal hintereinander das Vertrauen ausgesprochen, das letzte Mal mit 343 zu 237 Stimmen. Die breite Mehrheit war der Unterstützung durch die Sozialisten zu verdanken, deren Fraktionsführer Léon Blum während der Debatte erklärt hatte: «Unsere Stimme für die Regierung ist kein Vertrauensbeweis, sondern ein Bekenntnis zum Kampf!» Die Sozialisten hatten nicht vergessen, was aus ihrer Partei und dem demokratischen Regierungssystem geworden war, als Mussolini in Italien und Hitler in Deutschland die Macht übernommen hatten.

Daladier verfügte über die Mehrheit im Parlament, aber das genügte an diesem Abend wilden Aufruhrs nicht. Auch die Wut der Pariser musste mit berücksichtigt werden. Das sollte der Ministerpräsident in den nächsten entscheidenden Stunden noch erfahren. Obgleich die Deputierten gegangen waren, hielt sich der Mob noch in den Strassen auf. Nachdem die Schiesserei begonnen hatte, wurde die Stimmung immer wilder und bedrohlicher. Auf dem Place de la Concorde und einigen Strassen am linken Seineufer, die zur Deputiertenkammer führten, war die Lage ernst geworden. Allmählich erschien es zweifelhaft, ob Polizei und Garde die Brücke sowie einige der Nebenstrassen zum Palais Bourbon noch länger halten konnten. Die aufgebrachten Demonstranten wussten noch nicht, dass die Deputierten die Kammer bereits verlassen hatten und dass sie damit eines ihrer Ziele verpasst hatten: die Mitglieder des Parlaments zu verprügeln und sie vom Sitz der Macht zu verjagen.

Wir trugen die Leiche der Frau vom Balkon hinunter in die Halle des Crillon. Dort lag eine grössere Anzahl verletzter Aufrührer und Zuschauer auf dem Boden. Vornehm gekleidete Damen bemühten sich, erste Hilfe zu leisten, so gut sie es verstanden.

Als ich aus dem Hotel auf den Platz hinaustrat, sah ich das Marineministerium nebenan in Flammen stehen. Irgend jemand erklärte mir, eine entschlossene Demonstrantengruppe hätte Lappen in Benzin getaucht, sie angezündet und durch die zertrümmerten Fenster ins Innere des Gebäudes geworfen. Aus den Fenstern quoll jetzt dicker Rauch. Zwei Löschzüge der Feuerwehr waren eingetroffen, aber bevor die Feuerwehrleute ihre Schläuche auf das Gebäude richten konnten, hatten die Demonstranten sie bereits zer-

schnitten. Sie versuchten jetzt, sich Zugang zum qualmenden Ministerium zu erzwingen. Wachen der Marine wehrten sie mit gezogener Pistole ab.

Dann stiessen Tausende ehemaliger Soldaten zu den Demonstranten. Kurz vor 21 Uhr verstummte auf dem Platz und rings um die belagerte Brücke plötzlich der Tumult, das Geschrei der Menge legte sich, das gelegentliche Krachen der Schüsse hörte auf. Dann sahen wir von den Champs Élysées her einen langen Zug von Kriegsveteranen der UNC heranmarschieren. Sie hatten sich mit ihren Orden geschmückt, sangen die *Marseillaise* und wurden von ihren flatternden Fahnen und Bannern begleitet. Viele trugen Spruchbänder und Plakate: «UNC. WIR WOLLEN ORDNUNG UND EHRE FÜR FRANKREICH*!» Im Gegensatz zu den Angehörigen der Ligen schienen sie in keiner sehr militanten Stimmung zu sein. Die Ordnungshüter behandelten sie betont achtungsvoll und grüssten ihre Fahnen. Der Hauptzug schwenkte nördlich des Place de la Concorde in die Rue Royale ein. Eine kleinere Gruppe von etwa tausend Mann, zumeist Mitglieder eines Veteranenverbandes mit besonderen Tapferkeitsauszeichnungen, marschierte nach Süden, auf die Brücke zu. Dort verhandelten die beiden Anführer, General Lavigne-Delville und Oberst Josse, ein früherer Deputierter und Senator, mit dem städtischen Polizeichef Marchand. Der lehnte höflich, aber bestimmt das Ansinnen ab, sie über die Brücke hinüber zur Kammer marschieren zu lassen.

Unterdessen war das Gros der Kriegsveteranen von der Rue Royale nach links in die Rue Saint-Honoré eingebogen und strebte zwei Zielen eines jeglichen Aufstandes zu: dem Präsidentenpalast, in dem Lebrun bereits vor Verzweiflung über die Entwicklung der Ereignisse die Hände rang, und dem Innenministerium, dem die nationale Polizei und die Gardien unterstanden. Die ehemaligen Krieger wurden, als die Polizei sie an einer Sperre anhielt, nun auch angriffslustig. Sie stürmten die Barrikade und dann noch eine zweite und gelangten vor den Palast. Hier wurden sie durch berittene Republikanergarden zurückgedrängt. In streitsüchtiger Stimmung kehrten sie zum Place de la Concorde zurück, nachdem sie dreiundfünfzig Schwerverletzte verloren hatten und auch die meisten anderen von Polizeiknüppeln und den langen Säbeln der Gardien angeschlagen waren. Bei ihrem Rückzug schlossen sich ihnen Tausende von Anhängern der Ligen und eine grosse Anzahl Kommunisten an.

Diese rund 10'000 Mann starke Streitmacht setzte etwa um 22 Uhr 30 zu einem wilden Sturm auf die Brücke an und hatte auch beinahe Erfolg. Innerhalb der nächsten Stunde griff sie zwanzigmal hintereinander an. Alle Angriffe wurden zwar von Gendarmen und der Mobilen sowie der Republikaner-Garde vor der letzten Sperre von Polizeifahrzeugen abgewiesen, und die Feuerwehr bestrich die vordersten Reihen der Angreifer mit drei Wasserschläuchen, doch der Mob formierte sich immer wieder neu und stürmte. Kurz vor 23 Uhr 30 erfolgte der härteste Angriff des ganzen Abends. Die Wächter wurden zurückgedrängt, einige von ihnen suchten ihr Heil in der Flucht über die Brücke. In die-

* Vermutlich wussten nur wenige der Marschierer, dass Henri Rossignol, der Präsident der UNC, dem Vorstand einer Stavisky-Firma angehörte, über die eine der umfangreichsten und ungewöhnlichsten Betrügereien des Schwindlers abgewickelt worden war. Die Firma führte den ausgefallenen Namen *Caisse Autonome de Reglements des Grands Travaux Internationaux*^M.

sem Augenblick eröffneten Polizei und Gardisten erneut in Notwehr das Feuer, und der Angriff der Aufrührer kam am Anfang der Brücke zum Erliegen.

Inzwischen war es fast Mitternacht geworden. Die angeschlagenen Demonstranten waren nun wie von Sinnen. Auch einige von ihnen schossen jetzt vereinzelt. Sie schienen zu einem letzten, entscheidenden Angriff ansetzen zu wollen. Es erschien zweifelhaft, ob sich Polizei, Garden und Feuerwehrleute diesmal würden halten können. Polizisten und Gardisten waren von sechs Stunden ununterbrochener Kämpfe erschöpft, geschwächt durch den Verlust von über tausend Verwundeten und entmutigt durch den Befehl, keine Schusswaffen zu verwenden (ihre Gewehre waren ihnen bereits vor dem Ausbruch der Unruhen abgenommen worden, und sie hatten nur ihre Revolver). Sie schienen weder die Kraft noch den Willen zu haben, einem weiteren ernstgemeinten Angriff standzuhalten. Zehn der zwölf Feuerwehrmänner waren durch Wurfgeschosse ausser Gefecht gesetzt, und müde Polizeibeamte hatten ihre drei Wasserschläuche übernommen.

In dieser Lage fand sich der Mann der Stunde. Oberst Simon, Kommandeur der Ersten Legion der Gendarmerie, führte an diesem Abend kein Kommando. Am frühen Nachmittag war er von der Polizeipräfektur Paris ersucht worden, in den Vororten und den Nachbargemeinden ein paar Gendarmen zusammenzutrommeln. Bei Sonnenuntergang war er mit 500 Mann erschienen und hatte sie der Pariser Polizei als Verstärkung unterstellt. Wie er später aussagte, blieb er nur in der Nähe der Brücke, weil er sehen wollte, wie sich seine Leute bewährten.

Kurz nach 23 Uhr 30 erkannte Oberst Simon, dass die Ordnungskräfte zu schwach und zu demoralisiert waren, um sich noch länger halten zu können, wenn sie sich auf blosser Verteidigung beschränkten. Der Polizeipräfekt Bonnefoy-Sibour, der vor drei Tagen das Amt von Chiappe übernommen hatte, war unerfahren und beschränkte sich den ganzen Abend über auf eine reine Zuschauerrolle. Kettenrauchend stand er herum und weigerte sich, auch nur einen einzigen Befehl zu erteilen. Wegen der Verletzung der meisten stellvertretenden Polizeichefs waren die Ordnungskräfte ohne einen starken, von allen anerkannten Führer.

Daher übernahm Oberst Simon selbst den Befehl. Seine Erfahrung im Kriege hatte ihn gelehrt, dass Angriff manchmal die beste Verteidigung sein kann; eingedenk dieser Erkenntnis sagte er sich, dass die Lage nur noch zu retten war, wenn er angriff und den Platz von den Aufrührern säuberte. Er bat die berittenen Garden, einen Angriff vorzutragen, und versprach ihnen, an der Spitze der Gendarmen und Mobilgardisten zu Fuss nachzufolgen und aufzuräumen. Innerhalb weniger Minuten war der Platz besetzt, und er blieb auch in der Hand der Polizei. Der Oberst hatte es ohne einen einzigen Schuss geschafft. Ermutigt durch den Erfolg dieser Operation, machte sich eine andere Polizeieinheit daran, den Cours-la-Reine am Fluss links von der Brücke zu säubern. Aus den Wipfeln der Alleebäume feuerten Heckenschützen und gaben den Demonstranten unten Feuerdeckung. Mehrere Polizisten verloren die Nerven und eröffneten das Feuer. Sechs Aufrührer wurden getötet, siebzehn verwundet.

Aber es war Oberst Simons Gegenangriff, der den Place de la Concorde gesäubert, die

Brücke hinüber zur Kammer entlastet und den Aufruhr erstickt hatte. Kurz nach Mitternacht legten sich die Demonstrationen. Als ich um 2 Uhr morgens nach Fertigstellung meines Berichts auf den verwüsteten Platz zurückkehrte, lag er menschenleer da. Die Aufständischen waren nach Hause gegangen, ihre Wunden zu versorgen. Auch die Polizei hatte sich bis auf kleinere Posten an der Brücke und der Kammer zurückgezogen.

Während ich müde heimwärts marschierte – die öffentlichen Verkehrsmittel waren ausgefallen –, machte ich mir Gedanken darüber, was wohl aus *Croix de Feu* geworden sein mochte, der bestorganisierten und gefürchtetsten aller Ligen. Ich wusste, dass auch diese Liga ihre Mitglieder aufgeboten hatte, aber mir waren sie den ganzen Abend über an der Seite der anderen Veteranen nicht aufgefallen. Das war rätselhaft – und sollte es auch bleiben.

Am nächsten Tag erfuhr ich, dass eine der beiden Marschkolonnen von 2'000 Mann, die sich am linken Seineufer versammelt hatten, die Rue de Bourgogne hinuntergezogen war. An der Ecke der Rue Saint-Dominique, zwei Strassen von der Deputiertenkammer entfernt, war ihnen ein schwaches Aufgebot von Polizei und Mobilgarden entgegengetreten. Als sich die Männer der Liga gerade anschickten, das Hindernis zu stürmen und das Palais Bourbon zu besetzen, in dem die Deputierten noch tagten – es war 19 Uhr 30 –, da traf Befehl von Oberst de La Rocque ein, sich zurückzuziehen und in weitem Bogen von Westen her gegen die Kammer vorzudringen. Man sollte sich am Quai d'Orsay vor dem Aussenamt mit einer zweiten Gruppe vereinigen.

Als die vereinigten Kolonnen von *Croix de Feu* eine Stunde später, jetzt 4'000 Mann stark, vor dem Aussenministerium mit der Polizei und den Gardisten ins Handgemeine gerieten und wieder einmal das Hindernis fast überwunden hatten, das sie von der nur einen Häuserblock entfernten Kammer trennte, traf ein neuer Befehl des Obersten ein: Die Stosstrupps sollten sich nicht nur zurückziehen, sondern für diesen Abend ganz auflösen. Das war etwa um 21 Uhr, als die Strassenkämpfe noch keineswegs vorüber waren; der Ausgang war noch völlig offen, und *Croix de Feu* befand sich in einer besseren Position als die anderen Gruppen; es hätte die Kammer besetzen und die Politiker verjagen können.

Der Oberst muss wohl über den Umfang des Aufstandes an diesem Abend erschrocken sein. Er hatte zwar gegen die Hinterhältigkeit des republikanischen Parlaments gewettert, aber wohl hauptsächlich deshalb, weil sich dieses Parlament zurzeit gerade in den Händen der Radikalen befand. Höchstwahrscheinlich wollte er die Republik nicht stürzen, sondern sie nur reformieren, sie konservativer und nationalistischer gestalten und in die Hände jener traditionsbewussten Klasse legen, der er selbst entstammte. Seine Bewegung sollte in den nächsten zwei Jahren zwar einen beachtlichen Umfang erreichen, aber seine Ideen blieben doch stets vage.

Am Morgen des 7. Februar gab er eine klingende Erklärung ab: «*Croix de Feu* hat die Kammer besetzt und die Deputierten in die Flucht geschlagen!» Das stimmte nicht. Die Deputierten waren aus eigenem Antrieb gegangen, nachdem sie der Regierung ihr Ver-

trauen ausgesprochen hatten. Wahr ist nur, dass La Rocques Stosstrupps durchaus *in der Lage gewesen wären*, das Palais Bourbon zu besetzen, die Deputierten zu verjagen und die Bildung einer neuen provisorischen Regierung in die Hand zu nehmen*. Diese Gelegenheit hatte Oberst La Rocque bewusst zunichte gemacht.

Beide Seiten hatten an diesem Abend erhebliche Verluste erlitten. Von den schätzungsweise 40'000 Aufrührern wurden vierzehn durch Kugeln getötet; zwei erlagen später ihren Verletzungen; etwa 655 wurden verwundet, 236 davon mussten in Krankenhäuser aufgenommen werden, die übrigen wurden ambulant behandelt. Polizei und Garden verloren einen Toten und 1'664 Verwundete. 884 davon konnten nach Behandlung ihrer Wunden wieder ihren Dienst versehen. Die Bewacher der Kammer feuerten 527 Revolverkugeln ab. Die genaue Zahl der von den Aufrührern abgegebenen Schüsse konnte nie mit Sicherheit festgestellt werden¹². Es war die blutigste Auseinandersetzung in den Strassen von Paris seit der Kommune von 1871.

Daladier gibt auf

Daladier, der als Infanterist vier Jahre blutigen Gemetzels miterlebt hatte, war über das Blutvergiessen entsetzt, aber als Regierungschef war es seine Pflicht, die Republik gegen jeden Umsturzversuch, und sei er noch so blutig, zu verteidigen. Kurz vor Mitternacht, als der Place de la Concorde gerade freigekämpft worden war und die Demonstranten sich zu zerstreuen begannen, gab er im Namen der Regierung ein Kommuniqué heraus:

Es liegen Beweise für einen bewaffneten Anschlag auf die Sicherheit des Staates vor... Die Regierung ist entschlossen, für die... Sicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit des republikanischen Regimes zu sorgen.

Nach seiner Berichterstattung beim Präsidenten der Republik begab sich Daladier ins Innenministerium. Dort fand eine improvisierte Sitzung mit den Jungtürken des Kabinetts statt. Anscheinend zählte der Ministerpräsident auf ihre Unterstützung bei der Durchführung strenger Massnahmen zur Niederwerfung des Aufruhrs. Anwesend waren der leidenschaftliche junge Innenminister Frot, der den ganzen Abend an seinem Posten ausgeharrt hatte und nun drastische Massnahmen forderte, Jean Mistler, Guy La Chambre, Pierre Cot, der Justizminister, der Generalstaatsanwalt und sein Stellvertreter. Die meisten der jungen Kabinettsmitglieder forderten dreierlei vom Ministerpräsidenten: 1. die Verkündung des Belagerungszustands, wobei die Armee die Verantwortung für

* Diese Ansicht vertrat auch einer von La Rocques erbittertsten Gegnern, ein Mann vom entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums: der Sozialistenführer Léon Blum. Am 18. Juni 1946 sagte Blum als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus: «Wenn vor allen Dingen . . . die Marschkolonnen (des Croix de Feu), die auf Befehl von Oberst de La Rocque am linken Seineufer vordrang, nicht an der lächerlichen Strassensperre an der Rue de Bourgogne haltgemacht hätte, ist nicht daran zu zweifeln, dass der Aufstand auf das Parlament übergegriffen hätte . . .» Blum fügte hinzu, dass auch die Deputierten «zweifellos» aus der Kammer verjagt und «eine provisorische Regierung ausgerufen worden wäre, wie es an derselben Stelle bereits 1848 und am 4. September (1870) geschah» .

die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz der Republik übernehmen würde; 2. die Einleitung von Strafverfahren gegen die Rädelsführer wegen «Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates»; 3. als Sofortmassnahme diese Rädelsführer in «Vorbeugehaft» zu nehmen.

Daladier, der als Kriegsminister der letzten vier Regierungen über ein Jahr lang mit General Weygand in Fehde gelegen hatte, traute dem Oberkommandierenden der Armee nicht. Er befürchtete, dass sich der überzeugte Royalist als lauwarmer Verteidiger der Republik erweisen könnte. Der Generalstaatsanwalt wandte sich entschieden gegen alle drei Massnahmen, und zwar mit der Begründung, sie seien illegal. Der Belagerungszustand, so beschied er die anderen, könne nicht ohne ein Sondergesetz des Parlaments verkündet werden. Eine Strafverfolgung wegen einer Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates könne erst dann eingeleitet werden, wenn positive Beweise vorlägen. Solche habe er im Augenblick aber nicht, erklärte er. Vorsorgliche Verhaftungen kämen ohne richterliche Verfügung in jedem einzelnen Fall nicht in Frage.

Frot entschloss sich, im dritten Punkt auch gegen das Gesetz vorzugehen. Er rief den Polizeipräfekten an und befahl ihm, jeden Rädelsführer der Unruhen zu verhaften, dessen er habhaft werden konnte. Als Frot sodann berichtete, sowohl die Pariser Stadtpolizei als auch die nationale Polizei seien durch den nächtlichen Einsatz so sehr geschwächt worden, dass sie nicht mehr für die Aufrechterhaltung der Ordnung garantieren könnten, überwand Daladier seine Zweifel hinsichtlich der Armee und ordnete an, das Panzerregiment 512, zwanzig Bataillone Infanterie und zwanzig Schwadronen Kavallerie aus Kasernen ausserhalb der Stadt anrücken zu lassen. Aber auch über diesen Punkt kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Schliesslich änderte der Ministerpräsident seinen Befehl ab und gab Anweisung, die Truppen nur bis Saint-Cloud am Rande der Hauptstadt marschieren zu lassen.

Um 3 Uhr morgens begab sich der todmüde Daladier durch die inzwischen stillen Strassen zu seiner Residenz am Quai d'Orsay.

«Was werden Sie tun?» fragten ihn die Journalisten.

«Die Republik retten», erwiderte er.

Am nächsten Morgen liess er sich das noch einmal durch den Kopf gehen. Zweifel befielen diesen anständigen, aber wankelmütigen Mann, ob er unter den gegebenen Umständen tatsächlich der richtige Mann sei, die Republik zu retten.

Auch die Jungtürken liessen nun Anzeichen von Schwäche erkennen. Frot, der sich nachts so entschlossen gezeigt hatte, jeden neuen Aufruhr niederzuschlagen, hatte am Morgen die Geheimberichte der Polizei gelesen. Sie bedrückten ihn. Polizeiagenten, die in die verschiedenen Ligen eingeschleust worden waren, berichteten, dass die Anführer der Gruppen für den 7. Februar eine noch grössere Demonstration vorbereiteten und dass die Aufrührer diesmal mit Revolvern und Handgranaten bewaffnet sein würden. Es hatte ein wahrer Ansturm auf alle Waffengeschäfte in Paris eingesetzt. In aller Eile waren Tausende verschiedener Waffen gekauft worden. Mehrere Gruppen, so berichtete die Polizei, hätten Frot zum Tode «verurteilt» und seien entschlossen, dieses «Urteil» noch

vor Einbruch der Dunkelheit zu vollstrecken. Da gab der kühne junge Innenminister nach. Ohne seinen Ministerpräsidenten zu unterrichten, rief er den Präsidenten der Republik an: «Die Regierung muss so schnell wie möglich zurücktreten!» Bei dem weinerlichen Lebrun bedurfte es kaum des Zuredens. Danach rief Frot Daladier an und wiederholte seinen Ratschlag.

Noch überraschter war der Ministerpräsident über die Haltung der Jungtürken, als er sich mittags mit ihnen traf. Diese jungen Männer, die noch vor wenigen Stunden so todesmutig gewesen waren, rieten nun ausnahmslos dazu, das Handtuch in den Ring zu werfen. Die Präsidenten von Kammer und Senat sowie Herriot und der Sozialistenführer Frossard erschienen und gaben den gleichen Rat. Inzwischen drängte auch Präsident Lebrun telefonisch Daladier, zurückzutreten, «um einen Bürgerkrieg abzuwenden». Nur Léon Blum, der Chef der Sozialistischen Partei, beschwor ihn, im Amt zu verbleiben und zu kämpfen. Die Republik sei bedroht, sagte er. Dieser Drohung müsse man begegnen. Doch der von allen Getreuen – bis auf Blum – verlassene Ministerpräsident fügte sich der überwältigenden Mehrheit und der Forderung nach seinem Rücktritt. In diesem Augenblick scheint ihn nur der furchtbare Gedanke beherrscht zu haben, er könnte weiteres Blutvergiessen auf den Strassen verursachen. Kurz vor 14 Uhr fuhr er hinüber zum Élysée-Palast und überreichte dem sehr erleichterten Präsidenten Lebrun sein Rücktrittsgesuch. Zum zweiten Male innerhalb von vierzehn Tagen – und in der Geschichte der Dritten Republik – hatte die «Strasse» eine Regierung gestürzt, die von der Mehrheit eines demokratisch gewählten Parlaments unterstützt wurde. In einem Abschlusskommunique erläuterte Daladier der Öffentlichkeit die Gründe für seinen Rücktritt:

Die Regierung, Trägerin der Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, will sich hierzu heute nicht mehr ungewöhnlicher Mittel bedienen, die dazu angetan wären, blutige Zwangsmassnahmen und erneutes Blutvergiessen zu verursachen. Sie wünscht es nicht, gegen Demonstranten Soldaten einzusetzen. Ich habe daher dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts überreicht.

Diese rührende Erklärung enthüllte all die Schwächen der Dritten Republik, der in ihr dominierenden radikalen Politiker und auch Daladiers selbst, den man bisher als den «starken Mann» angesehen hatte. Man kann nicht umhin, die menschliche Haltung des Ministerpräsidenten zu bewundern. Er hatte im Krieg so viel an Blutvergiessen erlebt, dass er jetzt bei der Vorstellung schauderte, Franzosen könnten sich auf den Strassen gegenseitig umbringen. Aber wenn die faschistisch orientierten Aufrührer bei ihrem Bemühen, das Regime zu stürzen, nicht vor Blutvergiessen zurückschreckten – war es dann nicht die Pflicht einer republikanischen Regierung und ihres Ministerpräsidenten, diese Republik notfalls mit Gewalt zu verteidigen? Nach allem, was ich in der vorangegangenen Nacht beim Pöbel beobachtet hatte, insbesondere das Fehlen einer entschlossenen Führung, war ich überzeugt, dass die Zurschaustellung militärischer Macht am nächsten Tag, das Aufmarschieren einiger Tanks und einiger Infanterie- und Kavallerie-

einheiten am Palais Bourbon und an anderen strategischen Punkten, ausgereicht hätte, die Demonstranten einzuschüchtern und sie zu zerstreuen, ohne dass noch ein Schuss gefallen oder ein weiterer Blutstropfen vergossen worden wäre. Aber Daladier wollte keinerlei Machtdemonstration mehr riskieren, nachdem ihn sein mutlos gewordenes Kabinett auf Drängen eines furchtsamen Präsidenten und unter dem Beschuss einer giftigen, reaktionären Presse im Stich gelassen hatte.

Dass die Dritte Republik die Nacht des 6. Februar 1934 überlebte, war grösstenteils ein reiner Glücksfall, wie schon am Abend des 27. Januar 1883, als General Boulanger sie hätte überrumpeln können, und noch einmal später, als Deroulede nahe daran schien, sie zu stürzen. «Drei wunderbare Errettungen» nannte es Blum später. Sie waren überwiegend dem Umstand zu verdanken, dass die jeweiligen Rebellenführer es versäumten, die sich bietenden Gelegenheiten wahrzunehmen.

Am Abend des 6. Februar hielten sich die meisten Anführer der Ligen selbst von den Strassen fern. Sie waren über den Erfolg ihrer Stosstrupps zuerst so erstaunt und dann so erschrocken, dass sie damit nichts anzufangen wussten. La Rocque dirigierte seine Mannen von einem Versteck aus; als ihm klar wurde, wie nahe sie der tatsächlichen Eroberung der Deputiertenkammer waren, befahl er ihnen auf der Stelle sich aufzulösen. Auch die Anführer der Action Française, deren Camelots und andere Gruppen ins dichteste Getümmel gerieten und auch die schwersten Verluste erlitten – allein durch Revolverkugeln vier Tote und sechsundzwanzig Verletzte hielten sich persönlich der Arena fern. Maurras, Chef der Action Française, hatte seinen täglichen Leitartikel geschrieben und sass dann bis zum Morgengrauen in seiner Wohnung über einigen Versen in seinem provenzalischen Heimatdialekt zu Ehren von Daudets Frau Pampille; danach war er von seinen poetischen Anstrengungen so erschöpft, dass er bis zum nächsten Spätnachmittag schlief. Maurice Pujo, der eigentlich die royalistischen Stosstrupps anführen sollte, verschwand schon früh am Abend und blieb sowohl für die Polizei als auch für seine eigenen Freunde zwei Tage lang unauffindbar. Als sich die Ligen am Nachmittag des 7. Februar zu neuen Demonstrationen rüsteten und die jungen Fanatiker der Action Française nach Taten dürsteten, erkundigten sich einige von ihnen bei Maurras, was er von der Lage hielt. Er antwortete: «Aber ich habe doch noch gar keine Zeit gehabt, die Zeitungen zu lesen!»

Die Unentschlossenheit der Royalistenführer liess eine Proklamation des Duc de Guise vom selben Tage noch alberner erscheinen, als sie ohnehin schon war.

Franzosen! Auf fremdem Boden, wo ich nach dem grausamen Gesetz des Exils zu leben gezwungen bin, verneige ich mich tief bewegt vor den Toten und Verwundeten, die unter Einsatz des eigenen Lebens gegen eine schlechte Regierung aufgestanden sind. Um an der Macht zu bleiben ..., hat sie nicht gezögert, auf alte Kriegsteilnehmer zu feuern, auf Kriegsversehrte, auf eine grossherzige Jugend, die Hoffnung des Landes.

Franzosen! Dahin hat euch also die Republik, eine Regierung der Parteien, in sechzig Jahren geführt.

Franzosen aller Parteien und jeglicher Überzeugung, jetzt ist die Stunde gekommen, für das Prinzip der Monarchie einzutreten, auf das sich jahrhundertlang die Grösse Frankreichs begründete und das allein Frieden, Ordnung und Gerechtigkeit gewährleisten kann.

*Im Exil, 7. Februar 1934
Jean, Duc de Guise*

Das verworrene Nachher

Statt des braven Herzogs und einer wiederhergestellten Orleans-Monarchie bekamen die Rebellen nach Daladiers Abgang nur wieder eine andere republikanische Koalitionsregierung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialisten, geführt von dem einundsiebzigjährigen ehemaligen Präsidenten der Republik, Gaston Doumergue. Dieser Mann war Republikaner, Radikaler (wenn auch in hohem Alter ein gemässigter) und noch dazu Protestant und Freimaurer. Er verkörperte all das, wogegen Royalisten und Rechtsradikale angeblich rebelliert hatten. Doumergue war ein eitler, mittelmässiger, inzwischen seniler alter Mann, der als Präsident ebensowohl wegen seines stereotypen Lächelns bekanntgeworden war wie Präsident Lebrun wegen seines ständigen Weinens. Zuerst hatte er Lebruns Bitte abgelehnt, seinen Ruhesitz auf dem Lande zu verlassen und nach Paris zu kommen, um eine «Regierung des Waffenstillstands und der Annäherung» zu bilden. Er sei dafür zu alt und zu müde, sagte er. Aber als ihn die Präsidenten der beiden Kammern und mehrere ehemalige Ministerpräsidenten bedrängten, gab er schliesslich nach. Entscheidend dafür scheint die Intervention Pierre Laval's gewesen zu sein, der den Radikalen immer noch grollte, weil sie ihn zwei Jahre lang von der Regierung ferngehalten hatten. An der Spitze einer Delegation konservativer Abgeordneter hatte er unmittelbar nach Daladiers Rücktritt Lebrun aufgesucht. Als ihm der Präsident, in Tränen aufgelöst, mitteilte, Doumergue habe abgelehnt, griff Laval nach dem Telefon und meldete ein Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten an¹⁵. Seine Überredungskünste scheinen bei Doumergue ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben.

Aber das war nicht alles. Laval half ausserdem mit, den neuen Ministerpräsidenten zu überreden, Marschall Pétain zum Kriegsminister zu ernennen. Daraus sollten sich zwei für die Republik verhängnisvolle Konsequenzen ergeben. Erstens fand der damals Achtundsiebzigjährige zum ersten Male Gefallen an der Politik. Zweitens setzte nun eine eigenartige Zusammenarbeit zwischen dem alternden Marschall und Laval ein, der in der neuen Regierung den Posten eines Kolonialministers übernahm. Nach aussen hin waren die beiden ein höchst ungleiches Gespann, denn was sollte der grosse Kriegsheld mit dem raffinierten, prinzipienlosen Politiker gemeinsam haben, der sich 1914 als extremer linksradikaler Pazifist dem Krieg widersetzt und es fertiggebracht hatte, niemals Soldat zu werden? Schon bald stellten Beobachter fest, dass Pétain Laval als den «Mann von morgen» pries und dass Laval versteckte Andeutungen machte, man würde vielleicht einen Mann von der Grösse des Marschalls brauchen, um das Land zu retten, falls das

schwankende parlamentarische System eines Tages zusammenbrechen sollte. Wahrscheinlich setzte sich bei beiden heimlich der Gedanke fest, dass man einander in einer ungewissen Zukunft wohl noch einmal nützlich sein könnte¹⁴.

Doumergue mit dem berühmten Marschall und einigen früheren Ministerpräsidenten in seinem Allparteienkabinett brachte dem aufgestörten Land vorübergehend Ruhe. Aber es dauerte noch eine ganze Woche, bis die Unruhen abklungen. Die Linke befürchtete nämlich den Erfolg der faschistischen Radaubröder bei ihrem Versuch, die Regierung, wenn nicht gar das Regime zu stürzen, und war fest entschlossen zu beweisen, dass auch ihre Anhänger auf die Strasse gehen konnten um zu verhindern, was in Rom und in Berlin geschehen war.

Obgleich die Chefs der Ligen gleich nach Daladiers Rücktritt ihre Stosstrupps zurückgerufen hatten, setzten sich einige tausend von ihnen, hauptsächlich Camelots und Jeunesse Patriotes, über jegliche Ordnung hinweg und zogen auch am Abend des 7. Februar lärmend durch die Strassen der Hauptstadt. Zu ihnen gesellten sich Tausende von Banditen aus der Pariser Unterwelt. Sie stifteten die übrigen dazu an, Schaufensterscheiben einzuwerfen und Läden zu plündern.

Vier Aufrührer wurden getötet, 178 verletzt. Polizei und Mobilgarde hatten 289 Verwundete zu beklagen.

Aber inzwischen breitete sich bei den Kommunisten ein Zustand der Verwirrung und peinlicher Verlegenheit aus. Ihre Anführer hatten sie am 6. Februar absichtlich an der Seite der faschistischen Ligen auf die Strasse geschickt. Am nächsten Tag wiesen die Kommunisten einen Appell der Sozialisten zurück, gemeinsam am 8. Februar auf dem Place de la Bastille eine friedliche Demonstration gegen den Faschismus abzuhalten. Statt dessen riefen sie zu einer kommunistischen Massenkundgebung auf, die am 9. Februar auf dem Platz der Republik aus «Protest gegen den Faschismus» stattfinden sollte. Diesmal nahm die Polizei Verhaftungen vor, schaffte 1'200 Demonstranten in die Gefängnisse und fand es nicht einmal der Mühe wert, vor der Feuereröffnung Warnschüsse abzugeben. Unter den Kugeln starben vier Demonstranten, vierundzwanzig wurden verwundet. Es war schon ein Unterschied, wem der Schädel eingeschlagen wurde. Die Tagespresse hatte die Polizei wegen ihrer «Brutalität» am 6. Februar scharf angegriffen, aber jetzt beglückwünschte sie die Behörden zu ihrer festen Haltung gegenüber den Kommunisten. Schliesslich veranstaltete die vorwiegend sozialistisch orientierte CGT am 12. Februar einen Generalstreik, um damit ihre «Unterstützung der Republik gegen den Faschismus» kundzutun. Im letzten Augenblick schlossen sich die in die Enge getriebenen Kommunisten dieser Massnahme an. Der Streik legte tatsächlich die öffentlichen Versorgungsbetriebe und die Industrie im ganzen Lande lahm. Vier Streikende wurden von der Polizei getötet, mehrere verwundet. Wie der Parlamentarische Untersuchungsausschuss später feststellte, hielt es die Polizei auch diesmal nicht für nötig, vor der Eröffnung des Feuers Warnschüsse abzugeben. Der Streik beeindruckte selbst die konservative und feindlich eingestellte *Temps*. Er verlief grösstenteils in vorbildlicher Ordnung und schien dem Land doch klarzumachen, dass die organisierten Arbeiter Frankreichs nicht tatenlos

Zusehen wollten – wie es ihre Genossen in Deutschland getan hatten wie die Faschisten den Sturz der demokratischen Republik betrieben.

Eine weitere dunkle Affäre, ein Nachspiel zum Stavisky-Skandal, drohte für einige Zeit die gereizte Öffentlichkeit noch einmal aufzubringen. Kaum vierzehn Tage nach Doumergues Versuch, dem Land die Ruhe wiederzubringen, fand man auf den Schienen der Eisenbahnlinie Paris-Dijon die verstümmelte Leiche eines Pariser Richters, der in die undurchsichtigen Machenschaften um die wiederholte Verschiebung der Gerichtsverhandlung gegen Stavisky beteiligt war. Offenbar hatte man ihn zuerst betäubt und dann gefesselt auf die Schienen gelegt. Volkspresse und rechtsradikale Zeitungen erhoben sofort den Vorwurf, der Richter Dr. Albert Prince sei von den Polizisten der Sûreté auf Veranlassung des früheren Ministerpräsidenten Camille Chautemps und seines Schwagers Pressard ermordet worden, um ihn daran zu hindern, sie als Komplizen in der Affäre Stavisky blosszustellen. Prince war es gewesen, der als Chef der Finanzabteilung der Staatsanwaltschaft, offenbar auf Pressards Anweisung, Stavisky einen neunzehnmaligen Aufschub für seine Verhandlung gewährt hatte.

Die von einer korrupten Presse aufgewiegelte Öffentlichkeit war empört über diesen «Polizistenmord», der der Ermordung Staviskys zu gleichen schien – und hinter dem auch noch das gleiche Motiv steckte: die Beseitigung eines Zeugen für die Korruption im republikanischen Regime. Die Wahrheit kam, wie das bei so vielen ähnlichen Affären in Frankreich der Fall war, niemals vollständig zutage. Jedenfalls blieben viele unbefriedigt. Doch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss gelangte zu dem Schluss, es sei Selbstmord und nicht Mord gewesen. Prince habe «Stavisky durch seine Hinhaltenanöver gerettet» und sich wegen dieser Inkriminierung und verschiedener anderer privater Unregelmässigkeiten in einem Augenblick der Depression entschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Dabei wurde niemals geklärt, wie es der Richter fertigbrachte, sich erst durch Drogen zu betäuben und dann gefesselt auf die Schienen zu legen, bevor ihn der Zug überfuhr.

Die Pariser Presse erlebte erneut einen grossen Tag. Da die Kriminalbeamten, die den Fall bearbeiteten, offenbar schleppend vorgingen, beauftragten die Zeitungen eigene Detektive mit der Aufklärung des Geheimnisses oder vielmehr mit der Beibringung des Beweises dafür, dass Prince ermordet worden war. Als drei berühmte Detektive von Scotland Yard unter Leitung ihres früheren Chefs Sir Basil Thompson, die das Massenblatt *Paris-Soir* beauftragt hatte, den «Mord» zu untersuchen, rasch zu dem Schluss gelangten, es sei Selbstmord gewesen, weigerte sich Jean Prouvost, der Herausgeber der Abendzeitung, dieses Ergebnis zu veröffentlichen. «Ein Selbstmord bedeutet den Verlust von zweihunderttausend Lesern!» rief er aus. «Ich brauche einen Mord!» Daraufhin erläuterte er den erstaunten englischen Detektiven, eine Veröffentlichung ihrer Selbstmordtheorie «würde der öffentlichen Meinung widersprechen, die an ein Verbrechen glaubt oder doch daran glauben will. Die Folge könnte ein Bürgerkrieg in Frankreich sein¹⁵.»

Doch die Leidenschaften, die das Land am Abend des 6. Februar an den Rand eines Bürgerkriegs geführt hatten, waren bereits im Abklingen begriffen, und nicht einmal die üble Affäre Prince konnte sie noch einmal voll anheizen. Die Rechte wie die Linke und die vielen dazwischen dachten nun gründlicher über die Volkserhebung vom Februar nach. Man versuchte, sich über die wahren Ziele Klarheit zu verschaffen und über die Frage, warum der Aufstand, der um ein Haar Erfolg gehabt hätte, doch noch gescheitert war. Man dachte über die Konsequenzen für die Zukunft der Dritten Republik nach. Zumindest in einem Punkt waren sich die ansonsten zerstrittenen Konkurrenten einig: dieser 6. Februar bedeutete einen schicksalhaften Wendepunkt im Leben der Republik, deren weiterer Weg von nun an von einem Aufeinanderprallen der Kräfte bestimmt sein sollte, die an jenem kalten Winterabend auf dem Place de la Concorde Blut geleckt hatten.

Später fand eine offizielle Untersuchung der Ereignisse des 6. Februar durch die Deputiertenkammer und nach dem Krieg eine weitere Untersuchung durch die Nationalversammlung statt. Der Abgeordnete Laurent Bonnevey leitete den Untersuchungsausschuss der Kammer. Gegen Ende 1934 wurden die Ergebnisse bekanntgegeben: Die Demonstranten hätten den «Sturz des Regimes» betrieben. Bonnevey und Lebrun waren sich darin einig, dass die Nation am Abend des 6. Februar an der Schwelle «eines grausamen Bürgerkriegs» gestanden hatte, wie sich Bonnevey ausdrückte¹⁸.

Für den Untersuchungsausschuss, den die Nationalversammlung nach dem Krieg mit der Untersuchung der zum Fall der Dritten Republik führenden Ereignisse der Jahre 1933 bis 1940 beauftragt hatte,

war der 6. Februar eine Revolte gegen das Parlament, ein Anschlag auf das Regime. Es bestand die Absicht, mittels eines allgemeinen Aufstandes die Deputierten zu zerstreuen, die Kammer zu besetzen und im Rathaus von Paris eine autoritäre Regierung auszurufen. Daran lassen der Marsch der Demonstrantenkolonnen auf das Palais Bourbon, die in verschiedenen Stadtgebieten verteilten Flugblätter und die Instruktionen der nationalistischen Ligen keinen Zweifel. Es ging nicht um eine spontane Demonstration, sondern um einen bis ins letzte vorbereiteten Aufstand¹¹.

Hätte sich die Armee bei einem solchen Aufstand ruhig verhalten? Hätte sie sich geweigert, zur Verteidigung der Dritten Republik, gegen die der Oberkommandierende, im Herzen ein Royalist, und mehrere Generäle eine solche Verachtung an den Tag legten, auch nur einen Finger zu rühren? Am Abend des 6. Februar, als Daladier klar wurde, dass er zur Erhaltung seiner Macht und zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Armee brauchen würde, scheint General Weygand auf Nummer Sicher gegangen zu sein. In seinen Memoiren berichtet er, er sei an jenem Abend in seiner Wohnung geblieben, aber «über die wichtigsten Vorfälle und die vom Generalstab in Übereinstimmung mit dem Kriegsministerium vorgenommenen Truppenbewegungen» laufend unterrichtet wor-

den¹⁸. Er gab sich also damit zufrieden, die Ereignisse zu beobachten, und unternahm selbst nichts, dem Ministerpräsidenten zu versichern, dass die Armee zur Verteidigung der verfassungsmässigen Regierung bereit sei.

Es gibt keine Beweise dafür, dass General Weygand irgendwie mit einer Verschwörung zum Sturz der Regierung oder des Regimes in Verbindung stand, auch wenn General Gamelin, sein Stellvertreter, diese Möglichkeit andeutet. In einem Bericht über eine stürmische Besprechung mit seinem Chef, die am 17. Dezember 1933, etwa sechs Wochen vor dem Februaraufstand, stattfand, schreibt er, Weygand habe Daladier persönlich und seine Regierung ganz allgemein heftig angegriffen, und er, Gamelin, habe sie verteidigt. Er fügt hinzu: «Ich hatte den Eindruck, dass dem Minister eine Falle gestellt werden sollte, wenn es sich nicht gar um eine Art Verschwörung mit politischem Hintergrund handelte¹⁹.»

Wenn schon ein royalistischer Oberkommandierender mit der rechtmässig gewählten Regierung in Streit liegt, kann es nicht verwundern, dass Daladier daran zweifelte, ob er am Abend des 6. Februar zur Herstellung der Ordnung auf die Armee zählen durfte. Weygands Name soll weit oben auf der Liste von Verdächtigen gestanden haben, deren Verhaftung am 7. Februar das Kabinett Daladier vorgesehen hatte²⁰. Gamelin selbst glaubte zeitweilig, sein Eintreten für die Regierung gegen Weygand habe ihn seine militärische Karriere gekostet; er wäre 1935 als Oberkommandierender an der Reihe gewesen, wenn sich Weygand nach Erreichen der Altersgrenze zur Ruhe setzen musste. Gamelin berichtet: «Ich war jedenfalls als der Militärbefehlshaber abgestempelt, der sich nicht in ein Komplott gegen die rechtmässige Regierung würde hineinziehen lassen. Damit wäre mir der höchste Posten versperrt geblieben, oder man hätte sich meiner zumindest bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder entledigt²¹.» Diese Bemerkung des Generalstabschefs, des zweithöchsten Offiziers der Armee, ist sehr bezeichnend für die Einstellung der Militärhierarchie gegenüber der republikanischen Regierung im Jahre 1934.

Die drei noch lebenden Marschälle von Frankreich standen zwar nicht mehr in aktivem Dienst, aber sie übten auch weiterhin aufgrund ihres Prestiges einen gewaltigen Einfluss auf das Offizierkorps aus. Keiner von ihnen war der radikalen Regierung sehr gewogen, und Lyautey sowie Franchet d'Espèrey verabscheuten das ganze Regime. Lyautey hatte am 7. Februar gedroht, er werde eine Gruppe der Jeunesse Patriotes, deren Schutzherr er war, persönlich gegen die Kammer führen, falls Daladier nicht zurücktrete. Marschall Franchet d'Espèrey sollte sich schon bald für zwei Geheimorganisationen interessieren. Eine existierte innerhalb der Armee und wurde von Loustauneau-Lacou, einem Adjutanten Marschall Pétains, geführt, die andere stand in enger Verbindung mit den bewaffneten Streitkräften. Die erste Organisation nannte sich «Corvignolles» und verfügte über geheime Zellen innerhalb der ganzen Armee. Die zweite hiess cs AR (*Comité Secret d'Action Revolutionäre*). Im Volksmund nannte man sie «La Cagoule», ihre Mitglieder hiessen «Les Cagouards», die «Kapuzenmänner». Hierbei handelte es sich um eine ausgesprochene Terroristengruppe, die vor Morden und Sprengstoffanschlägen nicht zurück-

schreckte. Ihr Ziel bestand im Sturz der Republik und der Errichtung eines autoritären Regimes nach dem Modell des faschistischen Mussolini-Staates. Von dieser Seite stammten auch viele Waffen und der grösste Teil der geheimen Gelder der Organisation. Im Auftrag der italienischen Faschisten ermordete die Organisation zwei im Exil lebende italienische Antifaschisten. Ihr Führer war der frühere Schiffsingenieur Eugene Deloncle, Leiter der militärischen Abteilung der pensionierte Luftwaffengeneral Duseigneur. Marschall Franchet d'Espèrey sollte einer der wichtigsten Verbindungsleute zwischen den beiden Gruppen werden und wesentlich zur Beschaffung von Geldmitteln beitragen. Marschall Pétain wurde durch Loustauneau-Lacou über die Arbeit der Geheimorganisationen auf dem laufenden gehalten. Den beiden Marschällen konnte kaum der Umstand entgangen sein, dass beide Geheimorganisationen, insbesondere die Cagoule, Vorgaben, antikommunistisch zu sein, dass sie aber gleichzeitig auch antirepublikanisch waren. Soweit sich feststellen lässt, stand Pétain, der populärste und einflussreichste der drei Marschälle, zwar mit einigen der Ligen in Verbindung, hatte aber keinen Anteil an den Unruhen vom 6. Februar. Bedeutsam waren diese Ereignisse für ihn aber insofern, als sie ihn als Kriegsminister in die nachfolgende Regierung brachten und für ihn im Alter von achtundsiebzig Jahren den Beginn einer politischen Laufbahn bedeuteten. Aber hätte er nicht, wenn die Ligen am 6. Februar ihre Ziele erreicht hätten, vielleicht doch eine Schlüsselrolle im neuen Regime gespielt? Das nahm zumindest ein französischer Staatsmann an.

«Wie hätte sich die provisorische Regierung zusammengesetzt?» Diese Frage stellte sich Léon Blum, als er nach dem zweiten Weltkrieg vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung über die Krise vom 6. Februar 1934 aussagte. «Ich weiss natürlich nicht, welcher Art Marschall Pétains Beziehungen zu den Organisatoren der Unruhen gewesen sein mögen *. Aber ich glaube sicher, sein Name hätte mit auf der Kabinettsliste der neuen Regierung gestanden, zusammen mit dem Pierre Lavals und sicherlich auch André Tardieus²².»

Die Militärhierarchie und die Welt der Grossunternehmer und Finanziers waren nicht die einzigen Säulen der Nation, deren führende Persönlichkeiten an der Republik verzweifelt und in manchen Fällen daran mitarbeiteten, sie zu untergraben. Die freie Presse, die

* Blum scheint dabei nicht gewusst zu haben, dass der Marschall durch einen seiner Militäradjudanten Kontakte zu La Rocque, dem Anführer von *Croix de Feu*, unterhielt; seinen Kontakt zur Bewegung *Redressement Français* verdankte er Raphael Alibert, einem fanatischen Royalisten ohne politischen Verstand, den Pétain um diese Zeit allmählich als politischen Ratgeber an sich zog; auch zur *Action Française* unterhielt er Kontakte und verhalf ihrem Anführer Maurras 1938 zur Wahl in die *Académie Française*; er nannte ihn einmal den «französischen aller Franzosen». Alle drei hatten aktiv Anteil an den Demonstrationen des 6. Februar. Maurras vertraute damals seinen Freunden an: «Wir müssen Pétain an die Macht bringen. Er wird uns den König wiederbringen.» Nach dem 6. Februar sah eine immer grössere Anzahl führender Politiker der extremen Rechten in Pétain den Mann, der imstande war, Frankreich vor der Anarchie der radikalen Republik zu retten. Ein Jahr später veröffentlichte Gustave Herve unter Aliberts Einfluss eine Broschüre mit der Überschrift: «Pétain ist es, den wir brauchen!» Sie wurde ein Bestseller. Aber die Verwirrung in Frankreich ging so weit, dass nicht nur die Reaktionäre in Pétain den Retter sahen. Einige Linksradikale waren der gleichen Auffassung. 1935 vertrat auch der linksextreme Radikalsozialist Pierre Cot in einem Zeitschriftenartikel die Meinung, der berühmte Marschall wäre wohl als einziger in der Lage, Frankreich zu retten". John Günther, ein amerikanischer Beobachter, schrieb seinerzeit über Frankreich: «Pétain ... ist ein ‚linkert General, das heisst ein guter Republikaner‘.»

zumeist die Ansichten der Grossindustriellen und Bankiers widerspiegelte, von denen viele die antiparlamentarischen Ligen finanzierten, trägt ebenfalls eine schwere Verantwortung für die Ereignisse des 6. Februar. Fast ein Jahrzehnt lang hatten die grossen Tageszeitungen von Paris die Öffentlichkeit durch ihre pausenlosen Angriffe auf das Parlament und die radikalen Regierungen gegen die Republik aufgewiegelt. Anfang 1934 hatten sie den Boden für drastische Massnahmen gegen die Deputiertenkammer bereitet. Ihren Einfluss auf die Entzündung des Aufruhrs mag man an der Tatsache messen, dass der 6. Februar in der Provinz, wo fast alle Tageszeitungen sozialistisch ausgerichtet und gegen die neue Welle des Faschismus eingestellt waren, ruhig verlief und die Nachrichten von der versuchten Erstürmung der Deputiertenkammer nicht nur Überraschung, sondern auch Erschrecken auslösten.

Die rechtsradikalen Tendenzen der grossen Pariser Tageszeitungen wurden durch gewisse neugegründete Wochenschriften unterstützt, deren Auflage und Einfluss um die Mitte der dreissiger Jahre rapide Zunahmen. *Candide*, 1924 gegründet, und die vier Jahre später ins Leben gerufene *Gringoire* erreichten um 1934 Auflagen von einer halben Million. Die beiden Wochenschriften – ganz besonders *Candide* – waren von hoher literarischer Qualität und brachten Beiträge der bekanntesten französischen Schriftsteller. Dabei wurden sie allmählich immer reaktionärer, faschistenfreundlicher und judenfeindlicher und damit der Mittelpunkt der hinterhältigsten Propaganda gegen die parlamentarische Republik und ihre führenden Politiker. *Gringoire* gehörte Horace de Carbuccia, dem Schwiegersohn des Pariser Polizeipräfekten Chiappe. Sie wandte sich nach der Entlassung des Polizeichefs im Februar 1934 mit besonders heftigen und abwegigen Angriffen gegen das Regime. Zwei Jahre später trieb sie Innenminister Roger Salengro in den Selbstmord, indem sie ihn in frei erfundenen Artikeln beschuldigte, als Soldat 1915 zu den Deutschen desertiert und danach von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden zu sein. Unermüdlich hetzte die Zeitschrift gegen die Demokratie, die «Korruption» in Parlament und Regierung und gegen die Briten. Einer der Redakteure, Henri Beraud, erregte einmal im ganzen Lande Aufsehen durch die Schlagzeile auf der Titelseite: «SOLLTE MAN ENGLAND VERSKLAVEN?» Das faschistische Italien war für das Blatt das grosse Idol und die einzige Hoffnung; mit der Zeit trat Deutschland an die Stelle Italiens. Mit ihrer grossen Leserschaft trugen *Candide* und *Gringoire* wesentlich dazu bei, die öffentliche Meinung gegen die Republik einzunehmen. Die beiden Wochenschriften wurden die Lieblingslektüre einer grossen Anzahl von Offizieren in Armee und Marine.

Genauso beliebt bei Armee- und Marineoffizieren und sogar auch bei den Mannschaften war eine dritte Wochenzeitschrift, die 1930 gegründete *Je suis partout*. Wie *Candide* und *Gringoire* glitt sie allmählich zur extremen Rechten ab und gebärdete sich nach dem 6. Februar offen faschistisch. Mussolini und Hitler wurden verherrlicht, die westlichen Demokratien und die Juden verdammt, das Ende der Republik gefordert. Bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs gehörten etwa dreihundert Soldatenklubs zu den regelmässigen Abonnenten, und zweihundert weitere hatten Abonnements angemeldet²⁵.

Da derartige Wochenschriften ihr Gift verspritzten und die grossen Tageszeitungen ihr gerütteltes Mass dazu beitrugen, ist es nicht verwunderlich, dass die öffentliche Meinung in Frankreich immer mehr in eine Richtung manipuliert wurde, wo sie die Republik verächtlich machte und ihrer Politik immer zynischer gegenüberstand. Bald war es ihr gleichgültig, ob diese Republik am Leben blieb oder nicht. Wie der gemässigte Historiker René Rémond es einmal ausdrückte: Diese allgemein informierenden Tageszeitungen mit hoher Auflage «gehorchten den gleichen Leidenschaften, förderten die gleichen Vorurteile, sahen die Welt durch die gleiche Brille» wie die ausgesprochen rechtsextremen Tagesblätter. «Die rechtsgerichtete Presse ist es, die die Meinung bildet», fügt er hinzu. «Der Durchschnittsfranzose mochte zwar links wählen, aber er las zumeist eine der rechtsradikalen Zeitungen, die immer mehr zum Faschismus hintendierten²⁶.»

Die Unruhen des 6. Februar leiteten zwei Entwicklungen ein, die die Spaltung in Frankreich noch vertieften: das rasche Anwachsen von *Croix de Feu* auf der Rechten und den Aufstieg der Volksfront auf der Linken. Von diesem kalten Wintertag des Jahres 1934 an schien die Nation unwiderrufflich zweigeteilt zu sein²⁷.

Nachwirkungen: Die Kluft wird breiter 1934-1936

Während der ganzen zwei Jahre nach den Unruhen auf dem Place de la Concorde rüsteten sich sowohl die extreme Rechte als auch ein grosser Teil der Linken für die entscheidende Auseinandersetzung. Die notwendigerweise konservativ ausgerichteten Koalitionsregierungen der «Verständigung» sahen sich zwischen zwei Mühlsteinen und wagten es nicht, der verschlechterten innen- und aussenpolitischen Lage ins Auge zu sehen.

Die nur knappe Niederlage der rechtsradikalen Ligen am 6. Februar hatte weite Kreise der Linken auf die Gefahren hingewiesen, die von Seiten des Faschismus drohten. Sie waren entschlossen, dafür zu sorgen, dass er in Frankreich nicht – wie in Italien und Deutschland – triumphieren sollte.

Innerhalb eines Monats bildeten drei bekannte Intellektuelle, der Philosoph «Alain» (Emile Chartier), ein Radikalsozialist, der Physiker Paul Langevin, ein Sozialist, und der Ethnologe Paul Rivet, der mit den Kommunisten sympathisierte, einen antifaschistischen Sicherheitsausschuss der Intellektuellen (*Comité de vigilance des intellectuels anti-fascistes*), der schon nach kurzer Zeit 8'000 Mitglieder zählte. Auf der Seite der Politiker taten sich drei Deputierte zur Gründung einer «Antifaschistischen Gemeinschaftsfront» zusammen: der Radikalsozialist Gaston Bergery, der Sozialist Georges Monnet und der Kommunist Jacques Doriot. Ihre Parteien waren damit nicht einverstanden. Doriot wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, Bergery musste aus seiner Partei austreten, und auch Monnet fiel bei seinen Parteifreunden in Ungnade. Ganz besonders die Kommunistenführer waren wütend über solche «Abweichungen» von der Parteilinie, nach deren Sprachregelung die Sozialisten immer noch «Sozial-Faschisten» waren. Aber die drei Männer hatten den ersten Grundstein zur Volksfront gelegt.

Auf der extremen Rechten versuchten die Ligen ihre Erfolge vom 6. Februar durch die Bildung einer Nationalen Front auszunutzen. Aber nur zwei Gruppen, *Solidarite Francaise* und *Jeunesses Patriotes*, traten ihr offiziell bei. Die *Action Française* fand sich lediglich zu stillschweigender Unterstützung bereit. *Croix de Feu* wollte mit der Nationalen Front überhaupt nichts zu tun haben.

Oberst La Rocques Liga profitierte am meisten von den Ereignissen des 6. Februar, bei denen sie eine so mysteriöse Rolle – oder gar keine – gespielt hatte. Zehntausende von Franzosen schlossen sich ihr oder ihren Unterorganisationen an. Die wichtigste davon nannte sich «Nationale Freiwillige» und wurde aus jungen Männern gebildet, die noch nicht im Weltkrieg mitgekämpft hatten. 1936 hatte Croix de Feu rund zwei Millionen

Mitglieder. Es war nicht mehr in erster Linie eine rechtsradikale Vereinigung von Kriegsveteranen, sondern eine Massenbewegung. Im Oktober 1935 nahm die Liga den Namen *Mouvement Social Français* an. Von hier war es nur noch ein Schritt bis zur endgültigen Bezeichnung *Parti Social Français*, die sie annahm, als die Regierung endlich sämtliche rechtsextremen Ligen auflöste.

Als Volksbewegung und dann als politische Partei hatte sie mehr Mitglieder als jede andere Organisation in Frankreich. Aber gerade ihr Erfolg bei der raschen Bildung einer Massengefolgschaft verwässerte ihre Schlagkraft. Die meisten der Hunderttausende von braven Bürgern, die sich um ihre Fahnen scharten, taten es nur, weil diese Partei offenbar eine Gesellschaftsordnung versprach, die sich auf die alten Tugenden Ordnung, Ehrlichkeit, Nationalismus und Patriotismus gründete, und weil sie über den ursprünglichen Ruf, eine Organisation der Strassenkrawalle zu sein, längst hinausgewachsen war. La Rocque predigte und schrieb zwar sehr ausführlich – er war ein schlechter Autor und ein noch schlechterer Redner – davon, dass man dem Land politische, wirtschaftliche und soziale Reformen aufzwingen müsse, um Einigkeit, Stabilität, Wohlstand und moralische Grösse wiederherzustellen, aber er drückte sich, was die Details betraf, sehr vage aus. Dabei drängt sich einem der Schluss auf, dass der gutaussehende Oberst selbst nicht wusste, was er eigentlich wollte, es sei denn vielleicht, die Uhren zurückzudrehen. Trotz der gewaltigen Mitgliederzahl war seine Bewegung im Parlament praktisch nicht vertreten und blieb politisch daher unwirksam. Nachdem sie sich im Oktober 1935 bereit gefunden hatte, die Waffen abzuliefern, fehlten ihr auch noch die Mittel, auf direkterem Wege, gewaltsam, an die Macht zu gelangen. Vermutlich hat René Rémond recht, wenn er sagt, die Bewegung *Croix de Feu* sei kaum noch mehr als das Spiel politischer Pfadfinder. Die meisten ihrer unruhigen jungen Männer traten bald aus und schlossen sich militanteren rechtsradikalen Organisationen an, wie zum Beispiel der Terroristengruppe *Cagoules*, die den gewaltsamen Sturz der Republik geschworen hatte. Sie warfen La Rocque wegen des Fehlens eines kraftvollen Programms «moralischen Schwindel» vor. Die Linke betrachtete La Rocque jedoch eingedenk der Ereignisse in Italien und Deutschland immer noch als einen potentiellen Mussolini, wenn nicht gar Hitler. Ihre führenden Köpfe schreckte die Masse von Anhängern, die er in so kurzer Zeit gewonnen hatte. Während der Jahre 1934 und 1935 gaben sie sich alle erdenkliche Mühe, die eigene Uneinigkeit und das gegenseitige Misstrauen zu überwinden.

Unter grossen Schwierigkeiten und Schmerzen begann sich allmählich die Volksfront – *Le Front Populaire* – zu formen.

Die Geburt der Volksfront

Zur Überraschung der meisten Franzosen, insbesondere aber der Sozialistenführer, revidierte die Kommunistische Partei ihren ursprünglichen Standpunkt und übernahm dabei die führende Rolle. Nach dem 6. Februar hatten die Kommunistenführer noch vier Mo-

nate lang die Sozialistische Partei verleumdet, ihr vorgehalten, sie verkaufe die Arbeiter an das Bürgertum, und die Mitglieder aufgefordert, auszutreten und sich den Reihen der Kommunisten anzuschliessen. Im Juni 1934 änderten sie plötzlich ihre Taktik. Die Kommunistische Partei lud die geschmähten Sozialistenführer zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Faschismus ein.

Das Signal zu der Kehrtwendung kam aus Moskau. Ende Mai forderte die in Moskau erscheinende *Prawda*, das Organ der sowjetischen Kommunistischen Partei, eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten, insbesondere in Frankreich, gegen die faschistische Gefahr. «Es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse», schrieb die *Prawda*, «sich einer solchen Einheitsfront zu widersetzen.» Nach eineinhalb Jahren war Moskau endlich auf die Bedrohung aufmerksam geworden, die vom nationalsozialistischen Deutschland ausging. Die Leitung der Kommunistischen Partei in Paris reagierte sofort. Am 31. Mai druckte die Parteizeitung *L'Humanité* den *Prawda*-Artikel nach. Noch am selben Tage forderte die Partei die Sozialisten in einem Schreiben zu gemeinsamen Gesprächen auf. Der Sozialistenführer Léon Blum fürchtete eine Falle. Er und seine engeren Freunde standen dem plötzlichen Kurswechsel äusserst skeptisch gegenüber. Dennoch erklärte sich Blum widerstrebend zu einem Treffen mit seinen bisherigen Feinden von links bereit. Von seinen eigenen Anhängern ging ein immer stärkerer Druck aus: Man befürwortete die Einigung der Arbeiterklasse in irgendeiner Form. Die sozialistischen Arbeiter im Raum Paris stellten diese Forderung in aller Offenheit.

Am 14. Juli, mitten in den Feiern zum Tag der Bastille, traten die Führer der beiden Parteien zu ihrem entscheidenden Gespräch zusammen. Die Kommunisten zeigten sich so verständigungsbereit, dass Blum ebenso überrascht wie fassungslos war. Er suchte nach einer «intellektuellen Erklärung» dafür. Am 27. Juli wurde in Paris ein Pakt der beiden marxistischen Parteien unterzeichnet. Er sah gemeinsames Vorgehen gegen die faschistischen Ligen vor, ihre Entwaffnung und Unterdrückung, die Auflösung der Kammer, die Einführung der Verhältniswahl, das Ende der Regierung mittels zahlloser Verordnungen, den Widerstand gegen «Kriegsvorbereitungen» und ein Ende der eigenen Streitereien zwischen den beiden Parteien. Ein Ausschuss, bestehend aus je sieben führenden Mitgliedern beider Parteien, wurde mit der Durchführung der Vereinbarung beauftragt. Wichtiger als das, worauf man sich einigte, war die Tatsache dieser Einigung an sich. Sie beendete den dreizehn Jahre dauernden Bruderkampf zwischen den beiden Arbeiterparteien in Frankreich. Und sie ebnete den Weg für die Volksfront.

Überraschenderweise waren es noch mehr die Kommunisten als die Sozialisten, die nunmehr darauf drängten, die erweiterte Volksfront müsse auch die Radikalsozialisten einbeziehen, die stärkste Partei in der Kammer und – trotz des Namens – die Repräsentanten des ländlichen Kleinbürgertums. Ohne die Unterstützung dieser dritten Partei und überhaupt ohne ein Bündnis der Arbeiterklasse mit jenem grossen Teil des Mittelstandes, der seine Stimme den Radikalen gab, durfte sich keine gemeinsame Front Hoffnungen hingeben, eine Mehrheit in der Deputiertenkammer zu erreichen und an die Regierung zu gelangen. Die Radikalen betrachteten das plötzliche Hofieren der Kommunisten ebenso

misstrauisch wie die Sozialisten, doch die Kommunisten liessen in ihrer Werbung nicht locker. Am 10. Oktober 1934 forderte Maurice Thorez im Namen seines Zentralkomitees «eine breite *Front Populaire* zum Kampf gegen den Faschismus und für Arbeit, Freiheit und Frieden». Dabei verlieh er der Bewegung übrigens auch ihren endgültigen Namen. Bisher hatte sie sich *Rassemblement Populaire* genannt. «Front» war eine militantere Bezeichnung. Allmählich erwärmten sich viele der radikalen Politiker im Parlament, die mit der Mitwirkung ihrer Partei in den konservativen Koalitionsregierungen von Doumergue, Flandin und Laval immer unzufriedener waren, für die Appelle der Kommunisten. Gemeinsam mit Sozialisten und Kommunisten riefen sie die alte *delegation des gauches* aus der Vorkriegszeit wieder ins Leben, um die Massnahmen der linksgerichteten Parteien im Parlament gegen die Regierungspolitik zu koordinieren.

Es gab noch einen weiteren Grund für die abrupte Kehrtwendung der Kommunisten und ihre neue Politik einer Arbeitsgemeinschaft mit den Linken und dem liberalen Mittelstand. Er war in Moskau zu suchen. Anders als bei den französischen Kommunisten stieg bei Stalin immer mehr die Furcht vor Hitler-Deutschland. Nachdem er im Mai 1934 in der *Prawda* das erste Signal für eine neue Parteilinie gegeben hatte, erfolgte jetzt, am 15. Mai 1935, ein noch deutlicheres Zeichen. Aus Anlass des Abschlusses des französisch-sowjetischen Paktes, auf dessen Vorgeschichte wir gleich noch eingehen, gab Stalin auf Betreiben von Aussenminister Laval eine kurze Erklärung ab, die mit einem Schlag die politischen Grundsätze nicht nur der französischen Kommunisten, sondern weitgehend auch die der französischen Sozialisten erschütterte. Die Erklärung lautete: *Die von Frankreich verfolgte nationale Verteidigungspolitik mit dem Ziel, die Kampfkraft in dem für die Sicherheit erforderlichen Masse zu erhalten, findet Stalins Verständnis und volle Zustimmung.*»

Für den sowjetischen Diktator war das lediglich eine Frage der Vernunft. Sowjetrußland konnte kaum einem deutschen Angriff standhalten, wenn Frankreich im Westen nicht über eine starke Armee verfügte. Aber die französischen Kommunisten hatten sich, wie auch die Sozialisten, nicht nur einer Stärkung der nationalen Streitkräfte, sondern überhaupt der Konzeption der nationalen Verteidigung bisher widersetzt. Erst vor knapp einem Jahr hatte Thorez in der Kammer den traditionellen kommunistischen Standpunkt bekräftigt: «Wir sind gegen die nationale Verteidigung. Wir sind Anhänger Lenins und des revolutionären Defätismus.» Er hatte an die Sozialisten appelliert, sich der Gewährung von Militärkrediten «für diese kriegstreiberische Regierung» zu widersetzen. Noch zwei Monate vor Stalins Diktum hatte Thorez kurz und bündig erklärt, die Kommunisten würden selbst im Falle einer Besetzung Frankreichs nicht einen «von kapitalistischen und imperialistischen Mächten angezettelten» Krieg unterstützen.

Jetzt, im Mai 1935, schwenkte er auf die von Stalin vorgezeichnete neue Linie ein, und zwar nicht nur aus Gehorsam, sondern mit echter Begeisterung. Er liess durch seine Partei in den Strassen von Paris grosse Plakate mit der Aufschrift anbringen: «STALINE A RAISON! STALIN HAT RECHT!»

Die politische Kehrtwendung des bolschewistischen Diktators erstaunte den Sozialisten

Léon Blum sehr und brachte ihn in nicht geringe Verlegenheit. In seinen Augen war sie höchst «unglücklich». Die Sozialisten hatten sich in der Kammer stets der Wiederaufrüstung Frankreichs widersetzt – trotz Hitlers fieberhaften Rüstungsanstrengungen jenseits der Grenze und trotz Hitlers kühnem Handstreich vom 16. März desselben Jahres, mit dem er sich über die militärischen Einschränkungen des Versailler Vertrags hinwegsetzte und den Aufbau einer neuen deutschen Armee von sechsunddreissig Divisionen sowie die allgemeine Wehrpflicht verkündete. Blum erklärte lahm: «Wir verneinen zwar nicht die Pflicht, den Boden unseres Vaterlandes gegen eine Invasion zu verteidigen, aber wir wollen uns keineswegs mit der militärischen Planung der Bourgeoisie identifizieren.»

Die neue Parteilinie der Kommunisten, nach der sie künftighin die Wiederaufrüstung und die Stärkung der Truppe unterstützen würden, machte es den Radikalsozialisten und anderen liberalen bürgerlichen Parteien leichter, sich mit ihnen zu einer gemeinsamen Front zusammenzuschliessen. Nun brauchte man nicht mehr zu befürchten, dass die Kommunisten im Falle eines deutschen Angriffs die Landesverteidigung sabotieren würden. Innerhalb der nächsten Wochen wurde eine breite Einheitsfront der Linken geschaffen. Am 12. Juni beschloss die Sozialistische Partei auf ihrem Jahreskongress in Mulhouse einstimmig die Förderung einer gemeinsamen Front. Am 14. Juni einigten sich die beiden rivalisierenden Gewerkschaftsgruppen, die sozialistisch orientierte CGT und die kommunistische CG TU, auf die Wiederaufnahme von Fusionsgesprächen. Am 17. Juni wurde das *Comité du Rassemblement Populaire* unter der Präsidentschaft von Victor Basch, dem Präsidenten der Liga für Menschenrechte, gebildet. Am Nationalfeiertag des 14. Juli wollte man eine Massendemonstration veranstalten, eine Zusammenfassung «aller zur Verteidigung der Freiheit entschlossenen Kräfte». Nicht nur die drei grossen Linksparteien, Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten, und die zwei Gewerkschaftsorganisationen sagten ihre Unterstützung zu, sondern darüber hinaus noch ein Dutzend verschiedener Gruppen von Intellektuellen, Schriftstellern, Künstlern und anderen Liberalen. Selbst so ausgefallene Organisationen wie *Les Travailleurs sans Dieu*, *Les Amis des fetes du peuple*, *L'Union naturiste de France* und *L'Association pour l'émancipation de la Corse* baten, an dem grossen Aufmarsch am 14. Juli teilnehmen zu dürfen.

Es wurde eine der eindrucksvollsten Demonstrationen, die die Republik je erlebt hatte. In Paris marschierten Hunderttausende von dem Place de la Bastille zu den Cours de Vincennes, und in Dutzenden von Provinzstädten fanden sich gewaltige Menschenmengen zu Kundgebungen zusammen. In der Hauptstadt versammelten sich 10'000 Delegierte der verschiedenen Volksfrontorganisationen zu einer Kundgebung für Frieden und Freiheit und legten einen feierlichen Eid ab:

Im Namen des französischen Volkes, das sich heute in unserem ganzen Lande versammelt hat, legen wir, die Delegierten oder Mitglieder des Rassemblement Populaire vom 14. Juli 1935 –

inspiriert von der einmütigen Entschlossenheit, den Arbeitern Brot, der Jugend Arbeit und der Welt den Frieden zu geben – den feierlichen Eid ab, einig zu bleiben, die aufwieglerischen Ligen zu entwaffnen und aufzulösen, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen und weiterzuentwickeln und der Menschheit den Frieden zu sichern.

Daladier, der die Radikalsozialisten gegen Herriots Willen in die Volksfront geführt hatte, marschierte Seite an Seite mit Thorez und Blum und grüsste wie sie die jubelnden Menschenmengen am Strassenrand mit dem antifaschistischen Gruss, der geballten Faust. «Ich vertrete das Kleinbürgertum», sagte er zu den Organisatoren der Demonstration, «und ich erkläre, dass Mittelstand und Arbeiterklasse natürliche Verbündete sind.»

Die grossen Kundgebungen, die an diesem sommerlichen Bastilletag in ganz Frankreich und insbesondere in Paris stattfanden, zeigten deutlich, dass die demokratische Republik trotz all ihrer Mängel und aller Korruption beim einfachen Volk immer noch massive Unterstützung fand. Damit sollte kundgetan werden – und das wurde es auch –, dass sich die grosse Mehrheit des französischen Volkes nicht widerstandslos einer faschistischen Machtübernahme beugen würde, wie es das deutsche Volk jenseits des Rheins und das italienische Volk jenseits der Alpen getan hatten. Doch in Frankreich ging es den Massen nicht nur darum, dem Faschismus Einhalt zu gebieten. Sie verlangten ein «New Deal» auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Das versprach die Volksfront, von der man behaupten darf, dass sie an jenem sommerlichen Festtag des Jahres 1935 geboren wurde. Es sollte noch weitere sechs Monate dauern, bis die führenden Köpfe ein Programm ausgearbeitet hatten, aber eine gemeinsame Front war immerhin gestartet, und sie weckte bei den Massen ungeheure Begeisterung. Sie war eine neue und dynamische Kraft im Leben der Republik, die schon todkrank zu sein schien. Millionen schöpften neue Hoffnung. Die Volksfront versprach einen Ausweg aus der Depression, die gerade die Armen am schwersten belastete. Und sie versprach die längst überfällige Grundüberholung der antiquierten, unzulänglichen und ungerechten sozialen und wirtschaftlichen Struktur der französischen Gesellschaft.

Die Wohlhabenden wurden von einer immer hysterischeren Angst vor dem Kommunismus und der neuen Agitation in den unteren Volksschichten gepackt. Für sie bedeutete die Volksfront eine unmittelbare Bedrohung ihrer Vermögen und Vorrechte. So begannen sich beide Seiten mit aller Entschlossenheit auf den Wahlkampf im Frühjahr 1936 vorzubereiten. Vom Ausgang dieser Wahlen sollte es abhängen, welche Seite regieren würde und vielleicht sogar, welche Art von Republik Frankreich haben sollte.

Ferment für Reformen und die Synarchisten

Auch ausserhalb der politischen Parteien, der Gewerkschaften und der Linksintellektuellen einerseits und der Ligen sowie ihrer Geldgeber und intellektuellen Parteigänger

andererseits (die extreme Rechte hatte nämlich, hauptsächlich dank Maurras von der Action Française, zahlreiche Schriftsteller, Journalisten und Lehrer angelockt) gab es eine grössere Anzahl Einzelner der verschiedensten politischen Schattierungen oder auch ohne politische Bindung, die sich in Gruppen zusammenfanden und Gedanken darüber machten, wie man das Land aus der schädlichen Spaltung herausführen und aus dem moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Dilemma erretten könnte.

Doch diese Gruppen und selbst die Angehörigen einer Gruppe untereinander konnten sich auf keinen vernünftigen gemeinsamen Kurs einigen. Die Zeitschriften der einzelnen Gruppen, darunter einige von hohem literarischem Rang, trugen diese Verwirrung ins Land hinaus, aber sie erregten nur wenig Interesse bei den Massen, nicht einmal bei den Politikern. Allein schon die Bezeichnungen der Schriften, die um die Mitte der dreissiger Jahre aufkamen, waren bezeichnend: *L'Homme Nouveau*, *L'Ordre Nouveau*, *Plans*, *Réaction*, *Esprit*, *Combat*, *Nouveau Cahiers*. Die verschiedenen Programme und Manifeste beleuchteten einen Dschungel widersprüchlicher Ideen. Wenn sie tatsächlich etwas gemeinsam hatten, dann war es die feindselige Haltung gegenüber dem liberalen Kapitalismus, dem Kommunismus und dem Sozialismus; obgleich die meisten dieser Zeitschriften über den Faschismus herzogen, erinnerten ihre Reformvorschläge für Staat, Regierung und Gesellschaft doch sehr an das Gedankengut, dem man bereits in Rom, München und Berlin begegnet war. Typisch dafür war ein Manifest von *L'Ordre Nouveau*. Hier sprach man von den Vorbereitungen für eine «Revolution der Ordnung gegen kapitalistische Unordnung und bolschewistische Unterdrückung, gegen machtlosen Kapitalismus und selbstmörderischen Imperialismus, gegen Parlamentarismus und Diktatur». Adolf Hitler hatte in seinen demagogischen Münchener Reden ähnliche Ausdrücke gebraucht.

Im Sommer 1934 sammelte der fruchtbare Romancier Jules Romains eine Gruppe von neunzehn jungen Männern um sich, die er aus den Ligen der extremen Rechten bis hin zu den Gewerkschaftsgruppen auf der Linken ausgewählt hatte. Diese Gruppe brachte er dazu, dass sie sich auf ein Programm einigte, das als «Plan des 9. Juli» weithin publiziert wurde. Es war ebenso verworren wie die anderen Programme, ebenso ablehnend gegen Liberalismus, Parlamentarismus und «totalitäre Mythen» und forderte allgemeine verfassungsmässige, ökonomische, soziale und moralische Reformen. Es wurde nie etwas daraus, und so geriet es zusammen mit all den anderen «Plänen» wieder in Vergessenheit.

Zu der Gruppe von Schriftstellern gehörte auch Jean Coutrot, ein Absolvent von Frankreichs berühmter Ingenieurschule, der *École Polytechnique*. Das Leben dieses brillanten Nationalökonomens und Technokraten blieb ebenso in Geheimnis gehüllt wie sein plötzlicher Tod, da er es vorzog, selbst im Schatten zu bleiben und ungesehen Menschen und Bewegungen zu manipulieren. 1931 hatte er zusammen mit einstigen Kommilitonen des Polytechnikums, die inzwischen Spitzenpositionen in Verwaltung, Industrie und Banken einnahmen, unter der Bezeichnung «X-Crise» eine Gruppe zum Studium der in diesem Jahr einsetzenden Weltwirtschaftskrise gegründet. Zwei Jahre später bildete er

aus dieser Gruppe *Le Centre Polytechniciens d'Études Économiques*, gewann dafür zahlreiche Nationalökonomien, Soziologen, Gewerkschaftsführer und führende Persönlichkeiten aus Industrie und Finanzwesen. Er bildete daraus eine Art Rand Corporation zur Erforschung der ökonomischen, sozialen, politischen und selbst landwirtschaftlichen Probleme der Welt im Allgemeinen und Frankreichs im Besonderen.

Coutrot war durchdrungen von der Überzeugung, nur die Techniker, die tatsächlich am Hebel der Industrien, Banken und Gewerkschaften sassen und die nach seiner Meinung als einzige die komplexe Industriegesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts wirklich verstanden, könnten Frankreich oder auch die westliche Welt retten, die sich abmühte, die Depression zu überwinden und den Kapitalismus irgendwie funktionsfähig zu machen. Den Politikern und den wohlmeinenden Intellektuellen ermangelte es in seinen Augen einfach an der Kenntnis der Dinge, die den Motor der modernen Welt bildeten. Von ihnen durfte man sich keine ernsthaften Reformen erwarten. Er war ein Genie, erfüllt von dem Drang, Organisationen zu gründen, von denen er sich die Lösung der neuen Probleme versprach; so baute er unermüdlich weitere Gruppen mit hochtrabenden Bezeichnungen auf: *Le Comité National de l'Organisation Française*, *Le Centre d'Organisation Scientifique de Travail* (das auf Coutrots Betreiben eigentlich von der Volksfront gegründet wurde) und, um auch andere Gebiete nicht zu vernachlässigen, *Le Centre d'Études des Problèmes Humains* sowie *L'Institut de Psychologie Appliquée*. Man konnte nicht behaupten, dass es in Frankreich an Organisationen fehlte, die sich mit seinen ungezählten Problemen befassten. Dafür sorgte schon Coutrot, der unermüdlich eine Gruppe nach der anderen aufbaute.

Später hielt man Coutrot allgemein für die treibende Kraft hinter einer Bewegung, die sich *Synarchie** nannte. Diese Gruppe von Technokraten bleibt bis heute trotz eingehender Studien – zumindest für den Autor, der die meisten davon aufmerksam gelesen hat – in gewisser Weise mysteriös. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Anhänger dieser Bewegung Zugang zu den höchsten Posten in Industrie, Handel, Finanzwesen und der Staatsbürokratie fanden. Diese nur lose verbundene Gruppe Gleichgesinnter, die aus denselben Eliteschulen hervorgegangen waren – vor allen Dingen der *Polytechnique*, *École Normale* und der *École des Sciences Politiques* – und Erfolge in der Privatwirtschaft, in den Banken und in den höchsten Rängen der Zivilverwaltung erreichten, erlangte in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre immer grösseren Einfluss, nicht nur durch die Macht ihrer strategisch wichtigen Positionen und ihre Arbeit in Coutrots verschiedenen Organisationen, sondern auch dadurch, dass sie in der Presse und durch ihre zahlreichen Verbindungen an höchster Stelle ihre Unzufriedenheit mit den Puschereien der parlamentarischen Demokratie sowie die im ganzen Westen als falsch erkannte Ansicht kundtaten, dass speziell ausgebildete Fachleute, die es verstanden, ein Privatunternehmen leistungsfähig und gewinnbringend zu machen, am besten geeignet seien, eine Regierung zu lenken und eine moderne Gesellschaft zu gestalten.

* Anscheinend abgeleitet von dem griechischen «*syn-archie*», womit das Gegenteil von «*an-archie*» bezeichnet werden sollte.

Haben die Synarchisten auch, wie ihnen vorgeworfen wurde, eine Geheimgesellschaft mit dem Ziel gegründet, die parlamentarische Regierung zu stürzen und sie durch eine technokratische zu ersetzen? Es steht fest, dass einige Synarchisten bereits 1922 einen Geheimbund mit revolutionären Zielen gründeten. Er nannte sich *Le Mouvement Synarchique d'Empire* oder kurz MSE. Sein geheimer «Pakt» mit den «Dreizehn grundlegenden Punkten und 598 Empfehlungen» für die synarchistische Revolution wurde von der Vichy-Polizei im Jahre 1941 entdeckt und nach dem Kriege veröffentlicht*. Darüber hinaus scheint festzustehen, dass MSE zeitweilig mit der terroristischen Cagoule in Verbindung stand. Doch obgleich wahrscheinlich keine Revolutionäre in der ganzen Weltgeschichte jemals ein detaillierteres und tönenderes Programm ausarbeiteten als die Verfasser dieses Dokuments, gelangte die Geheimgesellschaft der Technokraten der Durchführung einer Revolution doch niemals auch nur nahe. Die Mitglieder redeten und schrieben zu gern, um zu handeln. Doch indem sie immer wieder gegen die Konzeption der parlamentarischen Regierung vom Leder zogen und betonten, sie sei unfähig, die wirtschaftlichen, sozialen oder auch nur die politischen Probleme des Landes zu lösen, leisteten die Synarchisten – zusätzlich zu all den anderen Gruppen – einen erheblichen, wenn auch subtilen Beitrag zur Unterminierung der Republik.

Die Regierung des stets lächelnden, etwas senilen Gaston Doumergue, die nach den Ereignissen des 6. Februar mit dem Auftrag an die Macht gelangte, zwischen den sich bekämpfenden Franzosen Frieden zu stiften, bemühte sich auch um Reformen zur Stärkung und Stabilisierung der Regierung der Republik. Aber Doumergue ging dabei zu ungeschickt vor, und er kam zu spät. Wenn er unmittelbar nach den Februarunruhen auf seinen Vorschlägen für eine Verfassungsänderung bestanden hätte, so hätten sie die verschreckten Deputierten und Senatoren zweifellos akzeptiert. Der Hauptvorschlag hätte es dem Präsidenten der Republik erlaubt, ohne Zustimmung des Senats die Deputiertenkammer aufzulösen. Man hoffte, dass es sich die Deputierten angesichts einer solchen Drohung gründlicher überlegen würden, ob sie alle paar Monate eine Regierung stürzen sollten. Aber Doumergue zögerte. Er wollte zuerst Massnahmen gegen die finanzielle und wirtschaftliche Krise, die durch die Depression hervorgerufen worden war, einleiten. Als er dann endlich für seine politischen Reformpläne Zeit fand, waren sechs Monate vergangen, und die Kammer vertagte sich für die Sommerferien.

Unvermittelt verkündete Doumergue seine Pläne für eine Verfassungsreform über den Rundfunk. Das war unklug. Es war üblich, dass sich ein Ministerpräsident nur vom Podium der Kammer oder des Senats aus an das Volk wandte. Die Mitglieder des Parla-

* Ein wortgewaltiges Dokument! Als Ziel der Bewegung wird «die Machtübernahme zum Zweck der Errichtung eines entsprechenden synarchischen Regimes» angeführt. Die «Revolution soll von oben kommen». Sie würde das parlamentarische System abschaffen – «dieses aus der Verfassung von 1875 hervorgegangene Potpourri, ein aus dem Ausland importiertes Regime, das sich nicht den französischen Verhältnissen anpassen lässt». An seine Stelle sollte eine Art von korporativem Regime treten, ähnlich dem Vorbild des faschistischen Italiens. Sowohl der klassische Kapitalismus als auch der Sozialismus werden abgelehnt. Soweit man das aus der Lektüre des weitschweifigen Dokuments erkennen kann, sollte eine Art Super-Monopolkapitalismus errichtet werden; nach Abschaffung des Wettbewerbs sollten für Produktion und Verteilung endlose Pläne entworfen und das Ganze – wie auch die Regierung – von erfahrenen Technokraten geleitet werden*.

ments verübelten es ihm, dass er sie übergangen hatte. Als Doumergue Anfang November verkündete, er werde die beiden Kammern um ihre Zustimmung zu mehreren Dutzend Finanzverordnungen ersuchen und sie sodann zur Nationalversammlung nach Versailles einberufen, damit sie – ohne vorherige Debatte in Kammer oder Senat – über seine Verfassungsreformen beschliessen solle, spielten die Radikalen nicht mehr mit und verliessen die Regierung. Am 9. November wurde Doumergue zum Rücktritt gezwungen. Ihm folgte zuerst der gemässigte Konservative Paul-Etienne Flandin und dann Pierre Laval, dessen politische Orientierung man damals ähnlich einschätzte. Beide brachten es fertig, die Koalitionsregierung am Leben zu erhalten.

Doumergue hatte die hochgespannten Hoffnungen, die sich im ganzen Lande um seine Rückkehr ins Amt rankten, enttäuscht. Auf den Strassen war zwar die Ruhe wieder eingekehrt, aber seine deflationistische Politik hatte die Auswirkungen der Depression noch verschlimmert. Es war ihm nicht gelungen, auch nur eine bescheidene Verfassungsreform durchzuführen, die vielleicht einige politische Stabilität gebracht und die Regierung in die Lage versetzt hätte, ernsthaft gegen die wirtschaftliche Stagnation vorzugehen *. In aussenpolitischer Hinsicht wurde Frankreich in eine immer bedenklichere Lage gedrängt, und der innere Zwiespalt, den auch Doumergue nur vorübergehend notdürftig geflickt hatte, lähmte eine vernünftige Aussenpolitik gegenüber Freund und Feind.

Verfusste Aussenpolitik

Wie wir gesehen haben, stand in der französischen Aussenpolitik seit 1918 die Furcht vor einer deutschen Rache im Vordergrund. Aber erst als Hitler im Januar 1933 die Macht übernahm, innerhalb eines Jahres seine Diktatur fest etablierte und fieberhaft aufzurüsten begann, schien die Bedrohung von jenseits des Rheins akut zu werden. Jetzt, im Jahre 1934, war Frankreich zwar von innerem Zwist zerrissen, aber wer immer in Paris auch herrschte, musste sich nüchtern mit den Konsequenzen des plötzlichen Aufstiegs des Dritten Reichs und der fanatischen Entschlossenheit des Führers befassen, die Niederlage von 1918 zu rächen.

Den meisten politischen Führern Frankreichs – mit Ausnahme jener der extremen Rechten und Linken, die durch ihre Ideologie verblindet waren – schien es hinreichend klar zu sein, dass rasch ein neuer politischer Weg eingeschlagen werden musste, wenn Frankreich der deutschen Drohung begegnen wollte. Es ging um folgende Punkte:

1. Frankreichs Bündnisse mussten gestärkt werden; Sowjetrussland war als einziges Land

* Die politische Linke glaubte, Doumergue sympathisiere heimlich mit den rechtsradikalen Ligen, stehe mit ihnen in Verbindung und wolle bei seiner Verfassungsreform viel weiter gehen, als seine ersten Vorschläge erkennen liessen. Sie sahen ihren Verdacht bestätigt, als Doumergue am Vorabend seiner Abreise aus Paris vom Balkon seiner Residenz in der Avenue Foch aus eine ihm zu Ehren abgehaltene Parade von Croix de Feu abnahm. Um seiner Sympathie gegenüber dieser mächtigsten aller antiparlamentarischen Ligen besonderen Ausdruck zu verleihen, hatte der scheidende Ministerpräsident seinen traditionellen *biret basque* aufgesetzt und die Marschkolonnen besonders herzlich begrüsst. Léon Blum bemerkte dazu: «Doumergue war ein Schützer und Schützling des Faschismus, mit dem er nicht nur sympathisierte, sondern dessen Komplize er war.»

im Osten, das über die militärische und wirtschaftliche Macht zur wirksamen Eindämmung Deutschlands verfügte, mit einzubeziehen.

2. Die Deutschen mussten dazu gebracht werden, die entmilitarisierte Zone im Rheinland zu respektieren; das war erforderlich, wenn Frankreich seinen östlichen Verbündeten zu Hilfe eilen wollte, falls diese angegriffen wurden.

3. Italien musste in die antideutsche Front eingereiht oder aber neutralisiert werden.

4. Die französische Armee musste reorganisiert und verstärkt werden; sie konnte 1934 nur sechzig Divisionen, kaum zwei Drittel der Stärke von 1914, mobilisieren. Gleichzeitig musste man von der durch die Maginotlinie verkörperten Strategie der Verteidigung abrücken und eine Armee schaffen, die auch die Offensive gegen Deutschland ergreifen konnte, falls Deutschland entweder im Osten oder im Westen angreifen sollte.

Flandin und insbesondere Laval, die beiden Männer, die nach Doumergues Abschied im November 1934 ein Jahr lang die Richtlinien der Politik bestimmten, hatten andere Vorstellungen. Der Idee eines Bündnisses mit Russland standen sie abweisend gegenüber. Sie zogen eine Annäherung an das faschistische Italien und zumindest eine Beschwichtigung Hitler-Deutschlands vor, vorausgesetzt, Hitlers Expansion richtete sich nach Osten. Das war auch in etwa die Einstellung der überwiegend konservativen Regierung in London.

Unter Louis Barthou, dem Aussenminister in der Koalitionsregierung Doumergue, verfolgte Frankreich fast während des ganzen Jahres 1934 eine Politik der Festigkeit gegenüber Deutschland, der Verständigung gegenüber Italien und der Annäherung an Sowjetrussland. Barthou war der letzte Überlebende der alten Garde wackerer Republikaner vom Schlage eines Clemenceau oder Poincaré, die ihr Land zum Sieg über Deutschland geführt hatten. Barthou war es auch, der die Sowjetunion im September 1934 zum Eintritt in den Völkerbund überredete, nachdem er den Widerstand mehrerer anderer Mächte ausgeräumt hatte. Das war der erste Schritt in Barthous Plan, Russland wie schon vor 1914 zu Frankreichs grossem Verbündeten im Osten gegen Deutschland zu machen.

Am 17. April 1934 tat Barthou einen entscheidenden Schritt in dem Bemühen, die ins Schwimmen geratene französische Aussenpolitik wieder in den Griff zu bekommen. Die Weltabrüstungskonferenz in Genf hatte schon seit zwei Jahren getagt, ohne Fortschritte zu erzielen. Die Alliierten hatten dreizehn Jahre gewarret, ehe sie diese Konferenz einberiefen und damit Artikel 8 der Völkerbundssatzung folgten, der eine schrittweise Abrüstung aller Mächte auf denselben Rüstungsstand vorsah. Es waren vor allen Dingen die Franzosen, die den Deutschen nicht gleich die waffenmässige Parität zugestehen wollten. Hitlers Reaktion war, dass er mit seinem Land am 14. Oktober 1933 sowohl aus der Abrüstungskonferenz als auch aus dem Völkerbund austrat. Danach wurde die heimliche Wiederaufrüstung noch rascher vorangetrieben.

Die Briten übten unter Premierminister Ramsay MacDonald und Arthur Henderson, dem britischen Labourführer und Präsidenten der Abrüstungskonferenz, immer stärkeren Druck auf Frankreich aus: Es solle Deutschland das Prinzip der Rüstungsgleichheit zugestehen und zunächst einmal der Beschränkung der Armeen beider Länder auf 300'000

Mann zustimmen. Die französische Antwort fiel überraschend deutlich aus. Am 17. April 1934 erklärte Barthou in einer Note an die britische Regierung, Frankreich «weigere sich, die deutsche Wiederaufrüstung zu legalisieren», die im Widerspruch zum Versailler Vertrag stehe, und «von nun an wird Frankreich seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten».

Damit wurde der Abrüstungskonferenz der Todesstoss versetzt. Ihr rühmloses Ende im Juni schwächte den Völkerbund, unter dessen Schirmherrschaft die Konferenz gestanden hatte und in dessen kollektive Sicherheitsgarantie Frankreichs Aussenpolitik grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Das bedeutete das Ende des Traums von der kontrollierten Abrüstung. Die Franzosen waren aus eigenem Entschluss nunmehr auf sich allein gestellt. Sie standen einem Deutschland gegenüber, dessen grössere Bevölkerungszahl und Industriekapazität ihm auf die Dauer eine entscheidende militärische Überlegenheit verleihen mussten.

Logischerweise – genossen die Franzosen nicht den Ruf, das logischste Volk Europas zu sein? – hätten die Konsequenzen der Barthou-Note mit der Erklärung, Frankreich werde künftighin seine Sicherheit «mit eigenen Mitteln» gewährleisten, unmittelbar zur Stärkung dieser Mittel führen müssen: nämlich der Truppe und der Bündnisse. Aber auf militärischem Gebiet wurden, obgleich der gefeierte Marschall Pétain als Kriegsminister mit im Kabinett sass, nur kleinere Schritte unternommen: die Beschleunigung des Baus der Maginotlinie und eine recht bescheidene – und unzureichende – Anstrengung um die Modernisierung der veralteten Luftwaffe. Auf diplomatischem Gebiet ging Barthou jedoch rasch und entschlossen vor. Er machte sich vor allen Dingen daran, ein französisch-russisches Bündnis zu schmieden.

Um das Bündnis im Geist der Genfer kollektiven Sicherheit zu tarnen und um die britischen Zweifel sowie den polnischen Widerstand auszuräumen, schlug Barthou ein östliches Locarno vor, in dem die Grenzen Osteuropas von Deutschland einerseits und von Russland, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien andererseits garantiert werden sollten – mit Unterstützung Frankreichs und, wenn möglich, auch Grossbritanniens und Italiens. Aber das nationalsozialistische Deutschland hatte nicht die Absicht, sich im Osten die Hände binden zu lassen. Schon lange zuvor hatte Hitler in *Mein Kampf* seine dortigen Eroberungspläne dargelegt. Am 14. September 1934 erklärte er in aller Form, mit einem östlichen Locarno wolle er nichts zu tun haben. Drei Tage später wies auch Polen den Vorschlag zurück. Die Polen weigerten sich strikt, eine Vereinbarung auch nur in Betracht zu ziehen, nach der eventuelle Truppen der Roten Armee durch ihr Land ziehen sollten, um seine Grenzen gegen Deutschland mit zu verteidigen. Sie fürchteten, dass die sowjetischen Soldaten das Land nie wieder verlassen würden, wenn sie erst einmal da wären. Polen, dessen Regierung von einer Clique unfähiger Generäle und Obristen beherrscht wurde, die noch unter dem Diktator Pilsudski gedient hatten, setzte sich für einige Zeit sogar von seinem traditionellen Verbündeten und Beschützer Frankreich ab, um sich Deutschland anzunähern. Man glaubte, das Reich würde die polnischen Lande besser vor den Übergriffen der verhassten Russen schützen.

Das war reine Torheit. Längst vor Hitler, schon im Jahre 1922, hatte General von Seeckt, der Schöpfer der deutschen Reichswehr, in einem geheimen Memorandum die uralte Politik Deutschlands gegenüber Polen neu bekräftigt. Seine Existenz, so sagte er, sei «unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muss verschwinden und wird verschwinden ... Dieses Ziel zu erreichen muss einer der festesten Richtungspunkte der deutschen Politik sein³.» Aber dieses tapfere polnische Volk hatte schon immer eine beklagenswerte Kurzsichtigkeit bewiesen, wenn es um seine eigenen Interessen ging. Am 26. November 1934 unterzeichnete Oberst Josef Beck, der franzosenfeindliche polnische Aussenminister, einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit Deutschland. Danach rückten die beiden früher so verfeindeten Länder einander näher. Für die Polen sollte das eine Falle werden.

Barthou wurde von der Kugel eines Attentäters niedergestreckt, bevor er nach dem Misserfolg seiner Bemühungen um ein östliches Locarno an einem unmittelbaren Militärbündnis mit Russland Weiterarbeiten konnte. Am 9. Oktober 1934 erschossen kroatische Terroristen, die angeblich von Mussolini bezahlt und bewaffnet wurden, König Alexander von Jugoslawien und Barthou, der an der Seite des Monarchen kurz nach dessen Ankunft zu einem Staatsbesuch durch die Strassen von Marseille fuhr*.

Pierre Laval wurde Barthous Nachfolger als Aussenminister. Diesen Posten bekleidete er in den folgenden fünfzehn Monaten in mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen, darunter auch einer von ihm selbst geleiteten. So wurde er zum wichtigsten Baumeister der französischen Aussenpolitik in dieser entscheidenden Periode. Der Schwung, mit dem Barthou das Zusammengehen Frankreichs und Russlands in einem Verteidigungsbündnis gegen Deutschland eingeleitet hatte, zwang Laval zur Fortsetzung dieser Politik. Aber er ging dabei zögernd und mit seiner gewohnten Gerissenheit vor. Er misstraute der Sowjetunion, zweifelte den Wert ihrer militärischen Macht an und fürchtete, ein Bündnis mit dieser Sowjetunion würde Hitlers Groll auf Frankreich heraufbeschwören; über die eigenen Schwächen gab er sich keinerlei Illusionen hin. Ausserdem glaubte er, damit die französischen Kommunisten und die Bildung einer linksgerichteten Volksfront zu ermutigen und seine eigenen konservativen und reaktionären Freunde zu entmutigen oder gar zu erzürnen. Was er anstrebte, war ein Bündnis mit dem faschistischen Italien, so schwach es auch sein mochte, und eine irgendwie geartete Verständigung mit NS-Deutschland, die Frankreich eine neue Aggression von jenseits des Rheins ersparen und Hitlers Aggressivität nach Osten, also in Richtung auf Russland, lenken würde.

Anfang Januar 1935 reiste Laval in Fortsetzung der von Barthou eingeleiteten Annäherungspolitik gegenüber Italien nach Rom. Dort unterzeichnete er am 7. Januar einen Vertrag mit Mussolini. Das Eis der lang andauernden Feindschaft zwischen den beiden

* General Georges wurde dabei von Kugeln so schwer verwundet, dass er sich nie wieder ganz erholte. Der Verlust Barthous sollte sich in zunehmendem Masse bemerkbar machen. Er war der letzte der französischen Staatsmänner aus der Zeit vor 1914, die niemals davor zurückgeschreckt waren, sich gegenüber Deutschland zu behaupten. Keiner seiner Nachfolger, weder Laval noch Flandin, Delbos oder Bonnet, verfügte über seinen untrüglichen Instinkt für die langfristigen Interessen des Landes, unabhängig von jeder persönlichen Ideologie. Ich hielt mich in Berlin auf, als die Nachricht von dem Attentat an Barthou eintraf, und wurde Zeuge der Erleichterung in der Wilhelmstrasse.

lateinischen Ländern war damit gebrochen. Zweifellos ermutigte dieser Vertrag auch Mussolini in seinem Bemühen, Hitler in gewissem Abstand zu halten *. Was der italienische Diktator Anfang 1935 vor allen Dingen wollte, war Frankreichs Unterstützung bei der Wahrung von Österreichs Unabhängigkeit für den Fall, dass Deutschland sie erneut bedrohen sollte. Das war für ihn um so wichtiger, als er seit mehreren Monaten die Besetzung Abessiniens plante. Da dieses Projekt den grössten Teil der italienischen Armee und Luftwaffe aus Europa abziehen würde, wusste Mussolini, dass sich Hitler dadurch erneut versucht fühlen würde, die Hand nach Österreich auszustrecken. In dem römischen Vertrag erklärten sich die Franzosen im Falle einer Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit zu «Konsultationen» und geheimen Gesprächen mit Italien zwischen den Generalstäben der beiden Länder bereit **. Sie warfen den Italienern auch ein paar Knochen in Gestalt einiger Wüstenstreifen in Nordafrika hin. Dieser Preis für die italienische Hilfe gegen Deutschland in Europa erschien den Franzosen billig genug. Aber insgeheim bezahlte Laval einen weitaus höheren Preis. In einem Privatgespräch mit dem Duce am letzten Abend der Gespräche gab er Italien freie Hand in Abessinien. Dadurch musste Frankreich mit Grossbritannien in Konflikt geraten, das in Nordostafrika weite Gebiete besass, und auch mit dem Völkerbund, dem Abessinien als Mitglied angehörte und den seine Satzung verpflichtete, gerade solche Aggressionen zu verhindern, wie Mussolini sie plante***. Laval informierte nicht einmal die eigene Regierung über sein heimliches Zugeständnis an Italien ****.

* Am 25. Juli 1934 hatten die österreichischen Nazis mit moralischer Unterstützung aus Berlin den österreichischen Kanzler Dollfuß in Wien kaltblütig ermordet und die Machtübernahme versucht. Mussolini hatte daraufhin rasch vier Divisionen am Brennerpass gegen Deutschland mobilisiert. Das gefiel Hitler gar nicht, und der Duce, der sich als Beschützer Österreichs betrachtete, wusste das sehr wohl ⁴.

** Im Juni reiste General Gamelin nach Rom und verhandelte mit Marschall Badoglio über gemeinsame italienisch-französische Militäraktionen gegen Deutschland, falls Hitler die Hand nach Österreich ausstrecken sollte. Es wurde abgesprochen, dass die Franzosen ein Armeekorps nach Italien entsenden sollten, das gemeinsam mit italienischen und jugoslawischen Streitkräften von Süden her gegen Wien vorstossen sollte. Als Gegenleistung erklärten sich die Italiener bereit, ein Armeekorps an die französische Westfront zu entsenden. Gamelin sagte: «Wir gaben einander eine Garantie, die sich auf unsere sämtlichen Grenzen erstreckte: die Alpen und Afrika ⁵.»

*** Unter französischen Politikern und Historikern gab es erhebliche Kontroversen über die Frage, welcher Art die «freie Hand» gewesen sei, die Laval heimlich Mussolini in Abessinien gegeben hat. Im offiziellen Text des Vertrags von Rom steht darüber naturgemäss kein einziges Wort. Doch in Geheimsitzungen der französischen Regierung gab Laval mindestens zweimal zu, dem Duce «freie Hand» in Abessinien gewährt zu haben, allerdings – wie er betonte – nur unter der Bedingung eines friedlichen Vorgehens.

Die erste dieser Gelegenheiten war eine Sitzung des Haute Comité Militaire vom 21. November 1935 in Paris, bei der Laval als damaliger Ministerpräsident den Vorsitz führte. Nach Aussage von General Gamelin, des Oberkommandierenden der Armee, soll Laval gesagt haben: «Ich habe mit Mussolini einen Geheimvertrag (über Abessinien) geschlossen.»

Gamelin vertraute am nächsten Tag seinem Tagebuch an, das Zusammensein mit Laval habe ihn so deprimiert, «dass mir nach meiner Rückkehr in meine Wohnung nach der Sitzung etwas widerfuhr, was seit dem Tode meiner lieben Mutter nicht mehr vorgekommen war: Ich brach weinend zusammen. Ich beweinte das Geschick meines Vaterlandes, das bisher in der Stunde der höchsten Gefahr stets die Männer gefunden hatte, deren es bedurfte: nicht nur einen Joffre und einen Foch, sondern auch einen Poincard und einen Clemenceau. Aber heute haben wir keinen solchen Mann mehr *.»

In einer Geheimsitzung des französischen Senats vom 14. März 1940 liess sich Laval ausführlicher über seine vertrauliche Absprache mit Mussolini aus: «Wir kamen überein – das ist die berühmte Geheimklausel aus meinen Privatakten, aber sie ist jedermanns Geheimnis dass Frankreich künftighin auf jeglichen Einfluss in Abessinien verzichtete und auf wirtschaftlichem Gebiet alle eventuellen Vorteile an Italien abtrete . . . Aber ich sagte zu Mussolini: «Von nun an haben Sie freie Hand, aber freie Hand auf dem Pfad des Friedens !.»

Es ist schwer zu glauben, dass ein so kluger und so zynischer Mann wie gerade Laval auch nur für einen einzigen Augenblick angenommen haben könnte, Mussolini würde von dem Zugeständnis auf friedliche Weise Gebrauch machen – oder dass die kriegerischen Stämme Abessiniens ihm das erlaubt hätten. Mussolinis Version von der

Im April 1935 wurde das Verhältnis Frankreichs und Grossbritanniens zum faschistischen Italien enger, obgleich Mussolinis Vorbereitungen zur Besetzung Äthiopiens nicht länger zu übersehen waren. Dafür war Hitler verantwortlich. Am 16. März hatte er die Sieger von Versailles auf die Probe gestellt, indem er die militärischen Beschränkungen des Vertrags in Stücke riss und den Aufbau einer Wehrpflichtigenarmee von sechsunddreissig Divisionen befahl. Das entsprach ungefähr einer halben Million Soldaten, doppelt soviel, wie Frankreich im Mutterland stationiert hatte. Man liess ihm sein Vabanquespiel durchgehen. Nach den Bedingungen des Vertrags hätte Frankreich Deutschland mit seinen Truppen besetzen können. Das wäre vermutlich Hitlers Ende gewesen. Frankreich besass immer noch die dafür erforderliche relative militärische Überlegenheit. Stattdessen legte Frankreich nur beim Völkerbund einen matten Protest gegen diese «Verletzung internationalen Rechts» ein. Der Völkerbund unternahm nichts weiter; er verurteilte Deutschland lediglich. Noch kläglicher war Grossbritanniens Reaktion. Die britische Regierung entsandte Ende März ihren Aussenminister, Sir John Simon, und Anthony Eden nach Berlin, um die Angelegenheit mit Hitler zu besprechen und einen Besuch nachzuholen, den Hitler am 6. März abgesagt hatte.

Dass sich der Führer kühn über die militärischen Beschränkungen des Versailler Vertrags hinwegsetzte, rief aber dennoch nicht nur in Rom und Paris, sondern auch im lethargischen London erhebliche Befürchtungen wach. Im April trafen sich die Regierungschefs von Grossbritannien, Frankreich und Italien in Stresa, um Möglichkeiten einer Eindämmung Hitlers zu besprechen. Das wäre für die Franzosen und Briten die günstigste Gelegenheit gewesen, Italien endgültig in eine wirksame antideutsche Front mit einzubauen. Mussolini hätte man nicht zu überreden brauchen. Nach Hitlers Versuch aus dem vorangegangenen Sommer, Österreich zu besetzen, und der Begründung einer neuen Armee aus Wehrpflichtigen am 16. März erkannte auch der Duce die von Hitler-Deutschland ausgehende Bedrohung. In Stresa drängte er auf ein Militärbündnis gegen die deutsche Aggression nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen die Tschechoslowakei und Frankreich. Aber so weit wollte die britische Regierung nicht gehen. Die Konferenz von Stresa endete lediglich mit der Übereinkunft, «sich mit allen geeigneten Mitteln der einseitigen Verletzung von Verträgen zu widersetzen, die eine Gefährdung des Friedens in Europa mit sich bringen könnte». Ferner wurde das Festhalten am Vertrag von Locarno bekräftigt und die Entschlossenheit bekundet, Österreichs Unabhängigkeit zu bewahren. Abessinien wurde nicht einmal erwähnt, aber offenbar verliess Mussolini Stresa mit dem Gefühl, dass Frankreich und Grossbritannien, die sich im vergangenen

«freien Hand» hört sich anders an. Im Dezember 1935 erklärte er dem französischen Botschafter in Rom, Laval sei nach seiner Auffassung geneigt gewesen, Italien «völlige Handlungsfreiheit» einzuräumen⁷.

Am 24. Juni 1935 erklärte Mussolini auch gegenüber Anthony Eden, dem damaligen britischen Minister für Angelegenheiten des Völkerbundes, Laval hätte ihm «freie Hand» in Abessinien gegeben. Als der britische Minister erwiderte, Laval habe *ihm* jedoch versichert, dass er Italien nur in wirtschaftlichen Belangen «freie Hand» gegeben hätte, «warf sich (Mussolini) mit einer Gebärde ungläubigen Erstaunens in seinem Sessel zurück», wie Eden berichtete⁸.

** Er unterrichtete nicht einmal den Regierungschef. Flandin, der damalige Ministerpräsident, sagt in seinen Memoiren, falls Laval Mussolini tatsächlich in Abessinien freie Hand gelassen haben sollte, «sagte er mir nichts davon». Flandin beteuerte sehr entschieden, alle Berichte über diese geheime Abmachung seien «absolut falsch»⁹.

Jahrhundert gewaltsam weite Teile des afrikanischen Kontinents angeeignet hatten, jetzt, da Italien ihnen seine Unterstützung in Europa zugesagt hatte, kaum ernsthaft Einspruch erheben würden, wenn auch Italien sich nun eine kleine Scheibe von dem Kuchen abschnitt.

Dennoch schien die Stresa-Front, wie sie genannt wurde, das faschistische Italien fest in die antideutsche Front eingefügt zu haben, um die sich Frankreich bemühte. Auch wenn die Briten diese Front durch ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Militärpakt schwächten, trug das Treffen in Stresa doch dazu bei, die bereits im Januar in Rom heimlich vereinbarten Gespräche zwischen dem französischen und dem italienischen Generalstab voranzutreiben. Die Franzosen gewannen in diesem Frühjahr den Eindruck, dass sie ihrem Ziel nahegerückt waren: das nationalsozialistische Deutschland zu isolieren und mit einer Mauer aus Stahl zu umgeben. Die Regierung in Berlin sah sich (wenn man von Polen absah) ohne Freunde in einer Welt, die sich zunehmend misstrauischer und feindseliger gebärdete. Nun brauchte Frankreich nur noch die letzte Grossmacht Europas für die Umzingelung von Hitlers Drittem Reich zu gewinnen.

Auf Drängen von Ministerpräsident Flandin (der behauptet, sein Aussenminister habe stets kräftiger Rippenstösse bedurft⁹⁾) sowie des radikalen Politikers Herriot, der weitere Gespräche mit den Russen geführt hatte, ging nun Laval daran, die von Barthou begonnenen Verhandlungen zu einem Beistandspakt mit der Sowjetunion weiterzuführen. Dieser Vertrag wurde am 2. Mai in Paris durch den sowjetischen Botschafter und Laval unterzeichnet. Laval begab sich vierzehn Tage später nach Moskau, um ihn zu feiern *. Eigentlich gab es nicht viel zu feiern. Dafür hatte Laval mit Unterstützung der französischen Konservativen und der britischen Regierung gesorgt. Er hatte die Bedingungen des angeblichen französisch-russischen Bündnisses bewusst so sehr verwässert, dass nicht viel übrigblieb. Der Pakt wies nur geringe Ähnlichkeit mit dem zwischen den beiden Ländern vor 1914 geschlossenen Vertrag auf, der zu Frankreichs Rettung im ersten Weltkrieg beigetragen hatte. Alle Zähne, die der erste Vertrag aufgewiesen hatte, waren dem zweiten gezogen worden. Auf diese Leistung war Laval auch noch stolz. Er sagte auf einer Sitzung des Obersten Militärates: «Die bedenklichsten Dinge habe ich herausgenommen. Ich traue den Russen nicht¹².»

Die beiden Nationen kamen zwar überein, sich im Falle der Aggression durch eine europäische Macht (das heisst Deutschland) gegenseitig zu Hilfe zu eilen, aber es wurde (auf Betreiben Frankreichs) einschränkend hinzugefügt, eine solche Aggression müsse erst durch den Rat des Völkerbundes festgestellt werden. Angesichts des bisherigen Zögerns des Völkerbundes, wenn es um die Feststellung eines Aktes der Aggression ging (zum

* In Moskau entlockte Laval am 15. Mai Stalin jene Stellungnahme, in der er seine persönliche Zustimmung zu Frankreichs nationaler Verteidigungspolitik ausdrückte. (Siehe hier, Seite 242.) Anscheinend glaubte Laval, ein solches Wort aus Stalins Mund würde Frankreich dabei helfen, die Opposition von Seiten der französischen Kommunisten gegen die Stärkung der Streitkräfte abzubauen. In diesem Sinne war es eine Hilfe. Aber etwas konnte Laval nicht voraussehen: dass diese Aussage Stalins auch das Prestige der Kommunistischen Partei Frankreichs förderte und viel zur Bildung der Volksfront beitrug. Darüber hinaus war es in den Augen vieler Franzosen – und nicht nur konservativer – eine fragwürdige Praxis, einen ausländischen Staatschef, und noch dazu einen Bolschewiken, um eine Einmischung in die internen Angelegenheiten des Landes zu ersuchen.

Beispiel beim Angriff der Japaner auf die Mandschurei im Jahre 1931), war klar, dass Deutschland zur Durchführung seiner Aggression viel Zeit bleiben würde, ehe der Rat etwas unternahm. Doch das war nicht die einzige Einschränkung, auf der Frankreich beharrte. Es wurde in dem Pakt weiterhin festgelegt, dass die Aggression auch durch die anderen Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Locarno festgestellt werden müsse. In diesem Fall waren das Grossbritannien und Italien. Auf diese Weise wurde eine weitere Verzögerung bei der Begegnung eines deutschen Angriffs vertraglich verankert.

Schliesslich weigerte sich die französische Regierung im Gegensatz zu ihren weitblickenden Vorgängern vor dem ersten Weltkrieg, das Bündnis durch den Abschluss einer Militärkonvention schlagkräftig zu gestalten. Während des ganzen Jahres 1935 drang die sowjetische Regierung auf ein solches Militärbündnis. Laval wollte davon nichts wissen. Er war am 7. Juni 1935 Flandins Nachfolger als Ministerpräsident geworden und hatte dabei seinen Posten als Aussenminister beibehalten. So leitete er allein die französische Aussenpolitik. Noch härter zeigte sich sein Kriegsminister Oberst Jean Fabry. Er behauptete zu wissen, dass ein Militärpakt mit Russland «zum Krieg führen würde». Noch vor dem Jahresende brach er einfach alle Gespräche mit der Sowjetunion über dieses Thema ab. General Gamelin, der am 21. Januar General Weygands Nachfolger als Oberkommandierender der Armee geworden war, beugte sich wie üblich der Ansicht seiner politischen Vorgesetzten. Das Oberkommando, das sich anfangs so sehr für einen Militärpakt mit Moskau begeistert hatte, liess diese Frage nunmehr ruhen. Unterdessen weigerte sich Laval während des ganzen Jahres 1935, das Parlament um die Ratifizierung des französisch-russischen Paktes zu ersuchen – aus Angst, er könnte Hitler provozieren, wie er sagte. Er sollte erst im Februar des folgenden Jahres ratifiziert werden, einen Monat nachdem Laval aus seinem Amt verjagt worden war*. So trat der ohnehin schon schwächliche Pakt juristisch erst fast ein Jahr nach seiner Unterzeichnung in Kraft. Inzwischen war die französische Hinhaltepolitik gegenüber Hitler gescheitert, und die Republik war aussen- wie innenpolitisch zerstrittener denn je.

Die Schwierigkeit bestand darin, dass in Frankreich (ebenso wie in den u s A in den fünfziger und sechziger Jahren dieses Jahrhunderts) die Aussenpolitik von der Innenpolitik und von den daraus entstehenden Querelen abhängig war. Die Linke, die das faschistische Italien hasste, weil es die Freiheiten der Demokratie zerstört hatte, widersetzte sich einer Annäherung an Mussolini und schluckte den Rom-Vertrag vom Januar und die Stresa-Front vom April nur aufgrund einer noch feindseligeren Einstellung gegenüber

* Bei seiner Verzögerungstaktik wurde Laval von den ängstlichen Armeechefs unterstützt. Noch am 25. Februar 1936, zwei Tage bevor die Kammer über die Ratifizierung abstimmen sollte, riet der Generalstab in einer geheimen Mitteilung dem Aussenministerium, die Zustimmung durch das Parlament lieber zu vertagen, da Deutschland aufgrund der Verletzung des Abkommens von Locarno dagegen Einspruch erheben würde. Man sollte die Frage dem Haager Gerichtshof und «vielleicht» dem Rat des Völkerbundes vorlegen. Die Armee vertrat die Ansicht, Hitler werde die Besetzung der entmilitarisierten Zone im Rheinland mit dem Hinweis rechtfertigen, er fühle sich auch nicht mehr an die Vereinbarungen von Locarno gebunden, da dieser Pakt sie ebenfalls verletze. Diese Befürchtung war zutreffend. Aber die deutschen Geheimarchive liessen später erkennen, dass Hitler eine andere Ausrede gefunden hätte, wenn die französische Deputiertenkammer den Pakt mit Russland nicht am 27. Februar ratifiziert hätte. In diesem Fall bewies die Kammer mehr Mut als der Generalstab¹.

dem nationalsozialistischen Deutschland, wie sie vor 1914 aus Angst vor dem Deutschland Kaiser Wilhelms das Militärbündnis mit dem zaristischen Russland hingenommen hatte, obgleich ihr dessen tyrannisches Regime aus tiefstem Herzen verhasst war. Die Linke wollte, dass Frankreich gemeinsam mit Grossbritannien und Russland den faschistischen Diktatoren die Stirn bieten sollte – allerdings nicht bis zum Punkt einer Kriegsdrohung. Ihr Pazifismus schwächte ihren Standpunkt. Ebenso pazifistisch war die Rechte eingestellt. Sie wünschte eine Verständigung mit Mussolini und Hitler, mit deren Ideologien sie in zunehmendem Masse sympathisierte. Gegenüber Moskau zeigte sie sich abweisend. In beiden Fällen beherrschten die Ideologien und nicht die wahren Interessen des Landes die einander zuwiderlaufenden aussenpolitischen Standpunkte.

Im Frühsommer 1935 hätte die Rechte, sofern sie im Parlament vertreten war, dem verwässerten Bündnis mit Russland zugestimmt. Sie litt immer noch unter dem Schock, der durch Hitlers Ausrufung der allgemeinen Wehrpflicht ausgelöst worden war, und war vernünftig genug, darin einen schweren Schlag für Frankreich zu erkennen. Die Führer der Rechten wussten 1935 ebensogut wie vor 1914, dass Russland die einzige Macht im Osten war, deren Stärke ausreichte, um Frankreich im Falle eines weiteren deutschen Angriffs wirkungsvolle Hilfe zu leisten. Doch im Verlauf des Sommers wuchs sich in den Reihen der Rechten die Angst vor dem Kommunismus zu einer wahren Hysterie aus. Der kommunistische Stimmenzuwachs bei den Gemeindewahlen im Mai, die bereits erwähnten Massendemonstrationen der Volksfront am 14. Juli und die Fortschritte linker Gruppen beim Aufbau einer gemeinsamen Front für die im Frühjahr 1936 fälligen Wahlen liess beim konservativen Bürgertum Panikstimmung aufkommen. In ihren Augen waren die Bolschewiken im Begriff, die Macht in Frankreich zu übernehmen, und das Bündnis mit dem bolschewistischen Russland leistete ihnen dabei noch Vorschub. Diese sehr gefühlsbetonten und reichlich übertriebenen Befürchtungen hinsichtlich einer inneren Revolution nahm die meisten Konservativen gegen das Bündnis ein. Schon bald plapperten sie Hitlers Propaganda nach, der Pakt sei ein weiterer Schritt zur Einkreisung Deutschlands und damit ein Schritt auf dem Wege zum Krieg. Sie begannen lautstark eine Verständigung mit Deutschland und freie Hand für Italien in Abessinien zu fordern – sozusagen ein Bündnis nicht mit den traditionellen Verbündeten Russland und Grossbritannien, sondern mit den faschistischen Mächten, deren Innen- und Aussenpolitik, wie sie immer mehr glaubten, die Welt vor dem Kommunismus errettete. Das war töricht. Die rechtsgerichteten Gruppen verschlossen damit ihre Augen vor den wahren Interessen des Landes, deren sie sich vor 1914 so klar bewusst waren. Die Ideologie triumphierte über die Vernunft. In Frankreich bestand die Innenpolitik der Rechten in einer Absage an die Nation¹⁴.

Schiffbruch der französischen Aussenpolitik: Abessinien und das Fehlschlagen der Sanktionen

In diesem Zustand der Verwirrung und Spaltung befand sich Frankreich, als es die Folgen des italienischen Einmarsches in Abessinien am 3. Oktober 1935 zu spüren bekam. Es handelte sich um einen klaren Verstoss gegen Artikel 16 der Völkerbundssatzung. Für Frankreich erhob sich nun die Frage, ob es gemeinsam mit Grossbritannien, Russland und der überwiegenden Mehrzahl kleinerer Nationen für die Satzung des Völkerbundes eintreten und damit über den Aggressor Sanktionen verhängen oder Italien der Stresa-Front gegen den deutschen Aggressor in Europa erhalten sollte, indem es auf irgendeine Art und Weise versuchte, dem Duce seine Aggression in Afrika durchgehen zu lassen. Dieses Einverständnis glaubte der Duce von Laval im Januar erhalten zu haben*. Das war für die Franzosen zugegebenermassen ein schwieriges Dilemma. Laval versuchte es mit einer zweigleisigen Politik und scheiterte, wie nicht anders zu erwarten war, in doppelter Hinsicht. Das Gebäude, das Frankreich zur Eindämmung Deutschlands errichtet hatte, stürzte ein und begrub unter sich alle Hoffnungen der französischen Aussenpolitik. All die geduldige Arbeit Barthous am Aufbau eines Bündnissystems gegen Hitler, all die Jahre der Bemühungen Briands, den Traum von der kollektiven Sicherheit unter dem Schutz des Völkerbundes wahr werden zu lassen, waren vergebens.

Am 10. Oktober 1935, eine Woche nach dem Einfall von Mussolinis Legionen in Abessinien, stellten fünfzig Nationen des Völkerbundes fest, Italien habe entgegen der Satzung «sich kriegerischer Mittel bedient»; sie sprachen sich für Sanktionen gemäss Artikel 16 aus. Laval musste dem Druck Englands, das in Genf die Initiative ergriff, sowie der öffentlichen Meinung in Frankreich nachgeben und sich widerstrebend den Beschlüssen des Völkerbundes anschliessen. Aber er setzte sich sofort dafür ein, dass keinerlei Sanktionen verhängt wurden, die Italiens Anstrengungen um die Eroberung Abessiniens schaden konnten. Der Schlüssel aller Sanktionen war das von England vorgeschlagene Ölembargo gegen Italien. Da die Italiener ihren gesamten Ölbedarf importieren mussten, hätten sie in diesem Falle den Krieg nicht fortsetzen können. Laval stemmte sich gegen derlei Sanktionen. Er widersetzte sich der Konzentration britischer Marineeinheiten im Mittelmeer. Er schob die Antwort auf das britische Ansuchen auf die lange Bank, dass Frankreich Militärhilfe leisten sollte, falls Grossbritannien von Italien angegriffen werden sollte. Während die italienischen Armeen unter rücksichtslosem Einsatz von Giftgas und Fliegerbomben bereits tief nach Äthiopien vorgestossen waren, überredete Laval schliesslich am 9. Dezember den britischen Aussenminister Sir Samuel Hoare zur Unterzeichnung einer Übereinkunft – die später als Hoare-Laval-Plan berühmt werden sollte-, nach der Mussolini über die Hälfte Abessiniens einschliesslich der fruchtbaren Ebenen zugestanden und dem Kaiser lediglich das alte äthiopische Königreich in den Bergen

* Später rühmte sich Flandin, er habe bei einer Kabinettssitzung am Vorabend von Lavals Abreise zur entscheidenden Tagung des Völkerbundsrates und der Vollversammlung darauf gedrungen, dass Frankreich gegen die Anwendung des Artikels 16 stimmen sollte, falls Italien Abessinien angreife⁵.

belassen wurde. Während der zweitägigen Gespräche mit Hoare in Paris telefonierte Laval immer wieder heimlich mit Mussolini, um dessen Zustimmung zu dem Ausverkauf zu erlangen. Das war zu viel für die britische Öffentlichkeit. Sie beehrte auf, zwang Hoare zum Rücktritt und veranlasste Premierminister Stanley Baldwin, dessen Regierung dem Hoare-Laval-Plan zunächst zugestimmt hatte, von diesem Pakt und gleichzeitig von seinem Aussenminister abzurücken.

Lavals Position in Frankreich war so sehr erschüttert, dass auch er sechs Wochen später sein Amt zur Verfügung stellen musste. Obgleich Frankreich so viel getan hatte, die Sanktionen so weit zu verwässern, dass sie praktisch wirkungslos blieben, nahm Mussolini den Franzosen ihr mangelndes Eintreten für seine Aggression so sehr übel, dass er am 28. Dezember 1935 die römischen Abmachungen aus dem vorangegangenen Januar einschliesslich der geheimen militärischen Vereinbarungen und auch die Verpflichtungen aus der Vereinbarung von Stresa widerrief.

Für Frankreich bedeutete das: Verlust Italiens in der gegen Deutschland gerichteten Front und das Ende der Konzeption von der kollektiven Sicherheit unter dem Völkerbund. Anfang Mai 1936 floh der Kaiser aus Abessinien, die Italiener marschierten in die Hauptstadt Addis Abeba ein, und am 9. Mai liess sich der König von Italien zum Kaiser von Abessinien ausrufen. Auch der Völkerbund, auf den sich Frankreich zwei Jahrzehnte lang in seiner Aussenpolitik so sehr gestützt hatte, starb in diesem Frühjahr. Er konnte den Frieden nicht erhalten, Aggressionen nicht verhindern. Frankreich war auf sich allein gestellt und musste sich nach besten Kräften eines rastlosen, aggressiven Deutschlands erwehren, das schon sehr bald – spätestens in ein bis zwei Jahren – auf dem Lande wie auch in der Luft stärker als Frankreich sein würde.

Nachdem Frankreich Italien als Verbündeten verloren hatte, hätte es sich an Russland wenden und ein Militärbündnis ausarbeiten können. Moskau drängte immer noch darauf. Aber diese Notwendigkeit erkannten die Franzosen erst, als es bereits zu spät war – zu sehr verblendete sie der Hass auf den Kommunismus und die Angst davor, echt oder auch eingebildet – und in Frankreich war beides anzutreffen. Schliesslich bedeutete der abessinische Krieg auch für die anglo-französischen Beziehungen eine ernste Belastung.

Weite Kreise der französischen Öffentlichkeit, insbesondere aus dem konservativen Lager, gaben Grossbritannien die Schuld an dem Fiasko von Genf und vor allem auch an der Verdrängung Italiens aus dem westlichen Lager. Man vertrat weithin die Meinung, die Briten hätten mehr aus egoistischen und imperialistischen Interessen in Afrika die Verhängung von Sanktionen betrieben – vor allen Dingen, um den Oberlauf des Nils zu schützen – als aus Achtung vor der Satzung des Völkerbundes. Und für ein Land von Wilden irgendwo in Afrika hätten sie die Sicherheit Europas vor Deutschland preisgegeben. Während der Abessinienkrise hatte die französische Regierung London um ausdrückliche Garantien ersucht: dass die Briten Frankreich zu Hilfe eilen würden, falls Hitler unter Ausnutzung der Lage in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und einen Angriff auf Frankreich versuchen sollte. Die Briten hatten diese Garantien abgelehnt und gleichzeitig die Franzosen zur Hilfeleistung im Mittelmeer verpflichtet.

Es gab noch einen letzten Grund für den Groll der Franzosen gegen die britische Doppelzüngigkeit. Kurz nachdem die britische Regierung am 16. März gegen die Verletzung der Militärklausel des Versailler Vertrags durch Hitler protestiert und sodann gemeinsam mit Italien und Frankreich in Stresa seine Entschlossenheit kundgetan hatte, für die Einhaltung der Verträge einzutreten, hatte sie hinter dem Rücken der beiden Verbündeten von Stresa mit Deutschland ein Flottenabkommen ausgehandelt, das eine Verletzung der Marineklausel des Versailler Vertrags darstellte und Hitler das Recht sowie den Anreiz gab, so viele Kriegsschiffe zu bauen, wie seine Schiffswerften für mindestens die nächsten zehn Jahre schaffen konnten *. Das Flottenabkommen wurde am 18. Juni 1935 in London unterzeichnet. Die britische Regierung hielt es nicht für nötig, Frankreich oder Italien zu konsultieren oder die beiden Länder wenigstens nachträglich über das Geheimabkommen zu informieren, das die Deutschen in die Lage versetzte, in gewissen Kategorien mächtigere Kriegsschiffe zu bauen, als irgendeine der drei Westmächte sie seinerzeit besass. In den Augen der Franzosen war das Verrat – was ja wohl auch stimmte. Sie sahen darin einen weiteren Beschwichtigungsversuch gegenüber Hitler, dessen Machthunger mit jedem Zugeständnis nur noch grösser wurde. Und sie verübelten den Briten, dass sie für einen scheinbar privaten Vorteil den Friedensvertrag weiter aushöhlten und damit die wachsende Militärmacht des nationalsozialistischen Deutschland noch zusätzlich stärkten.

Doch unabhängig von allen Mängeln eines Freundes und Verbündeten – und im Falle Grossbritanniens waren diese Fehler verheerend – muss eine Nation schliesslich doch selbst die Verantwortung für die eigenen Misserfolge tragen. Die französische Regierung hatte aufgrund ihres ständigen Zögerns und Lavals Zickzackpolitik alles verloren: Italien als Verbündeten gegen Deutschland, die militärische Unterstützung Russlands, Grossbritannien als engen Freund und Partner und den Völkerbund als potentielle Macht, die sich einer Aggression hätte entgegenstellen können. Die Folge war, dass Hitler seine Vorteile erkannte und um so entschlossener war, sie auch wahrzunehmen.

Auch innenpolitisch ergaben sich weitere Konsequenzen. Eine davon war die Verbitterung Lavals – gegenüber den Briten, weil sie sich seiner Abessinienpolitik widersetzt, ihm Italien abspenstig gemacht und seinen Sturz beschleunigt hatten; gegenüber der parlamentarischen Demokratie in Frankreich, weil diese ihn Anfang 1936 auf die Strasse setzte. Dieser tiefsitzende Groll war wie eine schwärende Wunde, die mit jedem Jahr, das er politisch mattgesetzt war, bösartiger wurde, bis ihn schliesslich eine brennende

* Deutschland erklärte sich bereit, seine Kriegsmarine auf 35 Prozent der Tonnage der britischen zu beschränken, erhielt aber das im Friedensvertrag ausdrücklich verneinte Recht zum Bau von U-Booten bis zu 45 Prozent der britischen U-Boot-Flotte und bis zu 100 Prozent, falls Deutschland das für die eigene Sicherheit für nötig halten sollte. Dieser Fall trat bald danach ein. Deutschland verpflichtete sich ferner, mit seinen U-Booten niemals unbewaffnete Handelsschiffe anzugreifen. Dieses Versprechen erübrigte sich bald in den ersten Monaten des zweiten Weltkriegs aufgrund der beiderseitigen Kampfmassnahmen. Sofort nach Abschluss des Abkommens mit Grossbritannien legte Deutschland zwei Schlachtschiffe mit einer Wasserverdrängung von über 45'000 Tonnen auf Kiel, die *Bismarck* und die *Tirpitz*. Durch die Marineabkommen von Washington und London mussten Grossbritannien, Frankreich, Italien, Japan und die Vereinigten Staaten die Grösse ihrer eigenen Schlachtschiffe auf 35'000 Tonnen beschränken. Die Franzosen erhoben den Einwand, dass Grossbritannien juristisch nicht berechtigt sei, Deutschland von der Marineklausel des Versailler Vertrags zu entbinden. In den Augen vieler Franzosen hatte Grossbritannien auch kein moralisches Recht dazu.

Wut verzehrte. Eines Tages würde er Rache nehmen – an den hinterhältigen Briten und an der undankbaren Dritten Republik, die ihn «ausgespien» hatte – wie sein ebenso unschöner wie typischer Ausdruck dafür lautete.

Die Abessinienkrise liess die Spaltung der Franzosen noch tiefer werden. Die Rechte kochte vor Wut wegen des Verlustes Italiens als Verbündeten; sie machte die Linke für diesen Rückschlag verantwortlich – die Linke und das «perfide Albion». Der Hass gegen die Engländer wütete in der reaktionären Presse. «Ich hasse England!» tobte Henri Beraud in *Gringoire*. «Ich hasse es aus Instinkt und aus Tradition. Und ich sage es noch einmal: England muss in die Sklaverei geführt werden!» Noch ausgeprägter war der Hass gegen Russland. Die Rechte wollte das Parlament zwingen, den französisch-russischen Pakt abzulehnen. «Mit Hitler gegen den Bolschewismus!» forderte Cotys Zeitung *L'Ami du Peuple*.

Die Linke nahm den Fehdehandschuh auf, auch wenn sie sich weniger feindselig gebärdete. Sie befürwortete Sanktionen gegen Italien, drängte auf eine Verständigung mit Grossbritannien, gab Lavals Zickzackpolitik und seiner profaschistischen Haltung die Schuld an dem Fiasko von Genf und bestand darauf, das Parlament solle ohne Rücksicht auf Hitlers Meinung dem französisch-russischen Pakt zustimmen. Zwischen den beiden Lagern wurden zornige, heftige Worte gewechselt. Nach Meinung der Rechten war Frankreich im Begriff, den Kommunisten in die Hände zu fallen; die Linke befürchtete die Machtübernahme durch die Faschisten. In dem allgemeinen Durcheinander wurden die langfristigen Interessen des Landes aus den Augen verloren.

So trat das gesplante Frankreich, dessen Aussenpolitik in Trümmern lag, dessen innere Streitigkeiten heftiger und gefährlicher waren denn je, dessen Armee schwächer war, als selbst die Regierung ahnte, in Panikstimmung der nächsten Herausforderung entgegen. Sie kam, wie nicht anders zu erwarten war, von jenseits des Rheins.

Handstreich im Rheinland: Die letzte Gelegenheit, Hitler aufzuhalten und einen Weltkrieg zu verhindern März 1936

Die französische Regierung wurde nun schon seit über einem Jahr immer wieder davor gewarnt, dass Adolf Hitler sich darauf vorbereite, das entmilitarisierte Rheinland durch deutsche Truppen besetzen zu lassen.

Es handelte sich dabei um das linksrheinische deutsche Territorium und einen 50 Kilometer breiten Streifen am rechten Rheinufer, wo Deutschland laut Artikel 42 und 43 des Vertrags von Versailles weder Truppen stationieren noch Befestigungsanlagen unterhalten durfte. Diese Klausel gehörte mit zu dem Preis, der an Frankreich dafür bezahlt werden musste, dass es 1919 von Marschall Fochs Forderung nach einer Angliederung des gesamten linksrheinischen Gebietes an Frankreich abrückte. Frankreich (und auch Belgien) sollten auf diese Weise eine gewisse Sicherheit gegen eine Wiederholung der überfallartigen deutschen Invasion von 1914 erhalten. Die entmilitarisierte Zone stellte ausserdem den Schlüssel zur Wirksamkeit der französischen Bündnisse mit den neuen osteuropäischen Mächten Polen und der Tschechoslowakei dar. Sollten diese Nationen von Deutschland angegriffen werden, so konnte die französische Armee rasch durch die entmilitarisierte Zone bis an die Ruhr vorstossen – in das Herz der deutschen Schwerindustrie und das Zentrum der Rüstungsindustrien. Der Versailler Vertrag hatte Deutschland die entmilitarisierte Zone zwangsweise auferlegt, aber 1925 hatte sich Deutschland im Vertrag von Locarno freiwillig damit abgefunden.

Erst am 21. März 1935, also nach Deutschlands Widerruf der Militärklausel und der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März, hatte Hitler in einer vielbeachteten «Friedens»-Rede vor dem Reichstag feierlich versichert, Deutschland werde die *territorialen* Bestimmungen des Versailler Vertrags und die in Locarno freiwillig eingegangenen Verpflichtungen «bedingungslos respektieren», darunter auch die Entmilitarisierung des Rheinlands. In Wirklichkeit hatte der deutsche Diktator schon drei Wochen vor diesem Versprechen insgeheim das deutsche Oberkommando mit der Ausarbeitung von Plänen für die Wiederbesetzung des Rheinlands beauftragt. Der Deckname für diese Operation lautete *Schulung*. Sie sollte «schlagartig als Überfall zur Ausführung gelangen» und ihre Planung streng geheimgehalten werden: «Beschränkung der Mitwisserschaft auf aller kleinsten Kreis von Offizieren h»

Keine Aufzeichnung in den französischen Archiven weist darauf hin, dass Regierung oder Oberkommando in Paris etwas über die Aktion «Schulung» erfuhren – bis sie

durchgeführt wurde. Aber in denselben Archiven finden sich vielfältige Warnungen vor Hitlers Absichten im Rheinland, und zwar schon seit über einem Jahr.

Bereits im Oktober 1934 begann ein unbekannter, aber sehr reger französischer Generalkonsul in Köln namens Jean Dobler über die ersten deutschen Schritte nach Paris zu berichten. Im folgenden Frühjahr wurden seine Depeschen immer warnender. In einer umfangreichen Mitteilung vom 12. April 1935 an das französische Aussenamt beschrieb er die Massnahmen der Deutschen, mit denen sie die entmilitarisierte Zone zur Aufnahme von Truppen und Kampfflugzeugen vorbereiteten. Er berichtete, dass in aller Hast neue Kasernen, Waffen- und Munitionslager, Garagen für Militärfahrzeuge, Flugplätze, Eisenbahnen und Strassen gebaut würden. Doch in Paris schien niemand die Warnungen des Generalkonsuls zu beachten. Wie er später aussagte, erhielt er für seine Depeschen nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Niemand ermunterte ihn, mit seiner nachrichtendienstlichen Arbeit fortzufahren².

Im Herbst 1935 begannen gewichtigere Leute in der diplomatischen und militärischen Hierarchie Alarm zu schlagen. Im Oktober berichtete der französische militärische Geheimdienst, die Deutschen betrieben «aktive Vorbereitungen» für die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone. Am 21. Oktober schrieb General Gamelin nach gründlicher Prüfung dieser Nachrichten an sein Aussenministerium, «die Hypothese eines Widerrufs des Rheinlandstatuts durch die Deutschen muss allerspätestens noch vor dem Herbst 1936 ins Auge gefasst werden»³.

Von Paris aus hatte der kluge französische Botschafter André François-Poncet bereits, wie er später schrieb, «den Quai d'Orsay in diesem Sinne unterrichtet». Am 21. November hatte er eine längere Unterredung mit Hitler, in deren Verlauf der Führer «eine lange Tirade gegen den in seinen Augen kriminellen französisch-sowjetischen Pakt» vom Stapel liess. Der Hassausbruch des deutschen Diktators überzeugte den Botschafter, dass Hitler schon bald durch eine Besetzung des Rheinlands Vergeltung üben würde. François-Poncet unterrichtete Paris, «wenn Hitler noch zögert, dann geht es einzig und allein um den richtigen Zeitpunkt zum Handeln». Am letzten Tage des Jahres 1935 wiederholte der Botschafter in einer Stimmung düsterer Vorahnung noch einmal seine Warnung⁴. Am Tag nach Weihnachten hatte sich bereits General Gamelin noch einmal schriftlich an das Aussenamt gewandt und die neuesten Geheimdienstmeldungen weitergegeben, nach denen die militärischen Bauvorhaben in der entmilitarisierten Zone rasch vorangetrieben würden⁵.

Zu Neujahr war der französischen Regierung und dem militärischen Oberkommando somit wohlbekannt, dass sich die Deutschen anschickten, in allernächster Zukunft in das Rheinland einzurücken. Man konnte der Frage nicht länger ausweichen: Was werden die Franzosen dann tun? Dieser Frage begegneten sowohl Regierung wie auch Militärs ängstlich und zögernd. Sie stimmten darin überein, dass viel von den Briten abhinge, die sowohl durch den Vertrag von Versailles als auch das Abkommen von Locarno verpflichtet waren, einer solchen Massnahme der Deutschen gemeinsam mit Frankreich entgegenzutreten. Die Hinterhältigkeit der britischen Regierung, bewiesen durch die Unter-

Zeichnung eines Flottenabkommens mit Hitler im Sommer 1935 hinter dem Rücken Frankreichs und in klarem Gegensatz zu den Bedingungen des Friedensvertrags, hatte in Paris ernste Zweifel geweckt. Am 11. Januar 1936 kablete Laval, der gerade im Begriff war, gestürzt zu werden, an seinen Botschafter Corbin in London, zwei deutsche Armeekorps seien für die entmilitarisierte Zone bereitgestellt worden, und ihre «völlige Besetzung» könne schon am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtübernahme, stattfinden⁶. Doch die britische Regierung liess sich davon nicht aus der Ruhe bringen.

In der letzten Januarwoche reiste Aussenminister Flandin zur Beisetzung von König George v. nach London. In zwei Gesprächen, und zwar mit dem soeben zum Aussenminister ernannten Eden am 27. und mit Premierminister Stanley Baldwin am 28. Januar, stellte er die entscheidende Frage: Was würde die britische Regierung unternehmen, falls die Deutschen ins Rheinland einmarschierten? Nach Flandins Aussage erwiderte der Premierminister, die Briten müssten zuvor wissen, was Frankreich zu unternehmen gedächte. Flandin antwortete, seine persönliche Auffassung sei, dass sich Frankreich einer solchen Massnahme widersetzen werde, aber er wolle sofort nach seiner Rückkehr nach Paris die französische Regierung um eine offizielle Stellungnahme ersuchen und Eden davon unterrichten, wenn sie sich in wenigen Tagen in Genf träfen⁷.

Edens Darstellung von Flandins Januar-Erkundungen in London ist bezeichnend:

Ich erwiderte, die französische Haltung zu einer Verletzung des Rheinlandes sei eindeutig eine Frage, die von der französischen Regierung entschieden werden müsse. Welche Bedeutung, so fragte ich, messe sie der entmilitarisierten Zone bei? Wünschte sie sie ihrerseits um jeden Preis aufrechtzuerhalten, oder würde es die französische Regierung vorziehen, mit der deutschen Regierung zu verhandeln, solange das Vorhandensein der Zone in den Augen der Deutschen noch von Wert sei... Ich hielt es für wünschenswert, dass die französische Regierung als die unmittelbar betroffene Macht klare Entscheidungen zur Frage des Rheinlands treffen solle. Falls sie mit Hitler zu verhandeln wünsche, solle sie dies tun; falls sie beabsichtige, eine deutsche Besetzung der Zone abzuweisen, möge sie entsprechende militärische Vorbereitungen treffen. Jede gewaltsame Lösung liege allein bei Frankreich⁸.

Diese Worte aus dem Munde eines Mannes, der so viel vom Gleichgewicht der Kräfte in Europa verstand, mussten den französischen Aussenminister in Erstaunen versetzen. Eden wusste nur allzu gut, wie wichtig die Erhaltung der entmilitarisierten Zone im Rheinland für Frankreich war. Frankreichs Sicherheit hing von ihr ab. Und auch Grossbritanniens Sicherheit. Er gab den Schwarzen Peter weiter, beschuldigte jedoch erstaunlicherweise Flandin, genau das getan zu haben. Er schrieb später: «Aus meinem Gespräch mit Flandin gewann ich den Eindruck, dass er zwar nicht bereit war, zur Verteidigung der Zone Gewalt anzuwenden, aber er war ebensowenig bereit, darüber zu verhandeln. Er schien jedoch versucht zu sein, irgendeinem anderen die Schuld für die Untätigkeit in beiden Fällen zuzuschieben.» Grossbritannien nämlich.

Um dem vorzubeugen, kablete Eden dem britischen Botschafter in Paris, Sir George Clark, und «warnte ihn vor einer Diskussion hypothetischer Fälle» mit Flandin. «Sie dürfen ihn in keiner Weise zu der Hoffnung ermutigen, dass die Regierung Seiner Majestät eventuell bereit sei, die Angelegenheit auf der Grundlage einer Fixierung der britischen Haltung zu diskutieren.»

Wie diese Haltung aussah, machte Eden in einer Mitteilung vom 14. Februar an das Kabinett klar. Zuvor hatte er sich mit dem britischen Generalstab und dem Luftwaffenstab beraten, die ihn beide auf die Folgen hinwiesen, die eine Besetzung des Rheinlands durch die Deutschen für Frankreich haben würde. Er drückte seine Überzeugung aus, es sei «unwahrscheinlich, dass Frankreich für das Rheinland kämpfen würde».

Insgesamt betrachtet, erscheint es als nicht wünschenswert, eine Haltung einzunehmen, die uns dazu zwingen würde, entweder für die Zone zu kämpfen oder sie angesichts einer deutschen Wiederbesetzung preiszugeben. Für Grossbritannien und Frankreich wäre es vorteilhafter, rechtzeitig in Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Bedingungen einer Aufgabe unserer Rechte in der Zone einzutreten, solange eine derartige Aufgabe noch einen Verhandlungswert hat.

Um welche Rechte ging es? Das sagte Eden nicht. Welche Rechte konnten noch existieren, wenn man die entmilitarisierte Zone erst einmal Hitler überlassen hatte? So gelangten die Briten Mitte Februar 1936 unter der Annahme, dass die Franzosen doch nicht zu den Waffen greifen würden, und abgeschreckt von dem Gedanken, sie selbst könnten dazu gezwungen sein, zu der Überzeugung, nur eine Preisgabe des Rheinlands könnte Hitler besänftigen und verhindern, dass die Kanonen losgingen. Doch das wussten die Franzosen nicht.

Gleich nach seiner Rückkehr aus London wandte sich Flandin mit der Frage an das militärische Oberkommando, ob die Armee über die Mittel verfüge, einen bewaffneten Einmarsch der Deutschen in die entmilitarisierte Zone rasch zurückzuschlagen. Zur Klärung dieser Frage veranlasste er Ministerpräsident Sarraut, den Obersten Militärausschuss (*Le Haut Comité Militaire*) einzuberufen*. Die Antwort des Ausschusses bedeutete für die Mitglieder der Regierung ein ebenso rasches wie schreckliches Ende aller Illusionen. Sie hatten nicht geahnt, wie schwach, lahm und unvorbereitet die Armee und wie ängstlich ihre kommandierenden Generäle waren.

In Abwesenheit von Ministerpräsident Sarraut, der wegen einer Debatte im Senat verhindert war, stellte Flandin nach seinen eigenen Angaben ** dem Obersten Militärausschuss die entscheidende Frage: «Sollten deutsche Truppen ins Rheinland einmarschie-

* Der Oberste Militärausschuss, der unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten tagte, setzte sich aus den Ressortministern für die drei Waffengattungen sowie den Generalstabschefs zusammen.

« In den bislang zugänglich gemachten französischen Archiven findet sich kein Protokoll der Sitzung des Obersten Militärausschusses. Flandins eigene Darstellung ist die einzige verfügbare Quelle. Wie wir noch sehen werden, hat nach der Rückkehr des Aussenministers aus London Ende Januar vermutlich gar keine derartige Sitzung stattgefunden. Er bezieht sich offenbar auf ein anderes Treffen – eine Kabinettsitzung, die Ende Februar stattfand, viel später also, als die Zeit bereits knapp wurde. Die Auskünfte der Militärs entsprachen jedoch seiner Darstellung.

ren, welche militärischen Massnahmen können dann sofort gegen sie eingeleitet werden?» Zu seiner «grossen Überraschung», wie er sagt, antwortete ihm Kriegsminister General Maurin, die französische Armee trage den Charakter einer reinen Defensivstreitmacht zur Verteidigung der Maginotlinie und sei nicht darauf vorbereitet, Angriffshandlungen zu unternehmen, wie sie erforderlich sein würden, um einen deutschen Einmarsch ins Rheinland zu verhindern. Flandin war nach eigenen Angaben entgeistert, bestand jedoch darauf, dass sich das Oberkommando auf einen Widerstand gegen die Deutschen einzurichten hätte, falls die Regierung dies verlangte.

Flandin fährt fort, die Regierung sei bei einer nachfolgenden Kabinettsitzung zu dem Schluss gelangt, die Auskünfte der Militärs seien «übereilt und oberflächlich» gewesen. Sie beschloss, eine feste Haltung einzunehmen. Flandin führt weiter aus, dass die Regierung 1. «bestätigte», sie werde sich mit «allen Mitteln» einer Wiederbesetzung des Rheinlands widersetzen, und 2. Flandin ermächtigte, Eden davon in Kenntnis zu setzen, die französische Regierung habe für den Fall einer Verletzung der entmilitarisierten Zone beschlossen, «ihre gesamten militärischen Kräfte dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen, um eine Verletzung der Artikel 42 und 43 des Vertrags von Versailles zu verhindern» ®.

Dazu wie auch zu der zaghaften Antwort des Obersten Militärausschusses liegen uns nur Flandins eigene Angaben vor. Aber es gibt Geheimdokumente, in denen die Zurückhaltung des Oberkommandos bestätigt wird. Weitere Dokumente beweisen, dass Mitte Februar weder Flandin selbst noch die Regierung auch nur annähernd so entschlossen waren, wie der Aussenminister glauben machen will. Der Schritt des Kabinetts, über den Flandin berichtet, war in sich widersprüchlich. Wenn die französische Regierung nämlich einer deutschen Wiederbesetzung des Rheinlands rechtzeitig und «mit allen Mitteln» entgegentreten wollte, so durfte sie sich nicht damit begnügen, ihre Armee, Flotte und Luftwaffe lediglich dem Völkerbund zu unterstellen. Die Franzosen hätten von sich aus rasch handeln müssen, weil der Völkerbund gewohnheitsgemäss erst lange überlegt hätte.

Jedenfalls erhellt aus den erst kürzlich veröffentlichten französischen Archiven, dass zuerst die Armee und später auch die französische Regierung vor der Aussicht zurückschreckten, den Deutschen allein entgegentreten zu müssen, und dass sie immer mehr dem Konzept einer konzertierten Aktion unter Leitung des Völkerbunds zuneigten. Diese musste jedoch – wenn überhaupt – zu spät kommen.

Das war gleichbedeutend mit der schon im Voraus erklärten Bereitschaft, Hitler sein Vabanquespiel durchgehen zu lassen. Dabei hielten es, wie vertrauliche deutsche Unterlagen beweisen, die Generäle des Führers aus Respekt vor der französischen Armee für zu riskant, ein solches Spiel überhaupt zu wagen¹⁰. Sie hätten sich ihre Sorgen sparen können, wenn sie auch nur geahnt hätten, wie sehr ihre Gegenspieler in Paris vor dem Gedanken zurückschreckten, sich mit ihnen in der entmilitarisierten Zone anzulegen. Wenn Flandin durch General Maurins Antwort tatsächlich so betroffen war, wie er angibt, konnte auch er sich keinen Illusionen mehr hingeben.

Während des ganzen Februar informierte ihn der Kriegsminister immer wieder über die Bedenken der Armee. Am 12. Februar berichtete er Flandin schriftlich über weitere Massnahmen der Deutschen, die auf eine baldige Wiederbesetzung des Rheinlands hinzuweisen schienen. Dabei stellte er die Frage, was Frankreich unternehmen solle, wenn dieser Fall einträte? Der Kriegsminister empfahl der Regierung, «sofort eine Klage beim Völkerbund einzureichen, dass Deutschland nicht nur den Versailler Vertrag, sondern auch das Abkommen von Locarno verletzt hätte». Was die eigentlichen französischen Vorkehrungen für diesen Fall betraf, so «müssen gewisse Vorsichtsmassnahmen getroffen werden» – für den Fall, dass der Feind weitermarschierte und die französische Grenze selbst angriffe¹¹.

Eines erwähnte er nicht: dass es notwendig sei, die Deutschen aus dem Rheinland zu verjagen, falls sie tatsächlich einzumarschieren begannen.

Fünf Tage später, am 17. Februar, mahnte General Maurin noch einmal im Namen des Militärs seinen Aussenminister Flandin zur Vorsicht.

Es scheint mir unter Umständen gegen die französischen Interessen zu sein, unser Recht zur Besetzung der entmilitarisierten Zone wahrzunehmen ... Wir würden damit riskieren, als der Aggressor dazustehen, allein gegen Deutschland. Eine solche Operation sollte man keinesfalls ohne die volle Zustimmung der britischen Regierung ins Auge fassen.

Im selben Brief antwortete der Kriegsminister auch auf die erneute Aufforderung Flandins vom 14. Februar, ihm «präzise» mitzuteilen, welche «Dispositionen» vom Militär gegen eine deutsche Besetzung des Rheinlands getroffen würden. Er erläuterte fortschrittliche «Massnahmen der Alarmbereitschaft», die die Armee aus eigener Initiative ergreifen könnte; sie würden die Besetzungen der Maginotfestungen, der Grenze und der Luftabwehrbatterien in den Kriegszustand versetzen. Es waren reine Defensivvorkehrungen. Der General erklärte ferner, dass auch die *Couverture* möglich sei, wodurch Frankreich in die Lage versetzt würde, innerhalb von acht Tagen eine Million Soldaten an die Front zu werfen. Aber dies, so versicherte der Kriegsminister, sei erst nach einem Beschluss der Regierung möglich. Alles in allem, so schloss er, seien diese Massnahmen nichts weiter als die *Vorbereitung* «auf die Rückeroberung der Rheinland-Zone durch französische und andere Truppen»¹². Dabei sagte der General freilich nicht, an welche «anderen» Truppen er dachte. Briten? Belgier? Er musste doch wissen, dass es hier kaum Aussichten gab. Und alle diese Massnahmen – lediglich um einen Gegenschlag *vorzubereiten!* Konnte denn die zu diesem Zeitpunkt den Deutschen an Bewaffnung und zahlenmässiger Stärke weit überlegene französische Armee nicht ebenso rasch ins Rheinland einrücken wie der Feind? Diese Frage wurde von den Zivilisten der Regierung immer wieder aufgeworfen. Aber die verkalkten Generäle hatten sie bereits beantwortet.

In seinem Brief vom 14. Februar hatte der französische Aussenminister General Maurin noch eine weitere Frage vorgelegt. Falls es mit Deutschland zu Verhandlungen über die

entmilitarisierte Zone kommen sollte, so fragte er – inwieweit konnte Frankreich dann einer «liberalen Interpretation» des Rheinland-Statuts zustimmen¹³?

Auch diese Frage beantwortete General Maurin in seinem Brief an Flandin vom 17. Februar. Jede Verhandlung über das Rheinland, so schrieb er, sei «ausserordentlich gefährlich und sollte vermieden werden». Aber General Gamelin, der Oberkommandierende der Armee, verriet nach dem Kriege, dass die Militärs schliesslich auf eine modifizierte Frage doch nachgiebiger antworteten. Er sagte aus, dass die Frage aus dem Aussenministerium zu dem Zeitpunkt, da sie auf seinen Schreibtisch gelangte, lautete: «Unter welchen Bedingungen könnte Frankreich, falls die Regierung zu diesem Entschluss gelangen sollte, die Stationierung verminderter (deutscher) Garnisonen auf dem linken Rheinufer zu lassen?» Und er fügte hinzu, diese Frage sowie die Bitte um eine dringende Beantwortung käme ursprünglich aus Grossbritannien. Wenn man Edens oben erwähntes Ansuchen an Flandin vom 27. Januar bedenkt, gibt es kaum eine Veranlassung, an der Glaubwürdigkeit des Generals zu zweifeln.

Die Erwiderung des Generalstabs fiel nach General Gamelins Aussage folgendermassen aus: Frankreich könnte eine deutsche Besetzung des Rheinlands unter der Bedingung akzeptieren, dass die Garnisonen und die paramilitärischen Einheiten beschränkt blieben, dass keine militärischen Güter gelagert, keine Manöver abgehalten, keine neuen Flugplätze gebaut und «vor allen Dingen keine Festungen errichtet» würden. Weiterhin müsste eine wirkungsvolle internationale Kontrolle dafür sorgen, dass die Deutschen nicht schwindelten¹⁴. Die Fragen des Aussenministers und die Antworten des Militärs bewiesen wiederum die schwankende Haltung von Regierung und Armee.

Unterdessen häuften sich zwar die Hinweise auf unmittelbar bevorstehende deutsche Schritte, aber das Oberkommando, gleichsam gelähmt, bereitete keine Pläne vor und unternahm auch nichts, um der Wehrmacht im Rheinland entgegenzutreten. Später behauptete General Gamelin, er habe im Januar die Kommandeure der Grenztruppen aufgefordert, sich auf die *Couverture* vorzubereiten und «eine Reihe von Operationen für lokale, aber rasche Vorstösse auf deutsches Gebiet zu studieren»; in Wirklichkeit ging es dabei darum, ein paar Meilen weit ins Saarland vorzudringen¹⁵. Doch nach dem zweiten Weltkrieg sollte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss in den Militärarchiven keinerlei Spuren von «diesen Projekten» entdecken können¹⁶. Anscheinend liess der Armeechef stets «Studien» durchführen – aber nicht mehr.

Nun wurde er förmlich mit Warnungen vor deutschen Vorbereitungsmaßnahmen überschüttet. Doch diese Flut veranlasste ihn keineswegs zum Handeln. Am 15. Januar warnte General Renondeau, der französische Militärattaché in Berlin, vor einem unmittelbar bevorstehenden deutschen Einmarsch ins Rheinland¹⁷. Am selben Tage gab der militärische Nachrichtendienst in einer «streng geheimen» Mitteilung, die nur für Gamelin bestimmt war, einen ähnlichen Hinweis¹⁸. Dass an einem Tage gleich zwei solche Nachrichten eintrafen, schien General Gamelin denn doch aus seinem Gleichmut aufzurütteln. Im Namen des Generalstabs verfasste er eine Notiz, die er drei Tage später, am 18. Januar, an den Obersten Militärausschuss schickte: «Neuere Informationen lassen die

Annahme als berechtigt erscheinen, dass Deutschland für die nahe Zukunft die Rückgewinnung des Rheinlands oder zumindest des rechten Rheinufer beabsichtigt.» Welche Gegenmassnahmen empfahl der Generalstab? Er ersuchte um «zusätzliche Militärkredite». Über militärische Massnahmen steht in der Notiz nicht ein einziges Wort. Ausserdem übertrieb General Gamelin¹⁹, wie er es bis zuletzt tun sollte, in geradezu grotesker Weise die Stärke der deutschen Armee*.

Noch am selben Tag, dem 18. Januar, trat der Oberste Militärausschuss zur Beratung der Mitteilung zusammen. Obgleich General Gamelin berichtete, die Deutschen würden das Rheinland «baldmöglichst» wiederbesetzen und sodann befestigen, wodurch es für Frankreich unmöglich würde, Polen oder der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen, fiel keine Entscheidung über Gegenmassnahmen. Die Angelegenheit sollte auf der nächsten Sitzung «studiert» werden²⁰. Trotz aller Studien – und das Oberkommando glich unter General Gamelins Ägide mehr einer Universitätsfakultät als einer Gruppe von kampf-erfahrenen Generälen – ist klar erkennbar, zu welchem Ergebnis sie den Oberkommandierenden gelangen liessen: dass die französische Armee trotz ihres Vorsprungs von siebzehn Jahren gegenüber den zu dieser Zeit entwaffneten Deutschen und trotz der sich hieraus ergebenden allgemeinen Überlegenheit selbst nicht imstande sei, die Deutschen aus dem Rheinland zurückzuwerfen.

Am 19. Februar berief General Gamelin eine Sitzung der Chefs der Generalstäbe aller drei Waffengattungen ein, um mit ihnen «die Eventualität» einer deutschen Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone zu besprechen. Das Geheimprotokoll enthüllt Gamelins Ängstlichkeit. Er sagte: «Es gibt keinen Anlass zu der Annahme, dass Frankreich allein die entmilitarisierte Zone besetzen kann.» Dennoch, so fügt er hinzu, müssten «Vorkehrungen für den Fall einer überraschenden Wiederbesetzung durch die Deutschen» getroffen werden²¹. Vorkehrungen! Nichts weiter. Die Armee versuchte auch weiterhin, Zeit zu gewinnen.

Die Regierung machte es ebenso. Es handelte sich um eine Übergangsregierung, von der erwartet wurde, dass sie bis zu den allgemeinen Wahlen Ende April auf Zeitgewinn hinarbeitete. Senator Albert Sarraut, ein altgedienter radikalsozialistischer Politiker, war am 25. Januar 1936 zu Lavals Nachfolger bestimmt worden, grösstenteils deshalb, weil er die politische Figur zu sein schien, an der Rechte wie Linke am wenigsten Anstoss nahmen. Sein Denken und seine Energie konzentrierten sich nicht, wie man hätte annehmen sollen, auf die Kriegsdrohung von Seiten Italiens wegen der äthiopischen Sanktionen oder diejenige Deutschlands wegen des Rheinlands, sondern nur auf die kommenden Frühjahrsahlen, in der alle linksgerichteten Parteien einschliesslich der Radikalen und der Kommunisten in der neugebildeten Volksfront die Hand nach dem Sieg ausstreckten – eine Vorstellung, bei der dem braven Bürgertum im Parlament wie auch draussen im Land ein kalter Schauer über den Rücken lief.

* Er zählte 200'000 Mann Arbeitsdienst und 40'000 SS-Männer mit. Der Autor, der seinerzeit als Korrespondent in Berlin tätig war, kann bezeugen, dass keiner der beiden Gruppen damals irgendein militärischer Wert beizumessen war.

Niemand könnte behaupten, Sarraut hätte etwas Heroisches an sich gehabt. Er war selbst als Politiker nur mittelmässig, aber er verfügte über eine langjährige Erfahrung: 1906, also vor dreissig Jahren, war er zum erstenmal Staatssekretär geworden, und seit 1914 hatte er achtzehnmal als Minister dem Staat gedient, einmal – im Herbst 1933 – sogar für knapp einen Monat als Ministerpräsident. Um sich die Unterstützung der konservativen Mitte zu erhalten, ernannte er Flandin zum Aussenminister. Flandin war ein kräftiger, stämmiger Mann von achtundvierzig Jahren und mit seinen 1,90 Metern für einen Franzosen ungewöhnlich gross. Er glich in seinem Aussehen, seiner Kleidung und seinem Auftreten einem Engländer und besass in London unter den Parlamentsmitgliedern und Zeitungslords viele Freunde, die ihn als den britenfreundlichsten aller französischen Politiker betrachteten. Trotz seiner damals recht gemässigten Haltung war er ein überzeugter Republikaner und durfte sich seiner Vorväter rühmen, die seit der Grossen Revolution standhaft gegen Könige und Kaiser gekämpft hatten. Bei aller Intelligenz und Begabung und trotz seiner Erfolge hatten viele den Eindruck, dass in seinem Charakterbild etwas schwer Definierbares fehle – vielleicht eine gewisse Willensstärke oder gesundes Urteilsvermögen.

Auch Georges Mandel sass als Postminister mit im Kabinett. Mandel war Jude, parteiloser Konservativer und ein Schützling Clemenceaus, dessen Hass und Misstrauen gegenüber den Deutschen er teilte; er hatte den grössten Teil seines Lebens unauffällig im verborgenen gearbeitet. Er war ein intelligenter Mann mit einem Charakter aus Granit und eisigen Manieren, die alle bis auf seine engsten Freunde abwiesen, sowie einer tiefgreifenden Skepsis gegenüber der menschlichen Rasse; er sollte damals wie auch in den letzten Tagen der Republik das dringend benötigte Rückgrat der Regierung darstellen. Ihm eng verbunden in der Befürwortung einer harten Politik gegenüber Deutschland war Senator Joseph Paul-Boncour, Staatsminister für Völkerbundsangelegenheiten. Paul-Boncour, dieser gutaussehende, silberhaarige Exsozialist, hervorragende Rechtsanwalt, begabte Redner, Literaturkenner, Theaterfreund und Bonvivant, hatte als Politiker nie ganz gehalten, was seine vielseitigen Talente versprachen. Er verfügte über hinreichende Kabinetts Erfahrung, da er zweimal Kriegsminister, zweimal Aussenminister und einmal, gegen Ende 1932, für sechs Wochen Ministerpräsident war. Als französischer Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz war er viel mit den Deutschen in Berührung gekommen und hatte gelernt, ihnen zu misstrauen. Jetzt, als sich die Rheinlandkrise immer mehr zuspitzte, vertrat er die Auffassung, Frankreich müsse den Deutschen die Stirn bieten. Marcel Deat, Professor und Neosozialist, war Luftfahrtminister. Er war bereits im Begriff, in den Defätismus abzugleiten. Zuletzt sollte er als echter Kollaborateur im Lager der Nazis landen. Am 2. März schrieb er aus dem Luftfahrtministerium an Flandin, eine Wiederbesetzung des Rheinlands durch die Deutschen brauche nicht «notwendigerweise» einen Angriff auf Frankreich selbst zu bedeuten. «Das Ergreifen von Vorbeugungsmassnahmen», schrieb er, «könnte uns weiter führen, als wir gehen wollten²².» Die französische Luftwaffe wollte ebenso wie die

Armee nur dann zum Kampf antreten, wenn die Landesgrenze selbst überschritten wurde. Ende Februar raffte sich die Übergangsregierung Sarraut noch einmal auf. Die Nachrichten aus diplomatischen und militärischen Quellen liessen kaum noch einen Zweifel daran, dass sich die Deutschen anschickten, ins Rheinland einzurücken. Anfang des Monats hatte man Jean Dobler, dem hartnäckigen Kölner Generalkonsul, nach mehreren Zurückweisungen endlich gestattet, zur persönlichen Berichterstattung in Paris zu erscheinen. Er unterrichtete das Aussenministerium davon, dass Hitlers Vorbereitungen für die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone «praktisch abgeschlossen» seien²³. Um Mitternacht des 13. Februar kabela Henry Noël, der französische Konsul in Düsseldorf, an Flandin, deutsche Offiziere in Zivil seien eingetroffen, um «die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone vorzubereiten»²⁴.

Angesichts solcher und vieler ähnlicher Meldungen hielt Sarraut die Zeit für gekommen, von der Armee eine definitive Antwort auf die Frage zu fordern, was sie zu tun gewillt sei, um der deutschen Drohung zu begegnen; auch für die Regierung war es höchste Zeit, zu einem Beschluss zu gelangen. Die Empfehlung der Armee an das Aussenministerium vom 25. Februar, die Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes zu verschieben, weil Hitler dies als Vorwand für ein Vorgehen im Rheinland verwenden könnte, hatte ihn sehr verärgert. Dieser Schritt habe ihn, so sagt er, veranlasst, «sich über die Moral und den Mangel an Energie im Oberkommando Gedanken zu machen». Die Kammer sollte am 27. Februar über die Ratifizierung abstimmen, und die Regierung Sarraut war entschlossen, die Ratifizierung an diesem Tage durchzuboxen. Der Ministerpräsident berief am Morgen des 27. Februar eine Kabinettsitzung zur Beratung der Konsequenzen ein. Dabei stellte er Kriegsminister General Maurin sofort die Frage: Welcher Art sind die militärischen Pläne für einen Widerstand gegen die Deutschen in der entmilitarisierten Zone?

Fassungslos hörte er sich die Erklärung des Generals an, die französische Friedensarmee «könne lediglich in die Defensive gehen». Um die Offensive zu ergreifen, müssten starke Reserven einberufen und «vor allen Dingen» eine industrielle Mobilisierung durchgeführt werden²⁵. Aufgrund dieser Enthüllung traf das französische Kabinett seine Entscheidung. Unmittelbar nach der Sitzung rief Flandin den belgischen Botschafter zu sich und teilte ihm vertraulich diese Entscheidung mit. Im Falle eines Übergriffs der Deutschen gegen die entmilitarisierte Zone

- a) *wird die französische Regierung keine isolierten Massnahmen ergreifen. Sie wird nur in Übereinstimmung mit den anderen Unterzeichnerstaaten von Locarno vorgehen.*
- b) *Im Falle einer glatten und unbestreitbaren Verletzung der Artikel 42 und 43 (des Vertrags von Versailles) wird die französische Regierung unverzüglich die britische, belgische und italienische Regierung konsultieren und auf eine gemeinsame Aktion entsprechend den Bestimmungen der Völkerbundssatzung und des Abkommens von Locarno hinwirken.*

c) *In Erwartung der Stellungnahme der Garantiemächte behält sich die französische Regierung das Recht vor, sämtliche Vorkehrungen, auch Massnahmen militärischen Charakters, zu treffen* ²⁶.

Flandin erklärte dem Botschafter, er werde Eden über diesen Beschluss informieren, sobald er ihn in der folgenden Woche in Genf sehe. Warum er mit der Unterrichtung der britischen Regierung fast eine Woche wartete, wurde niemals klar. In Genf überreichte Flandin am 3. März Eden schriftlich den Text des Regierungsbeschlusses. Der britische Aussenminister begnügte sich mit dem Hinweis, er werde nach seiner Rückkehr nach London am 5. März mit seiner Regierung darüber sprechen²⁷. Später erinnerte sich Eden: «In dieser Absichtserklärung stand nichts, woran man hätte Anstoss nehmen können²⁸.» Er schien erleichtert zu sein.

So hatten Anfang März 1936, als alle Anzeichen auf ein unmittelbar bevorstehendes Einrücken der Deutschen ins Rheinland hindeuteten, die britische und die belgische Regierung zu ihrer grossen Erleichterung Klarheit darüber, dass Frankreich sich diesem Einmarsch nicht allein entgegenstellen würde. So liefen die beiden Länder nicht Gefahr, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland verwickelt zu werden – was beide wie die Pest scheuten. Während Hitler handelte, wollte Frankreich lediglich an den Völkerbund und die Locarno-Mächte appellieren. In den Unterlagen des deutschen Aussenamtes oder der Wehrmacht findet sich zwar kein Hinweis darauf, dass Hitler das wusste, doch sein Verhalten zeigt, dass er es instinktiv fühlte – wie so vieles in jenen ersten erfolgreichen Jahren seiner Regierung. Die Gleichgültigkeit, die Briten wie auch Franzosen ein Jahr zuvor an den Tag gelegt hatten, als er am 16. März 1935 die militärischen Restriktionen des Versailler Vertrags zerrissen hatte, gab ihm die Zuversicht, dass ihm auch weitere Vabanquespiele glücken würden.

Am 2. März hatte er in Berlin eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter, der ihn aufgesucht hatte, um erneut für ein friedliches *rapprochement* zwischen Frankreich und Deutschland zu plädieren. François-Poncet fand den Diktator «nervös, erregt und verstört; er wirkte äusserst ungeduldig und gereizt». Der Botschafter berichtete nach Paris, Hitler hätte «erneut eine langatmige Tirade gegen den französisch-sowjetischen Pakt vom Stapel gelassen»; er wiederholte, dass er ihn für «unvereinbar mit Locarno» hielt und dass er für Deutschland «eine ernste Bedrohung» darstelle. Der Führer ersuchte um «Bedenkzeit», um darüber nachzusinnen, was für die französisch-deutsche Verständigung getan werden könne. Er bestand ferner darauf, den Besuch geheimzuhalten – ein Ansinnen, das der Botschafter als ein wenig seltsam empfand²⁹. Für Hitlers Nervosität und Erregung während dieses Gesprächs gab es Gründe, von denen selbst ein so scharfsinniger Diplomat wie François-Poncet nichts ahnen konnte. Genau an jenem 2. März erteilte General von Blomberg auf Weisung des Führers den deutschen Truppen den formellen Befehl, das Rheinland am 7. März zu besetzen. Es sollte, wie Blomberg seinen Kommandeuren mitteilte, eine «Überraschungsaktion» werden. Der General sagte, dass er einen «friedensmässigen Charakter der Aktion» er-

warte. Sollte sich das Gegenteil herausstellen – das heisst, falls die Franzosen zu den Waffen greifen sollten «bleibt jede militärische Gegenmassnahme meiner Entscheidung Vorbehalten». Wie später aus vertraulichen deutschen Dokumenten ersichtlich wurde, bedeutete diese «Gegenmassnahme», in aller Hast zum Rüdezug zu blasen, falls sich die Franzosen wehrten⁸⁰.

Die Deutschen marschieren

Im Morgengrauen des 7. März 1936 marschierten kleine deutsche Truppenkontingente ins Rheinland ein. Trotz aller Warnungen wollte es die französische Armee zunächst nicht glauben. Um 9 Uhr 45, über drei Stunden nach dem Beginn des Einmarsches, teilte der militärische Geheimdienst dem Generalstab in Paris telefonisch mit, der Berliner Korrespondent einer Pariser Tageszeitung hätte am frühen Morgen vom Einrücken regulärer Truppen in die entmilitarisierte Zone berichtet, aber «es gebe keine weiteren Hinweise in diese Richtung»³¹. Vielleicht ist François-Poncet, der in diesen letzten Tagen sein Mäntelchen immer mehr nach dem Wind hängte, schuld daran, dass in Paris die Wachsamkeit nachliess. Am 27. Februar, dem Tage der entscheidenden Kabinettsitzung, hatte er aus Berlin telegraphiert: «Deutschland wird den Pakt von Locarno nicht offen verletzen. Es wird keine plötzliche militärische Besetzung der Rheinlandzone vornehmen³².» Noch am Abend des 6. März, als in Berlin überall Gerüchte kursierten, Deutschland werde am Morgen das Rheinland wiederbesetzen, und als bereits offiziell angekündigt war, Hitler werde am nächsten Tage nach der Überreichung von Memoranden an die Vertreter der Locarno-Mächte vor dem Reichstag sprechen, drahtete der Botschafter an Flandin: «Was wird Hitler tun?» Sein Tip war, «Hitler würde ankündigen, dass Deutschland unter gewissen Bedingungen bereit sein werde, wieder in den Völkerbund einzutreten. Zu diesen Bedingungen würde eine Abänderung des Rheinlandstatuts gehören.» Aber, so fügte er hinzu, «es war nicht ganz ausgeschlossen», dass der Diktator «Locarno aufkündigen und eine baldige Rückeroberung der entmilitarisierten Zone ankündigen werde». Er hielt jedoch die erste Hypothese für «die wahrscheinlichste»³³. Zugegebenermassen war der Führer unberechenbar*.

Am 7. März, morgens um 10 Uhr, wurde der französische Botschafter dann abrupt mit der Wirklichkeit konfrontiert, als der deutsche Aussenminister, Baron Konstantin von Neurath, ihn (wie auch die Botschafter Grossbritanniens und Italiens sowie den belgischen Geschäftsträger) von der Rheinlandaktion in Kenntnis setzte. Er nannte sie eine «symbolische Besetzung» und überreichte ihm ein Memorandum, in dem Deutschland mit

* Meine eigene Tagebuchnotiz von diesem Tag in Berlin hält die fiebergeladene Atmosphäre fest: «. . . Ein Tag wildester Gerüchte. Fest steht jedoch, dass Hitler den Reichstag für morgen mittag einberufen und die Botschafter Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens für morgen vormittag zu sich bestellt hat. Da dies die Locarno-Mächte sind, ist offenkundig . . . dass Hitler den Vertrag von Locarno aufzukündigen gedenkt . . . Nach allem, was ich heute gehört habe, nehme ich an, dass Hitler ein Ende mit der entmilitarisierten Zone machen wird, obgleich die Wilhelmstrasse das ganz entschieden abstreitet. Ob er die Reichswehr hinschicken wird, steht noch nicht fest. Das scheint ein zu grosses Risiko zu sein, da die französische Armee leicht imstande wäre, sie wieder zu verjagen . . . M»

dem lächerlichen Vorwand, der französisch-sowjetische Pakt habe den Pakt von Locarno bereits verletzt, diesen aufkündigte, nachdem Hitler ihn soeben gebrochen hatte – und gleichzeitig neue Friedenspläne unterbreitete! François-Poncet notierte bissig³⁵: «Hitler schlug seinem Gegner ins Gesicht und erklärte ihm dabei: ‚Ich bringe dir Friedensvorschläge!«»

Zwei Stunden später trug der deutsche Diktator diese unechten Friedensvorschläge dem Reichstag vor. Der Autor empfand die hektische Szene, die sich dabei abspielte, ebenso faszinierend wie schauerlich und hat an anderer Stelle darüber berichtet³⁸. Hitler war heiser von fast zweistündigem Schreien. Er schloss feierlich: «... Wir verpflichten uns, nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas einzutreten ... Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen ... Deutschland wird niemals den Frieden brechen!»

Die Frage war nun: Würde ihn Frankreich brechen, indem es sich dem deutschen Einmarsch ins Rheinland entgegenstellte? Den ganzen Tag über warteten Hitler und seine Generäle in höchster Spannung auf einen Hinweis darauf, was die Franzosen zu tun gedächten. Früh am Nachmittag begegnete ich im Berliner Tiergarten General von Blomberg. Er war aschfahl, und ein Backenmuskel zuckte nervös. Wie wir später erfahren sollten, wollten er und die anderen Generäle bereits zum Rückzug blasen. Alles hing nun von der Reaktion der Franzosen ab.

Kurz nach 10 Uhr vormittags, als die Berichte aus Berlin keinen Zweifel mehr an dem tatsächlichen Geschehen liessen, berief Ministerpräsident Sarraut drei seiner Minister sowie den Kriegsminister General Maurin und General Gamelin in sein Büro im Innenministerium. Es wurde erwartet, dass er eine volle Kabinettsitzung einberufen würde, die wie üblich unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik tagen sollte, damit die Regierung unmittelbar handeln könnte. Doch das tat er erst am folgenden Tag. Vielleicht wollte er sich zuerst mit jenen seiner Kollegen beraten, von denen er glaubte, dass sie in dieser Notlage die festeste Haltung beweisen würden. Es waren Aussenminister Flandin, Staatsminister für Völkerbundsangelegenheiten Paul-Boncour und Postminister Mandel – «der liebe und heldenhafte Mandel», wie ihn Sarraut nannte.

Nach Sarrauts eigenen Angaben³⁷ sprachen sich er und seine zivilen Kollegen für rasches Handeln aus, um die Deutschen sofort wieder aus dem Rheinland zu vertreiben. Doch dabei stiessen sie sofort – zu ihrer grossen Bestürzung, wie sie sagten – auf den erbitterten Widerstand des zaghaften Oberkommandos. Was würde die Armee tun? Sarraut stellte den beiden Generälen diese Frage. General Gamelins Antwort warf ihn fast um. Der Oberbefehlshaber der Armee ersuchte lediglich um die Erlaubnis, «erste Vorsichtsmassnahmen treffen zu dürfen». Er erläuterte, was er darunter verstand: die Rückberufung von Urlaubern, die Heranschaffung von Verstärkungen mit Lastwagen und die «Vorbereitung» der Heranführung weiterer Verstärkungen per Bahn, falls sich dies als nötig erweisen sollte.

«Und das war alles!» sollte der Ministerpräsident später ausrufen, als er von der Sitzung

berichtete. «Kein Wort von einer Offensive, kein Wort von einer Reihe lokal begrenzter, aber rascher Vorstösse auf deutsches Gebiet, eine Möglichkeit, von der er später behauptete, er habe sie studieren lassen. Nicht ein einziges Wort von alldem!»

Paul-Boncour warf ein: «Ich würde Sie gern so rasch wie möglich in Mainz sehen.» Darauf erwiderte General Gamelin: «Ach, das steht wieder auf einem anderen Blatt. Auch mir wäre nichts lieber. Aber Sie müssen mir die Mittel dazu in die Hand geben.» Als Oberkommandierender der Armee verfügte er doch wohl über sämtliche vorhandenen Mittel dazu. Aber den verduztten zivilen Ministern dämmerte rasch, was die beiden Generäle wollten: eine Generalmobilmachung, beginnend mit der *Couverture*, die allein schon acht Tage brauchen würde, um eine Million Mann in Kampfbereitschaft zu versetzen. Was an jenem entscheidenden 7. März, einem Samstag, erforderlich gewesen wäre, war eine Polizeiaktion der Franzosen, um ein paar im Parademarsch durch das Rheinland ziehende deutsche Soldaten zu verjagen. Soviel war an jenem Wodienende selbst einem Korrespondenten in Berlin bereits klargeworden. Aber das französische Oberkommando forderte einen Schmiedehammer, um damit eine Fliege totzuschlagen. Es fürchtete, dass schon der geringste Schritt in der entmilitarisierten Zone, der ja französische Truppen in feindliche Berührung mit deutschen Soldaten bringen könnte, einen Krieg vom Zaun brechen würde.

Eine Frage des Ministerpräsidenten förderte diese Angst zutage. Er fragte General Gamelin: «Wie stehen die Aussichten, wenn wir allein, ohne Verbündete, gegen Deutschland vorgehen?» Später erinnerte sich der Armeechef: «Ich antwortete, dass wir im Augenblick, unter den gegebenen Umständen, das Übergewicht haben würden, dass aber in einem längeren Krieg die Überlegenheit unserer Gegner an Zahl und Industriekapazität eine grosse Rolle spielen werde³⁸.»

Angesichts dieser Warnungen von militärischer Seite, schon die geringste französische Reaktion auf den deutschen Schritt könnte zu einem langen Krieg führen, den die Deutschen diesmal sehr wohl gewinnen mochten, vertagte Sarraut die Sitzung, ohne dass irgendwelche Entscheidungen getroffen worden wären.

Die Briten machten sich übertriebene Sorgen, die Franzosen könnten auf eigene Faust handeln. So eilte der britische Botschafter in Paris, Sir George Clark, auf Weisung seiner Regierung noch am selben Vormittag zum Quai d'Orsay. Flandin hatte die Besprechung im Innenministerium zu der Konferenz mit Clark und den Botschaftern der anderen Locarno-Staaten verlassen. Clark ersuchte Flandin «sehr eindringlich», Frankreich möge keine isolierten Massnahmen ergreifen und vor allen Dingen «auf militärischem Gebiet nichts unternehmen, was Auswirkungen für die Zukunft haben könnte, ohne sich zuvor mit der britischen Regierung abzustimmen»³⁹.

Aber die Angehörigen der britischen Regierung hatten sich nach alter Sitte zum Wochenende begeben*. Eine Konsultation mit der britischen Regierung war also unmöglich.

* In Berlin wurde ganz ernsthaft angenommen, dass Hitler seine aussenpolitischen Hasardspiele immer auf Samstage verlegte, weil er wusste, dass die britischen Kabinettsmitglieder und andere hohe Regierungsbeamte sich dann nicht in London aufhielten, sondern zum Wochenende aufs Land gefahren waren. Auch der 16. März 1935, an dem er die allgemeine Wehrpflicht ausrief, war ein Samstag.

Eden erklärte in London dem französischen Botschafter, dass vor der Rückkehr des Ministerpräsidenten und seiner Kollegen am Montag hier nichts entschieden werden könne. Damit hätten die Deutschen volle achtundvierzig Stunden Zeit gewonnen, ihre Stellung im Rheinland ungehindert zu festigen. Weder aus den eigenen Aufzeichnungen des britischen Aussenministers noch aus den Depeschen des französischen Botschafters über die Zusammenkunft geht hervor, dass Eden an die Folgen einer solchen Verzögerung auch nur einen Gedanken verschwendet hätte. Sein einziges Bestreben war es, die Franzosen davon abzuhalten, über das Wochenende irgend etwas zu unternehmen.

Charles Corbin, der französische Botschafter in London, war ein geschickter Diplomat alter Schule – einer der letzten dieser aussterbenden Zunft –, der sich in den letzten Jahren seiner ruhmreichen diplomatischen Laufbahn um die Wiederbelebung der anglo-französischen Entente bemühte. Diese Entente hatte Frankreich 1914 schon einmal gerettet und würde, wie er fest glaubte, sein Vaterland wieder retten, falls die Deutschen noch einmal angriffen. Er liess sich durch die für die meisten Franzosen unbegreiflichen englischen Gewohnheiten weder entmutigen noch düpieren; nach seiner Unterredung mit Eden an diesem Samstagmorgen war er zwar nicht um eine Illusion ärmer – dafür war er ein zu erfahrener Mann –, aber doch beträchtlich enttäuscht und deprimiert. Er kablelte nach Paris:

Der Aussenminister weigerte sich trotz meines Drängens, mir einen Hinweis auf seine eigene Einstellung zu geben. Er schwieg sich auch über die Frage des Locarno-Paktes selbst aus ...

Seine Haltung war die eines Mannes, der sich fragt, welche Vorteile man aus einer neuen Situation ziehen könnte, und nicht, welche Schranken man vor einer drohenden Gefahr errichten müsse⁴⁰.

Corbin hatte sogar den Eindruck, dass Eden über die Nachrichten dieses Morgens «erleichtert» war.

Für Paris waren das böse Nachrichten. Flandin dachte gründlich über Corbins Meldungen nach und forderte dann am nächsten Tag seinen Botschafter telegrafisch auf, die Briten endlich aufzuwecken. «Bitte werden Sie dringend bei der britischen Regierung vorstellig», drahtete er, «und weisen Sie auf die Gefahr hin, die darin liegt, die Dinge treiben zu lassen⁴¹.»

Etwas wusste Flandin nicht: dass der britische Ministerpräsident bereits beschlossen hatte, die Dinge treiben zu lassen, soweit Grossbritannien betroffen war. Er legte seinem jungen Aussenminister seine Ansichten dar, als dieser am Samstag nachmittag in Chequers eintraf. Der phlegmatische Stanley Baldwin, der in den Augen seiner Landsleute das Ebenbild des starken John Bull war, verstand wenig von Aussenpolitik und kümmerte sich noch weniger darum.

Eden erinnerte sich später:

*Baldwin sagte wenig, wie das bei aussenpolitischen Angelegenheiten seine Art war. Trotz seiner freundlichen Haltung gegenüber Frankreich war er sich doch darüber im Klaren, dass eine militärische Aktion der Franzosen in Grossbritannien keine Unterstützung finden würde. Ich konnte ihm darin nur zustimmen*⁴².

In Paris wurde inzwischen klar, dass eine solche Aktion auch in Frankreich selbst kaum Unterstützung finden würde. Am Samstag abend erhielt Eden eine Depesche von Sir George Clark aus Paris. Flandin habe ihm mitgeteilt, so meldete der Botschafter, «dass die französische Regierung keine isolierte Haltung einzunehmen wünsche, sondern die Angelegenheit in Übereinstimmung mit den anderen Locarno-Mächten vor den Rat des Völkerbunds bringen wolle». Eden war mit diesem «zurückhaltenden Bericht» aus Paris zufrieden. Es war genau das, wie er sagte, was er «vorausgesehen habe»⁴³.

Um 18 Uhr berief Sarraut eine zweite Sitzung mit einigen Kabinettsmitgliedern in Flandins Büro im Aussenministerium ein. Marineminister François Piétri und Luftfahrtminister Marcel Deat waren erschienen, begleitet von ihren Stabschefs Admiral Durand-Viel und General Pujos. Auch die Generäle Maurin und Gamelin waren da. Trotz der Anwesenheit der Führungsspitzen aller drei Waffengattungen wurden keine auch nur halbwegs bedeutsamen militärischen Entscheidungen getroffen oder von den hohen Militärs verlangt. Es wurde nur ein einziger Beschluss gefasst: an den Völkerbund zu appellieren*.

Einige führende Köpfe Frankreichs, auch Expolitiker wie Paul Reynaud, die eine Initiative der französischen Armee erwarteten, hielten Sonntag, den 8. März, für den «entscheidenden» Tag; sie glaubten, was Sarraut schon am Samstag morgen seinen Generälen gesagt hatte: «Jetzt oder nie!» Doch die ersten Reaktionen der Sonntagspresse – der Linken, der Rechten und sogar der Mitte – liessen erkennen, dass die französische öffentliche Meinung noch weniger als die Generalität und Regierung geneigt waren, energische Schritte zu befürworten. Die Morgenzeitungen konnten sich zwar sonst auf nichts einigen, aber in einem Punkt stimmten sie überein: in ihrer Forderung, dass nichts geschehen dürfe, was zum Krieg führen könnte.

Auf der äussersten Rechten donnerte Charles Maurras in der royalistischen *Action Française*: «Wir brauchen doch nicht zusammen mit den Sowjets gegen Hitler zu marschieren!» Tagelang wiederholte er die Forderung: «Wir wollen keinen Krieg!» Der ebenfalls rechtsextreme *Le Jour* vermerkte, die Militärs seien es, die sich «gemässigt, zurückhaltend und weise» zeigten. Die Zivilisten in der Regierung wurden davor gewarnt, etwas

* Aus den Dokumenten des Aussenministeriums geht hervor, dass es Flandin mit dem Appell an den Völkerbund nicht annähernd so eilig hatte, wie er glauben machen möchte. Nach seiner eigenen Darstellung hatte er den Ministerpräsidenten bereits auf der ersten Samstagsitzung um 10 Uhr davon unterrichtet, er habe die Angelegenheit, «ohne auch nur eine einzige Stunde zu verlieren», dem Sekretariat des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht. Aber die Unterlagen des Aussenministeriums beweisen, dass diese Botschaft erst am nächsten Tag um 18 Uhr 15, also zweiunddreissig Stunden später, am Ende des zweiten Tages der Rückeroberung des Rheinlandes durch die Deutschen, abgeschickt wurde. Nicht nur in London, sondern auch in Paris schien man es mit allem nicht sehr eilig zu haben⁴⁴.

Törichtes zu tun, «um Moskau zu gefallen». Die gesamte rechtsgerichtete Presse stimmte das gleiche Lied an: Ein Widerstand gegen Hitlers Einmarsch ins Rheinland würde nur den Interessen der russischen Bolschewiken entgegenkommen.

Die linksgerichtete Presse war ebenso blind. Das sozialistische Blatt *Populaire* forderte die Regierung auf, ihre Massnahmen auf einen Appell an den Völkerbund und die Mächte von Locarno zu beschränken und im Übrigen einiges Verständnis für den deutschen Schritt aufzubringen.

Es war töricht anzunehmen, dass sich ein grosses Land mit über sechzig Millionen Einwohnern siebzehn Jahre nach dem Krieg mit der Entmilitarisierung eines Teils seines Staatsgebietes abfinden würde ... Hitler hat den Vertrag zerrissen und alle seine Versprechen gebrochen, aber gleichzeitig spricht er vom Frieden und von Genf. Wir müssen ihn beim Wort nehmen.

Was die – durchweg konservativen – Pariser Tageszeitungen mit hoher Auflage betrifft, so war die Reaktion von *Le Matin* typisch. An diesem Sonntagmorgen vermittelte die ganze Titelseite ihren Lesern den Eindruck, Hitlers Einmarsch ins Rheinland sei eine gute Sache für Frankreich, und die Franzosen sollten dem Führer eigentlich dafür dankbar sein. Er hatte sie vor der «kommunistischen Gefahr» errettet! Die Schlagzeilen dieser Zeitungen lauteten folgendermassen:

DER WIDERRUF LOCARNOS DURCH DAS REICH

ADOLF HITLER WEIST IN SEINER ELOQUENTEN UND LEIDENSCHAFTLICHEN REDE
AUF DIE KOMMUNISTISCHE GEFAHR HIN

«Ich habe», sagte er, «Frankreich gewarnt... Ich zittere um Europa.»

FRANZÖSISCH-DEUTSCHE GESPRÄCHE IMMER NOCH MÖGLICH

DIE KOMMUNISTISCHE GEFAHR ⁴⁵

Nach solcher journalistischer Vorbereitung traf sich am Sonntag morgen die Regierung zu einer vollständigen Kabinettsitzung unter Präsident Albert Lebrun, um zu überlegen, was zu tun sei – falls überhaupt. Kriegsminister General Maurin verlangte die Generalmobilmachung als Voraussetzung für ein Vorgehen gegen die Handvoll deutscher Soldaten, die in die entmilitarisierte Zone einmarschiert war. Später sollten General Maurin und ganz besonders General Gamelin entschieden abstreiten, dass sie die Generalmobilmachung verlangt hätten; sie behaupteten, als ersten Schritt hätten sie lediglich die «*verstärkte Couverture*» gefordert, die innerhalb einer Woche eine Million Mann kampfbereit machen sollte. Aber ihr Erinnerungsvermögen weist hier Lücken auf. Nach den heute verfügbaren Dokumenten steht einwandfrei fest, dass sie die französische Regierung auf die Tatsache hinwiesen, eine Generalmobilmachung sei erforderlich, falls französische Truppen in die Zone entsendet werden sollten. Es war dieses «Missverhältnis

zwischen dem empfohlenen Schritt und der vorgesehenen Operation», wie Paul-Boncour es nannte, das die Mitglieder der Regierung verschreckte. Zuvor hatte man sie bereits darauf hingewiesen, eine bewaffnete Herausforderung der deutschen Truppen im Rheinland werde zu einem allgemeinen Krieg führen. Niemand in Frankreich, schon gar nicht die Politiker, da doch in wenigen Wochen eine Wahl fällig war, wollte einen Krieg riskieren oder das Land durch eine Generalmobilmachung beunruhigen.

Jean Zay, ein junger Unterstaatssekretär, erinnert sich später, wie der Defätismus des Kriegsministers die auf dieser sonntäglichen Kabinettsitzung aufgeworfene Frage «beilegte». «General Maurin sagte mit gedämpfter Stimme: ‚Der Aussenminister redet von ... einem Einmarsch ins Rheinland ... Damit sind Risiken verbunden.*» Jemand erkundigte sich, ob «diese Risiken auch Krieg beinhalteten».

«Keiner gab eine Antwort. General Maurin fuhr fort: «Der gegenwärtige Zustand der französischen Armee erlaubt es uns nicht, Risiken einzugehen.* Sodann brachten nacheinander der Marine- und der Luftfahrtminister ähnlich zurückhaltende Standpunkte zum Ausdruck⁴⁶.» Es war klar: Die drei Waffengattungen, insbesondere aber die Armee als bei weitem stärkste unter ihnen, wollten nichts unternehmen, was ein Kriegsrisiko heraufbeschwören konnte.

Vor dieser Situation kapitulierte Flandin. Er wandte sich an den Ministerpräsidenten und sagte: «Wie ich sehe, Herr Präsident, hat es keinen Sinn, darauf zu beharren⁴⁷.» Darauf stimmte das Kabinett dem Beschluss der Regierung zu, an den Völkerbund zu appellieren und die Locarno-Mächte zu konsultieren. Ein offizielles Kommuniqué über diese Entscheidung enthielt den Hinweis, «die Truppenbewegungen» würden von der «Vorbereitung zusätzlicher Massnahmen» begleitet sein. In Berlin atmete man erleichtert auf. Hitler und seine nervösen Generäle erwarteten nun schon seit über vierundzwanzig Stunden einen blitzartigen französischen Vorstoss in die entmilitarisierte Zone. Als nun die Neuigkeit aus Paris bekannt wurde, waren sie sehr erleichtert. An diesem Sonntag notierte ich in Berlin:

Hitler hat es geschafft! Frankreich marschiert nicht. Stattdessen apelliert es nur an den Völkerbund! Kein Wunder, dass Hitler, Göring, Blomberg und Fritsch über das ganze Gesicht lächelten, als sie heute mittag in der königlichen Loge der Staatsoper sassen und ... den Heldengedenktag ... feierten.

Ich hatte gerade erst von einer strengen Anweisung an die deutschen Truppen erfahren, sich beim Anblick vorrückender Franzosen augenblicklich zurückzuziehen. Wie erklärt wurde, waren sie für einen Kampf gegen eine reguläre Armee weder vorbereitet noch ausgerüstet⁴⁸.

An diesem Sonntagabend wandte sich Ministerpräsident Sarraut von Paris aus in einer Rundfunkansprache an das französische Volk und versuchte ihm klarzumachen, was auf dem Spiel stand. Vielleicht wollte er nebenbei auch seinen zaudernden Generälen das Rückgrat stärken. Er sagte: «Wir sind nicht bereit zuzulassen, dass Strassburg in den

Feuerbereich deutscher Geschütze gerät.» Die Rede war im Aussenministerium entworfen worden, aber Flandin gefiel der «kriegerische Ton» nicht. Ganz besonders missbilligte er den Satz über Strassburg und sagte ihm das auch. Aber Sarraut war fest entschlossen, die Rede unverändert zu halten. Sein Unterstaatssekretär Jean Zay stand dicht hinter ihm, als er ans Mikrophon trat. Später erinnerte er sich: «Als ich diesen Worten lauschte, die so verschiedenartige Gefühle wachriefen, wurde mir dennoch klar, dass die Sache entschieden war⁴⁹.»

Noch weniger Illusionen wären ihm geblieben, wenn er am selben Abend einer tristen Versammlung hoher Militärs unter Vorsitz von General Gamelin hätte lauschen können. In seinen Memoiren erwähnt der Armeechef lediglich, dass dieses Treffen stattgefunden hatte, aber die erst kürzlich freigegebenen Protokolle⁵⁰ werfen mehr als jedes andere Dokument ein bezeichnendes Licht auf General Gamelins Zaudern. Ausserdem widerlegen sie – nach seinen eigenen Worten – Gamelins Behauptung, er habe niemals eine Generalmobilmachung für erforderlich angesehen, um die Deutschen wieder aus dem Rheinland zu vertreiben. Auszüge aus dem geheimen Protokoll besagen alles.

GAMELIN: Die Regierung hat mich gefragt: «Sind Sie bereit standzuhalten?» Ich antwortete, wenn sich ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich auf die Landfront an der Grenze beschränke ... werde sich die Front stabilisieren. Nur die Luftwaffe könnte dann offensiv werden ...

Admiral Durand-Viel, der Marinechef, erinnerte ihn, dass die Frage der Regierung an das Militär in Wirklichkeit gelaute habe: «Sind Sie darauf vorbereitet, die Deutschen aus der Zone zu vertreiben?»

General Gamelin antwortete: «Es ist eine Tatsache, dass ein Krieg ausbrechen wird, sobald wir die entmilitarisierte Zone betreten. Das wird eine Generalmobilmachung erforderlich machen.» Aber er beabsichtigte nicht, sich allein ins Rheinland zu wagen. «Es wird nötig sein, dass wir britische und italienische Kontingente bei uns haben sowie die Belgier.» Was die bereits eingeleiteten Massnahmen betraf, so verkündete der General, die Maginotlinie sei besetzt und der ganztägige Urlaub für die Soldaten im Osten aufgehoben worden – «aber nicht im übrigen Land», sagte er.

Das war alles. Die Deutschen standen nun schon seit zwei Tagen im Rheinland – mit schwachen Kräften, die bisher kaum mehr getan hatten, als zum Klang von Blaskapellen durch die Strassen zu marschieren. Nur drei Infanteriebataillone waren über die Städte im Rheinland hinaus bis an die französische Grenze geschickt worden, und diese waren gemütlich per Bahn angereist. Es gab keinerlei Aufmarsch zum Kampf. Kein einziger Panzer hatte die Grenze der entmilitarisierten Zone fünfzig Kilometer östlich des Rheins überschritten*. Doch am Ende dieses zweiten Tages hatte General Gamelin noch nichts

* General Guderian erklärte rundheraus, dass beim Einmarsch ins Rheinland keine Panzer eingesetzt wurden. Die drei Panzerdivisionen, die Deutschland besass, waren erst sechs Monate zuvor, am 15. Oktober 1935, aufgestellt worden und noch nicht einsatzbereit **.

unternommen, um einige der in der Nähe verfügbaren Einheiten über die immer noch unverteidigte Grenze vorzuschicken oder zu ihrer Rückendeckung eine grössere Streitmacht zusammenzuziehen. Seine zaghaften Massnahmen waren rein defensiver Art, als erwartete er tatsächlich, dass die damals noch sehr schwache deutsche Armee das gewaltige Festungswerk der Maginotlinie angreifen könnte. Wie er selbst sagte, verhängte er nicht einmal «im übrigen Land», wo die für einen Gegenstoss nötigen Divisionen stationiert waren, eine Urlaubssperre. Diese Truppen wurden nicht in Alarmbereitschaft versetzt. Der General wartete, wie er sagte, auf britische und italienische Verstärkungen.

Doch in London liess Eden an jenem Sonntag keinen Zweifel daran, dass es keine britischen «Verstärkungen» geben werde. Er schob sogar *diplomatische Gespräche* mit den Franzosen absichtlich auf die lange Bank. Flandin drang auf ein Treffen mit den Briten, Belgiern und Italienern, das am Montag in Paris stattfinden sollte. Doch Eden lehnte dies als unmöglich ab. Am Montag morgen musste er an einer Kabinettsitzung teilnehmen, der ersten, die zur Beratung der Krise zusammentrat, und am Nachmittag hatte er eine Erklärung vor dem Unterhaus abzugeben.

Nachdem sich Eden am Samstag nachmittag auf dem Lande mit Baldwin getroffen und gemeinsam mit ihm beschlossen hatte, dass Grossbritannien keine französischen Militäraktionen unterstützen werde, verbrachte er den Rest des Wochenendes in London über dem Entwurf zu einem Bericht an das Kabinett über die Rheinlandfrage. Gleichzeitig beschwor er die Franzosen, nichts zu übereilen.

Der Aussenminister erklärte seinen Kollegen, dass «die Rückeroberung des Rheinlands uns ein wertvolles Tauschobjekt aus der Hand genommen hat». Diese Worte klingen frivol. Er riet dem Kabinett, «einem militärischen Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland vorzubeugen». Eventuelle Forderungen an Hitler, das Rheinland wieder zu räumen, «sollten keinesfalls erhoben werden, wenn nicht die betroffenen Mächte bereit waren, ihnen durch militärische Massnahmen Nachdruck zu verleihen». Die Franzosen mochten, «falls sie noch weiter gereizt werden», ins Saarland eindringen. «Eine solche Entwicklung sollten wir verhindern», sagte Eden, «falls es uns möglich ist.» Nach seiner Meinung «müssen wir uns auch jedem Versuch widersetzen, (gegen Deutschland) finanzielle oder wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen»⁵² – das sagte ausgerechnet der Mann, der noch vor fünf Monaten den Franzosen mit dem Verlangen in den Ohren gelegen hatte, ebensolche Sanktionen gegen Italien zu unterstützen.

Inzwischen hatte der französische Botschafter den Sonntag über versucht, den britischen Aussenminister auf eine Zusammenkunft der Locarno-Mächte in Paris am Montag festzunageln. Er berichtete nach Paris, er sei dabei auf Schwierigkeiten gestossen⁵³. Endlich gab Eden nach und erklärte sich bereit, am Dienstag morgen nach Paris zu kommen, allerdings unter der Bedingung, «dass als vereinbart gilt, dass die Vertreter der beteiligten Mächte in Paris nicht aufgefordert werden sollen, Sofortentscheidungen zu konkreten Empfehlungen zu treffen. Bei dieser Frage geht es um ungewöhnlich ernste Dinge», sagte Eden zu dem Botschafter. «Sie verdient es, mit der erforderlichen Geduld geprüft zu werden. Das Treffen in Paris wird eine erste Besprechung darstellen, die am nächsten

Tag in Genf wiederaufgenommen werden kann – in Erwartung der Beschlüsse des Völkerbundsrates, der allein befugt ist, Entscheidungen zu treffen.» Nach Edens Vorschlag sollte die erste Sitzung des Rates am Freitag stattfinden – eine Woche nach der Verletzung des Rheinlandstatuts durch Hitler⁵⁴.

Dieses britische Verschleppungsmanöver war sehr bedeutsam. Eden wusste ganz genau, dass es am Freitag für den Völkerbund zu spät sein würde, noch etwas anderes zu unternehmen, als – unnützerweise – formellen Protest gegen die erneute Vertragsverletzung durch Deutschland zu erheben.

Die «Kriegskonferenz» vom 9. März

Am Montag abend, dem 9. März, unternahm Ministerpräsident Sarraut, während er für den nächsten Morgen die Ankunft der Briten erwartete, einen letzten Versuch, seine schläfrigen Generäle wachzurütteln. Er berief für 21 Uhr eine informelle Sitzung des Obersten Militärausschusses in seine Privatwohnung in der Avenue Victor Hugo ein und ersuchte die Generäle, ihre Stabskarten und ihre Einsatzpläne mitzubringen*. Bei seinen Gesprächen mit den Militärs hatte er während der vergangenen achtundvierzig Stunden zu seinem Erstaunen festgestellt, dass die Armee nicht nur nichts tun wollte, sondern nicht einmal Pläne für ein Zurückdrängen der Deutschen aus dem Rheinland vorbereitet hatte, obgleich seit einem Jahr diesbezügliche Warnungen eintrafen.

In den Akten des Generalstabs befand sich wohl ein Plan, aber er war überholt. Der sogenannte «Plan D» war am 22. Oktober 1932 entstanden, drei Monate vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Für den Fall eines deutschen Versuchs zur Rückeroberung des Rheinlandes sah dieser Plan einen französischen Vorstoss ins Saargebiet mit drei Infanteriedivisionen, einer Kavalleriedivision und einer Brigade von Senegalesen vor. Danach sollte eine durch die *Couverture* innerhalb von sechs Tagen bereitgestellte Armee von einer halben Million Mann den Rest der Zone besetzen. Es muss zugegeben werden, dass die deutsche Armee Anfang März 1936 erheblich stärker war als 1932. Aber die ersten eingezogenen Wehrpflichtigen verfügten erst über vier Monate Ausbildung, und der Wehrmacht fehlten wegen der Beschränkungen durch den Versailler Vertrag die ausgebildeten Reservisten, die den Franzosen zur Verfügung standen. Dennoch würde es nach Schätzung von General Gamelin jetzt etwa der dreifachen Stärke der im «Plan D» vorgesehenen Streitmacht bedürfen, nur um am linken Rheinufer ein paar Kilometer tief ins Saarland einzudringen – zehn Infanteriedivisionen, eine Kavalleriedivision und «fünf organische Elemente von Armeekorps». Damit hätte Frankreich dann etwa ein Hundertstel des Rheinlandes besetzt gehabt. Und zu diesem Zweck wollte er über eine Million Soldaten mobilisieren.

Es gab noch einen zweiten, zeitgemässeren Plan für einen plötzlichen Gegenschlag der

* Gamelin nennt als Datum für dieses Treffen den 10. März, also einen Tag später, aber Sarraut war in seiner Zeugnisaussage nach dem Kriege ganz sicher, dass es der 9. März war. Quellen siehe Anmerkungen 55 und 56.

Franzosen im Rheinland. Er war auf Verlangen des früheren Kriegsministers Daladier von General de Gaulle entworfen worden, der während der ganzen Besatzungszeit nach dem Kriege die französischen Armeeflieger im Rheinland befehligt hatte und das Gebiet sehr genau kannte. Aber an diesem krisenhaften 7. März erwähnte der Generalstab diesen Plan gegenüber dem Ministerpräsidenten nicht. Anscheinend war er auf mysteriöse Art und Weise aus den Akten verschwunden*.

Später versuchte Sarraut, sich seiner Gedanken noch einmal zu erinnern, die ihn am Abend jenes 9. März bewegten, als er sich auf das Treffen mit den Generälen vorbereitete⁵⁸. Er wusste, dass Frankreich verpflichtet war, an den Rat des Völkerbundes und an die Locarno-Mächte zu appellieren; das hatte die Regierung getan. Aber er glaubte auch, dass Frankreich nach Artikel 11 des Vertrags von Locarno das Recht hatte, sich auf «berechtigte Notwehr» zu berufen und von sich aus eine Polizeiaktion einzuleiten, um die Deutschen aus der entmilitarisierten Zone zu vertreiben – und zwar ohne Massnahmen des Völkerbundes oder der Partner von Locarno abzuwarten. Er gab sich ohnehin keiner Illusion darüber hin, ob diese Massnahmen rechtzeitig erfolgen würden. Er wusste, dass Briten und Belgier ganz entschieden gegen eine bewaffnete Aktion der Franzosen waren.

Er beschloss daher, wie er sagt, den Militärausschuss darum zu bitten, mit ihm gemeinsam die Frage eines militärischen Gegenschlages zu klären.

... mit den Landkarten vor uns die praktischen Möglichkeiten, die taktischen Mittel ... zu untersuchen und zu diskutieren sowie die Risiken einer bewaffneten Aktion, ohne unbedingt die Generalmobilmachung einzuleiten, um die General Maurin die Regierung bereits ersucht hatte.

Ich dachte: Die Briten werden nicht marschieren, Die Belgier auch nicht. Sie sind sogar dagegen, dass wir selbst marschieren. Aber wenn wir die Operation entgegen ihren Einsprüchen dennoch ausführen und erfolgreich beenden, werden sie uns dankbar sein. – Waren also nicht die Mittel vorhanden, dieses Projekt auszuführen, ohne auf eine Generalmobilmachung zurückgreifen zu müssen? Hatte das Militär nicht die Möglichkeit, ohne sie zuzuschlagen? Es erschien mir als ausgeschlossen, dass sie nicht so etwas Ähnliches wie den Vorstoss eines aus Grenztruppen gebildeten Expeditionskorps zumindest ins Auge gefasst hatten. Oder fehlte ihnen vielleicht der Mut zu einer solchen Operation?

Die Antworten auf seine Fragen warfen ihn vom Stuhl. Sie erfolgten hauptsächlich von General Gamelin, der sie sehr ausführlich zur Verteidigung seiner eigenen Person und des Oberkommandos vortrug⁸⁷. Sie enthüllen weitaus deutlicher, als ihm selbst klar zu

* Der Deputierte Louis Marin erhob beim Kreuzverhör Sarrauts vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem zweiten Weltkrieg den Vorwurf, dass die Unterlagen über diesen Plan verschwunden seien. Als er gleich nach dem Handstreich im Rheinland General de Gaulle ersucht hatte, der Sache nachzugehen, war dieser im Kriegsministerium mit der Bemerkung abgewiesen worden, sein Plan sei „nicht offiziell“. Marin rief aus: «Was wurde aus diesen Dokumenten? Wie konnten sie gerade zu einem Zeitpunkt verschwinden, da man sie gebraucht hätte?» Später fragte Sarraut auch General Gamelin danach. Dieser antwortete: «Ach ja, der Gaulle-Bericht. Ja, von dieser Sorte gab es mehrere.»

sein schien, das, was Sarraut «Mangel an männlichen Eigenschaften wie Initiative, Wagemut und Phantasie» beim Armeechef und den anderen Generälen nannte. Die ebenfalls anwesenden Admirale der Marine und die Kommandeure der Luftwaffe zeigten die gleichen Mängel.

Zunächst, so erklärte General Gamelin, sei allein schon die «Idee, eine französische Expeditionsstreitmacht, und sei es auch nur eine mehr oder weniger symbolische, rasch ins Rheinland vorstossen zu lassen, reine Phantasie». Die französische Armee, so sagte er, habe keine «Expeditionsstreitmacht. Es gibt sie einfach nicht. Unser Militärsystem ist nicht darauf eingerichtet.» Dann erklärte er mit der geduldigen Ausführlichkeit, für die er ein so grosses Talent besass, auf was das französische Militärsystem denn eigentlich eingerichtet sei.

Unsere aktive Truppe stellt lediglich den Rahmen für die mobilisierte nationale Armee dar ... 400'000 unter Waffen stehende aktive Soldaten für 3 Millionen Eingezogene. Keine unserer Einheiten kann sofort einsatzbereit gemacht werden.

Dann berichtete er, die bereits an die französisch-deutsche Grenze entsandten Verstärkungen seien «lediglich zur Verstärkung unserer Verteidigungskraft» gedacht. «Sie taugen nur zum *statischen* Einsatz auf eigenem Gebiet. Unsere Offensivkraft wird dadurch nicht verstärkt.»

Um Offensivkraft zu erlangen, um überhaupt irgendwelche vorwärts gerichteten Aktionen in die entmilitarisierte Zone unternehmen zu können, müsse die Regierung zuerst die «verstärkte *Couverture*» anordnen. Dadurch würden innerhalb von acht Tagen 1,2 Millionen Mann zum Kampf bereitstehen. Und was konnte man mit einer so grossen Streitmacht anfangen? General Gamelins Antwort bestand darin, dass er zwei sehr begrenzte Manöver andeutete, die ihm vorschwebten und die, wie er betonte, «das geringste Risiko» darstellten. Es ging um einen kurzen Vorstoss auf schmälster Front ins Saarland und den Einmarsch nach Luxemburg. Bisher hatten die Deutschen noch nicht die Absicht erkennen lassen, in das winzige Grossherzogtum zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien einzurücken. «Die Vorbereitung jedes der beiden Schritte», so erklärte er, «würde *acht Tage* dauern.» Diese Mitteilung «betäubte» Sarraut regelrecht, wie er sich später erinnerte. Er wollte die französische Armee ins Rheinland einmarschieren sehen, wo sich die Deutschen aufhielten, und nicht nach Luxemburg, wo sie nicht waren. Er wollte ausserdem wissen, ob das alles wäre, was Gamelin vorzuschlagen hätte. Gamelin erwiderte:

Jede andere Operation würde in beträchtlichem Masse all die Nachteile mit sich bringen, die begrenzte Aktionen nun einmal an sich haben ... Natürlich kommt es zunächst gar nicht in Frage, den Rhein zu erreichen, an dem sich die Deutschen praktisch bereits eingerichtet haben.

Da Kehl am anderen Rheinufer gegenüber von Strassburg läge, könne man es nicht einnehmen, nicht einmal Saarbrücken, dicht an der Grenze des Saarlandes. Strassenkämpfe brächten «Schwierigkeiten» mit sich. Städtische Zusammenballungen bedeuteten «echte Stützpunkte. So gesehen, ist Saarbrücken eine Stadt, die sich über ein gewaltiges Industriegebiet erstreckt. Es wäre absurd, sich dort ‚blutige Nasen‘ zu holen».

Der Armeechef malte ein düsteres Bild dessen, was geschehen könnte, wenn die Franzosen allmählich sehr tief ins Rheinland vorstiessen. «Dort würden wir nicht nur auf die bereits vorhandenen Streitkräfte stossen», deren Stärke er in grotesker Weise übertrieb, «sondern auf die deutsche Hauptarmee. Dann würde es mehrerer Armeen und der Mobilisierung unserer gesamten Streitkräfte bedürfen*.» Ein Zusammenstoss mit dem Gros der deutschen Armee erschien ihm gar nicht erstrebenswert. «Deutschland ist uns an menschlichen und industriellen Reserven weit überlegen ... Für einen langen Krieg brauchten wir Verbündete.» Zu diesem Thema hatte er einige Fragen; er schien überhaupt stets von Fragen überzuquellen.

Werden uns die Belgier durchlassen? Wird Italien auf unserer Seite oder gegen uns stehen, oder wird es neutral bleiben? Was werden Polen, die Tschechoslowakei, Russland unternehmen, um deutsche Kräfte im Osten zu binden? Kurzum ... wenn sich Deutschland zum Kampf stellt, kann ein totaler Krieg ausbrechen, den die Regierung kühlen Kopfes bedenken muss.

Was dem Ministerpräsidenten an jenem Abend vorschwebte, war eine Polizeiaktion gegen eine kleine Gruppe deutscher Soldaten, die singend durchs Rheinland zogen. Stattdessen erklärten ihm seine Generäle, er solle an einen totalen Krieg mit all seinen Gefahren denken. Sodann zählte General Gamelin, unterstützt vom Luftwaffengeneral Pujol, «die ganze Skala der Gefahren» auf, wie sich Sarraut erinnerte.

Unser Eindringen ins Rheinland kann einen (deutschen) Angriff auf uns nach sich ziehen, der wie 1914 durch Belgien erfolgen könnte, Luftangriffe auf Paris, auf unsere Basen und Sammelpunkte, auf London, Brüssel, Liège usw., dann Angriffe (deutscher) U-Boote, den Artilleriebeschuss unserer Städte am Rhein wie Strassburg, Mülhausen usw.

Die Generäle übertrieben die Bedrohung durch Bombenangriffe der deutschen Luftwaffe, die erst vor knapp zwei Jahren aufgestellt worden war und zu diesem Zeitpunkt der französischen noch keinesfalls überlegen war. Aber ihre Schätzung der am 9. März im Rheinland befindlichen deutschen Truppen ist so übertrieben, dass sie schon lächerlich

* Wie Sarraut sagt, versuchte er seinen Generälen drei Gründe gegen eine Generalmobilmachung zu verdeutlichen: 1. war sie unnötig für die Polizeiaktion, die er forderte, 2. würde sie die durch fünf Jahre Depression ohnehin sehr angespannte Wirtschaft des Landes ruinieren, und 3. würde sie, wie er sich ausdrückte, «eine legitime Polizeiaktion, zu der wir in jeder Weise berechtigt waren, in eine praktische Kriegserklärung verwandeln, für die ganz Europa dann Frankreich verantwortlich machen werde»

wirkt. Man kann verstehen, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss nach dem Kriege zu der Vermutung gelangte, diese Übertreibung sei «eine Art Alibi» dafür gewesen, dass das Oberkommando nicht handeln wollte.

In General Gamelins Protokoll von dem Kriegsrat des 9. März wird die *augenblickliche* militärische Stärke der Deutschen in der entmilitarisierten Zone auf «295'000 Mann mit dem Kampfwert von einundzwanzig bis zweiundzwanzig Divisionen» angegeben. Aber davon waren 235'000 Mann gar keine Soldaten, und weitere 30'000 gehörten der Landespolizei an. Reguläre Soldaten waren nur 30'000. Das französische Oberkommando führt in seiner Liste der am 9. März im Rheinland stationierten deutschen Truppen 90'000 «Armeeangehörige» an – «30'000 von der Wehrmacht, 30'000 von der Landespolizei und 30'000 vom Arbeitsdienst; sie bilden sechs bis sieben Divisionen». Nun war, wie jeder Korrespondent in Berlin wusste, der Arbeitsdienst Anfang 1936 keine militärische Einheit. Die Männer exerzierten mit Spaten und wurden hauptsächlich für staatliche Bauarbeiten eingesetzt. Aber diese Übertreibung genügte dem General nicht. Er zählt zu den bereits im Rheinland befindlichen deutschen Streitkräften noch 205'000 «Hilfstruppen als Grundlage für fünfzehn Grenzsicherungsdivisionen» hinzu. Diese setzten sich, wie er sagte, folgendermassen zusammen: «150'000 SA, 25'000 ss und 30'000 NSKK.»

Das ist glatter Schwindel. Jeder, der damals wie der Autor in Berlin arbeitete, ganz gewiss aber die französischen Militärattachés wussten, dass die paramilitärischen Formationen der NS-Partei keinerlei militärischen Wert besaßen. Die SA war ein Haufen untrainierter Parteigenossen, das NSKK eine Truppe von Meldefahrern mit Motorrädern, die ss damals nichts weiter als eine ausgesuchte Leibwache für Hitler und andere Parteiführer.

Jean Dobler, der französische Generalkonsul in Köln, dessen Warnungen vor einer deutschen Rückeroberung des Rheinlandes man in Paris in den Wind geschlagen hatte, sagte nach dem Kriege hierzu und auch zu anderen Punkten aus, die mit der zögernden Haltung des französischen Oberkommandos zu tun hatten.

Ich habe nicht den Eindruck, dass man diesen vier Formationen ... ss, SA, NSKK und Arbeitsdienst, irgendeinen militärischen Wert beimessen kann ... Sie hätten nicht über Flacht im Rheinland gegen unsere Streitkräfte kämpfen können ... Mir erscheint es als übertrieben, die Angehörigen dieser Formationen zu den Truppen zu rechnen, die sich im März 1936 im Rheinland befanden⁵⁹.

Doch General Gamelin zählte sie nicht nur mit, sondern er erklärte der Regierung⁸⁰ auch, «diese paramilitärischen Formationen können rasch in die reguläre Armee eingegliedert werden» *. Um dieser Phantomtruppe entgegenzutreten zu können, verlangte

* Im Zeugenstand vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Kriege versuchte Dobler General Gamelin und dem Oberkommando die Ausflüchte nachzuweisen, mit denen sie sich vor möglichen Aktionen der Franzosen im Rheinland drückten. «General Gamelin wurde empfohlen, Kehl und Saarbrücken zu besetzen. Kehl ist

General Gamelin die verstärkte *Couverture*, die ihm 1,2 Millionen Mann zur Verfügung stellen würde. Er wies den Ministerpräsidenten darauf hin, diese Streitmacht werde pro Tag 30 Millionen Francs kosten. Gleichsam um die bittere Pille mit Schokolade zu überziehen, warf Kriegsminister General Maurin ein, vor irgendwelchen Massnahmen müsste natürlich erst eine «industrielle Mobilisierung» vorgenommen werden. Erneut erklärte der Ministerpräsident, dass er ja nur eine Polizeiaktion verlange. Er sagte zu den beiden Generälen: «Schliesslich haben Sie es doch nur mit einer symbolischen Streitmacht von rund dreissig Bataillonen zu tun.» Aber die Militärs bestanden darauf, nicht nur eine Million Soldaten, sondern auch noch die Industrie zu mobilisieren.

Das war noch nicht alles. Da waren auch noch Flotte und Luftwaffe. General Pujo, Chef der Luftwaffe, malte ein düsteres Bild von deutschen Fliegerbomben, die auf Paris und andere Städte herniederregnen könnten. Er verlangte eine sofortige totale Mobilisierung nicht nur der Luftwaffe, sondern auch der Luftabwehr im ganzen Lande – und General Gamelin hielt das «nur für logisch». Admiral Durand-Viel verkündete, wie Gamelin berichtet: «Die Kriegsmarine kann ohne ihre eigene totale Mobilisierung überhaupt nichts von Bedeutung unternehmen.» Schliesslich fasste der Kriegsminister die Lage zusammen: «Man kann nur zweierlei tun: Sicherheitsvorkehrungen treffen – das haben wir getan; Schritte zu einem gewaltsamen Vorgehen auf deutschem Boden einleiten – diese können schliesslich zum Kriege führen.» Da der Ministerpräsident wusste, dass niemand – weder die Regierung noch das Parlament, noch das Volk, noch, wie es schien, die Armee – den Krieg wollte, fühlte er sich völlig mattgesetzt. Die Generäle wollten oder konnten die Polizeiaktion, die er für ausreichend hielt, nicht durchführen. Später gab er seine Gedanken nach Gamelins langer Klagerede folgendermassen wieder:

Warum knirschte der Chef der Armee nicht mit den Zähnen, warum schlug er nicht mit der Faust auf den Tisch und legte in Gegenwart der Regierung ein klingendes Treuebekenntnis ab? Warum vergrösserte er bewusst die Hindernisse, um jedem Handeln vorzubeugen – warum schrie er nicht seinen Zuhörern ins Gesicht: «Wir müssen marschieren. Es ist unsere Pflicht. Wir werden siegen. Etwas anderes gibt es gar nicht»⁶².

Der Ministerpräsident, ein Zivillist, war nicht als einziger von der Ängstlichkeit der Armeechefs enttäuscht. Tony Albord, damals ein junger Stabsoffizier, später General, hörte sich einen ganz ähnlichen Vortrag an, den General Gamelin zwei Tage später, am

von Strassburg so weit entfernt wie die Madeleine von der Deputiertenkammer (das heisst, ein paar Strassen), Saarbrücken liegt dicht an der Grenze. Aber General Gamelin erwiderte, er könne nicht einmal nach der *Couverture* den Rhein bezwingen, und es sei gefährlich, Saarbrücken zu besetzen. Schliesslich waren die Deutschen erst seit vier Tagen in Kehl; wir waren immerhin seit achtzehn Jahren in Strassburg, und nichts war zur Rheinüberquerung unternommen worden, als es auf deutscher Seite noch keine Befestigungen gab und wir über die Artillerie verfügten, um Kehl damit einzudecken. Was General Gamelin als Ziel vorschwebte, war die Besetzung des linken Saaruferes zwischen Saarbrücken und Mertzig, ein unbedeutender Landstreifen, vielleicht ein Hundertstel der entmilitarisierten Zone.»

Mit seiner nächsten Frage stiess Dobler zum Kernproblem vor: «Welche Sicherheit verlieh uns die entmilitarisierte Zone überhaupt, wenn die deutsche Armee sie in vierundzwanzig Stunden zurückerobern konnte und wir frühestens acht Tage später zu einer Antwort imstande waren? Es ist unbegreiflich, dass der Generalstab bis zum 7. März 1936 warten musste, bis er der französischen Regierung diese Situation klarmachte *».

Abend des 11. März, vor dem Obersten Kriegsrat hielt. Nach dem Kriege erinnerte er sich daran⁶³:

Jeder wartete ... auf wichtige Entscheidungen. Die Sitzung wurde eröffnet. General Gamelin erläuterte die Situation, wie sie sich aus seiner Sicht darbot, und erklärte dann die Massnahmen, die er der Regierung empfohlen hatte. Tiefes Schweigen legte sich auf die Versammlung. Der General sprach mit hohler Stimme, den Blick ins Leere gerichtet. Vielleicht eilten seine Gedanken seinen Worten voraus, denn er redete, wie es seine Gewohnheit war, die Sätze nicht zu Ende. Mitten hinein in sein Gestammel fiel das Wort «Generalmobilmachung» wie ein schwerer Felsklotz.

Konnten wir denn wirklich nichts unternehmen, ohne bis zum Äussersten zu gehen? War es in diesem Augenblick nicht vielmehr eine Frage der Kühnheit und Schnelligkeit? Das zumindest waren die Gedanken, die dem bescheidenen und schweigsamen Mitarbeiter damals durch den Kopf gingen. Aber zweifellos würden sich die Stimmen Berufener erheben und eine kühne Lösung des Problems Vorschlägen, In dieser Versammlung mussten sich doch einige Jünger Fochs befinden, ein paar Schüler Mangins ...

Konnten wir nicht unsere Strassburger Division nach Kehl oder Landau werfen, die aus Nancy nach Saarbrücken, die aus Metz nach Trier? Das war offenkundig die militärische Seite des Problems. Doch die Regierung schien, wenn man nach ihren öffentlichen Erklärungen urteilte, beschlossen zu haben, sofort und energisch zu handeln, notfalls auch allein. Jede Initiative dieser Art würde daher sicherlich die Unterstützung dieser Regierung finden ...

Die Armeeoberbefehlshaber zeigten sich von den Worten ihres Oberbefehlshabers überrascht und überwältigt. Sie verhielten sich zumeist schweigsam oder erhoben nur nebensächliche Einwände. In Trauer, Enttäuschung und Schrecken schleppte sich die Sitzung hin. Schliesslich endete sie in völliger Verwirrung.

Einige von denen, die nun nach Hause gingen, erkannten auf der Stelle, dass Frankreich soeben seine erste Niederlage erlitten hatte. Diese Niederlage bestand in der Duldung eines untauglichen militärischen Systems, unbeweglich, unfähig, sich neuen Gegebenheiten anzupassen, das uns zwingen wollte, entweder mit einem Hammer eine Fliege zu erschlagen oder den Hammer unverrichteterdinge wieder aus der Hand zu legen, weil er zu schwer und in der Handhabung zu gefährlich war.

Da wir uns 1935 und 1936 unfähig zeigten, einen Gegenschlag mit den geeigneten Instrumenten auszuerteilen, wurden wir langsam, aber siche» in den nicht mehr fernen Krieg gedrängt. Und wir waren dazu verurteilt, diesen Krieg mit einem starren, längst überholten Militärsystem zu beginnen.

Viel Gerede und wenig Taten

Edens Unterhausrede vom Montag nachmittag hatte die Franzosen nicht zu grossen Hoffnungen ermutigt, als er dann am Dienstag morgen in Begleitung von Lord Halifax in Paris eintraf*. Er hatte dem Unterhaus zwar versichert, Grossbritannien würde es für seine «Ehrenpflicht» halten, Belgien und Frankreich im Falle eines Angriffs zu Hilfe zu eilen, aber er hatte hinzugefügt: «Glücklicherweise kann ich sagen, dass es keinen Grund zu der Befürchtung gibt, die gegenwärtige deutsche Aktion könnte drohende Feindseligkeiten nach sich ziehen.» Er hatte dem Parlament zwar erklärt, die Besetzung des Rheinlands hätte «das Vertrauen in jegliche Verpflichtung, die die deutsche Regierung in Zukunft eingehen mag, erheblich erschüttert», fügte aber dennoch hinzu, die britische Regierung werde Hitlers neue «Friedensvorschläge ernsthaft und objektiv» prüfen, um festzustellen, ob sie eine neue Möglichkeit zur Bewahrung der «Friedensstruktur» enthielten.

Er schloss mit den Worten: «Wenn wir den Frieden wollen, dann ist der Wiederaufbau unsere vordringlichste Pflicht**.»

Als sich die Vertreter der vier Locarno-Mächte am Dienstag morgen am Quai d'Orsay in Paris trafen, wurde rasch die im Gegensatz zur britischen Politik stehende französische Haltung offenkundig: Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir die Deutschen auf der Stelle aus dem Rheinland hinauswerfen. Zu diesem Zwecke verlangte der französische Aussenminister wirtschaftliche, finanzielle und militärische Sanktionen. Was Flandin da sagte, dachte Eden, ist weitaus ernster als alles, was zuvor gesagt wurde. Flandin behauptet, sogar noch weiter gegangen zu sein, als Eden es darstellt⁵. Er sagte, Frankreich sei bereit, die Deutschen aus eigener Kraft aus der entmilitarisierten Zone hinauszujagen; es wolle weiter nichts als die moralische Unterstützung durch die anderen Locarno-Mächte. Das war ein reiner Bluff. Eden vermutete es, konnte aber seiner Sache nicht ganz sicher sein. Er wiederholte Grossbritanniens Einwände gegen ein einseitiges Vorgehen Frankreichs und wurde dabei zu Flandins Überraschung von dem belgischen Ministerpräsidenten Paul van Zeeland unterstützt, der schon über die geringste Kriegsgefahr entsetzt war.

Der italienische Botschafter sagte gar nichts und weigerte sich, in die Diskussion einzugreifen, weil sein Land Sanktionen des Völkerbundes unterworfen war. Was Eden nach Flandins Angaben vorschlug, war etwa folgendes: Wenn sich Frankreich bewaffneter Schritte enthielte, könnte man Deutschland auf dem Verhandlungswege dazu veranlassen, sich – wenn schon nicht aus dem Rheinland zurückzuziehen – darauf zu beschränken, in der Wiederbesetzung eine «symbolische» Massnahme zu sehen und darauf zu

* Nach Angabe eines britischen Historikers wurde Eden seit dem Beginn der Krise von seinen Kabinettskollegen sorgfältig beobachtet und kontrolliert. Deshalb wurde auch Halifax mit ihm nach Paris geschickt (obgleich Eden in seinen Memoiren behauptet, das sei auf seinen Wunsch geschehen). Dieselbe Quelle versichert, Edens Unterhausrede sei von seinem Kabinett redigiert worden**.

** Der Hauptleitartikel dieses Tages in der *Times*, die bereits auf eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler eingeschwenkt war, die zwei Jahre später in der Münchener Krise gipfeln sollte, stand unter der Überschrift: «Eine Chance des Wiederaufbaus».

verzichten, das Rheinland zu befestigen *. Er war «froh», wie er zu Flandin sagte, «dass keinerlei Versuch unternommen wurde, bei diesem Treffen zu einem Beschluss zu gelangen». Nur ein Beschluss wurde gefasst: Die Gespräche sollten fortgesetzt werden, aber nicht, wie zuerst vorgesehen, in Genf, sondern in London. Die Locarno-Mächte wollten sich am 12. März wieder treffen, die Sitzung des Völkerbundsrates sollte am 14. März beginnen. Für Frankreich war das ein diplomatischer Misserfolg. Das erkannte auch Flandin, als sich die Versammlung auflöste. Er will zu den Briten gesagt haben: «Verhandlungen werden zu nichts führen, oder sie werden bestenfalls einen neuen Rückzug sanktionieren. Und diesmal wird dieser Rückzug von entscheidender Bedeutung sein, weil er zu einer ganzen Serie weiterer Rückzüge führen wird.» Zumindest in dieser Hinsicht erwies sich der französische Aussenminister als zuverlässiger Prophet.

In London hatte er bei den Briten nicht mehr Erfolg als in Paris. Am Abend des 14. März hatte er beim Dinner in der Downing Street Nr. 10 ein entscheidendes Gespräch mit Premierminister Baldwin**. Der Premierminister erklärte ihm, wie er später berichtet, dass «er die französische Haltung wohl verstehe, mir aber ganz offen sagen müsse, dass Britannien nicht das geringste Risiko eingehen könne, das eventuell zum Krieg führe».

Baldwin erklärte, er verstehe zwar nur wenig von Aussenpolitik, aber er könne um so zuverlässiger die Einstellung des britischen Volkes interpretieren. Das Volk will den Frieden.

Flandin erwiderte, der beste Weg zur Erhaltung des Friedens bestehe darin, Hitlers Ehrgeiz einen Riegel vorzuschieben, solange das noch möglich sei.

*Ich fügte hinzu, Frankreich versuche nicht, Grossbritannien in einen Krieg hineinzuziehen. Es werde selbst alle Risiken einer Massnahme auf sich nehmen, die weiter nichts sei als eine schlichte Polizeiaktion ... Wir bitten ja nur darum, dass Sie uns dabei freie Hand lassen ***.*

Baldwin hörte mir zu. Er diskutierte nicht darüber, sondern hielt mir immer wieder mit demselben Kehrreim vor: Britannien sei nicht in der Lage, einen Krieg zu riskieren. Als ich jegliches Kriegsrisiko bestritt, schloss er: «Sie mögen recht haben. Aber wenn auch nur eine Chance von einem Prozent besteht, dass sich aus Ihrer Polizeiaktion ein

* Nach London zurückgekehrt, liess Eden Hitler über den deutschen Botschafter ersuchen, in einen Abzug der Truppen bis auf eine symbolische Besetzung einzuwilligen und «nichts zur Befestigung der Zone zu unternehmen, zumindest nicht in dem Zeitraum, der zur Aushandlung der Verträge und der Normalisierung der internationalen Lage erforderlich ist». Am folgenden Tag antwortete Hitler, er sei damit einverstanden, die Zahl der bereits im Rheinland stehenden deutschen Truppen nicht zu erhöhen, aber er «erwähnte nicht die Befestigungen», wie Eden vermerkt
** Uns liegt darüber nur sein eigener Bericht vor, und der muss, wie verständlich sein dürfte, mit einiger Vorsicht genossen werden. Eden erwähnt dieses Zusammentreffen in seinem ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in London nicht.

*** Dazu bemerkt Winston Churchill in seinen Memoiren: «Das ist ganz bestimmt nicht wahr. Wie hätte Grossbritannien Frankreich von einer Massnahme abhalten können, zu der es nach dem Vertrag von Locarno berechtigt war?» Nachdem wir gesehen haben, was die Generäle Gamelin und Maurin Flandin und der Regierung gesagt hatten, ist es durchaus möglich, dass Flandin bluffte oder dass ihn sein Gedächtnis hinsichtlich dessen, was er zu Baldwin gesagt haben will, im Stich lässt. Gamelin hatte doch dem Ministerpräsidenten am 9. März mitgeteilt, allein schon die Idee einer Polizeiaktion sei reine «Phantasie».

Krieg entwickeln könnte, habe ich kein Recht, für England eine Verpflichtung einzugehen. England ist ganz einfach nicht imstande, Krieg zu führen.»

Flandin folgerte: «An diesem Abend begriff ich, dass ich trotz aller Bemühungen nicht die britische Zustimmung zu unserer militärischen Intervention im Rheinland erhalten würde.»

Trotz seiner Bemühungen? Hat er sich denn überhaupt bemüht? Später liessen ein französisches Militärpapier und Edens Aussagen daran Zweifel aufkommen. Es existiert ein Protokoll einer Sitzung der Militärs vom 13. März unter Vorsitz von General Georges; sie wurde zur Beratung eines dringenden Telefonanrufs von Flandin aus London einberufen – Flandin wollte noch am selben Abend eine Antwort haben. Der Aussenminister wollte wissen, welche Konzessionen die Franzosen einräumen konnten, falls die Deutschen im Rheinland verblieben, und welche Garantien man verlangen sollte. Wäre es «unpraktisch», so erkundigte er sich, einer Regelung zuzustimmen, nach der Deutschland und Frankreich an der Grenze die gleiche Truppenstärke unterhielten? Wäre es ferner «unpraktisch», sich darauf zu einigen, dass keines der beiden Länder in Grenznähe neue Befestigungen errichtete⁶⁹ ?

Flandin befand sich trotz der mutigen Worte, die er den Briten ins Gesicht geschleudert haben will, auf dem Rückzug. Eden bezeugt in seiner Darstellung der Londoner Gespräche, der französische Aussenminister habe sich privat und öffentlich unterschiedlich geäußert. Privat habe er sich mit der Wiederherstellung der deutschen Militärhoheit in der Zone unter der Bedingung abgefunden, dass diese nur «symbolisch» sei und dass keine Befestigungen gebaut würden⁷⁰. In diesem Sinne bemühten sich die Briten nunmehr darum, die Locarno-Mächte und den Völkerbundsrat zu überreden, Hitlers gewagten Schritt als vollendete Tatsache hinzunehmen, ihn zu verurteilen, einen Versuch zur Eindämmung eventueller Konsequenzen zu unternehmen und dann den Franzosen ein Bonbon hinzuwerfen.

Am 19. März, zwölf Tage nach der Besetzung des Rheinlandes durch die Deutschen, verurteilte der Rat des Völkerbundes auch Deutschland wegen dieses Verstosses gegen die Verträge von Versailles und Locarno. Es war nur eine leere Geste. Zwei am selben Tag getroffene Vereinbarungen schienen handfester zu sein: eine Abmachung zwischen den Locarno-Mächten und eine zweite zwischen Grossbritannien und Frankreich. Die Locarno-Mächte einigten sich darauf, wie Eden es ausdrückte, «unsere Verpflichtungen aus dem Vertrag zu bekräftigen». Aber welchen Wert hatte diese Bekräftigung, wenn die Briten soeben diese Verpflichtungen verleugnet hatten? Sie forderten Deutschland auf, die Streitkräfte in der entmilitarisierten Zone nicht zu verstärken und auch keine Befestigungsanlagen zu errichten. Sie ersuchten Deutschland, die Besetzung eines 20 Kilometer breiten Streifens auf der deutschen Seite der Grenzen mit Belgien und Frankreich durch eine gemischte Truppe der vier Garantiestaaten von Locarno hinzunehmen; eine internationale Kommission sollte zu ihrer Überwachung eingesetzt werden. Zweck dieser «Ansuchen» war es, die Wiederbesetzung der Rheinland-Zone als «symbolisch» er-

scheinen zu lassen. Falls Deutschland diesen Bedingungen zustimme, seien die Locarno-Mächte bereit, mit Hitler in Verhandlungen über seine «Friedensvorschläge» einzutreten und auch über eine Revision des Rheinlandstatuts zu verhandeln. Schliesslich gaben die Locarno-Mächte bekannt, dass Gespräche zwischen ihren Generalstäben stattfinden würden. Falls sie damit Hitler Angst einjagen wollten, so schlug der Versuch fehl. Er lehnte die Vorschläge ab.

Flandin tat sich viel um das letzte Ergebnis zugute, das er in London am 19. März erzielte: ein Schreiben der britischen Regierung des Inhalts, dass die britische Regierung im Falle eines Fehlschlagens der Verhandlungen mit Deutschland nicht nur zu Konsultationen mit Frankreich über die «neue Lage» bereit sei, sondern ihm auch im Falle eines unprovokierten Angriffs helfen werde. Die Garantie sollte auf Gegenseitigkeit beruhen. Der Kontakt zwischen den Generalstäben beider Länder war «herzustellen und aufrechtzuerhalten». Einen ähnlichen Brief erhielt auch Belgien. Für Flandin bedeutete dieses Schreiben, das er entgegennehmen durfte, nah seinen eigenen Worten ein Äquivalent zu einem britisch-französischen Militärbündnis – ähnlich dem, das Frankreich 1914 gerettet hatte. Er ging in seinen Behauptungen noch weiter: Der Brief sei eine britische Garantie gegen alle weiteren Übergriffe der Deutschen im Rheinland; er verpflichte die Briten, den Franzosen automatisch beizustehen, wenn es darum ging, die Deutschen an einer Verstärkung der deutschen Truppen im Rheinland oder dem Bau von Befestigungsanlagen zu hindern.

Dieser Punkt war, wie sich schliesslich herausstellte, von rein akademischer Bedeutung. London und Berlin tauschten Vorschläge und Gegenvorschläge für die in Aussicht genommenen Verhandlungen aus, die schliesslich zu Edens bekanntem Fragebogen an Hitler vom 7. Mai führten. Inzwischen waren seit dem Handstreich im Rheinland genau zwei Monate vergangen *. Der Führer hielt es nicht der Mühe wert, ihn zu beantworten. Die geforderten Antworten hatte er schliesslich schon lange zuvor in *Mein Kampf* erteilt. Die Verhandlungen der Locarno-Mächte über das Rheinland und über Hitlers «Friedensvorschläge» verliefen im Sande, ehe sie ernsthaft begonnen hatten. Ebenso erging es der Krise selbst. Deutschland verfügte nunmehr über die uneingeschränkte militärische Kontrolle über das Rheinland. Strassburg lag im Feuerbereich deutscher Geschütze.

Was wurde aus der britischen Garantieerklärung vom 19. März? Flandin sagt, sie sei bei den nachfolgenden französischen Regierungen «schlicht und einfach in Vergessenheit geraten». Als die Deutschen mit der Befestigung des Rheinlands begannen und damit die im britisch-französischen Abkommen vorgesehene «neue Lage» schufen, dachte die gerade amtierende Regierung in Paris nicht daran, sich auf das Abkommen zu berufen⁷².

* Hier einige der Fragen: War Deutschland nunmehr bereit, «echte Verträge» abzuschliessen? Hatte Deutschland die Absicht, den territorialen und politischen Status quo in Europa zu respektieren? Bekannte sich Deutschland zu dem Prinzip der Nichteinmischung und des Nichtangriffs? War es bereit, einen Nichtangriffspakt mit Russland zu unterzeichnen? Den meisten Beobachtern erschienen diese Fragen als ziemlich absurd. Sie klangen wie die Fragen einer zimperlichen, altjüngferlichen Tante an ihren aufsässigen Neffen. Eden erklärte später, ihr eigentlicher Zweck hätte darin bestanden, «Hitlers wahre Absichten zu enthüllen»

Konsequenzen: Rückblick auf die Rheinlandkrise

Nach dem Krieg versuchte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss herauszufinden, warum Frankreich nichts gegen Hitlers Handstreich im Rheinland unternommen hatte und ob ein derartiger Versuch, falls er unternommen worden wäre, erfolgreich verlaufen wäre. Alle noch überlebenden Hauptzeugen, Zivilisten wie auch Militärs, wurden dazu vernommen.

General Maurin, der damalige Kriegsminister, wurde von dem konservativen Deputierten Louis Marin vernommen, der sich im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen der Rechten den Deutschen bis zuletzt widersetzt hatte.

MARIN: *Herr General, was hat das Kriegsministerium in jenen Tagen vor dem 7. März, als jedermann den (deutschen) Schritt erwartete, getan?*

GENERAL MAURIN: *Nichts Besonderes ...*

MARIN: *Aber worin bestand die Planung? Um die Deutschen an einer Überquerung des Rheins zu hindern, gehörte doch wohl mehr dazu, als ein paar Soldaten in Alarmbereitschaft zu versetzen. Das Militär verfügte doch sicherlich über einen Plan. Hatte das Kriegsministerium einen solchen Plan?*

GENERAL MAURIN: *Hein, daran erinnere ich mich nicht. Wenn man eine Überquerung des Rheins verhindern wollte, musste man erst einmal an den Rhein gelangen. Und zwar mit Artillerie. Das bedeutete Krieg ... Niemand im Kabinett wollte einen Krieg. Niemand im ganzen Land wollte ihn. Als der Entschluss gefallen war, dass niemand den Krieg wollte, hatten wir uns damit abzufinden⁷⁵.*

Noch ausweichender drückte sich General Gamelin in seiner Aussage nach dem Krieg aus. Er versuchte, das Militär und vor allen Dingen sich selbst zu entlasten, und gab der Regierung die Schuld daran, dass gegen die Deutschen in der entmilitarisierten Zone nicht vorgegangen worden war. Er bewies ein bemerkenswertes Talent, wenn es darum ging, den Schwarzen Peter weiterzureichen. Marin versuchte, wie schon bei General Maurin, ihn festzunageln.

MARIN: *Der Generalstab wurde doch im Voraus gewarnt. Warum hat er nicht einen Gegenschlag vorbereitet, der automatisch erfolgen konnte und die Überquerung des Rheins (durch die Deutschen) verhindert oder sie dabei vernichtet hätte?*

Gamelin erwiderte, der Generalstab hätte doch gewisse Vorbereitungen getroffen, nämlich den begrenzten Vorstoss ins Saarland. Aber Marin blieb hartnäckig.

MARIN: *Nun, wenn Sie, wie Sie sagen, tatsächlich etwas vorbereitet hatten, warum wurde dann nichts unternommen?*

GAMELIN: *Zur Ausführung des Plans hätten wir Reserven gebraucht. Unsere Armee von*

1936 konnte nichts unternehmen, ehe sie nicht durch diese gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen verstärkt worden war.

Er beschuldigte die Regierung, sie hätte ihm die zum Handeln erforderlichen Mittel nicht in die Hand gegeben. Er beschuldigte sie, den Briten nachgegeben zu haben.

DER PRÄSIDENT (*des Ausschusses*): *Hat Ihnen denn Ministerpräsident Sarraut gesagt, warum die Regierung beschlossen hatte, nichts zu unternehmen?*

GAMELIN: *Ja. Es war wegen England. Er sagte mir: «Die Engländer werden nicht marschieren»⁷⁴.*

Auch Sarraut tadelte in seiner Aussage nach dem Krieg⁷⁵ die Briten:

Wir hatten das Recht, allein vorzugehen ... Aber die Briten sagten: Wenn Sie allein marschieren, wird das zu einem Bruch zwischen uns führen! ... Angesichts dieses Risikos sprach sich die Mehrheit meiner Regierung dagegen aus, allein etwas zu unternehmen ... Die Briten wollten um keinen Preis etwas von bestimmten Massnahmen hören. Wenn wir etwas unternommen hätten, wäre das der Bruch gewesen – und damit unsere völlige Isolierung. Sonst war niemand da. Die Belgier schlossen sich den Briten an. Die Italiener spielten natürlich ihr eigenes Spiel. Wir standen völlig allein da.

Doch den Briten die Schuld für die französische Untätigkeit zuzuschreiben, war, wie Churchill sagte, «zwar eine Erklärung, aber keine Entschuldigung ..., da es um eine für Frankreich lebenswichtige Sache ging»⁷⁸. Dieser Meinung war auch Reynaud. In seinen Augen war das «eine schlechte Ausrede ... und ein Alibi für das Versagen der französischen Regierung».

Aus der Entfernung eines ganzen Jahrzehnts gelangte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu einer toleranteren Haltung gegenüber dem britischen Verhalten in der Rheinlandkrise. Nachdem er zu dem Schluss gelangt war, dass Frankreich zusammen mit Polen und der Tschechoslowakei * am 7. März 1936 Deutschland in militärischer Hinsicht eindeutig überlegen waren, zog er die Behauptung in Zweifel, Grossbritannien hätte einen Bruch für den Fall angedroht, dass die Franzosen in die entmilitarisierte Zone einmarschierten.

Unter den gegebenen Bedingungen hätten uns die britischen Einwände nicht zu beeindrucken brauchen. Ein Bruch der französisch-britischen Freundschaft stand nicht zur

* Polen und die Tschechoslowakei verfügten 1936 gemeinsam über mehr ausgebildete Soldaten als Deutschland. Darüber hinaus war die tschechoslowakische Armee dank der Rüstungsproduktion der Skodawerke besser ausgerüstet. Beide Regierungen gaben sofort zu verstehen, dass sie zu ihren vertraglichen Verpflichtungen stehen und Frankreich zu Hilfe eilen würden, falls Frankreich im Westen in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt werden sollte. Doch soweit sich aus den verfügbaren Dokumenten erkennen lässt, hat General Gamelin niemals den Wert der Armeen Polens und der Tschechoslowakei mit berücksichtigt, wenn er das Risiko einer französischen Aktion berechnete (und übertrieb).

Debatte ... Im Frühjahr 1936 konnte Grossbritannien nicht bewaffnet Vorgehen. Aber Frankreich, das bei weitem nicht im gleichen Ausmass abgerüstet hatte wie die Briten, wäre imstande gewesen, Hitler Achtung vor dem internationalen Recht beizubringen ...

Aus allen Unterlagen geht hervor ..., dass Grossbritannien die Entscheidungsfreiheit Frankreichs in jeder Weise respektierte. Grossbritannien riet dringend von militärischen Massnahmen ab. Aber niemals drohten die offiziellen Depeschen oder die Worte britischer Staatsmänner mit einem Bruch für den Fall, dass Frankreich das in Locarno anerkannte Recht auf legitime Selbstverteidigung allein wahrnahm ... England hat uns in loyaler Weise über seine Haltung und seine Möglichkeiten informiert. Seine Politik stand weitgehend unter dem Einfluss unserer eigenen Wankelmütigkeit. Der traditionelle Pragmatismus britischer Staatsmänner hätte zu anderen Lösungen geführt, wenn französische Truppen am Morgen des 7. März, als sich die Deutschen in Bewegung setzten, die Grenze überquert und der entmilitarisierten Zone den nötigen Respekt verschafft hätten⁷⁷.

Wäre die französische Armee in der Lage gewesen, die Deutschen zu vertreiben? Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss bejaht diese Frage nach Prüfung aller verfügbaren Beweise.

Das Verhältnis der vorhandenen Streitkräfte hätte Frankreich allein in die Lage versetzt, die deutschen Truppen aus dem Rheinland zu jagen. Aber es war erforderlich, sofort zu handeln ... Ein sofortiger und machtvoller Gegenschlag hätte unsere Truppen bis an den Rhein gebracht und uns die Bildung von Brückenköpfen auf dem rechten Flussufer gestattet; Deutschland wäre dadurch in eine äusserst ungünstige strategische Lage geraten. Falls es dennoch die Absicht gehabt hätte, die Feindseligkeiten fortzusetzen, hätten wir unsere Offensive durch die Täler von Ruhr, Main und Hedcar bis in Deutschlands wichtigste Zentren vortragen können. Damals verfügte Hitler noch nicht über die Streitkräfte von 1939 ...

Aber offenbar war uns auch der geringste Gegenschlag unmöglich, ohne eine Million Männer zu den Fahnen zu rufen ... Um drei Bataillone der Wehrmacht zu vertreiben, mussten wir die gesamte französische Armee in Kampfbereitschaft versetzen und sogar auch noch die ganze Nation mobilisieren⁷⁸.

Wenn sich die Franzosen gewehrt hätten – was wäre dann geschehen? Was hätten die Deutschen unternommen? Hitler gab später selbst die Antwort auf diese Frage.

Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande zurückziehen müssen, denn die militärischen Kräfte, über die wir verfügten, hätten keineswegs auch nur zu einem mässigen Widerstand ausgereicht⁷⁹.

General Jodl, ein aufgehender Stern im Oberkommando der Wehrmacht und einer der besten Köpfe, sagte bei den Nürnberger Prozessen aus: «Ich kann nur sagen, in dieser Lage hätte uns allein die französische *armee de Couverture* hinweggeblasen⁸⁰.»

Hätte das Hitler das Genick gebrochen und den Fall des Dritten Reichs bedeutet (und den zweiten Weltkrieg vermieden)? Hitlers eigene vertrauliche Antwort darauf ist uns überliefert. Lange Zeit später sagte er in der Erinnerung an das Hasardspiel im Rheinland: «Ein Rückzug unsererseits hätte den Zusammenbruch bedeutet ... Die achtundvierzig Stunden nach dem Einmarsch ins Rheinland sind die aufregendste Zeitspanne in meinem Leben gewesen⁸¹.»

Für Frankreich war der Verzicht auf einen Widerstand gegen die Rückeroberung der entmilitarisierten Zone eine Katastrophe, die viele andere noch verheerendere nach sich zog. Die beiden westlichen Demokratien hatten ihre letzte Chance versäumt, dem nationalsozialistischen Deutschland ohne ernsthaftes Kriegsrisiko Einhalt zu gebieten und – wie Hitler selbst eingestanden hat – den Nazidiktator sowie ein Regime zu stürzen, das es auf die Eroberung Europas abgesehen hatte, sobald es nur voll aufgerüstet war. Sie liessen die günstige Gelegenheit verstreichen.

Die gesamte europäische Friedens- und Sicherheitsstruktur, wie sie 1919 geschaffen worden war, brach zusammen. Die französischen Bündnisse mit den Ländern östlich von Deutschland wurden hinfällig. Sobald Hitler das Rheinland befestigt hatte, würde die französische Armee selbst unter energischeren Generälen nicht mehr imstande sein, rasch nach Deutschland vorzustossen, um den östlichen Alliierten zu Hilfe zu eilen, falls diese angegriffen werden sollten. Die französische Armee war nicht einmal mehr imstande, das Gros der deutschen Streitkräfte im Westen zu binden. Sie würden zum Überfall auf Polen und die Tschechoslowakei frei werden. Das erkannte man sehr rasch in Prag und Warschau – und noch etwas anderes: Wenn die französische Armee zu ängstlich war, in das wehrlose Rheinland vorzudringen, würde sie es erst recht nicht wagen, sobald dieses Gebiet befestigt war und von Waffen startete.

Die Nachgiebigkeit Frankreichs und Grossbritanniens am 7. März 1936 und danach festigte auch Hitlers Position in Deutschland. Das Volk jubelte über diesen Beweis der Stärke und zeigte seine Freude auch in der Volksabstimmung vom 29. März: 98,8 Prozent stimmten der Aktion zu. Das geglückte Hasardspiel sicherte ihm eine weitere Überlegenheit gegenüber seinen Generälen, der letzten Gruppe in Deutschland, die noch einige Macht gehabt hätte, seinem Grössenwahn entgegenzutreten. Sie hatten die französische Armee gefürchtet. Er hatte ihnen bewiesen, wie unbegründet diese Furcht war. Und er hatte ihnen im Osten neue Möglichkeiten für militärische Eroberungen eröffnet. Frankreich verlor eigentlich nicht nur seine Verbündeten im Osten, sondern auch einen Verbündeten im Westen. Belgien trat aus dem Militärbündnis aus und wurde am 24. April 1937 von Grossbritannien und Frankreich auch von seinen Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag und der Londoner Vereinbarung vom 19. März entbunden. Damit kehrte Belgien zur alten Neutralität zurück. Die Initiative zu diesem törichtem Schritt

ergriff der junge König Leopold III. bald nach der Krise vom 7. März, aber er wurde dabei von allen Parteien, auch den Sozialisten, sowie von der grossen Mehrheit des Volkes unterstützt. Nicht nur die grossen westlichen Nationen wurden blind gegenüber ihren eigenen Interessen – die kleinen wurden es auch. In einer gemeinsamen Erklärung an Belgien versprachen Grossbritannien und Frankreich Hilfeleistung im Falle eines Angriffs. Aber einer solchen Garantie kam nur geringer praktischer Wert zu, solange es keine Pläne der drei Generalstäbe gab, diese militärische Hilfe *rechtzeitig* zu leisten. König Leopold und die Regierung lehnten alle Gespräche auf Stabsebene und alle militärischen Übereinkünfte mit der Begründung ab, Belgien habe von Deutschland nicht mehr zu befürchten als von Frankreich. Das war Unsinn.

Frankreich ging auch noch in anderer Hinsicht geschwächt aus dieser Krise hervor. Es hatte sich davor gefürchtet, ohne britische Zustimmung etwas zu unternehmen, und sollte fortan nie wieder etwas ohne vorherige Billigung der Londoner Regierung tun. Damit hatte Frankreich seine unabhängige Aussenpolitik aufgegeben. Diese Unterordnung unter Grossbritannien wäre nicht so verhängnisvoll gewesen, wenn in London resolute Männer mit ausreichender Kenntnis der Geschichte, auch nur der Gegenwartsgeschichte, das Ruder in der Hand gehabt hätten. Aber die gab es nicht. Churchill hielt sich immer noch in der politischen Wüste auf. Seine konservativen Parteifreunde verwehrten ihm einen Posten im Kabinett. Neville Chamberlain sollte schon bald Baldwins Nachfolger als Premierminister werden – ein Mann, der schon jetzt der Überzeugung huldigte, ein Krieg liesse sich durch eine Verständigung mit Hitler vermeiden. Italien, das noch vor einem Jahr ein Verbündeter gegen Deutschland zu sein schien, war wegen der Sanktionen verlorengegangen und liess bereits ein Umschwenken auf die andere Seite erkennen.

In Frankreich selbst führte die Furcht vor einem Krieg wegen der entmilitarisierten Zone, so unwahrscheinlich diese Möglichkeit auch sein mochte, zu einem verstärkten Pazifismus auf der Linken. Sie unterstützte tatkräftig die von der Regierung an den Tag gelegte Politik der Nichteinmischung in Hitlers Glücksspiel im Rheinland. Auf der Rechten breiteten sich eine weitere Enttäuschung über England und eine Verzweiflung aus, die sich schon bald zu regelrechtem Defätismus auswuchs. Immer mehr setzte sich in konservativen Kreisen die Überzeugung durch, dass Deutschland verkörpere die Strömung der Zukunft und Frankreich müsse sich damit abfinden. Zu diesem Schluss gelangten Flandin, Laval und viele andere.

Schliesslich und endlich hatte die Krise vom 7. März die Schwäche der Armee und die Ängstlichkeit des Oberkommandos, insbesondere seines Chefs, General Gamelin, aufgedeckt. Wenn diese Erkenntnis, die Sarraut, Flandin und Paul-Boncour so schockiert hatte, die Regierung veranlasst hätte, etwas dagegen zu unternehmen, die müden alten Generäle hinauszuerwerfen und sie durch jüngere, energischere Männer zu ersetzen (wie Hitler es in Deutschland getan hatte), wenn man die Armee in einer Weise reorganisiert hätte, dass sie zu mehr taugte, als nur hinter der Maginotlinie zu kauern – dann wäre der Rückschlag für das ganze Land nicht so schlimm ausgefallen.

Als Sarraut nach dem Kriege vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus sagte, wurde er eines Tages von Michel Clemenceau, dem Sohn des alten Tigers – der im ersten Weltkrieg auch keine Zauderer als Generäle geduldet hatte – gefragt, warum der Ministerpräsident den General Gamelin nicht gefeuert hätte, nachdem er sich als ein derartiger Defätist und, wie Clemenceau sagte, «kaum als ein grosser Krieger» entpuppt hatte. Sarraut erwiderte: «Dazu wäre es erst nötig gewesen, die menschliche Psychologie zu verändern.»

Gamelin war Joffres Adjutant gewesen. Man glaubte, er hätte Joffres Lehre, seine Begabung, seine Erfahrung geerbt. Er war zudem äusserst intelligent... Einer der ernstesten Fehler der Politiker und Regierungsangehörigen bestand darin, dass sie dem Militär immer ein von Ängstlichkeit durchdrungenes absolutes Vertrauen entgegenbrachten. Die einzige Ausnahme bildete Ihr Herr Vater ... Die anderen schreckten immer davor zurück, sich in militärische Kreise einzumischen. Das ist dumm, aber so ist es nun einmal⁶².

Nach dem 7. März scheint der Ministerpräsident einige Wochen lang daran gezweifelt zu haben, ob es richtig war, Gamelin den Oberbefehl über die Armee zu belassen. Am 4. April rief er den General zusammen mit den Stabschefs der beiden anderen Waffengattungen und den drei zuständigen Ministern in sein Büro und fragte ohne Umschweife: «Sind denn unsere Bodentruppe und die Luftwaffe tatsächlich unfähig, irgend etwas zu unternehmen?» Als Gamelin aalglatt versicherte, die beiden Waffengattungen seien «kriegsbereit» – obgleich die Ereignisse der vorangegangenen Woche das Gegenteil bewiesen hatten –, liess Sarraut das Thema fallen⁸³. Seine Übergangsregierung bereitete sich jetzt, als die Wahlen unmittelbar bevorstanden, ohnehin auf die Übergabe der Amtsgeschäfte vor. General Gamelin und General Georges, der Generalquartiermeister der Armee, behielten ihre Spitzenposten. Sie kommandierten die französischen Armeen auch noch, als es vier Jahre später zur härtesten Prüfung kam – zu einer Prüfung, die sich hätte vermeiden lassen, wenn sie am 7. März 1936 resoluter vorgegangen wären. Wenn an diesem wichtigen Tag das militärische Oberkommando viel zu wünschen übrigliess, so galt das auch für Regierung, Parlament, Presse und Volk. Es war ein kollektives Versagen, das Frankreichs Tatkraft lähmte, ein Versagen, das sich seit langem anbahnte. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss stellte über ein Jahrzehnt später fest: Es war «das Ergebnis von siebzehn Jahren des Leichtsinns, der Illusionen, der Selbstzufriedenheit. In dem Augenblick, da die deutsche Wehrmacht den Rhein überschritt, begann Frankreich für die ungeheuren Fehler zu bezahlen, die es in der Aussen- und Militärpolitik seit 1919 begangen hatte ... Intellektuelle und moralische Schwächen sind der Grund für unseren Rückschlag⁸⁴.»

Doch im Frühjahr 1936 war das Land nicht in der richtigen Stimmung, über die Gründe dieses Rückschlags oder seine schicksalhaften Folgen nachzudenken. Es wurde in den erbittertsten Wahlkampf hineingezogen, den die Dritte Republik seit jener gewaltigen

Schlacht zwischen MacMahon und Gambetta, zwischen der Rechten und der Linken, im Jahre 1877 erlebt hatte. Die meisten Franzosen interessierte es nicht, dass ihrem Land von aussen her ein vielleicht tödlicher Schlag zugefügt worden war – ihnen ging es um die Frage, ob sich die Wähler zum erstenmal seit der Schaffung der Dritten Republik für eine echte Linksregierung, nämlich die Volksfront, entscheiden würden, die sich verpflichtet hatte, die von den Konservativen der Mittel- und Oberschicht so lange und so erfolgreich verteidigte soziale und wirtschaftliche Struktur der Nation zu reformieren.

Für die Linke, die Koalition von Radikalen, Sozialisten und Kommunisten, hätte eine militärische Intervention im Rheinland die glänzenden Aussichten auf einen Wahlsieg zunichte gemacht. Für die Rechte, die von der Furcht vor den Kommunisten und vor radikalen Änderungen – und seien sie noch so überfällig – besessen war, erschien es nun wichtiger, der Volksfront an der Wahlurne Einhalt zu gebieten als Hitler am Rhein.

Weitere Spaltung Frankreichs – die Volksfront und der Spanische Bürgerkrieg 1936-1937

Léon Blum, der Sozialistenführer und einer der Hauptbegründer der Volksfront-Koalition, konnte sich nicht aktiv in den Tumult des Wahlkampfes einschalten, der seinen Höhepunkt in der Wahl am 26. April 1936 und den Nachwahlen eine Woche später fand. Er war ein Opfer des derzeit grassierenden rechtsextremen Gangstertums geworden. Am 13. Februar hatte ihn eine Gruppe royalistischer Schlägertypen so übel zugerichtet, dass er seinen Verletzungen fast erlegen wäre.

Léon Blum fuhr zusammen mit seinem sozialistischen Kollegen Georges Monnet und dessen Frau im Wagen von der Deputiertenkammer zum Essen. Da wurden sie auf dem Boulevard Saint-Germain, in der Nähe der Rue de l'Université, vom Leichenzug für den vor vier Tagen verstorbenen royalistischen Historiker Jacques Bainville aufgehalten. Eine Gruppe junger Fanatiker von der Action Française und den Camelots du Roi erkannte den sozialistischen Politiker und ging sofort auf ihn los. Die Jugendlichen zerschlugen die Autofenster, rissen die Türen heraus, stießen die beiden Monnets beiseite, zerrten Blum aus dem Wagen und schlugen ihn, begleitet von Fusstritten, gnadenlos zusammen. Er wurde von einigen Bauarbeitern gerettet, die in der Nähe die Mauern des Kriegsministeriums reparierten; sie eilten ihm zu Hilfe und befreiten ihn aus den Händen der Rowdys. Blum blutete stark, vor allem aus einer Wunde an der Schläfe. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und verbunden. Unter den Nachwirkungen des Schocks und des starken Blutverlustes litt er noch mehrere Wochen lang. Die Rekonvaleszenz verbrachte er in seinem Heimatort Vincent Auriol in Südfrankreich.

Selbst die Deputierten des rechten Flügels waren über diesen neuesten Ausbruch des Strassenterrors schockiert und verurteilten ihn ebenso wie die anderen. Noch am selben Nachmittag löste die Regierung Sarraut durch eine Verordnung die Action Française und zwei ihrer Studentenorganisationen auf. Charles Maurras, der Führer der Action Française, wurde später unter Anklage gestellt, der Anstiftung zum Mord für schuldig befunden und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt*. Immer wieder hatte er in Leitartikeln auf der Titelseite dazu aufgerufen, «diesen naturalisierten deutschen Juden, oder den Sohn eines solchen, dieses Monstrum der demokratischen Republik» auf diese oder jene Weise zu beseitigen. Eine dieser Methoden hatte Maurras am 9. April des

* Maurras wurde zwei Jahre später in die Académie Française gewählt.

vorangegangenen Jahres auf Seite 1 der *L'Action Française* empfohlen: «Das ist ein Mann», schrieb er über Blum, «den man erschiessen muss – aber von hinten.»

Die Misshandlung des Sozialistenführers bescherte der Front Populaire einen Märtyrer und verbesserte damit ihre Chancen bei der Wahl. Die Arbeiter und die liberalen Elemente des Mittelstandes wurden angeregt, härter um den Sieg zu kämpfen. Viele brave Bürger erkannten mit Schrecken, dass im eigenen Vaterland der Faschismus drohte. Die Erklärung, die am darauffolgenden Tag in den Spalten von *L'Action Française* zu lesen war, erhöhte auch nicht gerade die Glaubwürdigkeit der extremen Rechten in den Augen der Kräfte der Mitte: Der Überfall auf Blum sei eine bewusste Provokation gewesen, ein teuflischer Plan, ausgeheckt von Polizei, Bolschewiken und Briten, um die Royalisten in Misskredit zu bringen und den Sowjets den Weg zur Macht im Lande zu ebnet. Diese Gemässigten, die wegen ihrer Anzahl in jeder Wahl den Ausschlag gaben, waren zutiefst beunruhigt. Von der Rechten wurden sie gewarnt, ein Sieg der Volksfront würde die sofortige Bolschewisierung Frankreichs nach sich ziehen; die Linke machte ihnen klar, nur eine Volksfrontregierung könne das Land vor dem Faschismus erretten. Sie wollten weder den Kommunismus noch den Faschismus. Aber viele von ihnen hielten die Zeit für einen Wandel für gekommen; sie glaubten ebenso wie die amerikanische Wählerschaft im Jahre 1932, nur ein Neubeginn könne das Land aus dem Elend der Depression herausführen. Ihre Stimmen würden zu denen des gewaltigen Blocks von Arbeitern, Büroangestellten, kleinen Kaufleuten und sogar Bauern hinzukommen, die fest daran glaubten, dass nur eine Volksfrontregierung dem Volk einen neuen Aufschwung bringen könne.

Trotz heftiger Regenfälle, die am Sonntag, dem 26. April, über weiten Teilen Frankreichs niedergingen, wurde eine Rekord-Wahlbeteiligung verzeichnet: 85 Prozent aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Trotz beträchtlicher Gewinne der Linken Koalition – die Kommunisten erhielten 700'000 Stimmen mehr als 1932 – brachte die Wahl, was die Sitzverteilung in der Kammer betraf, keine Entscheidung. In 424 der 598 städtischen Wahlbezirke Frankreichs erhielt keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit, so dass Nachwahlen am nächsten Sonntag erforderlich wurden. Hier bewies die Volksfront, was ihre Disziplin wert war. Abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, wurde im zweiten Wahlgang, bei dem nur die relative Mehrheit erforderlich war, von allen linken Parteien der Kandidat unterstützt, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hatte – gegen die verschiedenen Kandidaten der Rechten.

Das Abstimmungsergebnis fiel ziemlich knapp, aber doch klar aus: 5'628'921 Stimmen für die Kandidaten der Volksfront, 4'218'345 Stimmen für ihre Gegner. Aber dank der Einigkeit, die die Volksfront in den Nachwahlen bei der Stimmenkonzentration bewiesen hatte, zog sie mit einer grossen Mehrheit – 378 zu 220 Sitze – in die Kammer ein. Hauptgewinner waren die Sozialisten und die Kommunisten. Mit 1'977'000 Wählerstimmen wurden die Sozialisten zum erstenmal in der Geschichte der Dritten Republik die stärkste Partei in Frankreich. Sie konnten die Zahl ihrer Abgeordneten von 97 auf 146 erhöhen. Im Verhältnis gesehen, schnitten die Kommunisten noch besser ab. Sie verdoppelten die

Zahl ihrer Wählerstimmen auf eineinhalb Millionen und versiebenfachten die Zahl ihrer Deputierten – statt mit bisher 10 Mann zogen sie nun mit 72 in die neue Kammer ein. Zum erstenmal stellten die Kommunisten in der Kammer eine zahlenmässig bedeutsame Fraktion.

Die sozialistisch-kommunistischen Gewinne gingen hauptsächlich auf Kosten des bürgerlichen Verbündeten, der Radikalsozialisten, der bisher stärksten Partei im Lande. Ihr Stimmenanteil sank um 400'000 auf 1'955'060, die Zahl ihrer Sitze in der Kammer von 159 auf 116. Ihre Beteiligung an den konservativen Regierungen der vergangenen zwei Jahre sowie ihre Unterstützung für die deflationistischen Massnahmen dieser Regierungen hatten viele ihrer Anhänger weiter nach links rücken lassen.

Die Massen waren begeistert über den Sieg, den sie auf friedliche und demokratische Weise an den Wahlurnen erzielt hatten. Er gab ihnen Auftrieb und erfüllte sie mit neuer Hoffnung. Das Elend der Arbeiter und Büroangestellten beschreibt ein gemässigter französischer Historiker als «erschütternd», und er fügte hinzu, «der Egoismus und die Blindheit des französischen Bürgertums forderten eine revolutionäre Bewegung heraus» L In einem Augenblick, da grosse Gefahren von aussen und innen das Land bedrohten, hielt er, wie viele andere auch – die Volksfront für die vielleicht letzte Chance, das Proletariat, das so lange im Exil, auf eigenem Grund, existiert hatte, in die Nation zu integrieren. Zum drittenmal innerhalb eines Jahrhunderts klopfte die riesige Arbeiterklasse an die Tore der Stadt. 1848 und 1871 waren die Arbeiter trotz ihrer erfolgreichen Revolutionen abgewiesen worden. Jetzt, im Frühjahr 1936, fühlten sie sich sicher, eingelassen zu werden. Der Wahlsieg hatte ihren Vertretern die beherrschende Rolle in der Regierung zugewiesen. Es stimmte schon, dass die sozialistischen und kommunistischen Führer sie im Voraus darauf hingewiesen hatten, ein Sieg der Volksfront werde kein Signal zu einer Revolution sein. Aber er versprach doch wenigstens längst überfällige soziale und wirtschaftliche Reformen: höhere Löhne, bezahlten Urlaub, kürzere Arbeitszeit und das Recht auf Tarifverhandlungen für alle Angestellten; ferner eine neue Politik zur Ankurbelung der stagnierenden Wirtschaft, Massnahmen gegen finanzielle Spekulationen und eine «Demokratisierung» der Bank von Frankreich – sie sollte der Nation dienen und nicht nur jenen «Zweihundert Familien», die sie kontrollierten. Es würde zwar keine Revolution stattfinden, aber doch eine Reform.

Die Oberschicht, betroffen vom Sieg der Volksfront, erkannte diesen Unterschied nicht. In ihren Augen hatten die «Bolschewiken» die Herrschaft über die Regierung erlangt. Sie sahen Frankreich bereits am Rande einer roten Revolution stehen. An der Börse entstand eine Panik. Schatzbriefe der Regierung erlitten deutliche Einbussen. Die Anteile der Bank von Frankreich fielen innerhalb einer Woche von 7'830 auf 7'365 Francs. Eine Kapitalflucht und ein kopfloser Run auf Gold setzten ein. Am Ende der Woche nach den Wahlen hatte die Bank von Frankreich 2,5 Milliarden Francs an Goldreserven verloren. Die eifrigen Bemühungen der Besitzenden, ihr Kapital ins Ausland zu verlagern, zielte offenbar nicht nur auf den Schutz des eigenen Geldes ab, sondern es sollten damit die Anstrengungen der Volksfront um eine Belebung der inländischen Wirtschaft durch

einen produktiven Kapitaleinsatz sabotiert werden. Im Ausland war das Kapital für den Besitzer zwar «sicher», aber es ging der Nationalökonomie verloren, die seiner dringend bedurfte. Diese Form der Sabotage war bereits nach dem Wahlsieg des *Cartel des Gauches* in den Wahlen von 1924 erfolgreich gegen die Regierung Herriot angewandt worden.

In der Erkenntnis, dass sich eine massive Kapitalflucht für das Land verheerend auswirken würde, bemühten sich die führenden Politiker der Volksfront noch vor Übernahme ihrer Ämter, den Kapitalisten zu versichern, dass ihre Geldsäcke auch im Inland sicher seien. Doch diese Zusicherungen trafen nur taube Ohren. Während des ganzen Monats Mai – während Blum ungeduldig die Amtsübernahme erwartete – fuhren die Reichen in geradezu hektischem Tempo fort, ihre Francs in Auslandswährung umzutauschen und Gold zu kaufen und zu horten. Die untaugliche Regierung Sarraut wollte keine Massnahmen dagegen ergreifen. Blum und sein designierter Finanzminister Vincent Auriol bemühten sich um die Wiederherstellung des Vertrauens in Geschäfts- und Finanzkreisen, indem sie versprachen, auch sie würden das Recht des Kapitalisten respektieren, mit seinem Geld zu machen, was ihm beliebte.

Ogleich die Bürger ihren Willen auf die einzige Art und Weise bekundet hatten, die ihnen in einer Demokratie offensteht, nämlich an den Wahlurnen in jenem Frühjahr, war es ihnen offenbar nicht gelungen, die Kluft zu verringern, die die Franzosen trennte in Besizende und Habenichtse, in Rechte und Linke. Im Gegenteil. Aus den hysterischen Reaktionen der Rechten auf den Sieg der Volksfront war zu erkennen, dass die alte Spaltung trotz aller Erklärungen Blums, er hoffe im Interesse der Gesellschaft und des Landes, die widersprüchlichen Klasseninteressen unter einen Hut zu bringen, nur noch tiefer und breiter wurde. Den objektiven Beobachtern – im Frühjahr 1936 gab es davon nur wenige in Frankreich – erschien es zweifelhaft, ob der Lauf der französischen Geschichte in dieser Hinsicht geändert werden konnte.

Ein Versuch wurde trotzdem unternommen.

Gleich am Morgen nach den Wahlen, am 4. Mai, gab Blum die Erklärung ab, die Sozialistische Partei sei als stärkste Partei der Volksfront und der Kammer zur Regierungsbildung bereit. Dreissig Jahre lang hatte sich diese Partei geweigert, in einer «bürgerlichen» Regierung mitzuwirken, selbst 1924 und 1932, als eine linksgerichtete Mehrheit in die Kammer einzog und die damals vorherrschenden Radikalsozialisten die führenden Sozialisten gebeten hatten, zusammen mit ihnen ein Kabinett zu bilden. Blum und seine Parteifreunde hatten ihr ganzes politisches Leben in der Opposition zugebracht. Jetzt, mit vierundsechzig Jahren und ohne die geringste Kabinettserfahrung, brannte der Sozialistenführer darauf, sein Glück zu versuchen, «ohne einen Augenblick zu verlieren».

Er gab sich, was ihn selbst und seine Aufgabe betraf, kaum irgendwelchen Illusionen hin. In seiner ersten Rede nach den Wahlen sagte er am 10. Mai vor dem Führungsgremium seiner Partei: «Ich weiss nicht, ob ich die für eine so schwierige Schlacht erforderlichen Führerqualitäten besitze.» Amerikanische Leser werden sich dabei an ähn-

liehe Äusserungen Adlai Stevensons erinnern. Genau wie Stevenson neigte auch Blum zu Zweifeln an sich selbst, Selbstkritik und einer Gewissensforschung in aller Öffentlichkeit*.

Er hatte auch kaum Illusionen, was die Frage betraf, wie weit die Volksfront bei der Erneuerung der Nation gehen konnte. In einer Rede auf dem Sozialistischen Parteikongress wies er seine Anhänger am 31. Mai, kurz vor seiner Amtsübernahme, darauf hin, die Volksfront habe nicht das Mandat zur Änderung der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten. Es bestehe ein Unterschied, so erklärte er, zwischen «der Ausübung der Macht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der revolutionären Machtergreifung».

Weder die Sozialisten allein noch die proletarischen Parteien gemeinsam verfügen über eine Mehrheit. Unsere Mehrheit stützt sich auf eine Koalition der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, die sich um das Programm der Volksfront gebildet hat. Es ist unsere Aufgabe, dieses Programm zu verwirklichen.

Er versicherte der ganzen Nation kategorisch:

Wir werden im Rahmen des gegenwärtigen Regimes handeln, auf dessen Widersprüche und Ungerechtigkeiten wir im Verlauf der Wahl hingewiesen haben ... Das eigentliche Problem, das uns dieses Experiment stellt, ist die Frage, ob es möglich sein wird, aus diesem sozialen System ein Maximum an Ordnung, Wohlfahrt, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle diejenigen herauszuholen, die arbeiten und produzieren.

Da die Legislaturperiode des alten Kabinetts erst Ende Mai auslief, konnte Blum nicht vor dem 1. Juni offiziell sein Amt übernehmen. Noch für einen ganzen Monat musste man sich mit der «untätigen» Übergangsregierung Sarraut abfinden. Doch die Arbeiter, die sich so lange ruhig und unterwürfig verhalten hatten, waren von ihrem Erfolg bei den Wahlen beflügelt. Sie wollten nicht länger warten. Spontan, ohne Ermächtigung durch ihre Gewerkschaften (die meisten Arbeiter waren nicht organisiert) oder Ermutigung von Seiten ihrer politischen Parteien, begannen sie mit einer Serie von Streiks, die zu einer Woge anschwellen, wie sie das Land noch niemals erlebt hatte. Die Streikwelle drohte die Volksfront und sogar das Land zu ruinieren, noch bevor Blum und seine Genossen das Ruder in die Hand nehmen und etwas dagegen tun konnten. Die lahme Sarraut-Regierung legte nur die Hände in den Schoß und unternahm nichts.

* Blums erste Rede nach den Wahlen und Stevensons Worte, mit denen er 1952 die Nominierung durch die Demokratische Partei akzeptierte, spielten auf einen bekannten Bibelspruch an. Nachdem Blum seinen Zweifeln hinsichtlich der eigenen Führerqualitäten Ausdruck gegeben hatte, fügte er hinzu: «Aber ich bin nicht hier, um zu sagen: ‚Lasst diesen Kelch an mir vorübergehen. Ich wollte ihn nicht, ich habe ihn nicht verlangt.‘ Ja, ich habe ihn gewollt!» Stevenson gab in ähnlicher Weise seinen Zweifeln an seinen Qualitäten für eine Präsidentschaft Ausdruck – der Kongress hätte lieber «einen stärkeren, einen weiseren, einen besseren Mann als mich» wählen sollen – und fuhr dann fort: «Ich habe den Gnädigen Vater gebeten, er möge diesen Kelch an mir vorübergehen lassen. Aber vor einer so furchtbaren Verantwortung schreckt man nicht in Angst zurück . . . Wenn also ‚dieser Kelch nicht von mir genommen werden kann, ehe ich daraus trinke, dann geschehe Dein Wille.‘»

Die Streiks begannen in verschiedenen Flugzeugfabriken: Bei Breguet in Le Havre am 11. Mai, bei Bloch in Courbevoie am 14., bei Nieuport in Issy-les-Moulineaux am 26. Zunächst schien es sich nur um sporadische Streiks zu handeln, die in der Presse kaum Aufsehen erregten. Aber vom 26. Mai an begannen sie sich wie ein Waldbrand auszubreiten. Am 27. Mai streikten die 35'000 Arbeiter bei Renault, der grössten Automobilfabrik des Landes. Erst jetzt erfuhren die Pariser, dass etwas vorging, was sie noch niemals erlebt hatten. In Anlehnung an amerikanische Vorbilder veranstalteten die Arbeiter einen «Sitzstreik». Sie besetzten einfach die Fabriken und verjagten die Geschäftsleitung oder sperrten sie in einigen Fällen auch in ihren Büros ein. Diese Missachtung uralter Besitzerrechte empörte die Konservativen. Später musste Blum in der Kammer offen zugeben, die Besetzung der Fabriken sei ungesetzlich gewesen. Dass die Streiks friedlich und in aller Ordnung abliefen, dass kein Sachschaden angerichtet wurde, dass die Arbeiter ihre «Sit-ins» in überraschend guter Stimmung veranstalteten, das alles trug keineswegs zur Besänftigung der Rechten bei. Die konservative Zeitung *Le Temps* sah gerade in der Stimmung der Arbeiter eine Bedrohung; vielleicht benahmen sie sich nur deshalb so gesittet, weil sie hofften, die Fabriken unversehrt in ihre Gewalt zu bekommen. Für das rechtsradikale Blatt *Echo de Paris* verhies die gute Laune der Streikenden noch Schlimmeres. «Alle Revolutionen fangen so an. In Paris hat man sehr den Eindruck, dass die Revolution schon begonnen hat.»

Vergebens flehten die Führer der Sozialisten und Kommunisten sowie die Gewerkschaftsführer die Streikenden an, doch die Arbeit wiederaufzunehmen. Am 3. Juni, einen Tag vor Blums Amtsantritt, befanden sich allein im Gebiet von Paris 350'000 Männer und Frauen im Ausstand und fast die doppelte Anzahl im übrigen Land. In den meisten Fällen hatten sie die bestreikten Fabriken besetzt. Wenn die Streiks nicht rasch beigelegt werden konnten, drohten sie das ganze Land zu lähmen. Im Élysée-Palast dachte der nervöse Präsident der Republik, erschüttert von der unerwarteten Entwicklung der Dinge, bereits an seinen Rücktritt. Lebrun hielt nichts von der Volksfront und fürchtete, wie er selbst sagte, ihre «Exzesse». Als die Streiks immer mehr Zunahmen, wollte er Blum überreden, sofort an Sarrauts Stelle zu treten, aber der Sozialistenführer, ein grosser Vorkämpfer der Gerechtigkeit, weigerte sich mit der Begründung, das sei verfassungswidrig.

Am Abend des 4. Juni sprach Blum endlich im Palast vor, um dem Präsidenten sein neues Kabinett vorzustellen. Seine Zusammensetzung war nicht so vollständig, wie er sie erhofft hatte. Die Kommunisten hatten sich geweigert, an der Regierung mitzuwirken. Nach aussen hin hatten sie erklärt, ihre Anwesenheit im Kabinett würde den Reaktionären einen Vorwand liefern, die neue Regierung zu sabotieren. Sie legten jedoch das Versprechen ab, sie in der Kammer «loyal und vorbehaltlos» zu unterstützen. In Wirklichkeit wollten die Kommunisten ihr Image als wahrhaft revolutionäre proletarische Partei nicht beflecken. Sie glaubten, Blum werde der Gefangene seiner «bourgeois» Verbündeten, der Radikalsozialisten, sein und keine wichtigen Änderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes zustande bringen können.

Paraus hofften sie mit der Zeit selbst zu profitieren und das ganze Proletariat unter der eigenen Fahne zu vereinen. Blum konnte sich darüber kaum beklagen. Über ein Jahrzehnt lang hatte er die Sozialistische Partei beschworen, die gleiche Haltung gegenüber Radikalen-Regierungen einzunehmen.

Blum hatte auch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund zur Teilnahme an der Regierung eingeladen, aber auch die CGT hatte abgelehnt. Die Gewerkschaftsbewegung wollte sich nicht unmittelbar politisch betätigen.

Das Kabinett, das der neue Ministerpräsident Lebrun vorstellte, setzte sich daher aus Sozialisten, Radikalsozialisten und einigen Vertretern linker Splitterparteien zusammen. Es war in zweierlei Hinsicht ein neuartiges Kabinett. Ihm gehörten mehrere noch relativ junge Männer an und zudem drei Frauen als Staatssekretäre – in einem Land ohne Frauenstimmrecht. Madame Joliot-Curie war Staatssekretärin für wissenschaftliche Forschung.

Wie stets während einer Krise, befand sich Lebrun an diesem Abend in einem Zustand höchster Erregung. Er bestand darauf, dass die neue Regierung sofort – «von diesem Augenblick, 9 Uhr abends, an» – die Ministerien des Inneren und der Arbeit übernehmen solle, obgleich ihr nach dem Gesetz zuvor die Kammer hätte das Vertrauen aussprechen müssen; die Streiks und die Bedrohung der öffentlichen Ordnung sollten der Regierung nicht noch mehr entgleiten. Blum erklärte sich einverstanden und entsandte sofort Roger Salengro und Jean Lebas in die Ministerien für Inneres und für Arbeit.

Nachdem die neuen Mitglieder der Regierung ihren Eid abgelegt hatten, bat der Präsident den neuen Ministerpräsidenten, bei ihm zu bleiben. Es war ein peinlicher Augenblick für Lebrun, nach dessen Meinung die Volksfront möglicherweise das Land ruinieren würde; auch brachte er Blum nur wenig persönliche Sympathien entgegen. Aber inzwischen dachte er nicht mehr an Rücktritt. Später sagte er, wenn er abgedankt hätte, dann wäre sein Nachfolger ein Kandidat der Volksfront gewesen, da die Linke jetzt über eine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügte, die wiederum den Präsidenten wählte. «Ich gab mich der Illusion hin», erklärte Lebrun, «dass meine Anwesenheit gewisse Missstände verhindern, gewisse Exzesse eindämmen könnte².»

«Die Lage ist schrecklich», sagte der Präsident zum neuen Ministerpräsidenten. «Wann werden Sie der Kammer Ihre Regierung vorstellen?»

«Übermorgen, am Samstag», antwortete Blum und erklärte, dass es unmöglich sei, die Kammer zu einem früheren Zeitpunkt einzuberufen.

«Sie wollen bis Samstag warten?» fragte Lebrun. «Ist Ihnen denn nicht klar, was im Lande vorgeht?»

Das wusste keiner besser als Blum, aber er beherrschte sich. Der Präsident bestand darauf, Blum müsse augenblicklich etwas zur Beruhigung des Landes tun. Er beschwor ihn, wenigstens gleich am folgenden Tage im Rundfunk zu sprechen. «Sagen Sie den Arbeitern», riet er Blum, «dass das Parlament zusammentreten wird und dass Sie es sofort ersuchen werden, die von den Arbeitern geforderten Massnahmen zu billigen³.»

Wieder erklärte sich Blum einverstanden, obgleich er Zweifel hinsichtlich der «parlamentarischen Korrektheit» eines solchen Schrittes vor seiner Bestätigung im Amt durch die Kammer hegte. Die Rechte prophezeite ohnehin schon, die Volksfront werde die Verfassung zerreißen und eine Revolution durchführen. Blum, der auf solche Vorwürfe sehr empfindlich reagierte, wollte unter allen Umständen beweisen, wie grundlos derlei Befürchtungen waren.

Am nächsten Tag wandte er sich mittags im Rundfunk an die Nation und insbesondere an die streikenden Arbeiter. Er versicherte ihnen, er werde das Parlament unverzüglich ersuchen, die Gesetze zu verabschieden, «die ihr fordert – das Recht auf Tarifverhandlungen, die Vierzigstundenwoche und bezahlten Urlaub». Am folgenden Tag, dem 6. Juni, stellte Blum seine Regierung der Kammer vor und erläuterte das Programm der Volksfront. Es sah neben den Massnahmen zugunsten der Arbeiter ein Programm öffentlicher Arbeiten vor, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, eine Reform der Bank von Frankreich, ein Weizenbüro zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Preise, eine Heraufsetzung der Schulpflichtgrenze und die Rückgängigmachung der Kürzungen von Beamtengehältern und Kriegsversehrtenrenten. Ihm wurde mit entscheidender Mehrheit – 384 zu 210 Stimmen – das Vertrauen ausgesprochen.

Das Experiment der Volksfront war gestartet.

Für ihr Debüt hätte sie sich kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt aussuchen können. Das Bürgertum war gelähmt vor Angst, die Kapitalflucht hielt an, die Staatskasse war in Schwierigkeiten, die Wirtschaft dem Untergang geweiht, während draussen Mussolini unter Missachtung des Völkerbundes die Eroberung Äthiopiens vollendete, Hitler seine Stellung im Rheinland festigte und fieberhaft aufrüstete und Spanien unter einer gerade neugewählten eigenen *Freute Populär* rasch in die Anarchie und den so gut wie sicheren Bürgerkrieg abglitt.

Aber nicht genug damit – Blum wurde von Anfang an mit einer Welle des Antisemitismus konfrontiert, wie Frankreich ihn seit den Tagen der Dreyfus-Affäre nicht mehr erlebt hatte. Er richtete sich gegen ihn persönlich, da er Jude war – der erste jüdische Ministerpräsident in der Geschichte Frankreichs. Auf der Eröffnungssitzung der neuen Deputiertenkammer stichelte der rechtsextreme Abgeordnete Xavier-Vallat den Ministerpräsidenten wegen seiner Rasse.

XAVIER-VALLAT: *Ihr Amtsantritt, Herr Präsident, stellt zweifellos ein historisches Datum dar. Zum erstenmal regiert dieses gallisch-romanische Land ein ...*

HERRIOT (*der Kammerpräsident*): *Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie sagen ...*

XAVIER-VALLAT: *... ein Jude. Ich muss es einmal laut aussprechen, was alle insgeheim denken – dass diese Bauernnation, die Frankreich nun einmal ist, besser jemand regieren sollte, der, und sei seine Herkunft noch so bescheiden, unserem eigenen Boden entwachsen ist, als einen pfliffigen Talmudanhänger zu haben.*

Er warnte davor, dass das Land von nun an von «einem kleinen Judenklüngel» gelenkt würde. Blum war für einen Augenblick ausser sich vor Wut, aber bevor er etwas er-

widern konnte, erteilte Herriot Xavier-Vallat * einen Verweis und erklärte den Zwischenfall für erledigt. Für die reaktionäre Presse begann die Kampagne jedoch erst.

In *L'Action Française* hatten Maurras und Daudet ihren grossen Tag. «Frankreich unter Juden» lautete die Überschrift von Maurras' erstem Leitartikel am Tage nach Blums Amtsantritt. «Wir haben nun eine jüdische Regierung», warnte er seine Leser. Daudet übertraf ihn noch in der Erfindung beleidigender Beinamen für den neuen Ministerpräsidenten. «Blum, der leise Yidd», «der radiophone Hebräer», der ein «kretin-talmudisches Kabinett» leitete. Frankreich, so erklärte Daudet, sei in die Zeiten «des Verräters Alfred Dreyfus zurückgefallen. Die Vorherrschaft Léon Blums, eines Rabbiner-Juden, der unseren Bräuchen und Gewohnheiten, unseren Gefühlen und unserer Denkweise völlig fremd gegenübersteht, verzehnfacht die Kriegsgefahr.» Zuvor hatte die Rechte Blum wegen seiner pazifistischen Haltung angegriffen. Nun wurde geschrien, er werde das Land wegen seines Hasses gegen die Faschisten in einen Krieg gegen Italien und Deutschland verstricken. *L'Action Française* nutzte die allgemeine Angst aus. «Man muss Blum als Juden sehen, erkennen, verstehen, bekämpfen und erledigen», schrieb Maurras. «Dieses letzte Wort mag ein wenig hart klingen. Ich will sogleich hinzufügen, dass Blum keinesfalls physisch niedergeschlagen werden darf – nicht bis zu dem Tage, da seine Politik uns in einen Krieg führt, den er gegen unsere italienischen Freunde führen möchte. An diesem Tage dürfen wir es jedoch nicht versäumen.» Hämisch zitierte Maurras einige Zeilen, die André Gide, dessen literarischer Ruhm in den dreissiger Jahren sehr gross war und der um 1936 gerade seinen naiven Glauben an den Kommunismus ablegte, bereits 1914 geschrieben hatte: Blum sei «viel jüdischer», als für ihn gut sei.

Das ist darauf zurückzuführen (schrieb Gide), dass Blum die jüdische Rasse als überlegen ansieht, berufen zu herrschen, nachdem sie so lange beherrscht worden war, und dass er es für seine Pflicht hält, mit all seiner Kraft für ihren Triumph zu arbeiten. Zweifellos sieht er den möglichen Aufstieg der Rasse voraus ... Er scheint zu glauben, dass eine Zeit kommen wird, die die Zeit der Juden sein wird⁴.

Am 5. Juni, am Tage nach Blums Amtsantritt, beeilte sich Gide zu erklären, was er 1914 wirklich gemeint habe: dass den Juden eine Leidenschaft für Gerechtigkeit und Wahrheit zu eigen sei und dass diese Blum «bewegt» habe. Er fügte hinzu, der Sieg der Volksfront im Allgemeinen und Blums im Besonderen stimme ihn ausserordentlich froh. Unter einer solchen Führung werde Frankreich sicherlich seine Rolle als «Vorkämpfer der Zivilisation» wiedererlangen⁵.

Die Rechte beschwerte sich darüber, Blum habe seine Regierung mit Juden vollgestopft. Henri Beraud nannte in der antisemitischen und faschistisch orientierten Wochenschrift *Gringoire* die Namen von zweiunddreissig Juden, die, wie er sagte, wichtige Posten in den Ministerien erhalten hatten. Darunter befand sich auch ein Dreyfus. Selbst Pertinax

«Xavier-Vallat landete schliesslich in Vichy als ausführendes Organ für die antijüdischen Pétain-Laval-Dekrete.

(André Geraud), der einflussreiche aussenpolitische Pressekommentator, sollte später beklagen, dass Blum unnötigerweise dem Antisemitismus Vorschub leistete, «indem er sich im Amt des Ministerpräsidenten mit zehn, wenn nicht noch mehr, Juden umgab». Dabei hatten in Wirklichkeit nur zwei Juden wichtige Posten in diesem Amt inne: André Blumel, der frühere Sozius in Blums Anwaltsbüro, und Jules Moch, ein junger Marineingenieur. Blum selbst war unter allen Kabinettsministern der einzige Jude. Erziehungsminister Jean Zay war der Sohn eines jüdischen Vaters und einer protestantischen Mutter, aber er war als Christ erzogen, hatte eine Christin geheiratet und seine Kinder im protestantischen Glauben erzogen.

So mancher französische Jude war stolz darauf, dass einer der Ihren nun zum erstenmal Regierungschef geworden war, aber andere waren darüber gar nicht so glücklich, weil sie fürchteten, diese Tatsache werde im ganzen Land eine neue Welle des Antisemitismus wachrufen. Ein prominenter Rabbi in Paris versuchte aus dieser Befürchtung heraus Blum zu überreden, den Posten des Ministerpräsidenten nicht anzunehmen. Niemand, der nicht damals selbst in Frankreich lebte, kann verstehen, wie verhasst Blum bei den rechtsradikalen Franzosen war. Sie hassten ihn als Juden, als Sozialisten, als Kopf einer Linksregierung und selbst als empfindsamen Intellektuellen. Eine «gutbürgerliche Dame» fauchte einmal Pertinax an: «Ich möchte gern einmal Blum begegnen – und ihm ins Gesicht spucken⁶!» Auf der Linken wurde Blum als der Mann verehrt, der Frankreich vor dem Faschismus retten, die Bürde der Armen erleichtern, die Depression überwinden und den Frieden bewahren würde.

Kaum hatte Blum das Vertrauensvotum der Kammer für seine Volksfrontregierung erlangt, da bemühte er sich schon um die Beilegung der Sitzstreiks, die im ganzen Land das wirtschaftliche Leben zum Erliegen gebracht hatten. Gleich am nächsten Tag, dem Sonntag, 7. Juni, brachte er im Hotel Matignon, dem Büro des Ministerpräsidenten, Vertreter der wichtigsten Arbeitgeberorganisationen und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes zusammen. Unter Blums Vorsitz begannen sie um 15 Uhr ihre Beratungen. Noch im Laufe derselben Nacht gelangten sie zu einer Einigung. Die Arbeiter sollten die Fabriken räumen und den Ausstand beenden, dafür sagten ihnen die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 7 bis 15 Prozent, die Anerkennung des Prinzips freier Tarifvereinbarungen, das Recht der Gewerkschaften zur Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern und den Verzicht auf weitere Repressalien gegen Mitarbeiter wegen des Beitritts zu einer Gewerkschaft zu.

Für einen objektiven ausländischen Beobachter schienen diese Vereinbarungen nichts sehr Aufregendes zu beinhalten. In Frankreich wurden erschreckend niedrige Löhne gezahlt – umgerechnet kaum 45 Pfennig in der Stunde. Das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und Tarifverträge abzuschliessen, war in England und in den Vereinigten Staaten (vor Hitler auch in Deutschland) bereits weithin akzeptiert. Aber für Frankreich bedeutete die «Matignon-Vereinbarung», wie man sie nannte, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer etwas radikal Neues. Bisher hatten sich die Arbeitgeberverbände wie auch die meisten grossen Industriekonzerne geweigert, kollektive Tarife

auszuhandeln. Die Konzerne hatten die Gewerkschaften nicht einmal anerkannt und Arbeiter hinausgeworfen, nur weil sie einer Gewerkschaft beigetreten waren. In den meisten Fällen hatten sie allein von oben herab Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen diktiert. Die Gewerkschaften waren zahlenmässig zu schwach, sich gegen die Arbeitgeber behaupten zu können. Die Zusammenkunft im Büro des Ministerpräsidenten war tatsächlich das erste Gespräch, das in Frankreich zwischen Vertretern der wichtigsten Arbeitgeber und der Gewerkschaftsorganisationen stattfand. Später behaupteten einige der führenden Unternehmer, man habe sie mit vorgehaltener Pistole zum Verhandeln gezwungen, da ihre Fabriken gesetzwidrig von Streikenden besetzt waren und ein linker Ministerpräsident auf Konzessionen drängte. In Wirklichkeit waren es die Arbeitgeber, die bei Blum auf Verhandlungen mit der CGT gedrungen hatten. Die Arbeitgeber waren zu Zugeständnissen bereit, um – wie sie sagten – eine «Revolution» zu verhindern und ihre Fabriken von den Arbeitern, die sie besetzt hielten, zurückzubekommen.

Die Arbeiterbewegung begrüßte die Matignon-Vereinbarung als einen längst überfälligen grossen Sieg. Jouhaux, der Führer der CGT, jubelte: «In einer einzigen historischen Nacht haben wir andere Länder eingeholt und sogar überholt, die seit fünfzig Jahren in diese Richtung marschieren. Der in der Sonntagnacht errungene Sieg bedeutet den Beginn einer neuen Ära.» Die organisierte Arbeiterschaft hatte auch allen Grund zur Freude; denn abgesehen von dem Zugeständnis höherer Löhne und der Anerkennung der Gewerkschaften sowie ihres Rechts auf Tarifabkommen nahm sie die Versicherung der neuen Regierung mit nach Hause, das Parlament werde rasch Gesetze zur Vierzigstundenwoche und zu zwei Wochen bezahlten Urlaubs verabschieden. Die kürzere Arbeitszeit, der bezahlte Urlaub und die allgemeine Lohnsteigerung um durchschnittlich 12 Prozent bedeuteten, wie CGT jubelnd verkündete, in Wirklichkeit eine 35prozentige Lohnverbesserung. Die hochgeachtete Zeitung *Le Temps*, das Sprachrohr der Eisen- und Stahltrusts, stimmte dem missmutig zu: «Man könnte meinen, dass man nur träumt. Aber die Ziffer (35 Prozent) ist richtig.»

Es dauerte einige Zeit, die Arbeiter zu überreden, die Vereinbarung zu akzeptieren, die Fabriken zu räumen und an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Es fiel den Gewerkschaftsführern nicht leicht, ihre eigenen Anhänger wieder unter Kontrolle zu bekommen. Vier Tage nach der Matignon-Vereinbarung, am 11. Juni, erreichten die Streiks einen neuen Höhepunkt. Sie ergriffen in Paris auch die Warenhäuser, deren Angestellte bekanntermassen unterbezahlt wurden, sowie die Hotels, Restaurants und Cafés. Auf dem flachen Land machten es die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ihren Brüdern in den Städten nach. Sie legten nicht nur die Arbeit nieder, sondern sie besetzten in vielen Fällen auch die Höfe. Die Regierung schätzte die Gesamtzahl aller Streikenden an diesem Tag auf 1'165'000, aber sie lag in Wirklichkeit wohl näher bei zwei Millionen. Eine Woche lang bemühten sich Léon Blum und seine Minister Tag und Nacht, die Arbeiter zur Beendigung ihrer Streiks zu überreden. Der Kommunistenführer Thorez warnte sie in einer Rede am 11. Juni: «Ihr müsst nicht nur wissen, wie man einen Streik beginnt, sondern auch, wie man ihn beendet.» Zuerst trafen seine Appelle, wie auch die Blums

und seiner Ministerkollegen, nur auf taube Ohren. Leo Trotzki, der sich erst kürzlich von Paris aus in sein neues Exil in Norwegen begeben hatte, fischte von dort aus im trüben. Er erklärte in dieser Woche, dass «die französische Revolution begonnen» habe, und forderte die Arbeiter auf, ihre «Unterdrücker» zu stürzen. Zu ihnen zählte er auch Blum, für den er die gleiche gewaltige Verachtung empfand, die viele Kommunisten gegenüber den Sozialisten an den Tag legten. Am 12. Juni legte das Pariser Organ der Trotzkisten, *La Lutte Ouvriere*, den Arbeitern nahe, sich zu bewaffneten Milizeinheiten zu organisieren. Blum wies die Polizei an, diese Ausgabe der Zeitung zu beschlagnahmen, und erklärte vor der Kammer, dass «seit gestern» gewisse «verdächtige Gruppen, die nichts mit den französischen Gewerkschaften zu tun haben», versuchten, sich der Streiks zu bedienen und sie zur Unruhestiftung zu missbrauchen.

Was die Arbeiter zur Beendigung der Streiks veranlasste, waren nicht so sehr die Bitten Blums, Thorez' und der besorgten c G T-Sprecher, sondern das Tempo, mit dem das Parlament die versprochenen Arbeitsgesetze zu verabschieden begann. Noch nie in all den Jahren der Dritten Republik handelten die Gesetzgeber, von denen viele jetzt tatsächlich das Schreckgespenst einer Revolution fürchteten, mit solcher Eile. «Es kommt auf jede Stunde an», erklärte Blum vor der Kammer, als er am Tag nach der Matignon-Vereinbarung die neuen Gesetzesentwürfe einbrachte. Vier Tage später, am 11. Juni, verabschiedete das Parlament das Gesetz über Tarifverhandlungen mit 528 gegen 7 und das Gesetz über bezahlten Urlaub mit 563 Stimmen gegen 1 Stimme. Über die Vierzigstundenwoche wurde heftiger debattiert, aber auch dieses Gesetz wurde am folgenden Tage mit 385 gegen 175 Stimmen gebilligt. Der konservativere Senat brauchte mehr Zeit, aber auch er verabschiedete die drei Gesetze am 17. und 18. Juni mit 279 zu 5, 295 zu 2 und 182 zu 64 Stimmen.

Innerhalb von zehn Tagen hatte das Parlament, das sich seit dem Ende des ersten Weltkriegs gegen solche Schritte gesträubt hatte, dem Land mit überwältigenden Mehrheiten die einzigen bedeutsamen Sozialgesetze der ganzen Dritten Republik beschert. Blum glaubte, nicht nur sein Versprechen eingelöst zu haben, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen – und das in Rekordzeit –, sondern darüber hinaus, was noch bedeutsamer war, das Land vor einem Bürgerkrieg bewahrt zu haben. Am folgenden Wochenende sagte Roger Salengro, Innenminister und Bürgermeister von Lille, stolz vor seinen Mitbürgern in dieser Stadt: «Wir hatten eine friedliche Revolution. Nicht eine einzige Maschine wurde zerschlagen, kein Tropfen Blutes vergossen. Es war der gewaltigste soziale Aufruhr, den die Republik bisher erlebt hat.»

An diesem Wochenende begannen die Streiks abzuflauen. Angeführt von ihren politischen und gewerkschaftlichen Sprechern sowie von etwas improvisierten Musikkapellen, verliessen die Streikenden zum Klang martialischer Musik und unter dem Beifall ihrer Gesinnungsfreunde die Fabriken. In den ausgedehnten Renault-Werken am Stadtrand von Paris führten ein sozialistischer Senator und ein kommunistischer Deputierter die Marschkolonnen der Streikenden an. Ihnen folgte eine Musikkapelle mit den phrygischen Kappen der glorreichen Revolution von 1792.

Diese Revolution wurde in jenem Sommer, am traditionellen Gedenktag des 14. Juli, mit ganz besonderem Eifer gefeiert. In Paris bewegte sich eine gewaltige Menschenmenge durch die Strassen. Man feierte Blum und die Errungenschaften der Volksfront. Der Ministerpräsident befand sich in Hochstimmung. In einer kurzen Ansprache auf einer Massenkundgebung verglich er das – erst zur Hälfte abgelaufene – Jahr 1936 mit den grossen Jahren 1792, 1848 und 1870. Nach langem Kampf hätten die Arbeiter endlich den Zugang zur Stadt errungen. «Jede Anstrengung», sagte er, «jeder Fortschritt in Richtung auf die soziale Gerechtigkeit bindet die Arbeiter Frankreichs enger an die Republik und an das Land. Es ist das Ziel der Volksfront, ihnen neue Mittel zu seiner Verteidigung in die Hand zu geben ... Die Sache der um soziale Gerechtigkeit kämpfenden Arbeiter und die Sache der um staatsbürgerliche und politische Freiheiten kämpfenden Republikaner müssen sich zu einer unauflöselichen Einheit verbinden.» Diese Ziele hatten ihm ein Leben lang vorgeschwebt. Er glaubte einen guten Grundstein gelegt zu haben.

Vier Tage später, am 18. Juni, geschah im Ausland, jenseits der Pyrenäen, etwas, das seine Regierung in eine ernste Krise und Frankreich in neue Unruhen stürzte. Beide sollten sich nie wieder davon erholen.

Die Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs

Die Republik Spanien, die erst vor fünf Jahren nach einer unblutigen Revolution die Monarchie abgelöst hatte und die seitdem in diesem zurückgebliebenen, anarchischen, von Leidenschaften innerlich zerrissenen Land verzweifelt um die nackte Existenz rang, hatte ebenfalls eine Volksfrontregierung. Sie war im Februar gewählt worden, kurz vor derjenigen in Frankreich. Wie in Frankreich hatte sich die Volksfront den Hass der eingefleischten Konservativen zugezogen, insbesondere der mächtigen römisch-katholischen Kirche und der Armeegeneräle, die im Herzen Monarchisten geblieben waren. Sie waren aus diesem Grunde von der neuen Regierung mattgesetzt worden. Man hatte sie grosszügig bei vollen Bezügen pensioniert, in dem naiven Glauben, das würde sie zufriedenstellen und ungefährlich machen. Stattdessen gab ihnen die Pensionierung nur noch mehr Zeit zum Intrigieren. Der Stabschef, General Francisco Franco, war von seinem Posten entbunden und in eine kleine Garnison auf den Kanarischen Inseln versetzt worden, um ihn so weit wie möglich vom Zentrum des Geschehens zu entfernen. Es war bekannt, dass er im Februar an den abgelösten Ministerpräsidenten appelliert hatte, die rechtmässig gewählte Volksfrontregierung – notfalls mit Waffengewalt – an der Übernahme der Regierungsgeschäfte zu hindern.

Die Volksfrontregierung in Paris war dem Regime der *Frente Populär* in Madrid verständlicherweise freundlich gesonnen – nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch deshalb, weil Frankreich, das an zwei Seiten an die feindseligen und aggressiven faschistischen Länder Deutschland und Italien grenzte, dadurch an seiner südwestlichen

Grenze wenigstens einen freundlichen und gesinnungsgleichen Nachbarn erhielt. Aber Blum und seine Minister waren mit den eigenen Problemen so sehr beschäftigt, dass sie nicht bemerkten, wie sich die Stellung der Volksfrontregierung in Spanien verschlechtert hatte. Im Frühsommer 1936 steckte sie bereits ernsthaft in Schwierigkeiten. Das Land verfiel der Anarchie. Es entglitt der Kontrolle durch die Regierung. Die Arbeiter und Bauern jubelten über ihren Wahlsieg und dürsteten nach Jahren grausamer Unterdrückung, selbst unter der bürgerlichen Republik, nach Rache. Sie brannten Kirchen und Schlösser nieder und ermordeten manchmal auch Priester, Mönche, Nonnen und Adelige. Im ganzen Land brachen täglich neue wilde Streiks aus, viele davon unter Führung der starken, von Anarchisten gelenkten Gewerkschaften. Sie wandten sich gegen *jegliche* Regierung, selbst gegen eine Regierung der Volksfront*. Politische Meuchelorde auf allen Seiten nahmen so sehr überhand, dass keiner der Führer, ob links oder rechts, mehr seines Lebens sicher war. Und die Generäle, von denen viele beschäftigungslos und einige im Exil oder im Halbexil waren wie Franco, schmiedeten Pläne – nicht nur zur Wiederherstellung der Ordnung, sondern zum Sturz der Republik und zur Wiedereinsetzung des Königs (der letzte Bourbonenkönig Alfonso xm. war am 13. April 1931 unter recht schmählichen Umständen geflohen) und zur Wiederherstellung der Autorität der Kirche, die jahrhundertlang so gut wie unangefochten in Spanien geherrscht hatte. Franco, der sich bald zum Anführer emporschwang, flog mit einer britischen Chartermaschine von den Kanarischen Inseln nach Marokko. Dort meuterte das Militär unter Leitung des jungen Generals am 17. Juli. Am nächsten Tag erfasste die militärische Erhebung auch Spanien selbst. Sevilla und mehrere andere Städte in Andalusien wurden von den Rebellen besetzt.

Léon Blum wurde, wie er später aussagte, von den Neuigkeiten aus Spanien «völlig überrascht» ⁷. Am 18. Juli hatte ihn ein alter Freund besucht, der spanische Sozialistenführer und Rechtsanwalt Jimenez de Asúa, Urheber der republikanischen Verfassung. Als Blum seinen Gast fragte, wie die Dinge in Spanien liefen, hatte ihm dieser geantwortet: «Ganz gut, wir sind sehr zufrieden.» Als der Ministerpräsident zwei Tage darauf sein Büro betrat, fand er ein dringendes Telegramm des neuen spanischen Ministerpräsidenten Jose Giral vor, das während der Nacht in Klartext in Paris eingegangen war: «WURDEN DURCH GEFÄHRLICHEN MILITÄRCOUP ÜBERRASCHT, ERSUCHEN SIE, UNS SOFORT

MIT WAFFEN UND FLUGZEUGEN ZU HELFEN. MIT BRÜDERLICHEM GRUSS, GIRAL.» Der Spanische Ministerpräsident hatte Juan F. de Cárdenas, seinen Botschafter in Paris, übergangen, weil dieser als Diplomat der alten Schule vermutlich mit den militärischen Rebellen sympathisierte.

Blum rief sofort seinen Aussenminister Yvon Delbos, Kriegsminister Daladier und Luftfahrtminister Pierre Cot (alle drei Mitglieder der Radikalen Partei) zu sich. Sie stimmten auf der Stelle mit ihm darin überein, dass es im Interesse der Nation liege, der spanischen

⁷ Die anarchistische Gewerkschaftsorganisation CNT (*Confederacion Nacional del Trabajo*) zählte über eine Million Männer und Frauen als Mitglieder. In keinem anderen Land der Welt gab es so viele, so gut organisierte und so überzeugte Anarchisten. Ihre Gewerkschaft war der etwas grösseren sozialistischen Gewerkschaft UGT (*Union General de Trabajadores*) ebenso feindlich gesonnen wie den Arbeitgebern.

Republik mit Waffen auszuhelfen, soweit man sie entbehren konnte. Da in rechtsgerichteten Kreisen Frankreichs bereits Sympathiekundgebungen für die Rebellen laut wurden, beschlossen die Minister, die Transaktion vorläufig geheimzuhalten. Aber das war in Frankreich unmöglich. Botschafter Cárdenas war über die positive französische Entscheidung informiert worden und hatte seine Regierung getreulich davon unterrichtet, aber – da er ein sehr rechtschaffener Mann war – sonst niemanden *. Doch sein Militärattaché, ein fanatischer Francoanhänger, hatte sofort eine genaue Liste der vorgesehenen Waffenlieferung an die rechtsextreme Presse weitergegeben. Am 23. Juli veröffentlichte Henri de Kerillis sämtliche Einzelheiten in *Echo de Paris*. Diesmal kam es bei der französischen Rechten zu einem Wutausbruch. *L'Action Française* brandmarkte Blum und Cot als «Verräter». Aber im französischen Kabinett gab es noch einen «Verräter» anderer Art – einen Minister, dessen Identität nie festgestellt wurde –, der augenblicklich den deutschen Botschafter über die beabsichtigte französische Hilfe für Spanien unterrichtete. Der Botschafter setzte sich sofort telefonisch mit Berlin in Verbindung.

Unterdessen war Blum am 23. Juli, begleitet von Delbos, zu einem schon zuvor vereinbarten Treffen mit den Briten und Belgiern nach London gereist. Es sollte über die Zukunft des Vertrags von Locarno – falls der Vertrag überhaupt eine Zukunft hatte – beraten werden, den Hitler mit dem Einmarsch seiner Truppen ins Rheinland zerrissen hatte. Blum spürte sofort, dass bei der konservativen Regierung Grossbritanniens eine gewisse Missstimmung darüber herrschte, dass Frankreich eine Unterstützung der Republik Spanien überhaupt ins Auge fassen konnte. Er liess auf dem Weg über französische Journalisten, die über das Treffen berichteten, verlauten, dass er sich durch die britische Haltung nicht werde abschrecken lassen. Er sei entschlossen, einer befreundeten demokratischen Regierung zu helfen, sagte er.

Der britische Aussenminister Anthony Eden suchte Blum am nächsten Tag kurz vor seiner Abreise in seinem Hotel auf. «Werden Sie den spanischen Republikanern Waffen schicken?» fragte Eden. Blum bejahte. «Das ist Ihre Angelegenheit», erwiderte Eden. «Aber um eines bitte ich Sie. Ich flehe Sie an: Seien Sie vorsichtig!» Offenbar fürchtete die ängstliche Tory-Regierung in London, dass Hitler und Mussolini Franco helfen würden, falls Frankreich die Republik unterstützte, und dass sich daraus dann der in London so sehr gefürchtete europäische Krieg entwickeln könnte. Es war ausserdem zu erkennen, dass Grossbritannien genau wie in den Tagen vor dem Handstreich im Rheinland auf Frankreich einwirken würde, nichts zur Beunruhigung der Lage in Europa zu tun, wie immer sich Hitler und Mussolini auch verhalten mochten.

Die erste britische Reaktion auf die französische Waffenhilfe für die spanische Regierung scheint Blum weder sonderlich überrascht noch beeindruckt zu haben. Aber auf etwas war er nicht vorbereitet: auf die stürmische Opposition, die nach seiner Rückkehr am 24. Juli losbrach, und zwar in vielen Kreisen, die sich nach seiner Meinung zunächst zustimmend gezeigt hatten. Camille Chautemps, der wendige radikalsozialistische Poli-

* Cárdenas trat am nächsten Tag zurück und wurde später ein Gesandter Franco».

tiker und ebenfalls Kabinettsmitglied, erwartete ihn auf dem Flughafen Le Bourget. Er unterrichtete den Ministerpräsidenten davon, dass in seiner Abwesenheit ein heftiger Sturm losgebrochen und dass die Lage «ernst» sei. Franco-Freunde in der spanischen Botschaft, so erklärte er Blum, hätten an die rechtsextreme Presse Einzelheiten über die geplante Waffenlieferung durchsickern lassen, worauf besonders Kerillis in *Echo de Paris* eine heftige Kampagne gegen eine Unterstützung der spanischen Republik gestartet habe. Selbst die beiden Kammern seien aufgebracht.

Zuerst wollte ihm Blum kaum glauben. Er rief Jules Jeanneney, den ehrwürdigen Senatspräsidenten, zu sich. Er fand, wie er sagte, diesen weisen alten Mann «in einem Zustand höchster Erregung» vor. Jeanneney befürchtete, die Hilfe für Madrid werde Frankreich in den Krieg hineinziehen, dem man gerade ausgewichen war, indem man nach dem 7. März nichts unternommen hatte. Düster fügte er hinzu: «England wird uns nicht folgen.» Herriot, der Präsident der Deputiertenkammer, war genauso verängstigt und flehte Blum an: «*Ah, je t'en prie, mon petit, ne vas pas te fourer là-dedans!*» («Ich bitte dich, mein lieber Freund, lass dich nicht auf diese Sache ein!») Delbos, der radikalsozialistische Aussenminister, ein aufrechter, aber ängstlicher Mann mit beschränkter Weltkenntnis, wurde allmählich auch schwankend. Zu Beginn der Woche hatte er den Lieferungen an Madrid zwar zugestimmt, doch jetzt sah er viele Schwierigkeiten und Nachteile. Später, am selben Abend, suchte er zusammen mit Daladier, Cot und Finanzminister Vincent Auriol Blums Privatwohnung auf. Fernando de los Ríos, der eilig zur Übernahme der Botschaft nach Paris entsandt worden war, wurde hinzugezogen. Er versuchte den führenden französischen Politikern darzulegen, wie dringend nötig die Hilfe war, wenn die Republik die Krise überstehen sollte. Vor allen Dingen brauchte er Flugzeuge. Trotz Delbos' Einwänden wurde vereinbart, dass die erste Lieferung sofort abgehen sollte.

Der nächste Tag, der 15. Juli, sollte ein entscheidendes Datum werden. Der Ministerpräsident begann vor dem allgemeinen Sturm und der zunehmenden Opposition seiner radikalsozialistischen Partner in der Regierung zurückzuweichen. Die rechtsgerichteten Zeitungen drückten sich an diesem Morgen noch deutlicher aus als sonst. Kerillis verurteilte in hysterischen Ausdrücken die Lieferung von Flugzeugen nach Madrid als «abscheulich» und sogar als «kriminell». Der Präsident sah, was die Volksfrontregierung betraf, seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Er protestierte im Laufe des Tages bei Blum gegen diese «Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder» und verlangte, dass eine endgültige Entscheidung erst nach einer Sitzung des gesamten Kabinetts getroffen werden dürfe⁸.

Das Kabinett trat noch an diesem Nachmittag zusammen. Es war die erste von drei Kabinettsitzungen innerhalb von vierzehn Tagen, die sich mit Spanien befassten und die zur sogenannten «Nichteinmischungsvereinbarung» führten, einer der empörendsten diplomatischen Farcen, die sich zwischen den beiden Kriegen in Europa abspielten. Die meisten Radikalsozialisten im Kabinett, angeführt von Delbos und Chautemps und endlich auch unterstützt von Daladier, der als Kriegsminister dabei eine Schlüsselrolle spielte,

widersetzten sich nunmehr der Lieferung der bereits transportfertig bereitgestellten Waffen an die spanische Republik. Jean Zay, der junge Erziehungsminister und selbst Radikalsozialist, berichtete später, wie Chautemps kurz vor der Kabinettsitzung mehrere der jüngeren Ministerkollegen beiseite nahm, ihnen «energisch» einen Vortrag über die Risiken einer Hilfe für die spanische Republik hielt und ihnen versicherte, «der Militäraufstand werde innerhalb weniger Wochen erfolgreich verlaufen, und die republikanische Regierung werde ohnehin wie ein Kartenhaus in sich Zusammenstürzen»⁹. Es war nicht das erstemal und sollte auch nicht das letztemal sein, dass dieser glattzüngige Intrigant, ein Mann ohne echte innen- wie aussenpolitische Überzeugung, auf raffinierte Weise im französischen Kabinett eine defätistische Stimmung verbreitete.

Es gelang Blum nicht, sich mit seiner Auffassung durchzusetzen. Er gab sich auch wenig Mühe, seine Führungsposition zu behaupten. Am Ende der Kabinettsitzung wurde offiziell mitgeteilt, «angesichts möglicher internationaler Komplikationen» werde die französische Regierung «die Lieferung von Waffen an die Republik Spanien suspendieren». Aber damit war die Geschichte noch nicht ganz zu Ende. Blum hatte noch nicht endgültig kapituliert. Privat wurde vereinbart, dass Mexiko einen Teil der Lieferung erhalten und an Madrid weiterleiten sollte. Ausserdem sollten vorläufig privaten Waffensendungen nach Spanien keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Luftfahrtminister Pierre Cot, selbst ein Radikalsozialist, sagte seine Unterstützung bei dieser Transaktion zu, und André Malraux, der zwei Jahre zuvor mit *La Condition Humaine*, seinem Roman über die chinesische Revolution, Weltruhm erlangt hatte, wurde der Einkäufer der Madrider Regierung. So wurde den hart bedrängten spanischen Republikanern ein klägliches Waffennachschub gesichert – genug, ihnen eine rasche Niederlage zu ersparen, aber auf lange Sicht zuwenig, um den Militäraufstand niederzuwerfen – jedenfalls nicht, nachdem sich Mussolini und Hitler mit starken Kräften eingeschaltet hatten. Jean Zay und einige andere Jungtürken in der Regierung, die sich für eine rasche Unterstützung der Republikaner ausgesprochen hatten, gelangten später zu dem Schluss, dass im Juli schon eine bescheidene französische Hilfe die Regierung in Madrid in die Lage versetzt hätte, die Rebellion rasch niederzuschlagen. Aber Blum war über das Geschrei auf der Rechten und die Panik auf der Linken so bestürzt, dass er dies erst erkannte, als es schon zu spät war. Er hatte bereits zu seinem verhängnisvollen Rückzug angesetzt.

In der darauffolgenden Woche hätte er fast eine sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, das Blatt noch zu wenden. Am 30. Juli mussten drei italienische Savoia-Bomber in Algerien und Französisch-Marokko notlanden. Die Verhöre der überlebenden Besatzungsmitglieder ergaben, dass sie zu einem Kontingent gehörten, das Mussolini in aller Eile Franco zur Verfügung gestellt hatte. Italien handelte, während Frankreich noch zögerte. Nun hatte Blum einen Vorwand in der Hand, doch noch zu tun, was er von Anfang an beabsichtigt hatte. Aber er nutzte die Gelegenheit nur halbherzig. Er erklärte dem aussenpolitischen Ausschuss des Senats, wenn andere Nationen Franco Waffen schickten, werde «sich Frankreich seine Handlungsfreiheit wieder Vorbehalten». Das war alles. Aber die italienische Intervention rief in Frankreich das genaue Gegenteil der Reak-

tion hervor, die der Ministerpräsident offenbar erwartet hatte. Der Beweis für die italienische Intervention zugunsten der spanischen Rebellen rief im Parlament, im Kabinett und sogar in der gemässigten Presse erneut die Befürchtung wach, ein ideologischer Krieg könne sich vom Spanischen Bürgerkrieg aus auf ganz Europa ausdehnen, und Frankreich müsse dann mit einem Angriff Deutschlands und Italiens rechnen.

Diese Aussicht ängstigte die Beamten am Quai d'Orsay, allen voran den Generalsekretär Alexis Leger. Um ihr aus dem Weg zu gehen, brachte Leger einen Vorschlag zur Sprache: eine Vereinbarung zwischen den Grossmächten und Portugal (das Franco von Anfang an geholfen hatte), keiner der beiden Seiten in Spanien Waffen oder «Freiwillige» zu schicken. So wurde die Idee der «Nichteinmischung» geboren – einer der grausamsten diplomatischen Schwindel der ganzen Epoche.

Blum griff diesen Vorschlag sofort willig auf. Er wurde dabei von den Briten ermutigt, die schon angesichts der Möglichkeit zu jammern begannen, Frankreich könnte der legalen spanischen Regierung helfen. Er liess sich davon überzeugen, eine solche Vereinbarung werde zur Verhinderung eines grösseren Krieges beitragen, der niemals stattfinden durfte. Das hatte er, sein Leben lang Pazifist, sich fest vorgenommen. Dennoch nahm die Kabinettsitzung vom 1. August, die zweite zur Spanienfrage, einen stürmischen Verlauf. Delbos legte Legers Nichteinmischungsplan vor und empfahl seine Annahme. Er wies seine Kollegen darauf hin, dass England auf Frankreich einen zunehmenden Druck wegen der Einhaltung einer «strikten Neutralität» ausübe und dass die internationale Lage immer gespannter werde. Cot widersprach ihm mit dem Argument, der Beweis für die Unterstützung Francos durch Italien zeige doch schon, dass die Nichteinmischung zum Scheitern verurteilt sei. Die faschistischen Mächte würden sich tatsächlich nie danach richten. Aber das Kabinett stand hinter Delbos. Anschliessend wurde in einem Kommunique mitgeteilt, Frankreich werde zunächst Grossbritannien und Belgien zu einer gemeinsamen Vereinbarung einladen, die eine Intervention in Spanien verbieten solle. Bis zur Unterzeichnung des Abkommens behalte sich Frankreich jedoch angesichts der Unterstützung Francos durch andere Mächte seine «Handlungsfreiheit» vor. Insgeheim wurde der ungeduldige Cot angewiesen, von dem «Mexiko-Geschäft» abzusehen und seine Flugzeuge direkt nach Madrid zu schicken. Er brachte sofort fünf- undfünfzig Maschinen auf den Weg, hauptsächlich Bomber und Jagdflugzeuge.

Der französische Ministerpräsident hatte den Gedanken an einen Nichteinmischungspakt zwar akzeptiert, aber sehr glücklich war er damit nicht. Das Schreckgespenst eines mit Hitlers und Mussolinis Hilfe errungenen Sieges Francos begann ihn zu verfolgen. Das wäre eine Katastrophe für Frankreich gewesen – und auch für Grossbritannien, davon war er fest überzeugt. Aber bisher war es ihm noch nicht gelungen, die Londoner Regierung hiervon zu überzeugen. Ein Vorschlag seines alten Freundes Philip Noël Baker, eines führenden Mannes der britischen Labour Party, der ihn in Paris besuchte, veranlasste Blum zu einem weiteren Versuch, der britischen Regierung die Gefahren eines Sieges Francos vor Augen zu führen. Baker hatte ihm nämlich gesagt, wenn es Blum gelänge, die Admiralität zu überzeugen, so werde die Admiralität die Regierung überzeugen.

Obgleich Blum, wie er später aussagte, der Haltung seines Armeegeneralstabs in der Spanienfrage nicht sicher war, hatte er doch bemerkt, dass Admiral Darlan, der Chef des Marinestabs, mit ihm hinsichtlich der Konsequenzen einer faschistischen Franco-Regierung in Madrid für Frankreich und Grossbritannien übereinstimmte. Da der französische Admiral enge und freundschaftliche Beziehungen zu Admiral Lord Chatfield persönlich angeknüpft hatte, schickte ihn Blum sofort zu Gesprächen mit dem Chef der britischen Kriegsmarine nach London.

Darlans Mission schlug fehl. Wie nicht anders zu erwarten war, hielt die britische Admiralität Franco für «einen guten Spanier ... der sich schon gegen die Übergriffe Mussolinis und Hitlers zu wehren wissen wird». Grossbritannien werde auf keinen Fall etwas gegen ihn unternehmen. Das sagte man Darlan in der unverblühten Ausdrucksweise, wie sie bei der Marine üblich ist. Seine Zurückweisung, so sagte Blum später, hatte einen «erheblichen Einfluss» auf die Entscheidung, die schliesslich auf der dritten Kabinettsitzung über die Angelegenheit Spanien am 8. August von der französischen Regierung gefällt wurde.

Am Vorabend des Treffens war der sozialistische Politiker wegen Spanien in eine so ernste Depression verfallen, dass er, wie er später bekannte, «sehr versucht war» zurückzutreten¹⁰. Er fühlte sich völlig in die Enge getrieben. Sein persönlicher Wunsch, der spanischen Republik zu helfen, war durch die britische Opposition, die um sich greifende Spaltung im eigenen Lande und seine Angst vor einem umfassenderen Krieg vereitelt worden. In der Welt, so sagte er sich selbst, war «Frankreich in der Spanienfrage in Europa praktisch isoliert». Er selbst fühlte sich zunehmend von der öffentlichen Meinung in seinem eigenen Vaterland isoliert. Er hatte ein Versprechen eingelöst, die Sozialreformen der Volksfront in beiden Kammern durchzubringen. Nun konnte er in Ehren abtreten.

Er sagte später, dass ihn hauptsächlich seine spanischen Freunde de los Ri'os und de Asúa dazu überredeten, es nicht zu tun. Sie überzeugten ihn, dass eine freundlich gesinnte Volksfrontregierung selbst dann, wenn ihr die Hände gebunden waren, für die hart bedrängte spanische Republik immer noch besser war als eine feindselig eingestellte französische Regierung. Eines Abends spielte sich in Blums Wohnung eine tränenreiche Szene ab. Nachdem de los Ri'os den Heldenmut beschrieben hatte, mit dem die schlecht ausgerüstete republikanische Miliz in den Sierras Francos barbarische Marokkanerhorden bekämpfte, brach der französische Ministerpräsident zusammen und weinte. Sein spanischer Freund weinte mitⁿ. Nachdem sie ihre Haltung wiedergefunden hatten, flehte ihn der Spanier noch einmal an, nicht zurückzutreten.

Am nächsten Tag, dem 8. August, tat Blum nach hartem Ringen mit seinem eigenen Gewissen den entscheidenden Schritt, der – auch wenn er es vielleicht nicht wusste – den Untergang der Republik Spanien bedeutete, die er so gern gerettet hätte. Er beschloss, im Amt zu bleiben und die Politik der Nichteinmischung in Spanien weiterzuverfolgen. Aussenminister Delbos berichtete dem Kabinett von den Fortschritten bei den anderen Mächten. Italien, Deutschland und Russland, so sagte er, hätten sich «im Prinzip» bereits

mit einem Waffenembargo für beide Seiten einverstanden erklärt. Nun lag es an Frankreich, die Initiative zu übernehmen. Das tat Frankreich auch und erklärte am 9. August in einem offiziellen Kommuniqué, dass jegliche Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien suspendiert sei.

Das war eine einseitige Massnahme Frankreichs – um so überraschender, als Blum sehr wohl wusste, dass Italien und Deutschland Waffen und Flugzeuge in das von Franco besetzte Spanien hineinpumpten, und nicht nur Flugzeuge, sondern auch gleich noch die Piloten und Mechaniker dazu. Gerade am 9. August, als Blum seine Politik vor einer Versammlung erbotener Arbeiter in Saint-Cloud zu rechtfertigen suchte und in London der deutsche Botschaftskonsulent der britischen Regierung versicherte, «aus Deutschland sei kein Kriegsmaterial geschickt worden, und es wird auch keins geschickt», beobachtete der amerikanische Konsul in Sevilla die Ankunft von zehn Savoia-Bombern aus Italien und achtzehn Junkers, sechs Jägern und sechs Flugzeugabwehrgeschützen aus Deutschland. Zu der Lieferung gehörten ausserdem zwanzig italienische und dreissig deutsche Piloten¹².

Wenn die Politik der Nichteinmischung etwas anderes sein sollte als ein Täuschungsmanöver, dann kam es darauf an, dass sie von Anfang an von allen vier Grossmächten strikt eingehalten wurde und dass niemand schwindelte. Aber deutsche und italienische Geheimdokumente lassen klar erkennen, dass weder Berlin noch Rom die Absicht hatten, die Waffenlieferungen und personellen Hilfen für Spanien einzustellen, auch wenn beide Mächte später den Nichteinmischungspakt unterzeichneten. Am 28. August unterrichtete beispielsweise der deutsche Geschäftsträger in Rom sein Amt in Berlin, Italien werde den Pakt zwar unterzeichnen, «aber es ist klar, dass es ihn ohnehin nicht einzuhalten gedenkt»¹³. Deutschland unterschrieb am 24. August, aber gleich am nächsten Tag ernannte der deutsche Reichskriegsminister Feldmarschall von Blomberg den jungen Stabs-offizier Oberst Warlimont zum Kommandeur der deutschen Streitkräfte in Spanien¹⁴. Englische und französische Diplomaten und Geheimdienstoffiziere wussten sicherlich, was Italien und Deutschland im Schilde führten. Zumindest hielten sie die Ausländers-korrespondenten in Spanien, Deutschland und Italien auf dem laufenden. In meinem eigenen Berliner Tagebuch finden sich zahlreiche Notizen über deutsche Hilfeleistungen an Franco aus der damaligen Zeit. Es kommt mir unglaublich vor – es erschien mir damals schon unglaublich* –, dass Blum und Eden überhaupt annahmen, Hitler und Mussolini würden ihr Wort bezüglich Spanien halten. Und doch glaubten sie es. Am 6. September sagte Blum auf einer öffentlichen Versammlung, er hoffe durch Frankreichs Beispiel «die anderen Mächte bei ihrer Ehre zu packen». Die «Ehre» des Führers und des Duce war eine fragwürdige Grundlage, wenn man noch 1936 eine lebenswichtige aussenpolitische Entscheidung darauf stützen wollte.

* In Berlin schrieb ich am 18. November, dem Tag der offiziellen diplomatischen Anerkennung des Franco-Regimes durch Deutschland und Italien, in mein Tagebuch: «Wie mir (Botschafter William E.) Dodd erzählt, berichtet unser Hamburger Konsulat in dieser Woche über die Abfahrt von drei mit Waffen beladenen deutschen Schiffen nach Spanien. Unterdessen geht in London die Komödie der Nichteinmischung» weiter. Seit zwei Jahren begreife ich nun die Politik von London und Paris nicht mehr, wenn man sie nach den eigenen lebenswichtigen Interessen der beiden Länder beurteilt.“»

In England ging Anthony Eden trotz seiner langen aussenpolitischen Erfahrung, auch im Umgang mit Diktatoren, ebenso naiv vor. Allerdings sah er später seinen Fehler ein. In Abwesenheit des erkrankten Premierministers Baldwin setzte er am 19. August persönlich ein vollständiges Embargo auf alle britischen Waffenlieferungen für Spanien durch – zu einem Zeitpunkt, da Italien und Deutschland den Nichteinmischungspakt noch nicht einmal unterzeichnet hatten. Viel später kommentierte er diesen Schritt mit den betäubten Worten: «Ich hatte noch nicht eingesehen, wie gefährlich es ist, gegenüber Diktatoren solche Gesten zu vollziehen; sie werden sie vermutlich falsch interpretieren und nicht honorieren¹⁹.» Eden trieb die Farce der Nichteinmischung mit dem gleichen Eifer voran, mit dem er sich im Vorjahr um die Anwendung von Sanktionen gegen Italien bemüht hatte.

Das Aussenministerium in London wurde der Sitz des sogenannten Nichteinmischungsausschusses, der hastig eingerichtet wurde, um das Waffenembargo gegen Spanien zu «überwachen» und dafür zu sorgen, dass es auch von allen Unterzeichnerstaaten des Paktes eingehalten wurde. So wurde durch die Sitzungen des Gremiums, die am 9. September begannen und bis zum Ende des Bürgerkriegs sporadisch fortgesetzt wurden, die Spiegelfechterei und Heuchelei unter den grossen europäischen Mächten bis zum bitteren und makabren Ende fortgesetzt. Der deutsche Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, der wie die anderen Londoner Gesandten dem Ausschuss angehörte, bemerkte später mit einem ungewohnten Anflug von Ehrlichkeit – und Humor die Gruppe hätte sich lieber «Einmischungsausschuss» nennen sollen.

Der Ausschuss verschloss die Augen vor den massiven Vertragsverletzungen durch Italien und Deutschland und den weniger bedeutsamen seitens der Sowjetunion, die im Oktober anfangen (drei Monate nach dem Beginn der italienisch-deutschen Intervention und auch dann erst, nachdem die spanische Republik den grössten Teil der noch vorhandenen Goldreserve als Garantie für die Zahlungen nach Moskau geschickt hatte), und auch vor den kleinen Vertragsverletzungen Frankreichs, das ab und zu tröpfchenweise Waffen und Freiwillige ins republikanische Spanien durchliess. Erst als italienische u-Boote im darauffolgenden Jahr begannen, nicht nur russische und spanische, sondern auch französische und britische Schiffe im Mittelmeer zu versenken, raffte sich der Nichteinmischungsausschuss auf Verlangen der britischen Marine auf und beendete Mussolinis Piraterie auf hoher See. Inzwischen hatte die deutsche und italienische Hilfe Franco bereits eine militärische Überlegenheit und den späteren Sieg gesichert. Italien hatte eine Armee von 60'000 Mann mit starken Luftwaffeneinheiten geschickt, die deutsche Luftwaffe ihre Legion Condor mit rund 10'000 Mann und Hunderten von Flugzeugen, unterstützt durch Panzer und Artillerie *.

* Zu den Leistungen der Legion Condor gehörte auch die Vernichtung der historischen Baskenstadt Guernica am Nachmittag des 26. April 1937. Nach dreistündigem Bombardement mit Spreng- und Brandbomben beschossen die deutschen Piloten die aus den Ruinen fliehende Bevölkerung mit Bordwaffen. Von den 7'000 Einwohnern Guernicas wurden an diesem Nachmittag 1 654 getötet und 889 verwundet. Später rühmte Göring, Guernica sei ein wertvolles Experiment gewesen. Es zeigte, wie leicht sich wehrlose Städte durch richtige Bombardierung ausradieren liessen. Zumindest die westliche Welt war entsetzt, weil man nicht wusste, was den Städten widerfahren würde, wenn später ein grosser Krieg ausbrechen würde. Aber die Deutschen hatten alle Welt gewarnt.

Die Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs, die grosse Enttäuschung, die er für die französische Aussenpolitik bedeutete, das Durcheinander im Lande selbst, die Schuldgefühle auf der Linken bei dem Bewusstsein, dass Frankreich die Demokratie jenseits der Pyrenäen im Stich gelassen und dem Faschismus in einem weiteren europäischen Land zum Sieg verholfen hatte, die Verschlechterung der französischen Stellung in Europa – das alles brach Blum das Herz. Es brach auch der Volksfront das Herz, beschleunigte ihr Ende und hinterliess eine Republik, die noch gespaltener und noch vergifteter von Hassgefühlen war als zuvor. Die Geschlossenheit und der Schwung in der Volksfront waren gebrochen. Zu der traditionellen Spaltung zwischen Rechter und Linker gesellten sich zusätzliche Spaltungen innerhalb der Parteien selbst sowie zwischen Katholiken und Intellektuellen. Und inmitten der erneut aufschäumenden ideologischen Leidenschaften verloren alle wieder einmal das nationale Interesse Frankreichs aus den Augen.

Die meisten Offiziere der Armee sympathisierten persönlich mit Franco und seiner Rebellion. Sie dachten nicht für einen einzigen Augenblick daran, welche Folgen ein durch Deutschland und Italien ermöglichter Sieg Francos für Frankreich haben musste. Einige wenige Flugzeuge und Tanks, ein paar Geschützbatterien, eine Handvoll «Berater», die man entsprechend Blums erstem Vorschlag rasch über die Grenze geschickt hätte – das hätte der spanischen Republik ausgereicht, die Rebellion innerhalb weniger Tage oder Wochen zu zerschlagen, noch bevor die weiter entfernten Länder Deutschland und Italien auf dem Seeweg der Militärjunta Hilfe schicken konnten. Für Hitler und Mussolini wäre das ein entscheidender Schlag gewesen, und Frankreich hätte an seinen Grenzen zumindest ein freundlich gesonnenes Land gehabt. Aber nicht eine einzige Zeile in General Gamelins dickleibigen Memoiren deutet darauf hin, dass er oder der Generalstab auf diese Möglichkeit auch nur einen Gedanken verschwendeten, bis es zu spät war*. Für den pensionierten Général de Castelnau, einen der Helden aus dem ersten Weltkrieg, war der Konflikt in Spanien eine Auseinandersetzung «zwischen Moskowiter Barbarei und westlicher Zivilisation». Auf diesem Thema ritt er im *Echo de Paris*, der in Offizierskreisen meistgelesenen Tageszeitung, immer wieder herum. Auch die grossen Zeitungen schlugen in dieselbe Kerbe, indem sie nachplapperten, was die rechtsextremen Parteiblätter schrieben: Ein Sieg der spanischen Republik werde den Bolschewismus nicht nur nach Spanien, sondern auch nach Frankreich bringen**. In diesem Winter 1936/1937 sagten mehrere Zeitungen in Artikeln auf den Titelseiten einen «kommunistischen Coup» voraus. Die Patrioten wurden aufgefordert, bereit zu sein. Nach Meinung der

* Das geschah erst am 15. März 1938, fast zwei Jahre später. General Gamelin fasste auf Drängen von Blum eine Aktennotiz für die Regierung ab, in der er widerwillig eingestand, dass die Folgen eines durch die deutsche und italienische Intervention ermöglichten Sieges Francos für Frankreich «gefährlich» und «alarmierend» waren⁷⁷.

** In Wirklichkeit stellten die Kommunisten 1936 in der Spanischen Republik nur eine kleine Minderheit dar. Sie hatten in den Cortes 14 der insgesamt 473 Sitze inne und verfügten im ganzen Land über rund 10'000 Mitglieder. Regierung und Parlament waren zum weitaus grössten Teil nichtkommunistisch. Das änderte sich erst, als sich die Lage der Republik verschlechterte und sie immer mehr von sowjetischer Hilfe abhängig wurde. Als dann im Gefolge russischer Waffen und internationaler Brigaden sowjetische und Komintern-Agenten in Spanien umherschwärmten, nahm die Macht der kommunistischen Minorität rasch zu und war am Ende vermutlich beherrschend, als die Republik schon dem Untergang geweiht war. Aber in reaktionären Kreisen Frankreichs wurde die nichtkommunistische Regierung der Republik Spanien von Anfang an als «bolschewistisch» bezeichnet.

französischen Reaktionäre stand in Frankreich ein Bürgerkrieg nach spanischem Muster unmittelbar bevor.

Ein solcher Coup erschien auch einigen linksgerichteten Kräften als möglich und zeitweise sogar bevorstehend, nur war er nicht von einer, kommunistischen Erhebung zu erwarten, für die nicht die geringste Möglichkeit bestand, sondern von einem Coup rechter Kräfte ähnlich dem Versuch vom 6. Februar 1934, nur diesmal mit Unterstützung des Militärs wie in Spanien. Später liess auch Blum selbst diese Meinung glaubwürdiger erscheinen. Er war nämlich davon überzeugt, durch seine Politik der Nichteinmischung in Spanien nicht nur Europa im Jahre 1936 einen Krieg erspart zu haben, sondern auch seinem eigenen Land einen Bürgerkrieg. In einem Brief vom 9. Juli 1942 schrieb Blum von einem Gefängnis aus, in dem ihn Pétain ohne Gerichtsverhandlung festhalten liess, an einen französischen Freund in New York:

Was unsere amerikanischen Freunde vielleicht nicht begreifen ... ist ... dass in Frankreich ein Bürgerkrieg ausgebrochen wäre ... Die spanische Affäre war tief eingebettet in die soziale Krise ... Sobald die Lage den Gefahrenpunkt erreicht hätte, hätten wir in Frankreich das Gegenstück zu Francos coup de force erlebt. Die Folge wäre ein Bürgerkrieg gewesen, in dem die Republik nur eine geringe Siegeschance gehabt hätte¹⁸.

Diese Ansicht wiederholte er in einer Rede nach dem Krieg:

Inzwischen habe ich erkennen müssen, dass auch wir in Frankreich dicht vor einem Staatsstreich standen ... Damals hatte ich nur eine Vorahnung. Inzwischen weiss ich es¹⁹.

Die Volksfront strandet

Zur Frustration des Spanischen Bürgerkriegs kam noch das Elend im Land selbst hinzu. Wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten, die von der Regierung Blum nicht gelöst werden konnten, bereiteten dem Volksfront-Experiment ein frühzeitiges Ende.

Das lag hauptsächlich daran, dass dem sozialistischen Ministerpräsidenten, wie er meinte, innen- wie aussenpolitisch die Hände gebunden waren. Nach seiner Auffassung hatte er nicht den Auftrag erhalten, das kapitalistische System einer freien Wirtschaft, das sich nun schon im fünften Jahr der Depression abquälte, gründlich zu überholen, geschweige denn, es durch ein sozialistisches System abzulösen. Er konnte nur versuchen, es nach den eigenen Regeln dieses Systems wieder flottzumachen. Hierzu brauchte er aber die Unterstützung von Wirtschaft und Finanz – und er war naiv genug, sich diese Unterstützung auch zu erhoffen.

Nach dem Sitzstreik der Arbeiter hatte er es nun mit einem Sitzstreik des Kapitals zu tun. Die Eigentümer schafften ihr Geld entweder ins Ausland, oder sie sassen darauf. In beiden Fällen war es unproduktiv. Finanzminister Vincent Auriol schätzte im Juni 1936

in einem Bericht an das Parlament, dass der Volkswirtschaft rund 60 Milliarden Francs «fehlten»; davon waren 26 Milliarden ins Ausland geschickt worden. Er bat die Kapitalisten, über das «historische Geschick jener sozialen Klassen oder Regime nachzudenken, die nicht rechtzeitig erkannten, welche Opfer für die Sicherheit des Landes nötig waren». Der Appell verhallte ungehört.

Die Industriellen selbst waren verärgert, weil ihnen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten aufgedrängt worden waren. Sie unternahmen kaum einen Versuch, neue Märkte zu erschliessen, die Produktion zu steigern und mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Selbst die konservativ eingestellten Generäle, die der Volksfront argwöhnisch gegenüberstanden, waren über den Mangel an Unternehmergeist in der Rüstungsindustrie überrascht, an die sie jetzt immer mehr grosse Aufträge vergaben. Die meisten Betriebe verfügten über schlechte Ingenieurstäbe und unzureichendes Gerät. Sie schreckten vor Investitionen zurück, weil sie fürchteten, diese würden sich am Ende nicht hinreichend auszahlen. Die Hersteller von Tanks und Flugzeugen, von denen kurzfristig Tausende gebraucht wurden, fanden immer wieder neue Ausreden, mit denen sie die Lieferungen hinauszögerten und trotz lukrativer Staatsaufträge ihre Produktionsquoten niedrig hielten.

Nach einer gewissen Zeit stieg in Blum der Verdacht auf, die Geschäftswelt und insbesondere die Financiers seien entschlossen, der Volksfrontregierung den Hahn abzdrehen, indem sie die Lage nach besten Kräften verschlechterten. Damit hatte er nicht so unrecht. Dennoch hörte er nicht auf die Bitten einiger energischerer Genossen, endlich hart gegen Industrielle und Bankiers vorzugehen, wie es Hitler in Deutschland getan hatte. Stattdessen bemühte er sich, ihnen entgegenzukommen, weil er glaubte, sobald er erst einmal ihr Vertrauen gewonnen hatte, würden sie auch das Ihre dazu beitragen, die lahrende Wirtschaft neu zu beleben.

Das Parlament vertagte sich am 13. August zur Sommerpause, nachdem es die meisten Sozialreformen der Volksfront verabschiedet und versprochen hatte, die noch offenen Fragen sofort nach der Pause aufzugreifen. Abgesehen von den bereits erwähnten Arbeitergesetzen sahen die neuen Gesetzeswerke ein Dreijahresprogramm für öffentliche Arbeiten mit einem Gesamtvolumen von 20 Milliarden Francs vor, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu lindern, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, falls sie sich als nötig erweisen sollte, eine Reform der Bank von Frankreich, die darauf abzielte, die Kontrolle von den «zweihundert Familien» auf den Staat zu übertragen, die Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters auf vierzehn Jahre sowie die Einrichtung eines Weizenbüros, das die niedrigen und schwankenden Preise für landwirtschaftliche Produkte aufbessern und stabilisieren sollte. Insgesamt wurden in 73 Tagen 133 Gesetze verabschiedet – ein Rekord in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs.

Einige der Reformen fielen nicht so drastisch aus, wie man aus den entsprechenden Gesetzen hätte herauslesen können. Den meisten Herstellern von Waffen und Munition gelang es, ihre Firmen im eigenen Besitz zu behalten. Nur die Flugzeugwerke wurden

schliesslich verstaatlicht. Danach ergaben sich dank der staatlichen Aufträge für Militärflugzeuge einige Produktionsverbesserungen, aber das Soll wurde nicht erfüllt. Auf dem Papier erweckten die revidierten Statuten der allmächtigen Bank von Frankreich den Eindruck, als sei die Kontrolle den privaten Hauptaktionären, überwiegend Banken, aus der Hand genommen und dem Staat übertragen worden. Die fünfzehn «Regenten», die die Bank leiteten und die von den zweihundert grössten Aktionären gewählt wurden – eben jenen «zweihundert Familien», die nach Meinung der meisten Franzosen das Land regierten * und die es nach Ansicht der Linken gleichzeitig ruinierten –, wurden abgeschafft und durch zwanzig Beiräte ersetzt, von denen die meisten durch die Regierung ernannt wurden. Ihnen gehörten zum erstenmal Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, der Genossenschaften und der Bauernverbände an. Aber irgendwie brachte es die Bank dennoch fertig, die Hochburg der konservativen, orthodoxen Hochfinanz zu bleiben. Der für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs eingesetzte Beirat hatte eine Verstaatlichung der Bank empfohlen, aber Blum wollte sich in den Bankiers keine Feinde schaffen und hatte diese Empfehlung ignoriert. Er hoffte immer noch, durch Zurschaustellung einer gemässigten Haltung die Finanzwelt für sich zu gewinnen und dazu zu bringen, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

Nicht nur die Bank von Frankreich bedurfte einer drastischen Modernisierung, sondern viel mehr noch die gesamte Kreditstruktur des Landes, die mehr auf das achtzehnte als auf das zwanzigste Jahrhundert abgestimmt zu sein schien. Frankreich verfügte über beträchtliches Kapital, aber es musste heimgeholt und zweckmässig eingesetzt werden. Weder die Regierung noch die Industrie konnten aus privaten Quellen die benötigten beträchtlichen Anleihen erhalten. Die französischen Financiers schienen immer noch nicht gelernt zu haben, was inzwischen in den meisten anderen westlichen Ländern selbstverständlich war: dass die einfallsreiche Anwendung von Krediten insbesondere in einer Zeit der Depression das wichtigste Stimulans für eine wirtschaftliche Expansion ist. Falls sich die sozialistischen und radikalen Mitglieder der Regierung über die Dringlichkeit einer Ausweitung der Kredite überhaupt im Klaren waren, so taten sie kaum etwas dafür, sondern warteten vergeblich darauf, dass der Anstoss von privater Seite erfolgen würde. Das erwies sich jedoch als eine vergebliche Hoffnung.

Was in diesem Sommer und Herbst 1936, als sich die finanzielle Lage des Landes verschlechterte und die Wirtschaft kaum Anzeichen einer Belebung erkennen liess, am dringendsten erforderlich gewesen wäre, war die Unterbindung des Kapitalflusses ins Ausland und die zweckmässige Anwendung im Inland – notfalls mit Gewalt. Es wäre für die Regierung ein leichtes gewesen, einfach die Ausfuhr von Gold und Devisen zu verbieten

* Daladier, der in den letzten fünfzehn Jahren der Dritten Republik siebzehnmals Minister und dreimal Ministerpräsident war, ein typischer Vertreter des soliden Bürgertums des unteren Mittelstandes, fasste die allgemeine Haltung in einer Rede vor dem Jahreskongress 1934 der Radikalsozialistischen Partei so zusammen: «Zweihundert Familien sind die Herren über die französische Wirtschaft und eigentlich auch über die französische Politik. Sie stellen eine Macht dar, die ein demokratischer Staat nicht dulden sollte, die Richelieu im Königreich Frankreich niemals geduldet hätte. Der Einfluss dieser zweihundert Familien belastet schwer den Fiskus, das Verkehrswesen, das Kreditssystem. Die zweihundert Familien besetzen mit ihren Beauftragten die Machtpositionen. Sie manipulieren die öffentliche Meinung, da sie die Presse kontrollieren.»

und sie für die Firmen, die Rohmaterial aus anderen Ländern brauchten, genehmigungspflichtig zu machen. Aber so weit wollten weder Blum noch sein sozialistischer Finanzminister Vincent Auriol gehen. Sie fürchteten, damit die Bankiers und Geschäftsleute noch mehr vor den Kopf zu stoßen und das Vertrauen in die freie Wirtschaft zu zerstören. Blum hielt ein solches Vorgehen sogar für einen «totalitären» Akt, wie ihn Hitler in Deutschland (auf Anraten seines Bankgenies Dr. Hjalmar Schacht) erfolgreich angewandt hatte. Also flehte er auch weiterhin die Eigentümer von Kapital an, die Interessen ihres Vaterlandes zu bedenken, kein Geld mehr ins Ausland zu transferieren und die Auslandsguthaben zurückzuholen. Es war vergebens.

Von Jahresanfang bis Ende September 1936 büsste die Bank von Frankreich 16 Milliarden Francs in Gold ein. Die Veröffentlichung einer Kabinettsentscheidung vom 7. September, für eine rasche und dringend erforderliche Wiederaufrüstung einen Sonderkredit von 14 Milliarden bereitzustellen, führte in Finanzkreisen zu einer neuen Panik und zu einem weiteren Kapitalabfluss. Noch vor dem Monatsende waren die Goldreserven der Bank auf 50 Milliarden zurückgegangen; dieser Mindeststand wurde für die Liquidität des Landes als erforderlich angesehen. Die Kapitaleigentümer wussten ebensogut wie jeder andere – und vermutlich sogar besser dass angesichts Deutschlands energischer Aufrüstung umfangreiche neue Kredite zur Stärkung der Streitkräfte unbedingt erforderlich waren, wenn Frankreich eine erneute Invasion überstehen wollte. Am 24. August hatte Hitler die Militärdienstzeit von einem Jahr auf zwei Jahre erhöht. Sein stehendes Heer würde sich schon bald verdoppelt haben. Ein solches Wettrennen konnte Frankreich aufgrund seiner geringeren Bevölkerungszahl, wie die Jahre vor 1914 bewiesen hatten, nicht mithalten. Die Dienstzeit für die Wehrpflichtigen betrug bereits zwei Jahre. Der Generalstab wies in einem geheimen Memorandum vom 8. September darauf hin, dass Frankreich die deutsche Massnahme nur mit einer gewaltigen Steigerung der Rüstung beantworten konnte – vor allen Dingen an Panzern und Flugzeugen²⁰. Das war allen klar, selbst den Bankiers und Geschäftsleuten. Dennoch bemühten sie sich noch während des ganzen Monats September angestrengt, ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Sie schädigten bewusst aus Gewinnsucht ihr Land. So sah der Patriotismus dieser aus Tradition so patriotischen und nationalistischen Klasse in jener schwierigen Zeit aus. Und er sollte sich bis zu dem Tag, an dem das Land überrannt wurde, nicht viel ändern.

Am 26. September sah sich die Volksfrontregierung zu einem Schritt gezwungen, den zu unterlassen sie versprochen hatte: die Abwertung des Franc. Blum hatte der Kammer in seiner ersten Rede am 6. Juni versichert, seine Regierung werde keinen neuen «monetären Staatsstreich» durchführen, indem sie den Franc erneut abwerte. Er hatte gehofft, der wirtschaftliche Aufschwung und die Rückkehr von Kapital aus dem Ausland würden ihm helfen, diese Massnahme abzuwenden. Keines von beiden war geschehen, und der Schritt war mehr als überfällig.

Seit Briten und Amerikaner ihre Währungen um 40 Prozent abgewertet hatten, drängte Paul Reynaud, der gemässigt-konservative Abgeordnete und seinerzeit ein Rufer in der Wüste, die aufeinanderfolgenden Regierungen, diesem Schritt zu folgen und Frankreich

auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu machen, um endlich die Depression zu überwinden. Weder seine konservativen Freunde noch seine radikalen und sozialistischen Gegner hatten auf ihn gehört. Bei den Franzosen, bei arm und reich, herrschte immer noch eine ausgesprochene Neurose, wenn jemand Hand an den Franc legen wollte. Die Aufrechterhaltung des «Poincaré-Franc» von 1928, der schon vier Fünftel der Volksparsnisse verschlungen hatte, wurde von allen Regierungen als heilige Pflicht angesehen. Auch Blum wusste das, aber im September 1936 blieb ihm nichts anderes mehr übrig, als den Franc an Dollar und Pfund anzugleichen.

Einige Monate lang wirkte die Abwertung um rund 30 Prozent tatsächlich anregend auf die Wirtschaft. Die Industrieproduktion stieg von 81 Punkten im September auf 93 im März (1928 = 100). Aber ansonsten stellten sich die erhofften Verbesserungen nicht ein. Die Staatskasse erzielte durch die Abwertung einen «Gewinn» von 17 Milliarden Francs. 10 Milliarden davon wurden dem neugeschaffenen Währungsstabilisierungsfonds zugewiesen, aber im Januar 1937 waren diese 10 Milliarden bereits aufgebraucht. Einer der Hauptgründe für die Abwertung des Franc hatte in der Absicht bestanden, abgeflossenes Kapital zurückzulocken. Das schlug fehl. In der Hauptsache beruhte der Fehlschlag darauf, dass die Gesetzgeber in der an sich lobenswerten Absicht, Spekulanten dreissigprozentige Gewinne vorzuenthalten, verfügt hatten, dass zurückfliessende Gold- und Devisenbestände nur nach dem alten Kurs in Francs umgewechselt werden durften. Für die Kapital rückführung gab es also keinerlei Gewinnanreiz. Auch Spekulationen mit dem Franc und neue Angriffe auf die dahinschwindenden Goldreserven der Bank von Frankreich setzten erneut ein. Die Preise stiegen. Gewerkschaften und Staatsbeamte bestanden auf höheren Löhnen und Gehältern, um die höheren Lebenshaltungskosten auszugleichen. Streiks brachen aus. Der von links und rechts angegriffene Blum bat verzweifelt um eine «Pause».

Das Defizit des Staatshaushalts belief sich Ende 1936 auf 16 Milliarden. Da der Ministerpräsident gezwungen war, grosse Summen für die Wiederaufrüstung auszugeben, musste er andere Ausgaben streichen. Im Februar 1937 musste er den Staatsbeamten, die mit eine wichtige Stütze der Sozialistischen Partei darstellten, erklären, eine Anpassung ihrer Gehälter an die gestiegenen Preise sei zwar gerechtfertigt, aber dem Staat fehle das Geld, sie gleich zu gewähren. Verschiedene Einschränkungen waren nötig, sogar auf Kosten einiger Sozialreformen. «Eine ‚Pause‘ ist jetzt nötig geworden», sagte er.

Am 7. März gab die Regierung eine ganze Reihe gezielter Massnahmen zur Stabilisierung des Staatshaushalts bekannt: die Wiedereinführung des freien Goldmarktes (wer Gold besass, konnte jetzt den dreissigprozentigen Gewinn einstreichen, der ihm zum Zeitpunkt der Abwertung vorenthalten worden war), ein Stopp für alle Staatsausgaben, eine Verringerung des Haushaltsdefizits um 6 Milliarden und die Ernennung eines besonderen Beratergremiums für den Währungsstabilisierungsfonds, dessen Grundstock von 10 Milliarden Francs so rasch ausgeschöpft worden war. Die Zusammensetzung dieses Gremiums entgeisterte die Linke. Blum bestimmte dafür ausser dem Präsidenten der Bank von Frankreich drei der konservativsten Bankiers des Landes: Jacques Rueff, Charles

Rist und Paul Baudouin. Was sie empfehlen würden, war vorauszusehen – wenn auch offenbar nicht für Blum.

Die «Pause» jenes Frühjahrs erregte bei den Kommunisten und Sozialisten der Volksfront tiefe Abneigung; sie sahen darin einen «Rückzug», wenn nicht gar einen «Verrat»; aber bei Wirtschaft und Finanz, also gerade den Gruppen, die Blum damit beschwichtigen wollte, rief sie nur Verachtung hervor. Sie sahen darin ein Eingeständnis des Versagens der Volksfront. *Le Temps* kommentierte hämisch: «Das ist keine Pause. Das ist eine Bekehrung.» Blums neueste Versöhnungsversuche trugen auch tatsächlich nicht zum Abbau der Verbitterung bei, die so viele Franzosen gegeneinander empfanden. Zwei Vorfälle zeigen, wie tief die Leidenschaften in der Republik wurzelten – einer trug sich wenige Monate zuvor, der andere etwa um die fragliche Zeit zu.

Beim ersten Vorfall ging es darum, dass ein aufrechter Mann, eine angesehene Persönlichkeit, durch die Verleumdungen unverantwortlicher und skrupelloser Rechtsextremisten in den Selbstmord getrieben wurde: Roger Salengro, sein Leben lang ein gemässigter Sozialist, Bürgermeister der nordfranzösischen Industriestadt Lille, Deputierter und Innenminister der Regierung Blum.

Am 14. Juli 1936 startete die royalistische Zeitung *L'Action Française* aus Wut darüber, dass ihr führender Kopf Maurras wegen Anstiftung zum Mord (an Blum) ins Gefängnis wanderte, eine Verleumdungskampagne gegen Salengro. Die Zeitung warf ihm vor, er habe im Oktober 1915 seinen Posten im Schützengraben verlassen und sei zu den Deutschen desertiert*. *Gringoire*, inzwischen die skurrilste und meistgelesene Wochenzeitschrift mit einer Auflage von einer halben Million und einer ausgedehnten Leserschaft beim Militär und in rechtsextremen Kreisen, griff das Geschrei auf. Sie behauptete, der Meldereiter des Bataillons sei damals eines Nachts unter dem Vorwand, die Leiche eines guten Freundes hereinholen zu wollen, in das Niemandsland zwischen den Frontstellungen gegangen, in Wirklichkeit aber zu den Deutschen übergelaufen, um ihnen wichtige Mitteilungen über die französischen Stellungen zu bringen. Die Zeitschrift erklärte rundheraus, Salengro sei für diesen Verrat von einem Kriegsgericht seiner Division in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Henri Beraud, der berühmteste Schreiber von *Gringoire*, stellte in einem offenen Brief an den Präsidenten der Republik die Behauptung auf, nicht weniger als vierzehn Poilus aus Salengros Bataillon seien Zeugen seiner Desertion geworden und hätten vor dem Kriegsgericht, das ihn zum Tode verurteilte, gegen ihn ausgesagt. Beraud verlangte von Lebrun, er solle den feigen Minister aus der Regierung werfen und so Frankreich vor weiterer Schande bewahren**.

Salengro beteuerte zwar seine Unschuld, aber die öffentlichen Anschuldigungen hatten einen solchen Sturm entfacht, dass Blum General Gamelin selbst mit der Bildung eines Ehrengerichts zur Untersuchung der Fakten beauftragte. Dieses Gericht stellte anhand der Akten rasch fest, dass Salengro tatsächlich wegen Desertion vor einem Kriegsgericht

* Diese Anschuldigung war schon mehrere Jahre zuvor von den Kommunisten erhoben worden, als sie Salengro und seine Sozialistische Partei in den Gemeindewahlen im Norden bekämpften.

** Beraud wurde nach der Befreiung als Kollaborateur zum Tod verurteilt, dann aber zu lebenslanger Zwangsarbeit begnadigt. Kurz vor seinem Tod im Jahre 1958 wurde er freigelassen.

gestanden hatte, aber freigesprochen worden war. Es stand fest, dass der junge Soldat von seinem unmittelbaren Vorgesetzten die Erlaubnis erhalten hatte, nachts zwischen die Stacheldrahtverhaue zu klettern und zu versuchen, die Leiche eines Freundes zu bergen. Dabei hatte ihn ein deutscher Spähtrupp überrascht und gefangengenommen. Das einzige Kriegsgericht, das ihn jemals verurteilte, war ein deutsches – da er sich als Kriegsgefangener weigerte, in einer Rüstungsfabrik zu arbeiten, wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gamelin sagt, er habe versucht, diese Tatsachen «diskret» den Zeitungen zuzuschreiben, die sich mit der Hetzkampagne befassten, aber sie seien an der Wahrheit nicht interessiert gewesen.

Selbst nachdem Blum am 13. November vor der Kammer das Untersuchungsergebnis des Ehrengerichts unter Vorsitz von Gamelin bekanntgegeben hatte, behaupteten *Gringoire*, *L'Action Française* und andere Blätter der extremen Rechten immer noch, das seien nur Versuche, ihn «reinzuwaschen». Sie blieben bei ihren Anschuldigungen. Salengro, «ein netter, schüchterner und ausserordentlich empfindsamer Mann», wie ihn Jean Zay, sein Sitznachbar im Kabinett, beschrieb, war der Verzweiflung nahe. Obgleich ihn die Kammer am 13. November mit 427 zu 103 Stimmen (von denen später auch noch etwa 40 in Ja umgewandelt wurden) von jedem Verdacht reinigte, blieb der Innenminister tief deprimiert. Die reaktionäre Presse setzte ihre Hetze gegen ihn fort. Der Tod seiner Frau im Jahr zuvor hatte ebenfalls zu seinen Depressionen beigetragen. Vier Abende nach dem überwältigenden Vertrauensbeweis der Kammer kehrte er in seine einsame, ungeheizte Wohnung in Lille zurück, sah das kalte Abendessen auf dem Küchentisch stehen, das ihm sein Hausmädchen hergerichtet hatte, ging zum Küchenherd und drehte den Gashahn auf²¹.

Für die rechtsextremen Zeitungen, die sich die Anschuldigungen aus den Fingern gesogen hatten, war Salengros Selbstmord, wie sie schrieben, ein «Schuldbekenntnis» *. Salengro hatte sich den Zorn der extremen Rechten zugezogen, weil er am 18. Juni 1936, zwei Wochen nach der Amtsübernahme durch die Volksfrontregierung, als Innenminister das Regierungsdekret unterzeichnet hatte, durch das die faschistischen Ligen aufgelöst wurden**. Oberst de La Rocque, Chef von *Croix de Feu*, ersetzte sie rasch durch eine politische Partei, die er «Französische Soziale Partei» – Parti Social Français oder kurz PSF – nannte. Jacques Doriot, der – wie wir gesehen haben – wegen seiner vorzeitigen Befürwortung einer Volksfront aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war, gründete nun eine eigene politische Partei, die «Französische Volkspartei» – Parti

* Auch Salengros Nachfolger im Amt des Innenministers, der aus viel härterem Holz geschnitzte Marx Dormoy, fand ein vorzeitiges Ende. Während des Krieges hielt ihn die Vichy-Regierung in einem Hotel in Mont61mar unter Hausarrest. Eines Nachts explodierte unter der Matratze seines Bettes eine Bombe und tötete ihn. Sie stammte von der Terroristenorganisation Cagoule, die er als Innenminister blossgestellt hatte.

Jean Zay, der in allen nachfolgenden Regierungen Erziehungsminister blieb, stellte sein Amt im September 1939 zur Verfügung und ging als Leutnant an die Front. Die Vichy-Regierung verurteilte ihn als angeblichen Deserteur und hielt ihn während der ganzen Besatzungszeit gefangen. Am 21. Juni 1944, kurz vor der Befreiung, wurde er von der Vichy-Miliz ermordet.

** *Le Temps* protestierte gegen die Auflösung der Ligen und nannte sie «einen neuen und ersten Angriff auf das Prinzip, auf dem eine unserer wichtigsten staatsbürgerlichen Freiheiten beruht: das Versammlungsrecht».

Populaire Français oder kurz PPF. Sie war entschieden antikommunistisch, antisowjetisch und faschistisch ausgerichtet und forderte ein Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland und Italien. Die Partei erhielt schon bald nennenswerte Mittel von Industrie und Hochfinanz, deren führende Köpfe plötzlich – wenn auch nur heimlich – diesen früheren Vorkämpfer des Bolschewismus in die Arme schlossen.

Es war die Versammlung einer dieser neuen rechtsgerichteten Parteien, der PSF, die zu dem zweiten Vorfall führte, der bezeichnend ist für den damaligen Aufruhr politischer Leidenschaften und den herrschenden Geist der Gewalt. Die Versammlung wurde in herausfordernder Weise ausgerechnet in Clichy abgehalten, einem Arbeiterviertel von Paris. Als Protest gegen die Kundgebung der PSF riefen am 16. März 1937 der sozialistische Bürgermeister von Clichy und der kommunistische Deputierte dieses Bezirks die Anhänger der Volksfront zu einer Gegendemonstration vor dem Kino auf, in dem sich die Rechtsextremisten trafen. Es kam zu einem Handgemenge. Die Polizei schoss auf die Volksfront-Demonstranten, tötete fünf von ihnen und verwundete 150 weitere. Unter den Verletzten befand sich auch Blums Bürochef André Blumel, der sofort herbeigeeilt war, um bei der Wiederherstellung der Ordnung zu helfen. Zwei Kugeln streckten ihn nieder. Blum selbst befand sich an diesem Abend in der Oper. Als er von der Schiesserei erfuhr, eilte er in Zylinder, weissem Binder und Frack nach Clichy. Seine Kleidung wirkte zwischen den blutbespritzten Vertretern der Arbeiterklasse etwas grotesk. Sowohl Kommunisten wie auch Rechtsextremisten nutzten diese Gelegenheit, ihn zu verspotten und zu verunglimpfen.

Der gutmütige sozialistische Ministerpräsident war entsetzt beim Anblick der Toten und Verwundeten aus den eigenen Reihen. Er dachte an Rücktritt. Er glaubte, als Regierungschef das Recht der Opposition, und sei sie noch so reaktionär, schützen zu müssen, wenn sie öffentliche Versammlungen abhielt. In letzter Konsequenz fühlte er sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Strassen verantwortlich. Deshalb war er zutiefst verletzt, als man ihm vorwarf, er habe wie der «Bluthund Noske» gehandelt – der deutsche Sozialistenführer im Jahre 1919, ein früherer Metzger, der brutal und rücksichtslos gegen kommunistische Aufrührer in Berlin vorgegangen war. Seine eigenen Anhänger von der Arbeiterklasse waren von ihm enttäuscht. Die extreme Rechte freute sich natürlich über seine missliche Lage. *L'Insurge*, ein rechtsextremes Blatt, brachte eine übergrosse Karikatur von Ralph Soupault, die den blutbespritzten Blum zeigt, wie er in Clichy mitten in einer Blutlache steht und ruft: «Wer hat da behauptet, ich hätte kein französisches Blut?» Die Zeichnung trug die Überschrift: «Mörder! Zurücktreten!»

Das Blutbad von Clichy liess auf der Weste der Volksfrontregierung einen weiteren Flecken zurück und schuf in der ohnehin schon gewitterdrohenden Atmosphäre im Lande neue Spannungen. Blum war sichtlich müde und entmutigt. In der Aussenpolitik, die vom Spanischen Bürgerkrieg und der heuchlerischen «Nichteinmischung» beherrscht wurde, erging es ihm nicht besser. Die deutsche und italienische Unterstützung für Franco sorgte dafür, dass Frankreich schon bald eine weitere unfreundliche faschistische Macht an seinen Grenzen erleben würde. Italien war in Blums Augen unwiederbringlich ver-

loren. Das hatte Mussolini in einer Rede vom 1. November 1936 bestätigt, als er in Mailand die «Achse Rom-Berlin» proklamierte. Zehn Tage vorher, am 21. Oktober, hatte Mussolinis Schwiegersohn und Aussenminister, Graf Galeazzo Ciano – was Blum vermutlich nicht wusste –, in Berlin ein Geheimprotokoll unterzeichnet, in dem die gemeinsame deutsch-italienische Aussenpolitik festgelegt wurde²².

Im Herbst 1936 war Belgien aus dem Bündnis mit Frankreich ausgetreten. Nun lag die unbefestigte französische Nordgrenze ungeschützt vor einem deutschen Angriff durch Belgien da. Blum und sein Aussenminister Delbos versuchten in einer Reihe von Geheimkonferenzen, den Belgiern die Neutralität auszureden, aber sie stiessen dabei auf den hartnäckigen Widerstand des jungen Königs Leopold*. Für den vielgeplagten französischen Ministerpräsidenten bedeutete das nicht nur einen Schlag gegen die militärische Position Frankreichs, sondern auch ein weiteres Anzeichen für das abnehmende Vertrauen des Auslandes in die Führungsmacht Frankreich und die kollektive Sicherheit. «Ich spürte mit brennendem Schmerz», sagte Blum nach dem Kriege vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dass Belgiens Austritt «ein neues Zeichen, ein neues Symptom für den fortschreitenden Verfall aller europäischen Positionen war»²³.

Dieser Verfall setzte sich bei Frankreichs Verbündeten in Osteuropa fort. Blum erkannte, dass Frankreichs Untätigkeit bei Hitlers Einmarsch ins Rheinland einen guten Teil Schuld daran trug. Alle französischen Bemühungen um die Stärkung der Kleinen Entente (Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei) schlugen fehl. Rumänien und Jugoslawien bemühten sich bereits um eine Einigung mit Deutschland. Selbst die Tschechen begannen in Berlin wegen eines «Einverständnisses» vorzufühlen. Polen betrieb unter seinem Aussenminister Oberst Josef Beck eine Politik ständiger Annäherung an Deutschland. Blum versuchte persönlich, sich mit Angeboten von finanzieller und militärischer Hilfe dieser Tendenz entgegenzustemmen. Am 6. September 1936 erklärte sich die französische Regierung bereit, Polen im Laufe der nächsten vier Jahre für seine Aufrüstung zwei Milliarden Francs vorzustrecken. Aber diese grosszügige Geste hatte keinen Einfluss auf die deutschfreundliche Aussenpolitik Warschaus.

Blum bemühte sich ausserdem, das Bündnis mit Russland durch ein Militärabkommen zu stärken, auf das die Sowjets seit einem vollen Jahr hinarbeiteten. Wenn Russland nicht im Osten einen erheblichen Teil der deutschen Armee und Luftwaffe band, war Frankreich im Falle eines Krieges verloren.

All das hätte in Paris eigentlich als selbstverständlich erscheinen müssen, aber das war es nicht – jedenfalls nicht für die französischen Konservativen, die von ihrer panischen Angst vor den Kommunisten verblindet wurden, nicht einmal für das Oberkommando, und zwar aus genau dem gleichen Grund. Nur wenige in Paris sahen noch klar. Einer von ihnen war Paul Reynaud, der in den Jahren 1935, 1936 und 1937 eine einsame Kampagne für einen Militärpakt mit Russland betrieben hatte und sich damit den Zorn

* Nach vergeblichen Besprechungen mit den Belgiern, die sich während des ganzen Winters 1936/1937 hinzogen, gaben Frankreich und Grossbritannien am 24. April 1937 gegenüber Belgien eine einseitige Schutzgarantie für den Fall eines nicht-provozierten Angriffs ab.

der Mitte und der Rechten im Parlament und in der Presse zuzog. Bevor Robert Coulondre im Herbst 1936 als neuer Botschafter nach Moskau reiste, stattete er Reynaud einen Besuch ab. Der empfing ihn vor einer grossen Europakarte an der Wand seines Arbeitszimmers. «Sehen Sie sich die Karte an», sagte der Deputierte zum neuen Botschafter. «Hier steht unsere Aussenpolitik geschrieben. Die Geographie diktierte das Bündnis der Dritten Republik mit dem zaristischen Russland gegen das Deutschland des Kaisers. Heute fordert sie das Bündnis derselben Dritten Republik mit dem Russland der Bolschewiken gegen das Deutschland Hitlers²⁴.» Doch in dieser Beziehung wie auch in seinen Bemühungen, das Oberkommando zum Aufbau gepanzerter Divisionen zu bewegen, war Reynaud eine einsame Stimme in der Wüste. Seine eigenen politischen Freunde klagten, er sei «weich gegenüber dem Kommunismus» geworden.

Blum beschloss trotz seines echt sozialistischen Misstrauens gegenüber den Kommunisten und der Sowjetunion, sofort nach der Amtseinführung seiner Volksfrontregierung etwas für den französisch-sowjetischen Pakt zu tun, der seit seiner Unterzeichnung vor einem Jahr ein wenig in Vergessenheit geraten war. Die Russen drängten darauf, den Pakt durch ein Militärabkommen zu bekräftigen. Doch aus Angst, Hitler vor den Kopf zu stossen, die französischen Verbündeten im Osten, Polen und Rumänien, zu entfremden und Grossbritannien zu verärgern, hatte die Regierung immer wieder gezögert. Der Generalstab bekundete nur wenig Interesse. Im November 1936 beauftragte Blum das Oberkommando, mit dem sowjetischen Militärattaché in Paris in geheimen Gesprächen die Frage zu klären, ob eine echte Grundlage für Generalstabsgespräche zwischen den beiden Ländern gegeben sei. Er benannte General Schweisguth, den stellvertretenden Generalstabschef, als französischen Verhandlungsführer.

Das war eine ganz einmalige Wahl. Zuvor im Herbst hatte Schweisguth als Beobachter an den jährlichen Manövern der Roten Armee teilgenommen. Nach seiner Rückkehr hatte er einen äusserst ungünstigen Bericht erstattet. Er war zu dem Schluss gelangt, die Rote Armee sei nicht in der Lage, «einen Krieg gegen eine grössere europäische Macht zu führen». Wie Blum später bekundete, fiel ihm die Diskrepanz zwischen diesem Bericht und dem von General Loiseau auf, der im Jahr zuvor die russischen Manöver besucht hatte²⁵. Loiseau hatte berichtet: «Die Rote Armee ist wahrscheinlich eine der stärksten Armeen in Europa ... Sie steht insbesondere technisch auf einem sehr hohen Entwicklungsstand.» Nach Aussage des Ministerpräsidenten ergaben sich «einige Schwierigkeiten», ehe er den Generalstab dazu brachte, den früheren Bericht zusammenzustellen, und er habe ihn auch erst nach «einer gewissen Verzögerung» erhalten. Er fügte hinzu, er sei in zunehmendem Masse «wenn schon nicht auf den Widerstand, so doch auf eine gewisse Zurückhaltung von Seiten des Generalstabs» gestossen, wenn es darum ging, sich mit den Sowjets wegen eines Militärabkommens in Verbindung zu setzen. Wie der Ministerpräsident feststellte, betrachtete das Oberkommando die polnische Armee als der russischen überlegen; sie sei für Frankreich zumindest wichtiger, «ausgenommen vielleicht in der Luftfahrt». Der Generalstab hielt auch nicht viel von einer sowjetischen Militärhilfe für Frankreich, weil Russland von Deutschland durch Pufferstaaten getrennt

war und diese – insbesondere Polen und Rumänien – der Roten Armee den Durchmarsch bis an die Grenze zu Deutschland nicht gestatten würden.

Um diesen letzten Punkt sollten sich alle Bemühungen für den Abschluss eines französisch-russischen Militärabkommens drehen. «Wenn die Bolschewiken durch Polen marschieren», hatte Marschall Rydz-Smigly, der Oberkommandierende der polnischen Armee, im Juli in Warschau zu General Gamelin²⁶ gesagt, «dann werden sie nie wieder abziehen*.» Er hatte sich nicht einmal bereit erklärt, über die Frage einer russischen Hilfe im Falle eines deutschen Angriffs auch nur zu sprechen. Während der Septemberverhandlungen um den 2-Milliarden-Vorschuss an Polen hatten Blum und Delbos keinen Versuch unternommen, daran die Bedingung zu knüpfen, dass Polen im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen und Frankreich den Durchmarsch russischer Truppen gestatten sollte. Dieses Thema wurde nicht einmal gestreift.

Es gab noch eine weitere Überlegung, die nicht nur den französischen Generalstab, sondern auch die Regierung hinsichtlich eines Militärpaktes mit der Sowjetunion zur Vorsicht mahnte. Blums ängstlicher Aussenminister Delbos wies Coulondre darauf hin, als er ihn auf die Übernahme der Moskauer Botschaft vorbereitete. Er frage sich immer wieder, sagte er, «ob die Sowjets nicht versuchten, Frankreich in einen Krieg mit Deutschland hineinzutreiben»²⁷. General Schweisguth, der um dieselbe Zeit aus Moskau zurückkehrte, drückte sich deutlicher aus. Eine lange Unterhaltung mit dem sowjetischen Kriegsminister Marschall Woroschilow habe ihn davon überzeugt, sagte er, dass Russland die Absicht hege, Frankreich in einen Krieg mit Deutschland hineinzuziehen. In diesem Falle könnten die Sowjets nur geringe Hilfe leisten, weil keine gemeinsamen Grenzen mit Deutschland vorhanden seien. Andererseits, so berichtete der General weiter, würde Russland im Falle eines Militärbündnisses von Frankreich erwarten, dass es Deutschland unter vollem Einsatz aller Kräfte angreife, falls Deutschland (voraussichtlich über die baltischen Staaten) in die Sowjetunion einfallen sollte²⁸. Daraufhin hatte man sowohl im Oberkommando als auch im französischen Aussenministerium das Gefühl, dass es ratsam sei, bei den militärischen Verhandlungen mit Bedacht vorzugehen, neben anderen Überlegungen vor allem aus der Befürchtung heraus, in einen Krieg gegen Hitler getrieben zu werden, in dem die Russen wenig Hilfe bringen würden.

Die Sowjets drängten weiter. Am 17. Februar 1937 hatte Blum eine entscheidende Aussprache mit dem sowjetischen Botschafter Wladimir Potemkin. Das offizielle französische Protokoll des Treffens ist erhalten geblieben²⁹. Aus diesem Protokoll geht hervor, dass die sowjetische Regierung im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich oder die Tschechoslowakei bereit war, «mit allen militärischen Kräften Beistand zu leisten», unter der Bedingung, dass Polen und Rumänien «ihre Pflicht erfüllen» und den Durchmarsch

* Die polnische Regierung fürchtete ausserdem, dass die Russen ihren Kommunismus mitbringen und versuchen würden, ihn in Polen durchzusetzen. Wie die Ereignisse nach dem zweiten Weltkrieg zeigen, war das keine unbegründete Befürchtung. Die polnische Haltung ist ausserdem aus einem historischen Russenhass, insbesondere seit der Teilung, zu verstehen. Marschall Rydz-Smigly hatte zu Gamelin gesagt: «Die Russen der Zaren wie auch der Bolschewiken sind hier noch verhasster als die Deutschen, die wir verabscheuen.» Aber die Polen konnten es sich trotz ihrer Gefühle nicht leisten, beide mächtige Nachbarn zu Feinden zu haben. Im Falle eines Angriffs waren sie auch nicht stark genug, sich ohne die Hilfe des einen erfolgreich gegen den anderen zu verteidigen.

sowjetischer Truppen durch ihr Territorium gestatten – «entweder aus freien Stücken oder auf Beschluss des Völkerbundes». Potemkin führte ferner aus, dass Moskau bereit sei, genau die militärischen Massnahmen anzugeben, die man ergreifen werde, und sie in einer Vereinbarung zwischen den interessierten Staaten ausführlich niederzulegen. Er fügte hinzu: «Sollten sich Polen und Rumänien aus unverständlichen Gründen der Hilfeleistung der Sowjetunion für Frankreich und die Tschechoslowakei widersetzen und den Durchzug sowjetischer Truppen durch ihr Hoheitsgebiet nicht gestatten, würde die Sowjetunion notgedrungen nur begrenzte Hilfe gewähren können.» In diesem Falle würde Russland Truppen per Schiff nach Frankreich schicken und Luftwaffeneinheiten nach Frankreich und in die Tschechoslowakei verlegen. Es werde ferner zur See jede mögliche Hilfe leisten und die beiden Länder mit Nahrungsmitteln, Rohöl, Rohmaterial, insbesondere Mangan, Waffen, Flugzeugen und Panzern beliefern. Nachdem der sowjetische Botschafter erläutert hatte, was Russland zu tun bereit sei, stellte er Blum die Frage, was Frankreich zu tun gedächte, falls sein Land von den Deutschen angegriffen würde. Der Ministerpräsident versprach, diese Frage später zu beantworten. Die Franzosen liessen sich mit ihrer Antwort Zeit. Sie wurde am 10. Mai, also fast drei Monate später, von General Gamelin für den Generalstab aufgesetzt und ist typisch für die Abneigung des französischen Oberkommandierenden gegen irgendwelche Festlegungen, die über vage Gemeinplätze hinausgehen, sowie für seine Vorliebe für ständige Einwände, wenn man damit nur das Handeln hinausschieben kann. Gamelin war seit der Krise vom 7. März 1936 keineswegs kühner geworden. Er empfahl folgende Antwort an die Russen:

1. Zur Frage des Beistandes, den Frankreich der Sowjetunion gewähren könnte, falls diese von Deutschland angegriffen würde:

Frankreich ist, falls es nicht selbst von der deutschen Hauptstreitmacht angegriffen wird, bereit, entsprechend den augenblicklich herrschenden Bedingungen und im Rahmen der von den Beistandspakten mit verschiedenen Nationen niedergelegten Bedingungen sowie gemäss den Verpflichtungen aus dem Vertrag des Völkerbundes die Offensive zu ergreifen.

Zu dieser Offensive werden sämtliche französischen Streitkräfte eingesetzt, sofern sie nicht an anderen Frontabschnitten oder in unseren überseeischen Besitzungen benötigt werden.

2. Zur Frage des Durchzugs sowjetischer Truppen durch die Territorien Polens und Rumäniens:

Die Gespräche, die Frankreich mit diesen beiden Mächten führte, lassen noch keine Lösung dieses Problems erkennen.

Der französische Generalstab weist darauf hin, dass die einzige augenblicklich vorstellbare (sowjetische) Hilfe in Flugzeugen und motorisierten Fahrzeugen bestehen dürfte, da Polen und Rumänien ihre Eisenbahnlinien zum Transport der eigenen Truppen benötigen werden³⁰.

Angesichts einer so negativen Antwort des französischen Oberkommandos schien es für keine der beiden Seiten sinnvoll zu sein, die Gespräche fortzusetzen. Blum hatte übrigens schon vor Monaten beschlossen, sie fallenzulassen. Den Grund hierfür enthielt er erst nach dem Krieg⁸¹.

Ende 1936, so sagte er vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, erhielt er eine vertrauliche Mitteilung des tschechoslowakischen Präsidenten Eduard Benesch, eines guten alten Freundes. Benesch riet ihm, bei seinen Verhandlungen mit dem sowjetischen Generalstab äusserste Vorsicht walten zu lassen. Nach Ermittlungen des tschechoslowakischen Geheimdienstes, berichtete Benesch, seien die führenden Persönlichkeiten des sowjetischen Generalstabs in «verdächtige Beziehungen» zu Deutschland verwickelt. Das bedeute kurz folgendes: Alle militärischen Pläne Frankreichs, die an die Russen weitergegeben würden, gelangten über den sowjetischen Generalstab nach Berlin, weil die Führer des Generalstabs angeblich zusammen mit Hitler ein Komplott zu Stalins Sturz und der Errichtung einer deutschfreundlichen Regierung in Moskau schmiedeten. Kurz danach liess Stalin den stellvertretenden Volkskommissar für militärische Angelegenheiten, Marschall Tuchatschewskij, verschiedene andere hohe Offiziere sowie eine Anzahl «alter Bolschewiken» wie Sinowjew, Bucharin, Rykow und Radek verhaften. Ihnen wurden verräterische Beziehungen zu den Deutschen zur Last gelegt. Nach einer Serie sich lang hinziehender Gerichtsverhandlungen wurden sie für schuldig befunden und erschossen. Benesch hatte seine «Geheiminformation» prompt an Stalin weitergegeben*.

Nachdem Oberkommando und Armee der Sowjetunion durch die Säuberungen dezimiert waren – angeblich wurden rund 5'000 Offiziere und Funktionäre liquidiert –, glaubte das französische Oberkommando um so mehr Anlass zu haben, weiteren militärischen Gesprächen mit den Russen aus dem Wege zu gehen. Blum selbst fühlte sich, wie er dem Untersuchungsausschuss berichtete, nach Beneschs Warnung «wie gelähmt» und unternahm keinen weiteren Versuch, seine Generäle in dieser Sache zu bedrängen. Er scheint auch keinen Versuch unternommen zu haben, die tschechoslowakische Information auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen oder sich Gedanken darüber zu machen, der Vorwurf des Verrats gegen Tuchatschewskij und andere könnte vielleicht, wie man später weithin annahm, hauptsächlich von Stalin hochgespielt worden sein, weil dieser sich der Opposition in Partei und Armee entledigen wollte. Wenn man die Sache so betrachtet, erscheint Blums Ausrede für den Abbruch der Gespräche fadenscheinig. Man wird wohl zu dem Schluss gelangen müssen, dass er hauptsächlich durch den Widerstand

* Churchill, dem Benesch diese Geschichte erst viel später, im Januar 1944, erzählte, glaubte «einige Anzeichen» dafür zu erkennen, dass die Informationen des tschechoslowakischen Präsidenten eigentlich von der GPU, der sowjetischen Geheimpolizei, stammten, die «Stalin über eine befreundete ausländische Quelle erreichen wollte» “. Eine andere Version – eine von vielen, die später kolportiert wurden – wurde am 23. Oktober 1948 in der Pariser Zeitung *Le Monde* veröffentlicht. Danach erfuhr die sowjetische Geheimpolizei erst in allerletzter Minute von der Verschwörung, und zwar dank des Verrats von General Dybenko, Kommandeur der Militärregion Zentralasien. Dybenko soll nach Moskau gefahren sein, um zusammen mit anderen Generälen an dem Coup teilzunehmen, dann aber kalte Füsse bekommen und die Geheimpolizei von dem Vorhaben unterrichtet haben. *Le Monde* führt General Dybenko als wichtigsten Kronzeugen der Anklage bei den Prozessen an. Kurz nachdem er Stalin diesen Dienst erwiesen hatte, so steht zu lesen, wurde er selbst ebenfalls erschossen.

des französischen Generalstabs selbst sowie eines grossen Teils der Presse und des Parlaments beeinflusst war, darunter auch seiner eigenen radikalen Anhänger. Diese glaubten – oder gaben zumindest vor zu glauben dass ein Militärbündnis mit Russland wenig Vorteile, dafür aber um so mehr Nachteile mit sich bringe. Hierzu gehörte beispielsweise, dass ein solches Abkommen Hitler zu einem Angriff provozieren könnte. Selbst wenn das nicht geschehen sollte, würden dann in Frankreich alle Schleusen dem Kommunismus geöffnet und Frankreich zu einem Bauern im Mächtenspiel der Bolschewiken erniedrigt. Marschall Pétain hatte am Vorabend der Aprilwahlen 1936 vor den Folgen eines französisch-sowjetischen Pakts gewarnt, obgleich er selbst als Kriegsminister in der Regierung sass, als Barthou die Grundlagen dafür schuf, und Pétain vermutlich damit einverstanden war: «Wenn wir Moskau unsere Hand hinstrecken, haben wir sie dem Kommunismus hingestreckt. Wir haben den Kommunismus in den Kreis der vertretbaren Lehren aufgenommen. Das werden wir bestimmt noch bedauern.»

Nicht nur die Armee, sondern auch Regierung, Parlament, Presse und ein Grossteil des Volkes atmeten erleichtert auf, als die Verhandlungen über ein Militärbündnis in aller Stille fallengelassen wurden. Sie sollten erst wiederaufgenommen – und dann hektisch vorangetrieben – werden, als es schon zu spät war: erst drei Jahre später.

Abgestossen von dem Gedanken an sowjetische Hilfe, die 1914 so bedeutsam gewesen war, und in voller Erkenntnis der Tatsache, dass Grossbritannien über keine Armee verfügte, die sie wie bei Beginn des ersten Weltkriegs in Frankreich landen konnte, wusste das Oberkommando nunmehr, dass es – wenn man von der Unterstützung durch die Tschechoslowakei und Polen* absah – gegen Deutschland allein dastehen würde. Die hohen neuen Kredite, die im September 1936 bewilligt worden waren, gaben Frankreich Gelegenheit, zu Lande und in der Luft ernsthaft aufzurüsten und so den Vorsprung der Deutschen auszugleichen. Blum und sein Kriegsminister Daladier überliessen es den Generälen, wie sie das Geld verwenden wollten – ein Fehler, den sie später bereuten. Die Frage war nun: Würden es die Franzosen den Deutschen nachmachen und selbständige Panzerdivisionen, unterstützt durch Sturzkampfbomber, aufbauen, wie es Oberstleutnant de Gaulle verlangte; oder würde man sich damit begnügen, lediglich die zur Verteidigung bestimmten Festungen zu stärken, ihre Vorräte an konventionellen Waffen aufzustocken und bei der alten Taktik zu bleiben, die sich 1914-1918 so gut bewährt hatte, wie die meisten der alternden Generäle immer wieder selbstgefällig betonten? In den beiden Jahren 1936 und 1937 untersuchte der Oberste Kriegsrat, der, wie de Gaulle damals zu Reynaud bemerkte⁸⁴, aus «gutmütigen Endsechzigern» bestand, dieses Problem. Er wurde dabei ständig von dem Schulmeister Gamelin sanft angetrieben, der durch fleissige Studien wettmachte, was ihm an Tatendrang fehlte.

* Selbst diese Unterstützung war zweifelhaft. In einem streng geheimen Memorandum vom 4. Juni 1936 warnte General Georges den Obersten Kriegsrat, dass «hinsichtlich Polens völlige Ungewissheit herrsche». Er könne sich sogar vorstellen, dass Polen auf Deutschlands Seite kämpfen würde. In diesem Falle, bemerkte Georges, konnten auch die sechsundzwanzig deutschen Divisionen, die nach Schätzung des Generalstabs im Osten durch die Polen gebunden werden sollten, im Westen gegen Frankreich eingesetzt werden”.

Auf einer Sitzung des Kriegsrates am 29. April 1936, kurz vor dem Amtsantritt der Volksfrontregierung, sprach sich General Gamelin gegen die Nachahmung des deutschen Beispiels beim Aufbau gepanzerter Divisionen aus. «Das Problem des Aufbaus ähnlicher Einheiten», sagte Gamelin, «wird in Frankreich seit 1932 studiert. Aber wir sind von dieser Idee wegen der Entwicklung panzerbrechender Waffen wieder abgerückt.»

Er fuhr fort:

Wir hatten den Eindruck, dass ein Panzerangriff gegen eine gut verteidigte Frontlinie nicht erfolgreich sein kann, wenn er nicht massiv durch schwere Artillerie unterstützt wird, die die Panzerabwehrwaffen des Feindes zerschlägt. Flur eine grosse Streitmacht, unterstützt durch Artillerie und imstande, im Schutze der Tanks starke Infanteriekräfte einzusetzen, kann ins Gewicht fallende und dauerhafte Resultate erzielen.

Er glaube nicht, so sagte er, dass die deutschen Panzerdivisionen dazu bestimmt seien, «eine gut organisierte Front aufzureissen, sondern lediglich rasche Aktionen gegen relativ schwache Kräfte in offenem Gelände durchzuführen, wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei, in Polen und Belgien». Bestenfalls empfehle er den Aufbau einer zweiten leichten motorisierten Division, die eine weitere Kavalleriedivision ersetzen könne³⁵.

Die französische Armee war immer noch nicht willens, das Pferd aufzugeben! Über eineinhalb Jahre später, am 15. Dezember 1937, wurde auf Antrag von General Massiet, dem Generalinspekteur der Kavallerie, und mit Unterstützung von General Gamelin auf einer Sitzung des Kriegsrates unter Vorsitz von Kriegsminister Daladier und in Gegenwart des illustren Marschalls Franchet-d'Espèrey sowie aller anderen ranghöchsten Generäle mit Ausnahme des abwesenden Marschalls Pétain beschlossen, zwei Kavallerieregimenter beizubehalten, die eigentlich durch eine dritte leichte motorisierte Division hätten ersetzt werden sollen. Das sei anzuraten, sagte General Massiet, nicht nur wegen der Bedeutung der Pferdezucht in Frankreich, sondern auch deshalb, weil Kavallerieregimenter für die Aufklärung immer noch von grösstem Wert seien. Er fand begeisterte Unterstützung bei General Prioux, der gleichzeitig das Fehlen von 50'000 Reitpferden beklagte. Er forderte, mehr Reitpferde anzuschaffen und die Kavallerie dadurch zu «verjüngen», dass man die derzeit oft schon recht betagten Gäule durch jüngere Pferde ersetze³⁶.

Kavallerie – in der europäischen Geschichte des Jahres 1937! Für Aufklärungszwecke! Für die französischen Generäle war die Zeit stehengeblieben.

Vielleicht doch nicht ganz. Im Herbst 1936 scheint ein kleiner Lichtstrahl General Game-lins Geist erleuchtet zu haben, wenschon nicht die Köpfe vieler seiner Kollegen. Auf einer Sitzung des Obersten Kriegsrates am 14. Oktober überraschte Gamelin seine Zuhörer durch seine erstaunlich veränderte Einstellung zur Frage der Panzerdivision. Die Deutschen, so sagte er, hätten die gepanzerte Division «als Mittel zur Durchführung plötzlicher Angriffe unter Ausnutzung des Vorstosses in die Tiefe» entwickelt. «Uns

fehlt ein solches Angriffsinstrument. Wir brauchen eines.» General Prételat, einer der ranghöchsten Offiziere, widersprach ihm. Die Panzerdivision, so argumentierte er, sei nicht die richtige Antwort. Aber Gamelin blieb hart – allerdings auf seine Weise. Er trug eine «Einladung» an die Mitglieder des Kriegsrates vor, die Angelegenheit zu «studieren»³⁷.

Diese «Studien» scheinen eine recht gemütliche Sache gewesen zu sein. Erst vierzehn Monate später, in jener Sitzung des Kriegsrates vom 15. Dezember 1937, bei der die Beibehaltung der Reitpferde so breiten Raum einnahm, wurde die Frage des Aufbaus einer Division aus schweren Panzern erneut angeschnitten. Nach dem vertraulichen Sitzungsprotokoll³⁸ meinte General Gamelin, eine gepanzerte Division sei «ein ausnehmend interessantes Kriegsinstrument zur Durchführung eines Gegenangriffs oder bei der Ausnutzung eines Frontdurchbruchs». General Dufieux, Generalinspekteur für Infanterie und Tanks, hielt das Kriegsinstrument auch für «interessant», wies jedoch auf die «Gefahren und Risiken» hin, die sich ergäben, wenn man alle schweren Tanks in einer Panzerdivision zusammenfasste. Auf jeden Fall, so erklärte er, würden vor 1939 ohnehin nicht genügend dieser Tanks zur Verfügung stehen, um eine Division daraus bilden zu können. Es wurde viel darüber geredet, wie man eine solche Panzerdivision aufbauen solle, was man ihr an Artillerie, motorisierter Infanterie, Fahrzeugen und Unterstützung aus der Luft begeben solle. Die Frage werfe «viele Probleme» auf, gab Gamelin zu. Schliesslich einigte sich der Kriegsrat darauf, «während des Jahres 1938 die Studien und Experimente hinsichtlich des späteren Aufbaus einer Panzerdivision sowie ihrer Verwendungsmöglichkeiten fortzusetzen». Die Herren Generäle hatten es offenbar nicht eilig.

Was musste da noch studiert werden? Schon vor fünfzehn Jahren hatte General Etienne, der «Vater» des Panzers, geduldig erläutert, wie eine Panzerdivision aussehen sollte. Zwei Jahre lang hatte Oberst de Gaulle öffentlich und privat bis in die letzten Einzelheiten den Aufbau einer solchen Einheit erklärt. Die Deutschen, die diese Idee zuerst von Etienne und nachher von de Gaulle entlehnt hatten, verfügten bereits über drei Panzerdivisionen, und das französische Oberkommando hatte ganz genau erfahren, wie diese aufgebaut waren. Am 20. November 1935 hatte General Renondeau, der französische Militärattaché in Berlin, dem Generalstab in Paris einen ausführlichen Bericht über die genaue Zusammensetzung jeder der drei deutschen Panzerdivisionen geschickt³⁹.

Auf jener Sitzung des Kriegsrates im Dezember 1937 hatte Daladier, der als Kriegsminister den Vorsitz führte, den Generälen empfohlen, über ein besonderes Kampfflugzeug nachzudenken, das die gepanzerten Einheiten begleiten könnte. Nach dem Protokoll wurde dieser Vorschlag mit Schweigen aufgenommen. Die Deutschen entwickelten bereits ein solches Flugzeug: den «Stuka». Wie Daladier wusste, hatte Liore-Nieuport, ein französischer Hersteller, eine Maschine dieses Typs noch vor den Deutschen entwickelt – bereits im Jahre 1935. Aber weder die französische Armee noch die Luftwaffe zeigten Interesse für das Flugzeug. Als Daladier 1937 die Luftwaffe zum Ankauf dieser Ma-

schine bewegen wollte, erklärte ihm der Luftwaffenchef General Vuillemin, ein solches Flugzeug sei für Operationen über Land untauglich, aber vielleicht könne es die Marine auf ihren Flugzeugträgern «zum Angriff auf gegnerische Schiffe» verwenden⁴⁰. Darauf bestellte die französische Kriegsmarine fünfzig Stück.

Als es bereits zu spät war, machte sich Blum «bittere Vorwürfe», weil er nicht die Autorität der Regierung eingesetzt hatte, um die Trägheit des Oberkommandos zu bekämpfen, insbesondere beim Aufbau gepanzelter Einheiten. Im Oktober 1936 hatte er Oberst de Gaulle in sein Büro eingeladen und ihm im Verlauf des Gesprächs erklärt, die gerade bewilligten umfangreichen neuen Militärkredite würden grosse Mengen an Tanks und Flugzeugen für Frankreich bedeuten und das Oberkommando in die Lage versetzen, gepanzerte Divisionen mit den dazugehörigen Kampfflugzeugen aufzubauen. De Gaulle versuchte ihm zu erklären, die Flugzeuge, die er sich vorstellte, würden «für die Abwehr feindlicher Luftstreitkräfte, nicht aber für Offensivzwecke» taugen, und der Generalstab sei immer noch gegen den Plan, Tanks in Panzerdivisionen zusammenzufassen. Man wolle sie lieber verstreut der Infanterie zuteilen. Blum wurde ein wenig böse und beendete das Gespräch mit den Worten: «Die Verwendung der ... Kredite ist die Sache (Kriegsminister) Daladiers und General Gamelins!»

«Ohne Zweifel», erwiderte de Gaulle⁴¹. «Gestatten Sie mir aber anzunehmen, dass die Verteidigung des Landes eine Aufgabe der Regierung ist*.»

«Ich habe mir oft bitterste Selbstvorwürfe gemacht», sagte Blum nach dem Krieg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, als er berichtete, dass er das Oberkommando nicht genug gedrängt hatte, die reichlich zur Verfügung stehenden Kredite zum Aufbau einer schlagkräftigen Panzerwaffe zu verwenden. «Erst später erkannte ich den Irrtum oder die Illusion, der ich zum Opfer gefallen war. Ich hätte skeptischer sein müssen und strenger, wenn es darum ging, nachzuforschen und mich davon zu überzeugen, dass etwas getan wurde⁴³.»

Er hätte dazu nicht viel Zeit gehabt. Als der Frühling 1937 herannahte, wurde offenbar, dass seine Tage im Amt gezählt waren.

Der Niedergang der Volksfront

Nun wiederholte sich genau, was seit dem Weltkrieg bisher noch jede linksgerichtete oder liberale Regierung zu Fall gebracht hatte, wie gross ihre Mehrheit in der Kammer auch sein mochte.

Die Depression wurde bedrückender. Die Staatskasse leerte sich. Der Abfluss von Francs setzte sich fort. Von März bis Juni 1937 sank die Industrieproduktion von 93 auf 88

* Zur Tendenz von Parlament und Regierung, «die Vorbereitungen der nationalen Verteidigung einzig und allein dem Militär zu überlassen», folgerte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss nach dem Kriege: «Im Zusammenhang mit dem Kriege gibt es höchst bedeutsame Aspekte, die ein Soldat nicht übersieht und niemals übersehen wird . . . Eine Regierung, die diesen Namen zu Recht trägt, darf sich nie hinter dem Militär verschanzen, sondern sie muss im Gegenteil dem Militär die entscheidenden Impulse geben . . .»

Punkte. Am 15. Juni wies die Staatskasse nur noch einen Bestand von 2,5 Milliarden auf. In den ersten drei Wochen dieses Monats büsste die Bank von Frankreich weitere 8 Milliarden an Gold ein. Die Gold- und Devisenreserven im Währungsstabilisierungsfonds, der geschaffen worden war, um die Währung halbwegs stabil zu erhalten, waren erneut erschöpft, und rund 8 Milliarden in Edelmetallen waren bei der Bank aufgenommen worden. Dennoch sank der Franc von 20 auf 23 gegenüber dem Dollar. Da die Steuereinnahmen aufgrund des Rückgangs der Umsätze und Einkommen niedriger als erwartet ausfielen, versuchte die Regierung, kurzfristige Darlehen aufzunehmen – aber es gab keine Geldgeber. Die Banken und deren Auftraggeber zogen es vor, Gold und Devisen zu kaufen. Mitte Juni erschien es zweifelhaft, ob die Staatskasse imstande sein würde, für den Rest des Monats ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Zwei der drei Finanzexperten, die Blum im März als Wächter über den Stabilisierungsfonds gesetzt hatte, Rist und Baudouin, traten am 14. Juni von ihrem Posten zurück, weil die Regierung ihrem fachmännischen Rat nicht folgen wollte, die Ausgaben drastisch zu kürzen, die Steuern zu erhöhen und für ausländische Währungen den Markt völlig freizugeben. Am nächsten Tag reagierte Blum, unterstützt von Finanzminister Auriol, mehr als heftig.

Sie waren endlich zu der Erkenntnis gelangt, dass ihre Politik, die Financiers durch Duldung des Kapitalabflusses ins Ausland zu beschwichtigen, fehlgeschlagen war. Sie hatten versucht, das Geld wieder ins Land zurückzuholen, indem sie einen relativ freien Umtausch beibehielten, aber diese Politik hatte die Regierung nur an den Rand des Bankrotts geführt, denn das Kapital war nicht heimgekehrt. «Das französische Kapital», so sagte Blum vor der Deputiertenkammer, ist ganz einfach «in Streik getreten». Auriol gebrauchte vor dem sich feindselig gebärdenden Senat kräftigere Vokabeln. Er verglich die Kapitalflucht mit «Desertion in Kriegszeiten. Wenn jeder Franzose seine Pflicht getan hätte, brauchten wir jetzt nichts zu fürchten.» Hinter den Massnahmen und der Haltung der Hochfinanz sahen Blum und Auriol den Versuch, die Volksfrontregierung zu Fall zu bringen. Baudouin teilte Auriol bei seinem Rücktritt am 14. Juni mit, was jetzt am meisten vonnöten sei, das sei «eine andere Mehrheit» – also eine konservativere Regierung⁴⁴.

Am 15. Juni hielt Blum eine Sondersitzung seines Kabinetts ab. Gemeinsam mit Auriol beschloss er, denen hart entgegenzutreten, die den Franc als Spekulationsobjekt benutzten und damit den Kapitalabfluss bewirkten. Am Nachmittag sagte Auriol vor der Presse: «Wenn sie (die Spekulanten) uns abwürgen wollen, so kann ich ihnen versichern, dass es nicht kampfflos geschehen wird.» Das Kabinett kam überein, das Parlament um die Vollmacht zu ersuchen, alle in der finanziellen Krise erforderlichen Massnahmen auf dem Verordnungswege ergreifen zu können. Diese Vollmacht hatte das Parlament Herriot 1925 in einer ähnlichen Krise verweigert, aber erst Poincaré und später auch Laval bereitwillig eingeräumt. Blum und die Sozialistische Partei waren stets gegen einen so drastischen Schritt gewesen, aber jetzt, als sie um die nackte Existenz der Volksfrontregierung kämpften, waren sie zu jeder Verzweiflungstat bereit.

Die Kammer erteilte der Regierung trotz der Bedenken der Radikalsozialisten mit 346

zu 247 Stimmen die gewünschten Vollmachten. Der Senat, der von den Radikalsozialisten beherrscht wurde – zwar Angehörige der Volksfrontregierung, aber jetzt verärgert –, sträubte sich. Er verwarf Blums Vorlage mit grosser Mehrheit und bewilligte nur eine erheblich abgemilderte eigene Version. Noch einmal stimmte die Kammer auf Blums Antrag über die geforderten Vollmachten ab – noch einmal verwarf sie der Senat am 20. Juni.

An diesem Abend hatte es den Anschein, als würde Frankreich in eine Verfassungskrise gestürzt. Das Recht des Senats, eine Regierung zu stürzen, ist nie einwandfrei geklärt worden. In der Kabinettsitzung am folgenden Tage sprachen sich viele Anhänger Blums dafür aus, sich über den Senat hinwegzusetzen. Der Vorschlag kam auf, Blum möge den Senat und den Präsidenten der Republik ersuchen, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Doch die Radikalen-Regierungsmitglieder, die des Bündnisses mit den Kommunisten längst überdrüssig waren und insgeheim auch den von Blum eingeschlagenen harten Kurs gegenüber dem Kapital missbilligten, verweigerten einem solchen Schritt ihre Zustimmung. Blum selbst, ausgepumpt von einem enttäuschenden Amtsjahr, war nicht in der Stimmung, eine Verfassungskrise heraufzubeschwören. Er spürte, dass sie das Land so sehr schwächen könnte, dass es vielleicht zusammenbrach. Ein zerstrittenes, bankrotttes Land konnte zu leicht Hitler und Mussolini zu einem Angriff verlocken.

Am 22. Juni 1937, um 2 Uhr morgens, überreichte Blum dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch seiner Regierung. «Ich hatte genug!» sagte er zu dem amerikanischen Botschafter William Bullitt. «Alles, was ich versucht habe, wurde mir verbaut⁴⁵.» Er hatte es gerade ein Jahr lang versucht. In dieser kurzen Zeit hatte sich das Schicksal des Volksfrontexperiments – und seine Erfahrung damit – erfüllt.

Die Volksfront hatte Erfolge und Niederlagen zu verzeichnen. Es gab soziale Fortschritte – die bedeutsamsten in der ganzen Geschichte der Dritten Republik –, aber auch wirtschaftliche Rückschläge. Was die Arbeiter, Bauern und die Armen an Vorteilen erlangten, wurde durch die spätere Bedrängnis der Misserfolge grösstenteils wieder ausgeglichen. So zum Beispiel wurden die im Juni 1936 errungenen erheblichen Lohn- und Gehaltserhöhungen im darauffolgenden Juni, als die Regierung zurücktrat, durch die steigenden Lebenshaltungskosten grösstenteils wieder hinfällig. Dennoch hatten sich die Arbeiter das Recht erkämpft, sich zu organisieren und Tarife auszuhandeln; wie der Mittelstand, erhielten sie jetzt auch einen Jahresurlaub von vierzehn Tagen. Sie hatten die Vierzigstundenwoche errungen, doch dadurch waren Produktionsausfälle eingetreten, insbesondere bei den so dringend benötigten Waffen – zu einem Zeitpunkt, da die Arbeiter in Deutschland rund 60 Stunden in der Woche schufteten, hauptsächlich an der Produktion von Waffen.

Der bedeutsamste Misserfolg der Volksfront war ihr Unvermögen, die Wirtschaft und die Finanzen der Nation in Ordnung zu bringen. Sie konnte nicht viel unternehmen, solange sich Blum verpflichtet fühlte, sich an das alte, todgeweihte System zu halten,

dessen Bankiers und Geschäftsleute weder mit ihm Zusammenarbeiten noch von sich aus etwas unternehmen wollten. Die französische Volkswirtschaft war ganz einfach veraltet, viele Industriezweige, wie Produktionsminister Charles Spinasse feststellte, «noch genauso organisiert und ausgestattet wie im Mittelalter oder im siebzehnten Jahrhundert». Niemand unternahm einen ernsthaften Versuch der Erneuerung, weder die Regierung noch die Privatwirtschaft selbst.

Blum gab die Schuld dem Bürgertum und vergass dabei, wie sehr er sich als Ministerpräsident dagegen gestäubt hatte, diese Bürger ins zwanzigste Jahrhundert zu stossen.

In einem während des zweiten Weltkriegs geschriebenen Buch stellte er die Frage:

War es nicht offenkundig, dass das Bürgertum in sich selbst keine Energiereserven, keine Phantasie, keine Fähigkeit zur Erneuerung, zum Aufbau, zur Überwindung der wirtschaftlichen Depression fand? War es nicht offenkundig, dass es auf allen Gebieten produktiver Betätigung – Industrie, Landwirtschaft, Handel, Banken – in seiner Routine, seinen Traditionen verharrte⁴⁶?

Blum hatte versucht, das Vertrauen und die Unterstützung der Bankiers und Industriellen zu gewinnen, indem er sie sich selbst überliess. Vor allen Dingen war es Blums Versäumnis, die Kapitalflucht durch eine strenge Kontrolle der Gold- und Devisenausfuhr zu stoppen, das einer wirtschaftlichen Wiederbelebung entgegenstand und das Land ins Chaos führte. Als erster sozialistischer – und jüdischer – Ministerpräsident in der Geschichte Frankreichs war er entschlossen, sein Wort zu halten und, wie er sagte, «Macht nur innerhalb des kapitalistischen Gefüges auszuüben». Seine Skrupel verdienen Hochachtung. Aber in einer Welt harter Konflikte, in der klargeworden war, dass die wirtschaftliche und finanzielle Elite es auf die Vernichtung seiner Regierung abgesehen hatten – koste es das Land, was es wolle –, war sein Mangel an Mut und Härte verhängnisvoll.

Es gab noch einen weiteren Misserfolg. Trotz ehrlicher Bemühungen um eine Versöhnung im Widerstreit der Klassen und Interessen von Seiten Blums war Frankreich nach der Volksfront-Ära gespaltener denn je. Der Sturz der Volksfront verbitterte die Massen und nahm ihnen die Illusionen. Viele glaubten, nachdem eine friedliche Revolution es nicht fertiggebracht hatte, die Macht der finanziellen und industriellen Oligarchie zu beschneiden, sei nun eine blutigere Revolution notwendig. Diese Leute strömten jetzt der Kommunistischen Partei zu. Die Rechte, erleichtert über den Sturz der Volksfront, fürchtete dennoch immer noch den Kommunismus und die Anarchie, in die nach ihrer Meinung die Massen verfallen waren. Auf der politischen Rechten traf man immer häufiger auf die Ansicht, einen Retter müsse man jenseits der eigenen Landesgrenzen suchen.

Gustave Herve, der einst so überzeugte Sozialist und Pazifist, schwenkte nun um und wies den Weg: «Alles, nur nicht diese dreckige Anarchie! ... Wie viele müssen in diesen Tagen zähneknirschend sagen: *Ah! Vive Mussolini et vive Hitler⁴⁷!*»

Es war um diese Zeit, wie ich mich erinnere, dass man in hochgestellten Kreisen in Paris immer häufiger eine Bemerkung hörte, die fast zu einer Art von Beschwörungsformel wurde: «Lieber Hitler als Blum!»

Während der flüchtigen Monate der Volksfrontregierung hatte sich eine weitere Errungenschaft ergeben – diesmal auf menschlichem Gebiet. Für die Massen war das Leben ein klein wenig leichter geworden. Hervorgerufen durch die Volksfront, hing nun etwas in der Luft, das Schriftsteller, Philosophen und Historiker, aber auch Linkspolitiker später rückblickend *l'Esprit de 1936* – den Geist von 1936 – nennen sollten. Die Armen erlebten ein Gefühl der Befreiung. Endlich spürten sie, dass auch sie am Leben der Nation teilhatten. Sie hatten mitgeholfen, ein Parlament und eine Regierung zu wählen, die ihre Sehnsüchte teilten und versucht hatten, zumindest einige davon Wirklichkeit werden zu lassen.

Eine von Blums Neuerungen war die Einrichtung einer Unterabteilung für «Freizeit und Sport». Zu ihrem Leiter bestimmte er einen phantasiereichen, energischen jungen Sozialisten, den Staatssekretär Leo Lagrange*. Innerhalb von zwei Monaten, gerade noch rechtzeitig für die traditionellen Augustferien, erreichte er Fahrpreisvergünstigungen, Preiserlässigungen in den Hotels für Bedürftige sowie eine Anzahl von Jugendlagern und Jugendherbergen (*auberges de la jeunesse*). In diesem August strömten Millionen von Arbeitern mit ihren Familien, die ihren ersten bezahlten Urlaub ausnutzten, an die Küsten, in die Berge und aufs Land. Sie besetzten Gegenden, die bislang hauptsächlich den Wohlhabenden vorbehalten waren. Diese waren natürlich über die Anwesenheit der sogenannten «neuen bezahlten Urlauber» und den neumodischen «proletarischen Tourismus» nicht sonderlich begeistert.

«Lasst uns dem Volk die Tore der Kultur öffnen», hatte der junge Jacques Soustelle in der neuen liberalen Wochenzeitschrift *Vendredi* gefordert – sie war von den beiden jungen Schriftstellern André Chamson und Jean Guehenno, den Kündnern der geistigen Seite der Revolution von 1936, ins Leben gerufen worden. Jean Giono, der Romanautor, schrieb an die Adresse des einfachen Volkes: «Ihr habt ein Recht zu ernten, ein Recht auf Glück, ein Recht auf die wahre Welt, ein Recht auf die wirklichen Reichtümer hernieder – jetzt, auf der Stelle, noch in diesem Leben!» Die Volksfront ermunterte diesen neuen Gedanken.

Zum Jahresende konnte Léon Blum mit aller Berechtigung in seiner Neujahrsansprache im Rundfunk sagen:

Wir sehen im Land wieder neue Hoffnung, ein Gefühl für Arbeit, ein neues Lebensgefühl. Frankreich sieht anders aus, hat eine andere Ausstrahlung. Das Blut fließt rascher durch den verjüngten Leib. Jeder spürt, dass sich die menschlichen Verhältnisse in Frankreich gebessert haben.

* Lagrange fiel im Juni 1940. «Er war ein Mann, den wir alle geliebt haben», sagte Malraux nach dem Krieg über ihn.

Trotz aller Misserfolge verlor er niemals die Überzeugung, dass die Volksfront – wie er auch seinen Richtern am 11. März 1942 während der Gerichtsverhandlung in Riom erklärte – «eine Art von Schönheit und Licht in ein Leben gebracht hat, das zuvor schwer und düster war». Sie hat den Franzosen «Hoffnung auf die Zukunft» beschert⁴⁸.

Nachdem Blum vom Senat gestürzt worden war, lebte die Volksfront nicht mehr. Allerdings sollte sie erst ein Jahr später zu Grabe getragen werden. Ihr Mythos lebte weiter. Die drei zerstrittenen Parteien der Linken klammerten sich noch daran. Sie hatten die Volksfront gemeinsam geschaffen, sie verfügten in der vom Volk gewählten Kammer immer noch über eine deutliche Mehrheit – wenn man die Sitze zählte und über die Unzuverlässigkeit derer, die sie innehatten, hinwegsah. Blum selbst trug dazu bei, den Mythos am Leben zu erhalten, indem er sich bereit erklärte, als stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung seines Nachfolgers Camille Chautemps einzutreten. Auch die Kommunisten halfen mit, indem sie versprachen, das neue Kabinett in der Kammer zu unterstützen.

Doch das Feuer der Volksfront war ausgebrannt. Es war nicht stark genug gewesen, die innere Spaltung zu überwinden und der entschlossenen Opposition von Industrie und Finanzwelt, dem Ansturm der reaktionären Presse, der wilden Feindschaft der oberen und mittleren Schichten entgegenzutreten. Diese Regierung, die durch die Verwirklichung bescheidener und längst überfälliger Sozialreformen so viel Angst verbreitet hatte, besaß nicht die Kraft, sich durchzusetzen⁴⁹.

Unter der Vorherrschaft der Radikalsozialisten, die im Herzen solide und bürgerlich waren, die Sozialisten beargwöhnten, die die Kommunisten hassten, und angeführt von dem aalglatten Chautemps, der mit seinen beschränkten Fähigkeiten doch nicht dem Gebot der Stunde entsprechen konnte, sowie einem ihm ähnlichen Radikalen-Finanzminister namens Georges Bonnet, machte sich die neue Volksfrontregierung daran, sich selbst schrittweise zu liquidieren und das zu verspielen, was die erste Volksfrontregierung gewonnen hatte.

Wieder einmal – wie schon nach 1924 und 1932 – fühlte sich das Volk, das eine linke Mehrheit in die Kammer gewählt hatte, betrogen. Gleichsam durch irgendein unerfindliches Grundgesetz der französischen Politik schmolz nun diese Mehrheit zum drittenmal innerhalb eines Jahrzehnts dahin und glitt in den Konservatismus, der aber auch eine verbrauchte Kraft war. Die Dritte Republik glitt in einem besorgten Europa, dessen Friede durch die zunehmende Kampfeslust der faschistischen Diktatoren immer mehr bedroht war, weiter abwärts.

Uneinigkeit und Verwirrung: Frankreich und der Anschluss Österreichs März 1938

Als Adolf Hitler in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 den Anschluss befahl und seine Truppen in sein Geburtsland Österreich einmarschieren liess, um dieses alte Land unter die Herrschaft des Dritten Reichs zu bringen und sein Grossdeutschland im Herzen Mitteleuropas zu begründen, erfolgte von Paris aus nur eine schwache Reaktion. Tatsächlich existierte an diesem Tage keine französische Regierung.

Am Tage zuvor, dem 10. März, war die labile Regierung der Radikalen unter Camille Chautemps zurückgetreten. Sie hatte nicht einmal vorher die Kammer um ein Vertrauensvotum ersucht, das ihr unzweifelhaft, wenn auch widerwillig, erteilt worden wäre. Diese Regierung befand sich wie alle vorhergehenden in Finanzschwierigkeiten, und sie hatte um Sondervollmachten ersucht, um der Finanzkrise Herr zu werden. Aber der Hauptgrund für Chautemps' Rücktritt war seine Abneigung, Hitlers jüngster Aggression entgegenzutreten, die schon seit mehreren Tagen ganz öffentlich vorbereitet wurde. Als die Truppen der Wehrmacht auf Wien marschierten, versuchte Léon Blum auf Anregung des Präsidenten der Republik, ein Kabinett zu bilden und auf diese Weise Frankreich im Augenblick dieser neuen aussenpolitischen Krise wenigstens eine handlungsfähige Regierung zu geben. Doch als Hitler sich am 12. März zum offiziellen Vollzug der Eingliederung Österreichs in sein Geburtsland begab, bemühte sich der Sozialistenführer immer noch vergebens. Aufgeschreckt von Hitlers Angriff und einer erneuten Finanzkrise im eigenen Lande, strebte Léon Blum danach, eine Koalitionsregierung zu bilden, die endlich alle Franzosen von der äussersten Linken bis zur äussersten Rechten zusammenfassen sollte – aber vergebens! Die Konservativen zeigten ihm die kalte Schulter.

Fast ein Jahr lang, nachdem er Blum abgelöst hatte, ruhten die Geschicke der Republik in den Händen des schwachen und unfähigen Chautemps. Mit dem Land war es weiter bergab gegangen. Der Franc hatte etwas an Wert verloren, die Staatsfinanzen waren ein wenig schlechter geworden, die Wirtschaft litt unter stärkeren Depressionen, und die Volksfrontmehrheit in der Kammer war noch uneiniger und schwächer geworden. Am ersten Tage des Jahres 1938 wurde die Volksfront praktisch beerdigt, als Chautemps in einem Augenblick des Ärgers den Kommunisten erklärte, er könne ohne sie auskommen. Darauf kehrten die von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Blum geführten Sozialisten aus Protest der Regierung den Rücken. Chautemps führte sein Amt zwei Monate lang an der Spitze einer nur aus Radikalen bestehenden Minderheitsregierung weiter und gab sich dann geschlagen.

Über Nacht besetzte Hitler Österreich. Das kostete ihn weniger Zeit als die Franzosen während dieses Märzwochenendes die Regierungsumbildung. Während Frankreich unter Chautemps sich treiben liess, hatte sich Deutschland aufs Handeln vorbereitet.

Vier Monate vorher, am 5. November, hatte der Diktator seine Generäle und seinen Aussenminister zu einer streng geheimen Sitzung nach Berlin einberufen. In einer über vier Stunden dauernden Aussprache hatte er ihnen erklärt, dass er beabsichtige, Deutschlands «Lebensraum» zu erweitern, und zwar zunächst durch die Eingliederung Österreichs und der Tschechoslowakei – wenn möglich mit friedlichen Mitteln, notfalls aber auch durch Krieg. Als sich der Oberbefehlshaber des Heeres, General Werner von Fritsch, und der Aussenminister, Freiherr Konstantin von Neurath, gegenüber diesem aggressiven Programm zurückhaltend zeigten, gab er ihnen den Laufpass. Am 4. Februar übernahm er persönlich die Führung der Wehrmacht, verabschiedete zusammen mit Fritsch sechzehn höhere Generäle und ersetzte Neurath im Auswärtigen Amt durch einen unerträglichen Ignoranten namens Joachim von Ribbentrop, einen früheren Champagnervertreter. Damit war Hitler nun in der Lage, seine Pläne ohne Einmischung von Seiten der Wehrmacht oder des Auswärtigen Amtes zu verwirklichen.

Am 12. Februar hatte er den österreichischen Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg nach Berchtesgaden berufen. Nachdem er den Bundeskanzler fast einen ganzen Tag lang beschimpft und beleidigt hatte, präsentierte er ihm ein Ultimatum, das praktisch verlangte, er solle Österreich den dortigen Nazis ausliefern, anderenfalls könne er mit einem Angriff des deutschen Heeres rechnen². Schuschnigg hatte zunächst nachgegeben. Aber als ihm klar wurde, dass die Machtübernahme durch österreichische Nationalsozialisten nur das Vorspiel zu einer Annexion durch Deutschland sein würde, rief er zu einer Volksabstimmung auf – in dem vergeblichen Versuch, das österreichische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden zu lassen. Das war am 9. März. Am nächsten Tage befahl Hitler in einem Wutanfall über die Eigenmächtigkeit des österreichischen Kanzlers der deutschen Wehrmacht, spätestens am 12. März in Österreich einzumarschieren. Ebenso wie im Falle von Hitlers Einmarsch ins Rheinland zwei Jahre vorher erhielt auch diesmal die französische Regierung zahlreiche Warnungen vor Hitlers Plänen. Am 18. Februar gab ein «persönlicher Freund» General Gamelin einen ausführlichen Bericht über das Hitler-Schuschnigg-Treffen und das nachfolgende Ultimatum. Die Mitteilung wurde durch den französischen Gesandten in Wien bestätigt. Gamelin sagt, er habe sich unmittelbar darauf zu Kriegsminister Daladier begeben, um «die ernstesten Konsequenzen einer deutschen Besetzung Österreichs für uns» zu erläutern. Die waren selbst für den Laien nicht schwer zu verstehen. Wie Gamelin Daladier erklärte, bestanden diese Konsequenzen darin, dass die Deutschen in die Lage versetzt wurden, die Tschechoslowakei von drei Seiten zu umfassen, was die Befestigung der tschechischen «Maginot-Linie» wertlos mache, da diese nunmehr vom Rücken her angegriffen werden könne. Der Oberbefehlshaber der französischen Armee wies auch besonders eindringlich darauf hin – er führt das in seinen Memoiren aus –, dass die Deutschen, sobald ihre Befestigungen am Rhein fertig wären, «die Herren Mitteleuropas sein würden, weil wir dann nicht mehr wirksam

würden eingreifen können». Er fügt hinzu, der Kriegsminister habe, anders als am 1. März 1936, diesmal mit ihm darin übereingestimmt, dass Frankreich «etwas tun»³ müsse.

Aber nichts wurde unternommen. Die Chautemps-Regierung war zu schwach, um irgend etwas zu tun. Das Heer fasste wie im März 1936 keine Pläne gegen eventuelle deutsche Massnahmen. Und wiederum, wie an dem Morgen, als Truppen der Wehrmacht ins Rheinland marschierten, wandte sich Frankreich, bevor es etwas unternahm, an Grossbritannien und überliess die Entscheidung, ob man Hitler entgegengetreten solle, London. Niemand in Paris konnte sich irgendwelchen Illusionen darüber hingeben, welche Entscheidung London fällen würde. Bereits im November 1937 hatte Lord Halifax, der Hitler in Berchtesgaden besucht hatte, bei diesem den entschiedenen Eindruck hinterlassen, dass die neue Chamberlain-Regierung dem Anschluss keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen würde. Im Februar war Halifax der Nachfolger Anthony Edens geworden, nachdem dieser aus Protest gegen Chamberlains Beschwichtigungspolitik gegenüber den faschistischen Diktatoren als Aussenminister zurückgetreten war. Um sich Gewissheit über die britische Haltung zu verschaffen, reiste der soeben zum deutschen Aussenminister ernannte Ribbentrop am 9. März nach London, angeblich um seine Geschäfte an der dortigen Botschaft, an deren Spitze er bis dahin gestanden hatte, abzuwickeln. Er wurde vom König, dem Premierminister und dem Erzbischof von Canterbury empfangen und, am 10. März, dem Tag, an dem sich Hitler zum Einmarsch in Österreich entschloss, auch von Lord Halifax. An jenem Abend berichtete er dem deutschen Diktator aus London, England werde sich wegen Österreich nicht zu einem militärischen Vorgehen entschliessen⁴.

Frankreich erhielt diese Botschaft erst zwei Tage später. Am Nachmittag des 11. März, als die Nachrichten aus Wien keinen Zweifel mehr an Hitlers Plänen liessen, wurde Gamelin, so sagt er, von der bis zur Bildung eines neuen Kabinetts noch amtierenden Regierung informiert, dass «keine militärischen Massnahmen zu ergreifen» seien. Nichts werde unternommen, bis man von London gehört habe, so wurde ihm gesagt. Später, in seiner nach dem Kriege vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss abgegebenen Aussage, sollte Daladier behaupten, Frankreich sei zum Handeln bereit gewesen.

Ich wollte etwas tun, um die Unabhängigkeit Österreichs zu bewahren. Ich besuchte Ministerpräsident Chautemps, der gerade zurückgetreten war, mehrere Male. Der Generalstab vertrat ebenfalls die Ansicht, dass es an der Zeit sei, zu handeln.

Am Morgen des 12. März traf Daladier mit dem Ministerpräsidenten, dem Aussenminister Delbos und dem Finanzminister Bonnet zusammen. «Ich sagte ihnen», so bezeugte Daladier, «dass wir beschlossen hätten, die in Aussicht genommenen militärischen Massnahmen unter der Bedingung einzuleiten, dass wir die Mitwirkung Grossbritanniens erreichen, um die das Aussenministerium bereits nachgesucht habe»⁵.

Welche «militärischen Massnahmen in Aussicht genommen» waren, sagte Daladier nicht,

und seine Ministerkollegen müssen sich auch gefragt haben, worin diese Massnahmen bestanden. Gamelin zählte sie später auf: Es wurde lediglich eine Urlaubssperre für die an der deutschen Grenze stationierten Truppen erlassen. Der Oberbefehlshaber der Armee erklärte, er habe Daladier darauf hingewiesen, dass «bei einem nochmaligen Nachgeben Frankreichs wir unsere Anstrengungen steigern müssten». Und er verlangte einen zusätzlichen Kredit von 174 Millionen Francs für die Verstärkung der Maginotlinie⁶. Die Ängstlichkeit Gamelins ist erschütternd. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mehrere deutsche Divisionen auf dem Marsch durch Österreich. In wenigen Tagen würden sie die Tschechoslowakei von drei Seiten einschliessen. Frankreichs gesamte Position im Osten würde in Gefahr sein. Und alles, was der Oberbefehlshaber der französischen Armee glaubte tun zu können, um diesem Schlag entgegenzuwirken, war ein Urlaubssperre für die Truppen an der deutschen Grenze und das Ansuchen um mehr Geld zur Verstärkung der Maginotlinie!

An diesem Nachmittag um 5 Uhr traf die Antwort der britischen Regierung in Paris ein. Gamelin berichtet, Leger, der Generalsekretär des französischen Aussenministeriums, der sie dem Kabinett und ihm weitergeleitet habe, sei ihretwegen «gebrochenen Herzens» gewesen. Sicherlich aber nicht überrascht. Grossbritannien lehnte es – wie erwartet – ab, mehr zu tun, als in Berlin gegen Hitlers Angriff formell zu protestieren. Frankreich zog nach. Österreich wurde seinem Schicksal überlassen. Später gaben die französischen Politiker erneut England die Schuld an ihrer eigenen Tatenlosigkeit. Tatsächlich aber waren sie froh über den Ausweg, den ihnen London eröffnet hatte. Sie hatten nie die Absicht gehabt zu handeln und waren darauf auch gar nicht vorbereitet.

Die Deutschen wussten das längst. Ihre nach dem zweiten Weltkrieg beschlagnahmten vertraulichen Dokumente enthüllen, wie genau sie die französische Schwäche einschätzten. Am Morgen des 12. März hatte Graf Johannes von Welzeck, der deutsche Botschafter in Paris, Berlin versichert, dass sich die Franzosen mit einem formellen Protest begnügen würden. Zwei Tage später berichtete er, dass sie sich mit dem Anschluss abgefunden hätten⁷. Der deutsche militärische Nachrichtendienst hatte sich ebenfalls rasch davon überzeugt, dass sich das französische Heer nicht rühren würde.

Das Oberkommando der Wehrmacht erhielt um 1 Uhr 20 aus Frankreich den telefonischen Bericht eines zuverlässigen Gewährsmanns:

1. *Die Maginotlinie ist voll bemannt, aber ausschliesslich zu defensiven Zwecken.*
2. *Militärische Massnahmen sind von Frankreich nicht zu erwarten, ausser im Fall eines Angriffs auf die Tschechen. Wehrministerium meldet ferner telefonisch am 13. März: Berichte unserer Vertrauensmänner in Frankreich ergeben im Allgemeinen, dass Ruhe herrscht und normaler Dienstbetrieb bei der Truppe⁶.*

Ohne einen Schuss abzufeuern und ohne Eingreifen Grossbritanniens, Frankreichs und Russlands, deren vereinte Streitkräfte ihn hätten überwältigen können, hatte Hitler durch die Eingliederung Österreichs dem Reich sieben Millionen Menschen hinzugefügt

und eine strategische Stellung von unermesslichem Wert für seine künftigen Pläne gewonnen. Seine Heere umzingelten nicht nur die Tschechoslowakei von drei Seiten, sondern er besass nun auch Wien. Als Hauptstadt des alten österreichisch-ungarischen Kaiserreichs war Wien lange Mittelpunkt der Verbindungslinien und Handelswege Mittel- und Südosteuropas gewesen. Jetzt befand sich dieses Nervenzentrum in deutschen Händen.

Vielleicht am wichtigsten war für Hitler der erneute Beweis, dass weder England noch Frankreich einen Finger rühren würden, um ihn aufzuhalten. Ebenso wenig würden sie gemeinsam mit Russland einen Ring um das Reich schmieden, wie sie das früher, vor 1914, getan hatten. Am 17. März, weniger als eine Woche nach dem Anschluss, hatte die Sowjetunion London und Paris eine Dreimächtekonferenz – innerhalb oder ausserhalb des Völkerbundes – zur Erörterung geeigneter Mittel und Wege gegen weitere deutsche Aggressionen vorgeschlagen. Premierminister Chamberlain beharrte jedoch trotz der Vorgänge in Österreich auf seiner Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler und Mussolini. Er nahm die russische Anregung kühl auf und wies sie kurzerhand zurück.

Die unvermeidliche Folge jeder derartigen Aktion (erklärte er im Unterhaus am 24. März) wäre eine forcierte Tendenz zur Heranbildung exklusiver Staatsgruppen, die... den Aussichten auf einen europäischen Frieden schaden müsste.

Allem Anschein nach hatte Chamberlain keine Bedenken gegen solche «exklusiven Staatsgruppen», die sich in der Achse Berlin-Rom oder in dem Antikominternpakt Deutschlands, Italiens und Japans zusammentaten, noch gegen jene Gruppe, die er jetzt wiederzubeleben trachtete – den sogenannten Viermächtepakt, bestehend aus Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien –, jedoch unter Ausschluss Sowjetrusslands. Wieder einmal nahm Frankreich sein Stichwort von Grossbritannien auf und zeigte dem russischen Vorschlag die kalte Schulter*.

Robert Coulondre, der fähige französische Botschafter in Moskau, erwähnt in seinen Memoiren den sowjetischen Vorschlag, der abgesandt wurde, als er unterwegs zu seinem Urlaub in Paris war. Er versichert, dass er ihn nach seiner Ankunft in Paris mit dem Aussenminister besprochen und auf sein Annehmen gedrängt habe, um russische Hilfe

* In seinen Memoiren (*Au Cœur de la Mili*, S. 258 und in der gekürzten englischen Übersetzung *In the Thick of the Fight*, S. 179-181) bringt Paul Reynaud sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass der russische Vorschlag «unbemerkt» durch das französische Aussenministerium oder die Regierung geschlüpft sei. Doch das kann nicht stimmen. Reynaud führt das Zeugnis Blums an, dass der Vorschlag weder ihm noch seinem Aussenminister Paul-Boncour zur Kenntnis gebracht worden sei. Und Paul-Boncour erwähnt ihn nicht in seinen dreibändigen Memoiren. Französische Urkunden, soweit bisher zugänglich, sind auch merkwürdig schweigsam in dieser Angelegenheit. Aber die erbeuteten deutschen Dokumente beweisen, dass die russischen Vorschläge dem französischen Aussenminister «zur Kenntnis gebracht wurden». Am 19. März drahtete die Deutsche Botschaft in Paris nach Berlin, dass der Sowjetbotschafter den französischen Aussenminister besucht und mit ihm Litwinows Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz, um die Wiederholung von Angriffen ähnlich dem auf Österreich zu verhindern, diskutiert habe. Die Botschaft berichtete, der Aussenminister habe «Interesse» gezeigt, aber gleichzeitig betont, dass die russischen Anregungen gründliches Studium und sorgfältige Untersuchung erforderten, ehe man ihnen praktischen Ausdruck verleihen könne. Mit diesen diplomatischen Worten wurde die Absicht bekundet, auf der Stelle zu treten – auf unbegrenzte Zeit. Der französische Aussenminister war an jenem Tag Paul-Boncour*.

für die Tschechoslowakei sicherzustellen, die offensichtlich als nächstes Opfer auf Hitlers Liste stehe. Er ging noch weiter: er sagte, es wäre «dringend erforderlich, militärische Gespräche mit der UdSSR aufzunehmen»¹⁰.

Keine Nation, nicht einmal das Opfer Österreich selbst, machte sich die Mühe, einen Appell an den Völkerbund zu richten, dessen Satzungen Österreichs Unabhängigkeit garantierten und alle anderen Mitgliedstaaten verpflichteten, ihm zu helfen, falls es angegriffen würde. Der Traum Woodrow Wilsons, die Hoffnung der Welt – verkörpert im Völkerbund – war tot.

Am 14. März hielt Hitler seinen Einzug in Wien, nachdem er das Ende Österreichs als selbständiger Staat proklamiert hatte *. An diesem Tag gelang es Léon Blum endlich, eine französische Regierung zu bilden. Aber, wie er der Kammer sagte, war es nicht die Regierung, die er erhofft und zu bilden versucht hatte. Zum zweiten Male im Augenblick einer Krise zur Bildung einer Regierung berufen, erkannte Blum, dass ein neues Volksfrontregime nicht stark genug sein würde, um der durch den jüngsten Aggressionsakt des deutschen Diktators verursachten Verschlechterung der europäischen Lage begegnen zu können. Er appellierte daher an die Rechte, sich mit der Linken in einer Regierung der Nationalen Einheit «von Thorez bis Marin» zusammenzuschließen. Thorez war der Führer der Kommunistischen Partei, Louis Marin der Chef der wichtigsten konservativen Gruppe, der Republikanischen Föderation.

Noch nie zuvor in der Geschichte der Republik hatte die Linke die Initiative ergriffen, um eine Regierung aller republikanischen Parteien zu bilden mit dem Ziel, die Nation in einer Zeit der Gefahr zu einigen. Diese Initiative war bisher immer – 1914, 1926 und 1934 – von der Rechten ausgegangen. Und die Rechte hatte solche Koalitionsregierungen im Wesentlichen konservativ gestaltet, besonders innenpolitisch. Jetzt, im Jahr 1938, da das Land wiederum einer Krise gegenüberstand, zögerte die Rechte, einer Allparteienregierung unter der Führung eines Sozialisten beizutreten. Blum bot an, zugunsten eines anderen zurückzutreten, wenn die Konservativen sich an einer solchen Regierung beteiligen würden.

Samstag, der 12. März, war der entscheidende Tag. In Wien war am Abend zuvor Schuschnigg von Hitler zum Rücktritt gezwungen und vorübergehend durch ein Kabinett von örtlichen Nazi-Strohmännern unter dem «Quisling» Seyss-Inquart ersetzt worden, das die Hauptstadt hielt, bis Hitler und seine Wehrmachtstruppen eintrafen und die Macht übernehmen konnten. In Paris gewann am selben Morgen Blum ohne Schwierigkeiten seine eigene Partei, die Sozialisten und auch die Kommunisten sowie die Radikalen, die die Volksfrontmehrheit bildeten, für sich. Er appellierte dann an die Mitte und die Rechte, einer Regierung der Nationalen Einheit beizutreten. Reynaud von der Mitte und Louis Marin von der Rechten waren nicht abgeneigt, aber die Mehrheit ihrer Anhänger unter Flandins Führung verhielt sich abwartend. Blum liess sich nicht entmuti-

Hitlers Proklamation vom 13. März begann mit den Worten: «Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.»

gen, er schlug vielmehr vor, sie sollten eine Versammlung ihrer Abgeordneten einberufen, die seinen Appell anhören könnten.

Um 6 Uhr abends hielt Blum im Colbert-Saal des Palais Bourbon den Oppositionsabgeordneten eine seiner mitreissendsten und, wie er später meinte, ergreifendsten Reden seines Lebens *. Die Linksparteien der Volksfront hätten ihm an jenem Tage, so sagte er, Vollmacht erteilt, sich mit den Parteien der Mitte und der Rechten zum Besten des Landes zu vereinen. Es sei für ihn «nicht vorstellbar», erklärte er, dass die Parteien der konservativen Opposition bei ihrer langen patriotischen Tradition sich weigern könnten, mit der Majorität zusammenzugehen, um der hart bedrängten Nation die Einigkeit zu geben. Dies war für Blum so unvorstellbar, dass er, wie er später seinen Richtern in Riom erklärte, den Plenarsaal in der Überzeugung verliess, die Deputierten der Opposition für sich gewonnen zu haben. Nachdem er gegangen war, sprachen die Führer der Mitte und der Rechten. Reynaud drängte seine Kollegen energisch, einer Allparteienregierung beizutreten. Als einige Abgeordnete gegen die Beteiligung an einer Regierung, der Kommunisten angehörten, protestierten, erwiderte Reynaud: «Es ist nicht Stalin, der heute in Wien einrückt, der morgen Prag bedrohen wird. Es ist Hitler... Ich sage euch, Frankreich muss sich heute einigen!» Er fand die Unterstützung Marins, Mandels und sogar Kerillis, die alle rechts von ihm standen.

Nach Aussagen der Sitzungsteilnehmer war es Flandin, der das Blatt wendete. Er hatte Berlin im vorangegangenen Dezember besucht und mit mehreren führenden Nationalsozialisten gesprochen. Er war so beeindruckt, dass er mit der Überzeugung zurückkehrte, Deutschland sei zu stark, als dass man sich mit ihm anlegen könne. Frankreich müsse sich hinfort seinem mächtigeren Nachbarn anpassen, statt ihm entgegenzutreten** und die gleiche Haltung auch gegenüber dem faschistischen Italien einnehmen. Eine von der Volksfront gelenkte Regierung, so argumentierte er, würde nicht nur die faschistischen Diktatoren verärgern, sondern überdies der Tory-Regierung Grossbritanniens missfallen.

Der Gedanke, dass für Frankreich lediglich eine Regierung in Frage käme, die nicht nur seinen Freunden, sondern auch seinen Feinden zusagte, scheint die konservativen Abgeordneten nicht schockiert zu haben. Sie wussten natürlich, was Flandins Hauptanliegen war, wenn er sich weigerte, mit der Volksfront zusammenzuarbeiten: Er wollte die Volksfront zerstören und den Weg für die Rückkehr zu einer konservativen Regierung vorbereiten, in der er Aussicht hatte, wieder Minister zu werden. Es behagte ihm ebenso wenig wie Laval, dass er seit zwei Jahren keinen Kabinettsposten mehr innehatte. Flandins Eingreifen brachte trotz Reynauds bewegendem Appell und der Unterstützung

* Wie Vincent Auriol viel später, als er Präsident der Vierten Republik war, sagte: «Angesichts von Hitlers Expansion, angesichts der Kriegsgefahr . . . rief Blum mit den ergreifendsten Worten, die je ein Mann an seine Gegner richtete, zur Einheit auf und beschwor sie, gemeinsam mit ihm in einer geeinten Regierung ihr bedrohtes Land und seine Freiheit zu retten.»

Auriols Lob stammte aus einer Rede bei Blums Tod am 2. April 1950.

** Churchill, der Paris wenige Tage später besuchte, führte ein langes Gespräch mit Flandin und notierte: «Er war ein ganz anderer Mann als der, den ich 1936 gekannt hatte; jetzt, da er nicht mehr im (Regierungs-) Amt war, (war er) fest überzeugt, dass es für Frankreich keine Hoffnung gebe, ausser durch ein Abkommen mit Deutschland. Wir stritten zwei Stunden lang ».»

einer Regierung der Nationalen Einheit durch Marin, Mandel und Kerillis die Entscheidung.

Die versammelten Oppositionsabgeordneten lehnten Blums Vorschlag mit der überwältigenden Mehrheit von 152 gegen 5 Stimmen ab.

Blum erklärte, er könne weder seine «Überraschung» noch seine «Betrübnis» verhehlen. Er bildete am nächsten Tag seine Volksfrontregierung. «Jedermann wusste, dass sie von kurzer Dauer sein würde», sagte er lange Zeit später vor dem Gericht in Riom aus. «Und ich versichere Ihnen, ich wusste das ebensogut wie jeder andere ¹².»

Sie hielt sich nur knapp einen Monat.

Die Gelegenheit zur Einigung des Landes war wegen der Starrköpfigkeit der Rechten vertan. Paul Reynaud drückte am 19. März in einer Rundfunkansprache sein tiefes Bedauern darüber aus.

Frankreich zeigt sich im schlechtesten Licht. All die Streitigkeiten, aller Groll, all die Erbitterung des politischen Ringens sind zutage getreten. Wäre es nicht an der Zeit, über uns selbst hinauszuwachsen, unsere Parteien- und Klassenunterschiede zu vergessen und endlich Kinder desselben Vaterlandes zu werden, eines Vaterlandes in Gefahr...? Ist es denn möglich, dass Frankreich seinen Selbsterhaltungstrieb eingebüsst hat?

Es erwecke diesen Eindruck, fügte er hinzu ¹³.

Xavier-Vallat von der äussersten Rechten begrüßte Blum wiederum mit antisemitischen Ausfällen, als der Ministerpräsident der Kammer sein neues Kabinett vorstellte. Er verteidigte die Weigerung der Konservativen, sich mit der Volksfront zu einer Allparteienregierung zusammenzuschliessen und rief aus:

Mir persönlich erscheint der Versuch ungeziemend, Frankreich um einen Mann zu einen, der so augenfällig jenes Volks repräsentiert, das ein göttlicher Fluch zu einem Dasein ohne Vaterland verdammt hat.

Diese Bemerkung wurde nach dem *Journal Officiel* mit «Applaus von der Rechten, heftigen Protesten und anhaltendem Murren von der äussersten Linken bis zur Linken» quittiert.

In der Aussenpolitik machte sich Blum energisch daran, die Scherben aufzulesen, die Hitlers Einmarsch in Österreich, Chamberlains zunehmende Beschwichtigungspolitik gegenüber den faschistischen Diktatoren, Francos mit deutscher und italienischer Hilfe erzielte Erfolge im Spanischen Bürgerkrieg und Chautemps' einjährige Untätigkeit gegenüber diesen Ereignissen zurückgelassen hatten.

Am 14. März, einen Tag nach seiner Amtsübernahme, bat Blum den tschechoslowakischen Botschafter zu sich und versicherte ihm in Gegenwart seines Aussenministers Paul-Boncour feierlich, dass Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs uneingeschränkt zu

seinen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei stehen und ihr zu Hilfe eilen werde. Graf Welczeck, der deutsche Botschafter in Paris, meldete am folgenden Tage nach Berlin, dass es sich um eine «bindende Zusage» handle und dass Frankreich diesmal nicht die Reaktion des Völkerbunds oder Grossbritanniens abwarten werde. Er fügte hinzu: «Der Oberste Militärerrat wurde für diesen Nachmittag einberufen. Er wird sich mit der Angelegenheit befassen und Einzelheiten militärischer Massnahmen im Zusammenhang mit dieser neuen Verpflichtung ausarbeiten.» Der Botschafter betonte, die «Periode der Untätigkeit» in Frankreich sei nun «zu Ende». Er wies Berlin darauf hin, dass die neue Regierung Blum nicht nur bei der Verteidigung der Tschechoslowakei, sondern auch in Spanien hart bleiben werde. «Dementsprechend», drahtete er, «wird man auch der deutschen und italienischen Intervention in Spanien entgegenzutreten, und allem Anschein nach wird die französische Intervention besonders durch Lieferung von Kriegsmaterial und Bereitstellung technischer Hilfe verstärkt werden^{H.}»

Der deutsche Diplomat mit seinen guten Beziehungen zu deutschfreundlichen Parlamentariern und wahrscheinlich sogar Regierungsmitgliedern war richtig informiert – was die Absichten betraf. Blum berief für den Nachmittag des 15. März, seinem zweiten Tag im Amt, eine Sitzung des Ständigen Ausschusses für Nationale Verteidigung ein, um die französischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und eine eventuelle Intervention gegen Franco in Spanien zu besprechen. Wenn der deutsche Botschafter das Sitzungsprotokoll¹⁵ gesehen hätte, wären seine offenkundigen Sorgen geringer gewesen. Die Bedenken der französischen Generäle und des Kriegsministers Daladier erreichten einen neuen Höhepunkt.

Paul-Boncour warf die erste Grundsatzfrage auf: Welche Hilfe kann Frankreich der Tschechoslowakei im Falle eines Angriffs durch Deutschland bringen? Eigentlich nicht viel, lautete die Antwort Daladiers und General Gamelins. Daladier erklärte, die einzige mögliche Hilfe Frankreichs bestehe in einer Mobilisierung der Streitkräfte an der Grenze und damit in einer Bindung des Gros des deutschen Heeres im Westen. In einem kühnen Augenblick vertrat Gamelin die Meinung, Frankreich könne einen Schritt weiter gehen «und angreifen». Aber dann machte er gleich einen Rückzieher und wies darauf hin, man müsse «eine bereits befestigte Zone» angreifen, und «dies könnte zu langwierigen Operationen führen».

«Aber Russland würde intervenieren», warf Blum ein.

«Ich sehe zunächst keine Möglichkeit für eine wirkungsvolle Unterstützung durch Russland», erwiderte Gamelin kühl und flüchtete sich in seine Gewohnheit, die Schwierigkeiten zu übertreiben. Polen und Rumänien, so erklärte er, würden den sowjetischen Truppen vermutlich das Durchmarschrecht verweigern, und selbst wenn sie es erteilten, würden für diesen Zweck die Bahnlinien nicht ausreichen, und die Strassen befänden sich für motorisierte Einheiten in zu schlechtem Zustand. General Vuillemin, Chef der Luftwaffe, äusserte sich ähnlich pessimistisch zur Frage einer russischen Unterstützung aus der Luft. Er erklärte, Polen und Rumänien müssten zuerst den russischen Maschinen die Genehmigung zum Überfliegen ihrer Territorien erteilen, und dies sei zweifelhaft.

Aber selbst für den Fall einer solchen Genehmigung gebe es in der Tschechoslowakei nur vierzig für die Landung sowjetischer Flugzeuge geeignete Flugplätze, die, wie er sagte, rasch durch deutsche Bomben zerstört werden könnten. Doch den entscheidenden Einwand brachte der defätistische Luftwaffengeneral erst einige Minuten später an, als sich die Diskussion dem Risiko eines grossen Kriegs zuwandte. Bei der Überlegenheit der deutschen Luftwaffe, sagte General Vuillemin, *«würde die französische Luftwaffe innerhalb von fünfzehn Tagen ausradiert sein»*.

Diese alarmierende Mitteilung machte die Versammlung nachdenklich. Die letzten Illusionen zerstörte Marschall Pétain, indem er hinzufügte: *«Bei der Luftwaffe zählt weniger die anfängliche Stärke als das Vernichtungspotential. Und dieses Potential haben wir nicht.»* Guy la Chambre, der Luftfahrtminister, pflichtete ihm bei. Er wies darauf hin, dass Frankreich gegen Ende des ersten Weltkriegs monatlich 3'000 Flugzeuge hergestellt habe, dass die gegenwärtige Monatsproduktion jedoch nur 40 Maschinen betrage, er jedoch hoffe, diese Zahl bald auf 60 anheben zu können. Nach dem Protokoll verglich Marschall Pétain diese Zahl mit den 250 Flugzeugen pro Monat, die in Deutschland produziert wurden.

Eine düstere Stimmung breitete sich aus. Sie wich auch nicht, als der Ministerpräsident seine zweite Frage stellte: *«Wie können wir in Spanien intervenieren?»* Könnte Frankreich, so sagte er, für ein Ultimatum an Franco geradestehen? Nachdem er innerhalb von vierundzwanzig Stunden die Hilfe Deutschlands und Italiens aufkündigen oder anderenfalls mit einer französischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg rechnen müsse? Blum erinnerte seine Kollegen daran, dass Hitler erst vor wenigen Tagen gegenüber Österreich ein ähnliches Ultimatum mit Erfolg angewandt hatte.

Nach Auskunft des Protokolls riefen die Fragen des Ministerpräsidenten Bestürzung hervor. Gamelin erwiderte sofort, die *«Bedingungen seien nicht vergleichbar»*. Deutschland verfüge, wie er betonte, über ein stehendes Heer von 900'000 Mann, Frankreich nur über 400'000. Daladier sagte es noch unverblümt: *«Man müsste blind sein, nicht zu erkennen, dass eine Intervention in Spanien einen allgemeinen Krieg auslösen würde.»* Leger vom Aussenministerium unterstützte ihn. *«Deutschland und Italien»*, versicherte er, *«würden eine französische Intervention als einen Casus belli betrachten. Darüber gibt es keinen Zweifel.»* Hier trat die Schwäche in der Grundhaltung der Franzosen zutage: die französische Intervention in Spanien würde zu einem europäischen Krieg führen – nicht aber die bereits sehr massive italienisch-deutsche Intervention. Es war ein schwerwiegendes Eingeständnis der eigenen Unterlegenheit und Hilflosigkeit. Am Ende der kläglichen Konferenz fasste Daladier das Ergebnis folgendermassen zusammen:

Eine solche, durch keinerlei neue Tatsachen ausgelöste Intervention würde für uns das Risiko bedeuten, allein Deutschland und Italien gegenüberzustehen. Das ferne, geschwächte Russland könnte nur geringe Unterstützung bringen, und wir hätten keinerlei Gewähr für eine Hilfe von Seiten Grossbritanniens.

Die Angst, gegenüber den faschistischen Diktatoren alleingelassen zu werden, sollte von nun an allen militärischen und zivilen Führern Frankreichs im Nacken sitzen und jegliche aussenpolitische Initiative im Keim ersticken, die vielleicht Frankreichs Stellung in Europa gefestigt, ein Bündnis gegen die Achsenmächte geschmiedet und Hitler sowie Mussolini von weiteren Aggressionen abgeschreckt hätte. Sie hatte ihre Ursache in zwei schwerwiegenden Fehleinschätzungen: einer Unterschätzung der militärischen Stärke Sowjetrusslands und dem Nichterkennen der Tatsache, dass Grossbritannien schon um seiner Selbsterhaltung willen Frankreich gegen Deutschland und Italien beistehen musste.

Die um 18 Uhr 15 eröffnete Sitzung des Verteidigungsausschusses war zur allgemeinen Erleichterung um 20 Uhr zu Ende. Blum und Paul-Boncour kannten nun wenigstens die Grenzen ihrer Handlungsfreiheit. Eine Intervention in Spanien kam nicht in Betracht. Angesichts der Äusserungen der Generäle und des Kriegsministers konnte Frankreich auch wenig zur Rettung der Tschechoslowakei tun. Frankreich konnte natürlich das gerade von Blum erneuerte Versprechen einlösen und Hitler vielleicht allein durch die Proklamation abschrecken. Die Frage war nur: Würde Frankreich zu seinem Wort stehen? Im Laufe der folgenden sechs Monate sollte gerade diese Frage immer wieder mit zunehmender Eindringlichkeit und Leidenschaft in Paris, Berlin, London, Moskau, Rom und Prag aufgeworfen und diskutiert, bestätigt und angezweifelt werden, bis die letzten Septembertage dem unter der Kriegspsychose zitternden Europa die endgültige Antwort erteilten.

Marschall Pétain liess am nächsten Tag eine übertriebene Darstellung von der Beratung des Verteidigungsausschusses über eine Intervention in Spanien an die reaktionäre Presse durchsickern, und zwar durch seinen früheren Adjutanten, Major Loustauneau Lacou, der bekanntlich enge Verbindungen zur Terroristengruppe Cagoule unterhielt. Daraufhin brachten die Titelseiten der rechtsgerichteten Pariser Blätter Schlagzeilen zur angeblichen Regierungsentscheidung, in Spanien zu intervenieren und drei Divisionen nach Katalonien zu schicken, um Franco zurückzuschlagen. Sofort eilte der nervöse britische Botschafter, Sir Eric Phipps, zu Paul-Boncour und verlangte eine Erklärung. Genauso gereizt erkundigte sich der spanische Botschafter in Berlin, was die Deutschen angesichts dieses französischen Schritts zu unternehmen gedächten. Aber die Deutschen waren nicht besorgt. General Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, versicherte dem Auswärtigen Amt, ein Einmarsch der Franzosen in Spanien sei höchst unwahrscheinlich. Der Mangel an innerer Einigkeit und die schwache Position der gegenwärtigen französischen Regierung, so erläuterte Keitel^{1#}, liessen das als unwahrscheinlich erscheinen*.

Das Oberkommando der Wehrmacht beobachtete ebenso aufmerksam wie Hitler selbst diese Anzeichen für ein «Fehlen innerer Einigkeit» in Frankreich – aber nicht, weil sich dadurch die Position in Spanien festigte, sondern im Hinblick auf die Tschechoslowakei.

* Keitel unterrichtete übrigens das Auswärtige Amt in derselben Aktennotiz, er ginge davon aus, dass sich Deutschland auch weiterhin so verhalten würde, als ob keine deutschen Truppen in Spanien eingesetzt seien.

Wie wir aus den deutschen Unterlagen wissen, sollte Hitler schon bald, nämlich am 21. April, Keitel zu sich rufen und mit ihm die bereits vor einem Jahr entworfenen Operationspläne für einen «Blitzangriff» auf die Tschechoslowakei besprechen.

Dieser von den Deutschen so aufmerksam beobachtete Mangel an innerer Einigkeit in Frankreich brachte am 8. April 1938 die zweite Regierung Blum zu Fall und schaufelte der Volksfront endgültig ihr Grab. Wie schon vor zwei Jahren beim ersten Amtsantritt Blums, kam es erneut zu einer Streikserie, die sich besonders verheerend auf die Aufrüstung auswirkte. Diesmal gaben sich die Arbeitgeber in dem sicheren Bewusstsein, dass sich die Linksregierung doch nicht halten würde, keine Mühe, sie beizulegen, aber sie taten es sofort nach Blums Abtreten – was Vincent Auriol als «einen ausserordentlichen Zufall» betrachtete.

Im Parlament erreichte die Stimmung der Rechten einen neuen Siedepunkt. Als am 6. April in der Kammer die Debatte über die Finanz- und Wirtschaftsvorlagen der Regierung begann, die selbst von den meisten Konservativen als «in sich geschlossen und konstruktiv»¹⁷ bezeichnet wurden, musste der Parlamentspräsident die Sitzung unterbrechen, um einen Krawall zu beenden. «Tod den Juden!» schrie der rechtsradikale Deputierte Duboys-Fresney in dem allgemeinen Tumult, und Montigny, ein Radikaler, erhob den Vorwurf, dass die von Blum bis zum 1. Juli zur Durchsetzung seines Programms geforderten Sondervollmachten den sozialistischen Ministerpräsidenten in die Lage versetzen würden, «die Revolution legal durchzuführen». Flandin führte seinen Kampf zum Sturz der Volksfront weiter und empörte sich darüber, dass es die neue Regierung wagte, eine Devisenkontrolle zu empfehlen; aber die Notwendigkeit, die fortgesetzte Kapitalflucht, die das Land seit langer Zeit schwächte, zu unterbinden, wurde allerdings von allen eingesehen.

Die Vorlage der Regierung Blum sah vor, Frankreich zum erstenmal seit Poincaré wieder ein kühnes und umfassendes Programm zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau des Landes zu geben, das Kapital produktiv einzusetzen, die Kredite stark auszuweiten, den Devisenhandel zu kontrollieren und das herrschende Chaos durch eine neue finanzielle Ordnung zu ersetzen. Es war eine Ironie, dass gerade ein Mann wie Blum, der sich jahrelang einer Erhöhung der Militärkredite widersetzt hatte, sein Programm auf eine ungeheure Steigerung der Rüstungsproduktion stützte, weil er davon überzeugt war, dass man Hitler nur dann in seine Schranken weisen könne, wenn Heer, Luftwaffe und Marine sofort und drastisch gestärkt wurden, und weil er glaubte, dass von einer Ausweitung der Rüstungsindustrien eine starke stimulierende Wirkung auf die gesamte Wirtschaft ausgehen würde.

Das, meine Herren (sagte er vor der Kammer), sind die vorgeschlagenen Massnahmen ... Sie werden beherrscht von der grossen Verpflichtung ... aller Franzosen, die Verteidigung ihres Vaterlandes sicherzustellen. Es ist gewiss eine Ironie des Schicksals, dass gerade eine Nation, die sich dem Frieden und dem Fortschritt der Menschheit verschrieben hat, nun gezwungen wird, all ihre Kräfte zu einer gigantischen militärischen Leistung zu-

sammenzufassen... Aber wir werden beweisen, dass freie Völker in der Lage sind... mit ihren Aufgaben zu wachsen, dass Demokratien durch eine freiwillig auferlegte Disziplin eine Kraft an den Tag legen können, die an anderer Stelle nur durch blinden Gehorsam erzwungen werden kann.

Aber die französische Demokratie, oder zumindest das Parlament als ihr Sprachrohr, befand sich nicht in einer so heroischen Stimmung. Politische Erwägungen behielten wie üblich die Oberhand. Die Kammer mit ihrer immer noch bestehenden Volksfrontmehrheit billigte das Programm mit 311 zu 215 Stimmen, wobei fast die Hälfte der Radikalsocialisten entgegen der Koalitionsabsprache dagegen stimmten. Am 8. April stürzte der Senat, wieder unter Führung des verbitterten Caillaux, erneut die Regierung Blum, diesmal mit 214 gegen 47 Stimmen. Sie hatte sich ganze sechsundzwanzig Tage gehalten. Ihr Zusammenbruch begrub die Volksfront trotz ihrer Mehrheit in der Kammer – so unzuverlässig waren die gewählten Abgeordneten. Zum dritten und letzten Mal seit dem grossen Krieg war eine Union der Linksparteien trotz ihres Wahlsiegs und einer dominierenden Stellung in der Kammer auseinandergefallen und gezwungen worden, die Zügel der Regierung aus der Hand zu geben.

Edouard Daladier wurde Blums Nachfolger als Ministerpräsident. Der Radikalsocialist hatte seine Partei in die Volksfront geführt und sich als einer ihrer zuverlässigsten Befürworter erwiesen. Nach einem bisher noch nie dagewesenen Vertrauensvotum in der Kammer (514 gegen 8) und im Senat (290 gegen 0) und nach Erhalt der zeitweiligen Vollmacht, vermittels Verordnungen zu regieren – eine Vollmacht, die der Senat Blum verweigert hatte vollzog der neue Ministerpräsident, der die Geschicke der Dritten Republik bis fast zum bitteren Ende lenken sollte, rasch eine Schwenkung nach rechts. Die Abwesenheit der Sozialisten, die sich zwar weigerten, seiner Regierung beizutreten, die aber die Unterstützung in der Kammer zusagten, und der Kommunisten, die zur Teilnahme gar nicht eingeladen wurden, ihr jedoch ebenfalls parlamentarische Unterstützung zusagten, machten es Daladier leicht, sich die Rückendeckung von Seiten der Konservativen zu sichern. Er nahm in sein Kabinett die beiden gemässigten Konservativen Reynaud und Mandel auf sowie mehrere Angehörige seiner eigenen Partei, die von der Volksfront enttäuscht waren.

Zu diesen gehörte auch Georges Bonnet, der Paul-Boncour im Aussenministerium ablöste. Dieser eitle, gerissene, mit allen Wassern gewaschene, radikale Politiker – «ein Intrigant ohne moralische Grundsätze», wie der sonst so zurückhaltende General Gamelin ihn nannte, nachdem er ihn am Quai d'Orsay kennenlernte – war kaum der richtige Mann für die Führung der Aussenpolitik inmitten der schlimmsten Krise, die Europa seit einer Generation durchmachte. Doch die Anwesenheit Mandels und Reynauds im Kabinett versprach, auch wenn sie in der Innenpolitik zu den gemässigten Konservativen zählten, den «verderblichen Einfluss» Bonnets – um noch einmal Gamelin zu zitieren – auf Frankreichs Beziehungen zu anderen Mächten, Freund wie Feind, auszugleichen. Sie strebten endlich eine feste Haltung Frankreichs gegenüber Hitler und Mussolini an

und bemühten sich um eine Stärkung Frankreichs durch Aufrüstung und Festigung der Bündnisse, nicht nur mit Grossbritannien, sondern auch mit Russland. Das war nach ihrer Auffassung der einzige Weg zur Erhaltung des Friedens.

Auch Bonnet wünschte leidenschaftlich den Frieden, jedoch einen Frieden fast um jeden Preis, insbesondere dann, wenn es sich so einrichten liess, dass jene Länder ihn bezahlen mussten, die Hitler im Wege standen. Seine Ernennung zum Aussenminister bedeutete eine Änderung der französischen Aussenpolitik, wie Daladier ganz offen gegenüber Paul-Boncour zugab, als er Bonnet zu dessen Nachfolger bestimmte. Als Daladier am 10. April Paul-Boncour zu sich rief, um mit ihm die Besetzung des Aussenministeriums in der neu zu bildenden Regierung zu besprechen, hatte dieser ihm erklärt, er werde auf einer festen Haltung Frankreichs in der tschechoslowakischen Frage bestehen, falls er seinen Posten behielte. Er hatte Daladier warnend darauf hingewiesen, wenn man dieses Land im Stich liesse, würde Polen das gleiche Schicksal erleiden, und Hitler würde Herr des Kontinents sein. Daladier hatte erwidert: «Ihre Politik ist schön und recht, aber ich glaube nicht, dass Frankreich stark genug ist, sie zu verfolgen. Ich werde Bonnet nehmen.»

«Falls Sie Ihre Aussenpolitik zu ändern wünschen», soll ihm Paul-Boncour nach seinen eigenen Worten geantwortet haben, «dann hätten Sie keine bessere Wahl treffen können.» Die Ereignisse sollten dieses Urteil schon bald bestätigen¹⁸.

Der Weg nach München, I. 27. April bis 13. September 1938

Am 27. April 1938 reiste Daladier mit seinem Aussenminister zu Gesprächen mit der britischen Regierung nach London. Am gleichen Tag übermittelte er General Gamelin eine knappe handschriftliche Notiz*: «Lassen Sie mich genau wissen, welche militärischen Massnahmen Frankreich zur Unterstützung der Tschechoslowakei gegen Deutschland unternehmen kann, wobei ich davon ausgehe, dass die Mobilisierung nur der erste Schritt ist *.»

Die schriftliche Antwort des Armeechefs erreichte den Ministerpräsidenten am folgenden Tag, gerade noch rechtzeitig vor dem Beginn seiner Londoner Gespräche. Gamelins Vorsicht war typisch für ihn. Er wies darauf hin, dass der gegenseitige Beistandspakt zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei durch keinerlei Militärabkommen ergänzt würde. Im Falle einer Mobilmachung könnten die Franzosen die Offensive ergreifen – aber nur unter gewissen Bedingungen. Er stellte erneut eine ganze Reihe solcher Bedingungen, wie er es bereits während der Besetzung des Rheinlands und des Anschlusses Österreichs an das Reich getan hatte. Das Vorgehen Frankreichs würde davon abhängen, wie viele französische Soldaten durch die Italiener in Nordafrika und in den Alpen gebunden würden. Frankreichs «Kampfkraft» hinge ferner davon ab, wie Russland, Grossbritannien, Rumänien und Jugoslawien vorgehen würden³.

Bei den Londoner Gesprächen vom 28. und 29. April zeigten sich Daladier und sogar Bonnet mutiger als ihr Armeechef. Der Ministerpräsident erklärte den Briten, Hitlers wahres Ziel sei nicht die Erlangung von Zugeständnissen für die Sudetendeutschen, sondern er benutze ihre Klagen als Vorwand zur Vernichtung der Tschechoslowakei und die Erlangung einer «Vorrangstellung auf dem Kontinent, im Vergleich zu der selbst Napoleons ehrgeizige Bestrebungen verblassen».

Heute ist die Tschechoslowakei an der Reihe (sagte Daladier), morgen werden es Polen und Rumänien sein. Sobald sich Deutschland in den Besitz des erforderlichen Öls und Getreides gesetzt hat, wird es sich dem Westen zuwenden. Sicherlich müssen wir uns verstärkt um die Vermeidung des Krieges bemühen. Aber dieses Ziel lässt sich nur dann erreichen, wenn Grossbritannien und Frankreich Zusammenhalten, sich in Prag für

* Nach Bonnets Angabe vertrat das französische Aussenministerium seit längerer Zeit die Auffassung, dass die Mobilmachung allein, auch wenn es nicht zum Kampf kam, schon als Erfüllung von Frankreichs Hilfspflicht gegenüber der Tschechoslowakei im Fall eines Angriffs durch Deutschland anzusehen sei. Dadurch würde man, nach allgemeiner Ansicht, einen Grossteil der deutschen Streitkräfte im Westen binden *.

*weitere Zugeständnisse einsetzen, gleichzeitig aber erklären, dass sie die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei garantieren. Sollten die Westmächte jedoch erneut kapitulieren, würden sie nur den Krieg beschleunigen, den sie doch abzuwenden suchen.*⁴

Das waren mutige Worte, die von Weitblick zeugten. Bonnet liess sich von seinem Ministerpräsidenten mitreissen und wies erneut darauf hin, dass es Hitlers Ziel sei, «die Tschechoslowakei schlicht und einfach auf der Landkarte auszuradieren». Frankreich und Grossbritannien müssten daher, so fügte er hinzu, «gemeinsam eine feste Haltung zeigen und an ihr ohne Rücksicht auf das Risiko festhalten. Frankreich jedenfalls wird Wort halten», erklärte er.

Wie die französischen Minister kaum anders erwartet haben dürften, traf ihr Appell bei Premierminister Chamberlain auf taube Ohren. In einer Rede vor dem Unterhaus hatte der Premierminister erst vor einem Monat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Grossbritannien nicht verpflichtet sei, Frankreich Hilfe zu leisten, falls es wegen der Tschechoslowakei in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde. Insgeheim hatte er den Kleinstaat bereits abgeschrieben.

Am 20. März, eine Woche nach dem Anschluss Österreichs, hatte er an seine Schwester geschrieben:

*Du brauchst nur einen einzigen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu sehen, dass weder Frankreich noch wir irgend etwas unternehmen können, um die Tschechoslowakei vor einer Überrumpelung durch die Deutschen zu retten, falls die das wollen ... Ich habe deshalb den Gedanken an irgendwelche Garantien an die Tschechoslowakei oder die Franzosen im Zusammenhang mit ihren Verpflichtungen gegenüber diesem Land aufgegeben*⁶.

Diese Haltung machte er nun den Franzosen klar, nachdem er Daladier seinen Pessimismus vorgehalten hatte. Er glaube nicht, sagte er, dass «das Bild wirklich so schwarz ist, wie Monsieur Daladier es gezeichnet hat». Er bezweifelte sehr (wie das britische Protokoll wörtlich zitiert), dass «Herr Hitler wirklich den Wunsch hegt, diesen oder irgendeinen anderen tschechischen Staat zu vernichten». Sollte dies jedoch der Fall sein, so sehe er, Chamberlain, «ganz ehrlich keine Möglichkeit, dies zu verhindern».

Alles Weitere ergab sich aus dieser Zaghaftigkeit. Die Franzosen widersprachen vergebens. Am 29. April, dem Nachmittag des zweiten Verhandlungstages, zog sich Chamberlain zurück, um mit seinem Kabinett über die festgefahrenen Verhandlungen zu beraten. Er kehrte mit einem nichtssagenden Kompromiss in die Sitzung zurück: Grossbritannien sei bereit, gemeinsam mit Frankreich die Tschechoslowaken um eine möglichst weitgehende Erfüllung der sudetendeutschen Forderungen zu ersuchen. Gleichzeitig wollte die britische Regierung in Berlin auf «Mässigung» dringen.

Daladier berichtete später: «Es ist uns lediglich gelungen, die Briten zu einem gemeinsamen Vorgehen mit uns zu bewegen – jedoch nur bei einem rein diplomatischen

Schritt.» Er kehrte niedergeschlagen und ohne Verständnis für die Haltung des britischen Premierministers von diesem ersten Treffen mit ihm nach Paris zurück.

Die hohen französischen Gäste hatten Downing Street kaum verlassen, um wieder ihr Flugzeug zu besteigen, da rief der neue britische Aussenminister Lord Halifax den deutschen Geschäftsträger Theodor Kordt zu sich und versicherte ihm, dass die Franzosen und Briten keine gemeinsamen Schritte gegen Deutschlands Interessen beschlossen hätten. Grossbritannien, so erklärte er, sei gegenüber den Franzosen «keine weiteren militärischen Verpflichtungen» eingegangen. Lord Halifax betonte sogar, wie Kordt nach Berlin kabelte, «sichtlich bewegt, dass es am besten wäre, wenn sich die drei blutsverwandten Nationen Deutschland, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten zu einer gemeinsamen Arbeit für den Frieden zusammenfänden» •.

In Berlin übergab der britische Botschafter Sir Neville Henderson, den Chamberlain mit dem Auftrag nach Deutschland entsandt hatte, eine neue Ära englisch-deutscher Zusammenarbeit einzuleiten, in der Wilhelmstrasse ein schriftliches Memorandum zu den französisch-britischen Gesprächen. Darin wurde erklärt, dass «die Regierung Seiner Majestät besonderen Wert darauf legt, die deutsche Regierung über gewisse, mit den französischen Ministern besprochene Themen nicht im unklaren zu lassen...» ⁷. Am 10. Mai versicherte der Erste Sekretär der britischen Botschaft den Deutschen, die Sudetenfrage könne durch Grossbritannien und Deutschland allein ohne Einschaltung anderer Mächte beigelegt werden.

Wenn die deutsche Regierung der britischen Regierung vertraulich mitteilen würde, welche Lösung der sudetendeutschen Frage sie anstrebe, so glaube er versichern zu können, dass die britische Regierung auf Prag einen gewissen Druck ausüben und die tschechoslowakische Regierung zu einem Eingehen auf die deutschen Wünsche zwingen werde ⁸.

In diesem Stadium dachte die deutsche Regierung gar nicht daran, die Briten – und sei es auch nur vertraulich – über ihre Vorstellung von einer «Lösung» zu unterrichten. Ende April hatte Daladier in London zwar versucht, Chamberlain über diese Lösung aufzuklären, aber der Premierminister hatte ihn für einen Pessimisten gehalten. Schon am 21. April hatte Hitler Generaloberst Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, zu einer Besprechung gewisser Änderungen des Operationsplans «Fall Grün» zu sich gerufen. «Fall Grün» war die Codebezeichnung für den bereits im Jahr zuvor ausgearbeiteten Plan eines Überraschungsangriffs auf die Tschechoslowakei. Problematisch war die «Rechtfertigung» des Überfalls. Hitler erklärte Keitel, die beste Lösung wäre ein «blitzartiges Handeln aufgrund eines Zwischenfalls (zum Beispiel der Ermordung des deutschen Gesandten im Verlauf einer deutschfeindlichen Demonstration)»⁹. Einen ganz ähnlichen «Zwischenfall» hatte er als Rechtfertigung für den deutschen Einmarsch in Österreich vorgesehen, nämlich die Beseitigung von Botschafter Franz von Papen in Wien. Sie erwies sich jedoch später als überflüssig. In Hitlers Augen waren deutsche

Diplomaten im Ausland durchaus entbehrlich. Was die Taktik der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei betraf, so hatte ihr Anführer Konrad Henlein am 28. März, zwei Wochen nach der Angliederung Österreichs, noch von Hitler persönlich in einer dreistündigen Konferenz in Berlin Instruktionen erhalten. Henlein wurde angewiesen, auch weiterhin an die tschechoslowakische Regierung unannehmbare Forderungen zu stellen⁰. Die Bedrängnis der deutschsprechenden Minderheit in der Tschechoslowakei * war somit für Hitler lediglich ein Vorwand, die Stimmung in Mitteleuropa so lange anzuheizen, bis er ein weiteres Land, das er begehrte, vereinnahmen konnte.

Trotz der angestregten britischen Beschwichtigungsbemühungen gegenüber Deutschland in jenem Frühjahr, die zu dem Angebot Londons führten, Hitlers Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei durchzusetzen, drängte der Führer zu Beginn des Sommers immer energischer auf militärische Massnahmen. Am 16. Mai, kaum eine Woche nach der von den Briten in Berlin abgegebenen Versicherung, sie würden die Tschechen zur Annahme jeder von den Deutschen gewünschten «Lösung» veranlassen, fragte Hitler von seinem Berghof in Berchtesgaden aus in einem «dringenden und streng geheimen» Telegramm beim OKW an, wie viele Divisionen an der tschechischen Grenze «im Falle der Mobilmachung innerhalb von zwölf Stunden marschbereit» seien. Das OKW antwortete unverzüglich: «12 Divisionen.» Hitler wollte es noch genauer wissen. «Bitte Divisionsnummern angeben», drahtete er zurück. Das OKW nannte prompt die Nummern von zehn Infanteriedivisionen und fügte hinzu, darüber hinaus stehe eine Panzer- und eine Gebirgsjägerdivision bereitⁿ.

Die Maikrise

Die Ereignisse strebten nun mit Riesenschritten der ersten Tschechoslowakeikrise am 20. Mai 1938 zu. Am 9. Mai brach Henlein die Gespräche mit der tschechoslowakischen Regierung ab und reiste nach Deutschland. Überall im Sudetenland brachen von den Nazis angestiftete Unruhen aus. Reichspropagandaminister Goebbels spielt sie in Presse und Rundfunk zu Schauernmärchen vom «tschechischen Terror» gegen arme, wehrlose Deutsche hoch. Am 18. Mai meldete der tschechoslowakische Geheimdienst den Aufmarsch deutscher Truppen an der Grenze, den am nächsten Tag eine Leipziger Zeitung zu bestätigen schien. Sie berichtete über deutsche Truppenbewegungen in Grenznähe. Das betrachtete General Ludwig Krejci, der Chef des tschechoslowakischen Generalstabs, als – wie er dem deutschen Militärattaché mitteilte – «unwiderleglichen Beweis dafür, dass in Sachsen acht bis zehn (deutsche) Divisionen zusammengezogen worden sind». Es waren also nicht ganz die zwölf Divisionen, die sich nach der Meldung des OKW an Hitler angeblich an der tschechoslowakischen Grenze befinden sollten. Aber die

* Die Sudetendeutschen hatten niemals zum Deutschen Reich, sondern zu Österreich gehört (ausgenommen als Bestandteil des nicht sehr straff organisierten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation). Diese historische Tatsache scheint Chamberlain nicht bekannt gewesen zu sein. Er sprach fortgesetzt von einer «Rückkehr» der Sudetendeutschen ins Reich.

Deutschen dementierten jegliche «Truppenkonzentration». Dennoch ordnete die tschechoslowakische Regierung am Nachmittag des 20. Mai nach einer Sondersitzung des Kabinetts, die unter Vorsitz von Präsident Benesch auf dem Hradschin in Prag stattfand, die kleine Mobilmachung an. Ein Jahrgang sowie einige Fachreservisten wurden einberufen, die Befestigungsanlagen voll bemannt. Im Gegensatz zur Haltung der Österreicher vor zwei Monaten waren die Tschechen zu diesem Zeitpunkt nicht gewillt, kampflös zu kapitulieren.

Hitler war ausser sich über diesen Mutbeweis eines seiner aufs Korn genommenen Opfer, und auch die Berichte des Auswärtigen Amtes in Berlin, die er auf dem Obersalzberg vorgelegt bekam, vermochten seine Laune nicht zu bessern: Während des ganzen Wochenendes sprachen die Botschafter Grossbritanniens und Frankreichs wiederholt vor und warnten Deutschland – eine Aggression gegen die Tschechoslowakei würde einen europäischen Krieg bedeuten. Die Briten und Franzosen, von den Tschechen ganz zu schweigen, schienen ihm die Stirn zu bieten. Ich erinnere mich noch gut an die Krisenstimmung des Maiwochenendes, das ich in Wien und dann in Prag verbrachte, in ständiger telefonischer Verbindung mit Paris, Berlin und London. Die Europäer hatten das Gefühl, einem Krieg näher zu sein als jemals seit dem Sommer 1914. Der Kontinent litt immer noch unter dem Schock der Besetzung Österreichs durch deutsches Militär vor zwei Monaten. Es war verständlich, dass man den Berichten über deutsche Truppenaufmärsche an der tschechoslowakischen Grenze Glauben schenken konnte und besorgt reagierte.

Tatsächlich gab es an diesem Wochenende nach meiner Kenntnis keine Hinweise auf *neue* deutsche Truppenzusammenziehungen und Truppenbewegungen. Nur die von Keitel erwähnten zwölf deutschen Divisionen waren «innerhalb von zwölf Stunden marschbereit». Wie Oberst Jodl der Wilhelmstrasse am 21. Mai mitteilte, führten einige davon natürlich «friedensmässige Manöver» durch.

Am Morgen des 20. Mai hatte der Chef des OKW Hitler den Text des umgearbeiteten Plans für den «Fall Grün» zur Unterschrift zugesandt. Eigentlich stammte dieser Plan grösstenteils von Hitler selbst. Es wurde darin hervorgehoben, dass die Tschechen innerhalb von vier Tagen «niedergeschlagen» werden müssen. Da Hitler überzeugt war, dass die Franzosen nicht kämpfen würden, sah die Anweisung im Westen nur ein Mindestmass an Truppen vor. Es wurde besonders hervorgehoben, dass der Einmarsch in der Tschechoslowakei unter vollem Einsatz aller Kräfte durchzuführen sei. Eine französische Reaktion kam für Hitler zwar nicht in Frage, aber von Seiten Russlands rechnete er mit Versuchen, der Tschechoslowakei militärische Unterstützung zu leisten. Von eventuellen Massnahmen Grossbritanniens ist nicht einmal die Rede¹².

Hitler beschäftigte sich an diesem Wochenende auf seinem Berghof noch einmal eingehend mit dem überarbeiteten Plan für seine nächste Aggression. Einen Wermutstropfen bedeutete für ihn die Demütigung durch das Vorgehen der Tschechoslowaken und die ihnen gewährte Unterstützung aus London, Paris und Moskau. Wie Jodl berichtete, war Hitler überzeugt, einen Prestigeverlust erlitten zu haben, der eine verheerende

Wirkung auf seine Stimmung hatte. Doch er überwand seinen gekränkten Stolz und wies das Auswärtige Amt in Berlin an, den tschechoslowakischen Gesandten am Montag, dem 23. Mai, davon in Kenntnis zu setzen, dass Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei keine Angriffsabsichten hege und dass alle Berichte über deutsche Truppenzusammenziehungen an der Grenze unbegründete Gerüchte seien.

Die Regierungschefs in Prag, London, Paris und Moskau atmeten erleichtert auf. Die Tschechen demobilisierten. Die Krise ging rasch vorüber. Im Westen glaubte man, die feste Haltung der übrigen europäischen Grossmächte und die Entschlossenheit eines kleinen Landes hätten Hitler eine Lektion erteilt. So gross die Erleichterung überall in Europa auch war, die Annahme, dass man Hitler eine Lehre erteilt hätte, stimmte nicht. Ebenso falsch war der Eindruck, den Grossbritanniens überraschend energische diplomatische Tätigkeit an diesem Wochenende erweckte: dass nämlich die Regierung Chamberlain bereit sei, den Franzosen automatisch Militärhilfe zu gewähren, falls diese wegen der Tschechoslowakei in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würden.

Inmitten der Maikrise hatte die britische Regierung Frankreich insgeheim eine ernste Warnung zukommen lassen. Sie traf am späten Abend des 22. Mai, eines Sonntags, ein, als in dem aufgeschreckten Europa gerade wegen der drohenden Kriegsgefahr eine Panik auszubrechen drohte und das ängstliche Paris der starken Rückendeckung aus London am meisten bedurft hätte.

An diesem Nachmittag wurde General Gamelin hastig von einer Inspektionsfahrt durch die Bretagne zurückgerufen und um 18 Uhr von Daladier und Bonnet empfangen. Sie teilten ihm mit, die Lage sei ernst. «Ich werde angreifen», erklärte der General verbindlich und zählte dann wie üblich sämtliche Schwierigkeiten auf: «Die deutschen Befestigungsanlagen, das Gros der deutschen Armee» und so weiter. Es wäre einfacher, über Belgien anzugreifen, erklärte er, aber er musste sich sagen lassen, dass die Belgier gerade entlang der französischen Grenze Manöver abhielten, um, wie der belgische Aussenminister dem französischen Botschafter in Brüssel erläutert hatte, «Ihnen zu zeigen, dass Sie auf die belgische Armee stossen werden, falls Sie zur Unterstützung der Tschechoslowakei durch unser Land marschieren sollten». Gamelin fiel Daladiers und Bonnets Bestürzung darüber auf, dass die Tschechoslowaken mit ihren Zugeständnissen gegenüber den Sudetendeutschen und den anderen Minoritäten im Lande nicht weitergegangen waren. Er will die beiden darauf aufmerksam gemacht haben, dass im Fall zu weit gehender Zugeständnisse die Tschechoslowakei «von der Landkarte verschwinden und Deutschland dann in Polen und gegen uns freie Hand haben würde». Er erinnerte Daladier daran, dass er erst am Vortag dringend die Vollmacht zur Bildung von drei weiteren Infanteriedivisionen und drei Panzerdivisionen zur Stärkung der Armee erbeten hätte. Aber für so ernst schien der Ministerpräsident die Lage wiederum nicht zu halten, denn er verweigerte diese Vollmachten. Er erklärte dem General ferner, die feste Haltung Grossbritanniens an diesem Wochenende schiene den Kontinent vor einem Krieg bewahrt zu haben¹³.

Es war aber nicht ganz so, wie der Ministerpräsident sich das vorstellte. Wenige Stunden

später, um 22 Uhr 30, erschien Sir Eric Phipps am Quai d'Orsay und verlas vor Bonnet eine streng geheime Mitteilung, die er soeben telegrafisch von Lord Halifax erhalten hatte. Der britische Botschafter in Paris war ein nervöser kleiner Mann, dem seine frühere Tätigkeit in Berlin offenbar grosse Angst vor Hitlers Zorn eingepflegt hatte. Der französische Aussenminister erkannte sehr wohl, wie dringend die Angelegenheit war, denn noch nie zuvor hatte ihn der Botschafter am Sonntag aufgesucht, und er wusste darüber hinaus, dass auch der britische Aussenminister üblicherweise an diesem Tag keine wichtigen Telegramme versandte, da ihm, wie allen Briten, das Weekend heilig war. Selbst für einen Diplomaten war es eine sehr späte Stunde.

Nach Angabe des Botschafters las er Bonnet die Nachricht von Lord Halifax «sehr langsam» vor, und Bonnet machte sich «sehr eifrig Notizen, er verstand sehr wohl, was gemeint war». Die Mitteilung lautete folgendermassen:

1. *Es ist von grösster Wichtigkeit, dass sich die französische Regierung hinsichtlich der Haltung der Regierung Seiner Majestät für den Fall, dass es nicht zu einer friedlichen Beilegung der tschechoslowakischen Frage kommen sollte, keinerlei Illusionen hingibt.*
2. *Die Regierung Seiner Majestät ist in Berlin mit sehr ernsten Warnungen vorstellig geworden. Es könnte jedoch höchst gefährlich werden, wenn die französische Regierung in diese Warnungen mehr hineinlesen würde, als der Wortlaut ausdrückt.*
3. *Die Regierung Seiner Majestät würde selbstverständlich jederzeit zu ihrem Wort stehen, Frankreich im Falle eines nicht provozierten Angriffs durch Deutschland zu Hilfe zu eilen.*
4. *Sollte jedoch die französische Regierung von der Annahme ausgehen, dass die Regierung Seiner Majestät zu sofortigen gemeinsamen Militäraktionen zum Schutz der Tschechoslowakei vor einer deutschen Aggression bereit sei, so muss die französische Regierung gerechterweise darauf aufmerksam gemacht werden, dass unsere Erklärungen keinerlei Anlass zu derartigen Annahmen geben.*
5. *Die Regierung Seiner Majestät sieht die militärische Lage so, dass Frankreich und England selbst mit einer eventuell von Russland zu erwartenden Unterstützung nicht imstande wären, Deutschland an einer Überrollung der Tschechoslowakei zu hindern. Das einzige Ergebnis wäre ein europäischer Krieg, dessen Ausgang nach Lage der Dinge zumindest zweifelhaft wäre.*
6. *Die Regierung Seiner Majestät ist sich der Art und des Ausmasses der französischen Verpflichtungen vollauf bewusst, würde jedoch empfehlen, dass die französische Regierung in der gegenwärtig höchst kritischen Lage den vorangegangenen Überlegungen volle Beachtung schenken sollte...¹⁴*

Das war die wahre britische Haltung, und sie sollte es auch fast bis zum Ende bleiben, wenn man von einigen Augenblicken der Unsicherheit absieht, in denen es den Anschein hatte, dass Hitler Grossbritannien wegen des tschechoslowakischen Problems zu einer Unterstützung Frankreichs zwingen würde. Man kann der französischen Regie-

nung keinen Vorwurf daraus machen, dass sie sich in den nun folgenden spannungsgeladenen Monaten diese Einstellung stets vor Augen hielt. Betrüblich war nur, dass Bonnet sie als Vorwand dafür benutzte, nichts zu unternehmen, um die Tschechoslowakei zu retten und Hitler Einhalt zu gebieten, solange der Westen gemeinsam mit Russland dafür noch die Kraft hatte. Anstatt diese britische Einstellung zu bekämpfen und sich zu bemühen, London angesichts der Tatsachen zu einer Änderung der Haltung zu bewegen, begrüßte er sie sogar als zeitweilige und – wie sich herausstellte – verhängnisvolle Ausflucht. Die langsame und deutliche Verlesung von Halifax' Botschaft machte Bonnet sehr betroffen. Nun zeigte sich sein wahrer Charakter. Phipps berichtete darüber in seinen nächsten Depeschen nach London.

Um ein Uhr in derselben Nacht drahtete der Botschafter über sein Treffen mit Bonnet an Halifax:

M. Bonnet versicherte mir noch einmal seine Bereitschaft, auf die tschechoslowakische Regierung jede Form von Druck auszuüben, die Sie im gegebenen Zeitpunkt für wünschenswert halten... Ich wies darauf hin, dass bei den Tschechen eigentlich eine vernünftigeren Haltung angemessen wäre, da ihre einzige Alternative die völlige Vernichtung sei. Seine Exzellenz (Bonnet) pflichtete mir aus voller Liberzeugung bei. Darüber hinaus sagte er, falls sich die Tschechoslowakei wirklich als unvernünftig erwiese, könnte die französische Regierung möglicherweise erklären, dass sich Frankreich von seinen Verpflichtungen entbunden fühle¹⁵.

Als Phipps am nächsten Abend, dem 23. Mai, erneut Bonnet aufsuchte, griff der französische Außenminister mit zunehmender Begeisterung die britischen Spielregeln auf. Seine Haltung gegenüber den Tschechen wurde härter, und er lobte die Deutschen wegen ihrer «vernünftigen Haltung». Phipps berichtete darüber am nächsten Tag nach London:

M. Bonnet sagte mir, er hätte nach meinem Besuch letzte Nacht noch einmal äusserst eindringlich mit M. Osusky (dem tschechoslowakischen Gesandten in Paris) gesprochen und ihm empfohlen, sofort nach Prag zurückzukehren, um A4. Benesch von der absoluten Notwendigkeit eines raschen und grosszügigen Handelns zu überzeugen. A4. Osusky schien sehr beeindruckt zu sein und reiste heute morgen auf dem Luftweg nach Prag zurück.

Der französische Außenminister war sich mit dem Botschafter darüber einig, dass Präsident Benesch, 1918 Mitbegründer der Tschechoslowakei, der eigentliche Schuldige war.

Ich gab der Hoffnung Ausdruck (berichtete Phipps weiter), dass die französische Regierung auf A4. Benesch sehr erheblichen und anhaltenden Druck ausüben wird, da man unmöglich zulassen kann, dass er die jetzt günstigeren Chancen einer friedlichen Regelung zunichte macht. M. Bonnet stimmte zu und gab mir sein Versprechen.

Es scheint diesen beiden Männern trotz ihrer verantwortungsvollen Posten, trotz aller Beweise und trotz der jüngsten Geschichte nicht in den Sinn gekommen zu sein, dass es Hitler und nicht Benesch war, der diesen Frieden bedrohte. Nach Bonnets Worten gegenüber Phipps zu urteilen, schien er sich sogar davon überzeugt zu haben, dass Hitler vernünftig sei.

Phipps schloss sein Telegramm:

M. Bonnet erwähnte lobend die vernünftige Haltung der deutschen Regierung und stimmte der Auffassung zu, dass nun die Tschechen an der Reihe seien, einen erheblichen und grosszügigen Beitrag zur Sache des Friedens zu leisten

Während Bonnet und Phipps Berlins Zurückhaltung priesen, sass Hitler grollend auf dem Obersalzberg und brannte darauf, mit der Tschechoslowakei und insbesondere mit Präsident Benesch abzurechnen, der ihn, wie er glaubte, absichtlich gedemütigt hatte. Am 28. Mai erschien er plötzlich in Berlin und rief die ranghöchsten Offiziere der Wehrmacht zusammen, um ihnen seine Entscheidung mitzuteilen. Er selbst unterrichtete am 30. Januar 1939 den Reichstag darüber.

Ich hatte mich entschlossen, die sudetendeutsche Frage nunmehr endgültig und radikal zu lösen. Ich befahl am 28. Mai

1. die Vorbereitung des militärischen Einschreitens gegen diesen Staat bis zum 2. Oktober;
2. den beschleunigten Ausbau unserer Verteidigungsfront im Westen;
3. für die Auseinandersetzung ... war die sofortige Mobilmachung von zunächst 96 Divisionen vorgesehen...

Er donnerte die versammelten Mitstreiter Göring, Keitel, Brauchitsch, Beck, Raeder, Ribbentrop und Neurath an: «Es ist mein unerschütterlicher Wille, die Tschechoslowakei von der Landkarte auszulöschen!»

Der «Fall Grün» kam erneut zur Sprache und wurde nochmals revidiert. Es ging um eine bedeutsame Änderung. Noch am 21. April hatte die Anweisung mit den Worten begonnen: «Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei schon in nächster Zukunft zu zerschlagen.» Nun hiess es hier: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.»

Was er mit «absehbarer Zeit» meinte, erklärte General Keitel in einem Begleitbrief: die Ausführung von «Plan Grün» bis spätestens 1. Oktober 1938 müsse sichergestellt werden.

An diesem Datum hielt Hitler trotz aller Schwierigkeiten und Krisen und der drohenden Kriegsgefahr unabänderlich fest¹⁷.

Und Russland?

Die Sowjetunion hatte, genau wie Frankreich, mit der Tschechoslowakei einen Beistandspakt geschlossen, der auch sie verpflichtete, diesem Land im Fall eines nichtprovozierten Angriffs Hilfe zu leisten. Aber der Pakt enthielt eine bedeutsame Einschränkung: Er wurde nur dann wirksam, wenn Frankreich *zuvor* seine Verpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei einhielt. Es hatte den Anschein, als zweifelte Moskau bereits am 16. Mai 1935 bei der Unterzeichnung dieses Vertrags mit Prag an den Franzosen. Es ist eine Ironie, dass gerade die französische Regierung die Tschechoslowaken auch noch gedrängt hatte, diese Bedingung zu akzeptieren, da sie fürchtete, dass Russland sonst den Pakt zur Entfesselung eines europäischen Kriegs missbrauchen könnte.

Im Frühjahr 1938 ging es nicht allein darum, ob Frankreich sein Versprechen gegenüber der CSR einhalten würde, sondern auch darum, ob die Sowjetunion es halten würde, und wenn ja, in welcher Form. Die UdSSR hatte mit der CSR keine gemeinsame Grenze und war von ihr durch Teile Polens und Rumäniens getrennt.

Dieses Problem besprach Bonnet am 12. Mai 1938 während einer Sitzung des Völkerbundesrates in Genf mit Maxim Litwinow, dem sowjetischen Aussenminister. Die tschechoslowakische Krise braute sich bereits zusammen. Was wird Russland im Fall eines deutschen Angriffs tun? fragte Bonnet. Zu seinem Wort stehen, wenn auch Frankreich es tut, antwortete Litwinow.

«Aber wie?» will Bonnet gefragt haben¹⁸, «da Sie doch keine gemeinsame Grenze haben? Sind Sie bereit, sich für Ihre Soldaten und Flugzeuge notfalls den Durchmarsch durch Polen und Rumänien zu erzwingen?»

Der sowjetische Aussenminister erwiderte, Russland wünsche keinen Krieg gegen Polen und Rumänien zu führen. Wenn die Genehmigung der beiden Länder zur Durchquerung ihres Territoriums nicht zu erlangen sei, so würde man davon absehen. Aber Frankreich, so fügte er hinzu, sei doch sowohl mit Polen als auch mit Rumänien verbündet und habe in beiden Ländern grossen Einfluss. Es sei daher in «einer guten Position», für den Fall eines Angriffs auf die CSR das Durchmarschrecht zu erlangen. Bonnet versprach, sich darum zu bemühen.

Aber er tat es mit halbem Herzen. Während der nächsten entscheidenden Monate brachte er die Angelegenheit bei den Regierungen Polens und Rumäniens zwar zur Sprache, aber nie mit besonderem Nachdruck. Bonnet misstraute den Bolschewisten ebenso wie Chamberlain in England, wie alle voraufgegangenen französischen Regierungen und wie die französische Armee. Man schreckte vor dem Gedanken zurück, die Westmächte könnten als Verbündete der Sowjetunion in einen Krieg verwickelt werden – trotz der Tatsache, dass Russland im Osten die einzige mit Deutschland vergleichbare Militärmacht war, dass bei einer Auseinandersetzung mit dem Reich seine Hilfe für Grossbritannien und Frankreich bei ihrem kläglichen Rüstungsstand entscheidend sein würde, und dass «vom militärischen Standpunkt aus alles von Russland abhing¹⁹», wie General Gamelin sagen sollte, als es bereits zu spät war.

Es ist verständlich, dass sich Polen und Rumänien mit ihren schwankenden rechtsgerichteten Regierungen dem Durchmarsch sowjetischer Truppen widersetzen. Man befürchtete, dass diese nie wieder abziehen würden – oder erst dann, nachdem sie den Kommunismus verbreitet und die Regierung untergraben hatten. Polen und Rumänien erkannten nicht, dass sich ihre Überlebenschancen verringert hatten und dass sie beide durch die Zurückweisung der russischen Hilfe reif wurden, von Deutschland geschluckt zu werden. Ihre eigene Kraft reichte zur Selbstverteidigung nicht aus, nicht einmal mit französischer Hilfe. Bonnet behauptet, er habe versucht, diesen Regierungen das klarzumachen. Aber er drängte nicht auf eine Entscheidung. Stattdessen benutzte er das Widerstreben der Russen, sich ihren Weg durch Polen und Rumänien in die Tschechoslowakei zu erzwingen, als Anlass für die Erklärung, die Russen würden ihren Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nicht nachkommen.

Es gab einen Franzosen, der den Wert der militärischen Stärke Russlands und die Notwendigkeit erkannte, diese Militärmacht an den Westen zu binden, wenn die Tschechoslowakei gerettet und Hitler Einhalt geboten werden sollte. Es war Robert Coulondre, der französische Botschafter in Moskau. Unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs hatte er seinem Aussenminister mitgeteilt, «wenn die französische Regierung beabsichtige, zu Prag zu stehen, dann sei es dringender denn je, militärische Gespräche mit der UdSSR einzuleiten²⁰».

Mit dieser Absicht kehrte er am Vorabend der Maikrise nach Paris zurück, suchte Bonnet am 20. Mai auf und bemühte sich, ihn zu seinem Standpunkt zu bekehren.

Zuerst glaubte er, dieses Ziel erreicht zu haben. Bonnet riet ihm, mit General Gamelin zu sprechen, sodann einen Vorschlag auszuarbeiten und ihn Daladier sowie ihm selbst vorzulegen. Der Botschafter stellte fest, dass Gamelin «militärischen Gesprächen nicht abgeneigt war». Mit Hilfe von Léger und René Massigli, dem höchsten Beamten am Quai d'Orsay, verfasste Coulondre sein Memorandum. Auf Anraten Massiglis forderte das Schriftstück «zur Vermeidung unerwünschter Reaktionen des Auslands», dass diese militärischen Gespräche geheim und bilateral geführt werden sollten – zwischen Franzosen und Russen, Franzosen und Tschechoslowaken sowie Russen und Tschechoslowaken. Als drei Tage später, am 23. Mai, die Krise abzuflauen begann, legte Coulondre seinem Aussenminister die schriftliche Empfehlung vor. Er begegnete einem veränderten Bonnet.

Was war seit dem 20. Mai mit ihm geschehen? Er war jetzt unschlüssig ... Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, die Aussicht auf eine sowjetische Militärhilfe könnte bei gewissen Elementen in Frankreich Kriegsgelüste auslösen.

Der unschlüssige Aussenminister «bevollmächtigte» Coulondre jedoch, mit dem Präsidenten der Republik zu sprechen und sein Schriftstück Daladier vorzulegen. Auch der Ministerpräsident war unschlüssig, aber er stimmte zu.

Allerdings empfahl er, äusserste Vorsicht walten zu lassen, um Reaktionen von Seiten Hitlers zu vermeiden, und er bestand darauf, die (militärischen) Gespräche geheim und auf keinen Fall dreiseitig zu führen.

Noch am selben Abend, dem 23. Mai, suchte der zielstrebige Botschafter erneut Bonnet auf.

*Er war immer noch unschlüssig (schreibt Coulondre). Er wiederholte seine Vorbehalte hinsichtlich der militärischen Lage Frankreichs und Grossbritanniens, das gerade erst mit der Aufrüstung begonnen hatte, der Haltung Polens * sowie der undurchsichtigen Sowjetpolitik ... Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass man gerade dann, wenn man sich bemühte, den Frieden um jeden Preis zu wahren, das Risiko einging, in den Krieg hineingedrängt zu werden. Ich wiederholte meine Überzeugung, dass, wenn Frankreich und Grossbritannien Hitler Einhalt gebieten wollten, der beste Ort dafür die Tschechoslowakei sei. Ich selbst hätte nicht den Eindruck, dass die UdSSR gegenüber Prag eine undurchsichtige Politik betriebe. Es gebe nur eine Möglichkeit, sich Gewissheit über den Wert ihrer Unterstützung zu verschaffen – nämlich die von mir vorgeschlagenen Militärgespräche.*

Der Botschafter fügte hinzu, dass Frankreich nach seiner Meinung Polen überschätze und Russland unterschätze**.

Ich erklärte M. Bonnet, dass Polen nach Ansicht des Kreml nicht in der Lage sei, eine Front zu halten... Für Hitler gebe es nur zwei Fronten: gegen Russland und gegen Frankreich. Diese könnten im Rahmen unseres Bündnisses mit Grossbritannien Hitler vielleicht immer noch in die Schranken weisen... Die Zeit sei gekommen, von Polen eine Entscheidung für oder gegen uns zu verlangen.

Coulondre sagte, Bonnet habe darauf «die Aufnahme militärischer Gespräche endgültig gebilligt». Der Botschafter kehrte in der Überzeugung nach Moskau zurück, «endlich» einigen Fortschritt erzielt zu haben. Die Hoffnung war nur von kurzer Dauer. Später, im gleichen Sommer, notierte er: «Die Angst hat neben vielem anderen auch die zarte Hoffnung, die ich aus Paris mitgebracht hatte, weggefeht²².»

* Polen hatte an jenem Maiwochenende gegenüber Frankreich ausdrücklich erklärt, dass es sich nicht nur dem Durchmarsch sowjetischer Truppen mit Gewalt widersetzen werde, sondern auch Frankreich trotz des Beistandspaktes zwischen den beiden Ländern nicht zu unterstützen gedächte, falls es wegen der Tschechoslowakei einen Krieg gegen Deutschland beginnen sollte.

Am 25. Mai hatte Bonnet eine erregte Unterredung mit Lukasiewicz, dem polnischen Botschafter in Paris. Er bezeichnet ihn als einen «leidenschaftlichen und heftigen Mann, der den Ränken seines Ausenministers Oberst Beck blindlings ergeben ist, dessen Grössenwahn ungläubliche Formen angenommen hat». Auf Bonnets Forderung, Polen solle gemeinsam mit Frankreich und Grossbritannien die Tschechoslowakei verteidigen, erwiderte der Botschafter: «Dieses Land ist zum Tode verurteilt. Die Absicht, es zu verteidigen, war ein Fehler von Seiten Grossbritanniens und Frankreichs.» Als Bonnet die Frage des Durchzugs russischer Truppen durch Polen anschnitt, schrie Lukasiewicz: «Dem werden wir uns mit Gewalt widersetzen! Und das bedeutet Krieg zwischen Russland und uns!¹¹»

** Man wird sich daran erinnern, dass Blum bei seiner Amtsübernahme im Jahr 1936 feststellte, dass der französische Generalstab der polnischen Armee grössere Bedeutung beimass als der russischen. Diese Ansicht wurde offenbar immer noch vertreten.

Er setzte in Moskau seine Bemühungen, solange er konnte, fort. Aber seine eigene Regierung erwies sich als eigenartig schweigsam und ablehnend. Am 1. Juli zeigte ihm der tschechoslowakische Gesandte in Moskau die Durchschrift einer Depesche, die Osusky soeben aus Paris an seine Regierung in Prag gesandt hatte. «Die französische Regierung», so hiess es darin, «wird einstweilen die Militärgespräche mit den Sowjets nicht weiterführen. Sie wünscht die Empfindungen britischer Konservativer nicht zu verletzen.» Auf diesem Umweg erfuhr der französische Botschafter die Entscheidung seiner Regierung. Jetzt erkannte er, dass seine Bemühungen um eine Einbeziehung Russlands in ein Militärbündnis gegen Hitler fehlgeschlagen waren. Ausserdem wurde in ihm der Argwohn wach, dass sich die Russen zu demselben Spiel entschlossen hatten, nachdem sie von Grossbritannien und Frankreich in dem hektischen Bemühen um Hitlers Wohlwollen beiseitegeschoben worden waren. Im Frühsommer deutete Litwinow ihm gegenüber an, dass die Sowjetunion Polen angreifen könnte, falls Polen (über Teschen in Oberschlesien) die Tschechoslowakei angriff. Daraus schloss der Botschafter, dass Russland «ohne ein vorheriges Einvernehmen mit Deutschland» nichts gegen Polen unternehmen werde. Dieser Gedanke «beunruhigte» ihn, wie er sagte²³. Wie prophetisch er war, erkannte er allerdings nicht.

Die Krise wegen der Tschechoslowakei ebte in den Hochsommertagen ab, doch war fast allen klar, dass es sich um eine Ruhe vor dem Sturm handelte. Mitte Juli stattete das englische Königspaar Frankreich einen Staatsbesuch ab. Paris und Versailles glänzten mit offiziellen Empfängen und Banketten, auf deren Veranstaltung sich das republikanische Frankreich so grossartig verstand. Die farbenfrohen Zeremonien beruhigten die Franzosen. Das Wetter war herrlich. Die Menschen vergassen das Sudetenland, Benesch und Hitler. Die Angst vor einem Krieg legte sich. Diplomatie wurde während des königlichen Besuchs kaum betrieben. Nur am 20. Juli war eine Stunde für politische Gespräche vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit teilte Lord Halifax Daladier und Bonnet mit, dass die britische Regierung Lord Runciman als Vermittler im Streit zwischen den Sudetendeutschen und der tschechoslowakischen Regierung in die CSR entsenden werde. Der französische Ministerpräsident und sein Aussenminister waren damit einverstanden.

Am 26. Juli unterrichtete Chamberlain das Unterhaus von dem vorgesehenen Besuch und betonte, Runcimans Entsendung erfolgte «aufgrund eines Ersuchens der tschechoslowakischen Regierung». Das stimmte nicht ganz. Runciman war den Tschechen vom Premierminister mit französischer Billigung aufgedrängt worden. Doch die Entsendung eines «Schiedsmanns» nach Prag beinhaltete noch ein zweites Täuschungsmanöver Chamberlains. Er wusste sehr wohl, dass die Sudetendeutschen nicht selbst entscheiden konnten, sondern ihre Anweisungen aus Deutschland erhielten. Jede ehrlich gemeinte Vermittlung hätte daher zwischen den Regierungen in Berlin und Prag erfolgen müssen.

Die Einstellung des britischen Premierministers war zu diesem Zeitpunkt kein Geheimnis mehr. Bereits am 14. Mai hatten einige amerikanische Zeitungen Meldungen ihrer Londoner Korrespondenten über «inoffizielle» Äusserungen Chamberlains während eines Lunchs bei Lady Astor veröffentlicht. Nach den Berichten hatte er gegenüber den Reportern geäussert, im Falle eines deutschen Angriffs würden weder Grossbritannien noch Frankreich und wahrscheinlich auch nicht Russland der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen. Ferner befürworte Grossbritannien «im Interesse des Friedens» die Überlassung des Sudetenlands an Deutschland. Trotz erboster Anfragen im Unterhaus hatte der Premierminister die amerikanischen Zeitungsberichte nicht dementiert.

Am 1. Juni äusserte sich Chamberlain in ähnlicher Weise vertraulich gegenüber britischen Journalisten. Zwei Tage später veröffentlichte die *Times* den Tenor dieser Äusserungen in einem ersten von mehreren Leitartikeln, die zur Untergrabung der tschechoslowakischen Position beitragen sollten. Prag wurde empfohlen, den Minoritäten im Lande «Selbstbestimmung» zu gewähren, «selbst wenn dies deren Abfall von der CSR bedeuten sollte». Am 8. Juni meldete der deutsche Botschafter in London nach Berlin, «die englische Regierung möchte in der Sudetenfrage eine Zusammenarbeit mit Deutschland anbahnen»... Unter der Voraussetzung, dass «deutscherseits nicht gewaltsame Massnahmen ergriffen würden»²⁴.

Lord Runciman richtete sich getreulich nach Chamberlains Anweisungen. Er reiste in jenem August durch die Tschechoslowakei, verbrachte die meiste Zeit mit Essen, Trinken und Golfspiel mit der Aristokratie des Sudetenlandes – mit Fürst Ulrich Kinsky, Prinz Max von Hohenlohe und anderen – und warb für die Empfehlung, die seine Regierung zur Vermeidung eines Zusammenstosses mit Hitler wünschte.

Bonnet war damit einverstanden. Am 9. August bat er den deutschen Botschafter zu einem «offenen Gespräch» zu sich und sagte nach Angabe des Botschafters²⁵: Er halte die Entsendung Runcimans nach wie vor für gut und richtig, obwohl die Tschechen ihn als ausgesprochenen Deutschenfreund darzustellen versuchten. Man müsse bis an die Grenze des Entgegenkommens in der sudetendeutschen Frage, auch wenn das den Tschechen nicht behage*.

Wie Bonnet bekamen auch die französischen Generäle kalte Füsse bei dem Gedanken, zur Unterstützung der Tschechen möglicherweise gegen Deutschland kämpfen zu müssen. Je mehr die Armeeführer Gamelin und Georges darüber nachdachten, um so weniger begeistert waren sie. Mitte August kehrte General Vuillemin, der Chef der französischen Luftwaffe, in Panikstimmung von einem Besuch aus Deutschland zurück. Er hatte eine Woche lang die auf Volltouren laufende deutsche Luftfahrtindustrie besichtigt und als Beobachter an Luftmanövern teilgenommen. Nach einem Galaessen auf Görings Landsitz Karinhall äusserte er auf der Rückfahrt zur französischen Botschaft in Berlin gegen-

* Bonnets Version hört sich anders an. Er will dem Botschafter erklärt haben, dass Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei «intervenieren werde... und es würde zum Krieg kommen²⁶». Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss befragte Bonnet zu dem hier zitierten Ausschnitt aus dem Telegramm des deutschen Botschafters. Er bestritt «entschieden», eine solche Äusserung getan zu haben. «Dann hat also der deutsche Botschafter gelogen?» fragte ihn ein Ausschussmitglied. – «Sicherlich», erwiderte Bonnet

über Botschafter François-Poncet seine Bestürzung über das, was er gesehen hatte*. «Wenn es, wie Sie befürchten, in diesem Herbst zum Krieg kommen sollte», sagte er zu dem Botschafter, «wird es in Frankreich nach fünfzehn Tagen kein einziges Flugzeug mehr geben²⁹.»

Hinsichtlich der Armee war General Gamelin nicht so pessimistisch. Aber er blieb vorsichtig. Als ihn der Aussenminister am 26. August nach der Kampfbereitschaft der Armee fragte, will ihm Gamelin geantwortet haben: «Wir sind bereit, wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken³⁰.» In Wirklichkeit sah er fast unüberwindliche Hindernisse vor sich, wie er wenige Tage später zugeben musste, als Daladier ihn in die Enge trieb. Obwohl er als auch General Georges übertrieben die Stärke der deutschen Westarmee und hielten den deutschen Westwall für viel mächtiger, als er in Wirklichkeit war. Die Generäle bezweifelten sehr, ob die Franzosen in der Lage sein würden, so rechtzeitig die Offensive zu ergreifen, dass sie für die Tschechen noch von Nutzen sein konnte. Besonders General Georges sprach sich gegen das Risiko aus, die Armee für absehbare Zeit «über die Grenze» zu schicken.

Die Ängstlichkeit der französischen Generäle wird angesichts des Pessimismus bei den deutschen Generalen um so interessanter. Genau in diesem Augenblick spielte sich im deutschen Generalstab eine Revolte ab, die ohne Beispiel in der Militärgeschichte des Reiches ist. Ihr Anführer war kein geringerer als der Chef des Generalstabs selbst, der einen Krieg gegen die Westmächte für eine Katastrophe hielt. Darüber hinaus hatten sich einige der Generäle mit dem Generalstabschef zur Beseitigung Hitlers verschworen, falls dieser versuchen sollte, Deutschland in einen Krieg zu stürzen. Auch dieser Vorgang war in den Annalen der preussisch-deutschen Armee ohne Beispiel. Es war keinesfalls so, dass sich die deutschen Generäle aus moralischen Gründen einer militärischen Aggression gegen die Tschechoslowakei widersetzt hätten. Noch im Frühjahr hatten sie begeistert Hitlers Einmarsch in Österreich unterstützt. Sie glaubten ganz einfach, dass Deutschland noch nicht darauf vorbereitet war, es mit den Westmächten und mit Russland aufzunehmen. Oberst Jodl, Chef des Führungsstabs im OKW, schrieb am 30. Mai in sein Tagebuch: «Das Heer vertritt die Auffassung, dass wir ihnen noch nicht gewachsen sind³¹.»

Den ganzen Sommer hindurch forderte General Ludwig Beck, Chef des Generalstabs des Heeres, in wortreichen Denkschriften von General Walter von Brauchitsch, dem neuen Oberbefehlshaber des Heeres, die Wehrmacht müsse Hitler an einer Kriegserklärung hindern³². Der empfindsame, intelligente, intellektuelle, hochkultivierte aber unentschlossene Beck stellte eine Art deutsches Gegenstück zu Gamelin dar. Am 5. Mai erläuterte er Brauchitsch in einer ausführlichen Aktennotiz seine Grundeinstellung. Er erklärte, ein deutscher Angriff auf die Tschechoslowakei werde einen europäischen Krieg entzünden, in dem die Gegner der Deutschen Grossbritannien, Frankreich und Russland

* Der französische Luftwaffenattaché in Berlin, Général de Goffrier, und sein Adjutant, Hauptmann Stehlin, befragten General Vuillemins Bestürzung nicht ganz. Zwei Jahre lang hatten sie detailliert über die deutsche Flugzeugproduktion, die Leistungen der Jagdflugzeuge Me 109 und 110, des Bombers He 111 sowie der Stukas berichtet – über jene Maschinen also, mit denen die Deutschen den Luftkrieg bestreiten sollten^M.

heissen würden. Die Vereinigten Staaten würden der Waffenlieferant der westlichen Demokratien sein. Einen solchen Krieg könne Deutschland einfach nicht gewinnen. Am 16. Juli forderte er, die Wehrmacht müsse Hitler dazu bringen, seine Kriegsvorbereitungen einzustellen.

Im Bewusstsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber unter Berufung auf die... mir erwachsende Verantwortung... halte ich mich für verpflichtet, die dringende Bitte auszusprechen, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage so lange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zurzeit halte ich es für aussichtslos, und diese meine Auffassung wird von allen mir unterstellten Oberquartiermeistern und Abteilungschefs des Generalstabs geteilt.

Becks Ansicht wurde sicherlich von den Truppenkommandeuren geteilt, denen die Verteidigung der Westfront gegen die Franzosen zufallen würde. Am 10. August teilte General Gustav von Wietersheim, Stabschef der Heeresgruppe West unter General Wilhelm Adam, Hitler mit, das Land sei wegen des Einsatzes fast der gesamten Streitkräfte gegen die Tschechoslowakei im Westen praktisch unverteidigt und würde von den Franzosen überrannt werden. Er erklärte sogar ganz unverblümt, der noch unfertige Westwall sei nicht länger als drei Wochen zu halten.

Jodl berichtet in seinem Tagebuch, der Führer sei wütend geworden und habe sich zu der Äusserung verstiegen, in diesem Fall taue die ganze Wehrmacht nichts. Er schrie Wietersheim an: «Ich sage Ihnen, Herr General, die Stellung wird nicht drei Wochen, sondern drei Jahre gehalten^{33!}»

General Adam, der zur Führung der deutschen Streitkräfte im Westen ausersehen war, wagte ebenfalls ein offenes Wort. Bei einem geheimen Treffen der ranghöchsten Generale am 4. August hatte er berichtet, dass im Westen nur fünf aktive Divisionen einer überwältigenden französischen Übermacht gegenüberstehen würden *. Gegen Ende August machte General Adam, ein derber Bayer, aber sehr fähiger Offizier, zusammen mit Hitler in dessen Sonderzug eine Besichtigungsfahrt entlang des Westwalls. Im Zug wimmelte es von Parteipropagandisten, die der ganzen Welt verkündeten, der Westwall sei uneinnehmbar. Der General erklärte Hitler, dass die Befestigungen mit den ihm zur Verfügung gestellten Truppen nicht zu halten seien. Sowohl Jodl als auch Adam geben an, dass ihr Oberster Befehlshaber daraufhin einen hysterischen Anfall erlitt.

Hitler schrie den General an: «Ein Hundsfott der Mann, der diese Befestigung nicht hält^{34!}»

Am 18. August trat General Beck von seinem Posten als Chef des Generalstabs des Hee-

* Zu diesem Zeitpunkt schätzte General Gamelin die deutschen Streitkräfte im Westen auf «zunächst» fünfzig Divisionen, und General Georges sprach sogar von sechzig Divisionen. Sie waren weit von dem Gedanken entfernt, die Deutschen «überwältigen» zu können und schreckten sogar vor einem Angriffsplan zurück.

res zurück. Er hatte einen «Streik der Generäle» gefordert, aber kein einziger General war seinem Aufruf gefolgt. Immerhin taten sich einige von ihnen sowie eine Handvoll Zivilisten zu einer Verschwörung zusammen, die auf einen Sturz Hitlers abzielte, falls dieser einen Krieg begann*.

Mittelpunkt war General Franz Haider, der Nachfolger General Becks. Haider war der erste Bayer und der erste Katholik, der jemals auf diesen hohen militärischen Posten befördert worden war. Ähnlich wie sein Vorgänger war er intelligent und vielseitig interessiert. Da nur die Wehrmacht über die physischen Mittel verfügte, die für einen gewaltsamen Sturz des Diktators erforderlich waren, versicherten er und Beck sich der Unterstützung verschiedener Generäle, die in Berlin und Umgebung Heereseinheiten kommandierten. Auch einige wenige Zivilisten unter Führung des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht wurden hinzugezogen. Diese zivile Gruppe hielt die Briten auf dem laufenden und ersuchte um ihre Mitarbeit. Am 5. September unterrichtete Theodor Kordt, Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London und Mitglied der Verschwörergruppe, insgeheim Lord Halifax über das Datum von Hitlers geplantem Überfall auf die Tschechoslowakei (1. Oktober) sowie die Pläne zum Sturz des Diktators unmittelbar davor. Er bat Grossbritannien und Frankreich, bis zum Beginn der Revolte gegenüber Hitlers Drohungen standhaft zu bleiben. Noch am selben Tag besprach Halifax diese Entwicklung mit Chamberlain, der äusserst skeptisch war. Keiner von beiden verriet dem französischen Verbündeten auch nur ein einziges Wort.

Aus diesem Grunde und noch mehr wegen der Unzulänglichkeit des französischen Nachrichtendienstes erfuhr weder Ministerpräsident Daladier noch General Gamelin etwas über die Krise in der deutschen Heeresführung, den Rücktritt General Becks Mitte August** oder das Komplott der Militärs zum Sturz Hitlers, falls er den Angriff auf die Tschechoslowakei befahl. Diese Information wäre für den französischen Generalstab, der ständig die Stärke der deutschen Wehrmacht überschätzte, von grösster Wichtigkeit gewesen. Wichtiger aber noch für die französische Regierung, die mit der Zuspitzung der tschechoslowakischen Krise im September mit jedem Tag mutloser wurde und die deutsche Militärmacht immer mehr fürchtete. Doch Daladier versicherte mir gegenüber 1964, er hätte über diese Entwicklung in Deutschland erst dreiundzwanzig Jahre später durch mein Buch über das Dritte Reich erfahren***.

• Die Verschwörung jenes Sommers und Herbstes hat der Verfasser ausführlich in seinem Buch «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches» beschrieben.

** Hitler verbot der Presse und selbst amtlichen Blättern von Regierung und Militär jede Erwähnung von Becks Rücktritt. Er befahl dem zurückgetretenen Generalstabschef sowie seinen Offizierskollegen, die Angelegenheit streng geheim zu halten. Das Geheimnis wurde auch gewahrt. Der Verfasser konnte keinerlei Beweise dafür finden, dass das französische Oberkommando vor dem Münchner Abkommen davon Kenntnis erhielt.

*** Daladier verwies mich auf einen der drei Artikel, die er im Herbst 1961 in der französischen Wochenschrift *Candide* veröffentlicht hatte. In der Ausgabe vom 14. bis 21. September schrieb er: «Damals (1938) kannten wir noch nicht die von William Shirer in seiner Geschichte des Dritten Reiches veröffentlichten Dokumente: den Rücktritt des Generalstabschefs General Ludwig Beck am 18. August, der auf Hitlers strikten Befehl geheimgehalten wurde; die Erklärungen des Generals von Wietersheim vom 30. August und jene von General Adam, des Oberbefehlshabers im Westen, aus denen hervorgeht, dass der Westwall bis Ende August nicht fertiggestellt sein würde und dass man nicht genügend Truppen zur Verfügung gestellt hätte, um ihn zu halten.

Wir blieben auch in Unkenntnis über das, was Shirer in seinem Buch über die ‚Erste Verschwörung gegen Hitler‘ geschrieben hat ... Es ist bedauerlich, dass uns diese vertraulichen Mitteilungen der deutschen Verschwörer nie-

Dennoch erfuhren der Ministerpräsident und General Gamelin genug über Deutschlands verstärkte wenn auch stillschweigend betriebene Mobilmachung sowie die Zusammenziehung deutscher Truppen an der tschechoslowakischen Grenze, um sich zu gewissen Gegenmassnahmen veranlasst zu sehen. Anfang September wurden die ersten Schritte in Richtung auf eine *Couverture* unternommen. Bestimmte Reservisten wurden einberufen, und der Jahrgang von Wehrpflichtigen, der Ende des Monats zur Abmusterung anstand, im Dienst behalten. Aber trotz der anlaufenden Teilmobilisierung war sich General Gamelin immer noch im unklaren darüber, was im Kriegsfall wirklich geschehen sollte.

Am 12. September wartete ganz Europa gespannt darauf, was Adolf Hitler in seiner Abschlussrede auf dem Reichsparteitag in Nürnberg zum Thema Tschechoslowakei sagen würde. Nach einer Kabinettsitzung stellte Daladier seinen drei ranghöchsten Generälen Gamelin, Georges und Billotte die entscheidende Frage: «Was können Sie tun, um der Tschechoslowakei zu helfen?» Was Gamelin antwortete, ist in seinen eigenen Notizen nachzulesen:

Bis wir die deutsche Wehrmacht schlagen können, wird sie bereits den wichtigsten Teil der Tschechoslowakei eingenommen haben. Aber alles wird sich durch den Friedensvertrag wieder regeln ...

Am Rhein kann nichts unternommen werden... Der einzige Weg führt durch Belgien. Aber Belgien wird uns keinen Durchmarsch gewähren, und wir werden diese Route nicht ohne belgische Zustimmung wählen³⁵.

Blieb noch das Gebiet zwischen Rhein und Mosel einschliesslich des Saarlands. Aber dieses Gebiet, so erklärte der General, sei zu klein für militärische Operationen. In diesem schmalen Streifen würde jede Seite über fünfzig bis sechzig Infanteriedivisionen* haben, und selbst wenn die Franzosen «schnellstmöglich» die Offensive ergriffen, wäre das Ergebnis «eine moderne Version der Schlacht an der Somme» **. Daladier, der im ersten Weltkrieg vier Jahre lang als Infanterist an der Front gestanden hatte, hielt nichts von einer Wiederholung dieses Blutbades. General Gamelin wies sofort auf die Risiken hin, die der massierte Einsatz französischer Streitkräfte in der kleinen Pfalz mit sich bringen würde. Er erklärte, die Deutschen könnten dann durch die Schweiz oder «noch wahrscheinlicher durch Belgien in Richtung auf Maubeuge» vorstossen, wie sie es bereits 1914 getan hatten. Man dürfe die Gefahr eines Flankenangriffs nicht ausser acht lassen. Wie

mals zur Kenntnis gebracht wurden, und dass diese zwar London unterrichteten, es aber nicht für zweckmässig hielten, auch uns zu informieren.»

Im Verlauf einer langen Unterhaltung drückte der frühere französische Ministerpräsident auch sein Bedauern darüber aus, dass ihm die britische Regierung nie einen entsprechenden Wink gegeben hätte.

Schliesslich weist auch nicht ein einziges Wort aus General Gamelins umfangreichen Memoiren oder in seiner und General Georges' ausführlichen Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg darauf hin, dass sie jemals etwas von einer Krise in der deutschen Wehrmacht vermuteten.

* Er überschätzte die anfängliche Stärke der deutschen Truppen um das Vier- bis Fünffache.

** In dieser Schlacht verloren die angreifenden englisch-französischen Armeen im Sommer 1916 246'000 Mann an Toten und Verwundeten, scheiterten bei ihrem Durchbruchversuch und gewannen nur wenig an Boden.

die Deutschen es schaffen sollten, durch Belgien, geschweige denn durch die Schweiz zu marschieren, wenn sie im Westen tatsächlich nur zwölf Divisionen – davon sieben kampfschwache Reserveeinheiten – zur Verfügung hatten, davon wurde nicht gesprochen, da sich Gamelin nicht davon abbringen liess, dass der Feind über das Fünffache dieser Truppenstärke verfügen würde. Russland werde, wie Gamelin seinem Ministerpräsidenten versicherte, «zunächst nur eine zweitrangige Rolle spielen».

Noch vorsichtiger war General Georges, der die französischen Streitkräfte im Nordosten befehligen sollte. Da die Deutschen selbst zu Beginn den Franzosen zahlenmässig ebenbürtig sein würden, erklärte er, und darüber hinaus durch «bedeutende Befestigungen» geschützt würden, könne es keine «rasche Entscheidung» geben. Es sei daher «klüger», riet er, «die ersten französischen Streitkräfte nicht jenseits der Grenze einzusetzen». Es wäre besser, erst dann zur Offensive zu schreiten, «wenn die Koalition ein gewisses Kräftegleichgewicht gewährleistet». Welche «Koalition» er damit meinte, sagte er nicht. Offenbar wollte er auf die Briten warten, die jedoch über keine nennenswerte Armee verfügten. Oder auf die Amerikaner, die sich in derselben Klemme befanden.

Von den Amerikanern kam, als sich die Septemberkrise zuspitzte, keinerlei Ermutigung. Am 4. September hatte Botschafter William Bullitt unter Druck Bonnets und mit Genehmigung von Präsident Roosevelt anlässlich der Einweihung eines Denkmals für die im ersten Weltkrieg gefallenen Amerikaner in Pointe de Grave bei Bordeaux die Warnung ausgesprochen: «Sollte in Europa ein Krieg ausbrechen, so vermag niemand vorherzusehen, ob die Vereinigten Staaten mit hineingezogen würden.» Für eine Grossmacht war das eine matte Erklärung, aber der Isolationismus war in Amerika noch so stark, dass Roosevelt sie fünf Tage später praktisch schon widerrief. Seine Äusserungen bei einer Pressekonferenz wurden in französischen Zeitungen so zitiert: «Wer im Falle eines Krieges in Europa auf die von den Vereinigten Staaten zugesicherte Hilfe baut, befindet sich in einem schweren Irrtum ... Die Vereinigten Staaten in eine französisch-britische Front gegen Hitler einzubeziehen, wäre eine hundertprozentig falsche Auslegung.» Als gegen Ende September ein bewaffneter Konflikt in Europa unmittelbar bevorzustehen schien, teilte die amerikanische Regierung Frankreich schriftlich mit, im Kriegsfall werde das Neutralitätsgesetz Amerika daran hindern, die von Frankreich im Mai bestellten Flugzeuge zu liefern. Das war ein schwerer Schlag für Daladier. Er hatte damit gerechnet, dass die amerikanischen Flugzeuge mit dazu beitragen würden, die Lücken in der französischen Luftwaffe zu schliessen³¹. Er war schon besorgt über General Vuillemins düstere Prophezeiung, dass alle seine Maschinen nach vierzehn Tagen Krieg zerstört sein würden. Später sagte er vertraulich: «Selbst wenn man General Vuillemins Pessimismus in Rechnung stellt, hatte seine Ansicht doch grossen Einfluss auf meine Entscheidungen³⁷.»

Doch als der September heranrückte und Hitler sich immer entschlossener zeigte, Krieg zu führen, machten sich bei Daladier Anzeichen einer festeren Haltung bemerkbar. Der britische Botschafter Phipps berichtete telegrafisch über eine Unterredung vom 8. September mit dem Ministerpräsidenten nach London:

M. Daladier erklärt mit aller Entschiedenheit, dass die Franzosen geschlossen marschieren werden, falls deutsche Truppen die tschechoslowakische Grenze überschreiten sollten. Ihnen ist völlig klar, dass es dabei nicht um die schönen Augen der Tschechen sondern um ihr eigenes Fell geht, da Deutschland sich nach einer gewissen Zeit mit enorm verstärkten Kräften gegen Frankreich wenden würde.

Sir Eric Phipps war inzwischen ebenso defätistisch wie Bonnet. Daladiers Festigkeit beunruhigte ihn, und er versuchte, sie zu brechen. Wie er berichtete, «erkundigte» er sich nach den Schwierigkeiten eines Angriffs auf den Westwall und die «innere Lage» in Frankreich. Dabei bemerkte er gegenüber Daladier, «es schienen immer noch eine gewisse Anzahl von Streiks im Gange zu sein». Doch in beiden Punkten zeigte sich der Ministerpräsident optimistisch und so offenkundig entschlossen, dass sich der Botschafter veranlasst sah, M. Daladier an das Versprechen seiner Regierung zu erinnern, England zu informieren und vor irgendwelchen Gewaltmassnahmen zu konsultieren.

Er sicherte mir die Einhaltung des Versprechens zu, aber ich habe den Eindruck, dass auf einen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei schon bald französische Massnahmen folgen würden³⁸.

Mitte September schien vorübergehend auch die Haltung in London fester zu werden. Am 11. September, als ganz Europa besorgt darauf wartete, was Hitler in Nürnberg sagen würde, gab das britische Aussenministerium eine «autorisierte Erklärung» heraus, zweifellos in der Absicht, Hitler vor seiner Rede zu beeindrucken und die Franzosen zu ermutigen. Die deutsche Regierung wurde darin aufgefordert, sich keinen «Illusionen» hinzugeben oder zu glauben, sie könne einen Überfall auf die Tschechoslowakei ausführen, ohne mit «der Möglichkeit einer Intervention durch Frankreich und hernach auch Grossbritannien» rechnen zu müssen.

Die Pariser Presse begrüßte diese Erklärung als Beweis dafür, dass sich die britische Regierung endlich entschlossen habe, Frankreich zur Seite zu stehen. Doch die französische Regierung wurde schon bald eines Besseren belehrt. Inoffiziell schlug Lord Halifax ganz andere Töne an. Am 10. September, einen Tag vor der Veröffentlichung des britischen Kommuniqués, hatte Bonnet – offenbar auf Anregung Daladiers – an Phipps die grundsätzliche Frage gerichtet: «Deutschland kann morgen schon die Tschechoslowakei angreifen. In diesem Fall werden wir marschieren. Werden Sie mit uns marschieren?» Der Botschafter hatte die Frage an das britische Aussenministerium weitergeleitet. Zwei Tage später, am 12. September, antwortete Lord Halifax in einem Brief an Phipps, der dem französischen Aussenminister vorgelegt werden sollte:

Soweit ich in diesem Stadium überhaupt imstande bin, M. Bonnets Frage zu beantworten, möchte ich sagen, dass die Regierung Seiner Majestät zwar niemals eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs zulassen würde, sich aber ausserstande sieht, präzise Angaben

*über die Art und Weise ihrer künftigen Massnahmen oder den Zeitpunkt, zu dem diese ergriffen werden sollen, zu machen, da sich die Begleitumstände gegenwärtig noch nicht vorhersehen lassen*³⁹.

Die Briten vertraten demnach immer noch dieselbe Haltung wie am 22. Mai, als sie die Franzosen insgeheim davor gewarnt hatten, sich im Falle eines Kriegsausbruchs wegen der Tschechoslowakei auf eine automatische Hilfeleistung Grossbritanniens zu verlassen. Bonnet erhielt erst am 14. September diese Erwiderung durch Halifax' Brief. Inzwischen drahtete der überspannte Phipps nach London, der französische Aussenminister habe «einen Zusammenbruch» erlitten.

Europa erlebte Mitte September einige hektische Tage. Es musste so kurze Zeit nach dem ersten bereits mit einem zweiten Weltkrieg rechnen, wenn auch der nervösen Öffentlichkeit ein Grossteil der Vorgänge verborgen blieb, da Staatsmänner, Generäle und Diplomaten sich jener Geheimdiplomatie bedienten, die Präsident Wilson bereits zurzeit des ersten Weltkriegs so beklagt hatte. Das britische Kommuniqué vom 11. September war natürlich für die Öffentlichkeit, nicht aber Halifax' vertrauliche Mitteilung an die Franzosen, mit der er der Frage auswich. Gleichfalls am 11. September hatte General Gamelin den ungewöhnlichen Schritt getan, Generalleutnant Erich Kühnenthal, den deutschen Militärattaché in Paris, zu sich zu rufen. Er ersuchte ihn, das deutsche Oberkommando von den Mobilisierungsmassnahmen zu unterrichten, zu denen er sich angesichts der Mobilmachung in Deutschland gezwungen sah. Der General hatte in Abrede gestellt, dass Deutschland mobilisiere.

An Hitlers Rede vom 12. September auf dem Nürnberger Reichsparteitag war allerdings nichts Geheimnisvolles. Ganz Europa hatte eine Woche lang in atemloser Spannung darauf gewartet und befürchtet, sie könnte das Signal zum Krieg sein. Die ganze Woche über hatten die NS-Führer ihre Parteigenossen bearbeitet und sie wegen der angeblichen Verfolgung der Sudetendeutschen durch die Tschechen in einen Zustand der Hysterie versetzt. Am 10. September hatte Göring in der für ihn typischen vornehmen Art dem Mob zugeschrien: «Wir wissen, dass es unerträglich ist, wie dieser kleine kulturarme Volkssplitter da unten – kein Mensch weiss, wo sie hergekommen sind – ein Kulturvolk dauernd unterdrückt und belästigt. Wir wissen aber, dass es ja nicht diese lächerlichen Knirpse aus Prag sind. Dahinter steht Moskau, dahinter steht die ewige jüdisch-bolschewistische Zerrfratze.»

Hitlers Rede vom Abend des 12. September war dem Inhalt nach so zurückhaltend, dass sich Europa täuschen und in falsche Sicherheit wiegen liess. Ich war an jenem Tag in Prag und hörte mir die Ansprache im Rundfunk an. In den vergangenen Jahren hatte ich zwar an zwei oder drei Parteitag in Nürnberg teilgenommen, aber noch nie eine Hitlerrede gehört, die so von Gift, Hass und Verachtung strotzte, und ich hatte es noch nie erlebt, dass die Parteimassen von ihm in einen derartigen Taumel der Erregung versetzt wurden. Dennoch ging aus seinen Worten hervor, dass er vor dem Abgrund des Krieges zurückschreckte. Er forderte «ein Ende der schrecklichen Verfolgung der gequälten

Sudetendeutschen durch die Tschechen» und die Gewährung der Selbstbestimmung – das heisst die Abtretung des Sudetenlands an Deutschland. Aber er verzichtete darauf zu sagen, dass Deutschland die Tschechoslowakei angreifen werde. Durch die Hauptstädte Europas ging ein dankbares Aufatmen. Man wusste ja nur in London, dass Hitler den Termin für den Überfall auf die Tschechoslowakei insgeheim bereits auf den 1. Oktober – also in weniger als drei Wochen – festgesetzt hatte.

Dankbar war man, aber immer noch besorgt. In Paris machte sich unter den Mitgliedern der französischen Regierung Panikstimmung breit. Die Nachrichten aus der Tschechoslowakei am nächsten Tag waren beängstigend. Angefeuert von der Rede Hitlers griffen die Sudetendeutschen zu den aus Deutschland reichlich gelieferten Waffen und überfielen in einem halben Dutzend Städten Polizeikasernen, Bahnhöfe, Postämter und andere öffentliche Gebäude. Die tschechoslowakische Regierung verhängte das Kriegsrecht, setzte Truppen ein und schlug den Aufstand in zweitägigen Kämpfen nieder. Aber zwölf Tschechen und neun Deutsche wurden getötet, Hunderte auf beiden Seiten verwundet. Ich erinnere mich noch, dass man am Abend des 14. September in Prag noch vor Mitternacht einen deutschen Angriff erwartete. Aber inzwischen war in den Hauptstädten der Grossmächte einiges geschehen, das den Konflikt auf tschechischem Boden in den Bereich der Grossmachtspolitik erhob.

In Paris war am 13. September Bonnet nach den Worten des britischen Botschafters «zusammengebrochen». Daladier schwankte. Die Eildeschen, die Sir Eric Phipps an diesem Abend absandte, legen davon beredtes Zeugnis ab. Um 18 Uhr 15 kabelte er nach London, Bonnet «scheint völlig die Nerven verloren zu haben und zu jeder Lösung bereit zu sein, nur um den Krieg zu verhindern⁴⁰». Um 19 Uhr 10 erläuterte der Botschafter in einem ausführlicheren Telegramm an Lord Halifax, was geschehen war.

Ich sprach heute nachmittag nach der Sitzung des Ministerrats mit dem Aussenminister.

*M. Bonnet war ausser Fassung und erklärte, der Friede müsse um jeden Preis gewahrt werden, da weder Frankreich noch Grossbritannien auf einen Krieg vorbereitet seien. Oberst Lindbergh... behauptet, Deutschland hätte 8'000 Kampfflugzeuge und könne monatlich 1500 weitere produzieren *. M. Bonnet sagte, französische und britische Städte würden dem Erdboden gleichgemacht...*

Er sprach von Gerüchten, nach denen auf der heutigen Ministerratsitzung die Mobilmachung beschlossen worden sei. Diese seien absolut unzutreffend. Im Gegenteil: man erwäge keine weiteren militärischen Massnahmen, und der Friede müsse um jeden Preis gewahrt bleiben.

M. Bonnet zeigte sich erfreut darüber, dass er gestern von mir eine Kopie Ihres Telegramms vom 22. Mai erhalten hätte, in dem wir darauf hinweisen, dass wir uns nicht automatisch verpflichtet fühlten, zu den Waffen zu greifen, falls sich Frankreich einer deutschen Aggression widersetze. Er deutete streng vertraulich an, dieses Telegramm

* Wenn Bonnet richtig zitiert, hat Lindbergh den Bestand an Kampfflugzeugen und die Produktionsziffern um mindestens das Vierfache überschätzt.

habe ihm gegenüber gewissen Kriegsgelüsten französischer Minister gute Dienste geleistet. Er hoffe, dass die Warnung noch gelte. Ich sagte, das sei gewiss der Fall...⁴¹

Von diesem 13. September an war Bonnet entschlossen, dass Frankreich weder zur Rettung der Tschechoslowakei noch zur eigenen Rettung kämpfen sollte*. Er hatte klein beigegeben.

Phipps beschloss sein ausführliches Telegramm mit den Worten: «M. Bonnets Zusammenbruch kommt für mich so plötzlich und unerwartet, dass ich um eine Unterredung mit M. Daladier nachsuche.»

Er wurde wenige Minuten später vom Ministerpräsidenten empfangen und fand ihn zwar nicht zusammengebrochen vor, aber doch gewiss schwankend. Er sah einen ganz anderen Mann vor sich, als noch vor einer Woche bei ihrer letzten Unterredung am 7. September. Um 20 Uhr 30 berichtete Phipps in einem weiteren Telegramm an Halifax von diesem Treffen⁴³.

Ich habe mit M. Daladier gesprochen.

Ich war bemüht, M. Bonnet nicht blosszustellen, denn das hätte zu einer Kabinettskrise mit bedauerlichen Folgen führen können.

Der Präsident des Ministerrats sagte, er sei über das Blutvergiessen in der Tschechoslowakei ernstlich beunruhigt und habe das Gefühl, dass jetzt jede Minute kostbar sei...

Ich fragte schliesslich M. Daladier rundheraus, ob er noch an der Politik festhalte, die er mir am 8. September erläutert hat. Er erwiderte ohne rechte Begeisterung, Frankreich werde dazu gezwungen sein, falls die Deutschen Gewalt anwendeten. Er fügte jedoch hinzu, dass er sich natürlich über Recht und Unrecht des jüngsten Blutvergiessens in der Tschechoslowakei Gewissheit verschaffen müsse.

M. Daladier sagte, er habe zwei Beamte per Flugzeug nach Prag entsandt, um M. Benesch eindringlich darauf hinzuweisen, wie lebenswichtig es sei, den Sudetendeutschen jedes erdenkliche Zugeständnis zu machen. Er sprach ebenso ungehalten über M. Benesch, wie es M. Bonnet zuvor getan hatte...

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass ich heute einen ganz anderen M. Daladier kennengelernt habe als am 8. September. Sein Ton und seine Ausdrucksweise waren sehr verändert.

Ich fürchte, die Franzosen haben geblufft, obgleich ich sie fortgesetzt darauf hingewiesen habe, dass man Hitler nicht bluffen kann ...

M. Daladier sagte, er werde vielleicht mit dem Premierminister telefonieren.

Das tat der Ministerpräsident noch am selben Abend. Sowohl Bonnet als auch Daladier hatten Phipps ersucht, in London die sofortige Einberufung einer Drei- oder Viermächte-

* Die französische Presse wusste es. Wie Phipps in einem Privatbrief vom 16. September Halifax mitteilte, hatte Bonnet noch am selben Abend den politischen Korrespondenten in Frankreich erklärt, «Frankreich lehne jegliche Lösung durch Waffengewalt ab ...».

konferenz anzuregen, die sich um eine Beilegung der Sudetenfrage und die Abwendung des Krieges bemühen sollte. Darauf wollte Daladier in seinem Telefongespräch dringen und für den Fall einer britischen Ablehnung, die Phipps als möglich bezeichnet hatte, eine Fühlungnahme Chamberlains mit Hitler vorschlagen, bei der die Solidarität zwischen Frankreich und Grossbritannien bekräftigt werden sollte. Die telefonische Verbindung mit London kam kurz nach 21 Uhr zustande. Nach Daladiers Angabe war die Verbindung schlecht⁴⁴. Es gelang ihm offenbar nicht, sich verständlich zu machen*. Aber er will nach eigener Angabe aus Chamberlains Antwort «verstanden haben, dass er schon vor einiger Zeit eine Entscheidung getroffen habe, die er für nützlich hielt und über die er mich später unterrichten wollte».

So behandelte also der Premierminister den Regierungschef einer verbündeten Nation. Er lehnte es sogar ab, Daladier einen Hineis auf seine Absichten zu geben. Heute ist bekannt, worum es ging. Noch am selben Abend um 23 Uhr sandte Chamberlain eine dringende Botschaft an Hitler.

Im Hinblick auf die zunehmend kritische Lage schlage ich vor, sofort zu Ihnen zu kommen, um zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden. Ich schlage vor, auf dem Luftwege zu kommen, und bin morgen zur Abreise bereit. Teilen Sie mir bitte den frühesten Zeitpunkt mit, zu dem Sie mich empfangen können, und geben Sie mir den Ort der Zusammenkunft an. Ich wäre für eine sehr baldige Antwort dankbar⁴⁸.

Zwei Stunden zuvor hatte der deutsche Geschäftsträger in London, Theodor Kordt, an Berlin telegraphiert, Chamberlains Pressesekretär habe die deutschen Pressekorrespondenten in London davon unterrichtet, dass der Premierminister «bereit sei, weitgehende deutsche Vorschläge zu prüfen, darunter auch einen Volksentscheid, bei ihrer Durchführung mitzuwirken und sich öffentlich für sie einzusetzen»⁴⁷.

Damit wurde die Kapitulation eingeleitet, die in München vollzogen werden sollte.

* Daladier erkannte, dass Chamberlain ihn wegen der mangelhaften Telefonverbindung nicht verstanden hatte. Er ersuchte noch am selben Abend den britischen Botschafter, «unverzüglich eine äusserst wichtige Mitteilung an den Premierminister» weiterzuleiten. Diese Mitteilung wurde um 22 Uhr 10 telefonisch durchgesprochen. Daladier befürchtete, «die Vorgänge könnten jeden Augenblick der Kontrolle entgleiten», und betonte, «ein Eindringen deutscher Truppen in die Tschechoslowakei muss um jeden Preis verhindert werden», denn andernfalls «stünde Frankreich vor der Notwendigkeit, seine Verpflichtungen automatisch zu erfüllen». Daladier schlug daher zweierlei vor:

«1. Lord Runciman soll seinen Plan unverzüglich veröffentlichen.

Sollte diese Massnahme nicht ausreichen, schlage ich vor:

2. Ein unverzügliches Angebot an Hitler für eine Dreimächtekonferenz – nämlich Deutschland für das Sudetengebiet, Frankreich für die Tschechoslowaken und Grossbritannien für Lord Runciman – mit dem Ziel einer friedlichen Regelung, wie Hitler sie gestern abend in seiner Rede befürwortet hat.»

Auf diese Weise versuchte der französische Ministerpräsident bei den Briten eine Befreiung Frankreichs von seinen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei zu erreichen“.

Der Weg nach München, II. 15. bis 28. September 1938

Der nächste Schritt wurde zwei Tage später, am 15. September, in Berchtesgaden getan. Dort konferierte Chamberlain in Abwesenheit der Franzosen mit Hitler. Die beiden Männer kamen rasch zur Sache *. Hitler forderte die Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen. Um sie zu erlangen, sagte er, werde er «jeden Krieg, sogar einen Weltkrieg, riskieren». Der britische Premierminister zeigte sich beeindruckt. Er persönlich bekenne sich zum Grundsatz der Abtrennung des Sudetenlandes, erklärte er. Doch zuerst müsse er die Zustimmung seines Kabinetts und der französischen Regierung einholen. Er sagte nichts darüber, ob man auch das Einverständnis der Tschechoslowaken einholen müsse. Er schlug ein weiteres Treffen innerhalb weniger Tage vor und ersuchte Hitler, inzwischen von militärischen Massnahmen abzusehen. Zu Chamberlains Genugtuung war Hitler mit beiden Vorschlägen einverstanden¹. Er bemerkte dazu wenige Tage später in privatem Kreis: «Trotz der Härte und Rücksichtslosigkeit, die ich in seiner Miene zu erkennen glaubte, bekam ich den Eindruck, einen Mann vor mir zu haben, auf dessen einmal gegebenes Wort man sich verlassen kann².»

Nach seiner Ankunft in London am Abend des 16. September berief Chamberlain unverzüglich eine Kabinettsitzung ein. An ihr nahm auch Lord Runciman teil, den man schleunigst per Flugzeug aus Prag herbeigeht hatte. Der britische «Vermittler» war für den Premierminister eine grosse Hilfe. Er gab zu, dass er «sehr viel Sympathie für die Sudetendeutschen» empfinde, und empfahl, unverzüglich jene Gebiete an Deutschland abzutreten, in denen sie über eine klare Mehrheit verfügten. Darüber hatte sich Chamberlain im Prinzip bereits mit Hitler geeinigt. Aber Runciman ging noch weiter. Er empfahl nachdrücklich, die tschechoslowakische Regierung sollte es «Parteien wie Personen verbieten», die feindselige «Agitation» gegen die «Nachbarn» ihres Landes fortzusetzen. Darüber hinaus sollte sie «ihre auswärtigen Beziehungen neugestalten und ihren Nachbarn die Gewähr geben, dass diese unter keinen Umständen mit einem Angriff oder mit irgendeiner Aggressionshandlung zu rechnen hätten, die sich aus Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten ergeben könnten». Lord Runciman war unwissend und voreingenommen. Doch ist es erschütternd, dass selbst ein solcher Mann sich wegen der Gefahr der Aggression und Agitation von Seiten eines tschechischen Rumpfstaaats gegen Grossdeutschland besorgt zeigte. Dennoch scheinen seine phantasti-

Dieses Treffen hat der Verfasser ausführlich in seiner Geschichte des Dritten Reiches beschrieben.

sehen Empfehlungen auf das britische Kabinett Eindruck gemacht und ganz gewiss Chamberlain in seiner Entschlossenheit bestärkt zu haben, Hitlers Forderungen zu erfüllen³.

Nachdem der Premierminister sein Kabinett auf seine Haltung eingeschworen hatte, rief er die Franzosen nach London, um auch ihre Zustimmung zu erlangen. Angesichts dessen, was Phipps an diesem 16. September Lord Halifax in einem persönlichen Brief aus Paris mitteilte, muss Chamberlain gewusst haben, dass dies nicht sehr schwierig sein würde. Phipps schrieb:

Bonnet teilte mir heute morgen noch einmal mit, er und die französische Regierung würden jeden vom Premierminister oder Lord Runciman befürworteten Plan akzeptieren und ihn den Tschechen nahelegen. Sollten diese sich unzugänglich zeigen, würde man ihnen mitteilen, dass Frankreich keinen weiteren Anteil an ihrem Schicksal mehr nehmen werde. Sollten jedoch die Deutschen unterdessen die Tschechen angreifen, würden die Franzosen gezwungen sein, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Danach berichtete er, der französische Außenminister habe am 13. September, dem Tag seines «Zusammenbruchs», den politischen Korrespondenten mitgeteilt: «Frankreich weise jegliche Lösung durch Waffengewalt zurück», und fasste dann seine persönlichen Eindrücke zusammen:

Ich bin ziemlich sicher, dass die Franzosen keineswegs automatisch zu den Waffen greifen werden, selbst wenn die deutschen Streitkräfte die tschechoslowakische Grenze überschreiten sollten. Ich glaube vielmehr, dass sie die Begleitumstände dieser «Aggression» sehr genau prüfen werden, und nehme nicht an, dass wir ihnen ihre Vorsicht in dieser Beziehung verübeln werden⁴.

Verübeln! Die Briten bestanden sogar auf dieser Vorsicht. Sie hatten jedoch wenig Grund zur Besorgnis, wie der Verlauf des englisch-französischen Treffens vom 18. September in London, an dem Daladier und Bonnet teilnahmen, rasch zeigen sollte. Chamberlain unterrichtete seine Gäste über seine Besprechung mit Hitler und betonte, «die Lage war viel ernster und kritischer als ich annahm», Er erklärte, er persönlich sei für die Annahme der von Hitler geforderten Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen. Daladier blieb zunächst hart und versuchte, seinen britischen Gastgebern klarzumachen, dass «Deutschlands wahres Ziel die Auflösung der Tschechoslowakei und das Vordringen nach Osten ist. Als nächstes Land würde Rumänien folgen... Ergebnis: Deutschland würde schon bald Europa beherrschen und sich dann gegen Frankreich und Grossbritannien wenden.»

Diesen Punkt hatte Chamberlain vorsichtig in Berchtesgaden angeschnitten und sich erkundigt, ob die «Rückkehr des Sudetenlands» Hitlers «letzte territoriale Forderung» sein würde oder ob er, wie man teilweise in Grossbritannien annehme, auf «die Zer-

stückelung des tschechoslowakischen Staates» abziele. Der Kanzler hatte ihm «versichert», dass dies seine letzte derartige Forderung sei *. Er wolle keine Tschechen im deutschen Reich haben. Der britische Regierungschef hatte Hitlers Wort akzeptiert. Nach dem englischen Sitzungsprotokoll wurde den Franzosen erklärt: «Der Premierminister gewann durch die Beobachtung Hitlers im Gespräch den Eindruck, dass er sein Wort halten würde und dass man sich auf ihn verlassen könne, falls nicht etwas ganz Unerwartetes eintrete⁵.» Daladier war zwar anderer Meinung, aber er war nicht Manns genug, die Verbohrtheit des Premierministers zu überwinden und ihm die Augen zu öffnen. Nachdem er bekräftigt hatte, dass Frankreich im Falle eines Angriffs durch die Deutschen seinen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nachkommen werde, begann er nachzugeben. Das amtliche britische Protokoll zeigt den Wendepunkt auf.

Das Problem besteht darin (sagte der Premierminister), auf geeignete Weise zu verhindern, dass Frankreich aufgrund seiner Verpflichtungen zum Krieg gezwungen wird, und gleichzeitig die Tschechoslowakei zu erhalten und so viel von diesem Land zu retten, wie menschenmöglich ist.

Über die geeigneten Mittel und Wege wurde rasch Einigung erzielt. Die Tschechen sollten – notfalls sehr nachdrücklich – aufgefordert werden, an Deutschland alle die Gebiete abzutreten, in denen mehr als die Hälfte der Einwohner Sudetendeutsche waren. Als Gegenleistung für dieses Opfer erklärte sich Grossbritannien bereit, gemeinsam mit anderen Staaten «eine internationale Garantie der neuen Grenzen... gegen unprovizierte Angriffe» auszusprechen. Diese Zusicherung war jedoch mit der Bedingung verbunden, dass die Tschechoslowaken ihre Beistandspakte mit Frankreich und Russland aufkündigten.

Wie scheinheilig diese Einstellung war, wird aus der gemeinsamen Note der britischen und französischen Regierung deutlich, mit der Präsident Benesch am folgenden Tag aufgefordert wurde, das Sudetenland aufzugeben:

Die französische und die britische Regierung erkennen die Grösse des Opfers an, das hiermit von der tschechoslowakischen Regierung für die Sache des Friedens verlangt wird. Da es hier jedoch um Europa im Allgemeinen und die Tschechoslowakei im Besonderen geht, haben die beiden Regierungen es für ihre Pflicht gehalten, gemeinsam in aller Offenheit die zur Erhaltung dieses Friedens erforderlichen Voraussetzungen darzulegen.

Die britischen und französischen Staatsmänner hatten es eilig. Sie durften Hitler nicht warten lassen. Die gemeinsame Note schloss:

* Eine ähnliche Versicherung hatte Hitler bereits 1935 ausgesprochen, nachdem das Saarland an Deutschland zurückgegeben worden war.

Der Premierminister muss seine Besprechungen mit Herrn Hitler spätestens am Mittwoch, wenn möglich früher, wieder aufnehmen. Wir ersuchen Sie daher um eine möglichst umgehende Antwort⁹.

Die Vorschläge trafen am Montag, dem 19. September gegen Mittag in Prag ein. Den Tschechen wurde nicht viel Zeit gelassen. Sie brauchten sie auch nicht. Am folgenden Tag wiesen sie die Vorschläge mit der prophetischen Begründung zurück, ihre Annahme würde «die Tschechoslowakei früher oder später völlig unter deutsche Vorherrschaft» bringen.

In der Prager Antwort wurde Frankreich an seine vertraglichen Verpflichtungen und die möglichen Folgen eines tschechischen Nachgebens für die Stellung Frankreichs in Europa erinnert. Sodann bot Prag an, die ganze Sudetenfrage durch ein Schiedsgericht gemäss den Bedingungen des deutsch-tschechoslowakischen Vertrags vom Oktober 1925 zu unterwerfen.

Die Briten und Franzosen wollten sich mit Prags Ablehnung nicht zufriedengeben, weil sie befürchteten, dass sich Hitler im nächsten Augenblick für den Krieg entscheiden könnte, falls die Tschechoslowaken nicht nachgaben. Um die tschechoslowakische Regierung zu einer Meinungsänderung zu veranlassen, griffen sie nun zu den schärfsten – und schäbigsten – diplomatischen Mitteln. Sie setzten ihrer Hinterlist dadurch die Krone auf, dass sie darauf bestanden, die Tschechen hätten trotz des drohenden Angriffs von Seiten des bereits mobilisierten Deutschlands vom Beginn der eigenen Mobilmachung abzuweichen. London und Paris befürchteten, ein solcher Schritt könnte den deutschen Diktator noch mehr «provozieren». So kam es, dass Frankreich und Grossbritannien ihre Politik der Opferung der Tschechoslowakei zum Teil damit begründeten, dies Land sei nicht stark genug, sich selbst zu verteidigen, und es gleichzeitig daran hindern wollten, eigene Massnahmen zur Selbstverteidigung zu treffen.

Diese Doppelzüngigkeit war zuviel für General Foucher, den Leiter der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei. Er wusste, dass General Gamelin im Juli die formelle Einladung des tschechoslowakischen Generalstabs zu militärischen Gesprächen mit den Franzosen mit dem Ziel einer Abstimmung über gemeinsames Handeln im Falle einer deutschen Aggression nicht beantwortet hatte⁷. Das hatte bei ihm den quälenden Verdacht erregt, sein Land könnte nicht zu seinen Verpflichtungen stehen. Aber als er am 15. September erfuhr, dass Daladier selbst den Tschechen mitgeteilt hatte, er sei wegen ihrer ersten bescheidenen Sicherheitsvorkehrungen beunruhigt, teilte er Gamelin erst schriftlich und dann telegrafisch mit, das Land könne nicht zum Kampf gegen die Deutschen antreten, wenn es jetzt nicht mobil mache⁸.

Endlich wurde auch Gamelin aus seiner Lethargie aufgerüttelt – und sei es nur wegen der Erkenntnis, wie er Daladier am 18. September schrieb, dass eine nichtmobilisierte Tschechoslowakei kaum in der Lage sein werde, «einen wesentlichen Teil der deutschen Streitkräfte zu binden» – das heisst also, sie von Frankreich abzulenken. Zwei Tage

später fragte der Ministerpräsident kurz nach seiner Rückkehr aus London den General, ob er einer Mobilmachung der Tschechen grundsätzlich zustimme. Gamelin antwortete in seiner typisch ausweichenden Art:

«Die Tschechoslowakei kann ihre Grenzen ohne eine allgemeine Mobilmachung nicht selbst verteidigen, aber das ist eine Frage, die das tschechische Oberkommando zu entscheiden hat. Die Frage ist nur, ob Frankreich und Grossbritannien der Tschechoslowakei ohne Bedingungen volle Handlungsfreiheit gewähren wollten. Diese Frage wiederum überschreitet die Kompetenz des französischen Oberkommandos⁹.»

Die Entscheidung lag nun bei der Regierung.

Noch in dieser Nacht vom 20. zum 21. September traf die französische Regierung tatsächlich eine Entscheidung, wenn auch in anderer Sache und unter immer noch umstrittenen Begleitumständen. Aufgrund der verfügbaren Beweise könnte man von einem Täuschungsmanöver sprechen. Die Hauptrolle bei den Geschehnissen jenes spannungsgeladenen Abends übernahm Bonnet, der sich viele Jahre später immer noch bemühen sollte, mit aller Hartnäckigkeit seine Handlungsweise als gerechtfertigt und ehrenhaft zu verteidigen.

Am Abend des 20. September diktierte kurz vor 21 Uhr Victor de Lacroix, der französische Gesandte in Prag, einen telegrafischen Bericht über die Zurückweisung des englisch-französischen Vorschlags durch die Tschechoslowakei, der telefonisch durchgegeben werden sollte. Da rief ihn Ministerpräsident Dr. Milan Hodja an und bat ihn dringend um seinen sofortigen Besuch. Hodja, der Führer der Agrarpartei und politischer Widersacher Präsident Beneschs, wurde bereits unsicher – teils aus Angst vor den Deutschen, teils aus Furcht vor der ungewissen Haltung der Franzosen. Er wollte sich vergewissern, ob sein Argwohn begründet war: dass Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nicht einhalten würde. Er stelle Lacroix diese Frage ohne alle Umschweife. Lacroix berichtete nach dem Krieg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss über diese gespannte Unterredung¹⁰.

Hodja fragte mich, ob ich sicher sei, dass Frankreich im Falle eines Konflikts seinen Verpflichtungen ausweichen werde. Ich antwortete ihm, darüber sei mir nichts bekannt, ich wollte aber sofort nach Paris telegrafieren und eine zuverlässige Antwort auf seine Frage einholen. Er wandte ein, dies würde zu viel Zeit beanspruchen, und fügte hinzu: «Ich bin mir von vornherein darüber im Klaren, dass Frankreich nicht an unserer Seite marschieren wird, und wenn Sie noch heute nacht darüber eine telegrafische Bestätigung von Ihrer Regierung erlangen können, wird der Präsident der Republik nachgeben. Es ist das einzige Mittel, den Frieden zu wahren.»

M. Hodja erwiderte auf meine Frage, er handele in Übereinstimmung mit Benesch und dem Generalstab, nach dessen Schätzung ein Krieg gegen Deutschland ohne die Unterstützung Frankreichs einem Selbstmord gleichkäme.

Der französische Gesandte bezeugte weiter, dass er seine Regierung unverzüglich über dieses Gespräch unterrichtet hätte. Aber «bei Überprüfung der Archive des Aussenministeriums stellte ich später fest, dass mein Telegramm verstümmelt worden war. M. Hodjas erste Frage und meine unschlüssige Antwort waren herausgeschnitten worden*.» Nach Bonnets Bearbeitung lautete dieses Telegramm, das er später in seinen Memoiren als «unverfälschten Text»¹¹ veröffentlichte, folgendermassen:

Der Ministerpräsident hat mir soeben erklärt, dass der Präsident der Republik nachgeben werde, falls ich ihm noch in dieser Nacht versichern könne, dass Frankreich aufgrund seiner Abmachungen mit England bei Ausbruch eines Krieges wegen der Sudetendeutschen nicht marschieren wird.

Die tschechoslowakische Führung benötigt diese Rückendeckung, um den englisch-französischen Vorschlag annehmen zu können ... A4. Hodja erklärt, das von ihm vorgeschlagene Verfahren sei der einzige Weg zur Rettung des Friedens. Er möchte dies alles möglichst vor Mitternacht erledigt wissen, auf jeden Fall aber noch im Laufe dieser Nacht¹².

Nach Bonnets Behauptung wünschten die Tschechen also eine «Rückendeckung». Doch während er dabei bleibt, dass die Tschechen sie lediglich als Vorwand zur Annahme der Londoner Vorschläge brauchten, schien Lacroix anzunehmen, dass die Tschechen diese Erklärung lediglich für den Fall wünschten, dass Frankreich entschlossen war, nicht Wort zu halten, und bereit war, dies auch zuzugeben. Bonnet erklärte, er sehe hier keinen

Unterschied. Er schrieb später zu seiner Rechtfertigung: «Wir waren bereit, der tschechoslowakischen Regierung die gewünschte ‚Rückendeckung‘ zu geben, und versprachen dies auch¹³.» Er war also «bereit», im Namen der französischen Regierung zu versprechen, dass sie ihr Versprechen nicht einhalten werde **. Das wurde nun rasch erledigt.

Daladier begab sich zu Bonnet an den Quai d'Orsay, wo der Aussenminister mit Unterstützung von Leger und Jules Henry, dem Direktor seines Ministerialbüros, mit der Abfassung der fraglichen Erklärung beschäftigt war. Für eine Kabinettsitzung fehlte die Zeit, man hielt es jedoch für nötig, zumindest den Präsidenten der Republik zu unterrichten, der sich auf Schloss Rambouillet aufhielt. Es war schon fast Mitternacht. Der Frühaufsteher Lebrun schlief bereits. Bonnet liess ihn wecken und erklärte ihm telefonisch die Lage. Lebrun empfahl, sich etwas mehr Zeit «zum Nachdenken» zu nehmen und vor

* Lacroix sagte vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss: «Ich glaube, dass die Verstümmelung meines Telegramms eine Last ist, an der die französische Regierung schwer zu tragen hat, denn man kann daraus entnehmen, dass sie sich bereits entschieden hatte, ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen, dies jedoch nicht zugeben wollte.»

Lacroix erklärte dem Ausschuss ferner, dies sei nicht sein erstes Telegramm aus der Krisenzeit, das von Bonnets Aussenministerium redigiert worden war. Wenige Tage vorher, am 17. September, hatte er in einer langen Depesche über ein vertrauliches Gespräch mit Benesch berichtet. «Bei Durchsicht des Archivs im Aussenministerium fand ich später heraus, dass mein Telegramm verfälscht worden walk*»

** Während Bonnet und Daladier am Abend des 20. September über die Form der «Rückendeckung» berieten, erhielten die Briten neue Beweise dafür, dass die Franzosen nicht zu kämpfen gedachten. Der britische Militärattaché in Paris kabelte am 21. September nach London: «Gestern abend hatte ich eine Unterredung mit Oberst Gauché (dem Chef des Deuxième Bureau). Er erklärte: ‚Natürlich wird es nicht zueinem europäischen Krieg kommen, da wir nicht kämpfen werden . . . M‘»

einer so schmerzlichen Entscheidung eine Sitzung des gesamten Kabinetts einzuberufen. Doch Bonnet blieb dabei, dass eine Antwort sofort erfolgen müsse. Der Präsident stimmte zu. Dreissig Minuten nach Mitternacht wurde die französische Note zur «Rückendeckung» telefonisch an Lacroix in Prag durchgegeben.

Frankreich hat in Übereinstimmung mit England das einzige Verfahren dargelegt, das nach seiner Ansicht und nach Lage der Dinge die Deutschen von einem Einmarsch in die Tschechoslowakei abhalten kann.

Durch Zurückweisung der französisch-britischen Vorschläge übernimmt die tschechische Regierung die volle Verantwortung für ein gewaltsames Vorgehen Deutschlands. Sie zerstört damit die gerade erst geschaffene französisch-britische Solidarität und nimmt damit jeder Unterstützung von Seiten Frankreichs ihre praktische Wirksamkeit...

Die Tschechoslowakei geht somit das Risiko ein, das wir glaubten gerade beseitigt zu haben. Sie muss Verständnis für die Schlüsse aufbringen, die Frankreich mit Recht daraus zieht, falls die tschechoslowakische Regierung die französisch-britischen Vorschläge nicht unverzüglich akzeptiert¹⁵.

Nach Ansicht Bonnets und der französischen Regierung hatten also die Tschechen und nicht die Deutschen die Verantwortung für einen deutschen Angriff auf dieses Land zu tragen. Jedenfalls würden die beiden westlichen Verbündeten ihre Hände in Unschuld waschen, wenn Prag nicht «unverzüglich» den britisch-französischen Vorschlägen zur Überlassung des Sudetenlands an Hitler zustimmte. Nach dem Krieg sagte Bonnet vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus, er hätte noch in dieser Nacht mit London telefoniert und von den Briten erfahren: «Wir können der tschechoslowakischen Regierung nicht die benötigte Rückendeckung vorenthalten¹⁸.» Von einer solchen Rückendeckung wird jedoch in den Akten des britischen Aussenministeriums nichts erwähnt. Es finden sich aber zahlreiche Hinweise darauf, dass die Briten in jener Nacht gemeinsam mit den Franzosen den Druck auf Prag verstärkten.

Um 22 Uhr 45 hatte Sir Basil Newton, der britische Gesandte in Prag, an Halifax telegraphiert: «Es muss eine Lösung erzwungen werden... Wenn ich Benesch eine Art Ultimatum stellen könnte... würden sich er und seine Regierung in der Lage sehen, sich höherer Gewalt zu beugen¹⁷.» Diesen Gefallen tat ihm der britische Aussenminister um 1 Uhr 20 morgens mit einer telefonischen Nachricht. Newton erhielt darin Anweisung, gemeinsam mit seinem französischen Kollegen die tschechoslowakische Regierung darauf hinzuweisen, dass

... ein Festhalten an ihrer Weigerung nach unserer Meinung unmittelbar zu einem deutschen Einmarsch führen würde. Sie sollten bei der tschechoslowakischen Regierung darauf dringen, dass sie ihre Antwort auf die britisch-französischen Vorschläge zurückzieht und ernsthaft eine Alternative überlegt, die den Realitäten Rechnung trägt. Nach unserer Meinung sind diese Vorschläge nach wie vor die einzige Möglichkeit, einen

*sofortigen deutschen Angriff zu verhindern ... Wir bitten daher die tschechoslowakische Regierung um ernsthafte und eingehende Überlegungen, bevor sie eine Lage schafft, für die wir keinerlei Verantwortung übernehmen können*¹⁸.

Genau wie die Franzosen es getan hatten, schob nun auch die britische Regierung die Verantwortung für einen deutschen Angriff nicht auf den Angreifer, sondern den Betroffenen. Und wenn Prag nicht nachgab, würde man es seinem Schicksal überlassen. Gerüstet mit diesen Ultimaten ihrer beiden Aussenminister fuhren Newton und Lacroix kurz nach zwei Uhr morgens zum Hradschin und holten Benesch aus dem Bett. Er war der zweite Präsident, dessen Schlaf in dieser Nacht gestört wurde. Den beiden Diplomaten wurde klar, dass Benesch nicht mit dem Besuch gerechnet hatte und nichts davon wusste, dass sein Ministerpräsident die Franzosen um eine Bestätigung der Absicht, ihre Verpflichtungen nicht einzuhalten, ersucht hatte. Nachdem der französische Gesandte sein Telegramm verlesen hatte, erlitt Benesch fast einen Zusammenbruch. Er begann zu schluchzen. Später sagte er, die Nachricht hätte ihn wie ein Keulenschlag getroffen. Nachdem auch Newton sein Telegramm verlesen hatte, folgte eine kurze Aussprache. Benesch sagte eine Antwort zu. Die beiden Gesandten erklärten, dass sie darauf warten würden. Doch dann erklärte der Präsident, die Antwort könne erst gegen Mittag vorliegen, da er einige Zeit brauche, um sich mit seinem Kabinett und der Armee zu beraten. Es war inzwischen 3 Uhr 45 geworden. Beim Abschied ersuchte Benesch den französischen Gesandten, ihm die Note seiner Regierung schriftlich zu geben. Doch Lacroix war von Bonnet angewiesen worden, sie nur mündlich vorzutragen. Benesch sah offenbar keine Hoffnung mehr, aber er dachte wohl an das Urteil, das die Geschichte einmal fällen würde. Er selbst, seine Regierung und die Armee hatten angesichts der feindlichen Drohungen grossen Mut bewiesen. Doch bei den Besprechungen, die den ganzen 21. September über andauerten, begann der Mut angesichts des Abfalls ihrer Freunde und Verbündeten zu zerbröckeln.

Im Laufe des Tages kam von russischer Seite ein kleiner Lichtblick. Am frühen Nachmittag bekräftigte Litwinow in einer Rede vor dem Völkerbund, die Sowjetunion werde zu ihrem Pakt mit der Tschechoslowakei stehen. Wenige Minuten später suchte der sowjetische Gesandte in Prag Benesch auf und bestätigte diese Erklärung. Doch dem Präsidenten war klar, dass der Vertrag mit Russland sowjetische Hilfe nur unter der Bedingung vorsah, dass auch Frankreich seine Verpflichtungen erfüllte. Die Franzosen waren gerade abtrünnig geworden – und im Begriff, das auch noch schriftlich zu fixieren.

Am 21. September, kurz vor 17 Uhr, kapitulierte die tschechoslowakische Regierung und erklärte sich mit dem englisch-französischen Plan einverstanden. «Uns blieb keine andere Wahl», hiess es bitter in einer offiziellen Regierungserklärung an das Volk, «da wir allein gelassen wurden.» Im privaten Gespräch drückte es Benesch noch deutlicher aus: «Wir sind gemein verraten worden.»

Am nächsten Tag trat das Kabinett Hodja zurück. General Jan Sirovy, Generalinspekteur des Heeres, übernahm die Führung einer neuen Allparteienregierung. An diesem

22. September geschah noch mancherlei. In Prag zerriss General Foucher seinen französischen Pass und trat in die tschechoslowakische Armee ein. In Paris protestierten die Minister Reynaud, Mandel und Champetier de Ribes durch ihren Rücktritt gegen die Art und Weise, wie ihre Regierung die tschechoslowakische Regierung unter Druck gesetzt hatte*. In London brachten die Morgenzeitungen eine Erklärung, die Winston Churchill um Mitternacht abgegeben hatte. Er war gerade von einem zweitägigen Besuch in Paris zurückgekehrt, wo er Reynaud und Mandel beschworen hatte, nicht zurückzutreten, da die französische Regierung «ihre beiden fähigsten und entschlossensten Männer» nicht entbehren könne. Churchill erklärte weiter: «Die Aufspaltung der Tschechoslowakei unter Druck von England und Frankreich kommt einer vollständigen Kapitulation der westlichen Demokratien vor den Gewaltdrohungen der Nazis gleich. Ein solcher Schwähebeweis wird weder England noch Frankreich den Frieden und die Sicherheit bringen. Im Gegenteil: die Stellung dieser beiden Nationen wird danach noch schwächer und gefährdeter sein.»

Schliesslich flog an diesem ereignisreichen Tag der britische Premierminister zum zweitenmal innerhalb einer Woche zu Hitler, glücklich und erleichtert darüber, dass die Tschechoslowaken es ihm so leicht gemacht hatten, dem Diktator das zu geben, was dieser sich gewaltsam zu nehmen drohte. Doch Chamberlains Hochstimmung verflog rasch, als er sich mit Hitler in Godesberg am Rhein traf.

Ein Augenzeuge berichtete, wie Chamberlain Hitler mit offenkundiger Selbstzufriedenheit bei dem ersten Zusammentreffen um 17 Uhr den britisch-französischen Plan erläuterte, der den Tschechen soeben aufgezwungen worden war.

«Habe ich recht verstanden, dass die Regierungen Grossbritanniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei mit der Abtretung des Sudetenlands an Deutschland einverstanden sind?» Später sagte er zu Chamberlain, diese weitgehenden und raschen Zugeständnisse hätten ihn in Erstaunen versetzt. «Ja», erwiderte der Premierminister lächelnd.

«Es tut mir schrecklich leid», sagte Hitler darauf, «aber nach den Ereignissen der letzten Tage ist diese Lösung überholt.»

Chamberlain fuhr hoch, wie sich Dr. Paul Schmidt, der deutsche Chefdolmetscher, später erinnerte. Sein Eulengesicht lief vor Überraschung und Zorn dunkel an. Als er sich wieder beruhigt hatte, sagte er zufolge des englischen und deutschen Sitzungsprotokolls²⁰, er sei

... sowohl enttäuscht wie verwirrt. Er könne doch mit Recht feststellen, dass der Führer das von ihm erhalte, was er gefordert habe. Um dies zu erreichen, hätte er (Chamberlain) seine ganze politische Laufbahn aufs Spiel gesetzt... Jetzt aber werfe man ihm in England in gewissen Kreisen vor, er habe die Tschechoslowakei verkauft und verraten, er habe sich den Diktatoren ergeben und dergleichen, und bei seiner Abreise heute früh sei er tatsächlich in England ausgepiffen worden.

²⁰ Sie zogen ihre Rücktrittserklärungen auf Bitten Daladiers zurück.

Der «Führer» blieb ungerührt vom persönlichen Kummer des britischen Premierministers. Das Sudetenland müsse sofort von Deutschland militärisch besetzt werden, sagte er. Das Problem «muss bis spätestens 1. Oktober vollständig und endgültig gelöst sein». Anhand einer Landkarte erläuterte er, welche Gebiete sofort abzutreten waren. Sie gingen weit über die im französisch-britischen Plan vorgesehene Fläche hinaus.

«Voll düsterer Vorahnungen», wie er später vor dem Unterhaus berichtete, zog sich Chamberlain in ein Hotelzimmer auf dem Petersberg jenseits des Rheins zurück. Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung waren so gering, dass nach telefonischer Beratung mit seinem Kabinett und der französischen Regierung vereinbart wurde, London und Paris sollten die tschechoslowakische Regierung am folgenden Tag, dem 23. September, davon in Kenntnis setzen, dass sie «den Rat, von einer Mobilmachung abzusehen, nicht länger verantworten könnten» *. Auch die Deutschen zogen aus den Gesprächen des Tages gewisse Schlüsse. Um 19 Uhr 20 telefonierte General Keitel von Godesberg aus mit dem Oberkommando des Heeres und befahl, die Vorbereitungen planmässig fortzusetzen. Der «Fall Grün» werde nicht vor dem 30. September eintreten. Sollte das früher geschehen, werde man vermutlich improvisieren²¹.

Während des ganzen 23. September blieben die beiden Regierungschefs grollend in ihren Hotels und verständigten sich nur brieflich. Nach dem Frühstück teilte Chamberlain Hitler in einer Notiz mit, er sei zwar bereit, den Tschechen die neuen Forderungen Hitlers nach einer sofortigen militärischen Besetzung des Sudetenlandes zu übermitteln, er glaube aber nicht, dass man sie akzeptieren werde. Am späten Nachmittag antwortete Hitler ebenfalls brieflich. Er lehnte es ab, etwas an seiner Einstellung zu ändern. Chamberlain ersuchte Hitler mit knappen Worten, «so freundlich zu sein», seine Vorschläge schriftlich zu fixieren, «zusammen mit einer Landkarte», worauf er es «als Mittelsmann für seine Pflicht» halte, sie sofort nach Prag weiterzuleiten. Er schloss mit den Worten: «Ich sehe nicht, was ich hier noch ausrichten soll. Ich beabsichtige daher, nach England zurückzukehren.»

Doch zuvor kam er noch einmal ins Hotel Dreesen zu einer Besprechung, die um 20 Uhr 30 begann. Hitler legte seine Forderungen in Form eines «Memorandums» mit beigelegter Landkarte vor. Chamberlain bemerkte das neue zeitliche Limit: Die Tschechen sollten mit der Evakuierung des abgetretenen Gebietes schon in zwei Tagen, am 26. September, 8 Uhr morgens, beginnen und sie bis zum 28. September abgeschlossen haben. «Aber das ist ja ein Ultimatum!» rief Chamberlain.

«Nichts dergleichen», erwiderte Hitler. Als Chamberlain meinte, darauf passe schon das deutsche Wort «Diktat», antwortete Hitler: «Das ist doch kein Diktat. Es steht ja Memorandum darüber und nicht Ultimatum.»

In diesem Augenblick brachte ein Adjutant Hitler eine dringende Mitteilung. Nach einem raschen Blick darauf reichte er sie Dr. Schmidt, dem Dolmetscher. «Lesen Sie das Mr. Chamberlain vor.»

²¹ Die tschechoslowakische Mobilmachung begann am 23. September um 22 Uhr 30.

Schmidt las: «Benesch hat soeben im Rundfunk die Generalmobilmachung für die Tschechoslowakei verkündet.» Im Raum wurde es plötzlich totenstill, wie sich Dr. Schmidt später erinnerte. Dann sagte Hitler: «Jetzt ist alles klar. Die Tschechen werden nicht im Traum daran denken, irgendein Gebietsstück an Deutschland abzutreten.»

Nun folgte eine erregte Auseinandersetzung über die Frage, wer zuerst mobilisiert hätte.

Die Tschechen hätten zuerst mobilisiert, sagte Hitler. Der Premierminister erwiderte, dass Deutschland zuerst mobilisiert habe. Hitler aber stritt ab, dass es in Deutschland überhaupt eine Mobilmachung gegeben hätte.

Die Gespräche wurden bis weit nach Mitternacht fortgesetzt. Schliesslich erkundigte sich Chamberlain, ob das deutsche Memorandum tatsächlich das «letzte Wort» sei. Hitler bejahte das. Der Premierminister erwiderte, es habe keinen Sinn, die Gespräche fortzusetzen. Er hätte sein Bestes getan, aber seine Bemühungen seien fehlgeschlagen. Er reise nun schweren Herzens ab, denn die Hoffnungen, mit denen er nach Deutschland gekommen war, seien nun dahin.

Diese Worte entlockten Hitler ein «Zugeständnis».

«Sie sind einer der wenigen Männer, für die ich jemals so etwas getan habe», sagte Hitler. «Der 1. Oktober soll mir als Räumungstermin für die Tschechen recht sein – falls das Ihre Aufgabe erleichtert.» Er griff nach einem Bleistift und änderte selbst die Daten. Natürlich war das keine Konzession. Der 30. September oder 1. Oktober waren seit langem als Tag X vorgesehen.

Doch Chamberlain war beeindruckt, wie Schmidt später berichtete. «Er wusste die Rücksicht des Führers in diesem Punkt voll zu schätzen.» Er sei zwar, wie er sagte, selbst nicht in der Lage, die Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen, versprach jedoch, sie an Prag weiterzuleiten.

Nach seiner Rückkehr nach London versuchte der Premierminister am 24. September genau das, wovon er Hitler gesagt hatte, dass er es nicht tun werde: Er wollte sein eigenes Kabinett, die Franzosen und die Tschechen zur Annahme der Godesberger Forderungen überreden. Das Kabinett lehnte ab. Die Franzosen lehnten ab. Die Tschechen lehnten ab.

Die Reaktion der französischen Regierung auf Godesberg war eine beschleunigte Mobilmachung. In der Nacht vom 23. zum 24. September tauchten in Stadt und Land auf allen Plakattafeln weisse Plakate auf, mit denen sämtliche Reservisten aufgerufen wurden, deren Bereitstellungskarten die Zahlen 2 oder 3 trugen – ungefähr eine Million Mann. Am Morgen des Samstags – 24. September – erlebten die Franzosen zum erstenmal seit dem Sommer 1914 – seit 24 Jahren – wieder eine Mobilmachung. Der deutsche Geschäftsträger in Paris telegraphierte am folgenden Tag nach Berlin, die «neue Mobilmachung verläuft im ganzen Land in Ruhe und Ordnung»²². General Gamelin liess bereits starke Kräfte in der Nähe der deutschen Grenze auf marschieren. Am Nachmittag des 24. September gab Botschafter Phipps telegrafisch nach London durch, General Gamelin hätte seinen Militärattaché davon unterrichtet, nicht nur die Maginot-Linie

werde kriegsmässig besetzt, sondern «an diesem Morgen werden 7 weitere Divisionen die Grenze erreichen. Damit sind während der letzten achtundvierzig Stunden insgesamt 14 Divisionen an die Grenze geschafft worden.»

Der britische Botschafter war alles andere als erfreut darüber, dass die Franzosen nun eventuell doch kämpfen könnten. Er teilte im selben Telegramm weiter mit:

M. Flandin besuchte mich heute spontan, um mir mitzuteilen, dass der ganze Bauernstand gegen den Krieg sei... Ich habe den Eindruck, dass die Regierung ohne Abstimmung in Kammer und Senat zwar die Mobilmachung veranlassen, nicht aber einen Krieg erklären kann ... Wenn diese Abstimmung heute stattfände... würde das Ergebnis zweifelhaft sein²³.

Dieses Telegramm wurde am 24. September um 15 Uhr abgesetzt. Am selben Nachmittag um 17 Uhr 45 liess ihm Phipps ein zweites mit seinen «rein persönlichen Eindrücken» folgen. Er drahtete:

Zu diesem Zeitpunkt wäre ein Krieg in Frankreich höchst unpopulär. Nach meiner Meinung sollte sich die Regierung Seiner Majestät daher die grosse Gefahr vor Augen halten, die darin besteht, scheinbar eine kleine, aber lärmende und korrupte Gruppe von Kriegstreibern hier zu unterstützen.*

Die besten Kräfte in Frankreich sind gegen den Krieg, fast um jeden Preis²⁶.

Bevor Daladier am Sonntag, dem 25. September, zu einem weiteren Treffen mit den führenden Politikern nach London reiste, rief er in Paris sein Kabinett zusammen. Um 11 Uhr hatte er eine Kopie des Godesberger Plans zusammen mit einer Landkarte erhalten. Das Deuxième Bureau hatte ihm dazu erläutert, eine Annahme dieses Plans würde für die Tschechoslowakei den Verlust fast aller Befestigungen bedeuten, und «Böhmen würde erdröselt». Das Kabinett wies den Plan daraufhin zurück. Wie bereitwillig Bonnet mitmachte, ist unbekannt, da bei französischen Kabinettsitzungen kein Protokoll geführt wird. Aber General Gamelin notierte: «Am Sonntag, dem 25. September, erklärt mir Präsident (Daladier), er hätte Schwierigkeiten im Kabinett. M. George Bonnet droht mit seinem Rücktritt²⁷.»

Am späten Nachmittag flogen der Ministerpräsident und sein wetterwendischer Aussenminister nach London. Um 21 Uhr trafen sie in Downing Street mit Chamberlain,

* Diese Stelle erregte im britischen Aussenministerium Aufsehen. Am folgenden Tag kablete Unterstaatssekretär

Sir Alexander Cadogan an Phipps: «Wir verstehen nicht ganz, was Sie mit einer ‚kleinen, aber lärmenden und korrupten Gruppe von Kriegstreibern hier‘ meinen. Zu den Kriegstreibern rechnen Sie doch wohl nicht alle diejenigen, nach deren Meinung Frankreich seine Vertragspflichten gegenüber der Tschechoslowakei einzuhalten hat. Sollte das doch der Fall sein – weshalb bezeichnen Sie die Gruppe dann als ‚korrupt²⁶?‘» Phipps antwortete am 26. September: «Mit der ‚kleinen, aber lärmenden und korrupten Gruppe von Kriegstreibern‘ meinte ich die Kommunisten, die von Moskau bezahlt werden und hier seit Monaten auf den Krieg hinarbeiten. Auch ein wohlbekannter französischer Minister befürwortet seit vielen Monaten einen Präventivkrieg**.» Damit war vermutlich entweder Mandel oder Reynaud gemeint, die sich einfach dafür einsetzten, dass Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen müsse.

Halifax sowie deren wichtigsten Ministern und Beratern zusammen. Der Premierminister berichtete seinen Gästen über seine Gespräche mit Hitler in Godesberg; dann berieten die Staatsmänner die Lage. Aus dem britischen Protokoll²⁸ geht hervor, dass sich die Franzosen für eine feste Haltung gegenüber Hitler einsetzten, während die Briten – im Zweifel über die militärische Stärke der Franzosen und ohne Illusionen hinsichtlich der eigenen – ein weiteres Entgegenkommen gegenüber dem Kanzler befürworteten, um einen Krieg zu vermeiden. Bonnet sagte kaum ein Wort. Die Aussprache wurde sehr freimütig geführt, und es kam häufig zu scharfen Wortwechseln zwischen Daladier und seinen Gastgebern. Daladier erklärte, die französische Regierung hätte «einmütig» die Godesberger Vorschläge abgelehnt, weil sie erkannte, dass es Hitler nicht so sehr

... um die Eingliederung der dreieinhalb Millionen Deutschen, sondern vielmehr um die gewaltsame Vernichtung der Tschechoslowakei, ihre Versklavung und die nachfolgende Verwirklichung seines Ziels einer Vorherrschaft in Europa ging.

Chamberlain bemühte sich sodann, die «französischen Missverständnisse» über Hitlers Godesberger Vorschläge auszuräumen. Dabei verteidigte er sie sogar und erläuterte, Hitler wolle nur deshalb sofort Truppen entsenden, um «Gesetz und Ordnung zu wahren». Aber Daladier durchschaute diese Argumente und erwiderte, die Godesberger Forderungen «bedeuteten die Zerstückelung der Tschechoslowakei und die deutsche Vorherrschaft in Europa». Das würden die Franzosen niemals akzeptieren.

Betroffen von der Standfestigkeit des Ministerpräsidenten fragte Chamberlain schliesslich: «Und wie soll es nach Ihrer Meinung weitergehen*?»

DALADIER: «Unser nächster Schritt sollte darin bestehen, Hitler zu bewegen, zu den englisch-französischen Vorschlägen zurückzukehren.»

CHAMBERLAIN: «Und wenn Hitler sich weigert?»

DALADIER: «In diesem Fall muss eben jeder von uns seine Pflicht tun.»

CHAMBERLAIN: «Ich denke, wir werden ein wenig mehr als das tun müssen.»

DALADIER: «Ich habe nichts weiter vorzuschlagen.»

Chamberlain erwiderte: «Nach meiner Meinung können wir dieser Frage nicht ausweichen. Wir müssen uns mit der harten Wirklichkeit der Lage befassen... Hitler hat sehr entschieden erklärt, dieses Memorandum stelle sein letztes Wort dar. Wenn wir uns weigern, würde er sofort militärische Massnahmen ergreifen... Wie würden sich die Franzosen dazu einstellen?... Würde Frankreich in diesem Fall Deutschland den Krieg erklären?»

«Die Sache ist klar», antwortete Daladier. «Die französische Regierung wird ihren Verpflichtungen nachkommen.»

«Aber wie?» fragte der Premierminister unbeirrt. Er wolle wissen, ob der französische Generalstab über irgendeinen Plan verfüge, und wenn ja, wie dieser Plan aussehe.

* Die in englischen Regierungsprotokollen übliche indirekte Rede wurde hier in direkte Rede gesetzt; ansonsten blieb der Wortlaut unverändert.

Was nun folgte, bezeichnete Daladier später als «Trommelfeuer von Fragen». Chamberlain und seine Minister wollten wissen, auf welche Weise Frankreich einen Krieg führen könne²⁹.

Sir John Simon fragte, ob die Franzosen «die Invasion Deutschlands in Betracht ziehen». Daladier erwiderte, das sei «ganz gewiss» der Fall. Simon erwiderte: «Das würde eine Angriffshandlung bedeuten.» Anscheinend setzte sich im Kopf dieses Meisters juristischer Haarspalterei bereits der Gedanke an eine Aggression Frankreichs fest. Daladier versuchte, das unsinnige Fragespiel abubrechen. Er wandte sich direkt an Simon:

In meinen Augen wäre es lächerlich, die französischen Landstreitkräfte zu mobilisieren, um sie dann untätig in ihren Befestigungen herumsitzen zu lassen. Ebenso lächerlich wäre es, im Luftraum nichts zu unternehmen ... Ich glaube daher, dass man nach Zusammenfassung der französischen Truppen einen Landangriff gegen Deutschland versuchen sollte. Dabei müsste es möglich sein, aus der Luft gewisse wichtige Militär- und Industriezentren in Deutschland anzugreifen.

Der französische Ministerpräsident begeisterte sich trotz der frostigen Stimmung seiner britischen Gastgeber. Er erwähnte auch die «moralischen Verpflichtungen». Man habe von den Tschechen, «unseren Mitmenschen», schwere Opfer gefordert, doch diese «genügten Hitler nicht». Er stellte den Briten die Frage: «Wie weit wollen Sie in dieser Angelegenheit gehen?» Auch er wünsche den Frieden. Aber er werde die Godesberger Forderungen nicht akzeptieren – «komme, was da wolle». Er habe sich dafür eingesetzt, dass eine internationale Kommission die Übernahme des Sudetenlands durch Deutschland überwachen solle. «Warum sollen wir Hitler nicht diesen Vorschlag vorlegen? Wir brauchen doch nicht jede Forderung zu akzeptieren, die ihm in den Sinn kommt.» Aber genau das hatte Chamberlain seit seinem ersten Zusammentreffen mit Hitler in Berchtesgaden getan. Er erklärte Daladier, nach seiner Überzeugung würde der «Führer» eine internationale Kommission ablehnen. Er fragte: «Was sollen wir dann tun, wenn wir mit einem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei konfrontiert werden?» Dann folgte das nächste Argument: Der Premierminister stellte die Fähigkeit der Franzosen in Frage, die Tschechen zu retten oder erfolgreich gegen Deutschland Krieg führen zu können.

Wie M. Daladier andeutete, sieht der französische Plan Offensivmassnahmen vor... Darüber hinaus die Bombardierung deutscher Fabriken und militärischer Ziele. Dazu wolle er ganz offen sagen, dass der britischen Regierung beunruhigende Berichte über den Zustand der französischen Luftstreitkräfte vorlägen ... Er sehe sich zu der Frage gezwungen, was geschehen solle, falls... ein Bombenhagel auf Paris, auf das französische Industriegebiet, militärische Ziele und Flugplätze niederginge? Er stelle ausserdem die Frage, welche Zusicherungen Frankreich von Russland erhalten hätte. Der britischen Regierung... lägen auch äusserst beunruhigende Nachrichten über die mut-

massliche russische Haltung vor. Ausserdem habe gerade heute die Presse in Frankreich keine sehr kriegerischen Töne angeschlagen ...

Dann kam sein Fangschuss:

Pflichterfüllung und Hilfe für einen Freund wären ein schwacher Trost, wenn dabei Frankreichs Widerstandskraft Zusammenbrüche.

Daladier antwortete frohen Mutes mit einigen Gegenfragen. Er höre immer nur das Wort Schwierigkeiten. Sollte das bedeuten, dass man gar nichts zu unternehmen gedächte? Sei die britische Regierung denn bereit, allen Hitler-Vorschlägen nachzugeben?

Was Chamberlains Argument hinsichtlich der Presse beträfe, so empfehle er, die wahre Stimmung im französischen Volk nicht in der Presse zu suchen, sondern im Volk selbst. Dieses verstehe sehr wohl, was auf dem Spiel stehe. «Eine Million französischer Soldaten stehe nun an den Grenzen. Bei diesen werden Sie unser echtes Nationalgefühl finden.»

Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen und uns entscheiden. Werden wir zustimmen, falls Hitler gewisse Forderungen stellt?... Müssen wir denn immer Hitlers Ultimaten nachgeben? Sollte das der Fall sein, so erübrigten sich weitere Besprechungen... An einem gewissen Punkt müsse man damit aufhören, und dieser Punkt sei nun gekommen ... Hach Mr. Chamberlains Aussage habe Hitler sein letztes Wort gesprochen. Beabsichtigte die britische Regierung, sich damit abzufinden?

Das war die Schlüsselfrage, doch die britischen Minister wichen ihr aus. Daladier liess nicht locker. Er stellte drei weitere Fragen.

- 1. Akzeptiert die Regierung Seiner Majestät Hitlers Plan?*
- 2. Beabsichtigt die Regierung Seiner Majestät, die tschechoslowakische Regierung zur Annahme des Hitlerplans zu drängen, wo wir doch genau wissen, dass die Tschechen das bestimmt nicht wollen und lieber sterben als nachgeben würden?*
- 3. Glaubt die Regierung Seiner Majestät, dass Frankreich untätig bleiben solle?*

Chamberlain beantwortete die Fragen der Reihe nach:

- 1. Es sei nicht Sache der britischen oder der französischen Regierung, Hitlers Vorschläge zu akzeptieren oder abzulehnen. Diese Entscheidung müsse die tschechoslowakische Regierung treffen.*
- 2. Man könne keinen Druck auf die tschechoslowakische Regierung ausüben, da man sie nicht zwingen könne, ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Es gehe nur um die Sorge, was geschehen werde, wenn Hitler von dieser Entscheidung erfuhr.*

3. Er halte es nicht für richtig, wenn die britische Regierung dazu eine Meinung äussere ... Das müsse die französische Regierung entscheiden.

Der Premierminister erkundigte sich, ob an der Sitzung des nächsten Tages General Gamelin teilnehmen könne. Nachdem Daladier dies zugesagt hatte, wurde die Sitzung vertagt. Dem britischen Premierminister war es nicht gelungen, Daladiers feste Haltung zu erschüttern. Dennoch entmutigte Daladier die Angst vor Hitler, die in Grossbritannien herrschte, wie General Gamelin am nächsten Morgen bei seiner Ankunft in London erfahren musste. Wenn man Gamelin Glauben schenken darf, so hegte der Ministerpräsident sogar Zweifel hinsichtlich seines eigenen Aussenministers. Noch bevor dieser 26. September vorüber war, steckte Gamelin selbst voller Zweifel. Wie er später schrieb, glaubte er, das Opfer «einer höchst peinlichen Angelegenheit zu sein», die sich aus den Intrigen von George Bonnet entwickelt hat.

Vor der Weiterfahrt zur Downing Street suchte Gamelin zunächst die französische Botschaft in London auf und fand die französische Delegation immer noch deprimiert von den Gesprächen mit den Briten am Vortag.

Die Briten glauben, noch nichts unternehmen zu können... Sie wollen Zeit gewinnen ... Ich muss heute morgen den Präsidenten (Daladier) zu Chamberlain begleiten. Aber M. George Bonnet muss aus der Sache herausgehalten werden. Seine Mutlosigkeit steckt alle an.

Nachdem die beiden Regierungschefs einige Minuten lang allein konferiert hatten, wurde General Gamelin hinzugezogen. Er zog Papiere und Landkarten aus seiner Aktentasche und unterbreitete Chamberlain seine Auffassung von der militärischen Lage. Nach seinen eigenen Aufzeichnungen vom nächsten Tag gab er folgenden Überblick:

1. Französische Landstreitkräfte: 5000'000 Mann; am Anfang 100 Divisionen; ein Befestigungssystem, das uns Bewegungsspielraum garantiert; unterentwickelte Luftstreitkräfte, die aber auf kurzer Entfernung zur Unterstützung des Heeres eingesetzt werden können.

2. Schwächen der Deutschen: ein Oberkommando, das sich der Gefahren bewusst ist, denen es gegenübersteht. Ein unfertiges Befestigungssystem; grosse Lücken in den Kadern ... das Fehlen von ausgebildeten Reservisten. Schwierigkeiten bei einem längeren Krieg wegen des Fehlens von Rohmaterial, insbesondere von Öl. Mit Sicherheit eine überlegene Luftwaffe...

3. Schwächen der Italiener: Allgemeine Moral im Land. Unmöglichkeit, einen längeren Krieg zu führen.

An diesem Punkt unterbrach ihn Chamberlain: «Wenn wir marschieren, wird Italien nicht marschieren.» Das hielt Gamelin für «möglich».

4. Möglichkeiten eines tschechischen Widerstands: 30 Divisionen, die gegenüber 40 deutschen Divisionen mobil gemacht werden. Wenn sie im Norden und Süden Mährens standhalten, liesse sich das Heer retten, jedoch müsste ein Teil des Territoriums aufgegeben werden...³⁰

Für den Rest des Vormittags konferierte der französische Oberkommandierende mit den für die drei Waffengattungen zuständigen britischen Ministern und den drei Generalstabschefs *. Abgesehen von der Marine, schienen Gamelins Gastgeber «auf einen Krieg nicht vorbereitet zu sein». Gegen Ende des Gesprächs wurde Gamelin aus Paris dringend am Telefon verlangt. Es war General Jeannel, sein Stabschef, der eine Nachricht von Marschall Woroschilow, dem russischen Verteidigungsminister, durchgab.

Bei den Sowjets stehen nunmehr 30 Infanteriedivisionen, starke Kavallerieeinheiten, zahlreiche Panzerformationen und das Gros der Luftwaffe für eine Intervention im Westen bereit³².

Diese Information gab Gamelin an seine britischen Kollegen weiter. Aber es war «offenkundig», wie er bemerkte, «dass die Hypothese eines russischen Einmarschs in Polen unserem Verbündeten kaum behagte».

Über die bedeutsamste Entwicklung dieses Vormittags in London fanden sich im britischen Aussenministerium keine Unterlagen; sie hatte sich in der privaten Unterhaltung zwischen Chamberlain und Daladier vor der Hinzuziehung General Gamelins ergeben. Der britische Premierminister hatte sich über Nacht zu einem Meinungswechsel durchgerungen, als er über die feste Haltung seines französischen Kollegen vom vorhergehenden Abend nachdachte. Er war nun davon überzeugt, dass die Franzosen ihren Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nachkommen würden. Sollte Hitler sie tatsächlich dazu zwingen, würde Grossbritannien keine andere Wahl bleiben, als Frankreich beizustehen. Chamberlain eröffnete Daladier, er werde noch an diesem Morgen seinen persönlichen Berater, Sir Horace Wilson, mit dem Flugzeug nach Berlin senden, um noch einmal in einem persönlichen Brief an Hitler zu appellieren, durch direkte Verhandlungen den Tschechen über eine friedliche Besetzung des Sudetenlands einen Krieg zu vermeiden. Sollte Hitlers Antwort «negativ» ausfallen, so hatte Sir Horace Wilson Anweisung, ihm folgende britische Erklärung zu verlesen:

Die französische Regierung hat uns mitgeteilt, dass sie im Fall eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslowakei ihre Verpflichtungen getreulich erfüllen wird. Sollte Frankreich bei der Verwirklichung dieser vertraglichen Verpflichtungen in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt werden, würde sich das Vereinigte Königreich zu einer Hilfeleistung verpflichtet fühlen³³.

* Nach den Notizen des britischen Dolmetschers über das Treffen antwortete Gamelin auf die drängende Frage, wie lange die Tschechen aushalten könnten: «Sicherlich einige Wochen, aber wahrscheinlich nicht einige Monate •*.»

Dieses Zugeständnis erfolgte spät, aber es stellte einen bedeutsamen Wendepunkt in der britischen Politik dar und war von grösster Bedeutung für Frankreich. Im Verlauf des Vormittags wiederholte Chamberlain diese Erklärung gegenüber den französischen Delegierten.

Nun wussten wir (gab der Premier zu), dass die tschechoslowakische Regierung zum Widerstand entschlossen war. Die französische Regierung hatte deutlich erklärt, dass sie in diesem Fall ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen werde. Wir hatten mehrfach öffentlich geäußert, dass wir es uns nicht leisten könnten, Frankreich von Deutschland überrannt oder besiegt zu sehen, und dass wir Hilfe leisten würden, falls Frankreich in Gefahr sei. Die Regierung Seiner Majestät hat nicht die Absicht, ihre früheren Erklärungen zurückzuziehen.

In London war lange Zeit die Meinung vertreten worden, dass der Kaiser 1914 Frankreich nicht so leicht den Krieg erklärt hätte, wenn die britische Regierung ihre Bereitschaft zur Unterstützung Frankreichs bekundet hätte. Nun sollte der derzeitige deutsche Regierungschef rechtzeitig erfahren, welche Absichten Grossbritannien für den Kriegsfall hegte. Für den Abend dieses 26. September war eine Rede Hitlers im Berliner Sportpalast vorgesehen, und sowohl die Briten als auch die Franzosen hofften, dass die Warnung ihn davon abhalten könnte, Brücken hinter sich abzubauen. Um 16 Uhr 10 setzte sich der Premierminister telefonisch mit Wilson in Verbindung, der für 17 Uhr in Berlin mit Hitler verabredet war.

Seit Ihrer Abreise haben die Franzosen unmissverständlich ihre Absicht kundgetan, die Tschechoslowakei, falls sie angegriffen wird, durch offensive Massnahmen zu unterstützen. Das würde uns mit ins Spiel bringen; es sollte dem Kanzler (Hitler) klar gemacht werden, dass dies die unausweichliche Alternative zur friedlichen Lösung darstellt.

Sowohl in London als auch in Paris zeigte sich angesichts der jüngsten Ereignisse plötzlich eine überraschend feste Haltung. Das merkte sogar Botschafter Phipps in Paris. An diesem ereignisreichen 26. September telefonierte er um 14 Uhr 15 mit London:

Die Stimmung ist umgeschlagen ... Ich sprach soeben mit dem Präsidenten der Kammer (Herriot), der mir den völligen Umschwung der öffentlichen Meinung seit dem Bekanntwerden von Hitlers Forderungen bestätigte. Er versicherte mir, dass sich nunmehr in der Kammer eine überwältigende Mehrheit für einen Widerstand finden wird³⁴.

Das gleiche erfuhr er noch am selben Abend vom Senatspräsidenten Jeanneney. Phipps berichtete:

In seinen Augen ist ein Krieg jetzt so gut wie unvermeidlich. Wenn wir Hitlers letzter Forderung nachgeben, würden wir diesen Unglückstag nur aufschieben, und er könnte sich dann mit verstärktem Prestige und neuer Kraft gegen Frankreich wenden. M. Jean-neney versicherte mir, das ganze Land befürworte nun eine feste Haltung...³⁵

Das galt offenbar auch für Grossbritannien. Am frühen Abend des 26. September billigte Lord Halifax ein Pressecommuniqué, das offenbar Hitler vor seiner Rede noch einmal warnen sollte.

... Der deutsche Anspruch auf das Sudetenland wurde bereits durch die Regierungen Frankreichs, Grossbritanniens und der Tschechoslowakei anerkannt. Sollte es aber trotz aller Bemühungen des britischen Premierministers zu einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei kommen, so wäre die unmittelbare Folge eine Hilfeleistung durch Frankreich, wobei Grossbritannien und Russland ihrem Verbündeten Frankreich zweifellos beistehen würden³⁶.

Trotz dieser unmissverständlichen Äusserungen gab es sowohl in Frankreich als auch in Grossbritannien einige Schlüsselfiguren, die nicht damit einverstanden waren und die nunmehr versuchten, sich nicht nur gegen die Welle der Standhaftigkeit zu stemmen, sondern sie ins Gegenteil zu verkehren. Ihr Wortführer war Bonnet. Er war ganz und gar nicht erbaut von dem britischen Kommuniqué, in dem das Beistandsversprechen an Frankreich bekräftigt wurde, sondern, wie er sagt, «höchst erstaunt über diese unerwartete Verlautbarung». Er verlangte von Phipps eine «Erklärung»³⁷. Aber er ging noch weiter: Er versuchte die Veröffentlichung dieses Kommuniques in der französischen Presse zu hintertreiben und streute das Gerücht aus, es handle sich um eine «Machenschaft».

Sein Verhalten erscheint um so unverständlicher, da er doch noch am selben Morgen in London eine ganz ähnliche Erklärung aus Chamberlains Mund gehört hatte und anwesend war, als dieser der französischen Delegation versicherte, diese Erklärung würde noch am selben Tag durch Sir Horace Wilson Hitler persönlich überreicht werden. Darüber hinaus war ihm bekannt, dass der Premierminister diese Erklärung zum Abschluss des Londoner Treffens Daladier *schriftlich* gegeben hatte. Die Bedeutung des am Abend des 26. September vom britischen Aussenministerium veröffentlichten Kommuniques lag darin, dass es die Erneuerung der britischen Zusage an Frankreich öffentlich bekräftigte, damit dem verwirrten französischen Volk sowie den Tschechen die bitter nötige Sicherheit wiedergab und der deutschen Öffentlichkeit eine Warnung erteilte; wie ich aus meiner persönlichen Erfahrung in Berlin bestätigen kann, fürchtete das deutsche Volk einen Krieg ebenso sehr wie das britische und das französische.

In seinen Memoiren versucht Bonnet, seine seltsame Reaktion zu rechtfertigen. Angeblich habe ihm der britische Botschafter erläutert, die «Erklärung sei eine Machenschaft

Churchills und Vansittarts» * und verdiene keine weitere Beachtung³⁸. Das war mit Sicherheit unwahr**. Wie er selbst zugibt, erklärte er gegenüber einer Gruppe von Abgeordneten, die ihn aufsuchte, dass er die Echtheit des Kommuniqués anzweifelte. Er sagt dazu: «Ich tat es deshalb, weil ich bereits davon unterrichtet worden war, dass es sich um eine Machenschaft handelte.» Der Aussenminister riet der französischen Presse, die Erklärung mit «Vorsicht» zu behandeln. Kein Wunder, dass am nächsten Morgen die auflagenstarke Zeitung *Le Matin* das «sogenannte Kommuniqué» als «eine geschickte Lüge» hinstellte und sich andere Pariser Zeitungen ähnlich dazu äusserten.

Doch Bonnet ging noch einen Schritt weiter. Obgleich die französische Botschaft in London gleichfalls telegrafisch den Wortlaut des Kommuniqués mitteilte, und *Havas*, die halboffizielle französische Nachrichtenagentur, ihn nach Rückfrage beim Aussenministerium in London zum zweitenmal bestätigte, untersagte Bonnet die Bekanntgabe des Kommuniqués an die Abteilungen am Quai d'Orsay. Dies wurde auch von Pierre Comert bestätigt, dem ebenso mutigen wie fähigen Pressechef des französischen Aussenministeriums, der bald darauf bei Bonnet in Ungnade fiel.

M. Georges Bonnet (sagte Comert vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus) untersagte die Verteilung des Telegramms unserer Botschaft an die Dienststellen des Aussenministeriums und verbot Havas, den Text des Kommuniqués an die Presse weiterzugeben³⁹.

Am selben Tag, dem 26. September, versagte Sir Horace Wilson in Berlin. Er erschrak vor Hitlers Wutausbrüchen und brachte es trotz seiner strikten Anweisungen nicht fertig, Hitler von der neuen britischen Zusage an Frankreich zu unterrichten.

«Eine sehr stürmische Stunde», kabelte er nach Rückkehr von seiner Unterredung mit Hitler, die um 17 Uhr begonnen hatte, an Chamberlain. Als Hitler dann erfuhr, dass die Tschechen seine Godesberger Forderungen zurückgewiesen hatten, sprang er auf, schrie: «Es hat überhaupt keinen Zweck, noch irgendwie weiterzuverhandeln», und rannte zur Tür. «Es war eine äusserst peinliche Szene», berichtet der deutsche Dolmetscher Dr. Schmidt. «Zum ersten und einzigen Mal hat Hitler in meiner Gegenwart völlig den Kopf verloren⁴⁰.» Die drei überraschten britischen Diplomaten Wilson, Botschafter Henderson und Botschaftsrat Ivone Kirkpatrick, der Protokollführer, berichten übereinstimmend, der Diktator habe aufgeregt geschrien und getobt und dann ausgerufen: «Die Deutschen werden wie Nigger behandelt!... Am 1. Oktober habe ich die Tsche-

* Sir Robert Vansittart, von 1930-1938 Ständiger Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium, war inzwischen oberster diplomatischer Berater des Aussenministers geworden. Seine leidenschaftliche profranzösische und antideutsche Einstellung war für niemanden ein Geheimnis, nicht einmal für Bonnet.

** Dies wird durch kein einziges Wort in Phipps' zahllosen, nach dem Krieg vom britischen Aussenministerium veröffentlichten Depeschen bestätigt. Bonnet berichtet ferner, «Chamberlains Rundfunkansprache» eine Stunde nach Freigabe des Kommuniqués für die Presse sei ein «entschiedenes Dementi» der Erklärung des Aussenministeriums gewesen. Aber Chamberlain hielt an diesem Abend gar keine Rundfunkansprache. Er gab lediglich kurz nach Mitternacht in einer Erklärung an die Presse einen Kommentar zur Rede Hitlers. Dabei wiederholte er seinen Appell zur Versöhnung. Die britische Verpflichtung gegenüber Frankreich wird in seiner Stellungnahme jedoch mit keinem einzigen Wort «dementiert».

choslowakei da, wo ich sie haben will. Wenn England und Frankreich losschlagen wollen, dann sollen sie es ruhig tun ... Das schert mich keinen Pfifferling⁴¹.»

Das wäre sicherlich der richtige Augenblick für Wilson gewesen, die formelle Zusage abzugeben, dass Grossbritannien Frankreich im Kriegsfall tatsächlich beistehen werde. Aber Wilson war unerfahren in der Diplomatie, und es fehlten ihm die Nerven, sich gegen den wütenden Diktator zu behaupten. So liess er die Gelegenheit verstreichen. Am gleichen Abend erklärte er seine Unterlassung in einer Depesche an Chamberlain.

Angesichts der heftigen Erregung und häufiger Hinweise auf die Rede von heute abend hielt ich es für besser, Ihre Botschaft nicht zu übermitteln. Ich werde ihn morgen vormittag noch einmal aufsuchen ...

Doch gerade wegen der kurz bevorstehenden Rede Hitlers wäre es, wie Daladier später erklärte, um so wichtiger gewesen, dem Kanzler die britische Warnung vor Augen zu führen. Hätte Wilson so gehandelt, sagt Daladier, «so hätte sich Hitler vielleicht veranlasst gesehen, an diesem Abend im Sportpalast einen etwas anderen Ton anzuschlagen. Wenn die Botschaft in seiner Umgebung bekanntgeworden wäre, hätte sie vielleicht die in Shirers Buch beschriebene Opposition ermutigt⁴².»

Chamberlain schien diese Meinung zu teilen – oder doch beinahe. Am 27. September telegraphierte er um 1 Uhr morgens an seinen Sonderbeauftragten in Berlin:

Hach allem, was wir den Franzosen gesagt haben, halten wir es für ausgeschlossen, dass Sie Berlin verlassen, ohne sich der persönlichen Botschaft zu entledigen, auch wenn Sie keine Fortschritte erzielen. Doch sollte die Botschaft mehr im Ton der Besorgnis als der Verärgerung vorgetragen werden.

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler mit seiner Rede im Sportpalast die Brücken bereits hinter sich abgebrochen. Dieser Eindruck kam zumindest bei uns Journalisten auf, die wir mit Erstaunen (trotz unserer bisherigen Erfahrungen) seine wahnwitzigen Tiraden vor einer tobenden Menschenmenge in dieser grossen Halle in Berlin miterlebten. Sein Schreien und Kreischen war schlimmer, als ich es je bei ihm gehört hatte. Hasserfüllt schleuderte er persönliche Beleidigungen gegen «Herrn Benesch», erklärte, die Entscheidung über Krieg oder Frieden läge jetzt beim tschechoslowakischen Präsidenten, und er werde so oder so am 1. Oktober – in vier Tagen – das Sudetenland bekommen. Noch vor wenigen Stunden hatte er zu Wilson gesagt, die Annahme seiner Godesberger Forderungen durch die Tschechen müsse ihm innerhalb von 44 Stunden – am 28. September um 14 Uhr vorliegen. Doch er erklärte trotz aller Hasstiraden noch einmal, dies sei seine letzte territoriale Forderung in Europa. «Wir wollen keine Tschechen!» sagte er verächtlich.

Ich bemerkte, dass Hitler nach dem Ende seiner Rede völlig erschöpft auf seinen Stuhl sank. Aber als er am nächsten Mittag, dem 27. September, Sir Horace Wilson empfing,

hatte er sich wieder vollkommen erholt. Ihn interessiere nur eines, sagte er, ob die Tschechoslowakei seine Forderungen annehme oder nicht. Im Falle einer Ablehnung, so erklärte er, werde er «die Tschechoslowakei vernichten». Diese Drohung wiederholte er mehrmals mit offensichtlichem Genuss.

Nun sah sich Wilson endlich veranlasst, sich zu erheben, zu räuspern und, wie er nach London berichtete, «die Dinge in einem Ton vorzutragen, den der Premierminister selbst angeschlagen hätte, wenn er hier gewesen wäre». Damit meinte er offenbar «mehr Besorgnis als Verärgerung». Er verlas die Erklärung («langsam und deutlich», wie er nach London meldete), dass Grossbritannien im Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten Frankreich Hilfe leisten werde.

«Ich kann das nur zur Kenntnis nehmen», erwiderte Hitler heftig. «Es bedeutet, dass, wenn Frankreich es für richtig hält, Deutschland anzugreifen, England sich verpflichtet fühlt, Deutschland ebenfalls anzugreifen.» Wilson wandte ein, das hätte er nicht gesagt, und er wisse auch nichts davon, dass «Frankreich in Erfüllung seiner Verpflichtungen Deutschland angreifen würde», doch Hitler liess erkennen, dass er begriffen hatte. Er geriet ausser sich und brüllte: «Wenn England und Frankreich losschlagen wollen, dann sollen sie es nur tun! Mir ist das völlig gleichgültig! Heute ist Dienstag. Nächsten Montag haben wir dann Krieg!»

Von diesen drohenden Worten zeigte sich Wilson offensichtlich beeindruckt, wenn nicht gar erschreckt. Er sagte beim Abschied: «Eine Katastrophe muss um jeden Preis verhindert werden. Ich werde versuchen, die Tschechen zur Vernunft zu bringen.» Aber Hitlers letztes Wort war noch nicht gesprochen. Noch am selben Abend, als Wilson schon nach London zurückgefliegen war, diktierte der deutsche Kanzler einen geschickt formulierten Brief an den Premierminister.

Es gab gute Gründe, ihm zu schreiben. Zunächst war Hitler in seiner ersten Wut über den Zusammenstoss mit dem britischen Abgesandten einem Krieg bedenklich nähergerückt. Um 13 Uhr, gleich nachdem Wilson ihn verlassen hatte, hatte er in einem «streng geheimen Befehl» Kampfeinheiten in Stärke von 7 Divisionen in ihre Ausgangsstellungen an der tschechoslowakischen Grenze beordert. Wenige Stunden später befahl er den nächsten Schritt in der heimlichen Mobilmachung Deutschlands. Unter anderem wurden 5 neue Divisionen für die Westfront aufgestellt⁴³. Aber noch während Hitler seine militärischen Vorbereitungen vorantrieb, kam es im Laufe dieses 27. September in Berlin und an anderer Stelle zu neuen Entwicklungen, die ihn nachdenklich stimmten. Vom deutschen Militärattaché in Paris traf ein als «sehr dringend» gekennzeichnetes Telegramm ein, das nicht nur ans Auswärtige Amt, sondern auch an das OKW und den deutschen Generalstab gerichtet war. Der Militärattaché machte darauf aufmerksam, dass die Teilmobilmachung in Frankreich fast mit einer totalen Mobilmachung gleichzusetzen sei. «Ich rechne mit einem Abschluss des Aufmarschs der ersten 65 Divisionen an der deutschen Grenze bis zum 6. Mobilmachungstag.» Das wäre bis zum Ende der Woche. Gegen diese Streitmacht hatten die Deutschen, wie Hitler sehr wohl wusste, knapp ein Dutzend Divisionen zur Verfügung, davon die Hälfte Reserveeinheiten von zweifeli-

haftem Kampfwert. Die 5 neuen Divisionen, deren Aufstellung im Westen er soeben angeordnet hatte, waren noch weniger wert und konnten ausserdem erst in einigen Tagen aufmarschieren. Aber der deutsche Militärattaché in Paris hielt noch weitere schlechte Nachrichten bereit. Er kabela: «Es erscheint wahrscheinlich, dass es im Falle kriegerischer Massnahmen von Seiten Deutschlands zu einem sofortigen Angriff kommen wird, der höchstwahrscheinlich vom unteren Elsass-Lothringen aus in Richtung auf Mainz geführt wird.» Abschliessend meldete er, dass die Italiener absolut nichts unternehmen, um an der französisch-italienischen Grenze französische Truppen zu binden⁴⁴. Der wackere Bundesgenosse Mussolini schien Hitler in dieser entscheidenden Stunde im Stich zu lassen.

Zu allem Überfluss schalteten sich auch noch der Präsident der Vereinigten Staaten und der schwedische König mit Friedensappellen ein. Falls es zu einem Krieg kommen sollte, trage Deutschland allein die Schuld, telegraphiert Roosevelt. Der schwedische König, ein verlässlicher Freund Deutschlands, wie er im ersten Weltkrieg bewiesen hatte, ging noch weiter. Am Nachmittag des 27. September traf in Berlin eine Depesche des deutschen Gesandten in Stockholm ein: Der König habe ihm während einer kurzfristig anberaumten Audienz erklärt, dass es unweigerlich zu einem Weltkrieg kommen werde, falls Hitler den auf den 1. Oktober festgesetzten Termin nicht um 10 Tage verlängere. Deutschland hätte nicht nur die alleinige Schuld an einem solchen Krieg zu tragen, sondern es würde ihn «angesichts der gegenwärtigen Machtkonstellation» unweigerlich verlieren⁴⁵. Vom neutralen Stockholm aus konnte der König zumindest die militärische Lage viel objektiver beurteilen als die Regierungschefs in Berlin, London und Paris.

Präsident Roosevelt konnte wohl nicht umhin, wegen der starken isolationistischen Tendenzen in Amerika seinen Friedensappell durch die Versicherung abzuschwächen, dass die Vereinigten Staaten im Kriegsfall nicht intervenieren würden. Dennoch hielt es Hans Dieckhoff, der deutsche Botschafter in Washington, für erforderlich, Berlin im Laufe des Tages in einem «sehr dringenden» Telegramm davor zu warnen, dass im Fall einer Gewaltanwendung durch Deutschland gegen Grossbritannien guter Grund zu der Annahme bestehe, «dass die Vereinigten Staaten ihr volles Gewicht für Grossbritannien in die Waagschale werfen würden». Der Botschafter, der sonst Warnungen an den Führer sehr zaghaft formulierte, fügte hinzu: «Ich fühle mich verpflichtet, das mit allem Nachdruck zu betonen⁴⁸.»

Er wollte vermeiden, dass die deutsche Regierung sich dieselben falschen Vorstellungen von Amerika machte wie 1914.

Und Prag? Waren die Tschechen bereit, sich Hitlers Forderungen zu unterwerfen? Am selben Abend traf in Berlin ein Telegramm von Oberst Toussaint, dem deutschen Militärattaché in Prag, ein. Es war an das OKW gerichtet: «In Prag herrscht Ruhe. Letzte Massnahmen zur Mobilmachung werden ausgeführt... Gesamtstärke der Einberufenen etwa 1 Million; Kampfeinheiten 800'000 Mann...⁴⁷.» Das war dieselbe Zahl, die Deutschland an ausgebildeten Soldaten für zwei Fronten aufbieten konnte. Insgesamt

waren die Armeen der Tschechoslowakei und Frankreichs doppelt so stark wie die deutsche Wehrmacht.

Die Nachrichten aus London klangen nicht besser. Um 20 Uhr erging der Mobilmachungsbefehl an die britische Flotte; sie war damals die stärkste der Welt und durchaus in der Lage, wie im ersten Weltkrieg über Deutschland eine Blockade zu verhängen. Es ist nicht bekannt, ob Hitler sich dessen bewusst war, als er am Abend seinen Brief an den britischen Premierminister diktierte. Die Mobilmachung wurde im Rundfunk erst um 23 Uhr 38 bekanntgegeben. Etwas wusste Hitler jedoch: Prag trotzte ihm, in Paris lief die Mobilmachung auf vollen Touren, Londons Haltung versteifte sich, das eigene Volk war apathisch, seine ranghöchsten Generäle waren gegen ihn, und sein Ultimatum an die Tschechoslowakei lief am nächsten Tag um 14 Uhr ab. Dr. Schmidt, der gerufen wurde, um den Brief an Chamberlain ins Englische zu übersetzen, hatte den Eindruck, Hitler scheue doch vor dem Äussersten zurück.

Sein Brief war ein schlaues berechneter Appell an den britischen Premierminister. In gemässigtem Ton stritt Hitler ab, dass seine Vorschläge die Tschechoslowakei jeder Gewähr für ihre nationale Existenz berauben würden oder dass seine Truppen nicht an den Demarkationslinien haltmachen würden. Er sei bereit, über Einzelheiten mit den Tschechen zu verhandeln, er sei ferner bereit, «für den Restbestand der Tschechoslowakei eine förmliche Garantie zu übernehmen. Er müsse es in Chamberlains Ermessen stellen», schloss Hitler, ob dieser es in Anbetracht der Tatsachen für angebracht halte, seine Bemühungen fortzusetzen⁴⁸. Er kannte den Premierminister inzwischen genau genug, um zu wissen, dass eine solche Einladung aller Wahrscheinlichkeit nach ihre Wirkung nicht verfehlen würde.

Hitlers Brief, der als dringendes Telegramm nach London ging, erreichte Chamberlain in der Nacht des 27. September um 22 Uhr 30, am Ende eines aufreibenden Arbeitstages.

Die beunruhigenden Nachrichten von Hitlers Unzugänglichkeit, die Sir Horace Wilson am frühen Nachmittag mit nach London gebracht hatte, waren für die britische Regierung das Signal zum Handeln gewesen. Es wurde beschlossen, die Flotte mobil zu machen, die AAF – «Hilfsfliegertruppe» – einzuberufen und den Notstand zu erklären. In den Parks und auf den öffentlichen Plätzen wurden bereits Luftschutzgräben ausgehoben, die Evakuierung der Londoner Schulkinder hatte begonnen.

Nachdem sich der Premierminister Wilsons Bericht angehört hatte, warnte er Präsident Benesch in Prag: Nach seinen Informationen aus Berlin «geht eindeutig hervor, dass die deutsche Wehrmacht unverzüglich den Befehl zur Überschreitung der tschechoslowakischen Grenze erhalten wird, falls die tschechoslowakische Regierung nicht bis morgen (28. September) 14 Uhr die deutschen Bedingungen annimmt». Doch nachdem Chamberlain die Tschechen anstandshalber gewarnt hatte, glaubte er noch darauf hinweisen zu müssen, «dass Böhmen von der deutschen Wehrmacht überrannt werden würde und keine Massnahme einer anderen Macht Ihr Land und Ihr Volk vor diesem Schicksal be-

wahren kann. Das ist gewiss, wie auch immer ein Weltkrieg ausgehen mag⁴⁹.» Chamberlain tat damit genau das, was ihm seit der Auslösung der Krise durch Hitler schon zur Gewohnheit geworden war: Er bürdete die Verantwortung für Krieg und Frieden nicht dem deutschen Diktator, sondern dem tschechoslowakischen Präsidenten auf. Und er äusserte nicht nur eine militärische Prognose zum möglichen Ausgang des Krieges, sondern seine politische Meinung zu den endgültigen Friedensbedingungen. Dafür fehlte ihm – gelinde ausgedrückt – die Zuständigkeit. Im Laufe des Tages versuchte er ausserdem, die Franzosen mit denselben Argumenten zu beeindrucken.

In Paris wurde die Regierung von Kriegsgegnern der Rechten und der Linken (mit Ausnahme der Kommunisten) attackiert, durch Bonnets «Intrigen», wie General Gamelin sich ausdrückte, erschüttert und durch den unverhohlenen Defätismus des Luftwaffenchefs entmutigt. Hinter der Fassade einer festen Haltung, die durch den glatten Verlauf der Mobilmachung und die formelle Ablehnung des Godesberger Ultimatums entstanden war, machte sich erneut Unsicherheit breit. Am 26. September hatte das halboffizielle Blatt *Le Temps* einen Brief Flandins veröffentlicht, der als früherer Ministerpräsident und Aussenminister und derzeitiger Führer der wichtigsten Partei der Mitte – der *Alliance Democratique* – im Parlament und bei der Bevölkerung immer noch beträchtliches Ansehen genoss. Flandin schrieb: «Ich widersetze mich der militärischen Intervention Frankreichs bei der Auseinandersetzung zwischen den Sudetendeutschen und dem tschechoslowakischen Staat.» Am nächsten Abend liess er an den Hauswänden von Paris Plakate mit einem flammenden Aufruf anschlagen:

Franzosen, ihr werdet betrogen! Eine hinterlistige Falle ist aufgestellt... von dunklen Elementen, die einen Krieg unvermeidlich machen wollen ...

Die Polizei entfernte zwar auf Anweisung des Innenministers Sarraut sofort die Plakate, aber Flandins Aufruf wurde in Doriots faschistischem Abendblatt *La Liberté* veröffentlicht, einer von NS-Deutschland subventionierten Zeitung. Die Polizei beschlagnahmte alle greifbaren Exemplare der Auflage.

Auch auf der Linken kam es zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Krieg. Der pazifistische Flügel der Gewerkschaft CGT gab ein leidenschaftliches Manifest gegen einen «imperialistischen Krieg» zur Unterstützung eines «willkürlich geschaffenen Staates» heraus. So wurde die CSR bezeichnet. Am 27. September veröffentlichten zwei weitere starke Gewerkschaften, die Verbände der staatlichen Lehrer und der Postbediensteten, in der Presse eine Verlautbarung. Ein Krieg wurde darin als «kollektiver Selbstmord» bezeichnet; was die Notwendigkeit eines Kampfes zur Verteidigung der Tschechen anging, werde «das Volk belogen».

Noch am selben Nachmittag forderte eine Delegation rechtsgerichteter Abgeordneter unter Flandins Führung vom Aussenministerium «eine Erklärung». Den verfügbaren Quellen ist zu entnehmen, dass Bonnet sich über den Besuch freute und sie nach besten Kräften ermunterte, ihre Bemühungen um einen Frieden um jeden Preis fortzusetzen.

Er stellte das von Grossbritannien gegebene Wort in Zweifel, indem er sagte, ihm liege «keine Bestätigung» des Kommuniqués vom 26. September vor. Er stellte sich hinter Hitlers Behauptung, es gebe eigentlich gar keinen Unterschied zwischen den Godesberger Forderungen und dem britisch-französischen Plan, zu dessen Annahme man die Tschechen gezwungen hatte. «Mit Tränen in den Augen» sagte Bonnet, wie der Deputierte Jean Montigny später berichtete: «Reynaud hat den Verstand verloren. Wir stürzen uns ins Unglück. Ich bitte Sie, alles zu tun, was in Ihren Kräften steht⁵⁰.» Dann begab sich die Delegation schnurstracks zum Präsidenten der Republik und zum Ministerpräsidenten. Doch Lebrun weigerte sich «aus verfassungsmässigen Gründen», sie zu empfangen, Daladier wegen arbeitsmässiger Überlastung.

In der Kabinettsitzung an diesem Morgen hatte es Verwirrung gegeben. Daladier scheute sich, die allgemeine Mobilmachung zu beantragen, man beschloss jedoch, mit der Einberufung mehrerer Jahrgänge fortzufahren. Damit würde man über eine Million Mann unter Waffen haben. Die Aussprache über die Frage, ob man auf Hitlers um 14 Uhr ablaufendes Ultimatum eingehen sollte, führte zu ernststen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett. Zufolge eines «sehr dringenden, streng geheimen» an den «Reichsaussenminister persönlich» gerichteten Telegramms des deutschen Geschäftsträgers in Paris, dessen Botschaft über einen hochgestellten Gewährsmann* verfügte, sprachen sich Bonnet und zwei weitere Minister für ein «Nachgeben» aus. Pierre Renouvin, einer der wenigen französischen Historiker, die Zugang zu den immer noch unveröffentlichten vertraulichen Staatsdokumenten haben, gibt an, Bonnet habe rundheraus erklärt: «Wir dürfen der Tschechoslowakei keine bewaffnete Unterstützung gewähren⁵².»

Aus dieser Einstellung heraus hatte der französische Aussenminister den Briten am Morgen empfohlen, einer deutschen Besetzung des Sudetenlands entsprechend dem britisch-französischen Plan am 1. Oktober zuzustimmen. Besetzt werden sollten jene Gebiete, deren Einwohnerschaft zu mehr als 50 Prozent Sudetendeutsche waren, selbst wenn noch niemand Zeit gefunden hatte, die Grenzen genau festzulegen. Phipps übermittelte um 18 Uhr 35 Bonnets Vorschlag an Lord Halifax und fügte hinzu: «M. Bonnet meint, wir müssten... alles in unserer Macht Stehende tun, um einen Konflikt zu vermeiden, auf den unsere beiden Länder zweifellos ungenügend vorbereitet sind⁵³.»

* Bei diesem Gewährsmann, der als solcher in dem Telegramm erwähnt wird, handelte es sich um Graf Fernand de Brinon, einen als deutschfreundlich bekannten französischen Journalisten, der zu Bonnet und sogar zu Daladier vertrauliche Kontakte unterhielt. 1933 war er Mitbegründer des *Comité France-Allemagne*, später sein Vorsitzender. Er benutzte diese angeblich zur Verbesserung der französisch-deutschen Beziehungen gegründete Organisation zur Verbreitung von Nazi-propaganda in Frankreich. Brinon war ein alter Freund von Otto Abetz, des Chefagenten der Nazis in Paris, sowie Ribbentrops, des «Spezialisten» der Nazis für Aussenpolitik, der inzwischen zum Aussenminister aufgestiegen war. Er versorgte die NS-Regierung mit vertraulichen Informationen, und zwar nicht nur über die Botschaft in Paris, sondern auch unmittelbar bei seinen zahlreichen Besuchen im Reich. Er rühmte sich, zwischen 1933 und 1937 fünfmal mit Hitler unter vier Augen gesprochen zu haben. Auch seine Heirat mit einer reichen jüdischen Witwe konnte seine nazifreundlichen Gefühle nicht beeinträchtigen. Brinon war nur einer von mehreren Franzosen, die um diese Zeit ihr Vaterland an Deutschland zu verraten begannen. Nach seiner Ernennung zum Botschafter der Vichyregierung bei den deutschen Besatzungsbehörden in Paris (1941-1945) wurde er einer der führenden französischen Kollaborateure. Am 6. März 1947 wurde er wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 18. April erschossen. Das Telegramm des deutschen Geschäftsträgers vom 27. September 1938 warnte Berlin davor, dass Brinon von den Franzosen bereits überwacht würde; daher «wird er mich vermutlich heute abend in meiner Privatwohnung besuchen» **.

Das von Bonnet empfohlene Zugeständnis von Hitler ging tatsächlich noch über die Absichten der Briten hinaus. Noch bevor der Vorschlag in London eintraf, hatte Lord Halifax seinen Botschafter Henderson in Berlin telegrafisch beauftragt, die Deutschen sollten am 1. Oktober lediglich symbolisch den Grenzstreifen um Eger und Asch besetzen, der ins deutsche Gebiet hineinragte und bereits von tschechischen Truppen geräumt worden war. Halifax schlug ferner für den 3. Oktober ein Treffen deutscher, tschechoslowakischer und britischer Vertreter vor, auf dem die neue Grenze festgelegt, Pläne für eine friedliche Abtretung an Deutschland ausgearbeitet und der Einmarsch deutscher Truppen am 10. Oktober vorbereitet werden sollte⁵⁴.

Der britische Außenminister wollte Zeit gewinnen, aber seinem Botschafter in Berlin gefiel das nicht. Er berichtete am nächsten Tag telegrafisch nach London, er hätte den britischen Vorschlag zwar vorgelegt, aber er sei «völlig sinnlos, da nicht die geringste Chance besteht, dass Hitler ihn annimmt oder auch nur in Erwägung zieht. Mit Tatsachen muss man sich abfinden», belehrte er seinen Chef in der Downing Street.

Wenn sich die Tschechen nicht morgen gegenüber der deutschen Regierung zur Annahme des Memorandums bereit erklären, wird der Einmarsch in die Tschechoslowakei am Donnerstag (29. September) oder bald danach beginnen. Ein allgemeiner Konflikt mit all seinen Gefahren für uns und den katastrophalen Auswirkungen für die europäische Zivilisation lässt sich nur durch die Annahme des deutschen Memorandums durch die Tschechoslowaken erreichen.

Henderson hatte gerade eine Kopie von Phipps' Telegramm zu Bonnets jüngstem Vorschlag vorgelegt bekommen und bemerkte dazu:

Es ist nutzlos und töricht von M. Bonnet, zu behaupten, unsere beiden Länder seien auf einen solchen Konflikt nicht vorbereitet, und sich gleichzeitig zu weigern, den nötigen Druck auf die Tschechoslowakei auszuüben. Man müsste ihr noch vor dem Mittag des 28. September kategorisch klarmachen, dass sie bei unnachgiebiger Haltung keine Unterstützung von uns zu erwarten hat⁵⁵.

Mittlerweile bemühten sich die Briten in verstärkter Masse, die französische Regierung davon zu überzeugen, dass die Tschechoslowakei nur durch eine Annahme des Hitler-Ultimatums zu retten sei. Am Spätnachmittag des 27. September hatte Chamberlain bekanntlich Präsident Benesch in Prag eine ähnliche Warnung zugehen lassen. Etwa drei Stunden später, um 20 Uhr 30, wies Halifax telegrafisch Botschafter Phipps an, Bonnet oder möglichst gar Daladier aufzusuchen und der französischen Regierung eindringlich vorzustellen, wie nutzlos Versuche zur Rettung der Tschechoslowakei seien.

General Gamelin machte uns am Montag klar, dass nach seiner Meinung der tschechische Widerstand nur von sehr kurzer Dauer sein würde, wenn deutsche Truppen jetzt in die

*Tschechoslowakei einrückten...** Sollten daher unsere Friedensbemühungen fehlschlagen und am Donnerstag (29. September) deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschieren, was jetzt als durchaus möglich erscheint, so müssen wir innerhalb kürzester Zeit hinsichtlich der Tschechoslowakei mit vollendeten Tatsachen rechnen. Bis dahin ist es weder Frankreich noch uns selbst möglich, diese ebenso plötzlichen wie erschütternden Folgen durch Erklärungen oder Massnahmen abzuwenden ... Nach letzten Berichten müssen wir uns mit den Tatsachen abfinden ...

Sodann ersucht Halifax in seinem Telegramm die französische Regierung um eine «Abstimmung ihrer Schritte» mit Grossbritannien,

... insbesondere im Hinblick auf Massnahmen, die geeignet sind, sofort und automatisch einen Weltkrieg auszulösen, leider ohne etwas zur Rettung der Tschechoslowakei beizutragen.

*Wir würden uns freuen, wenn die französische Regierung mit uns darin übereinstimmte, dass von beiden Seiten aus Massnahmen offensiven Charakters ... nur nach vorangegangener Konsultation und in gegenseitigem Einverständnis unternommen werden sollen*⁵⁷.

Zu dieser späten Stunde forderte die britische Regierung ganz unverblümt ein Veto-recht gegenüber allen militärischen Massnahmen Frankreichs, die sich aus den Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ergeben könnten.

Der französische Aussenminister kam diesem Verlangen rasch nach.

Schon kurz vor Mitternacht konnte Botschafter Phipps eine Antwort nach London telegrafieren⁵⁸.

Nach Mitteilung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (Bonnet) ist die französische Regierung völlig damit einverstanden, keinerlei Offensivmassnahmen ohne vorherige Konsultation mit uns und unserem Einverständnis durchzuführen.

Seine Exzellenz neigt immer mehr zu der Auffassung, dass es für uns beide ratsam ist,

* Dieser Einleitungssatz in der Mitteilung des Aussenministers, den Bonnet bei der Veröffentlichung des Dokuments in seinen Memoiren wegliess, führte zu bitteren Vorwürfen General Gamelins gegen den französischen Aussenminister. Gamelin schrieb in seinen Memoiren: «Für mich war das eine äusserst peinliche Angelegenheit. Ihre Ursache lag ausschliesslich in den Intrigen von M. Georges Bonnet.» Gamelin erklärte, bei dem Londoner Treffen vom 26. September habe er nicht persönlich mit Lord Halifax gesprochen, und fährt fort: «Erst später erfuhr ich, was ich schon immer argwöhnte: dass Lord Halifax die Erklärung, die er mir zuschrieb, von Bonnet erhielt. Bonnet wollte damit deutlich machen, dass ich mich jeder energischen Lösung widersetze.»

General Gamelin beurteilte das Stehvermögen der tschechoslowakischen Armee gewiss nicht optimistisch – noch am 12. September hatte er bekanntlich Daladier mitgeteilt, die deutsche Wehrmacht könne erst geschlagen werden, nachdem sie den grössten Teil der Tschechoslowakei eingenommen hatte – aber er hatte Chamberlain am 26. September erklärt, bei einem Rückzug nach Mähren würden die tschechoslowakischen Truppen «als Streitmacht weiterbestehen». Im Übrigen hinge, wie er häufig wiederholt hatte, sehr viel von Frankreich, Grossbritannien und Russland ab. Gamelin wirft Bonnet eine fortgesetzte Verfälschung seiner Einstellung mit der Absicht vor, damit zu beweisen, dass Frankreich nichts zur Rettung der Tschechoslowakei unternehmen könne. Am 29. September schrieb Gamelin in sein Tagebuch: «M. Bonnet scheint in der Lobby der Deputiertenkammer das Gerücht zu verbreiten: „Der beste Beweis dafür, dass wir nichts unternehmen können, ist General Gamelins Rat an das tschechoslowakische Oberkommando, zum Rückzug zu blasen“.c»

äusserste Vorsicht walten zu lassen und unsere wahrscheinlichen sowie auch die möglichen Gegner zu zählen, bevor wir uns auf irgendeine offensive Handlung einlassen.*

Bonnet suchte verzweifelt nach einem Ausweg. Am besten schienen sich dafür die Briten zu eignen. Wenn London nämlich sein «Einverständnis» mit französischen «Offensivmassnahmen» nicht erteilte, war das ein guter Vorwand, sie zu unterlassen. Soweit gingen Daladier und die meisten seiner Minister noch nicht. Wie der Ministerpräsident später bezeugte, war er bei der Rückkehr von dem Londoner Treffen einen Tag zuvor, am 26. September, noch von der Unvermeidbarkeit eines Krieges überzeugt. Er habe den Befehl für eine Generalmobilmachung aufgesetzt und ausserdem eine Rundfunkansprache an die Nation entworfen, «um dem französischen Volk klarzumachen, dass wir trotz all unserer Friedensbemühungen angesichts der deutschen Aggression zu einer Intervention gezwungen waren⁸⁰.»

Am Spätnachmittag des 27. September wurde seine Selbstsicherheit durch seinen Luftwaffenchef schwer erschüttert. Wie er ein Vierteljahrhundert später (1964) gegenüber dem Autor in einer längeren Unterredung in Paris freimütig zugab, war dies vermutlich der Hauptgrund für die folgenschweren Entscheidungen, die er im Laufe der nächsten vier Tage traf. Am Morgen zuvor hatte General Vuillemin mit Luftfahrtminister Guy de la Chambre konferiert und ihm gegenüber seine Warnung wiederholt, die er bereits am 15. März gegenüber dem Verteidigungsausschuss und im August gegenüber Botschafter François-Poncet in Berlin geäussert hatte: dass die französische Luftwaffe für einen wirksamen Kriegseinsatz viel zu schwach sei und von den Deutschen rasch zerschlagen werden würde. Auf Ersuchen des Ministers brachte er seine Jeremiade zu Papier. Dieses erschreckende Dokument⁸¹ wurde Daladier am folgenden Tage vorgelegt.

Wie General Vuillemin berichtete, verfügte Frankreich nur über 700 Flugzeuge: 250 Tagjäger, 320 Bomber und 130 Aufklärer. Görings Luftwaffe sei zahlenmässig haushoch überlegen, und die französischen Maschinen taugten ohnehin nicht viel. Die «Tag»-Bomber, so erläuterte er, könnten nur bei Tageslicht ein kurzes Stück in den deutschen Luftraum eindringen, und auch dann nur, wenn das Wetter günstig war, das heisst «unter Ausnutzung der Wolkendeckung». Sie seien normalerweise für «Nachteinsätze» gedacht, würden aber selbst bei Nacht «beim Auffinden ihrer Ziele grösste Schwierigkeiten» haben. Für Angriffe auf feindliche Truppenkonzentrationen und Rüstungsfabriken seien sie daher nur von «bedingtem Wert».

Was die vordringliche Frage der Verluste betraf, zeigte sich der Luftwaffenchef etwas optimistischer als im März und August; damals hatte er erklärt, seine gesamte Luftflotte würde innerhalb von vierzehn Tagen vernichtet sein. Nun schätzte er:

• Zu den Gegnern rechnete Bonnet inzwischen sogar gewisse tschechische Diplomaten. Am nächsten Morgen sandte Phipps ein persönliches Telegramm an Chamberlain: «Bonnet versichert mir, M. Benesch hätte über seine Gesandten in London und Paris eine regelrechte Kampagne gegen Sie und die französische Regierung geführt und mit allen Kräften auf einen Präventivkrieg hingearbeitet^{M.}» Bonnet und Phipps schienen inzwischen davon überzeugt zu sein, dass jeder Widerstand gegen eine deutsche Aggression als Präventivkrieg zu betrachten sei.

Die Verluste innerhalb der ersten Wochen würden sehr schwer und nicht zu ersetzen sein. Sie dürften sich bis zum Ende des ersten Monats der Kampfbarkeit auf 40 Prozent und bis zum zweiten Monat auf 64 Prozent des verbliebenen Restbestands belaufen.

Die französische Luftwaffe kann daher ihren Auftrag nur unter äussersten Schwierigkeiten und um den Preis schwerer Verluste erfüllen. Ich muss hinzufügen, dass Ersatzteillager praktisch nicht vorhanden sind.

Er warnte davor, sich auf eine wirksame britische Luftunterstützung zu verlassen. «Der von den Generalstäben beschlossene britische Beitrag wird kaum ins Gewicht fallen.» Er räumte ein, dass die britischen Bombenflugzeuge von hoher Qualität seien; sie würden aber erst sehr spät eintreffen: 120 Maschinen sieben Tage nach Kriegsbeginn, weitere 120 Maschinen achtzehn Tage später.

Soviel zur beklagenswerten Unterlegenheit der Alliierten in der Luft. Doch damit begnügte sich General Vuillemin nicht. Er liess sich lang und breit über die verheerenden Folgen für die Landstreitkräfte, die Rüstungsindustrie und die zivilen Ballungsräume aus.

Ohne ausreichende Luftaufklärung wird das Oberkommando des Heeres über die Absichten des Feindes äusserst mangelhaft unterrichtet sein, während dieser im Gegensatz dazu rechtzeitig von unseren Vorbereitungen erfährt. Dadurch werden die Operationen grosser Heeresverbände erheblich gestört und die verschiedenen Waffengattungen (Artillerie, Infanterie, Panzer...) in ihrer Leistung ernstlich beeinträchtigt.

Der Luftwaffenchef wurde nicht müde, seine Behauptung zu untermauern, dass es die französischen Landstreitkräfte ohne hinreichende Unterstützung aus der Luft schwer haben würden, irgendwelche Erfolge zu erzielen – alles hinter Gamelins Rücken, wie dieser zwei Tage später in einer Beschwerde feststellte *.

Dadurch kann die Zusammenfassung französischer Heeresverbände ernstlich gestört und verzögert werden. Das gleiche gilt für ihren Transport. Ausserdem werden Operationen zu Lande durch schwere und häufige Luftangriffe des Feindes hinter den Linien und an der Front selbst äusserst erschwert.

Schliesslich würden, wie General Vuillemin schrieb, feindliche Luftangriffe auf Rüstungsbetriebe, insbesondere Flugzeugfabriken, «erhebliche Produktionsausfälle» bewirken,

* General Gamelin schreibt: «Am 28. September erfuhr ich auf Umwegen, dass der Luftfahrtminister und der Chef der Luftwaffe gegenüber Daladier erklärten, unsere Luftstreitkräfte seien kriegsuntauglich. Trotz meiner Stellung als Chef des Zentralstabs für nationale Verteidigung wurde ich nicht unterrichtet. General Vuillemin gab das mir gegenüber erst mehrere Tage später zu *».

während französische Bomber der deutschen Industrie kaum Schaden zufügen konnten. In diesem letzten Absatz warnte der Luftwaffengeneral vor den Folgen «massierter und wiederholter feindlicher Luftangriffe auf die grossen zivilen Ballungszentren». Der Bericht des Luftwaffenchefs hätte jedem zivilen Minister Angst und Schrecken eingejagt. Der Ministerpräsident wurde durch ihn tief deprimiert. Aber der 27. September war noch nicht vorüber; Daladier nahm seinen Mut zusammen und hörte sich an, was der britische Premierminister in seiner Rundfunkansprache um 20 Uhr 30 dem britischen Volk zu sagen hatte. Was er da hörte, vermochte ihn nicht aufzuheitern, denn Chamberlain gab nicht nur seiner Abscheu vor dem Krieg Ausdruck, sondern auch seinen Zweifeln darüber, ob es sich lohnte, für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Der Schluss der Rede war zwiespältig: Der Premierminister hatte die Hoffnung auf Frieden noch nicht aufgegeben, sah jedoch andererseits keine Möglichkeit mehr, etwas für diesen Frieden zu tun.

Wie schrecklich, phantastisch und unglaublich ist doch der Gedanke, dass wir nun Schützengräben bauen und Gasmasken aufsetzen sollen – wegen eines Streits in einem weit entfernten Land, zwischen Völkern, von denen wir kaum etwas wissen!

Hitler habe «im Wesentlichen das bekommen, was er wollte», erklärte Chamberlain, und Grossbritannien stehe dafür gerade, dass die Tschechen es ihm auch geben würden.

Sosehr wir auch mit einer kleinen Nation sympathisieren mögen, die von ihrem grossen und mächtigen Nachbarn bedroht wird, so können wir doch nicht ihretwegen das gesamte britische Weltreich in einen Krieg stürzen. Wenn wir schon kämpfen müssen, dann doch nur, wenn es um grössere Dinge geht.

Ich werde die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben und meine Bemühungen darum nicht einstellen, solange noch die geringste Aussicht auf Frieden bleibt. Doch in diesem Augenblick sehe ich keine weitere Möglichkeit, mich als Vermittler nützlich zu machen.

Keine weitere Möglichkeit? Eineinhalb Stunden nach der Rundfunkansprache, um 22 Uhr 30, traf Hitlers Brief ein. Wie der «Führer» wohl vorausgesehen hatte, griff Chamberlain sofort nach dem Strohhalm.

Er verfasste unverzüglich die Antwort⁸⁸.

Nachdem ich Ihr letztes Schreiben gelesen habe, bin ich sicher, dass sich alle Ihre wesentlichen Forderungen ohne Krieg und unverzüglich erfüllen lassen.

Ich bin bereit, sofort selbst nach Berlin zu kommen, um die Einzelheiten der Übergabe mit Ihnen und Vertretern der tschechoslowakischen Regierung zu besprechen – falls Sie es wünschen, in Gegenwart von Vertretern Frankreichs und Italiens.

Ich bin überzeugt, dass wir innerhalb einer Woche eine Einigung erzielen könnten...

Ich kann nicht glauben, dass Sie die Verantwortung für den Ausbruch eines Weltkriegs

übernehmen wollen, der das Ende der Zivilisation bedeuten könnte, nur weil sich die Beilegung dieses seit langem anstehenden Problems um einige wenige Tage verzögert.*

Diesem «letzten Appell», wie Chamberlain ihn nannte, an Hitler folgte ein weiterer an Mussolini. Chamberlain unterrichtete den Duce über den Inhalt seines Schreibens an Hitler und bat ihn, seinen Vorschlag zu befürworten, Hitler die Annahme nahezulegen und den Reichskanzler wissen zu lassen, dass Italien bereit sei, an einer Konferenz in Berlin teilzunehmen, um die Abtretung des Sudetenlands an Deutschland zu erörtern⁶⁵.

Der Gedanke an eine solche Konferenz hatte den Premierminister insgeheim schon lange beschäftigt. Bereits im Juli hatte Sir Neville Henderson sie von sich aus in einer Depesche an London angeregt und vorgeschlagen, die vier Mächte Deutschland, Italien, Grossbritannien und Frankreich sollten das Sudetenproblem gemeinsam regeln. Aber sowohl der Botschafter als auch der Premierminister waren vom Aussenministerium darauf hingewiesen worden, dass es schwierig sein werde, andere Mächte von einer solchen Konferenz auszuschliessen, zum Beispiel Russland, das einen Beistandspakt mit Prag abgeschlossen hatte, und die Tschechoslowakei selbst⁶⁶. Chamberlain war mit der Überzeugung aus Godesberg zurückgekehrt, dass Hitler sich niemals zu einem Treffen bereitfinden würde, an dem auch die Sowjetunion teilnahm. Auch der Premierminister selbst wünschte die Anwesenheit der Russen nicht. Es war zwar offenkundig – oder hätte es zumindest sein sollen –, dass im Falle eines Kriegs mit Deutschland eine sowjetische Beteiligung auf der Seite des Westens von grösstem Wert sein würde, wie Churchill der Regierung wiederholt vorgestellt hatte, doch diese Erkenntnis war dem Premierminister offenbar entgangen.

Bis zu diesem 28. September, an dem Hitler sein Brief überreicht wurde, hatte er sich noch nicht dazu verstiegen, auch die Tschechoslowaken von der Konferenz auszuschliessen. Am 25. September, nach der Zurückweisung der Godesberger Forderungen durch Prag, hatte der Premierminister noch Jan Masaryk, den tschechoslowakischen Gesandten in London, zu sich gebeten und die Tschechoslowakei um ihre Zustimmung zu Verhandlungen auf «einer internationalen Konferenz unter Beteiligung von Deutschland, der Tschechoslowakei und anderen Mächten» ersucht. Am Tag darauf hatte die Regierung der CSR dem Vorschlag zugestimmt. Auch in seiner Botschaft vom Abend des 27. September an Hitler hatte Chamberlain noch ausdrücklich betont, dass «Vertreter der Tschechoslowakei» an der von ihm vorgeschlagenen Konferenz Deutschlands, Italiens, Grossbritanniens und Frankreichs teilnehmen sollten.

* Daladier will von diesem Brief erst mehrere Wochen später erfahren haben, als er in einem britischen Weissbuch veröffentlicht wurde. Doch aus den Unterlagen des britischen Aussenministeriums geht klar hervor, dass der Wortlaut schon am folgenden Morgen, dem 28. September, telegrafisch nach Paris übermittelt wurde. Halifax wies Phipps ausdrücklich an: «Bitte informieren Sie die französische Regierung und bemühen Sie sich um ihre Unterstützung^{M1}.»

Eine düstere Stimmung hing über Berlin, Prag, London und Paris, als der Morgen des 28. September dämmerte. In der Erinnerung an diesen Morgen, an dem ein Krieg unvermeidlich schien, nannten ihn später manche «Schwarzen Mittwoch».

Ein grosser Krieg sei kaum mehr zu verhindern, soll Göring an diesem Morgen nach Oberst Jodls Aussage erklärt haben. Deutschland werde ihn gewinnen, selbst wenn er sieben Jahre dauerte⁸⁷.

In London wurden weiterhin Luftschutzgräben gezogen, Schulkinder evakuiert, Krankenhäuser geräumt. In Paris wurden die ohnehin schon überfüllten stadtauswärts fahrenden Züge gestürmt, und die Ausfallstrassen waren mit Autos verstopft. Ähnliche Szenen waren in Westdeutschland zu beobachten, wo man einen unmittelbar bevorstehenden französischen Angriff fürchtete. Jodl berichtet an diesem Morgen in seinem Tagebuch über Erzählungen deutscher Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet. Um 14 Uhr lief Hitlers Ultimatum an die Tschechoslowakei ab. Kein Zeichen aus Prag deutete darauf hin, dass man Hitlers Forderungen akzeptieren werde.

Einige deutsche Generäle, vor allen Dingen General Haider, der Chef des Generalstabs, hielten die Zeit für gekommen, Hitler absprachegemäss zu beseitigen und das Vaterland vor einem europäischen Krieg zu bewahren, in dem es nach ihrer Meinung unterliegen musste. Während der letzten spannungsgeladenen Septembertage hatten die Verschwörer ihre Pläne ausgearbeitet. Am 27. September beschlossen sie, am 29. loszuschlagen. Am Morgen des «Schwarzen Mittwochs» rief General Erwin von Witzleben, dem als Kommandeur des Berliner Wehrkreises die Durchführung des Handstreichs zufiel, seinen Mitverschwörern zu: «Gleich ist es soweit!»

Aber sie wussten ebensowenig wie die meisten anderen Menschen in Berlin und in den übrigen Hauptstädten, was auf höchster Ebene vorging. Sie wussten nichts von Bonnets Vorschlag, den Botschafter François-Poncet in Berlin am 28. September um 4 Uhr morgens erhielt: die Besetzung der überwiegend deutschen Teile des Sudetenlandes durch deutsche Truppen am 1. Oktober zuzulassen. Ebensowenig war ihnen der noch wichtigere Vorschlag Chamberlains an Hitler zur Einberufung einer Viermächtekonferenz und eine Aufforderung an Mussolini, den Plan zu unterstützen, bekannt.

Während des ganzen Morgens dieses «Schwarzen Mittwochs» bemühten sich in Berlin die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens verzweifelt, Hitler die Vorschläge ihrer jeweiligen Regierung zu überreichen, bevor er seine Truppen in Marsch setzte. Sie glaubten nämlich, der Angriff sei für 14 Uhr festgesetzt. Aber die Minuten und Stunden verstrichen, und Hitler machte keinerlei Anstalten, sie zu empfangen. François-Poncet hatte bereits um 8 Uhr morgens telefonisch um eine Unterredung gebeten. Als bis 10 Uhr immer noch kein Bescheid eingegangen war, schickte er seinen Militärattaché, General Renondeau, zum Generalstab des Heeres, um die deutschen Generäle, wie er sagt, «nachdrücklich auf die Verantwortlichkeit für den Kriegsfall hinzuweisen und sie von der Botschaft in Kenntnis zu setzen, die ich ... bis jetzt noch nicht hatte überreichen können»⁸⁸. Er ersuchte auch Botschafter Henderson um seine Unterstützung. Dieser war erfreut darüber, dass die Franzosen endlich bereit waren, den Forderungen

Hitlers soweit entgegenzukommen. Henderson rief Göring an, und dieser versprach, sich um einen Termin für den französischen Botschafter zu bemühen.

Inzwischen war Mussolini nicht untätig gewesen. Um 11 Uhr telefonierte er mit seinem Botschafter in Berlin, Bernardo Attolico. Die Deutschen hörten mit und zeichneten das Gespräch auf.

MUSSOLINI: *Hier ist der Duce, hörst du?*

ATTOLICO: *Ja, ich höre.*

MUSSOLINI: *Geh sofort zum deutschen Reichskanzler und sage ihm, die britische Regierung habe mir durch Lord Perth mitteilen lassen, dass sie meine Vermittlung in der sudetendeutschen Frage annehmen würde. Sage dem Führer, ich stünde hinter ihm: er möge beschliessen! Aber sage ihm, ich hielte die Annahme des Vermittlungsvorschlages für sehr günstig. Hörst du?*

ATTOLICO: *Ja, ich höre.*

MUSSOLINI: *Eile»!*

Ausser Atem und vor Aufregung hochrot im Gesicht (wie Chefdolmetscher Dr. Schmidt bemerkte), traf Botschafter Attolico in der Reichskanzlei ein und stellte fest, dass sich der französische Botschafter bereits bei Hitler befand. François-Poncet hatte es endlich geschafft. Hitler hatte ihn um 11 Uhr 15 empfangen. Der Botschafter hatte eine flüchtig skizzierte Landkarte vorgelegt, auf der die grossen tschechoslowakischen Gebiete eingezeichnet waren, die nunmehr mit Bonnets Zustimmung am 1. Oktober an Deutschland fallen sollten. Der «Führer» schien beeindruckt, insbesondere – wie Dr. Schmidt bemerkte – von der Landkarte mit ihren grosszügigen Gebietsabtretungen.

Um 11 Uhr 40 wurde die Unterredung plötzlich von einem Beamten unterbrochen: Attolico sei soeben mit einer dringenden Botschaft Mussolinis eingetroffen. Hitler verliess zusammen mit Schmidt den Raum, um den immer noch nach Atem ringenden Botschafter zu begrüßen.

«Ich habe für Sie eine dringende Botschaft vom Duce!» rief der von Natur aus heisere Attolico. Er trug sie vor und fügte hinzu, Mussolini bäte den «Führer», von einer Mobilmachung abzusehen.

Wie Dr. Schmidt als einziger überlebender Augenzeuge erklärte, fiel in dieser Sekunde die Entscheidung für den Frieden. Es war inzwischen fast 12 Uhr, zwei Stunden vor Ablauf des Ultimatums an die Tschechen.

«Sagen Sie dem Duce, dass ich den Vorschlag annehme»⁷⁰, antwortete Hitler sichtlich erleichtert.

Nun liess die Spannung nach. Im Anschluss an Attolico und François-Poncet wurde auch Botschafter Henderson empfangen.

Hitler sagte zu Henderson: «Auf Wunsch meines grossen Freundes und Verbündeten Mussolini habe ich die Mobilmachung meiner Truppen um vierundzwanzig Stunden verschoben.» Er hatte zwar bereits sämtliche halbwegs ausgebildeten Soldaten mobili-

siert, aber der Botschafter war doch erleichtert, Hitler versprach, ihm mehr über die vorgeschlagene Konferenz mitzuteilen, sobald er sich noch einmal mit Mussolini abgestimmt hatte. Hitlers Entschluss fiel am 28. September, wenige Minuten vor 14 Uhr, als das Ultimatum gerade ablief. In aller Eile ergingen Einladungen an die Regierungschefs Grossbritanniens, Frankreichs und Italiens, um die Mittagszeit des folgenden Tages zur Beilegung der tschechoslowakischen Frage in München mit dem Führer zusammenzutreffen. Prag und Moskau wurden nicht eingeladen. Russland hatte zwar für den Fall eines deutschen Angriffs die Unversehrtheit der Tschechoslowakei mitgarantiert, aber nun sollte es sich nicht einmischen. Die Tschechen wurden nicht einmal aufgefordert, bei ihrem eigenen Todesurteil anwesend zu sein.

An diesem «Schwarzen Mittwoch» hielt der britische Premierminister um 14 Uhr 55 eine Rede vor dem Londoner Unterhaus. Er gab einen genauen Überblick über die Lage und erklärte, sie sei zwar immer noch ungewiss, habe sich aber gebessert. Es sei Mussolini gelungen, Hitler zur Verschiebung der Mobilmachung um vierundzwanzig Stunden zu bewegen. Nach einer Stunde und zwanzig Minuten kam Chamberlain gerade zum Schluss seiner Rede, da wurde er um 16 Uhr 15 durch einen Boten unterbrochen, der ihm eine Mitteilung überreichte.

Was auch immer die ehrenwerten Mitglieder des Unterhauses von Signor Mussolini halten mögen (sagte Chamberlain gerade), so glaube ich doch, dass jeder Einzelne diese Friedensgeste begrüßen wird.

Dann hielt der Premierminister inne, warf einen Blick auf die Mitteilung und lächelte.

Aber das ist nicht alles. Ich habe dem Hohen Haus noch etwas mitzuteilen. Ich erhalte soeben die Nachricht, dass mich Herr Hitler für morgen vormittag nach München einlädt. Auch Signor Mussolini und M. Daladier sind eingeladen. Mussolini hat die Einladung bereits angenommen, und ich bezweifle nicht, dass auch M. Daladier zustimmen wird. Ich brauche wohl nicht zu sagen, wie meine Antwort lautet...

Das erübrigte sich. Das ehrwürdige Unterhaus, diese Mutter aller Parlamente, reagierte mit einer Massenhysterie, die in seiner langen Geschichte einmalig ist. Wilde Schreie wurden laut, Parlamentsdrucksachen flogen durch die Luft, viele brachen in Tränen aus, und den ganzen Tumult übertönte eine Stimme, die aller Empfindungen ausdrückte: «Gott sei für unseren Premierminister gedankt!»

Was wurde nun aus den deutschen Verschwörern, die nahe daran waren – wie sie später behaupteten –, Hitler zu stürzen, und die nach General Witzlebens Aussage an jenem schicksalhaften Mittwoch kurz vor Mittag ihre Zeit für gekommen hielten? Sie bliesen das Unternehmen ab. Es erübrigte sich nach ihrer Meinung, da Chamberlain bereit war,

nach München zu kommen. Sie schreckten nicht davor zurück, den Diktator zu stürzen, wenn es darum ging, Deutschland einen hoffnungslosen Krieg zu ersparen. Aber nun würde es ja keinen Krieg geben.

Generalstabschef Haider, das Haupt der Verschwörung, erklärte nach dem Krieg ⁷¹:

Es war geplant, die Reichskanzlei... Ämter und Ministerien ... militärisch zu besetzen ... Am 28. September kam Witzleben in der Mittagszeit in mein Amtszimmer. Er bat mich um einen Ausführungsbefehl. Wir besprachen noch andere Einzelheiten – wieviel Zeit wir brauchen würden usw. Noch während wir zusammensassen, traf die Nachricht ein, dass Chamberlain und Daladier sich zu weiteren Verhandlungen mit Hitler bereit erklärt hatten ... Daher widerrief ich den Ausführungsbefehl, denn durch diese Tatsache wurde der Aktion die ganze Grundlage genommen ...

*Wir waren fest überzeugt gewesen, dass unser Unternehmen glücken würde. Aber nun kam Mr. Chamberlain, und die Kriegsgefahr war mit einem Schlage abgewendet *.*

Die Nachricht, dass sich die Regierungschefs der vier Grossmächte in München «zur Beilegung des tschechoslowakischen Problems» treffen wollten, bedeutete für Prag den Todesstoss, da man sich hinsichtlich des Ergebnisses keinen Illusionen hingab. Verzweifelt liess Benesch über den britischen Gesandten in Prag an Chamberlain kabeln:

Ich bitte Mr. Chamberlain, in München nichts zu unternehmen, was die Lage der Tschechoslowakei gegenüber den Bedingungen der britisch-französischen Vorschläge verschlechtern könnte... Ich bitte daher, in München nichts ohne Anhörung der Tschechoslowakei zu unternehmenⁿ

Diese Depesche kreuzte sich mit einem Telegramm des Premierministers, in dem er dem tschechischen Präsidenten versicherte, «dass ich die Interessen der Tschechoslowakei im Auge behalten werde». Als Trostpflasterchen für Prag «riet» Halifax noch am selben Abend der tschechischen Regierung, einen «geeigneten und bevollmächtigten Vertreter verfügbar zu halten, der morgen kurzfristig nach München reisen könnte».

Daladier nahm am Nachmittag dieses 28. September die Einladung nach München bereitwillig an. Sie bedeutete für Paris eine unendliche Erleichterung. Als die Zukunft am Vormittag noch schwarz erschien, hatte der Ministerpräsident für den Abend eine Rundfunkansprache an das Volk angekündigt. Er wollte die Generalmobilmachung verkünden und erneut bekräftigen, dass Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen werde. Die Einladung nach München brachte nun eine drastische Änderung seiner Absichten. Er teilte abends in einer kurzen Rundfunkansprache mit, dass er sich in München mit den Regierungschefs der übrigen drei Mächte treffen werde,

* Einen detaillierten Bericht über die Verschwörung gegen Hitler kurz vor der Münchner Konferenz findet man in *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Kap. 12.

und erklärte es angesichts der bevorstehenden Verhandlungen für seine «Pflicht, die Erklärungen aufzuschieben», die er hatte abgeben wollen. Er versprach die Fortsetzung seiner Bemühungen «zur Sicherung des Friedens und der Lebensinteressen Frankreichs». Die Rundfunkrede klang nichtssagend. Aber alles hing nun davon ab, wie er sich am folgenden Tag gegen Hitler – und auch gegen Chamberlain – behaupten würde.

Die Zeitungen und die Politiker aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten begrüßten begeistert seine Entscheidung, nach München zu gehen. In *Le Populaire* schrieb Léon Blum überschwänglich, die Nachricht von der Konferenz habe «ein gewaltiges Echo der Freude und Hoffnung» hervorgerufen. Es wäre «kriminell», wie er schrieb, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Er schloss mit den Worten: «Die heilige Flamme des Friedens, die schon verflackern wollte, wurde neu entzündet.» Das gemässigte Blatt *L'Aube* forderte zur Rettung des Friedens notfalls weitere Zugeständnisse an Hitler.

Bonnet drückte sich davor, seinen Ministerpräsidenten nach München zu begleiten. Er sagt dazu: «Ich zog es vor, in Paris zu bleiben, und ersuchte M. Leger (den Generalsekretär des Quai d'Orsay), mich beim Regierungschef zu vertreten.» Er will in einem Memorandum die Grenzen der möglichen Konzessionen Frankreichs an Deutschland abgesteckt haben. Es dürfte jedoch seine wahre Einstellung gewesen sein, die er seinem Freund, dem britischen Botschafter, anvertraute. Der kabelaute am nächsten Morgen an Halifax:

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten bat mich gestern abend und noch einmal heute morgen bei Daladiers Verabschiedung, Ihnen nahezu legen, dass es nach seiner Ansicht von lebenswichtiger Bedeutung sei, in München fast um jeden Preis eine Einigung über das Sudetenproblem zu erzielen ⁷³.

General Gamelin unternahm einen zaghaften Versuch, zu verhindern, dass dieser Preis zu einem Bankrott der Tschechoslowakei und einer Katastrophe für Frankreich würde. Daladier hatte ihn gefragt, welche Grenzen für die möglichen Konzessionen des Westens vom militärischen Standpunkt aus gezogen werden müssten.

Ich sagte ihm (berichtet Gamelin), dass die Tschechoslowakei nach Verlust ihrer natürlichen Grenzen keinerlei militärischen Wert mehr haben würde. Es sei eine Mindestvoraussetzung, das ganze Befestigungssystem in ihren Händen zu belassen und die wichtigsten Eisenbahnverbindungen zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen nicht zu unterbrechen, damit die CSR ein «wirtschaftlich lebensfähiger Staat» bliebe.

Ich hoffe», soll Daladier geantwortet haben, «dass wir nicht soweit gehen müssen⁷⁴ .»

Die Konferenz in München 29. bis 30. September 1938

Am frühen Morgen traf Hitler, aus Berlin kommend, in München ein und fuhr mit seinem Sonderzug sofort weiter nach Kufstein an der ehemaligen österreichisch-deutschen Grenze, um sich mit Mussolini zu treffen, der in seinem eigenen Sonderzug aus Rom anreiste. Hitler war daran gelegen, mit seinem Verbündeten eine gemeinsame Handlungsbasis für die Konferenz zu finden – für den Fall, dass sich Chamberlain und Daladier als unzugänglich erweisen oder versuchen sollten, Zeit zu gewinnen. In seinem Privatwaggon gebärdete sich Hitler während der Rückfahrt nach München kriegerisch und erläuterte dem Duce anhand von Karten, auf welche Weise er die Tschechoslowakei zu «erledigen» gedachte. Er erklärte, entweder müssten die um Mittag beginnenden Gespräche unmittelbare Erfolge bringen, oder er werde zu den Waffen greifen.

«Im Übrigen», fügte er hinzu, «wird der Tag kommen, an dem wir uns vereint gegen England und Frankreich werden schlagen müssen.» Mussolini stimmte zu. Chamberlain unternahm keinen ähnlichen Versuch zu einer Vorbesprechung mit Daladier, um eine gemeinsame Strategie der beiden westlichen Demokratien gegenüber den zwei faschistischen Diktatoren auszuarbeiten. Vielen von uns, die wir in München Verbindung zur britischen und französischen Delegation unterhielten, wurde im Laufe des Tages sogar klar, dass Chamberlain mit dem festen Entschluss nach München gekommen war, sich von keinem – gewiss nicht von den Tschechen und nicht einmal von den Franzosen – von einer raschen Übereinkunft mit Hitler abhalten zu lassen. Von Daladiers Seite hatte der Premierminister wohl kaum etwas zu befürchten, aber er wollte keinerlei Risiko eingehen.

Die Gespräche begannen um 12 Uhr 45 im «Führerbau» am Königsplatz in München. Sie verliefen zwanglos, ohne feste Tagesordnung und in einer recht freundlichen Atmosphäre. Dr. Schmidt, der unermüdliche Dolmetscher, war über die «Atmosphäre des allseitigen guten Willens» überrascht. Botschafter Henderson erinnerte sich später: «In keinem Stadium wurden die Gespräche hitzig.» Niemand führte den Vorsitz. Jeder der vier Regierungschefs sprach sich nach Belieben aus. Die Erörterungen wurden zu meist in ruhigem Ton geführt. Bald wurde offenkundig, dass Chamberlain und Daladier angesichts Hitlers unverrückbarer Standpunkte in allen wesentlichen Punkten zum Einlenken bereit waren. Mussolini sorgte dafür, dass man zur Sache kam. «Um eine praktische Lösung des Problems herbeizuführen, möchte ich den folgenden Vorschlag unterbreiten», sagte er und verlas ihn dann.

Die Ursprünge dieses Vorschlags sind interessant. Sie blieben Chamberlain, soviel ich weiss, bis zu seinem Tode unbekannt; Daladier sagte mir 1964 selbst, dass er erst durch die Enthüllungen bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen davon erfuhr. Was der Duce nun als angeblich eigenen Kompromissvorschlag vortrug, war am vorhergehenden Nachmittag in aller Eile im Auswärtigen Amt in Berlin von Göring, Neurath und Weizsäcker ausgearbeitet worden, und zwar hinter dem Rücken von Aussenminister Ribbentrop, dessen Urteilsvermögen die drei Männer nicht viel zutrauten. Nach Hitlers Zustimmung wurde der Entwurf von Dr. Schmidt in aller Eile ins Französische übersetzt und sodann an den italienischen Botschafter Attolico weitergeleitet. Dieser gab den Text telefonisch dem Duce nach Rom durch, kurz bevor dieser den Zug nach München bestieg. Somit waren die «italienischen Vorschläge», die der formlos geführten Konferenz als einzige Diskussionsgrundlage dienten und schliesslich die Grundlage für das Münchener Abkommen bildeten, in Wirklichkeit deutsche Vorschläge, die in Berlin entstanden waren*.

Dieser Umstand muss ziemlich deutlich aus dem Wortlaut hervorgegangen sein, der sich eng an Hitlers bereits zurückgewiesene Godesberger Forderungen anlehnte. Doch das schien weder Daladier noch Chamberlain, noch Sir Horace Wilson oder den Botschaftern Grossbritanniens und Frankreichs in Berlin, die am Nachmittag zu den Besprechungen hinzugezogen wurden, aufzufallen. Nach dem deutschen Protokoll (andere erwähnenswerte Aufzeichnungen wurden nicht geführt) «begrüsste (der französische Ministerpräsident) ganz besonders den von objektivem und realistischem Geist getragenen Vorschlag des Duce». Der britische Premierminister «begrüsste ebenfalls die Vorschläge des Duce und erklärte, auch er selbst habe sich eine Lösung auf der Linie dieser Vorschläge vorgestellt». Wilson sah darin «eine vernünftige Neufassung vieler Dinge, die bereits in den britisch-französischen und britisch-deutschen Gesprächen diskutiert wurde». Botschafter Henderson schrieb später, er habe geglaubt, dass Mussolini taktvollerweise eine Kombination der Hitlerschen und der französisch-britischen Vorstellungen als seine eigenen vorgebracht hätte; Botschafter François-Poncet gewann dagegen den Eindruck, der Diskussion hätte ein «von Horace Wilson entworfenes» Memorandum zugrunde gelegen². Selbst in einem so entscheidenden historischen Augenblick war es nicht schwer, die englischen und französischen Staatsmänner und Diplomaten zu täuschen! Zwei unwesentliche Streitpunkte ergaben sich zu Beginn der Aussprache, und in beiden Fällen gaben die westlichen Demokratien Hitler nach. Chamberlain wollte wissen, wer die CSR-Regierung für staatliches Eigentum entschädigen werde, das mit dem Sudeten-

* Erich Kordt, Leiter des Ministerbüros im deutschen Auswärtigen Amt, berichtete am 4. Juni 1948 in Nürnberg vor dem Militärtribunal IV bei der Verhandlung gegen Ernst von Weizsäcker über den deutschen Ursprung der Mussolinivorschläge. Eine Zusammenfassung des offiziellen Gerichtsprotokolls wurde in den Akten zur deutschen Aussenpolitik veröffentlicht. Kordt beschreibt diese Vorgänge auch in seinem Buch *Wahn und Wirklichkeit*, 2. Aufl. 1948, S. 133. Dr. Schmidt bestätigt in seinen Memoiren (*Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945*, S. 415) Kordts Aussagen. Er bemerkt, die Übersetzung von Mussolinis Vorschlägen sei ihm in München «leicht» geworden, da er sie bereits am Tag zuvor in Berlin übersetzt hatte. Der italienische Aussenminister Graf Ciano berichtet in einer Tagebucheintragung aus München vom 29. bis 30. September, wie Mussolini das Dokument vorlegte. «das uns in Wirklichkeit am Abend zuvor von unserer Botschaft telefonisch durchgesagt worden war und das die Wünsche der deutschen Regierung wiedergab». (*Ciano's Hidden Diary, 1937-1938*, S. 167)

land in deutschen Besitz übergehen würde. Er widersetzte sich auch der Klausel, dass die aus dem Sudetenland ausziehenden Tschechen nicht einmal ihr Vieh mitnehmen dürften. «Soll das etwa heissen», fragte er, «dass zwar die Bauern ausgewiesen werden, ihr Vieh aber zurückbehalten wird?»

Hitler herrschte Chamberlain an: «Unsere Zeit ist zu kostbar, um mit solchen Lappalien vertan zu werden!» Der Premierminister liess das Thema fallen.

Zunächst bestand er ferner darauf, dass ein Vertreter der CSR anwesend oder doch zumindest «verfügbar» sein sollte. Grossbritannien könne natürlich, wie er sagte, «nicht für eine Räumung des Sudetenlands bis zum 10. Oktober (die Mussolini vorgeschlagen hatte) garantieren, wenn keine Zusicherungen von Seiten der tschechoslowakischen Regierung vorlägen». Daladier unterstützte halbherzig diesen Standpunkt. Die französische Regierung, erklärte er, «würde keinesfalls eine Verschleppung dieser Angelegenheit durch die tschechische Regierung dulden», aber er hielt «die Anwesenheit eines tschechischen Vertreters, den man notfalls konsultieren kann, für vorteilhaft».

Doch Hitler blieb hart. Er sagte, er sei «an Zusicherungen der tschechischen Regierung nicht interessiert». Er werde die Anwesenheit von Tschechen nicht dulden. Die beiden westlichen Regierungschefs begannen wieder nachzugeben. Daladier erklärte: «Wenn die Anwesenheit eines Prager Vertreters Schwierigkeiten verursacht, bin ich bereit, darauf zu verzichten.» Schliesslich regte Chamberlain die Anwesenheit eines Prager Vertreters im Nebenzimmer an, damit bei ihm gegebenenfalls Zusicherungen eingeholt werden könnten. Darauf einigte man sich endlich.

So erschienen zur Nachmittagssitzung zwei tschechoslowakische Vertreter, nämlich Dr. Voytech Mastny, der Gesandte der CSR in Berlin, und Dr. Hubert Masaryk vom Prager Aussenministerium. Sie wurden in ein Nebenzimmer geführt und mussten sich von 14 bis 19 Uhr in Geduld fassen. Dann wurden ihnen die schlechten Nachrichten mitgeteilt. Um 19 Uhr besuchte sie Frank Ashton-Gwatkin, der Runciman begleitet hatte und – wie sein Chef – von den Sudetendeutschen mehr angetan war als von den Tschechen. Er gab ihnen die ersten Hinweise auf das, was die vier Staatsmänner aushandelten. Sie hätten sich im Grossen und Ganzen geeinigt, sagte er, jedoch könne er ihnen noch keine Einzelheiten mitteilen. Die Bedingungen seien aber viel «härter» als in den französisch-britischen Vorschlägen, mit denen die Tschechen von London und Paris aus bedrängt worden waren. Als Masaryk die Frage stellte, ob die Tschechen denn nicht gehört werden könnten, antwortete ihnen der Engländer, wie der tschechische Gesandte später seiner Regierung mitteilte, «ich schiene die schwierige Lage der Grossmächte zu verkennen und verstehe nicht, wie schwer es gewesen sei, mit Hitler zu verhandeln».

Drei Stunden später, um 22 Uhr, wurden die beiden unglücklichen Tschechoslowaken zu Sir Horace Wilson geführt, dem getreuen Paladin seines Premierministers. In Chamberlains Auftrag unterrichtete sie Wilson über die Hauptpunkte des Viermächteabkommens und überreichte ihnen eine Landkarte derjenigen Sudetengebiete, die sofort geräumt werden sollten. Als die beiden Abgesandten zu protestieren versuchten, schnitt ihnen Wilson das Wort ab. Er hätte nichts weiter zu sagen, erklärte er und verliess

unvermittelt das Zimmer. Die Tschechen erhoben gegenüber Ashton-Gwatkin, der bei ihnen blieb, weitere Proteste.

Als auch er sich zum Gehen wandte, ermahnte er sie noch: «Wenn Sie nicht akzeptieren, werden Sie Ihre Angelegenheiten mit den Deutschen ganz allein regeln müssen. Die Franzosen würden Ihnen das vielleicht schonender beibringen, aber Sie dürfen mir glauben, dass sie unsere Ansichten teilen. Sie sind uninteressiert.»

Das war die Wahrheit, wie die beiden tschechischen Abgesandten schon bald erkennen mussten. Am 30. September 1938, kurz nach 1 Uhr morgens *, setzten nacheinander Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier ihre Unterschriften unter das Münchener Abkommen. Es sah vor, dass die deutsche Wehrmacht am 1. Oktober, wie Hitler mehrfach gefordert hatte, mit dem Einmarsch in die CSR beginnen und die Besetzung des Sudetenlandes am 10. Oktober abschliessen solle. Hitler hatte durchgesetzt, was ihm in Bad Godesberg verweigert worden war.

Nun blieb noch die schmerzliche Aufgabe – schmerzlich zumindest für die Betroffenen die Tschechen davon zu unterrichten, was sie alles abzutreten hatten und wie bald schon. An diesem Teil der Zeremonie waren Hitler und Mussolini uninteressiert. Sie zogen sich zurück und überliessen diese Aufgabe den Verbündeten der CSR. Diese Szene beschrieb Masaryk sehr anschaulich in seinem offiziellen Bericht an seine Regierung.

«Um 1 Uhr 30 wurden wir in den Konferenzsaal geführt. Anwesend waren Mr. Chamberlain, M. Daladier, Sir Horace Wilson, M. Leger (der Generalsekretär des französischen Aussenministeriums), Mr. Ashton-Gwatkin, Dr. Mastny und ich. Es herrschte eine gedrückte Stimmung: Die Urteilsverkündung stand bevor. Den offensichtlich nervösen Franzosen schien daran gelegen zu sein, das Ansehen Frankreichs zu wahren. Mr. Chamberlain sprach einleitend lang und breit über das Abkommen und überreichte dann Dr. Mastny den Wortlaut.»

Die Tschechoslowaken stellten mehrere Fragen, aber

Mr. Chamberlain gähnte fortgesetzt und gab sich auch keine Mühe, sein Gähnen zu verbergen. Ich fragte die Herren Daladier und Leger, ob sie eine Erklärung oder Erwiderung unserer Regierung zu dem Abkommen erwarteten. M. Daladier war auf-

* Das Abkommen wurde auf den 29. September datiert, aber erst in den frühen Morgenstunden des 30. September unterzeichnet. Es sah vor, dass die Besetzung des «überwiegend deutschen Gebiets» durch die deutschen Truppen in vier Etappen zwischen dem 1. und 7. Oktober durchgeführt werden sollte. Das übrige Gebiet sollte von einer «internationalen Kommission» neu abgegrenzt und «bis zum 10. Oktober» besetzt werden. Die Kommission sollte sich aus Vertretern der vier Grossmächte und der Tschechoslowakei zusammensetzen. Deutschland, Frankreich und Italien waren damit einverstanden, «dass die Evakuierung dieses Gebietes bis zum 10. Oktober abgeschlossen sein soll, wobei keine bestehenden Einrichtungen zerstört werden dürfen. Die Regierung der CSR wird für die Durchführung der Evakuierung ohne eine Beschädigung der genannten Einrichtungen verantwortlich gemacht.»

Ferner sollte die internationale Kommission in den Gebieten, in denen die Volkszugehörigkeit zweifelhaft war, «bis spätestens Ende November» Volksabstimmungen durchführen und die neuen Grenzen endgültig festlegen. In einem Anhang zu dem Abkommen erklärten Grossbritannien und Frankreich, dass «sie zu ihrem Angebot einer internationalen Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates im Falle einer nicht provozierten Aggression stehen. Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten geregelt ist, werden auch Deutschland und Italien ihrerseits eine Garantieerklärung gegenüber der Tschechoslowakei abgeben».

Die versprochenen Volksentscheide wurden nie durchgeführt. Weder Deutschland noch Italien gab der CSR jemals eine Garantie, auch nicht nach Regelung der Frage polnischer und ungarischer Minderheiten. Grossbritannien und Frankreich sollten sich später weigern, ihre Garantie einzulösen.

fallend nervös. M. Leger antwortete, die vier Staatsmänner hätten nicht viel Zeit. Hastig und betont gleichgültig fügte er hinzu, eine Antwort unsererseits sei nicht erforderlich. Man sehe den Plan als akzeptiert an. Unsere Regierung habe noch am selben Tag bis spätestens 15 Uhr ihren Vertreter nach Berlin, dem Sitz der Kommission, zu entsenden. Schliesslich habe der dafür bestimmte tschechoslowakische Beamte am Samstag in Berlin zu sein, um die Einzelheiten für die Evakuierung der ersten Zone zu regeln. Er sagte, die Lage beginne für die ganze Welt gefährlich zu werden.

Er schlug uns gegenüber einen unfreundlichen Ton an. Und das war ein Franzose... Mr. Chamberlain machte kein Hehl aus seiner Müdigkeit. Sie gaben uns eine zweite, geringfügig korrigierte Landkarte. Dann war man fertig mit uns, und wir durften gehen⁴.

Aus jener schicksalhaften Nacht blieben mir das triumphierende Leuchten in Hitlers Augen in Erinnerung, als er nach der Sitzung die breiten Treppen des Führerbaus herunterstolzte, die eingebildete Haltung Mussolinis in seiner betretenen Milizuniform, das Gähnen Chamberlains und der Ausdruck wohliger Schläfrigkeit, mit dem er ins Regina-Hotel zurückkehrte.

In jener Nacht notierte ich in meinem Tagebuch:

Daladier dagegen wirkte wie ein völlig geschlagener und gebrochener Mann. Er suchte das Regina auf, um sich von Chamberlain zu verabschieden... Jemand fragte ihn: Herr Präsident, sind Sie mit dem Abkommen zufrieden? Aber er war so erschöpft und niedergeschlagen, dass er keine Antwort fand. Schweigend stolperte er zur Tür hinaus⁵.

Chamberlain hatte seine Gespräche mit Hitler über den Weltfrieden noch nicht beendet. Am frühen Morgen des 30. September suchte er, erfrischt von ein paar Stunden Schlaf und offenbar zufrieden mit seinen Leistungen vom Vortag, Hitler in seiner Münchener Wohnung auf. Chamberlain wollte das Gespräch über die Lage Europas fortsetzen und ein kleines Zugeständnis erlangen, von dem er sich offenbar eine Stärkung seiner politischen Position in England versprach. Wenn man in Dr. Schmidts Aufzeichnungen⁶ seinen langatmigen Monolog nach dreissig Jahren noch einmal nachliest, erscheint er einem selbst aus dem Munde eines Mannes wie Chamberlain unglaublich *. Der Premierminister zog ein Blatt Papier aus der Tasche und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sie beide dieses Schriftstück unterzeichnen und zur sofortigen Veröffentlichung freigeben würden.

* Unter anderem äusserte Chamberlain «seine Zuversicht» in die «grosszügige Haltung Deutschlands bei der Durchführung des Münchner Abkommens» und seine Hoffnung, dass die Tschechen nicht so «unvernünftig sein werden, Schwierigkeiten zu machen». Sollte das doch der Fall sein, so hoffte er, Hitler werde wegen der «schrecklichen Verluste unter der Zivilbevölkerung» Prag nicht bombardieren. In diesem Ton ging es weiter: Er empfahl ein gemeinsames Bemühen um die Beendigung des Spanischen Bürgerkriegs (den deutsche und italienische «Freiwillige» gerade für Franco gewannen), um eine fortschreitende Abrüstung, die Förderung der Weltwirtschaft, den politischen Frieden in Europa und sogar eine Lösung «des russischen Problems».

*Wir, der deutsche Führer und Reichskanzler und der britische Premierminister, haben eine weitere Besprechung gehabt * und sind uns in der Erkenntnis einig, dass die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und Europa ist.*

Wir sehen das gestern unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen.

Hitler las die deutsche Übersetzung und unterschrieb sie – nicht ohne Widerstreben und nur Chamberlain zu Gefallen, wie Schmidt meinte. Der britische Premierminister habe sich hocheifrig gezeigt und «dem Führer herzlich gedankt». Der so getäuschte Chamberlain wusste natürlich nicht, dass sich Hitler und Mussolini ausgerechnet bei diesem Münchner Treffen darüber einig geworden waren, dass sie eines Tages würden «Seite an Seite» gegen Grossbritannien und Frankreich kämpfen müssen.

Bevor Chamberlain in der Nacht der Unterzeichnung des Münchner Abkommens zu Bett gegangen war, hatte er noch ein Telegramm an den britischen Gesandten in Prag geschickt, um Schwierigkeiten von tschechischer Seite vorzubeugen.

Suchen Sie sofort den Präsidenten auf... und dringen Sie auf Annahme des Plans... Sie werden verstehen, dass für Erörterungen keine Zeit ist, es geht um ein bedingungsloses Ja. Ihr französischer Kollege hat ähnliche Anweisungen erhalten ...⁹

Und tatsächlich hatte Daladier am 30. September morgens um 3 Uhr 30 den französischen Gesandten in Prag in einem dringenden Telegramm angewiesen, unverzüglich Benesch aufzusuchen «und seine Zustimmung sicherzustellen». Der Gesandte wurde ferner angewiesen, «die tiefe Anteilnahme auszudrücken, die das Ergebnis dieses Treffens in mir weckte, bei dem es nicht mein Verschulden war, dass kein Vertreter der Tschechoslowakei hinzugezogen wurde»¹⁰. So gingen die unwürdigen Täuschungsmanöver unter den angeblichen Verbündeten weiter. Gegenüber der Weltöffentlichkeit

* Dies geschah ebenso hinter dem Rücken Frankreichs wie die Unterzeichnung des britisch-deutschen Marineabkommens im Jahre 1935. Bonnet und Daladier erklären übereinstimmend, sie hätten von dem Treffen zwischen Chamberlain und Hitler sowie der von ihnen unterzeichneten Erklärung erst aus den Zeitungen erfahren. Sie erkundigten sich unverzüglich beim britischen Auswärtigenministerium, das erwiderte, es wisse von nichts. Schliesslich beauftragten sie Botschafter Corbin in London, Chamberlain um eine Erklärung zu ersuchen. Bonnet berichtet, der Premierminister «antwortete in seiner aufrichtigen Art», die britisch-deutsche Erklärung sei nicht «vorhergeplant» worden, aber Hitler habe sich im Verlauf ihrer Unterhaltung als so «aufgeschlossen in Bezug auf mehrere Vorschläge zu den britisch-deutschen Beziehungen» gezeigt, dass es dem Premierminister ratsam erschienen sei, dieses schriftlich niederzulegen⁹. Dagegen steht die Aussage Dr. Schmidts – der als Dolmetscher einziger Zeuge des Gesprächs zwischen Hitler und Chamberlain wurde – dass der Premierminister ein bereits schriftlich vor seiner Ankunft vorbereitetes Exemplar der Erklärung «aus der Tasche zog». Das waren die kleinlichen Praktiken, mit denen sich damals selbst die demokratischen Verbündeten gegenseitig hintergingen.

suchte der französische Ministerpräsident bereits nach einer Rechtfertigung seiner Handlungsweise. Zu den französischen Journalisten in München sagte er: «Ich glaube, wir haben vernünftig gehandelt. Sollten denn fünfzehn Millionen Europäer getötet werden, um drei Millionen Sudetendeutsche, die deutsch sein wollen, zum Verbleib in der Tschechoslowakei zu zwingen?» Gegenüber der amtlichen deutschen Nachrichtenagentur DNB erklärte er: «Dank dem Verständnis der Vertreter der westlichen Grossmächte wurde der Krieg vermieden und allen Völkern ein ehrenhafter Friede gesichert.»

In seinem Herzen empfand er, wie er später zugab, «eine grosse Bitterkeit» über die Preisgabe «eines treuen Verbündeten»¹¹. Er befürchtete, bei seiner Rückkehr nach Paris ausgepiffen zu werden. Als sich seine Maschine am 30. September um 15 Uhr 30 dem Flughafen Le Bourget näherte, erblickte er eine grosse Menschenmenge. Er bat den Piloten, über dem Landefeld zu kreisen, bis er seine Haltung wiedergewonnen und einige passende Worte zur Beruhigung der – wie er meinte – feindseligen Menge gefunden hatte. Aber es kam ganz anders. Er wurde genau wie Chamberlain bei seiner Rückkehr nach London mit stürmischem Beifall empfangen. Eine halbe Million Menschen säumten die Strassen vom Flugplatz zum Verteidigungsministerium in Paris und jubelten ihm zu. Noch auf dem Flugplatz hielt er eine kurze Rundfunkansprache an das französische Volk:

Ich komme mit der ehrlichen Überzeugung zurück, dass diese Vereinbarung für den Frieden in Europa unerlässlich war. Wir erzielten sie dank einer gegenseitigen Verständigungsbereitschaft und dem Willen zu enger Zusammenarbeit.

General Gamelin stand wartend unter den anderen Würdenträgern. Ihm flüsterte er zu: «Grossartig war es nicht, aber ich tat mein möglichstes.» Gamelin dachte an den Verlust der 35 tschechoslowakischen Divisionen. Reynaud stichelte: «Wo wollen Sie jetzt fünfunddreissig neue Divisionen hernehmen?» Daran musste auch Daladier denken, der ja nicht nur Ministerpräsident, sondern gleichzeitig auch Verteidigungsminister war. Immer noch überrascht von der begeisterten Begrüssung, soll er sich auf der Rückfahrt in die Hauptstadt einem Adjutanten zugewandt haben¹²:

«Diese Schwachköpfe, wenn die nur wüssten, was sie da bejubeln!»

In Prag versuchten sich die betroffenen Tschechen mit der Tatsache abzufinden, dass das Münchner Abkommen das Ende ihres jahrhundertalten Traums von wahrer Unabhängigkeit bedeutete, einer Unabhängigkeit, der sie sich nur neunzehn Jahre lang erfreuen durften. Als die Gesandten Frankreichs und Grossbritanniens im Prager Aussenministerium vorsprachen, um der Regierung die Notwendigkeit einer Annahme des Viermächteabkommens klarzumachen und gleichzeitig ihr Mitgefühl auszudrücken, schnitt ihnen Aussenminister Dr. Krofta das Wort ab. «Jetzt ist alles zu Ende», sagte er verbittert. «Heute sind wir an der Reihe, morgen werden es andere sein.» Das Kabinett tagte den ganzen Vormittag zusammen mit den führenden Militärs unter Vorsitz von

Präsident Benesch auf dem Hradschin. Am 30. September um 12 Uhr 50 fügte es sich in das Unvermeidliche und kapitulierte «unter Protest vor der ganzen Welt», wie es das offizielle Protokoll ausdrückt. Der neue Ministerpräsident, General Sirovy, erklärte um 17 Uhr in einer Rundfunkansprache dem tschechoslowakischen Volk: «Wir wurden im Stich gelassen und stehen allein da.»

In Paris machte sich General Gamelin, der Grübler unter den führenden Militärs, Gedanken über die Geschehnisse von München: «C' etait fini», sagte er sich. «Deutschland hatte einen weiteren entscheidenden Sieg errungen¹⁸.»

Aber in Regierung, Parlament, Presse und auf den Strassen wurde die Freude des französischen Volkes über die Erhaltung des Friedens deutlich. Nur darum ging es den Menschen. Der unverbesserliche Flandin sandte Hitler ein Glückwunschtelegramm und erhielt die Antwort: «Ich bin dankbar für Ihre Bemühungen... um eine Verständigung und vorbehaltlose Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland .. .»^{*}

Daladier und Bonnet wurden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Presse überschwänglich gefeiert, weil sie gemeinsam mit Chamberlain, Hitler und Mussolini den «Frieden gerettet» hatten. Selbst Léon Blum liess sich in *Le Populaire* von der allgemeinen Stimmung mitreissen.

In ganz Frankreich gibt es keine Frau, keinen Mann, die nicht Neville Chamberlain und Edouard Daladier die wohlverdiente Dankbarkeit entgegenbringen. Der Krieg bleibt uns erspart. Das Unheil weicht. Das Leben kann sich wieder normalisieren. Man kann wieder an die Arbeit gehen und ruhig schlafen. Man kann sich an der Schönheit der Herbstsonne erfreuen.

Die rechtsgerichtete Presse bejubelte nicht nur die Beseitigung der Kriegsgefahr, sondern sie schmähte die wenigen Franzosen, die sich für eine feste Haltung der Regierung gegenüber Hitler und die Erfüllung ihres Versprechens an die Tschechoslowakei eingesetzt hatten. Stéphane Lauzanne^{**} frohlockte in *Le Matin*: «Der Friede ist gerettet! Gerettet trotz der Schufte, Verräter und Wahnsinnigen.» *Le Temps* vermerkte erleichtert: «Ein paar weitblickende und mutige Politiker haben über die «Kriegstreiber» triumphiert.»

Auch die Dummheit blühte. Oberst de La Rocque begeisterte sich in *Le Petit Journal*: «Was für ein wunderbares und einmaliges Volk wir doch sind!» Er behauptete, Frankreich hätte «vorbildliche Standfestigkeit, Vernunft und Weisheit» bewiesen. Bonnet genoss seine augenblickliche Popularität als wichtigster französischer Förderer des Münchner Abkommens; er stellte erfreut fest, dass «viele Zeitungen selbst auf der äussersten Linken das Münchner Abkommen als einen Erfolg für die Geschicklichkeit und Festigkeit der französischen Diplomatie» darstellten. In seinen Augen war Frankreich über

^{*} Später stellte sich heraus, dass Flandin auch den anderen drei Regierungschefs ähnliche Glückwünsche sandte.

^{**} Nach dem Kriege wurde Lauzanne als Kollaborateur zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt.

jeden Tadel erhaben. Aus einer Rede in seinem eigenen Wahlkreis zitierte *Le Petit Parisien*, die grösste Zeitung der Hauptstadt:

Es gibt eine Kritik, die ich energisch zurückweise: dass Frankreich nicht zu seiner Unterschrift gestanden hätte. Frankreichs Unterschrift ist heilig. Oder wurde die Tschechoslowakei etwa überfallen¹⁴?

Am 4. Oktober billigte die Kammer das Münchner Abkommen mit 535 zu 75 Stimmen, nachdem Daladier es im Verlauf einer kurzen Debatte leidenschaftlich verteidigt hatte. Ausser den 73 Kommunisten stimmten nur 2 Deputierte, nämlich Kerillis von der Rechten und der Sozialist Jean Bouhey dagegen. Dieses Abstimmungsergebnis spiegelte getreulich die Stimmung im französischen Volk wider. Der bekannte Historiker Pierre Renouvin bemerkt dazu: «Diese Politik der Preisgabe von Bündnissen fand die Zustimmung der Mehrheit des Kabinetts und des Parlaments. Schliesslich wurde sie auch von der öffentlichen Meinung allgemein gutgeheissen¹⁵.»

Am 5. Oktober, einen Tag nach dem Abstimmungssieg in der französischen Kammer, wich Benesch dem Druck Berlins. Er trat als Staatspräsident der Tschechoslowakei zurück und begab sich wenige Tage später nach London ins Exil, da man ihn gewarnt hatte, sein Leben sei in Gefahr.

An diesem Tag äusserte sich auch Winston Churchill vor dem Unterhaus. «Wir haben eine völlige Niederlage auf der ganzen Linie erlitten», begann er, und musste nach dieser Feststellung erst abwarten, bis der Proteststurm sich gelegt hatte. Dann fuhr er fort:

Wir stehen mitten in einer Katastrophe ersten Ranges. Der Weg die Donau hinab... der Weg zum Schwarzen Meer steht nun offen ... Alle die Länder in Mitteleuropa und im Donautal werden nacheinander in den gewaltigen Strudel der Nazipolitik gezogen werden ... die von Berlin ausgeht... Und glauben Sie ja nicht, dies sei das Ende. Es ist erst der Anfang...

Doch damals war Churchill nur ein Rufer in der Wüste, ausgeschlossen aus der konservativen Regierung, für die er ein Aussenseiter war, ein Mann mit nur wenigen Anhängern im Parlament. Bei der überwältigenden Mehrheit im Unterhaus wie im ganzen Land herrschte genau wie in der französischen Kammer und dem französischen Volk nur ein Gefühl vor: Erleichterung darüber, dass ihnen ein Krieg erspart geblieben war.

Auch die Generäle in Berlin atmeten erleichtert auf – jedoch nur insgeheim. Sie wussten ebenso wie der zuvor zurückgetretene Chef des Generalstabs, General Beck, und der neue Chef, General Haider, was weder Chamberlain noch Daladier bekannt war: dass die deutsche Wehrmacht im Herbst 1938 nicht stark genug war, um in einem europäischen Krieg auch nur die geringsten Siegeschancen zu haben. Sie bezweifelten sogar, ob ihre Stärke zum Durchbrechen des tschechoslowakischen Festungsgürtels ausreichte, und sie gaben sich keinerlei Illusionen darüber hin, dass sie sich im Westen – wo der West-

wall nach Jodls Worten ein blosses Skelett war mit ihren 12 Divisionen zumeist mangelhaft ausgebildeter Reservisten nicht gegen die 100 gut ausgebildeten Divisionen Frankreichs halten konnten. Das gaben die Generäle nach dem Krieg bei den Nürnberger Prozessen freimütig zu. Im Zeugenstand antwortete General Wilhelm Keitel, der Chef des OKW, auf die Frage nach der Reaktion der führenden deutschen Militärs auf das Münchner Abkommen:

Wir waren ausserordentlich glücklich, dass es zu einer militärischen Operation nicht gekommen war, weil wir... niemals von der grundsätzlichen Auffassung heruntergegangen sind, dass unsere militärischen Angriffsmittel gegen die Grenzbefestigungen der Tschechoslowakei unzureichend seien, also rein militärisch gesehen ein Angriff, der ein Durchstossen der Grenzbefestigungen notwendig gemacht hätte, dazu fehlten uns die Angriffsmittel¹⁶.

Generalfeldmarschall von Manstein, der später im zweiten Weltkrieg einer der hervorragendsten Heerführer wurde, sagte ganz ähnlich über die Lage Deutschlands zurzeit des Münchner Abkommens aus.

Wir hätten, wenn es zu einem Krieg gekommen wäre, weder unsere Westgrenze noch die polnische Grenze wirksam verteidigen können, und wir wären auch ganz zweifellos, wenn die Tschechoslowakei sich zur Wehr gesetzt hätte, an ihren Befestigungen hängen geblieben, denn wir hatten praktisch nicht die Mittel, sie zu durchbrechen¹¹.

Selbst Hitler neigte zu dieser Auffassung, nachdem er die tschechischen Befestigungsanlagen besichtigt hatte. Er sagte später zu Dr. Carl Burckhardt:

Als wir nach München in der Lage waren, die tschechische militärische Stärke im Grenzgebiet zu prüfen, beunruhigte uns das, was wir da entdeckten, erheblich; wir waren in ernster Gefahr gewesen. Der von den tschechischen Generälen vorbereitete Plan war furchtbar. Ich verstehe jetzt, warum meine Generäle auf Zurückhaltung drängten¹⁸.»

Wie schon 1936, als die französische Armee beim Einmarsch einer Handvoll deutscher Truppen ins Rheinland untätig blieb, waren Hitlers Generäle auch 1938 wieder überrascht, dass die westlichen Demokratien die gewaltige Überlegenheit der französischen Armee im Westen nicht in die Waagschale warfen. Oberst Jodl hatte schon 1936 erklärt, die französischen Truppen an der Grenze des Rheinlands hätten «uns hinwegblasen» können. Auch er sagte in Nürnberg aus:

Es war ganz ausgeschlossen, mit 5 aktiven Divisionen und 7 Panzerdivisionen in einer Westbefestigung, die nur eine grosse Baustelle war, 100 französischen Divisionen standzuhalten. Das war militärisch unmöglich¹⁴.

Wenn es stimmte, was die deutschen Generäle zugeben – wenn Hitlers Wehrmacht tatsächlich die Mittel fehlten, die tschechischen Befestigungslinien zu durchbrechen, wenn Deutschland sich im Westen angesichts der französischen Übermacht in einer «militärisch aussichtslosen» Lage befand, wenn ferner unter den Generälen so ernste Meinungsverschiedenheiten herrschten, dass der Chef des Generalstabs des Heeres selbst bereit war, zur Vermeidung eines aussichtslosen Krieges Hitler zu stürzen –, warum kapitulierten dann Chamberlain und Daladier so feige vor Hitler? Hatte der französisch-britische Geheimdienst vollkommen versagt? War er unfähig, die militärische Stärke Deutschlands zuverlässig zu schätzen? Hier stehen wir vor einem der noch ungeklärten Geheimnisse der Münchner Zeit. Weder die britischen noch die bisher freigegebenen französischen Dokumente geben Aufschluss darüber.

Aus den verfügbaren Unterlagen geht klar hervor, dass das französische Oberkommando die Stärke der deutschen Westarmee in grotesker Weise überschätzte. Am 12. September hatten die Generäle Gamelin und Georges gegenüber Daladier erklärt, den Deutschen würden an der Westfront «zu Beginn 50 bis 60 Divisionen» zur Verfügung stehen – eine Übertreibung um das Vier- bis Fünffache²⁰. Übertrieben sie die deutsche Stärke nur – wie bereits 1936 bei der Rheinlandbesetzung –, um ihre Zurückhaltung zu entschuldigen? Wenn nicht, was hatten sie sonst für einen Grund? Gamelin gibt in seinen umfangreichen Memoiren keine Antwort auf diese Frage. Vermutlich wusste er nichts von der Krise im deutschen Oberkommando, von General Becks Rücktritt am 18. August oder von General Adams Warnung an Hitler, dass er die Westfront unmöglich halten könne, weil es ihm an Truppen fehlte und weil der Westwall noch bei weitem nicht fertiggestellt war. Diesen Punkt erwähnt Gamelin nur ganz am Rande; er sagt am 26. September in London zu Chamberlain über «die deutschen Schwächen: Ein Oberkommando, das die Gefahren erkennt, denen es gegenübersteht; ein noch unfertiges Befestigungssystem; grosse Lücken in den Kadern; das Fehlen ausgebildeter Reserven; Mangel an Rohstoffen, insbesondere Öl.» Von Daladier, der doch in engem Kontakt zu seinem Armeechef stand, wissen wir, dass er weder über diese Schwächen in der deutschen Wehrmacht noch über General Haiders Verschwörung zum Sturz Hitlers informiert war*.

Später vertraten Befürworter des Münchner Abkommens den Standpunkt, Grossbritannien und Frankreich hätten durch die Preisgabe der Tschechoslowakei eine Atempause von fast einem Jahr zum Aufholen des deutschen Rüstungsvorsprungs bekommen. Tatsache ist jedoch, dass das Kräfteverhältnis zwischen den westlichen Alliierten und Deutschland nach dieser Atempause, wie die nachfolgenden Ereignisse zeigen sollten, für den Westen wesentlich ungünstiger war als zurzeit des Münchner Abkommens. Deutschland produzierte Flugzeuge, Panzer und Waffen in weitaus grösserem Tempo als die westlichen Demokratien. Bald darauf wurde das Rüstungspotential nicht nur um die Skoda-Werke, den drittgrössten Waffenproduzenten Europas, erhöht, sondern es kamen auch noch die

* Siehe Fussnote *** auf Seite 373.

in der Tschechoslowakei erbeuteten riesigen Vorräte an Waffen und Munition hinzu. Von der Gesamtstärke der Franzosen musste jetzt für die fehlenden 35 vollausgebildeten Divisionen der Tschechen ein Abstrich gemacht werden, und Hitler nutzte die «Atempause» zur Ausbildung gewaltiger Reserven und zur Fertigstellung des Westwalls. Am einschneidendsten war jedoch, dass die westlichen Demokratien in diesem Zeitraum Russland als Verbündeten verloren.

Für Frankreich bedeutete München eine Katastrophe, auch wenn das in Paris nur wenige erkannten oder erkennen wollten. In Europa war Frankreichs militärische Stellung gegenüber Deutschland zerschlagen. Wenn das Reich volle Mobilmachung befahl, konnte Frankreich nur eine halb so grosse Armee aufstellen wie Deutschland, dessen Bevölkerungszahl fast doppelt so hoch lag und das über ein weitaus grösseres Rüstungspotential verfügte. Aus diesem Grunde hatte Frankreich mit viel Mühe sein Bündnissystem mit den kleineren Ländern an der östlichen Flanke Deutschlands und Italiens aufgebaut: Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Rumänien. Gemeinsam verfügten sie über das Militärpotential einer Grossmacht. Allein der Verlust von 35 tschechischen Divisionen, die mit ihren mächtigen Bergbefestigungen eine noch grössere deutsche Streitmacht hätten binden können, war ein vernichtender Schlag für die französische Armee. Darüber hinaus brachte das auf den österreichischen Anschluss folgende Münchner Abkommen den gesamten Donaauraum und den Balkan in den Zugriff der Deutschen, und die bis 1938 relativ unbedeutende Wirtschaftskraft wurde gestärkt.

Doch es ging noch etwas anderes verloren. Wie konnten die verbliebenen Verbündeten in Osteuropa nach München noch Vertrauen zu Frankreichs Wort haben? Was war jetzt noch ein Bündnis mit Frankreich wert? Die Antworten aus Warschau, Belgrad und Bukarest lauteten: «Nicht viel». In diesen Hauptstädten bemühte man sich emsig, mit dem deutschen Eroberer das bestmögliche Geschäft auszuhandeln, solange das noch ging, und damit von Frankreich abzurücken.

Was hielt die einzige Grossmacht im Osten, die wie die CSR durch einen Beistandspakt an Frankreich gebunden war, noch von dessen Wort? Die Antwort darauf erteilte das *Journal de Moskau* am 4. Oktober, dem Tag, an dem die Kammer mit überwältigender Mehrheit das Münchner Abkommen billigte.

Wer glaubt noch dem Wort Frankreichs? Wer will sein Verbündeter bleiben? Warum sollte die französische Regierung den französisch-sowjetischen Pakt respektieren, nachdem sie gerade erst «in freiem Entschluss» ihr Abkommen mit der Tschechoslowakei aufgekündigt hat?

Die sowjetische Regierung mochte zwar ungeschickt taktieren, aber naiv war sie nicht. Man erkannte in Moskau sehr wohl, dass Hitler in München nicht nur Frankreich und Grossbritannien gedemütigt, sondern sie auch gezwungen hatte, gemeinsam mit ihm Russland aus dem Kräftespiel auszuschliessen, als ohne Russland über ein Land entschieden wurde, zu dessen Verteidigung es sich im Falle von Frankreichs Eingreifen ver-

pflichtet hatte. In Moskau liess man sich nicht gern die kalte Schulter zeigen. Die Deutschen verhehlten keineswegs ihre Erleichterung über diese Folge des Münchner Abkommens. Das *Hamburger Fremdenblatt* frohlockte: «Es ist Deutschland gelungen, Sowjetrussland aus dem Konzert der Grossmächte auszuschliessen. Das ist ein historischer Aspekt des Münchner Abkommens.» Später erklärte Generalfeldmarschall Keitel in Nürnberg: «In München wurde das Ziel verfolgt, Russland aus Europa zu verdrängen.»

Am Morgen der Münchner Konferenz hatte Halifax auf wenig überzeugende Art und Weise versucht, dem sowjetischen Botschafter in London zu erklären, warum Russland nicht eingeladen worden war. Es sei eben eine Tatsache, «wie er sehr wohl wisse, dass die Regierungschefs Deutschlands und Italiens unter den gegenwärtigen Umständen nicht gewillt seien, sich mit Vertretern der Sowjetunion an einen Tisch zu setzen». Der Aussenminister bat ihn, «diese Tatsache nicht falsch auszulegen», und «versicherte ihm, dass unsererseits nicht der Wunsch besteht, die Sowjetregierung in irgendeiner Form auszuschliessen».

Eine derartige Heuchelei konnte auf einen so klugen und erprobten Diplomaten wie Iwan Maisky keinen Eindruck machen. Halifax berichtete, er habe ihn mit sehr vielen Fragen «bedrängt», denen der Aussenminister, wie er selbst sagte, nach bestem Vermögen auszuweichen suchte. Die «Haltung» des Botschafters «schien mir, wie nicht anders zu erwarten war, einiges Misstrauen auszudrücken²¹».

In Moskau wich dieses Misstrauen der Entschlossenheit, aus München die Konsequenzen zu ziehen und entsprechend zu handeln. Als Botschafter Coulondre am 4. Oktober auf Anweisung Bonnets das Moskauer Aussenministerium aufsuchte, um das Münchner Abkommen «zu erläutern» («bei dem Gedanken an eine so unangenehme Mission» wurde ihm, wie er selbst sagt, die Kehle «ziemlich trocken»), begegnete ihm Wladimir Potemkin, der während Litwinows Aufenthalt in Genf die Geschäfte des Aussenministeriums führte, zuerst sehr kühl und sodann erregt.

Ich muss feststellen, dass die Westmächte Russland ganz bewusst von den Verhandlungen fernhielten ... Mein armer Freund (sagte er nach längerem Schweigen), was haben Sie da getan? Sie haben den Weg zu einer vierten Teilung Polens bereitet.

Diese Andeutung entging dem französischen Botschafter nicht. Zu einer neuen Teilung Polens konnte es nur bei einem Einvernehmen zwischen Russland und Deutschland kommen. Noch am gleichen Abend warnte Coulondre Bonnet in einer ausführlichen Depesche, dass die Sowjetunion nun höchstwahrscheinlich «zu der 1931 aufgegebenen Entente mit Deutschland zurückkehren» werde und dass beide Länder Polen untereinander aufteilen würden. Er fügte hinzu, «aus Frankreich erwartet sich die UdSSR im Augenblick nichts mehr». Am 18. Oktober wurde der Botschafter von dem soeben aus Genf zurückgekehrten Litwinow empfangen. Er berichtete nach Paris: «Wir müssen damit rechnen, dass der Kreml schon bald in Berlin seine Fühler ausstrecken wird ... um die dortigen Absichten zu sondieren²².»

Auch die deutsche Botschaft meldete dieselbe Moskauer Reaktion auf das Münchner Abkommen. Ab 3. Oktober berichtete Botschaftsrat Werner von Toppelskirch in einem Telegramm nach Berlin über die «Konsequenz» der Münchner Konferenz auf die Sowjetpolitik. Stalin werde nach seiner Meinung «gewisse Schlüsse ziehen»; er sei sicher, dass die Sowjetunion «ihre Aussenpolitik neu überdenken», sich gegenüber ihrem Verbündeten Frankreich weniger freundlich und dafür «positiver» gegenüber Deutschland zeigen werde. Der deutsche Diplomat wies Berlin sogar darauf hin, «dass die gegenwärtigen Umstände günstige Bedingungen für ein neues und erweitertes Wirtschaftsabkommen Deutschlands mit der Sowjetunion bieten»²³.

Schon eine Woche nach München wurde sowohl die französische als auch die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass in Moskau ein anderer Wind wehte. Daraus sollten sich innerhalb der folgenden zehn Monate für beide Länder weitreichende, wenn auch unterschiedliche Konsequenzen ergeben.

Die Kapitulation in München deckte erneut die zunehmenden Schwächen der Dritten Republik auf. Regierung, Parlament, Armee, Presse und Volk schreckten im Augenblick der Gefahr davor zurück, das von der Nation gegebene Wort einzulösen und Hitler die Stirn zu bieten. Die Franzosen wurden von der Kriegsfurcht gelähmt und daran erinnert, dass der letzte Krieg gegen Deutschland sie ausbluten liess und fast vernichtet hätte. Sie verloren die langfristigen Interessen ihres Landes aus den Augen und opfereten sie zugunsten unmittelbarer und nur scheinbarer Gewinne, die sich als Illusion herausstellten. In ihrer Lähmung waren sie ausserstande, die eigene Kraft richtig einzuschätzen, und sie verkannten – was noch ausschlaggebender war – die Stärke eines möglichen Bündnisses zwischen den westlichen Demokratien, Russland und den kleineren Staaten im Osten, das stark genug gewesen wäre, Deutschland die aggressiven Neigungen ein für allemal auszutreiben. Natürlich hatte Grossbritannien in einer ganz ähnlichen Verblendung gegenüber seinen langfristigen nationalen Interessen und aufgrund einer ähnlichen Angst vor dem Krieg und vor Hitler, wie schon bei der Rheinlandbesetzung 1936, Frankreich unter starken Druck gesetzt und zu einem Einschwenken auf die britische Politik der Nachkriegszeit veranlasst. Aber eine grosse Nation muss auf eigenen Füüssen stehen, wenn sie überleben will. Seit 1936 hatte Frankreich auf eine unabhängige Aussenpolitik verzichtet und sich der britischen Aussenpolitik untergeordnet. Auf dem Weg nach München war Grossbritannien tonangebend, indem es Hitler ein Zugeständnis nach dem anderen machte und Frankreich verleitete, ihm auf diesem unheilvollen Pfad zu folgen.

Die militärische Führungsspitze hatte sich in dieser Krise kaum als Kraftquell erwiesen. Sie wollte den durch die Entwicklung von Panzer und Flugzeug eingeleiteten revolutionären Wandel in der modernen Kriegführung nicht erkennen, blieb in einer schalen und starren Philosophie der Verteidigung hinter der Maginotlinie stecken und schreckte ebenso sehr wie die Politiker vor einem Kriegsrisiko zurück. Den Kommandierenden General der Luftwaffe befahl Panik. Diese Panik teilte er in einem entscheidenden Augen-

blick der Regierung mit, indem er darüber jammerte, dass seine Flugzeuge im Fall eines Konflikts zu nichts taugten. Die Kommandierenden Generäle des Heeres mit Gamelin an der Spitze schienen ebenfalls von der allgemeinen Lähmung befallen zu sein. Wie schon einmal 1936 übertrieben sie gegenüber der Regierung bewusst die deutsche Stärke im Westen, um eine Entschuldigung für ihre ängstliche Haltung zu haben. Schlimmer war noch ihr Mangel an Entschlossenheit. Sie hätten entweder von sich aus mit den Russen und Tschechen militärische Pläne ausarbeiten oder die Regierung dazu veranlassen müssen. Solche Pläne hätten die Aussichten eines gegen Deutschland gerichteten Bündnis-systems erhöht, Hitler im Fall eines Krieges zu besiegen. Generäle wie Staatsmänner wiesen alle Versuche der Russen zurück, Gespräche auf Staatsebene einzuleiten. Solche Gespräche führten sie trotz Frankreichs Vertragspflichten nicht einmal mit den Tschechen. Der Brief, den General Gamelin am 27. September auf dem Höhepunkt der Krise an General Sirovy, den Oberbefehlshaber der tschechischen Armee, schrieb, ist gleichzeitig schockierend und jämmerlich: «In der gegenwärtigen Situation kann ich mit dem tschechischen Generalstab nicht in Verbindung treten²⁴.» Wie sollte Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen, wenn sich der höchste Offizier der französischen Armee ausserstande sah, mit dem Chef der tschechoslowakischen Armee «in Verbindung zu treten» *?

Aber wie konnte Frankreich seine Verpflichtungen erfüllen, wenn seinem Aussenminister jedes Mittel recht war, um sich ihnen zu entziehen? Daladier bewies auf den beiden Londoner Treffen im September, dass er Hitlers Absicht sehr wohl erkannte – die Vorherrschaft in Europa –, aber es fehlte ihm der eiserne Wille oder die Überzeugungskraft, um sich bei der britischen Regierung oder seiner eigenen durchzusetzen.

Schliesslich ist insbesondere in einer parlamentarischen Demokratie das Volk selbst verantwortlich. Henri Noguères bemerkte, dass während der tschechoslowakischen Krise die öffentliche Meinung in Frankreich ebenso wie in England «ihre Psychose bis zum Punkt kollektiver Feigheit steigerte». Verständlich, dass dem französischen Volk, das sich kaum vom ersten Weltkrieg erholt hatte, nicht der Sinn nach einem neuen Blutvergiessen stand. Schwerer ist zu begreifen, dass ihm das instinktive Verständnis für eine der Lehren der Geschichte fehlte: Dass eine Nation manchmal um ihre Existenz kämpfen muss, wenn sie es mit einem aggressiven, machthungrigen Feind zu tun hat, der es auf ihre endgültige Vernichtung oder Versklavung abgesehen hat. Es mag sein, dass Regierung und Presse es versäumten, dem Volk dies klarzumachen. Die führenden Tageszeitungen standen hinter Bonnets Politik, viele von ihnen setzten sich für Flandins Ansichten ein. Was bedeuteten schon die Tschechen oder das ihnen von Frankreich

* Dabei waren nach dem von den Aussenministern Frankreichs und der Tschechoslowakei unterzeichneten Geheimabkommen vom 26. bis 31. Januar 1924, das Gamelin in seinen Memoiren veröffentlicht (Bd. 2, S. 469), Stabs-gespräche zwischen beiden Ländern ausdrücklich vorgesehen. Das Abkommen, schreibt Gamelin selbst, «sah die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben beider Länder vor, «sowohl in Bezug auf die gemeinsame Planung zur Verhütung einer Aggression von Seiten eines gemeinsamen Gegners gegen eines der beiden Länder als auch in Bezug auf Studium der Möglichkeiten einer gegenseitigen Hilfe für den Fall der Bedrohung gemeinsamer Interessenc».

gegebene Wort oder die Folgen einer Kapitulation vor Hitler? Nur eines zählte: der Friede.

Das Volk begriff auch nicht, dass es vergiftet und fehlgeleitet wurde, und zwar nicht nur durch die zahlenmässig schwachen, aber in ihrem Einfluss starken, faschistisch gesonnenen Politiker und Zeitungen, die Hitler und Mussolini aus ideologischen Gründen das Wort redeten, sondern auch durch Franzosen, die sich von deutschen Agenten und deutschem Geld manipulieren liessen. Um diese Zeit entwickelte Otto Abetz, der geniale «Franzosenfreund» und deutsche Chefagent in Paris, seine grösste Aktivität. Es gelang ihm ohne Mühe, Zugang zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kreisen zu finden, und er warb unermüdlich um Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland. Er arrangierte für zahlreiche Politiker, Intellektuelle, Industrieführer und Vorstände von Veteranenvereinen kostenlose Reisen nach Deutschland, wo sie mit Speisen und Getränken verwöhnt und mit Nazipropaganda gefüttert wurden. Französischen Schriftstellern vermittelte er lukrative Verträge für die Übersetzung und Veröffentlichung ihrer Bücher in Deutschland. Französischen Journalisten besorgte er Interviews mit Hitler und gab ihm damit Gelegenheit, immer wieder hervorzuheben, dass er nichts als Frieden und freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich wünsche. Nach Ansicht der französischen Geheimpolizei, die ihn ständig beschattete, stammten die Nazigelder, mit denen französische Zeitschriften, Journalisten und einflussreiche Leute gekauft wurden, hauptsächlich aus seiner Hand. Doriots unverhohlenen faschistische Tageszeitung *La Liberté* wurde fast vollständig von Berlin subventioniert. Sie stellte vermutlich eine Ausnahme dar. Pierre Comert, der Leiter des Presseamtes am Quai d'Orsay, bezeugte nach dem Krieg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss: «Um diese Zeit kauften die deutschen Agenten nicht Zeitungen, sondern die Journalisten. Das war billiger und wirksamer²⁵.»

Das Münchner Abkommen bedeutete nicht nur einen Ausverkauf moralischer Werte, der sich unweigerlich aus der Preisgabe der Tschechoslowakei ergab, sondern es vertiefte und komplizierte gleichzeitig die ohnehin schon unheilvollen Spaltungen unter den Franzosen. Dieser Umstand erscheint auf den ersten Blick paradox, da sich die Mehrheit der Rechten wie der Linken anscheinend darin einig war, die Wahrung des Friedens zu begrüssen, wenn dafür kein höherer Preis zu entrichten war als die Opferung eines kleinen Landes in Mitteleuropa. In Wirklichkeit kam jedoch zu den traditionellen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechten und der Linken noch ein Riss hinzu, der durch beide Gruppen ging. In jedem der beiden Lager widersetzte sich eine kleine, aber gewichtige Minderheit dem Münchner Abkommen, und zeitweise war die Verbitterung zwischen dieser Gruppe und der Mehrheit grösser als die Feindschaft zwischen links und rechts. Der Historiker Goguel bemerkte dazu:

Doch der neue Riss liess die alten unberührt. Die Erinnerung an alle politischen Kämpfe seit 1936 vergiftete weiterhin die Atmosphäre... Auf der einen wie auf der anderen Seite wurden die jüngsten Ereignisse nach den alten Kriterien beurteilt, da sich niemand

darüber klarwurde, dass diese als Massstab für die konkreten Probleme Frankreichs zu Ende der dreissiger Jahre weitgehend untauglich geworden waren ²⁶.

Für einen alten Freund und Bewunderer wie den Verfasser war das Frankreich der Zeit kurz nach München nur schwer zu begreifen. Im Anschluss an die Münchner Konferenz verbrachte ich dort einige Tage. Am 8. Oktober 1938 schrieb ich in Paris in mein Tagebuch:

Paris hat sich völlig dem Defätismus ergeben, ohne auch nur zu ahnen, was mit Frankreich geschehen ist... Der Mut Frankreichs, der sich an der Marne und vor Verdun erwiesen hat – wo ist er geblieben? Ausser Pierre Comert hat niemand am Quai d'Orsay auch nur die leiseste Ahnung vom wirklichen Deutschland. Die französischen Sozialisten sind durch und durch Pazifisten; die französische Rechte besteht mit wenigen Ausnahmen wie Henri de Kerillis entweder aus Faschisten oder aus Defätisten. Ich begreife Frankreich nicht mehr...

Was war mit diesem grossen Land geschehen? Botschafter Coulondre, der sich in Moskau seine Gedanken über München machte, begann die Wahrheit zu erkennen. Später schrieb er sie nieder.

*In München wurde die Totenglocke für ein ganz bestimmtes Frankreich geläutet – la grande France früherer Zeiten, selbst für das Frankreich von 1914... Das Fanal hat nicht einen kranken Mann getötet, sondern nur seinen Tod verkündet. Das Abkommen in München löste nicht den Sturz Frankreichs aus. Es verzeichnete ihn lediglich*²¹.

Das konnte natürlich noch niemand mit Sicherheit wissen, als sich das ereignisreiche Jahr 1938 seinem Ende zuneigte. Es war für Frankreich ein unheilvolles Jahr gewesen, und dass dies im Lande niemand erkannte, verschlimmerte noch die Katastrophe. Aber die Zukunft ist niemals gewiss, so voraussehbar sie auch erscheinen mag. In dieser alten grossartigen Zivilisation schlummerten noch Kräfte, die sie zu neuem Leben erwecken konnten.

Ich floh im Herbst aus Paris. Alle Lichter und die Schönheit dieser Stadt, der Anblick einer alten, vertrauten, geliebten Umgebung und die Anwesenheit guter alter Freunde vermochten nichts gegen die düstere Vorahnung, die einem beim Gedanken an das bevorstehende Jahr beschlich.

Polen ist an der Reihe 1939

Nach den Tschechoslowaken waren die Polen an der Reihe, ebenfalls Verbündete Frankreichs.

Das war allen sonnenklar – nur nicht den politischen Führern Polens, die sich durch törichte Illusionen blenden und von einem Hang zur Selbstvernichtung treiben liessen. Diesen verhängnisvollen Fehler glauben manche Historiker im Nationalcharakter dieses tapferen Volks entdeckt zu haben. Sie waren sich selbst die ärgsten Feinde. «Glorreich in Revolte und Untergang, aber schmutzig und schändlich im Triumph», so hatte sie Winston Churchill einmal genannt

Polen war, nachdem es eineinhalb Jahrhunderte unter Preussen, Russland und Österreich aufgeteilt gewesen war, von den siegreichen Alliierten in Versailles neu geschaffen worden, aber es hatte diese neugewonnene Freiheit und Unabhängigkeit weder weise genutzt noch besondere Zurückhaltung an den Tag gelegt. Kaum war das Land von seinen westlichen Freunden gegründet worden, da führte es schon Krieg gegen Russland, Deutschland, Litauen und sogar die Tschechoslowakei – und zwar ging es immer um die Aneignung umstrittener Gebiete.

Polens Westgrenzen waren von Deutschland nie endgültig anerkannt worden, ebenso wenig die Ostgrenzen von Russland. Schon lange Zeit vor Hitler waren die Deutschen verbittert durch die Errichtung des Korridors, durch den Polen zwar Zugang zum Meer bekam, der aber gleichzeitig Ostpreussen vom Reich trennte. Sie sahen auch die Abtrennung der alten Hansestadt Danzig von Deutschland nicht als endgültig an. Danzig wurde als sogenannte Freie Stadt einem Hochkommissar des Völkerbunds unterstellt, wirtschaftlich aber von Polen beherrscht. Selbst die schwache und friedliebende Weimarer Republik war fest entschlossen, eines Tages rückgängig zu machen, was in ihren Augen eine Verstümmelung des Deutschen Reichs durch Polen bedeutete. 1922 hatte General Hans von Seeckt, der Chef der Reichswehr – wenn auch nur insgeheim –, die Haltung Deutschlands bekräftigt.

Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muss verschwinden und wird verschwinden – als Ergebnis seiner eigenen Schwäche und des Vorgehens Russlands – mit Hilfe Deutschlands... Dieses Ziel zu erreichen, muss einer der festesten Richtungspunkte der deutschen Politik sein ... und ist erreichbar durch Russland und mit dessen Hilfe².

Das nunmehr bolschewistische Russland hatte nicht vergessen, dass Polen in den beiden Kriegsjahren 1920 und 1921 auf Kosten der durch die Verluste des Weltkriegs, durch Bürgerkrieg und Angriffe der westlichen Alliierten geschwächten Sowjetunion die eigene Grenze um rund 240 Kilometer über die ethnographische Grenze der Curzon-Linie vorgeschoben hatte. Dadurch waren viereinhalb Millionen Ukrainer und eineinhalb Millionen Weissrussen unter polnische Herrschaft geraten. So betrachteten weder Deutschland noch Russland ihre Grenzen mit Polen als endgültig – ein Umstand, an den offenbar weder die Polen noch die westlichen Alliierten mehr dachten, als sie zu ihrer Bestürzung erfuhren, dass Berlin und Moskau im Sommer 1939 einander näherrückten, obgleich sie seit Hitlers Machtübernahme unversöhnliche Feinde gewesen waren.

Ein wirksames Militärbündnis mit Frankreich hatte Polen 1920 gerettet, als dessen Armeen nach der Besetzung von Kiew am 8. Mai dann im Juli plötzlich durch einen russischen Gegenschlag bis vor die Tore Warschaws zurückgetrieben wurden. Eine französische Militärmission unter Leitung von General Maxime Weygand war in die polnische Hauptstadt geeilt, um deren Verteidigung neu zu organisieren und einen Gegenschlag vorzubereiten. Unter den französischen Offizieren, die bei der polnischen Kampftruppe dienten, befand sich auch ein junger Hauptmann, den die Deutschen 1916 bei Verdun gefangen genommen hatten und der kurz nach seiner Rückkehr aus einem Kriegsgefangenenlager in die 5. Division der polnischen Jäger eingetreten war: Charles de Gaulle. Seine Verdienste trugen ihm ein Lob General Weygands ein, den das Schicksal zwanzig Jahre später zu seinem Gegner machen sollte, sowie die Dankbarkeit der Polen, die ihn mit dem Wenzelsorden auszeichneten und überredeten, als Lehrer an der neuen Kriegsakademie in Warschau zu bleiben.

Es ist grösstenteils General Weygand, seinen französischen Offizieren und den französischen Waffen zu verdanken, dass die Polen am 14. August 1920 eine grossangelegte Gegenoffensive starten und die Russen Zurückschlagen konnten. Am 19. Februar 1921 unterzeichnete der berühmte Marschall Foch persönlich ein geheimes Militärabkommen mit Polen, in dem sich die beiden Bündnispartner verpflichteten, einander im Falle eines deutschen oder russischen Angriffs Hilfe zu leisten. Die Franzosen versprachen, die polnische Armee aufzurüsten und auszubilden. Eine «ständige» Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe wurde eingerichtet. Polen, das grösste der neugeschaffenen Länder in Osteuropa, wurde zu einer Bastion des französischen Bündnisystems gegen Deutschland im Osten. Frankreich wurde Polens eigentlicher Schutzherr.

Dann schwenkte die polnische Führung Anfang 1934 plötzlich zu Hitler um. Auf Drängen des «Führers» unterzeichnete sie am 26. Januar einen zehnjährigen Nichtangriffspakt mit Deutschland. Die beiden Regierungen vereinbarten nicht nur den gegenseitigen Verzicht auf Waffengewalt, sondern sie verpflichteten sich darüber hinaus, Streitfragen durch «direkte Verhandlungen» beizulegen. Für Hitler war das ein schlauer Schachzug, der für Polen jedoch zur Katastrophe führen musste.

Solange die Freie Stadt Danzig und der Korridor in ihrer derzeitigen Form bestanden, konnte es zwischen Polen und NS-Deutschland keinen dauerhaften Frieden geben. Aber

vorläufig gelang es Hitler, durch die Vereinbarung über direkte Verhandlungen zwischen den Polen und ihm den Völkerbund zu umgehen, aus dem Deutschland soeben ausgetreten war, sein Bemühen um «kollektive Sicherheit», die für Polen so viel bedeuten musste, zu schwächen und das Versailler System, dem Polen seine Wiedergeburt verdankte, zu untergraben. So gelang es Hitler, Warschau aus seinen engen Bindungen an Frankreich, von denen Polen fünfzehn Jahre lang gelebt hatte, zu lockern. Ein Grossteil der Existenzgrundlagen Polens musste aufgegeben werden. Als Marschall Pilsudski, der starke Mann Polens und praktisch sein Diktator, den Nichtangriffspakt mit Deutschland unterzeichnete, war er bereits ein kranker Mann. Er starb im Jahr darauf. Die Hauptverantwortung dafür, dass Polen in die deutsche Falle gelockt wurde, trug Oberst Józef Beck, seit 1932 Aussenminister. Er hegte seit 1923 einen tiefen Groll gegen die Franzosen. Damals war er, als polnischer Militärattaché in Paris, aus dem Land gewiesen worden, weil er angeblich Dokumente verkauft hatte, die der französischen Armee entwendet worden waren. Mit der Nazidiktatur sympathisierte er von Anfang an. Nach der Unterzeichnung des Pakts zu Beginn des Jahres 1934 näherte sich Polen immer mehr Deutschland an – und entfernte sich immer weiter von Frankreich.

Am Tag nach dem Münchner Abkommen hatte er im Einvernehmen mit Hitler und entgegen den Bitten Frankreichs die Tschechoslowakei in einem kränkenden Ultimatum aufgefordert, die Stadt Teschen an Polen abzutreten. Am 1. Oktober stürzten sich polnische Truppen wie Hyänen auf dieses Stück Land, entrissen es der geschlagenen Tschechoslowakei und trugen auf diese Weise mit dazu bei, sie noch mehr zu schwächen und für Hitlers Absichten reif zu machen.

Diese Absichten wurden am 15. März 1939 verwirklicht. Zuvor hatte sich Hitler ein Meisterstück der Täuschung geleistet. Am 14. März hatte er eine «Unabhängigkeitserklärung» der Slowakei zustande gebracht und damit die tschechoslowakische Einheit zerbrochen. Am selben Abend empfing er in Berlin den alternden, verängstigten tschechischen Präsidenten Emil Hacha, drohte ihm, Prag «innerhalb von zwei Stunden» zu bombardieren und den restlichen Teil Böhmens und Mährens mit Hilfe des deutschen Heers und der Luftwaffe zu verwüsten, und zwang ihn auf diese Weise zu dem «Ansuchen», das tschechische Volk unter den Schutz des deutschen Reichs zu stellen. Das geschah am nächsten Tag. Deutsche Truppen strömten ins das leidgeprüfte Land und besetzten Prag, ohne auf Widerstand zu stossen. Hitler konnte nun vom Hradschin aus das deutsche Protektorat Böhmen und Mähren ausrufen*.

Die Tschechoslowakei hatte aufgehört zu bestehen. Grossbritannien und Frankreich, die dem kleinen Land, nachdem sie so grosse Teile davon in München geopfert hatten, Schutz vor unprovokierten Angriffen garantierten, hielten nicht Wort. Sie begnügten sich mit matten Protesten in Berlin, die höhnisch zurückgewiesen wurden. Auch die Slowakei «ersuchte» um den «Schutz» des «Führers» – in einem Telegramm, das in Wirklichkeit in Berlin aufgesetzt worden war. Hitler kam diesem Ersuchen rasch nach und sandte

* Ein ausführlicher Bericht über Hitlers Machenschaften im Zusammenhang der Besetzung der Tschechoslowakei findet sich in meinem Buch *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*.

seine Truppen auch in die Slowakei *. Jetzt bedrohte er Polen, das so bereitwillig bei der Zerstückelung der Tschechoslowakei geholfen hatte, von drei Seiten her.

Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei am 15. März 1939 rüttelte endlich die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens wach und öffnete ihnen die Augen über die wahren Absichten des deutschen Diktators. Nach München waren sie selbstzufrieden von der Annahme ausgegangen, der Kanzler werde nach Erfüllung seiner Wünsche Europa nunmehr in Frieden lassen. Hatte er nicht feierlich erklärt, das Sudetenland sei seine letzte territoriale Forderung in Europa, und er «wolle keine Tschechen»? Wie schon so oft, hatten Chamberlain und Bonnet ihm geglaubt.

Der französische Aussenminister sonnte sich im vermeintlichen Triumph, den Frieden in München gerettet zu haben. Er hatte das Kabinett zur nachträglichen Billigung einer Freundschaftserklärung gegenüber Deutschland bewogen, die jener ähnelte, die Chamberlain am Morgen nach der Münchner Konferenz Hitler abgerungen hatte. Das Dokument verpflichtete Deutschland wie Frankreich zur Erhaltung des Friedens, freundschaftlicher Beziehungen und zu Konsultationen über beiderseitige Probleme. Ich war zufällig in Paris, als dieses Dokument am 6. Dezember 1938 von Bonnet und Ribbentrop unterzeichnet wurde. Mir fiel die frostige Atmosphäre auf, die auf den Strassen und den Korridoren der Kammer und des Senats herrschte. Die Präsidenten der beiden Kammern, Herriot und Jeanneney sowie mehrere Kabinettsmitglieder und viele führende Persönlichkeiten aus Politik, Literatur und Gesellschaft lehnten eine Teilnahme an den Feierlichkeiten zu Ehren des deutschen Aussenministers ab. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass Frankreich nach der Hoffnungslosigkeit und Panik der Münchner Tage allmählich wieder zu sich kam und sein Misstrauen gegenüber Berlin zurückgewann. Dennoch betrachtete Bonnet diese Erklärung als einen weiteren persönlichen Triumph und einen Sieg seiner Verständigungspolitik gegenüber den Deutschen. Ribbentrop interpretierte seine Gespräche mit dem französischen Aussenminister auf seine Weise und gab diese Version sofort nach seinem Besuch an Hitler weiter: Er hatte das Frankreich gesehen, das Deutschland freie Hand in Osteuropa gelassen hatte. Bonnet sollte das später ableugnen. Doch Hitler hatte sich von dieser Haltung bereits durch die Kapitulation der Franzosen in München überzeugt. Es stimmte nicht ganz: Immerhin hatte Frankreich noch ein Bündnis mit Polen und einen Beistandspakt mit der Sowjetunion. Nach dem 15. März 1939 erhob sich die Frage: Was waren diese Pakte noch wert?

Bonnet war bestürzt, als er von der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Deutschen erfuhr. Doch seine vordringliche Sorge war, dass trotz der französisch-britischen Garantie ausser einem Protest nichts geschehen dürfe. «Bonnet bleibt dabei, dass wir in keiner Weise intervenieren können», telegraphierte Botschafter Phipps an Halifax³. Ein «*Fait accompli*», erklärt Bonnet in seinen Memoiren. «Für militärische Massnahmen ist es

* Ungarn, dem kurz nach München ein beträchtlicher Streifen der Slowakei zugesprochen worden war, stand nun unter Hitlers Druck, die Karpaten-Ukraine im Osten der alten Tschechoslowakei zu besetzen. Das geschah am 15. März.

gleichzeitig zu spät und zu früh, da wir immer noch nicht vorbereitet sind⁴.» Für ihn gab es wohl immer zwei Möglichkeiten.

Daladier nahm die Sache ernster. Er war von Hitlers «Akt der Brutalität», wie er es nannte, zwar ebenso schockiert wie jedermann im Westen, jedoch kaum überrascht. Hatte er nicht den Briten bei den beiden Londoner Verhandlungen im letzten Herbst ausdrücklich gesagt, Hitlers wahres Ziel sei nicht die Angliederung des Sudetenlandes, sondern die Vernichtung der Tschechoslowakei, damit er sich sodann Polen und schliesslich dem Westen zuwenden konnte? Nun versuchte er, den Konsequenzen aus Hitlers jüngster Aggression ins Auge zu sehen. Am 19. März erklärte er auf einer Geheimsitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, das Münchner Abkommen und die französisch-deutsche Erklärung seien nunmehr hinfällig.

Die Ereignisse der letzten Tage haben eine völlig neue militärische und strategische Lage geschaffen. Wenn Frankreich den Konsequenzen nicht ins Auge sieht, wird unter den befreundeten Ländern, die bisher noch eine feste Haltung gezeigt haben, Panik ausbrechen. Man wird sich Hals über Kopf in die Knechtschaft stürzen ... Und wir dürfen uns über das, was danach geschehen wird, keiner Illusion hingeben. Neue Invasionen werden unser Land zu überschwemmen drohen⁵.

Ohne Hitlers nächste Eroberung abzuwarten, hatten sich die Franzosen kurz nach dem Münchner Abkommen aufgerafft und mit dem Ausbau ihrer Militärmacht begonnen, um ihm gegebenenfalls entgegenzutreten zu können. Am 12. November 1938 hatte Daladier General Gamelin davon in Kenntnis gesetzt, dass die Regierung für 1939 zu Rüstungszwecken einen Sonderkredit in Höhe von 25 Milliarden Francs zur Verfügung stellen werde. Er hatte ihm empfohlen, den grössten Teil davon zur Erweiterung der Luftwaffe zu verwenden. Panzer wurden nicht erwähnt. Am 5. Dezember trat der Ständige Ausschuss für Nationale Verteidigung zusammen, um über die Aufteilung der Mittel zu beschliessen. Der neue Finanzminister, der energische Paul Reynaud, wies auf das Ausmass der Anstrengungen hin, die das Land nun unternehmen müsse. Die Militärkredite in Höhe von 25 Milliarden und das reguläre Verteidigungsbudget von 15 Milliarden – insgesamt also 40 Milliarden – beliefen sich auf 85 Prozent der für 1939 erwarteten Staatseinnahmen, erklärte er.

Aber es stellte sich heraus, dass noch mehr Geld gebraucht wurde. Daladier gab bekannt, die amerikanische Regierung habe sich insgeheim bereit erklärt, 1'000 Militärmaschinen neuester Bauart für zweieinhalb Milliarden Francs an Frankreich zu verkaufen und sie im Sommer 1939 auszuliefern. Zusammen mit der eigenen Produktion würde Frankreich somit zum Jahresende über 3'000 neue Flugzeuge verfügen und dadurch die gefährliche Lücke zwischen der französischen und der deutschen Luftwaffe weitgehend aufheben. Der Ankauf der amerikanischen Flugzeuge wurde beschlossen.

Dann wurde das Problem der sehr zögernden britischen Aufrüstung erörtert. General Gamelin bemerkte, die Briten könnten bei Ausbruch von Feindseligkeiten in Frankreich

lediglich zwei Divisionen und nur 120 Flugzeuge einsetzen. Bis von dieser Seite eine fühlbare Unterstützung zu erwarten sei, könne viel Zeit vergehen – «mehrere Jahre», wie er sagte. Das brachte Paul Reynaud bei aller Freundschaft für die Briten in Zorn. Er sagte in scharfem Ton: «Wir werden die Briten zu grösseren Anstrengungen aufordern müssen – falls sie sich nicht mit einer deutschen Hegemonie auf dem Kontinent abfinden wollen.» Doch Daladier warnte vor einem allzu «brüskem» Ton gegenüber den Briten: «Sie haben den Bankrott ihrer Abrüstungspolitik endlich eingesehen und beginnen jetzt mit der Wiederbewaffnung. Wir dürfen ihnen keine Vorwürfe machen.» Nach Erörterung der französischen Luftunterlegenheit brachte General Gamelin schliesslich die anderen offenkundigen Schwächen in der französischen Verteidigung zur Sprache. Die Produktion von Panzern müsse gesteigert werden, sagte er. «Die Deutschen verfügen über 5 Panzerdivisionen und 2 motorisierte Divisionen. Wir sind gerade erst mit der Aufstellung der dritten motorisierten Division beschäftigt und haben nur eine Panzerdivision*.» Doch statt von den Franzosen zu verlangen, sich um eine Verkürzung des deutschen Vorsprungs bezüglich der Panzereinheiten zu bemühen, bewies Gamelin wiederum die für ihn so charakteristische Resignation. «Leider können wir nicht mehr tun...»⁶, fügte er hinzu.

Drei Tage zuvor, am 2. Dezember, hatte sich Gamelin auf einer Sitzung des Kriegsrates in Anwesenheit von Marschall Franchet d'Espèrey – nach der Anwesenheitsliste fehlte Marschall Pétain – und fünfzehn ranghohen Generälen mit der Frage der Panzer befasst und erneut seine gewohnte Zurückhaltung und Ängstlichkeit bewiesen. Noch vor zwei Jahren hatte er die Deutschen wegen der Aufstellung selbständiger Panzerdivisionen verspottet**, doch nun begann auch er, ihren Wert zu erkennen. Er wusste nur noch nichts Rechtes damit anzufangen. Der Kriegsrat war in erster Linie deshalb einberufen worden, um über die «Zusammenstellung» einer Panzerdivision zu beraten, obgleich der französische Militärattaché in Berlin bereits 1935 bekanntlich in allen Einzelheiten über den Aufbau der deutschen Panzerdivisionen berichtet hatte und die Armee dieses Problem auf Gamelins Betreiben seitdem ununterbrochen «studierte». Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion zwischen General Gamelin und General Pierre Hering über die Frage des Aufbaus einer Panzerdivision und ihrer Einsatzmöglichkeiten. Der Oberkommandierende liess sich zwar endlich dazu herab, eine solche Einheit als ein «sehr wertvolles Instrument» zu bezeichnen, trat jedoch dafür ein, dieses Instrument müsse «zur Verstärkung eines entscheidenden Frontabschnitts reserviert bleiben. Von seltenen Ausnahmen abgesehen sollten Panzer nicht zu Beginn einer Aktion eingesetzt werden. Beim Entwicklungsstand von Panzersperren und Panzerabwehrwaffen sollte man diese Einheit erst dann einsetzen, wenn unsere regulären grossen Verbände freie Bahn geschaffen haben.» Das war ein verhängnisvoller Fehler. Die Deutschen hatten

* Eine motorisierte Division bestand hauptsächlich aus leichten Tanks und schnellen Schützenpanzern. Ihre Aufgabe war in erster Linie die Aufklärung, eine Rolle, die sie von der Kavallerie übernommen hatte. Eine Panzerdivision setzte sich zumeist aus schweren und mittleren Panzern mit eigenen motorisierten Artillerie- und Infanterieabteilungen zusammen.

** Siehe hier, Seite 335.

sich längst dafür entschieden, die Panzerdivision entweder für sich allein oder im Rahmen eines Panzerkorps unabhängig von den übrigen Streitkräften als Angriffsspitze einzusetzen, um damit entscheidende Durchbrüche zu erzielen. Dann sollten Infanterie und Artillerie – nach Möglichkeit motorisiert – rasch nachstossen, den Geländegewinn ausnutzen und die Lücke besetzen. Gamelin spannte jedoch sozusagen den Wagen vor das Pferd. Er konnte sich eine Panzerdivision, wie er laut Protokoll betonte, «nur im Rahmen eines regulären Armeekorps vorstellen».

General Hering widersprach ihm. Er trat für die volle Handlungsfreiheit der Panzerdivision ein.

General Gamelin ist dagegen (berichtet das Protokoll) ... Die Panzerdivision ist nicht dafür geschaffen, ins Blaue hinein zu operieren, sondern sie muss im Rahmen grosser regulärer Einheiten eingesetzt werden, die für die nötige Sicherheit sorgen. Die gleiche Meinung vertritt General Georges.

General Georges war bereits als Kommandeur des nordöstlichen Frontabschnitts vorgesehen und übernahm diesen Posten später auch. Seinen Vorstellungen vom Panzerkrieg kommt deshalb erhebliche Bedeutung zu. Er widersprach General Hering und erklärte: Wenn man die Panzerdivision ganz auf sich selbst stellen und so stark machen wolle, dass sie die Frontlinie des Feindes durchbrechen könne, würde man ein viel zu schwerfälliges Instrument schaffen. «Ich sehe nicht ein», sagte er, «weshalb man einer Panzerdivision die Mittel zur Ausnutzung eines Frontdurchbruchs geben soll, wenn sie in der Regel doch keine Gelegenheit haben wird, diese Mittel anzuwenden.» Doch genau diese Aufgabe hatten die Deutschen ihren Panzerdivisionen zugeordnet. Gamelin und Georges blieben dabei, dass Panzereinheiten stets von der regulären Infanterie und Artillerie abhängig seien.

General Hering äusserte sich besorgt über die Vorstellung, dass die weitreichende Stosskraft der Panzerdivision auf so bedauerliche Weise beschnitten und dem schrittweisen Vorrücken der klassischen Angriffsbewegung von Infanterie und Artillerie angepasst werden sollte. «Wenn wir wirklich etwas Neues tun wollen, dann dürfen wir die Panzerdivision nicht an die reguläre Artillerie ketten. Die Panzer tragen ihre eigene Artillerie und können ausserdem durch Kampfflugzeuge unterstützt werden.»

Aber seine beiden Vorgesetzten verwarfen jeden derartigen Gedanken.

In der nun folgenden grotesken Diskussion zeigte sich deutlich, wie wenig sie vom Einsatz der Panzerdivision als Mittel des Blitzkrieges verstanden. Nach dem vertraulichen Sitzungsprotokoll wies General Garchey darauf hin, dass «die Panzer nachts zurückgenommen, aufgetankt und repariert» werden müssten. In diesem Stadium müssten sie durch Infanterie bewacht werden. General Gamelin stimmte ihm zu. Er sagte: «Höchstwahrscheinlich wird der Einsatz der Panzerdivision vor Einbruch der Nacht abgeschlossen sein. Zu diesem Zeitpunkt werden die regulären Aufklärungsverbände oder leichte motorisierte Divisionen bereits zu ihnen aufgeschlossen haben.»

Danach wurde die Stärke der motorisierten Infanterie- und Artillerieeinheiten, die in eine Panzerdivision einzugliedern wären, besprochen. Gamelin setzte sich für kleine Einheiten ein. Trotz fortgesetzter Proteste General Herings blieb Gamelin bei der Auffassung, die regulären Infanterie- und Artillerieeinheiten würden grösstenteils zur Unterstützung der Panzerdivisionen ausreichen. Ausserdem, so schloss Gamelin, sei es noch «verfrüht», solche Fragen «endgültig» zu entscheiden. Verfrüht – Ende 1938! Man einigte sich schliesslich darauf, eine zweite Panzerdivision aufzustellen, doch General Colson, der Generalstabschef des Heeres, «fügte hinzu», dass die beiden Panzereinheiten erst Anfang 1941 voll einsatzfähig sein würden. Erst in zwei Jahren! Trotz der bedrohlichen Ereignisse jenseits des Rheins hatten die französischen Generäle keine Eile⁷.

Woran lag das? General Gamelin begriff sehr wohl die Bedeutung dieser Ereignisse, und sie stimmten ihn pessimistisch. Seine wahre Einstellung brachte er am folgenden Tag, dem 3. Dezember, in einem Brief an den Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister Daladier zum Ausdruck, der zusammen mit einem vertraulichen Lagebericht des Generalstabs des Heeres per 30. November vorgelegt wurde. Der Aufbau des deutschen Heeres und der Luftwaffe, schrieb Gamelin, mache so rasche Fortschritte

... dass Deutschland schon im nächsten Frühjahr imstande sein wird, gleichzeitig gegen Polen und Frankreich Krieg zu führen ... Sollten die ehrgeizigen Pläne Roms und Berlins im gleichen Tempo vorangetrieben werden, wird sich Frankreich ausserstande sehen, von sich aus mit einiger Aussicht auf Erfolg Deutschland anzugreifen. Wenn sich Frankreich damit begnügt, innerhalb der eigenen Grenzen zu verharren, wird es ohne bedeutende britische Hilfe bald nicht mehr in der Lage sein, Belgien, das von Deutschland rasch überrollt werden kann, zurückzugewinnen. Schon bald wird Frankreichs Kampfkraft vielleicht nicht einmal mehr ausreichen, um Italien über die Alpen hinweg anzugreifen ... Die Lage kann sehr schnell äusserst ernst werden, selbst für die Verteidigung unseres eigenen Territoriums⁸.

Der General war aufgrund seiner Intelligenz durchaus imstande, die Lage klar zu überschauen. Doch sein Mangel an Tatkraft liess ihn resignieren. Er konnte zwar seinem Ministerpräsidenten erzählen, die Lage sei ernst, und die militärische Stärke Frankreichs nehme im Vergleich zur Achse Berlin-Rom ständig ab. Doch er brachte es nicht über sich, mit aller Entschiedenheit von Frankreich erheblich grössere Anstrengungen zur Stärkung der eigenen Verteidigung zu fordern. So sagte er am 5. Dezember: «Leider können wir nicht mehr tun.»

Die Befürchtungen des Generals wurden im Frühjahr 1939 noch durch eine Handlungsweise der Briten bestärkt, die ihm und vielen anderen als tollkühn erschien. Grossbritannien liess sich durch Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei dazu verleiten, plötzlich den übrigen von Deutschland begehrt ins Auge gefassten kleinen Ländern Osteuropas jene einseitigen Garantien zu gewähren, die es der Tschechoslowakei vorenthalten hatte. Wie üblich segelte Frankreich kritiklos im Fahrwasser der Briten.

In London reagierte Chamberlain, der so viel Vertrauen in seine weitgehende Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler gesetzt hatte, zunächst nur zögernd auf die Besetzung der Tschechoslowakei. Vor dem Unterhaus begründete er am 15. März seine Entscheidung, die Garantieverpflichtung seines Landes an Prag nicht einzulösen, mit der Begründung, die «Unabhängigkeitserklärung» der Slowakei, über deren Entstehung in Berlin er sehr wohl unterrichtet war, habe unter die Existenz dieses Staates durch inneren Zerfall einen Schlussstrich gesetzt. Der Premierminister weigerte sich, Hitler Wortbruch vorzuwerfen. «Ich habe nicht die Absicht, mich einer solchen Anschuldigung anzuschliessen», sagte er. Am nächsten Tag behauptete er vor dem Unterhaus sogar, «bislang» sei in Berlin noch kein Protest eingereicht worden. Das zumindest stimmte, denn in der britischen Note vom 15. März an die deutsche Regierung wurde festgestellt, «die Regierung Seiner Majestät beabsichtigt keine unnötige Einmischung ...» Es wurde dann lediglich hinzugefügt, sie «würde jedes Vorgehen in Mitteleuropa bedauern, das einen Rückschlag für das wachsende gegenseitige Vertrauen darstellen könnte».

Mit einer solchen Erklärung hatte sich Bonnet nicht begnügt. Er hatte den inzwischen aus Moskau nach Berlin versetzten Botschafter Coulondre beauftragt, die Deutschen davon zu unterrichten, sie hätten sich sowohl einer Verletzung des Münchner Abkommens als auch der französisch-deutschen Erklärung vom 6. Dezember schuldig gemacht, und Frankreich weigere sich, das *Fait accompli* in der Tschechoslowakei «anzuerkennen». Plötzlich und unerwartet kam am 17. März, zwei Tage nach Hitlers triumphalem Einzug in Prag, das grosse Erwachen über den britischen Premierminister. An diesem Abend sollte er in seiner Heimatstadt Birmingham eine Rede halten. Er hatte sich ein Referat über die Innenpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Sozialleistungen zurechtgelegt. Das Erwachen ereignete sich am Nachmittag während der Zugfahrt nach Birmingham. Er zerriss sein vorbereitetes Manuskript und notierte sich Stichworte für eine neue und gänzlich andersgeartete Rede. Darin entschuldigte er sich für seine «sehr zurückhaltende und vorsichtige... sowie etwas kühle Erklärung» vor dem Unterhaus vor zwei Tagen und stellte nunmehr in aller Öffentlichkeit fest, dass Hitler ihn hintergangen hätte, dass das Münchner Abkommen «bewusst gebrochen» worden sei und dass sich Grossbritannien «mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften» jedem weiteren Versuch Deutschlands, sich ein weiteres Land anzueignen, widersetzen werde.

Am 31. März kündigte er im Unterhaus eine einseitige Garantie Grossbritanniens für Polen an. Sollte Polen angegriffen werden, würde Grossbritannien es «mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen». In seiner Erregung über Hitlers Wortbruch gab der friedliebende Premierminister nun ohne Vorbehalte noch weitere Garantien gegenüber anderen osteuropäischen Ländern ab, die sich ebenfalls durch deutsche Expansionsgelüste bedroht fühlten. Er veranlasste Frankreich, sich ihm anzuschliessen. Bereits am 23. März hatten Briten und Franzosen gemeinsam in aller Form erklärt, dass sie im Fall einer Aggression gegen Holland, Belgien oder die Schweiz mit militärischen Mitteln eingreifen würden. Am 13. April wurde Griechenland und Rumänien für den Fall eines Angriffs auf diese beiden Länder in einer gemeinsamen britisch-französischen

Erklärung Waffenhilfe zugesagt. Eine Woche zuvor hatte der auf Hitlers Erfolge eifersüchtige Mussolini das kleine Albanien besetzt und sich damit das Sprungbrett für einen Angriff auf Griechenland gesichert. Noch am selben Tag bekräftigte die französische Regierung öffentlich und formell das französisch-polnische Bündnis, nachdem jeder der beiden Staaten «dem anderen gegen jegliche direkte oder indirekte Bedrohung lebenswichtiger Interessen sofortigen und unmittelbaren Schutz garantierte». Einen Monat später, am 12. Mai, schloss Grossbritannien einen gegenseitigen Beistandspakt mit der Türkei ab, dem Frankreich am 23. Juni beitrug, nachdem es Alexandrette, das umstrittene Gebiet der Sandschaks, an die Türkei abgetreten hatte.

Das war auf Seiten der Briten eine plötzliche Kehrtwendung in der Politik, die nach Churchills Worten in der Geschichte ohne Beispiel war. Doch nach all den törichten Zugeständnissen war die Position Grossbritanniens gegenüber Deutschland entscheidend geschwächt. Nach allen Seiten wurden wahllos Garantien verteilt, ohne dass man sich viel Gedanken darüber machte, wie man diesen Garantien gegebenenfalls Nachdruck verleihen könnte. In Paris stellte man sich die Frage, wie Grossbritannien wohl Polen oder Rumänien – oder auch Frankreich – Hilfe zu bringen gedachte, da es doch keine Armee besass? Natürlich begrüßten die Franzosen diese Flut britischer Garantien, zumal sie selbst bereits Verpflichtungen gegenüber Polen und in etwas geringerem Ausmass gegenüber Rumänien und Jugoslawien eingegangen waren. Dennoch weckte das überhastete britische Vorgehen in Paris Bedenken. Die Franzosen wussten, dass es Zeit kosten würde, eine militärische Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern zu organisieren, und dass die Briten auch für den Wiederaufbau ihrer Armee Zeit brauchten – erst am 27. April hatten sie sich zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entschlossen. Unterdessen war Deutschland, wie Daladier von General Gamelin erfahren hatte, in der Lage, im Osten und im Westen gleichzeitig loszuschlagen.

In Paris verfolgte General Gamelin die rege diplomatische Tätigkeit des Quai d'Orsay und des britischen Aussenministeriums mit einiger Besorgnis. Wie er sagt, bedauerte er es, dass der französische Generalstab wegen der Übernahme so vieler Verpflichtungen nicht befragt worden war. Warum war wohl Jugoslawien, das Balkanland mit der stärksten Armee, bei den Garantien übergangen worden, die doch so wahllos verteilt wurden? Er sah den Grund in Bonnets Bestreben, Italien nicht zu verärgern, das Bonnet gerade auf Frankreichs Seite zu ziehen versuchte. Vor allen Dingen hätte er, wenn sein Rat eingeholt worden wäre, empfohlen, «parallel zu diesen politischen Erklärungen sachliche militärische Gespräche zu führen. Nichts gegen eine noble Geste. Aber es ist immer gut zu wissen, wohin sie führt.» Er fragte sich, warum «wir von Rumänien und Griechenland keinerlei Gegenleistungen verlangt haben».

Er dachte dabei, was sich später als richtig erweisen sollte, an die Lieferung von Öl aus Rumänien an Deutschland. Auch war da noch die Möglichkeit, Saloniki in Griechenland als Stützpunkt gegen die Deutschen auszubauen. Diesem Zweck hatte die Stadt bereits im ersten Weltkrieg gedient.

Zuletzt stellte er die Frage: «Könnten wir nicht die Gelegenheit nutzen und das sch wie-

rige Problem einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen Polen und Russland regeln – ein Problem, an dem ein Bündnis mit Russland scheitern könnte⁹ ?»

General Gamelin erkannte demnach (oder behauptete es zumindest), was eigentlich jedem im Westen hätte klar sein müssen: dass nämlich in jenem unruhigen Frühjahr der Schlüssel zur Lösung der Probleme in Russland zu suchen war, und zwar nicht nur für die westlichen Demokratien, sondern auch für Deutschland.

Die französisch-britischen Gespräche mit Russland, I.

Am 18. März 1939, drei Tage nach dem Verschwinden der Tschechoslowakei von der Landkarte, schlug Litwinow – genau wie vor einem Jahr im Falle Österreichs – eine Konferenz vor, diesmal unter Teilnahme von sechs Mächten: Frankreich, Grossbritannien, Polen, Russland, Rumänien und der Türkei. Sie sollte unverzüglich in Bukarest zusammentreten, um eine «Friedensfront» gegen Hitler aufzubauen. In Paris und London wurde der Vorschlag kühl aufgenommen. Bonnet erwähnt ihn in seinen umfangreichen Memoiren nicht einmal, und es gibt keine Aufzeichnungen darüber, was er in dieser Sache tat – falls er überhaupt etwas unternahm. Dem britischen Premierminister erschien die Idee als «verfrüht». Am 23. März erklärte er im Unterhaus, seine Regierung sei nicht bestrebt, «in Europa zur Bildung feindlicher Blocks beizutragen». Er war gegenüber Moskau immer noch höchst misstrauisch*. Als Bonnet am 21. März Präsident Lebrun bei einem Staatsbesuch in London begleitete, bemerkte Chamberlain ihm gegenüber, er sei allenfalls zu der Empfehlung bereit, Frankreich und Grossbritannien sollten gemeinsam mit Polen und der Sowjetunion offiziell erklären, sie würden «unverzüglich» Schritte gegen eine weitere «Aggression in Europa beraten». Nach Bonnets Einverständnis wurde die Empfehlung noch am selben Tag an Oberst Bede in Warschau weitergeleitet. Dieser lehnte die Beteiligung Russlands ab. Sein Misstrauen gegenüber der Sowjetunion war noch ausgeprägter als das Chamberlains, und darüber hinaus teilte er dessen Auffassung von der Wertlosigkeit russischer Militärhilfe.

Indem Grossbritannien und Frankreich es ablehnten, auf den sowjetischen Vorschlag einer sofortigen Konferenz zum Aufbau einer gemeinsamen Front gegen Hitler einzugehen, verspielten sie bewusst die erste echte Chance, Russland auf ihre Seite zu ziehen **. Selbst Bonnet war klar, dass man Polen ohne militärische Hilfe Russlands nicht verteidigen konnte. Er zeigte sich plötzlich besorgt bei dem Gedanken, die Sowjetunion

* «Ich muss gestehen», schrieb Chamberlain am 26. März in einem Privatbrief, «dass ich Russland zutiefst misstrauere. Ich habe keinerlei Zutrauen in seine Fähigkeit, eine wirksame Offensive durchzuführen, selbst wenn der gute Wille da wäre. Und ich misstrauere Russlands Beweggründen . . . » (Feiling: *The Life of Neville Chamberlain*, S. 603)

** Lord Halifax erläuterte am 19. März gegenüber dem sowjetischen Botschafter in London, Iwan Maisky, die Gründe, warum der Vorschlag für eine Konferenz in Bukarest «nicht annehmbar» sei: Im Augenblick stehe für eine Reise nach Bukarest kein Minister der Krone zur Verfügung. Diese Ablehnung scheint die Russen auch im Hinblick auf die nachfolgenden Verhandlungen mit den Briten und Franzosen verärgert zu haben. Maisky vertraute später Robert Boothby, einem konservativen Parlamentsabgeordneten, an, die Zurückweisung des sowjetischen Konferenzvorschlags sei «ein weiterer vernichtender Schlag gegen die Politik einer wirksamen kollektiven Sicherheit» gewesen und habe Litwinows Schicksal besiegelt^M.

durch eigenes Verschulden als Partner zu verlieren, und ersuchte Daladier, zur Beratung dieser Angelegenheit eine Sitzung des Verteidigungsausschusses einzuberufen. Während der Osterfeiertage waren neue Meldungen eingegangen, die in Paris zunehmende Unruhe auslösten. Am Karfreitag, dem 7. April, waren die Italiener in Albanien einmarschiert. Nach Gamelins Aufzeichnungen wurde am darauffolgenden Tag allgemeine Alarmbereitschaft befohlen, nachdem der Geheimdienst an den Grenzen grössere deutsche Truppenbewegungen beobachtet hatte. Man munkelte von einem deutschen Handstreich gegen Danzig. Der polnische Aussenminister hatte es für nötig befunden, die Deutschen darauf hinzuweisen, dass ein solcher Schritt zum Krieg zwischen den beiden Ländern führen müsste. Die meisten Kabinettsmitglieder hatten Paris für die Feiertage verlassen. Nun wurden die wichtigsten Minister zurückgerufen. General Gamelin wurde von einer Inspektionsreise durch die Alpen, wo die Franzosen in aller Eile ihre Truppen an der italienischen Grenze verstärkten, nach Paris zurückbeordert. Die Sondersitzung des Verteidigungsausschusses fand am späten Abend des 11. April, des Ostersonntag, statt.

Bei der Diskussion ging es hauptsächlich um Italien. Es wurde beschlossen, dass sich die französischen Streitkräfte im Falle eines Krieges zunächst auf einen vernichtenden Schlag gegen die Italiener konzentrieren sollten. Doch Bonnets Sorgen drehten sich hauptsächlich um Russland. Polen weigere sich, mit Russland zu verhandeln, sagte er. Daher empfehle er die Aufnahme direkter politischer Gespräche mit Moskau. Die Russen sollten sich bereit erklären, Polen und Rumänien im Fall eines Angriffs auf diese beiden Länder Hilfe zu leisten. Die Franzosen würden es anschliessend unternehmen, die Angelegenheit mit Warschau und Bukarest zu klären. Doch diese Vorstellung war unrealistisch. Die Sowjetregierung hatte sich am 20. März zu einem ungewöhnlichen Schritt veranlasst gesehen: Sie erklärte in einer öffentlichen Stellungnahme, eine Hilfszusage Russlands an Polen und Rumänien stehe gar nicht zur Debatte, da keines der beiden Länder die Sowjetunion um eine solche Garantie ersucht habe. Dennoch billigte der Verteidigungsausschuss Bonnets Vorschlag und auch die Empfehlung, der französische Militärattaché in Moskau möge mit Marschall Woroschilow die militärischen Aspekte dieses Problems beraten¹¹. Auch dieser zweite Vorschlag war unrealistisch. Die Russen hatten bereits klar zu erkennen gegeben, dass ernsthafte militärische Gespräche zwischen Frankreich und der Sowjetunion, auf die sie bereits jahrelang drängten, nur auf der Ebene der Generalstäbe möglich seien. Diese Gespräche hatte Frankreich immer wieder abgelehnt. Aus dem vertraulichen Sitzungsprotokoll, das Gamelin in seinen Memoiren veröffentlichte, geht zwar hervor, dass er nichts gegen eine Fühlungnahme zwischen dem französischen Militärattaché in Moskau und Marschall Woroschilow einzuwenden hatte, es wird aber auch deutlich, dass er dieser Angelegenheit kein grosses Gewicht beimass und auch keine militärischen Gespräche zwischen den Generalstäben empfahl. In einer Fussnote zu dem Protokoll bemerkt er selbstgefällig, er habe für die weiteren militärischen Gespräche keinerlei «genaue Anweisungen» erhalten und sei an ihnen «selbstverständlich» nur «ganz allgemein» interessiert gewesen¹².

Eines ist zu diesem Zeitpunkt bereits klar erkennbar: Während die Deutschen ganz offensichtlich einen Angriff auf Polen und Italien einen Vorstoss in die Balkanländer vorbereiteten, waren weder die Franzosen noch die Briten ernsthaft bestrebt, Russland für ein Militärbündnis gegen Hitler zu gewinnen. Sie sahen offenbar nicht ein, dass sie an diesem kritischen Wendepunkt dringender auf die Sowjetunion angewiesen waren als diese auf sie. Sie waren zur Verteidigung Polens und Rumäniens verpflichtet, Russland dagegen nicht. Die Sowjetunion hatte noch die Wahl. Darüber hinaus hatten die französisch-britischen Garantien für Polen und Rumänien Russlands Sicherheit im Westen erhöht, ohne dass es seinerseits zu Gegenleistungen gezwungen war. Wenn die Zusagen eingelöst wurden, würde es für die deutsche Armee schwieriger sein, durch diese Pufferstaaten zur sowjetischen Grenze vorzudringen, da Grossbritannien und Frankreich in diesem Fall verpflichtet waren, Deutschland vom Westen her anzugreifen. Etwas war zumindest klar – oder hätte es sein müssen: Der sehr realistisch denkende Diktator im Kreml hatte nicht die Absicht, eine Bindung seines Landes an die Westalliierten zu riskieren, wenn er nicht Garantien dafür bekam, dass die beiden Regierungen diesmal Wort halten würden. Dazu mussten sie genau darlegen, mit welchen militärischen Massnahmen und mit welchen Truppen sie ihre Verpflichtungen zu erfüllen gedachten. Nach München blieb der Kreml gegenüber dem Westen höchst misstrauisch. Er befürchtete, Chamberlain und Daladier könnte mehr daran gelegen sein, Deutschland in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinzudrängen, als gegen die Deutschen einen Dreibund zu schaffen, an dem sie im ersten Weltkrieg schon einmal gescheitert waren.

Stalin hatte den Westen fünf Tage vor dem Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei gewarnt. Am 10. März 1939 hatte er in einer Rede vor dem 18. Parteikongress in Moskau Frankreich und Grossbritannien beschuldigt, sie hätten Österreich und die Tschechoslowakei im Stich gelassen und versuchten nunmehr, Deutschland in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben. Sie seien, wie er sagte,

... bestrebt, die Deutschen weiter nach Osten abzudrängen, indem man ihnen leichte Beute in Aussicht stellte und sagte: «Beginnt nur ruhig einen Krieg gegen die Bolschewiken, alles andere wird sich schon finden!»

Am 15. April unterbreiteten Grossbritannien und Frankreich ihre Vorschläge. Die Briten ersuchten die Sowjetunion lediglich um eine Erklärung an Polen und Rumänien im Sinne der von den westlichen Alliierten gegebenen Zusicherungen. Die Franzosen gingen einen Schritt weiter. Sie schlugen eine Vereinbarung zwischen den drei Grossmächten vor, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, falls einer der Partner in einen Krieg gegen Deutschland verwickelt würde. Aber den Russen ging dieser Vorschlag nicht weit genug.

Zwei Tage später, am 17. April, antwortete Litwinow mit dem Vorschlag eines echten Dreibundes zwischen den drei Ländern. Es war keine vage Zusicherung, wie sie Paris

vorschwebte, sondern ein sehr detaillierter und weitreichender Pakt. Die Partner sollten nicht nur gegenseitige Unterstützung vereinbaren, sondern darüber hinaus in einem besonderen Militärvertrag genau festlegen, wie sich Heer, Marine und Luftwaffe des betreffenden Landes im Kriegsfall verhalten sollten. Die Signatarmächte, denen gegebenenfalls Polen beitreten könnte, sollten sämtlichen Staaten Mittel- und Osteuropas einschliesslich der baltischen Länder – ob es ihnen passte oder nicht – Schutz gegen jede Aggression garantieren. Die militärischen Gespräche sollten unverzüglich parallel zu den politischen aufgenommen werden.

Das war Litwinows letztes Angebot für ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis mit dem Westen. Der sowjetische Aussenminister hatte für seine Politik, Hitler durch ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich und Grossbritannien Einhalt zu gebieten, seine Karriere aufs Spiel gesetzt. Nun glaubte er offenbar, dass ihm endlich Erfolg beschieden sei. Nach Botschafter Coulondres Meinung war das sowjetische Angebot fast zu schön, um wahr zu sein. Er drängte darauf, es anzunehmen. Churchill war einverstanden und erklärte Chamberlain: «Es gibt keine Möglichkeit, ohne die aktive Unterstützung Russlands im Osten eine Front gegen die Aggression der Nazis zu halten.» Später schrieb er, ein solches Bündnis wäre ein schwerer Schlag für Deutschland gewesen und hätte Hitler möglicherweise davon abgehalten, einen Krieg zu riskieren. Doch in London rief der sowjetische Vorschlag Bestürzung hervor und in Paris zumindest die gewohnte Zurückhaltung. Einflussreiche französische Kreise – und nicht nur auf der Rechten – waren gegen jede militärische Allianz mit der Sowjetunion. Der radikalsozialistische Deputierte Jean Montigny hatte noch vierzehn Tage zuvor, am 28. März, in der Kammer eine Anfrage wegen «der Irrtümer und Illusionen einer jeglichen Aussenpolitik eingebracht, die sich, und sei es nur teilweise, auf ein Vertrauen in die Schlagkraft der russischen Armee ausserhalb ihrer Grenzen und die Loyalität der Sowjetregierung stützt».

In der ersten Aprilhälfte fanden keine Verhandlungen mit Russland statt. Am 22. April erklärte sich das französische Kabinett widerstrebend bereit, die sowjetischen Vorschläge als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Doch die Briten blieben hart. Chamberlain und Halifax bestanden darauf, dass Russland zuvor in ähnlicher Weise wie Grossbritannien eine einseitige Garantie an Polen und Rumänien aussprechen müsse, erst dann könne man die Frage einer Übereinkunft mit der Sowjetunion prüfen. Dem Quai d'Orsay wurde in einem *Aide memoire* bedeutet, die Sowjetunion «ist nicht so unmittelbar bedroht». Am 29. April unternahm Bonnet einen weiteren Versuch: Er schlug Moskau einen Beistandspakt auf Gegenseitigkeit zwischen den drei Mächten vor, der in Kraft treten sollte, sobald sie infolge «eines gewaltsamen Versuchs zur Veränderung des Status quo in Mittel- oder Osteuropa» in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden sollten. Damit glaubte Bonnet den schwierigsten Punkt zu umgehen, nämlich die Polen zur Annahme russischer Hilfe zu bewegen. Aber Moskau zeigte sich unbeeindruckt, und London reagierte ausgesprochen kühl.

Stalins Geduld gegenüber dem Westen ging zur Neige. Das liess er am 3. Mai deutlich erkennen. An diesem Tag erschien auf der Rückseite der Moskauer Parteizeitung

Prawda, versteckt in einer Spalte mit der Überschrift «Neues in Kürze» eine kurze Meldung: «Genosse Litwinow ist auf eigenen Wunsch vom Amt des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.» An seine Stelle rückte Wjatscheslaw Molotow, der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare.

Eigentlich hätte der Grund für Litwinows plötzliche Abberufung allen Beteiligten einleuchten müssen – die Deutschen erkannten ihn sofort aber in Paris und London schien man nicht begreifen zu wollen. Bonnet gab seine Zufriedenheit mit der am folgenden Tag abgegebenen Erklärung des sowjetischen Botschafters zu erkennen, Litwinows Abtreten «bedeute keinerlei Änderung in der sowjetischen Aussenpolitik». Selbst Botschafter Coulondre schien trotz seiner grossen Moskauerfahrung der Spürsinn verlorengegangen zu sein. Am 4. Mai unterrichtete er Bonnet von seinem Posten in Berlin aus über ein Gespräch, das er kurz zuvor mit dem sowjetischen Geschäftsträger geführt hatte ¹⁵. Dieser versicherte ihm, Litwinows Abtreten von der politischen Bühne werde nichts an der sowjetischen Aussenpolitik ändern, und fügte hinzu:

Unter Molotow, einem Mitglied des auf Stalin eingeschworenen Politbüros, könne die sowjetische Aussenpolitik nur an Klarheit und Sicherheit gewinnen, und weder Frankreich noch England würden Anlass haben, diesen Wechsel zu bedauern.

Coulondre fügt in seinem Telegramm hinzu: «Die Anzeichen sind beruhigend. Natürlich müssen wir erst abwarten, ob sie von den Tatsachen bestätigt werden *.»

Er brauchte nicht lange zu warten. Es trat ein, was die Deutschen sofort erkannt hatten: Litwinows Abdankung brachte eine deutliche Wende in der sowjetischen Aussenpolitik mit sich. Um ganz sicherzugehen, dass die deutsche Regierung die Bedeutung dieses Wechsels auch richtig interpretierte, machte der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, Georgi Astachow, am 5. Mai einen seiner seltenen Besuche im Auswärtigen Amt. Er sprach mit Dr. Julius Schnurre, der mit der sowjetischen Botschaft Wirtschaftsverhandlungen geführt hatte, bis sie im Februar abgebrochen worden waren. Schnurre berichtet:

Astachow streifte auch die Entlassung Litwinows und versuchte zu erfahren, ob dieser Vorgang eine Änderung unserer Haltung gegenüber der Sowjetunion herbeiführen könnte. Er unterstrich die grosse Bedeutung der Persönlichkeit Molotows und seinen Einfluss auf die künftige sowjetische Aussenpolitik¹⁵.

Der sowjetische Diplomat lud ausserdem die Deutschen zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen ein.

* In seinem Buch erwähnt Coulondre dieses Telegramm nicht. Stattdessen schreibt er: «Ich war sehr betroffen darüber, dass Litwinow in Ungnade gefallen ist. . . Seine Ablösung kann nur ausserpolitische Hintergründe haben

Geheime Annäherung zwischen Berlin und Moskau, I.

Das war nicht der erste Fühler, den die Russen in Berlin ausstreckten. Vierzehn Tage zuvor, am 17. April – an diesem Tag schlug Litwinow den Franzosen und Briten einen Dreibund gegen Deutschland vor hatte der sowjetische Botschafter in Berlin, Alexei Merekalow, zum erstenmal seit Übernahme seines Postens vor fast einem Jahr dem Staatssekretär im Deutschen Aussenministerium, Ernst von Weizsäcker, einen Besuch abgestattet. Wie dieser später berichtete, hatte ihn der Botschafter «unverblümt» gefragt, was er von den deutsch-russischen Beziehungen hielte. Nachdem Weizsäcker erwidert hatte, Deutschland wünsche «beiderseits befriedigende Wirtschaftsbeziehungen zu Russland», ging der Botschafter ein ganzes Stück weiter.

«Ideologische Meinungsverschiedenheiten brauchen die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nicht zu stören», meinte er. Laut Weizsäcker sagte der Botschafter darüber hinaus:

Sowjetrussland habe die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen uns ausgenutzt und wünsche das auch nicht zu tun .. Es bestehe für Russland kein Grund, warum es nicht mit uns auf einem normalen Fusse leben sollte. Aus normalen Beziehungen können auch wachsend bessere werden.

Weizsäcker hatte das Gefühl, dass der Botschafter die Unterhaltung auf diese Bemerkung «hingeführt» habe. Dieses Gespräch vermerkte er in einer Aktennotiz für seinen Aussenminister ¹⁶.

Bereits im April hatten die Russen demnach begonnen, auf beiden Schultern zu tragen *. Sehr bald schon sollten die Deutschen auf diese Angebote weitaus realistischer – und zynischer – reagieren, als es die westlichen Alliierten vermochten. Versuchte Stalin ein Doppelspiel, so konnte Hitler das schon lange; er war ein Meister des doppelten Spiels. Dabei war völlig unwichtig, dass seine Innenpolitik auf dem Antikommunismus (alle deutschen Kommunistenführer waren entweder im Gefängnis oder geflohen) und seine Aussenpolitik auf der Isolierung Russlands in Europa beruhte, die er in München durchgesetzt hatte. Trotz seiner Verachtung für die Sowjetunion, die schon in *Mein Kampf* so leidenschaftlichen Ausdruck fand und die er seitdem wiederholt zu erkennen gab, erkannte Hitler, dass die Sowjetunion durchaus in der Lage war, durch ein Bündnis mit dem Westen ihn an seinen nächsten Aggressionen zu hindern. Gelang ihm jedoch eine Vereinbarung, durch welche die Sowjetunion von Grossbritannien und Frankreich gelöst

* Wenn man dem angeblichen Tagebuch Litwinows (als *Notizen für ein Tagebuch* veröffentlicht) einigen Glauben schenken darf, dann erwog Stalin schon bald nach der Münchner Konferenz eine Annäherung an Deutschland. Russlands Ausschluss von dieser Konferenz hatte seinen Argwohn gegenüber dem Westen verstärkt. Nach einem Tagebucheintrag soll Stalin gegen Ende 1938 zu Litwinow gesagt haben: «Wir sind bereit, uns mit den Deutschen zu verständigen . . . und auch Polen unschädlich zu machen.» Im Januar 1939 notiert Litwinow, dass die gesamte Korrespondenz mit der sowjetischen Botschaft in Berlin über Stalin laufen müsse und dass Botschafter Merekalow auf Stalins Anweisung kurz vor Verhandlungen mit Weizsäcker stehe, bei denen Hitler «sinngemäss» mitgeteilt werden sollte: «Bislang konnten wir keine Verständigung erzielen, aber jetzt können wir es.»

werden konnte, so hatte er freie Hand, seine Absichten planmässig Schritt um Schritt auszuführen*.

Diese Pläne waren bereits Anfang April entstanden, wenige Tage nachdem Chamberlain Grossbritanniens einseitige Garantie für Polen verkündet hatte. Am 3. April billigte Hitler einen streng geheimen Befehl an die Wehrmacht zum «Fall Weiss». Das war der Codename für die Operationen zur Vernichtung Polens. Die polnischen Streitkräfte sollten «durch einen überraschenden Angriffsbeginn» vernichtet werden. Als Termin wurde vorläufig der 1. September festgesetzt. Und dieser bedeutsame Termin wurde ebenso pünktlich eingehalten wie der vor einem Jahr für die Besetzung des Sudetenlands festgesetzte Termin – der 1. Oktober 1938. Was die Terminfestlegung betraf, so konnte man sich auf das Wort des Diktators verlassen.

Rasch begann Hitler mit den Vorbereitungen. Am 28. April kündigte er in einer Reichstagsrede den deutsch-englischen Flottenvertrag und – was noch wichtiger war – den Nichtangriffspakt mit Polen. Ich hörte mir die zweistündige Ansprache an; das bedeutendste daran war in meinen Augen, dass Hitler seine gewohnten Angriffe auf die Sowjetunion unterliess. Russland wurde mit keinem Wort erwähnt. Dies schien die sowjetische Regierung zu ermutigen/ denn am 17. Mai suchte der sowjetische Geschäftsträger in Berlin erneut Dr. Schnurre im Aussenministerium auf. Nach einem Meinungsaustausch über die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen kamen die grösseren Probleme zur Sprache. Astachow erklärte: «Aussenpolitisch bestehen keine Gegensätze zwischen Deutschland und der Sowjetunion, und es gibt daher auch keinen Anlass zu einer Feindschaft zwischen den beiden Ländern¹⁸.»

Drei Tage später, am 20. Mai, führte der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, ein längeres Gespräch mit Molotow. Nach dem Bericht des alten deutschnationalen Schulenburg, der sich stets für engere Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland eingesetzt hatte, verlief die Unterhaltung in einer «äusserst freundschaftlichen Atmosphäre». Der neuernannte Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten teilte dem Botschafter mit, die Wirtschaftsverhandlungen könnten wiederaufgenommen werden, «falls sich hierfür die notwendige politische Grundlage schaffen liesse»¹⁹. Schulenburg war fasziniert. Er begriff auf der Stelle, dass die Russen zu einer weitgehenden Annäherung an Deutschland bereit waren, und zwar nicht nur zu einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch zu einer *politischen* Verständigung.

Trotz strengster Geheimhaltung entgingen die behutsamen Fühlungen zwischen Berlin und Moskau nicht dem wachsamen Auge des französischen Botschafters in der

* Diese Absicht versuchte am 30. April der deutsche Luftfahrtminister General Karl Bodenschatz einem sehr erstaunten jungen Mitarbeiter des Luftwaffenattachés der französischen Botschaft in Berlin, Hauptmann Paul Stehlin, mit dem er sich angefreundet hatte, zu erläutern. Als Bodenschatz, ein enger Freund Görings und Vertrauter Hitlers, bemerkte, «im Osten täte sich etwas», gab Stehlin sein Erstaunen darüber zu erkennen, dass sich der Erzkommunistenfeind Hitler nun Russland zuwandte. Bodenschatz antwortete: «Sie sollten seine Worte nicht zu ernst nehmen. Hitler ist Soldat. Wenn es um die Ausführung eines Plans geht, dann spielen rechtliche oder ideologische Bedenken keine Rolle. Hitler denkt nicht mehr daran, den deutsch-polnischen Konflikt ohne Russland zu regeln. Drei Teilungen Polens hat es bereits gegeben – glauben Sie mir, es wird noch eine vierte geben²⁰.»

deutschen Hauptstadt. Coulondre hatte bekanntlich noch als Moskauer Botschafter vor einer möglichen russisch-deutschen Annäherung nach den Münchner Verträgen gewarnt. Im Frühjahr 1939 fielen ihm nun in Berlin weitere Anzeichen in dieser Richtung auf. Er war sehr beeindruckt von Hauptmann Stehlins Bericht über sein Gespräch mit General Bodenschatz am 30. April *, und reichte es am 7. Mai mit entsprechenden Randbemerkungen an Bonnet weiter. Aufgrund von Bodenschatz' Vertrauensstellung sei er überzeugt, dass seine Bemerkungen «ziemlich genau Hitlers Absichten» widerspiegeln. Dennoch könnte es sich bei den russischen Sondierungen, so warnte er, lediglich um ein diplomatisches Manöver handeln, durch das die westlichen Alliierten zu weiteren Zugeständnissen gegenüber Moskau gezwungen werden sollten. Er schloss²⁰: «Für Hitler ist es schwierig, eine gemeinsame Basis mit den Sowjets zu finden, da sowohl seine Innen- als auch seine Aussenpolitik auf der Grundlage des Antibolschewismus beruhen **.»

Zwei Tage später, am 9. Mai, drahtete er jedoch an Bonnet: «Seit vierundzwanzig Stunden wird in Berlin von bereits erfolgten oder unmittelbar bevorstehenden Vorschlägen Deutschlands an Russland gemunkelt, die zu einer Teilung Polens führen sollen²².» Am 22. Mai berichtete er in einem langen Teigramm nach Paris über die mutmasslichen Erwägungen des deutschen Aussenministers: Ribbentrop sei der Überzeugung, Polen müsse «früher oder später verschwinden und zwischen Deutschland und Russland aufgeteilt werden. Nach seiner Meinung gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dieser Teilung und einer Annäherung zwischen Berlin und Moskau... Eines seiner Ziele ist es, Russland bei der Zerschlagung Polens die gleiche Rolle zuzuweisen, die Polen hinsichtlich der Tschechoslowakei gespielt hat²³.» Eine Woche später, am 1. Juni, teilte der Botschafter Bonnet mit:

Hitler wird einen Krieg riskieren, wenn er nicht gegen Russland zu kämpfen braucht. Sollte es andererseits feststehen, dass er auch gegen Russland kämpfen muss, so wird er eher einen Rückzieher machen als sein Land, seine Partei und sich selbst dem Untergang auszuliefern.

Coulondre fügte hinzu, Hitler hätte von seinen beiden ranghöchsten Generälen, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, und dem Oberbefehlshaber des Heeres, Brauchitsch, erfahren, dass Deutschland im Falle eines Krieges gegen Russland «nur eine geringe Chance hätte, diesen Krieg zu gewinnen». Der Botschafter, der sich bereits

* In seinem Buch nennt Coulondre auf S. 270 ein falsches Datum (6. Mai) und schreibt den Namen des Hauptmanns falsch.

** Dennoch hielt Coulondre die Bodenschatz-Information für so wichtig, dass er Hauptmann Stehlin ersuchte, nach Paris zu fliegen und sie persönlich am Quai d'Orsay vorzutragen. Er gab dem Luftwaffenattaché einen persönlichen Brief an Bonnet mit, in dem er eine ausführliche Befragung Stehlins über dessen zweistündige Unterhaltung mit Bodenschatz empfahl. Stehlin berichtet, dass Bonnet es ablehnte, ihn zu empfangen. Alle seine Bemühungen, im französischen Aussenministerium Gehör zu finden, seien auf «ausweichende und unhöfliche» Antworten gestossen. Nachdem er in Paris sechs Tage lang vergeblich antichambriert hatte, flog er nach Berlin zurück. Später teilte ihm ein Freund am Quai d'Orsay warnend mit, für einen Luftwaffenattaché sei es besser, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern und die Finger aus der Diplomatie zu lassen ¹¹

seit Jahren für ein französisch-russisches Militärabkommen eingesetzt hatte, unterstrich abschliessend gegenüber Bonnet die «Dringlichkeit», unverzüglich eine Einigung zwischen Grossbritannien, Frankreich und Russland in Moskau zu erzielen²⁴. Daraus war ebenso wie aus all seinen letzten Depeschen zu entnehmen, dass die Deutschen das Rennen machen könnten, falls sich die westlichen Alliierten nicht beeilten.

Wie Hitler später zu seinen Generälen sagte, war er in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich. Anfang Juni hatte er es jedoch noch nicht eilig *. Er hatte soeben Italien vertraglich an Deutschland gebunden und dadurch eine gewisse Handhabe gegen Frankreich und Grossbritannien bekommen. Am 22. Mai war in Berlin der sogenannte «Stahlpakt» zwischen Italien und Deutschland unterzeichnet worden. Es handelte sich dabei um ein ausgesprochenes Militärabkommen, in dem sich jeder Partner verpflichtete, dem anderen im Falle von «kriegerischen Verwicklungen mit allen seinen militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft zu Hilfe zu kommen». Am nächsten Tag befahl Hitler seine führenden Militärs zu sich in die Berliner Reichskanzlei. An diesem 23. Mai eröffnete er ihnen, «wir müssen die Brücken hinter uns abbrechen», Polen werde «bei erster passender Gelegenheit» angegriffen und «Danzig ist gar nicht das Streitobjekt», sondern vielmehr «die Arrondierung des Lebensraums im Osten und die Sicherstellung der Ernährung». Er fügte hinzu: «Es wird zum Kampf kommen!»

Einen Krieg gegen Frankreich und Grossbritannien sowie Polen, jedoch wahrscheinlich nicht gegen Russland. «Es ist nicht ausgeschlossen», sagte er, «dass Russland sich an der Zertrümmerung Polens desinteressiert zeigt²⁸.»

Die westlichen Alliierten waren zu diesem Zeitpunkt darum bemüht, Russland für die «Verteidigung Polens» zu gewinnen. Daran musste auch Russland interessiert sein, weil es ja schliesslich um seine eigene Verteidigung ging. Doch die Polen lehnten ab. Der Stein des Anstosses war der gleiche wie ein Jahr zuvor während der tschechischen Krise: die Polen weigerten sich, den sowjetischen Truppen den Durchmarsch durch ihr Gebiet zu gestatten.

Für die Franzosen ergab sich eine Gelegenheit, die Polen hinsichtlich der russischen Hilfe zur Vernunft zu bringen, als der polnische Kriegsminister, General Kasprzycki, in Begleitung des stellvertretenden polnischen Generalstabschefs, Oberst Jeklicz, Mitte Mai zur Besprechung eines Militärabkommens mit Frankreich in Paris eintraf. General Gamelin, der französische Verhandlungsführer, hätte nicht nur darauf bestehen können, dass Polen im eigenen Interesse russische Militärhilfe annehmen müsse – er hätte sogar Frankreichs militärische Zusagen an Warschau davon abhängig machen können. Doch Gamelin erwähnte diese Angelegenheit während der ganzen Verhandlungswoche nicht ein einziges Mal. Ohne auch nur die Frage zu stellen, wie der polnische Generalstab ohne sowjetische Hilfe den Deutschen standzuhalten gedächte, unterzeichnete er am 19. Mai das Abkommen. Darin wurde für den Fall eines deutschen Angriffs auf Polen

* «Ich war überzeugt», sagte er am 22. August zu seinen Generälen, «dass Stalin nie auf das englische Angebot eingehen würde . . . Russland ist an der Erhaltung Polens nicht interessiert. . . Litwinows Ablösung war die Entscheidung. Die machte mir schlagartig die veränderte Haltung Moskaus gegenüber den Westmächten klar. Ich habe die Umstellung gegenüber Russland allmählich durchgeführt. . . .»

eine Grosseffensive der französischen Armee im Westen zugesagt *. Nichts deutete darauf hin, dass Daladier seinen Armeechef dazu gedrängt hätte, die Frage der sowjetischen Militärhilfe für Polen zur Sprache zu bringen, und auch Bonnet scheint es nicht getan zu haben, obwohl er den polnischen Militärpakt nach besten Kräften zu sabotieren suchte, indem er seine Unterschrift für die ihm zugrunde liegende politische Vereinbarung verweigerte. Dieses seltsame Verhalten gibt weiteren Aufschluss über Charakter und Methoden des französischen Aussenministers sowie das Chaos, das in jenem Frühjahr in Paris herrschte, während sich die Polenkrise zuspitzte. Das alles blieb nicht ohne unmittelbaren Einfluss auf gewisse nachfolgende Ereignisse ²⁷.

General Gamelin und General Kasprzycki stellten am 28. Mai den Entwurf für das Militärabkommen fertig. Der französische Armeechef legte ihn vor der Unterzeichnung am selben Nachmittag Daladier zur Billigung vor. Diese wurde am nächsten Tag erteilt. Gamelin unterschrieb das Vertragswerk und erklärte in einem Begleitbrief an den polnischen Kriegsminister, das Abkommen werde erst nach Unterzeichnung eines neuen politischen Vertrags zwischen Frankreich und Polen in Kraft treten. Wie er erfahren habe, sei diese politische Vereinbarung im Entwurf bereits fertiggestellt und gebilligt. Sie werde vermutlich noch an diesem 19. Mai unterzeichnet. Das geschah aber nicht. Bonnet behauptet, er sei «fassungslos» gewesen, als er am 18. Mai «zufällig» von der Unterzeichnung des Militärabkommens durch Gamelin erfuhr²⁸. Er habe dem politischen Vertragswerk «seine Unterschrift verweigert», weil darin auf Polens Verlangen eine Klausel enthalten war, nach der Polen eine deutsche Besetzung Danzigs als *Causa belli* betrachten würde. Das war ganz vernünftig. Sogar in einem Angriff auf Polen selbst sah die französische Regierung nur widerstrebend einen Kriegsgrund. Danzigs wegen wollte es sich in keinen Konflikt verwickeln lassen. Aber war dies tatsächlich der Grund, aus dem Bonnet den politischen Vertrag ablehnte? Die Beweise sprechen dagegen.

Gamelin veröffentlichte in seinen Memoiren²⁹ den Wortlaut des Begleitbriefs, mit dem Bonnet am 18. Mai Daladier ein Exemplar des vorgesehenen politischen Abkommens zwischen Frankreich und Polen vorlegte. Er erklärt dazu: «Dieser Wortlaut wurde, wie bereits öffentlich bekanntgegeben, vom Kabinett am 12. Mai einstimmig gebilligt», und «sollte in Kürze unterzeichnet werden». Darin war die Erklärung enthalten, der französische Aussenminister nehme den polnischen Standpunkt zur Kenntnis, dass «Danzig für Polen von lebenswichtigem Interesse sei». Dagegen erhob Bonnet in seinem Brief keinen Einwand **. Nach Angabe des polnischen Botschafters in Paris M. J. Lukasiewicz, hatte ihm Bonnet am 17. Mai versichert, er habe keine Einwände gegen die Danzig-Erklärung und sei damit einverstanden, dass die politische Vereinbarung zwei Tage später unterzeichnet werde³⁰.

Zu einer Unterzeichnung des Abkommens kam es jedoch erst am 4. September, vier

* Es wird noch davon die Rede sein, wie sich General Gamelin durch eine eigene Interpretation der Zusage um ihre Einlösung drückte – damals, als sie gegeben wurde, und auch später, als es ernst wurde.

** Diesen Brief veröffentlicht Bonnet in seinen Memoiren nicht.

Tage nach dem deutschen Angriff auf Polen. Daraus zog General Gamelin einige bedeutende und folgenschwere Schlüsse. Als er in der darauffolgenden Woche erfuhr, dass die französische Regierung auf eine Unterzeichnung des politischen Vertrags «verzichtet» habe, bedeutete das für ihn, wie er sagt: «dass infolgedessen unser militärisches Protokoll wertlos und nicht bindend für uns sei». Er gibt zu: «Insgesamt war ich damit sehr zufrieden⁸¹.»

Das ist bezeichnend. Er scheint erleichtert gewesen zu sein, dass er dadurch jeglicher Verpflichtung zu einer tatkräftigen Unterstützung Polens im Fall eines deutschen Angriffs enthoben wurde. Er schien dabei zu vergessen, dass sich Frankreich bereits durch das am 19. Februar 1921 von Marschall Foch unterzeichnete geheime Militärabkommen gegenüber Polen verpflichtet hatte, im Falle einer deutschen Aggression seinem Verbündeten «wirksame und rasche Unterstützung zu gewähren»*.

Doch unabhängig davon, wie «wirksam und rasch» Frankreich Polen auch unterstützen mochte, indem es im Westen angriff und deutsche Streitkräfte von der Ostfront abzog – und General Gamelin lässt in seiner Interpretation der Zusagen an Polen aus den Mai-Gesprächen deutlich erkennen, dass ein allzu rascher und allzu schwerer Angriff gar nicht in seiner Absicht lag³³ –, so wusste er doch, dass Polen vor einer Überrollung durch Hitlers Armee nur dann zu retten war, wenn es rechtzeitig und unmittelbar von den sowjetischen Streitkräften unterstützt wurde**. Das erklärt er immer wieder. In

* Die Torpedierung des politischen Vertrags durch Bonnet vergiftete noch mehr das ohnehin schon schlechte Verhältnis zwischen ihm und General Gamelin, das sich bereits zurzeit des Münchner Abkommens bemerkbar gemacht hatte. Gamelin macht in seinen Memoiren Bonnet schwere Vorwürfe wegen seiner Fehler bei den Verhandlungen mit Polen im Mai. Dann fügte er in seiner bewährten spitzen Art hinzu: «Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich behaupte keineswegs, Bonnet sei ein Verräter gewesen, wie man mir oft vorgeworfen hat. Aber ich muss feststellen . . ., dass seine Handlungsweise den Interessen Frankreichs schadete.» Bonnet wiederum macht dem Armeechef zum Vorwurf, das Militärabkommen zunächst unterzeichnet und dann – nach der verspäteten Unterzeichnung des politischen Vertrags am 4. September – fortgesetzt behauptet zu haben, es sei «nicht existent». Nach der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen setzte sich Bonnet in einem Interview mit einer Pariser Zeitung zunächst für eine französisch-deutsche Zusammenarbeit ein und rühmte sich seiner Weigerung im Mai 1939, Frankreichs militärische Verpflichtungen gegenüber Polen auszuweiten

** Dabei wuchs im Laufe des Sommers das Zutrauen des französischen Generalstabs in die Kampfkraft der polnischen Armee, ebenso das der französischen, britischen und amerikanischen Militärattachés in Warschau. Das musste einem in militärischen Dingen so unerfahrenen Zivilisten wie dem Autor seltsam erscheinen – ebenso seltsam wie die Blindheit der Polen gegenüber ihrer katastrophalen strategischen Lage und der Notwendigkeit einer russischen Militärhilfe. Ich hatte die erste Aprilwoche in Polen verbracht und notierte am 2. April in Warschau in meinem Tagebuch:

Besuchte Sonntagnachmittag eine klägliche Luftwaffenschau. Meine polnischen Freunde entschuldigten sich wegen der schwerfälligen, langsamen Bomber und der ebenso veralteten Doppeldecker, die als Jäger eingesetzt wurden. Sie zeigten ein halbes Dutzend moderner Jäger, die wohl schnell genug waren – aber das war auch alles. Wie will Polen mit einer solchen Luftwaffe gegen Deutschland kämpfen?

Am 6. April verkündeten die Regierungen Grossbritanniens und Polens ihre Absicht, einen gegenseitigen Beistandspakt zu unterzeichnen. An diesem Tag notierte ich in Warschau, dass die Polen mit britischer und französischer Hilfe zu kämpfen beabsichtigten. Dreierlei beunruhigte mich immer noch:

1. Polens hoffnungslose strategische Lage (seit der Besetzung der Tschechoslowakei auf drei Seiten von Deutschland in die Zange genommen);
2. der deutsche Westwall, der nach Vollendung im kommenden Winter Frankreich und Grossbritannien abschrecken wird, Deutschland von Westen her anzugreifen und dann Polen zu helfen;
3. Russland. Ich habe in dieser Woche mit einem Dutzend Polen beisammengesessen – aus dem Aussenministerium, der Armee und mit alten Pilsudski-Legionären, die das *Polske Radio* leiten. Sie wollen einfach nicht erkennen, dass sie sich den Luxus nicht leisten können, gleichzeitig Russland und Deutschland zum Feind zu haben, dass sie sich entscheiden müssen und dass es ihre Rettung wäre, Russland zusammen mit Frankreich und Grossbritannien auf ihre Seite zu ziehen. Sie weisen auf die Gefahren einer russischen Hilfe hin. Natürlich besteht die Gefahr . . . dass die Rote Armee nicht mehr abziehen wird, wenn sie erst einmal polnischen Boden betreten hat, dass sie das Land mit Hilfe ihrer Propaganda bolschewisieren wird (ein Land, das von den Obristen so schlecht regiert wurde, dass es für die Bolschewiken zweifellos einen fruchtbaren Acker darstellt) und so weiter . . . Dann macht doch euren Frieden mit den Nazis! . . . Niemals! sagen sie“.

seinen Memoiren äussert er sich «äusserst verärgert» über den plötzlichen Besuch General Kasprzyckis in Paris am 14. Mai:

Ich hatte nicht den Wunsch, konkrete Gespräche mit den Polen zu führen, bevor... wir Gelegenheit zu Unterredungen mit dem russischen Generalstab hatten. Es war klar, dass ein längerer Widerstand Polens ohne die Hilfe der UDSSR undenkbar war.

Das erkannte er und er sah auch, wo die Hauptschwierigkeit lag: «Ich wusste sehr wohl, dass die Polen dies mit den Sowjets niemals auch nur diskutieren würden³⁵.» Und doch schreckte er nach seinen eigenen Worten vor den Konsequenzen zurück. Er versuchte von sich aus nicht, die Polen zu einem realistischen Denken zu bewegen. Wie bei so vielen anderen Fragen der Militärpolitik gab er sich damit zufrieden, der Zivilregierung die Initiative zu überlassen. Aber Initiative war genau das, was der Regierung Daladier ebenso fehlte wie der Regierung Chamberlain-Halifax in London. Noch im Sommer 1939 schienen es die Staatsmänner in Paris und London keineswegs eilig zu haben, das Problem der Sowjethilfe zu regeln, obgleich es ihnen allmählich dämmerte, dass Polen und wahrscheinlich auch dem Westen ohne diese Hilfe eine Katastrophe drohte.

Das französische Parlament übte keinen Druck auf die Regierung aus, diese Frage anzupacken. Was die Aussenpolitik betraf, schien es während dieses Frühjahrs im Halbschlaf zu liegen. Zu einiger Erregung war es nur in der Debatte über die Einführung des Verhältniswahlrechts gekommen, einer Massnahme, mit der die Konservativen die Bildung einer neuen Volksfrontmehrheit verhindern wollten; es wurde kurz vor den Sommerferien im Juni von der Kammer verabschiedet. Das Abstimmungsergebnis (339 zu 234) liess die Deputierten, wie ein Reporter berichtete, «am 27. Juni in Krach und Erregung aufbrechen» – ein weiteres Zeichen für die künftige Spaltung.

Die Legislaturperiode der 1936 gewählten Kammer lief im Mai 1940 aus. Daladier befürwortete, dass die Deputierten nach ihrer Rückkehr zur Ende August beginnenden neuen Sitzungsperiode auf dem mutmasslichen Höhepunkt der deutsch-polnischen Krise sich lediglich auf ihre Wiederwahl vorbereiten und nichts für die bitternotige Einigung des Landes tun würden. Aufgrund seiner Sondervollmachten verlängerte er am 30. Juli durch Regierungserlass die Legislaturperiode bis zum Mai 1942. Im Lande gab es darüber weniger Erregung als erwartet. Die meisten Politiker hatten nichts dagegen, dass ihre Amtszeit automatisch um zwei Jahre verlängert wurde, und die Masse des Volkes schien es nicht zu kümmern, da man ohnehin kaum an die Möglichkeit glaubte, bessere Volksvertreter zu bekommen. Diese Deputiertenkammer verfügte anfangs bekanntlich über eine Volksfrontmehrheit, aber die merkwürdigen Spielregeln dieses Hohen Hauses, deren Ergündung schon an anderer Stelle versucht wurde, hatten ohne zwischenzeitliche Neuwahlen zur Bildung einer konservativen Mehrheit geführt. Die Männer waren dieselben – nur ihre politischen Bindungen hatten sich geändert. Jedenfalls musste sich das Land nun für weitere drei Jahre mit dieser wenig vertrauenswürdigen Kammer abfinden – wenn die Republik so lange überdauerte.

Sommerliches Zwischenspiel in Paris Mai bis Juli 1939

In diese schöne französische Hauptstadt, die sich immer im Juni und Juli von ihrer allerbesten Seite zeigt, hielt der Sommer trotz drohender Kriegswolken am Horizont seinen strahlenden Einzug. Die Republik feierte den 150. Jahrestag der glorreichen Revolution. Erziehungsminister Jean Zay, der mit der Vorbereitung der Gedenkfeiern beauftragt war, gab der Hoffnung Ausdruck, sie würden «all das symbolisieren, was an unseren Grenzen bedroht wird». Am 5. Mai begannen die Feierlichkeiten mit einem Festakt in Versailles. Die illustre Festversammlung hoher Offiziere, Würdenträger und ausländischer Diplomaten traf sich zuerst im Hotel des Menus Plaisirs (wo vor genau 150 Jahren die drei Stände das Ende der alten Monarchie eingeleitet hatten) und begaben sich dann in den Spiegelsaal des grossartigen Versailler Schlosses, um sich die Festrede Edouard Herriots anzuhören. Der Präsident der Deputiertenkammer war gleichzeitig ein hervorragender Historiker und der mitreissendste Redner der Republik.

Neben den staatlichen Festakten fanden auch zahlreiche Festlichkeiten der eleganten Gesellschaft statt. Manche erinnerten sich lange daran, dass das elegante Paris selten zuvor so viele schöne Frauen in kostbaren Roben erlebt hatte. Die Salons der grossen Couturiers wie Schiaparelli, Maggy Rouff, Lanvin, Robert Piguet und Marcel Rochas waren überlaufen. Die Moderichtung des Sommers wurde in der Presse als «äusserst weiblich» beschrieben. Den Männern gefiel das. Eine ähnliche Tanzwut wie 1925 brach aus. Die Nachtclubs hatten Hochbetrieb. Der Filmschlager des Jahres trug den Titel *Toute la ville danse*. Auch die Theater erlebten eine der erfolgreichsten Saisons seit Jahren. Selbst Molières altehrwürdige Comédie Française wich von ihrem klassischen Spielplan ab und gab das neue Stück *A Souffert sous Ponce-Pilat* von Paul Raynal. Im Athene triumphierten Louis Jovet und seine neue Partnerin Madeleine Ozeray in Jean Giraudoux' *Ondine*.

Selbst für die Bedürftigen in Frankreich schienen bessere Zeiten anzubrechen, und sie mochten einfach nicht glauben, dass ein Krieg diesem Aufschwung nach fast einem Jahrzehnt der Depression ein Ende bereiten könnte. Man rechnete mit einer guten Ernte. Im Juni übertraf die Industrieproduktion die des gleichen Monats im Vorjahr um 17 Prozent. Im selben Zeitraum ging die Zahl der Arbeitslosen um 20'000 auf 343'000 zurück. Die Lebenshaltungskosten waren in den vorausgegangenen zwölf Monaten um nur 3 Prozent gestiegen, die Stundenlöhne dagegen um 5 Prozent und die Gehälter um noch mehr. Der schwindsüchtige Franc war endlich stabil. Der Goldexport hörte auf.

Die Zahlungsbilanz war ausgeglichen, und die Börsenkurse waren gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent gestiegen. Die Streikwelle hatte sich völlig gelegt. Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, hatten die Arbeiter Frankreichs auf den gewohnten freien Tag verzichtet. Die meisten von ihnen durften sich auf zwei Wochen bezahlten Urlaub im August freuen. Im sommerlichen Sonnenschein schien das Leben wieder lebenswert zu sein. Der Durchschnittsfranzose konnte es nicht fassen, was die Schlagzeilen der Zeitungen und die Nachrichten im Radio meldeten: dass Hitler offenbar zum Krieg gegen das ferne Polen entschlossen war. Einen Krieg konnten die Franzosen jetzt ganz und gar nicht gebrauchen.

In dem kleineren Kreis der Gebildeten und Belesenen – der hier grösser war als in fast jedem anderen Land der Welt – verkauften sich neue Bücher ungewöhnlich gut: *Terres des hommes* von dem empfindsamen Flieger und Schriftsteller Saint-Exupéry, *Gilles* von Drieu La Rochelle, der seine grossen Talente immer mehr mit Verirrungen in den Faschismus vergeudete, *Scandale de la vérité* von Georges Bernanos, *La Douceur de vivre* von Jules Romains und *Memorial de la guerre blanche* von dem Arzt und Schriftsteller Georges Duhamel. In diesem Sommer wurde man auch auf zwei talentierte junge Autoren aufmerksam: Jean Paul Sartre, den vierunddreissigjährigen Existentialphilosophen, Romancier und Essayisten, durch seine Kurzgeschichtensammlung *Le Mur*, und auf den sechsundzwanzigjährigen Albert Camus, der durch *Noces* auffiel, eine Serie von Alltagsskizzen aus Algerien. Er war dort als Sohn einer französischen Familie zur Welt gekommen, die immer noch in Algerien lebte. In den meisten dieser Werke spiegelten sich die unruhigen Zeiten, doch sagte keines voraus, was dieser Sommer an seinem Ende noch bringen sollte. In diesem Jahr erschien auch Luc Durtains letzter Roman. Ironischerweise trug er den Titel *La Guerre n'existe pas – Es gibt keinen Krieg*.

Und doch dachten die meisten Franzosen, insbesondere die politische und gesellschaftliche Elite, an die Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Krieges. Im Rückblick auf das strahlendste und bunteste gesellschaftliche Ereignis des Sommers erinnerten sie sich später an die drohenden Vorzeichen. Nach übereinstimmenden Berichten war der Galaabend in der Nacht vom 4. zum 5. Juli in den prächtigen Gärten der damals im Hotel de Prince de Sagan untergebrachten polnischen Botschaft der Höhepunkt der Pariser Saison. Niemand vergass, wie der polnische Botschafter und fünf seiner Mitarbeiter gegen drei Uhr morgens Aufstellung gegenüber sechs elegant gekleideten Polinnen nahmen, darunter auch Madame Arthur Rubinstein, der Frau des gefeierten Pianisten, und eine Mazurka tanzten – schneller und immer schneller, während Hunderte von erlesenen Gästen ihnen zusahen, in die Hände klatschten und zu dem sich steigenden Tempo der Musik mit den Füßen stampften. Schliesslich war «jeder Einzelne hingerissen», bemerkte Pierre Lazareff, der junge und dynamische Chefredakteur des Massenblatts *Paris-Soir*. Auch er liess sich mitreissen vom Tanz und «dieser wunderbaren Sommernacht unter einem strahlenden Himmel in einem Märchengarten, in dem chinesische Laternen, Ketten elektrischer Lichter und bengalische Feuer die Balustraden und

die grosse Sphinx aus weissem Marmor in allen Regenbogenfarben erstrahlen liessen»; da war ihm plötzlich, «als sei die drohende Wirklichkeit weit weg».

In dieser gehobenen Stimmung traf er auf Paul Reynaud, der ihn mit der scharfen Bemerkung in die Wirklichkeit zurückrief: «Es ist wohl gelinde ausgedrückt, wenn man sagt, sie tanzen auf einem Vulkan. Was ist schon ein Vesuvausbruch im Vergleich zu dem Naturereignis, das sich hier unter unseren Füßen anbahnt*?»

Für den Schriftsteller Alfred Fabre-Luce, der wie sein Freund Drieu La Rochelle und eine ganze Reihe anderer Franzosen von der Linken zur äussersten Rechten umgeschwenkt war, bedeutete der Galaabend in der polnischen Botschaft einen «Abschied – und jeder wusste es». Georges Bonnet und General Gamelin sowie einige andere hochgestellte Persönlichkeiten waren erst nach einem Diner der britisch-französischen Gesellschaft in der polnischen Botschaft erschienen. Während des Essens hatte Hore-Belisha, der britische Kriegsminister, erklärt: «Frankreich verfügt über die beste Armee der Welt, befehligt von unserem General Gamelin.» Der französische Minister blieb nicht lang. Später schrieb er: «Dieses üppige Fest bedeutete für mich das Ende einer Epoche. Ich kehrte mit dem Gedanken zum Quai d'Orsay zurück, dass dieser Wirbel von Frohsinn all diese sorglos dahintanzenden Menschen auf eine Katastrophe ohne Beispiel zuriss².»

Zwei andere Ereignisse dieser ersten Julihälfte wurden mit unterschiedlichen Gefühlen aufgenommen. Am 2. Juli erklärte General Weygand in Lille: «Die französische Armee befindet sich in einer besseren Verfassung als je zuvor in ihrer Geschichte. Sie verfügt über hervorragendes Kriegsmaterial, erstklassige Befestigungsanlagen, eine ausgezeichnete Moral und ein bemerkenswertes Oberkommando. Niemand in unserem Lande wünscht den Krieg, aber wenn man uns zu neuen Siegen zwingt, werden wir sie eringen.» Dieses optimistische Urteil eines Mannes, dessen militärisches Ansehen in Frankreich nur noch von Marschall Pétain übertroffen wurde, machte Schlagzeilen in den Zeitungen und gab der Öffentlichkeit neuen Mut *. Monzie, der damals noch dem Kabinett angehörte, fürchtete das Aufkommen «einer kriegerischen Stimmung». Er trat inzwischen für einen Frieden um jeden Preis ein.

Ein anderes Ereignis flösste den Franzosen noch mehr Vertrauen in ihre Armee und Luftwaffe ein: die traditionelle Militärparade auf den Champs Élysées am 14. Juli, dem Tag der Bastille, die den Höhepunkt der öffentlichen Festlichkeiten zum 150. Jahrestag der Revolution darstellte. Die Generäle hatten eine besonders eindrucksvolle Parade vorbereitet, und zwar nicht nur, um dem nationalen Gedenktag einen würdigen Höhepunkt zu geben, sondern auch um beim zweifelnden Volk das Vertrauen in die Fähigkeit Frankreichs zu stärken, sich gegen Grossdeutschland behaupten zu können. Kolonialtruppen in farbenfrohen Uniformen wechselten mit Einheiten der französischen Heimatarmee

* Erst viel später zwangen die Ereignisse General Weygand zu einer Entschuldigung für seine optimistischen Worte. Er schrieb: «Als ich sie aussprach, gehörte ich seit vier Jahren nicht mehr dem Oberkommando an und war in diesem Zeitraum auch niemals konsultiert worden. Als ehemaliger Chef der Armee hatte ich die Aufgabe, am Vorabend eines Krieges – niemand bezweifelte, dass er unmittelbar bevorstand – etwas für die allgemeine Moral zu tun, und nicht das Vertrauen in eine Armee zu schwächen, die man zu dieser späten Stunde doch nicht mehr ändern konnte *.»

ab. Es marschierte auch eine Einheit britischer Garderegimentäre in ihren leuchtend-scharlachroten Uniformen und den hohen, mit einem Pferdeschwanz geschmückten Fellmützen mit. Insgesamt waren es 35'000 Soldaten. Die begeisterte Menschenmenge, die dicht gedrängt die Allee säumte, begriff: Dies war eine Demonstration nicht nur des französischen, sondern auch des mit ihm vereinten britischen Weltreichs. Trotz allen Geredes über die englisch-französische Luftunterlegenheit schien der Anblick von dreihundertfünfzig französischen Flugzeugen, begleitet von einem Geschwader der britischen Luftwaffe, die im Formationsflug über die Champs Élysées dahindonnerten, doch zumindest das Gefühl zu geben, dass die beiden verbündeten Mächte auch in der Luft stark seien. Über das Strassenpflaster ratterten die neuesten schweren Panzer, angeblich die besten der Welt, gefolgt von Abteilungen furchterregender Ferngeschütze.

Die Armee, so notierte Bonnet, erweckte den Eindruck von «Ordnung, Disziplin und unwiderstehlicher Stärke. Wie konnte man da noch Angst vor Deutschland haben?» Der Aussenminister, der selbst voller Angst steckte, und befürchtete, die Parade könnte falsche Hoffnungen wecken, traf auf den ehrwürdigen Senatspräsidenten Jules Jeaneney. Als die letzten Trommelwirbel verklangen, rief dieser laut und stolz aus: «Wie gut, dass der deutsche Botschafter und sein Militärattaché sich aus erster Hand von der Stärke unserer Armee überzeugen konnten. Von nun an muss Deutschland wissen, dass es nicht mehr mit Zugeständnissen unsererseits rechnen kann. Bei einer solchen Armee wird die öffentliche Meinung in Frankreich dies nicht zulassen⁴.» Der Schriftsteller Joseph Kessel war von dem militärischen Schauspiel so begeistert, dass er Freunden zurief: «Es wird keinen Krieg geben! Ich garantiere euch, nach einem solchen Morgen wird es sich Herr Hitler noch einmal überlegen⁵!»

In ganz Paris breitete sich die Zuversicht aus, dass sich Frankreich gegen Deutschland und seine Drohungen behaupten könne und auch würde. Jean Fabry, früherer Kriegsminister und seit langem auf die Republik nicht gut zu sprechen, schrieb in der Zeitung *Le Matin*, die stets für eine Verständigung mit Deutschland eingetreten war:

Auf unserer Seite stehen von Schottland bis in die Sahara 106 Millionen Menschen an der gemeinsamen Front: 46 Millionen Briten, 42 Millionen Franzosen, 18 Millionen Nordafrikaner, diese 106 Millionen Menschen haben die freien Weltmeere und alle Reichtümer ihrer Imperien im Rücken⁸.

Sogar der frühere Ministerpräsident André Tardieu, der seit 1934 zuerst an der Republik und dann seiner eigenen Fähigkeit, sie zu reformieren, verzweifelt war, strahlte plötzlich Zuversicht aus.

Der Feind wünscht weder Krieg, noch kann er einen führen – das beweist seine Handlungsweise der letzten vier Jahre. Ihm fehlen Rohmaterial, Goldreserven, Staatsvermögen und Bargeld. Ihm fehlt auch... die Stabilität im Innern ... Er blufft nur. Die Achse (Berlin-Rom) führt einen Nervenkrieg gegen uns. Wenn wir fest bleiben,

*wird die Achse zurückweichen. Das Geheimnis Hitlers... beruht darauf, dass er wie ein Geheizter auf der Flucht Drohungen ausstösst, um einen Zusammenstoss zu vermeiden*⁷.

Aber es gab andere – darunter hochgestellte Persönlichkeiten die nicht daran glaubten und übrigens auch Frankreich nicht die Kraft zutrauten, dem Erbfeind zu widerstehen. Und es gab sehr viele, die gar nicht widerstehen wollten, teils aus Furcht, teils aufgrund ihrer deutschfreundlichen und faschistischen Überzeugung oder aus Hass gegen die demokratische Republik. Am 10. Juli veröffentlichte Marcel Deat, der vom Sozialismus zum Neo-Sozialismus übergewechselt war und kein Hehl aus seinen Sympathien für den totalitären Faschismus machte und schon ein Jahr später zu einem Kollaborateur der Deutschen werden sollte, einen Leitartikel in *L'Œuvre*, der schon bald berühmt und in gewissen Kreisen berüchtigt wurde. Die Überschrift lautete: «Warum für Danzig sterben?» Der Schluss ging dahin, dass es «idiotisch» sei, für Danzig zu sterben. Diese Auffassung wurde sicherlich in der allgemeinen Verwirrung von vielen Franzosen geteilt. Deat genoss zwar den Ruf, einer der intelligentesten französischen Politiker zu sein, doch er begriff nicht, was Hitler seinen Generälen gesagt hatte: dass es gar nicht um Danzig gehe, sondern um die Vernichtung Polens als nächsten Schritt in Richtung auf eine deutsche Hegemonie in Europa. Flandin, der frühere Ministerpräsident und Aussenminister sowie derzeitige Führer der parlamentarischen Mitte, erkannte es vielleicht. Um Deutschland nicht ins Gehege zu kommen, sprach er sich dafür aus, Polen im Stich zu lassen, wie er ein Jahr zuvor die Preisgabe der Tschechoslowakei befürwortet hatte. Er gab später zu, dass er den ganzen Sommer über darauf drängte, Frankreich solle seine Zusagen an Polen zurückziehen⁸. Auch er war jetzt, wie Monzie, für einen Frieden um jeden Preis.

Auch Otto Abetz, dem geschickten deutschen Chefagenten in Paris, gelang es mit grossem Erfolg, die Franzosen davon zu überzeugen, wie «idiotisch» es sei, für Danzig zu sterben. Am 2. Juli raffte sich Daladier endlich dazu auf, Abetz auszuweisen. Diese Massnahme hatte er monatelang aufgeschoben, um Hitler und Ribbentrop nicht zu verärgern. Der kleingeistige deutsche Aussenminister kochte vor Wut. Abetz war nicht nur sein Schützling, sondern gleichzeitig der Pariser Beauftragte der sogenannten «Dienststelle Ribbentrop» in Frankreich, die ihn ebenfalls gedeckt hatte.

Ribbentrop drahtete seinem Botschafter in Frankreich: «Ich bin keinesfalls gewillt, diesen Schritt hinzunehmen, und habe die Absicht, Abetz nach Frankreich zurückzuschicken.» Graf Welzeck wurde angewiesen, dies Daladier persönlich mitzuteilen und ihm, falls sich der Ministerpräsident nicht umstimmen liess, zu sagen, dass Abetz «sich seines Wissens bereits wieder in Frankreich befinde». Obgleich der Botschafter kein Freund des Naziagenten war, entledigte er sich pflichtgemäss dieses Auftrags. Erwartungsgemäss schaltete sich Bonnet mit einem Kompromissvorschlag ein, der die erregten Gemüter in Berlin besänftigen sollte. Er lud Welzeck am 10. August in sein Landhaus ein. Am darauffolgenden Tag kablete der Botschafter nach Berlin:

Bonnet beabsichtigt, Daladier vorzuschlagen, Abetz eindeutige Ehrenerklärungen zu geben, dass er weder der Spionage verdächtig sei noch sonst sich gegen französische Gesetze vergangen habe... Wenn sich die Wellen politischer Erregung in einigen Wochen geglättet hätten, könne man eine Einreiseerlaubnis für Abetz wieder ins Auge fassen⁹.

Diese von Bonnet empfohlene «Ehrenerklärung» wurde auch in *Le Temps* als offizielle Verlautbarung der französischen Regierung veröffentlicht. Aber Frankreich hatte Abetz nicht zum letztenmal gesehen. Nach der Besetzung Frankreichs kehrte er als Hitlers Botschafter nach Paris zurück und nahm – diesmal von einer wesentlich stärkeren Position aus – seine Bemühungen wieder auf, die Franzosen untereinander zu entzweien.

Dies taten bereits einige französische Autoren, manche davon aus ehrlicher Überzeugung. Ein gutes Beispiel dafür war Graf Alphonse de Châteaubriant, der gefeierte Autor von *La Briere*. Während einer Pilgerfahrt durch NS-Deutschland wurde er 1937 rasch bekehrt, ein fanatischer Verehrer Hitlers, in dem er eine Christus gleiche Gestalt sah, und ein uneingeschränkter Bewunderer des nationalsozialistischen Deutschlands. Dort entdeckte er den Humanismus und christliche Ideale, den Friedenswillen gegenüber allen Nachbarn, insbesondere Frankreich, keine Spur von «Beutegier» und eine noble Einstellung. Diesen ganzen Unsinn verkündete der Graf mit überschwenglichen Worten in einem Buch *La Gerbe des forces*, das in seinem Vaterland sofort grosse Beachtung fand. Bei der Lektüre war Henri de Kerillis entsetzt. Er hatte zwar die Pressekampagne gegen Abetz angeführt, bewunderte jedoch Châteaubriant wegen seines Talents und seiner «männlichen Aufrichtigkeit». Er schrieb dazu: «Man fällt von einer Überraschung, von einer Verblüffung in die andere.» Kein Wunder! Châteaubriant schrieb unter anderem:

Hitler ist unendlich gut... Wenn er die Massen mit der einen Hand grüsst, streckt er die andere gläubig nach Gott aus ... Das Denken Hitlers wurzelt tief in den Urgründen des Christentums. Hitler ist bemüht, für Deutschland einen christlichen Tempel zu errichten ... Mit den Nationalsozialisten beginnt das Werk Gottes.

So ging es weiter bis zum Überdruß – und das von einem gefeierten französischen Schriftsteller, der nach Kerillis' eigenen Worten «weder käuflich noch korrupt noch von der deutschen Propaganda bestochen war». So seltsam das auch erscheinen mag, das Buch fand in den militärischen Kreisen Frankreichs viele Leser. Kerillis erinnerte sich später, eines Tages im *Cercle Interallie* einem General begegnet zu sein, der Châteaubriants Buch aus der Tasche zog und ihn nach seiner Meinung darüber befragte. Als Kerillis erwiderte, dieses Buch sei Gift für das Land, sah ihn der General erstaunt an und rief achselzuckend: «Sie gehen immer zu weit!» Bei dem General handelte es sich um Weygand¹⁰, sagt Kerillis.

Châteaubriant war nicht gekauft. Er hatte lediglich den Verstand verloren. Aber andere liessen sich kaufen, und als der Krieg näherrückte, begann Daladier widerstrebend, ihnen

das Handwerk zu legen. Die beiden Journalisten Loys Aubin, Nachrichtenredakteur der angesehenen *Le Temps*, und Poirier, früher Verlagsleiter bei *Le Temps* und derzeit Anzeigendirektor von *Le Figaro*, wurden verhaftet und wegen «Beziehungen zu ausländischen Staaten» angeklagt. Aubin gestand angeblich, aus Deutschland mehrere Millionen erhalten zu haben.

Wen kümmerte jetzt noch das Wohl der Republik? Gewiss die Masse des Volkes, die von der Korruption in den höchsten Kreisen unberührt blieb, sowie die grosse Mehrheit der Parlaments- und Regierungsmitglieder, sowenig sie auch die Ereignisse begriffen. Selbst die meisten Zeitungen und Zeitschriften standen dem Wohl des Staates nicht gleichgültig gegenüber, aber einflussreiche Kräfte arbeiteten geschickt gegen sie.

Am 8. Juni wurde Charles Maurras, Führer der royalistischen Bewegung *Action Française* und erbitterter Gegner der Republik, feierlich in die Academie Française aufgenommen und wurde damit einer der «Vierzig Unsterblichen», wie man ihre Mitglieder zuweilen nannte. Maurras Wahl im vorangegangenen Juni erfolgte kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Wer in die Academie gewählt wurde, genoss in Frankreich allerhöchstes Ansehen, ob er nun Schriftsteller, Politiker, General oder Philosoph war. Jedermann wusste, was diese Auszeichnung Maurras' bedeutete. Georges Bidault, der junge Redakteur der liberalen katholischen Tageszeitung *Aube*, nannte sie eine Herausforderung des republikanischen Regimes und forderte gemeinsam mit anderen Zeitungsmännern den Präsidenten der Republik auf, die Ernennung nicht zu ratifizieren. Lebrun lehnte es aus Bequemlichkeit ab, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, weigerte sich allerdings auch, das neugewählte Mitglied entsprechend alter Sitte zu empfangen*.

Auch die französische Kurie kam den französischen Royalisten zu Hilfe. Einen Monat nach der Aufnahme Maurras' in die Academie – am 7. Juli 1939 – hob der neue Papst Pius XII. den Kirchenbann gegen die *Action Française* auf und erleichterte es dadurch den französischen Katholiken, guten Gewissens durch diese Organisation für die Aushöhung der Republik zu arbeiten**. Auch hierbei hatte Georges Bonnet die Hand im Spiel. Er führte hinter dem Rücken seines Botschafters beim Heiligen Stuhl, Charles-Roux, und gegen den Willen der Kabinettsmehrheit eine Reihe vertraulicher Gespräche mit französischen Royalisten und Vertretern des Vatikans. Als Valerio Valeri, der Nuntius in Paris, beim französischen Aussenminister anfragte, ob die Regierung etwas

* Am 5. April 1939 war Albert Lebrun von der Nationalversammlung für weitere sieben Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Er verdankte seine Wiederwahl grösstenteils der politischen Geschicklichkeit Daladiers. Auf ihn entfielen 506 der insgesamt 994 Stimmen. Das war für den farblosen achtundsechzigjährigen früheren Senator keine überwältigende Mehrheit. In der Nationalversammlung herrschte das Gefühl vor, dass Frankreich angesichts der sich zuspitzenden Krise in Europa eigentlich eine energischere und stärkere Persönlichkeit an der Spitze brauchte – 1914 war es Poincaré doch konnten sich die Parlamentarier auf keinen stärkeren Mann einigen, und vielleicht gab es ihn auch nicht. Die Wahl Lebruns war ein weiteres Missgeschick für Frankreich.

** Eugenio Kardinal Pacelli wurde am 2. März 1939 zum Papst gewählt. Einige französische Zeitungen wiesen sofort darauf hin, dass er als Nuntius zwölf Jahre in Deutschland verbracht hatte, und zwar erst in München und dann in Berlin. Als päpstlicher Staatssekretär hatte er ein Konkordat mit NS-Deutschland ausgehandelt und am 20. Juli 1933 unterzeichnet. Dieses Konkordat bedeutete damals für das neue Naziregime eine dringend benötigte Aufwertung. Sein Stillschweigen zu Massenmorden an Juden sollte nach dem Krieg eine heftige Kontroverse auslösen, und dem deutschen Protestant Rolf Hochhuth als Vorlage für sein vieldiskutiertes Theaterstück *Der Stellvertreter* dienen.

gegen die Aufhebung der Sanktionen gegen die *Action Française* einzuwenden habe, erwiderte Bonnet, hierbei handele es sich um eine religiöse und nicht eine politische Angelegenheit, und ein Pardon für die Royalisten käme der Regierung nicht ungelegen *. Damit hatte der neue Papst grünes Licht und handelte auch rasch ⁿ.

Der herrliche Sommer verblasste allmählich, die Hochstimmung, hervorgerufen von Galaabenden bei den Feiern zum 150. Jahrestag der Revolution, all den prachtvollen Festen der glanzvollsten Saison, die Frankreichs Hauptstadt seit Jahren erlebt hatte, durch die allgemein gute Wirtschaftslage und die Aussicht der Arbeiter auf bezahlte Ferien, wich nun einer allgemeinen Unruhe. Die Schlagzeilen aus Berlin klangen immer bedrohlicher. Die Kriegsfurcht machte sich breit. Es bestand keine grosse Hoffnung mehr, dass es der Republik gelingen könnte, den Frieden zu retten oder zumindest ein Bündnis mit Grossbritannien und Russland zu schmieden, durch das Deutschland auch im letzten Krieg besiegt worden war. Instinktiv fühlte man, dass das Land schwächer, uneiniger und weniger zuversichtlich war als am Vorabend der grossen Prüfung von 1914.

Gespräche mit Russland Sommer 1939

Die französisch-britischen Gespräche mit Russland, II.

Bonnet beschäftigte sich in jenem Sommer überwiegend mit diplomatischen Verhandlungen, die wichtiger waren als die zwielfichtigen Kontakte zu dem neuen Papst wegen der Stärkung der antirepublikanischen Royalisten in Frankreich. Er wollte eine gemeinsame Front der Sowjetunion, Frankreichs und Grossbritanniens gegen Deutschland schaffen, bevor Hitler Polen angriff und Europa in einen Krieg stürzte. Trotz seiner eigentümlichen Methoden war Bonnet nicht unintelligent. Aus den Unterlagen geht hervor, dass er – viel deutlicher als die Briten – erkannte, wie sehr alles von Russland abhing. Wenn Russland sich einem Bündnis des Westens anschloss, würde Hitler zögern, einen Krieg zu beginnen. Russlands Militärmacht im Bündnis mit den Armeen des Westens hätte Hitlers Niederlage bedeutet.

Im Juni stockten die Verhandlungen mit Russland immer noch. Am 1. Juni notierte Monzie, der Minister für öffentliche Arbeiten, in seinem Tagebuch: «Die englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen sind in eine Sackgasse geraten. In Wirklichkeit ist der Plan bereits tot, doch um das zu verschleiern, wird er nicht zu Grabe getragen.

Vielleicht war hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Mehrere Minister dachten wie Monzie.

Daladier und Bonnet freilich hatten den Eindruck, dass die Briten die Verhandlungen verschleppten, und dass dies grösstenteils Chamberlains Haltung zuzuschreiben war. Der Premierminister misstraute den Russen nicht nur, er glaubte auch nicht, dass ihre Militärmacht ausreichend sei, um den westlichen Alliierten viel zu nützen *. Doch am 27. Mai beugte er sich der heftigen Kritik im Unterhaus, deren Wortführer Winston Churchill, Lloyd George und Anthony Eden waren. Er wies den britischen Botschafter in Moskau an, das Einverständnis der britischen Regierung zu Verhandlungen über einen gegenseitigen Beistandspakt, ein Militärabkommen und Garantien an die von Hitler bedrohten Länder bekanntzugeben. Wie der deutsche Botschafter in London nach Berlin berichtete, entschloss sich die britische Regierung nur «äusserst widerwillig» zu diesem Schritt, nachdem sie von «deutschen Fühlern in Moskau» erfahren hatte ^s.

Die Russen drängten die Briten, ihren Aussenminister zur Beschleunigung der Verhandlungen nach Moskau zu entsenden. Doch Lord Halifax weigerte sich, dorthin zu reisen.

* Dies war die Meinung der britischen Militärexperten. Am 6. März hatten beispielsweise die britischen Militär- und Luftwaffenattachés in Moskau in ausführlichen Telegrammen nach London berichtet, die Verteidigungskraft der sowjetischen Armee und Luftwaffe seien zwar beträchtlich, doch fehlte die Fähigkeit, eine ernsthafte Offensive vorzutragen *.

Er erklärte dem sowjetischen Botschafter gegenüber mit allem Nachdruck, er sei «wirklich unabhkömmlich» *.

Eden hatte zwar derzeit kein Regierungsamt inne, erbot sich jedoch, an Halifax' Stelle zu fahren. Davon wollte Chamberlain nichts wissen⁵. Stattdessen entschloss er sich zur Entsendung von William Strang, einem fähigen Berufsdiplomaten, der weder im Inland noch im Ausland bekannt war und der von seiner Dienstzeit in Moskau eine Abneigung gegen die Bolschewiken mitgebracht hatte. In Churchills Augen war diese Ernennung «ein weiterer Fehler». Die Entsendung eines Beamten von so untergeordnetem Rang «kam schon einer Kränkung gleich»⁶. Das liessen auch die Russen deutlich erkennen. In ihren Augen war es ein weiterer Beweis dafür, dass Chamberlain an der Verwirklichung eines Bündnisses gegen Hitler nicht sehr viel gelegen war.

Schon am 23. März hatte Molotow in seiner ersten öffentlichen Rede als Aussenminister schwere Vorwürfe gegen die westlichen Demokratien wegen ihrer zögernden Haltung erhoben. Falls es ihnen ernst sei, gemeinsam mit Russland der Aggression entgegenzutreten, müssten sie nunmehr in die Sachverhandlungen eintreten und drei Hauptpunkten zustimmen:

1. Abschluss eines dreiseitigen Beistandspaktes.
2. Garantien an die Staaten Mittel- und Osteuropas, einschliesslich *aller* an die Sowjetunion angrenzenden europäischen Länder.
3. Abschluss eines klarumrissenen Militärabkommens über Art und Umfang der unmittelbaren und wirksamen Hilfe, die sich die drei Staaten untereinander sowie gegenüber den kleineren Ländern im Falle einer Aggressionsdrohung zu leisten hatten.

Noch am selben Tag rief er die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens zu sich. Er bestand darauf, die in Betracht gezogenen Garantien müssten wegen des langwierigen Verfahrens im Völkerbund automatisch wirksam werden, ohne die von den Briten vorgeschlagene Einschaltung des Völkerbunds, und die Garantien an die baltischen Staaten einschliesslich Finnlands müssten unabhängig von deren Zustimmung und notfalls gegen ihren Willen erteilt werden.

Die französische Regierung stimmte dem sowjetischen Vorschlag rasch zu, aber der britischen Regierung ging er zu weit. Sie lehnte eine Garantie für ein Land gegen dessen Willen ab. Diese Haltung war vom ethischen Standpunkt aus gesehen bewundernswürdig. Da jedoch Polen, Rumänien und die baltischen Staaten deutlich festgestellt hatten, dass sie keine Garantien Russlands wünschten, machte diese Haltung ein wirksames Bündnis mit Russland praktisch unmöglich, wie Bonnet während des ganzen Monats Juni gegenüber London erklärte. Chamberlain und Halifax gaben schliesslich nach, aber unter der Bedingung, dass die Garantieerklärungen an die kleineren Länder *geheimgehalten* werden sollten. Inzwischen waren die westlichen Demokratien zu jedem Zugeständnis bereit – die Briten höchst widerwillig und die Franzosen nur aus Verzweiflung.

Am 4. Juli gab es zwischen beiden Seiten nur noch zwei ernsthafte Streitfragen: die Verständigung über den Begriff der «indirekten Aggression» und die Klärung der Frage,

ob die politische Vereinbarung vor einem Militärpakt unterzeichnet werden sollte. Zur ersten Frage hatten die Briten erklärt, nur die Regierung eines Staates selbst sei befugt zu entscheiden, ob dieser Staat das Opfer einer Aggression sei oder nicht. Doch die Russen hatten das Beispiel der Tschechoslowakei angeführt, deren Regierung unter äusserstem Druck einer fremden militärischen Besetzung *zugestimmt* hatte. Molotow erklärte, für einen solchen Fall müsse Vorsorge getroffen werden, und schlug vor, unter «indirekter Aggression» auch «den Fall eines internen Staatsstreichs oder eines für den Aggressor vorteilhaften politischen Umschwungs» zu verstehen. Er befürchtete, die bedrängten baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen könnten sich Drohungen aus Berlin beugen und die Deutschen schlicht zum Einmarsch «einladen», wie es die Tschechoslowakei bereits getan hatte. Damit stünden Hitlers Truppen an der Grenze zur Sowjetunion.

Die Briten waren zwar bereit, gegen einen ähnlichen Fall wie die Tschechoslowakei Vorsorge zu treffen, weigerten sich jedoch, dabei so weit zu gehen wie die Russen, und wiesen die auch in diesem Punkt konzessionsbereiten Franzosen darauf hin, nach dem russischen Vorschlag könne schon ein Regierungswechsel in einem der Staaten, an die Garantien erteilt werden sollten, Moskau als Vorwand für eine Intervention und den Beginn eines europäischen Krieges dienen. Dieses Hindernis konnte bis zuletzt nicht beseitigt werden.

Am 8. Juli hatten zumindest die Franzosen den Eindruck, dass Molotow nach einer Besprechung mit den alliierten Botschaftern zu weiteren Zugeständnissen in dieser Frage bereit sei. Er bestand jedoch darauf, dass vor Abschluss eines Militärabkommens kein politischer Vertrag unterzeichnet werden sollte. Diese Forderung verärgerte London und brachte Bonnet «aus der Fassung». Er protestierte mit der Begründung, dieses Verfahren sei «gefährlich und stehe im Widerspruch zu allen Präzedenzfällen». Er räumte ein, die sowjetische Regierung könne vielleicht an jenen «Präzedenzfall» gedacht haben, den Frankreich 1935 schuf, als es sich nach Unterzeichnung eines Beistandspakts mit Russland weigerte, ein Militärabkommen zu schliessen. Er hätte auch noch hinzufügen können, dass sich die Franzosen selbst bekanntlich erst im Mai geweigert hatten, die politischen und militärischen Verträge mit Polen aufeinander abzustimmen. Schliesslich empfahl Bonnet den Briten einen Kompromiss: die Unterzeichnung eines politischen Abkommens mit der UdSSR, das auch Molotows Definition der «indirekten Aggression» enthielt, mit dem Vorbehalt, dass dieses Abkommen erst nach Abschluss einer Militärkonvention in Kraft treten solle.

Doch Londons Geduld war zu Ende. Die britische Regierung wies mit einem *Aide-memoire* vom 13. Juli sowohl die sowjetische Definition der «indirekten Aggression» als auch den zweiten sowjetischen Vorschlag zurück, den politischen Vertrag vom Abschluss eines Militärpakts abhängig zu machen.

Wir haben den Punkt erreicht, an dem wir nicht länger jede neue Forderung der sowjetischen Regierung akzeptieren können.

Das *Aide-mémoire* zählt sechs Zugeständnisse an Moskau auf und schliesst mit den Worten:

Unsere Geduld ist fast erschöpft, und die sowjetische Regierung darf in Zukunft nicht mehr mit unserer Bereitschaft rechnen, jeder neu erhobenen Forderung nachzugeben. Die Regierung Seiner Majestät könnte sich gezwungen sehen, ihre Haltung grundsätzlich zu überprüfen ⁷.

Im Gegensatz dazu muss man Bonnet zugutehalten, dass seine Geduld unerschöpflich war. Er fand sich mit der britischen Haltung nicht widerspruchlos ab und begann, das Aussenministerium in London über seinen dortigen Botschafter und auch über den britischen Botschafter in Paris mit Telegrammen zu bombardieren. Am 18. Juli beauftragte er Botschafter Corbin, unverzüglich Lord Halifax aufzusuchen und darauf zu «bestehen», den britischen Botschafter in Moskau noch «heute abend» neue Anweisungen zu erteilen, die ihm «ausreichenden Handlungsspielraum» geben sollten, um das politische Abkommen zu den besten noch erreichbaren Bedingungen abzuschliessen ⁸. Am 19. Juli rief er Sir Eric Phipps zu sich und überreichte ihm einen persönlichen Brief an Lord Halifax zur telegrafischen Weiterleitung. Die britische Regierung wurde darin aufgefordert, ihre Zurückhaltung aufzugeben und den politischen Vertrag zu unterzeichnen.

Unsere Verhandlungen dauern nun schon vier Monate... Sowohl der Ministerpräsident als auch ich sind der Auffassung, dass es äusserst wichtig ist, sie nunmehr zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen ...

Am selben Tag wurde Corbin «dringlich» angewiesen, bei der britischen Regierung auf «Erfüllung aller sowjetischen Forderungen und dem unverzüglichen Beginn militärischer Gespräche» zu bestehen.

Die zögernde Haltung der britischen Regierung an der Schwelle der entscheidenden Verhandlungsphase stellt nicht nur eine Einigung in Frage, sondern auch die Konsolidierung unserer diplomatischen und strategischen Stellung in Mitteleuropa. Alle Bollwerke unserer Sicherheit in Europa werden zerstört werden ... ⁹

Am nächsten Tag stimmte die britische Regierung der Aufnahme militärischer Gespräche zu, lehnte jedoch nach wie vor die sowjetische Definition der «indirekten Aggression» ab, und zwar wegen der Befürchtung, wie Corbin am 20. Juli an Bonnet telegraphierte, dass die Sowjets daraus das Recht ableiten würden, «in die inneren Angelegenheiten bestimmter dritter Staaten einzugreifen und sie einem Druck auszusetzen, der mit der Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit unvereinbar wäre» ¹⁰.

Am 24. Juli suchten der französische und der britische Botschafter in Moskau Molotow

auf. Sie trafen ihn zu ihrer Überraschung in versöhnlicher Stimmung vor. Wie der französische Missionschef, Paul Emile Naggiar, telegrafisch nach Paris meldete, erklärte sich der sonst so unbeugsame Sowjetkommissar bereit, nach Einigung über die wesentlichen Punkte des politischen Beistandspaktes – die unterschiedlichen Auffassungen über die Definition der «indirekten Aggression» seien «zweitrangig» – nunmehr zur Ausarbeitung eines Militärabkommens zu schreiten, das die im Beistandspakt enthaltenen Verpflichtungen erläutern sollte. Die Sowjetunion sei zur sofortigen Aufnahme von Gesprächen bereit.

Frankreich war es auch. Daladier hatte bereits Armeegeneral André Doumenc, den früheren stellvertretenden Generalstabschef unter General Weygand und einen der fähigsten Offiziere der französischen Armee, zum Leiter der französischen Militärmission ernannt und ihn angewiesen, sich zur sofortigen Abreise nach Moskau bereitzuhalten. Aber die Briten liessen sich wiederum Zeit. Chamberlain hatte die ganze Angelegenheit der Staatsgespräche mehr als lässig betrieben und seine Zustimmung zu diesen Verhandlungen erst am 31. Juli vor dem Unterhaus bekanntgegeben*.

Die personelle Zusammensetzung seiner Militärmission erregte im In- und Ausland Erstaunen. Der Chefdelegierte war erwartungsgemäss ein Marineoffizier, Admiral Sir Reginald A. R. Plunkett-Erle-Drax, bis vor einem Jahr Stützpunktcommandant in Plymouth. Ein junger Hauptmann der französischen Mission hatte den Eindruck, er sähe aus, wie «einem Porträt des Admirals Rodney entstiegen». (George Brydges Rodney war ein englischer Seeheld des 18. Jahrhunderts.) Er war ein schlichter, aufrichtiger Seebär und, wie sich schon sehr bald herausstellen sollte, völlig ungeeignet für Verhandlungen auf dieser Ebene.

Die Russen kamen ihm vor wie Marsmenschen. Die Royal Air Force wurde durch Luftmarschall Sir Charles Burnett vertreten, einen hervorragenden Piloten, der sich vom einfachen Flieger emporgedient hatte, der aber weder etwas von Strategie noch von Diplomatie verstand. Vertreter des Heeres war Generalmajor T.G.G. Heywood, ein sehr fähiger Offizier mit diplomatischer Erfahrung.

Der deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen, beschreibt in einer Depesche vom 1. August die britische Delegation. Gleichzeitig weist er auf die Skepsis hin, die in London hinsichtlich der Aussichten der Moskauer Gespräche mit dem Westen herrschte.

Diese Skepsis ergibt sich aus der Zusammenstellung der britischen Militärmission. Der Admiral... ist praktisch im Ruhestand und war nie im Admiralstab; der General ist ebenfalls reiner Frontoffizier; der Fliegergeneral ist als hervorragender Pilot und Fluglehrer bekannt, aber nicht als Stratege. Dies spricht dafür, dass die Militärmission mehr den Auftrag hat, den Gefechtswert der Sowjetkräfte festzustellen, als operative Abmachungen zu treffen ... Die Wehrmachtsattachés stellen übereinstimmend in britischen

* Genauso abwartend verhielt sich William Strang, der seit dem 14. Juni an den Moskauer Gesprächen teilgenommen hatte. «Es ist in der Tat aussergewöhnlich», schrieb er am 20. Juli an das Aussenministerium, «dass man von uns verlangt, mit der Sowjetregierung über militärische Geheimnisse zu sprechen, bevor wir sicher sein können, dass die Sowjets tatsächlich unsere Verbündeten werden ...»

Militärkreisen eine überraschende Skepsis hinsichtlich der bevorstehenden Gespräche mit den sowjetischen Streitkräften fest¹².

Die Skepsis der britischen Regierung ging sogar so weit, dass sie Admiral Drax nicht einmal eine schriftliche Verhandlungsvollmacht mitgab, ein Versehen – falls es überhaupt eines war –, über das sich Marschall Woroschilow beim ersten Treffen der Stabs-offiziere beklagte.

Aber wenn Admiral Drax auch keine schriftliche Vollmacht besass, so hatte er doch geheime schriftliche Anweisungen für sein Vorgehen bei dem Treffen in Moskau. Er wurde darin ermahnt, «bei den (militärischen) Gesprächen Zeit zu gewinnen und so die Fortschritte der politischen Verhandlungen im Auge zu behalten», bis eine solche politische Vereinbarung abgeschlossen war¹³. Es wurde ihm klargemacht, dass bis zur Unterzeichnung des politischen Abkommens keine vertraulichen militärischen Informationen an die Russen weitergegeben werden dürften. Aus den vertraulichen britischen und französischen Dokumenten geht hervor, dass die Regierung Chamberlain entschlossen war, sich bei der Präzisierung der militärischen Verpflichtungen eines jeden Landes – insbesondere des eigenen – in dem vorgeschlagenen Beistandspakt viel Zeit zu lassen*.

Die Franzosen hatten es zwar eiliger, doch waren General Gamelins Anweisungen vom 29. Juli an General Doumenc, wie der gewitzte junge Stabsoffizier Hauptmann Beaufre, sofort erkannte, «in vielen wesentlichen Punkten vage und ausgesprochen negativ in den vermutlich entscheidenden Fragen»**.

Während Anfang August die deutsche Wehrmacht bereits mit überwältigender Übermacht an der polnischen Grenze aufmarschierte, schien die wichtigste Frage immer noch die eventuelle Unterstützung Polens durch die Rote Armee zu sein. Aber General Gamelin versuchte, dieser Frage auszuweichen.

Gamelins Anweisungen lauteten:

Die Polen können zu Friedenszeiten nicht offiziell eine Intervention russischer Streitkräfte auf ihrem Territorium für den Kriegsfall zulassen. Im Augenblick der Gefahr werden sie jedoch zweifellos die Hilfe der sowjetischen Luftwaffe und vielleicht sogar motorisierte Einheiten akzeptieren. Es ist nach wie vor unwahrscheinlich, dass sie ihre Grenzen für russische Truppen aller Waffengattungen öffnen werden¹⁴.

* Die Franzosen erhielten am 31. Juli eine Kopie der britischen Anweisungen an Admiral Drax. Nach Angabe des damaligen Hauptmanns André Beaufre, eines Mitglieds der französischen Militärmission, «empfahlen sie, behutsam vorzugehen, keinerlei wichtige Informationen preiszugeben, immer an die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens zu denken und bei den Verhandlungen auf Zeitgewinn hinzuarbeiten»¹⁴. Dass die Angehörigen der britischen Militärmission ihre Anweisungen begriffen hatten, verdeutlichte Luftmarschall Bumett in einem Schreiben an den Chef seines Luftwaffenstabes: «Der Regierung ist bekanntlich daran gelegen, die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen

** Bei aller Ausführlichkeit in so vielen anderen Dingen erwähnt Gamelin diese Instruktionen in seinen Memoiren nicht. Die Historiker verdanken ihre Enthüllung dem späteren General Beaufre, von dem auch die einzige, bis 1967 greifbare umfassende und belegte Darstellung der Militärgespräche in Moskau aus französischer Sicht stammt. Die britische Regierung hat ihre Version ausführlich in DBrFP VII, insbesondere Anhang II, dargestellt, der alle Sitzungsprotokolle sowie die dazugehörigen vertraulichen Aktennotizen und Depeschen enthält.

So nahte der August, der Monat, in dem nach Einbringung der Ernte der Krieg beginnen konnte; so war es 1914 gewesen, und so drohte es wieder zu sein. Immer noch fand sich General Gamelin seelenruhig mit der starren Haltung Polens hinsichtlich einer russischen Hilfe ab, obgleich er bekanntlich wusste, wie unheilbringend diese Politik war. Selbst jetzt noch bewies er, wie Beaufre sagt, dass Frankreich die Frage der russischen Hilfe nicht ernst nahm, da es in ihr noch nicht die Grundlage eines erfolgreichen Widerstands gegen Deutschland sah – nicht nur in Polen, sondern auch im Westen. Ironischerweise begriffen die Deutschen das.

Inzwischen wusste es vielleicht auch Daladier. Am 31. Juli empfing der französische Ministerpräsident General Doumenc zu einer Abschiedsvisite. «Bringen Sie uns ein Übereinkommen mit – koste es, was es wolle», sagte er ihm¹⁷.

Dennoch schien man es weder in Paris noch in London eilig zu haben. Per Flugzeug wäre die französisch-britische Militärmission an einem Tag nach Moskau gelangt, aber die beiden Regierungen beschlossen, dass sie mit einem langsamen Dampfer nach Russland reisen sollte, nämlich der 9'000-Tonnen-Dampfer *City of Exeter*, einem Passagierschiff und Frachter, der zuvor auf der Südafrika-Linie eingesetzt war. Wie der stellvertretende sowjetische Aussenminister Wladimir Potemkin bemerkte, fuhr das Schiff «nicht über dreizehn Knoten». Er schätzte richtig: die alliierte Militärmission brauchte bis Moskau sechs Tage. Die *Queen Mary* hätte sie in kürzerer Zeit quer über den Atlantik nach New York schaffen können.

Am 5. August lief die *City of Exeter* mit ihrer indischen Besatzung und den sechsundzwanzig Offizieren der französisch-britischen Militärmission von Tilbury aus und nahm Kurs auf die Ostsee und Russland.

An Bord des Schiffes arbeiteten die Mitglieder der Mission einen Entwurf für ein Militärabkommen aus. Nach Hauptmann Beaufres Auffassung war es von genau jenem Geist getragen, mit dem die alliierten Militärs in die Verhandlungen mit ihren Moskauer Kollegen eintraten. Der wichtige Artikel Nr. 7 begann mit den Worten:

Die Verteidigung des polnischen und rumänischen Territoriums ist im Wesentlichen Aufgabe der Streitkräfte dieser beiden Mächte.

Sollten die beiden Länder jedoch um Hilfe ansuchen, würden die drei Alliierten darauf eingehen, insbesondere mit «Luftunterstützung, Kriegsmaterial und Fachberatern»¹⁸.

Die westlichen Militärexperten ahnten noch nicht, wie wenig dies den sowjetischen Forderungen – oder der rauen Wirklichkeit – entsprach. Sie sollten es bald erfahren. Doch schon zu Beginn machte sich die breite Kluft zwischen der russischen und der westlichen Welt bemerkbar. Beaufre fühlte sie, als das Schiff um Mitternacht des 9. zum 10. August unter einem fahlen nördlichen Himmel in Leningrad einlief. Während die indische Besatzung mit dem Festmachen beschäftigt war, standen die britischen und französischen Offiziere in ihren Paradeuniformen auf der Brücke und sahen hinunter auf das schäbig gekleidete Volk. Beaufre notierte später: «Der Kontrast zwischen den beiden Welten,

die nun Zusammentreffen sollten, liess sich kaum deutlicher versinnbildlichen.» Bald nachdem diese beiden Welten zusammentrafen – und zusammenstiessen – berichtete Luftmarschall Sir Charles Burnett, der Beaufre an einen englischen Stahlstich von einer Fuchsjagd erinnerte, über seine Eindrücke von den beiden hohen sowjetischen Generälen, die ihm gegenüber sass: «Ich habe selten so unangenehme Gesichter gesehen^{1B}.»

Am 19. August erreichte die französisch-britische Militärmission endlich Moskau und traf sich am darauffolgenden Tag mit der sowjetischen Delegation unter Führung von Marschall Kliment E. Woroschilow, dem Volkskommissar für Verteidigung, und General Boris Schaposchnikow, dem Chef des Generalstabs der Roten Armee, zu ihrer ersten Arbeitssitzung.

Es war höchste Zeit.

Geheime Annäherung zwischen Berlin und Moskau, II.

Vielleicht war es sogar schon zu spät.

Auch die Deutschen hatten sich an Moskau gewandt. Den ganzen Mai und Juni hindurch konnte sich Hitler nicht schlüssig werden, ob er der von ihm so verachteten Sowjetunion entgegenkommen sollte, um die Verhandlungen zwischen ihr und den Alliierten zu hintertreiben. Am 25. Mai wurde das Auswärtige Amt in Berlin unterrichtet, der «Führer» wünsche «erträglichere Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion herzustellen». Botschafter Schulenburg erhielt entsprechende neue Anweisungen und wurde ersucht, Molotow «baldmöglichst» aufzusuchen. Hitler billigte zunächst den Entwurf dieser Anweisungen, überlegte es sich am folgenden Tag jedoch anders und verbot ihre Absendung. Vier Tage später, am 30. Mai, änderte er seine Meinung noch einmal und befahl eine «modifizierte Fühlungnahme» mit Molotow. In Moskau wurden Gespräche über ein neues Wirtschaftsabkommen aufgenommen, aber bereits am 29. Juni von Hitler abrupt wieder abgebrochen.

Die Initiative zu ihrer Wiederaufnahme ging von den Russen aus. Am 18. Juli gaben sie den Deutschen zu verstehen, sie seien zu einer «Ausweitung und Vertiefung» der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen bereit. Hitler zeigte sich interessiert, da er für seinen Krieg ausländisches Rohmaterial dringend brauchte. Schulenburg wurde angewiesen, «zum frühestmöglichen Zeitpunkt» ein Handelsabkommen abzuschliessen und die Fäden seiner früheren politischen Gespräche mit Molotow wiederaufzunehmen. Er wurde über geheime Verhandlungen zwischen der Wilhelmstrasse und der sowjetischen Botschaft in Berlin unterrichtet, in deren Verlauf die Deutschen zum erstenmal andeuteten, sie hätten Russland mehr zu bieten als die westlichen Demokratien, insbesondere «hinsichtlich der lebenswichtigen sowjetischen Interessen in Polen und im Baltikum». Hier werden zum erstenmal die Themen erwähnt, die nach Ansicht der Deutschen Grundlage für ein Geschäft mit der Sowjetunion werden könnten – für ein Geschäft auf Kosten Polens und der baltischen Länder, wie es die westlichen Alliierten in dieser Form

weder schliessen konnten noch wollten. Genau das sollte Schulenburg Molotow klar machen. Die Depeschen aus Berlin klangen jetzt drängender. Am 31. Juli wurde er in einem «dringenden und geheimen» Telegramm aufgefordert, sich unverzüglich um ein Treffen mit Molotow zu bemühen und zur Sache zu kommen. Dieses Datum verdient es, festgehalten zu werden. Am selben Tag verkündete Chamberlain vor dem Unterhaus, dass eine alliierte Militärmission nach Moskau reisen werde.

Diese Ankündigung spornte die Deutschen an. Der 3. August – zwei Tage vor der Abfahrt der englisch-französischen Delegation nach Russland – war für Berlin ein entscheidender Tag. Die deutsche Regierung hatte ihre Beschlüsse gefasst. Ribbentrop unterrichtete Botschafter Schulenburg persönlich in zwei «geheimen, sehr dringlichen» Telegrammen, die durch ein drittes von Weizsäcker ergänzt wurden²⁰. Der deutsche Aussenminister teilte seinem Moskauer Botschafter über seine Unterhaltung mit dem sowjetischen Geschäftsträger Astachow am Tag zuvor folgendes mit:

Ich habe dabei den deutschen Wunsch nach Neugestaltung der deutsch-russischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht und erklärt, dass von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer kein Problem vorliege, das nicht zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden kann. Auf Wunsch Astachows nach Konkretisierung des Gesprächs auf beide Länder interessierende aktuelle Fragen habe ich mich zu solchem Gespräch bereit erklärt...

In einem zweiten Telegramm gab Ribbentrop bekannt, er habe gegenüber Astachow «eine leichte Andeutung gemacht, dass wir uns mit Russland über das Schicksal Polens verständigen könnten». Weizäckers Mitteilung lag zwischen den beiden Depeschen Ribbentrops. Er unterrichtete Schulenburg, der noch für denselben Abend mit Molotow verabredet war, «dass wir... nach politischer Lage und im Interesse der Beschleunigung... zu konkreter Fortsetzung bereit wären».

Nun hatten es die Deutschen eilig. Bis zum 1. September, Hitlers Termin für den Überfall auf Polen, blieb nur noch knapp ein Monat. Als Schnurre, ebenfalls an diesem 3. August, mit Astachow zusammentraf, betonte er, wie wichtig es sei, «innerhalb der nächsten Tage... schnellstmöglich eine Grundlage zu schaffen». Aber die Deutschen hatten es nicht nur eiliger als die Franzosen und die Briten, sie waren auch zu einer viel weitergehenden Verständigung mit den Bolschewisten bereit.

Dem erfahrenen französischen Geschäftsträger in Berlin, Jacques Tarbe de Saint-Hardouin, fiel die veränderte Atmosphäre in der deutschen Hauptstadt auf. Am 3. August, diesem Tag eifriger Tätigkeit der deutschen und sowjetischen Diplomaten, berichtete er nach Paris:

Im Laufe der letzten Woche war in Berlin eine einschneidende Veränderung der politischen Atmosphäre bemerkbar... Auf die Zeit der Verlegenheit, des Zögerns und der Neigung zur Improvisation oder gar Nachgiebigkeit folgt unter dem ns-Führer nun eine neue Phase²¹.

Hitler hatte endlich beschlossen, die westlichen Demokratien in Moskau zu überbieten. Er war nun seines Erfolgs sicher. Der französische Diplomat hatte richtig beobachtet: In Berlin war die Periode der Unsicherheit vorüber. Nach einer Einigung mit Russland konnte Deutschland in den Krieg eintreten.

Am 12. August erklärte Hitler auf dem Obersalzberg Graf Ciano, er werde nun tatsächlich Ende August losschlagen, da der Oktoberregen die schlechten polnischen Strassen unpassierbar machen werde. Gegen Ende des Treffens wurde Hitler ein «Telegramm aus Moskau» überreicht, wie das deutsche Protokoll angibt. Hitler überflog es und wandte sich dann an den italienischen Aussenminister. Er sagte: «Die Russen sind mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhändlers nach Moskau einverstanden²².»

Ein «Telegramm aus Moskau» ist in den erbeuteten deutschen Akten zwar nicht auffindbar, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass ein Fernschreiben vom 12. August aus dem Auswärtigen Amt in Berlin gemeint war. Die sowjetische Botschaft hatte das Auswärtige Amt an diesem Tag davon in Kenntnis gesetzt, dass Molotow nunmehr bereit sei, die von den Deutschen aufgeworfenen Fragen einschliesslich «der polnischen Frage» zu besprechen, und dass die sowjetische Regierung Moskau als Besprechungsort vorschlage. Molotow betonte jedoch, diese Gespräche müssten «etappenweise» geführt werden²³.

Aber Hitler konnte «etappenweise» Verhandlungen mit den Russen nicht abwarten. Am 1. September musste der Angriff auf Polen beginnen, und inzwischen war es Mitte August. Wenn es ihm noch gelingen sollte, die britisch-französischen Verhandlungen in Moskau zu torpedieren – die ersten militärischen Gespräche hatten an diesem 12. August begonnen – und Stalin für seinen eigenen Vorschlag einzunehmen, so musste dies rasch und in einem Zug geschehen und nicht schrittweise.

Auch Montag, der 14. August, wurde ein entscheidender Tag für die Deutschen. Um 22 Uhr 53 sandte Ribbentrop ein ausführliches «sehr dringliches» Telegramm «an den Botschafter persönlich». Er wies Schulenburg an, Molotow den Inhalt in Form einer Verbalnote zur Kenntnis zu bringen. Eine «rasche Klärung der deutsch-russischen Beziehungen» sei nötig, drahtete er, ebenso eine Vereinbarung über «territoriale Fragen in Europa. Da sich... diese Klärung über die normalen diplomatischen Kanäle nur langsam herbeiführen lässt, bin ich zu einem kurzen Besuch in Moskau bereit, um Herrn Stalin die Ansichten des Führers zu erläutern. Es sollte nicht unmöglich sein, hierbei das Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu legen.»

Worum es sich dabei handeln sollte, das wurde schlauerweise so formuliert, dass es Stalin gefallen musste. Die westlichen Demokratien «versuchen Russland in einen Krieg mit Deutschland hineinzutreiben», erklärte Ribbentrop. Genau das hatte Stalin bereits im März auf dem Parteikongress gesagt.

Die Deutschen hatten aber einen weiteren Köder ausgelegt, der dem sowjetischen Diktator noch mehr Zusagen musste:

Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und Russland bestehen nicht... Die Reichsregierung ist der Auffassung, dass es zwischen Ostsee und Schwarzem Meer keine Frage gibt, die nicht zur vollen Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte. Zu diesen Fragen gehören: Ostsee, Baltikum, Polen, Südost...²⁴

Das war ein Angebot an die Sowjetunion, Osteuropa, darunter auch Polen, aufzuteilen. Ein Angebot, wie es die Franzosen und Briten nicht zu bieten hatten – und selbst, wenn sie es gekonnt hätten, auch nicht wollten, obwohl die Russen versucht hatten, dieses Thema bei den Militärmissionen vorsichtig anzusprechen, insbesondere was das Baltikum betraf, die einstigen russischen Provinzen. Der deutsche Vorschlag brachte Stalin einen doppelten Vorteil: Einmal vermied er einen Krieg mit Deutschland, den er ohnehin sehr fürchtete, und zum anderen bekam er – sozusagen auf einem Tablett serviert, ohne das Risiko kostspieliger Konflikte eingehen zu müssen – all jene Territorien zurück, die der Sowjetunion nach dem ersten Weltkrieg auf Drängen der Westmächte im Baltikum, in Polen und in Rumänien abgenommen worden waren. Andererseits bedeutete ein Zusammengehen mit Frankreich und Grossbritannien mit Sicherheit die Verwicklung in einen Krieg mit Deutschland, in dem die westlichen Alliierten vielleicht untätig zuschauen würden, wie Hitlers motorisierte Armeen Polen und Russland überrannten. Selbst im Falle eines endgültigen Sieges mochte dann von der Sowjetunion und dem bolschewistischen Regime so wenig übrig sein, dass keine Aussicht auf eine Rückgewinnung der verlorenen Gebiete bestand. Diese Faktoren, wie Stalin sie sah, muss man sich vor Augen halten, wenn man die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten in der sowjetischen Hauptstadt betrachtet.

Die französisch-britischen Gespräche mit Moskau, III.

Auch für die militärischen Gespräche in Moskau war dieser 14. August ein entscheidender Tag. Sie hatten seit dem Beginn vor zwei Tagen unter keinem guten Stern gestanden. Marshall Woroschilow hatte dagegen protestiert, dass Admiral Drax keine schriftliche Verhandlungsvollmachten vorlegen konnte. Er selbst und General Doumenc, der eine von Daladier unterschriebene *Ordre de Service* besass, hatten ihre Vollmachten²⁵ vorgewiesen*.

Die bürokratischen Russen entnahmen daraus die Absicht der Briten, die Verhandlungen nicht mit dem entsprechenden Ernst zu führen. Ihr Zutrauen in die westlichen Alliierten wurde durch die zweite und dritte Arbeitssitzung am 13. August auch nicht gefördert. Die Sowjets wollten harte Tatsachen hören, was die französisch-britischen Streitkräfte und Pläne betraf, während General Doumenc und Admiral Drax nach bestem Vermögen

* In Anmerkung 25 sind die wichtigsten Quellen, auf die sich der Verfasser bei diesem Abschnitt über die Militärverhandlungen in Moskau und deren Widerhall in London, Paris und Warschau stützt, zu finden. Besondere Anmerkungsnummern für die einzelnen Quellen sind unterblieben, um den Text nicht zu belasten. Aber alle Erklärungen, Zitate, Depeschen und Noten sind in den angegebenen Quellen voll belegt.

ihren Instruktionen folgten, so wenig an Informationen wie nur möglich preiszugeben, wovon manches offenbar noch nicht einmal der Wahrheit entsprach.

Hauptmann Beaufre bemerkte zu General Doumencs Darstellung der Streitkräfte, die Frankreich im Falle eines Angriffs auf Polen gegen Deutschland einsetzen würde: «Gelinde ausgedrückt ist das eine leichte Übertreibung.» Unter anderem erklärte der französische General den Russen, die Maginotlinie erstreckte sich jetzt «von der Schweizer Grenze bis zum Meer», während doch jeder Zeitungskorrespondent wusste, dass sie nicht einmal halb so lang war und die britische Armee südlich Belgiens entlang einer unverteidigten Grenze exponierte. Selbst die mit den Tatsachen vertrauten Franzosen waren von der Grösse der britischen Armee überrascht, die nach General Heywoods Worten ins Feld geführt werden sollte: 16 Divisionen «in den Anfangsstadien eines Krieges», und später noch weitere 16 Divisionen. Nach Beaufres Schätzung war dies «drei- bis viermal» soviel, wie die Briten den Franzosen in den jüngsten Staatsgesprächen zugesichert hatten. Aber Woroschilow, der den britischen und französischen Offizieren bereits sein dickes Fell bewiesen hatte, liess sich nicht irritieren. «Wie viele Divisionen werden Sie zur Verfügung haben, falls schon bald ein Krieg ausbricht?» fragte er, und zwang damit den britischen General, der sich so mannhaft um eine Ausflucht bemüht hatte, zu dem Eingeständnis, im Augenblick stünden England nur «5 reguläre Divisionen und 1 motorisierte Division» zur Verfügung. Beaufre hatte zu diesem Zeitpunkt das Gefühl, dass «die sowjetische Delegation nunmehr die ungeheure Schwäche des britischen Weltreichs noch deutlicher erkannte».

Während der beiden Sitzungen des 13. August stellte der «schreckliche Woroschilow», wie ihn der französische Hauptmann nicht ohne eine gewisse Zuneigung nennt, bohrende Fragen an seine Besucher, die doch Anweisung hatten, gerade diesen Fragen nach Möglichkeit auszuweichen. Welche Streitkräfte kann Polen gegen Deutschland auf stellen? Und wie sieht der polnische Verteidigungsplan aus? Der arme Doumenc konnte nur zugeben, dass er das nicht wisse. Und wie steht es um Belgien? fragte Woroschilow, wobei er zweifellos an die Überrennung dieses kleinen Landes durch die Deutschen im Jahre 1914 dachte. Die Verteidigung Belgiens, erwiderte Doumenc, sei «in erster Linie Aufgabe der belgischen Streitkräfte. Französische Truppen dürfen das Land nicht unaufgefordert betreten, aber Frankreich ist bereit, einer solchen Aufforderung Folge zu leisten.»

Gegen Ende der Nachmittagssitzung des 13. August stellte Woroschilow sodann die entscheidende Frage: *Wie stellen sich die Generalstäbe Frankreichs und Grossbritanniens die möglichen Aktionen der Roten Armee im Falle einer Aggression gegen Polen und Rumänien vor, da doch Russland keine gemeinsame Grenze mit Deutschland habe und «auf dem Territorium anderer Staaten operieren muss»?* Er erbat eine Antwort bis zum nächsten Tag. Dass die Russen diese Grundfrage stellten und die westlichen Alliierten ihr auszuweichen suchten, führte zur Krise des 14. August und den nachfolgenden Ereignissen.

Als Woroschilow am 14. August gleich zu Beginn des Treffens eine Antwort auf seine Frage forderte, wollten ihn Admiral Drax und General Doumenc zunächst hinhalten.

Der französische General erklärte, es sei die Pflicht Polens und Rumäniens, «ihre eigenen Grenzen zu verteidigen, doch müssten die drei hier vertretenen Mächte zur Hilfe bereit sein, wenn um eine solche ersucht wird». Woroschilow gab zu bedenken, sie «könnten zu spät um Hilfe ansuchen», und bis zu deren Eintreffen von den Deutschen bereits überrollt sein. Daraufhin erklärte Admiral Drax, es sei sicher, dass sie «um Hilfe bitten werden, sobald sie von ihren Grenzen zurückgedrängt werden. Wenn sie im Notfall keine Hilfe anfordern und sich überrennen lassen, müssen sie damit rechnen, deutsche Provinzen zu werden.»

Deutsche Provinzen, in denen es von Truppen wimmelte, wollten die Russen nun ganz und gar nicht an ihren Grenzen sehen. Woroschilow sprang zornig auf und erklärte, die sowjetische Delegation nehme die Aussage des Admirals «mit Interesse zur Kenntnis», und er hoffe, alle Anwesenden würden dies ebenso tun. Der Admiral habe auf die russischen Offiziere den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht, erklärt Beaufre, nachdem ihn die Franzosen schon in der vorangegangenen Woche an Bord des Schiffes «gebeten» hatten, von einer solchen Erklärung abzusehen.

Admiral Drax schien seinen Fehler einzusehen, da er nach Angabe des britischen Protokolls um eine Vertagung ersuchte. Aber Woroschilow war dagegen. Er lief nach Beaufres Angabe dunkelrot an, erhob sich und stellte seine Frage zum vierten- und letztenmal – diesmal sehr detailliert.

1. *Wird man es den sowjetischen Streitkräften gestatten, über polnisches Gebiet und insbesondere durch die Pforte von Wilna gegen Ostpreussen vorzustossen?*
2. *Wird es den Sowjettruppen gestattet sein, durch das polnische Galizien vorzudringen, um dem Feind entgegenzutreten?*
3. *Wird es den sowjetischen Streitkräften im Falle eines deutschen Angriffs auf Rumänien erlaubt sein, rumänisches Gebiet zu betreten?*

«Wir bitten um klare Antworten auf diese Fragen», sagte er und fügte hinzu: «Nach meiner Meinung wäre es sinnlos, diese Militärgespräche ohne solche exakte, unmissverständliche Antworten fortzusetzen.»

Die Briten und Franzosen zogen sich während einer kurzen Verhandlungspause zur Beratung zurück. Als die Offiziere in den Garten hinausgingen, hörte Beaufre, wie Admiral Drax sagte: «Ich fürchte, unsere Mission ist beendet!» Nach einer kurzen Beratung entwarfen die westlichen Delegierten eine schriftliche Antwort, die General Heywood den Russen verlas. Die Lage wurde dadurch nicht besser.

Es darf nicht übersehen werden, dass Polen und Rumänien souveräne Staaten sind und dass die von der Sowjetdelegation verlangte Vollmacht bei diesen beiden Regierungen eingeholt werden muss. So wird eine politische Frage daraus, und wir empfehlen der sowjetischen Regierung, die Regierungen Polens und Rumäniens um die Antwort zu ersuchen...

Die französisch-britische Erklärung fuhr mit der Aufforderung fort, bis dahin angesichts der Möglichkeit «eines schon morgen beginnenden Einmarschs deutscher Armeen in Polen» damit aufzuhören, «kostbare Zeit zu verlieren», und bei der Fortsetzung der Gespräche von der Annahme auszugehen, dass die Antwort auf die russische Frage ein Ja sein würde.

Nun ersuchte Woroschilow um eine Verhandlungspause. Beaufre war sicher, dass der Marschall inzwischen von Stalin selbst telefonische Anweisung erhielt, wie er antworten sollte. Nach einer Stunde verlas er die Antwort. Sie klang ebenso sarkastisch wie hart.

Die russische Militärmission, so hiess es darin, «hat nicht übersehen, dass Polen und Rumänien souveräne Staaten sind». Im Gegenteil, dies sei gerade der Grund, aus dem die Sowjets Frankreich und Grossbritannien gebeten habe, bei diesen beidert Regierungen die Genehmigung zum Durchmarsch sowjetischer Truppen zu erwirken. Da die Franzosen und Briten, nicht jedoch Russland, gegenüber Polen und Rumänien Garantien abgegeben hätten, sei dies Aufgabe der genannten Länder.

Die sowjetische Militärmission drückt ihr Bedauern darüber aus, dass die britische und französische Delegation zur Frage des Durchmarschrechtes für die sowjetischen Streitkräfte durch polnisches und rumänisches Territorium keine präzise Antwort erteilt hat. Flach Ansicht der sowjetischen Delegation sind ohne eine Lösung dieser Frage alle Verhandlungen über den Abschluss eines Militärabkommens .. zum Scheitern verurteilt. Aus diesem Grunde kann die sowjetische Militärdelegation ihrer Regierung nicht die Teilnahme an einem Unternehmen empfehlen, das so offenkundig aussichtslos ist.

Für Hauptmann Beaufre war die sowjetische Antwort «ausserordentlich freimütig und zu unserem Leidwesen von unwiderlegbarer Logik». Die Botschafter Grossbritanniens und Frankreichs in Moskau wurden über diese Krise unterrichtet. Sie trafen sich sofort zu einer Besprechung und sandten dann Telegramme an ihre Regierungen.

Sir William Seeds drahtete:

Der französische Botschafter und ich ... sind übereinstimmend der Ansicht, dass die Russen nun die Grundfrage aufgeworfen haben, an der sich Erfolg oder Misserfolg der militärischen Gespräche entscheiden werden... Nämlich das Problem, wie man zu einer nützlichen Übereinkunft mit der Sowjetunion gelangen könne, solange ihre Nachbarstaaten noch eine Art Boykott aufrechterhalten, der erst durchbrochen werden soll... wenn es schon zu spät ist... Nach unserer übereinstimmenden Meinung sind die sowjetischen Unterhändler durchaus im Recht, wenn sie es Grossbritannien und Frankreich auferlegen, an diese Länder heranzutreten.

Der französische Botschafter und General Doumenc telegrafierte in ähnlichem Sinne. Seeds ersuchte wie sie, sofort mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die polnische Regierung dem zustimme. Er unterstrich die «äusserste Dringlichkeit» einer unverzüglichen

Antwort. «Leider kam diese Antwort nie», sagte Beaufre. Die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens versuchten zwar, die Polen zur Vernunft zu bringen, aber sie versuchten es eben nicht nachdrücklich genug.

Georges Bonnet berichtet, er sei am 15. August um 5 Uhr morgens von einem Beamten geweckt worden, der ihm die Depesche Botschafter Naggiars mit der sowjetischen Forderung überreichte. Er habe auf den ersten Blick «ihre ausserordentliche Bedeutung» erkannt und sofort mit dem polnischen Botschafter telefoniert, der nichts von der entstandenen Krise ahnte und am Strand der Bretagne Urlaub machte. Bonnet bat ihn, unverzüglich zur Besprechung der Lage nach Paris zurückzukehren. Er erreichte damit nicht viel. Als der Aussenminister eindringlich darauf hinwies, dass Polen auf die Hilfe der Sowjetunion angewiesen sei, wenn es sich retten wolle, erwiderte Lukaszewicz: «Niemals!» Bonnet erinnerte ihn daran, dass Hitler erst kürzlich damit geprahlt hätte, er werde Polen innerhalb von drei Wochen überrennen.

«Im Gegenteil», erwiderte der Botschafter. «Die polnische Armee wird nach Deutschland vorstossen – und zwar gleich in der ersten Stunde.»

Wie Bonnet seinem Gesandten in Warschau telegrafisch mitteilte, hatte der Botschafter keine Ahnung «von der Gefahr, die eine solche Uneinsichtigkeit für sein Land heraufbeschwor». Zu Polens Unglück traf dies auch auf die Männer zu, die das Land in Warschau regierten. Dennoch bemühte sich der endlich aus seiner Ruhe aufgeschreckte französische Aussenminister verzweifelt, der polnischen Regierung die Tatsachen vor Augen zu führen. Am Abend des 16. August wies er Botschafter Léon Noël in Warschau telegrafisch an, bei Beck auf eine Annahme der sowjetischen Militärhilfe zu «bestehen». Diesmal war gegen Bonnets Argumentation nichts einzuwenden.

Weisen Sie mit allem Nachdruck darauf hin, dass die russisch-polnische Zusammenarbeit an der Ostfront eine unabdingbare Voraussetzung für unseren gemeinsamen Widerstand gegen die Aggression der Achse ist; dass es gefährlich wäre, mit dieser Zusammenarbeit bis zum Ausbruch von Feindseligkeiten zu warten, bevor man seine Zustimmung gibt, und dass ... bei einer Weigerung, die strategischen Bedingungen der russischen Intervention zu diskutieren, die Verantwortung für den Zusammenbruch der militärischen Verhandlungen in Moskau sowie aller sich hieraus ergebenden Folgen Polen allein tragen müsse.

General Müsse, der französische Militärattaché in Warschau, wurde ebenfalls aus seinem Urlaubsort in Frankreich geholt und schleunigst nach Polen zurückbeordert, um zusätzlichen Druck auf den polnischen Generalstab auszuüben. In Moskau beschloss General Doumenc auf eigene Verantwortung, Hauptmann Beaufre nach Warschau zu schicken, damit er General Müsse unterstützen konnte und den führenden polnischen Militärs «die unleugbare strategische Bedeutung einer russischen Hilfe und die nicht minder grosse Bedeutung eines Militärpakts» klarmachte.

Als Beaufre am 17. August nach Warschau reiste, war die Lage in Moskau nach seinen

eigenen Worten «äusserst gespannt. Wir standen kurz vor dem Abbruch der Gespräche ... und hatten auf unsere Telegramme noch keinerlei Stellungnahme zu dem von Woroschilow vorgetragenen Hauptpunkt erhalten.»

Die Sitzungen der Militärdelegationen vom 15. und 16. August waren ergebnislos verlaufen. Am 15. August hatte sich General Schaposchnikow, der Generalstabschef der Roten Armee, darüber beklagt, die Franzosen und Briten hätten über ihre militärischen Pläne «nichts Konkretes» verlauten lassen, und sodann seine eigenen Pläne vorgetragen. Er erklärte, «gegen eine Aggression in Europa» werde die Sowjetunion 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen, 5'000 schwere Geschütze und Haubitzen, 9'000 bis 10'000 Panzer und 5'000-5'500 Jagdflugzeuge und Bomber einsetzen. Diese Zahlen verschlugen den westlichen Offizieren den Atem, obgleich sie sie für übertrieben hielten. Aber dann kamen die Russen unerbittlich wieder auf denselben Punkt zu sprechen. Schaposchnikow erklärte, eine solche Streitmacht könne er nur dann wirkungsvoll einsetzen, wenn sie durch Polen und Rumänien auf Deutschland vorstossen dürfe.

Am folgenden Tag bemühten sich Admiral Drax und General Doumenc um das Einverständnis der Sowjets zu einigen allgemeinen Prinzipien gemeinsamen Handelns, die sie ausgearbeitet hatten. Doch daran waren die Russen nicht interessiert. «Alles viel zu abstrakt», erklärte Woroschilow, «und niemand übernimmt dadurch irgendwelche Verpflichtungen... Wir sind nicht hier, um abstrakte Erklärungen abzugeben, sondern um einen vollständigen Militärpakt auskuarbeiten, in dem der Beitrag jedes der drei Länder an Divisionen, Artillerie, Panzern, Flugzeugen und Marineeinheiten zahlenmässig genau fixiert ist.» Vor einer Beantwortung der «Kardinalfrage des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen und Rumänien ist es sinnlos, unsere Gespräche fortzusetzen».

Am nächsten Tag, dem 17. August, kam es zum unvermeidlichen Höhepunkt des Dramas. Woroschilow forderte eine Vertagung der Gespräche bis zum Eingang einer definitiven Antwort. Drax und Doumenc widersprachen mit der Begründung, bis dahin könne man wertvolle Stabsarbeit leisten, und ausserdem würde die Nachricht von einer unbefristeten Vertagung der Konferenz unheilvolle Auswirkungen auf die ohnehin schon gespannte Lage in Europa haben. Man einigte sich schliesslich auf eine Vertagung bis zum 21. August. Das ungelöste Problem des Durchmarschrechts für sowjetische Truppen war zwar für ein beabsichtigtes Militärbündnis von ausschlaggebender Bedeutung, aber nicht die einzige Veranlassung der Sowjets, so unbeugsam auf einer Vertagung zu bestehen. Unter strengster Geheimhaltung kam es in diesem Augenblick schon zu Annäherungen zwischen Berlin und Moskau. Doch dies wussten weder die Regierungen in Paris und London noch deren Militärexperten in Moskau. General Doumenc war immer noch davon überzeugt, dass die Russen ein Militärabkommen wünschten*.

* Dieser Ansicht war sogar Luftmarschall Bumett, der die slawischen Gesichter der russischen Generäle so «unangenehm» gefunden hat. In einem Brief vom 16. August an seinen Staatschef stellte er fest: «Wir nehmen an, dass Russland eine Einigung mit den Alliierten erzielen möchte, jedoch befürchtet, nicht so lange warten zu können, bis die deutschen Truppen Polen überrannt haben und Russland sich auf eigenem Boden gegen sie verteidigen muss . . .»

Gleich nach der Vertagung der Konferenz am 17. August schickte Doumenc ein dringendes Telegramm nach Paris:

Die Sitzung am 21. August wurde nur anberaumt, um nicht im Ausland den Eindruck zu erwecken, die Gespräche seien unterbrochen worden... Die UDSSR wünscht einen Militärpakt... Sie will von uns kein Stück Papier ohne fassbare Verpflichtungen. Marschall Woroschilow steht auf dem Standpunkt, dass alle Probleme... ohne Schwierigkeiten gelöst werden könnten, sobald die entscheidende Frage – wie er sie nennt – beantwortet ist. Es ist nun unerlässlich, dass ich zu einer bejahenden Antwort ermächtigt werde.

Dieses Ja hing jedoch von der polnischen Regierung und dem polnischen Generalstab sowie den Überredungskünsten der französischen und britischen Regierung ab. Obgleich sowohl Paris als auch London Polen leichtsinnige Zusagen gegeben hatten, ohne dabei an Russland zu denken, wurde nunmehr – Mitte August – beiden klar, dass ihre Hilfe vom Westen her Polen nur dann retten konnte, wenn ihm gleichzeitig Russland im Osten zu Hilfe kam. Davon versuchten sie in den nächsten drei Tagen, vom 17. bis 20. August, die Polen zu überzeugen.

Gerüstet mit den neuen Anweisungen vom Quai d'Orsay, die am 17. August in Warschau eintrafen, statteten Botschafter Noël dem polnischen Aussenminister Beck und General Müsse dem polnischen General Stachiewicz einen Besuch ab. Sie rannten beide gegen Mauern an. Beck erklärte dem Botschafter, seine Zustimmung zum Durchmarsch sowjetischer Truppen durch Polen würde Hitler zum sofortigen Angriff provozieren. Selbst wenn sich Polen mit der russischen Hilfe einverstanden erklärte, sei er sicher, dass die UDSSR ihre militärischen Zusagen nicht einlösen werde. Ausserdem sei sie dazu «materiell nicht in der Lage». Auf Noëls Drängen, sich die Sache noch einmal zu überlegen, versprach Beck, er werde das tun und ihm am folgenden Tag nach Rücksprache mit Marschall Rydz-Smigly* den endgültigen Entscheid der Regierung mitteilen. Er schloss: «Aber ich habe keine grosse Hoffnung. Wir Polen befürchten, dass die sowjetischen Truppen unser Land nie wieder verlassen werden, wenn sie es erst einmal betreten haben.» General Müsse erging es beim Chef des polnischen Generalstabs nicht besser. General Stachiewicz erklärte ihm, er habe kein Vertrauen zu den Russen, und «sie wollten doch lediglich polnisches Territorium besetzen und beabsichtigten gar nicht, sowjetische Truppen offensiv einzusetzen».

Wie aus Bonnets Telegrammen und Memoiren deutlich wird, glaubte er, dass der französische Militärattaché sich nach besten Kräften bemühte, den polnischen Generalstab zur – sogar bereitwilligen – Annahme der Sowjethilfe zu überreden. Später wurde jedoch bekannt, dass General Müsse nur mit halbem Herzen bei der Sache war und daher

* Marschall Eduard Rydz-Smigly, Generalinspekteur der Armee, nahm den zweiten Rang nach dem Präsidenten ein, war jedoch als Nachfolger Marschall Pilsudskys der eigentliche Chef der Regierung und der Streitkräfte. Er hatte das letzte Wort.

kaum viel erreichen konnte*. Er teilte das Misstrauen der Polen gegenüber Russland, ihre Selbstüberschätzung und die Unterschätzung der sowjetischen Kampfkraft. Als Hauptmann Beaufre am Abend des 18. August von Moskau kommend in Warschau eintraf und die bei den Militärgesprächen entstandene heikle Lage erläuterte, stiess er bei General Müsse nur auf geringe Sympathie. Der Militärattaché erklärte ihm kurz und bündig, es bestehe keine Aussicht, dass Polen die Hilfe der Sowjets annehmen werde. «Der Hass zwischen Polen und Russen macht dies unmöglich», sagte er und fügte hinzu, auch er zweifle am «guten Willen» der Russen. «Sie wollen, dass wir hier intervenieren», fuhr er fort. «Damit kommen wir nur den Russen entgegen, die niemals den Gedanken an eine Wiedergewinnung der 1921 verlorenen Landstriche aufgegeben haben. Wir sollten uns nicht zu Maklern eines solchen Vorhabens hergeben.» Beaufre wandte ein, selbst die Briten gäben nun zu, dass sich die polnische Armee allein höchstens fünfzehn Tage lang gegen die Deutschen behaupten könne, und dass daher eine russische Waffenhilfe unerlässlich sei. General Müsse antwortete «heftig», es sei «absurd, eine so hervorragende und gut ausgerüstete Armee zu unterschätzen, deren taktische Konzeption noch dazu so grosse Fortschritte erzielt habe».

Beaufre meint deprimiert, daraus könne man ersehen, wie leicht ausländische Beobachter selbst an Ort und Stelle «zu Fehleinschätzungen gelangen können», insbesondere, «wenn sie lange Zeit in einem Land gelebt haben und sich diesem Land in tausendfältiger Weise verbunden fühlen, wobei die Sympathien das Urteil verfälschen». Diese Feststellung fand der Verfasser, der zwanzig Jahre lang als Ausländskorrespondent in einem Dutzend verschiedener Hauptstädte gearbeitet hat, im Hinblick auf die meisten Botschafter (zum Beispiel Henderson in Berlin) und fast alle Militärattachés (einschliesslich der amerikanischen) bestätigt. Beaufre schliesst mit den Worten: «General Müsse machte kein Hehl daraus, dass er für die Polen und gegen die Russen eingestellt war und dazu neigte, sich für die polnische Auffassung einzusetzen.»

Das hätte möglicherweise nicht viel ausgemacht, wenn General Müsse ein objektiver und weitblickender Mann gewesen wäre. Den Polen schien es nämlich im August 1939 ähnlich zu ergehen wie ihren Vorfahren seit Jahrhunderten: sie waren blind gegenüber ihrem eigenen Vorteil und schienen, wie schon so oft in ihrer tragischen Geschichte, dazu verdammt zu sein, sich selbst ihr Grab zu schaufeln.

Am 19. August sollte die Entscheidung fallen. Beck hatte versprochen, bis zum Abend eine endgültige Antwort zu erteilen. Am Vormittag unternahm der britische Militärattaché in Warschau zusammen mit seinem französischen Kollegen einen weiteren Vorstoss im polnischen Generalstab. Ihre Vorstellungen stiessen jedoch bei General Stachiewicz auf taube Ohren. Er erwiderte: «Polen kann unter gar keinen Umständen sowjetische Truppen auf seinem Territorium dulden. Es ist völlig sinnlos, darüber zu diskutieren.» Er war lediglich zu dem gleichen Zugeständnis bereit, wie Beck am Tag zuvor,

* Wie aus General Gamelin's eigenen Aufzeichnungen und allen verfügbaren Unterlagen hervorgeht, unternahm er nichts, um General Müsse oder den polnischen Generalstab aufzurütteln, obgleich es um eine Frage von lebenswichtiger Bedeutung für die französische Armee ging.

dass die endgültige Entscheidung am Abend nach Rücksprache mit Marschall Rydz-Smigly fallen sollte. Er liess keinen Zweifel darüber aufkommen, wie diese Entscheidung aussehen würde.

In Paris konferierte der inzwischen fast verzweifelte Bonnet am frühen Nachmittag mit dem britischen Geschäftsträger Sir Ronald Campbell – auch Botschafter Phipps befand sich im Urlaub.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Verhandlungen mit Russland infolge einer polnischen Weigerung zusammenbrechen sollten... Die Polen können sich doch unmöglich darauf versteifen, die einzige unmittelbar verfügbare Hilfe zurückzuweisen, die ihnen im Fall eines deutschen Angriffs zur Verfügung steht. Es würde die Regierung Grossbritanniens und Frankreichs in eine unmögliche Lage bringen, wenn wir von unseren Ländern verlangen müssten, zur Verteidigung Polens in einen Krieg einzutreten, nachdem Polen diese Hilfe zurückgewiesen hat.

Bonnet «hoffte», dass die britische Regierung ihn auch weiterhin in seinem Bemühen «Herrn Beck zu überzeugen», unterstützen werde. Doch an diesem Abend machte Beck es in Warschau endgültig klar, dass weder er noch die polnische Regierung noch der Generalstab sich überzeugen lassen wollten. Das «Orakel» – wie Beaufre Marschall Rydz-Smigly nennt – war befragt worden und hatte die Entscheidung gutgeheissen. Beck sagte dem französischen Botschafter: «Ich lasse keinerlei Diskussion über die Benutzung von Teilen unseres Gebiets durch ausländische Truppen zu. Wir haben keine Militärvereinbarung mit der UDSSR, und wir wollen auch keine.»

Man war an einem schicksalhaften Scheideweg angelangt. Die Franzosen und Briten konnten gegenüber den Polen nur noch einen einzigen Trumpf ausspielen: ihnen mitteilen, dass die britisch-französischen Zusagen zurückgezogen würden, falls sie nicht ihre Entscheidung rückgängig machten und sich mit einer russischen Militärhilfe doch noch einverstanden erklärten. Der offizielle britisch-polnische Beistandspakt war trotz Becks Drängen noch nicht unterzeichnet. Bonnet hielt immer noch die politische Vereinbarung mit Polen zurück, deren Unterzeichnung er im Mai verweigert hatte. Bereits am 3. April, vier Tage nach Verkündung der einseitigen britischen Garantie für Polen durch Chamberlain, hatte Lloyd George im Unterhaus die Regierung aufgefordert, die Einlösung dieser Garantien von der Bedingung abhängig zu machen, dass Polen sowjetische Hilfe annehmen müsse.

Wenn wir ohne Russlands Hilfe einschreiten, dann laufen wir in eine Falle. Es ist das einzige Land, dessen Armeen dorthin (nach Polen) gelangen können... Ich begreife nicht, warum wir uns auf ein so gewaltiges Unternehmen eingelassen haben, ohne uns vorher der Mitwirkung Russlands zu versichern ... Wenn Russland von der Sache ferngehalten wurde, weil manche Leute in Polen die Russen nicht auf ihrem Gebiet sehen wollen, so liegt es an uns, Bedingungen zu stellen. Sollten die Polen nicht bereit sein,

die Bedingungen anzunehmen, ohne die wir ihnen nicht erfolgreich helfen können, dann tragen sie die Verantwortung.

Aber so weit wollten weder Chamberlain und Halifax in London noch Daladier und Bonnet in Paris gehen. Sie waren zwar nahe daran, aber dann schreckten sie doch vor dem letzten Schritt zurück. Am 19. August sagte Bonnet in seiner Unterhaltung mit Campbell, er sei «froh, dass noch kein politischer Vertrag mit Polen geschlossen sei, da wir auf diese Weise vielleicht ein Druckmittel in der Hand halten». Aber dabei war es geblieben. Halifax wagte sich etwas dichter an den entscheidenden Schritt heran. Am 20. August wies er seinen Botschafter in Warschau darauf hin, die polnische Regierung habe

auf den baldigen Abschluss eines formellen englisch-polnischen Vertrags mit der Begründung gedrängt, dieser werde... das Vertrauen in Europa stärken. Aber die Regierung seiner Majestät ist der Ansicht, dass die positiven Auswirkungen (dieses Vertrags) kaum die wahrhaft verhängnisvollen Folgen wettmachen würden, die sich aus einem endgültigen Abbruch der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau ergeben würden ... Wenn Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben soll, muss Polen selbst alles in seinen Kräften Stehende tun, die ihm angebotene Hilfe voll wirksam werden zu lassen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Beck diese Überlegungen mit allem gebotenen Ernst vor Augen halten würden.

Weiter ging auch Halifax nicht. Ebenso wie Bonnet appellierte er an die Polen, schreckte jedoch davor zurück, harte Bedingungen zu stellen. Obgleich sich auf diese Weise Becks Entscheidung vom Abend des 19. August vielleicht noch hätte rückgängig machen lassen. Sie wussten natürlich nicht, dass in Moskau an diesem Abend auch Stalin eine schicksalhafte Entscheidung getroffen hatte.

Geheime Annäherung zwischen Berlin und Moskau, III.

Zu Hitlers grosser Erleichterung hatten die Russen positiv auf den deutschen Vorschlag vom 14. August reagiert, Gespräche aufzunehmen. Als Botschafter Schulenburg am Abend des 15. August Molotow aufsuchte und ihm den Inhalt von Ribbentrops Telegramm vortrug, «der deutsche Aussenminister sei bereit, unverzüglich nach Moskau zu kommen, um alle Probleme ‚vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer‘ beizulegen» – erwiderte der sowjetische Aussenminister, er «begrüsse aufrichtig die Absicht der Deutschen, ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern». Er ging noch einen Schritt weiter. Er stellte die Frage, ob Deutschland an einem Nichtangriffspakt zwischen den beiden Ländern und einer gemeinsamen Garantie für die baltischen Staaten interessiert sei. Über diese Fragen, sagte er, «müsse konkret» gesprochen werden.

So kam der Vorschlag zu einem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ursprünglich von russischer Seite – zu einem Zeitpunkt, da Russland mit Frankreich und Grossbritannien darüber verhandelte, dass man eine weitere deutsche Aggression notfalls mit kriegerischen Mitteln Zurückschlagen müsse*.

Es gab keinen Zweifel darüber, welche Antwort Hitler geben würde. Durch diesen Nichtangriffspakt konnte Hitler Polen ohne Furcht vor sowjetischer Intervention planmässig angreifen – Russland würde keinen Krieg gegen ihn führen. Ausserdem würde dieser Pakt Frankreich und Grossbritannien in Konflikte mit den von ihnen gegebenen Garantien bringen.

Hitlers Antwort erreichte Moskau am nächsten Tag, dem 16. August. Ribbentrop wies Schulenburg an, unverzüglich Molotow aufzusuchen und ihm mitzuteilen, «dass Deutschland zum Abschluss eines Nichtangriffspakts mit der Sowjetunion... und zu gemeinsamen Garantien an die baltischen Staaten bereit sei».

Hitler hatte es sehr eilig. Ribbentrop schlug vor, er werde am 18. August «mit dem Flugzeug» – die Deutschen hielten nichts von langsamen Dampfern – nach Moskau kommen, versehen mit «Vollmachten des Führers... zur Unterzeichnung der entsprechenden Verträge»²¹.

Nach den traurigen Erfahrungen mit der Verzögerungstaktik der Westmächte machte die Note der Deutschen im Kreml Eindruck. Am Abend des 17. August empfing Molotow noch einmal Botschafter Schulenburg und teilte ihm mit:

*Die Sowjetregierung sei hochbefriedigt von Ribbentrops Vorschlag, persönlich nach Moskau zu kommen, denn die Entsendung eines Politikers und Staatsmannes von solchem Rang unterstreiche die Ernsthaftigkeit der Absichten der deutschen Regierung. Dies stehe in deutlichem Gegensatz zum Vorgehen Englands, das in der Person Strangs nur einen zweitrangigen Beamten nach Moskau entsendet habe*²⁸.

Der schlaue sowjetische Aussenminister ging jedoch nicht auf Ribbentrops Ersuchen ein, am 18. August empfangen zu werden. «Die Reise erfordere sorgfältige Vorbereitungen», teilte er Schulenburg mit.

* In Washington hatte am 17. August Staatssekretär Sumner Welles versucht, den Briten hinsichtlich der Vorgänge zwischen Molotow und den Deutschen die Augen zu öffnen. Er rief den britischen Botschafter, Sir Ronald Lindsay, zu sich, erläuterte ihm die Unterhaltung zwischen Schulenburg und Molotow vom 15. August und das deutsche Angebot, und enthüllte in aller Ausführlichkeit Molotows Antwort darauf, einschliesslich des Vorschlags für einen Nichtangriffspakt und ein Abkommen im Baltikum. Die Information stammte von US-Botschafter Lawrence Steinhardt, der am 16. August ein längeres Gespräch mit Molotow geführt hatte. Warum unterrichtete er wohl den amerikanischen Botschafter? Der Kreml musste doch wissen, dass diese Information an die Briten weitergegeben würde. War Stalin am 16. August immer noch unschlüssig, für welche der beiden Seiten er sich entscheiden sollte? Wollte er auf diese Weise die britisch-französischen Unterhändler in Moskau davor warnen, dass er auf den günstigen Vorschlag der Deutschen eingehen werde, falls sie nicht endlich zur Sache kämen? Die Antwort wird man wohl erst erfahren, wenn eines Tages die sowjetischen Archive geöffnet werden. Aber falls es tatsächlich die Absicht des Kreml war, Druck auf die westlichen Alliierten auszuüben, so war es ein untauglicher Versuch, da London trotz Welles' Bemühen am 17. August die Information zu spät erhielt. Der britische Schlendrian ist fast unglaublich. Anstatt ein dringendes Telegramm nach London abzusetzen, schickte Botschafter Lindsay die Information per Luftpost, die 1939 noch viel langsamer befördert wurde als heute. Seine Meldung ging erst am 22. August im Londoner Aussenministerium ein, und da nützte sie nichts mehr. Wäre sie am 17. oder auch noch am 18. August eingetroffen, so hätte die Geschichte vielleicht eine andere Wendung genommen. Soweit sich feststellen lässt, hatte sich Stalin am 18. August noch nicht endgültig entschieden

Aus den von den Alliierten erbeuteten vertraulichen deutschen Dokumenten geht deutlich hervor, dass Hitler und Ribbentrop inzwischen zu verzweifeln begannen. Die Befehle, die deutschen U-Boote und Westentaschenkreuzer mit Kurs auf die britischen Gewässer auslaufen zu lassen, wurden zurückgehalten, bis der Vertrag mit den Russen unter Dach und Fach war. Die Kriegsschiffe hätten unverzüglich auslaufen müssen, wenn sie bis zu Hitlers Stichtag für den Kriegsbeginn noch ihre vorbestimmten Operationsgebiete erreichen sollten. Bis zum 1. September waren es nur noch zwei Wochen. Auch die beiden für den Überfall auf Polen vorgesehenen Heeresgruppen mussten unverzüglich ihre Ausgangsstellungen beziehen.

Am Abend des 18. August schickte Ribbentrop von Hitlers Berghof aus ein weiteres «äusserst dringliches» Telegramm an Schulenburg in Moskau. Er solle Molotow sofort aufsuchen und sich um die Zusage der Russen bemühen, dass der deutsche Aussenminister «unverzüglich» empfangen würde. Er dürfe sich nicht abweisen lassen, wurde Schulenburg bedeutet. Der Aussenminister wiederholte noch einmal, er sei von Hitler ermächtigt, «den gesamten Fragenkomplex voll und endgültig zu regeln». Die Nazis nahmen kein Blatt vor den Mund. Er, Ribbentrop, sei bereit, «ein spezielles Protokoll zu unterzeichnen, das Interessen beider Teile... regelt, zutn Beispiel Regelung Interessensphäre im Ostsee-Gebiet, Frage Baltenstaaten usw»²⁰.

Das Telegramm traf am 19. August morgens um 5 Uhr 45 in der deutschen Botschaft in Moskau ein. Schulenburg traf eine Verabredung für 14 Uhr, um Molotow den Inhalt mitzuteilen.

Der 19. August brachte nicht nur in Moskau, sondern auch in Warschau die Entscheidung. Er begann ungünstig für die Deutschen. Als Schulenburg um 14 Uhr Molotow auf suchte, weigerte sich dieser, einen Termin für Ribbentrops Reise festzulegen. Er sagte: «Dafür wären sorgfältige Vorbereitungen erforderlich, und ausserdem müsste zuvor das Wirtschaftsabkommen unterzeichnet werden.»

Kaum war Schulenburg niedergeschlagen in die deutsche Botschaft zurückgekehrt, da ersuchte ihn Molotow telefonisch um einen weiteren Besuch um 16 Uhr 30. Im Kreml war etwas geschehen. Nach seiner Rückkehr von dem zweiten Gespräch mit Molotow sandte Schulenburg um 18 Uhr 22 ein triumphierendes Telegramm nach Berlin.

Geheim! Citissime!

Sowjetregierung einverstanden, dass der Herr Reichsaussenminister eine Woche nach Veröffentlichung der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens nach Moskau kommt. Molotow erklärte, dass, wenn der Abschluss des Wirtschaftsabkommens morgen veröffentlicht wird, der Herr Reichsaussenminister 26. oder 27. August in Moskau eintreffen kann.

Molotow übergab mir Entwurf für Nichtangriffspakt³⁰.

In einem zweiten Telegramm berichtete Schulenburg: «Gründe für seine plötzliche Sinnesänderung gab Molotow nicht an. Ich nehme an, dass Stalin eingegriffen hat³¹.»

Diese Annahme war zweifellos richtig. Es ist bekannt, dass der Sowjetdiktator am Abend des 19. August das Politbüro von seiner Entscheidung unterrichtete*.

Am selben Nachmittag – zwischen dem Ende von Schulenburgs erstem Besuch um 15 Uhr und dem zweiten Termin um 16 Uhr 30 – hatte Stalin seine schicksalhafte Entscheidung an Molotow weitergegeben und ihn angewiesen, die Deutschen sofort zu benachrichtigen.

Hitler war erfreut über die sowjetische Antwort – bis auf einen Punkt. Er konnte nicht bis zum 26. oder 27. August warten, bis Ribbentrop in Moskau den Vertrag unterschrieb. Er war inzwischen beinahe entschlossen, das Datum für den Schlag gegen Polen um sechs Tage vorzuverlegen – vom 1. September auf den 26. August. Also rang er sich zu einem langen, persönlichen Telegramm an Stalin durch und bat den so häufig geschmähten Sowjetdiktator, seinen Aussenminister am 22. oder «spätestens» am 23. August in Moskau zu empfangen. Er akzeptiere Molotows Entwurf für den Nichtangriffspakt und ebenfalls «die wesentlichen Punkte des von der Sowjetunion gewünschten Zusatzprotokolls» (in dem, wie man noch sehen wird, die beiden Länder Osteuropa unter sich aufteilten). Dieses Protokoll müsse jedoch noch «geklärt» werden, wozu Ribbentrop zusammen mit den Russen «innerhalb kürzester Zeit» imstande sei³⁴.

Mehrere Augenzeugen berichten, dass Hitler in den darauffolgenden vierundzwanzig Stunden einem Nervenzusammenbruch nahe war. Am 21. August um 21 Uhr 35 traf endlich Stalins Antwort in Berlin ein.

An den Reichskanzler Deutschlands, Herr A. Hitler

Ich danke für den Brief.

Ich hoffe, dass deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt eine Wendung zur ernsthaften Besserung der politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern schaffen wird.

* Bei seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss³⁵ legte Daladier eine lange Havas-Meldung aus Moskau vor, die über Genf eingegangen war. Sie enthielt angeblich das Protokoll der Politbürositzung vom Abend des 19. August, auf der Stalin seinen Entschluss bekanntgab und erläuterte. Daladier sagte zwar, er könne sich «für die Echtheit der Meldung nicht verbürgen», hielt sie jedoch für «authentisch». Was Stalins Begründung betrifft, so klingt sie echt, insbesondere wenn man den Wortlaut mit dem vergleicht, was der Diktator 1942 Churchill sagte. Stalins ausführlich wiedergegebene Begründung kann man so zusammenfassen: Wenn die UdSSR ein Bündnis mit dem Westen abschliesst, könnte Hitler seinen Angriff auf Polen verschieben und nach einem anderen *Modus vivendi* mit dem Westen suchen, «was für uns sehr gefährlich wäre». Wenn Russland einen Vertrag mit Deutschland unterzeichnete, konnte es sich zumindest so lange aus dem unvermeidlichen Krieg heraushalten, «bis wir an die Reihe kamen». Der Krieg würde zweifellos sowohl Deutschland als auch den Westen so sehr auspumpen, dass keine dieser beiden Seiten «für ein ganzes Jahrzehnt» Krieg gegen Russland führen konnte. Bis dahin – dank einer Vereinbarung mit Deutschland sofort – würde Russland «einen Teil Polens, freie Hand in drei baltischen Staaten und Bessarabien» zurückerlangen. So gab jedenfalls die französische Meldung Stalins Argumente wieder. Die UdSSR sollte zwar 1940 entsprechend Stalins Vorhersage ihre verlorenen Territorien rasch wiedergewinnen, doch seine Annahme, dass Deutschlands Kräfte erschöpft sein würden, bevor es sich gegen Russland wenden konnte, sollte sich als beinahe verhängnisvoll erweisen. Genau drei Jahre später erläuterte Stalin «in den frühen Morgenstunden» eines Augusttages im Jahr 1942 während eines Gesprächs mit Churchill einen der Gründe, aus denen er keinen Militärpakt mit den westlichen Alliierten abgeschlossen hatte.

«Wie viele Divisionen wird Frankreich bei einer Mobilmachung Deutschland entgegenstellen?» hatte Stalin gefragt. Die Antwort lautete: «Etwa hundert.» Dann fragte er: «Und wie viele wird England schicken?» Antwort: «Erst zwei und später zwei weitere.» – «Aha, erst zwei und später zwei weitere», hatte Stalin wiederholt und gefragt: «Wissen Sie eigentlich, wie viele Divisionen wir im Fall eines Krieges mit Deutschland an die russische Front werfen müssen . . . ? Über dreihundert . . .»

Bezeichnenderweise übertrieb Stalin. Am 16. August erklärte Schaposchnikow der alliierten Militärdelegation, Russland werde in Europa 120 Infanteriedivisionen, 16 Kavalleriedivisionen und die erforderlichen Artillerie- und Panzereinheiten einsetzen.

Die Völker unserer Länder bedürfen friedlicher Beziehungen zueinander; das Einverständnis der deutschen Regierung mit dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes schafft die Grundlage für die Liquidierung der politischen Spannung und für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.

Die Sowjetregierung hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass sie einverstanden ist, mit dem Eintreffen des Herrn von Ribbentrop in Moskau am 2}. August.

*J. Stalin*³⁵

Kurz vor dem Ende des ereignisreichen 21. August wurde das Musikprogramm des Deutschlandsenders plötzlich von der Stimme eines Sprechers unterbrochen:

Die Reichsregierung und die Sowjetregierung sind übereingekommen, einen Nichtangriffspakt abzuschliessen. Der Reichsaussenminister wird am Mittwoch, dem 23. August, zum Abschluss der Verhandlungen in Moskau eintreffen.

Die französisch-britischen Gespräche mit Russland, IV.

Während Stalin am 21. August seine Antwort an Hitler überlegte, die noch am selben Abend abgesandt werden sollte, nahm Marschall Woroschilow mit den alliierten Delegationen die vertagten Militärgespräche wieder auf. Admiral Drax hatte zwar vorgeschlagen, «noch weitere zwei bis drei Tage zu warten», da weder er noch General Doumenc von ihren Regierungen eine Antwort auf die Frage der Sowjets nach dem Durchmarsch der Roten Armee durch Polen erhalten hatten, doch der Sowjetmarschall hatte entsprechend der Vereinbarung vom 17. August auf einer pünktlichen Wiederaufnahme der Verhandlungen am 21. August, 11 Uhr, bestanden. Als einer der engsten Vertrauten Stalins kannte er vermutlich die Entscheidung des Diktators vom 19. August, sich mit Hitler zu einigen.

Die Sitzung begann mit einer fast lächerlichen Geste. Admiral Drax legte stolz seine schriftliche Vollmacht vor, ohne zu wissen, dass diese zu spät eingetroffen war. Sodann forderte Woroschilow die Vertagung auf unbestimmte Zeit oder zumindest bis zum Eintreffen der Stellungnahmen zur Frage des Durchmarsches sowjetischer Truppen durch Polen. Für den Fall einer negativen Antwort «sah er keine Aussicht auf ein erneutes Zusammentreffen». Als Briten und Franzosen gegen eine weitere Verschleppung der Gespräche protestierten, zogen sich die Russen zurück, zweifellos zur Beratung mit Stalin. Sie kamen mit einer *schriftlichen* Antwort wieder, die Woroschilow feierlich verlas.

Das Ziel der Sowjetdelegation war und ist eine Vereinbarung über die Art der militärischen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der drei vertragschliessenden Parteien ... Da die UdSSR keine gemeinsame Grenze mit Deutschland aufweist, kann sie

Frankreich, Grossbritannien, Polen und Rumänien nur unter der Bedingung Hilfe leisten, dass ihre Truppen das Durchmarschrecht für polnisches und rumänisches Territorium erhalten. Dies ist die einzige Möglichkeit zur Feindberührung mit den Truppen des Aggressors.

Er erinnerte seine Gäste daran, dass im ersten Weltkrieg britische und amerikanische Truppen den Deutschen nur entgegentreten konnten, da man ihnen erlaubte, auf französischem Boden zu operieren.

Es ist der sowjetischen Militärdelegation unerklärlich, wie die Regierungen und Generalstäbe Grossbritanniens und Frankreichs Abordnungen in die UdSSR entsenden konnten ... ohne ihnen bezüglich einer so grundlegenden Frage gewisse Direktiven mitzugeben ... Allein dies ist Grund genug, ihren Wunsch nach einer ernsthaften und wirksamen Zusammenarbeit mit der UdSSR anzuzweifeln... Die Verantwortung... trifft natürlich die Delegationen Grossbritanniens und Frankreichs.

Damit wurde der Schwarze Peter weitergereicht. Sicherlich war Woroschilows Einwand logisch. Die Alliierten verlangten von Russland, gegen Deutschland zu kämpfen, verweigerten ihm jedoch den Zugang zum Kampfplatz. Dass dieses Argument jedoch noch am 21. August erneut vorgetragen wurde – zwei Tage, nachdem der Kreml einen Pakt mit den Nazis beschlossen hatte –, zeigt die Perfidie der sowjetischen Regierung.

In Unkenntnis der Vorgänge zwischen Berlin und Moskau, aber endlich aufgerüttelt durch die dringenden Telegramme General Doumencs und Botschafter Naggiars * und verärgert über die starre Haltung Polens, entschloss sich Daladier am 21. August zu drastischen Massnahmen. Nach eigener Darstellung³⁶ rief er am Vormittag den polnischen Botschafter zu sich und versicherte ihm, die westlichen Alliierten sorgten für einen Abzug der Roten Armee aus Polen nach Abschluss der Kampfhandlungen, wenn Polen ihr zuvor den Zutritt gewährten. Dann verlangte er die Zustimmung Warschaus.

Ich fügte ausserdem hinzu, die Lage erscheine mir als so ernst, dass wir den Militärpakt unbedingt abschliessen müssten, wenn wir einen Krieg vermeiden wollten. Hur dadurch könne man Hitler dazu bringen, es sich noch einmal zu überlegen. Ich erklärte ihm ferner, er müsse seine Regierung nachdrücklich auf die Hotwendigkeit einer Entscheidung hinweisen. Sollte ich bis zum Hachmittag von ihm keine negative Antwort erhalten, würde ich General Doumenc von mir aus telegrafisch die Vollmacht zur Unterzeichnung der Militärkonvention mit Russland erteilen.

Als um 16 Uhr 15 von der polnischen Regierung immer noch kein Bescheid eingegangen war, telegraphierte Daladier an Doumenc:

* Naggiar hatte am 20. August telegrafisch um zustimmende Antwort gebeten und für «General Doumenc unverzüglich die Vollmacht gefordert, im gemeinsamen Interesse den Militärpakt auszuhandeln und zu unterzeichnen».

Sie werden hiermit bevollmächtigt, in unser aller Interesse ... die Militärkonvention vorbehaltlich der Ratifizierung durch die französische Regierung zu unterzeichnen.

Aber solange Polen nicht zugestimmt hatte, war dies nur eine leere Geste, noch dazu nutzlos, nachdem Stalin sich bereits vor zwei Tagen entschieden hatte. Ausserdem gab es gar keine «Militärkonvention» zu unterzeichnen. Da die Antwort auf die Frage der Sowjets ausstand, war es nicht einmal zu einem Entwurf gekommen. Der französische Ministerpräsident scheint an diesem kritischen Tag in einem Trancezustand gehandelt zu haben. Später sagte er aus, am Nachmittag London um die Absendung eines ähnlichen Telegramms an Admiral Drax (er nennt ihn «Diaz») und die «Zustimmung» der Briten ersucht zu haben. Er glaubte vielleicht wirklich daran, aber er täuschte sich. Aus den vertraulichen Dokumenten des britischen Aussenministeriums geht hervor, dass London auf Daladiers Ersuchen nicht reagierte – auch nicht am folgenden Tag. Als Admiral Drax am 22. August telegrafisch in London anfragte, ob man damit einverstanden sei, dass die britische Delegation zusammen mit General Doumenc die Frage der Russen bejahe, erhielt er keine Antwort. Strang gibt später über diese Depesche zu Protokoll: «Dieses Telegramm konnte nicht beantwortet werden, da keine Entscheidung getroffen wurde³⁷.»

General Doumenc erhielt Daladiers Telegramm um 22 Uhr 30. Er teilte sofort Woroschilow mit, er sei jetzt bevollmächtigt, einen Militärpakt zu unterzeichnen, der das Recht Russlands auf Truppenbewegungen in Polen anerkenne. Er verabredete sich mit ihm für den folgenden Abend. Aber es war wieder zu spät. Eine Stunde nach dem Eingang des Telegramms aus Paris meldete der Deutschlandsender, ein Langwellen-Sender, der in ganz Europa zu empfangen war, dass sich Deutschland und die UdSSR über den Abschluss eines Nichtangriffspakts geeinigt hätten. Ribbentrop werde in zwei Tagen zur Unterzeichnung des Abkommens nach Moskau reisen.

Als Doumenc am 22. August um 19 Uhr Woroschilow aufsuchte, war der deutsche Aussenminister bereits mit dem Flugzeug zum ersten Abschnitt seiner Reise gestartet; er wurde um die Mittagszeit des 23. August in der sowjetischen Hauptstadt erwartet. Der rauhe Sowjetmarschall gab sich redliche Mühe, General Doumenc, für den er inzwischen offenbar Respekt oder gar Zuneigung empfand, die schlechte Nachricht so schonend wie möglich beizubringen. Er erklärte ihm, die französische Antwort sei ohne irgendeinen Bescheid aus Grossbritannien und Polen bedeutungslos.

Ich fürchte nur eines, von französischer und britischer Seite aus wurden die politischen und militärischen Gespräche zu lange verschleppt, In einem solchen Fall lässt sich die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass inzwischen gewisse politische Ereignisse eintreten.

Diese «gewissen politischen Ereignisse» traten, wie wohl auch der arme französische General inzwischen ahnte, am nächsten Tag, dem 23. August, ein. Während sich die

Gespräche zwischen Russland und den westlichen Demokratien fünf Monate lang hingeschleppt hatten – seit den letzten Märztagen wurden die Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Stalin in den zwölf Stunden zwischen Mittag und Mitternacht des 23. August erfolgreich abgeschlossen. Im Gegensatz zu den westlichen Alliierten gingen die Deutschen bereitwillig auf jedes von den Russen geforderte Zugeständnis ein. Als Gegenleistung wurde ihr einziger Wunsch erfüllt: Sie bekamen die feierliche Zusicherung, dass sich die Sowjetunion nicht in Hitlers Krieg einmischen werde. Diese Zusicherung war in dem veröffentlichten Nichtangriffspakt enthalten. Der Preis, den Hitler dafür bezahlte, wurde in dem «geheimen Zusatzprotokoll» zu dem Vertrag festgelegt. Dieses Dokument wurde erst nach dem zweiten Weltkrieg bekannt, als die Alliierten in den Besitz der deutschen Unterlagen gelangten. Es ging ganz einfach um die Aufteilung Osteuropas. Russland erhielt ein Drittel Polens, alle Gebiete östlich einer von den Flüssen Narew, Wisdula (Weichsel) und San gebildeten Linie sowie zwei der drei baltischen Staaten – Lettland und Estland. Deutschland sollte Litauen bekommen. Finnland, das vor dem ersten Weltkrieg als autonomer Staat zu Russland gehört hatte, wurde der «sowjetischen Interessensphäre» einverleibt. Russlands «Interesse» an Besarabien, das es 1919 an Rumänien verloren hatte, wurde von Deutschland ebenfalls anerkannt.

Wie schon in den Tagen der Könige und Zaren hatten sich Deutschland und Russland wieder einmal auf eine Teilung Polens geeinigt. Hinsichtlich der Rückgewinnung verlorener russischer Gebiete im Baltikum und auf dem Balkan hatte Hitler Stalin freie Hand gelassen.

Am 25. August trafen sich die alliierten Militärdelegationen ein letztes Mal mit Woroschilow. Benommen von den inzwischen eingetretenen Ereignissen, erkundigten sie sich, ob die Russen eine «Fortsetzung der Gespräche» wünschten. Die Antwort des Marschalls fiel kurz aus. «Angesichts der veränderten politischen Lage ist die Fortsetzung der Gespräche sinnlos.»

Dass die französischen und britischen Offiziere überhaupt noch zwei Tage lang in Moskau blieben, nur um diese im Voraus feststehende Antwort abzuwarten, lässt sich lediglich mit dem Schock und der Verwirrung erklären, die der deutsch-sowjetische Pakt in Paris und London angerichtet hatte *

Noch am späten Abend des 23. August, als Ribbentrop und Stalin bereits ihre Unterschriften unter den Pakt setzten und groteske Trinksprüche austauschten**, erhielt Doumenc in Moskau ein langes Teigramm von Gamelin. Schon während der verschleppten Militärgespräche waren von Gamelin keine Initiativen ausgegangen. Nun wurde deutlich, wie wenig er begriff, was geschehen war.

* Am 22. August rieten die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens ihren Regierungen, es könnte «nützlich» sein, wenn die Militärdelegationen für den Fall in Moskau verweilen, dass die Sowjets und Ribbentrop nicht Übereinkommen», wie es eine Depesche formuliert. Beide Regierungen stimmten dem zu.

** Beispielsweise Stalins Toast auf Hitler: «Ich weiss, wie sehr die deutsche Nation ihren Führer liebt. Ich möchte daher auf seine Gesundheit trinken»

*Noch gestern bekräftigten Molotow wie auch Marschall Woroschilow ihren Willen zu einer Politik des Widerstandes gegen jede Aggression *. Der Fortgang militärischer Vorbereitungen in Deutschland lässt die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Polen akut werden...*

Es besteht somit die Gefahr, dass die Verhandlungen in Moskau von den Ereignissen überholt werden... Den Russen muss daher die Frage vorgelegt werden, ob sie bereit seien, zusammen mit uns einer Aggression entgegenzutreten. Es ist ferner dringend erforderlich, das Militärabkommen zu den derzeit erreichbaren Mindestbedingungen abzuschliessen ... Bei aller Unvollkommenheit wird diese Bekräftigung der Verteidigungsbereitschaft eine Mauer gegen die deutsche Aggression errichten ...⁴⁰

Wie alle Beteiligten auf Seiten der Alliierten, raffte sich General Gamelin zu spät auf. Durch sein Prestige als Heerführer hätte er vielleicht den polnischen Generalstab zur Vernunft bringen können. Wenn ihm dies nicht gelungen wäre, verfügte er jedoch über genügend Einfluss auf die französische Regierung, insbesondere auf Daladier, der ihn als militärisches Genie betrachtete, um durchzusetzen, dass die Annahme der russischen Hilfe durch Polen zur Bedingung für die Aufrechterhaltung der französischen Bindungen an Polen gemacht wurde. Aber in seiner bequemen Art hatte er weder das eine noch das andere versucht. Der Augenzeuge Beaufre bekundet, dass er nicht einmal General Doumencs verzweifelten Bitten entsprach, ihm eine positive Antwort auf die Frage nach dem Durchmarschrecht für sowjetische Truppen zu schicken.

Selbst nach der Bekanntgabe des deutsch-sowjetischen Pakts blieben die Polen völlig blind gegenüber ihrer bedrohlichen Lage. Am 22. August berichtete der französische Botschafter in Warschau nach Paris:

Beck ist völlig gelassen und scheint sich wegen dieses «Theatercoups» nicht die geringsten Sorgen zu machen. Er glaubt, dass sich in Wirklichkeit kaum etwas geändert hat⁴¹.

* Natürlich war diese Behauptung von der Wahrheit weit entfernt. Molotow empfing am 22. August sowohl den französischen als auch den britischen Botschafter, um ihnen die Ankündigung aus der vorangegangenen Nacht zu erläutern, dass Deutschland und die UdSSR sich auf einen Nichtangriffspakt geeinigt hätten und dass Ribbentrop zur Unterzeichnung am 23. August nach Moskau kommen werde. Er behauptete, die sowjetische Regierung sei erst zu Verhandlungen mit den Deutschen bereit gewesen, als sie erkennen musste, dass die westlichen Alliierten kein Militärbündnis ernsthaft wünschten – was auch nicht ganz der Wahrheit entsprach. Vermutlich bezog sich General Gamelin in seiner Erklärung auf einen Satz in Botschafter Naggiars Bericht über seine Unterhaltung mit Molotow: Molotow erklärte mir, an den politischen Grundsätzen der UdSSR habe sich nichts geändert, und seine Regierung trete weiterhin mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung des Friedens und die Bekämpfung jeder Aggression ein“.

Aber selbst General Gamelin hätte einen solchen Unsinn durchschauen müssen. In seinen Memoiren erwähnt er das Telegramm übrigens nicht. Der Wortlaut findet sich bei Beaufre: a. a. O., S. 173 f.

Am Vorabend des Krieges 23. bis 31. August 1939

Georges Bonnet war klüger. Er erkannte sofort, was nun deutlich wurde: dass sich das Kräftegleichgewicht in Osteuropa plötzlich zugunsten Deutschlands verschoben hatte. Er sass am Abend des 21. August an seinem Schreibtisch am Quai d'Orsay und grübelte über einem soeben eingegangenen Telegramm von Botschafter Paul-Emile Naggiar aus Moskau.

Wenn es nicht bald zu einem Abschluss der alliierten Gespräche mit den Russen käme, warnte der Botschafter, könnte Hitler Stalin eine Teilung Polens und Rumäniens sowie einiger baltischer Staaten anbieten, und es sei nicht ausgeschlossen, dass Stalin darauf eingehen würde. Wenige Minuten vor Mitternacht gab ihm der Direktor von *Havas* telefonisch die letzten Meldungen aus Berlin durch: Deutschland und Russland haben sich auf die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes geeinigt, und Ribbentrop reist zu seiner Unterzeichnung nach Moskau. Bonnet war bestürzt. Er rief sofort Daladier an, der sich schon zur Ruhe begeben hatte. Bonnet sagt, der Ministerpräsident habe den Bericht für eine «Zeitungsente» gehalten, jedoch um Nachprüfung gebeten. Bonnet rief die französische Botschaft in London an. Roger Cambon, der derzeitige Geschäftsträger, berichtete ihm, dass *Reuter* die Berliner Meldung soeben verbreite. Mehr wisse er auch nicht. Verzweifelt wies der Aussenminister Naggiar an, sich um nähere Einzelheiten zu bemühen.

Als Molotow selbst am darauffolgenden Tag die schlechte Nachricht bestätigte, erkannte Bonnet, dass sie für Frankreich «ein Unglück» darstellte. Er sagte zwar am Vormittag zum britischen Geschäftsträger, es sei am besten, «ganz ruhig zu bleiben», aber sein eigenes Denken kehrte wieder zu der defätistischen Einstellung aus der Zeit der Münchener Verträge zurück. Er sagt: «Ich hielt einen Krieg gegen Deutschland zur Unterstützung Polens ohne die Zusicherung russischer Waffenhilfe für ein Unternehmen voller Imponderabilien und Gefahren.»

In dieser Verfassung suchte er am Morgen des 23. August Daladier auf. Er legte ihm nahe, unverzüglich den Verteidigungsrat einzuberufen, um festzustellen, ob Frankreichs militärische Führung unter diesen ungünstigen Umständen überhaupt auf einen Krieg vorbereitet sei. Er fragte den Ministerpräsidenten: «Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen gegenüber Polen neu überdenken?» Was er damit meinte, war klar: Falls man sich diesen Verpflichtungen entziehen konnte, bliebe Frankreich vielleicht ein Krieg erspart. Der Verteidigungsrat trat um 18 Uhr im Kriegsministerium zusammen. Bonnet

legte den führenden Militärs seine Frage vor. Der Entschluss des Aussenministers war bereits gefasst, wie er sich später rühmte: «Ich war der Meinung, dass Frankreich versuchen musste, einem Krieg auszuweichen, dessen volle Last es wegen des russischen Rückziehers, der mangelhaften britischen Vorbereitungen und der Isolationspolitik Amerikas würde tragen müssen¹.»

Aber nach Bonnets Worten war es Sache des Verteidigungsrats, darüber zu befinden, ob Frankreich kampfbereit war oder nicht. Die Beratungen über diese lebenswichtige Entscheidung wurden so geheim abgehalten, dass selbst wichtige Minister wie Mandel und Reynaud erst nach dem Zusammenbruch Frankreichs davon erfuhren. Daladier führte als Ministerpräsident und Verteidigungsminister den Vorsitz. Ausser ihm und Bonnet waren noch Marineminister César Campinchi, Luftfahrtminister Guy la Chambre, Marinekommandeur Admiral Darlan, der Luftwaffenchef General Vuillemin, der Chef des Generalstabs des Heeres, General Colson, und General Gamelin anwesend, der nun den Rang eines Generalstabschefs für Nationale Verteidigung (Etat Majeur) trug. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf ihn als den Oberbefehlshaber, der das letzte Wort zur Kampfbereitschaft der französischen Truppen zu sprechen hatte.

Bonnet berichtet, er sei vor Beginn der Sitzung zufällig mit Général Decamp (er gibt den Namen falsch wieder) zusammengetroffen, dem Leiter von Daladiers militärischem Beratungsstab, dessen verkürztes Sitzungsprotokoll später noch zu scharfen Kontroversen führen sollte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, von Gamelin zu «erfahren, ob die französische Armee in der Lage ist, die deutsche Armee zu schlagen».

«Es wird Ihnen schwerfallen, von General Gamelin eine direkte Antwort zu erhalten», zitiert er Decamp. «Er ist aalglatt².»

Nach dem Protokoll eröffnete Daladier die Sitzung mit drei Fragen:

1. *Kann Frankreich untätig bleiben, während Polen und Rumänien oder zumindest eines dieser Länder von der europäischen Landkarte gestrichen wird?*
2. *Welche Mittel hat Frankreich dagegen einzusetzen?*
3. *Welche Sofortmassnahmen sind möglich?*

Bonnet erinnerte an die ernsten Folgen des Abfalls Russlands und stellte sodann die Frage, die ihn bis zuletzt am meisten beschäftigen sollte:

Sollen wir in dieser Situation getreulich unseren Verpflichtungen unverzüglich in den Krieg eintreten oder unsere Haltung überdenken und die so gewonnene Atempause zur Stärkung unserer militärischen Kraft nutzen? Wobei man davon ausgehen muss, dass Frankreich innerhalb weniger Monate selbst einem Angriff ausgesetzt sein dürfte? Die Antwort auf diese Frage ist überwiegend militärischer Art.

Er wandte sich an General Gamelin und Admiral Darlan. Nach dem Protokoll erwiderten beide:

Heer und Marine seien bereit. In den Anfangsstadien des Konflikts können sie nur wenig gegen Deutschland unternehmen. Aber die Mobilmachung in Frankreich wird Polen automatisch einige Entlastung bringen, da an unserer Grenze eine gewisse Anzahl grösserer deutscher Einheiten gebunden werden.

Das war typisch für Gamelin. Die Armee stehe bereit, sagt er, aber sie könne zunächst wenig gegen die Deutschen tun – und das zum einzigen Zeitpunkt, zu dem Polen möglicherweise durch den versprochenen Grossangriff im Westen noch zu retten gewesen wäre. Das Heer werde mobil machen, aber zunächst nicht kämpfen. Daladier erkundigte sich, wie lange die Polen unter solchen Umständen wohl standhalten könnten.

Ich glaube, dass Polen tapferen Widerstand leisten wird, so dass sich das Gros der deutschen Streitkräfte nicht vor dem kommenden Frühjahr gegen uns wenden kann. Und dann wird uns England zur Seite stehen.

Im Grunde seines Herzens war General Gamelin hinsichtlich der Möglichkeiten der französischen Streitkräfte noch pessimistischer als das kurze amtliche Protokoll erkennen lässt. Das bringt er unfreiwillig in dem langen zweiten Kapitel des 1. Bandes seiner Memoiren unter der Überschrift «*Das sogenannte Sitzungsprotokoll vom 23. August 1939*» zum Ausdruck. Dies Kapitel besteht hauptsächlich aus Aktenvermerken, die er zu seiner Entlastung in dem Prozess vor dem Gerichtshof in Riom vorlegte.

Gamelin kritisiert, Général decamps Protokoll sei in seiner Kürze irreführend. «Wie ist es möglich», fragt er, «auf drei Seiten eine Diskussion von eineinhalb Stunden wiederzugeben*?» Dann wiederholt Gamelin aus dem Gedächtnis, was er bei dieser Sitzung wirklich sagte. Bei dem Versuch unterstützt er unfreiwillig einen gegen ihn erhobenen Vorwurf: dass er für einen Heerführer bemerkenswert ängstlich und wankelmütig war, dass ihm jegliche Kühnheit fehlte, wie sie beim letzten Waffengang zwischen Franzosen und Deutschen so charakteristisch für Foch gewesen war.

Als Beispiel sei hier seine Version dessen angeführt, was er Daladier und Bonnet auf ihre Fragen zum «Verschwinden Polens» geantwortet haben will:

Wenn sich Deutschland nach der Vernichtung Polens mit fast den gesamten Streitkräften gegen Frankreich wendet, werden uns Mobilmachung und Truppenaufmarsch sehr schwerfallen. In diesem Falle wäre ein Eingreifen in das Ringen nicht mehr möglich.

Dieser Darstellung kann man nur mit Mühe folgen. Zum Zeitpunkt des polnischen Zusammenbruchs musste Frankreich doch längst die Mobilmachung abgeschlossen und den Truppenaufmarsch «beendet» haben. Ausserdem hatte Gamelin bei seinen Zuhörern den

• Bei seiner Aussage vor dem Parlamentarismen Untersuchungsausschuss bestätigte auch Daladier, die Aufzeichnungen seien gar kein richtiges Sitzungsprotokoll gewesen, sondern nur «Notizen Général Decamps, dessen geistige und moralische Qualitäten niemand anzweifelt». (Événement, I, S. 54)

Eindruck erweckt, als könnte Polen bis zum Frühjahr standhalten. Ausserdem hatten er und General Georges bekanntlich im Mai dem polnischen Generalstab versprochen, am 15. bis 17. Tag nach Beginn der Mobilmachung mit dem «Gros» ihrer Streitkräfte zum Grossangriff im Westen anzutreten.

Aber hat Gamelin tatsächlich gesagt, was das Protokoll ausführt – nämlich dass der «tapfere Widerstand Polens das Gros der deutschen Streitkräfte daran hindern wird, sich vor dem nächsten Frühjahr gegen Frankreich zu wenden»?

Sicher habe ich es weder so formell noch so schlicht ausgedrückt... Ich habe damit lediglich gemeint, falls Deutschland die Polen noch vor dem Winter besiegen sollte, werde es nach dem Aufmarsch gegen uns die erforderliche Kampfkraft nicht vor dem Frühjahr erreichen. Ich gab abschliessend meiner Hoffnung Ausdruck, dass wir bis zum Frühjahr mit britischer Hilfe und materieller Unterstützung Amerikas notfalls in der Lage sein würden, eine Verteidigungsschlacht zu schlagen. Ich fügte hinzu, nur in einem längeren Krieg könnten wir uns einen Sieg erhoffen. Ich habe stets die Ansicht vertreten, dass wir erst in etwa zwei Jahren – 1941 bis 1942 – offensiv werden könnten.

Das waren also nur leere Versprechungen, wenn er den Polen zugesagt hatte, in siebzehn Tagen und nicht nach zwei Jahren anzugreifen.

Schliesslich streitet Gamelin ab, auf Bonnets Frage geantwortet zu haben, das Heer sei bereit.

Das kann ich gar nicht gesagt haben – jedenfalls nicht in dem Sinne, dass die Armee voll gerüstet sei... Ich sagte lediglich, die Armee sei bereit, mobil zu machen und ihre Kräfte zu konzentrieren '.

Diese Ausflüchte, diese ängstliche Haltung am 23. August 1939 muss man im Auge behalten, wenn man Gamelins kurze Karriere als Oberkommandierender in dem nur noch eine Woche entfernten Krieg betrachtet.

Nach eineinhalbstündiger Diskussion wurde ein Beschluss gefasst. Général Decamp verzeichnet ihn in seinen spärlichen Notizen⁴.

Im Verlauf des Gedankenaustauschs wird darauf hingewiesen, dass wir in einigen Monaten zwar stärker sein werden, dass Deutschland jedoch einen höheren Kräftezuwachs verzeichnen wird, weil ihm dann die Hilfsquellen Polens und Rumäniens zur Verfügung stehen werden.

Daher hat Frankreich keine andere Wahl.

*Die einzige Lösung ist die Einhaltung unserer Verpssichtungen gegenüber Polen, die noch vor der Eröffnung von Verhandlungen mit der UDSSR eingegangen wurden *.*

* General Decamps Protokoll wurde nur in einfacher Ausfertigung erstellt. Im Mai 1940 liess Daladier ein zweites Exemplar für Bonnet anfertigen, das dieser im Dezember nach dem Fall Frankreichs in der berechtigten faschisti-

So kam es also doch zu einer für Frankreich ehrenvollen Entscheidung. Diesmal wollte Frankreich nicht, wie vor einem Jahr gegenüber der Tschechoslowakei, seine Versprechungen verleugnen, sondern gegenüber Polen Wort halten – obgleich es damit ein weitaus grösseres Risiko einging, als 1938, wo die Sowjetunion ihre Hilfe gegen eine deutsche Aggression zugesagt hatte. Immerhin hatten General Gamelin und Admiral Darlan der Regierung versichert, Heer und Marine stünden bereit*.

Die meisten Teilnehmer waren zwar erleichtert, dass es überhaupt zu einer Entscheidung gekommen war – wenn auch zu einer so schicksalhaften –, doch der Verlauf der Sitzung verstärkte noch den alten Groll zwischen Gamelin und Bonnet.

Gamelin erklärte später gegenüber Daladier seine Ausflucht: er habe nicht sagen wollen, die «Armee sei bereit», sondern lediglich «unsere Mobilmachung und der Truppenaufmarsch seien vorbereitet». Es sei ihm unangenehm gewesen, in Gegenwart Georges Bonnets auf die Schwächen der Armee hinzuweisen.

Natürlich hielt ich es nicht für richtig, die immer noch vorhandenen Mängel unserer Bewaffnung und Rüstung zu unterstreichen. Sie wissen darüber Bescheid, Georges Bonnet gingen sie nichts an.

«Sie hatten recht», soll Daladier nach Gamelins Angabe geantwortet haben, «wenn Sie diese Mängel enthüllt hätten, wären die Deutschen am nächsten Tag informiert gewesen.»

Wie schon beim Bericht über die Mai-Episode mit den Polen wird Gamelin auch diesmal hämisch und spitz.

Damit keinerlei Missverständnis aufkommt: Der Ministerpräsident wollte damit keineswegs sagen, Georges Bonnet sei ein Verräter mit Verbindungen zu den Deutschen. Aber er hatte offenbar das Gefühl, dass Bonnet so sehr vom Gedanken erfüllt war, einen Krieg verhindern zu müssen, dass man ihm zu'auen musste, über unseren mangelhaften Rüstungsstand etwas verlauten zu lassen. Eine solche Bemerkung hätte in gewissen Kreisen rasch die Runde gemacht und wäre den Agenten der Deutschen in Frankreich zu Ohren gekommen¹.

schen Wochenschrift *Gringoire* veröffentlichte. Inzwischen war Bonnet offenbar bestrebt, zu beweisen, dass er sich dem Krieg widersetzt und bezweifelt hatte, ob es klug sei, wegen Polen an einem Krieg teilzunehmen.

Gamelin behauptet, Bonnet habe das Protokoll dem Gerichtshof von Riom überreicht, vor dem der Oberkommandierende in der Auftrage der Vichy-Regierung unter Pétain zusammen mit einigen politischen Führern angeklagt war, das Land in einen aussichtslosen Krieg hineingetrieben zu haben. Gamelin sagte später aus, «dieses sogenannte Sitzungsprotokoll war es, auf das sich zunächst die Anklage gegen Daladier, Guy la Chambre und mich stützten, Frankreich leichtsinnig und verantwortungslos in einen Krieg gestürzt zu haben»*.

« Der Luftwaffenchef, General Vuillemin, hielt während dieser Sitzung gewohnheitsgemäss den Mund. Aber drei Tage später bekräftigte er in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten die recht optimistische Einschätzung der französischen und britischen Luftwaffenstärke, die der Luftfahrtminister Guy la Chambre am 23. August geäußert hatte. Der Minister hatte seinem Kollegen versichert, hinsichtlich der Kampfflugzeuge seien die westlichen Alliierten Deutschland und Italien etwa ebenbürtig, und er betonte, «die Lage unserer Luftstreitkräfte braucht nun nicht mehr, wie 1938, die Entscheidungen der Regierung zu belasten». Bekanntlich hatte General Vuillemin im Jahr zuvor kurz vor der Münchner Konferenz die Regierung darauf hingewiesen, die Deutschen würden im Kriegsfall die französische Luftwaffe innerhalb von zwei Wochen ausschalten. Nun versicherte er Daladier, «die Lage ist in keiner Weise mehr jener vom September 1938 vergleichbar»*.

«Auf der Sitzung vom 23. August fiel keine Entscheidung über den Krieg⁸», erklärte Daladier später. Er wusste, dass diese Entscheidung bei Hitler lag. Aber eines wusste er nicht: dass der «Führer» sie bereits am Tag zuvor getroffen hatte – und zwar «unwiderfürlich», wie er seinen Generälen mitteilte.

Er hatte sie noch spät am Abend des 21. August in seinen Berghof oberhalb von Berchtesgaden gerufen, nachdem Stalin in einer persönlichen Botschaft mitgeteilt hatte, die Sowjetunion sei bereit, bei Ribbentrops Besuch in Moskau am 23. August einen Nichtangriffspakt mit Deutschland zu schliessen. Hitler erklärte seinen Militärführern am Mittag des 22. August in der geräumigen Halle des Berghofs: «Ich habe Sie zusammengerufen, um Ihnen ein Bild der politischen Lage zu geben, damit Sie Einblick tun in die einzelnen Elemente, auf die sich mein unwiderruflicher Entschluss zu handeln aufbaut...» Hitler hielt seinen führenden Militärs einen Vortrag über die eigene Grösse * und wandte sich dann der politischen Lage zu.

Hitler sagte: «England wird auf das äusserste bedroht... und Frankreichs Stellung ist ebenfalls schlechter geworden ...» Er hielt es für «höchstwahrscheinlich, dass der Westen jetzt, wo er Russland als Partner verloren hatte, nicht mehr zum Kampf bereit sein würde, aber das Risiko, dass er dennoch kämpfe, müsse in Kauf genommen werden». Daladier und Chamberlain seien «kleine Würmchen, ich sah sie in München». Dann erklärte er, auf welche Weise er die Sowjetunion eingewickelt hatte.

Ich war überzeugt, dass Stalin nie auf das englische Angebot eingehen würde... Russland ist an der Erhaltung Polens nicht interessiert... Litwinows Ablösung war ausschlaggebend, Zeichen für den Abschluss der Interventionspolitik...

Ich habe die Umstellung gegenüber Russland allmählich durchgeführt... Dann kam ein universeller Vorschlag von Russland für einen Nichtangriffspakt. Vor vier Tagen habe ich einen besonderen Schritt getan, der dazu führte, dass Russland gestern antwortete, es sei zum Abschluss bereit. Die persönliche Verbindung mit Stalin ist hergestellt. Von Ribbentrop wird übermorgen den Vertrag abschliessen. Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte... Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht. Weg für den Soldaten ist frei, nachdem ich die politischen Vorbereitungen getroffen habe.

Nur eines fürchtete er: dass sich Chamberlain und die Franzosen – oder vielleicht Mussolini – um ein zweites München bemühen könnten. Wörtlich sagte er: «Ich habe nur Angst, dass mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.»

* «Wesentlich hängt es von mir ab», sagte er, «... wegen meiner politischen Fähigkeiten. Dann die Tatsache, dass wohl niemand wieder so wie ich das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes hat. In der Zukunft wird es wohl niemals wieder einen Mann geben, der mehr Autorität hat als ich . . .» Eine ausführlichere Darstellung dieses entscheidenden Treffens findet sich in meinem Buch *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 553-557. Sie stützt sich auf Aufzeichnungen mehrerer Teilnehmer, insbesondere die des Generals Franz Haider, der sich in seiner altmodischen Gabelberger Kurzschrift umfangreiche Notizen machte.

Nach der Mittagspause bemühte sich Hitler, seine Generäle in die richtige Stimmung zu versetzen. Die Aufzeichnungen einiger Teilnehmer vermitteln einen Eindruck vom Tenor seiner Rede.

Eisernste Entschlossenheit bei uns. Vor nichts zurückweichen... Kampf auf Leben und Tod... Vernichtung Polens im Vordergrund... Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft oder nicht. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.

Herz verschliessen gegen Mitleid! Brutales Vorgehen!... Der Stärkere hat das Recht. Grösste Härte ... Seien Sie hart, seien Sie schonungslos!... Wer über diese Weltordnung nachgedacht hat, weiss, dass sie ihren Sinn durch mit Gewalt errungenen Erfolg der Besten erhält...

Nach diesen bombastischen Worten beruhigte sich Hitler etwas und besprach mit den Generälen seine Weisungen für einen rasthen Feldzug, der Polen noch vor dem Herbstregen vernichten sollte. Da diese Regenfälle vielleicht verfrüht einsetzen und die polnischen Strassen unpassierbar machen konnten, werde er «wahrscheinlich das Angriffsdatum vom 1. September auf Samstagmorgen, den 26. August, vorverlegen». Also in vier Tagen.

Und genau das geschah auch am darauffolgenden Tag. General Haider vermerkte am 23. August in seinem Tagebuch: «Tag Y endgültig auf Samstag, den 26. August festgesetzt. Über Y-Tag und X-Zeit erfolgt kein weiterer Befehl. Alles läuft automatisch⁹.» Der Beginn des Angriffs war auf 4 Uhr 30 morgens angesetzt.

Daladier wusste zu diesem Zeitpunkt zwar noch nicht, dass der Termin für den Angriff der Deutschen auf Polen auf den 26. August angesetzt worden war, aber er erklärte am 23. August dem britischen Geschäftsträger in Paris, Hitler werde nach seiner Meinung «in zwei oder drei Tagen» in Polen einmarschieren¹⁰. Am Tag zuvor hatte Botschafter Coulondre aus Berlin gewarnt, der Angriff stehe «unmittelbar bevor»¹¹.

Der französische Ministerpräsident traf nun seine Vorbereitungen. Im Laufe des 22. August befahl er die *Alerte*, dadurch wurde die *Couverture* eingeleitet, d.h. die Grenzbefestigungen und die Maginot-Linie wurden in Kampfbereitschaft versetzt. Seit Anfang des Monats wurden schon Reserveeinheiten einberufen. Nach einer vertraulichen Mitteilung an die Briten hatte Frankreich bis zum 25. August die Stärke seiner Streitkräfte auf 1,9 Millionen Mann erhöht¹². Nach General Gamelins Angabe erreichte die Gesamtstärke aller Waffengattungen 2'674'000 Mann, davon 2'438'000 Mann beim Heer¹³. Und das alles ohne Mobilmachungsbefehl!

Offenbar meinte es der Ministerpräsident diesmal ernst. Aber im Kabinett kam es wegen dieser Kriegsvorbereitungen zu Meinungsverschiedenheiten. Am 22. August hatte Gamelin kurz nach einer Kabinettsitzung eine Aussprache mit Daladier.

Er (Daladier) sagte mir, im Kabinett gebe es zwei Strömungen. Auf der einen Seite erklärten Paul Reynaud und Mandel: «Das Militär ist ängstlich und nicht entschlossen genug», andererseits bildeten Bonnet und Chautemps «einen Clan, der Frieden um jeden Preis wünscht».

Daladier sagt mir, seine eigene Entscheidung sei gefallen. Wenn das Kabinett nicht mitziehe, werde er gehen. Ich versicherte ihm, ich würde in diesem Fall mitgehen^H.

Ein anderes Kabinettsmitglied, nämlich Monzie, erwähnt Gamelin mit keinem Wort. Dafür taucht dieser Name in einer vertraulichen Depesche auf, die der britische Geschäftsträger Campbell am darauffolgenden Tag nach London sandte. Eine Bemerkung des Ministers für öffentliche Arbeiten wird zitiert: «Nach dem deutsch-sowjetischen Pakt bleibe nun nichts anderes übrig, als den Deutschen ihren Willen zu lassen¹⁵.»

Das Kabinett trat am 24. August erneut zusammen. Daladier erwähnte nichts vom Beschluss des Vortags, im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen müsse Frankreich zu den Waffen greifen. Reynaud und Mandel wussten davon nichts und waren besorgt, Bonnet, Chautemps und Monzie könnten auf ein zweites München zusteuern – diesmal auf Kosten Polens.

Der 25. August war ein kritischer Tag für ein Europa, das ohnehin schon einen jederzeit möglichen Kriegsausbruch fürchtete. Mittelpunkt des Dramas war jetzt Berlin. Ich erinnere mich, welche fast unerträgliche Spannung den ganzen Tag über in der deutschen Hauptstadt herrschte. Kurz nach Mittag wurden auf Befehl der deutschen Regierung sämtliche Rundfunk-, Telegraf- und Telefonverbindungen zur Aussenwelt abgeschnitten. Diese Massnahme schien Berichte zu bestätigen, die uns Vorlagen: dass Hitler seinen Truppen befohlen hatte, im Morgengrauen des nächsten Tages in Polen einzumarschieren (wir wussten damals natürlich noch nichts von seinen endgültigen Anweisungen vom 23. August). Am Abend zuvor waren die letzten französischen und britischen Korrespondenten und Zivilisten eilig in Richtung auf die nächste Grenze abgereist. Wir erfuhren, dass das Auswärtige Amt die Botschaften und Konsulate in Polen, Frankreich und Grossbritannien aufgefordert hatte, für eine möglichst rasche Ausreise aller deutschen Staatsbürger zu sorgen. Es war ein drückend warmer, schwüler Tag, und in Berlin herrschte eine gereizte Stimmung, insbesondere in der Wilhelmstrasse, wo die meisten Ministerien und die Reichskanzlei lagen.

Die Gegenseite hatte nun deutlich zu erkennen gegeben, dass sie von ihrem Standpunkt nicht abweichen werde. Am 23. August war der britische Botschafter nach Berchtesgaden geflogen und hatte Hitler einen Brief Chamberlains mit der Versicherung überreicht, dass Grossbritannien trotz des deutsch-sowjetischen Paktes seinen Verpflichtungen gegenüber Polen mit «allen zu Gebote stehenden Kräften» nachkommen werde. Wie der Botschafter berichtete, hatte der Führer wutentbrannt erwidert, wenn Grossbritannien angreife, werde es Deutschland «vorbereitet und entschlossen» finden. Er sei jetzt fünfzig Jahre alt und führe lieber jetzt Krieg als mit fünfundfünfzig oder sechzig Jahren¹⁸.

Zwei Tage später, an jenem entscheidenden 25. August, veranlassten ihn gewisse Ereignisse zu einer – vorläufigen – Meinungsänderung.

Die französische Regierung hatte zwar den Worlaut von Chamberlains Brief an Hitler gebilligt, jedoch selbst keinen ähnlichen Vorstoss unternommen. Dazu ergab sich eine Gelegenheit, als der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Hitler den französischen Botschafter um 17 Uhr 30 zu sich rief. Inzwischen war zu erkennen, dass er ein letztes Mal versuchen wollte, Frankreich und Grossbritannien zum Fernbleiben von einem Krieg gegen Polen zu überreden *. Er ersuchte Coulondre, eine Erklärung an Daladier weiterzuleiten.

Ich habe keine Feindschaft mit Frankreich. Ich habe auf Elsass-Lothringen verzichtet und die französisch-deutsche Grenze anerkannt. Der Gedanke, wegen Polen mit Frankreich Krieg führen zu müssen, ist für mich sehr schmerzlich ... Ich werde Frankreich nicht angreifen, aber wenn es in den Konflikt eingreift, werde ich bis zum Ende gehen ... Ich glaube, dass ich siegen werde – Sie glauben, dass Sie siegen werden. Aber sicher ist nur, dass deutsches und französisches Blut fliessen wird, das Blut von zwei sehr mutigen Völkern. Ich wiederhole, dass es für mich äusserst schmerzlich ist, wenn es dazu kommen sollte. Bitte, sagen Sie das M. Daladier.

Dann erhob sich Hitler und wollte damit die einseitige Unterhaltung beenden. Aber auf diese Weise liess sich Coulondre nicht abfertigen. «Ich bin doch schliesslich nicht nur ein Briefkasten», sagte er später. Er versicherte Hitler feierlich, falls er Polen angreife, werde er Frankreich «mit allen seinen Kräften an Polens Seite» finden ¹⁸.

Bonnet gibt an, den Bericht des Botschafters über die Unterredung sofort nach dem Eintreffen am Quai d'Orsay kurz vor Mitternacht telefonisch an Daladier weitergeleitet zu haben. Die erste Reaktion des Ministerpräsidenten sei ein nachdrücklicher Hinweis auf die «Notwendigkeit einer Beschleunigung unserer militärischen Vorbereitungen» gewesen¹⁹. In einer Rundfunkansprache über alle Sender hatte Daladier am selben Abend Frankreichs Entschlossenheit bekräftigt, im Falle eines Angriffs auf Polen zu seinen Versprechungen zu stehen.

Am Freitag, dem 25. August, bestätigte Hitler um 15 Uhr noch einmal seinen Befehl, im Morgengrauen des folgenden Tages loszuschlagen. Um 18 Uhr wusste er endgültig, dass er in diesem Fall auch gegen Frankreich und Grossbritannien kämpfen musste. Falls er hinsichtlich der Briten tatsächlich noch gewisse Hoffnungen hegte, so wurden diese um 18 Uhr endgültig zunichte gemacht: Aus London traf die Meldung ein, Grossbritannien und Polen hätten soeben einen Beistandspakt unterzeichnet. Der Chefdolmetscher, Dr. Paul Schmidt, hielt sich in Hitlers Büro auf, als diese Nachricht eintraf. Er erinnerte sich später, dass dieser sie las und dann lange grübelnd an seinem Schreibtisch sass²⁰.

* Um 13 Uhr 30 hatte Hitler den britischen Botschafter zu sich gerufen und Grossbritannien ein «letztes Angebot» unterbreitet, das geradezu lächerlich war. Er sei bereit, «die Existenz des britischen Weltreichs zu garantieren, aber erst nach der Lösung des deutsch-polnischen Problems». Er fügte hinzu, dies sei sein letzter Vorschlag, und im Falle einer Zurückweisung werde es Krieg geben ¹⁹.

Sein Grübeln wurde durch ebenso ungünstige Nachrichten aus Rom unterbrochen. Am selben Morgen hatte er Mussolini in einem dringenden persönlichen Schreiben darauf vorbereitet, dass ein deutscher Angriff auf Polen unmittelbar bevorstehe. Sollten die Ereignisse in Polen unerträglich werden, würde er sofort handeln. Hitler ersuchte Italien nicht ausdrücklich um seinen Beistand. Nach den Bedingungen des italienisch-deutschen «Stahlpakts» hätte eine solche Hilfe automatisch erfolgen müssen. Der Brief wurde von Ribbentrop persönlich telefonisch an den deutschen Botschafter in Rom durchgegeben und erreichte Mussolini um 15 Uhr 20²¹. Es wurde um rasche Beantwortung gebeten. Die Antwort traf auch prompt ein.

Nach einem Vermerk auf dem Original²² wurde sie Hitler durch Botschafter Attolico «gegen 18 Uhr» überreicht. Nach Angabe des ebenfalls anwesenden Dr. Schmidt traf sie den «Führer» wie ein Bombenschlag. Der Duce erklärte Hitler nämlich rundheraus, bei einem Krieg gegen Polen dürfe er nicht auf Italien rechnen. «Die italienischen Kriegsvorbereitungen» seien einfach noch nicht abgeschlossen. Das Land könne nicht «einem Angriff standhalten, den die Franzosen und Engländer vorwiegend gegen uns richten würden». Mussolini erinnerte seinen Kollegen und angeblichen Verbündeten daran, dass «bei unseren Besprechungen ein Krieg für 1942 ins Auge gefasst wurde, und zu diesem Zeitpunkt wäre ich auch bereit gewesen».

Schmidt hörte, wie Hitler murmelte: «Die Italiener benehmen sich genau wie 1914!» Als er seine Haltung halbwegs wiedergefunden hatte, war es 18 Uhr 30. Der ereignisreiche 25. August hatte ihm die Augen hinsichtlich gewisser Realitäten geöffnet: dass Italien neutral bleiben und Grossbritannien wie auch Frankreich sich einer deutschen Aggression «mit all ihren Kräften» widersetzen würden. Diese Aggression sollte in zehn Stunden beginnen. Bei Einbruch der Dunkelheit setzten sich die deutschen Truppen bereits in Richtung auf ihre endgültigen Ausgangsstellungen in Bewegung. Hitler stand vor der schwerwiegendsten Entscheidung seines Lebens.

Gegen 19 Uhr sah Schmidt plötzlich General Keitel, den Chef des OKW, aus dem Büro des «Führers» stürzen. Er rief seinem Adjutanten zu: «Der Vormarschbefehl muss sofort widerrufen werden!» In Nürnberg gab Keitel vor dem Tribunal an: «Ich wurde plötzlich zu Hitler gerufen – in die Reichskanzlei – und er sagte mir nur: «Sofort alles anhalten...»²³.» Ein Eintrag vor diesem Abend im Tagebuch der Seekriegsleitung berichtet knapp:

25. August: Der bereits angelaufene «Fall Weiss» wird um 20 Uhr jo angehalten, «aufgrund veränderter politischer Lage». (Enges Bündnisabkommen England-Polen vom 25.8. mittags und Mitteilung Duce, zwar zu seinem Wort zu stehen, aber notwendig, grossen Rohstoffbedarf erbitten zu müssen²⁴.

Es war nicht ganz einfach, die deutsche Wehrmacht an diesem Abend noch zu stoppen, da sich viele Einheiten bereits in Marsch gesetzt hatten. In Ostpreussen erreichte der Befehl zum Abbruch des Angriffs General Petzels erstes Armeekorps erst um 21 Uhr 37.

Sofort wurden mehrere Offiziere zu den vordersten Einheiten geschickt. Es gelang ihnen mit äusserster Mühe, den Vormarsch zu stoppen. Weiter südlich hatten die motorisierten Verbände des General von Kleist unterstellten Armeekorps bereits in der Abenddämmerung damit begonnen, bis zur polnischen Grenze vorzurücken. Sie wurden dicht davor durch einen Staboffizier angehalten, der mit einer kleinen Aufklärungsmaschine landete und diese Einheiten stoppte. In einigen Abschnitten hatten die Schiessereien bereits begonnen, als der Befehl eintraf. Und der polnische Generalstab war immer noch ahnungslos.

Der Angriff war aufgeschoben – aber nicht aufgehoben *. Wieder ergibt sich aus General Haiders unersetzlichem Tagebuch, in welcher Verfassung sich Hitler an diesem kritischen Punkt befand. «Führer ziemlich zusammengebrochen», notierte er am Abend des

25. August, nachdem die Nachrichten aus Rom und London Hitler noch einmal veranlasst hatten, vom Abgrund des Krieges zurückzuweichen. Aber am nächsten Nachmittag fiel dem Generalstabschef beim Führer ein plötzlicher Stimmungsumschwung auf. «Führer sehr ruhig und klar», schrieb er um 15 Uhr 22 in sein Tagebuch. Haider nennt auch den Grund dieses Umschwungs: «Fertigmachen zum 7. Mobilmachungstag früh .. Angriffstermin 1.9.» Diesen Befehl erteilte Hitler telefonisch dem Oberkommando des Heeres. Hitler sollte seinen Krieg mit Polen bekommen. Der Angriff war auf den 1. September festgelegt. Das stand fest. Doch in den nun folgenden fünf Tagen wollte er sich ein letztes Mal bemühen, Frankreich und Grossbritannien aus den Kriegsverwicklungen herauszuhalten. Dies beleuchtet eine weitere Tagebucheintragung Haiders vom 26. August: «Leise Hoffnung, dass man auf dem Verhandlungsweg England zur Annahme der Forderungen bringt, die Polen ablehnt**... Plan: Wir verlangen Danzig, Korridor durch den Korridor und Volksabstimmung auf gleicher Basis wie Saar. England wird vielleicht zustimmen. Polen wahrscheinlich nicht. *Keil zwischen sie treiben.*»

Die Hervorhebung in seinem Tagebuch stammt zweifellos von Haider selbst. Sie gibt sicherlich bis zu einem gewissen Punkt wieder, wie Hitler dachte. Er wollte einen Keil zwischen Polen und England treiben und damit Chamberlain einen Vorwand bieten, sich seinem Versprechen an Polen zu entziehen.

Und Frankreich? Hitler schien sicher zu sein, dass es dem britischen Beispiel folgen würde – wie es das seit der Rheinlandkrise 1936 immer wieder getan hatte. Darüber hinaus wusste er um die Meinungsverschiedenheiten in Frankreich und dem wachsenden Widerstand in die Zumutung, «für Danzig» oder auch für Polen in den Krieg zu ziehen. In der erwähnten Tagebuchnotiz Haiders findet sich auch hierzu eine kurze Bemerkung: «In Frankreich immer mehr Resolutionen an die Regierung gegen Krieg.»

* Es gibt bisher keinerlei Beweise in den französischen oder britischen Dokumenten – soweit sie verfügbar sind dass Paris oder London jemals von der Verschiebung erfuhren. Was sie erfuhren, war, dass Hitler am oder um den 26. August möglicherweise in Polen einrücken werde. Am 24. August unterrichtete der französische Generalstab den britischen, er habe erfahren, dass «der Angriff zwischen dem 26. und 28. August stattfinden werde»^M. Sir Neville Henderson stellt in seinen Memoiren (S. 266, 271) fest, dass nach «definitiver Information» um den 25. oder 26. August mit dem Angriff zu rechnen sei.

** Damit war Hitlers Angebot vom 25. August für eine «Garantie» des britischen Weltreichs gemeint.

Einige dieser «Resolutionen» stammten von einflussreichen französischen Politikern, darunter auch von Flandin, der immer noch grossen Einfluss im Parlament besass. Seit München hatte er, wie er selbst zugibt, eine Absage Frankreichs an die Verpflichtungen Polens befürwortet²⁸. Am Morgen des 27. August suchte er Daladier im Kriegsministerium auf, «um ihn zu bitten, sich nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen», wie er selbst sagt. Er fügt hinzu, er sei von politischen Freunden «bevollmächtigt» worden, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, «dass wir alle uneingeschränkt hinter einem Kompromiss stehen würden, durch den sich ein Krieg vermeiden lässt».

In einer längeren Unterredung wies ich ihn auf die für Frankreich so ungünstige diplomatische Lage, seine militärische Unterlegenheit und die zusätzliche Unruhe hin, die der Abfall Russlands, insbesondere im Hinblick auf die Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs, im Lande stiften werde. Er bestritt weder die mangelnde Kampfbereitschaft des Heeres noch die Unterlegenheit der Luftwaffe... Er blieb dabei, dass die Danzig-Frage und der Korridor von untergeordneter Bedeutung seien, fetzt gehe es um grössere Dinge. Polen sei unser letzter Verbündeter im Osten. Der deutsche Generalstab wolle diese zu Frankreichs Sicherheit zweite Front beseitigen, bevor Frankreich selbst angegriffen würde... Er glaube an einen tapferen Widerstand der polnischen Armee. Dies bestritt ich, doch er hielt mir die Ansicht General Gamelins entgegen.

Nach dem Gespräch begegnete Flandin zufällig dem General selbst, der sich, wie er sagt, hinsichtlich der polnischen Streitkräfte sehr zuversichtlich zeigte.

Als ich ihm entgegenhielt, dass Hitler glaube, den polnischen Widerstand innerhalb von drei Wochen brechen zu können, tadelte mich General Gamelin wegen meines Glaubens an Hitlers Vorhersagen: «Ich kenne die polnische Armee sehr genau. Die Soldaten sind ausgezeichnet, das Oberkommando ist seiner Aufgabe gewachsen. Die Polen werden standhalten und uns genügend Zeit lassen, ihnen zu Hilfe zu kommen» ... Als ich ihn fragte, auf welche Weise dies geschehen solle, antwortete er voller Überzeugung: «Die Polen werden sich mindestens sechs Monate lang behaupten, und wir werden ihnen auf dem Weg über Rumänien Hilfe bringen.»

«Ich verliess das Kriegsministerium», schliesst Flandin²⁷, «und war wie vor den Kopf gestossen *.»

Trotz aller Betroffenheit setzte sich Flandin immer noch, wie Monzie und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten, entschieden dafür ein, dass Frankreich einen Krieg um jeden Preis vermeiden müsse – ohne Rücksicht auf das Vorgehen Hitlers oder der Briten. Rechtsgerichtete Kreise in Paris machten keinen Hehl aus ihrer Überzeugung, dass Grossbritannien Frankreich in einen Krieg hineinziehen wolle.

* General Gamelin behauptete später, Flandin habe den «Sinn seiner Worte missverstanden»

Am 26. August, einen Tag vor Flandins Unterredung mit Daladier, drahtete der deutsche Geschäftsträger in Paris den Wortlaut eines Leitartikels nach Berlin, der an diesem Morgen in der royalistischen Zeitung *L'Action Française* erschienen war. Sowohl der Autor Charles Maurras als auch die Zeitung selbst hatten viele Leser im Offizierskorps von Heer und Marine. In dem Artikel wurde vor den britischen und jüdischen Drahtziehern gewarnt, die Frankreich in einen Krieg zu verwickeln suchten – das gleiche, was auch die Nazipresse in Berlin schrieb. Mandel, Campinchi, Jean Zay und Paul Reynaud, die vier Kabinettsmitglieder, die sich bei Daladier für eine feste Haltung gegenüber Hitler einsetzten, wurden von Maurras so hingestellt, als gehörten sie «zu der europäischen Clique, die den Weltfrieden stören möchte».

Ob Jude oder Judenfreund – diese Herren stehen in enger Verbindung zu der mächtigen jüdischen Clique in London... Wenn heute unser französisches Volk bereit ist, sich ahnungslos und vergebens hinschlachten zu lassen, dann geschieht dies nach dem Willen der englischsprechenden Juden oder ihrer französischen Sklaven. In diesem Fall muss sich eine französische Stimme erheben und der Wahrheit die Ehre geben ²⁹.

1914 war der rechte Flügel in Frankreich einschliesslich Maurras und seiner royalistischen Anhänger gemeinsam mit allen anderen politischen Elementen dafür eingetreten, dass Frankreich sich unter allen Umständen gegen Deutschland behaupten müsse. Jetzt, fünfundzwanzig Jahre später, verkündeten sie die gegenteilige Überzeugung und vertieften damit die Kluft, die dieses seit langem gespaltene Land durchzog.

Die Pazifisten nahmen an Zahl, Lautstärke und Einfluss zu. Sie setzten sich im wesentlichen für die gleiche Forderung ein: den Krieg um jeden Preis vermeiden! Paul Faure hatte die Mehrheit der mächtigen Sozialistischen Partei, die früheren Anhänger Blums, für seine Politik eines Friedens um jeden Preis, gewonnen. Einige der grössten und – paradoxerweise – am weitesten links stehenden Gewerkschaften agitierten, angeführt vom Lehrerbund und den Gewerkschaften der Postbediensteten und Beamten mit lautstarken Manifesten für den Frieden. Monzie berichtet von der «Pazifisten-Parade» zu seinem Amt während der letzten Augustwoche. Unter den Teilnehmern waren viele sozialistische Abgeordnete und Gewerkschaftsführer.

Die Kommunisten waren inzwischen eine der stärksten politischen Parteien geworden. Sie erfassten einen grossen Teil der Arbeiterschaft. Seit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Pakts am 23. August, der in der kommunistischen Presse Frankreichs – zweifellos auf Anweisung Moskaus – sklavisch als «Friedensrettung» bejubelt worden war, schienen sie für die Nation verloren zu sein. Das glaubte zumindest Daladier in seiner Verbitterung über die Doppelzüngigkeit Moskaus und seinem Ärger über die Kehrtwendung der Kommunistischen Partei Frankreichs, die noch am Tag zuvor in schrillen Tönen ein Bündnis Frankreichs mit Russland gegen Hitler gefordert hatte. Am 26. August verbot er die beiden kommunistischen Tageszeitungen in Paris, *Humanité* und *Ce Soir*.

Diesen Schritt hielten die weitblickenderen Männer der Rechten für übereilt und unüberlegt – obgleich der Abfall der Sowjetunion sie nicht verärgerte, sondern erleichterte, weil Frankreich dadurch die Pflicht erspart blieb, an der Seite der verhassten Bolschewiken kämpfen zu müssen. Diesen Männern wäre es nur recht gewesen, wenn man jeden französischen Kommunisten mit einem Mühlstein am Hals in die Seine geworfen hätte. In Wirklichkeit hatte Stalins zynischer Handel mit Hitler die französischen Kommunisten nämlich in einen Zustand völliger Verwirrung gestürzt. Nach der Ankündigung am Abend des 21. August, dass der Pakt unterzeichnet würde, hatten die Kommunistenführer Maurice Thorez, Jacques Duclos und Gabriel Peri drei Tage lang in ebenso ungewohntem wie betretenem Schweigen verharrt. Peri, der aussenpolitische Experte der Partei, verbrachte diese drei Tage als geschlagener Mann an seinem Schreibtisch in der Redaktion der *Humanité*, unfähig zu schreiben, kaum in der Lage zu sprechen. Die undankbare Aufgabe, den Pakt in Leitartikeln zu preisen und Stalin als den «Retter des Friedens» zu feiern, blieb irgendeinem kleinen Redakteur überlassen.

Der kommunistischen Fraktion in der Deputiertenkammer war klar, dass die Masse ihrer Anhänger diesen Kurswechsel nicht schlucken würde. Sie veröffentlichte am 25. August eine Erklärung Thorez', die der Nation die Unterstützung der Kommunisten zusicherte.

Wenn Hitler einen Krieg entfesselt, dann lasst ihn wissen, dass er das französische Volk mit den Kommunisten in der vordersten Reihe gegen sich geeint finden wird... Die Kommunistische Partei billigt die von der Regierung getroffenen Massnahmen zum Schutz unserer Grenzen und zur Hilfeleistung an jene uns verbündete Länder, die von einer Aggression bedroht werden.

Aber es war zu spät. Stalins Kehrtwendung hatte die Kommunistische Partei auseinandergerissen. Léon Blum sagte am 25. August zu Sir Eric Phipps: «Dies ist der Todesstoss für die Kommunistische Partei in Frankreich. Es wäre ein Fehler, wenn die Regierung sie auflösen würde³⁰.» Er und viele andere waren davon überzeugt, dass sie von selbst bald ihr Leben aushauchen würde. Aber Daladier wollte nicht auf ihren Rat hören. Er verbot die Kommunistische Presse und kurz danach auch die Partei. Damit rettete er sie nach Ansicht eines konservativen französischen Historikers «aus ihrer tiefen Ratlosigkeit und eröffnete ihr die ungeheuren Möglichkeiten der Untergrundtätigkeit»³¹.

Zu den Kräften der Rechten, die sich dem Krieg widersetzen, weil sie die Republik hassten und Sympathien für Hitler und Mussolini empfanden, gesellten sich schon bald jene Millionen von Kommunisten, die sich durch Stalin betrogen fühlten. Polizei, Gerichte und Regierung behandelten sie als Geächtete und trieben sie damit in den Widerstand. Auch sie wandten sich gegen den Krieg, sabotierten die Rüstungsindustrie und trugen den Defätismus in die Reihen der Streitkräfte – bis Hitler Russland angriff. Aber da war es bereits zu spät, noch etwas zur Rettung ihres Vaterlandes zu tun.

Doch noch andere Dinge trugen zur beklagenswerten Verfassung der Republik am Vorabend des Krieges bei. Das Kabinett war, wie bereits aufgezeigt wurde, uneinig. Bonnet,

Chautemps, Marchandeu und Monzie waren entschlossen, Frankreich aus dem Krieg herauszuhalten. Reynaud, Mandel, Champetier de Ribes und Jean Zay vertraten ebenso entschlossen die Überzeugung, dass Frankreich den Krieg erklären müsse, falls Hitler Polen angriffe. Hinzu kamen noch die vermehrten persönlichen Reibereien zwischen Daladier und Reynaud. Sie stimmten zwar in ihrer Überzeugung überein, dass Frankreich diesmal feste Haltung beweisen und notfalls kämpfen müsse, aber seit Reynauds Widerstand gegen das Münchner Abkommen hatte sich zwischen den beiden ein gegenseitiges Misstrauen herausgebildet. Ausserdem glaubte Reynaud, ein ausserordentlich selbstbewusster Mann, dass Daladier sowohl die Kraft als auch die Fähigkeit fehlte, Frankreich durch die schwere Zeit eines Krieges zu führen. Er hielt sich selbst für geeigneter. Da Reynaud kaum ein Hehl aus seinen Ambitionen machte, nahm bei Daladier die Sorge zu, dass sein Finanzminister seine Ablösung betriebe.

Dieses gegenseitige Misstrauen wurde noch durch ihre Mätressen geschürt – Gräfin Helene de Portes bei Reynaud und die Marquise de Crussol bei Daladier. Ehrgeizig betrieben sie die Karriere ihres jeweiligen Geliebten, strebten gierig nach Macht für ihn und sich selbst – dies galt besonders für die ausgesprochen energische Gräfin – und wühlten so im Schlamm von Rivalität und Intrigen zwischen den beiden wichtigsten Köpfen der Regierung.

«Die Geschichte hat ein Recht, sie unter die Lupe zu nehmen», rechtfertigte einmal Pertinax, der äusserst freimütige Redakteur und Kolumnist seine Bemerkungen über die Rolle der Marquise de Crussol³². Dieses Vorrecht des Chronisten nutzte er hinsichtlich der Gräfin de Portes noch weidlicher aus. Eine ganze Anzahl anderer französischer Schriftsteller und Historiker taten es ebenfalls und beleuchteten insbesondere die Handlungsweise und den Einfluss der ebensowohl energischen wie hartnäckigen Mätresse Reynauds. Reynaud selbst erwähnt ihren Namen in seinen umfangreichen Memoiren nicht; er sprach ihn auch bei den zahllosen Unterhaltungen und dem Schriftwechsel mit dem Verfasser nicht ein einziges Mal aus. Offenbar betrachtete er dies als seine Privatangelegenheit, in der kein anderer herumzuschneffeln hatte. Die gleiche Haltung nahm Daladier ein, als ich ihn aufsuchte. Ich habe diese Haltung in beiden Fällen respektiert. Doch bei diesem kleinen, aber bedeutsamen Stück Geschichte ging es eben doch um mehr als nur eine Privatangelegenheit – insbesondere im Hinblick auf Reynaud, der in einem äusserst kritischen Augenblick die Zügel der Regierung in die Hand nahm. In den letzten Monaten der Dritten Republik spielte Madame de Portes, wie noch deutlich wird, eine recht bedeutsame Rolle im öffentlichen Leben, wie vor ihr schon die Marquise de Maintenon unter Ludwig XIV. und mehr noch die Marquise de Pompadour bei Ludwig XV. In den zwanzig Jahren von 1745 bis 1764 wurde Frankreich praktisch von der Marquise de Pompadour regiert. Das schaffte Madame de Portes zwar nicht – ihre Lebenszeit war zu kurz bemessen –, aber sie versuchte es zumindest. Ihr Einfluss auf Reynaud und die Ereignisse, die schon bald über ihn hereinbrechen sollten, muss in diesem Bericht Erwähnung finden.

Wer waren diese beiden Damen von Rang und Namen eigentlich, die in so enger Ver-

bindung zu Daladier und Reynaud standen? Beide entstammten wohlhabenden Bürgerfamilien, beide erwarben ihr Adelsprädikat durch Heirat, und beide benutzten Titel und Geld als Ausgangsbasis auf dem Wege zu politischer Macht durch Liaisons mit jenen Politikern, die am wahrscheinlichsten den höchsten Gipfel erreichen würden.

Die Marquise de Crussol war eine geborene Jeanne Beziere, die Tochter eines Geschäftsmanns aus Nantes, der durch Ölsardinen sehr reich geworden war. Auf der Suche nach einem passenden Titel war sie auf den Marquis de Crussol gestossen, einen Enkel der gefürchteten Herzogin d'Uzes, der zeitweilig auch Helene de Portes den Hof gemacht hatte. Schon bald erfanden Pariser Witzbolde für die Marquise das Wortspiel «*La Sardine qui se crue sole*» – die Sardine, die sich für eine Seezunge hält; crue sole und Crussol klingen beide gleich. Daladiers Frau war nach zehnjähriger Ehe gestorben. Als er die Marquise kennenlernte, bewohnte er eine bescheidene, ziemlich düstere Wohnung in der Rue Anatole-de-la-Forge. Seine Schwester führte ihm den Haushalt und versorgte seine beiden Söhne. Madame de Crussol führte ihn schon bald in das mondäne Leben ein und förderte seine Laufbahn durch ihre Beziehungen zur eleganten Gesellschaft von Paris. Pertinax bezeichnet sie als «geistvolle Frau, sehr attraktiv mit ihrer geschwungenen Nase, aber raffgierig und geizig» und dazu noch herrschsüchtig³³. Für André Maurois war sie eine «elegante schöne Frau, blond und von jugendlichem Aussehen», jedoch mit «einem Drang zur Macht und einer bedauernswerten Leidenschaft für ökonomische und politische Lehren»³⁴. Von diesen Lehren schien sie allerdings wenig zu verstehen. Beide Autoren berichten übereinstimmend, dass sie sich im Gegensatz zu Madame de Portes im Hintergrund hielt und ihre Macht sowie ihren Einfluss diskret ausübte.

Helene de Portes war die Tochter eines gewissen Rebuffel, eines wohlhabenden Reederei-besitzers aus Marseille. Das kluge, intelligente Mädchen voller Energie und Ehrgeiz heiratete den Grafen Jean de Portes, einen Sohn des Marquis de Portes und der Herzogin de Gadagne. Der Graf bekam prompt eine Stellung in einem der Betriebe seines Schwiegervaters in Marseille. Lazareff bemerkt, die beiden «hochwohlgeborenen Ehemänner liessen ihren Frauen ziemlich viel Freiheit»³⁵. Die Gräfin wie auch die Marquise machten sich auf, Paris zu erobern. Dort wurde Madame de Portes von André Tardieu mit Reynaud bekannt gemacht, der doppelt so alt war wie sie. Zunächst kam es nur zu einem kleinen Flirt. Die ehrgeizige junge Dame wurde sogar eine gute Freundin Madame Reynauds. Aber das dauerte nicht lang. Sobald Helene de Portes erkannte, dass Reynauds Stern immer höher stieg am politischen Himmel, wurde sie seine Geliebte. Pertinax schreibt über die Folgen:

Die beiden Frauen gerieten wegen ihres Opfers heftig aneinander, und wer als Eingeweihter wusste, dass diese Affäre im gegenseitigen Einvernehmen schon seit einiger Zeit gedieh, war erstaunt über die verspätete Explosion. Von morgens bis abends belauerten und verfolgten sich die beiden Furien gegenseitig. Der Streit wurde in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Wenn Reynaud mit der einen ausging, musste er gewärtig sein, dass die andere plötzlich auftauchte.

1938 übersiedelte Reynaud aus seiner Wohnung in ein Junggesellenappartement an dem Place du Palais Bourbon, das er bis an das Ende seines langen Lebens behielt. Dort hatte er die Gräfin für sich allein. Das Geheimnis ihrer Macht über diesen so klugen und willensstarken Mann wurde nie ganz gelüftet. Viele, die sie kannten, haben der Nachwelt ihre Eindrücke von der Dame hinterlassen. General Sir Edward L. Spears, der ihre Gesellschaft häufiger genoss als ihm lieb war, beschreibt sie folgendermassen:

Sie war von mittlerer Grösse, dunkel, und ihr hochgebürstetes, lockiges Haar wirkte unordentlich. Ihr Mund war gross, ihre Stimme schrill... In den Augen des Durchschnittsmannes fehlte ihr jeglicher Charme... Sie hatte schöne Fesseln, aber einen fahlen Teint³⁶.

Auch Lazareff sah sie öfter, als ihm angenehm war. Er hielt sie für «ein wenig plump... aber mit hübschen Augen und Beinen, stets nachlässig gekleidet und unordentlich frisiert». Ihre etwas vorstehenden Schneidezähne waren für ihn ein Zeichen «für Machtgelüste»³⁷. Clare Boothe Luce, eine amerikanische Expertin für Weiblichkeit, beschrieb die Dame als «hausbackene, redselige kleine Frau... Nach ihrem ganzen Aussehen mehr eine deutsche Hausfrau als eine französische Mätresse...»³⁸

André Maurois, Mitglied der angesehenen *Academie*, geriet beim Gedanken an Helene de Portes leicht aus der Fassung.

Sie war leicht verrückt, reizbar, aufdringlich und gefährlich, wie sich im Verlauf der Ereignisse noch zeigen sollte... Ihr vorherrschender Charakterzug war wohl der Ehrgeiz. Es genügte ihr nicht, dass Reynaud Finanzminister wurde; sie war fest entschlossen, ihn zum Ministerpräsidenten zu machen. Sie verbreitete in den Pariser Salons Berichte über Daladiers Mangel an Energie und gab jedem zu verstehen, wie dringend es sei, Reynaud zu seinem Nachfolger zu machen. Natürlich wurden Daladier solche Äusserungen jeweils noch am selben Abend zugetragen. Dadurch vertiefte sich seine Abneigung gegen Reynaud³⁹.

Maurois traf ihn zwei Monate nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten:

Er war deprimiert und nervös. Auf seinem Schreibtisch standen drei Telefone: ein Hausapparat, eine normale Amtsleitung und eine direkte Verbindung zum Zimmer von Madame de Portes. Dieser dritte Apparat klingelte ununterbrochen. Reynaud hob dann den Hörer ab, lauschte einen Augenblick und rief gereizt: «Ja... ja natürlich... aber selbstverständlich ... aber ich bitte dich, lass mich doch endlich arbeiten ...» Zuletzt liess er den Apparat klingeln.

Alle Berichte stimmen darin überein, dass Reynauds Muse äusserst reizbar war. Lazareff berichtet, sie hätte sich zweimal im Ausland wegen ihres Nervenzustands Kuren unter-

zogen und sei bei dieser Gelegenheit in Wien mit einigen österreichischen und deutschen Nazipersönlichkeiten zusammengetroffen. Er glaubt, dass sie nach ihrer Rückkehr nach Paris Verbindung zu französischen Hitleranhängern unterhielt und für den Nationalsozialismus schwärmte. Je weiter Reynaud nach links rückte, um so mehr wandte sich Madame de Portes der Rechten zu⁴⁰.

So gab es in einer ohnehin schon von Meinungsverschiedenheiten geplagten Republik Streit zwischen Reynaud und Daladier, Streit zwischen ihren Mätressen, Streit zwischen diesen und dem Freund der Rivalin, weil keine der beiden sich von der Überzeugung abbringen liess, dass ihrem Liebhaber der Platz an der Spitze gebührte. Im Augenblick hatte ihn Daladier inne, aber Reynaud und Madame de Portes warteten schon ungeduldig darauf, dass endlich ihre Stunde schlug.

In dieser für das Land so entscheidenden Stunde nahmen schliesslich auch Marschall Pétain und Pierre Laval wieder Verbindung miteinander auf. Damit begann eine neue Phase in den Beziehungen zwischen diesen beiden denkbar unterschiedlichen Persönlichkeiten. Pétain war im Frühjahr zum Botschafter in Spanien ernannt worden. Ende August erkundigte er sich diskret bei Laval nach dessen Ansicht über die politische Lage in Paris. Das Land stand am Rand eines Krieges, und der dreiundachtzigjährige Marschall war sein berühmtester Soldat. Doch seit seiner ersten Amtszeit als Kriegsminister im Kabinett Doumergue im Jahr 1934 liess ihn die Politik nicht mehr los. Inzwischen interessierte er sich nicht nur – wie ganz natürlich gewesen wäre – für den Zustand der Armee, sondern die allgemeine politische Verfassung seines Vaterlands vor dem Krieg. Laval war verbittert darüber, dass ihm seit langem politische Macht vorenthalten blieb. Er hatte seit Jahr und Tag den Marschall hofiert und dabei gehofft, ihn vielleicht eines Tages als Strohmann zum Ministerpräsidenten oder gar Präsidenten zu machen und dann Frankreich mit Hilfe von Pétains unermesslichem Prestige zu regieren. Schon 1932, als Laval noch in Amt und Würden war, setzte er sich in der Lobby des Parlaments für die Wahl Pétains zum Präsidenten der Republik ein. Der Marschall bat ihn, davon abzusehen. Ab dem Tag der Beerdigung des ermordeten Barthou im Jahr 1934 zeigte sich Pétain erkenntlich, indem er Doumergue riet, Laval zum Aussenminister zu ernennen. Der Ministerpräsident folgte seinem Rat. Ein Jahr später trafen sich die beiden Männer wieder bei einer Beerdigung, nämlich der Pilsudskis in Warschau. Pétain riet dem damaligen Ministerpräsidenten Laval, sich über die Opposition im Parlament hinwegzusetzen und alles zu tun, was «im Interesse der Nation» notwendig war. Laval erklärte ihm, für einen Politiker sei dies schwierig. Pétain sei mit seinem Prestige und seiner über jede Parteipolitik erhabenen Position der einzige Mann in Frankreich, der dies könnte. Der Marschall wies dieses Ansinnen aufgrund «seiner Unerfahrenheit» zurück⁴¹. Aber der autoritäre Gedanke liess beide Männer nicht mehr los. Beide hatten sie die gleichen Sympathien für Franco im Spanischen Bürgerkrieg. 1937 berichtete ein Vertrauensmann Francos seinem Chef über den Inhalt eines geheimen Gesprächs, das er mit Laval im April in Paris geführt hatte. Der frühere Ministerpräsident versprach den Nationalsozialisten seine Unterstützung und erwähnte dabei auch Pétain⁴².

Laval vertrat die Meinung, die Rettung Frankreichs liege in den Händen einer Regierung Pétain. Der Marschall sei auch bereit, dieses Amt zu übernehmen ... Er steht mit Pétain in Verbindung.*

Laval und Pétain waren viel zu vorsichtig, um sich öfter in aller Öffentlichkeit zu treffen. Aber sie hatten in Graf René de Chambrun, der 1935 Lavals einzige Tochter Josee geheiratet hatte, einen nützlichen Mittelsmann. Chambrun berichtet, dass er sich bis zum Kriegsausbruch zwei- bis dreimal in der Woche mit dem Marschall traf, wenn beide sich in Paris aufhielten⁴³.

Ein weiterer Mittelsmann war Major Georges Loustauneau-Lacou, der eigenartige frühere Adjutant des Marschalls, der seit Jahren rechtsradikales Gedankengut in der Armee verbreitete. Diesen Major hatte Pétain Ende August 1939 in der französischen Botschaft in San Sebastian zu Gast. «Sie fahren doch nach Paris», sagte Pétain zu ihm. «Gehen Sie doch einmal zu Laval, und erkundigen Sie sich, was er von der Lage hält. Ich bin in dieser tragischen Stunde unzureichend informiert.»

Laval nahm bei der Antwort kein Blatt vor den Mund. Loustauneau-Lacou berichtete nach dem Krieg im Prozess gegen Pétain darüber.

Die Lage ist sehr einfach, antwortete Laval. Wir müssen nur Daladier beseitigen. Sagen Sie dem Marschall, Daladier sei un furnier et un salaud – ein Mistvieh und ein Schmutzfink. Ich kann es beweisen⁴⁴.

Die Schimpfworte liess der Major in seinem langen Brief an den Marschall weg. Laval habe ihm zu verstehen gegeben, eine «Regierung Pétain sei jetzt unerlässlich». Sollte der Marschall wegen seines hohen Alters vor einer solchen Bürde zurückschrecken, so versicherte ihm Laval, er und andere würden ihn von der «alltäglichen Routine» entlasten⁴⁵. Nach der Aussage eines Botschaftssekretärs begann der berühmte Botschafter nun schon bald mit der Aufstellung von Kabinettslisten, zu der ihm von Laval und anderen Politikern der Rechten Vorschläge zuzugingen. Von dieser Seite bekam er nun grossen Zulauf. Diese Leute schmeichelten ihm, bestärkten ihn in seinen Ansichten und überzeugten ihn allmählich davon, nur er könne in dieser Situation zum Retter Frankreichs werden und es von der verrotteten Republik befreien.

Daladier bekundete später, er habe von den Intrigen Lavals und Pétains nichts gewusst. Ihm war nur klar, dass sein Kabinett und das ganze Land gespalten waren (das Parlament machte noch Ferien). Er war jetzt, in den letzten Augusttagen, sicher, dass Hitler innerhalb der nächsten Tage Polen angreifen werde. So schwach und uneinig Frankreich auch sein mochte, er war fest entschlossen, als Regierungschef die Zusagen gegenüber Polen einzuhalten. Am 26. August unternahm er einen letzten Versuch, Hitler hiervon zu

* Dieser Bericht wurde an den deutschen Botschafter in Salamanca übergeben, der ihn nach Berlin weiterleitete. Nach dem Krieg fand er sich in den erbeuteten Dokumenten des Auswärtigen Amts. Dies war der erste, doch keinesfalls der letzte Hinweis, den die deutsche Regierung hinsichtlich der Absichten Pétains und Lavals in Frankreich erhielten.

überzeugen und ihn womöglich zur Vernunft zu bringen. Er beantwortete Hitlers persönliche Botschaft vom Vortag* mit einem eindringlichen Appell, der um 14 Uhr 50 telegrafisch nach Berlin übermittelt wurde. Er sagte dem Reichskanzler darin: «Nur in Ihren Händen allein liegt jetzt die Entscheidung über den Frieden», und beschwor ihn, diesen Frieden zu retten. Anderenfalls ...

Wenn Sie vom Ehrgefühl des französischen Volkes eine ebenso hohe Meinung haben wie ich von dem des deutschen Volkes, können Sie nicht daran zweifeln, dass Frankreich seine feierlichen Versprechen gegenüber anderen Nationen wie zum Beispiel Polen getreulich einhalten wird.

Wenn erneut französisches und deutsches Blut fließen, wie schon vor fünfundzwanzig Jahren, so wird jedes der beiden Völker im Vertrauen auf den eigenen Sieg kämpfen, den sichersten Sieg werden jedoch Vernichtung und Barbarei davontragen⁴⁶.

Botschafter Coulondre überbrachte Hitler diesen Brief um 19 Uhr und sah dessen «verbissene» Miene, als er ihn las. Der Botschafter sagt dazu: «Ich erkannte, dass der Kampf zwischen uns erbarmungslos sein würde.» Hitler las den Brief und begann dann mit «harter und trockener» Stimme zu sprechen. Er wiederholte noch einmal das Argument, das die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens in Berlin kaum noch hören konnten: Es gebe keine Hoffnung auf eine friedliche Lösung, da die westlichen Alliierten durch ihre Garantien erreicht hätten, dass Polen keiner Vernunft mehr zugänglich sei. «Nichts in der Welt», sagte Coulondre, «hätte die Worte aufhalten können, die sich mir jetzt auf die Lippen drängten.» Es waren, wie er selbst zugibt, leidenschaftliche Worte. Am Abend berichtete Coulondre nach Paris:

Ich beschwor ihn im Namen der Geschichte und der Menschlichkeit, diese letzte Chance (für den Frieden) nicht vorübergehen zu lassen. Ich bat ihn, sein Gewissen nicht mit Blutvergiessen zu belasten, von dem nicht nur Soldaten betroffen sein würden, sondern auch Frauen und Kinder. Ich erinnerte ihn an die furchtbare Verantwortung, die er gegenüber der westlichen Zivilisation übernehmen würde...

Alles war vergebens. «Ach! Frauen und Kinder – ich habe oft an sie gedacht», murmelte Hitler und wandte sich dann an Ribbentrop, der nach Coulondres Worten mit «steinerner Miene» an der Tür stehengeblieben war. Die beiden Deutschen besprachen sich flüsternd. «Ich erlebte eine Minute der wahnsinnigen Hoffnung», berichtet der Botschafter. «,Wahnsinnig' ist sicher das richtige Wort.» Dann wandte sich Hitler mit «kaltem und brutalem» Gesichtsausdruck wieder ihm zu und sagte: «Es hat keinen Zweck. Polen wird Danzig nicht zurückgeben. Aber ich werde M. Daladiers Brief beantworten.»

* Daladier erinnerte Hitler daran, sie seien doch beide Soldaten im letzten Weltkrieg gewesen und kannten «Schrecken und Unheil» des Krieges. Es sei nicht notwendig, dies noch einmal heraufzubeschwören.

Coulondre kehrte in die französische Botschaft zurück und telefonierte mit Daladier.

«Der Kanzler hat Ihren Vorschlag zurückgewiesen», sagte er ihm.

«Aber Sie sollten ihm doch meinen Brief vorlesen und erläutern!» rief Daladier.

«Herr Ministerpräsident», sagte der Botschafter. «Vierzig Minuten lang habe ich alle Argumente vorgetragen, alle Ermahnungen und Beschwörungen.»

Am Abend berichtete Coulondre in seiner Depesche an Bonnet «zutiefst betrübt» von seinem Misserfolg: «Vielleicht war Hitler gerührt, aber seinen Sinn konnte ich nicht ändern. Sein Entschluss stand bereits fest⁴⁷.»

Abgesehen von Hitlers förmlichem Antwortbrief an Daladier am nächsten Tag war dies der letzte diplomatische Verkehr zwischen Frankreich und Deutschland.

Der Ministerpräsident schien zu erkennen, dass weitere diplomatische Bemühungen in Berlin sinnlos waren. Aber sein Aussenminister mochte sich noch nicht mit der brutalen Wahrheit abfinden, dass ein Krieg nun unvermeidlich geworden war, weil Hitler ihn nun einmal wollte. Er klammerte sich an jeden noch so dünnen Strohalm – in Berlin, in Warschau und auch in Rom.

Ende August kreisten Bonnets Hoffnungen für einige Tage um die Überzeugung, Hitler hätte echten Verhandlungen mit den Polen zugestimmt. Er bestürmte Warschau, die Vorschläge anzunehmen. Aber in Wirklichkeit waren die Dinge, wie so oft in diesen letzten hektischen Tagen des Friedens, weitaus verwickelter und ganz anders, als Bonnet sie sehen wollte.

Am Abend des 29. August hatte der britische Botschafter in Berlin eine – wie er sagt – stürmische Unterredung mit Hitler. Am Tag zuvor hatten die Briten dem Reichskanzler direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens vorgeschlagen und ihn davon unterrichtet, dass die Polen dazu bereit seien. Am 29. August überreichte Hitler nun Sir Nevil Henderson seine formelle Erwiderung: Er sei «skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten und stimme «ausschliesslich» den Briten zu Gefallen direkten Verhandlungen mit den Polen zu. Aber die Sache hatte einen Haken. Die polnische Regierung müsse einen mit Verhandlungsvollmachten versehenen Beauftragten nach Berlin entsenden. Und er müsse am Mittwoch, dem 30. August, hier eintreffen. Das war am nächsten Tag.

«Das klingt wie ein Ultimatum», beschwerte sich Henderson, aber Hitler widersprach energisch. Die Zeit dränge, sagte er. Der 29. August neigte sich bereits dem Abend zu. Der polnische Beauftragte sollte am nächsten Tag eintreffen. Der Botschafter berichtet, er habe die Reichskanzlei an diesem Abend «voll düsterer Vorahnung» verlassen⁴⁸.

Aber Bonnet reagierte ganz anders, als er um Mitternacht Coulondres Bericht über das Treffen zwischen Hitler und Henderson erhielt. Er drahtete sofort seinem Botschafter in Warschau, Hitler hätte «erstmalig» direkten Gesprächen mit den Polen zugestimmt, und es wäre «schwierig, mit einer krassen Ablehnung zu antworten». Am folgenden Tag wies er Noël in Warschau an, die polnische Regierung zu einem Einverständnis zu bewegen. Bonnet durchschaute Hitlers Absichten nicht. Selbst Coulondre liess sich vorübergehend täuschen. Am 30. August um 2 Uhr morgens telefonierte er mit Bonnet und

sprach sich dafür aus, die «polnische Regierung sollte der Entsendung eines Bevollmächtigten zustimmen». Zwölf Stunden später war er anderer Meinung, nachdem er Hitlers Vorschlag im Wortlaut gelesen hatte. Er teilte Bonnet telefonisch mit, der deutsche Vorschlag sei «brutal und ähnele mehr einem Diktat, das einem besiegten Land auferlegt wird, als einem Verhandlungsangebot an einen souveränen Staat»⁴⁰.

Etwas konnte oder wollte der französische Ministerpräsident nicht einsehen: dass es zwischen zwei Regierungen verschiedene Arten «direkter Gespräche» gibt. Was Hitler von Polen forderte, war die Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters innerhalb von vierundzwanzig Stunden, der ein Abkommen unterschreiben sollte, das ihm unter der Drohung mit einer bewaffneten Intervention aufgezwungen wurde. Genauso hatte er es mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg und dem tschechoslowakischen Präsidenten Hacha gemacht.

General Haider durchschaute Hitlers Spiel sofort. Am 29. August notierte er:

Führer hofft, Keil zwischen Briten, Franzosen und Polen zu treiben. Grundgedanken: Mit demographischen und demokratischen Forderungen nur so um sich zu werfen... 30. 8. Polen in Berlin. 31. Zerplatzen. 1.9. Gewaltanwendung.

Die Polen bereiteten sich auf diese Gewaltanwendung vor, aber sie wurden dabei durch die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens in Warschau behindert. Am Nachmittag des 29. August rief der stellvertretende polnische Aussenminister Graf Szembeck die beiden genannten Botschafter zu sich und eröffnete ihnen, die polnische Regierung habe sich angesichts der ernsten Lage zum Erlass der allgemeinen Mobilmachung entschlossen. Die Botschafter protestierten sofort gegen diese «unzeitgemässe und extreme Massnahme». Sie gaben zu bedenken, eine Mobilmachung werde Hitler zum Angriff reizen. Hitler war zu diesem Zeitpunkt in vollem Umfang mobilisiert und zum Angriff auf Polen gerüstet, aber Polen sollte darauf nach Ansicht der Botschafter nicht mit ähnlichen Schritten reagieren, da man fürchtete, Hitler zu reizen. Als Daladier diese Meldung von Botschafter Noël zu Gesicht kam, telefonierte er sofort mit Bonnet und wies ihn an, Warschau unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, dass weder er selbst noch sein Generalstab irgend etwas zu tun gedächten, um die polnische Regierung von einer Mobilmachung abzuhalten, falls ein solcher Schritt als unerlässlich betrachtet würde. Bonnet bemerkt selbstgefällig, er habe dem Ministerpräsidenten bedeutet, Botschafter Noël hätte den Polen lediglich geraten, das «möglichst geheimzuhalten»*.

Die polnische Regierung hielt die Bekanntgabe der allgemeinen Mobilmachung tatsächlich bis zum Mittag des nächsten Tages, des 30. August, zurück. Beck versuchte den beiden alliierten Botschaftern zu erklären, eine Mobilmachung könne man nicht geheim-

* Das stimmte nicht. Bonnet führt in dem französischen *Gelbbuch* das Telegramm, das Daladier so erregte, nicht auf, aber aus den Unterlagen des britischen Aussenministeriums geht eindeutig hervor, dass die Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens in Warschau gegen den Mobilmachungsbeschluss scharf protestierten. Siehe Depeschen von Sir H. Kennard in DBrFP, Bd. VII, Nr. 473, S. 364 und Nr. 370-371. Bonnets irreführende Darstellung stammt aus seinen Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 325.

halten, da man zu diesem Zweck «die Verordnung plakatieren» müsse. Er stellte ihnen die Frage, ob sie die Verantwortung für den Rat übernehmen könnten, nicht mobil zu machen und damit «die Existenz Polens aufs Spiel zu setzen»⁵⁰? Diese Frage war es, die Daladier zum Eingreifen veranlasste. Die Verzögerung der Mobilmachung sollte den Polen noch teuer zu stehen kommen.

Während des ganzen 30. August bedrängte Bonnet die Polen, «direkten Gesprächen» zuzustimmen. Er gibt zu, dabei vorwiegend an die Vierundzwanzigstundenfrist Hitlers gedacht zu haben und behauptet, in Übereinstimmung mit den Briten gehandelt zu haben. Indessen steht fest, dass London nicht Bonnets Auffassung teilte, Polen solle Hitlers Ultimatum entsprechen und noch am selben Tage einen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin entsenden. Das geht deutlich aus zwei Telegrammen Halifax' nach Berlin hervor. Im ersten Telegramm von 2 Uhr morgens teilt er Botschafter Henderson mit, «es ist natürlich unsinnig anzunehmen, dass wir heute noch einen polnischen Unterhändler nach Berlin schaffen können, und die deutsche Regierung rechnet sicher auch flicht damit». Um 18 Uhr 50 telegrafierte er Henderson noch einmal: «Wir können der polnischen Regierung nicht anraten, sich einem so völlig unsinnigen Verfahren zu unterwerfen⁵¹.» Um 19 Uhr wies der britische Aussenminister seinen Botschafter in Warschau an, Beck hiervon in Kenntnis zu setzen, zu versichern, dass Grossbritannien seine gegebenen Zusagen halten werde, der polnischen Regierung jedoch anzuraten, «die deutsche Regierung wissen zu lassen, dass sie grundsätzlich mit direkten Verhandlungen einverstanden sei». Das war bei weitem noch kein Eingehen auf Hitlers Forderung, noch an diesem Tage einen bevollmächtigten Unterhändler zu stellen, wie Coulondre (und Henderson) zunächst empfohlen hatten und wie es Bonnet verlangte. Beck sagte den Botschaftern Frankreichs und Grossbritanniens in Warschau eine endgültige Antwort bis zum Mittag des nächsten Tages zu.

In Bonnets Augen war dies ein Hinhalten. Er war über Beck erzürnt, weil dieser «fortgesetzt schwieg und nicht erkannte, wie tragisch die Lage war». Die Lage war tatsächlich noch viel «tragischer», als selbst Bonnet ahnte. Dafür war jedoch nicht Beck, sondern Hitler verantwortlich. Einen der letzten Taschenspielertricks leistete sich der machtgierige Diktator in der Nacht vom 30. auf den 31. August, während der französische Aussenminister angstzitternd in seinem Büro am Quai d'Orsay auf und ab lief und auf Nachricht aus Warschau wartete.

Um dieselbe Stunde suchte Henderson in Berlin Aussenminister Ribbentrop auf und überreichte ihm die britische Antwort auf Hitlers Note vom 20. August. Sie war in ebenso versöhnlichem wie unnachgiebigem Ton gehalten. Darauf folgte eine dramatische Auseinandersetzung, die Dr. Schmidt, der einzige Augenzeuge, später die «stürmischste, die ich während meiner 23jährigen Tätigkeit als Dolmetscher mitgemacht habe» nannte. Henderson fand Ribbentrop

in einer Stimmung, welche die Hitlers in der Stunde der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden widerspiegelte, und dessen Haltung an jenem Abend mir gegenüber von

Anfang an starke Feindseligkeit verriet, die an Heftigkeit zunahm, als ich ihm eine Note nach der anderen vorlegte. Er blieb in grosser Aufregung stehen und fragte mich, ob ich sonst noch etwas zu sagen hätte. Ich antwortete, dass dies allerdings der Fall wäre.

An dieser Stelle, berichtet Schmidt, sprangen beide Männer von ihren Stühlen auf und massen sich mit so «funkelnden Augen», dass der Dolmetscher schon glaubte, sie «würden zu Handgreiflichkeiten übergehen». Wichtig für die Geschichte ist jedoch nicht der groteske Verlauf dieser Unterredung, sondern das, was sich gegen Ende abspielte. Ribbentrop hatte kaum Augen für Hendersons Dokument noch Ohren für seine Erläuterungen. Als sich der Botschafter nach den deutschen Vorschlägen für eine Beilegung des Polenproblems erkundigte, die den Briten in Hitlers letzter Note zugesagt worden war, erwiderte Ribbentrop verächtlich, dafür sei es jetzt ohnehin zu spät, da der polnische Abgesandte bis Mitternacht nicht eingetroffen sei. Die Deutschen hätten die zugesagten Vorschläge jedoch ausgearbeitet. Er sei bereit, die Entwürfe zu verlesen.

Er las sie in deutscher Sprache vor, «äusserst schnell, kaum verständlich für mich, in einem Ton höchster Gereiztheit», berichtete Henderson nach London. Die Vorschläge enthielten sechzehn Artikel, aber davon konnte der Botschafter nur sechs oder sieben «sinngemäss» erfassen, und auch da war er seiner Sache nicht sicher. Er bat daher um die Niederschrift. Ribbentrop lehnte mit der Begründung ab, sie seien inzwischen ohnehin überholt, und warf das Schriftstück mit verächtlicher Geste auf den Tisch*.

Vielleicht waren die Vorschläge überholt, weil die Deutschen es so wollten. Wichtig ist jedoch, dass diese deutschen «Vorschläge» gar nicht dafür bestimmt waren, ernstgenommen oder überhaupt in Betracht gezogen zu werden. Sie wurden den Polen niemals zugeleitet und waren nichts weiter als ein Täuschungsmanöver. Das deutsche Volk und die Weltöffentlichkeit sollten damit getäuscht und in dem Glauben bestärkt werden, Hitler hätte in letzter Minute einen Versuch unternommen, seine Forderungen an Polen auf friedlichem Wege beizulegen. Das gab Hitler selbst zu. Dr. Schmidt hörte ihn später sagen:

*Ich brauche ein Alibi, vor allem dem deutschen Volk gegenüber, um ihm zu zeigen, dass ich alles getan hatte, den Frieden zu erhalten. Deshalb machte ich diesen grosszügigen Vorschlag über die Regelung der Danziger und Korridor-Frage**.*

* Ribbentrop wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt. Im Zeugenstand sagte er aus, Hitler hätte die sechzehn Punkte persönlich diktiert und ihm ausdrücklich untersagt, sie Henderson auszuhändigen. Er stritt ab, sie so rasch verlesen zu haben, dass Henderson sie nicht verstehen konnte. Schmidt bestätigte, dass Ribbentrop «sich nicht besonders dabei beeilt habe». Nach Schmidts Auffassung lag es an den mangelhaften deutschen Sprachkenntnissen des Botschafters, dass er dem Text nicht ganz folgen konnte“.

** Im Vergleich zu seinen Forderungen der vorangegangenen Tage waren sie wirklich «grosszügig». Hitler verlangte lediglich die Rückführung Danzigs ins Reich. Über die Zukunft des Korridors sollte nach zwölf Monaten, wenn sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, durch eine Volksabstimmung entschieden werden. Polen durfte den Hafen Gdingen behalten. Der Staat, dem nach dem Volksentscheid der Korridor zufiel, sollte dem anderen exterritoriale Strassen- und Eisenbahnverbindungen gewähren. Bevölkerungsteile sollten ausgetauscht und den Volkszugehörigen des einen Landes volle Gleichberechtigung im anderen Land gewährt werden. Wäre dieser Vorschlag gemacht worden – er ging den Polen überhaupt nicht zu so hätte er eine Grundlage für ernsthafte Verhandlungen dargestellt. Der zweite Weltkrieg innerhalb einer Generation hätte sich dadurch wohl vermeiden lassen.

Henderson kehrte in den frühen Morgenstunden des 31. August in seine Botschaft zurück und war, wie er später sagte, überzeugt, «dass die letzte Hoffnung auf Frieden dahingeschwunden war». In Paris wollte Bonnet dies nicht einsehen. Er sagt: «Wir waren nicht berechtigt, die Hoffnung aufzugeben.»

Am 31. August rief ihn Coulondre um 10 Uhr 20 aus Berlin an und hatte neue unheilvolle Nachrichten ihm zu übermitteln. Henderson hatte ihm soeben mitgeteilt, er habe aus gutunterrichteten Kreisen erfahren, dass unverzüglich der Befehl zum Angriff auf Polen erteilt werden solle, falls bis Mittag keine Antwort Polens Vorlage. In seiner Aufregung empfahl der sonst so kühle französische Botschafter, die polnische Regierung möge ihren Botschafter Josef Lipski anweisen, sich als Bevollmächtigter seiner Regierung mit den Deutschen in Verbindung zu setzen – das heisst versehen mit einer Verhandlungsvollmacht. Bonnet gibt an, sich sofort telefonisch mit der britischen Regierung in Verbindung gesetzt und ihr dringend nahegelegt zu haben, sie möge in diesem Sinne auf Warschau einwirken; Polen solle «die von unserem Botschafter in Berlin genannten Bedingungen» akzeptieren. Um 11 Uhr 45 setzte sich Bonnet mit Noël in Warschau in Verbindung, wies auf den «äussersten Ernst der Lage» hin und instruierte ihn, noch einmal bei Beck auf direkte Gespräche zu dringen. Noël teilte ihm mit, er rechne mit einer unverzüglichen Antwort Becks. Darauf gestützt, telefonierte Bonnet um 12 Uhr 30 mit Coulondre, erklärte ihm, «Warschau hat direkten Verhandlungen mit den Deutschen zugestimmt», und wies ihn an, unverzüglich die Wilhelmstrasse hiervon zu unterrichten. Er gab seine voreilige Mitteilung auch telefonisch nach London durch und drängte die britische Regierung, von sich aus sofort Berlin von der positiven Antwort Polens zu verständigen. «Wir dürfen keine Minute verlieren», warnte er.

Beck antwortete den Botschaftern Frankreichs und Grossbritanniens tatsächlich am Mittag des 31. August und erklärte ihnen, dass die polnische Regierung «ihre Bereitschaft zu einem direkten Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung auf der Grundlage der britischen Vorschläge bestätigt». Das bedeutete eine Zustimmung zu Verhandlungen, jedoch nicht nach den Bedingungen der Deutschen, sondern denen der Briten. Beck habe Botschafter Lipski angewiesen, sich um eine Unterredung mit dem deutschen Aussenminister zu bemühen und ihm mitzuteilen, Polen habe die britischen Vorschläge für direkte Gespräche angenommen.

Um 13 Uhr, wenige Minuten nach Erhalt dieser Anweisungen, suchte Lipski telefonisch im Auswärtigen Amt um eine Unterredung mit Ribbentrop nach. Nach einer Wartezeit von mehreren Stunden wurde er von Weizsäcker angerufen. Dieser fragte ihn, ob er in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Unterhändler «oder in irgendeiner anderen Eigenschaft» kommen werde.

Lipski sagt: «Ich erwiderte, dass ich als Botschafter empfangen werden wollte, um eine Erklärung meiner Regierung zu überreichen.»

Wieder folgte eine lange Wartezeit. Um 18 Uhr 15, fünf Stunden nach seiner Bitte um die Unterredung, wurde Lipski von Ribbentrop empfangen. Der Botschafter verlas folgende schriftliche Mitteilung:

Die polnische Regierung steht den Vorschlägen der britischen Regierung (zu direkten Gesprächen) aufgeschlossen gegenüber und wird innerhalb der nächsten Stunden in dieser Angelegenheit eine formelle Antwort erteilen.

Das entsprach nicht dem, was Beck den Alliierten Botschaftern in Warschau versprochen hatte, aber inzwischen spielte es keine Rolle mehr. Als Ribbentrop Lipski nach seiner Vollmacht fragte, musste dieser verneinen. Darauf entliess ihn Ribbentrop mit der Bemerkung, er werde den Führer unterrichten.

Lipski berichtete später: «Nach Rückkehr in meine Botschaft konnte ich keine Verbindung mit Warschau aufnehmen. Die Deutschen hatten meine Telefonleitung unterbrochen.»

Mussolini schlägt ein neues München vor

Am frühen Nachmittag des 31. August hatte Bonnet in Paris einen neuen Strohalm entdeckt, an den er sich in der verzweifelten Hoffnung klammerte, den Frieden vielleicht doch noch retten zu können. Um 12 Uhr 50 hatte ihn Botschafter François-Poncet dringend aus Rom angerufen und ihm mitgeteilt, Mussolini werde im Falle der französischen und britischen Zustimmung Deutschland für den 5. September zu einer Konferenz einladen, um «jene Klauseln des Versailler Vertrags zu überprüfen, die Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind». Das gleiche Angebot hatte Graf Ciano den Briten vorgelegt. Er bat um rasche Antwort.

Hier wurde offenbar ein neues München vorgeschlagen, wie Ministerpräsident Daladier und Premierminister Chamberlain aus böser Erfahrung heraus rasch erkannten. Um 13 Uhr 15 teilte Botschafter Corbin aus London Bonnet telefonisch mit, Chamberlain halte den Vorschlag für eine Falle. Daladier reagierte noch heftiger, wie Sir Eric Phipps prompt nach London berichtete.

M. Daladier hat mir soeben (15 Uhr 30) mitgeteilt, er habe den französischen Botschafter beauftragt, den Premierminister davon in Kenntnis zu setzen, dass er (Daladier) Mussolinis Einladung für den 3. September zu einem zweiten «München» in Italien nicht annehmen werde. M. Daladier bemerkte mir gegenüber, er werde lieber zurücktreten, als eine solche Einladung zu akzeptieren⁵⁵.

Doch Bonnet war ganz anderer Meinung. «Ich begrüßte diese Intervention mit tiefer Bewegung», sagt er. «Sie brachte uns neue Hoffnung... und war aufrichtig gemeint.» Polen könne auf einer solchen Konferenz «gegenüber der öffentlichen Meinung im eigenen Lande leichter die Zugeständnisse rechtfertigen, zu denen es sich gezwungen sehen wird»⁵⁴. Bonnet berichtet von einer Besprechung dieser Dinge mit Daladier; Daladier habe aufgrund seiner Münchner Erfahrung gewisse Einwände vorgebracht,

aber schliesslich gesagt: «Sie haben recht! Wir können diesen Vorschlag nicht ablehnen.» Im Hinblick auf das, was Daladier gegenüber Phipps äusserte, klingt diese Darstellung unglaubwürdig. Der Ministerpräsident versprach jedoch, für 18 Uhr eine Kabinettsitzung einzuberufen.

Es wurde eine stürmische Auseinandersetzung. Bonnet setzte sich, unterstützt von Monzie, für eine Annahme des italienischen Vorschlags ein. Der Aussenminister brachte vor, die britische Regierung erwarte dringend von ihm die Antwort Frankreichs, damit sich London und Paris möglichst bald auf eine gemeinsame Erklärung einigen könnten. An dieser Stelle kam es zwischen ihm und Daladier zu einem «unglaublichen Zwischenfall», wie Bonnet ihn nennt*. Der Ministerpräsident wandte Bonnet, wie Monzie berichtet, den Rücken zu. Sein «empörtes Gesicht» zeigte «Verachtung und Ekel». Im Gegensatz zu Bonnets Behauptung teilte Daladier dem Kabinett nunmehr mit, die Briten hätten es mit einer Antwort an Mussolini gar nicht so eilig. Das wisse er von Corbin in London, der es gerade von Chamberlain erfahren habe.

Wem sollten die Minister nun Glauben schenken? Ihre Verwirrung und Ratlosigkeit wurde durch einen neuen Zwischenfall vertieft, der für Bonnet ebenso peinlich war. Ein Offizier aus Daladiers militärischem Beraterstab unterbrach die Sitzung und überreichte dem Ministerpräsidenten einen persönlichen Brief von Coulondre. Während Bonnet behauptet hatte, nur eine Zustimmung zu der Konferenz könne den Frieden retten, wies nunmehr Coulondre aus Berlin mit allem Nachdruck darauf hin, der Frieden könne nur bewahrt werden, wenn Frankreich gegenüber Hitler eine feste Haltung einnehme. Der Kanzler sei unsicher geworden, berichtete er.

In der Kraftprobe zeichnet sich eine Wende zu unseren Gunsten ab. Ich erfahre aus verlässlicher Quelle, dass Hitler seit fünf Tagen zögert, dass Unsicherheit in der Partei herrscht und dass alle Berichte auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung hinweisen... Hitler versucht zurzeit, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Wir können nichts weiter tun, als fest bleiben^{5fl}.

Daladier las den Kabinettsmitgliedern diese Mitteilung vor. Sie schien auf die meisten von ihnen tiefen Eindruck zu machen**. Monzie sagt, das Schreiben habe die Debatte unterbrochen. Doch Bonnets Hartnäckigkeit wurde belohnt. Man einigte sich darauf, die Einladung aus Rom anzunehmen, nachdem man sich mit den Briten über den Inhalt der Note abgestimmt hatte. Während des ganzen Abends telefonierte Bonnet mit London und bemühte sich um das britische Einverständnis, die Antwort noch im Laufe der Nacht abzuschicken. Aber Halifax und Chamberlain lehnten ab. Dafür sei es morgen noch immer früh genug. Gegen Mitternacht teilte Corbin Bonnet schliesslich mit, es hätte keinen Sinn mehr, sich noch länger zu bemühen. Halifax habe das Aussenministerium bereits verlassen.

* Reynaud nennt es „die peinlichste Szene, die ich je erlebte“.

** Diese Szene erwähnt Bonnet in seinem Bericht nicht.

Auch Monzie liess nicht locker. Auch er telefonierte mit Bonnet:

Georges ... wenn der Konferenzplan scheitert... geraten wir unter die Räder des Krieges und werden zermahlen. Wenn wir morgen nicht zurücktreten, wird es übermorgen schon zu spät sein ... Lass uns gemeinsam gehen.

«Ausgeschlossen, mein lieber Freund», soll Bonnet geantwortet haben, «wenn wir jetzt gehen, wird es sicherlich zum Krieg kommen⁵⁷.»

In Wirklichkeit waren all diese verzweifelten Versuche besorgter und erschöpfter Diplomaten und Minister, an diesem 31. August 1939, noch fünf Minuten vor zwölf den Frieden zu retten, ebenso vergebens wie die feierlichen, eindringlichen Appelle des Papstes, Präsident Roosevelts, des Königs der Belgier und der Königin von Holland. Alle Schritte der Deutschen in diesem Stadium waren vorsätzlicher Betrug.

Am 31. August um 12 Uhr 30 – noch bevor Lord Halifax die Polen zu grösserer Nachgiebigkeit aufgefordert und bevor Lipski bei seinem Besuch im Auswärtigen Amt sich mit direkten Gesprächen einverstanden erklärt hatte, bevor Mussolini mit seinem Konferenzplan einzugreifen versuchte und bevor Bonnet einer solchen Konferenz zustimmte – hatte Hitler bereits seine endgültige Entscheidung getroffen und jenen verhängnisvollen Befehl erteilt, der unseren Planeten in den blutigsten aller Kriege stürzen sollte.

GEHEIME KOMMANDOSACHE

Chef Sache – Nur durch Offizier

Berlin, den 31. 8.1939

Weisung Nr. 1 für die Kriegführung

1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.*

2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall WEISS getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1. 9. 39

Angriffszeit: 4 Uhr 45 ...

Adolf Hitler⁵⁸

* Hervorhebungen im deutschen Original.

Der Ausbruch des Krieges 1. bis 3. September 1939

Die Nachricht über den deutschen Angriff auf Polen erreichte Daladier am 1. September um 8 Uhr morgens. Der Aussenminister erinnerte sich später, dass es ihm schwerfiel, «die schreckliche Nachricht» zu begreifen. Auf jeden Fall galt sein erster Gedanke nicht Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Polen, sondern er überlegte, ob man nicht den italienischen Vorschlag einer Konferenz – trotz des deutschen Angriffes – vorantreiben könne. Als der polnische Botschafter ihn um neun Uhr aufsuchte, um den Angriff zu bestätigen, erklärte ihm Bonnet – wie er selbst schreibt –, dass die Verfassung Frankreich daran hindere, sich in Kriegshandlungen gegen Deutschland zu verwickeln oder ihm auch nur ein Ultimatum zu stellen, bevor das Parlament einen Beschluss gefasst habe. Die Kammer und der Senat, fügte er hinzu, würden am nächsten Tage zusammentreten. Die Mitglieder brauchten vierundzwanzig Stunden, um von ihren Ferienorten zurückzukehren.

Er bombardierte dann London mit Telefonanrufen und bemühte sich, mit den Briten bezüglich der französischen Zusage auf Mussolinis Konferenzvorschlag zu einer Übereinstimmung zu gelangen. (Reynaud zufolge berichtete Bonnet dem Kabinett, er habe versucht, Halifax zu erreichen, aber den Bescheid erhalten, dieser sei bei seinem Zahnarzt¹.) Schliesslich, um 11 Uhr 50, nachdem London mitgeteilt hatte, man habe gegen eine französische Antwort an Mussolini nichts einzuwenden, diktierte Bonnet in diesem Sinne an François-Poncet, den französischen Botschafter in Rom. Darin dankte Bonnet der italienischen Regierung überschwänglich für ihre Friedensbemühungen. Frankreich verpflichtete sich, jeden Versuch zu unterstützen, um den deutsch-polnischen Konflikt friedlich zu lösen. Es nehme mit Freude den Vorschlag zu einer Konferenz an und stelle nur eine Bedingung: dass auch Polen dazu eingeladen werde.

Die gleichzeitige britische Antwort war den Erfordernissen der Stunde angemessener. Halifax dankte den Italienern für ihr Bemühen, einen Konflikt verhindern zu wollen, fügte aber hinzu, dass angesichts der Nachrichten dieses Morgens «die deutsche Regierung bereits gehandelt» habe.

Nicht für Bonnet. Die Italiener, sagt er, baten ihn, die Polen zu einer positiven Antwort auf den Konferenzvorschlag zu veranlassen, und er ging mit grosser Energie daran, dies durchzusetzen. Er beauftragte Botschafter Noël in Warschau, die Polen zu einer raschen und zustimmenden Antwort zu drängen. «Ich halte das für sehr wichtig», sagte er, «in der gegenwärtigen Situation darf man keine Mühe scheuen, den Frieden zu retten.» Eine

Telefonverbindung mit Warschau herzustellen, war wegen der Geschehnisse dieses Tages in Polen sehr schwierig. Bonnet brachte seine Weisungen an Noël erst um 16 Uhr durch, aber die Verbindung war schlecht, und er war nicht sicher, ob er voll verstanden worden war. Er wiederholte seine Weisungen an die französische Botschaft in Bukarest und trug ihr auf, sie telefonisch nach Warschau weiterzugeben.

Noël telegraphierte Becks Antwort um 21 Uhr 31 zurück²:

Ohne Herausforderung befinden wir uns mitten im Krieg. Es geht nicht mehr um eine Konferenz, sondern darum, dass sich die Alliierten durch gemeinsames Handeln der Aggression widersetzen müssen *.

Der Botschafter fügte als eigene Bemerkung hinzu, dass «es für eine Schlichtung zu spät» sei. Er berichtete auch an Bonnet, dass bereits verschiedene polnische Städte unter ständigen deutschen Bombenangriffen lägen und nach Becks Angaben die Zivilbevölkerung zahlreiche Verluste erlitten habe **.

Um 10 Uhr 30 trat das französische Kabinett kurz zusammen, um über Frankreichs Reaktion auf Hitlers Angriff zu beraten. Es wurde beschlossen, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, das Parlament für den folgenden Tag einzuberufen und es über die nötigen Haushaltsmittel für die Armee abstimmen zu lassen. Nach Ansicht der Mehrheit, allerdings nicht nach der Monzies, würde es sich auf diese Weise erübrigen, das Parlament um eine Kriegserklärung zu ersuchen. Die Verfassung von 1875 stellt nämlich fest, dass der Präsident der Republik nicht ohne vorherige Zustimmung beider Häuser des Parlamentes den Krieg erklären kann. Aber Verfassungsfachleute hatten die Ansicht vertreten, dass die Befürwortung der Kriegskredite von Senat und Kammer als eine «Zustimmung» ausgelegt werden könne. Und genau das hatte Daladier im Sinn. Denn er schreckte davor zurück, um eine ausdrückliche Kriegserklärung nachzusuchen.

Im Kabinett herrschte eine gewisse Besorgnis, ob Italien zur Unterstützung Hitlers angreifen würde. Aber während des Abends erhielt Bonnet aus London eine Nachricht, die der britische Botschafter am Vorabend aus Rom gesandt hatte. Ciano hatte ihn unterrichtet, dass die italienische Regierung ihre Entscheidung gefällt habe: «Italien wird weder gegen England noch Frankreich kämpfen.»

Das Problem war mm, wie man die Garantien gegenüber Polen erfüllen und im Einklang mit Grossbritannien handeln sollte. Es war offenbar, dass eine gemeinsame Note an Hitler übersandt werden musste, bevor der Tag zu Ende war, und beide Regierungen mussten ihm mitteilen, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen würden. Die Briten wollten

* Noël's Telegramm erreichte Paris erst um 15 Uhr am nächsten Tag. Bonnet erwähnt es nicht in seinem ausführlichen Bericht über die Ereignisse des Tages. Er sagte den Engländern auch nicht in seinen zahlreichen Londoner Telefongesprächen, dass er versuchte, Polen an den Konferenztisch zu bringen. Eine Aufzeichnung des Foreign Office vom 2. September verzeichnet: „Die Regierung Seiner Majestät wurde wegen dieser *démarche* weder konsultiert noch unterrichtet“.

** Trotz dieser und weiterer Mitteilungen von Noël über Bombenangriffe auf polnische Städte – einschliesslich eines Telegramms vom 2. September mittags, dass sich die Deutschen beim Bomben nicht auf militärische Ziele beschränkten – erklärte Bonnet am selben Tage dem britischen Botschafter, „bisher haben die Deutschen in Polen keine offenen Städte, sondern nur militärische Ziele bombardiert“.

eine feste Linie in Berlin verfolgen und verlangen, dass Deutschland unverzüglich seine Truppen aus Polen zurückziehe. Bonnet teilt mit, er habe London erklärt, dies sei ein Ultimatum. Die französische Regierung dürfe aber kein Ultimatum ohne eine Ermächtigung des Parlaments absenden, und das könne nicht vor dem nächsten Tage zusammentreten. Um 17 Uhr telefonierte Halifax mit Bonnet und drängte, die Botschafter ihrer beiden Länder in Berlin sollten noch am selben Abend ihre Pässe verlangen. Bonnet berichtet, er habe den englischen Aussenminister gebeten, die Abstimmung der beiden Kammern des französischen Parlamentes abzuwarten. Er sagte den Briten auch, dass er mit ihrer negativen Haltung gegenüber dem italienischen Konferenzvorschlag nicht einverstanden sei. Jedoch war er schliesslich mit der Form der alliierten Erklärung an Deutschland einverstanden und stimmte dem Text der Note zu, die die beiden westlichen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung am Abend übergaben:

Falls die französische Regierung von der deutschen Regierung keine befriedigenden Zusicherungen erhält, dass die deutsche Regierung alle Aggressionshandlungen gegen Polen einstellt und dass sie bereit ist, ihre Truppen von dem polnischen Hoheitsgebiet zurückzuziehen, wird die französische Regierung ohne Zögern ihre Verpflichtungen Polen gegenüber erfüllen⁵.

Es wurde kein Termin für die deutsche Antwort gegeben – eine Unterlassung, die während der nächsten achtundvierzig Stunden erhebliche Reibereien zwischen Paris und London zur Folge hatte. In Berlin hatten die beiden Botschafter darauf gedrängt, gemeinsam empfangen zu werden, um die Einigkeit ihrer Regierungen zu unterstreichen. Aber Ribbentrop hatte dies abgelehnt. Er empfing Henderson um 21 Uhr, Coulondre erst eine Stunde später; beiden gegenüber äusserte er, was der französische Botschafter als «einige weitere Lügen» bezeichnete, so zum Beispiel, dass Polen und nicht Deutschland der Angreifer sei. Er sagte, er werde ihre Noten an Hitler weiterleiten.

Der 2. September, als die deutschen Armeen immer tiefer nach Polen eindrangten und die Luftwaffe Bomben auf polnische Städte abwarf, war für alle Beteiligten ein nervenaufreibender Tag des Wartens. Mussolini versuchte verzweifelt, Deutschland und Grossbritannien für sein Angebot einer Konferenz zu gewinnen (Frankreich hatte schon angenommen), Chamberlain und Halifax wurden über Frankreichs Zögern immer ungeduldiger, und Bonnet spielte mit der Hoffnung, dass ein neues München Frankreich den Krieg ersparen würde.

Um 9 Uhr morgens erschien der erregte polnische Botschafter am Quai d'Orsay, um sich bei Bonnet über Frankreichs Saumseligkeit seinen Verpflichtungen gegenüber zu beschweren. Er verlangte zu wissen, ob Frankreich in seiner Note an Deutschland einen Termin gesetzt habe⁸.

«Keinen Termin. Wir können ohne Vollmacht des Parlaments nichts tun», antwortete Bonnet. «Es tritt heute nachmittag zusammen, und erst wenn es zugestimmt hat, können wir unser Ultimatum an Deutschland absenden.»

«Wann wird dieses Ultimatum ablaufen?» fragte der Botschafter.

«Nach achtundvierzig Stunden, nehme ich an.»

«Diese Verzögerung ist viel zu gross! Polen befindet sich seit sechsunddreissig Stunden im Krieg *!»

Reynaud zufolge habe Bonnet hinzugefügt: «Wollen Sie, dass die Frauen und Kinder von Paris massakriert werden⁸?» Vielleicht dachte auch der Botschafter an die Frauen und Kinder in Polen, die bereits dem Krieg zum Opfer gefallen waren.

Während der Morgen verging, wurde die britische Regierung immer ungeduldiger über die Haltung Frankreichs. Lord Halifax brachte das um 11 Uhr 55 in einem Telegramm an Phipps zum Ausdruck.

Verzögerungen in Paris und die Haltung der französischen Regierung verursachen hier einige Befürchtungen. Wir wären dankbar für alles, was Sie tun können, um M. Bonnet in seinem Mut und seiner Entschlossenheit zu bestärken⁹.

Das war eine recht grosse Zumutung. Aber Bonnet war nicht die einzige bedeutende Persönlichkeit in Paris, die darauf bestand, langsam voranzugehen. Daladier berichtete seinem Aussenminister, dass Gamelin und der Generalstab soviel Zeit wie möglich verlangten, um die allgemeine Mobilmachung ohne Gefährdung durch Luftangriffe durchzuführen und die Zivilisten aus den Grenzgebieten zu evakuieren. Sie wünschten keine Feindseligkeiten bis mindestens 21 Uhr am 4. September. Nach Abgabe des britisch-französischen Ultimatus am Abend des 2. September in Berlin forderten die Generäle eine Frist von achtundvierzig Stunden. Gamelin gab später ausdrücklich zu, dass er und der Generalstab es gewesen seien, die auf Daladier Druck ausgeübt hätten, nichts zu überstürzen. Er sagte später¹⁰:

*Die Briten bestanden darauf, die Feindseligkeiten so bald wie möglich zu eröffnen, um Polen unverzüglich eine wirksame Hilfe zu gewähren. Sie befürchteten, glaube ich, dass wir im letzten Augenblick zögern würden. Sie misstrauten unserem Aussenminister. Ich hatte, das muss ich gestehen, gegenüber dieser Forderung ein taubes Ohr, denn wir mussten für unsere Vorbereitungen Zeit gewinnen, die in keiner Weise die Stunde hinauszögern würde, in der wir angreifen könnten**.*

Was Gamelin von einem «Angreifen» hielt, für das er so viel Zeit gewinnen musste, werden wir in Kürze sehen.

* Obgleich Bonnet selbst diese Unterhaltung mit dem polnischen Botschafter erwähnt, leugnete er gegenüber den Briten später, dass der Botschafter um Hilfe gebeten habe. Sir Alexander Cadogan, Ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office (entspricht ungefähr einem deutschen Staatssekretär), telefonierte um 17 Uhr mit Bonnet und fragte u.a., «ob die Polen Frankreich um Hilfe gebeten hätten, weil dort eine grosse Schlacht tobe». Der Bericht des Foreign Office verzeichnet Bonnets Antwort; sie lautete: «Noch nicht.» Bonnet fügte hinzu, «dass er mit London telefonieren werde, wenn der polnische Botschafter in Paris deswegen vorstellig werde»¹.

** Hervorhebung von Gamelin.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London beruhten naturgemäss auf den unterschiedlichen militärischen Funktionen der beiden Länder. Die Briten dachten, was ganz natürlich war, in erster Linie an den Krieg zur See. In London drängte die Admiralität die Regierung, sofort den Krieg zu erklären. Die britische Marine konnte dann deutsche Schiffe auf hoher See aufbringen – beispielsweise den grossen deutschen Schnelldampfer «Bremen», der vor ein oder zwei Tagen aus New York ostwärts ausgelaufen war oder sie konnte deutsche Unterseeboote, die in der Nordsee erschienen, vernichten, bevor sie ihre Positionen an den für England lebensnotwendigen atlantischen Schifffahrtsrouten eingenommen hatten.

Der französische Generalstab war daran interessiert, den Abschluss seiner Mobilmachung und der Aufstellung neuer Armeen zu erreichen, ohne durch deutsche Luftangriffe gestört zu werden, wie sie Gamelin befürchtete, besonders angesichts der ausführlichen Berichte über die massiven deutschen Bombenangriffe auf Polen. Und kein einziger britischer Soldat würde zur Unterstützung der Franzosen für mehrere Tage verfügbar sein, geschweige denn eine nennenswerte britische Armee, und wenn, dann erst innerhalb der nächsten Monate.

Inmitten dieses ärgerlichen Meinungswechsels zwischen London und Paris, wann man nun gegen Deutschland zu Felde ziehen sollte, tauchte wieder die Frage von Mussolinis Konferenz auf und machte die unterschiedlichen Auffassungen der beiden westlichen Bündnispartner nur noch deutlicher. Am Morgen des 2. September hatte der Duce eine Botschaft an Hitler geschickt:

... Italien lässt wissen, wobei es natürlich jede Entscheidung dem Führer überlässt, dass es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

- 1. Waffenstillstand, der die Truppen lässt, wo sie jetzt sind;*
- 2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;*
- 3. Lösung des polnisch-deutschen Konflikts, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.*

Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

Mussolini erinnerte Hitler daran, dass Danzig bereits deutsch sei und Deutschland schon Pfänder in seiner Hand habe, die ihm den grössten Teil seiner Ansprüche sicherten. Ausserdem habe Deutschland seine «moralische Genugtuung» gehabt. Nähme es jetzt den Konferenzvorschlag an, dann würde es «alle seine Ziele erreichen und gleichzeitig einen Krieg vermeiden, der schon heute als allgemein und von ausserordentlich langer Dauer betrachtet werden muss»ⁿ.

Ribbentrop hatte erwidert, Hitler werde «in ein oder zwei Tagen» antworten, wenn Rom bestätige, dass die britisch-französischen Noten vom Vorabend keine «Ultimaten» seien.

Um 14 Uhr, gerade als nach Bonnets Meinung jede Aussicht, den Frieden zu retten, verloren zu sein schien, belebte ein Telefonanruf von Ciano erneut seine Hoffnungen. Der italienische Aussenminister übertrieb ein wenig, wenn er sagte, dass Hitler dem Projekt einer Konferenz «nicht abgeneigt» sei, aber wissen wolle, ob die britisch-französischen Noten «Ultimaten» gewesen wären. In diesem Falle könne er eine Konferenz nicht in Betracht ziehen; Hitler wolle ferner wissen, ob er bis zum Mittag des 3. September Zeit habe, zu antworten.

Der Aufzeichnung dieses Telefongesprächs¹² zufolge dankte Bonnet Ciano «wärmstens für seine Friedensbemühungen» und erklärte ihm: 1. sei die französische Note kein Ultimatum gewesen und 2. glaube er, die deutsche Antwort könne bis Sonntag (3. September) mittags zurückgehalten werden, doch müsse er darüber mit Daladier und der britischen Regierung sprechen.

Bonnet sagt, bei «der unerwarteten Nachricht, dass Hitler eine Konferenz angenommen habe», sei in ihm eine «schwache Hoffnung» aufgeglommen, und er habe sich entschlossen, seine ganze Kraft einzusetzen, um die «Feindseligkeiten abzustoppen, solange das noch ginge». Aber Ciano hatte ihm keineswegs gesagt, Hitler habe angenommen – der Aussenminister in Paris griff nichtsdestoweniger nach Strohhalmen, die gar nicht vorhanden waren. Er berichtet, er sei mit der guten Nachricht zu Daladier gestürzt, und der Ministerpräsident sei mit ihm einverstanden gewesen, Berlin vor Sonntag mittag kein Ultimatum zu stellen. Auf jeden Fall würden die Feindseligkeiten nicht vor der Nacht vom 4. auf den 5. September beginnen. Auf Daladiers Drängen rief Bonnet um 15 Uhr Lord Halifax an, um sich mit ihm zu besprechen.

Er vernahm, dass der britische Aussenminister auch einen Telefonanruf von Ciano erhalten, aber weniger begeistert darauf reagiert hatte als er selber. Zwar bestätigte Halifax Ciano, dass die britische Note nicht als Ultimatum zu betrachten sei – man muss sich schon über die Haarspalterei wegen eines einzigen Wortes wundern, denn die britisch-französischen Noten waren unmissverständlich –, er fügte jedoch hinzu, seiner Ansicht nach – und er sei sicher, dass auch das Kabinett so denke – könne keine Rede von einer Konferenz sein, wenn sich Deutschland nicht zuvor einverstanden erklärte, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen.

Dem britischen Protokoll zufolge sagte Bonnet in seinem Gespräch mit Halifax, er glaube, es sei «für Hitler wahrscheinlich unmöglich, einen Rückzug als Bedingung anzunehmen, obgleich das offenbar wünschenswert sei. Er fügte hinzu, dass er glaube, eine Konferenz könne in Betracht gezogen werden, vorausgesetzt, Polen sei vertreten. Das wäre wirklich der wesentliche Punkt.» Bonnet erwähnt diesen Teil der Unterhaltung weder in seinen Memoiren noch in seinen im französischen Gelbbuch veröffentlichten Notizen.

Aber der «wesentliche Punkt» war für die Briten ein anderer als für Bonnet. Um 17 Uhr 20 telefonierte Halifax mit seinem französischen Kollegen und sagte ihm, das britische Kabinett opponiere «einstimmig» gegen eine Konferenz, wenn sich die Deutschen nicht vorher bereit erklärten, ihre Truppen zurückzuziehen¹³. Um 18 Uhr 38 rief Halifax Ciano

in Rom an und liess ihm die gleiche Nachricht zukommen. Der italienische Aussenminister erwiderte, er glaube nicht, dass Hitler eine solche Bedingung annehmen werde. «Versuchen Sie Ihr Bestes», sagte Halifax zu ihm. Aber Ciano hielt weitere Versuche für nutzlos.

Es ist nicht meine Aufgabe (schrieb er in sein Tagebuch), Hitler einen solchen Rat zu geben. Er würde den Vorschlag mit Entschlossenheit, vielleicht mit Verachtung zurückweisen. Das sagte ich Halifax, den beiden Botschaftern und dem Duce, und schliesslich telefonierte ich nach Berlin, dass wir die Unterhandlungen aufgeben, falls nicht die Deutschen einen gegenteiligen Wunsch äussern. Der letzte Hoffnungsschein ist erloschen¹⁴.

Die Hoffnung auf eine Konferenz war für alle geschwunden – ausser für Bonnet, der zu Cianos grösster Überraschung verzweifelt weitere zwölf Stunden lang – die ganze Nacht hindurch – versuchte, sie wiederzubeleben. Es blieb zwischen Paris und London das Problem, sich über den Zeitpunkt eines endgültigen Ultimatums an Hitler zu verständigen und ihn davon in Kenntnis zu setzen, dass die westlichen Verbündeten in den Krieg eintreten würden, wenn er nicht unverzüglich seine Truppen aus Polen zurückziehe. Um 13 Uhr 30 drahtete Halifax an Phipps in Paris, er solle die Franzosen ersuchen, eine Erklärung zu akzeptieren, die der Premierminister um 15 Uhr im Unterhaus abgeben wolle. Er würde deutlich machen, dass seine Regierung nicht mehr länger auf eine deutsche Antwort zu den britisch-französischen Noten vom Vorabend zu warten beabsichtige. Sie müsse aber im Einvernehmen mit Paris handeln und deshalb auf das Vorgehen des französischen Parlamentes warten, das um 15 Uhr zusammentrat.

Um diese Stunde traten die Deputiertenkammer und der Senat, die von Daladier trotz der sich steigernden Krise der letzten Tage in den Ferien belassen worden waren, endlich zusammen. Abgekämpft – wie alle anderen Staatsmänner in Europa – von den Tag und Nacht währenden Belastungen der letzten Zeit trat der Ministerpräsident mit enttäuschem Gesicht, aber entschlossener Haltung an das Rednerpult der Kammer, um eine ziemlich pathetische Botschaft des Präsidenten der Republik zu verlesen und seine Regierungserklärung abzugeben. Es war die beste Rede seiner politischen Laufbahn, fest und doch versöhnlich. In der Tat waren es seine Worte – noch in dieser letzten Stunde drückten sie den Wunsch zur Versöhnung aus –, die bei den vor einem Krieg zitternden Deputierten den lautesten und längsten Beifall auslösten. Als er erklärte: «Was wir vor dem Ausbruch dieses Krieges getan haben (um den Frieden zu retten), sind wir bereit fortzusetzen. Wenn Versöhnungsmassnahmen ergriffen werden, sind wir immer noch bereit, an ihnen teilzunehmen», erhoben sich alle Mitglieder der Kammer und applaudierten.

Wenn der Kampf abgebrochen wird, wenn der Angreifer an seine Grenzen zurückkehrt, wenn freie Verhandlungen noch stattfinden können, wird die französische Regierung keine Mühe scheuen, ihren Erfolg im Interesse des Weltfriedens zu sichern.

An dieser Stelle erfolgte wiederum langanhaltender Beifall.

Aber die Zeit drängt. Frankreich und Grossbritannien werden nicht abseitsstehen und bei der Vernichtung eines befreundeten Volkes zusehen, bis sich dann neue Gewaltakte auch gegen England und Frankreich richten.

Geht es hier nur um einen deutsch-polnischen Konflikt? Nein! Es ist ein neuer Schritt auf dem Marsch der Hitlerdiktatur zur Beherrschung Europas und der Welt...

Man sagt uns, wenn die deutschen Forderungen von den Polen erst einmal befriedigt seien, dann werde Deutschland der Welt versprechen, den Frieden für zehn, zwanzig, fünfundzwanzig Jahre oder für immer zu respektieren. Unglücklicherweise kennen wir diese Versprechungen.

Frankreich, sagte Daladier, werde seine Verpflichtungen erfüllen:

Es geht nicht nur um die Ehre unseres Landes, sondern auch um den Schutz unserer Lebensinteressen.

Denn ein Frankreich, das diesem Angriff bis zum Ende tatenlos zusieht, wird bald ein verachtetes, isoliertes, diskreditiertes Frankreich ohne Bundesgenossen und ohne Unterstützung sein und wird, daran dürfen Sie nicht zweifeln, bald einem furchtbaren Angriff gegenüberstehen ... Die durch ihre Eroberungen noch mächtiger gewordenen Aggressoren, die die Beute Europas geschluckt haben und Herren unermesslicher natürlicher Hilfsquellen geworden sind, werden sich bald mit ihrer ganzen Kraft gegen Frankreich wenden.

Abschliessend brachte Daladier nochmals sowohl seine Entschlossenheit als auch seine Bereitschaft zur Versöhnung zum Ausdruck:

Es ist unsere Pflicht, der Aggression und der Gewalt ein Ende zu setzen. Mit friedlichen Mitteln, wenn wir das noch können – und wir werden es bis zum Schluss versuchen. Durch Einsatz unserer Macht, wenn bei den Aggressoren jedes moralische Gefühl und jede Vernunft geschwunden sind.

Die Deputierten sprangen von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar, als er das Rednerpult verliess. Aber das sollte nicht heissen, dass alle Deputierten für einen Krieg waren. Als der Finanzausschuss während einer kurzen Vertagung des Plenums zusammentrat, um die Forderung nach Kriegskrediten in Höhe von 70 Milliarden Francs zu billigen, fragten einige Mitglieder Daladier, ob die Annahme dieser Forderung von der Regierung als Vollmacht zur Kriegserklärung betrachtet werde. Daladier erwiderte, wenn der Krieg erklärt werden müsse, werde er auf das Parlament «zurückkommen». Aus dieser Antwort ergab sich später der von Flandin und anderen Kriegsgegnern erhobene Vorwurf, dass Daladier nicht nur sein Wort gebrochen

habe, als er ablehnte, das Parlament um eine förmliche Kriegserklärung zu ersuchen, sondern dass der Kriegseintritt Frankreichs verfassungswidrig gewesen sei, da das Parlament nicht ausdrücklich seine Zustimmung gegeben habe.

Reynaud, der als Finanzminister den Beratungen des Ausschusses beigewohnt hatte, gibt zu, dass Daladier versprochen habe, auf das Parlament wegen der Kriegserklärung «zurückzukommen». «Aber nach der Sitzung», fährt Reynaud fort, «änderte er seine Absicht. Er nahm an, es bestehe keine Notwendigkeit für ein zweites Votum.» Reynaud war gemeinsam mit den meisten französischen Verfassungsautoritäten der festen Meinung, dass die Zustimmung zu den Kriegskrediten gleichbedeutend mit einer Zustimmung zum Kriegseintritt war, und dass man verfassungskonform gehandelt hatte¹⁵. Präsident Lebrun behauptete später, dass jedes Parlamentsmitglied, als es frei seine Stimme abgab, «genau wusste, was es tat». Für ihn lag keine Verletzung der Verfassung vor¹⁶. Aber der Streit über diesen Punkt trennte die politischen Führer noch mehr, und der Vorwurf der Verfassungsverletzung wurde gegen die Regierung vor allem dann erhoben, als sich ihr Schicksal verschlechterte. Pierre Laval bestand später darauf, die Regierung sei 1939 ohne Zustimmung des Parlamentes in den Krieg eingetreten.

Kurz vor der Sitzung beider Häuser hatten sich alle Parteiführer einschliesslich der Kommunisten zusammengefunden und einer Forderung der Regierung zugestimmt, dass vor der Abstimmung über die Kriegskredite keine Debatte stattfinden solle. Nur im Senat ergriff Laval das Wort. Er war seit den Wahlen von 1936 nicht mehr am Rednerpult erschienen, und mittlerweile hatte er seine Verärgerung gegen diejenigen genährt, die ihn seiner Ansicht nach so lange von der Macht ferngehalten hatten. Er wählte nun diesen Tag, um seine Rückkehr in die Öffentlichkeit einzuleiten und den Boden für die Art von Zukunft zu bereiten, die er für Frankreich mit Hilfe des Marschalls Pétain voraussah. Trotz eines Proteststurmes von allen Seiten versuchte er zu sprechen und verlangte von der Regierung, mit Italien zusammenzuarbeiten, wie er es 1935 getan hatte, um den Frieden zu erhalten. Aber seine Worte gingen in den Protestrufen unter und er setzte sich wieder.

In der Kammer gab es auch nur eine Stimme des Widerspruchs, obgleich später viele Deputierte für sich in Anspruch nahmen, sie würden gesprochen haben, wenn man ihnen die Gelegenheit geboten hätte. Der einzige Opponent war der Einzelgänger Gaston Bergery, der, wie so viele andere Politiker in Frankreich, eine schnelle Reise von der äussersten Linken zur Rechten hinter sich gebracht hatte – er war ein glühender Befürworter von München gewesen. Er bestand darauf, dass die Kammer in geheimer Sitzung tagen und über die Frage des Kriegseintritts debattieren solle, aber auch er wurde durch stürmische Proteste zum Schweigen gebracht.

Die Abstimmung für die Kriegskredite erfolgte in beiden Häusern durch Handaufheben und war nach dem *Journal Officiel* einstimmig. Aber selbst hierüber gab es später Meinungsverschiedenheiten. Einem späteren Bericht des Abgeordneten Jean Montigny zufolge, den er verfasste, nachdem er ein begeisterter Vichyanhänger geworden war, und nach Meinung von Benoist Mechin¹⁷, der später wegen Kollaboration mit den Deut-

schen zum Tode verurteilt wurde, lehnte es Kammerpräsident Herriot nach der Frage, wer für die Kredite sei, ab, die Gegenprobe vorzunehmen. «Die Sitzung ist vertagt», erklärte er plötzlich*.

Bonnet wohnte der Kammersitzung nicht bei. Im Einvernehmen mit Daladier, sagt er, entschied er, es sei wichtiger für ihn, am Quay d'Orsay zu bleiben, wo er telefonisch mit London in Kontakt stand. Um 17 Uhr 20 rief ihn, wie wir wissen, Cadogan an, um ihm mitzuteilen, dass die britische Regierung den italienischen Konferenzvorschlag ablehne, falls Hitler seine Truppen nicht aus Polen zurückzöge. Wichtiger aber war für die Briten, die Zustimmung der Franzosen für den Zeitpunkt des endgültigen Ultimatums an Hitler zu erhalten. Die britische Regierung, berichtete Cadogan jetzt Bonnet, beabsichtige, ihr Garantieverprechen gegenüber Polen zu halten, wenn Hitler nicht bis Mitternacht zugestimmt habe, seine Truppen zurückzuziehen.

Bonnet erhob Einspruch gegen solche Eile. Zufolge dem Bericht des Foreign Office über die Unterhaltung ersuchte der französische Aussenminister die Londoner Regierung «hierüber nachzudenken. Wenn sie weiter auf dem Mittelmachtsultimatum besteht, geht sie eine ernste Verantwortung gegenüber Frankreich ein, weil die französische Evakuierung noch nicht beendet ist und es noch zwei weitere Tage dauern wird, bis sie abgeschlossen werden kann^{ie}.»

Laut seinem eigenen Bericht erklärt Bonnet, der glaubte, mit Lord Halifax zu sprechen, er habe «Lord Halifax daran erinnert, dass wir die Evakuierung unserer grossen Städte noch nicht beendet haben. Alle unsere Bahnhöfe sind überfüllt mit Fahrgästen, und wir riskieren ein fürchterliches Blutbad, falls Luftangriffe erfolgen.» Bonnet sagt, Lord Halifax sei von diesen Worten «sehr stark bewegt» gewesen und habe versprochen, die Sache mit dem Kabinett zu besprechen²⁰. Die britische Version verzeichnet nur, dass Cadogan – der Gesprächspartner am Telefon – fragte, wann die französische Regierung ihren Entschluss über die «Frist» für das Ultimatum fassen würde, und dass Bonnet antwortete: «Gegen 21 Uhr.»

Londons Ungeduld über Paris näherte sich jetzt dem Siedepunkt. Um 18 Uhr, kurz nachdem Bonnet und Cadogan ihr Gespräch beendet hatten, telefonierte Halifax mit Sir Eric Phipps in Paris.

Die Haltung der französischen Regierung (sagte er) wäre sehr peinlich für die Regierung seiner Majestät. Eine Regierungserklärung müsse an diesem Abend im Parlament abgegeben werden, aber bis zum gegenwärtigen Augenblick bestehe keine Vereinbarung darüber,... welche Frist in dem endgültigen Ultimatum verlangt werden solle.

Sir Eric Phipps erwiderte, die französische Regierung sei nicht in der Lage, einer Frist unter 48 Stunden zuzustimmen, ... und erklärte, dass diese Frist vom Augenblick der Übergabe des Ultimatums an in Kraft trete.

* Beau de Lomenie, ein Gegner der Regierung, nimmt an, dass hundert Abgeordnete ihre Hände nicht erhoben hatten. Die Kommunisten hätten mit Ja gestimmt**.

Der Aussenminister antwortete, eine Frist von 48 Stunden sei für die Regierung Seiner Majestät völlig unmöglich. Die Marinebehörden beschwerten sich, dass bei einer so langen Verzögerung die Deutschen allerlei Dispositionen ohne unser Eingreifen treffen könnten. Wäre es möglich, M. Daladier zu überreden, dass das Ultimatum heute um Mitternacht abläuft?

Sir Eric Phipps erwiderte, für die französische Regierung sei das völlig unannehmbar – angesichts der Tatsache, dass die Evakuierung der Frauen und Kinder noch nicht abgeschlossen sei... Er fügte hinzu, das französische Kabinett tage noch, und man erwarte, dass die Sitzung bis 20 oder 21 Uhr dauern werde²¹.

Eine Stunde später rief Phipps London an: Daladier sei einverstanden, dass der Premierminister seine Erklärung im Unterhause abgebe, «obgleich M. Bonnet Schwierigkeiten gemacht hat». Mit wachsender Unruhe erwartete London die Ergebnisse der französischen Kabinettsitzung.

Sie war kurz nach der parlamentarischen Abstimmung über die Kriegskredite einberufen worden, und einige Kabinettsmitglieder hatten dagegen rebelliert, so schnell – wie sie sagten – von den Briten in den Krieg getrieben zu werden. Als ein Mitglied sagte, es sei «bedauerlich», dass die beiden Regierungen über den Zeitpunkt des Ultimatums verschiedener Meinung seien, erwiderte Monzie, «dieses eine Mal können wir uns den Luxus leisten, uns einen Schritt hinter den Briten zu befinden». Um diese Zeit kreidete Monzie den Briten den Krieg an. Am Tag zuvor, als Hitler ihn begonnen hatte, hatte Monzie in seinem Tagebuch notiert: «Das Hindernis für den Frieden befindet sich... ohne Zweifel in London.» Er nahm Bonnet nach dem Ende der Kabinettsitzung um 20 Uhr 30 beiseite und «drängte» ihn, wie er sagt, den britischen Druck zu ignorieren. «Den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen zu verlangen» (will Monzie zu Bonnet gesagt haben), «ist eine unerträgliche Anmassung, die der deutsche Aussenminister als solche erkannt haben sollte.»

Monzie sagt, er habe einen Kompromiss angeregt: die Deutschen aufzufordern, sie sollten einen «symbolischen Rückzug» antreten. Er werde in Kürze mit dem italienischen Botschafter dinieren, ob er diesen «ehrenhaften Vorschlag» den Italienern unterbreiten könne²²? Bonnet, der behauptet, im Kabinett habe es «keine Diskussion» darüber gegeben, ob Frankreich seine Verpflichtungen Polen gegenüber erfülle, nachdem das Parlament in Aktion getreten sei, sagte zu Monzie, das könne er tun.

Wenn der britische Druck auf die Franzosen, sie sollten ihr Ultimatum an Berlin beschleunigen, beträchtlich war, so war der Druck auf die britische Regierung aus dem Unterhaus vielleicht noch grösser. Um 21 Uhr 50 rief Chamberlain Daladier an, um ihn davon zu unterrichten. Cadogan, der mithörte, fertigte einen Vermerk für die Akten an. Chamberlain sagte:

Die Situation hier ist sehr ernst. Es hat eine ärgerliche Szene im Unterhaus gegeben, nachdem ich meine Erklärung abgegeben habe... Wenn Frankreich auf einer achtund-

vierzigstündigen Frist ab morgen mittag besteht, wird für die Regierung hier die Lage unhaltbar.

Der Premierminister führte weiter aus, er sei sich vollauf bewusst, dass Frankreich die Hauptlast eines deutschen Angriffs zu tragen habe. Aber nach seiner Überzeugung müsse noch heute abend ein Schritt unternommen werden. Er schlage einen Kompromiss vor: Wir sollten ankündigen, die Botschafter seien beauftragt, das Ultimatum morgen früh um 8 Uhr zu überreichen. Wenn die deutsche Regierung nicht bis zum Mittag die geforderte Zusicherung gegeben habe, sollten wir uns von dieser Stunde an als im Kriegszustand befindlich betrachten.

Daladier verhielt sich ausweichend. Wie Bonnet hing er noch der Hoffnung an, dass «eine Fünf-Mächte-Konferenz» den Frieden retten könne. Er drückte sich zunächst um die von Chamberlain gestellte Frage herum und liess sich des längeren und breiteren über Cianos Initiative aus.

... Graf Ciano (so heisst es in dem britischen Protokoll über Daladiers Äusserungen) habe bemerkt, dass noch Hoffnung für ein deutsches Einverständnis bestehe, wenn wir unsere demarche bis morgen mittag verschieben könnten, und das französische Kabinett habe diese Ansicht gutgeheissen. Wenn sich die deutsche Regierung bis morgen mittag ablehnend verhielte, dann würde es möglich sein, ein Ultimatum an die deutsche Regierung zu richten.

Jetzt drehte Daladier den Spiess um. Gamelin sei von einer unheiligen Furcht vor deutschen Luftangriffen besessen, obwohl er wisse, dass die deutsche Luftwaffe in Polen voll auf beschäftigt sei – er habe ihm, Daladier, seine Befürchtungen mitgeteilt. Überdies habe sich Grossbritannien noch nicht einverstanden erklärt, seine Luftstreitkräfte einzusetzen, falls Frankreich plötzlich bombardiert würde – so unwahrscheinlich dieser Gedanke auch sei. Wenn die Briten sofort Flugzeuge schickten, dann sähe die ganze Sache schon anders aus, und daran erinnerte Daladier Chamberlain jetzt.

Wenn nicht sofort britische Bomber bereitgestellt werden würden (sagte Daladier), sei es für Frankreich besser, nach Möglichkeit die Angriffe auf deutsche Armeen um einige Stunden hinauszuschieben.

An diesem Punkt brach Daladier plötzlich die Unterredung ab und erklärte, «er könne am Telefon nichts Genaueres sagen»²³.

Knapp eine halbe Stunde später, um 22 Uhr 30, rief der ungeduldige englische Aussenminister seinen französischen Kollegen an. Cadogan hörte wiederum mit und fertigte eine Aufzeichnung an. Bonnet führt diese Unterredung in seinen Vermerken über die verschiedenen im französischen Gelbbuch veröffentlichten Ferngespräche nicht mit auf, aber er berichtet darüber in seinen Memoiren. Wie zu erwarten, unterscheidet sich seine

Aussage ein wenig von der britischen Version. Die letztere verzeichnet, Halifax habe vorgeschlagen, die Botschafter sollten

den (deutschen) Aussenminister um acht Uhr morgens (am Sonntag, 3. September) aufsuchen und ihm mitteilen, wenn er nicht bis Mittag eine befriedigende Antwort erteilen könnte, würden wir uns als handlungsfrei betrachten, unsere Verpflichtungen Polen gegenüber zu erfüllen.

Wenn die französische Regierung diesem Zeitplan nicht zustimmen könne, schlage die britische Regierung vor, dass sie allein vorgehe und

Seiner Majestät Botschafter in Berlin gesonderte Anweisungen erteile, ohne seinen französischen Kollegen zu handeln, vorausgesetzt, die französische Regierung gebe die Versicherung, innerhalb 24 Stunden zu folgen.*

Bonnet machte wiederum geltend, dass die Briten es allzu eilig hätten. Was für einen Unterschied bedeuteten schon ein paar Stunden? Feindseligkeiten könnten in jedem Fall erst achtundvierzig Stunden nach Überreichung des Ultimatums beginnen, da die Franzosen diese zusätzliche Zeit zum Abschluss ihrer Mobilmachung und zur Evakuierung von Frauen und Kindern benötigten.

Ich beschrieb (sagt er) dem britischen Aussenminister das Schauspiel am Gare d'Orsay (ein Pariser Bahnhof), wo ich gerade die langen Schlangen von Frauen mit ihren Kindern auf den Armen gesehen hatte. Wenn ein schwerer Luftangriff stattfände, würde ein fürchterliches Massaker die Folge sein. Ich wies auch auf den schlechten Eindruck hin, den ein separates Vorgehen unserer Botschafter in Berlin hervorrufen würde...

Bonnet behauptet, Lord Halifax sei von seinen «Überlegungen sehr erschüttert» gewesen und habe versprochen, die Frage mit dem Kabinett nochmals zu überprüfen. Aber das steht keineswegs in den britischen Protokollen.

Der Aussenminister wiederholte, dass es sehr fraglich sei, ob sich die Regierung hier halten könne ...Er sähe keine ernsthaften Bedenken dagegen, dass wir um 8 Uhr handelten und die französische Regierung gegen Mittag. Auf jeden Fall wäre es Seiner Majestät Regierung unmöglich, so lange zu warten.

Es wurde – laut dem britischen Protokoll – schliesslich vereinbart (wenn Bonnet dies auch nicht erwähnt), dass die Briten um 8 Uhr morgens und die Franzosen gegen Mittag ihre jeweiligen Ultimaten übergeben sollten. Bonnets letzter Schuss auf die Briten ähnelte

* Hervorhebung vom Verfasser.

dem Daladiers kurz zuvor. Wenn die britischen Bomber, sagte er, bereit seien, sofort auf Bombenangriffe zu antworten, dann verändere das die Situation²⁴.

Chamberlain und Halifax hatten in ihren Telefongesprächen die unsichere Lage der Tory-Regierung in dem brodelnden Unterhaus nicht übertrieben. Um 2 Uhr in dieser Nacht rief Botschafter Corbin Bonnet an und warnte ihn, die Regierung Chamberlain riskiere ihre Entmachtung, wenn sie nicht dem Unterhaus in der Sitzung um 10 Uhr morgens versichern könne, dass das britische Ultimatum bereits in Berlin übergeben sei. Corbin fügte hinzu, dass die britische Regierung endgültig beschlossen habe, das Ultimatum in Berlin um 9 Uhr morgens übergeben zu lassen – mit dem Beginn der Feindseligkeiten, was Grossbritannien betraf, um 11 Uhr vormittags.

Corbin fragte auch an, ob Paris nicht «den Aufschub verkürzen» könne. Bonnet berichtet, dass er deswegen telefonisch im Kriegsministerium angefragt und die Antwort erhalten habe:

Fragen Sie London, ob es die britischen Bomber morgen früh zu unserer Verfügung stellen kann, In diesem Fall kann der französische Generalstab eine Verkürzung des Aufschubs akzeptieren.

Diese Mitteilung wurde, sagt Bonnet, dem britischen Aussenministerium durch Corbin übermittelt, aber der britische Generalstab konnte seine Entscheidung nicht sofort treffen. «Wieder einmal», erklärt der Aussenminister, «werden wir durch die Unzulänglichkeit unserer Kampfmittel aufgehalten²⁵.» Man fragt sich, warum Daladier und Bonnet auf britischen Bombenflugzeugen bestanden. Jäger, nicht Bomber, wären das Mittel gewesen, um einem deutschen Fliegerangriff zu begegnen, und die Franzosen besaßen genug Jagdflugzeuge, um alle Bomber abzufangen, die Deutschland in Polen nicht einsetzte.

Die Telefonanrufe des britischen Premierministers und seines Aussenministers hatten ihre Wirkung bei der französischen Regierung nicht verfehlt. Um Mitternacht schickte Bonnet im Einvernehmen mit Daladier ein Telegramm an Coulonde in Berlin, das besagte: «Morgen vormittag werde ich Ihnen die Bedingungen einer neuen *demarche* mitteilen, die ich Sie bitte, um 12 Uhr mittags der Wilhelmstrasse zu übermitteln.» Selbst der Aussenminister schreckte davor zurück, das Wort «Ultimatum» zu benutzen. Hoffte er immer noch, dass Mussolini Frankreich aus der Klemme helfen könne? Sollte das der Fall gewesen sein, dann wurde diese letzte Hoffnung zerstört, als die lange Nacht zu Ende ging. Um 5 Uhr morgens, sagt Bonnet, rief ihn Monzie an, der den grössten Teil der Nacht mit dem italienischen Botschafter zusammengesessen und dessen unechtes «Friedensangebot» diskutiert hatte. Monzie hatte es seinen eigenen Tagebuchaufzeichnungen zufolge dabei auch nicht versäumt, die Briten wegen ihrer Unnachgiebigkeit kräftig zu verfluchen. Er berichtete Bonnet:

Guariglia hat Rom angerufen, um zu erfahren, ob Hitler einen Rückzug seiner Truppen akzeptiert, so dass dann eine Konferenz stattfinden kann. Ciano hat geantwortet: «Unmöglich!»

Ciano vertraute seine Version dieses letzten französischen Bemühens, einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden, seinem Tagebuch an:

Während der Nacht werde ich geweckt, weil Bonnet bei Guariglia angefragt hat, ob es nicht möglich wäre, von den Deutschen einen symbolischen Rückzug der Streitkräfte aus Polen zu erreichen. Da kann nichts mehr getan werden. Ich werfe den Vorschlag in den Papierkorb, ohne auch nur den Duce zu informieren. Aber das beweist immerhin, dass Frankreich ohne Begeisterung und unsicher der grossen Prüfung entgegengeht™.

Die Auffassung der deutschen Botschaft in Paris darüber, wie Frankreich der grossen Prüfung entgegengehe, war vom dortigen Geschäftsträger am 2. September um 12 Uhr 20 nach Berlin gekabelt worden.

Die gestern angeordnete Generalmobilmachung ist von der französischen Bevölkerung mit Ruhe aufgenommen worden und wird... ordnungsgemäss nach Plan durchgeführt ... Erfüllung französischer Bündnispflichten gegenüber Polen unterliegt keinem Zweifel. Frage, ob dann sofortiger Eintritt Frankreichs in Feindseligkeiten erfolgt, ist offen ...²⁷.

Um 8 Uhr morgens am Sonntag, 3. September 1939, begab sich Bonnet ins Kriegsministerium, um mit Daladier über die Frist im französischen Ultimatum zu sprechen, das in Berlin um 12 Uhr überreicht werden sollte. Der Ministerpräsident – als Kriegsminister – setzte die Eröffnung der Feindseligkeiten für Montag, 5 Uhr morgens, an. Er erklärte, der Generalstab weigere sich, eine kürzere Frist zu akzeptieren. Nach der Rückkehr zum Quai d'Orsay ging Bonnet daran, das französische Ultimatum zu entwerfen, «jedes Wort dieser historischen Botschaft abwägend», wie er sagt. Coulondre wurde beauftragt, um 12 Uhr mittags persönlich in der Wilhelmstrasse vorzusprechen und um eine Antwort auf die französische Note vom 1. September zu ersuchen.

Wenn die Antwort... negativ ausfällt..., werden Sie dem deutschen Aussenminister oder seinem Vertreter mitteilen, dass Frankreich ab morgen, dem 4. September, 5 Uhr morgens, seine Verpflichtungen gegenüber Polen, die der deutschen Regierung bekannt sind, erfüllen wird™.

Selbst bei diesem letzten Schritt sträubte Bonnet sich dagegen, die Kriegserklärung formell auszusprechen. Er gab den Text des Ultimatus telefonisch an Botschafter Coulondre in Berlin um 10 Uhr 20 durch.

Um diese Zeit hatte Botschafter Henderson das britische Ultimatum der deutschen Regierung ausgehändigt. Pünktlich um 9 Uhr, gemäss seiner Anweisung aus London, war er im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstrasse erschienen. Ihm war gesagt worden, Ribbentrop stehe noch nicht «zur Verfügung», er könne aber seine Mitteilung Dr. Paul Schmidt, dem amtlichen Dolmetscher, übergeben. An diesem historischen Morgen hatte Schmidt verschlafen. Er erreichte gerade mit einem Taxi das Auswärtige Amt, als er den britischen Botschafter die Stufen emporsteigen sah. Henderson las ihm das britische Ultimatum vor. Falls die deutsche Regierung nicht bis 11 Uhr vormittags eine befriedigende Zusicherung gebe, erklärte er, dass sie ihre Truppen aus Polen zurückziehe, *«wird zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an Kriegszustand bestehen*»*. Die Briten waren nicht mehr zimperlich in dem, was sie sagten.

Schmidt eilte mit dem britischen Ultimatum zur Reichskanzlei. Er berichtete später:

Ich... betrat das danebenliegende Zimmer, in dem Hitler an seinem Arbeitstisch sass, während Ribbentrop etwas rechts von ihm am Fenster stand... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam das Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendet hatte, herrschte völlige Stille...

Wie versteinert sass Hitler da und starrte vor sich hin ... Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war. «Was nun?» fragte Hitler seinen Aussenminister mit einem wütenden Blick in den Augen, als wolle er zum Ausdruck bringen, dass ihn Ribbentrop über die Reaktion der Engländer falsch informiert habe. Ribbentrop erwiderte mit leiser Stimme: «Ich nehme an, dass die Franzosen uns in der nächsten Stunde ein gleichlautendes Ultimatum überreichen werden²⁹.»

Zu jener Stunde hatten die Franzosen noch Schwierigkeiten, sich über die Frist ihres Ultimatus zu einigen. Kurz nachdem Bonnet Coulondre seine Weisungen übermittelt hatte, empfing er einen Anruf aus London – er sagt nicht, von wem, doch vermutlich von der französischen Botschaft. «Hier wird die Nachricht verbreitet», wurde ihm mitgeteilt, «dass Frankreich nicht vor Montag, 5 Uhr morgens, in den Krieg eintreten werde, und das ruft in England einen schlechten, für die alliierte Sache sehr abträglichen Eindruck hervor.» Bonnet rief Daladier an, der die gleiche Nachricht erhalten hatte. Der Ministerpräsident sagte, er werde einen letzten Versuch unternehmen, um den Generalstab zu einer Verkürzung der Frist im französischen Ultimatum zu bewegen.

Die Zeit drängte. Es war jetzt fast 11 Uhr 30 vormittags. Coulondre würde in dreissig Minuten seine Botschaft in der Wilhelmstrasse überreichen. Um 11 Uhr 30 rief Daladier Bonnet wieder an und teilte ihm mit, er habe General Colson, dem Chef des Generalstabes des Heeres, ein Zugeständnis abgerungen. Der Zeitplan für die Eröffnung der Feindseligkeiten war um zwölf Stunden, also auf 17 Uhr am 3. September, vorverschoben worden. Bonnet meldete ein dringendes Gespräch an die Botschaft in Berlin an. Es wurde um 11 Uhr 45 vermittelt, gerade als sich Coulondre zur Wilhelmstrasse begeben

wollte. Bonnet diktierte ihm die neue Frist von 17 Uhr, und der Botschafter korrigierte handschriftlich den Text seines Ultimatums. Plötzlich befielen ihn Zweifel. Sprach er tatsächlich mit dem französischen Aussenminister? Er verlangte eine Bestätigung von jemandem am Quay d'Orsay, dessen Stimme ihm vertrauter war. Bonnet liess Leger und Bressy mit ihm verbinden und die neuen Anweisungen bestätigen.

Der französische Botschafter konnte Ribbentrop nicht sofort um die Mittagszeit erreichen. Ribbentrop nahm an einem kleinen Empfang in der Reichskanzlei teil, wo der neue sowjetische Botschafter Alexander Schkwarzew von Hitler herzlich willkommen geheissen wurde – ein Ereignis, das diesem historischen Sonntag in Berlin eine bizarre Note verlieh. Coulondre, der darauf bestand, getreu seinen Weisungen genau um 12 Uhr mittags in der Wilhelmstrasse vorzusprechen, wurde daher von Weizsäcker empfangen. Auf die Frage des Botschafters, ob der Staatssekretär ermächtigt sei, den Franzosen eine «befriedigende» Antwort zu erteilen, erwiderte Weizsäcker, er könne ihm «überhaupt keine Antwort» geben.

Es folgte nun in diesem ernsten Augenblick der Geschichte eine kleine diplomatische Komödie. Als Coulondre versuchte, Weizsäckers Erwidern als die von ihm sowieso erwartete deutsche Ablehnung auszulegen und dem Staatssekretär das französische Ultimatum überreichen wollte, verweigerte dieser die Annahme. Er schlug vielmehr dem Botschafter vor, «er möge sich doch lieber kurz gedulden und bei dem Herrn Reichsaussenminister persönlich vorsprechen». Derart vor den Kopf gestossen – und das war nicht zum ersten Male –, musste Coulondre eine halbe Stunde lang warten. Um 12 Uhr 30 wurde er zu Ribbentrop in die Reichskanzlei geführt.

Obwohl der deutsche Aussenminister wusste, in welcher Mission der Botschafter ihn aufsuchte, liess er sich diese – allerletzte – Gelegenheit nicht entgehen, dem französischen Botschafter eine seiner üblichen Geschichtsklitterungen zu servieren. Er, der noch zwei Tage zuvor Coulondre versichert hatte, dass Polen, nicht Deutschland, der Angreifer sei, fügte jetzt noch ein paar Lügen darüber hinzu, dass Deutschland den italienischen Konferenzvorschlag angenommen habe. Mussolini hätte ihn unterrichtet, erklärte er, dass Frankreich ihn gebilligt habe. «Gestern», fuhr er fort, «hat Deutschland dem Duce mitgeteilt, dass es ebenfalls bereit sei, dem Vorschlag zuzustimmen. Später am Tage habe der Duce dann wissen lassen, dass sein Vorschlag an der Intransigenz der englischen Regierung gescheitert sei.»

Aber Coulondre hatte in den vergangenen Monaten genug von Ribbentrops Verfälschungen gehört. Ungeduldig vernahm er den Kommentar des Aussenministers, der erklärte, wenn Frankreich sich an seine Verpflichtungen gegenüber Polen gebunden fühle und in den Krieg eintrete, würde er das ausserordentlich bedauern.

Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht... Sollte die französische Regierung dennoch ... eine feindselige Haltung gegenüber Deutschland einnehmen, so würde die deutsche Regierung dies als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg ansehen.

Coulondre unterbrach ihn mit der Frage, wegen der er ihn aufgesucht hatte:

«Ist den Äusserungen des Herrn Reichsaussenministers zu entnehmen, dass die deutsche Regierung auf die französische Note vom x. September eine negative Antwort erteilt?»

«Ja», erwiderte Ribbentrop.

«In diesem Falle», sagte Coulondre, «muss ich im Auftrag meiner Regierung noch einmal auf die schwere Verantwortung hinweisen, die die Reichsregierung durch den Angriff auf Polen ohne Kriegserklärung und durch ihre Ablehnung des britisch-französischen Ersuchens um Abzug der deutschen Truppen auf sich genommen hat.

Ich habe nun die traurige Pflicht, Sie darüber zu informieren, dass ab heute nachmittag, 17 Uhr die französische Regierung genötigt sein wird, ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen, die der Reichsregierung bekannt sind.»

«Dann wird Frankreich der Angreifer sein», erklärte Ribbentrop.

«Darüber wird die Geschichte urteilen», erwiderte Coulondre⁸⁰.

An diesem Sonntag in Berlin schienen alle Mitwirkenden im Schlussakt des Dramas darauf bedacht zu sein, sich auf das Urteil der Geschichte zu berufen.

Also würde sich Frankreich in Erfüllung seines Polen gegebenen Wortes ab 17 Uhr im Krieg mit Deutschland befinden. Aber für General Gamelin war das zu früh. Um 16 Uhr 30, eine halbe Stunde vor dem im französischen Ultimatum festgesetzten Zeitpunkt, erliess er geheime Weisungen an die Armee, Marine und Luftwaffe, die Eröffnung der Feindseligkeiten um zwölf Stunden hinauszuschieben.

*Unser Ultimatum (heisst es in seinem Befehl) läuft um 27 Uhr heute nachmittag ab, wenn die Deutschen es nicht akzeptieren. Um aber im Einvernehmen mit den britischen Luftstreitkräften zu handeln, haben wir entschieden, die Operationen nicht vor morgen früh 5 Uhr zu beginnen*¹.*

Das Zögern des französischen Oberbefehlshabers begann wahrhaftig in der ersten Stunde des Krieges.

In den Strassen von Paris und in den anderen grossen und kleineren Städten Frankreichs gab es kein Geschrei, als der Krieg ausbrach. Es herrschte keinerlei Begeisterung, keine Leidenschaft und kein festes Vertrauen in die Gerechtigkeit der nationalen Sache, die die Franzosen aller Volksschichten empfunden und zum Ausdruck gebracht hatten, als Frankreichs Soldaten 1914 in die Schlacht marschierten – genau vor fünfundzwanzig Jahren. Die Millionen einberufener Männer gehorchten der Mobilmachung stoisch, aber die meisten von ihnen waren nicht mit dem Herzen bei einem Krieg, dessen Ausbruch sie überrascht hatte und dessen Ursachen sie nicht begriffen – obgleich Hitlers Angriff auf Polen wie auch seine übrigen Absichten für fast jeden deutlich genug sein mussten. Viele waren von der Plötzlichkeit der Katastrophe wie betäubt.

An der Oberfläche schien Frankreich eine gewisse Einigkeit wiedergefunden zu haben. Die allgemeine Mobilmachung verlief glatt, ebenso die Evakuierung der Zivilbevöl-

kerung aus dem Frontgebiet und die Verschickung vieler Frauen und Kinder aus den Grossstädten. Das Parlament hatte mit überwältigender Mehrheit die Kriegskredite bewilligt. Die – sicherlich unter scharfer Zensur stehende – Presse war fast einmütig in ihrer Zustimmung, dass die Regierung ihr Wort gegenüber Polen hielt. Und obgleich keine Begeisterung für den Krieg herrschte, hatte man sich in den Gedanken ergeben, dass Hitler den Kampf haben wollte, dass die von dem deutschen Diktator seit 1936 provozierten Krisen nicht ewig weitergehen konnten und dass es vielleicht am besten war, «jetzt darüber hinwegzukommen» und Frankreich und Europa von der immer wiederkehrenden deutschen Drohung zu befreien.

Unter der Oberfläche jedoch nagte an vielen Franzosen der Zweifel, ob es von der Regierung weise gewesen war, das Land in einen Krieg zu stürzen, und bei einigen gab es bittere Opposition gegen den Kurs, den die Regierung eingeschlagen hatte. Wenige nur wagten es, dies im Augenblick offen auszusprechen. Sie würden es später tun – in ihren Memoiren oder in Artikeln, wenn keine Gefahr mehr bestand. So würde Senator Lémery, ein enger Freund Marschall Pétains, später ein glühender Anhänger Vichys, schreiben: «Die Kriegserklärung betäubte Frankreich. Wie konnten seine Führer sich selber und ihr Land so täuschen? Und warum dieser Krieg^{32?}» Monzie, der im Kabinett bis zur letzten Minute gegen den Eintritt in den Krieg gekämpft hatte, würde in sein Tagebuch, das er nach der Niederlage veröffentlichte, schreiben: «Dieser 4. September, Frankreich im Krieg, doch es hält nicht viel davon³³.»

In seinen in einem französischen Gefängnis in Algier 1944 geschriebenen Memoiren enthüllt Flandin, der Führer der Mittelpartei, wie erbittert er über den Eintritt Frankreichs in den Krieg war. In diesem Zusammenhang verrät er eine geistige Verwirrung, die von vielen geteilt wurde. Er vertrat die Ansicht, wie wir gesehen haben, die Regierung habe die Verfassung verletzt, weil sie ohne ausdrückliche Zustimmung des Parlaments den Krieg erklärte. Er deutet an, die Regierung habe befürchtet, dass die Deputiertenkammer und «vielleicht» auch der Senat die Kriegserklärung ablehnen würden. Er leugnet, dass Frankreich verpflichtet war, Polen automatisch zu helfen, wenn es angegriffen würde. Er vertritt den Standpunkt, dass Frankreichs Verpflichtungen Polen gegenüber mit seinen Bindungen an den Völkerbund verknüpft waren, der erst hätte feststellen müssen, ob ein Angriff stattgefunden hätte. Tatsächlich beharrt er darauf, Frankreich hätte zunächst den Völkerbund um seine Meinung ersuchen müssen, bevor es in den Krieg eintrat³⁴! Und diese drei Politiker rechnete man damals zu den Pfeilern der Republik!

Auf der äussersten Rechten war die Opposition noch irrationaler. Lucien Rebattet, ein Schriftsteller nicht ohne Talent, der als Royalist zum Faschismus übergetreten und bereits eine der jungen Leuchten des faschistischen Blattes *Je Suis Partout* war, schrieb:

So also ist der Krieg von den grässlichsten Possenreissern des grässlichsten jüdischen und demagogischen Regimes begonnen worden... Wir sollen vermutlich noch einmal die Republik retten, eine Republik, die schlimmer ist als die von 1914... Nein! Ich spüre

*nicht den geringsten Ärger gegen Hitler, aber viel Ärger gegen alle französischen Politiker, die zu seinem Triumph beigetragen haben*³⁵.

Es war dies eine Art geistiger Abirrung – zum Teil von Dr. Goebbels, dem Reichspropagandaminister in Berlin, inspiriert –, mit der Rebattet sowie andere begabte junge Schriftsteller, die weit nach rechts getrieben waren, und nicht wenige frühere Linkspolitiker zu dem traurigen Ende direkter Kollaboration mit den Deutschen geführt wurden. Sie bildeten jedoch eine krankhafte Randerscheinung, die zu dieser Zeit wenig Gewicht im Lande hatte.

Bedeutsamer auf der Rechten waren jene, die schon erhebliche Verantwortung in der Republik getragen hatten – wie Marschall Pétain, Frankreichs berühmtester Soldat, der als Privatperson gegen den Krieg war und die Republik verachtete. Wie wir gesehen haben, stand er jetzt in Kontakt mit Laval, einem früheren Ministerpräsidenten und Aussenminister, der auch gegen den Krieg und gegen die Regierung opponierte und für eine Machtübernahme des Marschalls zu manövrieren begann. Im Grunde hegte die Rechte aus ideologischen Gründen nicht den Wunsch, gegen das Deutschland der Nationalsozialisten zu kämpfen. Sie bewunderte Hitlers unbekümmerte Diktatur und teilte seine Verachtung für die Demokratie. Auf der anderen Seite verachtete die viel grössere Linke zwar den Totalitarismus Hitlers, aber sie wünschte keinen Krieg gegen Deutschland oder irgendein anderes Land, weil Sie dem Pazifismus huldigte, der einer tiefen Überzeugung entsprang. Diese Überzeugung, dass alle Kriege böse und sinnlos in ihrer Vernichtung des Menschen, seines Eigentums und seiner Moral seien und deshalb um jeden Preis geächtet werden müssten, war in den staatlichen Schulen seit 1919 genährt worden.

Inmitten all dieser Spannungen und Verwirrungen nimmt es kaum wunder, wenn Frankreich uneinig in den Krieg eintrat. Aber es gab noch eine grundsätzlichere Ursache für das Unbehagen unterhalb der Oberfläche. Der Krieg war für Frankreich zu früh gekommen. Es hatte sich noch nicht vollständig von der Erschöpfung des letzten erholt, der knapp zwei Jahrzehnte vorher zu Ende gegangen war. Instinktiv wussten die Franzosen, dass sie einen solchen Aderlass in einem zweiten Krieg gegen Deutschland nicht würden überleben können, gleichgültig, wer ihn gewann. Und selbst wenn sie mit Hilfe der Engländer und später vielleicht der Amerikaner, wie das letzte Mal, gewinnen sollten, würden sie nicht wieder den Frieden verlieren, wie das ihrer Meinung nach 1919 geschehen war? «Was nutzt dann das Kämpfen?» sollen viele gefragt haben. Senator Lémyer erinnert sich, einen der mit ihm befreundeten Rechtsanwälte am Mobilmachungstag im Justizpalast getroffen zu haben. Der Mann hatte sich als Soldat im ersten Weltkrieg ausgezeichnet. «Diesmal», sagte er, «werde ich mich zurückhalten. Ich beabsichtige nicht, wegen Polen mein Leben zu verlieren»³⁸.

Die Furcht vor einem neuen Blutbad quälte nicht nur die meisten Franzosen, sondern auch Daladier, der das letzte Mal vier Jahre lang in den Schützengräben gekämpft hatte, und – was man ihnen hoch anrechnen muss – die Generäle, die entschlossen waren, in

diesem Krieg mit dem französischen Blut sparsam umzugehen. Es war dies eine humane und zivilisierte Haltung, aber sie liess die Frage unbeantwortet, wie Frankreich eine Niederlage und Kapitulation vermeiden sollte. Konnte Frankreich dies ohne harte Kämpfe und die sich daraus ergebenden schweren Verluste erreichen?

Die nächsten acht Monate schien es – wunderbarerweise – so, als ob das möglich sei. Zur Überraschung der Franzosen und zu ihrer unermesslichen Erleichterung folgte nun im Westen einer der merkwürdigsten Abschnitte in der Kriegsgeschichte. Die Franzosen gaben ihm den Namen *La Drôle de Guerre* – zu deutsch *Sitzkrieg* und auf englisch, weniger elegant: *Phony War*. Es gab keine harten Gefechte, keine Blutverluste, und allerlei Illusionen keimten. Aber er war nur ein Vorspiel.

VIERTES BUCH

Krieg und Verfall

1939-1940

«La Drôle de Guerre» 3. September 1939 bis 9. April 1940

Polen war rasch von der ungeheuer überlegenen Wehrmacht überrannt, und Frankreich, dessen 85 Divisionen einem Feind gegenüberstanden, der kaum mehr aufgeboden hatte als eine schwache Schützenkette, tat im Westen nur wenig, um seinem tapferen Bundesgenossen beizustehen. Grossbritannien unternahm ebensowenig. Sein nur aus zwei Divisionen bestehendes Kontingent erreichte die Front erst am 26. September 1939. Zu diesem Zeitpunkt freilich bestand keine Möglichkeit mehr, eine Änderung herbeizuführen: Die Armen der westlichen Verbündeten wären zu spät gekommen, den Polen auf irgendeine Weise Hilfe zu leisten.

Diese nämlich waren nach acht Tagen besiegt. Am Abend des 8. September waren die 35 Divisionen des polnischen Heeres – nicht mehr hatte man in der kurzen Zeit mobilisieren können – entweder aufgegeben oder in einer umfassenden Zangenbewegung um Warschau eingekesselt. Am Nachmittag dieses Tages erreichte die 4. deutsche Panzerdivision den Rand der polnischen Hauptstadt. Unmittelbar südlich der Stadt nahm General Walter von Reichenau aus Schlesien und der Slowakei vorstossende zehnte Armee Kielce ein, und Wilhelm Lists vierzehnte Armee erreichte Sandomierz am Zusammenfluss von San und Weichsel. Die Deutschen mussten kaum mehr tun, als mit dem letzten Widerstand aufzuräumen, und das war am 17. September beendet. Einzige Ausnahmen waren das Warschau-Dreieck und Gebiete um Posen, wo vereinzelt noch von polnischen Truppen Widerstand geleistet wurde.

Nach dem Fall von Krakau, der zweitgrössten Stadt Polens, in der Nacht des 6. September war die polnische Regierung, wie betäubt von dem Debakel, von Warschau nach Lublin geflüchtet. Am 15. September erreichte sie unter dauernden Angriffen der deutschen Luftwaffe die rumänische Grenze, die sie kurz darauf überschritt. Das war der Zeitpunkt für die Sowjetunion, im Einvernehmen mit den Deutschen in das geschlagene Land einzurücken, um sich ihren Teil an der Beute zu sichern.

Am 17. September drang die Rote Armee in Ostpolen ein, und am nächsten Tag traf sie in Brest-Litowsk (wo sich genau einundzwanzig Jahre zuvor die neugebildete bolschewistische Regierung über ihre Verpflichtungen den westlichen Alliierten gegenüber hinweggesetzt und von der deutschen Armee einen Separatfrieden unter äusserst harten Bedingungen angenommen hatte) auf die deutschen Truppen. Für das stolze, den Tatsachen gegenüber jedoch blinde polnische Volk war damit alles vorbei. Am 29. Septem-

ber wurde Polen zum viertenmal in seiner Geschichte geteilt – vom Deutschen Reich und der Sowjetunion. Damit war es von der Landkarte gelöscht*.

Nachdem Polen nun niedergeschlagen war, konnte Hitler alle seine Aufmerksamkeit dem Westen zuwenden.

Im Westen nichts Neues

Was dort in der Zwischenzeit geschehen war – oder was sich nicht ereignet hatte –, hatte den Deutschen zwar Rätsel aufgegeben, sie aber nicht wirklich überrascht. Bereits am 14. August war Haider, der Chef des Generalstabs des Heeres, zu einer detaillierten Abschätzung dessen gelangt, was sich im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen ereignen würde. Eine französische Offensive hielt er für «unwahrscheinlich». Er war davon überzeugt, dass Frankreich nicht durch belgisches Gebiet vorrücken werde, wenn Belgien seine Erlaubnis dazu versagte. Er kam zu dem Schluss, Frankreich werde in der Defensive verbleiben**. Am 7. September, als die polnischen Armeen bereits geschlagen waren, befasste sich der Generalstabschef in seinem Tagebuch mit Plänen, wie die in Polen stehenden Truppen nach Westen zu verlegen seien. Unter demselben Datum finden sich auch einige Zeilen, in denen er Hitlers Ansichten über die Lage im Westen wiedergibt, die dieser soeben dem Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch gegenüber geäußert hatte:

Westfall noch nicht klar. Anzeichen dafür, dass man keine Krise will...

In eben dieser Nacht begann Gamelin seine «Offensive», mit der er angeblich den deutschen Druck auf Polen mindern wollte. Auf etwa 20 Kilometer Breite überschritten schwache französische Verbände südlich Saarbrücken die deutsche Grenze. Am Morgen des 9. September folgten stärkere Einheiten der vorrückenden vierten und fünften französischen Armee – laut späteren deutschen Meldungen in Bataillonsstärke. Die Franzosen stiessen auf nur geringen Widerstand der deutschen Grenzposten, die sich auf die 13 Kilometer nördlich gelegenen Befestigungen des Westwalls zurückzogen. Die recht behutsam vorrückenden Franzosen wurden hauptsächlich durch Minensperren aufgehalten. Westlich davon gingen im Warndt-Gebiet Einheiten der dritten französischen

* Anfänglich schienen Hitler und Stalin die Errichtung eines «Rumpfpolens – dem Grossherzogtum Napoleons ähnlich – in Erwägung gezogen zu haben, um die öffentliche Meinung der Welt zu beschwichtigen. Den deutschen Geheimakten zufolge ging die Initiative zur Aufteilung des gesamten Landes von Molotow und Stalin aus. Am 19. September telegraphierte der deutsche Botschafter in Moskau nach Berlin: «...Dabei liess Molotow durchblicken, dass die bei der Sowjetregierung und bei Stalin ursprünglich vorhandene Neigung, ein restliches Polen bestehen zu lassen, jetzt der Tendenz gewichen ist, Polen entlang der Linie Pissa-Narew-Weichsel-San aufzuteilen*.» Am Abend des 25. September rief Stalin Botschafter Schulenburg in den Kreml und erklärte: Ihm erscheine die Errichtung eines selbständigen Restpolens abwegig. Deshalb mache er den folgenden Vorschlag: Von dem östlich der Woiwodschaft gelegenen Gebiet solle unserem Teil die gesamte Woiwodschaft Lublin und die Woiwodschaft Warschau bis zum Bug hinzugeschlagen werden. Dafür sollten wir auf Litauen verzichten. Der Handel wurde zu Stalins Bedingungen am 29. September um 5 Uhr früh in Moskau von Molotow und Ribbentrop unterzeichnet.

** Haiders Tagebuch beginnt mit diesen Überlegungen.

Armee gegen einen kleinen Grenzvorsprung vor. Aber auch hier kam es zu keinen schweren Auseinandersetzungen.

Was Mannschaftsstärke, Panzer und Geschütze anbelangt, so verfügten die Franzosen über eine immense Überlegenheit. Ihren voll bewaffneten 85 Divisionen standen entlang der gesamten deutschen Front lediglich 34 Divisionen gegenüber. Von elf Divisionen abgesehen waren dies alles Reserveeinheiten mit einem entsprechend niedrigen Ausbildungsstandard, die mangelhaft ausgerüstet waren und auch nicht über ausreichende Transportmittel verfügten. Alle motorisierten und sämtliche Panzerdivisionen waren nach Polen geworfen worden. Am 10. September trafen zehn weitere Reservedivisionen ein – ebenfalls von nur geringem Kampfwert.

Zum Glück für die Deutschen fand ein massiver Angriff jedoch nie statt – und wurde von dem übervorsichtigen französischen Oberbefehlshaber auch nie in Betracht gezogen. Bis zum 12. September waren die französischen Truppen auf einer etwa 24 Kilometer breiten Front ungefähr acht Kilometer auf deutsches Gebiet vorgedrungen und hatten zwanzig Dörfer besetzt. In diesem Augenblick ordnete Gamelin an, den Vormarsch abzublasen und den Rückzug auf die Maginotlinie vorzubereiten, falls die Deutschen durch Belgien hindurch angreifen sollten.

Die Polen protestierten gegen eine solch ungeheuerliche Untätigkeit. Gamelin freilich antwortete mit eben jener Zweideutigkeit, die er bei Georges Bonnet so oft kritisiert hatte. Am 9. September erreichten ihn Funkmeldungen von Marschall Rydz-Smigly und dem polnischen Generalstab, die ihn über die hoffnungslose Lage der polnischen Truppen informierten und in denen er danach gefragt wurde, was er zu unternehmen gedenke, um die feindliche Übermacht abzulenken. Man beschwor ihn, rasch zu handeln, was auch immer er tun wolle. Am folgenden Tag stellte der polnische Militärattaché Gamelin die zwei entscheidenden Fragen:

Haben die französischen Luftstreitkräfte schon mit ihren Aktionen gegen die deutsche Luftwaffe und gegen deutsches Gebiet begonnen? Werden Sie in der Lage sein, Ihr kombiniertes Vorgehen zu beschleunigen? Ich habe den Auftrag, Marschall Rydz-Smigly darüber Bericht zu erstatten '.

General Gamelin antwortete noch am selben Tage:

*Mehr als die Hälfte unserer aktiven Divisionen stehen an der Nordostfront im Kampf. Jenseits unserer Grenzen leisten die Deutschen energischen Widerstand... Gefangenenaussagen zufolge verstärken die Deutschen ihre Front mit neuen Einheiten... Luftkämpfe sind schon seit Beginn der Operationen im Zusammenwirken mit dem Vorgehen des Heeres im Gange. Wir sind sicher, dass wir dadurch einen erheblichen Teil der deutschen Luftwaffe binden. Ich bin also über mein Versprechen noch hinausgegangen, die Offensive mit dem Gros meiner Truppen zwei Wochen nach der Mobilmachung einzuleiten. Mehr zu tun, war mir unmöglich *.*

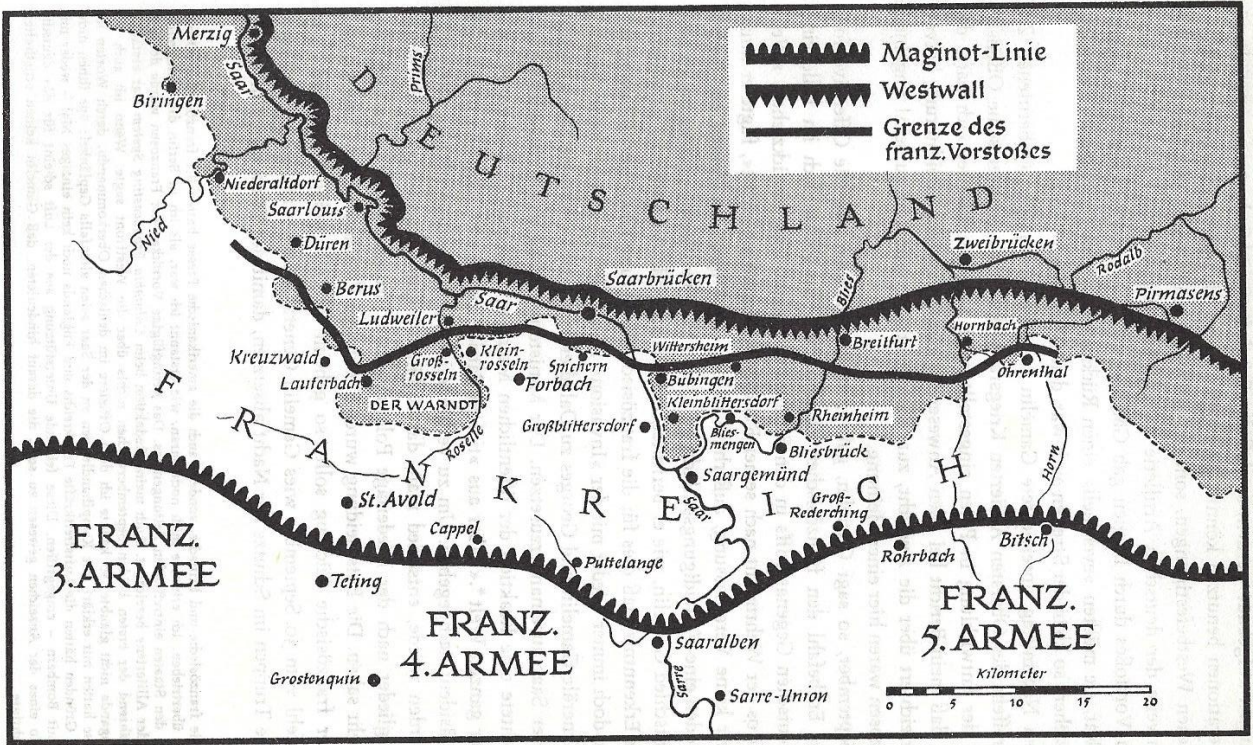
Diese unglaubliche Antwort enthüllt über den Oberbefehlshaber der französischen Armee mehr, als wir bis jetzt erfahren haben. Denn die Wahrheit sah ganz anders aus als das, was er behauptet hatte. Seinem eigenen Bericht zufolge waren bei der «Saar-Offensive» nur 15 Divisionen eingesetzt worden, und die meisten französischen Militärhistoriker nennen sogar die Zahl neun – von 85 Divisionen, die an der Nordostfront zur Verfügung standen*. Luftoperationen fanden überhaupt nicht statt, sieht man von einigen Aufklärungsflügen ab. Französischen und englischen Piloten war es strengstens untersagt, deutsches Gebiet zu bombardieren – aus Furcht, wie Gamelin in einem Brief an Daladier schrieb, «vor schwersten Konsequenzen»⁸. Und der deutsche Ausbau der front mit starken neuen Verbänden: Ganze neun Reservedivisionen waren es, die zu jenem Zeitpunkt für einen Einsatz in einer wirklichen Schlacht nicht genügend gerüstet waren. Nicht eine einzige deutsche Division, kein einziger Panzer und kein Flugzeug wurden vom polnischen Kriegsschauplatz zur Verstärkung an die Westfront abgezweigt.

Für den damaligen Oberst de Gaulle, der die Panzer der fünften Armee kommandierte, bestand die «Saar-Offensive» nur aus «einigen Demonstrationen». Der gerade aus Moskau zurückgekehrte Hauptmann Beaufre meinte: «Es tat sich überhaupt nichts. Seinem Charakter getreu entschloss sich Gamelin zu nichts mehr als einer Geste... Das war unsere Hilfe für Polen⁹.»

Es sei ein «Versuch, ein kleiner Versuch, diese *sortie* in das Saarland», hatte Gamelin dem Chef des britischen Generalstabs Ironside erklärt, als er ihm am 5. September an einer Karte die Lage erläuterte⁷. Das immerhin entsprach der Wahrheit. Und richtig war auch gewesen, was Gamelin in einem Brief vom 1. September an Daladier geschrieben hatte: Die einzige Möglichkeit, den Polen rasche und wirksame Hilfe zu bringen, bestünde in einem französischen Vormarsch durch belgisches Gebiet. Wenn aber alle anderen Wege versperrt waren, war es dann nicht klar, dass er gar nicht die Absicht hatte, an der Saar wirklich anzugreifen?

Sicher, die schnelle Niederlage Polens ersparte es Gamelin, die «Saar-Offensive» fortzusetzen. Aber sie warf auch neue Probleme auf. Denn bald würden die Deutschen in der Lage sein, ihre Hauptstreitkräfte – einschliesslich aller Panzerdivisionen und der überlegenen Luftwaffe – von Polen abzuziehen und sie gegebenenfalls gegen Frankreich antreten zu lassen, und das möglicherweise durch belgisches Gebiet, wie sie es schon 1914 getan hatten. Am 12. September, als Gamelin seine Offensive abblies, beschäftigten solche Erwägungen Gamelins Denken beträchtlich. In seiner geheimen Persönlichen Anweisung Nr. 4 von diesem Tage erklärte er, wegen der «militärischen Ereignisse in Polen besteht keine Notwendigkeit mehr, eine Basis für einen etwaigen Angriff auf die deutschen Westbefestigungen zu schaffen». Tatsächlich, so fügte er hinzu, müssten die Stellungen der vierten und fünften französischen Armee weit genug von den deutschen

* Oberst A. Goutard: 1940. *La Guerre des occasions perdues*, S. 110. Er schreibt, dass die «Offensive» nicht von 35, sondern von neun Divisionen der vierten und fünften Armee durchgeführt worden sei. Die dritte Armee, die den Warndt besetzte, scheint dazu zwei Divisionen eingesetzt zu haben.



DIE FRANZÖSISCHE «SAAR-OFFENSIVE»

September 1939

Befestigungen aufgebaut werden, so dass der Feind diese nicht als Ausgangspunkt für seine Operationen benutzen könnte. So erspare man sich nicht nur einen Angriff auf die deutschen Westbefestigungen, sondern die Franzosen könnten sich auch ausserhalb der Reichweite der deutschen Artillerie halten! In Anbetracht der Möglichkeit eines deutschen Vorstosses durch Belgien gab Gamelin den Armeeoberbefehlshabern weiterhin den Rat, sie müssten «eventuell» einen Rückzug aus dem deutschen Gebiet in Erwägung ziehen, so klein der Streifen auch war, den sie hielten⁸.

Am selben Nachmittag unterrichtete Gamelin während eines eilig einberufenen Zusammentreffens des Obersten Alliierten Kriegsrates die Briten, dass er seine Offensive aufgrund der Entwicklung in Polen eingestellt habe. Gamelin meinte: «Ich hatte den Eindruck, dass mein Bericht bei allen Anwesenden ein Gefühl der Erleichterung hervorrief⁹.» Erleichtert über die Aussicht, zur Tatenlosigkeit verdammt zu sein! Engländer und Franzosen waren hier einer Meinung.

Am 21. September, so sagt Gamelin, gab er «alle Absichten auf, die Offensive fortzusetzen». Er befahl den französischen Streitkräften, sie sollten sich im Falle eines starken deutschen Gegenangriffs in den Schutz der Maginotlinie zurückziehen. «Wenn uns das Gros der Wehrmacht nach seiner Rückverlegung entgegentritt», fügte er hinzu, «haben wir keine Veranlassung, ausserhalb unserer befestigten Stellungen auf französischem Boden eine Verteidigungsschlacht zu führen¹⁰.» Eine Woche später, am 30. September, entschied Gamelin, wie er berichtet, dass «die Stunde des Rückzugs gekommen» sei. In der Erkenntnis, dass dies für die französische Regierung ein schwerer Schlag sein müsse, die doch immer wieder mit der «Invasion» Deutschlands geprahlt hatte, begaben sich die Generäle Gamelin und Georges zu Daladier, um ihm die Gründe für den Rückzug von der Saar auseinanderzusetzen. Der Ministerpräsident war nicht sehr erfreut. «Er befürchtete eine Reaktion der öffentlichen Meinung nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt*.» Aber aus «tiefem Patriotismus» – so Gamelin – habe der Ministerpräsident nachgegeben. Um zu verhindern, dass dieser Beschluss den Deutschen bekanntwerden würde, entschied man, das Kabinett nicht zu unterrichten, da einige seiner Mitglieder nach der Niederlage Polens keinen Grund für die Fortsetzung des Krieges mehr sahen. Die Entscheidung wurde allein dem Präsidenten der Republik mitgeteilt. Der französische Rückzug sollte so geheim wie nur möglich erfolgen¹¹. In seinem Befehl vom 30. September wies Gamelin General Georges an, dafür zu sorgen, dass sich die Truppen im Schutze der Nacht absetzten, damit der Feind nichts merkte¹².

* Nicht nur die französische und britische, sondern auch die amerikanische Presse hatten die französische «Offensive» gröblich übertrieben. Ich erinnere mich noch daran, wie erstaunt ich war, als ich in Berlin die Schlagzeilen der ersten aus den Staaten eintreffenden Zeitungen las. Das geringfügige Vorrücken der Franzosen wurde dort als «grosse Siege der Alliierten» bezeichnet. Auch meine Redaktion beim *Columbia Broadcasting System* war erstaunt, warum ich während der ersten beiden Septemberwochen nichts über die Westfront sagte. Wenn ich auch der Goebbelspropaganda nicht glaubte, so kannte ich doch Offiziere im deutschen Oberkommando, deren Worten ich vertraute. Diese hatten mir erklärt, die Kampfhandlungen an der Saar seien allenfalls Geplänkel; aus ihnen nicht verständlichen Gründen hätten die Luftstreitkräfte Frankreichs und Englands noch kein einziges Mal – weder mit Jägern noch mit Bomben – eingegriffen. Diese fehlende Unterstützung aus der Luft scheint für das deutsche Oberkommando eines der Anzeichen gewesen zu sein, die darauf hindeuteten, dass Gamelin keinen ernsthaften Angriff beabsichtigte.

Nur ein paar Resteinheiten sollten in den vorderen Stellungen verbleiben. Am 4. Oktober war das Gros der französischen Verbände wieder auf eigenem Gebiet.

Obwohl die Deutschen noch nicht die Zeit gehabt hatten, nennenswerte Truppenkontingente aus Polen in den Westen zu verlegen, war Gamelin zehn Tage danach davon überzeugt, der Feind stünde vor einer massiven Gegenoffensive. Er erliess daher am 14. Oktober einen pathetischen Tagesbefehl, der angesichts der tatsächlichen Ereignisse recht merkwürdig klingt:

Soldaten Frankreichs! Jeden Augenblick kann eine Schlacht beginnen, von der wieder einmal das Schicksal unseres Landes abhängen wird. Die Nation und die ganze Welt richten ihre Augen auf euch. Stählt eure Herzen! Macht von euren Waffen den besten Gebrauch! Denkt an die Marne und an Verdun!

Am 16. Oktober begann der erwartete «Angriff». Nie hing das Schicksal Frankreichs weniger von einer Schlacht ab. Die Deutschen gingen mit schwachen Einheiten in Kompanie- oder Bataillonsstärke vor und verzichteten sogar auf die wenigen ihnen zur Verfügung stehenden Panzer. Die französischen Resteinheiten zogen sich planmässig zurück, und am Abend des 17. Oktober befand sich das besetzte Gebiet wieder fest in deutscher Hand. Innerhalb von zwei Tagen hatten die Deutschen mit einer Handvoll Infanterie das zurückgewonnen, was zu erobern die Franzosen zwei Wochen benötigt hatten. Gamelin behauptet, die Deutschen hätten durch französische Artillerie «schwere Verluste» hinnehmen müssen; befehls-gemäss sei an Munition nicht gespart worden. Tatsächlich aber weisen die deutschen Verlustlisten 198 Gefallene für das ganze Unternehmen auf – eine wahrscheinlich sehr genaue Zahl. Das französische Oberkommando versuchte das Gesicht zu wahren, als es nachdrücklich feststellte, die Deutschen hätten lediglich ein bereits geräumtes Gebiet besetzt. General Prételat, der Chef der Heeresgruppe 2, deren Einheiten die «Saar-Offensive» unternommen hatten, lobte seine Soldaten wegen ihres «gelungenen» Rückzugs. Tatsächlich aber begann dieser kampflose Rückzug, wie mehr als ein General berichtet, die Moral der französischen Soldaten zu untergraben. Er verbesserte auch nicht die Stimmung unter den Zivilisten in der Heimat. Sechs Wochen nach Kriegsbeginn war die französische Armee nicht in der Lage oder gewillt gewesen, Polen auch nur die geringste Hilfe zukommen zu lassen. Die französische «Invasion» Deutschlands hatte mit einer Blamage geendet. «Nach dem Prolog der Schein-offensive», schreibt Oberst Goutard, «waren wir reif für den Scheinkrieg¹⁵.»

Die Scheinoffensive an der Saar liess bereits zu Beginn des Krieges den Charakter des französischen Volkes, seiner Regierung, seiner Armee und des Oberkommandos – und Gamelins erkennen. «Die Nation», so schrieb später der bedeutende französische Wirtschaftler und Soziologe Alfred Sauvy über diese Zeit, «verweigerte den Krieg» – auf dem Schlachtfeld und in der Heimat. Daladier erläuterte nach dem Krieg in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, warum seine Regierung Gamelin in jenen Septembertagen nicht zum Kampf an der Westfront gedrängt habe:

«Der Zusammenbruch Polens kam unerwartet und für das Oberkommando völlig überraschend. General Gamelin hatte gehofft, die polnische Armee könnte den Winter über Widerstand leisten, was uns erlaubt hätte, im Frühjahr zu handeln.» In diesem Augenblick stellte Daladier die entscheidende Frage: *«Hätte die französische Armee angreifen sollen?»*

Der Kriegsausschuss studierte dieses Problem ... und kam zu der Ansicht, dass Frankreich in diesem Augenblick nicht die ganze Bürde einer Offensive gegen Deutschland tragen sollte. Er stellte fest, dass Grossbritannien nur zwei Divisionen entsandt habe und dass selbst diese keinesfalls einsatzbereit wären. Darüber hinaus läge es in unserem Interesse, zunächst Italien zu neutralisieren, unsere Rüstungsproduktion zu steigern und jene in den Vereinigten Staaten zu fördern, so dass Amerika uns wirksame Hilfe leisten könnte... Das Oberkommando entschied auch, das Frühjahr oder den Sommer abzuwarten, bevor man an der französischen Front wieder aktiv werden wolle, obgleich die Möglichkeit besteht, in Saloniki etwas zu unternehmen ...

In der ersten Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates am 11. September 1939 in Abbeville hatte Daladier vorgeschlagen, Engländer und Franzosen sollten in Saloniki eine «Ostfront» errichten, wie man es bereits im ersten Weltkrieg getan hatte. Die französisch-britischen Streitkräfte würden durch die Streitkräfte der Balkan-Entente verstärkt werden, betonte der Ministerpräsident, «eine Streitmacht von 110 Divisionen, etwa dem entsprechend, was die Westverbündeten aufbrachten». Es war das erste, aber nicht das letzte Mal, dass die Franzosen dafür plädierten, an anderen Fronten als ihrer eigenen zu kämpfen. Daladier enthüllte, dass er die geheime Zustimmung der griechischen Regierung für eine alliierte Front bei Saloniki erhalten hätte. Trotzdem – und trotz Daladiers Appell an Chamberlain – lehnte die britische Regierung seinen Vorschlag ab, da sie, wie Daladier vermutete, eine feindselige Reaktion Italiens befürchtete⁴.

Daladier kehrte mit einem tiefen Misstrauen gegen Chamberlain von der Konferenz zurück. William Bullitt, dem amerikanischen Botschafter in Paris, vertraute er an, er habe in Abbeville die Überzeugung gewonnen, die Engländer beabsichtigten, Frankreich den Krieg allein durchfechten zu lassen. So herrschten zwischen den demokratischen Verbündeten in den ersten Wochen des Krieges – wie schon in den hektischen letzten Friedenswochen – Spannungen und Misstrauen. Dies wurde noch schlimmer, als der Krieg intensiver wurde und sich bei den Franzosen mehr und mehr das Gefühl breit machte, dass die Engländer sich nicht mit aller Kraft in dem gemeinsamen Kampf einsetzten. Tatsächlich beschränkte sich die Aktivität der Alliierten im Augenblick auf den Seekrieg, und hier stand die britische Flotte an vorderster Front.

Die Entscheidung, im September keine ernsthaften militärischen Aktionen an der deutschen Front zu beginnen – sei es, um Polen zu entlasten, sei es, um aus der damaligen Schwäche Deutschlands im Westen einen Vorteil zu ziehen –, wirft ein weiteres be-

zeichnendes Licht auf Gamelin als Mensch und Soldat. Auch in diesem kritischen Augenblick zeigt sich seine Neigung zu rein defensivem Vorgehen *, seine Behutsamkeit, seine Furcht, seine ständige Überschätzung der Stärke des Gegners und sein Erfindungsreichtum, wenn es galt, die eigene Untätigkeit zu entschuldigen, all jenes also, was wir bereits beim Einmarsch Hitlers in das Rheinland 1936 bei ihm beobachteten. Schon damals versagte er, als es galt, gegen die in jener Zeit noch verhältnismässig schwache deutsche Armee vorzugehen – eine noch günstigere Gelegenheit als 1939 war damit vertan. Wenn er nun im September 1939 den Deutschen keinen schweren Schlag versetzen konnte, als deren Streitkräfte – vor allem die Panzer- und die Luftwaffe – in Polen gebunden waren und er selbst über eine erhebliche Übermacht an Truppen, Geschützen und Panzern verfügte, worauf konnte er dann hoffen, wenn ihm der Feind mit seiner ganzen Macht entgegentrat?

Dass er offensichtlich eine günstige Gelegenheit vorübergehen liess, wie sie sich einem Oberbefehlshaber im Krieg nur selten bietet, war die Ansicht verschiedener deutscher und zumindest auch eines französischen Generals. General Haider, der Ende September seinen Offizieren gesagt hatte, er glaube nicht mehr an einen französischen Angriff, dazu habe der Feind die Gelegenheit versäumt, beschäftigte sich noch lange mit diesem Problem. Vor dem Nürnberger Tribunal sagte er später aus:

Der Erfolg in Polen war nur durch die fast völlige Entblössung unserer Westgrenze möglich ... Hätten die Franzosen ... die Bindung der Wehrmacht in Polen ausgenutzt, dann wären sie in der Lage gewesen, den Rhein zu überschreiten, ohne dass wir es hätten verhindern können, und das Ruhrgebiet zu bedrohen, das der entscheidendste Faktor bei der deutschen Kriegführung war.

General Siegfried Westphal glaubte, die Franzosen hätten innerhalb von zwei Wochen von der Saar bis an den Rhein vorrücken können, wenn sie es versucht hätten. Er schreibt:

An der gesamten deutschen Westfront gab es im September 1939 nicht einen einzigen Panzer. Die Munitionsausstattung reichte... für drei Tage. Das Oberkommando des Heeres besass keine einsatzfähige Reserve in der Heimat. Die fliegenden Verbände der Luftwaffe waren in Polen eingesetzt, für den Westen standen zunächst nur wenige Aufklärer zur Verfügung... Allen Fachleuten, die damals im deutschen Westheer Dienst taten, standen die Haare zu Berge, wenn sie an die Möglichkeit eines französischen Angriffes gleich zu Kriegsbeginn dachten. Es war ihnen nicht verständlich, dass er ausblieb, dass die eklatante Schwäche der Westverteidigung der französischen Führung

* Bei einer Besichtigung der Maginotlinie als Gast der Generale Gamelin und Georges Mitte August hatte Winston Churchill diese absolute Beschränkung auf die Defensive bestürzt. «Bemerkenswert war das reine Defensivdenken, das meine . . . französischen Gastgeber beherrschte ... Im Gespräch mit diesen höchsten französischen Offizieren hatte man das Gefühl, dass die Deutschen die Stärkeren waren, und dass Frankreich keine Lust mehr hatte, eine grössere Offensive zu beginnen ...»

anscheinend nicht bekanntgeworden war... Die anfangs im Westen vorhandenen deutschen Kräfte waren viel zu schwach, um das französische Vorgehen frontal aufhalten zu können. Aber es geschah nichts, gar nichts, wenn man von einigen begrenzten und für das Ganze bedeutungslosen Angriffen der Franzosen im Raum von Saarbrücken und bei Perl absieht.

Ebenso unbegreiflich war die französische Untätigkeit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel. Er sagte:

... dass wir Soldaten mit dem Angriff der Westmächte, also Frankreichs, während des Polenfeldzugs selbstverständlich immer gerechnet hatten und dass wir überrascht waren, dass tatsächlich im Westen sich nichts ereignete... Ein französischer Angriff während des Polenfeldzugs wäre auf deutsches Geplänkel, nicht aber auf Abwehr gestossen.

Und General Jodl, der Chef der Operationsabteilung, meinte, dass Deutschland nicht schon 1939 zusammengebrochen war, müsse der Tatsache zugeschrieben werden, dass sich während des Polenfeldzugs rund 110 französische und englische Divisionen völlig untätig verhalten hätten, obwohl ihnen nur 23 deutsche Divisionen gegenüberstanden. Wenigstens ein französischer General stimmte mit dieser Ansicht überein. General Henri Giraud, der die siebente Armee befehligte, war fest davon überzeugt, dass die Deutschen «auf dem linken Saarufer fast nichts hatten. Von Saarbrücken bis Trier war das Feld frei. Wir hätten mit dem 6. Korps durchstossen können¹¹¹.»

Die Deutschen hatten nicht nur zu wenig Truppen, Panzer und Geschütze, um einen ernsthaft vorgetragenen französischen Angriff abwehren zu können, sondern auch ihre Wehrbefestigungen – vor denen Gamelin zu zittern schien, so dass er seinen Truppen verbot, ihnen zu nahe zu kommen – waren noch nicht fertiggestellt und hätten die Angreifer nicht lange aufhalten können. Sie waren, wie General Westphal es sagte, ein «Riesenbluff».

Könnte es nicht so gewesen sein, dass einige französische Generäle – wie auch gewisse Zivilisten – zu glauben begannen, nach der Niederlage Polens habe die Fortsetzung des Krieges keinen Sinn mehr? Das war die Haltung, die auch die Deutschen, darin bestärkt von der Sowjetunion, einnahmen. Ich erinnere mich noch, mit welcher Überraschung ich Hitlers Rede im Danziger Rathaus am Nachmittag des 19. September verfolgte. «Ich habe keine gegen Frankreich und England gerichteten Kriegsziele!» erklärte er. Und als ob er wüsste, wie wenig begeistert die französischen Soldaten von der Aussicht auf einen Feldzug gegen Deutschland waren, fügte er hinzu: «Ich sympathisiere mit dem französischen *poilu*. Er weiss nicht, wofür er kämpft.» Er rief den Allmächtigen an, er möge «anderen Völkern begreiflich ... machen, wie sinnlos dieser Krieg sein wird... und sie zum Nachdenken über die Segnungen des Friedens bringen». Und das von einem Mann, der soeben eine tapfere Nation im Krieg vernichtet hatte!

Am 26. September starteten die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk eine propagandistische Friedensoffensive. In Berlin schrieb ich die Schlagworte, die von der gleichgeschalteten Presse unablässig verkündet wurden, in mein Tagebuch: «Warum wollen Frankreich und England jetzt noch kämpfen? Es gibt nichts, wofür sie kämpfen könnten. Deutschland will im Westen nichts.»

Zwei Tage später bedienten sich die Deutschen bei ihrer Propaganda für die Einstellung des Krieges im Westen der Sowjets. Am frühen Abend des 28. September traf Ribbentrop in Moskau ein, um ein Papier zu unterzeichnen, das pathetisch als der «deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag» gefeiert wurde. Er teilte Polen zwischen beiden Staaten auf und gab der Sowjetunion im Baltikum freie Hand. Und als ob sie das begangene Unrecht noch mit Schmähungen vervollständigen wollten, brauten Ribbentrop und Molotow noch eine Friedenserklärung zusammen und unterzeichneten sie. Sie begann mit den üblichen scheinheiligen Worten, die den beiden Ministern so leicht von der Zunge gingen:

Nachdem die deutsche Regierung und die Regierung der UDSSR ... die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, dass es den wahren Interessen der Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen ... darauf richten, dieses Ziel so bald wie möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind...

Hitler, der den Krieg begonnen hatte, und Stalin, der es ihm ermöglichte, ihn zu führen, schoben nun den Westmächten die Schuld an seiner Fortsetzung zu!

Am 6. Oktober unterbreitete der deutsche Diktator seinen förmlichen Friedensvorschlag in einer langen Rede vor dem einflusslosen Reichstag. Für einen Zuhörer wie mich klang sie wie eine alte, ausgeleierte Grammophonplatte, die zum fünften oder sechsten Mal abgespielt wird. Wie oft hatte ich erlebt, dass er von diesem Podium aus nach seinem jeweils letzten Gewaltstreich in scheinbar ernstem Ton Vorschläge machte, die – wenn man nicht an sein jüngstes Opfer dachte – den Eindruck anständiger und vernünftiger Friedensangebote hervorriefen! Seine Worte waren geschickt darauf berechnet, nicht nur das deutsche Volk, das nach dem leichten Sieg über Polen ein Ende des Krieges wollte, sondern auch Franzosen und Engländer anzusprechen, die den Krieg noch nicht am eigenen Leibe erlebt hatten, und die, wie Hitler annahm, der Lage der Dinge gar nicht auf den Grund gehen wollten.

An Frankreich gerichtet, erklärte er:

Ich habe es vor allem unternommen, das Verhältnis zu Frankreich zu entgiften und für beide Nationen tragbar zu gestalten... Deutschland erhebt keine Forderungen mehr gegen Frankreich... Wohl aber habe ich an Frankreich immer nur einen Wunsch gerichtet, die alte Feindschaft für immer zu begraben ...

Und an die englische Adresse:

Nicht geringer waren meine Bemühungen für eine deutsch-englische Verständigung, ja darüber hinaus für eine deutsch-englische Freundschaft... Ich glaube aber auch heute noch, dass es eine wirkliche Befriedung in Europa und in der Welt nur geben wird, wenn sich Deutschland und England verständigen ...

Seine Rede endete mit einem heissen Appell für den Frieden:

Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? Das Polen des Versailler Vertrags wird niemals wieder erstehen ... Die Frage der Wiederherstellung eines polnischen Staates (wird)... nicht durch den Krieg im Westen gelöst werden, sondern ausschliesslich durch Russland ... und Deutschland ... es (würde) eine Sinnlosigkeit sein, Millionen von Menschenleben zu vernichten... um etwa ein Gebilde wiederaufzurichten, das schon bei der seinerzeitigen Entstehung von allen Nichtpolen als Fehlgeburt bezeichnet worden war. Was soll also sonst der Grund sein?... Krieg im Westen regelt überhaupt kein Problem.

Es gab viele Franzosen – sogar einige im Kabinett –, die diese Ansichten teilten. Und dank der Berichte der Botschafter Spaniens und Italiens in Paris wusste Hitler das. Bereits am 8. September erfuhr das Auswärtige Amt von der spanischen Botschaft in Paris, dass sich «Bonnet angesichts der grossen Unpopularität des Krieges in Frankreich noch jetzt bemühe, einen Ausgleich zu finden, sobald die Operationen in Polen beendet seien. Anzeichen sprächen dafür, dass er deswegen mit Mussolini in Verbindung stehe»¹⁷. Botschafter Attolico übergab am 2. Oktober Staatssekretär Weizsäcker eine Kopie der letzten «Informationen» des italienischen Botschafters in Paris. In dieser Mitteilung ging es um «Friedensdispositionen im französischen Kabinett»; wichtig sei vor allem, dass «Frankreich und England das Gesicht wahren» könnten. In diesem Zusammenhang heisst es, «eines der angesehensten Kabinettsmitglieder bestätigt, dass es sich darum handele, vor allem die Frage der Form zu überlegen». Sollte eine Konferenz stattfinden, müssten Frankreich und England die Frage der «Wiedererstehung eines polnischen Staates, wenn er auch bescheiden wäre und mehr symbolischen Charakter hätte», erheben. Das wäre die Ansicht der Mehrheit im Kabinett, so heisst es weiter, freilich sei die Stellung Daladiers noch nicht eindeutig¹⁸.

Sie wurde einen Tag später deutlich, als Hitler im Reichstag seinen Friedensvorschlag unterbreitet hatte. Monzie, der für eine Verständigung eintrat, beklagt allerdings, dass

Daladier es tat, «ohne uns zu konsultieren». In einer im ganzen Lande verbreiteten Rundfunksendung erklärte Daladier: «Wir haben die Waffen gegen einen Angreifer ergriffen. Wir werden sie erst dann wieder niederlegen, wenn wir Garantien für einen wirklichen Frieden haben und Sicherheit haben, die nicht alle sechs Monate bedroht wird.» Chamberlain gab am 12. Oktober eine ähnliche Antwort vor dem Unterhaus. Am nächsten Tage hiess es in einer amtlichen Verlautbarung Berlins, die Westmächte hätten mit ihrer Ablehnung des Friedensangebots bewusst den Krieg gewählt. Jetzt hatte der Diktator seinen Vorwand.

War es das, was er die ganze Zeit gesucht hatte? Vielleicht wusste er es selbst nicht ganz genau, obgleich er seiner Sache ziemlich sicher war. Wahrscheinlich ist der Schlüssel zu seinem Denken in einer Rede vor seinen Generälen zu finden. Schon am 25. September hatte Haider in seinem Tagebuch notiert, er habe von «den Angriffsplänen des Führers im Westen» erfahren. Am 27. September beorderte Hitler die führenden Generäle der Wehrmacht zu einer Besprechung in die Reichskanzlei und informierte sie von seiner Absicht, so bald wie möglich im Westen anzugreifen, da die französischen und britischen Streitkräfte noch nicht bereit seien. Brauchitsch zufolge setzte Hitler sogar schon das Datum für die Invasion fest: den 12. November¹⁹.

Drei Tage vor Chamberlains Antwort, am 10. Oktober, rief Hitler noch einmal die Oberbefehlshaber zusammen und verlas eine lange Denkschrift, nach der «das deutsche Kriegsziel... in der endgültigen militärischen Erledigung des Westens» bestehe. Er bezog sich auf die tags zuvor erlassene geheime «Weisung Nr. 6 für die Kriegführung», in der er die Vorbereitung einer «Angriffsoperation... durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum» (durch jene Länder also, deren Neutralität er feierlich garantiert hatte) anordnete und forderte, dieser Angriff müsse «so frühzeitig als möglich geführt werden»²⁰.

In Paris, wo die geheimen Weisungen und die eiserne Entschlossenheit des deutschen Kriegsherrn, den Westen «so bald wie möglich» zu vernichten, natürlich nicht bekannt waren, machte sich auch weiterhin das Gefühl breit, den Krieg vermieden zu haben. Bonnet meinte, Hitlers Friedensangebot verdiene «einige Aufmerksamkeit» von Seiten der französischen Regierung. Er hatte das Gefühl, es sei «brutal zurückgewiesen» worden. «Der Vorschlag hätte studiert, die Feindseligkeiten dadurch aufgeschoben werden können.» Zu diesem Zeitpunkt scheint er jedes Gespür für die Realität verloren zu haben. Da Deutschland und die UDSSR nun eine gemeinsame Grenze hätten, so meinte er, würde der französisch-sowjetische Pakt, «dessen Gültigkeit von Moskau am 25. August nochmals bestätigt wurde, ebenso zu unserem Vorteil wirken, wenn wir das Opfer eines neuen deutschen Angriffs werden, wie die französisch-russische Allianz von 1914»²¹. Bonnet war wohl der letzte Minister in Europa, der nicht wusste, dass der französisch-sowjetische Pakt mausetot war. Aber um diese Zeit hatte Daladier ihn aus dem Aussenministerium entfernt und auf den Posten des Justizministers versetzt. Innerhalb des Kabinetts zumindest konnte er so für den Frieden arbeiten.

Das gleiche gilt auch für Monzie, den Minister für öffentliche Arbeiten. Am 6. Oktober

etwa, dem Tag, an dem Hitler sein Friedensangebot unterbreitete, füllte er die Seiten seines Tagebuchs mit einem langen Brief, den ihm ein an der «Front» stehender Deputierter geschrieben hatte. Dieser Brief schloss mit den Worten: «Wir müssen diesem verrückten und dummen Abenteuer schleunigst ein Ende machen.» Monzie antwortete dem Schreiber²², er teile seine Meinung*.

Eine ganze Anzahl Intellektueller, die politisch in der Mitte standen, waren der gleichen Ansicht. Ein von einer Gruppe Liberaler unter Führung von Alain, dem Philosophen der Dritten Republik, Georges Dumoulin, einem Gewerkschaftsführer, und Marcel Deat, dem neo-sozialistischen Verfasser des berühmten Leitartikels «Sterben für Danzig?», herausgegebenes Manifest verlangte: «Sofortigen Frieden. Die ganze Welt ist bedroht, in Blut ertränkt zu werden... Der Krieg wird von fast allen Patrioten verdammt – an der Front wie zu Hause. Deshalb müssen wir den Frieden erreichen. Lasst uns nicht warten, bis er uns von den Kriegshetzern angeboten wird. Der Preis des Friedens wird niemals so bitter sein wie der Preis eines Krieges.»

Auf der äussersten Rechten gab es ebenfalls eine Opposition gegen den Krieg, obgleich eine strenge kriegsmässige Regierungszensur die Führer hinderte, ihre Ansichten öffentlich zu verkündigen. Die Kommunisten, die seit dem Hitler-Stalin-Pakt auch einen Krieg gegen Deutschland abgelehnt hatten, waren geschickter darin, ihre Meinungen insgeheim an die Öffentlichkeit zu bringen. Obgleich die Partei durch eine Regierungsverordnung am 26. September verboten worden war, gelang es ihr, ihre Propaganda sowohl unter den Arbeitern und den Soldaten zu verbreiten. Von Moskau war die Partei schwer getadelt worden, sie habe den deutsch-sowjetischen Pakt vom August nicht richtig begriffen, und sie wurde allen Ernstes zur Räson gerufen, weil sie am 2. September für die Kriegskredite gestimmt hatte. Unmittelbar danach steuerte die Kommunistische Partei Frankreichs wieder ihren moskauhörigen Kurs. Sie begrüßte das sowjetische Eindringen in Polen, weil es Weissrussland und der Ukraine die «Befreiung» bringe. Und am 1. Oktober richteten die kommunistischen Abgeordneten in der Kammer – in Unterstützung mit der Molotow-Ribbentrop-Erklärung, die die Westalliierten zum Frieden aufrief und ihnen die Verantwortung für den möglicherweise ausbrechenden Krieg zuschob – einen Brief an den Kammerpräsidenten Edouard Herriot, in dem sie ihn aufforderten, das Parlament zur Beratung in öffentlicher Sitzung über «Friedensvorschläge» einzuberufen. Die Abgeordneten legten den Krieg jetzt den westlichen «Imperialisten» und Hitler-Deutschland zur Last und erklärten, dass die Sowjetunion bereit sei, «einen gerechten und dauerhaften Frieden zu garantieren und... die Unabhängigkeit Frankreichs zu schützen». Der Brief verursachte Léon Blum «Übelkeit», und selbst der pazifistische Flügel der Sozialistischen Partei, der gegen den Krieg war, brandmarkte den Inhalt des Briefs als «eine unverschämte Lüge». Am 25. September, bevor die Regierung die Kommunistische Partei auflöste, brach die Gewerkschaft CGT ihre Verbindungen zu ihr ab, ja klagte sie des «Verrates an der Arbeiterschaft» an.

* Gamelin sagt, er sei von einer «politischen Persönlichkeit» vor einer «von Laval, Chautemps und Flandin getragenen Friedensoffensive, die sich auf Pétain stütze», gewarnt worden¹⁸.

Defätismus verbreitete sich auch in Paris. Selbst Alexis Leger, Generalsekretär im Aussenministerium, verzweifelte, nachdem Polen gefallen war. Seinen Chef Bonnet verachtend, hatte er in den gespannten Augusttagen getan, was er konnte, um die Regierung zur Standhaftigkeit Hitler gegenüber zu bewegen. Er hatte sich der Annahme von Mussolinis Konferenzvorschlag Anfang September durch Bonnet widersetzt. Aber nunmehr ... Ende des Monats, da sich die letzten Reste der polnischen Streitkräfte den Deutschen – oder den Russen – ergaben, gestand Leger Botschafter Bullitt, dass er jegliche Hoffnung aufgegeben habe:

Das Spiel ist verloren. Frankreich steht allein gegen die drei Diktaturen. Grossbritannien ist nicht bereit. Die Vereinigten Staaten haben die Neutralitätsakte nicht geändert. Die Demokratien kommen wieder einmal zu spät²⁴.

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Republik hatte Daladier keinen Erfolg mit seinem Bemühen, gleich zu Beginn des Konflikts eine «Regierung der Nationalen Einheit» zu bilden, wie sie 1914 Frankreich wieder aufgerüttelt hatte. Parteienstreit, dessen Trivialität und Leidenschaftlichkeit nicht geringer geworden waren, als sich das Land in tödlicher Gefahr befand, trug zu diesem Fehlschlag bei. Louis Marin, der konservative Führer, weigerte sich, der Regierung beizutreten, wenn dieser auch Léon Blum angehörte. Die Sozialisten hatten geantwortet, sie bestünden auf ihrem Parteiführer Blum. Als Ergebnis dieser kleinlichen Querelen wurden weder Marin noch Blum aufgefordert, der Regierung beizutreten. Einige ihrer Gefolgsleute nahmen unbedeutendere Posten an.

Entschlossen, Bonnet loszuwerden, bot Daladier den Aussenministerposten Edouard Herriot an, dem Vorsitzenden der Kammer, der innerhalb der Radikalen Partei einen gewissen Machtfaktor darstellte. Herriot nahm unter der Bedingung an, dass Daladier Marschall Pétain in die Regierung einbeziehe – nicht nur um ihr Prestige zu heben, sondern um die beiden diktatorischen Mächte an Frankreichs Grenzen, Spanien und Italien, versöhnlich zu stimmen. Daladier berief am 8. September den Marschall von der Botschaft in Spanien ab und beschwor ihn, in die Regierung einzutreten. Pétain bat um Bedenkzeit und konsultierte einige seiner Freunde, von denen die meisten, darunter Laval, ihn nun baten, selber die Regierung zu übernehmen. Am 11. September suchte der Marschall General Gamelin auf und vertraute ihm an, er habe nicht die Absicht, einer Regierung beizutreten, der auch Herriot angehöre. «Es würde Franco und Mussolini provozieren», sagte er. Er fragte Gamelin, ob er nicht seinen Einfluss auf Daladier benutzen könne, damit dieser den Gedanken, Herriot in die Regierung einzubeziehen, fallenlasse. Gamelin, der den Führer der Radikalen sehr bewunderte, war in der Politik ebenso vorsichtig wie im Krieg. Er erwiderte, er habe «es zur Regel erhoben, sich niemals in die Politik einzumischen»²⁵.

Pétain kehrte nach Spanien zurück, ohne Daladier noch einmal zu treffen. Er sandte ihm einen Brief, in dem er das Angebot ablehnte:

*Das Kabinett, das Sie Vorschlägen, entspricht nicht den Erfordernissen der gegenwärtigen Situation. Es ist fast auf ausschliesslich politischen Grundlagen aufgebaut. Es erscheint somit kaum geeignet, die allgemeine Führung des Krieges sicherzustellen*²⁸.

Der berühmte Held begann nun trotz seines Alters – er war dreiundachtzig – sich in das tückische Gewässer der Politik hineinzuwagen. Er lud Senator Lémetry ein, der allgemein als ein «Reaktionär» galt, mit ihm in San Sebastian zu konferieren. Der Senator war wegen dieses Treffens zunächst zurückhaltend, er befürchtete, die Regierung könne darin ein Umsturzkomplott vermuten. Aber schliesslich, am 10. Oktober, reiste er doch – in aller Heimlichkeit. Er berichtete Pétain, dass «die Dinge in der Armee schlecht stehen. Sie müssen sich darauf vorbereiten, eine Regierung zur Fortführung des Krieges zu bilden, wie es Clemenceau tat.»

«Für den Krieg, ja», antwortete der Marschall, «aber die Politik ist nichts für mich. Es ist nicht mein Beruf, eine Regierung zu leiten.»

Der Senator versicherte ihm, dass er selber für Pétain eine Regierung zusammenstellen könne, und nannte eine Reihe von Namen – auch den Lavals. «Geben Sie ihm das Innenministerium», riet er.

Bei der Erwähnung Lavals, mit dem, wie wir sahen, Pétain bereits in diskretem Kontakt stand, spitzte der alte Herr die Ohren.

«Wie hat *der* eigentlich sein Vermögen gemacht?» fragte Pétain. Aber Lémetry wich der Frage aus.

Zum Abschluss der Unterredung erklärte Pétain – obgleich er sich offenbar geschmeichelt fühlte und Schmeichelei liebte –, dass er «auf keinen Fall» die Macht übernehmen werde²⁷. Aber diejenigen, die ihm schmeichelten, nahmen das nicht als seine endgültige Antwort hin. Sie entschlossen sich, ihn weiter zu bearbeiten und auf einen günstigeren Augenblick zu warten – vielleicht, das geht deutlich aus ihren Worten hervor, auf den Zeitpunkt einer drohenden Niederlage.

Laval blieb nicht müssig. Reporter entdeckten ihn in den Wandelgängen des Parlaments und in Restaurants in der Gesellschaft von Politikern, die auf eine Regierung unter Pétain hinarbeiteten. Am 27. Oktober führte Laval ein langes Gespräch mit Elie J. Bois, dem Chefredakteur des *Petit Parisien*, der Morgenzeitung mit der grössten Auflage in Frankreich. Kein anderer als Pétain, sagte er, könne eine handlungsfähige Regierung für die Fortführung des Krieges bilden. Der Marschall habe die Möglichkeit, um sich «die besten und energischsten Männer zu versammeln». Als Bois einwandte, dass Pétain zu alt sei – schliesslich gehe er «dem Ende seiner Tage» entgegen –, antwortete Laval:

«Das macht nichts. Was wird man von ihm verlangen? Dass er ein Denkmal ist. Seinen Namen! Sein Ansehen. Sonst nichts!»

Nachdem der Redakteur Laval verlassen hatte, blitzte in seinem Kopf «der flüchtige Gedanke» auf, dass Laval «ein Pétainkabinett» voraussah, «dessen Urheber, dessen Kegelkönig, dessen Regisseur er selber sein und dessen wirkliche Leitung in seinen Händen liegen würde»²⁸.

Die deutsche Regierung erfuhr bald, was im Gange war. Am 16. November notierte Weizsäcker in Berlin in einer Denkschrift die letzten Informationen der italienischen Botschaft in Paris.

Nach Mitteilung des italienischen Botschafters gilt Marschall Pétain als Vertreter des Friedenskurses in Frankreich... Pétain glaube, Frankreich würde selbst im Falle des Sieges die Früchte nicht geniessen. Sollte in Frankreich die Frage des Friedens reifen, so werde Pétain eine Rolle dabei spielen²⁹.

Als sich das Jahr 1939 seinem Ende näherte, quälte sich Daladier mit einem in sich gespaltenen Kabinett meist ällicher, müder, mittelmässiger Politiker dahin, das dem Lande wenig Ansporn für den Krieg bot. Das Oberkommando wies an der Spitze ebenfalls alternde Männer von geringer Vitalität, Phantasie und Tatkraft auf. Sie unternahmen, da es keine wirklichen Feindseligkeiten gab, wenig, um die Armee zu einer selbstbewussten Streitmacht zu schmieden. Es galt, lebenswichtige Lektionen aus dem polnischen Feldzug zu lernen, in dem die deutsche Taktik des Blitzkriegs mit dem Zusammenwirken von Panzerdivisionen und Schwärmen von Bombenflugzeugen die polnischen Truppen rasch überwältigt hatte. Das war etwas Neues; es war die Revolution der Kriegführung. Aber die Lektionen wurden nicht gelernt. Die Revolution wurde nicht einmal erkannt.

Am 11. November hatte sich der unbezähmbare Oberst de Gaulle, der die Panzer der fünften Armee führte, mit einem Bericht über die «Lehren» des polnischen Feldzuges an das Grosse Hauptquartier gewandt. «Der Benzinmotor», hiess es zum Schluss darin, «wirft unsere militärischen Lehrsätze ebenso über den Haufen, wie er unsere Befestigungen überwältigen wird. Wir haben ausgezeichnetes Material. Wie die Deutschen müssen wir lernen, es zu gebrauchen.» Er drängte darauf, dass die damals zur Begleitung der Infanterie vereinzelt operierenden Panzer in Divisionen zusammengefasst werden sollten. Aber die beiden Generäle, denen die Panzerkriegführung unterstand, verwarfen den Rat des ungestümen Obersten. General Duffieux, der frühere Befehlshaber der Panzerwaffe, schrieb an Gamelin: «Meiner Meinung nach müssen Oberst de Gaulles Schlussfolgerungen abgelehnt werden.» Er und General Keller, der Generalinspekteur der Panzerwaffe, wiesen darauf hin, dass die deutschen Panzerdivisionen in Frankreich anderen Bedingungen unterworfen wären als in Polen. General Duffieux sagte: «Wie können diese Panzereinheiten ohne Unterstützung gegen unsere Stellungen anrennen – wie in Polen – und tief in sie einbrechen, ohne eine fast vollständige Vernichtung zu riskieren?» Und General Keller wiederholte den veralteten französischen Grundsatz: «In künftigen Operationen wird es, wie in der Vergangenheit, die Hauptaufgabe der Panzer sein, das Vorgehen der Infanterie zu unterstützen³⁰.»

Das Oberkommando mass seinen Panzern, trotz allem, was in Polen geschehen war, so geringen Wert bei, dass es deren Verkauf an befreundete Staaten zustimmte. Von den letzten 500 R-35-Panzern, die bis zum Mai 1940 hergestellt wurden, waren 235, also

fast die Hälfte, ins Ausland verkauft worden – nach Polen (vor dessen Zusammenbruch), Rumänien, Jugoslawien und in die Türkei. Nur 90 dieser neuen Panzer befanden sich an der französischen Front, als die Deutschen schliesslich angriffen. Aber nicht nur Panzer, sondern auch erhebliche Mengen anderer Waffen wurden nach wie vor exportiert – trotz der knappen Ausrüstung der französischen Truppen. Insgesamt 830 Panzerabwehrgeschütze von 2,5 Zentimeter Kaliber und mehr als 500 sonstige Geschütze nebst Munition wurden in dieser Zeit in das Ausland verkauft³¹.

Das Misstrauen zwischen den beiden führenden Köpfen in der Regierung, Daladier und Reynaud, hatte sein Gegenstück in dem Verhältnis zwischen den beiden führenden Oberkommandierenden im Heere, General Gamelin, dem Oberbefehlshaber, und General Georges, seinem Stellvertreter, der auch Chef der Nordostfront war. Als General Spears am 1. November General Georges in dessen Hauptquartier in La Ferte-sous-Jouarre besuchte, stellte er fest, dass der französische General sehr bittere Gefühle sowohl Gamelin als auch Daladier gegenüber hegte. Der Ministerpräsident, sagte er, «verabscheue» ihn*.

«Der Kampf zwischen Georges und Gamelin», fand der britische Offizier, «war äusserst hart. Georges war davon überzeugt, dass Gamelin ein Intrigant sei, der Daladier dazu benutzt, um seine Autorität aufrechtzuerhalten und... Kniffe ausknobelte, um an der Macht zu bleiben und Georges' Hände zu binden³³.» Georges hatte, wie er später vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagte, die Verantwortung für die Operationen des Heeres gegen die Deutschen. Aber er hatte nicht die Vollmacht, sie zu planen und zu organisieren. Dies blieb in Gamelins Hand.

Als Frankreich dem Höhepunkt der Krise entgegentrieb, blieb das Oberkommando – wie auch Regierung und Volk – in sich gespalten. In diesem Herbst und während des frühen Kriegswinters – dessen kann man sicher sein – schienen die meisten Franzosen zu glauben, dass eine solche Krise niemals auf den Höhepunkt treiben würde. Daladier, Gamelin und ihre Umgebung begannen damit zu rechnen, dass die alliierte Blockade Deutschland allmählich schwächen werde. Nach etwa zwei Jahren, so kalkulierten sie, würde der Westen mit einer beträchtlichen britischen Truppenmacht im Felde an der Seite der französischen Armee, unterstützt von amerikanischen Waffenlieferungen und – vielleicht – amerikanischen Truppen dem Feind den Gnadestoss versetzen, ähnlich wie im letzten Krieg. In der Zwischenzeit war es nicht erforderlich, zu kämpfen und französisches Blut zu vergiessen – solange die Deutschen nicht angriffen. Der «komische Krieg», *la Drôle de Guerre*, eine so einzigartige Erfahrung in der Geschichte, war keine schlechte Sache – für die Soldaten an der «Front» wie für die Zivilisten daheim.

In Paris wie in der Provinz wuchs das Gefühl, dass man in diesem merkwürdigen Krieg nichts zu leiden hatte, dass man sich das gute, leichte Leben auch weiterhin leisten könne.

* Gamelin bestätigte in seiner Zeugenaussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dass Daladier «sich immer äusserst kühl gegenüber General Georges verhielt». Gamelin berichtet, er habe Daladier im Januar 1939 gebeten, Georges zum Generalstabschef der Armee zu ernennen. Daladier habe das mit der Begründung verweigert, dass ihm persönlich das «volle Vertrauen» zu Georges fehle. «Er hängt zu sehr an der Cliqueswirtschaft», meinte Daladier, «solange ich Kriegsminister bin, will ich ihn nicht als Generalstabschef des Heeres haben³¹.»

Opfer waren diesmal nicht nötig, zumindest keine grossen Opfer. Natürlich, bei Nacht waren die Ortschaften zum Schutz gegen Luftangriffe verdunkelt. Gasmasken wurden unter der Bevölkerung verteilt. Aber es erfolgten keine Luftangriffe. Bald nahm das Leben daheim wieder seinen gewohnten Gang. Die Theater, die Opernhäuser, Kinos, die in den ersten Kriegstagen geschlossen worden waren, öffneten wieder ihre Pforten. Maurice Chevalier und Josephine Baker kehrten zurück ins Casino de Paris, die wundervolle Lucienne Boyer begann wieder in ihrer *boite* in der Rue Volney zu singen. Henri Bernstein schrieb und produzierte ein neues Stück, betitelt *Elvire*, mit Elvire Popescu in der Hauptrolle. Es wurde ein grosser Erfolg, genau wie *Ondine* von Jean Giraudoux, der jetzt – mit weniger Erfolg – als Hoher Kommissar für das Informationswesen agierte. Es gab eine neue Baty-Aufführung von *Phedre* im Montpamasse-Theater und volkstümliche Wiederaufnahmen von *Cyrano de Bergerac* und *Madame sans Gene* in der Comédie Française. In der verdunkelten Hauptstadt nahm das Nachtleben seinen gewohnten Gang. Ärgerlich war nur, dass alle öffentlichen Veranstaltungen um 22 Uhr abends schliessen mussten – auch die Restaurants – und dass es etwas schwieriger war, im Dunkeln seinen Weg zu finden. Eine Lebensmittelrationierung wurde nicht veranlasst. Erst nach dem Januar 1940 wurden zwei fleischfreie Tage wöchentlich eingeführt, wie aber die Zeitungen feststellten, war an den anderen Tagen der Lebensmittelhandel keinen Beschränkungen unterworfen. Benzin, das importiert werden musste, war auch nicht rationiert. Man konnte immer noch seinen Kraftwagen für Wochenendfahrten aufs Land oder im Stadtverkehr benutzen.

Das geistige Leben blühte weiter. Bücher wurden herausgebracht und in den Zeitungen besprochen. An den Universitäten ging der Betrieb weiter, allerdings ohne die eingezogenen jungen Männer. Ein Vortrag Paul Valéry's vor einer Galaversammlung der fünf Akademien über *Pensée de l'art français* wurde eingehend in den Zeitungen und Zeitschriften gelobt. Wenn auch das Parlament nur selten zusammentrat und es der Regierung überliess, den Krieg so zu führen, wie sie es für richtig hielt, so drängte im November ein Unterausschuss der Kammer doch darauf, dass die Wintersportzentren und die Ferienorte an der Côte d'Azur wie üblich geöffnet werden sollten.

Während die braven Bürger daheim nach wie vor ihr Leben genossen, herrschte bei den zwei Millionen Soldaten im Felde Ruhe. Ohne kriegerische Betätigung gab es nicht viel mehr zu tun, als die Zeit mit dem Ausheben von Schützengräben von geringem Gefechtswert totzuschlagen. «Unsere Einheiten», schrieb General Laffargue später, «vegetierten in einem zwecklosen Leben dahin, fanden sich ab mit dem Wachdienst und verträdelten die Zeit bis zum nächsten Urlaub oder zur nächsten Ablösung.» Einige Offiziere, wie etwa de Gaulle, drängten darauf, dass die untätigen Truppen eine intensivere Ausbildung erhalten sollten. Man solle sie nicht nur auf die Blitzkriegtaktik, die die Deutschen so erfolgreich in Polen angewandt hatten, vorbereiten, sondern sie überhaupt lernen lassen, was es heisst, Soldat zu sein, und dadurch ihre Moral leben. Aber das verknöcherte Oberkommando schreckte vor einem so intensiven Programm zurück. «Wir konnten nur einen halben Tag in der Woche der Ausbildung widmen, weil Arbeitsaufträge den

Vorrang hatten», beschwerte sich General Ruby von der ersten Armee, und General Menu stellte fest, dass noch im März 1940 «viele Infanterieeinheiten keine Patrone abgefeuert, geschweige denn ihre Panzer- und Luftabwehrgeschütze ausprobiert hatten». Gamelin und Georges verzichteten auf die Mühe, Manöver in Divisionsstärke abzuhalten, die den Offizieren und Mannschaften die Erfahrung des Operierens in grossen Verbänden vermittelt hätten. «Nicht einer meiner Divisionsführer», sagte General Grandsard, Kommandeur des einem unglücklichen Schicksal bei Sedan geweihten 10. Armeekorps, «hatte seine Division jemals um sich versammelt⁸⁴.»

Nackte Langeweile unterwanderte die Truppe und wurde ein solches Problem, dass sich Regierung und Oberkommando endlich veranlasst fühlten, etwas zu ihrer Bekämpfung zu tun. Erholungszentren wurden in den überfüllten Unterkünften eingerichtet, Theaterensembles aus Paris zur Unterhaltung der Soldaten geschickt, die Mannschaften erhielten häufigeren und längeren Urlaub. Viele der Soldaten versuchten, ihre Langeweile im Alkoholrausch zu betäuben. Die «Trunksucht» begann derart um sich zu greifen, dass die Kommandeure alarmiert wurden. «Der Anblick unserer Soldaten in den Zügen und auf den Bahnhöfen war nicht immer sehr erquicklich», bemerkte General Ruby. «Die Trunkenheit trat offen zutage, und auf den grossen Bahnhöfen mussten besondere Räume eingerichtet werden, um mit ihr fertig zu werden – sie wurden euphemistisch als *salles de desethylisation* – Trinkerheilräume – bezeichnet.»

Die Soldaten im Feld wie die Zivilisten daheim glaubten allmählich, ernsthafte Kämpfe würden ihnen erspart bleiben. Und die Soldaten ärgerten sich zunehmend über Arbeiten, die ihnen – nicht ohne Grund – sinnlos erschienen. Manche der jüngeren Offiziere, meist Reservisten, waren der gleichen Meinung. General Ruby konstatierte «eine allgemeine Apathie und Unwissenheit unter den Vorgesetzten. Niemand», sagte er, «wagte, einen Befehl zu geben – aus Angst, einen Fehler zu begehen oder kritisiert zu werden. Gefechtsdienst wurde als Jux betrachtet, Arbeit als unnötige Schinderei.»

Zudem musste man auch noch der deutschen Propaganda entgegenwirken. Selbst General Gamelin, der zugibt, dass er seine Zeit ausschliesslich mit Persönlichkeiten hohen Ranges verbrachte und daher «nicht genügend Fühlung mit dem Geist der Truppe hatte», räumt ein, dass er besorgt die deutsche Propaganda beobachtet habe, mit der die französischen Soldaten gezielt bearbeitet wurden. Mit Lautsprechern und riesigen Plakaten attackierten die Deutschen ständig die französischen Truppen an der Front: «Sterben für Danzig, für die Polen, für die Briten?» – «Schiess nicht! Wir schiessen nicht, wenn ihr nicht schiessst!» Täglich drangen diese Botschaften über das Niemandsland. Sie wurden von den deutschen Linien aus mit Lautsprechern verkündet oder mit hoch über den Bunkern errichteten Schildern präsentiert. Und oft genug hissten die *poilus* als plumpes Zeichen des Einverständnisses eine Fahne. Deutsche Flugzeuge warfen für die französischen Soldaten weiter hinten über der Maginotlinie oder über ihren Quartieren Flugblätter ab. Sie enthielten den Text von den «Friedensangeboten» Hitlers oder – was besonders bei den Kommunisten noch wirksamer war – die Erklärung Molotows, in der er Franzosen und Engländer wegen der Fortsetzung des Krieges anklagte.

Die «Front» selbst, entlang des Rheins nördlich von Basel und dann westlich des Flusses weiter nach Luxemburg verlaufend, war meist still wie ein Friedhof. Nur gelegentlich unterbrach ein Spähtrupp das Schweigen der Nacht, das Bersten einer einzelnen Granate die Stille des Tages. Längs des Rheins, der über eine Strecke von 150 Kilometern Frankreich von Deutschland trennte, wurde nicht ein Schuss abgefeuert. Die Truppen auf den beiden Seiten – in voller Sicht zueinander – arbeiteten hin und wieder an ihren Feldbefestigungen und Geschützstellungen und legten oft eine Pause ein, um über den Fluss nach dem «Feind» zu schauen. Am Morgen des 10. Oktober war ich auf der deutschen Seite des Rheins mit der Eisenbahn von Karlsruhe bis Basel gefahren und hatte in meinem Tagebuch notiert:

Von Krieg nichts zu merken; das Zugpersonal sagte mir, seit Kriegsbeginn sei an dieser Front kein Schuss gefallen... Wir konnten drüben die französischen Bunker und an vielen Stellen grosse Matten sehen, hinter denen die Franzosen ihre Stellungen ausbauten. Das gleiche Bild auf deutscher Seite. Die Truppen schienen einen Waffenstillstand einzuhalten. Sie gingen ihrer Arbeit in voller gegenseitiger Sicht- und Schussweite nach. Was das betrifft, so hätte ein Schuss von einem französischen 75er Geschütz unseren ganzen Zug vernichten können. Die Deutschen schafften Geschütze und Nachschub mit der Eisenbahn heran, aber die Franzosen behinderten sie nicht. Welch seltsamer Krieg³⁶!

Laut Oberst Goutard war es den französischen Truppen längs des Rheins ausdrücklich verboten, auf die Deutschen zu schiessen. Er zitiert General Gamelin: «Das Feuer auf deutsche Arbeitsgruppen eröffnen? Die Deutschen würden nur auf uns zurückschiessen⁸⁸!»

Gewiss, es ist verständlich, dass Daladier und Gamelin kein französisches Blut vergiessen wollten, bevor die Engländer dabeisein und in gewissem Umfang das Opfer teilen konnten. Und Grossbritannien, das bei Kriegsausbruch so gut wie keine Armee gehabt hatte, brauchte Zeit, um Streitkräfte aufzustellen, die für die Franzosen von Nutzen sein konnten. Bis zum 11. Oktober hatten sie vier Infanteriedivisionen (158'000 Mann) nach Frankreich verlegt. «Einen symbolischen Beitrag» hatte Churchill es genannt, und General Füller, der britische Militärhistoriker, stellte fest, dass der erste britische Verlust nicht vor dem 9. Dezember eintrat – es war ein Unteroffizier, der auf Patrouille erschossen wurde. «Ein so unblutiger Krieg», kommentierte Füller, «war seit den Schlachten von Molinella und Zagonara nicht mehr dagewesen.»

Ähnliches liesse sich über den «Krieg» in der Luft sagen. Bei Nacht warfen ein paar Bombenflugzeuge Propagandazettel ab. Das war alles. «Ein Konfetti-Krieg!»

Adolf Hitler kann man kaum tadeln, wenn er zu dem Schluss gelangte, Engländer und Franzosen hätten keine Lust zu einem richtigen Krieg – ausser zur See. Er aber wollte Kampf, wie sich bald nach seiner Rückkehr aus Polen zeigte. Am 27. September hatte er, wie wir gesehen haben, das Oberkommando des Heeres von seiner Absicht unter-

richtet, so bald wie möglich im Westen anzugreifen, und tatsächlich bereits ein Datum dafür angegeben: den 12. November. Am 10. Oktober hatte er seine Weisung Nr. 6 erteilt, die seinen Generälen befahl, eine Offensive durch die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg vorzubereiten. Sie sollten zur Durchführung «so frühzeitig als möglich» bereit sein. Die Generäle, die eine gehörige Hochachtung vor der französischen Armee hatten und Zeit brauchten, um ihre Divisionen, speziell die Panzereinheiten, nach der Rückkehr aus Polen wieder aufzufrischen, hatten gestutzt und sich um Aufschub bemüht. Einer von ihnen – aber nur einer, soweit die deutschen Berichte erkennen lassen – hatte Einwände gegen einen Angriff im Westen in jenem Herbst erhoben, nicht nur, weil das Heer dazu nicht imstande sei, sondern aus moralischen Gründen. Es war General Wilhelm Ritter von Leeb, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C, die den Franzosen am Rhein und längs der Maginotlinie gegenüberstand. In einem Brief an den Oberbefehlshaber des Heeres, General von Brauchitsch, legte er dar, dass sich die gesamte Welt gegen Deutschland wenden würde, wenn es «zum zweitenmal in fünf- undzwanzig Jahren» das neutrale Belgien angriffe. Aber Brauchitsch hatte nicht den Mut, Hitler diesen Brief vorzulegen.

Am 5. November, dem Tag, an dem die Truppen ihre Ausgangsstellungen beziehen sollten, hatte Hitler eine harte Auseinandersetzung mit General von Brauchitsch. Mit Denkschriften von Haider und den Armeeführern bewaffnet, versuchte der Oberbefehlshaber des Heeres zu beweisen, dass eine Offensive im Westen zu diesem Zeitpunkt misslingen müsse. Das schlechte Wetter würde die Unterstützung durch die Luftwaffe verhindern, erklärte er, und ausserdem sei das Heer noch nicht bereit. Hitler raste und erschreckte Brauchitsch dermassen, dass er, wie sich seine Offiziere später erinnerten, zitternd in sein Hauptquartier in Zossen, 25 Kilometer von Berlin, zurückkehrte. Er sei derart erschüttert gewesen, dass er zunächst nicht imstande war, über das Vorgefallene zusammenhängend zu berichten*.

Einen Tag später, nachdem Hitler seinen Oberbefehlshaber des Heeres an den Rand eines Nervenzusammenbruchs gebracht hatte, beschäftigte er sich mit dem Entwurf von Proklamationen an die Bevölkerung Belgiens und Hollands, mit denen er seinen Angriff auf sie zu rechtfertigen suchte. Haider notierte den Vorwand in seinem Tagebuch: «Anlass: Französischer Einmarsch (in Belgien).»

Aber am nächsten Tag, am 7. November, verschob Hitler in Anbetracht des Wetters «und der Verkehrslage auf den Eisenbahnen» den Angriff um drei Tage. Dies war die

* Es war dieser 5. November, an dem ein zweites Offizierskomplott zum Sturz Hitlers ausgelöst werden sollte. Es wurde als die «Zossener Verschwörung» bekannt. Zossen war das Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres und des Generalstabs, wo das Komplott geplant worden war. Haider stand wieder im Mittelpunkt. General Beck, sein Vorgänger als Generalstabschef, war einer der Hauptverschwörer. Der Plan sah die Absetzung Hitlers vor, falls er sich weigerte, den Angriff im Westen in jenem Herbst aufzugeben. Von Brauchitsch hatte mehr oder minder zugestimmt, Hitler nach ihrem Zusammentreffen am 5. November verhaften zu lassen, wenn er sich nicht fügte. Aber der Oberbefehlshaber verlor die Nerven, und als er, von der Standpauke des Diktators erschüttert, nach Zossen zurückkehrte, stellten die anderen Verschwörer fest, dass er zum Handeln nicht in der Lage sein werde. Sie waren aber auch nicht gewillt, an seine Stelle zu treten. Wie Haider erläuterte, war Brauchitsch der Oberbefehlshaber des Heeres, bei ihm lag die endgültige Verantwortung. Das war das Ende der «Zossener Verschwörung». (Einzelheiten darüber in meinem Buch: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*.)

erste von vierzehn Verschiebungen, die Hitler während des Herbstes und Winters anordnete. Am 9. November wurde der Angriff für den 19. November befohlen, am 13. für den 22. November und so fort; meist war das schlechte Wetter der Grund, der angegeben wurde. Tatsächlich fügte sich Hitler wahrscheinlich den zögernden Generälen, aber es gab noch andere Ursachen. Die strategischen und taktischen Pläne waren fertig ausgearbeitet, aber sie fielen, wie wir noch sehen werden, in die Hände der Alliierten. Zu keinem Zeitpunkt jedoch gab Hitler, wie die erbeuteten militärischen deutschen Berichte beweisen, seine Entschlossenheit auf, im Westen so bald wie möglich einen vernichtenden Schlag zu führen. Anders als die führenden Persönlichkeiten bei den Westmächten benutzte er die Atempause, um den wirklichen Krieg zu planen und vorzubereiten.

Dann, am letzten Novembertag, brach ein wirklicher Krieg über Finnland herein. Sowjetrussland griff plötzlich das kleine Land an und verursachte damit im Westen Reaktionen, die moralisch zu loben, im Übrigen aber töricht und vergeblich waren, da sie die grundsätzliche Schwäche der Alliierten und die Stärke Deutschlands in dem darauffolgenden kurzen Kampf in Skandinavien blossstellten, der ein ominöses Vorspiel zu dem bildete, was in den Maitagen des Jahres 1940 folgen sollte.

Die Rückwirkungen des Krieges in Finnland

Der brutale, unprovokierte Angriff der UDSSR gegen ein kleines friedliches Nachbarland rief im Westen grosse Entrüstung hervor. Und die tapfere Abwehr der Finnen, die die Rote Armee trotz grosser zahlenmässiger Unterlegenheit zwei Monate lang aufhielten, erregte überall Bewunderung und Sympathie. In Frankreich war der Krieg gegen Deutschland für den Augenblick vergessen, und Stalin trat an die Stelle Hitlers als der grosse Feind der demokratischen Republiken. Presse und Parlament begannen darauf zu drängen, dass Frankreich, das so wenig zur Unterstützung Polens getan hatte, Finnland helfen müsse. Die Verschiffung von Waffen nach Finnland setzte am 13. Dezember ein; und am 19. Dezember, bei einer Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrats, einigten sich Grossbritannien und Frankreich, den Versand von Kriegsmaterial nach Finnland zu erhöhen.

Um Neujahr 1940 waren die Franzosen entschlossen, mehr zu tun. Am 4. Januar besprach General Gamelin mit seinen Befehlshabern die Frage eines Marineunternehmens nach Petsamo an der Barent-See, obgleich dieser finnische Hafen bereits von den Russen besetzt war. Am 16. Januar richtete er eine lange Denkschrift an Daladier, in der er seine Pläne für eine Landung in Petsamo und für die Besetzung der westlichen Häfen und Flugplätze Norwegens als Aufmarschgebiet der für Finnland bestimmten alliierten Truppen entwickelte. Er zog auch die «Möglichkeit» einer Ausdehnung der Operationen auf die schwedischen Erzfelder in Gullivare in Betracht, aus denen Deutschland über die Hälfte seines Eisenerzes bezog. Er betonte, dass dies Deutschland nicht nur

des für die Herstellung von Waffen so notwendigen Erzes berauben würde, sondern dass es durch die Bildung einer neuen Front möglicherweise genügend deutsche Truppen abziehen werde, um an einer grossen Offensive gegen Frankreich im Frühjahr gehindert zu sein³⁷.

Seit Beginn des russisch-finnischen Krieges hatten sich hinsichtlich der Ziele zwischen der britischen und der französischen Regierung gewisse Meinungsverschiedenheiten ergeben. London hatte von Anfang an erkannt, dass den beiden Ländern die Mittel fehlten, Finnland rechtzeitig wirksame militärische Hilfe zu leisten, bevor die Sowjets mit ihrer zahlenmässigen Überlegenheit an Menschen und Waffen das Land eroberten. Nebenbei erklärten die Briten den Franzosen im Obersten Rat am 19. Dezember, sie wünschten nichts zu unternehmen, was die Sowjetunion auf die Seite der Feinde treiben würde. Als Daladier das später in einer Geheimsitzung der Kammer mitteilte, kam es über diesen Punkt zu tiefen Meinungsverschiedenheiten. Der von der Rechten aufgestachelte französische Ministerpräsident, der hinsichtlich des Kampfes gegen Deutschland so lau gewesen war, hatte unbekümmert einen Bruch mit Russland vorgeschlagen, selbst wenn dies Feindseligkeiten bedeutete³⁸.

Die britische Regierung dagegen wünschte, die Hilfe an Finnland als einen Vorwand zu benutzen, um die westlichen Häfen des neutralen Norwegens besetzen zu können: Drontheim, Bergen, Stavanger und vor allem Narvik. Einerseits würde, falls die Alliierten dort eher landeten als die Deutschen, dies die Deutschen der Häfen und Flugplätze berauben, von denen aus sie leichter und wirksamer gegen Grossbritannien mit Unterseebooten und Flugzeugen kämpfen konnten. Wichtiger aber noch erschien die Besetzung der norwegischen Stützpunkte, weil dadurch die Winterlieferungen von schwedischem Erz an Deutschland unterbrochen werden würden, von denen das Reich abhängig war. Im Sommer gelangte dieses Erz über die Ostsee nach Deutschland. Aber während der langen Winterzeit war dieser Seeweg zugefroren. Das Erz musste mit der Bahn nach Narvik verladen werden und wurde von dort in deutschen Schiffen weiterverfrachtet. Diese fanden in den norwegischen Hoheitsgewässern Schutz gegen britische Unterseeboote, Überseeschiffe und Bomber und gelangten so unbelästigt in die deutschen Häfen. Seit Ende September hatte Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, gedrängt, die britische Marine solle Minensperren an den norwegischen Zufahrtswegen legen, um den deutschen Erztransport abzuriegeln. Premierminister Chamberlain, der Norwegens Neutralität nicht zu verletzen wünschte, hatte das abgelehnt.

Die britisch-französischen Meinungsverschiedenheiten wurden bei einer Sitzung des Obersten Rates in Paris am 5. Februar beigelegt. Die Franzosen erklärten sich einverstanden, das Projekt eines Unternehmens nach Petsamo fallenzulassen. Die Engländer stimmten der Entsendung eines britisch-französischen Expeditionskorps von ungefähr 30'000 Mann nach Finnland zu. Die Teilnehmer sollten als «Freiwillige» bezeichnet werden, um, wenn möglich, einen Krieg mit Russland zu vermeiden. Das Unternehmen sollte vorbereitet und Anfang März gestartet werden. Wohin? Zunächst nach Narvik,

dann über die Erzeisenbahn nach Schweden und von dort weiter nach Finnland. Gamelin gewann bei den Besprechungen den Eindruck, dass für die Briten «das Problem direkter Hilfe an Finnland der Besitzergreifung der schwedischen Erzminen untergeordnet» war und dass sie beabsichtigten, «nur einen Teil der alliierten Truppen nach Finnland weiterzuschicken»³⁹. Der Rest würde in Narvik oder längs der Eisenbahn nach den Erzgruben bei Gullivare in Schweden verbleiben. Da man wusste, dass die Deutschen mit elf Millionen Tonnen dieses Erzes jährlich rechneten – bei einem Gesamtverbrauch von fünfzehn Millionen Tonnen –, würde der vorgeschlagene alliierte – oder britische – Plan dem Reich einen schweren Schlag zufügen.

Hitler erkannte das alles nur zu gut. In den allerersten Kriegswochen hatte ihn die Marine auf den Wert von Stützpunkten in Westnorwegen hingewiesen, und am 10. Oktober hatte Admiral Raeder, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, ihn nochmals in dieser Angelegenheit zu einer Zusage gedrängt. Aber der Diktator war damals mit der Vorbereitung einer Offensive gegen Frankreich beschäftigt.

Der russische Angriff gegen Finnland am 30. November 1939 änderte die Lage in Skandinavien von Grund auf. Er erhöhte dessen strategische Bedeutung nicht nur für die westlichen Alliierten, sondern auch für Deutschland. Berichte, denen zufolge Frankreich und Grossbritannien ein Expeditionskorps für Finnland vorbereiteten, das seinen Bestimmungsort nur über Norwegen und Schweden würde erreichen können, bewogen Hitler zu handeln. Am 14. Dezember führte er in Berlin ein langes Gespräch mit Vidkun Quisling, dem Führer einer kleinen norwegischen faschistischen Partei, für den die Marine und Funktionäre der NSDAP etwa die Rolle vorgesehen hatten, wie sie Seyss-Inquart zurzeit des Anschlusses Österreichs zugefallen war. Quisling sollte mit Hilfe in Deutschland ausgebildeter norwegischer Sturmtruppsoldaten in Oslo die Macht an sich reissen und Deutschland um Hilfe ersuchen. Später gab Hitler, wahrscheinlich beeindruckt von dem Vorhaben (aber auch von Quisling), dem OKW den Befehl, einen Plan für die militärische Besetzung Norwegens auszuarbeiten – und, um die Sache abzurunden, auch für eine Besetzung des benachbarten Dänemarks. Um den 27. Januar 1940 erhielt die Operation den Decknamen «Weserübung».

Verärgert über einen Zwischenfall in der Nacht vom 16. zum 17. Februar befahl Hitler am 19. Februar dem Oberkommando, seine Vorbereitungen zu beschleunigen. Matrosen eines britischen Zerstörers hatten nämlich ein Nachschubschiff der Marine, die «Altmark», in einem norwegischen Fjord überfallen, vier Mitglieder der deutschen Besatzung getötet und 299 gefangene britische Seeleute befreit. Am 21. Februar ernannte Hitler General Nikolaus von Falkenhorst zum Befehlshaber des Unternehmens «Weserübung», und am 1. März erliess er die formelle Weisung. Das Ziel, hiess es darin, sei, «englischen Übergriffen nach Skandinavien vorzubeugen»; auch sollte «unsere Erzversorgung in Schweden gesichert» und «für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England erweitert werden»⁴⁰.

Beide Seiten hatten nun das Gefühl, sich in einem Kopf-an-Kopf-Rennen zur Besetzung

Norwegens zu befinden. Das plötzliche Ende des russisch-finnischen Krieges schien ihnen beiden den Vorwand für eine Besetzung der norwegischen Stützpunkte zu nehmen *. Weder die Franzosen noch die Engländer konnten jetzt noch behaupten, dass sie diese Stützpunkte als Aufmarschgebiet für ihre Expedition nach Finnland benutzen wollten. Noch konnten die Deutschen ihre Besetzung damit rechtfertigen, dass die Alliierten sie als Ausgangspunkt ihrer für die finnische Front bestimmten Truppen verwenden würden. Oberst Jodl vertraute seinem Tagebuch die in Berlin herrschende Verlegenheit an. Unter dem 12. März schrieb er: «Friedensschluss Finnland-Russland nimmt England, aber auch uns die politische Grundlage zur Festsetzung in Norwegen.» Dennoch betrieben beide Seiten ihre Vorbereitungen weiter.

Die plötzliche Kapitulation Finnlands brachte auch Daladier in Verlegenheit, der bereits schweren Angriffen im Parlament ausgesetzt war, nicht mehr zur Rettung dieses Landes unternommen zu haben. Um seine politische Karriere zu retten, zeigte er nun bei der Förderung des Plans zur Besetzung Norwegens eine ungewohnte Energie. Am 14. März sandte er eine energische Note nach London, in der er die britische Regierung darauf hinwies, dass die Niederlage Finnlands ein grosser Rückschlag für die Alliierten gewesen und es für sie dringlich sei, die Initiative zurückzugewinnen. Sie müssten, sagte er, die materielle Hilfe, die Norwegen und Schweden trotz ihrer erklärten Neutralität Deutschland gewährten, abstoppen. Als erstes müsse den Verschiffungen schwedischen Erzes nach Deutschland durch Besetzung der norwegischen Häfen ein Ende gesetzt werden. Er würde, fügte er hinzu, eine Reaktion Deutschlands darauf begrüßen, da sie für die Alliierten einen Kriegsschauplatz in Norwegen und Schweden ermögliche. Der französische Ministerpräsident und das französische Oberkommando wünschten offenbar, gegen die Deutschen an jeder anderen, aber ja nicht an der französischen Front zu kämpfen⁴¹.

Die britische Regierung berührte diesen Punkt höflich in einer Antwort am 27. März. Sie vertrat den Standpunkt, der beste Weg zur Wiedererlangung der Initiative wäre,

* Am 1. Februar hatte die Rote Armee eine Offensive gegen die Mannerheimlinie zwischen Ladogasee und Finnischem Meerbusen begonnen. Durch Massierung von Artillerie, Panzern und Infanterie auf einer kurzen Front war ihr ein grösserer Durchbruch am 11. Februar gelungen, und am 22. Februar hatte Marschall Gustav Mannerheim, der finnische Oberbefehlshaber, seine Regierung angewiesen, einen Friedensversuch zu unternehmen, solange seine Streitkräfte, wenn auch geschlagen, so doch noch aktionsfähig seien. Er erkannte, dass aus dem Westen keine Hilfe von Bedeutung zu erwarten war. Erst am 5. Februar, als seine Truppen am karelischen Isthmus schweren Angriffen ausgesetzt waren, empfing er das erste formelle Angebot Frankreichs und Englands, das ein kleines Expeditionskorps in Aussicht stellte, und erst am 7. März, als eine finnische Delegation schon auf dem Wege nach Moskau war, um die bestmöglichen Friedensbedingungen auszuhandeln, informierte ihn Sir Edmund Ironside, der Chef des Britischen Generalstabs, dass Frankreich und Grossbritannien bereit seien, eine Streitmacht von 57'000 Mann zu entsenden, und dass das erste Kontingent von 15'000 Mann Finnland Ende März erreichen könnte, wenn Norwegen und Schweden den Durchmarsch gestatteten.

Mannerheim aber wusste, dass fünf Tage zuvor, am 2. März, beide nordischen Länder nochmals kategorisch den Durchmarsch mit der Begründung verweigert hatten, dies würde ihre Neutralität verletzen. Und auf jeden Fall war es um den 7. März schon viel zu spät.

Die französische und die britische Regierung schienen niemals die Tatsache in Betracht gezogen zu haben, dass wenig Aussicht auf ein schwedisches und norwegisches Einverständnis zum Durchzug ihrer Truppen nach Finnland bestand. Diese beiden kleinen neutralen Länder fürchteten sowohl die Reaktion der Sowjetunion als auch Deutschlands. Die Briten verstanden das vielleicht am besten, da sie von Anfang an, wie wir aus Gamelins Feststellung bei der Sitzung des Obersten Rates am 7. Februar gesehen haben, nicht so sehr darauf erpicht waren, Truppen nach Finnland zu schaffen, als darauf, von Norwegen aus die Eisenerzverschiffung nach Deutschland zu unterbinden.

eine Aktion gegen Deutschland selbst zu richten. London drängte wiederum, wie bereits seit einigen Wochen, die Franzosen sollten einer geheimen Operation zustimmen, die die Briten vorbereitet hatten. Es handelte sich darum, Minen in den Rhein und andere deutsche Flüsse abzuwerfen und dadurch den Transport auf Deutschlands Binnenwasserwegen zu stören, auf den das Reich in erheblichem Umfang angewiesen war. Diesem Plan hatten die Franzosen bisher hartnäckig Widerstand geleistet – aus Furcht vor Repressalien. Die Briten wiesen auch darauf hin, dass nun, da die Verschiffung deutschen Erzes über die Ostsee im Frühjahr wieder aufgenommen werden würde, die Besetzung norwegischer Häfen auf die Erzversorgung des Feindes keinen Einfluss mehr ausüben könne. Ausserdem würde sie die Neutralen, «vor allem die Vereinigten Staaten», verärgern⁴².

Wiederum wurden die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten bei einem Zusammentreffen des Obersten Alliierten Kriegsrates in London am 28. März ausgeräumt. Statt die norwegischen Häfen zu besetzen, entschied man sich, Minen auf den Schifffahrtsrouten südlich von Narvik, die die Deutschen benutzten, zu legen. Diese Verminung der betreffenden norwegischen Küstengewässer sollte am 5. April erfolgen, nachdem am 1. April eine gemeinsame Note an Norwegen und Schweden gerichtet werden sollte, in der sich die Alliierten das Recht vorbehalten, die von ihnen für notwendig erachteten Massnahmen zu ergreifen, um den Materialzufluss aus den beiden nordischen Ländern flach Deutschland abzubremsen. Soweit sich aus den Berichten ergibt, wurden keine neuen Pläne für die Landung von Streitkräften in Norwegen im Falle einer starken deutschen Reaktion erwogen. Während die Franzosen sehr dafür eintraten, norwegische Gewässer zu verminen, waren sie hinsichtlich des britischen Vorschlags, auch im deutschen Hoheitsbereich Minen auszubringen, noch zurückhaltend. Es wurde schliesslich vereinbart – vorbehaltlich der Zustimmung des französischen Kriegsausschusses –, dass die Briten nach dem 4. April Minen in den Rhein vom Land aus legen und am 15. April beginnen sollten, Minen aus der Luft in andere deutsche Flüsse und Kanäle zu werfen. Unter anderem wurde während dieser Sitzung des Obersten Rates vereinbart, dass sich die Alliierten verpflichteten, keinen Separatfrieden zu schliessen. Eine derartige Vereinbarung war in den Anfangswochen des ersten Weltkriegs getroffen worden, aber in diesem zweiten Krieg hatte sich Daladier seit September hartnäckig geweigert, darauf einzugehen. Nunmehr, am 28. März 1940, sieben Monate nach Beginn des zweiten Weltkriegs, stimmte der französische Ministerpräsident freudig zu. Aber es war Paul Reynaud. Sieben Tage zuvor war Daladier gestürzt worden.

Der Sturz Daladiers

Am 14. März, zwei Tage, nachdem Finnland gezwungen worden war, die harten Friedensbedingungen der Sowjets zu akzeptieren, begann die parlamentarische Offensive gegen Daladier. Der Senat trat an diesem Tage in geheimer Sitzung zusammen, und es

wurde sofort klar, dass Daladier das Vertrauen entzogen werden sollte, nicht wegen seiner Untätigkeit gegenüber Deutschland, sondern wegen seines Zögerns gegenüber Russland in Finnland. Und lange vor der Debatte war es klar, dass die überwältigende Mehrheit des Senats, von der Rechten bis zur Linken *, wünschte, Frankreich solle ebenfalls gegen die Sowjetunion zu Felde ziehen – als ob Deutschland als Feind noch nicht genüge. Überdies verkündete Daladier, dass seine Regierung gleichfalls wünschte, sich mit der Sowjetunion anzulegen, und dass nur der Widerstand Grossbritanniens – und der Türkei – dies bisher verhindert habe. Schon bald nach Beginn der Sitzung gab Senator Charles Reibel in der Debatte den Ton an, und zwar mit der Forderung, dass Frankreich die Sowjetunion nicht nur in Finnland, sondern auch im Kaukasus angreifen solle. Im Kaukasus? Tatsächlich berührte der Senator damit einen geheimen Plan der Regierung und des Oberkommandos, die wichtigsten russischen Erdölfelder zu zerstören. Es sollte nicht nur verhindert werden, dass russisches Öl nach Deutschland importiert wurde, was tatsächlich geschah, sondern der Sowjetunion sollte ein vernichtender Schlag versetzt werden.

Daladier hatte diese Idee am 19. Januar in die Welt gesetzt, als er General Gamelin und Admiral Darlan beauftragte, eine Studie für «einen eventuellen Schlag zur Zerstörung der russischen Ölfelder» vorzubereiten. Die Studie sollte sich, wie er ihnen sagte, auf drei Hypothesen stützen.

1. *Das Abfangen des gesamten über das Schwarze Meer nach Deutschland transportierten Öles – speziell in deutschen Schiffen, in diesem Fall würde es kein kriegerisches Eingreifen Russlands geben.*
2. *Direkte Intervention im Kaukasus.*
3. *Ohne direkte Aktionen gegen Russland Aufstände unter den Moslems im Kaukasus zu fördern*⁴⁸.

Obgleich, wie wir gesehen haben, Daladier in der Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates am 19. Dezember 1939 die Briten – ohne Erfolg – zum Bruch mit der Sowjetunion gedrängt hatte, verhielt er sich nun, einen Monat später, typisch vorsichtig. Nur die zweite Hypothese würde Frankreich mit Sicherheit in einen Krieg mit der Sowjetunion verwickeln.

Am 31. Januar besprach General Gamelin diesen Plan bei einem Zusammentreffen mit dem Britischen Oberkommando in seinem Hauptquartier in Vincennes, aber seine Gäste reagierten äusserst zurückhaltend. Der Oberbefehlshaber gibt zu, dass er unter erheblichem Druck seiner eigenen Landsleute verhandelte. Das Parlament verlangte, wie er sagt, bereits «entschlossenes Handeln» gegen die Bolschewisten. Er zitiert auch einen Brief, den er von General Weygand, dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Nahen Osten, erhielt, der mit der Ausführung der Pläne für die Kaukasus-Operation

* Die Kommunisten, die durch Gesetz verboten waren, hatten keine Vertreter mehr, weder im Senat, noch in der Kammer.

beauftragt war. Darin hiess es: «Ich glaube, dass es von äusserster Wichtigkeit ist, der UDSSR in Finnland ... und anderswo das Rückgrat zu brechen⁴⁴.» Die Akzente in Frankreich verschoben sich – wie General Weygands Worte zeigen – von der Hilfe für Finnland und der Unterbringung der sowjetischen Öltransporte nach Deutschland dahin, der Sowjetunion selber durch die Zerstörung ihrer Ölquellen einen schweren Schlag zuzufügen*.

Gamelin behauptet, er selber habe die «Konsequenzen» eines solchen Vorgehens – Krieg mit Russland wie mit Deutschland – zwar durchdacht, aber nicht das «Recht» gehabt, gegen die Regierung zu opponieren. Wieder seine abgrundtiefe Furcht! Gewiss, dieses Unternehmen war eine Sache des Oberkommandos, das bereits im Frühjahr einen deutschen Angriff im Westen erwartete und keine Truppen oder Waffen für einen Krieg gegen die Sowjetunion übrig hatte. Aber pflichtgemäss ging Gamelin an die Planung zur Zerstörung der russischen Ölfelder. Er scheint jedoch über eine Abschiedsdepesche des Moskau verlassenden französischen Botschafters Paul-Emile Naggiar beunruhigt gewesen zu sein.

Der französische Diplomat hatte seinem amerikanischen Kollegen in einem Gespräch am 1. Februar anvertraut, was er Paris geraten hatte:

Er erzählte mir streng vertraulich (berichtete Laurence A. Steinhardt nach Washington), dass er seiner Regierung einen völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion empfohlen habe. Es sei seine persönliche Meinung, dass Grossbritannien und Frankreich der Sowjetunion den Krieg erklären sollten... Er werde sich bemühen, diese Ansichten bei seiner Regierung durchzusetzen ...⁴⁷.

Im Pariser Aussenministerium war das bei Alexis Leger nicht erforderlich. William Bullitt, der amerikanische Botschafter, führte am 17. Januar ein langes Gespräch mit ihm, über das er am selben Abend nach Washington berichtete.

Léger brachte die Meinung zum Ausdruck, die Briten wären völlig verrückt, wenn sie annähmen, sie könnten die Russen von den Deutschen trennen und schliesslich die Unterstützung der Sowjetunion gegen die Deutschen erreichen. Er wiederholte, die französische Regierung habe der britischen Regierung vorgeschlagen, dass die französische und die britische Flotte ins Schwarze Meer einlaufen, Batum be-

* Oberst de Gaulle bemerkte das während eines Besuches in Paris im März. «Einige Kreise», schrieb er später, «wollten den Gegner eher in Stalin als in Hitler erblicken. Sie beschäftigten sich mit den Möglichkeiten, wie man Russland beikommen könnte, entweder durch eine Hilfe an Finnland, eine Bombardierung von Baku oder eine Landung in Stambul, weit mehr als mit der Frage, wie man mit Deutschland fertig würde.»

Hauptmann Paul Stehlin, der Mitarbeiter des Militärattachés in Berlin gewesen und nun der französischen Militärmission in Finnland zugeteilt war, berichtet, wie er von General Bergeret, dem Stellvertretenden Stabschef der Luftwaffe, informiert wurde. Der General erläuterte ihm das geheime Projekt, die russischen Ölfelder zu bombardieren. Danach sollten die Streitkräfte General Weygands durch den Kaukasus und nordwärts in Richtung Moskau marschieren, wo sie mit von Norden vorstossenden finnischen und alliierten Truppen Zusammentreffen würden. Der 32jährige Hauptmann sagt, er sei darüber «verblüfft» gewesen. Er habe es nicht fassen können, dass das französische Oberkommando den Verstand verloren habe⁴⁸.

schiessen, und dass Flugzeuge Baku bombardieren sollten, um Deutschland von den Erdöllieferungen abzuschneiden und die Sowjetunion an der Ausfuhr zu hindern. Die britische Regierung habe erwidert, dass kein englisches Schiff für irgendeine kriegerische Aktion gegen die Sowjetunion im Schwarzen Meer ausgerüstet werde.

Bullitt fügte seine eigenen Schlussfolgerungen über das Gespräch hinzu:

Die französische Einstellung ist, dass Frankreich die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht abbrechen oder den Krieg erklären sollte... aber es wird, wenn möglich, die Sowjetunion zerstören – und dazu Kanonen benutzen, wenn es notwendig ist⁴⁸.

Der Gedanke, dass Frankreich den fernen sowjetischen Koloss zerstören könnte, wenn es sich nach sechs Kriegsmonaten noch unfähig zeigte, Deutschlands Grenzen auch nur anzukratzen, verblüfft heute noch. Aber General Gamelin glaubte, es gäbe einen Weg, um das Erreichbare zu können.

Er hatte sich mit dem Auftrag des Ministerpräsidenten vom 19. Januar, eine Studie zur Zerstörung der russischen Ölfelder im Kaukasus auszuarbeiten, nicht gerade beeilt. Das geschah erst am 22. Februar, als er Daladier einen ins Einzelne gehenden Plan überreichte. Dieser Plan wurde später von den Deutschen gefunden, als sie die Papiere des französischen Oberkommandos erbeuteten. Der intellektuelle General nannte es eine «Studie». Sie empfahl, die alliierten Kräfte auf die Bombardierung Bakus am Kaspischen Meer zu konzentrieren, wo die wichtigsten Ölquellen und Raffinerien lagen und etwa 75 Prozent des Benzins der Sowjetunion erzeugt wurden. Wenn ein Bombenschlag dieses Zentrum ausschalten könnte, erklärte Gamelin, würde nicht nur Deutschland vom sowjetischen Öl abgeschnitten, sondern auch Russland selbst wegen Treibstoffmangels in eine so «kritische Lage» versetzt werden, dass es «in einigen Monaten einem totalen Zusammenbruch gegenüberstehen» könnte⁴⁹. Gamelin, Weygand, Daladier und die Mitglieder des Parlamentes waren an einer Vernichtung der Sowjetunion, mit der Frankreich gar nicht Krieg führte, stärker interessiert, als an der Zerschlagung Deutschlands, mit dem es sich bereits seit einem halben Jahr im Kriegszustand befand. Mitte März wurden die Pläne für die Operation im Kaukasus rasch vorangetrieben, wie Gamelin in einer als «streng geheim» bezeichneten Mitteilung Daladier am 12. März unterrichtete. Das britische Oberkommando im Nahen Osten, geführt von General Sir Archibald Wavell, arbeitete nun mit General Weygand zusammen, und man befasste sich mit dem Problem von Zwischenstationen in der Türkei, im Irak und Iran für die alliierten Bombenflugzeuge.

Persönlich (fügte Gamelin in einem handschriftlich ausgeführten Postskriptum hinzu) glaube ich, dass es wichtig ist, diese Studien für einen Angriff (hauptsächlich aus der Luft) auf Baku und Batum beschleunigt zu verfolgen. Diese Unternehmungen stellen

*eine sinnvolle Ergänzung zu den Operationen in Skandinavien dar. Aber wenn die letzteren verhindert werden, wird das um so mehr Grund sein, im Kaukasus zu handeln*⁵⁰.

Um diese Zeit hatte der Kreml von den alliierten Absichten, die kaukasischen Ölfelder zu zerstören, etwas erfahren. In den Akten, soweit sie verfügbar sind, gibt es keine Beweise dafür, dass Paris und London das wussten. Aber die Regierung der Vereinigten Staaten wusste es sicherlich. Am 9. März kablete der amerikanische Botschafter in Moskau nach Washington:

Erfahre, dass... eine umfassende Bewegung sowjetischer Truppen von Moskau nach dem Kaspischen Meer heute abend beginnen wird... Woroschilow (der Verteidigungskommissar) reiste in das kaspische Gebiet am 6. März (wegen) Befürchtung der Sowjetregierung vor einem Angriffsakt der Briten und Franzosen, speziell auf die Baku-ölfelder und Pipelines.

Steinhardt fügte hinzu, dass einer der Gründe für die plötzliche Zustimmung des Kreml zu Friedensverhandlungen mit Finnland «die sowjetische Sorge um das Schwarze Meer und den Kaukasus» gewesen sei⁵¹.

Als Franzosen und Engländer am 28. März in London zu einer Sitzung des Obersten Rates zusammentrafen, wurde der grösste Teil der Zeit auf den Plan, die Küstengewässer Norwegens zu verminen, verwandt. Es wurde aber auch über das Projekt einer Bombardierung der russischen Ölfelder diskutiert, wobei die Briten wieder wegen der Gefahr, in einen Krieg mit Russland verwickelt zu werden, vorsichtig waren. Man beschloss, eine Gruppe französisch-britischer «Experten» mit einer «Studie» zu beauftragen, in der untersucht werden sollte, ob diese Operation «wirksame Ergebnisse» erzielen, wie die «voraussichtliche Rückwirkung in der UdSSR» sein und welche Haltung die Türkei einnehmen würde⁵².

Reynaud, der an der Sitzung zum ersten Male als Ministerpräsident teilnahm, betont in seinen Memoiren, er habe gegen das «nährische Abenteuer im Kaukasus», wie er es nennt, Einspruch erhoben und festgestellt, «es konfrontiere uns mit einem weiteren Feind – und was für einem Feind»⁵³! Tatsächlich aber deutet das Beweismaterial darauf, dass er durchaus dafür war, auch wenn das «nährische Abenteuer» die Alliierten mit dem mächtigen Russland verfeinden würde. Und er kritisierte die Briten, weil sie vor einer solchen Aussicht zurückschreckten. Ein interessantes Dokument, das seine Haltung zeigt, wurde von dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Kriege entdeckt. Es war der Text einer Note, die Reynaud am 25. März an die britische Regierung gesandt hatte, vier Tage nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten und kurz vor der Sitzung in London. Darin drängte er die Briten, die «entscheidende Operation im Schwarzen Meer und im Kaukasus» zu unterstützen, «nicht nur um zu verhindern, dass russisches Öl nach Deutschland geliefert werde, sondern vor allem, um die gesamte

Wirtschaft der UDSSR zu lähmen, bevor das Reich sie zu seinem Vorteil organisieren könne». Was das Zögern der britischen Regierung betraf, sich mit Russland auch noch zusätzlich zu verfeinden, vertrat Reynaud den Standpunkt: «Die französische Regierung glaubt, dass wir nicht zögern dürfen, wenn nötig, einen Bruch mit der UDSSR in Kauf zu nehmen.» Er fügte hinzu:

Wenn es die britische Regierung zur Durchführung der militärischen Aktion im Kaukasus für nützlich hält, ist die französische Regierung bereit, mit der britischen Regierung sofort die beste Rechtfertigung zu prüfen, die wir anführen können, um unsere diplomatischen Beziehungen mit einer Regierung zu beenden, deren letzten Raubzug (in Finnland) wir verdammen und deren heimliches Einverständnis mit der Reichsregierung wir verurteilen⁵⁴.

Später dachten manche Franzosen mit Schauern daran, was sich hätte ereignen können, wenn das britisch-französische Expeditionskorps jemals an der finnischen Front in einer Schlacht mit den Russen zusammengeprallt wäre und wenn die Alliierten ihre Pläne zur Bombardierung der sowjetischen Ölfelder im Kaukasus verwirklicht hätten. Frankreich und Grossbritannien hätten sich sowohl mit der Sowjetunion wie mit Deutschland im Krieg befunden – das heisst, im Krieg mit den beiden militärisch und wirtschaftlich grössten Mächten in Europa. Man dachte auch an die paradoxe Situation, die daraus entstanden wäre. Wenig mehr als ein Jahr später kämpfte Deutschland gegen die Sowjetunion, und in diesem Falle hätten die im Westen verfeindeten Staaten im Osten gegen denselben Gegner Krieg geführt!

Ereignisse, auf die Frankreich und Grossbritannien keinen Einfluss hatten, retteten sie schliesslich vor den Folgen solcher Torheit. Das eine war der Abschluss des Krieges in Finnland, der dem Projekt, französisch-britische Truppen zum Kampf gegen Russland an die finnische Front zu schicken, ein Ende setzte. Das zweite war die plötzliche unmittelbare Bedrohung der eigenen Länder, ein Grund für die Alliierten, ihre Pläne der Bombardierung sowjetischer Ölfelder aufzugeben.

Aber die Konsequenzen, die sich für die Alliierten aus einem Kriege gegen Russland und vor allem aus dem leichtsinnigen Vorgehen der französischen Regierung, die das vorgeschlagen hatte, ergeben konnten, scheinen dem Denken der französischen Legislative entgangen zu sein, als sie zu Beginn des Frühjahrs in geheimer Sitzung zusammentrat und ihren Angriff gegen Daladier begann – eben weil er nicht das Schwert gegen die bolschewistische Macht gezogen hatte.

Der Angriff wurde von zwei Politikern der Rechten geführt, von Laval im Senat, von Flandin in der Kammer – demselben Flandin, der gegen Frankreichs Kriegserklärung an Deutschland opponiert hatte. Laval hatte – nach Jahren verdrossenen Schweigens, wie wir gesehen haben – am 2. September 1939 versucht, gegen die Bewilligung der Kriegskredite, das heisst, gegen Frankreichs Kriegseintritt, zu sprechen, war aber von seinen empörten Kollegen niedergeschrien worden. Nunmehr, in der Geheimsitzung

des 14. März, zwei Tage nach Unterzeichnung des russisch-finnischen Friedensvertrages, erhob er sich wieder, um zu sprechen – dieses Mal mit starkem Applaus. Er war ein gerissener Politiker. Er sprach geschickt, tarnte zeitweise seine wirkliche Einstellung und liess sie in anderen Augenblicken gerade noch eben durchblicken, um seine Einstellung gegen Daladier erkennen zu lassen. Ihn hatte er, wie man sich erinnern wird, Pétain gegenüber bei Kriegsausbruch als ein «Mistvieh» bezeichnet, und ihn wünschte er insgeheim durch eine Regierung des senilen Marschalls zu ersetzen, in der er die Fäden ziehen würde.

Es sei Frankreich gewesen, erinnerte Laval den Ministerpräsidenten, das Deutschland den Krieg erklärte, und es habe das ohne «ausreichende militärische und diplomatische Vorbereitung» getan. Natürlich, so fuhr er fort, müsse Frankreich den Krieg gewinnen, «und zwar rasch». Aber, so argumentierte er weiter, er sei nicht so rasch zu gewinnen: Die deutschen Westbefestigungen seien zu stark, die Blockade nicht wirksam genug, die Zahl der gegen Deutschland aufgestellten Truppen zu klein. Er kritisierte die Regierung wegen ihrer unentschlossenen Kriegführung, weil sie Polen und dann Finnland im Stich gelassen und es versäumt habe, Italien als Verbündeten zu gewinnen. Hätte Daladier ihn zu Beginn des Krieges nach Rom gehen lassen, dann hätte er, so sagte er, als Freund Mussolinis – und auch Francos – dieses Kunststück wahrscheinlich fertigbringen können.

Er fügte hinzu, dass sich Frankreich die spanische Diktatur unnötigerweise vom Leibe gehalten habe. Schliesslich wandte er sich vorsichtig seinem Hauptargument zu, das er bald benutzen würde, um die Republik zu zerstören: *Frankreich hat unverantwortlich gehandelt, als es in den Krieg eintrat.*

«Sie haben sich leichten Herzens auf ein furchtbares Abenteuer eingelassen!» rief er aus und vertrat erneut den Standpunkt, die Regierung hätte zunächst mehr Verbündete, speziell Italien, für sich gewinnen müssen. Über einen Kriegseintritt gegen Russland äusserste sich Laval ziemlich vorsichtig. Er fragte Daladier: «Befinden wir uns tatsächlich mit dem Land im Krieg, das Deutschlands wichtigste Nachschubquelle und sein Verbündeter ist? Ich sage nicht, dass wir gegen die Sowjetunion in den Krieg ziehen sollten, weil ich nicht Ihre Akten habe und weil ich vorsichtig bin.» Aber er ersuchte die Regierung, dem Senat mitzuteilen, welche Stellung sie einnehme.

Später, in einem Austausch von Zwischenrufen vom Platz aus, demonstrierte Laval seine eigene Stellung klar genug. Senator Henry Lémery, ein enger Freund Pétains, der, wie wir gesehen haben, insgeheim den verehrten Marschall gedrängt hatte, die Regierung zu übernehmen, verlangte Krieg mit der Sowjetunion.

LÉMERY: *Wir befinden uns im Krieg. Wir brauchen nicht zwischen unseren Feinden zu unterscheiden, nur müssen wir uns fragen, welcher von ihnen der verwundbarste ist, um ihn zuerst zu schlagen.*

LAVAL: *Très bien!*

LÉMERY: *Da gibt es keine Zweifel. Es ist die UDSSR ... Wir hatten in Finnland eine bei-*

nahe wunderbare Gelegenheit, die UDSSR zu bezwingen. Wir liessen sie vorübergehen. Frankreich weint darüber! Sein Herz blutet^{66/}

In einer Geheimsitzung der Deputiertenkammer verfolgte Flandin die gleiche Linie. Er, der heftig dagegen protestiert hatte, dass Frankreich 1938 wegen der Tschechoslowakei und 1939 wegen Polen gegen Deutschland in den Krieg einträte, griff nun Daladier ungestüm an, weil er im Jahre 1940 wegen Finnland Russland nicht den Krieg erklären wollte. Er warf der Regierung vor, dass sie keine Armee nach Finnland entsandt habe – «in dem Augenblick, als dort der Krieg ausbrach». Neben der Entsendung von Waffen und einer Armee, um den Finnen an ihrer Hauptfront im Süden zu helfen, hätte Frankreich eine Expedition in die Arktis unternehmen sollen, nicht nur um Petsamo zurückzuerobern, sondern um die Russen in ihrem wichtigen Hafen in Murmansk anzugreifen. Mehrere Minuten lang zog Flandin über den Ministerpräsidenten her, weil dieser nicht wagte, mit Russland zu brechen. «Sie wünschten den Bruch mit Russland nicht, weil Sie glaubten, wir könnten es auf die Seite der Alliierten ziehen, um uns gegen Deutschland zu helfen.» Er behauptete, eine solche Politik beruhe auf reiner Phantasie. «Sie verloren die Unterstützung aller Kräfte in der Welt, in den Bolschewismus als den Hauptfeind ansehen. Ich fordere Sie auf, uns zu erklären, warum Sie Krieg gegen Deutschland, aber nicht gegen Russland führen.» Dass das bolschewistische Russland, nicht das nationalsozialistische Deutschland der Hauptfeind sei, daran verschwendete Flandin keinen Gedanken. Wie Laval im Senat erhielt Flandin in der Kammer lebhaften Applaus⁶⁶.

In beiden Häusern hatte Daladier sich und seine Politik lange verteidigt. Er führte die Verweigerung der Durchmarschrechte durch Norwegen und Schweden als Grund für das Scheitern des Versuchs an, eine alliierte Hilfstruppe nach Finnland zu entsenden, und warf der britischen Regierung ihre Opposition gegen eine Kriegserklärung an die Sowjetunion vor⁶⁷. Aber zeitweise erschien er während der langwierigen Debatten matt und entmutigt. Im Januar, als er mit Madame de Crussol ein Wochenende bei Freunden auf einem Gut nahe Rambouillet verbracht hatte, war Daladier von einem Pferd gestürzt und hatte sich einen Fuss gebrochen. Der Unfall hatte ihn mehrere Wochen zur Untätigkeit verdammt und seine Geschäftsführung beeinträchtigt. Er hatte sich auch nicht gegen die Intrigen wehren können, die, wie er fühlte, rings um ihn gesponnen wurden *. Jetzt schien er durch die Abwehr des gegen ihn geführten Angriffs erschöpft. Beiden Häusern hatte er erklärt, wenn sie nicht seine Art der Kriegführung billigten, müssten sie das sagen und ihn abwählen. Der Senat hatte ihm trotz des Eingreifens von Laval mit 236 gegen null Stimmen bei 60 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Aber in der Kammer war die Opposition gegen ihn stärker. Die Abstimmung dort ergab

* Am Schluss der Senatsdebatte hatte Daladier zum ersten Male offen von diesen Intrigen gesprochen. «Das Schlimmste in Kriegszeiten», hatte er gesagt, «sind die Intrigen in den Fluren des Parlamentes, die an die Stelle der Verantwortlichkeit treten.» Er zielte damit speziell auf Laval, der seit Jahren als Meisterintrigant des Hauses galt, aber ohne Zweifel hatte er auch seinen Rivalen um die Ministerpräsidentschaft, Paul Reynaud, im Sinn ⁵⁸

am 20. März 230 Stimmen gegen eine Stimme. Aber 300 Abgeordnete enthielten sich. Daladier hatte seine Majorität verloren, und obgleich nach der Verfassung das zahlenmässig günstige Abstimmungsergebnis ihm den Verbleib im Amte ermöglicht hätte, entschloss er sich zum Rücktritt. Er tat das unmittelbar nach der Abstimmung.

Paul Reynaud am Ruder

Erbittert über diese unerwartete Niederlage in der unentschlossenen Kammer – bei der vorhergehenden Geheimsitzung am 9. Februar hatte sie ihm ein einstimmiges Vertrauensvotum mit 534 gegen null Stimmen erteilt – lehnte Daladier Präsident Lebruns Aufforderung ab, erneut eine Regierung zu bilden. Der Präsident berief daraufhin Paul Reynaud.

Das war eine logische Entscheidung angesichts eines Parlaments, das eine entschlosseneren Kriegführung verlangt hatte. Reynaud stand im Ruf grosser Energie, der Entschlossenheit und eines Sinnes für Neuerungen. Seit Jahren hatte er, praktisch allein im Parlament, eine Reorganisation und Modernisierung der Armee gefordert. Seit 1935 hatte er vergebens für den Aufbau von Panzerdivisionen als Gegenstück zu den deutschen plädiert. Er hatte ein Nachgeben gegenüber Hitler in München abgelehnt und darauf bestanden, dass Frankreich den Krieg erklärte, wenn Deutschland Polen angreife. Als Finanzminister in Daladiers Regierung hatte er den Ankauf von Kriegsflugzeugen und anderen Waffen in den Vereinigten Staaten betrieben. Während der ersten sechs Monate des Krieges hatte er seine Ansichten so geheim gehalten, dass er jetzt den Krieg energischer als Daladier führen konnte. Er hatte den engen Kontakt zu seinem Freund de Gaulle aufrechterhalten, mit dem er einer Meinung war, dass die im Sterben liegende Armee aufgepulvert, dass man die Versager in der obersten Heeresführung loswerden und Panzerdivisionen mit den ausgezeichneten Tanks, die jetzt in ausreichender Zahl verfügbar waren, aufstellen müsse.

Reynaud hatte auch engen Kontakt zu Winston Churchill, dessen Ideen er teilte und dessen Energie und Ideenreichtum er bewunderte. Er hatte mit ihm seit Kriegsausbruch häufig in Paris konferiert – zum Missfallen Daladiers und vieler anderer, die glaubten, der Finanzminister sei zu anglophil *. Manche betrachteten Reynaud als den «französischen Churchill». Und sie schienen einander auf manche Weise zu gleichen: in ihrer Tatkraft, ihrer Kampfbereitschaft, ihrer fanatischen Entschlossenheit, Hitler zu stürzen, und in ihrem Bemühen, ihre jeweiligen Regierungen und militärischen Führungs-

* Gewisse Kreise, besonders auf der Rechten, beschuldigten Reynaud der Verschwörung mit Churchill, die ihm zur Ministerpräsidentschaft verhelfen sollte. Sie behaupteten später, dass die beiden Männer im Februar und März in Paris heimlich zusammengetroffen wären, um zu beraten, wie das am besten zu erreichen sei, und dass Gaston Palewski, Reynauds *chef de cabinet*, wie auch General Spears, Churchills Vertrauensmann, in Paris in die Affäre verwickelt gewesen seien. Churchill verbarg seine Freude über Reynauds Ernennung zum Regierungschef nicht. Am Tage danach schrieb er seinem Freund: «Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr ich mich freue, dass alles so erfolgreich und schnell verlaufen ist. . . Ich freue mich, dass Sie am Ruder sind . . . M.»

spitzen anzutreiben *. Beide glaubten, dass die Chefs ihrer eigenen Regierungen – Chamberlain in London und Daladier in Paris – in einer Krisenzeit mangelnde Föhreigenschaften an den Tag legten und es an Energie und Ideenreichtum bei der Föh rung des Krieges gegen Deutschland fehlen liessen. Jeder glaubte, dass er es besser machen könne. Jetzt hatte Reynaud seine Chance, und Churchill würde bald die seine bekommen.

Paul Reynaud war zweiundsechzig, als er zum erstenmal Ministerpräsident wurde. Er stammte von kräftigen Gebirglern aus den *Basses-Alpes* ab, wo er bis zum Ende seines langen Lebens ein Heim besass. Er war von kleiner Statur, aber gepflegt und athletisch. Bis in sein hohes Alter hielt er sich durch ständige Leibesübungen in Form, zu denen Radfahren, Boxen und Turnen gehörten, so dass er figürlich an einen Jockey erinnerte – oder an einen Kampfhahn, wie manche sagten, denn er war von widerborstiger, kämpferischer Natur. Seine schmalen Augen und hochgewölbten Brauen gaben ihm ein orientalisches Aussehen. Da sein Vater in einem Baumwollunternehmen in Mexiko schon im Alter von fünfunddreissig Jahren ein Vermögen erworben hatte, konnte der junge Reynaud die Universität und eine Juristenschule in Paris besuchen, wo er nach seinem Abschlussexamen bald ein glänzender junger Anwalt wurde und die Tochter von Henri Robert, einem der grossen Verteidiger in der Pariser Anwaltschaft, heiratete. Zum Deputierten wurde er mit einundvierzig Jahren in seiner Gebirgsheimat im Jahre 1919 gewählt, bei der Neuwahl 1924 fiel er im selben Wahlkreis durch und wurde 1928 im «Seidenstrumpfbezirk» der Börse in Paris erneut gewählt. Diesen Parlamentssitz behielt er bis zum Ende der Dritten Republik. Kabinettsminister wurde Reynaud zum erstenmal 1930. Damals bestellte ihn Tardieu zum Finanzminister. Um 1940 hatte er siebenmal als Minister der Finanzen, für die Kolonien oder die Justiz in den Regierungen von Tardieu, Laval und Daladier gedient. Und doch blieb er, wie er später in seinen Memoiren feststellt, ein «einsamer Wolf» in der französischen Politik. Bis 1938 gehörte er nominell zu der *Alliance Democratique*, einer Gruppe von gemässigten Konservativen. Aus dieser Körperschaft trat er aus, als ihr Führer, Flandin, seine grellen Plakate über das Münchner Abkommen an die Mauern kleben liess, in denen er die Anklage erhob, die Republik werde zum Kriege «verführt». Dieser Mangel einer breiten Parteiplattform, von der aus er hätte operieren können, erschwerte es ihm, eine Regierung zu bilden, die das Kabinett Daladier ersetzen sollte.

Dagegen half ihm sein Ruf, ein energischer Mann zu sein, einer, der die Dinge zur Vollendung brachte, eine scharfe und brillante Intelligenz entfaltete und die Fähigkeit besass, komplizierten Problemen auf den Grund zu gehen, und, wenn er sie gemeistert hatte, zu handeln. Man hatte allgemein den Eindruck, dass dies die Fähigkeiten seien, die ein Regierungschef im siebenten Monat dieses merkwürdigen Krieges brauchte, in dem das Land bisher auf der Stelle getreten hatte und vor dem Kampf zurückgeschreckt

* «Wir haben in so vielem während der letzten drei oder vier Jahre gleich gedacht», schrieb Churchill in dem bereits erwähnten Brief an Reynaud. «Ich teile, wie Sie wissen, alle die Besorgnisse, die Sie neulich abend mir gegenüber in Bezug auf den Ablauf des Krieges und die Notwendigkeit mühevoller und drastischer Massnahmen zum Ausdruck brachten . . . ».

war. So fühlten nicht alle. Viele Politiker, besonders auf der Rechten, mochten ihn nicht. Für sie war er kein guter Parteimann und nicht konservativ genug. Und wie das so oft in so vielen Parlamenten des demokratischen Westens – in London und Washington ebenso wie in Paris – der Fall ist, war vielen Abgeordneten sein brillanter, beweglicher Verstand verdächtig oder eine Quelle der Ärgernis. Sie misstrauten ihm. Und vielleicht war es richtig, was manche sagten: Reynaud schien ein Mann zu sein, der so von seiner berstenden Energie erfüllt war, von seiner Leidenschaft, rasch an die Wurzeln eines komplizierten Problems zu gelangen und dieses zu lösen, von seiner Ungeduld, die Dinge in Gang zu bringen, dass er unfähig sei, einen Augenblick zu verhalten, um nachzudenken, wohin der Weg führte und welche Folgen seine blitzartigen Entscheidungen haben könnten. Er schien unfähig, Zeit zum Nachdenken zu finden. Manche meinten, er bestehe nur aus Einfällen und Überraschungen. War er zu eitel, als es für ihn gut sein konnte, und zu ehrgeizig? Seine Rivalen glaubten es.

Reynauds Mangel an einer breiten politischen Grundlage, von der aus er in den trüben Gewässern der französischen Politik hätte operieren können, die sich selbst in den Kriegszeiten nicht geklärt hatten, kostete ihn fast seine Chance, Ministerpräsident zu werden. Daladier und seine Radikalsozialistische Partei, nach den Sozialisten die zweitstärkste in der Kammer, versuchten von Anfang an, ihn zu sabotieren, weil sie erbost über ihren eigenen Sturz und davon überzeugt waren, dass Reynaud dafür verantwortlich sei. Als er nun, als Ministerpräsident vorgeschlagen, Daladier bat, als Außenminister in seine Regierung einzutreten – ein Posten, den er ebenso wie den des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers innegehabt hatte – und erklärte, er selbst beabsichtige, das Verteidigungsministerium zu übernehmen, wollte Daladier damit nichts zu tun haben. «Ich überlegte», sagte Reynaud, «dass in Kriegszeiten der Regierungschef unmittelbare Fühlung mit den Armeechefs halten sollte. Daladier, der fast vier Jahre für die Landesverteidigung verantwortlich gewesen war, weigerte sich, diesen Posten aufzugeben⁶².» In der Erkenntnis, dass er ohne Daladier und die 116 Stimmen der Radikalsozialistischen Partei in der Kammer keine Regierung bilden können, entschloss sich Reynaud, zunächst von der Bildung einer Regierung Abstand zu nehmen. Dann kapitulierte er. Er beließ Daladier im Verteidigungsministerium. Das war ein schwerer Rückschlag. Er bedeutete, dass Daladier weiterhin die Armee lenken würde, die er seit so langer Zeit geformt hatte und die nach Reynauds Ansicht eine grundlegende Reformierung nötig hatte.

Reynaud sagt auch, er habe versucht, dem Lande eine «Regierung der Nationalen Einheit» zu geben, wie es 1914 gewesen war. Aber er wagte nicht recht, Léon Blum einzubeziehen, den Führer der Sozialisten, mit dem ihn eine persönliche Freundschaft verband. Er fürchtete, dadurch die Rechte zu provozieren. «Um das Gleichgewicht zu wahren», sagte er, «nahm ich auch Louis Marin nicht in das Kabinett auf», der der Führer der konservativen *Federation Républicaine* war. Die Gemäßigten weigerten sich, seinem Kabinett beizutreten – wegen Flandins Opposition. So sah sich Reynaud, als er am

Karfreitag, dem 22. März, vor die Kammer trat, der geschlossenen Opposition der Mitte, seiner eigenen Partei und der Rechten gegenüber. Sein Kabinett war eine Art Mischmasch mit sechs Sozialisten, elf Radikalsozialisten und einem Rest der gemässigten, links vom Zentrum stehenden Abgeordneten.

In diesem Kabinett fehlte ein «ewiger Minister»: Georges Bonnet, der während der vergangenen fünfzehn Jahre in fünfzehn Ministerien gedient hatte. Reynaud konnte ihn seit München nicht mehr ertragen und wollte in seinem Kabinett nicht einen Mann haben, von dem er glaubte, er wolle immer noch Frieden mit den Deutschen schliessen. Dem französischen Redakteur Bois zufolge traute Bonnet zunächst seinen Augen nicht, als er die Ministerliste sah⁸³. Laut diesem Journalisten, was auch Pertinax bestätigt⁸⁴, hatte Bonnet als Justizminister auf Reynauds Verlangen eine Verordnung erlassen, die die gesetzliche Frist zwischen Scheidung und Wiederverheiratung abkürzte – was für Reynaud bezüglich der Gräfin de Portes günstig war. Kannte denn der zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Mann kein Gefühl der Dankbarkeit? Bonnet war ausser sich vor Wut. Er hatte nichts getan, um Daladier zu retten. Jetzt startete er, so berichtet Bois, in den Korridoren des Parlamentes eine Kampagne, um die Kammer von einer Bestätigung Reynauds abzuhalten, die, wie Bois meint, in vierzig Jahren ihresgleichen nicht erlebt hatte. Aber sie war vergebens, und Georges Bonnet, der so lange die Zeitungsspalten gefüllt, der so lange an führenden Stellen in der französischen Politik gestanden und in den letzten beiden Jahren die Aussenpolitik bestimmt hatte, verschwand schnell in der Rumpelkammer der Geschichte. Seine Gegner hatten nicht das Gefühl, dass das Land dadurch irgendwie ärmer geworden sei.

Oberst de Gaulle, ein ausgezeichneter Soldat und zugleich ein brillanter Schriftsteller, war von Reynaud berufen worden, um die Regierungserklärung zu entwerfen. Sie war ungewöhnlich knapp. Sie erinnerte die Deputierten daran, dass Frankreich in einen totalen Krieg verwickelt war, dass der Einsatz in einem solchen Krieg auch total sein müsse – «siegen heisst, alles zu retten, unterliegen heisst, alles zu verlieren» –, und sie erklärte, der einzige Zweck der neuen Regierung sei, «alle Quellen der französischen Energie zu wecken, zu sammeln und zum Kampf und zum Sieg zu lenken».

Die Abstimmung erfolgte schnell und ergab für Reynaud eine Mehrheit von einer Stimme – 268 für, 156 gegen ihn und 111 Enthaltungen. Die ablehnenden Stimmen und die Enthaltungen betrug also 267 gegen 268 für die Regierung. Von den 116 Radikalsozialisten, deren Partei elf Posten im Kabinett erhalten hatte, stimmten nur 33 für die neue Regierung, 10 stimmten gegen sie und 70 enthielten sich. Das Zentrum und die Rechte stimmten geschlossen gegen Reynaud. «Ich konnte nicht einmal die Unterstützung der Mehrheit meiner eigenen Gruppe erreichen», klagte der neue Ministerpräsident⁶⁵. Wie die Dinge lagen, bedurfte es erheblicher Bemühungen seitens der Anhänger Reynauds, um die Mehrheit von einer Stimme zu halten. Im letzten Augenblick wurden verschiedene Abgeordnete, die sich der Stimme enthalten wollten, unter Druck gesetzt, um mit Ja zu stimmen. Danach hörte man Herriot, den Präsidenten der Kammer, murmeln, es sei nicht sicher, dass Reynaud selbst diese eine Mehrheitsstimme erhalten habe.

«Sie werden zurücktreten müssen», rief Chichery, der parlamentarische Führer der Radikalsozialisten dem Ministerpräsidenten nach der Abstimmung zu. «Ich hätte das getan», kommentiert Reynaud, «wenn es ausser mir irgend jemanden gegeben hätte, der das Amt hätte übernehmen können⁸⁸.» Am selben Abend telefonierte Laval voller Triumph mit dem General Jacques de Chambrun⁸⁷: «Sein Rücktritt ist unvermeidlich*!» Also war am Vorabend eines Geschehens, das jeder als eine schicksalhafte Prüfung für das Land empfand – denn es mehrten sich die Anzeichen, dass sich die ruhige Periode des Krieges ihrem Ende näherte und die Deutschen im Begriff standen, einen wirklichen Kampf, einen Angriff mit überwältigenden Streitkräften, auf Frankreich selbst zu beginnen –, die Republik wieder einmal in sich gespalten. Das dünne Furnier der nationalen Einheit in Kriegszeiten war aufgebrochen. Die Kluft zwischen den Franzosen war breiter denn je zuvor. Die halbe Kammer stand in Opposition zur Regierung. Der Ministerpräsident und sein Verteidigungsminister lagen sich in den Haaren. Kleinliche Parteipolitik hatte den Vorrang vor den Lebensinteressen der bedrohten Nation. Oberst de Gaulle hatte nach dem Entwurf der Regierungserklärung die traurige Szene in der Kammer von der Zuschauertribüne aus beobachtet. Er schrieb später:

Es war abscheulich. Nach der Regierungserklärung, die der Regierungschef vor einer skeptischen und übelgelaunten Kammer verlas, hörte man in der Debatte kaum etwas anderes als Wortführer von Gruppen, die sich bei der Regierungsbildung benachteiligt fühlten. Die Gefahr, die das Vaterland bedrohte, die Notwendigkeit einer nationalen Sammlung, der Zusammenschluss der freien Welt wurden nur erwähnt, um die persönlichen Forderungen und Verstimmungen einigermaßen zu übertünchen. Nur Léon Blum, dem doch kein Posten angeboten worden war, hielt eine schwungvolle Rede. Dank ihm gewann Paul Reynaud den Kampf, wenn auch äusserst knapp. Das neue Ministerium erhielt das Vertrauensvotum mit einer einzigen Stimme Mehrheit. «Dabei», sollte mir der Kammerpräsident Herriot später sagen, «bin ich nicht einmal ganz sicher, dass er diese Stimme wirklich erhielt⁸⁹.»

Bevor er auf seinen Posten zurückkehrte, blieb der besorgte Oberst noch einige Tage in Paris und leistete Reynaud Beistand, soweit er das vermochte.

Das genügte, um festzustellen, wieweit die Demoralisierung des Regimes schon gediehen war. In allen Parteien, in der Presse, in der Verwaltung, in den Geschäftskreisen und Gewerkschaften gab es sehr einflussreiche Leute, die ganz offen dafür eintraten, dass man dem Krieg ein Ende machen sollte. Unterrichtete Leute behaupteten, das sei die Ansicht Marschall Pétains, des Botschafters in Madrid, der angeblich durch die Spanier erfahren

* Wenige Tage später, am 3. April, übermittelte der deutsche Geschäftsträger Hans Thomsen aus Washington eine Information nach Berlin, die, wie er sagte, ein Agent vom Chef des Dechiffrierbüros im *State Department* erhalten habe. Die Quelle war ein Drahtbericht des amerikanischen Botschafters in London, Joseph P. Kennedy, der aus Paris erfahren hatte, dass «... Laval als voraussichtlicher Nachfolger Reynauds erscheine»⁸⁸.

haben sollte, dass die Deutschen gerne zu einer Verständigung bereit wären. «Wenn Reynaud fällt», hiess es überall, «wird Laval die Macht übernehmen, mit Pétain an seiner Seite. Der Marschall ist in der Lage, einen Waffenstillstand vom Oberkommando annehmen zu lassen.» In Tausenden von Exemplaren war ein Propagandazettel im Umlauf, der auf drei Seiten das Bild des Marschalls zeigte, zunächst als siegreicher Führer im grossen Krieg mit der Legende «Gestern – grosser Soldat!», sodann als Botschafter «Heute – grosser Diplomat!» und zuletzt als eine gewaltige und unbestimmt gehaltene Persönlichkeit – «Morgen –?»*

... Viele bekannten ganz laut ihre Bewunderung für Mussolini... Die Kommunisten dagegen, die sich der nationalen Sache geräuschlos angeschlossen hatten, solange Berlin im Gegensatz zu Moskau stand, verfluchten den «kapitalistischen» Krieg von dem Augenblick an, da sich Molotow und Ribbentrop verständigt hatten. Die haltlose Masse, die spürte, dass an der Spitze des Staates nichts und niemand in der Lage war, die Ereignisse zu meistern, liess sich von Ungeivissheit und Zweifeln richtungslos treiben. Offensichtlich würde ein schwerer Rückschlag im Land eine Welle des Entsetzens und der Bestürzung hervorrufen, die alles zu überfluten drohte⁷².

Wenn der Zustand im Lande und im Parlament de Gaulle deprimierte, so liess ihn der Zustand des Heeres noch Schlimmeres empfinden. Am 26. Januar hatte er seinen «allerletzten Versuch» unternommen, das Oberkommando und die Regierung aus ihrer Letargie aufzuwecken und zu warnen, dass Frankreich einer drohenden Katastrophe gegenüberstehen würde, wenn es sich nicht aus der «militärischen Unbeweglichkeit des gegenwärtigen Krieges» befreie, und wenn seine politischen und militärischen Führer die Armee nicht drastisch reorganisierten, damit sie einen modernen Krieg durchfechten könne, wie ihn die Deutschen in Polen demonstriert hätten. Der rebellische Oberst unternahm den ungewöhnlichen Schritt, seine Warnung an nicht weniger als achtzig «wichtige Persönlichkeiten», wie er sagt, «der Regierung, des Armeekommandos und der Politik» zu richten.

Unter solchen Umständen wäre wohl jeder andere Offizier wegen Umgehung des Dienstweges schleunigst in den Ruhestand versetzt worden. Aber das Oberkommando und das Kriegsministerium hatten zwar oft seine Beförderung verzögert, aber doch gelernt, mit dem kühnen und freimütigen Oberst zu leben, seit er sie vor fünf Jahren kritisiert hatte, weil sie die Armee nicht durch Panzerdivisionen verstärkten. Daneben

* Am 19. März 1940 hatte der deutsche Botschafter in Spanien die letzte spanische Information aus Paris nach Berlin berichtet: «Nach zuverlässiger Nachricht soll Marschall Pétain in engstem Kreise geäussert haben, dass er mit Rücksicht auf sein hohes Alter nur ungenügende französische Regierung antreten werde. Am Kriege teilzunehmen, wäre grösster Fehler Frankreichs gewesenTM.» Pétain hatte Ende Januar drei Tage in Paris verbracht und alte Freunde besucht. Er hatte Senator Lémery gebeten, die Kampagne einzustellen, in der sein Name hervorgehoben wurde. Er sagte, alles, was er wünsche, sei, nach Paris zurückzukehren, um dem Oberkommando die Dienste, die er zu leisten vermöge, zukommen zu lassen. «Aber Daladier sieht in mir einen Rivalen und ist deshalb dagegen», fügte er hinzu. Seinem alten Freund General a. D. Vauthier schrieb er nach seiner Rückkehr nach Spanien: «Ich habe mich lange gefragt, wie ich meinem Lande am besten dienen könnte. Und ich bin zu folgendem Schluss gelangt: Mein gesundheitlicher Zustand ist nicht mehr so, dass ich die Regierung übernehmen könnte, und deshalb habe ich den Gedanken aufgegeben.» Damit gab er zu, dass er früher eine solche Idee gehabt hatte⁷¹.

hatte de Gaulle Freunde unter einigen der mächtigsten Politiker, an erster Stelle Reynaud, den er mit seinen Ideen überschüttete, und auch Léon Blum, der ihm und seinen Gedanken Sympathie entgegenbrachte.

In seiner Denkschrift vom 26. Januar versuchte de Gaulle, wie er später schrieb, die Männer an der Spitze davon zu überzeugen,

dass der Feind mit einer machtvollen motorisierten Streitkraft zu Land und in der Luft die Offensive ergreifen werde, dass infolgedessen unsere Front jederzeit durchbrochen werden könne und dass wir, wenn wir nicht selber über gleichwertige Abwehrmittel verfügten, in grösster Gefahr stünden, vernichtet zu werden, dass man daher unverzüglich die Bereitstellung der erforderlichen Instrumente beschliessen müsse und dass es dafür vor allem dringlich sei, die mechanisierten Kampfmittel der bestehenden oder in Bildung begriffenen Einheiten... zu einem einzigen mechanisierten Korps zusammenzufassen und daneben auch die einschlägige Arbeit in den Fabriken zu beschleunigen.

«Um keinen Preis», so schloss ich, «darf sich das französische Volk dem trügerischen Glauben hingeben, dass die augenblickliche militärische Unbeweglichkeit dem Wesen des gegenwärtigen Krieges entspreche. Das Gegenteil ist der Fall. Der Motor verleiht den modernen Zerstörungsmitteln eine Gewalt, eine Geschwindigkeit und eine Reichweite, durch die dieser Krieg früher oder später zu Umgehungen, Überrumpelungen, Einbrüchen und Verfolgungen führen wird, die an Umfang und Tempo weit über die glanzvollsten Ereignisse der Vergangenheit hinausgehen werden ... geben wir uns keiner Täuschung hin! Der Konflikt, der jetzt ausgebrochen ist, könnte leicht der umfassendste, ausgedehnteste und gewaltsamste von allen sein, die jemals die Welt verwüstet haben. Die politische, wirtschaftliche, soziale und moralische Krise, aus der heraus er zum Ausdruck kommt, geht so tief... dass sie unbedingt zu einer völligen Umwälzung für die Völker und Staaten führen muss...⁷³»

Wenige Prophezeiungen haben sich jemals als so zutreffend erwiesen. Aber sein Memorandum, sagt de Gaulle, verursachte «keine Erschütterung». Die Generäle hatten seine Gedanken schon lange verworfen. Sie würden dem deutschen Angriff, wenn er kam, mit den erprobten und vertrauten Methoden des Krieges von 1914-1918 begegnen, in dem sie sich ihre Sporen verdient hatten. Was die Politiker betrifft, so beabsichtigten sie, das furchtbare Vergiessen französischen Blutes zu vermeiden, das Frankreich im ersten Weltkrieg so geschwächt hatte. Sie hofften, es würde diesmal keine grosse deutsche Offensive geben. Sie würden keine massiven französischen Offensiven wie die der ersten drei Jahre des grossen Krieges gutheissen, die sich als so sinnlos erwiesen und Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet hatten.

Daladier hatte das von Anbeginn klargemacht, und Reynaud hielt, trotz seines Versprechens, den Krieg energischer zu verfolgen, an der gleichen Linie fest. «Es würde absurd sein», sagte er in einer Geheimsitzung des Senates am 18. April, «uns geradenwegs gegen die deutschen Befestigungen zu werfen.»

Wie dann (fragte er) können wir den Krieg weiterführen? Dadurch, dass wir Deutschland des Nachschubs berauben, den es für die Weiterführung des Krieges unbedingt braucht – Eisenerz aus dem Norden, Öl aus dem Süden ... Nur durch unsere Mitwirkung bei diesen fernen Operationen gegen den Feind können wir unsere einzige Überlegenheit gegenüber Deutschland – die Seemacht – einsetzen.

Lassen Sie mich unsere Kriegspolitik resümieren: Defensive zu Lande, Offensive durch die Blockade Deutschlands.

Das unterschied sich, alles in allem, nicht sehr von der Politik seines Vorgängers. Und in des neuen Ministerpräsidenten Gedankenwelt blühten Illusionen. Um die Ölversorgung Deutschlands von Russland abzuschneiden, sagte er dem Senat, «sind Operationen geplant, die das sowjetische Russland, wenn nötig, lähmen»⁷⁴. Bei einer Geheimsetzung des Senats am nächsten Tage gab er noch einer anderen Illusion freien Lauf: «Es ist äusserst zweifelhaft», sagte er, «ob Hitler die Mittel hat, um offensiv zu werden»⁷⁵.

So also war die Einstellung der neuen Regierung. Sie würde den Krieg mit «fernen Operationen» führen, während sie zu Hause in der Defensive blieb. Was die Rechtsopposition im Parlament betraf, wünschte sie, wie es de Gaulle in diesem bitteren Frühjahr erschien, «Frieden mit Hitler und eine Entente mit Mussolini».

Niedergeschlagen kehrte de Gaulle nach seinem kurzen Aufenthalt in Paris im März auf seinen Posten zurück, wo Gamelin ihn von seiner Ernennung zum Kommandeur der vierten Panzerdivision, die am 15. Mai gebildet werden sollte, unterrichtete. Reynaud hatte versucht, den Oberst als seinen militärischen Berater in Paris zu behalten und ihm den Posten als Sekretär des Kriegskabinetts angeboten, das er gerade nach britischem Muster gebildet hatte. Aber Daladier, der durch jahrelange Kritiken des Obersten verbittert war, hatte heftig dagegen opponiert. Auf Reynauds Vorschlag antwortete er: «Wenn de Gaulle hierher kommt, verlasse ich das Büro, gehe die Treppe hinunter und rufe Paul Reynaud an, er möge ihn an meine Stelle setzen»⁷⁶.

Reynaud bestimmte daher Paul Baudouin, den Generaldirektor der Bank von Indochina, für diesen Posten und ernannte ihn ausserdem zum Unterstaatssekretär. Dies war, wie viele damals voraussagten, eine verhängnisvolle Wahl – vor allem für Reynaud selber –, und selbst einige der glühendsten Verehrer des Ministerpräsidenten begriffen niemals, warum er ausgerechnet diesen Mann aussuchte. Baudouin, der mit Erfolg die *Ecole Polytechnique* absolviert hatte und ein Produkt der Finanzinspektion war – die zwei Institutionen, aus denen so viele leitende Männer im Schatzamt und im Bankwesen kamen –, schien für alles einzutreten, wogegen Reynaud kämpfte*. Er bewunderte Mussolini und das faschistische Italien. Vor dem Krieg war er dafür eingetreten, dass

* Elie J. Bois behauptet, dass «Baudouin von Hdläne de Portes' Verstand Besitz nahm; er wurde der Diktator ihres Gewissens. Sie wollte nicht mehr länger denken, es sei denn durch ihn »«. Aber warum, fragt man sich, war nicht der Einfluss eines Mannes von viel grösserem Kaliber, nämlich Reynauds, stärker als der Baudouins? Und warum war der Wille Reynauds, den man lange Zeit für den starken Mann im Kabinett gehalten hatte, nicht ausreichend, um mit dem Willen seiner leichtsinnigen Mätresse fertig zu werden? Pertinax spricht von ihrer «Herrschaft über Reynaud», die «in den letzten Jahren noch gewachsen war».

Frankreich seinen Frieden mit Hitler-Deutschland schliesse, das, wie er sagte, «seinen Platz an der Sonne verdiene». Er hielt es für «ein Verbrechen gegen unser Land zu behaupten, dass ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei». Selbst nach Kriegsausbruch versicherte er, «jeden Gedanken an Verhandlungen vor dem totalen Zusammenbruch der Macht Deutschlands abzulehnen, ist unmöglich»⁷⁹.

Wie viele andere, die im Finanzministerium oder im Bankwesen hohe Positionen erreicht hatten, wurde Baudouin eine Art Technokrat, der glaubte, die Zeit sei reif, die parlamentarische Demokratie, wie sie in Frankreich bestand, an die Kandare zu nehmen, die Vollmachten von Senat und Kammer einzuschränken und eine starke Exekutive «aus der wahren Elite des Landes» – das heisst, einer Elite von Fachleuten – zu bilden, die «stark genug sein müsse, um sich gegen die Demagogie zu schützen. Die Elite müsse diese unterdrücken», um «die Aufgabe, die Nation wieder in Ordnung zu bringen», fest in die Hand nehmen zu können⁸⁰. Diese Ideen, für die er öffentlich in mehreren Zeitschriften eintrat, gingen hauptsächlich auf Rom und Berlin zurück, und man muss sie im Auge behalten, wenn man die Tätigkeit Baudouins in den nunmehr bevorstehenden kritischen Wochen verfolgt.

Seine Beziehungen zu der Gräfin de Portes müssen gleichfalls bedacht werden. Obwohl er in seinen Memoiren versichert, dass er sie an dem Tag, an dem ihn Reynaud für sein Amt bestimmte, am 25. März 1940, erst zum dritten Male getroffen habe – sie präsidierte an diesem Tag über das Diner in der Junggesellenwohnung Reynauds, in die er im Jahre 1938 gezogen war –, gibt er zu, dass er danach «ein oder zwei Unterhaltungen mit ihr jeden Tag» zu führen pflegte und dass diese beängstigende Dame, die «wie ein Kabinettsdirektor handelte», dieser «Wirbelwind», wie er sie nennt, starken Druck nicht nur auf den Regierungschef, sondern auch auf seine Mitarbeiter ausübte.

Es ist für die Historiker immer ein Geheimnis geblieben, warum Madame de Portes, die erklärte, Reynaud zu lieben, die mit all ihrer Kraft gekämpft hatte, ihn in die führende Regierungsstelle zu bringen, dann ununterbrochen daran arbeitete, seinen Entschluss zu untergraben, als Ministerpräsident den Krieg bis zum bitteren Ende durchzukämpfen und um jeden Preis die Republik zu retten. Aber das Geheimnis lüftet sich etwas, wenn man den Einfluss Baudouins auf sie in Betracht zieht. Er nahm von Tag zu Tag zu*.

«Der grosse Vorwurf, den ich gegen Reynaud erhebe», sagte Paul-Boncour vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg, «ist, dass er, der erklärte, den Krieg bis zum bitteren Ende führen zu wollen, Defätisten in seine Regierung aufnahm oder sie darin beließ... So behielt Reynaud in seinem Kabinett Chautemps..., der kein Parteigänger für einen Krieg bis zum bitteren Ende war..., und er hatte Baudouin .. ,⁸².»

Chautemps' Haltung gegenüber dem Krieg war von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär, während seines Besuches in Paris in einer Mission für Prä-

* Monzie, in dessen Tagebuch Baudouin als «mein charmanter Freund» erwähnt wird, war, wie er am 23. März notierte, überzeugt, dass der neue Kabinettschef «sich zu Ideen bekannte, die im krassen Gegensatz zu denen seines kriegstreiberischen neuen Chefs standen»^M.

sident Roosevelt im März bemerkt worden. Anlass dieser Reise war, in den Hauptstädten der Kriegsmächte und in Rom zu erkunden, ob es irgendwelche Aussichten für einen Frieden gebe. Chautemps glaubte daran. Welles unterhielt sich mit ihm am 8. März zwei Stunden lang und berichtete nach Washington: «Chautemps deutete eine durchaus aufnahmebereite Haltung gegenüber der Möglichkeit von Verhandlungen über einen Frieden mit der gegenwärtigen deutschen Regierung an..⁸³» Dieser Veteran als Führer der Radikalsozialistischen Partei und ewige Minister, der wie Laval ein Meister der Arbeit hinter den Kulissen war, blieb als Stellvertreter des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung.

Da war noch Yves Bouthillier, der bald eine führende Stelle in der gegen Reynaud opponierenden Friedensgruppe einnahm. Wie Baudouin ein Inspektor der Finanzen war er im Jahre 1935 ein Mitglied von Lavals Expertenrat gewesen. Die Volksfrontregierung entliess ihn, und er sah sich gezwungen, eine bescheidenere Stellung im Pariser Rathaus anzunehmen, bis Reynaud, wie er sagt, «ihn aus der Dunkelheit hervorholte» und zum Generalsekretär des Finanzministeriums bestellte, das er im Jahre 1938 übernahm. Anscheinend vergab Bouthillier seinem Chef niemals, dass er ihn der Vergessenheit entriss und ihn tatsächlich, zum Schluss, zum Finanzminister ernannte, denn mehr als die anderen noch sollte er sich in den letzten Tagen gegen seinen Wohltäter kehren. Als das Frühjahr kam und die härteste Prüfung der Republik bevorstand, bildete sich unter den Reynaud am nächsten Stehenden, einschliesslich seiner Mätresse, eine Intrigantengruppe. Zu ihr stiessen bald auch bedeutendere und mächtigere Gestalten – die beiden grössten der überlebenden Helden des vorigen Krieges und verärgerte, reaktionäre Antikriegs-Politiker, an der Spitze Pierre Laval. Es ist erstaunlich, dass ein so scharfsinniger und erfahrener Politiker wie Reynaud nicht den Verdacht hegte, dass etwas im Gange war. Er schien auch nicht zu spüren – niemand in Frankreich, ob Staatsmann oder General wie unmittelbar nahe und wie schrecklich der Schlag war, auf den sich die Deutschen vorbereiteten. De Gaulle hatte davor gewarnt, aber seine erschreckenden Voraussagen waren nicht beachtet worden.

Zunächst erfolgte ein Eröffnungsschlag gegen die westlichen Alliierten. Obgleich die Dänen und Norweger von ihren Nachrichtendiensten vor Ende März gewarnt worden waren, dass eine Konzentration deutscher Schiffe und Truppen in den Ostseehäfen auf einen Angriff gegen sie deute, hatten sie nichts dagegen unternommen und auch die Alliierten nicht darauf hingewiesen. Die norwegische Regierung hatte anscheinend mehr Sorgen über die Absicht der Briten, Minen in ihren Hoheitsgewässern gegen die deutsche Schifffahrt zu legen.

Am 3. April besprach das britische Kriegskabinett die letzten Informationen, speziell aus Stockholm, über die Konzentrationen in den deutschen Häfen, die einen Angriff auf Norwegen erwarten liessen. Aber man tat nichts dagegen, und soweit die Akten erkennen lassen, wurde der französische Verbündete nicht einmal unterrichtet.

General Gamelins Notizen über seine Tätigkeit in der ersten Aprilwoche enthüllen, dass seine Aufmerksamkeit allem anderen als Norwegen galt⁸⁴. Er benutzte die Woche zu

Konferenzen mit General Weygand über Verstärkungen für den Nahen Osten und die Vorbereitungen für die Bombardierung der sowjetischen Ölfelder sowie zu Besprechungen mit anderen Generälen sowie mit Daladier und Reynaud über verschiedene, Belgien, Italien und Nordafrika betreffende Probleme. In der Nacht vom 6. auf den 7. April war der Hauptteil der deutschen Flotte mit für Narvik und Drontheim bestimmten Truppen an Bord nach Norden ausgelaufen. Die Schiffe wurden von britischen Flugzeugen und Unterseebooten am nächsten Morgen entdeckt. Wiederum liegen keine Berichte vor, dass diese Information nach Paris weitergegeben worden wäre. Am 8. April hatte die deutsche Flotte vor Drontheim einen britischen Zerstörer versenkt, aber dieser hatte der Admiralität die Gegenwart eines nach Norden steuernden deutschen Flottenverbandes noch melden können.

Gamelin sagt, er habe bis zum Abend des 8. April von dem deutschen Vorstoss nichts erfahren, als der militärische Nachrichtendienst berichtete, dass fünfzig Schiffe der deutschen Marine den Skagerrak passiert hätten. Gamelin übermittelte die Nachricht telefonisch an Daladier und sagte diesem, die «Briten seien benachrichtigt» worden. Er sagt nichts davon, dass irgendwelche Massnahmen ergriffen worden seien. Soeben habe das Oberkommando die Entsendung von zwei Bataillonen der Alpentruppe am 12. April gebilligt. Sie sollten von Brest nach Schottland verschifft und in Bereitschaft gehalten werden, um gemeinsam mit einer kleinen britischen Streitmacht in Norwegen gelandet zu werden, falls die Deutschen auf die Verminung norwegischer Hoheitsgewässer, die in den frühen Morgenstunden dieses Tages von der britischen Marine ausgeführt worden war, reagieren sollten⁸⁸. Die Nachricht, dass die deutsche Flotte ausgelaufen sei, veranlasste Gamelin nicht, mehr zu unternehmen.

Reynaud gibt in seinen Memoiren einen abweichenden Bericht. Er sagt, die Regierung habe an jenem Abend (des 8. April) erfahren, dass sich die Deutschen auf dem Wege nach Norwegen befänden, und zwar nicht vom militärischen Nachrichtendienst, sondern aus einer Drahtmeldung der britischen Nachrichtenagentur Reuter. Er berichtet, er habe sofort Gamelin angerufen, «der nichts davon wusste».

«Ich hoffe», sagte er zu Gamelin, «dass man einen formidablen Gegenstoss vorbereitet hat!» Er liess auch einen seiner Beamten Admiral Darlan antelefonieren, der, wie er sagt, «seine Überraschung nicht verbarg».

«Woher wissen Sie das?» fragte der Oberbefehlshaber der französischen Marine.

«Ich habe es gerade von Reuter erfahren», erwiderte der Mitarbeiter des Ministerpräsidenten.

«Dann werde ich Ermittlungen anstellen», antwortete Darlan ⁸⁶.

Die Überraschung, die Reaktion, die Untätigkeit der führenden Männer der französischen Armee und Marine nach Empfang der Nachricht von Deutschlands Aufmarsch gegen Norwegen war ein Vorgeschmack dessen, was kommen sollte. Reynaud, erst vierzehn Tage Ministerpräsident, war entsetzt über die Selbstzufriedenheit seiner militärischen Kommandeure und das offenbare Versagen des Nachrichtendienstes, sie über das zu

Der Krieg in Norwegen, die Bedrohung Belgiens und die Krise in Paris Frühling 1940

Als Gamelin am 9. April 1940 gegen 8 Uhr 20 am Quay d'Orsay eintraf, fand er den Ministerpräsidenten mit einigen seiner Mitarbeiter beim eifrigen Studium einer Karte von Norwegen. Sie ergingen sich, wie er sagt, in «bitteren Vorwürfen» gegen Heer und Marine, weil sie den «Boches» wieder einmal die Initiative überlassen hatten. Die wichtigsten norwegischen Häfen waren von der Wehrmacht schon besetzt: Drontheim, Bergen und Stavanger. Aber der Oberbefehlshaber liess sich nicht erschüttern.

«Was halten Sie davon?» fragte Reynaud. «Was können wir dagegen unternehmen?» Gamelin, der sich von dieser Unterredung Notizen machte, blieb, wie Baudouin schreibt, vollkommen ruhig.

«Sie brauchen die Ruhe nicht zu verlieren», sagte er dem Ministerpräsidenten. «Warten wir erst einmal genauere Informationen ab. Im Krieg ist dies ein ganz normales Ereignis. Unerwartete Nachrichten gibt es in jedem Krieg.»

«Sie haben also nicht mit einer Invasion Dänemarks und Norwegens gerechnet?» fragte Reynaud ungeduldig. Nun wollte er wissen, wie es um die Audet-Gebirgsdivision stand, die zum Einsatz in Norwegen abgestellt worden war und die, wie er annahm, in Brest zur Einschiffung bereitstand. Gamelin musste ihm jedoch eröffnen, sie befinde sich noch im Juragebirge, zwei Tage Bahnfahrt von dem Kriegshafen entfernt. Wie es aber bei ihm üblich ist, schob er die Schuld auf einen anderen:

«Die Verantwortung für diese Operation ist den Engländern übertragen worden», erklärte er. «Die britische Admiralität trifft die Entscheidungen. Ich habe nicht die Absicht, mich einzumischen.»

Reynaud brauste auf. «Haben Sie den Engländern die Erlaubnis gegeben, für Sie zu kämpfen?» Er forderte den Oberbefehlshaber dringend auf, neue Pläne zu entwerfen, mit denen der deutschen Invasion in Norwegen zu begegnen sei. Die alten Pläne, so unterstrich er, beruhten auf der Annahme, dass die alliierte Besetzung norwegischer Häfen auf keinen Widerstand stossen würde.

Aber sein Drängen blieb vergeblich.

«Ich bitte Sie nochmals», antwortete Gamelin, «nicht ungeduldig zu werden. Wir dürfen uns zu keinen unbedachten Schritten hinreissen lassen. Wir müssen abwarten, bis wir wissen, was sich tatsächlich ereignet hat.»

Die Unterredung wurde abgebrochen, weil man sich zur Sitzung des von Staatspräsident Lebrun geleiteten Kriegsausschusses begeben musste. Auf der Fahrt in den Élysée-Palast

sagte Gamelin zu Verteidigungsminister Daladier: «Es hat überhaupt keinen Sinn, sich aufzuregen.»

Selbst der sonst so gelassene Reynaud hatte die Fassung verloren – nicht so sehr wegen der Nachrichten aus Norwegen, so alarmierend sie auch sein mochten, sondern wegen der Gelassenheit des Oberbefehlshabers. Als er zu der Sitzung aufbrach, rief er Baudouin zu: «Gamelin handelt eher wie ein Bischof als wie ein grosser militärischer Führer! So kann das nicht weitergehen!»

Die Sitzung des Kriegsausschusses verlief, wie Gamelin sagt, dank dem Präsidenten der Republik in ruhiger Atmosphäre. Lebrun, der der Ansicht war, die Briten setzten sich nicht genügend stark für die Allianz ein, war anscheinend erleichtert, dass Grossbritannien nun die Hauptlast des Kampfes in Norwegen auf sich nehmen müsse. Der Ausschuss war der Meinung, es sei für die Alliierten äusserst wichtig, Drontheim und Narvik wiederzugewinnen und, wenn nötig, von Narvik aus auf die schwedischen Eisenerzminen jenseits der norwegischen Grenze vorzustossen. Man vereinbarte, Reynaud, Darlan und Daladier sollten noch am selben Nachmittag nach London fliegen, um dort Pläne zur Vertreibung der Deutschen aus Norwegen gemeinsam mit den Engländern auszuarbeiten.

Zu Gamelins Erstaunen schlug Admiral Darlan ohne vorherige Konsultation vor, man solle dem deutschen Vorstoss in Norwegen dadurch begegnen, dass französische Einheiten nach Belgien einrückten. Man müsse unverzüglich die Zustimmung der belgischen Regierung erwirken, wenn nötig, sogar unter Druck. Reynaud, der versuchte, Gamelin und Darlan von der Notwendigkeit eines Eingreifens in Norwegen zu überzeugen, runzelte angesichts dieses Vorschlags die Stirn. Der Streit über die beste Strategie, der bis zum Schluss anhielt und immer ernstere Formen annehmen sollte, hatte begonnen. Gamelin erinnert sich, er habe nach der Sitzung des Kriegsausschusses bitter bereut, dass er nicht auf einer Stationierung der für Norwegen abgestellten Gebirgsdivision in Brest bestanden hatte, von wo aus sie sofort hätte verschifft werden können. Aber sogleich schiebt er die Schuld einem anderen zu. «War es nicht der Admiral, der hierfür die Verantwortung trug und der alles am besten beurteilen konnte²?» Damit hatte er an ein und demselben Tag immerhin schon den zweiten Sündenbock gefunden. Einen französischen Armeoffizier zumindest konnte er freilich nicht überzeugen: Oberst Villelume, der Verbindungsoffizier zwischen Aussenministerium und Oberkommando, der von dieser Zeit an Reynauds Militärberater wurde, glaubte, der Oberbefehlshaber selbst hätte die Initiative ergreifen sollen, um neue Pläne für die Wiederbesetzung Norwegens voranzutreiben. Wie er später als Zeuge aussagte, fehlte Gamelin jedoch der Wille, dies zu tun³.

Die Geschwindigkeit, mit der die Deutschen ihren Vorstoss nach Norwegen durchführten, setzte das französische Oberkommando in Erstaunen. Als die Sitzung des Kriegsausschusses kurz vor Mittag abgebrochen wurde, hatte die Wehrmacht die fünf wichtigsten norwegischen Hafenstädte – Narvik, Drontheim, Stavanger, Bergen und Kristiansand – eingenommen und die Hauptstadt Oslo erobert, und das, fast ohne einen einzigen

Schuss abzugeben. Die Norweger, die sich geweigert hatten, die vielen ihnen zugegangenen Warnungen zur Kenntnis zu nehmen, wurden dermassen überrascht, dass sie kaum Widerstand leisteten. Die Verluste der deutschen Flotte allerdings waren so erheblich, dass sie in ihren Operationen stark beeinträchtigt war.

Neben der zügigen Besetzung aller grossen Häfen gelang es den Deutschen auch, sämtliche wichtigen Flugplätze Norwegens, vor allem auch jenen von Sola bei Stavanger, zu nehmen. Dieses Kunststück sollte sich in den nächsten Tagen als entscheidend erweisen. Es verschaffte den Eindringlingen im norwegischen Luftraum unbeschränkte Herrschaft und erlaubte ihnen nicht nur eine kraftvolle Unterstützung ihrer Truppen, die von den Häfen aus den Rest des Landes eroberten, sondern auch die Abwehr jedes etwaigen Landunternehmens der Alliierten. Überdies hielten die deutschen Bomber die englische Flotte dermassen in Schach, dass ihre mächtigen Schiffe nicht nahe genug an die Küste herankommen konnten, um Landungen zu unterstützen oder die besetzten Häfen zu beschliessen. Zum erstenmal in der Kriegsgeschichte erwiesen sich damit auf dem Land stationierte Flugzeuge als einer Seemacht überlegen. Wie sich bald zeigen sollte, bedeutete dies einen Wendepunkt in der Kriegführung.

Gegen Mittag des 9. April war die grossangelegte Operation gegen eine mehr als 1500 Kilometer lange Küste von einer Handvoll deutscher Soldaten – alles in allem 9'000 Mann – erfolgreich abgeschlossen. Ihre Schiffe waren gelandet, obwohl die britische Flotte sie hätte in Stücke schlagen können, wäre sie etwas aufmerksamer gewesen. Es war eine der schnellsten, mutigsten und unblutigsten militärischen Unternehmungen, die je stattgefunden haben.

Reynaud drängte seinen Kriegsminister und sein Oberkommando, gemeinsam mit den Engländern starke Verbände nach Norwegen in Marsch zu setzen. Am 11. April richtete er ein in scharfen Worten gehaltenes Schreiben an Daladier, das dieser auch Gamelin und Darlan vorlegen sollte:

... Unser Oberkommando ist durch die Schnelligkeit des deutschen Vorgehens überrascht worden. Am Tage des Operationsbeginns war unser Expeditionskorps nicht an seinem Einschiffungshafen konzentriert, sondern über mehrere Orte verzettelt und weit davon entfernt...

In der Schlacht, die nun begonnen hat, geht es um Eisenerz. Von ihrem Ausgang kann der Ausgang des Krieges abhängen. Das macht unser Eingreifen in Norwegen strategisch so bedeutsam... Unser Ziel darf nicht nur die Säuberung der norwegischen Küste sein, sondern wir müssen eine Truppenmacht entsenden, die stark genug ist, die schwedischen Eisenerzbergwerke zu besetzen ...

Vor allem, so sagte er weiter, sei Eile vonnöten. Er verlangte die Einschiffung der Audet-Division für den folgenden Vormittag und die Verlegung von zwei oder drei weiteren Divisionen innerhalb einer Woche in die Häfen der französischen Kanalküste. Auf eine so rasche Durchführung dermassen grosser Operationen waren nun aber weder

Gamelin noch Darlan vorbereitet. Am folgenden Tage erwiderten sie deshalb, sie könnten nicht mehr tun, als «eine Division pro Monat» zu entsenden. Den Deutschen hingegen bereitete es keine Schwierigkeiten, drei Divisionen beim einleitenden Angriff und vier weitere in den folgenden zwei Wochen nach Norwegen zu transportieren. Enttäuscht über die Untätigkeit seiner obersten militärischen Führer berief der Ministerpräsident für den frühen Abend des 12. April eine Sitzung des Kriegskabinetts ein. Baudouin gegenüber sagte er, er beabsichtige, «Gamelin zur Rechenschaft zu ziehen». Wütend fuhr er fort*: «Ich habe genug von seinem Zögern. Ich wäre ein Verbrecher, würde ich diesen Mann ohne Mumm, diesen Philosophen, an der Spitze der französischen Armee stehen lassen⁴.»

Dabei erkannte der heissblütige Reynaud noch nicht einmal das ganze Ausmass der Lethargie seines Oberbefehlshabers. Er wusste beispielsweise nicht, dass Gamelin an diesem Morgen in einer Besprechung mit seinen höchsten Kommandeuren Georges und Doumenc, in der es um die Aufstellung der zwei oder drei vom Ministerpräsidenten für Norwegen verlangten Divisionen ging, gesagt hatte: «Die Frage ist längst nicht so dringlich, wie Reynaud denkt⁵.» Für den phlegmatischen General schien nie etwas sehr dringlich zu sein, selbst wenn ihm das Haus über dem Kopf zusammenzustürzen drohte, wie es jetzt der Fall war.

Aus eben diesem Grunde beabsichtigte Reynaud, ihn an diesem Abend zu zwingen, die Karten aufzudecken. Gamelin nannte es später «einen der peinlichsten Tage in meinem Leben»⁸, und für Reynaud war es, wie das Konferenzprotokoll zeigt, nicht viel angenehmer.

Reynaud, Daladier und Chautemps trafen am 12. April um 18 Uhr mit Marineminister Cesar Campinchi, Luftfahrtminister Laurent-Eynac, Rüstungsminister Raoul Dautry und Blockademinister Georges Monnet zusammen. Die drei Chefs der Teilstreitkräfte, Gamelin, Darlan und Vuillemin, sollten eine Stunde später hinzugezogen werden. Reynaud ergriff sofort das Wort und warf Gamelin vor, er habe angesichts der deutschen Invasion in Norwegen «unglaublich versagt». Als er geendet hatte, fragte er seine Kollegen, ob sie seine Ansicht teilten. Ein langes Schweigen trat ein. Daladier, der als Verteidigungsminister vier Jahre lang für den Oberbefehlshaber verantwortlich gewesen war, fühlte sich schliesslich zu einer Antwort verpflichtet. Die Kritik des Ministerpräsidenten, so sagte er, sei «unberechtigt». Die Briten zeichneten für die Operationen in Norwegen verantwortlich, weil es sich hauptsächlich um einen Einsatz der Flotten handelte. Das britische und das französische Oberkommando hätten sich auf einen entsprechenden Aktionsplan geeinigt. Er meinte, es bestünde keine Notwendigkeit, diesen Plan zu verurteilen oder zu modifizieren. Und schliesslich sei dies das letzte Mal, dass er an einer solchen Sitzung teilzunehmen beabsichtige.

Die Feindseligkeit zwischen den beiden Rivalen hatte ihren Höhepunkt erreicht. Rey-

* Obgleich Baudouin als Zeuge nicht immer zuverlässig ist, scheinen die Worte, die er dem Ministerpräsidenten in den Mund legt, doch authentisch zu sein. Das wird bestätigt durch Reynauds Kommentare über Gamelin bei der anschliessenden Sitzung des Kriegskabinetts.

naud hielt an seinem Standpunkt fest. Er könne Daladiers Meinung nicht teilen, sagte er. Der vom Kriegsminister erwähnte Plan sei vor der deutschen Invasion erarbeitet worden und durch die Ereignisse der letzten Tage überholt. Briten und Franzosen müssten jetzt ohne jede Verzögerung und Unschlüssigkeit handeln. Und das französische Oberkommando sei für ein rasches Handeln nicht ausreichend vorbereitet gewesen.

Um 19 Uhr 10 wurden Gamelin, Darlan und Vuillemin, die eine halbe Stunde lang vor der Tür hatten warten müssen, zu den Gesprächen hinzugezogen. «Als wir eintraten», erinnert sich Gamelin, «begegneten wir einer eisigen Atmosphäre. Wir kamen uns vor wie Angeklagte vor einem Tribunal. Reynaud begann sofort mit einem heftigen Plädoyer gegen den Kriegsminister und das Oberkommando.»

Wenn Gamelin auch kein grosser Kämpfer war, so weiss er doch Geschichten zu erzählen.

«Plötzlich», berichtet er weiter, «erhob sich Daladier von seinem Stuhl und nahm am unteren Ende des Tisches Platz. Ich folgte ihm und setzte mich neben ihn, und bald folgte uns auch Admiral Darlan.» Ein unvoreingenommener Beobachter hätte den Eindruck gewinnen können, die für die französische Regierung und für die Streitkräfte verantwortlichen Männer hätten sich in diesem Augenblick der Krise benommen wie beleidigte Schulbuben.

Schliesslich wurde die Aussprache doch wieder aufgenommen. Reynaud bat Gamelin um einen Bericht über die Lage in Norwegen. Der General freilich meinte, Admiral Darlan sei dazu besser in der Lage, da dieser im Besitz der jüngsten Informationen sei. Darlan entsprach dieser Bitte. Danach wandte sich Reynaud erneut an Gamelin. Er wollte von ihm wissen, was er in Norwegen zu tun beabsichtigte. Gamelin gab unumwunden zu, dass er dafür die Engländer für zuständig halte.

«Diese Operation wird vom britischen Oberkommando geleitet. Sie steht unter dem Befehl von General Ironside. Ich glaube nicht, dass es mir zusteht, mich hier einzumischen.»

Reynaud freilich war nicht bereit, dies zu akzeptieren. Frankreich müsse auf England Druck ausüben, um es zu einem raschen und wirksamen Handeln zu veranlassen. Und Frankreich müsse seine eigene Aktivität in Norwegen erheblich steigern. Doch auch damit gelang es dem Ministerpräsidenten nicht, den selbstzufriedenen Oberbefehlshaber aus der Ruhe zu bringen.

General Gamelin (so heisst es in dem amtlichen Protokoll dieser Sitzung), unterstützt durch Daladiers kurze Bemerkungen, erklärte, dass seine Vorstellung vom Oberkommando und dessen Verantwortlichkeit mit den Wünschen des Ministerpräsidenten nicht auf einen Nenner zu bringen sei, der forderte, einen Plan abzuändern, da seine Durchführung gerade begonnen hatte.

Das war der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reynaud und den militärischen Führern: Der Ministerpräsident wollte von dem Plan abweichen, den

französisch-britische Dienststellen für eine gewaltlose Besetzung Norwegens aufgestellt hatten, da sich die Lage nach der Invasion der Deutschen grundlegend geändert hatte, während Gamelin auf seiner Durchführung bestand, obwohl er gegenstandslos geworden war. «Vertrauen wir doch dem britischen Oberkommando», drängte er Reynaud, und Darlan unterstützte ihn mit den Worten, es sei «unmöglich, die Angelegenheit zu überstürzen», zumal die Verstärkung der für Norwegen vorgesehenen Streitkräfte «sehr schwierig» werden dürfte.

Die untereinander zerstrittenen Mitglieder der Sitzung – Zivilisten und Militärs – einigten sich schliesslich dahingehend, Admiral Darlan zu einer Anforderung zusätzlicher Transportmittel für französische Truppen nach Norwegen bei den Engländern zu veranlassen. Auch sollte er darauf drängen, dass diese unverzüglich Narvik besetzten.

Reynaud war nicht in der Lage gewesen, seine Militärs zum Handeln zu zwingen. Kurz darauf traf Baudouin in den Amtsräumen des Ministerpräsidenten mit den Ministern Georges Monnet, Raoul Dautry und Laurent-Eynac zusammen. Sie alle waren der Meinung, sagt er, dass «die Regierung gelähmt wäre, dass es so nicht weitergehen könne, dass Gamelin einen erschreckenden Eindruck hinterlassen habe».

Helpen Sie dem Ministerpräsidenten, Gamelin loszuwerden. Dieser General ist unfähig zu handeln, unfähig, einen einzigen Befehl zu erteilen. Seine Furcht vor jeder Verantwortung ist überdeutlich. Die Leitung der norwegischen Operationen überliess er den Engländern nur deshalb, um seine Hände in Unschuld waschen zu können, wenn sie schlecht ausgehen.

Gamelin hatte Reynaud geraten, er solle den Engländern vertrauen, doch als er die Sitzung verliess, war ihm klar, dass der Ministerpräsident kein Vertrauen mehr zu ihm hatte. Er kehrte in sein düsteres Hauptquartier in Vincennes zurück und schrieb – «zum wiederholten Male», wie er sagt – sein Rücktrittsgesuch.

Da meine Ansichten über jene Prinzipien, die meiner Meinung nach der allgemeinen Kriegführung zugrunde liegen müssen, mit denen des Ministerpräsidenten nicht in Einklang zu bringen sind, bitte ich, von meinen Aufgaben entbunden zu werden.

Am nächsten Morgen übergab er diesen Brief Daladier, seinem unmittelbaren Vorgesetzten.

Ich teile Ihre Gefühle (sagte Gamelins Erinnerungen zufolge Daladier zu ihm). Ich würde auch gern gehen, und ich werde es tun, wenn Sie zurücktreten. Aber im gegenwärtigen Kriegszustand haben wir Frankreich gegenüber nicht das Recht, aus letzter Eitelkeit eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Die Lage ist sogar noch schlimmer, als es den Anschein hat. Überall wird intrigiert. Trotzdem bitte ich Sie, geduldig zu sein und abzuwarten.

Gamelin sagte zu, er wolle auf seinem Posten bleiben. «Aber», so fuhr er fort, «mein Rücktrittsgesuch bleibt geschrieben. Ich lasse es in Ihren Händen.» Früher vielleicht, als er gedacht hatte, würde er es wieder gebrauchen⁷.

Dänemark war den Deutschen am 9. April noch vor Mittag kampfflos in die Hände gefallen. Die Norweger jedoch erholten sich rasch wieder von dem Schock, nachdem sie ihre wichtigsten Häfen und ihre Hauptstadt verloren hatten, und versuchten, den Kampf wiederaufzunehmen. König Haakon VII. und seine Regierung, die Hitler eigentlich in Oslo gefangennehmen wollte, entkamen nach Norden *. Oberst Rüge, der den Befehl über die norwegische Armee führte, begann, den Widerstand gegen die Deutschen zu organisieren, die sich in der norwegischen Hauptstadt eingerichtet hatten und nun nach Bergen und Drontheim marschierten. Um diese norwegischen Truppen zu unterstützen und den Hafen Narvik zurückzuerobern, entschlossen sich die Alliierten schliesslich zum Handeln **. Doch was sie planten war nicht genug – und es kam zu spät.

Drontheim im direkten Angriff zu nehmen, wurde verworfen. Stattdessen entschlossen sich die Alliierten zu der zeitraubenderen Methode, nördlich und südlich dieses wichtigen Hafens Truppen zu landen. Zwischen dem 18. und 20. April gingen in Andalsnes, 160 Kilometer südwestlich von Drontheim, eine englische Brigade und in Namsos, 120 Kilometer südwestlich des Operationsziels, eine englische Brigade und drei Bataillone französischer Alpenjäger an Land. In ihrer Eile – oder was bei ihnen Eile bedeutete – hatten sie es jedoch versäumt, ihre Einheiten mit Flak und Artillerie auszurüsten. Die Franzosen hatten zwar die «Ville d'Alger» mit Flak, Artillerie und Panzern nach Namsos geschickt, aber es stellte sich heraus, dass sie für den kleinen Hafen zu lang war – ein Detail, das nach Ansicht Reynauds vom französischen Oberkommando «übersehen» worden war. Nach ersten Erfolgen wurden die Alliierten durch anhaltende deutsche Bombardierungen auf ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Das kleinere Kontingent in Andalsnes vereinigte sich mit norwegischen Einheiten; ihm gelang es im Gudbrandsdal, drei von Oslo heranrückende deutsche Divisionen aufzuhalten. Aber da sie weder über Luftunterstützung noch über Panzer und Artillerie verfügten, konnten sie letztlich nur hinhaltenden Widerstand leisten.

Am 27. April, sieben Tage nach der Landung der Einheiten, die Drontheim erobern sollten, ordnete die englische Regierung den Rüdezug an. Reynaud protestierte auf der an

* Obwohl die unorganisierte norwegische Armee in Oslo selbst, das von fünf deutschen Fallschirmjägerkompanien besetzt worden war, keinen Widerstand leistete, wiesen die Küstenbatterien und Kriegsschiffe im Oslo-Fjord einen starken deutschen Flottenverband ab, beschädigten das Panzerschiff «Lützow» schwer und versenkten den 10'000-Tonnen-Kreuzer Blücher, wobei die Deutschen 1'600 Mann verloren.

** In einer Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates am 22. April in Paris wurde beschlossen, sich auf die Wiedereinnahme von Narvik und Drontheim zu konzentrieren. Die starke norwegische Garnison in Narvik stand unter dem Befehl des Obersten Konrad Sundlo, eines fanatischen Gefolgsmanns des Verräters Quisling. Am 9. April um 8 Uhr vormittags ergab er sich General Eduard Dietls beiden Bataillonen, ohne auch nur einen einzigen Schuss abzufeuern. Zwei norwegische Panzerschiffe, die zehn deutschen Zerstörer die Einfahrt in den Narvik-Fjord verlegten, wurden versenkt; der grösste Teil der Besatzung – 300 Mann – fiel.

Am 23. April entschied der Oberste Alliierte Kriegsrat noch über eine weitere Frage. Angesichts der Notwendigkeit, alle verfügbaren Flugzeuge für den Einsatz in Norwegen und für etwaige Aktionen in Frankreich zu konzentrieren, sollte, wie Gamelin es ausdrückt, «die Bombardierung der russischen Ölgebiete im Kaukasus zwar nicht aufgegeben, aber auf unbestimmte Zeit verschoben werden». Es war ein Glück für die Alliierten, dass sie damit auf die Verwirklichung dieses unbesonnenen Plans verzichteten.

diesem Tage in London stattfindenden Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrates heftig gegen diesen Beschluss. Er unterstrich, es wäre «vom politischen und moralischen Standpunkt aus betrachtet ein böses Desaster». Schliesslich gab er aber doch den Militärs nach, die ihm erklärten, es wäre noch verheerender, wollte man die Truppen in Mittelnorwegen belassen, wo sie von den Deutschen bald aufgerieben und gefangen genommen würden. Dennoch kam man überein, man wolle Narvik besetzen, ebenso die Eisenerzbahn bis hin zur schwedischen Grenze. Von dort aus könne man, wenn erforderlich, die schwedischen Eisenerzminen in Gullivare einnehmen. Denn die Alliierten waren davon überzeugt, dass sie in Narvik, das ausserhalb der Reichweite der deutschen Bomber lag und wo die Engländer die Seeherrschaft besaßen, erfolgreicher sein würden. Die Besetzung dieser Stadt würde zur Folge haben, dass die Deutschen von dem Nachschub an Eisenerz abgeschnitten werden würden, aber auch ihre Schifffahrtslinie in das nördliche Russland, und dass der norwegische König und seine Regierung die Geschicke des nördlichen Teils des Landes von eigenem Boden aus lenken könnten.

Am 13. April zerschlug eine englische Flotteneinheit im Narvik-Fjord sämtliche zehn deutschen Zerstörer sowie, bis auf einen, alle Transporter; Admiral Withworth meldete nach London, der Hafen solle rasch genommen werden. Es sei ihm möglich, die schwachen Einheiten der Deutschen an Land mit seinen Schiffsgeschützen zu vernichten. Aber der englische Armeekommandeur P. J. Mackesy, der am folgenden Tag mit einer Vorhut von drei Infanteriebataillonen eintraf, war ein Muster an Vorsicht. Er liess seine Truppen in Harstad, 50 Kilometer weiter nördlich, an Land gehen und zögerte einen ganzen Monat, bevor er sich zum Angriff entschloss. Erst nachdem er eine französisch-britische Streitmacht von 25'000 Mann beisammen hatte, die den Deutschen im Verhältnis 5:1 überlegen war, und über starke Unterstützung von See verfügte, die den Deutschen vollkommen fehlte, rückte er vor. Und es dauerte bis zum 28. Mai, dass die Alliierten mit General Auchinleck als neuem Kommandeur und mit dem französischen General Béthouart als Führer des Hauptangriffs den Hafen einnahmen.

Zu diesem Zeitpunkt freilich hätte man die englischen und französischen Truppen jedoch an einem der Heimat viel näheren Ort dringend gebraucht. Auf Befehle aus London und Paris hin verliessen sie deshalb Narvik am 8. Juni, und General Dietls Einheiten, die sich in der Zwischenzeit in die Berge an der schwedischen Grenze zurückgezogen hatten, besetzten die Stadt von neuem.

Die Schlacht um Norwegen war nur das Vorspiel zu einer viel grösseren und entscheidenderen Schlacht, die begann, als der Mai anbrach. Sie war ein Vorzeichen – das freilich zu spät kam – für die Schwäche der Alliierten und die Stärke der Deutschen. Während die Deutschen geradeheraus und mutig vorgingen, auch bereit waren, grössere Risiken einzugehen, hatten sich die Alliierten als zögernd und furchtsam erwiesen. In Norwegen jedenfalls hatten sie zu wenig zu spät eingesetzt.

Das norwegische Zwischenspiel machte auch deutlich, wie wichtig sich eine Überlegenheit in der Luft im modernen Krieg erweisen würde. Die unbeschränkte Kontrolle

des Luftraums hatte den Vormarsch der deutschen Bodentruppen in Mittelnorwegen wesentlich erleichtert und alle Versuche, der französisch-britischen und der norwegischen Infanterie, ihn aufzuhalten, zum Scheitern verurteilt. Mehr noch: Es hatte sich gezeigt, dass vom Festland aus operierende Bomber eine feindliche Flotte in Schach zu halten verstanden, wie stark sie auch sein mochte. Nach den ersten Bombardierungen hatte die British Navy erkannt, dass es sinnlos war, ihre mächtigsten Schiffe solchen Angriffen auszusetzen, und beschlossen, sie aus den Gewässern vor Mittelnorwegen abziehen. Während der Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrats in London am 27. April hatte Reynaud festgestellt, dass die Admiralität «von den Auswirkungen der Bombardierungen zutiefst erschreckt» war⁸. Und General Gamelin berichtet vom Tage zuvor, der Erste Seelord Sir Dudley Pound habe ihm offen eingestanden: «Gegen die feindliche Luftüberlegenheit können wir nichts unternehmen⁹.»

Die politische und militärische Krise in Frankreich

Das beklagenswerte Versagen der Alliierten in Norwegen, die Verantwortung, die auch das französische Oberkommando daran trug und Reynauds fester Wille, einen neuen Oberbefehlshaber zu finden, und zwar vor dem deutschen Angriff, der, wie aus allen Anzeichen deutlich war, unmittelbar bevorstand, bewirkte in Paris eine neuerliche politische und militärische Krise am Vorabend der grossen Umwälzung.

Auf der Fahrt zum Flughafen Le Bourget am Samstag, dem 27. April, von wo aus er zur Konferenz des Obersten Alliierten Kriegsrats in London fliegen wollte, teilte Reynaud Baudouin mit, er sei fest entschlossen, das Kriegsministerium zu übernehmen, um selbst den Krieg führen zu können; Gamelin sollte durch Weygand abgelöst werden. «Reynaud ist entschlossen, morgen oder spätestens Montag zu handeln», notierte Baudouin. Unterdessen sollte Baudouin den Präsidenten der Republik aufsuchen und seine Unterstützung dieser Umbesetzung erwirken¹⁰.

Aber der grüblerische und unfähige Präsident war keine Hilfe. Baudouin sagt, der oberste Beamte der Nation sei «uninformiert gewesen oder habe Unwissen vorgetäuscht über das, was sich im Kabinett tat». Als Baudouin ihm das Protokoll der Sitzung des Kriegskabinetts vom 12. April vorlas, während der Reynaud den Oberbefehlshaber wegen seines zögernden Handelns in Norwegen getadelt hatte, antwortete Lebrun: «Unglaublich! Wie ist das nur möglich! Davon wusste ich nichts! Sehr schwerwiegend! Sehr schwerwiegend!» Aber der Präsident weigerte sich, der Absetzung Gamelins oder der Entlassung Daladiers vom Amt des Kriegsministers, wie Reynaud es vorgeschlagen hatte, zuzustimmen.

«Reynaud sollte nicht so nervös sein», sagte er. «Sagen Sie ihm, er möge sich gedulden. Die Zeit wird die Dinge wieder in Ordnung bringen¹¹.»

Als Reynaud am Abend des 27. April von London zurückkehrte, hatte er sich eine Grippe zugezogen. Baudouin, der ihn von Le Bourget abholte, erschien er «müde, frös-

telnd, abgemagert». Ein Arzt, der ihn in seiner Wohnung an dem Place du Palais-Bourbon aufsuchte, stellte eine Lungenentzündung fest und schickte ihn für eine Woche ins Bett. «Gamelin ist zum zweitenmal gerettet», notierte Baudouin.

Die Krankheit des Ministerpräsidenten gab der Gräfin de Portes eine weitere Möglichkeit, ihre Kontrolle über die Führung des Staates auszudehnen. Pierre Lazareff, der Herausgeber des *Paris Soir*, berichtet, wie die Regierung weiterfunktionierte, während Reynaud im Bett lag. Als er mit diesem ein wichtiges Gespräch führen musste, hob Madame de Portes den Hörer ab.

«Wir haben schrecklich viel zu tun, mein Lieber», sagte sie. «Aber kommen Sie auf einen Sprung herüber.»

Lazareff schreibt:

Als ich ankam, sass Helene de Portes an Reynauds Schreibtisch. Umgeben von Generälen, Stabsoffizieren, Abgeordneten und Beamten, präsierte sie über eine Konferenz. Sie war es, die am meisten sprach, und sie redete rasch und laut, gab Anweisungen und Befehle. Von Zeit zu Zeit öffnete sie eine Tür, und ich konnte hören, wie sie fragte:

«Wie geht es dir, Paul? Ruhe dich aus, du musst dich erholen. Wir kommen schon durch.»

Als Lazareff darum bat, den Ministerpräsidenten einen Augenblick unter vier Augen sprechen zu können, antwortete sie: «Aber nein, er ist doch krank. Ich tue alles, um ihn ersetzen zu können.»

Einen Augenblick danach verliess die Dame das Zimmer, um sich mit dem Ministerpräsidenten abzusprechen. Kaum hatte sie die Tür hinter sich geschlossen, als jeder der Anwesenden sie verfluchte, dass sie die Regierung zu führen versuchte. Man machte ihr und der Marquise de Crussol auch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Reynaud und Daladier zum Vorwurf.

Lazareff schliesst:

Als sich die Tür wieder öffnete, brachen sofort alle Gespräche ab. Die schöne Helene de Portes nahm ihren Platz am Schreibtisch wieder ein, und jeder der Anwesenden besprach mit ihr die Staatsaffären so ernsthaft, wie sich nur denken lässt¹².

So also wurde die Regierung mitten im Krieg und angesichts einer sich verschärfenden Krise geleitet. Während die Gräfin das Zimmer verlassen hatte, fasste es einer der Anwesenden in die folgenden Worte: «Früher begnügten sich solche Damen damit, in den Kulissen zu intrigieren.» Nicht so jedoch Madame de Portes. Und nicht jetzt. Sie hatte begonnen, ihre Macht in aller Öffentlichkeit zu zeigen.

«Intrigen überall», hatte Daladier zu Gamelin gesagt, als er ihm am 13. April seine Rücktrittsabsichten ausredete. Es besteht kein Zweifel, dass er dabei an die Frau und an die Männer dachte, die Reynaud umgaben, aber wahrscheinlich wusste er nicht, dass diese

Intrigen weitere Kreise zogen. Weder er noch Reynaud scheinen je Pétain verdächtigt zu haben, ein falsches Spiel zu treiben.

Dieser von allen bewunderte Held war am 1. Mai wieder nach Paris zurückgekehrt. Zwei Tage später traf er Monzie, der ihn als «ernster als gewöhnlich» beschreibt. Beide ergingen sich, wie der Tagebuchschriftsteller sagt¹³, in «düsteren Prophezeiungen»*.

Am 5. Mai besuchte der Marschall Admiral Darlan in dessen Hauptquartier. Beeindruckt von der Emsigkeit und Ordnung, die diese Dienststelle von den drei Hauptquartieren des Heeres unterschied, sagte Pétain dem Admiral: «Hier scheint ja alles glatt zu verlaufen. Ich gratuliere Ihnen.» Und dann fügte er hinzu: «Wir müssen in enger Fühlung bleiben. Kann ich auf Sie rechnen¹⁷?» Reynaud berichtet, Pétain habe ihn am nächsten Tag, dem 6. Mai, aufgesucht, aber die Zeugenaussagen über das, worüber gesprochen wurde, sind widersprüchlich. Der Ministerpräsident behauptet, der Marschall habe ihn um die (von Daladier verweigerte) Erlaubnis ersucht, aus Spanien zurückzukehren, um an den Sitzungen des Kriegsausschusses, dem er auf Lebenszeit angehörte, teilnehmen zu können. «Das kann leicht arrangiert werden», habe Reynaud, Pétain zufolge, geantwortet. «Treten Sie als Botschafter in Spanien zurück, und wir werden glücklich sein, Sie wieder im Ausschuss zu sehen¹⁸.» Einer anderen Aussage entsprechend ging Reynaud sogar noch weiter: Er habe ihn aufgefordert, seinem Kabinett als Aussenminister beizutreten. Major Bonhomme, Pétains Adjutant, notierte in seinem Tagebuch, der Marschall habe den Ministerpräsidenten schon am ersten Tage seines Aufenthalts in Paris aufgesucht – also am 1. und nicht erst am 6. Mai –, und Reynaud habe ihn gebeten, in sein Kabinett einzutreten.

* Eine Aufzeichnung vom 30. März in Monzies veröffentlichtem Tagebuch, in der er angeblich eine Aussage Pétains von diesem Tage zitiert, sollte später Anlass schwerer Auseinandersetzungen werden und einen Teil der Anklage gegen den Marschall in seinem Nachkriegsprozess wegen Hochverrats bilden. Beim Abschied nämlich soll Pétain gesagt haben: «In der zweiten Maihälfte wird man mich brauchen „.“ Wie konnte der Marschall schon am 30. März wissen, dass ihn die Regierung in sechs Wochen benötigen würde? Hatte er in Madrid erfahren, dass die Deutschen Frankreich Mitte Mai angreifen würden, und hatte er das Geheimnis für sich behalten? Hatte er bereits angenommen, dass die französische Armee besiegt werden würde und dass «man» ihn dann zurückrufen werde, damit er das geschlagene Land rette? Reynaud legt in seiner Zeugenaussage im Pétain-Prozess wie auch in seinen Memoiren grosses Gewicht auf diese Bemerkung Monzies, um zu zeigen, dass der Marschall bereits im März plante, die Regierung zu übernehmen, sobald die Deutschen einen entscheidenden Schlag geführt hatten – einen Schlag, den er auf jeden Fall erwartete. Auch die meisten französischen Historiker greifen auf Monzies Notiz zurück, wenn sie diesen Standpunkt vertreten. Unterstützt wird dieselbe Ansicht noch durch die Aussage von Armand Gazel, dem Botschaftsrat bei der französischen Botschaft unter Pétain in Madrid, im Laval-Prozess. Gazel sagte unter Eid aus, der Marschall habe sich schon vor März Gedanken hinsichtlich einer Übernahme der Regierung in Paris gemacht. «Bei verschiedenen Gelegenheiten», so Gazel, «zeigte er mir kleine Listen mit den Namen von sechs oder sieben Ministern, aus denen er seine Regierung bilden wolle, falls er an die Macht gerufen werde. Ich erinnere mich noch an zwei der Namen auf dieser Liste: Laval und Lémery¹⁵.»

Monzies Tagebucheintragung über seine Unterredung mit Pétain scheint also mit anderen Hinweisen auf den wachsenden Ehrgeiz des Marschalls übereinzustimmen.

Aber dank des sorgfältigen Studiums aller Beweismittel und Zeugenaussagen durch Louis Noguères, den früheren Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, erscheint die Stichhaltigkeit der Tagebucheintragung Monzies widerlegt¹⁴. Anhand der Akten der französischen Botschaft in Madrid stellte Noguères fest, dass Pétain sich am 30. März in Madrid aufgehalten hatte und allein schon deshalb gar nicht mit Monzie zusammengetroffen sein konnte. Es konnte sein, dass Pétain am 3. Mai bei einem Zusammentreffen mit Monzie diesem erzählt hatte, er werde in der zweiten Maihälfte wieder gebraucht werden, da Reynaud ihn gerade gebeten hatte, seiner Regierung beizutreten. Bei Annahme dieses Vorschlags hätte er sicherlich einige Tage benötigt, um in Madrid seine diplomatischen Geschäfte abzuwickeln. Auf jeden Fall hatte er aber die fragliche Bemerkung nicht am 30. März gemacht. Die Konfusion im Pétain-Prozess nach dem Kriege war aber so gross, dass sowohl Verteidigung als auch die Anklage Monzies Eintragung als stichhaltig hinnahmen, und vergrössert wurde die Verwirrung noch, als man sie gar auf den Januar zurückdatierte. Die Anklage stellte fest, Pétain habe Monzie zu Beginn des Jahres gesagt, er wolle «an die Stelle des Regierungschefs treten».

Der Marschall nahm an, bat aber, auf ein paar Tage nach Madrid fahren zu dürfen, um gewisse dringende Angelegenheiten abzuwickeln.

Der Adjutant fügte noch ein paar Zeilen hinzu, wahrscheinlich, nachdem ihm Pétain über das Zusammentreffen berichtet hatte:

Lage ist ernst. Feindseligkeit zwischen P. Reynaud und Daladier besteht noch immer¹⁹.

Zum Teil unterstützt wird Bonhommes Version von Gamelin. Dieser berichtet, er habe Pétain am 6. Mai in dessen altem Büro am Boulevard des Invalides besucht; der Marschall habe erzählt, Reynaud wolle ihn in sein Kabinett aufnehmen, er jedoch habe abgelehnt. Gamelin scheint gefühlt zu haben, was der alte Haudegen stillschweigend im Sinne hatte: «Er schien sich für ein solides Kabinett aufsparen zu wollen²⁰.»

Der Mai war der schönste Monat, den ich in meinen fünfzehn Jahren in Westeuropa erlebt hatte. Es war aber auch die Zeit, um die seit tausend oder mehr Jahren sich die Armeen der rivalisierenden Völker zum Kampf rüsteten. Seit acht Monaten – während eines der kältesten und schneereichsten Winter seit Menschengedenken – hatten sich Millionen bewaffneter Männer zu beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze gegenüberstanden. Nun standen alle Zeichen auf Sturm. Aber auch schon im letzten Herbst hatte es Hinweise gegeben, dass die Deutschen einen Angriff planten. Alarmbereitschaft in Belgien und Frankreich herrschte eigentlich schon seit Anfang November 1939. Am 5. November hatte Oberst Hans Oster von der deutschen Abwehr, ein erbitterter Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus, die Militärattachés Belgiens und Hollands wissen lassen, dass Hitler den 12. November als Datum für den Beginn seiner Offensive im Westen durch Belgien und Luxemburg angesetzt habe²¹. Offensichtlich liess Brüssel sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen. Doch am Abend des 10. bemerkte der belgische Geheimdienst jenseits der Grenze umfangreiche Bewegungen motorisierter Verbände auf die Grenze zu, und der Generalstab, der törichterweise die meisten seiner Truppen an der französischen Grenze konzentriert hatte, setzte sie eiligst nach Osten in Marsch, um einem drohenden Angriff begegnen zu können. Die Franzosen wurden gleichfalls alarmiert; in den Nächten zwischen dem 11. und 13. November warfen sie die Heeresgruppe 1 an die Grenze, um für ein Einrücken auf belgisches Gebiet vorbereitet zu sein. Wie wir gesehen haben, hatte Hitler den Beginn seines Angriffs tatsächlich auf den 12. November festgesetzt, war aber wegen schlechten Wetters von seinem Plan abgekommen.

Kurz nach Jahresbeginn – am 10. Januar 1940 – gab es ernsteren Alarm. Zwei Dinge lösten ihn aus. In Berlin erteilte Hitler um 17 Uhr 30 den endgültigen Befehl zum Angriff im Westen, der am 17. Januar um 8 Uhr 16 beginnen sollte. Seit November war auch noch Holland auf die Liste der Opfer gesetzt worden, obgleich der Hauptstoss wie 1914 durch Belgien geführt werden sollte.

Und am selben Tag um 11 Uhr 30 machte ein kleines deutsches Kurierflugzeug in der Nähe des belgischen Dorfes Mechelen an der Maas eine Bruchlandung. Als drei belgische Soldaten auf Fahrrädern hinzukamen, um nachzusehen, was sich ereignet hatte, war einer der Insassen des Flugzeugs, ein Luftwaffenmajor, eifrig damit beschäftigt, einige Papiere zu verbrennen, die er aus einer Aktentasche nahm. Einer der Belgier trat die Flammen aus und nahm die Papiere an sich. Der Major und der Pilot, gleichfalls ein Luftwaffenmajor, wurden zu dem Militärposten des Dorfes geführt, wo sie sich auswiesen.

Der Pilot war ein Reserveoffizier, Major Erich Hoenmanns, der Passagier Major Hellmuth Reinberger, ein Offizier des Luftwaffenstabes. Sie sagten den Offizieren, die sie vernahmen, sie hätten in den tiefen Wolken den Kurs verloren und seien zur Landung gezwungen worden, als der Motor versagte. Der belgische Ortskommandant, Hauptmann A. Rodrique, hatte inzwischen Reinbergers Papiere auf dem Tisch ausgebreitet, doch als er den Rücken drehte, nutzte der Major seine Chance und warf sie eiligst in den Ofen, der das Zimmer heizte. Rodrique riss sie ebenso rasch wieder heraus, wobei er sich übel die Hand verbrannte, aber nicht bevor zahlreiche Blätter bis zur Unkenntlichkeit verkohlt waren.

Major Reinberger schien verständlicherweise ziemlich erleichtert. Denn die Papiere in seiner Aktentasche hatten Bruchstücke der streng geheimen deutschen Pläne für die Offensive enthalten, deren Beginn auf den 17. Januar angesetzt worden war, also genau in einer Woche, obwohl das Datum in den Papieren nicht ausdrücklich erwähnt wurde. Soweit die Schriftstücke sich auf Luftwaffenoperationen bezogen, wiesen sie auf die allgemeine Natur des geplanten deutschen Angriffes hin, der, wie ein Dokument es ausdrückte, westwärts rollen sollte «von der Nordsee bis zur Mosel». Zwei oder drei Blätter waren spezifischer Natur. Die deutsche sechste Armee sollte durch den Maastrichtzipfel vorgehen und die belgischen Streitkräfte westlich davon vernichten. Fallschirmjäger sollten hinter der Maas weiter südlich landen und die Brücken in dieser wichtigen Verteidigungslinie besetzen.

In Brüssel erwog der Generalstab zunächst, ob die ganze Affäre eine Finte sei, welche die Belgier und Franzosen zu Reaktionen veranlassen sollte, die eindeutig genug wären, um ihre Pläne für die Abwehr einer deutschen Offensive zu enthüllen. Aber die Natur der Dokumente selber, die Hast, mit der Major Reinberger versucht hatte, sie zu vernichten, die erneute militärische Aktivität jenseits der deutschen Grenze und die Tat-

* Viele davon waren von Rom während der Weihnachts- und Neujahrsferien eingetroffen. Am 26. Dezember hatte Ciano auf der Grundlage einer Depesche des italienischen Militärattachés in Berlin die Botschafter Hollands und Belgiens – auf Anregung des Duce, wie er sagte – vor einem nahe bevorstehenden deutschen Angriff auf ihre Länder gewarnt. Am 30. Dezember hatte Ciano der Prinzessin Marie-José, der Frau des italienischen Kronprinzen, eine ähnliche Warnung zukommen lassen und ihr geraten, ihren Bruder, König Leopold, zu informieren. Am 2. Januar 1940 notierte Ciano in seinem Tagebuch: «Ich informiere den belgischen Botschafter (Graf de Kerchove de Denterghem) über die Möglichkeit eines deutschen Angriffes auf die neutralen Länder.» Weitere Winke vom Vatikan und von Schweden bestätigten die Information für die Belgier“. Schon vor dem 10. Januar erfuhren die deutschen Generäle, dass das Datum der geplanten Offensive durchgesickert war. General von Bock, Oberkommandierender der Heeresgruppe B, die den Hauptangriff ausführen sollte, berichtete General Haider in Köln am 5., dass «der voraussichtliche Angriffstag» dem Feinde bekanntgeworden sei. «Irgendwo muss ein Loch sein, wo diese Dinge mit überraschender Schnelligkeit durchsickern.» Und am 7., nach seiner Rückkehr nach Berlin, notierte Haider in

sache, dass anderweitige Geheimberichte * gleichfalls vor einer deutschen Offensive um die Mitte des Januar gewarnt hatten, überzeugten die Belgier, dass sie tatsächlich im Besitz eines Teiles der deutschen Pläne für einen bevorstehenden Angriff waren. Am frühen Nachmittag des 11. Januar diskutierte General van Overstraeten, der Militärberater des Königs und der tatsächliche Führer der Armee unter Leopold, den Inhalt der Dokumente mit dem Souverän und mit General Denis, dem Kriegsminister. Sie waren sich einig darüber, General Gamelin sofort zu warnen.

Um 5 Uhr 15 nachmittags wurde Oberst Hautcœur, Gamelins Verbindungsoffizier zum König, in den Palast berufen, wo General van Overstraeten ihn über den Inhalt der beschlagnahmten deutschen Dokumente unterrichtete. Van Overstraeten sagte nicht, wie er zu den Papieren gekommen war. Er begnügte sich auch damit, dem französischen Offizier keine Kopien oder Fotografien der Urkunden, sondern nur ein zwei Seiten umfassendes, von ihm selbst geschriebenes Resümee ihres Inhaltes zu übergeben. Darüber hinaus betonte er, dass er nur General Gamelin – «und ihn allein» – als dem militärischen Führer der zwei Länder, welche die «Unverletzlichkeit» Belgiens garantiert hatten, hierüber unterrichtete. Die Belgier würden abzuwarten haben, «ob der deutsche Plan diese «Unverletzlichkeit» respektierte»²⁴. König Leopold war nach wie vor bestrebt, die Deutschen nicht zu provozieren. Aber er war besorgt, weil er wusste, dass sie auch ohne Provokation jeden Augenblick angreifen könnten.

Während der Nacht war General Gamelin von Oberst Hautcœur über die beschlagnahmten deutschen Papiere unterrichtet worden, und am Morgen des 12. Januar hielt er einen improvisierten Kriegsrat in seinem Hauptquartier in Vincennes ab. Mit ihm zusammen nahmen die Generäle Georges und Doumenc, Offiziere der Luftwaffe und Marine und Oberst Rivet, Chef des Militärischen Nachrichtendienstes, an der Sitzung teil. Rivet war skeptisch bezüglich der belgischen Information. Seine Dienststelle, sagte er, habe keine «unmittelbaren Vorbereitungen» für eine deutsche Offensive feststellen können. Gamelin erklärte, es wäre hilfreicher gewesen, «wenn die Belgier Hautcœur die Originale ihrer Dokumente oder Fotografien derselben gezeigt, und in jedem Falle, wenn sie uns vollständiger über deren Natur aufgeklärt hätten». Nichtsdestoweniger gab er den Befehl für die erste Alarmstufe an die Heeresgruppe 1 und an die dritte Armee am linken Flügel der Heeresgruppe 2 sowie an sämtliche Einheiten der allgemeinen Reserve²⁵.

Dieser Befehl erfasste die wichtigsten zum unmittelbaren Eingreifen vorgesehenen Streitkräfte der französischen Armee. Sie erhielten die Order, Stellung an der Nordgrenze zu beziehen, in Bereitschaft zum Einrücken innerhalb kürzester Frist in Belgien. Luftwaffeneinheiten im Süden wurden in Alarmbereitschaft gesetzt, um jederzeit nach Landeplätzen im Norden fliegen zu können.

seinem Tagebuch: «Termin auf Gegenseite bekannt.» Der Führer sei darüber unterrichtet. Am nächsten Tag machte der Generalstabschef eine seiner kryptischen Notizen im Tagebuch: «Telegramm Kerchove (Belgien). Italien.» Hans-Adolf Jacobsen, die deutsche Autorität in Bezug auf militärische Dokumente, deutet an, dass sich die Notiz auf ein dechiffriertes Telegramm vom belgischen Botschafter in Rom beziehe, der von der Offensive erfahren habe. Ohne Zweifel war dieses Telegramm ein Ergebnis der Warnung Cianos vom 2. Januar²⁶.

Am nächsten Tag kam wenig weitere Nachricht von Bedeutung aus Brüssel, und Gamelin verwandte diesen 13. Januar grösstenteils zur Inspizierung von Truppen in Verdun. Immerhin berichtete am Nachmittag General Laurent, der französische Militärattaché in Brüssel, der am 11. vorübergehend abwesend, in Paris, gewesen war, dass der belgische Alarm auf mehr Informationen als den aus dem Flugzeug stammenden deutschen Dokumenten beruhe. Wir wissen jetzt, worauf er sich dabei bezog. Spät am 13. Januar sandte der belgische Militärattaché in Berlin, Oberst Goethals, ein chiffriertes Telegramm nach Brüssel ab, in dem er mitteilte, er habe von einem «aufrichtigen Gewährsmann» erfahren, dass die Deutschen am folgenden Tag anzugreifen beabsichtigten. Nach General Oscar Michiels, der bald darauf Chef des belgischen Generalstabes wurde, wusste der belgische Nachrichtendienst, wer dieser Gewährsmann war. Und obgleich der General bei der Veröffentlichung seiner Memoiren nach dem Kriege es immer noch nicht für ratsam hielt, seinen Namen zu nennen, kann man das jetzt aufgrund anderer Quellen tun.

Es war Oberst J. Sas, der holländische Militärattaché, ein enger Freund von Oberst Oster von der deutschen Abwehr, durch den er, wie wir gesehen haben, bereits über den für den 16. November geplanten deutschen Angriff in Kenntnis gesetzt worden war. Oster gab ihm jetzt im Januar wieder einen Wink. In jedem Falle hatte Sas seinen belgischen Kollegen unterrichtet. General Michiels sagt, es sei Goethals' Telegramm vom Spätnachmittag des 13. gewesen, welches die aus dem notgelandeten deutschen Flugzeug stammenden Informationen bestätigt habe. Das belgische Oberkommando sei dadurch veranlasst worden, wenige Stunden später seine Streitkräfte zu alarmieren und ihnen mitzuteilen: «Der deutsche Angriff ist fast sicher für morgen früh in der Morgendämmerung» zu erwarten. Es wurde Befehl erteilt, während der Nacht die Sperren an der französischen Grenze zu beseitigen – eine Massnahme, welche den belgischen Armeeeoberbefehlshaber, General van den Bergen, seine Stellung kostete. Am selben Abend wurde dem belgischen Militärattaché in Paris die Weisung erteilt, General Gamelin darüber zu unterrichten, dass ein deutscher Angriff «beinahe gewiss» am folgenden Tage stattfinden würde²⁸.

Tatsächlich traf der belgische Attaché, General Delvoie, in General Gamelins Hauptquartier um 1 Uhr 30 morgens am 14. ein, um dem Generalissimus zu erzählen, «der Angriff ist fast sicher heute, Sonntag, den 14. Januar». Gamelin sagt, er habe geantwortet: «Stehen Sie im Begriff, sich dann an uns zu wenden?» Delvoie entgegnete, «darüber» habe er noch keine Befehle.

Um dieselbe frühe Stunde erreichte eine Depesche von dem französischen Botschafter in Brüssel den Quai d'Orsay, die besagte, dass ihn Henri Spaak, der belgische Aussenminister, mitten in der Nacht zu sich berufen habe.

Er ersuchte mich, Sie sofort zu unterrichten, dass nach allen in seiner Hand befindlichen Informationen die belgische Regierung einen deutschen Angriff heute in der Morgendämmerung für wahrscheinlich hält.

Falls die Deutschen tatsächlich angreifen sollten (sagte Spaak), würde er von Frankreich und Grossbritannien den Beistand erbitten, der «in der Erklärung von 1937 festgesetzt ist»²⁷. Fast im gleichen Mass wie der König und General van Overstraeten war Spaak, der sozialistische Aussenminister, dafür verantwortlich gewesen, Belgien direkt in die Sackgasse der Neutralität geführt zu haben. Nun verlangte er, wie der König und dessen Militärberater der Verzweiflung nahe, dass die Alliierten Belgien zur Hilfe kommen sollten – wenn die Deutschen angriffen.

Jahrelang hatte General Gamelin versucht, den Belgiern klarzumachen, dass es, falls sie bis zum Einmarsch der Deutschen warteten, für die Alliierten zu spät sein könne, Hilfe zu bringen. Vergeblich hatte er die Belgier um ernsthafte Generalstabsgespräche ersucht, so dass sie wenigstens Pläne aufstellen könnten, um der deutschen Drohung zu begegnen. Er hatte die Belgier auch gebeten, ihre Befestigungen zu verstärken, so dass sie den Deutschen genügend Widerstand leisten könnten, um sie aufzuhalten, während die alliierten Armeen zu ihrer Unterstützung anrückten. Am 1. September, dem Tag, an dem die Deutschen Polen angriffen, hatte er an Daladier über das belgische «Problem» geschrieben. Er hatte erklärt, er verstehe durchaus die Haltung der Regierung, dass Frankreich die belgische Neutralität achten müsse, hatte aber nichtsdestoweniger darauf hingewiesen:

*Wenn die Belgier erst in dem Augenblick nach uns rufen, wenn sie von den Deutschen angegriffen werden, besteht kein Zweifel, dass ihnen die Mittel fehlen, sich zu verteidigen, bis sie verstärkt worden sind. Und wir würden das Risiko einer Schlacht eingehen, bei der wir uns der Schwierigkeit ausgesetzt sähen, ihre im Rückzug befindlichen Armeen zu unterstützen. Das würde eine schwierige Aufgabe sein*²⁸.

Gamelin enthüllt, dass gegen Ende November 1939 die Belgier endlich dem zustimmten, was er einen «Ideenaustausch» nennt. Im Interesse der Geheimhaltung wurde er nicht durch die beiderseitigen Militärattachés, sondern durch Oberst Hautœur mit dem belgischen König geführt. Die Franzosen machten ihre «Anregungen» schriftlich, sagt er, und die Belgier antworteten mündlich – «aus Angst», fügt Gamelin hinzu, «dass ein Dokument den Deutschen in die Hände fallen könnte» *. Aber der Meinungs austausch ging nicht sehr weit. Ein Grund war – wie Gamelin bemerkt –, dass General van Overstraeten, der die belgische Militär- und Aussenpolitik weitgehend beherrschte, im Ruf stand, «uns nicht gerade zu lieben» – was sicherlich sehr vorsichtig und diplomatisch ausgedrückt war.

Was General Gamelin wirklich wünschte, war, wie er in seinem Brief an Daladier am 1. September 1939 klargemacht hatte, dass die Belgier die alliierten Armeen herbeirufen sollten, *bevor* die Deutschen sie angriffen, so dass er eine wirksame Verteidigungslinie im östlichen Belgien organisieren könnte. Das würde nicht nur die Deutschen in beträcht-

In seinen Memoiren (Bd. III, S. 179 ff.) hat Gamelin den Text einiger seiner «Anregungen» niedergelegt.

licher Entfernung von den Industriegebieten Nordfrankreichs halten, sondern würde auch, wenn man die Deutschen östlich von Brüssel aufhalten konnte, den Alliierten eine starke Position geben, von der aus sie schliesslich eine mächtige Offensive in Richtung auf das Ruhrgebiet in Gang setzen könnten, auf das der Feind für die Produktion seiner meisten Geschütze und Panzer angewiesen war.

Jetzt, Mitte Januar, dachte der französische Oberbefehlshaber, dass sich ihm endlich diese Gelegenheit biete. Der belgische König und seine Regierung hatten Paris in den frühen Morgenstunden unterrichtet, dass die Deutschen möglicherweise innerhalb einiger Stunden angreifen würden. Gegen Ende des Tages konnte die französische Armee an der Grenze konzentriert sein, bereit, dem belgischen Hilferuf Folge zu leisten.

Zehn Minuten vor vier Uhr nachmittags erhielt Gamelin einen Telefonanruf von Daladier. Aus London hatte Chamberlain gerade den französischen Ministerpräsidenten davon unterrichtet, dass Admiral Sir Roger Keyes, ein enger persönlicher Freund des belgischen Königs, sich im Palast in Brüssel befinde und dass Leopold ihm erklärt habe, er sei bereit, die alliierten Armeen ins Land zu rufen. Daladier wollte wissen, ob Gamelin in der Lage sei, dem Ruf Folge zu leisten.

Meine Reaktion kann sofort erfolgen (schrieb Gamelin später). Ich glaube nicht, dass die Deutschen wirklich bereit sind, anzugreifen. Es schneit, und die Luftwaffe kann wenig tun. Die Vorbedingungen sind nicht günstig für offensive Operationen unserer Feinde. Wir müssen jetzt die Gelegenheit ergreifen.

Gamelin bat um eine Viertelstunde Bedenkzeit, während welcher er sich mit General Georges, Admiral Darlan und General Vuillemin beriet. Dann rief er den Ministerpräsidenten wieder an.

Ich sagte dem Ministerpräsidenten, dass – um nicht eine Minute zu verlieren – unseren Truppen Befehl erteilt werden würde, ihre Konzentration an der Grenze heute Abend zu beenden. Morgen werden sie über die Grenze nach Belgien marschieren – sobald die Genehmigung dazu erteilt ist.

Dies sah endlich nach Handeln aus, und Gamelin sagt, der Ministerpräsident wäre «glücklich» über die Entscheidung gewesen. Ein paar Minuten später hatte Gamelin, was er «eine Enttäuschung, die mein Herz quälte», nannte. Um 4 Uhr 45 nachmittags rief ihn General Georges an, der die alliierten Armeen befehligen sollte; er schien beunruhigt zu sein.

Ich habe mir die Sache überlegt (sagte Georges nach Gamelins Zitat). Glauben Sie nicht, dass es besser wäre, den Belgiern zu raten, dass sie uns nicht zu Hilfe rufen? Wir sind noch nicht ganz vorbereitet. Würde es nicht besser sein, zu warten, bis unsere Luftwaffe stärker ist und unsere Streitkräfte völlig reorganisiert sind?

Gamelin berichtet²⁹, obgleich er sich gewöhnlich beherrschen könne, habe er diesmal die Ruhe verloren. Schliesslich habe er seinen widerstrebenden General zu überreden vermocht, dass der Vormarsch nach Belgien durchgeführt wurde*.

Alles schien nun bereit zu sein. «Für mich», sagt Gamelin, «war der Würfel gefallen, und das unter günstigen Bedingungen.» Während der Nacht schneite es weiter, und der Generalissimus hatte das Gefühl, er habe bei solchem Wetter nicht zu befürchten, dass die Deutschen seine Truppen beim Einmarsch in Belgien bombardieren würden. Aber als der Tag anbrach, erfuhr er, dass die Belgier noch nicht alle Grenzsperrren entfernt und noch nicht die Erlaubnis zum Einmarsch erteilt hatten.

Gamelin war ungeduldig. Um 8 Uhr 30 morgens schickte er dem Ministerpräsidenten einen Brief. Die französischen Truppen, schrieb er, hätten während der Nacht ihre Konzentration an der Grenze vollendet. «Nun kann jede verlorene Stunde ernste Folgen haben», warnte er. Er drängte Daladier, die belgische Regierung zu veranlassen, «dass sie ihren Verpflichtungen ins Gesicht sieht. Ich habe mich deswegen bereits», fügte er hinzu, «an ihr Oberkommando gewandt.» Um 11 Uhr vormittags traf er mit dem Ministerpräsidenten zusammen. Es wurde vereinbart, dass sie der belgischen Regierung eine Frist für ihre Antwort bis 8 Uhr abends geben wollten, obgleich sich Gamelin beschwerte, dass das «sehr spät» für seine Truppen sei.

Unmittelbar darauf berief Daladier den belgischen Botschafter zu sich und sagte ihm, die französische Armee wäre an der Grenze versammelt und warte auf die Aufforderung, nach Belgien einzurücken.

Sie müssen uns formell ja oder nein sagen (erklärte Daladier), ob wir in Belgien einrücken können. Wenn die Antwort nein ist, werden wir auf den Status quo ante zurückgehen. Und machen Sie es klar, dass wir im Falle einer auf uns zukommenden Gefahr unsere Haltung und Handlungsweise uns Vorbehalten. Wir werden bis 8 Uhr abends warten³⁰.

In Brüssel sass das Kabinett den ganzen Tag beisammen, ohne zu einer Entscheidung zu kommen. In Paris wurde man sich klar, dass die belgische Regierung und ihre Armee einem Schritt widerstrebten, der sicherlich einen deutschen Angriff provozieren und Belgien zu einem Hauptschlachtfeld machen würde. Den ganzen Tag lang warteten die Belgier, um zu sehen, ob sich die Deutschen rührten. Da es noch schneite, begannen sie zu glauben, dass der Angriff zumindest verschoben worden sei.

Um 19 Uhr 30 telefonierte General Billotte, der Oberkommandierende der Heeresgruppe I, dass die Belgier begonnen hätten, die Grenzsperrren wieder zu errichten. Eine halbe Stunde später telefonierte Daladier mit Gamelin. Die Belgier hatten sich geweigert, die französische Armee zu Hilfe zu rufen. Die Regierung erklärte, «sie könne

* General Georges wurde, trotz seines Zögerns, zwei Tage später, am 16. Januar, zum Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte an der «Nordostfront» ernannt. Bis dahin war er Stellvertretender Oberbefehlshaber unter Gamelin und «vorläufig» zur Führung der Westfront ausersehen gewesen. Dieser Wechsel klärte die Verwirrung im französischen Oberkommando nicht auf. Es besass nach wie vor drei Hauptquartiere, eins für Gamelin, das zweite für Georges und das dritte für General Doumenc.

nicht die Verantwortung dafür übernehmen, uns zu ermächtigen, dass wir präventiv in Belgien eindringen». Der Generalissimus empfand das als einen Rückschlag. «Wieder einmal», sagte er zu Daladier, «haben die Belgier ihre Chance verpasst³¹.» Laut Oberst Minart, einem Generalstabsoffizier in Gamelins Hauptquartier, wurde das französische Oberkommando «zwanglos» von belgischer Seite unterrichtet, «dass, wenn einer unserer Soldaten in Belgien einrückte, er als Feind betrachtet würde»³².

So stark – und töricht – war die belgische Reaktion, dass der Chef des Generalstabes, General van den Bergen, vom König abgesetzt wurde, weil er die Sperren an der französischen Grenze während der Nacht vom 13. auf den 14. Januar hatte entfernen lassen. Er wurde durch General Michiels ersetzt; tatsächlich erliess van Overstraeten, des Königs Gefolgsmann – manche würden ihn seinen bösen Geist nennen – um Mittag am 15. Januar, acht Stunden, bevor die belgische Regierung der französischen antwortete, einen Befehl, demzufolge alle Sperren längs der französischen Grenze sofort wieder aufzurichten seien. Die Kommandeure der einzelnen Truppenteile wurden daran erinnert, dass der Befehl, «mit Gewalt jede ausländische Einheit, gleichgültig welcher Nationalität, die belgisches Gebiet besetzte, zurückzutreiben, noch gelte»³³.

Die Belgier, wie andere kleine Neutrale in Europa, beispielsweise die Norweger und Dänen, blieben hartnäckig blind in der Frage, wer ihr wirklicher Feind sei – bis es zu spät war. Hierfür tragen König Leopold und General van Overstraeten die schwere Verantwortung, obgleich nicht gesagt werden kann, dass die Regierung, besonders Aussenminister Spaak, viel weitsichtiger gewesen wäre*. Wenigstens hatten die belgischen Dienststellen aber eines aus dem Januaralarm gelernt. Die französische Truppenkonzentration an der Grenze und die Bereitschaft der Alliierten, in Belgien einzumarschieren, hatten ihnen gezeigt, dass sie, selbst wenn sie sich weiterhin weigerten, mit Gamelin für eine gemeinsame Verteidigung zusammenzuarbeiten, auf Hilfe rechnen konnten, wenn jemals die Deutschen angreifen sollten. Was die Belgier allerdings nicht sehen wollten, war die nackte Tatsache, dass dann keine Zeit mehr für Hilfe bleiben würde.

Die Nachricht, dass ein deutsches Flugzeug in Belgien notgelandet sei, dass es geheime militärische Pläne an Bord gehabt habe und dass nicht bekannt war, ob es der Besatzung gelungen sei, diese zu vernichten, erreichte Berlin spät am Abend des 10. Januar. Sie verursachte Bestürzung im OKW und rief bei Hitler einen seiner üblichen Wutanfälle

* Am Abend des 16. Januar berief Spaak den deutschen Botschafter, Vico von Bülow-Schwante, zu sich, um ihm zu erläutern, warum Belgien Vorsichtsmassnahmen ergriffen habe. Die aus dem deutschen Flugzeug stammenden Dokumente, sagte er, «enthielten klare Beweise für die Absicht anzugreifen». Jedoch gab sich Spaak äusserst verständnisvoll. «Er konnte mir versichern, feierlich und in vollem Ernst», berichtete der Botschafter nach Berlin, «dass die belgische Regierung niemals die Torheit begehen werde, die Alliierten ins Land zu rufen.» Es scheint Spaak, oder seiner Regierung und seinem König, niemals aufgegangen zu sein, dass es die grösste aller Torheiten war, darauf zu setzen, dass die Deutschen Frankreich nicht durch Belgien hindurch angreifen würden, wie sie es 1914 getan hatten, und dass sie es jetzt, wie die aus dem Flugzeug erbeuteten Papiere zeigten, wiederum tun würden.

Der Botschafter beschloss seine Depesche wie folgt:

Zu den Erklärungen des Aussenministers darf ich ergänzend bemerken, dass mir gestern ein dem König sehr nahestehender Vertreter des Hofes mit Nachdruck erklärte, der König, der selbst deutscher Abstammung sei und dessen Sympathien für Deutschland bekannt seien, werde niemals dulden, dass die belgische Regierung von der klaren Neutralitätspolitik abweiche

Diese Depesche muss beruhigend für Hitler und seine Generäle gewesen sein, die seit dem vorigen Oktober geplant hatten, die belgische Armee auf dem Wege nach Frankreich zu zerschmettern, und die Mitte Januar im Begriff waren, ihren Plan auszuführen.

hervor. Das erste, was er tat, war, dass er am nächsten Morgen den Kommandeur der Luftflotte 2, General Helmuth Felmy, und dessen Stabschef, Oberst Josef Kammhuber, absetzte. Sie erhielten den Laufpass, ohne angehört zu werden und obgleich sie unschuldig waren. Jeder Luftwaffenoffizier wusste, dass es streng verboten war, militärische Dokumente bei Flügen mitzuführen*.

Hitler konferierte mit Jodl und Göring darüber, ob der für den 17. Januar angesetzte Angriff verschoben werden solle. Es wurde schliesslich entschieden, dass es, wenn die deutschen Pläne in belgische Hände gefallen sein sollten, besser wäre, anzugreifen, bevor die Belgier und Franzosen die Zeit hätten zu reagieren. Um 6 Uhr 45 nachmittags am 11. erliess Hitler den Befehl, dass die Offensive wie geplant beginnen solle, «15 Minuten vor Sonnenaufgang» am 17. Januar. Inzwischen wurden dringende Telegramme nach Brüssel und Den Haag abgesandt, die General Ralph Wenninger, den Luftattaché für Holland und Belgien, der sich in der holländischen Hauptstadt aufhielt, und Oberst Rabe von Pappenheim, den Militärattaché in Brüssel, beauftragten, die deutschen Flieger sofort zu befragen, ob sie alle ihre Papiere vernichtet hätten.

Um den 12. Januar war die Spannung im OKW erheblich gestiegen. Jodl sah Hitler an jenem Morgen und gab zu, «wenn die ganzen Akten im Besitz des Feindes sind, ist die Lage ungeheuerlich». Nervös wartete man auf den Bericht der militärischen Attachés in Brüssel über ihre Vernehmung der notgelandeten Flieger, die für 10 Uhr vormittags angesetzt war. Das belgische Oberkommando wartete kaum weniger nervös auf das Ergebnis der Vernehmung. Es war noch nicht ganz überzeugt davon, dass die Dokumente, die ihm in die Hände gefallen waren, stimmten – denn in einem solchen Falle war die Bedrohung durch Deutschland ja wirklich ernst – oder ob es sich um eine Finte handelte. Belgische Militärelektriker installierten schleunigst versteckte Mikrofone in dem Zimmer, wo die Deutschen Zusammentreffen würden. Auf diese Weise hörten die Belgier die erste, dringliche Frage General Wenningers an die beiden Majore: «Wurden die Dokumente vernichtet?» Und sie hörten die Antwort, die nicht ganz stimmte, sie seien vernichtet worden**. Dies schien den Belgiern die Bestätigung dafür zu sein, dass die Papiere keine Finte gewesen waren.

General Wenninger eilte nach der deutschen Botschaft zurück und sandte ein dringendes Telegramm nach Berlin ab: «Reinberger berichtet, Kuriergepäck verbrannt bis auf unwesentlichen Rest³⁶.» Er fügte später hinzu: «bis auf einige handteller-grosse Reste.» Am nächsten Morgen war General Wenninger in Berlin und berichtete Göring, dass die Tasche mit den Dokumenten mit Sicherheit verbrannt worden sei. Jodl verzeichnete das erleichtert in seinem Tagebuch. Aber um 1 Uhr 10 nachmittags am selben Tage, dem 13. Januar, machte er eine bedeutsamere Eintragung: «Befehl an Grl. Haider

* Major Reinberger hatte beabsichtigt, sie mit der Eisenbahn von Münster nach Köln zu befördern. Als er aber Major Hoenmanns bei ein paar Glas Bier am Abend des 9. Januar im Offizierskasino des Flugplatzes bei Münster traf, liess er sich überreden, sich am nächsten Morgen von diesem nach Köln fliegen zu lassen. Hoenmanns hatte erklärt, er habe noch einige Flugstunden zu absolvieren und habe einen Flug nach Köln geplant, um dieses Soll zu erfüllen und auch um etwas schmutzige Wäsche zu seiner dort lebenden Frau zu bringen.

** Der deutsche Botschafter berichtete nach Berlin: Es sei als selbstverständlich vorausgesetzt worden, dass die Besprechung mit Abhörgeräten aufgenommen wurde. Infolgedessen konnten die Einzelheiten nicht diskutiert werden“.

(fernmndl.): Alle Bewegungen anhalten.» Der Beginn der Offensive war «um zwei bis drei Tage» verschoben worden⁸⁷.

Am selben Abend kamen Berichte aus Belgien und Holland, die im deutschen Oberkommando als alarmierend bezeichnet wurden. Die Belgier und die Holländer ordneten eine Teilmobilmachung an. Sie konnten nicht länger durch einen Überraschungsangriff überwältigt werden. Traurig schob das OKW dies «beträchtlichen Truppenverschiebungen» bei der sechsten Armee zu, welche die Spitze bei dem Angriff durch Maastricht bilden sollte und deren Bewegungen von den Holländern und Belgiern beobachtet worden waren. Das OKW kam auch zu dem Schluss, dass die Alarmierung der beiden neutralen Nationen auf die «Notlandung unserer Flieger» und auf weitere Nachrichten, die «auf einen deutschen Angriff hindeuteten», zurückzuführen sei³⁸.

Am 15. Januar, als das neue Datum für den Angriff festgesetzt werden sollte, waren die Wetterberichte schlecht. Es war mehr Schnee vorausgesagt worden. Jodl vertrat den Standpunkt, dass die Offensive bis zum Frühjahr verschoben werden müsse, wenn man nicht mindestens acht Tage gutes Wetter habe. Am folgenden Tag stimmte Hitler, der zunächst geschwankt hatte, dem zu, und am 16. um 7 Uhr abends befahl er, den Angriff auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Aus den deutschen Akten geht klar hervor, dass zwar das schlechte Wetter dabei eine Rolle spielte, ebenso wie der Widerstand der Generäle gegen den Beginn einer Offensive mitten im Winter; die ausschlaggebende Begründung für die Verschiebung aber war Hitlers Einsicht, dass er nicht mehr den Vorteil der Überraschung für sich haben würde. Er sagte zu Jodl, er beabsichtige, die ganze Operation «auf neuer Grundlage, insbesondere der Geheimhaltung und der Überraschung aufzubauen»³⁹.

Die «neue Grundlage», die unter strengster Geheimhaltung während der nächsten beiden Monate ausgearbeitet wurde, war so verschieden von der jetzt von Hitler aufgegebenen, dass die deutschen Generäle die Zuversicht gewannen, sie werde die Alliierten vollständig überraschen. Der deutsche Angriffsplan für den 17. Januar war genau das, womit das französische Oberkommando gerechnet hatte, als es seine Armeen drei Tage zuvor an der belgischen Grenze hatte aufmarschieren lassen. Es war nur eine Überarbeitung des alten Schlieffenplanes gewesen, der beinahe im Jahre 1914 zum Erfolg geführt hätte. Dieser Angriffsplan sah den deutschen Hauptstoss nördlich des Ardenner Waldes vor, wo sieben von den verfügbaren neun Panzerdivisionen die Spitze beim Angriff der Heeresgruppe B mit ihren vier motorisierten und dreissig Infanteriedivisionen bilden sollten. Gamelin plante in jenem Januar, diesem Stoss mit dem Kopf voran östlich von Brüssel zu begegnen, längs einer Linie Antwerpen-Dyle-Maas mit einer Streitmacht, die der deutschen gleich, wenn nicht überlegen sein würde, mit Ausnahme der Panzer. Sie bestand aus der Heeresgruppe I, welche die erste, zweite, siebente und die neunte französische Armee und das britische Expeditionskorps in Stärke von fünf Divisionen umfassen sollte und die mit den fünfzehn Divisionen der belgischen Armee eng zusammenwirken würde.

Unglücklicherweise für die Alliierten blieben ihre Pläne für Januar, über die man sich

im vorhergehenden November geeinigt hatte, eingefroren. Es fiel Gamelin und seinen Generälen niemals ein, dass die Deutschen, denen sie nicht viel Wendigkeit oder Phantasie zu trauten, die Strategie, die im Januar teilweise enthüllt worden war, drastisch ändern könnten.

Alliierte Gegenmassnahmen

Von jeher, seit der Römerzeit, verlief die Marschroute der Germanen nach Nordfrankreich durch Belgien. «Geographische Logik», darauf weist Gamelin hin, «nötigte das römische Gallien, seinen *limes* längs des Rheines mit der Front nach Germanien zu richten⁴⁰.» Die Geographie diktierte den Ablauf der Geschichte hier für die nächsten zwei Jahrtausende. Die hohen und rauhen Bergketten der Pyrenäen, des Jura und der Alpen schützten Frankreich im Südwesten und Südosten. Aber westlich des Rheines gab es keine natürlichen Schranken. War der Eindringling einmal über den breiten, schnell fliessenden Strom hinüber, dann konnte er nach Südwesten durch die Ebene des nördlichen Belgiens zwischen dem Ardenner Wald im Süden und den Ufern der unteren Maas im Norden vorrücken – von der Linie Lüttich-Namur bis nach Holland.

Paul Reynaud erinnerte oft an die historischen Invasionswege in sein Land und schrieb tatsächlich in seinen Memoiren eine interessante Abhandlung über dieses Thema. Es war Belgien, stellte er fest, durch das die Franken in Gallien eindringen und durch das später das Heer des Kaisers Otto iv. und seiner Verbündeten kam, «das Heer, welches Philipp Augustus am 27. Juli 1214 bei Bouvines in Stücke schlug». Die französische Geschichte ist voll von solchen Daten und Schlachten; die spanische Armee, die im Jahre 1636 aus den spanischen Besitzungen in den Niederlanden das nördliche Frankreich überflutete und «in Paris solchen Aufruhr verursachte, dass die Bevölkerung auf den Strassen Richelieu auspiff, während die Bürger der Stadt voller Panik nach Chartres und Orleans flohen». Jahrhundert nach Jahrhundert folgten die Invasionen einander, bis es kaum eine Stadt oder ein Dorf in Belgien und Nordfrankreich ohne ein Denkmal gab, das auf den Platz einer entscheidenden Schlacht hinwies. Der gewaltige Conde wies die Spanier nochmals bei Rocroi zurück, und Ludwig xiv. die Armeen Marlboroughs und des Prinzen Eugen vor Paris zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Von Belgien fetten die englische und die preussische Armee auf Waterloo zu, um Paris einzunehmen. Und in der Erinnerung der meisten Franzosen war noch der grosse Vormarsch Generals von Kluck durch Belgien im Jahr 1914 lebendig, der fast die französische Hauptstadt im September erreichte und erst an der Marne, wenige Meilen nordöstlich, zurückgewiesen wurde.

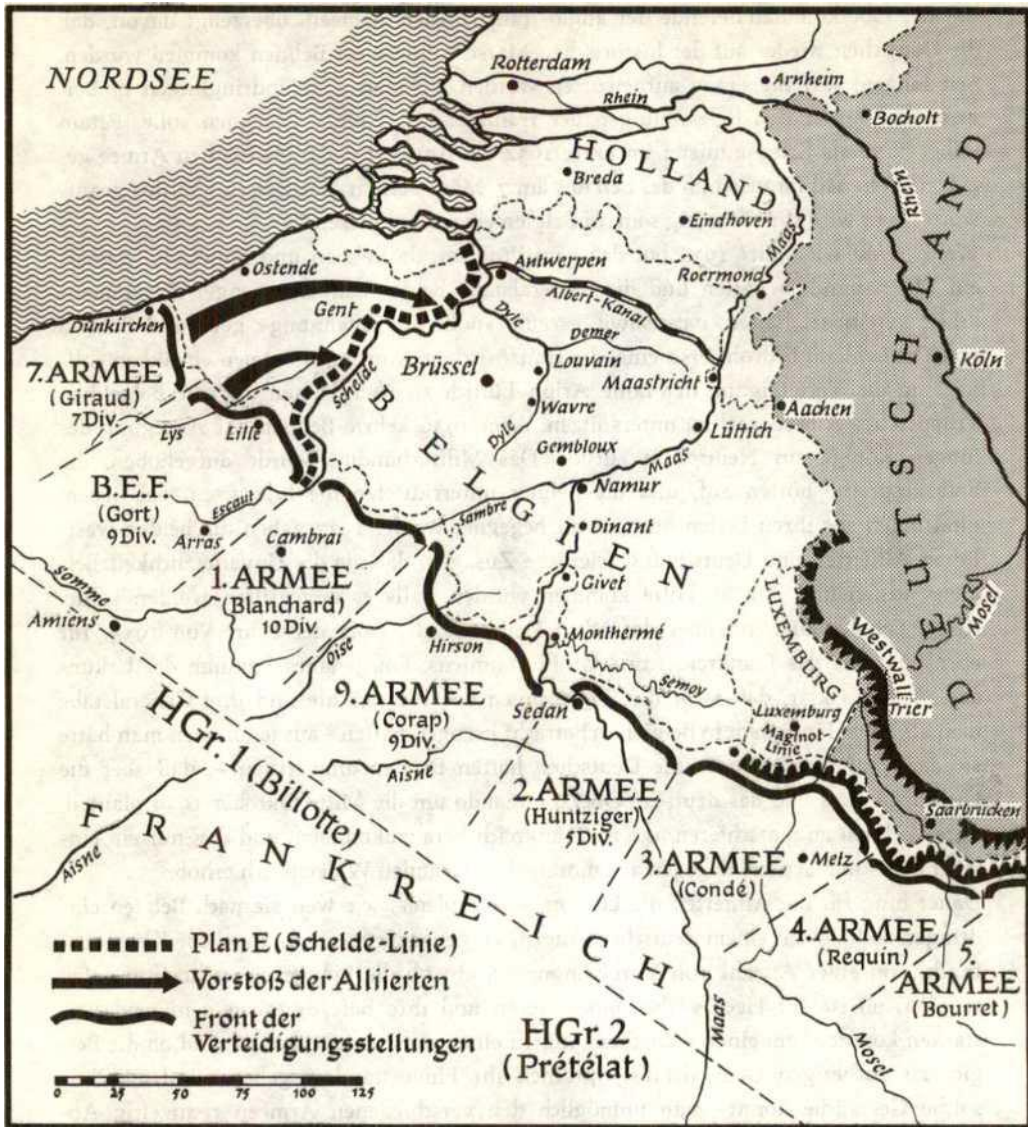
Nicht nur waren, wie Reynaud zeigt, die Ebenen Belgiens am leichtesten für eine eindringende Armee zu durchqueren, sie boten auch den kürzesten Weg. Sedan an der belgischen Grenze ist halb so weit von Paris wie Strassburg an der deutschen Grenze am Rhein⁴¹. Jetzt, in den Frühjahrstagen 1940, waren Ministerpräsident Reynaud und Game-

lin, der Oberkommandierende der anglo-französischen Armeen, überzeugt davon, dass die Deutschen wieder auf der historischen Marschroute durch Belgien kommen würden. Seit langem war die Frage aufgeworfen worden, ob man den Eindringlingen in Belgien oder hinter den Befestigungen der französischen Grenze begegnen solle. Pétain selber hatte als Kriegsminister im Jahre 1934 die Antwort der französischen Armee gegeben. Vom Militärausschuss des Senates am 7. März befragt, hatte er rückhaltlos geantwortet: «Es wird für uns nötig sein, in Belgien einzumarschieren *.»

Wann? Und wie weit? 1934 bot das kein Problem, da Belgien und Frankreich damals ein Militärbündnis hatten und die Generalstäbe beider Länder in enger Zusammenarbeit vereinbart hatten, dass, sowie es eine «politische Spannung» gebe und Belgien von Deutschland bedroht erscheine, die französischen Armeen in Belgien einrücken sollten, um die Verteidigung der Linie Arlon-Lüttich zu übernehmen und die belgischen Truppen am Albertkanal zu unterstützen. Aber 1936 kehrte Belgien auf Anregung des jungen Königs zur Neutralität zurück. Das Militärbündnis wurde aufgehoben, die Stabsgespräche hörten auf, und die Belgier unterrichteten die Franzosen, dass jedem Eindringen auf ihren Boden mit Gewalt begegnet werde. 1937 gaben die beiden westlichen Alliierten und Deutschland feierliche Zusagen, dass sie die Unverletzlichkeit Belgiens achten und ihm zu Hilfe kommen würden, falls es angegriffen werden sollte. König Leopold hielt offenbar das Wort Deutschlands, trotz der Lehre von 1914, für ebensogut wie das Frankreichs und Grossbritanniens. Ein genaues Studium der Urkunden macht es klar, dass zwar die Regierungen der Westmächte und ihre Generalstäbe niemals einen Einmarsch in Belgien in Betracht gezogen hatten – ausgenommen man hätte sie dazu aufgefordert oder die Deutschen hätten Belgien angegriffen –, dass aber die Hitlerregierung und das deutsche Oberkommando um die Mitte Oktober 1939 planten, durch Belgien zu marschieren, um an Frankreich heranzukommen, und dass nur ein einziger deutscher General dagegen aus moralischen Gründen Widerspruch erhob.

Daher hing für die Alliierten die Lösung des Problems, wie weit sie nach Belgien eindringen sollten, um einem deutschen Angriff entgegenzutreten, als 1939 der Krieg ausbrach, von einer Anzahl von Vorbedingungen ab: ob die Belgier sie rechtzeitig rufen würden, ob sie ihr Heer vorher mobilisieren und ihre Befestigungen genügend verstärken konnten, um einen deutschen Angriff eine Zeitlang aufzuhalten, und ob die Belgier zu vorherigen Generalstabsgesprächen ihr Einverständnis geben würden. Ohne solche Gespräche konnte man unmöglich den verschiedenen Armeen rechtzeitig Abschnitte zuteilen, ihre Nachschub- und Verbindungslinien vorbereiten und Munitionsdepots dort errichten, wo man sie wahrscheinlich brauchen würde. Aber diese Notwendigkeit wurde in Brüssel nicht anerkannt, weil man dort befürchtete, dass Generalstabsgespräche und vorherige Vorbereitungen von den Deutschen als Entschuldigung für den Beginn eines Angriffes benutzt werden könnten.

* Es war in dieser Sitzung, dass Pétain eine Erklärung über die Ardennen abgab, die ihn später ärgern sollte. «Die Wälder der Ardennen», sagte er, «sind undurchdringlich, wenn man dort besondere Vorkehrungen trifft. . . Der Feind kann sich dort nicht festsetzen. Wenn er es tut, können wir ihn erledigen, wenn er aus den Wäldern auftaucht. Daher ist dieser Abschnitt nicht gefährlich.» Gamelin war derselben Meinung, bis es zu spät war.



PLAN «E» DER ALLIIERTEN FÜR DEN KAMPF IM WESTEN
Herbst 1939



PLAN «D» DER ALLIIERTEN FÜR DEN KAMPF IM WESTEN

Herbst 1939

Meinungsverschiedenheiten innerhalb des französischen Oberkommandos und zwischen den französischen und britischen Generalstäben gab es besonders darüber, wie weit man in Belgien einmarschieren sollte. Am Vorabend des Krieges schien man jedoch ein allgemeines Einverständnis erreicht zu haben. Auf einer Sitzung in London Anfang Mai 1939 kam man zu dem Schluss, dass im Kriegsfall die anglo-französischen Armeen mindestens bis zur Schelde in Westbelgien, und, wenn die Belgier rechtzeitig um Hilfe baten, bis zum Albertkanal nahe der deutschen Grenze vorrücken sollten. Tatsächlich wählte man schliesslich eine Mittellösung: Man wollte den Deutschen auf der Linie Antwerpen-Brüssel-Namur begegnen, vorausgesetzt, dass man diese Linie rechtzeitig genug erreichen würde, um eine ordentliche Verteidigung organisieren zu können. Auf dieser Sitzung ergriffen die Briten – nach dem Protokoll eines französischen Offiziers – die Initiative und befürworteten nachdrücklich den Einmarsch in Belgien⁴².

Als der Krieg dann begann, überlegten sie es sich aber doch anders. Anfang September 1939, während die mächtige französische Armee ihre Scheinoffensive an der Saar durchführte, angeblich um den deutschen Druck auf Polen zu mildern, rieten die Chefs der britischen Stäbe ihrer Regierung, dass es, wenn die Belgier die Alliierten nicht schon vor dem deutschen Angriff ihre Grenzen überschreiten liessen, «ungesund» sein würde, nach Belgien einzumarschieren. Sie waren «der festen Meinung, dass man dem deutschen Angriff in vorbereiteten Stellungen an der französischen Grenze entgegentreten solle»⁴³.

Aber General Gamelin konnte das nicht annehmen. Ende September 1939 gewann er die Briten für den Plan, in Belgien bis zur Schelde vorzumarschieren – vorausgesetzt, die Belgier wären einverstanden. Am 30. September erliess er eine «persönliche und geheime Weisung», die ein Vorrücken bis zur Schelde für die französischen und britischen Armeen vorsah, und, «wenn die Umstände es gestatteten», 100 Kilometer weiter östlich bis zur Antwerpen-Dyle-Maas-Linie vorzustossen. Der Vorstoss bis zur Schelde war bekannt als *Plan E* (nach dem französischen Namen für die Schelde: *Escaut*). Ein weiteres Vorgehen hiess Plan D (nach dem Dyle-Fluss, der einen Teil dieser Linie bilden würde). Der Generalissimus betonte, dass man die zweite Stellung nur dann besetzen würde, «wenn die Belgier rechtzeitig um Intervention bäten».

Der Wendepunkt bei der Festlegung der alliierten Strategie kam Mitte November 1939, als eine deutsche Offensive im Westen bevorzuziehen schien und tatsächlich, wie wir gesehen haben, nach Hitlers Plan hätte beginnen sollen. Am 5. November instruierte Gamelin General Georges, dass – da auch Holland bedroht schien – die nach der Schelde vorrückenden Alliierten auch die Mündung des Flusses nordwestlich von Antwerpen decken und die holländischen Inseln Walcheren und Bevelands besetzen müssten. «Wenn die Lage es erlaubt», hiess es weiter in der Instruktion, würden die Alliierten von der Schelde weiter ostwärts vorstossen, um Anschluss an die belgischen Streitkräfte auf der Linie Antwerpen-Löwen-Wavre-Namur zu finden. Die Briten erhoben nochmals Widerspruch dagegen, so weit nach Belgien einzumarschieren, und in einer Reihe von Konferenzen, die am 9. November begannen, versuchte Gamelin, sie von der Richtigkeit

seines Planes zu überzeugen. Schliesslich unterrichtete er sie am 13. davon, dass das französische Oberkommando an diesem Plan festhalte⁴⁴.

Am folgenden Tag, am 14., traf er mit seinen wichtigsten französischen Befehlshabern in La Ferté-sous-Jouarre zusammen, um sich ihrer Zustimmung zu versichern. General Georges, der bei der Operation den Oberbefehl führen sollte, hatte Zweifel über die Richtigkeit eines Vorstosses auf die vorgeschobene Linie.

Wir können nicht von der Schelde bis zur Antwerpen-Namur-Stellung vorrücken (war seine Ansicht), wenn nicht die Führung das Gefühl hat... dass sie die Stellung vor dem Feind erreichen und sie ausbauen kann, bevor der Feind in der Lage ist, sie mit voller Kraft anzugreifen⁴⁵.*

Am folgenden Tag, am 15. November, erliess General Gamelin trotzdem seine «Persönliche und geheime Anweisung Nr. 8», die festlegte, dass wegen der «Entwicklung der militärischen Lage in Belgien, die ihren Ausdruck findet in neuen Verteidigungsmassnahmen gegen Deutschland», die alliierten Truppen nicht an der Schelde haltmachen, sondern so schnell wie möglich auf die Linie Antwerpen-Namur vorstossen und sich dort mit Einsatz aller Mittel kampfbereit machen sollten. Obgleich der Generalissimus, vielleicht mit einem Auge auf eine spätere Geschichtschreibung, mehrere Einschränkungen einfügte – «dass es zu hoffen sei, es würde Zeit haben, um die Vorwärtsbewegung auszuführen... wenn die Belgier um ein Eingreifen bäten... und wenn die Lage es gestattete», überraschte sein Befehl vom 15. November nichtsdestoweniger einige seiner Generäle, die meinten, der gewöhnlich so vorsichtige Oberbefehlshaber beginne, etwas leichtsinnig zu werden – und dass das vielleicht dem Wunsche entspreche, den Vorwurf zu entkräften, es mangle ihm an Angriffsgeist⁴⁶. Manche dieser Offiziere hatten das Gefühl, dieser Vorstoss so weit nach Belgien hinein den Deutschen entgegen überschreite die Möglichkeiten der Alliierten, die dem Feind an Panzern, Transportmitteln, Reserven und Flugzeugen unterlegen waren. Sie dachten wohl auch, dass man sich dabei der Gefahr aussetze, irgendwo anders mit unzureichenden Kräften überrascht zu werden, wenn der deutsche Hauptstoss an einem ganz anderen Teil der Front geführt werden sollte.

Diese Erwägungen lasteten schwer auf General Georges. Er beobachtete Gamelins wachsende Kühnheit, wenigstens bei der strategischen Planung, mit zunehmenden Bedenken. Am 23. November, bei einem Zusammentreffen der Armeeführer der Heeresgruppe I in Arras – Georges sagt, er sei nicht eingeladen worden⁴⁷ – drängte Gamelin darauf, eine «Studie» anfertigen zu lassen, die sich mit dem Problem beschäftigte, ob man noch weiter in Belgien bis zum Albertkanal vorstossen wolle und auch ob man die siebente Armee, die bisher die stärkste und mobilste Reserve gewesen war, die er hatte, von Antwerpen nach Holland bis nach Breda vorrücken lassen solle, um so ein Binde-

Die Unterstreichung stammt von General Georges.

glied zwischen der holländischen und der belgischen Verteidigung zu schmieden. General Henri Giraud, der Oberkommandierende der siebenten Armee, und General Billotte, der die Heeresgruppe führte, erhoben ernsthafte Einwendungen. Sie wiesen darauf hin, dass die Belgier Generalstabsgespräche mit den Holländern abgelehnt hätten, ebenso wie mit den Alliierten, so dass eine gemeinsame Verteidigung nördlich von Antwerpen nicht geplant werden könne, und dass überdies angesichts der Schwäche der holländischen Verteidigungsvorkehrungen die Deutschen früher nach Breda gelangen würden als die Franzosen. Billotte wies auch den Vorschlag zurück, von der Dyle bis zum Albertkanal vorzugehen, es sei denn, die Belgier könnten lange genug dort aushalten; so lange, bis die Alliierten mit voller Stärke bei ihnen angelangt sein könnten, was unwahrscheinlich sei.

Am 5. Dezember sandte General Georges die «Studien» der beiden Generäle an Gamelin mit ein paar Worten von sich, welche den Kern des Problems berührten und auf eine Gefahr hinwiesen, die sich, als die grosse Schlacht schliesslich begann, ganz realistisch darstellte.

Das Problem wird beherrscht von der Frage der verfügbaren Mittel. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass unsere defensiven Manöver in Belgien und Holland mit dem Gedanken durchgeführt werden, dass wir uns nicht zur Festlegung der Mehrheit unserer verfügbaren Streitkräfte auf diesen Schauplatz ziehen lassen, angesichts eines deutschen Vorgehens, das nur ein Ablenkungsmanöver sein könnte. Wenn beispielsweise der feindliche Hauptangriff in unserem Zentrum (Unterstreichung des Verfassers) an unserer Front zwischen Maas und Mosel käme, würden wir der notwendigen Mittel, um ihn zurückzutreiben, beraubt sein⁴⁸.

Diese Warnung muss man im Gedächtnis behalten, wenn wir zum Ablauf der Schlacht kommen, denn Gamelins Missachtung derselben sollte schicksalsschwere Folgen haben*.

Am 17. November billigte der Oberste Alliierte Kriegsrat in einer Sitzung in Paris Gamelins «Plan D», der den Vorstoss der französisch-britischen Armeen bis zur Dyle-Maas-Linie vorsah. Chamberlain und Daladier waren einverstanden, dass «in Anbetracht der Notwendigkeit, die deutschen Streitkräfte so weit östlich wie möglich zu halten, es wesentlich ist, alle Bemühungen zu unternehmen, im Falle eines deutschen Einfalls die Linie Maas-Antwerpen zu halten». Der Plan D, so sagt Oberst Lyet, war die «Bibel» des alliierten Eingreifens in Belgien geworden. Er bot manche Vorteile. Für die Briten

* Tatsächlich scheint Gamelin zu Beginn des Krieges gehäut zu haben, wo der deutsche Hauptschlag erfolgen würde. Major L. F. Ellis enthüllt in der amtlichen britischen Geschichte des Krieges in Frankreich 1939-1940, dass General Gamelin Anfang Oktober 1939 Ironside, dem Chef des britischen Generalstabs, gesagt habe, er erwarte die Hauptoffensive der Deutschen im Gebiet der Ardennen, «südlich der Maas . . . gegen die ganze Länge der belgischen Grenze bis Namur, dann über die Maas und südlich der Sambre nach Charleroi». Gamelin erwähnt diese Unterredung zwar in den drei Bänden seiner Memoiren nicht, aber aus seinen Papieren geht klar hervor, dass er – was er auch im Oktober über den Schwerpunkt des deutschen Vorstosses gedacht haben mag – im November und später nicht mehr geglaubt hat, er werde im Zentrum erfolgen⁴¹.

versprach er, Luftstützpunkte in beträchtlicher Entfernung von der Heimat zu halten und, was noch wichtiger war, die Deutschen an der Bedrohung der Kanalhäfen gegenüber der britischen Küste zu hindern. Für die Franzosen war es wichtig, dass durch ihn die Deutschen von ihrem nördlichen Industrie- und Bergwerksrevier ferngehalten wurden, das sie im ersten Weltkrieg in wenigen Wochen an den Feind verloren hatten. Für Gamelin, der den Deutschen mässig an Infanterie und Panzern unterlegen war, verkürzte sich durch ihn die Front um fast 60 Kilometer und bot somit ein Mittel, den Anschlag des Feindes abzubremesen oder vielleicht anzuhalten, bevor er richtig in Gang kam. Ausserdem vermehrte er seine Gesamtstärke um die 20 Divisionen der belgischen Armee. Der Oberbefehlshaber erkannte aber auch einige der Nachteile: das Risiko, den Deutschen im offenen Felde entgegenzutreten, bevor seine Truppen ihre Stellungen hätten beziehen können, und die Schwierigkeit, die belgische Armee in seine alliierten Streitkräfte einzuordnen – grösste Sorgen bereitete ihm die Verweigerung von Stabsgesprächen durch den belgischen König, der ihn nicht einmal völlig über seine Operationspläne und den Zustand seiner Verteidigungsstellungen unterrichten wollte.

Was der französische Oberbefehlshaber nicht zu erkennen schien, war, dass seine eigenen Pläne elastisch gehalten werden mussten, um sich den wandelnden Kriegsverhältnissen anzupassen. Im Frühling 1940 erfuhr das französische Oberkommando zum Beispiel, dass die Holländer wegen der geringen Bereitschaft zur Zusammenarbeit von belgischer Seite und wegen ihrer eigenen Schwäche beschlossen hatten, ihre kümmerlichen Streitkräfte vom Südufer der Maas zurückzuziehen und sich auf die Verteidigung der «Festung Holland» um Amsterdam, Rotterdam und Den Haag zu konzentrieren. Dies machte den Operationsplan der siebenten Armee sinnlos, da sie durch Südholland hätte einrücken müssen, wo es nun keine holländischen Streitkräfte mehr gab und wo die Deutschen schnell vorrücken konnten. General Giraud beschwerte sich wiederholt über eine so unbedachte Operation, und General Georges der wünschte, die siebente Armee in Reserve zu halten, stimmte mit ihm überein: «Es ist ein Abenteuer. Wenn der Feind in Belgien eine Finte macht, kann er anderswo manövrieren. Daher sollten wir hier nicht bedeutende Kräfte einsetzen. Wir dürfen nicht träumen⁵⁰.»

Aber Gamelin bestand auf seinem Plan. Am 12. März befahl er Georges, an dem Einmarsch nach Holland festzuhalten, und trotz erneuter Einwände von Georges, Billotte und Giraud während der nächsten Wochen wiederholte er den Befehl am 15. April: «Wir müssen den Holländern eine helfende Hand reichen», erklärte er. Aber das beaubte, wie Georges seinem Vorgesetzten auseinanderzusetzen versucht hatte, die Streitkräfte, die in Belgien und Holland einrücken sollten, jeglicher Reserven: Mit acht französischen Armeen und der britischen Armee auf eine Front von der Schweiz bis zur See verteilt blieb keine einzige Armee, die irgendwo in Reserve gehalten werden konnte – nur einzelne Divisionen. Noch am 14. April hatte Georges bei Gamelin dafür plädiert, die siebente Armee in Reserve zu belassen und ein aus zwei Divisionen bestehendes Armeekorps nach Holland zu entsenden. Die siebente Armee mit sieben hochwertigen Infanteriedivisionen, die zum grossen Teil motorisiert waren, und einer

leichten, von Giraud geführten Panzerdivision (dieser galt als einer der fähigsten und energischsten französischen Kommandeure) würde, in Reserve gehalten, von höchstem Wert sein, wenn es galt, irgendwo eine Lücke zu stopfen, die nach Beginn der Kämpfe entstehen könnte. Die Generäle Georges, Billotte und Giraud waren jetzt in Sorge, dass sie sinnlos verheizt werden würde.

Gamelin glaubte auch nicht daran, dass die Deutschen ihren Hauptstoss im Zentrum, südlich von Namur, führen würden. Er war der Meinung, dass die rauen, bewaldeten Hügel und die schmalen, gewundenen Strassen der Ardennen ein ausreichendes Hindernis seien, um jede grosse Armee – und besonders grössere Panzereinheiten – am Durchmarsch zu hindern. Schlimmer noch, er behielt seine schwächste Armee, die neunte, an dem strategisch wichtigen Angelpunkt nördlich von Sedan, um den die nach Belgien hineinschwenkenden französisch-britischen Armeen abschwanken würden. Die verwundbare neunte Armee würde einem grossen Teil aller feindlichen Streitkräfte gegenüberstehen, die von den Ardennen über die Maas kommen würden.

Gamelins Mangel an Gefühl dafür, wo die Deutschen ihren Angriff wohl konzentrieren würden, wird angesichts der Informationen, die ihn erreichten, völlig unverständlich. Durch den ganzen späteren Winter und den Beginn des Frühjahres gab es – vom Nachrichtendienst bestätigte – Anzeichen dafür, dass sich die Hauptstossrichtung der Deutschen von Norden nach Süden verlagerte. Von Ende November bis Ende Januar zählte der alliierte Informationsdienst ein Anwachsen der Zahl der deutschen Divisionen an den Grenzen Belgiens und Luxemburgs von 25 auf 57. Überdies waren gegen März sieben der zehn deutschen Panzerdivisionen in einem Gebiet festgestellt worden, von dem aus sie sich *südlich* von Lüttich nach Westen bewegen mussten. Also deutete der Aufmarsch der deutschen Truppen und Panzer definitiv darauf hin, dass ihr Hauptstoss im Zentrum der Front etwa zwischen Sedan und Namur, dem von der schwachen neunten Armee gehaltenen Abschnitt, erfolgen würde.

Dies wurde auch durch anderweitige Nachrichten bekräftigt. Am 8. März unterrichtete König Leopold sein Kabinett, alle seine Informationen deuteten darauf hin, dass der deutsche Hauptstoss «durch die Ardennen in Richtung Dinant-St.-Quentin erfolgen würde, und zwar mit dem Ziel, die alliierten Armeen in Belgien von Paris abzuschneiden und sie im Pas-de-Calais aufzurollen». Überdies wies der König seinen Militärattaché in Paris an, General Gamelin hiervon zu verständigen und «auf seine auf dokumentarische Beweise gestützte Gewissheit, dass die Hauptachse des feindlichen Manövers senkrecht auf die Front Longwy-Givet gerichtet» sei, hinzuweisen. Am 14. April wiederholte General van Overstraeten diese Warnung und fügte hinzu, es schein jetzt offenbar, dass die Deutschen hofften, die alliierten Streitkräfte nach Belgien zu ziehen und sie dort vom Süden her durch von Luxemburg vorrückende Armeen zu vernichten. Drei Wochen zuvor, am 22. März, berichtete Oberst Paillole, der Chef der Deutschlandabteilung des *Deuxième Bureau*, dass die deutsche Aufklärung plötzlich begonnen habe, sich für die Strassen von Sedan nach Abbeville an der Mündung der Somme zu interessieren; vor allem wollte sie feststellen, welche Lasten die Brücken tragen könnten,

welche hemmenden Wasserläufe es dort gebe, wie gut die Strassen wären und dergleichen mehr. Er schloss mit den Worten: «Ein Angriff durch Belgien in Richtung auf die Kanalküste steht bevor⁵¹.» Es gibt keine Unterlagen dafür, dass Gamelin dieser Nachricht irgendwelche Beachtung schenkte. Die neunte Armee wurde jedenfalls nicht verstärkt. Nichts wurde in den Hauptquartieren von Gamelin oder Georges getan, um einem konzentrierten deutschen Angriff zwischen Sedan und Namur entgegenzutreten zu können. Auch nicht, als am letzten Apriltag der französische Militärattaché in Bern das französische Oberkommando nicht nur über das neue für die deutsche Offensive festgesetzte Datum unterrichtete, sondern auch darüber, wo genau deren stärkster Punkt sein werde. Der Angriff sei für den 8. bis 10. Mai angesetzt, und Sedan würde sein «Gravitationszentrum» sein. Damit hatten Gamelin und Georges zehn Tage Zeit, ihre Pläne zu revidieren und ihre Truppen umzugruppieren, aber wieder taten sie nichts. So sicher war der französische Militärattaché seiner Sache, dass er seinen Assistenten ins Grosse Hauptquartier nach La Ferte schickte, um sich zu vergewissern, dass die beiden Generäle an der Spitze die Botschaft erhielten⁵².

Sie scheinen aber auch jetzt nicht stärker beeindruckt worden zu sein, als durch andere «harte» Nachrichten, die ihnen zugegangen waren. Im März hatten deutsche Pioniere in grosser Eile begonnen, zwischen Bonn und Bingen acht Pontonbrücken über den Rhein zu schlagen, und am 1. April hatte Antoine de Saint-Exupery, der französische Schriftsteller und Flugzeugführer, sie von seiner Bloch-141 aus fotografiert. So viele Pontonbrücken in diesem Abschnitt deuteten einwandfrei an, wo die Deutschen mit ihren Panzern und motorisierten Truppen am härtesten zuschlagen wollten. Und die Deutschen machten das einige Tage später noch klarer, als ihre Pioniere an Mosel und Our an der luxemburgischen Grenze Pontonbrücken vorbereiteten, was in dem unbewaffneten Grossherzogtum eine Panik auslöste⁵³.

Die Deutschen ändern ihren Plan

Die Verschiebung des Schwerpunkts der deutschen Divisionen von Norden nach Süden und die zunehmenden Berichte der belgischen und alliierten Nachrichtendienste, nach denen Hitler seine Hauptoffensive über die Ardennen nach Sedan richten werde, spiegelten eine grundsätzliche Änderung des deutschen Angriffsplanes im Westen genau wider.

Der Wechsel kam schrittweise und war Ausgangspunkt heftiger Auseinandersetzungen unter den deutschen Generälen und zwischen ihnen und Hitler, der sich nun als der oberste Kriegsherr ansah. Der ursprüngliche Plan für *Fall Gelb*, den Angriff, war, wie wir gesehen haben, eine Variante des berühmten Schlieffenplanes, den die Deutschen im Jahre 1914 durchzuführen versucht hatten. Er war im Oktober 1939 in aller Eile aufgestellt worden und sah vor, dass der deutsche Hauptstoss von der rechten Flanke auszugehen hätte, die durch Holland, Belgien und Nordfrankreich schwenken und die

alliierten Streitkräfte bis zum Kanal und dann südlich zur Somme zurücktreiben sollte. Seine Zielsetzungen waren bescheidener als die des Schlieffenplanes. Dieser hatte vorgesehen, dass sich die deutschen Armeen des rechten Flügels nach dem Vormarsch durch Belgien und Nordfrankreich dann südwärts zur Seine wenden und östlich von Paris die französischen Armeen aufrollen, einschliessen und vernichten sollten. Das Ziel des Planes vom Oktober 1939 war lediglich, die alliierten Armeen in Belgien und Frankreich zurückzuschlagen und die Kanalhäfen und die holländische Küste zu besetzen und dadurch Luft- und Marinestützpunkte zu gewinnen, von denen aus man England angreifen und blockieren könnte. Studiert man Hitlers verschiedene Ansprachen an seine Generäle vom Herbst 1939, dann scheint es klar, dass er glaubte, nach einem solchen Schlag würden Grossbritannien und Frankreich zum Frieden bereit sein und ihm die Freiheit lassen, sich nach Osten, das heisst gegen Russland, zu wenden.

General Gerd von Rundstedt, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, und seinem begabten Stabschef General Erich von Manstein war diese begrenzte Zielsetzung nicht annähernd gut genug. Sicherlich missfiel ihnen die untergeordnete Rolle, die ihrer Heeresgruppe zufiel. Mit nur 22 Divisionen und ohne jede Panzerunterstützung sollte sie lediglich die Flanke der Heeresgruppe B, die nördlich von ihnen operieren würde, gegen einen französischen Gegenangriff vom Südwesten decken. Die Heeresgruppe B unter General Fedor von Bock mit 43 Divisionen, darunter vier motorisierte und neun Panzerdivisionen, sollte den Hauptschlag im nördlichen Belgien führen.

Welche Rolle Eifersüchteleien auch gespielt haben mögen, jedenfalls glaubten Rundstedt und Manstein fest daran, dass der Oktoberplan selbst bei erfolgreicher Durchführung weit hinter dem Ziel, das französische Heer zu besiegen und vernichtend zu schlagen, zurückbleibe. Manstein hat das so ausgedrückt:

In dem Operationsplan von 1939 liegt demgegenüber der Gedanke, die volle Entscheidung anzustreben, keineswegs beschlossen. Das Operationsziel ist ganz klar ein Teilsieg gegen die in Nordbelgien zu erwartenden verbündeten Feindkräfte. Zugleich ein räumlicher Gewinn, der die Kanalküste in unseren Besitz bringen sollte, um damit eine Basis für die weitere Kriegführung zu gewinnen⁵⁴.

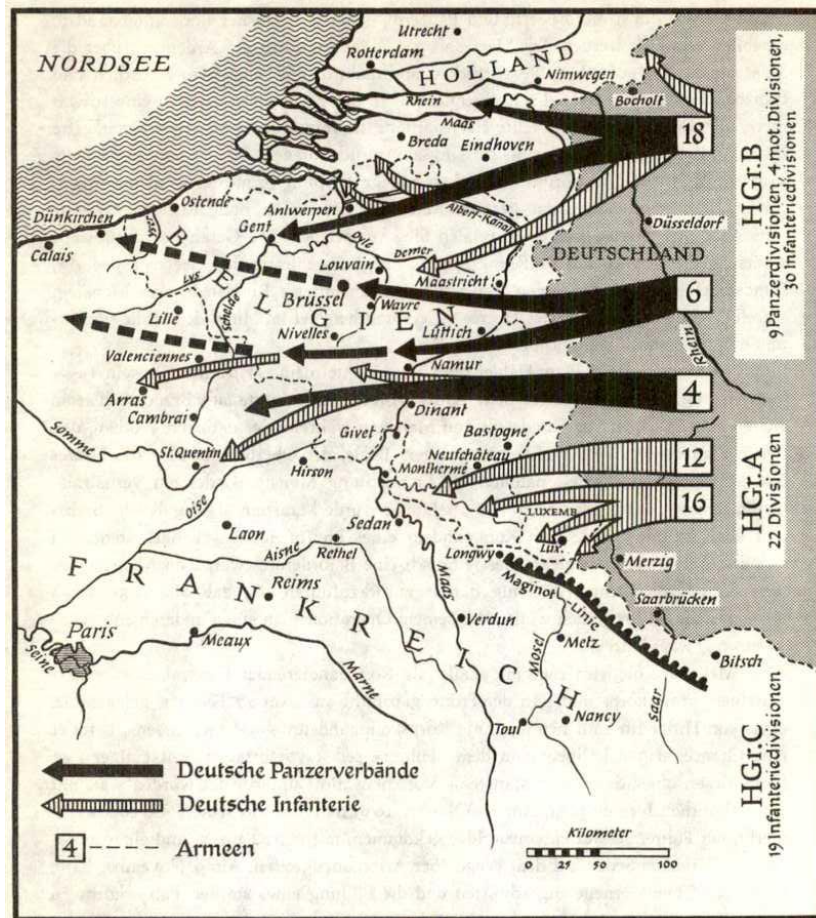
Rundstedt und Manstein verlangten, die alliierten Armeen in Belgien nicht nur zu besiegen und sie zurückzutreiben, sondern sie zu vernichten. Am 31. Oktober sandten sie einen völlig neuen Vorschlag mit Rundstedts Unterschrift an General Walther von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres. Rundstedt vertrat darin den Standpunkt: «Das Gelingen der Gesamtoperation hängt... davon ab, dass es gelingt, die in Belgien bzw. nördlich der Somme kämpfenden Feindkräfte *insgesamt* zu schlagen und zu vernichten, nicht nur sie frontal zu werfen⁸⁶.»

Rundstedt und Manstein schlugen deshalb vor, das Schwergewicht der Offensive von der Heeresgruppe B unter von Bock im Norden weiter südlich in ihren eigenen Abschnitt, den der Heeresgruppe A zu verlagern. Dazu müsste diese Heeresgruppe durch

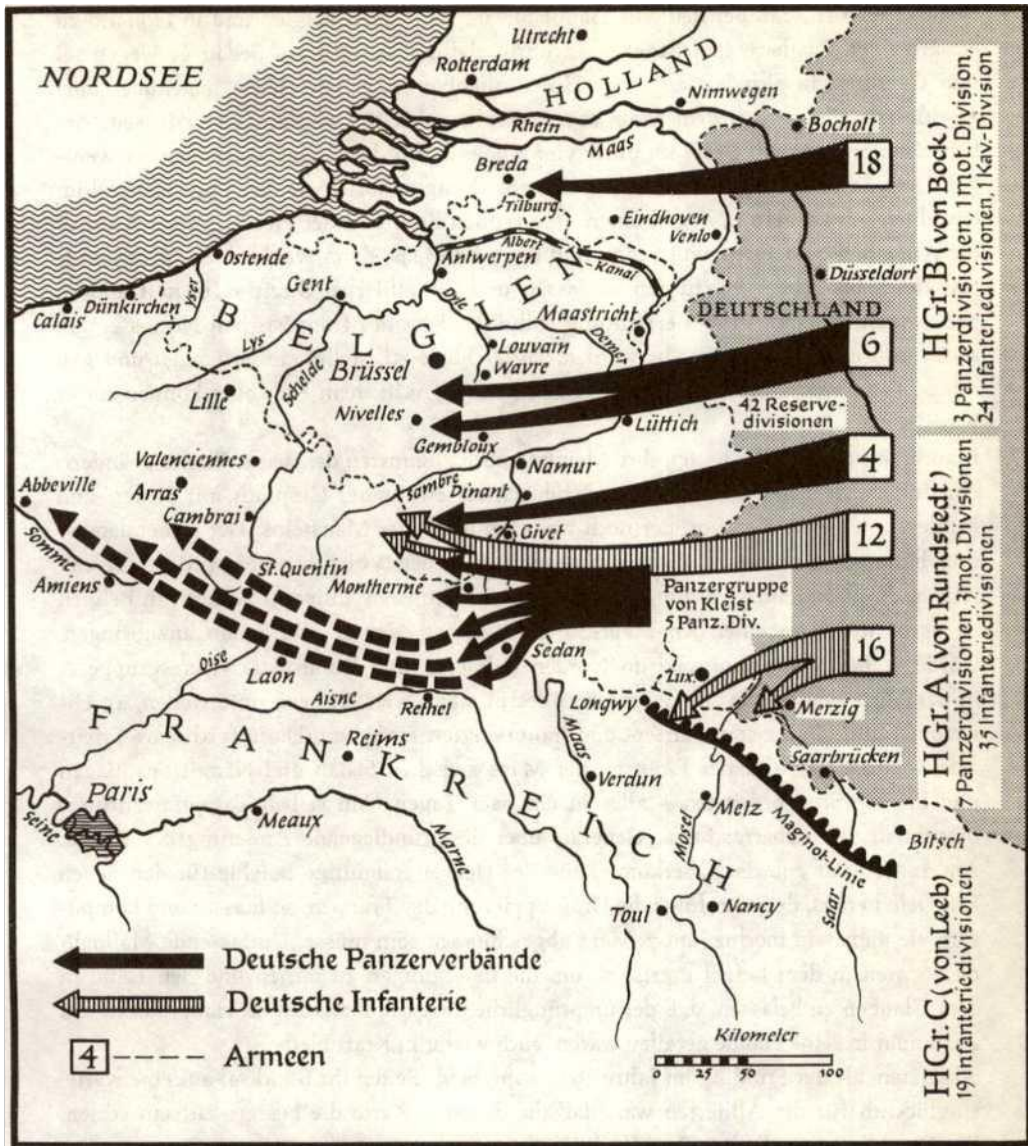
Infanterie wie durch motorisierte und Panzerdivisionen, die bisher Bock unterstanden, erheblich verstärkt werden. Die Heeresgruppe A müsste durch die Ardennen, über die Maas an die See auf Abbeville vorrücken und dadurch die belgischen, britischen und französischen Armeen in Belgien abschneiden. In der Zwischenzeit würde eine schwächere, aber auf Angriff eingestellte Heeresgruppe die französisch-englischen Streitkräfte ins nördliche Belgien ziehen und sie langsam Zurückschlagen, bis sie von Rundstedts Truppen nach dem Durchbruch im Rücken angegriffen und vernichtet werden würden. Natürlich sei sein Plan – das gestand Rundstedt zu – nicht ohne Risiken, andererseits sei er der einzige, der einen totalen Sieg verspreche. «Die Gefahr, aber auch andererseits die Chance des grossen Erfolgs ... liegt im Einsatz der Heeresgruppe A», Rundstedts eigener. «Für einen *Teilerfolg*», argumentierte Rundstedt, wie Manstein schreibt, «die Angriffskraft des Heeres zu verbrauchen, sei im Hinblick auf die Sowjetunion in unserem Rücken nicht angängig⁵⁸.»

Brauchitsch verwarf den Plan. Haider fand, wie er unter dem 1. November in sein Tagebuch eintrug, dass «die positive Seite fehlt». Ausserdem weigerte sich Brauchitsch trotz weiterer Anregungen von Rundstedt und Manstein während der nächsten Wochen, den neuen Plan dem OKW oder Hitler vorzulegen. Beide, der Oberbefehlshaber des Heeres und sein Generalstabschef, nahmen die Einmischung Mansteins, der ein verhältnismässig junger Offizier war, übel. Am 27. Januar wurde Manstein als Rundstedts Stabschef abgelöst und wurde zum Kommandeur eines im Inneren des Landes stehenden Armeekorps ernannt. Obgleich dies technisch eine Beförderung war, kam Manstein zu dem Schluss, dass seine Ablösung darauf zurückzuführen sei, dass «das OKH einen lästigen Dränger loswerden wollte, der seinem Operationsplan einen anderen entgegenzusetzen gewagt hatte».

Aber Manstein, obgleich nun im «Exil» als Kommandierender General eines zweitklassigen Armeekorps und fern der Front, gab nicht auf. Am 17. Februar, gelegentlich eines von Hitler für fünf neu ernannte Korpskommandeure gegebenen Essens, hatte er eine Chance, seinen kühnen Plan dem «Führer» selbst vorzutragen. Seit einiger Zeit hatte dieser, obgleich er über Mansteins Vorschlag nicht unterrichtet worden war, mit einer ähnlichen Idee gespielt. Am 30. Oktober 1939 hatte Jodl in seinem Tagebuch vermerkt, der Führer sei auf eine neue Idee gekommen, mit einer Panzer- und einer motorisierten Division Sedan auf dem Wege über Arlon anzugreifen. Am 9. November hatte Hitler das Thema erneut angeschnitten und die Bildung eines starken Panzerkorps zu ihrer Durchführung gebilligt, das General Heinz Guderian, der erfahrenste Panzerkommandeur, führen sollte. Am 13. Februar führte er mit Jodl ein langes Gespräch über die Offensive. Er fürchtete, sagte Hitler, dass die Masse der deutschen Panzerwaffe an einem nicht entscheidenden Platz vergeudet und wahrscheinlich an der Maas durch befestigte Stellungen aufgehalten werde. Hitler hielt es für besser, das Gros der Panzer und der motorisierten Divisionen bei Sedan einzusetzen, wo der Feind den deutschen Hauptstoss nicht erwarte. Er fügte hinzu, der Feind sei durch die am 10. Januar von dem notgelandeten deutschen Flugzeug erbeuteten Dokumente zweifellos in seinem Glauben



DIE DEUTSCHE «AUFMARSCHANWEISUNG GELB» FÜR DEN ANGRIFF IM WESTEN vom 29. Oktober 1939



DER MANSTEIN-PLAN (GELB) FÜR DEN ANGRIFF IM WESTEN vom 24. Februar 1940

bestärkt worden, dass der deutsche Hauptstoss im nördlichen Belgien und in Holland zu erwarten sei. Obgleich Jodl dagegen anführte, dass ein Angriff auf Sedan verwegen sei und Gefahren in sich berge⁵⁷, war Hitler offenbar Mansteins Ideen gegenüber aufgeschlossen, als er nach dem Essen am 17. Februar den Korpskommandeur in sein Arbeitszimmer zu einem Gespräch unter vier Augen aufforderte. Dies war einer der wenigen Fälle, in denen der Diktator ohne Unterbrechung zuhörte, wie der junge General im Einzelnen seinen Plan darlegte, einen machtvollen Stoss von der Heeresgruppe A durch die Ardennen beiderseits von Sedan und über die Maas, dann weiter quer durch Nordfrankreich bis Abbeville, führen zu lassen und die alliierten Streitkräfte in Flandern abzuschneiden. Nach ihrer Vernichtung sollte der Rest des französischen Heeres eingekreist und unschädlich gemacht werden. Hitler hörte zu, stellte einige Fragen und gab seine Zustimmung. Später sagte er: «Der Mann ist nicht mein Fall, aber können tut er was⁵⁸.»

Brauchitsch und Haider hatten ihre Meinung auch zugunsten des neuen Planes geändert. Am folgenden Tage, am 18. Februar, führten sie ein langes Gespräch mit Hitler, und Haider legte einen Plan vor, der noch weiter ging als der Mansteins. Der Generalstabschef hatte nicht nur seine Bedenken gegen den neuen Vorschlag überwunden, er sah jetzt auch die Möglichkeit, auf diese Weise die wichtigsten alliierten Armeen in Belgien zu vernichten. Um einen *Knockout-Schlag* zwischen Namur und Sedan anzubringen, würde er Bocks Heeresgruppe im Norden halbieren und Rundstedts Heeresgruppe A in der Mitte verdoppeln. Ihr würde er, alles in allem, vier Armeen unterstellen, 45 Divisionen und die meisten Panzer- und motorisierten Einheiten. Diese furchtbare Streitmacht würde auf schmaler Front an der Maas zwischen Sedan und Namur zuschlagen und bis zur See Vordringen – alles in ein paar Tagen. Am selben Tage unterrichtete Brauchitsch die «überraschten» Generäle über die grundlegende Änderung des Planes. Am 24. Februar gab das Oberkommando des Heeres endgültige Befehle für den neuen *Fall Gelb* heraus, denen zufolge die Umgruppierung der Truppen, so massiv und kompliziert sie auch sein mochte, am 7. März abgeschlossen sein müsse. Umfassende Massnahmen waren in dem Befehl umrissen, um die Bewegungen zu tarnen und den Feind in dem Glauben zu belassen, dass der ursprüngliche deutsche Plan, dessen Hauptpunkte am 10. Januar in seine Hände gefallen waren, auch weiter in Kraft bleibe.

So setzten, als der Frühling im Jahre 1940 kam, beide Seiten ihr Schicksal auf eine Karte. Unglücklich für die Alliierten war, dass die deutsche Karte die bessere zu sein schien. Die Deutschen standen im Begriff, die Franzosen dort zu treffen, wo sie es am wenigsten erwarteten. Indem Gamelin seine besten Streitkräfte in das mittlere Belgien warf, ging er in eine Falle. Ein Teil des Rätsels um Gamelin, den intellektuellsten der Generäle auf beiden Seiten, beruht auf der Starrheit seiner Ansichten in diesem schicksalsschweren Frühjahr. Alle, die ihn kannten – und auch die Deutschen –, glaubten, dass er einen wachen Verstand besitze. Aber schon seit dem November des Vorjahres war dieser Verstand eingefroren – in einem Plan, dessen nochmalige Erwägung im Lichte der sich ändernden Lage er verweigerte. Und er hatte sich der Überlegung irgendwelcher Alter-

nativpläne widersetzt, obwohl er als langdienender hoher Generalstabsoffizier und auch als Truppenführer im ersten Weltkrieg wusste – er sagt das wiederholt in seinen Memoiren –, dass alle Kriege voller Überraschungen sind. Diese Unbeugsamkeit, die von fast allen Offizieren des französischen Oberkommandos geteilt wurde, bleibt bis heute unerklärlich, zumal wir gesehen haben, dass einige der jüngeren Offiziere, wie etwa de Gaulle, sich dauernd über die Arterienverkalkung der älteren Generäle beklagten.

Die deutschen militärischen Urkunden lassen klar erkennen, dass die deutschen Generäle eine gesunde Hochachtung vor der französischen Armee und vor General Gamelin hatten. Manstein spricht von dem «hohen Ansehen», dessen sich General Gamelin in deutschen Militärkreisen erfreut habe.

Guderian sagt, die deutschen Generäle seien sich bewusst gewesen, dass Frankreich «das stärkste Heer Westeuropas besass». Auch an Panzern seien die Deutschen unterlegen gewesen, «was noch dadurch verschärft wurde, dass die französischen Panzer den deutschen an Panzerung und Geschützkaliber überlegen waren...» Hitler sagte im Gespräch mit Brauchitsch und Haider am 18. Februar, «es besteht keine Klarheit, ob Feind automatisch den Vormarsch (nach Belgien) antritt auf die Nachricht von unserer Grenzüberschreitung». Aber Guderian behauptet, die französische Schlachtordnung habe darauf schliessen lassen.

Aus dieser Gliederung der Kräfte liess sich schliessen, dass der Feind damit rechnete, dass die Deutschen den Schlieffenplan von 1914 abermals zum Tragen bringen würden, und dass man mit der Masse der verbündeten Heere dieser Umfangs durch Holland und Belgien entgegengehen wolle. Eine genügende Sicherung des Drehpunktes der Bewegung nach Belgien hinein durch Reserven – etwa im Raume um Charleville oder Verdun – war nicht erkennbar. Es schien, als ob die französische Heeresleitung überhaupt keinen anderen Fall für möglich hielt als den alten Schlieffenplan⁵⁹.

Die Richtigkeit der deutschen Ansicht über die französische Strategie zeigte sich wieder Mitte April. Bei einer Sitzung des Kriegsausschusses in Paris am 9. April, die hauptsächlich einberufen war, um Gegenzüge gegen die an diesem Morgen erfolgte deutsche Invasion Norwegens zu erwägen, hatte Admiral Darlan angeregt, die Alliierten sollten die Bindung des Feindes im Norden ausnutzen und in Belgien einrücken, wenn die belgische Regierung zustimme. Gamelin und Georges waren durchaus einverstanden. Reynaud nahm später für sich in Anspruch, die beiden Generäle gefragt zu haben, ob ein solches Vorgehen klug sei «in Anbetracht der doppelten Überlegenheit der Deutschen in bezug auf die Luftwaffe und ihre Effektivstärke». Wenn er diese Frage stellte, bezeugte General Gamelin später, sei sie seiner Aufmerksamkeit entgangen. Dies war der Keim einer sich später ergebenden Streitfrage zwischen den beiden Männern: Reynaud bestand darauf, dass er stets gegen ein Einrücken in Belgien eingetreten sei, und Gamelin behauptete, der Ministerpräsident hätte dieser Massnahme niemals in seiner Gegenwart widersprochen⁶⁰.

Beide sind sich freilich darüber einig, dass der Kriegsausschuss schliesslich einverstanden war, die Belgier um die Erlaubnis zum Einmarsch zu ersuchen. Am selben Tage stimmte in einer Sitzung des Obersten Alliierten Rates in London die britische Regierung dieser Entscheidung zu, und die Botschafter beider Mächte in Brüssel wurden beauftragt, die nötigen Demarchen einzuleiten. Gamelin unterstützte die diplomatischen Schritte mit einem eigenen Appell an den belgischen König und dessen Generalstab und liess darauf am 11. April ein weiteres Telegramm folgen, in dem er auf Zustimmung drängte. Er bat um eine endgültige Antwort bis 16 Uhr, damit die alliierten Truppen sich «noch heute abend» in Bewegung setzen könnten.

Spät am Abend kam die Antwort. Nochmals verweigerten die Belgier die Erlaubnis zum Einmarsch alliierter Truppen. Sie unterstützten ihre Entscheidung durch die Entsendung von zwei Divisionen an die französische Grenze und durch eine Verminung der Strassen und Brücken hinter der Grenze. «Wieder einmal», klagte Gamelin, «haben die Belgier eine Gelegenheit verpasst.» Die Torheit der Belgier war offenbar. Dies um so mehr angesichts dessen, was gerade in dieser Woche in zwei anderen kleinen Ländern geschehen war, in Dänemark und Norwegen, deren Neutralität sie nicht vor der deutschen Aggression bewahrt hatte und die allein nicht stark genug waren, um erfolgreich Widerstand zu leisten.

Wieder einmal hatte Gamelin den Belgiern gezeigt, dass er bereit war, ihnen zu Hilfe zu kommen, nicht nur um ihnen bei ihrer Verteidigung zu helfen, sondern auch, wie er glaubte, die alliierten Armeen in eine Stellung zu bringen, wo sie den Deutschen besser würden begegnen können. Als im Mai neue Anzeichen dafür zu erkennen waren, nicht nur dass die Deutschen im Begriff waren, zuzuschlagen, bestand er hartnäckig auf einem starren Kurs, an den sein eigener Oberkommandierender an der Front, General Georges, nicht recht glaubte und über den der Ministerpräsident anscheinend die Stirn runzelte; ein Plan, dem im Lichte einiger der letzten Nachrichten aus Belgien und der Schweiz, wonach der Feind den härtesten Schlag rund um Sedan zu führen beabsichtigte, am Angelpunkt seiner nach Norden zur Dyle schwenkenden Streitkräfte, Unheil drohte.

Chaos in Paris

Zu diesem Zeitpunkt lag der Ministerpräsident von Frankreich mit Grippe im Bett, seine faselige Mätresse versuchte ungeschickt seine Geschäfte zu führen, Pétain wog seine politische Zukunft ab, die Generäle Gamelin und Georges stritten über die Strategie und darüber, wer eigentlich in der bevorstehenden Schlacht das Kommando führen sollte*, und die beiden Männer, welche die Befehlsgewalt über die Streitkräfte hatten, Verteidigungsminister Daladier und Gamelin, waren uneinig mit dem Regierungschef,

* André Maurois zitiert einen britischen General, dessen Namen er nicht angibt, über die Beziehungen zwischen Gamelin und Georges um diese Zeit: «Sie sind so damit beschäftigt, sich gegenseitig zu bekriegen, dass sie keine Zeit haben, gegen die Deutschen Krieg zu führen •*.»

der, wie sie wussten, sie beide ablösen wollte. Die Regierung stand auf schwachen Füßen. War die Armee besser daran? War sie bereit, einem deutschen Angriff zu begegnen? Nach der Ansicht de Gaulles war sie das nicht.

Am 3. Mai hatte der unbezähmbare Oberst, so sehr er auch damit beschäftigt war, Panzer, Geschütze und Mannschaften für die neue 4. Panzerdivision zusammenzukratzen, die er führen sollte, eine letzte Warnung über den beklagenswerten Zustand der Armee an Reynaud gerichtet:

Heutzutage haben militärische Operationen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie sich auf mechanisierte Streitkräfte stützen, wie die Ereignisse in Polen und Norwegen bewiesen haben ... Nun ist das französische militärische System im Gegensatz zu diesem Gesetz moderner Kriegführung organisiert, bewaffnet und kommandiert. Es gibt keine absolutere und dringlichere Notwendigkeit als die, dieses System radikal zu reformieren.

Die Armee, sagte er, «wird sich nicht aus eigenem Antrieb reformieren». Was Frankreich not tue, wäre ein Carnot*, und «Reynaud allein» sei fähig, zu tun, was dieser grosse Revolutionär geleistet habe⁶².

In den nächsten Tagen wollte Reynaud dies versuchen, aber es war zu spät. Wie General Armengaud, der von der Beobachtung des polnischen Feldzugs zurückgekehrt war und vergeblich versucht hatte, das Oberkommando zur Befolgung der sich daraus ergebenden Lehren zu veranlassen, schrieb:

Vorstellungen, in denen man lange Zeit gelebt hat, können nicht in ein paar Tagen geändert werden. Um die neuen Waffen in den neuen Formen des Krieges anzuwenden, hätte es einer neuen Führung bedurft, die den Gebrauch dieser Waffen aus Erfahrung kannte und wusste, wie sie zu gebrauchen sind – Männer der folgenden Generation, mindestens zehn Jahre jünger⁶³.

Wie die Sache stand, wenn die grosse Schlacht losbrach, musste die französische Armee mit den alternden Generälen auskommen, die glaubten, dass das, was sie zwischen 1914 und 1918 gelernt hatten, auch 1940 noch gelte.

Einige Wochen zuvor hatten der Deputierte Pierre Taittinger und ein Kollege, beide Mitglieder des Armeeausschusses der Kammer, über krasse Schwächen der Stellungen um Sedan, den strategisch so wichtigen Angelpunkt des Einmarsches nach Belgien, berichtet. Am 8. März und während der folgenden Tage hatten sie die Stellungen dort inspiziert und herausgefunden, dass die Arbeit an den Befestigungen im Rückstand war, nicht nur wegen des strengen Winterwetters, sondern «wegen der Bedenken des Oberkommandos». Die Stabsoffiziere der Armee massen ihrer Meinung nach «den natürlichen Hindernissen des Ardenner Waldes und der Maas eine übertriebene Bedeutung» bei.

* Lazare Carnot, einer der Führer der Französischen Revolution, half, die republikanischen Armeen zu organisieren; er wurde von vielen als «der Architekt des Sieges» gerühmt.

Die Verteidigungsmassnahmen in diesem Abschnitt sind rudimentär, um nicht zu sagen embryonal... In gewissen Bollwerken ist die Zementierung noch nicht durchgeführt... Längs der Anmarschwege können die Minenfelder, die vorgesehenen Zerstörungen und die Gräben den Feind nicht länger als eine Stunde aufhalten.

Die Deputierten sagten, sie «zitterten» bei dem Gedanken, was ein deutscher Angriff in diesem Abschnitt ausrichten könne. Ein blosser Besuch habe bei ihnen «traurige Erinnerungen hinterlassen». Sie empfahlen, «dringliche Massnahmen zu ergreifen, die Stellungen zu verstärken, solange noch Zeit dazu ist»⁶⁴.

Der Bericht wurde von General Huntziger, dem Oberkommandierenden der zweiten Armee, zurückgewiesen. In einer Antwort an General Georges, der seine Aufmerksamkeit auf den Bericht gelenkt hatte, schrieb er sarkastisch, Taittinger schiene «schlecht informiert» zu sein, und die Bemerkungen des Deputierten «hätten von grosser Bedeutung sein können, wenn wir sie erwartet hätten, bevor wir unsere Stellung organisierten». General Huntziger bestand darauf, dass die vorgeschobenen Verteidigungsanlagen nördlich von Sedan «den Vormarsch des Feindes erheblich verlangsamten würden. *Ich glaube*» *, so schloss der General, «*dass keine dringlichen Massnahmen für die Verstärkung des Sedan-Abschnittes zu ergreifen sind*»⁶⁶.

Der Mansteinplan sah gerade hier einen vernichtenden Schlag durch die deutschen Panzer vor. Es sollte nicht lange dauern, bis General Huntziger seine selbstzufriedenen Worte bereuen und versuchen würde, sie aus den Urkunden zu entfernen **.

Am 4. Mai beschloss Reynaud, General Gamelin loszuwerden. Da er sich nach einer Woche Bettruhe wohl genug fühlte, um seine Privatwohnung zu verlassen, ging er zum Quai d'Orsay, berief seinen Militärberater Oberst de Villelume sowie seine beiden Kabinettssekretäre, Dominique Leca und Gilbert Devaux, zu sich und beauftragte sie, eine ins Einzelne gehende Verurteilung des Oberbefehlshabers aufzusetzen. Er beabsichtigte, sie dem Kabinett vorzulesen, und hoffte, sie würde seine Ministerkollegen überzeugen, dass der unentschlossene Gamelin gehen müsse.

Die mit dem Entwurf Beauftragten bildeten ein kurioses Trio, in gewisser Hinsicht typisch für die Männer, die der Ministerpräsident in seine Umgebung holte. Oberst Marie-Joseph-Victor Paul de Villelume hatte die letzten zehn Jahre als Verbindungs-

* Die Unterstreichung hat der Verfasser vorgenommen. Merkwürdigerweise war General Huntziger sogar gegen gewisse Massnahmen zur Verstärkung der Verteidigungsanlagen von Sedan; eine im Riom-Prozess von einem Artillerieoffizier, Major Cahier, gemachte Aussage, über die auch Daladier im Prozess gegen Pétain Zeugnis ablegte (er nannte den Major Caillet), wirft einiges Licht darauf, obgleich es fast unglaublich scheint. Der Artillerieoffizier sagte aus, dass auf der Front der zweiten Armee keine zusätzlichen Befestigungen ohne vorherige Zustimmung General Huntzigers errichtet werden durften, der auf solche Anforderungen niemals ohne mehrwöchige Verzögerung antwortete. Er scheint sogar noch weiter gegangen zu sein. Major Cahier sagte vor Gericht, er habe mit Zustimmung seiner unmittelbaren Vorgesetzten starke Panzersperren an den beiden Hauptstrassen errichtet, die von den Ardennen nach Sedan führten. Die Strassen, die zwischen den steil ansteigenden Hügeln und dem Fluss eingengt waren, hätten leicht verteidigt werden können, wenn die Panzer durch geeignete Sperren aufgehalten werden würden. Der Major stellte diese Hindernisse im März fertig. General Huntziger, bezeugte er, erfuhr davon und ordnete am 3. Mai ihre Zerstörung an. Eine Woche später kamen die deutschen Panzer auf diesem Wege *.

** General Huntziger versuchte, als er später Kriegsminister des Vichy-Regimes wurde, seinen Brief aus dem Militärarchiv zu beseitigen. Dank der «Wachsamkeit» eines Offiziers der Historischen Abteilung des Heeres, sagt Reynaud, wurde er aber aufbewahrt¹⁷.

offizier des Oberkommandos im Aussenministerium verbracht, wo er zuerst hauptsächlich mit Abrüstungsproblemen zu tun hatte, die Gegenstand von vielen Konferenzen in Genf gewesen waren. Aber als dieses Thema hinfällig wurde, weil Hitler seine fieberhafte Aufrüstung begann, verblieb der Oberst, der Geschmack an der Welt der Diplomatie gewonnen hatte, im Aussenministerium und wurde bei den Beförderungen im Heer übergangen. Irgendwie scheint ihm sein diplomatischer Status eine übertriebene Meinung über seine eigenen Gaben als Soldat eingeflösst zu haben. Er schätzte Gamelin nicht, hielt ihn für unfähig und hatte, schon bevor Reynaud Ministerpräsident wurde, sich vorgenommen, diesen davon zu überzeugen, dass er ersetzt werden müsse. Jetzt, seit März, hatte er seine Anstrengungen verdoppelt. Er war nur zu froh, damit beauftragt zu sein, eine Anklageakte gegen den Oberbefehlshaber zu entwerfen.

Leca und Devaux, ehemals Beamte im Finanzministerium wie Baudouin und Bouthillier, waren von dort mit Reynaud in dessen neues Amt übergewechselt. Leca war Korse und der Typ des *Condottiere*. Devaux war intelligent, aber manche fanden ihn zu gerissen. Nach Pertinax war er «so eng mit Leca verbunden wie Pylades mit Orest»⁶⁸. Beide waren ausserordentlich wortgewandt, und jetzt machten sie gemeinsame Sache mit dem Oberst. Reynaud fügte einiges selbst hinzu, und am Morgen des 8. Mai war die Rede fertig. Er setzte eine Kabinettsitzung für den folgenden Tag an.

Früh am Morgen des 9. Mai ging er zum Élysée-Palast, um den Präsidenten darüber zu verständigen. Der leicht erregbare Lebrun war entsetzt. Er bat Reynaud, keine Kabinettskrise zu provozieren, denn Daladier werde sich bestimmt weigern, Gamelin fallenzulassen, und würde eher zurücktreten als dessen Entlassung billigen. Bei den Nachrichten, nach denen eine deutsche militärische Aktion drohe, sei dies nicht die Zeit für einen Regierungswechsel und zusätzliche Spaltungen im Parlament und im Lande.

Hätte der Präsident der Republik die Hintergründe gekannt, er wäre noch erregter gewesen. Das trifft vielleicht auch auf den Ministerpräsidenten zu. Die Zeit lief ihnen rascher davon, als sie es ahnten.

Zunächst einmal waren da die letzten Informationen, welche die militärischen Hauptquartiere der Belgier und Holländer erhalten hatten. Am 3. Mai teilte Oberst Oster von der deutschen Abwehr seinem Freund Oberst Sas, dem holländischen Militärattaché in Berlin mit, dass der Angriff auf die Niederlande für die nächsten Tage angesetzt sei und, falls das Wetter es zulasse, wahrscheinlich am 8. beginnen werde. Die holländische Regierung unterrichtete sofort Brüssel. Dringende Warnungen empfang man in der belgischen Hauptstadt aber auch aus anderen Quellen. Am 4. Mai unterrichtete der päpstliche Nuntius den König, der Vatikan habe erfahren, dass die deutsche Offensive unmittelbar bevorstehe. Zwei Tage später bestätigte der Papst dies in Rom der Prinzessin Marie von Piemont, die ihren Bruder, König Leopold, davon unterrichtete*.

* Die Deutschen misstrauten dem Vatikan. Am 7. Mai verzeichnete General Jodl in seinem Tagebuch: «Führer sehr erregt über neue Verschiebung, da Gefahr des Verrats . . . Gespräch des belgischen Gesandten beim Vatikan nach Brüssel, (das) auf den Verrat einer deutschen Persönlichkeit, die am 29.4. von Berlin nach Rom abgereist ist, schliessen lässt.» Die Identität der «deutschen Persönlichkeit», die nach Rom reiste, bleibt unbekannt. Im Januar hatten die deutschen Generäle, wie wir sahen, ein ähnliches Leck in Rom bemerkt.

Am 8. Mai brachten zwei chiffrierte Depeschen des belgischen Botschafters in Berlin nach Brüssel weitere Bestätigung. Botschafter Vicomte Davignon berichtete, dass die Wilhelmstrasse ein Ultimatum an Belgien entwerfe, und der Militärattaché teilte mit, dass der Befehl zum Beginn der Offensive soeben vom OKW erteilt worden sei. Am Abend des 9. Mai assen Oberst Oster und Oberst Sas zusammen – zum letztenmal. Der anti-nationalsozialistische Abwehroffizier bestätigte, dass der Angriff für Sonnenaufgang am folgenden Morgen angesetzt sei. Sas gab den Tip seinem belgischen Kollegen weiter⁶⁹ und verständigte Den Haag in einer verschlüsselten Botschaft*.

Tatsächlich hatte Hitler, wie erbeutete deutsche Dokumente nach dem Kriege enthüllten, am 1. Mai das Datum für den Angriff für den 5. Mai angesetzt. Am 3. Mai verschob er es auf den 6. – nicht nur wegen des Wetters, sondern weil das Auswärtige Amt glaubte, die von ihm vorgeschlagene Rechtfertigung für die Verletzung der Neutralität Hollands und Belgiens sei nicht stichhaltig genug. Am folgenden Tage setzte er den 7. Mai als Angriffsdatum an, verschob es aber nochmals auf den 8. Mai. Wie Jodl aufzeichnete, hatte Hitler seine Rechtfertigung für *Fall Gelb* bis dahin fertiggestellt. Belgien und Holland wurden angeklagt, neutralitätswidrig gehandelt zu haben. Am 8. Mai, erfahren wir aus Jodls Tagebuch: «Alarmierende Nachrichten aus Holland, Urlaubssperre, Evakuierungen, Strassensperrungen, restl. Mob.-Massnahmen... Führer will nicht mehr warten. Feldm. (Göring) will Aufschub wenigstens bis 10. ... Führer ist sehr erregt, gibt dann gegen sein Gefühl, wie er sagt, die Genehmigung zur Aufschiebung auf 10.5. Aber keinen Tag mehr länger ...»

Am 9. Mai um Mittag setzte Hitler den Angriff endgültig für 5 Uhr 35 früh am nächsten Tag an, und um 9 Uhr abends ging das unwiderrufliche Codewort, das den deutschen militärischen Moloch in Gang setzte – *Danzig* fernschriftlich an alle militärischen Kommandostellen im Westen heraus. In der Dämmerung fuhr Hitler in seinem Sonderzug in sein neues Hauptquartier bei Münstereifel, welchem er den Namen *Felsenest* gegeben hatte, etwa 40 Kilometer südwestlich von Bonn.

* Ich habe nicht feststellen können, schreibt Sas, wieviel von diesen Informationen – wenn überhaupt etwas – durch die Belgier und Holländer den alliierten Regierungen weitergegeben wurde. Der französische Nachrichtendienst wurde mit Berichten überschwemmt, wann und wo die Deutschen losschlagen würden, aber er nahm sie mit Vorsicht auf. Botschafter Bullitt deutete in einer Depesche nach Washington am 3. Mai an, wie Paris die Situation beurteilte. «So viele Informationen erreichten die französische Regierung kürzlich bezüglich bevorstehenden Angriffs auf Niederlande» kabelte er, «dass französische Regierung überzeugt, diese Information von deutscher Regierung verbreitet, und es für möglich hält, dass Hitler seine Aufmerksamkeit auf Jugoslawien und Ungarn wendet, bevor er Niederlande angreift.» Keine Erwähnung Belgiens. Noch am 8. Mai berichtete Bullitt, Reynaud und Ldger glaubten nach wie vor, Hitlers nächster Schritt werde auf dem Balkan erfolgen

Und doch berichtete in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai ein französischer Flugzeugführer, Oberst François, nach der Rückkehr von einem Flugblatteinsatz über Düsseldorf, eine deutsche Panzerkolonne gesehen zu haben, über 100 Kilometer lang, mit hell leuchtenden Scheinwerfern, auf der Fahrt in Richtung auf die Ardennen. Um diese Zeit durften die französische und die britische Luftwaffe über Deutschland nichts als Flugblätter abwerfen, obwohl der Krieg schon neun Monate dauerte. Obwohl also ein Bombenabwurf auf die Kolonne nicht in Frage kam, berichtete der Oberst seine Beobachtung prompt an seinen kommandierenden General. Seine Vorgesetzten weigerten sich, daran zu glauben⁷⁰.

9. Mai 1940, Paris. Frankreich ohne Regierung und ohne Oberbefehlshaber

Paul Reynaud kehrte am 9. Mai um 10 Uhr 20 vom Élysée-Palast zum Quai d'Orsay zurück, entschlossen, trotz Präsident Lebruns Zögern Gamelin abzusetzen und zurückzutreten, falls sein Kabinett ihn überstimmte. In «völligem Schweigen», wie Baudouin, der das Protokoll führte, bemerkt, hörten die Minister den Ministerpräsidenten an, der mit bleichem Gesicht und von seiner wochenlangen Grippe noch heiseren Stimme zwei Stunden lang die Anklage gegen Gamelin verlas, die er und seine Assistenten aufgestellt hatten. Sie beschäftigte sich ausschliesslich mit dem alliierten Fiasko in Norwegen. Während Reynaud die britische Verantwortlichkeit dafür nicht beschönigte, beschäftigte er sich zumeist mit dem Versagen des französischen Oberkommandos im allgemeinen und Gamelins im Besonderen, entschlossen in Aktion zu treten, um Norwegen gegen die deutsche Invasion zu helfen⁷².

Wegen seiner Halsschmerzen hatte Reynaud zu Anfang seine Kollegen gebeten, sich des Rauchens zu enthalten. «Es ist eine Hinrichtung», flüsterte Finanzminister Lucien Lamoureux⁷³.

Reynaud beendete seine Anklagerede gegen Gamelin um 12 Uhr 30. Wenn Frankreich einen Oberbefehlshaber nach Blossstellung solcher Unzulänglichkeiten, wie sie seine Behandlung der Norwegenangelegenheit erwiesen habe, beibehielte, sagte er, «werden wir den Krieg mit Sicherheit verlieren». Er ersuchte das Kabinett, seiner Ernennung eines anderen Oberbefehlshabers zuzustimmen. Diese Forderung begegnete völligem Still-schweigen. «Es ist an der Zeit», sagte Reynaud abschliessend, «dass jedes Kabinettsmitglied sich seiner Verantwortung gewachsen zeigt.» Dann wandten sich alle Daladier, dem Verteidigungsminister und Beschützer Gamelins, zu. Er schob die Schuld für das norwegische Fiasko den Briten zu. Sie hätten dort das Kommando geführt. Gamelin sei dafür nicht verantwortlich. Mit Bezug auf die französisch-deutsche Front erklärte er, es sei der «Wunsch» der französischen Regierung, sie «gegenwärtig nicht in Brand zu setzen», obgleich die Briten davor «nicht zurückschrecken» würden. Frankreich brauche mehr Zeit, um aufzurüsten. Er sagte, er halte Gamelin für «einen grossen militärischen Führer».

Er hat gewaltiges Prestige und eine makellose militärische Vergangenheit. Seine hohe Intelligenz wird allgemein anerkannt.

Daladier sagte, er bedauere, dass Gamelin keine Gelegenheit geboten worden sei, sich zu verteidigen. Er bedauerte auch die «schweren Vorwürfe», die der Ministerpräsident vor so vielen Menschen ausgesprochen habe, selbst wenn sie Kabinettsmitglieder seien. Er widersetzte sich dem Wunsch des Ministerpräsidenten, den Oberbefehlshaber abzulösen⁷⁴.

Reynaud appellierte an die anderen Kabinettsmitglieder, ihre Meinung zu äussern, aber keiner ergriff das Wort. «Angesichts einer so ernsten Opposition», sagte der Minister-

Präsident, «werde ich die Regierung als zurückgetreten anzusehen haben.» Er ersuchte seine Kollegen, dies geheimzuhalten, bis ein neues Kabinett gebildet werden könne ⁷⁵. Gamelin hörte am Nachmittag von den schweren Vorwürfen des Ministerpräsidenten an seiner Führung. «Wieder einmal», sagte er, «schrieb ich mein Rücktrittsgesuch.» Er wünschte nicht, fügt er hinzu, die Ursache einer neuen politischen Krise zu sein.

Um 1 Uhr morgens wurde er auf seinem Kommandostand in Vincennes geweckt. Eine Botschaft von einem französischen Agenten hinter den deutschen Linien war eingetroffen: «Kolonnen marschieren westwärts ⁷⁶.»

Während die grösste Armee, die jemals von den Deutschen zum Angriff auf Frankreich versammelt worden war – 136 Divisionen, davon 10 Panzerdivisionen, unterstützt von einer gewaltigen Luftarmada –, sich vorbereitete, beim Morgengrauen loszuschlagen, war die französische Republik ohne eine Regierung und ohne einen Oberbefehlshaber.

Die Schlacht um Frankreich, I. Der Aufmarsch der Armeen 10. bis 15. Mai 1940

Strahlender als in diesem Jahr hätte der Frühling in Paris gar nicht sein können: Die Kastanien in den breiten Allees und an der Seine blühten, und die Blumen in den Tuilerien und im Jardin du Luxembourg prangten in allen Farben, die der Mai nur hervorzaubern konnte. Keine Wolke stand am Himmel; seit Wochen schon hatte es nicht mehr geregnet. Die Pariser genossen die Sonne auf den Stühlen der StrassenCafés, die Zuschauertribünen an der Rennbahn von Auteuil waren voll besetzt, und vor den Schaltern der Buchmacher herrschte dichtes Gedränge. Tausende von Besuchern drängten sich in die Kunstaussstellung im Grand Palais, Tausende in die Kinos und Theater. In den Schaufenstern der grossen Juwelierläden der Rue St-Honoré funkelten die Diamanten und Edelsteine, und die Geschäfte gingen nicht schlecht. In den goldschimmernden Korridoren des eleganten Ritz an dem Place Vendôme, wo vor dem ersten Weltkrieg Marcel Proust oft das Kommen und Gehen der oberen Zehntausend beobachtet hatte, verplauderte die Damenwelt die Zeit. Clare Boothe Luce fand diese Maitage in Paris «wahn-sinnig schön... die Luft mild und voll vom Gezwitzcher der Vögel... den Blumenmarkt an der Madeleine unerhört farbenprächtig ...»¹

Als am Freitag, dem 10. Mai 1940, die Deutschen losschlügen, erwachte Paris «in Sonne gebadet», wie ein Journalist schrieb; «sorgenfrei und frohen Herzens» sei jedermann in der schönen Metropole gewesen, selbst als schon aus allen Lautsprechern die ersten Berichte drangen, dass eine mächtige Invasionsarmee zwischen Nordsee und Rhein gegen Holland, Belgien, Luxemburg und das nordöstliche Frankreich vorrückte und dass die grosse deutsche Offensive im Morgengrauen von tausend Bombern mit einem Angriff auf die Flugplätze im Osten eröffnet worden sei².

Um 5 Uhr 30 befahl General Georges, der Oberkommandierende der Nordostfront, General Billotte, er solle die Vorbereitungen zum Einrücken seiner Heeresgruppe 1 nach Belgien einleiten. Um 6 Uhr 30 darüber unterrichtet, dass Belgien – endlich – ein Hilfeersuchen gestellt hatte, rief Oberbefehlshaber General Gamelin Georges an.

«Sollen wir die Dyle-Stellung besetzen?» fragte letzterer.

«Können wir etwas anderes tun, nachdem uns die Belgier darum gebeten haben?»

«Offenbar nicht», antwortete Georges³.

Fünf Minuten später gab Georges jenen Befehl, der die fünf Armeen der Heeresgruppe 1 unter Billotte in Marsch setzte. General Girauds siebente Armee hatte den Auftrag, so rasch wie möglich nordwärts bis in das Gebiet des holländischen Breda, Gorts neun Divi-

sionen des Britischen Expeditionskorps und General Blanchards erste Armee zur Dylestellung zwischen Löwen und Namur vorzurücken. General Coraps neunte Armee sollte nordwestlich von Sedan abschwanken und am Westufer der Maas bis Namur Stellung beziehen. Die linke Flanke von General Huntzigers zweiter Armee, die bereits am kritischen Angelpunkt der grossen Schwenkbewegung stand, sollte ihr bei Sedan liegendes 9. Korps verstärken. Fünf leichte Kavalleriedivisionen der neunten und der zweiten Armee – jede halb beritten, halb mit Panzern ausgerüstet – hatten den Befehl, zügig über die Maas vorzustossen, um den durch Luxemburg und den belgischen Ardennenwald nach Westen auf den Fluss vorrückenden Feind aufzuhalten. Insgesamt gesehen war die Heeresgruppe 1 eine ungeheure Streitmacht. Und doch würden sich die Militärgeschichtler späterer Zeiten einmal jener zögernden Worte erinnern, die die beiden führenden Offiziere Frankreichs an diesem Morgen am Telefon wechselten, und sie als ein Omen für den Ausgang der Schlacht werten, die sich nun rasch entwickelte.

General Georges scheute also wahrscheinlich deshalb vor einem tiefen Vordringen nach Belgien zurück, weil er eine Falle befürchtete. General Gamelin, der beim Entwurf seines Planes davon ausgegangen war, die Deutschen würden wie 1914 durch das mittlere Belgien, durch das Gebiet um Lüttich, vorstossen, legte Zuversicht und Optimismus an den Tag. Schliesslich hatte der Angriff der Deutschen ihn im letzten Augenblick vor der Absetzung – und Reynaud vor dem Rücktritt – bewahrt. Um 7 Uhr morgens übermittelte der Premierminister seinem Botschafter eine Botschaft: «Die Schlacht hat begonnen. Jetzt kommt es nur noch auf eines an: auf den Sieg. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir alle zusammenarbeiten!» Gamelin antwortete unverzüglich: «*Monsieur le President*, auf Ihre Botschaft gibt es nur eine einzige Antwort: Es geht allein um Frankreich.» Die Auseinandersetzungen vom Tage zuvor waren vergessen.

Und doch war Reynauds Vertrauen zu seinem Oberbefehlshaber nicht vollständig wiederhergestellt. Als Baudouin um 7 Uhr 30 in der Privatwohnung des Ministerpräsidenten ankam, sagte dieser: «Gamelin ist gerettet. Endlich hat er die Schlacht, auf die er so lange gewartet hat, auf die er tatsächlich hoffte... Wir werden sehen, was er kann.» Baudouin beschreibt den Ministerpräsidenten als «unruhig und nervös»⁴.

Was man von Gamelin an jenem Morgen gewiss nicht sagen kann. Hauptmann Beaufre sah ihn gegen 6 Uhr 30, wie er durch die düsteren Korridore des Hauptquartiers in Vincennes ging. «Er wirkte entschlossen und zufrieden, wie ich es bei ihm noch nie erlebt hatte... Er schien absolut zuversichtlich zu sein, dass die Operationen, die er selbst erdacht und nun in Gang gebracht hatte, zum Erfolg führen würden»⁵.

Gamelin selber bestätigt Beaufres Eindruck. «Ich gebe zu», so schrieb er später über die Ereignisse des 10. Mai, «dass ich an den Sieg glaubte. Ich war davon überzeugt, dass wir den Vormarsch der Deutschen zum Stehen bringen würden... Ich hatte Vertrauen zur Armee»⁶.

Pierre Jacomet, Generalsekretär im Verteidigungsministerium, sagte Yves Bouthillier am Nachmittag dieses Tages: «Hätten Sie heute morgen sehen können, wie Gamelin

grinste, als er mich über die Stossrichtung des Feindes unterrichtete, würden Sie sich nicht beunruhigen müssen⁷.»

Tatsächlich wusste der Oberbefehlshaber an diesem ersten Tage der Schlacht nichts über die Stossrichtung des deutschen Hauptangriffes und fand das auch trotz wiederholter Warnungen erst dann heraus, als es bereits zu spät war. Hartnäckig hielt er an seiner einmal festgelegten Strategie fest, ohne an das berühmte und sicher auch ihm bekannte Wort Moltkes zu denken, dass ein «Fehler beim Aufmarsch einer Armee nie wieder korrigiert werden kann». Eine Ansicht freilich, die Joffre bei der Mameschlacht von 1914 widerlegt hatte – und Gamelin, ebenso phlegmatisch wie Joffre, war es gewesen, der ihm dabei half*.

Dem ersten strategischen Überraschungsschlag der Deutschen ging ein taktischer voraus: Trotz aller warnenden Vorzeichen wurde die französische Armee am frühen Morgen des 10. Mai förmlich überrumpelt. Den in Frontnähe stationierten Einheiten fehlten durch Heimaturlaub 10 bis 15 Prozent ihrer Soldaten. Als Major Baril vom *Deuxième Bureau* am Abend des 9. Mai General Colson drängte, alle Urlauber in die Kasernen zurückzurufen, erhielt er zur Antwort: «Aber warum denn? Morgen wird niemand kämpfen müssen. Deutschland steht kurz vor seinem Zusammenbruch⁹.» Eines freilich steht fest: Es war zu spät – und dieses «zu spät» wird in den Berichten über die Ereignisse der nächsten Tage immer wieder eine entscheidende Rolle spielen.

Es ist richtig, dass der französische Nachrichtendienst seit Monaten mit Berichten über den bevorstehenden Angriff der Deutschen überflutet worden war, und alle diese Informationen hatten sich als falsch erwiesen. Hinzu kommt, dass die einlaufenden Meldungen oft äusserst widersprüchlich waren. Am 9. Mai wurde das *Deuxième Bureau* zwar gewarnt: «Macht Euch bereit! Angriff morgen bei Tagesanbruch¹⁰!» Trotzdem berichtete dasselbe Büro am gleichen Tage, dass es jenseits der Grenzen Hollands und Belgiens keinerlei Hinweise auf «aussergewöhnliche deutsche Bewegungen» gebe. Nach zwei Aufklärungsflügen der *Royal Air Force* über diesem Gebiet meldeten die Piloten, sie hätten nichts Ungewöhnliches gesehen¹¹.

«Ich kann Ihnen versichern», sagte General Gamelin später zu dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, «dass wir am 9. Mai nichts von einem Angriff der Deutschen am nächsten Tage wussten. Es gab nichts, woraus wir dies hätten schliessen können¹².»

Kein Wunder, dass die französische Armee überrascht wurde. Eine Reihe von Fronteinheiten war im Manöver, andere auf Schiessübungen. Der gesamte Generalstab der zweiten Armee, die Sedan zu schützen hatte, reiste am Abend des 9. Mai nach Vouziers, um dort, wie einer der Teilnehmer es beschrieb, «ein lustiges Theaterstück, das von der

* Oberst Pierre Lyet, der brillante, halbamtliche französische Militärhistoriker, kam nach einem Studium vertraulicher und bisher noch unveröffentlichter militärischer Dokumente zu dem Schluss, dass das Oberkommando entgegen allen späteren schriftlichen und mündlichen Äusserungen am 10. Mai die Chancen der französischen Armee im Kampf gegen die Wehrmacht als «höchst aussichtsreich» beurteilte. Die Äusserungen Gamelins in jenem Frühling, so Lyet, bewiesen die «absolute Zuversicht des Oberbefehlshabers und das Fehlen jedes Zweifels, jedes Vorbehalts und aller Furcht vor einem Rückschlag». Alles ihm zur Verfügung stehende Material zusammenfassend, schliesst Lyet: «Die Generale Gamelin, Georges und Billotte konnten die Möglichkeit eines deutschen Angriffs im Osten gelassen ins Auge fassen. Über die Ansichten dieser drei obersten militärischen Führer bestehen keine Zweifel: *Die französische Armee war zumindest in der Lage, den feindlichen Angriff zum Stillstand zu bringen!*» *

Armeebühne aufgeführt wurde, zu sehen. Wir kamen um zwei Uhr nachts zum Hauptquartier zurück und schliefen den Schlaf der Gerechten, bis wir um fünf Uhr morgens mit der Nachricht geweckt wurden, dass die Boches durch Luxemburg brausten und gegen uns vorrückten*.» General Prioux, der das Kavalleriekorps der ersten Armee kommandierte und als erster in Belgien einmarschieren sollte, hatte den 9. Mai weit hinter der Grenze in Sissonne verbracht und dort Schiessübungen geleitet. Er wurde bei Tagesanbruch in Saint-Quentin, über 70 Kilometer südlich der belgischen Grenze, durch in der Nähe detonierende deutsche Bomben aufgeweckt. «Niemand sah den Sturm voraus», sagte er. Wie alle anderen wurde auch er vollständig überrascht.

Die Angriffe der deutschen Luftwaffe im Morgengrauen auf die Flugplätze Nordfrankreichs hatten nur wenig Schaden angerichtet. Nach General d'Astier de la Vigerie, dem Kommandeur der französischen Luftstreitkräfte im Bereich der Heeresgruppe 1, wurden vier seiner Flugzeuge zerstört und 30 beschädigt. Vierzig von den 400 angreifenden deutschen Maschinen wurden abgeschossen¹⁴. Der Flugplatz der *Royal Air Force* bei Conde Vraux wurde ausgeschaltet, sechs von seinen 18 *Blenheim-Bombern* wurden zerstört, die übrigen beschädigt; das Spritlager und die Kommandantur gingen in Flammen auf¹⁵.

Was d'Astier an jenem ersten Kampftag am meisten beunruhigte, waren die Befehle, die er von oben erhielt. Um 8 Uhr morgens kam der erste Auftrag vom Hauptquartier Georges': «Beschränken Sie Ihre Operationen auf Abwehr und Aufklärung.» Bombardierungen waren – für den Augenblick jedenfalls – nicht erlaubt! Ungeachtet der Tatsache, dass die Deutschen seit Tagesanbruch bombardiert hatten und dass alliierte Aufklärungsflugzeuge starke deutsche Truppenkolonnen beim Überschreiten der Grenzen Hollands, Belgiens und Luxemburgs, die gute Ziele boten, gemeldet hatten. Nach einem ganzen Morgen stürmischer Proteste erhielt d'Astier um 11 Uhr vormittags endlich die Erlaubnis, Bombenangriffe gegen feindliche Kolonnen zu fliegen. Aber General Vuillemin, der unfähige Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ordnete an, dass keine geschlossenen Ortschaften bombardiert werden dürften: «Um keinen Preis.» Da die Deutschen sich aber fortwährend durch Städte und Dörfer bewegten, waren d'Astier die Hände gebunden. Die Deutschen hingegen bombardierten holländische und belgische Städte, wie es ihnen gefiel. D'Astier berichtet, dass massive französisch-britische Bombenangriffe gegen deutsche Kolonnen für die erste Nacht einer deutschen Offensive seit langem vorbereitet waren, und während des Tages war das Signal zum Start am Abend des 10. Mai gegeben worden. Nicht nur alle in Frankreich verfügbaren französischen und britischen Bomber sollten daran teilnehmen, sondern ein noch größeres Kontingent des britischen *Bom-*

* Es war General de Barre, ein nichtparlamentarisches Mitglied des nach dem Kriege eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Er vernahm General Gamelin zu der Frage, warum er sich hatte überraschen lassen. Gamelin vertrat den Standpunkt, dass er «unmöglich» wissen konnte, was die Deutschen im Schilde führten, bis sie tatsächlich angriffen¹⁶. Aber war es wirklich unmöglich gewesen? Die ganze Nacht des 9. Mai waren deutsche Kolonnen, die sich von der Grenze rückwärts 120 Kilometer weit bis zum Rhein und noch darüber hinaus hinzogen, auf dem Marsch, und die Tausende von Scheinwerfern ihrer Fahrzeuge leuchteten hell, ihr Ziel waren die Ardennen. Zwei Nächte zuvor hatte, wie wir gesehen haben, ein französischer Pilot einige dieser Kolonnen ausgemacht. Anscheinend wurde in der kritischen Nacht vom 9. auf den 10. Mai keine französische oder britische Luftaufklärung durchgeführt. Jedenfalls ist nichts darüber bekannt.

ber Command, dessen Flugzeuge in England stationiert waren. D'Astier sagt, die Befehle von General Georges hätten diese Operation unmöglich gemacht. Sie wurde abgesagt¹⁶. Verständlicherweise drückt das Buch dieses Fliegergenerals tiefste Verachtung für die Verständnislosigkeit des französischen Oberkommandos dem Luftkrieg gegenüber aus*.

Die Generäle des Heeres sahen immer mehr auf die Luftwaffe herab. Sie behaupteten, dass sie ihre Flugzeuge niemals sähen, dass der Himmel in den entscheidenden Stunden tatsächlich leer sei, wenn ihre Bodentruppen durch mörderisches deutsches Feuer niedergehalten würden.

Die der deutschen Luftwaffe zahlenmässig unterlegene französische Luftflotte setzte tatsächlich die ihr zur Verfügung stehenden Flugzeuge niemals in vollem Umfang ein – und das auch dann nicht, als Reynaud, Gamelin und Georges an London appellierten, mehr britische Flugzeuge sollten helfen, die ununterbrochenen feindlichen Luftangriffe zum Stillstand zu bringen. In der Tat hatte Frankreich am Ende der Schlacht mehr moderne Kampfflugzeuge als zu deren Beginn; eine Tatsache, die Gamelin «verblüffte» und sicherlich auch für den Historiker erstaunlich ist.

Gleichzeitig mit den Bombenangriffen brach die Wehrmacht im Morgengrauen in die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg, deren Unverletzlichkeit die deutsche Regierung feierlich garantiert hatte, ein. Kanzler Hitler betrachtete Deutschlands Wort, wie Reichskanzler Bethmann-Hollweg 1914 gegenüber Belgien, als einen «Fetzen Papier». Schnelligkeit, Überraschungseffekt und heftige Bombenangriffe waren die Schlüssel, mit denen die Deutschen den Weg zu einem schnellen Siege zu öffnen rechneten. Der Tag hatte kaum zu dämmern begonnen, als General Hans Graf von Sponecks 22. Luftlandedivision, unterstützt durch 4'000 von den 4500 Fallschirmjägern von General Kurt Stuedents 7. Fallschirmdivision auf den holländischen Flugplätzen und den Zugängen zu strategisch wichtigen Brücken, besonders denen über die Maasmündung nahe Rotterdam, landeten. Vor Mittag hatten sie sich starke Stellungen innerhalb der «Festung Holland» rund um Rotterdam und den Haag ausgebaut und die Brücken bei Dordrecht und Moerdijk besetzt, bevor diese gesprengt werden konnten. Das Schicksal Hollands war damit besiegelt. Innerhalb von fünf Tagen war General von Kuehlers aus sechs Infanteriedivisionen, einer Kavalleriedivision (der einzigen im deutschen Heer) und der 9. Panzerdivision bestehende 18. Armee quer durch Holland vorgerückt und hatte die

* General d'Astier beginnt eines der ersten Kapitel seines Buches *Le Ciel n'était pas vide* mit einem Bericht über eine Unterbrechung eines Vortrages des Generals Crochu im Jahre 1939 vor dem *Centre des Hautes Etudes Militaires* durch General Gamelin. Dieser habe behauptet: «So etwas wie eine Luftschlacht gibt es nicht. Eine Schlacht gibt es nur auf dem Land.» Bekannt sind noch andere Aussprüche Gamelins über dieses Thema, die d'Astier vielleicht nicht gehört hat. Als Gamelin 1938 über den Mangel an Flugzeugen befragt wurde, soll er geantwortet haben: «Wir haben praktisch keine Flugzeuge? Das macht nichts, wir werden ohne sie Krieg führen.» Frédéric Dupont, ein Mitglied des Heeresausschusses der Deputiertenkammer, sagte aus, er habe gegen Ende Juli 1939, einen Monat vor Kriegsausbruch, seine Sorge über die Lage der Luftstreitkräfte zum Ausdruck gebracht, und Gamelin habe geantwortet: «Die Luftwaffe wird im nächsten Krieg nicht die Rolle spielen, die gewisse Militärtheoretiker voraussehen. Sie wird sehr bald wegen des ungeheuren Material- und Menschenverschleisses an Bedeutung verlieren¹⁷. Gamelin tritt später ab, dies gesagt zu haben.

Verbindung zu den Luftlandetruppen hergestellt. Für die Holländer war alles vorbei. Sie legten am frühen Morgen des 14. Mai die Waffen nieder und kapitulierten am nächsten Morgen. Die Königin und die Regierung, für deren Gefangennahme die Deutschen exakt ausgearbeitete Pläne vorbereitet hatten, waren am 13. vom Haag an Bord zweier britischer Zerstörer geflüchtet, die sie nach London ins Exil brachten.

Weiter südlich, wo bedeutendere Schlachten ausgefochten wurden, war Walter von Reichenaus sechste Armee, die die Südflanke von General Fedor von Bocks Heeresgruppe B bildete – der nördliche Flügel war ja in Holland eingesetzt –, in der Gegend von Maastricht über die Maas vorgestossen und wandte sich nun gegen die erste Linie der belgischen Armee, welche die Befestigungen am Albertkanal verteidigte*. Sie bestand aus siebzehn Infanteriedivisionen und General Erich Hoepners 16. Panzerkorps, das zwei Panzerdivisionen und eine motorisierte Infanteriedivision umfasste. Die Armee wurde als stark genug angesehen, um die Alliierten ins mittlere Belgien östlich von Brüssel zu locken – in der Annahme, dass sie, wie Klucks Armee 1914, im Begriff stehe, den Hauptschlag zu führen.

Südlich von der sechsten Armee, zwischen Lüttich und der Mosel, rückten die Streitkräfte von General Gerd von Rundstedts Heeresgruppe A über die Grenzen Luxemburgs und Belgiens vor. Dies war die Hauptmacht des deutschen Heeres. Sie sollte dem Plan entsprechend den grossen Durchbruch im Zentrum der alliierten Front erzielen, deren Streitkräfte in Belgien aufrollen und, wie Manstein es vorausgesagt hatte, einen raschen und vollständigen Sieg erringen. Sie bestand aus fünf Armeen, vierundvierzig Divisionen, darunter sieben der zehn verfügbaren Panzerdivisionen, welche den Panzerkeil bilden sollten. Sie wurde von General Hugo Sperrles dritter Luftflotte, die über 2'000 Kampf- und Bombenflugzeuge verfügte, unterstützt. Sie brachen blitzschnell durch die schwachen belgischen Befestigungen südlich von Lüttich. General Günther von Kluges vierte Armee von elf Divisionen, an der Spitze General Hoths 15. Panzerkorps mit zwei Divisionen, der 5. und 7. (deren letztere der damals noch unbekannt General Erwin Rommel führte), drang gegen die Maasübergänge zwischen Namur und Dinant vor. Südlich davon durchschritt der Hauptpanzerkeil rasch das unverteidigte Luxemburg und die dichtbewaldeten und unwegsamen belgischen Ardennen, von denen Pétain und Gamelin geglaubt hatten, sie wären für Panzer «undurchdringlich». Dies war General Ewald von Kleists Panzergruppe, die aus fünf Panzerdivisionen und drei motorisierten Infanteriedivisionen bestand. General Georg-Hans Reinhardts 41. Panzerkorps, das aus zwei Divisionen bestand, marschierte in Richtung auf die Maas zwischen Revin und Montherme. Sedan war das Ziel General Kurt Guderians 19. Korps (drei Panzerdivisionen).

Die alliierten Heere wurden überrascht und brauchten Zeit, um sich zu organisieren und am 10. Mai aus den Standorten abzurücken. Viele Einheiten standen nur wenige Kilometer von der französisch-belgischen Grenze entfernt, trotzdem kostete es einige Mühe,

* Der Verfasser folgte der sechsten Armee während eines Teils ihres Vormarsches durch Belgien.

sie am ersten Tage bis an belgisches Gebiet heranzubringen. Manche Divisionen wurden dadurch zersplittert, dass ein Teil der Truppen mit der Eisenbahn, ein anderer in Lastkraftwagen transportiert wurde, andere mussten zu Fuss marschieren (es ist erstaunlich, in welchem Umfang sich das französische Oberkommando wie seinerzeit im ersten Weltkrieg auf die Eisenbahnen verliess). Ein Teil einer zu General Girauds 7. Armee gehörigen Division wurde zur See nach Antwerpen und Holland befördert. Es war 22 Uhr, als die ersten Eisenbahnzüge an der belgischen Grenze eintrafen. Ein ganzer Tag war verloren. Weil die Belgier sich geweigert hatten, vorher mit den Alliierten Pläne auszuarbeiten, war es schwierig, belgische Lokomotiven aufzutreiben, die sie weiterbefördern konnten. Oberst Zeller, der im Auto um 13 Uhr in Brüssel eintraf, konnte im Verteidigungsministerium niemanden aufreiben, der zuständig war, ihn über den Bahntransport zu beraten. Er wurde an das königliche Hauptquartier in Fort Breendonck nahe Antwerpen verwiesen, wo er um 15 Uhr endlich dem belgischen Oberkommando berichten konnte, dass französische Eisenbahnzüge gegen 22 Uhr an der Grenze bereitstehen und Lokomotiven zum weiteren Transport benötigen würden.

An einigen Stellen der Grenze hatten die Belgier, obgleich ihr König um Hilfe gerufen hatte, versäumt, die Hindernisse, die den Weg versperrten, zu beseitigen. Es kostete die französische 2. leichte Kavalleriedivision eine Stunde, die Zerstörungen und Hindernisse zu beseitigen. Eine Einheit der 3. britischen Division vermochte nicht, den zuständigen belgischen Offizier zur Entfernung der Grenzsperrung zu überreden. Er verlangte eine «Eintrittserlaubnis» nach Belgien. Endlich fuhren die Briten mit schweren Lastwagen einfach durch¹⁸.

Das französische Oberkommando hatte angeordnet, dass die Truppen nur bei Nacht marschieren sollten, um Verluste durch Luftangriffe zu vermeiden. Da es aber um diese Jahreszeit nur acht Stunden dunkel war, kümmerten sich die meisten Einheiten, wenn irgend möglich, nicht um den Befehl und marschierten auch bei Tage. Zum Erstaunen des Oberkommandos kamen Bombenangriffe auf marschierende Verbände nur selten vor. Gamelin und Georges wären noch erstaunter gewesen, wenn sie gewusst hätten, warum dies so war.

Sie hatten geschätzt, dass sie fünf bis sechs Tage benötigen würden, um die Dyle-Stellung östlich von Brüssel zu erreichen, sowie weiter südlich den belgischen Teil der Maas zwischen Givet und Namur, und dort Auffangstellungen vorzubereiten. Trotz aller Verzögerungen erreichte ein guter Teil der alliierten Kavallerie und der leichten Panzerdivisionen die Dyle-Stellung vor Mitternacht des 10. Mai und schob am nächsten Morgen einen Schützenschleier über Dyle und Maas vor. Aber die Artillerie und Infanterie hingen noch weit zurück. Trotzdem waren die Oberkommandos der Franzosen und Briten zuversichtlich. Der Einmarsch nach Belgien verlief planmässig, was freilich nicht schnell bedeutete. Der Führer der Heeresgruppe 1, General Billotte, hatte das Gefühl, dass er mit der ersten und siebenten französischen Armee und dem britischen Expeditionskorps in der Mitte eine mächtige Streitkraft auf verhältnismässig schmaler Front – knapp 90 Kilometer – konzentriert hatte. Wenn er die den Fronttruppen dicht folgenden Reserven

mitzählte, dann war die Heeresgruppe 30 Divisionen stark, und zu ihr gehörte die Elite des französischen Heeres – alle drei leichten Panzerdivisionen, zwei von drei schweren Panzerdivisionen, zwei Drittel der unabhängigen Panzerbataillone sowie motorisierte Artillerie- und Flakeinheiten. Sie war zahlenmässig, an Feuerkraft und sogar an Panzertruppen der nach Westen vordringenden sechsten Armee Reichenaus, der sie begegnen sollte, überlegen. Zusätzlich standen ihr die meisten der 22 belgischen Divisionen zur Verfügung.

Die zwei französischen Armeen, die neunte und die zweite, welche die linke Flanke der Heeresgruppe 1 bildeten, waren viel schwächer. Sie bestanden grösstenteils aus «B»-Divisionen – älteren Männern mit wenig Ausbildung in der letzten Zeit – und waren erbärmlich schwach mit Panzern, Pak und Flak ausgerüstet; ebenso fehlte es an motorisierten Transportmitteln. Tatsächlich hatte General Coraps neunte Armee im strategisch wichtigen Abschnitt zwischen Sedan und Namur Schwierigkeiten, ihren linken Flügel unterhalb Namur in Stellung zu bringen. Die meisten ihrer Einheiten mussten zu Fuss marschieren, und Corap, der glaubte, reichlich Zeit zu haben, befolgte den Befehl, nur im Schutz der Nacht zu marschieren. Auf der linken Flanke der zweiten Armee, die Sedan zu verteidigen hatte, war von General Huntziger dessen schwächste Einheit, das 10. Armeekorps, eingesetzt worden, dessen drei Divisionen am 10. Mai in einer Umgruppierung begriffen und im Augenblick ausserstande waren, eine ernsthafte Schlacht zu bestehen. Aber ihre Kommandeure erwarteten nicht, dass das innerhalb mehrerer Tage – wenn überhaupt – notwendig sein würde. Ihnen war durch das Grosse Hauptquartier zu verstehen gegeben worden, dass ihre Front von untergeordneter Bedeutung sei, dass sich die Hauptschlacht weiter nördlich auf der belgischen Ebene abspielen werde. Sie nahmen an, dass ihnen deshalb die schwächsten und am schlechtesten bewaffneten Truppen unterstellt worden seien.

Die beiden Gegner

Die beiden Heere, die sich am 10. Mai gegenüberstanden, waren – entgegen einer damals und auch später weitverbreiteten und zum Teil durch verschiedene um eine Entschuldigung für das damalige Geschehen bemühte französische Generäle geförderten Meinung – mit Ausnahme der Luftstreitkräfte ziemlich gleich stark*.

An Zahl waren sie ziemlich gleich. Wenn Generäle und Militärhistoriker auf beiden Seiten auch verschiedene und widersprechende Angaben über ihre eigenen Streitkräfte und die des Gegners machen, so ist es doch möglich, einen fairen Vergleich anzustellen.

* So schrieb später General Georges, der die unmittelbare Führung der in die Schlacht verwickelten alliierten Streitkräfte innehatte, im Dezember 1946 in der Einführung zu einem Buch seines Stabschefs General G. Roton, das voll solcher Entschuldigungen war, dass «trotz der leidenschaftlichen Diskussionen über die vergleichbaren Effektivstärken und Ausrüstungen der einander gegenüberstehenden Heere niemand die Tatsache bestreiten kann, dass die Wehrmacht 1940 der unseren überlegen war, besonders in der Panzerwaffe und in der Luftmacht». Georges spricht weiter von der «deutlichen Materialüberlegenheit, besonders der Waffentechnik»^{1*}.

General Gamelin, der über seine eigenen Streitkräfte Bescheid wissen sollte, gibt die gesamte alliierte Stärke an der Nordostfront mit 144 und die der Deutschen mit 140 Divisionen an. Hans-Adolf Jacobsen, der die erschöpfendste Studie der deutschen Quellen angestellt hat, gibt die Stärke von Hitlers Armeen im Westen mit 136 Divisionen und die der Alliierten mit 137 an. Der Unterschied ist also nicht gross.

Wie stark war die französische Armee selbst, die den wichtigsten Teil der alliierten Streitmacht darstellte? Gamelin gibt die Gesamtzahl der französischen Divisionen an der Front mit 101, einschliesslich drei leichten und vier schweren Panzerdivisionen (die vierte war erst vom 16. Mai ab verfügbar) nebst fünf leichten Kavalleriedivisionen (zur Hälfte beritten, zur anderen Hälfte mit Panzern) an. Weiterhin elf britische Divisionen, von denen eine, die 1. Panzerdivision, erst Ende Mai in Frankreich eintraf, ferner 22 belgische und zehn holländische Divisionen, was eine Gesamtzahl von 144 alliierten Divisionen ergeben würde. Oberstleutnant Lugand kommt in einer Studie, die sich auf die Archive des französischen Heeres stützt, auf eine etwas höhere Stärke der französischen Streitkräfte. Er stellt eine Liste von 92 Infanterie-, sechs leichten und schweren Panzerdivisionen sowie sechs Kavalleriedivisionen auf, also insgesamt 104 Divisionen. Dazu kommen nach Lugand noch Festungstruppen, die an Stärke zehn Divisionen entsprochen hätten und die Besatzung der Maginotlinie und anderer Befestigungen bildeten, womit sich eine Gesamtzahl von 114 französischen Divisionen ergeben würde.

Wenn Oberstleutnant Lugands Ziffern für die französische Armee stimmen, hätte sich die alliierte Gesamtstärke einschliesslich der Briten, Belgier und Holländer auf 157 Divisionen belaufen. Die Deutschen hatten 136 Divisionen. Wie man die alliierte Stärke auch berechnen mag, ihre Truppen im Westen waren an jenem Morgen des 10. Mai zahlenmässig nicht unterlegen.

Törichterweise hatten Gamelin und Georges fast ein Drittel ihrer Streitkräfte in der Maginotlinie und am Oberrhein gebunden, wo die Deutschen nicht angriffen, bis sie sich später nach Süden wandten: 36 Divisionen, einschliesslich einer britischen. Ihnen gegenüber hatten die Deutschen nur 19 mittelmässige Infanteriedivisionen der Heeresgruppe C. Ich habe versucht, aus deutschen und französischen Quellen die tatsächliche Stärke beider Seiten an der Front, wo die Schlacht um Frankreich entschieden wurde, herauszuarbeiten. General Billottes Heeresgruppe 1, die die volle Wucht der deutschen Offensive durch Belgien zu tragen hatte, bestand aus 60 Divisionen (einschliesslich 22 belgischen und neun britischen). Dazu müssen die sieben Divisionen der französischen zweiten Armee bei Sedan gerechnet werden, die bald die Verbindung zu Billottes Heeresgruppe verlor. Das macht 67 Divisionen, wozu noch die zehn holländischen kommen – die allerdings recht schwach waren – sowie die vier französischen Panzerdivisionen, die nachdem sie zunächst in Reserve gehalten worden waren, an der Schlacht teilnahmen. Das bringt die Gesamtzahl der zur Abwehr der deutschen Offensive eingesetzten Divisionen auf 81.

Das war mehr, als die angreifende deutsche Armee besass. Ihre Offensive wurde, wie wir gesehen haben, von zwei Heeresgruppen vorgetragen (Heeresgruppe B mit 29,

Heeresgruppe A mit 45 Divisionen); insgesamt waren das also 74 Divisionen, darunter zehn Panzerdivisionen. Selbst wenn man die zehn holländischen Divisionen abzieht, hatten die Alliierten noch 71 gegen 74 deutsche Divisionen ²⁰.

«Im Grossen und Ganzen», gibt General Gamelin zu, «bestand ein Gleichgewicht der Kräfte²¹.» Tatsächlich waren die Franzosen, wie wir gesehen haben, an der ruhigen Front im Süden hinsichtlich der Zahl der Divisionen im Verhältnis zwei zu eins in der Übermacht. Überdies war diese Front durch die stärkste Festungslinie der Welt gesichert, und die deutsche Heeresleitung hätte selbst im Traum nie daran gedacht, diese frontal anzugreifen. Das stärkte die Abwehrkraft der Franzosen beträchtlich und stellte den Gegenwert von mehreren Divisionen dar. Schliesslich hatte das französische Heer eine fühlbare Überlegenheit in der Zahl voll ausgebildeter aktiver Heeresoffiziere – bei Kriegsausbruch insgesamt 39'000 im aktiven Dienst. Weil das deutsche Heer bis 1935 durch den Versailler Vertrag auf 100'000 Mann beschränkt gewesen war, fehlten in Hitlers Armee erfahrene aktive Offiziere. Aus dem gleichen Grunde mangelte es den Deutschen an ausgebildeten Reservisten. Die Franzosen hatten ihre Wehrpflicht seit dem Ende des letzten Krieges nie unterbrochen; in Deutschland bestand sie erst seit 1935.

Die Frage der Panzer

Unter den zahlreichen Märchen, die man sich bis zum heutigen Tage über das französische Heer im Jahre 1940 erzählt, ist das zugleich verbreitetste und unbegründetste jenes von der gewaltigen Panzerüberlegenheit der Deutschen gegenüber Frankreich. Die seit Kriegsende ermittelten Fakten freilich lassen erkennen, dass diese Legende jeder, aber auch wirklich jeder Grundlage entbehrt. Wahr ist vielmehr, dass das französische Heer über ebenso viele Panzer verfügte wie die Wehrmacht, und die meisten waren den deutschen Typen überlegen. Ärgerlich war nur, dass die Franzosen sie nicht einzusetzen wussten – trotz aller guten Ratschläge des Generals de Gaulle – und dass die Deutschen es verstanden. Dennoch versuchte die Vichy-Regierung jahrelang, der Regierung der Dritten Republik die Schuld an der Niederlage anzulasten, weil diese es unter anderem unterlassen habe, die Armee mit einer ausreichend starken Panzerwaffe auszurüsten. Unterstützt wurde diese Behauptung Vichys noch durch die gelinde gesagt überraschenden Aussagen einiger der für den Einsatz der Panzer verantwortlichen Generäle.

Wie auch bei anderen Fragenkomplexen sind die französischen Quellen über das Thema der Panzer voller Widersprüche. General de Cosse-Brissac, der scharfsinnige Leiter der militärhistorischen Abteilung des französischen Heeres, gab dem Verfasser freundlicherweise Einblick in eine von ihm erarbeitete Studie. Sie enthielt unter anderem sechs verschiedene Zahlenaufstellungen – niedergelegt von Gamelin, dem Oberkommando, zwei Generälen und anderen. Nach Durchsicht ihrer Angaben und der Prüfung der Quellen aus den Militärarchiven kam de Cosse-Brissac zu dem Schluss, dass am 10. Mai ohne die

gepanzerten LKW 2'285 moderne Panzer an der französischen Nordostfront zur Verfügung standen*.

Gegen wie viele deutsche Panzer? Am 10. Mai schätzte das *Deuxième Bureau* die Zahl der von der Wehrmacht bei ihrem Einmarsch eingesetzten modernen Panzer auf 7'000 bis 7'500. Diese Angaben sind natürlich in das Reich reiner Spekulation zu verweisen. Als sich Daladier am 13. Mai in dieser Angelegenheit bei einem Zusammentreffen in Georges' Hauptquartier an Gamelin wandte, erhielt er die erstaunliche Antwort: «Es handelte sich dabei um eine ‚Maximalschätzung‘, immerhin wäre es möglich gewesen, dass die Deutschen tatsächlich so viele Panzer einsetzen**.» Später, in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, gab Gamelin zu, er habe sich geirrt, als er Daladier eine so hohe Zahl angegeben und ihm berichtet habe, die deutschen Panzer seien nicht nur viel zahlreicher, sondern auch viel stärker als die französischen. «Das traf nicht zu», räumte er ein²⁵. In seinen Memoiren fügt er hinzu, er habe die offensichtlich falschen Zahlen des *Deuxième Bureau* «gebilligt, um die öffentliche Meinung in Frankreich wachzurütteln und zu alarmieren»²⁴. Tatsächlich verfügte die Wehrmacht an der deutschen Westfront nur über 2'580 Panzer, und die meisten von ihnen waren den französischen unterlegen. Diese Zahl jedenfalls gibt Jacobsen nach einem gründlichen Studium der deutschen Quellen an²⁵. Guderian, das strategische Genie der Panzerkriegführung in der Wehrmacht, gibt die Zahl in seinen Erinnerungen mit 2'800 an, von denen 2'200 zum Einsatz in der Schlacht bereit waren***. «Die an Zahl stärkste Panzerwaffe in Westeuropa besass Frankreich», schreibt er und fügt hinzu, dass die Überlegenheit «noch dadurch verschärft wurde, dass die französischen Panzer den deutschen an Panzerung und Geschützkaliber überlegen, an Führungsmitteln und Geschwindigkeit unterlegen waren»²⁸.

Die französische Überlegenheit in der Panzerung und im Geschützkaliber – jenen Dingen also, auf die es in der Schlacht am meisten ankommt – war in der Tat auffallend. Ungefähr die Hälfte der deutschen Panzer waren Modelle der Typen 1 und 11. Typ 1 war ein kleines, sechs Tonnen schweres Fahrzeug mit einer nur dreizehn Millimeter starken Panzerung; seine Bewaffnung bestand aus zwei Maschinengewehren. Typ 11 wog bei gleicher Panzerung acht Tonnen, verfügte aber über ein 2-Zentimeter-Geschütz und ein MG. Der 16 Tonnen schwere Typ 111 hatte eine 33 Millimeter starke Panzerung, ein 3,7-Zentimeter-Geschütz und zwei MG. Das stärkste Fahrzeug der Deutschen war der Panzer iv mit einer 40 Millimeter starken Panzerung, die ihn 19 Tonnen schwer machte, einer 7,5-Zentimeter-Kanone sowie zwei Maschinengewehren. Ausserdem verfügten die Deutschen über 132 von den Tschechen erbeutete Praga-Panzer, 15 Tonnen schwer, die

* «Es ist sehr schwierig», schrieb mir der General im Juni 1963, «die genaue Zahl der am 10. Mai 1940 tatsächlich eingesetzten Panzer festzustellen.» Er erwähnte die Zahlen von Gamelin und Jacomet – 2'361 und 3'468 – und weist darauf hin, dass in Jacomet's Schätzung auch solche Panzer enthalten sind, die von der Armee überhaupt noch nicht übernommen waren, sowie jene, die an anderen Orten zum Einsatz gelangten

** General Keller, der Generalinspekteur der französischen Panzerwaffe, versuchte noch 1942, mit falschen Zahlen zu operieren. Als Zeuge gegen Daladier im Riom-Prozess sagte er aus, er glaube noch immer an die Korrektheit der Angaben des *Deuxième Bureau*. «Es steht mir nicht zu, sie heute in Zweifel zu ziehen**.»

*** 1946 nannte er der militärhistorischen Abteilung der französischen Armee mit 2'680 Panzern eine etwas höhere Zahl.

neben zwei MG mit einer 3,7- oder 4,7-Zentimeter-Kanone ausgerüstet waren und deren Turmpanzerung 35 Millimeter stark war.

So gut wie alle 2'300 an der Nordostfront eingesetzten französischen Panzer waren den deutschen Typen 1 und 11 überlegen. Das galt für die leichten R (Renault) 35 und 45, für die H (Hotchkiss) 35 und 40 und die FCM, die zwischen 10 und 12 Tonnen schwer waren, eine Panzerung von 40 Millimeter Stärke besaßen und mit einem 3,7-Zentimeter-Geschütz sowie einem MG bewaffnet waren. Etwa 2'335 Fahrzeuge dieser Typen waren in Frankreich seit 1935 hergestellt worden, wenn auch nicht alle für die Schlacht um Frankreich zur Verfügung standen. Ein hervorragender Panzer war der H 39 mit einer 40 Millimeter starken Panzerung und einem 3,7-Zentimeter-Schnellfeuergeschütz (Modell 1938). General Perré, der stellvertretende Kommandeur der 2. Panzerdivision, der selbst über 99 Fahrzeuge dieses Typs verfügte, hielt ihn für den deutschen Panzern 1, 11 und in mehr als ebenbürtig. Unglücklicherweise waren nur weniger als die Hälfte mit dem neuen Geschütz ausgerüstet; die anderen hatten eine 3,7-Zentimeter-Kanone aus der Zeit des ersten Weltkriegs. Aber selbst damit war der H 39 den deutschen Panzern 1 und 11 überlegen. Der französische «mittlere» Panzer *Somua* war schwerer als der deutsche «schwere» Panzer iv: Er wog 20 Tonnen, war mit einem 4,7-Zentimeter-Geschütz bewaffnet und hatte eine 40 Millimeter starke Panzerung. Wegen seiner Geschwindigkeit – etwa 50 km/h – wurde er den leichten Panzerdivisionen zugeteilt. Ihm ähnlich war der D-2. Der französische schwere Panzer schliesslich, der B-i und B-i-bis, am 10. Mai 1940 mit 314 Exemplaren im Einsatz, war allen deutschen Typen, ja sogar allen Panzern der damaligen Zeit weit überlegen. Er wog 30 bis 34 Tonnen, verfügte über eine 60 Millimeter starke Panzerung, eine 7,5-Zentimeter-Kanone und eine 4,7-Zentimeter-Pak und war insgesamt eine so hervorragende Waffe, dass ihn die Amerikaner zum Vorbild ihres *General Grant-Tanks* machten und die Engländer ihn für ihre *Churchill-Panzer* kopierten.

In der Zahl der Panzer waren also beide Seiten ziemlich gleich stark *. Was jedoch die Qualität anbelangt, so waren die Franzosen eindeutig überlegen. In der sich Mitte Mai anbahnenden Panzerschlacht hing demnach alles von der Führung der Verbände ab. Das französische Oberkommando, das, wie wir gesehen haben, den Wert von Panzerdivisionen traditionell zurückhaltend beurteilte und an seiner überkommenen Überzeugung festhielt, es sei am besten, das Gros der Panzer zur Unterstützung der Infanterie und weit zerstreut einzusetzen, hatte die ihm zur Verfügung stehenden Fahrzeuge in sieben Panzerdivisionen und Infanterieverbänden zugeteilte Panzer eingeteilt. Nach Gamelins Angaben hatten die drei leichten Panzerdivisionen insgesamt 600, die vier schweren Panzerdivisionen insgesamt 546 Fahrzeuge. 53 Panzerbataillone mit zusammen 1'215 Panzern waren Infanteriedivisionen zugeteilt – sehr zur Freude ihrer Kommandeure²⁸. Die Deutschen mit ihrer ganz anderen Panzerstrategie hatten alle ihre Fahrzeuge in zehn Panzerdivisionen zusammengefasst.

* Gamelin gibt in Übereinstimmung mit anderen französischen Quellen für das Britische Expeditionskorps eine Panzerstärke von 600 Fahrzeugen an. Tatsächlich verfügte es jedoch am 10. Mai nur über 289 Panzer des leichteren und mittleren Typs, die mit zwei MG bzw. einem Zweifünder-Geschütz ausgerüstet waren

Die rivalisierenden Luftstreitkräfte

Was das Verhältnis der beiden Luftwaffen betrifft, so nahm man damals, aber auch später noch, eine erhebliche Überlegenheit der Deutschen an. General Vuillemin, der Oberbefehlshaber der französischen Luftstreitkräfte, behauptete zurückblickend: «Unsere Flieger warfen sich einem fünffach überlegenen Feind entgegen²⁹.» Traf dies zu? Selbst heute, nach fast drei Jahrzehnten, ist es äusserst schwierig, Licht in das Dunkel zu bringen. Hinsichtlich der Zahlenangaben stimmt keine der Quellen auf beiden Seiten mit der anderen überein, und auf der französischen Seite widersprechen selbst die amtlichen Angaben einander so sehr, dass das Rätsel selbst heute nicht vollkommen lösbar erscheint. Gamelin selbst brachte verschiedentlich zum Ausdruck, dass ihm die Widersprüche in den Zahlenangaben unerklärlich waren. Und wenn sie den Oberbefehlshaber verwundern, so ist es nicht erstaunlich, dass sie auch den Historiker vor Probleme stellen. Man kann bestenfalls versuchen, zu Annäherungswerten zu kommen, wie es sich der Verfasser in vielen Jahren des Forschens in Paris zu tun bemühte.

Aber auch die Deutschen sind keinesfalls in der Lage zu sagen, wie viele Flugzeuge genau sie am 10. Mai 1940 in die Schlacht warfen. Der gewöhnlich sehr zuverlässige Jacobsen kommt für Deutschland auf eine Gesamtzahl von 3'534 Maschinen: 1'016 Jäger, 1'562 Bomber, 501 Aufklärer und 555 andere. Diese Schätzung dürfte freilich um etwa 500 zu hoch gegriffen sein. Eine Befragung von Luftwaffen-Offizieren, 1947 von General de Cosse-Brissac angestellt, ergab als ungefähre Gesamtzahl 3'000 Maschinen, nämlich «nur 700 bis 800» Jäger, 1'200 Bomber, der Rest «Zerstörer» (etwa die Me 110) und Aufklärer. Kesselring nennt als offiziell angegebene Stärke der beiden an der Westfront eingesetzten Luftflotten 1308 Jäger und 1361 Bomber (einschliesslich der Sturzbomber), aber er selbst hält diese Zahl für zu hoch³⁰. Dennoch ist anzunehmen, dass insgesamt etwa 2'700 bis 3'000 Flugzeuge, darunter je 1'000 Jäger und Bomber, den Tatsachen einigermaßen gerecht werden dürften.

Die Luftstreitkräfte Frankreichs und Grossbritanniens erwiesen sich in der Zahl der *in der Schlacht eingesetzten* Flugzeuge als wesentlich schwächer. Diese Einschränkung ist aus zweierlei Gründen bedeutsam: Die Engländer hielten das Gros ihrer Jäger für die Verteidigung ihrer Insel zurück*, und die Franzosen setzten eine beträchtliche Anzahl ihrer Kampfflugzeuge aus Gründen, die nie erkennbar wurden, nicht an der Front ein.

* Dies war der Anlass heftiger Vorwürfe der Franzosen gegenüber den Engländern, die sich gewisse französische Offiziere, Politiker und später auch Historiker zu eigen machten. In seinem Tagebuch der Schlacht stellt Major Ellis hingegen fest, dass die *Royal Air Force* von insgesamt 1'873 Maschinen am 10. Mai 416 in Frankreich stationiert hatte. Dazu kamen in der ersten Woche nach Ausbruch der Feindseligkeiten zehn weitere Jagdgeschwader. Als ihre Flugplätze von den Deutschen überrannt worden waren, zog sich die RAF nach England zurück, setzte jedoch den Kampf in Frankreich bis zum Ende fort. Ellis schreibt, dass während der Schlacht 43 von 53 britischen Jagdgeschwadern über Frankreich kämpften und alle Bomber – ob sie nun in Frankreich oder auf der Insel stationiert waren – eingesetzt wurden. Die britischen Verluste scheinen dies zu bestätigen. Ellis gibt sie mit 344 von 544 Bombern und 474 Jägern – also mehr als der Hälfte aller eingesetzten Maschinen – an. Die französischen Verluste in der Luft waren etwas geringer³¹. Wahr ist hingegen, dass die englische Regierung sich weigerte, das Gros ihrer Jäger über Frankreich zu opfern, und zwei Drittel der Maschinen allenfalls bei Sonderaufgaben (etwa beim Abzug des Britischen Expeditionskorps aus Dünkirchen) einsetzte, um zur Verteidigung der Insel gerüstet zu sein. Wie klug dies war, gab später selbst Reynaud offen zu.

Zwischen der Zahl der 1940 einsatzbereiten Flugzeuge und jener der tatsächlich in die Schlacht geworfenen besteht allerdings eine verblüffende Diskrepanz. Guy la Chambre, französischer Luftfahrtminister von 1938 bis 1940, sagte nach Kriegsende vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus, die französische Luftwaffe habe am Tage des deutschen Angriffs insgesamt 3'289 moderne Flugzeuge besessen, nämlich 2'122 Jäger, 461 Bombenflugzeuge, 429 Aufklärer und 277 Beobachtungsflugzeuge. Aber nur ein Drittel davon war an der Front: 790 Jäger, 140 Bomber, 170 Aufklärer und 210 Beobachtungsflugzeuge, alles in allem 1'310 Maschinen. Die übrigen zwei Drittel standen demnach im Landesinnern, von einigen Maschinen abgesehen, die in Übersee stationiert waren. Es erscheint erstaunlich, dass die Franzosen nicht mehr ihrer Flieger an der Front einsetzten oder wenigstens in unmittelbarer Reserve hielten, um nötigenfalls zur Verstärkung herangezogen zu werden. La Chambres Aussage zufolge war die Gesamtstärke der französischen Luftwaffe eher noch grösser, als den genannten Zahlen zu entnehmen wäre: Zwischen dem 10. Mai und dem 12. Juni wurden, so la Chambre, 1'131 neue Flugzeuge an die Einheiten ausgeliefert, unter denen sich 668 Jäger und 355 Bomber befanden. Demnach hätten an der Front insgesamt 2'441 moderne Maschinen verfügbar sein müssen. Wenn diese Zahlen stimmen, hatten Franzosen und Engländer ebenso viele Flugzeuge wie die Deutschen – 3'000 auf jeder Seite der Front –, wobei die Deutschen in Bombern, die Franzosen in Jägern überlegen waren.

Eine von General de Cosse-Brissac erarbeitete Studie, die das Quellenmaterial der Militärarchive berücksichtigt, bestätigt la Chambres Zahlen im Wesentlichen. Er kommt für Frankreich auf eine Gesamtzahl von 2'923 modernen Flugzeugen, von denen 1'648 an der Front eingesetzt wurden oder in unmittelbarer Reserve standen. Davon wiederum waren 946 Jäger (insgesamt 2'005), 219 Bomber (433) und 483 Aufklärer und Beobachtungsflugzeuge (485). Das Oberkommando der *Armée de l'Air* unterrichtete General Georges Anfang Mai, dass es um Mitte des Monats 1'300 Flugzeuge einsetzen könne: 764 Jäger, 143 Bomber und andere Maschinen.

Diese französischen Quellen stimmen immerhin darin überein, dass ungefähr 800 bis 1'000 Jagdflieger an der Front standen, und das entspricht etwa dem, was die Deutschen hatten. Zählt man die 150 britischen Jäger noch hinzu, ergibt sich eine leichte Überlegenheit der Alliierten, die freilich nur über halb so viele Bomber verfügten wie die Luftwaffe. Da sie aber eine Verteidigungsschlacht führten, hatten die Jagdflugzeuge grösseres Gewicht.

Was jedoch das Bild vollkommen verwirrt, sind andere Zahlenangaben von französischer Seite, vor allem von Fliegeroffizieren selbst. Daraus ginge hervor, dass es eine französische Luftstreitmacht praktisch überhaupt nicht gab. So behauptet zum Beispiel Oberst Pierre Paquier in einer nach dem Krieg angefertigten Studie, die Franzosen hätten an der Nordostfront nur 420 Jäger und 140 Bomber gehabt, die von 72 Jägern und 192 Bombern der Engländer unterstützt worden seien. Wenn dies schon im Vergleich zu den tatsächlich vorhandenen Maschinen äusserst wenig zu sein scheint, schränkt der Luftwaffenoberst noch stärker ein: «Tatsächlich hatten die Franzosen am 10. Mai nur 360

Jäger und 122 Bomber an der Front³².» Das Rätsel wird immer unentwirrbarer. General d'Astier de la Vigerie, der Kommandeur der nördlichen Luftoperationszone (ZOAN), die den Bereich der Heeresgruppe 1 umfasste, sagt, er habe 432 Jäger – davon 72 englische – und 314 (192) Bomber gehabt, also eine Gesamtzahl von 746 Flugzeugen, die 3'000 deutschen Maschinen gegenüberstanden. De la Vigerie weist ausserdem darauf hin, dass man ihm nur ein Drittel der verfügbaren Bomber und drei Fünftel der Jäger unterstellt habe³⁸. Nach General Vuillemins Ansicht – er war Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte – hatten die Franzosen nur 580 Jäger an der ganzen Front, zu denen noch 160 englische Jäger kamen. General d'Harcourt, Oberbefehlshaber der Jagdflieger, bezeugte in Riom, er habe nur 418 verwendungsfähige Jäger gehabt³⁴. Hier muss sich die Frage stellen: Wo waren die anderen?

Die wahrscheinlich beste Antwort, die wir je erhalten werden, war die Aussage des Fliegergenerals Massenet de Marancour im Riom-Prozess. Marancour war Kommandeur des Dritten Fliegerbezirks, der sich von der Bretagne bis zu den Pyrenäen erstreckte.

Ich sprach damals sehr oft mit General Redempt (Kommandeur der Nachschubdepots der Luftwaffe) über die allzu vielen Maschinen, die er in meinen Fliegerschulen unterbringen wollte, weil er keine andere Verwendung dafür hatte. Ich hörte oft, wie er darüber klagte, dass ihm das Oberkommando der Luftstreitkräfte seine Flugzeuge nicht abnehmen wollte. Ich weiss, dass die Liste aller zur Auslieferung bereiten Maschinen, die General Redempt jeden Tag an das Oberkommando schickte, sehr lang war.

Massenet de Marancour sagte anschliessend aus, allein in Tours habe er 200 Kriegsflugzeuge gehabt, darunter 150 Jagdflugzeuge vom Typ Bloch-151.

Am 10. Mai 1940 waren diese 150 Bloch-151 noch in Tours... Uns fehlten sämtliche Bordwaffen, aber als ich selbst ein paar Lastkraftwagen nach Chatellerault schickte, fand ich dort alles, was ich brauchte, was beweist, dass uns wirklich nichts fehlte.

Auf einem anderen Flugplatz, so sagte der General, habe er dreissig Maschinen zum Fronteinsatz fertiggemacht. «Ein ganzer Monat verstrich, aber keine Befehle kamen³⁵.» Als General Gamelin nach dem Krieg sich die Frage nach den Ursachen der Niederlage stellte, überlegte er: «Warum wurden von 2'000 Anfang Mai vorhandenen Jägern weniger als 500 an der Nordostfront eingesetzt?» Aber weder der Oberbefehlshaber noch sonst jemand erhielt je eine schlüssige Antwort. «Was also steckt hinter dem Geheimnis um unsere Flugzeuge?» Als der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Gamelin mit dieser Frage konfrontierte, antwortete dieser: «Ich muss zugeben, dass ich das nicht weiss.» Die starke Differenz zwischen den vorhandenen Flugzeugen und den tatsächlich eingesetzten kann er sich ebenfalls nicht erklären. «Wir alle sind darüber sehr erstaunt³⁶.» Erstaunt ist auch der Historiker, der das Geheimnis all dieser Widersprüche aufzuheben versucht, und seine Verwunderung wird nur noch grösser, wenn er auf die

Aussage General Vuillemins stösst, derzufolge er am Ende der Schlacht über mehr einsatzbereite Kampfflugzeuge verfügte als zu ihrem Beginn³⁷.

Natürlich war die Zahl der Flugzeuge nicht der einzige entscheidende Faktor. Auch in zwei anderen Punkten waren die französischen Luftstreitkräfte der Luftwaffe wesentlich unterlegen: In den Leistungen ihrer Maschinen und in der Kampftaktik. Die *Moräne 406*- und die *Potez 63*-Jäger hatten eine Höchstgeschwindigkeit von 480 Kilometern gegenüber 540 km/h der deutschen *Me 109*. Die *Curtiss P-36* erreichte 500 km/h, die *Devoitine 520* etwas mehr*. Die englischen *Hurricanes* waren den deutschen Jägern gewachsen, die Spitfires sogar überlegen. Was sich jedoch für die französischen Bodentruppen als besonders verheerend erwies, waren die «Stukas», die Sturzbomber, eine Flugzeuggattung, deren Bau von der französischen Luftwaffe, trotz Daladiers dringender Bitten, abgelehnt wurde**.

Nach Ansicht der französischen Luftwaffe würden Sturzbomber das Gelände zum Nachteil der Panzer unwegsam machen, und dass sich diese Flugzeuggattung als so erfolgreich erweisen sollte, war wirklich eine Überraschung, da die Stukas mit ihrer leichten Panzerung und ihren wenigen Bordwaffen für die Jäger eine leichte Beute hätten sein müssen. Die normalen französischen Bomber – ohnehin nicht sehr zahlreich – waren langsam, trugen nur eine geringe Bombenlast und verfügten auch nicht über Funkgeräte für den Einsatz an der Front.

Wie schon im Falle der Panzer litt auch die französische Luftwaffe unter dem Fehlen eines wirksamen strategischen Konzepts. Wie bei den Panzern wurden auch zu viele Flugzeuge dem Landheer zugeteilt. Jede Armee besass ihre eigenen Jäger, Aufklärer und Beobachtungsflugzeuge, über die das Luftoberkommando keine Verfügungsgewalt hatte. Im Oberkommando der Luftwaffe selbst herrschte Verwirrung. Der Oberkommandierende leitete die Operationen nie persönlich. In die Befehlsgewalt teilten sich das Oberkommando der Luftstreitkräfte, das Kommando für das Zusammenwirken von Luftwaffe und Heer, dessen Leiter, General Tetu, im Hauptquartier General Georges' sass, die Zonenkommandos und die Kommandierenden der einzelnen Armeen. Da die Zusammenarbeit zwischen all diesen Dienststellen sehr schlecht war, konnte an zeitlich aufeinander abgestimmte Operationen von Luft- und Landverbänden nicht ge-

* 1938 und 1939 hatten die Franzosen trotz heftiger Proteste der französischen Luftfahrtindustrie und des Luftfahrt-ausschusses der Kammer 200 *Curtiss P-36*-Jäger, 100 leichte Douglas-Bomber, 40 Chance-Vought-Sturzbomber und 230 Schulflugzeuge in den Vereinigten Staaten gekauft, die im Juli 1939 zu liefern waren. Nach Kriegsausbruch erhöhten die Franzosen ihre Bestellungen in Amerika auf insgesamt 2'065 Flugzeuge zum Preis von 337 Millionen Dollar. Im Dezember 1939 wurde der Auftrag noch einmal erhöht: auf 4'700 Flugzeuge zum Preis von 614 Millionen Dollar. England beteiligte sich an den Kosten und der Übernahme. Aber nur wenige dieser grossen Aufträge konnten rechtzeitig erfüllt werden. Nach amtlichen französischen Angaben waren bis zum 1. Mai etwa 440 der amerikanischen Flugzeuge einsatzbereit, darunter 306 Cwrfiss-Jäger. Bis zum Juni hatte sich diese Zahl auf 544 erhöht

** General Mittelhauser, der Kommandeur der französischen Truppen in Norwegen, hatte Gamelin im April vor der Wirksamkeit der Stukas gewarnt. Und obgleich diese Sturzbomber ihre tödliche Treffsicherheit auch in Polen unter Beweis gestellt hatten, wollte ihnen das französische Oberkommando keine Beachtung schenken. «Ich erinnere mich», so sagte Mittelhauser später in Riom aus, «dass ich nach meiner Rückkehr zu Gamelin sagte: „Hier haben wir es mit einer vollkommen neuen Waffe zu tun. Wenn wir mit den Stukas fertigwerden wollen, brauchen wir eine viel stärkere Jagdwaffe.“ Aber es war viel zu spät. Als wir es zum erstenmal mit den Stukas zu tun hatten, als sie der englischen Flotte vor Drontheim ein Desaster bereiteten, hatten wir das Gefühl, etwas völlig Neuem gegenüberzustehen. Es war eine technische Überraschung, die sich entscheidend auswirken sollte**.»

dacht werden. Wenn die französischen Piloten auch in erster Linie für die Unterstützung der Bodentruppen ausgebildet waren, so hatte man doch noch keine wirkungsvolle Taktik für solche Einsätze erarbeitet. Verbindungen zwischen Heereseinheiten und Luftwaffe fehlten fast vollständig. Schuld daran war natürlich hauptsächlich die Armeeführung, die, wie wir gesehen haben, die Rolle der Fliegerei im modernen Krieg nie richtig einschätzte.

Fehler im Oberkommando

Wenn die Verwirrung in der Führung der Luftstreitkräfte wegen der mangelhaften Organisation gross war, so war die im Oberkommando des Heeres noch grösser. General Gamelin führte wie General Vuillemin in den Luftstreitkräften nie persönlich das Kommando. Er behauptete tatsächlich, dass dies nicht seine Aufgabe sei, dass er solche Dinge General Georges übertragen habe. Das aber führte dazu, dass Georges jene strategischen Pläne durchführen musste, die Gamelin mit seinen Stäben entworfen hatte. General Georges legte Nachdruck hierauf, als er nach dem Kriege vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagte. «Die Geschichte», erklärte er, «wird, so glaube ich, streng über eine Organisation des Oberbefehls urteilen, die zwei Oberkommandierende einander gegenüberstellte, von denen der eine die wahre Gewalt in Händen hielt, während der zweite die Verantwortung für die Durchführung von Operationen trug, die von dem ersten erdacht und genau bestimmt waren⁴⁰.»

«Ein trauriger Zustand», urteilte General Weygand. Und Senator Charles Reibel, der Vorsitzende des Heeresausschusses des Senats, beschwerte sich in einer geheimen Sitzung des Senats am 16. April 1940: Der Aufbau «ist so konfus, dass wir nicht wissen, wer tatsächlich an der Front kommandiert». Für General Roton, den Stabschef von General Georges, blieben die Verantwortlichkeiten der beiden Generäle an der Spitze «verwirrend und unübersichtlich. Die Anordnung hatte keinen Sinn⁴¹.» Dass Gamelin und Georges miteinander nicht auskamen, half auch nicht gerade.

Um die Sache noch schwieriger zu machen, gliederte sich das Oberkommando in drei Hauptquartiere auf. General Gamelin selbst blieb in Vincennes am Ostrand von Paris, das er seinen PC (d.h. etwa Kommandoposten) nannte*.

General Georges, der das Kommando über die Operationen an der ganzen Front führte, hatte sein Hauptquartier Nordost in La Ferte-sous-Jouarre, 56 Kilometer weiter östlich. Aber er verbrachte einen grossen Teil seiner Zeit in seiner Wohnung und seinem persönlichen Kommandoposten in Bondons, etwa 20 Kilometer davon entfernt. Auf halbem Wege zwischen La Ferte und Vincennes war das Grosse Hauptquartier (*Grand Quartier*

* Er erklärt, dass er es vorzog, dort zu bleiben, weil er «zwar nabe bei der Regierung war, aber der Pariser Atmosphäre fern blieb» Aber Vincennes liegt tatsächlich am Rand von Paris und am Ende einer Bahnlinie. Manche Leute hatten das Gefühl, dass Gamelin die Annehmlichkeiten der Hauptstadt zu sehr liebte, um sie aufgeben zu wollen.

Général) in Montry, das General Doumenc* leitete, wenn es auch unter dem Oberbefehl Gamelins stand. Hier befanden sich die Büros des Generalstabes und die grosse Mehrzahl der Generalstabsoffiziere. Eine ganze Reihe von Dienststellen jedoch war über mehrere Orte verzettelt. Das Dritte Büro (die Operationsabteilung) war zwischen den beiden Hauptquartieren aufgeteilt. Desgleichen das Zweite Büro (Nachrichtendienst) und das Erste Büro (Personal und Organisation). Das Vierte Büro (Logistik) sass ganz in Montry, also weit entfernt von General Georges, der die Schlachten tatsächlich führte.

Drei Kommandos statt eines einzigen! Das war schon schlimm genug, aber es wurde noch schlimmer durch das beklagenswerte Versagen der Zusammenarbeit unter ihnen. Der Fortschritt in der Nachrichtentechnik während der dreissiger Jahre war offenbar dem französischen Oberkommando unbekannt geblieben. Es gab keine Fernschreiberverbindungen zwischen den einzelnen Hauptquartieren noch zwischen ihnen und den Armeekommandos im Felde. Der Telefondienst scheint zwischen den militärischen Stellen ebenso schlecht gewesen zu sein wie für die Zivilisten in Paris, und Telegramme brauchten lange Zeit, um ihren Bestimmungsort zu erreichen. Depeschen wurden gewöhnlich durch Kradmelder befördert, die häufig im Strassengraben landeten, wenn sie versuchten, Autos zu überholen oder ihnen auszuweichen. General Beaufre, damals noch ein jüngerer Stabsoffizier unter Doumenc, berichtet, wie seine eigenen Lagemeldungen behandelt wurden. «Ungefähr jede Stunde einmal brachte sie ein Kradmelder Gamelin nach Vincennes, denn wir hatten keine Fernschreiber. Verschiedene von den Fahrern starben auf dem Wege durch Unfälle⁴³.» Was mit deren Meldungen geschah, sagt er nicht.

In Gamelins Kommandoposten gab es keine Funkgeräte, nicht einmal Brieftauben, wie sich einer seiner Adjutanten beschwerte. Von jenem Vogel wenigstens war man abgekommen. So war es, wie Oberst Minart, der Adjutant, erklärt, dem Oberkommandierenden unmöglich, direkte Berichte von anderen Hauptquartieren zu empfangen⁴⁴. Er konnte auch keine Funkverbindung aufnehmen**.

Der Oberkommandierende fand sich vom ersten Tage der Schlacht an isoliert, sein Hauptquartier war, wie Minart es ausdrückt, «ein Unterseeboot ohne Periskop». De Gaulle fand es «so ruhig wie ein Kloster». Obgleich Gamelin gelegentlich das Telefon benutzte, um Georges zu erreichen, den er, wie er sagt, so wenig wie möglich zu stören wünschte, erhielt er die Verbindung zu ihm meist dadurch aufrecht, dass er im Auto die über 50 oder 65 Kilometer von Vincennes zu seinem Hauptquartier oder seinem Wohnort fuhr. Das dauerte auf den überfüllten Strassen hin und zurück je eine Stunde. Welch eine Zeitvergeudung für den obersten Befehlshaber inmitten einer der kritischsten und entscheidendsten Schlachten in der Geschichte Frankreichs!

Und welch eine Zeitspanne zwischen der Erteilung und dem Empfang von Befehlen – und damit ihrer Ausführung – als Resultat eines veralteten Übermittlungssystems! Es konnte sechs Stunden oder noch länger dauern, bis ein Armeekommando eine

* Er hatte den Titel *major général*, was in der französischen Armee dem «Chef des Generalstabes» entspricht.

** «Was soll jemand in meinem Rang mit einem Funkgerät anfangen?» meinte er⁴⁵.

Luftwaffeneinheit zum Angriff eines bestimmten Zieles aufgefordert hatte. Und es musste viel länger dauern, bis General Gamelin die Ausführung seiner Befehle erreichte. Pierre Dhers, ein junger Historiker, befragte vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss den Generalissimus.

DHERS: Da, wie Sie in mehreren Ihrer Befehle sagten, «es eine Frage von Stunden» ist, wie lange dauerte es, bis sie ausgeführt wurden?

*GAMELIN: Vom Hauptquartier eines Oberkommandierenden, selbst eines Divisionskommandeurs, bis zur ausführenden Einheit an der Front dauerte es im Allgemeinen 48 Stunden. Ein am 19. Mai ausgegebener allgemeiner Befehl konnte nicht vor dem 21. ausgeführt werden*⁰.*

Achtundvierzig Stunden! Im Zeitalter von Funk und Fernschreiber! Die Bedeutung des von Gamelin erwähnten Datums wird deutlich, wenn wir die Ereignisse jenes Tages erreichen.

Das gesamte deutsche Heer – insbesondere die Panzereinheiten und die Luftwaffe – war dagegen auf ein Tempo ausgerichtet, das durch die Geschwindigkeit von Benzinmotoren bestimmt war: Panzer, um einen Durchbruch zu erzwingen, LKW, um Infanterie und Artillerie heranzubefördern, so dass sie die Stellung halten und erweitern konnten, während die Panzer den Keil weiter vertieften. Dazu dann Flieger, um die Reaktionen des Gegners in dessen rückwärtigem Gebiet zu stören und seine Frontstellungen im Augenblick des Angriffs zu lähmen. Die Entwicklung des Benzinmotors hatte, wie de Gaulle wieder und wieder gewarnt hatte, die Kriegführung revolutioniert, vor allem, was die Geschwindigkeit der Operationen betraf. Die Deutschen teilten seine Meinung; sein eigenes Oberkommando, das noch an dem Tempo von 1914-1918 festhielt, nicht. Ein zu grosser Teil der französischen Armee und zu viele Köpfe in ihrem Oberkommando waren noch auf das Fünf-Kilometer-Tempo des Fusssoldaten oder bestenfalls auf das Galopptempo der Kavalleriepferde geschaltet. Immerhin konnte das französische Oberkommando dem eindringenden Feind eine gewaltige Macht entgegenwerfen, die ihm an Mannschaften, Geschützen * und Panzern zahlenmässig überlegen und nur in der Luft unterlegen war.

* Die Artillerie der französischen Armee war wahrscheinlich in Zahl und Qualität überlegen. Sie besass insgesamt 11'200 Rohre von 7,5 bis 28 cm Kaliber. An schwerer Artillerie war das französische Heer wesentlich stärker als die Deutschen: 1'600 Geschütze von 10,5 cm, 2'000 kurze und 1'200 lange 15,5er und 680 22-cm- und 28-cm-Belagerungsgeschütze; später wurde – besonders von gewissen besiegten Generalen – behauptet, die Armee sei erbärmlich schwach mit Panzerabwehrgeschützen ausgerüstet gewesen. Tatsächlich besass sie um den 10. Mai 6'000 2,5-cm-Panzerabwehrkanonen und 1'280 4,7-cm-Geschütze, die fähig waren, die Panzerung der stärksten deutschen Panzer zu durchschlagen. Ausserdem gab es noch 5'300 alte 7,5-cm-Kanonen, die zur Panzerabwehr geeignet waren. Aber wie im Falle der Panzer und der Luftstreitkräfte waren die Franzosen auch hier Opfer veralteter Vorstellungen. Die meisten ihrer Geschütze waren noch mit Pferden bespannt. Die Franzosen dachten immer noch an Artillerie für den Stellungskrieg. Sie vernachlässigten es, die vollständige Motorisierung zu erreichen, um ihre Artillerie rasch im Bewegungskrieg umstellen zu können. In der Luftabwehr waren die Franzosen im Vergleich zu den Deutschen schwach. Gegen die deutschen 6'700 3,7-cm- und 2'600 8,8-cm-Flak hatten die Franzosen nur 2'265 Luftabwehrkanonen aller Kaliber.

Die ersten Operationen

Alles schien in den ersten beiden Tagen ziemlich gut für die französisch-britischen Armeen zu gehen, als sie vorwärts zum Dyle-Fluss in Belgien marschierten. Dort würde nach Gamelins und Georges' Erwartungen der deutsche Hauptstoss erfolgen.

Daladier sagte nach einem Zusammentreffen mit dem König der Belgier und den Generälen Georges, Billotte und Blanchard im Château de Casteau nahe Mons am 12. Mai zu Gamelin, dass «jeder gut in Form war». General Blanchard, Kommandeur der französischen ersten Armee, die sich in der Gembloux-Lücke zwischen Wavre und Namur entfaltete, war, wie Daladier sagte, besonders glücklich⁴⁷. Für Winston Churchill, der Neville Chamberlain als britischer Premierminister am 10. Mai, dem Tage, an dem die Schlacht begann, gefolgt war, und der sich in seine neuen Pflichten mit dem ihm eigenen Eifer stürzte, bestand «bis zum Abend des 12. Mai hier kein Anlass zur Befürchtung, dass die Operationen nicht günstig verlaufen sollten»⁴⁸.

Bis dahin waren das Britische Expeditionskorps und die französische erste Armee sowie des General Prioux' Kavalleriekorps, das aus zwei leichten motorisierten Divisionen bestand, damit beschäftigt, auf ihrer Hauptverteidigungslinie in Stellung zu gehen. (Leichte französische motorisierte Divisionen entsprechen etwa leichten Panzerdivisionen.) Prioux hatte die Dyle am Abend des 10. erreicht und war einige Kilometer darüber hinaus vorgestossen, um eine Front auf der Linie Tirlemont-Hannut-Huy hinter dem Albert-Kanal und der Maas zu bilden. Das Britische Expeditionskorps grub sich an der Dyle zwischen Löwen und Wavre auf einer Front von ungefähr 28 Kilometer ein, die für seine neun Divisionen ziemlich schmal war. Südwärts davon lag der Abschnitt der französischen ersten Armee, welche die Gembloux-Lücke auf etwas breiterer Front von rund 40 Kilometer verteidigte. Sie hatte zu ihrem Schutz keinen Fluss, aber ihre Stärke von acht Infanterie- und zwei leichten Panzerdivisionen wurde für mehr als ausreichend angesehen. Nördlich von Antwerpen hatte Girauds siebente Armee mit sechs Infanteriedivisionen und einer leichten motorisierten Division Breda und Tilburg in Südwestholland erreicht. Zwischen ihr und dem Britischen Expeditionskorps lagen die Belgier entlang der Schelde und Dyle von Antwerpen bis Löwen.

Gamelin benutzte die ersten drei Tage, wie er sagt, hauptsächlich zum Studium der Probleme einer alliierten Zusammenarbeit und der Führung von Streitkräften verschiedener Nationen und überliess die Leitung der Schlacht General Georges. Es kitzelte ihn, wie er zugibt, sich vom ersten Tage an mit Georges abzustimmen, aber er unterliess es, ihn aufzusuchen. «Ich sagte mir», berichtet er, «dass ich mich an der Stelle von Georges gedemütigt und beleidigt fühlen würde, wenn der Oberkommandierende aller Kriegsschauplätze bei mir auftauchte.» Am folgenden Tage, dem 11. Mai, besuchte er ihn doch, aber hauptsächlich, um ihn wegen seiner Entscheidung zu kritisieren, General Billotte, dem Führer der Heeresgruppe 1, die Leitung der britischen und belgischen Armeen zu übertragen. Obgleich dies logisch zu sein schien, da Billotte den Oberbefehl über den einzigen Frontabschnitt zwischen Sedan und der holländischen Grenze innehatte, an

dem die Deutschen bislang angriffen, sagt der Generalissimus, er habe sein «Erstaunen» über die Entscheidung von Georges nicht verborgen. Auch nicht seine Missbilligung, denn, so erklärt er, es sei ihm als «eine Abdankung» erschienen⁴⁹.

Trotz der Selbstzufriedenheit im französischen Hauptquartier und in den Regierungen in Paris und London war die Lage am Abend des zweiten Tages der Schlacht alles andere als beruhigend. Die Holländer wurden überrannt. General Giraud, dessen siebente Armee ihnen zu Hilfe geeilt war, fand, dass sie sich hastig nach Norden über die Maas in die «Festung Holland» zurückgezogen und es ihm überlassen hatten, sich allein gegen die 9. deutsche Panzerdivision und mörderische Luftangriffe zu verteidigen. Am nächsten Tage zog er sich nach Antwerpen zurück.

Aber auch die Belgier wurden überrannt. Am frühen Morgen des 10. Mai hatten deutsche Luftlandtruppen die wichtigen Brücken über den Albert-Kanal bei Vroenhoven und Velwezel dicht westlich von Maastricht besetzt, noch ehe sie gesprengt werden konnten. Eine Handvoll Soldaten in neun Lastenseglern, insgesamt achtzig Mann unter einem Feldwebel, waren an der höchsten Stelle des Forts Eben Emael an der Einmündung des Kanals in die Maas gelandet. Diese Festung galt als die stärkste in Europa. Sie bestand aus Reihen von Stahl- und Betongalerien, die bis tief unter die Erde reichten; ihre Geschütztürme waren schwer gepanzert. Mit ihrer Besatzung von 1'200 Mann galt sie als uneinnehmbar. Sie wurde innerhalb weniger Stunden ausser Gefecht gesetzt und ergab sich am folgenden Tage. Besonders ausgebildete deutsche Soldaten, die den ganzen Winter hindurch in Hildesheim an einem Modell geübt hatten, brachten das fertig, indem sie geballte Ladungen passender Grösse in die Geschütztürme warfen*.

Nach der Ausschaltung dieses mächtigen Forts und der Sicherung von zwei strategisch wichtigen Brücken** griffen drei Korps der deutschen sechsten Armee die Kanallinie an. Gegen Mittag des 11. Mai war General Hoepners 16. Panzerkorps über die intakt gebliebenen Brücken gerollt und war bis Tongres, gut 14 Kilometer westlich von Eben Emael, vorgestossen. Während der Nacht begannen die den Kanal verteidigenden belgischen Divisionen einen allgemeinen Rückzug nach Westen. Die anderen Forts, die das grosse be-

* Monatlang hing ein Hauch des Geheimnisses über der überraschend schnellen Einnahme von Eben Emael, dessen Fall das belgische und das alliierte Oberkommando fast betäubte. Die Deutschen trugen mit dazu bei, das Geheimnis zu vertiefen. Eine am Abend des 11. Mai vom OKW ausgegebene Sondermeldung kündigte an, das Fort sei durch «eine neue Angriffsmethode» eingenommen worden. Propagandaminister Goebbels verbreitete bewusst das Gerücht, die Deutschen besäßen eine tödliche neue Waffe, vielleicht ein Nervengas das die Verteidiger zeitweise lähmte.

** Die kleine belgische Luftwaffe, die durch deutsche Bombardierungen so gut wie ausgelöscht worden war, sandte am 11. Mai neun Flugzeuge aus, um die Brücken zu bombardieren, aber sie verfehlten ihre Ziele; sieben Maschinen gingen verloren. Um 18 Uhr am gleichen Tag griffen zwölf französische *Le 45*-Nachtbomber unter Jägerschutz drei Brücken westlich von Maastricht und auf Tongres vorrückende deutsche Panzer an, aber sie waren für eine solche Aufgabe schlecht geeignet und richteten keinen ernststen Schaden an. Ein Bomber und vier Jagdflieger gingen verloren. Am nächsten Tage, am 12., unternahmen die Briten einen selbstmörderischen Versuch, die Brücken von Vroenhoven und Veldwezel zu zerstören, über die deutsche Truppen und Panzer in dichten Kolonnen vorrückten; es gelang ihnen sogar, die Panzer zeitweise aufzuhalten. Von den fünf veralteten *Fairey*-Schlachtbomben wurden vier nahe den Brücken abgeschossen, der fünfte ging auf dem Rückflug zu Bruch. Die Deutschen bewunderten zwar den Mut der britischen Piloten, waren aber erstaunt, warum ihre Führung sie so spät eingesetzt hatte. Ein deutscher Offizier sagte zu den gefangengenommenen Piloten: «Ihr Briten seid verrückt. Wir nehmen die Brücken früh am Freitagmorgen ein. Ihr lasst uns den ganzen Freitag und Sonnabend unsere Flak rund an der Brücke aufbauen und dann am Sonntag, wenn alles fertig ist, kommt Ihr mit drei Flugzeugen und versucht, das Dings in die Luft zu sprengen^M.»

festigte Lager von Lüttich umschlossen, hielten aus; die Deutschen marschierten einfach an ihnen vorbei. Diese Festung hatte die Deutschen im August 1914 siebzehn Tage lang aufgehalten, General Ludendorff in Verwirrung versetzt und genötigt, besondere Belagerungskanonen heranzuholen, um sie ausser Gefecht zu setzen. Jetzt zählte sie am zweiten Tage der deutschen Offensive einfach nicht mehr. Im Morgengrauen des folgenden Tags, des 12. Mai, nahm Hoepners Panzerkorps von zwei Divisionen den Angriff in Richtung Tirlemont, Hannut und Huy wieder auf, wo General Prioux' beide leichten motorisierten Divisionen ihm den ganzen Tag Widerstand leisteten.

Prioux selber, der seine vorderste Front am Morgen des 11. Mai über die Dyle vorgeschoben hatte, um der französischen ersten Armee Zeit zu geben, quer über die Gemblouxlücke Stellung zu beziehen, war «zutiefst enttäuscht», als er feststellte, dass die Belgier wenig getan hatten, um dieses verwundbare Gebiet zu befestigen. «Keine richtigen Schützengräben, keine Stacheldrahtverhaue, so gut wie gar nichts», berichtete er. Acht Kilometer östlich von Gembloux stiess er auf ein *Cointet*, eine mobile Panzersperre, die von einem französischen General dieses Namens erfunden worden war. Die Belgier setzten grosse Hoffnungen darauf, dass es die deutschen Panzer aufhalten werde. Prioux entdeckte zwar, dass es hier und dort eingesetzt war, aber wegen der grossen Lücken war es nur von geringem Wert.

Ich bin entsetzt (berichtete er), wenn ich denke, dass unsere Armee – die darauf rechnete, hier eine vorbereitete Stellung zu finden – erst ihre eigenen Erkundungen ausführen und sich eingraben muss. Aber der Feind wird uns dazu keine Zeit lassen.

Als Prioux erfuhr, dass die Deutschen bereits am Albert-Kanal durchgebrochen waren und mit starken Kräften (zwei Panzerdivisionen an der Spitze) auf ihn vormarschierten, rief er am 11. Mai um 14 Uhr den Oberbefehlshaber der ersten Armee, General Blanchard, an und gab ihm den Rat, an die Schelde zurückzugehen. «Wegen des schwachen Widerstands der Belgier», sagte er, «und wegen der Überlegenheit der feindlichen Luftwaffe wird die Dyleoperation schwer durchzuführen sein. Es erscheint sinnvoller, wenn wir auf die Schelde zurückgehen.» Blanchard stimmte ihm zu und unterrichtete Billotte wenige Minuten danach in diesem Sinne. Aber es war zu spät. Mehrere Divisionen waren auf dem Marsch zur Dyle und konnten nicht angehalten werden. General Billotte drückte sein «Erstaunen» über den Rat von zweien seiner Generäle an der Front aus und sagte ihnen in strengem Ton, dass die Dyleoperation auszuführen sei. Er war einverstanden damit, die Bewegungen der ersten Armee dadurch zu beschleunigen, dass man die Divisionen auch bei Tage vorrücken liess, so dass sie am 14. und nicht erst am 15. Mai in Stellung sein würden. General Prioux wurde aufgetragen, er solle versuchen, die Panzer bis dahin aufzuhalten⁵¹.

Er tat, was er konnte⁵². Obgleich die französischen leichten motorisierten Divisionen, die General Gamelin leichte Panzerereinheiten nannte, für Erkundungen und als Infanterieunterstützung vorgesehen waren, nicht jedoch, um sich mit deutschen Panzern

herumzuschlagen, taten sie das nun. Die erste grosse Panzerschlacht des zweiten Weltkriegs hatte begonnen. Den ganzen 12. Mai lang setzte General Prioux zwischen Tirlemont und Huy sein Kavalleriekorps, aus der 2. und 3. leichten motorisierten Division bestehend, gegen General Hoepners 16. Panzerkorps ein. Trotz der zahlenmässigen deutschen Überlegenheit, 824 Panzerfahrzeuge gegen 520 auf französischer Seite, endete der Tag unentschieden. Die Somwa-Tanks, von denen jede Division 80 besass, erwiesen sich als den deutschen Panzern der Typen 111 und iv, und die *Hotchkiss H-5* den beiden leichten deutschen Modellen mehr als gewachsen. Aber die deutschen Panzer waren von Wellen von Stukas unterstützt, denen in der Luft keinerlei Widerstand entgegengesetzt wurde. Ferner litten seine Einheiten unter dem Fehlen angemessener Funkverbindungen – die leichten Tanks besaßen keine Funkgeräte –, was es ihnen unmöglich machte, wie die Deutschen in grossen Formationen zu operieren.

«Wir haben die schwache Stelle des Feindes erkannt», berichtete ein deutscher Panzeroffizier, «ihren Mangel an Manövrierfähigkeit und die Tatsache, dass sie einzeln und in losen Formationen kämpfen, überhaupt nicht unter einheitlichem Kommando. Sie können keinen Vorteil aus Stärke und Zahl ziehen⁵⁵.»

Am 13. Mai wurde die Panzerschlacht mit gesteigerter Heftigkeit fortgesetzt, aber es dauerte bis zum Abend, bis sich die deutsche Überlegenheit bemerkbar machte. Im Zentrum westlich von Hannut mussten die Franzosen allmählich zurückweichen, und General Prioux sah sich in der Nacht gezwungen, den allgemeinen Rückzug zu befehlen. Seine 3. Division war übel mitgenommen: 75 der 140 *Hotchkiss-Panzer* und 30 der 80 *Somuas* waren verloren. Aber er hatte der 4. deutschen Panzerdivision schwere Verluste zufügen können – 164 deutsche Panzer waren nach französischen Berichten ausser Gefecht gesetzt. Und noch ein weiteres Ergebnis hatte General Prioux' tapferes Aushalten: Der ersten Armee war dadurch Zeit genug gegeben, sich in der Gembloux-Lücke festzusetzen.

Wenn der anfängliche Widerstand der Belgier, mit dem Gamelin so sehr gerechnet hatte, auch schwach war – so jedenfalls bezeichnete ihn Prioux im Norden, und die Generäle Corap und Huntziger machten südlich von ihm, im Ardennerwald, ähnlich erschreckende Erfahrungen –, so trug ihre merkwürdige Auffassung über die Zusammenarbeit mit den ihnen zu Hilfe geeilten Streitkräften der Franzosen und Engländer auch nicht gerade zu einer Besserung der Lage bei.

Als Gamelins Verbindungsoffizier bei König Leopold, Oberst Hautcœur, die Belgier am 11. Mai drängte, sich wenigstens für den Augenblick französischem Kommando zu unterstellen, erhielt er von General van Overstraeten die brüske Antwort, die belgische Armee empfangen ihre Befehle allein vom König⁵⁴. Diese Haltung wurde erst am nächsten Tag revidiert, als auf der alliierten Konferenz in Cateau der König und die Briten sich einverstanden erklärten, sich dem Oberbefehl General Billottes zu unterstellen. Wieder war wertvolle Zeit verloren, die Operationen der französischen und britischen Einheiten mit denen der sich zurückziehenden Belgier aufeinander abzustimmen. Unstimmigkeiten zwischen den Stäben der Belgier und der Briten drohten mehrere Tage

lang, ein ordnungsgemässes Beziehen der den Engländern zugewiesenen Stellungen zwischen Löwen und Wavre an der Dyle unmöglich zu machen.

Als Generalmajor Montgomerys 3. Division am frühen Morgen des 11. Mai das Frontgebiet erreichte, wurde sie von den Belgiern, die sie für deutsche Fallschirmjäger hielten, unter Feuer genommen. Glücklicherweise gab es nur einen Verwundeten⁵⁵. Montgomerys Auftrag war, eine Stellung zum Schutz der alten Universitätsstadt Löwen zu beziehen. Den gleichen Befehl hatte jedoch auch König Leopold seiner 10. Infanteriedivision erteilt, die bei Montgomerys Eintreffen schon an Ort und Stelle war.

Ich suchte den belgischen General auf (so schrieb Montgomery später) und bat ihn, seine Division zurückzunehmen und mir die Verteidigung dieses Abschnitts zu überlassen; er weigerte sich mit dem Argument, er habe keinen diesbezüglichen Befehl erhalten, zumal nur belgische Truppen die alte Stadt Löwen halten könnten

Diese Angelegenheit konnte schliesslich noch vor dem Angriff der Deutschen beigelegt werden; den Belgiern wurde ein Abschnitt nordwestlich der Stadt zugeteilt. Aber zwei Tage waren durch Missverständnisse und Verärgerung vertan worden. General Emile Wanty, Stabschef des belgischen iv. Korps, das bis zum 10. Mai südwestlich von Brüssel eingesetzt war und dann an die Dyle in Marsch gesetzt wurde, berichtet von hoffnungsloser Verwirrung zwischen Belgiern und Briten am 11. und 12. Mai, als sich jeder auf seine «ganz eigene Art und Weise» zur Verteidigung einrichtete. Äusserst unangenehm wirkte sich auch das Fehlen einer gemeinsamen Sprache aus, und zahlreiche Belgier warfen den Engländern eine gewisse Arroganz gegenüber den Ausländern vor. Wanty, der mit den Briten recht gut auskam, beklagt noch eine Reihe weiterer «Zwischen- und Unfälle – Verhaftung belgischer Soldaten, gegenseitiges Beschiessen von Militärfahrzeugen, Streitigkeiten wegen mangelnder Information über die Errichtung von Strassenperren und Minenfeldern»⁶⁷.

Aber nicht die unvermeidlichen Schwierigkeiten unter den verschiedenen Nationalitäten, die sich in ihrer Kriegführung möglichst rasch aneinander anpassen mussten, bereiteten dem französischen Oberkommando die grössten Sorgen, sondern Berichte über einen kampflosen Rückzug der belgischen Einheiten im Süden der Front. Sogar der sonst so lethargische Gamelin war entsetzt. Am Abend des 10. Mai liess er den Belgiern über ein Fernschreiben an General Champon, den er an diesem Tag zur Fühlungnahme mit König Leopold nach Brüssel entsandt hatte, eine dringende Warnung zukommen:

Heeresgruppe I unterrichtet mich, dass

- 1. Gruppe K * sich auf die Maas bei Huy zurückziehen will, und*
- 2. dass morgen keine belgischen Truppen mehr auf dem rechten Maasufer südlich der*

* So benannt nach ihrem Kommandeur Generalleutnant Kayaerts. Ihre beiden Divisionen Ardennen Jäger (19 Infanteriebataillone und drei Regimenter motorisierte Kavallerie) waren mit der Verteidigung der Ardennen, des Tores zur Maas südlich von Namur und nach Sedan, beauftragt.

*Linie Lüttich-Namur stehen werden. General Georges verlangt, dass die Belgier sofort und mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden sollen, dass sie sich höchstens unter feindlichem Druck zurückzuziehen haben. Vor allem südlich der Maas bei Huy sollen sie so lange wie möglich Widerstand leisten, um das Entstehen einer Lücke zwischen der Maas und dem linken Flügel unserer Kavallerie zu vermeiden*⁶⁸.

Gamelin und Georges hatten über einen französischen Verbindungsoffizier in Namur erfahren, dass sich die Belgier nach Durchführung einiger Zerstörungen aus den Ardennen zurückzogen, ohne hinter den Hindernissen Widerstand zu leisten. Die Franzosen hatten den Eindruck, dass dies auf Befehl des belgischen Oberkommandos geschah. So war es in der Tat. Aber die führenden Männer der französischen Armee waren nicht darüber informiert, was General van Overstraeten im Januar persönlich festgelegt hatte: dass nämlich die belgischen Truppen in den Ardennen nicht einmal hinhaltenden Widerstand leisten sollten, was jedoch nach Ansicht General Wantys die Aufgabe der Ardennen Jäger sein sollte. Stattdessen sollten sie Hindernisse schaffen – vor allem Brücken sprengen – und sich dann kampfflos hinter die Maas zurückziehen. Van Overstraetens Entscheidung wurde in einem Geheimbefehl des belgischen Oberkommandos vom 12. Februar 1940 bestätigt. Eine Unterrichtung der Franzosen unterblieb⁵⁹.

Die Überwindung der Ardennen

Die nach Pétains und des französischen Oberkommandos Ansicht «unüberwindlichen» Ardennen mit ihren engen, kurvenreichen Strassen, die durch die rauhe Mittelgebirgslandschaft führen, waren in zwei Jahrtausenden immer wieder Schauplatz von Kriegen gewesen. Caesars Legionen hatten dort gegen die Kelten gekämpft. Einen «Ort des Grauens» nannte Caesar diese Gegend nach zehntägigem Marsch. Zwischen 1554 und 1794 hatten nicht weniger als zehn Feldzüge die gewundenen Täler durchtobt. Aber im 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstand im französischen Oberkommando die Legende, die Ardennen seien zu «unzugänglich», als dass sie der Schauplatz wichtiger Operationen werden könnten. Daladier hatte sie in seinem 1940 vorgelegten Kriegsplan mit keinem Wort erwähnt, und die Verteidigung der wichtigen Maasfront zwischen Namur und Sedan an den westlichen Ausläufern des Ardennenwaldes blieb mit der neunten der schwächsten seiner Armeen überlassen.

Hier wäre es ein leichtes, den aus den «undurchdringlichen» Wäldern vorstossenden Feind zu zerschlagen, hatte Pétain vor dem Heeresausschuss des Senats versichert. Doch schon 1928 war der englische Militärtheoretiker Captain B. H. Liddell Hart nach einer Reise durch diese Gegend zu dem Schluss gekommen, dass die französische Ansicht, «das Gelände würde sich selbst verteidigen», auf einer Täuschung beruhe. Er fand es «mit ordentlichen Strassen versehen, eher hügelig als bergig», was ihn zu der Warnung veranlasste, dass der Glaube an die «Unpassierbarkeit der Ardennen sehr übertrieben»

sei⁶⁰. Anders jedoch urteilten die Franzosen. General Georges unterstrich noch am 14. März 1940 – in seiner «Geheimen Instruktion Nr. 82» – bei einer Betrachtung über die möglichen Feindbewegungen, dass in den Ardennen mit «einer verhältnismässig langsamen Entwicklung der Operationen zu rechnen ist, da dieses Gebiet arm an Eisenbahnlinien und Strassen» sei⁶¹. Das Oberkommando⁸² rechnete damit, dass die Deutschen fünfzehn Tage* benötigen würden, die für einen erfolgversprechenden Angriff auf die Maaslinie von Sedan bis Namur notwendigen Truppen – 40 Divisionen mit schwerer Artillerie und 100'000 Tonnen Munition – heranzuschaffen. Aber schon am Abend des zweiten Tages der deutschen Offensive, schon am 11. Mai war den betroffenen Einheiten, wenn nicht gar dem Oberkommando, klar, dass die Wehrmacht mit sehr viel weniger Zeit auskommen würde, dass sie tatsächlich innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden die Maas erreichen würde – und dies mit unvorstellbarer Stärke. Und als die französischen Kavalleriedivisionen in den Ardennen plötzlich von der Übermacht der sieben Panzerdivisionen zermalmt wurden, war ebenfalls offenbar, dass der Feind hier zu seinem Hauptschlag angesetzt hatte, wo man ihn für gänzlich unwahrscheinlich, ja unmöglich gehalten hatte.

General André-Georges Coraps neunte Armee, mit der Verteidigung der Maas zwischen Namur und Sedan beauftragt, war alles andere denn auf einen solchen Schlag vorbereitet. Und das 10. Korps, die linke Flanke von General Huntzigers zweiter Armee, war gerade im Begriff, mit seinen drei Divisionen um Sedan in Stellung zu gehen. Die Generäle glaubten, noch über genügend Zeit zu verfügen. Corap hielt sich mit Akribie und Geruhsamkeit an einen Plan, der fünf bis sechs Tage vorsah, bis seine Divisionen Stellung bezogen hatten. Da das französische Gebiet im Norden längs der Maas bis Givet vorsprang, war sein rechter Flügel, das 12. Korps, schon mehr oder weniger an Ort und Stelle. Anderswo sah es schlimmer aus. So war eine seiner Divisionen, die 102., eine «Festungsdivision», die nur über wenig Transportmittel und keine Artillerie verfügte. Diese hauptsächlich aus MG-Bataillonen bestehende Einheit war kaum manövrierfähig. Die 61. Infanteriedivision, nördlich der 102. eingesetzt, war wie die zur Verteidigung von Sedan vorgesehenen Divisionen eine «B»-Division: Ihre Mannschaften waren verhältnismässig alt; Ausbildungsstand und Ausrüstung mangelhaft. Aber immerhin hatten diese beiden Divisionen ihre Stellungen am steilen linken Ufer des Flusses bereits eingenommen.

Nicht in Stellung aber war der grösste Teil der neunten Armee, die bis zu ihren Einsatzorten 100 bis 125 Kilometer zurückzulegen hatte. Die 5. motorisierte Division traf dank ihrer LKW am Nachmittag des 11. Mai unterhalb Namur ein. Aber die beiden im Zentrum des 11. Korps stehenden Divisionen, die nur über wenig Mannschafts-LKW verfügten, brauchten erheblich länger. Bis zum Abend des 12. Mai hatte erst die Hälfte der Bataillone der 11. Division den Fluss erreicht. Die 22. Invanteriedivision hatte zwar am nächsten Morgen fünf Bataillone in Stellung, aber sie verfügte über keine Panzer-

* Haider, der Chef des deutschen Generalstabs, hatte im Februar neun Tage dafür eingesetzt **.

abwehrkanonen. Alle Pak-Einheiten der Division waren eine Woche zuvor zu Übungen nach Sissonnes abgerückt, und an eine rechtzeitige Rückkehr war nicht zu denken. Keine der französischen Einheiten konnte an der Maas auch nur eine Spur jener Befestigungsanlagen entdecken, die die Belgier während des «drôle de guerre» zu errichten versprochen hatten. Die Infanteristen waren nach drei Marschtagen bis zum äussersten erschöpft und oft zu müde, sofort mit dem Bau von Schützengräben zu beginnen oder sich auch nur zu vergewissern, ob jeder Meter Flussufer geschützt sei. Als Rommels 7. Panzerdivision am Nachmittag des 12. Mai das jenseitige Ufer erreichte und die Lücken entdeckte, zog sie natürlich ihren Nutzen daraus.

Während des ersten Operationstages hatten Corap und Huntziger ihre Kavallerie wie geplant in die Ardennen entsandt, um die Stärke des Feindes und seine Stossrichtung zu erkunden, aber auch gleichzeitig seinen Vormarsch so zu verzögern, dass sie den Aufmarsch ihrer Kräfte an der Maas, ihrer Hauptverteidigungslinie, abschliessen konnten. Corap hatte zunächst nur wenige Aufklärungstrupps über den Fluss in die Ardennen geschickt; er zögerte, mehr Kavallerie die Maas überschreiten zu lassen, ehe stärkere Infanterieverbände zur Stelle waren. Um fünf Uhr nachmittags jedoch erreichte ihn der knappe Befehl Georges', seine Kavallerie während der Nacht so weit wie möglich nach Osten vorrücken zu lassen. Um zwei Uhr früh ging seine Hauptkavalleriemacht – die 1. und die 4. Kavalleriedivision sowie das 3. Regiment der Spahis, der nordafrikanischen Eingeborenenreiter – über den Fluss; im Morgengrauen hatte sie eine Stellung zwischen Marthe und Lomme, von Marche über Rochefort nach Saint-Hubert und etwa 25 bis 30 Kilometer in die Ardennen reichend, eingenommen. Zu Feindberührungen kam es nicht. General Huntzigers Kavalleriekorps, bestehend aus der 2. und 5. leichten Kavalleriedivision sowie der 1. Kavalleriebrigade, stiess am 10. Mai von Sedan aus ostwärts in die südlichen Ardennen vor. Gegen Abend hatten die 5. Division und die Brigade die Linie Libramont-Neufchâteau erreicht, ohne auf Widerstand zu stossen. Weiter südlich jedoch, bei Arlon, rannte die 2. Kavalleriedivision gegen die 10. deutsche Panzerdivision, wurde aufgehalten und zurückgedrängt. Ein Schicksal, das sich am nächsten Tag auch für die 5. Kavalleriedivision wiederholte, als plötzlich die Deutschen mit ihrer 1. und 2. Panzerdivision auf sie losschlugen.

Wenn es vor dem 10. Mai im Raum der Ardennen eine Zusammenarbeit zwischen Belgiern und Franzosen so gut wie überhaupt nicht gab, so änderte sich daran auch später nichts wesentlich. Vorgeschobene Kavallerieeinheiten der zweiten Armee trafen am Morgen dieses Tages auf den belgischen Kommandeur General Kayaerts in seiner Befehlsstelle in Saint-Hubert, und es erwies sich, dass es gar nicht so leicht war, mit ihm umzugehen. Die Franzosen wussten damals noch nicht, dass er sich an einen strikten Befehl hielt: die Brücken nach einem genauen Zeitplan zu sprengen, sich kampfflos hinter sie zurückzuziehen – und abzumarschieren. Nicht nach Westen oder Südwesten auf die Maas zu, wo seine Truppen zusammen mit der französischen Kavallerie wenigstens inhaltenden Widerstand hätten leisten können, sondern nordwestlich in Richtung Huy und Namur, wo er sich mit seinen Truppen der im Norden zurückweichenden belgischen

Armee anschliessen konnte. Französische Kavallerieoffiziere beklagten sich heftig bei Kayaerts darüber, dass er ihnen durch seine Sprengungen und Strassensperren den Weg nach vorn, aber auch die Rückzugsstrassen verlegte. Aber der belgische Kommandeur der Kampfgruppe «K» liess sich von dem ihm erteilten Befehl nicht abbringen. Seine beiden Divisionen, die zusammen mit den fünf französischen Kavalleriedivisionen den Deutschen Widerstand leisten und sie zumindest eine Zeitlang hätten aufhalten können, waren auf diese Weise zu überhaupt nichts nütze. Strassensperren und gesprengte Brücken können einen Gegner nur dann in seinem Vormarsch aufhalten, wenn hinter diesen Hindernissen Widerstand geleistet wird. Was man tun kann, wenn man sich an diesen Grundsatz hält, bewiesen zwei Kompanien Ardennen Jäger, die der Befehl zum Rückzug bei Anrücken des Feindes nicht erreicht hatte. Bei Martelange und Bodange an der belgisch-luxemburgischen Grenze leisteten sie hinter gesprengten Brücken und Baumhindernissen hartnäckigen Widerstand und hielten so die i. deutsche Panzerdivision den grössten Teil des 10. Mai auf⁶⁴. Später stellten die Belgier im Norden ihre soldatischen Fähigkeiten unter Beweis, als ihnen endlich Gelegenheit dazu geboten wurde. In den Ardennen freilich war ihnen das durch Befehle ihrer eigenen Heeresführung nicht erlaubt.

Die Franzosen waren darüber schier verzweifelt. General Doumenc schrieb in seinem Tagebuch der neunten Armee: «Weder am 10. noch am 11. Mai leisteten die belgischen Einheiten, mit denen unsere Kavallerie in Berührung kam, auch nur den geringsten Widerstand, nicht an den von ihnen geschaffenen Hindernissen, nicht an der Ourthe und auch nicht weiter im Süden. Dies war das erste bedauerliche Resultat des fast vollständigen Fehlens einer Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben Frankreichs und Belgiens⁶⁶.» Auch Gamelin war enttäuscht. Später äusserte er über den Einsatz der Belgier in den Ardennen ⁶⁶:

*Südlich der Maas hatten sie vier Divisionen, und es bestand die Hoffnung, dass sie damit bis zum Eintreffen unserer Kavallerie den Feind würden aufhalten können... Aber sie kämpften nicht, sie schienen sich in nichts aufgelöst zu haben **

Aber auch zwischen den Kavalleriekorps der zweiten und denen der neunten französischen Armee liess die Zusammenarbeit zu wünschen übrig. Und auch dies trug dazu bei, dass der Widerstand verhältnismässig wirkungslos blieb. Ihr Vorgehen war nicht koordiniert. Eine Einheit der einen Armee zog sich zurück, ohne die Nachbareinheit der anderen Armee darüber zu unterrichten. Diese wiederum musste schleunigst zurückgehen, um der Gefahr einer Umfassung durch den Feind zu entgehen. Die einzelnen Divisionskommandeure verständigten zwar ihre Armeeoberkommandos, nicht jedoch die ihnen benachbarten Kommandeure der anderen Divisionen über ihre Operationen. Als zum Beispiel die zur zweiten Armee gehörende 5. französische Kavalleriedivision am 11. Mai

* Die Belgier gaben dies nie zu. Nach den Worten Generalleutnant Oscar Michiels', des Chefs des belgischen Generalstabs, leisteten die Ardennen Jäger «einen erbitterten Widerstand».

zwischen Libramont und Neufchâteau angegriffen und zum Rückzug gezwungen wurde, entblösste sie die Flanke des zur neunten Armee gehörenden dritten Spahi-Regiments, das nördlich von ihr stand. Um nicht abgeschnitten zu werden, mussten auch die Spahis schleunigst ihre Front zurücknehmen.

Es war klar, dass die fünf französischen Kavalleriedivisionen (wenn man die beiden selbständigen Brigaden als eine Division rechnet) und die beiden belgischen Divisionen den sieben deutschen Panzerdivisionen nicht gewachsen waren, zumal diese durch eine überwältigende Luftmacht unterstützt wurden. Hier und da leisteten einzelne französische Einheiten verbissen Widerstand, was ihnen jedoch schwere Verluste – vor allem bei den leichten Panzern – eintrug. Aber was sie vielleicht an Stärke besaßen, verpuffte wegen der mangelhaften Zusammenarbeit mit den Belgiern und untereinander.

Noch eine andere fatale Schwäche hatte ihre Ursache in der geistigen Verkalkung des französischen Oberkommandos. Auf ihrem Vormarsch über die gewundenen Strassen durch die steil abfallenden Ardennenberge waren die deutschen Panzerverbände äusserst verwundbar. Die drei Divisionen von Guderians 19. Panzerkorps waren über eine Länge von 120 Kilometern bis zum Rhein auseinandergezogen. In den engen und dicht bewaldeten Tälern waren sie immer wieder an die Strassen gebunden; sie hätten sich also kaum zum Kampf entfalten können. Bombenangriffen und Störmanövern von den Hügeln herab hätten sie ein leichtes Ziel geboten. Schon wenige an den waldigen Hängen verborgene panzerbrechende Geschütze hätten unter den endlosen, dicht aufgerückt marschierenden Kolonnen Verheerungen auslösen können. Anscheinend war dies den französischen Generälen nie eingefallen, und solche Flankenangriffe unterblieben. Nur am 11. und 12. Mai flogen französische und englische Bomber vereinzelt Angriffe gegen die deutschen Kolonnen, aber sie waren zu schwach, um sich ernstlich auswirken zu können. Das französische Oberkommando warf das Gros seiner Bomber nach Norden, wo es den deutschen Hauptschlag erwartete. Am 12. Mai notierte General Haider in seinem Tagebuch: «Feindliche Luftwaffe erstaunlich zurückhaltend.»

Und so preschten die sieben deutschen Panzerdivisionen durch die Ardennen auf die Maas und auf Sedan zu. General Günther Blumentritt, der Chef der Operationsabteilung der Heeresgruppe A, sagte später: «Der Vormarsch durch die Ardennen war nicht eine Operation im taktischen Sinne, sondern ein Anmarsch ... Wir stiessen... auf nur leichten Widerstand im an Luxemburg angrenzenden Belgien, Ardennen Jäger und vereinzelt französische Kavallerie. Ein Widerstand, der mühelos weggefegt wurde»

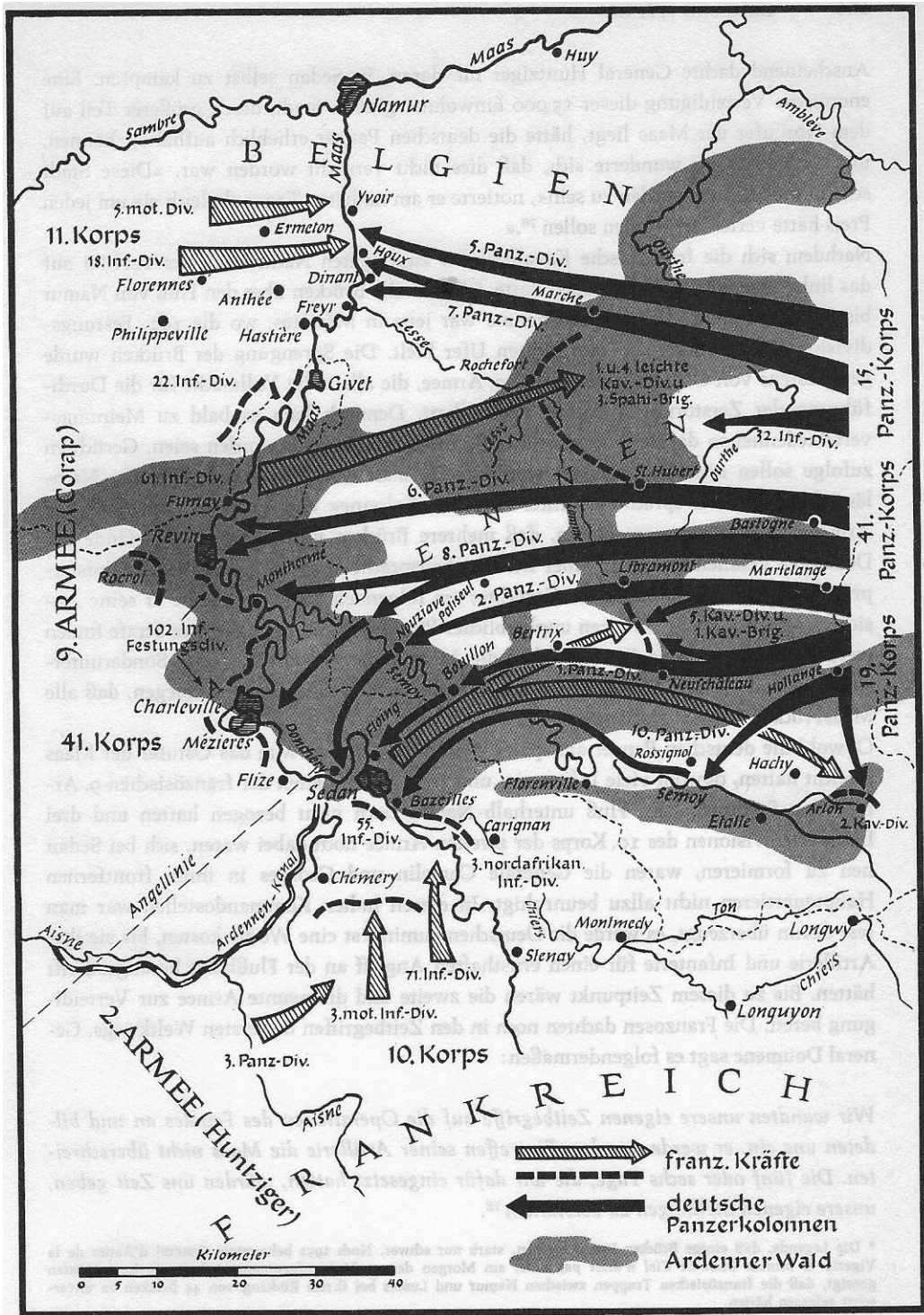
Am 10. Mai um 5 Uhr 30 überschritt Guderians 19. Panzerkorps – bestehend aus der 1., 2., und 10. Panzerdivision – zwischen Vianden und Echternach die luxemburgische Grenze, und gegen Mittag hatte es belgisches Gebiet erreicht. Sein Ziel war Sedan. General Reinhardts 41. Panzerkorps (6. und 8. Panzerdivision), das nördlich von Guderian vorrücken sollte, musste diesem den Vortritt auf den wenigen Hauptstrassen lassen und seinen Aufbruch verzögern. Aber bald rollte es auch durch die Ardennen – mit dem Ziel Maas bei Mezieres, westlich von Sedan. Noch weiter nördlich marschierte General Hoths 15. Panzerkorps – mit Rommels 7. Panzerdivision an der Spitze und der ihr

folgenden 5. Panzerdivision – auf den Maasübergang bei Dinant zu. Und hinter dieser gewaltigen Panzermacht folgten mehrere motorisierte Infanteriedivisionen.

Erst am zweiten Abend der Schlacht, am 11. Mai, hatten die deutschen Panzer den geringen Widerstand der französischen Kavallerie auf der ganzen Linie gebrochen. Im Norden hatte Rommels 7. Panzerdivision die Tankbrigade der 4. französischen Kavalleriedivision im Raum Marche angegriffen und gegen die Maas zurückgeworfen. Am Nachmittag des nächsten Tages erreichte Rommel den Fluss. Im Süden stiessen Guderians drei Divisionen des 19. Korps den ganzen 11. Mai hindurch zügig vorwärts. Gegen Abend hatte die im Zentrum marschierende 1. Division den Semoy-Fluss bei Bouillon, 16 Kilometer nördlich von Sedan, erreicht; die 10. Panzerdivision stand zu diesem Zeitpunkt ebenfalls am Semoy, unterhalb von Rossignol. Die Flussfront im Norden wurde von der 10. Panzerdivision, die zuvor bei Libramont von französischer Kavallerie und schlechten Wegen aufgehalten worden war, gehalten. Am Nachmittag des dritten Tages der Blitzoffensive standen die deutschen Panzer auf einer etwa 125 Kilometer langen Front zwischen Dinant und Sedan an der Maas. Sie waren dem gesetzten Plan um 24 Stunden voraus. In drei Tagen hatten sie 120 Kilometer zurückgelegt, während die Franzosen damit gerechnet hatten, sie wenigstens fünf bis sechs Tage aufhalten zu können. Aber zwischen dem 15. und dem 41. deutschen Panzerkorps klaffte eine dreissig Kilometer breite Lücke, die nur durch die 32. Infanteriedivision gefüllt wurde, die freilich mit dem Vormarsch der Panzer nicht Schritt halten konnte. Die Lage schrie geradezu nach einem französischen Angriff durch diese Lücke gegen die entblössten Flanken der beiden deutschen Panzerkorps. Aber die Franzosen hatten alles andere im Sinn als Gegenangriffe. Sie dachten allein an defensive Operationen – an Rückzug überall dort, wo der Feind Druck ausübte. Am 12. Mai entschloss Gamelin sich, bei Georges «anzuregen», er möge sein Kavalleriekorps aus den Ardennen zurückziehen, um mit ihm im Rücken seiner 1. Armee gelandete Fallschirmjäger (die freilich nur in seiner Phantasie existierten) zu bekämpfen.

In der Nacht des 11. Mai befahl General Corap seinem Kavalleriekorps, sich im Laufe des nächsten Tages über die Maas abzusetzen. Dieses Manöver war gegen 16 Uhr abgeschlossen. Ähnliche Befehle gab General Huntziger der Kavallerie der zweiten Armee, nachdem er erkannt hatte, dass er den Semoy-Fluss, etwa 20 Kilometer vor Sedan auf belgischem Gebiet, nicht halten konnte. Damit gab sie jene befestigten Stellungen nördlich des Flusses auf, an denen die Franzosen den ganzen Winter hindurch gearbeitet hatten und die Huntziger vor dem Heeresausschuss der Kammer so gepriesen hatte, als er auf den unfertigen Zustand aufmerksam gemacht worden war*.

* Deutsche Luftaufnahmen aus dem Frühjahr hatten auf starke Befestigungsanlagen nördlich der Maas bei Sedan schliessen lassen. Die deutschen Generäle überlegten daraufhin, ob man den ursprünglichen Plan nicht abändern sollte, der gerade hier den hauptsächlichlichen Panzerdurchbruch vorsah. Sie befürchteten, die französischen Befestigungen könnten die deutschen Panzer tagelang aufhalten. Wenige Tage vor dem Angriff wurde jedoch ein österreichischer Offizier, ein Spezialist in der Auswertung von Luftaufnahmen, mit einer nochmaligen Prüfung der Fotografien beauftragt. Unter seiner Lupe entdeckte er, dass die Stellungen noch unfertig und wahrscheinlich auch nicht vollständig bewaffnet sein müssten, was ja auch den Tatsachen entsprach. Er informierte von Kleist, dessen 19. Korps die Aufgabe hatte, nach Sedan durchzubrechen; von Kleist fühlte sich sehr erleichtert



DIE ARDENNEN-SCHLACHT
10. bis 12. Mai 1940

Anscheinend dachte General Huntziger nie daran, in Sedan selbst zu kämpfen. Eine energische Verteidigung dieser 15'000 Einwohner grossen Stadt, deren grösserer Teil auf dem Nordufer der Maas liegt, hätte die deutschen Panzer erheblich aufhalten können, und auch Gamelin wunderte sich, dass dies nicht versucht worden war. «Diese Stadt scheint aufgegeben worden zu sein», notierte er am nächsten Tag, «obgleich sie um jeden Preis hätte verteidigt werden sollen⁷⁰.»

Nachdem sich die französische Kavallerie bis zum späten Nachmittag des 12. Mai auf das linke Maasufer zurückgezogen hatte, wurden alle Brücken über den Fluss von Namur bis Sedan gesprengt. Einzige Ausnahme war jene in Mezieres, wo die 102. Festungsddivision einen Brückenkopf am rechten Ufer hielt. Die Sprengung der Brücken wurde genauestens von Offizieren der 2. und 9. Armee, die allein die Vollmacht für die Durchführung der Zerstörungen hatten, kontrolliert. Dennoch kam es bald zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob wirklich alle Brücken gesprengt worden seien. Gerüchten zufolge sollen nicht alle zerstört worden sein, man warf den Armeespionieren Nachlässigkeit vor oder sprach von einer «Fünften Kolonne» und Verrätern innerhalb der Armee, die dafür gesorgt hätten, dass mehrere Brücken unversehrt in die Hände der Deutschen gefallen wären. In einer Rundfunkansprache am 20. Mai bestätigte Ministerpräsident Reynaud einige dieser Gerüchte; am folgenden Tag wiederholte er seine Ansichten vor dem Senat. «Wegen unglaublicher Pflichtversäumnisse, die ihre Strafe finden werden, wurden einige Brücken über die Maas nicht zerstört⁷¹.» Eine Sonderuntersuchung, von General Dufieux nach der Schlacht durchgeführt, ergab hingegen, dass alle Maasbrücken zerstört worden waren*.

Obwohl die deutschen Panzer am späten Nachmittag des 12. Mai das Ostufer der Maas erreicht hatten, obwohl viele Infanterie- und Artillerieeinheiten der französischen 9. Armee ihre Stellungen am Fluss unterhalb Namur noch nicht bezogen hatten und drei Infanteriedivisionen des 10. Korps der zweiten Armee noch dabei waren, sich bei Sedan neu zu formieren, waren die Generäle Gamelin und Georges in ihren frontfernen Hauptquartieren nicht allzu beunruhigt. In diesen hohen Kommandostellen war man fest davon überzeugt, es werde die Deutschen zumindest eine Woche kosten, bis sie ihre Artillerie und Infanterie für einen ernsthaften Angriff an der Flussfront herangeschafft hätten. Bis zu diesem Zeitpunkt wären die zweite und die neunte Armee zur Verteidigung bereit. Die Franzosen dachten noch in den Zeitbegriffen des ersten Weltkriegs. General Doumenc sagt es folgendermassen:

Wir wandten unsere eigenen Zeitbegriffe auf die Operationen des Feindes an und bildeten uns ein, er werde vor dem Eintreffen seiner Artillerie die Maas nicht überschreiten. Die fünf oder sechs Tage, die wir dafür eingesetzt hatten, würden uns Zeit geben, unsere eigenen Stellungen zu verstärken⁷².

* Die Legende, dass einige Brücken intakt blieben, starb nur schwer. Noch 1952 behauptete General d'Astier de la Vigerie in seinem Buch *Le Ciel n'était pas vide*, am Morgen des 15. Mai aufgenommene Luftaufnahmen hätten gezeigt, dass die französischen Truppen zwischen Namur und Lumes bei ihrem Rückzug von 44 Brücken 22 unversehrt gelassen hätten.

Das französische Hauptquartier glaubte nicht nur, über Zeit genug zu verfügen, mit den Deutschen fertig zu werden, es hielt auch trotz aller gegenteiligen Anzeichen an dem Glauben fest, dass die entscheidende Schlacht nicht hier, sondern weiter nördlich an der Dyne geschlagen werden würde. Vergeblich hatte der Fliegergeneral d'Astier darauf hinzuweisen versucht, dass alle seine Aufklärungsergebnisse darauf hindeuteten schienen, das Gros der deutschen Panzerwaffe konzentrierte sich in den Ardennen zu einem Angriff auf die Maas südöstlich von Namur.

Am Morgen des 11. Mai meldete er, dass seine nächtlichen Aufklärungsflüge eine starke Konzentration «motorisierter Einheiten» in den Ardennen erwiesen hätten. Um 11 Uhr unterrichtete er die Armee: «Der Feind scheint eine energische Aktion in Richtung auf Givet vorzubereiten.» Zur selben Stunde meldeten seine von einem Morgenflug zurückkehrenden Piloten massive deutsche Panzeransammlungen zwischen Neufchâteau und Arlon. (Das war genau der Abschnitt, auf dem Guderians 19. Korps operierte.) Dennoch drängten ihn Gamelin, Georges und Billotte den ganzen Tag über, seine Flugzeuge auf dem nördlichen Teil der Front einzusetzen. Um 16 Uhr 30 forderte Gamelin ihn in einem Telefongespräch auf, mit allen verfügbaren Maschinen die deutschen Kolonnen, die von Maastricht auf die Dyle zu marschierten, aufzuhalten. Und General Georges bestand darauf, den Einsatz der französischen wie der britischen Bomber auf den Albert-Kanal zu konzentrieren.

Am nächsten Tag entschloss sich General d'Astier zu einer erneuten Warnung:

Unsere Aufklärung erkundete während der Nacht und am frühen Morgen starke feindliche Verbände, die durch die Ardennen nach Westen vorstossen. Sie sind mit Pontons zum Brückenbau ausgerüstet. Massive motorisierte und gepanzerte Verbände dringen von Marche und Neufchâteau auf die Maas bei Dinant, Givet und Bouillon vor. Daraus ist zu schliessen, dass der Feind einen entscheidenden Vorstoss auf den Fluss unternehmen wird.

Dennoch liefen Billottes Instruktionen an die Luftstreitkräfte für den 12. Mai darauf hinaus, der siebenten und der ersten Armee, «vielleicht auch» dem Britischen Expeditionskorps Unterstützung zu gewähren. Um 16 Uhr griff General Georges ein, der eine vorrangige Berücksichtigung der ersten Armee anordnete, die sich auf Sedan zurückzog. Kein Wort galt der unglücklichen neunten Armee, die mit gleicher Geschwindigkeit gegen die Maas zurückgedrängt wurde. D'Astier sagt, Billotte sei über diesen Befehl «verwundert» gewesen und habe auf seiner Anordnung bestanden, dass zwei Drittel der verfügbaren Flugzeuge im Bereich der ersten Armee im Norden und nur ein Drittel zur Unterstützung der zweiten Armee bei Sedan einzusetzen seien. Billotte schien sich der immer ernster werdenden Lage der neunten Armee nicht bewusst gewesen zu sein. In dieser Nacht berichteten französische und englische Flieger von einem «wahren Ansturm, einer Lichterkette» in Richtung Maas und Sedan. Die Deutschen, so sagten sie, führen ihre Panzer und LKW mit voll eingeschalteten Scheinwerfern. «Achtundvierzig

Stunden lang hatten die Luftstreitkräfte nun Alarm geschlagen c, schliesst d'Astier. «Die letzten Zweifel waren geschwunden⁷⁵.»

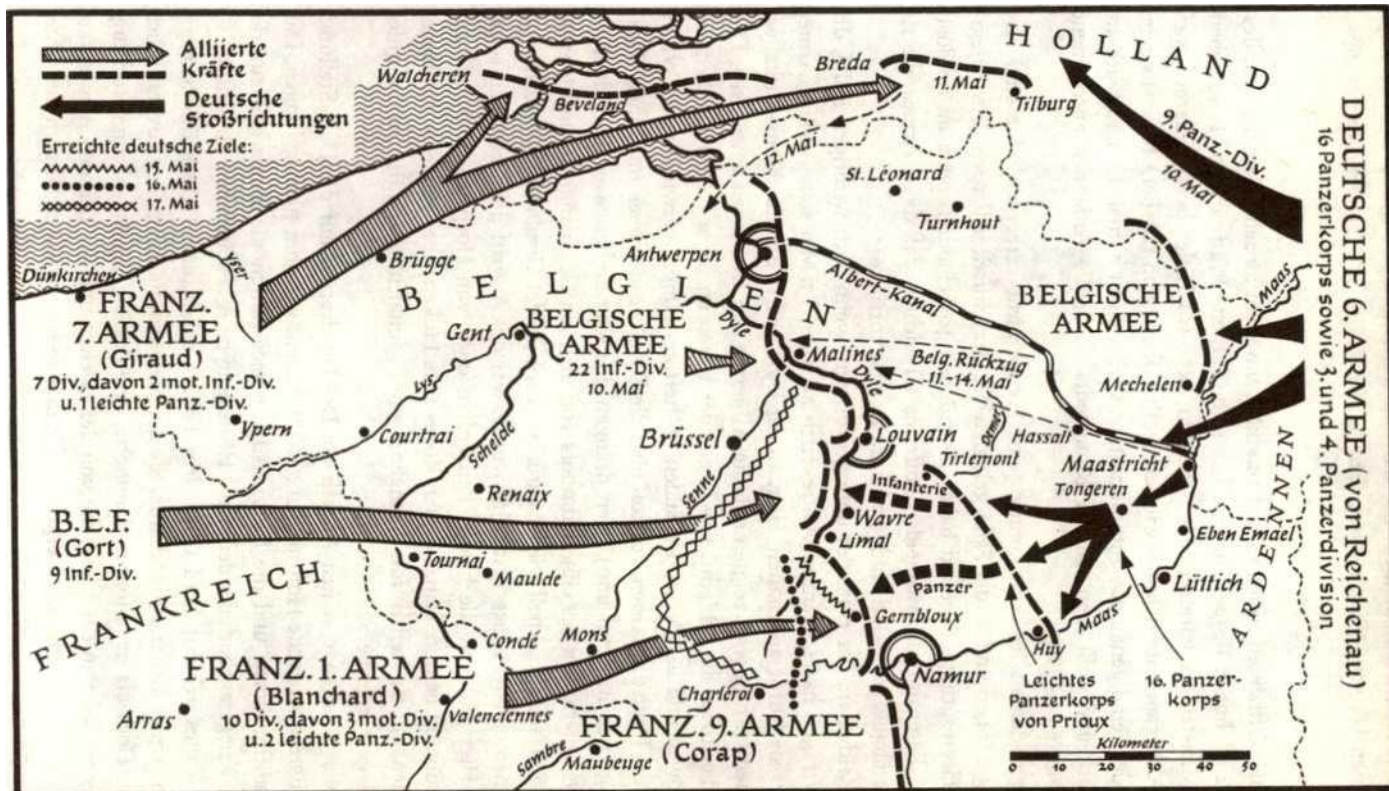
Waren sie wirklich geschwunden? Auch im Oberkommando? General Georges sagte später als Zeuge aus, dass er am Abend des 11. Mai, als sieben deutsche Panzerdivisionen tief in den Ardennen standen und sich auf die Maas zwischen Dinant und Sedan zu bewegten, noch nicht wusste, wo der Hauptschlag fallen würde. «Der Feind stiess unaufhaltsam auf der ganzen Front vor, und es war nicht möglich, seine Hauptstossrichtung zu erkennen⁷⁴.» D'Astier berichtet, Billotte habe ihn um 9 Uhr 30 darüber informiert, er habe «nicht den Eindruck, dass die Lage (an der Maas) bedrohlich ist oder dass der Hauptstoss auf Sedan geführt» werde. Gamelin teilt mit, Georges habe ihm in der Nacht des 12. Mai versichert, dass «die Verteidigung auf der ganzen Front entlang des Flusses stehe». Georges hatte noch hinzugefügt, alle Brücken über die Maas seien gesprengt. Gamelin wird mit einem Schlage bewusst: «Die Deutschen sind an der Maas angekommen.» Aber diese Erkenntnis reicht nicht aus, ihn Gegenmassnahmen ergreifen zu lassen. Er tat nichts anderes, als – wie wir bereits sahen – bei Georges anzuregen, er möge mit seinem Kavalleriekorps Jagd auf deutsche Fallschirmjäger im Rücken der ersten Armee machen. Seine ganze Aufmerksamkeit galt noch immer dem nördlichen Frontabschnitt, und bei Georges und Billotte war es nicht anders. Das energische Vorpreschen der Deutschen in diesem Gebiet, so sagt er, «schien bei allen von uns seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. Wir neigten alle der Auffassung zu, der Hauptstoss der Deutschen werde in den Ebenen nördlich der Maas erfolgen. Und über den Vormarsch der Wehrmacht durch Luxemburg und Belgien auf Dinant und Sedan waren wir ziemlich schlecht unterrichtet⁷⁵.» Tatsächlich begannen die Deutschen jetzt ihren Angriff auf die belgischen, britischen und französischen Streitkräfte an der Dyle-Stellung zwischen Antwerpen und Namur. Gamelin und Georges glaubten, dass diese Attacke von entscheidender Bedeutung sei. Jeder ihrer Schritte war auf diesen Augenblick und auf diese Situation hin ausgerichtet*.

General Haider hingegen war über die Fehleinschätzung der Lage durch die Franzosen höchst erfreut. Am 13. Mai notierte er in seinem Tagebuch:

Nördlich Namur müssen wir mit dem Abschluss einer Versammlung rechnen, die etwa 24 engl.-frz. Divn. und etwa 25 belgische Divn. umfasst. Demgegenüber stehen bei unserer 6. Armee 15 Divn. und 6 HGr.Res. = 21 (die im Notfall aus der Tiefe der 18. Armee verstärkt werden können). Sollte Feind angreifen, sind wir zur Abwehr stark genug. Nachschieben von Kräften nicht mehr erforderlich ...

Südlich Namur haben wir unterlegenen Feind gegenüber. Kräfteverhältnis 2 : 1. Ergebnis

* Zumindest Daladier – so sagte er jedenfalls später in seinem Prozess in Riöm aus – vermutete eine Falle. Von der Sitzung der Alliierten in Casteau am 12. Mai zurückkehrend, sei er überrascht gewesen, dass die Fahrzeuge der ersten Armee in dichten Kolonnen nach Belgien hineinrollten, ohne von deutschen Bomben angegriffen zu werden. «Ich fragte mich, ob wir nicht in eine Falle gingen, ob der Feind nicht die französische Armee nach Belgien zog, um an einem ganz anderen Ort zum Schlag auszuholen.» Aber die zuversichtliche Haltung der Generäle Georges, Blanchard und Billotte zerstreuten seine Zweifel wieder



DIE SCHLACHT UM DIE DYLE-LINIE
12. bis 16. Mai 1940

des Maas-Angriffs wird entscheiden, ob, wo und wann wir von dieser Überlegenheit Gebrauch machen können. Nennenswerte bewegliche Kräfte hat der Feind hinter dieser Front nicht...

Vielen deutschen Offizieren schien es fast zu schön, um wahr zu sein. Gamelin, vor dessen Intelligenz sie hohen Respekt hatten, liess seine stärkste Waffe in eine Falle gehen, wie General Manstein es vorausgesagt hatte. Im OKW, wo Hitler besorgt darauf wartete, was die Alliierten unternehmen würden, stellte Oberst von Lossberg fest: «Es zeigt sich also, dass der Feind genau das unternimmt, was wir erhofft hatten: Er macht sich am Nordflügel stark und misst dem Angriff Rundstedts durch die Ardennen anscheinend geringere Bedeutung bei⁷⁷.»

Auch Heusinger, damals im OKH, konnte seine Freude nicht verbergen. «Sie sind also nach Belgien gegangen und in die Falle gelaufen⁷⁸.» Brauchitsch soll nach dem Kriegstagebuch der Heeresgruppe B gesagt haben, es stünden 40 Feinddivisionen im nordöstlichen Belgien, die er dort abzuschneiden hoffe. Es sei wichtig, dass die 6. Armee, die sie dorthin gezogen habe, den Feind binde und nicht zu weit vorrücke⁷⁹.

General von Reichenau, der trotz der untergeordneten, wenn auch wichtigen Rolle, die man ihm übertragen hatte, glänzen wollte, trieb auch am 15. Mai seine sechste Armee vorwärts. Aber sie wurde angehalten. Hier, an der Dyle und in der Gembloux-Lücke, wo es am wenigsten wichtig war, zeigten sich die Alliierten den Deutschen gewachsen. Den ganzen Tag über tobte die Schlacht. Die Engländer waren an ihren beiden Flanken, im Norden bei Löwen und bei Wavre im Süden, in heftige Kämpfe verwickelt. Bei Wavre unternahmen die Deutschen einen Vorstoss über die Dyle, wurden aber am frühen Nachmittag zurückgetrieben. Rund um Löwen drangen deutsche Einheiten in das Schienengewirr und die Lagerhallen des Güterbahnhofs vor, aber ein Gegenangriff von Montgomerys 3. Division liess sie schnell wieder zurückweichen. In der Gembloux-Lücke, die von der französischen ersten Armee verteidigt wurde, war der Angriff der Deutschen sogar noch stärker. Hier schlugen die beiden Panzerdivisionen von Hoepners 16. Korps mit Stuka-Unterstützung beim 6. französischen Korps tiefe Lücken, aber schweres Artilleriefeuer und Gegenangriffe stellten mit Ausnahme eines schmalen Abschnitts bei Ottignies die Ausgangslage wieder her.

Um 17 Uhr blies Reichenau seinen Angriff ab. Der Durchbruch auf die Dyle-Stellung, in die die Alliierten so grosse Hoffnungen gesetzt hatten, war ihm nicht gelungen. Das britische Expeditionskorps und die französische Armee hatten die Deutschen zurückgeworfen. Das Kriegstagebuch der deutschen Heeresgruppe A bestätigt den Misserfolg.

Die Ehre des Tages gebührt Lord Gort, dem Führer des britischen Expeditionskorps, und der ersten Armee General Blanchards. Sie konnten dem nächsten Tag zuversichtlich entgegensehen. Doch als der Morgen dämmerte, erreichte sie der Befehl zum Rückzug. Im Verlauf der Schlacht an der Maas, die von der zweiten und der neunten Armee verteidigt wurde, hatte sich eine Lage ergeben, die ihre rechte Flanke gefährlich bedrohte. Die Falle schnappte zu.

Die Schlacht um Frankreich, II. Katastrophe bei Sedan Der Durchbruch an der Maas 13. bis 16. Mai 1940

Die kleine Stadt Sedan am Ostufer der Maas, wo der Fluss nordwärts nach Givet, Dinant und Namur abbiegt, rief in Frankreich kummervolle Erinnerungen wach.

Hier hatten sich Napoleon in. und Marschall MacMahon am 2. September 1870 nach kurzer Belagerung den Preussen ergeben. Es war dies eine der ärgsten militärischen Katastrophen in der ganzen Geschichte der französischen Armee gewesen. 84'000 Mann, 2'700 Offiziere und 39 Generäle hatten nach einem Kampf von nur wenigen Tagen die Waffen gestreckt und waren zusammen mit dem Kaiser Kriegsgefangene geworden. Überdies bereitete sich, wie jedermann damals wusste, noch eine zweite militärische Katastrophe vor. Marschall Bazaine war mit einem noch grösseren Heer von 180'000 Mann in Metz eingeschlossen und wurde belagert. Er sollte am 27. Oktober kapitulieren. Aber die Bevölkerung von Paris wartete das nicht ab. Die niederschmetternde Nachricht von Sedan genügte. Am 4. September, zwei Tage nach der Übergabe der Stadt, stürzte sie das zweite bonapartistische Kaiserreich und schickte sich an, eine Republik zu errichten.

Die klägliche Leistung der Armee Napoleons m. gegenüber den Preussen in jenen kurzen Augusttagen 1870 schockte das französische Volk. Es hatte nicht geahnt, dass das Heer so schwach war – ein Heer, das in dem Ruf gestanden hatte, das stärkste in Europa zu sein. Nur wenige Menschen in Frankreich waren sich darüber klar gewesen, wie unbeweglich und veraltet das Oberkommando war, wie sehr ihm Energie und Vorstellungskraft mangelten, wie selbstzufrieden und unmodern seine Begriffe von Strategie und Taktik und von der Geschwindigkeit militärischer Operationen waren, wenn man bedachte, dass die jüngste Entwicklung des Eisenbahnwesens es ermöglichte, grosse Truppenverbände und ihren Versorgungsnachschub sehr rasch zur Angriffsstelle zu transportieren. Auch bestand in Frankreich keine realistische Einschätzung des preussischen Heeres, das 1866 die Österreicher in die Flucht geschlagen hatte, wiewohl man doch diesen Feldzug – ebenso wie den in Polen 1939 – in Paris mit Gewinn hätte studieren können. Das französische Oberkommando hatte die Massnahmen Moltkes im preussischen Heer kaum beachtet: die Ausbildung eines kühnen Führungsgeistes im Offizierkorps, die Entwicklung einer neuen Strategie und Taktik, die auf dem Überraschungsangriff beruhte, den Aufbau eines Generalstabs, der mit deutscher Gründlichkeit und bis in die kleinste Einzelheit den Einmarsch nach Frankreich und das blitzschnelle Aufrollen seiner Armeen auf den alten Schlachtfeldern zwischen Maas und Rhein vorbereitet hatte.

Jetzt, genau siebzig Jahre später, standen die Deutschen wieder vor den Toren der unseligen Stadt. Sie besaßen die gleiche kühne Führung und Planung wie damals, und ihre Vorbereitungen waren genauso gründlich gewesen. Am Abend des 12. Mai 1940 wusste Gamelin, der sich wieder in Vincennes befand, dass sie da waren und sich an den gesprengten Maasbrücken zusammazogen, aber es war ihm noch immer nicht klar, in welcher Stärke sie angetreten waren und dass sie im Begriff standen, zum Hauptschlag anzusetzen. Er erwartete diesen Hauptschlag noch immer weiter nördlich entlang der Dyle-Linie. Er meinte, die Maas mit ihren tief eingeschnittenen Tälern und steilen Höhen-ufern stelle ein natürliches Verteidigungswerk von Namur bis Sedan dar, das stark genug sei, einen deutschen Unterstützungsangriff an dieser Stelle zum Stehen zu bringen. Vor allem war er der Meinung, dass der Fluss ein gewaltiges Hindernis für Panzer sei. Er kannte die Gegend gut. Er hatte sie, wie er sagt, in den Vorkriegsjahren häufig inspiziert und hielt sie, wie er uns versichert, für «besonders wichtig». Hatte nicht hier, so fügte er hinzu, im August 1914 die deutsche vierte Armee «den Übergang erzwungen»? Und so füllt er seine Memoiren mit einer ausführlichen Beschreibung der Gebiete an der Maas und ihrer Vorteile für die Verteidigung.

Der Schlüssel zur Verteidigung des Sedan-Abschnitts, nachdem die Stadt selbst auf dem Nordufer geräumt war *, lag in den Anhöhen des Bois de la Marfée knapp südlich des Flusses, von denen aus König Wilhelm von Preussen 1870 die Schlacht beobachtet hatte. «Von den Anhöhen des Bois de la Marfée», schreibt Gamelin, «beherrscht man das Gelände bis zum Rand des zehn Kilometer entfernten Ardennenwaldes, das heisst in Reichweite des 7,5-cm-Geschützes. Panzer können nur auf Strassen und Feldwegen ins Tal hinabgelangen und müssen sich in jedem Fall beim Erklimmen des Südufers des Flusses an sie halten ... Der Fluss selbst war entlang der ganzen Front mit einer Folge von Kasematten und Infanteriebunkern befestigt. Rückwärtig von ihnen an den Abhängen hinter dem linken Ufer befanden sich leichte und mittlere Maschinengewehrstellungen, die Stukas am Einfliegen in das Tal hindern konnten ... Und die Artillerie auf den Anhöhen des Marféewaldes beherrschte das gesamte Gelände².» Die Anhöhen boten ausserdem ausgezeichnete Beobachtungsposten, besonders für die Artillerie, aber auch für jeden Befehlshaber, der den deutschen Aufmarsch am Flussufer überprüfen wollte. Die Verteidigung war an dieser Stelle von der Natur begünstigt.

Sie war auch, wie Gamelin weiter zugibt, weiter unten an der Maas, wo die neunte Armee stand, im Vorteil. Der Fluss fliesst von Sedan bis Mezieres durch felsige Steilhänge – «völlig unzugänglich für Panzer», erklärt er, «und sehr schwierig sogar für die Infanterie». Es trifft zwar zu, dass der Fluss hier zahlreiche Schlangenwindungen ausführt, aber sie boten, wie Gamelin meint, den Vorteil, dass sie das Flussbett an der Flanke abschirmten, und in jedem Fall waren sie an ihrem Ausgang durch Panzerhindernisse und Stacheldrahtverhaue abgeriegelt. Ausserdem verliefen auf dem Ostufer nur wenige

* Gamelin erklärt, es habe sich angeblich in der Stadt zu ihrer Verteidigung ein Festungsregiment befunden. «Ist es verschwunden?» fragt er. Zuzufolge Oberst Goutard verschwand es allerdings. Seine Leute flohen zusammen mit der Zivilbevölkerung von Sedan beim Herannahen der Deutschen am 12. Mai *.

zum Fluss hinabführende Strassen, auf denen die Deutschen ihre Panzer und Geschütze heranführen konnten. Weiter nördlich, von Givet bis Namur, tritt der Fluss aus dem Ardennenwald heraus. Die Abhänge sind hier nicht so hoch und auch nicht so steil, aber die Abhänge des Ostufers beherrschen das linke Ufer, wo sich die Einheiten der neunten Armee verschanzten. Auch gibt es auf dem rechten Ufer in diesem Gebiet mehr Strassen, die zur Maas hinabführen. Hier, zwischen Givet und Namur, hatte die deutsche dritte Armee im August 1914 ihre Offensive angesetzt, und der französische Oberbefehlshaber bestätigt, dass das Gelände bei Givet und Dinant, besonders aber bei Dinant, für einen Angriff günstig war³. Das Pech wollte es, dass die neunte Armee gerade an dieser Stelle am schwächsten war. Am Nachmittag des 12. Mai erreichten die Vorseinheiten von Rommels 7. Panzerdivision die Maas bei Dinant, das auf der rechten Seite des Flusses liegt. Die französische 18. Infanteriedivision auf dem gegenüberliegenden Ufer hatte nur fünf Bataillone in Stellung. Der Rest sollte erst am folgenden Tag eintreffen.

Im Gegensatz zur linken Flanke der neunten Armee, die nach Belgien hatte einschwenken und sich entlang der von den Belgiern unbefestigten Maas südlich von Namur hatte verschanzen müssen, war die linke Flanke der zweiten Armee bei Sedan seit Beginn des Krieges in Stellung gewesen und hatte reichlich Zeit gehabt, ihre Verteidigungswerke zu verstärken. Aber auch sie war noch immer nicht in Bereitschaft, die Deutschen am 13. Mai zurückzuwerfen. Obwohl Sedan die Angel der alliierten Schwenkung nach Belgien bildete, hatte General Huntziger, der Kommandeur der zweiten Armee, die Verteidigung dieses Angelpunktes dem schwächeren seiner zwei Korps zugewiesen. Das xv. Korps, das bessere von beiden, war rechts davon, in dem schwer befestigten Brückenkopf von Montmedy stationiert. Das x. Korps stand in dem schwach befestigten Abschnitt von Sedan.

Als die deutsche Offensive begann, hielten die zwei Infanteriedivisionen des x. Korps, die 3. nordafrikanische und die 55. Division, eine Front von 40 Kilometern, und jede Division war durch ein Festungsregiment verstärkt. Die 71. Infanteriedivision, die am 6. April zur weiteren Ausbildung aus der Linie herausgezogen worden war, befand sich in Reserve und war 55 bis 65 Kilometer hinter der Front auf mehrere Dörfer verteilt. Beide, die 55. und die 71., waren sogenannte «B»-Divisionen, also Soldaten der älteren Jahrgänge, ungenügend ausgebildet, zumeist von Reserveoffizieren geführt und schlecht bewaffnet. Sie waren nur mangelhaft mit Panzerabwehrgeschützen ausgerüstet und besaßen praktisch überhaupt keine Flak. General C. Grandsard, der Korpskommandeur, gab sich keinen Illusionen über seine Truppen oder die Stärke seiner Stellung hin. Am Vorabend der Schlacht fasste er seine Situation wie folgt zusammen: «Ein unvollständig organisierter Abschnitt. Truppen zahlenmässig unzureichend, sehr schlecht gegen Panzer und Flugzeuge bewaffnet, nur in den Anfangsgründen ausgebildet und von unsicherem Zusammenhalt.» Er fügte hinzu: «Dem Oberkommando kann diese Situation nicht unbekannt gewesen sein, und es handelte, als halte es einen Angriff in voller Stärke in diesem Abschnitt für unwahrscheinlich⁴.»

Obwohl General Huntziger diese Auffassung anscheinend teilte, verständigte er Grand-

sard erst nach zweitägigem Zögern, dass ihm die 71. Division zur Verfügung gestellt werde und in der Nacht des 12. Mai und der folgenden Nacht Stellung beziehen solle. Der Korpskommandeur beschloss, sie zwischen der 55. und der 3. nordafrikanischen Division einzuschieben, um seiner Verteidigung auf diese Weise grössere Dichte zu verleihen. Die 71. Division befand sich, wie bereits dargelegt, weit hinter der Front und erreichte die Linie erst spät in der Nacht des 12. Mai. Die Truppe war nach zwei Nachtmärschen müde und hatte in der Dunkelheit Schwierigkeiten, die ihr zugewiesene Stellung zu finden. Ihr Kommandeur, General Baudet, beschwerte sich darüber, wie Grandsard erklärte, dass seine Division so überstürzt in den Kampf geworfen werde⁵. Auch bei den beiden Divisionen links und rechts der 71. herrschte Verwirrung. Um für sie Platz zu schaffen, mussten sie ihre Einheiten in der Dunkelheit umgruppieren. Einige der Formationen, vor allem in der 55. Division, zogen sich einfach in die Wälder hinter der Front zurück mit der Absicht, in der folgenden Nacht in neue Stellungen zurückzukehren.

Trotz des Durcheinanders, beträchtlicher Bombenangriffe, die seine Truppen verwirrten und die Telefonleitungen zerstörten, und des Auftauchens der deutschen Panzerdivisionen ihm gegenüber war General Grandsard in seiner Beurteilung der Lage in der Nacht des 12. Mai ziemlich optimistisch:

Was kann der Feind am 13. tun? (Habe er sich gefragt, schreibt Grandsard.) Er kann offensichtlich an unsere: Hauptverteidigungslinie heranrücken. Kann er angreifen? Das hängt von ihm ab. Wird sein Angriff gelingen? Der Korpskommandeur, wiewohl er sich der Schwäche seiner Stellung bewusst ist, glaubt es nicht.

Selbstverständlich, so räumte der General ein, könne der Feind

seine Infanterie und seine Panzer an den Fluss heranbringen ... Aber seine Artillerie, Munition und die nötige Ausrüstung kann er nur unter grosser Mühe heranschaffen und auch dann nur tropfenweise, weil unser Artilleriefeuer auf ihm liegt ... Ausserdem steht den Panzern ein Hindernis (die Maas) im Weg, wenn ihnen die Infanterie nicht den Weg freikämpft, und dazu braucht sie längeres vorbereitendes Feuer, um Breschen in unsere Feuerlinie zu schlagen.

Wer wird diese Bresche schlagen? Die Artillerie? Das scheint nicht möglich. Die Panzer? Ihre Geschütze haben nicht das erforderliche Kaliber.

Ihre Bombenflugzeuge? Grandsard erklärt, er habe Vertrauen zu der alliierten Luftwaffe. «Also», schliesst er, «sah es am Abend des 12. Mai nicht so aus, als werde der Feind am nächsten Tag mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg angreifen können⁶.»

General Grandsard war nicht ganz einfach selbstzufrieden – wie die meisten anderen französischen Armeeführer. Er hatte überhaupt keine Vorstellung – und ebensowenig hatte der Chef der zweiten Armee, Huntziger, hatten Billotte, Georges oder Gamelin

eine Ahnung –, was am nächsten Tag über das x. Korps an dem entscheidenden Angelpunkt bei Sedan hereinbrechen würde. «Es war nicht möglich», sagt Grandsard sogar noch am 12. Mai, «die Stärke der feindlichen Streitkräfte, die auf uns zurückten, abzuschätzen, da nur ihre Vorposten mit unserer Kavallerie Fühlung aufgenommen hatten.» Die Luftaufklärung meldete allerdings in dieser Nacht grosse deutsche Panzereinheiten, die mit vollen Scheinwerfern durch die Ardennen auf Sedan zurollten. Aber niemand, so erklärt er, verfiel auf den Gedanken, diese Meldung an ihn weiterzuleiten⁷.

General Huntziger war freilich am Nachmittag des 12. Mai vorübergehend recht besorgt. Um 15 Uhr 30 sandte er General Georges ein Telegramm, das dessen Hauptquartier «alarmierend» erschien. Er meldete schwere Verluste seines Kavalleriekorps und der vorgeschobenen Einheiten des x. Korps in den Ardennen und ersuchte um Verstärkungen. Georges war abwesend in Casteau, aber sein Stabschef, General G. Roton, war immerhin so beeindruckt, dass er der 3. Panzerdivision und der 3. motorisierten Division befahl, sich nach Sedan in Bewegung zu setzen. General de Lattre de Tassignys Eliteeinheit, die 14. Infanteriedivision, die sich weit östlich hinten der Maginotlinie befand, erhielt Weisung, per Bahn nach Westen zu verlegen. Aber um 17 Uhr war Huntziger hinsichtlich der Lage wieder etwas wohler, und er teilte Roton mit, seine Front sei wieder «ruhig» und die Entsendung von Verstärkungen nicht dringlich.

Huntziger und Grandsard meinten in ihrer Unkenntnis dessen, was sich auf dem anderen Flussufer abspielte, sie hätten reichlich Zeit, um die drei Divisionen des x. Korps gegenüber Sedan neu aufzustellen. Danach, so meinten sie, verfügten sie über ausreichende Mittel, um jeden deutschen Versuch, den Fluss zu überqueren, zu verhindern.

Auf der anderen Seite des Flusses besprachen, während die deutschen Panzer, Geschütze, Stosstruppinfanterie und Pioniere zusammengezogen wurden, General Guderian und sein Vorgesetzter, General von Kleist, die Lage. Guderians drei Panzerdivisionen waren noch keineswegs einsatzbereit. Er wollte den Angriff für den Flussübergang auf den 14. Mai ansetzen. Die 2. Panzerdivision war am Semoy aufgehalten worden, und nur ihre Spitzen hatten bisher die Maas erreicht. Die 1. Panzerdivision in der Mitte und die 10. im Osten drangen in voller Stärke gegen den Fluss vor, aber ihre lang auseinandergezogenen Kolonnen staffelten sich über mehrere Kilometer bis in die Ardennen zurück.

Kleist bestand darauf, dass der Angriff am folgenden Tag, dem 13. Mai, um 16 Uhr beginne, damit seine Panzertruppe das Überraschungsmoment und die offenkundig mangelnde Vorbereitung der Franzosen, die den Angriff so bald nicht erwarteten, ausnutzen konnte. Guderian war einverstanden, und Kleist übergab ihm seine schriftlichen Befehle:

Der Schwerpunkt der Schlacht im Westen liegt am 13.5. bei Gruppe von Kleist. Ihr Ziel ist das Erzwingen des Maas-Übergangs zwischen Montherme und Sedan. Hierzu werden fast die gesamten deutschen Luftkampfverbände eingesetzt. Sie werden in rollendem achtstündigem Einsatz die französische Maasverteidigung zerschlagen. Sodann nimmt die Gruppe von Kleist um 16.00 Uhr den Übergang vor und bildet Brückenköpfe.

Guderian flog am Abend des 12. Mai in sein Stabsquartier zurück und setzte sich hin, um seinen drei Panzerdivisionen besondere Weisungen zu erteilen. Da nur so wenig Zeit zur Verfügung stand, holte er aus seinen Akten die Weisungen hervor, die bei den Planspielen in Koblenz während des Winters aufgesetzt worden waren, trug ein neues Datum und eine neue Uhrzeit ein und schickte sie an seine Einheiten. «Sie stimmten mit der Wirklichkeit überein», erklärt er⁸.

Im Westen sollte die 2. Panzerdivision die Maas bei Donchery überqueren und die Anhöhe des Croix-Piot besetzen. In der Mitte sollte die 1. Panzerdivision, die den Hauptangriff durchführen würde, den Fluss zwischen Glaire und Torcy, westlich von Sedan überqueren, die entscheidende Anhöhe des Bois de la Marfée angreifen, sie besetzen und zur Linie Chémery-Chaumont südlich von ihr Vordringen. Die 10. Panzerdivision im Osten sollte südöstlich von Sedan bei Wadelincourt angreifen und nach Erzwungung des Flussübergangs die Anhöhe im Süden besetzen und damit die Flanke der beiden anderen Divisionen schützen, die ihrerseits nach Westen abschwanken würden, um die Flanke der französischen neunten Armee im Norden zu umgehen und sie gegen das Meer zu treiben.

Es war ein kühner Plan und ein wagemutiges Unternehmen. Falls die Franzosen ihre Artillerie mit der Vernichtungskraft einsetzten, deren sie fähig war, konnte der ganze deutsche Angriff möglicherweise bereits in den ersten Stunden scheitern*. Denn Guderian konnte nicht einen einzigen Panzer über die Maas schaffen, solange die Stosstrupps, die den Fluss mit Flosssäcken und Sturmbooten überqueren mussten, nicht solide Brückenköpfe gebildet und die französischen Artilleriestellungen überrannt hatten. Erst dann konnten Pontonbrücken über den Fluss geschlagen und die Panzer hinübergeschafft werden. Inzwischen hatten die Franzosen auf dem linken Ufer mehrere Panzerbataillone zur Verfügung, mit denen sie die einsickernde deutsche Infanterie niederwerfen konnten. Es bestand also in der Nacht des 12. Mai ein gewisser Grund zu dem vorsichtigen Optimismus General Grandsards, dessen einziges Korps den deutschen Angriff würde auffangen müssen.

Sedan: 13. Mai. Der Angriff beginnt

Ab 11 Uhr vormittags zermürbten die Deutschen die französischen Stellungen durch unablässige Sturzbomberangriffe und Geschützfeuer. Da der grösste Teil der regulären Artillerie von Guderians XIX. Panzerkorps noch nicht zur Stelle war, verwendete er 8,8-cm-Flakgeschütze und die Kanonen der Panzer, die flach über den Fluss auf die französischen Bunker und Artilleriestellungen feuerten. Grösseren Schaden richteten die ununterbrochenen Angriffe der Stukas an. Guderian hatte mit der Luftwaffe einen pausenlosen Angriff

* Die 55. Infanteriedivision verfügte auf einer Front von acht Kilometern zwischen Pont-à-Bar und Wadelincourt, südlich und südwestlich von Sedan, über das Doppelte der normalen Divisionsartillerie und den grössten Teil der Korpsartillerie, also über etwa 140 Geschütze oder 17 Einheiten pro Kilometer.

von mehreren Stunden vereinbart, dessen Zweck es weniger war, die französischen Kanoniere niederzuhalten, als vielmehr, ihre Batterien zu zerstören. Tatsächlich verursachten aber die ununterbrochenen Bombenabwürfe in der Hauptsache moralischen Schaden. Sie hielten nicht nur die Artilleristen nieder, die häufig gar nicht mehr versuchten, ihre Geschütze zu bedienen, sondern sie wirkten sich ausserdem verheerend auf deren Kampfgeist aus.

Die Kanoniere (berichtete General Edmond Ruby) hörten auf zu feuern und suchten Deckung. Die Infanterie hockte unbeweglich in ihren Gräben, betäubt vom Krachen der Bomben und dem Kreischen der Sturzbomber, und war zu benommen, um ihre Flugabwehrwaffen einzusetzen und zu schiessen. Ihre einzige Sorge war, die Köpfe einzuziehen und sich nicht zu rühren. Fünf Stunden dieser Behandlung zerrütteten ihre Nerven. Sie wurden unfähig, auf die herannahende feindliche Infanterie zu reagieren⁹.

Rückwärts im Hauptquartier in Montry herrschte keine besondere Besorgnis. «Die Bombenabwürfe erfolgen pausenlos», wurde Gamelin gemeldet, «aber sie fügen den Truppen keinen Schaden zu.» Zur Mittagsstunde wurde General d'Astier von der zweiten Armee mitgeteilt, dass die Artillerie mit dem Feind fertig und im Augenblick keine Luftunterstützung benötigt werde. General Gamelin berichtet, er habe am frühen Vormittag General Vuillemin gefragt, was er bezüglich der Luftsicherung an der Maas unternommen habe, doch habe der Luftwaffenchef erst am Abend dieses Tages Zeit gefunden, eine gewisse Luftsicherung für den nächsten Tag anzuordnen.

Die Zeit drängte in Sedan stärker, als dem Luftwaffenbefehlshaber klar war. «Wenn man nicht blind oder taub war», sagt General Ruby, «dann wusste man, dass der feindliche Angriff unmittelbar bevorstand.» General Lafontaine, der Kommandeur der 55. Division, auf die der grösste Teil der Bomben niederging, erkannte das deutlich genug. Um 15 Uhr rief er Grandsard an. Die unausgesetzten Bombenabwürfe, sagte er, hätten ihn davon überzeugt, dass die Deutschen an diesem Abend angreifen würden. Er bat um Luftunterstützung, um die deutschen Bomber zu verjagen. Grandsard gab die Bitte mit seiner eigenen Befürwortung ans Hauptquartier der zweiten Armee weiter. Er machte darauf aufmerksam, dass bisher den ganzen Tag lang nicht eine einzige französische Jagdmaschine aufgetaucht sei, um die Stukas zu stören. Den selbstzufriedenen General Huntziger beeindruckte das keineswegs. «Sie brauchen meine Jäger nicht wirklich», antwortete er*. «Wenn ich genötigt werde, sie jedesmal dort einzusetzen, wo eine Bedrohung entstanden ist, sind sie sehr rasch verschlissen¹⁰.»

Grandsard zufolge fügte der Chef der zweiten Armee hinzu, es habe sein Gutes, dass das X. Korps «seine Feuertaufe» erhalte^a. Binnen einer Stunde erhielt es wesentlich mehr als das.

Um 16 Uhr am 13. Mai begann der deutsche Sturmangriff über den Fluss bei Sedan. In

* Huntziger war auch besorgt, seine Artilleriemunition könne zu rasch verschossen werden. Grandsard erklärt, der Chef der zweiten Armee habe ihm die Anzahl Granaten, die er abfeuern durfte, streng rationiert.

der Mitte zwischen Glaire und Torcy, knapp westlich der Stadt, begann das 1. Bataillon vom 1. Schützenregiment der 1. Panzerdivision zusammen mit Einheiten des Regiments Grossdeutschland in Gummischlauchbooten über die Maas zu setzen. Gewöhnliches französisches Artillerie- und Maschinengewehrfeuer hätte nicht viel von ihnen übriggelassen. Aber die Bunker und Artilleriestellungen waren entweder zum Schweigen gebracht worden, oder ihre Mannschaften waren am Boden festgenagelt und entweder nicht imstande oder nicht gewillt zu feuern. Ausserdem erschwerte es der Rauch der deutschen Bomben und des Artilleriefeuere den Franzosen, den Fluss zu beobachten. Einige Boote erhielten Treffer, aber die meisten gelangten hinüber. Guderian zufolge, der den Angriff nicht ohne Besorgnis verfolgte, waren die Verluste ausserordentlich gering. Seine Infanterie ging schon bald auf dem linken Ufer an Land und kämpfte die Kasematten mit Maschinengewehrfeuer, Flammenwerfern und Sprengladungen nieder. Die französische Infanterie wich zurück. Bei Anbruch der Nacht hatten die Deutschen den Bois de la Marfée überrannt und seine Anhöhe, von der aus die französischen Beobachtungsposten das ganze Schlachtfeld hatten überblicken können, fest in der Hand. Sie trieben ihren Vormarsch in der Dunkelheit weiter voran, erreichten um 23 Uhr Chehery und besetzten es. Es lag acht Kilometer südlich der Maas und stellte für die Franzosen einen gefährlichen Einbruch dar.

Die beiden anderen Panzerdivisionen beiderseits der 1. waren nicht so gut vorangekommen. Die 2. Panzerdivision im Westen war verspätet bei Donchery an den Fluss gelangt und hatte bis 20 Uhr nur eine Handvoll Leute hinüberschaffen können. Aber die französischen Truppen in diesem Abschnitt fürchteten, dass sie durch den Rückzug der Einheiten zu ihrer Rechten von der vordringenden 1. Panzerdivision aufgerollt werden würden, und zogen sich zurück. Um 20 Uhr hatten die Deutschen die Anhöhe von Croix-Piot auf dem Südufer genommen. Die 10. Panzerdivision auf der Ostflanke hatte ebenfalls Schwierigkeiten mit der Flussüberquerung bei Wadelincourt. Sie befand sich unter französischem Artilleriebeschuss aus dem Südosten und brachte schliesslich vor Einbruch der Dunkelheit zwei Bataillone Infanterie über die Maas, aber es gelang ihr nicht, ihr Ziel, die Anhöhe von Noyers im Süden, zu erreichen.

In seiner Zusammenfassung der Lage um 17 Uhr 30 sagt General Grandsard, er betrachte sie als «ernst, aber nicht mehr als das». Es war der deutschen Infanterie gelungen, in kleinen Gruppen über die Maas zu setzen. Sie hatten einen Brückenkopf gebildet, aber er war klein und nicht gesichert. Sie hatten nicht einen einzigen Panzer oder irgendwelche Artillerie hinüberschaffen können. Die Franzosen besaßen sowohl Panzer als auch Geschütze, um den Feind zurückzuwerfen. Dann, etwa von 18 Uhr an, begann das Dach über dem besorgten General einzustürzen. «Zwischen 18 und 19 Uhr», erinnerte er sich später, «entwickelte sich die Situation mit bestürzender Geschwindigkeit zur Katastrophe¹².» Französische Truppen der 55. Division wurden plötzlich von Panik erfasst!

Die Panik begann nicht an der Front, wo sich die Infanterie befand, sondern rückwärts, wo die Artillerie hätte drauflosfeuern sollen. Die Artillerieaufklärer über Bulson sahen die Schlacht herannahen, während die Infanterie der 55. Division aus dem Marféewald

zurückwich. Ihre Meldungen wurden immer alarmierender. Auf einmal hiess es allgemein: «Die Panzer sind in Bulson!» Zwei Obristen, die die schwere Artillerie der Division kommandierten, so berichtet Grandsard, verloren den Kopf und liessen ihre Stellungen im Stich, gefolgt von ihren erschrockenen Leuten, aber nicht, wie er hinzufügt, «von ihren Kanonen». Binnen dreissig Minuten, zwischen 18 und 18 Uhr 30, waren die Strassen plötzlich von fliehenden Truppen verstopft. Die Fusstruppen, die erfahren hatten, dass ihre Artillerie zurückging, stürzten davon und schlossen sich den Kanonieren in kopfloser Flucht an. Die meisten von ihnen hatten ihre Gewehre weggeworfen, schleppten aber ihr Gepäck mit.

Die Panik breitete sich so rasch aus, dass die Mannschaften von zwei Infanterie- und zwei Artillerieregimentern, dem Rückgrat der 55. Division, schon bald darauf Hals über Kopf in wildestem Durcheinander die Strasse aus Bulson heraus davonrannten. Ihre Offiziere unternahmen keinen Versuch, sie zum Stehen zu bringen. Einige Offiziere befanden sich sogar an der Spitze des schreckerfüllten Haufens. General Lafontaine und seine Stabsoffiziere sahen die Flüchtlinge auf ihren Divisionsgefechtsstand südlich von Bulson zulaufen und stürzten auf die Strasse hinaus, um sie aufzuhalten. Sie stellten Lastwagen als Sperren quer über die Strasse, aber die Truppen schwemmten um sie herum und setzten ihre tolle Flucht weiter durch die Nacht fort. Die meisten von ihnen unterbrachen sie erst, als sie das 100 Kilometer entfernte Reims erreicht hatten. Sie waren aus Angst vor den deutschen Panzern geflohen; sie waren überzeugt, dass sie ihnen hart auf den Fersen waren. Gewisse Obristen schworen sogar General Grandsard, sie hätten herannahende deutsche Panzer wirklich *gesehen*. Tatsächlich hatte nicht ein einziger Panzer die Maas überquert. Die Deutschen hatten diesen Schlag mit Infanterie bewerkstelligt, ohne Panzer- oder Artillerieunterstützung, und nach 16 Uhr, als sie stürmten, auch ohne Luftunterstützung. Binnen drei oder vier Stunden hatte die 55. Infanteriedivision, mit ihrer Artillerie in der Stärke von zwei Divisionen, nahezu aufgehört zu existieren¹⁵.

«Während der Nacht», sagt General Grandsard, «wurde die Situation klarer:

Rückwärts von der 95. Division herrscht vollständige Unordnung ... Die schwere Artillerie des Korps ist völlig desorganisiert. Der kommandierende Oberst hat, nachdem er die Zurücknahme des Gefechtsstandes der Gruppe B genehmigt hatte, seinen Gefechtsstand geräumt, und seit 19 Uhr 49 antwortet sein Telefon nicht mehr ... Die Einheiten, die keine Verbindung mehr mit ihren Kommandeuren haben, stürzen eine nach der anderen davon und lassen ihre Waffen liegen ... Die Strassen sind voll von Truppen, Pferden, Fahrzeugen, die nach Süden fliehen, was jede Art von Verbindung äusserst erschwert.»

In einer solchen Panik, die die Front paralyisierte, so schliesst er, sei es seinem Kommando unmöglich «zu funktionieren»¹⁴.

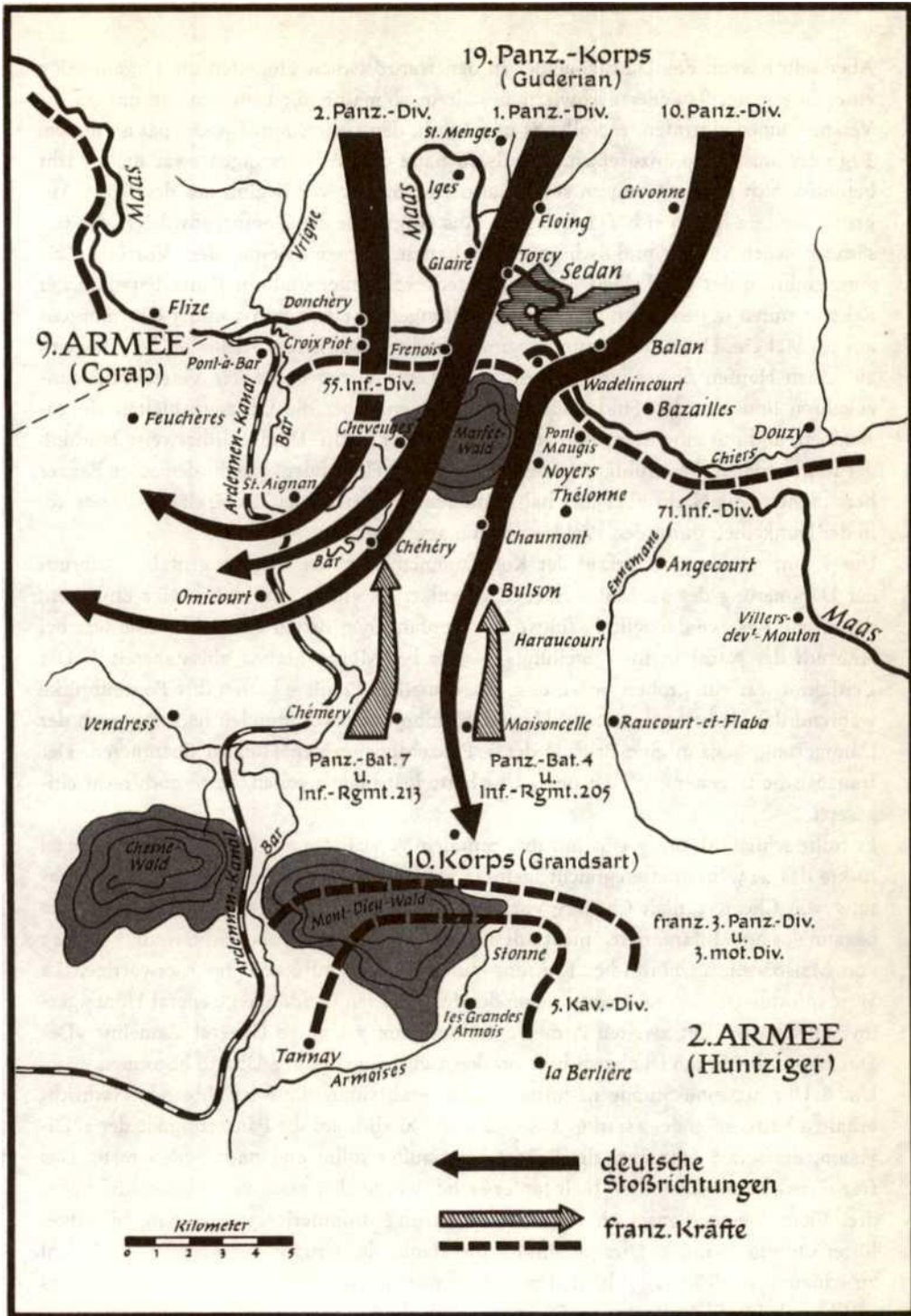
Die Nachrichten aus Sedan sickerten langsam zum Hauptquartier der Generäle Georges

und Gamelin durch. Um 21 Uhr 25 am 13. Mai leitete General Georges an Gamelin eine um 17 Uhr von General Huntziger aufgegebene Meldung weiter, dass «südlich von Sedan ein kleiner Streifen abgebissen» sei und dass er die 3. Panzerdivision heranhole. Um 23 Uhr 45 teilte Georges Gamelin des Weiteren mit:

Von der zweiten Armee: Westlich des Bar halten wir unsere Stellungen ... Unsere Einheiten kämpfen im Bois de la Marfée ... Verstärkungen (die 3. Panzer- und die 3. motorisierte Division) treffen planmässig ein. Wir sind hier völlig ruhig¹⁸.

Dies war irreführend. Im Marféewald kämpften keine französischen Einheiten mehr. Sie befanden sich ein gutes Stück weiter südlich auf der Flucht. Und überhaupt nicht erwähnt wurde die Katastrophe der 55. Division, die sich inzwischen in kopfloser Panik auflöste. Wenn Huntzigers Stabsquartier der zweiten Armee «ruhig» war, wie er sagte, dann waren es die Stabsquartiere des x. Korps und der 55. Division jedenfalls nicht. Sie bemühten sich, eine kopflose Flucht nach nur wenigen Stunden Kampfhandlung zu verhindern. General Billotte im Hauptquartier der Heeresgruppe 1 war besser informiert als seine beiden Vorgesetzten. Um 20 Uhr rief er General d'Astier an, teilte ihm mit, dass die Lage bei Sedan «ernster» werde, und verlangte, dass die Luftwaffe einen Angriff mit vollem Einsatz ihrer Kräfte auf die Sedanbrücken unternehme, und zwar «so bald wie möglich» – wenn sie irgend konnte, noch in dieser Nacht. Als der Luftwaffengeneral darauf hinwies, dass es «praktisch unmöglich» sei, in der Dunkelheit eine Brücke mit Bomben zu belegen, verlangte Billotte, er solle es wenigstens versuchen. «Sieg oder Niederlage», sagte er, «hängt an diesen Brücken¹⁹.»

Die tatsächliche Lage bei Sedan am 13. Mai um 23 Uhr, die General Huntziger seinen Chefs verheimlicht hatte, war folgende: Die drei Panzerdivisionen hatten südlich der Maas einen Brückenkopf von etwa acht Kilometer Breite und Tiefe gebildet. Aber von den Deutschen aus gesehen, war die Lage noch gefährdet. Guderian hatte keine Panzer, Artillerie oder auch nur Panzerabwehrgeschütze südlich des Flusses. Der kleine Brückenkopf war gegen einen ernsthaften Gegenangriff ungeschützt. Es stimmte zwar, dass die 55. Division, die die Hauptwucht des Angriffs empfangen hatte, rasch auseinanderbrach. Aber General Grandsard hatte um 19 Uhr zwei Infanterieregimentern und zwei Panzerbataillonen aus seiner Reserve Befehl erteilt, an ihre Stelle zu treten und einen Gegenangriff zu unternehmen. Im Osten hatte die 71. Division den kleinen deutschen Brückenkopf der 10. Panzerdivision südlich von Wadelincourt gebunden, und die starke 3. Panzer- und 3. motorisierte Division rückten an die Front vor. Die Deutschen waren sich ihrer gefährdeten Position durchaus bewusst. Hätten die Franzosen, so schrieb Major Kielmannsegg später, «einen entschlossenen Gegenangriff unternommen, um den Vorsprung zu beseitigen, als er noch klein war», so hätten sie möglicherweise «sämtliche deutschen Einheiten auf ihrer Seite der Maas vernichtet, ehe sie verstärkt werden konnten». Die Pontonbrücke, die die deutschen Pioniere in fieberhafter Eile bei Gaulier schlugen, um die Panzer und die Artillerie hinüberzuschaffen, war noch nicht fertiggestellt.



DIE SCHLACHT AN DER MAAS, I.: SEDAN
 13. bis 16. Mai 1940

Aber selbst wenn das Durcheinander in den französischen Einheiten die Organisation eines Gegenangriffs äusserst schwierig gestaltete, so machte die Langsamkeit, mit der die Verstärkungen eintrafen, es vollends unmöglich, den Gegenangriff noch spät an diesem Tag oder am Abend anzusetzen. Grandsard hatte den Verstärkungen zwar um 15 Uhr befohlen, sich in Bewegung zu setzen, also eine Stunde vor Beginn des deutschen Angriffs, aber sie hatten sich Zeit gelassen. Aus Angst vor den Bombenabwürfen, die tatsächlich gegen 16 Uhr praktisch aufgehört hatten, warteten sie mit dem Vorrücken bis zum Einbruch der Dunkelheit. Zwei Infanterieregimenter und ein Panzerbataillon der Reserve trafen in den ihnen bestimmten Stellungen erst zwischen 3 und 5 Uhr morgens am 14. Mai ein. Das 213. Infanterieregiment rückte rasch heran, stiess aber bei Chéméry auf einen Haufen fliehender Truppen. Seine Leute waren in starker Versuchung, umzukehren und sich den Flüchtenden anzuschliessen. Aber die Offiziere hielten sie zusammen, und nur eine Kompanie verschwand in der Nacht. Unglücklicherweise beschloss der Kommandeur, beunruhigt von den Berichten der Fliehenden, dass die deutschen Panzer herannahten, die Nacht über hier haltzumachen. Er hatte Bedenken, erklärte Grandsard, in der Dunkelheit durch den Wald weiterzumarschieren.

Um 1 Uhr 30 morgens befahl der Korpskommandeur den Gegenangriff bei Anbruch der Dämmerung des 14. Mai. «Aber», so erklärt er, «nicht eine dieser vier Einheiten, die unsere Reserve darstellten, führte den empfangenen Befehl aus. Nicht eine war bei Anbruch der Nacht in ihrer Stellung» – oder bei Morgengrauen einsatzbereit¹⁷. Der Zeitfaktor war von grösster Bedeutung. Die deutschen Pioniere hatten ihre Pontonbrücke während der Nacht fertiggestellt. Um 6 Uhr morgens, zwei Stunden nach Anbruch der Dämmerung, begann eine Brigade der 1. Panzerdivision den Fluss zu überqueren. Der französische Gegenangriff, der um 4 Uhr hätte losschlagen sollen, hatte noch nicht eingesetzt.

Er rollte schliesslich um 7 Uhr mit drei Stunden Verspätung an. Auf dem linken Flügel rückte das 213. Infanterieregiment, geführt vom 7. Panzerbataillon, in nördlicher Richtung von Chéméry nach Chéhéry vor, und anfänglich ging alles gut. Rechts von ihm begann das 205. Infanterieregiment mit dem 4. Panzerbataillon als Nachhut um 7 Uhr 45 von Maisoncelle in nördlicher Richtung auf Bulson vorzurücken. Im rückwärtigen La Ferte informierte General Georges, von den fehlerhaften Meldungen General Huntzigers im Stabsquartier der zweiten Armee ermuntert, um 7 Uhr 30 General Gamelin: «Der Durchbruch bei Sedan ist abgedichtet. Starker Gegenangriff um 4 Uhr 30 begonnen.»

Um 8 Uhr 30, eine Stunde nachdem der Generalissimus diese beruhigende Nachricht erhalten hatte, stiess der «starke» Gegenangriff plötzlich auf die Panzerbrigade der 1. Division, die seit 6 Uhr über die Brücke bei Gaulier rollte und nach Süden raste. Das französische Panzerbataillon hielt tapfer stand, wurde aber rasch zerschlagen und büsste drei Viertel seiner Panzer ein. Sein Unterstützungs-Infanterieregiment ging in aufgelöster Ordnung zurück. Dies gefährdete die Flanke der Gruppe zur Rechten, die Befehl zu schleunigem Rückzug erhielt. Um 9 Uhr war der Gegenangriff liquidiert. Und das gleiche galt für die Reste der 55. Division.

Die 71. Division auf ihrer Rechten hielt sich noch und blockierte den Vormarsch der 10. Panzerdivision. Doch jetzt war ihre linke Flanke am Ennemanefluss bedroht, und sie begann zurückzugehen, geführt von ihrem Divisionskommandeur, der seinen Gefechtsstand eiligst elf Kilometer nach rückwärts verlegte. Seine Truppen folgten ihm rasch, obwohl der Feind sie überhaupt nicht bedrängte, und bald darauf ergab sich ein neuerliches wildes Chaos, als Fusstruppen und Artilleristen ihre Waffen im Stich liessen und von Panik gepackt die Strassen nach Süden hinab flohen.

Sich selbst überlassen (schrieb General Ruby), lösten die Truppen sich auf, ohne überhaupt angegriffen worden zu sein. Aus Angst vor einer Bedrohung, die gar nicht existierte, ging alles in aufgelöster Ordnung nach Süden zurück. Bis zum Abend war die 71. Division verschwunden – und ebenso die 55. Division. Sie hatte sich wenigstens einem feindlichen Angriff gestellt. Die 71. löste sich schon angesichts der deutschen Bedrohung in nichts auf¹⁸.

Der Kampfwille der französischen Truppen, der Söhne jener Männer, die 1916 bei Verdun gekämpft hatten, wird von Oberst Costa geschildert, der versuchte, die fliehenden Leute zum Stehen zu bringen und sie zu überreden, weiteren Widerstand zu leisten. «Jetzt hört mal zu, Leute», sagte er zu ihnen. «Wir haben eine Menge Kanonen und Munition. Gehen wir zurück in den Kampf!» – «Herr Oberst», antworteten sie ihm, «wir wollen nach Hause, zurück in unseren Beruf. Es hat keinen Zweck, zu versuchen zu kämpfen. Wir können nichts tun. Wir sind verloren! Wir sind verraten worden!» Und sie setzten die Flucht fort¹⁹.

General Huntziger hatte noch kurz vor Mittag eine neuerliche optimistische Meldung an Georges geschickt, in der er mitteilte, seine Streitkräfte hielten in Stellungen aus, die sie tatsächlich bereits am voraufgegangenen Abend geräumt hatten – nämlich in Cheveuges und dem Marféewald –, und er habe die Truppen gut in der Hand, und sie harrten fest aus. Jetzt, an diesem selben Abend, verlegte er eiligst sein Stabsquartier der zweiten Armee, das sich südlich von Senuc befunden hatte, bis nach Verdun. General Grandsard fand dies «sehr früh und in seinem Umfang ein wenig überraschend»²⁰.

Der Kommandeur des x. Korps war, wie er sagt, selbst ein wenig überrascht gewesen, als er an diesem Vormittag, an dem die Schlacht noch unentschieden war, von Huntziger erfuhr, dass an diesem Frontabschnitt, so entscheidend er war, für ihn und sein Korps keine weitere Verwendung bestehe. Er erhielt die Kopie eines Befehls, den der Chef der zweiten Armee um Mitternacht am 13./14. Mai aufgesetzt hatte und der feststellte, dass das xxi. Korps den Abschnitt übernehme. Huntzigers Befehle wiesen das xxi. Korps an, den deutschen Brückenkopf abzuriegeln und zum Gegenangriff überzugehen. Eine solche Weisung war in sich widersprüchlich, obwohl sie der Doktrin des französischen Heeres entsprach. Um einen Einbruch abzuriegeln, muss man seine Truppen auseinanderziehen und verteilen. Um einen Gegenangriff zu unternehmen, muss man sie an einem bestimmten Punkt konzentrieren. Wie Oberst Le Goyet später bei seiner Beurteilung dieses Befehls erklärte: «Einen Gegenangriff aufschieben, bis man den Feind abgeriegelt hat, bedeutet Zeit verlieren. Und mit den verlorenen Stunden verliert man Gelegen-

heiten, die nicht wiederkehren²¹.» Der französischen Armee war jedoch in den Zwischenkriegsjahren gelehrt worden, dass man zuerst den Durchbruch binden und dann erst Zurückschlagen müsse. Dies hatte im ersten Weltkrieg häufig funktioniert, obwohl die französischen und britischen Truppen an der Marne 1914 mitten in einem grossen Rückzug plötzlich kehrtgemacht hatten und zum Gegenangriff übergegangen waren und damit der ganzen massiven deutschen Offensive ein rasches Ende bereitet hatten. General Huntziger hielt sich in seinen Befehlen in den ersten Stunden des 14. Mai an die traditionelle Doktrin, und General Flavigny, der Kommandeur des xxi. Korps, der diese Befehle empfing, war kein geringerer Lehrbuchpedant als sein Chef. Dies sollten die Ereignisse des 14. und 15. Mai zeigen, und zwar auf verhängnisvolle Weise.

Die 3. Panzerdivision, die den neuen Gegenangriff führen sollte und auf die General Georges grosse Hoffnungen setzte, war erst vor sechs Wochen aufgestellt worden, und ihre Einheiten befanden sich zur Ausbildung in der Gegend von Reims über mehrere Kilometer auseinandergesogen, als die deutsche Offensive am 10. Mai begann. Während der ersten zwei Tage wurde sie nicht einmal in Bereitschaftszustand versetzt, und als am Nachmittag des 12. Mai der Befehl eintraf, unverzüglich zum Sedanabschnitt vorzurücken, war die Division noch verstreut. Sie hatte Weisung, nur bei Nacht zu rollen, und es gelang ihr, ihren Bestimmungsort im Morgengrauen des 14. Mai zu erreichen. Aber ihre Panzer hatten kein Benzin mehr, es war kein Treibstoff für sie zur Stelle, und sie musste warten, bis ihre eigenen Tankwagen nachrückten. Obwohl ihre Ausbildung unvollständig war und ihr vieles der unerlässlichen Ausrüstung fehlte – Panzerabwehrgeschütze, Pionier- und Reparaturkompanien, Funkgeräte für ihre Panzer, Aufklärungsflugzeuge und vollzählige Artillerie – und obwohl mehrere Panzer abgezogen worden waren, um zwei andere Panzerdivisionen zu verstärken, war sie noch immer eine starke Kampfeinheit und mit ihren je fünfzig Prozent Typ *I* und *n* leichten Panzern einer deutschen Panzerdivision bestimmt gleichwertig, vielleicht sogar überlegen.

General Flavigny hatte seinen Gegenangriff um 11 Uhr vormittags am 14. Mai beginnen wollen und war verärgert, dass seine Panzerdivision um diese Zeit mit dem Nachtanken noch nicht fertig war. Aber um 12 Uhr mittags begann sie zur Front vorzurollen. Der Plan sah vor, dass die 3. Panzerdivision, unterstützt von der 3. motorisierten Division, in zwei Gruppen vorrücken sollte, die eine vom Mont-Dieu-Wald in Richtung auf Chemery, die andere von Stonne nordwärts in Richtung auf Maisoncelle. Dies war der erste Sprung, und mit zwei weiteren Sätzen, so hoffte man, würden die beiden Divisionen zurück zur Maas gelangen und die Deutschen über den Fluss zurücktreiben oder sie vernichten, ehe sie hinübergelangen konnten. Der Angriff sollte um 16 Uhr beginnen, wenn beide Einheiten voll aufgestellt und einsatzbereit waren.

Der Augenblick war besonders günstig, obwohl General Flavigny und General Brocard, der Kommandeur der Panzerdivision, dies nicht wussten. Etwa eine Stunde vorher – gegen 15 Uhr – hatte Guderian seine 1. und 2. Panzerdivision plötzlich nach Westen abgedreht und seine Südflanke gefährlich entblösst. Er wusste, dass er damit ein Risiko einging. Er hatte zum Schutz seiner Flanke nur das Grossdeutschland-Infanterieregiment zur Ver-

fügung, und das war nach zwei Tagen Marschieren und Kämpfen mehr oder weniger erschöpft. Die 10. Panzerdivision im Osten war aufgehalten worden und konnte nicht vor Einbruch der Nacht eine Stellung erreichen, in der sie seine Flanke abstützen konnte. Guderian besprach die Situation am frühen Nachmittag mit General Kirchner, dem Kommandeur der 1. Panzerdivision. Sie gelangten zu dem Schluss, dass die Franzosen ausserstande seien, einen ernsteren Gegenangriff zu führen als jenen, der an diesem Morgen so mühelos zurückgeschlagen worden war. Sie wussten nichts von der Anwesenheit der französischen 3. Panzer- und 3. motorisierten Division unmittelbar an ihrer Flanke. Es war ein Wagnis. Wenn ihre beiden Panzerdivisionen an diesem Nachmittag nach Westen vorstiessen, konnten sie möglicherweise die Front zwischen der französischen zweiten und neunten Armee aufreissen. Dann war der Weg frei nach Paris – oder zum Meer, wie der Mansteinplan vorgesehen hatte. Sie liessen sich auf das Wagnis ein, die beiden Panzerdivisionen schwenkten ab und stiessen nach Westen über den Bar und den Ardennenkanal vor.

Dies bot General Flavigny eine einzigartige Gelegenheit, in die offene Flanke des Feindes zu stossen – einer jener seltenen Augenblicke in der Kriegführung, in dem, wie 1914 an der Marne, ein rascher, kühner Schlag den Verlauf nicht nur der Schlacht, sondern des ganzen Krieges ändern kann. Die Gelegenheit ist flüchtig. Sie muss binnen weniger Stunden oder gar binnen einer einzigen Stunde beim Schopf ergriffen werden, oder aber die Chance ist für immer dahin.

Aber der Kommandeur des xxi. Korps war nicht der Mann, der die sich bietende Gelegenheit ergriff oder sie auch nur erkannte, und ebensowenig war es General Huntziger, der damit beschäftigt war, sein Stabsquartier der zweiten Armee in eine sicherere Gegend, weit südlich vom Schlachtfeld, nach Verdun zu verlegen. Etwa um 15 Uhr 30, eine halbe Stunde nachdem die 1. und 2. Panzerdivision nach Westen abgeschwenkt waren und eine halbe Stunde ehe sein Gegenangriff, der die Panzer in der Flanke gefasst hätte, beginnen sollte, blies General Flavigny den Gegenangriff bis zum nächsten Tag ab. Nicht nur das; er fügte zu seinem Fehler noch einen zweiten hinzu, indem er der 3. Panzerdivision befahl, sich über eine zwanzig Kilometer breite Front auseinanderzuziehen, und General Brocard anwies, seine Panzer so zu verteilen, dass sie jede Strasse und jeden Fusspfad blockierten, auf dem die deutschen Panzer heranrücken konnten. Damit zerstörte er die Möglichkeit eines wirksamen Gegenangriffs am nächsten Tag, denn die Panzerdivision, die auf eine breite Front verteilt worden war und deren Einheiten sich hoffnungslos aufgespalten hatten, konnte sich nicht rasch wieder versammeln. Er zerstörte die Brauchbarkeit der einzigen französischen Panzerdivision, die zur Verfügung stand, um die Lage bei Sedan wiederherzustellen. Er lieferte ein klassisches Beispiel des Festhaltens an einer Doktrin, auf deren Trugschluss Oberst Le Goyet hingewiesen hat *.

* General Flavigny verteidigte sogar nach dem Krieg noch hartnäckig seinen Beschluss. In einer längeren Darlegung erläuterte er dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dass er den Gegenangriff abgeblasen habe, weil er «das Gefühl hatte, dass er fehlschlagen musste. Ich tat es auf eigene Faust», fügte er hinzu. «Ich wollte eine Katastrophe vermeiden und das Irreparable verhindern.» Wie viele verzagte französische Generäle es in dieser entscheidenden Maiwoche doch gab! Flavigny erklärt, General Huntziger habe seinen Entschluss gebilligt“.

General Flavigny – um ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – wusste anscheinend nicht, dass die beiden Panzerdivisionen unvermittelt nach Westen abgeschwenkt waren. An seinem Frontabschnitt herrschte an diesem Nachmittag ein unbeschreibliches Durcheinander, und das Feldfernmeldewesen war ausgefallen, als die Truppen der zusammengeschlagenen 55. Division auseinanderbrachen und davonliefen. Auch scheint an diesem Nachmittag kein Versuch der Luftaufklärung unternommen worden zu sein, obwohl General Huntziger mehrere Jagd- und Aufklärungsflugzeuge zur Verfügung hatte und damit rechnen konnte, von der Luftwaffe noch zusätzliche Maschinen zu erhalten. Wurden sie dazu angefordert? Es liegt keine Aufzeichnung vor, dass dies geschah. Wie wir bereits gesehen haben, hatte General Billotte verzweifelt nach alliierten Flugzeugen verlangt, um die Brücken bei Sedan mit Bomben zu belegen – es war nur eine in Betrieb, nämlich die Pontonbrücke bei Gaulier, die die Deutschen in der Nacht des 13./14. Mai fertiggestellt hatten – und die britischen und französischen Flieger waren dem Befehl gefolgt und hatten am 14. einen selbstmörderischen Angriff durchgeführt.

Die Royal Air Force hatte, von französischen Jägern gesichert, sämtliche Bombenflugzeuge ausgeschiedt, die sie in Frankreich noch hatte, nämlich 109 Battle- und Bienheim-Maschinen, und General d'Astier hatte an die 30 französische Bomber zusammengekratzt. Die Briten verloren 45 von ihren 109 Maschinen, die Franzosen fünf von ihren 30²⁵. Aber die Brücke wurde nicht zerstört – und keines der zurückkehrenden Flugzeuge stellte die deutschen Panzerkolonnen fest, die nach Westen abschwenkten, oder meldete sie, falls es sie feststellte. Trotzdem ist General Flavignys anscheinende Unkenntnis der Schwenkung Guderians schwerlich eine Entschuldigung. Der französische Gegenangriff war für 16 Uhr angesetzt. Zwei starke Divisionen standen zum Losrollen bereit. Hätte der General sie losrollen lassen, hätte General Huntziger energisch eingegriffen, um dafür zu sorgen, dass sie es taten, dann hätte dies möglicherweise den Verlauf der Schlacht geändert. Guderian machte sich während dieses ganzen Tages und Abends grosse Sorgen wegen seiner exponierten Südflanke. Sein Vorgesetzter, General von Kleist, war womöglich noch besorgter. Um 20 Uhr 30 in jener Nacht des 14. Mai hatten die beiden einen erbitterten Wortwechsel am Telefon. Kleist erteilte der 1. und 2. Panzerdivision Befehl, in ihrem Vormarsch nach Westen innezuhalten, bis ihre Flanke vom xiv. motorisierten Korps, das zur Unterstützung der hart bedrängten 10. Panzerdivision herandrückte, gesichert werden konnte. Er verbot jedes weitere Vordringen nach Westen für den nächsten Tag. Guderian weigerte sich kurzweg zu gehorchen.

Ich wollte und konnte mich mit diesem Befehl nicht abfinden (berichtete Guderian später), bedeutete er doch die Preisgabe der Überraschung und des ganzen bereits erzielten Anfangserfolges²⁴.

Nach einer längeren und hitzigen Auseinandersetzung war Kleist widerwillig einverstanden, dass Guderian seinen Vormarsch am nächsten Tag fortsetzte. Er könne versuchen, sein für den 15. Mai festgesetztes Ziel zu erreichen: die Linie Wassigny-Rethel.

Rethel! Die Stadt lag an der Aisne, 52 Kilometer südwestlich von Sedan. Ihre Eroberung würde das vollständige Zerreißen der Verbindung zwischen der zweiten und neunten Armee bedeuten. Sie würde den Weg nach Paris öffnen, das wenig mehr als 160 Kilometer entfernt lag, oder zum Meer.

General Huntziger war nicht gerade aufrichtig, als er am Abend des 14. Mai General Georges Bericht erstattete. Die deutsche «Tasche» war jetzt 16 Kilometer tief auf einer Frontbreite von nahezu 25 Kilometern. Das erwähnte Huntziger nicht. Um 19 Uhr liess er Georges durch seinen Stabschef mitteilen, dass sein Gegenangriff «aus technischen Gründen» nicht erfolgt sei, dass aber die «Strassen durch starke Kräfte gesperrt» seien. Eine halbe Stunde später rief Huntziger Georges an und meldete ihm: «Der feindliche Vormarsch ist zum Stehen gebracht und zwischen dem Ardennenkanal und der Maas von der Gruppe Flavigny abgeriegelt worden.»

Georges war nicht zufriedengestellt. Er fand, Huntziger «zaudere zuviel». Es genügte nicht, den Feind abzuriegeln. Die 3. Panzerdivision war Huntziger für einen Gegenangriff übergeben worden. Georges schickte folglich dem zaudernden Chef der zweiten Armee einen neuen Befehl:

Die 3. Panzerdivision wurde Ihnen für einen Gegenangriff auf Sedan zur Verfügung gestellt. Sie müssen folglich die heute so gut begonnene Operation morgen energisch weiterverfolgen, indem Sie ohne Aufenthalt so weit wie möglich gegen die Maas vordringen. Dies ist die einzig mögliche Art, um dem Peind die Initiative wieder abzugewinnen und jeden Vormarsch aus dem feindlichen Kessel nach Westen oder Süden zu paralisieren²⁵.

Obwohl General Georges, wie sein Befehl zeigt, sich ganz erheblich sorgte, war er noch nicht vollständig darüber im Bilde, was sich bei Sedan oder (wie wir sehen werden) weiter nördlich abspielte. Um 20 Uhr 10 liess er seinen Stab bei General Gamelin anrufen, um ihn bezüglich der Lage zu informieren:

Keine grosse Veränderung seit meiner letzten Meldung ... Der Gegenangriff bei Sedan hat nicht stattgefunden ... aber der deutsche Vormarsch scheint blockiert zu sein²⁶.

Um ganz sicherzugehen, dass General Huntziger nicht stehenblieb, bestätigte General Georges am 15. Mai um 6 Uhr morgens seinen Befehl zu einem starken Gegenangriff in Richtung Sedan. Dies war notwendiger, als er sich vorgestellt hatte, denn Huntziger hatte während der Nacht keine neuen Weisungen erteilt. Die Befehlsbestätigung wurde dem Hauptquartier der zweiten Armee telefonisch durchgegeben, damit kein Vorwand zur Verzögerung bestand. Erst jetzt unternahm Huntziger etwas. Um 7 Uhr morgens befahl er Flavigny, in Richtung Sedan anzugreifen, und zwar «gestützt auf Panzer». Das war die Schwierigkeit, denn die Panzer der 3. Division waren noch auf breiter Front auseinanderggezogen. Zwei Kompanien schwerer B-Panzer waren in örtliche Kampfhand-

lungen verwickelt, die eine längs des Ardennenkanals und die andere bei Stonne, und konnten nicht herausgenommen werden. General Flavigny schien es mit dem Angriff, auf den General Georges so grossen Wert legte, nicht besonders eilig zu haben. Er kam erst um 11 Uhr 30 dazu, seine Befehle auszugeben. Der ganze Vormittag war verlorengegangen. Er schlug vor, um 13 Uhr anzugreifen, aber General Brocard meldete, seine Panzer könnten nicht vor 15 Uhr wieder zusammengezogen und einsatzbereit sein. Der Angriff wurde auf diese Zeit festgesetzt.

Inzwischen hatte sich die ganze Konzeption der Ünternehmung in Flavignys Kopf verändert. Er war zu der Doktrin zurückgekehrt, die den meisten französischen Generälen so teuer war. Die Panzer würden nicht en masse als Angriffsspitze eingesetzt werden, sondern lediglich «als Begleitung der Infanterie». Dies, erklärte er später, «war die Art Taktik, die uns allen geläufig war»²⁷. Um seinen Beschluss noch besonders zu unterstreichen, stellte er die Panzerdivision unter den Befehl des Kommandeurs der 3. motorisierten Infanteriedivision, dem er bereits General Brocards gesamte Artillerie und Infanterie gegeben hatte*. So ging, wie General Roton es ausdrückte, der in General Georges' Stabsquartier besorgt auf Nachricht von dem Gegenangriff wartete, die Schlagkraft der Panzerdivision, mit der sie einen Keil hätte vorantreiben können, verloren, und es blieb Flavigny nur übrig, «ein methodisches, auf kleine Vorstösse begrenztes Manöver» durchzuführen²⁸.

Sogar dies fand nicht statt. Da die schweren Panzer noch nicht vollzählig versammelt waren, verschob General Flavigny seinen Angriff von 15 Uhr auf 17 Uhr 30. Um 17 Uhr sagte er ihn vollständig ab – zum zweitenmal in vierundzwanzig Stunden!

Ein Panzerbataillon, das 49., erhielt die Nachricht nicht, rollte vom Mont-Dieu-Wald los und drang etwa eineinhalb Kilometer weit vor, aber die Infanterie rückte nicht nach. Nachdem das Bataillon auf ein Nest deutscher Panzerabwehrgeschütze gestossen war und sah, dass die Fussstruppen nicht nachgefolgt waren, zog es sich wieder zurück. Das war das Ende des «Gegenangriffs» – und auch der Hoffnungen, die Lage bei Sedan noch zu retten.

General Huntziger, der sich jetzt rückwärts in Verdun und weit weg vom Schlachtenlärm befand, wartete bis 5 Uhr am nächsten Morgen, ehe er das Oberkommando verständigte, was sich ereignet hatte. Und auch dann wich er aus. «Der Gegenangriff der 3. Panzerdivision und der 3. motorisierten Division», so berichtete er General Georges, «kam zur festgesetzten Stunde nicht in Gang infolge ungünstiger technischer Verhältnisse und auch, wie es scheint, wegen mechanischer Pannen.»

Diese Verschleierung täuschte Georges nicht. «In Wirklichkeit», erklärte er später dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bei Erörterung dieser Mitteilung, «war die 3. Panzerdivision so weit auf breiter Front auseinandergezogen, um sämtliche Strassen und Fusswege in den Wäldern zu sperren, dass ihre Umgruppierung für den Gegenangriff unmöglich war. Diese Division ... wurde nicht richtig verwendet³⁰.»

* Es erscheint eigentümlich, dass der Korpskommandeur die beiden Divisionen nicht selbst befehligte. Er erklärte später, er habe die 3. Panzerdivision dem Befehl der Infanteriedivision unterstellt, weil sie «mir nicht fähig schien, als Panzerdivision vorzugehen»^M.

Die Generäle Huntziger und Flavigny mussten sich für ihr Versagen einen Sündenbock beschaffen. Schon am Spätnachmittag des 15. Mai, nachdem Flavigny den Gegenangriff zwei Tage hintereinander abgesagt hatte, schrieb Huntziger ihm:

Ich erfahre mit Empörung, dass meine Befehle nicht ausgeführt worden sind und dass der Gegenangriff, von dem wir so viel erwarteten, nicht stattfand, weil der Kommandeur der 3. Panzerdivision den Kommandeur der 3. motorisierten Division nicht ausreichend unterstützt hat³¹.

Huntziger war mit sich selbst – oder mit Flavigny – nicht aufrichtiger, als er es mit General Georges gewesen war. Er befahl dem Korpskommandeur, «persönlich eine sofortige Untersuchung einzuleiten». Flavigny, der General Brocard sowenig leiden konnte wie seine Panzerdivision, deren Funktion er nicht begriff, war es ebenso darum zu tun, wie Huntziger einen Sündenbock zu finden. Spät am selben Abend schickte er eine eisige Mitteilung an Brocard und befahl ihm, unverzüglich zu erklären, warum «die meisten seiner schweren B-Panzer nicht einsatzbereit waren, um an dem für den 15. Mai 15 Uhr befohlenen Gegenangriff teilzunehmen»³². Dies von dem Mann, der selbst ihr Auseinanderziehen befohlen hatte! Brocard antwortete pflichtschuldig am nächsten Tag mit einem detaillierten Bericht, warum und wieso es unmöglich gewesen war, in wenigen Stunden eine ganze Panzerdivision neu aufzustellen, die auf höheren Befehl hoffnungslos zersplittert worden war. Aber es kam schon nicht mehr darauf an. Noch bevor er seinen Bericht abschliessen konnte und genau zwei Stunden nach Huntzigers betrügerischer Meldung an Georges, um 5 Uhr morgens am 16. Mai, entthob der Chef der zweiten Armee General Brocard seines Kommandos³³.

Anscheinend zufrieden damit, dass er einen Sündenbock gefunden hatte, gab General Huntziger jeden weiteren Gedanken an Gegenangriffe auf. Obwohl er jetzt wusste, dass zwei von den drei deutschen Panzerdivisionen, die ihn von Sedan zurückgetrieben hatten, nach Westen abgeschwenkt waren und rasch gegen die Aisne vorstiessen und folglich für ihn keine Bedrohung mehr darstellten, begnügte er sich damit, sich zu verschanzen, lokale Verteidigungsgefechte zu führen und seine zurückgenommene Front zu halten. Seine Armee, so erklärte er beharrlich, sei ja immerhin nicht durchbrochen worden. General Lacaille, sein Stabschef, erklärte später dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss³⁴, sie habe «einen Defensiverfolg erzielt» *. General Huntziger, der wie nahezu alle französischen Generäle völlig in der Zwangsvorstellung des Verteidigungskrieges befangen war, scheint überhaupt nicht auf den Gedanken gekommen zu sein, auch jetzt noch zu versuchen, einen grossen Gegenangriff zu führen und von seinen Vorgesetzten Verstärkungen aus der nahen Maginotlinie anzufordern, wo sich 30 untätige Divisionen befanden. Die Deutschen waren mehrere Tage lang ungeschützt, während ihre Panzer und motorisierten Divisionen nach Westen schwenkten, und Hitler befürchtete genau

* Als der Ausschuss ihn fragte, ob in der zweiten Armee nicht Panik geherrscht habe, antwortete ebendieser Offizier: «Es herrschte keine Panik. Im Gegenteil, es herrschte völlige Ordnung *.»

eine solche Gegenoffensive aus Huntzigers Abschnitt und damit das Gespenst einer zweiten Marneschlacht.

Aber Huntziger war kein Joffre und kein Foch. Ihresgleichen gab es im französischen Heer im Mai 1940 nicht. Huntzigers Ängstlichkeit und Selbstzufriedenheit gestatteten es Guderians Panzern, am 14., 15. und 16. Mai an der zweiten Armee vorbei nach Westen zu fegen, die Südflanke der neunten Armee, die die Maas von knapp westlich Sedan bis Namur im Norden verteidigte, aufzurollen und das ihre dazu beizutragen, um die alliierten Verbände in Belgien einzuschliessen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte das Unheil auch die neunte Armee ereilt. Das Versagen der zweiten Armee machte ihren Untergang zur Gewissheit.

Der Zusammenbruch der neunten Armee

Am Spätnachmittag und frühen Abend des 12. Mai erreichten Spitzeneinheiten von vier deutschen Panzerdivisionen die Maas zwischen Montherme und Dinant. General Corap, der Chef der französischen neunten Armee, hatte sie nicht so früh erwartet. Das Oberkommando hatte gerechnet, dass die Deutschen nicht vor dem 15. Mai soweit sein würden, die Überquerung des Flusses auch nur zu versuchen. Corap hatte geplant, den linken Flügel seiner Armee, der von der französischen Grenze auf den belgischen Abschnitt der Maas südlich von Namur zugeschwenkt war, bis zum 14. Mai in Stellung zu bringen. Als sein Kavalleriekorps am 11. in den Ardennen rasch zurückgeworfen wurde, hatte er seinen Truppen Befehl erteilt, sich mit Gewaltmärschen zu beeilen. Aber am Abend des 12. Mai waren, wie wir gesehen haben, die zwei Divisionen seines xi. Korps, die den entscheidenden Abschnitt zwischen Dinant und Givet halten sollten, noch keineswegs in Stellung. Ihre Kolonnen waren mehrere Kilometer weit nach Westen gestaffelt. Das Oberkommando nahm nicht an, dass die neunte Armee in schwere Kämpfe verwickelt werden würde, und hatte sie folglich nicht gut bedacht. Von ihren sieben Infanteriedivisionen waren nur zwei «aktive» Einheiten, und nur eine war motorisiert. Sie war kummervoll knapp an Panzerabwehrgeschützen – zwei Divisionen besaßen überhaupt keine – und hatte praktisch keine Luftabwehrwaffen. Ausser den leichten Panzern ihres Kavalleriekorps, die zum grössten Teil in den Ardennen verlorengehen sollten, verfügte sie nur über wenige Panzer. Mit Ausnahme der 5. motorisierten Division fehlten ihr die Transportmittel, um manövrieren oder auch nur ihre Truppen rechtzeitig an die Maas schaffen zu können. Ihre Fahrzeuge und Geschütze wurden von Pferden gezogen. Die Mannschaften marschierten zu Fuss. Wenn das Oberkommando die neunte Armee vernachlässigt hatte, so tat die Luftwaffe ein Gleiches. Ihre Flugzeuge waren zumeist für die erste Armee und sodann für die zweite reserviert. Sie hatte unter ihrem eigenen Kommando 26 Morane-Jäger und 30 Potez-Aufklärungsflugzeuge. Damit war sie schwerlich einer ganzen deutschen Luftflotte gewachsen, die sich am entscheidenden Tag gegen sie konzentrieren sollte.

So schwach sie war, wurde der neunten Armee doch der breiteste Frontabschnitt zur Verteidigung zugewiesen. Auf ihrer Linken hielt die Elitetruppe, die erste Armee, zwischen Namur und Wavre eine Front von nur 40 Kilometern. Rechts von ihr verteidigte die zweite Armee bei Sedan einen Abschnitt von 61 Kilometern. Die Front der neunten Armee erstreckte sich entlang der Maas von Namur bis Sedan und war 120 Kilometer lang. Die 5. motorisierte Division verteilte sich auf die Linie im Norden über 16 Kilometer; die 18. und 22. Division, die das xi. Korps ausmachten, hielten 38,5 Kilometer in der Mitte; die 61. und 102. Festungsdivision, die das xli. Korps bildeten, standen auf 66 Kilometer Breite im Süden. Die Front der 102. Festungsdivision, die keine Transportmittel besaß und nur stehen und kämpfen konnte, war 40 Kilometer lang und weit mehr als das Höchstmaß, das die Heeresdienstvorschriften gestatteten. Zu ihr gehörte auch der Abschnitt bei Montherme, wo sich General Reinhardts zwei Panzerdivisionen konzentrierten*.

Entlang dieser Flussuferfront von 120 Kilometern trug jetzt die neunte Armee – die schwächste und am weitesten auseinandergezogene, die die Franzosen hatten –, die im entscheidenden Mittelabschnitt noch nicht einmal Gefechtsformation gebildet hatte, das Hauptgewicht des zweiten Teils des doppelten deutschen Durchbruchsangriffs in der gefährdeten Mitte der alliierten Verteidigungslinie.

Eine Handvoll Infanterietruppen und Motorradfahrer der 7. Panzerdivision unter dem Befehl des energischen Generals Rommel waren die ersten, die knapp nördlich von Dinant über die Maas setzten. Genau wie bei Sedan begann der Sturmangriff mit den deutschen Fusstruppen, die sich über den Fluss kämpften. Die Panzer konnten erst hinübergeschafft werden, nachdem die Infanterie einen Brückenkopf gebildet hatte und dahinter eine Pontonbrücke geschlagen worden war.

Die Franzosen hatten die Brücke bei Dinant rechtzeitig gesprengt, aber am Spätnachmittag des 12. Mai entdeckte eine deutsche Kradpatrouille, dass die Schleuse 5, die 4,5 Kilometer nördlich von Dinant die Insel Houx mit beiden Ufern der Maas verband, unversehrt war. Sie versuchten, auf ihr den Fluss zu überqueren, wurden aber von einer Kompanie des Regiments 66 zurückgetrieben, die vorübergehend hier stationiert worden war, um den Übergang zu bewachen. Die Kompanie wurde einige Stunden später von einem Bataillon des Regiments 39 abgelöst, das der 18. Division leihweise überstellt worden war. Statt das Flussufer zu besetzen, wo feindliches Maschinengewehr- und Panzerfeuer spürbar zu werden begann, blieb es am Abhang, von wo aus es schwierig war, die Schleuse oder die Insel ins Schussfeld zu bekommen. Sobald die Dunkelheit einbrach, setzten die deutschen Kradfahrer über die Schleuse, ohne dass ein Schuss auf sie abgegeben wurde, und begannen die Abhänge hinauf einzusickern. Um 3 Uhr morgens, als es noch dunkel war, überrumpelten und überrannten sie das Bataillon, das sich nicht der Mühe unterzogen hatte, die Anhöhe zu verlassen, um festzustellen, was sich unten abspielte, und drangen weiter nordwärts gegen Anhee vor.

* Abgesehen von 'einem Kavalleriekorps von zweieinhalb Divisionen, das in die Ardennen vorgeschickt wurde, hatte die neunte Armee ausserdem noch zwei Infanteriedivisionen in Reserve, nämlich die 53., eine «B»-Einheit, auf der rechten Flanke, und die 4. nordafrikanische auf der linken.

Dies war die erste Bresche in der französischen Verteidigungslinie, aber sie war klein und nur von einem Bataillon Kradtruppen mit Gewehren und Maschinengewehren geschlagen worden. Die Franzosen verfügten über reichlich Artillerie und mindestens eine Kompanie Panzer zur Unterstützung der Infanterie, um das Sonderkommando zurück in den Fluss zu treiben. Ein Gegenangriff wurde für die frühen Morgenstunden befohlen, aber es dauerte einige Zeit, um ihn zu organisieren, und kurz nach 8 Uhr morgens, ehe er hatte einsetzen können, wurde er wieder abgesagt. Die Truppen erhielten Weisung, das Einsickern der Deutschen abzustoppen und erst dann zum Gegenangriff überzugehen – ein weiteres Beispiel des Festhaltens an der französischen Schulauffassung. Inzwischen schafften die Deutschen zwei Bataillone Schützen hinüber, um das Kradbataillon zu stützen.

Drei Kilometer weiter südlich bei Bouvignes versuchte Rommel sofort bei Tagesanbruch, sein Schützenregiment 7 in Schlauchbooten über den Fluss zu setzen. Er stiess sofort auf scharfen Widerstand des französischen 66. Regiments. Rommel schilderte später seine Schwierigkeiten:

Als ich eintraf, war die Situation nicht gerade erfreulich. Unsere Boote wurden vom französischen Flankenfeuer eines nach dem anderen zerstört, und das Übersetzen gelangte schliesslich zum Stillstand. Die feindliche Infanterie war so gut getarnt, dass es sogar nach langem Suchen durch das Fernglas unmöglich war, sie festzustellen.

Als Rommel in einem schweren Panzer Type IV zum Flussufer hinunterrollte, wurde er von Granatsplittern leicht verletzt. Er fuhr jedoch weiter.

Bei unserem Eintreffen war es dem 7. Schützenregiment bereits gelungen, eine Kompanie hinüber aufs Westufer zu werfen, aber das feindliche Feuer war so schwer geworden, dass es die Sturmbootausrüstung zusammengeschossen hatte und das Übersetzen abgestoppt werden musste. Eine grosse Anzahl von Verwundeten erhielt in einem Haus dicht bei der gesprengten Brücke ärztliche Betreuung ... Da offensichtlich keine Hoffnung bestand, ohne starke Artillerie- und Panzerunterstützung mit den feindlichen Nestern fertig zu werden und noch mehr Leute an dieser Stelle hinüberzuschaffen, fuhr ich zurück zum Divisionsstab, wo ich mit General von Kluge (dem Befehlshaber der vierten Armee) und General Hoth (dem Kommandeur des xv. Panzerkorps, von dessen zwei Panzerdivisionen Rommels 7. Panzerdivision eine war) zusammentraf.

Die deutschen Generäle waren einigermaßen bestürzt über diesen unerwarteten Widerstand, der das ganze Unternehmen zu gefährden drohte. Sie ersuchten Rommel dringlich, es weiter zu versuchen. Aber Rommel war besorgt.

In Leffe (einem Dorf am Stadtrand von Dinant) fanden wir eine Anzahl von Gummibooten, die alle vom Feindfeuer mehr oder weniger beschädigt waren, auf den Strassen

herumliegen, wo unsere Leute sie zurückgelassen hatten. Schliesslich, nachdem wir unterwegs von unseren eigenen Flugzeugen mit Bomben belegt worden waren, gelangten wir zurück zum Fluss ... Das Übersetzen war jetzt völlig zum Stillstand gekommen, und die Offiziere waren über die Verluste, die ihre Leute erhalten hatten, sehr aus der Fassung ... Zahlreiche beschädigte Schlauchboote und Gummiboote lagen am gegenüberliegenden Ufer. Die Offiziere meldeten, dass niemand sich ausserhalb der Deckung zu zeigen wagte, da der Feind auf jeden, den er sah, sofort feuerte...³⁶

Rommels Schilderung ist eine Mahnung daran, dass es in einer Schlacht – wie wir bei Sedan gesehen haben und in Kürze hier wieder sehen werden in der so viele französische Einheiten sich unter dem Druck unauhörlichen Bombenabwurfs und beim Anblick oder auch nur Gerücht von herannahenden Panzern auflösten und die Flucht ergriffen, dennoch französische Einheiten gab wie das Infanterieregiment 66 bei Bouvignes, die standhielten, tapfer kämpften und den Deutschen schwere Verluste zufügten.

Aber um 10 Uhr vormittags hatte Rommel doch eine genügende Anzahl seiner Schützen hinüberschafft, um Bouvignes zu nehmen und weiter entlang der Anhöhe in Richtung auf die Wälder von Granges und Surinvaux einzusickern. Er hatte die Führung des Angriffs selbst übernommen, überquerte den Fluss in einem Gummiboot und leitete den Vorstoss des 2. Bataillons des Regiments. Liddell Hart, der Herausgeber von Rommels nachgelassenen Aufzeichnungen, bemerkt hierzu, dass das Eingreifen des Generals

womöglich noch entscheidender war, als er selbst zu verstehen gibt. Die deutschen Truppen waren von der Intensität des Feuers der Verteidigung schwer angeschlagen, als er auf dem Schauplatz eintraf und den neuen Versuch organisierte, bei dem er selbst die Führung übernahm.

Zu seinem Glück war die französische 18. Infanteriedivision ... nach einem langen Fussmarsch gerade erst dabei, die Stellung zu übernehmen, und war knapp an Panzerabwehrgeschützen, während die 1. Kavalleriedivision sich von dem Panzerschlag, den sie in den Ardennen erhalten hatte, noch nicht erholt hatte³¹.

Hätten mehr französische Divisionskommandeure eine solche Unerschrockenheit an den Tag gelegt, dann hätte der Verlauf der Schlacht vielleicht eine andere Wendung genommen. Einige bewiesen natürlich solche Beherztheit. (Mehrere Divisionsgeneräle sollten im Kampf fallen.) Aber es waren ihrer nicht genug. Sie hielten sich schliesslich nur an die feststehende französische militärische Doktrin, hinter dem Kampfgeschehen zu bleiben, von wo aus sie meinten, ihre Einheiten am besten lenken zu können. Gamelin wirft General Corap vor, dass er zuviel Zeit bei seinen Truppen verbracht habe, statt von seinem Stabsquartier aus die Schlacht zu lenken.

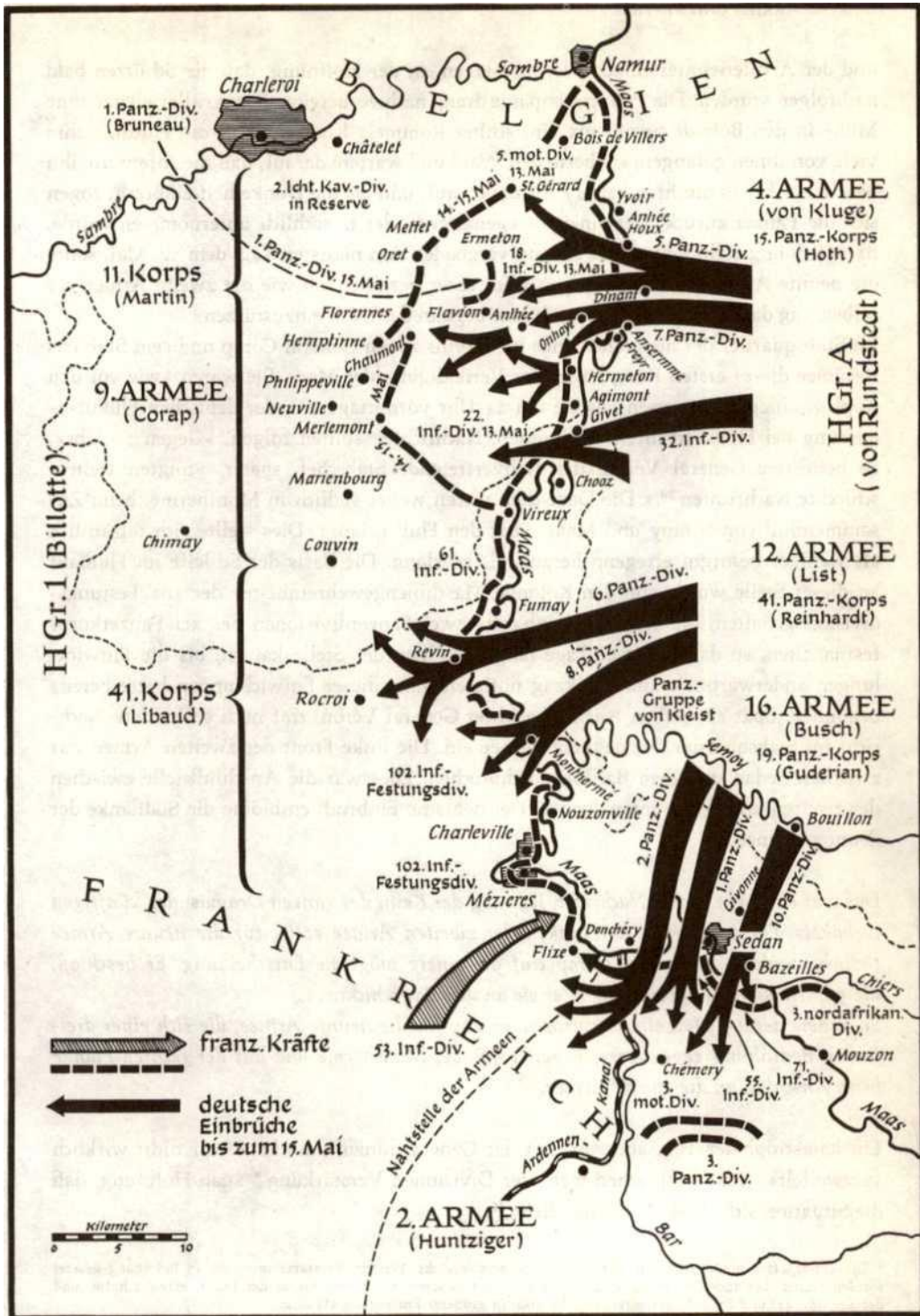
Gegen Mittag des 13. Mai oder wenig später war der deutsche Einbruch fünf Kilometer breit und drei Kilometer tief. Das war noch kein sehr grosser Einbruch, und die Deutschen,

die keine Panzer oder Artillerie-Nahunterstützung hatten – ihre schweren Geschütze begannen allerdings über den Fluss zu feuern waren den Verteidigern, die über einige Panzer verfügten, zahlenmässig und feurmässig unterlegen. Die Lage verlangte geradezu einen kräftigen Gegenangriff, und mehrere waren bereits angeordnet worden.

Am Nordabschnitt des Einbruchs beschloss der Kommandeur der 5. motorisierten Division, um 10 Uhr vormittags einen Gegenangriff dort anzusetzen, wo sein erster abgesagt worden war. Ein Infanterie-Reservebataillon, verstärkt durch einen Aufklärungstrupp, wurde abkommandiert, um die Wastia-Anhöhe, westlich von Houx, die die Deutschen genommen hatten, anzugreifen. Aber das Unternehmen sollte erst um 13 Uhr beginnen – so dachte man über den Zeitfaktor beim französischen Divisionsstab. Tatsächlich begann das Bataillon erst um 14 Uhr, zur Angriffslinie vorzurücken – der Bataillonskommandeur hatte ähnliche Zeitbegriffe wie sein General – und wurde unterwegs von Stukas angegriffen. Seine Leute gingen in Deckung, bis der Bombenangriff vorbei war, und trafen erst um 18 Uhr am Westhang der Wastia-Höhe ein. Nun, fand man, sei es für den Angriff zu spät.

Zwei weitere Gegenangriffe der 5. motorisierten Division wurden nördlich des Anhebeckens auf 15 Uhr 30 angesetzt. Die gleiche Geschichte. Im ersten Fall traf ein Bataillon des 14. Regiments motorisierte Dragoner, unterstützt von einem Panzerbataillon, so spät ein, dass sein Vorstoss wegen Dunkelheit aufgegeben werden musste. Der zweite Angriff, den ein anderes Bataillon der Dragoner ausführen sollte, kam überhaupt nicht in Gang, weil der Kommandeur bei seinem Eintreffen auf dem Schauplatz feststellte, dass sein Ausgangspunkt am Rand der Haut-le-Wastia inzwischen aufgegeben worden war. Beide Gegenangriffe wurden auf den nächsten Tag verschoben – ein Kehrreim, den wir bei Sedan gehört haben.

Am südlichen Ende des kleinen Einbruchs, wo Rommel jetzt den Befehl über seine Schützen übernommen hatte, verschrieb General Martin, der Kommandeur des xi. Korps, ebenfalls einen Gegenangriff, den die 18. Division unternehmen sollte. Obwohl er seine Weisungen um 12 Uhr mittags ausgab, setzte er den Angriff erst auf 19 Uhr 30 an. Jedermann auf französischer Seite schien eine sehr gemächliche Zeitvorstellung und keinen Begriff von dem rascheren Tempo der Deutschen zu haben, die inzwischen mehr und mehr Truppen über den Fluss warfen. Martins Einheit hatte Weisung, vom Foywald aus einen Angriff gegen die Deutschen zu führen, die sich im Surinvauxforst festgesetzt hatten, und sie zurück in den Fluss zu treiben. Die Einheit war beträchtlich stärker als irgend etwas ihrer Art, das die Deutschen besaßen: zwei Bataillone des Infanterieregiments 39, geführt von einer Kompanie Panzer und unterstützt von drei Artillerieregimentern. Der Anmarsch zur Angriffslinie, der schon verspätet begann, wurde durch feindliche Bombenangriffe verlangsamt, und die Voreinheiten trafen erst um 19 Uhr 30 ein, dem für den Angriff festgesetzten Zeitpunkt. Er wurde auf 20 Uhr neu festgesetzt. Um diese Zeit stellte sich heraus, dass Panzer und Artillerie zwar einsatzbereit waren, aber die Infanteriebataillone noch nicht nachgerückt waren. Es begann zu dunkeln, und es war nicht mehr viel Zeit. Der Kommandeur beschloss, auf jeden Fall mit seinen Panzern



DIE SCHLACHT AN DER MAAS, H.: VON NAMUR BIS MEZIERES

13. bis 16. Mai 1940

und der Artillerieunterstützung loszuschlagen, in der Hoffnung, dass die Schützen bald nachfolgen würden. Die Panzerkompanie drang nach vorbereitendem Artilleriefeuer ohne Mühe in den Bois de Surinvaux ein, schlug Rommels Kradfahrer in die Flucht, nahm viele von ihnen gefangen, säuberte den Wald und wartete darauf, dass die Infanterie ihn besetzte. Aber es tauchten keine Fusstruppen auf, und als die Dunkelheit einbrach, zogen sich die Panzer zurück. Der einzige Gegenangriff, der tatsächlich unternommen wurde, hatte Erfolg gehabt und wurde sodann vergeudet. Am nächsten Tag, dem 14. Mai, sollte die neunte Armee ihren Mangel an Eifer teuer bezahlen, so wie die zweite Armee am selben Tag dafür bezahlt hatte. Auch hier begann das Dach einzustürzen.

Im Stabsquartier der neunten Armee in Vervins zogen General Corap und sein Stab das Resümee dieses ersten Kampftages der Verteidigung der Maas. Sie waren «wie vor den Kopf geschlagen» gewesen, als sie um 11 Uhr vormittags von der deutschen Flussüberquerung bei Houx erfuhren. Schlimmere Nachrichten sollten folgen. «Gegen 20 Uhr», so berichtete General Veron, der stellvertretende Stabschef, später, «folgten weitere schlechte Nachrichten³⁸.» Die Deutschen waren weiter südlich in Montherme, beim Zusammenfluss von Semoy und Maas, über den Fluss gelangt. Dies stellte sich tatsächlich als weniger besorgniserregend heraus, als es klang. Die Basis der Schleife im Flusslauf an dieser Stelle wurde von den Kolonial-Maschinengewehreinheiten der 102. Festungsdivision gehalten, die General Reinhardts zwei Panzerdivisionen des XLI. Panzerkorps festnagelten, so dass sie zwei Tage lang nicht von der Stelle kamen, bis die Entwicklungen anderwärts sie zum Rückzug nötigten. Eine dieser Entwicklungen hatte bereits begonnen. Spät am selben Abend, berichtet General Veron, traf noch schlechtere Nachricht im Stabsquartier der neunten Armee ein. Die linke Front der zweiten Armee war zwischen Sedan und dem Barfluss durchbrochen. Dies war die Anschlussstelle zwischen der zweiten und der neunten Armee. Der deutsche Einbruch entblösste die Südflanke der neunten Armee.

Das war eine sehr ernste Nachricht. Hier lag der Keim des ganzen Dramas, des künftigen Debakels. Dieses Loch in der Linken der zweiten Armee sollte für die neunte Armee tödlich werden ... General Corap traf die einzig mögliche Entscheidung. Er beschloss, die 53. Division zu opfern, indem er sie an den Bar schickte ...

So endete der 13. Mai, ein katastrophaler Tag für die neunte Armee, die sich einer dreifachen Bedrohung gegenüber sah, bei Houx, bei Montherme und auf der rechten Flanke beim Anschluss an die zweite Armee.

Ein katastrophaler Tag, aber, so fügt der General hinzu, «die Lage war nicht wirklich verzweifelt». Das Versprechen mehrerer Divisionen Verstärkung * «gab Hoffnung, dass die Situation sich wiederherstellen liess»⁸⁹.

* Die 4. nordafrikanische Division war schon nahe herangerückt. Weitere Verstärkungen, die in Bewegung gesetzt worden waren, bestanden in der 1. Panzerdivision, die Charleroi, nicht weit hinter der Front, erreicht hatte, und der 14., 36., 44. und 87. Infanteriedivision, die noch in grösserer Entfernung standen.

General Georges in La Ferte war aufgeschreckt. Er hatte die schlechte Nachricht aus Sedan bereits erhalten. Dann war die Meldung von der deutschen Flussüberquerung bei Houx eingetroffen. Um 7 Uhr 30 am 14. Mai informierte er Gamelin: «Der Gegenangriff bei Houx ist nicht gelungen. Die Infanterie ist den Panzern nicht nachgefolgt.» Sodann schickte er Befehl an General Billotte, dessen Oberbefehl die neunte Armee unterstand, die Lage an der Maas wiederherzustellen. «Die während des 14. eingeleiteten Operationen sind mit äusserster Energie durchzuführen ... Fahnenflucht wird nicht geduldet.» Billotte hatte bereits während der Nacht Corap Befehl erteilt, am 14. Massnahmen zu ergreifen, um die Deutschen zurück über die Maas zu werfen.

Aber Corap war völlig versunken in der Defensivdoktrin der französischen Armee und dachte nicht daran, zur Offensive überzugehen, obwohl die deutschen Streitkräfte diesseits des Flusses noch schwach, ohne Panzer und folglich einem starken Gegenangriff ziemlich schutzlos ausgesetzt waren. Stattdessen setzte er während der Nacht Befehle auf, lediglich den deutschen Brückenkopf zu binden. Sobald die deutschen Angriffe aufgefangen und Verstärkungen eingetroffen waren, beabsichtigte er, zum Gegenangriff überzugehen. Das war, wie wir bei Sedan gesehen haben, die Schulauffassung der französischen Armee*. General Roton, Georges' Stabschef, war nicht gerade erfreut. Ihm gefielen Coraps Befehle für «einen rein defensiven Einsatz» nicht. Sie hatten, wie er später sagte, eine schlechte Wirkung auf die Ereignisse des 14. Mai⁴¹.

Der Morgen des 14. Mai begann anscheinend gut. Bei Morgengrauen begannen Einheiten der 5. motorisierten Division auf der Nordseite des Einbruchs, das 14. motorisierte Dragonerregiment und die Aufklärungsabteilung der Division den Angriff auf die Wastia-Anhöhen, der am Abend zuvor abgesagt worden war. Die Franzosen überrannten rasch den Höhenzug, zersprengten Rommels Kradbataillon und machten 40 Gefangene. Nach diesem Erfolg, der die Division anscheinend aufpulverte, erhielten die Angreifer Befehl, sich zurückzuziehen! General Corap bestand darauf, dass alle Einheiten auf einer Verteidigungslinie weiter rückwärts Stellung bezogen. Die letzte Chance, einen Gegenangriff zu unternehmen und die Deutschen über den Fluss zu treiben, bevor ihre Panzer übersetzten, war verpasst.

Bei Morgengrauen hatten Rommels Pioniere bei Bouvignes eine Pontonbrücke fertiggestellt, und in den frühen Morgenstunden begannen seine Panzer und seine Artillerie hinüberzurollen. Der Plan des Generals war, die Anhöhen westlich des Flusses vom Feind zu säubern, südwestlich gegen Onhaye vorzugehen, welches das nach Philippeville führende Tal versperrte, es zu nehmen und sodann auf das 40 Kilometer entfernte Philippeville vorzurücken **.

Obwohl vereinzelte französische Einheiten hartnäckig kämpften und die Panzer bei mehreren Dorf-Kampfständen aufhielten, wurde die 18. Division durch die unablässigen

* «Das war die Doktrin», klagte General Vallet, der Chef der Operationsabteilung der neunten Armee, später. «Sie bot keine Reaktion an, die der Lage entsprochen hätte. Die Lage erforderte eine sofortige und brutale Reaktion *.»

** Am 23. August 1914 hatte General Franchet d'Espèrey die Bedeutung von Onhaye erkannt und es mit einem Gegenangriff den Deutschen wieder weggenommen.

Bombenangriffe, denen die französische Luftwaffe nicht entgegentrat*, und den ersten Anblick feindlicher Panzer bereits demoralisiert und begann auseinanderzubrechen. Nicht einmal Verstärkungen aus Einheiten der 4. nordafrikanischen und der 1. Leichten Kavalleriedivision stellten ihren Kampfgeist und ihren Zusammenhalt wieder her. Die Ausübung der Befehlsgewalt wurde im Lauf des Tages nahezu unmöglich. Die Feldtelefonleitungen wurden durch die Bombenabwürfe zerstört. Die wenigen vorhandenen Funkgeräte funktionierten nicht. Motorradfahrer mit Meldungen wurden aufgehalten, weil die Strassen mit Flüchtlingen verstopft waren, ausserdem mit Truppen, die nach vorn zu gehen versuchten, und anderen, die zurückgehen wollten. Am Nachmittag zeigten sich deutliche Anzeichen der Panik. Als der Tag zu Ende war, hatte Rommels 7. Panzerdivision Onhaye und Morville, auf halbem Wege nach Philippeville, genommen, wo die Division für die Nacht den Vormarsch unterbrach, um nachzutanken und sich neu zu formieren. Im Zuge dieses Vorstosses hatte sie eine Anzahl französischer Bataillone eingeschlossen und ihre Leute gefangengenommen.

Weiter südlich, an der Front der 22. Division des xi. Korps, war die Geschichte die gleiche. Hier sah man sich keinen Panzerdivisionen gegenüber. Doch Einheiten der 32. deutschen Infanteriedivision setzten, unterstützt von wenigen leichten Panzern, nördlich und südlich von Givet über die Maas. Nach einigen sporadischen Gefechten befahl der Kommandeur der 22. Division den Rückzug auf neue Stellungen zehn Kilometer weiter zurück und gab seine ganze lange Front am Fluss entlang auf. «Auch hier wieder eine Division», bemerkte Oberst Goutard bitter, «die beim ersten Schlag zusammenbrach⁴².» Stabsoffiziere der neunten Armee, die an diesem Nachmittag vorgeschickt wurden, um mit den Fronttruppen Verbindung aufzunehmen, meldeten grosse Unordnung auf den Strassen. Die Truppen begannen den Kopf zu verlieren und von Panik erfasst zu fliehen. Rückwärtig, in General Georges' Stabsquartier, versuchte General Roton, aus all dem Wirrwarr ein Bild der Lage zu gewinnen. Er gelangte zu dem Schluss, dass die Deutschen jetzt westlich von Dinant einen 50 Kilometer breiten und 16 Kilometer tiefen Brückenkopf besaßen. «In vierundzwanzig Stunden», rief er aus, «ist die Bezwingung der Maas zur vollendeten Tatsache geworden ... Niemand hatte eine solche Geschwindigkeit vorhergesehen!» Er konnte dem Kommandeur der 22. Division nicht verzeihen. «Im Verlauf von zwölf Stunden Kampfhandlungen», erklärt Roton, «hat er seinen Gefechtsstand dreimal verlegt, sich zwanzig Kilometer zurückgezogen, jedesmal sich weiter von der Kampfzone und von seinem Korpskommandeur entfernt und praktisch auf das Kommando über seine Truppen verzichtet⁴³.»

Der Korpskommandeur, General Martin, beschloss um 19 Uhr, seine zwei angeschlagenen Divisionen, die 18. und 22., auf eine neue «Sperrlinie» zurückzunehmen, die von Oret im Norden südwärts über Florennes, Chaumont und Merlement und dann südöstlich weiter zur Maas bei Vireux verlief. Mit ihr hoffte er, seine zurückweichende Infanterie

* Die Aufzeichnungen der französischen Luftwaffe weisen für den 14. Mai an der Front der neunten Armee keinerlei Tätigkeit aus. Die deutsche Luftwaffe, die nahezu alle verfügbaren Maschinen am 13. bei Sedan eingesetzt hatte, verlegte sie am 14. an den Dinant-Abschnitt gegen die neunte Armee.

aüzfufangen, wieder zusammenzufassen und mit der 1. Panzerdivision, die endlich an diesem Abend aus Charleroi eintraf, einen starken Gegenangriff zu führen. Sein Rückzugsbefehl erschien dem Stabsquartier der neunten Armee schlechthin als verhängnisvoll. Der Stab taumelte bereits unter dem Schlag der «ernsten Nachricht», wie General Veron es ausdrückt, «vom xi. Korps, dass bei der 22. Division der totale Durchbruch gelungen war und die 18. sich nicht mehr halten konnte ... Schlimmer noch war der Befehl General Martins, den er auf seine eigene Initiative erliess. Er erschien uns als eine Katastrophe⁴⁴.»

Über das, was folgte, sind sich die französischen Militärs nicht einig. Am 15. Mai um 14 Uhr rief General Corap seinen Vorgesetzten General Billotte, den Chef der Heeresgruppe 1, wegen der kritischen Lage an. General Vöron erklärt, es sei ein stürmisches und dramatisches Gespräch gewesen. Er behauptet, General Billotte habe der neunten Armee befohlen, einen noch grösseren Rückzug vorzunehmen, als General Corap und General Martin geplant hatten – nämlich zurück bis zu einer Linie, die von Charleroi hinab über Mariembourg-Rocroi-Signy-l'Abbaye verlief. General Roton gibt eine völlig andere Lesart. Ihm zufolge rief Corap Billotte an, meldete ihm, dass seine Truppen auf der ganzen Linie zurückwichen, dass die Lage ernst sei und dass er vorhabe, sogar noch weiter zurückzugehen, als irgend jemand bisher vorgeschlagen hatte, nämlich bis zur französischen Grenze! Billotte erklärte sich einverstanden, ersuchte jedoch darum, dass die neunte Armee zeitweilig auf der obenerwähnten Linie von Charleroi nach Süden stehenbleibe⁴⁵.

Wer immer für sie verantwortlich war – diese neue Weisung beschleunigte die Auflösung der neunten Armee. Das Durcheinander und der Mangel an Verbindungen waren zu gross, als dass sie einen planmässigen Rückzug gestattet hätten. Einige Einheiten erhielten General Martins Befehl und blieben auf seiner Linie stehen. Andere erhielten Billottes oder Coraps Befehl und wichen zurück auf deren Linie. Wieder andere machten sich, so rasch sie konnten, zur französischen Grenze auf.

Was aber war mit der 1. Panzerdivision geschehen, Frankreichs Elite-Panzereinheit, von der sich die geplagten Generäle der neunten Armee erhofft hatten, dass sie die hereinbrechenden Panzer zum Stehen bringen und sogar einen Gegenangriff führen werde?

Trotz aller Studien und Diskussionen unter den führenden Generälen in den Vorkriegsjahren über den Aufbau von Panzerdivisionen – oder vielleicht gerade deswegen – war die 1. Panzerdivision (und auch die 2.) erst am 16. Januar 1940, fünf Monate nach Kriegsbeginn, aufgestellt worden. Obwohl es ihr an Ausbildung mangelte, an Einrichtungen zur Treibstoffversorgung, an bestimmten Waffen – sie hatte keine Fliegerabwehr – sowie an geeigneten Funkgeräten in ihren Panzern, was die Verbindung erschwerte, war diese 1. Panzerdivision doch eine sehr starke Einheit, die jeder deutschen Panzerdivision gleichwertig und einigen überlegen war. Sie bestand aus zwei Halbbrigaden von je zwei Panzerbataillonen, eines mit schweren B-Panzern, das andere mit leichten H-Panzern, und hatte ihr eigenes Artillerieregiment, ein Bataillon Jäger und eine Batterie ausgezeichneten 4,7-cm-Panzerabwehrgeschütze.

Sie befand sich in der Ausbildung in Suippes nördlich von Châlons, wurde am 10. Mai in Bereitschaftszustand versetzt und begann am nächsten Morgen nach Norden zu rollen. Aber schon sofort wurde sie das Opfer fehlerhafter Heerespraktik. Während ihre Räderfahrzeuge auf der Strasse fuhren, wurden ihre Panzer auf flache Waggonen verladen und mit der Bahn transportiert, um ihre Raupenkettens nicht zu verschleissen. Folglich war die Division, bis sie ihren Bestimmungsort erreichte, der selbst ungewiss war, hoffnungslos zersplittert und brauchte viel Zeit, um wieder zusammengezogen zu werden. Die Entfernung bis zu ihrem schliesslich bestimmten Sammelpunkt nördlich von Charleroi betrug nur 145 Kilometer, das war nicht mehr, als Rommels Division, der sie zu begegnen bestimmt war, bis zur Maas zurückzulegen hatte. Wenn sie als geschlossene Einheit über die Strassen gerollt wäre, wie es die deutschen Panzer getan hatten, dann hätte sie ihren Bestimmungsort mühelos in einem Tag erreichen können*.

Aber im französischen Heer waren die Dinge nicht so einfach. Vorerst einmal erhielt die Division Weisung, sich in der Nähe von Saint-Quentin, 120 Kilometer hinter der Stellung der ersten Armee bei Gembloux, die sie stützen sollte, zu sammeln. Das schien ein wenig zu weit. Sodann, in der Nacht des 11. Mai, als die Division auf dem Weg nach Saint-Quentin auf die Strassen und Bahnlinien verteilt war, erhielt sie Weisung, nördlich von Charleroi, unmittelbar hinter der ersten Armee, Aufstellung zu nehmen. Diese Änderung verursachte weitere Verzögerungen, und die Division konnte erst am 14. Mai, vier Tage nachdem sie in Bereitschaft gesetzt worden war, an ihren Platz hinter der ersten Armee gelangen. Die erste Armee erwartete das Hauptgewicht des Angriffs der sechsten deutschen Armee an diesem oder dem folgenden Tag in der Gembloux-Lücke nördlich von Namur, und General Bruneau, der Kommandeur der 1. Panzerdivision, erhielt am Abend des 13. Mai Weisung, seine Panzer in Bereitschaft zu halten.

Er hatte diesen Befehl kaum erhalten, als bereits ein zweiter eintraf. Er sollte zwar in Bereitschaft bleiben, den Einsatz für die erste Armee durchzuführen, empfing aber gleichzeitig Weisung, sich für einen zweiten Einsatz für die neunte Armee bereit zu halten, nämlich nach Süden über die Sambre zum Einsatz gegen Dinant zu rollen. General Bruneau wartete den ganzen Vormittag des 14. Mai auf endgültigen Bescheid von höchster Stelle, welche der beiden Operationen er durchführen solle. Das war, wie sich herausstellte, ein katastrophaler Zeitverlust. Erst um 12 Uhr 45 hörte er überhaupt etwas. Um diese Zeit erhielt er Weisung, mit seiner Division im Eiltempo südlich der Sambre zu rollen, um «die Feindkräfte, die bei Dinant übergesetzt sind, im Gegenangriff zu fassen und über die Maas zurückzuwerfen». Er solle sich persönlich in Florennes melden, um von der neunten Armee detaillierte Befehle entgegenzunehmen.

Bruneau raste im Wagen über die verstopften Strassen nach Florennes und traf dort den hart bedrängten Kommandeur des zersprengten, zurückgehenden xi. Korps an. Es war jetzt 14 Uhr 15. General Martin hatte zu diesem Zeitpunkt keine Ahnung, wo sich seine

* Als General Bruneau, der Kommandeur der 1. Panzerdivision, bei einer Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses von Professor Dhers gefragt wurde, was er von dieser Methode halte, eine Panzerdivision zum Teil mit der Bahn, zum Teil auf der Strasse fortzubewegen, antwortete er: „Es war schrecklich. Es gehört zu einer Doktrin der Vergangenheit“.

Einheiten befanden. Er war schliesslich damit einverstanden, dass General Bruneau seine Panzer so bald wie möglich in die Nähe hole – sie waren bereits unterwegs –, sie so weit vorschob, wie er konnte, und «morgen», wie der General es ausdrückte, «werden wir dann sehen». Aber General Corap, der bereits die Katastrophe ahnte, konnte nicht bis morgen warten. Als General Bruneau ihn anrief, um ihm mitzuteilen, dass seine Division unterwegs sei und sich am frühen Morgen des nächsten Tages in Stellung befinden werde, antwortete der Kommandeur der neunten Armee: «Nein, Bruneau, das reicht nicht aus. Sie müssen noch heute abend mit allem, was Sie haben, angreifen. Das ist ein deutlicher Befehl⁴⁷.»

Angreifen womit? Seine ersten Panzer konnten nicht vor 20 Uhr eintreffen, eine Stunde vor Einbruch der Dunkelheit, und die übrigen nicht vor 3 Uhr morgens. Sie würden kaum mehr Brennstoff haben und auftanken müssen. Bruneau teilte General Martin mit, dass ein Gegenangriff an diesem Abend unmöglich sei. Sie einigten sich wiederum darauf, dass sie eben am nächsten Morgen «das Beste tun müssten, was sie konnten». General Martin war nach der Katastrophe seines Korps nicht optimistisch. «Wir werden versuchen, die Infanterie dazu zu bringen, den Panzern zu folgen», sagte er. «Aber das ist zumindest fraglich⁴⁸.»

Als der Morgen des 15. Mai anbrach und Bruneaus Leute noch verzweifelt versuchten, ihre Panzer aus den wenigen Tankwagen, die eingetroffen waren (die meisten waren am Ende der Kolonne geblieben), aufzutanken, stellte der General fest, dass keine Spur von irgendwelcher Infanterie des xi. Korps vorhanden war. Sie war während der Nacht in rückwärtiges Gebiet geflohen. Seine Panzerdivision stand allein da, weit vor irgendwelchen Fusstruppen, in Stellung auf der Strasse zwischen Ermeton und Flavion, eine Panzerbrigade mit der Front nach Osten, die andere nach Süden, wo sich Einheiten des xi. Korps angeblich befinden sollten, aber nicht befanden. Bruneau hatte nicht genug Zeit gehabt, um viele seiner Panzer aufzutanken. Einige hatten nur für zwei Stunden Kampfhandlung Brennstoff.

Wieder einmal sollten die Franzosen für vermeidbare Verzögerungen teuer bezahlen. Wäre die 1. Panzerdivision am 10. Mai auf der Strasse losgeschickt worden, dann hätte sie einsatzbereit sein können, um den Gegenangriff gegen Dinant am 13. zu führen, als die Deutschen noch nicht einen einzigen Panzer über den Fluss gebracht hatten. Hätte General Bruneau auch nur am Abend des 13. Mai endgültige Weisung erhalten, seine Division in dieser Nacht noch nach Dinant zu verlegen*, dann hätte sie am nächsten Morgen einen bedeutenden Gegenangriff durchführen können, als die 5. motorisierte und die 18. Infanteriedivision sich noch halbwegs gut hielten, der Brückenkopf noch klein war und Rommel gerade erst begann, bei Bouvignes seine ersten Panzer herüberzuholen, und die zweite Panzerdivision, die 5., mit dem Übersetzen noch nicht begonnen

* «General Billotte», erklärt Roton, «war bestimmt der Meinung, dass er die 1. Panzerdivision der neunten Armee werde schicken müssen. Aber getreu seiner ursprünglichen Absicht, diese Eliteeinheit zugunsten der ersten Armee einzusetzen, zögerte er ständig, sie umzuleiten.“» General Georges hatte ihm am Abend des 13. Mai ausdrückliche Weisung erteilt, sie zur neunten Armee zu schicken. Die Verantwortung des Chefs der Heeresgruppe 1 für die Verzögerung ist folglich beträchtlich.

hatte. Am Morgen des 15. Mai hatte sich die Lage drastisch verändert. Der Brückenkopf war inzwischen stark erweitert, zwei Infanteriedivisionen des vi. Korps waren in die Flucht geschlagen, und beide feindlichen Panzerdivisionen hatten in voller Stärke den Fluss überquert und rollten mit Höchstgeschwindigkeit nach Westen.

Um 9 Uhr 30 fielen sie, unterstützt von Schwärmen von Bombern und ihrer eigenen Artillerie*, über die französische 1. Panzerdivision her, bei der viele Einheiten noch beim Auftanken waren. Die 7. Panzerdivision (Rommel) griff als erste von Süden her an und die 7. (General Walsporn) ein wenig später aus dem Norden. Mehrere Stunden lang tobte eine wütende Schlacht. Gegen eine Panzerdivision hätte die französische 1. Panzerdivision möglicherweise die Oberhand behalten können. Gegen zwei hatte sie keine Chance. Ausserdem schickte Rommel einige seiner Panzer um das Schlachtfeld herum nach Florennes und Philippeville, umging damit General Bruneaus Flanke und griff ihn von Süden her an. Eine beträchtliche Anzahl von Panzern wurden auf beiden Seiten ausser Gefecht gesetzt, aber Bruneau, der weniger hatte, erlitt grössere Verluste als die Deutschen. Um 14 Uhr, als er erkannte, dass er von Süden her umfasst wurde, befahl er seiner Division, auf die Linie Mettet-Oret-Florennes zurückzugehen. Aber die meisten seiner Einheiten waren noch in heftige Kampfhandlungen verwickelt, und es fiel ihnen schwer, sich abzusetzen. Als die Division schliesslich zurück zu der neuen Linie gelangte, waren drei von ihren vier Bataillonen stark dezimiert. Dem 28. Bataillon waren von seinen 36 schweren Panzern nur drei geblieben. Den meisten war der Treibstoff ausgegangen, und sie mussten von ihren Besatzungen zerstört werden. Von den drei Kompanien B-Panzern des 37. Bataillons wurden zwei zerschlagen und aufgegeben. Nur eine tauchte halbwegs intakt in Mettet auf. Dem 26. Bataillon waren nur sechs leichte Panzer geblieben. Viele von ihnen mussten ausserdem aufgegeben und stehengelassen werden, als ihre Treibstofftanks leer waren. Die Division meldete, sie habe 100 deutsche Panzer ausser Gefecht gesetzt – von insgesamt etwa 500 –, aber diese Schätzung war wahrscheinlich zu hoch gegriffen.

Als General Bruneau an diesem Abend begann, sich auf allgemeine Befehle hin weiter westwärts nach Beaumont zurückzuziehen, hatte er von den 175 Panzern, mit denen er den Tag begonnen hatte, nur noch 50 übrig. Als er sich am 16. Mai bis zur französischen Grenze bei Solre-le-Château zurückzog, waren ihm nur noch 17 geblieben. Die übrigen waren in der Nacht verlorengegangen oder mussten wegen Treibstoffmangels stehengelassen werden**. Wieder war eine französische Panzerdivision unnötig und achtlos geopfert worden.

Während die 1. Panzerdivision sich tapfer, aber vergeblich dem Feind stellte, befand sich die neunte Armee in aufgelöster Ordnung im Rückzug auf die französische Grenze.

* General Bruneau hatte anscheinend in Vorwegnahme des Rückzugsbefehls fünf von seinen sechs Batterien nach hinten und ausser Reichweite geschickt.

** Niemand im französischen Oberkommando scheint dem Problem des Nachtankens der Panzer irgendwelche Aufmerksamkeit gewidmet zu haben. Als General Georges nach dem Krieg vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefragt wurde, wer dafür verantwortlich gewesen sei, dass die Panzer rasch mit neuem Treibstoff versorgt wurden, antwortete er: «Das ist eine Sache, die untersucht werden muss. Ich persönlich weiss es nicht³».

Niemand im Oberkommando scheint es gewusst zu haben.

Um 4 Uhr morgens am 15. Mai, bei Tagesanbruch, hatte General Billotte noch General Georges angerufen: «Die Lage der neunten Armee ist kritisch. Die ganze Armee geht zurück.» Er schlug vor, General Corap durch General Giraud zu ersetzen, um «dieser schwankenden Armee ein paar Lebensgeister einzuflößen». Aber es war wie üblich zu spät. Was konnte der energische General Giraud noch mit einer Armee aufstellen, die rapid auseinanderfiel? Als er am Nachmittag des 15. Mai in seinem Stabsquartier in Vervins eintraf, konnte er sie nicht einmal finden. Die neunte Armee hatte aufgehört zu existieren. Vier Tage später geriet Giraud selbst in Gefangenschaft.

Den ganzen verhängnisvollen 15. Mai hindurch war die neunte Armee inmitten eines chaotischen Durcheinanders weiter zerbröckelt. Auf dem nördlichen Flügel ging die 5. motorisierte Division, die einzige im n. Korps, rasch zurück, um mit dem Rückzug des xi. Korps nach Süden Schritt zu halten. Als sie am Morgen des 17. Mai an der französischen Grenze bei Maubeuge eintraf, bestand sie nur noch aus 1'000 Mann und hatte nahezu ihre gesamte Ausrüstung eingebüsst. Das war das Ende des n. Korps und der 5. motorisierten Division! Das xi. Korps im Süden, dessen zwei Infanteriedivisionen, die 18. und 22., das Hauptgewicht des Angriffs von Hoths zwei Panzerdivisionen getragen hatten, zog sich jetzt, so rasch es konnte, zur französischen Grenze zurück. Versprengte Einheiten hielten hier und dort die feindlichen Panzer einige Minuten oder auch eine Stunde lang auf, aber die übrigen flohen von Panik erfasst Hals über Kopf. Einige wenige verstreute Soldaten der 18. Division trafen am Abend des 16. Mai an der Grenze ein, aber der Kommandierende General der Division konnte sie nicht finden. Ende der 18. Division! Die 22. Division, südlich von ihr, ereilte das gleiche Schicksal. Zwei französische Offiziere haben es geschildert:

Die 22. Division aufzufangen, erwies sich als unmöglich. Ihre Einheiten flohen aufgelöst nach rückwärts inmitten einer unbeschreiblichen Flutwelle von Fahrzeugen jeglicher Art, Zügen von Flüchtlingen, die von deutschen Flugzeugen pausenlos mit Maschinengewehrfeuer bestrichen wurden ... Der Divisionskommandeur erkannte, dass es unmöglich war, irgendwelche seiner Einheiten neu aufzustellen, ehe er die Grenze erreichte... Der Korpskommandeur war angesichts der herrschenden Panik der gleichen Meinung⁵¹.

Ende der 22. Division und des xi. Korps *!

Der verwirrte General Giraud, der Befehle an Einheiten ausgab, die nicht mehr existierten, wies die neunte Armee an, im «befestigten Abschnitt von Maubeuge» entlang der französischen Grenze neue Stellungen zu beziehen. Und tatsächlich wurden auch aus den Trümmern der neunten Armee ein paar versprengte Mannschaften hier und dort zu-

* Die 4. nordafrikanische Division war saumselig am 13. Mai von ihrem Stützpunkt im Wald von Saint-Michel an der Grenze zur Verstärkung des Korps geschickt worden. Ihre vordersten Einheiten erreichten mit Gewaltmärschen Anhöe in der Nacht des 14. Mai und schlugen sich am nächsten Morgen dort gut. Die Division war zwar eine der besseren Infanteriedivisionen im französischen Heer, aber den deutschen Panzereinheiten nicht gewachsen; sie wurde am 16. Mai auf die Grenze zurückgedrückt und traf dort mit nur etwa 2'000 Mann und unter Verlust fast ihrer gesamten Geschütze und Ausrüstung ein. Der Divisionskommandeur und sein Stab wurden am folgenden Tag gefangengenommen.

sammengelesen, um diesem Befehl zu folgen. Sie hatten eine stark verteidigte Linie erwartet, aber als sie eintrafen, waren keine frischen Truppen zu sehen, um die Befestigungen zu halten. «Die Anlage war völlig leer», meldete der Kommandeur des xi. Korps. «Es waren keinerlei Truppen da. Das erste, was wir zu tun hatten, war, die Bunker aufzuschliessen.»

Das stellte sich als schwierig heraus. Als die Truppen sich am 10. Mai zur Maas in Marsch setzten, waren die Kasematten mit Vorlegeschlössern versperrt worden. Als die Überreste der Truppe fünf Tage später zurückkehrten, waren die Pioniere, denen sie die Schlüssel übergeben hatten, verschwunden und hatten ihrerseits die Schlüssel bei den örtlichen Bürgermeistern hinterlegt. Aber auch die Bürgermeister waren geflohen und hatten sich den Scharen der flüchtenden Zivilbevölkerung angeschlossen, um nicht den Deutschen in die Hände zu fallen. Keine Schlüssel! Die Türen mussten aufgesprengt werden.

Das französische XLI. Korps, das die Maas bei Montherme und Mezieres gegen Reinhardts XLI. Panzerkorps verteidigte, hatte Besseres geleistet als seine Nachbarn im Norden und Süden. Es hatte die Angriffe der Panzer zwei Tage lang zum Stehen gebracht. Am 14. Mai hatte sein Kommandeur, General Libaud, erkannt, dass der deutsche Durchbruch nördlich von ihm bei Dinant und Givet und südlich bei Sedan die Flanke seiner Stellung am Fluss zu umfassen drohte. Aber er hoffte, dass die Gegenangriffe der 1. Panzerdivision bei Dinant und der 3. Panzerdivision unterhalb Sedan die Lage wiederherstellen würden, und befahl folglich seinen Divisionen, der 61. Infanterie- und der 102. Festungsdivision, zu bleiben, wo sie waren. Er war sehr erstaunt, als er in den frühen Morgenstunden des 15. Mai den allgemeinen Rückzugsbefehl der neuen Armee erhielt.

Der Rückzug war schwer durchzuführen. Seine Truppen lagen in schweren Kämpfen. Die Deutschen nahmen ihren Angriff bei Montherme um 7 Uhr 30 morgens am 15. Mai mit Panzern und Infanterie wieder auf, setzten gleichzeitig weiter südlich bei Nouzonville über die Maas und fielen von hinten über Mezieres her. Libauds Korps fehlten die Transportmittel, um sich abzusetzen. Die 102. Festungsdivision besass überhaupt keine Fahrzeuge und die 61. nur sehr wenige. Auch seine Reserve, die 53. Infanteriedivision, die weiter südlich in den Kampf geworfen worden war, um zu versuchen, den deutschen Einbruch westlich von Sedan, auf seiner Flanke, abzuriegeln, konnte nicht herausgezogen werden.

Die 53. hatte ein charakteristisches Schicksal gehabt. Sie hatte hinter dem XLI. Korps in Reserve gestanden und eine Folge von Befehlen und Gegenbefehlen, Marsch- und Rückmarschordres erhalten. Am Abend des 13. Mai hatte sie Weisung erhalten, zur Maas zwischen Mezieres und dem Bar westlich von Sedan zu marschieren, wo die 2. Panzerdivision versuchte, den Fluss zu überqueren. Um 21 Uhr hatte General Corap, besorgt über den deutschen Vorstoss bei Sedan auf seiner Flanke, sie an den Bar beordert, und zwar nach Osten ausgerichtet, um den Deutschen entgegenzutreten. Um 23 Uhr trafen neue Weisungen ein, die die vorangegangenen rückgängig machten und sie wieder nach

Norden ausrichteten. Während der Nacht erfolgte noch ein neuer Befehl, die Division solle nun doch zum Barfluss marschieren. Das Ergebnis war, dass die Division am Morgen des 14. Mai über die ganze Gegend verstreut war, da während der Nacht einige Einheiten dem einen Befehl, andere einem anderen gefolgt waren. «Es war eine Rekordleistung in der Kunst des Auseinanderziehens im Gelände», bemerkten zwei Militärhistoriker später⁶².

Es hatte sich noch eine weitere Komplikation ergeben. Am Nachmittag des 14. Mai hatte General Georges in wachsender Sorge um die immer grösser werdende Lücke zwischen der neunten und zweiten Armee General Touchon befohlen, die Lücke zu schliessen. Touchon war Kommandeur der sechsten Reservearmee. Dies war, wie sich herausstellte, ein Heereskommando ohne irgendwelche Truppen. Ausserdem befand sich General Touchon weit im Süden in Dijon, traf erst in der Nacht des 14. Mai an der zurückweichenden Front ein und konnte bis zum nächsten Tag nichts unternehmen. Man hatte ihm starke Reservekräfte versprochen, nämlich die 2. Panzerdivision und General de Lattre de Tassignys ausgezeichnete 14. Infanteriedivision, aber die befanden sich noch weit hinter der Front und konnten in der entscheidenden Schlacht nicht sofort eingesetzt werden. Touchon sollte angeblich das Kommando über die Truppen übernehmen, die die Flanken der zweiten und neunten Armee bildeten, aber sie waren vom Kommando dieser Armeen nicht abgezogen worden. In dieser Situation fuhr Huntziger folglich fort, seine linke Flanke nach Süden zu zerren, während Corap seine Flanke nach Westen zurücknahm. Statt sie zu schliessen, wurde die Lücke stetig grösser. Touchon konnte nichts tun.

Das XLI. Korps, das von Corap Befehl erhalten hatte, sich vom Abschnitt Montherme-Mezieres entlang der Maas eiligst zurückzuziehen, konnte diesen Befehl nicht ausführen, da es in schwere Kampfhandlungen verwickelt war und ausserdem keine Fahrzeuge hatte. Im Lauf des Tages wurden die 61. und 102. Division von Reinhardts zwei Panzerdivisionen, der 6. und 8., überrannt. Die französischen Soldaten liessen ihre Artillerie stehen, warfen ihre Gewehre in die Strassengräben, liefen, so schnell sie konnten, und ergaben sich, wenn die Panzer sie überholten. Zur selben Zeit holte die 2. Panzerdivision des Panzerkorps Guderian, die vom Bar westwärts rollte, die unselige 53. Division ein und rieb sie auf. Hier und dort hielten Einheiten der drei französischen Divisionen stand und kämpften tapfer, bis ihre Munition verschossen war. Aber in dem herrschenden Chaos konnte das XLI. Korps nicht als grosser, geschlossener Truppenkörper kämpfen. Am Abend standen die deutschen Panzer in Rethel an der Aisne und noch weiter westlich in Montcarnet, 61 Kilometer von der Maas entfernt und hinter der neunten Armee. Um diese Zeit hatte die neunte Armee zu existieren aufgehört. Ende des XLI. Korps! Ende seiner 53., 61. und 102. Division! Sie waren die letzten, die noch standhielten. Am nächsten Morgen, dem 16. Mai, traf General Vauthier, der Kommandeur der 61. Division, zu Fuss wie benommen im Stabsquartier von General Girauds neunter Armee ein und meldete: «Ich fürchte, ich bin der einzige Mann meiner Division, der noch übrig ist.» General Portzer, der Kommandeur der 102., der flüchtete, als die Panzer seinen Gefechtsstand überrollten, irrte noch 24 Stunden umher und wurde dann gefangen genommen.

Am Abend des 15. Mai, drei Tage nach dem Beginn des Angriffs der deutschen Panzer gegen die Flusslinie, war die Schlacht an der Maas unwiederbringlich verloren *. Die französische zweite Armee hatte die Deutschen bei Sedan nicht aufgehalten, und ihr Versagen hatte die Flanke der neunten Armee, die sich bereits in grossen Schwierigkeiten befand, aufgerissen**. Trotz der Heldentaten Einzelner hier und dort war die neunte Armee in drei Tagen vollständig vernichtet worden. «Und ohne wirklich gekämpft zu haben», meinte Oberst Goutard später bei der Beurteilung der Schlacht. «Wo fand eine Schlacht statt, die die Armee unter Führung ihres Chefs geschlagen hätte? Man sah lediglich vereinzelt Bataillone und ein paar Panzerkompanien ohne Unterstützung tapfer kämpfen. Und dann verflüssigte sich alles im Rückzug⁵⁶.»

Zwei Panzerdivisionen waren in der Schlacht an der Maas auf törichte Weise vergeudet worden. Die 1., die westlich von Dinant stand, war zu spät an ihren Bestimmungsort verlegt worden, als dass sie noch hätte entscheidend eingreifen können. Sodann war ihr der Treibstoff ausgegangen, und sie hatte keinerlei Unterstützung von der Infanterie oder Artillerie der neunten Armee und keine von der Luftwaffe erhalten. Die 3. unterhalb Sedans war infolge einer unverantwortlichen Zersplitterung verschleudert worden, die sie jeder Chance beraubte, als starke Panzerformation einen Gegenangriff zu unternehmen, als sich ihr eine einzigartige Gelegenheit hierfür bot. Im Fall beider Divisionen waren die vorgesetzten Offiziere in den höheren Stäben für ihren Missbrauch verantwortlich. General Bruneau, der Kommandeur der 1. Panzerdivision, erklärte dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg: «Ich muss offen sagen, dass ich bezüglich der Verwendung und des Einsatzes dieser Waffe auf völliges Unverständnis stiess. Das Oberkommando begriff nicht, wie Panzer einzusetzen waren⁵⁷.»

Nachdem die neunte Armee liquidiert war und General Huntzigers zweite Armee keine Neigung bezeugte, mehr zu tun, als südlich von Sedan stehenzubleiben, nachdem die Panzer vorbei waren, war für die Deutschen der Weg jetzt frei, nach Paris durchzustoßen – oder zum Meer. Es stand ihnen, wie General Gamelin jetzt dem aus allen Wolken gefallenem Ministerpräsidenten Paul Reynaud in aller Ruhe mitteilte, nichts mehr im Wege.

* General Menu geht noch weiter. Er schreibt: «Am 15. Mai um 16 Uhr hatten wir den *Krieg* endgültig verloren⁵⁸.»

** General Corap, der Kommandeur der neunten Armee, wurde zwar kassiert, aber General Huntziger von der zweiten Armee wurde befördert. Gamelin enthüllt die Tatsache, dass General Georges, als er Corap enthob, dem Generalissimus auch für Huntziger die gleiche Behandlung vorschlug. «Ich habe ihn davon abgebracht», gibt Gamelin zu, «indem ich ihm sagte, Huntziger habe sich anscheinend zusammengerissen.» Dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärte Gamelin später, er sei in der Folge zu dem Schluss gelangt, Huntziger «habe nicht alles getan, was er hätte tun sollen», und er habe ihm «vorgeworfen», dass er bei Sedan die 71. und 3. nordafrikanische Division nicht rechtzeitig herangeführt habe. «. Schon bald nach seinem Versagen bei Sedan wurde Huntziger zum Kommandeur der Heeresgruppe 3 befördert. Er führte schliesslich die französische Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen und wurde Kriegsminister in der Vichy-Regierung. Er kam am 12. November 1941 auf der Rückkehr aus Nordafrika nach Vichy bei einem Flugzeugunglück ums Leben. General Corap wurde später, im Anschluss an eine Untersuchung der neunten Armee durch General Dufieux, von General Georges entlastet. Nach dem Krieg erklärte Georges dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, die neunte Armee sei infolge des Durchbruchs bei Huntzigers Streitkräften von der Einschliessung bedroht gewesen, «und folglich ist es nicht gerecht, die ganze Schuld Corap zuzuschreiben, wie einige es getan haben»**.

Panik im Oberkommando

In den Stabsquartieren General Gamelins in Vincennes und General Georges' in La Ferte dämmerte die Erkenntnis der Katastrophe an der Maas nur langsam. Und dann plötzlich ging sie General Georges, der seit dem Beginn der deutschen Offensive nicht ein Auge zugetan hatte und dessen Nerven von rein körperlicher Erschöpfung bereits stark mitgenommen waren, mit einem Schlage auf.

Am Morgen des 14. Mai war sein um 7 Uhr 30 erstatteter Lagebericht noch optimistisch, ja geradezu selbstzufrieden. Während er meldete, dass der Gegenangriff der neunten Armee bei Houx nicht gelungen war, weil die Infanterie den Panzern nicht nachfolgte, gab er sich wegen Sedan anscheinend noch keinen grossen Sorgen hin. Der dortige Einbruch, sagte er, sei «abgeriegelt» und ein «ernster Gegenangriff im Gang». Oberst de Bardies fand, dieser Bericht zeige, dass das Oberkommando noch nicht begriffen hatte, was sich abspielte.

Dieser Bericht besagt in Wahrheit überhaupt nichts. Er versucht, die Rückschläge als geringfügig hinzustellen und General Gamelin und über ihn hinaus die Regierung und die öffentliche Meinung zu beruhigen. Schlimmer noch, er erfasst keine der für das Oberkommando entscheidend wichtigen Fragen. Er vermittelt den Eindruck, dass das Grosse Hauptquartier noch keine Katastrophe spürt und folglich keine gewichtigen Massnahmen ins Auge fasst, um sie zu bewältigen⁵⁸.

Dies traf während des verhängnisvollen 15. Mai zu, als die Katastrophe an der Maas sich rasch abzeichnete. Die Lücke zwischen der zweiten und neunten Armee wurde durch die Panzer weit aufgerissen. Und doch lassen die zwischen Georges und Gamelin ausgetauschten Informationen kein Begreifen der Gefahr erkennen. Einer von Oberst Gendry verfassten Studie zufolge waren die ins Hauptquartier «eingehenden Meldungen ziemlich günstig. Die Luftaufklärung teilte zwar bedeutende Truppenkonzentrationen in den Gegenden von Dinant, Montherme, Mezieres und Sedan und zahlreiche Überquerungen der Maas mit, aber die Meldungen von der Front schienen anzuzeigen, dass die Lage sich nahezu überall verbesserte⁵⁹.»

Oberst Minart in Gamelins Stabsquartier in Vincennes erinnerte sich zwar später dieses Tages als den eines «traurigen, unablässigen Todesgeruchs», aber er berichtet, die von General Georges gelieferten Informationen waren «weder gut noch schlecht, obwohl ihre lakonische Art mit der Zeit immer verdächtiger wurde». Der Oberst brachte einen guten Teil des Tages damit zu, zwischen den drei Stabsquartieren hin und her zu fahren, wobei er sich durch den Wirrwarr auf den Strassen, die mit Flüchtlingen aus der Kampfzone verstopft waren, durchkämpfen musste. Er konnte, wie er sagt, das schrittweise mühsame Stolpern unserer Kommandoorganisation erkennen, die von Stunde zu Stunde immer mehr gelähmt wurde. Dennoch, fügt er hinzu, drang «kaum ein Echo hiervon in die verdorbene Luft des Unterseeboots ohne Sehrohr, das Vincennes war»⁸⁰.

So unglaublich es scheint, galt gegen Ende des Nachmittags General Georges' Sorge nicht dem Durchbruch an der Maas, sondern der Maginotlinie, auf deren Angriff die Deutschen ihre Truppen überhaupt nicht zu verschwenden beabsichtigten. Um 17 Uhr rief Georges persönlich den Kommandeur des xvm. Korps an, das die rechte Flanke der zweiten Armee bildete und am westlichen Ende der grossen Befestigungslinie stationiert war. «Sie müssen unter allen Umständen die Inor-Malandry-Schulter halten», erklärte er ihm. «Der Ausgang des ganzen Krieges kann davon abhängen.» Aber die Deutschen griffen die Maginotlinie gar nicht an. Sie waren bereits nach Westen abgeschwenkt, nach Paris – oder dem Meer. Nach seinen Befehlen zu urteilen, hatte Georges das anscheinend noch immer nicht begriffen – und Gamelin ebensowenig.

An diesem Abend gab der Generalissimus einen eigenen Lagebericht heraus, der für die Befehlshaber auf anderen Kriegsschauplätzen bestimmt war. «Um zusammenzufassen», schrieb er, «scheint der Tag des 15. Mai ein Nachlassen der Intensität der Feindaktivität zu zeigen, die am 14. besonders heftig war. Unsere Front, die zwischen Namur und der Gegend westlich von Montmedy ‚angeschlagen‘ war, stellt sich schrittweise wieder her⁸¹.» Tatsächlich geschah, wie wir gesehen haben, genau das Gegenteil. Aber das Oberkommando hielt hartnäckig an seiner Überzeugung fest, die Lage müsse sich zwangsläufig stabilisieren – wie es zwischen 1914 und 1918 so oft geschehen war –, sobald den Deutschen der Dampf ausging und die französische Verteidigung sich kräftigte. Am Abend des 14. Mai hatte Georges in der Tat Gamelin angerufen, um ihm unter anderem mitzuteilen, dass «der deutsche Vormarsch blockiert scheint ... Alle Gefangenen berichten, die deutschen Truppen seien müde⁶².» Es fällt schwer, diesen Optimismus und diese Unwissenheit auf der Ebene des Oberkommandos zu begreifen, wiewohl ersterer zum Teil der letzteren entsprungen sein dürfte*.

Tatsächlich hatte jedoch am 14. Mai trotz aller beruhigenden Meldungen in den drei Stabsquartieren die Panik zu keimen begonnen. General Georges war in Wahrheit im Begriff zusammenzuklappen. Mitten in der Nacht des 13./14. Mai wurde Hauptmann Beaufre im Grossen Hauptquartier durch einen Telefonanruf von Georges geweckt: «Sagen Sie General Doumenc, er soll sofort herüberkommen.» Der General und sein Adjutant trafen um 3 Uhr morgens im Château des Bondons, Georges' persönlichem Befehlsstand, ein. Alle Lichter waren gelöscht ausser im Kartenzimmer, wo Georges mit seinen Stabsoffizieren an einem improvisierten Tisch sass. Beaufre schildert die Szene:

General Roton, der Stabschef, sitzt zusammengesunken in einem Sessel. Die Atmosphäre ist die einer Familie, die sich um einen sterbenden Angehörigen versammelt. Georges er-

* General Gamelin scheint am 14. – zum ersten Male – ein wenig skeptisch geworden zu sein. Während er an diesem Vormittag mit Georges in La Ferté konferierte, hatte Huntziger den Befehlshaber der Nordost-Front angerufen. Anschliessend hatte Georges sich «mit berechtigter Erregung» an Gamelin gewandt: «Huntziger sagt mir, er kann von den Anhöhen hinter der Maas sehen, wie französische Soldaten unter) im Tal ihre Kasematten verlassen und die Hände hochheben, um sich zu ergeben. Er hat seiner Artillerie Befehl erteilt, auf sie zu feuern •'.» Das dürfte das letzte Mal gewesen sein, dass Huntziger seine Truppen bei Sedan im Gefecht sah. Im Lauf des Tages setzte er sich, wie dargelegt, in sein neues Stabsquartier in Verdun ab. Da diese Festung südöstlich von Sedan lag und die deutschen Panzer nach Westen schwenkten, legte der Kommandeur der zweiten Armee eine erstaunlich grosse Entfernung zwischen sich selbst und dem Schlachtfeld.

hebt sich und begrüsst Doumenc. Er ist erschreckend bleich. «Unsere Front ist bei Sedan durchbrochen. Es hat Desertionen gegeben ...» Er sinkt in einen Sessel und schluchzt. Er ist der erste Mann, den ich während dieser Schlacht habe weinen sehen ... Es macht einen fürchterlichen Eindruck.

General Doumenc, ein Mann von unbezähmbarem Schneid und hochgemuter Stimmung, war, wie Beaufre sagt, «erstaunt über dies Willkommen». Aber er reagierte unverzüglich.

«Herr General», sagte er zu Georges, «*c'est la guerre*. Im Krieg kommen solche Dinge immer vor.» Der Befehlshaber der Nordostfront schilderte den Durchbruch bei Sedan. «Wieder ein Schluchzen», erzählt Beaufre. «Alle anderen, von dem Ereignis völlig überwältigt, verhielten sich schweigend.»

«Hören Sie zu, Herr General», sagte Doumenc. «In allen Kriegen passiert mal eine Massenflucht. Schauen wir uns die Karte an und sehen wir, was wir unternehmen können.» Mit dem ausgestreckten Zeigefinger skizzierte Doumenc auf der Karte ein Manöver: einen mächtigen Gegenangriff gegen den deutschen Einbruch mit drei Panzerdivisionen, einen aus dem Norden nach Süden, einen aus dem Süden nordwärts und einen aus dem Westen nach Osten. Mit ihren insgesamt 600 Panzern konnten sie die Deutschen über die Maas zurückschieben. Beaufre berichtet, Georges sei einverstanden gewesen und habe die notwendigen Befehle diktiert, während er selbst als rangjüngster Offizier den Koch geweckt und ihn veranlasst habe, Kaffee zu kochen, um die Nerven der Anwesenden zu beruhigen. Beaufre, der es nach dem Krieg bis zum Armeegeneral brachte, ist überzeugt, dass General Georges sich nie völlig von den schweren Verletzungen erholte, die er 1934 bei der Ermordung Barthous in Marseille davontrug. Jetzt warfen ihn die Ereignisse über den Haufen. «Dieser brillante und entschlossene Mann», endet er, «hatte nicht mehr die Nerven, um mit den Ungewissheiten des Kommandos fertig zu werden.» Und obwohl zur Stunde dieser dramatischen Sitzung in der Nacht des 13./14. Mai die zweite und neunte Armee noch intakt waren, hatte er das Gefühl, «das Oberkommando habe den Zusammenbruch seines eigenen Kampfgeistes erblickt. Es sollte ihn nicht mehr zurückgewinnen»⁴.

Vom Befehlsstand General Georges' in La Ferte breitete sich die Panik zum Hauptquartier General Gamelins in Vincennes aus. «Obwohl am 15. Mai keine wirklich katastrophalen Nachrichten eingingen», notierte Oberst Minart später, «nahm die Spannung zu, und kollektive Nervosität setzte ein ... Gamelin, nach aussen hin heiter, gab einer wachsenden Angst nach.» Während der Generalissimus, wie er später schrieb, «den Ernst der Lage» zu erfassen begann, verbrachte er nach seinem eigenen Eingeständnis einen guten Teil dieses Tages damit, eine behutsame Neuordnung des Oberkommandos zu erwägen. Keine drastischen Umbesetzungen bei den versagenden Kommandeuren im Feld, wie ihn sein alter Chef Joffre, so phlegmatisch er auch war, gleich im ersten Kriegsmonat 1914 während des grossen Rückzugs durchgeführt hatte, als er siebenundvierzig

Generäle entliess und durch jüngere und energischere Männer ersetzte. Alles, was Gamelin an diesem kritischen Tag des 15. Mai 1940 einfiel, war eine leichte Berichtigung auf höchster Ebene der Befehlsstäbe. Es sah jetzt plötzlich so aus, als werde die Regierung möglicherweise Paris verlassen müssen und das Oberkommando südlich der Loire verlegt werden. In diesem Fall hielt Gamelin es für das beste, die drei Heeres-Stabsquartiere – endlich! – zu einem zusammenzulegen und dieses eine General Georges anzuvertrauen, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass er jetzt sehr rasch das Vertrauen zu dem verstörten und erschöpften General verlor. Was ihn selbst betraf, so würde er lediglich als Chef des Generalstabs der National Verteidigung verbleiben und die gesamte Kriegsorganisation koordinieren. «Diese Reorganisation», schreibt er, «lässt sich leicht durchführen. Ich habe lange darüber nachgedacht, und in meinem Kopf steht alles fest⁹⁵.» Das war die Hauptbeschäftigung des Oberbefehlshabers an jenem Tag, an dem die Katastrophe über seine Armeen im Feld hereinbrach.

Am Morgen hatte er freilich einen Adjutanten, Oberst Guillaut, ausgeschiedt, damit er genau feststelle, was der neunten Armee eigentlich zugestossen sei. «Es war das erste Mal», notiert er, «dass ich einen persönlichen Verbindungsoffizier zu einer Armee geschickt hatte.» Bis hart an den Rand des Abgrundes hatte er darauf bestanden, dass die statischen Regeln des Befehlsweges eingehalten wurden. Der Oberst kehrte am selben Abend nach Vincennes zurück und bestätigte das Schlimmste. Die Lage der neunten Armee, berichtete er Gamelin, sei «wahrhaft kritisch».

Das Stabsquartier dieser Armee wusste nicht genau, wo ihre Divisionen waren. Guillaut war überall auf den Strassen Truppen in haltloser Flucht begegnet. Beim ersten Anzeichen deutscher Kradfahrer, denen ein paar Panzer folgten, ging alles zurück, häufig in aufgelöster Ordnung «,

Am nächsten Tag wurde der Oberst ermächtigt, General Georges' Stabsquartier anzuweisen, es solle dafür sorgen, dass die *gardes mobiles* – also die Polizei! – die fliehenden Truppen auf den Strassen anhielten, alle jene, die in Zivilautobussen und Lastwagen sich davonmachten, aus den Fahrzeugen herausholten und dass sie «ihnen allen befehle, sich neu aufzustellen und zur Front zurückzumarschieren»⁹⁷. Gamelin selbst erliess aufgrund des Berichtes von Oberst Guillaut über das Debakel der neunten Armee einen strengen Befehl an die Truppen. Es war Befehl Nr. 17.

Sie werden hiermit an die Bestimmungen des Paragraphen 18 der Felddienstordnung erinnert:

«Der Kommandeur setzt seine gesamte Energie ein, die Disziplin aufrechtzuerhalten und schwankende Geister anzufachen, um bei den Soldaten unter seinem Befehl Ordnung zu wahren. Wenn nötig, zwingt er sie zu gehorchen.» Ein Kommandeur, der dieser Vorschrift nicht entspricht, ist der Pflichtvergessenheit schuldig.

«Ich hielt es für nötig», erklärt Gamelin, «angesichts der Disziplinverstösse, die mir gemeldet worden waren, diesen Befehl auszugeben ®⁸.»

Im Verlauf des 16. Mai begann man in Vincennes das Ausmass- der Katastrophe endlich zu begreifen. Die unglaubliche Nachricht kam nicht von Georges, der sich zumeist in Schweigen hüllte, sondern aus unmittelbarer Quelle. Um 11 Uhr vormittags rief der Stabschef des 2. Militärbezirks * aus Amiens an, um Gamelin mitzuteilen, er habe soeben erfahren, dass die Deutschen in Montcomet seien, dass die französischen Truppen in grösster Unordnung zurückgingen und dass 30'000 Mann aus versprengten Einheiten in Compiègne, nördlich von Paris, eingetroffen seien. In Vincennes, berichtet Oberst Minart, war man «vor den Kopf geschlagen». Eine Stunde später erfolgte ein zweiter Telefonanruf aus Amiens, der mitteilte, die Horde von Soldaten in Compiègne behaupte, sie habe auf Befehl eines Hauptmanns de Foulonge den Rückzug angetreten. Diese Mitteilung rief im Befehlsstand des Oberbefehlshabers eine bizarre Szene hervor. Minart schildert sie. «Wer ist Hauptmann de Foulonge? Die gesamte Tätigkeit in Vincennes konzentriert sich auf diesen Hauptmann. Lebhaftige Kritik wird an ihm geübt. Aber wer ist er?»

Die Stabsoffiziere durchsuchen die Akten. Ein Vermerk besagt, der Hauptmann sei Stabs-offizier beim XLI. Korps; ein anderer, er gehöre zum Stab der neunten Armee. «Die Wut schwillt an», sagt Minart. «Jeder gibt dem Hauptmann die Schuld. Armer Hauptmann de Foulonge⁷⁰!»

Armes Vincennes! Gamelin fängt an, nach allen Seiten hin Befehle und Weisungen auszugeben. Um 13 Uhr 30 weist er Georges an, er solle «nicht vergessen, im Fall des Rückzugs die Öllager zu vernichten». Er telegraphiert nach London und fleht Churchill an, mehr Jagdflugzeuge herüberzuschicken (obwohl die Franzosen gar nicht alle verwenden, die sie selbst besitzen). Er befiehlt den fliehenden Truppen, Widerstandsnester zu bilden, «selbst wenn sie eingeschlossen sind», und erklärt ihnen, «nachdem die Welle der deutschen Panzer, vor allem der schweren, vorübergerollt sei», müssten sie «den Feind von rückwärts angreifen und seine Verbindungs- und Nachschublinien abschneiden»⁷¹.

Um 14 Uhr 30 taucht eine seltsame Erscheinung im Stabsquartier des Oberbefehlshabers auf. Ein Leutnant Roger Le Bloa kommt mit ein paar zerlumpte Soldaten des 17. Jägerbataillons direkt von der Front. Sie sind, wie Minart berichtet, «total erschöpft und sterbenshungrig». Sie berichten Szenen des Debakels. Die französischen Truppen seien schon beim ersten Auftauchen der Panzer geflohen. Minart fügt hinzu, nachdem er ihnen zugehört hat⁷²: «1814 war es der Ruf: «Die Kosaken kommen»; 1870: «Die Ulanen kommen», und jetzt, 1940: «Die Panzer kommen!»«

Am Ende des Tages dieses 16. Mai, schreibt Minart, «blies der Wind der Panik über Vincennes». Oberst Petitbon, Gamelins Stabschef, befahl die Aufstellung eines 7,5-cm-Geschützes im Hof, die Mündung auf das südliche Einfahrtstor gerichtet, um den Feind abzuwehren. «Alle», notiert Minart, «haben den Kopf verloren.» Offiziere begannen

* Oberst Minart betont, dass der 2. Militärbezirk nicht der Jurisdiktion des Oberbefehlshabers oder General Georges' oder des Grossen Hauptquartiers, sondern des Ministeriums für Nationalverteidigung unterstand und dass es folglich höchst ungewöhnlich war, wenn er Gamelins Befehlsstand direkt anrief *. Anscheinend hatten sich inzwischen einige kühne Offiziere entschlossen, die verschimmelten alten Regelbücher wegzuerwerfen.

ihre Koffer zu packen. Aktenschränke wurden hastig ausgeräumt, Dokumente in Kisten geworfen, Karten von den Wänden gerissen und zusammengerollt.

General Gamelin selbst, traurig und ratlos und zutiefst mitleiderregend, wandert hier und dort zwischen seinem Stabschef und seinen Ordonnanzoffizieren umher und versucht, sich an Gott weis welchen Fetisch zu klammern. Niemand wagt sich ihm zu nähern. Jeder weiss, dass die Schlacht verloren ist⁷⁸.

Bestürzung in Paris

In Paris hatte die Regierung Paul Reynaud Schwierigkeiten gehabt, vom Oberkommando in Erfahrung zu bringen, wie die Schlacht verlief. Der Militärberater des Ministerpräsidenten, der unermüdliche Oberst de Villelume, machte sich allmorgendlich nach den verschiedenen Stabsquartieren des Heeres auf, kehrte aber für gewöhnlich mit leeren Händen zurück. Die Generäle, erklärte er, verübelten dem Ministerpräsidenten «seine Neugier». «Wir wissen nichts», klagte Baudouin am Sonntag, dem 12. Mai, als der Oberst nach drei Besuchen des Grossen Hauptquartiers ohne Nachrichten zurückkehrte⁷⁴. Die Öffentlichkeit wurde in vollständiger Unkenntnis gehalten. Strenge Militärzensur verhinderte die Veröffentlichung irgendwelcher schlechter Nachrichten. Die Zeitungen brachten an erster Stelle Berichte über einen angeblich bevorstehenden deutschen Angriff auf dem Balkan und sehr wenig über den tatsächlichen Angriff im Westen. Das Leben in der Hauptstadt ging seinen gewohnten Gang. Das Wetter war weiter herrlich. Die Pariser sonnten sich in den Parks, tranken Aperitifs auf den Cafétterrassen und füllten Kinos und Theater. Nach dem, was sie in ihren Zeitungen lasen und im Rundfunk hörten, glaubten sie, alles gehe gut. In Belgien hatte anscheinend eine grosse Schlacht begonnen. Die Deutschen, so versicherten ihnen die Heeresberichte, wurden zum Stehen gebracht.

Am Nachmittag des 14. Mai kehrte Oberst de Villelume aus Vincennes in den Quai d'Orsay zurück und berichtete Reynaud, die Lage sei «sehr schlecht». General Huntzigers zweite Armee sei südlich von Sedan zurückgegangen. Der Ministerpräsident berief eine Sitzung des Kriegsausschusses ein. Zum ersten Male hörte er jetzt von Gamelin, dass sich die französische Armee in Schwierigkeiten befand. Um 19 Uhr 45 verständigte er Churchill durch eine persönliche Mitteilung, die nach London durchtelefoniert wurde.

Die Lage ist wirklich sehr ernst. Das deutsche Heer hat unsere befestigten Linien südlich von Sedan durchstossen ... Zwischen Sedan und Paris befinden sich keine vergleichbaren Befestigungen mehr ...

Er ersuchte den neuemantten britischen Premierminister, der bereits vier zusätzliche Jagdstaffeln hinübergeschickt hatte, um zehn weitere. Churchill, der kaum zu glauben

vermochte, dass die Lage so rasch so ernst geworden war, versprach, das Kriegskabinett werde der Angelegenheit «die ernsteste Aufmerksamkeit widmen»⁷⁵. So wie die Franzosen einen oder zwei Tage zuvor, glaubten die Briten jetzt noch immer, es sei reichlich Zeit, etwas zu unternehmen. Aber der aufgestörte Ministerpräsident wusste es inzwischen besser.

Am nächsten Morgen rief er Churchill um 7 Uhr 30 an und weckte ihn aus dem Schlaf. Er sprach englisch. «Wir sind geschlagen worden! Wir haben die Schlacht verloren!» Churchill erfasste die Worte nicht ganz und sagte nichts. Reynaud wiederholte sie. «Unmöglich!» antwortete Churchill schliesslich. «So rasch kann das doch nicht geschehen sein.»

REYNAUD: *Die Front ist bei Sedan durchbrochen. Die Panzer fluten durch.*

CHURCHILL: *Alle Erfahrung beweist, dass die Offensive nach einer Weile zu Ende gehen wird ... Nach fünf oder sechs Tagen werden sie stehenbleiben müssen, bis der Versorgungsnachschub eintrifft, und dann bietet sich die Gelegenheit zum Gegenangriff. Das habe ich von Marschall Foch selbst gelernt.*

REYNAUD: *Das hat sich alles geändert. Wir sehen uns einem reissenden Strom von Panzern gegenüber*

Der Premierminister beschloss das Gespräch, indem er sagte, er wolle gern am folgenden Tag «zu einem Gespräch» nach Paris hinüberkommen. «Ich hatte», schrieb Churchill später, «die Gewalt der Umwälzung nicht erfasst, die sich seit dem letzten Krieg durch das Auftauchen der raschen schweren Panzerfahrzeuge vollzogen hatte.» Er rief General Georges an, einen alten persönlichen Freund, der «durchaus kühl schien und berichtete, die Bresche bei Sedan sei im Begriff, gestopft zu werden». Von Gamelin traf ein Telegramm ein, das ihm mitteilte, die Lage zwischen Namur und Sedan sei zwar «ernst», aber «er betrachte die Situation mit Ruhe»⁷⁷. Im Unterschied zum Ministerpräsidenten äusserten die französischen Generäle sich beruhigend.

Am Ende dieses langen Tages, des 15. Mai, sandte Reynaud eine weitere Mitteilung an Churchill, nachdem er, wie er sagt, «durch ein sos übers Telefon von Daladier» aufgestört worden war. Seine Mitteilung wurde um 19 Uhr nach London durchtelefoniert.

*Wir haben die Schlacht gestern nacht verloren. Der Weg nach Paris liegt offen. Bitte schicken Sie alle Flugzeuge und Truppen, die Sie schicken können*⁷⁸.

Das sos von Daladier war das Ergebnis eines dramatischen Telefonanrufs des Oberbefehlshabers beim Verteidigungsminister einige Minuten zuvor. Der amerikanische Botschafter William C. Bullitt befand sich zufällig in Daladiers Büro, als der Anruf einging, und schilderte ihn Präsident Roosevelt am selben Abend in einem dringenden Kabel. Das Telefon klingelte. Gamelin war am Apparat. Der Botschafter konnte seine Worte nicht mithören. Aber Daladier sass «völlig ungläubig und wie vor den Kopf ge-

schlagen» da und hörte zu. Schliesslich rief er aus: «Nein! Was Sie mir da sagen, ist nicht möglich! Sie irren sich bestimmt! Es ist unmöglich!»

Gamelin erläuterte ihm, dass eine Kolonne deutscher Panzer durchgebrochen sei und sich Rethel und Laon nähere. «Dann müssen Sie sofort einen Gegenangriff unternehmen!» brüllte Daladier.

«Womit?» fragte Gamelin. «Ich habe keine Reserven.»

Daladiers Gesicht zerfiel. Er schien, wie Bullitt sagt, einzuschumpfen. «Dann ist die französische Armee erledigt?» fragte Daladier. «Sie ist erledigt», sagte Gamelin.

«Es scheint offenkundig», berichtete Bullitt an Roosevelt, «dass, falls Gott nicht ein Wunder geschehen lässt wie zurzeit der Marneschlacht, das französische Heer restlos zer schlagen werden wird⁷⁹.»

Bullitt hatte am Vormittag dieses Tages, um 10 Uhr 15, Reynaud aufgesucht, und dieser hatte ihm die Lage bereits als «äusserst ernst» hingestellt. Die Deutschen hatten die Maas an vielen Stellen nördlich von Sedan überquert.

Heute morgen um 6 Uhr hatte Daladier ihn angerufen und erklärt, die französischen Truppen könnten gegen die Massen von Panzern und Flugzeugen den heutigen Tag nicht durchhalten ... und die Schlacht werde mit Bestimmtheit rasch verlorengehen, wenn die Truppen nicht gegen die deutschen Angriffe aus der Luft geschützt werden könnten.

Er, Reynaud, habe unverzüglich Churchill in London angerufen und erklärt... der Krieg werde möglicherweise ... in einigen Tagen ... verloren sein ... wenn die Briten nicht sofort ihre Flugzeuge aus England herüberschickten.

*Churchill, so sagte Reynaud, habe ihn angebrüllt, es komme gar nicht in Frage, dass der Krieg verloren werde ... **

* Reynaud verneinte mir gegenüber nach dem Krieg, dass Churchill ihn «angebrüllt» habe oder dass er selbst etwas derartiges zu dem Botschafter gesagt habe. Dies ist nur ein Beispiel von Bullitts antibritischer Voreingenommenheit, die fast so fanatisch war wie seine antirussische, antikommunistische Einstellung. Der Botschafter hegte eine leidenschaftliche Liebe zu Frankreich und den Franzosen, die jegliche Kritik an ihnen ausschloss, und dies sowie sein mangelndes Verständnis für andere Länder und Völker war geeignet, den Wert seiner Berichte zu beeinträchtigen, wengleich sie von grossem historischem Interesse sind, besonders in der Schilderung der Stimmungen und gewisser Äusserungen der führenden französischen Männer und der Erregung des sich entwickelnden Dramas. Der Historiker Gordon Wright bemerkte nach einem Studium von Bullitts diplomatischen Depeschen (von denen viele, sogar einige der wichtigsten, in den Bänden der amtlichen Veröffentlichung *Foreign Relations of the United States, 1940*, nicht veröffentlicht sind), dass «Bullitts Verstand wie ein Maschinengewehr ratterte, während er täglich neue Pläne für die Rettung Frankreichs losfeuerte»⁸⁰. Und nicht nur Frankreichs. Schon am 13. Mai befasste sich der Botschafter auch damit, den Papst zu retten, und schickte Roosevelt ein Kabel, in dem er vorschlug, der Präsident solle den Papst einladen, im Notfall in den Vereinigten Staaten Zuflucht zu nehmen⁸¹.

Bullitts Hysterie bezüglich des Kommunismus, die zweifellos seinen Jahren als Botschafter in Russland entsprang, führte zu allerlei phantasievollen Meldungen. So kabela er beispielsweise am 16. Mai dem Präsidenten, Reynaud habe ihm unter anderem gesagt, «der endgültige und schrecklichste und unglaublichste Schlag sei, dass sämtliche Eisenbahnarbeiter in Belgien in Streik getreten seien und sich weigerten, französische Truppen zu transportieren»⁸¹. Am nächsten Tag informierte er den Präsidenten, der belgische Eisenbahnerstreik sei «von Kommunisten auf Befehl von Moskau organisiert. Er ist jetzt durch die Erschiessung der kommunistischen Rädelführer gebrochen worden *».

Ich kann in den belgischen und französischen Quellen keinen Nachweis finden, dass ein Streik stattgefunden hat. General Gamelin bemerkte allerdings zufolge dem französischen Sitzungsprotokoll am 16. Mai zu Churchill, dass «der belgische Eisenbahnerstreik die Truppenbewegungen behinderte», aber in seinen Memoiren und in seiner Aussage nach dem Krieg erwähnt er ihn nicht. Auch findet sich keine Andeutung davon in den Akten der BEF, deren neun Divisionen mit dem Transport ihres Nachschubs zum Teil auf die belgischen Bahnen angewiesen waren. Monzie, dessen Ministerium in Paris für die Zusammenarbeit mit den belgischen Eisenbahnen zuständig war, er-

Der Botschafter schloss seine Depesche mit der Mitteilung, Reynaud habe ihn «angefleht», den Präsidenten zu ersuchen, er möge eiligst so viele amerikanische Flugzeuge wie möglich herüberschicken. «Die Lage», fügte Bullitt hinzu, «könnte nicht ernster sein⁸⁸.»

Um die schlechten Nachrichten des 15. Mai zu vervollständigen, ging noch die Meldung von der formellen Kapitulation der holländischen Armee ein. Girauds siebente Armee, die beweglichste von allen, war nördlich von Antwerpen nutzlos geopfert worden, um Holland zu helfen. Hätte man sie in Reserve behalten, wie Georges es zuerst Gamelin vorgeschlagen hatte, dann hätte man sie am 13. Mai hinter die schwankende neunte Armee werfen und vielleicht die Situation noch retten können. Ihre zwei motorisierten und eine leichte Panzerdivision wurden jetzt der ersten Armee angegliedert und bezogen hinter den Briten und Belgiern Stellung am Dyle. Ihr Stabsquartier wurde nach Süden an die Somme verlegt, und General Aubert Frère wurde ihr neuer Kommandeur – noch ein General – wie Touchon von der sechsten –, der einstweilen keine Truppen hatte und eine Phantomarmee befehligte.

klärt, Baudouin habe «in der Nacht des 16. von einem Eisenbahnerstreik in Belgien gehört», aber als er selbst an diesem Abend der Sache nachging, stellte er fest, dass die belgischen Lokomotivführer 40 Stunden ohne Ablösung gearbeitet hatten, um französische Truppen und Versorgung zu transportieren. Das Streikgerücht, so stellte er fest, entstammte der Tatsache, dass die belgischen Eisenbahnen von den Deutschen schwer mit Bomben belegt worden waren, was viele Geleise lahmgelegt und zu Verwirrungen geführt hatte⁸⁹. Daladier und Reynaud erklärten mir beide, sie hätten nie etwas von dem Streik gehört, den Bullitt meldete.

In den Augen des leicht erregbaren amerikanischen Botschafters in Paris waren die Kommunisten jedoch für sehr vieles, was schiefging, verantwortlich. Am 17. Mai berichtete Bullitt Roosevelt in einer Depesche, dass

zwei unvergleichlich viel ernstere Unternehmungen der «fünften Kolonne» in der französischen Armee stattgefunden haben.

Nahezu alle französischen schweren Panzer waren mit kommunistischen Arbeitern aus den Renault-Werken am Stadtrand von Paris bemannt. Als sie Befehl erhielten, gegen die deutschen Panzer vorzurücken, rührten sie sich nicht von der Stelle. In einem Fall, als 63 französische schwere Panzer Befehl zum Angriff erhielten, rückten nur 5 vor, und 58 blieben, wo sie waren. Ausserdem zertrümmerten in einer Anzahl von Fällen die Leute in den Panzern lebenswichtige Maschinenteile.

Wie ich erfahre, werden diese Leute heute abend erschossen.

Eine noch ernstere Aktion der «fünftigen Kolonne» in Zusammenarbeit mit den Deutschen auf Befehl der Sowjetregierung sind die Jäger. Ein Regiment Jäger, das sich aus Kommunisten aus den Pariser Industrievorstädten zusammensetzte, meuterte vor drei Tagen, ergriff von der wichtigen Stadt Compiègne Besitz, die auf dem Weg der Deutschen nach Paris liegt, und hat die Stadt noch immer in der Hand. Es sind 18'000 Mann, und wie ich erfahre, werden sie heute abend von der Luftwaffe und Panzern angegriffen werden.

Das war nun allerdings ein mächtig grosses Regiment. Kein Regiment in der französischen oder irgendeiner anderen Armee enthielt 18'000 Mann.

Bullitt schloss sein Kabel an Roosevelt:

Ich bitte Sie um der Zukunft willen, nageln Sie jeden Kommunisten und kommunistischen Sympathisierer in unserer Armee, Flotte und Luftflotte fest⁹⁰.

Diese beiden haarsträubenden Geschichten wurden anscheinend von Bullitts Gewährsleuten (vermutlich Baudouin, der sie in seinen eigenen Memoiren nicht erwähnt) zurechtgeschneidert, und der Botschafter, der jeder haarsträubenden Geschichte über die Kommunisten Glauben schenkte, schluckte sie. Obwohl eine gewisse kommunistische Sabotage in den Rüstungswerken und einige Desertionen unter den Truppen passierten, liegen keinerlei Beweise zur Stützung dieser phantastischen Berichte vor. Als ich Daladier und Reynaud danach fragte, wollten sie einfach nicht glauben, dass Bullitt solche Berichte nach Washington geschickt habe. Die detaillierten Aussagen der Kommandeure der vier Panzerdivisionen und sogar der beiden Generalinspektoren der Panzertruppen, General Duffieux und General Keller, die beide politisch der äussersten Rechten angehörten und so antikommunistisch waren wie Bullitt selbst, erklärten einstimmig, dass die französischen Panzerbesatzungen vorzüglich kämpften, bis sie aufgerieben wurden. Was das «Regiment» von 18'000 kommunistischen Jägern betrifft, das sich Compiègnes bemächtigte und von der französischen «Luftwaffe und Panzern» angegriffen werden sollte, so war das ein reines Phantasiegebilde. Tatsächlich sassen zu diesem Zeitpunkt etwa 20'000 Mann, die Trümmer der vernichteten neunten Armee, in der Gegend von Compiègne herum und warteten auf Befehle zur Neudufstellung. Möglicherweise gingen von dieser chaotischen Szene Gerüchte aus, denen Bullitt ohne Weiteres zum Opfer fiel.

Während des ganzen langen 15. Mai war Reynaud über den gleichgültigen Schlendrian des Oberkommandos zusehends wütender geworden. Baudouin berichtet, der Ministerpräsident habe sich nicht an Gamelin direkt wenden wollen aus Angst, Daladier zu kränken, und habe schliesslich den Verteidigungsminister angerufen, um sich nach den Reaktionen des Generalissimus auf den Zusammenbruch an der Maas zu erkundigen. «General Gamelin hat keine Reaktionen», antwortete Daladier. Reynaud, berichtet Baudouin, war «völlig starr». Zum erstenmal nannte er jetzt den Namen Pétain. «Ach, wenn der Marschall nur hier wäre! Der würde Gamelin schon in Trab bringen! Seine Klugheit und Ruhe wären eine grosse Hilfe!» General Maurice Pujos, der vormalige Chef der Luftwaffe und ein persönlicher Freund Pétains, wurde herbeizitiert und von Reynaud in den Süd-Express nach Madrid gesetzt, um den Helden von Verdun zu holen. Mit seinen Nerven war der Ministerpräsident nahezu am Ende. Als Villelune bald nach 19 Uhr, wie Baudouin berichtet, «mit ein paar Fetzen Informationen» zurückkehrte, «die er Gamelins Stabschef zu entreissen vermocht hatte», teilte er Reynaud mit, Oberst Petitbon «habe gegen die Neugier des Ministerpräsidenten protestiert». «Wenn das so weitergeht», zitierte er den Obersten wörtlich, «werde ich überhaupt keine Auskünfte irgendwelcher Art mehr erteilen.»

Reynaud «explodierte», wie Baudouin sagt. «Es ist an der Zeit, dieser Komödie ein Ende zu machen», erklärte er. «Ich muss das Verteidigungsministerium übernehmen. Daladier wird ins Aussenministerium gehen oder überhaupt ausscheiden⁸⁷.»

Mitten in der Nacht des 15./16. Mai rief Gamelin Daladier an. General Decamp nahm das Telefon ab. Der Minister war zu Bett gegangen. Gamelin antwortete, er wolle ihn nicht stören. Er wolle lediglich die Mitteilung hinterlassen, dass die Regierung sich darauf vorbereiten müsse, Paris zu verlassen. Reynaud erhielt die Mitteilung um 2 Uhr 30 morgens, und diesmal rief er Gamelin direkt an.

«Ist die Lage wirklich so ernst?» fragte der Ministerpräsident. «Sie ersuchen die Regierung, Paris unverzüglich zu verlassen? Das hat mir General Decamp gerade mitgeteilt.»

«Das habe ich nicht genau gesagt», antwortete Gamelin nach seiner eigenen Aussage.

«Ich habe lediglich ersucht, dass die Ministerien sich darauf vorbereiten abzureisen, damit sie es nicht in Unordnung tun müssen, falls die Deutschen tatsächlich auf Paris marschieren⁸⁸.»

Dies war der Gegenstand einer eilig um 3 Uhr morgens zusammengerufenen Sitzung im Innenministerium zwischen Reynaud, Daladier und General Pierre Hering, dem Militärgouverneur von Paris. Daladier befand sich, Baudouin zufolge, in einem Zustand des Zusammenbruchs. General Hering, ein wackrer alter Krieger, verbarg seine Erregung nicht. Er riet der Regierung, die Hauptstadt sofort zu verlassen. General Gamelin, sagte er, «habe jegliche Verantwortung für Paris nach Anbruch der Nacht an diesem 16. Mai abgelehnt». Es war keine Zeit zu verlieren⁸⁹.

«Ein Morgen der Verwirrung», berichtet Baudouin, «folgte dieser verstörten Nacht.» Um 11 Uhr vormittags war Monzie «starr» über einen Anruf von Reynaud, der ihn ersuchte, Lastkraftwagen für die Evakuierung der Regierungsakten zu stellen. Die Deut-

schen, so sagte man ihm, könnten um Mitternacht in Paris sein. Der Ministerpräsident wies alle Ministerien an, die Verlagerung ihrer Archive nach Süden vorzubereiten. Die Regierung, sagte er, müsse darauf vorbereitet sein, Paris jeden Augenblick zu räumen. Um zwölf Uhr mittags traten mehrere Minister und die Präsidenten der beiden Kammern in Reynauds Büro am Quai d'Orsay zu einer Sitzung mit General Hering zusammen. Bei ihrem Eintreffen setzte der Ministerpräsident gerade handschriftlich eine Proklamation an die Pariser auf, die sie anwies, die Stadt zu verlassen. Er stellte Monzie, der als Verkehrsminister die Transportmittel für die Verlagerung von Akten und Personal beschaffen musste, eine Anzahl von Fragen.

«Wie viele Eisenbahnzüge können Sie den Parisern heute zur Verfügung stellen?»

«Nicht einen einzigen», antwortete Monzie nach seiner eigenen Aussage.

«Wie viele Lastkraftwagen für die beiden Kammern?»

«Sehr wenige.»

Angesichts dieser Auskünfte begannen die kühleren Köpfe sich durchzusetzen. Die Flucht der Regierung, so argumentierten einige, werde im Volk und bei den Truppen Panik hervorrufen. Sie würde das Ende des Krieges bedeuten. «Alle redeten auf einmal», sagt Monzie. Schliesslich entschied Reynaud, die Räumung zu verschieben. Man kam überein, dass die Regierung bis auf weiteres in Paris bleiben werde.

Plötzlich, inmitten der Beratungen, berichtet Monzie, erklang von draussen ein merkwürdiger Lärm. Er trat zum Fenster. Bündel von Akten des Aussenministeriums fielen aus einem oberen Stockwerk an ihm vorbei und schlugen unten im Hof auf⁹⁰. Bald darauf wurden sie auf einen riesigen brennenden Scheiterhaufen geworfen. Rauch begann den prunkvoll überladenen Palast des Quai d'Orsay einzuhüllen*.

16. Mai: Churchill in Paris

In dieses rauchgeschwängerte Nervenzentrum des Durcheinanders und der Angst trat um 17 Uhr 20 der neue Premierminister von Grossbritannien. Von dem Augenblick an, als er eine Stunde zuvor in Le Bourget aus dem Flugzeug stieg, war ihm offenkundig, wie er sagt, «dass die Lage unvergleichlich viel schlimmer war, als wir uns vorgestellt hatten». Bestätigung des Schlimmsten erfolgte jetzt von General Gamelin selbst, als Churchill, der mit Reynaud und Daladier im Quai d'Orsay zusammentraf, den Oberbefehlshaber auszufragen begann. Es war von Anfang an eine unheimliche Zusammenkunft.

* Pertinax berichtet, die Gräfin de Portes, «die im Gebäude des Aussenministeriums herumpirschte, wenn sie nicht geradezu körperlich in das Büro des Ministers hineinbarst», habe, als sie das Feuer erblickte, ausgerufen: «Welcher Schwachkopf hat das angeordnet?» und sei in wüste Unflätigkeiten ausgebrochen. Man teilte ihr mit, der Ministerpräsident selbst habe es angeordnet. Später gaben sie und Reynaud L6ger die Schuld. Aber es scheint kein Zweifel zu bestehen, dass der Ministerpräsident selbst die Anweisung erteilte. Pertinax fügt hinzu, später am Tage habe Madame de Portes sich damit befasst, in Reynauds Appartement zu packen, um sich zu einer raschen Flucht bereit zu halten. «Koffer», berichtet er, «füllten die Vorhalle und stapelten sich noch im Treppenhaus^M.»

Alle standen herum (berichtete Churchill später). Wir setzten uns überhaupt nicht um einen Tisch ... Draussen im Garten qualmten von grossen Feuern Rauchwolken hoch, und durch das Fenster sah ich, wie ehrwürdige Beamte Aktenstösse zu ihnen karrten. Die Räumung von Paris wurde also bereits vorbereitet.

Gamelin stand vor einer kleinen Karte, die auf einer Staffelei aufgespannt war, wies mit dem ausgestreckten Zeigefinger auf die Stellen, wo die Deutschen durchgebrochen waren, und hielt, wie Baudouin berichtet, «klar und seelenruhig einen Vortrag, als erteile er eine Unterrichtsstunde in militärischer Strategie». Die Scheiterhaufen unten im Hof waren nicht die einzige Rauchquelle. Der Premierminister paffte, Baudouin zufolge, lange Zigarren und produzierte einen «Vulkan» von Tabakrauch.

Gamelin leierte eintönig fünf Minuten lang fort und erläuterte die Situation.

Die Deutschen (sagte er, wie Churchill sich erinnerte) waren nördlich und südlich von Sedan auf einer Front von achtzig oder fünfundneunzig Kilometern durchgebrochen. Die französische Armee vor ihnen war vernichtet oder zersprengt. Ein schwerer Vorstoss von Panzerfahrzeugen rücke mit noch nicht dagewesener Geschwindigkeit auf Amiens und Arras vor, anscheinend mit der Absicht, die Küste bei Abbeville zu erreichen. Andererseits sei es auch möglich, dass er auf Paris ziele ...

Als er fertig war, entstand ein langes Schweigen, und schliesslich fragte Churchill: «Und wo ist die strategische Reserve?» Er schaltete auf Französisch um und wiederholte: «*Où est la m^asse de manoeuvre?*»

«General Gamelin», berichtet Churchill, «wandte sich zu mir um und sagte mit einem Kopfschütteln und Achselzucken: ‚*Aucune.*‘ Wir haben keine *.»

«Ich war sprachlos», berichtet Churchill. Er gesteht, er sei überhaupt nicht auf den Gedanken gekommen, «dass Befehlshaber, die eine 750 Kilometer lange, im Kampf liegende Front zu verteidigen haben, für keine strategische Reserve gesorgt haben ... Das war, wie ich zugeben muss, eine der grössten Überraschungen in meinem Leben.»

*Ich trat wieder zurück ans Fenster und zu den sich kräuselnden Rauchfahnen, die aus den Scheiterhaufen der Staatsdokumente der Französischen Republik aufstiegen. Die alten Herren fuhren noch immer ihre Schubkarren heran und warfen emsig ihren Inhalt in die Flammen **.*

* Gamelin behauptete später, er habe nicht gesagt «Wir haben keine», sondern: «Wir haben keine mehr – *il n'y en a plus* M.» Es mag manchem schwerfallen, diesen feinen Unterschied zu würdigen. Tatsache war, dass er am sechsten Kampftag eingestand, keine strategischen Reserven mehr zu besitzen.

** Der Rauch trieb die Seine hinauf zur nahe gelegenen Deputiertenkammer, wo er die Abgeordneten nachdenklich stimmte. Um 15 Uhr, vor Churchills Eintreffen, hatte Reynaud es für nötig gehalten, vor der Kammer zu sprechen und sie zu beruhigen. «Wir sind voller Hoffnung», hatte er gesagt. «Unsere Soldaten schlagen sich tapfer.» Es sei, fügte er hinzu, «keine Rede» davon, dass die Regierung Paris verlasse. Später am selben Abend, in einer Rundfunkrede an das ganze Land, prangerte Reynaud die Gerüchte, dass die Regierung in Betracht ziehe, Paris zu verlassen, als «falsch und absurd» an. «Die Regierung», erklärte er, «bleibt in Paris und wird in Paris bleiben.» Das war angesichts seiner Anweisungen früher am selben Tag nicht gerade aufrichtig.

Das Gespräch wurde wiederaufgenommen. Churchill gesteht, dass er und seine Begleiter, General Sir John Dill, der stellvertretende Chef des Empire-Generalstabs, und General Ismay, der stellvertretende Sekretär des Kriegskabinetts, noch immer wie betäubt waren. «Wir waren fassungslos über die offenkundige Überzeugung des französischen Oberbefehlshabers und der führenden Minister, dass alles verloren sei.»

In diesem Zustand des Schocks und ausserstande, das Ausmass der Katastrophe der französischen Armee, zu der er so grosses Vertrauen hatte, zu begreifen, erteilte Churchill jetzt einige schlechte militärische Ratschläge – das letzte, was die Franzosen in diesem Augenblick brauchten. Das geht aus dem von Roland de Margerie, einem Mitarbeiter Reynauds, aufgesetzten französischen Protokoll der Besprechung klar hervor. Der Premierminister widersetzte sich hartnäckig der Zurücknahme der alliierten Armeen im Norden, deren Flanke jetzt im Süden in gefährlicher Weise umgangen wurde. Stattdessen schlug er vor, diese Armeen sollten mit einem kraftvollen Gegenangriff die Deutschen an *ihrer* Flanke fassen. Daladier, der bisher geschwiegen hatte, ergriff jetzt das Wort. Er hatte, wie Baudouin sagt, mit gerötetem, schmerzverzerrtem Gesicht «wie ein geprügelter Schuljunge» in einer Ecke gesessen. Jetzt wandte er sich an Churchill.

«Die französische Armee hat nichts mehr übrig, um Paris zu decken. Wir müssen die Truppen im Norden zurücknehmen.»

«Im Gegenteil», sagte Churchill, «sie sollten sich verschanzen, wo sie jetzt sind.»

«Um das zu tun», antwortete Daladier, «müssten wir einige Reserven haben. Wir haben aber keine.»

Dem französischen Protokoll zufolge weigerte sich Churchill rundweg zu glauben, dass der Vorstoss der deutschen Panzer «eine ernste Bedrohung» darstelle.

«Wenn Panzer nicht von Infanterie unterstützt werden», behauptete er, «stellen sie nur eine begrenzte Kraft dar. Sie werden nicht in der Lage sein durchzuhalten. Sie müssen neu aufgetankt, neu versorgt werden ... Ich weigere mich, in diesem spektakulären Überfall der deutschen Panzer eine wirkliche Invasion zu erblicken ...»

Die Erörterung verlor die Verbindung mit der Wirklichkeit. General Gamelin führte sie nicht auf den Boden der Tatsachen zurück, als er einwarf, er hoffe den deutschen Vormarsch zum Stehen zu bringen, indem er «für morgen einen Gegenangriff durch Girauds Armee» anordne. Churchill wusste nicht, dass die neunte Armee, die Giraud an diesem Tag übernahm, nicht mehr existierte.

Der Generalissimus verlangte nun, kräftig unterstützt von Reynaud und Daladier, dass die Briten mehr Flugzeuge in den Kampf würfen – mindestens zehn Jagdstaffeln. Dies war, so erklärten sie, die einzige Hoffnung, die Panzer abzuwehren. Churchill versuchte vergeblich darzulegen, dass Jagdflugzeuge keine Panzer zum Stehen bringen konnten. «Es ist Sache der Artillerie, Panzer zum Stehen zu bringen», erklärte er.

Es schien ihm seltsam, dass das französische Oberkommando, das das grösste Aufgebot an Artillerie in Europa zur Verfügung hatte, dies nicht begriff. Die Franzosen besaßen ausser ihren modernen Geschützen einen nahezu unbegrenzten Vorrat an 75cm, die aus dem ersten Weltkrieg übriggeblieben waren. Sie stellten vorzügliche Panzerabwehr-

geschütze dar. Ich erinnere mich noch, als ich einige Tage später den deutschen Truppen kurze Zeit auf ihrem Vorstoss durch Belgien und Nordfrankreich folgte, dass mir der Gedanke kam, wie wirksam die französischen 75er-Geschütze gewesen wären, wenn man sie in der Nähe der Strassen in Stellung gebracht hätte, auf denen die Panzer fast unbelästigt entlangrollten.

Churchill, der bereits vier neue Staffeln Jagdflugzeuge nach Frankreich beordert hatte, erklärte sich am Ende des Tages einverstanden, um die Entsendung von sechs weiteren Staffeln zu ersuchen. Damit blieben nur 25 Staffeln in Grossbritannien zur Verteidigung der Inseln, eine Notwendigkeit, die dem Premierminister im Verlauf des Tages immer deutlicher vor Augen trat. Kurz vor Mitternacht erhielt er aus London die Zustimmung des Kabinetts zur Entsendung der Luftverstärkungen und eilte hinüber in Reynauds Wohnung hinter der Kammer, um den Ministerpräsidenten zu unterrichten. Er traf sie «mehr oder weniger in Dunkelheit gehüllt» an, aber «nach einer Weile tauchte Monsieur Reynaud im Schlafrock aus seinem Schlafzimmer auf, und ich teilte ihm die günstige Nachricht mit». Churchill bewog ihn, Daladier rufen zu lassen, der, wie er meinte, etwas Rückenstärkung nötig hatte. Der verfallende Verteidigungsminister traf auch richtig ein. «Er sprach nicht ein einziges Wort», sagte Churchill. «Er erhob sich langsam aus seinem Sessel und drückte mir die Hand.»

Reynaud zufolge rundete der britische Premierminister die unvorhergesehene Mitternachtssitzung ab mit einer «feurigen Improvisation, wie man den Feind bekämpfen müsse, und kündigte unter anderem an, die RAF werde in Deutschland die Ernte auf den Feldern und die Wälder in Brand stecken». Churchill sagt, er sei gegen 2 Uhr morgens zur britischen Botschaft zurückgekehrt und habe «gut geschlafen» ®³.

Er gab später zu, er habe sich im Irrtum befunden, als er argumentierte, die alliierten Streitkräfte sollten ihre Stellungen östlich von Brüssel halten. In Wahrheit hatte das französische Oberkommando trotz des Zusammenbruchs der neunten Armee und des Eintreffens der deutschen Panzer an der französischen Grenze südlich von Maubeuge es gar nicht eilig gehabt, sie zurückzunehmen. So stand der Feind jetzt an der Südflanke der französischen ersten Armee, des britischen Expeditionsheers und der 22 Divisionen der belgischen Armee, die auf der Linie Antwerpen-Namur noch gut standhielten. Doch General Georges schien die Gefahr nur langsam aufzugehen. Er war, wie Oberst Lyet sagt, «sogar am Abend des 16. Mai nur unzureichend über die Lage unterrichtet» ®⁴. Im Lauf des Tages hatte er einen langen Befehl (Nr. 14) ausgegeben, der dazu bestimmt war, den Feind «anzuhalten». Die Armeen im Norden sollten an Ort und Stelle stehenbleiben, und nur die erste Armee sollte auf ihrer Südflanke entlang der Maas zurückgehen. «Diese Operation», schrieb Oberst Lyet, «ist unmöglich. Nichts kann jetzt den Marsch des Feindes zum Meer aufhalten.»

Nach Aussage von General Roton, seinem Stabschef, begriff General Georges erst am Abend des 16. Mai das volle Ausmass der Katastrophe der neunten Armee. Erst dann, erklärt Roton, erfasste Georges, dass die Armeen im Norden ihren Rückzug nach Südwesten durch Belgien antreten mussten. Niemand scheint auf den Gedanken gekommen

zu sein, sie herumzuschwenken, um gegen die nach Westen ausgezogenen dünnen deutschen Panzerlinien einen Gegenangriff zu führen. Sie sollten ganz einfach zurückgenommen werden. Aber Georges' Rückzugsbefehl ging, wie Roton sagt, erst um 7 Uhr morgens am 17. Mai hinaus⁹⁵.

Das war eine katastrophale Verzögerung. Bei Anbruch der Nacht des 16. Mai hatten deutsche Panzereinheiten die schwach verteidigten französischen Grenzstellungen südlich von Maubeuge durchbrochen. Rommels 7. Panzerdivision hatte Avesnes erreicht; Reinhardts Panzerkorps war bis zur Oise bei Guise vorgedrungen. Guderians Panzer waren bis Marie durchgestossen. Wie Oberst Lyet bemerkte, stand ihrem weiteren Vormarsch zum Meer – oder nach Paris – jetzt nichts mehr im Weg.

Die Armeen im Norden, die Belgier, die Briten und die Franzosen der ersten Armee, waren nicht nur in gefährlicher Weise umgangen. Schlimmer noch, sie waren in Gefahr abgeschnitten zu werden.

Die Schlacht um Frankreich, III. Die Katastrophe in Flandern und die belgische Kapitulation 16. Mai bis 4. Juni 1940

Jetzt begann der Sturmangriff der deutschen Panzer zum Meer. Paris wurde links liegen gelassen. Die Deutschen hielten sich an den «Mansteinplan», der sich bisher so glänzend bewährt hatte, und beschlossen, vorerst die alliierten Armeen in Nordfrankreich und Belgien abzuschneiden und zu vernichten. Sodann würden Paris und das restliche Frankreich eroberungsreif sein.

Das französische Oberkommando versuchte zwei Tage lang, die Flut entlang der Aisne und Oise einzudämmen, und vergeblich dabei noch eine weitere Panzerdivision. Aber sowohl das Oberkommando als auch die Heere waren zu desorganisiert, als dass sie imstande gewesen wären, die vorwärtsstürmenden Panzer auch nur zu bremsen. Die Aisne hielt, weil die Deutschen nicht versuchten, sie zu überqueren. Das hätte sie nach Süden geführt. Ihr Vorstoss hingegen ging nach Westen über die Oise und von dort weiter. Am 16. Mai begann General Haider in einem Überblick über die Lage, wie sie sich dem deutschen Generalstab darstellte, sein Tagebuch mit der Eintragung: «Der Durchbruch entwickelt sich in durchaus klassischer Form.»

Am selben Tag, dem 16. Mai, erliess General Georges, wie wir gesehen haben, seine grossartigen Befehle, den feindlichen Durchbruch «anzuhalten» und zum Gegenangriff überzugehen. Aber in seiner Unkenntnis des Ausmasses der Katastrophe – wie sein Stabschef sagt – wusste er nicht genau, wo seine Armeen sich befanden oder was aus ihnen geworden war. Seine Befehle hatten keinen Zusammenhang mit der Wirklichkeit. Betreffend den Gegenangriff richtete er sie direkt (Befehl Nr. 93, 16. Mai) an General Giraud von der neunten Armee und General Touchon von der sechsten Armee. Aber die neunte Armee existierte nicht mehr, und die sechste Armee besass keine Truppen. Georges bestimmte, Giraud sollte seinen Angriff mit der 1. und 2. Panzerdivision als Spitzenverbänden vortreiben und Touchon den seinen mit de Gaulles 4. Panzerdivision. Nur war leider die 1. Panzerdivision vernichtet, und de Gaulles Einheit wurde gerade eiligst zusammengeholt und aufgestellt. Was die 2. Panzerdivision betraf, eine Eliteformation, so war ihr Schicksal ähnlich dem der 3. bei Sedan. Auch sie war weit auseinandergezogen und konnte als geschlossene Panzerformation nicht eingesetzt werden. Wieder einmal hatte das französische Oberkommando eine starke Panzerdivision durch falsche Verwendung ihrer Schlagkraft beraubt.

Die Befehle an die Division, von ihrem Stützpunkt östlich von Châlons auszurücken, trafen erst zur Mittagsstunde des 13. Mai ein, nachdem die Deutschen bereits bei Dinant

und Sedan die Maas überschritten hatten. Wie schon im Fall der anderen Panzerdivisionen hatte auch sie Weisung, teils mit der Bahn, teils auf den Strassen vorzurollen. Aber die schweren Plattformwagen für Panzer und Sturmartillerie waren dazu verwendet worden, die 1. Panzerdivision nach Norden zu transportieren, und bis zu ihrer Rückkehr – über Paris, wie sich herausstellen sollte – konnte die 2. Panzerdivision mit ihrer Hauptkomponente, den Panzern, sich nicht rühren. Die Räderfahrzeuge, die Versorgung und Bedienung transportierten, rollten am Abend des 13. Mai los, aber die Eisenbahnzüge mit den Panzern und der Artillerie konnten erst am Nachmittag des 14. und die letzten sogar erst in der Nacht des 15. Mai abfahren. So gingen zwei Tage verloren. Inzwischen war die Division über 80 Kilometer Strassen- und Bahnnetz verstreut. Am 14. Mai wurde nach Ansicht des Divisionskommandeurs, General Bruché, infolge des Durcheinanders im Oberkommando eine einzigartige Gelegenheit versäumt. Um diese Zeit waren die Deutschen bei Dinant und Sedan durchgebrochen. Die Panzer des Generals warteten noch auf dem Verladebahnhof in Châlons auf Transportmittel. Man hätte sie auf die Strasse nach Sedan ausladen können, das nur 80 Kilometer entfernt lag, oder nach dem 130 Kilometer entfernten Dinant, und sie hätten das Schlachtfeld noch in der Nacht erreicht. Das Oberkommando glaubte jedoch, wie General Bruché sagt, die Division sei bereits in Charleroi, westlich von Dinant, zusammengezogen, und erteilte folglich der 2. Division Befehl, schnellstens auf dem Strassen weg von Charleroi nach Signi-l'Abbaye hinter die zerrissene Verbindung zwischen der neunten und zweiten Armee zu rollen. Ebenso wie viele andere Befehle des Oberkommandos hatte auch dieser keinerlei Sinn und Verstand, da er in keiner Beziehung zur Wirklichkeit stand. General Bruché konnte seine da und dort verteilte Panzerdivision nicht mehr zusammenziehen. Die Räderfahrzeuge mit der Versorgung stiessen auf die deutschen Panzer, die von Sedan nach Westen rasten, und zogen sich, da sie über keine Kampfseinheiten verfügten, nach Rethel, südlich der Aisne, zurück. Die Panzer und die Sturmartillerie wurden schliesslich von ihren Plattformwagen auf verschiedenen Güterbahnhöfen zwischen Saint-Quentin und Hirson ausgeladen. Inzwischen hatte der deutsche Panzervorstoss sie von ihren Versorgungszügen südlich der Aisne abgeschnitten. Die Division war hoffnungslos über ein grosses Dreieck zwischen Hirson, La Fere (an der Oise) und Rethel an der Aisne verstreut. Den Panzern wurde jetzt – genau wie denen der 3. Division – die Aufgabe zugewiesen, den deutschen Panzern an zwei Dutzend weit verstreuten Punkten den Weg zu versperren. Wieder war eine gute Panzerdivision vergeudet worden. Die drei schweren Panzerdivisionen, die die Franzosen besaßen und die am 10. Mai alle im Gebiet Reims-Châlons stationiert waren, also 80 Kilometer von der Maas bei Sedan und Mézieres entfernt, die sie auf dem Strassenweg über Nacht hätten erreichen können, waren somit durch die Stümperei der ranghöchsten Generäle verschleudert worden. Nicht eine von ihnen war sachgerecht eingesetzt worden, um als Panzerformation zu kämpfen. Und jetzt, am 16. Mai, zählten sie nicht mehr. Es blieb nur noch die von de Gaulle kommandierte neu aufgestellte 4. Panzerdivision, und sie besass nicht ihre volle Stärke und keine Divisionsausbildung.

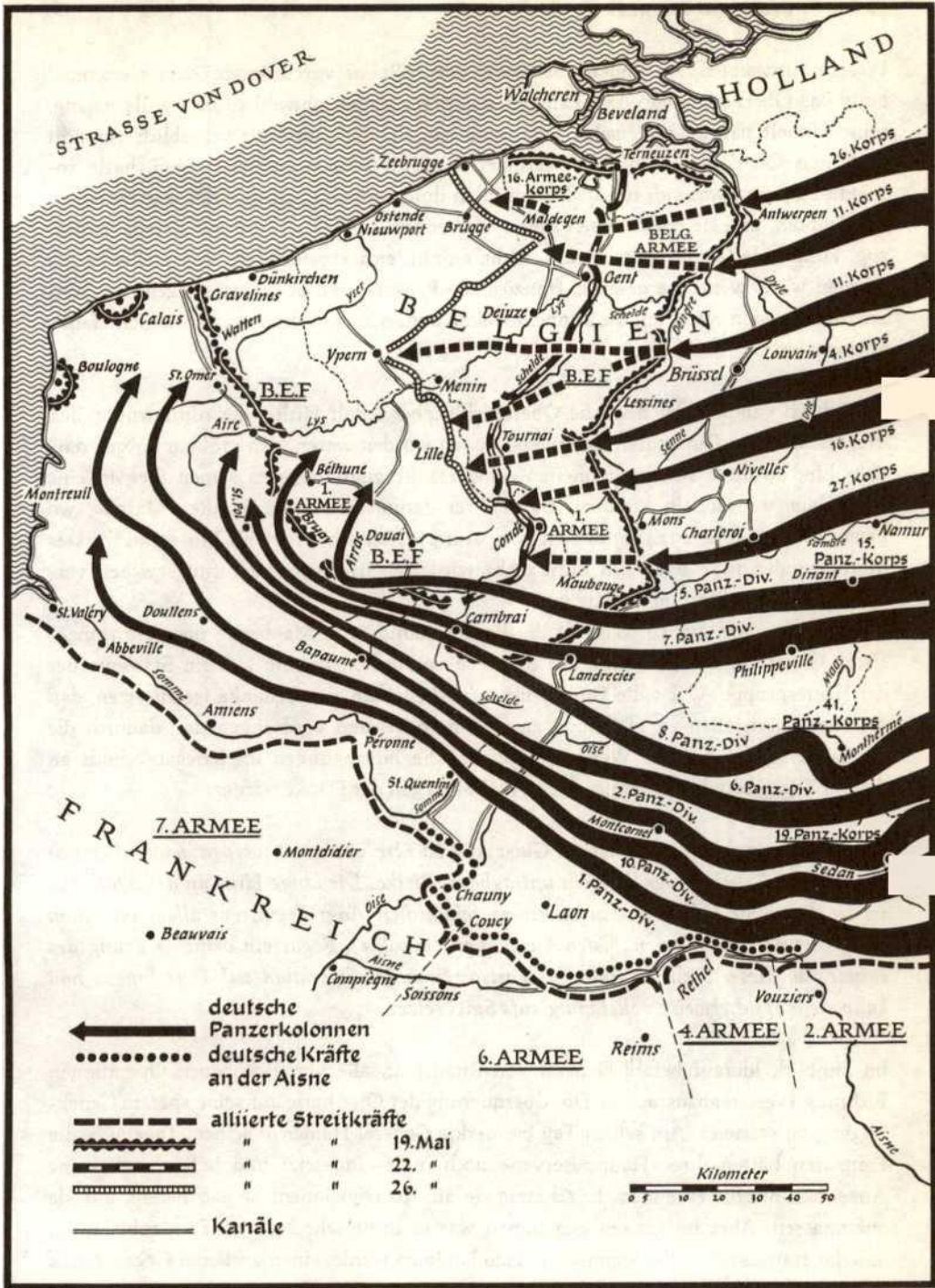
Dessenungeachtet schlug sie sich gut. De Gaulle hatte am 11. Mai, als er noch Oberst war, den Befehl über die 4. Panzerdivision erhalten, die, wie er sagt, «noch nicht existierte». Wir haben bereits einen Armeegeneral (Touchon) ohne Truppen gesehen. Hier war jetzt der Kommandeur einer Panzerdivision ohne Panzer. Er ging jedoch daran, sie hier und dort zusammenzukratzen, und hatte bei Morgengrauen des 17. Mai, wie er berichtet, drei Bataillone Panzer beisammen, und zwar ein Bataillon schwerer B-Panzer und zwei Bataillone leichter R-35, knapp östlich des bedrohten Laon. Am 16. Mai hatte er persönlich die Lage erkundet, und was er dabei sah, hatte ihn fast zerschmettert.

Auf allen von Norden herführenden Strassen wandern jämmerliche Züge von Flüchtlingen. Ich stosse dort auch auf eine Anzahl waffenloser Soldaten ... Vor diesem Schauspiel der niedergeschlagenen Bevölkerung und dieses militärischen Zusammenbruchs, bei der Schilderung dieser verächtlichen Unverschämtheit des Feindes überfällt mich eine grenzenlose Wut. Ach, es ist doch nicht zu fassen! Der Krieg fängt unerhört schlecht an. Deshalb muss er fortgeführt werden ... Wenn ich am Leben bleibe, werde ich kämpfen, wo es auch sei, solange wie nötig, bis der Feind besiegt und die Schmach der Nation ausgetilgt ist. Was ich in der Folge habe tun können, das hatte ich mir alles an jenem Tage vorgenommen².

Ein gutes Stück Geschichte hing an diesem trotzigen Entschluss. De Gaulle beschloss ausser-

dem, mit den Streitkräften, die er zusammenraffen konnte, am nächsten Morgen anzugreifen. Sein Ziel war, 20 Kilometer in nordöstlicher Richtung nach Montcornet an der Serre vorzustossen und dort den Knotenpunkt der Strassen, die westwärts und südwärts nach Saint-Quentin, Laon und Reims führten, zu blockieren. Die Division erreichte, indem sie Vorausschwärme feindlicher Panzer beiseite schob, schon bald ihr Ziel. Aber wieder folgte keine Infanterie oder Artillerie nach, und de Gaulle sah sich heftigen Angriffen seitens deutscher Geschütze nördlich des Flusses und unablässigen Bombenabwürfen der Stukas ausgesetzt. Bei Anbruch der Nacht sickerten deutsche Panzer hinter ihm ein. Da er keine Unterstützung erhielt – «wir waren wie verirrte Kinder 30 Kilometer vor der Aisne», schreibt er –, ging er mit 120 Gefangenen zurück. Gleich allen anderen französischen Panzer-Gegenangriffen, die bisher unternommen worden waren, war auch dieser zu isoliert, verzettelt und zu kurz, um irgendeine Wirkung auf die Schlacht zu haben, obwohl er einen Tag lang die deutschen Panzer aufhielt.

Zwei Tage später machte de Gaulle sich unverzagt neuerlich auf. Inzwischen war der Feind weiter nach Westen zur Oise vorgerückt. De Gaulle bewegte seine Division jetzt in nordwestlicher Richtung nach Crecy an der Serre mit dem Ziel, dem Feind die Strasse nach La Fere abzuschneiden. Die Division erreichte die Serre, zersprengte einige feindliche Panzer, wurde aber am Fluss durch deutsche Artillerie und neuerliche Bombenangriffe zum Stehen gebracht. Im Lauf des Nachmittags traf ein Befehl von General Georges persönlich ein, südlich der Aisne zurückzugehen, wo die Franzosen eine Verteidigungslinie zu errichten versuchten, um die Deutschen, deren Hauptkräfte nach



DER DEUTSCHE DURCHBRUCH ZUM MEER UND DAS AUFROLLEN DER ALLIIERTEN STREITKRÄFTE IN FLANDERN

17. Mai bis 4. Juni 1940

Westen vordrangen, zu hindern, südwärts gegen Reims vorzurücken. Zum viertenmal hatte das Oberkommando eine Panzerdivision vergeudet, obwohl es de Gaulle gelang, seine Einheit nahezu unversehrt herauszulösen. Er, der jahrelang vergeblich versucht hatte, das Oberkommando vom Wert der Panzerdivisionen zu überzeugen, hatte zumindest gezeigt, was sich tun liess, wenn man ihnen erlaubte, als geschlossene Einheiten zu kämpfen, und sie entschlossen führte. Als er sich in dieser Nacht auf Befehl zurückzog, konnte de Gaulle, wie er sagt, nicht umhin, sich vorzustellen, was vielleicht geschehen wäre, wenn die gesamte französische Panzerstärke in diesem Augenblick konzentriert worden wäre, um die dünne deutsche Panzerlinie in ihrer ungeschützten Flanke anzugreifen³.

Tatsächlich gab sich der deutsche Oberbefehlshaber Adolf Hitler, der nicht wusste, dass drei französische Panzerdivisionen verschlissen worden waren, den grössten Sorgen darüber hin, ob diese starken Einheiten seine Flanke angreifen und seinen Sieg in eine Niederlage verwandeln könnten. Der Führer dachte unablässig an die «Marne», wo genau dies im Jahr 1914 geschehen war. Am 18. Mai schrieb er an Mussolini⁴: «Das Marnewunder 1914 wird sich nicht mehr wiederholen!» Sein Ausrufungszeichen verrät, wie unbehaglich ihm zumute war.

Zwei Tage zuvor, am 16. Mai, als die Panzer südlich von Maubeuge über die französische Grenze und in Richtung auf die Oise vorstiessen, begann sich im Stabsquartier der Heeresgruppe A, das die Durchbruchsschlacht leitete, der Gedanke festzusetzen, dass die Panzerdivisionen zu rasch und zu weit nach Westen vordrangen und dadurch die Südflanke in gefährlicher Weise entblössten. Die Eintragungen im Kriegstagebuch an diesem Tag geben die zunehmende Nervosität wegen der Flanke wieder:

Zweifellos kann die Oise zwischen Guise und La Fere überquert werden, wahrscheinlich ohne Mühe ... Aber hier liegt ein untragbares Risiko. Die lange Linie an der Südflanke ist zu dünn. Sie lädt geradezu zu einem feindlichen Angriff ein, vor allem im Raum Laon (wo de Gaulle am nächsten Tag angreifen sollte). Sogar ein örtlicher Erfolg des Feindes an dieser Stelle bedroht das Fortschreiten der Operation auf Tage hinaus und kann sie möglicherweise vollständig aufs Spiel setzen.

Im Hinblick hierauf befahl General von Rundstedt, alle vorgeschobenen Operationen Richtung Westen abzustoppen. Die Überquerung der Oise hatte auf seine spätere Genehmigung zu warten⁵. Am selben Tag vermerkte General Haider in seinem Tagebuch, die Franzosen hätten ihre «Hauptreserven» noch nicht eingesetzt und liessen auch keine Anzeichen hierfür erkennen. Er schätzte sie auf 30 Divisionen. Er gab Befehl, auf sie aufzupassen. Aber im Ganzen genommen war er nicht sehr besorgt. Er glaubte nicht, dass das französische Oberkommando dazu kommen werde, einen grösseren Gegenangriff gegen seine Flanke zu führen, bevor die Flanke ausreichend verstärkt werden konnte, um sie zu halten.

Am nächsten Tag, dem 17. Mai, nahmen die Besorgnisse anderer deutscher Generäle zu – unerklärlicherweise, denn abgesehen von de Gaulles örtlichem Gegenangriff nordöstlich von Laon war noch immer kein Anzeichen dafür zu erblicken, dass die Franzosen ein ernsthaftes Unternehmen organisierten, um den Durchbruchskorridor von Süden her zu durchschneiden. Am frühen Morgen dieses Tages erhielt General Guderian, nachdem seine 1. Panzerdivision bis Ribemont an der Oise vorgedrungen war, den Befehl, seinen Vormarsch sofort zu stoppen. Um 7 Uhr morgens traf General von Kleist im Flugzeug auf seinem Befehlsstand bei Montcornet ein und begann unverzüglich, wie Guderian sagt, ihn mit «äusserst heftigen Ausdrücken wegen der Nichtbefolgung von Befehlen herunterzuputzen». Der Kommandeur des xix. Panzerkorps war so wütend, dass er darum ersuchte, von seinem Kommando entbunden zu werden. Kleist nahm das Gesuch an und befahl ihm, sein Korps General Rudolf Veiel zu übergeben, was er auch tat.

Doch Rundstedt dachte nicht daran, sich der Dienste des glänzendsten Panzerkommandeurs im ganzen Heer zu berauben, und schickte im Lauf des Nachmittags General List, den Befehlshaber der deutschen zwölften Armee, hinüber, damit er die Sache ausbügeln. List erklärte Guderian, dass der Befehl zum Stehenbleiben vom Oberkommando des Heeres selbst komme und befolgt werden müsse. Inzwischen, meinte List, könne Guderian eine «kampfkräftige Aufklärung» durchführen. Das war alles, was Guderian brauchte, um seinen Vormarsch wiederaufzunehmen. Am Abend waren seine Panzer über die Oise⁶. Weiter rückwärts, in der verdünnten Atmosphäre der verschiedenen deutschen Stabsquartiere, verlief dieser 17. Mai womöglich noch weniger harmonisch. «Ein recht unerfreulicher Tag», notierte Haider in seinem Tagebuch. «Der Führer ist ungeheuer nervös.» Um 12 Uhr mittags hatte Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres, General von Brauchitsch, und den Chef des Generalstabs, General Haider, zu sich gerufen. «Wenig gegenseitiges Verständnis», notierte Haider gewunden. «Der Führer betont nachdrücklich, dass die Hauptgefahr im Raum Sedan liegt. Ich erblicke dort absolut keine Gefahr.» Aber Hitler war nicht überzeugt. Er war der Meinung, die Südflanke sei gefährlich entblösst. Im Lauf des Nachmittags fuhr der Führer in Rundstedts Hauptquartier in Bastogne. Hier stiess er beim Befehlshaber der Heeresgruppe A auf mehr Verständnis. Rundstedt und sein Stab erwarteten, wie sie sagten, «eine grosse Überraschungs-Gegenoffensive starker französischer Verbände aus dem Raum Verdun und Châlons-sur-Marne nach Norden ... gegen die sich stetig verlängernde linke Flanke der vorrückenden Armeen». Haider, der bei dieser Besprechung nicht zugegen war, aber von ihr hörte, pflasterte sein Tagebuch den ganzen Tag mit Vermerken, die den Gedanken, die Franzosen könnten ernsthaft an der entblössten Flanke angreifen, widerlegten. «Der Feind hat dort nur sechs Divisionen, und das genügt nicht zum Angreifen. Folglich keine Gefahr.» Er schloss sein Tagebuch für den 17. Mai ab, nachdem er nochmals Hitlers ungebührliche Nervosität vermerkt hatte: «Er hat Angst vor dem eigenen Erfolg, möchte nichts riskieren und uns daher am liebsten anhalten. Vorwand: Sorge um die linke Flanke!» Seine Anrufe und Besprechungen bei den Heeresgruppen haben, so schliesst Haider, «nur Unklarheiten und Zweifel verursacht».

Am nächsten Tag, dem 18. Mai, standen die Dinge um den Obersten Kriegsherrn und seine Heerführer nicht besser. Hitler war noch nervöser als am Tag zuvor. «Der Führer», notierte Haider in seinem Tagebuch, «hat eine unverständliche Angst um die Südflanke. Er tobt und brüllt, man sei auf dem Wege, die ganze Operation zu verderben und sich der Gefahr einer Niederlage auszusetzen. Er will eine Weiterführung der Operation nach Westen überhaupt nicht ... Das ist der Gegenstand einer höchst unerfreulichen Auseinandersetzung zwischen dem Führer einerseits, dem OB und mir andererseits.» Der andere militärische Tagebuchführer, General Alfred Jodl im OKW, war bestürzt über die Uneinigkeit an der Spitze.

Tag starker Spannung, OKH hat der Absicht, mit grösster Beschleunigung eine Südflanke aufzubauen, nicht entsprochen... OB. D. H. (Brauchitsch) und Gen. Haider werden sofort bestellt und ihnen in schärfster Weise befohlen, sofort die nötigen Massnahmen zu ergreifen.

Diese beiden Heerführer gedachten nicht, sich wegen der grundlosen Befürchtungen des Gefreiten aus dem ersten Weltkrieg, auch wenn er jetzt Oberster Kriegsherr war und sich für ein militärisches Genie hielt, den Sieg aus der Hand winden zu lassen. Um 18 Uhr war Haider abermals bei Hitler, und diesmal verlangte er, wie er sagt, dass Befehl zur Wiederaufnahme des Vormarsches nach Westen erteilt werde. Der Kriegsherr stimmte widerwillig zu. Eine Stunde später gab das Oberkommando des Heeres die Befehle aus. Haider hatte sich, wie sein Tagebuch zeigt, zu keiner Zeit wegen eines grossen französischen Gegenangriffs auf die langgestreckte deutsche Linie quer durch Nordfrankreich gesorgt. Er scheint von Anfang an in geradezu unheimlicher Weise die Schwäche des französischen Heeres gespürt zu haben, seinen Mangel an Initiative, seine Unfähigkeit zu manövrieren und seine Furchtsamkeit, zur Offensive überzugehen – wie schon 1914. Seine Hauptsorge war jetzt, dass seine Armeen womöglich nicht rasch genug zum Meer vordrängen, um die alliierten Heere in Belgien einzuschliessen. Am Morgen des 19. Mai, als die Panzer über die Oise durchgebrochen waren und dem Meer zustrebten, notierte er in seinem Tagebuch, die alliierten Streitkräfte in Belgien zögen sich rasch auf die belgisch-französische Grenze zurück. Er sah eine grosse Schlacht voraus, bei der die Falle zuschnappen konnte. «Sie wird mehrere Tage dauern. Wir haben den Vorteil der Initiative. Der Feind hat den Vorteil einer stärkeren Konzentration der Mittel.»

Rückzug im Norden

Der Befehl zum Rückzug der alliierten Armeen im Norden war, wie wir gesehen haben, vom französischen Oberkommando in verhängnisvoller Weise verzögert worden. Der König der Belgier, der begreiflicherweise zögerte, Brüssel kampfflos aufzugeben, hatte zu der Verzögerung das Seine beigetragen und die Lage dadurch noch verschlimmert. Game-

lin behauptet, General Billotte wollte mit dem Rückzug in der Nacht des 15. Mai beginnen, als er der französischen ersten Armee befahl, ihren rechten Flügel auf Charleroi zurückzunehmen, nachdem die neunte Armee südlich von ihr zusammengebrochen war. Gamelin erklärt, König Leopold habe dies abgelehnt, und dies habe die Alliierten 24 Stunden gekostet. Der König willigte schliesslich am nächsten Tag ein, und der Rückzug der Belgier, der BEF und der französischen ersten Armee begann in dieser Nacht des 16. Mai, nachdem Billotte darauf bestanden hatte, ohne auf Befehle von Georges zu warten, die erst am Morgen des 17. ausgesandt wurden.

Der junge König, der fünf Jahre zuvor sein Land aus dem Bündnis mit Grossbritannien und Frankreich herausgelöst hatte, war bereits zum Defätisten geworden, und seine Abneigung gegen die westlichen Verbündeten war gewachsen. Er sah bereits eine rasche alliierte Niederlage voraus und war entgegen den Wünschen seiner Regierung entschlossen, weder den zurückgehenden britisch-französischen Streitkräften nach Frankreich zu folgen, wie sein Vater es 1914 getan hatte *, noch mit seiner Regierung ins Ausland zu fliehen wie soeben die Königin der Niederlande. Er hatte dies dem Ministerpräsidenten Hubert Pierlot am 15. Mai bei einer dramatischen Unterredung eindeutig erklärt.

Der König sagte seinem Ministerpräsidenten, dass die Deutschen infolge des Durchbruchs an der Maas in acht Tagen am Ärmelkanal sein würden. In diesem Fall, unterbrach ihn der überraschte Minister, müsse die belgische Armee sich zuerst nach Westen und sodann nach Süden zurückziehen, «um ihre Bewegungsfreiheit zu behalten und mit den alliierten Heeren in Fühlung zu bleiben».

«Nein», erwiderte der König. «Nicht nach Westen. Nach Norden.» Das bedeutete, dass er die belgische Armee von der britischen und französischen abtrennte und sie nach dem befestigten Platz Antwerpen zurücknahm, das von den Deutschen bereits bedroht war. Pierlot berichtet, er habe geglaubt, den König nicht richtig verstanden zu haben, aber als Leopold seine Absicht wiederholte, protestierte er. Ein Rückzug nach Norden, erklärte er, bedeute die «sichere Kapitulation» und würde die Alliierten im Stich lassen.

Die Alliierten? Der König hatte für sie nur Verachtung übrig. Zuzufolge seinen eigenen Aufzeichnungen über die Unterredung

lenkte er die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Gefahr, sich in eine britisch-französische Allianz hineinziehen zu lassen ... Der König beharrte darauf, dass in keinem Fall ein Bündnis geschlossen werden dürfe, ganz besonders nicht, da weder London noch Paris bisher geneigt schienen, die gewünschten Garantien bezüglich der Zukunft Belgiens zu geben.

Der König scheint nicht auf den Gedanken gekommen zu sein, dass Belgien, wenn es überrannt wurde, wie es jetzt wahrscheinlich war, nur eine einzige Hoffnung auf Be-

* Tatsächlich hatten die Alliierten 1914 einen winzigen Streifen belgischen Gebiets zwischen der Yser und der Küste halten können, und von dort aus, auf belgischem Boden, konnten König Albert, seine Regierung und seine Armee operieren.

freierung vom deutschen Nazijoch hatte, und das war der Endsieg der Alliierten. Warum also seine hartnäckige Abwehr gegen ein Bündnis mit ihnen? Rechnete er bereits, wie mancher argwöhnte, dass er von den Deutschen bessere Bedingungen erhalten werde, wenn er Belgien von den Westmächten loslöste?

Pierlot war besorgt und kehrte am nächsten Tag, begleitet von Aussenminister Spaak und Kriegsminister General Denis, ins königliche Hauptquartier zurück, um sich mit dem König endgültig auseinanderzusetzen. Die drei Minister, so erklärt Pierlot, verlangten «kategorisch», dass das belgische Heer während des Rückzugs nach Frankreich an der Seite der alliierten Armeen bleibe. Aber der König, so fügt er hinzu, «erhob Einspruch» mit dem Argument –

wenn ich erst auf ausländischem Gebiet bin, muss ich mich den Gesetzen dieses Landes fügen, und das gleiche gilt für die Armee. Folglich wird das belgische Oberkommando nicht mehr frei sein ... und ich habe keine Gewalt über die Interessen Belgiens.

Die Minister protestierten abermals und beteuerten, der König dürfe unter keinen Umständen «sich auf die Eventualität einlassen, in Gefangenschaft zu geraten». Sie erklärten ihm, es sei seine Pflicht, die Regierung auf «freies Gebiet» zu begleiten, um «den Kampf fortzusetzen». Der König wollte nicht zustimmen, und als die Minister ihn darauf hinviesen, dass die Königin der Niederlande nach London gegangen war, als Holland überannt wurde, antwortete Leopold: «Hat sie recht gehabt wegzugehen?» Pierlot erklärt, er und seine Kollegen hätten die Sitzung verlassen, «ohne dass ihre Befürchtungen sich verringert hatten. Die Atmosphäre rings um den König war defätistisch. Ein General wies bei einer Karte auf die Ärmelkanalegend und sagte mit lauter Stimme: ‚Da – in acht Tagen ist der Krieg für uns zu Ende.‘»

Am nächsten Tag, dem 17. Mai, wurde Brüssel aufgegeben. Das belgische Kabinett, das in Ostende zusammentrat, befasste sich nicht nur mit dem Verlust der Hauptstadt, sondern auch mit der Haltung des Königs. Nach dem Ministerrat schrieb Pierlot einen eiligen Brief an den Souverän. Die Regierung, schrieb er, bestehe darauf, dass das belgische Heer in Übereinstimmung mit den alliierten Streitkräften zurückgehe und «sich nicht von ihnen abtrennen lasse». Und «auf keinen Fall», betonte er, «darf der König das Risiko eingehen, in Gefangenschaft zu geraten». Leopold konnte nicht beipflichten, Er antwortete,

wenn die alliierten Streitkräfte geschlagen würden ... habe Belgien ihnen gegenüber keine weiteren Verpflichtungen ... Belgien sei seinen Garantiemächten gegenüber keine andere Verpflichtung eingegangen als die, sein Staatsgebiet zu verteidigen.

Leopold wiederholte dies Pierlot gegenüber am folgenden Tag, dem 18. Mai, als der Ministerpräsident, wieder von Spaak und General Denis begleitet, mit ihm in der Nähe von Gent zusammentraf. Er schien ganz besessen von der Idee, dass Belgien, nachdem es

versucht hatte, seinen Boden zu verteidigen, keine weiteren Verpflichtungen gegenüber den Alliierten hatte, die in Wirklichkeit gar nicht die Verbündeten des Landes seien, sondern lediglich Garantemächte. Die Tatsache, dass Grossbritannien die einzige Armee, die es besass, und Frankreich die beste Armee, die es besass, nach Belgien geschickt hatten, um bei seiner Verteidigung zu helfen, schien ihm nicht zu bedeuten, dass Belgien ihnen irgend etwas schuldig sei. Der belgische Schriftsteller Marcel Thiry hat später darauf hingewiesen:

Der Gedanke des Königs ging dahin, dass wir sogar nach der Verletzung unseres Staatsgebiets keine Alliierten, sondern lediglich Garanten hatten. Dies war wesentlich mehr als nur eine Nuance: mit Verbündeten führt man Krieg bis zum Ende, koste es, was es wolle; Garanten andererseits haben die einseitige Verpflichtung, einem mit allen ihren Mitteln zu Hilfe zu kommen, ohne dass man selbst ihnen gegenüber irgendwelche Verpflichtungen übernimmt⁷.

Dieses Argument fand eine Stütze in einem Brief des belgischen Botschafters in der Schweiz, des Grafen d'Ursel, den er nach dem Beginn der Besetzung schrieb:

Wir haben nie die These der Regierung Pierlot anerkannt, dass ein Bündnis mit Frankreich und England bestünde. Diese beiden Länder waren unsere Garanten, die aufgrund ihres Versprechens unserem Ruf folgten. Unsere Gegenleistung war die Verpflichtung, unser Staatsgebiet zu verteidigen. Aber es bestand nie eine gemeinsame Sache oder ein Versprechen, unser Schicksal mit dem ihren zu verknüpfen⁸.

Keine gemeinsame Sache? Wenn Belgien überrannt wurde – wie anders konnte es erwarten, als freies Land wiederhergestellt zu werden, wenn nicht durch einen alliierten Sieg? Diese Frage scheint im Denken des jungen Monarchen und seiner Umgebung ebensowenig Platz gehabt zu haben wie später hinsichtlich Frankreichs in dem Denken Pétains, Weygands und Laval. Leopolds Einstellung sollte ihn schliesslich seinen Thron kosten.

Vorerst fuhr er noch fort, seine Truppen in loyalem Zusammenwirken mit den britischen und französischen Oberbefehlshabern zurückzunehmen. Die alliierten Armeen vollzogen in drei aufeinanderfolgenden Nächten, dem 16., 17. und 18. Mai, ihren Rückzug zur Schelde. Die deutsche sechste Armee setzte ihnen nicht allzu dicht nach – aus einem offenkundigen Grund. Das deutsche Oberkommando wollte nicht, dass die alliierten Kräfte im Norden zu rasch und zu weit nach Südwesten zurückgingen, solange die Panzer die Falle nicht vom Süden her hatten zuschnappen lassen. Damit wurde der Rüdflug für die Alliierten im Effekt zu einem Wettlauf mit der Zeit.

Das französische Oberkommando schien das nicht zu erkennen. Am Morgen des 18. Mai, als die Truppen im Norden sich darauf vorbereiteten, den dritten Schritt des Rückzugs vom Dender zur Schelde zu tun, schickte General Billotte aus dem Stabsquartier seiner

Heeresgruppe 1 im Norden einen optimistischen Bericht an General Georges. «Wir halten unsere Stellungen überall», meldete er. «Der Rückzug der Belgier und Briten verläuft planmässig. General Giraud ist zufrieden.» Aber die Stellungen «überall halten» war das letzte, was seine Truppen hätten versuchen sollen. Ihre einzige Hoffnung lag darin, ihren Rückzug in südwestlicher Richtung nach Frankreich zu beschleunigen, bevor die Panzer sie einschlossen. Man darf bezweifeln, dass General Giraud «zufrieden» war. Seine neunte Armee hatte aufgehört zu bestehen. Die Deutschen gingen nach dem Durchbruch über die Oise zum Teil gerade nach Westen, zum Meer bei der Somme-Mündung, vor, zum Teil in nordwestlicher Richtung, auf die entblösste Südflanke der zurückgehenden Armeen zwischen Bouchain und Arras. Am Abend war General Billottes Optimismus verfliegen. Er rief Georges an, um, wie General Roton es ausdrückt, «die Tragödie der Situation zu enthüllen». Er erklärte seinem Chef, sie «müssten folglich nunmehr überlegen, was zu tun sei, falls unsere Streitkräfte getrennt werden sollten»⁹.

Am 20. Mai, als sich die Panzer der Küste näherten, kam es zu einer neuerlichen stürmischen Sitzung zwischen dem König der Belgier und seinen Ministern. Pierlot und Spaak erklärten nochmals nachdrücklich, der König dürfe sich nicht gefangennehmen lassen. Als Spaak den König fragte, was er glaube tun zu können, wenn er in einem besetzten Belgien verbleibe, antwortete Leopold: «Das weiss ich nicht, aber ich weiss, dass es notwendig sein wird, das Wirtschaftsleben des Landes in Gang zu halten ... Ich könnte dazu beitragen, die moralische Einheit Belgiens aufrechtzuerhalten.» Spaak protestierte, ein solcher Weg wäre «katastrophal» und des Königs «Formel entspreche nicht der Wirklichkeit».

Die Regierung, erwiderte Leopold, geht von der Voraussetzung eines alliierten Sieges aus oder zumindest davon, dass die Alliierten den Kampf fortsetzen werden. Das glaube ich nicht. Die französische Armee wird sehr bald nach den Belgiern, wenn nicht überhaupt gleichzeitig den Kampf einstellen. Warum sollte ich in diesem Fall die Armee und Belgien verlassen und mich auf die Seite der Alliierten stellen, wie die Regierung es wünscht¹⁰?

An diesem Abend des 20. Mai erreichte die 2. Panzerdivision Abbeville an der Somme-Mündung. Die alliierten Armeen im Norden sassen in der Falle!

Umsetzung in Frankreichs Regierung und Oberkommando

Angesichts der «Unermesslichkeit» der sich entwickelnden Katastrophe, wie er es ausdrückte, bildete Paul Reynaud seine Regierung um und wechselte die Oberbefehlshaber aus. Er übernahm selbst das Verteidigungsministerium und schickte Daladier, der vier ununterbrochene Jahre lang hartnäckig an dem Posten festgehalten hatte, ins Aussenministerium. Daladier hatte diese Umstellung im März abgelehnt, als Reynaud sie an-

lässlich seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte. Jetzt, inmitten der grossen Kalamität, aber erst, wie Reynaud gewunden bemerkt, nach «einem dringlichen Eingreifen Präsident Lebruns», gab er nach. Daladier, der als Verteidigungsminister seit 1936 für den Zustand des französischen Heeres mehr verantwortlich war als irgendein anderer Politiker, wirkte jetzt auf jene, die ihn sahen, wie ein gebrochener Mann. Gleich den Generälen an höchster Stelle, die dieses Heer geschaffen hatten, war er wie vor den Kopf geschlagen, als er sah, wie es in neun Tagen auseinanderfiel.

Um zu versuchen, es zusammenzureissen oder zumindest doch, wie Reynaud sagt, «seine Ehre zu retten» und auch den erlahmenden Widerstandsgeist des Landes wiederherzustellen, holte der Ministerpräsident zwei der ruhmreichsten noch lebenden Generäle des ersten Weltkrieges zurück und setzte in eine Schlüsselstellung einen Zivilminister, der allgemein als der Mann anerkannt war, der Clemenceau 1917-1918 geholfen hatte, erbarmungslos den Defätismus auszurotten. General Weygand wurde am 17. Mai aus Syrien zurückgerufen. Am folgenden Tag gab Reynaud nach einer Kabinettsitzung die Veränderungen in der Regierung bekannt. Georges Mandel wurde zum Innenminister ernannt mit der Aufgabe, die Defätisten auszujäten. Marschall Pétain wurde Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident *. Die Presse war verzückt vor Begeisterung. Mandel, so verkündeten die Leitartikel, werde die Verräter ausmerzen. Marschall Pétain, der ruhmreiche «Sieger von Verdun», werde die Armee wieder unbesiegbar machen. Zwei Tage später, als General Weygand zurückkehrte, wurde er mit ähnlichem Lob überhäuft. Er war, wie die Zeitungen ihre Leser erinnerten, der «glänzende Mitarbeiter Marschall Fochs», des Baumeisters des alliierten Sieges im Jahr 1918, gewesen. Am Abend des 18. Mai sprach Reynaud über den Funk zum französischen Volk:

... Der Sieger von Verdun, Marschall Pétain, ist heute morgen aus Madrid zurückgekehrt. Er wird jetzt an meiner Seite sein ... und all seine Weisheit und all seine Kraft in den Dienst des Landes stellen. Er wird dort bleiben, bis der Sieg errungen ist.

Reynaud erklärte später, er habe in diesem entscheidenden Augenblick nicht den geringsten Argwohn gehabt, was der «Sieger von Verdun» wirklich dachte oder welchen Weg er bereits eingeschlagen hatte. Er war von der gleichen Arglosigkeit gegenüber Weygand. So wusste der Ministerpräsident zum Beispiel nicht, dass der Marschall beim Verlassen Madrids, um in die Regierung einzutreten, zu Franco gesagt hatte: «Mein Land ist geschlagen worden, und man ruft mich zurück, um Frieden zu schliessen und einen Waffenstillstand zu unterzeichnen ... Das ist das Werk von dreissig Jahren Marxismus. Sie rufen mich zurück, damit ich mich der Nation annehmeⁿ.»

* Reynaud entfernte auch Läger von seinem Posten als ständiger Staatssekretär im Aussenministerium, seine letzte Massnahme, bevor er den Quai d'Orsay an Daladier übergab, der es ihm verübelte, dass ihm dieser erfahrene Beamte genommen wurde. Es scheint kein Zweifel zu bestehen, dass der Ministerpräsident den Schritt auf Betreiben seiner Geliebten Madame de Portes und Baudouins, eines ihrer Trabanten, ergriff, der Lagers Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht ertragen konnte. Man bot Läger die französische Botschaft in Washington an, aber er lehnte ab. Bald darauf begab er sich als Privatmann nach Washington und ist seitdem dort geblieben. Er ist unter dem Namen Saint-John Perse ein bedeutender Dichter und erhielt 1960 den Nobelpreis für Literatur.

Wenn man einem von Pertinax' Freunden glauben darf, war Weygand sogar schon vor seiner Rückkehr der Meinung, dass keine Hoffnung mehr bestand. Am 17. Mai, dem Morgen, an dem der General in Beirut das Flugzeug nach Paris bestieg, sprach dieser Freund mit seinem stellvertretenden Stabschef, der ihm sagte: «Er (Weygand) ist überzeugt, dass der Krieg verloren ist und dass man tragbare Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte¹².»

Hatte Paul Reynaud bereits selbst am 18. Mai, dem neunten Tag der Schlacht, die Hoffnung aufgegeben, dass die Deutschen zum Stehen gebracht und der Krieg fortgeführt werden könnte? In seinen Schriften nach dem Krieg bestritt er das nachdrücklich. Leger, der begreiflicherweise seine willkürliche Entlassung durch den Ministerpräsidenten übelgenommen hatte, erklärte später, er sei bereits am 18. Mai «überzeugt» gewesen, dass Reynaud tatsächlich die Hoffnung aufgegeben hatte und Pétain in seinem Kabinett haben wollte, weil er glaubte, die Kapitulation werde leichter zu vereinbaren sein, wenn Männer wie der Marschall als Fassade dienten¹³. In einem freimütigen Brief an den Verfasser vom 29. August 1965 bestätigt Reynaud, dass er am 18. Mai wenig Hoffnung hegte, mehr erreichen zu können, als «die Ehre der Armee zu retten». Bedeutete das nicht bereits das Eingeständnis der Niederlage?

Ich berief Pétain und Weygand (schreibt er), um die Ehre der Armee zu retten, und hoffte, sie könnten nach dem Zusammenbruch von Coraps (neunter) Armee die Lage etwas verbessern. Dieses Ergebnis, das einzige, auf das ich hoffen konnte, wurde erzielt ... Mein Ziel (war) eine ehrenvolle Niederlage.

Spät am Abend des 18. Mai sagte Reynaud zu Bullitt:

Falls die Deutschen den Ärmelkanal erreichen sollten, würde Frankreich den Kampf zwar bis zum bitteren Ende fortsetzen, aber die deutsche Kriegsmaschine würde herum-schwenken und schliesslich Paris nehmen ... Der Krieg würde möglicherweise in weniger als zwei Monaten mit der absoluten Niederlage Frankreichs und Englands enden.

Der französische Ministerpräsident überzeugte sich ebenso wie die französischen Generäle bereits selbst davon, dass Grossbritannien, wenn Frankreich fiel, sehr bald folgen würde. Bullitt zufolge war Reynaud

zutiefst überzeugt, dass Grossbritannien, falls die französische Armee besiegt werden sollte, in kurzem Prozess von deutschen Unterseebooten aus französischen Häfen und deutschen Flugzeugen mit Stützpunkten in Frankreich, den Niederlanden und Belgien abgewürgt werden würde¹⁴.

Jetzt, beim Herannahen der Katastrophe, regte sich zum erstenmal in Paris und London der Verdacht, der Verbündete werde sich vielleicht um einen Separatfrieden bemühen.

Bullitt, der womöglich noch verbissener als die Franzosen gegen die Engländer tobte, weil sie nicht ihre gesamte Luftwaffe zur Verteidigung Frankreichs in den Kampf warfen, hatte den Verdacht, dass London sich zurückhalte, um mit Hitler einen Kuhhandel abzuschliessen. Am 18. Mai warnte er Roosevelt, dass «die Briten, um den äussersten Konsequenzen der absoluten Niederlage zu entgehen, möglicherweise eine Regierung Oswald Mosley einsetzen werden ..., die in vollem Ausmass mit Hitler Zusammenarbeiten würde»¹⁵. Mosley, ein vormaliger Labourminister, war der Führer einer kleinen und völlig bedeutungslosen faschistischen Partei. Nicht einmal Hitler nahm Mosley ernst, wie ich aus meiner Berliner Zeit wusste. Verdacht und Argwohn der Franzosen, dass die Briten vielleicht versuchen würden, mit Hitler einen Separatfrieden zu schliessen, falls Frankreich fiel oder sein Fall auch nur wahrscheinlich aussah, schossen in den kommenden dunklen Tagen wie die Pilze aus dem Boden und vergifteten die bereits sich verschlechternden Beziehungen zwischen den Alliierten.

Churchill in London hegte seine Zweifel, ob Frankreich durchhalten werde. Am 18. Mai, dem Tag, an dem Reynaud Pétain in sein Kabinett berief, erinnerte der britische Premierminister den stellvertretenden Sekretär des Kriegskabinetts Lord Ismay daran, dass «man bei der Erwägung, mehr Truppen nach Frankreich zu schicken, stets auf die Tatsache vorbereitet sein muss, dass den Franzosen möglicherweise sehr vorteilhafte Friedensbedingungen angeboten werden können und dann die ganze Last auf uns fällt»¹⁶.

Zwei Tage später, am 20. Mai, erhielt Reynaud in der Tat einen Friedensfühler von den Deutschen. Er wurde ihm von Raoul Nordling, dem schwedischen Generalkonsul in Paris, überbracht. Er hatte seine Rückreise aus Schweden auf seinen Pariser Posten am 15. Mai in Berlin unterbrochen. Göring hatte ihn dringend zu sich gerufen und ihn ersucht, dem französischen Ministerpräsidenten eine Mitteilung zu überbringen.

Sagen Sie M. Paul Reynaud, dass nichts den Lauf der Ereignisse jetzt mehr ändern kann. Gestern haben unsere Panzer die französische Front an der Maas durchbrochen. Ende des Monats werden wir in Calais und Dünkirchen sein. Sagen Sie Reynaud, er soll uns unverzüglich Vorschläge für einen Waffenstillstand unterbreiten. Wir sind bereit, Frankreich tragbare Bedingungen einzuräumen. Aber er muss sich beeilen, wenn er die totale Besetzung und die Vernichtung seines Landes vermeiden will. In einigen Wochen wird es zu spät sein. Das Angebot, das ich heute abzugeben ermächtigt bin, wird nicht erneuert werden. Je länger Frankreich zögert, die Tatsachen anzuerkennen, desto härter werden unsere Bedingungen sein.

Nach Paris zurückgekehrt, suchte der Schwede Reynaud am 20. Mai auf und übergab ihm Görings Mitteilung. Der Ministerpräsident, berichtet er, war ausser sich vor Empörung. «Wenn ich Sie nicht kennen würde», sagte Reynaud zu ihm, «liesse ich Sie wegen Verbreitung von Defätismus auf der Stelle verhaften¹⁷.»

General Gamelin erfuhr am 17. Mai durch Daladier von der Rückberufung Pétains und Weygands. Die Bedeutung dieser Massnahme entging ihm nicht. Er würde sich rühren

KRIEG UND VERTALL

müssen. Reynaud hatte ihn an diesem Tag bereits angerufen und darauf «bestanden», dass er einen neuen und anfeuernden Tagesbefehl an die Truppen erlasse. Und obwohl er sich, wie er sagt, dem Gedanken gegenüber «kühl» verhielt, gehorchte er. Seine Worte müssen den müden, zurückweichenden Soldaten sehr hohl geklungen haben.

Das Schicksal des Landes, das unserer Verbündeten, das Geschick der ganzen Welt hängt an der Schlacht, die jetzt im Gange ist ... Alle Truppen, die nicht vorrücken können, müssen sich lieber töten lassen, als das kleinste Stückchen unseres Bodens aufzugeben ... Wie stets in den ernstesten Stunden unserer Geschichte lautet das Gebot heute: siegen oder sterben. Wir müssen siegen.

Am nächsten Tag, dem 18. Mai, fuhr der Generalissimus im Auto nach La Ferte, um zu sehen, was General Georges hinsichtlich der zum Meer vorstürmenden Panzer zu tun beabsichtigte. Er traf den General in seinem persönlichen Befehlsstand im Château des Bondons an. Georges gab, wie Gamelin sagt, «unbestreitbare Anzeichen der Erschöpfung zu erkennen».

In seinem Büro herrschte völlige Unordnung ... Ich verstand nicht, wie der Stabschef (General Roton) hier arbeiten konnte. Es herrschte ein unablässiges Kommen und Gehen. Verbindungsoffiziere gingen ein und aus. Briefe und Telegramme wurden direkt hereingebracht. Alle redeten gleichzeitig. Ein Wartezimmer, kein Arbeitszimmer. Der General selbst (Georges) hatte keine Ruhe. Offiziere betraten unablässig sein Zimmer. Er selbst ging häufig hinaus, um mit dem einen oder anderen zu konferieren. Anscheinend arbeitete er bis spät in die Nacht und schlief wenig. Wie konnte man in einer solchen Atmosphäre die Ereignisse beherrschen und ohne sich zurückzuziehen die Dinge durchdenken?

Gamelin erklärt, er habe mit General Doumenc, dem Chef des Grossen Hauptquartiers, den er mitgenommen hatte, freimütig hierüber gesprochen.

Er erkennt an, dass ich recht habe. Er hat bisher nicht mit mir zu sprechen gewagt, weil er hoffte, die Lage würde sich verbessern. Aber im Gegenteil, das hat sie nicht getan.

«Herr General», erklärte Doumenc laut Gamelin sodann, «General Georges hat mir stets Sympathie und Vertrauen bezeugt, und ich bin ihm dankbar. Aber es wird notwendig werden, dass Sie selbst den tatsächlichen Befehl übernehmen. Es muss jedoch so geschehen, dass es ihn nicht verletzt.»

«Selbstverständlich», antwortete Gamelin nach seiner eigenen Aussage. «Sagen Sie mir den Augenblick und die Gelegenheit¹⁸.»

Die Lethargie, das Zaudern des Oberbefehlshabers verschlugen einem den Atem. «Der Augenblick und die Gelegenheit» waren doch gewiss jetzt, in diesem Moment, zwingend

gegeben, da er Georges' «Erschöpfung» und die «völlige Unordnung» in seinem Befehlsstand gerade erst erlebt hatte und nur grosse Kühnheit und klares, kühnes Denken überhaupt die Lage noch retten konnten, so wie der durch nichts aus der Ruhe zu bringende Joffre mit dem jungen Gamelin an seiner Seite die Lage 19x4 an der Marne gerettet hatte. Aber der Generalissimus, jetzt achtundsechzig Jahre alt, besass keinen Willen zum Handeln. Er liess die Gelegenheit vorübergehen.

Seiner eigenen Schilderung zufolge scheint Gamelin diesen kritischen Tag verbracht zu haben, als beträfen die harten Realitäten der Stunde und die gebieterische Notwendigkeit für brutale entscheidende und sofortige Taten ihn kaum. Am Nachmittag, während er in Vincennes mit Daladier auf den Besuch Reynauds und Pétains wartet, die in Georges' Stabsquartier aufgehalten worden sind, bemerkt Gamelin: «Zum erstenmal seit zehn Tagen habe ich nichts Bestimmtes zu tun.» Er und der abgesetzte Verteidigungsminister vertreiben sich, wie er sagt, die Zeit mit «herzlichem und vertrauensvollem Gespräch». Wie dumm und einfältig das klingt! «Daladier», so bemerkt er weiter, «hat die Seele eines guten Franzosen.» Später an diesem Abend, um 20 Uhr, setzt er sich mit seinem Stab zu einer «frugalen Mahlzeit» nieder. Er ist die Seele der Ruhe und Gelassenheit. «In Kriegszeiten», bemerkt er hierzu, «muss man es sich zur absoluten Regel machen, soweit wie möglich den Gewohnheiten eines geregelten Lebens zu folgen, um den Körper in Form zu halten und rings um einen Ruhe und Gelassenheit zu bewahren.» Er ist erfreut über die letzten Lageberichte – kein Zeichen, dass sie eine Katastrophe anzeigen. Er notiert sie selbstzufrieden in seinen Memoiren.

Die Atmosphäre verbessert sich. Die Bedrohung von Paris ist für den Augenblick abgewendet ... Der deutsche Aufmarsch zieht sich auseinander und wird ungeschützter ... Unsere Leute, angefangen bei der neunten Armee, die General Giraud neu angespornt hat, verschanzen sich ...¹⁹

Weiss der Generalissimus nicht oder sollte er nicht wissen, dass die «von General Giraud angespornte» neunte Armee nicht mehr existiert und sich folglich nicht «verschanzen» kann und dass General Giraud selbst, nachdem sein Gefechtsstand in Le Catelet von Reinhardts Panzern überrollt worden ist, in diesem Augenblick ziellos in der Nacht durch die Gegend irrt (bei Morgengrauen ergibt er sich als Kriegsgefangener) ? Wir ersparen dem Leser den Rest dieses sinnlosen Berichts. Nach dem Abendessen unterzeichnet Gamelin, wie er sagt, einen längeren Bericht über den Verlauf der Schlacht bis zu diesem Zeitpunkt. Daladier hatte ihn am Vortag angefordert. Als Reynaud ihn zwei Tage später erhielt, war er «erstaunt», dass Gamelin «inmitten der Schlacht» die Zeit erübrigen konnte, «um ein so langes Dokument» aufzusetzen, das sich mit seinen Anlagen auf fünfzehn Seiten belief²⁰.

Reynaud und Pétain trafen schliesslich um 18 Uhr 20 in Vincennes ein, nachdem sie vorher General Georges aufgesucht hatten, der ihnen die Lage erläuterte und betonte, wie der Ministerpräsident sich erinnerte, dass sie «schwierig» sei. Gamelin erschien Rey-

naud «besorgt, aber elegant und gewandt wie immer», als er vor der Karte stand und sie informierte. Der Generalissimus selbst gesteht, dass er erläutert habe, «was mir als die Ursachen unserer Niederlage erschien». Niederlage? Bereits am 18. Mai gestand er die Niederlage ein? Das jedenfalls sind seine Worte²¹. Nachdem Reynaud und Daladier abgefahren waren, blieb der Marschall noch einige Augenblicke zurück. Der alte Krieger schüttelte ihm «herzlich» die Hand und sagte: «Ich fühle von ganzem Herzen mit Ihnen», und Gamelin antwortete, wie er selbst sagt: «Ich denke nur an das Vaterland.» Er begleitete Pétain zu seinem Wagen. Der Marschall winkte ihm herzlich zu. «Es war das letzte Mal», sagt Gamelin, «dass ich ihn sah.»

Am folgenden Tag, dem 19. Mai, wurde der Oberbefehlshaber fristlos entlassen. Er habe nicht geahnt, schreibt er, dass dies der letzte Tag seiner langen militärischen Laufbahn sein sollte, die 1891 mit seinem Eintritt als Kadett in die Offiziersschule von Saint-Cyr begonnen hatte. «Ich sehe nicht», sagt er in seinem Bericht über das, was er an diesem letzten Tag dachte und tat, «wie man mich persönlich für die tatsächliche Situation verantwortlich machen kann²².» Er schob die Verantwortung General Georges als dem Befehlshaber der Nordostfront zu.

Wiederum die Einfältigkeit des Generalissimus:

Seit dem 10. Mai habe ich meinem Stab gegenüber darauf bestanden, dass wir nicht in die Schlacht eingreifen dürfen ... Das ist die Sache des Befehlshabers Nordost ... Ich werde über meine, vom Parlament einstimmig gebilligte Rolle nicht hinausgehen, ausser ich habe den Eindruck, dass es meine Pflicht ist, die Regeln zu umgehen. Heute hat die Stunde geschlagen. Ich hoffe, es ist nicht zu spät.

Die Stunde hatte sehr früh an diesem Morgen geschlagen. Um 5 Uhr morgens hatte General Doumenc ihn angerufen. «Der Augenblick ist da, an dem Sie eingreifen müssen», sagte Doumenc. Sie verabredeten, sich um 8 Uhr in General Georges' Stabsquartier zu treffen. Inzwischen ersuchte Gamelin Doumenc, General Koeltz aus dem Grossen Hauptquartier herüberzuschicken, um ihn «über das laufende zu informieren». Koeltz traf um 6 Uhr 30 morgens in Vincennes ein und «bestätigte» Doumencs Eindruck von den chaotischen Zuständen in Georges' Stabsquartier. «Mir wurde klar», sagt Gamelin, «was zu tun war, aber ich fasste nicht die präzisen Entschlüsse, es auszuführen. Eine Folge von Teilgegenangriffen war angeordnet worden. Die Stunde schien gekommen, um eine umfassendere Operation durchzuführen.»

Auf dem Weg nach Bondons dachte Gamelin über Georges' Versagen und Fehlschläge nach. «Ich fand es besonders bedauerlich», sagt er, «dass der Befehlshaber der Nordostfront in zwei entscheidenden Augenblicken am 10. Mai und am 15. Mai die Schlacht nicht wirksam gelenkt hatte.» Am ersten der beiden Tage, an dem die deutsche Offensive begann, hätte Georges starke Reserven hinter der Maasfront zusammenziehen sollen. Das ist insofern interessant, als weder Georges noch Gamelin am 10. Mai wussten, wo der deutsche Hauptstoss erfolgen würde. Tatsächlich glaubten beide, wie wir gesehen haben,

dass er weiter nördlich gegen die französische erste Armee und die BEF erfolgen werde. Zweitens fand Gamelin, wie er sagt, Georges hätte am 15. Mai nach dem Durchbruch an der Maas «zwei strategische Reserven» aufbauen müssen, eine im Raum Arras und die zweite in der Gegend von Compiègne, «um die Mittel zu einem Gegenangriff zu besitzen». Wenn er dies fand, warum drängte er dann als Oberbefehlshaber nicht darauf, warum befahl er es nicht? Diese Entgegnung sollte Georges später Vorbringen, und sie scheint gerechtfertigt.

«Die Stunde schien gekommen», fährt Gamelin fort, «in der der Oberbefehlshaber seine Gedanken zu formulieren hatte.» Er räumt ein, dass Georges um 23 Uhr in der Nacht zuvor zweckbestimmt befohlen hatte, zu versuchen, die Armeen im Norden zu retten und die zum Meer vorrückenden Panzer abzuschneiden. «Aber», fügt er hinzu, «das genügte nicht.» Einen entscheidenden, umfassenden Gesamtbefehl zur Wiederherstellung der Lage zu erteilen – wie jener, den er auf Anweisung Joffres am 25. August 1914 an der Marne aufgesetzt hatte –, das wurde jetzt in seinen Gedankengängen das Ziel dieses frühmorgendlichen Besuchs im Befehlsstand General Georges'.

Als er kurz vor 9 Uhr im Château des Bondons eintraf, fand er es in einem womöglich noch grösseren Durcheinander als am Tag zuvor. Oberst Minart, einer seiner Adjutanten, versuchte später, ein Bild davon zu geben.

Es ist ein schreckliches Schauspiel, die Elite unserer Armee zu Boden geschlagen zu sehen. Erschöpfte Offiziere kommen und gehen ... Das Vestibül und die anschliessenden Räume sind voll von planlos durcheinanderlaufenden Offizieren und Stabspersonal. Telefone, Karten, Berichte, Meldungen, Dossiers, Befehle und Notizbücher aller Art liegen verstreut auf antiken Tischen und Stühlen herum. Auf dem Klavier stapeln sich die Militärkappis. Es sieht aus wie ein Ramschausverkauf. Zu der Unordnung in diesem luxuriösen Gebäude kommt noch das Geklapper von Schreibmaschinen und das Läuten von Telefonen hinzu, das Geknatter von Motorrädern draussen und die durchs ganze Haus dringenden Gerüche der Küche und der verstopften Toiletten²³.

General Doumenc trat heraus, um Gamelin zu begrüßen, als er aus dem Wagen stieg, und drängte ihn abermals, das Kommando über die Operationen zu übernehmen. Gamelin betrat behutsamen Schrittes das wüste Durcheinander des Châteaus, hatte eine kurze Besprechung mit General Vuillemin über die Rolle, die die Luftwaffe bei dem geplanten Gegenangriff spielen sollte, und begab sich dann zu Georges. Er traf ihn, wie Minart sagt, «in einem Zustand tiefer körperlicher und seelischer Depression an». Der Oberbefehlshaber bat um Papier und Bleistift und zog sich in ein kleines Zimmer zurück. «Ich wünsche in völliger Ruhe zu arbeiten», erklärt er und fügt hinzu:

Ich spüre den Wunsch aller, dass ich die Sache unverzüglich völlig in die Hand nehme. Ich möchte jedoch General Georges nicht vor jedermann diese Demütigung zufügen. Ich beabsichtige, seine Selbstachtung und seine Autorität zu bewahren.

Gamelin setzte nunmehr handschriftlich mit Bleistift einen allgemeinen Befehl auf und lässt keinen Zweifel, dass er hoffte, er werde so wirksam und historisch so bedeutsam werden wie Joffres berühmter Befehl vor der Marneschlacht, den er, wie er uns erinnert, als junger Staboffizier selbst entworfen hatte. Es ist dies die «Geheime und Persönliche Weisung Nr. 12». Um Georges' Gefühle zu schonen, begann er wie folgt: «Ohne den Wunsch zu hegen, in die Führung der jetzt im Gang befindlichen Schlacht einzugreifen, die der Befugnis des Befehlshabers der Nordostfront (Georges) untersteht, und unter Billigung aller Massnahmen, die er ergriffen hat, bin ich jetzt der Meinung, dass ...» Sodann skizzierte er in sehr allgemeinen Ausdrücken, was getan werden sollte, um die verzweifelte Situation wiederherzustellen.

Obwohl er betont, dass «die äusserste Kühnheit erforderlich ist», um die Einschliessung der Armeen im Norden zu verhindern, enthält seine «Weisung» nichts sonderlich Kühnes oder Neues. Sogar der rangjüngste Offizier vermochte inmitten all des Wirrwarrs in Bondons zu erkennen, was zu geschehen hatte: die alliierten Streitkräfte im Norden, die Belgier, die Briten und die französische erste Armee, mussten sich quer durch den schmalen Panzerkorridor ihren Weg nach Süden durchkämpfen, während eine neu aufgestellte Armee an der Somme nordwärts vordrang, um ihnen zu helfen, den Korridor aufzubrechen und wenn möglich die lang auseinandergezogenen feindlichen Panzerkolonnen, die unbehindert auf die Kanalküste zurasten, abzuschneiden. Gamelin empfahl nicht nur dieses Manöver, sondern verlangte ausserdem eine Offensive der zweiten und sechsten Armee in Richtung auf die Maasbrücken bei Mezieres. Das war der Gegenschlag, den jeder General und ganz besonders Gamelin und Georges am 15. Mai nach dem Maasdurchbruch als dringend und unverzüglich notwendig hätten erkennen müssen, aber es war nichts geschehen. General Huntziger, dessen zweite Armee den Versuch, die entscheidende Flussüberquerung durch Guderians Panzerkorps bei Sedan zum Stehen zu bringen, so kläglich verpfuscht hatte, war nicht dringlich ersucht worden, an der ungeschützten Stelle der deutschen Stellung zum Gegenangriff überzugehen, und hatte sich selbst völlig damit zufriedengegeben, in der Defensive zu bleiben, nachdem die Panzer an ihm vorbeigerollt waren. Und Gamelin und Georges hatten die Zurücknahme der Armeen im Norden, als dafür noch Zeit war, hinausgezögert.

War es jetzt, am 19. Mai, als die Deutschen an der Somme standen und die Panzer sich dem Meer näherten, zu spät, um Gamelins «Vorschlag» durchzuführen? Gab der Generalissimus in Wahrheit, wie einige seiner Generalskollegen ihn beschuldigten, den Befehl lediglich zum Zweck des dokumentarischen Belegs heraus? Lag ihm hauptsächlich daran, dass die Geschichte ihn entlasten und Georges die Schuld geben sollte? Letzterer vermochte in seiner nachfolgenden Aussage im Riom-Prozess und sogar noch später, am 12. Februar 1948, als er vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagte, seine Bitterkeit – und seine Verachtung – nicht zu verbergen.

Zu Gamelins Eröffnungssatz, dass er nicht wünsche, «in die Schlacht einzugreifen», bemerkte Georges in Riom bissig: «Ja, ich weiss. Ich bin verantwortlich.» Und er fügt hinzu, als Gamelin ihn zum Befehlshaber der Nordostfront ernannte, ohne ihm die

vollen Machtbefugnisse eines Chefs zu übertragen, habe er «sehr wohl begriffen, dass er meine Verantwortlichkeiten zu erweitern wünschte, ohne meine Befugnisse zu vergrössern, um sich so das Recht vorzubehalten, mich, falls nötig, zu desavouieren ... Dies gestattete ihm im Fall des Erfolgs, den Verdienst dem obersten Chef zuzuschreiben, und im Fall eines Rückschlags, dem untergeordneten Chef die Schuld zu geben.» Bezüglich Gamelins «Persönlicher und Geheimer Weisung» erklärte Georges:

Sie ist kein Befehl. Auf die Gefahr hin, trivial zu klingen, würde ich eher sagen, dass sie ein Schirm ist ... sie enthüllt im obersten Chef eine Neigung, sich der Verantwortung zu entziehen und sie in schwer gefährdeter Lage dem untergeordneten Chef aufzubürden. Sie war der Partherpfeil²⁴.

General Georges sprach mit nicht weniger Bitterkeit, als er acht Jahre nach den Ereignissen des 19. Mai vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagte. Er erinnerte an die Anfangszeilen von Gamelins «Weisung», in der er betonte, er wünsche in die Schlacht nicht einzugreifen, für die der Kommandeur der Nordostfront zuständig sei, und sagte:

Nun war die Lage am 19. Mai ganz besonders ernst. Der Feind stand vor den Toren von Saint-Quentin; die alliierten Streitkräfte waren im Begriff, entzweigeschnitten zu werden.

Und der Oberbefehlshaber gibt zu verstehen, dass er nicht verantwortlich ist für die Führung einer grossen Schlacht, der einzigen Schlacht, die überhaupt stattfindet und von der der Ausgang des ganzen Feldzugs und das Schicksal des Landes abhängt. Er erteilt keine Befehle. Er beschränkt sich auf Vorschläge. Er befiehlt nicht. Seltsame Art, in der Stunde äusserster Gefahr seine Mission als oberster Chef aufzufassen. In einer solchen Situation hätte Foch, der stets begierig auf Verantwortung war, wie ich glaube, nicht gezögert, sich selbst in den Kampf zu stürzen und seiner Entschlossenheit und Autorität sein gesamtes Gewicht zu verleihen.

Georges erläuterte dem Ausschuss, in der ersten Phase des Krieges vom 3. September 1939 bis zum 10. Mai 1940 habe Gamelin «nicht weniger als 140 Mitteilungen allgemeiner Art an ihn gerichtet».

Die Schlacht begann am 10. Mai. Keine Befehle mehr vom Oberbefehlshaber bis zum 19. Mai, dem Tag seines Abgangs, an dem er mir eine persönliche und geheime Weisung gibt, die in Wirklichkeit kein Befehl ist, sondern eine Meinungsäusserung. Die Führung der Schlacht ist mir überlassen.

Georges schildert sodann, wie er sein Bestes getan habe, um den von Gamelin entworfenen Plan mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln durchzuführen, und schliesst:

*Somit übernehme ich die volle Verantwortung für die Verwendung der mir gegebenen Mittel in der Schlacht. Aber die allgemeine Verantwortung für diese Schlacht, die nach einer mir vorgeschriebenen Konzeption und Form durchgeführt wurde – ich glaube, die Geschichte wird das zu würdigen wissen –, kann mir nicht untergeschoben werden. Und die Geschichte wird, glaube ich, sehr streng urteilen über eine Befehlsorganisation, die zwei Oberbefehlshaber nebeneinander stellt, von denen der eine die wirklichen Machtbefugnisse besitzt, während der zweite die Verantwortung für die Führung von Operationen trägt, die vom ersten entworfen und festgelegt worden sind*²⁵.

Die Geschichte, die Georges und Gamelin in der Stunde ihres Missgeschicks so inbrünstig anriefen, wird wohl zu gegebener Zeit ihr Urteil sprechen und gewisslich beiden schwere Verantwortung für das Versagen auferlegen. Im Augenblick konnte die Geschichte nur verzeichnen, dass es am 19. Mai, als das Schicksal des Landes, wie sie übereinstimmend erklärten, an einem Faden hing, Frankreichs zwei höchsten militärischen Führern – ihrer eigenen späteren Schilderung zufolge – mehr darum zu tun war, sich gegenseitig die Schuld an der drohenden Katastrophe zuzuschieben, als sich entschlossen zusammenzutun und eine letzte verzweifelte gemeinsame Anstrengung mit allen Kräften zu unternehmen, um die Katastrophe abzuwenden*.

Gamelin beendete die Bleistiftniederschrift seines Befehls und fügte eine letzte Zeile hinzu: «Alles ist eine Sache Von Stunden.» Die Armeen im Norden mussten sofort nach Süden gehen und sich die deutsche sechste Armee, die ihnen auf den Fersen nachsetzte, so gut sie konnten, vom Leibe halten. Die an der Somme hastig zusammengezogenen Truppen und Panzer hatten gleichzeitig nach Norden zu stossen, um die Verbindung zwischen den getrennten Streitkräften herzustellen. Es war wahrhaftig eine Sache von Stunden.

Über das, was nun in Bondons folgte, besteht zwischen den beiden Generälen eine Meinungsverschiedenheit. Georges berichtet, Gamelin sei mit seinem «Papier» zurückgekehrt, habe es auf seinen Schreibtisch gelegt und gesagt: «Lesen Sie das nach meiner Abfahrt.» Dann habe er sich verabschiedet. Unter diesen Umständen, sagt Georges, hielt er «das Papier nicht für dringend. Ich öffnete es erst einige Augenblicke später und sah, dass es eine mit Bleistift geschriebene persönliche und geheime Weisung war. Seit ich zuletzt eine erhalten hatte, war eine lange Zeit vergangen! Ich war völlig verblüfft!» Georges

* Wir haben Georges' Aussage über Gamelin vernommen. Letzterer fasste seine Meinung über Georges am 9. Dezember 1947, sieben Jahre später, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wie folgt zusammen:

Ich muss sagen, dass ich ab 15. Mai während des Verlaufs der Schlacht in General Georges mehr und mehr einen Mann erblickte, der wirklich übermüdet war, weil er sich eine übermässige Arbeitslast aufbürdete. Ehrlich gesagt hatte ich den Eindruck, als sei er zum Teil von den Ereignissen überwältigt. Er nahm nicht in ausreichendem Mass die persönliche Leitung der Schlacht in die Hand . . .

Ich muss hinzufügen, dass nach meiner Meinung die Folgen der Verletzungen, die General Georges an der Seite König Alexanders empfing, mit Bestimmtheit zum grossen Teil die Ursache seines Zustandes der Übermüdung waren. Er war sehr schwer verletzt worden. Er litt sechs Monate lang. Und ich hatte den Eindruck, dass er ab 10. Mai zuviel selbst zu tun versuchte und sich mit zu vielen Details befasste . . . Er hatte nie einen grossen Verband auf dem Schlachtfeld geführt, und sein Denken wandte sich vielleicht mehr den Fragen des Generalstabs als denen des Kommandos zu . . . Heute (am 9. Dezember 1947), nachdem ich Zeit gehabt habe, über die Ereignisse nachzudenken, glaube ich, dass General Georges nicht die festen und umfassenden Entscheidungen traf, die zu gewissen Augenblicken notwendig waren^M.

bestreitet auch, dass die Generäle Doumenc und Vuillemin bei den Besprechungen zugegen waren. «Eine solche Sitzung», behauptet er, «hat nie stattgefunden²⁷.» Hier ist – um es so gelinde wie möglich auszudrücken – Georges' Erinnerung fehlerhaft. Andere Zeugen stützen Gamelin mit ihrer Aussage, dass er noch eine Weile zu weiteren Besprechungen mit Georges, seinem Stab, Doumenc und Vuillemin blieb und auch mit dem britischen General Sir John Dill, dem stellvertretenden Chef des Empire-Generalstabs, konferierte, bevor er ging *. Er nahm sogar Georges' Einladung an, zum Mittagessen zu bleiben, eine Mahlzeit, an die sich Hauptmann Beaufre noch fünfundzwanzig Jahre später nur mit Schrecken erinnerte.

Der Koch, ebenso niedergeschlagen von der Niederlage wie wir alle, hatte seinen ganzen enttäuschten Patriotismus in die Zubereitung eines wahrhaften Hochzeitmahls gesteckt. Georges sass bleich und geschlagen da, und seine Hauptmitarbeiter waren halbtot vor Erschöpfung und Sorge, und so hatte das Mittagessen die Atmosphäre eines Leichenschmauses. Aber in der Mitte sass Gamelin, der sich jetzt von der Regierung verurteilt wusste (Weygands Ankunft war gerade gemeldet worden), und hielt es für nötig, sich zu produzieren, über dieses und jenes zu reden, ja sogar Witze zu reissen. Es klang alles schrecklich falsch und unecht. Schliesslich wurde das Dessert gereicht, eine riesige, mit eingemachten Zitronen bedeckte Angelegenheit. Ich wünschte, das Dach wäre eingestürzt. Es war grotesk und jammervoll. Gamelin ass es mit offenkundigem Genuss, trank seinen Kaffee und fuhr ab, völlig gelassen bis zum Schluss²⁹.

Gelassen wohl, aber in einem Punkt auch durchtrieben. Gamelin selbst notiert, er habe Georges und Vuillemin während einer Diskussion gesagt, wenn sein Manöver nicht gelinge, werde es schwierig sein, Frankreich lange zu verteidigen. Georges pflichtete bei. Vuillemin meinte, man solle die Regierung warnen.

Ich erwiderte (sagt Gamelin): «Dafür ist noch Zeit, falls die Operation schlecht ausgeht. Wenn wir die Möglichkeit jetzt zur Sprache bringen, werden sie sagen, wir seien Pessimisten und hätten das Spiel im Voraus verloren. Sollte das geschehen, dann werde ich mit ihnen im richtigen Augenblick sprechen ... Bis dahin muss die Sache unter uns dreien bleiben³⁰.»

Reynaud sollte Gamelin später kritisieren, weil dieser ihn hiervon nicht am 19. Mai unterrichtet hatte, so dass Pläne für einen eventuellen Rückzug nach Nordafrika nicht sofort eingeleitet werden konnten.

Nachdem er verständigt worden war, dass General Weygand, der soeben im Flugzeug aus der Levante eingetroffen war, mit ihm in Vincennes zusammentreffen wünsche, eilte Gamelin zurück in sein Stabsquartier. Während sich sein Wagen auf den mit Flücht-

* Gamelin erklärt, er habe seine «Weisung» Georges und Vuillemin vorgelesen, die ihr «Einverständnis» äusserten⁴.

lingen und Soldaten überfüllten Strassen durchschlängelte, weilten die Mitglieder der französischen Regierung, geführt vom Präsidenten der Republik, dem Ministerpräsidenten und dem verehrungswürdigen Marschall Pétain, in Notre-Dame in Paris und beteten für das Wunder der Errettung. Es war ein Sonntag und das Wetter so strahlend, wie es die ganze Zeit seit dem Beginn der deutschen Offensive gewesen war. Die Gedanken der Pariser, die sich auf dem weiten Platz vor der grossen gotischen Kathedrale versammelt hatten und dem Kommen und Gehen der Würdenträger zusahen, wie auch die Gedanken der Würdenträger selbst, die drinnen mit den Priestern in die Litaneien einstimmten, die die ruhmreichen französischen Heiligen Sainte Genevieve, Saint Louis und Jeanne d'Arc anriefen, bei Gott für das bedrohte Land Fürsprache zu halten, diese Gedanken kreisten um das «Wunder an der Marne» von 1914 und den Chancen eines zweiten Wunders, wo immer in Frankreich in diesem Jahr 1940 die Schlacht stattfand. Nach den vom Erzbischof vorgeschprochenen Gebeten zerstreuten sich die Notabein und wandten sich wieder ihren prosaischeren Aufgaben zu.

Während Baudouin vom Gottesdienst mit Reynaud zurückfuhr, drängte er den Ministerpräsidenten, jetzt keine Zeit zu verlieren und Gamelin durch General Weygand zu ersetzen. Der General, trotz seiner dreiundsiebzig Jahre flott, adrett und munter und mit der Figur und dem Gehaben eines Jockeys, war zur Mittagsstunde eingetroffen. Aber jetzt, da er in Paris war, zauderte Reynaud doch, mitten in der Schlacht den Oberbefehlshaber auszuwechseln. Er erklärte Baudouin, er sei noch nicht völlig entschlossen, Gamelin seines Postens zu entheben. Es wäre vielleicht besser, er behielte Weygand als Chef des Generalstabs an seiner Seite. Baudouin sagt, er habe darauf geantwortet: «Sie können Weygand nicht eine halbe Sache anbieten. Eine so ernste Situation wie die jetzige verlangt einen einzigen Chef³¹.» Wie auch immer – als Weygand um 14 Uhr 30 im Kriegsministerium eintraf, sagte Reynaud ihm lediglich, er möge Georges und Gamelin aufsuchen und um 19 Uhr zurückkehren und ihm seine Eindrücke mitteilen.

Weygand war bereits in Vincennes, bevor Gamelin eintraf. Der Generalissimus unterrichtete ihn über die Situation und seine «Weisung» an Georges. Weygand erklärte ihm, der Ministerpräsident habe ihn beauftragt, «sich die ganze Sache mal anzuschauen».

Aber er sagte mir nicht (berichtet Gamelin), warum und zu welchem Zweck er zurückgerufen worden war. Ich hielt es für unter meiner Würde, ihn zu fragen.

Es begann dem unerschütterlich gelassenen Oberbefehlshaber jedoch zu dämmern, was im Gange war. Beim Abschied sagte Weygand zu ihm: «Sie wissen, dass Paul Reynaud Sie nicht leiden kann?»

«Das weiss ich», antwortete Gamelin.

Um 20 Uhr 15, sagt Gamelin, traf «ohne irgendwelche vorherige Verständigung» ein Offizier mit einem Schreiben von Reynaud ein.

Ich habe die Ehre, Ihnen zwei Dekrete zur Kenntnis zu bringen, die der Präsident der

*Republik soeben unterzeichnet hat *.* Ich spreche Ihnen den Dank der Regierung aus für die Dienste, die Sie dem Land im Lauf einer langen und glänzenden Laufbahn geleistet haben.
Paul Reynaud

«Ich will nicht», bemerkt Gamelin, «die grausame Ironie eigens hervorheben, die dieser letzte Satz für mich darstellte.» Auf jeden Fall, fügt er hinzu, «war für mich die Sache zu Ende»⁸².

So nahm in der Mitte der Schlacht, auf die er sich so viele Jahre – im Grunde sein ganzes Leben lang – vorbereitet hatte, General Gamelin, jetzt achtundsechzig Jahre alt, nach nahezu fünfzig Jahren in der französischen Armee seinen Abschied. Er war ein Offizier von höflichem, vornehmem Gehaben, von Natur aus sanft und gütig, mit viel Intelligenz begabt, gebildet und scharfsinnig. Doch in der grossen Feuerprobe der zehn Tage im Mai 1940 zeigte es sich, dass ihm die Entschlossenheit, zu handeln und zu befehlen, fehlte. Denken und Handeln waren bei ihm getrennte Dinge, und dies war sein verhängnisvoller Webfehler. Sein Verstand war vom Erlebnis und der Erfahrung des ersten Weltkrieges, der gewonnen worden war, verkrustet. Er begriff nicht die neue militärische Technologie, und er verstand nicht das unermesslich raschere Tempo des zweiten Weltkrieges, das infolge der Entwicklung von schnellen und schweren Flugzeugen und Panzern und des modernen Nachrichtenwesens unvermeidbar geworden war und das die Deutschen, entgegen ihrem Ruf für gründliche Schwerfälligkeit, zu nutzen gewusst hatten.

Dass er es verabsäumte, die Armee zu befehligen, die er selbst als Mann an der Spitze seit 1935 aufgebaut und geformt hatte, war sein grösster und unerklärlichster Fehler. Nicht ein einziges Mal, nachdem die Deutschen losgeschlagen hatten, unternahm er den Versuch, den Lauf der Schlacht zu bestimmen und zu beherrschen, den Massnahmen des Feindes seine eigenen entgegenzustellen, seine Divisionen, von denen sich dreissig nutzlos hinter der nicht angegriffenen Maginotlinie befanden, rechtzeitig in entscheidende Stellungen zu manövrieren. Obwohl er allgemein – sogar in Berlin – als brillanter Strategie galt, erkannte er unerklärlicherweise die Strategie des Feindes, den Streich gegen seine lebenswichtige und ungeschützte Mitte zu führen, erst, als es zu spät war, obwohl sie doch bereits am zweiten Tag des Angriffs offenkundig schien. Aus diesem erstaunlichen Versagen, an dem General Georges teilhatte, ergab sich weitgehend die Katastrophe. Es wurde keine ernsthafte Anstrengung unternommen, die bedrohten Kräfte an der Maas rasch zu stützen, gegen die ungeschützten deutschen Stellungen rechtzeitig einen Gegenangriff zu führen, die Panzerdivisionen richtig zu verwenden, entweder um die deutschen Panzer zum Stehen zu bringen oder um ihre offenen Flanken anzugreifen. Sie wurden, wie wir gesehen haben, verzettelt.

Nicht ein einziges Mal griff Gamelin ein, wie Joffre und Foch es gewiss getan hätten,

* Die beiden Dekrete ernannten Weygand zum Chef des Generalstabs der Nationalverteidigung und zum Oberbefehlshaber aller Operationen zu Land, zur See und in der Luft und schafften eine der Funktionen ab, die Gamelin bisher innegehabt hatte: die des Oberbefehlshabers der Landstreitkräfte. Weygand besass jetzt im Unterschied zu seinem Vorgänger auch Befehlsgewalt über die Flotte und die Luftwaffe.

um General Huntziger, der die Panzer bei Sedan über die Maas gelassen und dann an sich vorbei nach Westen hatte rollen lassen, auf die Sprünge zu bringen, damit er gegen die offene feindliche Flanke mit Verstärkungen aus den Maginotforts offensiv wurde. Ebensovienig dachte er daran, als seine neunte Armee nach nur zwei Tagen schwachen Widerstandes an der Maas sich in nichts aufgelöst hatte, General Billottes gefährdete Heeresgruppe 1, die die Blüte des französischen Heeres und neun starke britische Divisionen enthielt, zurückzunehmen und rasch aus Belgien herauszuziehen, so dass sie sich mit den französischen Hauptkräften vereinigen und weiterkämpfen konnte. Das zumindest hätte vollbracht werden können, wenn der Rückzugsbefehl am 14. Mai oder spätestens am 15. Mai gegeben worden wäre. Und während sie zurückgingen, hätten die mächtigen nördlichen Armeen vielleicht ausserdem die Panzer isolieren, ihre Munition und ihren Treibstoff abschneiden und sie ins Meer jagen können.

Der Generalissimus kam nie auf den Gedanken, die Initiative zu ergreifen und die Gelegenheit zu nutzen, mit blitzartiger Geschwindigkeit zum Angriff überzugehen, wie sein Chef Joffre es nach einem nicht minder katastrophalen Rückzug 1914 an der Marne getan hatte. Wenn wir ihn jetzt, da alle Berichte und Zeugenaussagen vorliegen, beobachten, sehen wir ihn auf seinem Befehlsstand paralysiert, unfähig zu einem Willensakt, wie er seine Zeit und seinen Verstand auf alle möglichen Kleinigkeiten verwendet, die wenig oder nichts mit der im Gang befindlichen Schlacht zu tun haben, dabei sinnloses und törichtes Zeug über dieses und jenes von sich gibt und sich einredet, dass es, obwohl er Oberbefehlshaber ist, «General Georges' Schlacht» sei, die da geschlagen wird, dass er sich nicht einmischen dürfe, dass er nicht verantwortlich sei. «Eine merkwürdige Art zu befehlen!», wie Georges später ausrief – und wir alle, die wir diese Entscheidungsschlacht verfolgen, können nur beipflichten.

Schliesslich trödelte Gamelin auch mit der Luftwaffe und drängte sie nicht, sich mit vollen Kräften einzusetzen. Und zwar nicht einmal bei lebenswichtigen Aufklärungsflügen. So ereignete sich beispielsweise am 18. Mai einer der seltenen Fälle, dass er sich direkt an General Vuillemin, den tapferen, aber unfähigen Chef der Luftwaffe, wandte und ihn ersuchte, herausfinden zu lassen, was sich hinter den feindlichen Panzern befände, die nach Westen zum Ärmelkanal rollten. Der Luftwaffengeneral ordnete nur zwei gänzlich unzureichende Aufklärungsflüge an und meldete zurück: «Keine grosse Konzentration von Panzern oder Truppen gesichtet. Eindruck ruhig³³.» Diese kärgliche und völlig irreführende Luftaufklärung konnte dem Generalissimus unmöglich etwas nutzen – im Gegenteil. Aber er rührte sich nicht, um die Luftwaffe zu veranlassen, eine ernsthafte Anstrengung zu unternehmen. Stattdessen feuerte er vom 15. Mai an ein Telegramm nach dem anderen an Churchill in London ab und flehte ihn an, noch weitere zehn Staffeln britische Flugzeuge herüberzuschicken. Er unterzog sich nicht der Mühe festzustellen, ob Vuillemin auch alle seine französischen Maschinen tatsächlich einsetzte. Erst nach dem Krieg stellte er fest, dass sie nicht alle verwendet worden waren und dass die Luftwaffe aus diesem Grund am Ende des Feldzuges mehr Maschinen besass als am Anfang, was ihm «mysteriös» erschien. Aber er untersuchte das Mysterium nicht, solange

dabei noch etwas Gutes herausgekommen wäre. Ebensovienig befasste er sich mit dem empörenden Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Landstreitkräften und der Luftwaffe*.

Aber wie bei den meisten Menschen ist sich General Gamelin seiner Unzulänglichkeiten und Fehler nicht bewusst oder aber unfähig, sie zuzugeben. Er gesteht ein, dass er in der Nacht des 19. Mai, als er den «Zusammenbruch» seines Lebenswerks überdachte, nicht so gut schlief wie sonst. Aber er fügt sogleich hinzu, als er früh am nächsten Morgen die Übergabe seines Kommandos an Weygand vorbereitet: «Ich sehe nach bestem Gewissen und als Franzose und als Christ nichts, was man mir vorwerfen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, unter welchen Umständen ich anders gehandelt hätte, als ich es getan habe³⁵.» Heiter und gelassen in seiner Überzeugung, dass er trotz des Debakels der Armee, die er fünf Jahre lang befehligt hatte, sich nichts vorzuwerfen habe, bereitete er sich für das Eintreffen seines Nachfolgers vor.

General Weygand traf pünktlich um 9 Uhr morgens in Vincennes ein. Die Besprechung zwischen den beiden Generälen war kurz und kühl. «Nicht ein einziges Wort von Herzen», beklagt sich Gamelin über Weygand und fragt sich: «Hat dieser Mann ein Herz, wie Joffre und Foch?» Weygand fand Gamelin «erleichtert, diese schwere Bürde los zu sein». Der wiederum fand seinen Nachfolger «mächtig selbstsicher». Als Gamelin äusserte, nach seiner Meinung könne nur die Durchführung seines letzten Befehls an Georges «die Lage retten», schlug Weygand mit der flachen Hand auf sein Notizbuch und erwiderte:

«Aber ich besitze die Geheimnisse Marschall Fochs**!»

Gamelin sagt, er hätte darauf antworten können, dass er selbst die Geheimnisse Marschall Joffres besässe, «aber dass sie nicht ausgereicht hätten». Jedoch schwieg er sich darüber aus.

Weygand hielt es kaum der Mühe wert, den abtretenden Generalissimus darüber auszufragen, was mit den verschiedenen französischen Armeen geschehen sei, wie die augenblickliche Lage sei, was dringend und sofort getan werden müsse und welche Mittel, wenn überhaupt, zur Verfügung ständen. Er liess keinen Zweifel daran, dass er sich diese Auskünfte von General Georges zu beschaffen gedachte, auf den er trotz seines Nervenzusammenbruchs noch grosses Vertrauen setzte. Weygand führt jedoch Klage darüber, dass Gamelin ihm gegenüber nicht mit einem Wort den Bericht erwähnte, den er Daladier auf sein Ersuchen am 18. Mai über die Geschehnisse und die Gründe für sie gesandt hatte. «Dieses Dokument», sagt Weygand, der es erst fünf Jahre später sehen sollte,

* Der Luftwaffengeneral d'Astier de la Vigerie berichtete später: «Beinahe jeden Abend (während der Schlacht um Frankreich) musste ich selbst die Initiative ergreifen, zum Telefon gehen und die Kommandeure einer Armee oder Heeresgruppe anrufen und ihnen mitteilen, dass ich für den nächsten Tag eine gewisse Anzahl von Formationen ohne Einsätze zur Verfügung hätte, und anfragen, ob sie irgendwelche Aufgaben hätten.» Ihre Antwort war stets die gleiche: «Vielen Dank. Aber wir haben keinen Bedarf.» General Girier, der eine Kampfgruppe von 30 Bombern und 40 Jägern befehligte, machte die gleiche Erfahrung: «Obgleich ich mühelos 40 Einsätze am Tag hätte unternehmen können, erhielt ich nie von einem Armeestab, nicht einmal von der Armee, der wir zugeteilt waren, einen Befehl zu einem Einsatz mit bestimmten, festgesetzten Zielen*».

«« Weygand bestritt später, dies gesagt zu haben. Aber der Wert seiner häufigen Ablehnungen ist, wie wir noch sehen werden, zumindest fragwürdig.

«hätte mich gewiss aufgeklärt.» Aber aus allen Unterlagen geht klar hervor, dass Weygand sich für die Ansichten seines Vorgängers nicht wirklich interessierte*.

Er liess Gamelin gegenüber jedoch keinen Zweifel daran, dass er, alter Royalist und Antirepublikaner, der er war, sich für die Politik interessierte. Gamelin berichtet, Weygand habe zu ihm gesagt: «Wir müssen diese ganzen politischen Angelegenheiten ändern. Wir müssen mit all diesen Politikern Schluss machen. Sie sind alle gleich, der eine so schlimm wie der andere.» Gamelin erklärt, er sei schockiert gewesen, solche Worte aus einem solchen Mund zu hören, aber er erwiderte auch diesmal nichts. Sie schüttelten sich «kühl» die Hände, wie Gamelin sagt, und Gamelin fuhr in seine «behagliche, aber bescheidene Wohnung in der Avenue Foch»³⁷. Sie sahen sich erst Ende 1943 wieder, als sie mit anderen französischen Militär- und Zivilnotabein als Kriegsgefangene der Deutschen auf einem Schloss in Tirol zusammentrafen**.

Die Ernennung Weygands zum Oberbefehlshaber wurde in der Presse ebenso überschwenglich gerühmt wie die Berufung Pétains zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Der neue Chef wurde als die rechte Hand Fochs begrüsst, die wissen würde, wie man siegt. Nach Ansicht Emile Bures in *L'Ordre* war er «das Gehirn des Generalstabs im letzten Krieg» gewesen ... «Sein Name spricht nicht von Niederlage oder Kapitulation.» Wie wenig Chefredakteur Bure doch wusste! Und wie wenig die Presse und die Politiker bedachten, dass die Regierung jetzt gegen eine deutsche Armee, die von relativ jungen Offizieren geführt wurde – keiner von ihnen hatte im ersten Weltkrieg mehr als einen ganz niedrigen Rang innegehabt –, an die Spitze der französischen Armee zwei *vieillards* gestellt hatte (Pétain war vierundachtzig, Weygand dreiundsiebzig), die keinerlei Begriff vom Tempo des Blitzkrieges hatten und während der Zwischenkriegsjahre ihre riesige Macht und ihr Prestige darauf verwendet hatten, die französische Armee daran zu hindern, sich dementsprechend einzustellen.

Weygand selbst war zwar ein energischer, eindringlicher Mann von scharfer Intelligenz, aber er hatte nie eine grössere Einheit in der Schlacht befehligt. Seine gesamte Erfahrung war die eines Stabsoffiziers, und zwar eines glänzenden. In den Augen des frisch beförderten Brigadegenerals Charles de Gaulle, der die einzige noch verbliebene intakte Panzerdivision führte und den Pétain und Weygand während der ganzen dreissiger Jahre wegen seines hartnäckigen Eintretens für die Panzerkriegführung bekämpft – und entlassen – hatten, mangelten dem neuen Generalissimus die Jugend, die Kühnheit und die Phantasie, um fest zuzupacken und die Lage zu retten.

Weygand (schrieb de Gaulle später) war nicht der Mann, das zu vollbringen. Er war seiner ganzen Natur nach ein zweiter Mann. In dieser Rolle hatte er Foch vorzüglich gedient. Er hatte seine Aufgabe als Chef des Generalstabs mit Mut und Intelligenz angepackt. Aber er war weder geschaffen noch bereit, zu Taten zu schreiten und sich

* Das hat unter anderen Oberst R. Villate später in recht vernichtender Weise bezeugt

** Wo, wie Gamelin berichtet, er selbst, Daladier, Reynaud und Michel Clemenceau unter anderen sich weigerten, mit Weygand auch nur zu sprechen

dem Schicksal als ein grosser Befehlshaber zu stellen. Im Lauf seiner ganzen Karriere hatte er nie in der Schlacht ein Kommando ausgeübt ... Ihn in der schwersten Stunde unserer militärischen Geschichte zum Befehlshaber zu wählen, nicht weil man ihn für fähig erachtete, sondern unter dem Vorwand, dass «er ein Banner» sei – das war der grosse Fehler».

Weygands verhängnisvolle Verzögerung

«Das Ganze ist eine Sache von Stunden», hatte Gamelin gewarnt, als er am Morgen des 19. Mai seinen letzten Befehl niederschrieb. Für Weygand jedoch, in seiner völligen Unkenntnis des Tempos der deutschen Panzerkolonnen, wurde es nicht eine Sache von Stunden, sondern von Tagen. Er schob die Durchführung von Gamelins Vorschlag auf, dass die Armeen im Norden und Süden sofort beginnen sollten, sich zu einer Vereinigung miteinander durchzukämpfen oder weiter östlich einen Gegenangriff anzusetzen, um die auseinandergezogenen deutschen Linien westlich der Maas zu durchschneiden. Er wollte vorerst, wie er sagt, sich selbst einen Begriff von der Lage schaffen, indem er die im Kampf liegenden Armeen persönlich aufsuchte, wie Foch es im ersten Weltkrieg stets getan hatte. Er beabsichtigte, zu den nördlichen Streitkräften in Belgien zu fliegen und die Lage mit den Befehlshabern der französischen, britischen und belgischen Heere zu besprechen, die an ebendiesem Tag, dem 20. Mai, völlig eingeschlossen wurden. Denn zur Mittagsstunde des 20. Mai hatte die 1. Panzerdivision Amiens an der unteren Somme genommen. Diese Stadt, um die im ersten Weltkrieg so erbitterte Kämpfe getobt hatten, war kampflös gefallen. Es waren keine französischen Truppen dort gewesen, um sie zu verteidigen *. Am Abend dieses Tages erreichte die 2. Panzerdivision, wie wir gesehen haben, Abbeville an der Sommemündung und vollendete damit die Einschliessung. Die Panzerdivisionen waren jedoch über annähernd 150 Kilometer auseinandergezogen, und die deutsche Infanterie war noch nicht nachgerückt. Der gesamte rückwärtige Teil der deutschen Panzerkolonnen von der Somme nach Norden war unverteidigt. Die Lage schrie geradezu nach alliierten Gegenangriffen aus dem Norden und Süden, bevor die Deutschen ihre motorisierte Infanterie heranzuführen konnten. Aber es war nicht mehr viel Zeit. Es musste binnen weniger Stunden oder höchstens einem Tag gehandelt werden. Statt auf seinem Befehlsstand zu bleiben und die Armeekommandeure anzufeuern und ihnen einen einfachen Aktionsplan zur Durchführung zu geben, machte sich Weygand

* Zur Überraschung der Deutschen standen ihnen, als sie auf Amiens und Abbeville vordrangen, nur britische Truppen im Weg. Ein britisches Bataillon hatte sich der 1. Panzerdivision bei Albert, nordöstlich von Amiens entgegengestellt und war überwältigt worden. Später am selben Tag hatte die britische 37. Brigade versucht, die 1. Panzerdivision daran zu hindern, einen Brückenkopf auf dem Südufer der Somme gegenüber Amiens zu bilden. Sie war vernichtet worden. Weiter westlich hatte die britische 35. Brigade versucht, Abbeville zu verteidigen, war aber von den Panzern der 2. Panzerdivision niedergemacht worden. Die britischen Einheiten besaßen keine Panzer und praktisch keine Artillerie. Zuzufolge der amtlichen britischen Kriegsgeschichte standen nur zwei BEF-Divisionen, die 12. und die 23., den deutschen Panzerdivisionen im Weg, die sich am 20. Mai auf ihrem Vorstoss zum Meer durch den 50 Kilometer breiten Korridor zwischen der Scarpe bei Arras und der Somme ergossen. Beide waren Territorial- oder Reserve-Divisionen mit geringer Ausbildung, ohne Panzer und mit nur wenigen Artillerieeinheiten. Im Verlauf des 20. Mai wurden beide Divisionen vernichtet “.

am Morgen des 21. Mai zu einem gefährvollen Besuch bei den alliierten Befehlshabern in Belgien auf den Weg.

Reynaud zufolge vergeudete der neue Generalissimus einen guten Teil seines ersten Befehlstages damit, den politischen Würdenträgern in Paris, unter ihnen dem Präsidenten der Republik und dem neuen Innenminister Mandel, Höflichkeitsbesuche abzustatten. Er verbrachte jedoch beträchtliche Zeit mit General Georges, dessen desolater Zustand ihn, als er ihn am Abend zuvor erstmals sah, sehr bewegt hatte. Er verbrachte auch zwei Stunden mit General Doumenc im Grossen Hauptquartier. Doumencs frische Lebensgeister und sein unzählbarer Optimismus «erquickten» ihn, wie er sagt. Sogar General Georges schien ihm in besserem Zustand als am Tag zuvor. «Er scheint sich wieder zu fangen», sagte Weygand zu Reynaud später an diesem Abend.

Seiner eigenen Darstellung zufolge erörterte Weygand gründlich mit Georges und Doumenc, was zu tun war, um die alliierten Armeen im Norden zu retten, aber er blieb nicht bei ihnen, um dafür zu sorgen, dass die Gegenangriffe aus dem Norden und Süden ohne weitere Verzögerung begonnen wurden. Zauderte er, wie einige französische Offiziere vermutet haben, weil der erste Blick auf die Lage ihn überzeugt hatte, dass – wie General Georges und sein Stabschef General Roton anscheinend glaubten – der Krieg bereits unwiederbringlich verloren war*? In seiner eigenen Schilderung der Besprechung mit Georges am 20. Mai sagt Weygand, sie seien sich darin einig gewesen, dass, «falls das Ärgste geschieht, wir zumindest die Ehre der französischen Armeen retten müssten». Und was war mit der Rettung der Ehre des Landes? Oder noch wichtiger: der Rettung des Landes selbst? Von nun an schienen diese zwei letzten Erwägungen in Weygands Denken der ersten untergeordnet zu sein.

Früh am Morgen des 21. Mai flog der neue Oberbefehlshaber nach Belgien. Infolge einer Anzahl widriger Umstände – Maschinen, die nicht startbereit waren, Flugfelder, auf denen es keine Transportmittel und nicht einmal funktionierende Telefone gab – traf er erst um 15 Uhr in Ypern ein. Der grösste Teil des Tages war somit in Abwesenheit von seinem Befehlsstand vergeudet worden. Er konnte weder dringende Befehle ausgeben, noch den sich stetig verschlechternden Ablauf der Schlacht verfolgen, indes die deutsche Zange sich um die im Norden in der Falle sitzenden Armeen zu schliessen begann.

König Leopold erfasste rasch, dass General Weygand nicht nur keinen festen Plan zur Schliessung der Lücke besass, sondern sich auch in erstaunlicher Unkenntnis der hoffnungslosen Lage der alliierten Armeen befand. So wusste er zum Beispiel nicht, dass Abbeville am Abend zuvor erobert worden war. Doch selbst wenn Weygand erschienen wäre, um mit den britischen, belgischen und französischen Kommandeuren einen genauen Aktions-Zeitplan auszuarbeiten, hätte sich dieses Vorhaben als unmöglich erwiesen, denn Lord Gort war noch nicht anwesend. Er hatte von der Sitzung zu spät erfahren. Als er schliesslich um 20 Uhr eintraf, war Weygand schon abgefahren. Jedoch nicht, ohne

* Als Michel Clemenceau ihn während seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss fragte, ob am 19. Mai «das Spiel verloren war», antwortete General Georges: «Ich glaube, das war es „.“» Auch General Roton schreibt in seinen Notizen zum 19. Mai: «Am 19. Mai war das Spiel verloren.» Dieses Eingeständnis veranlasste Oberst Villate zu fragen: «Hat General Weygand aus diesem Grund gezögert!?»

dass man ihm reichlich Gelegenheit gegeben hatte, den Defätismus des Königs zu spüren, seinen Widerwillen, dem Ratschlag des Generalissimus zu folgen, und seine kaum verhüllte Feindseligkeit gegenüber seinen Kabinettsministern, denen er nicht erlaubte, an der Sitzung teilzunehmen. Auch fand Weygand nicht, dass sein eigener General Billotte, der die britisch-französischen Armeen im Norden kommandierte, die Entschlossenheit an den Tag legte, die er sich erhofft hatte.

Weygand erläuterte dem König und seinem militärischen Berater General van Overstraeten den offenkundigen Schritt, der getan werden musste und von dem Gamelin 54 Stunden zuvor betont hatte, dass er «eine Sache von Stunden» sei. Während die französischen Divisionen, die sich südlich der Somme sammelten, nordwärts angriffen, sollten so viele Divisionen der französischen ersten Armee und der BEF, wie sich aus der Abwehrfront an der Schelde herausziehen liessen, südwärts durch den Panzerkorridor durchstossen. Um sie im Rücken zu decken, würden die Belgier den grössten Teil der Abwehrfront zu übernehmen haben. Zu diesem Zweck würden sie nicht nur zur Lys, westlich der Schelde, sondern so rasch wie möglich zur Yser zurückzugehen haben. Damit würden sie eine viel kürzere Front verteidigen können und in enger Fühlung mit den französischen und britischen Kräften bleiben.

Overstraeten, dem der König die Wortführung überliess, lehnte ab. Die belgischen Truppen, erklärte er, seien viel zu erschöpft, um einen solchen ausgedehnten Rückzug unternehmen zu können. Ausserdem wünsche der König nicht, das kleine Stück belgischen Gebietes aufzugeben, das seine Truppen noch hielten. Es war offenkundig, wie Ministerpräsident Pierlot vermerkte (wiewohl Weygand in seinem Bericht es anzumerken unterlässt), dass der König und sein Militärberater mit der Feststellung, die belgische Armee könne und werde nicht zur Yser zurückgehen, die Niederlage anerkannten und tatsächlich bereits den Boden für die Kapitulation vorbereiteten. Sie bestritten ausserdem das Recht des alliierten Oberkommandos, der belgischen Armee Befehle zu erteilen.

Als Pierlot zwischen den militärischen Beratungen Gelegenheit hatte, mit dem König zu sprechen, legte er erbittert Verwahrung gegen die Haltung des Herrschers ein. «Hat der französische Generalissimus kein Recht, diesen Gegenangriff zu befehlen?» fragte er. «Der König», berichtet er, «antwortete verneinend und betonte, dass in Wirklichkeit die Befehlseinheit nicht existiere.» Der Ministerpräsident fügt hinzu: «Der König war der Auffassung, dass die Lage der Armeen in Flandern wenig Grund zur Hoffnung gab.» General van Overstraeten, der böse Geist des Königs, den viele Belgier in ihm erblickten, war womöglich noch pessimistischer. Kurze Zeit zuvor war er nach draussen gegangen, um mit den Ministern – Ministerpräsident Pierlot, Aussenminister Spaak und Kriegsminister General Denis –, die Leopold draussen vor dem Konferenzzimmer wie kleine Schuljungen hatte warten lassen, einige Worte zu wechseln*. Sie drängten ihn, Wey-

* In einem Artikel über die Konferenz in Ypern, den er am 12. Juli 1947 in der Brüsseler Zeitung *Le Soir* veröffentlichte, gab Pierlot noch immer seiner Empörung über den Ausschluss der drei Kabinettsminister durch den König Ausdruck. Er nannte es ein «demütigendes Erlebnis». Nicht einmal der Verteidigungsminister General Denis, ein Berufsmilitär, durfte bei den Gesprächen dabei sein. Auch General Michiels, der Chef des Generalstabs, wurde nicht zur Teilnahme aufgefordert.

gands Vorschlag anzunehmen und den Rückzug zu beschleunigen. «Die Truppen sind zu müde», antwortete er. «Ausserdem, warum unser ganzes Staatsgebiet aufgeben?» Als sie geltend machten, es sei wichtiger, die belgische Armee intakt zu erhalten, als «sich an ein paar Quadratkilometer Gebiet zu klammern», und Pierlot rief: «Es ist besser zurückzugehen, als gefangengenommen zu werden!», versetzte der General: «Aber wir sind bereits gefangengenommen.»

Ich antwortete (schreibt Pierlot) nicht ohne Zorn: «Nein, wir sind nicht gefangengenommen. Aber wir werden gefangengenommen werden, wenn Sie nicht alles tun, um das zu vermeiden. Wir sind nicht gefangengenommen, solange wir Waffen besitzen und uns bewegen können.» General van Overstraeten ging wortlos weg.

Inmitten des furchtbaren Unglücks bestand jetzt ein offener Gegensatz zwischen dem König und seiner Regierung. Beide Seiten brachten nach der Sitzung in Ypern in einem Briefwechsel ihre bitteren Empfindungen zu Papier. Der König schrieb am folgenden Tag, dem 22. Mai, an Pierlot, ihre Gespräche hätten einen «höchst unerfreulichen Eindruck» bei ihm hinterlassen.

Ich glaube nicht die Vorwürfe der Regierung zu verdienen, dass ich eine Politik verfolge, deren Ziel es ist, das Land zu veranlassen, einen Separatfrieden mit Deutschland zu schliessen. In Vollzug meiner verfassungsmässigen Aufgabe als Oberbefehlshaber des Heeres habe ich vor allem die Verpflichtung, das Staatsgebiet zu verteidigen und zu vermeiden, das Geschick des Heeres aufs Spiel zu setzen ... Ich kann nicht zugestehen, dass die Minister das Recht haben, über das Heer zu urteilen oder zu bestimmen, wann es zurückgehen soll.

Er schloss mit einem Tadel für die Regierung wegen der «lächerlichen Hast», mit der Regierungsämter «nach Frankreich evakuiert» worden seien, und endete in unheilkundendem Ton: «Dieser nicht zu rechtfertigende Abfall führt mich zu dem Schluss, dass die Regierung seit Beginn der Feindseligkeiten nicht mehr die Mittel zum Regieren besitzt.» Pierlot antwortete am nächsten Tag, dass die Regierung «allein» verfassungsmässig für die Führung des Krieges und «die Handlungsweise des Staatsoberhauptes» verantwortlich sei. Der König, erklärte er, habe ihm bereits am 15. und 16. Mai den Eindruck vermittelt, dass die «Perspektive der Kapitulation bereits ins Auge gefasst war, und zwar nicht nur als eine Eventualität, zu der uns Ereignisse, die ausserhalb unserer Wahl liegen, führen können, sondern als eine Massnahme, die der Unbequemlichkeit, unseren Boden zu verlassen, vorzuziehen ist». Der Ministerpräsident beharrte abermals darauf, der König dürfe «sein Geschick mit dem des Heeres nicht bis zu dem Punkt verkoppeln, an dem er seine Freiheit einbüsst». Was die Räumung Brüssels durch die Regierung betraf, so erinnerte er den König daran, dass die Minister die Hauptstadt erst in letzter Stunde vor dem Einmarsch der Deutschen verlassen hatten.

Jetzt traf General Billotte, der Befehlshaber der alliierten Streitkräfte im Norden, ein, der mehr Glück als Gort gehabt und den Sitzungsort schliesslich gefunden hatte. Dieser hervorragende Offizier liess ebenso wie General Georges bereits den Druck und die Überanstrengung einer Schlacht erkennen, die im Begriff war, verloren zu werden. Zwei seiner eigenen Verbindungsoffiziere bei der BEF schildern ihn als «entmutigt und geschlagen, körperlich erschöpft und von tiefer seelischer Depression befallen». Weygand, der ihn bewunderte, stellte fest, dass sein «Gesicht von Übermüdung und Seelenqual gezeichnet war». Dem belgischen Protokoll der Sitzung zufolge unterrichtete Billotte Weygand, dass die französische erste Armee sich in einer sehr verworrenen Lage befinde, «müde und schwer beansprucht» und ausserstande, einen Angriff zu unternehmen. Sie sei mit knapper Not fähig, sich zu verteidigen. Die britische Armee, fügte er hinzu, sei «noch intakt und stelle eine mächtige Offensivkraft dar». Billotte stimmte Weygand offensichtlich nicht sehr viel zuversichtlicher, obwohl er, wie der Generalissimus sagt, sich einverstanden erklärte, seinen Plan durchzuführen. Allerdings unternahm es keiner der beiden französischen Generäle, sich nunmehr mit den Einzelheiten des Angriffs zu befassen. Es wurde kein Zeitplan für spezifische Ziele und Aufmarschstellungen besprochen. Alles blieb ungewiss. Der Grund hierfür war hauptsächlich der – wie Weygand behauptet –, dass Lord Gort nicht erschienen war, was er, wie er sagt, «nicht verstehen konnte und was mich höchlichst erstaunte».

Die Zeit verstrich, und ich hatte noch immer keine Nachricht vom britischen Oberbefehlshaber. Niemand konnte mir sagen, wo er war... Ich konnte nicht wegfahren, ohne ihn gesprochen zu haben.

Er tat es aber doch und fuhr um 19 Uhr nach Dünkirchen, wo er an Bord eines französischen Zerstörers ging. Als Gort, der den ganzen Tag lang in seinem Stabsquartier in Premesque auf Verständigung gewartet hatte, wo die Sitzung stattfinden sollte, schliesslich um 20 Uhr in Ypern eintraf, war er gekränkt und verärgert, dass der Generalissimus abgefahren war. Dieses verfehlte Treffen zog einen nicht unerheblichen Teil der nachfolgenden Geschichte des Krieges nach sich. Weygand verliess Ypern mit einem Gefühl des Misstrauens gegenüber den Briten, deren Befehlshaber er zu sprechen versucht und nicht gesprochen hatte. Gorts Misstrauen gegenüber den Franzosen war bereits im Wachsen. Er hatte keine Befehle vom französischen Oberkommando erhalten, das ihn über die Katastrophe der neunten Armee und den raschen Vormarsch des Feindes auf den Ärmelkanal weitgehend in Unkenntnis gelassen hatte. Jetzt, am 21. Mai, war seine britische Armee zusammen mit den Belgiern und der französischen ersten Armee eingeschlossen. Und er hatte keine Ahnung, was General Weygand, von dem er seine Befehle zu empfangen hatte, zu tun beabsichtigte.

Am 19. Mai, als seine zurückgehenden Streitkräfte die Schelde erreichten und die deutschen Panzer hinter ihm sich dem Meer näherten, hatte Gort seinen Stabschef, General H. R. Pownall, das Kriegsministerium in London anrufen lassen, um es zu warnen, dass

die Franzosen anscheinend ausserstande waren, die Lücke zu schliessen, und er folglich möglicherweise die BEF werde zur Küste zurücknehmen müssen. Dieser Gedanke begann sich in ihm festzuhalten. «Ich hatte das Gefühl», berichtete er später, «dass mir unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich kein anderer Weg bleiben werde.» Weygand pflegte sich später sarkastisch über die «grosse Anziehungskraft des Meeres für die Briten» zu verbreiten. Und einige französische Offiziere und militärische Kommentatoren legten Gort zur Last, seine eigenen Worte bezeugten, dass er am 19. Mai den Kampf aufgegeben hatte – ein Vorwurf, den Oberst Lyet auf französischer Seite in überzeugender Weise widerlegt⁴³.

Tatsächlich war am 20. Mai General Ironside, der Chef des Empire-Generalstabs, zu Gort hinübergeflogen und hatte Weisungen des Kriegskabinetts für die BEF überbracht, sich nicht nach Norden zum Kanal zu verlegen, sondern im Zusammengehen mit den Franzosen südwärts nach Amiens. Und obwohl Gort erklärte, ein solches Manöver sei «so lange völlig unmöglich, als die Lage an der Front der französischen ersten Armee nicht wiederhergestellt ist», war er einverstanden, der Weisung zu folgen. Er befahl seinen zwei einzigen nicht gebundenen Divisionen, am nächsten Tag südlich von Arras anzugreifen. Ironside fuhr an diesem Vormittag weiter zu Billottes Stabsquartier in Lens und erlangte dessen Einverständnis, dass ihm zwei Infanteriedivisionen der französischen ersten Armee für das Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden. Die drei leichten Panzerdivisionen von General Prioux' Kavalleriekorps sollten ebenfalls teilnehmen. Unglücklicherweise bestimmte General Blanchard, der Kommandeur der ersten Armee, bei der Befehlsausgabe an sein v. Korps, das auf der britischen Linken in Richtung Cambrai angreifen sollte, die Offensive werde «vom 21. ab» – «à partir du 21» – beginnen, was es dem Korpskommandeur überliess zu entscheiden, ob sie am 21. oder danach angesetzt würde. «Das ganze Drama des Fehlschlags der französisch-britischen Operation», schreibt Oberst Lyet, «liegt in diesen Worten.»

Es traf sich so, dass das 1. Korps die Briten verständigte, es könne erst am 22. Mai angreifen *. Der britische Angriff begann in jedem Fall, unterstützt von der französischen 3. leichten Panzerdivision, planmässig am 21. Mai, dem Tag der Ypern-Besprechung. Bis zum Abend war er gegen zunehmend stärker werdenden deutschen Widerstand von Rommels 7. Panzerdivision sieben oder acht Kilometer südlich von Arras vorgedrungen, hatte eine Anzahl feindlicher Panzer und Versorgungsfahrzeuge vernichtet und 400 Gefangene gemacht. Die 1. und 2. französische leichte Panzerdivision rührten sich nicht von der Stelle, ebensowenig das französische v. Korps. Als die Franzosen am nächsten Tag losschlügen, waren die Briten an der Reihe mit dem Stehenbleiben. General Franklyn,

* Major Vautrin, der Verbindungsoffizier der französischen ersten Armee bei der BEF, schildert die Geistesverfassung des Generals René Altmayer, des Kommandeurs des französischen V. Korps, als er den Angriffsbefehl erhielt: «Er erklärt, dass er nicht ausgeführt werden kann, zumindest nicht vor dem 22., das ist der früheste Zeitpunkt. . . General Altmayer, der einen erschöpften und niedergeschlagenen Eindruck erweckte, sass auf meinem Feldbett und weinte still vor sich hin. Er sagte, wir müssten die Dinge so sehen, wie sie sind, dass seine Truppen erledigt seien, dass er bereit sei, die Konsequenzen der Weigerung, den Befehl auszuführen, auf sich zu nehmen, und dass er sich an die Spitze eines Bataillons stellen und fallen werde. Aber er werde nicht fortfahren, sein Armeekorps zu opfern, das bereits seine halbe Mannschafsstärke verloren habe . . .»

der britische Kommandeur, hielt lediglich die gewonnene Stellung. Wieder einmal hatte das Unvermögen der Alliierten, ihre Aktion zu koordinieren, die Erfolgsaussicht zerstört.

Lord Gort war am 21. Mai den grössten Teil des Tages damit beschäftigt, den britischen Gegenangriff bei Arras zu überwachen; er vernahm schliesslich von den Belgiern, wo Weygand sich befand, fuhr nach Ypern und traf dort um 20 Uhr ein. Da der Generalissimus bereits abgefahren war, konferierte er mit König Leopold und General Billotte. Der Pessimismus des französischen Befehlshabers hatte während des langen Tages nicht nachgelassen. Er erklärte abermals, dass die Divisionen der französischen ersten Armee zu erschöpft seien, um die Offensive zu ergreifen. Gort schlug daraufhin vor, die Franzosen sollten ihre Abwehrfront an der Schelde verlängern, um auf diese Weise zwei britische Divisionen freizusetzen, und die Belgier die ihre verlängern, um eine weitere britische Division herauszulösen. Diese drei Divisionen der BEF würden sodann in den Gegenangriff geworfen werden. Die Franzosen und Belgier stimmten zu. Man beschloss ausserdem, dass die Belgier wenigstens bis zum Lys zurückgehen sollten. Trotz des erzielten Einvernehmens scheint ein Gefühl der Düsternis über der Besprechung gelastet zu haben. Nach ihrem Abschluss unterrichtete König Leopold seine aufsässigen Minister über ihren Inhalt. «Lord Gort», erklärte er ihnen, «hat sich bereit erklärt, im Süden einen Gegenangriff zu unternehmen. Aber der britische General hält seine Aussichten praktisch für null. Die Lage ist verzweifelt⁴⁵.»

General Weygand, der sich einen kostbaren Tag lang aus seinem Befehlsstand entfernt hatte, um sich aus erster Hand über die Situation der alliierten Armeen im Norden zu informieren, ihren Kommandeuren Mut zuzusprechen und einen Plan für ihre Rettung auszuarbeiten, hatte somit sehr wenig vollbracht. In Ypern wurde nichts Wesentliches beschlossen. Kein definitiver Plan für eine Gegenoffensive wurde entworfen. Weygand erfuhr nicht, was Gort tun konnte oder tun würde, und der britische Befehlshaber erfuhr nicht aus erster Hand, was – wenn überhaupt etwas – Weygand vorhatte. Der Generalissimus war bei seiner Abfahrt aus Ypern zweifellos pessimistischer als bei seiner Ankunft. Er sah die Belgier schwanken, den König in Gegensatz zu seiner Regierung, nicht gesonnen, die Weisungen des Oberkommandos zu akzeptieren, und ohne alle Hoffnung. Er traf den wegen seiner Energie und Tatkraft bekannten General Billotte körperlich und geistig erschöpft an und ohne Zutrauen zur Offensivfähigkeit der ersten Armee, die noch vor zehn Tagen die beste gewesen war, die die Franzosen besaßen. Und die Briten blieben ein Fragezeichen. Schliesslich hatte die Sitzung in Ypern einen schauerlichen Mangel an gegenseitigem Vertrauen unter den alliierten Befehlshabern enthüllt. König Leopold war überzeugt, dass das Spiel verloren sei. Gort war der Meinung, dass die französische Armee unfähig sei, die Offensive zu ergreifen, und dass die BEF wahrscheinlich sich würde retten müssen. Die Franzosen und Belgier begannen zu argwöhnen, dass die Briten im Begriff seien, sie im Stich zu lassen und zum Meer zu eilen.

Um die Dinge noch zu verschlimmern – falls dies möglich war –, wurde General Billotte auf der Rückfahrt von Ypern zu seinem Stabsquartier an diesem Abend bei einem Auto-

Unfall tödlich verletzt. Er starb zwei Tage später, ohne das Bewusstsein zurückerlangt zu haben. Jetzt wusste kein französischer General im Norden aus erster Hand, wie Weygand sich den Gegenangriff von Norden und Süden dachte, oder wusste von Billottes mündlicher Vereinbarung mit Leopold und Gort am Schluss der Ypern-Sitzung bezüglich des belgischen Rückzugs zum Lys und der Freisetzung von drei britischen Divisionen, die die Spitze des Angriffs nach Süden bilden sollten. Die drei alliierten Armeen waren ohne einen Befehlshaber, der versuchen konnte, ihre Massnahmen aufeinander abzustimmen. General Blanchard, der Kommandeur der auseinanderbrechenden ersten Armee, übernahm auf eigene Faust zeitweilig den Befehl, aber auch er war, wie General Georges, im Begriff zusammenzuklappen. Selbst wenn er in besserer Verfassung gewesen wäre, fehlte ihm für ein solches Kommando das Kaliber Billottes. Und Weygand, der bereits so unersetzlich wertvolle Zeit beim Einsatz des Gegenangriffs vertrödelt hatte, liess mit der Bestätigung Blanchards auf dem neuen Kommando noch mehr Zeit verstreichen. Das geschah erst am 25. Mai *.

Die Folgen von Weygands Verzögerung mussten zwangsläufig verhängnisvoll sein. Zwischen dem 19. Mai, dem Morgen, an dem Gamelin seinen letzten Befehl erliess, in dem er darauf hinwies, dass sich hinter den deutschen Panzerkolonnen ein «Vakuum» befinde, und dem Abend, an dem Weygand zum Oberbefehlshaber ernannt wurde – zwischen diesem Tag und dem 22. Mai, an dem der neue Generalissimus seinen ersten formellen Befehl (Nr. eins) ausgab, hatte zumindest eine Chance für die Alliierten bestanden, die Lücke zu schliessen und die Panzerdivisionen in der Gegend des Ärmelkanals abzuschneiden. Aber am 22. Mai hatte sich die Situation inzwischen verändert. Nach vier Tagen angestrenzter Bemühungen war es den Deutschen gelungen, motorisierte Artillerie und Infanterie nach vorn zu werfen und beide Seiten ihres schmalen Korridors nördlich der Somme abzustützen. Weygand liess die letzte Gelegenheit vorübergehen. Gamelin hatte ausnahmsweise recht, wenn er fragte: «Was wäre aus der Marneschlacht geworden, wenn wir den 5. und 6. September hätten vorübergehen lassen, ohne etwas zu tun, oder wenn am 29. Mai 1918, als die französische Front am Chemin-des-Dames durchbrochen wurde, Marschall Foch nicht sofortige Massnahmen ergriffen hätte^{50?}»

Churchill flog am 22. nach Paris, um mit den Franzosen «Sofortmassnahmen» zur Rettung der Armeen im Norden zu vereinbaren. Um zwölf Uhr mittags trafen Reynaud und

* Zu diesem Zeitpunkt hatte General Blanchard alle Hoffnung aufgegeben. Der Historiker Marc Bloch, der sich bei seinem Stab befand, hörte Blanchard am 26. Mai sagen: «Ich bin völlig sicher, dass wir eine doppelte Kapitulation erleben werden.» «Wie konnte man erwarten», fragt Oberst de Bardies, «dass General Blanchard sich durchsetzen werde, wenn es General Billotte nur mit knapper Not gelang^{41?}» Auf jeden Fall blieben die Armeen im Norden mehrere Tage lang ohne Befehle vom alliierten Oberkommando. Wie General Nyssens von der belgischen Armee es ausdrückte: «General Billotte wurde am 21. Mai verletzt. General Blanchard wurde erst am Abend des 25. Mai offiziell bestimmt, an seine Stelle zu treten. Während dieser Zeitspanne von vier Tagen erhielt der belgische Oberbefehl nicht eine einzige Weisung» – eine Feststellung, die General Michiels, der belgische Generalstabschef, bestätigte⁴¹. Lord Gort erging es nicht besser. «Mit Ausnahme der . . . Befehle, vom Dyle zurückzugehen (die ich erst erlangte, nachdem ich General Eastwood in General Billottes Stabsquartier geschickt hatte, um meine Auffassung darzulegen), erhielt ich von der französischen ersten Heeresgruppe keine schriftlichen Befehle ... Ich telegraphierte dem Kriegsminister und machte darauf aufmerksam, dass bei Heeren drei verschiedener Nationen Koordination unerlässlich sei . . . Ich erhielt aus keiner Quelle irgendwelche Informationen über den genauen Standort unserer eigenen oder der feindlichen Kräfte auf der anderen Seite der Lücke; und ebensowenig . . . irgendwelche Einzelheiten eines geplanten Angriffs aus dieser Richtung⁴¹.»

er sich mit General Weygand in Vincennes. Nachdem er den Generalissimus angehört hatte, der seinen Plan zu einem gemeinsamen alliierten Angriff aus dem Norden und Süden durch den Korridor darlegte, setzte der britische Premierminister ein Resümee der Vereinbarung auf – «um ganz sicherzugehen», wie er sagte, «dass über das Vereinbarte kein Irrtum besteht». Der General und Reynaud billigten den Text, und Churchill telegraphierte ihn unverzüglich an das Kriegskabinett in London und an Lord Gort in Flandern.

Es ist beschlossen worden:

1. *dass die belgische Armee sich auf die Yser-Linie zurückziehen und dort, nach Öffnung der Schleusen, halten soll;*
2. *dass die englische und die französische erste Armee morgen so früh wie möglich – mit etwa acht Divisionen ... – südwestlich in Richtung auf Bapaume und Cambrai angreifen soll;*
3. *dass die englische Luftwaffe ... bei Tag und Nacht ... die grösstmögliche Unterstützung gewähren soll;*
4. *dass die neue französische Armeegruppe, die auf Amiens vorrückt und entlang der Somme eine neue Linie bildet, in nördlicher Richtung vorstossen und sich mit den englischen Divisionen vereinigen soll, die südwärts in der allgemeinen Richtung Bapaume angreifen*⁵¹.

Doch hatte entweder Churchill missverstanden, was Weygand ihm gesagt hatte, oder der Generalissimus hatte ihn irreführt. Es bestand nicht die geringste Aussicht, Punkt zwei durchzuführen. Die Briten und Franzosen im Norden besaßen ganz einfach keine acht Divisionen, um «morgen so früh wie möglich» anzugreifen. Die meisten ihrer Kräfte waren noch von den vorrückenden Deutschen gebunden. Weygand drückt in seinen Memoiren sein «Bedauern» aus, dass Churchill ihn in diesem Punkt missverstanden habe. Auch bestand keine Grundlage für Punkt vier. Churchill verliess die Sitzung in dem Glauben, dass die neue, «auf Amiens vorrückende» französische Heeresgruppe nach Norden vorstossen und sich mit den südwärts angreifenden Briten «vereinigen» werde. Doch zufolge dem französischen Sitzungsprotokoll hatte Weygand sich über diesen Punkt undeutlich ausgedrückt und lediglich gesagt, dass General Frères Kräfte, die sich unterhalb der Somme konzentrierten, nach Norden vorstossen würden, um «den Druck auf die feindlichen Panzer im Raum Amiens, Abbeville und Arras zu verstärken». Er äusserte kein Wort darüber, dass diese Kräfte, wie Churchill glaubte, nördlich über den Fluss vorrücken würden, um sich an die BEF anzuschliessen. Weygand liess daran keinen Zweifel, als er später am selben Tag schliesslich dazu kam, seinen ersten allgemeinen Befehl für den Gegenangriff auszugeben. Er ordnete die Bewegungen an, die die Armeen im Norden bei ihrem Angriff nach Süden auszuführen hatten, und fügte lediglich hinzu, die französischen Streitkräfte im Süden würden die «Somme-Übergänge», das heisst die deutschen Brückenköpfe südlich des Flusses, zurückerobern. Auch hier kein Wort darüber,

dass sie nördlich der Somme vorstossen würden, um zum Schliessen der Lücke beizutragen.

Obwohl Weygand, dem französischen Sitzungsprotokoll zufolge, sofort nach der Sitzung mit Churchill Reynaud erklärte, General Frères Armée an der Somme werde «morgen zur Unterstützung der Operation aus dem Norden zahlreichere und bedeutendere Einheiten zur Verfügung haben, als er noch vor einigen Stunden für möglich gehalten habe», geht aus seiner eigenen Darstellung doch klar hervor, dass er zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Hoffnung hatte, diese Armee könne eine ernsthafte Offensive jenseits der Somme unternehmen.

Um die der nördlichen Heeresgruppe zugewiesene Aufgabe zu erleichtern (schrieb er später), hatte ich beschlossen, dass die an der Somme stehenden Kräfte gleichzeitig angreifen sollten, um sich mit ihnen zu vereinigen ... Ich war mir der zahlenmässigen Schwäche der mir zur Verfügung stehenden Truppen zu gut bewusst ..., als dass ich mir gestattet hätte, mich hinsichtlich der Stärke dieses Vorstosses aus dem Süden, also aus der Gegend von Amiens, irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Aber ich rechnete, dass er, wie schwach er auch sein mochte, zumindest eine zusätzliche Bedrohung der deutschen Flanke schaffen und damit die Erfolgsaussichten der nördlichen Offensive erhöhen würde⁶².

Wenn diese Kräfte so «schwach» waren, warum übertrieb Weygand dann ihre Stärke gegenüber dem französischen und britischen Regierungschef? Churchill erklärt⁵³, er habe Weygands Äusserungen auf der Sitzung dahin verstanden, dass die neue Armee an der Somme, die «von Amiens nach Arras vorstossen» sollte, eine «Stärke von 18 bis 20 Divisionen» habe – was den Einsatz einer gewaltigen Streitkraft * gegen die dünn besetzte deutsche Südflanke bedeutet hätte – wenn diese Streitmacht existiert hätte.

In General Weygands Allgemeinem Befehl Nr. 1 vom 22. Mai fehlen noch immer die Details der spezifischen Entwicklung der Gefechtsformationen und des Zeitplans. Ausserdem ist der Befehl in einigen entscheidenden Punkten völlig unrealistisch, da er weder die Fortschritte der Panzer an der Kanalküste noch die Situation der Nordarmeen in Rechnung stellt. Er erwähnt nicht, dass die BEF und die französische erste Armee «bestimmt morgen mit etwa 8 Divisionen» nach Süden vorstossen sollen. Ein Zeitplan für ihre Operation ist nicht einmal angedeutet. Er enthält keine Weisung bezüglich der Aufgaben und Ziele einer jeden Einheit, und auch von Georges oder Blanchard erfolgten keine solchen Weisungen. Hingegen sagt Weygand allerdings, die Aufstellung der britischen und französischen Armeen sei zu dicht und die ganze BEF könne «vorteilhafterweise» auf die rechte Seite der Angriffslinie verlegt werden. Aber wie sollte dies möglich sein, da alle Divisionen entlang der Schelde und im Raum Arras in schweren Kämpfen lagen?

* In Wirklichkeit waren nur sedis Divisionen vorhanden, davon drei noch unvollständig, und sie waren über eine Front von 105 Kilometern verteilt ^M.

Weygand lässt erkennen, dass er noch immer kein klares Bild davon besitzt, wo sich die deutschen Kräfte befinden. Er sagt, die Nordarmeen «haben die unumgängliche Aufgabe, den deutschen Angriff daran zu hindern, zum Meer durchzudringen». Aber die Panzer hatten das Meer schon vor zwei Tagen erreicht. Schliesslich setzte der Generalissimus fest – im Gegensatz zu dem, was Churchill glaubte, von Weygand gehört zu haben-, dass die französischen Streitkräfte an der Somme lediglich die deutschen Brückenköpfe auf dem Südufer des Flusses zurückerobern sollten. Kein Wort davon, dass sie den Fluss zu überqueren und nach Norden vorzudringen hätten.

Während am 22. Mai die Besprechungen in Paris in Gang waren und Weygand seinen ersten Befehl ausgab, führte die französische erste Armee im Norden ihren «Gegenangriff» östlich von Arras auf Cambrai durch, den General Blanchard mit dem britischen Vorstoss aus Arras vom Tag zuvor nicht hatte abstimmen können. Es kam nicht viel dabei heraus. Er war ursprünglich als ein grosser Einsatz des französischen v. Korps mit Unterstützung zweier leichter Panzerdivisionen geplant gewesen, aber Umfang und Ausmass des Angriffes wurden beschnitten und herabgesetzt, noch ehe er begonnen hatte. Statt des v. Korps wurde die 25. Infanteriedivision zur Durchführung des Angriffs bestimmt und schliesslich nur das Infanterieregiment 121, unterstützt von zwei kleinen Panzerstosstrupps. Die beiden leichten Panzerdivisionen wurden völlig weggelassen. Das Regiment ging um 9 Uhr morgens zwischen Arleux und Bouchain in Richtung Cambrai vor und hatte am Abend die Aussenbezirke der Stadt erreicht. Dann erhielt es zur «grössten Verblüffung» seines Kommandeurs, General Molinié, den Befehl zum Rückzug, weil der Befehlsstand der ersten Armee befürchtete, es könne eingeschlossen werden. So verlief der erste Versuch der französisch-britischen Armeen, sich nach Süden durchzukämpfen, im Sande. Ausserstande, ihre Angriffe auf denselben Tag abzustimmen, so dass jede Armee auf eigene Faust handelte, beendeten die beiden alliierten Streitkräfte ihre Operation mit einer Lächerlichkeit, nämlich der «Offensive» des v. Korps, die auf den Einsatz eines einzigen Regiments herabgemindert wurde, das noch kaum vorgerückt war, als es bereits den Rückzugsbefehl erhielt.

Weygands erster Befehl ging, wie General Roton notierte, erst um 20 Uhr 50 am Abend des 22. Mai an die Nordarmeen hinaus – sieben Stunden nach seiner Ausgabe, und am Morgen des nächsten Tages hatte Gort ihn noch immer nicht erhalten oder irgendeine andere Weisung für den «Weygand-Plan». Während des ganzen 23. Mai drückten überlegene deutsche Kräfte, geführt von der 5. und 7. Panzerdivision, seine zwei Infanteriedivisionen auf beiden Seiten von Arras zurück, obwohl eine kleine britische Besatzungstruppe an der Stadt selbst festhielt und mehrere Versuche der 11. deutschen motorisierten Brigade, sie von drei Seiten her zu nehmen, zurückschlug. Bei Anbruch der Nacht war General H. E. Franklyns Sondertruppe bei Arras in Gefahr, eingeschlossen zu werden – es standen für ihr Entkommen nur noch zwei Strassen offen –, und gegen 19 Uhr ordnete Gort ihren Rückzug auf die Kanallinie im Norden und Nordosten an, wo sie, wie Gort sagt, «gut placiert wäre, um an einem weiteren Gegenangriff nach Süden teilzunehmen». Arras war offensichtlich, nachdem es auf beiden Seiten von deutschen Panzern

abgeriegelt war, als Absprungstellung für den beabsichtigten Angriff nach Süden nicht mehr brauchbar. Doch liess der britische Rückzug in der Nacht des 23/24. Mai die französische erste Armee zu seiner Linken in einem beengteren Frontvorsprung zurück; sie war in einem Viereck Maulde–Conde–Valenciennes–Douai umzingelt.

General Weygand war wütend, als er am Morgen des 24. Mai von dem britischen Rückzug bei Arras erfuhr. Er erklärte unverzüglich schriftlich (und zweifellos, um es für die Nachwelt aktenkundig werden zu lassen) gegenüber Reynaud, dass er –

infolge des britischen Rückzugs die Heeresgruppe I im Norden angewiesen habe, falls sie der Ansicht sei, die geplante Operation (nach Süden anzugreifen) lasse sich nicht mehr durchführen, solle sie versuchen, einen möglichst grossen Brückenkopf rings um die drei nördlichen Häfen Boulogne, Calais und Dünkirchen zu bilden.

Weygand, der den Briten bittere Vorwürfe machen sollte, dass sie dem Kanal zustrebten, fasste also selbst bereits am Morgen des 24. Mai das gleiche ins Auge.

Der britische Rückzug bei Arras in der Nacht des 23/24. Mai beschwor eine giftige Kontroverse zwischen den Alliierten herauf, die auf französischer Seite noch lange nach dem Krieg fort dauerte. Weygand gab von nun an diesem Rückzug die Schuld an vielem, was sich in der Folge ereignete, und wurde hierin von den meisten französischen Generälen, von denen einige nach Alibis für ihr eigenes Versagen suchten, und von vielen französischen Militärhistorikern unterstützt. Aufgrund von Weygands Brief und weiterer, übertriebener Meldungen über den britischen Rückzug sandte der französische Ministerpräsident zwei scharf formulierte Telegramme an Churchill in London.

General Weygand unterrichtet mich (so erklärte das zweite Telegramm), dass die britische Armee entgegen formellem Befehl einen Rückzug von 40 Kilometern in Richtung auf die Häfen durchgeführt hat in eben dem Augenblick, da unsere Streitkräfte vom Süden her nach Norden Boden gewannen, um sich mit den alliierten Armeen im Norden zu vereinigen. Dieser Rückzug hat begreiflicherweise General Weygand genötigt, seinen ganzen Plan abzuändern. Er sieht sich jetzt gezwungen, seinen Versuch, die Bresche zu schliessen und eine durchlaufende Front zu bilden, aufzugeben ...⁵⁵

Weygands Auskunft war ungenau, um es milde auszudrücken. Die Briten waren nicht 40 Kilometer von Arras in Richtung auf die Häfen zurückgegangen, sondern 24 Kilometer in nahezu entgegengesetzter Richtung, nämlich nach Nordosten. Sie hatten nicht «entgegen formellem Befehl» gehandelt, da sie keinen Befehl erhalten hatten, den Arrasvorsprung zu halten, obwohl man Gort vorwerfen kann, warum er nicht wenigstens General Blanchard informierte, was er erst am nächsten Morgen tat*. Schliesslich be-

* Die Briten verständigten den Befehlsstand der französischen 1. leichten Panzerdivision von dem Rückzug. Diese Einheit auf der Westflanke der Briten war ebenfalls im Lauf des Tages unter schweren Kämpfen stetig zurückgedrängt worden. Da die französischen Kräfte bei Arras in beiderseitigem Einvernehmen zusammen mit den Briten zurückgingen, ist es seltsam, dass das Stabsquartier der französischen ersten Armee davon nichts wusste. Möglicherweise war das Chaos des Meldewesens hierfür verantwortlich ⁵¹.

ruhte Weygands Auskunft, dass die französischen Kräfte an der Somme «nach Norden Boden gewannen», nicht auf Tatsachen. Sie drangen nicht vor. Sie hatten nicht einmal mit der Beseitigung der deutschen Brückenköpfe südlich des Flusses irgendwelche Fortschritte erzielt. Dessenungeachtet hatte Weygand in der Nacht des 23. Mai Blanchard telegraphiert, dass «die siebente Armee die Somme bei Amiens und Ham erreicht hat. Die Offensive wird morgen, unterstützt von Panzerkräften, in Richtung Albert-Bapaume fortgesetzt.» Albert und Bapaume lagen nördlich des Flusses⁵⁷. Es ist rätselhaft, wie der oberste französische General den Ministerpräsidenten, Blanchard und die Briten so irreführen konnte.

Weygand hatte nicht nur in den Briten einen Sündenbock gefunden. Er hatte in ihrem Rückzug von Arras auch einen Vorwand gefunden, um den Gegenangriff, den er selbst so lange hinausgezögert hatte, abzublasen. Er war darin nicht allein. General Besson, der am 21. Mai das Kommando über die sechste und siebente Armee an der Somme übernommen und einen grandiosen Befehl erlassen hatte, in dem es hiess: «Es ist nicht mehr eine Frage des Rückzugs oder lediglich der Verteidigung. Wir müssen angreifen, angreifen, angreifen!», pfiiff am Abend des 24. Mai eine andere Tonart. Er rief General Frère von der siebenten Armee an und sagte ihm: «Heeresgruppe 1 (Blanchard) hat nach Norden zurückgehen müssen, und der Feind vor uns verstärkt sich. Die Offensivoperation kann folglich fürs erste nicht mehr in Betracht kommen. Wir müssen zur Somme hinaufrücken und uns tief gestaffelt aufstellen.» Das hiess: für die Defensive, nicht für die Offensive. So wie Weygand benutzte auch General Besson den britischen Rückzug bei Arras, um das Aufgeben der Gegenoffensive zu rechtfertigen.

Major Lyet, der objektive französische Militärhistoriker, rekapituliert die Gedankengänge der französischen Generäle an diesem Tag des 24. Mai:

*General Blanchard hat einen Verbindungsoffizier nach Paris geschickt, um General Weygand die Schwierigkeiten * des geplanten Angriffs zu erklären; Weygand hat den Versuch als unmöglich angesehen; und General Besson hat Befehl erteilt, ihn aufzugeben*⁵⁸.

Tatsächlich hatten General Blanchard und General Gort im Norden trotz der katastrophalen Lage ihrer jetzt eingeschlossenen Armeen den Plan nicht aufgegeben, ihren Teil des kombinierten Gegenangriffs beiderseits des deutschen Korridors durchzuführen. Der Korridor war noch immer schmal. Nur 50 Kilometer trennten den vorspringenden Winkel der französischen ersten Armee im Norden von der Stellung der siebenten Armee an der Somme bei Peronne.

Gort hatte bereits am Morgen des 23. Mai Blanchard einen Angriff nach Süden vorgeschlagen, der von zwei britischen Divisionen, einer französischen Division und dem französischen Kavalleriekorps durchgeführt werden sollte, dessen drei leichte Panzerdivisionen jetzt nur noch ihre halbe Sollstärke besaßen. Da Zeit benötigt wurde, um die

* Hervorhebung von Lyet.

britischen Divisionen aus der Front herauszuziehen, schlug er vor, das Unternehmen solle am 26. Mai beginnen. Da er sich jedoch über den Zustand der französischen ersten Armee und seiner eigenen Truppen keinen Illusionen hingab, betonte er, wie er sagt, «dass die Hauptanstrengung aus dem Süden erfolgen müsse und die Operation der nördlichen Kräfte nicht mehr als ein Ausfall sein könne»⁵⁹. Blanchard war einverstanden. Gort ersuchte den französischen Kommandeur auch, mit Weygand Vorkehrungen zu treffen, damit die Angriffe aus dem Norden und Süden gleichzeitig erfolgten und aufeinander abgestimmt waren. Der Befehlshaber der BEF hatte noch immer keine Informationen über die französischen Kräfte an der Somme, die nach Norden vorrücken sollten, aber er scheint Weygand beim Wort genommen zu haben, dass einige solche Kräfte vorhanden waren – jedenfalls genügend, um «die Hauptanstrengung» zu unternehmen ein Eindruck, der sich am nächsten Tag verstärkte, als London ihm mitteilte: «Weygand meldet, französische siebente Armee rückt erfolgreich vor und hat Peronne, Albert und Amiens genommen⁶⁰.» Wenn das zutraf, so bedeutete es für Gort, dass die französischen Divisionen an der Somme nicht nur die starken deutschen Brückenköpfe südlich der Somme bei Amiens und Peronne beseitigt hatten, sondern auch nördlich des Flusses vorgedrungen waren und Albert genommen hatten. In Albert hätten die Franzosen ein Viertel der Wegstrecke bis zu den Nordarmeen zurückgelegt und es wäre ihnen gelungen, die immer stärker werdende deutsche Stellung an der Somme zu durchbrechen. Leider war nicht das geringste Wahre daran.

Trotz des britischen Rückzugs bei Arras in der Nacht des 23. Mai schickten der französische und britische Befehlshaber sich an, in loyaler Weise ihren Teil des Weygand-Plans in die Tat umzusetzen. Am Vormittag des 24. Mai arbeitete Blanchard mit den Briten die Einzelheiten aus. Die Operation sollte jetzt mit drei französischen und zwei britischen Divisionen unternommen werden, geschützt von den drei leichten Panzerdivisionen des französischen Kavalleriekorps und den Panzern, die die Briten allenfalls zusammenkratzen konnten. Sie sollten auf beiden Seiten des Canal du Nord nach Süden Vordringen, und die Panzerkräfte sollten ihre westliche Flanke gegen die deutschen Panzer abdecken, für den Fall, dass die letzteren von der Küstengegend nach Osten gegen sie abschwenkten. Die Offensive war grösser, mit mehr Verbänden als irgendeine, die die Franzosen bisher während der ganzen Schlacht ausgeführt hatten. Sie sollte am 26. Mai mit der Bildung von Brückenköpfen südlich der Scarpe beginnen, und am folgenden Tag sollten die gesamten Kräfte nach Süden auf Peronne an der Somme Vordringen.

Die Nachricht, dass die nördlichen Verbände endlich beabsichtigten, nach Süden vorzurücken, belebte die Geister im französischen Oberkommando. Am 25. Mai suchte Weygand Georges in seinem Stabsquartier auf. Angespornt von der ermutigenden Aussicht, dass fünf britisch-französische Divisionen mit Panzerunterstützung sich aus dem Norden herunterkämpften, riefen sie General Besson an, der seine Somme-»Offensive« am Tag zuvor aufgegeben hatte, er solle sie unverzüglich wiederaufnehmen und mit allem, was er habe, nach Norden vorstossen. Weygand telegraphierte Blanchard, er sei «hoch erfreut» von seinem «Entschluss».

Später am selben Tag wurde des Generalissimus Zuversicht beträchtlich gedämpft durch einen gewissen Major Fauvelle, der in Paris von der ersten Armee eintraf und schlechte Nachrichten über ihren Zustand und ihre Aussichten brachte. Er tauchte aus heiterem Himmel bei einer Sitzung in Reynauds Büro auf, an der Pétain, Weygand, Admiral Darlan, Baudouin (der das Protokoll führte) und General Sir Edward L. Spears teilnahmen. Der britische General war an diesem Morgen aus London eingetroffen, um als Churchills persönlicher Verbindungsoffizier bei Reynaud in militärischen Angelegenheiten zu fungieren. Er war halber Franzose von Geburt und zweisprachig und war im ersten Weltkrieg Verbindungsoffizier zwischen den französischen und britischen Armeen und sodann Chef der britischen Militärmission in Frankreich gewesen. Er kannte Land und Volk und hatte viel für sie übrig. Die Kunde, die Major Fauvelle von der französischen ersten Armee brachte, schien Reynaud und Weygand zu überraschen. Sie versetzte Spears einen Schock.

Es bestehe keine Hoffnung, erklärte Fauvelle, dass die erste Armee Weygands Plan durchführe. Blanchard, ihr Chef, sei erschöpft, und das gleiche gelte von seinen Truppen. «Die Armee hat nur noch drei kampffähige Divisionen übrig», fuhr er fort, «und Munitionsreserven nur für einen Tag.» Reynaud zufolge fügte er hinzu, die britische Armee «schicke sich anscheinend an, sich wieder einzuschiffen, und die belgische Armee, den Kampf aufzugeben». Seine Schlussfolgerung: «Ich bin von einer sehr baldigen Kapitulation überzeugt.» Der britische General hörte dem Major mit wachsendem Grauen zu.

Ich spürte, wie kalte Finger mein Herz zu Stein verwandelten (schreibt Spears). Ich habe schon ... gebrochene Männer gesehen, aber noch nie einen zerschmelzenden, das heisst in einem Zustand, in dem man ihn nur noch mit dem Löffel zusammenkratzen konnte ... Er war die leibhaftige Verkörperung der Katastrophe.

Pétain, berichtet Spears, sagte nichts und starrte nur unverwandt auf den Teppich. Admiral Darlan verhielt sich ebenso schweigsam und dachte anscheinend, da es sich nicht um eine nautische Angelegenheit handelte, gehe sie ihn nichts an. Weygand schien beeindruckt. Reynaud begehrte auf*. Spears kochte. Fauvelle unterbreitete immerhin

* Spears gibt eine lebendige Schilderung der Männer, in deren Händen das Geschick Frankreichs lag und die er, mit Ausnahme Darlans, alle persönlich gut kannte. «Pétain schien wie tot. . . Er sah sehr traurig aus ... Er sagte nichts und stierte nur mit eingesunkenem Kopf weiter auf den Teppich . . . Weygand war in Khaki-Uniform und Reithosen, komplett bis hinab zu den Messingsporen, gelbhäutig, verwelkt und zusammengeschrumpft. Er sah, ebenso wie Reynaud, orientalisch aus. Sein schütterer Schnurrbart und seine pergamentene Haut, die hohen Jochbogen, die aus einem flachen Gesicht hervordrangen, das die Form eines umgedrehten Pik-As hatte, erhöhten noch diesen Eindruck, der bereits durch sein sehr spitzes Kinn betont wurde. Es war jedoch nicht seine äussere Erscheinung, mit der ich vertraut war, die mich erstaunte, sondern seine Aktivität; er flitzte umher wie ein flinker kleiner Fisch, frisch wie ein Gänseblümchen, ohne ein Anzeichen von Ermüdung . . . Reynauds Chinesenaugen . . . lächelten nicht, aber seine Augenbrauen, die hochgezogen waren und die Form von aufgespannten Regenschirmen hatten, was ihm den Ausdruck unablässiger Wachsamkeit und amüsiertes Neugier verlieh, schossen mehrmals halb seine Stirn hinauf, als seien sie halb geschlossen gewesen und hoben sich, um nicht zusammenzustossen ... Er sah nicht im geringsten nervös aus. Ich sagte mir . . . : .Das ist ein liebenswerter, hochgemuter kleiner Mann.c . . . Admiral Darlan sah mehr denn je wie der alte Seebär im Lustspiel aus . . . Er gab einem ein unbehagliches Gefühl von Unwirklichkeit, von etwas Nachgemachtem, Schwindelhaftem . . . Auch er verflüchtigte sich wie Pétain, sobald er sich hingeworfen hatte.» Spears fügt hinzu, sein Eindruck von Baudouin, «hochgewachsen, glatt rasiert, blauäugig und gut aussehend, war nicht unerfreulich – ein erster Eindruck», gesteht er, «der sich als irrig erweisen sollte» *1.

zwei konstruktive Vorschläge: dass den Armeen im Norden gestattet werde, sich zum Meer zu verlegen, und dass General Blanchard offiziell zum Befehlshaber der Heeresgruppe 1 ernannt werde. Weygand war mit dem ersten Vorschlag anscheinend, mit dem zweiten bestimmt einverstanden. Später am Nachmittag, vier Tage nach Billottes tödlichem Unfall, der die Heeresgruppe ihres Chefs beraubte, sandte er ein Telegramm an Blanchard, das ihn auf diesen Posten und General Prioux vom Kavalleriekorps zum Kommandeur der ersten Armee berief. Der Generalissimus fügte eine persönliche Mitteilung an:

*Sie allein haben über die Massnahmen zu entscheiden, die zu treffen sind, um zu retten, was gerettet werden kann, vor allem die Ehre der Fahne, deren Hüter Sie sind*⁶².

Die Rettung der Ehre der Armee! Sie wurde im Denken des Generalissimus zu einer Zwangsvorstellung. Als Ergänzung hierzu hatte noch eine zweite Idee in Weygands und Pétains Vorstellung zu keimen begonnen: Nachdem die Ehre der Armee gerettet war, musste Frankreich um einen Waffenstillstand ersuchen. Die beiden ruhmreichsten Militärs Frankreichs hatten aufgegeben.

Pétain sogar schon vorher. Sogar schon, als er Madrid am 17. Mai verliess, nachdem er Franco, wie wir gesehen haben, erklärt hatte, dass Frankreich geschlagen sei. Der greise Marschall machte zumindest nicht viel Federlesens damit. Schon am nächsten Tag, als er zum erstenmal an einer Kabinettsitzung teilnahm, überraschte er die Mitglieder der Regierung mitten in einer Diskussion über die Übersiedlung nach Tours mit der Feststellung, er selbst werde sich weigern, die Hauptstadt zu verlassen, selbst wenn die Deutschen in Paris einmarschierten. Louis Marin zufolge, der anwesend war, fügte Pétain hinzu, «er fürchte sich nicht davor, Hitler von Angesicht zu Angesicht gegenüberzutreten und mit ihm zu sprechen; im Gegenteil, ‚unter Soldaten‘ könnten bessere Bedingungen erlangt werden, als Zivilisten sie erzielen könnten»⁹³.

Der «Sieger von Verdun» war also am 18. Mai, dem Tag, an dem er in der Regierung Reynaud sein Amt übernahm, zu der Schlussfolgerung gelangt, dass Frankreich werde kapitulieren müssen und dass er selbst günstigere Bedingungen erlangen werde als ein Zivilist. Die allgemeinen Umrissse dessen, was zu tun sein werde, zeichneten sich in seinem verkrusteten Denken ab. Und auch im Denken Weygands und sogar Reynauds. Um 18 Uhr – noch immer am 24. Mai – rief der Generalissimus Baudouin an und ersuchte ihn, sofort zu ihm nach Vincennes zu kommen. Der Oberbefehlshaber tobte noch immer über den «Rückzug» der Briten, beharrte darauf, dass er 40 Kilometer betrage, und erklärte, das habe ihn veranlasst, seinen Plan aufzugeben. «Weygand», berichtet Baudouin, «schien völlig zerschmettert von diesem Treubruch der britischen Armee.» Zerschmettert ausserdem – daran liess er keinen Zweifel – über den jammervollen Zustand des französischen Heeres, den er als Chef zu Beginn der dreissiger Jahre immerhin mit zu verantworten hatte.

*Der General wiederholte, was er heute vormittag im Büro des Ministerpräsidenten gesagt hatte: dass Frankreich sich in einen Krieg gestürzt habe, ohne das Material zu besitzen, ihn durchzukämpfen, weder Panzer noch Panzerabwehrgeschütze, noch Flak ... Keine militärische Vorbereitung. Keine diplomatische Vorbereitung. «Es ist verbrecherisch», erklärte mir der General, unter diesen Umständen am 3. September Krieg erklärt zu haben. Es ist unbegreiflich, dass jene, die zu diesem Zeitpunkt für das französische Heer verantwortlich waren, der Regierung nicht gesagt haben, der Zustand des Heeres * erlaube nicht, dass man sich auf den Kampf einlasse⁶⁴.*

Baudouin, der spürte, dass seine Macht und sein Einfluss stiegen – er besass jetzt das Vertrauen des Generalissimus und des Ministerpräsidenten und wurde von dessen ehrgeizig agierenden Geliebten unterstützt –, erzählt, er habe Weygand geantwortet: «Wir müssen Frankreich aus dieser Patsche herausholen ... Die schrecklichen Heimsuchungen, die auf ihm lasten, werden am Ende vielleicht heilsam sein.» Baudouin schwört, bei diesen Worten seien Weygand die Tränen in die Augen getreten. Bedeutsamer war, dass der General, wie er sagt, mit ihm einer Meinung war und ihm nunmehr erklärte, «ein geschlagener General habe kein Recht, weiterzuleben, und er bedaure nur, dass er nicht ums Leben gekommen sei, als sein Flugzeug am Mittwoch vormittag eine schwierige Landung gehabt habe»⁶⁵.

Eine gefühlsbetonte Szene, aber nichtsdestoweniger kennzeichnend. Der Oberbefehlshaber fühlte sich so geschlagen, dass er zu sterben wünschte. Und Baudouin, jetzt im Mittelpunkt der Ereignisse, wollte Frankreich aus dem Krieg herauslösen. Pierre Dhers, ein Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und ein scharfer Examinator beim Kreuzverhör, nagelte Baudouin nach dem Krieg auf diesen Punkt fest.

DHERS: Sie sagten uns bereits, dass für Sie nach dem 16. Mai die Niederlage feststand.

BAUDOUIN: Absolut.

DHERS: Folglich waren Sie am 24. Mai, dem Tag Ihres Gesprächs mit General Weygand, bereits für einen Waffenstillstand. Sie haben uns gesagt: «General Weygand überzeugte mich davon ...»

BAUDOUIN: Am 24. Mai war ich gewiss, dass die Schlacht verloren war ... und dass die Kämpfe eingestellt werden mussten. Ja, das stand fest⁶⁶.

Baudouin erklärt, er habe Reynaud um 20 Uhr 30, nach seiner Rückkehr aus Vincennes, gesprochen; der Ministerpräsident sei zutiefst verstört gewesen über den «britischen Rückzug», über die Wahrscheinlichkeit, dass Italien an Hitlers Seite in den Krieg eintreten werde, und über den schwachen Widerstandsgeist der Armee und der Bevölkerung, und habe bemerkt, er «überlege, ob im Fall eines massvollen Friedensangebots aus Deutsch-

* Dies sagte derselbe General, der weniger als ein Jahr zuvor, am 4. Juli 1939, in einer öffentlichen Rede in Lille erklärt hatte: «Ich bin überzeugt, dass die französische Armee eine schlagkräftigere Truppe ist als zu irgendeiner Zeit in ihrer Geschichte. Ihr Material ist von erstklassiger Qualität ... ihr Kampfgeist ist hervorragend und ihr Oberkommando ausserordentlich.»

land die französische öffentliche Meinung ihn unterstützen werde, wenn er es ablehne». Wenn nicht, so habe Reynaud gesagt, «würde ich zurücktreten, da ich immer dafür gewesen bin, den Krieg bis zum Ende durchzukämpfen»⁶⁷.

So wie General Weygand am 24. Mai (und Marschall Pétain noch früher) anscheinend die Niederlage als gegeben hinnahm und die Kämpfe so bald wie möglich einstellen wollte, war sich auch Reynaud bereits darüber im Klaren, was er möglicherweise zu tun haben werde: nämlich zurückzutreten und es einer anderen französischen Regierung zu überlassen, Deutschlands Friedensbedingungen zu erwägen.

Dies alles trat auf einer Sitzung des Comité de Guerre zutage, die am nächsten Tag, dem 25. Mai, um 19 Uhr begann, wenige Stunden nach der Konferenz in Reynauds Büro, zu der Major Fauvelle so kummervolle Nachrichten von der Nordfront überbracht hatte. Diese Sitzung ergab eine entscheidende Konfrontation der militärischen und politischen Führer Frankreichs. Vieles, was in den nächsten mit Krisen überladenen dreissig Tagen folgte, hatte seine Ursache in den Worten, die hier gesprochen wurden. Und was gewisse Personen bei dieser Gelegenheit sagten oder angeblich gesagt hatten oder bestritten, gesagt zu haben, zog einen erbitterten Meinungsstreit nach sich und wütende gegenseitige Beschuldigungen in Paris, die noch jahrelang nach dem Krieg weitertobten. Dies ist weitgehend darauf zurückzuführen, dass es drei Versionen des Sitzungsprotokolls gab, die sich alle auf ein Resümee stützten, das Baudouin aufgesetzt hatte, der selbst verdächtig war. Die eine Fassung war unkorrigiert; eine zweite war von Reynaud korrigiert, so dass eine seiner entscheidenden Äusserungen, von der er bestritt, sie getan zu haben, und von der Weygand schwor, er habe ihn sie sagen *hören*, ausgestrichen war; und eine dritte Version von etwas mysteriöser Herkunft wurde am 16. November 1949 – über neun Jahre nach dem Vorgang – in der Pariser Zeitung *L'Aurore* veröffentlicht. Sie stammte aus dem Grossen Hauptquartier (General Doumenc) und unterschied sich von den anderen Versionen hauptsächlich darin, dass sie das, was Weygand angeblich gesagt hatte, ausführlicher wiedergab.

Die Kontroverse geht darum, ob der Ministerpräsident, der Präsident der Republik, der Marineminister und Weygand selbst an diesem Tag, dem 25. Mai, zum ersten Male erwogen, die Kämpfe einzustellen, das Versprechen an Grossbritannien, keinen Separatfrieden zu schliessen, nicht einzuhalten und einen Waffenstillstand anzunehmen. Über diese letztere Frage des Waffenstillstandes sollte der Kampf zwischen Reynaud und einigen seiner Anhänger im Kabinett einerseits und Weygand, Pétain und einigen Ministern andererseits mit wachsender Heftigkeit und nicht wenig Doppelzüngigkeit von jenem Tag an bis zum Ende ausgefochten werden. Auf dem Spiel stand der Fortbestand der Dritten Republik.

In seinem Bericht über die militärische Lage, mit dem die Sitzung begann, erklärte General Weygand, er «fasse das Ärgste ins Auge», nämlich den Verlust der Armeen im Norden. In diesem Fall werde er an der Somme «bis zum Äussersten und Letzten» kämpfen. Aber mit nur 60 Divisionen gegen «130 bis 150 deutsche Divisionen» habe er wenig Hoffnung, dass er mehr tun könne, als «die Ehre der Armee und des Landes zu retten».

Frankreich (sagte er) hat den unermesslichen Fehler begangen, in den Krieg zu gehen, ohne über das Material oder die militärische Doktrin zu verfügen, die notwendig waren. Es muss jetzt für diese schuldhaftige Unvorsichtigkeit schwer bezahlen ...

Nach der *Aurore-Version* fügte er hinzu: «Schlussfolgerung: Wir müssen diesen Krieg sofort einstellen.»

An dieser Stelle griff, Baudouins Originalprotokoll zufolge, Reynaud ein und erklärte: «Man kann nicht sagen, dass unser Gegner uns einen sofortigen Waffenstillstand gewährleisten wird.» Einige Tage später strich er bei der Korrektur des Protokolls diese Worte mit seiner eigenen Feder aus *. «Folglich», so argumentierte er später, «hätten sie im Protokoll nicht erscheinen dürfen.» Darum geht es doch nun gewiss nicht, sondern vielmehr um die Frage, ob er sie tatsächlich gesagt hatte, ob er der erste war, der das verhängnisvolle Wort «Waffenstillstand» aussprach. Anfänglich, in seiner Zeugenaussage beim Pétain-Prozess, und später, in der ersten Fassung von Band I seiner Memoiren, gab er zu, das Wort verwendet zu haben, aber nur, um «die Debatte zu beenden» und keinen Zweifel daran zu lassen, «dass nichts uns die Annahme gestattet, es wäre möglich, einen Waffenstillstand zu erlangen, der mit der Ehre und den Lebensinteressen Frankreichs in Einklang stünde». Später, im Jahr 1949, als Baudouin sein Protokoll mit den eigenhändigen Verbesserungen des Ministerpräsidenten vorlegte, bestritt Reynaud, den Satz je gesagt zu haben.

Weygand schwor vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Reynaud habe ihn gesagt. «Ich habe die Worte selbst gehört», sagte er aus. «... Es war das erste Mal, dass das Wort ‚Waffenstillstand‘ ausgesprochen wurde⁸⁸.»

Lebrun, der Präsident der Republik, der den Vorsitz führte, benutzte das Wort nicht, als er in die Debatte eingriff. Aber er äusserte sich in diesem Sinn. Man hatte erörtert, ob die Regierung die Hauptstadt verlassen solle. Lebrun unterbrach die Diskussion und fragte, ob die Regierung nicht mehr die Freiheit besäße, «Friedensangebote zu prüfen, wenn dies vor der Vernichtung der französischen Armeen geschähe, die der General ins Auge fasst».

Gewiss (fuhr er fort) haben wir Verpflichtungen unterzeichnet, die uns hindern, einen Separatfrieden zu schliessen. Aber falls Deutschland uns relativ vorteilhafte Bedingungen anbietet, müssen wir sie auf jeden Fall genau prüfen und kühlen Kopfes darüber beraten.

Dem Protokoll Baudouins zufolge fand Cesar Campinchi, der Marineminister, einen geschickten Ausweg, mit dem Frankreich seine Verpflichtungen, keinen Separatfrieden zu schliessen, umgehen könnte:

* Es war in Frankreich üblich, dass jeder Minister oder General denjenigen Teil des Protokolls korrigierte, der ihn zitierte. Es ging nicht immer darum, ob er richtig zitiert worden war oder nicht, sondern was er als seine Äusserung zu Protokoll zu geben wünschte.

Wenn die gegenwärtige Regierung England ihr Wort gegeben hat, dann wird sich eine andere Regierung in geringerer Verlegenheit befinden, ohne vorherige Übereinkunft mit England einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die gegenwärtige Regierung braucht nur zurückzutreten.*

Alle Anwesenden waren sich in einem Punkt einig: dass Reynaud sofort nach London fliegen und mit der britischen Regierung die Folgen der Vernichtung der französischen Armee und die Notwendigkeit, wie Weygand es ausdrückte, «die Feindseligkeiten einzustellen», überprüfen müsse. Dies, fügte der General hinzu, sei «eine interalliierte Frage». Der Ministerpräsident versprach, am nächsten Tag nach London zu fliegen und die Auffassung der britischen Regierung zu sondieren. «Falls Friedensangebote vorgelegt werden», sagte er, «muss Frankreich zu England sagen: «Hier sind die Angebote, die wir erhalten haben. Was haltet ihr davon? Wir sind uns bewusst, dass wir durch eine formelle Verpflichtung an euch gebunden sind.»

Pétain, der als Oberbefehlshaber der französischen Armeen in den letzten Jahren des ersten Weltkriegs die Briten so gut kennengelernt hatte, dass er sein Leben lang davon zehren konnte, und dessen Abneigung ihnen gegenüber jetzt wieder neu angefacht wurde, erwachte bei der Erörterung des Verbündeten jenseits des Kanals plötzlich zum Leben.

Marschall Pétain (besagt das Protokoll) fragt sich, ob eine vollständige Wechselseitigkeit der Pflichten zwischen Frankreich und England bestehe. Jede der beiden Nationen habe Verpflichtungen gegenüber der anderen im Verhältnis zu der Hilfe, die die andere geleistet habe. Nun habe England tatsächlich nur 10 Divisionen in den Kampf geworfen gegenüber 80 französischen Divisionen. Man müsse nicht nur die militärischen Anstrengungen der beiden Länder miteinander vergleichen, sondern auch das Ausmass des Leidens, das sie erlitten.

Der ehrwürdige Marschall wünschte, der Ministerpräsident möge das nicht vergessen, wenn er mit Churdiill spreche.

Als die Sitzung um 21 Uhr 30 auseinander ging, schien trotz allen späteren bitteren Gezänks darüber, wer was gesagt hatte, ein Punkt völlig klar zu sein: Pétain und Weygand, der Präsident der Republik und der Ministerpräsident, hatten die Frage der Einstellung der Feindseligkeiten und der «Prüfung» deutscher Friedensvorschläge aufgeworfen. Und Reynaud hatte sich bereit erklärt, sie am nächsten Tag den Briten vorzulegen⁷⁰.

Aber tat er es? Als Baudouin am Abend des 26. Mai den Ministerpräsidenten bei seiner Rückkehr aus London vom Flughafen Le Bourget abholte und ihn besorgt fragte, ob die

* Campinchi's Freunde in der Regierung bestritten, diese Äusserung von ihm gehört zu haben. Baudouin schwor vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, er habe gehört, dass der Marineminister diese Worte aussprach. Wie dem auch sei – sie passen in keiner Weise zu diesem ehrlichen und geraden Mann, der sich bis zum Schluss dem Waffenstillstand widersetzte.

Britten sich bereitgefunden hätten, Frankreich von seinem Wort, keinen Separatfrieden zu schliessen, zu entbinden, antwortete Reynaud kurz angebunden*: «Ich habe die Frage nicht zur Sprache gebracht⁷².»

Während Reynaud sich den Tag über in London befand, hatte in Paris eine Kabale begonnen, um den geplagten Ministerpräsidenten zu zwingen, die Frage zur Sprache zu bringen. General Weygand übernahm die Führung. Am Morgen des 26. Mai rief er abermals Baudouin nach Vincennes zu einem Gespräch, das um 10 Uhr 30 begann und eine Stunde dauerte. Die Lage der Armeen im Norden war in den letzten 24 Stunden womöglich noch ernster geworden. Doch dem Generalissimus schien etwas anderes grössere Sorge zu bereiten. Dies war die Notwendigkeit, die französische Armee zu retten, damit sie im Land selbst Anarchie und Revolution niederwerfen konnte. Er hatte diesen Punkt bereits gegen Ende der Sitzung des Kriegsausschusses am Abend zuvor aufgeworfen. «Wir müssen uns», hatte er gesagt, «die Mittel erhalten, um im Lande Ordnung zu halten. Welche Misshelligkeiten werden wir haben, wenn die letzte organisierte Kraft, nämlich die Armee, vernichtet wird!» Jetzt schüttete Weygand, nachdem er abermals dem britischen «Rückzug» die Schuld an der gegenwärtigen Kalamität gegeben hatte, gegenüber Baudouin sein Herz aus über die vordringliche Wichtigkeit, «eine revolutionäre Bewegung in Paris zu vermeiden». Es war schön und gut, davon zu reden, dass man «bis zur letzten Patrone kämpfen wird, aber das würde nur die Lebenskräfte des Landes erschöpfen und nichts entscheiden. Wir müssen die Ehre retten, aber wir müssen diese Sache beenden, bevor sie zu einem sinnlosen Massenmord führt.»

Als nächstes sprach Baudouin mit Pétain, der den gleichen Standpunkt einnahm.

Der Marschall sagt mir, er sei dagegen, den Kampf bis zum Ende fortzusetzen. Es sei leicht, aber auch dumm, davon zu reden, man werde bis zum letzten Mann kämpfen. Es sei ausserdem verbrecherisch angesichts unserer Verluste im ersten Weltkrieg und unserer schwachen Geburtenziffer ... Wir müssen zumindest einen Teil der Armee retten ..., denn ohne sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung wird ein wirklicher Frieden nicht möglich sein, und der Wiederaufbau Frankreichs hat keine Grundlage, auf der er beginnen kann.

Der greise Marschall, berichtet Baudouin, weinte.

Um 16 Uhr hatte Baudouin eine Unterredung mit Camille Chautemps, dem Führer der Radikalen Partei und stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Die Lage bereitet ihm schreckliche Angst, und er fragt sich, ob es einen Zweck habe, diesen Kampf noch lange fortzusetzen. Er meint, Frankreich müsse sich um den Marschall

* Reynaud und Churchill zufolge befassten sich die Gespräche hauptsächlich mit den Zugeständnissen, die Italien zu unterbreiten waren, um es aus dem Krieg herauszuhalten. Reynaud teilte Churchill jedoch immerhin mit, seine Regierung werde «in Schwierigkeiten geraten, falls die Schlacht um Frankreich verlorengelange, da Pétain dann für einen Waffenstillstand eintreten werde». Churchill sagt, Reynaud habe «unmissverständlich die Möglichkeit eines Ausscheidens Frankreichs aus dem Kriege angedeutet»

scharen, denn «kein Zivilist wird die gewünschte Autorität besitzen, um zu verhandeln, und das werden wir sehr bald tun müssen ...»⁷³

Diese vier Männer, Weygand, Pétain, Chautemps und Baudouin, begannen jetzt den Mittelpunkt einer Bestrebung zu bilden – Reynaud nannte sie eine «Verschwörung» –, die Kampfhandlungen zu beenden und aus dem Krieg auszuscheiden. Pierre Laval, dem sie misstrauten, der aber, wie wir gesehen haben, insgeheim mit dem Marschall in Fühlung war, sollte sich bald anschliessen.

Bei seiner täglichen Vormittagssitzung mit Reynaud und Pétain am 27. Mai berichtete Weygand, er habe «scharfe» Telegramme an das belgische und britische Oberkommando gesandt. «Die Briten», erklärte er dem Ministerpräsidenten, «greifen nicht nur nicht an, sondern sie ziehen sich zurück. Die Belgier geben nach. Wie sollen wir die Katastrophe vermeiden⁷⁴?»

Das war keineswegs die ganze Geschichte, wie General Weygand sehr wohl wusste. Die französische erste Armee sowie die Briten und Belgier gingen im Norden zurück – und aus gutem Grund. Während der letzten zwei Tage, seit dem 25. Mai, war die Lage aller drei Armeen immer verzweifelter geworden. Am Morgen des 25. Mai waren Blanchard und Gort mit General Sir John Dill, dem neuen Chef des britischen Empire-Generalstabs, zusammengetroffen und hatten vereinbart, trotz des heftigen deutschen Drucks gegen ihre ostwärts gerichteten Abwehrstellungen die Offensive nach Süden zu unternehmen. Es war ihnen freilich klar, dass die alliierte Hauptanstrengung aus dem Süden erfolgen musste. Sie wussten nicht – da General Weygand sie irreführt hatte –, dass dies eine vergebliche Hoffnung war. Die französische erste Armee kämpfte am 25. Mai den ganzen Tag lang, um den schmalen Vorsprung am östlichen Ende des alliierten Kessels zu halten; sie wurde aus dem Norden, Osten und Süden schwer angegriffen und gezwungen, Gelände abzugeben. Am Abend war ihre Zwangslage kritisch geworden. Doch der Verlauf der Schlacht weiter nördlich verschlimmerte sie noch und drohte plötzlich die französischen und britischen Armeen beide vom Meer abzuschneiden. Blanchard und Gort erfuhren am frühen Morgen, dass die deutsche sechste Armee am Abend zuvor (dem 24. Mai) beiderseits Courtrai an der Lys durch die Belgier durchgestossen und auf einer 21 km breiten Front in zweieinhalb Kilometer Tiefe vorgedrungen waren. Dies schuf sofort eine ernste Gefahr für die B E F und drohte die Briten von den Belgiern zu trennen und zwischen ihnen eine Lücke aufzureissen, durch die die Deutschen rasch auf Dünkirchen, den letzten Kanalhafen in alliierten Händen, vorrücken konnten.

Lord Gort wartete besorgt den ganzen Tag lang auf Nachricht von den versprochenen belgischen Gegenangriffen, die das Loch stopfen sollten. Als es gegen Abend deutlich wurde, dass die Belgier trotz eines heldenmütigen Versuchs nicht imstande waren, den Feind aus der Stellung zu werfen, dass der Einbruch zwischen seiner Armee und den Belgiern breiter und tiefer wurde und dass, wenn er nicht binnen weniger Stunden abgeriegelt wurde, seine «letzte Hoffnung, die Küste zu erreichen, dahin sein würde», traf

er die schicksalsvollste Entscheidung des ganzen unseligen Feldzuges. Um 18 Uhr befahl er, ohne Genehmigung vom französischen Oberkommando einzuholen, den beiden für den Vorstoss nach Süden bestimmten Divisionen, der 5. und 50., nach Norden zu schwenken, die Lücke bei Ypern zu verriegeln und die Strasse nach Dünkirchen zu sperren.

«Mit dieser Entscheidung», gibt Gort selbst zu, «war die letzte Möglichkeit eines Ausfalls (nach Süden) verschwunden.» Aber sie bewahrte wenigstens die Möglichkeit, das britische Expeditionsheer und die französische erste Armee davor zu retten, in Gefangenschaft zu geraten. Gort teilte seinen Beschluss unverzüglich Blanchards Stabsquartier mit, konnte aber den General nicht erreichen, um ihm seine Massnahme zu erklären.

Blanchard wartete ein wenig länger, um *seine* Entscheidung zu treffen, obwohl sie mittlerweile unausweichlich geworden war. Um 23 Uhr 30 am 25. Mai gab er einen allgemeinen Befehl aus des Inhalts, dass angesichts des deutschen Durchbruchs bei Courtrai an der belgischen Front und des Abzugs der britischen Divisionen, die zusammen mit den Franzosen den Angriff nach Süden hätten unternehmen sollen, die für den 26. Mai angesetzte Gegenoffensive abgesagt sei. Er wies die drei alliierten Armeen im Norden an, «schrittweise hinter der Wasserlinie der Aa, der Lys und des Canal de Derivation neue Stellungen zu beziehen, um auf diese Weise einen Brückenkopf zu bilden, der Dünkirchen in tiefer Staffelung abschirmt»⁷⁵.

Obwohl General Weygand, wie Baudouin sagt, am Morgen des 27. Mai noch immer über die Briten und Belgier tobte, die «nicht angreifen, sondern stattdessen zurückgehen», ergibt sich aus den amtlichen französischen Heeresmeldungen eindeutig, dass er am Morgen des 26. Mai ein Exemplar von General Blanchards Rückzugsbefehl erhielt, ihn billigte und selbst den Rückzug genehmigte. In Wahrheit war der Oberbefehlshaber, wie General Roton sagt, über die Nachricht «nicht erstaunt»⁷⁶.

Der «Weygand-Plan», der verspätete Ableger des vorherigen Gamelin-Plans zur Schliessung der Lücke zwischen den nördlichen und südlichen Armeen, war gestorben und wurde am 26. Mai offiziell vom Generalissimus selbst begraben. Dies hinderte ihn nicht, Blanchard am selben Tag zu telegrafieren, die Heeresgruppe 3 «setzte ihre Operationen zur Überquerung der Somme fort und werde so bald wie möglich zum Authie vorrücken», der sich 24 Kilometer nördlich der Somme im Raum Abbeville befand. Dies hätte Blanchard und Gort zumindest ermutigen können, wenn es wahr gewesen wäre. Aber General Roton, der die Meldung zitiert, fügt hinzu, ohne sich anscheinend des Widerspruchs bewusst zu sein, dass nach dem Fehlschlag der französischen Gegenangriffe, die die deutschen Brückenköpfe südlich der Somme bei Abbeville, Picquigny und Amiens beseitigen sollten, General Frère, der Kommandeur der siebenten Armee, «am 26. Mai alle Hoffnung aufgab, die Vereinigung mit der Heeresgruppe 1 im Norden zu verwirklichen»⁷⁷.

Obwohl dies im Einzelnen in London nicht bekannt war, wurde der britischen Regierung inzwischen klar, dass die französische «Offensive» nordwärts von der Somme niemals zum Einsatz gelangen werde. Als Gort am Morgen des 26. Mai auf seinen Befehlsstand zurückkehrte, nachdem er mit Blanchard die Einzelheiten des alliierten Rückzugs auf

Dünkirchen ausgearbeitet hatte, fand er dort eine Mitteilung des britischen Kriegsministers Anthony Eden vor. Im Hinblick auf seine «Informationen, dass die französische Offensive von der Somme nicht in ausreichender Stärke unternommen werden kann, um eine Vereinigung im Norden herbeizuführen», so teilte Eden mit, werde

die Sicherheit der BEF die vorherrschende Erwägung sein. Unter solchen Umständen wird Ihnen möglicherweise nichts anderes übrigbleiben, als sich zurück nach Westen durchzukämpfen, wo alle Strände und Häfen östlich von Gravelines für die Einschiffung verwendet werden.

In einem zweiten Telegramm teilte Eden Gort mit, der Premierminister habe Reynaud, der sich an diesem Tag in London befand, von der britischen Absicht verständigt, und der französische Ministerpräsident habe sich bereit erklärt, General Weygand zu ersuchen, die nötigen Weisungen zu erteilen. «Sie sind hiermit ermächtigt», schloss Eden, «unverzüglich in Verbindung mit den französischen und belgischen Armeen in Richtung auf die Küste zu operieren⁷⁸.»

In Verbindung mit den Franzosen und Belgiern? Diese Frage sollte eine neue Kontroverse zwischen den Alliierten anfachen. Eden gibt zu, die Briten hätten verabsäumt, den Belgiern «die Änderung des Plans» mitzuteilen⁷⁹, eine Unterlassung, die König Leopold und sein Armeestab ihm bitter verübelten. Und obwohl General Weygand sowohl Blanchards Befehl zum Rückzug auf einen Brückenkopf, der «Dünkirchen in Tiefenstaffelung abschirmte», als auch die am Morgen des 26. Mai erzielte Übereinkunft zwischen dem französischen Kommandeur und Gort über die Einzelheiten der Durchführung genehmigt hatte, stand in ihnen doch nichts von einer Einschiffung oder auch nur einem Rückzug weiter als bis zur Lys *. Immerhin, Weygand erwog ihn bereits. Oberst P. A. Bourget, sein Stabschef in Vincennes, erklärt, Weygand habe am 26. Mai, nachdem er Blanchards Entschluss, zum Meer zurückzugehen, genehmigt hatte, Admiral Darlan angerufen und ihm mitgeteilt, dass es «nötig geworden ist, zusammen mit der britischen Admiralität die Möglichkeit der Evakuierung der Streitkräfte in Flandern von Dünkirchen aus zu überprüfen». Bourget fügt hinzu, die französische Flotte habe bereits über die Durchführbarkeit einer solchen Operation Bedenken und Vorbehalte geäußert⁸¹. Reynaud erklärt, Darlan habe ihm gesagt, sie sei unmöglich⁸².

Aber wieder einmal unterliess es Weygand, seine Kommandeure an der Front zu verständigen. Weder General Blanchard noch Admiral Abrial, dem der Abschnitt Dünkirchen unterstand, wurden von ihm unterrichtet, dass die Evakuierung der britisch-französischen Streitkräfte erwogen wurde. Blanchard dachte lediglich an einen Defensivwiderstand bis zum bitteren Ende rund um Dünkirchen mit seinen Hauptverbänden an der Lys. Als er schliesslich am 29. Mai – drei Tage später – ermächtigt wurde, sich den Briten anzu-

* Gort bestätigt dies. Im Anschluss an die Schilderung seiner Besprechung mit General Blanchard am 26. Mai sagt er: «Ich hatte bisher einen weiteren Rückzug zum Meer mit General Blanchard nicht erörtert. Die Möglichkeit kann jedoch seinen Gedanken nicht femgelegen haben; und sie lag auch den meinen nicht fern

schliessen und so viele seiner Truppen wie möglich einzuschiffen, war es zu spät, die meisten von ihnen zusammenzuholen. Ja, noch am 28. Mai, als Gort ihn «bat» (das Wort stammt von Gort), sich den Briten bei der Evakuierung anzuschliessen, lehnte er ab.

König Leopolds Kapitulation

Um 5 Uhr morgens am 25. Mai trafen drei führende Mitglieder der belgischen Regierung im Château de Wynendaele bei Brügge ein, um den König zu sprechen. Ministerpräsident Pierlot, Aussenminister Spaak und Kriegsminister General Denis hatten beschlossen, einen «letzten Versuch» zu unternehmen, wie sie es ausdrückten, um Leopold zu bewegen, nicht zu gestatten, dass die Deutschen ihn gefangennahmen. Pierlot hatte, wie wir gesehen haben, bereits seit einigen Tagen den jungen Souverän gedrängt, den Rat der Regierung zu beherzigen – wozu er durch die Verfassung verpflichtet war – und im Fall, dass die Armee die Kämpfe einstellte, seinen Ministern ins Exil zu folgen, wie die Monarchen Norwegens und Hollands es getan hatten, und eine legitime Regierung aufrechtzuerhalten. Leopold hatte sich hartnäckig geweigert.

Jetzt, im Morgengrauen, nachdem der König sie kühl empfangen und nicht zum Sitzen aufgefordert wurde, erhoben sie ihre Vorstellungen zum letztenmal. Der Souverän täusche sich, erklärten sie, wenn er glaube, er könne unter der deutschen Besetzung irgendeine Rolle spielen. Er werde «zur Rolle eines Hacha degradiert oder als Gefangener nach Deutschland geschickt werden». Ausserdem werde er, wenn er unter deutscher Herrschaft im Land bleibe, die Sache der Alliierten im Stich lassen, «entgegen den moralischen Verpflichtungen, die er eingegangen sei, als er die Alliierten um Hilfe rief... Sein Verhalten werde in Belgien, im Ausland und besonders in den alliierten Ländern als Verrat gedeutet werden... Die Monarchie selbst ... werde in zweifellos nicht wiedergutmachender Weise geschädigt werden ...» Aber sie vermochten den jungen Herrscher nicht umzustimmen.

«Ich habe beschlossen zu bleiben», erklärte er. «Wegzugehen hiesse, die Armee – und das Volk im Stich zu lassen. Ich muss ihr Schicksal teilen.»

Er gab freimütig zu, dass noch andere Gründe bestanden. «Die Sache der Alliierten ist verloren», erklärte er seinen Ministern. «Sehr bald schon, vielleicht in wenigen Tagen, wird Frankreich selbst auf den Kampf verzichten müssen ... England wird den Krieg zweifellos fortsetzen, nicht auf dem Kontinent, sondern auf den Weltmeeren und in den Kolonien. Aber Belgien kann daran nicht teilnehmen. Seine Rolle ist beendet ... Es besteht kein Grund mehr für uns, den Krieg an der Seite der Alliierten fortzusetzen.»

Als Pierlot fragte, ob die Kapitulation gewiss sei, erwiderte Leopold: «Sie ist nicht nur gewiss, sondern unvermeidlich.» Der Ministerpräsident fragte: «Wann?» – «Mehr oder weniger in 24 Stunden», antwortete der König.

Inzwischen waren den Ministern, von denen keiner mehr so jung war wie der König, vom Stehen die Füsse müde geworden. «Sire», sagte Spaak, «könnten wir uns setzen und

dieses Gespräch unter Bedingungen fortführen, die uns gestatten, offener zu sprechen?» Nach einigem Zögern, so erinnert sich Pierlot, «setzte sich der König und gestattete den Ministern mit einer Handbewegung, ein Gleiches zu tun».

Aber sie erreichten im Sitzen auch nicht mehr als im Stehen. Nachdem Spaak eindeutig erklärt hatte, dass die Regierung einstimmig beschlossen habe, nach Frankreich zu gehen, fragte er, ob der König beabsichtige, in Brüssel unter den Deutschen eine neue Regierung einzusetzen. «Selbstverständlich», erwiderte er, «ich wünsche kein Diktator zu sein.» Er fügte hinzu: «Die Besatzungsmacht wird zur gegenwärtigen Regierung gewiss nicht ihre Zustimmung geben.»

«Wenn die gegenwärtige Regierung den Krieg in Frankreich fortsetzt, würde er sie als die ‚Regierung des Königs‘ betrachten?»

«Nein», antwortete Leopold. «Diese Regierung würde notwendigerweise gegen mich sein.»

Des Königs Handlungsweise war damit klar, und sie konsternierte die Minister. Pierlot warnte ihn, dass die Regierung genötigt sein werde, sich vom Souverän «öffentlich loszusagen».

«Ich verstehe Ihre Situation», antwortete Leopold. «Sie haben eine Überzeugung. Ich weiss, dass sie aufrichtig ist. Tun Sie, was Ihr Gewissen Ihnen vorschreibt.» Sein eigenes Gewissen nötige ihn zu bleiben. Er glaube, er könne «dem Interesse des Landes am besten von innen und nicht von aussen dienen».

Leopold schüttelte seinen Ministern die Hand und sagte ihnen Lebewohl – auf kühle Weise, bemerkt Pierlot –, und sie fuhren ab nach Dünkirchen, wo sie sich nach England einschiffen⁸⁵.

Die Zwangslage der belgischen Streitkräfte war gewiss verzweifelt. Sie wurden entlang der ganzen Linie vom Meer nördlich von Brügge bis Ypern, die sie verlängert hatten, um die britischen Divisionen für den geplanten Stoss nach Süden freizusetzen, von überwältigend starken deutschen Kräften zurückgedrängt. General von Kücklers achtzehnte Armee, die in Holland nicht mehr gebraucht wurde, hatte General von Reichenaus sechste Armee verstärkt, und der Grossteil dieser beiden Armeen drückte jetzt unaufhaltsam gegen die Belgier vorwärts. Leopolds Truppen hatten keine Luftsicherung, Munition und Lebensmittel wurden knapp, und ihre Bewegungen verstrickten sich in einer Masse von zwei Millionen Zivilisten, davon die Hälfte verzweifelte Flüchtlinge, die in dem immer enger werdenden Raum zwischen der zerbröckelnden Front und dem Meer wie Horden umherirrten. Ausserdem fühlte sich das belgische Heer, wie General Michiels, der Stabschef, bemerkt, am 26. Mai mittlerweile von seinen Verbündeten verlassen. Die Briten hatten ihn von ihrem Plan, ihre Streitkräfte in Dünkirchen einzuschiffen, noch nicht unterrichtet, obgleich, wie er hinzufügt, gewisse Bewegungen hinter Gorts Linien am Tag zuvor ihn etwas Derartiges argwöhnen liessen. «So war unser Heer», schrieb er später, «am Morgen des 26. Mai sich selbst überlassen und musste sehen, wie es sich durchschlug⁸⁴.» Die Belgier begannen den Eindruck zu gewinnen, dass man sie zurück-

liess, lediglich damit sie die britischen und französischen Armeen abschirmten, bis sie sich zu Schiff absetzen konnten. Daraufhin warnten sie die Alliierten, dass sie nicht mehr lange standhalten könnten.

Am Nachmittag des 26. Mai sandte das belgische Oberkommando eine solche Warnung an General Weygand:

Lage der belgischen Armee ist ernst. Oberbefehlshaber beabsichtigt Kampf fortzusetzen, bis alle Mittel erschöpft sind. Der Feind greift von Eecloo bis Menin an. Die Grenzen des Widerstandes sind nahezu erreicht⁸⁵.

General Michiels zufolge blieb diese Mitteilung unbeantwortet.

Am Vormittag war Gort beunruhigt gewesen, dass die Belgier, statt westwärts zur Yser zurückzugehen – wie Leopold es seines Wissens nach Weygand am 22. Mai versprochen hatte –, sich in nördlicher Richtung, weg von den britischen Expeditionsstreitkräften, zurückzogen und damit die Lücke zwischen den beiden Armeen erweiterten. Er schickte eine Mitteilung an das belgische Oberkommando, die der «ernsten Hoffnung» Ausdruck gab, seine Streitkräfte würden auf die Yser zurückgehen. Er erhielt die folgende Antwort:

Wir bedauern, dass wir keine Kräfte mehr zur Verfügung haben, um die Lücke bei Ypern zu schliessen. Was den Rückzug zur Yser betrifft, so verbietet sich dieser Gedanke, da er unsere Kampfeinheiten rascher vernichten würde als die jetzt im Gang befindliche Schlacht, und dies ohne Verluste für den Feind⁸⁶.

Bei Empfang dieser Mitteilung, schreibt Gort, ersuchte er seine Regierung in London dringlich, auf die Belgier «starken Druck auszuüben, ihre Armee nach Westen zurückzunehmen und die Verbindung mit den britischen Streitkräften aufrechtzuerhalten». Die Belgier ihrerseits ersuchten die Briten, zwischen der Lys und der Schelde einen Gegenangriff zu unternehmen, um die Deutschen in der Flanke zu fassen. Gort antwortete, er habe dafür keine Streitkräfte. Die alliierten Oberkommandos arbeiteten mehr und mehr auf entgegengesetzte und sich überschneidende Ziele hin, und was an Vertrauen zwischen ihnen noch bestand, verflüchtigte sich.

General Blanchard machte die Dinge nicht besser, als er um 18 Uhr König Leopold aufsuchte, um ihm offiziell mitzuteilen, dass er Billottes Nachfolge als Befehlshaber der drei alliierten Armeen im Norden angetreten habe. Er teilte mit, die Briten zögen sich von den französischen Grenzstellungen zurück, aber – der belgischen Darstellung zufolge – «er wisse nicht genau, welche Absichten Lord Gort habe»⁸⁷. Dies trotz der Tatsache, dass Blanchard erst an demselben Vormittag mit dem britischen Befehlshaber Pläne für einen allgemeinen Rückzug zum Brückenkopf bei Dünkirchen ausgearbeitet hatte! Weder die Franzosen noch die Briten waren den Belgiern gegenüber aufrichtig.

Um die Mittagsstunde des 27. Mai, der der verhängnisvolle Tag sein sollte, wurden die

belgischen Warnungen unheilrohender. Um 12 Uhr 30 wurde eine Mitteilung von König Leopold in Gorts Stabsquartier durchtelefoniert*.

*Die Armee ist äusserst entmutigt. Sie liegt seit vier Tagen in unablässigem Gefecht und unter schwerem Luftbombardement, das die RAF nicht hat verhindern können. Das Wissen, dass die alliierten Armeen in diesem Abschnitt eingeschlossen sind ..., hat seine (des Königs) Truppen zur Überzeugung veranlasst, dass die Lage nahezu hoffnungslos ist. Er befürchtet, der Augenblick naht rasch heran, an dem er sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass seine Truppen weiterkämpfen werden oder den britischen Streitkräften noch von irgendwelchem weiterem Nutzen sein können. Er wünscht, dass Sie sich darüber im Klaren sind, dass er gezwungen sein wird zu kapitulieren, um ein Debakel abzuwenden*⁸⁸.

Zwei Stunden später wurde eine kurze Mitteilung aus dem belgischen Hauptquartier an General Weygand abgesandt.

*Der belgische Widerstand versiegt. Unsere Front zerreisst wie eine durchgescheuerte Bogensehne*⁶⁹.

Der belgische Stabschef, der diese beiden Mitteilungen in seinen Memoiren zitiert, fügt hinzu: «Unsere Alliierten waren somit pflichtgemäss von unserem gefährvollen Zustand unterrichtet.»

Um 15 Uhr traf General Koeltz, der stellvertretende Stabschef des französischen Grossen Hauptquartiers, im Auftrag General Weygands im belgischen Stabsquartier ein. Er bemerkte, wie der König und General van Overstraeten, in ein lebhaftes Gespräch vertieft, draussen auf dem Rasen auf und ab gingen. Leopold liess durch keine Geste erkennen, dass er den Vertreter des Generalissimus zu sprechen wünsche. Koeltz begab sich ins Haus und verlangte General Michiels zu sprechen. Die Worte des belgischen Stabschefs, berichtet Koeltz, «waren grob und schroff. Er sagte, die belgische Armee befinde sich in einer schwierigen Situation, die Alliierten hätten sie im Stich gelassen, die Briten seien nicht mehr in Verbindung mit ihr... General van Overstraeten trat ein und schleuderte in ebenso vehementem Ton Vorwürfe gegen die Alliierten. Zum Schluss sagte er: ‚Es kommt ein Augenblick, an dem die Sehne so scharf gespannt ist, dass sie reisst.‘« Koeltz erklärt, er habe diese Worte so verstanden, dass die Belgier in ihrer schweren Bedrängnis genötigt sein würden, nach Westen zurückzugehen, wie Weygand es ihnen am 22. Mai dringlich nahegelegt hatte. Erst später sei ihm klargeworden, was die belgischen Generäle wirklich meinten und warum der König es abgelehnt hatte, mit dem Vertreter des alliierten Generalissimus zu sprechen, dessen Oberbefehl er angeblich unterstand⁹⁰.

Um 17 Uhr, etwa eineinhalb Stunden nachdem General Koeltz das belgische Haupt-

* Ihr Absender war Admiral Sir Roger Keyes, der britische Verbindungs-offizier beim König.

quartier verlassen hatte, entsandte Leopold General Derausseau, den stellvertretenden Chef des belgischen Generalstabs, zu den Deutschen, um ihre Kapitulationsbedingungen zu erfragen. Deutsche Patrouillen feuerten auf seinen Wagen, und ein Mitglied seiner Delegation wurde verletzt, aber er gelangte schliesslich ins Stabsquartier des deutschen xi. Korps. In der Zwischenzeit wurden die französische und britische Mission im belgischen Hauptquartier von dem Schritt unterrichtet. General Champon sandte ein dringendes Telegramm an Weygand und fügte hinzu, er habe bei den Belgiern Protest eingelegt, da sie kein Recht hätten, allein vorzugehen. Der Generalissimus erhielt das Telegramm um 18 Uhr 30. «Diese Nachricht», sagt er, «traf mich wie ein Donnerschlag. Nichts hatte sie mich ahnen lassen – keine Vorankündigung, kein Hinweis. General Koeltz, der einen Teil des Nachmittags bei der dortigen französischen Mission verbracht hatte, hatte nichts darüber geäussert.» Weygand eilte ins Kriegsministerium, um Reynaud zu verständigen.

Lord Gort, dessen Armee am stärksten exponiert war, falls die Belgier die Waffen niederlegten, erhielt die Nachricht erst spät am Abend des 27. Mai. Kurz vor 18 Uhr hatte die britische Mission im belgischen Hauptquartier ihm ein Telegramm gesandt: «König ersucht soeben um Waffenstillstand.» Aber das Telegramm war nicht eingegangen, und ausserdem war Gort sowieso unterwegs. Er hatte vergeblich versucht, General Blanchard zu finden, und General Koeltz hatte, nach Verlassen des belgischen Hauptquartiers, mit nicht mehr Glück versucht, ihn zu finden. Koeltz traf kurz nach 18 Uhr mitten in einem schweren deutschen Bombenangriff bei Admiral Abrial in Dünkirchen ein.

«Wussten Sie, dass die Belgier soeben kapituliert haben?» begrüsst ihn der Admiral.

«Nein», erwiderte der überraschte General. «Ich war um 15 Uhr 15 im belgischen Hauptquartier, und niemand hat ein Wort von Kapitulation gesagt.»

Kurz nach 23 Uhr traf Lord Gort im Stabsquartier des Admirals ein. Koeltz war noch anwesend, da er kein Schiff hatte finden können.

«Wissen Sie schon, dass die Belgier gerade kapituliert haben?» begrüsst Koeltz Gort.

«Nein», antwortete Gort ebenso überrascht, wie Koeltz es einige Stunden zuvor gewesen war, «davon weiss ich absolut nichts⁹¹.»

«Es war die erste Mitteilung dieser Absicht, die ich erhielt», sagte Gort später, «obwohl ich bereits zu der Auffassung gelangt war, dass die belgische Armee jetzt ausserstande war, noch ernsthaften und längeren Widerstand zu leisten*»

Der belgische Abgesandte General Derausseau kehrte um 22 Uhr in König Leopolds Stabsquartier zurück. Der deutsche General, mit dem er gesprochen hatte, hatte sein Ersuchen um Bedingungen an Hitler weitergeleitet, und die Antwort lautete: «Der Führer verlangt bedingungslose Kapitulation.» Der König nahm nach kurzer Unterredung mit seinen Generälen um 23 Uhr an und schlug die Einstellung der Feindseligkeiten für 4 Uhr morgens am 28. Mai vor. Etwas später an diesem Morgen schickte das deutsche Oberkommando eine Mitteilung an den König, in der freier Durchzug ihrer Kolonnen zum Meer gefordert wurde.

«Ich sah mich plötzlich», erklärt Gort, «einer offenen Lücke von 32 Kilometern zwischen

Ypern und dem Meer gegenüber, durch welche die feindlichen Panzerkräfte die Küste erreichen konnten⁹³.»

Während des ganzen Krieges und noch lange, nachdem der Krieg vorüber war, tobte der Meinungsstreit über die Kapitulation des Königs der Belgier. Am Morgen des 28. Mai prangerte Reynaud in einer gefühlserregten Rundfunkansprache Leopolds Kapitulation als einen «Akt ohne Beispiel in der Geschichte» an*. Der belgische Ministerpräsident sprach einige Stunden später von Paris aus über den Rundfunk in massvolleren Worten zum belgischen Volk. «Der König hat gegen den einstimmigen Rat der Regierung Verhandlungen mit dem Feind eingeleitet», sagte er. «Dieser Schritt hat keine rechtliche Gültigkeit... Die Regierung wird den Kampf fortsetzen, um das Land zu befreien.»

In London war die Reaktion auf Leopolds Kapitulation zurückhaltender als in Paris. Churchill gab sie am 28. Mai im Unterhaus bekannt und behielt sich sein Urteil vor, bis alle Tatsachen bekannt seien. Doch am 4. Juni empfand er es unter dem Druck von Paris und der belgischen Exilregierung als «seine Pflicht, mit einfachen Worten die Wahrheit festzustellen».

Im letzten Augenblick, als Belgien bereits überfallen war, ersuchte König Leopold uns, ihm zu Hilfe zu kommen, und sogar in diesem letzten Augenblick sind wir gekommen. Er und sein tapferes, tüchtiges Heer ... schützten unsere linke Flanke und hielten damit unseren einzigen Rückzugsweg zum Meer offen. Plötzlich, ohne vorherige Konsultation, mit der geringstmöglichen Vorauswarnung, ohne den Rat seiner Minister und auf eigene, persönliche Initiative schickte er einen Bevollmächtigten zum deutschen Oberkommando, übergab seine Armee und gab unsere gesamte Flanke und die Möglichkeiten des Rückzugs preis.

Leopold war nicht ohne Verteidiger, sowohl daheim wie im Ausland. Sie machten geltend, dass er von seinen Verbündeten im Stich gelassen worden sei, dass er bis zum letztmöglichen Augenblick ausgehalten und nur kapituliert habe, um seine Truppen vor völliger Vernichtung zu bewahren. Sie waren der Meinung, er habe den einzig ehrenhaften Schritt getan, indem er das Schicksal seiner Soldaten und seines Volkes teilte. Eine der beredtesten Verteidigungen seiner Kapitulation stammte von General Michiels, dem Chef des Generalstabs, der am 27. Mai mit ihm bezüglich der Kapitulation einer Meinung gewesen war. Die belgische Armee, so betont er, war «im Stich gelassen» worden. Und er stellt die Frage: «Wie war die Lage am Tag der Kapitulation?»

Die Armeen des Nordens sind eingeschlossen. Weygand, der Generalissimus, hat das Bemühen, sie vom Feind loszulösen, aufgegeben. Die Kanallinie ist zerbrochen. Das (britische) Kriegsministerium hat beschlossen, die BEF wieder einzuschiffen.

* General Spears, der am Abend zuvor dringend von Reynaud ins Kriegsministerium gebeten worden war, um die Nachricht zu erfahren, sagt, der Ministerpräsident habe ihm zugerufen: «In der ganzen Geschichte hat es noch nie einen solchen Verrat gegeben! ... Es ist ungeheuerlich, absolut ungeheuerlich^{M!}»

Die belgische Armee befindet sich seit vier Tagen in einer Verteidigungsschlacht. Ihre sämtlichen Truppen sind an der Front eingesetzt ... Es sind keine Reserven mehr vorhanden. Die Soldaten sind der völligen Erschöpfung nahe. Ein Teil der Artillerie hat keine Munition mehr ... Die Lebensmittel sind knapp ...

Gewiss, sagt Michiels, wäre es heroischer gewesen, bis zum letzten Mann zu kämpfen. Aber er meint: «Dieser Glorienschein hätte teuer bezahlt werden müssen.»

Auf einen Raum von 1700 Quadratkilometern zwischen unserer Front, der Yser und dem Meer waren ausser unseren 450'000 Mann Truppen noch 800'000 Einwohner und die gleiche Anzahl von Flüchtlingen zusammengedrängt. Mitten in diese verwirrten Menschen hinein hätten die Deutschen ihren Angriff vorgetrieben. Sie wären zusammen mit den Truppen niedergemäht worden, ohne den geringsten Vorteil für unsere Verbündeten, denen wir nicht mehr helfen konnten, oder für uns selbst, deren Vernichtung unmittelbar bevorstand.

Um dieses nutzlose Blutvergiessen zu vermeiden, beschloss der König gegen 16 Uhr 50, einen Parlamentär zu dem deutschen Befehlshaber zu schicken ...⁹⁵

Das ist verständlich. Weniger Verständnis bringt man für des Königs Heimlichkeit und Heuchelei gegenüber seinen Verbündeten auf. Er liess sie zwar wissen, was er unter Umständen werde tun müssen, weigerte sich aber, es mit ihnen zu erörtern. Er brachte die Frage gegenüber Blanchard nicht zur Sprache, als der Chef der Armeen im Norden ihn 24 Stunden zuvor zu einer Besprechung aufsuchte. Er lehnte es ab, General Koeltz zu empfangen, als dieser General in just dem Augenblick sein Hauptquartier aufsuchte, als er mit General van Overstraeten die Kapitulation erörterte, obwohl er wusste, dass Koeltz direkt von Weygand kam, unter dessen Oberbefehl seine Armee operierte. Er verständigte zwar Gort um zwölf Uhr mittags durch eine telefonische Mitteilung, dass er möglicherweise jeden Augenblick werde kapitulieren müssen, aber er lehnte es ab, die Sache mit ihm zu besprechen oder ihm auch nur freimütig zu sagen, dass er beschlossen habe, den Kampf an ebendiesem Tag aufzugeben. Hätte Gort um 12 Uhr mittags davon gewusst statt um 23 Uhr nachts, hätten ihm elf zusätzliche Stunden zur Verfügung gestanden, in denen er versuchen konnte, die durch die belgische Kapitulation entstandene Lücke zu stopfen.

Die Handlungsweise des Königs ist vielleicht nicht überraschend, wenn man sich seiner politischen Einstellung während der vorangegangenen Jahre erinnert. Er hatte 1936 sein Land aus dem französisch-britischen Militärbündnis herausgelöst. Er hatte darauf bestanden, dass Belgien seine Stellung als neutraler Staat wieder einnehme, obwohl der Überfall von 1914, als sein Vater König war, gezeigt hatte, wie wenig die Deutschen diese Neutralität respektierten. Er hatte sogar weiter hartnäckig an ihr festgehalten, nachdem die Besetzung Österreichs 1937, der Tschechoslowakei 1939 und Hitlers Angriff auf Polen im selben Jahr die verächtliche Nichtachtung Hitler-Deutschlands für die Un-

abhängigkeit anderer Nachbarstaaten bewiesen hatten. Nach Kriegsbeginn hatte er sich geweigert, in Stabsbesprechungen mit den Alliierten einzutreten, um eine gemeinsame Verteidigung gegen die Deutschen vorzubereiten, und zwar sogar nachdem die deutschen Pläne für eine Invasion seines Landes ihm in die Hände gefallen waren. Erst im letzten Augenblick, als Hitlers Truppen bereits über seine Grenzen stürmten, wandte er sich an die Alliierten um Hilfe. Und selbst dann, als Frankreich und Grossbritannien ihm zu Hilfe eilten, hatte Belgien nach seiner Auffassung ihnen gegenüber keine Verpflichtung, ausser zu seiner eigenen Verteidigung zu kämpfen. Um die Mitte Mai betonte er dies, wie wir gesehen haben, gegenüber seinen besorgten Ministern und «bestand» darauf, dass «in keinem Fall mit Paris und London ein Bündnis geschlossen werden darf». Und schliesslich, am 25. Mai, auf seiner letzten Sitzung mit seinen Ministern, hatte er ihnen erklärt, dass die alliierte Sache verloren sei, dass kein Grund bestehe, den Krieg an ihrer Seite fortzusetzen, und dass er möglicherweise unter dem Stiefelabsatz der deutschen Besatzung eine neue Regierung werde bilden müssen.

Angesichts solcher Zeugnisse fällt es schwer, die Schlussfolgerung zu vermeiden, dass Leopold hoffte – indem er sich von den Alliierten lossagte und im besetzten Belgien blieb –, von Hitler nachsichtigere Bedingungen zu erlangen, als wenn er mit seiner Regierung ins Exil gegangen wäre und dem Nazidiktator weiter die Stirn geboten hätte*. Gleich Pétain und Weygand einen Monat später, war der König ausserstande zu begreifen, dass der Verlust der Schlacht um Frankreich nicht notwendigerweise bedeutete, dass «die Sache der Alliierten verloren war». So sicher steht die Zukunft nie fest, wie ein Blick auf die Geschichte zeigt.

Obwohl die bittere französische Kritik am «Verrat» des Königs im Augenblick zweifellos aufrichtig war, klingt sie doch angesichts der Ereignisse, die bald folgen sollten, einigermassen hohl. Und wenn die Briten meinten, dass Leopold sie hereingelegt habe, konnte er nicht mit einiger Berechtigung ähnliche Gefühle ihnen gegenüber hegen? Er wusste, dass die Briten sich anschickten, ihre Truppen aus Dünkirchen zu evakuieren, und es der belgischen Armee überliessen, ihnen die Deutschen vom Leibe zu halten, bis

* Der Bericht des belgischen Untersuchungsausschusses, der im Ganzen dem König gegenüber günstig gestimmt war, zitiert zwei weitere Belegstücke. Am 6. September 1940 wurde auf Weisung des Grafen Capelle, des königlichen Kabinettssekretärs, an alle belgischen diplomatischen Vertretungen im Ausland eine Mitteilung gesandt, welche die Exilregierung wegen ihrer Unterstützung der alliierten Kriegsanstrengung anprangerte und die neue Politik des königlichen Schlosses in Brüssel festlegte. Was die Alliierten betraf, so erklärte die Mitteilung, so habe «nie eine gemeinsame Sache oder ein Versprechen bestanden, unser Schicksal mit dem ihren zu verknüpfen».

** Wir unterrichten Sie hiermit, dass wir in keiner Weise die Minister unterstützen können, die in London oder in Lissabon einen Krieg betreiben, der sich gegen unsere Interessen und die Loyalität richtet.

Die Mitteilung endete mit einer Ermahnung, die Beziehungen zu den diplomatischen Vertretern Deutschlands wiederherzustellen. «Wir befinden uns mit diesem Land nicht mehr im Kriegszustand», erklärte sie.

Am 19. November 1940 begab sich Leopold nach Berchtesgaden, um mit Hitler zu sprechen. Seinen eigenen Aufzeichnungen zufolge, die der Ausschuss veröffentlicht hat, ersuchte der König den Diktator um Zusicherungen, dass Belgiens Unabhängigkeit wiederhergestellt werde. Der Führer antwortete ausweichend, und Leopold drängte ihn und fragte, ob er nicht bei seiner Rückkehr nach Belgien seinem Volk eine solche Versicherung geben könne. «Ich würde es schätzen», erwiderte Hitler, «wenn Sie einstweilen nichts darüber sagen würden.» Pierlot bezweifelt, dass es gehörig und schicklich sei, wenn der König im Augenblick, da die belgische Regierung in London auf alliierter Seite am Krieg teilnimmt, «das Oberhaupt des Feindstaates um eine Zusicherung bezüglich der Zukunft Belgiens ersucht und den Wunsch kundtut, bei seiner Rückkehr nach Brüssel eine günstige Antwort Hitlers bekanntgeben zu können». Der Ministerpräsident fügt hinzu: «Der König nahm an, dass Belgien seine Hoffnungen auf Unabhängigkeit nicht auf einen unwahrscheinlichen alliierten Sieg, sondern auf die Mässigung des Feindes gründen müsse'.»

die Einschiffung abgeschlossen war. Churchill bestätigt diese britische Absicht. In einer Mitteilung an Gort am 27. Mai sagt er unumwunden: «Wir verlangen von ihnen (den Belgiern), dass sie sich für uns opfern.» Aber er hat bis zu diesem Zeitpunkt dem König noch nichts von den Dünkirchen-Plänen gesagt, denn in derselben Mitteilung an Gort erklärt er: «Es ist jetzt notwendig, die Belgier zu verständigen.»

Sogar am 27. Mai hat Churchill noch keinen Plan, auch belgische Truppen zu evakuieren. In einer Mitteilung an Key es im belgischen Hauptquartier telegraphiert er an diesem Tag: «Nehme an, er (der König) weiss Bescheid» – nämlich über die französisch-britische Evakuierung in Dünkirchen. Aber er bietet nicht an, die Belgier mitzunehmen. Ihm geht es nicht darum, belgische Truppen zu evakuieren, sondern nur den belgischen König. «Rechne damit, Sie werden dafür sorgen, dass er mit Ihnen abfliegt, ehe es zu spät ... Von grösster Bedeutung, dass Belgien Krieg fortsetzt und Sicherheit der Person des Königs unerlässlich.» Der Premierminister fügt allerdings hinzu, falls Dünkirchen eine Zeitlang aushalte, «würden wir versuchen, falls erwünscht, einige belgische Divisionen auf dem Seeweg nach Frankreich zu schaffen». Aber er glaubt in Wirklichkeit nicht, dass Dünkirchen sehr lange durchhalten wird. Im selben Telegramm sagt er, die Einschiffung der französischen und britischen Truppen werde «gefährlich» sein. Und er glaubt nicht, wie er später schrieb, dass mehr als 45'000 Mann gerettet werden können ⁹⁷.

Wie immer das Urteil der Geschichte über die Kapitulation lauten mag, traf das belgische Volk, wie es sich gehörte, die endgültige Entscheidung, soweit sie den König und die Belgier betraf. Er wurde erst fünf Jahre nach Kriegsende aus der Schweiz, wo er nach dem Krieg Zuflucht gesucht hatte, auf den Thron zurückgerufen. Eine Volksabstimmung am 12. März 1950 ergab, dass 57 Prozent der Stimmberechtigten seine Rückkehr wünschten, und die christlich-soziale Regierung drückte daraufhin im Parlament seine Wiedereinsetzung durch. Doch die herrschende Partei hatte nicht begriffen, dass zumindest in einer Demokratie der König die Treue aller Staatsbürger und nicht nur einer Mehrheit besitzen soll. Leopold kehrte am 20. Juli 1950 nach Brüssel zurück. Aber er blieb nicht lange. Am 1. August marschierten Zehntausende von aufgebrachtten Landsleuten nach Brüssel, entschlossen, ihn abzusetzen. Ein Generalstreik wurde ausgerufen, der das ganze Land lahmlegte. Angesichts des herannahenden Bürgerkriegs gab der neunundvierzigjährige König den Vorhaltungen seiner eigenen erschrockenen Anhänger, die ihn zurückgeholt hatten, nach und dankte zugunsten seines Sohnes ab.

Gnadenfrist in Dünkirchen

Kurz vor 19 Uhr am Spätnachmittag des Sonntag, 26. Mai, gab die britische Admiralität folgenden Funkspruch ab: «OPERATION DYNAMO SOLL BEGINNEN.»

«Dynamo» war das Kennwort für die Evakuierung der britischen und französischen Truppen aus Dünkirchen. Sein Ursprung ging auf den vorangegangenen Sonntag, den

19. Mai, zurück, als Lord Gort dem Kriegsministerium in London die erste Vorwarnung gab, dass ein Rückzug zu den Kanalhäfen möglicherweise notwendig werden könne. Am folgenden Tag setzte sich Admiral Sir Bertram H. Ramsay mit seinem Flottenstab in Dover zusammen, um einen Plan auszuarbeiten. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt wissen, ob eine Evakuierung notwendig sein werde oder, falls sie notwendig werden sollte, in welcher Lage die britisch-belgisch-französischen Streitkräfte im Norden sich befinden würden. In London war man der Auffassung, dass man unter den günstigsten Umständen nicht mehr als 45'000 Mann werde herausholen können. Dies würde die grosse Masse der britischen Expeditionsstreitkräfte und der französischen ersten Armee zur Kriegsgefangenschaft verurteilen. An die Belgier, die von allen die grösste Armee hatten, dachte man in London überhaupt nicht. Und den Franzosen teilte man es anfänglich nicht mit. Diese Nachlässigkeit sollte in Kürze zwischen den alliierten Befehlsstellen und zwischen den Armeen, den Regierungen und den Völkern eine erbitterte Auseinandersetzung verursachen.

Das erste britische Schiff, die *Mona's Isle*, lief zwei Stunden nach dem Funksignal der Admiralität am 26. Mai nach Dünkirchen aus und wurde, nachdem es an diesem Abend mitten in einem Bombenangriff 1'420 Mann britische Truppen an Bord genommen hatte, von weitreichenden deutschen Geschützen beschossen, als es wieder in See ging. 23 Mann an Bord wurden getötet und 60 verwundet. Am nächsten Morgen gerieten fünf Transportschiffe unter so schweren Beschuss der deutschen Küstenbatterien, dass sie ausserstande waren, Dünkirchen anzulaufen, und leer zurückkehrten. Es sah so aus, als sei das Unternehmen zum Fehlschlag verurteilt, noch bevor es angelaufen war.

Um die Dinge noch zu erschweren, begannen die Franzosen sich zu beklagen, dass man sie nicht berücksichtige. Die Generäle in Flandern schienen von dem britischen Entschluss und den britischen Evakuierungsplänen nichts zu wissen. Noch in der Nacht des 27. Mai, unmittelbar nach der belgischen Kapitulation, hatte Gort General Koeltz, als sie sich in Dünkirchen trafen, gefragt: «Da Sie von General Weygand kommen – was wissen Sie über den Plan, 30'000 Mann am Tag einzuschiffen?» Und Koeltz hatte geantwortet: «Ich habe nicht gehört, dass davon überhaupt gesprochen wurde.» Koeltz sagte später aus: «Ich gewann den Eindruck, dass die Briten den Einschiffsplan bereits durchführten, ohne Blanchard oder Weygand etwas davon gesagt zu haben⁹⁸.»

Das traf nicht zu, obwohl Weygand sein Bestes tat, um diesen Anschein zu erwecken. Seine Haltung ist seltsam und widersprüchlich. Noch am 27. Mai gab er vor, er sei «erstaunt» über die britischen «Evakuierungsvorbereitungen» «. Und doch hatte er, wie bereits dargelegt wurde, schon am 26. Mai Gorts und Blanchards Entschluss gebilligt, sich in den Dünkirchen-Brückenkopf zurückzuziehen, und hatte Admiral Darlan ersucht, zusammen mit der britischen Admiralität «die Möglichkeit der Evakuierung» zu prüfen. Am selben Tag, als Reynaud in London war, informierte Churchill, wie er selbst sagt, den französischen Ministerpräsidenten von dem britischen Entschluss, «die britischen Streitkräfte zu evakuieren, und ersuchte ihn, entsprechende Weisungen zu erteilen»¹⁰⁰. Weygand verzeichnet, dass Reynaud ihm am nächsten Morgen, bei seiner Rückkehr aus

London, von dem «britischen Entschluss zum Abzug Gorts» Mitteilung machte, und später, am selben Tag, dem 27. Mai, nach der Nachricht von der belgischen Kapitulation, erkannte er,

*dass es notwendig ist, auf meine Hoffnung zu verzichten, einen grossen Brückenkopf (bei Dünkirchen) eine bestimmte Zeit lang zu halten. Es handelt sich jetzt darum zu versuchen, die grösstmögliche Anzahl Truppen vor der Gefangennahme zu bewahren und ihre Einschiffung von einem kleineren Brückenkopf aus abzuschirmen*¹⁰¹.

In der Tat waren am Vormittag desselben Tages auf Weygands Drängen französische Marineoffiziere in Dover mit den britischen Flottenchefs zusammengetreten und hatten Pläne für die Evakuierung französischer und britischer Truppen aus Dünkirchen ausgearbeitet. Die französischen Admiräle waren, wie Weygand sagt, «erstaunt», festzustellen, dass die britischen Pläne so weit vorgeschritten waren. Sie hatten keine eigenen Vorkehrungen getroffen, und dies sollte später am Strand von Dünkirchen zu schmerzlichen Szenen führen, als Gort, in Unkenntnis der Vereinbarung von Dover, alle Schiffe gemeinsam zu verwenden, dagegen protestierte, dass britische Transportschiffe von französischen Truppen, die praktisch keine eigenen besaßen, benutzt wurden.

Während Weygand die Flotte von seinem Entschluss zur Evakuierung unterrichtete, unterliess er es, die Mitteilung an seine hart bedrängten Generäle im Norden weiterzuleiten oder gar seinen engen Mitarbeiter General Koeltz darüber zu verständigen, den er gerade nach Belgien geschickt hatte, damit er die Lage beurteile. Koeltz traf am frühen Morgen des 27. Mai in Cassel mit Blanchard, Admiral Abrial, General Fagalde, dessen xvi. Korps sich bereits westlich Dünkirchen in Stellung befand, und General Sir Ronald Adam als Vertreter Gorts zusammen. Man arbeitete endgültige Pläne für die Verteidigung des Brückenkopfes aus. Doch weder Koeltz noch Blanchard schien bis jetzt klar zu sein – wie es den Briten klar war –, dass der Zweck der Verteidigung des Brückenkopfs darin bestand, wie Weygand sagte, «die grösstmögliche Anzahl Truppen vor der Gefangennahme zu bewahren». Der Generalissimus hatte geschwiegen und sie hierüber in Unkenntnis gelassen – wiewohl es inzwischen hätte offenkundig sein müssen. Doch anscheinend war es das nicht. Ja, Koeltz drängte sogar General Fagalde in Weygands Auftrag, den Versuch zu unternehmen, Calais zurückzuerobern, was überhaupt nicht in Betracht zu ziehen war, da die Franzosen in diesem Augenblick von deutschen Panzern, die von Calais aus vorrückten, aus Gravelines hinausgetrieben wurden. Schlimmer noch, General Prioux, der neue Kommandeur der französischen ersten Armee, befahl wenige Stunden nach der Sitzung in Cassel: «Die Schlacht wird ohne einen Gedanken an Rückzug an der Lys durchgekämpft werden.» Wenn die französischen Streitkräfte sich den britischen anschliessen sollten, um auf dem Seeweg aus Dünkirchen zu entkommen, dann war es Wahnsinn, sie «ohne einen Gedanken an Rückzug» an der Lys festzuhalten. Dieser Befehl verurteilte den grössten Teil dessen, was von der einst so glänzenden französischen ersten Armee noch übrig war, zum Untergang.

Wie sehr die britischen und französischen Befehlshaber in ihrer Stunde der Verzweiflung aneinander vorbei arbeiteten, trat am nächsten Morgen, dem 28. Mai, bei einer dramatischen und peinlichen Sitzung (Oberst Lyet nennt sie «erschütternd») zwischen Blanchard und Gort in dessen Stabsquartier in Houtkerque zutage. Der französische Kommandeur schien «entsetzt» *, als Gort ihm seine Befehle aus London zum Rückzug an die Küste und zur Evakuierung vorlas.

Jetzt wurde mir klar (schreibt Gort in seinem anschliessenden Bericht über die Unterredung), dass wir zwar beide von unserer Regierung ähnliche Weisungen für die Bildung eines Brückenkopfes erhalten hatten, dass er jedoch bislang keine Weisungen erhalten hatte, die den meinen zur Evakuierung meiner Truppen entsprachen. General Blanchard sah sich folglich nicht in der Lage, die Evakuierung in Betracht zu ziehen.

Das war seltsam, fand General Pownall:

Aus welchem anderem Grund glaubte er (Blanchard) denn, dass er und Gort beide ähnliche Weisungen zur Bildung eines Brückenkopfes erhalten hatten? Zu was sonst konnte eine solche vorbereitende Massnahme denn führen?

Lord Gort fährt fort¹⁰³:

Ich gab sodann der Meinung Ausdruck, dass jetzt, nachdem die belgische Armee zu bestehen aufgehört hatte, die einzigen Alternativen in Evakuierung oder Kapitulation bestünden ... Während diese Diskussion im Gang war, traf ein Verbindungsoffizier von General Prioux, der jetzt die französische erste Armee befehligte, mit der Mitteilung ein, letzterer halte seine Truppen nicht für imstande, noch irgendwelche weiteren Bewegungen durchzuführen, und er beabsichtige folglich, in dem Gebiet zwischen Bethune und Lille zu bleiben ...

*Ich bat daraufhin General Blanchard, um Frankreichs, um der französischen Armee und der alliierten Sache willen, General Prioux Befehl zum Zurückgehen zu geben. Ich sagte, seine Truppen seien doch bestimmt nicht alle so müde, dass sie ausserstande seien, sich zu rühren ... Ich konnte ihn nicht dazu bewegen **.*

Die Franzosen stellten nunmehr die Frage, die ihnen entscheidend schien. «Würden die britischen Truppen», fragte General Blanchard, «ungeachtet der Lage der ersten Armee an der Lys, auch wenn sie dort im Kampf liege, heute nacht auf die Linie nordwärts Cassel-Poperinghe-Ypern zurückgehen?»

* So kam es zumindest General H. R. Pownall, dem Stabschef der britischen Streitkräfte vor, von dem eine lebendige Schilderung der britischen Lesart der Sitzung vorliegt

** General Pownall zufolge erwiderte Blanchard, «Evakuierung vom Küstenstrand ist unmöglich ... Es ist folglich müssig, es zu versuchen – die Chance ist die nötige Kraftanstrengung nicht wert; er sei der gleichen Meinung wie Prioux.»

«*Oui*», antwortete General Pownall, der für Gort dolmetschte¹⁰⁴.

Für General Blanchard bedeutete dies, dass die Briten die erste Armee im Stich liessen, und er beschwerte sich bei General Weygand, dass Gort trotz seiner Einwände abziehe und «die Flanke der ersten Armee völlig ungeschützt lasse». Weygand erhielt die Mitteilung frühmorgens am 29. Mai und ersuchte Reynaud, in London zu protestieren. Mittlerweile war es soweit, dass die französischen Generäle nicht nur die Briten wegen ihrer angeblichen Doppelzüngigkeit verfluchten, sondern auch in ein totales Durcheinander darüber gerieten, was sie selbst tun sollten, um zu versuchen, ihre eingeschlossenen Truppen zu retten.

Nach seiner Unterredung mit Gort am Morgen des 28. Mai überlegte sich General Blanchard die Sache noch einmal. Im Lauf des Tages beschlossen er und General Prioux schliesslich, doch zu versuchen, so viele ihrer Truppen, wie sie konnten, herauszulösen und sie nach Dünkirchen zur Evakuierung zu schaffen. Zwei Infanteriedivisionen und die Überreste des Kavalleriekorps sollten unverzüglich nordwärts zum Kanal abziehen. Die fünf Divisionen der französischen ersten Armee, die jetzt in Lille nahezu eingeschlossen waren, sollten bleiben und bis zum letzten kämpfen. Prioux beschloss, bei ihnen zu bleiben*. Um 20 Uhr am 28. Mai schickte Blanchard, der noch an diesem Vormittag abgelehnt hatte, die Evakuierung überhaupt in Betracht zu ziehen, eine Funkmeldung an Weygand, die um Erlaubnis ersuchte, «einzuschiffen, was noch gerettet werden könne». Weygand antwortete am nächsten Morgen und ermächtigte ihn, so viele Kräfte wie möglich nach Dünkirchen zu verlegen, «um ihre schrittweise Evakuierung auf dem Seeweg vorzunehmen»¹⁰⁵. Es fällt schwer zu verstehen, warum er so lange – drei Tage – damit wartete, und er gibt auch in seinen Memoiren und seiner Aussage nach dem Krieg keine Erklärung dafür. Während der zehn Tage seit der Übernahme des Oberbefehls hatte Weygand, der trotz seines Alters für seine Energie bekannt war, zwei lebenswichtige Entscheidungen in verhängnisvoller Weise hinausgezögert: zuerst, unverzüglich zu versuchen, die Lücke zwischen den alliierten Armeen zu schliessen, die durch den deutschen Panzervorstoss zum Meer voneinander getrennt worden waren, und jetzt, die französische erste Armee rechtzeitig für die Evakuierung nach Dünkirchen zu schaffen. Im zweiten Fall hatte er, nachdem er endlich einen Entschluss gefasst hatte, die Übermittlung des Entschlusses an seinen Kommandeur an Ort und Stelle um zwei entscheidende Tage aufgeschoben. Inzwischen war es zu spät geworden, den Grossteil der ersten Armee noch zu retten.

Doch wenn Weygand auch schliesslich Befehl gegeben hatte, so viele französische Truppen wie möglich in Dünkirchen zu retten, so folgte daraus nicht, dass Franzosen und Briten unverzüglich reibungslos und im Einklang miteinander vorgehen konnten, um die Evakuierung beider Truppen vorzunehmen. Am 29. Mai wies Churchill seinen eigenen

* Er wurde am folgenden Tag auf seinem Gefechtsstand in Steenwerck gefangengenommen. Aber seine Truppen, die Reste der einstmals gewaltigen ersten Armee und jetzt unter dem Befehl von General Molinié, hielten bei Lille bis spät am 31. Mai aus und banden sieben deutsche Divisionen, darunter drei Panzerdivisionen, und hinderten sie, sich an dem feindlichen Sturm gegen Dünkirchen zu beteiligen. Dieser tapfere Widerstand half den belagerten britisch-französischen Truppen rings um den Hafen, noch weitere zwei oder drei Tage standzuhalten und auf diese Weise mindestens noch weitere 100 000 Mann zu retten. «Ein glänzender Beitrag», nannte es Churchill.

Befehlshaber an, dass «die Franzosen an den Evakuierungen Anteil haben sollten. Und», fügte er hinzu, «sie dürfen nicht nur auf ihre eigenen Schiffe angewiesen sein.» Er telegraphierte Reynaud diesbezügliche Zusicherungen.

Als aber am 29. Mai eine beträchtliche Anzahl französischer Truppen am Strand einzutreffen begann, weigerten die Briten sich zunächst, sie auf ihre Schiffe zu lassen. Da praktisch keine französischen Schiffe zur Verfügung standen, war dies gleichbedeutend damit, dass sie zurückgelassen wurden. Gort selbst, der anscheinend von seiner Regierung nicht verständigt worden war, dass die Franzosen in gleicher Anzahl wie die Briten einzuschiffen seien, erhob Einspruch dagegen, dass sie auf britische Schiffe verladen wurden – zumindest bis die gesamten britischen Streikräfte gerettet waren –, und gibt zu, dass er dem Kriegsministerium deswegen telegraphierte. Er verlangte, wie er sagt, «dass die Franzosen bei der Bereitstellung von Flotteneinheiten ihren vollen Anteil übernehmen».

Um jedoch den sofortigen Beginn der Einschiffung französischer Truppen zu ermöglichen, beschloss ich, den Franzosen an diesem Abend zwei britische Schiffe zuzuweisen.

Das war nicht viel, wenn man bedenkt, dass, wie Churchill sagt, «850 Fahrzeuge aller Art im Einsatz waren», dass 50'000 britische Soldaten bereits abtransportiert waren und weitere 30'000 in dieser Nacht evakuiert werden sollten. «Wir befinden uns in Gegenwart eines Mannes», bemerkt Oberst de Bardies zu Gorts Verhalten an diesem Tag, «der ein schlechter Kampfgenosse ist¹⁰⁶.»

Abgesehen von den vorhersehbaren Konsequenzen der zunehmenden Reibung zwischen Franzosen und Briten, mussten in dem Inferno, das Dünkirchen inzwischen geworden war, zwangsläufig allerlei hässliche Zwischenfälle passieren. Die unablässigen deutschen Bombenangriffe und das ununterbrochene Artilleriefeuer hatten die Stadt und den Hafen bereits in einen Trümmerhaufen verwandelt. Tausende von Fahrzeugen jeglicher Art lagen zerborsten und brennend auf den Strassen und am Strand. Die Strassen selbst waren vollgestopft mit erschöpften Truppen und ihren verlassenen Fahrzeugen. Obwohl die örtlichen britischen und französischen Kommandostellen heldenhafte Anstrengungen unternahmen, irgendeine Art von Ordnung zu schaffen, und den Einheiten der beiden Armeen bestimmte Piers und Strandabschnitte zuwiesen, blieben ihre Bemühungen in dem Hexenkessel meist fruchtlos. Sie hatten es mit Männern zu tun, die vom Kampf gezeichnet waren und die alles daransetzten, davonzukommen. In einigen Fällen zwangen britische Schiffsbesatzungen französische Soldaten, ihre Schiffe wieder zu verlassen. Reynaud beschwerte sich bei Spears, ein französischer General und ein Adjutant seien von britischen Truppen «grob angefasst» worden, als sie versuchten, sich auf ein britisches Schiff zu drängen. Erschöpfte französische Soldaten, die aus der Nachhut eintrafen, machten sich nach dem nächstliegenden Strandabschnitt auf und mussten feststellen, dass er für die Briten reserviert war. In zumindest einem Fall wehrten Leute der Welsh Guards sie mit aufgefplantem Bajonett ab. Hauptmann D. Barlone, ein französischer Offizier,

der die Briten – sogar nach Dünkirchen – schätzte und bewunderte, berichtet von einer Szene am 29. Mai, als die Franzosen zur Evakuierung einzutreffen begannen.

Eine neue Verkehrsstockung, anderthalb Kilometer lang ... wo die Briten alle Ausgänge verbarrikadiert haben, damit ihre Kolonnen leichter passieren können. Die Franzosen toben vor Wut. Einige Kanoniere reden davon, dass sie ihre Geschütze auf sie richten und schießen werden ... Ich übernehme den Befehl und erteile zwei Offizieren Weisung, sich hundert Mann zu holen und die schweren britischen Traktoren, die die Strasse versperren, wegzuzerren. Dann gehe ich los und finde einen englischen Major, und in fünf Minuten ist alles arrangiert¹⁰¹.

Churchill flog am 31. Mai nach Paris, um zu versuchen, die Situation auszubügeln. Inzwischen waren, wie er seinen französischen Kollegen mitteilte, 165'000 Mann in Dünkirchen abtransportiert worden, davon etwa 53'000 Mann allein am Vortag.

«Aber wie viele Franzosen?» fragte Weygand bissig. «Die Franzosen werden zurückgelassen?»

«Etwa 15'000 Franzosen», antwortete Churchill und erklärte, viele der abtransportierten Briten seien «Verwaltungseinheiten» gewesen, die Dünkirchen vor den Kampftruppen erreicht hatten. «Ausserdem», fügte er hinzu und sah Weygand scharf an, «haben die Franzosen bisher keine Befehle zur Einschiffung erhalten. Einer der Hauptgründe, warum ich nach Paris geflogen bin, ist der, dafür zu sorgen, dass die französischen und britischen Kommandeure die gleichen Weisungen erhalten.»

«Trotzdem», unterbrach Reynaud, «von 220'000 Briten sind 150'000 evakuiert, von 200'000 Franzosen nur 15'000 eingeschifft worden.» Der Ministerpräsident betonte, wie er sagt, nachdrücklich, «falls ein solches Missverhältnis nicht unverzüglich berichtigt werde, würde es ernste politische Folgen für uns haben.»

Churchill erklärte, er sei sich dessen vollauf bewusst und habe den heutigen Tag, den 31. Mai, eigens zum «französischen Tag» bestimmt. «Die französischen Truppen werden absoluten Vorrang vor den britischen erhalten.» Inzwischen hatte Admiral Darlan ein Telegramm an Admiral Abrial in Dünkirchen entworfen, das ihn von der alliierten Vereinbarung unterrichtete und festsetzte, dass die Briten zuerst an der Reihe wären, sobald die französisch-britischen Truppen, die die Randstellungen verteidigten, sich einzuschiffen begännen.

«Ganz bestimmt nicht», unterbrach Churchill, als dieser Teil der Mitteilung verlesen wurde. «*Non ... partage ... bras dessus ... bras dessous*», sagte er, indem er in sein unnachahmliches Französisch verfiel. Die Truppen der beiden Länder, beharrte er, würden «Arm in Arm» in völliger Gleichberechtigung gehen. «Die drei britischen Divisionen werden die Nachhut bilden, da bisher so wenige Franzosen evakuiert worden sind. Ich werde keine weiteren Opfer von den Franzosen annehmen.»

Seine Zusicherungen schienen Reynauds und Weygands Zweifel zu beseitigen, und sie schienen gerührt, als er die Sitzung mit einer seiner schwungvollen Reden beendete und

trotzig verkündete, Franzosen und Briten dürften sich nicht geschlagen geben, sondern müssten durchhalten, um schliesslich zu siegen.

Selbst wenn einer von uns zu Boden geschlagen wird, darf der andere den Kampf nicht aufgeben. Er darf die Waffen nicht niederlegen, solange sein Freund nicht wieder auf den Füssen ist... Das britische Volk wird weiterkämpfen ...

Sogar Baudouin schien, wie Spears meinte, vom Feuer des Premierministers mitgerissen. Baudouin selbst sagt, er sei in Wahrheit von Churchills Worten «höchst beunruhigt» gewesen. «Ist er der Meinung, dass Frankreich den Kampf fortsetzen muss, koste es, was es wolle, selbst wenn es zwecklos ist?» fragte er sich, als er über die Sitzung in sein Tagebuch schrieb. «Das müssen wir aufklären», schloss er.

Ein anderer Franzose bei dieser Sitzung hegte ebenfalls seine Befürchtungen. Pétain hatte auf Spears einen «eisigen und verdrossenen» Eindruck gemacht, und Churchill und er blieben zurück, um einige private Worte mit ihm zu wechseln, bevor sie das Zimmer verliessen. «Des Marschalls unbeteiligte und düstere Haltung», sagt der Premierminister, «gab mir bereits das Gefühl, dass er einem Separatfrieden entgegenblickte. Der Einfluss seiner Persönlichkeit, sein Ansehen, seine ruhige und gelassene Hinnahme des Ablaufs der widrigen Ereignisse, abgesehen von irgendwelchen Worten, die er verwendete, waren nahezu überwältigend für jene, die sich in seinem Bann befanden.»

Jemand in der Gruppe, ein Franzose, meinte, wenn die gegenwärtigen Rückschläge fort-dauerten, werde Frankreich möglicherweise seine Stellung «modifizieren» müssen.

Hier nahm Spears die Gelegenheit wahr (berichtet Churchill) und sagte, zu Marschall Pétain gewandt, in tadellosem Französisch: «Ich nehme an, Sie verstehen, M. le Maréchal, dass dies die Blockade bedeuten würde?» Jemand anderes sagte: «Das wäre vielleicht unvermeidlich.» Aber nun blickte Spears Pétain direkt ins Gesicht: «Das würde nicht nur die Blockade bedeuten, sondern die Bombardierung aller französischen Häfen in deutschen Händen.»

«Ich war froh, dass das gesagt worden war», schliesst Churchill. Er sagt, er habe wiederholt: «Wir würden weiterkämpfen, was auch geschehen oder wer auch aufgeben sollte¹⁰⁸.» Reynaud hatte den Premierminister am 26. Mai in London gewarnt, dass Pétain für einen Waffenstillstand eintreten werde, falls die Schlacht um Frankreich verlorengehe. Jetzt, fünf Tage später, nach dem Gespräch mit dem Marschall, wurde Churchill klar, dass dies kein müssiges Gerede gewesen war. Was Pétain selbst betraf, so konnte General Spears' kaum sehr taktvolle Warnung, sosehr sie Churchill auch gefiel, seine feindseligen Gefühle gegenüber den Briten nur verstärken. An diesem letzten Maitag 1940, nach einem Kampf von kaum drei Wochen, begannen sich die beiden Demokratien des Westens in ihrem Missgeschick bei der entscheidenden Frage der Fortführung des Kampfes gegen die Deutschen zu entzweien.

Pétain befand sich nicht allein in der Überzeugung, dass Frankreich ungeachtet dessen, was die Briten sagten oder taten, den Kampf bald werde aufgeben müssen. Weygand hatte in Wahrheit bereits die Führung übernommen.

Am 29. Mai, am Tag nachdem die Belgier offiziell kapituliert und den Kampf eingestellt hatten, und an dem Tag überdies, an dem die französische erste Armee endlich Genehmigung erhielt, sich zur Evakuierung nach Dünkirchen zu begeben, sandte General Weygand ein scharfes, von Pétain gebilligtes Schreiben an den Regierungschef. Er teilte Reynaud mit, dass die französische Armee zwar bis zum äussersten kämpfen werde, um die Somme und die Aisne zu verteidigen, dass jedoch das enorme Missverhältnis zwischen ihr und den feindlichen Streitkräften unter Umständen zu einer plötzlichen Niederlage führen könne.

In diesem Fall (erklärte er) wäre Frankreich nicht in der Lage, einen Kampf fortzusetzen, der die koordinierte Verteidigung seines Staatsgebietes gewährleistet ... Es ist folglich notwendig, die britische Regierung in Kenntnis zu setzen, dass der Augenblick eintreten kann, an dem Frankreich sich trotz seiner Entschlossenheit in einer Lage sieht, in der es unmöglich wäre, einen militärisch wirksamen Kampf zum Schutz seines Bodens fortzusetzen.

Der Augenblick werde kommen, so teilte er mit, an dem die Stellungen an den beiden Flüssen durchbrochen werden würden. Da er erklärt hatte, ein solcher Bruch sei nahezu unvermeidlich und werde sehr rasch erfolgen, warnte er somit den Ministerpräsidenten ganz unverblümt, dass Frankreich möglicherweise schon bald aus dem Krieg werde ausscheiden müssen – und dass man dies den Briten sagen solle.

Reynaud antwortete am selben Tag schriftlich, er werde die Briten «heute» Punkt für Punkt vom Schreiben des Generals unterrichten, er wolle jedoch dem Generalissimus gegenüber klar und deutlich betonen, dass «selbst wenn das gesamte Staatsgebiet nicht mehr verteidigt werden kann, dies nicht notwendigerweise bedeutet, dass wir die Feindseligkeiten unter Umständen, die mit der Ehre und den Lebensinteressen Frankreichs unvereinbar sind, einstellen können». Er erteilte Weygand Weisung, die Möglichkeit der Errichtung eines Befestigungswerkes in der Bretagne zu prüfen, über deren Häfen die Armee versorgt werden könnte, sowie einer Widerstandsfront in Nordafrika, falls es dazu kommen solle. Er teilte mit¹⁰⁹, er berufe zwei neue Jahrgänge ein* – eine halbe Million Mann –, die sofort nach Nordafrika geschickt würden, zur Ausbildung und «um zur Verteidigung beizutragen». Trotz des zunehmenden Defätismus seiner ruhmreichen Generäle schien Reynaud entschlossen, dafür zu sorgen, dass Frankreich im Krieg blieb.

Die Evakuierung in Dünkirchen dauerte fort. Der 31. Mai und 1. Juni waren die grössten Tage. Trotz unablässigen deutschen Artilleriebeschusses und häufiger Bombenangriffe

* Trotz der deutschen Überlegenheit in der Anzahl der Divisionen hatte die französische Armee am Vorabend der deutschen Offensive drei Jahrgänge – 750'000 Mann – demobilisiert¹¹⁰.

– letztere wurden durch britische Jäger, die von Stützpunkten jenseits des Kanals operierten, beträchtlich reduziert – wurden in diesen zwei Tagen insgesamt 132'000 Mann, zu meist britische Soldaten, aus dem Hafen und vom Küstenstrand abtransportiert. Aber die Schiffsverluste wurden untragbar. Am 1. Juni wurden einunddreissig Schiffe versenkt und elf beschädigt. Zwei britische Transporter mit 2'700 Mann französischer Truppen gingen unter, wiewohl 2'100 Mann von kleineren Fahrzeugen, die ihnen zu Hilfe eilten, gerettet werden konnten. Die Deutschen rückten jedoch immer näher heran, und angesichts ihres Herannahens und der schweren Schiffsverluste telegraphierte Churchill an Reynaud, er plane, «heute nacht Schluss zu machen» – am 1. Juni. Die Franzosen waren ausser sich vor Empörung. Sie zogen sofort die Schlussfolgerung, dass die Briten, nachdem sie die meisten ihrer eigenen Truppen herausgeholt hatten, sie jetzt im Stich liessen. Lord Gort und sein Stab hatten sich auf Weisung aus London bereits kurz nach Mitternacht des 31. Mai eingeschifft und den britischen Verteidigungsabschnitt, der jetzt mit weniger als 20'000 Mann besetzt war, in der Obhut General Alexanders gelassen. Weygand schickte ein zorniges Telegramm an das britische Oberkommando, in dem er darauf «bestand», dass General Alexanders Truppen «Seite an Seite» mit den französischen Truppen blieben und den Gürtel verteidigten, bis man mehr Franzosen evakuiert habe. Etwa 25'000 Franzosen, erklärte Weygand, kämpften noch, um den Feind aufzuhalten, und weitere 22'000 warteten auf Schiffe, um abgeholt zu werden. Admiral Darlan protestierte seinerseits bei der britischen Admiralität.

Die Briten schickten als Antwort hierauf in der Nacht des 2. Juni mehrere Schiffe hinüber, um die Franzosen zu holen, aber die meisten von ihnen kehrten leer zurück. Nur wenige Franzosen hatten sich zur Einschiffung versammelt. Um 13 Uhr 20 am nächsten Tag sandte Churchill eine dringende Mitteilung an Reynaud.

Wir kommen heute nacht zurück, um Eure Leute zu holen. Bitte sorgen Sie dafür, dass alle Vorkehrungen unverzüglich benutzt werden. Gestern nacht warteten viele Schiffe drei Stunden lang unnötig unter grossem Risiko und Gefahreh.*

Er hielt sein Wort. Vom Einbruch der Dunkelheit bis Mitternacht am 3. Juni wurden 26'746 Mann französischer Truppen eingeschifft und weitere 26'175 von Mitternacht bis Tagesanbruch. Dann wurde die Operation eingestellt.

Am 4. Juni um 9 Uhr morgens hörte das Gemetzel in Dünkirchen auf. Alles, was von

* An diesem Tag, dem 3. Juni, scheint General Weygand vor Ressentiment gegen die Briten völlig ausser sich gewesen zu sein. Baudouin berichtet in seinem Tagebuch über den Ausbruch des Generalissimus während seiner täglichen Konferenz mit Reynaud und Pétain an diesem Morgen:

** General Weygand weist darauf hin, dass in Dünkirchen 282'000 Mann eingeschifft worden sind, von denen 65'000 Franzosen sind. Entgegen dem, was im Obersten Kriegsrat (31. Mai) vereinbart wurde, ist die Nachhut französisch. General Weygand ist nicht im Geringsten überrascht hiervon. Er fügt hinzu, es stehe nunmehr fest, dass die Briten, als sie vor zehn Tagen den Marsch in Richtung Arras einstellten, dies taten, weil sie aus London Befehl in diesem Sinn erhielten. Churchill hat seit dem 16. Mai ein doppeltes Spiel getrieben. Er hat Frankreich sich selbst überlassen. Das Manöver zur Vereinigung der Armeen des Nordens mit den französischen Streitkräften an der Somme, so versichert General Weygand, wäre gelungen, wenn die Briten nicht unablässig zurück zum Meer geblickt hätten. «Sie wissen dem Ruf der Häfen nicht zu widerstehen», erklärt der General. «Schon im März 1918 wollten sie sich einschiffen.»

der einst so prachtvollen französischen ersten Armee noch übrig war – 40'000 Mann, deren Kampf bis zum Ende es 120'000 ihrer Kameraden und mehr als 200'000 britischen Soldaten ermöglicht hatte, sich in Sicherheit zu bringen –, kapitulierte. Ihre Befehlshaber befanden sich nicht unter ihnen. General Blanchard, dessen Heeresgruppe 1 formell aufgelöst worden war, hatte auf Befehl Weygands Dünkirchen am 1. Juni um 18 Uhr an Bord eines französischen Zerstörers verlassen. Admiral Abrial und die drei ranghöchsten Kommandeure der französischen Truppen, die Generäle Fagalde, de la Laurencie und Barthélemy, schifften sich mit den letzten ihrer evakuierten Truppen in der Nacht des 3./4. Juni nach England ein. General Alexander vergewisserte sich, dass alle britischen Soldaten abtransportiert waren. Dann verliess auch er in den frühen Morgenstunden des 3. Juni Dünkirchen.

Nach den von Churchill zitierten offiziellen britischen Unterlagen wurden in Dünkirchen 338'226 Mann gerettet. Churchill sagt nicht, wie viele von ihnen Franzosen waren. Weygand bezifferte sie mit 115'000, der Militärhistoriker Oberst Lyet mit 120'000. Zweifellos hätten noch mehr evakuiert werden können, wenn Weygand seine Genehmigung früher erteilt hätte. Nachdem er sie schliesslich am 29. Mai gegeben hatte, am selben Tag, an dem Churchill bestimmte, dass der Schiffsraum zu gleichen Teilen verwendet werde, wurden den Londoner Ziffern zufolge insgesamt 139'987 «alliierte», das heisst zumeist französische Truppen gegenüber 139'732 britischen eingeschifft¹². Aber das Gefühl, dass ihr Verbündeter sich um seine eigenen Truppen zuerst gekümmert hatte, nistete sich tief und erbittert in den Franzosen ein und trug zu den Ereignissen bei, über die wir noch berichten werden.

Am 4. Juni, dem Tag, an dem Dünkirchen fiel, lud der amerikanische Botschafter in Paris Pétain ein, mit ihm allein in seiner Privatwohnung in der Botschaft zu Mittag zu speisen. Der Marschall äusserte, er würde gern Präsident Roosevelt durch Mr. Bullitt mitteilen, «wie er persönlich die Lage ansehe». Sie sah für ihn düster aus.

Solange sich die britische Armee in Flandern befand, hatten die Briten ihre Luftwaffe voll eingesetzt. Aber sie hatten darauf bestanden, dass ihre Armee zuerst (in Dünkirchen) eingeschifft werde und dass die französischen Divisionen die Abwehrfront gegen die Deutschen hielten, während die Briten verladen wurden. Nachdem sich alle britischen Truppen eingeschifft hatten, hörten die Briten auf, ihre Flugzeuge in annähernd der gleichen Zahl herüberzuschicken, die sie eingesetzt hatten, solange das britische Expeditionsheer sich noch in Dünkirchen befand.

Des Weiteren behaupteten die Briten in diesem Augenblick, als die Franzosen nahezu keine Reserven mehr hatten und sich dem grössten Angriff der Menschheitsgeschichte ge genüb ersahen, dass sie keine Reserven aus England herüberführen könnten ... Ausserdem hatten sie sich geweigert, die britische Luftflotte zu entsenden ...

Unter diesen Umständen sehe er sich zu der Auffassung genötigt, dass es die Absicht der Briten gewesen sei, die Franzosen ohne Hilfe bis zum letzten Tropfen französischen Blutes kämpfen zu lassen ... und dass die Briten mit grossen Truppenkontingenten auf

britischem Boden, sehr vielen Flugzeugen und einer beherrschenden Flotte nach sehr kurzem Widerstand oder sogar ohne jeden Widerstand einen Kompromissfrieden mit Hitler schliessen würden, aus dem sogar eine britische Regierung unter einem britischen Faschistenführer hervorgehen könne.

Der Marschall fügte hinzu ... falls die britische Regierung nicht sowohl ihre Luftwaffe als auch Reservedivisionen nach Frankreich schicke, um sie in der unmittelbar bevorstehenden Schlacht einzusetzen, sei er der Meinung, dass die französische Regierung ihr Äusserstes tun werde, um unverzüglich mit Deutschland zu einer Vereinbarung zu gelangen, gleichgültig, was mit England geschehen werde¹¹³.

Bullitt hörte hier zum erstenmal den Standpunkt, den Pétain jetzt beharrlich bis zum Schluss einnehmen sollte.

Der leicht erregbare amerikanische Botschafter war ausserordentlich beeindruckt, und seine Sympathie für Frankreich, seine Antipathie gegen England regten sich von neuem. Am folgenden Nachmittag, dem 5. Juni, suchte er Reynaud auf, der ihm mitteilte, «er habe heute morgen bezüglich des Abzugs der britischen Jagdflugzeuge aus Frankreich Churchill die schärfste Note geschickt, die er aufsetzen konnte ... Er finde die Massnahme zutiefst empörend ... Er erklärte, wenn Churchills Antwort negativ ausfalle, werde er Churchill morgen so heftig, wie er nur könne, angreifen. Entweder die Briten seien Verbündete, oder sie seien es nicht.»

Die Folgen von Dünkirchen vergifteten offensichtlich bereits die Luft in Paris. Bullitt selbst teilte nicht nur vollauf das französische Ressentiment gegen Grossbritannien, sondern auch Pétains Auffassung, dass die Briten sich zurückhielten, um mit Hitler zu einer günstigen Friedensvereinbarung zu gelangen. Am Schluss seines Telegramms an Roosevelt über die Unterredung mit Reynaud fügte er seine eigene Meinung an.

Wenn die Briten jetzt diese unerlässliche Unterstützung (Flugzeuge) verweigern, dann wird dies nach meiner Überzeugung bedeuten, dass sie beabsichtigen, ihre Flotte, Luftflotte und Armee aufzusparen und entweder vor einem deutschen Angriff auf England oder kurz danach acht unter Oswald Mosley ausgebildete Faschisten einzusetzen und sich zu Hitlers Vasallen machen zu lassen¹¹⁴.*

Verriet Pétains Argwohn, was die Briten zu tun im Begriff waren – der vom amerikanischen Botschafter so kräftig unterstützt wurde was der greise Marschall jetzt selbst in Frankreich vorhatte?

«Dünkirchen», schrieb Weygand, «war gewiss kein Sieg, sondern lediglich die noch am wenigsten unselige Liquidierung einer Situation, die eine Katastrophe hätte sein können¹¹⁵.» Im Unterhaus warnte Churchill am 4. Juni, als die letzten Schiffe die letzten

* Mosley war der Führer der British Union of Fascists. Wer die «acht unter Mosley ausgebildeten Faschisten» waren, gibt Bullitt nicht an. Mosley wurde einige Tage später von der britischen Regierung interniert.

Soldaten aus Dünkirchen an Land brachten: «Wir müssen uns vorsehen, dieser Rettung nicht die Attribute eines Sieges zu verleihen. Kriege werden nicht durch Rückzüge gewonnen.»

Dennoch begrüßte General Weygand die Evakuierung einer Drittelmillion Mann unter deutschen Bombenangriffen und Artilleriefeuer als eine «wahrhafte *tour de force*», und Churchill fand, dass «in dieser Errettung ein Sieg steckte». Die eingezwängten und zahlenmässig unterlegenen französischen und britischen Truppen hatten grossartig gekämpft, um eine weit überlegene Streitmacht zu binden, bis die eigenen Soldaten in Dünkirchen eingeschifft werden konnten. Die britische Flotte hatte, unterstützt von den Schiffen, die die französische Marine zusammenbringen konnte, die Stärke der Seemacht demonstriert und tatsächlich die grösste Flotten-Rettungsoperation an einer fremden Küste durchgeführt, die die Geschichte je erlebt hat. Die britische Luftwaffe, die zur Unterstützung der Hurricane-Maschinen die neue Spitfire einsetzte, hatte zum erstenmal gezeigt, dass sie der deutschen Luftwaffe gewachsen war. Obwohl die deutschen Bombenangriffe zeitweise verheerend waren, reichten sie doch nicht aus, die Evakuierung ernstlich zu behindern. Die Jagdstaffeln der RAF vertrieben die feindlichen Bomber mehrmals am Tag und schossen eine ansehnliche Zahl von ihnen ab. Hätte die Luftwaffe pausenlos über Dünkirchen operieren können, so wie sie es über Warschau und Rotterdam getan hatte, dann hätten wahrscheinlich nicht viele Soldaten gerettet werden können. «Die Rettung», erklärte Churchill vor dem Unterhaus, «wurde von der Air Force erkämpft.»

Glück mit dem Wetter spielte eine gewisse Rolle sowie der erste ernste strategische Missgriff, den die Deutschen in diesem Feldzug begingen. Während des grössten Teils der Evakuierung war das Meer ruhig, und dies ermöglichte es den Booten, 98'780 Mann vom Strand abzuholen. Es erleichterte auch die Einfahrt grösserer Schiffe durch die schwierigen und seichten Rinnen, die zum Hafen selbst führten, wo 239'446 Soldaten an Bord genommen wurden. Wäre Wind aufgekommen und das Meer stürmisch geworden, dann hätte sich das «Wunder von Dünkirchen» vielleicht nicht ereignet. Wichtiger, für die Alliierten war der unverständliche, auf Anraten Rundstedts von Hitler selbst erlassene Befehl, die Panzerdivisionen anzuhalten, als sie eben im Begriff waren, Dünkirchen einzuschliessen. Dieser erstaunliche Beschluss beschwor eine heftige Kontroverse herauf, die noch lange nach dem Krieg unter den deutschen Generälen tobte. Ihnen ging es darum, Hitler die alleinige Schuld daran zu geben, dass sie gehindert wurden, die französisch-britische Armee im Norden einzuschliessen und sie entweder zu vernichten oder zur Übergabe zu zwingen. Diese Geschichte ist so kompliziert, die Zeugnisse der deutschen Generäle selbst sind so widersprüchlich – und voller Versuche, ihr Prestige zu retten –, dass ich sie hier nicht im Einzelnen untersuchen werde, nachdem ich sie in meiner Geschichte des Dritten Reiches ausführlich dargelegt habe, so wie es auch andere in ihren Geschichtswerken und Memoiren getan haben*.

* Siehe vom Verfasser: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*; Ellis: *The War in France and Flanders, 1939-1940*; Telford Taylor: *The March of Conquest*; Colonel Goutard: *1940. La Guerre des occasions perdues*; die Memoiren Guderians und Kesselrings; die Eintragungen der deutschen Kriegstagebücher; die Tagebücher der Generäle Haider und Jodl und die Aussagen der deutschen Generäle in Liddel Hart: *The German Generals Talk*.

Die reinen Tatsachen sind aufgrund der deutschen Unterlagen die folgenden. Am Nachmittag des 23. Mai billigte General von Rundstedt, der Befehlshaber der Heeresgruppe A, die den Durchbruch von der Maas zum Meer ausgeführt hatte, einen Vorschlag seiner an Ort und Stelle befindlichen Generäle, den Vorstoss der Panzerdivisionen gegen den alliierten Kessel rings um Dünkirchen zeitweilig abzustoppen. Am folgenden Tag erliess Hitler gegen die heftigen Einsprüche des deutschen Oberbefehlshabers des Heeres, General von Brauchitsch, und seines Generalstabschefs General Haider nach vorheriger Rücksprache mit Rundstedt den formellen Befehl zum Stehenbleiben. Die Gründe hierfür erschienen Hitler und Rundstedt durchaus triftig. Die deutschen Panzerdivisionen hatten gemeldet, dass sie nur noch ihre halbe Panzerstärke besäßen. Das Gelände südlich von Dünkirchen war für Panzer ungünstig, da es nach allen Richtungen von Kanälen durchschnitten und zum grossen Teil sumpfig war. Tatsächlich hatte Guderian, der später laut gegen den «Stop»-Befehl protestieren sollte, seinen Vorgesetzten bereits mitgeteilt, dass «in dem sumpfigen Gelände ein Panzerangriff sinnlos ist... die Infanterie ist für Kämpfe in dieser Art Gelände geeigneter als Panzer».

Es bestanden noch andere Gründe für Hitlers Befehl. Er wollte die Panzer überholen und frisch instandsetzen und die Panzerdivisionen für die nächste Phase der Schlacht neu aufstellen – nämlich für den Stoss nach Süden über die Somme und Aisne, um Paris und das restliche Frankreich zu erobern. Weder er noch seine Generäle hatten, da sie vom Meer nichts verstanden, auch nur die geringste Vorstellung, dass irgendeine nennenswerte Anzahl britisch-französischer Truppen in Booten und Schiffen davonkommen könne. Sie waren überzeugt, dass reichlich Zeit zur Verfügung stehe, um mit der langsam vorrückenden Infanterie, unterstützt von der Artillerie, den Feind einschliessen und vernichten zu können. Schliesslich hatte Göring dem Diktator die Zusicherung gegeben, dass die Luftwaffe allein die verbliebenen, um Dünkirchen zusammengedrängten alliierten Kräfte vernichten und dadurch den Grossteil des Heeres und vor allem die Panzer für die Offensive nach Süden freisetzen könne.

Auf jeden Fall wurden die deutschen Panzerdivisionen auf Befehl des Oberbefehlshabers zwei Tage lang an der Kanalfront südlich und westlich von Dünkirchen angehalten. Das erwies sich für die alliierten Streitkräfte als ein Geschenk vom Himmel. Sie begannen gerade ihren Rückzug auf den Verteidigungsgürtel, und die Kanallinie war nur schwach verteidigt von französischen und britischen Einheiten, die in der Eile hier und dort zusammengerafft worden waren. Hätten die deutschen Panzerdivisionen und die motorisierte Infanterie mit den Kräften, die sie am 24. Mai besaßen, zugeschlagen, so kann wenig Zweifel herrschen, dass sie Dünkirchen in zwei Tagen überrannt und die alliierten Truppen vom Meer abgeschnitten hätten.

General Haider vertraute seinen Ärger und seine Enttäuschung seinem Tagebuch an.

Der schnelle linke Flügel (schrieb er am 24. Mai), der keinen Feind vor sich hat, wird ... auf ausdrücklichen Wunsch des Führers angehalten!... Die Luftwaffe (soll) das Schicksal der eingekesselten Armee vollenden!

... Die Panzer und mot. Verbände (fügte er am 26. hinzu) stehen nach allerhöchstem Befehl wie angewurzelt!

Der Sack ... ist vor allem durch das Anhalten der schnellen Verbände nicht an der Küste geschlossen worden (schrieb er weiter am 30. Mai), und wir müssen nun Zusehen, wie ... der Feind ungezählte Tausende vor unserer Nase nach England wegführt.

Das sahen sie in der Tat.

Am 26. Mai nahm Hitler den «Stop»-Befehl zurück, und der deutsche Vormarsch wurde am folgenden Tag wiederaufgenommen. Inzwischen hatten die Franzosen und Briten die Kanallinie verstärken können, und die Deutschen gelangten nur langsam vorwärts. Es war jetzt zu spät, um Dünkirchen noch rechtzeitig zu erreichen und die alliierten Armeen am Entkommen zu hindern.

Obwohl eine Dreitmillion Soldaten gerettet worden war und zumindest im Fall der Briten eines Tages erneut zum Kampf antreten konnte, waren sie doch gezwungen gewesen, ihre gesamte Artillerie, Panzer und schwere Ausrüstung zurückzulassen. Die Alliierten hatten insgesamt 61 Divisionen eingebüsst, nahezu die Hälfte der Gesamtzahl, mit der sie drei Wochen zuvor die Schlacht begonnen hatten. Die Franzosen hatten die besten Einheiten, die sie besaßen, verloren, nahezu sämtliche Motorfahrzeuge und Panzer der Armee und die Hälfte ihrer modernen Artillerie. Dahin waren drei leichte Panzerdivisionen, eine schwere Panzerdivision, zwei Kavalleriedivisionen und 24 Infanteriedivisionen.

Am Tag nach dem Fall von Dünkirchen begann die deutsche Offensive gegen das restliche Frankreich. Ihr hatten die Franzosen nur 60 Divisionen entgegenzustellen, von denen viele nicht in voller Stärke, schlecht bewaffnet und ohne ausreichende Transportmittel, nicht einmal mit Pferdebespannung, waren. Die Deutschen in ihrem Siegestaumel besaßen doppelt so viele Divisionen, neunmal so viele Panzer und in der Luft, nachdem die RAF ihre französischen Stützpunkte hatte räumen müssen und die französische Luftwaffe unfähig war, alle Maschinen, die sie besaß, einzusetzen, eine noch grössere Überlegenheit als einen Monat zuvor. Mit Ausnahme einer britischen Infanteriedivision und eines Teils einer britischen Panzerdivision, die in die Kämpfe im Norden nicht verwickelt worden waren, befanden sich jetzt keine alliierten Streitkräfte mehr in Frankreich, die noch hätten helfen können.

Dünkirchen war, wie sich im Rückblick erkennen lässt, für die Briten das Ende vom Anfang; aber für die Franzosen war es der Anfang vom Ende.

Der Fall von Paris 5. bis 14. Juni 1940

Obwohl die Armeen im Norden vernichtet und die Kanalhäfen von Dünkirchen bis zur Sommemündung erobert waren, hielt der grösste Teil Frankreichs – mindestens neun Zehntel seines Staatsgebietes mit allem, was südlich der Somme, der Aisne und der Maginotlinie lag, noch stand, als die hellen, warmen Junitage anbrachen.

Es war reichlich Platz vorhanden – mitsamt der Hauptstadt und den grössten Städten des Landes –, auf dem man kämpfen konnte. Es war Raum zum Manövrieren vorhanden. Für das französische Oberkommando bestand die Frage darin, ob seine Streitkräfte, denen die Deutschen jetzt im Verhältnis zwei zu eins überlegen waren, die Kraft und die Fähigkeit besaßen, zu manövrieren und, wenn nötig, einen strategischen Rückzug durchzuführen, bei dem sie Raum gegen Zeit einhandelten. General Weygand war nicht der Meinung. Am 25. Mai, am Tag bevor er die Hoffnung aufgab, die Armeen im Norden retten zu können, legte er dem Comité de Guerre seine künftige Strategie dar. General Georges und er, so erklärte er, hätten drei «Lösungen» studiert und die beiden ersten als «undurchführbar» verworfen. Diese beiden Lösungen verlangten die Verkürzung der Front durch einen Rückzug zur unteren Seine und von dort weiter zur Loire und in einem Fall auch die Aufgabe der Maginotlinie. Die dritte «Lösung» bestand darin, entlang der zurzeit gehaltenen Flusslinien eine letzte Abwehrfront zu bilden, und zu ihr hatte er sich entschlossen. Er machte darauf aufmerksam, dass ein Rückzug von der Somme-Aisne-Front nicht möglich sein werde. «Wir werden nicht genug Reserven haben, um ihn durchzuführen», erklärte er. «Bei einer derart zahlenmässigen Unterlegenheit ist ein methodischer Rückzug nicht möglich¹.» Er habe nur 60 Divisionen gegenüber «120 bis 150 deutschen Divisionen» auf einer 650 Kilometer langen Front, die sich vom Meer bis zum Rhein und zur Schweizer Grenze erstreckte. «Wir müssen», schloss er, «in unserer gegenwärtigen Stellung an der Somme-Aisne standhalten und sie bis zum Ende verteidigen.» Am nächsten Tag, dem 26. Mai, erliess er einen entsprechenden allgemeinen Befehl. «Die Schlacht, von der das Schicksal des Landes abhängt», hiess es darin, «wird aus der Stellung, die wir jetzt innehaben, ohne Gedanken an Rückzug durchgekämpft werden.» General Weygands Entschluss ist viel und heftig kritisiert worden. Er hielt an der traditionellen Doktrin der französischen Armee fest, dass stets eine durchlaufende Front gewahrt werden müsse, obwohl die Torheit dieser Lehre sich soeben an der Maas und in Belgien gezeigt hatte. Der Gedanke, Raum gegen Zeit einzuhandeln, Gebiet aufzugeben und zurückzuweichen, um weiterkämpfen zu können, ging über seine Begriffe, obwohl

sein Wert sich in zahlreichen Kriegen erwiesen hatte, so zum Beispiel bei Napoleons Einfall in Russland 1812, und er sollte auch in diesem Krieg wieder bewiesen werden, nämlich von beiden Seiten in Russland, in Libyen und von den Deutschen in Italien. «Es war sinnlos», meinte de Gaulle, «dass wir uns damit begnügten, nach der Art von 1918 an der Somme eine neue Verteidigungsfront zu organisieren. Wir hätten auf die durchlaufende Front verzichten sollen, um zu manövrieren und immerfort zu manövrieren.» Sogar, fand er, wenn das bedeuten sollte, dass man sich schliesslich den ganzen Weg bis nach Nordafrika zurückzog. General René Bertrand, der Stabschef General Auguste Noguès' in Nordafrika, war der gleichen Meinung. «Der Generalstab», sagte er später aus, «hätte sich niemals auf die Sommeschlacht festlegen dürfen, ohne eine rückwärtige zweite Stellung zu haben, aus der er Widerstand leisten konnte. Diese Stellung war Nordafrika².»

De Gaulle und Bertrand waren nicht die einzigen Generäle, die die Auffassung des Generalissimus fehlerhaft fanden. Am 27. Mai, dem Tag nach Weygands endgültigem Befehl, an der Somme-Aisne ohne Gedanken an Rückzug standzuhalten, gab General Buhrer, dem die Kolonialtruppen unterstanden, gegenüber Mandel, dem neuen Innenminister, seinen Zweifeln und Befürchtungen über eine solche Strategie Ausdruck. Die Deutschen, erklärte er, würden die schwach gehaltene Front ohne Mühe durchstossen, die Truppen, die Befehl hatten, standzuhalten, würden eingekesselt werden, und der feindliche Vormarsch werde ganz einfach an ihnen Vorbeigehen. Er hielt es für das beste, tief gestaffelt zurückzugehen, wenn nötig, die Maginotlinie aufzugeben und im Jura und in der Bretagne, wo die Fronten bedeutend verkürzt wären, entscheidenden Widerstand zu leisten. General Prételat, der die Heeresgruppe an der Maginotlinie befehligte und befürchtete, dass sie schon bald umgangen werden würde, schlug Weygand am 26. Mai vor, Vorbereitungen zur Räumung der Maginotlinie zu treffen, so dass er seine Truppen rechtzeitig auf eine Stellung weiter südlich zurücknehmen konnte, aber er fand kein Gehör³.

Am 1. Juni begab sich de Gaulle, der noch die 4. Panzerdivision kommandierte, die gerade südlich von Abbeville ihren Gegenangriff unternahm, in Weygands Stabsquartier und schlug eindringlich vor, die verbleibenden 1'200 modernen Panzer in zwei Gruppen aufzustellen, die eine nördlich von Paris, die andere südlich von Reims, eine jede Gruppe mit zwei oder drei Divisionen motorisierter Infanterie und dem Doppelten der üblichen Artillerie zu unterstützen und mit ihnen die Flanken der deutschen Kolonnen anzugreifen, sobald sie unvermeidlicherweise durchbrachen. «Zumindest», bemerkte er später, «hätten wir dann eine Schlacht erlebt statt eines Debakels.» Aber das Oberkommando zog es vor, an der alten Doktrin festzuhalten, die sich bereits als so verhängnisvoll erwiesen hatte, und die Panzerdivisionen defensiv einzusetzen, um so viele feindliche Vorstösse wie möglich zum Stehen zu bringen⁴.

Weygands Auffassung, dass seine Streitkräfte zu schwach seien, um einen strategischen Rückzug vorzunehmen, erscheint seltsam. Wie der britische Militärhistoriker Major Ellis bemerkt, ist es «eine ungewöhnliche militärische Theorie, dass es bei mangelnden Kräften unmöglich sei, von einer Front zurückzugehen, die offensichtlich zu lang ist, als dass sie

erfolgreich gehalten werden könnte ... Allein schon die Tatsache, dass der Oberbefehlshaber diese Auffassung vertrat, bedeutete, dass die Niederlage gewiss war⁵.»

Weygand hegte über den Ausgang keine Illusionen. Er wies den Kriegsausschuss am 25. Mai darauf hin, dass seine Front «durchbrochen werden könne» und dass in «diesem Fall Bruchteile der Armee bis zum Ende weiterkämpfen werden, um die Ehre des Landes zu retten». Am 29. Mai, eine Woche vor der Wiederaufnahme der deutschen Offensive, warnte er Reynaud, wie wir gesehen haben, dass es im Augenblick, da die Front durchbrochen sei, unmöglich sein werde, den Kampf wirksam fortzusetzen.

Wenn die Somme und Aisne nicht standhalten konnten, dann war Paris zu raschem Fall verurteilt. Dessenungeachtet ersuchte Weygand die Regierung dringlich, in der Hauptstadt zu bleiben, selbst auf die Gefahr hin, gefangengenommen zu werden. Reynaud und andere Mitglieder des Kabinetts begannen sogar zu argwöhnen, der Oberbefehlshaber wünsche geradezu, dass die Regierung in Gefangenschaft gerate, um auf diese Weise die Politiker loszuwerden, die er seit seiner Rückkehr nach Paris unablässig verfluchte. Am 26. Mai hatte Weygand dem Kolonialminister Senator Louis Rollin erklärt: «Die Regierung muss in Paris bleiben und sich gefangennehmen lassen. Das ist das einzige, was sie tun kann.» Schliesslich und endlich, meinte der Generalissimus, gebe es dafür einen Präzedenzfall.

Erinnern Sie sich an Titus Livius, den römischen Senator? ... Als die Barbaren – und die Barbaren waren damals wir – in Rom eindringen ... blieben die Senatoren in ihren kurulischen Stühlen sitzen und führten ihre Beratungen weiter ... Nachdem einer der Gallier einen Senator am Bart gezogen und dieser ihn mit seinem Stab geschlagen hatte, wurde der gesamte Senat abgeschlachtet. Aber diese Haltung entbehrte nicht der Grösse.

Der französische Minister und Senator war, wie er sagt, so fassungslos, dass er es als seine «Pflicht» ansah, zum Präsidenten der Republik zu eilen und ihm Weygands Begriff von der Grösse zu hinterbringen. Rollin erinnert sich, dass Lebrun – wie es seine Gewohnheit war, wenn ihn die Empörung packte – die Arme zum Himmel reckte und ausrief⁶: «Er muss verrückt sein! Will er denn, dass ich das gleiche Schicksal erleide wie Schuschnigg*? Wie kann eine Regierung, die gefangen ist, in der Führung des Krieges Handlungsfreiheit besitzen? Es ist unvorstellbar! Wohin glaubt er denn, dass er uns führt**?!»

Weygand wiederholte am selben Tag seine historische Anspielung gegenüber Baudouin und fügte hinzu:

* Der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg wurde beim Einmarsch der deutschen Truppen in Wien am 12. März 1938 von Hitler verhaftet. Er wurde ohne Prozess ins Gefängnis geworfen und den grössten Teil der Zeit in den berüchtigten Konzentrationslagern Dachau und Sachsenhausen gefangengehalten, bis er von amerikanischen Truppen in Tirol am 4. Mai 1945 befreit wurde, kurz bevor er und seine Frau auf Befehl Himmlers, des Chefs der deutschen SS, ermordet werden sollten.

** Im ersten Band seiner Memoiren: *Rappele au Service* (Seite 218, Fussnote), der 1950 erschien, gab General Weygand zu, er habe unrecht gehabt, als er sagte, die Regierung solle in Paris bleiben, selbst auf die Gefahr der Gefangennahme hin. «Sie hätte sich nicht auf diese Weise dem Feind ausliefern sollen», gestand er ein.

Wenn die Regierung ... die Entwicklung einer revolutionären Bewegung in Paris vermeiden will, muss sie bekräftigen, dass sie in der Hauptstadt bleiben wird, ungeachtet der Situation ... bereit Gefahr zu laufen, vom Feind gefangengenommen zu werden. Es ist eine Frage der Ordnung im Inneren und der Würde.

«Der General», fügt Baudouin hinzu, «wünscht innere Unruhen zu vermeiden. Ganz besonders will er die Anarchie vermeiden⁷.» Der Sekretär war nicht überrascht. Er hatte Weygands abschliessende Worte vor dem Kriegsausschuss am Vortag notiert. Nachdem er erklärt hatte, die französische Armee werde «völlig vernichtet werden, wenn sie bis zum Ende kämpfen müsse, um ihre Ehre zu retten», hatte der Generalissimus angefügt: «Wir müssen uns die Mittel erhalten, im Land für Ordnung zu sorgen.»

Inzwischen und von nun an bis zum Ende schien es Weygand, der in aller Eile zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, damit er versuche, Frankreich vor der militärischen Niederlage zu bewahren, ebensowohl darum zu gehen, gegen das Phantom einer roten Revolution in Paris zu streiten, einer Revolution, für die nicht das geringste Anzeichen vorhanden war, wie gegen die Deutschen zu kämpfen. Die Armee intakt zu erhalten, nicht etwa, damit sie dem Feind Widerstand leiste, was er jetzt bereits für aussichtslos hielt, sondern um Ruhe und Ordnung in dem schwer angeschlagenen Land aufrechtzuerhalten, wurde für ihn zu einer Zwangsvorstellung, von der er völlig besessen war.

Um wenigstens das tote Holz und die Defätisten in der Regierung loszuwerden – die beiden führenden militärischen Defätisten, Pétain und Weygand, oder das tote Holz im Oberkommando auszumerzen, wagte er nicht –, bildete Reynaud am 5. Juni, dem Tag, an dem die deutsche Offensive an der Somme begann, sein Kabinett um. Obwohl er Daladier, Monzie und Lamoureux gehen liess, stellte sich heraus, dass er tatsächlich die Zahl derjenigen im Kabinett vergrössert hatte, die sich jetzt den Generälen anschlossen und darauf drängten, dass Frankreich aus dem Krieg ausscheide.

Zweifellos war Reynaud froh über das Verschwinden seines erbitterten Nebenbuhlers Daladier, und nicht weniger erfreut war die Gräfin de Portes, die anscheinend nicht nur an seiner Entfernung, sondern auch an einigen der neuen Ernennungen beteiligt war. Pétain selbst leistete Beihilfe, indem er darauf bestand, dass Daladier gehen müsse. Er hatte ihm nie verziehen, dass er in der Nacht des 6. Februar 1934 den Volksaufbruch auf dem Place de la Concorde niedergeschlagen und eine führende Rolle in der Volksfront gespielt hatte. Der Vorwand für die Entlassung Daladiers war der Besuch des Senators Henry Berenger am Morgen des 5. Juni. Berenger war Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses des Senats und eine recht fragwürdige Erscheinung in der französischen Politik. Er erklärte, sein Ausschuss sei einstimmig der Auffassung, dass Daladiers Anwesenheit im Quai d'Orsay «eine Beleidigung der französischen Diplomatie» sei. Der Ministerpräsident bot den Posten Pétain an, der behutsam ablehnte. Reynaud übernahm daraufhin das Portefeuille selbst und ernannte Baudouin zum Staatssekretär, eine Wahl, die er schon bald bereuen sollte. Eine weitere Ernennung, die er noch mehr bereuen

sollte, war die von Yves Bouthillier, der vom Staatssekretär zum Finanzminister anstelle von Lamoureux aufrückte. Auf das Drängen von Madame de Portes hin ernannte Reynaud den Millionär-Textilmagnaten Jean Prouvost, der mit der Erwerbung von *Paris Soir*, *Match*, *Marie-Claire* und anderer Massenblätter ein Pressezar geworden war, zum Informationsminister. Auch dies sollte dem Ministerpräsidenten bald leid tun. Er behielt nach einigem Zögern Chautemps als stellvertretenden Ministerpräsidenten bei, als der Führer der Radikalen Partei, der bereits insgeheim darauf hinarbeitete, Pétain an die Macht zu bringen, ihm versicherte, dass er schärfstens gegen einen Waffenstillstand sei. Auch diesen Entschluss musste er bereuen.

So trat Daladier am 5. Juni 1940 für immer von der Bühne ab. Er hatte zwei Jahre lang, von 1938 bis 1940, als Ministerpräsident an der Spitze der Regierung gestanden und als Verteidigungsminister den Militärapparat geleitet. Jetzt, angesichts des unmittelbar bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs, erschien er seiner nächsten Umgebung als ein gebrochener Mann. Dennoch protestierte er, wie Baudouin uns berichtet, Reynaud gegenüber bei ihrem «peinlichen» Abschied am Abend des 5. Juni mit heftigen Be-
teuerungen.

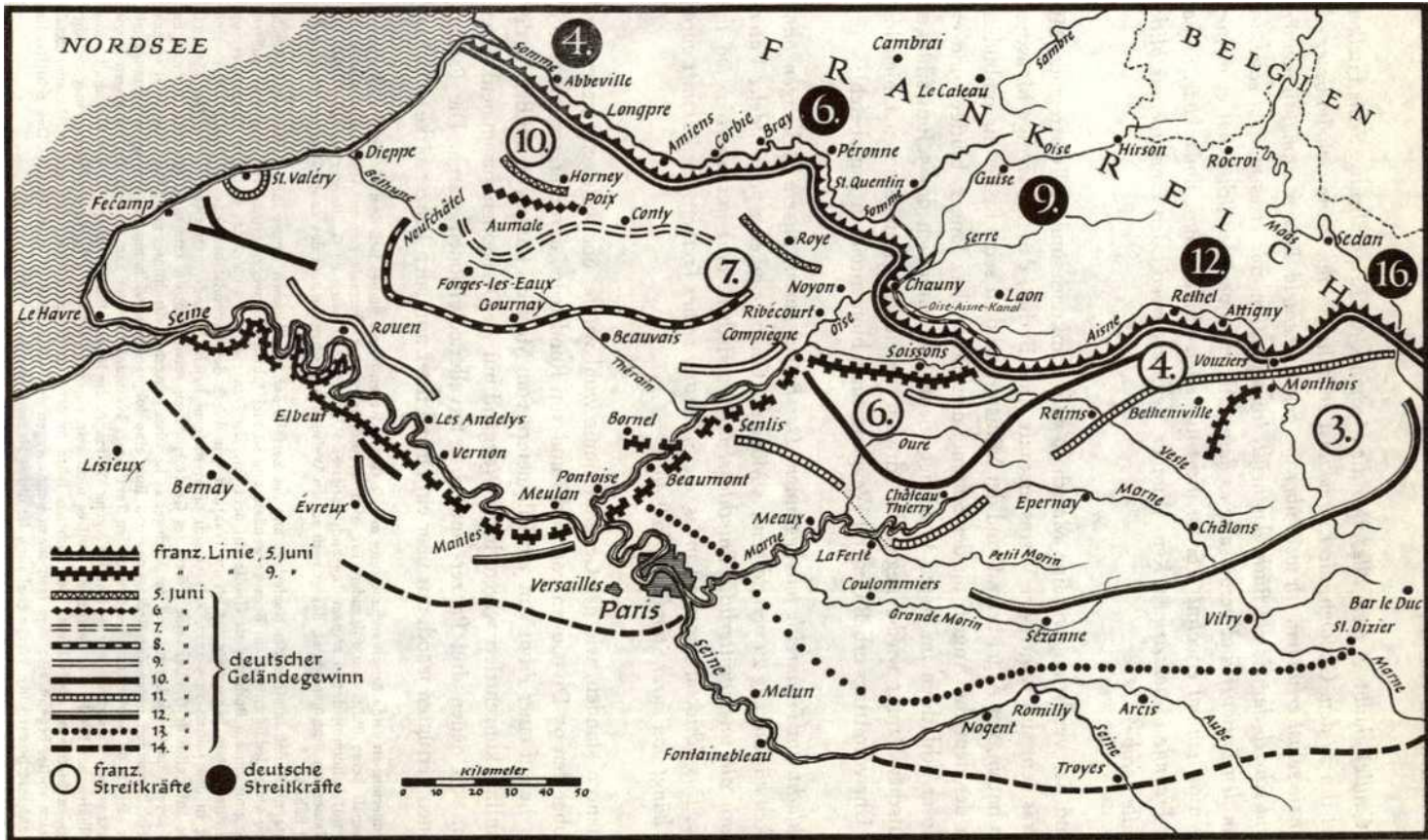
Er erklärte (sagt Baudouin), er wünsche nicht, entehrt zu werden. Er beharrte nachdrücklich darauf, es liege nichts vor, das er sich vorwerfen könne, und er glaube, er habe als Kriegsminister seine Pflicht getan ... Zum Abschluss sagte er, er genieße nach wie vor die Achtung seiner Söhne, und das werde ihm genügen ⁸.

Von Edouard Daladier lässt sich, glaube ich, sagen, dass er ein mutiger Mann, ein standhafter Patriot und ein dauerhafter Politiker war, der jedoch in den Krisen von 1938 bis 1940 den Herausforderungen nicht gewachsen war, die einen Staatsmann von viel grösserem Format und Kaliber verlangten. Doch wer hätte in der französischen Politik jener Tage die benötigten Eigenschaften besessen?

Die interessanteste von Reynauds Ernennungen am 5. Juni und die bedeutungsvollste, was die künftige Geschichte betraf, war die Charles de Gaulles – des Kommandeurs der 4. Panzerdivision, der erst einige Tage zuvor zum (zeitweiligen) Brigadegeneral befördert worden war – zum Unterstaatssekretär im Ministerium für nationale Verteidigung. Diese Ernennung versetzte Weygand und Pétain in Wut.

«Er ist noch ein Kind», protestierte Weygand gegenüber Reynaud. De Gaulle wurde in diesem Jahr fünfzig. «Er ist mehr Journalist als Offizier», tobte der Generalissimus gegenüber Baudouin. «Er ist sich selbst gegenüber blind.»

Weygands Meinung von de Gaulle war noch mild im Vergleich zu der Pétains. «Er ist ein anmassender Mensch, undankbar, schroff und hochfahrend», sagte der alte Marschall zu Baudouin, nachdem er ihm erklärt hatte, er wolle «über dieses Thema sein Herz ausschütten». Am 6. Juni, dem Tag nach de Gaulles Beförderung zum Brigadegeneral, hatte Pétain eine lange Unterredung mit General Spears, in deren Verlauf er ihm alle seine Sorgen vortrug.



DIE SCHLACHT AN DER SOMME UND DER FALL VON PARIS
5. bis 14. Juni 1917

*Er (de Gaulle) glaubt, er weiss alles über die Mechanik der Kriegführung. Seine Eitelkeit verleitet ihn zu dem Glauben, die Kriegskunst enthalte für ihn keine Geheimnisse. Als hätte er sie selbst erfunden. Ich weiss über ihn genau Bescheid. Er war einmal in meinem Stab und schrieb damals ein Buch, das heisst, ich sagte ihm, wie er es machen solle. Ich gab ihm den Entwurf und verbesserte es dann. Als er es veröffentlichte, hat er meinen Beitrag nicht einmal erwähnt *. Er ist nicht nur eitel, sondern auch undankbar. Er hat wenige Freunde in der Armee. Kein Wunder, denn er erweckt den Eindruck, als blicke er auf alle herab ¹⁰.*

Während der verehrungswürdige Marschall von Frankreich und stellvertretende Ministerpräsident sich wegen der Verfasserschaft eines Buches, das nur wenige Menschen gelesen hatten, vor Ärger zerfrass und der Ministerpräsident seine Regierung umbildete, begann der deutsche Angriff an der Somme, dem Schauplatz langer, blutiger und ergebnisloser Schlachten im ersten Weltkrieg. Beim Morgengrauen des 5. Juni schlugen die deutschen Panzer wieder gegen die schwach verteidigten französischen Linien los. Um 10 Uhr vormittags erliess General Weygand einen blumenreichen Tagesbefehl:

Die Schlacht um Frankreich hat begonnen. Der Befehl lautet, unsere Stellungen ohne Gedanken an Rückzug zu verteidigen ... Möge der Gedanke an euer verwundetes Vaterland euch die unerschütterliche Entschlossenheit verleihen, dort auszuharren, wo ihr steht ... Das Schicksal unseres Landes, die Sicherung seiner Freiheit, die Zukunft eurer Kinder hängt von eurer Standhaftigkeit ab.

Die Chancen standen, wie der Generalissimus wohl wusste, überwältigend gegen ihn. Gegenüber den 95 Divisionen von Bocks und von Rundstedts, darunter 10 Panzerdivisionen, die auf einer Front von 320 Kilometern vom Meer bis Longuyon am Beginn der Maginotlinie konzentriert waren, hatte Weygand nur 43 Divisionen zusammenkratzen können, von denen drei Panzer- und drei Kavalleriedivisionen waren. Die Panzerdivisionen verfügten jedoch nur über ein Drittel ihrer normalen Panzerstärke – 86 Pan-

* Die Erinnerung an seine Auseinandersetzung mit de Gaulle wegen dieses Buches liess dem für gewöhnlich gelassenen Marschall keine Ruhe. Am folgenden Tag, dem 7. Juni, machte er abermals seinem Ärger Luft, diesmal im Gespräch mit Baudouin, der in seinem Tagebuch notierte: «Der Marschall wirft de Gaulle vor, er habe allein mit seinem Namen ein Buch gezeichnet, das er nach seinen Weisungen geschrieben und das er grösstenteils eigenhändig korrigiert habe *.»

Es ist erstaunlich, dass inmitten der Niederlage und des Zerfalls der französischen Armee ihr ruhmreichster lebender Offizier so viele Gedanken auf ein Buch verwendete und so viel Erbitterung wegen seiner Verfasserschaft äusserte. Der Zank ging um ein Buch von de Gaulle mit dem Titel *La France et son armée*, das er am 27. September 1938 veröffentlichte. Pétain behauptete, es sei in Wahrheit «ein Werk des Generalstabs*, das de Gaulle unter seiner Anleitung in den Jahren 1925-1927, «als er sich unter meinem Befehl befand», geschrieben hätte. Der Marschall untersagte anfänglich de Gaulle, «eine Arbeit des Generalstabs zu verwenden, die ihm nicht gehörte». Aber da das Buch sich bereits im Drude befand und der Verleger es herauszubringen beabsichtigte, gab Pétain nach und «genehmigte» sein Erscheinen unter der Bedingung, dass ihm eine lobpreisende Widmung an ihn selbst vorangestellt werde. Er schickte de Gaulle am 5. September den Text dieser Widmung, aber er kam zu spät, da die Bogen bereits ausgedruckt waren. Tatsächlich war de Gaulles eigene Widmung, die in dem Buch erschien, für den Marschall höchst schmeichelhaft, aber Pétain war verstimmt, weil es nicht sein eigener Text war. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Männern, die während der nächsten Jahre in der französischen Geschichte eine so herausragende Rolle spielen sollte, begann also, wie man sagen kann, wegen der Verfasserschaft eines Buches! Dass Schriftsteller in Bezug auf ihre literarischen Werke eitel sind, ist nichts Neues – aber Generäle?

zer in der 2. Panzerdivision, 50 in der 3. und noch weniger in den Kavallerieeinheiten. Die Deutschen hatten ausserdem zwei Luftflotten an der Front zusammengezogen. Angesichts der Schwäche der französischen Luftstreitkräfte und der fehlenden britischen Luftunterstützung – die RAF hatte die meisten ihrer in Frankreich stationierten Staffeln in die Heimat zurückverlegen müssen – besaßen die Deutschen auch weiterhin völlige Überlegenheit in der Luft. «Eine Schlacht ohne jede Hoffnung», sollte Oberst Goutard, der französische Militärhistoriker, sie nennen. Schlimmer noch – da Weygand den Rückzug verboten hatte, musste sie zwangsläufig in einer Götterdämmerung enden.

Hier und dort kämpften die französischen Truppen mit grosser Zähigkeit und Hartnäckigkeit. Die französische siebente Armee hielt sich so gut gegen die Angriffe von vier Panzerdivisionen der Panzergruppe Kleist an der Somme zwischen Amiens und Peronne, dass das deutsche Oberkommando genötigt war, auf ihre weitere Verwendung beim Vorstoss auf Paris zu verzichten und sie östlich der Aisne zu verlegen, wo ein zweiter Schlag geplant war. Nach zweitägigen Kämpfen hielt die französische Mitte noch immer 'stand, aber auf den Flanken, besonders westlich von Amiens, hatten die Deutschen beträchtliche Fortschritte erzielt. Am 7. Juni verschlechterte sich die Lage rasch. Das xv. Panzerkorps war mit Rommels 7. Panzerdivision an der Spitze am 5. und 6. Juni südlich der Somme zwischen Abbeville und Amiens gegen harten Widerstand etwa 15 Kilometer vorgedrungen. Am folgenden Tag, dem 7. Juni, durchbrach Rommel die französische Linie, rückte 48 Kilometer vor und erreichte Forges-les-Eaux, das nur 38 Kilometer von Rouen an der Seine entfernt lag. Dieser blitzartige Durchstoss riss die französische zehnte Armee auf, so dass die 51. britische Division, die 31. und 40. französische Infanteriedivision und die 2. und 5. Kavalleriedivision von der übrigen Armee abgespalten waren und mit dem Rücken zum Meer und der breiten Seinemündung standen*.

Am 8. Juni, vier Tage nach ihrem Beginn, war die Sommeschlacht verloren. Die Deutschen erreichten die untere Seine und besetzten am nächsten Tag den Fluss von Rouen bis Vernon, was sie im Westen bis auf 65 Kilometer an Paris heranführte. Die siebente Armee in der Mitte war gezwungen zurückzugehen, um nicht eingeschlossen zu werden. Beauvais wurde aufgegeben; Compiègne war bedroht. Binnen fünf Tagen hatten die Deutschen den Weg für einen Sturmangriff auf Paris aus dem Westen und Norden freigekämpft. Am 9. Juni setzten sie zu einem Grossangriff an der Aisne an. Wenn er gelang, konnte sich die Zange um Paris von Osten her schliessen. Und die Maginotlinie, auf die die Franzosen so grosse Hoffnungen gesetzt hatten, konnte von Südwesten her aufgerollt werden.

Nach General von Bock (Heeresgruppe B) an der Somme war jetzt General von Rundstedt (Heeresgruppe A) an der Aisne, am Ostende der Kampffront, an der Reihe. – Es war

* Sie wurden bei Saint-Valéry-en-Caux, einem kleinen Fischerhafen zwischen Dieppe und Le Havre, von der deutschen 5. und 7. Panzerdivision in die Enge getrieben. In der Nacht des 9. Juni versuchten Schiffe der britischen Flotte, sie zu evakuieren, konnten aber wegen dichten Nebels nicht an den Hafen herankommen. Am nächsten Morgen, dem 12. Juni, ergaben sich die Truppen, insgesamt rund 40'000 Mann, darunter 8'000 Mann britische Truppen (zumeist von General Fortune's 51. Division), und zwölf Generäle.

die klassische Ausführung des Doppelschlags, in diesem Fall zuerst mit der Rechten und dann mit der Linken. Mittels einer blitzartigen Panzerverlegung, die die Franzosen erstaunte, denn sie selbst konnten ihre Panzerdivisionen nur mit grossen Verzögerungen verschieben, verlegte das deutsche Oberkommando in zwei Tagen 4 Panzerdivisionen von der Somme an die Aisne und gab damit Rundstedt 8 von den existierenden 10 Panzerdivisionen, um mit ihnen über den Fluss zu stossen. Wieder kämpften die zahlenmässig unterlegenen französischen Streitkräfte hartnäckig zwei Tage lang, aber am Abend des 10. Juni war auch diese Schlacht verloren. Am 11. Juni fiel Reims, und die Deutschen erreichten die Marne bei Château-Thierry, wo die Amerikaner 1918 ihre Feuertaufe erhalten hatten. Inzwischen waren die französischen Armeen auf den Bestand von 30 Divisionen reduziert – die Hälfte ihrer Stärke von einer Woche zuvor*. Paris war jetzt von drei Seiten bedroht.

Die Regierung verlässt Paris

In der französischen Hauptstadt war es eine angespannte Woche gewesen. Mit jeder neuen schlechten Nachricht und die schlechten Nachrichten strömten unablässig herein wurden die Beziehungen zwischen Franzosen und Engländern gereizter und der Wunsch Pétains und Weygands, den ungleichen Kampf einzustellen und aus dem Krieg auszuscheiden, entschlossener.

Dies trat nur zu deutlich – und schmerzhaft – auf der wie immer stattfindenden Sitzung Reynauds mit seinen Generälen am 5. Juni zutage, einige Stunden nach dem Beginn des deutschen Angriffs südlich der Somme. General Spears war aufgefordert worden, an der Sitzung teilzunehmen. Er stiess sofort mit General Weygand zusammen, der die Sitzung mit der Vorlage einer schriftlichen Beschwerdennote gegen die Briten eröffnete, die Reynaud vorlas.

Der Oberbefehlshaber sieht sich genötigt festzustellen, dass die Appelle an die britische Regierung fruchtlos geblieben sind. Der deutsche Angriff gegen uns hat eingesetzt, ohne dass wir weitere Hilfe aus England erhalten haben. Weder Jagdflugzeuge noch neue Divisionen.

Spears protestierte lebhaft und erklärte, Weygand «leiste der Sache der Allianz oder gar Frankreichs keinen Dienst mit seiner Angewohnheit, ungerechtfertigte Klagen gegen uns zu erheben».

Er verlas sodann ein Telegramm von Churchill, das die Hilfe betraf, die Grossbritannien jetzt leisten könne. Es war nicht viel: eine Division, die in sieben Tagen einschiffungs-

* Einem Bericht von General Georges zufolge besass die französische Armee jetzt noch: «9 leichte Divisionen und 9 normale Divisionen, die mehr oder weniger vollständig waren; 11 Divisionen, die auf 50 Prozent ihrer Kampfstärke reduziert waren; 13 Divisionen mit einer Stärke von 25 Prozent; 10 Divisionen, von denen nur Schutt und Trümmer übrig waren»^M.

bereit sein werde, zwei weitere so bald wie möglich, obwohl noch kein fester Zeitpunkt angegeben werden konnte, noch ein paar Flugzeuge. Reynaud unterbrach und erklärte zufolge Baudouins Protokoll, er sei «äusserst enttäuscht von dieser Mitteilung».

Reynaud erklärte, die britische Regierung begehe einen tragischen Fehler, wenn sie ihre eigene Verteidigung in erster Linie in Betracht ziehe. Die Deutschen haben jetzt die grosse Schlacht entfesselt, um Paris zu nehmen. Grossbritannien solle seine sämtlichen Streitkräfte in die Waagschale werfen. Wenn es sie für die Verteidigung Grossbritanniens zurückhält, werden wir beide den Krieg verlieren.*

Es wurde nunmehr ein Telegramm aufgesetzt, das die britische Regierung anflehte, die Entsendung der Truppen zu beschleunigen, und das Ersuchen General Vuillemins vom 3. Juni wiederholte, die Engländer sollten sofort 10 Jagdstaffeln schicken und zehn weitere «so bald wie möglich». Der Chef der französischen Luftstreitkräfte, der nicht einmal imstande war, alle Flugzeuge zu verwenden, die er selbst besass, verlangte damit die Hälfte aller verbliebenen Jagdflugzeuge der RAF – eine Forderung, die, wie Churchill am selben Abend Reynaud telegraphierte, «völlig untragbar» war.

Nachdem Spears die Sitzung verlassen hatte, um die Mitteilung der Regierung nach London zu schicken, nahmen die Franzosen die Diskussion unter sich wieder auf. «Wenn die Schlacht verloren und Paris bedroht ist, wohin geht dann die Regierung? In die Bretagne?» fragte Reynaud Weygand. Der Generalissimus verwarf die Bretagne, da sie «keinen militärischen Wert» habe.

«Wenn die Schlacht verloren und Frankreich überrannt ist», erklärte er, «wäre der wirklich mutige Schritt, mit dem Feind in Verhandlungen einzutreten.» Pétain brach sein gewohntes Schweigen, um darauf hinzuweisen, dass er dies billige. Aber Reynaud wollte davon nichts hören.

«Da ich überzeugt bin, dass kein Frieden und kein Waffenstillstand annehmbar sein werden, müssen die Heere so lange wie möglich weiterkämpfen, und die Regierung muss bereit sein, wenn nötig, den Boden Frankreichs zu verlassen.»

Dies war der Kern der grossen Auseinandersetzung, in der jetzt der Ministerpräsident gegen seine Generäle stand.

Während der nächsten zwei Tage, dem 6. und 7. Juni, als die französische Verteidigung südlich der Somme schwächer zu werden begann, kam es zu weiteren Beschuldigungen Weygands gegen die Briten, und Pétain und er sprachen wieder von der Notwendigkeit, die Kampfhandlungen einzustellen. Auf der Vormittagssitzung des 6. Juni bemerkte Spears sofort, dass es Weygand juckte, den Streit mit ihm wiederaufzunehmen – «sein straff gespanntes Pergamentgesicht zuckte so erregt, als müsse es jeden Augenblick springen». Er tobte gegen die Engländer, weil sie nicht kämpften. General V. M. For-

* In seinen nach dem Krieg veröffentlichten Memoiren gibt Reynaud zu, dass «Churchill den grössten aller Fehler begangen hätte, wenn er in der Schlacht um Frankreich die gesamte Royal Air Force geopfert hätte, die schon sehr bald zur Verteidigung der britischen Insel benötigt werden sollte Aber in jenen ersten Junitagen war mein ganzes Denken von der Schlacht eingenommen, um Paris abzuschirmen¹¹.»

tune, der die 51. Division im äussersten Westen der Somme-Front befehligte, sei ohne Befehl zurückgegangen. «General Fortune», witzelte er, «sollte ‚General Misfortune‘ heissen.» Er fragte, ob der Rückzug von London angeordnet worden sei, und dies führte ihn dazu, seine alte, inzwischen bereits abgedroschene Beschuldigung zu wiederholen, die britische Regierung habe den britischen «Rückzug» bei Arras und die Evakuierung in Dünkirchen angeordnet, ohne ihn zu fragen. «Er kreischte jetzt mit hoher, übergeschnappter Stimme», berichtet Spears. «Er war ganz grau vor Wut.»

«Der Ministerpräsident griff ein», heisst es in Baudouins Protokoll, «um die Debatte zu beruhigen, und wandte sich dann an Spears und fragte: ‚Aber was werden Sie uns nun schliesslich geben?‘» Der unglückliche britische General konnte keine sehr befriedigende Antwort erteilen. Nachdem er gegangen war, nahmen der Generalissimus und der Marschall ihre Debatte über die Fortsetzung des Krieges wieder auf. Als Reynaud nachdrücklich erklärte, der Krieg *werde* fortgesetzt, antwortete Weygand: «Den Krieg fortsetzen? Womit, wenn das Pariser Stadtgebiet, das 70 Prozent unserer Rüstung produziert, genommen ist?» Reynaud wiederholte, die Armee könne auf der bretonischen Halbinsel einen letzten Widerstand organisieren. «Das ist ein Hirngespinnst», versetzte Weygand. «Dann in Nordafrika», beharrte Reynaud. «In Nordafrika», sagte Weygand, «haben wir nur 7 Divisionen, zumeist Eingeborene. Keine modernen Waffen. Keine Flugzeugabwehr.»

Schliesslich ergriff Pétain das Wort. «Wenn die gegenwärtige Schlacht verloren ist», erklärte er, «bleibt nichts anderes übrig, als mit dem Feind zu verhandeln – falls wir tragbare Bedingungen erlangen können.» An diesem Abend beendete Baudouin seine Tagebuchnotizen mit der Eintragung: «Ich bin sicher, dass die Schlacht verloren ist.» Er war jetzt entschlossen, dem Ministerpräsidenten abtrünnig zu werden und mit den Generälen für einen Waffenstillstand zu arbeiten¹³.

Am nächsten Tag, dem 8. Juni, suchte General de Gaulle, der neue Staatssekretär im Verteidigungsministerium, General Weygand in Montry auf. «Aber wenige Augenblicke der Unterredung», sagt de Gaulle, «genüigten, um zu verstehen, dass er sich mit der Niederlage abgefunden hatte und zum Waffenstillstand entschlossen war.» De Gaulle war sogar jetzt, trotz seines eigenen, relativ niedrigen militärischen Rangs, nicht der Mann, der in Gegenwart des Oberbefehlshabers zusammenschumpfte*, und er ver-

* Zwei Tage später in Paris legte de Gaulle jene hoheitsvolle Erhabenheit an den Tag, für die er später so berühmt werden sollte. Weygand war, wie der junge General erzählt, zum Erstaunen des Ministerpräsidenten «*tout de go** – ohne Weiteres – in Reynauds Büro hineingeplatzt.

Der Befehlshaber (schrieb de Gaulle später in seiner Schilderung der Szene) erklärte, er sei zu einer Besprechung eingeladen worden.

«Nicht von mir», sagte Reynaud.

«Auch von mir nicht», fügte ich hinzu.

«Dann handelt es sich um ein Missverständnis», fuhr General Weygand fort. «Aber das Versehen hat sein Gutes, denn ich habe eine wichtige Mitteilung zu machen.»

... Seine Schlussfolgerung war durchsichtig. Wir müssten unverzüglich um den Waffenstillstand ersuchen ... Die Schlacht im Mutterland sei verloren. Wir müssten kapitulieren.

«Aber es gibt noch andere Möglichkeiten», warf ich ein. Worauf Weygand spöttisch erwiderte: «Haben Sie etwas vorzuschlagen?»

«Die Regierung», erwiderte ich, «hat keine Vorschläge zu machen, sondern Befehle zu erteilen¹⁴.»

suchte, Weygands Denken mit Vorstellungen von globaler Strategie anzufachen. Als der Generalissimus ihm mitteilte, die Deutschen seien bereits über die Somme, antwortete de Gaulle: «Nun also, sie gehen über die Somme. Und dann?»

«Dann kommen die Seine und die Marne.»

«Jawohl. Und dann?»

«Dann? *C'est fini!*»

«Wie? Schluss? Und die Welt? Und unser Empire?»

«General Weygand», berichtet de Gaulle, «brach in ein verzweifertes Lachen aus.»

«Das Empire? Aber das sind ja Kindereien! Was die Welt betrifft, so wird England, wenn ich hier geschlagen bin, keine acht Tage warten, um mit dem Reich zu verhandeln.»

Und er setzte hinzu: «Wenn ich nur die Gewissheit hätte, dass mir die Deutschen die zur Wahrung der Ordnung erforderlichen Kräfte liessen!»

De Gaulle hielt sich noch eine Weile im Hauptquartier auf, um mit einigen Stabsoffizieren zu sprechen. Alle wollten den Kampf einstellen. Als er nach Paris zurückkehrte, drängte er Reynaud, sich Weygands zu entledigen¹⁵. Wieder in der Hauptstadt, um sich seinen neuen Pflichten als Unterstaatssekretär im Ministerium für nationale Verteidigung zu widmen, fand de Gaulle die Atmosphäre dort nicht gesünder als im Grossen Hauptquartier.

Man gab sich den Anschein, als glaubte man immer noch an das Vorhandensein einer Front, einer aktiven Heeresleitung und eines opferwilligen Volkes; nur Träume und Erinnerungen. Tatsächlich drehte sich der Apparat der Staatsgewalt in unheilbarem Wirrwarr mitten in einer niedergeschmetterten und betäubten Nation, hinter einer Armee ohne Glauben und ohne Hoffnung ... Inmitten des Wirbelsturms erweckten die Sitzungen des Ministerrats, die Instruktionen, die nach unten erteilt, und die Berichte, die oben in Empfang genommen wurden, die öffentlichen Erklärungen, das Kommen und Gehen von Offizieren, Beamten, Diplomaten, Parlamentariern und Journalisten, die etwas mitzuteilen oder etwas zu fordern hatten, den Eindruck eines ziel- und zwecklosen Schattenspiels. Auf den Grundlagen und innerhalb des Rahmens, wo man sich bewegte, ging es um keinen anderen Ausweg als die Kapitulation ... Ein Umschwung nach dem Vorbild der «Marne» war möglich, aber nur auf dem Mittelmeer¹⁶.

Nicht nur Weygand, sondern auch Pétain erkannte die Möglichkeiten einer weiter gespannten Strategie nicht, die jetzt in de Gaulles Gedanken keimten – nämlich den Krieg, falls das französische Mutterland verloren ging, von französischem Gebiet in Nordafrika und dem übrigen Kolonialreich aus fortzusetzen. Der stürmische junge General nahm das enge Gesichtsfeld des Marschalls zwar verstehend, aber mit völligem Widerspruch zur Kenntnis.

Dieser alte Soldat, der unmittelbar nach 1870 die Uniform angezogen hatte, neigte dazu, den neuen Krieg einfach als einen neuen deutsch-französischen Krieg aufzufassen. Im

ersten unterlegen, hatten wir den zweiten, den von 1914-1918, gewonnen, zwar mit Alliierten, die aber doch nur eine sekundäre Rolle spielten. Jetzt waren wir daran, den dritten zu verlieren. Das war bitter, aber sozusagen in der Ordnung. Nach Sedan und dem Fall von Paris blieb nichts übrig, als Schluss zu machen und mit der Commune abzurechnen und sie im Notfall zu vernichten, wie das einst unter ähnlichen Umständen Thiers getan hatte. Für das Urteil des alten Marschalls fielen der weltumspannende Charakter des Krieges, die Möglichkeiten, die von den überseeischen Besitzungen geboten wurden, und die ideologischen Folgen des Sieges Hitlers kaum in Betracht. Das waren nicht Dinge, mit denen er sich zu beschäftigen pflegte¹⁷.

Am 9. Juni, als die Deutschen seineabwärts nur noch 65 Kilometer von Paris entfernt standen und eine feindliche Offensive, die mit überwältigend starken Kräften an diesem Morgen begann, über die Aisne hereinbrach und sowohl die Hauptstadt wie die Maginotlinie bedrohte, legte Pétain Reynaud eine formelle schriftliche Forderung vor, um einen Waffenstillstand zu ersuchen.

Am Vortag, auf der regelmässigen Vormittagssitzung mit dem Ministerpräsidenten, hatten sowohl er als auch Weygand das republikanische Frankreich wegen seiner Unzulänglichkeiten scharf getadelt. Diese Unzulänglichkeiten, erklärten sie, hätten die militärische Niederlage unausweichlich gemacht. Der Oberbefehlshaber teilte mit, dass er sein Hauptquartier nach Briare an der Loire, südlich von Paris, verlege, und erklärte Reynaud: «Wir sind am Ende unserer Reserven. Wir haben keine frischen Einheiten mehr.» Der getreue Baudouin notierte geflissentlich seine Worte. «Er hatte eine Armee vorgefunden, die acht Monate lang, seit dem Beginn der Feindseligkeiten, von einer ganz einfachen Idee gelebt hatte: ‚Es hat keinen Zweck, irgend etwas zu tun. Wir werden sie schon schlagen.‘ Es ist nötig, diese Tendenz zur Passivität auszurotten, die infolge von zwanzig Jahren des gleichgültigen Geheulassens, der Schwäche und der Demagogie, die dem Krieg vorangingen, in Frankreich tief eingewurzelt ist.»

Pétain, für gewöhnlich bei diesen Sitzungen so schweigsam, schloss sich an. «Er pflichtet diesen Bemerkungen bei», notierte Baudouin, «und erklärt, das, was er tagtäglich bezüglich der fehlenden Vorbereitung der Armee entdeckte ..., könne er überhaupt nicht fassen. ‚Monatelang oder vielmehr jahrelang ist nichts getan worden. In diesem Land muss man alles von vorn anfangen¹⁸.‘» Niemand, nicht einmal Reynaud, erinnerte die beiden ruhmreichen Generäle daran, dass sie als Oberbefehlshaber der französischen Armee vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum Jahr 1935 für ihre «fehlende Vorbereitung» eine gewisse Verantwortung trugen.

Mittlerweile gewannen sie Anhänger unter den Zivilisten im Kabinett. An diesem Abend des 8. Juni speiste Baudouin mit Chautemps. «Er hegt keine Hoffnung mehr für den Ausgang des Kampfes», notierte der Staatssekretär. «Wir müssen ihn beenden», sagte Chautemps seinem Bericht zufolge zu ihm. «Es ist zwecklos, weiterzukämpfen. Wir müssen verhindern, dass diese Zerstörung sich auf das ganze übrige Land ausbreitet. Pétain begreift das am besten¹⁹.»

Der Marschall teilte seinen Begriff von dem, was zu tun war, Reynaud schriftlich auf der Vormittagskonferenz des 9. Juni mit. Der Ministerpräsident hatte kurz zuvor mit einigen seiner Kabinettsmitglieder und dem Polizeipräfekten die Frage erörtert, ob die Regierung die Hauptstadt verlassen solle. Pétain fand, die Flucht der Regierung sei «untunlich in einem Augenblick, da es hauptsächlich darum gehen sollte, das moralische und geistige Erbgut des Landes zu bewahren». Sodann kam er, indem er seinen Schriftsatz vorlas, zu seinem Hauptpunkt, nämlich der «Notwendigkeit, um einen Waffenstillstand zur Einstellung der Feindseligkeiten zu ersuchen, vorausgesetzt natürlich, dass die Waffenstillstandsbedingungen, wenn auch hart, so doch annehmbar sind. Die Rettung und die Zukunft des Landes verlangen, dass wir mutig diesen Weg beschreiten.» Reynaud erwiderte, dass «kein ehrenhafter Waffenstillstand mit Hitler» möglich sei. «Ausserdem», fügte er hinzu, «wäre es äusserst unklug, dass wir uns von unseren Verbündeten trennen.»

Der Marschall antwortete hierauf eisig: «Die Interessen Frankreichs müssen vor denen Englands Vorrang haben. England hat uns in diese Lage gebracht. Geben wir uns nicht damit zufrieden, uns ihr zu fügen. Versuchen wir, aus ihr herauszugelangen.»

An dieser Stelle traf Weygand auf der Sitzung ein. Er hatte an diesem Morgen einen neuerlichen schwungvollen Tagesbefehl an die Truppen ausgegeben, in dem es hiess: «Der Feind ist am Ende seiner Kraftanstrengung. Wir befinden uns in der letzten Viertelstunde. Haltet stand!» Aber er glaubte es selbst nicht. Die militärische Lage, erklärte er, verschlechtere sich. Die Truppen hätten die Grenze ihres Durchhaltevermögens erreicht. Er riet Reynaud, es wäre «klug», die Ministerien zu evakuieren, meinte jedoch, der Ministerpräsident selbst und einige der wichtigsten Minister sollten «bis zum letzten Augenblick» in Paris bleiben.

Die Frage wurde an diesem Abend auf einer Vollsitzung des Kabinetts unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eingehend erörtert. Lebrun erinnerte sich der Sitzung in seinen Memoiren:

General Weygand erstattet einen vollständigen Bericht über die Lage. Sehr trauriger Eindruck. Marschall Pétain sagt nichts. Er scheint zu schlafen, wie hingestreckt. Ich richte die Frage an ihn.

«Wünschen Sie keine Meinung zu äussern, Herr Marschall? Den Herren liegt daran, von Ihnen etwas zu hören.»

«Ich habe nichts vorzubringen», antwortet er.

Es scheint, dass er von diesem Augenblick an die Niederlage als eine akzeptierte Tatsache ansieht und dass man daran nichts mehr ändern kann. Er war von M. Paul Reynaud in die Regierung berufen worden, um ihr zusätzliche Widerstandskraft zu verleihen. In Wahrheit scheint er ihr das Gegenteil verliehen zu haben ²⁰.

Über das Schweigen des Marschalls hinweg, der bereits gesagt hatte, er werde in Paris bleiben und, wenn nötig, mit Hitler reden, beschloss das Kabinett, dass die Regierung die

Hauptstadt am nächsten Tag, dem 10. Juni, verlassen und nach Tours an der Loire verlegen solle. Es war dies die letzte Kabinettsitzung einer Regierung der Dritten Republik – nach neunundsechzig Jahren die in Paris stattfand.

Der 10. Juni 1940 in Paris war in der Erinnerung de Gaulles «ein Tag der Agonie». Er nahm zum erstenmal an Reynauds Vormittagssitzung mit den Generälen teil. Pétain war abwesend. Er hatte seinem Missvergnügen darüber Ausdruck gegeben, dass der anmassende junge General diesen täglichen Konferenzen beiwohne. Baudouin erklärt jedoch, der Marschall habe sich bereits in das neue Grosse Hauptquartier an der Loire begeben. Weygand brachte seine tägliche Sammlung schlechter Nachrichten mit, die Baudouin, der das Protokoll führte, womöglich noch ärger als sonst erschienen. Deutsche Panzer hatten die untere Seine an zwei Stellen überquert. Die französischen Heere im Westen und Norden von Paris befanden sich in vollem Rückzug. Reynaud unterbrach, um zu fragen, wann man die Deutschen in Paris zu erwarten habe.

«In 24 Stunden», antwortete Weygand, «wenn die Deutschen wissen, wie schwach wir sind. Aber wahrscheinlich wird es ein wenig länger dauern. Sie werden Paris vorerst einschliessen, statt direkt anzugreifen.» Der Generalissimus verlas sodann einen Schriftsatz, den er am Abend zuvor aufgesetzt hatte.

Ich bin weit davon entfernt, alle Hoffnung aufzugeben, den Feind zum Stehen zu bringen ... Aber die Ereignisse der beiden letzten Kampftage verpflichten mich, den Ministerpräsidenten darauf hinzuweisen, dass die Durchbrechung unserer Abwehrfront jeden Augenblick eintreten kann.

Der Generalissimus erklärte des Weiteren, er sei nicht überrascht von dem, was sich ereigne. «Wir bezahlen», schnauzte er, «für zwanzig Jahre Lügen und Demagogie.» Reynaud drängte ihn abermals, eine Widerstandsfrent auf der Bretagne-Halbinsel aufzubauen, aber Weygand hielt sie für Zeitverschwendung. «Das ist ein schlechter Witz», sagte er zu Baudouin nach der Sitzung. Die beiden trösteten einander im Büro des Staatssekretärs. Baudouin, der sich jetzt von seinem Ministerpräsidenten und Wohltäter abgekehrt hatte, erklärte, er sehe nicht, wie man die Einstellung des Kampfes vermeiden könne, und er «bedauere», dass Reynaud die Dinge nicht so sehe.

Weygand sagte, er sei mit mir einer Meinung (notierte Baudouin in seinem Tagebuch), weil der Kampf in eine Sackgasse geraten ist. «Er muss beendet werden», erklärte mir der General. «Er hat keinen Sinn mehr ...– Wenn wir geschlagen sind, warum dann weiter Blut fliessen lassen, warum die materielle Zerstörung aufhäufen, warum ganz Frankreich dem Feind überliefern und in welchem Zustand des Zerfalls, warum die gesamte Armee den Deutschen ausliefern? ... Ausserdem ist es unmöglich, den Kampf fortzusetzen. In Nordafrika? Dazu haben wir nicht die Mittel²¹!

Weygand war während der Sitzung mit de Gaulle über die Frage der Verteidigung der Bretagne zusammengestossen, und Baudouin gab in seinen Aufzeichnungen dem jungen General die Schuld, dass er «den Ministerpräsidenten in dieses Hirngespinnst einer bretonischen Befestigung gedrängt» habe. De Gaulle erklärt, warum er dafür war.

Nicht dass ich mir Illusionen über die Möglichkeit gemacht hätte, die Bretagne zu halten; aber wenn die Regierung dort Zuflucht nahm, so blieb ihr früher oder später nichts anderes übrig, als nach Übersee zu gehen, wahrscheinlich ... Afrika²².

Dort, in Algerien und Marokko, sah de Gaulle jetzt Frankreich standhalten. Aber Weygand wollte davon nichts hören.

Um 16 Uhr an diesem Tag des 10. Juni, auf den die führenden Gestalten des Dramas später wie auf eine Ewigkeit zurückblicken sollten, trafen weitere schlechte Nachrichten in Paris ein. François-Poncet, der französische Botschafter in Rom, rief Reynaud an, um ihm mitzuteilen, dass Italien um Mitternacht an der Seite Deutschlands in den Krieg eintreten werde. Mussolini, der prahlerische ausgestopfte Holzwolle-Cäsar, hatte gewartet, bis Frankreich am Boden lag, ehe er wagte, es anzugreifen.

«Was für ein wirklich vornehmes, nobles und hervorragendes Volk die Italiener doch sind, dass sie uns in diesem Augenblick den Dolch in den Rücken stossen!» sagte Reynaud zu Botschafter Bullitt. Und Präsident Roosevelt erklärte am selben Abend in Charlottesville, Virginia: «An diesem zehnten Tag des Juni 1940 hat die Hand, die den Dolch hielt, ihn dem Nachbarn in den Rücken gestossen.»

Die Franzosen hatten die italienische Grenze von Truppen entblösst, um sie in die Somme- und Aisne-Schlacht zu werfen. Es waren nur fünf Divisionen zurückgeblieben, um die zumeist gebirgige Grenze gegen rund 32 italienische Divisionen zu verteidigen. Aber fünf genühten. Sie hatten keine Schwierigkeiten, die Italiener auf der Stelle zum Stehen zu bringen*.

Nach Ansicht Bullitts verhielt sich Reynaud prachtvoll mutig an diesem letzten Tag in Paris. «Es gibt nicht den geringsten Zweifel», kabelaute der Botschafter an Roosevelt, «an Reynauds Entschlossenheit und an der Entschlossenheit der französischen Armee, das

* Im Unterschied hierzu hegte das Oberkommando der französischen Flotte und der Luftstreitkräfte nicht den Wunsch, die Italiener zu provozieren. Auf der Sitzung des Alliierten Obersten Kriegsrates in Paris am 31. Mai hatten die Briten und Franzosen, falls Italien in den Krieg eintreten sollte, vereinbart, dass sie unverzüglich Industrieziele und Öllager in Norditalien bombardieren würden. Britisch-französische Stäbe der Flotten und der Luftstreitkräfte traten am 3. Juni zusammen und arbeiteten diesbezügliche Pläne aus. Die Franzosen stellten den Briten zwei Flugplätze in der Nähe von Marseille zur Verfügung, und die RAF begann auf ihnen eine kleine Bomberstreitkraft aufzubauen. Dies geschah in dem Augenblick, als Weygand und Reynaud täglich um mehr britische Flugzeuge bettelten. Aber in der Nacht des 11. Juni, als die britischen Maschinen im Begriff waren, von Marseille zu starten, um Genua, Turin und Mailand mit Bomben zu belegen, verbot derselbe General Vuillemin, der am 3. Juni verlangt hatte, Grossbritannien solle 20 Jagdstaffeln nach Frankreich schicken, das Unternehmen. Als die RAF-Flieger versuchten, trotzdem zu starten, veranlassten die Lokalbehörden – den Engländern zufolge – die einheimische Bevölkerung, Lastwagen, Autos und Karren auf die Flugfelder zu fahren, um den Start zu verhindern. Die Maschinen konnten nicht aufsteigen.

Admiral Darlan betrachtete ebenfalls Offensivoperationen gegen die Italiener mit Skepsis. Am 14. Juni führte das dritte französische Mittelmeergeschwader eine schwere Beschiessung der Ansaldowerke in Genua und der Ölspeicher und Raffinerien westlich des Hafens durch. Am nächsten Tag verbot Darlan weitere Flottenoperationen gegen Italien. Es hiess, Vuillemin und er befürchteten italienische Vergeltungsschläge gegen Marseille und die Riviera“.

Ende Frankreichs so nobel zu gestalten wie seine Vergangenheit ... Ich finde keinen Ausdruck für meine Bewunderung des Mutes, mit dem die Franzosen einer der tragischsten Situationen ihrer Geschichte begegnen*.» Und er setzte hinzu: «Die Briten halten weiter drei Viertel ihrer Jagdverbände zu Hause fest²⁵.» Das konnte er ihnen nicht verzeihen.

Am frühen Abend kabelaute Bullitt eine Botschaft des Ministerpräsidenten an den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Der Feind steht heute fast vor den Toren von Paris. Wir werden vor Paris kämpfen; wir werden hinter Paris kämpfen; wir werden uns in eine unserer Provinzen einschliessen, um zu kämpfen, und sollten wir aus ihr hinausgetrieben werden, so werden wir von Nordafrika aus weiterkämpfen und, wenn notwendig, von unseren amerikanischen Besitzungen aus.

Ein Teil der Regierung hat Paris bereits verlassen. Ich bin im Begriff, an die Front zu fahren ... Es ist meine Pflicht, Sie um neuerliche und noch grössere Hilfe zu ersuchen ...²⁶

«Dies», sagt Reynaud, «war meine letzte Amtshandlung, bevor ich Paris verliess.» Er fuhr natürlich nicht an die Front, wie er Roosevelt sagte, sondern nach Süden an die Loire, wo die Regierung sich am nächsten Tag versammeln sollte. Gegen Mitternacht stiegen er und der lange, schlaksige de Gaulle in ein Auto und fuhren über die von kopflosen Flüchtlingen verstopften Strassen in Richtung Orleans. General Weygand, der die Regierung so dringend ermahnt hatte, «selbst auf die Gefahr der Gefangennahme hin» in Paris zu bleiben, fuhr ebenfalls ab – nach seinem neuen Grossen Hauptquartier in Briare, östlich von Orleans an der Loire. Marschall Pétain war schon am Vortag dorthin vorausgefahren. Sogar Autos mit so hohen offiziellen Persönlichkeiten gelangten nur langsam vorwärts inmitten des unbeschreiblichen Chaos der von Wagen und Karren der fliehenden Zivilbevölkerung unablässig versperrten Strassen, so dass der Ministerpräsident und der Oberbefehlshaber die 280 Kilometer entfernte Loire erst am nächsten Morgen bei Tagesanbruch erreichten.

Die Drangsal der acht Millionen völlig desorganisierter Flüchtlinge, die auf den grossen Verkehrsstrassen und Nebenstrassen unterhalb von Paris umherschwärmten, ohne Unterkunft, verzweifelt darum bittend, Lebensmittel und Wasser kaufen zu können, oder auch einfach plündernd, die Not dieser Menschen, die nichts anderes im Sinn hatten,

* De Gaulle war skeptischer. In Erinnerung an «diesen Tag des Todeskampfes» schrieb er: «Die Regierung sollte Paris am Abend verlassen. Die Front wich immer schneller zurück. Italien erklärte den Krieg. Der Zusammenbruch liess sich nicht länger verheimlichen. An der Spitze des Staates aber spielte man die Tragödie wie im Traum. Es gab sogar Augenblicke, da hätte man meinen können, dass eine Art entsetzlichen Humors den Sturz Frankreichs von der Höhe der Geschichte in den tiefsten Abgrund würzte.»

Dem alterfahrenen britischen Zeitungskorrespondenten Alexander Werth, der Frankreich als seine zweite Heimat betrachtete, erschienen die französischen Soldaten, die er an diesem Tag sah, nicht sonderlich geneigt, Frankreichs Ende so nobel zu gestalten wie seine Geschichte. Er notierte «eine Masse von Truppen, müde, demoralisiert aussehend, viele von ihnen betrunken, alle ohne Gewehre, die nach Paris hereinfluten – ein in die Flucht geschlagenes Heer»³¹.

als am Leben zu bleiben, sich den Klauen der heranstürmenden Deutschen zu entziehen, die jedoch nirgendwo hingehen konnten, ausser in die allgemeine Richtung nach Süden, und nur innehielten, wenn es wegen der Stauungen nicht weiterging oder feindliche Flugzeuge sie mit Maschinengewehrfeuer bestrichen und sie sich in die Strassengräben duckten, um nur wenigstens ihr armseliges Leben zu retten – dies alles war den Führern der Regierung und des Oberkommandos eine schauerliche Mahnung daran, dass die zu Tode verwundete französische Nation auseinanderbrach*.

Würde Paris, nachdem jetzt die Regierung und das Oberkommando und mehr als die Hälfte der Bevölkerung es verlassen hatten, in gleicher Weise verteidigt werden, wie seine Einwohner und einige Truppen es 1870 gegen die Preussen getan hatten und wie es gewiss 1914 von der Armee verteidigt worden wäre, wenn sie die Deutschen nicht einige Kilometer von der Stadt entfernt an der Marne zum Stehen gebracht hätte? Im September 1914 nämlich hatte General Gallieni, der damalige Militärgouverneur von Paris, von der Regierung, die nach Bordeaux gegangen war, Befehl erhalten, die Hauptstadt bis zum letzten Mann zu verteidigen, und er hatte genug Eisen in den Adern gehabt – und auch die französischen Truppen und die Zivilbevölkerung hatten es damals –, um den Befehl auszuführen.

Reynaud hatte Roosevelt in seiner Botschaft am 10. Juni erklärt, er werde «vor» und «hinter» Paris kämpfen, aber er hatte es unterlassen zu sagen, dass er «in» Paris kämpfen werde**. Während der letzten Maitage und der ersten Junitage hatte in der Regierung und dem Oberkommando fortdauernde Unschlüssigkeit darüber geherrscht, ob man in der Stadt selbst Widerstand leisten solle. General Weygand hatte bereits am 27. Mai einen Befehl erlassen, dem zu entnehmen war, dass Paris verteidigt werden würde²⁷. Bis zum 8. Juni waren rund 10'000 Mann Truppen mit 200 Panzerabwehrgeschützen und Hunderten von Maschinengewehren zusammengebracht worden, um 400 kürzlich erbaute Bunker an den Zufahrtstrassen zur Hauptstadt zu besetzen. Sie wurden von 30 Panzern unterstützt und waren von mehreren Kilometern Panzerhindernissen und Gräben geschützt²⁸. Auch wenn man noch Truppen der auf Paris zurückgehenden siebenten Armee hinzurechnet, war dies kaum eine Truppe, die imstande war, die deutschen Panzerkolonnen zum Stehen zu bringen, obwohl die deutschen Panzer in der Stadt selbst mit ihren unzähligen Kilometern enger Strassen und Gassen und wuchtigen Komplexen grosser Gebäude bei entschlossenem Widerstand in beträchtliche Schwierigkeiten geraten wären, wie Leningrad und Stalingrad später beweisen sollten. Die Frage lautete: Würde es französischen Widerstand geben? In den Beratungen der französischen Regierung während des ganzen hektischen 9. Juni, als das Artilleriefeuer in der Hauptstadt bereits deutlich zu hören war, wurde diese Frage nicht behandelt. Dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten ging es mehr darum, die

* Über die Misere der Flüchtlinge siehe Kapitel 1.

** Anders als Clemenceau im Jahr 1918, als die Deutschen abermals die Hauptstadt bedrohten. Damals hatte der alte Tiger verkündet: «Ich werde vor Paris kämpfen. Ich werde in Paris kämpfen. Ich werde hinter Paris kämpfen.» Nachdem er erklärt hatte, er werde, wenn nötig, an der Loire, an der Garonne, in den Pyrenäen kämpfen und, wenn er aus diesem Gebirge vertrieben werde, auch auf dem Meer, hatte er geendet: «Aber Frieden machen – niemals!»

Regierung aus Paris herauszuholen, bevor es erobert wurde. So blieb die Frage am 9. Juni offen.

Es sah freilich so aus, als werde die Hauptstadt verteidigt werden. Am selben Tag wies Weygand seine Armeen an, eine Abwehrfront «an Ort und Stelle des verschanzten Lagers von Paris» zu bilden, wobei die neugeschaffene «Armee von Paris» unter General Pierre Hering, dem Militärgouverneur von Paris, sich zwischen die zehnte Armee im Westen entlang der Seine und der siebenten Armee nördlich und südlich der Stadt an der Oise und Marne schieben sollte²⁹.

Am 11. Juni, dem Tag nach der Verlegung der Regierung und des Oberkommandos nach Süden, rief General Hering die Präfekten und Polizeichefs des Seine-Distrikts zusammen und erklärte ihnen kategorisch³⁰. «Die Hauptstadt wird bis zum letzten verteidigt werden*.» Er war anscheinend der Meinung, dass die «Armee von Paris» für diesen Zweck geschaffen worden war. Aber in dem chaotischen Durcheinander, das die französische Armee lähmte, hatte er die Verbindung mit seinem Oberbefehlshaber verloren. Weygand hatte am Tag zuvor, am 10. Juni, seinen Entschluss gefasst. Reynaud hatte ihn namens des Stadtrats von Paris gefragt: «Wird Paris verteidigt werden?», und der Oberbefehlshaber hatte unverzüglich schriftlich geantwortet:

*Paris ist eine Offene Stadt ... Damit Paris seinen Charakter als Offene Stadt bewahren kann, ist es meine Absicht, jegliche Verteidigungsorganisation rings um die Stadt auf dem alten Festungsgürtel oder den alten Festungen zu vermeiden*³².

Dieser entscheidende Beschluss wurde General Hering erst zwei Tage später übermittelt, und es dauerte einen weiteren Tag, bis der General am 13. Juni den Parisern durch Maueranschläge – die Zeitungen hatten am 10. Juni, als die Regierung abfuhr, das Erscheinen eingestellt – bekanntgeben konnte, dass ihre Stadt nicht verteidigt werden würde. Inzwischen hatten die Deutschen bereits begonnen, die Hauptstadt vom Osten wie vom Westen her zu umfassen. Im Westen waren sie oberhalb von Vernon über die Seine auf Evreux und sodann auf Dreux vorgestossen. Im Osten hatte ihre Aisne-Offensive sie bei Château-Thierry über die Marne geführt, und ein Verband von 17 Infanterie- und vier Panzerdivisionen drang südlich des Flusses auf Montmirail und Sezanne vor. General Touchon, der die sechste Armee in diesem Raum kommandierte, meldete: «Es ist ein Karussell von Panzern. Ich habe nichts, womit ich sie aufhalten könnte³³.»

Obwohl den Generälen Weygand und Georges – was man ihnen anrechnen muss – daran gelegen war, die sinnlose Zerstörung der schönen Hauptstadt zu vermeiden, gaben sie doch später zu, dass ihr Entschluss, Paris nicht zu verteidigen, sich in erster Linie auf eine militärische Rücksicht gründete. General Georges erklärte dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg, die Hauptstadt sei zur Offenen Stadt erklärt worden,

* An ebendiesem Tag forderte Churchill die Franzosen dringlich hierzu auf. sich drängte die französische Regierung, Paris zu verteidigen», schrieb er später, «und betonte, dass die Verteidigung einer grossen Stadt eine angreifende Armee aufreiben müsse, wenn um jedes einzelne Haus gekämpft würde ».

«um die Umzingelung der Armee von Paris und der siebenten Armee zu verhindern». Hätten die beiden Armeen in Paris gekämpft, erklärte er, dann wären sie rasch von den Deutschen, die vom Osten und Westen her südlich der Stadt heranrückten, eingeschlossen worden, und es war folglich besser, die französischen Streitkräfte weiter südlich neu zu formieren, bevor sie abgeschnitten wurden³⁴. Weygand sagte im Pétain-Prozess ähnlich aus. «Ich traf diese Entscheidung», sagte er, «nicht nur, weil die Verteidigung von Paris keinem nützlichen Zweck gedient hätte, sondern auch, weil die Stadt bereits im Süden von den Deutschen umgangen wurde³⁵.»

Die Stellung nördlich der Hauptstadt wurde in der Nacht des 12./13. Juni aufgegeben, und am nächsten Tag nahm General Hering seine Streitkräfte auf eine Linie südlich der Stadt zurück, die vom Wald von Rambouillet über das Tal der Chevreuse nach Juvisy an der Seine verlief. Gegen Abend erreichten deutsche Vorausabteilungen die Aussenbezirke der Stadt im Norden. Sie trafen die riesigen Öldepots in den Vorstädten brennend an*.

Die Deutschen verlangten nunmehr die rasche Übergabe der Stadt. Um 17 Uhr 10 am 13. Juni fing der Funkempfänger der städtischen Polizei eine Mitteilung des deutschen Oberkommandos auf, dass es unter dem Schutz der weissen Flagge einen Parlamentär schicke, um die Übergabe der Hauptstadt zu erörtern. Er werde um 18 Uhr die Strasse von Moisselles nach Saint-Denis entlangfahren, um mit einem Vertreter des französischen Oberkommandos zusammenzutreffen. General Hering, der Militärgouverneur von Paris, hatte die Stadt mit seinen Truppen verlassen und den Befehl an General Henri-Fernand Dentz, den Kommandeur des Bezirks Paris, übertragen. Dieser unterrichtete General Georges im Hauptquartier in Briare von der deutschen Mitteilung und erklärte, als Kommandeur einer Offenen Stadt sehe er sich nicht ermächtigt, mit den Deutschen zu unterhandeln, und werde es nur tun, falls es ihm ausdrücklich befohlen werde. Georges pflichtete ihm bei.

Aber die Deutschen liessen sich nicht abbringen. Um 2 Uhr 20 am Morgen des 14. Juni fing der Pariser Funkempfänger eine neue Mitteilung des deutschen Oberkommandos auf. Sie erklärte, der vor einigen Stunden zu Unterhandlungen ausgesandte deutsche Parlamentär sei von französischen Heckenschützen getötet worden, verlangte, dass der «Mörder» gefasst werde, und befahl, dass ein französischer Offizier um 5 Uhr morgens als Unterhändler nach Sarcelles geschickt werde. Falls dies nicht geschehe, werde Paris unverzüglich angegriffen werden. General Dentz erklärte später, dieser «Zwischenfall» habe seine Haltung «modifiziert. Fortdauerndes Schweigen meinerseits hätte für Paris eine Katastrophe zur Folge gehabt. Ich antwortete daher auf die deutsche Mitteilung und verständigte die Deutschen, dass ich einen Unterhändler schicken werde³⁰.»

Ein gewisser Major Devouges wurde für diese unerfreuliche Aufgabe ausersehen. Er machte sich mit einer weissen Flagge auf den Weg, traf die Deutschen, wurde in ein

* Es wurde kein Versuch unternommen, die grossen Fabriken des Industriegürtels, die den grössten Teil der Rüstungen lieferten, zu zerstören. Die Renault-Werke, die Panzer und Lastkraftwagen herstellten, und die Schneider-Creuzot-Werke, die Geschütze erzeugten, wurden unversehrt aufgegeben und sollten schon bald für die Deutschen arbeiten.

Stabsquartier in Ecouen gebracht und erhielt die deutschen Bedingungen, die er annahm und um 6 Uhr morgens unterschrieb. Darin hiess es:

Um zu vermeiden, dass Paris zum Kampf Schauplatz wird, wird hiermit verlangt: dass in Paris selbst und südlich einer Linie Saint-Germain, Versailles, Juvisy ... Meaux keinerlei Widerstand von Truppen oder der Bevölkerung geleistet wird; dass in Paris keine Zerstörungen von Brücken oder öffentlichen Diensten, insbesondere der Wasser- und Elektrizitätsversorgung und des Fernmeldewesens, vorgenommen werden.

Falls der Generalgouverneur die Durchführung dieser friedlichen Lösung nicht erlangen kann, wird der Widerstand der Stadt mit den schärfsten Mitteln gebrochen werden – zu Land und in der Luft.

Es wurde des Weiteren bestimmt, dass die städtische Polizei dazubleiben habe, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und dass die Bevölkerung während der ersten 48 Stunden der Besetzung Ausgehverbot habe³⁷.

Einige Minuten später, kurz nach Tagesanbruch am 14. Juni, zogen Hitlers jubelnde Truppen, geführt von der 9. Division, in Paris ein, ohne dass ein Schuss abgegeben wurde. Die glitzernde Stadt, der die deutschen Soldaten 1914 und 1918 so nahe gerückt waren, die sie aber im ersten Weltkrieg nicht hatten erobern können, war endlich in ihren Händen. «Ein grosser Tag in der Geschichte der deutschen Armee! Seit 9 Uhr morgens marschieren deutsche Truppen in Paris ein!» So begann General Haider sein Tagebuch an diesem Morgen. General von Bock, der Befehlshaber der Heeresgruppe B, eilte in die Hauptstadt, um den Triumph zu kosten. Auf dem Place de la Concorde hielt er eine improvisierte Truppenschau der 9. Division ab. Später fuhr er die Champs-Élysées hinauf, um die Parade von Einheiten der 8. und 28. Division abzunehmen und sie anzustrahlen, als sie durch den Arc de Triomphe marschierten. «Schliesslich», so berichtete er im Kriegstagebuch der Heeresgruppe, «fuhr ich zum Invalidendom, um mir Napoleons Grab anzusehen. Dann ein sehr gutes Frühstück im Ritz.» Während er im Ritz frühstückte, wurde auf dem Eiffelturm die Hakenkreuzfahne des Dritten Reiches gehisst.

Der grossen und herrlichen Stadt mit allen ihren Schätzen der Kunst und Architektur und ihren historischen Baudenkmalern blieb die Zerstörung erspart. Manche Franzosen, einige Leute im Ausland und natürlich die Deutschen erblickten in dem Beschluss, Paris nicht zu verteidigen, ein weiteres Anzeichen der Charakterschwäche und Rückgratlosigkeit der Nation. Im Rückblick sieht man jedoch, dass es sinnlos gewesen wäre, in den Strassen und Häusern von Paris zu kämpfen, bis alles, was darin unschätzbar wertvoll und unersetzlich war, zu einem Schutthaufen geworden war. Der Krieg im französischen Mutterland war am 14. Juni unwiederbringlich verloren*. Ein erbitterter und sogar

* Oberst Lyet setzt das Datum zwei Tage früher an – auf den 12. Juni. «Im Lauf dieses Tages», schreibt er, «verflüchtigte sich die letzte Hoffnung auf eine koordinierte Verteidigung¹⁸.»

langer Widerstand in Paris hätte nicht verhindert, dass das übrige Frankreich vor Ablauf des Monats überrannt und von den deutschen Heeren erobert worden wäre. Tatsächlich hätte die Hauptstadt nicht lange aushalten können. Von den schwindenden Vorräten mussten zu viele Mäuler gefüttert werden. Es waren nicht einmal genug Lastkraftwagen vorhanden, um die zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu verteilen. Die geflohene Bevölkerung mitsamt den Beamten hatte nahezu sämtliche motorisierten Transportmittel mitgenommen, und General Dentz hatte noch am Abend des 13. Juni das Grosse Hauptquartier angefleht, es möge einige Lastkraftwagen zurückschicken. «Ohne sie», hatte er gewarnt, «wird Paris Hungers sterben, weil ihm die Transportmittel fehlen, um die Vorräte zu verteilen³⁹.» Die Stadt wäre in wenigen Wochen ausgehungert gewesen, selbst wenn eine Handvoll schlecht bewaffneter Truppen und Zivilisten imstande gewesen wäre, sich gegen die schweren Granaten und Bomben der Belagerer zu halten.

Mancher zog den unausweichlichen Vergleich mit 1870/71, aber er war irreführend. Damals hatte das belagerte Paris vier Monate lang ausgehalten, bis seine Einwohner und Verteidiger den letzten Hund, die letzte Katze, die letzte Ratte verzehrt hatten und die Hungersnot die Übergabe erzwang. Doch bis zum Ende hatte die Hoffnung bestanden, dass die neugeschaffene französische Armee südlich von Paris, die zu einem Heer von 583'000 Mann anwuchs, die preussische Belagerung aufheben werde. Eine solche Hoffnung auf Entsatz existierte im Sommer 1940 nicht. Auch reichte die Sprengkraft der Granaten von 1870 nicht aus, um der Stadt grossen Schaden zuzufügen. Im Jahr 1940 waren die Sprengladungen sowohl der Granaten wie der Fliegerbomben um ein Vielfaches stärker und hätten die Hauptstadt ziemlich rasch in einen Trümmerhaufen verwandeln können, wie Stalingrad später zeigte.

Aber auch Vergleiche mit Stalingrad sind irreführend. Dort konzentrierten die Russen eine mächtige und entschlossene Armee, die nicht nur, als die Schlacht ihren Höhepunkt erreichte, den Deutschen zahlenmässig überlegen war, sondern auch beträchtliche Überlegenheit in Artillerie und Luftsicherung besass. Ausserdem war Stalingrad nicht völlig von allen Seiten eingeschlossen. Die Russen konnten ihre Truppen in der Stadt von jenseits der Wolga versorgen und verstärken. Vielleicht gibt das, was 1945 in Berlin geschah, einen Begriff des Schicksals, das Paris ereilt hätte, wenn die Franzosen in der Stadt gekämpft hätten. Obwohl von fanatischen ss- und Hitlerjugend-Truppen verteidigt, die der Nazidiktator, der in der Hauptstadt geblieben war, persönlich anfeuerte, hielt Berlin den Russen nach Beginn der Belagerung nur zehn Tage stand. Die Stadt wurde grösstenteils zerstört, obwohl der meiste Schaden bereits vorher durch britisch-amerikanische Bombenangriffe verursacht worden war.

Am Tag, an dem Paris fiel, floh die französische Regierung von ihrem zeitweiligen Aufenthaltsort an der Loire nach Bordeaux in Südwestfrankreich. Das Ende, irgendeine Art von Ende, schien heranzunahen.

Die Flucht nach Bordeaux 11. bis 14. Juni 1940

Die Regierung der Dritten Republik befand sich, als sie fürs erste an der Loire innehielt, in einigem Durcheinander.

Die Nacht des 10./11. Juni war für die Kabinettsminister und Generäle schlaflos vergangen, während ihre Wagen im Schneckentempo von Paris nach Süden fuhren und sich auf den verstopften Strassen durch die Massen von Flüchtlingen zwängten, die ebenso entschlossen waren, den Deutschen zu entfliehen, wie sie selbst. Sie gelangten schliesslich bei Morgengrauen des 11. Juni an die Flussbiegung bei Orleans und verstreuten sich auf die verschiedenen Schlösser südlich des Flusses von Briare auf der Ostseite bis nach Tours im Westen. Die alten Schlösser waren zwar angenehme Wohnstätten für noch übriggebliebene Aristokraten und andere ländliche Grundbesitzer, aber für die Unterbringung von Ministerien schlecht geeignet. Keines besass mehr als ein Telefon, und dies war in den meisten Fällen veraltet und funktionierte schlecht. Niemand hatte daran gedacht, ein paar zusätzliche Leitungen zu legen oder zu versuchen, die Arbeitsgewohnheiten des Telefonbeamten im Dorf zu ändern, der seine üblichen zwei Stunden Mittagspause einlegte und um 18 Uhr das Amt überhaupt schloss. Die sanitären Einrichtungen, die nach den Begriffen des 20. Jahrhunderts sogar für eine Familie kaum genügten, reichten für das Personal eines Ministeriums nicht annähernd aus. In diesen Baulichkeiten sassen die Kabinettsminister verstreut fünfzig und sechzig Kilometer voneinander entfernt, und es war ihnen nahezu unmöglich, sich miteinander in Verbindung zu setzen. Die Strassen zwischen den Schlössern waren mit Flüchtlingen verstopft, so dass man häufig einen ganzen Vormittag oder einen ganzen Nachmittag brauchte, um vom einen zum anderen zu fahren. Der Mangel an Telefonen gestaltete die Verbindung zwischen den einzelnen verlagerten Ministerien oder zwischen ihnen und der Aussenwelt äusserst schwierig. Das Aussenministerium war für Nachrichten aus dem Ausland auf das Kofferradio des britischen Botschafters angewiesen. Der Präsident der Republik hatte sich in dem eindrucksvollen Château de Cange eingerichtet, und als Baudouin, der neue stellvertretende Aussenminister, ihn dort am 11. Juni aufsuchte, fand er ihn «völlig isoliert, ohne Nachricht vom Ministerpräsidenten, ohne Nachricht vom Grossen Hauptquartier, deprimiert, niedergeschmettert. Er weiss nichts ¹.»

Lebhafte Tätigkeit herrschte freilich im Château de Chissay oberhalb des Cher in der Nähe von Tours, wo der Ministerpräsident, begleitet von seinen Assistenten und seiner Geliebten, sich eingerichtet hatte. Der allgegenwärtige General Spears fand es «ein Toll-

haus ... ein Irrenhaus. Das Durcheinander war unbeschreiblich.» Ihm wurde, wie er sagt, «ganz schwindlig» bei dem «Gedanken, dass dies das Herz Frankreichs war, das Gehirnzentrum ... der Ort der Entscheidung». Der britische General war nicht ermutigt von dem Anblick der Gräfin de Portes, die zumindest am Vormittag «in einem roten Schlafrock über ihrem roten Pyjama» umhersauste. Er musste daran denken, dass er «seit 1914 keine roten Hosen an französischen Beinen mehr gesehen hatte»; damals marschierte der französische Infanterist stolz mit ihnen in die Schlacht².

Dieses Milieu fand am Nachmittag des 11. Juni der Premierminister von Grossbritannien vor, der herübergeflogen war, um zu erfahren, wie er sagt, «was die Franzosen zu tun gedachten». Es war ein schwarzer Tag für General Weygand und das Oberkommando gewesen, die im Château du Muguet und in einem Eisenbahnzug in Briare, acht Kilometer entfernt, ihren Sitz hatten.

Der Generalissimus hatte im Lauf des Vormittags mit den Generälen Georges, Doumenc und Koeltz erörtert, was sich tun liesse. Die Nachrichten, die während der Nacht von der Front eingegangen waren, sagt Georges' Stabschef General Roton, «waren alles andere als beruhigend». Die Hälfte der zehnten Armee war bei Saint-Valéry-en-Caux von Rommels 7. Panzerdivision eingeschlossen worden, und ihre einzige Hoffnung auf Entkommen war eine Evakuierung auf dem Seeweg in dieser Nacht *. Der Rest der zehnten Armee war an drei Stellen unterhalb von Paris über die Seine getrieben worden. Nördlich der Hauptstadt ging die siebente Armee auf die Stellung oberhalb der Stadt zurück. Weiter östlich, wo jetzt nach zweitägiger Schlacht die deutsche Offensive wütete, war der Feind über die Aisne durchgebrochen, würde im Lauf des Tages Reims nehmen und die Marne bei Château-Thierry erreichen.

Den französischen Generälen, die sich im Château du Muguet über ihre Karten beugten, schienen nur zwei Lösungen möglich. Die eine war, an der Maginotlinie festzuhalten und die Heere westlich von ihr mit dem Angelpunkt bei Montmedy zurückzunehmen. Dies hätte den Schutzschirm einer stark befestigten Linie gegen den von Norden und Osten herandrängenden Feind verlangt, aber es hätte die Aufgabe des grössten Teils des Landes bedeutet und die Gefahr mit sich gebracht, dass die drei Armeen an der Festungslinie von den südöstlich von der Aisne vorrückenden deutschen Kräften eingeschlossen wurden. Die zweite Lösung bestand darin, die Maginotlinie aufzugeben und einen allgemeinen Rückzug durchzuführen, der, wie Weygand es ausdrückte, «so lange wie möglich das Herz des Landes decken und die grösste Anzahl von Einheiten intakt erhalten würde». Er dachte bereits daran, so viele Truppen wie möglich vor der Gefangennahme zu bewahren, ehe der Waffenstillstand die Kampfhandlungen beendete.

Man entschloss sich zu der zweiten Lösung. Weygand unterzeichnete den Befehl zum allgemeinen Rückzug. Die Maginotlinie wurde endgültig aufgegeben. Der Rückzug würde das, was von der französischen Armee noch übrig war, auf eine Linie zurück-

* Wie wir bereits gesehen haben (S. 803, Fussnote), verhinderte Nebel ihre Evakuierung in dieser Nacht, und sie kapitulierte am nächsten Tag.

holen, die bei Caen, am Ansatz der Cherbourg-Halbinsel, begann und nach Süden zur Loire und von dort weiter ostwärts zur Schweizer Grenze im Jura-Gebirge verlief. Nachdem er den Befehl unterzeichnet hatte, zögerte Weygand. Er erteilte General Georges Weisung, der Befehl sei erst bei Erhalt einer spezifischen Weisung von ihm persönlich durchzuführen, die er im Augenblick noch zurückzuhalten beabsichtige³.

Winston Churchill und seine Begleitung trafen am Spätnachmittag des 11. Juni in Briare ein. Beim Anblick des kummervollen Gesichts des französischen Obersten, der ihn auf dem Flugfeld abholte, wurde ihm klar, «wie weit die Dinge gediehen waren» seit seinem Besuch in Paris eine Woche zuvor. Aber das war eine milde Kostprobe dessen, was ihm eine Stunde später begegnete, als er im Château du Muguet am Konferenztisch Reynaud, Pétain und Weygand gegenüber sass.

Der Generalissimus hatte eine niederdrückende Kummergeschichte zu erzählen.

Die Gesamtheit aller französischen Streitkräfte ist in der Schlacht eingesetzt ... Wir haben nicht ein Bataillon, das Ruhestellung bezogen hat ... Die letzte Abwehrfront ist durchstossen ... Die Leute sind buchstäblich erschöpft, sie kämpfen bei Tag, marschieren des Nachts und schlafen sofort ein, wenn sie in ihren neuen Stellungen eintreffen ... Der Generalissimus kann keine Gewähr dafür übernehmen, dass die Linien morgen noch halten werden ... General Weygand kann als Befehlshaber nicht in die Schlacht eingreifen, weil er keine Reserven mehr hat ... Wir sind 1939 leichtfertig in den Krieg eingetreten, ohne die Stärke der deutschen Armee zu erkennen ...

Churchill war von dieser düsteren Schilderung anscheinend so bestürzt, dass er darum ersuchte, man möge General Georges, den er gut kannte und hochachtete, hinzuziehen. Georges bestätigte lediglich das Ärgste. In den letzten vierzehn Tagen, erklärte er, seien 20 bis 25 seiner verbliebenen Divisionen zerschlagen worden. Seine Streitkräfte seien so dünn auseinandergezogen, dass er nichts habe, womit er einem starken feindlichen Angriff entgegentreten könne.

Weygand fuhr nunmehr fort.

Wenn unsere Stellung geworfen wird, besteht keine Hoffnung, sie wiederherzustellen, weil wir rückwärtig nichts mehr haben. Nachdem diese Abwehrschlacht einmal verloren ist, sieht der Oberbefehlshaber keine Möglichkeit, die Invasion von ganz Frankreich zu verhindern ... Falls das geschieht, werden wir uns die Frage stellen müssen, wie Frankreich den Krieg fortsetzen kann.

An dieser Stelle griff Reynaud ein. «Der Generalissimus», sagte er eisig, «ist dafür zuständig, uns das militärische Bild zu geben. Das Problem der Fortsetzung des Krieges ist jedoch eine politische Frage und wird von der Regierung entschieden werden.» Es war ein gespannter Augenblick in dem Kampf zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem

General. «Die beiden Männer starrten einander an», erinnerte sich Spears. Dann unterbrach Churchill: «Wenn man es für Frankreich in seinem schweren Ringen für das beste hält, dass die Armee kapituliert, so darf es unseretwegen kein Zögern geben, denn was ihr auch tun mögt, wir werden weiterkämpfen – immer, immer, immer!» Dies war ein Leitmotiv, das er den ganzen Abend lang ständig wiederholte. Dennoch fühlte er, wie ihn der Gram «zerfrass und peinigete, dass England mit seiner Bevölkerung von 48 Millionen nicht fähig gewesen war, einen grösseren Beitrag in dem Landkrieg gegen Deutschland zu leisten, und dass bis jetzt neun Zehntel der Menschenverluste und neunundneunzig Hundertstel des Leidens über Frankreich, und Frankreich allein, hereingebrochen waren».

Er lehnte es jedoch ab, einen grösseren Beitrag in der Luft zu leisten. Auf das verzweifelte Ersuchen Weygands, Georges' und Reynauds, Grossbritannien möge *alle* seine Jagdstaffeln in die Schlacht um Frankreich werfen, antwortete er, «25 Jägerstaffeln müssten wir um jeden Preis für die Verteidigung Englands und des Kanals zurückbehalten, und nichts könnte uns dazu bewegen, auf sie zu verzichten». Die Preisgabe dieser Staffeln würde bedeuten, «unsere Aussichten auf Selbstbehauptung zu zerstören».

«Die Geschichte», erwiderte Reynaud, «wird sagen, dass die Schlacht um Frankreich wegen Mangels an Flugzeugen verlorenging», und General Georges setzte hinzu, er «halte es für kaum wahrscheinlich, dass Grossbritannien angegriffen werde, dass aber inzwischen ein massives Eingreifen von Flugzeugen an der Marne die Lage ändern könnte». Aber der beherzte Premierminister liess sich nicht erschüttern*.

Pétain geriet ebenso wie Weygand in wachsenden Zorn über die Unwilligkeit der Engländer, mehr Hilfe zu leisten. Als Churchill den Gedanken nahelegte, wenn die französische Armee ihre «Koordination» verliere, könne sie immer noch zum Guerillakrieg übergehen, antwortete der alte Marschall kühl: «Das würde die Zerstörung des Landes bedeuten.» Und als der Premierminister Pétain an einen anderen dunklen Tag in der Geschichte Grossbritanniens und Frankreichs im Jahr 1918 erinnerte, als die beiden Männer in ebendem Augenblick in Beauvais zusammentrafen, als General Goughs britische fünfte Armee durchbrochen worden war, und wie der Marschall damals die Lage gerettet hatte, erwiderte der alte Soldat, man dürfe «die Analogie zwischen 1918 und den gegenwärtigen Ereignissen nicht zu weit treiben».

Als General Goughs Armee durchbrochen wurde (sagte er), war er in der Lage, ihm sofort 20 (französische) Divisionen zur Verfügung zu stellen und einige Tage später, in ebendem Augenblick, als er mit Churchill konferierte, weitere 20 Divisionen, also insgesamt 40 Divisionen.

* Reynaud räumt ein, dass die Briten zum Zeitpunkt dieser Konferenz trotz des Abzugs des grössten Teils ihrer Luftwaffe, als ihre vorgeschobenen Flugfelder vom deutschen Durchbruch zum Kanal in der dritten Maiwoche überannt wurden, am 11. Juni noch n Staffeln, und zwar 6 Bomber- und 5 Jagdstaffeln, auf französischen Stützpunkten stationiert hatten. Der Ministerpräsident wusste nicht, dass die französische Luftwaffe nicht alle Maschinen, die sie hatte, in den Kampf warf.

Pétain «erwähnte» auch, wie Churchill sagt, dass die Briten zu jener Zeit, im Jahr 1918, «60 Divisionen an der Front hatten».

Reynaud und Churchill warfen beide die Frage des Widerstands in der Bretagne auf, die über die vielen dortigen Häfen von England aus versorgt werden könne, aber Weygand versetzte dem Gedanken eine kalte Dusche. «Sie könnte nicht lange gehalten werden», erklärte er. Churchill erkundigte sich nach «einer Verlegung nach Nordafrika», deren Erwähnung allein ihm noch vor einer Woche als «defätistisch» erschienen war, aber General Georges meinte, darin liege «keine Hoffnung».

Obwohl Pétain, wie Churchill fand, ihm «mit Würde» geantwortet hatte, konnte der Premierminister sich doch des Argwohns nicht erwehren, dass der Marschall ebenso wie der Generalissimus in den Defätismus absank. Nach dem Abendessen um 22 Uhr bestätigte ihm Reynaud diesen Eindruck.

M. Reynaud teilte mir mit, Marschall Pétain habe ihm auseinandergesetzt, Frankreich müsse um einen Waffenstillstand nachsuchen, und er habe über dieses Thema eine Denkschrift aufgesetzt, die er Reynaud zu lesen geben wolle. «Bis jetzt», sagte Reynaud, «hat er sie mir noch nicht gegeben. Er schämt sich noch.»

Spät in dieser Nacht des 11. Juni, als die Deutschen nur noch 90 oder 100 Kilometer weit entfernt waren, begaben sich die Engländer, wie Churchill sich erinnert, «in diesem in Unordnung geratenen Schloss ... schweren Herzens zu Bett». Die Franzosen dürften nach dem, was sie erfahren hatten, noch bekümmert zu Bett gegangen sein.

Früh am nächsten Morgen ergab sich ein Augenblick befreiender Heiterkeit. Zwei französische Offiziere, die im Konferenzzimmer des Schlosses gerade ihr Frühstück beendeten, erblickten zu ihrem Erstaunen ein Gespenst, das über einem weissen Nachthemd einen roten Seidenkimono trug. Diese seltsam gekleidete Figur richtete mit lauter und klarer Stimme, aber schwer verständlichem Akzent das Wort an sie: «*Uh ay ma bain?*» Das Gespenst stellte sich als der britische Premierminister heraus, und die Offiziere begriffen schliesslich, dass er ein Bad verlangte.

Die britisch-französische Sitzung am Vormittag des 12. Juni war kurz. Die Franzosen wiederholten ihre Forderung nach mehr britischen Flugzeugen und Truppen, und Churchill vertröstete sie mit der Versicherung, dass die «ganze Frage» in London «mit Wohlwollen» geprüft werde. Der Premierminister ersuchte seinerseits um eine Zusicherung: dass die französische Regierung keine «unwiderruflichen Entscheidungen» treffe, ohne vorher mit der britischen Regierung darüber gesprochen zu haben. Beim Verlassen der Sitzung ersuchte er Admiral Darlan um eine zweite Zusicherung. «Darlan», sagte er, «Sie dürfen ihnen niemals die französische Flotte überlassen!»

«Davon kann keine Rede sein», antwortete der Admiral. «Es wäre mit unserer Flotten-tradition und unserer Ehre unvereinbar⁴.»

Einige Historiker haben geltend gemacht, Churchill sei trotz allem, was Weygand, Pétain, Georges und Reynaud auf diesen beiden Sitzungen an der Loire am n./i2.Juni gesagt

hatten, abgefahren, ohne sich vollauf im Klaren darüber zu sein, wie kritisch die französische militärische und politische Zwangslage war. Tatsächlich jedoch war er sich im klaren darüber. Er erstattete nach seiner Rückkehr dem britischen Kriegskabinett am Nachmittag des 12. Juni Bericht und sagte:

General Weygand sah offenbar keine Möglichkeit mehr, den Kampf weiterzuführen, und Marschall Pétain hatte sich eindeutig dafür entschieden, dass Frankreich Frieden schliessen müsse ... «Es kann kein Zweifel darüber bestehen», sagte ich, «dass Pétain in diesem kritischen Augenblick ein gefährlicher Mann ist: Er ist immer ein Defätist gewesen, auch im vorigen Krieg.»

... Es war klar, dass Frankreich dem Ende des organisierten Widerstands nahe war ... es galt nun doch, unsere Anstrengungen hauptsächlich auf die Verteidigung unserer Insel zu konzentrieren⁵.

Nachdem die Engländer abgefahren waren, konferierte Reynaud kurz mit Pétain und Weygand. Er versuchte, ihrer beharrlichen Forderung, dass Frankreich jetzt ohne Rücksicht auf Grossbritannien um einen Waffenstillstand ersuchen solle, zu begegnen, indem er sie daran erinnerte, dass, falls die Regierung einseitig die Vereinbarung vom 28. März, keinen Separatfrieden zu schliessen, für ungültig erkläre, «England *ipso facto* von allen Verpflichtungen uns gegenüber befreit wäre. In diesem Fall stünden wir allein und wären Hitler auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert.» Aber die Generäle waren inzwischen völlig sicher, dass Grossbritannien gleichfalls bald besiegt sein werde und dass die britischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich keinen Wert mehr besässen. Weygand antwortete, unterstützt von Pétain: «Das Land wird Ihnen nie verzeihen, wenn Sie, um England die Treue zu halten, die Möglichkeit des Friedens zurückweisen⁶.»

Keiner der beiden Generäle hatte gewagt, es in Gegenwart Churchills so unverblümt auszudrücken. Doch Spears gegenüber, dem er einige Minuten darauf zufällig über den Weg lief, war der Marschall völlig aufrichtig – wenn auch kurzsichtig. Sie verbrachten einige Minuten, gegen die Wand des Konferenzzimmers gelehnt, im Gespräch.

«Sie lassen uns allein weiterkämpfen», sagte Pétain, und der britische General meinte, «die scharfe Spitze unterdrückten Zornes» in seinen Worten zu entdecken. «Da Frankreich den Kampf nicht fortsetzen kann», fuhr der alte Krieger fort, «gebietet es die Klugheit, dass England sich ebenfalls um Frieden bemüht, denn allein kann es bestimmt nicht weitermachen. Ihr habt keine Armee», schloss er. «Was könntet ihr fertigbringen, da die französische Armee versagt hat⁷?»

Die Antwort, die die Geschichte auf diese Frage erteilen würde, konnte der ruhmreiche Marschall nicht voraussehen, ja sich nicht einmal im entferntesten vorstellen. Gleich so vielen französischen Generälen mit begrenztem Gesichtsfeld vermochte er den Charakter des britischen Volkes, die unendlichen Möglichkeiten des globalen Krieges und die Unvorhersehbarkeit menschlicher Ereignisse nicht wirklich zu begreifen. Wie sollte auch der alte Soldat, für den dieser winzige, in der Westecke des europäischen Kontinents

gelegene Sektor des Planeten die einzige Welt darstellte, die er kannte, die einzige, in der er gelebt und gekämpft hatte, voraussehen können – obwohl die Anzeichen bereits aufzutauchen begannen –, dass binnen achtzehn Monaten die beiden grössten Militär- und Industriemächte der Erde gegen den deutschen Widersacher zum Kampf antreten würden?

Am Vormittag des 12. Juni wurden die Nachrichten, die von den zusammenbrechenden Fronten im Hauptquartier eingingen, stetig schlechter. General Weygand ging mit Petain, Georges und Doumenc die letzten Meldungen durch. Westlich von Paris hatte der südwärts von der unteren Seine vordringende Feind die Eure überquert und stiess auf Evreux vor. östlich der Hauptstadt war die deutsche Hauptoffensive in vollem Gang. Acht deutsche Panzerdivisionen hatten die dünnen französischen Linien an der Aisne durchschnitten und rasten unterhalb von Marne und Reims nach Süden. «An diesem Tag», schreibt Oberst Lyet, «verflüchtigte sich die letzte Hoffnung auf eine koordinierte Verteidigung ... Vom Meer bis zu den Argonnen verschlechterte sich die Lage der Armeen von Stunde zu Stunde⁸.»

Der Oberbefehlshaber zog die Konsequenzen. «Die Grenze war erreicht», schrieb Weygand später. «Unsere letzte Abwehrfront brach überall auseinander. Die Schlacht um Frankreich war verloren. Um 13 Uhr 15 erteilte ich Befehl, meine Weisungen vom 11. Juni (für einen allgemeinen Rückzug) auszuführen ... Mein Entschluss war gefasst. Er war unerschütterlich. In einigen Stunden würde ich die Regierung ersuchen, einen Waffenstillstand zu schliessen⁹.»

Um 16 Uhr 30 begab er sich in dieser Absicht auf die lange Fahrt – über mehr denn je mit Flüchtlingen überfüllte Strassen – nach dem Château de Cange, dem Sitz des Präsidenten der Republik, wohin für 19 Uhr eine Kabinettsitzung einberufen war. Er wusste nicht, schreibt Weygand, wie die Minister mit Ausnahme von Reynaud auf seine Forderung reagieren würden. Aber er würde, wie er uns versichert, darauf bestehen, dass sie erfüllt wurde, «um vom Gebiet, den Hilfsquellen, den militärischen Streitkräften zu retten, was noch zu retten war». Ein solcher Beschluss konnte, wie Weygand sehr wohl wusste, nur von der Regierung gefasst werden. Da er der Regierung nicht angehörte, besass der Generalissimus nicht einmal ein verfassungsmässiges Recht, an ihren politischen Beratungen teilzunehmen, und Reynaud sollte von einigen seiner Kabinettskollegen heftig kritisiert werden, weil er es ihm gestattete – an diesem Abend und während der vier entscheidenden Tage danach.

Unterwegs nach dem Château de Cange war Weygand, wie er sagt, vom Elend der Flüchtlinge, an denen er auf den Strassen vorbeifuhr, tief berührt worden. «Das traurige Schauspiel», erklärt er, «liess mich erschauern.» Auch die dreiundzwanzig Minister, die sich in der Halle des Schlosses zusammenfanden, waren davon mitgenommen. Sie sahen draussen vor den Fenstern im frühen Abendlicht einen endlosen Strom von Flüchtlingen vorbeischlurfen, die ihre mit unterschiedlichen Habseligkeiten beladenen Karren und Fahrräder vor sich her schoben; einige hielten inne, um im Garten ihr Abendessen zu

verzehren, andere schickten sich an, drüben im Wald, wo sie sich vor den feindlichen Bomben sicher glaubten, ihr Nachtlager aufzuschlagen.

Dies war das erste Mal seit dem Abend des 9. Juni in Paris, dass die Minister wieder zusammentrafen. Mit Ausnahme von Reynaud hatte keiner eine Ahnung, wie weit die militärische Lage sich seit ihrer Flucht aus der Hauptstadt verschlechtert hatte. Was der Oberbefehlshaber ihnen jetzt mitteilte, «zerschmetterte sie», wie Ybarnegaray später berichtete. «Es war zu schrecklich, man konnte es nicht glauben.»

Seiner eigenen Darstellung zufolge kam Weygand rasch zum Hauptpunkt.

*Er * zog den Schluss, dass nur die Einstellung der Feindseligkeiten die Aufrechterhaltung von etwas Ordnung und Zusammenhalt garantiere. Wenn die Schlacht fort dauert, bedeutet dies das Ende der Truppen, einen fluchtartigen militärischen Rückzug und Unordnung. Und zwar nicht nur militärische Unordnung, sondern auch allgemeine Unordnung infolge der Flucht und des Elends der Flüchtlinge, die sich mit den Truppen vermischen, alle ohne Lebensmittel. Zum Abschluss seiner Ausführungen verlangt General Weygand, dass die französische Regierung die deutsche Regierung um einen Waffenstillstand ersuche¹⁰.*

Mehreren Anwesenden zufolge waren die Minister von den Worten des Generalissimus wie vor den Kopf gestossen. Dass es so rasch – nach kaum einem Monat der Kampfhandlungen – so weit gekommen war, war zu niederschmetternd, als dass man es glauben konnte. Reynaud versuchte, seine Minister gegen den General zusammenzureißen. Jeder Waffenstillstand, den die Deutschen vielleicht anböten, erklärte er, wäre zu entehrend, als dass man ihn annehmen könnte. Mit dem Blick auf Weygand und Pétain sagte er: «Sie halten Hitler für Wilhelm I., den alten Herrn, der uns nur Elsass-Lothringen wegnahm. Aber Hitler ist ein Dschingis-Khan.» In diesem Fall, erwiderte Weygand, «hätte die französische Regierung ihre Pflicht getan und wäre für die Fortsetzung des Krieges nicht verantwortlich». Der Ministerpräsident schlug vor, die Regierung unverzüglich in die «bretonische Befestigung» zu verlegen, und falls sie verlorengehen sollte, nach Nordafrika. Weygand versetzte, wie er selbst sagt: «Die «bretonische Befestigung* existiert nur im Kopf des Ministerpräsidenten. Es sind keine Truppen vorhanden, um sie zu verteidigen.»

*Die Flut der Beredsamkeit (sagte Weygand aus) dauerte fort. Die Minister hielten regelrechte Volksreden, die sie bestimmt vorher aufgesetzt hatten **. Keinerlei Interesse für jene, die kämpften. Es wurde einem übel dabei.*

* Weygand sprach während seiner ganzen Aussage in Riom, der diese Darstellung entnommen ist, stets von sich selbst in der dritten Person.

** Dies ist ein typisches Beispiel für Weygands Voreingenommenheit gegenüber den republikanischen Politikern. Wie Marin, der zugegen war, fragt: Wie konnten die Minister im Voraus fertige Erklärungen aufgesetzt haben, wenn keiner von ihnen, ausser dem Ministerpräsidenten, auch nur im entferntesten ahnte, dass der Generalissimus um einen Waffenstillstand ersuchen werde “?

Schliesslich sprach der Generalissimus wieder darüber, wie wichtig es sei, Ordnung im Land zu halten – eine Zwangsvorstellung, die seit mehreren Tagen sein ganzes Denken überwucherte. «Wenn der Waffenstillstand nicht unverzüglich verlangt wird», sagte er, «wird die Unordnung sich auf die Armeen ausbreiten, so wie sie schon die Bevölkerung erfasst hat.»

«Ordnung, Unordnung», bemerkt Reynaud hierzu, «das war das einzige, was dieser Mann im Kopf hatte, der schliesslich die schwere Bürde übernommen hatte, die Schlacht gegen den Feind zu leiten.»

Trotz seines Beharrens auf einem sofortigen Waffenstillstand gewann Weygand das Kabinett nicht für sich. «Nur Marschall Pétain», klagt er, «unterstützte mich.» Er hätte noch Prouvost hinzufügen können. Der Textilmillionär und Pressemagnat sollte sich später rühmen – aber nur, während Frankreich am Boden lag –, dass er den Generalissimus standhaft unterstützt habe, sowohl in der Forderung nach einem Waffenstillstand wie in der Ablehnung des Gedankens, die Regierung nach Nordafrika zu verlegen. Wie Spears hierzu bemerkt: «Prouvost hatte zu viel Geld, als dass ihm der Gedanke, es sauzulassen, behagt hätte.»

Noch eine zweite Angelegenheit gelangte zur Sprache, bevor die Kabinettsitzung vertagt wurde. Reynaud hatte seine Kollegen von Churchills Ersuchen informiert, dass kein entscheidender Beschluss ohne eine nochmalige Konferenz mit ihm gefasst werde. Der Ministerpräsident schlug deshalb vor, den britischen Premierminister aufzufordern, morgen zurückzukommen. Chautemps schlug vor, wenn er erscheine, solle man Churchill nahelegen, vor dem Ministerrat zu sprechen. Reynaud erklärte sich widerwillig einverstanden. «Ich konnte es unmöglich verweigern», sagt er. Aber sein Versprechen, Churchill vor eine Vollsitzung des Kabinetts zu stellen, sowie die unausgesprochene Schlussfolgerung, dass, wenn er um Churchills sofortigen Besuch bat, er auch mit ihm über die «lebenswichtige Entscheidung» seiner Regierung sprechen musste, sollten Folgen haben, die er nicht voraussah und die seine bereits erschütterte Stellung schwächen sollten. «Sie werden ihm doch die Frage vorlegen, nicht wahr?» hatte Chautemps Reynaud gefragt, als die Sitzungsteilnehmer um 23 Uhr auseinander gingen. Die Antwort des Ministerpräsidenten, falls er eine gab, ist nicht bekannt, aber er konnte keinen Zweifel hegen, welche Frage Chautemps meinte.

Auch Baudouin hegte keinen Zweifel. Als er um Mitternacht mit Reynaud zum Château de Chissay zurückfuhr, bat er ihn inständig, er möge bei der Zusammenkunft am nächsten Tag Churchills Einverständnis einholen, dass die französische Regierung um einen sofortigen Waffenstillstand ersuche. Aber der müde Ministerpräsident, berichtet Baudouin, begegnete dem Gedanken «mit hartnäckigem Widerstand». «Sein Entschluss ist unwiderruflich.» Die beiden Männer versanken in Schweigen. «Um 12 Uhr 36», notiert Baudouin in seinem Tagebuch, «sitzen wir im gewölbten Speisesaal des Château beim Abendessen unter den angstgequälten Blicken von Madame de Portes, während General de Gaulle mit Riesenschritten auf und ab geht und hartnäckig seinen Gedanken des Widerstandes in der Bretagne verteidigt¹².» Die Geliebte des Ministerpräsidenten mag

angstgequält gewesen sein, aber sie war zugleich auch, ebenso wie Baudouin, entschlossen, den Regierungschef zu zermürben.

Die Gegenwart und Entschlossenheit der Gräfin gingen General Spears auf die Nerven, als er am nächsten Morgen im Château de Chissay eintraf. Zu seinem «grössten Erstaunen» traf er sie, wie wir bereits gehört haben, in einen Morgenmantel über einem roten Pyjama gekleidet, dabei an, wie sie den eintreffenden und abfahrenden Wagen von den Treppenstufen des Haupteingangs aus Weisungen erteilte und den Fahrern laut zurief, wo sie parken sollten. Der erstaunte britische General parkte seinen Wagen selbst, «um der Dame aus dem Weg zu gehen», wie er sagt, und begab sich ins Haus. Er wollte unter anderem ein «streng geheimes» Telegramm von der französischen Botschaft in London in Augenschein nehmen, das vermutlich im Duplikat auch an ihn gegangen war, das er aber nicht erhalten hatte. Er begab sich ins Büro von Reynauds *chef de cabinet*, Margerie, um sich danach zu erkundigen. Der Sekretär erklärte, das Telegramm sei irgendwie verlegt worden, aber man suche es. Schliesslich brachte es jemand ganz zerknüllt herein. «Pst!» rief Margerie, «es befand sich in Madame de Portes' Bett!»

Spears, dem sich der britische Botschafter zugesellte, hielt sich noch eine Weile in Margeries Büro auf, um Telegramme und Berichte durchzugehen. Aber sie waren nicht allein. «Madame de Portes», berichtet Spears, «tauchte persönlich drei- oder viermal auf, diesmal in normaler weiblicher Kleidung, und flüsterte geheimnisvoll mit diesem und jenem.» Spears meint, er habe «Hass in ihren Augen» erblickt – Hass auf die beiden Engländer.

Was für eine besonders unattraktive Frau (dachte er bei sich, wie er schreibt) ... Sie war ganz gewiss nicht hübsch und ebenso gewiss verschlampt...

Später beim Mittagessen erzählte der Botschafter Spears, während seines privaten Gesprächs mit Reynaud habe «Madame de Portes mehrmals den Kopf zur Tür hereingesteckt».

Man hatte uns allen gesagt (berichtet Spears), dass sie, sobald einer von uns den Ministerpräsidenten verliess, zu ihm hineinstürzte, zu wissen verlangte, was gesprochen worden war, und ihn mit Vorwürfen bestürmte. «Was hat er gesagt? Was hat es für einen Sinn, weiterzumachen¹³?»

13. Juni 1940: Letzte Sitzung des Obersten alliierten Kriegsrates

Churchill traf, begleitet von Lord Halifax und Lord Beaverbrook, am 13. Juni kurz vor 14 Uhr aus London wieder in Tours ein. Als sie über dem Flughafen kreisten, fiel ihnen auf, dass das Flugfeld in der Nacht zuvor schwer mit Bomben belegt worden war. Es war niemand zur Stelle, um sie abzuholen, und der Premierminister spürte, wie er sagt, beim Anblick der beschädigten Flugzeughallen und des nahezu verlassenen Flugfeldes, auf

dem sogar Transportmittel fehlten, um sie in die Stadt zu fahren, «dass alles in Auflösung begriffen war». Schliesslich «borgte» er sich vom Flugplatzkommandeur einen Wagen aus und fuhr zur Präfektur, wo die französische Regierung, wie er gehört hatte, ihren Amtssitz hatte. Auch dort war kein Beamter zur Stelle, um ihn zu empfangen. Innenminister Mandel, der in der Präfektur sein Büro eingerichtet hatte, war vorübergehend abwesend. Niemand wusste, wo sich Reynaud befand. Der Premierminister war hungrig und «drang darauf», wie er zugibt, etwas zu Mittag zu essen. Schliesslich wurde ein Lokal entdeckt, das Churchill als Café bezeichnete, das aber in Wahrheit das Grandhotel war. Es war zwar geschlossen, öffnete aber nach einigem Drängen seitens der hungrigen Besucher seine Pforten.

Paul Baudouin, die erste offizielle Persönlichkeit, die auf dem Schauplatz auftauchte, traf die Besucher dort an, wie sie gerade ihre bescheidene Mahlzeit beendeten. «Er begann sogleich», schreibt der Premierminister, «in seiner sanften, seidenweichen Art die Hoffnungslosigkeit des französischen Widerstandes darzulegen.» Churchill lehnte es ab, sich auf eine Diskussion mit ihm einzulassen, und bemerkte lediglich, er hoffe, Amerika werde in den Krieg eintreten. Grossbritannien aber würde «unter allen Umständen weiterkämpfen».

Nachdem sie ihren Hunger gestillt hatten, begaben sich die britischen Besucher zurück in die Präfektur, wo sie jetzt Mandel antrafen. Er knabberte an «einem appetitlichen Hühnchen», während er gleichzeitig unablässig telefonierte. In der allgemeinen Düsterei erschien er dem britischen Besucher wie «ein Lichtstrahl». Er wollte «bis zuletzt in Frankreich kämpfen, um möglichst grossen Kräften den Rückzug nach Afrika zu ermöglichen».

Reynaud traf um 15 Uhr 30 ein. Churchill fand, er sehe «bedrückt» aus. Der Ministerpräsident hatte beschlossen, auf die Anwesenheit Pétains und Weygands zu verzichten, die auf den Sitzungen mit den Engländern zwei Tage zuvor so defätistisch gewesen waren. Er befürchtete, erklärt er, die beiden Generäle würden sich bei ihrem Eintreten für einen Waffenstillstand Churchills «Seelenadel und Liebe zu Frankreich» zunutze machen, und der britische Staatsmann werde vielleicht weich werden und zustimmen. Er erlaubte nur Baudouin und später Margerie, ihn in das Sitzungszimmer zu begleiten, und auch dann nur, um mitzuschreiben. Im Hintergrund lauerte allerdings, wie Elie J. Bois vom *Petit Parisien* berichtet, die allgegenwärtige Helene de Portes. Sie flitzte unablässig zwischen der Halle und dem Schlosshof hin und her, liess Baudouin herausschreien und verlangte von ihm, er solle den Ministerpräsidenten über ihre Ansichten auf dem laufenden halten.

Sagen Sie Paul, dass wir aufgeben müssen. Wir müssen der Sache ein Ende machen. Es muss zu einem Waffenstillstand kommen!

Schliesslich, so berichtet der Journalist, riss einem der Regierungsbeamten der Geduldssaden. Als Baudouin wieder einmal in die Halle trat, erwischte er ihn und sagte zornig:

«Schmeissen Sie diese Frau hinaus! Wenn Sie es nicht tun, dann tue ich es selbst¹⁴.»
Vielleicht wusste er nicht, wessen Geliebte sie war.

In der Präfektur hatte Innenminister Mandel inzwischen sein Huhn verzehrt und räumte sein Büro. Und hier begannen nun die Unterredungen zwischen Reynaud und Churchill. Über sie herrscht beträchtliche Meinungsverschiedenheit. Reynaud behauptet, es sei überhaupt nicht davon die Rede gewesen, die Briten zu ersuchen, Frankreich von seiner Verpflichtung, keinen Separatfrieden zu schliessen, zu entbinden. Churchill und Spears erklären rundheraus, Reynaud habe allerdings die Frage vorgelegt. Und Baudouin behauptete nachher, ganz gewiss grundlos, Churchill habe sich einverstanden erklärt, dass Frankreich den Kampf einstelle, ausser in dem Fall, dass die Vereinigten Staaten in den Krieg einträten. Tatsächlich stimmt das von Margerie durchgeführte Protokoll mit den von Churchill und Spears zitierten britischen Aufzeichnungen überein. Die Fehlerhaftigkeit scheint nur in der Auslegung durch Reynaud zu liegen, der um seinen Platz in der Geschichte besorgt war, und sie ist es, die zu so vielen Vorwürfen unter den Franzosen geführt hat.

Reynaud erklärt, er habe ganz einfach Churchill «loyalerweise» davon unterrichtet, dass Pétain und Weygand auf der Kabinettsitzung am Abend zuvor einen Waffenstillstand verlangten und dass er ihn abgelehnt habe. «Daraus ist zu ersehen», sagt er, «dass die Frage, ob Frankreich seiner Verpflichtung abtrünnig werde, nicht gestellt wurde.» Churchill und Spears erklären, dass sie doch gestellt wurde, und das französische Protokoll bestätigt dies zum grössten Teil, wenn auch mit einem feinen Unterschied. Erbestand darin, dass Reynaud die Frage zwar stellte, aber in hypothetischer Form.

Falls eine französische Regierung, der ich nicht angehören würde – sagen wir, eine hypothetische französische Regierung –, der britischen Regierung erklärte, dass sie nicht glaube, das Recht zu haben, ganz Frankreich Deutschland auszuliefern ... dass sie keine Hoffnung, kein Licht am Ende des Tunnels erblicke ... wäre die britische Regierung dann nicht einverstanden, dass Frankreich, das den grössten und besten Teil seiner Jugend geopfert und dabei die britisch-französische Solidarität gewahrt hat, von Grossbritannien ermächtigt wird, einen Separatfrieden zu schliessen? Das ist die Frage, die ich stelle.

«Unter keinen Umständen», antwortete Churchill dem französischen Protokoll zufolge, «werden wir mit Vorwürfen und Beschuldigungen Zeit vergeuden. Aber das ist nicht dasselbe und eine ganz andere Sache, ob wir zum zustimmenden Partner bei einem Separatfrieden werden, der unter Verletzung der von uns getroffenen Vereinbarungen geschlossen wird.»

Wie hypothetisch Reynaud die Frage auch gestellt haben mag, schien es Churchill doch klar, dass Reynaud ihn ersuchte, Frankreich aus seinen Verpflichtungen zu entlassen. Der Premierminister ersuchte um eine Sitzungspause, damit er sich mit seinen Kollegen beraten könne. Als er aus dem Garten zurückkehrte, wo er die Sache mit Halifax und

Beaverbrook * durchgesprochen hatte, liess er Reynaud gegenüber keinen Zweifel, wie die Antwort der britischen Regierung lautete.

Als wir zurückkehrten (sagt Churchill), umschrieb ich noch einmal unsere Haltung. Wir könnten einem Separatfrieden nicht zustimmen, unter welchen Umständen er auch immer geschlossen würde ... Darum seien wir nicht in der Lage, Frankreich seiner Verpflichtung zu entbinden.

Zwei von Reynauds Parlamentskollegen, denen sich Mandel zugesellte, hatten während der Sitzungspause versucht, dem Ministerpräsidenten den Rücken zu stärken. Diese beiden waren Kammerpräsident Herriot und Senatspräsident Jeanneney. Baudouin zufolge machten alle drei Reynaud die heftigsten Vorwürfe, als er ihnen mitteilte, was er den Engländern gesagt hatte.

Sie wollen sich nicht damit abfinden, dass der Ministerpräsident zu verstehen gegeben hat, Frankreich werde sich eines Tages zu einem Separatfrieden entschliessen. Alle drei sind heftige Gegner eines Waffenstillstandes und werfen dem Ministerpräsidenten seine «Schwachheit» vor¹⁹.

Diese Vorwürfe von drei so prominenten Männern sind ein weiterer Beleg für das, was Reynaud den Engländern tatsächlich sagte.

Churchill suchte verzweifelt nach irgendeinem Mittel, um den schwankenden französischen Regierungschef abzustützen, und hielt ihm die Aussicht auf sofortige und massive amerikanische Hilfe vor Augen. «Das erste, was zu tun ist», schlug er vor, «ist, an Roosevelt zu appellieren.» Vielleicht würde Amerika «sogar in einem Wahljahr» eingreifen. Man möge die Antwort des amerikanischen Präsidenten abwarten, bevor man «weitere Massnahmen in Erwägung ziehe». Ungeachtet der Antwort Roosevelts, so versicherte Churchill Reynaud, «wird die Sache Frankreichs uns immer teuer sein. Wir werden es, wenn wir triumphieren, in seiner ganzen Macht und Würde wiederherstellen (das französische Protokoll gibt diese Worte auf englisch wieder – *«in all her power and dignity»*). Aber das ist etwas ganz anderes, als unsere Zustimmung (zu einem Waffenstillstand) vor einer Konsultation mit Roosevelt zu verlangen.»

Reynaud ergriff den Strohalm, wenngleich er wusste, wie dünn er war. Er werde Roosevelt unverzüglich telegrafieren und skizzierte sofort, was er sagen werde. Er würde den Präsidenten warnen, dass Hitler, wenn Frankreich zusammenbreche, nicht nur Grossbritannien, sondern auch die Vereinigten Staaten angreifen werde. Er ersuchte Churchill, ein ähnlich scharf formuliertes Kabel nach Washington zu senden, und Churchill war einverstanden. Man darf sich darüber wundern, dass der britische Regierungschef solche

* Der temperamentvoll stürmische Presselord, der ein enger Freund Churchills und sein Minister für Flugzeugproduktion war, unterstützte den Premierminister aufs kräftigste: «Legen Sie sich auf nichts fest . . . Wir bringen hier nichts zustande . . . Fahren wir nach Hause *5.»

falschen Hoffnungen in dem verzweifelten französischen Ministerpräsidenten erweckte, dessen Armee zusammenbrach und dessen Regierung in chaotischem Zustand war. Denn Churchill kannte die amerikanische politische Situation besser als irgend jemand in Europa und kann nicht angenommen haben, dass Roosevelt bei all seinen Sympathien für Frankreich und Grossbritannien die Vereinigten Staaten rechtzeitig in den Krieg führen würde, um Frankreich noch zu retten.

Sich selbst scheint er das eingestanden zu haben, denn als nächstes wandte er sich an Reynaud mit strengen Worten der Warnung, was Frankreich geschehen könne, wenn es den Kampf aufgabe und vom Feind besetzt werde, während England weiterkämpfte.

Denn der Krieg wird weitergehen, und er wird immer schrecklicher werden. Wir nähern uns rasch einer Blockade von ganz Europa. Sie wird mit Gewissheit Hungersnot und verzweifelte Leiden zur Folge haben ... Frankreich wird den Konsequenzen nicht ent-rinnen können. Es ist zu befürchten, dass sich hieraus ein französisch-britischer Zwist entwickeln wird. Wir müssen auch diesem Problem ins Auge blicken.

Die Aussicht, dass der britische Verbündete Frankreich blockieren und damit die Leiden des verwundeten Landes noch verdoppeln werde, heiterte Reynaud nicht auf. Das wäre katastrophal, erklärte er. «Es würde eine neue und ernste Situation in Europa schaffen.»

Der Premierminister sprach nunmehr mit brutaler Offenheit. Er schien – trotz der Äusserung Reynauds oder aufgrund von ihr – als feststehend anzunehmen, dass Frankreich bald die Flinte ins Korn werfen werde.

«Wieviel Zeit haben wir, bis Sie um einen Waffenstillstand ersuchen?» fragte er barsch. «Eine Woche? Oder mehr?»

Reynaud wich einer direkten Antwort aus. Es wäre schrecklich, sagte er, wenn Frankreich und Grossbritannien getrennt würden. Es bekümmerte ihn zutiefst, sich vorzustellen, dass Grossbritannien, wenn der Krieg fort dauerte, «indirekt dem französischen Volk noch mehr Leid zufügen würde». Schliesslich ging das Gespräch darum, wie Roosevelt ihren Hilferuf beantworten werde. Beide drehten und wanden sich. «Wenn er sich bereit erklärt, in den Krieg einzutreten», sagte Churchill, «dann ist der Sieg gesichert.» Aber er glaubte nicht wirklich, dass Amerika in den Krieg eintreten werde, zumindest vorerst noch nicht. «Wenn seine Antwort ungünstig ausfällt», sagte der Premierminister einige Minuten später, «und wenn Sie dann Ihren Entschluss bekanntgeben, getrennt (mit den Deutschen) zu verhandeln, werden wir zahlreiche Probleme zu erwägen haben.» Reynaud seinerseits erklärte, er sei «überzeugt, dass Roosevelt einen Schritt vorwärts tun werde ... Ich werde versuchen, ihn dazu zu bringen, Krieg zu erklären ... Sodann können wir mit der britischen Regierung die Bedingungen erörtern, unter denen wir den Krieg fortsetzen können.» Aber Reynaud, der gleichfalls die Vereinigten Staaten gut kannte, glaubte nicht wirklich, dass Roosevelt Krieg erklären werde – ebensowenig, wie Churchill es glaubte.

Täuschen Sie sich nicht (sagte Reynaud zum Abschluss); wenn Roosevelts Antwort negativ ausfällt, wird das eine neue Situation mit schweren Konsequenzen schaffen. Das muss ich Ihnen sagen.

Sie einigten sich schliesslich darauf, die Antwort des amerikanischen Präsidenten abzuwarten und sich dann, im Lichte dieser Antwort, nochmals zu treffen. Churchill brachte, ehe die Sitzung vertagt wurde, noch eine Frage zur Sprache. Er ersuchte Reynaud, Grossbritannien einige 400 deutsche Flieger zu übergeben, die über Frankreich und grösstenteils von der RAF abgeschossen worden waren. Der Ministerpräsident erklärte sich bereitwillig einverstanden*. Inzwischen war es zehn Minuten vor sechs, und Churchill und seine Begleitung fuhren zum Flugplatz und stiegen in ihre Maschine nach London.

An diesem Abend unterrichtete der Premierminister Roosevelt in einem langen Kabel von der Sitzung in Tours.

Ich kann Ihnen kaum schildern, wie kritisch die Stimmung ... war. Sie (die Franzosen) zwaren beinahe erledigt. Weygand war für einen Waffenstillstand eingetreten, solange er noch über genügend Truppen verfügt, um ein Absinken Frankreichs in die Anarchie zu verhindern. Reynaud fragte uns, ob wir Frankreich, angesichts seiner Opfer und Leiden, von seiner Verpflichtung, keinen Separatfrieden zu schliessen, entbinden würden ... Ich zauderte nicht, im Namen der englischen Regierung die Zustimmung zu einem Waffenstillstand oder Separatfrieden zu verweigern ...¹⁸

Kehren wir nach Tours zurück. De Gaulle, der während der Sitzungspause in der Präfektur eingetroffen war, verliess die Sitzung und war sehr niedergedrückt – sowohl von Reynaud wie von Churchill. Er fand, der Premierminister habe zuviel «Verständnis, voll von Mitleid» für den Gedanken, dass Frankreich um einen Waffenstillstand ersuche, an den Tag gelegt. Er verübelte es Churchill, dass dieser, «solange noch Zeit war, die französische Flotte gegen einen Waffenstillstand einzuhandeln versuchte» **. Er fand, dass Reynaud schwach zu werden begann. Er trat auf dem Korridor auf ihn zu und fragte ihn «nicht ohne Lebhaftigkeit», wie er sagt: «Ist es möglich, dass Sie sich vorstellen, Frankreich werde um einen Waffenstillstand ersuchen?»

«Ganz gewiss nicht!» antwortete Reynaud. «Aber ich musste die Engländer beeindrucken, um mehr Hilfe zu erhalten^{1#}.»

Dem düsteren jungen General wurde noch düsterer zumute, als er erfuhr – wie er Spears erzählte –, Baudouin habe den Zeitungsberichterstattem gesagt, dass «Churchill völliges Verständnis für die französische Lage gezeigt hat und es verstehen würde, wenn Frankreich einen Waffenstillstand und einen Separatfrieden schliesse». Er fragte Spears, ob der

* Infolge des Durcheinanders in der französischen Regierung und der Armee – um es so günstig wie möglich darzustellen – wurden die deutschen Piloten den Engländern nicht übergeben. Sie standen alle, wie Churchill ironisch bemerkte, für die Schlacht um England wieder zur Verfügung, und «wir mussten sie ein zweites Mal abschiessen»

** Ziemlich bestimmt irrt sich de Gaulle hier. Weder im französischen Protokoll noch im veröffentlichten Teil der britischen Aufzeichnung findet sich irgendeine Erwähnung, dass Churchill die Frage der französischen Flotte aufwarf. Reynaud bestreitet das ausdrücklich.

Premierminister das gesagt habe, und erhielt ein dröhnendes Nein zur Antwort. Aber das genügte nicht. An diesem Abend setzte de Gaulle schriftlich seinen Rücktritt von der Regierung auf. Aber als Mandel ihn spät in der Nacht zu sich rief, zerriss er das Schreiben wieder. Der gestrenge Innenminister bestand darauf, dass er in der Regierung bleibe und helfe, die Defätisten zu bekämpfen. An einem sehr dünnen Faden hing in dieser Nacht seine ganze nachfolgende Laufbahn.

Reynaud hatte absichtlich Churchill nicht aufgefordert, an der Sitzung des französischen Kabinetts teilzunehmen, wie er es seinen Kollegen am Abend zuvor versprochen hatte. Als er jetzt eilig zum Château de Cange fuhr, wo der Ministerrat unter dem Vorsitz Lebruns zusammentrat, war ihm nicht klar, welchen Sturm diese Unterlassung entfachen werde. Seine mangelnde Aufrichtigkeit hierüber und über sein Gespräch mit dem Premierminister verschlimmerte seine Schwierigkeiten noch²⁰.

Eine stürmische Kabinettsitzung

Der Ministerpräsident traf seine Kollegen und den Generalissimus in keiner Stimmung der Eintracht und brüderlichen Liebe vor. Die Kabinettsitzung war auf 15 Uhr angesetzt gewesen, und die Mitteilung ihrer Verschiebung auf 17 Uhr – mittlerweile war es jetzt beinahe 18 Uhr geworden – hatte die verstreuten Minister nicht erreicht. Die meisten von ihnen waren wartend im Garten des Château de Cange auf und ab gegangen, verärgert über die Verzögerung und äusserst nervös bei der Aussicht auf den militärischen Zusammenbruch und vielleicht sogar die Gefangennahme durch den herannahenden Feind. Pétain und Weygand, die zusammen auf dem Rasen spazierengingen und gelegentlich gegenüber einem Minister ein Wort fallenliessen, hatten sie nicht fröhlicher gestimmt; der alte Marschall, in grauem Flanellanzug mit Strohhut und Spazierstock, hatte sie vielmehr noch zusätzlich bedrückt durch Verbreitung dunkler Gerüchte über das, was sich an ebendiesem Tag in Paris abspielte. Als diese Gerüchte später auf der Sitzung von Weygand mit feierlichem Ernst als Tatsachen serviert wurden, sollten sie eine Panik unter ihnen hervorrufen, bis sich die Wahrheit herausstellte.

«Grosser Aufruhr!» So schildert Weygand die Reaktion des Kabinetts auf den Anblick Reynauds, der ohne Churchill eintraf. Chautemps protestierte erbittert, und ihm schloss sich der neue Finanzminister Bouthillier an, den Reynaud erst kürzlich aus der Bedeutungslosigkeit hervorgeholt hatte und der ihm das, wie es so oft im Leben geschieht, anscheinend nicht verziehen hatte. Der Ministerpräsident war nicht gerade aufrichtig in seiner Erklärung, warum er Churchill nicht mitgebracht hatte. Er selbst sagt, er habe ganz einfach erwähnt, dass Churchill nach London habe zurückkehren müssen, «ohne sich weiter zu seinem Wunsch, meine Kollegen zu sprechen, zu äussern». Weygand sagt, er habe «auf sehr verlegene Art» hinzugesetzt, er könne «nicht über die Person Winston Churchills verfügen, der es sehr eilig gehabt habe, nach England zurückzukehren». In seinen Memoiren gibt Reynaud einander widersprechende Lesarten. In Band 1 (*Cœur ..*

S. 765) sagt er, er hätte Churchill mitgebracht, «wenn er auf seinem Wunsch beharrt hätte, vor dem Kabinett zu erscheinen». In Band 11 (*Envers* ..S. 405) erklärt er: «Ich forderte Churchill, der keinen diesbezüglichen Wunsch ausgesprochen hatte, nicht auf, mit nach Cange zu kommen, weil ich beabsichtigte, dem Kabinett zu sagen, dass zwischen Churchill und mir vollständiges Einverständnis bestehe, den Krieg fortzusetzen, und weil es widerwärtig gewesen wäre, ihn zu nötigen, einem Plädoyer Weygands für einen Waffenstillstand zuzuhören. Darüber hatte ich ihm schon genug erzählt.»

Churchill seinerseits sagt²¹, er und seine Kollegen wären gern bereit gewesen, nach Cange zu fahren, «auch wenn unser Rückflug sich dadurch noch so sehr verzögert hätte. Aber wir sind nie dazu aufgefordert worden, noch wussten wir überhaupt, dass eine Sitzung des französischen Kabinetts stattfinden sollte*.»

Einige der Anwesenden und auch der Präsident der Republik selbst, der bei der Sitzung den Vorsitz führte, sagten später aus, wenn der unbezähmbare britische Premierminister nach Cange gekommen wäre und seine schwankenden französischen Freunde mit seiner Dynamik angetrieben hätte, im Kampf zu bleiben, dann hätte die Geschichte vielleicht einen anderen Verlauf genommen. Sie waren überzeugt, dass Reynauds Unterlassung ein Wendepunkt in den Ereignissen war, die nun folgen sollten.

Churchills Abwesenheit war nicht die einzige Gelegenheit für einen Krach an diesem Abend im Château de Cange. Reynaud beschwor sogleich einen zweiten herauf, indem er seinen Kollegen erklärte, er habe dem Premierminister mitgeteilt, dass die Regierung am Abend zuvor beschlossen habe, den Krieg an Grossbritanniens Seite fortzusetzen. Wie wir gesehen haben, hatte Reynaud ihm alles, aber nur nicht das gesagt. In jedem Fall löste die Erklärung einen neuen Aufruhr aus. Bouthillier zog eine schriftliche Erklärung aus der Tasche, die er nunmehr verlas und in der er den Ministerpräsidenten aufs heftigste angriff und behauptete, das Kabinett habe sich am Abend zuvor für einen Waffenstillstand ausgesprochen. Diesmal nahm Lebrun, der sonst nur selten in die Debatten seiner zankenden Minister eingriff, das Wort: «Wie können Sie sagen, dass der Ministerrat sich gestern zugunsten eines Waffenstillstandes ausgesprochen habe?» Er habe nichts dergleichen gehört. Im Gegenteil, sagte er, die Regierung habe sich dem Waffenstillstand widersetzt.

Als nächstes wurde Weygand aufgerufen, um über die militärische Lage zu berichten. Wie schon am Abend vorher, erging sich der Generalissimus, der kein verfassungsmässiges Recht besass, sich an einer Kabinettsdebatte zu beteiligen, in einer langen Tirade, in der er erklärte, nicht nur sei ein sofortiger Waffenstillstand notwendig, sondern die Mitglieder der Regierung drückten sich vor ihrer Pflicht, wenn sie ihn nicht verlangten. Vielen Anwesenden zufolge drosch er mit ätzendem Sarkasmus und zunehmender Hef-

* Sehr viel später, als ich Reynaud auf die Diskrepanz zwischen seiner und Churchills Version aufmerksam machte, antwortete er mir am 29. August 1965:

Churchill hat recht. Statt ihn aufzufordern, bei dem demütigenden Schauspiel anwesend zu sein, bei dem Pétain, Weygand und gewisse meiner Kollegen ihm die unzureichende britische Hilfe, wie zum Beispiel die Entsendung von nur 10 Divisionen, vorgeworfen hätten, zog ich es vor, dem Kabinett mitzuteilen, dass zwischen mir und Churchill über die Fortsetzung des Krieges vollständiges Einvernehmen bestehe. Ich sehe ein, dass es vielleicht besser für mich gewesen wäre, wenn ich ihn aufgefordert hätte, an der Kabinettsitzung teilzunehmen.

tigkeit auf den Ministern herum und putzte sie wegen ihres Mangels an Mut herunter. Von seinem eigenen Wortschwall hinweggerissen, sagte er auch einiges, das er später bereuen sollte. Er erinnerte sich an seine «Bemerkungen» bei seiner Aussage in Riom, wobei er wieder von sich selbst in der dritten Person sprach.

General Weygand erklärte gestern abend vor dieser Versammlung, dass Frankreich nicht mehr die Mittel besitze, um den Kampf mit einiger Hoffnung auf Verteidigung des restlichen Staatsgebietes fortzusetzen. Die Minister, die Reden hielten, behaupteten das Gegenteil. General Weygand sah sich angesichts so vieler mutiger Männer als der einzige «schlechte Kerl». General Weygand konnte aus solchem Maulheldentum auch Kapital schlagen, In dem Schloss, in dem er sich befand, konnte er sich ohne Weiteres auch als Held in Positur setzen ...

Schon bald war er wieder bei seinem alten Irrsinn angelangt, dass die Regierung vorerst einmal Paris nicht hätte verlassen sollen. Er wiederholte seine historische Analogie von den römischen Senatoren, die beim Eintreffen der barbarischen Gallier in Rom geblieben waren. Sie diene als Vorbereitung zur Einführung eines neuen Argumentes, das in den nächsten Tagen schwer auf der Regierung und den Militärs lasten sollte: dass nämlich, komme was wolle, die Regierung niemals den Boden Frankreichs verlassen dürfe, um zu versuchen, den Krieg aus Französisch-Nordafrika über das Mittelmeer hinweg fortzuführen.

Paris ist aufgegeben worden. Aber die Regierung muss wenigstens den Mut haben, in Frankreich zu bleiben, ganz gleich, was geschieht. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens werden die Franzosen nur um diesen Preis die schweren Opfer auf sich nehmen, die man von ihnen verlangt. Sie mögen sagen, es sei ein grösseres Opfer für die Minister, den Boden des Landes aufzugeben. Niemand wird das akzeptieren. Das Volk wird sagen, die Minister bestehen weiter darauf, dass die Bevölkerung getötet, zerbombt und verbrannt wird, nachdem sie sich selbst vorsorglich still und heimlich in den Schutz Afrikas oder irgendeines anderen Ortes begeben haben.

«Zweitens» – und jetzt schüttete der Generalissimus seinen Sarkasmus und seine Verachtung über die Zivilminister aus.

Zweitens, selbst wenn wir zugestehen, dass sie in unseren Kolonien gut aufgenommen würden – was keineswegs sicher ist –, welche Autorität, glauben Sie, würden sie in Frankreich behalten? Wie lange würden sie ausserhalb bleiben? Die Zeit, die nötig ist, damit die amerikanischen Fabriken Flugzeuge und Panzer hersteilen, die es ihnen gestatten, Frankreich zurückzuerobern? Das würde mehrere Jahre dauern. Bilden sie sich ein, dass irgend jemand in Frankreich sich ihrer auch nur erinnern wird? Und sodann – wie wollen sie denn Frankreich zurückerobern? Indem sie unsere Städte, unsere Lands-

leute mit Bomben und Granaten belegen? Das ist ein absurdes und abscheuliches Programm. Der Oberbefehlshaber zumindest wird ihm nicht folgen.

Er gedachte ihm nicht zu folgen; aber dieses «absurde und abscheuliche Programm» war schliesslich genau das, mit dem Frankreich befreit werden sollte.

Weygand feuerte einen letzten Schuss höhnischen Trotzes ab. Er selbst, sagte er, werde den Boden Frankreichs niemals verlassen – «selbst wenn man ihn in Eisen legte».

Dies war mehr als nur eine Geste des Trotzes. Es war die Ankündigung des Oberbefehlshabers der bewaffneten Streitkräfte, dass er sich weigern werde, den Befehlen der verfassungsmässigen Regierung zu gehorchen. Es war eine Herausforderung an die Autorität der Republik. Es warf die uralte Frage auf (die die deutschen Generäle – aus entgegengesetzten Gründen – am Ende des Krieges aufwerfen sollten), ob die Gehorsamspflicht des Soldaten absolut sei oder ob er den Geboten seines Gewissens gehorchen müsse. Nach dem Krieg wurde Weygand vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hinsichtlich dieser Frage scharf zugesetzt, und als er sich in die Ecke gedrängt sah, wurden seine Antworten konfus und widersprüchlich. Als man ihn fragte, ob er der Meinung sei, dass er das Recht habe, den Gesetzen der Nation, die der Regierung die alleinige Machtbefugnis erteilten, den Krieg fortzuführen, den Gehorsam zu verweigern, antwortete er: «Falls die Regierung mir den Befehl erteilt hätte, die Armeen zu verlassen (und nach Nordafrika zu gehen), so hätte ich mich geweigert.» Während dieser Befragung warf er die Frage auf, ob das eigene Gewissen Ungehorsam rechtfertige. Er nahm das Recht für sich selbst in Anspruch, verweigerte es aber seinen Truppen.

DER PRÄSIDENT: *Sie erkennen also totalen Gehorsam gegenüber der Regierung nicht an?*

WEYGAND: ... *Ich bin ein freier Mann. Folglich, wenn mein Gewissen mir verbietet, etwas zu tun, so kann ich es nicht tun.*

LOUIS MARIN: *Gestehen Sie dem Soldaten auf dem Schlachtfeld sein Recht auf Gehorsamsverweigerung zu, wenn sein Gewissen es von ihm verlangt?*

WEYGAND: O nein!

DER PRÄSIDENT: *Ihr Gehorsamsbegriff, Herr General, kommt mir ein wenig eigentümlich vor*²².

Er wurde womöglich noch eigentümlicher in den unmittelbar auf diese Kabinettsitzung folgenden Tagen, als der Generalissimus sich weigerte, einer noch wichtigeren Weisung der Regierung zu gehorchen.

Die von Weygand – und ein wenig später in der Kabinettsitzung auch von Pétain – aufgeworfene Streitfrage rief einen tiefreichenden Konflikt zwischen der Zivilregierung und den Militärs hervor, der sich nun dem Konflikt zwischen den Ministern aufpropfte. Viele der Minister erkannten später bei genauerem Nachdenken, dass er damals, am 13. Juni in Cange, auf der Stelle hätte bereinigt werden sollen. Aber der Ministerpräsi-

dent und seine Regierung waren zu schwach und gebrechlich, um eine Entscheidung zu erzwingen und den Generälen die Stirn zu bieten. «Ich muss sagen», erklärte Georges Monnet, der Blockademinister, dem Untersuchungsausschuss, «ich war ein wenig erstaunt, dass General Weygand auf dieser Sitzung nicht zurechtgewiesen wurde.» Nach Ende der Sitzung erklärte Reynaud dem Präsidenten der Republik, es sei ihm nicht länger möglich, Weygand zu den Kabinettsitzungen zuzulassen. «Wir werden ihn draussen in einem Zimmer in der Nähe warten lassen und ihn, wenn nötig, rufen, um über die militärische Lage zu berichten. Sobald er das getan hat, muss er sich zurückziehen.» Reynaud erklärt, Weygands Haltung auf den Kabinettsitzungen hätte es gerechtfertigt, dass die Regierung ihn seines Oberbefehls enthob. Aber in dieser gefährvollen Stunde, als das Ansehen der Regierung eines Landes, das der Niederlage entgegenging, in den Augen des Volkes seinen tiefsten Stand erreicht hatte, zögerte er, einen solchen drastischen Schritt zu tun. Weygand hatte seine Rede noch nicht ganz beendet. Er beschwor jetzt eine neuerliche Szene herauf, die einen Augenblick lang den beklommenen Ministern Angstschauer über den Rücken jagte. Der Generalissimus erklärte, wie Reynaud sich erinnert, dramatischen Tones, er habe soeben die Information erhalten, dass die Kommunisten in Paris die Macht ergriffen, die Polizei entwaffnet und ihren Führer Thorez ins *Élysée*, den Amtssitz des Präsidenten, gesetzt hätten. Diese bestürzende Nachricht schien Weygand in seiner seit Tagen unablässig wiederholten Forderung zu stützen, dass er die Reste der Armee brauche, um Ordnung zu halten und die rote Revolution zu unterdrücken. Niemand scheint auch nur einen Augenblick lang auf den Gedanken gekommen zu sein, dass die Kommunisten, selbst wenn die Meldung stimmte, in Paris nicht lange an der Macht bleiben würden. Die Deutschen hatten die Aussenbezirke der Hauptstadt erreicht und würden keine Mühe haben, sie zu beseitigen, wenn sie am nächsten Tag einrückten. Nichtsdestoweniger waren die Minister wie vom Donner gerührt.

Die Quelle von Weygands Information bleibt «zweifelhaft», wie selbst sein getreuer Adjutant Oberst Bourget schreibt. Zuzufolge der späteren Aussage Matteo Connets, des *chef de cabinet* des Marineministers, hatte Pétain Weygand von einer kommunistischen Machtübernahme in Paris erzählt, während sie im Garten von Cange auf und ab spazierten und auf Reynaud und die Kabinettsitzung warteten. Nicht zufrieden damit, dem Generalissimus die Neuigkeit mitgeteilt zu haben, hatte der Marschall sie auch sonstwem noch erzählt, der bereit war, ihm zuzuhören. Connet erklärt, er habe in seiner Besorgnis Lebruns Generalsekretär gebeten, den Pariser Polizeipräfekten Roger Langeron anzurufen, um festzustellen, ob die Nachricht wahr sei. Der Polizeichef antwortete, sie sei Unsinn. Seine Polizeikräfte seien nicht entwaffnet, es habe kein kommunistischer Aufstand stattgefunden, und in der Hauptstadt sei alles ruhig. Ein Zettel mit dieser Auskunft wurde während der Kabinettsitzung zu Präsident Lebrun hineingegeben, aber der Beamte, der ihn brachte, händigte ihn irrtümlich Weygand aus²³.

Jetzt griff Mandel in seiner Eigenschaft als Innenminister ein. Er hatte, ehe er kurz vor 18 Uhr aus Tours abgefahren war, einem Assistenten Weisung gegeben, Langeron in

Paris anzurufen und sich von ihm die letzten Informationen geben zu lassen, und die Antwort des Polizeichefs war ihm ins Château de Cange durchtelefoniert worden. Er verliess jetzt langen Schrittes die Kabinettsitzung und meldete auf dem einzigen Telefonapparat des Schlosses einen neuerlichen Anruf nach Paris an. Langeron bestätigte abermals, dass in Paris alles ruhig sei. Mandel kehrte ins Sitzungszimmer zurück, wandte sich an den Präsidenten der Republik und sagte: «Ich habe Langeron am Apparat. Würden Sie gern mit ihm sprechen?» Lebrun schüttelte verneinend den Kopf, und Mandel berichtete nunmehr, das von Weygang verbreitete Gerücht entbehre jeglicher Grundlage*.

Mandel sagte später am selben Abend zu Spears, Weygang habe mit seinem Märchen von einem kommunistischen Aufstand in Paris «versucht, das Kabinett in Panik zu stürzen». «Er war ganz ausser sich vor Aufregung²⁵.»

Der Generalissimus hatte für Mandel nicht viel übrig, und dieser Umstand lieferte eine letzte Szene auf der Kabinettsitzung, die nicht einer gewissen Komik entbehrte – obwohl dies den erregten Ministern nicht aufgefallen sein mag. Weygang behauptete plötzlich, Mandel habe ihn angegrinst, und stolzierte wütend aus dem Sitzungszimmer hinaus. Der Präsident der Republik versuchte ihn aufzuhalten. Lebrun berichtet über den Zwischenfall vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss:

Er erhob sich brüsk und erklärte: «Ich verlasse die Sitzung. Ein Minister hat mich ausgelacht.» Dieser Minister war angeblich Mandel. Mandel hatte zuweilen eine Falte im Gesicht, die man für ein Lächeln halten konnte. In Wirklichkeit hatte Mandel gar nicht gelacht, und ich sagte zu dem General: «Wirklich, es hat niemand gelacht. Alle sind vielmehr sehr traurig über Ihren Bericht. Ich bitte Sie, fahren Sie fort²⁸.»

Aber der Oberbefehlshaber wollte nicht. Er stampfte hinaus. Georges Monnet sagte später aus:

Wir hörten ihn, nachdem er den Ministerrat verlassen hatte, wie er draussen im Vestibül des Schlosses vor den Ministerialsekretären mit ausgesuchter Unverschämtheit herumbrüllte. Entschuldigen Sie, wenn ich ihn genau zitiere ... er sagte: «Da sitzen sie mit ihren Ärschen auf ihren Stühlen und kümmern sich einen Dreck darum, dass die ganze Zeit über die französische Armee massakriert wird. Es will ihnen einfach nicht in ihre Schädel, dass es Zeit ist, einen Waffenstillstand zu schliessen.»

* Weygang erklärt in seinen Memoiren und in seiner Nachkriegsaussage, er habe gleichfalls das Sitzungszimmer verlassen, um General Dentz anzurufen, der ihm versicherte, in Paris habe kein revolutionäres Vorkommnis stattgefunden. Weygang erzählt eine recht mysteriöse Geschichte, nach der seine erste Nachricht von einer kommunistischen Machtergreifung von einem seiner Adjutanten stammte, der sie über das Telefon vom Marineministerium in Paris erhalten hatte. Da dieses Ministerium wie alle anderen Ministerien drei Tage zuvor an die Loire verlegt worden war, darf man sich fragen, ob im Ministerium in Paris irgend jemand Wichtigeres als ein Hausmeister zurückgeblieben war. Weygang schwört, ein «Marineoffizier» habe seinem Adjutanten die Meldung gegeben¹⁴. Wenn dem so war, so bleibt es seltsam, dass dieser Offizier seine Marinevorgesetzten an der Loire nicht unterrichtet hatte.

Mandel erzählte Spears am Abend den Zwischenfall. Der Generalissimus sei so ausser sich gewesen, «dass er vor meinem Privatsekretär äusserte, die Minister seien geisteskrank und sollten verhaftet werden»²⁷.

Der für gewöhnlich schweigsame Pétain hatte sich ebenfalls auf der Kabinettsitzung vernehmen lassen und den Oberbefehlshaber unterstützt – das heisst, er hatte feierlich eine Erklärung verlesen, die er am Abend vorher aufgesetzt hatte. Da er bei seinem vorgerückten Alter nicht mehr gut sah – er wurde ausserdem ein wenig schwerhörig –, war er zum Fenster getreten, um im sinkenden Sommernachmittag bei genügend Licht seine niedergeschriebenen Worte entziffern zu können. Auch er war entschieden dagegen, dass die Regierung Frankreich verliess, und gedachte auf jeden Fall es selbst nicht zu verlassen. Der einzige Ausweg, erklärte er, sei ein Ersuchen um Waffenstillstand.

Der Marschall entwickelte nunmehr zum erstenmal vor dem Kabinett in einiger Ausführlichkeit die Gedankengänge, die ihn und seine Handlungsweise von nun an bis zum Ende beherrschen sollten. Sie hatten sich, wie wir gesehen haben, seit dem Beginn des Krieges allmählich in seinem Kopf herausgebildet. Nachdem er den Gedanken eines längeren Widerstandes in einem «Redit» – in der Bretagne oder anderwärts – von der Hand gewiesen hatte, fuhr er fort:

Es ist unmöglich, dass die Regierung das Land verlässt, das Staatsgebiet Frankreichs aufgibt und im Stich lässt. Es ist die Pflicht der Regierung, gleichgültig, was geschieht, im Land zu bleiben; andernfalls wird sie nicht als Regierung anerkannt werden. Frankreich in einer Zeit des allgemeinen Wirrwarrs seiner natürlichen Verteidiger zu berauben, bedeutet, es dem Feind auszuliefern.

Es bedeutet, die Seele Frankreichs zu töten und folglich seine Wiedergeburt unmöglich zu machen.

Die Erneuerung ist nur dadurch zu erlangen, dass wir bleiben, wo wir sind, und uns nicht auf eine Rückeroberung unseres Staatsgebietes durch alliierte Kanonen unter Bedingungen und mit einem Aufschub verlassen, dessen Dauer unmöglich vorherzusehen ist.

Ich bin folglich dagegen, den französischen Boden aufzugeben. Wir müssen die Leiden hinnehmen, die dem Land und seinen Söhnen auferlegt werden. Die französische Wiedergeburt wird die Frucht dieses Leidens sein ... Was mich betrifft, so werde ich mich weigern, und wenn nötig, ausserhalb der Regierung, den Boden des Mutterlandes zu verlassen. Ich werde beim französischen Volk bleiben, um seine Schmerzen und sein Elend zu teilen.

Der Waffenstillstand ist nach meiner Meinung die notwendige Voraussetzung für das Fortbestehen des ewigen Frankreich²⁸.

Es scheint offenkundig nach diesen Erklärungen und dem, was sich am folgenden Tag ereignete – dem letzten Tag der Regierung an der Loire dass der vierundachtzigjährige

Marschall sich vom Hauch der Geschichte berührt fühlte. Er hatte ihn in der Tat bereits zu verspüren begonnen, als er Mitte Mai Madrid verliess, wie seine Abschiedsbemerkung gegenüber Franco zeigte, dass man ihn vielleicht bald an die Macht rufen werde.

Die Kabinettsitzung am Spätnachmittag des 13. Juni hatte ebenso wie die am Abend zuvor nichts entschieden. Aber das Eingreifen Weygands und Pétains hatte der Regierung gezeigt, wo die Militärs standen und was sie zu tun gedachten. Es hatte zumindest einige der Zivilminister beeindruckt, und es war ihnen gelungen, einen Keil zwischen sie zu treiben.

Bouthillier, Baudouin, Prouvost und andere waren somit für die Seite der Generäle gewonnen, und Chautemps neigte, obwohl er es später bestritt, dieser Seite zu. Jean Ybarnegaray, Deputierter des rechten Flügels und Staatsminister, fasste später zusammen, was den Zivilisten im Kabinett widerfuhr. Er war bisher ein grimmig antideutscher Nationalist gewesen, der entschlossen war, weiterzukämpfen. In seiner Aussage in seinem eigenen Prozess vor dem Obersten Gerichtshof nach dem Krieg erklärte er: «Als ich General Weygand, der für mich die Inkarnation des grossen Foch war, sagen hörte: ‚Wir können nicht weiterkämpfen, wir sind besiegt‘, als ich sah, wie Marschall Pétain sich dieser Auffassung anschloss, brach mein Widerstand vollständig zusammen. Von da an war ich für einen Waffenstillstand²⁹.»

Pétain ergriff nunmehr mit einer Kühnheit, die er bisher auf politischem Gebiet nicht an den Tag gelegt hatte, die Initiative. Am Morgen des 14. Juni sprach er mit Admiral Darlan, dessen prachtvolle Flotte bisher in diesem Krieg kaum einen Schuss abgegeben hatte, nicht einmal gegen die schutzlosen Italiener. Der schlaue Seemann war, wie nahezu jedermann, ins Schwanken geraten, und der Marschall wusste anscheinend davon. «Wir sind verloren», erklärte Pétain dem Admiral. «Wir müssen folglich die Bildung eines Konsulats ins Auge fassen. Warum sollten Sie, Darlan, nicht erster Konsul werden?» Wie Connet vom Marineministerium berichtet, dem Darlan das Gespräch gleich danach erzählte, sagte der Admiral zu ihm: «Ich werde der *Chouchou* des Marschalls.» Connet fügt hinzu, möglicherweise glaubte Darlan von diesem Augenblick an, dass er «an die Spitze gelangen könne, ohne je zu wünschen, von ihr wieder herabzusteigen»³⁰. So wurde am 14. Juni der Oberbefehlshaber der Flotte gewonnen.

Pétain reiste unverzüglich nach Bordeaux ab, wo die Regierung am nächsten Tag zusammentreten sollte. Mittlerweile scheint die neue Rolle, die er für sich in Aussicht nahm, ihn regelrecht fasziniert zu haben. Ehe er die Loire verliess, hatte er noch ein Gespräch mit Baudouin, von dem er wusste, dass er ebenfalls auf seiner Seite war. Baudouin berichtet:

Der Marschall sagt mir, er habe beschlossen, die ganze Sache zu beenden; er finde die Haltung des Kabinetts «würdelos und feige». Er hat Sonnabend mittag als den letzten Termin festgesetzt (dies war der 15. Juni, also der folgende Tag). Er wird General Weygand eine Mitteilung schicken und ihm sagen, dass seine Anwesenheit in Bordeaux notwendig sei³¹.

Diese Mitteilung erreichte den Oberbefehlshaber um 17 Uhr 30 am 14. Juni. Sie lautete:

Der Ministerrat hat gestern abend beschlossen, erst nach der Antwort Roosevelts auf ein ihm gestern übersandtes Telegramm, das ihn ersucht, Deutschland den Krieg zu erklären, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob Deutschland um einen Waffenstillstand ersucht werden soll.

Der Marschall ist der Auffassung, dass der späteste Zeitpunkt für eine Beschlussfassung Sonnabend mittag ist. Der Ministerrat wird morgen am späten Vormittag zusammen-treten, um eine Entscheidung zu treffen. Die Anwesenheit General Weygands ist not-wendig. Der Oberbefehlshaber sollte sich in Bordeaux, 58 rue Saint-Genes, der Wohnung Baudouins, Telefon 868-20, vor 10 Uhr 30 einfinden ³².

Die Verschwörer gingen rasch vor. Wie Louis Marin in seiner Untersuchung über sie aufgezeigt hat³³, erteilte der stellvertretende Ministerpräsident, der Marschall von Frankreich, hinter dem Rücken des Regierungschefs dem Oberbefehlshaber Weisung, seinen Befehlsstand (der an diesem Tag nach Vichy verlegt wurde) zu verlassen, um an der Lösung einer Frage teilzunehmen, die wesentlich Sache der Regierung war, und ihn persönlich aufzusuchen, bevor er in der Kabinettsitzung erschien *.

Am Morgen des 14. Juni, kurz vor seiner Abfahrt von Tours nach Bordeaux, hatte Reynaud, erschöpft vom Kampf gegen seine eigenen Generäle und niedergedrückt wie alle Minister von der Nachricht, dass die Deutschen soeben in Paris einmarschiert waren, seinen letzten Hilferuf an Präsident Roosevelt abgesandt. Er wusste sich nicht mehr zu helfen.

Ich weiss, dass eine Kriegserklärung nicht in Ihren Händen allein liegt. Aber ich muss Ihnen sagen, dass ... falls Sie nicht in den nächsten Tagen Frankreich eine positive Versicherung geben können, dass die Vereinigten Staaten in kurzer Zeit in den Kampf eintreten werden ... Sie Frankreich untergehen sehen werden wie einen Ertrinkenden, nachdem es einen letzten Blick zum Land der Freiheit hinübergesandt hat, von dem es sich die Rettung erhoffte³⁵.

Es konnte keine Rede davon sein, wie Reynaud sehr wohl wusste, dass die Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Zukunft Deutschland den Krieg erklärten. Weder der amerikanische Kongress noch das amerikanische Volk hatten vorerst noch die allergeringste Vorstellung davon, dass der Fall Frankreichs, der durchaus den Zusammenbruch Grossbritanniens nach sich ziehen konnte, eine tödliche Gefahr für den Fortbestand Amerikas in einer Welt darstellte, die den totalitären Mächten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein würde. Erliess der geplagte Ministerpräsident seinen so gefühlsbetonten Hilferuf

* Weygand sagt in seinen Memoiren, ehe er Pétains Ruf beantwortete, habe er «loyalerweise» Reynaud angerufen, ihm von der Mitteilung berichtet und um seine Zustimmung, nach Bordeaux zu fahren, ersucht. Der Ministerpräsident habe ihm gesagt, er sei «bei einer Kabinettsitzung stets willkommen»

nur, damit er in den Akten der Geschichte stand*? Und mehr noch – da er wusste, wie die Antwort einstweilen lauten musste damit er ihm als Vorwand und Entschuldigung dafür diene, dass er selbst den Kampf aufgab?

Paul Reynauds Nervenkräfte waren nahezu erschöpft**, als er am Morgen des 14. Juni zusammen mit den Mitgliedern der Regierung, seiner Geliebten und dem Präsidenten der Republik von Tours nach Bordeaux fuhr. Ihre Wagen gelangten in dem endlosen Strom hilfloser Flüchtlinge, die die Strassen verstopften, nur im Schnecken tempo vorwärts. In Abwesenheit Botschafter Bullitts, der törichterweise beschlossen hatte, in Paris zu bleiben, wo es nichts zu tun gab und von wo aus er seinen beträchtlichen Einfluss auf die französische Regierung nicht mehr geltend machen konnte, amtierte Anthony J. Drexel Biddle als amerikanischer Geschäftsträger, und er sah den Ministerpräsidenten noch kurz vor seiner Abfahrt.

Er traf ihn, wie er nach Washington meldete, «in einem Zustand tiefer Depression und Sorge» an. Es war Biddle klar, wie er pflichtgemäss meldete, dass «beim Ausbleiben irgendwelcher positiver Massnahmen unsererseits während der nächsten 48 Stunden die französische Regierung zur Auffassung gelangen wird, dass ihr kein anderer Weg mehr bleibt als die Kapitulation»³⁸.

* Aussenminister Cordell Hull und Botschafter Bullitt waren dieser Auffassung – sogar schon vorher. Als Bullitt ihm am 18. Mai mitteilte, dass Reynaud beabsichtige, an diesem Abend einen persönlichen Appell an Roosevelt zu richten, er solle den Kongress dazu bewegen, Deutschland den Krieg zu erklären, notierte Hull billigend Bullitts Antwort an L6ger, dass «dies lediglich *for the record* sei – der Aktenkundigkeit diene –, Reynaud wolle eines Tages in der Lage sein zu beweisen, dass er an den Präsidenten der Vereinigten Staaten appelliert und der Präsident seinen Appell zurückgewiesen habe»“.

** Spears, der Reynaud noch spät in der vorangegangenen Nacht sah, sagt, er «sah grauenhaft aus . . . erstarrt und weiss». Der Ministerpräsident hatte kurz Mandels Büro in der Präfektur in Tours aufgesucht, wo der britische General gerade konferierte. Reynaud, der ungewöhnlich schweigsam war, ging bald wieder. «Er war noch keine fünf Minuten gegangen», berichtet Spears, «als Madame de Portes die Tür aufriss. Mandel und ich starrten sie erstaunt an . . . Sie betrachtete uns feindselig und aggressiv . . . Ihr rascher Blick durchsuchte jede Ecke, schoss unter den Tisch, als könne der Ministerpräsident sich dort versteckt haben. Dann trat sie zurück in den dunklen Korridor . . . Als die Tür sich schloss, sagte Mandel: Sie hat am heutigen Tag einen unheilvollen Einfluss ausgeübt”.»

Die Agonie von Bordeaux

Reynauds Sturz

Pétain übernimmt die Regierung

14. bis 16. Juni 1940

Gegen Abend des Freitag, 14. Juni, trafen die verstörten und abgehärmten Mitglieder der französischen Regierung allmählich eines nach dem anderen in Bordeaux ein. Diese grosse Hafenstadt im Südwesten Frankreichs hatte zwar schon 1871, als die Deutschen Paris eroberten, als provisorische Hauptstadt gedient und dann nochmals für kurze Zeit im Herbst 1914, als derselbe Feind Paris beinahe eroberte, aber dessenungeachtet schien sie jetzt allen jenen, die den Kampf fortsetzen wollten, der denkbar schlechteste Ort, an dem die zerrüttete, geplagte Regierung sich mit ihren Ämtern niederlassen konnte. In der Stadt herrschte völliges Chaos; Defätismus und Verzweiflung lasteten schwer auf ihr. Jene, die sich damals an dem schicksalvollen Wochenende in der Junimitte dort befanden, erinnerten sich später, dass man spüren, ja geradezu wittern konnte, wie der Zerfall der Regierung, des Oberkommandos, des Staates einsetzte, wie Fleisch und Knochen der Gesellschaft zu verwesen begannen.

Bordeaux floss über von Flüchtlingen, die Hotels und Restaurants belagerten und nach Unterkunft und Nahrung verlangten. Die Strassen waren versperrt von Tausenden von Wagen, deren geflüchtete Besitzer keine Unterkunft finden konnten und, wenn es Nacht wurde, kurzerhand in ihren am Strassenrand geparkten Autos schliefen. Andere schliefen auf Parkbänken oder auf Stühlen oder auf dem Fussboden der Eingangshallen der belagerten Hotels. Jedermann war gereizt und verlor unversehens die Nerven. Angst breitete sich aus: Angst vor Bombenangriffen, Angst, von den vorrückenden Deutschen eingeholt zu werden, Angst um das Schicksal der Angehörigen, die man in der ungeordneten Flucht zurückgelassen hatte. Für die meisten war hier der Weg zu Ende. Für einige begann er hier. Die Juden, besonders jene, die bereits aus Deutschland und anderen von Hitler eroberten Ländern geflohen waren, jagten verzweifelt nach Pässen und Visa, die ihnen gestatteten, den Klauen der herannahenden deutschen Nazis zu entkommen. Die meisten wurden kurz abgefertigt. Der Antisemitismus, seit dem Fall Dreyfus latent und neu angefacht von der Nazipropaganda und der Irrsinnsvorstellung, dass die Juden Frankreich in den verhängnisvollen Krieg getrieben hätten, nahm in der überbelegten, unruhigen Stadt zu. Léon Blum konnte trotz seiner hervorragenden Stellung in der französischen Politik nicht einmal in einem schäbigen Hotel Unterkunft finden, weil er Jude war und als «Kriegshetzer» galt. Der Deputierte Audeguil nahm ihn schliesslich bei sich auf. Der Militärgouverneur des Bezirks, der Bezirkspräfekt, der Bürgermeister von Bordeaux bemühten sich sämtlich, in der chaotischen Stadt irgendeine Art Ordnung wiederherzustellen, und beschlagnahmten Amtsräume für die obdachlosen Ministerien und Zimmer

für die Minister und ihre Familien und die rund 200 Abgeordneten des Parlaments, die es geschafft hatten, sich nach der provisorischen Hauptstadt durchzuschlagen. Am erfolgreichsten war der Bürgermeister. Er hiess Adrien Marquet, war von Beruf Zahnarzt und Abgeordneter der Deputiertenkammer, in der er die Neosozialistische Gruppe führte; er hatte die Sozialistische Partei 1933 verlassen, war seither immer stärker in den Bann des Faschismus und Nationalsozialismus geraten und hatte sich jetzt jenen angeschlossen, die einen Waffenstillstand verlangten. Er war ein energischer Mann, und er nahm das Problem der Unterkunftsbeschaffung in die Hand, indem er die «Habichte» in die Hotels in der Nähe des Bahnhofs einwies, wo die Bombengefahr am grössten war, und den «Tauben» – die kapitulieren wollten – Unterkunft in besseren Hotels in sichereren Stadtteilen beschaffte. So trieb er für seinen Freund Pierre Laval, dem man anfänglich in einem zweitklassigen Hotel Quartier gegeben hatte, eine Suite im feinsten Hotel der Stadt, dem Splendide, auf, indem er die ehemalige Königin von Portugal aus diesen Räumlichkeiten, ja überhaupt aus dem Hotel hinaussetzte. Gerechterweise muss man allerdings hinzufügen, dass der Bürgermeister im Splendide auch ein Zimmer für die Gräfin de Portes beschaffte. Reynaud war schliesslich noch der Regierungschef. Marquet tat Laval noch einen zweiten Gefallen. Er gab ihm ein Büro neben seinem eigenen im Hotel de Ville, das am nächsten Tag, dem 15. Juni, der Mittelpunkt der Intrigen gegen Reynaud und die Fortsetzung des Krieges und für die Erhebung Pétains an die Spitze werden sollte. Letzteres Ziel beschäftigte, wie wir gesehen haben, schon seit langem Lavals Gedanken.

Laval war überzeugt, dass seine Stunde geschlagen hatte. Erfüllt von Ressentiment darüber, dass man ihn seit 1936 von der Macht femgehalten hatte, und von Hass auf die «Linke» und die Engländer, denen er die Schuld an seiner Ausschaltung gab, hatte er jetzt das Gefühl, dass die Katastrophe, die über Frankreich hereingebrochen war, ihm eine einzigartige persönliche Gelegenheit bot. Am 14. Juni hatte er in seinem Büro in seiner Zeitung *Moniteur* in Clermont-Ferrand mit zahlreichen Politikern, die ihm eventuell helfen konnten, unter ihnen auch Oberst La Rocque, Besprechungen abgehalten. Zu seinem Freund Senator Jacques Bardoux sagte er:

Lasst Reynaud die Schande auf sich nehmen, um eine Kapitulation zu ersuchen. Aber man darf nicht gestatten, dass er die Verhandlungen darüber führt ... Er hat Hitler und Mussolini beschimpft und würde die härtesten Bedingungen erhalten. Ich werde Marschall Pétain ersuchen, er soll es mich machen lassen L

Reynaud traf um 18 Uhr 30 in Bordeaux ein, als die Stadt bereits von Intrigen gegen ihn unter den defätistischen Ministern und Politikern brodelte *. Er wurde in der Dienst-

* Die Gräfin de Portes folgte ihm in einem zweiten, mit ihren Habseligkeiten beladenen Wagen. Sie war nicht die einzige Mätresse, die einen Kabinettsminister begleitete. Mandel hatte die bezaubernde Schauspielerinnen B6atrice Bretty mitgebracht. Die Mätresse eines Staatsmannes interessiert den Historiker nur dann, wenn ihr Einfluss auf ihn und andere die Ereignisse mitbestimmt. Madame de Portes übte im Unterschied zu Madame Bretty einen solchen Einfluss aus – daher ihre Rolle in dieser Schilderung.

wohnung des kommandierenden Generals des 18. Militärbezirks in der rue Vital-Carles untergebracht. Präsident Lebrun erhielt Quartier in der Wohnung des Bezirkspräfekten. Mandel liess sich in der Präfektur nieder. Marschall Pétain zog es vor, in einer Privatwohnung am Boulevard Wilson am anderen Ende der Stadt zu wohnen, hielt aber zu meist Hof im Hotel de Ville, wo Laval und Marquet geschäftig dabei waren, Anhänger für ihn zusammenzutrommeln.

Obwohl völlig erschöpft von der langen Autofahrt durch die Flüchtlingsmassen und den steigenden Druck, der auf ihm lastete, schien der Ministerpräsident noch immer äusserst streitbar und kampflustig. Er erkannte sofort, dass der Defätismus unter seinen Ministern und den 200 Parlamentsabgeordneten überhandgenommen hatte. «Die Intrigen», sagt er, «entwickelten sich bereits.» Er hatte den Eindruck, dass man ihm nachspionierte. Seine Telefone wurden, wie er zwei Tage später erfuhr, von den Militärs abgehört. Trotz seiner Erschöpfung und Entmutigung erkannte er doch völlig klar, als er an diesem Abend die Lage abschätzte, dass die Schlacht um Frankreich unwiederbringlich verloren war. Die zurückgehende Armee war in raschem Zerfall begriffen und nicht mehr imstande, irgendwelchen Widerstand zu leisten. Er war jedoch überzeugt, dass Frankreich im Schutz seiner unversehrten Flotte von seinen nordafrikanischen Besitzungen aus weiter Krieg führen konnte – von Marokko, Tunis und Algerien aus, von denen das letztere verfassungsrechtlich Teil des französischen Mutterlandes war.

Er erörterte die Frage an diesem Abend mit General de Gaulle, der auf seine beste ungebärdige Art versuchte, ihn hochzurappeln. Der junge General und Unterstaatssekretär war sich bereits im Klaren darüber, was getan werden musste und was er selbst tun würde. Er sagte, seiner eigenen Darstellung zufolge, zu Reynaud:

Seit drei Tagen kann ich das Tempo ermassen, in dem wir der Kapitulation entgegenrollen ... Ich weigere mich, einen Waffenstillstand anzunehmen. Wenn Sie hierbleiben, werden Sie von der Niederlage mitgerissen. Man muss so schnell wie möglich nach Algier fahren. Sind Sie dazu entschlossen – ja oder nein?

«Oui!» erwiderte Paul Reynaud.

In diesem Fall, sagte ich, muss ich selber so rasch wie möglich nach London, um die Mitwirkung der Engländer bei unseren Transporten vorzubereiten. Ich gehe morgen. Wo werde ich Sie wiederfinden?

Der Ministerpräsident erwiderte: «Sie finden mich in Algier wieder².»

De Gaulle traf Vorkehrung, um mit dem Auto in die Bretagne und von dort mit einem Zerstörer nach London zu gelangen. Als er kurz vor der Abfahrt an diesem Abend im Hotel Splendide noch ass, sah er Pétain an einem Tisch in der Nähe. «Marschall Pétain», erzählt de Gaulle, «... erwies ich schweigend meinen militärischen Gruss. Er drückte mir wortlos die Hand. Ich sollte ihn nie Wiedersehen, nie³.»

Während er durch die Nacht in die Bretagne fuhr, musste er, wie er sagt, viel über den ruhmreichen alten Krieger nachdenken.

Was für Kräfte trieben ihn und nach welchem verhängnisvollen Ziel? Die ganze Laufbahn dieses ungewöhnlichen Mannes war eine lange Kette von Zurückdrängungen gewesen. Zu stolz für die Intrige, zu stark für die Mittelmässigkeit, zu ehrgeizig, um einfach ein Streber zu sein, nährte er in seiner Vereinsamung eine Leidenschaft, zu herrschen, die durch das Bewusstsein seines eigenen Werts, die erlittene Unbill und die Verachtung, die er andern gegenüber hegte, seit langem unerbittlich geworden war. Der militärische Ruhm hatte ihm einst seine bitteren Freuden beschert. Aber er hatte ihn nicht vollauf befriedigt, weil nur er allein ihm teuer gewesen war. Jetzt auf einmal, da er an der äussersten Schwelle des Alters stand, boten ihm die Ereignisse die lange erwartete Gelegenheit, seine Gaben und seinen Ehrgeiz unbeschränkt zu entfalten – unter einer Bedingung allerdings, nämlich der, dass er die Katastrophe zum Banner seiner Erhöhung machte und sie mit seinem Ruhme verkleidete ⁴.

Gegen Mitternacht, nachdem de Gaulle abgefahren war, empfing Reynaud den britischen Botschafter Sir Ronald Campbell und General Spears, die ihm eine persönliche Botschaft der Ermutigung von Churchill überbrachten, an die freilich eine Warnung angefügt war, Grossbritannien erwarte von Frankreich, dass es sich an sein Gelöbnis halte, keinen Separatfrieden zu schliessen. Spears fand den Ministerpräsidenten «erschöpft, erlahmt ... hilflos, verlassen und unentschlossen» ⁵.

Aber eines wusste Reynaud. Das Wochenende, das jetzt heraufdämmerte, Sonnabend und Sonntag, der 15. und 16. Juni, würde die letzte, grösste Bewährungsprobe bringen – für ihn selbst, für seine Regierung, für sein Land. Auf die eine oder andere Art würde eine endgültige, schicksalvolle Entscheidung getroffen werden müssen. Gegen ihn würden Pétain und Weygand aufmarschieren, die Militärmacht gegen die Zivilmacht. Und die letztere war, wie die Kabinettsitzungen in Cange gezeigt hatten, uneinig und geschwächt. Er war sich nicht mehr sicher, dass seine eigenen Minister oder der Präsident der Republik ihn stützen würden. Und das Parlament, der oberste Schiedsrichter in der Republik, das in dieser Stunde der Ungewissheit ihn vielleicht gestärkt hätte, konnte nicht zusammengerufen werden, da kein Quorum vorhanden war. Im Durcheinander des Debakels war keine ausreichende Anzahl von Abgeordneten nach Bordeaux gelangt, um es beschlussfähig zu machen. Die Kammer und der Senat waren nicht mehr arbeitsfähig.

Bordeaux, Sonnabend, 15. Juni: Reynaud wird angegriffen, überlistet und geschwächt

General Weygand traf nach einer langwierigen sechzehnständigen Eisenbahnfahrt aus Briare am 15. Juni um 14 Uhr 30 in Bordeaux ein und suchte seiner Weisung entsprechend zuerst den Marschall auf. Er traf Pétain im Grandhotel an, wo er mit Admiral Darlan, Bouthillier und Baudouin konferierte. Die beiden letzteren, wiewohl politische

Schützlinge Reynauds, hatten sich inzwischen gegen ihren Wohltäter gewandt und unterstützten mannhaft die beiden Generäle. Zu Beginn dieses Tages wusste niemand, wo Darlan stand. Der Oberbefehlshaber der Flotte, der die Marine als sein privates Lehen betrachtete und keine Einmischung seiner politischen oder militärischen Vorgesetzten duldete, hatte an ebendiesem Morgen den Kammerpräsidenten Herriot getroffen und ihn gefragt⁶: «Ist es wahr, dass diese Scheisskerle Pétain und Weygand einen Waffenstillstand schliessen wollen? Wenn ja, dann ziehe ich mit der Flotte ab*.» Darlan war, wie jedermann erkannte, eine Schlüsselfigur in dieser Situation. Falls er mit der Flotte davondampfte, war es den Generälen unmöglich, einen Waffenstillstand zu erlangen. Hitler hätte kein Interesse daran, ihn zu gewähren. Er hatte Frankreich bereits so gut wie erobert. Aber er brauchte die französische Flotte oder musste sie zumindest neutralisieren, damit die Franzosen sie nicht verwenden konnten, um in Nordafrika Widerstand zu leisten oder die Engländer bei der Abwehr eines Angriffs auf die Britischen Inseln zu unterstützen.

Wie nahezu jedermann in Bordeaux an diesem Sonnabend begann jedoch auch der gesalzene Admiral langsam umzufallen. Um 9 Uhr morgens hatte Reynaud ihn zu sich gerufen und ihn dringend ersucht, allmählich damit anzufangen, Schiffe zusammenzuziehen, um Truppen und Versorgungsvorräte übers Mittelmeer nach Nordafrika zu schaffen. Der Admiral hatte geantwortet, es lasse sich nicht viel bewerkstelligen. Der «ehrgeizige» Plan der Regierung, wie er ihn von de Gaulle erfahren hatte, sagte er, sei «lächerlich». Jetzt, um die Mitte des Nachmittags, steckte er mit ebenjenen zwei «Scheisskerlen», die er Herriot gegenüber am Vormittag angeprangert hatte, im Grandhotel die Köpfe zusammen. Als am nächsten Tag Darlans Standpunkt jedermann deutlich war, meinte Herriot: «Dieser Admiral versteht sich jedenfalls aufs Schwimmen.» Darlans Besprechung mit dem Marschall und dem Generalissimus und ihren beiden Zivilanhängern im Kabinett dauerte nicht lange. Man einigte sich rasch darauf, dass unverzüglich ein Waffenstillstand verlangt werden müsse. Die militärischen Chefs fühlten sich anscheinend ermutigt von Baudouins Behauptung – die nicht stimmte –, Churchill habe zwei Tage zuvor in Tours Reynaud erklärt, er habe «volles Verständnis für die schmerzhaft Notwendigkeit, dass Frankreich um einen Waffenstillstand nachsuche»⁷. Diese Lüge beruhigte anscheinend das Gewissen der beiden alten Soldaten und des Admirals, die sich Frankreichs feierlicher Verpflichtung gegenüber Grossbritannien, keinen Separatfrieden zu schliessen, sehr wohl bewusst waren.

Der Marschall hatte vorher am selben Tag seine Forderung nach einem Waffenstillstand nochmals nachdrücklich wiederholt; er hatte Reynaud aufgesucht und ihm eine dies-

* Am 28. Mai, als die Evakuierung in Dünkirchen eingeleitet wurde und die Möglichkeit eines Waffenstillstandes zum ersten Male auftauchte, hatte Admiral Darlan einen streng geheimen Befehl an seinen Stabschef Admiral Le Luc gesandt, der ihn anwies, was er zu tun habe, falls ein Waffenstillstand mit Deutschland die Übergabe der Flotte verlangte.

«Ich beabsichtige nicht, diesen Befehl auszuführen», hatte er erklärt. Er wies Le Luc an, Befehle aufzusetzen, die der Flotte in einem solchen Fall Order gaben, britische Häfen anzulaufen, und er hatte das Wort *britisch* unterstrichen. In dieser Mitteilung hatte Darlan bestimmt, dass keinen Befehlen bezüglich der Flotte Folge geleistet werden dürfe, ausser sie trugen die Unterschrift «Xavier-François*», die er im Notfall als die seine verwenden würde. Das waren zwei seiner zahlreichen Vornamen.

bezügliche Erklärung verlesen. Er wiederholte auch seine Opposition gegen eine Verlegung der Regierung nach Nordafrika. Er erklärte abermals, falls die Regierung dies täte, würde er sie nicht begleiten. Reynaud hörte ihm wortlos zu. Es gab zwischen dem Ministerpräsidenten und dem ruhmreichen Krieger keinen gemeinsamen Boden mehr. Pétain ging schweigend fort.

Die wirkliche Kraftprobe dieses entscheidenden Wochenendes in Bordeaux fand jedoch zwischen dem Regierungschef und dem Chef der Kampftruppe statt. Das ergab sich folgerichtig nicht nur aufgrund ihrer beider Stellung in einem Konflikt, der im wesentlichen eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Zivil- und Militärbehörde war, sondern auch wegen ihrer unvereinbaren Temperamente. Der erste Krach begann kurz vor der für 16 Uhr einberufenen Kabinettsitzung, als sich Weygand nach seinem Besuch bei Pétain zu Reynaud begab. Diese beiden erbitterten Gegner hatten etwas von Kampfhähnen an sich, beide waren sie klein, adrett und keck wie die Hähnchen und gingen auch sogleich aufeinander los, wobei der hitzige kleine General in charakteristisch heftiger Stimmung den Angriff eröffnete. Sie sprachen, wie Weygand später sagte, nicht mehr die gleiche Sprache. Und die hochfahrende Anmassung des Generalissimus, die unverhüllte Verachtung, die er in der Tiefe seines royalistischen Herzens für die Republik und ihre Politiker hegte, riss die Kluft zwischen den beiden Widersachern noch weiter auf.

Bei der Auseinandersetzung zwischen den beiden handelte es sich nicht darum, ob die Armee in Frankreich erledigt sei. Sie waren sich darin einig, dass sie es war und dass man jetzt den Konsequenzen ins Auge blicken musste. Was sie voneinander trennte und was in der Tat auch das Kabinett selbst und die Regierung und das Oberkommando spaltete, war etwas anderes – etwas Einfaches, aber Grundlegendes. Es trat jetzt, als die beiden Männer aufeinander losgingen, zutage.

«Ich habe meinen Entschluss gefasst», sagte Reynaud, «Sie müssen um Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen, wie es der Oberbefehlshaber der niederländischen Armee getan hat.» Er erinnerte daran, dass dies es Königin Wilhelmine und ihrer Regierung ermöglicht hatte, nach London zu gehen, sich den Deutschen zu entziehen und den Krieg auf der Seite der Alliierten fortzusetzen. Was ihn betreffe, sagte Reynaud, so verlege er die Regierung nach Nordafrika, und es sei Weygands Sache, den Zeitpunkt für die Waffenruhe festzusetzen, wobei er sich zu bemühen habe, so lange wie möglich auszuhalten, damit die grösstmögliche Anzahl von Truppen den Deutschen entwischen und über das Mittelmeer auf die neue Operationsbasis transportiert werden könne.

«Die Regierung», erklärte Weygand wütend, «kann Frankreich nicht verlassen.»

«Aber was ist denn Algerien, wenn nicht drei französische Départements?»

«Das ist nicht das gleiche», versetzte Weygand.

Der Ministerpräsident kam wieder auf die Waffenruhe zu sprechen und bestand darauf, dass es Sache des Heereschefs sei, um sie zu ersuchen.

«Niemals!» tobte Weygand. «Niemals werde ich der Fahne der französischen Armee eine solche Schande zufügen.» Es würde seine Soldaten entehren, erklärte er. Er werde niemals eine solche Verantwortung auf sich nehmen.

«Wenn es das ist, was Sie davon abhält», erwiderte Reynaud nach seiner eigenen Aussage, «dann werde ich die gesamte Verantwortung auf mich nehmen. Ich werde Ihnen einen schriftlichen Befehl erteilen.»

Der Generalissimus liess keinen Zweifel daran, dass er einem solchen Befehl nicht gehorchen werde. Er war ausserdem, glühender Royalist, der er war, empört allein schon von dem Gedanken, dass Reynaud die Königin der Niederlande und die niederländische Monarchie mit dem französischen Ministerpräsidenten und der Republik verglich. In seiner eigenen Darstellung im Riom-Prozess, die er, wie schon gesagt, in der dritten Person gab, die für gewöhnlich nur von Monarchen verwendet wird, sagte er:

General Weygand antwortete, dass zwischen einem Monarchen und einem Ministerpräsidenten keine Ähnlichkeit bestehe. Ersterer könne mit Recht für sich in Anspruch nehmen, dass er das Land repräsentiere, über das seine Dynastie vom Vater zum Sohn geherrscht habe. Welche Ähnlichkeit bestehe zwischen dem Monarchen und einem Ministerpräsidenten, wenn die Dritte Republik in den siebzig Jahren ihres Bestehens ihrer schon mehr als hundert zähle? Sobald der Regierungschef Frankreich verlässt, wird er schnell vergessen sein, und ein anderer tritt an seine Stelle⁸.

Weygands trotzige Herausforderung der rechtmässigen Regierung und seine Verachtung für die französische Republik, der er als Soldat den Treueid geleistet hatte, trat damit wieder klar zutage. Gleich einer wachsenden Anzahl führender französischer Persönlichkeiten an diesem Wochenende in Bordeaux scheint der Chef des Heeres auf den Gedanken verfallen zu sein, dass aus dem militärischen Debakel vielleicht doch noch etwas Gutes herauszuholen sei. Das Debakel würde die verachtete Republik zum Einsturz bringen. Reynaud erklärt, er habe nach dieser stürmischen Auseinandersetzung beschlossen, auf ebenjener Kabinettsitzung, in die die beiden Männer jetzt eintraten, den Generalissimus fristlos zu entlassen. Doch gleich anderen Entschlüssen dieses von guten Absichten be-seelten, aber stetig schwächer werdenden Ministerpräsidenten während dieser qualvollen Tage, die ihn unaufhaltsam zermürbten, wurde auch dieser Entschluss, wenn nicht überhaupt vergessen, so doch nicht ausgeführt.

Stattdessen versuchte der Ministerpräsident, sobald die Sitzung um 16 Uhr in der Präfektur unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik begonnen hatte, noch einmal, Weygand dazu zu bewegen, sich mit einer Einstellung der Feindseligkeiten einverstanden zu erklären. Vorerst allerdings hörte sich das Kabinett den Bericht des Generalissimus über die militärische Lage an. Sie war noch verzweifelter als bei seinem letzten Lagebericht. Die Mitte der Front war völlig zerrissen. Im Osten war die sechste Armee aufgespalten. Noch weiter östlich stand den drei Armeen der Maginotlinie, deren Rückzug General Weygand bis zum 12. Juni aufgehalten hatte, die Einkesselung bevor. General Georges hatte um 9 Uhr 30 Weygand ein Telegramm geschickt, das der Generalissimus jetzt dem Kabinett vorlas: «Die Zerstückelung unserer Armeen ist jetzt eine vollendete Tatsache.»

Nach Absendung dieses Telegramms war Georges in Briare, das das Oberkommando angesichts des herannahenden Feindes an diesem Abend zu räumen beabsichtigte, mit einer Anzahl seiner Heeresgruppen- und Armeekommandeure zu einer Besprechung zusammengetreten. Dem Stabschef General Roton zufolge herrschte die «einstimmige Auffassung, dass die Feindseligkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingestellt werden müssen». General Besson, der Kommandeur der Heeresgruppe 3, bestand darauf. «Wann werden sie sich endlich entschliessen», rief er, «dieser Schlächterei ein Ende zu machen!» Und General Georges erklärte in seiner Aussage über diesen Tag im Pétain-Prozess: «Ich gelangte in diesem Augenblick nach bestem Gewissen zu der Schlussfolgerung, dass es unmöglich war, den Kampf fortzusetzen, dass unsere in Fetzen gerissenen Armeen nicht mehr fähig waren, dem Feind einen Kampf zu liefern⁹.» Die militärischen Befehlshaber an der Front waren also ebenso wie General Georges, dem die tatsächlichen Operationen noch unterstanden, ihrem eigenen Eingeständnis zufolge «einstimmig» der Auffassung, dass die französische Armee den Kampf aufgeben müsse. Ihre Schlussfolgerungen wurden an General Lafont, den Kommandeur des 18. Militärbezirks in Bordeaux, telegraphiert, damit er sie an Weygand weiterleite. Reynaud erinnerte sich später, dass General Lafont darum ersuchte, auf der Kabinettsitzung gehört zu werden, auf der er dann seine Mitteilung «in absichtlich angenommenem melodramatischem Ton» vorbrachte. Dies bewog Weygand, abermals einen sofortigen Waffenstillstand zu verlangen. «Man fragt mich bereits, ob ich denn ein Idiot sei, dass ich noch weiterkämpfe», erklärte er mit seiner, wie der Ministerpräsident fand, «gewohnten Übertreibungssucht».

Nachdem Weygand seinen Lagebericht gegeben und seine Forderung wiederholt hatte, verliess er auf Lebruns Ersuchen das Sitzungszimmer und hielt sich in einem benachbarten Raum zur Verfügung. Nach den Erlebnissen in Cange war Lebrun mit Reynaud einer Meinung, dass man dem Heereschef nicht mehr gestatten könne, die Kabinettsitzungen zu sprengen. Der Präsident der Republik war zwar ein furchtsamer Mann, aber er hatte den aufsässigen Generalissimus gründlich satt.

Sobald Weygand ausser Seh- und Hörweite war, versuchte Reynaud, das Kabinett auf seine Seite zu bringen. Komme, was wolle, erklärte er, Frankreich müsse im Krieg bleiben. An dieser Stelle unternahm Chautemps seinen ersten, aber nicht seinen wichtigsten Vorstoss in der Debatte. Er malte, wie Reynaud sagte, ein düsteres Bild vom Elend der geschlagenen Soldaten und der Millionen hilfloser Flüchtlinge auf den verstopften Strassen und appellierte an die menschlichen Gefühle seiner Kollegen. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies lediglich ein «Vorwärmer» für sein zweites Eingreifen war, das sich als entscheidend erweisen sollte. Reynaud erwiderte ihm, es sei humaner, eine Einstellung der Feindseligkeiten zu befehlen, wozu er Weygand gedrängt habe, als in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Eine Waffenruhe, erklärte er, würde eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen bewirken und viel Blutvergiessen und Leiden ersparen. Der Abschluss eines Waffenstillstandes hingegen würde mindestens vier Tage in Anspruch nehmen, während in dieser Zeit das Gemetzel weiterginge. Das Kabinett schien der gleichen Meinung zu sein – ebenfalls ausnahmsweise auch einmal Pétain. «Der

Marschall schien überzeugt», erinnerte sich Lebrun später. Reynaud ergriff die Gelegenheit beim Schopf und bat den Marschall, hinauszugehen, mit Weygand zu sprechen und ihn davon zu überzeugen, dass eine Einstellung der Feindseligkeiten nicht nur die Schlächtereie beenden, sondern auch die Armee nicht entehren werde. Pétain erklärte sich bereit und verliess das Sitzungszimmer. Als er fünfzehn Minuten später zurückkehrte, teilte er mit, es sei ihm nicht gelungen, Weygand zu einer Sinnesänderung zu bewegen. Hatte er es wirklich versucht? Die Antwort auf diese Frage werden wir gewiss nie erfahren*.

Aber die Antwort auf die wichtigere Frage war klar. Der Oberbefehlshaber weigerte sich, um eine Einstellung der Feindseligkeiten zu ersuchen oder die Armeen dem Feind zu übergeben. Nicht einmal der verehrungswürdige Marschall hatte ihn umstimmen können. Sein Misserfolg überzeugte Reynaud, dass Weygand seines Postens enthoben werden musste. «Dieser Entschluss beinhaltete», argumentiert er nicht gerade logisch, «dass die Frage eines Waffenstillstandes erwogen werden musste.» Dies und die Konsequenz daraus, dass nämlich, wenn nicht um Waffenstillstand gebeten wurde, die Regierung nach Nordafrika ging, um den Krieg fortzusetzen. «Ich legte die Frage jetzt unumwunden dem Kabinett vor», schreibt Reynaud. In diesem Augenblick griff Camille Chautemps zum zweitenmal in die Debatte ein und schwenkte die Regierung mit einem typischen Täuschungsmanöver – man kann sich nur wundern, dass die Kabinettsmitglieder es nicht sofort durchschauten – rasch und in verhängnisvoller Weise auf den Weg zur Kapitulation herum. Bis zu diesem Augenblick, sagt Louis Marin, der anwesend war, «befanden sich die Anhänger der Forderung nach Waffenstillstand in einer winzigen Minderheit. Dann erfolgte das Unternehmen Chautemps.»

Der Chautemps-Vorschlag

Einen «coup de théâtre» nannten die meisten Kabinettsmitglieder es nachher. Chautemps, gleich Pétain stellvertretender Ministerpräsident und in der Radikalen Partei noch immer ein Mann von Einfluss, war ein geborener Kompromissler und genoss einen solchen Ruf scharfsinniger Gewandtheit – wenn man es so nennen soll –, dass wenige Leute, sogar in seiner eigenen Partei, wussten, wo er jeweils stand. Reynaud und seine Kollegen kannten ihn gut. Aber eins wussten sie nicht – dass er nämlich hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten schon vor Wochen insgeheim zu Pétain übergelaufen war. Baudouin wusste es. Er hatte es, wie wir gesehen haben, in seinem Tagebuch notiert. Aber er hatte es seinem Chef nicht gesagt.

* Während seiner Aussage im Pétain-Prozess schwor Weygand zuerst, diese angebliche Besprechung habe «in Wahrheit überhaupt nicht stattgefunden». Aber dann kam ihm der Marschall selbst in die Quere. Er brach sein Schweigen, das er während des grössten Teils der Verhandlung bewahrt hatte, und griff ein.

PÉTAIN: Ich möchte dem General eine Frage stellen. Als ich hinaustrat, um mit ihm zu sprechen, war ich da mit ihm bezüglich der Waffenruhe einer Meinung? Wir erörterten die Frage vielleicht, aber ich bin nicht sicher, dass ich mit ihm bezüglich der Waffenruhe übereinstimme.

WEYGAND: Ich kann mich nicht erinnern, mit dem Marschall ein Gespräch über dieses Thema geführt zu haben, aber ich kann mich irren . . . Selbst wenn der Marschall mich ersucht hätte, der Kapitulation zuzustimmen, hätte ich sie nicht akzeptiert*.*.

Was Chautemps jetzt auf seine beredteste Art vorschlug, war folgendes: Um die Fortsetzung des Krieges von Nordafrika aus vor dem französischen Volk zu rechtfertigen, nach dessen Auffassung die Regierung es in unverantwortlicher Weise in der Stunde grösster nationaler Not im Stich lassen würde, solle Frankreich Deutschland nicht um einen Waffenstillstand, sondern um die *Bedingungen* eines Waffenstillstandes ersuchen *. Seiner eigenen Darstellung zufolge erklärte er:

Falls die Bedingungen entgegen unseren Erwartungen gemässigt scheinen, werden unsere britischen Freunde zweifellos einverstanden sein, dass wir sie prüfen.

Falls jedoch andererseits die Bedingungen, wie Sie und ich erwarten, katastrophal und unehrenhaft sind, dann, hoffe ich, wird der Marschall, von seinen Illusionen geheilt, mit uns der Auffassung sein, dass wir den Krieg fortsetzen müssen ... lind wenn das französische Volk erfährt, dass ein ehrenhafter Frieden unmöglich ist, wird es zu den höchsten Opfern bereit sein, die wir von ihm werden fordern müssen.

Das war ein Trick. Reynaud wies sofort darauf hin, dass es genau das gleiche war, ob man um die Bedingungen eines Waffenstillstandes oder um den Waffenstillstand selbst ersuchte. War man einmal in Unterredungen über die Einstellung der Kampfhandlungen eingetreten, gab es kein Zurück mehr. Allein schon die Bekanntgabe, dass man um die Bedingungen gebeten habe, so erklärte Reynaud, würde den letzten Rest von Widerstandsgeist bei den zurückgehenden Truppen und dem verwirrten Volk zerbrechen. Sie würde die Möglichkeit vernichten, Truppen und Regierung in die afrikanischen Kolonien zu verlegen. Welcher Soldat an der Front würde Gefahr laufen wollen, bei den weiteren Kämpfen sein Leben zu verlieren, wenn er erführe, dass seine Regierung nach den Bedingungen für die Einstellung des Kampfes gefragt habe?

Chautemps' Vorschlag war ein Trick. Aber er funktionierte**. Reynaud spürte sofort, dass die Mehrheit der Kabinettsmitglieder, von der er zu Recht angenommen hatte, sie lehnte mit ihm das Ersuchen um Waffenstillstand ab, in diesem Augenblick auf den Chautemps-Vorschlag eingeschwenkt war. Frossard, der Minister für öffentliche Arbeiten, der seine politische Laufbahn als Kommunist begonnen hatte, dann Sozialist geworden war und seit einiger Zeit weiter nach rechts abtrieb, unterstützte Chautemps aufs wärmste. Der Marschall nickte zustimmend. Reynaud griff nach einem Blatt Papier und notierte seinen Eindruck der Gruppierung: dreizehn Minister für den Chautemps-Vorschlag, sechs dagegen. Er schob den Zettel über den Tisch zu Lebrun hinüber. «Dann wandte ich mich an ihn», berichtet Reynaud, «und sagte ihm, dass ich unter diesen Umständen zurückträte.»

Der leicht erregbare Präsident der Republik sprang auf. «Wenn Sie gehen, dann gehe ich

* In seiner eigenen Version dessen, was er vorschlug, sagt Chautemps, er sei dafür eingetreten, dass man um die «eventuellen Bedingungen für einen Frieden» ersuche“.

** «Die Wahrheit ist», sagt Reynaud, «dass Chautemps versuchte, mich zu täuschen. Ich bin genötigt zuzugeben, dass es ihm gelang . . . Während wir glaubten, wir müssten uns nur gegen seine Schwäche abschirmen, hätten wir vor seiner Falschheit auf der Hut sein sollen ... Ich erfuhr erst später, dass der Mann bereits ins Lager Pétains übergegangen war“.»

auch!» rief er. Reynaud zufolge wurde der für gewöhnlich zaghafte Lebrun «geradezu heftig und schlug mit den Händen auf den Tisch», und vor dem Pétain-Gerichtshof gab das Staatsoberhaupt später zu, er sei «vielleicht ein wenig impulsiv gewesen, denn wenn andere auch gehen konnten, ich konnte es nicht». Immerhin, sagt Reynaud, bestand der Präsident darauf, dass er der Einstellung der Mehrheit im Kabinett «nachgebe» und als ersten Schritt Grossbritannien ersuche, sich damit einverstanden zu erklären, dass Frankreich um die Bedingungen für einen Waffenstillstand nachsuche.

Ich ging dann (schreibt Reynaud) einige Sekunden lang mit mir selbst zu Rate, und sie waren die schwersten meines öffentlichen Lebens ... Wenn ich zurücktrat, spielte ich nur Chautemps in die Hände. Mein Nachfolger würde Pétain und seinen Parteigängern den Weg zu einem Waffenstillstand öffnen ...

Ich erklärte mich folglich einverstanden, die Forderung (an die Engländer) weiterzuleiten, aber unter der Bedingung, dass ich ausdrücklich darauf hinwies, sie komme von der Mehrheit des Kabinetts¹³.

Dies erwies sich als ein verhängnisvoller Kompromiss, der am nächsten Tag genau die Ereignisse heraufbeschwor, die Reynaud hatte vermeiden wollen. Reynaud behauptet, er sei sicher gewesen, die britische Regierung werde es ablehnen, zu einem französischen Ersuchen um deutsche Bedingungen ihre Zustimmung zu geben, und er werde sich folglich in starker Stellung befinden, um den Krieg fortzusetzen.

Wenngleich er nach aussen hin noch immer voller Kampfgeist schien, war er im Innern doch nahezu am Ende. Er war im Begriff, den Kampf mit den Militärs zu verlieren, die jetzt offen von Chautemps und einer wachsenden Anzahl von Kabinettsministern unterstützt wurden, die aus dem Krieg herauswollten. Sie waren nicht die einzigen, die gegen ihn arbeiteten. Seine eigene unmittelbare Umgebung, Baudouin, Bouthillier und die Gräfin de Portes – die Gräfin ganz besonders –, bearbeitete ihn. Wie H. Freeman Matthews, der Erste Sekretär der amerikanischen Botschaft und der fähigste und erfahrenste amerikanische Diplomat auf dem Schauplatz der Ereignisse, es später ausdrückte, «hing Madame de Portes an den Rocksössen des Ministerpräsidenten und bettelte, er solle einen Waffenstillstand akzeptieren». Die gefürchtete Dame erschien sogar in Matthews' Büro in Bordeaux, vergoss Ströme von Tränen und verlangte in einem hysterischen Anfall, er solle Reynaud unter Druck setzen, damit er aufgäbe. Wer von uns «Doc» Matthews gekannt hat, der im öffentlichen Leben ein ausgesprochen trockener und prosaischer Mann war, wird sich kaum einen Diplomaten vorstellen können, der sich mit geringerer Wahrscheinlichkeit von einer Frau, die sich an seiner Schulter ausweinte, rühren liess. Aber die Gräfin versuchte es immerhin. In einem vertraulichen Memorandum, das dieses entscheidende Wochenende in Bordeaux schildert*, schrieb Matthews über Madame de Portes:

* Und das er dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung stellte, nachdem das amerikanische Aussenministerium die Geheimhaltung aufgehoben hatte.

Ich glaube, man sollte ihre Rolle bei der Ermutigung der defätistischen Elemente während Reynauds letzten kritischen Tagen als Ministerpräsident nicht unterschätzen. Sie verbrachte eine Stunde weinend in unserem Büro, um uns zu veranlassen, Reynaud zum Ersuchen um einen Waffenstillstand zu drängen. Sie wusste, dass alle unsere Bemühungen in die entgegengesetzte Richtung gingen, aber sie befand sich in einem solchen Zustand der Panik, dass sie nichts unversucht liess, um Reynaud dazu zu bringen, zu kapitulieren. Mr. Biddle und ich sprachen Reynaud während seiner letzten Tage als Ministerpräsident mindestens viermal am Tag, und jedesmal kam Helene de Portes entweder aus seinem Büro oder ging gerade hinein, und ich glaube, dass er allmählich die Nerven verlor, war zum grossen Teil ihrem Einfluss auf ihn zuzuschreiben.

Auch Laval war am Werk, um Reynaud zu untergraben und sein altes Ziel zu erreichen, nämlich Pétain zum Ministerpräsidenten zu machen, einen Waffenstillstand zu erlangen und die Regierung zu verhindern, nach Nordafrika zu gehen. Von seinem Büro im Rathaus aus unternahm er während der ersten zwei Tage behutsame erste Schritte, holte Politiker des rechten Flügels zusammen und pflegte den Umgang mit Raphael Alibert, dem Hauptberater des alten Marschalls, der ein noch fanatischerer Royalist war als Weygand. Alibert, dessen enger, pedantischer Verstand noch in das Zeitalter Ludwigs xiv. gehörte, wollte nicht nur die Regierung Reynaud stürzen, sondern das republikanische Regime überhaupt. Laval hegte denselben Ehrgeiz, aber er wollte sein Blatt nicht zu früh aufdecken. Aus diesem Grund vermied er es, Pétain direkt aufzusuchen, und arbeitete indirekt durch Alibert und andere. Wie Admiral Darlan gegenüber Baudouin nach der Kabinettsitzung am Sonnabend bemerkte, wurde Laval «sehr aktiv. Er schickt einen Abgesandten nach dem anderen zum Marschall¹⁴.»

Auch Anatole de Monzie, der noch immer grollte, weil Reynaud ihn zehn Tage zuvor aus der Regierung hinausgesetzt hatte, wollte unbedingt dabei sein. Seine Tagebucheintragung vom 15. Juni in Bordeaux berichtet, dass er bis «nach Mitternacht» mit dem spanischen Botschafter Jose Felix de Lecquerica in dessen Büro zusammensass, um «die Verfahrensweise für einen Waffenstillstand auszuarbeiten»¹⁵.

Über das Ausmass der Intrigen der Politiker gegen ihn war Reynaud noch weitgehend in Unkenntnis. Pétain und Weygand und die unter ihrem Einfluss stehenden Militärs waren vorerst noch seine mächtigsten Gegner an diesem Wochenende in Bordeaux. Darüber war sich der Ministerpräsident vollauf im Klaren *. Das wurde ihm noch besonders deutlich, als er die Kabinettsitzung verliess, zufällig auf den Generalissimus stiess und sich eine noch heftigere Auseinandersetzung als die kurz vor der Sitzung ergab. Es war jetzt 20 Uhr am Sonnabend, dem 15. Juni, und Weygand hatte mehr als zwei Stunden lang ungeduldig draussen vor dem Sitzungszimmer, aus dem er ausgeschlossen war, gewartet. Die lange Wartezeit hatte seine Stimmung nicht verbessert, und was Reynaud ihm jetzt sagte, liess ihn neuerlich explodieren.

* «Ich war mir durchaus bewusst», sagt Reynaud in seiner Schilderung der Ereignisse dieses Tages, «dass der Konflikt zwischen Weygand und mir bis zum Schluss unergiebig sein werde ».

«Die Minister», teilte ihm der Ministerpräsident mit, «sind für eine Kapitulation des Heeres und der Meinung, dass es Sache des Generalissimus sei, die Deutschen darum zu ersuchen.» Weygand behauptet, Reynaud habe eine «Andeutung» hinzugefügt, dass der Chef des Heeres dem bereits zugestimmt habe *. Der hitzige alte General gibt zu, dass er explodierte. Er gesteht auch, dass er mit absichtlich lauter Stimme sprach, damit mehrere Offiziere und Beamte, die sich im Zimmer befanden, Zeugen seiner Worte wurden. «Das Schweigen der Leute um uns herum», sagt er, «verlieh meinen Worten mehr Resonanz.» Andere Zeugen erklären, er habe laut geschrien, er werde niemals zur Kapitulation seiner Armeen seine Zustimmung geben. Er selbst berichtet in seinen Memoiren:

Reynaud ersuchte mich, ich solle mich beruhigen. Diese Worte verschärften meine Empörung noch. Ganz gewiss nicht, erklärte ich. Ich würde mich nicht beruhigen, und ich würde auch meinen Mund nicht halten. Möge man mich entlassen, aber eine solche Infamie würde ich niemals auf mich nehmen. Niemals würde ich unserer Fahne eine solche Schande zufügen ... Die Einstellung der Feindseligkeiten war ebenso wie der Eintritt in den Krieg Sache der Regierung. Solle sie ihre Verantwortung auf sich nehmen. Reynaud ging weg und sagte, er werde sie auf sich nehmen.

Der General kochte noch immer. «Man konnte», sagte er, «die Sache nicht auf sich beruhen lassen.» Weygand marschierte folglich ins Kabinettszimmer, um seine Ansichten vor Präsident Lebrun zu wiederholen, der sie ebenso wie Reynaud bereits kannte und aus verfassungsmässigen Gründen es ablehnte, ihn anzuhören – ausser in Anwesenheit des Ministerpräsidenten. Reynaud wurde geholt, und der tobende Generalissimus ging jetzt gegen beide los. Lebrun versuchte, wie schon Reynaud vor ihm versucht hatte, den hysterischen Oberbefehlshaber zu beruhigen. Weygand selbst berichtet:

Der Präsident der Republik machte mir Vorwürfe wegen meiner Lebhaftigkeit und versuchte, mich zum Schweigen zu bringen, aber ich erinnerte ihn daran, dass ich seinerzeit 1933 als Befehlshaber des Heeres wegen gewisser Massnahmen, die gegen meinen Rat und gegen das Interesse der Nationalverteidigung ergriffen worden waren, an ihn als den Obersten Chef der bewaffneten Streitkräfte der Nation appelliert hatte. Er hatte sich damals geweigert, auf mich zu hören.

«Das waren Fragen von untergeordneter Bedeutung», antwortete Lebrun kühl.

Von untergeordneter Bedeutung! Weygand geriet wieder ausser sich. Obwohl man annehmen sollte, dass den Oberbefehlshaber in diesem Augenblick des Zusammenbruchs seiner Heere wichtigere Dinge beschäftigten, ging er jetzt daran, den erstaunten Präsidenten lang und breit daran zu erinnern, wie die republikanischen Regierungen vor

* Reynaud bestreitet dies. Er schreibt: «Er hatte schon einige Stunden zuvor über die Einstellung der Feindseligkeiten klar seine Meinung gesagt und sie kategorisch abgelehnt.» Aber der Ministerpräsident war nicht ganz ehrlich, wenn er sagte, das Kabinett sei für eine Einstellung der Feindseligkeiten. Die Kabinettsmitglieder hatten darüber keine Meinung abgegeben.

sieben Jahren dem Heer die für die Aufrüstung benötigten Kredite verweigert hätten und sogar einmal soweit gegangen wären, «auf irreguläre Weise 5'000 Offiziere auszuscheiden». Die stürmische Unterredung endete, wie Weygand selbst berichtet, schliesslich mit «meiner neuerlichen Versicherung, dass niemand mich dazu bringen könne, eine ehrlose Tat auszuführen. Ich würde mich weigern, es zu tun.» Seine Renitenz gegen die Regierung, seine Weigerung, ihr zu gehorchen, wurden damit den beiden höchsten Obrigkeiten der Republik nochmals jenseits allen Zweifels vor Augen geführt.

In seinen Memoiren schliesst Weygand mit der Bemerkung, es sei eine «peinliche Szene» gewesen, scheint aber nicht zu begreifen, dass er selbst es war, der die Szene provozierte und sie so peinlich machte. Falls der Präsident der Republik oder der Ministerpräsident gedachte, den überreizten General, der mit seinem Ungehorsam prahlte, seines Kommandos zu entheben – Reynaud hatte gesagt, dass er es an ebendiesem Tag tun werde –, dann wäre jetzt, wie man denken sollte, der richtige Augenblick dafür gewesen. Aber sie wiesen ihn nicht einmal aus dem Zimmer. Weygand zog aufgebracht und beleidigt ab. Nachdem er noch Pétain in seiner Privatwohnung aufgesucht hatte, um dem Marschall die Geschichte seines Zusammenstosses mit dem Regierungschef und dem Staatsoberhaupt zu hinterbringen – «Ich wollte ihn bezüglich dieses Zwischenfalls informieren» –, bestieg er um 21 Uhr seinen Sonderzug und reiste gemächlich durch die Nacht in sein neues Hauptquartier in Vichy, um den Befehl über die demoralisierten und zurückgehenden (wenn nicht gar eingekesselten) Armeen wiederaufzunehmen¹⁷.

Indem General Weygand sich aufs heftigste weigerte, seinen Truppen in Frankreich den Befehl zur Einstellung der Kampfhandlungen zu geben in just dem Augenblick, in dem er einen Waffenstillstand verlangte, der das gleiche Ergebnis gezeigt hätte, glaubte er zweifellos aufrichtig, die Ehre der französischen Armee hochzuhalten. Vielen anderen ist es schwerkgefallen, diesen Unterschied zu würdigen. General Georges stützte in seiner Nachkriegsaussage nachdrücklich Weygands Auffassung. General Gamelin tat es nicht. Und Reynaud erklärte, er könne nicht verstehen, warum die Kapitulation eines Heeres auf Befehl seines Oberbefehlshabers irgendwie schlimmer sein sollte als die Kapitulation aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen.

Es trifft zu, dass kein Wort der französischen Sprache so viel Schmach und Schande ausdrückt wie Kapitulation «*en rase Campagne*» – auf offenem Schlachtfeld. General Georges äusserte sich hierüber, als der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ihn befragte:

Die Kapitulation en rase Campagne ist für den Befehlshaber einer Armee ehrenrührig. Unsere Gesetze verbieten sie ... Artikel 234 der Militärgerichtsordnung bestraft sie mit dem Tod und militärischer Degradierung. Sie steht im Widerspruch zu sämtlichen Traditionen unserer Armee.*

* Artikel 234 lautet: «Jeder General, jeder Kommandeur von Heerestruppen, der *en rase Campagne* kapituliert, wird mit dem Tode und militärischer Degradation bestraft, wenn die Kapitulation zur Folge hat, dass seine Truppen die Waffen niederlegen, oder wenn er, ehe er mündlich oder schriftlich in Verhandlungen eintritt, nicht alles getan hat, was Pflicht und Ehre vorschreiben.» Das zweite «wenn» gestattet somit einen Ausweg «mit Ehre». In einem Brief an

Er erinnerte an das Beispiel des Marschalls Bazaine, der 1870 mit seiner Armee in Metz vor den Preussen kapitulierte und von einem Kriegsgericht dafür zum Tode verurteilt wurde*. «Ich gehöre der Generation an», sagte er, «die im Schatten des Krieges von 1870 aufwuchs, und ich habe mich stets an Bazaine und die Kapitulation von Metz erinnert. Das hat sich uns allen tief eingeprägt¹⁸.»

Und doch war es General Georges, der am 22. Juni mit General Weygands Billigung den stellvertretenden Kommandeur der Heeresgruppe 2, General Conde, zur Kapitulation von drei französischen Armeen (der zweiten, dritten und fünften) ermächtigte, insgesamt 400'000 Mann, die hinter der Maginotlinie eingeschlossen waren¹⁹. Weygand vermerkt, dass diese drei Armeen um 14 Uhr die Waffen niederlegten, betrachtet es aber nicht als «Infamie» oder als Verletzung von Artikel 234. Er zitiert seine eigenen telefonischen Weisungen an General Georges, um die dieser ersucht hatte, nämlich:

Wenn diese Truppen alle Mittel, zu leben und zu kämpfen, erschöpft haben, sollen sie um Beendigung der Kampfhandlungen mit militärischen Ehren, die sie weitgehend verdient haben, ersuchen²⁰.

Diese drei angeschlagenen und eingeschlossenen französischen Armeen waren verloren. Tatsache ist jedoch, dass sie (nach meiner Meinung, klugerweise) nicht warteten, bis alle ihre Mittel «zu leben und zu kämpfen» erschöpft waren, wie Weygand es verordnet hatte. Sie kapitulierten in Wahrheit acht Stunden vor der formellen Ermächtigung durch den Generalissimus – und zwar auf Georges' Weisung hin. Sie kapitulierten *en rase Campagne*, genauso, wie Marschall Bazaines Truppen in Metz es 1870 getan hatten. Einige versprengte Einheiten in der Maginotlinie weigerten sich, ihren Kommandeuren zu gehorchen, und kämpften weiter. Eine Woche später erhielten sie von General Huntziger summarischen Befehl, die weiße Flagge zu hissen. «Diese Kapitulation befestigter Plätze, die nicht erobert worden waren», bemerkt Oberst Lyet²¹ hierzu, «*lief aller militärischen Tradition zuwider* **.» Er nimmt offenbar Weygand buchstäblich beim Wort. Doch andere französische Offiziere sind anderer Meinung. So zum Beispiel Weygands Vorgänger als Oberbefehlshaber. Ich muss sagen, schrieb General Gamelin später,

dass ich die These nicht verstehe, die zwischen «Waffenstillstand» und «Kapitulation» unterschied. Denn wenn die Regierung sich nach Algerien zurückgezogen hätte, wäre dann nicht eine «Kapitulation» der französischen Armee notwendig gewesen? Wäre es nicht besser gewesen, so viele Einheiten wie möglich nach England und Afrika abzu-

den Verfasser vom 28. März 1966, in dem er diesen Artikel erörterte, wies Reynaud auf diesen Punkt hin und fügte hinzu: «Es ist folglich klar, dass der Artikel 234 mit einer von der Regierung für das gesamte französische Heer befohlenen Einstellung der Feindseligkeiten nichts zu tun hat. . . Unsere ruhmreichen Militärs hatten somit keinerlei Recht, unter dem Vorwand, dass die Durchführung eines Befehls zur Einstellung der Feindseligkeiten ihre persönliche Ehre verletze, das Risiko einzugehen, dass ganz Frankreich vollständig unter das Nazijoch geriet.»

* Man erinnert sich, dass Marschall Bazaine, dessen Strafmass in zwanzig Jahre Gefängnis umgewandelt wurde, aus der Haft entflohen und noch lange und behaglich in Spanien im Exil lebte.

** Die Hervorhebung stammt von Lyet.

*ziehen und andererseits eine jede der in Frankreich verbleibenden Kampfgruppen zu erschrecken, bis zur letzten Patrone weiterzukämpfen, wobei jeder Kommandeur sich bemüht hätte, möglichst ehrenhafte Bedingungen zu erlangen, nachdem Pflicht und Ehre Genüge getan war*²² ?

Der Militärgeschichtler Oberst Goutard, der später bei den Freien Französischen Streitkräften kämpfte, meinte²³,

es wäre in keiner Weise ehrlos gewesen, die Kämpfe mit einer Waffenruhe einzustellen oder sogar mit den Trümmern der Armee, die nicht weiterkämpfen konnten, im französischen Mutterland zu kapitulieren, um den Kampf anderwärts an der Seite unserer Verbündeten fortzusetzen *.

Es fällt schwer, der Schlussfolgerung auszuweichen, dass es General Weygand, wenn er sich weigerte, um Einstellung der Feindseligkeiten zu ersuchen, und stattdessen auf einem Waffenstillstand beharrte, hauptsächlich darum zu tun war, die Last der Kapitulation der Regierung und nicht der Armee aufzubürden.

Noch eine zweite Erwägung lastete auf ihm und Pétain. Sie waren felsenfest davon überzeugt, dass nicht nur die Schlacht um Frankreich verloren war – was stimmte –, sondern dass der gesamte Krieg überhaupt verloren war. Reynaud widersetzte sich dem Waffenstillstand, weil ein solcher, wenn auch nicht die Kapitulation, so doch die Demobilisation der überseeischen Flotte und der Land- und Luftstreitkräfte unter deutscher Überwachung mit sich gebracht hätte. Das würde Frankreich aus dem Krieg herausnehmen. Aber es war genau das, was der Marschall und der Generalissimus wollten. Sie waren sicher, dass Grossbritannien entweder rasch erobert werden oder die Eroberung abwenden würde, indem es Hitler um Frieden bat. Solange die britische Flotte, die Luftwaffe und das Empire noch intakt waren, würde Grossbritannien, wie Pétain gegenüber Botschafter Bullitt und General Spears erklärte, bessere Bedingungen erhalten als das besiegte Frankreich. Diese Überlegung vor allem beherrschte die Gedanken des Marschalls an diesem Juni-Wochenende in Bordeaux, als er und seine Anhänger auf einen Waffenstillstand hinmanövrierten. Und sie scheint auch für Weygand grosses Gewicht gehabt zu haben.

«In drei Wochen», so erklärte Weygand, Mandel zufolge, an diesem Sonnabend, «wird England wie ein Huhn der Hals umgedreht werden**.» – «Solche Prophezeiungen», bemerkte Reynaud später, «waren um diese Zeit in Bordeaux gängige Münze.» Senator Tony Révillon notierte einige von ihnen in seinem Tagebuch. Er beginnt am 15. Juni mit der obigen Bemerkung, die er Weygand zuschreibt. Am 18. Juni sagte Senator Charles

* Churchill sagt, für «Weygands Standpunkt. . . findet sich weder in dem Gesetz und Brauch zivilisierter Staaten noch in der Berufsehre eines Soldaten eine Stütze»²⁴.

** Mandel berichtete Spears die Äusserung²⁵. Churchill erteilte darauf in einer Rede vor dem kanadischen Unterhaus am 30. Dezember 1941 eine berühmte Antwort: «Allerhand Huhn!» sagte er, und als das Gelächter verebte war, fügte er hinzu: «Allerhand Hals!» Weygand bestritt im Pétain-Prozess, die Äusserung getan zu haben. Aber inzwischen hatte sein Abstreiten alles dessen, was ihn angesichts der späteren Ereignisse in schlechtes Licht setzte, bei den meisten Franzosen kein grosses Gewicht mehr.

Reibel, der Weygands parlamentarisches Sprachrohr geworden war, zu ihm: «General Weygand ist überzeugt, dass die Briten ausserstande sind, einer Invasion ihrer Insel durch die Deutschen Widerstand entgegenzusetzen.» Am selben Tag sprach ein gewisser Oberst «X» Révillon an: «Glauben Sie mir, Herr Senator, England wird in ein paar Wochen *hors de combat* gesetzt sein. Was für einen Zweck hat es, weiter Krieg zu führen²⁶ ?»

Die fachmännische Meinung der französischen Militärs, vor allem des Marschalls und des Oberbefehlshabers, dass Grossbritannien in einigen Wochen untergehen werde, wenn es sich nicht inzwischen um Frieden bemühte, stärkte die Defätisten in Bordeaux in ihrer Forderung nach Waffenstillstand, als der Sonnabend sich seinem Ende näherte.

Reynaud selbst, erschöpft von seinen zwei Zusammenstössen mit Weygand und von der Kabinettsitzung und entmutigt durch das Manöver Chautemps', begann mit dem fortschreitenden Abend allmählich zusammenzuklappen. Während des Tages hatte er sich an eine gewisse Hoffnung auf Amerika geklammert. «Alles hängt von Roosevelts Antwort auf mein letztes Telegramm ab», sagte er zu Campbell und Spears. Botschafter Biddle war der gleichen Meinung. Er versuchte, dem amerikanischen Präsidenten die kritische Situation in Bordeaux nachdrücklich vor Augen zu führen und kabelte Roosevelt um 17 Uhr:

Ich glaube, ich sollte ganz zweifelsfrei klarstellen, dass die französische Regierung jetzt nur noch zwei Möglichkeiten hat, nämlich entweder um Frieden zu bitten, der selbstverständlich bedingungslos wäre, oder nach Nordafrika zu gehen und den Kampf fortzusetzen.

Die Entscheidung... wird von der Art Ihrer Antwort abhängen²⁷.

Am frühen Abend bat Reynaud den britischen Botschafter und General Spears zu sich, um mit ihnen die Mitteilung zu erörtern, die er entsprechend dem Chautemps-Vorschlag nach London zu senden versprochen hatte. Den beiden Engländern fiel auf, dass der Ministerpräsident «blass und erledigt» aussah. Es war noch kaum eine Minute vergangen, als sie zu ihrer Konsternation feststellten, dass er klein beizugeben begann. Ehe er seine Mitteilung an Churchill niederschrieb, sagte Reynaud, wolle er ihnen sagen, was die Regierung beschlossen habe. «Wie Mr. Churchill in Tours erklärte», begann er, «wäre er einverstanden, dass Frankreich um Waffenstillstand bittet...»

«Das ist nicht wahr», fauchte Spears, der die Worte des Ministerpräsidenten mitschrieb. «Aber Baudouin hat auf der heutigen Kabinettsitzung versichert, dass Churchill es gesagt habe und dass er es sich damals aufnotierte.» Das erstaunte die britischen Diplomaten. Sie wussten, dass Baudouin diese Unwahrheit seither überall verbreitete, aber es überraschte sie, dass Reynaud, der genau gehört haben musste, was Churchill in Tours gesagt hatte, sie schluckte. Baudouin und Madame de Portes, die Hand in Hand den Ministerpräsidenten bearbeiteten, hatten anscheinend mehr Erfolg gehabt, als Spears und Campbell erwartet hatten.

«Wir haben alle drei an der Sitzung teilgenommen», antwortete Spears, «und wir wissen alle drei, dass der Premier nichts Derartiges gesagt hat.»

Nach einigem Wortwechsel wurde das von Margerie aufbewahrte französische Protokoll der Unterredung in Tours von Margerie geholt und der Sachverhalt festgestellt.

Paul Reynaud, so fanden die britischen Besucher, verhielt sich eigentümlich. Nachdem Baudouins Lüge beseitigt war, erklärte der Ministerpräsident sodann, Spears zufolge, die Botschaft, die er nunmehr für London aufsetzen werde, übermittle einen formellen Kabinettsbeschluss einer Sitzung «unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik». Diese Bemerkung scheint unerklärlich, denn Reynaud hatte auf der Kabinettsitzung ja darauf bestanden, er werde den Chautemps-Vorschlag den Engländern nur unter der Bedingung übermitteln, dass er ausdrücklich feststellte, er stamme von einer Mehrheit im Ministerrat, mit der er selbst offenkundig nicht übereinstimme*.

Der Ministerpräsident nahm nunmehr Feder und Papier und setzte seine Mitteilung an Churchill auf.

Auf der Kabinettsitzung heute nachmittag herrschte die Auffassung, dass im Augenblick, da der Feind im Begriff ist, das ganze Land zu besetzen, was dem französischen Volk grausame Entbehrungen und Leiden auferlegen wird, der Weggang der Regierung vom Volk als eine Desertion aufgefasst werden würde. Dies könnte heftige Reaktionen seitens der Öffentlichkeit auslösen, wenn nicht vorher eindeutig festgestellt worden ist, dass die von Hitler und Mussolini aufgezwungenen Friedensbedingungen unannehmbar sind, da sie den lebenswichtigen und ehrenhaften Interessen Frankreichs zuwiderlaufen.

Das Kabinett zweifelt nicht, dass diese Bedingungen in jedem Fall unannehmbar sein werden, ist jedoch der Auffassung, dass es unerlässlich ist, hierfür den völlig zweifel-freien Beweis zu erbringen. Falls dieser Weg nicht eingeschlagen wird, würde die Regierung auseinanderbrechen, da in diesem Fall viele ihrer Mitglieder sich weigern würden, den Boden Frankreichs zu verlassen.

In der Absicht, die deutschen und italienischen Bedingungen zu ermitteln, hat das Kabinett beschlossen, die britische Regierung um Einwilligung zu ersuchen, dass sie durch die Regierung der Vereinigten Staaten anfragen lässt, welche Waffenstillstandsbedingungen die deutsche und italienische Regierung Frankreich anbieten würden.

Falls die britische Regierung damit einverstanden ist, dass die französische Regierung diesen Schritt tut, ist der Präsident des Ministerrats ermächtigt, der britischen Regierung zu erklären, dass die Übergabe der französischen Flotte an Deutschland als unannehm-bare Bedingung angesehen werden würde.

Sollte die britische Regierung ihre Zustimmung zu diesem Schritt versagen, besteht angesichts der auf der Kabinettsitzung geäußerten Meinungen die Wahrscheinlichkeit, dass der Präsident des Ministerrats keine Alternative hätte, als zurückzutreten.

* Biddle, der den Ministerpräsidenten unmittelbar nach der Kabinettsitzung um 19 Uhr und dann nochmals um Mitternacht sprach, berichtete, er habe ihm gesagt, dass «der Beschluss der Regierung, um die Bedingungen für einen Waffenstillstand zu ersuchen, einstimmig war». Er kablete dies um 1 Uhr morgens nach Washington

Angesichts Reynauds bisheriger fester Haltung war es seltsam, dass er eine solche Mitteilung auf setzte, und Campbell und Spears erhoben, dem letzteren zufolge, «scharfen Einspruch dagegen» und feuerten «abwechselnd» ihre Argumente dagegen ab, dass Grossbritannien gebeten werde, dem Ansuchen Frankreichs um Waffenstillstandsbedingungen zuzustimmen. Der Ministerpräsident verlieh, wie die Lektüre der Note zeigt, den Ansichten Chautemps' noch kräftigeren Ausdruck, als der aalglatte stellvertretende Ministerpräsident es selbst getan hatte, und er «verkaufte» Churchill als wohlwogene Ansicht der französischen Regierung etwas, das er selbst als einen betrügerischen Trick bezeichnet hatte *. Es trifft zwar zu, dass er während des hitzigen Wortwechsels mit den beiden britischen Diplomaten erklärte, er habe sich dem Chautemps-Vorschlag widersetzt, sei aber überstimmt worden. Doch als er den beiden Engländern die Botschaft zur Übermittlung nach London übergab, «beharrte» er abermals darauf, dass sie den «formellen Beschluss des Kabinetts» darstelle – was ja aus der Formulierung auch klar hervorgeht. Dem amerikanischen Botschafter gegenüber verstärkte er das sogar noch, wie wir gesehen haben, indem er ihm sagte, der Beschluss sei «einstimmig» gewesen. Gleichermassen verwunderlich ist seine Warnung im letzten Absatz, dass er, falls die britische Regierung ihre Zustimmung verweigere, keine Alternative habe, als zurückzutreten. Verwunderlich deshalb, weil er in seinen Memoiren und in seiner Nachkriegs-Aussage erklärt, er habe nicht nur gehofft, sondern erwartet, dass Churchill das Ansuchen ablehnen werde, so dass er den Intrigen um einen Waffenstillstand ein Ende bereiten, die Regierung nach Nordafrika verlegen und Frankreich im Krieg halten könne. «Jedermann von Lebrun abwärts», sagt er, «wusste, dass ich unwiderruflich gegen einen Waffenstillstand war.» Jetzt jedoch erklärte er dem Premierminister, falls Grossbritannien nicht einwillige, dass seine Regierung um einen Waffenstillstand ersuche, werde er zurücktreten müssen. Er sagte seinen britischen Besuchern unumwunden, wenn er gehe, werde Pétain zweifellos an seine Stelle treten, und dies werde mit Bestimmtheit einen Waffenstillstand bedeuten. Wie auch immer, ob er zurücktrat oder blieb, gewannen die britischen Diplomaten den Eindruck, dass Frankreich um die Bedingungen eines Waffenstillstandes nachsuchen werde **.

Während Reynaud die letzten Zeilen seiner Mitteilung an London aufsetzte, überbrachte Botschafter Biddle die mit Spannung erwartete Antwort Roosevelts auf den flehentlichen Hilferuf des Ministerpräsidenten, den er am Vormittag des 14. Juni aus Tours abgesandt

* Botschafter Biddle gegenüber scheint er sich Chautemps' Auffassung zu eigen gemacht zu haben. Der Botschafter kabele Roosevelt in dieser Nacht:

Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, um Waffenstillstandsbedingungen nachzusuchen. Es hat die Briten . . . um ihre Zustimmung gebeten . . . Reynaud erklärte (mir), dass nur ein solcher Schritt dem französischen Volk . . . die Härte der deutschen Bedingungen zeigen und die Flucht der Regierung nach Afrika oder England rechtfertigen könne. («Ich hoffe nur, sie werden nicht zu gemässigt ausfallen», sagte er ²⁹).

** In seinen Memoiren äussert sich Reynaud erstaunlich zurückhaltend über diese abendliche Unterredung am 15. Juni mit den beiden britischen Beauftragten. Er tut sie mit drei Zeilen ab und schreibt lediglich, er habe «nach der Kabinettsitzung den britischen Botschafter und Spears zu sich gerufen. Ich brachte sie über den ganzen Ernst der Lage aufs laufende und erklärte, dass ich diese Forderung namens der Mehrheit des Kabinetts stellte Und obwohl sein langes Buch angefüllt ist mit dokumentarischen Texten, erwähnt er die Botschaft, die er an Churchill aufsetzte, nicht.

hatte. «Als er sie las», berichtet Spears, «wurde er noch blasser, sein Gesicht zog sich zusammen, seine Augen verengten sich zu Schlitzen. ‚Unser Hilferuf ist erfolglos geblieben, sagte er mit schwacher, tonloser Stimme, ‚die Amerikaner wollen nicht Krieg erklären*.*» Er hatte es von Anfang an gewusst. Aber die Botschaft, die in Roosevelts charakteristischem rhetorischem Schwung zwar Amerikas «wachsende Bewunderung» und «grösstes Mitgefühl» für Frankreich zum Ausdruck brachte, jedoch mit der kühlen Feststellung schloss, seine Erklärungen «beinhalteten keine militärischen Verpflichtungen», da nur der Kongress diese eingehen könne, drückte den erschöpften Ministerpräsidenten noch tiefer nieder. Und seine Stimmung wurde auch nicht dadurch gehoben, dass der amerikanische Präsident ausserdem erklärte, die Vereinigten Staaten würden «die Gültigkeit irgendeines Versuches, die Unabhängigkeit Frankreichs zu beeinträchtigen, nicht anerkennen», und er könne

in diesen für das französische Volk und Sie selbst so herzzerbrechenden Stunden Ihnen versichern ..., dass das französische Volk, solange es fortfährt, zur Verteidigung seiner Freiheit zu kämpfen, sicher sein kann, dass die Vereinigten Staaten ihm Rüstungsmaterialien und Versorgung in stetig wachsenden Mengen schicken werden³².

Reynaud wusste, dass es Hitler völlig gleichgültig sein werde, ob die Vereinigten Staaten Frankreichs Unabhängigkeitsverlust anerkannten oder nicht. Er wusste auch, ebenso wie Franklin Roosevelt es wusste, dass «stetig wachsende» amerikanische materielle Hilfe jetzt zu spät kam. Die französische Regierung musste an diesem Wochenende eine Entscheidung treffen, wie Biddle dem Präsidenten mitgeteilt hatte, und der Sonnabend war jetzt im Begriff, dem Sonntag zu weichen.

Der erschöpfte Ministerpräsident legte Roosevelts Botschaft nieder und fügte seiner Mitteilung an Churchill einen Absatz hinzu:

Es wurde vergangenen Donnerstag auf Ihren Vorschlag hin vereinbart, dass die Frage der Ermächtigung zu einem Ansuchen um Waffenstillstand neuerlich zu erwägen sei, falls Präsident Roosevelts Antwort negativ ausfallen sollte. Da diese Eventualität jetzt eingetreten ist, muss die Frage, glaube ich, jetzt erneut gestellt werden.

Reynaud bat um die britische Antwort bis zum nächsten Morgen, dem Sonntag, und überreichte die fertiggestellte Botschaft Campbell und Spears, die sie um 1 Uhr 30 morgens chiffriert telefonisch nach London durchgaben³³.

Der Sonntag, der für Frankreich so schicksalvoll zu sein verhies, war nun gekommen. Viel hing von der britischen Antwort ab.

* Reynaud veröffentlicht den Wortlaut in seinen Memoiren ohne Kommentar **.

Bordeaux, Sonntag, 16. Juni: Reynauds Sturz

So entscheidend er zu werden versprach, ja sein musste, da das Schicksal des Landes an einem Faden hing, begann der Sonntag in Bordeaux doch mit einem bizarren Auftakt. So zumindest erschien es den beiden besorgten britischen Diplomaten, die gleich dem amerikanischen Botschafter verzweifelt versuchten, dem zusammenbrechenden Reynaud den Rücken zu stärken, damit er Frankreich im Krieg hielt*. Campbell und Spears waren noch bis zum Morgengrauen aufgeblieben und hatten versucht abzuwägen, wie Spears sagt, «welche Hilfsmittel Reynaud in seiner Willenskraftprobe mit Weygand noch zur Verfügung standen... Wir gelangten zur Schlussfolgerung, dass er so ziemlich am Ende seiner Weisheit war... Der Präsident der Republik hatte gute Absichten, war aber schwach...» Trotzdem gedachten beide, ihn weiter zu bearbeiten. «Bevor wir um vier Uhr morgens zu Bett gingen», berichtet Spears, «beschlossen wir, jede nur erdenkliche Anstrengung zu unternehmen, um die französische Regierung daran zu hindern, dass sie um einen Waffenstillstand ersuchte.»

Reynaud, der voller Ungeduld auf den Eingang der Antwort aus London wartete, rief Campbell und Spears schon früh am Sonntag morgen zu sich, aber sie konnten ihm nur sagen, dass sie bisher noch keine Antwort erhalten hätten. Es sei noch zu früh, sie könne noch nicht dasein. Die britischen Besucher hatten den Eindruck, als seien Reynauds «Nervenkräfte erschöpft».

Mehr noch als der Ministerpräsident bedrückte sie jedoch im Augenblick seine Mätresse. Helene de Portes steckte unablässig den Kopf zur Tür herein und bezeugte einmal, wie Spears berichtet, ihren Unwillen darüber, dass die englischen Besucher so viel von des Ministerpräsidenten Zeit in Anspruch nahmen – obwohl er um ihren Besuch gebeten hatte –, «indem sie mit dem Fuss aufstampfte und die Tür nicht gerade sanft schloss». Bei ihrem nächsten Eindringen, so erinnerte sich der britische General, schnitt sie Reynaud Gesichter, «als habe sie irgendeine wichtige Nachricht mitzuteilen». Die wohlherzogenen Engländer waren, wie Spears beteuert, so verärgert und irritiert, «dass es schon kaum mehr zu ertragen war». Aber sie konnten wohl schwerlich überrascht sein. Sie hatten sie bereits im Zimmer der Sekretäre bemerkt, als sie warteten, empfangen zu werden, wo sie «mit denkbar lauter Stimme» mit dem einen und dem anderen sprach und mit offenkundiger Absicht die Anwesenheit der beiden Engländer ignorierte.

Beim Hinausgehen suchte Spears kurz Roland de Margerie in seinem Büro auf, um sich zu beklagen. Der *chef du cabinet* des Ministerpräsidenten konnte ihm nur sein Mitgefühl ausdrücken und, wie Spears sagt, «seinen kleinen Spruch über sie wiederholen: ‚Sie ist hässlich, ungepflegt, schmutzig, ekelhaft, halb geistesgestört und eine schreckliche Belästigung für mich.‘» Der General war dankbar für das Mitgefühl und, wie er zu verstehen gibt, für die Nennung so vieler treffender Eigenschaftswörter. «Als wir weg-

* Biddle erklärt, er habe bei seiner Mitternachts-Unterredung mit Reynaud auf die «Gefahr» eines Ersuchens um Waffenstillstandsbedingungen hingewiesen und «die entscheidende Bedeutung der Freiheit der französischen Flotte . . . und der Aufrechterhaltung einer freien und uneingeschränkten Regierung unterstrichen»

führen», schreibt er, «musste ich wieder einmal denken, dass Helene de Portes Paul Reynaud mehr Schaden zufügte als irgend jemand sonst³⁵.»

Sosehr das auch zutreffen mochte, gab es doch an diesem Sonntag in Bordeaux noch andere, die vielleicht nicht mehr Macht über ihn besaßen, dafür aber mehr Einfluss auf den schwach werdenden Präsidenten der Republik und die zunehmend defätistischen Mitglieder der Regierung, und die entschlossen waren, vor Ablauf des Tages eine günstige Entscheidung bezüglich des Waffenstillstandes zu erzwingen. In Weygands zeitweiliger Abwesenheit übernahm Marschall Pétain die Führung.

Die erste Kabinettsitzung dieses Tages, die für kurz vor zwölf Uhr mittags einberufen worden war, hatte noch kaum begonnen, als der Marschall sich erhob und ein Rücktrittschreiben verlas *. Er könne, erklärte er, nicht länger in einer Regierung bleiben, die sich weigere, die Feindseligkeiten zu beenden, die die Nation vernichteten. Auch wünsche er nicht an einer Regierung beteiligt zu sein, die beabsichtige, den Boden Frankreichs zu verlassen. Das Land, schloss er, werde sich aus eigener Anstrengung wieder erheben müssen und nicht, indem es sich auf fremde Länder verlasse. Falls, wie die Anhänger des Marschalls gerechnet zu haben scheinen, die Absicht des Manövers darin bestand, die Regierung Reynaud hier und jetzt zu Fall zu bringen, so schlug das fehl. Der Präsident der Republik erhob als erster Einspruch. «Ah!» rief er, «das werden Sie uns in einem solchen Augenblick nicht antun!»

Reynaud antwortete, wie er sagt, «in absichtlich eisigem Ton», da der Marschall ihm seinen Rücktritt schriftlich unterbreite, möge er zumindest eine schriftliche Antwort abwarten, ehe er ihn in die Tat umsetze. Der alte Krieger gab nach, erklärte jedoch, er werde sich nicht wieder hinsetzen. Wie ein verzogenes Kind, dem man nicht zu Willen ist, blieb er, wiewohl vierundachtzig Jahre alt, aufrecht stehen und fuchtelte mit seinem Brief herum.

Ich sagte ihm (berichtet Reynaud), da wir Grossbritannien ersucht hätten, uns von unserer Verpflichtung ihm gegenüber zu entbinden, sei es das mindeste, was wir tun könnten, ihm Zeit zu lassen zu antworten. Ich sei sicher, dass ich die Antwort im Lauf des Nachmittags erhalten würde. Pétain steckte daraufhin ziemlich enttäuscht seinen Brief wieder in die Tasche und setzte sich hin. Das Kabinett vertagte sich anschliessend auf 27 Uhr³⁷.

Das Kabinett wurde vertagt, nicht aber die erbitterte Auseinandersetzung zwischen den Franzosen. Die Minister waren noch kaum auseinandergegangen, als Reynaud und Weygand wieder aneinandergerieten. Es war ihr dritter Krach an diesem Wochenende, und er erwies sich als der letzte. Der Generalissimus war nicht lange im Grossen Hauptquartier in Vichy geblieben. Er war am 16. Juni um 7 Uhr morgens aus Bordeaux mit dem Zug eingetroffen und hatte sofort mit General Georges konferiert, der ihm, wie er

* Kämmerer zufolge behaupteten mehrere Zeugen später, der Brief sei am Abend zuvor in Laval's Büro im Rathaus, das jetzt das Hauptquartier der Kapitulanten geworden war, für Pétain aufgesetzt worden **.

sagt, die Auffassungen der noch verbliebenen Generäle an der Front übermittelte. Diese Auffassung lautete dahin, dass «die Fortsetzung des Kampfes unmöglich sei». Die Überreste der französischen Armee, erklärte Georges, «seien in Gefahr, sich in der Flüchtlingsflut aufzulösen»³⁸. Mehr als dieses Stichwort brauchte Weygand nicht. Er beschloss, unverzüglich nach Bordeaux zurückzukehren, auf den Tisch zu schlagen und die Regierung zu zwingen, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Da seine Sonderzüge sich als zu langsam erwiesen hatten, nahm er um 10 Uhr vormittags ein Flugzeug in Vichy und befand sich um 12 Uhr mittags im Haus des Präfekten in Bordeaux.

Dort traf ihn Reynaud an, als er aus der Kabinettsitzung kam. Der Oberbefehlshaber befand sich bereits im Gespräch mit Lebrun und zwei Ministern, Mandel und dem Landwirtschaftsminister Paul Thellier, der anscheinend hinzugezogen worden war, um seine Meinung zu einem Punkt in Pétains Brief zu geben, in dem der Marschall erklärt hatte, das Land sehe sich einer Hungersnot gegenüber, wenn es den Kampf nicht aufgebe. Die Erörterung der Einstellung der Feindseligkeiten war bereits wieder im Gang, und Weygand wandte sich aufs heftigste dagegen.

«General Weygand», sagte Lebrun, «erklärt uns, dass ein vollständiger Zerfall der Armee drohe, falls wir nicht sofort um einen Waffenstillstand ersuchen.»

«Sie kennen meinen Standpunkt in dieser Sache», fauchte Reynaud kurz angebunden. Er sagt, er habe weitere Gespräche mit dem General über diesen Gegenstand für zwecklos gehalten und sei der Meinung gewesen, der einzige Ausweg aus der Sackgasse sei, ihn seines Oberkommandos zu entheben. Dies, sagt er, gedachte er auf der Kabinettsitzung an diesem Nachmittag zu tun. Er hatte, wie wir gesehen haben, denselben Entschluss bereits am Vortag gefasst und die Gelegenheit vorübergehen lassen*.

Lebrun versuchte auf seine wirkungslose Weise, die unversöhnlichen Kampfhähne oder zumindest doch ihre Auffassungen miteinander auszusöhnen. «Aber General Weygand», fuhr er fort, «sagt, dass die Kapitulation der Ehre der Armee zuwiderlaufen würde.»

Reynaud wandte sich an den General. «Falls die Kapitulation in den Waffenstillstandsbedingungen niedergelegt ist, wie sie es gewiss sein wird, würden Sie dann einen solchen Waffenstillstand als der Ehre der Armee zuwiderlaufend ablehnen?»

«Das werde ich Ihnen sagen, wenn die Zeit gekommen ist», antwortete Weygand.

«Nein», erklärte Lebrun mit ungewohnter Entschiedenheit, «das müssen Sie uns jetzt sagen.» Aber der General ging nicht in die Falle. Er wiederholte lediglich, ein Waffenstillstand sei eine Regierungshandlung, eine Kapitulation eine Massnahme der militärischen Obrigkeit.

«Wenn es das ist, was Sie abhält», erwiderte Reynaud zum zweiten Male, «bin ich bereit, Ihnen eine schriftliche Weisung zu geben, sie durchzuführen.»

Weygand weigerte sich abermals³⁹. Die beiden Männer befanden sich wieder in der Sackgasse, in der sie seit einer Woche festsassen. Aber beide scheinen erkannt zu haben,

* In einem Brief an den Verfasser vom 28. März 1966 berichtet Reynaud, er habe unmittelbar nach diesem Zusammentreffen eigenhändig einen Befehl ausgeschrieben, der «eine Einstellung der Feindseligkeiten anordnete, den ich dem neuen Oberbefehlshaber sofort nach seiner Ernennung zu übergeben gedachte». Auch diese Absicht wurde nicht ausgeführt.

als die zwecklose Unterredung beendet wurde, dass dieser Zustand den Tag nicht überdauern konnte. Einer von beiden musste in dieser Willenskraftprobe niederbrechen. Oder vielleicht würden die Ereignisse die Lösung bringen. Reynaud gesteht, er habe geglaubt, die britische Regierung werde ihn vielleicht retten.

Während Frankreichs führende Männer in Lebruns Büro miteinander im Streit lagen, war im britischen Konsulat Churchills Antwort eingegangen.

Mr. Churchill an M. Reynaud. London, 16. Juni 1940. 12 Uhr 35.

Unser Übereinkommen, das getrennte Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen untersagt, ist mit der Französischen Republik geschlossen worden, nicht mit irgendeiner französischen Regierung oder einem Staatsmann. Darum steht die Ehre Frankreichs auf dem Spiel. Nichtsdestoweniger gibt die Regierung Seiner Majestät, unter der Voraussetzung, aber auch nur unter der Voraussetzung, dass die französische Flotte vor etwaigen Verhandlungen sogleich nach englischen Häfen ausläuft, ihre volle Zustimmung zu einer Anfrage der französischen Regierung zur Ermittlung der Bedingungen eines Waffenstillstandes für Frankreich ...

Spears und Botschafter Campbell lasen die Depesche, sobald sie dechiffriert war. Sie bereitete ihnen Sorge. Sie meinten, wenn die Tür zum Waffenstillstand erst einmal geöffnet sei, würde sie nicht mehr geschlossen werden. Spears war ausserdem überzeugt, dass Darlan, der für die Engländer nichts übrig hatte, die gebieterische Forderung, die französische Flotte habe unverzüglich englische Häfen anzulaufen, als Beleidigung empfinden und sie niemals annehmen werde. Die beiden entmutigten Diplomaten erörterten, ob sie sich nicht erst die Reaktion des Admirals verschaffen und sodann London konsultieren sollten, ehe sie die Note Reynaud übergaben. «Aber wir trauten ihm beide nicht», schreibt Spears. Sie beschlossen schliesslich, auf dem Weg zu Reynauds Büro Jeanneney, den ehrwürdigen alten Senatspräsidenten, aufzusuchen. Sie wussten, dass die Präsidenten der beiden Kammern an diesem Vormittag, wie die Verfassung es verlangte, ihre Zustimmung zur Verlegung der Regierung nach Nordafrika gegeben hatten. Beide Männer waren gegen einen Waffenstillstand. Aber Jeanneney, der, wie Spears fand, von «der Anstrengung und dem Alter gebrechlich und ausgemergelt» und erschöpft war, wollte sich auf die Billigung, dass die französische Flotte britische Gewässer anlaufe, nicht festlegen. Das habe die Regierung und nicht er zu entscheiden. Die britischen Diplomaten fuhren daraufhin zu Reynauds Büro, um die Note zu überbringen.

Dem Ministerpräsidenten gefiel sie nicht. «Es ist wirklich zu albern», bemerkte er, «zu verlangen, dass die französische Flotte britische Häfen anlauft, wenn sie gebraucht wird, um das Mittelmeer und Nordafrika gegen die Italiener zu schützen.» Als die britischen Vertreter darauf hinwiesen, dass im Mittelmeer britische Flottenstützpunkte vorhanden seien, von denen aus die beiden Flotten Nordafrika abschirmen konnten, blieb Reynaud unbeeindruckt. Er war in ungewohnt mürrischer und verdriesslicher Stimmung, und als

Madame de Portes, wie Spears erzählt, den Kopf ins Zimmer steckte, starrte er sie wütend an, und sie zog sich zurück. Als Campbell und Spears sich erhoben, um sich zu verabschieden, teilte Reynaud ihnen mit, Churchill habe ihn soeben telefonisch angerufen und sie hätten vereinbart*, sich am nächsten Tag an Bord eines britischen Kreuzers vor Concarneau in der Bretagne zu treffen⁴¹.

Kurz vor 16 Uhr ging eine zweite Mitteilung⁴² aus London für Campbell ein. Sie stammte vom Foreign Office, dem Aussenministerium. Der Botschafter, so besagte sie, solle Monsieur Reynaud informieren, dass das britische Aussenministerium erwarte, konsultiert zu werden, sobald irgendwelche Waffenstillstandsbedingungen empfangen worden seien.

*Sie sollten der französischen Regierung nachdrücklich klarmachen, dass wir mit unserer Forderung nach einer Verlegung der französischen Flotte in englische Häfen die französischen Interessen ebensowohl im Auge haben wie unsere eigenen und überzeugt sind, dass es der französischen Regierung bei jeder Waffenstillstandsverhandlung den Rücken stärken wird, wenn sie darauf hinweisen kann, dass die französische Flotte ausserhalb der Reichweite der deutschen Streitkräfte ist **.*

Die britischen Diplomaten beeilten sich, die Note dem Ministerpräsidenten zu überbringen. Sie trafen ihn, wie Spears sagt, «womöglich noch müder... und gewiss schwieriger und verdriesslicher an als bei der vorherigen Unterredung». Reynaud hatte für die zweite Note ebensowenig übrig wie für die erste und sagte es rundheraus. Er weigerte sich, die Verlegung der Flotte in britische Häfen überhaupt zu erörtern. Die britischen Besucher wiederholten die Argumente, die dafür sprachen. Spears hatte den Eindruck, dass Reynaud «am Ende seiner Weisheit» war.

Mitten in die recht scharfe Auseinandersetzung platzte ein Telefonanruf aus London. Am anderen Ende der Leitung war General de Gaulle, und dieser von Natur äusserst schweigsame Offizier war ausgesprochen erregt. Er habe, sagte er, eine Erklärung von grösster Wichtigkeit und Dringlichkeit von der britischen Regierung zu übermitteln. Reynaud griff nach Papier und Bleistift und schrieb sie Wort für Wort mit, wiederholte de Gaulle jeden Satz, damit kein Irrtum möglich war, und wurde von Augenblick zu Augenblick erregter. Was er mit fliegender Hand auf seine Blätter Papier niederschrieb, war der Vorschlag zu einer Unions-Erklärung zwischen Grossbritannien und Frankreich.

In diesem schicksalsschwersten Augenblick der Geschichte der modernen Welt proklamieren die Regierungen des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik

* Weygand behauptet, bei seinem Eintreffen in Lebruns Büro hätten beide, der Präsident der Republik und der Ministerpräsident, ihm gesagt, Churchill habe «sich geweigert zu kommen». Das kann nicht wahr sein, da der Premierminister um diese Zeit noch nicht angerufen hatte. Wie wir noch sehen werden, machte Churchill sich tatsächlich zu der Zusammenkunft auf den Weg⁴⁰.

** Pétain, Weygand und Darlan waren genau vom Gegenteil überzeugt. Sie beabsichtigten, die französische Flotte als ihren Haupttrumpf zu verwenden, um bessere Bedingungen von den Deutschen zu erlangen. Wenn sich die Flotte in britischen Gewässern befand, bürsteten sie diesen Trumpf ein.

ihre unauflösliche Union und ihre unerschütterliche Entschlossenheit in ihrer gemeinsamen Verteidigung von Gerechtigkeit und Freiheit...

Die beiden Regierungen erklären, dass Frankreich und Grossbritannien nicht länger zwei Elationen sein sollen, sondern zusammen eine französisch-britische Union bilden.

Die Verfassung der Union wird für gemeinsame Organe der Verteidigung, der äusseren, der finanziellen und der wirtschaftlichen Politik Sorge tragen.

Jeder Bürger Frankreichs tritt unverzüglich in den Genuss der Bürgerrechte Grossbritanniens, jeder britische Untertan wird Bürger von Frankreich.

Die beiden Länder würden sich in die Kosten des Wiederaufbaus der Kriegsverwüstung teilen, «wo immer sie entsteht». Ein einziges, gemeinsames Kriegskabinett werde die Führung des Krieges leiten. Es werde dort seinen Sitz haben, «von wo aus es am besten regieren kann». Die beiden Parlamente würden «in aller Form vereinigt» werden. «Und so», schloss die Erklärung, «werden wir siegen.»

Reynaud war wie elektrisiert. «Ich werde mein Leben für die Verteidigung dieser Vorschläge geben», sagte er überschwänglich. De Gaulle in London gab den Telefonhörer an Churchill weiter. Der Premierminister und Reynaud waren beide überzeugt, dass sie mit diesem kühnen Vorschlag Frankreichs Krise überwunden hätten. Sie bestätigten ihre Vereinbarung, sich am folgenden Tag vor der bretonischen Küste zu treffen. Dort würden sie die unauflösliche Union verkünden. «*Alors, à demain ... à Concarneau!*» hörte de Gaulle den britischen Premierminister in seinem besten Französisch sagen, ehe er den Hörer auflegte. Der glückliche General flog unverzüglich mit einer Ausfertigung der Erklärung nach Bordeaux ab⁴³.

Der Gedanke dieses kühnen Vorschlags in letzter Minute stammte von einer Gruppe von Franzosen in London: dem französischen Botschafter Charles Corbin und den Mitgliedern der französischen Wirtschaftsmission in London, Jean Monnet und René Pleven. Sie hatten den Plan mit Sir Robert Vansittart, dem diplomatischen Chefberater des britischen Aussenministers, und mit Major Desmond Morton, dem Sekretär des Premierministers, bereits seit einigen Tagen erörtert. Ihre Absicht war, wie de Gaulle es ausdrückte, einen *coup de théâtre* zu inszenieren, der Frankreich im Krieg halten würde.

«Die Sache ging nicht von mir aus», schreibt Churchill. Er hörte zum ersten Male davon am Tag zuvor, dem 15. Juni, als er mit Aussenminister Lord Halifax, Vansittart, Corbin, Monnet und Pleven im Carlton Club zu Mittag ass. «Meine erste Reaktion», gesteht Churchill, «war ungünstig.» Das gleiche galt auch für de Gaulle. Als er am Morgen des 16. Juni in London eintraf, legten Corbin und seine Kollegen ihm den Textentwurf vor. Obwohl der Gedanke grossartig war, was ihn an sich ansprach, meinte er doch auf den ersten Blick, dass er tatsächlich wohl etwas zu grossartig sei, als dass er sich noch rechtzeitig – «durch einen einfachen Notenaustausch» – verwirklichen liesse. Immerhin besass er, wie er schliesslich fand, als Kundgebung der Solidarität «greifbare Bedeutung» und würde Reynaud ermutigen, fest zu bleiben⁴⁴.

Als erstes musste man bei den Briten darauf hinwirken, dass sie den Vorschlag unter-

breiteten – und zwar sofort. Die Zeit wurde knapp. «Sie allein können Churchill dazu bringen, dass er es tut», sagte Corbin zu de Gaulle und setzte hinzu, er habe bereits vereinbart, dass der General mit dem Premierminister zu Mittag speiste. Churchill gibt zu, dass de Gaulle den Vorschlag sehr überzeugend vertrat. «Er hatte mir nachdrücklich erklärt», erinnerte der Premierminister sich später, «dass es wesentlich sei, Reynaud durch eine dramatische Geste zu unterstützen, damit er seine Regierung zur Fortsetzung des Krieges bewegen könnte.» De Gaulle verfolgte eine Taktik, die den Engländern damals noch neu war, die aber ihnen und anderen in den weiteren Jahren vertraut – und zuweilen schmerzhaft – werden sollte: Er begann damit, dass er dem Premierminister seine Haltung in Tours vorwarf.

«Da muss ich Ihnen nun offen sagen», erklärte er, «dass mich Ihre Haltung in Tours peinlich überrascht hat. Sie schienen dort recht wenig Wert auf unser Bündnis zu legen ...» Dies gesagt, wandte er sich der Hauptsache zu und empfahl dringlichst eine sofortige Unions-Erklärung zwischen den beiden Ländern.

«Aber das ist ein mächtiger Brocken»⁴⁵, antwortete Churchill ihm. Doch de Gaulle liess nicht locker, und schliesslich «schloss sich der Premier meiner Auffassung an»*.

In Reynauds Büro in Bordeaux herrschte grosse Aufregung. Spears war in einem solchen Zustand des Hochgefühls, dass er es – vielleicht unbewusst – auf sich nahm, die Maschinschrift der französischen Übersetzung der Erklärung zu beschleunigen, so dass der Ministerpräsident sie auf der Kabinettsitzung verteilen konnte, die jeden Augenblick beginnen musste, denn es war inzwischen fast 17 Uhr geworden. Er raffte Reynauds Niederschrift zusammen und «sauste damit», wie er berichtet⁴⁷, ins Sekretariat. Dort

*stand die unausweichliche Madame de Portes. Als ich einem Sekretär die Papiere reichte, trat sie hinter ihn, las über seine Schulter mit und hielt seinen Arm fest, damit er nicht zu rasch umblätterte. Es war schwer, ihrem Gesichtsausdruck zu entnehmen, ob Wut oder Erstaunen vorherrschten. Aber beide Empfindungen waren sichtbar. Da sie, um selbst zu lesen, den Sekretär aufhielt, sagte ich ihm kurz angebunden, die Mitteilung müsse ohne einen Augenblick der Verzögerung getippt werden**.*

Der britische General kehrte sodann in Reynauds Büro zurück, wo sich jetzt eine Streitfrage erhob, die noch auf lange Zeit hinaus Gegenstand zahlreicher Missverständnisse und Auseinandersetzungen unter den Franzosen selbst, unter den Engländern und zwischen Franzosen und Engländern werden sollte und beträchtliche Folgen hatte. Es ging um die Frage, was mit den beiden vorherigen britischen Telegrammen an diesem Sonntag geschehen solle, die erklärten, Grossbritannien stimme nur zu, dass Frankreich um

* Während das britische Kriegskabinett zusammentrat, um über den Unionsvorschlag Beschluss zu fassen, rief de Gaulle in der zuversichtlichen Überzeugung, Churchill überredet zu haben, Reynaud an, um ihm zu sagen, er «hoffte», ihm im Laufe des Nachmittags «eine sehr wichtige Mitteilung» schicken zu können⁴⁶.

** Spears vermutet, dass es die Gräfin war, die den wesentlichen Inhalt der Erklärung an Reynauds Feinde weitergab. Der Ministerpräsident, der in seinen umfangreichen Memoiren Madame de Portes nicht erwähnt, war der Meinung, seine Gegner hätten von der Botschaft über sein Telefon erfahren, das sie abhören liessen. Wie dem auch sei – sie wussten bereits davon, als das Kabinett zusammentrat, und waren sich auch schon handelseinig geworden.

Waffenstillstandsbedingungen ersuche, wenn die französische Flotte vorher britische Häfen anlaufe, und die betonten, dass London «erwarte», konsultiert zu werden, sobald irgendwelche Waffenstillstandsbedingungen eingingen.

Spears behauptet, Reynaud habe sich sofort nach Erhalt des Unionsvorschlags an ihn und Botschafter Campbell gewandt und gesagt, er «nehme an, dass dieser Vorschlag die beiden Telegramme bezüglich der Flotte aufhebe und ungültig mache». Die beiden Diplomaten pflichteten bei, dass dem so sei. Würde der Vorschlag angenommen, so blieb Frankreich im Krieg, und von einem Waffenstillstand und der Flotte war nicht mehr die Rede. Aber was geschah; wenn er abgelehnt wurde? Diese Möglichkeit schienen sowohl Reynaud als auch die beiden britischen Diplomaten überhaupt nicht in Betracht zu ziehen. «Wir kamen überhaupt nicht auf den Gedanken», sagte Spears, «dass er nicht angenommen werden könne.» Sehr wohl auf den Gedanken kam jedoch der nüchtern-realistische britische Premier, der dem Vorschlag von Anfang an skeptisch gegenübergestanden und sich ihm nur zögernd angeschlossen hatte. Ihm schien das offenkundig und selbstverständlich. Er sagt: «Fand unser Angebot keine Gunst, dann würden unsere Rechte und Ansprüche ungeschmälert wieder in Kraft treten.» Den Franzosen jedoch schien dies – seltsamerweise – nicht selbstverständlich.

Das haarsträubende Missverständnis wurde noch dadurch verschlimmert, dass das britische Aussenministerium in seinen Telegrammen nach Bordeaux es unterliess, die Auffassung seiner Regierung in diesem Punkt völlig zweifelsfrei klarzustellen *. Als Campbell und Spears, wie letzterer berichtet, ins britische Konsulat zurückgelangten, fanden sie dort ein Telegramm vom Aussenministerium vor, das sie anwies, hinsichtlich der beiden Telegramme «vorerst nichts zu unternehmen». Sie schickten Reynaud daraufhin unverzüglich eine Note des Inhalts, dass die beiden Mitteilungen als «ungültig» zu betrachten seien. («Aufgeschobem», meinte Churchill später, «hätte den Sachverhalt genauer umschrieben.») Reynaud sah die Dinge anders. Er erklärte, «eine Stunde nach Übergabe des zweiten Telegramms» seien Campbell und Spears bei ihm erschienen und hätten ihn ersucht, die beiden Mitteilungen zurückzugeben, «indem sie mir erklärten», wie er berichtet, «ihre Regierung habe ihre Zustimmung (zu einem Waffenstillstand) zurückgezogen». Reynaud sagt, er habe geglaubt, seine anfänglichen Einwände gegen die beiden britischen Telegramme seien der Grund gewesen, der die britische Regierung veranlasste, sie zurückzuziehen. Er behauptet, er habe erst lange nach dem Krieg aus der Lektüre von Churchills Memoiren erfahren, dass der Grund, warum die britische Regierung sie suspendiert hatte, lediglich und einzig darin bestand, dass das Unionsangebot sie *ipso facto* hinfällig machte **. Diese Erklärung ist nicht sehr überzeugend. Es fällt schwer

* Man sollte denken, dass es dem Foreign Office nicht schwergefallen wäre, den Standpunkt der Regierung völlig klarzustellen, indem es einfach hinzusetzte, falls das Unionsangebot abgelehnt werde, träten die britischen Bedingungen für eine Billigung des französischen Ansuchens um Waffenstillstand automatisch wieder in Kraft. Ein halbentschlossener Versuch hierzu erfolgte um 20 Uhr in einer telefonischen Mitteilung vom Foreign Office an den Botschafter in Bordeaux, aber sogar da wurde dieser Punkt nicht ausdrücklich und zweifelsfrei festgestellt. Und ausserdem war es inzwischen zu spät⁴⁹.

** De Gaulle meinte, «vielleicht» habe Churchill die Telegramme aufgrund ihres Gesprächs beim Mittagessen bereits früher zurückgezogen *.

zu glauben, dass ein Mann von Reynauds Intelligenz und Klarblick den Zusammenhang nicht sah.

Das Kabinett trat um 17 Uhr zusammen. Unter allen anwesenden Ministern herrschte das Gefühl, dass es jetzt endlich zur entscheidenden Kraftprobe kommen werde. Entweder ersuchte Frankreich um die Bedingungen für einen Waffenstillstand, wie Chautemps vorschlug, oder aber die Regierung ging nach Nordafrika und setzte den Krieg von dort aus fort. Die Entscheidung konnte nicht weiter aufgeschoben werden. Der Zerfall der Armee und das Vorrücken der Deutschen auf Bordeaux, das die Regierung mit Gefangennahme bedrohte, machte dies allen offenkundig. Das erste, was das Kabinett wissen musste, war die britische Antwort auf das Ersuchen der Regierung vom Abend zuvor. Aber bezüglich dieses entscheidenden Punktes war der abgespannte Ministerpräsident nicht gerade mitteilend – oder aufrichtig. Er erklärt in seinen Memoiren, er habe die Sitzung damit eröffnet, dass er das Kabinett vom Ergebnis seiner Mitteilung nach London unterrichtete. «Ich deutete kurz an», sagt er, «dass die britische Regierung ihre bedingte Zustimmung erteilt und sie dann zurückgezogen hätte.» Zufolge Präsident Lebrun und Marin, die anwesend waren, erwähnte er die britischen Telegramme nicht.

«Ich wusste nichts von den zwei Telegrammen», sagt Lebrun, der den Vorsitz führte. «Sie wurden dem Kabinett nicht verlesen.»

«Ich brauchte die Telegramme nicht zu verlesen», erklärte Reynaud dem Verfasser*. «Sie waren zurückgezogen worden, und ich glaube, ich hatte die Texte nicht einmal bei mir. Ich spielte nur – so rasch ich konnte – ganz einfach kurz auf sie an, denn ich war ja froh, dass ich ihre Zurücknahme erwirkt hatte.»

Im Pétain-Prozess wurde Reynaud über diesen Punkt von Isorni, dem Hauptverteidiger des Marschalls, scharf ins Kreuzverhör genommen.

«Haben Sie die Telegramme verlesen?»

«Nein. Das war völlig zwecklos.»

«Sie fanden es zwecklos, der Regierung eine solche wichtige Auskunft vorzuenthalten?» beharrte Isorni.

«Völlig zwecklos», erwiderte Reynaud, «da ich ein Resümee der Telegramme mitgeteilt hatte. Sie enthielten nichts, was ich nicht erwähnte.»

Wirklich nichts? Chautemps schwört, Reynaud habe in seiner Mitteilung an den Ministerpräsidenten den britischen Vorbehalt bezüglich der französischen Flotte, die britische Häfen anlaufen sollte, überhaupt nicht erwähnt. Er erklärt, der Ministerpräsident habe den Ministern lediglich mitgeteilt, die britische Regierung habe sich geweigert, zu dem französischen Ersuchen um Waffenstillstandsbedingungen ihre Zustimmung zu geben, was nicht der Wahrheit entsprach. Marin, der für Chautemps nichts übrig hatte, ist mit ihm in diesem Punkt einig. Er betont, es sei sogar ganz besonders notwendig gewesen, dass Reynaud der Regierung den vollen Inhalt der beiden britischen Mitteilungen zur Kennt-

* In einem Brief vom 29. August 1965.

nis gab, da Baudouin an dieser Stelle eingriff und seine inzwischen recht abgestandene – aber allgemein geglaubte – Lüge wiederholte, Churchill habe sich in Tours damit einverstanden erklärt, dass Frankreich um einen Waffenstillstand ersuche. Obwohl Reynaud dies kategorisch bestritt («Ich brachte Baudouin brutal zum Schweigen», erklärt er), liess er doch, wie Marin meint, die Gelegenheit ungenutzt, die Lüge ein für allemal aus der Welt zu schaffen, indem er dem Ministerrat mitteilte, die Engländer hätten an ebendiesem Tag erklärt, sie seien mit einem Waffenstillstandsersuchen nur unter der Bedingung einverstanden, dass die französische Flotte vorher britische Gewässer anlaufe, und es gehe bei dem Vertrag vom 28. März, keinen Separatfrieden zu schliessen, um «die Ehre Frankreichs».

Reynaud war es darum zu tun, rasch zu der nach seiner Ansicht wesentlich wichtigeren Sache zu gelangen, nämlich dem britischen Unionsangebot. Er war völlig davon überzeugt, dass es von seinen Kollegen begeistert begrüsst, den endlosen Auseinandersetzungen über den Waffenstillstand ein Ende bereiten und die einstimmige Entschlossenheit, den Krieg von Nordafrika fortzusetzen, wiederherstellen werde. Seine Schlitzaugen leuchteten auf, als er mit bebender Stimme mitteilte, General de Gaulle habe ihm soeben aus London den Text eines Vorschlags der britischen Regierung durchtelefoniert, der von höchster Bedeutung sei. Er verlas die Note langsam unter besonderer Betonung ihrer hervorstechendsten Punkte. «Ich unterstrich», sagt er, «die gewaltige Bedeutung einer Union mit England nicht nur für die weitere Fortführung des Krieges, sondern auch für die Nachkriegsjahre. Ich schloss mit der Ankündigung, dass ich für den nächsten Tag ein Zusammentreffen mit Churchill in einem Hafen in der Bretagne vereinbart hatte, um die Union Frankreichs und Grossbritanniens zu verkünden.»

Zu des Ministerpräsidenten fassungsloser Verblüffung wurden seine Worte mit eisigem, feindseligem Schweigen entgegengenommen. Er schreibt selbst:

Es erfolgte überhaupt keine Antwort. Nicht einmal von Campinchi, Mandel oder Louis Marin! Niemand ergriff das Wort, um mich zu unterstützen ... Ich war völlig allein ...

Schliesslich sprach doch jemand, aber nur, um den ganzen Gedanken einer Union mit Grossbritannien empört zurückzuweisen. Ybarnegaray schien die Reaktion der meisten Kabinettsmitglieder in seinen Worten zusammenzufassen. Er beschuldigte die Engländer, sie wollten Frankreich «auf den Status eines Dominions» herabwürdigen. Andere erklärten, es sei das gleiche wie ein Vorschlag, sich mit einem Kadaver zu vereinigen; denn sie waren überzeugt, dass auch Grossbritannien schon bald erledigt sein werde.

Draussen vor dem Beratungszimmer, aus dem er seit dem Vortag ausgeschlossen war, ausser es wurde ein militärischer Lagebericht verlangt, wartete kochend vor Wut General Weygand. Er hatte von dem britischen Vorschlag erfahren – wie Reynaud behauptet, durch das abgehörte Telefon des Ministerpräsidenten – und eifrig seine Anhänger zusammengetrommelt, um ihn zu verwerfen. «Jeder, mit dem ich sprach», sagte er später aus, «lehnte ihn empört ab.»

Das Gefühl der Missbilligung war einhellig. Es konnte auch gar nicht anders sein..., denn die Annahme des Vorschlags hätte Frankreich in den Stand eines Vasallen versetzt, der unvorstellbar war.

Der Oberbefehlshaber war an diesem Wochenende so von einer antibritischen Abneigung besessen *, dass er in seiner Erregung anscheinend überhaupt nicht an das Vasallentum dachte, in das Frankreich im Fall eines Waffenstillstands durch die Deutschen versetzt werden würde, obwohl er das doch sicherlich wusste, denn er war weder dumm noch weltfremd. Aber man darf hierbei nicht den alles andere ausklammernden Grund für seine empörte Zurückweisung des britischen Angebots aus den Augen verlieren, nämlich seine feste Überzeugung, dass Grossbritanniens Niederlage und Sturz dem Frankreichs binnen weniger Wochen folgen werde. Unter diesen Umständen mit ihm eine Union zu schliessen, war lächerlich. Wie Charles-Roux, der nüchterne und sachliche ständige Staatssekretär des französischen Aussenministeriums, sagt, war «der Plan phantasievoll und ohne Beispiel, aber er setzte den Glauben an den Endsieg der Engländer voraus, und dieser Glaube fehlte».

«In Wahrheit erfolgte er ganz einfach zu spät», sagt Marin, der erklärt, Mandel und er selbst hätten ihn auf der Kabinettsitzung unterstützt.

Hätte Churchill ihn drei Tage zuvor in Tours vorgeschlagen, oder besser noch am Montag in Briare, so hätte er die nahezu einstimmige Begeisterung des Kabinetts erweckt. Weder Pétain noch Weygand hätten gewagt, sich ihm zu widersetzen. Aber seit dem Donnerstag hatten die Parteigänger des Waffenstillstands an Stärke zugenommen, und die militärische Lage hatte sich verschlechtert. Bei der Entscheidung, die jetzt sofort getroffen werden müsse, ging es darum, entweder nach Hordafrika zu verlegen, was bedeutete, dass der Unionsplan von grösstem Wert gewesen wäre, oder um einen Waffenstillstand zu ersuchen, was bedeutete, dass der Plan durchfiel. Tatsächlich wurde der Unionsvorschlag nur zusätzlich zu der Hauptentscheidung erörtert⁵¹.

«Mein Rückschlag war damit vollständig», sagt Reynaud. «Er war die grösste Enttäuschung meines Lebens.» Von diesem Augenblick der Entmutigung an begann er seine festen Nerven und seine Entschlusskraft zu verlieren. «Ich fühlte mich jetzt isoliert», gestand er später. «Meine Stellung war geschwächt... Ich liess die Erörterung sich wieder der Waffenstillstandsfrage zuwenden.»

* Er schäumte noch immer vor Zorn darüber, dass die Engländer eine Vereinbarung nicht eingehalten hatten, die er zwei Tage zuvor (am 14. Juni) in Briare mit General Brooke bezüglich einer gemeinsamen Verteidigung der Bretagne getroffen hatte. Der Meinungsstreit über dieses Vorkommnis schuf weiteres böses Blut zwischen den Alliierten. Brooke hatte nach Unterzeichnung der Vereinbarung nach London gemeldet, Weygand habe ihm am 14. Juni gesagt, der organisierte französische Widerstand sei zu Ende und die französische Armee zerfalle in «unzusammenhängende Gruppen». Er hatte daraufhin London dringlich nahegelegt, die Vereinbarung ausser acht zu lassen und die britischen Truppen zurückzuziehen, die etwa 150'000 Mann zählten. Weygand bestritt aufs heftigste, Brooke irgend etwas Derartiges gesagt zu haben. In der Nacht des 14. Juni entband das britische Kriegsministerium, ohne sich mit den Franzosen zu verständigen, General Brooke vom französischen Oberbefehl und erteilte ihm Weisung, so viele Truppen, wie er konnte, herauszuholen. Weygand protestierte zornig in London. Ihm schien der Vorfall ein weiteres Beispiel britischen Vertrauensbruchs⁵¹.

Dies war ein taktischer Missgriff. Chautemps war nur zu sehr darauf bedacht, ihn auszunutzen. Unterstützt von Frossard, verlangte der wendige stellvertretende Ministerpräsident jetzt, dass das Kabinett bezüglich seines Vorschlags vom Tag vorher zu einer Entscheidung gelange: nämlich von den Deutschen ihre Bedingungen zu erfragen. Reynaud gab, indes er den Rückzug antrat, noch einige Schüsse ab – vielleicht nur fürs Protokoll, denn in seinen Memoiren streicht er sie sehr heraus.

«Es ist eine Frage der Ehre Frankreichs», beharrte er immer wieder, «da England seine Zustimmung nicht erteilt hat», was nicht ganz zutreffend war. Marin ergriff das Wort. «Ich fragte Reynaud», erklärt er, «ob er nach ehrlichstem Gewissen der Auffassung sei, dass Frankreichs Ehre unabdingbar verpfändet sei. Er antwortete in das vollständige Schweigen hinein: «Selbstverständlich. Absolute»

Lebrun, der gleich Reynaud den Mut zu verlieren begann, war nicht dieser Meinung, obwohl er es nicht aussprach. Er fand jetzt, Frankreich solle trotz allem, was England vielleicht über die Einhaltung des Vertrags sagen mochte, nicht davor zurückscheuen, zuerst an seine eigenen Interessen zu denken. Er enthüllt seine Einstellung während des Pétain-Prozesses.

Vom Augenblick an, da einer der beiden Unterzeichner einer Vereinbarung wie der vom 28. März einen Teil seiner Streitkräfte für seine eigene Verteidigung zurückbehält, statt sie im gemeinsamen Kampf aufs Spiel zu setzen, wie das Britische Empire es tat, darf er uns zwar stets an die Verpflichtungen gemahnen, die wir eingegangen sind, aber er hat kein moralisches Recht zu sagen: «Wir können euch nicht von eurer Verpflichtung entbinden.»

Helene de Portes ging noch weiter. Wenn man gewissen Quellen Glauben schenken darf, dann schickte sie in diesem Augenblick einen hastig gekritzelt Zettel zu Reynaud hinein: «*Ich hoffe, Du wirst nicht die Rolle der Isabella von Bayern spielen*⁵²!» Diese Dame, die Gemahlin Karls vi. von Frankreich, hatte beim Vertrag von Troyes 1420 erwirkt, dass Heinrich v. von England zum Regenten von Frankreich gemacht wurde.

Mandel, der zwar entschlossen war, Frankreich im Krieg zu halten, aber sich bisher, wie er seinen Freunden sagte, zurückgehalten hatte, weil er meinte, dass er als Jude nicht die Führung übernehmen solle, ergriff jetzt das Wort. «Die Frage», sagte er, ist wirklich ganz einfach. Wir haben hier diejenigen, die kämpfen wollen, und andere, die es nicht wollen.» Chautemps meinte, die Spitze sei gegen ihn gerichtet. «Ich brauche mir von Monsieur Mandel keine Lehren erteilen zu lassen», erklärte er hitzig.

Es war jetzt 18 Uhr, und es war noch immer kein Beschluss gefasst worden. In diesem Augenblick wurde eine neue Mitteilung hereingebracht, und sie trug dazu bei, die Entscheidung unausweichlich zu fordern und zu bestimmen, welche es sein werde. Es war ein durchtelefoniertes Telegramm von General Georges an General Weygand. Statt es dem Ministerpräsidenten in die Sitzung zu schicken, wie es seine Pflicht gewesen wäre, liess es der Generalissimus dem Präsidenten der Republik aushändigen. Es war vom 16. Juni,

17 Uhr, datiert und gab einen knappen Abriss dessen, was Georges die «sich verschlechternde Lage» nannte. Die Truppen gingen überall in aufgelöster Ordnung zurück, wenn sie nicht gar eingeschlossen wurden. Lebensmittel fehlten nicht nur für die Truppen, sondern auch für die flüchtende Zivilbevölkerung auf den Strassen. «Manöver schwierig wegen verstopfter Strassen und Bombens von Eisenbahnen und Brücken. *Absolut notwendig Entscheidung zu treffen*⁵³.»

Das hiess: Entscheidung für einen Waffenstillstand. Zweifellos trug diese Mitteilung von General Georges sehr viel zu dem bei, was sich jetzt in Bordeaux abspielte. Für den schwankenden Präsidenten der Republik, der bei aller Kraftlosigkeit seiner Persönlichkeit die Macht seines Amtes hätte einsetzen können, um das Steuer herumzuwerfen, falls Reynaud seine grössere Macht als Ministerpräsident nicht voll einsetzte, war sie das Zünglein an der Waage und beantwortete die schwebende Frage. Lebrun gestand später beim Pétain-Prozess, dass die Mitteilung von General Georges ihn stark bewegt habe. «Man hätte aus Stein oder Stahl sein müssen», sagte er aus, «um bei seiner Einstellung zu den Entscheidungen, die jetzt getroffen werden mussten, nicht von ihr beeinflusst zu werden. Es war ein sehr bestürzendes Telegramm.»

Reynaud meinte später, Georges' Telegramm habe mehr als irgend etwas sonst Weygand in die Lage versetzt «zu gewinnen». Wie konnte ein politischer Führer, vom Präsidenten der Republik bis hinab zu sämtlichen Kabinettsministern, den angstgequälten Ruf des Befehlshabers der Truppen an der Front überhören, der erst gestern, wie dem Ministerrat mitgeteilt worden war, von allen führenden Generälen, die noch im Feld standen, einstimmig in seiner Forderung unterstützt worden war, dass dem Gemetzel ein Ende gemacht werden müsse? Die Antwort auf diese Frage sollte sich alsbald ergeben – zwar inmitten des grössten Wirrwarrs, aber immerhin.

Die Kabinettsitzung, die einberufen worden war, um die grösste Lebensfrage zu entscheiden, der sich die Dritte Republik je gegenübergesehen hatte, verlief im Sande. Es erfolgte keine ernsthafte Erörterung des britischen Unionsvorschlags und kein ernsthaftes Bemühen, die Frage des Waffenstillstandes auf die eine oder andere Weise zu entscheiden. Reynaud hatte den Eindruck, dass die Mehrzahl der Minister nach wie vor dafür war, Deutschlands Bedingungen zu erfragen. Andere waren genau vom Gegenteil überzeugt. Reynaud unterliess es, die Frage zu stellen, auf die es ankam: Wie viele waren dafür und wie viele dagegen, dass um einen Waffenstillstand ersucht würde? Stattdessen «beendete ich», wie er selbst berichtet, «die Debatte damit, dass ich erklärte, ich wünschte mit dem Präsidenten der Republik über die Lage zu konferieren. Ich ersuchte die Minister, sich um 22 Uhr wieder einzufinden⁵⁴.»

Seine Absicht in diesem Augenblick verbirgt sich hinter einem Schleier der Konfusion. Seine eigenen Erklärungen sind alles andere als überzeugend. Er torkelt zwischen Widersprüchen hin und her. Auch die Aussagen der anderen Beteiligten erhellen nicht – oder sind sich auch nur darüber einig –, was jetzt geschah. Inmitten der Agonie, dem Durcheinander, dem allgemeinen Zerfall in Bordeaux an jenem Sonntagabend wäre es jedem Menschen schwergefallen, klar zu denken oder genau in Erinnerung zu behalten, was

sich tatsächlich ereignete. Marin erklärt, die meisten Minister verliessen die Kabinettsitzung, die sich um 20 Uhr vertagte, in der Überzeugung – nach dem, was der Ministerpräsident ihnen gesagt hatte –, dass sie um 22 Uhr wieder zusammentreten würden, um für oder gegen den Waffenstillstand zu stimmen. Reynaud verfolgte andere Gedanken.

Er konferierte zuerst mit Lebrun allein, und wir besitzen die Aussage beider Männer über das, was daraus folgte. «Nachdem ich nicht mehr die Majorität hatte», erklärt Reynaud, «bestand meine einzige Möglichkeit darin, von Lebrun die Aufforderung zu erhalten, eine neue Regierung von ‚Widerständlern‘ zu bilden⁵⁵.» In seinen Memoiren und Nachkriegsaussagen berichtet er, welche Überlegungen er anstellte. Aber seine Erinnerungen sind widersprüchlich. Er erinnert sich, wie folgt, überlegt zu haben:

Tatsächlich ist die Frage für mich einfach diese: Kann ich von diesem Kabinett, in dem ich seit gestern nicht mehr die Majorität habe und in dem ich soeben unterlegen bin, den Kopf Weygands und die Abreise der Regierung nach Nordafrika erlangen? Da die Antwort klarerweise «Nein» lautet, ersuche ich um Vertagung der Sitzung, um mit dem Präsidenten der Republik zu sprechen. Es liegt bei ihm, und nur ihm allein, mir zu gestatten, meine Regierung so umzubilden, dass ich sie zu einer Regierung des Widerstands machen kann⁵⁶.

Aber hatte Reynaud am frühen Abend des Sonntag, als das Kabinett sich vertagte, tatsächlich die Majorität verloren? Die Unterlagen sprechen in diesem Punkt gegen ihn. Am Sonnabend mochte, wie er glaubte, eine Mehrheit auf den Chautemps-Vorschlag hereingefallen sein, von den Engländern ihr Einverständnis zu einem französischen Waffenstillstandsersuchen zu fordern. Doch jetzt, am Sonntag, nachdem er dem Ministerpräsidenten (nicht ganz wahrheitsgetreu) mitgeteilt hatte, dass England seine Zustimmung verweigert habe, hatte er, wie kaum bezweifelt werden kann, die Mehrheit der Minister in seiner Opposition gegen einen Waffenstillstand auf seiner Seite. Zwei Minister, die dagegen waren, nämlich Marin und Alphonse Rio, sagten später aus, die Mehrheit dagegen sei entweder 15 zu 9 (Marin) oder 14 zu 10 (Rio) gewesen, während die übrigen unentschieden waren. Sogar Arbeitsminister Pomaret, der für den Waffenstillstand war, gab zu, dass seine Seite mit 8 gegen 12 unterlegen war⁵⁷.

Als Reynaud dieses Beweismaterial nach dem Krieg vorgelegt wurde, schwankte er hin und her. Er hielt anfänglich daran fest, er habe nicht mehr die Majorität gehabt, erklärte sodann, es sei gegenstandslos, ob es so gewesen sei oder nicht, und gab schliesslich zu, dass er sie gehabt habe.

Eine Regierung, die in einer lebenswichtigen Frage zutiefst gespalten ist, ist zur Handlungsunfähigkeit verurteilt und hört auf, eine Regierung zu sein. In diesem Augenblick geht es nicht mehr um Zahlen, und für den Ministerpräsidenten, der diese mangelnde Einheit der Auffassung zur Kenntnis nimmt, besteht das Problem nicht darin, zu wissen, ob er eine Mehrheit hat oder nicht...⁵⁸

Als ihn Marin nach dem Krieg vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ins Kreuzverhör nahm, bestritt er, je gesagt zu haben, dass er auf der Kabinettsitzung am Sonntag nicht mehr über die Majorität verfügt habe.

«Sie begingen einen schrecklichen Fehler», sagte ihm Marin, «indem sie falsch einschätzten, wo die Mehrheit stand.» Auf Reynauds beharrliche Behauptung, er habe mit einem gespaltenen Kabinett nicht regieren können, erwiderte Marin: «Sie behaupten, dass Sie unter diesen Umständen nicht regieren konnten. Im Gegenteil, wenn Sie fünfzehn Minister auf Ihrer Seite haben, können Sie zwei oder drei andere ausscheiden. Das ist nicht schwierig ... Ich bin der Meinung, dass Sie hätten weiterregieren können, denn wir sahen uns der Hypothese gegenüber, Pétain Platz zu machen, was bedeutete, Frankreich in die Katastrophe zu stürzen. Ich war überzeugt, dass Sie an Ihrer Stellung festhielten, als das Kabinett sich plötzlich vertagte und Sie erklärten, Sie müssten mit dem Präsidenten der Republik sprechen.»

Im Hinblick auf alles, was er gesagt hatte, erscheint Reynauds Erwiderung recht lahm:

Aber ich habe niemals gesagt, dass am 16. Juni eine Mehrheit gegen mich bestand. Es war Lebrun, der das gesagt hat, nicht ich ... Es ging überhaupt nicht darum, dass eine Mehrheit gegen mich bestimmte, was ich tat... Aber man kann nicht regieren, wenn man zwei stellvertretende Ministerpräsidenten gegen sich hat, besonders solche vom «Standing» (er gebrauchte das englische Wort) Pétains und Chautemps⁵⁹.

Jetzt also ging es, Reynaud zufolge, nicht mehr darum, dass eine Mehrheit im Kabinett gegen ihn war, sondern nur zwei stellvertretende Ministerpräsidenten. Zum Unglück für ihn – und für das Land – gelangte der Präsident der Republik jetzt zu der Überzeugung, dass die Mehrheit tatsächlich gegen Reynaud war und dass er sich danach richten müsse. Jedoch scheint die Tatsache ziemlich sicher festzustehen, dass Reynaud beim Chautemps-Vorschlag am Vortag zwar höchstwahrscheinlich unterlag, dass er jedoch am folgenden Nachmittag in der viel entscheidenderen Frage des Ersuchens um einen Waffenstillstand seine Kollegen auf seine Seite hätte ziehen können. Die Ironie wollte es jedoch, wie es scheint, dass es Reynaud selbst war, der um sein eigenes Leben und, wie er meinte, das Leben des Landes kämpfte, der nun dazu beitrug, Lebrun vom Gegenteil zu überzeugen.

Der Präsident der Republik erklärt, er habe auf der Kabinettsitzung gespürt, dass sich eine Mehrheit für den Waffenstillstand gebildet hatte, und Reynaud habe, als er gleich darauf mit ihm allein sprach, dieses Gefühl verstärkt. Er schrieb in seinen Memoiren:

Die Auffassungen, die geäußert wurden, und die Überlegungen, die von dem einen oder anderen angestellt wurden, bezeugten, dass sich eine sehr klare Mehrheit zugunsten des Chautemps-Vorschlags gebildet hatte. Der Ministerpräsident erkannte dies. Er teilte mir seinen Entschluss mit. Da er die Majorität verloren habe, erklärte er, dass seine Regierung zurücktrete⁸⁰.

In seiner Aussage im Pétain-Prozess drückte sich Lebrun genauer aus:

Nach der Sitzung des Ministerrats sagte Reynaud zu mir: «Sie sehen, ich habe nicht mehr die Majorität. Ich kann nicht weitermachen.» Ich erwiderte ihm, ich sei gleichfalls der Meinung, dass er nicht mehr die Majorität habe. «Aber mein lieber Ministerpräsident», fügte ich hinzu, «zwischen uns hat stets Einverständnis geherrscht. Gestern habe ich meine ganze Kraft eingesetzt, um Sie am Rücktritt zu hindern. Ich richte heute den gleichen Appell an Sie.» Darauf sagte er: «Aber was wird geschehen? Ich habe nicht die Majorität, leh kann nicht hinausgehen und die Frage stellen, in der Chautemps die Majorität des Kabinetts erlangt hat. Sie widerspricht meiner Politik. Folglich kann ich es nicht tun. Das ist mein Standpunkt⁶¹.»

Als Senator Tony Révillon, einer der Geschworenen des Pétain-Prozesses, ihn fragte, warum er in dieser Konstellation Reynaud nicht aufgefordert habe, eine neue Regierung zu bilden, die sich verpflichtete, nicht um einen Waffenstillstand zu ersuchen, erwiderte Lebrun:

Ach, in jenen wirren Zeiten war alles möglich. Wir hatten keine Sitzungen der Abgeordnetenversammlung. Wir hatten überhaupt nichts. Schliesslich muss ich zugeben, dass ich von dieser Mehrheit beeindruckt war, die sich im Kabinett gebildet hatte. Der Präsident der Republik ist der Schiedsrichter. Ich fällte meinen Schiedsspruch im Sinne der Abstimmung, die gerade vorgenommen worden war⁶².

Es hatte aber gar keine Abstimmung stattgefunden. Sie widersprach den ungeschriebenen Verfahrensregeln des Kabinetts, eine Tatsache, die Lebrun selbst dem Gerichtshof erst einige Minuten zuvor erläutert hatte.

An diesem Punkt seiner Unterredung mit dem Präsidenten der Republik tat Reynaud einen verhängnisvollen Schritt. Er gibt zu, dass er müde und erschöpft war und meinte, «es sei Zeitverschwendung», die Besprechung mit all den Argumenten fortzuführen, die er bereits im Beisein Lebruns auf den Kabinettsitzungen seit dem 12. Juni ins Feld geführt habe. Der angeschlagene Ministerpräsident war vielleicht erschöpfter und entmutigter, als ihm selbst bewusst war – oder als er später zugab. Botschafter Biddle hatte kurz mit ihm konferiert, als er aus der Kabinettsitzung kam. «Er befand sich in einem Zustand äusserster Ermüdung und Niedergeschlagenheit», kabela Biddle nach Washington.

Bedeutsamer noch: Der amerikanische Botschafter hatte den Eindruck, dass Reynaud die Flinte ins Korn warf. Dies traf ihn wie ein Schock, denn Biddle und Matthews hatten in Tours und Bordeaux ihr Äusserstes getan, um ihm den Rücken zu stärken und ihn zu ermutigen, Frankreich im Krieg zu halten. Zu Biddles Überraschung hatte Reynaud, der sich auf dem Weg zu Lebrun befand, ihm abermals die katastrophale Lage geschildert, und zwar in noch lebhafteren Farben als Chautemps. Biddle kabela:

Er sagte, die Lage des französischen Volkes werde mit jeder Stunde grauenvoller. «Massen von Flüchtlingen, Frauen, Kindern und alten Männern stürben auf den Strassen an Hunger und Krankheit ... Die Lebensmittelvorräte seien längst sämtlich verschlungen.» Diese «herzzerbrechende Lage», erklärte er, habe viele Mitglieder des Kabinetts so stark angegriffen, dass der Druck, um «Waffenstillstandsbedingungen zu ersuchen», zu stark geworden sei, als dass man ihn niederhalten könne ...

Reynaud vertraute also dem amerikanischen Botschafter an, Frankreich müsse wegen des jammervollen Elends seines Volkes um eine Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen. Er selbst werde es nicht tun, versicherte er Biddle, denn er habe die feierliche Verpflichtung gegenüber Grossbritannien unterzeichnet. Wie auch immer, schloss er, werde die «endgültige Entscheidung» in jedem Fall «heute nacht» auf der Sitzung des Ministerrats gefällt werden. So hatten es die Kabinettsminister verstanden, und so sagte Reynaud es selbst. Aber es war nicht das, was er wirklich beabsichtigte. Biddle scheint gespürt zu haben, dass der Ministerpräsident nicht ganz aufrichtig war.

Ich sagte, er müsse doch jetzt wohl wissen, wie seine Entscheidung sein werde. Als Antwort zuckte er nur in einer müden Geste mit den Achseln und sagte, er habe getan, was er konnte, und das Kabinett werde entscheiden.

Biddle versuchte noch einmal, dem mutlosen französischen Regierungschef etwas Willenskraft einzuflössen.

Ich sagte, ich nähme an, die französische Regierung werde natürlich den Kampf von anderen Küsten aus fortsetzen, falls das französische Mutterland von der deutschen Armee besetzt werde. Er zuckte abermals mit den Achseln und blickte weg. Ich betonte die Notwendigkeit der Fortdauer einer freien Regierung und der Rettung der französischen Flotte ...

Dieser Kabelbericht eines objektiven, neutralen, aber verständnisvoll gleichgesinnten Beobachters gibt vermutlich das zutreffendste Bild vom wahren Zustand des verstörten französischen Ministerpräsidenten, das wir je gewinnen werden, als er an diesem schicksalvollen Sonntagabend die Kabinettsitzung verliess, um allein mit dem Präsidenten der Republik zu beraten. Margerie, den Biddle kurz zuvor einen Augenblick lang sprach, war ihm gegenüber freimütiger, als Reynaud es gewesen war.

Er sagte (kabelte Biddle), Reynaud werde höchstwahrscheinlich beim Wiederezusammentritt des Kabinetts heute abend seinen Rücktritt erklären. Wer an der Spitze des neuen Kabinetts stehen werde, konnte er nicht sagen; gewisse Kabinettsmitglieder übten starken Druck aus, damit Pétain das neue Kabinett bilde und um Waffenstillstandsbedingungen ersuche⁶³.

Unter vier Augen mit dem Präsidenten der Republik gab Paul Reynaud jetzt diesem Druck nach. «Ich brauchte nicht lange, um zu erkennen», schreibt er, «dass Lebrun sich entschlossen hatte. Er erklärte, er sei dafür, um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Dessenungeachtet forderte er mich abermals auf, wie er es schon am Vortag getan hatte, mich der Mehrheit des Ministerrats zu fügen, das heisst, mich dem Chautemps-Vorschlag anzuschliessen und an der Macht zu bleiben, um ihn durchzuführen.» Das, erklärte Reynaud dem Präsidenten, könne er nicht tun.

«*Um diese Politik durchzuführen*», erwiderte er seiner eigenen Aussage zufolge Lebrun, «*müssen Sie sich an Marschall Pétain wenden!*»

Das war eine verhängnisvolle Äusserung, und dass er sie in diesem Augenblick tat, sollte ihn sein ganzes restliches Leben lang quälen. Sie gab seinen Feinden (ganz zu schweigen von den objektiven Historikern) Grund und Anlass zu erklären, schliesslich und endlich sei es Reynaud selbst gewesen, der Lebrun geraten habe, den Marschall zu seinem Nachfolger zu ernennen, und zwar im vollen Wissen, dass Pétain als Regierungschef unverzüglich um einen Waffenstillstand ersuchen werde. In seinen Nachkriegsmemoiren, in seiner späteren Aussage im Pétain-Prozess, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und in Briefen und Gesprächen mit mir und anderen bemühte er sich, diesen so folgenschweren Satz wegzuerklären; bei einigen Gelegenheiten bestritt er sogar aufs heftigste, je Pétain als seinen Nachfolger vorgeschlagen zu haben.

In der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 12. Dezember 1950, mehr als zehn Jahre später, fragte Paul Bastid, eines der Ausschussmitglieder, Reynaud: «Sie haben (Lebrun) nie geraten, er solle Pétain berufen?»

REYNAUD: Nie im Leben! Es lief meiner ganzen Haltung völlig zuwider⁶⁴.

Und doch schrieb Reynaud am 18. Mai 1941, nahezu ein Jahr nach seinem Sturz, aus einem Gefängnis, in das der alte Marschall ihn gesperrt hatte, einen Brief an Pétain, in dem er ihn erinnerte⁶⁵: «Vor einem Jahr nahm ich die Verantwortung auf mich ... dem Präsidenten der Republik den Rat zu erteilen, Sie zu meinem Nachfolger zu bestimmen ... Ich leugne die Verantwortung nicht, die ich übernahm, aber ich bitte *Frankreich, mir zu verzeihen* *.»

Warum, fragt Reynaud in seinen Memoiren, schlug er nicht Chautemps statt Pétain als seinen Nachfolger vor? Chautemps war der Urheber des Vorschlags, um Waffenstillstandsbedingungen zu ersuchen, dessen Durchführung Lebrun jetzt wünschte, und ausserdem, im Unterschied zu Pétain, ein alterfahrener Staatsmann und Politiker: Er war viermal Ministerpräsident gewesen und hatte seit 1925 dreizehn anderen Kabinetten als Minister angehört.

«Chautemps», antwortet Reynaud, «stellte in meinen Augen eine grössere Gefahr dar als Pétain.» Er gelangte, wie er sagt, zu dem Schluss, dass Pétain zumindest die Charakterstärke besitzen werde, Hitler gegenüber standzuhalten und die Auslieferung der französischen Flotte als Teil eines Waffenstillstandsabkommens zu verweigern, während Chau-

* Von Reynaud unterstrichen.

temps die Kraft hierzu nicht besass. Es kam noch, wie er zugibt, eine andere Erwägung hinzu. Er meinte, da Hitler auf der Auslieferung der Flotte bestehen werde, würde Pétain niemals einen Waffenstillstand erhalten, und in diesem Fall würde er, Reynaud, höchstwahrscheinlich zurückgerufen werden, um eine neue Regierung zur Fortsetzung des Krieges zu bilden.

Wie dem auch sein mag, zu dieser Stunde am Sonntagabend in Bordeaux – es war inzwischen nahezu 21 Uhr – hatte Reynaud noch eine letzte Hoffnung, an der Macht zu bleiben. Pétain war noch nicht in aller Form zu seinem Nachfolger ernannt worden. Bevor dies geschehen konnte, musste Lebrun gemäss der Verfassung die Präsidenten der beiden Kammern zu sich rufen und sich ihren Rat, wen er zum Ministerpräsidenten wählen solle, anhören. Jeanneney, der Präsident des Senats, und Herriot, der Vorsitzende der Deputiertenkammer, wurden gerufen. Da sie beide gegen den Waffenstillstand waren, würden sie bestimmt, wie Reynaud meinte, Lebrun dringend empfehlen, ihn zu behalten.

Die unermüdlichen britischen Diplomaten Campbell und Spears hatten Jeanneney seit zwei Tagen unablässig bearbeitet und ihn gedrängt, seinen Einfluss und seine Beherztheit einzusetzen, um Reynaud an der Macht und Frankreich im Krieg zu halten. Auch sie hatten den Ministerpräsidenten gesprochen, als er aus der Kabinettsitzung kam, und zu ihrer Konsternation erfahren, dass er anscheinend im Begriff war aufzugeben. Margerie hatte ihnen, ebenso wie Biddle, einen Hinweis gegeben, dass der Ministerpräsident wahrscheinlich zurücktreten werde.

«Ich fragte ihn», berichtet Spears, «ob er zurückgetreten sei oder nicht. Er sagte, er habe es nicht getan, gedenke es aber zu tun, da die Mehrheit des Kabinetts gegen ihn sei.»

«Wir bearbeiteten ihn eine halbe Stunde lang», berichtete Botschafter Campbell telefonisch Churchill in für ihn ungewohnter Sprache, «und ermutigten ihn, er möge doch versuchen, sich der schlechten Einflüsse unter seinen Kollegen zu entledigen⁶⁶.» Aber sie hatten den Eindruck, als sei er nicht mehr zu retten.

Der Botschafter hatte, nachdem er Reynaud verlassen hatte, Downing Street telefonisch angerufen und gemeldet, dass sich eine «Ministerkrise» entwickelt habe und folglich das für den folgenden Tag angesetzte Treffen zwischen Churchill und Reynaud bei Concarneau nicht stattfinden könne. Der britische Premier hatte bereits zusammen mit den Führern der Labour- und Liberalen Partei und den drei Stabschefs auf dem Waterloo-Bahnhof in London den Sonderzug bestiegen, der sie nach Southampton bringen sollte, von wo sie sich an Bord eines Kreuzers zu ihrem Treffen mit den Franzosen begeben wollten.

«Wir hatten unsere Plätze im Zug eingenommen», erinnerte sich Churchill später. «Doch die Abfahrt verzögerte sich. Offensichtlich war eine Störung eingetreten.» Gleich darauf traf sein Privatsekretär mit der Mitteilung von Campbell ein. «So kehrte ich», schreibt der Premierminister, «mit schwerem Herzen in die Downing Street zurück⁶⁷.»

In Bordeaux machten sich Campbell und Spears auf, um Jeanneney zu sprechen, ehe er zu Lebrun gerufen wurde. Unterwegs hielten sie sich noch kurz bei Mandel auf. «Er befand

sich in einer kalten Wut», berichtet Spears, und tobte, dass mit «*ces gens là*» nichts anzufangen sei. Reynaud, sagte er, «hat alle Autorität eingebüsst ... Er kann sich nicht entschliessen, Frankreich zu verlassen ... Sie hätten Frankreich auf seine Unterschrift festnageln sollen.» Mandel schilderte, Lebrun liege schluchzend auf einem Sofa und «sei unfähig, noch irgend etwas zu begreifen», wiewohl Spears sagt, er bezweifle das. Er war überzeugt, dass der Präsident der Republik sich entschlossen hatte, Frankreich aus dem Krieg herauszulösen.

Einige Augenblicke später befanden sich die britischen Diplomaten bei Jeanneney. Sie trafen den ehrwürdigen Senatspräsidenten «noch zerbrechlicher» an als am Tag zuvor, aber «klarerer Geistes und ruhiger denn je». Er wusste nichts von den Vorgängen auf der Kabinettsitzung, und Campbell und Spears unterrichteten ihn entsprechend dem, was Reynaud ihnen gesagt hatte, und ihrer Handhabung des britischen Unionsangebots. «Wir baten ihn», sagt Spears, Mittel und Wege zu finden, um den Präsidenten der Republik dahin zu beeinflussen, dass er «Reynaud aufforderte, eine neue Regierung zu bilden». Jeanneney erwiderte einigermaßen vorsichtig, er werde tun, was er könne. «Wir verliessen den prachtvollen alten Mann, ein Monument der Rechtschaffenheit, mit einem leichten Gefühl der Beruhigung», schreibt Spears. «Wir waren ... sicher, dass er und Herriot alles in ihrer Macht Liegende tun würden, um Frankreich im Krieg zu halten⁶⁸.»

Sie versuchten es. Aber es ist zweifelhaft, ob sie alles taten, was in ihrer Macht lag. Auch hier sind die Aussagen der beteiligten Männer widersprüchlich. Lebrun erklärte in Gegenwart Reynauds den beiden parlamentarischen Führern, der Ministerpräsident weigere sich, den Chautemps-Vorschlag durchzuführen, obwohl die Mehrheit des Kabinetts den Vorschlag unterstütze, und trete zurück. Er habe ihn gebeten zu bleiben, aber unter der Bedingung, dass er um einen Waffenstillstand ersuche.

«Ich werde nicht darum ansuchen», wiederholte Reynaud.

«Wer also dann – morgen?» fragte Lebrun, indem er sich an die Häupter des Senats und der Kammer wandte.

«M. Herriot und ich», erklärte Jeanneney dem Pétain-Gericht, «antworteten sofort, und ich glaube, im gleichen Atemzug: ‚Paul Reynaud.‘»

«Aber er lehnt es ab, mit Deutschland zu verhandeln», sagte Lebrun, Herriot zufolge. «Folglich frage ich noch immer: ‚Wer?‘»

«Das ist Ihre Angelegenheit», antwortete Herriot, wie er selbst erklärt, vielleicht ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass er und sein Senatskollege damit praktisch – nach einem so schwachen Versuch – ihre Hände in Unschuld wuschen.

Herriot schwor dem Pétain-Gerichtshof, weder er noch Jeanneney habe «einen anderen Namen genannt. Wir haben den Namen Pétain überhaupt nicht erwähnt.»

«Aber teilte Präsident Lebrun Ihnen nicht mit, dass er an Pétain dachte?» fragte einer der Anwälte des Marschalls.

«Nein», antwortete Herriot. «Er nannte den Namen überhaupt nicht.»

Lebruns Erinnerung war genau gegenteilig.

«Ich setzte die beiden Kammerpräsidenten», sagte er im selben Prozess aus, «von dem Angebot in Kenntnis, dass ich Pétain zu unterbreiten gedachte. Ich kann zwar bestätigen, dass sie weiterhin nachdrücklich an der bisherigen Politik (Reynauds) festhielten, aber ich kann nicht sagen, dass sie sich dem Vorschlag, den ich (Pétain) unterbreiten sollte und den ich ihnen anvertraute, irgendwie widersetzten.»

Welche Lesart man auch immer akzeptiert, es ist jedenfalls offensichtlich, dass Jeanneney und Herriot, die beide mit den Vorgängen in enger Fühlung standen, um diese Zeit wussten, dass, falls Reynaud abtrat, Pétain sein Nachfolger sein und unverzüglich um einen Waffenstillstand ersuchen werde. Jedermann in Bordeaux an diesem Sonntag stimmt zumindest in diesem Punkt überein. Chautemps, Bouthillier, Baudouin, Frossard und Prouvost im Kabinett, Weygand in der Armee, Laval unter den verärgerten Politikern und noch manch anderer – sie alle hatten seit Tagen, wenn nicht schon länger, darauf gedrängt oder stillschweigend Vorschub geleistet, dass der alte Kriegsheld die Regierung übernehme und dem Krieg ein Ende mache. Die Tatsache, dass die Präsidenten des Senats und der Kammer davon absahen, den Namen des Marschalls zu erwähnen, legt den Gedanken nahe, dass sie mit Vorbedacht der Frage – und ihrer Verantwortung – aus dem Weg gingen. Andernfalls, möchte man annehmen, hätten sie sich doch wohl zur Wehr gesetzt, nicht nur um den schwankenden Präsidenten der Republik zu bewegen, Reynaud zu behalten, sondern mehr noch, falls dies fehlschlug, um den Gedanken einer Ernennung Pétains zurückzuweisen. Man kann schwerlich behaupten, dass diese beiden alterfahrenen Staatsmänner in diesem entscheidenden Augenblick, als so viel an einem Faden hing, mit all ihrem Prestige und ihrer politischen Macht für das, woran sie glaubten, einen nennenswerten Kampf lieferten.

Warum entschloss sich Lebrun so rasch für den alten Marschall? Nach dem Krieg erklärte er dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, noch eine Stunde zuvor sei er überhaupt nicht auf den Gedanken verfallen.

Ich muss gestehen, dass ich beim Verlassen der Kabinettsitzung überhaupt nicht daran gedacht hatte, Pétain könne der Regierungschef sein. Einen Militär, und wenn er aufgrund seiner militärischen Vergangenheit auch noch so sehr mit Ehren und Auszeichnungen bedeckt ist, in dem tragischen Augenblick, an den wir gelangt waren, an die Spitze der Regierung zu stellen – das hätte mir gar nicht in den Kopf kommen können. Ausserdem war mir während der letzten Kabinettsitzungen aufgefallen, wie müde und erschöpft der Marschall war.

Woraufhin er Paul Reynaud die Schuld an seiner schicksalsschweren Wahl gab! (Nach dem Krieg bürdeten viele führende Personen in diesem Drama, um sich einen besseren Platz in der Geschichte zu verschaffen, die Schuld anderen auf.) Lebrun fuhr fort:

Reynaud sagte zu mir: «Rufen Sie Pétain. Er hat, wie ich höre, seine Kabinettsliste bereits fertig in der Tasche.» Das bezweifelte ich nicht. So geschah es, dass sich meine

Gedanken in diese Richtung wandten. Ich sagte mir: Also gut, wenn alle meinen, dass Pétain der Mann ist, den wir brauchen. Schliesslich und endlich hat er seine Ehre.

Und er erinnerte den Ausschuss an das gewaltige Prestige und die Popularität, die der alte Kriegsheld im Parlament, in der Presse und im ganzen Land genoss. «So lief es schliesslich darauf hinaus.» Pétain war der Mann seiner Wahl⁶⁹.

Es ist verwunderlich, dass so alterfahrene Politiker und Parlamentarier wie Reynaud, Jeanneney und Herriot die Wahl Lebrun überliessen. Der Präsident der Republik war, wie wir gesehen haben, seit der Zeit Marschall MacMahons nicht mehr als ein Strohmännchen. Er konnte einen Ministerpräsidenten nicht unter Druck setzen oder gar ihn zwingen abzutreten. Das konnte nur eine Abstimmungsniederlage in der Kammer oder im Senat bewirken. Lebrun besass keine verfassungsmässige Befugnis, Reynaud für sein Verbleiben im Amt Bedingungen zu stellen. Ebensovienig war der Präsident in irgendeiner Weise an den Vorschlag des Ministerpräsidenten bezüglich seines Nachfolgers gebunden. Ein erfahrener und geschickter Politiker wie Reynaud wusste das sehr wohl, und man kann sich nur wundern, dass er so ohne Weiteres nachgab, es sei denn, er war, wie mancher später erklärte, zu erschöpft, um in einem so katastrophalen Augenblick in der Geschichte der Nation diese furchtgebietende Bürde weiter auf sich zu nehmen⁷⁰.

In Wahrheit verhält es sich so, dass die vier höchstverantwortlichen Amtsinhaber der Republik an diesem kritischen Punkt den Halt verloren und versagten. Louis Marin bemühte sich nach dem Krieg, eine vernunftbestimmte Erklärung hierfür zu finden; er nahm Lebrun und Reynaud vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ins Kreuzverhör, er studierte die Aussagen Jeanneney's und Herriots und überdachte seine eigenen Aufzeichnungen und Erinnerungen als Mitglied jenes unseligen Kabinetts, dessen Mehrheit, wie er nachweist, bis zum Schluss versuchte, gegen den Waffenstillstand zu Reynaud zu halten. Seine Suche war nicht sehr erfolgreich. Er schrieb schliesslich 1951, elf Jahre nach dem Vorfall:

Man fragt sich immer wieder, aufgrund welchen Geheimnisses und welcher Verirrung der Präsident der Republik und der Ministerpräsident, die beide gegen den Waffenstillstand waren, nachdem sie die Präsidenten des Senats und der Kammer zu Rate gezogen hatten, die gleicherweise dagegen waren, den Mann an die Macht riefen, von dem sie wussten, dass sein erster Schritt ein Ersuchen um Waffenstillstand sein werde¹¹?

Trotz all der Sturzbäche von Worten, die die vier Männer und Reynaud im Besonderen in ihren Nachkriegsaussagen und Memoiren als Erklärung und Selbstrechtfertigung von sich gaben, bleibt das Geheimnis bestehen, bleibt die Verirrung bestürzend. Man kann nur festhalten, was diese gehetzten, wirren, zusammenbrechenden Menschen an diesem entscheidenden Sonntag in Bordeaux taten, als sie vom Schicksal umstellt waren, und die Vorwände und Entschuldigungen aufzeichnen, die sie später vorbrachten.

Kurz vor 20 Uhr begannen die Mitglieder des Kabinetts sich draussen vor Lebruns Büro zu versammeln. Sie wussten nicht, was sich soeben drinnen zugetragen hatte, und trafen in der Erwartung ein, das Kabinett werde, wie Reynaud versprochen hatte, um 20 Uhr zusammentreten und endlich bezüglich des Waffenstillstandes einen Beschluss fassen. Da sie den Eindruck hatten, dass die Mehrheit der Kabinettsmitglieder hinter dem Ministerpräsidenten stand, waren sie sich ziemlich sicher, wie die Entscheidung ausfallen werde. Reynaud trat heraus. «Ich durchschritt den Raum, in dem die Minister warteten», berichtet er, «und sagte lediglich: ‚Marschall Pétain bildet eine Regierung« und ging wieder. Die Übergabe eines formellen Rücktritts der Regierung schien mir ein zweckloses Ritual⁷².» Die Minister waren sprachlos. Es dauerte einige Zeit, bis in Reynauds eigenen Anhängern die Empörung hochstieg.

Einer von ihnen, Louis Marin, äusserte sich später hierzu. «Die Minister selbst überreichten überhaupt nicht ihren Rücktritt. Der Ministerpräsident allein erklärte den Rücktritt des Kabinetts, ohne seine Kollegen konsultiert zu haben und nachdem er sie zu einer letzten entscheidenden Sitzung zusammengerufen hatte, die überhaupt nicht stattfand ... Ich glaube nicht, dass in unserer ganzen Geschichte eine so dramatische und in ihren sofortigen und letztlichen Konsequenzen derart ernste Situation jemals von einem solchen Durcheinander begleitet worden ist⁷³.»

Der Präsident der Republik trat heraus, um die völlig fassungslosen Minister zu beruhigen und zu trösten. Georges Monnet erinnert sich der Szene.

Meine Herren (sagte Lebrun), das Kabinett wird jetzt nicht zusammentreten. Entschuldigen Sie, dass ich Sie nicht vorher verständigt habe. Es gelang mir nicht, Reynaud umzustimmen. Er bestand darauf zurückzutreten. Folglich wird keine Kabinettsitzung stattfinden. Aber ich ersuche Sie, hier bei mir zu bleiben. Marschall Pétain wird eine neue Regierung bilden. Einige von Ihnen werden von dem neuen Ministerpräsidenten aufgefordert werden, seine Mitarbeiter zu werden. Aber ich ersuche auch die übrigen von Ihnen, ebenfalls hierzubleiben. Ich möchte, dass wir heute abend alle im gleichen Gefühl der Trauer vereint sind.

«Ich glaube», fügt Monnet hinzu, «dass wir alle bei Lebrun blieben, einige, weil sie wussten, dass sie gerufen werden würden, die anderen, weil sie Zeugen eines solchen dramatischen Ereignisses zu sein wünschten⁷⁴.»

Bei dem, was sich soeben im Büro des Präsidenten zugetragen hatte, waren ausser den Beteiligten selbst keine Zeugen zugegen gewesen. Lebrun schilderte es im Pétain-Prozess. Er befand sich allein mit dem Marschall, den er eiligst zu sich gerufen hatte.

Es war vielleicht 23 Uhr, und mir ging es darum, dass Frankreich bis zum nächsten Morgen eine Regierung hatte. Ich begrüßte ihn und sagte: «Also dann. Bilden Sie eine Regierung.» Der Marschall öffnete unverzüglich seine Aktentasche und zog eine Liste heraus. «Da haben Sie meine Regierung», sagte er.

Der Präsident gab zu, dass er angenehm überrascht war. «Ich erinnerte mich, wie schwierig es während meiner acht Amtsjahre gewesen war, eine Regierung zusammenzustellen. Es hatte für gewöhnlich drei bis vier Tage gedauert. Aber hier hatte ich binnen einer Minute eine. Ich fand das prächtig.»

Was für ein Mann Lebrun war, hat niemand so gut enthüllt wie er selbst in dieser Schilderung.

Da Pétain nur wenige Politiker kannte und für die meisten von ihnen nur Verachtung übrig hatte, schien es manchem erstaunlich, dass er eine fertige Ministerliste in der Tasche hatte. Anderen schien es offenkundig, dass jemand in der Kamarilla, die den Marschall gedrängt hatte, die Macht zu übernehmen, die Liste für ihn aufgesetzt hatte. Ihr Verdacht richtete sich gegen Raphael Alibert, der seit vielen Jahren sein politischer Mentor war und jetzt Unterstaatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten wurde. Er war ein fanatischer Royalist, dessen ganzes Denken noch im siebzehnten Jahrhundert befangen war und der, wie jemand meinte, jener gefährlichen Sorte von Gelehrten angehörte, die ihre Hirngespinnste in Taten verwandelt; jetzt war er an der Seite des Marschalls in der Lage, an der verhassten Republik Rache zu üben.

«Warum haben Sie sich *ihn* ausgesucht?» fragte der Präsident des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Pétain viele Jahre später.

«Weil ich sonst niemanden kannte», antwortete er.

«Mein Gedächtnis hat sich verflüchtigt. Ich bin einundneunzig», erklärte der Marschall dem Ausschuss, als seine Mitglieder ihn an einem Julitag des Jahres 1947 in der Festung der Ile d'Yeu aufsuchten, wo er inhaftiert war. Immerhin versuchte er, sich zu erinnern, wie er am Abend des 16. Juni 1940 in Bordeaux so rasch seine Kabinettsliste zusammengebracht hatte.

«Ich tat es nacheinander», sagte er. «Der erste, der gerufen wurde, rief einen zweiten. Bald waren viele da.»

«Wer war der erste? Pierre Laval?»

«Nein. Es waren die, die von selbst auftauchten⁷⁸.»

Viele «tauchten von selbst auf». Es herrschte geradezu ein Massenandrang von defätistischen Politikern und besiegten Generälen im Büro des Marschalls, und einige von ihnen verlangten mit vernehmlichem Geschrei wichtige Posten in einer Regierung, die entschlossen war zu kapitulieren. Pierre Laval war, entgegen Pétains Erinnerung, unter den ersten. Und Camille Chautemps.

Paul Reynaud schien unsäglich erleichtert, von seiner niederdrückenden Bürde befreit zu sein. Botschafter Biddle, der ihn um 23 Uhr aufsuchte, fand ihn «ruhig und ganz er selbst – ein Mann, der eine gewaltige Last losgeworden ist».

«Ich bin meinem gegebenen Wort treu geblieben», sagte er, «und habe meiner Politik der engsten Zusammenarbeit mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten die Treue gehalten ... Die Mehrheit war der Ansicht, dass die Opfer, die von Frankreich gefordert

werden, zu gross seien, als dass es weiterkämpfen könnte. Ich bin zurückgetreten, und der Präsident hat an meiner Stelle Marschall Pétain ernannt...»

In seinem Kabel, das er um Mitternacht nach Washington sandte, setzte Biddle hinzu: «Pétain wird sich selbstverständlich sofort um einen Waffenstillstand bemühen⁷⁶.» Campbell und Spears, die Reynaud kurz nach 22 Uhr aufsuchten, fiel ebenfalls auf, wie erleichtert er war, dass die Qual vorüber war. Es war gar nicht so einfach gewesen, ihn zu finden, wie Spears auf seine gewohnte malerische Art später berichtete. Der Botschafter und er fanden die grosse Halle im Haus des Ministerpräsidenten in völliger Dunkelheit vor. «Es war absolut keine Menschenseele zu sehen», erzählt Spears. Die britischen Diplomaten stöberten einige Minuten lang in der Finsternis herum, bis sie schliesslich durch die Ritze einer Tür einen Lichtschein erspähten; sie drückten die Tür auf und entdeckten Reynaud, der mit Margerie plauderte. Der abtretende Ministerpräsident verhielt sich zwar anfänglich gegenüber seinen britischen Besuchern reserviert, begann jedoch schon bald, wie Spears sagt, zwanglos mit ihnen zu plaudern und setzte sie in Kenntnis von dem, was sich zugetragen hatte. Er meinte, dass Pétain an die Macht komme, sei unausweichlich, er selbst habe alles getan, was er konnte, um Frankreich im Krieg zu halten, aber «eine Mehrheit» des Kabinetts habe sich gegen ihn gewandt. Der Marschall, sagte er, sei höchst freundlich zu ihm gewesen, und der Präsident der Republik habe ihn ersucht, erreichbar zu bleiben. «Der Präsident», so sagte er, «meinte, er werde möglicherweise noch einmal auf mich zurückgreifen.» Falls die deutschen Waffenstillstandsbedingungen unannehmbar seien, was sie nach seiner Meinung zwangsläufig sein mussten, werde er, so erklärte er, neuerlich ersucht werden, die Regierung zu übernehmen.

«Reynaud», schreibt Spears, «schien Trost darin zu finden, nur einfach mit jemand zu reden», aber der britische General gewann den Eindruck, dass er «in eine Welt der Unwirklichkeit» abglitt. Spears war sich seines Eindrucks völlig sicher, als Reynaud plötzlich die Absicht aussprach, seine Verabredung mit Churchill in der Bretagne am folgenden Tag einzuhalten. Er erklärte, er werde den Marschall um ein Flugzeug ersuchen, um hinzufiegen.

«Morgen wird eine neue Regierung dasein, und Sie werden in niemandes Namen mehr sprechen», antwortete Spears, wie er sagt, vielleicht ungebührlich brutal. «Das Treffen ist abgesagt worden*.»

Damit endete die Unterredung. Spears berichtet, Margerie habe ihm einige Tage später in London erzählt, nachdem die beiden britischen Diplomaten sich verabschiedet hatten, habe Reynaud sich ins Wohnzimmer begeben, wo die Gräfin de Portes und «die schöne Gräfin de Montgomery» auf ihn warteten. Der vormalige Ministerpräsident war guter Stimmung und machte sich ein Vergnügen daraus, den beiden Damen den Wortlaut

* Reynaud bestätigt diesen Punkt des Gesprächs mit einer Naivität, die für einen so weltklugen Mann ungewöhnlich ist. «Ich war», schreibt er, «in diesem Augenblick so davon überzeugt, wieder an die Macht zu gelangen, dass ich die Frage aufwarf, ob ich nicht die Verabredung mit Churchill am nächsten Tag einhalten könne. Aber Spears widersprach mit gutem Grund, dass dies nicht mehr ginge, da ich nicht mehr Ministerpräsident sei ...»

eines gefühlvollen Telegramms an Roosevelt vorzulesen, das er gerade aufsetzte und in dem er dem amerikanischen Präsidenten für die Ermutigung dankte, die er ihm und dem Land hatte zuteil werden lassen. Nach dem Trost des Gesprächs der Trost der Frauen. Man darf bezweifeln, ob Paul Reynaud sogar jetzt bergiff, wieviel die Frau, die er liebte, zu seinem Sturz und zu allem, was jetzt das schwerverwundete, geschlagene Land heimsuchen sollte, beigetragen hatte.

Spears suchte als nächstes Mandel auf. Er hatte Reynaud vergeblich ersucht, nach England zu kommen, um eine Widerstandsbewegung auf die Beine zu stellen. Er wollte jetzt das gleiche Mandel vorschlagen. Auch in der Präfektur war alles dunkel, aber Spears fand den Innenminister schliesslich am Ende einer langen Säulenhalle, die nur von einer einzigen Kerze erleuchtet war, an einem kleinen Tisch sitzend. Auch Mandel lehnte es ab, das Land zu verlassen. «Da ich Jude bin, würde es aussehen, als ob ich davonlaufe», sagte er. Eine Tür öffnete sich auf der anderen Seite der Halle. Aus einem Zimmer in hellem Kerzenlicht trat eine Frau. Spears war überrascht von «ihrer fülligen, angenehmen Erscheinung und ihrem blonden Haar». Es war die Schauspielerin Beatrice Bretty.

«Die Koffer sind gepackt, Georges», sagte sie. Spears meinte, «der Tonfall leicht bittender Dringlichkeit» in ihrer Stimme bedeute vielleicht, dass sie ihr Gespräch mit angehört hatte und nun zu verstehen gab, sie könnten doch ohne Weiteres – wie Spears vorge schlagen hatte – nach England aufbrechen, da ihre Koffer bereits gepackt seien. Dieser Eindruck war sicher falsch. Es ist wahrscheinlicher, dass die gute Dame ganz einfach sagen wollte, bei der brodelnden, zunehmend antisemitischen Atmosphäre in Bordeaux wäre es gut für Mandel, wenn er die Stadt so bald wie möglich verlasse. Das sollte sich früher, als sie vielleicht erwartete, als richtig erweisen⁷⁸.

Als sich Spears vorher an diesem Abend auf der Suche nach Reynaud im Dunkel des Hauses des Ministerpräsidenten herumgetastet hatte, war er unversehens auf de Gaulle gestossen, der in der Halle mit seiner grossen Gestalt an einer Säule lehnte. Er war um 21 Uhr 30 mit dem britischen Flugzeug, das Churchill ihm in London zur Verfügung gestellt hatte, in Bordeaux gelandet. Als er aus der Maschine stieg, teilten ihm zwei Adjutanten, die ihn erwarteten, die Nachricht von der Ernennung Pétains mit. «Das war die sichere Kapitulation», schrieb er, und er wusste im selben Augenblick, was er zu tun hatte. «Mein Entschluss», erinnerte er sich später, «war sofort gefasst. Ich würde schon am Morgen abreisen.» Er fuhr in die Stadt und suchte als erstes Reynaud auf.

«Er hegte», berichtet er, «keine Illusionen über das, was der Regierungsantritt Pétains mit sich führen musste, schien aber andererseits fast wie von einer schweren Bürde befreit⁷⁹.»

Spears zufolge, dessen dramatische Lesart seiner Begegnungen mit de Gaulle während der nächsten elf Stunden von französischen Historikern bestritten und vom General selbst in seiner eigenen Schilderung beiseite geschoben wird, flüsterte de Gaulle, gegen die Säule in der dunklen Halle gelehnt, ihm zu, er wolle zurück nach England, fürchte jedoch, General Weygand werde ihn möglicherweise verhaften lassen, ehe er abreisen

könne. Sie verabredeten, sich später am Abend im Hotel Montre zu treffen, wo die britischen Diplomaten wohnten. Dort hatten sie um Mitternacht eine weitere Unterredung. De Gaulle war entschlossen, nach London zu gehen und, so gut er konnte, den Widerstand gegen das Pétain-Regime zu organisieren. Er wiederholte, seine einzige Befürchtung sei, dass Weygand, der, wie er jetzt erfuhr, des Marschalls Verteidigungsminister werden sollte, ihn verhaften werde, ehe er abreisen konnte. Er gedachte, während der restlichen Nacht sich versteckt zu halten und sich nicht zu rühren, sich um sieben Uhr morgens mit Spears in dessen Hotel zu treffen und mit ihm in einem Wagen der Botschaft zum Flugplatz zu fahren, wo sie die britische Maschine nehmen würden.

Spears verständigte Churchill telefonisch. Beiden war klar, dass de Gaulle in Frankreich nichts mehr ausrichten konnte. Er war von allen Brigadegenerälen der jüngste. Weygand würde ihn mühelos ausschalten. Ausserdem war er der grossen Öffentlichkeit in Frankreich völlig unbekannt und besass keinerlei politische Gefolgschaft. Aber er war der einzige, der zur Verfügung stand. Reynaud und Mandel hatten sich geweigert, das Land zu verlassen. Churchill war einverstanden, dass Spears de Gaulle herausholen sollte. Der General suchte inzwischen nochmals Reynaud auf. Seine Brieftasche war nahezu leer. Reynaud gab ihm, wie de Gaulle sagt, 100'000 Francs aus dem «Geheimfonds». Margerie schickte de Gaulles Gattin und Kindern, die sich in der Bretagne befanden, Reisepässe und bemühte sich um ihre Überfahrt auf einem Schiff von Brest nach England*. Sodann begab sich de Gaulle in ein kleines unauffälliges Hotel in der Nähe des Splendide, wo er den Rest der Nacht verbrachte.

Er traf sich mit Spears in dessen Hotel um 7 Uhr 30 am nächsten Morgen. Die Schilderung des Engländers von dem, was folgte, ist so melodramatisch, dass ein französischer Chronist jener Ereignisse, der sie in seinem eigenen Buch zitiert, findet, sie nehme sich geradezu wie «das Drehbuch eines Spionagefilms» aus und «hätte aus den *Drei Musketieren* stammen können» **.

De Gaulle hatte, wie Spears erzählt, eine ansehnliche Menge Gepäck mitgebracht, das von Leutnant Geoffroy de Courcel, einem jungen Berufsdiplomaten, der als sein Adjutant fungierte, in den Botschaftswagen gestopft wurde. Sodann fuhren die drei Männer zum Flugfeld in Merignac – aber nicht direkt. «Auf de Gaulles Verlangen», so versichert Spears, «wurde eine kuriose kleine Komödie aufgeführt.» Um Weygand von der Fährte wegzulocken, liess de Gaulle den Wagen vorerst zu einer provisorischen Heeresbefehlsstelle in der Rue Vital-Carles fahren, wo er zu halten befahl, um mehrere Besprechungen mit verschiedenen Offizieren und Beamten für den späteren Verlauf des Tages zu vereinbaren. Spears, der ungeduldig wartete, fürchtete, de Gaulle könne jeden Augenblick von den Militärbehörden verhaftet werden. Nachdem er seine Verabredungen getroffen hatte, wies de Gaulle den französischen Chauffeur an, zum Flugplatz zu fahren. Der Posten an der Einfahrt liess sie ohne Weiteres durch, und sie fuhren ihren kleinen Wagen an den Flugzeughallen vorbei auf das Flugfeld, um die britische Maschine zu

* Sie erreichten ihr Ziel, wie er schreibt, noch mit dem letzten Dampfer, der Brest verliess.

** Henri Amoureux in *Le 18 juin 1940*, S. 352 und 354.

finden. Das erwies sich als schwierig. Auf dem Flugfeld, berichtet Spears, standen dicht gedrängt mehr Maschinen, als er je gesehen hatte; sie waren Flügel an Flügel in Reihen auf dem ganzen Flugplatz aufgestellt. Er fragte sich, warum sie eigentlich nicht in den Kampf geworfen worden waren in dem Augenblick, als Reynaud und Weygand verzweifelt nach mehr britischen Maschinen riefen. Aber wenigstens, dachte er, wurden sie jetzt zusammengeholt, um nach Nordafrika zu fliegen, wo sie vor den Deutschen in Sicherheit waren. Nach einigem Suchen fanden sie die kleine britische Maschine. Der Pilot erkundete gerade das Flugfeld nach ein paar hundert Metern freier Rollbahn, auf denen er starten konnte. In seiner Abwesenheit vereinbarten Spears und de Gaulle ihr Vorgehen. De Gaulle sollte so tun, als sei er auf dem Flugplatz erschienen, um sich von seinem englischen Freund zu verabschieden, und Spears sollte ihn im letzten Augenblick, als das Flugzeug anrollte, rasch an Bord zerren. Das würde nicht so einfach sein, denn de Gaulle war gross und schwer und Spears eher das Gegenteil.

Nun entstand eine neue Komplikation. Der britische Pilot erklärte, de Gaulles Gepäck sei so schwer und bestehe aus so vielen Einzelstücken, dass es festgezurrert werden müsse. Aber es waren keine Stricke oder Riemen an Bord. Courcel lief zu einer Flugzeughalle, um irgend etwas aufzutreiben. Durch diese neue Verzögerung wurde Spears ganz zappelig vor Nervosität. Er war beinahe sicher, dass irgendein Beamter auftauchen würde, um den flüchtenden General festzunehmen. Französische Schilderungen erklären sogar, kurz bevor sich Courcel auf die Suche begeben habe, seien zwei französische Heeresoffiziere, die Reynauds Büro zugeteilt waren, eingetroffen und hätten den jungen Leutnant gefragt, wohin de Gaulle unterwegs sei. Courcel erklärte, er sei «mit einer Mission nach London beauftragt». Die beiden Offiziere schienen von der Erklärung befriedigt und zogen wieder ab.

Courcel kehrte schliesslich mit einer Rolle starken Bindfadens zurück, das Gepäck wurde festgezurrert, die Propeller begannen sich zu drehen, Spears bestieg die Maschine, sie rollte an. «Ich zog de Gaulle mit verschränkten Händen an Bord», berichtet Spears. «Der wendigere Courcel war im Handumdrehen drin. Die Tür knallte zu. Ich hatte gerade noch Zeit, das verblüffte Gesicht des Chauffeurs und ein oder zwei anderer Leute neben ihm zu erblicken. Wir rollten vorsichtig weiter, bis der Pilot die Rollbahn fand, nach der er vorher gesucht hatte, und dann startete er mit grossem Geschick auf einer sehr kurzen Strecke⁸⁰.»

De Gaulle schildert den Abflug von Bordeaux zu der Reise, die ihn so weit in die Geschichte führen sollte, in seinen Memoiren mit einem lakonischen Satz: «Die Abreise erfolgte ohne romantische Umstände und ohne Schwierigkeiten⁸¹.»

Indes die kleine, hin und her geworfene Maschine die Küste der Bretagne überflog, wo man die von den Deutschen mit Bomben belegten Schiffe brennen und sinken sah, und dann über dem Rauch brennender Städte und Wälder landeinwärts über die Halbinsel abdrehte und Paimpont überflog, wo de Gaulles Mutter krank lag, lehnte der entflohen General sich in seinem Sitz zurück und begann darüber nachzusinnen, was mit Frankreich, mit Reynaud, mit Pétain geschehen war, und schliesslich auch sein eigenes Geschick

zu bedenken. Er nahm, wie Churchill meinte, «in diesem kleinen Flugzeug die Ehre Frankreichs mit sich».

Wenngleich noch höchlichst verwirrt und verbittert von dem, was sich an diesem Wochenende in Bordeaux mit so erschreckender Geschwindigkeit abgespielt hatte, schienen seine Gedanken sich doch zu klären, als das Flugzeug sich England näherte. Er legte sie später in seinen Memoiren nieder. Niemand auf französischer Seite hat diesen Wendepunkt in der Geschichte der Nation so gut, so beredt und mit solchem Klarblick geschildert.

Er hatte Mitgefühl und Verständnis für Reynaud, mit dem er jahrelang, wenn auch vergeblich, zusammengearbeitet hatte, um die französische Armee zu modernisieren und das gesplittene Land auf einen Konflikt vorzubereiten, der ihnen beiden unausweichlich schien, nachdem Hitler begonnen hatte, fieberhaft aufzurüsten und die deutschen Grenzen zu erweitern.

Lange Tage ohne Pause und Nächte ohne Schlummer hindurch fühlte der Ministerpräsident die volle Verantwortung für das Schicksal Frankreichs auf seinen Schultern lasten ... Dabei hatte er die Leitung der Regierung erst unmittelbar am Vorabend unserer Rückschläge übernommen und nichts versäumt, um das Unheil abzuwenden, nachdem er schon seit langem für eine Militärpolitik eingetreten war, die es hätte abwenden können. Dem Sturm trotzte er mit einer seelischen Standhaftigkeit, die ihn nicht einen Augenblick verliess. Niemals verlor Paul Reynaud während jener dramatischen Tage seine Selbstbeherrschung. Niemals brauste er auf, niemals entriestete oder beklagte er sich. Es war ein tragisches Schauspiel, wie dieser hochbedeutende Mann von übermächtigen Ereignissen unbilligerweise auf gerieben wurde.

Keine schönere Würdigung ist Paul Reynaud je erwiesen worden.

In de Gaulles Augen hatte die Republik selbst versagt und die Zerreißprobe des widrigen Geschicks nicht bestanden.

Während das Problem einer Lösung harnte, von dem für Frankreich die ganze Gegenwart und die ganze Zukunft abhing, tagte das Parlament nicht mehr, erwies sich die Regierung als unfähig, einmütig einen unzweideutigen Entschluss zu fassen, und ergriff der Präsident der Republik niemals, nicht einmal im Ministerrat, das Wort, um das allerhöchste Interesse des Landes wahrzunehmen. Diese Selbstvernichtung des Staates war letzten Endes der eigentliche Hintergrund des nationalen Dramas. Im grellen Lichtschein des Blitzes stand das Regime in seiner entsetzlichen Hilflosigkeit da, anscheinend ohne jedes Verhältnis und ohne jede Beziehung zu Frankreichs Verteidigung, seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit⁸².

Was schliesslich Pétain betraf, so war de Gaulle geneigt, seinem Greisenalter die Schuld an seinem Entschluss zur Kapitulation zu geben.

Aber die Jahre hatten leider nicht nur seine äussere Erscheinung gefurcht, sondern auch seinen Charakter zermürbt. Das Alter machte ihn zur Beute der Umtriebe von Leuten, die sich gern hinter seiner majestätischen Müdigkeit versteckten. Das Alter ist ein Schiffbruch. Damit uns gar nichts erspart blieb, sollte Marschall Pétains Greisenalter eins werden mit dem Schiffbruch Frankreichs⁸³.

Das Flugzeug landete kurz nach Mittag auf dem Flugplatz Heston bei London. Spears fuhr mit de Gaulle in die Downing Street. «Winston», berichtet er, «sass im Garten und genoss die Sonne. Er erhob sich, um seinen Gast zu begrüßen, und sein Willkommenslächeln war warm und freundschaftlich⁸⁴.» Sie vereinbarten, dass der General am nächsten Tag aus London über den Rundfunk zu seinen Landsleuten sprechen sollte.

Was sollte er sagen? Einige Telefongespräche mit der französischen Botschaft und der französischen Mission hatten erkennen lassen, dass seine Landsleute in London die warmen Gefühle, die der Premierminister für ihn hegte, nicht teilten. Während er in einem kleinen Appartement in Seamore Place, das ein Freund ihm leihweise überlassen hatte, seine Habseligkeiten auspackte, wurde dieser Mann des überwältigenden Selbstvertrauens von Zweifeln an sich selbst niedergedrückt.

«Ich kam mir, allein und bar jeglicher Mittel, wie ein Mensch vor, der am Ufer eines Ozeans steht, den es schwimmend zu überqueren gilt⁸⁵.»

Marschall Pétain am Ruder

Die Eilfertigkeit, mit der Pétain zum Nachfolger Reynauds ernannt wurde und mit der er seine Ministerliste vorlegte, fand ihr Gegenstück an diesem Sonntagabend in Bordeaux in der Schnelligkeit, mit der er seine erste Kabinettsitzung abhielt, und – wichtiger noch – der Geschwindigkeit, mit der das Kabinett die grosse Entscheidung traf.

Inmitten des Wirrwarrs in der Präfektur, wo der Marschall in Lebruns Büro rasch hintereinander einen Politiker nach dem anderen empfing, hatten sich ein oder zwei zeitweilige Hindernisse ergeben. Als Weygand, der sehr vordringlich überall dabei war, sah, dass de Gaulle als Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium beibehalten worden war, erklärte er dem Marschall vernehmlich: «O nein! Den nicht! Mit so einem Charakter komme ich nicht aus⁸⁸.» Der Name wurde gestrichen.

Schwieriger war der Fall Pierre Laval. Der intrigante Senator war gleich dem Marschall überzeugt, dass seine Stunde gekommen sei. Er hatte sich während des ganzen Wochenendes in seinem Büro neben dem des Bürgermeisters Marquet im Rathaus emsig damit befasst, Anhänger für eine Regierung Pétain und einen Waffenstillstand zusammenzutrommeln. Als er den Marschall um 22 Uhr 30 aufsuchte, stellte er zu seiner Empörung fest, dass er als Justizminister vorgesehen war. Er verlangte auf der Stelle das Aussenministerium. Er war des Glaubens, der alte Krieger werde nur ein Strohhalm und Aushängeschild der neuen Regierung sein, und wollte nicht nur die Verhandlungen mit

Deutschland leiten, sondern auch einen Bruch mit Grossbritannien herbeiführen, gegen das er seit der italienisch-abessinischen Affäre einen tiefen Groll hegte.

Laut seiner eigenen Darstellung beim Pétain-Prozess ergab sich der folgende Wortwechsel zwischen ihm und dem alten Mann:

«Monsieur le Maréchal, ich danke Ihnen. Ich bin schon einmal Justizminister gewesen. Es tut mir leid, aber im gegenwärtigen Augenblick kann ich Ihnen in diesem Ministerium keine Dienste leisten ... Ich bin Aussenminister gewesen. Ich würde diesen Posten vorziehen.»

«Ich habe diesen Platz bereits Baudouin gegeben», sagte er.

«Das bedaure ich.»

«Also gut. Ich werde ihn Ihnen geben», erwiderte er.

So gab er mir das Aussenministerium ... Während wir noch redeten, trat General Weygand ein und verlangte, mit dem Marschall privat zu sprechen ...⁸⁷

Der Generalissimus hatte draussen vor dem Büro des Marschalls mit Charles-Roux geplaudert. Plötzlich kam Baudouin heraus und teilte mit, Pétain habe Laval nachgegeben und übertrage ihm das Aussenministerium. Er selbst habe verzichtet. Charles-Roux war der Meinung, dass Laval in einem solchen Amt eine Katastrophe für das Land wäre. Er schreibt:

Ich hegte keine persönliche Animosität gegen Laval. Aber ich wusste, dass er sich seit seinem Eintreffen in Bordeaux zum Wortführer aller Beschuldigungen gegen England und aller Kritik an dem Bündnis mit Grossbritannien aufgeschwungen und dass er laut von allen Dächern verkündet hatte, der einzige Weg zur Rettung Frankreichs bestehe darin, es in die Arme Deutschlands zu werfen⁸⁸.

Er bat General Weygand, wie er sagt, Pétain seine «Einwände» mitzuteilen. Der Generalissimus, der für Laval nichts übrig hatte, tat dies mit Freuden. Dies war der Augenblick, an dem Laval, nicht gerade erfreut, Weygand hinzutreten sah. Charles-Roux zufolge wurde der Generalissimus von Pétain zweimal abgewiesen. Am Ende der zweiten Unterredung trat der Marschall selbst aus seinem Zimmer und erklärte ihnen: «Laval will nicht nachgeben. Er lehnt hartnäckig das Justizministerium ab und verlangt das Aussenministerium.» Dessenungeachtet hatte Charles-Roux den Eindruck, dass Pétain sich über Lavals Halsstarrigkeit ärgerte. Einige Augenblicke später trat Laval selbst heraus. «Er ging brummelnd durchs Zimmer», berichtet der Sekretär, «und knallte beim Hinausgehen die Tür hinter sich zu.»

Laval selbst erklärte dem Pétain-Gerichtshof: «Der Marschall kehrte nach einer weiteren Unterredung mit Weygand zurück und sagte zu mir: ‚Sie können nicht Aussenminister werden, denn Ihre Ernennung auf diesen Posten würde von Grossbritannien als eine Provokation aufgefasst werden.‘ Ich antwortete: «Herr Marschall, ich erhebe keinen Ein-

wand. Es tut mir ausserordentlich leid, aber unter diesen Bedingungen kann ich nicht in Ihre Regierung eintreten⁸⁹.»

Laval war draussen. Aber nicht für lange. Sein Freund Marquet, der zum Innenminister ernannt worden war, zog sich ebenfalls zurück. Der alte Marschall hatte seine erste Kabinettskrise überstanden. Und zwar binnen einer halben Stunde. In seiner neuen Regierung von insgesamt siebzehn Ministern hatten elf bereits der Regierung Reynaud angehört. Camille Chautemps wurde zu niemandes Überraschung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und nahm an. Frossard, der vormalige Kommunist und Sozialist, der ihm bei der Täuschung Reynauds so wackre Unterstützung geliehen hatte, wurde Minister für öffentliche Arbeiten. Baudouin wurde zum Aussenminister befördert, und Bouthillier blieb Finanzminister – so wurden Reynauds frühere Freunde und, im Fall der beiden letzteren, seine vormaligen Schützlinge belohnt. Zwei Sozialisten traten ins Kabinett ein: Albert Rivière, der schon der alten Regierung angehört und den Waffenstillstand befürwortet hatte, und André Février, ein Neuling. Sie taten es mit der bekümmerten Zustimmung des sozialistischen Führers Léon Blum, der seit seinem Eintreffen in Bordeaux wie vor den Kopf geschlagen und dann von den Ereignissen des Wochenendes überwältigt worden war. Auf diese Weise trug die Linke zur Unterstützung Pétains und seines Programms bei*.

Es war offenkundig, dass die neue Regierung von den Militärs beherrscht sein würde. Ausser dem Marschall traten noch drei Generäle und ein Admiral in die Regierung ein. Weygand wurde Minister für Nationale Verteidigung; General Colson, der Generalstabschef für das Innere, wurde Kriegsminister; General Pujo wurde Luftfahrtminister. Admiral Darlan, der noch einen Tag zuvor Herriot erklärt hatte, er werde mit der Flotte davondampfen, falls «diese Scheisskerle» einen Waffenstillstand schlössen, wurde Marineminister.

«Es ist nicht das erste Mal in unserer Geschichte», bemerkte Jean Zay⁹⁰, der im voran-

* Die Kommunistische Partei, der der grösste Teil der organisierten Arbeiterschaft angehörte, war zu Beginn des Krieges aufgrund ihrer Unterstützung des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes und ihrer Opposition gegen den Krieg, an dem sie nicht den Deutschen, sondern den «britischen und französischen Imperialisten» die Schuld gab, für ungesetzlich erklärt worden. Ihre heimliche Propaganda während des «Sitzkrieges» trug besonders unter den Arbeitern und Soldaten sehr beträchtlich zu dem wachsenden Verlangen in Frankreich bei, den Krieg einzustellen, bevor die wirklichen Kampfhandlungen begannen. Während der ganzen verhängnisvollen Schlacht um Frankreich verlangte das offizielle Organ der Partei, *L'Humanité*, das illegal erschien, «eine Regierung des Friedens». Am 17. Juni, dem Tag, an dem die Bildung der Regierung Pétain in der Presse bekanntgegeben wurde, rief die *Humanité* zur Beendigung der Kampfhandlungen auf und erklärte: «Soll etwa die Londoner City (das Finanzviertel) die Fortdauer des Massakers unserer Brüder und Söhne erlangen, um es England mit seinen 40 Millionen Menschen zu gestatten, 400 Millionen auszubeuten?»

Als der Autor dieses Buches im Juni 1940 nach Paris kam, stellte er eine erstaunliche Atmosphäre der Verbrüderung zwischen den französischen Kommunisten und der deutschen Besatzungsmacht fest. Die *Humanité* erschien am 4. Juli mit einem Aufruf an die französischen Arbeiter, mehr mit den deutschen Soldaten zu fraternisieren. «Es ist besonders ermutigend», schrieb sie, «die Anzahl Pariser Arbeiter zu sehen, die auf freundschaftlichste Weise mit den deutschen Soldaten verkehren.» Während der ersten Tage der Besetzung von Paris sprachen drei Mitglieder des Zentralkomitees beim deutschen Militärkommando vor und ersuchten um Erlaubnis für die *Humanité*, offen erscheinen zu dürfen. Das Ansuchen wurde bewilligt, aber noch ehe die Zeitung wieder erscheinen konnte, wurde die Erlaubnis von der Pariser Polizei sabotiert, die die drei verhaftete.

Die kommunistische illegale Presse begrüsst Pétains Wunsch nach einem Waffenstillstand. Nach dem deutschen Angriff auf Russland 1941 kehrten die französischen Kommunisten, ebenso wie die Kommunisten anderer Länder, ihre Einstellung zum Krieg in das Gegenteil um und machten einen heiligen Kreuzzug daraus. Erst danach begannen die französischen Kommunisten, gleich anderen Franzosen den Widerstand gegen die Deutschen zu organisieren. Nachdem sie einmal umgeschwenkt waren, kämpften sie mutig in der Widerstandsbewegung.

gegangenen September als Unterrichtsminister zurückgetreten war, um als Soldat an die Front zu gehen, «dass die Militärs durch ihre Unfähigkeit und ihren Mangel an Phantasie einen Krieg verloren haben. Aber es ist zweifellos das erste Mal, dass sie die Macht ergreifen, indem sie die Katastrophe gutheissen. Die Republik hat häufig die Diktatur siegreicher Generäle gefürchtet. Die Diktatur der besiegten Generäle hat sie sich nicht träumen lassen*.

Das neue Kabinett trat kurz vor Mitternacht zu seiner ersten Sitzung zusammen und erledigte seine Tagesordnung in dreissig Minuten. Es genehmigte den Text eines amtlichen Kommuniqués für die Morgenzeitungen, das den Regierungswechsel mitteilte.

*Bei den gegenwärtigen ernsten Umständen war der Ministerrat auf Empfehlung des Ministerpräsidenten, M. Paul Reynaud, der Meinung, dass die Regierung Frankreichs einer hohen Persönlichkeit anvertraut werden sollte, die den einhelligen Respekt der Nation genießt**.*

M. Paul Reynaud erklärte infolgedessen dem Präsidenten der Republik den Rücktritt seiner Regierung, und M. Lebrun nahm ihn mit dem Ausdruck der Huldigung des Patriotismus, von dem er diktiert wurde, an. Er wandte sich unverzüglich an Marschall Pétain, der sich bereit erklärte, eine neue Regierung zu bilden.

Der Präsident der Republik sprach Marschall Pétain, der mit der Übernahme der schwersten Verantwortung, die je auf einem französischen Staatsmann gelastet hat, neuerlich seine aufopfernde Hingabe für das Land bekundete, seinen Dank aus.

In weniger Zeit, als benötigt wurde, um diese offizielle Version der Ereignisse zu verlesen, traf die 107. und letzte Regierung der Dritten Republik sodann ihre Entscheidung.

«Die Regierung», sagte Pétain, «ist gebildet. Ihre wesentliche Aufgabe ist es, ohne Zeitverlust – zu viel Zeit ist bereits verlorengegangen – die deutsche Regierung zu fragen, unter welchen Bedingungen sie bereit ist, die Feindseligkeiten einzustellen⁹³.»

Es fand keine Debatte statt, nicht einmal irgendeine Diskussion. Die Minister waren einstimmig einverstanden.

* Zay übersah die Rolle der Militärs nach dem Krieg von 1870/1871, über die Clemenceau sich so beredt und bitter geäußert hatte. Zurzeit der Affäre Dreyfus schrieb der alte Tiger: «Der französisch-preussische Krieg hat den Bankrott unserer Militärorganisation gebracht. Es wäre nur natürlich, wenn das französische Volk die unfähigen Generäle einstimmig verdammt . . . Nichts dergleichen ist geschehen. Der anschliessende Bürgerkrieg gestattete es den Soldaten, als rachetrunkenen Sieger zurückzukehren, statt dass sie nach der traurigsten aller Kapitulationen der Geschichte mit schamverhüllten Gesichtern heimgekehrt wären. Sie wurden himmelhoch gepriesen . . . Und sie sind seither die Herrscher Frankreichs geblieben*».

** «Eine Lüge!» sagte Reynaud, als er von dem Kommuniqué erfuhr. «Eine komplette Lüge »1»

Waffenstillstand! 17. bis 29. Juni 1940

Man verlor keine Zeit. Das Kabinett vertagte sich um Mitternacht, und Baudouin, der neue Aussenminister, liess unverzüglich den spanischen Botschafter zu sich bitten. Während er auf ihn wartete, setzte er eilig eine Note auf.

Jose Felix de Lequerica war nicht überrascht, dass man ihn rufen liess. Er hatte, wie wir gesehen haben, mit einer Anzahl französischer Defätisten wie Monzie bereits an dem Waffenstillstandsvorschlag mitgewirkt. Er war so sicher, vor Ablauf der Nacht gerufen zu werden, dass er bereits Vorkehrungen getroffen hatte, um eine Mitteilung der französischen Regierung an die Deutschen telefonisch nach Hendaye durchzugeben, wo Boten warteten, um sie über die Grenze nach Irun zu befördern und sie von dort nach Madrid durchzutelefonieren. Als Lequerica eintraf, hatte Baudouin seinen Schriftsatz fertig.

Die französische Regierung Marschall Pétains ersucht die spanische Regierung, so rasch wie möglich die Vermittlung bei der deutschen Regierung zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und Vereinbarung von Friedensbedingungen zu übernehmen. Die französische Regierung hofft, dass die deutsche Regierung, sobald sie von dieser Note Kenntnis genommen hat, ihren Luftstreitkräften Befehl erteilen wird, das Bombardement von Städten einzustellen.

Die neue Regierung Pétain ersuchte mithin in der Überzeugung, dass der Krieg so gut wie zu Ende sei, nicht nur um die Bedingungen für einen Waffenstillstand zur Einstellung der Feindseligkeiten, sondern darüber hinaus auch um die Bedingungen für einen Friedensvertrag*.

Lequerica selbst erklärt, er habe nach Lektüre der Note Baudouin gefragt: «Sprechen Sie hier von Waffenstillstandsbedingungen oder von Friedensbedingungen oder von beidem?» Dem Botschafter zufolge erwiderte Baudouin: «Ein Waffenstillstand ist stets nur ein zeitweiliges Behelfsmittel. Die Regierung möchte auch die Friedensbedingungen erfahren.» Nachdem dieser Punkt geklärt war, eilte Lequerica zurück ins spanische Konsulat und sandte die französische Note nach Madrid L

* Baudouin bestritt nach dem Krieg aufs heftigste, je um Friedensbedingungen ersucht zu haben. In seiner Note an den päpstlichen Nuntius am Morgen des 17. Juni, in der er den Heiligen Stuhl um Vermittlung bei der italienischen Regierung bat, wiederholte er den Wunsch seiner Regierung, «die Grundlagen eines dauerhaften Friedens zwischen den beiden Nationen zu prüfen». In einer Rundfunkansprache später am selben Tag wiederholte er diesen Satz.

Der nächste Besucher war der britische Botschafter. Er hörte sich Baudouins fieberhafte Erklärungen in eiskaltem Schweigen an. Baudouin gesteht, dass er mit grosser innerer Erregung gesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, Grossbritannien werde jetzt Mitgefühl «für seinen blutenden und niedergetretenen Verbündeten» bezeugen. Er versprach, dass Frankreich niemals seine Flotte den Deutschen ausliefern werde und dass er Campbell in vollem Umfang laufend über den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen unterrichten werde. Der Botschafter äusserte sich mit kaum einem Wort. «Die Trockenheit und der kalte Hochmut dieses Mannes waren abscheulich», notierte Baudouin in seinem Tagebuch. Die Zurückhaltung des alterfahrenen britischen Diplomaten war ihm eingeboren. Spears betont, wie kühl er unter Druck stets gewesen sei. Aber sie erwies sich als übertrieben und in einer wichtigen Hinsicht als ein schwerer Fehler. Er erwähnte mit keinem Wort die beiden Telegramme vom Sonntag nachmittag, in denen Grossbritannien seine Zustimmung zum französischen Ersuchen um Waffenstillstand nur unter der Bedingung gab, dass sich die französische Flotte in britische Gewässer begab. Der nüchterne Charles-Roux, der zugegen war, bestätigt dies². Ebensovienig liess der Botschafter sich zu der Feststellung herab, dass Frankreich, indem es ohne britische Zustimmung um einen Waffenstillstand ersuchte, sein Grossbritannien gegebenes Wort brach. Campbell verabschiedete sich in unerschütterlicher Gelassenheit, ohne ein Wort zu äussern.

Der liebenswürdige Anthony J. Drexel Biddle, der um 2 Uhr morgens eintraf, als der britische Botschafter gerade wegging, war für den gequälten Baudouin eine Erleichterung. Der amerikanische Botschafter hörte sich mit mehr Anteilnahme die Wehklagen des Aussenministers an, dass das französische Heer «völlig zerschmettert» werde und wie «unausweichlich notwendig» es sei, «dem Gemetzel ein Ende zu bereiten». Baudouin versicherte ihm, wie er es auch Campbell gegenüber getan hatte, dass «die Flotte niemals an Deutschland ausgehändigt werden würde». Aus diesem Grund, sagte er, sei Admiral Darlan zum Marineminister ernannt worden. So liebenswürdig Biddle war, liess er sich doch nichts vorerzählen. «Die neuen Regierungskollegen des Admirals», kabelte er nach Washington, «flössen nicht gerade völliges Vertrauen ein, dass die französische Flotte ein Bollwerk gegen die Nazi-Aggression bleiben wird⁸.» Die Frage, was mit der französischen Flotte geschehen werde, bereitete nahezu ebenso grosse Sorge in Washington wie in London. Noch ehe der Tag herum war, sollten Roosevelt und Aussenminister Hull die Regierung in Bordeaux in keinem Zweifel hierüber lassen.

Churchill desgleichen. Er sandte am 17. Juni im Verlauf des Tages eine persönliche Mitteilung an Pétain und Weygand und gab Campbell Weisung, Lebrun und Darlan Durchschriften zu übergeben.

Ich möchte Ihnen nochmals meine tiefe Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass der erlauchte Marschall Pétain und der berühmte General Weygand ... ihren Verbündeten nicht dadurch schädigen werden, dass sie die prächtige französische Flotte dem Feind ausliefern. Sie würden durch solch eine Handlung ihre Namen für tausend Jahre mit Schmach

*bedecken. Doch kann es leicht soweit kommen, wenn man die wenigen kostbaren Stunden ungenutzt verstreichen lässt, jetzt, da noch die Möglichkeit besteht, die Flotte in englische oder amerikanische Häfen in Sicherheit zu bringen und so die Hoffnung und die Ehre Frankreichs zu retten*⁴.

Churchill glaubte nicht, wie er dem französischen Botschafter in London erklärte, dass Frankreich sich entehren werde, indem es dem Feind die Flotte übergab. Er befürchtete vielmehr, dass die Deutschen im allgemeinen Wirrwarr der Niederlage sich der französischen Flotte durch eine Überrumpelung bemächtigen könnten, noch ehe sie aus ihrer Reichweite entfernt werden konnte⁵. Die beiden neuen 35'000-Tonnen-Schlachtschiffe *Richelieu* und *Jean Bart*, die nahezu fertiggestellt waren, befanden sich, wie er wusste, noch in den Häfen der Bretagne, die jetzt von den deutschen Panzern überrannt wurde. Um die Notwendigkeit raschen Handelns besonders zu unterstreichen, ersuchte Churchill den britischen Marineminister M. A. V. Alexander, den Ersten Seelord Admiral Sir Dudley Pound und Lord Lloyd, den Kolonialminister, der ein persönlicher Freund Weygands war, nach Bordeaux zu fliegen.

Noch ehe die Deutschen überhaupt Zeit hatten, das französische Ersuchen um Waffenstillstand zu beantworten, unternahm Pétain einen voreiligen Schritt. Um 12 Uhr 30 am 17. Juni, inmitten eines heftigen plötzlichen Gewitters, dem ersten, das seit dem Debakel das lange Frühlings- und Sommersonnenwetter unterbrach, trat das neue Oberhaupt der Regierung in einem Klassenzimmer des Lycee Longchamps ans Mikrofon, um über den Rundfunk zu seinen Landsleuten zu sprechen. Nachdem er ihnen mitgeteilt hatte, dass er die Macht übernommen habe («Ich habe Frankreich meine Person zum Geschenk gemacht», sagte er), gab er bekannt, dass er um Waffenstillstandsbedingungen ersucht habe. «Schweren Herzens», erklärte er, «*sage ich euch heute, dass es notwendig ist, die Kampfhandlungen einzustellen.*»

Die Kampfhandlungen einstellen – noch bevor die Waffenstillstandsverhandlungen überhaupt begonnen hatten und bevor die Franzosen wissen konnten, ob die deutschen Bedingungen annehmbar waren? So jedenfalls wurde die Erklärung des Marschalls von den Truppen im Feld verstanden. «Sie fassten es wörtlich auf», gibt Weygand zu. Um die Mitte des Nachmittags führte General Georges beim Generalissimus Klage, dass die Rundfunkrede des Marschalls «den letzten Widerstand des französischen Heeres gebrochen» habe. Ganze Regimenter, teilte er mit, stellten die Kampfhandlungen ein. Andere Einheiten beeilten sich zu kapitulieren. Die Soldaten warfen voller Freude ihre Waffen weg. Oberst Passy stellte am Nachmittag der Rundfunkrede in der Nähe von Brest fest, dass «die Strassengräben voller verstreuter Waffen waren, die beklagenswerterweise von Leuten mit dem Ruf liegengelassen wurden: ‚Der Krieg ist zu Ende! Pétain hat es gerade gesagt. Warum ums Leben kommen, wenn der Krieg vorbei ist?‘« In einigen Fällen befahlen die Kommandeure sogar ihren Truppen, die Waffen niederzulegen. In der Bretagne beispielsweise gab der 10. Militärbezirk den Befehl aus: «Stellen

Sie Ihre Leute unter Kasernenarrest, sammeln Sie in den Kasernen alle Waffen, und warten Sie das Eintreffen der Deutschen ab.» Ein ähnlicher Befehl wurde vom kommandierenden General des 18. Militärbezirks in Bordeaux ausgegeben, wo doch, wie man hätte meinen sollen, jede nur mögliche Vorbereitung zu treffen gewesen wäre, um den Sitz der Regierung zu verteidigen. «Jedermann ist zu entwaffnen», erklärte der Befehl. «Offiziere und Mannschaften haben ihre Quartiere nicht zu verlassen. Verbleibt, wo ihr seid, ohne zu schießen. Offiziere, die diese Befehle nicht ausführen, werden vors Kriegsgericht gestellt!»

Die Deutschen beeilten sich, die Botschaft des Marschalls überall zu verbreiten. Lautsprecher wiederholten sie für die französischen Truppen*. Flugzeuge warfen Flugzettel ab, die Pétain mit der Erklärung, «Frankreich muss den Kampf aufgeben», zitierten und die Truppen aufforderten, die Waffen niederzulegen. Rommel, der mit seiner 7. Panzerdivision im Begriff war, Cherbourg einzuschliessen, verbreitete die Nachricht durch Flugblätter, die ganz vergnügt von französischen Kriegsgefangenen verteilt wurden. Er selbst fuhr in einem Panzer durch die Dörfer, schwenkte eine weisse Fahne und rief: «*Guerre finie! Krieg Schluss! War's over!*» In La Ferte-Saint-Aubin liessen französische Truppen, die den Ort zu verteidigen hatten, eine Kolonne von 100 deutschen Panzern und Fahrzeugen passieren, ohne einen Schuss abzugeben. In der Nähe von Caen begannen deutsche und französische Soldaten sich in den Cafés zu verbrüderern. In Laval wurden am Nachmittag des 17. Juni drei deutsche Offiziere von einer französischen Abteilung gefangengenommen, die vermutlich von der Rundfunkrede noch nichts gehört hatten. Die Deutschen trugen keine Waffen und waren in die Stadt gegangen, um einzukaufen. «Der Krieg ist für euch vorbei», erklärten sie den Franzosen, die sie verhaften wollten. «Der Waffenstillstand ist unterzeichnet⁰.» Vergebens liess Weygand einen Befehl an alle Streitkräfte ergehen, der ihnen mitteilte, dass noch kein Waffenstillstand bestehe und dass sie weiterkämpfen müssten.

Darlan erteilte der Flotte in zwei Botschaften, die zwischen 13 Uhr und 19 Uhr 30 hinausgingen, ähnliche Anweisungen. Er fügte allerdings hinzu, was auch immer bei den Waffenstillstandsverhandlungen herauskomme, «die Flotte kann sicher sein, dass sie in keinem Fall intakt übergeben wird».

Baudouin versuchte im Verlauf des Tages zweimal, den Schaden zu verringern, den die unsorgfältige Formulierung des Marschalls – wenn sie das war – angerichtet hatte. Ein Adjutant General Weygands, erklärt er, habe ihm telefonisch mitgeteilt, «gewisse Elemente» des Heeres seien der Auffassung, der Marschall habe einen regelrechten Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten erlassen. Der Generalissimus verlangte eine Klärung für das Heer und für die Bevölkerung. Baudouin gab eiligst eine «Berichtigung» an die Presse aus. Sie erklärte, der Marschall habe nicht gesagt, dass «es notwendig ist, die Kampfhandlungen einzustellen», sondern dass «es notwendig ist, zu versuchen, die

* Der Verfasser, der an diesem Tag nach Paris kam, hörte Pétains aufgenommene Rundfunkansprache aus dem Lautsprecher eines deutschen Armeefunkwagens, der auf dem Place de la Concorde geparkt war. Die Rede wurde den Menschenansammlungen alle paar Minuten während des ganzen Nachmittags und Abends wiederholt.

Kämpfe einzustellen». In einer gefühlsbewegten Rundfunkansprache um 21 Uhr 30, deren Wortlaut Baudouin zufolge von Pétain genehmigt war, versuchte er dem französischen Volk zu erklären, warum die neue Regierung den Feind um seine «Friedensbedingungen» gebeten habe. Damit legte er die Richtlinie fest, die das Pétain-Regime von nun an bis zum bitteren Ende zur eigenen Verteidigung übernehmen würde. Sie besagte, dass die «heroische» französische Armee mit nur wenig Hilfe seitens der Verbündeten und ohne die notwendigen Panzer, Geschütze und Flugzeuge als «Vorhut» getan hatte, was sie konnte. Die Regierung hatte sich jetzt «um unsere ruhmreichen militärischen Führer vereint, die die Verkörperung (von Frankreichs) Tradition und Seele» sind. Reynaud erschienen die besiegten Generäle, wie er in seinen Memoiren sagt, nicht gerade «ruhmreich», aber nur wenige Menschen in Bordeaux oder im übrigen Land waren in diesem katastrophalen Augenblick zu einer solchen realistischen Sicht imstande. Frankreich, so schloss Baudouin in blumig-scheinheiliger Sprache,

hat den Kampf nicht aufgegeben und seine Waffen nicht niedergelegt ... Es ist nicht bereit und wird niemals bereit sein, ehrlose Bedingungen anzunehmen, die geistige Freiheit seines Volkes aufzugeben, die Seele Frankreichs zu verraten.

Während des Tages hatte Baudouin prosaischere Aufgaben erledigen müssen. Die Engländer waren alles andere als erfreut darüber, dass die Franzosen den Waffenstillstand ohne ihre Zustimmung betrieben, und im Besonderen, ohne die Bedingungen zu erfüllen, die London in seinen zwei Telegrammen am Vortag gestellt hatte. Der britische Botschafter, der die Telegramme am Sonntag zurückgezogen und sie Baudouin gegenüber bei ihrer Unterredung um ein Uhr nachts am Montag nicht erwähnt hatte, erklärte sie jetzt wieder für gültig. Oder doch nicht? Über diesen Punkt sind Franzosen und Engländer verschiedener Meinung. Lord Halifax, der damalige britische Außenminister, erklärt, Campbell habe nicht nur die beiden Telegramme der französischen Regierung übergeben, sondern auch Pétain gegenüber darauf bestanden, dass die französische Flotte in britische Häfen geschickt werde, bevor Waffenstillstandsverhandlungen begannen. Campbell habe überdies von Baudouin die Versicherung erhalten, dass ein diesbezüglicher Beschluss bereits gefasst sei und das Kabinett ihn nur noch bestätigen müsse⁷.

Die französische Version lautet völlig anders. Und obwohl Baudouin, der diese Lesart gibt, nicht immer vertrauenswürdig ist, wird er in diesem Fall doch zum Teil von Charles-Roux bestätigt, auf dessen Wort man sich verlassen kann. Da Baudouin sich in einer Konferenz mit dem Marschall befand, suchte der britische Botschafter am Nachmittag des 17. Juni Charles-Roux auf und legte ihm die beiden Telegramme vor, die Grossbritanniens Zustimmung zu einem französischen Ersuchen um Waffenstillstandsbedingungen nur unter der Voraussetzung erteilten, dass die französische Flotte in britischen Häfen Zuflucht nahm. Es war dies das erste Mal, dass der Staatssekretär die Telegramme sah oder auch nur von ihnen erfuhr. Eine Stunde später übergab er sie Baudouin, der gleichfalls erklärte, er sehe sie zum erstenmal.

Sie riefen früh am nächsten Morgen, dem 18. Juni, Reynaud zu sich, der ihnen erklärte, die beiden Mitteilungen seien von Campbell zurückgezogen worden, und aus diesem Grunde habe er – wie Charles-Roux hinzufügt – sie am Sonntag abend dem Kabinett nicht zur Kenntnis gebracht. Als Baudouin später am selben Vormittag mit Campbell konferierte, fragte er ihn, so behauptet er, ob die Telegramme wieder gültig seien, weil sie «aktenkundig» werden sollten oder weil sie jetzt die Auffassung der britischen Regierung darstellten. Campbell begab sich daraufhin ins Konsulat, um sich seiner Weisungen zu vergewissern, und erklärte bei seiner Rückkehr Baudouin, wie dieser sagt, die beiden Mitteilungen seien als Teil der dokumentarischen Belege der Verhandlungen am 16. Juni zu betrachten, «die mit Churchills Unionsangebot endeten»⁸. Dies ist eine unwahrscheinliche Geschichte, und Charles-Roux, der nicht dabei war, verbürgt sich nicht für sie. Auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss schenkte dieser Version keinen Glauben, als er Baudouin nach dem Krieg vernahm. Sie ist nur insofern von Bedeutung, als Baudouin Pétain und seine Regierung von ihrer Wahrheit überzeugte.

Die Engländer wurden hinsichtlich der französischen Flotte hartnäckiger, als den Franzosen klar war. Sie gaben sich nicht damit zufrieden, lediglich an eine Regierung zu appellieren, zu der sie das Vertrauen verloren. Am selben Tag, dem 17. Juni, erhielt Admiral Cunningham, der Oberbefehlshaber der britischen Mittelmeerflotte, eine Weisung aus London:

*Falls Frankreich einen Separatfrieden schliesst, müssen alle Kräfte eingesetzt werden, um dafür zu sorgen, dass die französische Flotte unserer Befehlshoheit unterstellt wird – oder, wenn dies nicht der Fall ist, sie zu versenken*⁹.

Diese unheilverkündende Mitteilung war der Vorbote einer Kette von Ereignissen, die zu einer der beklagenswertesten Episoden des ganzen Krieges führte.

Auch Präsident Roosevelt schlug im Lauf des Tages hinsichtlich der Flotte und anderer Fragen mit der neuen französischen Regierung einen schärferen Ton an. Am frühen Morgen des 17. Juni offenbarte die amerikanische Regierung ihr Misstrauen gegenüber dem Pétain-Regime, indem sie alle französischen Guthaben in den Vereinigten Staaten sperren liess. Am meisten jedoch besorgte den marinekundigen amerikanischen Präsidenten die französische Flotte. Wenn sie den Engländern zur Verfügung gestellt wurde, konnte sie ihre Aussichten, ihre Insel erfolgreich gegen den deutschen Ansturm zu verteidigen, beträchtlich erhöhen. Roosevelt begriff genauer als irgend jemand in Washington, dass das Überleben der Vereinigten Staaten weitgehend vom Überleben Grossbritanniens abhing. Wurde die französische Flotte jetzt den Flotten Deutschlands und Italiens hinzugefügt, so verlieh sie der Achse eine maritime Stärke, die nicht nur Grossbritanniens Sicherheit bedrohte, sondern unmittelbar über den Atlantik hinweg auch die der Vereinigten Staaten, deren Flotte aufgrund der Bedrohung durch Japan im Stillen Ozean konzentriert war. Schliesslich war sich Roosevelt sehr deutlich eines Umstandes bewusst, der im allgemeinen Debakel der Aufmerksamkeit Pétains, Weygands und Dar-

lans entgangen war: dass nämlich, falls Frankreich früher oder später mit der Hilfe Amerikas und Grossbritanniens von Stützpunkten in Nordafrika aus wieder in den Krieg eintreten sollte, die französische Flotte eine lebenswichtige Rolle spielen konnte.

Um 17 Uhr sandte Roosevelt eine scharfe Note wegen der Flotte nach Bordeaux. Aussenminister Hull, der sie aufsetzte, erinnerte sich später, dass sie «eines der schärfsten Kabel meiner ganzen Amtszeit war». Biddle wurde angewiesen, Admiral Darlan und Baudouin «unverzüglich» aufzusuchen und ihnen die Auffassung der amerikanischen Regierung mitzuteilen:

Falls die französische Regierung vor Abschluss eines Waffenstillstandes ... es verabsäumt, dafür zu sorgen, dass die Flotte den Händen ihrer Gegner vorenthalten bleibt ... wird dies die spätere Wiederherstellung der französischen Unabhängigkeit in verhängnisvoller Weise beeinträchtigen ...

Sollte die französische Regierung des Weiteren ... gestatten, dass die französische Flotte den Deutschen ausgeliefert wird, so wird die französische Regierung die Freundschaft und das Wohlwollen der Regierung der Vereinigten Staaten für dauernd einbüßen ¹⁰.

Am nächsten Morgen in Bordeaux erwischte Biddle Admiral Darlan gerade, als er sich zu einer Kabinettsitzung begab, und händigte ihm Roosevelts scharfe Note aus. Da er Baudouin verfehlte, liess er ihn aus der Sitzung herausrufen und übergab ihm eine Zweitschrift. Beide Empfänger reagierten mit schlecht verhohlener Gereiztheit. «Ich sagte Biddle», berichtet Baudouin, «dass die Regierung es ablehne, den zweiten Absatz zu akzeptieren, der der französisch-amerikanischen Freundschaft abträglich sei.» – «Er müsse mir sagen», kabelaute Biddle nach Washington, «dass der letzte Satz der Mitteilung die französische Regierung «zutiefst geschmerzt* habe.» In Klammern fügte der Botschafter hinzu: «Ich glaube jedoch, dass trotz dieser begreiflichen Empfindung die Wirkung höchst heilsam war.» Baudouin versicherte dem Botschafter «mit den feierlichsten Ausdrücken, dass die französische Flotte niemals dem Feind übergeben werde. Davon sei keine Rede *.»

Baudouin fügte hinzu, er könne jedoch nicht mit Bestimmtheit sagen, dass die französische Flotte sich der britischen anschliessen werde. Sie werde vielleicht nach Übersee auslaufen oder vielleicht auch versenkt werden ... Ich drang darauf ... die Flotte lieber in Sicherheit zu bringen, als sie zu vernichten ⁿ.

Für die Amerikaner und – wichtiger noch – für die Engländer war die Selbstversenkung der französischen Flotte immer noch besser, als sie unversehrt den Deutschen auszulie-

* In der Nacht des 17./18. Juni sandte die französische Admiralität Befehle an die Flottenstützpunkte in der Bretagne, dass kein Kriegsschiff unbeschädigt in Feindeshand fallen dürfe. Der 35'000-Tonnen-Schlachtkreuzer Richelieu, der gerade in Brest seine ersten Probefahrten beendet hatte, und sein Schwesterschiff, die *Jean Bart* in Saint-Nazaire, die noch nicht ganz fertiggestellt war, erhielten Weisung, nach Marokko in See zu gehen. Sie entwichen am 18. bzw. 19. Juni.

fern, und Botschafter Campbell liess in seinen Meldungen nach London keinen Zweifel darüber, dass angesichts des Eifers, mit dem die Regierung Pétain so rasch wie möglich zu kapitulieren wünschte, die Selbstversenkung alles war, was man erhoffen konnte. Doch damit wurden die Alliierten und vor allem Frankreich selbst, falls es den Widerstand wiederaufnahm, einer mächtigen Waffe beraubt. An eine solche Möglichkeit verschwendeten der Marschall, der Generalissimus und der Admiral jedoch keinen Gedanken. Sie hatten vom Kampf gegen die Deutschen genug.

Darlan gefiel die amerikanische Note ganz und gar nicht. «Und jetzt scheisst mich noch dieser Roosevelt an», sagte er zu einem Marineadjutanten. Dem Kabinett gegenüber war seine Ausdrucksweise gemässiger, aber noch immer hochfahrend. «Der Chef der französischen Flotte», erklärte er, «braucht keine Ratschläge von den Vereinigten Staaten, was er zu tun hat, um die Ehre der Flotte zu verteidigen¹².»

Trotzdem liess die Frage die Regierung den ganzen 18. Juni über nicht los. Kurz nach Mittag traf die von Churchill entsandte britische Delegation in Bordeaux ein, um dringlichste Vorstellungen zu erheben. Admiral Darlan versicherte ihr auf sein Ehrenwort, dass seine Flotte niemals in deutsche Hände fallen werde, und falls der Feind ihre Auslieferung verlange, würden die Waffenstillstandsverhandlungen abgebrochen werden. Den Franzosen zufolge waren Alexander, Admiral Pound und Lord Lloyd von dieser Versicherung «anscheinend zufriedengestellt». Tatsächlich waren sie alles andere als befriedigt, besonders nachdem sie am nächsten Tag Pétain und Weygand gesprochen hatten. Lord Lloyd war besonders enttäuscht. Er war ein alter Freund und Bewunderer Weygands und berichtete, der Generalissimus sei «ein zusammengeschrumpfter, gebrochener kleiner Mann, völlig fertig und erfüllt von undeutlichen, aber bitteren Beschuldigungen. Es war ein jammervoller Anblick. Ich hoffe, ich sehe ihn nie wieder.» Pétain erschien Lloyd «eitel, senil und in gefährlicher Weise plemplem». Und was Lebrun betraf, so war der Präsident der Republik «wie üblich in Tränen und völlig unbrauchbar». Die britische Delegation setzte offenkundig wenig Vertrauen in die Zusicherungen solcher Männer¹³. Die Franzosen ihrerseits waren über die Engländer wegen ihrer Besorgnis um die französische Flotte höchst verstimmt. Darlan notierte nach der Abreise der drei Männer sarkastisch in seinem Tagebuch: «Sie erweckten bei mir den Eindruck von Erben, die herbeieilen, um sich zu vergewissern, dass der Sterbende ihnen tatsächlich alles vermacht hat, ohne sich auch nur über seinen Gesundheitszustand zu erkundigen¹⁴.» Das Erlebnis mit seinen Besuchern aus London scheint Darlan veranlasst zu haben, Massnahmen zu ergreifen, damit keine Einheit der französischen Kriegsflotte in die Hände der Engländer geriet oder bei ihnen verblieb. Am 18. Juni sowie an den folgenden Tagen gingen mehrere diesbezügliche Weisungen hinaus. Am 21. Juni, dem Tag nach Lloyds Abreise, erteilte Darlan allen französischen Kriegsschiffen in britischen Häfen, besonders in Plymouth und Portsmouth, den Befehl, unverzüglich auszulaufen und sich nach Nordafrika abzusetzen¹⁵. Der befehlshabende britische Admiral in Portsmouth untersagte ihnen das Auslaufen, und die Marinebehörden anderer Häfen in Grossbritannien und im Mittelmeer taten das gleiche. Als ein französischer Admiral sich bei Admiral Cunningham

darüber beschwerte, dass die Engländer französische Schiffe daran hinderten, britische Stützpunkte zu verlassen, erwiderte dieser: «Wir müssen den Krieg gewinnen, und zwar nicht nur für uns selbst, sondern auch für euch, und alle diese Trivialitäten und Gefühlsduseleien über Freundschaft und verletzte Gefühle müssen beiseite gefegt werden¹⁶.» Die Verbündeten zweier Weltkriege näherten sich dem Bruch. In der Frage der französischen Flotte befanden sie sich auf Kollisionskurs.

Ein einsamer französischer Offizier bemühte sich, die Allianz über Wasser und seine Landsleute im Krieg zu halten. Am Spätnachmittag des 18. Juni fuhr General de Gaulle ins Rundfunkhaus in London, um über den Rundfunk zu seinen Landsleuten zu sprechen. Er hatte seit seiner Ankunft in der britischen Hauptstadt am Tag zuvor seinen eigenen Rubikon überschritten. Jetzt, um 18 Uhr, allein in einem BBC-Studio mit nur einem britischen Ansager neben sich, begann der rebellische rangjüngste französische General auf ein Zeichen hin zu sprechen:

Die Männer, die seit vielen Jahren an der Spitze der französischen Armeen stehen, haben eine Regierung gebildet.

Diese Regierung hat sich unter dem Vorwand der Niederlage unserer Armeen mit dem Feind in Verbindung gesetzt, um den Kampf zu beenden ...

Aber ist das letzte Wort gesagt? Muss die Hoffnung schwinden? Ist die Niederlage endgültig? Nein!

... Denn Frankreich ist nicht allein! ... Es hat ein grosses Weltreich hinter sich. Es kann einen Block bilden mit dem Britischen Empire, das die Meere beherrscht und weiterkämpft. Es kann, wie England, uneingeschränkten Gebrauch machen von der unermesslichen Industrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Während er diese Worte sprach, so erinnerte de Gaulle sich später, «fühlte ich in mir selber ein Leben zu Ende gehen, das ganze Leben, das ich im Rahmen eines starken Frankreich und einer unteilbaren Armee geführt hatte. Mit neunundvierzig Jahren liess ich mich auf ein Abenteuer ein wie einer, den das Schicksal aus allen Geleisen herausgeworfen hat¹⁷.» Er versuchte, seinen Landsleuten eine Weitsicht des Krieges zu vermitteln, die über das Begriffsvermögen Pétains und Weygands hinausging.

Dieser Krieg ist nicht durch die Schlacht von Frankreich entschieden. Dieser Krieg ist ein Weltkrieg. Alle Fehler, alles Hinzögern, alle Leiden verhindern nicht, dass in der Welt die Mittel vorhanden sind, um eines Tages unsere Feinde zu vernichten ... Darin liegt das Schicksal der Welt.

Auf der Höhe des Debakels und am Vorabend der Kapitulation schien es, als spreche de Gaulle seine trotzigen Worte ins Leere. Die britische Rundfunkgesellschaft hielt zu ihrer späteren grossen Verlegenheit die Rundfunkansprache für so wenig wichtig, dass sie sie

nicht einmal auf Platten aufnahm. Die *Times* widmete der Ansprache nur ein paar Zeilen, und der *Daily Express* begrub sie auf Seite 8 mit zwei kurzen Sätzen. Sehr wenige Menschen in Frankreich hörten sie. Da in so vielen Städten die Elektrizitätsversorgung unterbrochen war, wurden viele Radioapparate nicht benutzt, und die betriebsbereiten Geräte waren auf Bordeaux eingestellt, wo die Entscheidungen über Frieden oder Fortsetzung des Krieges gefällt wurden*. Nicht eine einzige französische militärische oder politische Persönlichkeit von irgendwelcher Bedeutung, nicht einmal in London, erbot sich, sich dem trotzigen General anzuschließen. Er war völlig allein. Aber unverzagt! «Vor diesem fürchterlichen Abgrund», schreibt de Gaulle, «erschien mir auf einmal meine Sendung deutlich und erhaben. In diesem Augenblick, dem trübsten seiner Geschichte, war mir die Aufgabe zugefallen, Frankreich zu betreuen¹⁹.»

Die Regierung in Bordeaux erfuhr von der rebellischen Rundfunkrede und ergriff eiligst Massnahmen, um jede Wirkung, die sie möglicherweise auf die Bevölkerung haben mochte, zu vereiteln und den trotzigen General selbst zur Rechenschaft zu ziehen. Alibert gab eilfertig aus Pétains Büro ein ungeschicktes Kommuniqué an die Presse heraus, in dem erklärt wurde, de Gaulle besitze keine «Qualifikation», um öffentliche Erklärungen zu erteilen, da er nicht mehr Mitglied der Regierung sei. Der General habe summarischen Befehl erhalten, zurückzukehren. Am selben Abend sandte denn auch tatsächlich General Colson, der neue Kriegsminister, ein dringendes Telegramm an den französischen Militärattaché in London: «Verständigen Sie General de Gaulle, dass er unverzüglich zurückzukehren hat.» De Gaulle antwortete am 20. Juni in einem vom französischen Militärattaché übermittelten Brief an General Weygand, er sei bereit, binnen vierundzwanzig Stunden zurückzukehren, «falls kein Waffenstillstand unterzeichnet wird». Er beschwor den Generalissimus, «dem Zusammenbruch zu entgehen, das überseeische Frankreich zu erreichen und den Krieg fortzusetzen», und versprach ihm seine Unterstützung, falls er es täte. Müssige Worte! Der Brief wurde ihm einige Wochen später mit einem maschinenschriftlichen, nicht unterzeichneten Vermerk zurückgestellt: «Wenn der *Oberst* a. D. de Gaulle mit dem General Weygand in Verbindung treten will, so soll er den hierfür vorgeschriebenen Weg benutzen.» Bald darauf bewies Weygand seine Bösartigkeit. Als ein Kriegsgericht de Gaulle zu vier Jahren Gefängnis verurteilte, veranlasste Weygand ein anderes Militärtribunal in Clermont-Ferrand, ihn am 2. August wegen Fahnenflucht in Abwesenheit zum Tode zu verurteilen.

Die Regierung Pétain-Weygand verlor keine Zeit, um gegen ihre Gegner vorzugehen. Kaum vierundzwanzig Stunden, nachdem er das Innenministerium abgegeben hatte, wurde Mandel am 17. Juni verhaftet, als er mit Madame Bretty in dem eleganten Restaurant Chapon fin zu Mittag ass. Er selbst und General Bühner, der Leiter der Abteilung Kolonialtruppen in seinem Ministerium, wurden ins Gefängnis abtransportiert. Der Urheber dieser Massnahme war Alibert, der böse Geist des Marschalls. Aufgrund einer

* Der unermüdliche Henri Amoureux stellte fest, dass mehrere französische Zeitungen, darunter zwei in Marseille und eine in Lyon – den grössten, noch nicht besetzten Städten –, de Gaulles Rundfunkrede am nächsten Tag vollständig oder teilweise veröffentlichten. Er äussert seine Verwunderung darüber, dass sie ein so geringes Echo hatte

Denunziation seitens eines rechtsradikalen Journalisten, der behauptete, Mandel trage Waffen zusammen, um gewisse Mitglieder der Regierung zu ermorden, setzte Alibert geschwind die Haftbefehle auf und bewog Pétain, sie zu unterschreiben. Auf Eingreifen Lebruns wurden die beiden Männer später am Tag wieder freigelassen. Sie begaben sich unverzüglich zu Pétain und verlangten eine Entschuldigung, die der Marschall im Fall Mandel in unterwürfigster Form ausfertigte. Doch der Zwischenfall war eine Warnung vor dem Willkürcharakter der neuen Regierung. Mandel wurde binnen zehn Tagen aufs neue verhaftet, auf Jahre ins Gefängnis gesperrt, sodann den Deutschen ausgeliefert und von ihnen schliesslich der Miliz der Pétain-Regierung übergeben, die ihn am 7. Juli 1944 kaltblütig ermordete. Der vom 17. Juni 1940 datierte Entschuldigungsbrief des Marschalls fand sich in der Tasche der Leiche. Mandel war nur eines der zahlreichen Opfer des Pétain-Regimes. Schon bald sollten alle Führer der letzten republikanischen Regierungen, Reynaud, Daladier, Blum und sogar General Gamelin vom Marschall willkürlich ins Gefängnis geworfen und dann der Gnade der Deutschen überantwortet werden. Er lieferte ihnen sogar den armen Lebrun aus.

Um 10 Uhr 30 am 18. Juni rief Pétain den spanischen Botschafter zu sich und fragte ihn, ob er etwas von den Deutschen gehört habe. Lequerica hatte noch nichts gehört. Nicht nur der Marschall, sondern auch Lebrun, Herriot und Jeanneney wurden immer besorgter über das deutsche Vordringen gegen Bordeaux. Die provisorische Hauptstadt konnte möglicherweise binnen zwei oder drei Tagen genommen werden und mit ihr die Regierung, wenn sie sich nicht rechtzeitig davonmache. Es hätte keinen Sinn gehabt, Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, wenn sich die französische Regierung in Gefangenschaft befand. Während des restlichen Tages nahm der Druck, die Regierung schliesslich doch nach Afrika zu verlegen, stetig zu. Um 17 Uhr hatten die Präsidenten der beiden Kammern, die die Initiative ergriffen hatten, eine Unterredung mit Lebrun und Pétain und bestanden darauf, dass die Regierung abreise.

«Ich werde Frankreich nie verlassen», erklärte der alte Krieger noch einmal.

Jeanneney und Herriot schlugen daraufhin eine Lösung vor. Der Marschall und Weygand sowie zwei oder drei Minister sollten bleiben. Der Präsident der Republik, die beiden Parlamentsvorsitzenden und das übrige Kabinett sollten sich nach Nordafrika begeben. Pétain sollte seine Befugnisse auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chautemps übertragen und selbst als eine Art Regent in Frankreich verbleiben. Pétain war anfänglich skeptisch, gab aber dann seine Zustimmung. «Jeanneney und ich», sagt Herriot, «waren der Auffassung, dass die Frage in aller Form geregelt sei. Die Souveränität der Nation war gesichert²⁰.» Das Kabinett erteilte am nächsten Morgen seine Billigung*. Lebrun, Herriot und Jeanneney und die Minister sollten im Lauf des Tages nach

* Chautemps zufolge geschah es gegen die «vehemente Opposition» Weygands. Der stellvertretende Ministerpräsident zitiert in diesem Zusammenhang ein neuartiges Argument des Generalissimus: Nicht der Ort, wo eine Regierung amtiert, mache sie frei, sondern lediglich ihr Mut. «Man ist stets frei, wenn man Mut hat», argumentierte Weygand. «Was mich betrifft, so können sie mich gefangennehmen, mich sogar foltern, aber ich werde nie irgend etwas unterschreiben, was gegen die Ehre und die Interessen Frankreichs ist.“»

Perpignan abreisen und sich von dort nach Port-Vendres begeben, wo sie sich nach Nordafrika einschiffen sollten. Die Abgeordneten des Parlamentes sollten direkt von Bordeaux mit dem Dampfer *Massilia* abreisen. Doch Lebrun und seine Kollegen hatten die Ränke Pierre Lavals und Aliberts nicht bedacht sowie die Fähigkeit des greisen Marschalls, hin und her zu schwanken, und die Intrigen all der eingeschüchterten Politiker, die gegen die Einsetzung der Regierung in Algerien waren, weil sie die Kapitulation gefährden und Frankreich im Krieg festhalten konnte.

Während Pétain, Weygand und Baudouin den ganzen 18. Juni über ungeduldig, aber vergeblich auf ein Anzeichen einer Antwort von den Deutschen warteten, traf Hitler in München mit Mussolini zusammen, um die Waffenstillstandsbedingungen für Frankreich zu erörtern. Der Duce, dessen Truppen nach «Kämpfen» von einer Woche unfähig gewesen waren, irgendwelche Fortschritte gegen die Franzosen zu erzielen, obwohl sie ihnen zahlenmässig fünf oder gar sechs zu eins überlegen waren, stellte enorme Forderungen. Auf der Fahrt von Rom nach München in der Nacht zuvor erklärte er Ciano, seinem Schwiegersohn und Aussenminister, er wolle «das ganze französische Territorium besetzen und die Übergabe der französischen Flotte» verlangen*.

Die Sitzung fand im Führerbau in München statt, wo kaum zwei Jahre zuvor Chamberlain und Daladier den beiden Diktatoren bezüglich der Tschechoslowakei so gefällig gewesen waren. Hitler liess dem aufgeblasenen italienischen Cäsar unverzüglich die Luft ab. Er stellte eindeutig fest, dass er zumindest für den Augenblick nicht beabsichtige, Frankreich zu vernichten, wie er die Tschechoslowakei vernichtet hatte. Er wollte Frankreich von Grossbritannien trennen und auf französischem Boden, wenn möglich, eine funktionierende französische Regierung erhalten. Dies sei einer Situation, in der die Franzosen vielleicht die deutschen Vorschläge ablehnten und nach London übersiedelten, um den Krieg von dort fortzusetzen, bei weitem vorzuziehen. Er wies Mussolinis Forderungen rundheraus ab, nämlich eine italienische Besetzung des Rhönetales unter Einschluss des grossen französischen Mittelmeer-Kriegshafens Toulon und Marseilles sowie die Entwaffnung Korsikas, Tunesiens und Dschibutis. Die letztere Stadt, das Tor zum italienisch besetzten Äthiopien, wurde dem geheimen deutschen Sitzungsprotokoll zufolge von Ciano «mit gedämpfter Stimme» noch hinzugefügt.

Hitler ging es (ebenso wie den Engländern) vor allem um die Übergabe der französischen Flotte. Das erbeutete deutsche Memorandum über die Unterredung lässt erkennen, dass der grösste Teil der Äusserungen des Führers diesem Punkt gewidmet war.

* Ein weiterer faschistischer Nachbar, der vom Kämpfen Abstand genommen hatte, wurde plötzlich von einem heftigen Appetit auf die Siegesbeute auf Kosten des geschlagenen Frankreichs erfasst. Am folgenden Tag, dem 19. Juni, sandte die spanische Regierung, die am 14. Juni die französische Zwangslage ausgenutzt hatte, um die internationale Freizone Tanger zu besetzen, eine Denkschrift mit ihren Ansprüchen nach Berlin: «Das westliche Algerien, ganz Marokko unter spanischem Protektorat, einen Teil der Sahara und zusätzliches Gebiet in Westafrika.» Franco verlangte, dass Frankreich sein ganzes Kolonialreich in Nordafrika weggenommen werde. Er erklärte, falls England den Krieg fortsetze, nachdem Frankreich den Kampf aufgegeben hatte, wäre «Spanien bereit, in den Krieg einzutreten – nach kurzer Zwischenzeit zur Vorbereitung der Öffentlichkeit» Die Aasgeier verloren keine Zeit.

Der Führer erläuterte im Einzelnen, welchen grossen Stärkezuwachs die französische Flotte für England darstellen würde, falls sie Grossbritannien zur Verfügung gestellt würde. Bei bestimmten Klassen würde sich die gegenwärtige Stärke der britischen Flotte praktisch verdoppeln oder verdreifachen, besonders bei den Zerstörern ...

Es wäre folglich das beste, zu versuchen, mit einer französischen Regierung eine Vereinbarung zu treffen, um die Flotte zu neutralisieren ... Als Anreiz könne Deutschland vielleicht eine Garantie anbieten, dass die gesamte Flotte bei Friedensschluss an Frankreich zurückgegeben werde.

Hitler gestand freilich mit ungewohntem Freimut, dass «es zweifelhaft sei, ob Frankreich zu einer Garantie des Führers Vertrauen haben werde». In diesem Fall, erklärte er, wäre der Ausweg vielleicht die Internierung der Flotte in einem neutralen Land wie Portugal oder Spanien.

Vor allem, schloss Hitler, müsse verhindert werden, dass die französische Flotte nach England gelange; eine günstige Lösung wäre es auch, wenn die französische Flotte sich selbst versenkte.

Und wie reagierte Mussolini darauf?

Hitlers Mässigung überraschte und enttäuschte seinen italienischen Gast. «Mussolini ist bemerkenswert betreten», notierte Ciano am Ende der Sitzung in seinem Tagebuch. «Er spürt, dass er nur die zweite Geige spielt ... In Wahrheit fürchtet aber der Duce, dass die Stunde des Friedens naht, und sieht noch einmal den unerfüllbaren Traum seines Lebens vor seinen Augen entschwinden: den Ruhm auf den Schlachtfeldern.»

Die Italiener erlebten noch eine abschliessende Demütigung. Als Ciano gemeinsame Waffenstillstandsverhandlungen mit den Franzosen vorschlug, antwortete der Führer, «er nehme nicht an, dass Italien an dem Ort zu verhandeln wünsche, an dem die französisch-deutschen Waffenstillstandsverhandlungen stattfinden würden». Er nannte den Ort nicht, er war sein Geheimnis. Aber als Trost für die Italiener versprach er, dass sein Waffenstillstand mit Frankreich erst in Kraft treten werde, wenn die Franzosen auch mit Italien einen Vertrag unterzeichnet hatten. Obwohl Hitler die Artikel des beabsichtigten französisch-deutschen Waffenstillstands, die Frankreich als Ganzes würde annehmen oder ablehnen müssen, bereits aufgesetzt hatte, übermittelte er sie erst drei Tage später nach Rom²⁵.

Um 6 Uhr 25 am Morgen des 19. Juni wurde Baudouin in seiner Wohnung vom spanischen Botschafter geweckt, der ihm die deutsche Antwort brachte. Die Reichsregierung, so lautete sie, sei «bereit, die Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten und den Ort des Treffens bekanntzugeben, sobald man ihr die Namen der französischen Delegierten mitgeteilt habe. Die deutsche Note setzte hinzu, die Reichsregierung werde eine Waffenstillstandsvereinbarung nur unter der Bedingung in Betracht ziehen, dass auch eine Vereinbarung mit Italien erzielt werde. Sie schlug vor, die Franzosen sollten über Spanien die Verbindung mit Rom aufnehmen. Baudouin hatte bereits versucht,

Rom über den Vatikan zu erreichen, aber keine Antwort erhalten. Hitler liess jetzt keinen Zweifel daran, dass er den Heiligen Stuhl auszuschalten wünschte.

Um 9 Uhr morgens fand in Pétains Büro eine eiligst zusammengerufene Sitzung statt, an der Weygand, Darlan, Baudouin, Chautemps, Charles-Roux und Alibert teilnahmen. Wer sollte die undankbare Aufgabe übernehmen, das Land bei den Waffenstillstandsverhandlungen zu vertreten? Einer Quelle zufolge schlug Baudouin Weygand vor. Der Generalissimus antwortete, er sei zwar «persönlich willens, jedes Opfer zu bringen», erinnerte jedoch daran, dass bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Rethondes im Jahr 1918, die er namens der Alliierten geführt hatte, die Deutschen auch keinen rangältesten General entsandt hätten²⁴. Chautemps berichtet, «zu seiner grossen Überraschung» habe der Marschall ihn ersucht, die Führung der Delegation zu übernehmen. «Ich lehnte diese nicht beneidenswerte Mission ab», sagt er, «denn ich wünschte keine Berührung mit den Naziführern und war der Meinung, dass mein Platz im Kabinett sei²⁵.» Da sich keine Freiwilligen meldeten, bestimmte Pétain General Huntziger zum Führer der Delegation. Ausserdem wurden ernannt der stellvertretende Flottenstabschef, Admiral Le Luc, der Stabschef der Luftwaffe, General Jean Bergeret, und der vormalige Militärattaché in Rom, General Henri Parisot. Hinzu kam noch als einziger Zivilist der ehemalige Botschafter in Polen, Léon Noël. Keiner der Delegierten wurde vorher gefragt, ob er bereit sei. Sie erhielten kurzerhand Weisung. Um 10 Uhr 15 konnte Baudouin Lequerica die Liste übergeben. Was immer auch sonst ihre Unzulänglichkeiten waren, als es ums Kapitulieren ging, konnte die Regierung Pétain jedenfalls zügig handeln.

Sie hatte freilich ein Anliegen. Sie ersuchte die Deutschen, ihren Vormarsch zu stoppen, «damit eine völlig unabhängige Entscheidung getroffen werden kann». Nicht einmal Pétain und Weygand wollten Entscheidungen treffen, wenn die Regierung in Bordeaux gefangengenommen wurde *. Lequerica wies Madrid darauf hin, und zwar in einer späteren Depesche am selben Tag, die der deutsche Botschafter in Madrid unverzüglich nach Berlin weitergab, wie er es mit allen Meldungen Lequericas tat. Der spanische Botschafter entwarf ein düsteres Bild von der Situation in Bordeaux und wies nachdrücklich auf die gefährlichen Folgen hin, falls die Deutschen ihren Vormarsch fortsetzten und besonders, falls sie den Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen noch länger hinauszögerten.

Die französische Regierung hat die Lage kaum mehr in der Hand. Obwohl Pétain mit grosser Tatkraft vorgeht, besteht – falls die deutschen Truppen weiter gegen Bordeaux vorrücken und der Beginn des Waffenstillstandes sich verzögert – die Gefahr, dass die Reynaud-Partei... möglicherweise wieder die Oberhand gewinnt. Die Regierung könnte eine Bedrohung von Bordeaux durch deutsche Truppen nicht überleben ²⁶.

* Das Anliegen wurde natürlich ignoriert, und der deutsche Vormarsch ging nahezu unbehindert weiter. Aber eine Antwort erteilte Hitler doch. In dieser Nacht führte die Luftwaffe kurz nach Mitternacht zum erstenmal einen schweren Bombenangriff auf Bordeaux aus, und eine Bombe explodierte in der Nähe von Weygands Hauptquartier. 63 Zivilpersonen wurden getötet und 180 verletzt. Charles-Roux nannte es eine «Niedertracht».

Spät in der Nacht des 19. Juni telefonierte Lequerica eine neuerliche dringende Warnung nach Madrid, die der deutsche Botschafter gleichfalls unverzüglich nach Berlin weitergab.

Die Lage verschlechtert sich ständig ... Wenn Deutschland und Italien daran interessiert sind, mit der französischen Regierung einen Vertrag zu schliessen, dann scheint es nötig, dies so rasch wie möglich zu tun, und es muss eine Zone festgesetzt werden, in der die französische Regierung frei und in Sicherheit amtieren kann.

Der französische Aussenminister hat mir soeben mitgeteilt, angesichts der Befürchtung und der Gefahr, dass die Regierung den Deutschen in die Hände fallen könnte, bestehe die Absicht, die Präsidenten der Kammer und des Senats, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chautemps und einige andere Minister morgen, den 20. Juni, nach Algier zu schaffen²⁷.

Dies scheint während des ganzen Tages und auch noch in den nächsten Tag hinein die Absicht in Bordeaux gewesen zu sein. Das Kabinett bestätigte sie auf seiner Vormittags-sitzung am 19. Juni, und man begann mit den Vorbereitungen für den Exodus der Regierung. Am frühen Abend teilte Darlan den Präsidenten der beiden Kammern mit, dass die *Massilia* den Abgeordneten des Parlaments zur Verfügung gestellt und am folgenden Tag um 16 Uhr von Bordeaux nach Marokko in See gehen werde. Lebrun und die meisten Minister würden auf dem Landweg über Perpignan nach Port-Vendres reisen, wo sie ein Zerstörer erwartete, um sie nach Algier zu bringen.

So schien am Morgen des 20. Juni für die Abreise der Regierung alles bereit zu sein, mit Ausnahme Pétains, der seine Machtbefugnisse auf Chautemps übertragen hatte. Dann brach die Verwirrung wieder über die sorgenvollen Männer herein, und Lüge und Betrug erhöhten sie noch. Um 12 Uhr 30 trat der alte Marschall zum zweitenmal ans Mikrofon, um seinen Landsleuten wiederum zu erklären, warum er sich um einen Waffenstillstand bemühe, und zu wiederholen, dass er selbst als Oberhaupt der Regierung in Frankreich bleibe. Das erleichterte jenen, die versuchten, die Verlegung der Regierung nach Afrika zu beschleunigen, nicht gerade ihre Aufgabe. Aber sie bemühten sich weiter. Lebrun packte seine Koffer. Herriot schickte sein Gepäck den Fluss hinab zur *Massilia*. Jeanneney fuhr im Auto nach Perpignan, wo für 9 Uhr morgens am nächsten Tag eine Kabinett-sitzung angesetzt war. Die Hotels in Perpignan, von wo es nicht weit nach Port-Vendres ist, wurden für die Notabein beschlagnahmt. Sogar der Herzog und die Herzogin von Windsor, die auf der Flucht nach Spanien hier Station gemacht hatten, wurden aus dem Grandhotel hinausgesetzt, um für den Präsidenten der Republik und seine Minister Platz zu schaffen. Der Auszug aus Bordeaux sollte um 14 Uhr 30 beginnen.

Um 14 Uhr, als der Präsident der Republik gerade in seinen Wagen steigen wollte, um loszufahren, teilte ihm ein Telefonanruf mit, dass Pétain soeben eine Sondersitzung der Minister einberufen hätte. Lebrun rief Alibert im Büro des Marschalls an. Alibert bestätigte es. «Es hat sich eine neue Situation ergeben», sagte er. Lebrun war höchst ver-

ärgert, beschloss jedoch zu warten. Dies war der Augenblick, an dem Alibert, ein verklemmter und verdrehter kleiner Mann, die Abreise des grössten Teils der Regierung torpedierte, und zwar, wie er später prahlte, mittels einer Lüge, der ein ausgesprochener Betrug folgte.

Die Lüge bestand darin, dass er Lebrun bei seinem Eintreffen im Büro des Marschalls vorschwindelte, er habe soeben die Nachricht erhalten, die französischen Streitkräfte hätten die Deutschen an der Loire zum Halten gebracht. Es bestehe folglich keine Bedrohung von Bordeaux und keine Notwendigkeit für den Präsidenten und die Minister, sich mit ihrer Abreise zu beeilen. Pétain gab mit einem Nicken seine Zustimmung. Lebrun, sagt Alibert, seufzte, erklärte jedoch, er beabsichtige nach wie vor, mit den anderen abzureisen.

«Diese Lüge war die erste Runde», vertraute Alibert zwei Jahre später dem Abgeordneten Fernand-Laurent an. «Die zweite Runde musste noch gewonnen werden. Daher mein Betrug.» Nachdem Alibert die Abreise verzögert hatte, war er nunmehr entschlossen, sie überhaupt zu verhindern. Er berichtet:

Als ich in die Präfektur zurückkehrte, wurde ich mit Telefonanrufen von Jeanneney, Herriot und Campinchi bombardiert, die alle wissen wollten, ob die Weisung für ihre Abreise endlich erteilt worden sei. Es musste etwas geschehen, und ich fasste meinen Entschluss. Ich nahm das persönliche Briefpapier des Marschalls und diktierte eine Anweisung an jeden der Minister, bis 8 Uhr am nächsten Morgen in seinem Quartier zu bleiben ... und die Stadt aus keinem wie immer gearteten Grund vor Erhalt von Weisungen zu verlassen. Ich nahm das Siegel des Marschalls, stempelte die Befehle und unterzeichnete sie. Das war mein Betrug²⁸.

Er funktionierte. General Weygand hielt die Anweisung für echt. Er spricht vom «Befehl» des Marschalls²⁹ und fügt hinzu, er sei den Ministern von General Henri Bineau übergeben worden, der den erstaunten Mitgliedern der Regierung mitteilte, «sie dürften sich nicht von der Stelle rühren», bis sie weitere Weisung erhielten*.

So endete die letzte Hoffnung Lebruns und der anderen, die Regierung nach Nordafrika zu verlegen**. Der Dampfer *Massilia* lief in der Tat am nächsten Tag, dem 21. Juni,

* Lebrun erwähnt in seiner Aussage im Pétain-Prozess Aliberts Behauptung, den Betrug begangen zu haben. «Aber ich wusste damals nichts davon», erklärte er dem Gericht. «Um die Wahrheit zu sagen, ich wusste nicht, was vor sich ging. Niemand sagte mir etwas. Es war, meine Herren, eine recht eigentümliche Situation für den Präsidenten der Republik“.

** Lequerica, der früher am selben Tag nach Madrid gemeldet hatte, die Regierung begeben sich nach Perpignan, schickte am Nachmittag eine Mitteilung hinterher, dass «der Umzug nach Perpignan aufgegeben worden» sei. Sie wurde unverzüglich vom deutschen Botschafter in Madrid nach Berlin weitergeleitet **. Die deutsche Regierung, die besorgt zu werden begann, dass die französische Regierung nach Nordafrika entfliehen könne, wusste folglich am Abend des 20. Juni, dass sie diesen Gedanken aufgegeben hatte.

Berlin bemühte sich anscheinend nicht, Rom zu verständigen. Am nächsten Tag unterrichtete die italienische Regierung das deutsche Aussenministerium von Meldungen, die sie empfangen hatte, wonach die französische Regierung im Begriff sei, sich nach Nordafrika zu begeben. Mussolini ersuchte um Hitlers Billigung, Franco «nahezulegen», dass die Spanier «unverzüglich Französisch-Marokko besetzen», um es vom französischen Algerien abzutrennen. Die Italiener fühlten, ohne auf die Zustimmung des Führers zu warten, bei Franco vor, der ihnen mitteilte, er habe nicht genügend Streitkräfte, um Französisch-Marokko zu nehmen“.

nach Casablanca aus, aber es befanden sich nur neunundzwanzig Deputierte und ein Senator an Bord. Unter ihnen waren die meisten der «Widerständler»: Daladier, Mandel, Senator Révillon, Campinchi, Delbos und vier Deputierte, die noch Uniform trugen, unter ihnen Jean Zay und Mendès-France, beide Leutnants und beide Juden, die später, als der Antisemitismus des Pétain-Regimes zunahm, als Deserteure vor ein Kriegsgericht gestellt wurden. Offiziere und Besatzung des Schiffs weigerten sich anfänglich, auszuweichen. Einige der Matrosen verhöhnten die Parlamentarier mit Pfuirufen, und Zay wurde geohrfeigt. Schliesslich hielt Campinchi, der bis vor fünf Tagen noch Marineminister gewesen war, den Offizieren und der Besatzung eine Rede, und das Schiff lief endlich aus. Léon Blum und Herriot beschlossen, der Regierung nach Perpignan und Port-Vendres zu folgen. Louis Marin, der sein Gepäck bereits an Bord geschafft hatte, verliess das Schiff wieder, bevor es ablegte. Er hatte im letzten Augenblick erfahren, dass die Regierung Bordeaux nicht verlassen werde, und befürchtete eine Hinterlist Pétains und Weygands, um die Parlamentarier von der Bühne zu entfernen. Pomaret, der als Innenminister Bescheid wusste, gab später zu, dass dies in der Tat die Absicht war, obwohl er die Hauptschuld Darlan gab. Drei Tage später brandmarkte die Regierung Pétain tatsächlich die armen Parlamentarier als «Deserteure» und «Verräter». Die Senatoren waren gewitzter. Sie argwöhnten eine Falle und beschlossen durch Abstimmung, sich nicht auf der *Massilia* einzuschiffen, sondern der Regierung nach Perpignan zu folgen. Sie waren der Meinung, wie ihre Entschliessung es ausdrückte,

dass sie, falls die Regierung Frankreich nicht verlassen sollte, sich in höchst eigenartiger Lage befinden würden, nämlich draussen auf See, während wichtige Entscheidungen getroffen wurden.

Laval, der seine Parlamentskollegen aufs heftigste angegriffen hatte, weil sie Weggehen wollten, richtete sein Geschütz jetzt auf den Präsidenten der Republik, den er noch immer im Verdacht hatte, er wolle sich mit der Regierung davonmachen. Am frühen Nachmittag des 21. Juni «stürmte», wie Lebrun es ausdrückte, eine parlamentarische Abordnung, angeführt von Laval, unangemeldet zu ihm herein *. Der dunkelgesichtige Senator und vormalige Ministerpräsident, dessen Einfluss in Bordeaux stetig zugenommen hatte, war in heftiger Stimmung. «Ich hatte plötzlich», sagt der Präsident der Republik, «eine Gruppe von Tollhäuslern vor mir, die alle Selbstbeherrschung verloren hatten, wild herumgestikulierten und mit lauten Stimmen alle gleichzeitig redeten.» Einmal brüllte Laval so laut, dass er dazwischenfahren musste: «Mässigen Sie Ihre Stimme. Je mehr Sie schreien, desto weniger höre ich.» Aber Laval konnte sich nicht beherrschen. «Sie können, Sie dürfen nicht Weggehen», brüllte er. «Wir werden den Schwindel einer Regierung, die von Nordafrika aus einen Krieg fortsetzt, der unmöglich geworden ist, nicht anerkennen.»

* Zu ihr gehörte auch der vormalige Aussenminister Georges Bonnet, der noch immer grollte, weil er aus Reynauds Regierung hinausgeworfen worden war, und der noch immer für «Frieden» war.

Dem Deputierten Jean Montigny zufolge, der zugegen war und applaudierte, erklärte Laval sodann mit noch mehr «Vehemenz»:

«Es kommt noch mehr hinzu. Der Präsident der Republik nimmt mit den Staatsiegeln auch die Regierung mit sich ... Ich bestreite Ihnen das Recht, dies unter irgendeinem Vorwand zu tun.» Er drohte dem unglücklichen Präsidenten mit fuchtelnd erhobenem Zeigefinger und fuhr, wie Montigny berichtet, in einem «Paroxysmus der Erregung» fort: «Nur zwei Männer, General Weygand und Marschall Pétain, sind befähigt zu sagen, ob der Krieg fortgesetzt werden soll. Wenn sie der Ansicht sind, dass er aufhören muss, dann müssen wir alle uns ihnen beugen ... Ich habe das Schauspiel unserer Niederlage gesehen. Wir sind geschlagen.»

Lebrun versuchte, dem aufgeregten Defätisten mit Vernunftargumenten beizukommen, und erklärte, wenn die Regierung weggehe, so tue sie es, weil sie frei bleiben müsse, um beraten zu können. Doch das brachte Laval nur noch mehr in Harnisch.

«Wenn Sie den Boden Frankreichs verlassen», tobte er, «werden Sie ihn nie wieder betreten! Jawohl, wenn man erfährt, dass Sie weggegangen sind, wird auf aller Lippen nur ein Wort sein: ‚Abtrünnigkeit‘, vielleicht sogar ‚Verrat‘.»

«Ich habe gewisse Verpflichtungen gegenüber der Verfassung», antwortete Lebrun.

«Ich hasse sie», schrie Laval, «wegen des Schadens, den sie Frankreich zugefügt hat!» Dies war die erste Warnung, dass er, da die Kapitulation jetzt unmittelbar bevorstand, darauf zielte, die republikanische Verfassung abzuschaffen. Aus wohlgenährtem Groll gegen die Republik, weil sie ihn so lange von der Macht ferngehalten hatte, wandten sich seine Gedanken, wie sich in Kürze zeigen sollte, bereits der Nachahmung des totalitären Regimes der deutschen Sieger zu.

«Man wird begreifen», schrieb Lebrun in seinen Memoiren, «warum mir diese peinliche Szene noch immer gegenwärtig ist³³.»

Nach dem Abendessen an diesem Tag suchte Baudouin, begleitet von Bouthillier – die beiden Schützlinge Reynauds waren inzwischen die «fixen Jungens» der neuen Regierung geworden –, Pétain in seiner Wohnung auf.

«Was werden Sie mit dem Präsidenten der Republik tun, der anscheinend entschlossen ist abzureisen?» fragte Baudouin den Marschall.

«Sehr einfach», antwortete Pétain. «Ich werde ihn verhaften lassen³⁴.»

Botschafter Biddle kabelte, sogar noch bevor er wusste, dass die Abreise nach Afrika endgültig abgesagt war, nach Washington, die Kapitulationswege in Bordeaux werde sie wahrscheinlich verhindern. Er malte die Lage am 21. Juni grau in grau.

*Die Kapitulationsatmosphäre nimmt stetig zu. Der noch verbliebene Widerstandswille wird unterhöhlt von den herumschwirrenden Berichten über den Zusammenbruch an der Front, den Erzählungen vom unterschiedslosen Massenerfall überall, der anti-britischen Einstellung, die ich gerade gemeldet habe *. General Weygand ... hat weitere*

* Biddle hatte in einem früheren Kabel am selben Tag über die zunehmende Abneigung gegen Grossbritannien in Bordeaux berichtet.

Verschiffungen von Material nach Afrika gestoppt; die Versenkung der Flotte sieht wahrscheinlicher aus als ihr Entkommen. Ich gelange widerwillig zur Schlussfolgerung, dass die verstreichende Zeit den Anhängern einer freien Regierung in Afrika schlecht gedient hat... Der Befehl, wieder auszupacken, steht zu erwarten³⁵.

Paul Reynaud, der noch vor wenigen Tagen so entschlossen schien, die Regierung, an deren Spitze er stand, nach Nordafrika zu verlegen, beteiligte sich an den Abreiseplänen seiner alten Anhänger nicht. Seine Gedanken weilten an einem anderen Ort: Washington. Während der ganzen Woche, indes Pétain und Weygand sich bemühten, die Waffenstillstandsverhandlungen in Gang zu bringen, und Lebrun, Herriot und die anderen die Regierung drängten, Bordeaux zu verlassen, dachte Reynaud über ein Angebot des Marschalls nach, die neue Regierung als Botschafter in den Vereinigten Staaten zu vertreten.

Das Angebot war ihm am 18. Juni unterbreitet worden, dem Tag, an dem Roosevelts scharfes Kabel bezüglich der Flotte dem Kabinett verlesen wurde. Um die amerikanischen Befürchtungen und argwöhnischen Vermutungen zu beschwichtigen, meinte Pétain nach der Sitzung zu Baudouin, vielleicht könne Reynaud sich als Botschafter in Washington nützlich erweisen. Er liess Reynaud nach dem Mittagessen zu sich rufen und ersuchte ihn, den Posten anzunehmen.

«Als Sie sich an mich wandten», sagte der Marschall zu ihm, «antwortete ich ‚Hier!‘ Heute wende *ich* mich an Sie, und Sie verweigern mir Ihre Hilfe. Es stimmt, dass Frankreich seine Politik geändert hat..., aber dem Vaterland muss gedient werden ... In einer solchen Stunde können Sie mir keinen Korb geben.»

Nach Baudouins Darstellung nahm Reynaud «im Prinzip» an, erbat sich jedoch einige Tage Bedenkzeit. Er müsse erst sehen, was bei den Waffenstillstandsverhandlungen herauskomme. Falls die Bedingungen demütigend seien, aber angenommen würden, werde er den Botschafterposten ablehnen. Reynaud selbst fügt hinzu, er habe keinen überstürzten «Bruch» mit dem Marschall herbeiführen wollen, der vielleicht noch nützlich sein konnte, falls die Waffenstillstandsverhandlungen fehlschlügen und er, Reynaud, an die Macht zurückgerufen wurde. Einige seiner Freunde, denen es schwerfiel zu begreifen, wie Reynaud sich überhaupt bereit finden konnte, eine Regierung zu vertreten, die er so verabscheute, meinten, er habe das Angebot zum Teil deshalb attraktiv gefunden, weil es der Gräfin de Portes gefiel. Sie hatte bereits ihre beiden Kinder nach Amerika geschickt und fand, dass man dort bequem das Ende des Krieges abwarten könne *. Jedenfalls erklärte sich Reynaud am Schluss dieser Besprechung vom 18. Juni damit einver-

* Sie war so sicher, Reynaud werde den Botschafterposten in Washington annehmen, dass sie ihren Schmuck und ihr Gold zwei früheren Mitarbeitern des Ministerpräsidenten namens Leca und Devaux mitgab, die am 22. Juni von Bordeaux abreisten, um diplomatische Posten in Washington, die Reynaud ihnen verschafft hatte, zu übernehmen. Sie wurden zwei Tage später in Madrid verhaftet. Die Polizei fand in ihren Handkoffern 18 Millionen Francs, den Schmuck der Gräfin und mehrere Bündel höchst vertraulicher Dokumente des Aussenministeriums, die Reynaud während seiner Amtszeit als Aussenminister gesammelt hatte Reynaud, den die Nachricht in die grösste Verlegenheit brachte, gab Baudouin gegenüber zu, er habe in der Voraussicht, dass er nach Washington gehen werde, seinen früheren Mitarbeitern, die mit Diplomatenpässen reisten, einige seiner persönlichen Papiere anvertraut. Ihr Geld stamme aus «Geheimfonds» der Regierung und sei für die Finanzierung der Botschaft und der

standen, dass Baudouin bei der amerikanischen Regierung um Genehmigung seiner Ernennung ersuche. So scharfsinnig der frühere Ministerpräsident auch war, scheint er doch nicht geübt zu haben – wie andere es taten –, dass Pétain ihn nach Washington schicken wollte, um ihn aus dem Weg zu schaffen.

Lebrun, ein weniger scharfsinniger Mann, hegte offensichtlich diesen Verdacht. Als Reynauds Ernennung ihm am nächsten Tag vorgelegt wurde, lehnte er ab, sie zu unterzeichnen.

Ich muss gestehen (schreibt er), dass dieser Vorschlag mich erstaunte. Ich habe vielleicht keinen sehr kritischen Verstand, aber ich sagte mir: «Sie wollen Reynaud loswerden, indem sie ihn weit fortschicken.» Dem widersetzte ich mich. Falls die Waffenstillstands-Verhandlungen fehlschlügen und Frankreich seinen Widerstand wiederaufnahm, beabsichtigte ich, Reynaud mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen.

Lebrun widersetzte sich, nicht aber Reynaud. Er wurde vor künftigen Ungelegenheiten vom Marschall selbst gerettet, der am 21. Juni Baudouin sagte, er habe beschlossen, Reynauds Ernennung zu «verschieben». Er glaube, der Augenblick des Zusammentretens der Waffenstillstandsdelegationen sei kein günstiger Zeitpunkt, um «einen Mann nach Washington zu schicken, der zusammen mit Präsident Roosevelt die grössten Anstrengungen unternommen habe, die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland einzubeziehen».

«Es wäre ein schrecklicher Fehler gewesen», gab Reynaud im Pétain-Prozess zu, «die Regierung des Marschalls in Washington zu vertreten.» Roosevelt war der gleichen Ansicht. Er erklärte Aussenminister Hull, als Reynauds Name für den Botschafterposten vorgeschlagen wurde, er könne nicht glauben, «dass Paul Reynaud sich bereit finden würde, eine von Deutschland beherrschte Regierung zu vertreten»⁸⁷.

Die französische Waffenstillstandsdelegation verliess Bordeaux am 20. Juni um 14 Uhr. Lequericas Nachricht, die Regierung Pétain werde sich nicht halten können, wenn die Verhandlungen nicht unverzüglich beginnen würden, hatte die Deutschen anscheinend in Besorgnis versetzt, und sie hatten im Lauf des Vormittags Bordeaux direkt durch Funkspruch verständigt, die französische Abordnung solle sich um 17 Uhr an einer Loirebrücke in der Nähe von Tours einfinden. General Huntziger und seine Kollegen wurden vor ihrer Abfahrt von Pétain und Weygand angewiesen, die Verhandlungen abzubrechen, falls die Deutschen 1. die Flotte, 2. die Besetzung des gesamten franzö-

französischen Missionen in Amerika bestimmt. Baudouin befragte Reynaud in dieser Angelegenheit nochmals am 26. Juni in Reynauds Appartement im Hotel Splendide. Die Gräfin de Portes befand sich bei ihm.

Sie ist in Tränen aufgelöst (schrieb Baudouin in sein Tagebuch) und erklärt mir, sie habe ihr Gold und ihren Schmuck Leca anvertraut, damit er es in die Vereinigten Staaten bringe. Sie habe es hinter Reynauds Rücken getan . . . Reynaud, sehr blass und sehr bewegt, hält der Gräfin nachdrücklich vor, wie schwerwiegend ihre Unvorsichtigkeit sei . . .

Die beiden Männer wurden nach Frankreich zurückgeschickt und ins Gefängnis gesteckt. Die Regierung Pétain zitierte ihren Fall als Beweis für die Korruption unter Reynauds Regierung. Ein französisches Gericht sprach sie später frei”.

sischen Mutterlandes und 3. irgendeinen Teil des französischen Überseereichs verlangten. Sie erhielten ausserdem Anweisung, eine Vereinbarung erst dann, und nur dann, zu unterzeichnen, wenn die Regierung sie gebilligt hatte.

Nach ihrer Abfahrt begann in Bordeaux eine verzweifelte Suche nach dem Text des Waffenstillstandes von 1918, den die Franzosen namens der Alliierten den Deutschen diktiert hatten. Weygand, der damals die Waffenstillstandsverhandlungen geführt hatte, wollte genau wissen, was man jetzt in der umgekehrten Situation von dem gleichen Feind zu erwarten habe. Die Bibliotheken der Stadt wurden nach dem Wortlaut von 1918 durchsucht, aber er war nicht zu finden. Schliesslich spürte ihn der Stadtarchivar in *Larousse*, einer populären Enzyklopädie, auf. Léon Noël, der einzige Zivilist in der Delegation, berichtet, sie habe ausserdem Auftrag gehabt, wenn möglich, die deutschen Bedingungen nicht nur für einen Waffenstillstand, sondern auch für einen Friedensschluss in Erfahrung zu bringen³⁸. Pétain glaubte naiverweise, man könne ihn vielleicht ebenfalls irgendwo auf treiben. Folglich wurde an diesem Nachmittag in Bordeaux auch eiligst nach dem Text des Versailler Vertrags gesucht. Auch dies erwies sich im Durcheinander der provisorischen Hauptstadt als schwierig. Die Ironie wollte es, dass sich das Original des Vertrags von Versailles (wie auch des Westfälischen Friedens) in diesem Augenblick im amerikanischen Konsulat in den Händen von H. Freeman Matthews befand, dem es von zwei Beamten des französischen Aussenministeriums zur sicheren Aufbewahrung übergeben worden war*.

Die Regierung in Bordeaux glaubte anfänglich aufgrund des am Vormittag empfangenen Funkspruchs, dass die Waffenstillstandsverhandlungen in der Nähe von Tours stattfinden würden, wohin sie noch telefonische Verbindung hatte. Doch dies war eine Unterschätzung von Adolf Hitlers Gedächtnis, seiner tiefstehenden Rachsucht und seiner Entschlossenheit, den geschlagenen Gegner zu demütigen.

Die französische Delegation, die mit ihrem Wagen auf den mit Flüchtlingen und zurückgehenden Truppen verstopften Strassen nur mühsam vorankam, traf erst um 22 Uhr in Tours ein, das zum Teil in Flammen stand. Nachdem die Delegation die Loire überquert hatte, wurde sie in Vendome von General Kurt von Tappeiskirch vom Generalstab des deutschen Heeres in Empfang genommen. Er wies sie an, unverzüglich nach Chartres weiterzufahren. Noël vermutete, dass die Deutschen Versailles gewählt hatten, wo 1919 der Friedensvertrag unterzeichnet und wo auch 1871 der König von Preussen zum deutschen Kaiser gekrönt worden war. Die erschöpfte Gruppe gelangte nach Chartres und sodann nach Versailles, musste aber noch nach Paris weiterfahren, wo sie um 7 Uhr 30 morgens am 21. Juni eintraf. Nach siebzehnstündiger Autofahrt ohne Schlaf oder Mahlzeiten wurden die französischen Delegierten im Hotel Royal-Monceau untergebracht, erhielten ein leichtes Frühstück und wurden angewiesen, um 13 Uhr 30 zur Weiterfahrt bereit zu sein. Ihr Bestimmungsort blieb noch immer unbekannt.

Weygand wartete in Bordeaux den ganzen Tag lang auf Nachricht, wo sich die Waffen-

* Brief von Matthews an den Verfasser. «Ich schickte die Verträge», schreibt er, «mit dem diplomatischen Kurier nach Washington, und sie wurden nach dem Krieg dem französischen Botschafter ausgehändigt.»

Stillstandsdelegation befand. Um 20 Uhr 30 am Abend des 21. Juni läutete sein Telefon. General Huntziger war am Apparat.

«Ich bin in *dem Wageril*» begann er*.

«*Mon pauvre ami!*» rief Weygand³⁹.

Die Mitglieder der französischen Waffenstillstandsdelegation hatten auf der Fahrt nordwärts nach Tours den Zerfall der zurückgehenden Armeen mit eigenen Augen gesehen. Der Feind war nicht annähernd so weit gegen Bordeaux vorgerückt, wie man ihnen in General Weygands Hauptquartier gesagt hatte. Die Deutschen standen noch immer an der Loire in der Gegend von Tours, wo die Reste der siebenten Armee und der Armee von Paris ein scharfes Rückzugsgefecht geliefert hatten. Aber hundertfünfzig Kilometer südlich der Loire erblickte Botschafter Noël zu seinem Erstaunen «eine Flut» von französischen Soldaten, nahezu sämtlich ohne Waffen, die sich «zu Tausenden von der Front entfernten». Er fand es einen «erbarmungswürdigen Anblick, der den Delegierten über den Zustand eines grossen Teils unserer Armeen die Augen öffnete»⁴⁰.

Pétains Rundfunkansprache am 17. Juni, in der er erklärte, der Kampf müsse aufhören, hatte, wie wir gesehen haben, den geringen Kampfgeist, der in den geschlagenen Truppen noch lebte, unterhöhlt. Ein Regierungserlass am folgenden Tag, dem 18. Juni, der verkündete, alle Gemeinden von 20'000 oder mehr Einwohnern seien «offene Städte» und würden ebenso wie Paris nicht verteidigt werden, hatte weiter zum Aufhören jeglichen Widerstandes beigetragen. General Georges hatte sich am 19. Juni bitter bei Weygand darüber beklagt, dass die Proklamation «jede koordinierte Verteidigung unmöglich mache». Er meldete, «in vielen Städten bestehen die Zivilbehörden darauf, dass die Truppen unverzüglich abgezogen werden». Daraus hätten sich zahlreiche Konflikte zwischen Militär- und Zivilbehörden ergeben. Georges wies auch darauf hin, dass sich in den meisten dieser «offenen Städte» nicht nur wichtige Strassen- und Eisenbahnknotenpunkte befänden, sondern auch entscheidend wichtige Brücken; wenn die ersteren nicht verteidigt und die letzteren nicht zerstört würden, könne der deutsche Vormarsch nicht einmal verlangsamt werden. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Drittel des Landes noch unbesetzt. Die Frage der Brücken innerhalb der Städte war besonders bedeutsam in Lyon, der zweitgrössten Stadt Frankreichs, wo einunddreissig Brücken über die raschfliessende Rhone führten. Wenn Lyon nicht verteidigt und die Brücken nicht gesprengt wurden, lag das ganze Rhönetal im Süden der Stadt vor den Deutschen offen, und die Alpen-Armee, die noch immer die Italiener hielt, war im Rücken bedroht.

* Gemeint war der wagon-lit. Weygand begriff sofort, dass es sich um den berühmten Schlafwagen in Rethondes mitten im Wald von Compiègne handelte, wo er selbst im November 1918 in Fochs Auftrag den Deutschen die alliierten Waffenstillstandsbedingungen diktieren hatte und in dem das Dokument, das die Feindseligkeiten des ersten Weltkrieges beendete, am 11. November um 5 Uhr morgens unterzeichnet worden war. Der Schlafwagen war einige Meter entfernt von dem ursprünglichen Nebengleis in einem Museum aufgestellt worden. Ich war am Nachmittag des 19. Juni von Paris nach Compiègne hinausgefahren und sah, wie deutsche Pioniere mit Pressluftbohrern eine Wand aus dem Museum herausstemmten. Bald darauf schoben sie den Wagen heraus und zu dem historischen Abstellgleis, das mit einem Granitgedenkestein bezeichnet war. Die verrosteten Eisenbahngleise waren noch da, und die Pioniere rollten den Wagen schliesslich auf sie hinauf. Seitlich davon stand das weisse Marmorstandbild Marschall Fochs, dessen Sonderwagen für die Waffenstillstandsverhandlungen verwendet worden war.

Herriot, der versucht hatte, die Regierung zu bewegen, nach Nordafrika zu gehen und den Krieg fortzusetzen, war entsetzt über die Aussicht, dass der Krieg in seiner Heimatstadt Lyon, deren Bürgermeister er fünfunddreissig Jahre lang gewesen war, stattfinden könne. Als ihm in der Nacht des 17. zum 18. Juni eine halbe Stunde nach Mitternacht durch einen Telefonanruf aus Lyon mitgeteilt wurde, dass die Deutschen sich der Stadt näherten, dass eine kleine Truppe von 3'000 Mann – zumeist Schwarze, sagt Herriot – entschlossen schien, die Stadt zu verteidigen und die einunddreissig Brücken in die Luft zu sprengen, und dass bei den Kämpfen wahrscheinlich die ganze Stadt zerstört werden würde, holte Herriot um ein Uhr nachts Pétain aus dem Bett und verlangte, seine Stadt müsse verschont werden. Der verschlafene Marschall war zwar einigermaßen erstaunt über dieses Ersuchen eines der heftigsten Waffenstillstandsgegner, gab aber seine Zustimmung. Lyon wurde zur «offenen Stadt» erklärt, und um 3 Uhr morgens wurde der Garnison der Befehl übermittelt, nicht zu versuchen, die Stadt zu verteidigen oder die Brücken zu zerstören. Vom militärischen Standpunkt aus, erklärt Weygand, «war es eine verabscheuenswerte Massnahme. Sie gab den Übergang über die Rhone frei und beraubte die Alpen-Armee ihres hauptsächlichlichen Schutzes auf ihrer nördlichen Flanke⁴¹.» General Orly, der Befehlshaber der Armee, die sich so tapfer gegen die Italiener gehalten hatte, erklärte protestierend, der Befehl «opfere» seine Truppen.

Als die Bürgermeister anderer Städte erfuhren, dass Lyon verschont bleiben würde, bestürmten sie Bordeaux mit Forderungen, ihre Stadtgemeinden gleichfalls zu «offenen Städten» zu erklären und innerhalb ihrer Stadtgrenzen keine kriegerischen Handlungen und besonders keine Brückensprengungen oder sonstige Zerstörung öffentlichen oder privaten Eigentums zu gestatten. Die Regierung gab bereitwillig ihre Zustimmung.

Die Folgen der «Offenen-Stadt»-Proklamation vom 18. Juni waren vorauszusehen. Sie wurden noch komplizierter infolge eines seltsamen Befehls, den der neue Kriegsminister General Colson am selben Tag erliess:

Der Rückzug aller Zivil- und Militärbehörden ist in aller Form verboten. Alle haben auf ihren Posten zu bleiben, auch im Fall des Eintreffens des Feindes. Jeder Verstoss gegen diesen Befehl wird die Betreffenden vor ein Kriegsgericht bringen⁴².

Dies war gleichbedeutend mit einem Befehl an die Heeresseinheiten, sich «bei Eintreffen» der Deutschen zu ergeben. Dem Befehl wurde vielerorts mit Eifer und Erleichterung Folge geleistet. In Rennes in der Bretagne, wo zur Verteidigung der Stadt nicht ein Schuss abgefeuert wurde, ergab sich der gesamte Generalstab der französischen zehnten Armee zusammen mit mehreren hundert Offizieren – einem deutschen Feldwebel! Der Deputierte Hutin-Desgrees, der dabei war, bezeichnete es als eine «skandalöse Szene»⁴³. Es spielten sich noch andere Szenen von gleicher Art ab. In Clermont-Ferrand warteten General Laclos und alle seine Offiziere und Mannschaften, bis die Deutschen eintrafen, und ergaben sich dann. Der General versicherte später, er habe lediglich dem Befehl gehorcht, sich nicht zurückzuziehen, sondern das Eintreffen des Feindes abzuwarten. «Diese

höchst peinliche Szene», heisst es in einem amtlichen Militärbericht, «wurde von den Deutschen gefilmt⁴⁴.»

Dass es «peinliche Szenen» waren, erschien zumindest dem späteren Betrachter so. Eines sollte dabei aber nicht vergessen werden: Im Augenblick waren die Kommandeure nicht nur erleichtert, sich ergeben zu können, sondern auch überzeugt, dass sie damit General Colsons Befehle befolgten. Die Ermächtigung von höherer Stelle scheint aus ihrem Denken jegliches Schamgefühl ausgelöscht zu haben, dass sie das unverzeihliche Verbrechen der Kapitulation *en rase Campagne* begingen, das die Generäle Weygand und Georges so entsetzt hatte, und befreite sie anscheinend von jeglicher Furcht vor der Todesstrafe, die darauf stand. In Nantes an der Loiremündung, wo Befehle und Gegenbefehle den Kommandeur so verwirrt hatten, dass er nicht mehr wusste, was er tun sollte, traf ein einzelner deutscher Panzer vor der Einfahrt zu der mit französischen Truppen überfüllten Kaserne ein und regelte die Angelegenheit. Ein deutscher Soldat steckte den Kopf aus der Panzerluke, stellte fest, dass alles friedlich war, und verteilte Zigaretten an seine willigen Gefangenen⁴⁵.

In La Rochelle an der Küste nördlich von Bordeaux erliess der kommandierende General in der Nacht des 19. Juni den folgenden Befehl an seine Truppen:

Jedermann ist zu entwaffnen. Sämtliche Waffen und Munition sind an einer Stelle zu sammeln. Offiziere und Mannschaften haben in ihren Quartieren zu bleiben. Wartet an Ort und Stelle, ohne zu schiessen oder irgendwelchen Widerstand zu leisten. Offiziere, die diesen Befehl nicht ausführen, werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Tatsächlich war die Stadt gar nicht unmittelbar bedroht. Die Deutschen trafen erst am 23. Juni ein. Die französischen Truppen warteten geduldig vier Tage lang in ihren Kasernen, um sich zu ergeben⁴⁸. Einige Generäle hatten es eiliger. Oberst Goutard berichtet von einem Korpskommandeur, der sich während des Rückzugs südlich der Loire *per Telefon* einer deutschen Einheit ergab, die noch ein ganzes Stück entfernt war⁴⁷.

Während General Georges vergeblich seine Armeen drängte, den Kampf fortzusetzen, bis die Ergebnisse des Waffenstillstandes bekannt wurden, kapitulierte eine Stadt nach der anderen. In Brest sperrten mehrere Kommandeure ihre Leute in die Kasernen, sammelten ihre Waffen ein, brachten sie unter Verschluss und gaben Befehl, das Eintreffen des Feindes abzuwarten, der am Abend des 19. Juni eintraf⁴⁸. Augenzeugen sagten später aus, in vielen Orten sei die Kapitulation der Truppen von Soldaten und Zivilisten gleicherweise als Erlösung begrüsst worden. In Lorient, südlich von Brest, meldete ein Offizier, der hatte kämpfen wollen: «Das Eintreffen der Deutschen am 21. Juni wurde als Befreiung begrüsst.» Ein junger Leutnant der Artillerie am selben Ort berichtete, sein Kommandeur habe den Mannschaften gesagt, nachdem er sie entwaffnet hatte: «Bleibt, wo ihr seid, und haltet strenge Disziplin. Wenn die Deutschen eintreffen, werden sie sehen, dass wir eine disziplinierte Einheit sind.» Der Kommandeur verbot seinen Leuten, sich durch Flucht der Gefangennahme zu entziehen, und als einige Sol-

daten zu entwischen versuchten, rief er die Militärpolizei, um sie daran zu hindern. Schliesslich richtete der kommandierende General das Wort an die entwaffneten Truppen: «Marschall Pétain hat um einen Waffenstillstand ersucht... Jetzt, da der Krieg zu Ende ist, müssen wir uns dem Feind im Innern stellen⁴⁹.» Den Kommunisten vielleicht? Oder vielleicht der Horde desorganisierter Truppen, die hier und dort ausser Rand und Band geraten waren?

Französische Beobachter haben von Banden französischer Soldaten berichtet, die häufig betrunken und ohne Offiziere – die Offiziere waren oft als erste geflohen – umherzogen und die verlassen Städte ausplünderten, deren Bewohner gleichfalls geflohen waren. «Es wurde überall geplündert», schreibt Amoureux, «Lebensmittel, Gold und Silber, Schmuckstücke in den Läden und zahlreiche andere, ausgefallene Gegenstände.» Ein Priester in der Normandie berichtete, seine Kirche sei von durchziehenden Truppen geplündert worden. Sie hätten den Flüchtlingen, die in der Kirche Zuflucht gesucht hatten, sogar die Handkoffer entrissen und sich davongemacht⁵⁰.

Das war der Grund, warum die Einwohner und Beamten so vieler Städte zuweilen die Ankunft der Deutschen begrüsst, die rasch wieder Ordnung schafften und die Plünderungen abstellten. Senator Bardoux erfuhr vom Innenministerium, dass in Royan an der Girondemündung die Bevölkerung – verschreckt von dem Verhalten der Flüchtlinge und der undisziplinierten durchziehenden Soldaten – «die deutschen Truppen herzlich willkommen hiess. Zwischen den deutschen Offizieren und den städtischen Beamten wurden Trinksprüche gewechselt. Die deutsche Armee erschien als Garant für Ordnung und Disziplin⁶¹.»

Die Einwohner der von Kämpfen bedrohten Städte schienen jetzt entschlossener, sich den eigenen Truppen zu widersetzen als dem Feind. In Vienne, südlich von Lyon, versammelte der Bürgermeister mehrere hundert Menschen rings um die einzige Brücke über die Rhone, um die Truppen davon abzuhalten, sie zu sprengen. Als General Husson, der Kommandeur der Stadt, damit begann, die Sprengung der Brücke vorzubereiten, drohte der Bürgermeister mit einem Sturmangriff der Frauen der Stadt.

«Wenn Sie darauf bestehen», warnte er den General, «so habe ich hier tausend Frauen aus Vienne rings um mich, die Sie daran hindern werden, diese Torheit zu begehen.» Der Bürgermeister pflanzte sich, umringt von seinen Amazonen, auf der Brücke auf. Schliesslich traf ein rangälterer General auf dem Schauplatz ein und gab der weiblichen Bedrohung nach. Die Brücke blieb unversehrt – für die vorrückenden Deutschen⁵².

Einige tapfere Offiziere versuchten, den Deutschen weiterhin Widerstand zu leisten. In einem Fall erhielt der betreffende General von General Weygand (oder seinem Ministerium) einen Verweis; in zwei anderen Fällen wurde ein Offizier von der Bevölkerung getötet und ein zweiter von seinen eigenen Leuten umgebracht.

Die versprengten französischen Streitkräfte rings um Tours hatten tapfer kämpfend die Deutschen drei Tage lang aufgehalten. Aber am 21. Juni wurde General Vary, der Kommandeur des 9. Militärbezirks, von General Weygands Verteidigungsministerium ans Telefon gerufen und seiner eigenen Aussage zufolge «gefragt, auf wessen Befehl er die

Loirebrücken verteidigt und aus welchem Grund er Tours verlassen habe, statt auf die Deutschen zu warten und sich ihnen zu ergeben». Zum Glück hatte General Vary in der neuen Ordnung der Dinge, der Pétain und Weygand so rasch Nachdruck verliehen, eine gute Ausrede. Er erklärte Weygands Ministerium, er habe Tours auf Befehl von General Antoine Besson, des Kommandeurs der Heeresgruppe 3 und eines der rangältesten Generale des französischen Heeres, verlassen⁵³.

Zumindest zwei andere Offiziere, die zum Widerstand gewillt waren, hatten weniger Glück. General Beaufre (damals Hauptmann im Stab von General Georges) berichtet von einem Panzeroffizier, der darauf beharrte, die Aussenbezirke von Vierzon zu verteidigen. «Er wurde», sagt Beaufre, «von der Bevölkerung getötet, die die Zerstörung der Stadt verhindern wollte⁵⁴.»

Der andere Fall war der des Obersten Charly. Dieser Fall zog die Aufmerksamkeit der Titelseiten der Pariser Presse im Jahr 1949 auf sich, als ein Militärtribunal in Metz die Tatsachen und Umstände ans Licht brachte und die Erinnerung an die Demoralisierung der französischen Armeen in jenem schrecklichen Juni 1940 wieder wachrief. Oberstleutnant Charly war diensttuender Kommandeur der Überreste des 23. und 153. Artillerieregiments, die aus der Maginotlinie zurückgingen und am Abend des 20. Juni 1940 im Dorf Tantomont eingeschlossen wurden. Der Oberst war sich darüber im Klaren, dass der Krieg in Frankreich verloren war. Aber er verlangte «als Ehrensache», dass sich seine Einheit durch die deutschen Linien freikämpfte. Nicht nur seine Mannschaften, sondern auch seine Offiziere rebellierten. Es kam zu einer Auseinandersetzung in einem Obstgarten am Dorfrand, bei der zornige Worte gewechselt wurden. Offiziere und Mannschaften, die am Rundfunk gehört hatten, dass Marschall Pétain um einen Waffenstillstand ersucht hatte, weigerten sich, dem Befehl des Obersten, einen Ausfall und Durchbruch zu versuchen, zu gehorchen. Der Oberst wurde zornig, beschuldigte sie der Feigheit und drohte ihnen mit dem Kriegsgericht.

Als er zu seinem Befehlsstand im Dorf zurückging, fiel in der Dunkelheit ein Schuss. Der Oberst brach mit einer Kugel im Rücken tot zusammen. Die Deutschen trafen einige Minuten später ein, fanden den Toten und bestatteten ihn mit militärischen Ehren. Aber sein Tod erschien ihnen mysteriös, denn sie selbst hatten keinen einzigen Schuss abgegeben. Neun Jahre später zog das Militärgericht in Metz ans Licht, was sich abgespielt hatte. Ein Kanonier namens Fernand Buret war verhaftet und des Mordes angeklagt worden. Er gestand ohne Weiteres, den Schuss abgefeuert zu haben, der den Obristen tötete, bestritt aber jegliche moralische Schuld. Die meisten anderen, Offiziere wie Mannschaften, erklärte er, hätten ihn abgefeuert, wenn er es nicht getan hätte, um die unnötige Niedermetzerei von Hunderten von Leuten zu verhindern. Er sagte aus:

Wir waren seit mehreren Tagen ständig weiter zurückgegangen. Wir fragten immerfort, warum wir eigentlich nicht kämpften. Wir haben unsere Geschütze nicht ein einziges Mal abgefeuert. (Am 20. Juni) sagten einige der Offiziere zu dem Obristen: «Wenn wir jetzt eine einzige Kanone abfeuern, werden wir alle massakriert.» Er antwortete: «Dem

ersten, der den Gehorsam verweigert, hlase ich das Gehirn aus.» ... Jemand gab mir ein Gewehr und sagte: «Leg ihn um! Sonst lässt er uns alle ab schlachten!» Ich schoss in die Richtung des Obersten . . .Ich hatte noch nie vorher ein Gewehr abgefeuert.

Dreissig ehemalige Angehörige des Regiments sagten zugunsten Burets aus. Alle schienen der Ansicht zu sein, dass Oberst Charly es sich selbst zuzuschreiben hatte. Sein Tod rettete Hunderte von Menschenleben.

Das Militärgericht zeigte grosses Verständnis. Der Staatsanwalt verlangte keine schwere Strafe für diese Mordtat, die sich inmitten von so viel Not und Tod ereignet hatte. Es war, als begreife die französische Armee, dass im Debakel von 1940 und seinem schauerlichen Durcheinander so mancher Offizier und Soldat lediglich der menschlichen Schwäche nachgegeben hatte. In Rückzug und Niederlage hatten sie die alte Entschlossenheit eingebüsst, den Boden ihres Vaterlandes bis zum bitteren Ende zu verteidigen. Sie sahen keinen Sinn mehr darin und wünschten nur – und zwar verzweifelt –, davonzukommen und auf diesem toll gewordenen Planeten weiterexistieren zu können. Kanonier Buret, der danach noch zehn Jahre lebte – er hatte eine Frau, zwei Kinder und Arbeit als Maurer –, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt⁶⁵.

In Nordafrika gab es französische Generäle, die ungeachtet dessen, was im Mutterland geschah, den Krieg fortsetzen wollten. Am 17. Juni sandte General Auguste Noguès, Generalresident von Marokko und Oberbefehlshaber des nordafrikanischen Operationsgebietes, einen scharf formulierten Protest an General Weygand. Er hatte unter Tränen Pétains Rundfunkrede gehört und vernommen, dass die neue Regierung um einen Waffenstillstand ersuche. «Ganz Nordafrika ist konsterniert», telegraphierte er.

Alle Land-, Luft- und Seestreitkräfte verlangen danach, den Kampf fortzusetzen, um die Ehre zu retten und Nordafrika für Frankreich zu erhalten.

Ich bin bereit, falls die Regierung einverstanden ist, getrennt von ihr die Verantwortung für diese Haltung zu übernehmen ... Mit Hilfe der mir versprochenen Flotteneinheiten und Luftstreitkräfte können wir durchhalten⁶⁸.

Der Generalissimus in Bordeaux war über diese ungewöhnliche Widerstandsbekundung der Militärs in Nordafrika nicht sehr erfreut. Der Marschall und er waren entschlossen, falls die Deutschen zustimmten, die Feindseligkeiten nicht nur im Mutterland, sondern auch im Kolonialreich einzustellen. Er sandte General Noguès am folgenden Abend eine sarkastische Antwort:

Oberbefehlshaber ist erstaunt über Mitteilung von General Noguères. Französische Truppen leisten in allen Teilen Frankreichs weiterhin Widerstand⁶⁷.

General Noguès liess sich von dieser Zurechtweisung nicht erschüttern und appellierte am 18. Juni über Weygands Kopf hinweg an Pétain:

Sämtliche Truppen sowie die französische und mohammedanische Bevölkerung bitten mich, die Regierung voller Respekt zu ersuchen, den Kampf fortzusetzen und den Boden Nordafrikas zu verteidigen ... Die kampflöse Abtretung der beiden Gebiete ... würde als Hochverrat angesehen werden ...

Mit unseren unversehrten Flotten, mit den Flugzeugen, die jetzt eintreffen, und mit einigen zusätzlichen Verstärkungen an Stammtruppeneinheiten und Material können wir lange aushalten – zweifellos lange genug, um zur Niederlage unserer Feinde beizutragen.*

«Respektvoll, aber mit brennender Eindringlichkeit» forderte Noguès die Regierung auf, «nach Nordafrika zu gehen und den Kampf dort weiterzuführen oder uns ihn weiterführen zu lassen»⁶⁹.

Diese Entschlossenheit des Oberbefehlshabers in Nordafrika passte General Weygand ganz und gar nicht. Am 21. Juni sandte der Generalissimus Noguès ein Telegramm, in dem ihm kurz und bündig auch im Namen des Marschalls befohlen wurde, «auf raschestem Wege heute nach Bordeaux zu kommen»⁷⁰.

General Noguères antwortete zuerst, er könne es zwar «heute» nicht schaffen, werde aber am folgenden Tag, «wenn es das Wetter gestatte», nach Bordeaux fliegen. Dann überlegte er es sich jedoch anders. Er telegraphierte Weygand an diesem Abend:

Nach reiflicher Überlegung und angesichts der Lage halte ich es für unmöglich, in der gegenwärtigen Stunde meinen Posten zu verlassen, ohne die Gefahr sehr ernster Ereignisse heraufzubeschwören.

Er erklärte, er sei gerade so eben noch imstande, «die französische und eingeborene Bevölkerung hinter der Regierung zu halten». Wenn er weggehe, werde das als Desertion betrachtet werden und das ganze Gebiet werde mit einer Revolte explodieren. «Falls die Regierung mir etwas Wichtiges mitzuteilen hat», schloss er bissig, «wäre es besser, wenn sie mir einen befugten Emissär schickte»⁸¹.

Die französische Regierung sollte einem französischen General im Feld einen «Emissär» schicken? Das klang in Bordeaux wie Rebellion. Weygand gab jedoch nach und antwortete, er schicke General Koeltz auf dem Luftweg. Dies war die Situation um die Mittagsstunde des 22. Juni, als Weygand sein letztes Telegramm aufgab. Der Waffenstillstand war noch nicht unterzeichnet. Aber der Marschall und der Generalissimus kannten die deutschen Bedingungen. Diese waren am Abend zuvor eingegangen. Eine Revolte der bewaffneten Streitkräfte in Nordafrika unter Führung von General Noguères, einem hohen Offizier von grossem Prestige und langjähriger Erfahrung im afrikanischen Kolonialreich, wo er eine populäre und geachtete Erscheinung war, würde den Waffenstillstand

* Mehr als 2'000 Flugzeuge. Die italienische Kontrollkommission stellte einige Wochen später fest, dass die Franzosen in Nordafrika 2'648 moderne Maschinen zusammengezogen hatten, unter anderem 710 Jagdmaschinen neuesten Typs und 431 Bombenflugzeuge^M.

genau in dem Augenblick sabotieren, da die Regierung in Bordeaux beschlossen hatte, ihn anzunehmen. Weygand war höchst besorgt.

Er hatte am frühen Abend des 21. Juni die deutschen Waffenstillstandsbedingungen von General Huntziger erfahren. Weygand erhob sofort Einspruch dagegen, die Bedingungen über das Telefon aufnehmen zu müssen – und noch dazu auf einer schlechten Leitung. «Es ist niemand im Büro, um sie aufzunehmen», fauchte er. «Die Sekretäre sind alle schon weggegangen. Der Text muss auf dem Luftweg hergeschickt werden. Man bindet das Schicksal eines Landes nicht an einen übers Telefon diktierten Text.» Aber als Huntziger ihm erklärte, dass dies der einzige Verbindungsweg sei, den die Deutschen ihm gelassen hätten, und dass sie überdies eine Antwort – so oder so – bis 9 Uhr morgens am nächsten Tag erwarteten, gab Weygand widerwillig nach. Er selbst wiederholte die von Huntziger telefonisch durchgegebenen Worte, so dass sein Adjutant, Hauptmann Gasser, sie niederschreiben konnte.

Vorerst erkundigte sich Weygand allerdings nach Huntzigers allgemeinem Eindruck von den deutschen Bedingungen. «Hart», erwiderte der, «aber sie enthalten nichts, was direkt gegen die Ehre geht.»

«Wie war der Ton der Deutschen?» fragte Weygand.

«Sehr hart», antwortete Huntziger. «Sehr viel Herzlichkeit war ja auch kaum zu erwarten.»

Das Gespräch, das die Deutschen abhörten und in einem Heeresfunkwagen in der Nähe aufnahmen *, lässt keinen Zweifel daran, dass die Regierung Pétain trotz aller ihrer späteren Dementis gehofft hatte, die deutschen Bedingungen nicht nur für den Waffenstillstand, sondern auch für einen Friedensschluss zu erlangen.

«Ich habe über die Friedensbedingungen nichts in Erfahrung bringen können», sagte Huntziger. «Die deutsche Delegation weigert sich rundweg, sie zu erörtern. Man hat uns lediglich eine Waffenstillstands-Konvention von vierundzwanzig Artikeln überreicht und uns gesagt, dass sie unabänderlich sei. Man gestattet mir nur, Fragen zu stellen, um verschiedene Punkte zu klären. Das habe ich getan⁸².»

Er diktierte nunmehr dem Generalissimus die deutschen Bedingungen. Dieser Vorgang dauerte über eine Stunde.

Adolf Hitler war im Augenblick seines grössten Triumphes in grimmiger und stolzer Stimmung, als er, gefolgt von den deutschen Mitgliedern der Waffenstillstandsdelegation, seinen Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtteile und seinem Aussenminister, dem unausstehlichen Ribbentrop, um 15 Uhr 15 am 21. Juni die kleine Lichtung im Wald bei Rethondes betrat. An dieser historischen Stätte einen Waffenstillstand zu diktieren

* Da meine Tätigkeit als Rundfunkberichtersteller es erforderte, dass ich nahe bei dem deutschen Funkwagen arbeitete – ich hoffte, durch ihn einen Funkbericht nach Amerika geben zu können hörte ich ziemlich viel von den Bandaufnahmen der französischen Telefongespräche mit Bordeaux. Meine Notizen hierüber gingen leider verloren. Die deutschen und französischen Aufzeichnungen über sie finden sich in DGFP Band IX bzw. bei Kämmerer. Siehe Anmerkung 62.

bedeutete einen Akt süsser Rache für den Mann, der ein unbekannter Soldat in jener Armee gewesen war, die 1918 den Kampf hatte aufgeben müssen, und er verbarg seine Gefühle nicht. Ich stand einige Schritte von ihm entfernt und sah, wie sein Gesicht Hass, Verachtung, Rache und Triumph widerspiegelte, während er zu dem Gedenkstein schritt, der die Stelle bezeichnete, an der 1918 Fochs Sonderwagen gestanden hatte, und die Inschrift las:

HIER ZERBRACH AM ELFTEN NOVEMBER 1918 DER VERBRECHERISCHE STOLZ DES DEUTSCHEN REICHES . . . BEZWUNGEN VON DEN FREIEN VÖLKERN, DIE ES ZU VERSKLAVEN SUCHTE *.

Die deutsche Delegation betrat sodann den Sonderwagen, gefolgt von den niedergeschlagenen Mitgliedern der französischen Delegation. Auf ein Zeichen Hitlers eröffnete General Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und der geistig am wenigsten hervortragende unter den hohen deutschen Generälen, die Sitzung mit der Verlesung einer Präambel, die nur von Hitler aufgesetzt sein konnte – so strotzte sie von seinen gewohnten historischen Entstellungen, seinem blinden Hass auf die Franzosen, seiner leidenschaftlichen Rachsucht. Sie ging bis auf das schreckliche «Unrecht» zurück, das den Deutschen 1918 von den Alliierten widerfahren war (wie es Hitler in Dutzenden von Reden tat, die ich während meines Aufenthaltes in Deutschland angehört hatte), gab Frankreich und Grossbritannien die Schuld am Ausbruch des gegenwärtigen Krieges und erklärte, der «historische Wald von Compiègne» sei für diese zweite Waffenstillstandssitzung gewählt worden,

um durch diesen Akt einer ausgleichenden Gerechtigkeit – ein für allemal – eine Erinnerung zu löschen, die für Frankreich kein Ruhmesblatt seiner Geschichte war, vom deutschen Volk aber als grösste Schande aller Zeiten empfunden wurde.

Dies war unverfälscht Hitler. Und Keitel, seinem Führer notorisch ergeben, verlas die Präambel, wie Botschafter Noël sich erinnerte, «mit Heftigkeit, Unverschämtheit und Brutalität». Dann verliess Hitler den Wagen. Keitel war mit der Leitung der Sitzung beauftragt. Der deutsche General verteilte Ausfertigungen der deutschen Bedingungen zusammen mit einer französischen Übersetzung und betonte dabei, dass die Bestimmungen des Vertrags «unabänderlich und so wie sie sind, angenommen oder abgelehnt werden müssen». Er könne, sagte er, weiter nichts tun, als Fragen zu beantworten und etwaige Punkte zu klären, welche die Franzosen vielleicht zur Sprache bringen wollten. Die Bedingungen schienen völlig klar, wenngleich die Franzosen wegen einiger Punkte feilschten – ohne allerdings irgendwelche bedeutsame Abänderungen zu erlangen. Das Dokument war, wie die Franzosen gewiss hatten erwarten müssen und wie sie selbst

* In meinem *Berlin Diary* habe ich Hitler und sein Gefolge bei dieser Eröffnungszeremonie in Rethondes, wie ich sie als Augenzeuge beobachtete, ausführlich geschildert. Der Gedenkstein, dessen Inschrift der Diktator so demütigend fand, wurde auf seinen Befehl drei Tage später gesprengt.

sagten, ein Diktat. General Huntziger erklärte Keitel, nachdem er die vierundzwanzig Artikel rasch durchgelesen hatte, sie seien «hart und unbarmherzig».

Der heikelste Artikel betraf die Übergabe der französischen Flotte. Huntziger teilte Weygand über das Telefon mit, er sei «besser als erwartet». Er bestimmte, dass die französische Kriegsflotte mit Ausnahme jener Schiffe, die für die Verteidigung des Kolonialreichs gebraucht wurden, unter deutscher oder italienischer Aufsicht demobilisiert, entwaffnet, in ihren Heimathäfen aufgelegt und ausser Dienst gestellt wurde. Die Flotte ging mithin für die Alliierten oder eine künftige französische Regierung, die vielleicht in den Krieg wiedereintreten wollte, als Waffe verloren, aber sie würde zumindest nicht, wie die Engländer anfänglich befürchtet hatten, den Deutschen intakt übergeben werden. Die Deutschen legten diesbezüglich ein feierliches Versprechen ab.

Die deutsche Regierung erklärt der französischen Regierung feierlich, dass sie nicht beabsichtigt, die französische Kriegsflotte, die sich in den unter deutscher Kontrolle stehenden Häfen befindet, im Kriege für ihre Zwecke zu verwenden ... Sie erklärt weiterhin feierlich und ausdrücklich, dass sie nicht beabsichtigt, eine Forderung auf die französische Kriegsflotte bei Friedensschluss zu erheben.

Die Bordeaux-Regierung nahm ein «feierliches Versprechen» Hitler-Deutschlands ernster als andere, die durch bittere Erfahrung eines Besseren belehrt worden waren. Weygand ersuchte in der Tat darum, dass den französischen Kriegsschiffen, nachdem sie abgerüstet waren, gestattet werde, in nordafrikanischen Häfen zu verbleiben, doch dieses Ansuchen hatte, wie Huntziger Keitel erklärte, seinen Grund hauptsächlich darin, dass die Franzosen befürchteten, die Engländer würden Schiffe, die in ihre Heimathäfen am Atlantik und Ärmelkanal zurückkehrten, mit Bomben belegen. Sie wären, so betonte er, in Afrika vor britischen Angriffen sicherer – eine Annahme, die sich schliesslich als illusorisch erwies⁶³. Wie dem auch sei, das französische Ersuchen wurde abgelehnt.

Die schändlichste und für Frankreich entehrendste Klausel der Vereinbarung war jene, die Frankreich verpflichtete, alle antinationalsozialistischen deutschen Emigranten auszuliefern. Weygand protestierte, dass dies «der Ehre zuwiderlaufe», da es das historische Asylrecht verletze, und verlangte ihre Streichung. Als die Deutschen sich weigerten, ersuchten die Franzosen, die Klausel dahingehend abzuändern, dass «die Frage der Ausländer, die in Frankreich Asyl gesucht haben, Gegenstand einer späteren Vereinbarung auf der Grundlage von Ehre und Menschlichkeit sein» möge⁶⁴. Aber Hitler hatte nicht die Absicht, diese politischen Flüchtlinge ehrenhaft oder menschlich zu behandeln. Keitel, als sein Sprachrohr, antwortete,

dass der Auslieferungsartikel sich auf die grössten aller Kriegshetzer bezieht – auf die deutschen Emigranten, die ihr eigenes Volk verraten haben ... und dass auf der Auslieferung dieser Kategorie von Personen ... unter allen Umständen bestanden werden muss⁶⁵.

Und das wurde es auch. Dass er schliesslich eine Bestimmung annahm, die er selbst als «der Ehre zuwiderlaufend» bezeichnet hatte, hinderte Weygand nicht, später zu erklären, die deutschen Waffenstillstandsbedingungen enthielten «nichts Ehrenrühiges». Vielleicht fanden er und die übrigen Mitglieder der Regierung Pétain, die Auslieferung von ein paar tausend deutschen Emigranten unter das Beil des Nazi-Scharfrichters – wie es bei einigen schliesslich geschah – sei ein geringer Preis, wenn dafür die Tötung von Franzosen aufhörte. Aber die Art und Weise, wie dieser abscheuliche Artikel von der Regierung Pétain-Weygand durchgeführt wurde, war, wie zwei französische Botschafter, Kämmerer und Noël, unterstrichen, «noch weit abscheulicher». Die Archive des französischen Innenministeriums und der Geheimpolizei sind voll von Weisungen, die von Hitler namhaft gemachten Flüchtlinge aufzuspüren und auszuliefern. Unter ihnen befanden sich zwei alte, ehrwürdige deutsche Sozialistenführer, Breitscheid und Hilferding, die Gegenstand einer besonderen Suchaktion der französischen Polizei waren. Sie wurden ausgeliefert. Breitscheid kam 1944 im KZ um. Botschafter Noël erklärte im Pétain-Prozess dem Gericht, es wäre für die französische Regierung ein leichtes gewesen, zwischen dem 21. Juni, als die deutschen Bedingungen bekannt wurden, und dem 25. Juni, als der Waffenstillstand in Kraft trat, den bekanntesten deutschen Emigranten die Flucht zu ermöglichen. Aber das Gegenteil geschah⁶⁸.

Ebenfalls nicht sehr ehrenhaft war eine Klausel im Artikel 10, derzufolge die französische Regierung sich verpflichtete, ihren Staatsangehörigen zu verbieten, im Dienst anderer Staaten gegen Deutschland zu kämpfen. Es wurde vereinbart, dass diejenigen, die es taten, von den Deutschen als *francs-tireurs* behandelt werden würden – das hiess, sie wurden bei Gefangennahme standrechtlich erschossen. Diese Bestimmung richtete sich gegen de Gaulle, der sich bemühte, in Grossbritannien und dem französischen Kolonialreich freie französische Streitkräfte zu organisieren. Pétain und Weygand wussten, dass es eine grobe Verletzung der Kriegsregeln war, ihre Landsleute in solchem Kriegsdienst als *francs-tireurs* zu behandeln. Aber sie erhoben keinen Einspruch gegen diese Klausel. Vielleicht meinten sie, sie werde de Gaulle einschüchtern, den sie summarisch zurückbefohlen und am 23. Juni seines Rangs in der französischen Armee entkleidet und in Abwesenheit einem Kriegsgericht überstellt hatten.

Auch erhoben sie keinen Einwand gegen Artikel 20, der bestimmte, dass die französischen Kriegsgefangenen, die jetzt annähernd 1,5 Millionen zählten, bis zum Friedensschluss in deutschen Händen blieben. Dies geschah zweifellos, weil Pétain, Weygand und Darlan überzeugt waren, dass die Engländer in wenigen Wochen besiegt werden würden; dann war der Krieg zu Ende, es wurde Frieden geschlossen und die französischen Kriegsgefangenen entlassen. Es fügte sich jedoch, dass sie fünf Jahre lang in Gefangenschaft blieben.

Die übrigen Klauseln klammerten Frankreich militärisch aus dem Krieg aus. Sie verfügten die Einstellung der Feindseligkeiten nicht nur im französischen Mutterland, sondern auch im Kolonialreich und demobilisierten und entwaffneten alle seine «bewaffneten Streitkräfte zu Land, zur See und in der Luft» mit Ausnahme einiger weniger Einheiten,

die zur Aufrechterhaltung der «Ordnung im Innern» benötigt wurden. Zwei Fünftel des französischen Mutterlandes, nämlich der Süden und Südosten, die der ärmste Teil des Landes waren, blieben unbesetzt. Die gesamte Atlantikküste wurde von den Deutschen in Besitz genommen. Paris blieb besetzt, wenngleich der französischen Regierung gestattet wurde, falls sie es wünschte, ihren Sitz dorthin zurückzuverlegen. Da der Vertrag über Nordafrika oder andere überseeische Besitzungen nichts besagte, ausser dass ihre bewaffneten Streitkräfte zu demobilisieren waren, liess sich annehmen, dass sie frei sein würden – eine Annahme, die nicht von langer Dauer war. Kurz gesagt, Frankreich und sein Überseeereich waren, wie man nicht anders hatte erwarten können, der Gnade Hitler-Deutschlands ausgeliefert.

Weygand pflegte später zu argumentieren, der Waffenstillstand sei «lediglich eine zeitweilige Aussetzung der Kampfhandlung, die es Frankreich gestattete, Atem zu holen und in den Krieg wieder einzutreten». Aber angesichts der Tatsachen war dies eine lächerliche Behauptung. Er hätte nicht die Flotte und die relativ starke militärische Stellung in Nordafrika geopfert, die General Noguès, wie er ihm versicherte, hätte halten können, wenn er auch nur im Geringsten an eine Rückkehr Frankreichs in den Krieg gedacht hätte. Der schandbare Erlass der Regierung Pétain-Weygand vom 1. August 1940, der führende französische Persönlichkeiten wie Reynaud, Daladier, Blum und General Gamelin vor ein Sondergericht zerrte und sie beschuldigte, das Land in den Krieg gestürzt zu haben, erfolgte nicht nur aus Rachsucht, sondern – was wesentlich wichtiger war – um jede Möglichkeit, dass Frankreich je wieder in diesem Krieg die Waffen ergriff, zu verhindern. In Wahrheit verhielt es sich so, als der verhängnisvolle Monat Juni 1940 seinem Ende zuzuging, dass Weygand und seine Kollegen, besonders Pétain und Darlan, wünschten, der Krieg möge ein für allemal vorüber sein. Dann gab es auch keinen Krieg mehr, in den Frankreich «wieder eintreten» konnte.

Vom Augenblick an, da Weygand am Abend des 21. Juni die deutschen Bedingungen erhielt, befanden sich die Kabinettsminister in Dauersitzung; sie vertagten sich am 22. Juni um drei Uhr morgens, traten um acht Uhr wieder zusammen und berieten weiter in den Spätnachmittag hinein, bis Huntziger anrief und mitteilte, Keitel habe ihm ein Ultimatum gestellt und ihm noch eine Stunde eingeräumt, um zu unterzeichnen.

Doch wozu diese Dauerdiskussion? Jeder am Beratungstisch wusste, dass ein Waffenstillstand zwischen einem Sieger und einem Besiegten nur das sein konnte, was die Deutschen ein «Diktat» nannten, dass er so, wie er war, angenommen oder abgelehnt werden musste. Von irgendwelchen sinnvollen Verhandlungen konnte dabei nicht die Rede sein. Chautemps, dessen Vorschlag vom 15. Juni, man solle die Waffenstillstandsbedingungen erfragen, sich durchgesetzt hatte, schien anfänglich hierüber erstaunt. «Wir brauchten nicht lange, um zu erfahren», sagt er, «dass man über einen Waffenstillstand nicht verhandelt.» Er bezeichnete die deutschen Bedingungen als «schrecklich». Aber er, der in den letzten Stunden der Regierung Reynaud so überzeugend argumentiert hatte,

wenn sie so «schrecklich» seien, könne die Regierung sie ja ablehnen, hegte jetzt keinen solchen Gedanken *. Kein französischer Minister oder General dachte daran. Charles-Roux vom Aussenministerium, der kein Kabinettsminister war, aber an der ersten improvisierten Sitzung zwischen Pétain, Weygand, Darlan, Baudouin, Bouthillier und Alibert teilnahm, die um 22 Uhr 30 begann, sobald der Generalissimus die deutschen Bedingungen telefonisch aufgenommen und sie hatte abtippen lassen, war dagegen. Aber er wurde vom Marschall eindeutig belehrt.

«Wenn das die deutschen Bedingungen sind», äusserte Charles-Roux, «dann wäre es besser, nach Nordafrika zu gehen!»

«Immer noch diese Idee!» rief Pétain ausser sich und hob, wie Charles-Roux sich erinnerte, «die Hände zum Himmel». Der Marschall liess keinen Zweifel daran, erklärt der Staatssekretär, dass die Frage der Verlegung der Regierung nach Nordafrika nicht mehr zur Debatte stand ⁶⁸. Das konnte nur bedeuten, dass Pétain entschlossen war, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, wie immer auch die Bedingungen lauteten.

Kurz nach Mitternacht begaben sich die Minister in Lebruns Büro, damit eine regelrechte Vollsitzung des Kabinetts stattfinden konnte. Diese Sitzung begann um ein Uhr morgens und dauerte bis drei Uhr. Der Präsident der Republik erklärte, erschöpft hingestreckt und das Gesicht in den Händen vergraben, die deutschen Bedingungen seien «unannehmbar», trieb aber seine Opposition nicht weiter⁶⁹.

Bruch mit England

Der britische Botschafter hatte Wind bekommen, dass die deutschen Bedingungen in Bordeaux eingegangen waren, und begab sich mitten in der Nacht zu Pétain und Baudouin, um sie zu sprechen, aber beide konnten ihn nicht empfangen, da sie sich in der Sitzung befanden. Der Botschafter hatte am Tag zuvor, dem 20. Juni, dem Aussenminister eine kurze Mitteilung geschickt, um ihn daran zu erinnern, dass seine Regierung «erwarte, konsultiert zu werden, sobald die Waffenstillstandsbedingungen eingetroffen seien». Baudouin hatte geantwortet, das verstehe sich von selbst. Aber er war kein Mann, der sein Wort hielt oder, wenn er es brach, dies auch zugab.

Da er weder den Ministerpräsidenten noch den Aussenminister sprechen konnte, nahm der hartnäckige Botschafter kurzerhand draussen vor dem Sitzungszimmer Aufstellung. Einmal, um 1 Uhr 30, schickte er Baudouin einen Zettel hinein.

Ich hege keinen Zweifel, dass das Kabinett den hinterhältigen Charakter der Bedingungen betreffs der Flotte durchschauen wird. Man darf dem Wort der Deutschen keinerlei Vertrauen schenken. Sie brechen es stets.

* Baudouin erklärt, auf der um ein Uhr nachts einberufenen ersten Vollsitzung des Kabinetts zur Beratung der deutschen Bedingungen sei Chautemps anfänglich gegen die Annahme gewesen. Aber Chautemps selbst gibt sich in seinen Memoiren, die er zur Rechtfertigung seines Vorgehens zu jener Zeit niederschrieb, nicht einmal den Anschein, als sei er dagegen gewesen

Baudouin erklärt, er habe diese Mitteilung den Ministern verlesen⁷⁰.

Tatsächlich wusste Campbell jedoch zu diesem Zeitpunkt in der Nacht vom 21. zum 22. Juni gar nicht, was die Deutschen bezüglich der französischen Flotte verfügt hatten. Man hatte ihm die Bedingungen noch nicht ausgehändigt. Um drei Uhr morgens, als das Kabinett sich bis acht Uhr vertagte, erwischte der Botschafter den aalglatten Baudouin und versuchte, die Bedingungen von ihm zu erfahren. Baudouin lehnte ab. Es kam zu einer peinlichen Szene. Beide beschuldigten einander später der groben Unhöflichkeit. Wie dem auch gewesen sein mag – Baudouin log über das, was geschehen war, und zwar sogar in seinem eigenen, vertraulichen Tagebuch. Darin schreibt er, Charles-Roux habe nicht nur Campbell in grossen Zügen das Wesentliche der deutschen Bedingungen mitgeteilt, als sie draussen vor dem Sitzungszimmer kurz miteinander sprachen, sondern er selbst habe am Schluss der Sitzung dem Botschafter ausserdem eine Abschrift der Bedingungen mitsamt den Änderungen gegeben, die die Regierung verlangte.

Das war eine Unwahrheit. Charles-Roux deckte sie schliesslich im Jahr 1949 in seinen eigenen Memoiren auf (nachdem zahlreiche französische Historiker, unter ihnen auch der skeptische Kämmerer, von ihr irregeführt worden waren). Der allgemein geachtete Staatssekretär des Aussenministeriums erklärt, er habe am frühen Morgen des 22. Juni erfahren, dass sein Chef «sich geweigert hatte», dem Botschafter den Text zu geben. Bald darauf wurde ihm das bestätigt. Campbell sprach an diesem Morgen auf dem Weg zum Aussenministerium bei Pétain vor, um dagegen zu protestieren, dass Grossbritannien nicht einmal konsultiert werde, wie man es versprochen habe. Der alte Marschall versuchte, ihn abzuwimmeln, weigerte sich aber ebenfalls, seinem Besucher eine Abschrift des Waffenstillstandsdokuments auszuhändigen.

«Ihre Regierung», sagte Pétain, «braucht keine Befürchtungen zu hegen. Wir hoffen, die Flotte kann nach Nordafrika gehen. Dort werden die Deutschen sie nicht anrühren. Wenn sie es versuchen, wird sie versenkt werden⁷¹.»

Diese Auskunft beruhigte den Botschafter nicht sonderlich. In verzweifelter Entschlossenheit begab er sich eiligst zu Charles-Roux, um herauszubekommen, wie die deutschen Bedingungen tatsächlich lauteten. Der Staatssekretär war zu dieser frühen Stunde des Glaubens, dass sein Chef Campbell in der vorangegangenen Nacht eine Abschrift der Bedingungen gegeben habe. Baudouin, schreibt er, habe ihm das selbst gesagt. Aber als er mit einer Erläuterung der beabsichtigten französischen Abänderungswünsche begann, bemerkte er, wie er berichtet, dass der Botschafter ihm nicht folgen konnte, da ihm die deutschen Bedingungen offensichtlich noch unbekannt waren. Charles-Roux gab ihm daraufhin auf eigene Verantwortung den Text zu lesen, und der Botschafter begann in fieberhafter Eile, ihn abzuschreiben. Als er auf Artikel 8 stiess, hielt er inne und rief: «Aber Sie liefern ja Ihre Flotte aus!»

«Nein, wir liefern sie nicht aus», erwiderte Charles-Roux.

Campbell erklärte hartnäckig, die Franzosen lieferten ihre Kriegsschiffe der Gnade der Deutschen aus, die sich jederzeit, wann sie wollten, ihrer bemächtigen könnten. Der Staatssekretär erwiderte, Darlan habe der Regierung versichert, ehe das geschehe, werde

die Flotte versenkt werden. Die beiden Diplomaten konnten sich nicht einig werden, und Charles-Roux spürte, wie er sagt, einen «verhängnisvollen Bruch» zwischen den beiden Verbündeten – der zu Mers-el-Kébir führen sollte.

Der Botschafter beendete seine Abschrift des Textes und stand auf, um zu gehen. «Armes Frankreich», sagte er. «Von diesem Sturz wird es sich nie wieder erheben.» François-Poncet, der ehemalige französische Botschafter in Berlin und Rom, der am Fenster gestanden und das Gespräch mit angehört hatte, konnte es nicht länger aushalten. Er berichtete später:

Die Szene wurde so qualvoll, und mein Gewissen war so verstört über das, was den Bruch zwischen den beiden Verbündeten bedeutete, dass ich rasch das Zimmer verliess, um meine Tränen zu verbergen.

Er kehrte ins Zimmer zurück, nachdem Campbell gegangen war.

«Das werden sie uns nie verzeihen», sagte er zu dem Staatssekretär ⁷².

Dank Charles-Roux, der über den Kopf seines Aussenministers und der Regierung hinweg handelte, erfuhr die britische Regierung die deutschen Bedingungen um die Mittagsstunde des 22. Juni. Zu spät. Die französische Regierung hatte das Abkommen noch nicht unterschrieben, aber Campbell teilte London anscheinend mit, dass sie es noch vor Ablauf des Tages tun werde. Das britische Bewusstsein der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung machte sich in einem Telegramm an Campbell aus London am Nachmittag Luft:

Französische Regierung anscheinend hilflos. Unsere einzige Hoffnung ist Admiral Darlan. Beabsichtigte Bedingungen stellen Flotte völlig unter deutschen Befehl. Kein Verlass auf deutsche Versprechungen möglich. Campbell muss Admiral Darlan gegenüber darauf bestehen, dass die Flotte, wenn sie nicht Grossbritannien oder den Vereinigten Staaten übergeben werden kann, versenkt werden muss¹³.

Die britischen Befürchtungen, dass die französische Flotte dem Zugriff der Deutschen ausgeliefert werde, und der britische Unmut darüber, dass die Regierung Pétain-Weygand-Darlan ihr Wort brach, indem sie nicht nur einen separaten Waffenstillstand schloss, sondern ausserdem sich auch weigerte, England vorher zu konsultieren, kümmerten das französische Kabinett bei seinen Beratungen während des ganzen 22. Juni nicht sonderlich. Wie jede andere Regierung auch, dachte es in erster Linie an die Interessen des eigenen Volkes. Die Minister waren ohne Ausnahme überzeugt, dass Frankreich sein Wort gegenüber Grossbritannien insoweit gehalten habe, als die Flotte von den Deutschen nicht zur Kriegführung gegen einen Verbündeten verwendet werden würde. Was die Untreue gegenüber dem Vertrag betraf, keinen Separatfrieden zu schliessen, so waren sie der Meinung, dass Grossbritanniens Versäumnis, seine gesamte Luftflotte in den Kampf um Frankreich zu werfen, ihnen einen berechtigten Ausweg lieferte. Und obwohl

einige von ihnen wussten, dass dies eine Unwahrheit war, zogen sie es vor, Baudouins wiederholter Behauptung Glauben zu schenken, dass Churchill selbst am 11. Juni in Briare sich einverstanden erklärt habe, die Republik Frankreich aus dem Krieg zu entlassen*.

Vor allem aber beharrte die Bordeaux-Regierung in diesem Augenblick, an dem der Fortbestand der Nation auf dem Spiel stand, darauf, dass sie allein den Weg der Nation bestimmen werde. Wie der alte Marschall in einer Rundfunkrede am nächsten Tag sagte:

M. Churchill hat die Interessen seines eigenen Landes zu beurteilen, aber nicht die unseren. Noch viel weniger hat er über die französische Ehre zu richten.

Der Bruch zwischen den beiden Verbündeten zweier Kriege gegen Deutschland war nahezu vollständig. Der britische Botschafter verabschiedete sich gegen Mitternacht des 22. Juni. Als er beim Präsidenten der Republik vorsprach, um ihm Lebewohl zu sagen, wurde ihm erklärt, das Staatsoberhaupt könne ihn ohne vorherige Anmeldung zur Audienz nicht empfangen⁷⁵. Der Ministerpräsident liess sich ebenfalls nicht sprechen. Marschall Pétain hatte sich zu Bett begeben. Schliesslich fuhr Campbell zur Wohnung Baudouins, der ebenfalls zu Bett gegangen war. Aber Baudouin wachte immerhin auf, warf einen Schlafrock über und ging hinunter, um ihn zu empfangen. Campbell, so berichtet Baudouin, «war noch nervöser und erschöpfter als zuvor, seine Züge waren hohl und verzerrt, seine Gesichtsfarbe gelb, und seine Hände zitterten». Der Aussenminister protestierte gegen seinen Weggang. Campbell antwortete, er reise ab, um seiner Regierung Bericht zu erstatten. Er befolgte ausserdem die Weisung seiner Regierung, sich nicht von den Deutschen gefangennehmen zu lassen, die sich jetzt der Mündung der Gironde oberhalb von Bordeaux, wo ein britischer Zerstörer Campbell erwartete, näherten. Der Zerstörer verliess vorsichtshalber die Flussmündung und setzte sich an die Küste ab. Campbell ging in den frühen Morgenstunden bei Saint-Jean-de-Luz an Bord und fuhr nach England.

«Es war», schreibt Charles-Roux, «ein einseitiger Abbruch der britisch-französischen diplomatischen Beziehungen.» Die beiden westlichen Demokratien, die so lange Verbündete gewesen waren, trieben auf den bewaffneten Konflikt zu.

Das französische Kabinett hielt während des ganzen 22. Juni eine nahezu ununterbrochene Sitzung ab, aber seinen Beratungen haftete etwas Unwirkliches an. Die Minister befassten sich damit, Forderungen nach Abänderungen der Waffenstillstandsklauseln zu formulieren, obwohl sie wussten – was sogar Chautemps schliesslich einsah –, dass es

* Admiral Darlan sandte am folgenden Tag, dem 23. Juni, einen Funkspruch an alle Kriegsschiffe mit der Warnung, die Engländer versuchten, «die Hand auf die französische Flotte und die französischen Kolonien zu legen»; der Funkspruch wiederholte die Unwahrheit, dass «der (britische) Premierminister am 11. Juni gesagt hat, er begreife die Notwendigkeit, dass Frankreich den Kampf einstelle, und sich damit einverstanden erklärte ... Er ist folglich nicht berechtigt, heute etwas anderes zu sagen ».

hierüber keine Verhandlungen geben konnte. Trotzdem taten sie so als ob – zweifellos, um es «aktenkundig» zu machen. Sie wünschten dem französischen Volk – und der Aussenwelt – kundzutun, dass sie für bessere Bedingungen gekämpft hätten. General Weygand liess daran keinen Zweifel, als er am späten Nachmittag Huntziger anrief und darauf bestand, dass der Text der französischen Forderungen und der deutschen Antworten dem Waffenstillstandsvertrag als Protokoll angefügt werde. Huntziger antwortete, eine solche Forderung sei «gefährlich» und werde mit Bestimmtheit von den Deutschen abgelehnt. Er bat seinen Chef, nicht darauf zu bestehen*.

Die französische Regierung unterbreitete jedenfalls ihre Abänderungsvorschläge. Sie wurden um 10 Uhr vormittags von Oberst Bourget, Weygands Adjutanten, an Huntziger durchtelefoniert und auf der Vormittagssitzung im Waffenstillstandswagen erörtert. Sie verlangten eine grössere unbesetzte Zone unter Einschluss von Paris, damit der Sitz der Regierung wieder in die Hauptstadt zurückverlegt werden könne. Sie ersuchten darum, dass der französischen Flotte gestattet werde, unter deutscher Aufsicht in den nordafrikanischen Häfen abzurüsten statt in den französischen Heimathäfen; dass alle Militärflugzeuge, statt übergeben zu werden, wie die Deutschen es verlangten, unter deutscher Aufsicht zerstört würden**; dass die Bestimmungen über die Auslieferung deutscher Emigranten gestrichen würden. Die Deutschen blieben allen diesen Forderungen gegenüber taub, mit Ausnahme derjenigen, die die Übergabe der Militärflugzeuge betraf, bei der sie zu einem erstaunlich generösen Zugeständnis bereit waren. Dies teilte Huntziger um 16 Uhr Weygand telefonisch mit. Der Chef der französischen Delegation gab ausserdem noch etwas anderes unmissverständlich zur Kenntnis, wie aus einem von den Deutschen aufgenommenen Telefongespräch zwischen den beiden Generälen hervorgeht. Huntziger erklärte Weygand, er wünsche «nicht lediglich eine Ermächtigung zur Unterzeichnung, sondern einen Befehl von der französischen Regierung», das Abkommen zu unterschreiben. Er habe nicht die Absicht, an den Verantwortlichkeiten der Regierung teilzuhaben. Ausserdem, erklärte Huntziger, würden die Deutschen ungeduldig und drängten auf seine Unterschrift.

Die Deutschen waren so ungeduldig, dass General Keitel um 18 Uhr 30 Huntziger ein schriftliches Ultimatum schickte. Die Franzosen hätten die Waffenstillstandsbedingungen binnen einer Stunde, also bis 19 Uhr 30, entweder anzunehmen oder abzulehnen. Andernfalls würden die Verhandlungen abgebrochen. Huntziger holte sich Weygand ans Telefon und stellte ihn vor die Entscheidung. Der hitzige kleine Generalissimus kapitulierte auf der Stelle und diktierte über das Telefon einen formellen Befehl. «Nr. 43/DN. Der französischen Delegation wird hiermit Befehl erteilt ... das Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland zu unterzeichnen.»

* Hitler gestattete nicht, dass die französischen Forderungen dem Abkommen auch nur als Anhang angefügt würden, erteilte jedoch Weisung, dass die deutschen Antworten als bindend zu gelten hätten. Das deutsche Memorandum hierüber findet sich unter den erbeuteten deutschen Dokumenten

** Die Deutschen gaben diesem französischen Ersuchen statt, und sogar mehr als das. Statt die französischen Flugzeuge zu zerstören, waren sie damit einverstanden, dass sie lediglich abgerüstet und «unter deutscher Aufsicht in sicheren Gewahrsam gebracht» wurden.

Um 18 Uhr 42 versammelten sich die beiden Delegationen in Marschall Fochs altem Eisenbahnwagen zur Unterzeichnung. Ich konnte durch die Fenster General Huntzigers abgezehrt, aschfahles Gesicht sehen. Er kämpfte gegen die Tränen an. Er habe, sagte er, zugleich mit der Unterzeichnung des Vertrages eine Erklärung abzugeben.

Durch die Entscheidung der Waffen gezwungen, den Kampf aufzugeben, in den wir uns an der Seite der Verbündeten eingelassen haben, ist Frankreich sich bewusst, dass ihm sehr harte Bedingungen auferlegt werden. Frankreich darf mit Recht erwarten, dass Deutschland bei den künftigen Verhandlungen einen Geist zeigen wird, der den beiden grossen Nachbarländern erlaubt, in Frieden miteinander zu leben und zu arbeiten.

Nach einer kurzen Antwort General Keitels, dass es für den Sieger eine Ehrensache sei, den Besiegten ehrenhaft zu behandeln, wurde das Abkommen am 22. Juni um 18 Uhr 50 unterzeichnet. Die französische Delegation wurde sodann nach Paris gefahren und am nächsten Tag in einem deutschen Flugzeug nach Rom gebracht. Artikel 23 besagte, dass der französisch-deutsche Waffenstillstand erst sechs Stunden nach Abschluss eines entsprechenden Abkommens zwischen Frankreich und Italien * in Kraft trete ⁷⁸.

In einem kurzen privaten Gespräch mit Keitel nach der Unterzeichnung, das höchst gefühlserregt verlief, hatte Huntziger erklärt: «Wir französischen Soldaten hoffen, dass wir den Schritt, den wir eben getan haben, niemals zu bereuen haben werden.» Nach allem, was Weygand und er später sagten und taten, kann man billigerweise feststellen, dass keiner von beiden ihn je bereute. Weygand verteidigte damals und noch lange Zeit danach den Waffenstillstand mit Entschiedenheit und behauptete, er habe Frankreich vor dem vernichtenden Unheil gerettet. Huntziger erwies sich später als Führer der französischen Delegation bei der Waffenstillstandskommission den Deutschen gegenüber äusserst entgegenkommend. Was die geschlagenen und erschöpften französischen Soldaten im Feld und das müde französische Volk selbst betraf, das noch zu Millionen auf den Strassen dahintrief oder versuchte, in seinen zertrümmerten Städten und Dörfern am Leben zu bleiben, so begrüsst sie die Nachricht vom Waffenstillstand mit unsäglicher Erleichterung.

Winston Churchill und Charles de Gaulle in London waren ausser sich. Der trotzige General trat an diesem Abend des 22. Juni abermals ans Mikrofon der BBC, um zu seinen Landsleuten zu sprechen. Die Waffenstillstandsbedingungen (die er von der britischen Regierung erfahren hatte), sagte er, seien nicht nur eine «Kapitulation, sondern eine Versklavung». Die Demobilisation aller französischen militärischen Streitkräfte werde Frankreich «vollständig der Herrschaft Deutschlands und Italiens unterstellen». Er betonte abermals, wie schon in seinem ersten Appell vom 18. Juni, den globalen

* Diese Bedingung hatte Huntziger erbeten; er erklärte Keitel: «Italien hat zwar Frankreich den Krieg erklärt, aber es hat keinen Krieg geführt. Frankreich braucht Italien nicht um einen Waffenstillstand zu ersuchen, weil tatsächlich seit dem Tag der Kriegserklärung Waffenstillstand geherrscht hat.» Er erklärte sogar, er werde sich weigern, einen Waffenstillstand mit Deutschland zu unterzeichnen, wenn diese Klausel beibehalten werde, gab aber schliesslich in diesem Punkt nach, wie er auch in allen anderen Punkten nachzugeben gezwungen war ».

Charakter des Krieges und sagte: «Der Krieg ist nicht verloren ... Es handelt sich nicht um einen französisch-deutschen Krieg, der durch eine einzige Schlacht entschieden werden kann. Es ist ein Weltkrieg.» Und er appellierte auf die Gefahr hin, ein Verräter genannt zu werden, an alle Franzosen, besonders an jene in den bewaffneten Streitkräften, sich ihm anzuschliessen.

Churchill gab der «Trauer und Bestürzung» Ausdruck, die seine Regierung empfand, als sie erfuhr, dass die französische Regierung die deutschen Waffenstillstandsbedingungen angenommen hatte.

Sie konnte nicht glauben, dass diese Bedingungen von irgendeiner französischen Regierung, die sich im Besitz ihrer Freiheit, ihrer Unabhängigkeit und ihrer verfassungsmässigen Autorität befand, angenommen werden würden ... Der Sieg Grossbritanniens stellt die einzige Hoffnung auf Wiederherstellung der Grösse Frankreichs und der Freiheit seines Volkes dar.

Dieser letzte Satz erschien dem Premierminister eine Selbstverständlichkeit, und die Geschichte sollte ihm recht geben, aber der Regierung in Bordeaux schien er keineswegs offenkundig. Auch waren Pétain und Baudouin nicht von Churchills Schlussappell angetan, der «alle Franzosen» aufrief, sich den «Streitkräften der Befreiung» anzuschliessen.

Der Marschall legte am nächsten Tag, dem 23. Juni, in einer Rundfunkrede zornigen Protest gegen die Erklärung des Premierministers ein, und Baudouin schickte eine scharf verfasste offizielle Beschwerde über den Draht nach London. Pétains Worte waren für seine Verhältnisse ungewöhnlich hart formuliert und nach allgemeiner Annahme von Alibert und Laval inspiriert. Laval war an diesem Vormittag in das Kabinett eingetreten und hatte sofort einen förmlichen diplomatischen Bruch mit Grossbritannien und die Abberufung des französischen Botschafters in London verlangt*.

Pétain sagte:

Die Regierung und das Volk Frankreichs haben mit betrübtem Erstaunen die Worte M. Churchills vernommen ... Die Franzosen können gegen die von einem ausländischen Minister erteilten Lektionen nur protestieren ... Die Franzosen werden durch ihre eigenen Anstrengungen gerettet werden. M. Churchill sollte das wissen ... Er sollte wissen, dass die Franzosen mehr Grösse an den Tag legen, indem sie die Niederlage eingestehen, als wenn sie versuchten, sie durch vergebliche und illusorische Bemühungen zu vermeiden.

Baudouins Note erklärte, Churchills Worte hätten «den peinlichsten Eindruck in Frankreich hervorgerufen, einen absoluten Mangel an *sang-froid* bezeugt und Behauptungen

* Der Botschafter, Charles Corbin, trat in Wahrheit an diesem Tag von seinem Posten zurück und schied aus dem diplomatischen Dienst aus.

enthalten, die zur Wirklichkeit in direktem Widerspruch stehen». Und nachdem er Churchill der Tatsachenverdrehung bezichtigt hatte, wiederholte der französische Aussenminister – nun schon zum x-tenmal! – seine alte Lüge, der Premierminister habe in Briare und Tours

für die Notwendigkeit, dass Frankreich den Feindseligkeiten ein Ende bereite, freundschaftliches Verständnis gezeigt.

Die Heftigkeit seiner Worte und ihr Übermass, die so weit gehen, die verfassungsmässige Autorität der französischen Regierung in Zweifel zu ziehen, können folglich nicht mit Überraschung entschuldigt werden ... Der Premierminister spricht, als sei er der Ansicht, dass die gegenwärtige Regierung Frankreichs nicht die französische öffentliche Meinung repräsentiere. Der Premierminister irrt sich ...⁷⁹

Der zornige Wortwechsel zwischen den beiden Verbündeten ging hin und her. Am 24. Juni stellte eine offizielle Erklärung der britischen Regierung fest, «die Regierung Marschall Pétais» habe mit dem Abschluss eines Separatfriedens ihr «feierliches Wort» gebrochen. Sie erklärte – mit einiger Übertreibung –, der Waffenstillstand «verpflichtete Frankreich, seine gesamten bewaffneten Streitkräfte, seine sämtlichen Waffen und Kriegsmaterialien und den grössten Teil seines Staatsgebietes zur Führung des Krieges gegen Grossbritannien an Deutschland auszuhändigen». Am nächsten Tag gab Havas, die amtliche französische Nachrichtenagentur und Sprachrohr der Regierung, Grossbritannien die Schuld an der «Härte» der deutschen Bedingungen. «General Keitel», so sagte Havas, «erklärte in Compiègne, die Strenge der Frankreich von Deutschland auferlegten Bedingungen sei dadurch notwendig geworden, dass Grossbritannien den Krieg fortsetze.» Botschafter Biddle, der den Text der in den französischen Zeitungen veröffentlichten Havas-Erklärung nach Washington kabelte, konnte sich eines Kommentars nicht enthalten: «Der Gesinnungswechsel der französischen Presse ist abscheulich⁸⁰.»

Am 25. Juni befasste sich Churchill in einer langen Rede mit den Folgen des Waffenstillstands. Nachdem er sein Mitgefühl für die Franzosen und seine Verachtung für «die Bordeaux-Regierung» zum Ausdruck gebracht hatte, deckte er Baudouins Lüge auf, dass er bei seinen Besuchen an der Loire die Franzosen aus ihren Vertragsverpflichtungen entlassen habe. Vor allem aber ging es ihm um die französische Flotte. Er nahm den Artikel 8 des Waffenstillstandsabkommens genau unter die Lupe und erklärte:

Aus diesem Wortlaut geht klar hervor, dass die französischen Kriegsschiffe in voll bewaffnetem Zustand unter deutsche und italienische Aufsichtsgewalt gelangen. Wir nehmen selbstverständlich die feierliche Erklärung der deutschen Regierung zur Kenntnis, dass sie nicht die Absicht habe, sie zu ihren eigenen Zwecken während des Krieges zu verwenden. Welchen Wert hat das? Man erkundige sich bei einem halben Dutzend von Ländern.

Botschafter Biddle in Bordeaux teilte das britische Misstrauen. Er kablete am 22. Juni nach Washington:

Was die Flotte betrifft, so mache ich mir, ehrlich gesagt, Sorgen. Baudouin sagte, die Deutschen hätten sich «einverstanden erklärt», die Beibehaltung französischer Besatzungen und den Abzug der Flotte nach afrikanischen Häfen zu gestatten. Ich nagelte ihn jedoch auf die Tatsache fest, dass die Flotte vorerst in die Häfen des französischen Mutterlandes zurückzukehren hat, um unter deutscher Aufsicht abgerüstet zu werden. Er erklärte zwar, im Fall einer deutschen Hinterlist im letzten Augenblick würden die Schiffe versenkt werden, aber der Wert einer solchen Sicherung in letzter Minute scheint mir jammervoll gering⁸¹.

Sogar Darlan scheint zu diesem Zeitpunkt wenig Vertrauen zu den Deutschen gehabt zu haben – und zu den Engländern ebensowenig. Am 24. Juni erteilte er seine letzte chiffrierte Weisung an alle Kriegsschiffe und Stützpunkte:

Für den Fall, dass der Feind oder der ehemalige Verbündete versucht, sich ein Schiff anzueignen und zu verwenden, sind geheime Vorsichtsmassnahmen zur Selbstversenkung zu treffen. In diesem Fall haben alle Schiffe ohne neuerlichen Befehl nach den Vereinigten Staaten auszulaufen oder sich selbst zu versenken ... In keinem Fall dürfen sie intakt dem Feind überlassen werden⁸⁴.*

Sosehr der Waffenstillstand das Land zur Hilflosigkeit verurteilte – mit der geopferten Flotte und dem entwaffneten Nordafrika waren die beiden letzten Quellen militärischer Macht dahin, die Frankreich geblieben waren und mit denen es hätte Widerstand leisten und frei bleiben können protestierte doch kein Politiker und kein Soldat im Mutterland gegen die Unterzeichnung. De Gaulle, der in London in seinen täglichen Rundfunkreden dagegen wetterte, war eine einsame und vereinzelt Gestalt. Wenige seiner Landsleute in der britischen Hauptstadt wollten etwas mit ihm zu tun haben. Alexis Leger, André Maurois, Pertinax, Jean Monnet unter anderen weigerten sich, sich ihm anzuschliessen, und Tausende französischer Truppen und Matrosen und ihre Offiziere, darunter drei Generäle und zwei Admirale, verlangten vernehmlich, ins unterworfenen Mutterland zurückgeführt zu werden **. Sie hatten keine Lust, unter dem Banner der Freien Franzosen den Kampf fortzusetzen. In seiner Rundfunkrede am Abend des 24. Juni vermochte de Gaulle sein Gefühl der Einsamkeit – und der Enttäuschung – nicht zu verbergen..

* Kämmerer zufolge waren die Worte «ehemaliger Verbündeter» aus dem Text fortgelassen, der am nächsten Tag der britischen Admiralität übermittelt wurde⁸¹. Der Text eines Geheimbefehls an die französische Flotte, den Darlan am selben Tag ausgab, wurde selbstverständlich ebenfalls den Engländern nicht übermittelt: «Alle britischen Verbindungsoffiziere und sonstiges Personal sind sofort auszuschiffen . . . Auf mögliche britische Angriffe achten^M.»

** Sie gehörten zu den aus Narvik zurückgezogenen oder aus Dünkirchen evakuierten Einheiten, die noch nicht heimgeschickt worden waren. Mehrere Kriegsschiffe hatten in britischen Häfen zeitweilig Zuflucht gesucht.

Ich will heute abend aussprechen, ganz einfach, weil jemand es aussprechen muss, welche Scham, welche Empörung in den Herzen anständiger Franzosen aufwallt ... Frankreich und die Franzosen sind an Händen und Füßen gefesselt dem Feind überliefert worden.

Doch wenn anständige Franzosen von Scham und Empörung erfüllt waren, verließ doch niemand sonst dem öffentlich Ausdruck. «Immerhin bleibt es Tatsache», schrieb de Gaulle in seinen Memoiren, «dass nicht ein einziger in der Öffentlichkeit stehender Mann seine Stimme erhob, um den Waffenstillstand zu verurteilen⁸⁵.»

Nicht einmal Paul Reynaud. Baudouin sprach seinen alten Chef am Nachmittag des 23. Juni, dem Tag nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands, und notierte in seinem Tagebuch:

Er rückt von seinem ehemaligen Mitarbeiter General de Gaulle ab, der im Londoner Rundfunk gegen die Regierung Marschall Pétains Stellung bezogen hat. Er bedauert Churchills gestrige Rede. Er gibt mir eine persönliche Botschaft an Churchill, die ich weiterzuleiten verspreche⁸⁶.

In dieser Botschaft, die Reynaud später in seinen Memoiren veröffentlichte, heisst es unter anderem:

Ich appelliere an Ihre Freundschaft und an das Vertrauen, das Sie mir stets geschenkt haben. Nichts würde Hitler glücklicher stimmen als eine öffentliche und dauernde Entzweiung zwischen unseren beiden Ländern. Ihre gestrige Erklärung hat mich so bewegt, dass ich mit Marschall Pétain über sie gesprochen habe.

Reynaud erklärte, er verstehe durchaus die Besorgnis des Premierministers wegen der französischen Flotte, und fuhr dann fort:

Die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über diesen Gegenstand sind, wie ich zugebe, so geartet, dass sie Ihnen Sorge bereiten. Ich habe jedoch soeben Admiral Darlan in Gegenwart des Marschalls hierüber befragt. Darlan versichert mir, dass ... Dispositionen getroffen werden, damit der Feind in keinem Fall entgegen den von ihm eingegangenen Verpflichtungen unsere Flotte gegen England verwenden kann. Das muss Sie bezüglich dieses Punktes doch beruhigen.

Der ehemalige Ministerpräsident schloss mit einer mahnenden Erinnerung an Churchill und England:

In Briare und in Tours sagten Sie mir, falls eine andere Regierung ... um einen Waffenstillstand ersuche, würde England nicht nur keine Zeit mit eiteln Vorwürfen vergeuden, sondern ... wenn der Endsieg errungen sei, werde Frankreich in seiner Macht und

Würde wiederhergestellt werden. Ich bin sicher, dass Sie im Grunde Ihres Herzens stets diese Auffassung hegen ³⁷.

So gesellte sich Reynaud also seinen politischen Feinden Pétain, Weygand, Darlan und Baudouin zu und ersuchte Churchill, er solle bezüglich der Flotte auf Darlan und die Deutschen vertrauen und ausserdem aufhören, an Frankreich Kritik zu üben, weil es England im Krieg im Stich gelassen habe. Hierüber zumindest bestand in Frankreich grosse Einmütigkeit.

Einmütigkeit bestand im Augenblick auch in der Auffassung, dass die Regierung des Marschalls den einzig richtigen Schritt getan hätte, den Kampf aufzugeben – trotz der militärischen Stärke, über die das Land mit dem Besitz einer intakten und mächtigen Kriegsflotte und beträchtlicher Streitkräfte in Nordafrika noch verfügte. Und Nordafrika hätte von der französischen Flotte mit Hilfe der britischen Seestreitkräfte im Mittelmeer vor einem deutschen und italienischen Angriff geschützt werden können. General Weygand, der Hauptarchitekt der «Kapitulation mittels Waffenstillstand», verteidigte sie unbeirrt mit der Begründung, dass sie nicht nur notwendig war, sondern Frankreich auch Vorteile verschaffte, die es bei bedingungsloser Kapitulation nicht genossen hätte.

Der Waffenstillstand (erklärte er) erhielt Frankreich einen Teil seines Staatsgebietes, eine Regierung, seine überseeischen Besitzungen, seine Kriegsschiffe, seine bewaffneten Streitkräfte ⁸⁸.

Hätte das französische Heer bedingungslos kapituliert, so argumentierte er, dann wäre Frankreich überrannt und besetzt worden, und seine sämtlichen Truppen wären in Kriegsgefangenschaft geraten. Das Land hätte zugrunde gerichtet am Boden gelegen. Durch den Waffenstillstand behielt Frankreich beträchtliche Vertragsrechte, die einen gewissen Schutz gegen weitere deutsche Übergriffe garantierten.

Die entgegengesetzte, von einer Minderheit vertretene Auffassung lautete, dass Frankreich sich der Gnade der Deutschen ausgeliefert habe, dass es die beträchtlichen militärischen Werte, die es in der Flotte und in Nordafrika besass, geopfert und den Kampf aufgegeben habe, als es auf den Meeren und im Kolonialreich noch hätte kämpfen können, und dass es sein feierlich gegebenes Wort gegenüber Grossbritannien, keinen Separatfrieden zu schliessen, gebrochen habe. Ausserdem sei die Vorstellung, eine französische Regierung könne in der unbesetzten Zone frei und unabhängig sein, eine Fiktion. Diese Regierung werde sich unter dem Stiefelabsatz Hitlers befinden.

Lebrun, der es verabsäumt hatte, sein hohes Amt in die Waagschale zu werfen, um den Waffenstillstand zu verhindern, erkannte dies erst viel später. In seiner Aussage im Laval-Prozess nach dem Krieg sagte er:

Es wäre besser für Frankreich gewesen ... wenn das Land direkt von einem Gauleiter regiert worden wäre, statt von einer französischen Regierung, die, ausser dem Anschein,

keine Macht mehr besass und deren Rolle im Wesentlichen darin bestand, sich für sämtliche Beschlüsse der Besatzungsbehörden zu verbürgen⁸⁹.

«Zumindest ist unsere Ehre gerettet», sagte der alte Marschall in einer Rundfunkansprache am 25. Juni. «Niemand wird unsere Flugzeuge und unsere Flotte verwenden ... Die Regierung bleibt frei. Frankreich wird nur von Franzosen regiert werden.» De Gaulle antwortete mit einer an Pétain gerichteten Rundfunkrede, in der er besser als irgend jemand alle Argumente gegen die Kapitulation zusammenfasste.

Man hat Sie zu dem Glauben verleitet, Herr Marschall, dass der Waffenstillstand... ehrenhaft sein werde ... Dieser Waffenstillstand ist unehrenhaft. Zwei Drittel unseres Staatsgebiets vom Feind besetzt – und was für einem Feind! Unser gesamtes Heer demobilisiert, unsere Offiziere und Mannschaften Gefangene. Unsere Flotte, unsere Flugzeuge, unsere Panzer, unsere Waffen intakt übergeben, so dass der Feind sie gegen unsere eigenen Verbündeten verwenden kann. Das Land, die Regierung, Sie selbst zur Knechtschaft herab gewürdigt.

Um eine solche Versklavung zu erlangen und hinzunehmen, dazu brauchten wir nicht den Sieger von Verdun. Dafür hätte irgendein anderer genügt.

Der rebellische General kritisierte Pétain aufs heftigste, weil er den Krieg nicht von Nordafrika aus fortsetzte, weil er die Kraft und die entschlossene Festigkeit Grossbritanniens, im Kampf zu bleiben, nicht begriffe, weil er «im Voraus die von Amerika angebotene grosse Hilfe ablehnte»; dann fuhr er fort:

Sie haben ein aussichtsloses Blatt gespielt, Ihre Karten hingeworfen und Ihre Taschen entleert, als hätten wir nicht einen einzigen Trumpf mehr übrig ... Sie rufen Frankreich auf, Herr Marschall – ein kapituliertes, ausgeplündertes und versklavtes Frankreich –, es solle zur Arbeit zurückkehren, neu aufbauen und aus seinen Trümmern auferstehen. Aber in welcher Atmosphäre, mit welchen Mitteln, in wessen Namen erwarten Sie denn, dass es unter dem deutschen Kommissstiefel und dem italienischen Stiefelabsatz wieder auferstehe⁹⁰?

Der ehrwürdige Marschall und der aufsässige junge General, die in den Vorkriegsjahren häufig aneinandergeraten waren, standen jetzt mit ihrer Vorstellung, wie Frankreich am besten überleben könne, in extremem Gegensatz zueinander. Dieses Zerwürfnis sollte das gespaltene Land noch tiefer spalten. Im Augenblick freilich, in diesem verhängnisvollen Sommer 1940, stand die überwältigende Mehrheit der Franzosen auf der Seite des Helden von Verdun.

Das gleiche galt mit zwei oder drei Ausnahmen für alle Mitglieder der ehrwürdigen Academie Française, der auch der Marschall und der Generalissimus angehörten. Das gleiche galt für die meisten Schriftsteller von Bedeutung. Der Dichter-Diplomat Paul

Claudél schrieb eine leidenschaftlich bewegte Lobeshymne auf Pétain *. Es gab jedoch einige wenige, die nicht einstimmten. Sie riefen die Vergangenheit wach. Kämmerer erinnerte sich der Worte des deutschen Philosophen Fichte nach der Schlacht bei Jena, in der Napoleon die Preussen gedemütigt hatte:

Jenes feige Nachgeben aber rettet dich nicht vom Untergang, sondern es gibt dir nur eine kurze Frist schmählicher und ehrloser Existenz ... Aus solchem Betragen entstehen jene ehrenvollen Frieden, die nicht einmal den Frieden geben, indem sie dem Feinde die völlige Gewalt lassen, unmittelbar nach geschlossenem Frieden seine Pläne da fortzusetzen, wo er sie vor dem Kriege, der ihm einen Augenblick Stillstand gebot, fallen liess ...⁹¹

André Truchet, der im ersten Weltkrieg Frontoffizier gewesen und schwer verwundet worden war, erinnerte an einen berühmten Wortwechsel zwischen General Ducrot und Thiers im Jahr 1870, als der General den Rat erteilte, Paris gegen die Deutschen zu verteidigen, obwohl der Endsieg unwahrscheinlich aussah. Zumindest würde damit die Schande der Kapitulationen von Sedan und Metz ausgelöscht.

«General», sagte Thiers, «Sie sprechen wie ein Soldat, und das ist gut. Aber Sie sprechen nicht wie ein politischer Mensch.»

«Monsieur», erwiderte General Ducrot, «... ich spreche auch als politischer Mensch, denn eine grosse Nation wie die unsere erhebt sich stets wieder aus ihrem materiellen Ruin, aber aus ihren moralischen Trümmern wird sie nie wieder auferstehen⁹².»

Ich selbst musste in diesem freudlosen Sommer an die Antwort denken, die der Rat der Adligen von Melos den Athenern des Perikies erteilt hatte, die mit einem Ultimatum die Kapitulation des Inselstaates Melos verlangt hatten. Die Athener hatten sich recht ähnlich wie Hitler verhalten und den Meliern erklärt: «Ihr wisst so gut wie wir, dass im menschlichen Verhältnis Recht gilt bei Gleichheit der Kräfte, doch das Mögliche der Überlegene durchsetzt, der Schwache hinnimmt.»

Thukydides überlieferte uns die Antwort der Melier:

* Später, als die Ereignisse eine Wendung nahmen, die er nicht vorhergesehen hatte, schrieb Claudél eine Ode in nahezu gleichlautenden Worten auf General de Gaulle. François Mauriac, der durch seine Romane und seine Beiträge zur Tagespresse grossen Einfluss hatte, geriet beim Klang der Stimme des Heldenmarschalls, die das Land aufrief, die Niederlage hinzunehmen und wieder an die Arbeit zu gehen, in Ekstase. In einem Artikel im Figaro vom 3. Juli schrieb Mauriac: «Die Worte Marschall Pétains am Abend des 25. Juni hatten einen Klang, der beinahe zeitlos war. Hier sprach nicht ein Mensch zu uns, sondern etwas aus den tiefsten Tiefen unserer Geschichte. Dieser alte Mann erhielt für uns von den Toten von Verdun seine Vollmacht. . . » Später, als das Blatt sich wendete, schrieb Mauriac, genau wie Claudél, ebenso ekstatisch über General de Gaulle.

Paul Valéry, der hervorragende Dichter und, gleich Mauriac, Mitglied der Akademie, erklärte frohlockend, der Marschall habe «sich selbst dargebracht, um inmitten beispielloser Unordnung die Einheit, ja den Fortbestand des Landes aufrechtzuerhalten». André Gide blieb nicht weit hinter seinen literarischen Kollegen zurück. Er fand Pétains erste Rundfunkansprache, die die Franzosen zur Einstellung der Kämpfe aufrief, noch bevor die Deutschen sich überhaupt bereit erklärt hatten, einen Waffenstillstand zu erörtern, «ganz einfach vortrefflich». Am 10. Juli vertraute er seinem Tagebuch an: «Ich würde eine Diktatur akzeptieren, die allein, wie ich befürchte, uns vor dem Zerfall retten kann.» Am 9. Juli meinte er, «wenn uns die deutsche Oberherrschaft Überfluss verspräche, würden von zehn Franzosen neun sie akzeptieren». Am 17. Juli notierte er, er lese viel deutsche Literatur. Goethe fesselte ihn. Und am 16. Juli war Gide «beinahe zur Überzeugung gelangt, dass Frankreich den Sieg nicht verdiente», und wärmte Lavals Gedanken auf: «Es scheint, dass sich Frankreich mit gefährlicher Unvorsichtigkeit in das Abenteuer stürzte oder vielmehr sich hineinziehen liess.»

... es wäre doch von uns noch Freien gar zu niedrig und feig, nicht jeden Weg zu versuchen, eh wir zu Sklaven werden ... Wir wissen aber, dass sich im Krieg manchmal die Geschiecke gleichmässiger verteilen, als dem Unterschied der beiden Stärken entspräche; und für uns heisst sofort aufgeben die Hoffnung aufgeben, handeln wir aber, ist auch noch Hoffnung, aufrecht zu stehen⁹³.

Nordafrika eine Trumpfkarte?

General Weygand ging in seinen Memoiren und Zeugenaussagen nach dem Krieg bis zum äussersten – und absurden – Extrem, um zu beweisen, dass der Waffenstillstand Nordafrika gerettet habe, so dass die anglo-amerikanischen Streitkräfte, als sie 1942 landeten, dort eine «kampfbereite» französische Armee vorfanden. Das war zuviel für ein Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses; er gab zurück: «Jawohl, kampfbereit – gegen unsere Freunde, die kamen, um uns zu befreien *.»

Nicht nur widersetzte sich General Weygand erfolgreich der Verlegung der französischen Regierung nach Nordafrika; nicht nur überzeugte er die Regierung Pétain davon, dass die Verteidigung des Kolonialreichs jenseits des Mittelmeers unmöglich sei und, wie er sagte, «den Krieg nach Nordafrika zu verlegen hiesse, ihn zu verlieren»; nicht nur unterdrückte er General Noguès, den Oberbefehlshaber Nordafrikas, der anfänglich den Krieg von dort fortsetzen wollte; er gab ausserdem in einem entscheidenden Augenblick, da der Entschluss, nach Nordafrika zu gehen oder nicht, an einem Faden hing, dem Kabinett eine falsche Darstellung von Noguès' Auffassung. Ein ehemaliger Armeeeoffizier und massgebender Fachmann über das Kolonialreich äussert sogar die Vermutung, dass Weygand in seinem Bericht vor dem Ministerrat Noguès' Nachrichten entstellte, weil sie seinen Ansichten zuwiderliefen und den Waffenstillstand mit Deutschland, den zu erlangen er entschlossen war, in Gefahr brachten⁹⁴. Aber das war noch nicht alles. Weygand braute zusammen mit Baudouin und Bouthillier, die seine politischen Haupthelfer waren, in ihren Nachkriegsaussagen eine Geschichte über General Koeltz' Rolle in dieser Sache zusammen, die so weit von der Wahrheit entfernt war, dass Koeltz auf sein Ehrenwort als Offizier und unter Eid vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg erklärte, sie entbehre jeglicher Grundlage.

Verärgert über General Noguès' Telegramme und sein Beharren, dass er Nordafrika halten könne, wenn die Flotte nicht ausgeliefert werde, hatte Weygand am 22. Juni General Koeltz nach Algier geschickt, damit er mit dem halsstarrigen Befehlshaber spreche. Koeltz kehrte am nächsten Tag nach Bordeaux zurück und erstattete – Weygand, Baudouin und Bouthillier zufolge – dem Kabinett einen ausführlichen Bericht, der darauf

* Französische Truppen und Flotteneinheiten leisteten am 8. November 1942 auf Befehl der Regierung Pétain und General Noguès' der Landung einer britisch-amerikanischen Armee in Nordafrika Widerstand. In Casablanca, wo Noguès seinen Sitz hatte, kam es zu schweren Kämpfen, in denen die Franzosen 1500 Tote und die Amerikaner nahezu ebenso grosse Verluste hatten. Es war ein seltsames Willkommen für die alliierten Streitkräfte, die zur Befreiung der Franzosen eingetroffen waren.

hinauslief, Noguès habe zugegeben, dass seine Streitkräfte zu schwach seien, um einen deutschen Angriff aus Spanisch-Marokko und einen italienischen Angriff aus Tripolitanien gegen Tunesien zurückzuschlagen.

«General Koeltz erstattete seinen Bericht der Kabinettsitzung», schwor Weygand vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. «General Noguès hatte ihm gesagt, was zu tun möglich war. Das bewies der Regierung um so mehr, dass Nordafrika nicht die Mittel besass, um sich zu verteidigen⁹⁵.»

Baudouin berichtete über Koeltz' «Expose» in seinem Tagebuch unter dem 23. Juni:

General Koeltz, aus Algerien zurück, erstattete (dem Kabinett) einen langen Bericht. Die von General Noguès gelieferten Auskünfte bestätigen unsere Befürchtungen: Das militärische Potential ist sehr schwach. Es wäre unmöglich, den deutschen Panzern Widerstand zu leisten, die im Einverständnis mit Spanien ohne Weiteres über die Meerenge (von Gibraltar) setzen und in Spanisch-Marokko landen könnten⁹⁶.

Bouthillier berichtete Koeltz' Erklärung sehr ausführlich.

General Koeltz wurde am 23. Juni um 17 Uhr vom Kabinett angehört. Er berichtete über seine Unterredung mit General Noguès. Aus den Erklärungen des Oberbefehlshabers von Nordafrika gingen zwei Tatsachen hervor:

1. die äusserste Schwäche der dortigen Armee... 2. die Unmöglichkeit, im Fall eines Angriffs aus dem spanischen Rif, eine Frontlinie entlang des Wadi Sebou zu halten. Ein Rückzug ins Innere Afrikas würde nur dazu dienen, die Deutschen und Italiener herbeizulocken und den Eintritt Spaniens in den Krieg heraufzubeschwören ... und damit den Krieg zu verlängern.

Bouthillier fasste die Ansichten Noguès', wie sie dem Kabinett von Weygand dargelegt wurden, zusammen:

Die Hauptstadt in Algerien einzurichten scheint unmöglich. Der Präsident der Republik würde Gefahr laufen, ermordet zu werden ... In Marokko ist Widerstand unvorstellbar ...

Der Bericht von General Koeltz am 23. Juni vor dem Kabinett Marschall Pétais, das sich versammelt hatte, um ihn anzuhören, zerstörte die Illusionen jener, die bisher solche Illusionen noch gehegt hatten. Der Gedanke einer französischen Bastion in Nordafrika sei ein Wahngelbilde. Und ärger noch, er sei gefährlich⁹⁷.

Aber berichtete General Koeltz dem Kabinett überhaupt am 23. Juni, und erklärte er ihm, es sei Noguès' Schlussfolgerung, dass Nordafrika nicht durchhalten könne?

General Koeltz wurde hierüber nach dem Krieg vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss befragt. Er erklärte, seine Unterredung mit Noguères in Algier am 22. Juni habe

«nicht länger als zehn oder fünfzehn Minuten» gedauert, da der Befehlshaber Nordafrikas bereits in einem Telegramm an Weygand am selben Tag erläutert habe, wie seine Lage sei. Später am Abend gab Noguès Koeltz eine Liste von Waffen, die er brauchte. Am nächsten Tag, dem 23. Juni, so sagte Koeltz aus, sei er nach Bordeaux zurückgefliegen, habe Weygand einen kurzen Bericht erstattet und ihm die Waffenliste ausgehändigt, die Noguès ihm mitgegeben hatte.

Professor Dhers, ein Mitglied des Ausschusses, zitierte Baudouins Tagebucheintragung, die Koeltz' Erscheinen vor dem Kabinett an diesem Tag schildert, und fragte dann: «Sind Sie denn nicht zu der Kabinettsitzung gegangen?»

GENERAL KOELTZ: *Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort als Offizier, dass ich nicht zu dieser Kabinettsitzung gegangen bin ... Ich wusste nicht einmal, wo das Kabinett in Bordeaux zusammentrat.*

Nachdem er diesen Punkt geklärt hatte, erledigte General Koeltz gleich noch einen zweiten: «Ich erkläre auf meine Ehre, dass ich niemals General Weygand gesagt habe, Nordafrika könne keinen Widerstand leisten. Das ist eine Erfindung ... General Noguès hat mir das nie gesagt⁹⁸.»

Lebrun bestätigte dem Ausschuss, dass Weygand dem Kabinett General Noguès' trotzige Telegramme nie mitgeteilt hatte. «Normalerweise», sagte er, «sollten dem Präsidenten der Republik diese Telegramme gezeigt werden. Ich habe sie nie zu sehen bekommen. Man liess mich über so vieles in Unkenntnis «.»

Noguès begann schwach zu werden. Er hatte drei seiner Staboffiziere nach Südfrankreich geschickt, um Mannschaften und Waffen zusammenzukratzen, sie in Port-Vendres auf Schiffe zu verladen und nach Algerien zu schaffen. Sie hatten in Toulouse ein Artillerieregiment aufgetrieben, das aus Dünkirchen evakuiert worden war, sowie einige Geschütze im dortigen Heeresdepot, aber als sie versuchten, sie in Port-Vendres einzuschiffen, wurden sie auf Befehl von General Colson, dem neuen Kriegsminister, verhaftet und in der Festung in Perpignan eingekerkert. Admiral Darlan griff ebenfalls ein, und zwar nicht nur, um Schiffe daran zu hindern, nach Nordafrika auszulaufen, sondern auch, um mehrere bereits unterwegs befindliche Schiffe * zurückzurufen¹⁰¹. Dies alles war für Noguès recht entmutigend.

Trotzdem schickte er weiter Telegramme nach Bordeaux, die dem Generalissimus und dem Marschall schon fast wie Meuterei klangen. Am 23. Juni telegraphierte er seine erste Reaktion auf den Waffenstillstand:

* In Bordeaux herrschte beträchtliche Verwirrung über die Verschiffung von möglichst vielen Truppen und Waffen nach Nordafrika. So gab General Colson, nachdem er die Verhaftung von General Noguès' Staboffizieren angeordnet hatte, um 23 Uhr 30 in derselben Nacht des 23. Juni einen Befehl aus, alle «in den Mittelmeerhäfen versammelten» Mannschaften und Waffen «mit grösster Dringlichkeit nach Nordafrika zu schicken». Aber am nächsten Tag machte Weygand diese Weisung rückgängig und verfügte, dass nur einige wenige Schiffe auslaufen durften. Tatsächlich kamen – entweder infolge des Wirrwarrs oder Gehorsamsverweigerung oder wahrscheinlich beidem – eine Anzahl von Schiffen mit mehreren tausend Mann und Nachschubversorgung an Bord davon. Zwischen dem 13. und 24. Juni liefen vierundzwanzig Schiffe aus Marseille aus, und vierzehn Schiffe mit 8'000 Mann und mehreren tausend Tonnen Waffen gelangten zwischen dem 24. und 28. Juni nach Algerien und Marokko^{1M}.

Es ist nicht möglich, die Truppen in Nordafrika zu demobilisieren. Sie sind zusammen mit der Luftwaffe und der Flotte die letzte Garantie für einen ehrenhaften Frieden.

Er wies warnend darauf hin, falls der Waffenstillstand nicht für die Unverletzlichkeit nordafrikanischen Bodens garantiere, würden nicht nur die eingeborenen Mohammedaner, sondern die «Gesamtheit der bewaffneten Streitkräfte» den Kampf fortsetzen. Er fügte hinzu:

Falls die Regierung nicht die Gewissheit ehrenvoller Friedensbedingungen zur Sicherung der Zukunft des Landes besitzt, muss sie hierher verlegen und den Kampf in Nordafrika fortsetzen.

Dieser Mitteilung fügte er noch einen persönlichen Appell an Weygand an, er solle sich nach Nordafrika begeben und die Verteidigung des Kolonialreichs übernehmen. Noguès hatte in seinem Kummer noch nicht erfasst, wie sehr sein Oberbefehlshaber sich darauf festgelegt hatte, aus dem Krieg auszusteigen. Aber er sollte es bald erfahren. Am 24. Juni telegraphierte ihm Weygand, «angesichts der Haltung der britischen Regierung und der Tätigkeit ihrer diplomatischen Agenten, die versuchen, eine Rebellion gegen die französische Regierung zu organisieren», solle er die britische Verbindungsmission in Nordafrika «binnen kürzester Frist» ausweisen. Kurz nach Mitternacht traf eine scharfe Mitteilung Weygands an Noguès ein, die ihn in Kenntnis setzte, dass die Einstellung der Feindseligkeiten unmittelbar bevorstehe.

Die Kenntnisse der Lagebeurteilung, die Sie besitzen, erlauben Ihnen nicht, die Situation zu beurteilen, der sich die Regierung gegenüber sieht, oder die Beschlüsse richtig einzuschätzen, die diese Situation ihr auferlegt, von denen jedoch keiner der Ehre des Landes zuwiderläuft.

Weygand war sich nicht völlig sicher, ob sich General Noguès den Geboten der Regierung beugen werde, und hielt es, nachdem er ihm wegen seiner Unkenntnis der wahren Lage einen Verweis erteilt hatte, für klug hinzuzufügen:

Die Regierung appelliert an Ihr Pflichtgefühl, dass Sie bei Ihren Truppen die strengste Disziplin aufrechterhalten ... und Vertrauen zur Regierung haben.

Am frühen Abend des 25. Juni versicherte Noguès «mit Verzweiflung in der Seele» Weygand, dass sein Befehl durchgeführt werde. Aber einige Stunden später überfielen ihn Zweifel, und um 23 Uhr telegraphierte er dem Generalissimus:

Ich lege die ausdrücklichsten Vorbehalte ein bezüglich der Demobilisierungsmaßnahmen und der Bedingungen, unter denen sie beaufsichtigt werden sollen ... Ich habe den gröss-

ten Teil der vergangenen Nacht damit zugebracht, die Abordnungen zu beruhigen, die verlangten, ich solle den Befehl über die unbesiegten Streitkräfte des Kolonialreiches übernehmen ...

Die Regierung hat in der Atmosphäre der Panik, in der sie handelt, nicht vermocht, die moralischen Elemente und Kräfte zu erkennen, die Nordafrika repräsentiert und die mühsam der Flotte und Luftwaffe durchhalten könnten, bis der Feind erschöpft ist. Sie wird dies bitter bereuen.

Ich persönlich werde auf meinem Posten bleiben, solange meine Opfermission, die mein Antlitz mit Schande bedeckt, gefährdet ist, um Frankreich nicht zu spalten. Aber sobald ich der Meinung bin, dass die Ruhe gewährleistet ist, werde ich Sie ersuchen, mich meines Postens zu entheben.

Weygand, der gegen Kritik stets empfindlich war, hatte für die scharfen Worte des Afrika-Befehlshabers gegen seine Regierung nichts übrig. Er antwortete ihm am 28. Juni, dass er die von General Noguès auf die Regierung gemünzten Worte für unzulässig halte und sie als nichtexistent betrachte.

Tatsächlich war Weygand so wütend, dass er bereits zwei Tage zuvor, am 26. Juni, das Nordafrika-Kommando aufgelöst und General Noguès als Generalresidenten zurück nach Marokko beordert hatte. Die Möglichkeit, dass die Franzosen in Nordafrika kämpften, wurde von Bordeaux abgewürgt. Noguères gab schliesslich nach¹⁰².

Lebrun berichtet, dass Noguès' bissiges Telegramm vom 25. Juni dem Kabinett tatsächlich verlesen wurde, «wo es viel Verstimmung hervorrief. ‚Das ist untragbar‘ sagte jemand. ‚Wir müssen das Nordafrika-Kommando auflösen und General Noguès zurück nach Rabat schicken, was auch geschah¹⁰³.»

So wurde inmitten erheblicher Niedertracht und Hinterlist, die bei der Regierung einer grossen Nation mit so ruhmreichen Helden wie Pétain und Weygand an der Spitze immerhin einigermassen ungewöhnlich sind, die nordafrikanische Trumpfkarte weggeworfen.

Hätte Nordafrika, im Gegensatz zu Weygands Überzeugung, durchhalten können? General Noguères, der beste Gewährsmann in dieser Frage, war davon überzeugt. Und dies ist auch die Schlussfolgerung, die der Verfasser der objektivsten, erschöpfendsten und am gründlichsten dokumentierten Untersuchung dieses Problems zieht. Dieser Mann ist André Truchet, ein Berufsoffizier des Heeres, aus der Offiziersschule von Saint-Cyr hervorgegangen, der nach dem ersten Weltkrieg, in dem er schwer verwundet wurde, den Abschied nahm und sich in Nordafrika niederliess. In seinem Buch *L'Armistice de 1940 et l'Afrique du Nord*, das er nach jahrelanger Sichtung aller verfügbaren und zugänglichen Unterlagen schrieb, gelangt er zu dem Schluss, dass Nordafrika hätte durchhalten können und seine Stärke wesentlich grösser war, als Weygand zugeben wollte. Er führt die diesbezüglichen Tatsachen und Zahlen an.

Weygand behauptete bis zu seinem letzten Atemzug – er starb achtundneunzigjährig 1965 dass die Deutschen mühelos einige Panzerdivisionen durch Spanien schicken,

sie unter dem Schirm der Luftwaffe, die die dortigen französischen und britischen Flotten vernichtet hätte, über die Meerenge von Gibraltar schaffen und in Spanisch-Marokko hätten landen können; sie hätten Französisch-Marokko und Algerien rasch überrannt, während die Italiener auf der anderen Seite gegen Tunesien drückten.

Diese These ist jedoch leicht zu widerlegen. Vor allem einmal besaßen die Spanier keinen Schiffsraum, um mehrere Divisionen über die Meerenge zu befördern. Und es ist alles andere als sicher, ob Franco, so freundlich er Hitler gesonnen war und so sehr er auf einen Anteil an der nordafrikanischen Kriegsbeute erpicht war, den Deutschen den Durchzug gestattet hätte. Das vom Bürgerkrieg erschöpfte Spanien befand sich zu dieser Zeit am Rand der Hungersnot und war auf amerikanische Lebensmittelschiffe durch die britische Blockade hindurch angewiesen, um überhaupt am Leben zu bleiben. Diese Seetransporte wären sofort von Grossbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschnitten worden, wenn Franco den Deutschen gestattet hätte, durch sein Land nach Süden zu stossen. Aber hätten die Deutschen das überhaupt bewältigen können? Sie standen im Begriff, über Grossbritannien herzufallen, und brauchten jedes verfügbare Flugzeug für dieses Unternehmen. Für ein sekundäres Operationsgebiet hätten nur wenige Jäger und Bomber erübrigt werden können. Die Franzosen hingegen hatten 700 neue Jagdflugzeuge, um sie der Luftwaffe entgegenzustellen – mehr als Grossbritannien in den ersten Wochen der Luftschlacht über England zur Verfügung hatte. Mit einer solchen Jäger-Deckung hätten die französischen und britischen Flotteneinheiten mühelos jedes Schiff versenken können, das versuchte, von Spanien nach Nordafrika hinüberzugelangen. Vielleicht kann man das letzte Wort hierzu General Haider, dem damaligen Chef des deutschen Generalstabs des Heeres, überlassen. *«Es wäre unmöglich gewesen»*, schrieb er, *«England und Nordafrika zur gleichen Zeit zu erobern»*, und unterstrich die Worte selbst¹⁰⁴.

Der französisch-italienische Waffenstillstand und das Ende der Feindseligkeiten

Die Italiener, die nicht gekämpft hatten, wie General Huntziger in Rethondes General Keitel erinnert hatte, schluckten ihren Stolz herunter, verzichteten auf ihre grandiosen Ideen, einen guten Teil Frankreichs und den grössten Teil des französischen Kolonialreichs in Afrika zu besetzen, und unterzeichneten am 24. Juni um 19 Uhr 35 in Rom einen harmlosen Waffenstillstand mit Frankreich. Hitler gedachte nicht, sich seinen Sieg, an dem Italien nicht mitgewirkt hatte, von den Grossmacht-Illusionen des Duce verderben zu lassen. Der deutsche Diktator brauchte den Waffenstillstand, weil dieser Frankreich und sogar das Kolonialreich völlig aus dem Krieg ausklammerte und ihm freie Hand für den Angriff auf Grossbritannien und später Russland liess.

Mussolini begriff seine Lage. In einer ergebenen Mitteilung an Hitler am 22. Juni, unmittelbar nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Waffenstillstands, sagte er:

Führer! Um die Annahme des Waffenstillstands durch die Franzosen zu erleichtern, habe ich ... die Besetzung der linken Seite der Rhone, Korsikas, Tunis' und Dschibutis, wie wir in München beabsichtigt hatten, nicht einbezogen. Ich habe mich auf ein Minimum beschränkt – eine entmilitarisierte Zone von 50 Kilometern... Im Übrigen habe ich die Klauseln des deutschen Waffenstillstands angewandt¹⁰⁵.

Der aufgeblähte italienische Diktator war rasch geschrumpft – und nicht zuletzt wegen der miserablen Leistung des italienischen Heeres gegen eine Handvoll französischer Truppen an der Alpengrenze. Sein Schwiegersohn und Aussenminister Ciano, der die italienische Waffenstillstandsdelegation führte, vermerkte in seinem Tagebuch die gedrückte Stimmung des Duce.

21. Juni. Mussolini ist ganz gedemütigt, weil unsere Truppen nicht einen Schritt vorwärts gekommen sind ...

23. Juni. Die französischen Bevollmächtigten sind in deutschen Flugzeugen eingetroffen ... Ich berichte dem Duce telefonisch (über die erste Sitzung). Er ist verbittert, weil er einen Waffenstillstand nach einem Sieg unserer eigenen Streitkräfte hatte erzielen wollen.

Der französisch-italienische Waffenstillstand wurde am 24. Juni um 18 Uhr 35 unterzeichnet. Sechs Stunden später, 35 Minuten nach Mitternacht am 25. Juni, trat gemäss der Vereinbarung von Rethondes der Waffenstillstand in Kraft. In ganz Frankreich schwiegen die Geschütze, der ungeordnete, aufgelöste Rückzug der Überreste der einstmals grossen französischen Armee fand ein Ende, und das daniederliegende Land stiess einen Seufzer der Erleichterung aus, dass die Metzerei aufgehört hatte.

In den sechsendvierzig Tagen der Schlacht waren rund 84'000 Soldaten getötet, 120'000 verwundet und 1,5 Millionen gefangengenommen worden – die meisten von ihnen in den letzten Tagen des Feldzuges. So arg die Verluste waren, so arg der vorzeitige Tod eines jeden jungen Mannes ist, waren sie doch nur ein Bruchteil der Verluste im ersten Weltkrieg, als 1,5 Millionen Franzosen auf dem Schlachtfeld ihr Leben liessen.

Der 25. Juni, an dem das Massaker offiziell endete, wurde in Frankreich zum Trauertag erklärt, und die Notabein der Regierung, geführt von Marschall Pétain, wohnten in der Kathedrale Saint-André einem feierlichen Gottesdienst bei. Paul Reynaud gesellte sich ihnen zu und lauschte den Ermahnungen des Erzbischofs, dass «die Franzosen aus ihrem Missgeschick die Lehre ziehen und mit der Anerkenntnis der Prüfung versuchen müssen, eine Neue Ordnung zu schaffen, die gerechter und gesünder ist als jene, die zusammengebrochen ist»¹⁰⁶. Dies war ein Leitmotiv, das die Kirche rasch aufgriff: Das atheistische Frankreich der Dritten Republik hatte für sein gottloses Gebaren lediglich «göttliche Vergeltung» erhalten und musste jetzt für seine langen Jahre der Vergnügungssucht, der frivolen Leichtfertigkeit und des Mangels an christlichem Glauben Busse tun¹⁰⁷.

Die Neue Ordnung! Dieser Begriff spross nicht nur im verschrobenen Denken Adolf

Hitlers, sondern auch in den Köpfen der neuen französischen Führer. Marschall Pétain gab in seiner Rundfunkansprache am Trauertag, dem 25. Juni, die neue Richtlinie an.

Unsere Niederlage ereilte uns wegen unserer Schläffheit. Die Vergnügungssucht zerstörte, was der Opfergeist aufgebaut hatte. Ich rufe euch vor allem zur intellektuellen und moralischen Wiedergutmachung auf... Es beginnt eine Neue Ordnung ...

Eine Neue Ordnung! Pierre Laval, der sich am 23. Juni in einen Kabinettsposten hineingeschlingelt hatte, begann seine Ränke zu schmieden, um sie herbeizuführen. Für ihn musste sie an die Stelle der verhassten Republik treten. Und auch für General Weygand. Am 28. Juni übergab er, der beteuerte, dass er sich nie in die Politik einmische, Pétain einen grandiosen – und törichten – Aufruf, der das künftige Frankreich enthüllte, nach dem das neue Regime streben würde.

Die vormalige Ordnung der Dinge, ein politisches Regime freimaurerischer, kapitalistischer und internationaler Kompromisse, hat uns dorthin gebracht, wo wir jetzt sind. Davon will Frankreich nichts mehr wissen ... Wir müssen zum Kultus und Brauch von Gott, Vaterland und Familie zurückkehren. Wir brauchen neue Programme, neue Männer ... Die Zeit drängt... Morgen wird es zu spät sein¹⁰⁸.

Manchen klang es so, als habe der Generalissimus letzthin Hitlers *Mein Kampf* gelesen. Dies lag in der Luft, als am Ende des ereignisreichen Monats Juni 1940 die deutschen Truppen in Bordeaux einzogen und die französische Regierung auszog und sich nach einer neuen provisorischen Hauptstadt in der sogenannten freien Zone auf den Weg begab. Die letzten Tage der Dritten Republik waren angebrochen. Aus der Katastrophe von Sedan im Jahr 1870 geboren, war sie nach einem stürmischen Leben von siebenzig Jahren im Begriff, mit der Katastrophe von Sedan im Jahr 1940 ihren letzten Atemzug zu tun.

FÜNFTES BUCH

Der Zusammenbruch der Dritten Republik

Die Uhr läuft ab Juni bis Juli 1940

Am 29. Juni überliess die Regierung Marschall Pétains Bordeaux den Deutschen und begab sich nach Clermont-Ferrand, der Hochburg Pierre Laval, der dort eine Zeitung, eine Rundfunkstation, eine Druckerei und andere Geschäftsbeteiligungen besass, die den einstmals mittellosen Politiker zum Millionär gemacht hatten.

Laval hatte sich sechs Tage vorher, am 23. Juni, den Weg in die Regierung erzwungen. Er hatte seinen Stolz heruntergeschluckt und seinen Ärger überwunden, dass man ihn bei der Bildung der Regierung am 17. Juni nicht zum Aussenminister ernannt hatte, und seither den Marschall unablässig bedrängt, er solle ihn in irgendeiner Eigenschaft in die Regierung aufnehmen. Er wollte nicht aus einer Regierung ausgeschlossen bleiben, die seine Richtung einschlug, die er seit mehr als einem Jahr geplant und gefördert hatte und deren eigentlicher und wirklicher Chef er zu werden gedachte – der Drahtzieher hinter dem Aushängeschild des vierundachtzigjährigen, politisch unerfahrenen und einigermaßen senilen Marschalls.

Der alte Krieger willigte ein, ihn zum Staatsminister zu ernennen, und erklärte Charles-Roux, der diesen Beschluss bedauerlich fand, Laval «habe sich in die Finger gebissen, weil er das Justizministerium abgelehnt hatte, und ihm in den Ohren gelegen, er solle ihn, ganz gleich, in welcher Stellung, zurücknehmen». Pétain ermahnte den Staatssekretär des Äusseren, er solle «ein Auge auf Laval haben und dafür sorgen, dass er sich nicht in die Aussenpolitik einmischet». Charles-Roux erwiderte, wie er selbst schreibt, nach seiner Meinung habe der Marschall «einen schlechten Rekruten angeworben» L Baudouin gegenüber, dem bei der unerfreulichen Nachricht die Haare zu Berge standen, erklärte der Marschall, es sei besser, Laval in der Regierung zu haben, «wo seine Intrigen weniger gefährlich wären als ausserhalb».

Binnen weniger Minuten kam es zwischen Baudouin und Laval, der ganz und gar nicht bereit war, sich von der Einmischung in die Aussenpolitik zurückhalten zu lassen, zu einer heftigen Auseinandersetzung. Baudouin vermerkte darüber am 23. Juni in seinem Tagebuch:

Eine heftige Szene zwischen Laval und mir. Er besteht auf einem Bruch mit den Briten. Ich erkläre dem Marschall, ich trete zurück, wenn das geschieht...

Der Marschall sagt Laval, er solle Ruhe geben ... Weygand ist wütend und voll höhnischer Verachtung².

So heftig Laval aufgrund seines Temperamentes und seines Zornes, dass man ihn so lange aus der Regierung ferngehalten hatte, auch sein konnte, behielt er doch, was seine Zielsetzung betraf, einen kühlen Kopf. Hinzu kam eine eiserne Entschlossenheit, diese Ziele rasch zu erreichen, da die einzigartige Gelegenheit, wie er genau erkannte, jetzt endlich gegeben war. Am 26. Juni vertraute er Baudouin und Bouthillier seine Gedanken an. Der Marschall, sagte er, müsse eine verfassungsmässige Sonderermächtigung erhalten.

Es ist unmöglich, mit dem Parlament zu regieren, besonders mit der Volksfront-Kammer von 1936 ... Wir müssen die Verfassung revidieren und dem gegenwärtigen politischen Regime ein Ende machen* ³.

Die beiden jungen Minister fanden, dies gehe zu weit, und schlugen vor, man solle das Parlament ersuchen, dem Marschall Ermächtigung zu erteilen, Gesetze auf dem Dekretwege zu erlassen, wie man sie in Notstandszeiten auch anderen Ministerpräsidenten gewährt hatte. In der Zwischenzeit sollten Senat und Kammer in «einen langen Ferienurlaub» gehen.

«Das genügt nicht», antwortete Laval. Vier Tage später, am letzten Junitag, nahm er in Clermont-Ferrand den Faden wieder auf. Dort versuchte die Regierung inzwischen, in «unvorstellbarer Unordnung», wie Baudouin es ausdrückt, ihren Amtssitz einzurichten; Baudouins Aussenministerium wurde, wie er sagt, in ein schäbiges kleines Hotel eingewiesen, das «ganze sieben Zimmer und keine Elektrizität hatte, nicht einmal ein Telefon». Pétain hielt mit Laval, Alibert, Baudouin und Bouthillier eine zwanglose, nicht-formelle Besprechung ab. Die beiden letzteren schlugen vor, der Marschall solle das Parlament ganz einfach auf sechs Monate vertagen und mittels Dekreten regieren. «Bis dahin», sagte Bouthillier, «wird die Situation sich entwickelt haben. Wir werden genauer wissen, woran wir sind. Und Sie können dem Parlament mitteilen, was Sie inzwischen getan haben.» Der Marschall schien einverstanden zu sein.

Dann griff Laval ein, unterstützt von Alibert. Dies sei nicht der Augenblick für halbe Massnahmen, erklärte er. Das besiegte Frankreich brauche ein Regime, das mit Deutschland verhandeln könne. Die Republik wäre für Hitler nicht annehmbar. Die Nationalversammlung (nämlich die beiden Kammern in gemeinsamer Sitzung) müsse unverzüglich einberufen und gezwungen werden, dem Marschall umfassende Ermächtigung zur Aufsetzung einer neuen Verfassung für eine neue Regierungsform zu erteilen. Baudouin warf ein, es werde wohl kaum möglich sein, die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten dazu zu bringen, «Selbstmord zu begehen». Er berichtete in seinem Tagebuch:

Der Marschall ist sehr unschlüssig. Seine persönliche Neigung geht dahin, sich darauf zu beschränken, die Kammern in die Ferien zu schicken ... Er möchte, zumindest im Augenblick, nicht die Verfassung umgestalten. «Um das zu tun», sagt er, «müssten wir in Paris

* Die Kammer war 1936 mit einer Mehrheit der inzwischen längst aufgelösten Volksfront gewählt worden, und ihr Mandat war infolge des Kriegsausbruchs verlängert worden.

sein, in einem freien Paris. Das müssen wir uns später überlegen.» Aber Laval's Halsstarrigkeit rüttelt an ihm. Schliesslich sucht er Zuflucht hinter dem Präsidenten der Republik.

Das war nun freilich kein brauchbarer Unterschlupf. Laval erbot sich, sich mit dem Präsidenten der Republik zu befassen. «Ich werde unverzüglich», rief er, «das völlige Einverständnis Lebruns erlangen!» Und schon war er auf und davon nach Royat, einem in der Nähe gelegenen Kurort, wo der Präsident seinen Sitz hatte, um sein prahlerisches Versprechen zu erfüllen. Binnen einer Stunde war er, Baudouins Bericht zufolge, wieder zurück und «schilderte, wie er den Präsidenten der Republik in die Flucht geschlagen und seine Zustimmung zur Änderung der Verfassung erlangt hatte» *.

Der Marschall (schreibt Baudouin) betrachtete Laval mit Erstaunen und Bewunderung. Laval ist sich des Erfolgs sicher. Er hasst die gegenwärtige Kammer. Er verachtet Lebrun. Soll der Marschall ihm gestatten, diese Frage zu regeln. Er verspricht Erfolg⁶.

Und Pétain tat es. «Also gut», sagte er zu Laval. «Schiessen Sie los und versuchen Sie es.» Das war alles, was Laval brauchte, um die Verschrottung der Republik in Angriff zu nehmen. Der alte Krieger hatte ihm grünes Licht gegeben, er hatte freie Fahrt.

Was Laval im Schilde führte, ja was auch Pétain und Weygand und Darlan und sogar Lebrun beabsichtigten, wurde Botschafter Bullitt sehr rasch offenkundig. Der Botschafter hatte die Torheit seines Entschlusses, in Paris zu bleiben, wo er nichts zu tun hatte, schliesslich eingesehen und war am 1. Juli in Clermont-Ferrand eingetroffen, wo er mit den meisten führenden Persönlichkeiten der französischen Regierung sofort ausführliche Unterredungen hatte. Noch am selben Abend schickte er aus dem nahe gelegenen Kurort La Bourboule einen langen, «persönlich für den Aussenminister und den Präsidenten» bestimmten Bericht über seine Gespräche. Bullitts Bericht vermittelt besser als irgendeine andere zeitgenössische Aufzeichnung, die mir verfügbar war, den Zustand von Geist, Herz und Seele der demoralisierten Männer, die in dieser Stunde der Prüfung und des widrigen Schicksals die französische Regierung in Händen hielten. Vielleicht konnte nur ein kenntnisreicher Ausländer inmitten der «geistigen und physischen Gestörtheit», wie der Botschafter es nannte, eine objektive, wahrheitsgetreue Schilderung der Situation geben, in der die «völlig gebrochenen Franzosen» sich befanden. Bullitt, der Frankreich und das französische Volk liebte, wie diese Seiten gezeigt haben, hatte Mitgefühl und Verständnis für die Männer, mit denen er sprach, und für ihre Zwangslage, aber er wurde selbst völlig niedergedrückt von dem, was sie über ihr Land – und über Grossbritannien und Deutschland – sagten und was sie ihm von ihren beabsichtigten Schritten erzählten. Man hat den Eindruck, dass dies der ernüchterndste Tag seines Lebens war.

* Lebrun erklärt, Pétain habe Laval bei der Unterredung begleitet. «Der Marschall», schreibt er, «sagt nichts. Er verhält sich, als sei er abwesend. Er scheint kein Interesse an dieser ersten Frage zu haben.» Dessenungeachtet bestätigt Lebrun, dass er nachgab. Er sagte Laval, er solle ihm den «Text» seines beabsichtigten neuen Verfassungsgesetzes bringen. Wie alle anderen auch, wich der schwache Präsident der Republik zurück ⁴.

Aber er schrieb den bei weitem informativsten und aufschlussreichsten diplomatischen Bericht, den er je verfasste. Angesichts all der Unwahrheiten, die die Hauptfiguren des französischen Dramas späterhin über das vorbrachten, was sie in diesem entscheidenden Augenblick dachten, sagten und beabsichtigten, hilft dieser Bericht, den historischen Hergang – auch für uns – aus der richtigen Sicht zu sehen ⁶.

Aus diesen Gesprächen (kabelte Bullitt) geht der erstaunliche Eindruck hervor, dass die französischen Führer sich von allem, was Frankreich während der letzten zwei Generationen repräsentiert hat, loszusagen und abzutrennen wünschen; dass ihre physische und moralische Niederlage so absolut ist, dass sie sich völlig mit dem Schicksal Frankreichs als einer Provinz Hitler-Deutschlands abgefunden haben. Darüber hinaus hoffen sie – um so viele Leidensgenossen wie möglich zu haben –, dass England von Deutschland rasch und vollständig besiegt werde ... Ihre Hoffnung geht dahin, dass Frankreich Deutschlands Lieblingsprovinz werden möge – ein neuer Gau, der sich zu einem neuen Gallien entwickelt.

Der Botschafter hatte als ersten Lebrun aufgesucht, der sich bitterlich darüber beklagte, «dass die Vereinigten Staaten nichts getan hätten, um Frankreich zu helfen». Über Grossbritannien geriet der Präsident der Republik, wie Bullitt berichtete,

in eine leidenschaftliche Zornesaufwallung und erklärte, die Briten hätten den Franzosen praktisch überhaupt keine Hilfe geleistet. Sie hätten zehn Divisionen geschickt... Sie seien an der Somme davongelaufen... Die Briten würden bald das gleiche Schicksal erleiden, das die Franzosen ereilt hatte.

Der für gewöhnlich so milde und verbindliche Botschafter war von der Sprache des Präsidenten entsetzt. «Ich habe Lebrun noch nie in einem solchen Zustand nervöser Erregung erlebt», kommentierte er.

Das Leitmotiv, dass «die Briten davongelaufen seien» und dass Grossbritannien jetzt sehr rasch das gleiche Schicksal erleiden werde wie Frankreich, wurde dem Botschafter beinahe Wort für Wort von Pétain und danach von Darlan wiederholt. Der Botschafter sprach drei Stunden lang mit dem Marschall und blieb zum Mittagessen. Er fand den alten Krieger «ruhig, ernst und durchaus würdevoll» – im Unterschied zum Präsidenten der Republik. Aber ebenso defätistisch und ebenso verbittert gegen die Engländer und genauso sicher, dass Grossbritannien erledigt sei. Der Marschall hegte keine Illusionen über das, was Deutschland mit Frankreich plante: «Es wird versuchen, Frankreich zu einer Provinz Deutschlands herabzusetzen.» Wohl aber hegte er Illusionen über das von Deutschland gegebene Wort. «Er glaube nicht», berichtete Bullitt, «dass die Deutschen den Waffenstillstand brechen würden.» Was die Briten betraf, so wiederholte er, was Lebrun gesagt hatte. «Ihre Truppen 'Seien davongelaufen, und obwohl sie in England über 40 Jagdstaffeln verfügten, hätten sie nur sechs herübergeschickt.»

Er sagte, er erwarte, dass Deutschland England rasch niederwerfen werde, und er glaube, dass Deutschland seine Hauptforderungen auf Kosten Englands stellen werde. Deutschland werde sicherlich gewisse Teile Frankreichs annektieren und wahrscheinlich mit Hilfe wirtschaftlicher Massnahmen ganz Frankreich beherrschen, aber er meinte, England werde von Deutschland vernichtet werden ... Er äusserte grosse Verbitterung gegen Churchill und General de Gaulle.

Der Marschall äusserte sich dem Botschafter gegenüber freimütig über die Änderungen, die er in Frankreich selbst vorzunehmen gedachte, sowie über seine Verachtung für die parlamentarische Republik.

Er sagte, er glaube, es wäre gut für Frankreich, wenn die Parlamentarier, die nicht nur für die Politik verantwortlich gewesen seien, die zum Krieg geführt hatte, sondern auch für Frankreichs vergleichsweise mangelhafte Vorbereitung, aus der französischen Regierung entfernt würden.

Die Vorstellung, dass vielleicht Hitler und nicht die französischen «Parlamentarier» am Krieg schuld sein könnte, passte nicht in den Kopf des alten Kriegers; gleich Weygand gab er den «Politikern» die Schuld am Versagen des französischen Heeres und drückte sich um die schwere Verantwortung, die er selbst, der Generalissimus und das Oberkommando trugen.

Er beabsichtige, jeden Politiker zu entfernen, der irgend etwas mit der Regierung Blum zu tun gehabt habe. Er sei der Meinung, dass Frankreichs Regierungssystem geändert werden müsse.

Und nachdem er den «Politikern» die Schuld an der kläglichen Leistung des französischen Heeres zugeschoben hatte, fügte er hinzu, auch die *Schullehrer* trügen eine grosse Verantwortung.

Nach seiner Meinung bestand einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des französischen Heeres darin, dass die Reserveoffiziere, die – von Schullehrern erzogen – Sozialisten und keine Patrioten waren, ihre Leute im Stich gelassen und keinerlei Kampfgeist bewiesen hätten. Frankreich müssten wieder Mut und Pflichtbewusstsein eingeflösst werden.

Eine bessere Schilderung des wirren Denkens des alten Mannes, der jetzt dem Geschick Frankreichs Vorstand, hat niemand gegeben.

Auch Admiral Darlan liess gegenüber dem amerikanischen Botschafter seinen Gedanken freien Lauf. «Er war zutiefst erbittert über Grossbritannien», berichtete Bullitt. Die britische Flotte, sagte er, habe sich «als eine ebenso grosse Enttäuschung herausgestellt

wie die französische Armee. Sie werde nicht von einem Mann geleitet, sondern von einem Aufsichtsrat.» Der Admiral erzählte von den Erlebnissen seines Sohnes, eines Marinesoldaten, der bei den britischen Truppen an der Somme gestanden hatte; sie «seien davongelaufen... und hätten die Brücken hinter den französischen Marinesoldaten in die Luft gesprengt».

Auf jeden Fall, erklärte Darlan mit kaum verhohlener Schadenfreude, seien die Briten unten durch.

Er sei absolut sicher, dass Grossbritannien innerhalb von fünf Wochen von Deutschland vollständig besiegt und erobert sein werde, falls es nicht vorher kapituliere. Es werde den Briten nach seiner Meinung völlig unmöglich sein, auch nur ein einziges Schiff in den Hafen von London oder in die Häfen Plymouth, Southampton und Portsmouth einlaufen zu lassen. Die Deutschen könnten ohne Weiteres Irland besetzen und die Häfen Glasgow, Liverpool, Cardiff und Bristol abriegeln. Grossbritannien würde auch ohne eine deutsche Invasion den Erstickungstod sterben.

Vom britischen Nationalcharakter hielt der Admiral nicht sehr viel.

Er glaube nicht, dass die britische Regierung oder das britische Volk den Mut besitzen werde, ernststen deutschen Bombenangriffen standzuhalten, und er nehme an, dass sie nach einigen schweren Luftangriffen kapitulieren werden.

Bullitt war so bestürzt, dass er zu Darlan bemerkte,

er scheine diese Aussicht wohl mit beträchtlichem Vergnügen zu betrachten... Darlan bestritt diese Bemerkung nicht, sondern lächelte.

Darlan hasste die Briten jedoch nicht nur, sondern war dem «perfiden Albion» gegenüber von tiefstem Misstrauen erfüllt.

Unter keinen Umständen (erklärte er Bullitt) werde er die Flotte nach England schicken, da er sicher sei, dass die Engländer niemals auch nur ein einziges Schiff an Frankreich zurückgeben würden, und falls Grossbritannien den Krieg gewinnen sollte, werde die Behandlung, die es Frankreich zuteil werden lasse, nicht grossherziger sein als die von Deutschland gewährte Behandlung.

Diese «Behandlung» durch Deutschland, so schloss Darlan, werde wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass Hitler Frankreich «zu seinem führenden Vasallenstaat mache. Frankreich könne im Augenblick nichts anderes tun, als sich mit einer solchen Stellung abzufinden.» Zum Abschied billigte er schliesslich noch den Wunsch Pétains, Weygands und Lavals, Frankreich von der verhassten Republik zu befreien.

Das gesamte System der parlamentarischen Regierung in Frankreich sei verrottet (erklärte er Bullitt)... Es sei ein vollständiger Wandel in der französischen Lebensauffassung nötig.

Als der entsetzte Botschafter aufstand, um sich zu verabschieden, teilte Darlan ihm mit, man habe ihn soeben «von massgeblicher Seite verständigt, dass deutsche Truppen bereits die spanische Grenze überschritten hätten» – eine Feststellung, die völlig aus der Luft gegriffen war, wie der spanische Botschafter Lequerica einige Minuten später Bullitt mitteilte.

Nachdem er kurz mit General Weygand und einigen der weniger bedeutenden Kabinettsminister gesprochen hatte – anscheinend suchte er die neue Schlüsselfigur Laval nicht auf –, begab sich Bullitt zu Camille Chautemps. Dieser war zwar noch Stellvertretender Ministerpräsident, aber er wusste, dass seine Tage gezählt waren. Er hatte Baudouin um den Botschafterposten in Washington ersucht, der anfänglich Reynaud angeboten worden war. Chautemps erklärte dem Botschafter, er werde «von Laval beiseite geschoben». Er berichtete ihm ausserdem, was die herrschende Clique zu tun beschlossen hatte.

Er sagte, Pétain, Weygand und Laval beabsichtigten, die Verfassung abzuschaffen und einen halbdiktatorischen Staat einzuführen ... Pétain, Weygand und Laval seien sämtlich überzeugt, wenn vor dem Friedensschluss in Frankreich eine Diktatur dieser Art eingeführt werde, würde Frankreich wesentlich bessere Bedingungen erhalten als unter einem parlamentarischen Regime.

Die Regierung hatte sich mithin nicht nur damit abgefunden, sich Hitler zu unterwerfen, sondern glaubte auch, mit einer Nachahmung seines totalitären Regimes so viel Gunst bei ihm zu erlangen, dass er mit den Franzosen sanft verfahren werde. Sodann konnte er seinem Zorn auf die Briten die Zügel schiessen lassen.

Das waren die – dem amerikanischen Botschafter in ihrer ganzen Nacktheit enthüllten – Gedanken und Überlegungen jener Männer, die jetzt dieses grosse Land regierten – in dem von Hitler gewährten Ausmass. Am selben Tag, dem 1. Juli, verliess die Regierung Clermont-Ferrand, da es ihr mangels technischer Anlagen einfach nicht möglich war, den Regierungsapparat in Gang zu bringen, und übersiedelte in den Badeort Vichy, wo die grossen Fremdenhotels reichlich Unterkunft boten. Baudouin schreibt, er habe den Marschall gedrängt, die Regierung nach Lyon zu verlegen, nach Paris der grössten Stadt Frankreichs, «wo die Regierung nicht isoliert wäre». Pétain wollte davon nichts hören. Er erklärte, er wünsche «keinerlei Berührung» mit dem Bürgermeister von Lyon zu haben – keinem anderen als Edouard Herriot, dem angesehenen Vorsitzenden der Deputiertenkammer.

So war es die abgeschiedene Unwirklichkeit des B? jortes Vichy, in der das Begräbnis der Dritten Republik stattfinden sollte. Vichy, berühmt wegen seines heilkräftigen Quellwassers, das in ganz Frankreich getrunken wurde, war ein beliebter Kuraufenthalt

der Wohlhabenden und Reichen mit zahllosen Luxushotels, deren reguläre Gäste jetzt eiligst hinausgesetzt wurden, um für die Notablen Platz zu schaffen. Botschafter Bullitt selbst hatte nicht das Herz, sich hinzubegeben und Augenzeuge zu sein. Er blieb einige Kilometer entfernt in La Bourboule.

Mehrere wackere Verteidiger der Republik, die vielleicht in der Lage gewesen wären, den Machenschaften Lavals entgegenzuwirken, konnten nicht nach Vichy gelangen. Sie wurden von der Regierung Pétain gewaltsam in Nordafrika festgehalten. Es waren dies jene unseligen Parlamentsabgeordneten, die sich in Bordeaux mit dem Segen des Marschalls und Darlans auf der «Massilia» eingeschifft hatten und am Morgen des 24. Juni in Casablanca in Marokko eintrafen. Unter ihnen befanden sich so altgediente republikanische Minister wie Mandel, Daladier, Campinchi und Delbos. Die französischen Behörden bereiteten ihnen einen kühlen Empfang. Sie wurden unter Polizeiaufsicht gestellt und mehrere Tage lang auf ihrem Dampfer interniert, der weit draussen im Hafen vor Anker ging. Mandel wurde verhaftet, weil er versucht hatte, sich mit dem britischen Generalkonsul in Verbindung zu setzen.

Die britischen Konsuln in Marokko, Algerien und Tunesien waren nicht untätig geblieben. Sie hatten sich bemüht, die französischen Behörden zu bewegen, sich von Bordeaux zu trennen, eine selbständige Regierung in Nordafrika einzurichten und den Krieg fortzusetzen. In diesem Falle versprachen sie ihnen Waffen und Flugzeuge. Als Churchill erfuhr, dass die «Massilia» mit einer Gruppe Parlamentsabgeordneter, die anscheinend entschlossen war, dort die Führung des Widerstands zu übernehmen, in Marokko eingelaufen war, entsandte er eiligst Lord Gort und Informationsminister Duff Cooper nach Rabat, der Hauptstadt Marokkos, um sie zu ermutigen und ihnen jede nur mögliche britische Hilfe zu versprechen. Die beiden Abgesandten wurden in Rabat sehr frostig begrüsst, man verbot ihnen, sich mit Mandel oder irgendeinem der anderen in Verbindung zu setzen, und nachdem man sie genötigt hatte, die Nacht in ihrem Flugzeug zu verbringen, wurden sie von den französischen Behörden nach England zurückexpediert*.

Die hinters Licht geführten Parlamentsabgeordneten, die vom Sender Bordeaux als Verräter gebrandmarkt wurden, weil sie aus der Heimat «geflohen» seien, appellierten an die Regierung zuerst in Bordeaux und später in Vichy, sie solle sie nach Frankreich zurückschaffen. Als sie erfuhren, dass die Nationalversammlung für den 10. Juli nach Vichy einberufen worden war, verlangten sie Transportmittel, um sie rechtzeitig zurückzubringen, damit sie an den Beratungen teilnehmen konnten. Dieses Ersuchen wurde abgelehnt, und sie wurden bis nach der Sitzung in Algerien festgehalten. Schliesslich wurde allen ausser Mandel die Heimkehr gestattet, aber sie wurden noch mehrere Wochen lang in Marseille festgehalten. Mandel, der im Juli von einem Militärgericht in Meknes freigesprochen worden war**, wurde neuerlich verhaftet, nach Frankreich zurück

* Churchill schreibt, er habe am 1. Juli der Admiralität Weisung erteilt, «man solle versuchen, sich der ‚Massilia‘ zu bemächtigen und die Männer an Bord zu befreien». Aber da das Schiff in Reichweite der Küstenbatterien von Casablanca lag, musste der Versuch aufgegeben werden¹.

** Oberst Loireau, der Vorsitzende Richter, wurde unverzüglich von Vichy seines Amtes enthoben und aus dem Heer verabschiedet.

gebracht, dort ins Gefängnis geworfen, sodann den Deutschen ausgeliefert und, wie bereits erwähnt, nach zwei Jahren in einem deutschen Konzentrationslager den Franzosen wieder übergeben und von Pétains Miliz, die mit der Gestapo unter einer Decke steckte, ermordet.

Mandel war Jude, und seine erste Verhaftung in Bordeaux, keine vierundzwanzig Stunden nach Pétains Regierungsantritt, hatte sogleich das Ausmass des Antisemitismus in dem neuen französischen Regime erkennen lassen. Schon sehr bald bemühte sich das Regime, dem Antisemitismus Hitlers nachzueifern. Der Abgeordnete und vormalige Minister Jean Zay und der Abgeordnete Mendes-France, beide Passagiere der «Massilia», waren ebenfalls Juden. Sie wurden in Nordafrika verhaftet und, da sie Soldaten waren, unter Anklage der Fahnenflucht vor dem Feind vor ein Militärgericht gestellt. Zay wurde zu Deportation und Aberkennung der Staatsbürgerschaft verurteilt und in Riom ins Gefängnis geworfen, wo sich ihm bald Léon Blum, ebenfalls Jude, Reynaud, Daladier und General Gamelin zugesellten. Zay wurde am 21. Juli 1944, ebenso wie Mandel, von der Miliz der Regierung Pétain ermordet. Mendes-France, der zu jener Zeit weniger prominent war, erhielt sechs Jahre Gefängnis, konnte aber entkommen und stellte sich de Gaulle in London zur Verfügung.

Das Schicksal der «Massilia» und ihrer Parlamentsabgeordneten, von denen viele in den republikanischen Regierungen zwischen den Kriegen führende Rollen gespielt hatten, ist nur eine Fussnote im Buch der Geschichte. Aber es bezeugt die schäbigen und niederträchtigen Anfänge der neuen französischen Regierung, die jetzt in den Händen von vier Männern lag: Pétain, Weygand, Darlan und Laval. Was sich nun in den ersten zehn Tagen des Juli in Vichy abspielte, konnte die wenigen, die das neue Regime richtig eingeschätzt hatten, nicht sonderlich überraschen. In diesem letzten und betrüblichsten Kapitel der Geschichte der Dritten Republik wucherten Rechtskniffe, Übertölpelung und jede nur vorstellbare Art der Täuschung, eng verknüpft mit Angst, Feigheit und Niedertracht und hatten unausweichliche Folgen.

Am neuen Sitz der Regierung in Vichy setzte Pierre Laval unverzüglich sein hervorragendes Intrigantentalent ein, um die Republik unter die Erde zu bringen und durch die Diktatur des alten Marschalls zu ersetzen, hinter dessen Rücken er selbst in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den deutschen Eroberern und in Feindschaft mit dem britischen Verbündeten, den er hasste, das, was von Frankreich noch übrig war, zu regieren gedachte. Er wurde von Stunde zu Stunde kühner, schmeichelte und beschwatzte einen Augenblick, drohte im nächsten, scheute, wenn nötig, nicht vor den gemeinsten Tricks zurück und gewann so Schritt für Schritt die Deputierten und Senatoren dafür, mit ihrer Stimmabgabe sich selbst, das Parlament und die ganze Republik aus der Welt zu schaffen. Unermessliche Hilfe leistete ihm hierbei am 3. Juli, drei Tage nach dem Eintreffen der Regierung in Vichy, ein plötzlicher, heftiger kriegerischer Akt der Engländer gegen die Franzosen. Es war – für die Alliierten – das beklagenswerteste Ereignis des zweiten Weltkrieges, das mit der ganzen nackten Unausweichlichkeit der griechischen Tragödie herannahte und seinem schrecklichen Höhepunkt entgegentrieb.

3. Juli 1940: Der britische Flottenangriff auf Mers-el-Kébir

Ende Juni traf die britische Regierung, die trotz Hitlers Versprechungen, denen sie nicht einen Augenblick lang Glauben schenkte, weiterhin befürchtete, die französische Flotte werde voll bewaffnet in deutsche Hände übergehen und gegen das belagerte Grossbritannien eingesetzt werden, einen, wie Churchill sagte, «höchst widerwärtigen Beschluss, der unnatürlichste und schmerzliche, den ich je zu fassen hatte».

Dieser Beschluss wurde am 27. Juni vom Kriegskabinett gefasst, das in der Folge, wie Churchill versichert, nicht einen Augenblick mehr zauderte oder schwankte, wiewohl die Admiräle, die den Beschluss durchzuführen hatten, sehr wohl zögerten. Er sah die Wegnahme, Kontrolle oder Unbrauchbarmachung beziehungsweise Vernichtung aller Einheiten der französischen Flotte vor, deren die Briten habhaft werden konnten. Der Deckname hierfür lautete *Operation Catapult*. Sie sollte am 3. Juli einsetzen und abgeschlossen werden.

Anfang Juli befanden sich die meisten grossen Kriegsschiffe der französischen Flotte noch in Reichweite der Briten. In den Heimathäfen Plymouth und Portsmouth lagen zwei französische Schlachtschiffe, vier leichte Kreuzer, acht Zerstörer, mehrere U-Boote, darunter die «Surcouf», das grösste Unterseeboot der Welt, und zweihundert kleinere Fahrzeuge. Die meisten von ihnen hatten in England Zuflucht gesucht, als das deutsche Heer die Kanalküste hinab und durch die Bretagne fegte. Weiterhin befand sich im britischen Flottenstützpunkt Alexandria in Ägypten ein französisches Geschwader, bestehend aus einem Schlachtschiff, vier Kreuzern (darunter drei modernen mit 21-cm-Geschützen), drei Zerstörern, einem U-Boot und kleineren Einheiten. Die Elite der französischen Kriegsflotte lag in Algerien, nahe bei Gibraltar. Die mächtige Atlantikflotte hatte sich von ihren Stützpunkten in der Bretagne nach Oran und dem benachbarten Kriegshafen Mers-el-Kébir verlegt. Sie bestand aus zwei Schlachtschiffen, zwei modernen Schlachtkreuzern, der «Dunkerque» und der «Strasbourg», die den deutschen Schlachtkreuzern «Scharnhorst» und «Gneisenau» überlegen waren und eigens gebaut worden waren, um sie in Schach zu halten, vier leichten Kreuzern, mehreren Zerstörern und kleineren Einheiten. In Oran befanden sich sieben Kreuzer, davon vier mit 21-cm-Geschützen.

Falls die Engländer alle diese Kriegsschiffe entweder wegnehmen oder kampfunfähig machen konnten, würde es ihnen möglich sein, ihre lebenswichtigen Schifffahrtswege im Mittelmeer und dem Atlantik weiter offen zu halten und ihre Insel gegen die unterlegenen Seestreitkräfte Deutschlands und Italiens zu verteidigen. Wurde jedoch die französische Flotte den Flotten der Achsenmächte hinzugefügt, so waren die britischen Aussichten auf Überleben trübe. «Das Dasein des Staates und das Heil unserer Sache standen auf dem Spiel», sagt Churchill. Auf seine Veranlassung gab die Admiralität am 1. Juli um 2 Uhr 25 morgens den unzweideutigen Befehl: «*Halten Sie sich bereit für ‚Catapult‘ am 3. Juli.*»

Admiral Sir Andrew Cunningham, der britische Befehlshaber in Alexandria, der mit dem französischen Kommandeur Admiral René Godfroy in bestem Einvernehmen stand,

protestierte gegen das Unternehmen in seinem Hafen. Er teilte London per Funkspruch mit, er sei überzeugt, dass die Franzosen in Alexandria ihre Schiffe niemals den Deutschen ausliefern würden; wenn man sie angreife, bringe man die Franzosen in Syrien und Afrika gegen die Briten auf; und wenn man Gewalt an wende, könnten die Folgen verhängnisvoll sein. Vizeadmiral Sir James Somerville sandte aus Gibraltar einen ähnlichen Protest nach London. Er befahl den sogenannten «Verband H», der aus dem Schlachtkreuzer «Hood», dem schwersten Kriegsschiff der britischen Flotte, den Schlachtschiffen «Valiant» und «Resolution», dem Flugzeugträger «Ark Royal», zwei Kreuzern und elf Zerstörern bestand. Diese Flotte würde die wichtigste der Operationen – nämlich die in Mers-el-Kébir – durchzuführen haben. Einer von Somervilles Offizieren war Kapitän zur See Holland, vormaliger britischer Marineattaché in Paris und bis vor kurzem noch Hauptverbindungsoffizier im Hauptquartier Admiral Darlans, ein Mann, der die Franzosen gut kannte, sie gern hatte, fließend Französisch sprach und seinerseits bei ihnen geachtet war. Somerville beriet mit Holland und anderen Offizieren. Alle waren gegen das geplante Unternehmen. Der Admiral funkte folglich nach London:

Nach Besprechung mit Holland und andern ist Vizeadmiral «Verband H» von ihrer Ansicht beeindruckt, dass Gewaltanwendung um jeden Preis vermieden werden sollte. Holland meint, Offensivaktion unsererseits würde uns alle Franzosen, wo sie auch seien, entfremden.

Aber Churchill war unnachgiebig. Er sagt, er sei überzeugt gewesen, dass «keine Tat für das Leben Englands je notwendiger war». Auf seine Veranlassung antwortete die Admiralität Somerville kurz angebunden:

Fester Entschluss der Regierung, dass die Franzosen vernichtet werden müssen, falls sie keinen Ihrer Vorschläge annehmen.

Welche Vorschläge? Der Admiral empfing die Mitteilung am Abend des 1. Juli. Kurz nach Mitternacht ging der Text des Ultimatums, das er am 3. Juli dem französischen Befehlshaber in Mers-el-Kébir, Admiral Marcel-Bruno Gensoul, zu überreichen hatte, durch Funkspruch bei ihm ein. Er erfuhr nunmehr die Vorschläge, die der französischen Flotte unterbreitet werden sollten, und was er selbst zu tun hatte, falls nicht der eine oder andere von ihnen rasch akzeptiert wurde. Auch alle anderen britischen Admiräle in Alexandria, Plymouth und Portsmouth wussten, was sie am Morgen des 3. Juli zu tun hatten, und es blieb ihnen in der Kehle stecken.

Churchill, der eine besonders enge Beziehung zur Flotte besass – er war zu Beginn des ersten Weltkrieges und während der ersten neun Monate des zweiten Weltkrieges Marineminister gewesen –, hatte durchaus Verständnis für die Gefühle seiner Admiräle, aber er verlangte entschlossen, dass sie seine Befehle ausführten, wie sehr sie ihnen auch zuwider sein mochten. Um 22 Uhr 55 am 2. Juli ersuchte er die Admiralität, Admiral

Somerville, dem von allen die schwierigste Aufgabe zufiel, folgenden Funkspruch zu senden:

Wir haben Sie mit einer der peinlichsten und schwierigsten Aufgaben betraut, die je einem englischen Admiral gestellt war, aber wir haben volles Vertrauen zu Ihnen und verlassen uns darauf, dass Sie sie unerbittlich durchführen werden.

Die Aufgabe wurde am frühen Morgen des 3. Juli und während so vieler Stunden, wie nötig waren, durchgeführt, und zwar – unerbittlich. In den britischen Heimathäfen Plymouth und Portsmouth lief das Unernehmen rasch und reibungslos ab, wenngleich die Franzosen sich auch beklagten, ihr Verbündeter gehe reichlich brutal vor. Admiral Cayol, der Kommandeur des französischen Geschwaders in Plymouth, hatte gewittert, was in der Luft lag, und am 1. Juli seinen Schiffsbesatzungen Befehl erteilt, sich bereit zu halten, ihre Schiffe zu versenken, falls «eine ausländische Truppe» versuchen sollte, sich ihrer zu bemächtigen. Er erklärte seinen Leuten: «England ist nicht mehr unser Verbündeter, sondern unser Ex-Verbündeter.»

Dessenungeachtet wurden die französischen Besatzungen überrumpelt, als bewaffnete britische Patrouillen um 3 Uhr 45 morgens, kurz vor Tagesanbruch, ihre Schiffe enternten, die Wachen überwältigten, die Schiffe in Besitz nahmen und die schlaftrunkenen Mannschaften an Land beorderten. Nur auf dem riesigen Unterseeboot «Surcouf» kam es zu einem Handgemenge, bei dem ein britischer und ein französischer Matrose getötet und drei Engländer verletzt wurden. Binnen einer Stunde befanden sich sämtliche französischen Kriegsschiffe in den Häfen der britischen Inseln fest in den Händen der britischen Flotte, und am Ende des Tages waren ihre Besatzungen an Land und einstweilen interniert. Man liess ihnen die Wahl, sich entweder General de Gaulles Freien Französischen Streitkräften anzuschliessen oder heimgeschickt zu werden. Nicht sehr viele scharten sich um den General. Trotz eines Appells Vizeadmiral Museliers, den de Gaulle eiligst zum Kommandeur seiner Flotteneinheiten ernannt hatte, meldeten sich nur etwa 900 Mann, von denen nur wenige Offiziere waren. Alle übrigen, insgesamt rund 19'000 Mann, entschieden sich für die Rückführung ins deutsch besetzte Frankreich. Die französischen Matrosen hatten ebenso wie die französischen Soldaten und Zivilisten keine Lust mehr zum Krieg. Die Aufrufe de Gaulles, den die meisten Schiffsbesatzungen als Rebellen, ja sogar als Landesverräter missbilligten, blieben fruchtlos.

In Alexandria verhinderten die Hochachtung, die Admiral Cunningham und Admiral Godfroy füreinander hegten, und ihr kühler Kopf ein Massaker, zu dem es bestimmt gekommen wäre, wenn die beiden Flotten aufeinander gefeuert hätten. Beide Kommandeure weigerten sich, ihre Befehle dem Buchstaben getreu auszuführen. Godfroy hatte von seinem Marineministerium Befehl erhalten, sich aus dem Hafen herauszukämpfen, und lehnte ab. Er konnte sich nicht dazu überwinden, die Abschachtung seiner Besatzungen zu riskieren oder den Briten schwere Verluste zuzufügen. Cunningham empfand das gleiche. Er teilte Godfroy mit:

Wir wollen Ihre Schiffe nicht versenken. Wozu in Kampfhandlungen nutzlos Menschenleben opfern? Wir bedauern das, was geschehen ist, ebenso aufrichtig wie Sie.

Er verlangte lediglich, dass die französischen Kriegsschiffe ihren Treibstoff ausbunkerten, so dass sie nicht auslaufen konnten, und wichtige Geschützteile abmontierten, so dass sie nicht feuern konnten. Den Besatzungen versprach er Rückführung nach Frankreich. Nach Verhandlungen, die den ganzen Tag und die Nacht hindurch bis zum nächsten Morgen währten, nahm Godfroy den Vorschlag an. «Admiral Cunningham», sagte er später, «verhielt sich durchweg wie ein *Gentleman*» – er benutzte das englische Wort. «Ich hatte den Eindruck, dass er sich keinen Illusionen über die abscheuliche Rolle hingab, die er zu spielen gezwungen war und dass er einen der ärgsten Augenblicke seiner Laufbahn durchlebte.»

In Mers-el-Kébir nahmen die Ereignisse einen entgegengesetzten Verlauf. Hier handelte es sich, im Unterschied zu Alexandria, um einen französischen Flottenstützpunkt, und als Admiral Somervilles mächtiger «Verband H» am 3. Juli gegen 9 Uhr morgens am Horizont auftauchte, beschloss Admiral Gensoul, der französische Befehlshaber, sofort, sich, wenn nötig, zu verteidigen, obwohl er anfänglich nicht glauben konnte, dass ein britisches Geschwader feindselige Absichten haben könne. Er hatte von Admiral Darlan Befehl erhalten, «keinerlei Beziehungen zu den Briten zu unterhalten», und als Kapitän Holland mit dem Zerstörer «Foxhound» am Kai eintraf und ihn zu sprechen verlangte, weigerte sich Gensoul. Er schickte einen Leutnant auf den Zerstörer, um sich zu erkundigen, was die britische Flotte hier zu suchen habe. Er erfuhr es alsbald und war völlig konsterniert. Holland hatte ein schriftliches Ultimatum von ungewöhnlicher Länge mitgebracht – Churchill sagt, es sei «mit grosser Sorgfalt verfasst» worden –, das vorab erklärte:

Es ist uns, die wir bis heute eure Waffengefährten gewesen sind, unmöglich, zu gestatten, dass eure prächtigen Schiffe in die Hände der Deutschen oder Italiener fallen ... Wir müssen die Gewissheit haben, dass unser gemeinsamer Feind nicht in der Lage ist, (sie)... gegen uns zu verwenden ...

In dem Ultimatum wurde gesagt, dass nach dem Sieg Frankreich und die französische Flotte völlig wiederhergestellt werden würden. Es bot der französischen Flotte sodann folgende Alternativen:

- a) *Sie fahren mit uns und setzen den Kampf bis zum Sieg über die Deutschen und Italiener fort.*
- b) *Sie laufen unter unserer Kontrolle mit verringerter Besatzung einen englischen Hafen an ...*
- c) *Sie führen sie mit uns... in irgendeinen französischen Hafen in Westindien – Martinique, zum Beispiel... oder vielleicht nach den Vereinigten Staaten ...*

Falls Sie diese Vorschläge zurückweisen, so muss ich Sie zu meinem tiefen Bedauern auffordern, Ihre Schiffe binnen sechs Stunden zu versenken. Falls dies nicht geschieht, habe ich den Befehl... jede sich als notwendig erweisende Gewalt anzuwenden, um zu verhindern, dass Ihre Schiffe in deutsche oder italienische Hand fallen.

Admiral Gensoul teilte der französischen Admiralität unverzüglich durch Funkspruch mit, dass ein britischer Flottenverband, bestehend aus drei Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger und Kreuzern und Zerstörern, aufgetaucht sei und ihm ein Ultimatum gestellt habe: *«Versenkt eure Schiffe binnen sechs Stunden, oder wir werden Gewalt anwenden, um euch dazu zu zwingen. Meine Antwort: Auf Gewalt werden wir mit Gewalt erwidern.»*

Der Admiral erwähnte die drei Alternativen, die die Briten angeboten hatten, überhaupt nicht, und wegen dieser Unterlassung wurden ihm später – sogar von der Vichy-Regierung – Vorwürfe gemacht, und zwar besonders, weil er die dritte Bedingung nicht angeführt hatte, die es der Flotte gestattete, nach einem französischen Hafen in Westindien auszulaufen. Admiral Gensoul wurde sowohl im Prozess gegen Baudouin wie bei einer Vernehmung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefragt, warum er es verabsäumt habe, die Admiralität und die Regierung von den drei Möglichkeiten und vor allem von der letzten zu unterrichten. Er antwortete, er habe in jenem Augenblick eine Menge zu tun gehabt, und die Verbindung mit der Admiralität sei an diesem Tage schwierig gewesen, da ihre Büros sich gerade im Umzug befanden. Aus diesem Grund habe er seine Mitteilung kurzgefasst und nur eine knappe Zusammenfassung gegeben. Kurz und knapp gewiss, aber auch irreführend, obwohl es am Ende wahrscheinlich keinen grossen Unterschied bedeutet hätte. Weder die französische Regierung noch die Admiralität oder Admiral Gensoul waren bereit, von dem «Ex-Verbündeten» wie sie ihn nannten, ein Ultimatum anzunehmen.

Admiral Gensoul lieferte noch eine weitere Erklärung, warum er anfänglich auf eigene Faust und sodann mit Billigung der Admiralität die britischen Forderungen zurückgewiesen hatte. «Mir war klar», sagte er vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, «dass, wenn ich sie annahm, dies einen Bruch des Waffenstillstandsabkommens darstellen würde.» Den Franzosen ging es jetzt mehr darum, bezüglich des Waffenstillstandes den Deutschen gegenüber ihr Wort zu halten als beim Abschluss des Waffenstillstandes den Engländern.

«Aber Sie hätten doch Ihre Schiffe retten können!» rief Michel Clemenceau dem Admiral während seines Verhörs zu, und zwar, wenn er sie in westindische, französische Häfen überführt hätte. Aber weder die Admiräle noch die Generäle, noch die Regierung Pétain dachten auch nur daran, dass es, falls die Deutschen eines Tages ihr Wort bezüglich des Waffenstillstandes brechen sollten, der Befreiung Frankreichs dienlich wäre, so viele Kriegsschiffe wie nur möglich zur Verfügung zu haben, um sie gegen sie einzusetzen. Das einzige, was ihnen für diesen Fall einfiel, war die Selbstversenkung, womit sie nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich ihre Verwendung vorenthielten.

Nachdem Admiral Gensoul seine Admiralität verständigt hatte, antwortete er den Engländern. Er versicherte ihnen, dass kein französisches Kriegsschiff den Deutschen oder Italienern «intakt» in die Hände fallen werde, dass er das Ultimatum nicht akzeptieren könne und dass er «Gewalt mit Gewalt beantworten» werde. Er befahl seinen eigenen Schiffen, sich gefechtsklar zu machen. Sie befanden sich in unvorteilhafter Position, um zurückzufeuern. Die grossen Schlachtschiffe lagen dicht beieinander hinter einer Mole vertäut und bildeten ein perfektes Ziel. Ihre vorderen Geschütze waren aufs Ufer gerichtet. Ansteigendes Gelände zwischen ihnen und dem Meer erschwerte es sogar den rückwärtigen Geschützen, auf die britischen Schiffe zu feuern. Ausserdem hatte der Admiral bereits die ersten Massnahmen zur Ausserdienststellung seiner Schiffe ergriffen. Der Dampfdruck in den Kesseln war niedrig, einige Geschützteile waren bereits abmontiert, die Hälfte der Besatzungen befand sich auf Landurlaub und sollte dann heimgeschickt werden. Die Leute wurden eiligst wieder zusammengetrommelt, die Kessel angeheizt, die fehlenden Teile der Geschütze wieder montiert.

Inzwischen versuchte Admiral Gensoul, wie er zugibt, Zeit zu gewinnen. Von der französischen Admiralität erfolgte stundenlang keine Antwort. Aber er meinte, das mächtige Kreuzergeschwader im nahen Oran oder vielleicht auch andere Schiffe im Mittelmeer müssten seinen Funkspruch aufgefangen haben und würden ihm zu Hilfe eilen. Und die französische Luftwaffe, die mit Hunderten von neuen, in den letzten Tagen über das Mittelmeer geschafften Flugzeugen zur Hand war, würde ihm bestimmt helfen. Der Flugzeugträger «Ark Royal» war gegen Bombenflugzeuge, die von Landstützpunkten aus operierten, schlecht geschützt.

Keine dieser Hilfskräfte trat in Erscheinung, obwohl Gensoul am Spätnachmittag einen Funkspruch von der Admiralität erhielt, der ihn anwies, den Briten mitzuteilen,

dass Darlan allen französischen Streitkräften im Mittelmeer Befehl erteilt hat, unverzüglich zu Ihnen zu stossen... Rufen Sie, wenn nötig, alle Unterseeboote und Flugzeuge herbei.

Der Funkspruch fügte hinzu, die Waffenstillstandskommission werde «verständigt». Angesichts der britischen Drohung wandten die Franzosen sich an die Deutschen. General Huntziger teilte um 17 Uhr an diesem Tag der deutschen Waffenstillstandskommission schriftlich das britische Ultimatum von Mers-el-Kébir mit und erklärte, die französische Flotte und Luftflotte in Nordafrika habe Befehl erhalten, den Briten mit Gewalt zu antworten. General Huntziger liess es an Unterwürfigkeit gegenüber den Deutschen nicht fehlen. Im deutschen Protokoll heisst es:

Er erklärte General von Stülpnagel, die französische Regierung habe jetzt erkannt, dass sie durch Erteilung ihrer Befehle über den Rahmen des Waffenstillstandsabkommens hinausgegangen sei. Sie hoffe jedoch, die deutsche Regierung werde Verständnis dafür haben, dass sie um ihr Leben kämpfe⁸.

Verständnis haben! Die Deutschen waren hochofrend, dass die Franzosen, die nicht mehr gegen sie kämpften, jetzt den Kampf gegen ihren alten Verbündeten aufgenommen hatten. Hitler antwortete General Huntziger persönlich am nächsten Tag und teilte ihm mit, die Bestimmungen des Waffenstillstandes über die Entwaffnung der französischen Flotte und Luftflotte seien, was Nordafrika betreffe, zeitweilig ausser Kraft gesetzt, damit sie zur Abwehr «ungerechtfertigter und ehrloser Angriffshandlungen seitens anderer Mächte» verwendet werden könnten⁹.

Es ist immerhin interessant, dass die französischen Behörden es für nötig hielten, deutsche Erlaubnis und Billigung dafür einzuholen, britische Angriffe mit Gewalt zu beantworten. Wie dem auch sei, die Erlaubnis traf zu spät ein.

Admiral Gensoul hatte, um Zeit zu gewinnen, den ganzen Tag lang mit den Briten in Mers-el-Kébir unterhandelt. Obwohl die französische Admiralität seinen Funkspruch am Morgen mit dem kurzen Befehl «Hören Sie auf, mit dem Feind zu sprechen», beantwortet hatte, hatte er doch weiter mit Admiral Somerville Funksprüche gewechselt. Dann hatte er um 14 Uhr 30, eineinhalb Stunden vor Ablauf des britischen Ultimatum, Somerville mitgeteilt, dass er schliesslich und endlich doch bereit sei, Kapitän Holland, den er persönlich gut kannte, zu empfangen. Der Kapitän traf um 15 Uhr an Bord der «Dunkerque», Gensouls Flaggschiff, ein, und dem Admiral fiel auf, dass er als einziges Ehrenzeichen auf seinem weissen Uniformrock das rote Band der Ehrenlegion trug. Die beiden Männer verhandelten in der Kabine des Admirals hin und her. Die Hitze in dem Raum war drückend, und beide waren davon in Schweiss gebadet – vielleicht auch von der betrüblichen Sackgasse, in der sie sich befanden. Gensoul erklärte beharrlich, es seien Massnahmen getroffen, um dafür zu sorgen, dass kein französisches Kriegsschiff intakt in deutsche oder italienische Hände gelangte. Er zeigte Holland Admiral Darlans geheime Weisung vom 24. Juni, die Selbstversenkung vorschrieb, falls der Feind versuchte, sich irgendeines Schiffes zu bemächtigen. Darüber hinaus erbot er sich, seine Schiffe zu entwaffnen, und gab sein persönliches Ehrenwort, dass er im Fall der Bedrohung sie nach Westindien fahren werde. Holland meldete dies per Funkspruch zurück zur «Hood» und fügte hinzu: «Dies ist nicht ganz unser Vorschlag. Kann nicht mehr erreichen.» Als der Kapitän sich verabschiedete, wurde dem französischen Admiral ein Funkspruch von Somerville übergeben:

Falls nicht einer unserer Vorschläge bis 17 Uhr 30 britische Sommerzeit angenommen wird, werde ich Ihre Schiffe versenken müssen.*

Gensoul reichte Holland wortlos die Mitteilung. Holland warf schweigend einen Blick darauf und verabschiedete sich dann. Er verbarg nicht, wie erbärmlich ihm zumute war.

In der Admiralität in London verfolgte Churchill ungeduldig die eingehenden Funk-

Eine Stunde später als nach französischer Zeit.

sprache von der «Hood». «Den Gewissenskonflikt des Admirals (Somerville) und seiner Kapitäne», berichtete er später, «konnten wir deutlich aus den Mitteilungen herausfühlen.» Er erkannte, dass nur noch direkte Befehle sie dazu bringen würde, das Feuer zu eröffnen. Ein solcher Befehl ging um 18 Uhr 26 hinaus.

Französische Schiffe müssen sich vor Dunkelheit unseren Bedingungen fügen oder sich selbst versenken oder von Ihnen versenkt werden.

Aber Admiral Somerville handelte bereits. Um 17 Uhr 54 eröffnete die britische Flotte, die draussen vor dem Hafen hinter einem von den Zerstörern gelegten Rauchschuttschleier lag, mit ihren schweren Geschützen das Feuer auf die hilflosen französischen Kriegsschiffe. Flugzeuge von der «Ark Royal» stiegen auf und beteiligten sich an dem Gemetzel mit ihren Bomben. In einer Viertelstunde war der ungleiche Kampf vorüber. Das französische Schlachtschiff «Bretagne» explodierte und sank. Das Schlachtschiff «Provence» und der Schlachtkreuzer «Dunkerque», die schwer beschädigt waren, wurden auf den Strand gesetzt. Der Schlachtkreuzer «Strasbourg» entkam und schlug sich, obwohl durch mehrere Salven und spätere Angriffe britischer Flugzeuge und Zerstörer beschädigt, kampfunfähig nach Toulon durch.

Die britischen Schiffe erlitten nur geringfügigen Schaden und hatten kaum Verluste an Menschenleben. Die Franzosen verloren drei Grosskampfschiffe und zahlreiche kleinere Schiffe. 1'297 französische Matrosen wurden getötet und 341 verwundet. Die Briten hatten im Verlauf dieses einen Sommertages den Grossteil der französischen Kriegsflotte in Besitz genommen oder vernichtet. Sie konnte jetzt nicht mehr verwendet werden, um zum Sieg über die Briten beizutragen. Als Churchill sich am folgenden Tag, dem 4. Juli, «mit tiefer Betrübnis» im Unterhaus erhob, um die Einzelheiten der Tragödie zu schildern und das Geschehnis mit der Begründung zu verteidigen, dass es für den Fortbestand Grossbritanniens notwendig gewesen sei, hörten die Abgeordneten ihm schweigend zu und erhoben sich, als er geendet hatte, von ihren Sitzen und zollten ihm lauten Beifall. So schmerzlich ein solches Vorgehen gegen einen alten Verbündeten auch war, wirkte es auf das britische Volk, das jetzt den Deutschen allein gegenüberstand, doch irgendwie wie eine Belebungspritze. Churchill vermerkte später, wie sehr die rasche Flottenaktion vom 3. Juli seine Landsleute zusammengerissen und die Welt beeindruckt hatte:

Da war dieses England, das so viele schon für erledigt gehalten hatten, von dem viele Ausländer meinten, es bebe am Rande der Kapitulation... und nun führte es einen rücksichtslosen Schlag gegen den besten Freund von gestern ... Die Welt konnte nicht mehr daran zweifeln, dass das englische Kriegskabinett vor nichts zurückschrak und vor nichts haltmachen würde.

Den Franzosen wäre eine solche britische Rücksichtslosigkeit willkommen gewesen, wenn sie gegen die Deutschen losgebrochen wäre, bevor Frankreich niedergeworfen

wurde. Den Kämpfen in Nordfrankreich und vorher in Norwegen, so schien es ihnen, hatte recht wenig britische Rücksichtslosigkeit innegewohnt. Die französischen Militärs, die Regierung, das Volk waren von der Nachricht von Mers-el-Kébir zuerst wie vor den Kopf geschlagen, dann gerieten sie in wilden Zorn und schliesslich in tiefe Empörung darüber, dass ein Verbündeter oder Ex-Verbündeter eine solch fluchwürdige Tat gegen sie begehen konnte. «Monsieur Winston Churchill», schrieb François Mauriac in Le Figaro, «hat gegen England – auf wie viele Jahre hinaus? – ein einmütiges Frankreich aufgerufen¹⁰.»

Pierre Laval schlägt zu

In Vichy verlangten Laval und Darlan in einem Wutanfall die Kriegserklärung an Grossbritannien. Baudouin traf sie am 4. Juli um 8 Uhr 30 morgens in einer Sitzung mit Pétain an. Der Admiral war völlig ausser sich.

«Ich bin von meinen Waffenbrüdern verraten worden!» schrie er. «Sie haben meinem Wort nicht geglaubt.» Zumindest was den letzteren Punkt betraf, hatte er recht. Er berichtete sodann, er habe soeben dem Kreuzergeschwader, das aus Oran entkommen war, verstärkt durch die «Strasbourg», auch wenn sie kaum kampffähig war, Befehl erteilt, einen Überraschungsangriff auf Admiral Somervilles Flottenverband durchzuführen, der sich auf dem Rückweg nach Gibraltar befand.

«Aber das bedeutet Krieg mit England!» rief Baudouin seiner eigenen Aussage zufolge aus. Der Marschall, fügt er hinzu, wandte sich an Laval, der antwortete: «Wir haben beschlossen, den Angriff von gestern mit einem eigenen Angriff zu beantworten.» Es ergab sich eine hitzige Debatte, in der Baudouin dem Marschall vorhielt, dass Vergeltungsmassnahmen für Frankreich katastrophale Folgen haben müssten. Für Laval war der Feind nicht mehr Deutschland, sondern Grossbritannien. Er erklärte am nächsten Tag bei einer informellen Sitzung von Deputierten der Kammer: «Frankreich hat nie einen unbarmherzigeren Feind gehabt als Grossbritannien und wird nie einen unbarmherzigeren haben. Unsere ganze Geschichte bezeugt es.» Sein ganzer giftsprühender Hass auf die Engländer quoll jetzt, wie auch bei Darlan, hervor. Zwei Tage später teilte der Admiral dem Kabinett mit, er habe die italienische Admiralität ersucht, gemeinsam mit ihm einen Flottenangriff gegen Alexandria vorzunehmen, um die dort eingeschlossene französische Flotte zu befreien. Gleichzeitig schlug er einen französischen Angriff gegen die britische Kolonie Sierra Leone in Westafrika und einen Bombenangriff auf Gibraltar vor*.

Das vollständige Kabinett trat um 10 Uhr vormittags zusammen, und nach weiterer hitziger Debatte behielten die kühleren Köpfe schliesslich die Oberhand. Pétain nahm

* Der Bombenangriff auf Gibraltar wurde nach langer Debatte im Kabinett schliesslich im September von wenigen französischen Flugzeugen durchgeführt, die geringen Schaden anrichteten und das vielleicht zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr beabsichtigten.

Baudouins Vorschlag an, man solle die diplomatischen Beziehungen zu Grossbritannien abbrechen, aber keine militärischen Vergeltungsmassnahmen ergreifen¹¹.

Laval spielte widerwillig mit. Er erkannte, dass das britische Vorgehen am 3. Juli für ihn ein Geschenk des Himmels war, denn es stellte das verwundete Land einig und geschlossen hinter jegliche Massnahme der Regierung. Sosehr Laval die Engländer auch verabscheute, ging es ihm jetzt mehr darum, die französische Republik zu zerstören, als Grossbritannien zu vernichten. Die Mitglieder des Kabinetts waren in einer Gemütsverfassung, in der sie sich willig von ihm überrumpeln liessen. Er hatte bereits seit einigen Tagen zusammen mit Alibert, dem alten royalistischen Republikhasser, an einem «Reformprojekt», wie er es nannte, gearbeitet und sich insgeheim am 2. Juli die Zustimmung des Marschalls verschafft. Jetzt plötzlich, nach Abschluss der Debatte über Mers-el-Kébir, verlas Laval es den Ministern. Es verlangte kurz und kühn eine Sitzung der Nationalversammlung am 10. Juli zwecks Abschaffung der Verfassung der Dritten Republik aus dem Jahr 1875. Der Text enthielt nur einen kurzen Artikel:

Die Nationalversammlung erteilt der Regierung der Republik umfassende Ermächtigung, kraft der Unterschrift und Befugnis Marschall Pétains, des Präsidenten des Ministerrates, mittels eines oder mehrerer Gesetze eine neue Verfassung des französischen Staates zu verkünden.

Die Verfassung wird die Rechte der Arbeit, der Familie und des Landes gewährleisten. Sie wird von der Nationalversammlung, die sie einsetzen wird, ratifiziert werden.

Laval las diesen Text dem Kabinett vor, und noch bevor ein einziger Minister die Stimme erheben konnte – der Präsident der Republik, der den Vorsitz führte, schien im Begriff, das Wort zu ergreifen –, verliess er die Sitzung.

«Sie müssen entschuldigen, dass ich keine Diskussion darüber stattfinden lassen kann», sagte er. «Aber es warten sechzig Senatoren auf mich, denen ich eine Erklärung schuldig bin.» Seine Anmassung verschlug einigen der Minister die Sprache. Einige Minuten später liess er die erlauchten Senatoren in der gleichen Verfassung zurück. Er diskutierte nicht mit ihnen, sondern bestimmte nur kurz und knapp, was zu tun war.

Das Parlament (sagte er) muss aufgelöst werden. Die Verfassung muss umgestaltet werden. Sie muss sich mit den totalitären Staaten gleichschalten... Falls das Parlament dem nicht zustimmt, wird Deutschland es uns aufzwingen mit der sofortigen Folge der Besetzung ganz Frankreichs.

Die Senatoren waren wie vor den Kopf geschlagen. Nicht einer von ihnen ergriff das Wort.

So geschah es, dass Pierre Laval, der seine politische Laufbahn als Linkssozialist im ersten Weltkrieg begonnen hatte und gleich so vielen Männern der Linken stetig weiter nach rechts gerückt war, der zu Reichtum gelangt, dreimal Ministerpräsident einer kon-

servativen Regierung gewesen und seit 1936 durch ein liberales Parlament und, wie er meinte, die Machenschaften Albions von der Macht ferngehalten worden war, am 4. Juli 1940 in Vichy das grösste – und am Ende auch das katastrophalste – Abenteuer seiner seltsamen Laufbahn unternahm. Im Unterschied zu fast allen anderen Politikern in Vichy zu Beginn dieses heissen Sommermonats wusste er genau, was er wollte – für sich selbst und für das Land. Und er wusste, wie es zu bewerkstelligen war: durch kühne Verwegenheit. Alle anderen waren von der Katastrophe noch wie betäubt. Er hingegen war in bester Form, ein kühler und zynischer Rechner von überragender Selbstsicherheit.

Vor allem besass Laval – und das war sein grösster Trumpf – die Unterstützung des vertrottelten Marschalls, der hilflos dem Auf und Ab der Politik ausgesetzt war, den aber selbst die aufrechtsten Republikaner, sogar jene der Linken, jetzt als den Retter des Landes betrachteten, dem sie treue Ergebenheit zu erweisen bereit waren. Lavals Gefolgsleute im Parlament befanden sich zwar im Augenblick in der Minderheit, aber sie waren eine entschlossene Gruppe und gehörten sämtlichen Parteien an, von den Sozialisten bis zur äussersten Rechten. Unter ihnen befanden sich Charles Spinasse, sozialistischer Minister in zwei Regierungen Blum; Marcel Deat, ein vormaliger Sozialist und berühmt durch seinen Ausspruch «Sterben für Danzig?»; Marquet, ein ehemaliger Sozialist, den Pétain einige Tage zuvor auf Lavals Drängen als Innenminister ins Kabinett aufgenommen hatte; der Radikalsozialist Jean Montigny und Gaston Bergery, der einstige Liebling der Linken, und sie machten gemeinsame Sache mit ihren reaktionären Feinden in der Kammer. Es überrascht nicht, dass Georges Bonnet, der ehemalige Aussenminister, sich der Gruppe zugesellte; er ging herum, wie Montigny berichtet, und «bestätigte» jedermann alles, was Laval gesagt hatte – nämlich, dass es verbrecherisch von Frankreich gewesen sei, in den Krieg einzutreten – und erläuterte, wie seine Bemühungen im September 1939, in letzter Minute noch den Frieden zu retten, von Grossbritannien und Polen sabotiert worden seien¹².

Die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten, die dagegen war, die Republik zum alten Eisen zu werfen, war führerlos. Daladier, Mandel und Campinchi wurden in Nordafrika festgehalten. Reynaud, der einige Tage zuvor beim Verlassen von Bordeaux einen Autounfall erlitten hatte, war noch nicht aufgetaucht. Blum, der von einer Leibwache vor dem Strassenpöbel geschützt werden musste, hüllte sich in würdevolles Schweigen. Herriot und Jeanneney, die Präsidenten der beiden Kammern, die als Säulen der Republik galten, drückten sich vor dem Versuch, sie zu retten, und beeilten sich, mit all den anderen bei den Lobhudeleien auf den Marschall und ihren Versicherungen zu unverbrüchlicher Unterstützung zu wetteifern. Lebrun protestierte nicht einmal gegen Lavals Plan, ihn und sein hohes Amt abzuschaffen.

Kein Wunder also, dass Laval zuversichtlich zu Werke ging. Er hatte sechs Tage zur Verfügung – bis zum 10. Juli –, um die Mehrheit der rund 700 Mitglieder des Parlaments dazu zu bringen, sich selbst und die Republik zu vernichten und für das demokratische Land eine totalitäre Diktatur zu akzeptieren, die den Diktaturen seiner Herren und

Meister Hitler und Mussolini nachgebildet war. Er ging seine Aufgabe mit grossem Geschick, Tatkraft und Selbstsicherheit an.

Léon Blum, der alte Sozialistenführer, der auf der Strasse von rüpelhaften Banden der Doriot-Faschisten und der Cagoulards angepöbelt und bespuckt wurde, begegnete Laval zufällig am 4. Juli in Vichy. Laval war überrascht, ihn zu sehen, denn Prouvosts *Paris-Soir* hatte gemeldet, dass Blum landesflüchtig und in New York eingetroffen sei. Laval begrüsst seinen alten politischen Gegner mit einer höhnischen Stichelei gegen die Parlamentarier, die auf der «Massilia geflohen» waren.

«Das sind die Leute», sagte er, «die den Krieg wollten, diesen törichten, diesen verbrecherischen Krieg.»

«Frankreich hat also den Krieg nicht gewollt?» erwiderte Blum.

Obwohl er den Mann seit einem Vierteljahrhundert in der Deputiertenkammer gut kannte, war Blum entgeistert von Lavals Auftreten.

In einer unglaublichen Anmassung plusterte sich seine kleine Erscheinung auf. Mit trockener Stimme und einem gereizten Blick warf er nach allen Seiten mit Urteilen und Befehlen um sich ... «Ich handele... Ich sage ... Ich weigere mich ... so wird die Sache gemacht und nicht anders ...»

Blum fragte ihn, wann die sozialistische Zeitung *Le Populaire* wieder werde erscheinen dürfen.

«Wenn ich es beschliesse», antwortete Laval. «Keine Zeitung wird erscheinen, wenn sie es gegenüber meiner Politik auch nur an der geringsten Zurückhaltung fehlen lässt. Die Presse muss mir absolut und ohne Vorbehalte folgen – und ich werde mich nicht hinters Licht führen lassen.»

Blum beendete schliesslich ganz benommen, wie er sagt, das Gespräch.

Was mir am stärksten auf fiel (schreibt er), war die ätzende Bösartigkeit, die allen seinen Gesten, allen seinen Worten innewohnte... Sein Sturz (im Jahr 1936) hatte in ihm eine leidenschaftliche Sucht nach Rache und Vergeltung genährt. Seine Hassgefühle, die er so lange verborgen hatte, fanden jetzt Gelegenheit, sich Geltung zu verschaffen... Laval erinnerte mich stets an die scheusslichen Worte des grossen Retz über Mazarin: «Er war der erste, der das Schwindeln in der Regierung einführte¹³.»

Vincent Auriol, ein ehemaliger sozialistischer Minister, der nach dem Krieg Präsident der Republik werden sollte, erinnerte sich Lavals in jenen ersten Julitagen: «Alles an ihm war schwarz – sein Anzug, sein Gesicht, seine Seele.»

Das Gift der Angst

Am 5. Juli begann sich unter den noch immer verwirrten Parlamentariern Opposition gegen Laval zu regen. Sie setzte zuerst bei den Senatoren ein. Am Vormittag dieses Tages traf eine Gruppe von fünfundzwanzig ehemaligen Kriegsteilnehmern im Senat zusammen, geführt von Jean Taurines, einem schwerverwundeten und vielfach ausgezeichneten Soldaten des ersten Weltkrieges, und Senator Paul-Boncour, und verfasste eine Entschliessung. Darin grüssten sie «mit Bewegung und Stolz ihren verehrten Chef, Marschall Pétain», und drückten ihm ihr Vertrauen aus, dass er Frankreich «im Rahmen der republikanischen Legalität» wiederaufbauen werde. Gleich allen anderen in Vichy wollten auch die Kriegsteilnehmer-Senatoren die Macht auf den alten Marschall übertragen. Aber im Unterschied zu Laval bestanden sie darauf, die Republik zu erhalten. Liessen sich diese beiden Wünsche unter einen Hut bringen? Die Senatoren vereinbarten, sich mit ihrer Entschliessung zu Pétain zu begeben; sie meinten, ihn dafür gewinnen und so Laval einen Riegel vorschieben zu können. Aber es war schwierig, an den Marschall heranzukommen. Alibert und Laval hielten ihn unter Verschluss. Taurines rief um 15 Uhr in seinem Büro an, und Alibert sagte ihm, er werde versuchen, eine Zusammenkunft für den Abend zu arrangieren. Tatsächlich gelang es Alibert, die Senatoren siebenundzwanzig Stunden lang, bis zum Abend des 6. Juli, hinzuhalten.

Verärgert über diese Bekundung abweichender Meinung bei den Senatoren, begann Laval, die Deputierten der Kammer zu bearbeiten. Etwa achtzig Deputierte fanden sich am 5. Juli im Petit Casino zu einer Sitzung zusammen. Sie hatten von Lavals Ausbruch gegenüber dem Senat am Vortag Kenntnis erhalten, und nicht wenige von ihnen waren bereit, sich ihm entgegenzustellen. Marcel Heraud, ein unabhängiger, parteiloser Abgeordneter aus Paris, begann den Angriff mit einer gefühlsbewegten Verteidigung der Republik.

Wenn die Republik auch einen Krieg verloren hat, hat sie nicht auch einen anderen gewonnen? Man muss unser Missgeschick den Menschen, nicht der republikanischen Regierungsform zuschreiben.

Doch dann lieferte sich der Deputierte, wie so viele andere es gleichfalls tun sollten, dem durchtriebenen Laval aus. Er appellierte an ihn, die Republik gegen einen möglichen, von Weygand geführten Staatsstreich der Militärs zu schützen. Der Generalissimus hatte am Tag zuvor in Clermont-Ferrand die Truppen der 14. Division inspiziert und bei dieser Gelegenheit angeblich gesagt: «Eure Aufgabe ist nicht beendet. Ihr werdet vielleicht im Innern einzugreifen haben.» Laval selbst hatte diesen Bericht, den Weygand später bestritt, überall verbreitet und ihn dazu benutzt, die Deputierten zu warnen, falls sie seinen Vorschlag nicht annähmen, werde Weygand die Macht an sich reißen. Nach Herauds Rede schien die Opposition dahinzuschmelzen. Laval erhielt zu seiner Überraschung Unterstützung von den Sozialisten, den letzten, wie man hätte meinen

sollen, die eine faschistische Diktatur befürworteten. Der sozialistische Deputierte Francois Chasseigne, der einige Wochen zuvor als Soldat an die Front gegangen und in Flandern verwundet worden war, sprang auf, um die neue Einstellung seiner sozialistischen Genossen – und auch die Ernüchterung der besiegten Soldaten – zum Ausdruck zu bringen.

Die alten politischen Parteien müssen aufgelöst werden! Die Zeiten verlangen eine tiefgreifende Änderung. Alle Soldaten an der Front begreifen das. Und Sie müssen es begreifen. Das Parlament hat nur eine Pflicht: sich in die Hände Marschall Pétains zu begeben.

Von diesen Worten eines Sozialisten und verwundeten Kriegshelden ermutigt, nahm Laval seine Offensive wieder auf und schaffte zunächst einmal seinen Widersacher Heraud aus dem Weg.

Sie haben eine schöne Rede gehalten. Aber glauben Sie, wir haben noch Zeit, uns Reden anzuhören? Das Reden ist für uns erledigt... Wir müssen Frankreich wiederaufbauen.

Und wie? Laval sprach abermals mit brutaler Offenheit.

Wir werden das, was war, in seiner Gesamtheit zerstören. Wir werden etwas völlig anderes schaffen. Entweder Sie akzeptieren, was wir verlangen, und richten sich nach der deutschen oder italienischen Verfassung aus, oder Hitler wird sie Ihnen aufzwingen ... Chasseigne hat recht. Hinfort wird es nur eine Partei geben, die Partei aller Franzosen.

Nach einer langen Schmährede gegen die Briten, die er beschuldigte, sie hätten seine Politik, die Frankreich den Krieg erspart hätte, sabotiert, schloss er:

Wir bezahlen heute den Preis für den Fetisch, der uns an die Demokratie gekettet und in die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus geführt hat, während rings um uns Europa ohne Frankreich eine neue Welt schmiedete.

Georges Monnet, der aufrechte Sozialist, der sich dem Waffenstillstand widersetzt hatte, als er dem Kabinett Reynaud angehörte, ergriff jetzt das Wort, jedoch nur, um zu erklären, dass er sich dem Wunsch aller anderen, sich «um Pétain zu scharen», anschliesse. Ein Punkt bereitete ihm jedoch Sorge. Falls der Marschall zum Diktator gemacht wurde, wer würde «im Unglücksfall» seine Nachfolge antreten?

Laval wurde mit dieser Frage mühelos fertig, und zwar mit einer charakteristischen Ausflucht. Er antwortete: «Der Marschall selbst wird seinen Nachfolger ernennen¹⁴.»

In Wahrheit bearbeitete Laval bereits Pétain, er sollte ihn ernennen. Er vertraute es am nächsten Tag Baudouin an, der in seinem Tagebuch notierte:

Mittagessen mit Pierre Laval. Er ist ganz von der Frage der Nachfolge des Marschalls in Anspruch genommen. Er möchte in den Augen der Nationalversammlung als der Mann erscheinen, der vom Marschall dazu ausersehen ist, die Verfassungsreform durchzuführen, falls Pétain etwas zustossen sollte. General Weygand würde zum zweiten Nachfolger bestimmt werden.

Baudouin erklärt, er habe den Marschall an diesem Nachmittag von Lavals ehrgeizigen Absichten unterrichtet. Er vermerkte in seinem Tagebuch: «Er legt sehr wenig Begeisterung dafür an den Tag, Laval zu seinem Nachfolger zu ernennen. Ich unterstützte ihn darin und sagte, es gebe dafür nur einen Mann: General Weygand¹⁵.»

Laval war nicht der Mann, der den Dringlichkeitsvorrang seiner Vorhaben durcheinanderbrachte. Er wusste sehr wohl, dass seine vordringlichste Aufgabe darin bestand, die parlamentarische Republik loszuwerden und Pétain als Diktator einzusetzen. So dann konnte er den Marschall kraft seiner Überlegenheit dazu bringen, hinsichtlich der Nachfolge das Richtige zu tun. Während des ganzen nächsten Tages, des 6. Juli, arbeitete Laval still und umsichtig daran, die Mitglieder des Parlamentes herumzukriegen, damit sie gegen sich selbst und das Regime stimmten. Am meisten dürfte ihn hierbei ermutigt haben, dass die Unterstützung für ihn nicht nur auf der Rechten zunahm, die froh war, die Republik aufzulösen, sondern auch auf der Linken, besonders unter den Sozialisten, von denen er anfänglich befürchtet hatte, sie würden bis zum bitteren Ende am parlamentarischen Regime festhalten.

Er trat zuerst mit dem Senat und dann mit der Kammer in zwangloser Sitzung zusammen. Léon Berard, eines der prominentesten Mitglieder des Senats, ein angesehener Rechtsanwalt und Schriftsteller und glühender Republikaner, kapitulierte vor ihm ohne Widerrede. Berard brachte es fertig, in ein und demselben Atemzug die Republik zu rühmen und ihr den Todesstoss zu versetzen. Er unterstützte Lavals Absicht, «die Geschicke des Landes» Pétain zu übergeben.

In der Kammer vollführte Charles Spinasse, ein ehemaliger sozialistischer Minister und rechte Hand Blums während der Volksfront, eine noch erstaunlichere Kehrtwendung. Er hatte sich, wie bereits erwähnt, während seiner Ministerzeit von den technokratischen Ideen Jean Coutrots und seines seltsamen *Synarchie-Kults* verführen lassen – einer Art ersten Schritts in Richtung auf die undurchdachte Vorstellung des faschistischen Ständestaates. Jetzt, nachdem Georges Bonnet gesprochen und Lavals Einschätzung der verhängnisvollen Aussenpolitik Daladiers und Reynauds bekräftigt hatte, erhob sich Spinasse in der Kammer und übertrumpfte Laval noch mit seiner Anprangerung der demokratischen Regierungsform und seinem Wunsch, sie durch eine faschistische neue Ordnung zu ersetzen.

Das Parlament wird sich selbst wegen aller seiner Fehler anklagen. Diese Kreuzigung ist notwendig, um zu verhindern, dass das Land in Gewalttätigkeit und Anarchie stürzt.

Unsere Pflicht besteht darin, der Regierung zu gestatten, eine Revolution ohne Blutvergiessen durchzuführen.

Nachdem er an seine Kollegen die flehentliche Bitte gerichtet hatte, sie sollten den Marschall die Revolution vollbringen lassen – das alte sozialistische Ziel einer völlig anderen Art von Revolution scheint er ganz vergessen zu haben* schmetterte er seine schwungvollen Schlussworte:

Wir müssen mit der Vergangenheit brechen. Sie war voller Illusionen ... Wir glaubten an die Freiheit des Einzelmenschen, an die Unabhängigkeit des Menschen. Das zoar eine Vorwegnahme der Zukunft, die ausserhalb unserer Reichweite lag. Wir brauchen einen neuen Glauben, der sich auf neue Werte gründet... Frankreich hatte sich selbst aufgegeben. Es muss jetzt neu beginnen.

Die Kammer war von den unerwarteten Worten gepackt. Xavier Vallat, ein Deputierter der äussersten Rechten, der beabsichtigt hatte, seinen alten sozialistischen Gegner anzugreifen, erhob sich, um ihm Beifall zu zollen. «Ich bin hochofret», sagte er, «zu bemerken, dass alle Parteien einig sind, die Meinungsverschiedenheiten auszulöschen, die uns getrennt haben.» Und er stellte sich Spinasse zur Seite mit der Forderung nach dem Sturz der Republik und einer Diktatur an ihrer Stelle. Ein solches Schauspiel hatte das republikanische Frankreich noch nie erlebt. Jene, die der Republik gedient und aus ihr Nutzen gezogen hatten, schlossen sich kriecherisch den Männern an, die wie Vallat die Republik von jeher verabscheut hatten, um sie gemeinsam zu begraben. Lavals Vorhaben erwies sich als leichter, als er erwartet hatte.

An diesem Abend wurden die Kriegsteilnehmer-Senatoren endlich von Pétain empfangen. Sie versicherten ihn ihres «vollen Vertrauens» und ihrer Bereitwilligkeit, ihm die Macht zu übertragen, und äusserten sodann ihre Befürchtungen bezüglich Lavals Plan und seiner totalitären Aspekte. Der Marschall beruhigte sie, er hege nicht den Wunsch, Diktator zu sein. Wenn man ihm die Ermächtigung erteile, werde er offen und unverhüllt handeln. Er wünsche nicht, «ohne die Billigung des Parlamentes die Nation umzugestalten», sondern wolle lediglich bis zum Friedensschluss ohne Einmischung des Präsidenten und der politischen Parteien regieren. Sodann werde er sich zurückziehen – «nach Antibes».

Der prächtig aussehende silberhaarige und silberzüngige Paul-Boncour, der sich selbst einen «unabhängigen Sozialisten» nannte und sich auf sein Republikanertum etwas zugute tat, antwortete dem alten Mann mit überschwenglichen Worten, wie erleichtert

* Charles-Roux, dessen Stellung im Aussenministerium ihm nicht erlaubte, in innenpolitische Angelegenheiten einzugreifen, machte sich dessenungeachtet seine Gedanken über all das Gerede, das in dieser Woche in Vichy Sozialisten und Konservative von sich gaben, als sie dafür eintraten, dass die Regierung Pétain eine «nationale Revolution» durchführe. Er fasste seine Überlegungen folgendermassen zusammen: Regierungen, die nicht revolutionären Ursprungs sind – und das war die Regierung Pétain nicht –, sind ungeeignet, Revolutionen zu vollbringen. Wenn sie es versuchen, werden sie nicht ernst genommen, denn sie sind ein wenig wie Feuerwehrleute, die irgend etwas in Brand stecken, oder Professoren, die Krawall schlagen¹⁶.

sie von des Marschalls Versicherungen seien. Sodann ging er genauso weit wie Laval, indem er vorschlug, dass Pétain praktisch ein absoluter Diktator werde!

«Wir werden nicht zögern», sagte der Senator, «die Verfassung ausser Kraft zu setzen, um Ihnen – Ihnen allein – eine Diktatur einzuräumen, wie es nach römischem Recht geschah.»

«Ich bin kein Cäsar und möchte auch keiner sein», sagte der alte Mann und lächelte.

«Herr Marschall», fuhr Paul-Boncour fort, «um Ihnen zu beweisen, wie weit wir zu gehen bereit sind, wir sind gewillt, Ihnen – ich sage Ihnen – alle Machtbefugnisse – ich sage alle – zu geben, die Sie für nötig erachten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, unser Land wiederaufzurichten, zu befreien und wiederherzustellen und Frieden zu schliessen.»

«Das ist mir mal ein Vorschlag», sagte Pétain. Die Unterredung schien ihm Spass zu machen, und vielleicht sann er auch darüber nach, dass er eigentlich politisch kein grösserer Dummkopf war als die Politiker. Die Senatoren zogen völlig befriedigt ab. Nach seinem Verhalten und seinen Worten zu urteilen, war der Marschall es nicht weniger.

Am nächsten Tag kehrten die Senatoren mit ihrer inzwischen abgeänderten Entschliessung zu Pétain zurück. Die Entschliessung sah jetzt vor, dass die Verfassung bis zum Friedensschluss ausser Kraft gesetzt werde und der Marschall «alle Machtbefugnisse» erhalte, um «mit Dekreten zu regieren und in Beratung mit den Ausschüssen der Legislative eine neue Verfassung herzustellen». Diese Verfassung sollte «von der Nation ratifiziert werden, sobald die Umstände eine freie Befragung gestatteten».

«Das ist gut. Ich akzeptiere», sagte der Marschall. «Aber jetzt müssen Sie sich noch Lavals Zustimmung holen. Er ist der Rechtsberater der Regierung.»

Wenige Minuten später trafen die frohlockenden Senatoren bei Laval ein.

«Ich akzeptiere Ihren Text nicht», erklärte Laval ihnen rundweg, und als die Senatoren versuchten, ihm Vorhaltungen zu machen, schnitt er ihnen das Wort ab. «Falls Ihr Gegenprojekt durch Abstimmung angenommen wird, trete ich zurück, und dann haben Sie sich der Diktatur des Generals Weygand zu beugen.» Dies war ein Argument, mit dem er in seinen Reden vor den Parlamentariern schon beträchtlichen Erfolg gehabt hatte, aber Senator Taurines gefiel das nicht.

«Herr Präsident», erwiderte er, «gestern haben Sie das Schreckgespenst der Deutschen beschworen. Heute ist es General Weygand. Wen werden Sie morgen finden^{17?}»

Den Senatoren war nach dieser Unterredung nicht sehr behaglich zumute. Aber Laval gab sich wegen ihnen keinen wirklichen Sorgen hin. Er war im Augenblick weit mehr über eine neue und unerwartete Gefahr besorgt. Pierre-Etienne Flandin, ehemaliger Ministerpräsident und Aussenminister, der gleich ihm seit 1936 ausgeschaltet und darüber ebensowenig erfreut war, war plötzlich in Vichy eingetroffen und hatte unverzüglich Schritte gegen ihn unternommen. Flandin besass gewisse Vorteile gegenüber Laval. Er genoss grösseres Vertrauen unter den Parlamentsabgeordneten, und seine Treue zur Republik stand ausser Zweifel. Falls zu diesem Zeitpunkt jemand gebraucht wurde, um die Deutschen und Italiener zu beschwichtigen, so war er für diese Rolle vielleicht besser

geeignet als Laval. Er hatte Hitler (und auch Chamberlain) persönlich zu München gratuliert. Er stand mit den Italienern auf gutem Fuss. Er hatte sich seit langem für ein besseres Verhältnis zu Deutschland eingesetzt.

Er begab sich sofort nach seiner Ankunft in Vichy am 7. Juli um 16 Uhr zu einer Sitzung der Deputierten und stellte fest, dass sie für das, was er zu sagen hatte, empfänglich waren. Er erklärte ihnen, das Elend seiner Landsleute in der besetzten Zone habe ihn völlig überwältigt. Was tue die französische Regierung für sie?

Nichts! Sie ruft uns hier zusammen, nicht um ihnen zu helfen – sondern um die Verfassung abzuändern!... Die Verfassung ändern? Aber warum denn? Welche Notwendigkeit besteht denn, unsere Institutionen zu ändern? Der Vorwurf lautet vielmehr, dass wir sie nicht respektiert haben.

Er erhielt lauten Beifall. Vielen schien es, als sei endlich ein Führer aufgetaucht, der mit Laval und seinen Machenschaften zum Sturz der Republik fertig werden und zugleich das Land um den Marschall zusammenschliessen konnte. Flandin fuhr fort:

Kurz gesagt: was wünscht die Regierung, was wünschen wir alle? Dass Marschall Pétain an die Spitze gestellt werde, um mit den Deutschen zu verhandeln und mit seinem Namen und Prestige den Wiederaufbau des Landes zu decken. Welche Notwendigkeit besteht, die Verfassung zu ändern, um das zu erzielen? Wir sind alle hier zur Stelle, die Senatoren und Deputierten, der Präsident der Republik. Und die Nationalversammlung ist einberufen.

Unter diesen Umständen ist nichts einfacher, als den Präsidenten zu ersuchen zurückzutreten und dann den Marschall an seiner Stelle zu ernennen. Damit erhalten wir das Ergebnis, das wir anstreben, und respektieren zugleich die Verfassung.

Der Beifall der Deputierten schien Flandins Worte einstimmig zu billigen. Das war der Ausweg, den die meisten von ihnen gesucht hatten. Er behielt die Republik, ihr Parlament und ihre sonstigen Institutionen bei und ermöglichte es dennoch, dass der Marschall provisorisch die Macht übernahm, um das besiegte Land zu führen, bis bessere Zeiten kamen.

Laval begriff, dass Flandins Vorschläge seine eigenen Pläne zur Vernichtung der Republik und Einsetzung einer Diktatur durchkreuzen würden. Aber er war ein zu gewitzter Taktiker, um sich Flandin direkt zu widersetzen, wie er es bei den Kriegsveteranen des Senats getan hatte. Er gab seinem Widersacher vorerst den Rat, Pétain aufzusuchen, und warnte ihn, dass dieser seinen Gedanken ablehnen werde. Der Marschall nahm ihn jedoch an, wie er auch den Vorschlag der Kriegsveteranen angenommen hatte. Flandin kehrte triumphierend zu Laval zurück und erklärte ihm, er besitze jetzt Pétains Unterstützung.

Das beeindruckte Laval aber keineswegs.

«Der Marschall», sagte er zu Flandin, «hat Ihnen seine Zustimmung erteilt? Aber er gibt doch jedem seine Zustimmung und vergisst es dann wieder. Darauf können Sie nicht bauen. Aber wir brauchen Lebruns Zustimmung. Wenn Sie mir seinen Rücktritt verschaffen können, werde ich Ihr Projekt unterstützen.»

Der durchtriebene Laval stellte seinem nichtsahnenden Rivalen eine Falle. Lebrun mochte ein Schwächling sein, aber er setzte einen hartnäckigen Stolz in sein Amt und seine Treue zur Verfassung. Flandin suchte den Präsidenten der Republik, begleitet von zwei Deputierten, um 18 Uhr 30 auf und versuchte ihm zu erklären, dass es seine Pflicht sei, zurückzutreten. Der sanftmütige Präsident war ausser sich vor Empörung. Sein erster Impuls war, wie er später dem Pétain-Gerichtshof erklärte, seine Besucher hinauszuerwerfen, aber irgendwie gelang es ihm, die Ruhe zu bewahren. Er erklärte Flandin, sein Ersuchen sei «merkwürdig», und als Flandin darauf beharrte, antwortete er¹⁸: «Meine Antwort lautet ganz einfach Nein... Ich werde meinen Posten nicht aufgeben*.»

Flandin hatte nicht nur eine Zurückweisung erhalten. Er begriff, dass angesichts von Lebruns Halsstarrigkeit** – die meisten Parlamentsabgeordneten schienen ja bereit, für ihr eigenes Verschwinden zu stimmen – sein kühner Plan, Laval die Initiative zu entwenden, in sich zusammenfiel. Er war kein Mann, der seine eingeschlagene Richtung mit eiserner Entschlossenheit verfolgte, wie die Ereignisse der nächsten drei Tage zeigen sollten. Laval erkannte dies rasch – sehr zu seiner Erleichterung. Am nächsten Tag liess er Flandin durch Marquet bestellen, er werde sich freuen, ihm einen Platz in der neuen Regierung zu reservieren.

Der 8. Juli war für Laval ein entscheidender Tag. Er nahm die Offensive wieder auf – mit Täuschungen, Drohungen, Überredungskünsten, mit allem und jedem, das ihm zweckdienlich schien. Er begann auf der Vormittagssitzung des Kabinetts mit einer charakteristischen Gaunerei. Als der sozialistische Minister Albert Riviere darum ersuchte, dass das Taurines-Projekt der Kriegsveteranen des Senats erörtert werde, antwortete Laval ihm verbindlich:

Ich habe soeben mit der Kriegsteilnehmergruppe des Senats gesprochen. Ich habe sie völlig zufriedengestellt. Sie haben ihren Gegenplan zurückgenommen. Rivieres Vorschlag braucht folglich nicht mehr in Betracht gezogen zu werden.

Die Kriegsveteranen hatten ihr Projekt nicht aufgegeben, aber Riviere wusste das nicht. Einige Minuten später schloss er sich seinen Kollegen an, und Lavals Antrag, die Re-

* Es ist verwunderlich, dass Flandin und die Deputierten der Ablösung Lebruns als Präsident durch Pétain eine solche Wichtigkeit beimassen. Der Präsident der Republik war seit dem Rücktritt Marschall MacMahons zu einer Repräsentationsfigur geworden, und die wirkliche Macht hatte sich in den Händen des Ministerpräsidenten befunden, der bei mehreren Gelegenheiten vom Parlament ermächtigt worden war, mit dekretierten Gesetzen zu regieren. Diese Ermächtigung hätte Pétain als Ministerpräsident von den beiden Kammern in Vichy ohne Weiteres erlangen können – falls das alles war, was er und Laval wollten ohne die Struktur oder die Institution der Republik zu beeinträchtigen.

** «Entweder begreift Lebrun nichts, oder er will nicht begreifen», beklagte sich der Deputierte Jean Mistler, der Flandin begleitete.

publik zu liquidieren und das Land der Regierung des Marschalls zu überantworten, wurde einstimmig gebilligt. Präsident Lebrun unterschrieb wortlos und erhob somit den Antrag zu einem Regierungsvorschlag. Ein wenig später traf Vincent Auriol mit Riviere zusammen.

«Laval hat Sie belogen», sagte er. «Man hat Sie beschwindelt.»

Aber es war zu spät. Laval hatte die Kriegsveteranen, Lebrun und Flandin aus dem Weg geräumt. Er begab sich zuversichtlich hinüber ins Kasino, um sich den Deputierten der Kammer zu stellen. Einer der Deputierten, Vincent Badie, hatte sich mehrere Unterschriften für eine Entschliessung verschafft, die – eine solche Geistesverwirrung herrschte in Vichy – genauso weit ging wie Laval, indem sie die Macht auf den Marschall übertrug, aber hinzusetzte, dass die republikanische Regierungsform, «deren demokratischen Freiheiten sie sich verpflichtet fühlen», erhalten bleiben müsse.

Laval beachtete sie überhaupt nicht, als er sich erhob, um nochmals an die Deputierten das Wort zu richten. Er verlas zum erstenmal den Text der Regierungsentchliessung, die der Nationalversammlung zur Billigung vorgelegt werden würde, und gab sodann eine lange Erläuterung ihrer «Beweggründe». Diese Erläuterung war zwar, was die Einzelheiten betraf, einigermaßen undeutlich und nebelhaft, und zwar mit Absicht, aber sie liess keinen Zweifel, dass die Republik abgeschafft und ein totalitäres Regime eingesetzt werden sollte. «Feste Entschlossenheit wird das Gesetz sein», erklärte Laval. «Aber sie wird Autorität mit Achtung vor der notwendigen Freiheit in Einklang bringen.»

Einige Deputierte verlangten genauere Auskünfte, ehe sie den demokratischen Staat in eine Diktatur umwandelten. Laval machte mit ihren Fragen kurzen Prozess.

Die parlamentarische Demokratie hat den Krieg verloren. Sie muss einer neuen Regierungsform den Platz räumen: wagemutig, autoritär, sozial und national.

Falls die Abgeordneten beanstandeten, erklärte Laval, dass dies eine Diktatur sei, so erhalte sie doch zumindest die «Zivilmacht». Die Abgeordneten sollten sich vor etwas Schlimmerem, einer Militärdiktatur, in Acht nehmen. Sie stehe ihnen bevor, falls sie nicht ihre Pflicht täten.

Was die Aussenpolitik betraf, die das neue französische Regime verfolgen würde, so war Laval, wie zugegeben werden muss, durchaus freimütig. Frankreich, erklärte er, werde nicht mehr «im Schlepptau» Englands bleiben. «Nichts war demütigender mit anzusehen als unsere Politiker, die nach London fuhren, um sich Erlaubnis zu holen, französische Minister zu sein.» Diese Zeiten seien vorüber.

Wir haben nur einer Strasse zu folgen, und das ist die loyale Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien. Wir müssen ihr mit Ehre und Würde nachgehen. Es setzt mich nicht in Verlegenheit, dies auszusprechen. Ich habe es schon in Friedenszeiten gefordert.

Das war klar und deutlich, und mehrere Deputierte standen auf, um Einspruch zu erheben. Aber sie wurden vom rasenden Beifall und den lauten Rufen der wachsenden Zahl von Laval-Anhängern niedergebrüllt. Diese Taktik sollte sich in den nächsten zwei Tagen in zunehmendem Mass als wirkungsvoll erweisen. Einer ihrer Anstifter war Gaston Bergery, der früher der Linken angehört hatte und der einzige Mann gewesen war, der sich am 2. September 1939 in der Kammer erhob, um gegen die Bewilligung der Kriegskredite zu sprechen. Damals war er niedergebrüllt worden und hatte dieses Erlebnis nicht vergessen. Jetzt wandte er die gleiche Taktik gegen jene an, die es wagten, gegen Laval die Stimme zu erheben. Im Verlauf des Tages liess er eine Entschliessung herumgehen, die er in denkbar bombastischer Sprache aufgesetzt hatte; sie prangerte die Republik aufs wildeste an und verlangte unumwunden eine Regierung, die der Hitler-Deutschlands nachgebildet war, dessen Neue Ordnung erheische, dass Frankreich jetzt versuche, sich ihr anzuschliessen. Diese Entschliessung war von 17 Deputierten unterzeichnet, und weitere 51, darunter mehrere Sozialisten «schlossen sich ihr an». Nachdem Laval den Senatoren die gleiche Behandlung verabfolgt hatte wie den Deputierten, liess er es für diesen Tag genug sein. Jean Montigny, ein radikalsozialistischer Deputierter und Ohrenbläser Lavals, war der Meinung, dass die entscheidende Schlacht gewonnen sei. «Im Verlaufe dieses Tages», schrieb er, «hat Laval trotz der Befürchtungen einiger und entgegen den Hoffnungen anderer triumphiert, und zwar allein triumphiert¹⁹.»

An diesem Abend um 21 Uhr fand die letzte Kabinettsitzung statt, bei der Lebrun den Vorsitz führte. Laval, schreibt Baudouin, führte allein das Wort. Er erläuterte triumphierend die Tagesordnung für die nächsten zwei Tage. Deputiertenkammer und Senat würden am morgigen Tag, dem 9. Juli, getrennte Sitzungen abhalten, um über die «Verfassungsreformen» abzustimmen. Am 10. Juli würde die Nationalversammlung (nämlich beide Kammern in gemeinsamer Sitzung) zusammentreten, und zwar am Vormittag in Geheimsitzung, um die Vorlage zu debattieren, am Nachmittag in öffentlicher Sitzung und ohne Diskussion, um abzustimmen. Kein Minister ergriff das Wort, um einen Einwand zu erheben, eine Frage zu stellen oder überhaupt etwas zu sagen. Was den unglücklichen Präsidenten der Republik betraf, der jetzt wusste, dass er ausgespielt hatte, so vermerkte Baudouin in seinem Tagebuch: «Der Präsident der Republik sagt kein Wort. Sein Schweigen, seine Passivität verblüffen mich²⁰.» Der sonst so ungestüme junge Aussenminister war anscheinend über sein eigenes Schweigen und seine Passivität – auch der anderen Minister – nicht verblüfft. Lebrun war, wenschon nicht verblüfft, so doch wenigstens niedergedrückt. Aber ebenso wie alle anderen resignierte er. Seine Aufzeichnung lautet:

Laval erläutert die Revisions-Entschliessung, die morgen den beiden Kammern unterbreitet werden soll. Alle haben das Gefühl, dass eine Debatte zwecklos ist. Alle wissen nach den Ereignissen der letzten Tage, dass das Spiel aus ist. Wir befinden uns in einer drückenden und verpesteten Atmosphäre, die uns ersticken lässt²¹.

In dieser Atmosphäre der Drohungen, der Ängste und des Defätismus, der niedrigen Gemeinheit, Täuschung und Verwirrung waren – mit einer Handvoll Ausnahmen – alle Politiker, die erst vor zehn Monaten begeistert und einstimmig die Kriegskredite bewilligt hatten, die nahezu sämtlich während ihres ganzen politischen Lebens die Republik für Frankreichs bestmögliche Regierungsform und ihre Demokratie und ihre Freiheiten für einen Segen gehalten hatten, jetzt darauf erpicht, sie mit Begeisterungsrufen zu zerstören. Sie waren bereit, an ihre Stelle einen Abklatsch des barbarischen Totalitarismus Hitlerscher Prägung zu setzen und sich damit urplötzlich, wie Botschafter Bullitt in seinem Bericht vom 1. Juli gemeldet hatte, mit einem Schnitt von allem loszutrennen, was Frankreich so lange Zeit verkörpert, bedeutet und dargestellt hatte. Wie war das möglich? Léon Blum versuchte später, es zu begründen, aber es gelang ihm nur, es zu schildern.

Die Männer, die ich tags zuvor gesehen hatte, mit denen ich gesprochen, denen ich die Hand geschüttelt hatte, waren nicht mehr dieselben Männer... Sie schienen in irgendeine schauerliche Mischung getaucht, in ein Zersetzungsbad von solcher Stärke, dass jene, die es einen Augenblick lang berührten, vergiftet daraus hervorgingen ... Binnen weniger Stunden waren ihre Gedanken, ihre Worte, sogar ihre Gesichter praktisch nicht mehr wiederzuerkennen... Das Gift, das man jetzt erblickte, war Angst, ganz einfach panische Angst.

Angst davor, sagt Blum, dass, wenn sie Laval nicht folgten, die Deutschen oder General Weygand, wie Laval verheissen hatte, die Macht an sich reißen würden.

Es liegt im Wesen der Angst, dass sie keine vernünftigen Überlegungen gestattet. Wenn die erbärmlichen Opfer Lavals zum Nachdenken, zu einer kritischen Überprüfung imstande gewesen wären, dann wäre dieses ganze Bauwerk aus List und Verschlagenheit unverzüglich zu Staub zerfallen ... Um dem Wirbelsturm zu entkommen, bedurfte es nur eines Augenblicks der Kaltblütigkeit, der Mühe des Nachdenkens. Aber niemand dachte nach. Man liess sich wie eine von Panik ergriffene Menschenmenge von den Kollektivströmungen der Angst und der Feigheit mitschwimmen.

Auch die Leichtigkeit, mit der sich Menschen korrumpieren lassen, spielte eine Rolle.

Laval überzeugte sie weniger, als dass er sie infizierte... Er bot ihnen Posten an, so wie er früher Portefeuilles versprochen hatte. Jede Revolution zeitigt eine Jagd nach Beutegut ... Laval offerierte Botschafterposten, Präfekturen ...

Was Blum am meisten schmerzte, war die Erbärmlichkeit, mit der die französischen Politiker sich anstrebten, Hitler und sein totalitäres Regime nachzuäffen im Glauben, sie könnten sich damit in seine Gunst einschmeicheln.

Wenn man besiegt ist, bedeutet das noch nicht, dass man ein Vasall werden muss. Sich einzubilden, dass man Hitlers Verachtung besänftigen oder seinen Hass mildern könne, indem man sich ihm gefällig zeigte, war ein sinnloses Hirngespinnst... Wenn es überhaupt ein Mittel gab, Hitler zu erweichen oder zu verführen, warum dann annehmen, dass es nur durch erbärmliche Niedrigkeit möglich sei?

Dennoch verhielt sich der alte Sozialistenführer in Vichy schweigend. Nicht aus Angst, wie er sagt, sondern weil er von den meisten seiner sozialistischen «Genossen» im Stich gelassen wurde. Das, sagt er, «paralysierte» ihn. Blum schwieg, auch Herriot und Jeanneney schwiegen, und sogar Paul Reynaud, der am 8. Juli in Vichy eintraf – nicht um Laval entgegenzutreten, sondern um seine zwei Mitarbeiter zu verteidigen, die in Spanien verhaftet worden waren.

«Das Schauspiel, das ich jetzt zu schildern habe», schreibt Blum, als er zum 9. und 10. Juli gelangt, «ist schrecklich. Was für eine Szene²²¹!»

Auch wir gelangen jetzt zu ihm, dem letzten und jämmerlichsten in den siebenzig Jahren der Dritten Republik.

Das Ende in Vichy 9. und 10. Juli 1940

Das Zeremoniell begann um 9 Uhr 30 am Morgen des 9. Juli, als die Deputiertenkammer zusammentrat, um über eine einfache Entschliessung abzustimmen, die besagte, dass eine Abänderung der Verfassungsgesetze erforderlich sei. Diese Entschliessung musste getrennt von beiden Häusern des Parlamentes angenommen werden, ehe die Nationalversammlung sich der tatsächlichen Änderung der Verfassung annehmen konnte. Da das Grand Casino der einzige Saal in der Stadt war, der für eine Sitzung des Parlaments gross genug war, hielten die Deputierten ihre Sitzung dort am Vormittag, die Senatoren die ihre am Nachmittag ab.

Jene, die an diesem Vormittag in Vichy waren, erinnerten sich des prachtvollen Wetters, der strahlenden Sonne, des wolkenlosen Himmels, der milden Luft – so ähnlich den schönen Mai- und Junitagen, in denen sich die Schlacht um Frankreich abgespielt hatte. Die Frauen, Ehegattinnen und andere Damen promenierten in ihrem elegantesten Sommerputz die breite Avenue im Schatten der Bäume entlang zum Kasino und einem Platz auf der Galerie. Baudouin betrachtete sie mit Missbilligung. Die Damen, fand er, sahen «zu elegant, zu vergnügt» aus und trugen zuviel Schmuck für eine so düstere Veranstaltung*.

Alle prominenten Abgeordneten ausser den in Nordafrika festgehaltenen Passagieren der «Massilia» waren anwesend, und unter ihnen befand sich Paul Reynaud mit verbundenem Kopf. Er hatte am 28. Juni, als er mit der Gräfin de Portes von Bordeaux zu einem Landhaus in Sainte-Maxime fuhr, bei einem Autounfall ziemlich böse Verletzungen erlitten. Die Gräfin war ums Leben gekommen; bei einem plötzlichen und zu scharfen Bremsen waren die Gepäckstücke auf dem Rücksitz gegen sie geschleudert worden und hatten ihr einen tödlichen Schlag in den Nacken versetzt. Reynaud war entgegen der Anordnung seines Arztes nach Vichy gefahren – nicht, um zu versuchen, die Republik vor den Machenschaften Laval's zu retten, wie viele hofften und manche erwarteten, sondern nur, wie er dem Marschall am 8. Juli in einem herzlich gehaltenen Brief mitteilte, um seine beiden ehemaligen Mitarbeiter Leca und Devaux zu verteidigen, die in Madrid verhaftet worden waren und in deren Gepäck man eine grosse Geldsumme aus geheimen Regierungsfonds und Madame de Portes' Gold und Schmuck gefunden hatte.

Als einige seiner Anhänger in der Kammer ihn fragten, ob er in die Debatte eingreifen werde, antwortete Reynaud: «Nein. Ich bin einzig hier erschienen, um die Ehre meiner

Mitarbeiter zu verteidigen.» Gleich Herriot, Jeanneney, Lebrun und anderen, die gegen den Waffenstillstand gewesen waren, hatte er zurückgesteckt und sein Blickfeld verkürzt. Gleich ihnen schien er sich damit abgefunden zu haben, dass die Republik zerstört wurde, ohne seine Stimme zum Protest zu erheben. Er schreibt, er habe Vichy verlassen, ohne die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung am nächsten Tag abzuwarten*. Er hatte in der Öffentlichkeit nicht ein einziges Wort geäußert. Sein Schweigen war beeindruckend**.

Aber allein schon die Anwesenheit des ehemaligen Ministerpräsidenten in der Kammer am Vormittag des 9. Juli rief den Protest der Reaktionäre hervor. Einer von ihnen, Pierre Tixier-Vignancour, ein Jungtürke der äussersten Rechten, brüllte, Reynauds Auftauchen sei eine «Provokation», und verlangte, man solle ihm verbieten, seinen Sitz einzunehmen. Herriot, der Vorsitzende der Kammer, beachtete den Krawall nicht und eröffnete die Sitzung mit der herkömmlichen Einleitungsrede des Vorsitzenden. Viele Abgeordnete, denen bewusst war, dass Herriot sich dem Waffenstillstand widersetzt hatte, dass er sich bemüht hatte, die Regierung von Bordeaux nach Nordafrika zu verlegen, damit der Krieg von dort aus fortgeführt werden konnte, und vor allem, dass er mit fanatischer Treue der Republik und besonders ihren parlamentarischen Institutionen ergeben war, denen er ein Vierteljahrhundert in hervorragender Weise gedient hatte, glaubten, er werde diese Gelegenheit ergreifen, um einer entschlossenen Opposition gegen die Zerstörung der Dritten Republik und die Ernennung des Marschalls zum Diktator Ausdruck zu geben.

Ganz im Gegenteil. Er zollte Pétain eine beredte Huldigung und appellierte in rührender Weise an die Kammer, sie solle den ihr vorliegenden Antrag einstimmig billigen.

Unsere Nation in ihrem Unglück hat sich in der Verehrung, die sein Name uns allen einflösst, um den Marschall geschart. Sehen wir uns vor, die Einmütigkeit, die unter seiner Autorität hergestellt worden ist, nicht zu trüben³.

* Tatsächlich blieb er noch dort während des Vormittags, als die hochwichtige Geheimsitzung der Nationalversammlung stattfand, aber er nahm an ihr nicht teil. Er reiste nach dem Mittagessen, kurz vor Beginn der Schlussitzung, ab.

** Reynaud ist in seinen Memoiren bezüglich seines kurzen Auftauchens in Vichy äusserst zurückhaltend, und das wenige, das er sagt, klingt nicht sehr überzeugend. «Da ich bei den vorbereitenden Sitzungen nicht zugegen gewesen war», schreibt er, «hatte ich keinen Grund mehr, meinen Aufenthalt in Vichy, gegen den mein Arzt schwere Einwände erhoben hatte, länger auszudehnen. Ich reiste folglich ab, ohne an der Sitzung der Nationalversammlung teilzunehmen, auf der ich nichts zu besorgen hatte.» – «Ich kann nicht mehr weiter», sagte er zu Vincent Auriol. «Entschuldigen Sie mich, aber ich muss gehen.» Er fuhr ohne Groll auf Pétain ab. Den hatte er erst später, als der alte Krieger ihn ins Gefängnis warf. Beim Prozess gegen den Marschall im Jahr 1945 verlas der Hauptverteidiger Isomi einen Brief ins Protokoll, den Reynaud am 8. Juli, dem Tag seiner Ankunft in Vichy, an Pétain geschrieben hatte. Er schloss: «Ich habe unser gemeinsames Wirken in so warmer Erinnerung, dass es mir abscheulich wäre, wenn sie von Argwohn getrübt würde.»

Robert Murphy, der als Geschäftsträger die amerikanische Botschaft in Vichy leitete, berichtet in seinen Memoiren von einer «sehr menschlichen Episode» im Zusammenhang mit Reynaud, die wie die Geschichte eines Sensationshaschers klingen würde, wenn man nicht wüsste, dass Murphy einer unserer nüchternsten Diplomaten war – er war später diplomatischer Berater aller amerikanischen Präsidenten von Roosevelt bis Nixon. Murphy ass am 10. Juli mit Guy La Chambre und seiner Frau zu Mittag und bemerkte an einem Tisch in der Nähe Monsieur und Madame Paul Reynaud. Der ehemalige Ministerpräsident war «in Verbände gewickelt». Jedermann, schreibt Murphy, sei in düsterer und niedergeschlagener Stimmung gewesen –
*ausser Madame Reynaud, die zu unserem Tisch trat und Madame La Chambre die pikanten Einzelheiten des Auto-unfalls erzählte, bei dem die Mätresse ihres Mannes ums Leben kam. Als sie sich erhob, um zu ihrem Mann zurückzugehen, rief sie mit einiger Erregung: «Und jetzt, chérie, kommt meine Rache *1»*

So kapitulierte der hervorragende Präsident der Kammer und lebenslängliche Republikaner in aller Öffentlichkeit vor jenen, die entschlossen waren, seine teure Republik zu vernichten. Am Nachmittag sollte Jeanneney, der Präsident des Senats und ein ebenso standhafter Republikaner, seinem Beispiel folgen. Das Kapitulationsfieber war ansteckend.

Da sich niemand erhob, um über den Antrag zu debattieren, teilte Herriot mit, dass der Antrag entsprechend den Verfahrensregeln dem Ausschuss für Allgemeines Wahlrecht überwiesen werde. Sofort ertönten Rufe von der Rechten: «Nein! Nein! Sofort abstimmen!» Sogar Jean Mistler, ein Radikalsozialist und Vorsitzender des Ausschusses, stimmte ein. «Schluss mit Ihren Verfahrensregeln!» brüllte er. «Die Zeit dafür ist vorüber! Stimmen wir ab!» Die Galerien, auf denen sich Lavals Anhänger drängten, applaudierten laut. Herriot mochte vor Laval kapitulieren, aber er bestand immerhin darauf, dass es nach parlamentarischer Verfahrensweise geschah. Der Antrag wurde an den Ausschuss verwiesen. Der Ausschuss kehrte eine Stunde später mit der einstimmigen Billigung aller seiner dreiundzwanzig Mitglieder zurück.

«In der Bestürzung, die unserer Katastrophe gefolgt ist», erklärte Mistler, «hat das Gewissen des Landes die Notwendigkeit empfunden, unsere politischen Institutionen von Grund auf zu reformieren.» Um die Verwirrung – oder Scheinheiligkeit – noch zu erhöhen, erklärte der Ausschuss, der «Wiederaufbau» des Landes müsse in «republikanischer Legalität und Ordnung» durchgeführt werden. Alle Abgeordneten wussten, dass die republikanische «Legalität und Ordnung» von ihnen selbst gerade abgeschafft wurden.

Tixier-Vignancour, ein glänzender junger Redner, der später ein hervorragender Anwalt und Verteidiger rechtsradikaler Führer wurde, versuchte, noch einen Tumult zu entfesseln, bevor sich die Kammer zum letztenmal in ihrer Geschichte vertagte. Er unternahm den Versuch, eine Entschliessung einzubringen, die verlangte, dass die «für die Katastrophe Verantwortlichen» vor Gericht gezogen und bestraft würden. Herriot entschied, dass der Antrag gemäss der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Der Jungtürke wollte sich nicht abbringen lassen. Er brüllte: «Ich fechte eine Entscheidung an, die uns daran hindert, die Bestrafung der Schuldigen zu erörtern, während Sie eine Entscheidung treffen, die es Paul Reynaud gestattet, herzukommen und sich in dieser Kammer zu zeigen.» Reynaud verteidigte sich nicht. Herriot trommelte inmitten des Tumults mit seinem Hammer und verlangte die Abstimmung über den Regierungsantrag. Der Antrag wurde mit 395 zu 3 Stimmen angenommen. Zwei Sozialisten und ein Radikaler stimmten dagegen.

Das Abstimmungsergebnis im Senat am Nachmittag war noch überwältigender, aber die Sitzung verlief, wie üblich, um einiges würdevoller als die in der Kammer. Senatspräsident Jeanneney übertrumpfte Herriot noch mit seiner Huldigung an den Marschall.

Ich bestätige Marschall Pétain unsere Verehrung und die Dankbarkeit, die ihm dafür gebührt, dass er dem Land seine Person zum Geschenk gemacht hat... Wir kennen den

Adel seiner Seele... gehen wir an die Arbeit – um unserem Land eine neue Seele zu schmieden und endlich die Autorität moralischer Wertbegriffe, kurzum die Autorität, wiederaufzurichten.

Dies waren eben jene Worte, die Laval die ganze Woche hindurch verwendet hatte, und den Senatoren war es offenkundig, dass ihr Präsident jetzt auf seiner Seite stand. Das scheint jegliche Stimme der Revolte erstickt zu haben. Jeanneney überwies den Antrag an den Ausschuss, und er kam einige Minuten später gleichfalls einstimmig angenommen zurück. Im Unterschied zu dem kriecherischen Mistler in der Kammer verlieh der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Boivin-Champeaux, der einer alten normannischen Familie angehörte, seinem Bericht eine gewisse Würde. Er meldete, der Ausschuss habe befunden, dass der Regierungsantrag auf Reform der Verfassung «legal und ordnungsgemäss» sei. Aber ihm persönlich tat es leid, die Republik verschwinden zu sehen. Er sprach einige Worte, die nicht viele zu äussern wagten.

Wir sagen der Verfassung von 1875 nicht ohne Betrübnis Lebewohl. Sie hat Frankreich zu einem freien Land erhoben ... Sie ist weniger an ihren Unvollkommenheiten gestorben als an der Fehlerhaftigkeit der Männer, deren Aufgabe es war, sie zu schützen und für ihr Funktionieren zu sorgen.

Das war keine schlechte Grabschrift.

Nachdem der Senator geendet hatte, fand die Abstimmung statt. Das Ergebnis war 229 zu 1. Die einzige Stimme des Widerspruchs stammte nicht von einem Sozialisten oder Radikalen, sondern vom Marquis de Chambrun. Die Ironie wollte es, dass er der Bruder des Schwiegervaters von Josee Laval war, der Tochter des Mannes, der jetzt im Begriff war, seine grösste Leistung zu vollbringen – die Austilgung der von ihm so gehassten Republik.

Laval hatte der Kammer und dem Senat in grossen Zügen mitgeteilt, wie die abschliessende Zeremonie am nächsten Tag, dem 10. Juli, abrollen werde. Am Vormittag sollte die Nationalversammlung zur Geheimsitzung zusammentreten, um den Regierungsantrag zu erörtern, der Pétain umfassende Ermächtigung erteilte, zu regieren und die neue Verfassung des «französischen Staates» zu verkünden – sogar das Wort «Republik» sollte verschwinden. Laval versicherte den Parlamentsmitgliedern, in der Geheimsitzung werde eine Debatte gestattet sein und jeder Abgeordnete werde sagen können, was er vorzubringen wünsche. Am Nachmittag sollte die Nationalversammlung zu einer öffentlichen Sitzung wieder zusammentreten und die formelle Abstimmung vornehmen. Laval sprach die Hoffnung aus, dass die Abgeordneten im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit sich der Debatte enthalten und nur einfach abstimmen würden. Die gewählten Vertreter des Volkes waren mithin noch immer in der Lage, falls sie es wünschten, die Dritte Republik, der sie ihren Treueid geleistet hatten, zu retten und Lavals Versuch, eine Diktatur aufzurichten, mit ihrer Abstimmung zu Fall zu bringen.

10. Juli 1940: Der letzte Tag der Dritten Republik

Um den verwirrten und eingeschüchterten Parlamentsabgeordneten nachdrücklich vor Augen zu führen, dass die Regierung Pétain es ernst meinte, hatte Laval das Kasino eindrucksvoll von Gendarmen und *gardes mobiles*, letztere mit aufgepflanztem Bajonett, absperren lassen, an denen die Deputierten und Senatoren zur geheimen Vormittags-sitzung der Nationalversammlung vorbei mussten. Zur Verstärkung hatte sich noch eine Anzahl von Führern der antirepublikanischen terroristischen Cagoule eingefunden, von denen viele erst einige Monate zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden waren, um im Heer zu dienen, und noch Uniform trugen. An ihrer Spitze befand sich ihr Anführer Eugene Deloncle, der aus dem Gefängnis an die Front und von dort nach Vichy gegangen war, um zum Sturz der Republik beizutragen *. Sie hatten natürlich keinen Zutritt zur Geheimsitzung, aber am Nachmittag sollten die Cagoulards, denen sich Doriot's faschistische Schläger anschlossen, die Publikumsгалerien füllen, von wo aus sie jegliche Opposition gegen die geplante Diktatur niederzubrüllen gedachten. «Sogar Murats Grenadiere führten am 18. Brumaire keine schärfere Polizeiaktion durch», meinte Léon Blum.

Jeanneney, der als Präsident des Senats den Vorsitz der Nationalversammlung hätte führen sollen, lehnte ab mit der Begründung, dass die Geheimsitzung «regelwidrig» sei. Ein Senator namens Valadier nahm seinen Platz ein. Als Laval den Saal betrat, war jedermann von seiner Selbstsicherheit beeindruckt. Tatsächlich rechnete er auch nur mit geringfügigen Schwierigkeiten: einmal von Seiten Flandins, den er bereits mit dem Angebot eines Kabinettspostens zu entschärfen versucht hatte, zum anderen von den Veteranen-Senatoren und schliesslich von einer Gruppe von siebenundzwanzig Deputierten, die einen von Vincent Badie aufgesetzten Antrag unterschrieben hatten; Badie selbst war gerade erst aus der dritten Armee entlassen worden, um an der Sitzung teilnehmen zu können. Laval war bereit, den Veteranen-Senatoren ein kleines Zugeständnis einzuräumen, während er die Badie-Gruppe zu ignorieren oder hineinzu-legen gedachte **. Beide Gruppen waren mit ihm, was die Ermächtigung Pétains anlangte, eines Sinnes. Sie wichen von ihm nur insofern ab, als sie die Republik zu erhalten wünschten. Laval war überzeugt, dass er damit schon fertig werden würde. Und er wurde es auch.

Nachdem Senator Taurines namens der Kriegsveteranen seine Gegenentschliessung eingebracht und erklärt hatte, dass Pétain sie gebilligt, Laval sie jedoch anschliessend abgelehnt habe, griff Laval unverzüglich ein. Er schien gespürt zu haben, dass die Taurines-Entschliessung die Versammlung stärker beeindruckte als seine eigene, weil sie zwar dem allgemeinen Wunsch stattgab, die Macht dem Marschall zu übergeben, aber die

* «Die Republik ist endlich gestürzt», schrieb Deloncle an diesem Abend an seine Frau, «und ich habe meinen kleinen Anteil daran gehabt!»

** Marquet hatte im Auftrag Lavals an diesem Morgen Badie einen hohen Regierungsposten angeboten, falls er sein Projekt zurückziehe. «Sie sind ein vielversprechender junger Mann», sagte Marquet, «überlegen Sie sich's.» Badie erklärt, er habe geantwortet, dass er «nicht käuflich» sei *.

Republik beibehielt. Laval dankte den Kriegsveteranen auf seine glattzüngigste Weise für ihre Intervention und erklärte sich bereit, ihnen «Genugtuung» zu geben – durch ein geringfügiges Zugeständnis. Er wolle den letzten Satz des Regierungsantrags, der vorsah, dass die neue Verfassung «durch die von ihr geschaffenen Versammlungen ratifiziert» werde, dahin abändern, dass er lautete: «Durch die Nation ratifiziert und von den Versammlungen, die sie schaffen wird, angewendet.»

«Was ist denn die Nation?» riefen mehrere Abgeordnete. «Repräsentieren wir denn nicht die Nation?»

Die Sitzung drohte zu entgleisen. Laval handelte rasch, um sie wieder auf Kurs zu bringen. Er wartete mit einer Überraschung auf, die viele Anwesende später als einen «regelrechten Coup» bezeichneten. Er erklärte, er ersuche die Versammlung lediglich, zu tun, was der Marschall verlange. Dies gesagt, zog er einen Brief hervor, den Pétain ihm am 7. Juli geschrieben hatte, und verlas ihn.

Das Verfassungsprojekt der Regierung, deren Vorsitz ich führe, wird den Versammlungen am 9. und 10. Juli vorgelegt werden. Da es für mich schwierig ist, an den Sitzungen teilzunehmen, ersuche ich Sie, mich zu vertreten. Die Annahme des der Nationalversammlung unterbreiteten Regierungsprojekts scheint mir für die Rettung des Landes notwendig.

Das schaffte es. Die Abgeordneten schwiegen wie betäubt. Der Marschall, den sie nahezu alle unterstützten, ja verehrten, wünschte also, dass der Regierungsantrag angenommen werde, um das Land zu retten, und er hatte Laval beauftragt, ihn für ihn durchzubringen. Wer wagte es jetzt noch, sich ihm zu widersetzen? Laval, der seinen mühe-losen Triumph spürte, sagte leise: «Es kann also kein Zweifel bestehen, dass ich hier das Denken des Marschalls bezüglich des Projektes zum Ausdruck bringe.» Laval hatte gewonnen. Aber um der Republik den Gnadenstoss zu versetzen, erging er sich jetzt in einer langen Rede, die nach Meinung aller, die sie hörten, sogar jener, die ihn verabscheuten, die grösste seiner Laufbahn war. Sie nahm mehr als die Hälfte der Zeit der Vormittagssitzung in Anspruch und liess nur wenige Augenblicke übrig, in denen jemand anderer noch etwas sagen konnte. Er sprach im Sitzen, damit die Debatte, wie er huldvoll lächelnd erklärte, «wie im Familienkreis» stattfinden könne. Doch schon bald schwoll seine Stimme an und erfüllte die Kammer, indes er in dieser Stunde des Triumphs Punkt für Punkt seinen ganzen bitteren Groll gegen das Regime ausspie, das ihn so lange von der Macht ferngehalten hatte. In ihrer tiefen Erniedrigung, die Niederlage und Unheil gebracht hatten, begann die überwältigende Mehrheit, ihm wie wild zu applaudieren. Die Dritte Republik hatte in ihrem ganzen tumultuarischen Leben nie eine solche Schaustellung erlebt.

Warum, begann er, verlangte der Marschall dieses Gesetz?

Das grösste Verbrechen... bestand darin, den Krieg erklärt zu haben (anhaltender

Beifall *), *ohne Vorbereitung* (neuer Beifall), *weder diplomatisch* (Zwischenrufe) – *hören Sie mich an, ich spreche ohne jede Leidenschaft – noch militärisch, aber es ist Ihnen ja wohlbekannt, dass wir nicht wussten, warum wir kämpften.*

(Von verschiedenen Sitzen): *Für England!*

Laval konnte infolge des Beifalls und der lauten Zurufe kaum weitersprechen und ersuchte um Ruhe und Ordnung. Nichtsdestoweniger schien er das Gebrüll auszukosten. Er zählte der Reihe nach alle Fehler der Aussenpolitik des «demokratischen Frankreichs» auf, in Österreich, in der Tschechoslowakei, in Danzig. «Dann folgte Polen, und wir befanden uns im Krieg.»

Ich glaube nicht, dass wir je in unserer ganzen Geschichte eine grössere Katastrophe erlitten haben. Aber es war ja ein Krieg der Demokratie gegen die Diktatoren. Wir mussten den Nazismus besiegen. Wir mussten den Faschismus niederwerfen... Und so schleuderten wir ihnen mit verbrecherischer Unvorsichtigkeit diese Herausforderung entgegen. Wir schleuderten unsere Herausforderung, und wurden geschlagen... Jetzt haben wir die Konsequenzen zu ziehen.

Sodann sprach er über England, und sein ganzer Groll gegen dieses Land brach durch.

Seien Sie beruhigt. Wir beabsichtigen nicht, England den Krieg zu erklären. Aber wir werden Schlag um Schlag zurückgeben (Beifall, Zwischenrufe). *Ich werde Ihnen die Tatsachen nennen. England hat uns in diesen Krieg gezerrt; und dann, nachdem es uns hineingezerrt hatte, hat es nichts getan, um uns zu helfen, ihn zu gewinnen* (Beifall, Zwischenrufe von einigen Sitzen)... *Wir wurden als seine Soldknechte betrachtet.*

Das brachte den Redner ganz von selbst auf Mers-el-Kébir.

Es war keine Schlacht, die uns die Flotte Seiner Majestät geliefert hat. Es war Mord. (Heftiger Beifall)

MONTIGNY: *ES war eine Schande!*

LAVAL: *Ich enthalte mich des Kommentars.*

Dann wandte er sich der Innenpolitik zu.

Manche sagen, unser Projekt sei eine Verurteilung der parlamentarischen Regierungsform. Ganz und gar nicht! Und warum nicht? Weil es eine Verurteilung nicht nur der parlamentarischen Regierungsform ist, sondern alles dessen, was war und nicht mehr sein kann.

* Das amtliche stenographische Protokoll, das nach dem Krieg ans Licht kam, ist von zahlreichen Anmerkungen über Beifall und andere Reaktionen unterbrochen.

Und so ging es fort und fort. Er wandte sich wieder der französischen Aussenpolitik zu und ging bis in die kleinsten Einzelheiten, um nachzuweisen, wie er sich jahrelang bemüht habe, das Land mit den Diktatoren in eine Reihe zu bringen: Hitler, Mussolini, Franco. Aber die republikanischen Regierungen wollten mit den Faschisten nichts zu tun haben.

Blicken Sie zurück! Bei uns konnte man mit einem Räuber, einem Verbrecher, einem Zuhälter Geschäfte abschliessen, aber mit einem Faschisten verhandeln war unverzeihlich. Der Antifaschismus war die Grundlage von allem, was wir taten – daheim und im Ausland.

Und damit begann ein Lobgesang der faschistischen Diktaturen, die wieder Ordnung geschaffen und die «Vaterlandsliebe wiederhergestellt» hatten. Es war offenkundig, welche Art von Diktatur er für Frankreich im Sinn hatte.

Frankreich hat seine Freiheit missbraucht... Das ist der Grund, warum wir dahin geraten sind, wo wir jetzt sind. Eine so grosse Katastrophe, wie wir sie erlitten haben, kann nicht gestatten, dass die Institutionen, die dafür verantwortlich waren, fortbestehen.

Diese Bemerkung wurde nicht sonderlich gut aufgenommen, und Laval beeilte sich, die Versammlung zu beruhigen. Er müsse es zwar ablehnen, erklärte er, irgendwelche Abänderungen des Vorschlags der Regierung zu akzeptieren, da der Marschall dies nicht dulde, aber er verspreche, dass die beiden Kammern «fortbestehen werden, bis die neuen Versammlungen geschaffen sind – so dass sich keine Lücke ergibt –, obwohl ihre Tätigkeit notwendigerweise eingeschränkt sein wird». Das war ein Versprechen, das rasch gebrochen wurde. Als er sich hinsetzte, ertönte donnernder Beifall.

Einige Abgeordnete setzten eine geringe Hoffnung auf Flandin, der als nächster sprach. Aber Lebruns Weigerung zurückzutreten und die Erkenntnis, dass Laval Herr der Lage war, hatten ihm den Wind aus den Segeln genommen. Ausserdem war Flandin ohnehin nicht der Mann, der heldenhaft gegen eine grosse Übermacht kämpfte – nicht einmal bei dieser seiner letzten Gelegenheit, die Republik zu retten, die ihn mit den höchsten Ämtern geehrt hatte und die seine Vorfahren mannhaft und beherzt verteidigt hatten. Er sprach lang und beredt über die Grösse Pétains und die Notwendigkeit, Frankreich im Angesicht der deutschen Besetzung neu zu gestalten. An einer Stelle schien er sich gegen Laval zu wenden.

Ein Punkt in Ihrer Rede, Monsieur Laval, hat mich beunruhigt, und das war die Andeutung, die Sie über die Notwendigkeit machten, uns mit anderen Regimen gleichzurichten. Nichts wäre ärger (eine Stimme: Vive la France!) als ein sklavischer Abklatsch der Institutionen anderer... Man darf niemals versuchen, die Gedankenfreiheit auszulöschen, die der Ruhm Frankreichs gewesen ist.

Doch dann steckte er sogleich zurück und forderte jedermann dringlich auf, den Vorschlag der Regierung zu unterstützen. Auch er! Er, der noch vor zwei Tagen versucht hatte, Laval zu torpedieren und seine Pläne zu durchkreuzen, und der mit seinem Appell, man solle zum Marschall Vertrauen haben, aber nicht die Republik zerstören, möglicherweise die Mehrheit der Deputierten für sich gewonnen hatte*. Laval konnte seine triumphierende Freude nicht verhehlen. Flandin hatte schliesslich doch vor ihm kapituliert. Und Herriot. Paul Reynaud hatte sich nicht einmal gezeigt. Und Jeanneney, der allseits verehrte Senatspräsident, hatte ihm einen Gefallen erwiesen, indem er den Deputierten Badie dazu bewogen hatte, ein Gegenprojekt nicht vorzutragen. Der Senatspräsident hatte Badie zugesichert, er könne es am Nachmittag zur Sprache bringen, und er werde ihn zu diesem Zweck zum Wort aufrufen – noch ein Versprechen dieses Tages, das nicht gehalten wurde.

Und jetzt, bevor die Versammlung sich vertagte, wandte sich Laval an Flandin, um ihm für seine Unterstützung zu danken und für seine Worte zu belobigen. «Ich habe», sagte er, «mit tiefer Bewegung den Schlussworten meines Freundes Flandin gelauscht. Ich werde die Schlussfolgerung seiner Rede unverändert übernehmen.»

Es wurde laut «*Clôture!* – Schluss der Debatte!» gerufen, aber jetzt, da er die Schlacht gewonnen hatte, wollte Laval noch eine Kleinigkeit mehr verkünden. Er sagte es beinahe verschämt und schüchtern:

Wissen Sie, was der wahre Grund von all dem ist, was ich Ihnen mitgeteilt habe? Wissen Sie, warum wir im Besonderen unser Projekt vorgelegt haben? Erwägen Sie es wohl, bevor Sie sich zur öffentlichen Sitzung einfinden. Damit wir einen Frieden erzielen, der Frankreich am wenigsten weh tut⁷.

Die Parlamentsabgeordneten dürften sehr wohl verstanden haben, was er damit meinte. Laval gedachte die Diktaturen der deutschen und italienischen Sieger nachzuahmen, um bessere Friedensbedingungen von ihnen zu erhalten. Falls irgendein Deputierter oder Senator dies für niedrig und sklavisch hielt, so meldete er sich jedenfalls nicht zum Wort. Flandin hatte als einziger laut Einspruch erhoben**.

Die Nationalversammlung wurde bis zur öffentlichen Sitzung um 14 Uhr vertagt. Diese

* Flandin suchte am nächsten Tag Baudouin auf, der ihre Unterredung in seinem Tagebuch notierte: «Er (Flandin) sagte mir, er stehe dem Marschall völlig zur Verfügung. Er erklärte, das bedeute nicht, dass er einen Posten im Kabinett erwarte, sondern dass er sich freuen werde, der Regierung zu dienen. Am liebsten hätte er einen wichtigen Posten in Nordafrika, vielleicht als General-Delegierter der Regierung in den drei dortigen Kolonien.» Diesen Posten erhielt er nicht, aber er erhielt einen anderen. Fünf Monate später ernannte Pétain ihn an Stelle von Laval zum Aussenminister.

** Die Hitler-Regierung quittierte in Wahrheit die Kriecherei Lavals und seiner Anhänger mit Verachtung. Ich war zu dieser Zeit nach Berlin zurückgekehrt. Am 9. Juli, als die Meldungen aus Vichy deutlich werden liessen, was sich dort abspielte, notierte ich diese Verachtung in meinem Tagebuch. Die Wilhelmstrasse hatte an diesem Tag einige Andeutungen darüber geäussert, wie die deutsche Haltung gegenüber der Vichy-Diktatur sein werde. Mein Tagebuch verzeichnet sie.

Der Wechsel von dem vormaligen Regime in Frankreich zu einer autoritären Regierungsform wird die politische Liquidierung des Krieges in keiner Weise beeinflussen. Tatsache ist, dass Deutschland die französisch-deutsche Abrechnung noch nicht für endgültig geregelt hält. Sie wird später mit historischem Realismus geregelt werden . . . nicht nur auf der Grundlage der zwei Jahrzehnte seit Versailles, sondern sie wird auch viel frühere Zeiten dabei in Rechnung stellen⁸.

sollte lediglich eine Formalität sein, damit die Öffentlichkeit sehen konnte, wie die Volksvertreter sich um ihren grossen Kriegshelden scharten und auf sein Verlangen sich selbst und die Republik zum Opfer brachten. Man konnte Laval den zufriedenen Gesichtsausdruck nicht verbüßeln, als er die Versammlung verliess, um sich zum Mittagessen zu begeben. Er hatte sein Ziel erreicht, und obwohl er seine ganze Schlaueit hatte aufwenden müssen, war der Sieg doch leichter gewesen, als er angenommen hatte. Niemand hatte je eine französische Republik oder irgendein anderes französisches Regime mit solcher List und Leichtigkeit und mit sowenig Aufruhr zu Fall gebracht. Es hatte keiner physischen Gewalttätigkeit bedurft, und es war kein Blut vergossen worden.

«Trotzdem – *Vive la République!*»

Alle nahmen ein gemächliches Mittagessen ein, die meisten im eleganten Restaurant Chantecler, wo einem französischen Journalisten neben den Politikern und Botschaftern «eine grosse Anzahl wundervoll ausgestaffierter und strahlender Damen» auffiel. Für sie schien es eine Art Gala-Vorstellung zu sein. (Hier, bei dieser Gelegenheit war Murphy Zeuge der «sehr menschlichen Episode» mit Monsieur und Madame Reynaud.)

Als die Nationalversammlung kurz nach 14 Uhr zur öffentlichen Sitzung wieder zusammentrat, hatte Jeanneney, der ehrwürdige Senatspräsident, endlich doch den Vorsitz übernommen. Er verlas die Entschliessung der Regierung, deren letzten Satz Laval als Entgegenkommen gegenüber den Kriegsveteranen im Senat abgeändert hatte.

Die Nationalversammlung erteilt der Regierung der Republik unter der Autorität und Unterschrift Marschall Pétains umfassende Ermächtigung, durch einen oder mehrere Gesetzesakte eine neue Verfassung des französischen Staates zu verkünden. Diese Verfassung wird die Rechte der Arbeit, der Familie und des Landes gewährleisten. Sie wird von der Nation ratifiziert und von den Versammlungen, die sie schaffen wird, angewendet werden.

Dem Buchstaben nach ermächtigte die Formulierung der Entschliessung den Marschall lediglich, eine neue Verfassung aufzusetzen – mehr nicht. Aber Laval bewerkstelligte es in Kürze, diese Machtbefugnis zu erweitern. Vorerst setzte er freilich zwei parlamentarische Manöver in Gang, die seine Aufgabe erleichtern sollten. Ehe er sie durchsetzen konnte, regte sich noch ein leiser Atemzug der Opposition. Herriot verlangte das Recht, der Versammlung ein Protesttelegramm der unglücklichen Abgeordneten zu verlesen, die auf der «Massilia» nach Nordafrika gefahren und dort von der Regierung Pétain noch immer festgehalten wurden. Herriot verteidigte sie wärmstens gegen die Beschuldigung seitens gewisser Mitglieder der Regierung, sie seien «geflohen» und hätten sich ausserhalb des Gesetzes gestellt. Seine Worte lösten bei der Versammlung ironisches Gelächter aus. Und obwohl Laval erklärte, er akzeptiere die Erklärung, konnte er sich

doch nicht der Bemerkung enthalten, das französische Volk «werde verstehen», warum der Marschall, er selbst und andere sich geweigert hatten, den geheiligten Boden Frankreichs zu verlassen. Herriots Intervention, die sich auf eine am Rande liegende Frage beschränkte, war, wie sich herausstellte, die einzige, die zugelassen wurde.

Laval und seine Helfershelfer hatten die Versammlung jetzt fest in der Hand. Sie unternahmen rasch zwei parlamentarische Manöver. Das erste wurde von Senator Emile Mireux ausgeführt und war ein Antrag, wonach die Mehrheit der Anwesenden und nicht die Mehrheit aller Mitglieder der beiden Kammern die Abstimmung entscheiden sollte. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 850, die Zahl der Anwesenden und Abstimmenden 666. Laval war sich der Mehrheit der letzteren, nämlich 334 Stimmen, sicher. Der Mehrheit der ersteren, nämlich 426 Stimmen, war er nicht so gewiss. Nur 241 Stimmen konnten ihm in diesem Fall eine Niederlage bereiten. Jeanneney versuchte, kraft der Geschäftsordnung zu verfügen, dass der Antrag des Senators verfassungswidrig sei, aber es wurde rasch über ihn abgestimmt, und er wurde angenommen. Senator Mireaux, ein Direktor der Zeitung *Le Temps*, die das halbamtliche Organ der Dritten Republik gewesen war, wünschte zweifellos, dass seine Zeitung unter dem neuen Regime diesen Status beibehalte. Jedenfalls belohnte Laval ihn persönlich für seine Intervention drei Tage später mit einem Posten im Kabinett. Das zweite Manöver war gewichtiger. Es wurde von Fernand Bouisson durchexerziert, einem ehemaligen Sozialisten und früheren Vorsitzenden der Deputiertenkammer, der im Lauf des Nachmittags bewies, dass er die Opposition nicht nur mit seiner geschickten Handhabung der parlamentarischen Verfahrensweise, sondern auch mit der Ausübung physischer Gewalt mundtot zu machen verstand. Er beantragte, dass über den Regierungsantrag zuerst abgestimmt werde. Dies bedeutete, falls er angenommen wurde, dass die beiden oppositionellen Anträge – nämlich die der Kriegsveteranengruppe im Senat und des Deputierten Badie – nicht einmal zur Debatte gelangten. Der Vorschlag war im höchsten Grade regelwidrig, aber die Versammlung nahm ihn an.

So blieb nur noch die Formalität, die Entschliessung der Regierung dem Ausschuss zur Billigung zu überweisen, wonach die Versammlung, wenn Laval seinen Willen durchsetzte, ohne Debatte über sie abstimmen würde. Im Ausschuss bewerkstelligte Laval einen neuerlichen Coup. Er fügte unauffällig, ohne dass die Abgeordneten es anscheinend merkten, die Forderung ein, dass der Marschall nicht nur die Ermächtigung zur Schaffung einer neuen Verfassung erhalte, sondern ausserdem auch die gesamte exekutive und *legislative* Machtbefugnis, um das Land zu regieren. Er wolle, erklärte er, den Passus nicht in die Entschliessung der Regierung aufnehmen, sondern in den Bericht des Ausschusses, der im Fall der Annahme durch die Versammlung vermutlich Gesetzeskraft haben werde. Es wurde kein Einwand erhoben, und der Passus wurde angenommen. Diese Bestimmung verlieh Pétain die Machtbefugnis eines absoluten Monarchen. Nicht einmal Hitlers Diktator-Autorität war umfassender.

Nach dem Krieg zog der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Senator Boivin-Champeaux, den *rapporteur* des Ausschusses, zur Rechenschaft, weil er sich mit diesem

Passus hatte hineinlegen lassen. Louis Marin las dem Senator den Ausschussbericht vor, der dem Marschall umfassende exekutive und legislative Machtbefugnisse «ohne Einschränkung und in ausgedehntester Form» erteilte.

MARIN: *Es verhält sich doch aber so, dass weder das von Pétain vor gelegte Projekt noch das von der Nationalversammlung durch Abstimmung angenommene Projekt Pétain solche umfassende Ermächtigungen gab. Sie ermächtigten ihn nur dazu, eine Verfassung zu schaffen. Das ist etwas völlig anderes ...*

BOIVIN-CHAMPEAUX: *Nicht eine Stimme erhob sich dagegen. Es wurde nicht ein einziger Einspruch erhoben. Die Frage wurde nicht einmal erörtert.*

Als der Senator das Argument vorbrachte, das Parlament habe schon häufig einem Ministerpräsidenten *plein pouvoir* erteilt, und Pétain sei zu jenem Zeitpunkt Ministerpräsident gewesen, rief Marin aus:

Wann hat je eine Regierung, ausser damals, umfassende legislative Machtbefugnis erhalten? Niemals! Und volle exekutive Ermächtigung? Sie ist niemals einem einzigen Mann erteilt worden!... Was Sie erteilten, war sehr weit entfernt von dem, was früher einmal einem Poincaré oder einem Daladier gestattet wurde ... Die Pétain genehmigten Machtbefugnisse gaben uns ein totalitäres Regime⁹.

Kurz nach 17 Uhr am 10. Juli, nach einer Sitzungspause für die Beratung des Gemeinsamen Ausschusses, trat die Nationalversammlung wieder zusammen, um den Ausschussbericht entgegenzunehmen und darüber abzustimmen, ob sie das Land Pétain und Laval überantworten solle. Der Ausschussbericht, der mit der Übertragung umfassender Machtbefugnis an Pétain viel weiter ging als der Antrag der Regierung, wurde ohne Debatte angenommen. Die Senatoren und Deputierten waren jetzt völlig eingeschüchtert. Lavals Anhänger brüllten: «Abstimmung! Abstimmung!» Es brach ein wohlorganisierter Wirrwarr aus. Jeanneney, der sich bemühte, sich an die parlamentarische Verfahrensregeln zu halten, verschaffte sich schliesslich so viel Ruhe im Haus, dass er bekanntgeben konnte: «Vor der Abstimmung muss ich denjenigen das Wort erteilen, die ersucht haben, ihre Stimmabgabe zu erklären.» Dies war die einzige Art, mit der die Opposition noch ihre Stimme erheben konnte, da die beiden Gegenanträge erst nach der Abstimmung über den Regierungsvorschlag eingebracht werden konnten. Aber das Kasino erdröhnte von Rufen: «Clôture! Abstimmung!»

Der Präsident versuchte, einem Abgeordneten namens Margaine, der die Badie-Entschiessung unterstützte, das Wort zu erteilen. Er wurde mit den Rufen nach «Clôture! Abstimmung! Abstimmung!» niedergebrüllt.

DER PRÄSIDENT: *Ich höre, dass die Clôture verlangt wird. Das bedeutet Unterdrückung der Stimmabgabe-Erklärungen.*

ZURUFE: *Oui! Oui!*

DER PRÄSIDENT: *Ich werde die Versammlung hierüber befragen.*

Das stellte sich im wohlorchestrierten Tumult als unmöglich heraus. Es kam zu keiner Abstimmung darüber, ob die Debatte geschlossen werden solle. Sie wurde vom Gebrüll der Leute Lavals und der Ohnmacht des Vorsitzenden kurzerhand geschlossen. Der Geschichtsprofessor und Deputierte Paul Boulet, der Badies Antrag unterstützte, schilderte die Szene später dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss:

Jedesmal, wenn jemand sprechen wollte, ging seine Stimme in dem Gebrüll von 400 Stimmen gegen 20 oder 30 unter! Man muss sich vorstellen, wie es in dieser Versammlung zuging, in der 400 Abgeordnete sassen, die niemand zu Worte kommen lassen wollten.

Wünschte Präsident Jeanneney, der nach vielen Jahren des Vorsitzes im Senat einen grossen Ruf für Fairness genoss, dass jemand zu Wort kam? «Wir hatten nicht den Eindruck», sagte Boulet, «dass der Präsident denjenigen, die sprechen wollten, sehr behilflich war¹⁰.»

Inmitten des Geschreis nach Abstimmung erhob sich der Deputierte Badie, um namens der siebenundzwanzig Deputierten zu sprechen, die seinen Gegenvorschlag unterzeichnet hatten. Jeanneney hatte versprochen, ihm das Wort zu erteilen, hatte es aber bisher nicht getan. Badie erhob sich trotzdem und versuchte sich zum Rednerpodium durchzuzwängen. Dort trat ihm eine Phalanx von Laval-Anhängern entgegen, geführt von dem ehemaligen Kammervorsitzenden Fernand Bouisson, einem Mann von einigem Leibesumfang und Gewicht, und versperrte ihm den Weg. Badie sagte später aus:

Ich wurde von zweien oder dreien meiner Parlamentskollegen festgehalten. Einer von ihnen war ganz besonders wütend, sein Gesicht war dunkelrot angelaufen. Das war der frühere Vorsitzende Fernand Bouisson.

Er packte mich am Rock, knuffte mich mit der Faust und versuchte mich die Stufen des Podiums hinunterzudrängen. Ich sagte zu Bouisson: «Das können Sie mit mir nicht machen! Lassen Sie mich los, oder ich schlage zu!» Er liess mich los und zog sich zurück. In diesem Augenblick rief Präsident Jeanneney zur Abstimmung über den Regierungsantrag auf. Er wollte mich nicht sprechen lassen.

Er hielt sein Versprechen nicht. Wenn er gewollt hätte, wäre ich trotz all des Geschreis zumindest in der Lage gewesen, unseren Protestantrag zu verlesen¹¹.

So geschah es, dass auch Jeanneney, der im ersten Weltkrieg ein enger Mitarbeiter Clemenceaus und sein Unterstaatssekretär gewesen war und sich während seines langen Parlamentarierlebens einen vorzüglichen Ruf der Unbestechlichkeit und Treue zur Republik erworben hatte, zusammenklappte und nachgab – wie Herriot, Reynaud, Blum

und alle anderen Säulen des Regimes nachgegeben hatten. Er weigerte sich, Badie das Wort zu erteilen. Er weigerte sich, eine Debatte stattfinden zu lassen. Er rief zur Abstimmung auf, von der jeder wusste, dass sie das Totengeläut seiner geliebten Republik sein werde.

Das Ergebnis war überwältigend: 569 Stimmen dafür, 80 dagegen und 17 erklärte Stimmenthaltungen. Die Mehrheit der Sozialisten, die Mehrheit der Radikalsozialisten, der beiden Parteien, die zwei Generationen lang die Hauptstütze der Republik gewesen waren, schlossen sich der Mehrheit der Konservativen an und stimmten für die Annahme.

«Ich hatte nicht gewusst, dass es in meiner Partei so viele Feiglinge und Verräter gab», erklärte Le Troquer, ein sozialistischer Abgeordneter, der zu den in Algier festgehaltenen «Massilia»-Passagieren gehörte. Badie erklärte dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss:

Jene, die am meisten von der Dritten Republik profitiert hatten, die von ihr am höchsten geehrt worden waren, die am häufigsten Minister gewesen waren, die aufgrund ihrer Schulung, ihrer Bildung und ihrer Gesinnung die Republik halten verteidigen sollen, liessen es feige zu, dass sie ermordet wurde¹².

General Weygand empfand es anders. Es hiess, er solle gesagt haben: «Die Boches habe ich nicht zu fassen gekriegt, aber das Regime habe ich erwischt¹³.»

Die 80 Senatoren und Deputierten, die mit Nein stimmten, wurden späterhin geehrt. Zu ihnen gehörten Blum, Louis Marin, Paul-Boncour, Auriol, Marx Dormoy (der später von der Vichy-Miliz ermordet wurde) und der Marquis de Chambrun. Herriot und Georges Monnet enthielten sich der Stimme. Georges Bonnet und Anatole de Monzie gehörten zu der grossen Mehrheit, die der Republik den Garauus machte, in der sie es immerhin zu etwas gebracht hatten. «Nach reiflicher Überlegung», schrieb de Monzie zwei Tage später in sein Tagebuch, «bedaure ich nicht, für diesen ‚Wechsel‘ gestimmt zu haben.»

Als das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, erhob sich Laval und sagte: «Ich habe im Namen von Marschall Pétain nur ein Wort zu sagen. Ich danke Ihnen für Frankreich.»

Während die Abgeordneten den Saal verliessen, rief Senator Astier, ein Konservativer, der Nein gestimmt hatte, laut und vernehmlich: «Trotzdem – *Vive la République!*» Sein Ruf fand keinen Widerhall.

Die Dritte Republik hatte Selbstmord begangen.

Am 4. September 1870, nach der katastrophalen Niederlage gegenüber Preussen ausgerufen, hatte sie 70 Jahre gedauert, länger als irgendein anderes Regime seit der grossen Revolution. Und dann brach sie, nachdem derselbe Feind von jenseits des Rheins sie niedergetrampelt hatte, ebenso plötzlich und unversehens, wie sie geboren waren war, in sich zusammen.

«Wir, Philippe Pétain, Marschall von Frankreich ...»

Im Jahr 1961 sass ich bei einem hervorragenden französischen Historiker in seiner Wohnung, aus der man auf die Seine hinablickte, und während wir den Autos zusahen, die unten auf der neuen Schnellstrasse am Fluss entlangbrausten, meinte er: «Wenn wir 1940 nicht so rasch kapituliert hätten, wären die meisten Menschen in diesen Autos heute tot. Vielleicht war es doch am besten so. Wenn wir die Deutschen wie 1914 zum Stehen gebracht und weitergekämpft hätten, hätten wir einen neuerlichen schrecklichen Aderlass erlebt. Ich bezweifle, dass Frankreich einen zweiten hätte überleben können.» Das traf wahrscheinlich zu, aber ich fragte mich doch, ob mein bedeutender Freund wohl – schon so bald – vergessen hatte, dass Frankreich schliesslich am Leben blieb, nicht weil es durch seine eigenen Anstrengungen, sondern durch die anderer Völker befreit wurde? Wäre das nicht geschehen, so wären diese Menschen, die da unten in ihren Autos vorbeisausten, vielleicht auch noch am Leben – aber als Sklaven des sogenannten deutschen Herrenvolkes. Auf lange Sicht, über die Jahrhunderte hinweg, hängt das anständige Überleben eines Volkes gewiss von ihm selbst ab.

Ich erinnerte mich der Worte Freycinets, der 1890 Ministerpräsident war, als Frankreich nach der Niederlage zwanzig Jahre zuvor versuchte, wieder in die Höhe zu kommen:

Die Sicherheit eines grossen Volkes darf nicht im guten Willen anderer ruhen; sie muss in ihm selbst liegen, in seinen eigenen Mitteln, in den Vorsichtsmassregeln, die es mit seinen Rüstungen und seinen Bündnissen trifft.

Ich erinnerte mich auch daran, was der französische Historiker Marc Bloch geschrieben hatte, bevor er von der deutschen Gestapo gefoltert und ermordet wurde:

Wir befinden uns heute (1940) in der schauerlichen Situation – dass das Schicksal Frankreichs nicht mehr von den Franzosen abhängt... Eine nationale Freiheit im vollsten Sinn des Wortes kann es nur geben, wenn wir selbst sie durch unsere Arbeit herbeigeführt haben.

Um so zu handeln, hatte er selbst, ein Universitätsprofessor und kein junger Mann mehr, in der Armee gedient, wie er es schon im ersten Weltkrieg getan hatte, und dann in der Widerstandsbewegung gekämpft und war den Heldentod gestorben.

Zu guter Letzt war Frankreich durch den Sieg der britischen, russischen und amerikanischen Waffen gerettet worden, wie es in gewissem Sinn auch im ersten Weltkrieg geschehen war, obwohl Frankreich damals mehr gekämpft hatte als die anderen. Aber wie viele Male, fragte ich mich, kann eine Nation von anderen Ländern aus Niederlage und Zusammenbruch gerettet werden? Im Juli 1940 glaubten Pétain, Weygand und Laval nicht, dass es noch einmal geschehen könne. Sie waren überzeugt, dass Grossbritannien in wenigen Wochen besiegt und erobert sein werde, so wie es Frankreich ge-

schehen war, und sie sahen die Verwicklung Russlands und das Eingreifen der Vereinigten Staaten nicht voraus. Sie hatten sich mit einem Frankreich abgefunden, dessen Fortbestand nicht von ihm selbst und nicht von einem Endsieg der Alliierten abhing, sondern von den Krümeln, die von Hitlers Tisch fielen. Laval selbst glaubte nicht nur an den Sieg Deutschlands, sondern wünschte ihn und erklärte dies auch in aller Öffentlichkeit*.

War das Vorgehen der Nationalversammlung, mittels Abstimmung die Republik zu verabschieden und die Diktatur einzuführen, legal? War es verfassungsmässig? Französische Verfassungsrechtler und Historiker haben seither nicht aufgehört, die Frage zu erörtern. Dass die Nationalversammlung das Recht hatte, die Verfassung abzuändern, wird nicht bestritten. Artikel 6 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 stellt dieses Recht ausdrücklich fest und ist in dieser Hinsicht ähnlich der amerikanischen Verfassung, die den Kongress und die Legislativen der Staaten ermächtigt, sie durch Zusätze abzuändern. Aber dass die Nationalversammlung das Recht hatte, die Verfassung (und damit die Republik) abzuschaffen, indem sie auf einen von ihr selbst geschaffenen Diktator das Recht übertrug, eine neue Verfassung zu verkünden, wird von vielen Sachverständigen bestritten. Sie erklären, die Versammlung allein habe die Machtbefugnis besessen, die Verfassung zu ändern, und habe diese Befugnis nicht delegieren können. Aber selbst wenn man der Auffassung ist, dass die Nationalversammlung tatsächlich die Befugnis besass, Pétain zu beauftragen, eine neue Verfassung aufzusetzen, so hat sie ihm, wie viele erklären, nur diese und keine andere Ermächtigung erteilt, und der Bericht des Gemeinsamen Ausschusses, der dem Marschall auf Lavals Ersuchen alleinige und unbeschränkte exekutive und legislative Machtbefugnis übertrug, besass keine Gesetzeskraft, und die Ausübung dieser Machtbefugnis durch Pétain war folglich illegal und verfassungswidrig.

Es ergab sich, dass Pétain von der zweiten, nicht aber von der ersten Ermächtigung Gebrauch machte. Er kam nie dazu, eine neue Verfassung zu schaffen. Wohl aber masste er sich das Recht an, absolut zu regieren, die Gesetze des Landes auf dem Erlasswege zu dekretieren und durchzuführen. Er wurde ebenso wie Hitler sich selbst Gesetz und warf Männer, besonders die Führer der Dritten Republik, ohne Prozessverfahren ins Gefängnis (oder mittels eines so schandbaren Scheinverfahrens wie dem Prozess von Riou, der plötzlich vor seinem Abschluss abgebrochen wurde, obwohl die Angeklagten, Reynaud, Blum, Daladier, Gamelin und andere auch danach weiter hinter Gittern blieben). Der ruhmreiche Marschall liess sogar eine Form der alten *lettres de cachet* wieder aufleben, die die Bourbonen-Könige verwendet und verkauft hatten und mittels derer

* Lavals Verteidiger haben behauptet, dass er es in der Öffentlichkeit sagte, um seine wahren Absichten vor den Deutschen zu verbergen. Tatsache ist jedoch, dass er es inoffiziell und im Vertrauen sagte. Er sagte dem amerikanischen Botschafter in Vichy, Admiral William D. Leahy, am 27. April 1942, «er würde es lieber sehen, dass Deutschland den Krieg gewinne»¹⁴. Vierzehn Tage nach dem Sturz der Republik, am 29. Juli 1940, sagte er zu Robert Murphy, dem amerikanischen Geschäftsträger, er «hoffe inbrünstig, dass die Engländer besiegt werden»¹⁵. Er sagte das gleiche sogar Hitler, dem er am 22. Oktober erklärte: «England würde geschlagen werden, und als Franzose könne er nur hinzufügen, er wünsche die britische Niederlage von ganzem Herzen herbei»¹⁶. Bei einer Kabinetsitzung sagte er einmal zu Pétain, er werde «den Tag begrüßen, an dem Churchill, Eden, Duff Cooper und Hore-Belisha gelyncht werden»¹⁷.

unschuldige Menschen allein aufgrund der Laune oder des Grolls des Herrschers oder seiner Helfershelfer oder sonst jemandes, der die Briefe kaufte, auf unbestimmte Zeit ohne Prozess ins Gefängnis geworfen werden konnten. Vichy freilich verkaufte sie nicht. Es gab sie nur aus.

Robert Murphy befragte Laval am 29. Juli über die beabsichtigten willkürlichen Verhaftungen und kabelte anschliessend nach Washington:

Er sagte, Mandel... Daladier, Reynaud, Blum ... und zahlreichen anderen werde vor zu diesem Zweck eingesetzten Tribunalen der Prozess gemacht werden. Er sagte: «Ich will nicht ihr Leben, aber das Land verlangt, dass die Verantwortung für die Fehler, die begangen wurden, als Frankreich bewogen wurde, in den Krieg einzutreten ... festgestellt und die Verantwortlichen bestraft werden¹⁸.»

Die Verteidiger Vichys haben vielfach die Tatsache hervorgehoben, dass die Sitzungen der Nationalversammlung am 9. und 10. Juli in legaler und verfassungsmässiger Weise stattfanden und ihre Beschlüsse folglich gültig sind. Diese Feststellung lässt jedoch den Panikzustand der Parlamentsabgeordneten ausser acht, die bei ihrem Eintreffen in Vichy von der blitzartigen Niederlage, der Besetzung und dem Chaos des niedergeworfenen Landes völlig demoralisiert waren. Sie übersieht den unerhörten Druck, der auf sie ausgeübt wurde, den psychologischen Terror und die Drohungen Lavals, falls sie seine Form der Diktatur nicht annähmen, würden ihnen die Deutschen oder General Weygand die ihre aufzwingen. Jene, die es wagten, sich Laval zu widersetzen, waren sich darüber klar, dass sie wahrscheinlich dafür ins Gefängnis geworfen werden würden, und vielen von ihnen widerfuhr dies auch.

Eine ansehnliche Anzahl von Senatoren und Deputierten war angeblich der Auffassung, das wie vor den Kopf geschlagene französische Volk mache das Regime für das Debakel und seine eigene Misere verantwortlich, und sein Groll gegen das Parlament sei so tief und so erbittert gewesen, dass es seine Abschaffung verlangt habe. Léon Blum selbst schrieb 1942 an de Gaulle, es sei «das parlamentarische System im Augenblick des Waffenstillstandes in Frankreich nahezu einhellig verurteilt worden». Damit hatte es wahrscheinlich seine Richtigkeit, obwohl es in Wirklichkeit kaum möglich war zu ermitteln, was das Volk tatsächlich dachte, das vollauf damit beschäftigt war, in seinen zerstörten Städten etwas zum Essen aufzutreiben und ein Dach über dem Kopf zu finden. Ich selbst sprach mit einer Anzahl von Menschen in den schwer angeschlagenen Städten Nordfrankreichs, wo die Hauptkämpfe stattgefunden hatten, und hatte den Eindruck, sie waren derart von dem Kampf ums physische Überleben beansprucht, dass sie kaum darüber nachdachten, was die Regierung oder das Parlament im Schilde führten. Der alte Marschall wurde unzweifelhaft allgemein verehrt. Er erschien den meisten Menschen als eine Art Vaterfigur, die dem Land durch dieses Elend hindurchhelfen werde. Und obwohl man den üblichen Hohn und Spott auf die «Politiker» hören konnte, war dies doch nichts Neues – das hatte es in Frankreich ebenso wie ander-

wärts immer schon gegeben –, und ich hörte von niemandem auch nur ein Wort darüber, dass er eine sklavische französische Diktatur oder, was das betraf, gar Laval an der Macht zu sehen wünschte. Laval war im Land keine populäre Erscheinung.

Auf jeden Fall schien es jenen, die etwas klarer zu denken und sich auszudrücken vermochten, nicht der richtige Zeitpunkt, die Republik und ihre demokratische Lebensform abzuschaffen, so lange die verhassten Deutschen drei Fünftel des Landes besetzt hielten und das ganze Land beherrschten und der Krieg selbst noch nicht zu Ende und kein dauernder Frieden in Sicht war. Die gewählten Vertreter des Volkes trugen mit ihrer Abdankung in einem Augenblick der Angst und der Panik eine schwere Verantwortung – ein Urteil, zu dem die Franzosen nach dem Krieg selbst gelangten, als sie alle jene, die für den Tod der Republik gestimmt hatten, für immer aus dem öffentlichen Leben ausschlossen.

Die Dritte Republik war tot. Es galt nur noch, sie zu begraben. Das geschah in grosser Eile, als ob die kleinen Männer von Vichy befürchteten, der Leichnam könne wieder Lebenszeichen von sich geben. Am Tag nach der Abstimmung in der Nationalversammlung verkündete Pétain als «Chef des Französischen Staates» seine ersten drei, von Laval und Alibert formulierten Verfassungsgesetze*. Sie begannen mit einer Wiederbelebung der alten, von den absoluten Monarchen verwendeten Form: «Wir, Philippe Pétain, Marschall von Frankreich, übernehmen die Funktionen des Chefs des Französischen Staates und verordnen hiermit...»

Er verordnete das Ende der republikanischen Verfassung, die Übernahme aller exekutiven und legislativen Machtbefugnisse und die Befugnis, «die Gesetze zu erlassen und ihre Durchführung zu gewährleisten». Artikel 3 schickte den Senat und die Kammer nach Hause, bis er sie selbst wieder einberufen werde, was er freilich nie tat.

Nach viel unschlüssigem Lavieren gab der Marschall am folgenden Tag, dem 12. Juli, auch Gesetz Nr. 4 über die Thronfolge heraus. Baudouin schilderte sein Zaudern an diesem Abend in seinem Tagebuch.

Laval ersucht mich, ich soll beim Marschall darauf drängen, dass er heute abend ein Verfassungsgesetz herausgibt, das ihn zum präsidenten Erben ernannt. Ich sage ihm, es ist nicht meine Sache, mich in solche Angelegenheiten einzumischen. (Später) Der Marschall wünscht Laval nicht als seinen Nachfolger. Er sagt mir, er ist auf eine Formel verfallen, die das Recht einen neuen Staatschef zu wählen, dem Kabinett vorbehält ... (Später am selben Abend) Der Marschall sagt mir, er hat es sich anders überlegt, und er ernannt Pierre Laval zu seinem Nachfolger. Ich senke die Stimme und frage Laval, wie er den Marschall zu seiner Sinnesänderung gebracht hat. Er sagt, er habe sich fest und entschlossen an ihn gewandt, und das habe genügt²⁰.

* «Alibert und Laval setzten sie auf», erklärt Baudouin. «Weder General Weygand, Marquet, Bouthillier oder ich selbst hatten die geringste Ahnung von diesen Texten. Sie überrumpelten uns ...»

Die Veröffentlichung von Gesetz Nr. 4 an diesem Abend brachte die amtliche Bestätigung.

Jetzt, da die Republik nicht mehr bestand, galt es nur noch, den schwachen, aber halsstarrigen Präsidenten der Republik loszuwerden. Pétain suchte ihn am Vormittag des 13. Juli auf.

«Herr Präsident», sagte der Marschall, «der schmerzliche Augenblick ist gekommen. Sie haben dem Land gute Dienste geleistet, aber inzwischen hat der Beschluss der Nationalversammlung eine neue Situation geschaffen. Ich bin nicht Ihr Nachfolger, denn es beginnt jetzt ein neues Regime.»

«Machen Sie sich meinerwegen keine Sorgen», erwiderte Lebrun. «Ich bin mein ganzes Leben lang ein treuer Diener des Gesetzes gewesen, auch wenn es nicht meine moralische Unterstützung hatte. Es wird mich nicht stören, ihm noch einmal zu gehorchen. Die Nationalversammlung hat gesprochen. Alle Franzosen müssen sich fügen²¹.»

Albert Lebrun trat ab und ging – ebenso wie die Dritte Republik, deren letzter und vielleicht typischster Präsident er war – in die Geschichte ein.

ANHANG

Anmerkungen
Danksagung
Bibliographie
Namenregister

Epilog

Von den Hauptpersonen im letzten Akt des Dramas der Dritten Republik, bevor der Vorhang fiel, wurden Pétain und Laval nach dem Krieg wegen Landesverrat unter Anklage gestellt und zum Tode verurteilt. Das Urteil gegen den Marschall wurde vom damaligen Provisorischen Präsidenten, General de Gaulle, in lebenslängliche Gefängnishaft auf der Insel Yeu umgewandelt, wo Pétain am 23. Juli 1951 im Alter von sechsundneunzig Jahren starb. Laval wurde am 15. Oktober 1945 im Gefängnis von Fresnes von einem Exekutionskommando erschossen. Er war zweiundsechzig Jahre alt.

General Weygand wurde bei Kriegsende verhaftet, aber sein Prozess wurde niedergeschlagen, und er führte weiter ein emsig tätiges Leben im Ruhestand in Paris, schrieb seine Memoiren, befefferte die Zeitungen mit bissigen Bemerkungen über Reynaud und de Gaulle und zu seiner eigenen Verteidigung und wohnte den Sitzungen der Akademie bei. Er starb achtundneunzig jähig am 28. Januar 1965 in Paris. Admiral Darlan, der eine Zeitlang in Vichy unter Pétain Chef der Regierung wurde und eine energische Politik der Zusammenarbeit mit den Deutschen verfolgte, wurde am Weihnachtsabend 1942 in Algier ermordet, wo er sich nach der anglo-amerikanischen Landung in Französisch-Nordafrika in einer letzten Kehrtwendung seines Lebens auf die Seite der Alliierten geschlagen hatte. Flandin begab sich, nachdem er kurze Zeit lang Pétains Aussenminister gewesen war, ebenfalls nach Algier, um dort zu versuchen, auf den alliierten Zug aufzuspringen, wurde jedoch verhaftet und eingesperrt. Später wurde er aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Alibert wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt, nachdem er nach Spanien geflohen war, wo er noch ein hohes Alter erlebte. Baudouin versuchte bei Kriegsende über die französische Grenze nach Spanien zu entweichen, wurde jedoch gefasst, verhaftet, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt und 1947 zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er wurde ein Jahr später entlassen. Camille Chautemps verbrachte den grössten Teil des Krieges in Washington, wo er anfänglich die Vichy-Regierung in halbamtlicher Eigenschaft vertrat. Als das Kriegsglück sich wendete, brach er mit Pétain. Nach dem Krieg wurde ihm wegen Kollaboration mit dem Feind der Prozess gemacht. Er wurde in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis und lebenslänglicher Aberkennung der Staatsbürgerschaft verurteilt. Das Urteil wurde später aufgehoben.

Von jenen, die sich dem Waffenstillstand widersetzt hatten und später von der Regierung Pétain eingekerkert und dann nach Deutschland deportiert wurden, wurde Man-

del, wie bereits erwähnt, 1944 von der Vichy-Miliz in Zusammenarbeit mit der Gestapo ermordet. Daladier kehrte nach dem Krieg auf kurze Zeit in die Politik zurück und setzte sich dann zur Ruhe. Paul Reynaud kehrte ebenfalls in die Politik zurück, die er ausserordentlich belebte, indem er ein Memoirenwerk nach dem anderen veröffentlichte, worin er seine Laufbahn erläuterte und rechtfertigte und in der Presse eine Fehde mit General Weygand führte, in der ein Schlag den anderen vergalt. Er starb, bis zum letzten robust und tatendurstig, am 21. September 1966 im Alter von siebenundachtzig Jahren.

Charles de Gaulle kehrte nach der Befreiung von Paris im August 1944 als Oberhaupt der Freien Französischen Streitkräfte in die Hauptstadt zurück, wurde Chef der provisorischen Regierung und sodann Chef der von der gewählten Verfassungebenden Versammlung im November 1945 eingesetzten ständigen Regierung. Er trat im Januar 1946 plötzlich zurück und zog sich in sein Landhaus in Colombey-les-Deux Églises in Nordost-Frankreich zurück. Zwei Jahre später rief er eine rechts orientierte politische Bewegung unter dem Namen *Rassemblement du Peuple Français* ins Leben, die zu einer grossen politischen Partei mit Massengefolgschaft aufstieg und dann rasch wieder absank, und gab im Juli 1955 abermals bekannt, dass er sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehe. In seine ländliche Abgeschiedenheit zurückgekehrt, beendigte er seine dreibändigen Memoiren, ein Werk von überragender literarischer Qualität und das französische Gegenstück zu Churchills Kriegserinnerungen.

Im Gefolge der französischen Militärrevolte in Algerien 1958 an die politische Macht zurückgerufen, wurde er der erste Ministerpräsident der letzten Regierung der Vierten Republik und sodann Präsident der Fünften Republik. Auf diesem letzten Posten regierte er zehn Jahre lang Frankreich mit höchster Machtvollkommenheit, Gegenstand vieler Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen innerhalb und ausserhalb seines Landes, legte den Algerien-Konflikt bei, indem er der Kolonie Unabhängigkeit gewährte, gab Frankreich viel von seiner alten *grandeur* zurück und schenkte ihm ein Jahrzehnt ungewohnter Stabilität. Am 28. April 1969, im Alter von achtundsiebzig Jahren, trat er nach einer Niederlage in einer Volksabstimmung über eine vergleichsweise geringfügige Frage der Verfassungsreform abermals plötzlich zurück.

Ein Vierteljahrhundert lang war er einer der grossen Staatsmänner der französischen Geschichte gewesen. Sie hatte ihm schliesslich und endlich weitgehend recht gegeben.

Anmerkungen

I. Debakel Sommer 1940

- 1 Marc Bloch: *L'Étrange defeat*, S. 21.
- 2 Jacques Maritain: *A Travers le desastre*, S. 14.
- 3 William L. Shirer: *Berlin Diary*, S. 330.
- 4 Generalmajor Sir Edward Spears: *Assignment to Catastrophe*, Bd. 1, S. 205 f.
- 5 Henri Amouroux: *La vie des français sous l'occupation*, S. 69.
- 6 Jean Vidalenc: *L'Exode de mai-juin 1940*. S. 262, aus E. Dubois: *Paris sans lumières*, S. 60.
- 7 Paul Reynaud: *Au Cœur de la mêlée, 1930 bis 1945*, S. 452 (zitiert als *Cœur*).
- 8 Vincent Sheean: *Between the Thunder and the Sun*, S. 145-148.
- 9 Vidalenc, a. a. O., S. 263. Nach Auskunft der S.N.C.F., der Staatlichen Französischen Eisenbahn.
- 10 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 1010 (hier und im Folgenden nach der deutschen Taschenbuchausgabe).
- 11 Vidalenc, a. a. O., S. 269. Nach einem Augenzeugenbericht.
- 12 Ebenda, S. 273, 286. Ausführliche Dokumentation italienischer Luftangriffe auf Flüchtlinge in Frankreich, siehe Anhang, S. 421 f.
- 13 Albert Lebrun: *Témoignage*, S. 79.
- 14 Vidalenc zitiert auf S. 273 aus den Akten des Generalstabs der siebten Armee, Deuxième Bureau.
- 15 Vidalenc zitiert auf S.316 aus J. Charpentier: *Au Service de la liberté*, S. 88, sowie J. Albert-Sorel: *Le Champs de Croix*, S. 137 f.
- 16 Paul Baudouin: *Neuf mois au gouvernement, avril-décembre 1940*, S. 145 f. Hier handelt es sich um das veröffentlichte Tagebuch eines Mannes, der während der letzten entscheidenden Wochen ein enger Vertrauter Reynauds war, sich dann gegen ihn wandte und der erste Aussenminister der Vichy-Regierung wurde. Diese Aufzeichnungen sind zwar ausserordentlich wertvoll, aber sie müssen mit Vorsicht bewertet werden und sind stellenweise ungenau und irreführend.-
- 17 Aussage von Senator Louis Rollin, ehemaliger Kolonialminister, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Nachkriegszeit. *Les Événements survenus en France de 1933 à 1943. Témoignages et documents recueillis par la commission d'enquête parlementaire*. Bd. VII, S. 2,136.
Der Ausschuss wurde 1946 von der Nationalversammlung eingesetzt und mit der Untersuchung der Ursachen des Sturzes Frankreichs im Jahre 1940 beauftragt. Die Hälfte seiner Mitglieder wurde aus den Reihen der Widerstandsbewegung gewählt, es waren nicht Angehörige des Parlaments. Der Ausschuss konnte zwar bis zum Auslaufen seines Auftrags die gestellte Aufgabe nicht bewältigen, doch sein in elf Bänden veröffentlichter Bericht ist eine unschätzbare Informationsquelle hinsichtlich der in diesem Buch behandelten Ereignisse.
Er enthält nicht nur die Aussagen der meisten beteiligten Schlüsselfiguren und die vieler wichtiger Zeugen, sondern auch eine ganze Reihe wichtiger Geheimdokumente, insbesondere die Protokolle der Sitzungen des Kabinetts und des Conseil Supérieur de la Guerre. Die Zeugen wurden fünf Jahre

lang, von 1946 bis 1951, unter Eid vernommen und zumeist auch einem ausführlichen Kreuzverhör unterworfen. Viele von ihnen zogen während der Vernehmung aus ihren Taschen oder Aktenmappen wichtige vertrauliche Dokumente, die sonst noch jahrzehntelang nicht ans Tageslicht gekommen wären – vielleicht niemals. Dieser Bericht des Parlamentarischen Ausschusses wird im weiteren Verlauf kurz als *Événements* zitiert. Er liegt nur in französischer Sprache vor.

Zu Rollins Aussage, die in den abschliessenden Kapiteln dieses Buches noch ausführlicher erwähnt wird, siehe auch sein Tagebuch, zitiert bei Reynaud, S. 571.

18 Spears, a. a. O., Bd. II, S. 190 f.

19 Ebenda, S. 243.

20 Baudouin, a. a. O., S. 219.

2 Eine Missgeburt und die ersten Kinderkrankheiten 1871-1891

1 René Rémond: *La droite en France*, 2. Aufl. 1963, S. 147.

2 Alexandre Zevaes: *Histoire de la troisième républic. 1870-1926.1.* Aufl., S. 126.

3 Ebenda, S. 126 f.

4 Ebenda, S. 290.

5 Ebenda, S. 303.

6 David Thomson: *Democracy in France*, S. 156.

3 Die Dreyfus-Affäre 1894-1906

1 Abgesehen von einer grossen Anzahl von Papieren und Dokumenten in den Archives Nationales und der Bibliothèque Nationale in Paris existiert eine umfangreiche Literatur über die Dreyfus-Affäre. Die erschöpfendste Studie stammt von Joseph Reinach: *Histoire de l'affaire Dreyfus* (7 Bde., 1901 bis 1911). Reinach war einer der führenden Revisonisten. Das beste Anti-Dreyfus-Werk in französischer Sprache ist von Henri Dutrait-Crozon: *Précis de l'affaire Dreyfus* (1909). Dreyfus selbst beschreibt sein Le-

ben als Häftling in *Cinq années de ma vie*.

Das Vorwort zur Ausgabe von 1962 hat François Mauriac geschrieben.

Hier noch einige der neueren französischen Bücher: Maurice Baumont: *Aux sources de l'affaire* (1959); Giscard d'Estaing: *D'Esterhazy à Dreyfus* (1960); H. Guillemin: *L'Enigme Esterhazy* (1962); H. Mazel: *Histoire et psychologie de l'affaire Dreyfus* (1934); Pierre Miquel: *L'Affaire Dreyfus* (1959); G. Charenzol: *L'Affaire Dreyfus et la troisième république* (1930); Jacques Kaiser: *L'Affaire Dreyfus* (1946).

Eines der bewegendsten neueren Bücher in englischer Sprache ist Nicholas Halasz: *Captain Dreyfus: the Story of a Mass Hysteria* (1955). Guy Chapman: *The Dreyfus Case* (1955) und Douglas Johnson: *France and the Dreyfus Affair* (1967) beruhen auf gründlichen Nachforschungen sowohl in älterem als auch neuerem Material, aber beide Bücher scheinen mir voreingenommen zu sein. Diejenigen, die Dreyfus auf die Teufelsinsel verschifften, kommen dabei besser weg als ihre Gegner, insbesondere Oberst Picquart, dem Johnson keineswegs gerecht wird. Sie neigen dazu, nicht nur den zerstörenden Einfluss der Affäre auf die französische Gesellschaft, sondern auch das sich daraus ergebende Anschwellen den Antisemitismus zu verniedlichen.

Einen wesentlich besseren Bericht über diese Entwicklung bringt Robert F. Byrnes in seinem Buch *Antisemitism in Modern France*, Bd. 2 (1950). Patrice Bousset: *L'affaire Dreyfus et la presse* (1960) ist ausgezeichnet geschrieben und enthält eine nützliche zusammenfassende Bibliographie. Schliesslich liegen auch sämtliche Protokolle der Verhöre und Gerichtsverhandlungen veröffentlicht vor.

2 Siehe François Goguel: *La Politique des partis sous la III^e République*, 3. Aufl. 1958, S. 98-100.

3 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 987.

4 Léautauds Protestbrief und Valéry's Bemerkung sind zitiert in Patrice Bousset: *L'Affaire Dreyfus et la presse*, S. 196 f.

- 5 Saul K. Padover: *France in Defeat*, S. 312.
- 6 Nicholas Halasz: *Captain Dreyfus: the Story of a Mass Hysteria*, S. 124.
- 7 Max von Schwartzkoppen: *The Truth about the Dreyfus Affair – from the Schwartzkoppen Papers*, New York 1931.
- 8 Henriette Dardenne: *Lumières sur l'affaire Dreyfus* (1964).
- 4 **Die Konsolidierung der Republik 1880-1914**
- 1 H. Luethy: *France Against Herself*, S. 25.
- 2 E. Beau de Lomenie: *Les Responsabilités des dynasties bourgeoises*, Bd. 1, S. 21.
- 3 Siehe Dudley Kirk: *Population and Population Trends in Modern France*, S. 313 bis 316, in *Modern France*, Hrsg. Edward Mead Earle. Ausserdem Paul Leroy-Beaulieu: *La Question de la population* (1913), sowie J. Bertillon: *La Dépopulation de la France* (1911)
4. Neueste Studien dazu siehe Alfred Sauvy: *Théorie générale de la population* (2 Bde.), 1952-1959; *De Malthus à Mao Tse-Toung*, 1959; *La Montée des jeunes*, 1959.
- 5 Alle drei Zitate stammen aus Maurice Ribet: *Le Procès de Riom*, S. 461. Ribet, ein prominenter Pariser Anwalt, verteidigte Daladier im Riom-Prozess.
- 6 Barbara W. Tuchman: *The Guns of August*; deutsche Ausgabe: *August 1914*, S. 53.
- 5 **Klassen und Konflikte 1875-1914**
- 1 Das Zitat stammt aus Gaetan Pirou: *Georges Sorel* (1927), S. 52 f. Zitiert von Scott H. Lytle in dem erwähnten, von Earle herausgegebenen Werk, S. 288.
- 6 **Die permanente politische Krise 1875-1914**
- 1 Jacques Ollé-Laprune: *La Stabilité des ministres sous la troisième république. 1879-1904*, S. 11.
- 2 Ebenda, S. 299.
- 3 Carleton Hayes: *Modern Europe. 1815-1915*, Bd. II, S. 362.
- 4 Guguel, a. a. O., S. 26.
- 5 Olk-Laprune, a. a. O. Dieser Abschnitt über die «Stabilität der Minister» stützt sich auf seine eingehenden statistischen Untersuchungen. Er verzeichnet jedes Kabinettsmitglied von 1879 bis 1940 mit der Anzahl und den Bezeichnungen der Ministerien, die es innehatte.
- 6 Ich habe mich bei dem Schweizer Historiker Herbert Luethy zu bedanken, der in seinem lebendig geschriebenen Buch *Frankreichs Uhren gehen anders* (übrigens ein viel besserer Titel als in der englischen Ausgabe: *France Against Herself* – eine tiefeschürfende und stellenweise humorvolle Darstellung der französischen *Administration* gibt und mich wieder daran erinnerte, wie einige dieser Bürokraten arbeiteten und wie sie aussahen.
- 7 Thomson zitiert auf Seite 55 aus Daniel Halevy: *Décadence de la liberté*.
- 8 Albert Guérard: *The France of Tomorrow*, S. 144
- 9 «Alain»: *Éléments d'une doctrine radicale*, S. 25.
- 7 **Die Errungenschaften der Dritten Republik 1875-1914**
- 1 Die meisten Zahlen über die wirtschaftliche und koloniale Entwicklung stammen von Hayes, a. a. O., S. 356 f., sowie von Gordon Wright: *France in Modern Times*, S. 343-353 und 380-384.
- 2 Zitiert in Wright, a. a. O., S. 377, aus Maurice Reclus: *Grandeur de la troisième* (1948).
- 3 *Histoire des littératures*, Bd. III, Encyclopédie de la Pkiade, S. 1259 f.
- 8 **Das Herannahen des ersten Weltkrieges 1905-1914**
- 1 Tuchman, S. 61, aus Péguys Besprechung: *Cahiers de la quinzaine*, 22. Oktober 1905.

- 2 Ebenda, S. 20 f., aus Bernhardis Buch zitiert.
- 3 Winston Churchill: *The World Crisis*, Bd. I, S. 207. Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, soll das im Juli 1914 in London zu ihm gesagt haben.
- 4 Jacques Madaule: *Histoire de France*, Bd. II, S. 301 f.
- 9 **Die grösste Stunde der Dritten Republik 1914-1918**
- 1 Tuchman, S. 415.
- 2 Interview, das Kluck 1918 einem schwedischen Journalisten gab, zitiert in Gabriel Hanotaux: *Histoire illustrée de la guerre de 2914*, Bd. IX, S. 103, angeführt bei Tuchman, S. 518.
- 3 *Encyclopedia Britannica*, Bd. 14, S. 929.
- 4 Clemenceau: *Grandeurs et misères d'une victoire*, S. 22.
- 5 Ebenda.
- 6 Verlustzahlen des ersten Weltkrieges, nach einer Zusammenstellung des US-Kriegsministeriums.
- 10 **Siegreiches Frankreich – «Die stärkste Grossmacht Europas» 1919-1931**
- 1 Die Verlustziffern stammen aus Tabellen des US-Kriegsministeriums; Jacques Chastenet: *Histoire de la troisième république*, V, S. 14 f.; *This Age of Conflict*, S. 315; Alfred Sauvy: *Histoire économique de la France entre les deux guerres, 1918-1931*, I, S. 19-24, 438-441. Sauvy stützt sich auf das erschöpfendste Werk zu diesem Thema, nämlich Michel Huber: *La population de la France pendant la guerre*. Huber war Direktor von Statistique Générale.
- 2 Die demographischen Statistiken stammen aus *Encyclopédie politique de la France et du monde*, II, S. 201-215 / Chastenet, V, S. 233 f.; Earle (Hrsg.): *Modern France*, ein Artikel von Dudley Kirk: «Population and Population Trends in Modern France», S. 316-318; Alfred Sauvy: *La Montées des jeunes*, ganz besonders S. 59 f. zum Übergewicht der Alten.
- 3 Siehe auch Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 245 f.
- 4 Diese Zahlenangabe wurde einer deutschen Quelle, Ploetz: *Auszug aus der Geschichte*, 24. Aufl., Würzburg 1951, S. 723, entnommen. Der Verfasser nennt eine Summe von 22'891'000'000 Goldmark. Er bezieht seine Reparationsziffer aus: J.-B. Duroselle: *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours*, sowie Sauvy: *Histoire économique, I*. Beide Autoren beziehen ihre Zahlenangaben aus dem Standardwerk zu diesem Thema: Etienne Weil-Raynal: *Les réparations allemandes et la France*, 3 Bde.
- 5 Zahlen zu den interalliierten Schulden aus *Encyclopedia Britannica*, Bd. 12, S. 462 bis 467, Artikel über «Inter-alliierte Schulden», sowie Walter C. Langsam: *The World Since 1914*, S. 165-169; schliesslich Sauvy, a. a. O., S. 168-183.
- 11 **Abstieg, I. Politisches und finanzielles Chaos und Erholung unter Poincaré 1924-1930**
- 1 Zitat aus *Journal des Finances* vom 23. Juli 1936, in Beau de Lomenie: *Les Responsabilités des dynasties bourgeoises*, IV, S. 222.
- 2 Sollte diese Bewertung des französischen Bürgertums einigen Lesern als extrem erscheinen, so seien sie auf mehrere französische und amerikanische Historiker verwiesen: Madaule, Lomenie, Goguel, die *Encyclopédie Politique, I*, und Albert Guerard sowie Charles A. Micaud in den USA.
- 3 Professor Alfred Sauvy vom College de France. Siehe seine *Histoire économique, I*, S. 363. Seine Ermittlungen brachten ihn zu dem Schluss, «dass sie im Finanzministerium nicht einmal richtig addieren können».
- 4 Artikel von Germaine Martin in der *Revue de Paris*, 15. August 1926, zitiert bei Sauvy, I, S. 84.

- 5 Aus der *Statistique Générale* und anderen Quellen, zitiert bei Sauvy, S. 349 f., 353 f.
- 6 Goguel, a. a. O., S. 271-273.

12 Abstieg, II. Die Aushöhlung der Militärmacht 1925-1934

- 1 Zeugenaussage von Marschall Pétain vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1947. *Événements*, S. 170.
- 2 Ein Entwurf, den General Weygand dem Kriegsrat am 15. Januar 1935 vorlegte. Text in *Événements, Rapport*, S. 121-125. Die hier angeführte Aussage ist auf Seite 122 zu finden.
- 3 General E. Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen, 1914-1918*, S. 547, 549, 551, 558.
- 4 J.-R. Toumoux: *Pétain et de Gaulle*, S. 156 f.
- 5 General Estiennes Aussage stammt aus Major Eddy Bauer: *La Guerre des Blindes*, I, S. 27 f., der dem Text der Brüsseler Version folgt. Ausserdem J.-R. Toumoux: *Pétain et de Gaulle*, S. 154 f., der sich nach der Pariser Lesart richtet.
- 6 Zeugenaussage des früheren Finanzministers Germain Martin: *Événements*, III, S. 702. Aussage des Generalsekretärs im Ministerium für Nationale Verteidigung, Jacomet, ebenda, S. 196-198.
- 7 General Tony Albord: *Pourquoi cela est arrivé*, S.30; General André Beaufre: *Le Drame de 1940*, S. 56-60.
- 8 Text zitiert aus *Événement, Rapport*, S. 76.
- 9 Bericht des Ausschusses, ebenda, S. 67.
- 10 Artikel von General Paul-Emile Toumoux: «Les Origines de la Ligne Maginot», *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 33, Januar 1959, S. 14.
- 11 Ebenda.

13 Abstieg, III. Die weltweite Depression erschüttert die Dritte Republik 1931-1939

- 1 Pertinax: *The Gravediggers of France*, S. 89, Fussnote.

14 Ein schicksalhafter Wendepunkt 6. Februar 1934

- 1 Rémond: «Les Anciens combattants et la politique» in *Revue Française de Science Politique*, 1955, S. 290, ebenso Rémond: *Le Droite en France*, S. 213, Fussnote.
- 2 Die Zitate sind entnommen: *Événements, Rapport*, S. 13 f.
- 3 Loustauneau-Lacou: *Mémoires d'un Français rebelle*, S. 84. Als Major in Pétains persönlichem Mitarbeiterstab blieb er in Verbindung mit den Ligen und später mit den terroristischen Cagoules. Er baute auch sein eigenes geheimes Nachrichtennetz in der Armee aus, das zwar nach aussen hin antikommunistisch ausgerichtet war, aber die Regierung, die ihn schliesslich entliess, betrachtete es ausserdem als antirepublikanisch.
- 4 Eugen Weber: *Action Française*, S. 333 f. Weber erklärt, seine Information über dieses Treffen habe er hauptsächlich vom Comte de Paris erhalten.
- 5 *Rapport général* über die Affäre Stavisky, von dem Deputierten Ernest Lafont, Dokument Nr. 4886, S. 287.
- 6 Alexander Werth: *The Twilight of France*, S. 15.
- 7 François Goguel, a. a. O., S. 485.
- 8 Edouard Bonnefous: *Histoire politique de la troisième république*, Bd. V, S. 210, Fussnote. Der Autor erhielt diese Aussage von dem radikalen Deputierten André Comu.
- 9 Paul Reynaud: *Mémoires, I. Venu de ma montagne*, S. 367 f. Reynaud erklärt, dem Vorsitzenden gesagt zu haben, «was ich davon hielt». Georges Suarez in *Les heures héroïques du Cartel*, S. 262. Darin wird die Aussage bestätigt.
- 10 Weber, a. a. O., S. 331, Fussnote.
- 11 *Événements*, I, S. 123.
- 12 Laurent Bonnevey: *Les journées sanglantes de février 1934*, S. 167-170. Die *Commission d'Enquête*, der Bonnevey Vorstand, nennt etwas andere Zahlen. *Supplement*, Dokument 3386, S. 16.
- 13 J. C. Fernand-Laurent: *Gallie Charter*, S. 127 f., und Chastenet, Bd. VI, S. 84. Hier

- wird – unter anderen – über Lavals Telefonanruf vom Élysée-Palast aus berichtet. Fernand-Laurent war damals Deputierter.
- 14 Pertinax, a. a. O., S. 336-338.
 - 15 Jacques Debu-Bridel: *L'Agonie de la troisième république*, S. 261. Pierre Lazareff: *Dernière Edition*, S. 238.
 - 16 Bonnevey, S. 22, 244. Präsident Lebruns Erklärung, die Unruhen vom 6. Februar seien ein «Angriff gegen die republikanischen Institutionen» gewesen und dass er zur Vermeidung «eines Bürgerkriegs» zum Rücktritt riet, finden sich in *Événements*, I, S. 95 und 951.
 - 17 *Événements*, I, S. 13. *Rapport* des Präsidenten des Ausschusses, Charles Serre.
 - 18 Weygand, a. a. O., S. 409.
 - 19 Gamelin, *Servir*, Bd. II, S. 106.
 - 20 Georges Suarez, a. a. O., S. 272.
 - 21 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 109.
 - 22 Aussage Blarins. *Événements*, I, S. 123.
 - 23 Robert Aron: *Histoire de Vichy*, 1940 bis 1944, S. 30-33.
 - 24 John Günther: *Inside Europe* (1936), S. 141.
 - 25 Weber, a. a. O., S. 508.
 - 26 Rémond, a. a. O., S. 228 f.
 - 27 Hauptquelle zur Stavisky-Affäre und zu den Unruhen des 6. Februar sind die Berichte, Protokolle und Dokumente, die von den beiden Untersuchungsausschüssen der Kammer vorgelegt wurden: dem ersten unter Vorsitz von Ernest Lafont (zu Stavisky) und dem zweiten unter Vorsitz des Deputierten Laurent Bonnevey (zu dem Aufruhr des 6. Februar). Ich habe diese Unterlagen herangezogen, wo es darum ging, Hintergrund und besondere Fakten zu ergänzen, meine eigene Erinnerung aufzufrischen und meine Berichterstattung über die Ereignisse zu ergänzen. Wie in den Fussnoten angegeben, sind die Aussagen in dem umfangreichen Bericht des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung für die Ereignisse seit 1933, die zum Fall der Republik führten, enthalten. Sie haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Ereignisse um den 6. Februar ist in einem Artikel von Max Beloff enthalten, der unter der Federführung von James Joll in *The Decline of the Third Republic* erschienen ist.
- ## 15 Nachwirkungen: Die Kluft wird breiter 1934-1936
- 1 René Rémond, a. a. O., S. 222.
 - 2 Der vollständige Text des *Pacte Synarchiste Révolutionnaire pour L'Empire Français* wurde veröffentlicht bei Geoffrey de Charnay: *Synarchie*; bei Roger Mennevée: *Documents politiques es financiers*, herausgegeben von seiner Agence Indépendante d'Informations Internationales; sowie bei Henry Coston: *Les Technocrates et la Synarchie*. Die besten Beiträge zu diesem Thema stammen von de Charnay und Mennevée. In den USA wurde man durch die Broschüre «*Concerning France*», herausgegeben von Lilian T. Mowrer von der Union for Democratic Action im Jahre 1944, auf die synarchistische Bewegung in Frankreich aufmerksam.
 - 3 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 245 f.
 - 4 Ebenda; ein anderer Bericht auf S. 311 bis 313
 - 5 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 162-167. Der französische Armeechef behandelt die Gespräche in Rom sehr ausführlich. Flandin: *Politique française, 1919-1940*, teilt weitere Einzelheiten der militärischen Gespräche mit und behauptet, sie vorangetrieben zu haben.
 - 6 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 178 f.
 - 7 Debatte vom 14. März 1940 im Senat, der in seiner Eigenschaft als Geheimausschuss tagte. Das stenografische Protokoll wurde nach dem Kriege, am 2. August 1948, in einer Sonderausgabe des *Journal Officiel* veröffentlicht. Lavals Aussage ist auf Seite 7 des Protokolls vom 14. März zu finden. Die Debatte wurde am darauffolgenden Tag fortgesetzt. Bereits am 7. April 1948 hatte das *Journal Officiel* das stenografische Protokoll der ebenfalls geheimen Debatten der Kammer vom 19. März und 19. April 1940 publiziert. Von diesem äusserst wich-

- tigen Dokument wurden so wenige Exemplare gedruckt, dass ich 1965 feststellen musste, dass nicht einmal die Kongressbibliothek eines besass. Im selben Jahr machte ich in Paris ein Exemplar ausfindig und liess es fotokopieren.
- 8 Pierre Renouvin: *Les Crises du XX^e Siècle*, II, *de 1929 à 1945*, S. 80.
 - 9 *The Memoirs of Anthony Eden, Earl of Avon. Facing the Dictators. 1923-1928*, S. 251.
 - 10 Flandin, a. a. O., S. 104 f., Fussnote.
 - 11 Ebenda, S. 170,194.
 - 12 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 180. Das Treffen fand am 21. November 1935 statt.
 - 13 Der Text der geheimen Mitteilung wurde in den *Documents Diplomatiques Français* (künftig DDF genannt) veröffentlicht: 1932 bis 1939, 2^e Serie (1936-1939), Tome I (1. Januar bis 31. März 1936), Dokument Nr. 227, S. 322-333. Eine Fussnote besagt, das Dokument sei im Kriegsministerium aufgefunden worden, «aber es hat sich weder der Ursprung noch wem es ausgehändigt wurde, feststellen lassen». Doch General Gamelin klärt in Bd. II, S. 198-200, diese Angelegenheit auf. Er sagt, das Dokument sei vom Generalstab auf Verlangen des Kriegsministers für das französische Aussenministerium abgefasst worden.
 - 14 Das sind die Worte des französischen Historikers Jacques Madaule. Siehe Madaule, a. a. O., S. 380 f.
 - 15 Flandin, a. a. O., S. 183-185.
- 16 **Handstreich im Rheinland: Die letzte Gelegenheit, Hitler aufzuhalten und einen Weltkrieg zu verhindern März 1936**
- 1 Shirer, a. a. O., S. 324. Dort sind auch die deutschen Quellen angeführt.
 - 2 Zeugenaussage Jean Doblors vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach dem Krieg. *Événements*, II, S. 469 bis 515, insbesondere S. 504 f.
 - 3 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 194 f.
 - 4 André François-Poncet: *The Fateful Years. Memoirs of a French Ambassador in Berlin. 1931-1938*, S. 188 f.
 - 5 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 195.
 - 6 DDF, I, Dop. Nr. 36, S. 52-54.
 - 7 Flandin, S. 194 f. Ausserdem seine Aussage vom 4. Juli 1947 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, I, S. 138.
 - 8 Eden, a. a. O., S. 373-376.
 - 9 Aussage Flandins, *Événements*, I, S. 144.
 - 10 Shirer, a. a. O., S. 324.
 - 11 General Maurin an Flandin, 12. Februar 1936, DDF, I, Dok. Nr. 170, S. 245-247.
 - 12 General Maurin an Flandin, 17. Februar 1936, DDF, Dok. Nr. 196, S. 290-293.
 - 13 Flandin an General Maurin, 14. Februar 1936, DDF, Dok. Nr. 186, S. 277 f. Die Frage steht auf der letzten Seite.
 - 14 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 197. Ausserdem Aussage von General Gamelin vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 16. und 23. Dezember 1947, *Événements*, I, S. 451, 517.
 - 15 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 197 f.
 - 16 *Événements, Rapport*, S. 50.
 - 17 Text der Depesche, DDF, I, Dok. Nr. 63, S. 91-93.
 - 18 Ebenda, Dok. Nr. 62, S. 89 f.
 - 19 Ebenda, Dok. Nr. 82, S. 116-120.
 - 20 Als «Geheim» gekennzeichnetes Protokoll der Sitzung. Ebenda, Dok. Nr. 83, S. 121 bis 124.
 - 21 Protokoll des Treffens vom 19. Februar, ebenda, Dok. Nr. 203, S. 301.
 - 22 Ebenda, Dok. Nr. 269, S. 277 f.
 - 23 Ebenda, Dok. Nr. 126, S. 177.
 - 24 Ebenda, Dok. Nr. 175, S. 253.
 - 25 Zeugenaussage Sarrauts am 3. Februar 1948. *Événements*, III, S. 620 f.
 - 26 DDF, I, Dok. Nr. 241, S. 339. Sarraut berichtet darüber auch in geringfügig abgeändertem Wortlaut in seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss am 13. Januar 1948, *Événements*, III, S. 574.
 - 27 DDF, I, Dok. Nr. 283, S. 397. Flandin berichtet über dieses Treffen mit Eden in Genf in einer Depesche an Botschafter Corbin in London am 5. März. Anscheinend hörte der

- Botschafter dadurch zum erstenmal von der Entscheidung der Regierung.
- 28 Eden, a. a. O., S. 378 f.
- 29 François-Poncet, a. a. O., S. 191 f. Depesche des Botschafters mit Bericht über die Unterredung siehe DDF, I, Dok. Nr. 265, S. 373 bis 375, weiterer Bericht Dok. Nr. 272, S. 381-385.
- 30 Shirer, a. a. O., S. 324. Die Quellen werden dort angegeben.
- 31 DDF, I, Dok. Nr. 297, S. 409.
- 32 Ebenda, Dok. Nr. 242, S. 344.
- 33 Ebenda, Dok. Nr. 294, S. 405.
- 34 Shirer, *Berlin Diary*, S. 193.
- 35 François-Poncet, a. a. O., S. 193.
- 36 Shirer: *Berlin Diary*, S. 40-45; *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 325 f.
- 37 Aussage Sarrauts am 3. Februar 1948 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, III, S. 622 ff.
- 38 Die Fragen Paul-Boncours und Sarrauts sowie seine Antworten zitiert General Gamelin in seinen Memoiren, Gamelin a. a. O., II, S. 201.
- 39 Aussage Flandins am 4. Juli 1947, *Événements*, I, S. 201.
- 40 Edens Memoiren und Corbins zwei Depeschen sagen im Wesentlichen das gleiche über das Gespräch aus. Siehe Eden, a. a. O., S. 383. Corbins Depeschen, DDF, I, Dok. Nr. 301, S. 413 f., Dok. Nr. 316, S. 426 f.
- 41 Flandin an Corbin, 8. März 1936, DDF, I, Dok. Nr. 317, S. 427 f.
- 42 Eden, a. a. O., S. 389.
- 43 Ebenda, S. 386.
- 44 Flandin an Avenol, den Generalsekretär des Völkerbundes, datiert in Paris am 8. März, 18 Uhr 15, DDF, I, Dok. Nr. 321, S. 430 f. Flandins Behauptung, er habe gehandelt, «ohne auch nur eine Stunde zu verlieren», siehe sein Buch, S. 198.
- 45 Die Schlagzeilen aus *Le Matin* verdanke ich Charles A. Micaud: *The French Right and Nazi Germany, 1933-1939. A Study of Public Opinion*, S. 89. Zitate aus anderen Zeitungen wurden während der Aussagen Sarrauts und Flandins vor dem Untersuchungsausschuss verlesen. Siehe *Événements*, I, S. 151, und III, S. 566 f.
- 46 Jean Zay: *Souvenirs et Solitude*, S. 66.
- 47 Paul-Boncour, a. a. O., S. 35.
- 48 Shirer: *Berlin Diary*, S. 45.
- 49 Jean Zay, a. a. O., S. 67.
- 50 Protokoll der Sitzung in General Gamelins Hauptquartier am 8. März, siehe DDF, I, Dok. Nr. 334, S. 444-446.
- 51 Guderian: *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 30, 32.
- 52 Eden, a. a. O., S. 387 f.
- 53 Corbin an Flandin am 8. März, 15 Uhr, DDF, I, Dok. Nr. 322, S. 431 f.
- 54 Corbin an Flandin am 8. März abends. Den Text dieser Depesche stellte Sarraut bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss am 27. Januar 1948 zur Verfügung, *Événements*, III, S. 591 f. Wortlaut in DDF nicht angeführt.
- 55 Aussage vor dem Untersuchungsausschuss am 10. Februar 1948, *Événements*, III, S. 656 f. Einzelheiten von «Plan D» werden in *Événements, Rapport*, S. 47-50, angeführt.
- 56 Aussage Sarraut, *Événements*, III, S. 601 bis 618.
- 57 General Gamelins eigene Aufzeichnungen über dieses Treffen siehe seine Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 204-207. Das von Gamelin abgefasste und von General Maurin gegengezeichnete Protokoll der Sitzung ebenfalls in Gamelins Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 208-211. Ausserdem in *Événements, Rapport*, S. 51 f., sowie DDF, I, Dok. Nr. 392, S. 504-506. General Gamelins Vorstellungen von diesem Abend sind ausführlicher behandelt in einer «Aktennotiz zur Frage des allmählichen Eindringens französischer Truppen ins Rheinland», die er am 28. März 1936 für den Obersten Kriegsrat abfasste. Wortlaut in *Événements, Rapport*, S. 53-56, sowie DDF, I, Dok. Nr. 525, S. 696-700.
- 58 Aussage Sarrauts vor dem Untersuchungsausschuss, *Événements*, III, S. 604.
- 59 Aussage Jean Doblens vom 19. Dezember 1947 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, II, S. 510 h
- 60 In seiner Notiz vom 28. März 1936, DDF, I, Dok. Nr. 525, S. 698.

- 61 Aussage Doblens vor dem Untersuchungsausschuss. *Événements*, II, S. 513 f.
- 62 Aussage Sarrauts vor dem Untersuchungsausschuss. *Événements*, III S. 646.
- 63 General Tony Albord: *Pourquoi cela est arrivé – ou les responsabilités d'une Génération militaire*, 1919-1939, S. 49-52. Sarraut zitiert den vollen Wortlaut in seiner Aussage, *Événements*, III, S. 644 f.
- 64 Ein Dokument von W.F. Knapp: *The Rhineland Crisis of March 1936*, Hrsg. James Joll: *The Decline of the Third Republic*, S. 83.
- 65 Eden, a. a. O., S. 390-397; Flandin, a. a. O., S. 202-204.
- 66 Eden, a. a. O., S. 398 f.
- 67 Flandin, a. a. O., S. 207 f., Aussage Flandins, *Événements*, I, S. 135-154.
- 68 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 197.
- 69 Protokoll einer Sitzung vom 13. März 1936 im Büro von General Georges, unter Beteiligung von drei weiteren Generälen und einem Admiral, DDF, I, Dok. Nr. 425, S. 549 bis 552.
- 70 Eden, a. a. O., S. 400, 402 f.
- 71 Ebenda, S. 418.
- 72 Flandins Aussage, *Événements*, I, S. 157 f.
- 73 Aussage von General Maurin am 20. Mai 1948, ebenda, IV, S. 912-919.
- 74 Aussage von General Gamelin vom 16. Dezember 1947, ebenda, II, S. 450.
- 75 Aussage von Sarraut, ebenda, III, S. 619 ff., sowie S. 668 über die britische Verantwortung.
- 76 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 193.
- 77 *Événements, Rapport*, S. 81.
- 78 Ebenda, S. 65, 79 f.
- 79 Paul Schmidt: *Hitler's Interpreter*, S. 41.
- 80 *Trial of the Major War Criminals*, Nürnberger Dokumente und Aussagen, XV, S. 352.
- 81 Paul Schmidt, a. a. O., S. 41; *Hitler's Secret Conversations*, S. 211 f. Ich habe die Zitate aus den beiden Quellen zusammengefasst.
- 82 Aussage Sarrauts vor dem Untersuchungsausschuss *Événements*, III, S. 670 f.
- 83 Gamelin selbst berichtet über den Vorfall in Bd. II, S. 212 f.
- 84 *Événements, Rapport*, S. 83-85.
- 17 **Weitere Spaltung Frankreichs – die Volksfront und der Spanische Bürgerkrieg 1936-1937**
- 1 Madaule, II, a. a. O., S. 381.
- 2 Lebrun, a. a. O., S. 233-234.
- 3 Blums Version von seinem Gespräch mit Lebrun wird dargestellt in *L'Œuvre de Léon Blum*, V, 1940-1945, S. 259 f. Dieses siebenbändige Werk enthält Blums Schriften und Reden. Band V wurde auch getrennt unter dem Titel *La Prison, Le Procès, La Déportation, Mémoires & Correspondance* veröffentlicht. Er umfasst die Zeitspanne von 1940 bis 1945 und enthält unter anderem das bewegende Kapitel *A l'Échelle humaine*.
- 4 Zitiert in L. Bodin und J.Ouchard: *Front Populaire, 1936*, aus Gide: *Œuvre complètes*, Bd. VIII, S. 574-577.
- 5 Ebenda, S. 89, aus Gides Artikel in *Vendredi*, 5. Juni 1936. Das war der Tag nach Blums Amtsantritt.
- 6 Pertinax (André Géraud): *Les Fossoyeurs*, Bd. II, S. 74 f.
- 7 *Événements*, I, S. 215. Diese und andere entscheidende Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf seine Regierung und sein Land sind seiner Aussage von 1947 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss entnommen. Siehe ebenda, S. 215 bis 220, 251-254.
- 8 Lebrun, a. a. O., S. 244.
- 9 Jean Zay, a. a. O., S. 114.
- 10 Blums Aussage, *Événements*, I, S. 218 f.
- 11 Hugh Thomas: *The Spanish Civil War*, S. 258 f. Seine Hauptquelle sind die unveröffentlichten Memoiren von Pablo Azcárate, S. 257. Azcárate war der Botschafter des republikanischen Spaniens in London. Ich verdanke einen guten Teil des Materials über die Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf Frankreich und insbesondere die Farce der «Nichteinmischung» Thomas und auch Joël Coltons ausgezeichnete Biographie *Léon Blum*, habe jedoch auch, wo immer das möglich war, die einschlägigen Dokumente eingesehen, insbesondere die Aussagen darüber in *Événements*.

- Asserdem konnte ich damals die Ereignisse von Berlin aus genau beobachten. Die daraus gezogenen Schlüsse sind meine eigenen.
- 12 *Foreign Relations of the United States, 1936*, II, S. 481.
 - 13 *Documents on German Foreign Policy*, Serie D, III, S. 60.
 - 14 Thomas, a. a. O., S. 263. Aus General Warlimonts eidestattlicher Aussage vor dem US-Geheimdienst, 1946. Bericht des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über Spanien, S. 76.
 - 15 Shirer: *Berlin Diary* a. a. O., S. 55 f.
 - 16 Eden, a. a. O., S. 453.
 - 17 Der Text von Gamelins Notiz entstammt Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 329-331.
 - 18 Colton, a. a. O., S. 264. Aus einem Brief an die seinerzeit in New York lebende Suzanne Blum. Madame Blum, eine Rechtsanwältin, war mit dem Ministerpräsidenten befreundet, aber nicht verwandt.
 - 19 Ebenda, S. 265. Rede vor der Internationalen Sozialistischen Konferenz, 1946.
 - 20 *Événements*, II, S. 177-181.
 - 21 Hauptquelle für die Salengro-Tragödie war Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 225-258; ferner Bodin und Touchard, a. a. O., S. 210-220; Jean Zay, a. a. O., S. 116 f.
 - 22 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 332.
 - 23 Blums Aussage, *Événements*, I, S. 131.
 - 24 Robert Coulondre: *De Stalin à Hitler – Souvenirs de deux sades. 1936-1939*, S. 17.
 - 25 Blums Aussage, *Événements*, I, S. 128.
 - 26 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 230.
 - 27 Coulondre, a. a. O., S. 13.
 - 28 Aussage von General Villedume, der General Schweisguth nach Russland begleitete. *Événements*, IX, S. 2742. Ausserdem Pierre Renouvins Referate vom 26. und 27. März 1965 in Paris, veröffentlicht in Edouard Bonnefous, a. a. O., Bd. VI, S. 405.
 - 29 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 286 f.
 - 30 Notiz General Gamelins vom 10. April 1936 an Kriegsminister Daladier. Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 286 f.
 - 31 Blums Aussage, *Événements*, I, S. 129.
 - 32 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 288-298, Fussnote.
 - 33 *Événements, Rapport*, S. 132 f.
 - 34 Brief de Gaulles an Reynaud vom 26. August 1936, veröffentlicht in Reynaud, *Mémoires*, Bd. II, S. 84. Der Band trägt den Titel: *Envers et contre tous*.
 - 35 Protokoll der Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 29. April 1936. *Événements*, II, S. 182 f.
 - 36 Protokoll der Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 15. Dezember 1937. *Événements*, II, S. 186 f.
 - 37 Auszüge aus dem Protokoll der Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 14. Oktober 1936. Zitiert von Reynaud. *Événements*, I, S. 107, und in seinen *Mémoires*, I, a. a. O., S. 231. Dieser erste Band trägt den Titel *Au Cœur de la Mêlée, 1930-1945 (Cœur)*.
 - 38 Protokoll der Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 15. Dezember 1937. *Événements*, II, S. 184-186.
 - 39 Bericht General Renondeaus vom 20. November 1935 über die deutschen Panzerdivisionen. *Événements, Rapport*, II, S. 164 bis 167.
 - 40 Protokoll der Sitzung in *Événements*, II (Dokumente), S. 185. Siehe auch Daladiers Aussage, *Événements*, I, S. 25.
 - 41 de Gaulle: *Mémoires; Der Ruf – 1940/1942*, S. 26; Blum: *Mémoires, Œuvre*, Bd. V, a. a. O., S. 113-115; Blums Aussage, *Événements*, I, S. 223.
 - 42 *Événements, Rapport*, S. 89 f.
 - 43 Blums Aussage, ebenda, I, S. 115 und 223.
 - 44 Auriol: *Hier ... demain*, II, S. 127, Anmerkung 1.
 - 45 *Morgenthau Diaries*, S. 474, zitiert in Colton, a. a. O., S. 273.
 - 46 *A l'Échelle humaine* – ein bewegendes Buch. Auch veröffentlicht in *Œuvre*, Bd. V, S. 440.
 - 47 Zitiert in Weber, a. a. O., S. 402, Fussnote, aus *L'Action Française* vom 1. Januar 1938.
 - 48 Blums Aussage, *Œuvre*, Bd. V, S. 289. Blums Silvesteransprache ist zu finden in Bodin und Touchard, a. a. O., S. 165. Hier ist auch Blums Aussage zu diesem Thema bei der Gerichtsverhandlung von Riom zu finden.
 - 49 Darauf weisen auch Bodin und Touchard hin; a. a. O., S. 221.

18 Uneinigkeit und Verwirrung: Frankreich und der Anschluss Österreichs März 1938

- 1 Wegen eines detaillierten Berichts über die Geheimversammlung vom 5. November 1937 und die Veränderungen in der Heeresleitung und im Auswärtigen Amt, der sich auf die 1945 erbeuteten deutschen Akten stützt, siehe W. Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 337-354.
- 2 Weitere Einzelheiten bei Shirer, a. a. O., S. 358-364
- 3 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 315.
- 4 ADAP, Serie D, Bd. I, S. 217.
- 5 Daladiers Zeugenaussage, *Événements*, I, S. 26.
- 6 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 316.
- 7 Meldungen Graf Welzecks nach Berlin, 2. und 14. März, ADAP, Serie D, Bd. 475 und 487.
- 8 Ebenda, S. 482 f.
- 9 Ebenda, S. 498.
- 10 Coulondre, a. a. O., S. 132-136.
- 11 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 282.
- 12 Blum, *Œuvre*, Bd. V, S. 241.
- 13 Reynaud, *Mémoires*, Bd. II (*Envers*), a. a. O., S. 197 f.
- 14 ADAP, Serie D, Bd. I, 493.
- 15 Das Protokoll ist in vollem Umfang wiedergegeben bei Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 322-331.
- 16 ADAP, Serie D, Bd. III.
- 17 Bonnefous, a. a. O., Bd. IV, S. 298.
- 18 Zeugenaussage Paul-Boncour, *Événements*, IV, S. 96-101.
- 19 **Der Weg nach München, I.
27. April bis 13. September 1938**
- 1 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 318.
- 2 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 101.
- 3 Der Text des Schreibens über eine mögliche Aktion Frankreichs zugunsten der Tschechoslowakei befindet sich bei Gamelin, a. a. O., S. 318 f.
- 4 Daladiers Zeugenaussage, *Événements*, I, S. 29 f. Er zitierte, wie er sagte, aus dem
- Procès verbal* der Besprechung. Der englische stenografische Bericht findet sich in DBrFP, III. Serie. Bd. I, S. 198-223. Keith Feiling, *Life of Neville Chamberlain*,
- 5 S. 347 f.
- 6 ADAP, Serie D, Bd. II, S. 195.
- 7 Ebenda, S. 208.
- 8 Ebenda, S. 209.
- 9 Ebenda, S. 190.
- 10 Ebenda, S. 158.
- 11 Text von vier Telegrammen, NCA, III, S. 308-309 (N. D. 388-PS).
- 12 Text des revidierten Planes «Grün» in ADAC, Serie D, II, S. 237-240.
- 13 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 334 f. Er reproduziert Notizen, die er unmittelbar nach dem Zusammentreffen aufgezeichnet hat. Text in DBrFP, Serie III, Bd. I, S. 346 f., datiert *Foreign Office*, 22. Mai 1938, 4.30 nachm. Bonnet gibt eine französische Übersetzung, Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 129 f. DBrFP, Bd. I, Doc. No. 286, S. 357.
- 14 Ebenda, Doc. No. 301, S. 366 f. Shirer, a. a. O., S. 395 f.
- 15 Bonnet, Zeugenaussage, *Événements*, IX, S. 2, S. 618.
- 16 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 360.
- 17 Coulondre, a. a. O., S. 135.
- 18 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 152-154. Coulondre, a. a. O., S. 142-146. Coulondre sagt,
- 19 er wiederhole «textgetreu» die Notizen, die er seinerzeit gemacht habe. Bonnet sagte bei seiner
- 20 Vernehmung nach dem Kriege, als er befragt wurde, er «erinnere sich nicht genau» der
- 21 Maigespräche mit Coulondre. Eingehend befragt, erinnerte ersich endlich, aber drückte sich um eine ge-
naue Aussage herum.
- 22 Coulondre, a. a. O., S. 151-154. ADAP, Bd. II, S. 315.
- Ebenda.
- Bonnet, a. a. O., S. 195 f.
- Zeugenaussage Bonnets, *Événements*, IX, S. 2600 f.
- Unterhaltung des Generals Paul Stehlin mit dem
- 23 Verfasser; siehe auch sein Buch: *Témoignage pour l'Histoire*, S. 90-92.
- 24 Zeugenaussage von François-Poncet, *Événements*, III, S. 773.
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29

- 30 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 341.
- 31 Aus Jodls Tagebuch, TMWC, XXVIII, S. 373.
- 32 Die Texte der Memoranden sind enthalten bei W. Foerster: *Ein General kämpft gegen den Krieg*, S. 109-121.
- 33 Aus Jodls Tagebuch, TMWC, XXVIII, S. 374.
- 34 Das Zitat ebenda, S. 375. Adams beschreibt die Szene ausführlicher in seinen unveröffentlichten Erinnerungen, die von Telford-Taylor in *Sword and Swastica* zitiert sind.
- 35 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 344-347.
- 36 Daladiers Artikel in *Candide* vom 7. Bis 14. September 1961. Auch Zeugnis Bonnets, *Événements*, IX, S. 2624, sowie Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 212.
- 37 Daladier in dem erwähnten Artikel in *Candide*.
- 38 DBrFP, Bd. II, Doc. 807, S. 269 f.
- 39 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 217-219. In einem Anhang veröffentlicht Bonnet ein Faksimile des Originalbriefes auf englisch.
- 40 DBrFP, Bd. II, Doc. No. 852, S. 309.
- 41 Ebenda, Doc. No. 855, S. 310 f.
- 42 Ebenda, S. 444. Fussnote beschreibt Inhalt des Briefs von Phipps an Halifax vom 16. September.
- 43 Ebenda, Doc. No. 857, S. 311 f.
- 44 Daladiers erwähnter Artikel in *Candide* vom 7. bis 14. September 1961.
- 45 Phipps an Halifax, 13. September. DBrFP, II, Doc. No. 861, S. 313 f.
- 46 ADAP, II, S. 601.
- 47 Ebenda.
- 20 Der Weg nach München, II.
14. bis 28. September 1938**
- 1 Das deutsche Protokoll des Treffens, aufgezeichnet von dem amtlichen deutschen Dolmetscher Dr. Paul Schmidt, ist abgedruckt in ADAP, II, S. 627-636. Aussenminister Ribbentrop lehnte es ab, Chamberlain eine Abschrift auszuhändigen, sodass dieser sich auf sein eigenes Gedächtnis verlassen musste. Sein Bericht ist abgedruckt in DBrFP, II, S. 338-341.
- 2 Feiling, a. a. O., S. 367.
- 3 Der Text von Runcimans Bericht wurde am 28. September veröffentlicht, als er nur noch akademisches Interesse hatte. Er wurde als Weissbuch, Cmd. 5847, No. 1, veröffentlicht. Es besteht Grund zu der Annahme, dass er teilweise umgeschrieben wurde, nachdem er zwanglos dem Kabinett am 15. September vorgelegt worden war und am 21. September formellen Charakter erhielt.
- 4 DBrFP, II, S. 444. Fussnote. Brief von Phipps an Halifax vom 6. September.
- 5 Das britische Protokoll des Treffens ist in DBrFP, II, S. 379-399, abgedruckt. Das französische ist noch nicht veröffentlicht, aber Bonnet gibt einige Auszüge in Bd. I seiner Memoiren, S. 234-241, und Daladier berichtet über das Treffen in seinem erwähnten *Candide*-Artikel.
- 6 Der englische Text der gemeinsamen Note findet sich im britischen Weissbuch Cmd. 5847, No. 2, und in ADAP, II, S. 664. Der französische Text findet sich bei Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 244-246, und in Henri Noguères: *Munich ou la drôle de paix*, S.407 f.
- 7 Zeugenaussage des Generals Foucher, *Événements*, IV, S. 1202. Er sagt, General Gamelin habe einfach den Empfang der Anforderung bestätigt und sie an die Regierung weitergeleitet, die keine Antwort erteilte.
- 8 Ebenda, S. 1203, und Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 340.
- 9 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 340-350.
- 10 Zeugenaussage von de Lacroix, *Événements*, II, Documents, S. 268.
- 11 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 248.
- 12 Diesen Text gibt Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 248, und in *Événements*, II, Documents, S. 273. In *Événements* sind eine Anzahl von Dokumenten enthalten, die Bonnet nach dem Kriege dem Aussenministerium zurückgab, deren Authentizität aber von vielen französischen Historikern in Frage gestellt wird, besonders nach der Zeugenaussage von Lacroix.
- 13 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 252.
- 14 DBrFP, II, Doc. No. 1012, S. 454.
- 15 *Événements*, II, Documents, S. 275.
- 16 Ebenda, IX, S. 2639.

- 17 DBrFP, II, Doc. No. 979, S. 425.
 18 Ebenda, Doc. No. 991, S. 437-438.
 19 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 303 f.
 20 Dr. Schmidts deutsches Protokoll der Godesberger Verhandlungen findet sich in ADAP, II, S. 694 und 702. Die von Kirkpatrick geführten protokollarischen Aufzeichnungen sind in DBrFP, II, S. 463-473 und 499-508. Die Texte der Briefe zwischen Chamberlain und Hitler befinden sich in ADAP, II, und auch im britischen Weissbuch, Cmd. 5847, Doc. 3.
 21 Jodls Tagebuch, 26. September 1938, Nürnberger Dokumente 1780-PS.
 22 ADAP, II, S. 745.
 23 DBrFP, II, Doc. No. 1075, S. 509 f.
 24 Ebenda, Doc. No. 1094, S. 535.
 25 Ebenda, Doc. No. 1099, S. 544.
 26 Ebenda, Doc. No. 1076, S. 510.
 27 Gamelin, a. a. O., II, S. 350.
 28 Das britische Protokoll des Zusammentreffens und des zweiten Treffens einen Tag später sind in DBrFP, II, Doc. 1093, S. 520 bis 535, veröffentlicht bzw. in Doc. 1096, S. 536-541. Die französischen Aufzeichnungen sind noch nicht veröffentlicht, aber eine Fussnote in DBrFP, II, S. 520, zeigt, dass der französische Bericht der Gespräche der britischen Regierung zur Verfügung gestellt wurde und mit der britischen Aufzeichnung bis auf einen Absatz übereinstimmt. Deshalb haben die Briten in ihrem Protokoll die französische Version auf französisch eingefügt. Daladier in seiner Zeugenaussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (*Événements*, I, S. 34 f.) und seinem Artikel in *Candide*, September 1961, sowie Bonnet in seinen Memoiren, Bd. I, S. 267-271, geben kurze Berichte.
 29 Daladier in seinem erwähnten Aufsatz in *Candide*.
 30 Notizen von Gamelin über seine Gespräche in London am 26. September 1938, a. a. O., Bd. II, S. 350-354.
 31 DBrFP, II, S. 575, Fussnote.
 32 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 348, 350.
 33 Daladier in seinem Artikel in *Candide*, 14.-21. September 1961; Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 271. DBrFP, II, Doc. No. 1129, S. 565 f., letzteres in der Form, die Wilson ihm zu geben versuchte inmitten ärgerlicher Unterbrechungen durch Hitler.
 34 DBrFP, II, Doc. 1106, S. 546 f.
 35 Ebenda, II, Doc. 1122, S. 560.
 36 Ebenda, Doc. 1111, Fussnote, S. 550.
 37 Bonnet, a. a. O., Bd. III, S. 216-218. Der Band ist betitelt: *Le Quai d'Orsay sous trois républiques*.
 38 Ebenda.
 39 Zeugenaussage von Piene Comert, *Événements*, VII, S. 2177. Hamilton Fish Armstrong schrieb einen interessanten Aufsatz über das Thema in der Januar-Nummer 1939 von *Foreign Affairs*. Sein Bericht steht in gutem Verhältnis zu den Nachkriegsdokumenten.
 40 Dr. Paul Schmidt: *Statist auf diplomatischer Bühne*, 1923-1945, S. 407 f.
 41 Die Telegramme Wilsons über seine beiden Zusammentreffen mit Hitler und die von Kirkpatrick darüber geführten Notizen sind publiziert in DBrFP, Doc. Nos. 1115, 1116, 1118, 1127, 1128, 1129, S. 552-567.
 42 Daladiers Artikel in *Candide*, 14.-21. September 1961.
 43 Punkte 31-33 der Akte ‚Griin‘. NCA, III, S. 350-352. Nürnberger Dokumente 388-PS.
 44 Drahtbericht von Paris, ADAP, II, S. 782.
 45 Drahtbericht von Stockholm, ebenda, S. 780.
 46 Drahtbericht von Washington, ebenda, S. 768.
 47 Drahtbericht von Prag, ebenda, S. 781 f.
 48 Text von Hitlers Brief an Chamberlain vom 27. September 1938, ADAP, II, S. 773 f.
 49 Chamberlains Botschaft an Benesch und eine zweite, die er kurz darauf folgen liess, sind in Wheeler Bennet: *Munich*, S. 151 f. und 155, nach den tschechischen Archiven zitiert. Interessanterweise sind sie in den nach dem Kriege veröffentlichten vertraulichen Papieren des Foreign Office nicht enthalten.
 50 Noguères, a. a. O., S. 214 f.
 51 Drahtbericht von Paris, ADAP, II.
 52 Renouvin, a. a. O., Bd. II, S. 129.
 53 DBrFP, II, Doc. 1139, S. 571 f.

- 54 Ebenda, Doc. 1140, S. 572 f.
- 55 Ebenda, Doc. 1155, S. 584-586.
- 56 Siehe Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 353 bis 357, wegen seines Berichts über diese Affäre und Bonnets Antwort in seiner Nachkriegsvernehmung durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, IX, S. 2642.
- 57 DBrFP, II, a. a. O., Doc. 1143, S. 575 f.
- 58 Ebenda, Doc. 1150, S. 582.
- 59 Ebenda, Doc. 1160, S. 588.
- 60 Aussage Daladiers, *Événements*, I, S. 35.
- 61 Brief des Generals Vuillemin an Guy La Chambre, 26. September 1938. Eine fotografische Kopie befindet sich im Besitz des Verfassers. Sie trägt die Nummer 127 *E. M. G. A. A.*
- 62 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 358.
- 63 Text von Chamberlains Brief an Hitler, DBrFP, II, Doc. 1150, S. 587.
- 64 Daladier in *Candide* vom 14.-21. September 1961. Die britischen Telegramme an Paris: DBrFP, II, Doc. No. 1156, 1158, S. 586 f.
- 65 Text von Chamberlains Appell an Mussolini, telefoniert von London nach Rom. DBrFP, II, Doc. 1159, S. 587 f.
- 66 Sir Neville Henderson: *Pehlschlag einer Mission*, S. 161.
- 67 Jodls Tagebuch, 28. September 1938, NCA, IV, S. 368. Nürnberger Dokumente, 1780-PS.
- 68 François-Poncet, a. a. O., S. 266.
- 69 Erich Korchts Memorandum (dem Verfasser zur Verfügung gestellt).
- 70 Paul Schmidt, a. a. O., S. 412.
- 71 Aus Haiders Vernehmung in Nürnberg am 25. Februar 1946, NCA, Suppt. B. S. 1553 bis 1558.
- 72 DBrFP, II, Doc. 1194, No. 1194, S. 604.
- 73 Ebenda, Doc. 1206, S. 613.
- 74 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 358.
- 21 **Die Konferenz in München
29. bis 30. September 1938**
- 1 *Ciano's Hidden Diary, 1937-1938*, S. 166. In einem vom 20. Juni 1940 datierten Telegramm erinnerte Mussolini Hitler daran, dass er in München versprochen habe, an dem Angriff auf Grossbritannien teilzunehmen. Der Text des Telegramms befindet sich in ADAP, X, S. 23. Um diese Zeit hatte Mussolini wenigstens den ersten Teil seines Versprechens, am Angriff auf Frankreich teilzunehmen, erfüllt, was er allerdings erst tat, nachdem die Deutschen bereits die französischen und britischen Heere entscheidend geschlagen hatten.
- 2 Wilsons Kommentar ist in DBrFP, II, S. 631, in einer Aufzeichnung, die er nach dem Gedächtnis über die Konferenz schrieb, enthalten; Henderson, a. a. O., S. 190, François-Poncet, a. a. O., S. 271.
- 3 Text des Münchener Abkommens, ADAP, II, S. 675.
- 4 Aus dem amtlichen Bericht des tschechischen Aussenministers Dr. Masarik an das Prager Aussenministerium.
- 5 Shirer: *Berlin Diary*, S. 145.
- 6 ADAP, IV, S. 287-293.
- 7 Bonnet, a. a. O., Bd. I, S. 296 f.
- 8 Paul Schmidt, a. a. O., S. 417.
- 9 DBrFP, Doc. 1225, S. 629 f.
- 10 Noguères, a. a. O., S. 301 f.
- 11 Daladier, Aufsatz in *Candide* vom 21.-28. September 1961.
- 12 Noguères, a. a. O., S. 134. Er zitiert darin vier verschiedene Quellen für die Bemerkung.
- 13 Gamelin a. a. O., Bd. II, S. 359.
- 14 Aus *Le Petit Parisien*, zitiert von Alexander Werth in *Prance and Munich*, S. 345
- 15 Renouvin, a. a. O., S. 129.
- 16 Keitels Zeugenaussage am 4. April 1946 beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, TMWC, X, S. 509.
- 17 Mansteins Zeugenaussage am 9. August 1946 beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, TMWC, XX, S. 606.
- 18 Pertinax: *The Gravediggers of Prance*, S. 5.
- 19 Jodls Aussage, 4. Juni 1946, TMWC, XV, S. 361.
- 20 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 345-347.
- 21 DBrFP, II, Doc. 1221, S. 623 f.
- 22 Coulondre, a. a. O., S. 165-171.

- 23 ADAP, III, S. 529 f.
- 24 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 356.
- 25 Aussage von Pierre Comert, *Événements*, VII, S. 2176.
- 26 Goguel, a. a. O., S. 539 f.
- 27 Coulondre, a. a. O., S. 181.

22 Polen ist an der Reihe 1939

- 1 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 323.
- 2 Zitiert von Telford Taylor in *Sword and Swastika*, S. 41, aus den Papieren Seeckts, die sich jetzt im Nationalarchiv in Washington befinden.
- 3 DBrFP, IV, Doc. 270, S. 263.
- 4 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 153.
- 5 Zitiert von Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 410 f.
- 6 Protokoll der Versammlung am 3. Dezember 1938. *Événements*, II (Docs.), S. 188 bis 197.
- 7 Ebenda.
- 8 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 133-135.
- 9 Ebenda, Bd. II, S. 143.
- 10 Halifax' Stellungnahme zu Maisky, DBrFP, IV, Doc. 433. Maisky zu Boothby nach dessen Buch *I Fight to Live*, S. 189.
- 11 Protokoll der Versammlung am 9. April 1939. Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 403 bis 407.
- 12 Ebenda, S. 406.
- 13 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 184.
- 14 Coulondre, a. a. O., S. 270.
- 15 ADAP, IV, S. 355.
- 16 Ebenda, S. 221 f.
- 17 General Paul Stehlin: *Témoignage pour l'histoire*, S. 376 f.
- 18 ADAP, VI, S. 444.
- 19 *Nazi-Soviet Relations, 1939-1941*, S. 5 bis 9.
- 20 *Le Livre Jaune Français, Documents Diplomatiques, 1938-1939*. Doc. 120, S. 153 bis 155 (Originalausgabe des französischen Gelbbuches). In späteren Anmerkungen abgekürzt LJ.
- 21 Stehlin, a. a. O., S. 151 f.
- 22 LJ, Doc. 125, S. 164 f.
- 23 Ebenda, Doc. 127, S. 172 f.
- 24 Ebenda, Doc. 132, S. 180 f.

- 25 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 553-557-
- 26 Protokoll des Zusammentreffens Hitlers mit seinen Generalen am 22. August 1939, ADAP, VII, S. 467 ff.
- 27 Gamelin über seine Verhandlungen mit den Polen, a. a. O., Bd. II, S. 413-426. Bonnet gibt seine Version in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 217-233 und Bd. III, S. 266 f.
- 28 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 223-232.
- 29 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 424 f.
- 30 Text des Briefes von Lukasiewicz an Bonnet vom 26. Mai 1939 in L. B. Namier's *Europe in Decay*, S. 310-312.
- 31 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 423.
- 32 Ebenda, Bd. II, S. 426, Fussnote. Ferner Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 227-232 und Bd. III, S. 266 f. Bonnets Interview wird von Namier, a. a. O., S. 72 nach *Le Temps* v. 3.11.40 zitiert.
- 33 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 418-421.
- 34 Shirer: *Berlin Diary*, S. 131 f.
- 35 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 414 f.

23 Sommerliches Zwischenspiel in Paris Mai bis Juli 1939

- 1 Pierre Lazareff: *De Munich à Vichy*, S. 121-125.
- 2 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 257.
- 3 Weygand: *En Lisant les mémoires de Général de Gaulle*, S. 17.
- 4 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 258 f.
- 5 Lazareff, a. a. O., S. 132.
- 6 Zitiert bei Bonnefous, a. a. O., Bd. VII, S. 90.
- 7 Ebenda, S. 90.
- 8 Flandin, a. a. O., S. 283.
- 9 Welczedcs Telegramm, 11. August 1939, ADAP, Bd. VII, S. 18. Der Telegrammwechsel Ribbentrop-Welczec über die Ausweisung von Abetz, ADAP, Bd. VI, S. 743 f., 761 f., 767, 794.
- 10 Henri de Kerillis: *Français, voici la vérité*, S. 170-178.
- 11 Weber, a. a. O., S. 248-251. Der Verfasser nennt als Quellen Depeschen des französi-

schen Ausenministeriums, von denen er Kopien erhielt, und auch eine Note von Bonnet, in der dieser seinen Anteil an den Verhandlungen resümiert.

24 Gespräche mit Russland Sommer 1939

- 1 Monzie, a. a. O., S. 121.
- 2 DBrFP, IV, Doc. 183.
- 3 ADAP, IV, S. 512.
- 4 DBrFP, V, Doc. Nr. 5.
- 5 Eden bestätigt das in seinen Memoiren: *The Reckoning*, S. 55.
- 6 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 389.
- 7 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 196-198.
- 8 Ebenda, S. 198.
- 9 Ebenda, S. 199 f.
- 10 Ebenda, S. 200 f.
- 11 DBrFP, VI, Anhang II, Doc. 376.
- 12 Zwei Telegramme, 1. August, von Botschafter v. Dirksen, ADAP, VI, Doc. 752/3.
- 13 DBrFP, VI, Appendix V, S. 763.
- 14 General André Beaufre: *Le Drame de 1940*, S. 123 f.
- 15 DBrFP, VII, Appendix II, S. 600.
- 16 Beaufre, a. a. O., S. 122.
- 17 Ebenda, S. 124.
- 18 Ebenda, S. 127 f. Der ganze Text des Entwurfs findet sich in DBrFP, VII, S. 595 bis 597.
- 19 Ebenda, S. 598.
- 20 Die drei Depeschen finden sich in ADAP, vi, s. 757-760.
- 21 *LJ*, S. 250 f.
- 22 ADAP, VII, S. 39 f.
- 23 Ebenda, S. 48 und Fussnote S. 39.
- 24 Ebenda, S. 51 f.
- 25 Es existiert beträchtliches Material aus erster Hand über die Militärverhandlungen in Moskau, besonders auf britischer Seite. Dieses findet sich in DBrFP, 3. Serie, Appendix II, S. 558-614. Es enthält die britischen Protokolle aller Zusammenkünfte sowie die Berichte der drei Hauptdelegierten Admiral Drax, Luftmarschall Burnett und General Heywood. Einbezogen ist auch ein wörtlicher Bericht aus den russischen

Protokollen über das dramatische Zusammentreffen Generals Doumenc mit Marschall Woroschilow am Abend des 22. August. Die erste Hälfte von Bd. VII enthält die Texte der vertraulichen Telegramme über die militärischen Gespräche zwischen der britischen Botschaft in Moskau und dem Foreign Office in London.

Die beste französische Quelle ist General Beaufre, ein Mitglied der französischen Mission, der in seinem erwähnten Buch darüber Bericht erstattet. General Doumenc gab seinen eigenen Bericht kurz in einem Aufsatz in *Carrefour* vom 21. Mai 1947 und in einer Erklärung in Lille am 16. Februar 1948, die am folgenden Tage in *Le Monde* veröffentlicht wurde. Beide Berichte sind enttäuschend kurz und werfen wenig Licht auf das Geschehen. Bonnet, a. a. O., Bd. II, Kap. 10 und 15, gibt einen Überblick über die diplomatische Seite in Paris und druckt eine Anzahl von Telegrammen ab, solche aus Moskau und aus Warschau Daladiers in *Événements*, I, S. 39 ff., veröffentlichte Aussage ist wertvoll, aber unausgeglichen. Die französische Regierung hat bis zur Abfassung dieses Buches weder die französischen Protokolle der Verhandlungen noch den militärischen und diplomatischen Telegrammwechsel veröffentlicht, obgleich Beaufre – ebenso wie Bonnet – eine Anzahl von beiden bietet.

Unglücklicherweise haben die Sowjets, soweit mir bekannt ist, niemals ihre Dokumente über die Verhandlungen veröffentlicht, obwohl ein sowjetischer Bericht in Niknows: *Origins of World War II* vorliegt, in dem reichlich von den britischen Foreign-Office-Dokumenten Gebrauch gemacht wird. Eine Sowjetversion enthält auch die *Histoire de la diplomatie*, die von V. Potemkin herausgegeben ist.

- 26 Text Lindsays durch Luftpost übermittelter Depesche vom 17. August, DBrFP, VII, S. 41 f. Eine Fussnote auf S. 42 gibt die Zeit des Empfangs im Foreign Office an.
- 27 ADAP, VII, S. 70.
- 28 Ebenda, VII, S. 95 f.
- 29 Ebenda, VII, S. 100-102.

- 30 Ebenda, VII, S. 111 f.
 31 Ebenda, VII, S. 124 f.
 32 Aussage Daladiers, *Événements*, I, S. 49 f.
 33 Churchill, a. a. O., S. 391.
 34 Text von Hitlers Telegramm an Stalin, 20. August, ADAP, VII, S. 141.
 35 Text von Stalins Antwort, 21. August, ebenda, S. 159.
 36 Daladiers Aussage, *Événements*, I, S. 47.
 37 DBrFP, VII, Doc. No. 130 und Fussnote, S. 119.
 38 ADAP, VII, S. 191.
 39 Naggiars Telegramm wird von Bonnet zitiert, a. a. O., Bd. II, S. 295 f.
 40 Beaufre, a. a. O., S. 173 f. Gamelin erwähnt dieses Telegramm in seinen Memoiren nicht.
 41 Ebenda, S. 287.
- 25 **Am Vorabend des Krieges
 23. bis 31. August 1939**
- 1 Bonnefous, a. a. O., Bd. VII, S. 327; bei Bonnets Notiz an den Verfasser in der dritten Person geschrieben.
 2 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 301 f.
 3 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 23-34.
 4 Protokolltext, *Événements*, II, S. 276-278. Bonnet veröffentlicht es auch in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 305-308.
 5 Gamelin, Zeugenaussage, *Événements*, II, S. 398.
 6 Daladier zitierte General Vuillemins Brief in seiner Nachkriegszeugenaussage vor dem Interparlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, I, S. 55 f.
 7 Gamelin, Zeugenaussage, ebenda, II, S. 398.
 8 Daladier, Zeugenaussage, ebenda, I, S. 50.
 9 Haiders Tagebuch, Eintragung vom 23. August 1939. In der 1962 veröffentlichten deutschen Ausgabe in Bd. I, S. 27 f. Die Quellen für Hitlers Zusammentreffen mit seinen Generälen sind ausführlich enthalten und analysiert in Anm. 611 von William Shirers deutscher Ausgabe seines Buches «Aufstieg und Fall des Dritten Reiches». Der Verfasser hat sich besonders auf General Haiders Aufzeichnungen und die des Admirals Hermann Böhm gestützt. Admiral Böhms Aufzeichnungen befanden sich in Admirals Raeders Verteidigungsurkunden im Nürnberger Prozess. Vgl. auch ADAP, VII, S. 167-170 und ADAP, VII, S. 467 ff.
- 10 DBrFP, VII, Doc. 201, S. 163 f.
 11 *LJ*, Doc. No. 213, S. 296.
 12 DBrFP, VII, Doc. No. 308, S. 249.
 13 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 448.
 14 Ebenda, S. 445.
 15 DBrFP, VII, Doc. No. 203, S. 166.
 16 Hendersons Depesche vom 23. August, Britisches Blaubuch, S. 98-100.
 17 Text von Hitlers Erklärung an Henderson, ADAP, VII, S. 233-235; siehe auch Henderson, a. a. O., S. 298 f.
 18 Coulondres Telegramm vom 25. August, *LJ*, Doc. No. 242, S. 312-314; siehe auch Coulondre, a. a. O., S. 287-289, und Paul Schmidt, a. a. O., S. 451 f.
 19 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 319.
 20 Paul Schmidt, a. a. O., S. 450 f.
 21 Text von Hitlers Brief an Mussolini, ADAP, VII, Dok. 266, S. 235.
 22 Text von Mussolinis Brief an Hitler v. 25. August, Ebenda, Dok. 271, S. 239.
 23 Keitels Zeugenaussage, TMWC, X, S. 514 f.
 24 NCA, VI, S. 977 f., N.D. C-170.
 25 DBrFP, VII, Doc. No. 244, S. 206.
 26 Flandin, a. a. O., S. 283.
 27 Ebenda, S. 317, Fussnote.
 28 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 41 f.
 29 ADAP, VII, Dok. 300, S. 257 f.
 30 DBrFP, VII, Doc. No. 305, S. 244 f.
 32 Lomenie, a. a. O., S. 116.
 32 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 131.
 33 Ebenda, S. 130 f.
 34 André Maurois: *Tragedy in France*, S. 67.
 35 Lazareff, *Munich*, a. a. O., S. 103.
 36 Spears, a. a. O., Bd. I, S. 90 f.
 37 Lazareff, a. a. O., S. 104.
 38 Clare Boothe: *Europe in the Spring*, S. 147, Fussnote.
 39 Maurois, a. a. O., S. 147.
 40 Lazareff, a. a. O., S. 104 f.
 41 Pertinax, *Les Fossoyeurs*, a. a. O., Bd. II, S. 37 f.
 42 ADAP, III, Dok. 244, S. 230.

- 43 Alfred Mailet, *Pierre Laval*, Bd. I, S. 135.
- 44 Zeugenaussage von Major Loustauneau-Lacou, Pétain-Prozess, 30. Juli 1945, S. 355 bis 357, nach stenografischem Bericht.
- 45 Brieftext. Louis Noguères, *Le véritable procès du Maréchal Pétain, Annexes*, S. 631 bis 634.
- 46 Text von Daladiers Brief an Hitler, 26. August, *LJ*, Doc. No. 253, S. 321 f. Französischer Text auch ADAP, VII S. 276 f.
- 47 Coulondres Depesche, *LJ*, Doc. No. 261, S. 328 f.; siehe auch seine Memoiren, a. a. O., S. 290 f.
- 48 Henderson, a. a. O., S. 305-307.
- 49 Coulondres Depeschen, 30. August, 2 Uhr morgens, 13 Uhr 30 nachm. *LJ*, Doc. No. 296, S. 352 f. und No. 300, S. 367.
- 50 Kennards Depesche mit Bericht über Gespräch mit Beck, 29. August, DBrFP, VII, Doc. No. 482, S. 370 f.
- 51 Zwei Depeschen von Halifax an Henderson, 30. August, DBrFP, VII, Doc. No. 504, S. 391; Doc. No. 538, S. 410.
- 52 Ribbentrops Zeugenaussage, TMWC, X, S. 275; Schmidts Aussage, ebenda, S. 196 bis 222; auch Schmidt, a. a. O., S. 456-460.
- 53 DBrFP, VII, Doc. No. 604, S. 449.
- 54 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 335.
- 55 Monzie, a. a. O., S. 149, Fussnote. Er gibt als Quelle Jean Zay an.
- 56 Coulondre, a. a. O., S. 299, Fussnote.
- 57 Monzie, a. a. O., S. 148 f.
- 58 Der deutsche Text von Hitlers Weisung in TMWC, XXXIV, S. 456-459. Auch in ADAP, VII, Dok. 493, S. 397 f.
- 8 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 336.
- 9 DBrFP, VII, Doc. No. 699, S. 501. Das Absendedatum ist fälschlich als 1. September angegeben.
- 10 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 456.
- 11 Text in ADAP, VII, Dok. Nr. 535, S. 424 f.
- 12 *LJ*, S. 431.
- 13 Obgleich Bonnet feststellt, Halifax habe ihn angerufen, besagt das britische Protokoll, dass es Cadogan war. DBrFP, Doc. No. 718, S. 513 f. Bonnets Notiz über das Gespräch befindet sich in *LJ*, S. 431, und sein Bericht in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 358.
- 14 *The Ciano Diaries*, 1939-1943, S. 136 f.
- 15 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 336.
- 16 Lebrun, a. a. O., S. 32.
- 17 Zitiert von Bonnefous, a. a. O., Bd. VII, S. 108 f., aus Benoist-Méchin: *Histoire de l'armée allemande*, VI.
- 18 Beau de Lomenie: *La Mort de la troisième république*, S. 136.
- 19 DBrFP, VII, Doc. No. 718, S. 513 f.
- 20 Bonnet, a. a. O., S. 358 f.
- 21 DBrFP, VII, Doc. No. 727, S. 518.
- 22 Monzie, a. a. O., S. 157, S. 512.
- 23 DBrFP, VII, Doc. No. 740, S. 524 f.
- 24 Das britische Protokoll über das Telefongespräch Halifax-Bonnet findet sich in DBrFP, Doc. No. 741, S. 525 f. Bonnets Bericht steht in seinen Memoiren, a. a. O., S. 362 f.
- 25 Bonnet, a. a. O., Bd. II, S. 364.
- 26 *The Ciano Diaries*, a. a. O., S. 137.
- 27 ADAP, VII, Dok. Nr. 538, S. 426.
- 28 Bonnet gibt den Text in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. II, S. 366. Der Text in *LJ*, Doc. No. 365, S. 411, enthält die Frist 17 Uhr 30 nachmittags, 3. September, die erst in letzter Minute eingefügt wurde.
- 29 Paul Schmidt, a. a. O., S. 464. Auch seine Zeugenaussage in Nürnberg, TMWC, X, S. 200 f.
- 30 Coulondres Telegramm, das seine letzte Begegnung mit Ribbentrop beschreibt, befindet sich in *LJ*, Doc. No. 367, S. 412 f. Er berichtet darüber auch in seinen Memoiren, a. a. O., S. 314. Der deutsche Bericht, ein Memorandum von Schmidt, findet sich in ADAP, VII, Dok. Nr. 563, S. 533 f.; Weiz-
- 26 **Der Ausbruch des Krieges
1. bis 3. September 1939**
- 1 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 334.
- 2 Telegramm von Noël, 1. September, *LJ*, Doc. No. 343, S. 388 f.
- 3 DBrFP, VII, Doc. No. 749, S. 530 f.
- 4 Ebenda, Doc. No. 704, S. 503.
- 5 *LJ*, Doc. No. 345, S. 390.
- 6 Bonnet selbst liefert diesen Meinungsaustausch, a. a. O., Bd. II, S. 353.
- 7 DBrFP, VII, Doc. No. 718, S. 514.

- säckers Bericht über den Empfang Coulondres im selben Band, Dok. Nr. 562, S. 532. Der Botschafter erwähnt ihn kurz in seinen Memoiren, a. a. O., S. 313.
- 31 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 457.
- 32 Bonnefous, a. a. O., Bd. VII, S. 114.
- 33 Monzie, a. a. O., S. 150.
- 34 Flandin, a. a. O., S. 336-339.
- 35 Loménie, *Mort*, a. a. O., S. 128 f.
- 36 Bonnefous, a. a. O., Bd. VII, S. 114.
- 27 «La Drôle de Guerre»
- 1 ADAP VIII, Dok. Nr. 104, S. 82.
- 2 Ebenda, Dok. Nr. 130, S. 101.
- 3 Den Text der polnischen Proteste und Fragen hat Oberst Jacques Minart, ein Adjutant Gamelins, aus den französischen militärischen Archiven entnommen und in seinen Memoiren, *P. C. Vincennes*, Bd. I, S. 19 f. wiedergegeben.
- 4 Gamelin bringt den Text seiner Antwort in seinen Memoiren, Bd. III, S. 60 f.
- 5 Ebenda, S. 55.
- 6 de Gaulle: *Memoiren, Der Ruf 1940/1942*, S. 29; Beaufre, a. a. O., S. 189.
- 7 *The Central Blue, The Autobiography of Sir John Slessor, Marschal of the R.A.F.*, S. 243
- 8 Text von Gamelins persönlicher Instruktion, Nr. 4, 21.9.1939; Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 66 f.
- 9 Ebenda, S. 67.
- 10 Gamelins Befehl vom 29. September 1939. Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 70; Minart a. a. O., Bd. I, S. 29.
- 11 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 87.
- 12 Gamelins «Note» vom 30. September 1939, Gamelin, a. a. O., S. 88 f.
- 13 Goutard, 1940. *La Guerre des occasions perdues*, S. 125. Alle Referenzen beziehen sich auf die französische Ausgabe des Werkes, die vollständiger ist als die englische Übersetzung *The Battle of France, 1940*.
- 14 Daladiers Zeugenaussage, *Événements*, I, S. 65-67.
- 15 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 384.
- 16 Zeugnis Haiders, TWC, XII, S. 1086;
- Zeugnis Jodls, TMWC, XV, S. 350; Zeugnis Keitel's, ebenda, X, S. 519. Das Zitat General Westphals aus seinem Buch *Heer in Fesseln*, S. 112 f. Von General Giraud existiert eine Schreibmaschinenkopie seines *Report to M. Pétain on the Causes of the Defeat of France*, datiert vom 26. Juli 1940. Befindet sich in der Hoover Library, Stanford.
- 17 ADAP VIII, Dok. Nr. 25, S. 20.
- 18 Ebenda, Dok. Nr. 180, S. 153.
- 19 Brauchitschs Zeugenaussage in Nürnberg, TMWC, XX, S. 573. Eine Notiz im Kriegstagebuch des OKW bestätigt Hitlers Worte.
- 20 Hitlers Memorandum, NCA, VII, S. 800 bis 814 (N.D.L-52). Weisung Nr. 6, ebenda, VI, S. 880 f. (N.D.NOKW-3433).
- 21 Bonnet, a. a. O., Bd. III, S. 314 f.
- 22 Monzie, a. a. O., S. 169-172.
- 23 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 107.
- 24 *Foreign Relations of the United States*. 1939, I., S. 469.
- 25 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 106.
- 26 Von der Verteidigung im späteren Prozess gegen Pétain zitiert.
- 27 J. R. Tournoux: *Pétain et de Gaulle*, S. 189 f.
- 28 Elie J. Bois: *Truth on the Tragedy of France*, S. 140-142.
- 29 ADAP VIII, Dok. Nr. 363, S. 325 f.
- 30 Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 131.
- 31 *Événements*, II (Docs), S. 281 f.
- 32 Gamelins Zeugenaussage, ebenda, II., S. 439 f. / 413 f.
- 33 Spears, a. a. O., Bd. I, S. 49 f.
- 34 Die Zitate der Generale Laffargue, Ruby, Menu und Grandsard finden sich bei Goutard, a. a. O., S. 132 f. Weitere Details in den Büchern dieser Generäle: Laffargue: *Justice pour ceux de 1940*; Ruby: *Sedan, terre d'épreuve*; Menu: *Lumières sur les ruines*; Grandsard: *Le 10^{me} Corps d'Armée dans la bataille*.
- 35 Shirers *Berlin Diary*, S. 234.
- 36 Goutard, a. a. O., S. 133.
- 37 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 195-199.
- 38 Daladier in der Geheimsitzung der Deputiertenkammer am 19. März 1940, *Journal Officiel* (in späteren Zitaten als J. O. be-

- zeichnet), S. 67. Dieses wurde nach dem Kriege veröffentlicht (am 7.4.1948 als «Spezialnummer»), aber in so wenigen Kopien, dass es selbst in den besten Bibliotheken kaum zu finden ist.
- 39 Note Gamelins, 10.3.1940. Veröffentlicht in *Les Documents secrets de l'Etat Major Général Français*, später als *Wilhelmstrasse Documents* bezeichnet. Diese französischen vertraulichen Akten, meist aus General Gamelins Hauptquartier, wurden von den Deutschen gegen Ende der Schlacht um Frankreich erbeutet und vom deutschen Auswärtigen Amt 1941 veröffentlicht. Siehe auch Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 201.
- 40 Siehe Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, München 1963, Bd. II, Kap. 20, bez. der deutschen Pläne zum Einfall in Norwegen.
- 41 Text von Daladiers Note vom 14. 3.1940. *Événements*, II (Docs.) S. 349 f.
- 42 Text der britischen Antwort, 27.3.1940, ebenda, S. 354-357.
- 43 Note Daladiers vom 19. Januar 1940, *Wilhelmstrasse Documents*, S. 45.
- 44 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 199.
- 45 de Gaulle, a. a. O., S. 32.
- 46 General Paul Stehlin, a. a. O., S. 215 f.
- 47 Steinhardt an den Secretary of State, 2. Februar 1940, *Foreign Relations of the United States*, 1940,1, S. 590 f.
- 48 Bullitt, ebenda, 15. Januar 1940, S. 276 f.
- 49 Note des Generals Gamelin, 22. Februar 1940, *Wilhelmstrasse Documents*, S. 59-61.
- 50 Gamelin an Daladier (streng geheim), 12. März 1940, ebenda, S. 59-61.
- 51 Steinhardt an den Secretary of State, 9. März 1940, *Foreign Relations of the United States*, 1940,1, S. 276 f.
- 52 Französisches Protokoll der Sitzung des Obersten Alliierten Rates, 28. 3. 1940 in London, *Wilhelmstrasse Documents*, S. 74.
- 53 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 371.
- 54 Mitteilung Reynauds an die Britische Regierung, 25.3.1940, *Événements*, II (Docs.) S. 351-354.
- 55 *J.O.* Geheimsitzung des Senats, 14. 3.1940, Reden von Reibel, S. 2-5; Laval, S. 5-12, 30-31; Lémery, S. 30.
- 56 *J.O.* Geheimsitzung der Deputiertenkammer, 19.3.1940, Rede Flandins, S. 88-93.
- 57 Reden Daladiers, vor dem Senat, 14.3. 1940. *J.O.* S. 21-27; vor der Kammer, 19.3. 1940, ebenda, S. 66-71.
- 58 Daladier vor dem Senat, 14.3.1940, *J.O.*, S.27.
- 59 Lomenie, *Mort*, a. a. O., S. 194 f.
- 60 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 575 f.
- 61 Ebenda, S. 576.
- 62 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 376.
- 63 Bois, a. a. O., S. 205.
- 64 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 226.
- 65 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 379.
- 66 Ebenda, S. 379.
- 67 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 211.
- 68 ADAP, IX, Dok. 44, S. 58.
- 69 de Gaulle, a. a. O., S. 31 f.
- 70 ADAP, IX, Dok. 5, S. 14.
- 71 Aussage des Generals Vauthier beim Pétain-Prozess. Was der Marschall bei seinem Parisbesuch im Januar vorhatte, ist aufgezeichnet in Louis Noguères: *Le Véritable Procès du Maréchal Pétain* und in Lomenie: *Mort*, a. a. O., S. 192 f.
- 72 de Gaulle, a. a. O., S. 32.
- 73 Ebenda, S. 29 f.
- 74 *J.O.* Geheimsitzung des Senats, 16. 4.1940, S. 92 f.
- 75 Ebenda, Geheimsitzung der Kammer, 19.4.1940 S. 114.
- 76 de Gaulle, a. a. O., S. 33.
- 77 Bois, a. a. O., S. 240.
- 78 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 285.
- 79 Siehe Baudouins Artikel in der Nummer der *Revue de Paris* vom 1. Februar 1938, betitelt *Les Données du probleme français* (Die Grunddaten des französischen Problems). Der letzte Kommentar stammt aus der Weihnachtsnummer einer Luxuszeitschrift, die Baudouin 1939 unter dem Titel *Messages* herausbrachte.
- 80 Dritte Nummer von *Messages* im Frühjahr 1940. Bois, a. a. O., S. 255 f. zitiert daraus.
- 81 Monzie, a. a. O., S. 266.
- 82 Zeugenaussage Paul-Boncour, *Événements*, III, S. 815 f.
- 83 Memorandum von Welles an Präsident

- Roosevelt, datiert Paris, 8. 3.1940. *Foreign Relations of the United States, 1940*, I, S. 69.
- 84 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 304-314.
- 85 Ebenda, S. 313.
- 86 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 387 f.
- 28 **Krieg in Norwegen, die Bedrohung Belgiens und die Krise in Paris Frühling 1940**
- 1 Der Bericht über die Sitzung stützt sich auf Baudouin: *Neuf mois au gouvernement, avril-décembre, 1940*, S. 22-24; Reynaud, *Cœur*, S. 388, Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 314 f.
- 2 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 318.
- 3 Zeugenaussage des Generals Villelume vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 12. April 1951, *Événements*, IX, S. 2, 757.
- 4 Baudouin, a. a. O., S. 25.
- 5 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 332.
- 6 Ebenda, S. 336.
- 7 Baudouin, a. a. O., S. 26-33 und Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 391-397, geben den Text des Sitzungsprotokolls des Kriegskabinetts vom 12. April 1940, den Baudouin aufzeichnete. Baudouin, a. a. O., S. 33 f., diskutiert die Sitzung und sein Gespräch mit den drei Ministern hinterher. Gamelins Bericht über die Sitzung in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. III, S. 336 f.
- 8 Baudouin, a. a. O., S. 41.
- 9 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 366.
- 10 Baudouin, a. a. O., S. 37.
- 11 Ebenda, S. 37-40.
- 12 Pierre Lazareff: *De Munich à Vichy*, S. 228 f.
- 13 Monzie, a. a. O., S. 216.
- 14 Ebenda, S. 208 f.
- 15 *Le Procès Laval*. Stenographischer Bericht, S. 239-241.
- 16 Louis Noguères: *Le véritable procès de Maréchal Pétain*, S. 27-35.
- 17 Darlan Interview mit Henri Böraud, veröffentlicht in *Gringoire*, 30. Mai 1941.
- 18 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 917 f.
- 19 Louis Noguères, a. a. O., S. 32.
- 20 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 381.
- 21 Shirer: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, S. 708, 751.
- 22 Cianos Warnungen sind erwähnt in seinem Tagebuch, a. a. O., 26. 12. 39, S. 183; 30.12.39, S. 186; 2.1.40, S. 191. Wegen dieser und anderer Warnungen siehe J. Wullus-Rudiger, *Les Origines internationales du drame Belge de 1940*, S. 183/5; auch einen Artikel von Jean Vanwelkenhuyzen, *L'alerte du 10 janvier 1940 in der Revue d'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Oktober 1953, Nr. 12, S. 33-54.
- 23 Siehe Haiders Tagebuch für 7. und 8. Januar 1940 (I, S. 151 f.) und Hans-Adolf Jacobsen: *Fall Gelb, Der Kampf um den deutschen Operationsplan 1940*, S. 89, aus den Bock-Papieren.
- 24 Vanwelkenhuyzen, a. a. O., S. 48.
- 25 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. X9916. Minart, a. a. O., Bd. I, S. 121.
- 26 General Oscar Michiels: *18 Jours de guerre en Belgique*, S. 54; Jacobsen, a. a. O., S. 287, Fussnote 28; Wullus-Rudiger, a. a. O., S. 185.
- 27 Minart, a. a. O., Bd. I, S. 123 f., gibt den Text der Depesche des Botschafters.
- 28 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 16.
- 29 Ebenda, S. 157 f.
- 30 Minart, a. a. O., Bd. I, S. 133.
- 31 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 159 f.
- 32 Minart, a. a. O., Bd. I, S. 138.
- 33 Wullus-Rudiger, a. a. O., S. 188,191.
- 34 ADAP, VIII, Dok. 544, S. 530.
- 35 Ebenda, Dok. 531, S. 517.
- 36 Ebenda, Dok. 529, S. 516.
- 37 Jodls Tagebuch für 13. Januar 1940; Haiders Tagebuch für denselben Tag, Bd. I, S. 157; Jacobsen, a. a. O., S. 92.
- 38 Depeschen aus Brüssel und Den Haag, ADAP, VIII, S. 522 f.; Jodls Tagebuch, 14. 1.1940; Jacobsen, a. a. O. S. 92.
- 39 Jodls Tagebuch, 16.1.1940; Jacobsen, a. a. O., S.93.
- 40 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 6.
- 41 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 122 f.
- 42 Bericht Generals Lelong, Französischer Mil.-Attaché in London an General Gamelin,

5. Mai 1939. *Wilhelmstrasse Documents*, S. 20.
- 43 Churchill, a. a. O., Bd. I, S. 481; Oberst Lugand in *La Campagne de France, mai-juin, 1940*, S. 19.
- 44 Telegramm von General Gamelin an den Militärattaché General Lelong in London am 13. November 1939, *Wilhelmstrasse Documents*, S. 39.
- 45 Major Pierre Lyet: *La Bataille de France, mai-juin 1940*, S. 19. Er zitiert darin eine handgeschriebene Note von General Georges.
- 46 Ebenda, S. 25; Lugand, a. a. O., S. 22, 25; Zeugnis von General Villeneuve, *Événements*, IX, S. 2765 f.
- 47 Zeugenaussage von General Georges, *Événements*, III, S. 684.
- 48 G.Q.G.N.E. (Grosses Hauptquartier der Nordostfront), Note Nr. 941 3/NE von General Georges, 5. 11. 1939, zitiert von Lyet, a. a. O., S. 22, und Lugand, a. a. O., S. 26.
- 49 Major L.F. Ellis: *The War in France and Flanders, 1919-1940*, S. 317 f. Dies ist der amtliche englische Bericht.
- 50 Goutard, a. a. O., S. 147; Lyet, a. a. O., S. 25
- 51 Major Eddy Bauer: *La Guerre des blindes*, Bd. I, S. 90 f.; Bauer ist ein Schweizer Militärhistoriker.
- 52 Ebenda, S. 91; Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 422.
- 53 Bauer, a. a. O., Bd. I, S. 87.
- 54 Feldmarschall Erich von Manstein: *Verlorene Siege*, S. 97.
- 55 Nürnberger Dokument NOKW-511 (6), ist zusammengefasst bei Manstein, a. a. O., S. 107 und 625.
- 56 Manstein, a. a. O., S. 104.
- 57 Jodls Tagebuch, 13.2.1940, TMWC, XXVIII, S. 402 und N.D. PS-1783.
- 58 Mansteins eigener Bericht über das Zusammentreffen, a. a. O., S. 118-120, enthält seine Tagebucheintragung für den Tag. Jacobsen, a. a. O., S. 115 gibt einen detaillierten Bericht aus zahlreichen deutschen Quellen; auch Jodls Tagebuch vom 17.2.1940
- 59 General Heinz Guderian: *Erinnerungen eines Soldaten*, S. 84, 86.
- 60 General Gamelins Zeugenaussage, *Événements*, II, S. 411; Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 88.
- 61 André Maurois: *Tragedy in France*, S. 85.
- 62 Reynaud zitiert den Brief vollständig in *Cœur*, a. a. O., S. 410 f.; de Gaulle erwähnt ihn nicht in seinen drei Memoirenbänden.
- 63 General Armengaud, *Batailles politiques et militaires sur l'Europe. Témoignages (1932-1940)*, S. 219.
- 64 Der Taittinger-Bericht wörtlich in *Événements*, II (Docs.), S. 359 f.
- 65 Maurice Ribet: *Le Procès de Riom*, S. 460; *Le Procès Pétain*, S. 141.
- 66 Text von General Huntzigers Antwort, ebenda, S. 361/3.
- 67 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 132, Fussnote.
- 68 Pertinax, a. a. O., I, S. 223.
- 69 Shirer, a. a. O., S. 771h; auch Wullus-Rudiger, a. a. O., S. 204 f.
- 70 S.D. 740,0011: Eur. War 1939/2637 und 2737. Depeschen Bullitts vom 3. und 7. Mai 1940.
- 71 Daladiers Zeugnis im Pétain-Prozess und seine Aussage im Riom-Prozess. Siehe *Procès du Maréchal Pétain*, I, S. 141; und Maurice Ribet: *Le Procès de Riom*, S. 496.
- ji Der Text der «Anklage» wurde von General Villeneuve in seiner Zeugenaussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegeben. *Événements*, IX, S. 2758 bis 2760. Er sagte aus, er habe ihn geschrieben.
- 73 Monzie, a. a. O., S. 44.
- 74 Der Bericht über die Sitzung stammt grösstenteils von Paul Baudouin, a. a. O., S. 44 bis 48.
- 75 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 412, Baudouin, a. a. O., S. 47.
- 76 General Gamelin äussert sich über sein erneutes Rücktrittsgesuch in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. III, S. 383. Er berichtet dabei über den Empfang der ersten Nachricht von der deutschen Offensive in seiner Zeugenaussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, II, S. 529

29 Die Schlacht um Frankreich, I.
Der Aufmarsch der Armeen
10. bis 15. Mai 1940

- 1 Clare Boothe: *Europe in the Spring*, S. 126 f., 246.
- 2 Henri de Kerillis: *Français, voici la vérité* S. 247
- 3 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 389.
- 4 Baudouin, a. a. O., S. 49 f.
- 5 Beaufre, a. a. O., S. 230.
- 6 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 384.
- 7 Bouthillier, a. a. O., S. 19.
- 8 Oberst Lyets detaillierte und dokumentierte Studie erschien in der *Revue historique de l'armée*, Nr. 1, Februar 1960.
- 9 Benoist-Méchin: *Soixante jours qui ébranlèrent l'occident, 10 mai-10 juillet 1940*, Bd. I, S. 93. Der Verfasser sagt, General Colson habe ihm die Geschichte erzählt.
- 10 Oberst Gauché: *Le Deuxième Bureau au travail*, S. 30.
- 11 Lyet, *Bataille*, a. a. O., S. 30.
- 12 Zeugenaussage von Gamelin, *Événements*, II, S. 520.
- 13 Zeugenaussagen von Gamelin und de Barrel, ebenda, S. 519 f.
- 14 General d'Astier de la Vigerie: *Le ciel n'était pas vide, 1940*, S. 83 f.
- 15 Major L.F. Ellis: *The War in France and Flanders, 1939-1940*, S. 37. Dies ist die amtliche englische Kriegsgeschichte.
- 16 d'Astier, a. a. O., S. 87 f.
- 17 Die Gamelin unterstellten Zitate finden sich z.T. bei d'Astier, a. a. O., S. 23; Goutard, a. a. O., S. 39; Ribet, a. a. O., S. 470.
- 18 Die beiden Zwischenfälle sind beschrieben bei Oberst R. Villate in einem Artikel, *L'Entrée des Français en Belgique et en Hollande en mai 1940* in dem Buch *La Campagne de France, mai-juin 1940*, S. 72 und bei Major Ellis, a. a. O., S. 36.
- 19 Einführung von General Georges zu General Rotons Buch: *Années cruciales*, S. IX, XIII.
- 20 Diese kurze Kalkulation der Stärke der sich gegenüberstehenden Heere stützt sich auf Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 309-314; auf Oberst Lugands Studie: *Les Forces en présence au 10 mai 1940*, erschienen in *La Campagne*, a. a. O., S. 5-48; auch auf zwei Werke des deutschen Historikers Hans-Adolf Jacobsen: *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten* und *Fall Gelb*, speziell das letztere, S. 244-259.
- 21 Gamelin, a. a. O., Bd. I S. 314.
- 22 Zeugenaussage des Generals Keller in Riom. Mazé et Genebrier, a. a. O., S. 253.
- 23 Zeugenaussage Gamelins, *Événements*, II, S. 382 f.
- 24 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 155.
- 25 Jacobsen: *Der Zweite Weltkrieg*.
- 26 General Heinz Guderian, a. a. O., S. 84.
- 27 Aus einer Studie der amtlichen britischen Militärgeschichte, angestellt von General de Cossé-Brissac und von ihm zitiert in einem Artikel in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 53, Januar 1964, S.5.
- 28 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 157.
- 29 Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 84.
- 30 Jacobsens Schätzung in *Der Zweite Weltkrieg*; Cossé-Brissac in der *Revue de Défense Nationale*, Juni 1948; Kesselring: *Soldat bis zum letzten Tag*.
- 31 Ellis, a. a. O., S. 309-311. Seine Zahlen enthalten nicht die Verluste des *Coastal Command*, die 46 von 73 Flugzeugen betrogen.
- 32 Oberst Pierre Paquier: *Les Forces Aériennes françaises de 1939-1943*, S. 23 f.
- 33 d'Astier, a. a. O., S. 74.
- 34 Die Zeugenaussagen der beiden Luftfahrtgeneräle in Riom zitiert Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 282.
- 35 Aussage von General Massenet de Marancourt in Riom, zitiert bei La Chabre, *Événements*, II, S. 354 f.
- 36 Zeugnis von Gamelin, *Événements*, II, S. 388. Sein Kommentar, *Mémoires*, a. a. O., Bd. I, S. 275, 282.
- 37 Aus General Vuillemins Tagesbefehl vom 29.7. 1940, zitiert von Guy la Chambre vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, II, S. 343.
- 38 Guy la Chambre gab einen detaillierten Bericht über den Ankauf amerikanischer Flugzeuge und die Zahl der einsatzberei-

- ten in einer Aussage vor dem gleichen Ausschuss. *Événements*, II, S. 307-309; 334-337. Siehe auch Bericht über die in den USA sich ergebenden Schwierigkeiten in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 58, April 1965, von John MeV. Haight jr. von der Universität Lehigh.
- 39 Zeugnis des Generals Mittelhauser, Ribet, a. a. O., S. 257.
- 40 Zeugnis des Generals Georges, *Événements*, III, S. 690.
- 41 General Maxime Weygand: *Mtmoires, III, Rappelé au Service*, S. 89 h; Reibels Bemerkung steht in *J.O.*, S. 47, stenographischer Bericht der geheimen Senatssitzung v. 16. 4.1940; Roton, a. a. O., S. 121.
- 42 Gamelin, a. a. O., Bd. II, S. 456.
- 43 Beaufre, a. a. O., S. 232.
- 44 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 103.
- 45 Brief des Generals Gamelin an *L'Aurore*, S. 11.1949.
- 46 Die Befragung von Dhers und die antwortende Zeugenaussage Gamelins, *Événements*, II, S. 463.
- 47 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 320.
- 48 Churchill, a. a. O., Bd. II, (*Englands grösste Stunde*, dtsh. Ausgabe), S. 40.
- 49 Gamelin, a. a. O., Bd. I; S. 335, Bd. III 290; Bd. S. 318-321; über die ersten drei Tage.
- 50 Denis Richards: *Royal Air Force, 1939-1945*, Bd. I, *The Fight at Odds*, S. 116 ff.
- 51 General Prioux: *Souvenirs de guerre 1930-1943*, S. 63-70.
- 52 Zeugenaussage Daladiers, *Evtnements*, I, S. 75 f.
- 53 Zitiert von Theodore Draper, *The Six Weeks' War*, S. 113.
- 54 Oberst Villatte, a. a. O., S. 73 h; General Emile Wanty: *La Défense des Ardenes en 1940* in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 42, April 1961, S. 13.
- 55 General Wanty: *Improvisations de la liaison belgo-britannique du 10 au 18 mai 1940* in der erwähnten *Revue*, Nr. 53, Januar 1964, S. 31. Wanty war Stabschef des belgischen VI. Korps. General Alan Brooke, Kommandeur des britischen II. Korps er-
- zählt davon in seinen Memoiren. Siehe Arthur Bryant: *The Turn of the Tide*, S. 93.
- 56 *The Memoirs of Field-Marshal Montgomery* (Paperback Ed.), S. 52 f.
- 57 General Wanty, *Liaison*, a. a. O., S. 33-35.
- 58 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 393.
- 59 General Wanty veröffentlichte diese Information in zwei Studien in der erwähnten *Revue*: «Les Relations militaires franco-belges, 1936-1940», Ausgabe Nr. 31, Juli 1958, S. 18. «La Défense des Ardenes en 1940», Ausgabe Nr. 42, April 1961, S. 8.
- 60 Goutard, englische Ausgabe, *The Battle of France*, S. 85 f. In der französischen Ausgabe nicht aufzufinden.
- 61 Oberstleutnant Le Goyet, *La Percée de Sedan, 10-15 mai 1940*, in der *Revue d'Histoire ...*, Nr. 59, Juli 1965, S. 30.
- 62 Goutard, a. a. O. (Französische Ausgabe), S. 140.
- 63 Le Goyet, a. a. O., S. 26 aus einem Artikel der deutschen Zeitschrift *Wehrkunde*, Juli 1958 von General Hoth, der das deutsche XV. Panzerkorps führte, das über die Maas bei Dinant angriff.
- 64 General Wanty, Artikel in der *Revue d'Histoire ...*, a. a. O., Nr. 42, S. 9 f.
- 65 General Doumenc: *Histoire de la IX^e Armée*, S. 52.
- 66 Zeugenaussage von Gamelin, *Événements*, II, S. 429.
- 67 General Oscar Michiels: *18 Jours de guerre en Belgique*, S. 123, Fussnote.
- 68 B. H. Liddell Hart: *The German Generals Talk* (Paperback Ed.), S. 106.
- 69 Ebenda, S. 107.
- 70 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 337 f.
- 71 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 437L; Le Goyet, a. a. O., S. 36 und Fussnote.
- 72 Doumenc, a. a. O., S. 81 f.
- 73 d'Astier, a. a. O., S. 89-103.
- 74 Zeugenaussage General Georges, *Événements*, III, S. 688.
- 75 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 336.
- 76 Zeugenaussage Daladiers in Riom, Mazé et Genebrier, a. a. O., S. 235.
- 77 General Bernhard von Lossberg: *Im Wehrmachtführungsstab*, S. 78.

- 78 Aus den Bormann-Papieren, zitiert von Goutard, a. a. O., S. 183.
- 79 General Adolf Heusinger: *Befehl im Widerstreit – Schicksalsstunden der Deutschen Armee* 1923-1945, S. 88.
- 30 **Die Schlacht um Frankreich, II. Katastrophe bei Sedan • Der Durchbruch an der Maas 13. bis 16. Mai 1940**
- 1 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 322 und Fussnote; Goutard, a. a. O., S. 204.
- 2 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 323.
- 3 Ebenda, S. 324-326.
- 4 General C. Grandsard: *Le 10^e Corps d'Armée dans la bataille, 1939-1940*, S. 89.
- 5 Ebenda, S. 132 f. und Fussnote.
- 6 Ebenda, S. 119 f.
- 7 Ebenda, S. 119 und Fussnote.
- 8 Guderian, a. a. O., S. 91.
- 9 General Edmond Ruby: *Sedan, terre d'épreuve*. Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 211.
- 10 Aussage General Gamelin. *Événements*, II, S. 435.
- 11 Grandsard, a. a. O., S. 132-137.
- 12 Ebenda, S. 141.
- 13 General Grandsard, a. a. O., S. 141 f., gibt eine plastische Schilderung der Panik, desgleichen General Ruby, a. a. O., zitiert von Goutard, a. a. O., S. 215.
- 14 Grandsard, a. a. O., S. 146 f., 160 f.
- 15 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 138.
- 16 D'Astier, a. a. O., S. 107.
- 17 Grandsard, a. a. O., S. 161-165.
- 18 Ruby, a. a. O., zitiert von Goutard, a. a. O., S. 219 f.
- 19 Richecourt: *La Guerre de cent heures*. Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 220.
- 20 Grandsard, a. a. O., S. 175.
- 21 Le Goyet, a. a. O., S. 44.
- 22 Mitteilung General Flavignys an den Ausschuss, Juli 1948. *Événements*, V, S. 1253 bis 1256. Ausserdem Brief Flavignys vom 13. Mai 1948, zitiert von General Devaux, Stabschef der 3. Panzerdivision, an den Ausschuss am 21. Dezember 1948, *Événements*, V, S. 1342.
- 23 Ellis, a. a. O., S. 55 f., gibt die Zahl der eingesetzten und verlorenen britischen Flugzeuge; *Événements*, II, S. 346, gibt die offizielle Aufstellung der französischen Luftwaffe über ihre Bomber-Einsätze und Verluste. Ihre Zahlen weichen geringfügig von denen General d'Astiers, a. a. O., S. 109-111, ab.
- 24 Guderian, a. a. O., S. 96; Le Goyet, a. a. O., S. 4, zitiert das Kriegstagebuch des deutschen XIX. Panzerkorps über die Auseinandersetzung zwischen den beiden Generalen.
- 25 Roton, a. a. O., S. 177.
- 26 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 144.
- 27 Mitteilung General Flavignys. *Événements*, V, S. 1345, Fussnote.
- 28 Ebenda, S. 1255.
- 29 Roton, a. a. O., S. 182.
- 30 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 694.
- 31 Aussage General Devaux. *Événements*, V, S. 1345, Fussnote 5.
- 32 Wortlaut von General Flavignys Mitteilung. *Événements*, IV, S. 1353.
- 33 Aussage General Devaux. *Événements*, V, S. 1345, Fussnote 5.
- 34 Aussage General Lacaille. *Événements*, IV, S. 939 f.
- 35 Ebenda, S. 942.
- 36 *The Rommel Papers*, hrsg. von B. Liddell Hart, S. 8 f.
- 37 Ebenda, S. 10 f.
- 38 Aussage General Veron. *Événements*, V, S. 1269 f.
- 39 Ebenda, S. 1292 f.
- 40 Aussage General Vallet. *Événements*, V, S. 1387.
- 41 Roton, a. a. O., S. 162.
- 42 Goutard, a. a. O., S. 247.
- 43 Roton, a. a. O., S. 163.
- 44 Aussage General Veron. *Événements*, V, S. 1294.
- 45 Ebenda, S. 1295; Roton, a. a. O., S. 166.
- 46 Aussage General Bruneau. *Événements*, V, S. 1187.
- 47 Ebenda, S. 1172 f.
- 48 Goutard, a. a. O., S. 249.
- 49 Roton, a. a. O., S. 165.

- 50 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 715.
- 51 Colonel (Oberst) Fox und Squadron Leader (Major der Luftwaffe) d'Ornano in einer Untersuchung *La Percee des Ardennes, in La Campagne de may 1940*, a. a. O., S.111.
- 52 Ebenda, S. 108.
- 53 General Menu: *Lumière sur les ruines*, S. 11.
- 54 Aussage General Gamelin. *Événements*, II, S. 525 f.; desgl. Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 340 f.
- 55 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 715-717-
- 56 Goutard, a. a. O., S. 258.
- 57 Aussage General Bruneau. *Événements*, V, S. 1182.
- 58 Oberst de Bardies: *La Campagne, 1939-1940*, S. 138.
- 59 Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 259.
- 60 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 146 f.
- 61 Zitiert von Goutard, a. a. O., S. 260.
- 62 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 144.
- 63 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 349.
- 64 Beaufre, a. a. O., S. 232-235.
- 65 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 406 f.
- 66 Ebenda, S. 407.
- 67 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 152 f.
- 68 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 412.
- 69 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 156.
- 70 Ebenda, S. 159.
- 71 Ebenda, S. 153.
- 72 Ebenda, S. 161.
- 73 Ebenda, S.163.
- 74 Baudouin, a. a. O., S. 53.
- 75 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 449 f.
- 76 Ebenda, S. 450 f.; Churchills Version des Telefongesprächs in *The Second World War*, Bd. II, *Their Einest Hour*; deutsche Ausgabe: *Der zweite Weltkrieg*, Bd. II, *Englands grösste Stunde*, S. 61.
- 77 Churchill, a. a. O., S. 62.
- 78 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 452.
- 79 Bullitt, Telegramm Nr. 690, 15. Mai 1940. Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 91 f.; er gibt die Version so wieder, wie er sie von dem Botschafter erhielt.
- 80 Gordon Wright: *Ambassador Bullitt and the Fall of France*; Artikel in der Zeitschrift *World Politics*, X, Oktober 1957, S. 83.
- 81 Bullitt, Telegramm Nr. 646, 13. Mai 1940.
- 82 Bullitt, Telegramm Nr. 692, 16. Mai; *Foreign Relations, 1940*, I, S. 200 f.
- 83 Bullitt, Telegramm Nr. 728, 17. Mai, ebenda, S. 226.
- 84 Monzie, a. a. O., S. 226 f.
- 85 Bullitt, Telegramm Nr. 728; *Foreign Relations, 1940*, I, S. 226 f.
- 86 Bullitt, Telegramm Nr. 665. Dieses Telegramm findet sich in *Foreign Relations of the United States, 1940*, I, S. 220-222. Sein vorangegangenes Telegramm, das das Telefongespräch zwischen Gamelin und Daladier schildert, ist in diesem Band nicht veröffentlicht. Eine beträchtliche Anzahl von Bullitts Berichten während dieser Tage, darunter einige der wichtigsten und dramatischsten, ist – aus unerklärlichen Gründen – in den Bänden des State Departments (U.S. Aussenministerium) nicht publiziert. Ich stellte dies fest, als ich sie alle in den National Archives durchging. In dieser Hinsicht waren die Historiker oder ihre Leser dem Ministerium offenbar völlig gleichgültig.
- 87 Baudouin, a. a. O., S. 54.
- 88 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 408.
- 89 Baudouin, a. a. O., S. 55.
- 90 Monzie, a. a. O., S. 220-223, gibt eine eindrucksvolle Schilderung des Morgens des 16. Mai.
- 91 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 287 f. und Fussnote.
- 92 Zuschrift von General Gamelin an die Pariser Zeitung *L'Aurore* vom 21. November 1949.
- 93 Churchills Schilderung der Sitzung in Paris am 16. Mai 1940 findet sich in seinen Memoiren, Bd. II, a. a. O., S. 64-71; das von Margerie geführte französische Protokoll der Sitzung steht in vollem Wortlaut bei Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 454-457; Reynaud fügt seinen eigenen Kommentar hinzu, ebenda, S. 458-461. Baudouins Darstellung findet sich in seinen Memoiren, a. a. O., S. 56-58.

- 94 Lyet, a. a. O., S. 64 f.; Roton, a. a. O., S. 186, gibt den Wortlaut des Befehls Nr. 14 wieder.
- 95 Roton, a. a. O., S. 194.
- 31 **Die Schlacht um Frankreich, III.
Die Katastrophe in Flandern und die
belgische Kapitulation
16. Mai bis 4. Juni 1940**
- 1 General Bruché gab in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eine detaillierte Schilderung des Schicksals der 2. Panzerdivision. *Événements*, V, S. 1213-1252.
- 2 de Gaulle, a. a. O., Bd. I, S. 37 f.
- 3 de Gaulle schildert seine zwei Panzerangriffe am 17. und 20. Mai und seine Überlegungen während der Kämpfe in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. I, S. 38-45.
- 4 Hitler an Mussolini, 18. Mai 1940. DGFP IX, S. 375.
- 5 Kriegstagebuch Heeresgruppe B, 16. Mai 1940. Jacobsen, a. a. O., S. 38, gibt den Wortlaut.
- 6 Guderian, a. a. O., S. 99.
- 7 Marcel Thiry: *La Belgique pendant la guerre*, S. 68. Auch zitiert bei Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 447.
- 8 *Rapport de la Commission d'Information instituée par S. M. Leopold III*, 1947, S. 203. Zitiert bei Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 447 f. Der Brief des Botschafters ist vom 12. September 1940 datiert, nachdem Belgien von den Deutschen besetzt worden war. Die zitierten Äusserungen des Königs und Ministerpräsident Pierlots sind den Artikeln V und VI einer Aufsatzfolge entnommen, die Pierlot nach dem Krieg für die Brüsseler Zeitung *Le Soir* schrieb und die von diesem Blatt unter dem Titel *Pages d'histoire* vom 5. bis 19. Juli 1947 veröffentlicht wurde. Der Ministerpräsident zitiert sehr ausgiebig aus dem amtlichen Rapport.
- 9 Roton, a. a. O., S. 199 f.
- 10 Pierlot, Artikel VI, a. a. O.
- 11 General Philippe Hering: *La Vie exemplaire de Philippe Pétain*, S. 77.
- 12 Pertinax, a. a. O., Bd. I, S. 244.
- 13 Langer: *Our Vichy Gamble*, a. a. O., S. 10 f. Langer erklärt, Leger habe ihm dies in einem Gespräch am 3. Juli 1944 erzählt. Léger bestätigte mir das in einem Gespräch in Washington am 27. Februar 1964.
- 14 Bullitt, Telegramm vom 18. Mai 1940. *Foreign Relations*, I, S. 228 f.
- 15 Bullitt, Telegramm vom 18. Mai 1940. Unveröffentlicht. Zitiert von Wright in seinem Aufsatz, a. a. O., S. 82.
- 16 Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 76.
- 17 Reynaud veröffentlicht den Wortlaut von Nordlings Erklärung in Bd. II seiner Memoiren: *Envers et contre tous*, S. 509.
- 18 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 415.
- 19 Ebenda, S. 416-419.
- 20 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 462.
- 21 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 417.
- 22 Ebenda, S. 427.
- 23 Minart, a. a. O., Bd. II, S. 184 f.
- 24 General Georges' Aussage in Riom. Der Wortlaut findet sich in Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 500-504.
- 25 Aussage General Georges am 12. Februar 1948. *Événements*, III, S. 689-691.
- 26 Aussage General Gamelin, *Événements*, II, S. 403 f.
- 27 General Georges' Aussage in Riom. Zitiert von Reynaud in *Cœur*, a. a. O., S. 502.
- 28 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 430.
- 29 General Beaufre, a. a. O., S. 218-239.
- 30 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 431.
- 31 Baudouin, a. a. O., S. 60.
- 32 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 5-8; Bd. II, S. 432-434.
- 33 Oberst de Bardies, a. a. O., S. 191 f.
- 34 Aussage des ehemaligen Luftfahrtministers Guy la Chambre. *Événements*, II, S. 353 f.
- 35 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 434.
- 36 Oberst R. Villate: *Le Changement de commandement de mai 1940* in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 5, Januar 1952, S. 28-29.

- 37 Gamelins Schilderung seiner letzten Zusammenkunft mit Weygand findet sich in seinen Memoiren, a. a. O., Bd. III, S. 435 bis 437; Weygands Version steht in seinen Memoiren, Bd. II, *Rappelé au Service*, S. 87.
- 38 Gamelin, a. a. O., Bd. III, S. 437.
- 39 de Gaulle, a. a. O., Bd. I, S. 47 f.
- 40 Ellis, a. a. O., S. 77-81.
- 41 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 738.
- 42 Roton, a. a. O., S. 207; Villate, a. a. O., S.32.
- 43 Lyet, a. a. O., S. 84 f.
- 44 Bericht des Majors Vautrin, zitiert von Reynaud in *Cœur*, a. a. O., S. 557 f.
- 45 Quellen zur Konferenz von Ypern am 21. Mai 1940. Belgische Quellen: König Leopolds Version findet sich im Bericht des Untersuchungsausschusses, a. a. O., unter *Rapport... Annexes*, S. 56-59, 67 f. Reynaud, *Cœur*, a.a.O.,S. 511-521, zitiert die auf die Konferenz bezüglichen Zeiten. Der Text des Briefwechsels zwischen dem König und Ministerpräsident Pierlot findet sich im *Rapport* sowie bei Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 518-521. Pierlots eigene Version findet sich in Artikel VII seiner Artikelserie in *Le Soir*, unter dem Titel *La Conférence d'Yperes*, veröffentlicht am 12. Juli 1947. General van Overstraeten gibt seine Darstellung in seinem Buch *Albert I - Leopold III. Vingt Ans de politique militaire belge. 1920-1940*, S. 649 und Anhang II, S. 379. General Michiels, a. a. O., S. 136-142, schildert die Konferenz ebenfalls. Französische Quellen: Weygands eigene Darstellung findet sich in seinem *Rappelé*, a. a.O., S. 95-105. Reynauds *Cœur*, a. a. O., S. 551-563, enthält zwei Berichte des Majors Vautrin, des Verbindungsoffiziers der französischen ersten Armee bei der BEF, die das Verhalten der führenden französischen und britischen Generäle zu dieser Zeit schildern. Britische Quellen: Ellis, a. a. O., S. 106-111, bringt eine detaillierte Schilderung der Sitzung. Gort gibt eine kürzere Darstellung in seinem *Report*, Second Dispatch, veröffentlicht als Anhang der *The London Gazette*, 17. Oktober 1941, S. 5918.
- 46 Bloch, a. a. O., S. 147 f.
- 47 Bardies, a. a. O., S. 219.
- 48 General Nyssens: *Lord Gort avait raison*, ein Artikel in der Zeitschrift *L'armée, La Nation*, 1. Mai 1953; und General Michiels, a. a. O., S. 142.
- 49 Gort, Report, a. a. O., S. 5920 f.
- 50 Gamelin, a. a. O., Bd. I, S. 15 f.
- 51 Der Wortlaut findet sich bei Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 88, und im französischen Protokoll der Sitzung, das die Deutschen in den Wilhelmstrasse-Dokumenten, a. a. O., S. 134, veröffentlichten.
- 52 Commandant J. Weygand: *The Role of General Weygand*, S. 65. Zitiert von Ellis, a. a. O., S. 125.
- 53 Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 87.
- 54 Lyet, a. a. O., S. 96.
- 55 Wortlaut bei Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S.533 f; Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 93; Ellis, a. a. O., S. 141 f.
- 56 Lyet, a. a. O., S. 93 f.
- 57 Ebenda, S. 96.
- 58 Ebenda, S. 98.
- 59 Gort, Report, a. a. O., S. 5921.
- 60 Ebenda, S. 5920.
- 61 Spears, a. a. O., Bd. I, S. 181-185.
- 62 Lyet, a. a. O., S. 99. General Spears' Schilderung der Sitzung in Spears, a. a. O., Bd. I, S. 182-196; Baudouins Darstellung in Baudouin, a. a. O., S. 78-81.
- 63 Louis Marin: *Gouvernement et commandement (mai-juin 1940)*, ein Artikel in der Zeitschrift *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 8, Oktober 1952, S. 5.
- 64 Baudouin, a. a. O., S. 74-76.
- 65 Ebenda, S. 77.
- 66 Keuzverhör Baudouins durch Dhers. *Événements*, VII, S. 2108 f.
- 67 Baudouin, a. a. O., S. 72.
- 68 Aussage General Weygand. *Événements*, VI, S. 1695.
- 69 Aussage Baudouin. *Événements*, VII, S. 2044.
- 70 Baudouins Protokoll der Sitzung des

- Kriegsausschusses am 25. Mai mit Reynauds Korrekturen und Hinzufügungen ist von Professor Dhers in einem Artikel *Le Comité de Guerre du 25 mai 1940 in Campagne*, a. a. O., S. 165-183, veröffentlicht worden. Ebenso wie alle anderen Aufsätze in diesem Buch wurde auch dieser ursprünglich in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 10-11, Juni 1953, veröffentlicht. Reynaud gibt in *Cœur*, a. a. O., S. 584 bis 589, in einem Abschnitt mit dem Untertitel «Le procès-verbal du Comité de Guerre du 25 mai est un faux» den von ihm verbesserten Wortlaut; desgleichen Baudouin, a. a. O., S. 81-89. General Weygand veröffentlicht in seinen Memoiren, *Rappelé*, a. a. O., Anhang IX, mit offenkundiger Genugtuung eine Fotografie des Textes, die klar und deutlich zeigt, was der Ministerpräsident durchstrich.
- 71 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 601.
 72 Baudouin, a. a. O., S. 92.
 73 Ebenda, S. 89-91, über seine Gespräche am 26. Mai mit Weygand, Pétain und Chautemps.
 74 Ebenda, S. 93.
 75 *GAI Ordre No. 30-4517, 25 mai, 23 h. 50*. Zitiert von Lyet, a. a. O., S. 103, und veröffentlicht im vollen Wortlaut von Ellis, a. a. O., S. 172.
 76 Roton, a. a. O., S. 234. Roton, S. 234 und Lyet, a. a. O., S. 106, geben in Fussnoten die Nummern zweier Mitteilungen von Weygand und dem CHQ an, die Blanchards Massnahme genehmigen.
 77 Roton, a. a. O., S. 234 f.
 78 Wortlaut in Gort, Report, S. 5924, und in Ellis, a. a. O., S. 173 f.
 79 Eden, Memoiren, *The Reckoning*, S. 128.
 80 Gort, Report, a. a. O., S. 5924.
 81 Bourget, a. a. O., S. 53.
 82 Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 694.
 83 Des Königs eigene Darstellung der Sitzung findet sich im belgischen *Rapport*, a. a. O., Anhänge, S. 69 f. Pierlots detaillierte Darstellung ebenda, S. 71-75. Pierlot schrieb ausserdem in seiner Artikelserie *Pages d'Histoire* einen langen Aufsatz darüber, nämlich Nr. VIII, betitelt *La Dernière audience à Wynendaele* und veröffentlicht in *Le Soir* vom 14. Juli 1947. Reynaud widmet der Sitzung in *Cœur*, a. a. O., S. 628 f. ein langes Kapitel, in dem er den belgischen *Rapport* benutzt sowie Auskünfte, die ihm Pierlot und Spaak in nachfolgenden Gesprächen gaben. Spaaks Version ist im belgischen *Rapport*, Anhänge, S. 156-163 veröffentlicht.
- 84 General Michiels, a. a. O., S. 208 f.
 85 Ebenda, S. 210 f.
 86 Ebenda, S. 211 sowie in Gort, Report, a. a. O., S. 5924 f.
 87 General Michiels, a. a. O., S. 211.
 88 Ebenda, S. 243; ein vollständigerer Wortlaut findet sich auch bei Ellis, a. a. O., S. 198.
 89 General Michiels, a. a. O., S. 243.
 90 Aussage General Koeltz. *Événements*, IX, S. 2804 f.
 91 Ebenda, S. 2806.
 92 Gort, Report, a. a. O., S. 5927.
 93 Ebenda, S. 5927.
 94 Spears, a. a. O., Bd. I, S. 248.
 95 General Michiels, a. a. O., S. 243-250.
 96 Der Wortlaut der Mitteilung an die diplomatischen Vertretungen und der Aufzeichnungen Leopolds über seine Unterredung mit Hitler finden sich im belgischen *Rapport*, a. a. O., Anhänge, S. 202 und 206 f. Beide werden von Pierlot in Artikel XII seiner Serie in *Le Soir* vom 19. Juli 1947 zitiert. Der Kommentar des Ministerpräsidenten stammt aus derselben Quelle.
 97 Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 116.
 98 Aussage General Koeltz. *Événements*, IX, S. 2806.
 99 Weygand, *Rappelé*, a. a. O., S. 172.
 100 Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 112.
 101 Weygand, *Rappele*, a. a. O., S. 126.
 102 General Pownalls Darstellung der Sitzung ist zitiert bei Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 118-120.
 103 Gort, Report, a. a. O., S. 5927, Absatz 52.
 104 Die französische Version der Sitzung findet sich in einem Bericht von Oberst Humbert, Stabschef der Heeresgruppe I, und

- teilweise zitiert von Lyet, a. a. O., S. 109, Fussnote 66.
- 105 Blanchards Telegramm Nr. 1229 D/3 vom 28. Mai und Weygands Antworttelegramm Nr. 1237 FT vom 29. Mai, zitiert bei Lyet, a. a. O., S. 111, Fussnote.
- 106 Bardies, a. a. O., S. 244.
- 107 Barlone: *A French Officer's Diary*, S. 56 f.
- 108 Quellen für die Sitzung: Reynaud, *Cœur*, a. a. O., S. 694-697; Weygand, *Rappele*, S. 129 f.; Baudouin, der seine Notizen über die Sitzung abdruckt, a. a. O., S. 107 bis 114; Churchill, a. a. O., Bd. II, S. 137 bis 142; Spears, a. a. O., Bd. I, S. 294-317.
- 109 Der Wortlaut des Notenwechsels findet sich in Reynaud, *Cœur*, S. 684-687.
- 110 General Colson, *Chef d'État-major de l'armée*, teilte dies General Spears am 26. Mai mit. Spears, Bd. I, S. 220.
- 111 Baudouin, S. 118.
- 112 Churchill, Bd. II, S. 145; Ellis, a. a. O., S. 245.
- 113 Depesche Bullitts vom 4. Juni 1940. *Foreign Relations of the United States, 1940*, I, S. 238 f.
- 114 Depesche Bullitts vom 5. Juni 1940, ebenda, S. 240 f.
- 115 Weygand, *Rappele*, S. 132.
- 10 Spears, Bd. II, S. 85. Weygand über de Gaulle: Reynaud, *Cœur*, S. 707; Baudouin, a. a. O., S. 143.
- 11 Bericht von Gen. Georges an Gen. Weygand. Lyet, a. a. O., S. 130 f., Fussnote 31.
- 12 Reynaud, *Cœur*, S. 715.
- 13 Quellen für die Sitzungen vom 5. Und 6. Juni: ebenda, S. 715-726; Baudouin, a. a. O., S. 120-125, bzw. 127-130; Spears, Bd. II, S. 51-58 bzw. 74-80.
- 14 de Gaulle, Bd. I, S. 56.
- 15 Ebenda, S. 50 f.
- 16 Ebenda, S. 55.
- 17 Ebenda, S. 66.
- 18 Baudouin, a. a. O., S. 133 f.
- 19 Ebenda, S. 134 f.
- 20 Albert Lebrun, a. a. O., S. 73.
- 21 Baudouin, a. a. O., S. 138-144 über die Sitzung vom 10. Juni und Weygands anschliessende Bemerkungen. Baudouin, a. a. O., S. 140-142 und Reynaud, *Cœur*, S. 728 f. geben den Wortlaut von Weygands Mitteilung an den Ministerpräsidenten.
- 22 de Gaulle, Bd. I, S. 61.
- 23 Spears, Bd. II, S. 162 f. und Churchill, Bd. II, S. 157 f., 191 schildern die britisch-französischen Operationspläne gegen Italien und General Vuillemins Startverbot für die Bomber. Über das französische Flottenbombardement und Darlans Befehl, der eine weitere Beschiessung untersagte, siehe Draper, a. a. O., S. 267 und Ciano, Tagebucheintragung am 15. Juni, S. 264.
- 24 de Gaulle, Bd. I, S. 55; Alexander Werth: *The Last Days of Paris*, S. 156.
- 25 Depesche Bullitts an Roosevelt vom 10. Juni 1940. *Foreign Relations*, Bd. I, S. 244 f.
- 26 Der Wortlaut von Reynauds Mitteilung an Roosevelt ist in einer zweiten Depesche Bullitts an den Präsidenten vom 10. Juni enthalten, ebenda, S. 245 f.
- 27 CQG-Befehl Nr. 1210-3/F.T., zitiert von Oberst Pierre Lyet in einem Artikel in der *Revue Historique de l'Armée*, Juni 1948, betitelt «Paris, 'Ville Ouverte'», S. 84.
- 28 Lyets Artikel, a. a. O., S. 85 aufgrund von Heeresdokumenten.
- 29 CQG-Weisung Nr. 1430-3/F.T., zitiert in Lyets Artikel, a. a. O., S. 85.
- 32 **Der Fall von Paris 5. bis 14. Juni 1940**
- 1 Protokoll der Sitzung des Kriegsausschusses vom 25. Mai. Dhers, a. a. O., S. 171.
- 2 Aussage General Bertrand. *Événements*, VI, S. 1800.
- 3 Die Zitate aus de Gaulle und General Pretelat s. Goutard, S. 338 f.; General Buhrers Erklärung gegenüber Mandel ist bei Goutard, a. a. O., S. 338, aus *Buhrer Aux heures tragiques de l'empire* zitiert.
- 4 de Gaulle, Bd. I, S. 39.
- 5 Ellis, a. a. O., S. 319 f.
- 6 Aussage Rollin. *Événements*, VII, S. 2136; ausserdem Rollins Journal, zitiert von Reynaud in *Cœur*, S. 571.
- 7 Baudouin, a. a. O., S. 89.
- 8 Ebenda, S. 126.
- 9 Ebenda, S. 130.

- 30 General Hérings Aufzeichnungen, zitiert in Lyets Artikel, a. a. O., S. 86 f.
- 31 Churchill, Bd. II, S. 188.
- 32 CQG Lettre Nr. 1503-3/F.T., zitiert in Lyets Artikel, a. a. O., S. 85.
- 33 Ebenda, S. 88.
- 34 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 739 f.
- 35 Aussage General Weygands im Pétain-Prozess am 31. Juli 1945, S. 388 des stenographischen Protokolls.
- 36 Aus General Dentz' Bericht, zitiert in Lyets Artikel, a. a. O., S. 90.
- 37 Die deutschen Bedingungen finden sich in Lyets Artikel, a. a. O., S. 88.
- 38 Lyet, *Bataille ...*, S. 131.
- 39 Ebenda, S. 89.
- 33 **Die Flucht nach Bordeaux
11. bis 14. Juni 1940**
- 1 Baudouin, a. a. O., S. 146.
- 2 Spears, Bd. II, S. 190-192.
- 3 Weygands «Geheime und Persönliche Weisung» Nr. 1444-3/F.T. vom 11. Juni, zitiert bei Lyet, a. a. O., S. 131 f.; Roton, Goutard und andere.
- 4 Das von Roland de Margerie, Reynauds *chef de cabinet*, geführte französische Protokoll der Sitzung des Obersten Kriegsrates in Briare am 11. Juni findet sich im Wortlaut in Reynaud, *Cœur*, S. 747-757; Reynauds eigene Schilderung beider Sitzungen, ebenda S. 740-747; Weygands Schilderung in *Rappele*, S. 200-206; Churchills Bericht findet sich in seinen Memoiren, Bd. II, S. 187-193; er gründet sich, wie er sagt, auf General Ismays Aufzeichnungen. Spears' farbige Schilderung findet sich in seinem Tagebuch, Bd. II, S. 138-171.
- 5 Churchill, Bd. II, S. 195.
- 6 Reynaud, *Cœur*, S. 747.
- 7 Spears, Bd. II, S. 174-177.
- 8 Lyet, a. a. O., S. 132.
- 9 Weygand, *Rappele*, S. 206-208.
- 10 Aussage General Weygands in Riom am 26. August 1940. Wortlaut in *Événements*, II (Dokumente), S. 410.
- 11 Louis Marin: *Contribution à l'étude des prodromes de l'armistice*, ein Aufsatz in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 3, Juni 1951, S. 4 (im Folgenden zitiert als Marin, Waffenstillstands-Aufsatz).
- 12 Quellen zu der Kabinettsitzung vom 12. Juni 1940. Ausser Weygands Aussage in Riom (siehe Anm. 10) siehe sein *Rappele*, S. 209-214; Reynaud, *Cœur*, S. 759-762; Baudouin, a. a. O., S. 147-152 einschl. seiner Schilderung der Mittemachtsmahlzeit; Camille Chautemps: *Cahiers secrets de l'Armistice (1959-1940)*, S. 118-130; Marin, Waffenstillstands-Aufsatz S. 4 f.
- 13 Spears, Bd. II, S. 190-196.
- 14 Bois, a. a. O., S. 354 f.
- 15 Spears, Bd. II, S. 215.
- 16 Baudouin, a. a. O., S. 159.
- 17 Churchill, Bd. II, S. 222.
- 18 Telegramm Churchills an Roosevelt, ebenda, S. 224. Der Wortlaut findet sich auch in *Foreign Relations*, I, S. 250 f.
- 19 de Gaulle, Bd. I, S. 64.
- 20 Quellen zur letzten Sitzung des Obersten Alliierten Kriegsrats in Tours «m 13. Juni 1940: das von Margerie geführte französische Protokoll wurde von ihm erstmals in *Le Figaro* vom 30. Mai 1948 veröffentlicht. Reynaud, *Cœur*, S. 769-774 gibt den Wortlaut; Reynauds eigene Schilderung ebenda, S. 764-769; Baudouins Darstellung mit ihrer auffallenden Auslassung von Churchills wiederholter Weigerung, Frankreich seiner Verpflichtungen zu entbinden, findet sich in seinem Tagebuch, a. a. O., S. 153-159. Churchills Darstellung findet sich in seinen Memoiren, Bd. II, S. 217-222; Spears' Lesart in seinem Tagebuch, Bd. II, S. 199 bis 220.
- 21 Churchill, Bd. II, S. 222.
- 22 Kreuzverhör Weygands am 21. Juni 1949, *Événements*, VI, S. 1844 ff.
- 23 Aussage Mattéo Connet. *Événements*, VII, S. 2187 f.
- 24 Aussage Weygand. *Événements*, VI, S. 1565; Weygand, *Rappele*, S. 216.
- 25 Spears, Bd. II, S. 222.
- 26 Aussage Lebrun. *Événements*, IV, S. 996.

- 27 Spears, a. a. O., S. 223.
- 28 Der Wortlaut des von Pétain verlesenen Schriftsatzes findet sich bei Kämmerer: *La Vérité sur l'armistice*, Anhang XVI, S. 408.
- 29 Zitiert von Reynaud in *Cœur*, S. 781, Fussnote. Quellen zur Kabinettsitzung in Cange am 13. Juni 1940: Reynaud, *Cœur*, S. 777 bis 784, und Envers, a. a. O., S. 405; Weygand, *Rapporte*, S. 215-220; Weygands Aussage in Riom (siehe Anm. 10); Weygands Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VI, S. 1564!.; Aussage Lebrun, ebenda, IV, S. 996; Aussage Georges Monnet, ebenda, V, S. 1424; Aussage Matteo Connet, ebenda, VII, S. 2187-2195; Baudouin, a. a. O., S. 159-164; zwei Artikel von Louis Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 8-11, und *Gouvernement et commandement* (mai-juin 1940) in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 8, Oktober 1952, S. 7-22 (im Folgenden zitiert als Marin, Artikel I); Kämmerer, a. a. O., S. 125-135; Chautemps, a. a. O., S. 130-136; Robert Aron: *Histoire de Vichy 1940 bis 1944*, S. 19-23; Spears, Bd. II, S. 222 bis 229, berichtet, was Mandel ihm von der Kabinettsitzung erzählte.
- 30 Aussage Connet. *Événements*, VII, S. 2188.
- 31 Baudouin, a. a. O., S. 166.
- 32 Weygand gibt den Wortlaut von Pétains Mitteilung in *Rapporte*, S. 224.
- 33 Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 11.
- 34 Weygand, *Rapporte*, S. 224 f.
- 35 Reynaud gibt den Wortlaut seines Appells an Roosevelt in *Cœur*, S. 789 f.
- 36 Cordell Hull: *Memoirs*, Bd. I, S. 767 f.
- 37 Spears, Bd. II, S. 228.
- 38 Depesche Biddles vom 14. Juni 1940. *Foreign Relations*, I, S. 253 f.
- 34 **Die Agonie von Bordeaux • Reynauds Sturz • Pétain übernimmt die Regierung 14. bis 16. Juni 1940**
- 1 Jacques Bardoux: *Journal d'un témoin de la troisième. 1 septembre 1939 – 15 juillet 1940*, S.363.
- 2 de Gaulle, Bd. I, S. 65.
- 3 Ebenda.
- 4 Ebenda, S. 65 f.
- 5 Spears, Bd. II, S. 243.
- 6 Edouard Herriot: *Episodes, 1940-1944*, S. 65.
- 7 Baudouin selbst berichtet in seinem Tagebuch, a. a. O., S. 168, dass er die Lüge erzählt habe.
- 8 Weygands Aussage in Riom am 26. August 1940. *Événements*, II (Dokumente) S. 412.
- 9 Aussage General Georges im Pétain-Prozess. Niederschrift von Albin Michel, I, S. 400 (diese Niederschrift gibt zwar vor, der «*compte rendu sténographique*» zu sein, ist jedoch leicht gekürzt). Der Wortlaut von General Georges' Telegramm an Weygand und seine Schilderung seiner Sitzung mit den Generälen findet sich bei Roton, a. a. O., S. 285-287.
- 10 Wortwechsel zwischen Pétain und Weygand im Pétain-Prozess am 31. Juli 1945. Niederschrift, I, S. 421-422. Reynaud gibt in *Cœur*, S. 821 f. eine etwas ausführlichere Version nach der amtlichen Niederschrift.
- 11 Chautemps, a. a. O., S. 155.
- 12 Reynaud, *Cœur*, S. 809 f.
- 13 Reynaud, *Cœur*, S. 807 f.; Quellen zu der Kabinettsitzung und insbesondere zu dem Vorschlag Chautemps' und der Szene, die er verursachte: Chautemps, a. a. O., S. 154 bis 164; Reynaud, *Cœur*, S. 802-813, und Envers, a. a. O., S. 418-424; desgl. Seine *Antwort an Chautemps* in *Le Monde*, 23. November 1963; Aussage Lebrun im Pétain-Prozess am 25. Juli 1945, Niederschrift, I, S. 155; Marin, Waffenstillstands-Aufsatz S. 13. Marin war als Minister anwesend; Baudouin, a. a. O., S. 169-170. Er war gleichfalls zugegen.
- 14 Baudouin, a. a. O., S. 170.
- 15 Monzie, a. a. O., S. 248.
- 16 Reynaud, *Cœur*, S. 818.
- 17 Es gibt mehrere Lesarten dieses «Krachs». Weygand, *Rapporte*, S. 227L; seine Aussage im Riom-Prozess, *Événements*, II (Dokumente), S. 412 f.; und Weygands Aussage im Pétain-Prozess am 31. Juli 1945 und vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss-

- ausschuss im Jahr 1949; Reynaud, *Cœur*, S.813-817 sowie seine Aussagen im Pétain-Prozess und vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss; Bouthillier, a. a. O., S. 25 (er war Augenzeuge der Szene); Bourget, a. a. O., S. 130-132 (ebenfalls ein Augenzeuge).
- 18 Aussage General Georges. *Événements*, III, S. 742.
- 19 Telegramm von General Georges, Nr. 2115-3/Op., 22. Juni 1940. Zitiert bei Lyet, a. a. O., S. 146, Fussnote.
- 20 Weygand, *Rapporte*, S. 266 f. und Fussnote.
- 21 Lyet, a. a. O., S. 149.
- 22 Gamelin, Bd. III, S. 459.
- 23 Goutard, a. a. O., S. 394.
- 24 Churchill, Bd. II, S. 243.
- 25 Spears, Bd. II, S. 272. Tony Révillon: *Mes Carnets, juin-octobre 1940*, S. 15. Senator Révillon notierte Weygands Erklärung in seinem Tagebuch unter dem 15. Juni.
- 26 Révillon, Tagebucheintragen am 15. und 18. Juni, S. 15 f., 44, 48.
- 27 Depesche Biddles vom 15. Juni 1940, 17 Uhr. *Foreign Relations*, I, S. 256 f.
- 28 Depesche Biddles vom 16. Juni 1940, 1 Uhr morgens, ebenda, S. 258.
- 29 Ebenda.
- 30 Reynaud, *Cœur*, S. 808.
- 31 Ebenda, S. 823 f.
- 32 Der Wortlaut von Roosevelts Kabel an Reynaud vom 15. Juni 1940 findet sich in *Foreign Relations*, I, S. 255 f.; Reynaud gibt in *Cœur*, S. 823 f. eine französische Übersetzung.
- 33 Da Reynaud in seinen Memoiren und seinen Nachkriegsaussagen seine Zusammenarbeit mit Campbell und Spears am Sonnabend abend, 15. Juni, nur knapp erwähnt und nicht weiter auf sie eingeht, bleibt die Hauptquelle hierfür Spears, Bd. II, S. 263 bis 273. Er gibt den «sinngemässen Inhalt» von Reynauds Note an Churchill, wiewohl es tatsächlich der Wortlaut zu sein scheint. Spears' Tagebuch ist nach Ansicht einiger französischer Historiker und nach Ansicht Reynauds, wie dieser mir selbst sagte, nicht immer ganz zutreffend. («Er ist ein wenig romantisch», beklagt sich Amou-
- reux.) Aber seine Notizen über diese Unterredung werden durch Botschafter Biddles zwei Telegramme an diesem Tag – siehe *Foreign Relations*, I, S. 256 f. bzw. 258 f. – weitgehend bestätigt. Biddle bezog seine Schilderung aus zwei Unterredungen mit Reynaud, die eine fand kurz nach der Kabinettsitzung um 19 Uhr statt, die andere um Mitternacht nach der langen Sitzung des Ministerpräsidenten mit den beiden britischen Vertretern Campbell und Spears mit denen Biddle, wie er sagt, gleichfalls sprach.
- 34 Depesche Biddles vom 16. Juni, 1 Uhr morgens. *Foreign Relations*, I, S. 258 f.
- 35 Spears, Bd. II, S. 278-280.
- 36 Kämmerer, a. a. O., S. 174 f. Siehe ausserdem Bestätigung durch Henri Queuille, den Ernährungsminister, in der Nummer von *France* vom 8. Juni 1943, einer Tageszeitung in französischer Sprache, die während des Krieges in London erschien. Pertinax, I, S. 356, war der Meinung, dass Laval der Verfasser des Briefes war.
- 37 Reynaud, *Cœur*, S. 819; Lebrun, a. a. O., S. 82 und Aussage im Pétain-Prozess am 25. Juli 1945. Niederschrift, I, S. 156; Kämmerer, a. a. O., S. 174 f.; Baudouin und Bouthillier schildern die Sitzung gleichfalls, aber ihre Lesart weicht von den anderen so stark ab, dass sie zumindest in diesem Fall wertlos scheint. Baudouins Angabe des zeitlichen Verlaufs der Ereignisse an diesen zwei entscheidenden Tagen ist völlig wirr und durcheinander.
- 38 Weygand, *Rapporte*, S. 229-233.
- 39 Reynaud, *Cœur*, S. 819 f.
- 40 Weygand, *Rapporte*, S. 232 f.
- 41 Reynaud, *Cœur*, S. 823, 826; Spears, Bd. II, S. 282-286.
- 42 Der Wortlaut der beiden britischen Telegramme am Sonntag, den 16. Juni 1940 findet sich bei Churchill, Bd. II, S. 248, und bei Spears, Bd. II, S. 282, 289 f.
- 43 Quellen zu den Telefongesprächen zwischen London und Bordeaux am Sonntag, 16. Juni: Reynaud, *Cœur*, S. 827-830; de Gaulle, Bd. I, S. 70; Spears, Bd. II, S. 291-293. Churchill, Bd. II, S. 251 f., gibt den Wort-

- laut der vorgeschlagenen Unions-Erklärung.
- 44 Über den Ursprung der Erklärung: de Gaulle, Bd. I, S. 68 ff.; Churchill, Bd. II, S. 249 ff; Memorandum von René Pleven, London, 22. Juni 1940.
- 45 de Gaulle, Bd. I, S. 69.
- 46 de Gaulle, Bd. I, S. 70; Reynaud, *Cœur*, S. 827.
- 47 Spears, Bd. II, S. 292 f.
- 48 Wortlaut der vom britischen Aussenministerium nach Bordeaux am 16. Juni um 20 Uhr durchtelefonierten Mitteilung bei Churchill, Bd. II, S. 254.
- 49 de Gaulle, Bd. I, S. 69.
- 50 Weygand, *Rappele*, S. 223, 230 f.; Ellis, S. 297-300; Churchill, Bd. II, S. 231 ff.
- 51 Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 17.
- 52 Pertinax, Bd. I, S. 365.
- 53 Die Mitteilung von Georges wurde um 17 Uhr 35 an General Lafont zur Weiterleitung an General Weygand durchtelefoniert, der sie durch Lafont zu Lebrun gab. Der Wortlaut findet sich in zahlreichen Werken, z.B. Reynaud, *Envers*, S. 433, *Cœur*, S. 836 h; Robert Aron, *Vichy*, S. 49; Lyet, a. a. O., S. 140.
- 54 Für die letzte Sitzung des Kabinetts Reynaud am Sonntag, 16. Juni, sind zahlreiche Quellen vorhanden: Reynaud, *Cœur*, S. 830-838; *Envers*, S. 429-433; Aussage Reynauds im Pétain-Prozess, Niederschrift, I, S. 94; Reynauds Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VIII, S. 2421-2430; Briefe Reynauds an den Verfasser vom 29. August 1965 und 28. März 1966; Lebrun, a. a. O., S. 97; Lebruns Aussage im Pétain-Prozess, Niederschrift, I, S. 156-158, und vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VI, S. 976. Ausserdem: Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 14-21; Aussage Georges Monnet vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, V, S. 1427-1430; Chauteemps, a. a. O., S. 159-180; alle Obengenannten nahmen an der Sitzung teil. Sonstige: Charles-Roux, a. a. O., S. 45-47; Spears, Bd. II, S. 296-299; Amoureux, *Le 18 juin*, S. 63 bis 72; Robert Aron, *Vichy*, S. 49-51; Kämmerer, a. a. O., S. 188-195.
- 55 Brief Reynauds an den Verfasser vom 28. August 1965.
- 56 Reynaud, *Envers*, S. 432.
- 57 Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 22 f; Amoureux, a. a. O., S. 69, Fussnote.
- 58 Reynaud, *Cœur*, S. 835.
- 59 Wortwechsel zwischen Marin und Reynaud vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VIII, S. 2422-2426.
- 60 Lebrun, a. a. O., S. 84.
- 61 Zitiert von Reynaud in *Cœur*, S. 839 f. nach dem ungekürzten stenographischen Bericht. Siehe Niederschrift, I, S. 167 ff.
- 62 Zitiert von Reynaud aus dem Pétain-Prozess in seiner Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VIII, S. 2424.
- 63 Depesche Biddles vom 16. Juni 1940, 21 Uhr. *Foreign Relations*, I, S. 260 f.
- 64 Wortwechsel zwischen Paul Bastid und Paul Reynaud während der Aussage des letzteren vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 12. Dezember 1950. *Événements*, VIII, S. 2426.
- 65 Der Wortlaut von Reynauds Brief an Pétain findet sich bei Kämmerer, a. a. O., S. 216 f.
- 66 Spears, Bd. II, S. 297-299; der Wortlaut von Campbells telefonischer Mitteilung findet sich bei Churchill, Bd. II, S. 258.
- 67 Ebenda, S. 255.
- 68 Spears, Bd. II, S. 300 f.
- 69 Aussage Lebrun, *Événements*, IV, S. 1086.
- 70 Quellen zur Unterredung zwischen Lebrun, Reynaud, Jeanneney und Herriot: Reynaud, *Cœur*, S. 838-853; Reynauds Aussagen im Pétain-Prozess, Niederschrift, I, S. 67 f., und vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VIII, S. 2422-2429; Lebrun, a. a. O., S. 85; Lebruns Aussagen im Pétain-Prozess, Sitzung vom 26. Juli 1945, und vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, IV, S. 1086 f.; Aussage Herriots im Pétain-Prozess am 30. Juli 1945 und Jeanneney am 26. Juli 1945; Spears, Bd. II, S. 297 bis 303

- 71 Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 23 f.
 72 Reynaud, *Cœur*, S. 847.
 73 Marin, Waffenstillstands-Aufsatz, S. 19,21.
 74 Aussage Georges Monnet vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, V, S. 1429 f.
 75 Aussage Pétains vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 10. Juli 1947, *Événements*, 1,175.
 76 Depesche Biddles vom 16. Juni 1940, Mitternacht. *Foreign Relations*, I, S. 261 f.
 77 Reynaud, *Cœur*, S. 855.
 78 Die Unterredung Campbeils und Spears' mit Reynaud und diejenige Spears' mit Mandel ist bei Spears, Bd. II, S. 303-317 geschildert.
 79 de Gaulle, Bd. I, S. 70.
 80 Spears, Bd. II, S. 320-322; Amoureux, a. a. O., S. 350-355 gibt Spears' Darstellung sowie die völlig andere französische Lesart, die er, wie er sagt, von de Gaulle und Courcel erhielt.
 81 de Gaulle, Bd. I, S. 72.
 82 Ebenda, S. 71 f.
 83 Ebenda, S. 66.
 84 Spears, Bd. II, S. 323.
 85 de Gaulle, Bd. I, S. 73.
 86 Amoureux, a. a. O., S. 78. Der Verfasser erklärt dazu, Baudouin habe ihm gegenüber diese Geschichte vollauf bestätigt, und Weygand habe geäußert, er könne sich zwar nicht an sie erinnern, aber wenn Baudouin es sage, dann «trifft es zu». Der Generalissimus scheint also offensichtlich ein weit grösseres Zutrauen zu Baudouins Zuverlässigkeit gehabt zu haben als viele andere.
 87 Aussage Pierre Laval im Pétain-Prozess. Niederschrift I, S. 511.
 88 Charles-Roux: *Cinq mois tragiques aux affaires étrange res*, S. 50.
 89 Aussage Laval im Pétain-Prozess. Niederschrift, I, S. 511.
 90 Jean Zay, a. a. O., S. 387.
 91 Zitiert von Halasz, a. a. O., S. 249.
 92 Aussage Reynauds vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, IX, S.2853.
 93 Amoureux, a. a. O., S. 12.
- 35 **Waffenstillstand!**
 16. bis 29. Juni 1940
- 1 Lequericas Schilderung ist in seiner Depesche nach Madrid enthalten und wurde, da seine Mitteilungen von der spanischen Regierung unverzüglich an den deutschen Botschafter weitergegeben und nach Berlin geleitet wurden, in den erbeuteten deutschen Dokumenten gefunden. Der Wortlaut von Lequericas Depesche und der Text der französischen Note finden sich in DGFP, Folge D, IX, S. 590 und Fussnote.
 - 2 Baudouins Darstellung seiner Unterredung mit Campbell in *Journal*, S. 177E; hierzu auch ein Essay Baudouins betitelt *A propos d'un nouveau livre de M. Kämmerer*, veröffentlicht in Kämmerer, a. a. O., 2. Aufl. S. 532-540. Seine Erklärung, dass Campbell die beiden britischen Telegramme nicht erwähnt habe, findet sich auf S. 538. Dies wird von Charles-Roux, a. a. O., S. 53 bestätigt.
 - 3 Depesche Biddles vom 17. Juni 1940, 2 Uhr morgens. *Foreign Relations*, II, S. 455 f.
 - 4 Churchill, Bd. II, S. 261.
 - 5 Telegramm von Botschafter Corbin aus London, auf gegeben am 18. Juni, 4 Uhr 09 morgens. Wortlaut in *Événements*, II, (Dokumente) S. 432.
 - 6 *Événements*, II (Dokumente) S. 384-404. Auf diesen Seiten führt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss eine Anzahl von Fällen der Kapitulation oder der Kampfeinstellung an, von denen einige einer Heeresuntersuchung im Jahr 1940 entnommen sind. Oberst Passys Schilderung stammt aus seinen *Souvenirs de deuxième Bureau*, zitiert von Goutard, a. a. O., S. 370, Fussnote.
 - 7 Memorandum Lord Halifax' vom 12. Juli 1940, das dem französischen Geschäftsträger in London übergeben wurde. Der wesentliche Teil davon ist in einem Memorandum von Charles-Roux vom 14. August 1940 enthalten und findet sich in *Événements*, VII, S. 2077-2080.

- 8 Baudouin, a. a. O., S. 181 f., 184. Seine Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VII, S. 2077-2080. Memorandum von Charles-Roux, ebenda; sein Buch, S. 56 ff.
- 9 Cunningham of Hyndhope: *A Sailor's Odyssey*, S. 240.
- 10 Wortlaut der Note Roosevelts in *Foreign Relations*, II, S. 456; Hulls Kommentar zu ihr findet sich in seinen *Memoirs*, Bd. I, S. 792.
- 11 Depesche Biddles vom 18. Juni 1940, 12 Uhr mittags. *Foreign Relations*, II, S. 457; Baudouin, a. a. O., S. 183 f.
- 12 Amoureux, *18 juin*, S. 246.
- 13 Kapitän zur See (später Admiral) Dauphans Bericht wurde von Baudouin in seinem Kreuzverhör vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mitgeteilt. *Événements*, VII, S. 2080. Er findet sich auch in Dauphans Buch *Histoire de mes trahisons*. Eine britische Schilderung findet sich in einem Artikel von P.M.H. Bell in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 33, Januar 1959, S. 24-26. Er zitiert aus C.F. Adams: *Life of Lord Lloyd*, S. 299. Siehe auch Kämmerer, a. a. O., S. 264-266, 274.
- 14 Zitiert bei Kämmerer, a. a. O., S. 265, Fussnote, nach einer Anmerkung vom 9. Juli 1940 in den Akten des französischen Marineministeriums.
- 15 Depeschen des französischen Marineministeriums vom 18. bis 21. Juni. Texte in *Événements*, II (Dokumente), S. 447 bis 458.
- 16 Amoureux, *18 juin*, S. 248 f., Fussnote.
- 17 de Gaulle, Bd. I, S. 75 f.
- 18 Amoureux, *18 juin*, S. 366-370.
- 19 de Gaulle, Bd. I, S. 80.
- 20 Jeanneney schilderte die Szene und gab den Dialog, so wie er sich seiner erinnerte, in seiner Aussage im Pétain-Prozess, I, S. 188 wieder; Herriot berichtet sie in seinen Memoiren, *Episodes 1940-1944*, S. 84 f.
- 21 Chautemps, a. a. O., S. 193 f.
- 22 Memorandum der spanischen Regierung an die deutsche Reichsregierung vom 19. Juni 1940. Wortlaut in DGFP, IX, S. 620 f.
- 23 Das vertrauliche deutsche Memorandum über die Unterredung zwischen Hitler und Mussolini am 18. Juni 1940 in München befindet sich unter den erbeuteten deutschen Dokumenten. Wortlaut in DGFP, Folge D, IX, S. 608-611. Cianos Darstellung findet sich in seinen Tagebüchern (*The Ciano Diaries*) S. 265 f.
- 24 Kämmerer, a. a. O., S. 286.
- 25 Chautemps, a. a. O., S. 205 f.
- 26 Depesche von Lequerica vom 19. Juni. DGFP, IX, S. 622.
- 27 Depesche von Lequerica vom 19. Juni, ebenda, S. 629.
- 28 Alibert teilte diese Darstellung J.C. Fernand-Laurent mit, der sie in seinem Buch *Gallic Charter* veröffentlichte, das er in englischer Sprache schrieb und das 1944 in den Vereinigten Staaten erschien; S. 178-182. Er beschwor ihre Richtigkeit in einer Aussage vor dem Obersten Gerichtshof.
- 29 Weygand, *Rappele*, S. 248. Weygands Journal vom 20. Juni, zitiert von Lyet, a. a. O., S. 160.
- 30 Aussage Lebruns im Pétain-Prozess, I, S. 160.
- 31 Depesche von Lequerica vom 20. Juni. DGFP, IX, S. 631 f.
- 32 Memorandum von Staatssekretär Weizsäcker vom 21. Juni. DGFP, IX, S. 641.
- 33 Jean Montigny gibt eine Schilderung des Auftritts mit direkten Zitaten in *Tonte la vérité sur un mois dramatique de notre histoire*, S. 25-30. Lebrun schildert ihn in seinen Memoiren, S. 91-94.
- 34 Baudouin, a. a. O., S. 195.
- 35 Depesche Biddles vom 21. Juni 1940. Zitiert von Langer, a. a. O., S. 52 f.
- 36 Baudouin, a. a. O., S. 218-221; Pertinax, I, S. 367 f. Reynaud erwähnt die Angelegenheit in seinen Memoiren nicht, sagte aber im Kreuzverhör vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss über sie aus. *Événements*, IX, S. 2855 f. Er brief sich jedoch auf «Berufsgeheimnisse» und ging nicht sehr aus sich heraus.

- 37 Zum Fall Reynaud und dem Botschafterposten in Washington: Reynaud, *Cœur*, S. 883-885; seine Aussage im Pétain-Prozess, I, S. 71-100; Lebrun, a. a. O., S. 90 und seine Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, IV, S. 1017; Baudouin, a. a. O., S. 185-196; Charles-Roux, a. a. O., S. 58; Kämmerer, a. a. O., S. 241 ff. Matthews bestätigte mir, dass Reynaud mit ihm und Biddle den Botschafterposten erörterte. Reynaud selbst zitierte im Pétain-Prozess Roosevelts Bemerkung zu der Angelegenheit.
Léon Noël: *Le Diktat de Rethondes*, S. 26. Die Schrift wurde zwar 1954 anonym in Paris veröffentlicht, aber Noël bestätigte später seine Verfasserschaft.
- 38 Charles-Roux, a. a. O., S. 83, zitiert diesen Wortwechsel. Er wird bestätigt durch die deutsche Aufnahme des Telefongesprächs zwischen Huntziger und Weygand am Abend des 21. Juni. DGFP, IX, S. 652.
- 39 Léon Noël, a. a. O., S. 30. Weygand, *Rappelé*, S. 241. Befehle 4 und 5 SC vom 18. Juni, unterzeichnet von General Colson. *Événements*, II (Dokumente), S. 391. Goutard, a. a. O., S. 376. *Événements*, II (Dokumente), S. 401.
- 40 Amoureux, *Vie*, S. 204.
41 *Événements*, II (Dokumente), S. 403.
- 42 Goutard, a. a. O., S. 376.
43 *Événements*, II (Dokumente), S. 396.
Ebenda, S. 397 f.
Amoureux, *Le 18 juin*, S. 129 f., 147.
- 43 Bardoux, a. a. O., S. 378.
44 Ebenda, S. 128 f.
45 *Événements*, II (Dokumente), S. 394.
- 46 Beaufre, a. a. O., S. 265.
47 Über den Prozess wurde ausführlich in *Le Monde* vom 27. und 28. April 1949 und in *France-Soir* vom 28. April berichtet.
- 50 Saul K. Padover hat in einem Artikel in *World Politics*, April 1950, betitelt
51 *France in Defeat*, S. 324-326, eine ergreifende
52 Schilderung des Falles gegeben.
53 Amoureux, *Vie*, S. 44, gibt ebenfalls eine
54 lebendige Darstellung.
- 56 Telegramm von General Noguès an General Weygand vom 17. Juni 1940. Nr. 645 Cab/C, *Événements*, II (Dokumente), S. 416.
- 57 Telegramm von General Weygand an Noguès vom 18. Juni 1940. Nr. 2006-3/FT, ebenda, S. 416.
- 58 André Truchet: *L'Armistice de 1940 et l'Afrique du Nord*, S. 116. Dies ist das beste Werk zum Thema Nordafrika.
- 59 Telegramm von General Noguès an Pétain vom 18. Juni 1940. Nummern 54-55-56, ebenda, S. 417 f.
- 60 Telegramm von General Weygand an Noguès vom 21. Juni 1940. Nr. 22/D.N., ebenda, S. 418.
- 61 Telegramm von General Noguès an Weygand vom 21. Juni 1940. Nr. 674 CAB./C., ebenda, S. 418 f.
- 62 Die französischen Aufzeichnungen über das Telefongespräch zwischen Huntziger und Weygand am Abend des 21. Juni finden sich bei Kämmerer, a. a. O., S. 428 bis 430; die deutschen Aufzeichnungen in DGFP, IX, S. 652-654. Ein deutscher Heeresfunkwagen nahm das Gespräch auf.
63 DGFP, IX, S. 665, 678.
- 64 Weygand, *Rapport*, S. 262. Oberst Bourget zu Huntziger über das Telefon am 22. Juni, DGFP, IV, S. 663 f. Huntziger zu Keitel am 22. Juni, ebenda, S. 667.
- 65 Ebenda, S. 667.
- 66 Kämmerer, a. a. O., S. 300. Aussage von Noël im Pétain-Prozess, I, S. 475 f. Geneviève Novel, a. a. O., S. 231-232, zitiert verschiedene Weisungen des Innenministeriums, die deutschen Flüchtlinge aufzuspüren.
- 67 Baudouin, a. a. O., S. 107; Chautemps, a. a. O., S. 207-210.
- 68 Charles-Roux, a. a. O., S. 84.
69 Kämmerer, a. a. O., S. 292.
70 Baudouin, a. a. O., S. 197.
71 Kämmerer, a. a. O., S. 305.
72 Baudouins lügenhafte Behauptung, er habe dem britischen Botschafter eine Abschrift des Waffenstillstandsvertrags gegeben, findet sich in seinem Tagebuch, S. 198. Es ist interessant, dass dieser

- Mann, der gelegentlich seine Ministerkollegen belog, in seinem eigenen Tagebuch sogar sich selbst anlog. Charles-Roux' Darstellung, die den Sachverhalt richtigstellt, findet sich in seinen Memoiren, S. 87-90. François-Poncets Äusserungen finden sich bei Charles-Roux, a. a. O., S. 89 und bei Kämmerer, a. a. O., S. 303.
- 73 Die britische Mitteilung wurde in einer Depesche von Botschafter Kennedy an Aussenminister Hull vom 22. Juni 1940 zitiert. *Foreign Relations*, II, S. 458.
- 74 Darlan an alle französischen Kriegsschiffe und Flottenstützpunkte am 23. Juni, 17 Uhr 30. *Événements*, II (Dokumente), S. 464.
- 75 Kämmerer, a. a. O., S. 313.
- 76 DGFP, IX, S. 676-679.
- 77 Ebenda, S. 646 f., 668 f.
- 78 Das französische Protokoll der Sitzungen der Waffenstillstandsdelegationen, der Telefongespräche zwischen General Huntziger und Bordeaux und der von den Franzosen verlangten Abänderungen sowie der deutschen Antworten hierauf findet sich bei Kämmerer, a. a. O., Anhänge, S. 421-446. Das deutsche Protokoll der obigen Vorgänge findet sich in DGFP, IV, S. 643-679. Weygands *Rappele*, S. 258 bis 261, gibt seine Lesart der französischen Forderungen und der deutschen Antworten. Der Wortlaut des Waffenstillstandsvertrags findet sich in englischer Übersetzung in DGFP, IX, S. 671-676, der französische Wortlaut bei Kämmerer, a. a. O., S. 442-446.
- 79 Der Wortlaut der französischen Note in *Événements*, II (Dokumente), S. 434 f.
- 80 Depeschen Biddles vom 23. und 26. Juni. *Foreign Relations*, I, S. 268 und Fussnote.
- 81 Depesche Biddles vom 22. Juni. Archive, Washington.
- 82 Kämmerer, a. a. O., S. 324.
- 83 Darlans Befehl Nr. 7025 vom 24. Juni. *Événements*, II (Dokumente), S. 465.
- 84 Ebenda. Der Wortlaut von Darlans Geheimbefehl an die Flotte vom 24. Juni findet sich ebenfalls in *Événements*, II (Dokumente), S. 466, und hier ist das Wort «Ex-Verbündeter» durch «ausländische Macht» ersetzt.
- 85 de Gaulle, Bd. I, S. 79.
- 86 Baudouin, a. a. O., S. 207.
- 87 Reynaud, *Cœur*, S. 888.
- 88 Weygand, *Rappele*, S. 285, und seine Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, *Événements*, VI, S. 1760 f. Er machte eine ähnliche Aussage im Pétain-Prozess.
- 89 Aussage Lebruns im Laval-Prozess. Stenographisches Protokoll, erschienen im Verlag Albin Michel, S. 211.
- 90 Zitiert von Philippe Barrès in seinem Buch *Charles de Gaulle*, S. 128 f.
- 91 *Johann Gottlieb Fichte – Ein Evangelium der Freiheit*, S. 144; Hervorhebung im Originaltext.
- 92 Truchet, a. a. O., S. 350.
- 93 Thukydides: *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, S. 433, 435.
- 94 Truchet, a. a. O., S. 368.
- 95 Aussage General Weygands. *Événements*, VI, S. 1780, 1782.
- 96 Baudouin, a. a. O., S. 207.
- 97 Bouthillier, a. a. O., S. 107-108.
- 98 Aussage General Koeltz. *Événements*, IV, S. 998 f.
- 99 Aussage Lebruns. *Événements*, IV, S. 998.
- 100 General Colson an den Generalstab, Nr. 72. SP, 23. Juni. Zitiert bei Lyet, a. a. O., S. 168 f. Auf S. 169 gibt Lyet ausserdem Zahlenangaben über die Schiffe, die nach Nordafrika ausliefen.
- 101 Bericht von Oberst Loiret an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. *Événements*, II (Dokumente), S. 429 bis 431.
- 102 Der Wortlaut des Telegramm Wechsels zwischen General Weygand und General Noguds findet sich in *Événements*, II (Dokumente), S. 416-429; bei Truchet, a. a. O., S. 91-99; Lyet, a. a. O., S. 161-173.
- 103 Aussage Lebruns. *Événements*, IV, S. 999.
- 104 Haider: *Hitler als Feldherr*, S. 66 der französischen Ausgabe.
- 105 Mussolini an Hitler, 22. Juni 1940. DGFP, IX, S. 679 f.
- 106 Bouthillier, a. a. O., S. 114.

- 107 Jean Vidalenc: *L'Exode de mai-juin 1940*, S. 359 ff. gibt eine Anzahl von Äusserungen katholischer Geistlicher wieder.
- 108 Weygand selbst gibt den Wortlaut in seinen Memoiren, *Rappele*, S. 298 f. und bemerkt dazu rückblickend, dass «er kein Muster politischer Geschicklichkeit war».

36 Die Uhr läuft ab Juni bis Juli 1940

- 1 Charles-Roux, a. a. O., S. 95.
- 2 Baudouin, a. a. O., S. 204 f.
- 3 Ebenda, S. 219.
- 4 Lebrun, a. a. O., S. 192.
- 5 Baudouin, a. a. O., S. 227 f.
- 6 Depesche Bullitts aus La Bourboule vom 1. Juli 1940, 21 Uhr. *Foreign Relations*, II, S.462-469.
- 7 Churchill, Bd. II, S. 266.
- 8 DGFP, X, S. 103-104.
- 9 Ebenda, S. 124,127.
- 10 Französische Quellen zu Mers-el-Kébir u.a.: Aussage Admiral Gensoul, *Événements*, VI, S. 1897-1916; Kämmerer: *Mers-el-Kébir*; Variolion: *Mers-el-Kébir*; Admiral Godfroy: *L'Aventure de la Force X*; Aron, a. a. O., S. 104 ff.; Benoist-Mechin, Bd. III, S. 62 bis 141. Churchill schildert die Vorgänge in seinen Memoiren, Bd. II, S. 276-288; P.M. H. Bell: *Prologue de Mers-el-Kébir*, ein Artikel in der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 33, Januar 1959.
- 11 Baudouin, a. a. O., S. 231-235; Bouthillier, a. a. O., S. 152 f.
- 12 Montigny, a. a. O., S. 59.
- 13 Blum, *Memoirs in L'Œuvre de Léon Blum*, S. 68-73.
- 14 Aussage Marcel Heraud. *Événements*, VI, S. 1511 Aussage Louis Noguères, *Événements*, VII, S. 2230-2232.
- 15 Baudouin, a. a. O., S. 238.
- 16 Charles-Roux, a. a. O., S. 163.
- 17 Die Episode der Kriegsverteranen des Senats, ihrer Entschliessung und ihrer Besuche bei Pétain und Laval ist in einer Broschüre geschildert, die ihr Führer, Senator Taurines, unter dem Titel *Tempête sur la République* verfasste. Er schrieb sie Ende 1940

- aufgrund von Notizen, die er sich täglich in Vichy gemacht hatte, und sie wurde ins Protokoll aufgenommen, als er vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. *Événements*, VIII, S. 2330-2351. Louis Marin unterzog ihn einem scharfen Kreuzverhör.
- 18 Aussage Lebrun im Pétain-Prozess, I, S. 163 L; Lebruns Memoiren, S. 104-106.
- 19 Die Ereignisse des 8. Juli sind von zwei Deputierten geschildert worden, die an ihnen teilnahmen: Montigny, a. a. O., S. 61 bis 65, 139-154, und Aussage Louis Noguères, *Événements*, VII, S. 2238-2243.
- 20 Baudouin, a. a. O., S. 240.
- 21 Lebrun, a. a. O., S. 107.
- 22 Blum, a. a. O., S. 82-87.

37 Das Ende in Vichy 9. bis 10. Juli 1940

- 1 Baudouin, a. a. O., S. 241.
- 2 Reynaud erklärte seinen kurzen Aufenthalt in Vichy in *Cœur*, S. 977 und Fussnote, und im Pétain-Prozess, I, S. 100-105. Brief von Reynaud an Pétain, ebenda, S. 102. Robert Murphys Anekdote findet sich in seinem Buch *Diplomat Among Warriors*, S. 61-62.
- 3 Herriot veröffentlicht voller Stolz den vollen Wortlaut seiner Rede in seinen Memoiren, *Episodes 1940-1944*, S. 132 f. Er erklärt, er sei zu diesem Zeitpunkt nicht auf den Gedanken gekommen, Pétain werde «das ihm geschenkte Vertrauen missbrauchen». Ebenda, S. 136-137.
- 4 Lomenie, *Mort*, S. 398.
- 5 Aussage Badié. *Événements*, VIII, S. 2272 f.
- 6 Baudouin, a. a. O., S. 242.
- 7 Das stenographische Protokoll der geheimen Vormittagssitzung der Nationalversammlung wurde im Staatsarchiv hinterlegt, überlebte die deutsche Besetzung und wurde 1948 dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss übergeben. Es ist in *Événements*, II (Dokumente), S. 479-497 veröffentlicht.
- 8 Des Verfassers *Berlin Diary*, Eintragung unter dem 9. Juli 1940.
- 9 Kreuzverhör des Senators Boivin-Champeaux. *Événements*, VII, S. 2202-2206.

- 10 Aussage des Deputierten Paul Boulet. *Événements*, VII, S. 2213 ff.
- 11 Aussage des Deputierten Vincent Badie, ebenda, VIII, S. 2274.
- 12 Ebenda, S. 2275.
- 13 Roger Stéphane: *Chaque komme est lie au monde*, S. 148.
- 14 Leahy-Akten, 27. April 1941. Zitiert bei Langer, a. a. O., S. 250.
- 15 Depesche Murphys vom 29. Juli 1940. *Foreign Relations*, II, S. 379.
- 16 Protokoll der Sitzung in den erbeuteten deutschen Dokumenten, zitiert bei Langer, a. a. O., S. 90.
- 17 Aussage Peyrouton im Pétain-Prozess, zitiert bei Langer, a. a. O., S. 105.
- 18 Depesche Murphys vom 29. Juli 1940. *Foreign Relations*, II, S. 379.
- 19 Baudouin, a. a. O., S. 243.
- 20 Ebenda, S. 244 f.
- 21 Lebrun, a. a. O., S. 109 f., sowie seine Aussage im Pétain-Prozess, I, S. 164-166.

Danksagung

Die Quellenforschung und Niederschrift dieses Buches hat mich vielen Ratgebern und Helfern zu Dank verpflichtet. Da die Suche nach Unterlagen zum grössten Teil in Paris stattfand, war die Mitwirkung der Franzosen von überragender Bedeutung. Sie übertraf, wie sich herausstellte, meine kühnsten Erwartungen.

In Paris arbeitete ich hauptsächlich in der *Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine* oder BDIC, wie sie abgekürzt bezeichnet wird. Sie ist eine einzigartige Bibliothek, die sich, wie ihr Name sagt, der Dokumentation der zeitgenössischen Geschichte widmet, insbesondere der Geschichte des zweiten Weltkrieges und der Ereignisse, die zu ihm geführt haben. Sie ist zwar in einem auffälligen alten Gebäude in der Nähe des Etoile untergebracht, das viel zu klein ist, um allem, was sie umfasst, Platz zu bieten, aber sie verfügt am Stadtrand über ein Lagermagazin, und ein Motorradfahrer saust den ganzen Tag lang durch den tobenden Pariser Verkehr hin und her und holt herbei, was man braucht. Auf geheimnisvolle Weise war die BDIC auch in der Lage, Material aus der *Bibliothèque Nationale* und den Bibliotheken der Pariser Universität in wesentlich kürzerer Zeit heranzuschaffen, als man auf direktem Wege bei diesen grossen, aber altmodischen Instituten brauchen würde, in denen Geschwindigkeit verpönt ist und nie angewandt wird.

Monsieur Henri Roux, der Direktor der BDIC, und Monsieur Hornung, der stellvertretende Direktor, beschafften mir einen Schreibtisch, und letzterer, der ein erstaunliches bibliographisches Gedächtnis hat, wies mich auf vieles wertvolle Material hin. Die hochgelehrten Bibliothekarinnen leisteten mir in jeglicher Hinsicht vorzügliche Hilfe; insbesondere Mlle. Adler-Bresse und Mlle. Sylviane Couve de Murville (wie sie damals hiess) sowie Madame Wellhoff und Mlle. Suzanne Guyotat. Ich stehe bei ihnen allen in grosser Schuld.

Neben ihnen hat mir in Paris eine Vielzahl von Menschen grosse Hilfe geleistet. Eine Anzahl hervorragender französischer Historiker, von denen keiner die Verachtung teilte, die ihre amerikanischen Akademiker-Kollegen für ehemalige Journalisten hegen, die in ihr geheiligtes Gehege einbrechen – diese Stupidität ist in Europa unbekannt, wo der Lehrstuhl für Geschichte nicht als die einzige Qualifikation für Geschichtsschreibung gilt –, sprach mit mir meine Probleme und Schwierigkeiten durch und verwies mich auf Quellen, die zu prüfen waren. Zu ihnen zählten die Professoren Pierre Renouvin, Maurice Beaumont und J. B. Duroselle von der Sorbonne; René Rémond, Direktor der Stu-

dien- und Forschungsabteilung der Fondation Nationale des Sciences Politiques; Francois Goguel, Professor am Institut d'Études Politiques der Universität Paris; und Pierre Dhers, der ausserdem als junger Abgeordneter der Nationalversammlung dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angehört hatte, der in fünfjähriger Arbeit die Gründe für den Fall der Dritten Republik untersuchte. Seine Arbeit in diesem Ausschuss sowie seine Schriften haben ihm den Ruf eines massgebenden Fachmannes auf diesem Gebiet verschafft. Ich hatte mit Dhers im Lauf der Jahre zahlreiche Gespräche – und Meinungsverschiedenheiten – über meine Arbeit, und er wies mich auf viel Unterlagematerial, zum Teil in seiner eigenen Bibliothek hin.

Philippe Barrès, der Sohn des grossen Romanciers Maurice Barrès, ein alter Freund aus gemeinsamen Journalistentagen in Paris und Berlin und während des Krieges, ehemaliger Chefredakteur von *Le Matin* und nach dem Krieg von *Paris-Presse* und selbst ein namhafter Schriftsteller, erteilte mir viele gute Ratschläge im Verlauf langer und angenehmer Gespräche im alten Heim seiner Familie gegenüber dem Bois sowie in ausführlichen Memoranden, wenn wir auch, wie es bei alten Freunden nun einmal ist, nicht immer einer Meinung waren. Pierre Lazareff, ebenfalls ein Freund aus Pariser Tagen, der vor dem Krieg der Wunderkind-Chefredakteur von *Paris-Soir* und nach dem Krieg von *France-Soir* war, grub Material für mich aus und verschaffte mir Zusammenkünfte mit zahlreichen Personen. So bewog er Daladier dazu, von seinem Wohnsitz in Südfrankreich eigens nach Paris zu reisen, um mit mir zu sprechen.

Für gewöhnlich zugeknöpfte Generäle und andere Heeresoffiziere, für die das Debakel von 1940 begrifflicherweise ein schmerzliches Thema ist, waren mir in grossherziger Weise behilflich. Oberst A. Goutard, dessen Buch über die Schlacht um Frankreich, *La Guerre des occasions perdues* – Der Krieg der verpassten Gelegenheiten – eines der besten über diesen Gegenstand ist und mit den Generälen und ihrer Wichtigtuerei nicht schonend umging, lieferte mir brieflich und besonders in unseren Gesprächen zahlreiche Auskünfte und viele Ideen. Oberst Pierre Lyet, der glänzende offizielle Militärhistoriker, dessen Buch über die Schlacht viel Quellenmaterial liefert, zu dem nur er Zugang hatte, beantwortete in einem persönlichen Gespräch alle meine Fragen und wies mich freigebig auf wertvolle Quellen hin. Ich führte ausserdem lange Gespräche mit General André Beaufre, im Jahr 1940 junger Generalstabsoffizier, der sich während der Schlacht im Mittelpunkt der Vorgänge befand, und mit General Paul Stehlin von der Luftwaffe, dem ehemaligen französischen Luftfahrtattaché in Berlin, der ebenso wie Beaufre 1940 ein junger Hauptmann war und Kampfeinsätze flog. Beide schlugen in ihren Büchern und im Gespräch über die hohen Offiziere des Heeres und der Luftwaffe während der grossen ZerreiSSprobe nach dem deutschen Einfall einen ätzenden Ton an.

Ich verbrachte viele Stunden mit dem umgänglichen Général de Cosse-Brissac, dem Chef des Service Historique de l'Armee, in dem düsteren Verlies in Vincennes, in dem General Gamelin während des Krieges amtierte. Obwohl durch das Fünfzig-Jahre-Sperrgesetz und das Verbot seiner Vorgesetzten behindert, irgendwelche militärischen Geheimakten zu erschliessen, tat er trotz dieser Beschränkungen sein Bestes, zuweilen unter

Mithilfe von Offizieren seines Stabes, meine Fragen zu beantworten. Er gab mir auch Kopien seiner eigenen Untersuchungen, vor allem über die umstrittene Frage der französischen Panzer in der grossen Schlacht. Die Historische Abteilung des Heeres arbeitet seit Jahren an der amtlichen Veröffentlichung über die Geschichte der Schlacht um Frankreich. Aber sie erzielt nur langsame Fortschritte, und ich hatte den Eindruck, dass der Grund hierfür hauptsächlich Mangel an Geldmitteln und Knappheit an Personal war. In der Zwischenzeit sickern Untersuchungen des Generals und anderer Offiziere der Historischen Abteilung in die militärischen und historischen Fachzeitschriften ein. Sie sind zwar nur Krümel, aber man weiss sie zu schätzen.

Ich bin noch zahlreichen anderen Menschen in Paris zu Dank verpflichtet. Professor Alfred Sauvy, der am College de France den Lehrstuhl für Sozialdemographie innehat – er wird häufig der Vater der französischen Nachkriegs-Bevölkerungsexplosion genannt – und der ausserdem ein hervorragender Wirtschaftsfachmann ist, stellte mir bei zahlreichen erlesenen gemeinsamen Mittagessen freigebigst seine Zeit und seinen guten Rat zur Verfügung und sandte mir unverzüglich seine monumentale zweibändige *Histoire Économique de la France entre Les Deux Guerres*, sobald ein jeder Band aus der Druckerei kam. Henri Michel, der Direktor und Chefredakteur der *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, der besten Einzelquelle für veröffentlichte Informationen über Frankreich im zweiten Weltkrieg, half mir in vieler Hinsicht. Wie die Bibliographie am Schluss dieses Buches zeigt, habe ich vieles dieser Zeitschrift entnehmen können, die überdies in jeder Nummer eine umfassende, von der BDIC zusammengestellte und auf den jeweils letzten Stand gebrachte Bibliographie veröffentlicht. Zu denen, die mir auf verschiedene Arten halfen, zählen ausserdem Henri Noguères, der begabte Verfasser mehrerer Bücher, der ausserdem Cheflektor des Verlags Flammarion ist; Jean-Jacques Servan-Schreiber, der Verleger und Herausgeber von *L'Express*, der seine Kollegen zusammenholte, um mein Vorhaben mit mir zu diskutieren; Madame Yvonne Michel vom *France-Soir*; und Professor Jean Real vom Institut d'Études Politiques in Grenoble, mit dem ich einen fruchtbaren Briefwechsel führte.

Die Direktoren und Redakteure des Verlags Stock, meines französischen Verlegers, standen mir während der ganzen Dauer der Arbeit an diesem Buch unablässig zur Seite, beschafften mir Unterlagen und vergriffene Bücher, arrangierten persönliche Gespräche und erteilten Ratschläge, so vor allem Guy Schoeller, der Chef des Verlagshauses, und François Martineau, einer der Direktoren. Ganz besonders hilfreich war mir André Bay, der literarische Leiter des Verlags, der mir bei meinen Aufenthalten in Paris viel von seiner Zeit schenkte, und Mlle. Sabine Delattre, eine tatkräftige Redakteurin des Hauses, die sich emsig für mich plagte.

Es wären noch andere zu nennen. Zwei Menschen muss ich jedoch besonders erwähnen, und zwar nicht ohne Trauer. Der eine ist Pierre Comert, der ehemalige Chef der Presseabteilung des französischen Aussenministeriums, den ich seit vielen Jahren gekannt und geschätzt hatte. Er lud eine Anzahl von Menschen in seine Wohnung nahe den Tuileries zum Gespräch mit mir ein und starb ganz plötzlich im März 1964, wenige Stunden vor

dem Beginn eines solchen Treffens. Alexander Werth, der Verfasser einer Anzahl ausgezeichnete Bücher über Frankreich und Russland, der den grössten Teil seines Berufslebens als Berichterstatter des Manchester *Guardian* und des *New Statesman* in Paris verbrachte und mit dem ich seit den zwanziger Jahren befreundet war, starb in Paris 1969, als ich die letzten Zeilen dieses Buches schrieb. Während der ganzen Zeit, in der ich an diesem Buch arbeitete, sassen wir oft die ganze Nacht zusammen und diskutierten und stritten über den Gegenstand dieses Buches. Ich habe viel von ihm gelernt und erfahren. Schliesslich gilt mein Dank der Redaktion von *Le Soir* in Brüssel. Sie suchte für mich aus ihrem Archiv die Artikelreihe von Hubert Pierlot, des belgischen Ministerpräsidenten im Jahr 1940, heraus, die das umstrittene Vorgehen König Leopolds bei der Kapitulation des belgischen Heeres im Mai 1940 sehr wesentlich erhellt.

Daheim in den Vereinigten Staaten hatte ich ebenfalls das Glück, von vielen Seiten Hilfe und Rat zu erhalten. Donald Wasson, der Direktor der Foreign Relations Library im Council on Foreign Relations, fotografierte Dokumente für mich, beschaffte Material und liess mich mit unermesslicher Geduld Bände historischer Akten und andere Wälzer für meine Arbeit eine unentschuldig lange Zeit bei mir zu Hause behalten. Roger Vours, der Leiter des französischen Informationsdienstes in New York zurzeit, als ich meine Arbeit begann, und später Chef der Presseabteilung des französischen Aussenministeriums, liess mir vergriffene, nicht mehr erhältliche Bücher und andere Unterlagen und führte mich einer Anzahl von Historikern und Beamten in Paris zu. Seine Assistentinnen in New York, Madame Monique Polgar und Mlle. Yvonne Daumarie, halfen mir ebenfalls bei der Materialbeschaffung und erörterten gewisse Aspekte meiner Arbeit mit mir.

Mit Professor Stanley Hoffman von der Universität Harvard hatte ich im Lauf der Jahre lange Gespräche über mein Buch, und er half mir mit zahlreichen scharfsinnigen Bemerkungen. In Paris traf ich mit Professor Eugen Weber von der University of California in Los Angeles zusammen, dem Verfasser von *Action Française*, einem faszinierenden Werk über die royalistische Bewegung in Frankreich, wo das Buch übrigens ein Bestseller war. Er erteilte mir manchen gelehrten Ratschlag. Professor John M. Hyde vom Williams College las einen Teil des Manuskriptes, und Professor Robert G. L. Waite, ebenfalls vom Williams College, beriet mich. Professor Erik H. Erikson von der Universität Harvard, der damals mitten in seinem Buch über Gandhi steckte, tauschte mit mir zahlreiche Anmerkungen über unsere beiden, in Arbeit befindlichen Bücher aus. In Washington hatte ich ein langes und aufschlussreiches Gespräch mit Alexis Leger (dem Dichter und Nobelpreisträger Saint-John Perse), der in den letzten Jahren vor dem Debakel Generalsekretär des französischen Aussenministeriums und in jenen Tagen eine Schlüsselfigur bei der Formulierung der französischen Aussenpolitik war. In Washington bediente ich mich ausserdem der riesigen Schätze der Library of Congress. Noch wertvoller war für mich das National-Archiv, wo man mir nach schwer zu erlangender Genehmigung des Aussenministeriums gestattete, die Depeschen der amerikanischen Botschaften in Paris, Brüssel und London durchzugehen, von denen viele noch geheime

Verschlussachen sind. Aus unerforschlichen Gründen wurden viele der wichtigsten Depeschen aus den Bänden, die das Aussenministerium unter dem Titel *Foreign Relations of the United States. 1940* veröffentlichte, fortgelassen. In der Hoover Library der Universität Stanford konnte ich in eine Anzahl französischer Dokumente Einblick nehmen. Von der New Yorker Public Library erhielt ich Bücher und alte Nummern des *Journal Officiel*.

H. Freeman Matthews, der während der letzten entscheidenden Tage, die den Sturz Paul Reynauds und den Regierungsantritt Marschall Pétains brachten, erster Botschaftssekretär an der amerikanischen Botschaft in Bordeaux war und die meisten Depeschen an Washington über diese Ereignisse von Stunde zu Stunde aufsetzte, stellte mir freundlicherweise Memoranden zur Verfügung, die seine Depeschen – an sich bereits unschätzbar wertvoll – noch ergänzen. Gordon Wright von der Stanford-Universität, Verfasser mehrerer Bücher über Frankreich, nahm sich Zeit, um mit mir meine Arbeit durchzusprechen. Zu meinen alten Freunden, die ein Gleiches taten, gehörten Telford Taylor, Historiker und Professor der Rechtswissenschaften an der Columbia-Universität. Hamilton Fish Armstrong, Herausgeber der Zeitschrift *Foreign Affairs*, dessen unmittelbar im Anschluss an die Ereignisse geschriebenes Buch über den Fall Frankreichs sich im Hinblick auf die nach dem Krieg erschlossene Dokumentation erstaunlich gut gehalten hat, und die Romanschriftstellerin Kay Boyle, die einen grossen Teil ihres Lebens in Frankreich zugebracht hat und bei seinem Sturz im Jahr 1940 dort war. Drei Angehörigen der Familie Pelton bin ich Dank schuldig: Catherine für die Maschinenschrift, Suzanne für die Zusammenstellung der Bibliographie nach meiner unleserlichen Handschrift, und Martha für die Durchsicht der Handschrift und der Maschinenschrift und zahlreiche andere lästige, aber unerlässliche Arbeiten.

Schliesslich, aber keineswegs an letzter Stelle, schulde ich Joseph Barnes, meinem literarischen Berater beim Verlag Simon und Schuster und Freund aus gemeinsamen Korrespondententagen in Europa, meinen besonderen Dank. Dieser Mann mit seiner langjährigen Erfahrung europäischer Verhältnisse und seinen unermesslichen Kenntnissen der zeitgenössischen Geschichte erholte sich von der langen gemeinsamen Schwerarbeit an meinem Buch über das Dritte Reich und unterzog sich sodann mit unendlicher Geduld der neuerlichen Schwerarbeit an diesem Buch, lieferte mir neue Einblicke und Einsichten, trieb neues Material und alte Bücher auf und spornte und trieb mich an. Für ihn waren diese beiden Bücher zusammen eine fünfzehnjährige Plage. Auch mein literarischer Agent Paul R. Reynolds, selbst Buchautor, hat mir ebenso wie bei dem Buch über Deutschland bei einer Anzahl von Hindernissen und Entmutigungen wacker beigestanden.

Innen allen, den Menschen wie den Instituten, sage ich meinen Dank dafür, dass sie dieses Buch möglich gemacht haben. Die Irrtümer und Fehler, die sich darin finden mögen, sind selbstverständlich die meinen.

Bibliographie

1

Ich habe die Frage des Quellenmaterials zu diesem Buch bereits im Vorwort kurz erörtert. Der Leser findet eine ausführliche Erläuterung einer jeden spezifischen dokumentarischen Unterlage in den Fussnoten zu den Quellen bei der jeweiligen erstmaligen Erwähnung einer jeden Unterlage. In ähnlicher Weise findet sich eine Bewertung von Memoirenwerken, Tagebüchern, Journalen und ihrer Verfasser im Text und den zugehörigen Anmerkungen. Ausserdem sei auf die Danksagung verwiesen.

Veröffentlichte dokumentarische Unterlagen

Belgium – The Official Account of What Happened in 1939-1940. Im Auftrag des belgischen Aussenministeriums veröffentlicht vom Verlag Didier, New York 1942 (das belgische Graubuch).

Débats Parlementaires, Chambre des Députés, Comités Secrets, Journal Officiel. Numero special. 7. April 1948. (Stenographische Protokolle der Sitzungen der als Geheimausschuss beratenden Deputiertenkammer am 9. Februar, 19. März und 19. April 1940.)

Débats Parlementaires, Senat, Comités Secrets. Journal Officiel, Numero special. 7. April 1948. (Stenographisches Protokoll der Sitzungen des als Geheimausschuss beratenden Senats am 14. und 15. März und 17. und 18. April 1940.)

Documents concerning German-Polish Relations and the Outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany on September 3. London 1939 (das britische Blaubuch).

Documents Diplomatiques Française, 2. Serie (1936-1939) Bd. I., Paris 1936 (in den Anmerkungen als DDF zitiert).

Documents on British Foreign Policy, 1919-1939. London 1947 (in den Anmerkungen als DBrFP zitiert).

Documents on German Foreign Policy, 1918-1943. Folge D, 1937-1945. 10 Bände (bis 1957). Washington, U. S. Department of State (als DGFP zitiert).

Documents Secrets de l'Etat Major General Français. Berlin 1941 (von den Deutschen erbeutete Dokumente und vom Auswärtigen Amt ins Deutsche übersetzt).

Foreign Relations of the United States. Diplomatie Papers, 1940 (in 5 Bänden). Bd. I und II, Washington 1957 und 1959.

- Giraud, H. Honoré: *Memorandum von General Giraud an Marschall Pétain vom 26. Juli 1940* (unveröffentlicht).
- Gort, John Standish, Lord, Befehlshaber der BEF: *Two dispatches of Lord Gort on the operations of the British army in France* (Zwei Berichte von Lord Gort über die Operationen der britischen Armee in Frankreich) 1939-1940. Veröffentlicht als Anhang zur *London Gazette* (Britischer Regierungsanzeiger) vom 17. Oktober 1941.
- Le Livre Jaune Français. Documents Diplomatiques, 1938-1939*. Paris 1939. Ministère des Affaires Étrangères (Ausserministerium) (das französische Gelbbuch).
- Le Procès du Maréchal Pétain. Compte Rendu Sténographique* (Stenographisches Protokoll), 2 Bde. Paris 1945.
- Le Procès du Maréchal Pétain devant la Haute Cour de Justice* (Textes officiels du Requisitoire et des Plaidoiries) (Amtlicher Wortlaut der Anklagerede und der Plädoyers vor dem Obersten Gerichtshof). Montreal 1946.
- Le Procès Laval. Compte Rendu Sténographique*. Paris 1946.
- Les Événements survenus en France de 1933 à 1943: Témoignages et documents recueillis par la Commission d'Enquête Parlementaire* (Die Ereignisse in Frankreich von 1933 bis 1945: Von dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gesammelte Zeugnisse und Dokumente), 10 Bände. Paris 1947-1954.
- Rapport au nom de la Commission (1) Chargée d'enquête sur les événements survenus en France de 1933 à 1943. «Les Événements du 7 mars 1936.»* Nr. 2344 Assemblée Nationale. Première Legislature. Session de 1947.
- Dies ist das Arbeitsergebnis des Ausschusses, der von der Nationalversammlung 1946 eingesetzt und mit der Untersuchung der Ursachen des Falles von Frankreich im Jahr 1940 beauftragt wurde. Die Bände enthalten den wortgetreuen Text der unter Eid gemachten Aussagen, die während einer Zeitspanne von fünf Jahren von den meisten der Hauptpersönlichkeiten der letzten Jahre der Republik sowie anderer entscheidender Zeugen vor dem Ausschuss abgelegt wurden. Sie enthalten ausserdem eine grosse Anzahl von Geheimdokumenten. Da die Politik der französischen Regierungen seit 1945 dahin ging, die Veröffentlichung von vertraulichen Staatsakten und Regierungsdokumenten aus dem letzten Jahrzehnt der Dritten Republik zurückzuhalten, stellen die Bände des Untersuchungsausschusses und besonders Band II (Dokumente) die einzige erhebliche Sammlung dar, die zur Verfügung steht.
- La Campagne de mai 1940*. (Zwanzig Karten mit Erläuterungen) veröffentlicht seit 1945 von der Section historique de l'Armée (Historische Abteilung des Heeres).
- Nazi Conspiracy and Aggression*. 10 Bände. Washington: U. S. Government Printing Office, 1946 (zitiert als NAC).
- Peace and War. U.S. Foreign Policy, 1931-1941*. Washington, U. S. Government Printing Office, 1942.
- Rapport de la Commission d'Information instituée par S. M. le roi Leopold III*. Brüssel 1947. (In englischer Sprache: Report by the Commission of Information constituted by Leopold III on Juli 14, 1946. The Royal Question, London 1949.)

Recueil de documents établi par le secretariat du roi concernant la période 1936-1949. Supplément au Recueil de documents établi par le secretariat du roi concernant la période 1936-1949. Brüssel 1950 (Ergänzung des vorigen).

Bibliographische Unterlagen

Bibliographie Annuelle de l'Histoire de France. Veröffentlicht vom Centre National de la Recherche Scientifique. Paris 1955.

Bulletin bibliographique. Veröffentlicht von der Bibliothek de Documentation Internationale Contemporaine et Musée de la Grande Guerre. Begann im Jahr 1946 zu erscheinen, inzwischen ersetzt durch:

Bulletin Analytique de documentation politique, économique et sociale contemporaine. Paris 1946.

Debyser, F.: *Bibliographie des ouvrages parus en France sur la Guerre 1939-1940 et l'Armistice.* Veröffentlicht in *Cahiers d'Histoire de la Guerre*, Veröffentlichung des Comité d'Histoire de la Guerre. Paris, Januar 1949.

Foreign Affairs Bibliography 1942-1932. New York 1952.

Foreign Affairs, Januar 1960. Band 38, Nr. 2.

Broschüren

Kennedy, Robert M.: *The German Campaign in Poland, 1939.* Department of the Army (U. S. Kriegsministerium) 1956.

Hoover war library, Stanford University: *France During the Occupation. 1939.*

Mowrer, Lillian T.: *Concerning France.* Washington 1944.

Warabiot, General Louis: *Le 1^{er} Bataillon de Chars dans la Bataille de Noyon.*

Veröffentlichungen in Zeitschriften

Albord, General Tony: *Appel à l'Imagination.* In *Revue de Défense Nationale*, August bis September, 1949.

Anonym: *Histoire de la 2^{me} guerre mondiale. Première période, 1939-1940.* In *Revue historique de l'armée.* Nummern 1-4, 1948.

Anonym: *La Guerre jusqu'en 1940.* In *Revue historique de l'armée.* Nr. 4, 1955.

Bankwitz, Philip C. F.: *Maxime Weygand and the Fall of France: a Study in Civil-Military Relations.* In *The Journal of Modern History*, XXXI, Nr. 4, September 1959.

Baumont, Maurice: *French Critics and Apologists Debate Munich.* In *Foreign Affairs*, XXV, 1947.

- Cairns, John C.: *Along the Road Back to France, 1940*. In *The American Historical Review*, LXIV, April 1959.
- Cairns, John C.: *Great Britain and the Fall of France – A Study in Allied Disunity*. In *The Journal of Modern History*, XXVII, Nr. 4. Dezember 1955.
- Daladier, Edouard: *Munich*. Drei Artikel des ehemaligen Ministerpräsidenten über die München-Krise, die in aufeinanderfolgenden Nummern von *Candide* am 7., 14. und 21. September 1961 erschienen.
- Dhers, Pierre: *Les Fables de M. Pierre-Etienne Flandin*. In *Terre Humaine*, Paris, Juni 1952.
- Duval, General Maurice: *L'armée française de 1938*. In *Revue de Paris*, 15. August 1938.
- Gide, André: *Léon Blum*. In *Vendredi*, 5. Juni 1936.
- Grasset, Oberst Alphonse Louis: *La Défense nationale et l'effort nécessaire*. In *Revue des Deux Mondes*, 15. Juni 1938.
- Guillaumat, General: *L'armée française devant le réarmement allemand*. In *Revue Politique et Parlementaire*, 10. Mai 1935.
- Haight, John McVickar, J.: *France, the United States and the Munich Crisis*. In *The Journal of Modern History*, XXVII, Nr. 4, Dezember 1950.
- Lyet, Oberst J.: *Le 10 mai 1940. Français et Allemands ont les uns et les autres joué leur chances sur une seule carte*. In *Le Monde*, Paris, 11. Mai 1960.
- Mady, W.: *Les Fonds d'archives concernant la deuxième guerre mondiale aux archives nationales*. In *Cahiers d'Histoire de la Guerre*, Nr. 1, Januar 1949.
- Niessei, General Henri Albert: *Les Besoins militaires de la France*. In *Revue Universelle*, 1. Dezember 1937.
- Peguy, Charles: *Cahiers de la Quinzaine*. 22. Oktober 1905.
- Peguy, Charles: *Pétain et la cinquième colonne*. In *Publications Clandestines*. Editions du Franc-Tireur, Februar 1944.
- Pierlot, Hubert: *Pages d'histoire*. Eine Folge von zwölf Artikeln in *Le Soir*, Brüssel, 5.-19. Juli 1947.
- Rémond, Rene: *Les anciens combattants et la politique*. In *Revue Française de Science Politique*, 1955.
- Reynaud, Paul: *Antwort an Weygand* (übersetzter Titel). In *Le Figaro*, Paris, 29. Juni 1963.
- Sontag, Raymond J.: *Between the Wars*. In *Pacific Historical Review*, Februar 1960.
- Weygand, General Maxime: *Offener Brief an Paul Reynaud* (übersetzter Titel). In *Le Figaro, Paris*, 29. Juni 1963.
- Weygand, General Maxime: *L'Etat militaire de la France*. In *Revue des Deux Mondes*, 15. Oktober 1936.
- Weygand, General Maxime: *La Sécurité française*. In *Revue Hebdomadaire*, 6. Februar 1937-
- Weygand, General Maxime: *L'Unite de l'armée*. In *Revue Militaire Générale*. Januar 1937-

Wright, Gordon: *Ambassador Bullitt and the Fall of France*. In *World Politics*, Nr. 1, 1957

Artikel in der Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale

(Publication trimestrielle) Presses Universitaires de France, Paris.

Bell, P. M. H.: «Prologue de Mers-el-Kébir», Nr. 33, Januar 1959.

Cosse-Brissac, General Philippe de: «L'armée allemande dans la Campagne de France de 1940», Nr. 53, Januar 1964.

Dautry, R.: «Note au President du Conseil (13 juin 1940)», Nr. 3, Juni 1951.

De Jong, C. T.: «L'attaque allemande sur la Hollande en 1940», Nr. 20, Oktober 1955.

Dhers, P.: «Du 7 mars, 1936, a l'Ile de Yeu», Nr. 5, Januar 1952.

d'Hoop, J. M.: «La politique française de réarmement (1933-1939)»/ Nr. 14, April 1954

Goutard, Oberst A.: «La menace allemande sur l'A.F.N.», Nr. 44, Oktober 1961.

Haight, J. MeV., Jr.: «Les achats d'avions americains par la France», Nr. 58, April 1965.

Le Goyet, Oberstleutnant: «La percee de Sedan (10-15 mai 1940)»/ Nr. 59, Juli 1965.

Levy, Oberst Paul: «L'organisation de la propagande allemande en France», Nr. 64, Oktober 1966.

Marin, Louis: «Contribution à l'étude des prodromes de l'armistice», Nr. 3, Juni 1951.

Marin, Louis: «Gouvernement et commandement» (mai-juin 1940), I, Nr. 8, Oktober 1952.

Marin, Louis: «Gouvernement et commandement», II, Nr. 9, Januar 1953.

Medlicott, W. N.: «De Munich à Prague», Nr. 13, Januar 1956.

Megret, M.: «Les origines de la propagande de guerre française», Nr. 41, Januar 1961.

Michel, Henri: «La Commission parlementaire d'enquête», Nr. 3, Juni 1951.

Noël, Léon: «Le projet d'union franco-britannique de juin 1940», Nr. 21, Januar 1956.

Rollot, General: «L'offensive de Sedan: les rapports franco-belges», Nr. 38, April 1960.

Soucy, Dr. R.: «Le fascisme de Drieu La Rochelle», Nr. 66, April 1967.

Tournoux, General: «Les origines de la Ligne Maginot», Nr. 33, Januar 1959.

Truchet, A.: «L'Armistice et l'Afrique du Nord», Nr. 3, Juni 1951.

Vanwelkenhuyzen, Jean: «L'alerte du 10 janvier 1940», Nr. 12, Oktober 1953.

Vial, J.: «La défense nationale: son Organisation entre les deux guerres», Nr. 18, April 1955-

Viault, B. S.: «Les demarches pour le retablissement de la paix (septembre 1939-août 1940)», Nr. 67, Juli 1967.

Villatte, R.: «Le changement de commandement de mai 1940», Nr. 5, Januar 1952.

Wanty, General Emile: «Improvisation de la liaison belgo-britannique du 10 au 18 mai 1940», Nr. 55, Januar 1964.

- Wanty, General Emile: «La Défense des Ardennes en 1940», Nr. 42, April 1961.
 Wanty, General Emile: «Les relations militaires franco-belges, 1936-octobre 1939»,
 Nr. 31, Juli 1958.
 Willeequet, J.: «La politique belge d'indépendance, 1936-1940», Nr. 31, Juli 1958.
 Willeequet, J.: «Les fascismes belges», Nr. 66, April 1967.

Allgemeine Werke

- Abetz, Otto: *Pétain et les Allemands. Memorandum sur les rapports franco-allemands.* Paris 1948.
 Abetz, Otto: *D'une Prison.* Paris 1949.
 Abetz, Otto: *Histoire d'une politique franco-allemande. 1930-1950. Mémoires d'un Ambassadeur.* Paris 1953.
 «Alain»: *Éléments d'une doctrine radicale.* Paris 1925.
 Albert-Sorel, Jean: *Le Chemin de Croix, 1939-1940.* Paris 1943.
 Albord, General Tony: *Pourquoi cela est arrivé, ou les responsabilités d'une génération militaire 1919-1939.* Nantes 1946.
 Alerme, Oberst M.M.E.M.: *Les causes militaires de notre défaite.* Paris 1940.
 Amoureux, Henri: *La Vie des Français sous l'occupation.* Paris 1961.
 Amoureux, Henri: *Le 18 juin 1940.* Paris 1964.
 Anonym: *Feue l'armée française.* Paris 1929.
 Anonym: *L'armée française.* Paris 1936.
 Anonym: *Un témoignage: Le Diktat de Rethondes et l'Armistice franco-italien de juin 1940.* Paris 1954.
 Antherieu, E.: *Grandeur et sacrifice de la ligne Maginot.* Paris 1962.
 Arango, E. Ramon: *Leopold III and the Belgian Royal Question.* Baltimore 1963.
 Arenstam, Arved: *Tapestry of a Debacle. From Paris to Vichy.* London 1942.
 Armongaud, General André: *Batailles politiques et militaires sur l'Europe. Témoignages (1932-1940).* Paris 1948.
 Armstrong, Hamilton Fish: *Chronology of Failure.* New York 1940.
 Aron, Raymond: *Le Grand Schisme.* Paris 1948.
 Aron, Raymond: *France, the New Republic.* New York 1960.
 Aron, Robert: *Le Piège ou nous a pris l'Histoire.* Paris 1950.
 Aron, Robert: *Histoire de Vichy, 1940-1944.* Paris 1954. Englische Ausgabe: *The Vichy Regime.*
 Aron, Robert: *Les grands Dossiers de l'Histoire contemporaine.* Paris 1962.
 Aron, Robert: *Nouveaux grands Dossiers de l'Histoire Contemporaine.* Paris 1964.
 Audry, Colette: *Léon Blum, ou la politique du juste: essai.* Collection: *Les Temps Modernes*, dirigée par Jean-Paul Sartre. Paris 1955.
 Auriol, Vincent: *Hier... demain.* 2 Bände. Paris 1945.

- Bainville, Jacques: *Histoire de France*. Paris 1924.
- Baraduc, Jacques: *Dans la cellule de Pierre Laval*. Paris 1948.
- Bardies, Oberst de: *La Campagne, 1939-1940*. Paris 1947.
- Bardoux, Jacques: *Journal d'un témoin de la Troisième, 1^{er} septembre 1939 - 13 juillet, 1940*. Paris 1957.
- Barlone, D.: *A French Officer's Diary (23 August 1939 - 1 October 1940)*. Cambridge University Press 1942.
- Barrès, Philippe: *Charles de Gaulle*. New York 1941.
- Baudouin, Paul: *Neuf mois au gouvernement, avril-décembre 1940*. Paris 1948. Englische Übersetzung: *The Private Diaries of Paul Baudouin*. London 1953.
- Bauer, Major Eddy: *La Guerre des blindes*. 2 Bände. 2. Aufl., Paris 1962.
- Baumont, Maurice: *La Faillite de la Paix, 1918-1939*. 2 Bände. Paris 1945, 1950.
- Baumont, Maurice: *Aux Sources de l'affaire*. 1959.
- Beau de Lomenie, Emmanuel: *La Mort de la Troisième République*. Paris 1951.
- Beau de Loménie, Emmanuel: *Les Responsabilités des dynasties bourgeoises*. 4 Bände. Paris 1954.
- Band I: *De Bonaparte à Mac-Mahon*.
- Band II: *De Mac-Mahon à Poincaré*.
- Band III: *Sous la Troisième République*.
- Band IV: *Du Cartel à Hitler*.
- Beau de Lomenie, Emmanuel: *Introduction à la Stratégie*. Paris 1963.
- Beaufre, General André: *Le Drame de 1940*. Paris 1965.
- Bechtel, Guy: *Laval 20 ans après*. Paris 1963.
- Becker, Carl L.: *Modern History*. New York 1931.
- Becquart, Henry: *Au Temps du silence. De Bordeaux à Vichy. Souvenirs et réflexions*. Paris o. J.
- Benazet, P.: *Défense nationale, notre sécurité*. Paris 1938.
- Benoist-Mechin, Jacques: *Les soixante jours qui ébranlèrent l'Occident*. 3 Bände. Paris 1946-1956.
- Berl, Emmanuel: *La France irréaliste*. Paris 1957.
- Bertillon, J.: *La Dépopulation de la France*. Paris 1911.
- Bidou, Henri: *La Bataille de France*. Genf 1941.
- Bidou, Henri: *Blitzkrieg*. Band I: *Eyewitness History of World War II*. Beiträge verschiedener Autoren. New York 1962.
- Bloch, Marc: *L'Étrange Défaite*. Paris 1957. Englische Ausgabe: *Strange Defeat. A Statement of Evidence Written in 1940*. London 1949.
- Blum, Léon: *L'Œuvre de Léon Blum*. 7 Bände. Paris 1954-1963. Band V: *Mémoires, La Prison et le Procès, A l'échelle humaine, 1940-1943*. Paris 1955.
- Blum, Léon: *For All Mankind* (Übersetzung von *A l'échelle humaine*). London 1946.
- Bodin, Louis und Touchard, Jean: *Front populaire. 1936*. Paris 1961.
- Bois, Elie J.: *Truth on the Tragedy of France*. London 1941.

- Bonnefous, Edouard: *Histoire politique de la troisième république*. 7 Bände. Paris 1952 bis 1967.
- Bonnet, Georges: *Défense de la Paix*. 2 Bände, Genf 1946, 1948.
 Band I: *De Washington au Quai d'Orsay*.
 Band II: *Fin d'une Europe (de Munich à la guerre)*.
- Bonnet, Georges: *Le Quai d'Orsay sous trois républiques*. Paris 1961.
- Bonnevay, Laurent: *Les Journées sanglantes de février: pages d'histoire, 1934*. Paris 1935
- Boothe, Clare: *Europe in the Spring*. New York 1940.
- Bourget, P. A.: *De Beyrouth à Bordeaux*. Paris 1946.
- Bourget, General Victor: *La Tragédie de l'armée française*. Paris 1947.
- Boussel, Patrice: *L'Affaire Dreyfus et la presse*. Paris 1960.
- Bouthillier, Yves: *Le Drame de Vichy. Face à l'ennemi, face à l'allié*. Paris 1950.
- Bret, Paul-Louis: *Au feu des événements. Mémoires d'un journaliste. Londres-Alger (1929-1944)*. Paris 1959.
- Brogan, Denis William: *France under the Republic: The Development of Modern France (1870-1939)*. New York und London 1942.
- Brogan, Denis William: *French Personalities and Problems*. New York 1947.
- Brogan, Denis William: *The French Nation: From Napoleon to Pétain, 1814-1940*. New York und London 1957.
- Brosse, General: *Les Éléments de notre défense nationale, 1936*. Paris 1936.
- Bryant, Arthur: *The Turn of the Tide*. New York 1957 (unter Zugrundelegung der Tagebücher von Feldmarschall Lord Alanbrooke).
- Byrnes, Robert F.: *Antisemitism in Modern France*. 2 Bände. New Jersey 1950. Band I: *The Prologue to the Dreyfus Affair*.
- Carr, Edward Hallet: *The Twenty Years' Crisis, 1919-1939*. London 1942.
- Carrias, Eugene: *La pensée militaire française*. Paris 1960.
- Challender, Richard D.: *The French Theory of the Nation in Arms. 1866-1939*. New York 1955.
- Chambe, General René: *Histoire de l'aviation*. Paris 1949.
- Chamboard, Marcel: *Ombres et clartés de la Campagne belge de 1940*. Brüssel 1946.
- Chapman, Guy: *The Third Republic of France. The First Phase, 1871-1894*. New York 1950.
- Chapman, Guy: *The Dreyfus Case. A Reassessment*. London 1955.
- Charenso, Georges: *L'Affaire Dreyfus et la troisième république*. Paris 1930.
- Charles-Roux, F.: *Cinq mois tragiques aux affaires étrangères (21 mai - 1 novembre, 1940)*. Paris 1949.
- Charnay, Geoffroy de: *Synarchie* (vierundfünfzig Artikel, darunter von Roger Mennevé durch seine Agence Indépendante d'Informations Internationales veröffentlichte Dokumente).

- Charpentier, Georges: *Au Service de la liberté* (ohne Erscheinungsort und Jahr).
- Chastenet, Jacques: *Histoire de la troisième république*. 7 Bände. Paris 1952-1963.
- Chautemps, Camille: *Cahiers secrets de l'armistice, 1939-1940*. Paris 1963.
- Churchill, Winston Spencer: *The Second World War*. 6 Bände. Boston 1948-1953.
Band I: *The Gathering Storm*.
Band II: *Their Finest Hour* (dtisch. Ausgabe: Englands grösste Stunde, Teil I, Der Zusammenbruch Frankreichs, Bern/München 1953).
- Ciano, Graf Galeazzo: *The Ciano Diaries, 1939-1943*, hrsg. von Hugh Gibson. New York 1946.
- Ciano, Graf Galeazzo: *Ciano's Hidden Diary, 1937-1938*. New York 1953.
- Clemenceau, Georges: *Grandeurs et misères d'une victoire*. Paris 1930.
- Cole, Hubert: *Laval, A Biography*. London 1963.
- Colton, Joël: *Léon Blum, Humanist in Politics*. New York 1966.
- Conquet, General A.A.P.P.: *L'Enigme de notre manque de divisions blindées. 1932 bis 1940*. Paris 1956.
- Coston, Henry: *Les Technocrates et la synarchie*. Paris 1962.
- Cot, Pierre: *Triumph of Treason*. Chicago 1944.
- Coulondre, Robert: *De Stalin à Hitler. Souvenirs de deux ambassades, 1936-1939*. Paris 1950.
- Craig, Gordon A. und Gilbert, Felix (Hrsg.): *The Diplomats. 1919-1939*. Princeton 1953-
- Crane, Milton (Hrsg.): *The Roosevelt Era*. New York 1947.
- Cognac, General Gaspar Jean Marie de: *Les quarante jours (10 mai-19 juin 1940)*. Paris 1947.
- Dardenne, Henriette: *Lumières sur l'affaire Dreyfus*. Paris 1964.
- D'Astier de la Vigerie, General: *Le ciel n'était pas vide. 1940*. Paris 1952.
- Davis, Forrest und Lindley, Ernest K.: *How War Came*. New York 1942.
- Debu-Bridel, Jacques: *L'Agonie de la troisième république, 1923-1933*. Paris 1948.
- De Jong, Louis: *The German 3th Column in the Second World War*. London 1956.
- De Jong, Louis und Stoppelman, Joseph W. F.: *The Lion Rampant*. New York 1943.
- D'Estaing, Giscard: *D'Esterhazy à Dreyfus*. Paris 1960.
- Dhers, Pierre: *Regards nouveaux sur les années quarante*. Paris 1958.
- Dhers, Pierre: *L'Armistice. L'Assemblée nationale*, in: *La France sous l'occupation*. Paris 1959.
- Dolleans, Edouard: *Histoire du mouvement ouvrier, 1830 à nos jours*. 3 Bände. Paris 1947-1953.
- Doumenc, General Amies: *Histoire de la 9^e armée*. Paris 1945.
- Draper, Theodore: *The Six Weeks' War. France, May 10-Juni 26, 1940*. New York 1944.
- Dreyfus, Alfred: *Cinq Années de ma vie*. Paris 1962.

- Duroselle, J. B.: *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours*. Paris 1957.
- Dutourd, Jean: *The Taxis of the Marne*. New York 1957.
- Dutraut-Crozon, Henri: *Précis de l'affaire Dreyfus*. 1909.
- Earl, Edward Mead (Hrsg.): *Makers of Modern Strategy. Military Thought from Machiavelli to Hitler*. Princeton 1943.
- Earl, Edward Mead (Hrsg.): *Modern France. Problems of the Third and Fourth Republics*. Princeton 1951.
- Eden, Anthony: *The Memoirs of Anthony Eden, Earl of Avon*. 2 Bände. Boston 1965.
Band I: *Facing the Dictators, 1923-1938*.
Band II: *The Reckoning*.
- Ehrmann, Henry W.: *The French Labor Movements from the Popular Front to Liberation*. New York 1947.
- Ellis, Major L. F.: *The War in France and Flanders, 1939-1940*. London 1953.
Encyclopédie Politique de la France et du monde. 2 Bände. Paris 1946.
- Fabre-Luce, Alfred: *Au nom des silencieux*. Paris 1945.
- Fabre-Luce, Alfred: *Journal de la France*. 1939-1944. Paris 1946.
- Fabry, J.: *De la Place de la Concorde au cours de l'intendance. Février 1934-Juin 1940*. Paris 1942.
- Fabry, J.: *J'ai connu... 1914-1934, 1934-1943*. Paris 1960.
- Farrère, Claude: *Histoire de la Marine*. Paris 1956.
- Fauvet, Jacques: *Histoire du parti communiste français*. 2 Bände. Paris 1964.
- Feilling, Keith: *The Life of Neville Chamberlain*. London 1946.
- Fernand-Laurent, J. C.: *Gallic Charter*. Boston 1944.
- Feuchter, Georg W.: *Geschichte des Luftkriegs*. Bonn 1954.
- Fisher, H. A. L.: *A History of Europe*. London 1936.
- Flandin, Pierre-Etienne: *Politique française 1919-1940*. Paris 1947.
- Foerster, Wolfgang: *Ein General kämpft gegen den Krieg (Die Aufzeichnungen des Generals Beck)*. München 1949.
- François-Poncet, André: *De Versailles a Potsdam*. Paris 1948.
- François-Poncet, André: *The Fateful «Years. Memoirs of a French Ambassador in Berlin. 1931-1938*. New York 1949.
- Füller, Generalmajor J. F. C.: *The Second World War, 1939-1943*. New York 1949.
- Furnia, Arthur H.: *The Diplomacy of Appeasement. Anglo-French Relations and the Prelude to World War II. 1931-1938*. Washington, D.C., 1960.
- Gamelin, General Maurice Gustave: *Servir*. 3 Bände. Paris 1947.
Band I: *Les armées françaises de 1940*.
Band II: *Le prologue du drame (1930-août 1939)*.
Band III: *La guerre septembre 1939-19 mai 1940*.

- Gannett, Lewis (Hrsg.): *I Saw It Happen. Eyewitness Accounts of the War*. New York 1942.
- Gard, Maurice Martin du: *Chronique de Vichy*. Paris 1948.
- Garnett, David: *War in the Air. September, 1939-May 1942*. New York 1941.
- Gauche, General Fernand Georges: *Le deuxième bureau au travail*. Paris 1953.
- Gaulle, General Charles de: *Le fil de l'épée*. Paris 1932 (englische Ausgabe: *The Edge of the Sword*, 1960).
- Gaulle, General Charles de: *Vers l'armée de métier*. Paris 1934 (englische Ausgabe: *The Army of the Future*. Philadelphia 1941).
- Gaulle, General Charles de: *La France et son armée*. Paris 1938 (englische Ausgabe: *France and her Army*. London 1948).
- Gaulle, General Charles de: *Mémoires de Guerre*. 3 Bände. Paris 1954 (englische Ausgabe: *War Memoirs*. 3 Bände. London 1955-1960).
- Band I: *L'Appel 1940-1942* (deutsche Ausgabe: *Der Ruf, 1940-1942*. Berlin/Frankfurt a. M. 1955).
- Band II: *L'Unité 1942-1944*.
- Band III: *Le Salut 1944-1946*.
- Gide, André: *Journal 1939-1949 Souvenirs*. Paris 1954.
- Goguel, François: *La Politique des partis sous la III^e République*. 3. Aufl. Paris 1958.
- Goguel, François und Grosser, Alfred: *La politique en France*. Paris 1964.
- Gorce, Paul-Marie de la: *The French Army, A Military-Political History*. New York 1963.
- Gorce, Paul-Marie de la: *De Gaulle entre deux mondes*. Paris 1964.
- Goutard, Oberst Alphonse: 2940. *La Guerre des Occasions Perdues*. Paris 1956 (englische Ausgabe: *The Battle of France, 1940*. London 1958).
- Grandsard, General C.: *Le 10^e Corps d'armée dans la bataille*. Paris 1949.
- Guderian, General Heinz: *Erinnerungen eines Soldaten*. IV. Aufl., Neckargemünd 1960 (englische Ausgabe: *Panzer Leader*. New York 1957).
- Guerard, Albert: *The France of Tomorrow*. Cambridge 1942.
- Guillemin, Henri: *L'Enigme Esterhazy*. Paris 1962.
- Guitard, Louis: *La petite histoire de la III^e République. Souvenirs de Maurice Colrat*. Paris 1959.
- Günther, John: *Inside Europe*. New York 1936.
- Halasz, Nicholas: *Captain Dreyfus. The Story of a Mass Hysteria*. New York 1955.
- Haider, General Franz: *Hitler als Feldherr*. München 1949.
- Haider, General Franz: *Kriegstagebuch*. 3 Bände. Stuttgart 1962.
- Hanotaux, Gabriel: *Histoire illustrée de la guerre de 1914* (ohne Ort und Jahr).
- Hatch, Alden: *The de Gaulle Nobody Knows*. New York 1960.
- Hayes, Carlton J. H.: *A Political and Social History of Modern Europe*. 2 Bände. New York 1922, 1929.

Headings, Mildred J.: *French Free-Masonry Linder the Third Republic*. Baltimore 1949.
 Henderson, Sir Nevile: *The Failure of a Mission*. New York 1940.
 Hering, General Pierre: *La Vie exemplaire de Philippe Pétain*. Paris 1952.
 Herriot, Edouard: *Episodes. 1940-1944*. Paris 1950.
 Herriot, Edouard: *Jadis. D'une Guerre à l'autre 1914-1936*.
 Herriot, Edouard: *Histoire des littératures*. Bd III. *Encyclopédie de la Pleiade*. Paris 1958.
 Home, Alistair: *The Price of Glory: Verdun, 1916*. New York 1963.
 Howe, Quincy: *A World History of Our Times*. New York 1949. Band I: *The World between the Wars*. New York 1953.
 Huber, Michel: *La Population de la France pendant la guerre*. Paris 1931.
 Huddleston, Sisley, France: *The Tragic Years, 1939-1947*. Chicago 1955.
 Hull, Cordell: *The Memoirs of Cordell Hull*. 2 Bände. New York 1948.
 Ickes, Harold L.: *The Secret Diary of Harold L. Ickes*. New York 1953, 1954.

Band I: *The First Thousand Days*.

Band II: *The Lowering Clouds*.

Jacobsen, Hans-Adolph: *Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive, 1940*. Wiesbaden 1957.
 Jacobsen, Hans-Adolph: *Dokumente zum Westfeldzug 1940*. Berlin 1960.
 Jacomet, Robert: *L'Armement de la France 1936-1940*. Paris 1945.
 Johnson, Douglas: *France and the Dreyfus Affair*. New York 1967.
 Joll, James (Hrsg.): *The Decline of the Third Republic*. St. Anthony's Papers, Nr. 5, London 1955. 1. «The Sixth of February» von Max Beloff. 2. «The Making of the Populär Front» von James Joll. 3. «The Rhineland Crisis of March 1936» von W. F. Knapp. 4. «The Tiger's Cub: the last Years of Georges Mandel» von John Sherwood.
 Joll, James: *Intellectuals in Politics. Three Biographical Essays*. London 1960.
 Jullian, Camille: *Extraits des historiens français du XIX^{ème} siecle*. Paris 1898.
 Kämmerer, Albert: *Les Responsables*. Paris 1938.
 Kämmerer, Albert: *La Vérité sur l'armistice*. Paris 1944.
 Kämmerer, Albert: *La Tragédie de Mers-el-Kébir (L'Angleterre et la flotte française)* Paris 1945.
 Kayser, Jacques: *L'Affaire Dreyfus*. Paris 1946.
 Kerillis, Henri de: *Français, voice la vérité*. New York 1942.
 Kirk, Dudley: *Population and Population Trends in Modern France*, in *Modern France*, hrsg. von Edward Meade Earle. Princeton 1951.
 Koeltz, General L.: *Comment s'est joué notre destin*. Paris 1957.
 Kordt, Erich: *Unveröffentlichtes Memorandum*.

- Labarthe, A.: *La France devant la guerre. La Balance des forces*. Paris 1939.
- Labusquiere, Jean: *Vérité sur les Combattants*, in *Grandes Batailles de mai et juin 1940* (hrsg. von H. Lardanchet, Paris 1941).
- Laffargue, General André Charles Victor: *Justice pour ceux de 40*. Paris 1952.
- Langer, William L.: *Our Vichy Gamble*. New York 1947.
- Langer, William L. und Gleason, S. Everett: *The Challenge do Isolation 1937-1940*. New York o. J.
- Langsam, Walter Consuelo: *The World since 1919*. New York 1954.
- Langsam, Walter Consuelo: *Historie Documents of World War II*. New York 1958.
- Launay, Jacques de: *Les Grandes Controverses de l'histoire contemporaine*. Lausanne 1964.
- Launay, Jacques de: *Histoire contemporaine de la diplomatie secrète, 1914-1943*. Lausanne 1965.
- Laval, Josee (Hrsg.): *The Diary of Pierre Laval* (englische Übersetzung von Laval parle ... notes et mémoires rédigés à Fresnes d'août à octobre 1945)- New York 1948.
- Lazareff, Pierre: *De Munich à Vichy*. New York 1944.
- Lazareff, Pierre: *Demiere Edition. Histoire d'une époque*. Kanada o. J.
- Lebrun, Albert: *Témoignage*. Paris 1945.
- Leroy-Beaulieu, Paul: *La Question de la population*. Paris 1913.
- Liddell Hart, B. H.: *The German Generals Talk*. New York 1948.
- Ligou, Daniel: *Histoire du socialisme en France 1871-1961*. Paris 1961.
- Lorwin, Val R.: *The French Labor Movement*. Cambridge 1954.
- Lossberg, General Bernhard von: *Im Wehrmacht-Führungsstab*. Hamburg 1950.
- Loucheur, Louis: *Carnets secrets de Louis Loucheur*. Lausanne 1962.
- Louis, Paul: *Histoire du socialisme en France*. Paris 1946.
- Loustauneau-Lacou, Georges: *Mémoires d'un français rebelle. 1914-1948*. Paris 1948.
- Lüthy, Herbert: *France Against Herself*. New York 1955.
- Lugand, Oberstleutnant u.a.: *La Campagne de France mai-juin 1940*. Paris 1953.
- Lyet, Pierre: *La Bataille de France, mai-juin 1940*. Paris 1947.
- Madaule, Jacques: *Histoire de France de 1713 d nos jours*. Bd. II. Paris 1945.
- Maillet, Alfred: *Pierre Laval*. 2 Bände. Paris 1955.
- Manevy, Raymond: *Histoire de la presse. 1914-1939*. Paris 1945.
- Manevy, Raymond: *La presse de la III^e République*. Paris 1955.
- Manstein, Erich von: *Verlorene Siege*. Bonn 1955.
- Maritain, Jacques: *A travers le desastre*. Paris 1942.
- Maurin, General Georges: *L'armée moderne*. Paris 1938.
- Maurois, André: *Tragedy in France*. New York 1940.
- Maze, Pierre und Genebrier, Roger: *Les grandes Journées du Procès de Riom*. Paris

- McInnes, Edgar: *The War: First Year*. Kanada 1940.
- Menu, General: *Lumière sur les ruines*. Paris o. J.
- Micaud, Charles A.: *The French Right and Nazi Germany, 1933-1939*. Durham. N.C., 1943-
- Michel, Henri: *Histoire de la résistance, 1940-1944*. Paris 1950.
- Michels, Spencer Allen: *Fafade – a study of Public Opinion in France in 1940*. Unveröffentlichte Dissertation, Princeton 1959.
- Michiels, General Oscar: *18 jours de guerre en Belgique*. Paris 1947.
- Minart, Oberst Jacques: *P. C. Vincennes, Secteur 4*. 2 Bände. Paris 1945.
- Miquel, Pierre: *L’Affaire Dreyfus*. Paris 1959.
- Montgomery, Feldmarschall Viscount: *The Memoirs of Field Marschal Montgomery*. New York 1958.
- Montigny, Jean: *Toute la vérité sur un mois dramatique de notre histoire. De l’Armistice à l’Assemblée nationale, 13 juin-13 juillet, 1940*. Paris 1940.
- Montmorency, Alec: *The Enigma of Admiral Darlan*. New York 1943.
- Monzie, Anatole de: *Ci-devant*. Paris 1942.
- Mordacq, General Jean Jules Henri: *La défense nationale en danger*. Paris 1938.
- Morgenthau, Henry, Jr.: *The Morgenthau Diaries*. New York 1947.
- Müller, Klaus-Jürgen: *Das Ende der Entente Cordiale*. Frankfurt o. J.
- Murphy, Robert: *Diplomat Among Warriors*. New York 1964.
- Namier, L. B.: *Diplomatie Prelude 1938-1939*. New York 1948.
- Namier, L. B.: *Europe in Decay. A Study in Disintegration, 1936-1940*. London 1950.
- Namier, L. B.: *In the Nazi Era*. London 1952.
- Niknov: *Origins of World War II* (ohne Erscheinungsort und Jahr).
- Noël, Genevieve: *La Mort étrange de la III^e République*. Paris 1960.
- Noël, Léon: *Une Ambassade à Varsovie, 1933-1939*. Paris 1944.
- Noël, Léon: *La République accusée. Au Procès de Riom*. Paris 1945.
- Noël, Léon: *Munich, ou la drôle de paix*. Paris 1963.
- Noguères, Henri: *Histoire de la résistance en France, juin 1940-juin 1941*. Paris 1967.
- Noguères, Louis: *Un Défi à la Résistance: M. Jules Jeanneney, Ministre d’Etat*. Herausgegeben von de ‚Vaincre‘.
- Noguères, Louis: *Le Véritable Procès du Maréchal Pétain*. Paris 1955.
- Noguères, Louis: *La dernière étape Sigmaringen*. Paris 1956.
- Noguères, Louis: *La haute Cour de la libération, 1944-1949*. Paris 1965.
- Nolte, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche*. München 1963.
- Olle-Laprune, Jacques: *La Stabilité des ministres sous la Troisième République, 1879 bis 1940*. Paris 1962.
- Overstraeten, General Raoul van: *Albert I. – Leopold III. Vingt ans de politique militaire belge, 1920-1940*. Brüssel 1946.

- Padover, Saul K.: *France in Defeat. Causes and Consequences* (Nachdruck aus *World Politics*, II, Nr. 3, April 1950).
- Padover, Saul K.: *France: Setting or Rising Star?* (Headline Series, Nr. 81, Foreign Policy Association, 20. Mai 1950).
- Paquier, Oberst Pierre: *Les forces aériennes françaises de 1939 à 1945*. Paris 1949.
- Passy, Oberst: *Souvenirs (De la résistance)*. 2 Bände. Paris 1946-1947.
- Paul-Boncour, Joseph: *Entre Deux Guerres. Souvenirs sur la III^e République*. 3 Bände. Paris 1945-1946.
- Pertinax: *Les Fossoyeurs. Défaite militaire de la France, armistice, contre-révolution*. 2 Bände. New York 1943 (englische Übersetzung: *The Gravediggers of France*. New York 1944).
- Pirou, Gaetan: *Georges Sorel*. Paris 1927.
- Plumyene, J. und Lasierra, R.: *Les Fascismes français. 1923-1963*. Paris 1963.
- Potemkin, V. V. (Hrsg.): *Histoire de la diplomatie. Paris 1946-1947* (französische Ausgabe eines sowjetrussischen Werkes).
- Prételat, General André Gaston: *Le destin tragique de la ligne Maginot* (ohne Erscheinungsort und Jahr).
- Prioux, General A.: *Souvenirs de guerre 1939-1943*. Paris o. J.
- Queval, Jean: *Première Page, Cinquième Colonne*. Paris 1945.
- Rauch, Basil: *Roosevelt: From Munich to Pearl Harbor*. New York 1950.
- Reclus, Maurice: *Grandeur de la troisième*. Paris 1948.
- Reinach, Joseph: *Histoire de l'affaire Dreyfus*. 7 Bände. Paris 1901-1911.
- Rémond, Rene: *Les Catholiques, le communisme et les crises, 1929-1939*. Paris 1960.
- Rémond, Rene: *La Droite en France – de la première restauration à la V^e république*. Paris 1963.
- Renouvin, Pierre: *Les Relations internationales, 1914-1943* (acht Vorlesungen am Institut d'études politiques de Paris. 1948-1949).
- Renouvin, Pierre: *Histoire des relations internationales: les crises du XX^e siècle*. 8 Bände. Paris 1957-1958.
- Requin, General Edouard Jean: *D'une Guerre à l'autre. 1919-1939*. Paris 1949.
- Révillon, M.-M. Tony: *Mes Carnets (juin-octobre 1940)*. Paris 1943.
- Reynaud, Paul: *Le Probleme militaire français*. Paris 1937.
- Reynaud, Paul: *La France a sauvé l'Europe*. 2 Bände. Paris 1947.
- Reynaud, Paul: *Au Cœur de la mêlée. 1930-1943*. Paris 1951 (englische Übersetzung unter dem Titel *In the Thick of the Fight*, New York 1955). *Cœur* ist eine revidierte und ausserordentlich verbesserte Fassung von *La France a sauvé l'Europe*.
- Reynaud, Paul: *Mémoires*. 2 Bände. Paris 1960, 1963.
- Band I: *Venu de ma montagne*.
- Band II: *Envers et contre tous, 7 mars 1936-16 juin, 1940*.

- Ribet, Maurice: *Le Procès de Riom*. Paris 1945.
- Richards, Denis: *Royal Air Force 1939-1945*. London 1953.
- Riess, Max (Hrsg.): *Johann Gottlieb Fichte – Ein Evangelium der Freiheit*. Jena und Leipzig 1905.
- Ronse, Edward: *Le Procès de Leopold III*. Brüssel 1945.
- Roton, General Gaston Rene: *Années cruciales, 1939-1940*. Paris 1947.
- Rougier, Louis: *Les Accords Pétain-Churchill*. Montreal 1945.
- Roussy de Sales, Raoul de: *The Making of Yesterday*. New York 1947.
- Ruby, General Edmond: *Sedan, terre d'épreuve*. Paris o. J.
- Rüegg, Walter (Hrsg.): *Thukydides: Geschichte des Peloponnesischen Krieges*. Zürich und Stuttgart 1960.
- Saint-Exupéry, Antoine de: *Flight to Arras*. New York 1942.
- Saintsbury, George: *French Literature and its Masters*. New York 1946.
- Salesse, Oberstleutnant Charles: *L'Aviation de chasse française en 1939-1940*. Paris 1949.
- Sauvy, Alfred: *Histoire économique de la France entre les deux guerres, 1918-1939*. 2 Bände. Paris 1965, 1967.
- Sauvy, Alfred: *La Montée des jeunes*. Paris 1959.
- Sauvy, Alfred: *Théorie générale de la population*. 2 Bände. Paris 1952-1959.
- Schapiro, J. Salwyn: *Modern and Contemporary European History*. New York 1931.
- Schmidt, Paul: *Statist auf diplomatischer Bühne, 1923-1945*. Bonn 1949.
- Schmitt, General: *Toute la vérité sur le Procès Pucheu par un des juges*. Paris 1963.
- Schwartzkoppen, Max von: *The Truth about the Dreyfus Affair – from the Schwartzkoppen Papers*. New York 1931.
- Seignobos, Charles: *L'Evolution de la troisième République*. Paris 1921.
- Sheean, Vincent: *Between the Thunder and the Sun*. New York 1943.
- Sherwood, Robert E.: *Roosevelt and Hopkins*. New York 1948.
- Shirer, William L.: *Berlin Diary*. New York 1941.
- Shirer, William L.: *The Rise and Fall of the Third Reich*. New York 1960 (deutsche Ausgabe: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*. 2 Bände, Taschenbuchausgabe, München und Zürich).
- Shulman, Milton: *Defeat in the West*. New York 1948.
- Slessor, Sir John: *The Central Blue. The Autobiography of Sir John Slessor, Marschal of the R.A.F.* New York 1957.
- Soltau, Roger: *French Political Thought in the 19th Century*. 1931.
- Spears, Sir Edward L.: *Assignment to Catastrophe*. 2 Bände. New York 1955.
Band I: *Prelude to Dunkirk, July 1939-May 1940*.
Band II: *The Fall of France 1940*.
- Spears, Sir Edward L.: *Two Men who Saved France: Pétain and De Gaulle*. New York 1966.

- Stehlin, General Paul: *Témoignage pour l'histoire*. Paris 1964.
- Stéphane, Roger: *Chaque comme est lié au monde*. Paris 1946.
- Suarez, Georges: *Briand, sa vie, son œuvre*. 5 Bände. Paris 1938-1941.
- Taylor, Edmond: *The Strategy of Terror*. Boston 1940.
- Taylor, Telford: *Sword and Swastika*. New York 1952.
- Taylor, Telford: *The March of Conquest*. New York 1958.
- Telpuchowski, B. S.: *Die sowjetische Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-1945*. Frankfurt 1961.
- Temperley, Harold W.: *A History of the Peace Conference of Paris*. 6 Bände. London 1920-1924.
- Thiers, Adolphe: *History of the French Revolution*. Englische Übersetzung. 5 Bände. 1895.
- Thomas, Hugh: *The Spanish Civil War*. London und New York 1961.
- Thomson, David: *Democracy in France. The Third Republic*. New York 1950.
- Thomson, David: *Two Frenchmen: Pierre Laval and Charles de Gaulle*. London 1951.
- Tissier, Pierre: *Le Procès de Riom*. Paris 1943.
- Thompkins, Peter: *The Murder of Admiral Darlan*. New York 1965.
- Torres, Henry: *La France Trahie. Pierre Laval*. New York 1941.
- Tournoux, General Paul-Emile: *Défense des frontieres. Haut-Commandement. Gouvernement. 1919-1939*. Paris 1960.
- Toumoux, J.-R.: *L'Histoire secrète*. Paris 1962.
- Toumoux, J.-R.: *Pétain et de Gaulle*. Paris 1964.
- Tracou, Jean: *Le Maréchal aux Liens*. Paris 1940.
- Truchet, André: *L'Armistice de 1940 et l'Afrique du Nord*. Paris 1955.
- Tuaille, General Jean Louis Georges: *Les Dangers extérieurs et le moral de notre armée nationale*. Paris 1936.
- Tuchman, Barbara W.: *The Guns of August*. New York 1962 (deutsche Ausgabe: *August 1914*. Bern und München 1964).
- Valéry, Paul: *Reflections on the World Today*. New York 1948.
- Vidalenc, Jean: *L'Exode de mai-juin 1940*. Paris 1957.
- Warlimont, General Walter: *Inside Hitler's Headquarters, 1939-1945*. New York 1964.
- Weber, Eugen: *Action française: Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*. Stanford 1963.
- Weill-Reynal, Etienne: *Les Réparations allemandes et la France*. 2 Bände. Paris 1947.
- Werth, Alexander: *France and Munich. Before and After the Surrender*. London 1939.
- Werth, Alexander: *The Last Days of Paris*. London 1940.
- Werth, Alexander: *France 1940-1955*. New York 1956.
- Werth, Alexander: *De Gaulle. A political Biography*. New York 1965.

- Westphal, General Siegfried: *The German Army in the West*. London 1951.
- Weygand, Commandant J.: *The Role of General Weygand*. London 1948.
- Weygand, General Maxime: *Le General Frère – un chef, un héros, un martyr*. Paris 1949.
- Weygand, General Maxime: *Mémoires: Rappele au Service*. Paris 1950.
- Weygand, General Maxime: *Mémoires: Mirages et Réalité*. Paris 1957.
- Weygand, General Maxime: *Histoire de l'armée*. Paris 1961.
- Weygand, General Maxime: *En lisant les Mémoires de Général de Gaulle*. Paris 1965.
- Wheeler-Bennet, John W.: *Munich, Prologue to Tragedy*. New York 1948.
- Wilmot, Chester: *The Struggle for Europe*. New York 1952.
- Wolfers, Arnold: *Britain and France between Two Wars. Conflicting Strategies of Peace since Versailles*. New York 1940.
- Wright, Gordon: *The Reshaping of French Democracy*. London 1950.
- Wright, Gordon: *France in Modern Times. 1760 to the Present*. Chicago 1960.
- Wullus-Rudiger, J.: *Les Origines internationales du drame belge de 1940*. Brüssel 1950.
- Young, Desmond: *Rommel, the Desert Fox*. New York 1950.
- Zay, Jean: *Souvenirs et Solitude*. Paris 1945.
- Zevaes, Alexandre: *Histoire de la troisième république. 1870-1926*. 1. Aufl. Paris 1926.

Namenregister

- Abetz, Otto 406, 433, 461 f.
Abrial, Admiral Jean 722, 777, 783, 787,
791
Adam, General Wilhelm 372 f., 428
Adam, Sir Ronald 783
Alain siehe Chartier, Emile
Albert I., König v. Belgien 180, 729, 779
Albord, General Tony 185, 286
Alexander, König v. Jugoslawien 251, 742
Alexander, Admiral A. V. 898, 904
Alexander, General Harold 790 f.
Alfons XIII., König v. Spanien 312
Alibert, Raphael 161, 236, 854, 886, 906 ff.,
910 ff., 930, 936, 954, 971, 974, 1001, 1003
Altmayer, General René 754
Amoureux, Henri 889, 906, 921
Anderson, Sherwood 141
André, General Louis 71
André, Siegfried 85
Apollinaire, Guillaume 108
Appleton, Thomas G. 107
Armengaud, General André 629
Amouville, Machault de 86
Ashton-Gwatkin, Frank 420 f.
Asquith, Premierminister Herbert H. 114
Astachow, Georgi 449, 451, 473
Astier, Senator 998
Astor, Lady 370
Asúa, Jiménez de 312, 317
Attolico, Bernardo 414, 419, 502
Aubin, Loys 463
Auchinleck, General C. J. E. 598
Audeguil 843
Aumale, Duc d' 38
Auriol, Vincent 314, 321, 324, 338, 349, 354,
973, 981, 985, 997
Aymard, Camille 214
Badie, Vincent 981, 988 f., 992, 994, 996 f.
Badoglio, Marschall Pietro 252
Bainville, Jacques 93, 299
Baker, Josephine 563
Baker, Philip Noël 316
Baldwin, Stanley 153, 258, 263, 275 f., 280,
289, 296, 319
Balzac, Honoré de 107
Barbusse, Henri 220
Bardies, Oberst de 707, 756, 786
Bardoux, Jacques 844, 921
Baril, Major 637
Barlone, Hauptmann D. 786
Barnes, Dunja 141
Barrel, General de 638
Barrès, Maurice 62, 108
Barthe, Madame 222
Barthélemy, General 791
Barthou, Louis 249 ff., 254, 257, 334, 510, 709
Basch, Victor 243
Bastid, Paul 880
Baty, Gaston 563
Baudelaire, Charles 108
Baudet, General 674
Baudouin, Paul 13, 23 f., 326, 338, 586 f.,
591 f., 594, 599 f. 631, 633, 636, 712,
715 f., 718 f, 733, 744, 763, 771, 788, 790,
798, 802, 805 f., 808, 810 f., 818, 826 bis
830, 832, 840 f., 846 f., 853 f., 859 h,
872, 883, 893 h, 896 f., 900, 903, 908 ff.,
914 ff., 930, 933, 936, 940, 943 ff., 953 ff.,
959, 966, 970, 975 f., 982, 984, 992, 1001 ff.
Baumont, Maurice 10
Bazaine, Marschall Achille 125, 130, 671, 857
Beau de Lomenie, E. 10, 75

- Beaufre, General André 470 ff., 476,479,
 482 f., 492, 548, 636, 652, 708, 743, 922
 Beaverbrook, Lord 827, 830
 Beck, Oberst Josef 251, 329, 368, 437, 445,
 479, 481,484, 492, 514 f. 517, 522
 Beck, Generaloberst Ludwig 365, 371 ff., 426,
 428, 566
 Becquerel, Henri 109
 Benesdi, Eduard 333, 361, 364 f., 369, 379,
 383, 385,388, 391, 401, 404, 407, 409,
 416, 423, 425 f.
 Benoist-Mechin 529
 Bérard, Lön 976
 Béraud, Henri 237, 260, 307, 326
 Bérenger, Henry 799
 Bergen, General van den 605, 609
 Bergeret, General Jean-Marie-Joseph 573, 910
 Bergery, Gaston 239, 529, 972, 982
 Bergson, Henri 79, 108, 124
 Bernanos, Georges 458
 Bernhardi, General Friedrich von 113
 Bernstein, Henri 563
 Berthelot, Marcellin 109
 Berthelot, Philippe 103
 Bertillon, P. 77
 Bertrand, General Rend 797
 Besnard, Rend 212
 Besson, General Antoine 761 f., 850, 922
 Bethmann-Hollweg, Theobald von 117, 639
 Béthouart, General Emile-Marie 598
 Bidault, Georges 463
 Biddle, Anthony J. Drexel 842, 859,863,
 878 f., 881, 886 f., 897, 903, 914, 937 f.
 Billotte, General Gaston-Henri-Gustave 374,
 608, 618 ff., 635, 637, 641, 643, 654,
 656 f., 667 f., 674, 680, 686, 697, 699, 701,
 703, 719, 731 f., 746, 751, 753,756, 764,
 775
 Bineau, General Henri 912
 Bismarck, Otto von 39, 85, 110, 116, 147
 Blanchard, General Jean G. M. 636, 654, 656,
 668, 670, 754, 756, 758,764, 770 ff., 775,
 777, 779, 782,785, 79i
 Bloch, Marc 15,18, 756, 998
 Blomberg, Gen.-Feldmarschall Werner von
 271, 273, 278, 318,
 Blum, Léon 15, 84, 90, 196, 198 f., 223, 227,
 229 h, 236, 241, 243 h, 299 h, 302,318,
 320,331, 333 f., 337,343, 347, 355, 368,
 417, 505 f, 558 f, 581, 583, 585, 843, 894,
 907, 913, 929, 957, 961, 972 f., 976,
 982 f., 988, 997, 1000 f.
 Blumel, André 308, 328
 Blumentritt, General Günther 663
 Bock, General Fedor von 603, 622,626, 640,
 802 f., 816
 Bodenschatz, General Karl 451 f.
 Bois, Elie J. 560, 582, 586, 828
 Boisdeffre, General 60
 Boivin-Champeaux, Senator 987, 995
 Bokanowski, Abgeordneter 157
 Bonhomme, Major 601 f.
 Bonnefous, Edouard 10
 Bonnefoy-Sibour, Georges 225
 Bonnemains, Marguerite de 42 f.
 Bonnet, Georges 13, 101, 215, 251, 342, 345,
 355,358, 362,370, 375 f., 378 f., 382,
 385,388, 396, 399 f., 405,409, 413, 417,
 423, 425, 430, 432, 438, 443,446, 448 f.,
 452,455, 459, 462,467, 479, 481, 483 f.,
 493,497, 500, 506, 513 ff., 517,524, 526,
 530,537, 547, 557, 559, 582, 972, 976
 Bonnevey, Laurent 234
 Boothby, Robert 445
 Bouhey, Jean 426
 Bouisson, Fernand 217, 222, 984, 986 f.
 Boulanger, General Georges 36, 38,43, 62,
 68, 71, 91, 208, 230
 Boulet, Paul 996
 Bourdelle, Antoine 142
 Bourget, Oberst P. A. 772, 837, 934
 Bourget, Paul 108
 Bouthillier, Yves 588, 631, 636, 800, 833 f.,
 840, 846, 853, 883, 894, 914, 930, 943 f.,
 954, 1001
 Boyer, Lucienne 563
 Boyle, Kay 141
 Braque, Georges 142
 Brauchitsch, Gen.-Feldmarschall Walther von
 365, 371, 452, 546, 557, 566, 622,627,
 670, 727 f., 794
 Brécart, General 181
 Breitscheid, Rudolf 928
 Bressy 537
 Bretty, Beatrice 844, 888, 906
 Briand, Aristide 70, 89, 97, 165 f., 172,176,
 196,212

- Brinon, Graf Fernand de 406
 Brocard, General Antoine 684 f., 688 f.
 Broglie, Duc de 36
 Brooke, General Sir Alan 873
 Brooks, Van Wyck 141
 Bruché, General 723
 Brulat, Paul 61
 Bruneau, General 700 ff., 706
 Bryan, William J. 140
 Bucard, Marcel 209
 Budiarin, Nicolai 333
 Bühner, General Jules A. 797, 906
 Bullitt, William 339, 375, 552, 559, 573 f.,
 632, 713 ff., 734 f., 791 f., 811 f., 842, 858,
 955,960, 983
 Bülow, Fürst Bernhard von 112
 Bülow, General Karl von 130 ff.
 Bülow-Schwante, Vico von 609
 Burckhardt, Dr. Carl 427
 Buré, Emile 748
 Buret, Fernand 922 f.
 Burnett, Luftmarschall Sir Charles 469, 472, 480
- Cadogan, Sir Alexander 392, 524, 530 ff.
 Caesar, Gajus Julius 659, 978
 Cahier, Major 630
 Caillaux, Joseph 87, 114 ff., 134, 166 f., 355
 Caillaux, Madame 116, 166
 Calmette, Gaston 116, 166
 Cambon, Jules 136
 Cambon, Roger 493
 Campbell, Sir Ronald 483 f., 500, 846, 859,
 861 ff., 866 f., 870, 870, 881 f., 887, 897,
 901 f., 904, 931 ff.
 Campinchi, Cdsar 494, 505, 594, 767 f., 872, 912
 f., 960, 972
 Camus, Albert 458
 Canterbury, Erzbischof von 345
 Capelle, Graf 780
 Carbuccia, Horace de 237
 Cárdenas, Juan F. de 312 f.
 Carnot, Lazare 629
 Castelnau, General Edouard de Curières 123, 320
 Cavaignac, General Louis 67
 Cavaignac, Godefroy 58 ff., 66
 Cayol, Admiral 964
 Cecil, Lord Robert 210
- Cézanne, Paul 108
 Chamberlain, Neville 153, 296, 345, 347,
 350, 358 ff., 362, 366, 369 f, 373, 380 ff.,
 389,401, 404 f., 407 ff., 411 ff., 415,426,
 428, 438, 445, 447 f., 451, 456, 465 f.,
 469 f., 473, 483 f, 498, 500 f., 503, 518 f.,
 523, 531 f., 534, 552, 557, 568, 580, 607,
 618, 654, 908, 979
 Chambord, Comte de 31 ff.
 Chambre, Guy la 15, 227, 352, 409, 494, 497,
 648, 985
 Chambre, Madame la 985
 Chambrun, General Jacques de 583
 Chambrun, Graf René de 511
 Chambrun, Marquis de 987, 997
 Champetier de Ribes, Paul 389, 507
 Champon, General 658, 777
 Chamson, André 10, 341
 Charcot, Jean 109
 Charles X., König von Frankreich 31 f.
 Charles-Roux, François 463, 893, 897, 901 f.,
 910, 930,933, 953, 977
 Charly, Oberst 922 f.
 Chartier, Emile ('Alain') 98, 104, 239, 558
 Chasseigne, François 975
 Châteaubriant, Graf Alphonse de 462
 Chatfield, Admiral Lord 317
 Chautemps, Camille 25, 101, 202, 206, 210,
 214,217, 233, 313 ff., 342,345, 350, 500,
 507, 558, 587 f., 594, 769 f., 800, 808, 826,
 833, 840, 850,853, 859 ff., 874, 876 ff.,
 880,883, 886, 894, 907, 910 f., 929 f., 933,
 959, 1003
 Chautemps, Pierre 216
 Chauvineau, General 182, 187
 Chestenet, Jacques 10
 Chevalier, Maurice 563
 Chiappe, Jean 216,219, 237
 Chichery, Abgeordneter 583
 Churchill, Sir Winston 11, 20, 24, 183, 289,
 293, 296, 333, 349, 389, 400, 412, 426,
 435, 444, 448, 465 f., 487, 553, 565, 568,
 579 f., 646, 654, 711,724, 717,720, 735,
 746, 756,760, 763, 768 f., 778, 781 f.,
 785,788, 790,793, 804 f., 814, 820,823,
 826,834, 846 f., 858,862, 866,870, 872 f.,
 881, 887 ff., 891 f., 897 f., 902, 904, 933,
 935 ff., 939 f., 957, 960, 962 ff., 968 ff.,
 999, 1004

- Ciano, Graf Galeazzo 329, 419, 474, 518,
522, 526 f., 532, 535, 603 f., 908, 949
- Cissey, General 34
- Clark, Sir George 264, 274 f.
- Claudé, Paul 14 f., 108, 141, 942
- Clemenceau, Georges 15, 36, 38 f., 40, 54,
56 f., 59, 61, 64 f, 87, 96, 101, 110 f., 115,
133, 135, 147f , 166 f, 173, 175, 177,
194 f, 211, 249, 252, 269, 297, 560, 733,
813, 895, 997
- Clemenceau, Michel 748, 750, 966
- Colson, General 442, 494, 536, 637, 894,
906, 919 f., 945
- Combes, Emile 69 f., 96
- Comert, Pierre, 400, 433 f.
- Comte, Auguste 107
- Condé, Duc de (Louis II. von Bourbon) 612
- Condé, General Charles 857
- Connet, Matteo 837, 840
- Coolidge, Calvin 154
- Cooper, Duff 960, 999
- Corap, General André G. 636, 642, 657,
660, 664, 690, 693, 696, 699, 701,
703, 706, 734
- Corbin, Charles 263, 275, 423, 468, 518 f.,
534, 868 f., 936
- Corentine, Gourlan 221
- Cossé-Brissac, General Charles de 12, 644, 647 f.
- Costa, Oberst 683
- Cot, Pierre 227, 236, 312, 316
- Coty, François 161, 209 f., 260
- Coulondre, Robert 330 f., 347, 367 f., 430,
434, 443, 448 f., 452, 499, 501, 512 f., 515,
517, 519, 523, 534, 538
- Courcel, Leutnant Geoffroy de 889 f.
- Coutrot, Jean 245 f., 976
- Crane, Hart 141
- Croce, Benedetto 89
- Crochu, General 639
- Crussol, Marquis de 508
- Crussol, Marquise de (Jeanne Béziers) 24,
507 f., 578, 600
- Cuignet, Louis 59 f.
- Cummings 141
- Cunningham, Admiral Sir Andrew 902, 904,
962, 964 f.
- Curie, Marie 108 f.
- Curie, Pierre 108 f.
- Daladier, Edouard 10 f., 24, 101, 175, 200
217 ff., 222 f., 227, 232, 235, 244, 282,
312, 314, 323, 334, 337, 344 ff., 351 f.,
355, 359, 362, 367, 369, 373, 376, 378 ff.,
382 ff., 386, 389, 392, 397, 399, 401,
406, 412, 415, 426, 428, 432, 439 f., 444,
446 f, 454, 456, 461 ff., 465, 469, 471,
475, 484, 487, 489 f., 491, 501, 504, 515,
518 f., 521 f., 524, 526, 532, 534 ff., 540,
548, 550 ff., 556 f, 559, 561 f., 565, 567
570 ff., 574, 576, 582, 584 ff., 589, 592 bis
596, 599, 602, 606, 609, 618, 628, 630,
633, 645, 650, 659, 668, 713, 717, 719 f.,
733, 735, 737 f., 747 f., 799 f., 907 f., 913,
929, 960 f., 972, 976, 995, 1000, 1004
- Dalimier, Albert 215
- Dardenne, Henriette 66 f.
- Darlan, Admiral Jean 317, 494, 497, 572,
589, 592, 596, 601, 607, 627, 763, 772,
782, 787, 790, 811, 822, 840, 846 f., 854,
866 f., 894, 897, 900, 902 ff., 910 f., 913,
928, 933, 938 ff., 945, 955, 961, 963, 965,
967, 970, 1003
- Darrow, Clarence 140
- d'Astier de la Vigerie, General 638 f., 649,
666 ff., 677, 680, 686, 747
- Daudet, Alphonse 93, 108
- Daudet, Lööon 93 f., 207, 307
- Daudet, Pampille 230
- Daumier, Honord 102
- Dautry, Raoul 594, 596
- Davignon, Vicomte 632
- Dawes, Charles Gates 153
- Déat, Marcel 269, 276, 461, 558, 972
- Decamp, General 494 ff., 716
- Degas, Edgar 108
- Delbos, Yvon 251, 321 ff., 316 f., 329, 345,
913, 960
- Delcassé, Théophile 100, 110 ff., 118
- Deloncle, Eugene 236, 988
- Delvoie, General Maurice 605
- Demange, Edgar 52
- Denis, General H. 604, 730, 751, 773
- Denterghem, Graf de Kerchove de 603 f.
- Dentz, General Henri F. 815, 817, 838
- Derain, André 108
- Déroulède, Paul 62 f., 208, 230
- Derosseaux, General Olivier J. J. 777
- Deschanel, Paul 175

- Desgranges, Abbd 201
 Desofy, General 209
 Devaux, Gilbert 630 f., 915, 985
 Devouges, Major 815
 Dhers, Pierre 10, 653, 700, 765, 945
 Dieckhoff, Hans 403
 Dietl, General Eduard 597 f.
 Dill, General Sir John 719, 743, 770
 Dirksen, Herbert von 469
 Dobler, Jean 262, 270, 285 f.
 Dodd, William E. 318
 Dollfuss, Engelbert 252
 Doriot, Jacques 198, 239, 327, 405, 433, 973, 988
 Dormoy, Marx 327, 997
 Doumenc, General André 469 ff., 475 f., 478
 bis 481, 488 ff., 492, 594, 604, 608, 652,
 662, 666, 708 f., 736, 738 f., 743, 750,
 766, 819, 824
 Doumer, Paul 176
 Doumergue, Gaston 176, 217, 231 f., 242,
 247 ff., 510
 Drax, Admiral Sir Reginald A. R. Plunkett-Ernle-
 Erle 469 f., 475 ff., 480, 488, 490
 Dreyfus, Hauptmann Alfred 15, 38, 44, 72,
 82, 91 ff., 96, 98, 106, 112, 126, 208, 222,
 306 f., 843, 895
 Dreyfus, Lucie 61
 Dreyfus, Mathieu 57
 Dreyfus, Max 49
 Drieu La Rochelle, Pierre 458 f.
 Dubarry, Albert 214, 217
 Dubois 47, 66
 Duboys-Fresney 354
 Dubreuil, Jacques L. 206
 Duclos, Jacques 199, 506
 Ducrot, General 942
 Dufaure, Armand 35
 Dufieux, General J. C. M. Sosthène 181, 336,
 561, 666, 706, 715
 Duhamel, Georges 458
 Dumoulin, Georges 558
 Duncan, Isadora 141
 Dupont, Frédéric 639
 Durand-Viel, Admiral 276, 279, 286
 Duroselle, J.-B. 10
 Durtain, Luc 458
 Duseigneur, General 236
 Dybenko, General 333
 Eastwood, General 756
 Eden, Anthony 253, 263 ff., 267, 271, 275 f.,
 280 f., 288, 291, 313, 318 f., 465, 772, 999
 Ellis, Major L. F. 618, 647, 793, 797
 Estienne, General 179 ff., 183, 336
 Eugen, Prinz von Savoyen 612
 Fabré, Emile 218
 Fabre-Luce, Alfred 459
 Fabry, Oberst Jean 217, 219, 255, 460
 Fagalde, General 783, 791
 Falkenhorst, General Nikolaus von 569
 Faure, Felix 62
 Faure, Paul 505
 Fauvelle, Major 763, 766
 Felmy, General Helmuth 610
 Ferdonnet, Paul 209
 Fernand-Laurent, J. C. 912
 Ferry, Jules 68, 106
 Février, André 894
 Fichte, Johann Gottlieb 15, 113, 942
 Fitzgerald, F. Scott 141
 Flandin, P. Etienne 212, 242, 248 f., 251,
 253 ff., 257, 263, 267, 269, 276, 278 ff.,
 288, 291, 296, 348 f., 354, 392, 405, 425,
 461, 504 f., 528, 539, 558, 576, 578, 580 f.,
 978, 981, 988, 991 ff., 1003
 Flaubert, Gustave 107 f.
 Flavigny, General 684, 689
 Floquet, Charles 41
 Foch, Marschall Ferdinand 20, 80, 83, 123,
 126, 131, 133 ff., 146 ff., 152, 177, 179 f.,
 185 f., 190, 252, 261, 287, 436, 455, 690,
 713, 733, 741, 745, 747 ff., 756, 840, 918,
 926, 934
 Fortune, General V. M. 803, 805 f.
 Foucher, General 384, 389
 Foulonge, Hauptmann de 711
 Fournière, de la 11
 France, Anatole 54, 107 f., 142
 Franchet d'Espèrey, Marschall Louis 128,
 131, 207, 235 f., 335, 440, 697
 Franco, General Francisco 311, 321, 328,
 350 f., 353, 422, 510, 559, 577, 733, 754,
 840, 908, 912, 948, 991
 François, Oberst 632
 François-Poncet, André 262, 271 ff., 409,
 413 f., 419, 518, 521, 811, 932
 Franklyn, General 754, 759

- Franz Ferdinand, Erzherzog 116
 French, Sir John 128
 Frère, General Aubert 715, 757 f., 761, 771
 Freud, Sigmund 108 f.
 Freycinet, Charles D. de 38, 998
 Fritsch, Gen.-Oberst Frhr. von 278, 344
 Frossard, L. O. 198, 229, 852, 874, 883, 894
 Frot, Eugene 217, 219, 228 f.
- Gadagne, Herzogin de 508
 Galliéni, General Joseph S. 20, 125, 129,
 131 ff., 135, 813
 Gambetta, Léon 32, 35, 39, 91, 98, 164, 297
 Gamelin, General Maurice 12 f., 20, 125,
 130, 177 f., 180, 184, 190, 235, 252, 255,
 262, 267 ff., 273 f., 276 f., 279, 281, 287,
 289, 292 f., 296 f., 320, 326 f., 331 f.,
 335 ff. 344 ff., 351 f., 355, 357, 362, 366 £.,
 370, 374, 377, 384 391 f., 396 h, 405,
 407 f., 410, 417, 424 f., 428, 432, 439, 442,
 444 ff., 453 ff., 459, 470 f., 482, 491 f.,
 494, 497, 499f, 505, 524 f., 531, 538,
 546, 554, 558 561 f., 564 f., 567, 569 f.,
 572 ff., 586, 588 591, 597, 599 602,
 604, 609, 611, 615, 618, 621, 626 ff., 630 f.,
 633 f., 635, 641, 643, 647, 649, 659, 662,
 664, 666, 670, 672, 674, 677, 680, 682, 687,
 693, 697, 706, 719, 728 f., 735, 749, 756,
 771, 856 f., 907, 929, 961, 1000
- Garchery, General 441
 Gasser, Hauptmann 925
 Gauché, Oberst 386
 Gaulle, Charles de 80, 119, 153, 178, 180 ff.,
 184 h, 191, 334, 336 f., 436, 548, 561,
 563, 573, 579, 582, 586, 588, 590, 629,
 644, 653, 722, 727, 748, 797, 800, 802,
 806 f., 810 ff., 826, 832 f., 845 ff., 867 bis
 870, 873, 889, 892, 905, 928, 934, 938 f.,
 941 f., 957, 961, 964, 1001, 1003 f.
- Gazel, Armand 601
 Gendry, Oberst 707
 Gensoul, Admiral M. B. 963, 965, 968
 Georg V., König von England 263
 Georges, General Alphonse 13, 20, 23, 185,
 251, 290, 297, 334, 370 ff., 374 f., 428,
 441, 496, 550, 553, 562, 564, 604, 607 f.,
 614 f., 618, 621, 627 f., 630, 635, 639,
 641 ff., 645, 648, 650 ff., 654 f., 659 ff.,
 664, 666 ff., 674 f., 679, 684, 687 ff., 697 f.,
 701 ff., 706, 711, 713, 715, 720 ff., 724,
 719, 731, 732, 747, 750, 753, 756, 758,
 762, 796, 804, 814 f., 819, 822, 824, 849 f.,
 856 864, 874 f., 898, 918, 920, 922
- Géraud, André (Pertinax) 307 f., 507 f., 582,
 586, 631, 717, 734, 938
 Gide, André 141, 307, 942
 Gilbert, Hauptmann 80
 Giono, Jean 341
 Giral, Josö 312
 Giraud, General Henri 554, 618 ff., 635, 641,
 654 f., 703, 705, 715, 719, 711, 731, 737
 Giraudoux, Jean 457, 563
 Girier, General 747
 Godfroy, Admiral R. E. 962, 964 f.
 Goebbels, Dr. Joseph 360, 540, 550, 655
 Goethals, Oberst 605
 Goethe, Johann Wolfgang von 74, 942
 Goffrier, Général de 371
 Gogh, Vincent van 108
 Goguel, François 10, 87, 218, 433
 Goncourt, Edmond de 108
 Goncourt, Jules de 108
 Gonse, General Charles 55 f.
 Göring, Hermann 278, 319, 365, 370, 377,
 409, 413 f., 419, 610, 632, 735, 794
 Gort, General Lord 670, 750, 753, 757, 761 f.,
 770, 777, 779, 781, 786, 790, 960
 Gough, General Hubert de la Poer 821
 Goutard, Oberst A. 548, 551, 565, 672, 698,
 706, 803, 858, 920
 Grandmaison, Oberst de 80, 134, 185
 Grandsard, General 564, 673, 683
 Grant, General 183, 646
 Grévy, Jules 36, 40
 Grouard, Oberst 123
 Guariglia, Raffaele 535
 Guderian, Gen.-Oberst Heinz 181, 184, 192,
 279, 623, 627, 640, 645, 663 f., 667, 675 f.,
 678, 680, 684 ff., 690, 705, 721, 727, 740, 793 f.
- Guéhenno, Jean 341
 Guérard, Albert 104
 Guérin, Jules 92
 Guesde, Jules 89
 Guillaumat, General 188, 191
 Guillaud, Oberst 710
 Guise, Duc de 208, 230 f.
 Günther, John 236

- Haakon VII., König von Norwegen 597 f.
 Hacha, Emil 437, 514, 775
 Haig, Sir Douglas 135 f.
 Haider, Gen.-Oberst Franz 373, 413, 416,
 426, 428, 498 f., 503, 514, 546, 553, 557,
 566, 603, 610, 623, 627, 660, 663, 668,
 722, 726 ff., 793 f., 816, 948
 Halévy, Daniel 104
 Halifax, Lord Edward Frederic 288, 345, 359,
 363 f., 369, 373, 376, 379 382, 387, 393,
 406 ff., 416 f., 430, 438, 445, 448, 456,
 466, 468, 484, 515, 519 ff., 523 f., 526 f.,
 530, 533 827, 868, 901
 Hanau, Martha 211 f.
 Hannibal 122
 Harcourt, General Jean d' 649
 Hautcœur, Oberst 604, 606, 657
 Hayes, Carleton 97
 Hegel, Georg W. F. 113
 Helfferich, Karl 130
 Hemingway, Ernest 141
 Henderson, Arthur 249
 Henderson, Sir Neville 359, 400, 407, 412 ff.,
 418 f, 482, 513, 515 ff., 523, 536
 Henlein, Konrad 360
 Henry, Major H. 48, 50, 53 ff., 59 f., 63, 66
 Henry, Jules 386
 Héraud, Marcel 974 f.
 Héring, General Pierre 440 ff., 716 f., 814 f.
 Herriot, Edouard 143, 155, 157, 160, 164 bis
 167, 201, 210, 212, 223, 229, 244, 254,
 302, 306 f., 314, 338, 438, 457, 530, 558 f,
 582 f., 830, 847, 881, 884, 907, 911 ff.,
 919 959 972 984, 987, 992, 994, 997
 Hervé, Gustave 206, 236, 340
 Heusinger, Gen.-Leutnant Adolf 670
 Heywood, Gen.-Major T. G. G. 469, 476 f.
 Hilferding, Rudolf 928
 Himmler, Heinrich 798
 Hindenburg, Gen.-Feldmarschall Paul von 180
 Hitler, Adolf 9, 18, 21, 27, 53, 90, 94, 113,
 144, 149, 152, 154 f., 163, 167, 172, 175,
 183, 192, 194, 200, 220, 223, 237, 240,
 242 f., 245, 248, 265, 270, 274, 276 ff.,
 281, 285, 288, 292, 294 ff., 298, 306, 308,
 313, 315, 318, 320, 322, 324, 329,
 333 f., 339 ff., 343, 350, 352, 365, 367 bis
 384, 387, 389 ff., 393, 407, 411, 423, 425,
 427, 43i ff., 435, 439, 442, 445, 447 f.,
 450, 453, 458, 460 ff., 465 f., 472, 475,
 479, 481, 484, 489, 491, 493, 498, 506,
 511, 516, 519 f., 522 f., 525, 528, 530
 535, 540, 547, 553, 559, 564, 567, 569,
 573, 579, 586 f., 590, 597, 602, 609,
 614, 621, 627, 631 f., 639, 643 f., 670, 689,
 726, 735, 764 h, 777, 779 f., 792, 795,
 798, 808 f., 816 f., 823, 825, 830, 843 f.,
 847, 860, 862, 880 f., 891, 908 ff., 912,
 917, 925, 929, 934, 938, 940, 942, 948 ff.,
 954, 956-959, 961 f., 968, 973, 975, 979,
 982 ff., 991, 993, 995, 999 f.
 Hoare, Sir Samuel 257 f.
 Hochhuth, Rolf 463
 Hodja, Dr. Milan 385 f., 388
 Hoenmanns, Major Erich 603, 610
 Hoepner, Gen.-Oberst Erich 640, 655 ff., 670
 Hohenlohe, Prinz Max von 370
 Holland, Kapitän z. S. 963, 965, 968
 Holmes, O. W. 107
 Hoover, Herbert 153, 194
 Hore-Belisha, Sir Leslie 459, 999
 Hoth, Gen.-Oberst Hermann 640, 663, 703
 Hugo, Victor 93, 107, 109
 Hull, Cordell 842, 897, 903, 916
 Huntziger, General Charles 630, 636, 642,
 657, 660 f., 664, 666, 673 ff., 677, 680,
 682, 690, 705 f., 708, 712, 740, 746, 857,
 910, 916, 918, 925, 927, 934 f., 948, 967 f.
 Husson, General 920
 Hutin-Desgrees, Paul 919

 Ironside, General Sir Edmund 548, 570, 595, 754
 Isabella von Bayern 874
 Ismay, General Hastings 719, 735
 Isomy, Jacques 871, 985

 Jacobsen, Hans-Adolf 604, 643, 645
 Jacomet, Pierre 636, 645
 Jaurès, Jean 45, 54, 64, 88, 114 ff., 198
 Jeanne d'Arc 124, 744
 Jeannel, General 397
 Jeanneney, Jules 217, 314, 398 f., 438, 830,
 866, 881, 884, 907, 911 f., 972, 985, 988,
 992 ff., 996 f.
 Jefferson, Thomas 10, 19
 Jeklicz, Oberst 453

- Jèze, Gaston 159
 Jodl, Gen.-Oberst Alfred 295, 361, 371 f.,
 413, 427, 554, 570, 610 f., 623, 626, 631 f.,
 728, 793
 Joffre, Marschall Joseph Cösar 20, 82 f., 121
 bis 131, 133 ff., 177, 180, 186, 252, 297,
 637, 690, 709, 737, 739, 745 ff.
 Jolas, Eugene 141
 Joliot-Curie, Irene 305
 Josse, Oberst 224
 Jouhaux, Léon 309
 Jovet, Louis 457
 Joyce, James 141
- Kämmerer 925, 928, 938, 942
 Kammhuber, Oberst Josef 610
 Kasprzycki, General 453 f., 456
 Kayaerts, Gen.-Leutnant 658, 661 f.
 Keitel, Gen.-Feldmarschall Wilhelm 353 f.,
 359, 361, 365, 390, 427, 430, 452, 502,
 554, 926 f., 929, 934 f, 937, 948
 Keller, General François P. L. 561, 645, 715
 Kennard, Sir H. 514
 Kennedy, Joseph P. 583
 Kerillis, Henri de 314, 349 f., 426, 434, 462
 Kessel, Joseph 460
 Kesselring, Gen.-Feldmarschall Albert 647, 793
 Keyes, Admiral Sir Roger 607, 776, 781
 Kielmannsegg, Major Graf von 680
 Kinsky, Fürst Ulrich 370
 Kirchner, General 685
 Kirk, Dudley 77
 Kirkpatrick, Ivone 400
 Kleist, Gen.-Feldmarschall Ewald von 503,
 640, 664, 675, 686, 727, 803
 Klotz, Louis-Lucien 146, 211
 Kluck, General Alexander von 124 f., 127 bis
 132, 612, 640
 Kluge, Gen.-Feldmarschall Günther von 640, 692
 Koeltz, General Louis 738, 776 f., 779, 782 f.,
 819, 924, 943 ff.
 Kordt, Erich 419
 Kordt, Theodor 359, 373, 380
 Krejci, General Ludwig 360
 Krofta, Dr. Kamil 424
 Kühler, Gen.-Feldmarschall Georg von 639, 774
- Kühl, General Hermann von 129
 Kühnenthal, General Erich 377
- Labori, Fernand 64
 Laboulaye 34
 Lacaille, General Henri 689
 Laclos, Général de 919
 Lacroix, Victor de 385, 387 f.
 Laffargue, General André Ch. V. 563
 Lafont, General 850
 Lafontaine, General 677, 679
 Lagrange, Léo 341
 Lamoureux, Lucien 633, 799 f.
 Langeron, Roger 837 f.
 Langevin, Paul 239
 Lanrezac, General Charles 125, 128, 130
 Lanvin 457
 Laporte, Major 182
 La Rocque, Oberst François de 209 f., 219,
 226 f., 230, 236, 239 f., 327, 425, 844
 Lattre de Tassigny, General Jean de 675, 705
 Laurencie, Général de la 791
 Laurent, General Fernand 605
 Laurent-Eynac, M. 594, 596
 Lausanne, Stéphane 425
 Laval, Josée 511, 987
 Laval, Pierre 12, 25 ff., 174, 194 ff., 201, 210,
 213, 231, 236, 242, 248 f., 251-255, 257
 bis 260, 263, 268, 296, 307, 338, 349, 510,
 529, 540, 558 ff., 576 ff., 580, 583 f., 588,
 601, 731, 770, 844 f, 854, 864, 883, 886,
 892 ff., 908, 913 f., 936, 940, 942, 950,
 953 ff., 958,961, 970,996, 998,1002
 Lavigne-Delville, General 224
 Lazareff, Pierre 458, 508 f., 600
 Leahy, Admiral William D. 999
 Léautaud, Paul 53
 Lebas, Jean 305
 Lebel 81
 Le Bloa, Leutnant Roger 711
 Leblois, Louis 56, 58
 Lebrun, Albert 22, 24, 176, 217, 224, 229,
 231, 234, 277, 304 f., 326, 386, 406, 463,
 529, 579, 591 f, 599, 631, 633, 733, 833 f.,
 837 h, 845, 850 ff., 855, 865 ff., 871, 875
 bis 878, 880,886, 892, 895, 897, 904,
 907 f, 911,916, 930, 940, 945, 947, 955 f.,
 972, 980 ff., 985, 992, 1002

- Leca, Dominique 630 f., 915 £., 985
Leeb, Gen.-Feldmarschall Wilhelm Ritter von 566
Léger, Alexis (Saint-John Perse) 103, 346,
352, 387, 386, 417, 421 f., 537, 559, 573,
632, 717, 733, 842, 938
Léger, Fernand 142
Le Goyet, Oberst 683, 685
Le Grix, François 206
Le Luc, Admiral 847, 910
Lemercier-Picard 59
Lémery, Henry 539 f., 560, 577, 584, 601
Lenin, Wladimir Iljitsch 89, 198, 242
Leopold III., König von Belgien 296, 603 f.,
606 f., 609, 613, 619 f., 628, 631, 654,
657 f., 728, 732, 750 ff., 755 f., 772, 781
Lepine 49
Lequerica, José Felix de 854, 896, 907,
910 ff., 916, 959
Leroy-Beaulieu, Paul 77, 87
Lesseps, Ferdinand de 45
Le Troquer, André 997
Lewis, Sinclair 141
Libaud, General 704
Liddell Hart, B. H. 659, 693, 793
Lindbergh, Oberst 378
Lindsay, Sir Ronald 485
Lioré-Nieuport 336
Lipski, Josef 517 f., 520
List, Gen.-Feldmarschall Wilhelm 545, 727
Litwinow, Maxim 347, 366, 369, 388, 430,
445, 447, 450
Livius, Titus 15, 798
Lloyd, George David 113, 146 ff., 465, 483
Lloyd, Lord 896, 904
Loireau, Oberst 960
Loiseau, General 330
Lossberg, Oberst Bernhard von 670
Loubet, Emile 62, 70
Loustauneau-Lacou, Georges 235 f., 353, 511
Louis XIV., König von Frankreich 86, 144,
507, 612, 854
Louis XV., König von Frankreich 86, 507
Louis XVI., König von Frankreich 32
Louis XVIII., König von Frankreich 31
Louis Napoleon 32, 67
Louis Philippe 31 f., 74, 103
Luce, Clare Boothe 509, 635
Ludendorff, General Erich 135, 180, 656
Lugand, Oberstleutnant 643
Lukasiewicz, M. J. 368, 454
Lyautey, Marschall 207, 235
Lyet, Oberst Pierre 12, 618, 637, 720 f., 754,
761, 784, 791, 824, 857
MacDonald, Ramsay 153, 249
Mackesy, General P. J. 598
MacMahon, Marschall de 33, 36, 99, 166,
176, 298, 671, 884, 980
Madariaga, Salvador de 210
Maginot, André 188, 192
Maintenon, Marquise de 507
Maisky, Iwan 430, 445
Mallarmé, Stéphane 108
Malraux, André 315, 341
Malvy, Louis Jean 134
Mandel, Georges 18, 269, 273, 349 f., 355,
389, 392, 494, 500, 505, 507, 733, 750,
797, 828 ff., 833, 838 f., 842, 844 f., 858,
865, 872 ff., 881 f., 889, 906, 913, 960 f.,
972, 1000, 1003 f.
Manet, Edouard 108
Mannerheim, Marschall Gustav 570
Manstein, Gen.-Feldmarschall Erich von 427,
622, 627, 630, 640, 670, 722
Marchand 224
Marchandean, Paul 507
Margaine 996
Margerie, Roland de 719, 827 ff., 860, 863,
879, 887, 889
Marie-José, Prinzessin von Piemont 603, 631
Marin, Louis 282, 292, 348 ff., 581, 764,
825, 836, 841, 851, 871, 874, 876 f., 884 f.,
913, 995, 997
Maritain, Jacques 18
Marlborough, Herzog von 612
Marquet, Adrien 844 f., 892, 894, 972, 980,
989, 1001
Martin, General 694, 698, 701
Marx, Karl 88, 90
Masarik, Dr. Hubert 420 f.
Masaryk, Jan 412
Massenet de Marancour, General Robert 649
Massiet, General 335
Massigli, René 367
Mastny, Dr. Voytech 420 f.
Matisse, Henri 108, 142
Matthews, H. Freeman 853, 878, 917

- Maunoury, General M. J. 126, 128, 131 f.
 Maupassant, Guy de 108
 Mauriac, François 942, 970
 Maurin, General 191 f., 265 ff., 270, 273,
 276 ff., 282, 286, 289, 292
 Maurois, Andrt 508 f., 628, 938
 Maurras, Charles 53, 89, 92,95, 207 f., 230,
 236, 245, 276, 299, 307, 326, 329, 403,
 463, 502, 505
 Mazarin, Kardinal 973
 McCarthy 61
 Méline, Jules 58, 87
 Mendès-France, Pierre 913, 961
 Menu, General 564, 706
 Mercier, General Auguste 47 f., 50 f., 64, 66
 Mercier, Ernest 161, 206, 210
 Merekalow, Alexei 450
 Messimy, Adolphe 82 f.
 Michel, General Victor 82, 123 f.
 Michiels, General Oscar 605, 609, 662, 751,
 756, 774 ff., 778 f.
 Millerand, Alexandre 152,176, 197
 Minart, Oberst Jacques 609, 652, 707, 709,
 721 739
 Mireux, Emile 994
 Mistler, Jean 227, 980, 986
 Mittelhauser, General Eugtne 650
 Modi, Jules 308
 Modigliani, Amadeo 142
 Molière, Jean-Baptiste 218, 457
 Molinié, General 759, 785
 Molotow, Wjatscheslaw 449, 451, 466 ff.,
 472 ff., 484,487, 491 ff., 546, 555, 558,
 564, 584
 Moltke, General Helmuth von 122, 130 ff.,
 637, 671
 Monet, Claude 108
 Monnet, Georges 239, 299, 594, 596, 827 f.,
 885, 975, 997
 Monnet, Jean 868, 938
 Montgomery, Generalmajor Bemard 658, 670
 Montigny, Jean 354, 406, 448, 529, 914, 972,
 982, 991
 Monzie, Anatole de 76, 101, 158 f., 459,
 465, 500, 504 f, 507, 519 f, 522, 531,534,
 539, 557 f., 587, 601, 714, 716 f., 799, 854,
 896, 997 f.
 Morton, Major Desmond 868
 Mosley, Sir Oswald 735, 792
 Murat 988
 Murphy, Robert 985, 993, 999 f.
 Muselier, Vizeadmiral Emile 964
 Müsse, General 479, 481 f.
 Mussolini, Benito 89, 94, 162 f., 194, 223,
 236 f, 240, 251, 255,258, 306, 313, 315
 bis 320, 339 f., 355, 412,415, 418,423,
 425, 433, 444, 498, 506, 518,521, 523,
 525, 534, 537, 556, 559, 577, 584, 586,
 603, 726, 811, 844, 860, 908 f., 912, 948 f.,
 973, 991
 Naggiar, Paul-Emile 469, 479, 489, 493, 573
 Napoleon Bonaparte 17, 31, 33, 41, 70, 75,
 78, 87, 91, 102 f., 144, 163, 180, 192, 209,
 218, 546, 797, 816, 942
 Napoleon III., 17, 31, 89, 671
 Neurath, Baron Konstantin von 272, 344,
 365, 419
 Neville, General 134, 187
 Newton, Sir Basil 387 f.
 Nietzsche, Friedrich 107
 Nixon, Richard M. 985
 Noël, Henry 270
 Noël, Léon 479, 481, 513, 517, 521 f., 910,
 917 f., 926, 928'
 Noguères, Henri 432
 Noguères, Louis 601
 Noguès, General Auguste 797, 923 f., 929,
 943,947
 Nordling, Raoul 735
 Noske, Gustav 328
 Nyssens, General 756
 Ollé-Laprune, Jacques 97
 Orlando, Vittorio E. 148
 Orléans, Duc d' 61 f.
 Orly, General 919
 Oster, Oberst Hans 602, 605, 631 f.
 Osusky, Stefan 364, 369
 Otto IV., Kaiser 612
 Oustric 212
 Overstraeten, General R. van 604, 606, 609,
 620, 657, 659, 751 f, 776, 779
 Ozeray, Madeleine 457
 Paillolle, Oberst 620
 Painlevé, Paul 165, 176, 188,196, 210

- Palewski, Gaston 579
 Panizzardi, Oberst 47, 51, 58 ff., 66
 Papan, Franz von 359
 Pappenheim, Oberst Rabe von 610
 Paquier, Oberst Pierre 648
 Paris, Comte de 31 f., 207
 Parisot, General 910
 Passos, Dos 141
 Passy, Oberst 898
 Pasteur, Louis 108
 Paty de Clam, Oberst Mercier du 50 f., 55,
 57, 63
 Paul-Boncour, Joseph 175, 200, 269, 273 f.,
 278, 296, 347, 350 f., 353, 355 f., 587, 974,
 977 f., 997
 Paul, Elliot 141
 Péguy, Charles 54, 108, 113
 Pendezac, General 122
 Péret, Raoul 212
 Péri, Gabriel 506
 Perikies 942
 Pétain, Marschall Henri Philippe 12, 20, 23
 bis 27, 38, 40, 80 f., 133 ff., 161, 177, 180,
 182 ff., 186 ff., 190, 207, 231, 235 f., 250,
 307, 321, 334, 352 f., 459, 510 519
 539 f., 558, 561, 577, 584, 601 f., 613, 628,
 630, 640, 659, 716, 731, 733 ff., 737 f.,
 744, 748, 763 f., 766, 770, 780, 788, 792,
 799 f., 802, 805, 810, 812, 815, 821, 826,
 828, 833 f., 836 f., 839 ff., 843, 858, 871,
 873, 902, 905, 908, 910, 919, 921 ff., 925,
 929, 933, 936, 939, 944, 947, 949 f., 953
 bis 956, 958, 961, 966, 970 ff., 974, 980,
 985, 989, 992, 996, 998, 1003
 Petitbon, Oberst 711, 716
 Petzel, General 502
 Philip Augustus, König 102, 612
 Phipps, Sir Eric 353, 363 ff., 375, 380, 382,
 392, 398 ff., 406, 409, 438, 468, 483, 506,
 518, 527, 530 f.
 Picasso, Pablo 108, 142
 Picquart, Oberst Georges 49 f., 52, 55, 59,
 61, 63, 67
 Picque, Ardent du 79
 Pierlot, Hubert 729, 732, 751 f., 773 f., 780
 Piétri, François 217, 219, 276
 Piguët, Robert 457
 Pilsudski, Marschall 250, 437, 455, 481, 510
 Pius VIII., Papst 70
 Pius X., Papst 70
 Pius XII., Papst (Eugenio Pacelli) 463 f., 631, 714
 Pléven, René 868
 Poincaré, Henri 109
 Poincaré, Raymond 110, 115, 119, 133,
 143 f., 146, 148, 151 f., 156, 158, 167, 173,
 175, 190, 193 f., 208, 212, 249, 252, 325,
 338, 354, 463, 995
 Pomaret, Minister 876, 913
 Pompadour, Marquise de 507
 Popescu, Elvire 563
 Portes, Graf Jean de 508
 Portes, Gräfin Halene de 24, 507, 510, 586 f.,
 600, 717, 733, 799 f., 819, 826, 829, 842,
 844, 853 f., 859, 863 f., 867, 869, 874,
 887, 915 984 f.
 Portes, Marquis de 508
 Portzer, General 705
 Potemkin, Wladimir 331 f., 430, 471
 Pound, Admiral Sir Dudley 599, 898, 904
 Pound, Ezra 141
 Pownall, General H. R. 753, 784 f.
 Pressard, Georges 214, 217, 233
 Prételat, General A. G. 336, 551, 797
 Prince, Albert 214, 233
 Prioux, General René-Jacques-Adolphe 335,
 638, 654, 656 f., 754, 764, 783 ff.
 Proust, Marcel 108, 141, 635
 Prouvost, Jean 233, 800, 826, 840, 883
 Pujo, General Maurice 207 f., 230, 276, 284,
 286, 716, 894

 Queuille, Henri 100 f.
 Quisling, Vidkun 569, 597

 Radek, Karl 333
 Raeder, Grossadmiral Erich 365
 Ramsey, Admiral Sir Bertram 782
 Raynal, Paul 457
 Raynaldy, Eugene 216
 Rebattet, Lucien 539 f.
 Rebuffel 508
 Récamier, Madame 164
 Reclus, Maurice 109
 Redempt, General 649
 Reibel, Charles 572, 651, 858
 Reichenau, Gen.-Feldmarschall Walter von
 545, 640, 642, 670, 774

- Reinberger, Major Hellmuth 603, 610
 Reinhardt, General Georg-Hans 640, 663,
 691, 696, 704 f., 721, 737
 Rémond, René 10, 33, 205, 238, 240
 Renan, Ernest 107
 Renaud, Major Jean 209
 Renaudel, Pierre 157
 Renoir, Auguste 108
 Renondeau, General 267, 336, 413
 Renouvin, Pierre 10 f., 406, 426
 Retz, Kardinal de 973
 Révillon, Tony 858 f., 878, 913
 Reynaud, Madame 508, 985, 993
 Reynaud, Paul 10 f., 20, 24 f., 182, 191 f.,
 196, 276, 293, 324, 329 f., 334, 347, 350,
 355, 389, 392, 406, 427, 439 f., 494, 500,
 505, 507, 510, 519, 521, 524, 529, 562,
 571, 575 f., 578, 589, 591, 597, 599, 602,
 612, 627, 629, 634, 636, 639, 647, 666,
 706, 712, 720, 733, 739, 743, 748, 750,
 756 ff., 759, 763, 770, 772, 777 f., 782,
 786, 790, 792, 798 ff., 804, 814, 820, 834,
 837, 841, 856, 858, 895, 902, 907, 910,
 915 f., 929, 939 f., 949, 959, 961, 972,
 975 f., 984, 987, 992 f., 997, 1000,
 1003 f.
 Ribbentrop, Joachim von 319, 344 f., 365,
 406, 419, 438, 452, 461, 473, 484, 488,
 490 f., 493, 498, 512, 515, 518, 523, 525,
 536 ff., 546, 555, 558, 584, 925
 Richelieu 323, 612
 Rimbaud, Arthur 108
 Río, Alphonse 876
 Ríos, Fernando de los 314, 317
 Rist, Charles 325, 338
 Rivet, Oberst 604
 Rivet, Paul 239
 Rivière, Albert 894, 980 f.
 Robert, Henri 580
 Robespierre, Maximilien de 31
 Rochas, Marcel 457
 Rochefort 60 f.
 Rodin, Auguste 108
 Rodrique, Hauptmann A. 603
 Roget, General 62 f.
 Rollin, Louis 798
 Romains, Jules 245, 458
 Rommel, Gen.-Feldmarschall Erwin 640, 661,
 663 f., 691, 697, 700 ff., 721, 803, 900
 Roosevelt, Franklin D. 22, 200, 375, 403,
 520, 588, 713 ff., 735, 791 f., 811 ff.,
 830 ff., 841 f., 859, 861 f., 888, 897, 902 ff.,
 915 f., 985
 Rossignol, Henri 224
 Rothschild, Alphonse de 77
 Roton, General G. 13, 642, 651, 675, 688,
 697 f., 701, 708, 720 f., 732, 736, 750,
 759, 771, 819, 850
 Rouault, Georges 142
 Rouff, Maggy 457
 Rouvier, Maurice 112
 Rubinstein, Arthur 458
 Ruby, General Edmond 564, 677, 683
 Rueff, Jacques 325
 Rüge, Oberst 597
 Runciman, Lord 369 f., 380 ff., 420
 Rundstedt, Gen.-Feldmarschall Gerd von
 622, 626, 640, 670, 726 f., 794, 802 f.
 Rupprecht, Kronprinz von Bayern 124
 Rydz-Smigly, Marschall 331, 481, 483, 547
 Rykow, Alexei 333
 Saint-Exupéry, Antoine de 458, 621
 Saint-Hardouin, Jacques Tarb6 de 473
 Sainte-Beuve, Charles A. 108
 Salengro, Roger 237, 305, 310, 326 f.
 Sandherr, Oberst Jean 47
 Santayana, George 141
 Sarraut, Albert 101, 201, 207, 210, 264,
 268 ff., 273, 276, 278, 281, 284, 293,
 296 f., 299, 302, 405
 Sartre, Jean-Paul 458
 Sas, Oberst J. 605, 632
 Sauvy, Alfred 78, 551
 Scapini 222
 Schacht, Dr. Hjalmar 324, 373
 Schaposchnikow, General Boris 472, 480, 487
 Scheurer-Kestner, Auguste 56, 59
 Schlieffen, Graf Alfred von 121 ff., 611,
 621 f., 627
 Schmidt, Dr. Paul 389 ff., 400, 404, 414,
 418 f., 422 f., 501 f., 515, 536
 Schnurre, Dr. Julius 449 f., 473
 Schulenburg, Graf Friedrich Werner von der
 451, 472 f., 484 ff., 546
 Schuschnigg, Kurt von 344, 348, 514, 798
 Schwartzkoppen, Oberst Max von 46 f., 51,
 55, 59, 65 f.

- Schweisguth, General 330 f.
 Schwerer, Admiral 208
 Scopes 140
 Seeckt, General Hans von 147, 251, 435
 Seeds, Sir William 478
 Seyss-Inquart, Artur von 348, 569
 Sheean, Vincent 20
 Simon, Sir John 253, 394
 Simon, Jules 35
 Simon, Oberst 225
 Sirovy, General Jan 388, 425, 432
 Somerville, Admiral Sir James 963 ff., 968 ff.
 Sorel, Georges 88 f., 108
 Soupault, Ralph 328
 Soustelle, Jacques 341
 Spaak, Paul-Henri 605 f., 609, 730, 732, 751, 773 f.
 Spears, General Edward L. 18, 24 f., 509, 562, 579, 763, 778, 786 f., 800, 804 ff., 818, 821, 823, 826 f., 829, 832, 838 f., 842, 846, 858, 863, 866 f., 869, 881, 887, 890, 892, 897
 Spengler, Oswald 27
 Sperrle, General Hugo 640
 Spinasse, Charles 340, 972, 976 f.
 Sponeck, General Hans Graf von 639
 Stachiewicz, General 481 f.
 Stalin, Joseph 242, 254, 333, 349, 431, 447, 449 f., 453, 474 f., 478, 484, 486 ff., 490 f., 493, 498, 506, 546, 555, 558, 567, 573
 Stavisky, Sacha (Serge Alexandre) 211, 213 bis 219, 224, 233
 Stearns, Harold 141
 Stehlin, Hauptmann Paul 371, 451 f., 573
 Stein, Gertrude 141
 Steinhardt, Laurence 573
 Stendhal 107
 Stevenson, Adlai 303
 Strang, William 466, 469, 490
 Stresemann, Gustav 144, 173
 Student, General Kurt 639
 Stülpnagel, General Carl Heinrich von 967
 Sundlo, Oberst Konrad 597
 Szembeck, Graf 514
- Taine, Hippolyte 107
 Taittinger, Pierre 208, 629 f.
 Talleyrand, Charles-Maurice de 76, 103
- Tardieu, André 194, 196, 210, 212 f., 236, 460, 508, 580
 Taurines, Jean 974, 978, 980, 989
 Taylor, General Telford 793
 Tetu, General 650
 Thellier, Paul 865
 Thiers, Adolphe 31, 33, 35, 67, 89, 808, 942
 Thiry, Marcel 731
 Thomö 218
 Thompson, Sir Basil 233
 Thomsen, Hans 583
 Thorez, Maurice 198, 242, 244, 309 f., 348, 506, 837
 Thukydidés 9, 942
 Tippeiskirch, General Kurt von 917
 Tippeiskirch, Werner von 431
 Tixier-Vignancour, Pierre 985 f.
 Tocqueville, Alexis de 109
 Touchon, General 705, 715, 722, 724
 Tournoux, General P. E. 190
 Toussaint, Oberst Rudolf 403
 Toynbee, Arnold 27
 Treitschke, Heinrich von 113
 Trotzki, Leo 310
 Trudlet, André 942, 947
 Tuchatschewskij, Marsdiall 333
- Ursel, Graf d' 731
 Uzes, Luchesse d' 41, 508
- Val Carlos, Marquis de 50
 Valadier, Senator 988
 Valeri, Valerio 463
 Valéry, Paul 53, 108, 141, 563, 942
 Vallet, General 697
 Vansittart, Sir Robert 400, 868
 Vary, General 921 f.
 Vaulgrenant, Général de 282
 Vauthier, General 584, 705
 Vautrin, Major 754
 Verlaine, Paul 108
 Veron, General 696, 699
 Villate, Oberst R. 748, 750
 Villelume, Oberst de 592, 636, 712
 Viviani, René 119
 Voltaire 107
 Vuillemin, General Joseph 337, 351 f., 370 f., 375, 409 f., 494, 497, 594 f., 607, 638, 647, 649 ff., 739, 743, 746, 805, 811

- Waldeck-Rousseau, René 63 f., 68 f., 96, 222
Walion, Henri 34
Walsin-Esterhazy, Major Graf Ferdinand
54 f. 57, 59 ff. 65 f.
Walsporn, General Max 702
Wanty, General Emile 658 f.
Warlimont, General Walter 318
Wavell, General Sir Archibald 574
Weizsäcker, Emst Frhr. von 419, 450, 473,
537, 556, 561
Welczedc, Graf Johannes von 346, 351, 461
Welles, Sumner 485, 587
Weninger, General Ralph 610
Werth, Alexander 812
Wescott, Glenway 141
Westphal, General Siegfried 553 f.
Weygand, General Maxime 13, 20, 23,27,
40, 53, 77, 125 ff. 130, 177 ff. 181, 184,
186 f., 190, 196, 207, 228, 234 436,
459, 462, 469, 572 ff., 589, 599, 651, 731,
733 ff. 743 ff. 747,772, 775 778, 780,
782 f., 755 787, 789,793, 796, 815, 819
bis 826, 828, 832,838, 840 846,851,
854,859, 863 ff., 867, 872,876, 883, 890,
892 f., 897 f., 900, 902, 904,908, 910,
912,925, 927,930, 934 f., 940, 943,947,
950, 953, 955, 957 ff. 961, 974, 975, 978,
983, 997, 999 ff. 2003 f.
Wietersheim, General Gustav von 372 f.
- Wilhelm I., König von Preussen 672, 825, 917
Wilhelm II., Kaiser 21, 60, 65, 112, 115 f.,
167, 256
Wilhelmine, Königin der Niederlande 729, 848 f.
Wilson, Daniel 40, 211
Wilson, General Henry H. 128
Wilson, Sir H. 397, 399,402, 404, 419 ff.
Wilson, Woodrow 143, 147 f., 150, 154, 348, 377
Windsor, Herzog von 911
Windsor, Herzogin von 911
Withworth, Admiral 598
Witzleben, Gen.-Feldmarschall Erwin von
413, 415 f.
Wright, Gordon 714
- Xavier-Vallat, François 306 f., 350, 977
- Ybarnegaray, Jean 222, 825, 840, 872
Yeats 141
Young 153
- Zay, Jean 278 f., 308, 315, 327, 457, 505,
507, 894 f., 913, 960
Zeeland, Paul van 288
Zeller, Oberst Henri 641
Zola, Emile 54, 57,61, 63, 107 f.